Deutsch-Sozi... Blätter

Deutsch-Soziale Partei


Dei
Sub Numine
Viget

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von

Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch, Leipzig.

17. Jahrgang 1902.

(Nr. 698—750.)



Berlin.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt.

Printed in Germany

Inhalts-Verzeichnis.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin, NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 2. Januar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 698.

Monats-Spruch.

Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums und dem hange ich treu an. Ich möchte außerdem darauf aufmerksam machen, daß diese Auffassung — ich will nicht sagen eine altgermanische, aber — eine uns in Fleisch und Blut liegende, lange ehe wir Verfassungen hatten, gewesen ist

Fürst Bismarck, 31. 7. 92 zu Jena.

Rückblicke und Ausblicke an der Jahreswende

sind eine Art von geistigem Bedürfnis für die Menschen geworden. Jeder beschäftigt sich in seinem Gedankenkreise damit, wenn das alte Jahr zur Rüste geht und das neue beginnt und wer sein Vaterland lieb hat, denkt auch über den Kreis seiner eigensten persönlichen und Familien-Interessen hinaus an die Schicksale der großen Volksfamilie, zu der er gehört.

Wenn wir zuerst auf die Ereignisse des verflossenen Jahres in unsrer **auswärtigen Politik** blicken, so können wir es als erfreulich bezeichnen, daß die chinesischen Wirren beendet sind, und wir den größten Teil unsrer Truppen wieder zu Hause haben. Der Sühneprinz hat seinen Kotau gemacht, moralisch wenigstens; die Geschmacklosigkeit, ihn körperlich zu thun, hat man ihm und uns glücklicherweise erspart. Die geforderte Kriegskosten-Entschädigung ist uns im Friedensschlusse zugebilligt, und da die Chinesen im Rufe stehn, besser zu zahlen als Portugiesen und Griechen, so werden wir wohl unsre Baarauslagen auch wirklich zurückerhalten. — Damit ist mehr erreicht als man zu manchen Zeiten bei dem Laufe der Dinge für möglich hielt, und wir dürfen den Reichskanzler aufrichtig Dank für seine diplomatische Geschicklichkeit sagen, mit der er uns aus einer sehr verwickelten Lage herausgebracht hat.

Auch dem heimgekehrten Weltmarschall Waldersee gebührt Dank. Er hat mit hervorragendem Takte die undankbare Rolle durchgeführt, die ihm auf Grund von Damenpolitik auferlegt worden war. Schade nur, daß er beim Betreten des deutschen Bodens von dem bei uns heftig grassierenden Redefieber angesteckt wurde. — Wegen der einen Rede mußte er nach England hin eine abschwächende Verbeugung machen und die Wirkung einer andern wurde durch die Schreibsucht des französischen General Voyron sehr abgeschwächt.

Ein unbestreitbarer Gewinnst für das Ansehen des Deutschen Reiches nach außen ist auch errungen worden durch die imponierende Ruhe und Sicherheit, mit der sich die Mobilmachung der Flotte, die Aufstellung und der Transport des ostasiatischen Korps vollzog, und auch die über alles Lob erhobne Manneszucht und Tapferkeit unsrer Truppen. — Schade, daß uns auch daran die reine Freude vergällt worden ist durch die schmachvollen Hunnenbriefe. Zwar werden jetzt die vaterlandslosen Preßbengel gerichtlich bestraft, die sich ein Vergnügen daraus machten, jene Verleumdungen unsrer braven Landsleute zu verbreiten, aber etwas davon ist trotzdem hängen geblieben und manchem arbeitsuchenden Chinakämpfer klingt bei der Abweisung höhnisch das Wort „Hunne" entgegen. Kleine Ursachen, große Wirkungen. Wären die Schatten der Hunnen doch nie rhetorisch aus ihren Gräbern beschworen worden.

Als ein erfreulicher Erfolg des Grafen Bülow auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ist es auch anzusehen, daß er die Entschädigung der in Transvaal durch die Engländer beraubten und vertriebnen Deutschen endlich durchgesetzt hat. Man kann nur ahnen, wie schwer ihm dieser Erfolg wohl — durch die „guten Beziehungen zu England" — gemacht worden ist. — Damit kommen wir zu einem Kapitel unsrer auswärtigen Politik im vergangnen Jahre, von dem wir wünschten, es könnte einmal ausgelöscht werden im Buche der deutschen Geschichte. — Unsre Leser wissen, was wir meinen und ersparen uns nähere Ausführungen über die Haltung der deutschen Regierung zu dem verbrecherischen Treiben Englands in Transvaal und zu der Frechheit, mit der ein Mitglied des Verbrecher-Konsortiums, das sich englische Regierung nennt, die alten Soldaten des alten Kaisers beschimpft hat. — Wenn heut sein Geist herniederstiege! — — —

Möge das begonnene neue Jahr die Kluft schließen, die zwischen Thron und Volk sich aufgethan hat und über die, wie es scheint, der Notschrei des gequälten Volksgewissens nicht mehr verständlich herüberschallt. Das würde auch die bedrohliche Gestaltung unsrer innern Verhältnisse wieder zum bessern lenken. — Wir brauchen um unsre **innere Politik** zu kennzeichnen nicht auf die einzelnen Geschehnisse der verflossenen Jahres einzugehn. Sie wird zur Genüge gekennzeichnet durch die unsichere Haltung der Regierung bei dem Kampfe um den Zolltarif, der eine weit größere Tragweite hat, als eine oberflächliche Betrachtung der Dinge es erkennen läßt. Wir sind — mit einer gleich näher zu begründenden Einschränkung — einverstanden mit dem Urteil, das die sozialdemokratische Wochenschrift „Neue Zeit" am Schlusse einer Betrachtung über die erste Lesung des Zolltarifs in folgender Form abgiebt:

„Immer unzweideutiger zeichnet sich die Situation ab, auf die der Gang der preußischen Geschichte schon seit lange hinarbeitet. Der Bund der Landwirte und die sozialdemokratische Partei . . . stehn sich als die entscheidenden Mächte gegenüber, und so groß die Frage des Wuchertarifs ist, so hängen doch noch größere Fragen davon ab, ob der Brotwucher über die Sozialdemokratie hinwegschreiten werde oder aber sie über ihn."

Man darf in diesem Zitat, ohne Fehler, statt „preußische" auch deutsche Geschichte sagen und außerdem betonen, daß der Ausdruck „Bund der Landwirte" zu eng für den Begriff gewählt ist, der hier zum Ausdruck kommen soll. Gemeint ist die deutsche Landwirtschaft mit allen denen, die bewußt auf ihrer Seite stehn, also allen Anhängern einer kräftigen volkswirtschaftlichen Heimatspolitik, eines gleichmäßigen Schutzes der nationalen Arbeit. — Dazu dürfen wir mit Stolz vor allen Dingen auch die Deutschsoziale Partei rechnen, die die unheilvolle Richtung, die unsre Politik unter Caprivi einschlug, schon erkannt hatte und scharf bekämpfte noch ehe der Grund zu der heute so erfreulich erstarkten Organisation des Bundes der Landwirte gelegt war. Die Führer unsrer Partei sind es auch gewesen, die im Laufe des hinter uns liegenden Jahres erfolgreich

in einzelnen ... städten gegen das Geschrei des Brotwucher-Zetermordio ... öffentlich aufgetreten sind. So unser Raab in der Hamburger Bürgerschaft, so Graf Reventlow in großen öffentlichen Versammlungen zu Hamburg und Kiel, so Abg. von Liebermann in großen Versammlungen zu Bremen, Hannover, Elberfeld, Hagen und andern Orten.

Es ist im hohen Maaße bedauerlich, daß nicht der ganze städtische Mittelstand in diesem Existenzkampfe unsers Volkes, geschlossen, Schulter an Schulter mit der Landwirtschaft steht, ja, daß sich einzelne Berufsgruppen im Handwerk, wie Fleischer und Bäcker, in kurzsichtiger Wahrung kleiner Sonder-Interessen sogar als Sturmböcke für die Umsturzleute benutzen lassen. — Aber kann man es schließlich diesen einfachen Bürgern übelnehmen, daß sie im Unklaren über ihre eignen wahren Lebens-Interessen sind, wenn selbst die Staatsmänner von Beruf, die zusammen den Bundesrat bilden, in diesem Existenzkampfe des Deutschen Volkes keine feste Stellung finden können?

Dort ist es nicht Unkenntnis der Gefahr, sondern der Mangel an Mut der Verantwortung gegenüber der höchsten Spitze im Reich. Wird uns das neue Jahr endlich einen Retter, einen Mann bringen, der dem Kaiser die Wahrheit darüber sagt wie es im Volke steht? Es ist ein gradezu fluchwürdiges Spiel, welches die Vertreter des internationalen Großhandels in den Hansastädten treiben, indem sie gefälschte oder nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesene Kaiserworte auf den Markt der öffentlichen Meinungen werfen.

Um des Großhandels willen soll das Deutsche Reich ruiniert werden, und die Sozialdemokratie hilft grinsend dabei mit, weil sie sich als lachende Erbin fühlt. —

Werden die deutschen Bauern mit ihren einmütigen Forderungen zurückgedrängt und abgewiesen, wird unsre Zoll- und Wirtschaftspolitik wieder in der jetzt leider bestehenden Weise einzig und allein zu gunsten des internationalen Großhandels und der betrügerisch glänzenden Ausfuhr-Industrie festgelegt, dann muß der deutsche Bauernstand von Jahr zu Jahr mehr in seiner Lebenskraft zurückgehn, dann wird den Umsturzgenossen der Sieg leicht gemacht.

Bricht der Bauernstand und das eng mit ihm verknüpfte Handwerk auf dem platten Lande zusammen, dann bricht unsre nationale Wehrkraft nach draußen und drinnen, dann stürzen Thron und Altar, dann ist niemand mehr da, der den großen Kladderadatsch, die Einführung der sozialistischen Gesellschafts-Ordnung, aufhalten könnte.

Den Ansturm der Umsturzmächte abzuwehren ist unsre Deutschsoziale Partei in erster Linie mit berufen, grade weil sie rückhaltslos alle wirklich berechtigten sozialen Forderungen für den deutschen Arbeiterstand jederzeit zu vertreten bereit war. — Darum sind wir erfreut darüber, daß wir für unsre Partei ein glückliches und erfolgreiches Jahr hinter uns haben. Unsre Organisation ist in ruhiger Arbeit erstarkt und fortgeschritten. Der „Verband Nordmark“ ist bedeutend an Mitgliederzahl gewachsen und hat sein Arbeitsgebiet über die ganze Nordseeküste bis weit nach Hannover hinein ausgedehnt. Zwei Parteisekretäre sind für Agitation und Organisation thätig.

Der „Verband für das Herzogtum Braunschweig“ und die angrenzenden Hannoverschen Kreise arbeitet praktisch und eifrig weiter. Auch er hat seinen Verbandssekretär.

In Thüringen hat der altbewährte Deutsche Verein Nordhausen die Führung übernommen, aber auch in Meiningen scheint sich frisches Leben zu regen.

Gewaltige Fortschritte hat der vor mehr als Jahresfrist begründete „Verband Westmark“ gemacht; er schreitet rüstig auf das zweite halbe Tausend an Mitgliederzahl los und wird es bei der Umsicht seines Vorstandes, der Arbeitsfreudigkeit der Geschäftsstelle und ihres Leiters sicher auch im begonnenen Jahre erreichen.

Der Vorstand des Verbandes „Hessengau mit Waldeck“ hat in kluger und umsichtiger Art für die Sicherung unsers dortigen Besitzstandes gesorgt und bereitet Ausdehnung desselben vor.

Für den Verband „Südmark“ endlich bedeutet der schwer erkämpfte Wahlsieg im Kreise Heidelberg-Land bei der badischen Landtagswahl einen großen Fortschritt. Mit der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Wahlpolitik der Deutschsozialen Partei zu Erfolgen führt, ist die durch fortgesetzte Mißerfolge erzeugte Parteimüdigkeit in Baden überwunden und der allzeit rührige Vorstand findet für die Vorarbeiten zur nächsten Reichstagswahl Helfer und Mitarbeiter.

Einen neuen Beweis für die Zweckmäßigkeit unsrer gegenwärtigen Wahlpolitik liefert das Wahlbild in Bückeburg. Wenn wir nicht die Politik des Aneckens nach allen Seiten endlich aufgegeben und beseitigt hätten, würden wir schwerlich mit so guten Aussichten in diese Nachwahl hineingehn können. Von unsrer Selbständigkeit haben wir dabei kein Titelchen aufgegeben.

Im übrigen haben wir auch durch unser Verhalten den andern antisemitischen Richtungen gegenüber bewiesen, daß wir schiedlich friedlich unsrer Wege gehn wollen. Auf unserm Parteitage in Braunschweig wurde nicht geschimpft, sondern gearbeitet. So wollen wir es auch im neuen Jahre halten.

Und nun zum Schluß noch ein Wort in eigner Sache. Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ und die „Deutschnationale Buchhandlung“ haben infolge der Magdeburger Trennung geheime und offne Anfeindungen und Anschuldigungen aller Art zu erdulden gehabt. Wir glauben, daß es eine Ehrenpflicht aller Parteigenossen ist, uns in dem schweren Kampfe, den wir zu führen haben, kräftig zu unterstützen. Möge jeder Parteigenosse seinen ganzen — nicht nur den politischen — Schriftenbedarf durch die Deutschnationale Buchhandlung (Berlin NW 52, Paulstr. 15) beziehn und möge jeder Bezieher unsres Blattes als Neujahrsgeschenk uns einen weitern Abonnenten werben. Das ist nicht schwer und es fördert die gemeinsame Arbeit.

Nun wollen wir im festen Glauben an die Gerechtigkeit der von uns vertretnen Sache und mit ungebrochnem Mute im neuen Jahre den alten Kampf weiter führen.

Jedem Deutschen, der es treu mit dem Vaterlande meint, rufen wir von Herzen zu:

Heil zum neuen Jahre!

Burentum und Judentum.

Von Max Bewer.*)

Es giebt ein Volkswort, dessen Ursprung ich im Augenblick nicht feststellen kann, von dem ich auch nicht weiß, ob es einem Scherz oder irgendeiner berechtigten Bitterkeit seine Entstehung verdankt, es lautet seltsam genug: Gott ist kein Bayer.

Die Bayern, die so viel prächtige Eigenschaften, aber auch die Schwäche besitzen, jedes kritische Wort über ihre Wesensart, zumal wenn es aus Norddeutschland kommt, mit kleinlich gereizter Empfindlichkeit aufzunehmen, mögen sich mit Dr. Sigl damit trösten, daß Gott gewiß auch kein — Preuße ist. Er ist auch kein Engländer, kein Franzose und auch kein Russe; aber wenn man zu dem negativen Urteil: „Gott ist kein Bayer“ im Kreis der Stämme und der Völker ein positives Gegenstück finden will, so kann man noch am ehesten ohne Anstoß sagen: Gott ist ein Bur, da er ja im tiefsten Wirken seines Wesens sichtbar nichts andres ist, als ein Bauer, der bauende Schöpfer der Welt.

Gottes Schicksal und Burenschicksal gehn seltsam parallel. Für manchen, der sich von Gott gar keine greifbare Vorstellung machen kann oder will, wird dieser Vergleich etwas Ernüchterndes, Befremdliches oder gar Irdisch-Abstoßendes haben. Aber schon Goethe empfahl, die Wahrheit in der Wirklichkeit zu suchen; das heißt: von den gewöhnlichen Dingen dieser Welt auf das Unerforschliche hinter ihr zu schließen. Von jedem Geschaffnen

*) Aus Bewers neuestem Politischen Bilderbogen Nr. 34, enthält noch fernere 10 Spalten Text; der von Künstlerhand packend gezeichnete Bilderbogen ist von der Deutschnationalen Buchhandlung, Berlin NW Paulstraße 15 für 30 Pfg. zu beziehn.

kann man auf die Art des Schaffenden zurückgehn, aus jedem Geschöpf Kenntnis von seinem Erzeuger schöpfen.

Im Burentum kann man nun mit Leichtigkeit eine ganze Menge von Punkten entdecken, die genau wie mit dem Storchschnabel, den die Geometer gebrauchen, aus Gottes Wesenheit auf irdische Verhältnisse übertragen scheinen. Wie Gott in der Stille des Himmels seine Welten schuf, so baute sich das Burenvolk fern vom Geräusch der großen Weltgeschichte in aller Heimlichkeit ein neues Vaterland; aber kaum war ihr Werk vollendet, als sich für beide schon ein Feind ihrer persönlichen Freiheit fand: trotzig erhob sich gegen Gott der schönste seiner Engel, in verblendeter Hoffart sich ebenbürtig fühlend mit dem Herrn des Himmels selbst; genau mit demselben Anspruch auf gleichberechtigten Mitgenuß ihrer ureigensten Schöpfung der englische Eindringling. . .

Da sprang Gott auf von seinem Thron
Und warf den Lümmel aus dem Himmel . .

und nicht andres, als er, sind jetzt die Buren dabei, den englischen Flegel aus dem Himmel ihrer Freiheit zu werfen! Es ist ein Kampf nicht um irgendein Stück Land mehr oder weniger, sondern ein Ur- und Grundstreit um das Recht der innersten Existenz; nur darum wühlt er so tief die Teilnahme aller menschlichen Empfindung auf, daß in jedem Zuschauer ein Stück des eigensten Wesens unwillig miterzittert; es kann nur wohlthätig, belehrend und erziehend wirken, die erregten Gedanken und Gefühle, mit denen Tausende den Ausgang dieses Kampfes begleiten, zu ordnen und zu einer überlegnen Weltanschauung zu vereinigen.

Nach dem, was wir von Gott und Lucifer wissen, scheint es das erste und tiefste Prinzip der beseelten Welt zu sein, etwas zu schaffen und in dem Geschaffnen seine Art und Freiheit zu verteidigen. Der Drang, sich zu bethätigen, und der Drang, sich zu behaupten, geht nicht nur durch die ganze Menschheitsgeschichte, sondern auch durch die Geschichte der Gottheit; in der griechischen, in der nordischen und selbst in der christlichen Gotteswelt kämpfen die Götter und Gottessöhne für ihre Wesenheit bis in den Tod. Nach diesen göttlichen Vorbildern kann man also den Begriff des Lebens überhaupt dahin bestimmen: leben heißt sein Wesen darstellen, es entfalten und es erhalten allem Feindlichen zum Trotz. So liegt jeder Existenz ein Dreifaches zu Grunde. Mit dem cogito, ergo sum des Cartesius ist es allein nicht gethan; es gehört implicite zu jeder Existenz gleichzeitig auch der Keim der Empfindungs- und der Willensfähigkeit. Unser geistiges Dasein ist ebenso dreidimensial, wie unser körperliches. In der christlichen Dreifaltigkeit ist die tiefste und umfassendste Definition des Seinsbegriffs zur höchsten religiösen Darstellung gelangt, und sie stellt sich merkwürdig genug in dem kleinen Burenvolk in einer politisch gradezu klassischen Wiederholung dar. Als vor 200 Jahren für die Buren in Holland des Bleibens nicht länger war, galt es für sie, sich von neuem weltgeschichtlich darzustellen. Es war zunächst gewiß ein Prozeß überlegender Denkkraft, sich im fernen Afrika eine neue Heimat auszuersehn; die Einwandrer gestalteten sich unter den unsäglichsten Schwierigkeiten ihrem angestammten Empfindungsleben gemäß zu einem christlich-bäuerlichen Staatswesen nach altholländischem Vorbild; und heute nun sehen sie sich in ihrer Willensenergie auf die härteste Kriegsprobe gestellt, sich in der neuen Entfaltung ihrer alten guten Art dauernd in der Geschichte der Völker zu erhalten. Im Schicksal dieses kleinen Stammes sieht man somit die drei Grundtriebe allen Daseins in klassischer Reinheit wirksam werden und sich in einem überaus anschaulichen Prozeß der Selbsterhaltung einen nach dem andern auf das Deutlichste entwickeln.

Andrerseits aber betrachte man einmal das genaue Gegenspiel der Buren in der Weltgeschichte, die Juden, die ohne Heimat und in ihrer Religion bedrückt, noch dringender als diese angewiesen waren, sich irgendwo ein neues Vaterland zu schaffen. Der Gedanke, es zu thun, ist und war immer in ihnen lebendig; die alte jüdische National-Idee, einen neuen Staat um Jerusalem zu bilden, ist sogar unter dem antisemitischen Druck im heutigen Zionismus lebendiger als je geworden; aber es scheint bei diesem schönen Gedanken zu bleiben; es drängt keine Empfindung für das Schickliche und das Behagliche einer eignen Existenz zur That; und noch viel schwächlicher würde es mit der Kraft und dem Willen zur Staatserhaltung bestellt sein. So scheinen denn die Juden dabei zu bleiben, einem unschicklichen und für sie selbst wie ihre Wirtsvölker gleich unbehaglichen Parasitendasein vor dem Stolz, der Freude und der Würde eines eignen Herdes den Vorzug zu geben. Sie erweisen sich hier im tiefsten Wesensgrunde als eine intellektuell und seelisch minderwertige, geistig und körperlich defekte Rasse, während in den kühn und planvoll über das Meer ziehenden, sich im tropischen Urwald rüstig ansiedelnden Buren alle Denk-, Gemüts- und Willenskräfte des Menschen gradezu in vollendeter Gesundheit ausgeprägt erscheinen. Es wirkt in dieser volkspsychologischen Perspektive mehr, als nur ein blinder Zungenlapsus, wenn der alte Präsident Krüger bei der Einweihung einer Synagoge in Johannesburg seine Rede mit den Worten begann: „Im Namen des dreifaltigen Gottes weihe ich dies Haus" . . . weiter kam er nicht; denn die Juden, die in ihrer seelischen Einfältigkeit noch nicht gelernt haben, an ein Organisch-Dreifaltiges zu glauben, fühlten sich in ihrem monistischen Jehovaglauben verletzt; sie beschlossen eine Entsühnung des Tempels und verschoben die Feier auf einen spätern Termin.

Einige wollten damals glauben, daß Krüger diese christlichen Einleitungsworte mit einer versteckten antisemitischen Absicht gesprochen habe, aber diesem einfach frommen Mann liegt gewiß nichts ferner, als diese satyrische Verstohlenheit, und nichts näher, als aus der religiös geschulten Tiefe seines organischen Wesens von dem dreifaltigen Gott als wie von einem ganz Selbstverständlichen zu reden. Diese Worte kamen ihm gewiß in seiner Bauernnatur so natürlich, wie ein dreiblättriges Kleeblatt aus einem Kleefeld kommt! Der drastische Effekt, der bei dieser Gelegenheit so grell und schneidend den innersten Gegensatz zwischen Burentum und Juden beleuchtete und aufdeckte, bleibt darum doch derselbe, aber erhöht sich noch durch die unbefangne Naivetät des Sprechenden. Es giebt eben und kann keinen größern seelischen Gegensatz zwischen zwei Rassen geben, als den zwischen einem echten Buren und einem echten Juden. Das Organisch-Christliche in der Natur des Einen und das Anorganisch-Mosaische im Wesen des Andern spitzt sich im Burenlande zu den stechendsten Antithesen zu, während die natur-, jagd- und weidefrohen Buren das Gold in ihrer Erde mißachten, hat der an der Börse und in den Kaffees Johannesburgs lungernde anorganische Jude ausschließlich nur Sinn für die — mineralische Seite des Landes. Es scheint wie nach einem innern Gesetz geschehen, daß der gefährlichste Krieg, den die Buren bisher um ihr Dasein führen mußten, grade von ihren natürlichsten Gegnern, ihren seelischen Antipoden, den Juden, auf dem Zuchtboden der Börse zur Reife gebracht wurde.

Gott ist ein Bur und der Teufel ist ein Jude!

Wenn der Krieg ein glückliches Ende nimmt, wird der alte Krüger gut thun, sich aus der Bibel, dem Evangelium des Johannes, sich zu vergewissern, daß kein Geringerer, als Christus selbst das Satanische im Judentum bezeugt hat. Es wird zum dauernden Segen seines Landes unumgänglich notwendig sein, daß in diesem Kriege der Bur nicht nur endgültig mit dem Engländer fertig werde, sondern daß er hinterher auch an dem krieganstiftenden und dem Kriege feige entfliehenden Juden das alte gute niederdeutsche Sprüchwort zur Wahrheit mache:

„Da schlag doch Gott den Düwel dod!"

Nationalsoziale Konfusion.

Ein Herr Georg Hohmann, der, um das Wort seines Parteigenossen Erdmannsdörffer anzuwenden, sich augenscheinlich zur „geistigen Elite" der Nationalsozialen Partei rechnet, ist neulich in einer Berliner Antisemiten-Versammlung, wo Köhler, Werner und Graf Pückler sprachen, wie er erzählt, samt seinen Freunden schlecht behandelt worden. Man hat die nationalsozialen Redner nicht mit Ruhe angehört, sondern sie angeblich

niedergeschrien, ja ein antisemitischen Lokalredaktör hat die Herren sogar „grüne Bengel" geschimpft. Wir bedauern das, aber wir tragen keine Verantwortung dafür. Wer in Berliner Volksversammlungen geht, muß eben gewisse Berliner Eigentümlichkeiten mit in den Kauf nehmen. Wer das nicht will, bleibt besser fort.

Herr Hohmann hat sich aber durch den „grünen Bengel" so tiefgetroffen gefühlt, daß er seinem Herzen durch Schelten Luft machen mußte und so beschimpft er denn die gesamte antisemitische Bewegung Deutschlands in der „Hilfe" (Nr. 51) durch einen Artikel mit der Ueberschrift „Antisemitische Korruption".

Wir wollen zu einer kurzen Abwehr das Wort ergreifen und zwar lediglich im Namen der Deutschsozialen Partei. Die andern antisemitischen Richtungen sind in der Lage dies für sich selber zu besorgen.

Der Anfang des Hohmannschen Artikels lautet:

Augenblicklich giebt es drei antisemitische Parteien. Warum es grade drei sind, weiß ich nicht; denn es könnten ebenso gut auch sechs oder acht sein. Große Unterschiede bestehn zwischen Liebermanns und Zimmermanns Gruppe nicht, und der Volksbund um den Bauerndoktor Böckel und Hans von Mosch, der vom hohen „Rat der 82" regiert wird, hat auch keine andern Ziele. Diese Zerfahrenheit ist bezeichnend für den Tiefstand der antisemitischen Bewegung. Viele Gebildete, die einst von der deutschsozialen Bewegung eine Neubelebung des nationalen Gedankens erwartet hatten, sind grausam enttäuscht worden. Die Bewegung ist heute in Atome zerrissen; keine gemeinsame große Idee beherrscht sie mehr: Kleinlichste Eifersüchtelei untereinander, niedriges Gezänk, nichts als Personenstreit, das ist heute an der Tagesordnung bei ihnen.

Es ist, wie es scheint, zu einer berechtigten Eigentümlichkeit der Herren Nationalsozialen geworden, daß man auf ihre Preßkundgebungen sehr oft das Goethische Wort anwenden kann: „Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie". —

Jede der oben verhöhnten drei antisemitischen Richtungen hat eine Anzahl von Abgeordneten im Reichstage; die Reformer auch im Hessischen Landtage und im Preußischen Abgeordnetenhause; wir Deutschsozialen in der „Hamburger Bürgerschaft", im Gothaischen Landtage, in der Badischen zweiten Kammer und im Braunschweigischen Landtage. Alle drei Richtungen zusammen zählen hunderttausende von Anhängern im Lande wie die Wahlstatistik beweist. Die Nationalsozialen dagegen dürften noch recht lange Zeit brauchen ehe sie auch nur einen Abgeordneten durchbringen, was wir übrigens aufrichtig bedauern. Naumann im Reichstage wäre ein Radikalmittel zur raschen Beseitigung der Episode „Nationalsozialismus". Anhänger im Lande besitzen die Herren, wenn man sehr optimistisch urteilen will, soviel als ihre Blätter Abonnenten haben und ihre „geistige Elite" von Herrn Hohmann bis zu Herrn Erdmannsdörffer umfaßt höchstens ein Paar Dutzend Namen, darunter nicht wenige, von denen man nicht weiß, ob sie eigentlich noch Nationalsozial genannt werden dürfen oder ob sie sich schon weiter gemausert haben.

Wenn aber „Zerfahrenheit" ein Maaßstab für den „Tiefstand" einer Bewegung sein sollte, dann braucht man sich nur der nationalsozialen Jahrestagungen zu erinnern, wo eigentlich jeder Redner einen andern „Standpunkt" zu vertreten pflegt, als sein Herr Vorredner; danach mag man die Tiefe des Abgrundes ermessen, auf dessen Boden die Naumannsche Bewegung zappelt.

Es wirkt daher komisch, wenn ein Führer jener Gruppe, die zunächst noch ein politischer Embryo ist, der seine Lebensfähigkeit erst zu erweisen hat, die antisemitische Bewegung in Deutschland von Oben herab behandelt; jene antisemitische Bewegung, die sich im 20jährigen, furchtbaren Kampfe gegen die gewaltigste Macht unsrer Zeit, gegen den König Mammon und das Priestervolk des goldnen Kalbes behauptet hat.

Die Naumannsche Richtung wäre in wenigen Wochen fortgefegt gewesen, wenn sie die Stürme hätte aushalten müssen, die die goldne Internationale gegen die Christlichsozialen und gegen die Antisemiten im Anfange der großen Bewegung entfesselte. — Und wenn das jüdische Spioniersystem und die organisierte Verleumdung, die gegen jeden im Vordertreffen kämpfenden Antisemiten zu seiner Schädigung oder Vernichtung zur Anwendung kommt, auch gegen die um Naumann arbeitete, wer weiß ob die tugendstolzen Nationalsozialen so gut und in Ehren bestehn könnten, wie Gott sei Dank zumeist die viel geschmähten Antisemiten-Führer.

Ganz im Gegensatze zu der skrupellosen Bekämpfung, Beschimpfung und Verdächtigung, die gegen die antisemitischen Führer ausgeübt wurde und noch immer von neuem angewandt wird, hat sich Naumann von seinem ersten Auftreten ab nicht nur des Wohlwollens, sondern sogar bewußter Förderung seitens der Judenschaft zu erfreuen gehabt.

Den Grund dafür plauderte der „Börsenkurier" der Davidsöhne in einer schwachen Stunde aus. Man hoffte, daß die Naumannsche Bewegung, „die Phalanx derer um Stöcker und Liebermann von Sonnenberg" zersprengen werde. Diese Hoffnung ist nun freilich fehlgeschlagen. Trotz der großen Geldsummen, die für Zeitungsgründungen bei denen um Naumann eingingen und vergendet wurden, ist sein Anhang im Laufe der Jahre nicht gewachsen, sondern zurückgegangen. Und wenn die „geistige Elite" seiner Anhängerschaft nicht gegenwärtig als Hilfstruppe für den Brotwucher-Zetermordio-Verein gebraucht wurde, dürfte der Rückgang noch viel deutlicher in die Erscheinung getreten sein.

Nun zurück zu Herrn Hohmann und seinen Kollektiv-Beleidigungen gegen den Antisemitismus. Er behauptet in dem oben abgedruckten Zitat, daß „keine gemeinsame große Idee mehr die antisemitische Bewegung beherrsche". — Ja, die antisemitische Idee haben die Antisemiten der verschiednen Richtungen doch eben miteinander gemeinsam. Und daß der Kampf für die Befreiung unsers Volkstums auf geistigem, sittlichem und wirtschaftlichem Gebiet von den zerstörenden und knechtenden Einflüssen des Judenvolkes eine große nationale Idee ist, hat die wahre geistige Elite der deutschen Nation im Laufe der Jahrhunderte so oft bekundet, daß wir daran glauben, selbst wenn Herr Hohmann andrer Ansicht sein sollte. — Wir halten es auch mit Otto Glagaus Wort: „Die soziale Frage ist zumeist Judenfrage".

Jeder ehrliche Antisemit, der mit offnem Visier in seiner Weise das Judentum bekämpft, steht an Mut und wahrem opferwilligen Antisemitismus turmhoch über all den vorsichtigen Politikern, für die die Judenfrage ein Kräutchen Rührmichnichtan ist.

In den Fragen, wie dieser Kampf am Zweckmäßigsten zu organisieren und zu führen ist und ebenso auch in der Beurteilung religiöser, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen, herrscht allerdings unter den Antisemiten eine so große Meinungsverschiedenheit, daß unsers Erachtens die Trennung in verschiedne Richtungen eine Notwendigkeit ist.

Darum hoffen wir Deutschsozialen das Beste für die Zukunft von der Magdeburger Trennung. Ihre Schuldigkeit im Dienste des nationalen Gedankens haben die Deutschsozialen stets gethan, was selbst Herr Hohmann wissen könnte. Darin dürfte sich niemand — wie er behauptet, durch uns enttäuscht fühlen. Wenn Herr Hohmann seinem Freunde Erdmannsdörffer nachbetet: „Ihre (die Antisemiten im allgemeinen sind gemeint) volkswirtschaftlichen Kenntnisse erschöpfen sich in ihrer sogen. ‚Mittelstandspolitik', soziale Gedanken sucht man bei ihnen vergeblich", so beweist er damit seine völlige Unkenntnis der thatsächlichen Verhältnisse. Grade weil wir Deutschsozialen nicht „nur Mittelstandspolitiker" sein wollen, gehn wir unsre eignen Wege. Die sozialen Gedanken unsers Programms versteht Herr Hohmann augenscheinlich nicht, weil für ihn und die meisten seiner Freunde die soziale Frage nur Arbeiterfrage ist. Für uns sind alle Stände unsers Volkes daran beteiligt. — Ebenso unbegründet ist die Behauptung „Man schämt sich des Wörtleins ‚sozial' und will es ausmerzen". Grade wir Deutschsozialen haben allen Versuchen, das Wörtchen „sozial" auszumerzen lebhaften Widerstand entgegengesetzt.

Mit der Beweisführung für seine Verunglimpfungen macht Herr Hohmann es sich sehr leicht. — In einer Berliner Volksversammlung ist es seiner Meinung noch nicht anständig her-

gegangen, also „zeichnet besondrer Anstand die Führer nicht aus". — Und daran schließt sich dann gleich die neue Beschimpfung: „Viel schlimmer aber als diese Aermlichkeit an äußerm Anstand ist die innere Korruption". — Beweis: „Mit Recht schrieb Wilberg vor einiger Zeit" usw. Es folgt dann der bekannte Satz, mit dem Wilberg, nachdem er als Redaktör der „Staatsbürger-Ztg." entlassen war, sich eine gute Nummer in der Presse der Bauchwitz, Levysohn, Rickert usw. gemacht hat. — Und der zweite Beweis für „die antisemitische Korruption" ist in Herrn Hohmanns Augen eine Aeußerung Dr. Böckels, die — wie sich jetzt herausstellt — gar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war; die sich über die Zersplitterung in der antisemitischen Partei abfällig ausspricht, aber von „Korruption" in der Partei schlechterdings keine Andeutung enthält.

Am Ende des Aufsatzes kommt dann schweres Geschütz; Stellen aus dem im Prozesse Werner gegen Erdmannsdörffer ergangnen Erkenntnis werden abgedruckt, die allerdings keine Schmeicheleien für Herrn Werner enthalten. Daran knüpft dann Herr Hohmann folgenden Schlußsatz:

> „Und dieser Mann wird trotzalledem in seiner Partei weiter geduldet, ja ist sogar zum Redaktör der ‚Staatsbürger-Zeitung' avanciert. Wenn das kein Beweis von politischer Korruption ist, so giebt es keinen."

Ja, was in aller Welt beweist denn der Fall Werner gegen die Deutschsoziale Partei? Der genannte Herr gehört nicht zu uns; wir können ihn weder dulden noch abstoßen. Aber die Beschimpfungen Herrn Hohmanns richten sich gegen uns mit, weil sie sich von der Ueberschrift bis zum Schlußsatze gegen alle Antisemiten richten und darum mußten wir uns wehren.

Wenn jemand zuerst den Antisemiten daraus einen Vorwurf macht, daß sie in drei Parteien gespalten, sich untereinander befehden, und dann gleich darauf alle Antisemiten in Bausch und Bogen verantwortlich für Vorkommnisse in der einen oder der andern der getrennten Gruppe macht, so ist das zwar nicht ein Beweis von Korruption bei dem Schreiber, wohl aber von Konfusion.

Der Jude und die deutsche Beamten-Ehre.

Für den Juden ist alles Ware, nicht zum wenigsten auch die Ehre seiner Mitmenschen, wenn er damit Geschäfte machen kann.

So tritt der Verführer in Judengestalt oft genug auch an den deutschen Beamten heran und sucht ihn zur Preisgebung von Amtsgeheimnissen zu verlocken. Die Veröffentlichung geheimer behördlicher Verfügungen oder der vorzeitige Abdruck von Aktenstücken (Gesetz-Entwürfen usw.) in unsrer Judenpresse bildet seit Jahren eine ständig wiederkehrende betrübende Erscheinung in unserm öffentlichen Leben. Nahezu immer liegt dabei eine grobe Pflichtverletzung von Beamten und die Wahrscheinlichkeit einer Beamtenbestechung vor, aber nur in sehr seltenen Fällen kann der Bestochne und noch seltner der Verführer zur Bestrafung gebracht werden.

Ein Aufsehen erregender Vorfall, die im Sommer v. J. erfolgte vorzeitige Veröffentlichung des Zolltarif-Entwurfes und der nachgewiesene Versuch, den Entwurf an die Auslandspresse zu verhökern, hat eine sehr eingehende Untersuchung nach sich gezogen. Der als Parlamentsberichterstatter bekannte Jude Hamburger floh, als die Verdachtsgründe sich gegen ihn mehrten, ins Ausland. Der, oder die bestochnen mitschuldigen Beamten scheinen noch nicht gefunden zu sein. Dagegen hat man einen Beamten aus dem preußischen Kultusministerium festgestellt, der in andern Fällen zu pflichtwidrigen Mitteilungen von dem Juden Hamburger verführt worden ist. Dieser, der Geheime Kanzleidiener Franz Voigt stand kurz vor Weihnachten vor dem Berliner Gericht unter der Anklage, in der Zeit vom Jahre 1894 bis zum 27. Juli 1901 als Beamter für Verletzung seiner Amtspflicht Geschenke angenommen zu haben. Die Verhandlungen sind von höchstem Interesse, weil sie einen Einblick in die Manipulationen gewähren, die von den Juden bei Beamtenbestechungen angewendet werden.

Man hatte bei einer Haussuchung in der Wohnung des Hamburger im Papierkorbe einen Briefumschlag gefunden, der dem Anscheine nach von der Hand des Angeklagten herrührte. Es war außerdem beobachtet worden, daß zwischen Hamburger und dem Angeklagten Beziehungen bestanden. Als dieser von seinem Vorgesetzten vernommen wurde, stellte er entschieden in Abrede, sich in betreff des Zolltarifs eines Vertrauensbruchs schuldig gemacht zu haben, räumte dagegen ein, daß er dem Hamburger gegen Entgelt Mitteilungen andrer Art gemacht habe. Voigt wurde in Haft genommen; als sich dann aber nicht feststellen ließ, daß er bei der Zolltarifs-Angelegenheit seine Hand im Spiele gehabt habe, kam er gegen eine Bürgschaft von 5000 Mark auf freien Fuß. Diese „Mitteilungen andrer Art" gelangten nun zur gerichtlichen Erörterung. Der Angeklagte gab an, daß er seit dem Jahre 1884 als Geheimer Kanzleidiener im Kultusministerium angestellt sei. Vor etwa sieben bis acht Jahren habe Hamburger sich ihm genähert und ihn ersucht, ihm mitzuteilen, wenn eine Staatsministerial-Sitzung stattfinde. Er habe dies anfangs abgelehnt, Hamburger habe ihn schließlich aber doch zu überreden gewußt. Nachdem er einmal gefehlt hatte, sei er dem Versucher überliefert gewesen; denn er wußte, daß er sein Amt verlieren würde, wenn Hamburger ihn verriet. Er habe ihm von der Zeit ab jedesmal abends vorher anzeigen müssen, wenn am folgenden Tage eine Sitzung des Staatsministeriums anberaumt war. Zumeist habe er die Mitteilung an Hamburger brieflich gemacht, bisweilen mündlich in dessen Wohnung, wobei verabredet worden sei, daß er sich als der Abgesandte eines Herrn v. Neumann anmelden solle. Hamburger habe ihm gelegentlich für diese Dienstleistungen ein Zehn- oder Zwanzigmarkstück in die Hand gedrückt; er schätze, daß er in einem Zeitraume von sieben Jahren etwa vierhundert Mark von Hamburger bezogen habe. Vor etwa sechs Jahren habe dieser ein schweres Ansinnen an ihn gerichtet, indem er verlangt habe, daß er ihm gewisse Druckschriften, die vom Bundesrat an den Kultusminister geschickt waren, für eine Nacht überlassen solle. Der Angeklagte sei zurückgeschreckt, aber Hamburger sei durch seine glänzende Ueberredungskraft wieder Sieger geblieben. Hamburger habe ihm auch Karten vom frühern Kanzler v. Caprivi und der Angeklagte sich dadurch schließlich überreden lassen. Er habe die Druckschrift aus der unverschlossenen Mappe des Herrn Kultusministers genommen und sie des abends zu Hamburger getragen. Am folgenden Morgen habe Frau Hamburger die Druckschrift zurückgebracht. — Der Angeklagte blieb dabei, er habe gewußt, daß er etwas Unrechtes gethan habe, er sei aber in dem Glauben gewesen, daß er nicht dafür strafrechtlich verantwortlich gemacht werden könne. Er habe seit Jahr und Tag unter einem furchtbaren Druck gestanden und stets sich mit dem Gedanken herumgetragen, wie er sich von dem Menschen befreien könne. Er habe sich keineswegs in einer Notlage befunden, da er ein auskömmliches Gehalt bezog und keine Kinder habe.

Als Zeuge und Sachverständiger wurde nur ein Geheimrat darüber vernommen, inwieweit die Thaten des Angeklagten das öffentliche Interesse hätten schädigen können. Der von dem Angeklagten als Zeuge vorgeschlagne Kriminalschutzmann Bamberg, der bekunden sollte, daß auch er von dem Juden Hamburger in arge Verlegenheit gebracht worden sei, wurde nicht vernommen, da man diese Behauptung als wahr annahm.

Der Staatsanwalt betonte, daß Hamburger der Hauptschuldige sei. Bei Versagung mildernder Umstände müsse auf Zuchthaus erkannt werden. Er beantragte unter Zubilligung mildernder Umstände, die er in der bisher tadellosen Führung des Angeklagten sah, vier Monate Gefängnis und Einziehung der vierhundert Mark Bestechungsgelder. Der Gerichtshof ging noch einen Monat unter den Antrag herunter.

Uns will es scheinen, als ob die Milde hier am falschen Platze war. — Wer dem Juden sein deutsches Gewissen verkauft, müßte zum abschreckenden Beispiel für andre so schwer, als es gesetzlich irgend zulässig ist, büßen.

„Hammer",

[illegible]blätter für deutschen Sinn.

Diesen Titel führt eine neue Monatsschrift, die unser alter Vorkämpfer Theodor Fritsch (Leipzig) ins Leben gerufen hat und deren erste Nummer uns heute vorliegt. In einem vertraulichen Rundschreiben hatte Fritsch vor einiger Zeit die Frage aufgeworfen, ob ein solches neues Preßunternehmen angezeigt sei. Die Antworten müssen wohl überwiegend bejahend ausgefallen sein. Bedenken und Zustimmungs-Gründe hielten sich bei uns die Wage, darum antworteten wir s. Z. nicht auf die Rundfrage. Nicht etwa weil wir fürchteten, daß das neue Unternehmen den bestehenden antisemitischen Zeitschriften Konkurrenz machen würde. Das wäre kleinlich und außerdem ungerechtfertigt gewesen. Die Monatsschrift hat andre Aufgaben zu lösen als unsre antisemitischen Tageszeitungen und Wochenschriften. — Wenn aber wirklich eine Konkurrenz zu fürchten war, so doch nur in dem Sinne, daß das „Bessere des Guten Feind" oder für Weitsichtige des Guten Freund ist, indem es nämlich durch sein Beispiel und Muster anspornt, Gleichwertiges zu leisten.

Ganz anders geartete Besorgnisse und Erwägungen verhinderten uns damals zustimmend zu antworten. Wir freuen uns jetzt des Wagnisses, was Th. Fritsch unternommen hat. Ihm ist so manches Schwierige geglückt; möge auch diesmal das Glück sein Unternehmen krönen. — Die Nr. 1 des „Hammer" liegt vor uns, in würdiger Ausstattung auf gutem Papier, mit geschmackvollen, sinnigen und künstlerisch angefertigten Zierleisten. Nur einen Umschlag möchten wir für die Folge nicht vermissen. Der Inhalt des ersten Heftes ist geeignet sehr hochgespannte Erwartungen zu befriedigen. Der treffliche Leitaufsatz spricht „Vom englischen National-Verbrechen". Dann folgt eine Studie „Zur deutschen Wirtschaftsreform" (1. Deutsche Handels- und Geldgenossenschaften) von Professor Ad. Wahrmund. Im nächsten Stücke bespricht Dr. W. Henschel ein kürzlich erschienenes Buch von Karl Bücher „Rythmus und Arbeit". Einem schönem größerm Gedichte „Umfahrt der Nerthus" von Ad. Wahrmund folgen „Sozial-ethische Aphorismen" von F. Roderich-Stoltheim, einem alten Bekannten aus der Entstehungszeit der „Deutsch-Sozialen Blätter". Dann kommt ein „Feuerlied" unsers Max Bewer zum Abdrucke. Den Abschluß bilden „Zeitglossen" von Fritz Thor, wenn wir nicht irren einem jüngern Verwandten von Roderich-Stoltheim, und Notizen. —

Erwähnt sei noch, daß der Verlag des „Hammer" ein Preisausschreiben veröffentlicht, worin für die drei besten Gedichte (Hammer-Lieder), die den Hammer in seiner mannigfachen Bedeutung würdigen, drei Preise von 150, 100 und 50 Mark ausgesetzt werden. Der Umfang soll 30 Verszeilen nicht überschreiten. Die Gedichte sind bis zum 1. März 1902 an den Verlag des „Hammer", Leipzig, Königstr. 27, zu senden und in üblicher Weise mit einem Merkwort zu versehen. Name und Adresse des Verfassers sind im geschlossenen Umschlage beizufügen.

Der Bezugspreis für den Hammer beträgt vierteljährlich 50 Pfg.

Vom grünen Tisch. Daß jemand bestraft wird, weil er genau nach der ihm gegebnen Anweisung handelte, ist wohl noch nicht dagewesen! Am 6. Mai stieß auf der Strecke Kosel-Kandrzin ein Bedarfsgüterzug mit einem Arbeitszug zusammen, wodurch ein großer Materialschaden entstand. Der Arbeitszug hatte Erdmassen bei der Station Klodnitz abzuladen; dazu stand ihm kaum eine Stunde zur Verfügung, in welcher Zeit die Hin- und Rückfahrt und die Entladung der 20 Wagen vor sich zu gehn hatte. Nach bahnamtlicher Vorschrift mußten diese Arbeitszüge nach Kandrzin zurückkehren (und zwar auf demselben Gleise!), wenn aber der Zugführer befürchtete, daß er nicht dahin zurückkehren konnte, ohne auf einen entgegenkommenden Zug zu stoßen, so rückte er entgegen der Vorschrift einfach nach Kosel aus. Das wurde stillschweigend geduldet. Am 6. Mai indes fuhr der als Zugführer dienende etatsmäßige Bremser ruhig nach Kandrzin zurück. Da diese Station aber einen Güterzug abgelassen hatte, ohne sich zu vergewissern, wo der Arbeitszug geblieben war, kam es zum Zusammenstoß. Das Gericht machte nun dem zugführenden Bremser den Vorwurf, daß er entsprechend seiner Dienstvorschrift nach Kandrzin gefahren sei und nicht nach Kosel und brummte ihm 60 Mark Geldstrafe auf! Was sollte der Zugführer nun thun? Fuhr er nach Kosel und stieß auf ein Hindernis, so wurde er sicher bestraft, weil er gegen die Dienstvorschrift gehandelt hatte. Die Fahrt nach Kandrzin war vorschriftsmäßig und doch fiel er hinein; blieb er an Ort und Stelle und erkundigte sich bei den betreffenden Bahnwärtern, ob die Strecke frei war, so wurde er jedenfalls bestraft, wenn sein Zug verunglückte, weil er entgegen der Vorschrift den Zug verlassen hatte.

Als nächste Prüfungsarbeit für das höhere Verwaltungs-Examen schlagen wir deshalb der Eisenbahn-Direktion Breslau das Thema vor: Was hatte der Bremser A. vorschriftsmäßig zu thun, um den Unfall vom 6. Mai zu verhüten und doch straflos zu bleiben?

Der Jude ist glaubwürdiger als der Christ. Diese für das christliche Volk deutscher Nation im höchsten Maaße ehrende Auffassung hat kürzlich das Amtsgericht zu Darmstadt in einem Urteile zum Ausdruck gebracht, worin u. a. gesagt wird: Der Jude sei mosaischer Religion, deren Angehörige nach den Erfahrungen des Gerichts es mit dem Eide durchgängig sehr genau nehmen. Seine Religionsangehörigkeit diene daher dem Gericht zur Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit.

Ein gewisser Luther, der in Darmstadt vor Zeiten nicht ganz unbekannt war, schrieb dagegen:

Trau keinem Fuchs auf grüner Haid
Trau keinem Jüd auf seinen Eid usw.

Auch die Lehren der Statistik, wonach der Prozentsatz der wegen Meineid auf die Anklagebank kommenden Juden den Prozentsatz der deutschen Bevölkerung beider Konfessionen weit übersteigt, scheinen gegen die Auffassung des Darmstädter Gerichts zu sprechen, und viel eher dem hervorragenden Juden Recht zu geben, der zu einem uns bekannten Reichstags-Abgeordneten einmal sagte: „Kein orthodoxer Jude sieht die christliche Eidesformel als für sich bindend an, aber allerdings wird auch kein orthodoxer Jude je einen Meineid schwören, wenn er den Eid in der Form ableistet, die sein Ritus ihm vorschreibt." — Es wäre ein großer Fortschritt, wenn unsre Juden wieder more judaico schwören müßten.

Uebrigens weiß jedermann, der die Konitzer Gerichtsverhandlungen in der Winterschen Mordsache aufmerksam verfolgt hat, daß dort die obige Auffassung des Darmstädter Richters zwar nicht ausgesprochen, daß aber danach thatsächlich verfahren worden ist. — Die durch eidliche Aussage christlicher Zeugen bekundeten schweren Verdachts-Momente wurden stets als nicht bewiesen angesehen, weil jüdische Zeugen unter Eid Gegenteiliges bekundeten.

Die Berliner „Jungdeutschen". Ein Teil des ehemaligen Wartburgbundes deutscher Jugendbünde hat unter dem Einfluß der Berliner Mitglieder einen „Jungdeutschen Bund" gebildet, der völkische Arbeit ganz besondrer Art verrichten will. Wie diese beschaffen ist, davon einige Proben. Vom Vorsitzenden Hobel bringen die „Egerer Nachr." (Nr. 101, 21. Dez. 1901) einen Leitartikel, der sich mit der Protestbewegung gegen Chamberlain beschäftigt und in dem es heißt:

> Die Protestbewegung spielte sich in Form von Studenten- bezw. Kriegervereinsversammlungen ab. Der Inhalt der daselbst gehaltnen Reden ist bekannt und zum Schluß wurden immer einstimmig Resolutionen angenommen. Es klingt auch so großartig, wenn es heißt: „2000 im Schützenhaussaale zu Krähwinkel versammelte deutsche Männer protestieren."

Und dann empfiehlt der „jungdeutsche" Verfasser sein Rezept, nämlich Heranziehung aller Reichstagsabgeordneten zu diesen Versammlungen, damit sie die Weisung mitbekommen könnten, im Reichstage die Meinung des Volkes zu sagen. Daß dieses in den nationalen Versammlungen fast überall geschehen, und daß vor allen Dingen die Protestbewegung nicht allein eine Studenten- und Kriegervereins-Veranstaltung gewesen ist — wir erinnern nur an die vielen Versammlungen der antisemitischen Parteien, des Alldeutschen Verbandes usw. —, braucht ein „Jungdeutscher" natürlich nicht zu wissen. Dagegen nimmt dieser „Jungdeutsche" keinen Anstand, uns bei den Stammesbrüdern jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle zu verhöhnen und uns die wahre Vaterlandsliebe einfach abzusprechen. Natürlich haben diese ganz allein die „Jungdeutschen" gepachtet, und darum heißt es auch am Schlusse des Artikels in den „Egerer Nachr.":

Für uns Jungdeutsche enthält aber die halbverpfuschte Protestbewegung die ernste Mahnung, in unserm Volke ein Nationalbewußtsein zu erwecken, welches dem natürlichen Gerechtigkeits- und Freiheitsdrange entspricht, der einen Grundbestandteil unsrer Rassen-Eigenschaften ausmacht. Dann wird auch der landläufige, sogenannte Patriotismus, welcher hauptsächlich aus Unterthanengefühl und beschränktem Unterthanenverstand besteht, von der mit soviel Freiheitsblut getränkten deutschen Erde verschwinden.

Dieses Heruntermachen des eignen Volkes scheint eine Besonderheit der „Jungdeutschen" zu sein, denn in dem Weihnachts-Artikel ihres Bundesblattes sind folgende Zeilen zu lesen:

Und auch heute ist wieder bei uns Sonnenwende. Draht und Schiene durchschneiden in scharfen Linien die germanischen Lande und Riesenstädte statt der vereinzelt liegenden Gehöfte der alten Germanen thun sich vor unsern Blicken auf. — Das 20. Jahrhundert! Welch ein Unterschied zum ersten Bild! Die Natur ist noch dieselbe, auch heute jubelt sie in tausend Keimen der Sonnenwende entgegen, aber nicht wie ehedem — es ist, als ob auch auf ihr ein heimlicher tiefer Gram lastete. — Ist das noch dasselbe Volk, das freie, frohe, gesunde, stolze Volk, das wir vorhin sahen??!! Ein großer Haufe von entnervten Bettlern und ein kleinerer von entnervten Prassern und Schranzen! Ein Sklavenvolk, über das elende, krummnasige Frohnvögte die goldne Geißel schwingen! Despotie statt Freiheit! Römisches Joch (jus) statt deutsches Volksrecht! Ein Schwarm von entarteten Dirnen und Zierpuppen, wo einst lichtäugige deutsche Mädchen walteten! Eifernde Frömmler, junge Faute in schwarzer Kutte, wo einst weise Greise ehrfurchtgebietend Worte reifen Ahnens sprachen! — Talglichter, wo einst die Sonnenwendfeuer lohten! Und von den Kanzeln der großen weiten und äußerlich prunkenden Gotteshäuser verkündet man dem Volke den dogmatischen Mußglauben, ohne Grundlage einer innern Erkenntnis. Steine statt Brot giebt man den Armen. Statt grade, ehrliche Charaktere, scheinheilige Duckmäuser, kriecherische Speichellecker. Friede auf Erden, schallts im salbungsvollen Ton, während Kanonendonner herüberschallt und uns klar macht die Theorie und Praxis der morgenländischen Judenreligion.

Es ist nur das reine Glück, daß es noch „Jungdeutsche" giebt, sonst wäre unser Deutsches Volk sicher verloren! Aber . . . wozu gehören denn nun die „Jungdeutschen", zu dem großen Haufen „von entnervten Bettlern" oder dem kleinen von dito „Prassern und Schranzen"?

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die österreichische Armee wird immer weniger wertvoll als Bundesgenosse für das Deutsche Reich, weil fortgesetzt mehr Juden in die Offizierstellen einrücken. Dagegen scheint man dem Eindringen der Ebräer in die Justiz-Verwaltung einen Damm entgegensetzen zu wollen. — Ein jüdischer Rechtspraktikant aus Wien behauptet wenigstens, daß er auf seine Beschwerde wegen Nichtanstellung, vom Oberlandesgerichtsrat Seidel die Antwort erhalten habe: „Wir können Juden nicht ernennen", und daß der Oberlandesgerichts-Präsident Baron Kelling ihm erklärte: „Ich kann die Herren Israeliten nicht ernennen. Es sind ohnehin früher all zu viele ernannt worden." Und als der Praktikant sich damit noch nicht zufrieden gab, habe ihm der Präsident erwidert: „Sie hätten wissen müssen, daß im Wiener Sprengel keine Juden ernannt werden; das ist notorisch." —

In Ungarn regt sich der Antisemitismus auch wieder recht erheblich. Es gründen sich, besonders unter den Gutsbesitzern Abwehrvereine gegen das Judentum und es ist sehr zu befürchten, daß die jüdischen Vollblutmadjaren bald wieder ihre ungarische Namen ablegen und mit deutschklingenden Namen nach Reichsdeutschland zurückwandern werden. — Die Durchreise der rumänischen Juden, die gradezu als eine Landplage empfunden wurde, wird durch eine Verfügung des Ministers des Innern beschränkt, worin der Nachweis sehr hoher Geldbeträge für die Erlaubnis zur Durchreise festgesetzt wird.

England. Die Juden sind auch im „freien" England schon so unbeliebt geworden, daß sie aus Furcht vor dem immer mehr hervortretenden Antisemitismus einen „Bund der Synagogen-Gemeinden" geschlossen haben. Im Februar oder März 1902 soll unter dem Vorsitze des „Lord" Rothschild eine Konferenz der Vertreter sämtlicher Synagogen-Gemeinden stattfinden, um zu beraten, wie man am besten gegen vorhandne oder geplante gesetzliche Einrichtungen Widerstand leisten könne, die den Juden unbequem sind.

In die Regierungskreise ist übrigens die antisemitische Stimmung noch nicht gedrungen, denn der Jude B. L. Abrahams wurde kürzlich zum stellvertretenden Finanzsekretär im indischen Schatzamte ernannt. Mit besondrer Entrüstung weist eine deutsch geschriebne Judenzeitung die angebliche Behauptung der englischen Antisemiten zurück, daß die in London eingewanderten Juden alle für die Buren Partei ergreifen und weist mit Stolz auf die englischen Juden in Südafrika hin, die dort im englischen Heere kämpfen („rauben, brennen und notzüchtigen" wäre der richtigere Ausdruck). Gegen die gleichzeitig ausgesprochne Beschuldigung, daß unter den eingewanderten Juden in London viele Anarchisten seien, wehrt man sich vorsichtigerweise nicht.

Über die Juden in **Neuseeland** hat vor einiger Zeit im „Londoner Maccabäer Klub" ein Jude Myers einen Vortrag gehalten, dessen Angaben aus der jüdischen Ruhmredigkeit in trocknes Deutsch übersetzt etwa folgende waren: Die Zahl der Juden auf Neuseeland beläuft sich bei einer Gesamtbevölkerung von 900 000 Köpfen auf etwa 1600 (also $1\frac{1}{2}$ aufs Tausend). Dennoch drängen sie sich (wie überall) in anmaßendster Weise vor. Sie spielen nicht nur die Sportsexe, sondern sie haben sich auch in die Beamtenstellungen hineinzuschmuggeln verstanden. Der Jude J. Vogel war Premierminister, die Juden Schrimski und Louisson sind Mitglieder des gesetzgebenden Rates von Neuseeland, der Jude Hallenstein sitzt im australischen Parlament. Auch jüdische Bürgermeister hat es in mehren Prachtexemplaren auf Neuseeland gegeben, darunter Louis Ehrenfried, Henry Isaaks und P. A. Philipps. Selbstverständlich sind auch die Handelskammern mit Juden überflutet und bei den Aktiengesellschaften in Handel und Industrie spielen Juden die führende Rolle. — Ganz besonders bedauerlich ist es dabei, daß diese Juden oder ihre Väter sich zumeist in Deutschland Namen angeeignet haben, und dadurch das Deutsche Volk auch auf Neuseeland in Mißkredit bringen. Es soll uns nicht wundern, wenn bald von dort Meldungen über eine starke antisemitische Bewegung kommen.

Rußland. In Moskau hat der Oberpolizeimeister den guten Geschmack gehabt, das Auftreten jüdischer Schauspieler und Artisten auf allen Bühnen zu verbieten. Glückliches Moskau! —

Der russische Kultusminister dehnte die bisher nur für die höhern Schulen angeordnete Beschränkung jüdischer Zöglinge auf zehn von hundert der Gesamtzahl nunmehr auch auf die untern und mittlern Gewerbeschulen aus. Mit dieser Maßregel wird, falls sie aufrecht erhalten bleibt, dem russischen Volke viel genutzt werden. —

Höchst spaßhaft nimmt es sich aus, wie in der Judenpresse ein englischer Jude Spielmann gepriesen wird, der angeblich von der englischen Regierung zum Ausstellungs-Kommissar für die Abteilung „Englische Kunst" auf der geplanten Ausstellung in St. Petersburg ausersehen war, aber stolz wie ein Spanier das Anerbieten ablehnte, weil er als Jude den russischen Boden nicht betreten dürfe. Auch das Anerbieten des russischen Konsuls in London, mit ihm eine Ausnahme zu machen, wies der stolze Spielmann ab und voller Bewunderung bricht die „Allgemeine Zeitung des Judentums" Nr. 51 darüber in folgende Worte aus:

„Leider wird diese stolze Absage eines einzelnen Juden der russischen Regierung kaum imponieren; ganz anders freilich wäre es, wenn alle jenseits der russischen Grenze lebenden Juden, namentlich aber sämtliche jüdischen Geldborger von dem Geist des Mr. Spielmann beseelt wären. Die vielgeplagten sechs Millionen Juden Rußlands würden dann vielleicht nicht mehr so ganz schutzlos dastehen!"

In andern Ländern (wie z. B. in Oesterreich, aber auch anderswo) verstehen die jüdischen Geldborger augenscheinlich schon besser als in Rußland ihre Macht zu gebrauchen.

Vielleicht haben aber sie auch in Rußland stellenweise schon verstanden, was der Gläubiger dem Schuldner gegenüber für Einfluß hat. So hat z. B. der Adelsmarschall Stachowitsch, wie man jetzt erfährt, im Oktober v. J. auf dem griechisch-orthodoxen Missionskongresse „für die Toleranz" eine Lanze gebrochen. —

Die in St. Petersburg erscheinende jüdische Zeitung Woschod, die sich durch freche Anrempelung der Regierung mißliebig gemacht, hat eine Verwarnung erhalten. —

Besonders dreist benehmen sich die jüdischen Studenten in Kiew, wo infolge ihrer Aufreizung eine große Studentenversammlung gegen die Einschränkung der zum Besuch der Universitäten zuzulassenden Juden protestiert hat. —

Der Einfluß der Juden beginnt sich neuerdings auch in Petersburg, wo sie bisher nicht sonderlich hervortraten, geltend zu machen. Namentlich im Getreidehandel sind sie thätig. Die sämtlichen Petersburger Exportfirmen kann man in drei Gruppen einteilen: in auswärtige, russische und jüdische. Die Russen haben 31 v. H. des gesamten Getreide-Exports in ihren Händen, die Ausländer 40 v. H. und die Juden 29 v. H. Diese Angaben beziehen sich auf den Umsatz des laufenden Jahres. An und für sich stehn also die Juden noch an letzter Stelle. Aber sie haben im Vergleich zu frühern Jahren erhebliche Fortschritte gemacht und werden, wenn das so weiter geht, bald an der Spitze des gesamten

Petersb... ...reidehandels stehen. An dieser Thatsache ist eigentlich kaum zu zweifeln, und sie bildet den Gegenstand ernster Sorge für alle die Kreis... ...gen die unheilvolle Thätigkeit des Judentums nicht blind sind.

Rumänien. Das neue Landpolizeigesetz verbietet den Fremden und nicht naturalisierten einheimischen Israeliten außer dem Schankgewerbe auch die Haltung jeder Art von Verkaufslokalen in den Landgemeinden; ausgenommen sind Kantinen in von Fremden betriebnen Unternehmungen.

Indessen hoffen die Juden, von hinten herum, nämlich durch Milderung der Fremdengesetze im allgemeinen, ihrem Ziele, Rumänien ungestört ausplündern zu dürfen, näher zu kommen. Sie haben es verstanden, eine Anzahl Abgeordnete davon zu „überzeugen“, daß der Artikel 7 der Verfassung, worin verboten wird, daß ein Ausländer in Rumänien Grundbesitz erwerben kann, dem wirtschaftlichen Gedeihen des Landes hinderlich sei. Und während die Puppen der Juden in der Kammer tanzen und deklamieren, bereitet man sich jüdischerseits vor, nach Fall des § 7 die Rumänen mores zu lehren.

Die **Türkei** hat einen jüdischen Vizeadmiral Dr. Elias Pascha. Der jüngste Sohn dieses Meerwunders heißt Harry Levy Cohen und ist jüngst zum ersten Sekretär der türkischen Botschaft in London ernannt worden.

Mosaik.

Aus Konitz. Die letzte Hoffnung auf Strafverfolgung der des Mordes an dem Gymnasiasten Winter schwer verdächtigen Juden beruht jetzt auf der Entscheidung des Strafsenates beim Oberlandesgericht zu Marienwerder (Westpreußen). Der Rechtsanwalt Hahn (Charlottenburg) hat als Vertreter des Bauunternehmers Winter sich beschwerdeführend an den Strafsenat gewandt, nachdem der Oberstaatsanwalt die Beschwerde über die Einstellungs-Verfügung des Staatsanwalt Schweigger (Konitz) zurückgewiesen hat. — Wenn man übrigens den Nachrichten einiger Berliner Zeitungen Glauben schenken darf, hat ja der frühere Detektiv der Judenschaft, George, in einer Versammlung erklärt, daß er die Mörder kenne. Es seien der Schneidermeister Plath und der Lehrer Weigel. Da wird sich der Herr Staatsanwalt Schweigger wohl schleunigst den Herrn George nach Konitz kommen lassen müssen. Vielleicht behält er ihn dann auf längere Zeit dort wegen dieser frechen Verleumdung.

Gegen Bernstein, der in Breslau für die Sozialdemokratie kandidiert, damit der Wahlkreis von einem Manne jüdischen Blutes weiter vertreten wird, werden von „Parteigenossen“ seltsame Flugblätter verbreitet, die, wie die „Münchner Allgemeine Zeitung“ behauptet, die Fragen aufwerfen: „Ist Eduard Bernstein sozialdemokratisch oder monarchistisch gesinnt? Darf er als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie ins Parlament entsandt werden?“ — Darauf wird mit einem dreifach unterstrichnen Nein geantwortet und dazu folgende Begründung gegeben:

> 1) Eduard Bernstein ist monarchisch gesinnt. Er hat im Jahre 1897 die englische Flagge aus seinem Hause herausgehängt, als der englische Kronprinz seinen Wohnort besuchte. Er hat Trauer angelegt, als die englische Königin starb. 2) Er rühmte sich in England, von einer polnischen Königsfamilie abzustammen — von dem legendären Samuel Wahl, der während einer Nacht die polnische Krone getragen haben soll. 3) Als Bernsteins Stiefsohn eine Aktien-Gesellschaft zur Ausbeutung einer elektrischen Erfindung gründete, zeichnete eine englische Dame — wohl im Namen der Königin — 200 Lstrl. (4000 Mark). 4) Bernstein steht in Verbindung mit der „Pall Mall Gazette“, dem ärgsten Jingoblatte Londons, das zur Ausrottung der Buren auffordert. 5) Er hat sich, wie bekannt, um eine Stellung bei Finanzleuten in Transvaal beworben. 6) Er verleumdete Engels und Marx, illegitime Kinder unversorgt hinterlassen zu haben. Er überredete einen Bekannten, sich aus diesem Grunde an Eleonor Marx und Lora Lafargue um Geldunterstützung zu wenden. 7) Bernstein erklärte, es sei eine Mission, Bebel zu stürzen und Kautsky und Mehring aus der „Neuen Zeit“ hinauszuwerfen. Ist Eduard Bernstein würdig die deutsche Sozialdemokratie im Parlament zu vertreten? Genossen! Urteilt selbst! Laßt Euch nicht durch Reformphrasen fangen! Bernstein sucht nur Einfluß, Geld und Macht. Alles übrige ist ihm vollständig gleichgiltig. England hat ihn korrumpiert.“

Es ist für alle Fälle, ob Bernstein gewählt wird oder nicht, gut, diese Behauptungen festzunageln. Vielleicht kann uns ein Breslauer Parteigenosse ein Paar Original-Flugblätter verschaffen.

Der Jude und die Deutsche Arbeit. Ein Jude namens Simon hat einen Roman der bekannten Schriftstellerin Clarissa Lohde unter verändertem Titel an die „Rhein-Nahe-Ztg.“ verkauft, wo er mit der Angabe „Original-Roman von Eugen Simon“ abgedruckt wurde. Auf die Beschwerde der Verfasserin schrieb der Jude als Entschuldigung, daß er erblich belastet und nervenkrank sei, daher habe er geglaubt, den Roman selbst verfaßt zu haben. Der merkwürdige Brief schloß mit dem Satze: „Bitte recht sehr, Rücksicht auf mich zu nehmen und mich nicht unglücklich zu machen, da ja ein jeder Mensch aus Versehen einen Fehler begehn kann. Es liegt das an meiner Gedächtnisschwäche, da ich an solcher leide.“

Hoffentlich konsultiert die bestohlne Frau den Staatsanwalt im Interesse der Gedächtnisschwäche des interessanten jüdischen Mitbürgers.

Ein Gerücht seltsamer Art hält schon seit vierzehn Tagen die Bewohner der schlesischen Stadt Strehlen in Erregung. Ein fünf Jahre altes Kind soll einen Abend über im Schlachtraume des Judentempels eingesperrt gewesen sein. Das Gerücht hat sogar sechs Tage später folgende amtliche Bekanntmachung hervorgerufen:

> „Angeblich soll am Sonnabend, den 14. d. M., in der Dunkelstunde ein Kind unter gemachten Versprechungen in das Synagogengrundstück gelockt worden sein. Wer uns hierüber Aufklärung bringt und den Anstifter hierzu so bezeichnet, daß er zur Verantwortung gezogen werden kann, erhält dreihundert Mark Belohnung. Strehlen, den 20. Dezbr. 1901. Die Polizeiverwaltung. Naumann.“

Die „Strehlener Zeitung“ weiß zu berichten, daß sich die Staatsanwaltschaft mit der Sache befasse. Wir halten das Gerücht aber für durchaus unglaubwürdig, denn wenn etwas Wahres daran wäre, würde man zweifellos schon den Bürgermeister Deditius aus Konitz herangeholt haben, um seine in Konitz rühmlichst erprobte Findigkeit der Stadt Strehlen, wo er früher schon einmal thätig war, zur Verfügung zu stellen. Desgleichen wären zweifellos schon der Herr Staatsanwalt Settegast aus Limburg (Lahn) und die beiden hervorragenden Kriminalisten Braun und Wehn aus Berlin kommissarisch zur Aufklärung des Vorganges herbeigerufen worden. Die Sache ist also augenscheinlich für die Strehlener Synagogen-Gemeinde ganz ungefährlich. Das Kind hat mit der schwarzen Katze des Tempeldieners gespielt, ist in einen Winkel des Schlachtraumes eingeschlafen und versehentlich eingeschlossen worden. Das ist die ganze Geschichte.

Wir alle bitten, Mann für Mann,
Herr Kaiser, schaut die Drangsal an!
Wir alle bitten, Frau und Kind:
Frau Kaiserin, seid gut und lind!
Aus Eures Volkes Seele quillt
Ein Ruf, der durch Europa schwillt
Und Menschen sucht, wo Staatskunst thront:
„Ein Wort sprecht, das der Herr Euch lohnt!

Fritz Lienhard.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff Berlin NW. Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 2. Januar 1902. Nr. 698.

Aufruf!

Am 23. Januar findet die Ersatzwahl zum Reichstage für den verstorbnen freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller im Wahlkreise Schaumburg-Lippe (Bückeburg) statt.

Unsre Partei hat als Kandidaten den

Grafen Ludwig Reventlow (Wulfshagen)

aufgestellt und erfreulicherweise haben die Konservative Partei und der Bund der Landwirte sich uns angeschlossen.

Dieser Umstand erhöht zwar unsre Erfolgsaussichten, aber er entbindet uns nicht von sehr energischer Wahlarbeit. — Gegen uns kämpft der mit der Sozialdemokratie verbündete Freisinn und hinter diesem Bündnis steht der kapitalskräftige Kommerzienrats-Verein, der eine Rückkehr zu der Bismarckschen Politik des Schutzes der ehrlichen Arbeit in Stadt und Land mit allen Mitteln verhindern will.

Darum wird er dem Freisinn Wahlgelder in unbeschränkter Höhe zur Verfügung stellen, um das Mandat zu behaupten.

Die eigentliche Wahlarbeit für unsre Partei hat der Verband „Nordmark", in dessem Verbandsgebiet der Wahlkreis liegt, übernommen, die notwendigen Geldmittel aber wird die Gesamtpartei aufzubringen haben, an deren bewährten Opferwilligkeit wir uns mit diesem Aufrufe wenden.

Wir brauchen für keinen Parteigenossen besonders zu betonen, welch eine große Bedeutung der Wahlsieg in Bückeburg für die von uns vertretne Sache haben würde.

Nur eine kurze Zeitspanne trennt uns noch vom Wahltage. Es gilt daher das Wort: „Doppelt giebt wer rasch giebt".

Alle Beiträge bitten wir an den Kassenwart unsrer Partei,

Herrn Reichtags-Abgeordneten Friedrich Raab,

Hamburg, Danzigerstr. 40,

senden zu wollen.

Dem Ganzen zum Heil, thue jeder sein Teil.

Berlin, am 1. Januar 1902.

Im Auftrage der Deutschsozialen Parteileitung:

Liebermann von Sonnenberg,

M. d. R.

Varuna.

Eine Welt- und Geschichts-Betrachtung vom Standpunkte des Ariers von Dr. Willibald Hentschel*).

Ein geistvoller Jünger Gobineaus bietet dem deutschen Volke in dem Buche Varuna eine wertvolle Neujahrs-Gabe. — „Die indischen Weisen nannten die großen Regelmäßigkeiten in den Bewegungen der Himmelskörper, in den mechanischen Erscheinungsreihen und im gesellschaftlichen Leben nach der ältesten uranischen Gottheit: Ordnung der Varuna." — Mit diesem Satze beginnt Willibald Hentschel den einleitenden „Ausblick" seines Buches, worin er den Leser damit bekannt macht, was er mit seiner Schrift bezweckt und wie er sein Ziel erreichen will. — Dem uralten Welträthsel, worüber sich im im Laufe der Jahrtausende die Weisen aller Völker die Köpfe zerbrochen haben, widmet der Verfasser seinen Scharfsinn. Was ist der Mensch, woher stammt er, wohin zielt seine Entwicklung. — Hat die Gottheit gleichsam wie mit einem Saatwurfe verschiedengeartete Menschheitskeime über den Erdball ausgestreut und sind daraus die verschieden gefärbten, gestalteten und beanlagten Rassen erwachsen oder hat die Menschheit einen einheitlichen Ursprung; hat sie sich von einer Urheimat aus über alle Zonen verbreitet und sich unter der Einwirkung der örtlichen Naturgewalten, der Blutvermischung und der innern und äußern Erlebnisse so verschiedenartig gestaltet, wie wir sie heute vor uns sehn? — Ist es das Ziel der Menschheit, die Eigenart der Rassen, Völker und Geschlechter bis zu höchster Vollendung zu entwickeln oder soll durch eine fortgesetzte Annäherung und Mischung schließlich das Menschheits-Ideal erreicht werden?

Ausgerüstet mit ungewöhnlichen Kenntnissen auf dem Gebiete der Völkerkunde, der vergleichenden Sprachwissenschaft, begabt mit einer glühenden Phantasie und einen starken, naiven Glauben an das eigne Können, hat der Verfasser seinen Versuch unternommen. — Als Schüler des Jenenser Häckel, dem er freundschaftlich nahe gestanden hat, legt er großes Gewicht auf das „züchterisch tragende Moment" und sieht in dessen falscher Bewertung und Hintenansetzung neben anderm ein Hauptübel unsrer Zeit. Und wohl unter diesem Gesichtspunkte ist es zu verstehn, wenn er „den Gobineauschen Rassengedanken auf seinen rationellen Umfang zurückführen und damit seine Beachtung erzwingen helfen" will. — Er „will damit zugleich die tiefen innern Ursachen der Judennot zeigen, nachdem der landläufige Antisemitismus in Aeußerlichkeiten und Mißverständnissen stecken geblieben ist" und er „will darüber hinaus den Boden für eine wahrhaft nationale Politik, einen Heilsweg der arischen Völker — die planvolle Züchtung der hellen Rasse vorbereiten und das Leben von seinen Zufälligkeiten und Verstrickungen befreien helfen."

Welche Wege der Verfasser einschlägt, um seine selbstgesteckten Aufgaben zu lösen und in welchem Umfange ihm das gelungen ist, wollen wir dann kurz darzustellen und zu würdigen versuchen, wenn der zweite Band des Werkes erschienen sein wird. Aber schon heute möchten wir jedem unsrer Freunde raten, das Buch zu lesen. Wenn der Leser nicht „zu jenen Bücherweisen gehört, die schon alles wissen", wird er wertvolle Anregungen daraus schöpfen, die ihm selber und unserm Volke nützen.

*) Zwei Bände in Oktav zu je 200 Seiten. Leipzig 1901. Preis für den Band 2,40 Mark.

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. Im Wahlkreise Wittenberg hat in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokratie der freisinnige Barth über den konservativen Kammernherrn von Leipziger gesiegt. Damit behauptet die freisinnige Partei (Rickertsche Richtung) ihren Besitzstand. Die Schuld an diesem Ausgange trifft lediglich den Kandidaten selbst, der dringend wünschte, daß keine Agitation für ihn stattfinden sollte. Uebrigens eignet sich Herr von Leipziger auch besser zum Kammerherrn als zum Abgeordneten. Ein Votum gegen die Regierung würde von ihm schwerlich zu erlangen gewesen sein. Mit einem andern Kandidaten, für den der Bund der Landwirte, die Konservativen und die Antisemiten eintreten und für den jetzt schon eine sachgemäße Agitation aufgenommen wird, ist der Kreis ohne große Schwierigkeiten bei den nächsten allgemeinen Wahlen dem weiblichen Freisinn abzunehmen.

Redaktör Erwin Bauer †. Wie wir dem „Deutschen Blatte" in Hamburg entnehmen, bringt die reformerische Presse (Richtung Giese-Bruhn) unter obiger Spitzmarke folgende Mitteilung:

„Der frühere Führer der Deutschsozialen ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag am Herzschlag in Annaberg gestorben, wo er seit dem Jahre 1900 das

‚Annaberger Wochenblatt' leitete. Bauer war im Jahre 1875 in Livland geboren, siedelte von der Universität Dorpat nach Deutschland über und bethätigte sich sehr vielfach und wechselreich an politischen und litterarischen Unternehmungen. Im Jahre 1891 übernahm er die Leitung der deutschsozialen ‚Neuen Deutschen Zeitung' in Leipzig, die sich trotz großer Opfer aus antisemitischen Kreisen nicht halten ließ. Nach dem Zusammenbruch der Zeitung diente er andern politischen Richtungen, namentlich dem Bund der Landwirte. Bauer war ein Redner von nicht zu unterschätzender Bedeutung und ein sehr gewandter Journalist."

Zunächst sei bemerkt, daß die Angabe des Geburtsjahres auf einen Druckfehler beruht. Bauer hätte sonst die Leitung der „Neuen Deutschen Zeitung" in einem Alter von 16 Jahren übernommen. — Thatsächlich stand er bei seiner Uebersiedlung nach Leipzig in einem Alter von etwa vierzig Jahren.

Mit Recht wiederspricht das „Deutsche Blatt" der Behauptung, daß Bauer der Führer der Deutschsozialen gewesen sei und vermutet, daß bei dem Verfasser der obigen Notiz die Tendenz obgewaltet habe, es so darzustellen, als ob der frühere Führer der Deutschsozialen zu andern Richtungen übergegangen sei. — Wir wollen dahin gestellt sein lassen, ob eine solche Absicht vorgelegen hat und empfinden auch kein Bedürfnis, den Totenrichter zu spielen. Nur das sei ausgesprochen, daß der Verstorbne überhaupt keine eigentliche politische Gesinnung hatte. Er war ein sehr talentvoller Vertreter desjenigen Litteraten-Typus, den Gustav Freytag in seinem Lustspiel die „Journalisten" in der Figur des Schmock gekennzeichnet hat. „Er konnte schreiben rechts, er konnte schreiben links." — Es ist richtig, daß er in der Anfangszeit seines Leipziger Aufenthalts den Versuch machte, eine politische Rolle zu spielen, indem er sich mit den Herren Kleeberg und Genossen zu Vereins-Intrignen gegen Herrn Theodor Fritsch verband. Als der Abg. v. Liebermann dann für seinen Freund Fritsch energisch eintrat, wurde er die Hauptzielscheibe der Angriffe. — Kaum aber hatte Herr Bauer gemerkt, daß die Position der Herren Fritsch und v. Liebermann eine sehr starke war, als er flugs seine Mitverschwornen im Stiche ließ.

Damit hatte er das Vertrauen von beiden Seiten verloren. — Eine führende Rolle hat er weder in der Gesamtpartei noch unter den Leipziger Deutschsozialen gespielt.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 26, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Der zweite Familien- und Theater-Abend, verbunden mit einer Festfeier zur Errichtung des Deutschen Reiches, findet am Sonnabend, den 18. Januar, wieder im Saale des „Eldorado" statt.

Berichtigung. Die „Deutsche Wacht" und die „Staatsbürger-Zeitung" brachten vor kurzem die Notiz, daß die Deutschsoziale Reformpartei mit Unterstützung von Abgeordneten andrer Parteien im Reichstage einen Antrag auf Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte eingebracht habe unddiese Notiz ist dann in gleicher Fassung durch die Presse gegangen. Die Angabe ist unrichtig. Antragsteller ist Abg. Raab als Vertreter der Deutschsozialen Partei, und es sind nur aus Höflichkeitsgründen einige Abgeordneten der Reformpartei zur Unterschrift aufgefordert worden.

Aus Kurhessen. Der Gauverband Hessen-Nassau und Waldeck der Deutschsozialen Partei hält seine ordentliche Hauptversammlung am 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Palais-Restaurant zu Kassel, Königstr. 30, ab.

Die Tagesordnung lautet:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Wahl der Rechnungsprüfer und Entlastung des Rechnungsführers.
3. Besprechung über die vorzunehmende Werbe-Arbeit.
4. Stellungnahme zu der Kandidatenfrage für die Wahlkreise Kassel-Melsungen und Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen.
5. Verschiednes.

Der Vorstand bittet die Parteifreunde recht zahlreich zu erscheinen.

Aus Bückeburg. Am 15. Dezember entzückte der unvermeidliche Wanderknabe aus dem Lager des Richterschen Freisinns, Redaktör Kopsch (Berlin), die guten Bürger von Stadthagen mit einer seiner bekannten und berufenen Reden, die auf ahnungslose Gemüter ihren Eindruck nie verfehlen. Sie gleichen hohlen, buntschillernden Seifenblasen, die, wenn sie der sondierende Finger berührt, zerplatzen und nichts als ein wenig Schaum hinterlassen.

Für einen ruhigen, aufrichtigen Politiker ist es eine harte Aufgabe, dieser politischen Schaumschlägerei ohne Empörung zuzusehen. Unter drei Behauptungen des freisinnigen Rektors ist immer eine selbstverständliche, eine schiefe und eine unrichtige; aber er weiß diese drei mit einer so raschen, spielerhaften Gewandheit zu vermengen und zu verknüpfen, daß ein politisch harmloser Zuhörer die schiefe und unrichtige mit der selbstverständlichen unbesehen in Kauf nimmt. Dazu kommt ein kluges Vermeiden aller wirklich reellen und positiven Forderungen und Grundsätze. Aalglatt schlüpft der Redner über den entscheidenden Punkt der jetzigen Reichspolitik, über die schwierigen Zollfragen hinweg; und wer es noch nicht wußte, wie der Richtersche Freisinn über den Tarif-Entwurf denkt, würde es aus dem zweistündigen Vortrag des Rektors Kopsch in Stadthagen schwerlich erfahren oder auch nur erraten haben. Besteht die schwierige Kunst des Redens darin, mit wenig Worten viel zu sagen so ist Kopsch ein Meister jener After-Rhetorik, mit vielen und schönen Worten nichts zu sagen — eine Kunst, die leider bei unsrer politischen Halbbildung immer noch ihre begeisterten Hörer findet.

Solchen politischen Schaumschlägern gegenüber, die mit allen Finten und Faxen einer auf den äußern Effekt berechneten leeren Rhetorik zu arbeiten gewohnt sind, hat der ehrliche Gegner stets einen schweren und undankbaren Stand, und unser Abg. Vogel hätte darauf verzichtet, in die Diskussion einzugreifen, hätte er es über sich vermocht, einige unerhörte Behauptungen des freisinnigen Redners ohne lauten, empörten Protest über die Versammlung ergehn zu lassen.

Das Recht freier Aussprache war allerdings ebenso fadenscheinig, als die Ausführungen des freisinnigen Berliner Rektors. Kaum hatte Abg. Vogel seine Übereinstimmung mit einigen selbstverständlichen Forderungen des freisinnigen Vorredners erklärt und wollte nun auf die divergierenden Anschauungen der Schutzzöllner in der wichtigsten politischen Frage der Gegenwart eingehn, als ihm auch schon vom Vorsitzenden bedeutet wurde, daß er es ihm nicht gestatten könne, über „programmatische" Punkte zu sprechen. So um den eigentlichen Gegenstand der Aussprache betrogen, um den sich der Hauptredner allerdings selbst aus sehr durchsichtigen Gründen klug herumgedrückt hatte, sah sich Abg. Vogel genötigt, auf alle genauern sachlichen Ausführungen zu verzichten. Er schloß mit dem Hinweise, daß alle Zollpolitik naturgemäß und notwendigerweise eine Sache des politischen Experimentes sei und bleiben würde, über dessen Folgen erst die Erfahrung der Zukunft uns vollkommne Klarheit bringen würde und könne. Hauptsache sei, daß man an die Lösung dieser Frage heranginge ohne Rücksicht auf Sonder-Interessen, getrieben von einer Begeisterung für das Wohl des Gesamtvaterlandes. Dieser warme Apell an die Vaterlandsliebe fand in der Versammlung lauten Widerhall, der selbst den braven Rektor zu überraschen schien.

Es ist bezeichnend für die unredliche Taktik des freisinnigen Vorredners, daß er — nach altem Rezept — in der Entgegnung auf das eingehn zu wollen erklärte, „was Abg. Vogel nicht gesagt habe". Gegen diesen bekannten nichtswürdigen Pfiff politischer Taschenspieler, einem Gegner ex silentio alles Mögliche und Beliebige unterzulegen, erhob Abg. Vogel unter Hinweis auf das oben erwähnte Verbot des Vorsitzenden energische Einsprache, erzielte damit aber nur so viel, daß Kopsch nunmehr seine Taktik änderte und sich gegen die Konservativen, genauer gesagt, gegen den Großgrundbesitz wendete, als dessen Schleppenträger er die Deutschsoziale Partei hinzu-

stellen versuchte. Dieser Frontwechsel war für die sachliche Hilflosigkeit des Redners bezeichnend, und ebenso bezeichnend war es für seine Anhänger im Saale, daß sie sich dies Kunststück gefallen ließen. Nicht alle! — denn bei dem Schlußhoch auf den Redner — des Vaterlandes und des Kaisers wurde nicht gedacht — sahen wir eine ganze Anzahl, die sitzen blieben.

Daß sich ein Jude in höchst konfuser Weise über Konsumvereine erging, nachdem sich Abg. Vogel in Übereinstimmung mit Kopsch gegen die Offizier- und Beamtenkonsumvereine ausgesprochen, mag als ein seltsames, wenn auch unwesentliches Intermezzo noch zuletzt aufgeführt werden.

Der Abend war für den Volkspathologen interessant, der reichlich zu beobachten Gelegenheit fand, mit welchen Mitteln es dem längst auf das Altenteil gesetzten abgelebten Freisinn immer noch gelingt, Stimmung zu „machen"; er befestigte uns aber in unsrer Überzeugung, daß die Zeit, wo diese Art, Politik zu treiben, Glück hatte, vorbei ist, und daß die realen, wirtschaftlichen Forderungen der Gegenwart und Zukunft diese Seifenblasen zum Platzen bringen und ihr Recht allem Freisinn zum Trotze unwiderstehlich erkämpfen werden.

Berlin. Der Jude Klausner ist auf Klage des Herrn Dr. Giese am 30. Dezember 1901 vom Schöffengericht des Amtsgerichts I zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in der von ihm geleiteten „Israelitischen Wochenschrift" die Herren, die auf eine Rundfrage hin ihre Anschauung über die Blutmordfrage in der „Staatsbürger-Zeitung" veröffentlichten, in der schamlosesten Weise beschimpft. Vor Gericht benahm er sich, wie sich eben nur ein Jude benehmen kann. Wir würden über das Urteil große Genugthuung empfinden. . . , wenn es schon alle Instanzen durchlaufen hätte.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Gasthaus zu den vier Jahreszeiten";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am 3. Januar 1902 bei Petri;
am 10. im Schwarzen Walfisch;
in Weimar jeden Dienstag im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ausgewiesen durch Verfügung des Regierungs-Präsidenten zu Merseburg wurde wegen versuchten schweren Diebstahls, der ihr ein Jahr Zuchthaus einbrachte, Rosa Goldklein, gedorene Bügeleisen, ohne Stand, geboren angeblich im Jahre 1857 oder 1858 zu Ljublin (Polen), ortsangehörig zu London.

Vorsätzliche Körperverletzung durch ein gefährliches Werkzeug beging der achtzehnjährige Adolf Meyer zu Neunkirchen (Bez. Trier), indem er einen schwächlichen Mann mittels eines Peitschenstiels durchprügelte. Meyer hatte nämlich seine Ziegen unberechtigt auf eine ihm nicht gehörende Wiese getrieben und als ihm der Besitzer zur Rede stellte und Entfernung der Tiere verlangte, verhaute Meyer junior auf Zuruf seines Vaters den Mann. Dafür bekam er nur sechs Mark Geldstrafe!

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs des Kaufmanns Isidor Becker zu Berlin. Die Forderungen ohne Vorrecht sollen für ihre 11300 Mark 8 v. H. bekommen.

Konkurs des Goldwarenhändlers M. Warschauer zu Berlin. 30 v. H. ist den vorrechtlichen Forderungen in Aussicht gestellt.

Konkurs des Garderobenhändlers Salo Elias zu Friedrichsberg. Auf 6397 Mk. anerkannter Forderungen kommen 368 Mk. = 5 v. H. zur Verteilung!

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Gläubig aufwärts. Tägliche Hausandachten. Unter Mitwirkung hervorragender Theologen herausgegeben von H. Klingholz, Pfarrer in Engelskirchen. Konstanz 1901. 894 Seiten. Preis fein geb. 1,50 Mark.

Das Buch ist von mancherlei Federn, aber durchaus in einem Geiste, dem des schlichten Bibelglaubens, geschrieben. Die immer je eine Seite füllenden Andachten münden nach kurzer Betrachtung eines Schriftwortes regelmäßig in ein Gebet aus. Der Preis ist erstaunlich billig. Durch seine vornehme Ausstattung (Deckelpressung, Rotschnitt) empfiehlt sich das Buch zu Geschenken. Hoffentlich ist es auf manchem Weihnachtstisch zu finden und wird recht vielen sein, was es sein will: ein treuer Begleiter und Wegweiser auf dem Wege „gläubig aufwärts."

Sn.

Briefkasten.

Titelblatt und Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1901 legen wir einer der nächsten Nummern bei.

Wien. Dankend erhaltend, aber für diese Nummer zu spät.

Den zahlreichen Parteifreunden,

deren liebenswürdige Neujahrswünsche ich schon am letzten Tage des alten Jahres empfangen habe, und allen denen, deren Grüße ich noch erhalten werde, sage ich an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank und bitte mir die direkte Erwiderung diesmal zu erlassen. Meine Zeit ist sehr knapp. Heil und Glück zum neuen Jahre! sende ich hiermit allen, die meiner in Treue gedenken. —

Gr. Lichterfelde Ost, am Sylvester-Abend 1901.

Max Liebermann von Sonnenberg.

Unſre Leſer bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berückſichtigen und ſich bei allen Anfragen und Beſtellungen ausdrücklich auf unſer Blatt zu beziehen!



Dennerts
Volks-Univerſal-Lexikon
über 2600 Spalten, mit zahlreichen Abbildungen, Karten, Beilagen. Lexikon-Oktav.
Schön gebunden 12 Mark.
Das einzige auf chriſtlicher Grundlage ſtehende Univerſal-Lexikon von großer Reichhaltigkeit.
Deutſchnationale Buchhandlung und Verlags-Anſtalt
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.



Bismarck-Erinnerungen.

Bismarcks Ausſpruch über die Juden.
Flugblatt mit Bildnis. 100 Stück 1 Mark.
Bismarcks Stellung zur Judenfrage.
Brennende Fragen Nr. 22. Einzel-Preis 5 Pfg., 10 Stück 30 Pfg.
Bismarck und der Kaiſer.
Große Ausgabe. Preis 1,50 Mark.
Der Handlanger.
Politiſcher Bilderbogen Nr. 23. Preis 0,30 Mark.
Deutſchnationale Buchhandlung und Verlagsanſtalt,
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.





Juden-Poſtkarten,
Verſchiedne Muſter.
10 Stück gemiſcht 0,50 Mk., 25 Stück gemiſcht 1,10 Mk.,
50 „ „ 1,90 „ 100 „ „ 3,50 „
Völkiſche Poſtkarten in hochfeiner Ausführung.
— Neue Muſter! — 10 Stück gemiſcht 60 Pf.
Gegen Voreinſendung des Betrages od. unter Nachnahme
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulſtr. 15.



Einbanddecken
für 1901 (Leinwand mit reicher Gold- und Schwarzpreſſung) ſind erſchienen.
Preis 1,25 Mark.

Sammel-Käſten
für die Deutſch-Sozialen Blätter,
hochfein ausgeſtattet!
Preis 1 Mark;

Leſe-Mappen
für die Deutſch-Sozialen Blätter
70 Pfg.

Nähmaſchinen
für Familiengebrauch und Gewerbe.
Beſtes Braunſchweiger Fabrikat
liefert zu billigſten Preiſen
Chr. Gsdorn,
Braunſchweig.
Preisliſten gratis und frei

Frankfurt a. M.
Hotel Cölner Hof.
Beſitzer: **Herrmann Laas.**
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preiſen.
Bier- und Wein-Reſtaurant.
Jüdiſcher Beſuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung“, „Deutſche Wacht“, „Deutſch-Soziale Blätter“ und andre deutſche Zeitungen liegen aus.

Rhein-Tuch
Prachtvoller neuer Anzugstoff, 3 Meter für 13,50 Mark. Elegant Unverwüstlich! Muster sof. frei.
Tuchhaus Boetzkes, Düren Nr. 1.

Winke für deutſche Kaufleute, die im Ausland Stellung ſuchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von **Dr. Winterſtein** in **Caſſel**, Humboldtſtr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinſend. v. Mark 1,10, auch in Briefm.

Verlangen Sie durch 5 Pfg.-Karte unſer **Verlags-Verzeichnis** für antiſemitiſche Schriften koſtenlos und poſtfrei.
Deutſchnationale Buchhandlung und Verlagsanſtalt,
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.

Aufklärungs-Schriften!
40 verſchiedne Flugblätter über das Judentum, ſeine Uebermacht im Handel, in der Preſſe und im Schrifttum, ſeinen zerſetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, ſeine Verbindung mit der Sozialdemokratie uſw. erhält man gegen Einſendung von 40 Pf. in Briefmarken von der Geſchäftsſtelle der **„Deutſch-Sozialen Blätter“**, Berlin NW 52.

Jeder Leſer
braucht einen **Kautſchukſtempel.** Von 2,70 Mark an liefere einen vollſt. Druckapparat zum Drucken von Adreſſen, Karten, Zirkularen uſw.
Muſterbuch Nr. 1: Kautſchukſtempel
Muſterbuch Nr. 2: Druckapparate
C. Kaiſer gen. Stempel-Kaiſer
Berlin N., Invalidenſtr. 100.

Biſchof,
Jüdisch-deutscher Dolmetscher.
Feſt gebunden 1,20 Mark.
Talmudüberſetzungen.
Broſchiert 3 Mark.
M. Stein,
Alldeutſcher Verlag,
Leipzig, Täubchenweg 67.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulſtr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyſeſtr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 9. Januar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 699.

Wochen-Spruch.

Die von der Landwirtschaft bisher geübte Bescheidenheit dürfte für immer nicht am Platze sein, denn: „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen". Wir wollen und dürfen uns nicht grün machen, wenn wir bestehen wollen! Tritt mir jemand auf die Zehe, dann schreie ich, aber nicht allein weil mich der Tritt schmerzt, sondern damit sich der Andre für die Zukunft vorsieht. Wir Landwirte müssen uns rühren und auch laut unsre Stimme erheben, wenn wir unsre Interessen wahren wollen.

Fürst Bismarck, 28. 10. 92 zu Rummelsburg (Pommern).

Die politischen Zustände in Oesterreich.

I.

Das österreichische Parlament krankt seit einiger Zeit ganz bedeutend; die Verhandlungen schleichen entweder träge und interesselos dahin, oder sie werden stürmisch und arten in arge Schimpfereien aus — fast immer aber bleiben sie ergebnislos. Zahlreiche Dringlichkeits-Anträge, die nach der Geschäftsordnung allem andern vorangehn müssen, wurden eingebracht, die wieder tagelange Debatten darüber hervorrufen, ob sie dringlich sind oder nicht — kurz, es zeigt sich immer mehr, daß es in Oesterreich mit dem Parlamentarismus, so wie er gegenwärtig besteht, nicht mehr weiter geht.

Einmal stellen die Tschechen Forderungen in nationaler Beziehung auf, deren Bewilligung sie für unerläßlich bezeichnen, und bei deren Nichterfüllung sie mit der Sprengung des Reichsrats drohn, während anderseits die Deutschen dieselbe Drohung aussprechen, falls diese Forderungen den Tschechen bewilligt würden; das andermal wieder kommen die Deutschen mit Forderungen, deren Bewilligung die Tschechen durchaus nicht zugeben wollen, von denen aber die Deutschen erklären, durchaus nicht abgehn zu können. Neuester Zeit haben sich zum Ueberflusse noch die Italiener, die Slowenen und die Ruthenen mit Forderungen eingestellt, deren Erfüllung, wenigstens für lange Zeit hinaus ganz unmöglich ist, von denen sie aber nicht abgehn wollen, falls den Tschechen oder den Deutschen irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden sollten.

Die Polen, diese festeste Stütze der Regierung, den andern Parteien gegenüber, stellen zwar gegenwärtig keine besondern Anforderungen in nationaler Beziehung, weil sie in dieser Hinsicht bereits alles haben, polnische Amtssprache, polnische Universitäten usw.; aber sie sind in andrer, in materieller Hinsicht ein Pfahl im Leibe Oesterreichs, weil sie für ihr kulturell durchaus vernachlässigtes, passives Land stets große materielle Opfer verlangen, die sie, als Regierungsstütze, auch immer erreichen.

Die Regierung tanzt nun einen wahren Eiertanz; der Ministerpräsident verhandelt bald mit den Deutschen, bald mit den Tschechen, bald mit den andern Nationalitäten, und ist mit wahrer, anerkennenswerter Selbstaufopferung bemüht, allseitig zu beschwichtigen; — der wahre Beschwichtigungshofrat des Figaro; er will unter allen Umständen den Reichsrat arbeitsfähig erhalten, um wenigstens die dringendsten Angelegenheiten parlamentarisch erledigt zu sehen. Die gesamte Thätigkeit der Regierung, sowie der Führer der großen Parteien konzentriert sich also thatsächlich auf die Frage: „Was soll geschehen, um das Parlament dauernd arbeitsfähig zu machen und zu erhalten?"

Und die liberalen Blätter, sowie die Organe der zentralistischen Parteien, der industriellen und finanziellen Kreise, des Judentums und der Börse unterstützen diese Bestrebungen, und malen die Zukunft Oesterreichs für den Fall des Versagens des Parlaments schwarz in schwarz — sie prophezeien für diesen Fall den Untergang nicht nur Oesterreichs, sondern fast der ganzen Welt!

Wie die Verhältnisse aber zur Zeit liegen, ist alles Bestreben, das gegenwärtige Parlament dauernd arbeitsfähig zu erhalten, ein ganz vergebliches Bemühen. Weder dieses, noch irgendein andres Parlament wird in Oesterreich dauernd arbeitsfähig bleiben, bevor nicht eine ganze Reihe von Vorfragen gelöst sein werden, die sich bisher als ein Hemmschuh für eine gedeihliche Entwicklung Oesterreichs erwiesen haben. Selbst wenn das schier unmöglich Scheinende wirklich geschähe — wenn es wirklich gelänge, das Parlament wieder für einige Zeit arbeitsfähig zu machen —, was wäre damit gewonnen? Ein Stück „Scheinkonstitutionalismus" wäre wieder einige Zeit in Szene gesetzt. Denn was wäre das für ein Parlament, das sich nur mit Sprachenfragen, Sprachengesetz, Geschäftsordnung usw., also eigentlich nur mit Formsachen beschäftigen würde, das aber bei der ersten Inangriffnahme wirklich ersprießlicher Reform-Arbeiten sofort wieder in seine Unthätigkeit versinken, sofort wieder versagen würde?

Denn die erste und wichtigste Aufgabe des Parlaments wüßte verfassungsmäßig doch die sein, alle seit seinem Zusammenbruche bis jetzt auf Grund des § 14 der Verordnungen, also außer den Budgets für 1902 und die frühern Jahre, die ganze Sammlung der Gesetze und Vereinbarungen, den man mit dem Begriff „Ausgleich mit Ungarn" verbindet, in ernsthafte Verhandlung zu ziehn.

Und dabei würde sofort die ganze, volle Unmöglichkeit der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes, beziehungsweise die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der gegenwärtig bestehenden Verfassung hervortreten; denn es ist absolut ausgeschlossen, daß sich im gegenwärtigen Parlamente, ohne Einfluß der Regierung, für diese Vorlagen, wie sie gegenwärtig bestehn, eine Mehrheit findet. Aber auch sonst stehn die Aussichten für diesen Ausgleich ganz besonders schlecht. Einerseits haben fast sämtliche Parteien des österreichischen Parlaments nahezu einstimmig erklärt, daß der gegenwärtig bestehende, von Badeni und Bilinski mit dem ungarischen Minister-Präsidenten Szell abgeschlossene, und dem österreichischen Volke mit kaiserlicher Verordnung auf Grund des § 14 der Verfassung aufgezwungne „Ausgleich" für Oesterreich unannehmbar sei, weil sich Oesterreich finanziell und wirtschaftlich daran verblutet — andrerseits hat der ungarische Ministerpräsident, die ungarische Regierung und auch die maßgebende ungarische Presse wiederholt die bestimmteste Erklärung abgegeben, von diesen, nun schon durch vier Jahre auf Grund des § 14 bestehenden Abmachungen auch nicht ein I-Tüpfelchen nachlassen zu wollen

oder zu können, a[illegible] Abänderung derselben in keiner Weise und auf keinen F[illegible]geben. Es sind demnach keine Aussichten auf eine Einigung vorhanden.

Nun haben aber auch die Tschechen die bestimmteste Erklärung abgegeben, daß sie als unerläßliche Bedingung überhaupt nur für die Zulassung der Ausgleichsberatungen, der Verhandlungen über den „Ausgleich mit Ungarn" das Zugeständnis der innern tschechischen Amtssprache in Böhmen und Mähren und die Errichtung einer tschechischen Universität für Mähren verlangen, welches Zugeständnis wieder die Deutschen unter keinen Umständen bewilligen zu können erklären; im Gegenteile, die Deutschen fordern die Einführung der deutschen Sprache als „Staatssprache" im ganzen Reiche.

Es stehen also die Aussichten überhaupt nur für die Aufnahme der Verhandlungen über den „Ausgleich mit Ungarn" und infolgedessen auch über den ganzen Komplex der mit diesem Ausgleich zusammenhängenden Fragen, Zoll- und Handelsbündnis, Quote usw. sehr schlecht. Die Ungarn geben unter keinen Umständen nach; sie wissen, daß sie die Krone stets auf ihrer Seite haben; sie drohen im Falle der Nichterfüllung ihrer Wünsche einfach mit der Revolution, und diese Drohung schüchtert den maßgebendsten Faktor im Reiche, der, um alles in der Welt, nur überall Ruhe wünscht, derart ein, daß allen Anforderungen der Ungarn stets Rechnung getragen wird. Die Ungarn wissen, daß immer und überall, wo es Differenzen zwischen Oesterreich und Ungarn giebt, die letzte Entscheidung im ungarischen Sinne ausfällt; ein Nachgeben der Ungarn ist also ausgeschlossen.

Es bleiben daher nur zwei Wege übrig, um „den Ausgleich mit Ungarn" abzuschließen: Entweder es gelingt der Regierung, nachdem sie auf die Stimmen der Polen und der deutschen liberalen Fortschrittspartei mit Sicherheit rechnen kann, durch verschiedne Zugeständnisse die Stimmen der Tschechen, Italiener, Slowenen usw. zu gewinnen — dann steht Oesterreich auf demselben Punkte, wie vor vier Jahren, als Graf Badeni den Tschechen die Sprachenverordnungen gab, um sie für den „Ausgleich mit Ungarn" einzufangen — oder die Regierung müßte (da sie es doch nicht darauf ankommen lassen will und kann, den „Ausgleich" im Parlamente abgelehnt zu sehen) das Parlament wieder auflösen oder zumindest vertagen, und den „Ausgleich" wieder auf Grund des § 14 den österreichischen Völkern aufzwingen! Und damit stände Oesterreich wieder auf demselben Standpunkt, wie unter der Regierung des Grafen Thun.

Man hat auch die Oktroyierung einer neuen, verschärften Geschäftsordnung vorgeschlagen; doch hat eine solche schon einmal versagt, als unter dem Präsidium Abrahamovicz, die Polizei, ins Parlament eingeführt, die Abgeordneten hinaustrieb, den Abgeordneten Wolff, der sich mit Händen und Füßen sträubte, aus dem Saale trug und verhaftete, um ihn am andern Tage wieder frei zu lassen.

Also in jedem Falle eine vollständige Wiederholung des schon Dagewesenen! Der „Ausgleich mit Ungarn" würde die ganze Ausgleichskampagne scheitern machen, die Frage des Dualismus wäre aufgerollt und die gegenwärtige österreichische Verfassung ad absurdum geführt!

Schließlich bleibt es sich aber für die Völker Oesterreichs gleich, ob die Verfassung auf diese oder jene Art zusammenstürzt; die Hauptsache ist, daß sich bei allen österreichischen Völkern immer mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, daß der ganze Verfassungsbau in Oesterreich unhaltbar geworden ist, daß er wankt und zusammenbricht, weil die Fundamente erschüttert sind, weil die Grundmauern ins Wanken gekommen. Wenn aber bei einem Gebäude die Fundamente schlecht sind, dann hilft alles Herumbauen und Reparieren nichts; das Gebäude erhält Risse und stürzt endlich zusammen. Da müssen vor allem neue Fundamente geschaffen werden, fest und dauerhaft, und nur darauf läßt sich dann ein gesunder, dauerhafter Neubau aufführen.

Die ganze österreichische Verfassung ist aber auf den Dualismus aufgebaut. Dieses Fundament ist mit der Zeit schlecht und unhaltbar geworden; ja, es besteht überhaupt nicht mehr so, wie es ursprünglich bestanden hat. Der Dualismus, wie er unter Andrassy, Beust und Deak abgemacht wurde, hatte zur Voraussetzung, daß in Ungarn die Madjaren und in Oesterreich die Deutschen regieren. In Ungarn mag sich der Terrorismus der Madjaren, unterstützt von dem dort allmächtigen Judentum und dem Liberalismus, noch die Herrschaft für einige Zeit erhalten — für die Dauer gewiß nicht; in Oesterreich aber hat die Herrschaft der Deutschen (der liberale Zentralismus) durch die eigne Schuld der Deutschen und durch die unendlichen Versäumnisse, die sich die damals herrschende Verwaltungsratpartei zu Schulden kommen ließ, total Schiffbruch gelitten und für immer abgewirtschaftet, seine Rolle ist für immer ausgespielt!

Die Vorherrschaft der Deutschen in Oesterreich, wie sie der erste „ungarische Ausgleich" des Jahres 1867 zur Voraussetzung hat, ist in aller Zukunft unmöglich! Wohl bemühen sich gewisse geheimnisvolle Kräfte, auch in Oesterreich die Herrschaft des Judenliberalismus wieder aufzurichten — aber, vergebliches Bemühen! Nie mehr werden in Oesterreich für den Liberalismus jene schönen Tage erstehn, wie sie die Jahre 1867, 1868 und 1869 gesehen, wo alles um das goldne Kalb tanzte, und Korruption und Mißwirtschaft in allen Zweigen und auf allen Gebieten herrschte und blühte!

Wie heute die Verhältnisse liegen, so ist folgendes klar: Es wird in Oesterreich niemals früher Ruhe und Frieden eintreten, bevor nicht der jetzt bestehende Dualismus beseitigt und das Verhältnis zu Ungarn vollständig neu geschaffen sein wird. Man kann ja noch einige Zeit herumexperimentieren; man kann den Reichsrat vertagen, auflösen, neu wählen lassen, man kann die Regierung wechseln, einmal, mehrmal — das bleibt sich im Endresultate alles gleich; — Oesterreich kommt nicht zur Ruhe, bevor es nicht, unabhängig von Ungarn, und befreit von dem ungarischen Bleigewichte, seine verfassungsmäßigen Zustände und überhaupt alle seine Angelegenheiten selbständig ordnen und für sich selbst, für sich allein sorgen, seine reichen Mittel für seine eignen Zwecke verwenden kann! Also die erste Bedingung hierzu ist: Los von Ungarn! Zuerst wirtschaftlich, und dann auch politisch!

An das Selbstgefühl des deutschen Volkes

wendet sich in einer wichtigen Angelegenheit ein uns dieser Tage in die Hände gekommner äußerst beherzigenswerter Aufruf des Allgemeinen deutschen Schriftvereins, der für die Erhaltung der deutschen Schreib- und Druckschrift in allen Ländern deutschen Stammes eintritt, die Herbeiführung der Alleingültigkeit der deutschen Schreib- und Druckschrift als schriftlichen Ausdrucks der deutschen Sprache und daher die Verdrängung der Lateinschrift aus unsrer Sprache fördern will und gleichgerichtete Bestrebungen bei den skandinavischen Brudervölkern unterstützen will und somit als letztes Ziel die Anerkennung der Deutschschrift als Eigenschaft der germanischen Rasse anstrebt.

Nach einer Schilderung der traurigen Thatsache, daß wir „auf dem besten Wege sind, unsre germanische Eigenart überhaupt preiszugeben und in einem weltbürgerlichen Völkerbrei unterzugehn," sagt der Aufruf: „In diesem Zeitalter des Verfalles und Unterganges stammestümlicher Heiligtümer wollen verkehrte Schwärmer auch die deutsche Schrift, die unser Volk seit fast einem Jahrtausend treu bewahrt hat, beseitigen, austilgen, während wir ängstlich bemüht sein sollten, alles zu retten und zu erhalten, was uns noch irgend von stammestümlicher Besonderheit geblieben ist. Die Lateinler verlangen, daß wir wieder zugunsten der fremden Völker demütig ein volkstümliches Gut, einen uns eigentümlichen Besitz preisgeben sollen. Wieder einmal sollen wir ‚deutsche Michel' sein und uns bedientenmäßig dem Auslande anbequemen und unterordnen."

Demgegenüber erhebt der „A. d. Sch. V." den Ruf „Deutsche Schrift dem deutschen Worte!" Er erinnert an unsern großen Bismarck, der nicht nur alles deutschsprachliche

deutsch schrieb, sondern es auch ablehnte, ihm gewidmete deutsche Bücher, die in lateinischer Schrift gedruckt waren, entgegen zu nehmen und zu lesen. Die Lateinschriftler berufen sich auf Jakob Grimm, der allerdings leider eine irrige Vorliebe für die wälsche Schrift besaß. Ihm aber stehen gegenüber Kant, der ein warmer Freund und Fürsprecher der deutschen Schrift war, und Grimms eigne Schüler, die in diesem Punkt anders dachten und handelten, als ihr Meister. Treffend hat Ludwig Jahn die Unsitte, deutsche Sprache in wälsche Schrift zu kleiden, eine vaterländische Abscheulichkeit genannt.

„Wir leben in einer Zeit stammheitlicher Regungen. Die Völkerfamilien erinnern sich ihrer Stammverwandtschaft. Die Romanen und die teilweise romanisch umgebildeten Britten haben die Lateinschrift allgemein angenommen. Die Slawen kämpfen für einheitliche Anerkennung der russischen Schriftzüge. Die Germanen sollten sich zu dem Bewußtsein durchringen, daß die Eckschrift die Schrift der germanischen Rasse ist. Sie gilt außer im Reiche und den Ländern deutschen Stammes noch heut bei den skandinavischen Brüdern, ja selbst bei den Finnen, die sie von den germanischen Schweden gelernt."

Höchst interessant sind die Leitsätze des Vereins, die zuerst die Geschichte der Entstehung der „gotischen Schrift" behandeln und darlegen, wie diese Schrift hervorging aus dem Bestreben, die dem deutschen Volk statt seiner ursprünglichen (Runen-) Schrift aufgedrungne „glatte, geschmeidige, dabei kahle, unkünstlerische lateinische Schrift" dem Gemüt, der Wesenheit und dem künstlerischen Sinn des Deutschen Volkes entsprechend umzugestalten. „Die Vollendung des Vorgangs, der im Zusammenhange mit dem gotischen Stile in Bildnerei, Baukunst und Malerei stand, fällt in das dreizehnte Jahrhundert . . . die gotische oder besser germanische Schrift war infolge der vorübergehenden Herrschaft germanischer Stämme in Italien, Frankreich und Spanien und ihrer geistigen Führerschaft dortselbst in jenen Ländern eingeführt worden und hielt sich dort noch mehre Jahrhunderte hindurch." Als später die Weite des germanischen Einflusses abnahm, nahmen die Romanen die lateinische Schrift wieder an.

Im Bereich der germanischen Rasse fielen nur früher schon die Engländer und neuerdings leider auch die Niederländer vom Gebrauch der germanischen Schrift ganz ab. „In Deutschland erhielt die Eckschrift durch die deutsche Erfindung der Buchdruckerkunst eines Johann Gutenberg und durch ihre schöne, künstlerische Auszierung seitens eines Albrecht Dürer und andrer Schreibmeister eine noch festere Bestätigung und Daseinsberechtigung." Auch die „Renaissance" und ihre Humanisten versuchten, den Germanen die romanischen Schriftzeichen aufzudrängen. Vergebens! Durch Jakob Grimms irrige Liebhaberei hat sich der Brand von neuem entfacht. Der „Verein für Lateinschrift" hat es fertig gebracht, „daß sich seit Jahrzehnten fort und fort die Bücher und Zeitschriften, und nicht nur solche wissenschaftlicher Art, mehren, die statt in deutschem in lateinischem Drucke erscheinen. Ja auch Tageszeitungen fangen schon an, in einzelnen Teilen den lateinischen Druck zu wählen. Von den geschäftlichen Schildern, Stempeln, Vordrucken, Anzeigen und Aushängen ist die deutsche Schrift in größern Städten fast ganz geschwunden. Die Zahl der Deutschen, die sich beim Schreiben ausschließlich der lateinischen Schrift bedienen, mehrt sich beständig."

Dieser Bewegung und den von ihr angeführten Gründen für ihr Vorgehn, gegenüber behauptet der „A. d. Sch. V.": „Die deutsche Schrift hindert nicht die Verbreitung des deutschen Schrifttums im Auslande. Alle romanischen Völker, wie auch die Engländer und Amerikaner, können unsre Druckschrift bequem lesen; sie wenden sie sogar in ausgiebiger Weise selber als Zierschrift an. Viele Ausländer haben sich dahin geäußert, daß sie die deutsche Sprache lieber und leichter in deutschem als in lateinischem Druck lesen. Unsre Denker und Dichter sind in der ganzen Welt bekannt. Aus keinem Schrifttum werden nach zahlenmäßigen Nachweisen mehr Schriften in fremde Sprachen übersetzt, als aus dem deutschen. Die deutsche Schrift belastet nicht unsre Schulkinder in übertriebner Weise. Erstens lernen die Kinder gegenwärtig die deutsche und lateinische Schrift, deren Grundformen sich im wesentlichen gar nicht mehr von einander unterscheiden, spielend nebeneinander. Bei Verwirklichung des Leitbildes, dem wir zustreben, daß die deutsche Schrift in Deutschland wieder die allein herrschende werde, daß alles deutschsprachliche wieder ausschließlich deutsch geschrieben und gedruckt werde, daß die lateinische Schrift erst mit Beginn des Unterrichts der romanischen Sprache, wie heutzutage die griechische mit Beginn des griechischen Unterrichts, gelehrt werde, wird überdies eine Entlastung der Schulkinder insofern eintreten, als sie in den ersten Schuljahren nur die deutsche Schrift zu erlernen brauchen. Die nämliche Entlastung würde bei der Alleinherrschaft der deutschen Schrift auch für die Buchdruckereien in Bezug auf den zu unterhaltenden Schriftenvorrat eintreten. Die deutsche Schrift läßt sich bei klarem, lichtem, geräumigem Drucke schneller lesen, als die lateinische und ist für die Augen deutlicher als diese. Auch läßt sie sich zumindest ebenso schnell schreiben, wie die lateinische. . . . Beim Schreiben oder Drucken beansprucht die deutsche Schrift nicht mehr Raum, als die lateinische . . . die deutsche Schrift ist schöner, als die lateinische . . . Wegen ihres fast tausendjährigen Alters ist die deutsche Schrift aber auch ehrwürdig. Da sie aus deutschem Kunstsinn heraus geboren, also ein echtes Kind germanischen Geistes und Gemütes ist und bis heut von den germanischen Stämmen festgehalten wurde, ist sie in Wahrheit die Schrift der germanischen Rasse."

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir den Standpunkt des „Allgemeinen deutschen Schriftvereins" vollständig teilen und seit Jahren schon danach handeln.

Eine Arbeitslosen-Debatte

sah infolge einer Interpellation der Sozialdemokraten am 21. v. M. der Badische Landtag, bei welcher Gelegenheit auch unser Abg. Mampel das Wort ergriff und folgendes ausführte:

Hochgeehrte Herren! Es ist ja nicht in Abrede zu stellen, daß wir heute das Gespenst der Arbeitslosigkeit in den großen Städten allüberall wahrnehmen. Es ist das übrigens eine Erscheinung, die jeher von Zeit zu Zeit schon aufgetreten ist und auch später noch auftreten wird. Ich glaube, heute ist es mehr ein Resultat der ungleichen Verteilung der Arbeitskräfte durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik. Es ist dahingekommen, daß, während in den letzten Jahrzehnten die Industrie floriert hat, die Landwirtschaft immer mehr zurückgegangen ist. Aus diesen Vorgängen ist eine unverhältnismäßig große Zahl Arbeitskräfte den Städten zugeflossen, die dem Lande — der Landwirtschaft — lange Zeit hätte gute Dienste leisten können.

M. H., ich will mich nicht auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik im allgemeinen ergehn, sondern ich werde mich in dem Rahmen der heutigen Tagesordnung halten. — Durch die Konjunktur, durch die Ueberproduktion auf allen Gebieten der Industrie ist es dahin gekommen, daß wir allerdings in einer Krisis stehn, deren Größe und Verlauf noch gar nicht abzusehen ist. Was eingetreten ist, m. H., das ist ja von manchen Seiten schon vorausgesagt worden, und wir stehn heute thatsächlich vor einem Krach, der gar nicht abzuleugnen ist. Und soll da der Staat helfen?

Arbeitswillig sein, und arbeitslos werden, ist freilich ein hartes Loos für den, den es unverschuldet trifft. M. H., es sind in diesen Tagen verschiedne Mittel angegeben worden, um diesem Uebelstand zu steuern für die Zukunft. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, daß wir es in Deutschland gegenwärtig mit Tausenden von Arbeitslosen zu thun haben, daß aber, wenn es nach der Ansicht eines Mannes, der auch hier im Hause zitiert worden ist, nach der Ansicht des Leopold Sonnemann gegangen wäre, Deutschland ein allgemeiner großer Industriestaat wäre und die Landwirtschaft nur noch eine untergeordnete Rolle spielen würde. Ja, m. H., dann hätten wir

jetzt wahrscheinlich m. [illegible] ionen von Arbeitslosen zu thun, anstatt nur mit Tausen[illegible]

(Zuruf: Hat [illegible]anemann nie verlangt.)

Ich glaube, daß die verschiednen Mittel, m. H., die angegeben worden sind, um diesen Zuständen für die Zukunft vorzubeugen, nicht so wertlos sind, daß wir sie kurzer Hand abweisen sollten. Allerdings giebt es für die Arbeiter ein Institut, das dafür sorgt, daß, wenn die Zeit der Not kommt, die Arbeiterfamilien nicht so sehr in Not kommen, daß sie darben müssen, und das sind unsre Sparkassen, wie auch von verschiednen Herren Vorrednern betont worden ist. Andrerseits ist in Vorschlag gebracht worden, eine Arbeitslosen-Versicherung einzuführen. Ja, m. H., nach meiner Ansicht wäre das ein gewagtes Spiel. Es hat das seine gute Seite, aber auch seine nachteilige Seite. Wer das will, kann der nachher die andern Interessenten davon abhalten, auch sogenannte Streikversicherungen zu veranstalten?

(Zuruf: Sehr gut!)

Sehr gut! wird mir von der Seite (links) zugerufen. Also, wenn die Großindustriellen sich auch zusammenthun und Verbände bilden und sich mit dem Ausland vielleicht in Verbindung setzen würde.

(Zuruf: Geschieht jetzt schon!)

Ja, m. H., da werden Sie wahrscheinlich größere Nachteile als Vorteile haben. Dann wird die Zuströmung von Ausländern, die über unsre Grenze kommen, noch mehr zunehmen, als das heute der Fall ist. Diese Industriellen werden sich nur dadurch hüten können vor den Schäden der Streiks, daß Sie Italiener und Polen und Leute Gott weiß woher nehmen, um diesem Uebelstand zu steuern, und wenn dann wieder so eine Arbeitslosigkeit eintritt, würde sich ein noch viel größerer Mangel zeigen, als es heute der Fall ist. Nein, m. H., ich halte für die allerbeste Einrichtung ein planmäßiges und von der Regierung geleitetes Stellenvermittlungswesen mit Arbeitsnachweis-Anstalten, das auch auf das platte Land ausgedehnt wird, und vor allem, m. H., Interpellanten helfen Sie dazu — ich will das Gebiet nicht ausführlich behandeln, aber ich kann nicht unterlassen, es kurz zu erwähnen — mit uns Landwirten in den nächsten Reichstagsverhandlungen Hand in Hand zu gehn, daß bessere Verhältnisse für die Landwirtschaft herbeigeführt werden, daß man wegen der Löhnung der Arbeiter mit der Industrie in Konkurrenz treten kann, daß auch die freie Verköstigung bei den Bauern wieder zu Ehren kommt. Und daß die Arbeiter, die ihr Brot in der Landwirtschaft im Sommer verdienen, es einsehen lernen, daß es dann ihnen auch nicht im Winter fehlt. Aber die Arbeiter sollten bei guten Zeiten selbst dafür sorgen, daß bei einbrechender Krise die Not nicht allzu fühlbar wird. Wir haben es voriges Jahr erlebt, daß ein Arbeiter fünf Mark auf dem Bauplatze verdient hat. Dieses Jahr kommt er mit 2,50 Mark auch aus, und seine Kinder leiden doch keinen Hunger. Und wenn sie einmal Not leiden, sind immer wieder die Landwirte da, die ihnen unter die Arme greifen. Das sind meine Ansichten über diese Fragen.

Nun, m. H., habe ich nicht die Absicht, mich auf die Zolltarifdebatte des nähern einzulassen. Ich will nur das eine sagen: haben wir in diesen schweren Zeiten Vertrauen zu unsrer jetzigen Regierung, sie hat das Vertrauen verdient, sie hat gezeigt, daß sie bereit ist, mit ihren Hilfsmitteln einzutreten, wo sich Not und Mangel im Volke bemerkbar macht, und man darf auch überzeugt sein, daß sie Mittel und Wege immer finden wird und bereit ist, sie aufzusuchen, um jedem Uebelstand, der in dieser Beziehung hervortritt, abzuhelfen. Aber, m. H., helfen Sie auch dazu, und thun Sie auch das Ihre dazu, besonders den Sparsinn wieder in Ihren Reihen zu fördern, mehr den Lustbarkeiten zu steuern, wo das schöne Geld, das für die Familie oft so notwendig wäre, leichtsinnig vergeudet wird. Weisen Sie nicht auf andre Stände. Wenn es auch andre Stände giebt, die ebenfalls dem Müßiggang sich hingeben, sind diese doch nie an den Staat herangetreten, um Unterstützung teilhaftig zu werden.

Bauernverschuldung und sozialdemokratische Hoffnungen.

Die Sozialdemokraten stellen sich stets so an, als ob sie nur die Existenz der überreichen Junker und Großgrundbesitzer vernichten, als ob sie nur diesen das angebliche Brotwucherhandwerk legen wollten, die große Masse der Bauern erfreut sich dagegen verhältnismäßig rücksichtsvoller Behandlung von jener Seite. Selbst wenn gegen die Viehzollerhöhungen losgeschlagen wird, vergißt man, daß es die Bauern sind, die in erster Linie an guten Viehpreisen interessiert sind, und versucht auch nur die Großgrundbesitzer als „Fleischwucherer" zu brandmarken. Dieses ganze Verhalten beruht natürlich auf einer schlauen Taktik. Die führenden Genossen wissen sehr wohl, daß die Millionen der streng national und religiös gesinnten freien deutschen Bauern und nicht die wenigen Zehntausende der Großgrundbesitzer den Fels bilden, an dem ihre Umsturzbestrebungen zerschellen müssen, sie arbeiten deshalb auch stets zielbewußt auf die Unterwühlung des Felsens hin, sie arbeiten im Bunde mit kurzsichtigen Freisinnigen und andern Manchesterliberalen, mit Caprivistaatsmännern und Brentanogelehrten äußerst konsequent an der Verschlechterung der Existenzbedingungen des Bauernstandes, aber sie wollen es noch nicht eingestehn. Würden doch ihre Hauptschlagworte in der Agitation ihre Wirkung verfehlen, würden sie doch mancher Unterstützung verlustig gehn, wenn sie die Kampfesparole „gegen die Junker", durch die weitergehende „gegen die Ackerbauer" ersetzen wollten.

Ohne oder gar gegen die Bauern gehts nicht, d. h. kann der Umsturz nicht siegen. Mit den Bauern aber gehts auch nicht, das hat man nach vergeblichen Bemühungen, ein sozialdemokratisches Agrarprogramm zum Bauernfang aufzustellen, erkannt. Deshalb muß der Bauer, wie er heute noch ist, der von der Liebe zu seiner heimatlichen Scholle beseelte, oder um sozialdemokratisch zu sprechen, der vom Eigentumsteufel besessene selbständige Bauer beseitigt werden. Wie sich die Umsturzgenossen den modus procedendi hierbei denken, das enthüllt eine Bemerkung des „Vorwärts", der nicht von unsern deutschen, aber von den norwegischen Bauern folgendes berichtet:

> „Als Beilage zu den Berichten der Arbeiter- und der Ackerbaukommission des Storthings ist eine tabellarische Uebersicht über die ökonomischen Verhältnisse der Landwirte Norwegens erschienen. Die 283 Seiten umfassende Arbeit ist auf grund umfangreicher statistischer Erhebungen und genauer Berechnungen hergestellt worden. Wir erfahren daraus, daß die ungefähr 120 000 die Landwirtschaft als Haupterwerb betreibenden Personen rund 374 Millionen Kronen Schulden haben. Hierzu kommen 77 000 Personen, die Landwirtschaft als Nebenerwerb betreiben, mit einer Schuldenlast von über 100 Millionen Kronen. Die gesamten Schulden, die auf der norwegischen Landwirtschaft lasten, werden auf 474 Millionen berechnet, wovon 69 v. H. auf Pfandverschreibungen entfallen. Hierzu kommt aber noch, daß jährlich 8 bis 9 Millionen Kronen an „Auszügler" zu zahlen sind, die ihre Güter andern gegen ein jährliches Unterhaltsgeld übertragen haben. Diese Summe als 5 prozentige Rente gerechnet, setzt ein Kapital von 160 bis 180 Millionen voraus. Diese mitgerechnet beträgt die Gesamtschuld rund 650 Millionen Kronen. Der Gesamtwert von Norwegens landwirtschaftlichem Grund und Boden wird auf 1100 Millionen Kronen berechnet. 59 v. H. dieses Gesamtwertes würden zur Deckung der Schulden der Besitzer notwendig sein; von den übrigen 41 v. H. würde aber noch ein erheblicher Teil auf Kommune und Staatsschulden entfallen."

Diese Sachlage in Norwegen hat das dort erscheinende Organ der internationalen Umsturzgenossen, „Sozialdemokraten", zu dem Versuch bewogen, den „Baum zu schütteln", um zu sehn, ob die Frucht noch nicht reif ist für die sozialdemokratische Ernte. Es that dies in folgender Weise.

„Der Bauer mag sich selbst fragen: Wenn ich die Zinsen der Hypothekenschulden kapitalisiere, die Unterhaltsgelder für Auszügler, die Staats- und Gemeindesteuern in allen ihren Formen, die ökonomischen Verluste durch den Militärdienst, Naturallieferungen für Instandhaltung der Staatsstraßen usw., wie viel behalt ich dann übrig als mein eigentliches Eigentum? Nicht ein Zipfelchen, glauben wir, kann der Bauer hier in Norwegen wirklich sein eigen nennen. Nicht seinen Hof, nicht seine Häuser, nicht seine Ernte, nicht den Viehbestand, nicht einen Baum im Walde. Das alles zusammen ist nur das Kapital, das er mehr oder minder vorteilhaft verwaltet, um den Kapitalisten Renten zu verschaffen. Dafür plagt er sich Nacht und Tag. Und dabei geht er beständig umher, Angst und Beklemmung im Herzen, daß die Sozialisten kommen und ihm sein Eigentum nehmen und es unter sich teilen! Er hat wahrhaftig gar kein Eigentum. Nicht einen Fetzen. Das einzige, was die Sozialisten von ihm nehmen können, sind seine Schulden."

Wir wissen nicht, ob die Bauern in Norwegen bereits soweit heruntergebracht sind, daß sie den sozialdemokratischen Vogelstellern in die Netze fallen werden, weil diese ihnen angeblich nichts weiter nehmen können und wollen als ihre Schulden. Von dem deutschen Bauern aber wissen wir, daß er, obgleich ebenso sehr wie der norwegische mit Schulden und Lasten bedrückt, sich doch noch als freier Mann auf seiner Scholle fühlt und als solcher lieber schwer arbeiten und alle Entbehrungen tragen, als ein noch so bequemes Schlaraffendasein als „landwirtschaftlicher Zwangsarbeiter für Rechnung der sozialdemokratischen Genossenschaft" führen will.

Erst wenn der deutsche Bauer durch seine großkapitalistischen Gläubiger aus dem Besitz seiner Scholle vertrieben, wenn er vollkommen enteignet sein sollte, könnte er wohl dahin kommen, dieser Genossenschaft als Arbeitgeberin den Vorzug vor den großkapitalistischen Grundbesitzern Levy, Mosse und Konsorten zu geben.

In dieser Hoffnung, daß eine fortgesetzt steigende Verschuldung bei stetig sinkenden Preisen für die Früchte des Landbaues den Bauernstand ruinieren, proletarisieren und den Umsturzgenossen in die Arme treiben müßte, kämpfen die Sozialdemokraten gegen alle wirtschaftspolitischen Forderungen zur Sicherung eines ausreichenden Lohnes für die selbständigen Arbeiter auf der deutschen Ackerscholle und kämpfen sie für eine Begünstigung des internationalen Großhandels aus dem das Großkapital seine Einkünfte und seine Macht zieht. Alle Leute aber, die an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschafts-Ordnung und an Vereitelung der sozialdemokratischen Umsturzhoffnungen ein Interesse haben, handeln diesem schnurstracks entgegen, wenn sie die sehr zielbewußten Genossen in ihrem Bestreben, die Leistungsfähigkeit des deutschen Bauernstandes zu vernichten, unterstützen.

Anweisung für sozialdemokratische Redner.

Herausgegeben von Fischart jun.

So benennt sich ein kleines Schriftchen, das mit recht gelungner Satyre die sozialdemokratische Agitations-Methode geißelt. Wir drucken einen kurzen Abschnitt zur Erheiterung unsrer Leser daraus ab:

Dreistigkeit.

Schüchternheit oder gar Aengstlichkeit ist mit der Aufgabe des Redners unverträglich. Wer nicht mit vollkommenster Sicherheit der Versammlung gegenübertritt, wer nicht ohne rot oder blaß zu werden, alles behaupten und alles aussprechen kann, was die Partei von ihm verlangt, der ist zum sozialdemokratischen Redner nicht geeignet. Denn die größten Wahrheiten und die größten Lügen, die edelste Begeisterung und die muffigste Gemeinheit, die sittlichste Entrüstung, die schöntönendste Lobpreisung, die geschickteste Verdrehung, alles verliert die Ueberzeugungskraft für die Zuhörer, wenn es nicht mit gleicher Unerschütterlichkeit vorgetragen wird. Die Versammlung sieht in der Dreistigkeit den Beweis, daß der Redner überzeugt ist von dem, was er sagt; und nur derjenige Redner kann tiefere Wirkung erzielen, dem die Worte von Herzen kommen, oder der wenigstens den Anschein zu erwecken weiß, als ob es so wäre.

Der sozialdemokratische Redner ist nun aber der einzige, der zu dieser Dreistigkeit des Auftretens nach jeder Hinsicht berechtigt ist. „Darin liegt ja die Größe und Unbesiegbarkeit des proletarischen Strebens, daß ein jeder, der sich ihm hingiebt, das Ideal vorausschaut, für das er kämpft, daß er selbstlos, ohne auf persönlichen Ruhm bedacht zu sein, Mühen und Gefahren trägt. Denn er weiß, daß er Pflichten auf sich genommen hat, notwendig wie die harte Tagesarbeit, daß aber auch der Tag des Sieges kommen muß, sicher wie der Frühling." Dies Bewußtsein schon allein erhebt den Vertreter dieses Ideals über alle dumpfe Aengstlichkeit, die dem Bourgeois anhaftet, sowie über die Anschauungen von Anstand, Schicklichkeit, Ehre Recht, denen der „Ordnungspöbel" sich sklavisch unterworfen hat.

Ein zweiter Grund, weshalb der sozialdemokratische Redner nicht schüchtern zu sein braucht, ist der, daß er an Kenntnissen die versammelten Genossen meistens übertrifft. Es sind ja der Mehrzahl nach Arbeiter, viele verständige Leute dabei, auch kluge Männer, wie sie sich unter den deutschen Arbeitern in nicht geringer Zahl finden. Aber die Verständigkeit und Klugheit kann nur auf dem Gebiet zur Geltung kommen, das sie beherrschen. Sonst fehlt es an der nötigen Vorbildung; vor allem an der Fähigkeit, sich in andre als die ihnen geläufigen Gesichtspunkte zu versetzen und die Dinge noch von einer andern Seite anzusehn, als wie ihre Beschäftigung und ihre Lebensweise sie ihnen erscheinen läßt. Wenn nun der Redner aus dieser Auffassung heraus alles darstellt — und das ist die Aufgabe des sozialdemokratischen Redners —, so sind sie für jeden rhetorischen Kniff zugänglich.

Mit der Politik hat sich ein großer Teil gar nicht oder fast gar nicht beschäftigt, und diejenigen, die es durch Zeitungen oder durch Teilnahme an Vereinen gethan haben, sind immer in derselben Richtung bearbeitet und verstehn schließlich nur noch das, was in diese Auffassung hineinpaßt. So würde ein Bewohner der Ebene, der von Büchern und andrer Aufklärung fern gehalten wäre, jeden für einen Narren halten, der ihm vorlügen wollte, es gäbe auch Stellen auf der Erde, die nicht eben wären.

Es ist Pflicht des Redners, diesen Vorteil zu benutzen. Aussprechen darf er dies aber natürlich nicht. Es war deshalb ungeschickt vom Genossen Stadthagen zu sagen: „Auch in Berlin haben wir mit Versicherungen irgendeines Genossen, welchem wir so viel Verstand zutrauten, zu wissen, ob er Hauseigentümer sei, schlechte Erfahrungen gemacht." So etwas sagt man nicht; für den Redner haben die Genossen niemals zu wenig Verstand. m. v. d. Dagegen wird er fleißig die Intelligenz der Genossen rühmen. Da auch der Arbeiter als Glied des Staates, der Gemeinde usw. am politischen Leben teilzunehmen hat, so wird es dem Redner bei vielen nicht schwer fallen, ihnen klar zu machen, daß sie deswegen auch imstande sind, alles zu beurteilen. Er braucht nur zu sagen, daß der gesunde Sinn des Volkes besser das Richtige erkenne, als die Beamten am grünen Tisch, daß das Volk sich nicht dumm machen lasse über Dinge, die es am eignen Leibe spüre, und ähnliches.

Es schadet gar nichts, wenn er dabei auch von Sachen redet, die die Zuhörer gar nicht verstehn können; er muß sich sich nur so ausdrücken, daß sie merken, der Redner setzt voraus, daß sie damit vertraut sind. Wenn z. B. Genosse G. sagt: „Sie müssen denken, damals war die Hegelsche Philosophie an der Herrschaft, und gegen sie erhob sich eine Reaktion," so erhält der Zuhörer das Bewußtsein, von den schwierigsten Sachen Kenntnis zu haben; er fühlt sich angenehm gekitzelt. Das bekannte und geläufige Wort „Reaktion" giebt Anhalt genug, daß er mit dem Satz eine gewisse Vorstellung verbindet, und das genügt vollständig.

Daß der sozialdemokratische Redner seine Rede den Wünschen seiner Zuhörer anzupassen hat, also wahrhaft volkstümliche Politik treibt — denn die Genossen sind das Volk —, darin liegt auch ein Grund dafür, daß er allen Gegnern überlegen ist — und das ist ein weiterer Anlaß für ihn, dreist zu reden. Es finden sich selten Gegner in den Versammlungen ein, und kommt einmal einer, so wird er immer auf starken Widerstand stoßen, und für den Redner genügt, um ihn zu widerlegen, meistens schon der Hinweis, daß der Gegner bei dem beschränkten Gesichtskreis der Bourgeosie gar nicht imstande sei, die Bedürfnisse und das wahre Wohl des Volkes zu beurteilen, sondern die Arbeiter darüber eine richtigere Meinung haben. Weiteres über diesen Punkt werden diese Anweisungen an geeigneter Stelle bringen.

•

Das Schriftchen, wovon bis jetzt zwei Stücke erschienen sind, ist zum Preise von 10 Pfg. fürs „Stück“ zu beziehn von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52.

Die Blutmorde in Konitz und Polna kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die das Schöffengericht zu Stargard (Pommern) am 20. Dezbr. v. J. beschäftigte. Angeklagter war der Kornhändler Landecker aus Dölitz. Ihm wurde zur Last gelegt, den Pastor Kröjell zu Klorin beleidigt zu haben. Die Beleidigungen fanden sich in verschiednen Denunziationen, die Landecker an das Konsistorium der Provinz Pommern sowie an den Evangelischen Oberkirchenrat gerichtet hatte. Der jüdische Verteidiger des Landecker, Meyer mit Namen, hatte sich in der Person des Rabbiners Dr. Silberstein einen Sachverständigen mitgebracht und führte mit dessen Unterstützung eine lange Debatte über Talmud und Ritualmorde im allgemeinen und die Morde in Konitz und Polna im besondern herbei. Pfarrer Kröjell, der lediglich als Zeuge geladen war, sah sich den Angriffen dieser beiden wehrlos ausgesetzt, weil er als Zeuge warten mußte, bis er gefragt wurde. Als es ihm schließlich aber zu arg wurde, erwarb er sich durch einen mitten in der Debatte eingebrachten Antrag die Rechte eines Nebenklägers und fertigte nun zunächst den Rabbiner Dr. Silberstein ab. Herr Silberstein hatte Eisenmenger sowie den Professor Dr. Jakob Ecker (Münster) als Talmudfälscher hingestellt. Pfarrer Kröjell fragte den Rabbiner, ob er unter seinem Eide aufrecht erhalte, daß Ecker ein Talmudfälscher sei. Hierauf gab der Rabbiner eine ausweichende Antwort, aus der sich nichts entnehmen ließ; weiter fragte der Pfarrer den Rabbiner unter seinem Eide, ob er Eisenmenger überhaupt gelesen habe. Sehr bemerkenswert war die Erklärung des Rabbiners, daß „man“ die Talmudschreiber und ihre Sätze in verschiedne Klassen einteile: solche, die sich Autorität erworben und solche, die sich keine erworben, solche die früher galten und solche, die heute noch gelten, solche, die sich widersprechen und solche, die sich gegenseitig ergänzen. Hierauf erwiderte der Pfarrer, nach dem Berichte des „Reichsboten“, wo denn eigentlich die jüdische Autorität sei, die solche Einteilung machen dürfe, die sich hinwegsetzen dürfe über die Talmudsatzung, die jeden Juden mit dem Tode bedroht, der das Wort eines Talmudrabbis nicht achte, welche jüdische Autorität überhaupt die Grenzen des Talmud festgelegt habe, wann und wo eine solche jüdische Autorität eine allgemeine Anerkennung gefunden habe? Das eben sei das Unglück, daß es etwas Einheitliches, was dem christlichen Glaubensbekenntnis auch nur annähernd an die Seite gestellt werden könne, im Talmud, in der jüdischen Sittengemeinschaft, im Judentum überhaupt nicht gäbe. Daraus ergebe sich ein gefährliches Spiel, besonders vor Gericht, gegen einen christlichen Talmud-Angreifer. Jeder beliebige jüdische „Sachverständige“ rechne die angegriffne Talmudstelle in die 1., 4. oder 3. Klasse, je nachdem es die Lage erfordere. Hier müsse der Staat Klarheit schaffen, es sei ein Unrecht, jeden Angriff auf den Talmud als einen Angriff auf eine staatlich anerkannte Religion anzusehn.

Dem Verteidiger gegenüber, der die Behauptung eines jüdischen Ritualmordes als etwas ganz Ungeheuerliches hinstellte, erklärte der Pfarrer Kröjell: Ich bekenne hiermit unter meinem Eide, daß es nach meiner vollen Ueberzeugung einen jüdischen Ritualmord in der That giebt, meine geschichtlichen Studien und auch Studien aus dem Leben lassen für mich einen andern Schluß nicht zu. Ritualmord, nicht Blutmord, deshalb, weil deutliche geschichtliche Spuren dafür vorhanden sind, daß das Blut auch zu rituellen Zwecken verwandt wurde, und weil sich immer wieder die Spuren des Schächtens zeigen.

Schließlich wurde der Angeklagte Landecker zu einer Geldstrafe von 50 Mark und in die Kosten verurteilt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Magnatenhaus hat in den letzten Tagen einen Zuwachs von vier neuen Mitgliedern erhalten. Unter den neuen Magnaten befindet sich auch der Präsident der ofenpester Waren- und Effektenbörse Sigmund Kornfeld. An sich wäre nun in Ungarn die Nobilitierung eines Börsenmannes nichts außerordentliches, zumal Kornfeld auch Generaldirektor der ungarischen Kreditbank und finanzieller Ratgeber des Ministers von Szell ist. Einigermaßen verblüffend ist aber selbst in Ansehung ungarischer Verhältnisse die Bemerkung, mit der der „Pester Lloyd“ die Nobilitierung Kornfelds begründet. Das von den „Madjaren“ Falk und Weigelsberg geleitete Blatt schreibt: „Die bisherigen Bestrebungen Kornfelds kulminieren in der möglichsten Emanzipierung unsrer finanziellen Thätigkeit und unsrer Kredit-Organisation von fremdem, namentlich österreichischem Einflusse, und in der Hebung unsrer Börsen-Institution auf eine Höhe, auf der sie gefeit sein soll gegen die Angriffe, die unaufhörlich gegen sie gerichtet werden.“ Hierzu bemerkt das Wiener „Deutsche Volksblatt“: „Zunächst ist daran interessant, daß jene, die in Ungarn den wirtschaftlichen Kampf gegen Oesterreich führen und leiten, ausgezeichnet werden; in Oesterreich beliebt man sie bekanntlich als ‚Feinde der Machtstellung der Monarchie‘ zu behandeln; pikanter ist aber noch, daß die Nobilitierung Kornfelds gewissermaßen als ein Akt der Anerkennung der Börse als einer Hauptstütze des marianischen Königreiches angesehen wird.“ —

Frankreich. Im Mai 1902 finden in Frankreich die Parlaments-Wahlen statt. In Vorbereitung dazu hat sich unter dem Vorsitze von Drumont ein nationales antisemitisches Komitee gebildet, das in allen Wahlbezirken antisemitische Kandidaten aufzustellen beabsichtigt. Auch eine antisemitische Frauenliga ist entstanden. Wir wünschen Glück!

Schweden. Die Juden Stockholms beklagen sich darüber, daß sie von jüdischen Berufsbettlern, aus Deutschland, Rußland, England usw. angeblich ausgewiesenen Rabbinern, bankrotten Kaufleuten usw., arg gebrandschatzt würden. Sie erklären, sie würden diesen Bettlern keine Unterstützung mehr geben und auch dafür sorgen, daß sie zurückgeschoben würden. Um fremde Hausierer abzuschrecken, machen sie bekannt, daß Fremden (allen Fremden oder nur den fremden Juden? D. Schriftltg.) in Schweden jeder Handel bei hoher Strafe und Beschlagnahme der Waren verboten sei, es müßte denn der Betreffende monatlich eine besondre Fremdensteuer von 110 Mark entrichten! Ob es mit dieser letztern Angabe seine Richtigkeit hat, wissen wir nicht, es klingt jedenfalls ziemlich unglaublich. —

In Gothenburg verstarb kürzlich Gothilde Fürstenberg, die Frau des Dr. P. Fürstenberg, eines Juden. Jüdische Blätter erzählen, der König von Schweden habe an den Dr. Fürstenberg folgendes Telegramm gerichtet:

„Mit innigster Teilnahme habe ich die Nachricht vom Heimgang Deiner guten, liebenswürdigen Frau erfahren. Möge Gott Dir Kraft und Trost verleihen! Oskar.“

Und die Kronprinzessin von Schweden hätte von Karlsruhe (Baden) aus telegraphiert:

„Ich nehme innigsten Anteil an Ihrer tiefen Trauer und werde Ihrer geliebten Gattin ein dankbares Andenken bewahren. Viktoria.“

„Nahezu alle (!) hervorragenden Vertreter des Geburts- und des Geistesadels Schwedens“ hätten sich an den Trauerkundgebungen beteiligt. Das „Isr. Familienblatt“ erzählt bei der Gelegenheit auch, König Oskar hätte, wenn er nach Gothenburg gekommen wäre, stets viele (!) Stunden in dem Fürstenbergschen Hause verweilt. — Ob an den Geschichten etwas Wahres ist, läßt sich schwer ausmachen. Bekanntlich können sich gekrönte Häupter auf Berichtigungen von solchen Zeitungsmeldungen nicht einlassen.

Rußland. Die petersburger „Nowoje Wremja“ veröffentlicht, einen Artikel unter der Ueberschrift „Die Juden als Waldvertilger“ in dem das verderbliche Treiben der Juden in Russisch-Podolien in den grellsten Farben geschildert wird. Podolien sei wegen seines ausgezeichneten Bodens und seines günstigen Klimas eines der fruchtbarsten Gebiete Rußlands gewesen. Aber seit einigen Jahren werde diese frühere Kornkammer Rußlands gradeso wie die großrussischen Gouvernements von Mißernten heimgesucht; die Schuld daran trügen die Juden, die einen wahren Vernichtungskrieg gegen die podolischen Wälder führten. Obwohl das Gesetz von 1882 den Juden den Erwerb von Grundeigentum verbiete, wüßten sie sich dennoch durch Zuhilfenahme verschiedner juristischer Kniffe in den Besitz der Wälder zu setzen, die sie

schonungslos ausschlügen. Der gesamte podolische Holzhandel sei in jüdischen Händen, und von Jahr zu Jahr fielen die schönsten podolischen Wälder unter der jüdischen Axt. Mit dieser Entwaldung des Landes gingen Dürre und Mißernte Hand in Hand, und wenn dieser Raubwirtschaft nicht bald ein Ende gemacht werde, werde das gesegnete Podolien über kurz oder lang in eine unfruchtbare Steppe verwandelt sein.

Vor einigen Jahren lächelte man, als wir die Behauptung aufstellten, daß die Juden auch unser Klima verschlechterten!

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Der als Schachspieler bekannte Dr. Emanuel Lasker, ein Sohn des verstorbnen Rabbiners Lasker zu Berlin, ist zum Professor der Mathematik in Manchester ernannt worden. —

Der Domkapitular Dr. Zimmern aus Speyer hat im bayerischen Landtage für Beschränkung der Zulassung von Juden zu den Justizämtern gestimmt. Dafür rächen sich jüdische Blätter dadurch, daß sie feststellen, Dr. Zimmern sei selbst jüdischer Abkunft, seine Mutter liege auf dem jüdischen Friedhofe der Kultusgemeinde Oberstadt-Waldsee begraben. —

Zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Harsweg bei Emden wählte man den Domänenpächter A. Cohn, dessen Vater diesen Posten ebenfalls bekleidete. —

Unter den Stadtverordneten zu Esens (Ostfrsl.) befindet sich auch ein Jude Zilversmit, der den Freisinnigen sein Mandat verdankt. —

In Posen wählten die Stadtverordneten den Justizrat Dr. Lewinski zu ihrem Vorsitzenden. —

In Emden wurde der Schlachter Jakob S. Pels, der erste Vorsteher der jüdischen Gemeinde, mit 124 von 126 abgegebnen Stimmen zum Bürgervorsteher (Stadtverordneten) wiedergewählt. Jüdische Blätter heben hervor, er sei der einzige gewesen, der keinen Gegenkandidaten gehabt habe.

Die Alkoholgegner-Bewegung gewinnt in letzter Zeit im Deutschen Reiche immer mehr an Ausdehnung. Nicht nur, daß die großen Enthaltsamkeitsverbindungen, die seit einigen Jahren eine rührige Thätigkeit entfalten, stetig an Mitgliederzahl zunehmen, sondern auch abstinente Berufsvereinigungen, wie die der Aerzte, Lehrer, Kaufleute, Arbeiter u. a. entstehen allerorten. Besonders der junge „Deutsche Verein abstinenter Kaufleute", dessen Organisation bereits in allen Teilen Deutschlands festen Fuß gefaßt hat, betreibt eine außerordentlich rege Werbearbeit. Wie sehr man in kaufmännischen Kreisen dieser neuen Standesbewegung Interesse entgegenbringt, geht daraus hervor, daß angesehene Firmen die eigne Zeitschrift des genannten Vereins, die „Kaufmännischen Abstinenz-Blätter" für ihr Personal halten. — Kaufleute, die sich für die neue Berufsbewegung interessieren, erhalten auf Wunsch kostenlos Satzungen des „D. V. a. K.", sowie Probenummern der genannten Zeitschrift von Herrn Max Warming, Emilienstraße 21, Hamburg 19.

Für eine jüdische Arbeiterkolonie hat der Deutsch-Israelitische Gemeindebund zu Weißensee bei Berlin, Wörthstr. 18, in der Nähe des jüdischen Friedhofes umfangreiche Baulichkeiten errichtet und dem „Verein jüdischer Arbeiterkolonie und Asyl" zur Verfügung gestellt. Ob sich wohl beschäftigungslose jüdische Arbeiter, d. h. wirkliche Arbeiter und keine Schnorrer finden lassen?

Zunahme der Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie gewaltig der Aufschwung ist, den die Industrie in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren genommen hat, sieht man an der industriellen Entwicklung des Staates Jowa. Dort gab es im Jahre 1890 7410 Fabriken, im Jahre 1900 aber 14819 Fabriken, das ist eine Zunahme von 99 v. H. Die Einwohnerzahl des Staates stieg aber nur von 1911896 auf 2231853 oder um 17 v. H.

Der Königsberger Professor Hubrich hat sich die höchste Ungnade der Judenpresse dadurch zugezogen, daß er in einer Rede über die Gegner des Zolltarif-Entwurfes den Satz ausgesprochen hat: „Wir wissen ja alle die traurige Wahrheit, daß sich grade in den tonangebenden kaufmännischen Kreisen die Elemente einzunisten gewußt haben, die ich heut mit dem Sammelnamen Lewi bezeichnen will". Die Judenzeitungen schreiben dazu: „Durch seine Bemerkung über den Sammelnamen Lewi hat Hubrich sich als Vertreter der moralisch, intellektuel und politisch am tiefsten stehenden Richtung gekennzeichnet".

Gut gebrüllt, Lewi.

Sozialdemokratisches. Als „herzoglichen Hofsozialdemokraten" verhöhnt die sozialdemokratische „Erfurter Tribüne" den Landtags-Vizepräsidenten „Genossen" Bock zu Gotha. Und das allein deswegen, weil das in Bocks Verlag erscheinende Blatt in ganz ruhiger Weise ausgeführt hat, die Thronfolge in Gotha stehe auf zwei Augen; wenn sich diese beiden Augen durch einen unglücklichen Zufall schließen sollten, würde es schwer sein, einen Thronfolger zu finden. — Auch dem sozialdemokratischen Hamburger „Echo" ist das ein genügender Anlaß zu der Bemerkung: Es scheine auch Sozialdemokraten zu geben, denen der Fortbestand der heimischen Dynastie Herzenssache sei, bisher sei jeder Sozialdemokrat ohne weiters Republikaner gewesen. —

Neben dem Oberbürgermeister sandten die Stadtverordneten zu Offenbach (Main) die drei „Genossen" Ulrich, Stadtmüller und Eißnert in den Kreistag, obwohl bei der letzten Wahl die Sozialdemokraten eine große Niederlage erlitten und sie infolgedessen in der Stadtverordneten-Versammlung wieder in der Minderheit sind.

Ueber ein seltsames Vorgehn der sächsischen Landwirtschaftskammer schreibt man uns aus Nordhausen: In dem jetzigen Stadium des Kampfes der Landwirtschaft um die Möglichkeit ihrer fernern Existenz, bei dem die gesamte Judenschaft wie eine geschlossene Phalanx im freisinnigen Lager zu finden ist, berührt es — gelinde gesagt — sonderbar, wenn man von dem in einem Hause hiesiger Bahnhofsstraße hängenden Plakate Kenntnis nimmt: „Stellennachweisbüro der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen von Salo Levy."

Ein Zusatz unsrerseits ist wirklich überflüssig, doch sollte der Bund der Landwirte hiervon gebührende Notiz nehmen.

Vom Verdingungs-Unwesen. Die Forderungen der einzelnen Baufirmen für die Ausführung der Maurer-Arbeiten an dem Neubau der Kgl. Baugewerks- und Maschinenbauschule zu Breslau weisen einen Unterschied von 85000 Mark auf!

Wie Sensations-Nachrichten entstehen. Die Presse brachte im Dezember die grause Nachricht, in Lissabon sei eine Dame lebendig begraben worden. Da bisher kein einziger derartiger Fall beglaubigt ist, wandte sich die Redaktion der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" nach Lissabon und erhielt nun von dort auf Grund genauer Erkundigungen eine Richtigstellung, aus der sich ergiebt „daß ein Körnchen Wahrheit in jenem Sensations-Artikel" enthalten ist, daß er aber sonst sehr übertrieben und von Unwahrheiten strotzt. Der wirkliche Sachverhalt ist folgender: Eine alte Dame von etwa 70 Jahren hatte wiederholte Lähmungen des Gehirns gehabt. Eines Tages hielt es der sie behandelnde Arzt für notwendig, ihr eine Einspritzung von Morphium und Cocain zu geben, er fuhr daher von ihrem Krankenlager nach Hause, um sich die nötigen Sachen zu holen (Spritze von Waldrammin). Als er zurückkam, erklärte er die Kranke für inzwischen verstorben und am nächsten Tag unterzeichnete er den gesetzlich vorgeschriebnen Totenschein. Die Töchter jener Frau ließen die Mutter bis eine Stunde vor der Beerdigung im Bett; als sie sie denn in den Sarg legten, meinten sie zu bemerken, daß der Körper noch warm sei. Sie schickten daher nach ihrem Arzt; dieser erschien mit zwei andern Aerzten. Alle drei erklärten, der Tod sei bereits eingetreten, rieten aber, die Beerdigung noch einen Tag zu verschieben. Bis dahin trat indes auch die Verwesung ein, sodaß die Betreffende bei der Beerdigung unzweifelhaft tot war.

Der Jude und die Getreidepreise. Von der Molotschna, einer deutschen Kolonie in Südrußland, wird der „Odessaer Ztg." berichtet: Die Getreidepreise sind sehr niedrig. Aller Handel und Wandel stockt und seufzend sieht der Landwirt nach dem Weizenkaufmann aus. Aber immer noch will er nicht kommen, obwohl bedeutende Partien Weizen zu verkaufen wären. Auch

Mais wäre noch in großen Mengen da; aber von auswärts zeigen sich keine Käufer und die jüdischen Unterhändler hierselbst machen, was sie wollen; denn Geld ist dringend nötig. Die Zahlungstermine der Landwirte sind diesen Blutsaugern genau bekannt und wird diese Zeit von ihnen klüglich ausgenützt zum großen Schaden des Betroffnen, und ein ehrlicher Christenmensch gerät in wahre Wut, wenn er dem schändlichen Treiben dieser Jobber zusieht.

Ein solches Jahr, wie das heurige, hat man schon lange nicht mehr an der Molotschna erlebt. Ueberall ertönt die Klage: Es ist kein Geld! —

Israel bleibt sich also überall gleich!

Buren und Juden! Der von uns schon mehrfach erwähnte neueste Politische Bilderbogen Nr. 34 „Der Burenkrieg" hat einem der Hauptvertreter der Buren-Regierung in Brüssel vorgelegen. Sein Urteil lautete, daß der Bogen, der in Text und Bild die Urschuld des Krieges den Juden zur Last legt, den Nagel auf den Kopf getroffen habe; der von Dresdner Künstlerhand gezeichnete Bogen sei wundervoll packend, nur sei es schade, daß der Textverfasser, der Bismarckschriftsteller Max Bewer, nicht Einzelheiten über das Verhalten der Johannesburger Juden zwischen 1895 und 1899 habe angeben können. Es steht zu erwarten, daß diese Einzelheiten in Kürze an andrer Stelle bekannt gegeben werden, worauf man gewiß gespannt sein kann. Der neue Bilderbogen Nr. 34 „Der Burenkrieg" ist in seiner ersten starken Auflage fast schon ganz vergriffen, man bezieht ihn am besten durch Einsendung von 30 Pfg. von der Deutschnationalen Buchhandlung, Berlin NW., Paulstraße 15. Man verbreite ihn von Hand zu Hand!

Die 7. Hauptversammlung der freien kirchlich-sozialen Konferenz wird voraussichtlich am 29., 30. April und 1. Mai in Düsseldorf stattfinden. Wie die „Kirchlich-sozialen Blätter" mitteilen, wird Professor Dr. von Nathusius (Greifswald) über „Christliche Liebe und soziale Hilfe" und Direktor Dr. Lepsius (Großlichterfelde) über „Macht und Sittlichkeit im nationalen Leben" sprechen. Ferner Oberlandesgerichtsrat Dr. Duncker (Naumburg) über die finanzielle Selbständigkeit der Kirche als eine der Vorbedingungen ihrer Freiheit, P. Hausleiter (Barmen) über Sittlichkeit und Kunst, Professor Zander (Gütersloh) über die kirchlich-sozialen Aufgaben der Gymnasien. Außerdem wird über die Einigkeit der Gemeinschaftsbewegung und über die Bedeutung der Tarifverträge verhandelt werden.

Wie ein polnischer Affe deutsch wurde. Das österreichische Justizministerial-Verordnungsblatt vom 30. v. M. veröffentlich die Nachricht, daß dem Rechtsanwalt Dr. Moris Affe zu Ropczyce die Aenderung seines Familiennamens in Alwin bewilligt wurde. Es ist zwar nichts neues, daß die Juden ihre Namen gegen schöne deutsche Namen eintauschen. Warum aber nun wir Deutsche mit unserm Wortschatze herhalten müssen, um selbst polnischen Juden die Möglichkeit zu bieten, ihre Judennamen abzustreifen, sieht außer den Behörden niemand an.

Das Spekulationsfieber des Publikums.

> Es ist bemerkenswert, welche Widerstandskraft sich gegenwärtig so ganz unvermittelt nach der langen Zeit des Niederganges wieder in der Börse ausspricht. Die freundlichste Beurteilung erfährt nach wie vor das Gebiet der Industriepapiere, und fortgesetzt sind es die Käufe des außenstehenden Publikums auf dem sogenannten Kassamarkte der Dividendenpapiere, welche den nachhaltigsten Stützpunkt für die Bewegung auf dem Spekulationsgebiet bilden.
>
> Börsenbericht des „Brl. Lokalanz." vom 7. 1. 02.

Der große Bär und der kleine Bär
Sind angebunden am Himmel;
Dort wandeln sie brummend nachts einher
Im lustigen Sterngewimmel.

Der Leipziger Krach und der Kasseler Krach —
Das war noch nicht der große!
Den größten birgt die Zukunft, ach!
Noch kreißend in ihrem Schoße.

Sein Mene Tekel sah, todumgarnt,
Der König und . . . blieb heiter.
Der „große Krach" . . . ihr seid gewarnt!
Nun geht . . . spekulieret weiter!

Den neuen Lesern

unsers Blattes empfehlen wir die Anschaffung früherer Jahrgänge unsers Blattes, deren **Preise erheblich herabgesetzt wurden.**

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1889 bis 1895 geb. für je 5 M., ungeb. 3 M.,

alle 7 Jahrgänge zusammen geb. für 30 M., ungeb. 18 M.,

Jahrgänge 1896 und 1897 geb. für je 6 M., ungeb. 4 M.,

Jahrgänge 1898, 1899, 1900 und 1901 geb. für je 7 M., ungeb. 5 M.

frei zugesandt!

Die frühern Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein **Nachschlagewerk von dauerndem Werte.** Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters darauf verweisen, da es nicht thuntich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Deutsch-Soziale Blätter,
Berlin NW 52.

Aufruf!

Am 23. Januar findet die Ersatzwahl zum Reichstage für den verstorbnen freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller im Wahlkreise Schaumburg-Lippe (Bückeburg) statt.

Unsre Partei hat als Kandidaten den

Grafen Ludwig Reventlow (Wulfshagen)

aufgestellt und erfreulicherweise haben die Konservative Partei und der Bund der Landwirte sich uns angeschlossen.

Dieser Umstand erhöht zwar unsre Erfolgaussichten, aber er entbindet uns nicht von sehr energischer Wahlarbeit. — Gegen uns kämpft der mit der Sozialdemokratie verbündete Freisinn und hinter diesem Bündnis steht der kapitalskräftige Kommerzienrats-Verein, der eine Rückkehr zu der Bismarckschen Politik des Schutzes der ehrlichen Arbeit in Stadt und Land mit allen Mitteln verhindern will.

Darum wird er dem Freisinn Wahlgelder in unbeschränkter Höhe zur Verfügung stellen, um das Mandat zu behaupten.

Die eigentliche Wahlarbeit für unsre Partei hat der Verband „Nordmark", in dessem Verbandsgebiet der Wahlkreis liegt, übernommen, die notwendigen Geldmittel aber wird die Gesamtpartei aufzubringen haben, an deren bewährten Opferwilligkeit wir uns mit diesem Aufrufe wenden.

Wir brauchen für keinen Parteigenossen besonders zu betonen, welch eine große Bedeutung der Wahlsieg in Bückeburg für die von uns vertretne Sache haben würde.

Nur eine kurze Zeitspanne trennt uns noch vom Wahltage. Es gilt daher das Wort: „Doppelt giebt wer rasch giebt".

Alle Beiträge bitten wir an den Kassenwart unsrer Partei, Herrn Reichtags-Abgeordneten Friedrich Raab, Hamburg, Danzigerstr. 40, senden zu wollen.

Dem Ganzen zum Heil, thue jeder sein Teil.

Berlin, am 1. Januar 1902.

Im Auftrage der Deutschsozialen Parteileitung:
Liebermann von Sonnenberg,
M. d. R.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff Berlin NW. Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 9. Januar 1902. Nr. 699.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September des vorigen Jahres — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts" sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts"

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts" beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R. — Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R. — Friedrich Raab, M. d. R.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 26, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Der zweite Familien- und Theater-Abend, verbunden mit einer Festfeier zur Errichtung des Deutschen Reiches, findet am Sonnabend, den 18. Januar, wieder im Saale des „Eldorado" statt.

Aus Kurhessen. Der Gauverband Hessen-Nassau und Waldeck der Deutschsozialen Partei hält seine ordentliche Hauptversammlung am 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Palais-Restaurant zu Kassel, Königstr. 30, ab.

Die Tagesordnung lautet:
1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Wahl der Rechnungsprüfer und Entlastung des Rechnungsführers.
3. Besprechung über die vorzunehmende Werbe-Arbeit.
4. Stellungnahme zu der Kandidatenfrage für die Wahlkreise Kassel-Melsungen und Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand bittet die Parteifreunde recht zahlreich zu erscheinen.

Aus Hessen. Bei der letzten Ergänzungswahl zur Stadtverordneten-Versammlung in Darmstadt sind zwei Vorstandsmitglieder des Deutschen Reformvereins, die Herren Ferdinand Bormet, Hauptstaatskasse-Buchhalter, und Ludwig Götz, Rechner des Landesgewerbevereins, gewählt worden. Herr Bormet stand zur Wiederwahl und erhielt von allen Kandidaten die meisten Stimmen, nämlich 5251 bei insgesamt 5827 abgegebnen Stimmen. Man kann also sagen, daß Herr Bormet nahezu von allen Stimmberechtigten deutscher Abstammung gewählt worden ist. Damit ist ihm ein glänzendes Zeugnis für seine bisherige Thätigkeit im städtischen Parlament ausgestellt worden. — Herr Götz erhielt 2988 Stimmen und ist für 6 Jahre neu gewählt. Der christlichsoziale Herr Hüfner, der nur auf einem Vorschlagszettel, dem der sog. allgemeinen Bürgervereinigung, stand, war von den neuen Kandidaten dieses Wahlvorschlags einer der Höchstbestimmten, indem er 2717 Stimmen erhielt, es fehlten nur noch 71 Stimmen, dann wäre auch er gewählt gewesen.

Dieser große Erfolg ist erzielt, ohne daß die Antisemiten es nötig hatten, in die Wahlbewegung unmittelbar einzugreifen. Es bestanden nämlich drei Wahlvorschläge, die von der sog. „allgemeinen Bürgervereinigung" (Nationalliberale), den „vereinigten Bezirksvereinen" und den Sozialdemokraten ausgingen. Auf dem Vorschlag der Bürgervereinigung standen die Herren Bormet und Hüfner, auf dem Zettel der Bezirksvereine und der Sozialdemokraten die Herren Bormet und Götz. Dieser Vorgang und der Erfolg beweist für sich, welche Stellung die antisemitische Bewegung in Darmstadt sich errungen hat.

Die Juden hatten alles versucht, um die Wahl der Antisemiten zu hintertreiben und zu diesem Zwecke einen geschickt zusammengestellten eignen Wahlzettel durch ein besondres Schreiben an ihre Stammesgenossen und deren Freunde versandt. Der Erfolg dieses Wahlzettels, der ganze 76 Stimmen erhielt, war nur der, daß der nationalliberale Führer Justizrat Schmeel, für dessen Wiederwahl seine Partei eine großartige Agitation entfaltete, durchfiel. Herr Schmeel hatte nämlich auf dem Judenzettel keine Gnade gefunden, dagegen wurde aber ein andrer Nationalliberaler, Dr. Röllner, der darin Aufnahme fand, durch diesen Vorsprung von 76 Stimmen noch als Letzter gewählt. Die Nationalliberalen haben dieses Vorgehn der Juden vollständig verschwiegen. —

Die Abgeordneten Köhler und Genossen haben mit Bezug auf das von uns in voriger Nummer mitgeteilte Urteil des Großherzoglichen Amtsgerichts Darmstadt, in dem es u. a. von einem jüdischen Zeugen heißt „Seine Religions-Zugehörigkeit dient dem Gerichte zur Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit", eine Anfrage an die Großherzogliche Regierung gerichtet, deren Schluß lautet:

Wir erachten die Begründung des Großherzoglichen Amtsrichters Gerlach vom Großherzoglichen Amtsgericht zu Darmstadt 1 als eine That, durch die er innerhalb seines Amtes der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordern, sich bei allen Bekennern der christlichen Konfessionen, die durch diesen Richterspruch hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit vor Gericht den Bekennern des mosaischen Glaubens nachgesetzt werden, unwürdig erzeigt hat, (siehe hierzu Art. 9 des Gesetzes vom 31. Mai 1879, die Rechtsverhältnisse der Richter betreffend) und fragen darum bei Großh. Regierung an:

„Was gedenkt die Großh. Regierung zu thun, um die in vorliegender Urteilsbegründung ausgesprochne Bevorzugung der Anhänger der mosaischen Religion vor Gericht, sowie Gesetzverletzungen der gedachten Art in Zukunft zu verhindern?" —

Der Deutsche Reformverein Darmstadt hält seine Monatsversammlung am 11., abends $8^1/_2$ Uhr, in der Gastwirtschaft von Köhler (vorm. P. Schenk), Ecke Karls- und Kiesstraße, ab mit nachstehender Tagesordnung: 1. Mitteilungen über das Urteil des Amtsgerichts Darmstadt 1 über die erhöhte Glaubwürdigkeit jüdischer Zeugeneide. 2. Die Reichstagsersatzwahl in Schaumburg-Lippe. 3. Agitation auf dem Lande.

Verband Nordmark. Das Winterfest der Abteilung Hamburg-Altona soll in Form eines Unterhaltungsabends am 16. d. M. im großen Saale des Konventgartens zu Hamburg stattfinden.

Verband Westmark. In den letzten drei Wochen vor Weihnachten hat die Ortsgruppe Gelsenkirchen 23000, die Ortsgruppe Herne 10000 und die Ortsgruppe Bochum 3000 Weihnachts-Flugblätter zur Verteilung bringen lassen.

Druckschriftenverteilung auf Hausfluren. Einem Berliner Handwerker wurde zur Last gelegt, das alte preußische Preßgesetz vom 12. Mai 1851 übertreten zu haben, indem er ohne polizeiliche Genehmigung auf Hausfluren Druckschriften verteilte. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, da ein Hausflur kein öffentlicher Ort und eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich sei. Die Staatsanwaltschaft behauptete, ein Hausflur müsse als öffentlicher Ort angesehen werden, sobald er allgemein zugänglich sei. Nachdem der Prozeß alle Instanzen durchlaufen hatte, entschied der Strafsenat des Kammergerichts, daß ein Hausflur ein geschlossener Raum und die Revision der Staatsanwaltschaft abzuweisen sei. Nach § 43 (5) der Gewerbe-Ordnung sei zur nicht gewerbsmäßigen Verteilung von Druckschriften, Bildwerken usw. überhaupt keine Erlaubnis nötig.

Für die Verteilung von Flugblättern usw. eine beachtenswerte Entscheidung!

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Gasthaus zu den vier Jahreszeiten“;
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;
in Nordhausen am 10. im Schwarzen Walfisch;
am 17. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden Diensiag im „Sächs. Hof“.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein Kulturträger aus Galizien, Moriz Koppel, der eigentlich Moses Thalrnberg heißt, hausierte in Graz mit Schundromanen. Anfangs November brachte er einem Fräulein, ein Romanheft zur Ansicht. Am 6. November erschien er wieder in der Wohnung, um das Heft abzuholen. Plötzlich fühlte er Liebe im Leibe, schloß mit einem Griff die Küchenthür ab und erlaubte sich einen unsittlichen Angriff auf das Fräulein, den diese jedoch abzuwehren vermochte. Thalenberg leugnete bei seiner Verhaftung die That und will mit der Zeugin nur in einen Wortwechsel geraten sein. Dem Hausbesitzer Peter Url unterschlug er acht Kronen für verkaufte Bücher, aber auch das leugnet Moses keck ab und will nie bei Url gewesen sein. Natürlich wurde er trotzdem im Sinne der Anklage wegen Unsittlichkeit und unbefugter Einschränkung der persönlichen Freiheit zu vier Monaten Zuchthaus verurteilt.

Makkabäer-Thaten. Eine Frau hatte in dem Schuhwarengeschäft von Moritz Moses zu Berlin ein Paar Stiefel gekauft. Als diese bald ausbesserungsbedürftig wurden, trug sie sie wieder zu Moses und da ihr versprochen war, daß Ausbesserungen unentgeltlich besorgt würden, verweigerte sie bei Abholung der Stiefel die Bezahlung der verlangten 1,25 Mark. Infolgedessen kam es zum Streit, wobei sie von Moritz Moses und seinem Sohn Siegfried mißhandelt wurde. Das Schöffengericht legte den Beiden deshalb 300 und 150 Mark Geldstrafe auf; das Landgericht indes kam zu einer Freisprechung, da die Angeklagten sich in . . . Notwehr befunden hätten! —

Mit seinem Anreißer kam der Kleiderhändler Rosenberg zu Berlin in Streit, der damit endete, daß Rosenberg den Anreißer hinterrücks die Kellertreppe hinabstürzte und ihn mit Hilfe seines Schneidergesellen bösartig mißhandelte. Obwohl der Angegriffne dabei sich einen Beinbruch zuzog, erhielt Rosenberg nur 100 Mark Geldstrafe.

Die Erlebnisse eines Fleischers als . . . Verlagsbuchhändler! Der Kaufmann Philipp Freund aus Neutra in Ungarn lernte im Frühjahr 1899 in München den Metzgermeister Salomon Marx kennen, mit dem er am 1. Juni 1899 eine Verlagsbuchhandlung in Form einer offnen Handelsgesellschaft unter der Firma Philipp Freund und Comp. in München gründete. Ein gegen Philipp Freund in München wegen Betrugs und Unterschlagung eingeleitetes Verfahren stellte in öffentlicher Verhandlung nach der „Papier-Ztg.“ folgendes fest: Freund, der weder Geld noch fachmännische Kenntnisse besaß, war Teilhaber und Leiter der Firma, während Marx die nötigen Geldmittel hergab. Nach dem Gesellschaftsvertrage sollte beiden Teilen ein monatlicher Vorschuß von 300 Mark auf den zu erzielenden Gewinn gewährt werden. Obwohl nun das Geschäft lange Zeit keinen Gewinn brachte, und dieser auch späterhin nur sehr gering war, steckte Marx Unsummen hinein. Wohin das Geld gekommen ist, ließ sich nicht mehr sagen, weil nur kurze Zeit Buch geführt wurde. Im Juni 1899 verlangte Freund von Marx 2000 Mark, um sie einer Münchner Verlagsbuchhandlung im Interesse des Geschäfts vorzustrecken. Hiervon bekam genannte Firma jedoch nur 1400 Mark, die 600 Mark Rest will Freund zur Einlösung eines Wechsels benutzt haben. Mitte Juli 1899 erhielt er von Marx zur Bezahlung einer Papierrechnung weitere 3000 Mark. Die Annahme des Papiers wurde jedoch, weil verspätet eingetroffen, verweigert und daher nichts dafür bezahlt. Wohin das hierfür bestimmte Geld gekommen ist, war nicht festzustellen. Marx meint, daß Freund im besten Falle hiervon 2000 Mark für das Geschäft verwandte und die übrigen 1000 Mark in seine Tasche schob; Freund dagegen erklärte, die ganze Summe für Geschäftsauslagen aufgebraucht zu haben mit Ausnahme kleinerer, für seinen Lebensunterhalt notwendiger Beträge, was ja nach dem Gesellschaftsvertrage gestattet war. Im März 1899 verlangte Freund von Marx wiederum Geld und erhielt von diesem Wechsel im Betrage von 3000 Mark. Auch diese Summe verschlang das Geschäft. Marx war aber noch mehr erstaunt, als er eines Tages noch einen dritten, ebenfalls auf 3000 Mark lautenden Wechsel einlösen mußte, den Freund, allerdings im Interesse des Geschäfts, aber ohne Wissen des Marx ausgestellt hatte. Schließlich stellte Freund noch zwei Wechsel zu je 500 Mark auf die Firma Freund und Cie. aus, mit welchem Geld er Schulden von Angestellten des Geschäfts bezahlte. Da der Buchnachweis fehlte, konnte auch die beinahe achtstündige Verhandlung keine Klarheit schaffen, und so wurde denn Freund sowohl von dem ihm zur Last gelegten Betrug, als auch von dem Vergehn der fortgesetzten Unterschlagung freigesprochen.

Schaufenster-Lockpreise. Der Kaufmann Frankenstein, Inhaber eines Warenhauses in Solingen, wurde wegen unlautern Wettbewerbs zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte, wie das Gericht als festgestellt erachtete, über die Preisbemessung von Waren wissentlich falsche Angaben gemacht, die den Anschein eines besonders günstigen Angebots erwecken mußten. Er stellte gute, tadellose Waern in seinem Schaufenster zu Preisen aus, die weit hinter dem wirklichen Werte zurückblieben. Kamen dann Kunden und wollten einen Gegenstand wie ausgestellt kaufen, so wurden ihnen Ausschußwaren zu den Schaufensterpreisen angeboten. Bestanden sie darauf, den betr. Gegenstand aus dem Schaufenster zu erhalten, so wurde ihnen gesagt, er sei schon verkauft. Bei der Strafzumessung zog das Gericht in Betracht, daß das Publikum und der reelle Geschäftsmann vor derartigen unlautern Machenschaften geschützt werden müsse.

„**Ihr sollt kein Aas essen;** dem Fremdling in deinem Thor magst du es geben, daß er es esse, oder verkaufe es einem Fremden.“

Das Lemberger Blatt „Slowopolskie“ berichtet aus Stanislau, daß von dem dortigen Strafgerichte der Armeelieferant Kalman Balt, der unter das für Truppen gelieferte Fleisch das Fleisch verendeter Pferde mengte, zu zwei Monaten Arrest und hundert Gulden Geldstrafe verurteilt worden ist. Der Unterlieferant Chaim Rosiner erhielt gleichzeitig einen Monat Arrest. —

Der Fleischer Moritz Lewinski unterhält in dem Hause Wilhelmstraße 8 zu Schneidemühl eine Verkaufsstelle für Fleischwaren und steht außerdem noch an den Wochenmärkten mit solchen aus. Am 19. März v. J. hatte er nun unter seinem Verkaufstische eine Blechschüssel mit Abfallfleisch stehen, das schon auf die in der Nähe befindlichen Personen einen ekelerregenden Eindruck machte. Trotz dieser Beschaffenheit des Fleisches, das grau und grünlich verfärbt war, verkaufte der Angeklagte zwei Pfund für 20 Pf. an einen Arbeiter, der noch ausdrücklich betont hatte, daß er das Fleisch für sich und seine Kinder haben wolle. Das Fleisch, auch das noch bei der Bude befindliche, im ganzen 14 bis 15 Pfund wiegende (alles Abfälle vom Rind), wurde nun gleich an die Polizeiverwaltung

weitergegeben, die es dem Tierarzt Heymann und dem Apotheker Philipp zur Untersuchung vorlegte. Die beiden Sachverständigen begutachteten übereinstimmend, daß das einen scheußlichen Geruch verbreitende Fleisch wohl geeignet war, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Der Angeklagte wurde deshalb unter der ausdrücklichen Feststellung, daß er in dem Rufe stehe, minderwertige Fleischware öfters feilzubieten, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. —

Der Metzger **David Frankel** aus Obbach brachte sein Koscherfleisch über und über mit Maden bedeckt nach Schweinfurt, wo es vom Fleischbeschauer beanstandet wurde. Frankel war darüber so empört, daß er die einschreitenden Polizeibeamten beleidigte, und sogar den Fleischbeschauer verdächtigte, indem er behauptete, bei der Besichtigung sei das Fleisch weniger geworden. Das Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz und die Beleidigung wurden vom Schweinfurter Schöffengericht mit zusammen fünf Wochen Gefängnis vergolten.

Praxis der Warenhäusler. Der Firma **Brüder Landauer** zu Ulm (Donau) war es während der Weihnachtszeit gelungen, durch marktschreierische Anzeigen das Publikum in Massen anzulocken und viele andre Geschäftsleute schwer zu schädigen. Die Schutzkommission des Württ. Schutzvereins und des Gewerbevereins hatte darum nicht versäumt, ihres Amtes zu walten, und sich eine Anzahl der angeblich „im Preise zurückgesetzten" und „ganz hervorragend preiswerten Geschenkartikel" der **Brüder Landauer** näher angesehen. Das Ergebnis war, wie eine noch am Tage vor Weihnachten veröffentlichte Warnung dem getäuschten Publikum mitteilte, daß die angepriesenen Herrenuhrketten für eine Mark nicht Doublé, die Theeservise und Kaffeemaschinen nicht Nickel, sondern nur vernickelt, und die Löffel nicht von Silber, sondern nur schlecht versilbert waren. Außerdem hat sich dann am Tage nach Weihnachten in aller Früh eine Gerichtskommission im Landauerschen Warenhaus eingefunden und verschiedne Beweisstücke für die Anklage auf unlautern Wettbewerb beschlagnahmt.

Eine schneidige Kraft scheint die Lehrerin **Nelken** in Hamburg zu sein. Sie fühlte sich von einem nichtjüdischen Kollegen beleidigt und stiftete deshalb ihren Vater und ihre beiden Brüder an, den Lehrer beim Verlassen der Schule hinterrücks zu überfallen, was denn auch im Beisein einer großen Anzahl von Schulkindern geschah. Die Schulbehörde entließ die rachsüchtige Lehrerin sofort und der Mißhandelte stellte Strafantrag. Das Schöffengericht sah sich die Sache sehr milde an, sprach die Lehrerin frei, legte ihrem Vater 100 Mark, den Brüdern 30 und 50 Mark Geldstrafe auf und dem überfallnen Lehrer .... ebenfalls 50 Mark.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Einen „schönen" Konkurs hat sich die Firma **Wilke u. Co.** zu Aachen geleistet, die mit ihrer Tuchversandt-Reklame sich lange Zeit selbst in nichtjudenfreundlichen Blättern breit machte, obwohl wir wiederholt feststellten, daß der Inhaber der Firma ein Jude (**Magnus Manasse**) ist. Die Firmenverschleierung ist nach Ansicht der „Leipziger Monatsschrift für Textil-Industrie" lediglich deshalb in Szene gesetzt, „um die gegen den nichtchristlichen Namen des Inhabers vielleicht etwas argwöhnische Kundschaft nicht zu verscheuchen." Magnus Manasse schließt vorläufig mit einer ungedeckten Schuldenmasse von 200000 Mark ab.

Konkurs des Kaufmanns Josef Baron zu Berlin. Den vorrechtlosen Forderung envon etwa 29270 Mark wird eine „Dividende" von 20 v. H. in Aussicht gestellt.

Konkurs des verhafteten Kaufmanns Martin Regensteiner in Firma Deutsche Coquelline-Werke zu Berlin. Der Verwalter berichtete, daß der Schuldner in frivolster Weise seine Gläubiger durch große Reklame zu schädigen gesucht. Die Aktiva dürften 28000 Mark, die Vorrechtsforderungen 6300 Mark und die „Dividende" 18. v. H. betragen.

Der Konkurs des Kaufmanns Adolf Bendikowsky, in Firma Gebr. Bendikowsky zu Berlin, findet seine Beendigung durch einen von den Gläubiger mit großer Mehrheit angenommnen und vom Amtsgericht bestätigten Vergleich, durch den die Gläubiger unter Bürgschaft 40 v. H. ihres Guthabens erhalten.

Konkurs des Ziegeleibesitzers Isidor Ohnstein zu Berlin. Die Forderungen ohne Vorrecht von insgesamt 162580 Mark erhalten vielleicht 6,5 v. H.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

„Der Scherer", das ist der Maulwurfsfänger, nennt sich das vielbefehdete, rüstige Kampfblatt Deutsch-Oesterreichs, das in seiner neuen Wochen-Ausgabe nun auf allgemeiner alldeutschen Grundlage auch die weiteste Verbreitung im Deutschen Reiche sucht, wo es unter den Deutschgesinnten schon viele Freunde gefunden hat. Der „Scherer" ist ein eigenartiges, der wirkungsvollsten künstlerischen und schriftstellerischen Vertretung des deutschen Volkstums gewidmetes Kampfblatt, dem die ganze Frische und Unerschrockenheit der österreichischen Bewegung und des süddeutschen Naturells eigen ist, und der in humorvoller und wahrhaft künstlerischer aufbauender Weise für das Alldeutschtum eintritt. Reichische Fragen und Angelegenheiten finden im „Scherer" wirkungsvolle und treffende Behandlung, so daß dem Blatte allgemeine Beachtung gebührt, und die Form ist, entgegen der bei uns durch die zersetzende und zerstörende Art der „Witzblätter" eingewöhnte, eine höchst glückliche und urkräftig deutsche, so daß es ihm an Erfolg bei allen gesunden und ehrlichen Deutschen auch bei uns nicht fehlen wird.

Probenummern versendet die Hauptleitung Innsbruck. Der Preis der Einzelnummer beträgt nur 20 Pf, der Vierteljahrspreis 2,50 Mark.

Empfangsbescheinigung.

Bei dem Vorstande des **Verbands „Westmark"** gingen für die Wahl in Schaumburg-Lippe bisher folgende Beträge ein:

Althoff, Gelsenkirchen, 5 Mark, **Amtsrichter Y.**, Gelsenkirchen, 2 Mark, **Amtsrichter H.**, Gelsenkirchen, 2 Mark, **G.**, 3 Mark, **Z.**, 2 Mark, **v. Heyland**, Gelsenkirchen, 4 Mark, **Postdirektor S**, Gelsenkirchen, 5 Mark, X., 5 Mark, **R.**, 5 Mark, **W. Reise**, Gelsenkirchen, 3 Mark, **H. S.**, 2 Mark, **Fr. W. Schulze**, Gelsenkirchen, 3 Mark, **H. T.**, 2 Mark, **H. Weiße**, 2 Mark, **G. P.**, 2 Mark, **H. Brinkmann**, Gelsenkirchen, 3 Mark, **E. Nettebeck**, Gelsenkirchen, 2 Mark, **F B.**, 3 Mark, **H Bente**, Gelsenkirchen, 2 Mark, **A. St.**, 15 Mark, **H. Pt.**, 2 Mark, **Hannesen**, Gelsenkirchen, 3 Mark, **L Rupp**, 1 Mark, **Brojahn**, Hüllen, 8 Mark, **C. Köhler**, Gelsenkirchen, 1 Mark, **Döhmann**, Gelsenkirchen, 1,50 Mark, **W. Ißling**, Gelsenkirchen, 3 Mark, **Grünrath**, Gelsenkirchen, 1 Mark, **Bergmann**, Gelsenkirchen, 3 Mark, **Springorum**, 2 Mark, **H B**, Köln, 10 Mark, **E. Kl.**, Mühlhausen in Thür., 20 Mark, **Amthor**, Gelsenkirchen, (Sammelliste) 16,80 Mark, **Becker**, Gelsenkirchen, (Sammelliste) 40 Mark, **Rochol**, Herne, (Sammelliste) 27 Mark, **Gerichtsassessor Z.**, 3 Mark, **Brinkmann**, Gelsenkirchen, (Sammelliste) 15 Mark, **Schweppe**, Vlotho, 3 Mark, **Althoff**, Gelsenkirchen, (Sammelliste) 14 Mark, **Bulmahn**, Gelsenkirchen, (Sammelliste) 3 Mark, **Füstenberg**, Rotthausen, 5 Mark, **Köln**, mehre Deutschsoziale, 9,25 Mark, **Kersten**, Lütgendortmund, (Sammelliste) 18 Mark; zusammen 270,55 Mark.

Davon sind an die „Nordmark" als Beitrag zur Wahlkasse gesandt: 1. Rate 75 Mark, 2. Rate 40 Mark. Von dem Reste wird zunächst der Unterhalt des Verbandssekretärs im Wahlkreise während 14 Tagen bestritten; der Ueberschuß wird der „Nordmark" zu geeigneter Zeit für die Wahlkasse gesandt werden. Weitere Beiträge sind dringend erwünscht!

Auskünfte.

Die Firma F. C. Lerche (Nordhausen) ist in deutschen Händen.

Briefkasten.

Ostfriesland. Selbstverständlich werden jene Angriffe unbeachtet gelassen, solange es irgend geht. Burensendung erhalten?

Unser Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!







Geistige Waffen.

Ein Aphorismen-Lexikon.

Zusammengestellt von Oberleutnant a. D. E. Schaible.

Preis elegant geb. nur 7,50 Mark.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Dennerts

Volks-Universal-Lexikon

über 2600 Spalten, mit zahlreichen Abbildungen, Karten, Beilagen. Lexikon-Oktav.

Schön gebunden 12 Mark.

Das einzige auf christlicher Grundlage stehende Universal-Lexikon von großer Reichhaltigkeit.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Bismarck-Erinnerungen.

Bismarcks Ausspruch über die Juden.
Flugblatt mit Bildnis. 100 Stück 1 Mark.

Bismarcks Stellung zur Judenfrage.
Brennende Fragen Nr. 22. Einzel-Preis 5 Pfg., 10 Stück 30 Pfg.

Bismarck und der Kaiser.
Große Ausgabe. Preis 1,50 Mark.

Der Handlanger.
Politischer Bilderbogen Nr. 23. Preis 0,30 Mark.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.



Juden-Postkarten,

Verschiedne Muster.

10 Stück gemischt 0,50 Mk., 25 Stück gemischt 1,10 Mk.,
50 „ „ 1,90 „ 100 „ „ 3,50 „

Völkische Postkarten in hochfeiner Ausführung.
— Neue Muster! — 10 Stück gemischt 60 Pf.
Gegen Voreinsendung des Betrages od. unter Nachnahme

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.



Einbanddecken

für 1901 (Leinwand mit reicher Gold- und Schwarzpressung) sind erschienen.

Preis 1,25 Mark.

Sammel-Kästen
für die Deutsch-Sozialen Blätter,
hochfein ausgestattet!
Preis 1 Mark;

Lese-Mappen
für die Deutsch-Sozialen Blätter
70 Pfg.



Geschmackvolle Geldtasche

aus einem Stück mit beliebigem Stempel (antik. Kernspr., Aufschrift od. dgl., 4—5 Reihen)

in **Kalbleder** mit Merkbuch oder echt **Seehundleder** . } 3,50 Mark,
in echt **Juchtenleder** . . . 4,50 Mark.

Zu beziehn gegen Voreinsendung des Betrages oder unter Nachnahme durch die **Geschäftsstelle dieses Blattes,** Berlin NW 52.

Wichtig für jeden Handwerker!

Soeben erschien im Verlage von **A. W. Zickfeldt, Braunschweig** das von der Handwerkskammer zu Braunschweig empfohlene Werk von Oberamtsrichter **Dr. Brandis:**

Was der Handwerker vom Bürgerl. Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch und den einschlägigen Landes-Gesetzen wissen muß.

Preis 1 Mk. 50 Pf.
dauerhaft gebunden 1 Mk. 75 Pfg.
Zu beziehen durch die
deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt.
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Rhein-Tuch

Prachtvoller neuer Anzugstoff. 3 Meter für 13,50 Mark. Elegant Unverwüstlich! Muster sof. frei.
Tuchhaus Boetzkes, Düren Nr. 1.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: **Herrmann Laas.**

Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung“, „Deutsche Wacht“, „Deutsch-Soziale Blätter“ und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 16. Januar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 700.

Wochen-Spruch.

Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die befreundeten Mächte zu appellieren, gelungen ist, mit Ihrem Volk in eigner Thatkraft gegenüber den bewaffneten Schaaren, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.

Kaiser Wilhelm der Zweite (3. 1. 96.) an Präsident Krüger.

Landsturm-Deutsch.

So nennt der Abg. Liebermann von Sonnenberg in einer kurzen Rede, die er am 14. d. M. im Reichstage hielt, und die wir in nächster Nummer bringen werden, seine Ausführungen zur Zurückweisung Chamberlains am 10. Januar. Wir lassen diese Rede hier im Wortlaute folgen. Bei dem ungeheuren Aufsehen, die seine Worte in Deutschland und im Auslande gemacht haben (es sind im Augenblicke, wo diese Zeilen in Druck gehn, schon über 300 Zustimmungs-Telegramme, Briefe und Karten von Einzelpersonen, Stammtische, Vereine und Korporationen eingegangen), halten wir es für richtig, die Rede hier im Wortlaut zu geben und werden Sonder-Abzüge herstellen lassen, die wir zur Verbreitung im Lande dringend empfehlen. Bestellungen sind an die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstr. 15, zu richten.

Abg. von Liebermann sagte:

M. H., mangels einer Thronrede ist für uns kein scharf umgrenztes Arbeitspensum für diese Session festgestellt. Man wird aber wohl hoffen dürfen, daß sie nicht zu sehr mit neuen, noch nicht erschienenen Vorlagen überladen werden möge. Zwei Vorlagen indessen sind unter allen Umständen sowohl im Interesse der Regierung als im Interesse unsrer Veteranen und Militärpensionäre im Lande durchaus notwendig: eine, die sich mit den Ehrensold-Empfängern, eine zweite, die sich mit Regelung der Offizierspensionen beschäftigt, soweit diese Frage nicht durch das Gesetz vom Mai vorigen Jahres zur Zufriedenheit gelöst worden ist. Es sind bezüglich dieser Fragen zwei Interpellationen, die eine von dem Herrn Abgeordneten Arendt, die andre von dem Herrn Grafen Oriola eingebracht worden, und es wird bei dieser Gelegenheit eindringlicher noch, als es heute hier durch mich geschehen kann, der Regierung ans Herz gelegt werden müssen, schleunigst Schritte zur Abhilfe großer Mißstände zu thun. Man versteht im Lande unsre verwickelte Militärpensions-Gesetzgebung nicht. Das ist mehrfach auch schon vom Regierungstische anerkannt worden. Es erregt peinliches Empfinden, daß mangels finanzieller Mittel eine nach Tausenden zählende Reihe berechtigter und hilfsbedürftiger Veteranen den Ehrensold nicht erhalten können. Man überträgt die Mißstimmung auf die Regierung, insonderheit auf den Schatzsekretär, der hieran ganz unschuldig ist, der nicht anders handeln kann, als ihm das Gesetz vorschreibt, der nicht mehr ausgeben kann, als für diesen Zweck ausgeworfen ist. Es muß daher bei Besprechung der Interpellation — am besten von den Interpellanten selbst — eine klare und übersichtliche Darstellung, die im Lande verstanden wird, darüber gegeben werden, wie die Verhältnisse thatsächlich liegen.

Das Gesetz vom Mai 1895 hat zunächst nur die Zinsen aus den Ueberschüssen des Invalidenfonds für einen Ehrensold zu je 120 Mark für bedürftige Veteranen ausgeworfen. Dann hat der Reichstag zu verschiednen Malen die zu diesem Zwecke in den Etat einzustellende Summe erhöht. Auch im diesjährigen Etat hat eine bedeutende Erhöhung stattgefunden, von 5200000 auf 6 200 000 Mark. Aber all diese Erhöhungen haben sich niemals als ausreichend erwiesen. Immer ist die Zahl der Berechtigten gewachsen, so daß ein Teil „mangels finanzieller Mittel“ den Ehrensold nicht erhalten konnte. So wird es auch im nächsten Etatsjahre sein. Ich schätze die Zahl der zum Ehrensold berechtigten Empfänger im Lande auf 60 000; die ausgeworfne Summe reicht nur für 50 600 aus. Also wieder aufs neue Anlaß zu Klagen und zur Unzufriedenheit im Lande. Da kann nur geholfen werden, entweder mit einer generellen anderweitigen gesetzlichen Regelung, und, ist das in dieser kurzen Zeit nicht möglich, dann vorläufig wenigstens mit einem Nachtrags-Etat.

Ich glaube, es ist unter allen Umständen nötig, daß die Pensionsverhältnisse derjenigen Offiziere geregelt werden, die ihrerseits nicht an den Wohlthaten des neuen Gesetzes vom Mai v. J. teilhaben. M. H., die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat gestern eine augenscheinlich offiziöse Mitteilung gebracht, die sich mit der Mißstimmung im Lande bezüglich der Offizierspensionen beschäftigt; sie hat aber leider nur zum Ausdruck gebracht, was schließlich jeder Kenner des Gesetzes wissen mußte, daß lediglich die Offiziere Anspruch auf die Wohlthaten des neusten Gesetzes haben, bei denen nicht nur Kriegsentschädigung vorliegt, sondern diese auch als Ursache der Pensionierung anerkannt ist; das heißt also kurz: nur die Offiziere, deren Pension seiner Zeit auf den Reichsinvalidenfonds übernommen worden ist. Es ist bekannt, daß ein neues Gesetz über die Offizierspensionen im wohlwollenden Sinne im Kriegsministerium ausgearbeitet worden ist. Der Herr Kriegsminister hat im Jahre 1900 in der Budgetkommission eine protokollarische Erklärung zu den Akten gegeben, worin ausgesprochen war, daß sich heutzutage niemand mehr in unsrer Militärgesetzgebung zurecht finden könne; er, der Kriegsminister, habe deshalb eine Reihe von Entwürfen ausarbeiten lassen für Offiziere, für Mannschaften, für die Kriegshinterbliebnen. — Auch ein neues Offizierpensionsgesetz ist uns für das nächste Etatsjahr angekündigt worden. Nun läuft aber im Lande das beunruhigende Gerücht um, diese Vorlage werde nicht eingebracht werden, weil es die Lage unsrer Finanzen nicht zuließe. Ein solcher Grund ist nicht stichhaltig. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können Offiziere, die in den Kriegen Verwundungen und Beschädigungen erlitten haben, aber weiterdienten und dann später pensioniert wurden, ohne daß die Pensionierung auf jene Beschädigung zurückgeführt wurde, weniger Pension haben, als Offiziere der gleichen Chargen, die keine Feldzugsverletzungen erlitten haben. — Das sind unleidliche Verhältnisse. In diesem Hause herrscht allseitige Uebereinstimmung darüber, daß es sich hierbei um Erfüllung einer unabweisbaren Ehrenpflicht für unsre verdienten Krieger handelt, die unverzüglich erfüllt werden muß. Ich sehe daher nicht ein, warum die Regierung sich nicht den Dank des Vaterlandes verdienen will, indem sie den fertigen Gesetz-Entwurf wirklich einbringt.

Die vorher näher bezeichneten beiden Vorlagen erwarten wir selbst für den Fall, daß der Reichstag deswegen nicht zu einer Durchberatung der angekündigten Börsennovelle kommen könnte. Ich glaube der Zustimmung der großen Mehrheit in diesem Hause sicher zu sein, wenn ich sage: erst unsre alten hochverdienten Kriegsinvaliden und hernach erst die alten hochverdienten Börsenjuden.

(Heiterkeit.)

Diese Reihenfolge dürfte wohl die richtige sein.

Was die Börsennovelle selbst anbetrifft, so macht — wir kennen ja ihren Inhalt noch nicht — schon ihre Einbringung als solche dem staatsmännischen Scharfblick des neuen Herrn Handelsministers Möller die allergrößte Ehre. Ich erinnerte mich, als ich von dieser Absicht in den Zeitungen las, —

(Glocke des Präsidenten)

Abg. v. Liebermann fortfahrend: — mit Vergnügen des von Herrn Richter seinerzeit zitierten Gedichtes: „Du bist ein heller — Kopf, mein lieber Möller, komm ins Ministerium!"

(Heiterkeit.)

In der That hat der Herr Handelsminister mit weit ausschauendem Scharfblicke erkannt, daß unsre Börsengesetzgebung dringend einer Verbesserung und Ergänzung bedürftig ist. Sollten die Bestimmungen, die wir darunter verstehen, nicht in der neuen Novelle enthalten sein, so schadet das nichts, die Kommission des Reichstags wird schon dafür sorgen, daß sie hineinkommen.

(Bravo!)

M. H., wir brauchen die Feststellung, daß auch die Börsenmänner unter dem Gesetz stehn und die Verpflichtung haben, die Gesetze unsers Landes zu befolgen. Als das heut geltende Börsengesetz beschlossen wurde, hat man sich augenscheinlich nicht scharf genug den Ausspruch eines genauen Kenners der Börsenverhältnisse, des Abgeordneten Lasker, vor Augen gehalten, wonach die Börse die hohe Schule der Gesetzesübertretungen ist. Man hat keine Strafbestimmungen in das Gesetz gebracht für Verstöße gegen die Hauptvorschriften, und die Börse hat diese Unterlassung sich in ausgiebiger Weise zu nutze gemacht und sich die Freiheit genommen, das Gesetz nicht zu befolgen. Also Strafbestimmungen müssen in das neue Börsengesetz hinein. Es muß festgestellt werden, in welchem Zusammenhang die Börse und ihr Treiben mit den Bankkrachen steht, die in letzter Zeit unser Nationalvermögen so furchtbar geschädigt haben. Es müssen Schutzvorschriften für das Deutsche Volk nach dieser Richtung in das Börsengesetz hineinkommen; das Publikum muß überhaupt mehr bewahrt werden vor der Ausplündrung durch die Börsen und nicht etwa noch mehr zum Börsenspiel verlockt werden dürfen wie bisher. Das haben vielleicht die gehofft, die den Gedanken einer Börsennovelle bei dem Herrn Minister angeregt haben. — Das ergänzte Börsengesetz muß ferner nach Möglichkeit all die groben Ausschreitungen verhindern, zu denen die Börse neigt, und eine so vor groben Ausschreitungen behütete Börse wird dann auch im Staatsorganismus die wichtigen Funktionen ausüben, von denen man heute immer spricht, die aber thatsächlich niemals in rechter Weise wirklich von der Börse ausgeübt worden sind.

M. H., aus der Reihe der Anträge und Entwürfe und Verordnungen, von denen es wünschenswert scheint, daß sie noch in dieser Session zur Verabschiedung oder Durchführung kommen mögen, will ich nur einige ganz kurz erwähnen. Es liegt die berechtigte Hoffnung vor, daß endlich die Seemanns-Ordnung zur großen Genugthuung aller beteiligten Kreise erledigt werden wird. Es würde sehr wünschenswert sein, wenn die anderweitige Regelung unsrer Konsulatsverhältnisse herbeigeführt werden könnte. Es ist sehr notwendig, daß ein neues Brennsteuergesetz beschlossen wird, weil in den beteiligten Kreisen überall die allergrößte Unsicherheit und eine direkte Schädigung ihrer Interessen augenblicklich vorliegt; es wäre auch zu wünschen, wenn im Interesse der kleinen und mittlern Mühlen im Lande eine Abhilfe für die Mängel einträte, die sich an unserm am 1. Januar 1900 in Wirksamkeit getretnen Zollregulativ herausgestellt haben, und wenn man sich dabei auf das Urteil der Sachverständigen stützen wollte. Endlich wünsche ich von ganzem Herzen, daß die Regierung und der Reichstag es in dieser Tagung noch möglich machen möchten, den Antrag Bassermann und Genossen und den Gesetz-Entwurf Raab und Genossen hier zur Beratung zu bringen. Beide Antragsteller verfolgen den gemeinsamen Zweck, die Organisation unsers Kaufmannsstandes zu fördern. Das ist für diesen in allerhöchstem Maße nötig; denn „wir kennen ja alle die traurige Wahrheit, daß sich grade in den tonangebenden kaufmännischen Kreisen, die Elemente einzunisten gewußt haben, die ich heute mit dem Sammelnamen Levy bezeichnen will".

(Heiterkeit.)

Das sage nicht ich, sondern der Königsberger Professor Hubrich in einer Rede über die Gegner des Zolltarifs. Wenn in die Kreise der Professoren schon diese Erkenntnis eingedrungen ist, dann, glaube ich, ist auch die Zeit reif für Abhilfe.

Den breitesten Raum und das größte Interesse bei unsern Verhandlungen während dieser Tagung wird selbstverständlicher Weise die Zolltarifvorlage einnehmen, und zwar mit Recht. Die große, weitgehende Bedeutung, die diese Angelegenheit hat, ist nach meiner Ansicht, mit wenigen noch zu äußernden Einschränkungen, außerordentlich treffend gekennzeichnet in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die neue Zeit", wo es heißt — ich verlese die wenigen Sätze mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

Immer unzweideutiger zeichnet sich die Situation ab, auf die der Gang der preußischen Geschichte schon lange hinarbeitet. Der Bund der Landwirte und die sozialdemokratische Partei stehn sich als die entscheidenden Mächte gegenüber, und so groß die Frage des Wuchertarifs ist, so hängen doch noch größere Fragen davon ab, ob der Brotwucher über die Sozialdemokratie hinwegschreiten wird oder aber sie über ihn.

Ich lasse mich nicht auf eine Richtigstellung des Ausdrucks Brotwucher und Wuchertarifs ein, sondern ich sage nur: in diesem Zitat wird man an Stelle der preußischen Geschichte auch den Ausdruck deutsche Geschichte setzen dürfen und man wird die Begrenzung auf den Bund der Landwirte als Gegner der Sozialdemokratie dahin zu erläutern haben, daß — pars pro toto — damit der Teil der deutschen Landwirtschaft genannt worden ist, der heute am besten und wehrfähigsten organisiert ist. Gemeint damit sind alle die Kreise unsers Volkes, die auf Seiten der deutschen Landwirtschaft stehn, also alle Anhänger einer kräftigen volkswirtschaftlichen Heimatspolitik, die einen weitergehenden Schutz der nationalen Arbeit unumgänglich erforderlich erachten, als er ihr augenblicklich gewährt wird.

Es ist eine betrübende Erscheinung, daß in diesem großen Kulturkampf unsrer Zeit, der mit Recht diesen Namen verdient, nicht auf Seiten der deutschen Landwirtschaft ohne Ausnahme alle die stehn, die noch ihr Vaterland lieben, die die gewaltsame Zertrümmerung der gegenwärtigen Staatsordnung nicht wünschen. Es ist höchst bedauerlich, daß unter dem Einfluß des Brotwucher-Zetermordio-Schreivereins — so möchte ich ihn einmal nennen —

(große Heiterkeit)

Kreise des Handwerkerstandes, Bäcker und Schlächter, aus ganz kleinlichen Gesichtspunkten sich auf die Gegenseite gestellt haben. Man kann es aber schließlich diesen schlichten Leuten nicht übelnehmen, daß sie sich bethören lassen von all den schönen Drucksachen und all den schönen Reden, die auf Veranlassung jenes eben von mir bezeichneten Vereins im Lande verbreitet beziehungsweise gehalten werden, da ja selbst in den Kreisen derer, die am allermeisten an dem Kampfe interessiert sind, und denen ein Mangel an Sachkenntnis über die Bedeutung dieses Kampfes kaum unterstellt werden kann, wenn selbst bei den leitenden Männern unsrer Regierung nicht die Entschiedenheit zutage getreten ist, die dieser gewaltige Kampf um die Zukunft unsers Vaterlandes erfordert. Wir sind ja recht erfreut, daß Graf Bülow eine richtige Heimatspolitik als die Voraussetzung für die Weltpolitik scharf betonte; wir haben aber doch aus allen Kundgebungen der Regierung hier im Hause wie in der Presse leider nicht die sichere Hoffnung gewinnen können, daß sie ihrerseits sich mit der nötigen rückhaltslosen

Entschiedenheit für das Ziel einsetzen wird, welches erreicht werden muß. Es ist ein furchtbar ernstes Ringen mit hohen Einsätzen. Fürstenkronen stehn auf dem Spiele. — Man darf nicht vergessen, daß unsre nationale Wehrkraft in ihrem Fortbestande schwer bedroht wäre, wenn man unsern Ackerbauer zu Grunde gehn läßt um der einseitigen Förderung von Großhandel und Großindustrie willen. Man kann hier hinweisen auf die Schlußsätze des Grafen Bülow vom Mittwoch:

Was uns angeht, so müssen wir Deutschland auch weiter so stark erhalten wie jetzt, daß unsre Freundschaft für jeden wertvoll und daß unsre Feindschaft für niemanden gleichgiltig ist.

Wie soll dies Ziel denn anders erreicht werden, als wenn man die stützt und stärkt, die dem Landheer, wie das unbestritten überall anerkannt wird, die stärksten und besten Rekruten liefern, die den Hauptbestand der Heere bildeten, die unser Vaterland bisher unüberwindlich gemacht haben! Aber auch die Matrosen werden auf dem Lande geboren; auch unsre Auslandschiffe müssen, wie der Riese Antäus in der griechischen Sage sich Kraft holte durch Berührung mit der Erde, ihre Kraft und Leistungsfähigkeit erneuern durch Berührung ihrer Heimatserde in den Heimatshäfen. Darum muß unsre Regierung mahnen, daran zu denken, um wie große Dinge es sich bei dem Kampfe um den Zolltarif handelt. Nicht Roß, nicht Reisige, nicht Panzerschiffe und Kreuzer sichern die steile Höh', wo Fürsten steh'n; sie können uns schließlich nicht allein in diesem großen Kampf, den wir im Innern auszufechten haben, helfen. Es droht die Gefahr, daß der heimische Boden uns unter unsern Füßen weggepfändet wird, wenn wir die nicht stärken und erhalten, die ihn heute bebauen und behaupten.

Regieren heißt nach einem bekannten Ausspruche: voraussehen. Unsre Regierung muß solche Voraussicht üben. Wir brauchen neben den Gesetzen, die für den Augenblick zu helfen bestimmt sind, andre, die die Zukunft unsers Volkes sicher stellen. Da steht in allererster Linie die Frage nach der Umgestaltung des Bodenrechts. Es ist nötig, uns wieder zu der Anschauung zurückzufinden, daß der Grund und Boden Gottes Lehen ist; daß er uns gegeben ist, damit unser Volk sich darauf nähre und erhalte; wir können ihn nicht willkürlich aus eigner Kraft und Wissenschaft vermehren; wir können mit unserm Menschenwitz nur in bestimmten ziemlich engen Grenzen seine Erträge steigern. Wir müssen es uns vor Augen halten, daß der Grund und Boden ein Werkzeug ist für unser Volk, aber keine Ware ist, die man beliebig verschachern, verhandeln, vertauschen kann. Der Grund und Boden darf nicht unter den Wirkungen der römischen Rechtsanschauungen bleiben, denen er jetzt leider unterstellt ist. Er darf nicht gleichwertig behandelt werden mit Fabrikware. Wir brauchen ein Heimstättenrecht für unser Volk. Wir brauchen Gesetze, die die allmähliche Ablösung der Grundschuld vorsehen. Heute besteht die Gefahr, daß der Grund und Boden des Vaterlandes, den wir in Jahrhunderten mit unserm Herzblut verteidigt, den wir urbar gemacht haben im Laufe von Jahrtausenden, unserm Volk unter den Füßen wegeskamotiert wird. Der Anfang zu einer Politik des Schutzes für unsern Heimatsboden ist leicht zu machen. Man muß sich bei der Regierung dazu aufschwingen, die Heimlichthuerei aufzugeben und uns eine Verschuldungsstatistik des deutschen Grund und Bodens ohne alle Umschweife klipp und klar aufstellen zu lassen. Heutzutage bringt man in den meisten deutschen Staaten immer nur die Ueberschüsse der neu aufgenommenen Hypotheken über die gelöschten statistisch zum Ausdruck. Das giebt kein klares Bild. Ich weiß wohl, daß eine vollständige Verschuldungsstatistik zunächst einen furchtbar niederschmetternden Eindruck auf große Volkskreise machen würde; aber dieser Schritt würde alle Zweifel über das Vorhandensein der Notlage unsrer Landwirtschaft mit einem Schlage beseitigen. Ich glaube sogar, mein verehrter Landsmann Bräsicke aus Eszeruppen würde sich dadurch überzeugen, daß es einen furchtbaren Notstand in unsern ländlichen Verhältnissen giebt.

Seine Wähler sind mit seiner neulichen Rede über die Landwirtschaft, wie man mir an Ort und Stelle gesagt hat, nicht so einverstanden, wie er sich vielleicht wünschen dürfte.

M. H., um was es sich bei diesem großen Kampfe zwischen der Landwirtschaft und ihren Freunden einerseits, und der Sozialdemokratie und ihren Verbündeten andrerseits handelt, daß weiß leider die Umsturzpartei viel besser als die staatserhaltenden Parteien, und daraus erklärt sich ihre Haltung gegenüber dem Zolltarif; im Interesse der Arbeiterbevölkerung in Deutschland brauchten sie denselben nicht so scharf zu bekämpfen, wie sie es thun. Die Führer der Sozialdemokratie wissen, daß es zunächst darauf ankommt, die festen Mauern zu sprengen und niederzulegen, die heute noch geeignet sind, als Wellenbrecher die sozialdemokratische Sturmflut zurückzudämmen. Erst den Bauernstand ruinieren; das übrige findet sich dann leicht von selbst, meinen sie.

(Sehr richtig!)

M. H., daß ein Bündnis der Sozialdemokratie mit jenem Schreiverein der Hochfinanz und des Großhandels zustande gekommen ist, braucht uns nicht Wunder zu nehmen. Für eine kurze Wegstrecke laufen ihre Interessen parallel. Die Großfinanz und vor allem der Großhandel will alle übrigen Volksinteressen sich unterwerfen, sie beherrschen, sie seinen Ausbeutungsgelüsten dienstbar machen. Die Sozialdemokratie sieht ihrerseits in dieser Absicht — wenn sie zum Ziele gelangt —, das beste Mittel, um ihren Weizen später ernten zu können; denn wenn der Handel, der nur als Diener der Produktion seine sittliche Berechtigung hat, sich zum Herrn aufschwingt und die produktive Arbeit knechtet, dann entnervt er das Volk. Mit Sklaven wird man leichter fertig als mit freien Leuten. So fühlen sich die Herren Sozialdemokraten als die lachenden Erben derer, mit denen sie jetzt Schulter an Schulter zusammen kämpfen.

(Sehr richtig!)

Die Schürung der Unzufriedenheit, jenes bekannte und vielgepriesene Streitmittel der Sozialdemokratie, kann außerdem bei diesen wirtschaftlichen Kämpfen vortrefflich angewendet werden. Daraus ergiebt sich, daß im Ringen gegen den Umsturz Zufriedenheit im Lande der beste Bundesgenosse ist. Dazu kann die Regierung außerordentlich viel mit großen und kleinen Mitteln beitragen. Man muß berechtigte Wünsche ohne Kleinlichkeit erfüllen und solche berechtigten Wünsche sind zahlreich genug im Lande vorhanden. Klagen der Beamten aus den verschiedensten Ressorts in der Reichsverwaltung liegen in großer Zahl vor. Man wird in der Kommission zu prüfen haben, inwieweit dieselben berechtigt sind, und man wird auch wohl hoffen dürfen, daß für berechtigte Klagen auch Abhilfe zu erlangen sein wird.

Für Zufriedenheit im Lande ist aber auch Vorbedingung, daß das Zutrauen auf die Gerechtigkeit nicht erschüttert wird. Ich gehe nicht so weit wie der letzte Herr Redner, daß ich aus Einzelfällen in unsrer Justizpflege Schlüsse ziehn wollte auf die Zustände im ganzen Vaterlande. Aber Einzelfälle müssen manchmal hier erwähnt werden, und so habe ich die dringende Bitte an den Herrn Reichskanzler oder an seinen zuständigen Stellvertreter zu richten, daß er sich darauf vorbereiten möge, die Frage zu beantworten, die die an den Reichstag gelangte Konitzer Interpellation ihm vorlegt, nämlich welche Ursachen es bewirkt haben, daß jener scheußliche Mord nicht entdeckt worden ist. Wenn der Herr Reichskanzler sich erst überzeugt haben wird, daß thatsächlich grobe Verstöße der Polizei und der Justizbehörde dort vorgekommen sind, so hoffe ich, daß er dann sich nicht scheuen wird, das unumwunden zuzugestehn und Abhilfe zu versprechen. Ich brauche mich nur auf das Urteil des gegenwärtig in Konitz amtierenden Staatsanwalts zu beziehn, der, wie mir glaubwürdig versichert worden ist, selber zugegeben hat, daß bei der Untersuchung sehr sonderbare Dinge vorgekommen wären.

(Hört! hört! rechts.)

Ich hoffe, daß das hohe Haus die Petition als zur Erörterung im Plenum geeignet erachten wird. Die Frage des Blut- oder Ritualmordes kann dabei ganz außer Betracht bleiben; deswegen hätte unser früherer Kollege Kranke uns heute sein dickes Buch über die Ritualmordfrage nicht zu schicken brauchen.

Eine besonders in die Augen springende, jedem objektiven Beurteiler auffallende Erscheinung bei dem Konitzer Untersuchungsverfahren ist folgende. Die Staatsanwaltschaft oder die sonst in Frage kommende Behörde sagt: es liegen eidliche Aussagen des und des Inhalts von christlichen Zeugen vor, diese Aussagen sind nach einer bestimmten Richtung äußerst gravierend; aber — es liegen auch gegenteilige eidliche Zeugnisse von Juden vor — — also haben die christlichen Zeugen sich geirrt oder sind unzuverlässig usw. So wird fast ausschließlich argumentiert in der sorgfältig motivierten Abweisung der Anklage, die für den Vater des Ermordeten, der Rechtsanwalt Dr. Hahn bei der Konitzer Staatsanwaltschaft eingereicht hat.

Und — welch' sonderbarer Zufall — ganz am andern Ende unsers Vaterlandes, in Darmstadt, hat ein Amtsrichter, namens Gerlach, in der Begründung eines Urteils die Theorie zu dieser Praxis hergestellt. Er hat ausgesprochen, das Zeugnis eines Juden sei besonders wertvoll, „da es die Angehörigen dieser Religion nach den Erfahrungen des Gerichts mit dem Eide durchgängig sehr genau nähmen"

(Heiterkeit rechts),

„seine Religions-Angehörigkeit diene daher dem Gericht zur Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit."

(Heiterkeit rechts.)

Ja, m. H., das ist doch eine Degradation der Angehörigen beider christlichen Konfessionen im Lande zu Staatsbürgern zweiter Klasse!

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Abgesehen davon, daß die Lehren der Statistik dagegen sprechen — denn danach ist der Prozentsatz der wegen Meineid auf die Anklagebank gekommenen Juden ein weit höherer, als der bei den christlichen Konfessionen —, abgesehen davon, bin in noch in der Lage, Ihnen den Ausspruch eines verstorbnen, hervorragenden Juden mitzuteilen, den dieser nachweisbar gethan hat, und der sehr wichtig für die Beurteilung dieser Frage ist. Er lautete: „die gegenwärtige Form des gerichtlichen Eides wird von keinem orthodoxen Juden für rechtsverbindlich gehalten

(hört! hört! rechts),

aber allerdings wird auch niemals ein orthodoxer Jude einen Meineid leisten, wenn er nach dem Ritus seines Religionsbekenntnisses vereidigt wird."

Meine verehrten Herren, es fällt mir natürlich nicht ein, daraus nun den Schluß ziehn zu wollen, daß alle jüdischen Eide, oder die meisten, Meineide seien. Davon schrecken die Strafbestimmungen und hier und da wohl auch das Gefühl ab, daß man als vollberechtigter Staatsbürger auch den Gesetzen des Landes entsprechend handeln muß, selbst wenn man eine oder die andre gesetzliche Form für sein Gewissen nicht für rechtsverbindlich erachtet. Ich meine nun, in diesem Ausspruche ist der Weg zur Abhilfe gegeben. Warum greift denn die Regierung nicht zurück auf den hier im Reichstage vor einer Reihe von Jahren angenommenen, von mir damals eingebrachten und vertretnen Antrag auf Wiedereinführung des konfessionellen Eides? Wir würden dadurch aus sehr vielen Schwierigkeiten herauskommen, die Gerechtigkeitspflege im Lande würde gefördert werden, und die Justizbehörden würden vielfach eine leichtere Arbeit bei Ergründung der Wahrheit haben als heute. Es ist dankbar anzuerkennen, daß im hessischen Landtage unser Kollege Koehler mit seinen politischen Freunden eine Anfrage an die hessische Regierung gestellt hat, deren Schlußsätze folgendermaßen lauten:

Wir erachten die Begründung des Großherzoglichen Amtsrichters Gerlach vom Großherzoglichen Amtsgericht zu Darmstadt 1 als eine That, durch die er innerhalb seines Amtes der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, sich bei allen Bekennern der christlichen Konfessionen, die durch diesen Richterspruch hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit vor Gericht den Bekennern des mosaischen Glaubens nachgesetzt werden, unwürdig gezeigt hat (siehe hierzu Art. 9 des Gesetzes vom 31. Mai 1879, die Rechtsverhältnisse der Richter betreffend), und fragen darum bei Großherzoglicher Regierung an:

Was gedenkt die Großherzogliche Regierung zu thun, um die in vorliegender Urteilsbegründung ausgesprochne Bevorzugung der Anhänger der mosaischen Religion vor Gericht, sowie Gesetzverletzungen der gedachten Art in Zukunft zu verhindern? —

Ich wiederhole, daß ich die Stellung dieser Frage für außerordentlich dankenswert halte, und gespannt auf die Antwort bin.

Ich greife nun nochmals zurück auf den großen schweren Kampf, der uns bevorsteht, und sage mir: diejenigen, die auf Seiten des alten Staates fechten, müssen in die Lage versetzt werden, ihrerseits hier stets im vollen Maße ihre Schuldigkeit zu thun und stets auf dem Posten zu sein. Das führt mich auf die Diätenfrage, die ich in ähnlicherweise auffasse, wie der Herr Abg. Bassermann.

M. H., ich bin vor einem Dutzend Jahren als Gegner der Diäten in dieses Haus hineingekommen, ich habe mehrmals hier dagegen gestimmt, einmal, glaube ich, auch dagegen gesprochen zu haben. Aber ich bin im Laufe der Jahre durch meine Beobachtungen im Lande von einem Gegner zu einem Anhänger der Diätenzahlung geworden; ich habe gesehen, wieviele, außerordentlich viele tüchtige Kräfte im Lande brach liegen, die wir hier sehr gut gebrauchen, deren Fähigkeit zum Wohle des Vaterlandes hier Verwendung finden könnten. — Ich bin auch zu der Auffassung gekommen, daß die Einführung der Diäten am meisten der plutokratischsten aller Parteien hier im Hause, nämlich der sozialdemokratischen, Abbruch thun würde. Die Wahlen sind heutzutage zum großen Teile Geldfragen geworden. Die Sozialdemokratie verfügt — das ist von ihrem Standpunkte ja für sie ein Lob — über die reichsten Wahlmittel von allen Parteien und weiß sie auch zu gebrauchen.

Ich sehe nur zwei Wege, dem fortgesetzten Wachsen der Sozialdemokratie hier im Hause Einhalt zu thun: entweder Einführung von Diäten, in welcher Form es auch immer sei, oder allgemeine Wahlpflicht, mein alter Lieblingsgedanke, dem ich natürlich vor dem andern Mittel den Vorzug gebe und seine Verwirklichung wünsche. — Wir bürgerlichen Parteien werden bei den Zolltarifverhandlungen möglichst geschlossen hier aushalten müssen; möge man die Abgeordneten dieser Parteien durchweg in den Stand setzen, auch aushalten zu können!

Ich komme jetzt zu den auswärtigen Angelegenheiten und streife dabei zunächst Angelegenheiten des Kolonialamts.

Ich erwähnte schon einen dahin gehörigen Wunsch in Bezug auf baldige Neuregelung unsers Konsulatswesens. Auf Einzelheiten will ich heute nicht eingehn und nur einen Fall kurz erwähnen, der von Kleinlichkeit zeugt und geeignet ist, unnötig Unzufriedenheit zu erregen. Bei der Kolonialverwaltung hat man mehrfach Beamte, die unter den Voraussetzungen des Gesetzes von 1891 angestellt waren, bei ihrer Pensionierung nach den Bestimmungen eines später erlassenen Gesetzes behandelt und sie dadurch geschädigt. Es handelt sich, glaube ich, im Augenblicke nur noch um zwei Beamte, die hierüber Klage führen können. In dem einen mir bekannten Falle ist ein Zahlmeister und Deckoffizier, der unter den Bedingungen von 1891 in den Kolonialdienst eingetreten ist, bei der Pensionierung der Vorschriften eines Gesetzes entsprechend behandelt worden, das er bei Uebernahme seines Dienstes noch nicht kennen konnte, weil es noch nicht erlassen war. Mir scheint das weder recht noch billig, und in der Kommission wird hoffentlich die Sache in dem Sinne geregelt werden, wie es der Geschädigte in seiner Petition an den Reichstag erbittet. Es wäre kleinlich, wenn sich die Regierung dagegen sträubte, und ich hoffe ferner, daß dann auch noch der andre Leidtragende, dessen Name mir nicht bekannt ist, befriedigt wird, damit man die Regierung nicht noch einmal mit solchen Kleinigkeiten zu belästigen braucht.

Die Frage des Schutzes der deutschen Interessen im Auslande muß ich an dieser Stelle auch flüchtig streifen. Leider schützt das Wort: „ich bin ein deutscher Bürger" unsre Landsleute jenseits des Ozeans doch noch nicht in dem Umfange, wie es dem Sinne der bekannten Kaiserrede entsprechen würde, also in dem Sinne, in dem der Römer sein „civis romanus sum" stolz gebrauchen durfte. — Ich brauche nur an unsre Verwicklungen mit Venezuela zu erinnern und hoffe von ganzem Herzen, daß die Venezueler oder Venezolaner, wie sie sich

nennen, ihrerseits bald auf Granit beißen werden, wenn sie noch lange Ausflüchte machen, oder besser, auf den Gußstahl unsrer Schiffsgranaten. Aber was dem Herrn Krupp und den deutschen Interessenten in Venezuela in diesem Falle recht ist, nämlich Schutz ihres Rechtes, das dürfte auch wohl dem Herrn Schulz in Nicaragua billig sein, der seit einem Jahrzehnte selbst mit Hilfe der deutschen Gesandtschaft weder Entschädigung noch Genugthuung für die Beraubung erhalten kann, die er durch die Regierung von Nicaragua erlitten hat.

Dabei hat, wenn ich recht berichtet bin, unser Auswärtiges Amt die Rechtsansprüche des Herrn Schulz auf Entschädigung als begründet erachtet Vielleicht löst man diese Nicaraguafrage in einem Zuge mit der Venezuelafrage. Uebermäßig weit liegen ja die beiden Territorien nicht auseinander. Die Regierung kennt also den Vorfall genau; wer sich im Hause dafür interessiert, den bitte ich, näheres nachzulesen in den Nummern 13, 24 und 25 vom zweiten Jahrgang der „Kolonialen Zeitschrift". Auf die Einzelheiten hier einzugehn, erübrigt sich daher für mich.

Es ist von verschiednen Rednern — und ich schließe mich ihnen vollkommen an, mit Dank anerkannt worden, daß der gegenwärtige Herr Reichskanzler die chinesischen Wirren zu einem glücklichen Ende geführt hat. Ich glaube, nur der sozialdemokratische Redner hat den Versuch gemacht, diese Lösung zu bemängeln und als eine Niederlage Deutschlands hinzustellen. Nun, ich glaube ohne Widerspruch sagen zu dürfen, daß es Zeiten während der chinesischen Wirren gab, wo man nicht zu hoffen wagte, daß sie für uns einen so glatten Abschluß finden könnten, wie sie ihn thatsächlich dank der Geschicklichkeit unsrer Reichsregierung gefunden haben.

Bei dieser Gelegenheit komme ich auch auf ein andres, wieder als kleinlich zu bezeichnendes Verhalten unsers Auswärtigen Amtes, das aber wohl von irgendeinem Subalternen verschuldet sein wird. Seit langer Zeit petitioniert beim Auswärtigen Amt ein alter englischer Offizier, ein Hauptmann Schaumlöffel, der in einem kleinen Dorfe meines Wahlkreises sitzt, und dem in einem Gefechte beim Taiping-Aufstande, wo er unter Gordon focht, beide Augen ausgeschossen sind. Er hat seiner Zeit eine ganz unzureichende Abfindung als Pension bekommen, und bittet nun das Auswärtige Amt, ihm bei der englischen oder der chinesischen Regierung einen kleinen Zuschuß zu erwirken, der ihm die wenigen Lebensjahre, die er noch vor sich hat, etwas erträglicher gestalten soll. — Er bekommt entweder keine Antwort oder er wird abgewiesen. Das nenne ich kleinlich. Soweit dürften doch die „althergebrachten guten Beziehungen zu England" und die vortrefflichen Beziehungen, in denen wir jetzt mit China stehen, reichen, daß man uns einen derartigen Wunsch nicht abschlagen würde. Der Reichsregierung aber würde eine solche That reichlich Dankeszinsen eintragen. Die Bevölkerung im weiten Umkreise des Wohnsitzes, wo der arme blinde Mann sein Dasein vertrauert, würde davon erfahren und sich über diese Fürsorge freuen. Ich selbst würde gern ob einer solchen That das Lob der Reichsregierung in meinem ganzen Wahlkreise singen.

Daß in der chinesischen Angelegenheit nicht alles so glatt abging, wie wir es gewünscht hätten, versteht sich von selber. A la guerre comme à la guerre. Die Wegnahme der astronomischen Instrumente ist schon von den verschiedensten Seiten, auch in der Presse, gerügt, und selbst der Ausweg, den die Regierung schließlich gefunden hat, läßt immer noch ein höchst unbequemes Gefühl nicht verschwinden. Das wird wohl allen Leuten so gehn, die in preußischen und deutschen Schulen Geschichte gelernt haben und sich wohl noch entsinnen, wie sehr man den ersten Napoleon verdammte, weil er uns die Viktoria vom Brandenburger Thor wegführte, und weil er das Museum im Louvre mit Statuen, die in aller Herren Ländern zusammengeraubt waren, bevölkerte. Was in unsern Staatsschulen Napoleon dem Ersten zum Vorwurf gemacht wird, hätten wir selbst unter keinen Umständen thun dürfen. Wen die Verantwortung dafür trifft, wissen wir. Aber wir wissen nicht genau, wen die eigentliche Schuld trifft, und das ist zweierlei.

M. H., die Hunnenbriefe, die schmählichen Verleumdungen unsers tapfern, ehrliebenden Soldaten, finden ja jetzt nach einander ihre Sühne durch Verurteilung verschiedner Zeitungsleute. Es zeigt sich dabei, daß alle jene Behauptungen eitel blauer Dunst gewesen sind. Ich hoffe, daß auf Grund dieser gerichtlichen Verurteilungen selbst die sprichwörtliche Gutgläubigkeit unsers Kollegen Bebel für derartige Kaffernnachrichten nun auch etwas nachlassen wird.

(Bravo! und Heiterkeit rechts.)

M. H., besser wäre es allerdings gewesen, wenn der Schatten der Hunnen niemals rhetorisch heraufbeschworen worden wäre. Unsern braven Chinakämpfern schallt dieses Hohnwort jetzt leider nur zu oft entgegen, wenn sie im Lande Arbeit suchen, und nicht jeder derselben ist so gewandt, daß er dann gleich Klage wegen Beleidigung anstrengt, wie es mit Erfolg mehrfach geschehen ist.

M. H., was der Herr Reichskanzler bei der **Polen-Interpellation** über die Lemberger und Warschauer Affäre ausgesprochen, hat uns alle befriedigt. Nach den neusten Vorgängen in Oesterreich, nach dem Auftreten des Prinzen Czartoryski, nach der Erklärung der „Norddeutschen Zeitung" und nach der österreichischen Regierungs-Erklärung scheint es mir, als ob Rußland in der Frage dieser Krawalle sehr viel loyaler gehandelt und prompter seine internationalen Verpflichtungen erfüllt hat als Oesterreich. Die österreichische pflaumenweiche Erklärung will mir garnicht genügend warm erscheinen für einen Bundesgenossen im Dreibund, der uns so viel verdankt, für den wir die schwere Rüstung tragen, für den wir unsre Landwirtschaft bei den letzten Handelsverträgen zumteil preisgegeben haben, damit er etwas Geld bekam, um seine Armee zu verstärken und zu bezahlen. In dem Sinne wenigstens wurde uns damals der österreichische Handelsvertrag mundgerecht gemacht. Ich glaube nicht, daß Oesterreich das ist, wovon die Regierungs-Erklärung spricht, daß es Herr im eignen Hause ist. Aber ein Oesterreich, wo Tschechen, Kroaten, Galizier, Slowenen usw. die erste Geige spielen, wo man die deutsche Bevölkerung der Kronländer zurückdrängt und ihnen keinen Einfluß auf die Regierung in dem ihr zustehenden Maße zugesteht, ein solches Oesterreich dürfte für uns kein sonderlich zuverlässiger Bundesgenosse sein, und wir haben daher die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, daß wir an dem Dreibunde nicht ein vitales Interesse haben, mit großem Danke zu begrüßen. Es war eine Sprache, die hoffentlich überall verstanden worden ist. Der Starke ist am mächtigsten allein, wenn er sich stark zu halten versteht, und wie das geschehen muß, darauf deutete ich schon im Anfang meiner Rede hin.

M. H., ich komme nun zu der **Burenfrage** und damit gleichzeitig zu der Frage unsers Verhältnisses zu England. Ich stehe selbstverständlich auch auf dem Standpunkt, daß eine bewaffnete Einmischung unsrerseits zu gunsten der Buren absolut ausgeschlossen ist bei der gegenwärtigen Weltlage, bei den feindlichen Mächten, die uns überall umgeben, bei dem Uebelwollen und der Mißgunst, die überall, auch bei Leuten, die jetzt sehr freundlich gegen uns thun, in der Welt herrscht. Man las vor Monaten in einigen Zeitungen, unserm Monarchen sei in England bei seinem letzten längern Aufenthalt seitens der englischen Regierung der dokumentarische Nachweis vorgelegt worden, daß die französische Regierung den Engländern ein Bündnis angeboten habe für den Fall, daß Deutschland bewaffnet in dem Burenkrieg intervenierte. M. H., ich verlange selbstverständlich nicht von der Reichsregierung irgendeine Auskunft darüber, ob das sich so verhält oder nicht. Dagegen richte ich von dieser Stelle aus eine solche Frage an den Vorsitzenden der internationalen Burenliga, an den Herrn Senator Pauliat in Paris. Mag er Mittel und Wege finden, die französische Regierung zu fragen, ob sie ein solches unschönes Spiel getrieben hat; und wenn die Antwort bejahend ausfällt, dann haben die Franzosen kein Recht, unsrer Reichsregierung in ihrer Presse Vorwürfe zu machen, daß sie sich vorsichtig von einer Einmischung in den südafrikanischen Krieg zurückhält. Es wäre allerdings noch ein dritter Fall möglich, daß man uns

nämlich in England mit falschen Dokumenten betrogen, daß man falsches Spiel mit uns getrieben hat. Falsches Spiel kommt ja wohl auch in England mal vor.

Ich glaube auch nicht, daß eine friedliche diplomatische Intervention unsrerseits zur Beendigung des Burenkrieges versucht, von uns neuerdings angeregt werden kann. Dazu sind wir nicht die nächsten, und das könnte uns einer diplomatischen Niederlage aussetzen. Wir haben unsern Standpunkt sehr korrekt auf dem Haager Friedenskongreß gewahrt. Ich glaube, derjenige, der der nächste dazu ist, Schritte im Interesse der Beendigung des Krieges zu thun und die Schiedsgerichtsfrage von neuem anzuregen, ist Seine Majestät der Zar aller Reußen. Rußland scheint mir bei den tief beschämenden Vorgängen in Südafrika der am meisten blamierte Europäer zu sein.

(Heiterkeit.)

Der Zar hat seiner Zeit den hochherzigen Entschluß gefaßt, ein Friedensgericht für die Welt einzusetzen, er hat den Kongreß im Haag zusammenberufen, nun mag er dafür sorgen, daß das dort beschlossene Schiedsgerichtsverfahren auch praktisch in Thätigkeit treten kann.

M. H., was wir bezüglich des südafrikanischen Krieges nicht thun können, habe ich eben ausgeführt. Was wir aber unter allen Umständen thun müssen, das ist, die allerpeinlichste Neutralität einzuhalten!

(Sehr richtig! rechts.)

Zu meinem schmerzlichen Bedauern bin ich leider nicht in der Lage, das Verhalten der Reichsregierung in dieser Beziehung durchweg als korrekt anzuerkennen. Ich muß, so leid es mir thut, eine darauf bezügliche Frage an die Reichsregierung stellen und wünsche von ganzem Herzen, daß sie mit einem scharfen unverklausulierten „Nein" beantwortet werden kann. Zum bessern Verständnis muß ich etwas zurückgreifen und an eine Reichstagssitzung im Jahre 1901 erinnern, wo ich ein längers Verzeichnis von Schiffen hier überreichte, die angeblich Kriegsmaterial aller Art nach England gebracht hatten. Auf meine daran angeknüpften Fragen antwortete mir am 6. März (1901) der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Frhr. v. Richthofen, es sei richtig, daß jene Schiffe Kriegsmaterial aller Art nach England geführt hätte, daß aber die Regierung nicht in der Lage sei, solches zu verbieten; völkerrechtlich sei die Regierung nur verpflichtet, nicht selber Kriegsmaterial an kriegführende Staaten zu liefern, im übrigen aber könnte es ihr egal sein, was Private in dieser Beziehung thun. Nun, m. H., ich will auf eine Kritik dieser staatsrechtlichen Auffassung nicht eingehn. Sie ist wohl sehr alt und stammt aus einer Zeit, als eine Privat-Industrie die Waffen ins Ausland liefern konnte, noch garnicht in Frage kam; ich will vielmehr nur folgendes feststellen. In Nr. 6 des Blattes „Burenfreund" findet sich auf Seite 102 unter der Ueberschrift „Aktenstücke zum Burenkrieg", „Neutralität mit zweierlei Maß" ein Aufsatz, in dem zunächst das dargestellt wird, was ich eben kurz erzählte. Den Wortlaut der weitern Ausführungen will ich nicht verlesen, sondern nur den Inhalt kurz wiedergeben. Als der Krieg in Südafrika noch nicht ausgebrochen war, hatte der Oranjefreistaat bei Krupp Waffen, Geschütze bestellt und eine Hälfte des Preises sogar schon bezahlt. Als der Krieg begonnen hatte, verlangte der Oranje-Freistaat vergeblich die Auslieferung der Waffen; sie wurde abgelehnt. Nach der von mir erwähnten Antwort des Herrn Staatssekretärs v. Richthofen, worin er die Erklärung abgab, daß es der Regierung egal sein könnte, was Private thäten, wandte sich der Oranje-Freistaat erneut an Krupp um die Auslieferung der Kanonen, und siehe da, Krupp antwortete darauf dem Generalkonsul des Oranje-Freistaats, Herrn Dr. Hendrik Mueller in Amsterdam, er dürfe weder ihm, noch einem sonstigen Beamten oder Bürger des Freistaates die bezahlten Kanonen ausliefern, er könne noch nicht einmal gestatten, daß sie einem andern Staat geliefert werden, der sie weiter verkaufen könnte. Und diese Antwort Krupps soll direkt auf ein Verbot der Deutschen Regierung zurückzuführen sein. Träfe das wirklich zu, so würde ich allerdings nicht wissen, wie die Regierung das vor ihrem Gewissen, vor dem Lande, vor Europa, vor der Weltgeschichte zu rechtfertigen imstande sein dürfte. Ich hoffe, wie gesagt, daß die Angelegenheit anders liegt, aber ich muß betonen, daß der Brief des Generalkonsuls Dr. Hendrik Mueller sich hier in meinen Händen befindet. Der Briefbogen trägt den amtlichen Stempel des Generalkonsulats und datiert vom 26. November 1901. Nun, m. H., ich glaube, in diesem Falle muß der deutsche Reichstag ohne Unterschied der Parteirichtung der Regierung gegenüber ein deutliches Wort sprechen, auf Erklärung dringen und verlangen, daß, wenn solches einmal wirklich geschehen ist, ähnliches niemals wieder in Zukunft vorkommen darf.

Ich sagte schon, bewaffnete Intervention oder erneute Anregung eines Schiedgerichts kann von unsrer Regierung nicht verlangt werden. Ich meine aber, auf einem andern Gebiet könnten doch anstandslos amtliche Schritte auch von unsrer Regierung gethan werden, man könnte eine Anregung zu internationalen Schritten geben, die nur den Zweck hätte, den armen Opfern dieses Krieges, den Gefangnen, den in den Konzentrationslägern zusammengepferchten Frauen und Kindern, deren junges Leben dort dahinschmilzt wie der Schnee in der Märzsonne, Linderung ihrer Leiden zu bringen. Man sollte den reichen Mitteln die Wege nach dem Kriegsschauplatze bahnen, die überall in allen zivilisierten Staaten der Welt, wenn ich nicht irre, auch in England aufgebracht worden sind, und die noch viel reicher fließen würden, wenn man wüßte, daß sie in zweckentsprechender Weise Verwendung finden könnten. Die Vereinigung der Burenkomitees ist erbötig, Vertrauensmänner auf den Kriegsschauplatz zu entsenden, die sich an Ort und Stelle persönlich überzeugen sollen, wie geholfen werden kann und die jede Garantie dafür bieten wollen, daß das in Europa aufgebrachte Geld lediglich für humanitäre Zwecke und nicht etwa zu Ungunsten des englischen Heeres verwendet werden. Wenn da die deutsche Regierung auf Grund der „altbewährten guten Beziehungen zu England", wenigstens bei der englischen Regierung freies Geleit für eine solche neutrale Deputation erwirken könnte. Sollte sich selbst das als unmöglich herausstellen, dann wird später einmal mit Recht ein vernichtendes Urteil über das zivilisierte, christliche Europa zu Beginn des zweiten Jahrtausend gefällt werden müssen. Ich richte an die Reichsregierung die Bitte, wenn diese Frage, wie ich glaube, bald an sie herantreten wird — ihre guten Dienste nicht zu versagen und so wenigstens das deutsche Gewissen zu salvieren. Wäre eine solche Intervention auch erfolglos, so hätten wir Deutsche dabei keine Niederlage erlitten, sonden uns Ruhm erworben für alle Zeiten.

(Bravo!)

An der Spitze der zahlreichen seit Jahren thätigen privaten Komitees zur Linderung der Not der Buren, zur Entsendung von Sanitätskolonnen nach Südafrika und dergleichen mehr, haben überall in Deutschland, auch z. B. in der großen Hansastadt Hamburg vielfach Männer meiner Parteirichtung, oder Männer, die dem Deutschbunde oder dem Alldeutschen Verbande angehören, gestanden. Ich leite daraus nicht nur die Berechtigung sondern die Verpflichtung für mich ab, Einspruch zu erheben gegen Aeußerungen, die der Herr Graf Wolff von Metternich inter pocula neulich in Hamburg gethan hat. Der Graf Wolff von Metternich, bisher preußischer Gesandter bei den Hansastädten, ist neuerdings nach England als Gesandter versetzt worden. Man hat ihm, wie das ganz in der Ordnung ist, ein Abschiedsmahl gegeben, und bei diesem Abschiedsmahle sind allerlei Reden gehalten worden. Es wird ja in den Hansastädten neuerdings vielerlei inter pocula gesprochen und dann in der Welt verbreitet, so daß man wünschen könnte, man erinnerte sich dort des schönen Spruches, der in Ratsweinstuben jener alten Städte öfter als Deckenverzierung neben Rosen-Ornamenten angebracht war und sich wohl auch heute dort noch vielfach findet. Er lautete:

„Was wir allhiero kosen,
Das bleibe unter Rosen".

Ich hätte von so manchen Aeußerungen, die in der letzten Zeit das Volk beunruhigt haben und auch von dieser

Aeußerung des Herrn Grafen Wolff von Metternich gewünscht, daß die unter Rosen geblieben wäre. Wenn Herr Graf Wolff-Metternich aus Anlaß seiner Ernennung zum deutschen Gesandten in England die Verpflichtung fühlte, zu betonen, daß er die gute Beziehung zwischen Deutschland und Großbritannien weiter pflegen wollte, so ist das sein gutes Recht gewesen. Aber er hätte gut gethan, sich dabei nicht in Angelegenheiten einzumischen, die ihn nichts angehn und sich die Witzelei über tiefgehende Strömungen im Deutschen Volk sparen sollen. Er hat bei dem bewußten Mahle gesprochen von „exaltierten Geistern, die da meinten, daß die althergebrachten Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht weiter fortgeführt zu werden brauchen." „Diesem extravaganten Jugendstil in der Politik brauche ich mich nicht anzuschließen" — sagte er und hatte mit dem Ausdruck „Jugendstil" vielleicht ein Kompliment nach einer Stelle hin machen wollen, wo man sich auch für Kunst interessiert.

Ich würde mich kürzer bei dieser Auseinandersetzung mit dem Herrn Grafen Wolff-Metternich fassen können, wenn er nicht den Ausdruck „althergebracht" gebraucht hätte; mit diesem „althergebracht" richtet er Verwirrung in mancherlei Köpfen, sogar im Reichstag an, wo man doch annehmen muß, daß ausreichende Kenntnis der neusten Geschichte vorhanden ist. Das „althergebrachte" Verhältnis zu England wollen wir nicht fortsetzen; gegen gute Beziehungen haben wir auf der Basis der Gegenseitigkeit nichts einzuwenden. Die althergebrachten Beziehungen bestanden darin, daß England uns bei jeder Gelegenheit schlecht behandelt und übers Ohr gehauen hat!

(Sehr richtig!)

Das will die Politik im Jugendstil nicht fortgeführt wissen.

(Sehr wahr!)

M. H., wenn ich den Ausdruck einmal akzeptieren will, so lautet das politische Glaubensbekenntnis im Jugendstil etwa so: „du sollst Dein Vaterland und Dein Volk lieben von ganzem Herzen, aus voller Seele und aus tiefstem Gemüte! Du sollst die Rechte fremder Völker achten und ehren! Du sollst aber gegenüber jedem Fremden, der die Rechte Deines Volkes kränkt und seine Ehre antastet, die Faust nicht in der Tasche ballen, sondern mit der geballten Faust ihm unter die freche Nase fahren."

(Große Heiterkeit.)

Das ist Bismarckisch gedacht, das ist Jugendstil. Solche Faustſtöße können unter Umständen auch mit großer Eleganz geführt werden, wie es neulich der Herr Reichskanzler gethan hat. Das gebe ich durchaus zu, aber das genügt nicht für alle Fälle.

Dem Herrn Grafen Wolff-Metternich mag ja eine gewisse Erbitterung gegen jeden Jugendstil im Blute liegen; der bekannte österreichische Minister Graf Metternich war in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Hauptgegner jener Schwärmer für Deutschlands Einigung, die schließlich dasselbe wollten, was zu unsern Zeiten zur Wahrheit geworden ist. Die Studentenverfolgungen jener Zeit können zumeist auf Konto des alten Metternich geschrieben werden. Das mag unserm Graf Metternich unbewußt vorgeschwebt haben. Aber andre Zeiten, andre Sitten! Wir stehn nicht mehr im Zeichen des seligen Bundestages, wir leben im neuen Deutschen Reiche, und dieses Deutsche Reich hat sich unter den Nationen der Erde das Recht erkämpft, von allen Großstaaten als gleichberechtigt behandelt zu werden, auch von den Herren Engländern.

Mir scheint es auch, als widersprächen die Ausführungen des Herrn Grafen Wolff-Metternich den Darstellungen, mit denen sein hoher Chef, der Reichskanzler, uns neulich erfreut hat.

(Sehr richtig!)

M. H., wir sind alle sehr zufrieden und froh über die Worte, die er am Mittwoch nach England hin gerichtet hat, wir stimmen dem Inhalt seiner Erklärung durchaus zu. Hoffentlich kommt bald die Gelegenheit, wo die Worte sich in That umsetzen, wo auch die Engländer von uns „Granit zu beißen" bekommen; wenn es sich nämlich herausstellt, daß sie in „althergebrachter" Frechheit wirklich unsre amtlichen Postsiegel verletzt haben.

Ich wiederhole: alles, was der Herr Reichskanzler neulich zur Zurückweisung der Chamberlainschen Beschimpfungen gesagt hat, befriedigte und trifft zu. Zu meinem großen Bedauern muß ich aber eine Einschränkung folgen lassen, und diese Einschränkung hebt leider die Anerkennung nahezu auf: die ausgezeichnete Erklärung des Herrn Reichskanzlers ist zu spät, viel zu spät erfolgt. Sie hätte spätestens hier abgegeben werden sollen, als im November der Deutsche Reichstag zur neuen Tagung zusammentrat, und die Möglichkeit war dazu da, da ja, wie heute schon betont wurde, jeder Vertreter der Regierung zu jeder Zeit hier gehört werden muß. Auch bei der Interpellation Arendt hätte sich eine Gelegenheit geboten. Leider wurde sie aber durch den diplomatischen Schnupfen des Herrn Reichsschatzsekretärs verhindert. Ich meine natürlich nicht, daß der Herr Reichsschatzsekretär den Schnupfen aus Diplomatie bekommen hat, sondern daß der Schnupfen so diplomatisch war, sich zu passender Zeit einzustellen!

(Große Heiterkeit.)

Denn an der Aktualität der Verschnupfung ist seit Mittwoch nirgend mehr der geringste Zweifel.

(Heiterkeit.)

Weil es vor den Ferien nicht zu einer Zurückweisung der Chamberlainschen Beleidigung kam, hielt die Erregung im Lande an und wuchs. Die Erregung, die der Herr Reichskanzler selbst als eine berechtigte — und dafür sind wir ihm dankbar — anerkennt, die Erbitterung verdarb uns das Fest des Friedens, das Weihnachtsfest, und begleitete uns in das neue Jahr hinein. Dem Deutschen Volke ist das Weihnachts- und das Neujahrsfest dadurch gründlich vergällt worden.

(Lachen links.)

— Ja, wenn Sie unter der schmachvollen Beleidigung des Engländers für Ihre Person nicht gelitten haben, sie nicht empfunden haben, dann ist das nur ein Beweis, daß Sie anders empfinden als die große Mehrzahl des Deutschen Volkes.

(Sehr wahr! rechts. Heiterkeit links.)

Mit solchem gezwungenen Lachen ändern Sie die Abfuhr, die Sie eben bekommen haben, nicht.

(Große Heiterkeit.)

Wenn regierungsseitig früher eine deutliche Zurückweisung der Chamberlainschen Beleidigung erfolgt wäre, dann hätten die Kriegervereine nicht Veranlassung gehabt zu ihren energischen Protesten, dann wäre die unliebsame Thatsache eingetreten, daß der von mir hochverehrte, an der Spitze der Kriegervereine stehende Mann durch einen Druck von irgendeiner Seite her veranlaßt, es unternahm, den Kriegervereinen das Recht, ihre Soldatenehre zu wahren, zu schmälern. Die Kriegervereine sind doch nicht Regierungsbeamte, denen man die öffentliche Aeußerung ihrer Meinung regierungsseitig verbieten kann. Wie bitter die Einmischung des Hauptvorstandes von den Kriegervereinen empfunden worden ist, kommt auch zum Ausdrucke in der Resolution der Kriegervereine zu Mandern und Wega in Waldeck, die in diesen Tagen durch die Presse ging.

M. H., wenn diese Volkserregung eine berechtigte war, dann hätte man sie gewähren lassen sollen. Zweckmäßiger wäre es gewesen, wenn von berufner Stelle die Verteidigung unmittelbar nach dem Angriff erfolgt wäre, wie das in früherer Zeit unter dem Fürsten Bismarck gewiß nicht ausgeblieben wäre. — Wer für die Unterlassung die Verantwortung tragen muß ist klar, weniger aber, wer daran die Schuld trägt, und dazwischen muß unterschieden werden.

Aus den englischen Preßstimmen über die neuliche Rede des Grafen Bülow wird der Herr Kollege Schrader wohl die Lehre ziehn, daß er die Engländer viel zu optimistisch beurteilt hat; und grade wegen des jetzt angeschlagnen Tones in der englischen Presse halte ich es für wünschenswert, daß die Auffassung des Deutschen Volkes von hier aus in schärfere Form eingekleidet wird, als es der Herr Reichskanzler von seinem Standpunkt aus thun konnte. Im Deutschen Volke spricht man

seit Wochen eine sehr derbe Sprache gegenüber England. Minister Chamberlain ist aber für unser Volk allmählich der Inbegriff alles dessen geworden, was es der englischen Regierung und Nation zur Last legt. Ihm wird die Schuld an diesem verruchtesten aller Kriege aufgebürdet und wohl nicht ohne innere Berechtigung. Der Kolonialminister Chamberlain als Mitbesitzer zahlreicher Dynamit- und Waffen-Aktien, als Inhaber von Minenpapieren der Gold und Diamantengruben Transvaals, als Freund von Cecil Rhodes und Jameson, kann recht wohl als Verkörperung der bösen Instinkte angesehen werden, die den Raubkrieg entfesselten und ihm das schauerliche Gepräge aufdrückten, welches er zeigt. Wenn ich das Urteil des Deutschen Volkes über Chamberlain und die Beschimpfung unsers Heeres zum Ausdruck bringen soll, so muß ich das in die Worte kleiden: der **Minister Chamberlain ist der verruchteste Bube, der Gottes Erdboden schändet.**

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie dürfen den Minister einer befreundeten Macht nicht mit solchen Schimpfworten belegen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Abg. v. Liebermann fortfahrend: M. H., einen parlamentarischen Ausdruck für diesen Mr. Chamberlain giebt es nicht und ich beuge mich dem Ordnungsruf, ich habe ihn verdient.

(Sehr gut!)

Ich habe aber damit der wirklichen Stimmung im Lande getreuen Ausdruck gegeben und das ist meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit als Abgeordneter. Beleidigen kann der Mensch Chamberlain unser Volksheer nicht, beleidigen konnte er es nur, weil er Mitglied der englischen Regierung ist. Selbst englische Blätter machen kein Hehl daraus, daß man ihn gerne los sein möchte. Mit besonderm Behagen nehmen einzelne englische Zeitungen davon Kenntnis, daß der Herr Reichskanzler in seiner Weise dem Herrn Chamberlain die volle Zurechnungsfähigkeit abgesprochen habe. Bekanntlich billigte ihm der Herr Reichskanzler mildernde Umstände zu, denn er habe mit seiner Aeußerung keine Beleidigung beabsichtigt. Das ist vielleicht die schlimmste Demütigung für den übermütigen Engländer. Er wird sich dies Urteil nicht hinter den Spiegel stecken. Man fängt aber in England unter dem Eindrucke der deutschen Volkserregung schon an, Friedensschalmeien zu blasen. Wahrscheinlich ist den Herren Kollegen ebenso wie mir ein Schriftstück zugegangen von einem gewissen Herrn Bloch, der sich zur Aufgabe gestellt hat, mit einer neuen Zeitung — die in London und Berlin erscheint —, sie nennt sich „The German Times“ und ist in englischer und deutscher Sprache geschrieben, eine Versöhnung zwischen England und Deutschland anzubahnen. Zu diesem Zwecke versendet Bloch einen Fragebogen. Ich für meine Person werde dem Verlage mitteilen, daß ich keine Ursache hätte, mit Herrn Bloch in Verbindung zu treten, und ich hoffe, daß, wenn er von irgendeinem deutschen Reichstagsabgeordneten, von welcher Partei er auch immer sei, eine Antwort erhält, sie so ausfallen möge, daß Herr Bloch einsieht, seiner Liebe Müh ist umsonst bei uns Deutschen. Die Fragen sind zumteil in gradezu beleidigender Form für das Deutsche Volk gestellt. Gleich die erste Frage lautet:

> **Glauben Sie, daß das Deutsche Reich, hätte es sich in gleicher Lage befunden wie Großbrittannien, den Krieg mit den Buren vermieden haben würde?**

Natürlich glauben wir das alle. Wir glauben nicht, daß Deutschland jemals einen so schmählichen Rechtsbruch einem andern Volke gegenüber hätte begehn können.

2. **Halten Sie die brittische Nation, oder einzelne Führer oder die natürliche Entwicklung der Geschichte des brittischen Reiches für den Krieg mit den Buren verantwortlich?**

Beides trifft meines Erachtens zu, die Entwicklung des brittischen Reiches ist schuld, aber auch die Personen, die gegenwärtig an der Spitze stehen.

3. **Halten Sie ein politisches Zusammengehn Deutschlands mit Großbrittannien für wünschenswert, oder glauben Sie, daß das Interesse der beiden Länder ein solches Zusammengehn verbietet?**

Ja, wie sich die Sache jetzt herausgestellt hat, ist ein solches Zusammengehn nicht mehr möglich.

4. **Halten Sie eine förmlich vereinbarte oder stillschweigend anerkannte Alliance beider Reiche für wünschenswert?**

Darauf müßte ich antworten: wir würden dies für das größte nationale Unglück halten, was uns gegenwärtig betreffen könnte.

Und nun kommt eine Frage, die gradezu eine Dreistigkeit sondergleichen enthält:

5. **Glauben Sie, daß Deutschland nur die Wahl hat zwischen einem Anschluß an Großbrittannien oder an Rußland?**

Nun, m. H., die Antwort darauf hat der Herr Reichskanzler am Mittwoch deutlich gegeben. Mag Herr Bloch sie nachlesen. Das Deutsche Reich braucht weder den Anschluß nach rechts noch nach links. Es kann seine Interessen, Gott sei Dank, heute auch einer ganzen feindlichen Welt gegenüber allein verteidigen.

(Sehr richtig rechts.)

6. **Glauben Sie, daß ein Zwiespalt zwischen Großbrittannien und Deutschland eine Schwächung beider Mächte und als unmittelbare Folge eine Stärkung Rußlands herbeiführen muß?**

Da hetzt der Jude gegen Rußland, das ihm zu antisemitisch ist.

(Heiterkeit rechts.)

7. **Glauben Sie nicht, daß eine Stärkung Rußlands —**

jetzt soll Ihnen (nach links) gruselig gemacht werden —

(Heiterkeit),

gleichbedeutend sein würde mit der Stärkung des absolutistischen Systems an und für sich, daß also eine solche Stärkung eine thatsächliche Gefahr wäre für die freiheitlichen Institutionen der Völker im allgemeinen?

Das wäre so ein Köder, auf den vielleicht der Herr Kollege Schrader anbeißen könnte.

(Heiterkeit.)

8. **Glauben Sie nicht, daß ein Anschluß Deutschlands an Rußland die freiheitlichen Institutionen Deutschlands schwer bedrohen würde, während der Anschluß an Großbrittannien die freiheitliche Entwicklung begründen würde?**

Nichts thörichter als diese Frage. Man braucht sie nicht zu beantworten.

9. **Wie erklären Sie den lauten Ausbruch der Abneigung des Deutschen Volkes gegen Großbrittannien? Halten Sie diese Abneigung für künstlich erregt und vorübergehend oder für eingewurzelt und dauernd?**

Ich halte sie für tief eingewurzelt und dauernd, weil sie der geschichtlichen Entwicklung durchaus entspricht. — Genug von Herrn Bloch.

M. H., der Herr Reichskanzler hat bestätigt, und wir sind ihm dankbar dafür, daß die Erregung des Deutschen Volkes gegen Chamberlain eine berechtigte war. Aus genau denselben Quellen fließt aber auch die gesamte Erregung gegen England. Wir fühlen uns dauernd von England im Laufe der Geschichte benachteiligt und geschädigt. Wir wollen keine althergebrachten Beziehungen, die aus der Zeit datieren, als Deutschland noch die Rolle, um mit dem Herrn Reichskanzler zu sprechen, des bescheidnen Hauslehrers spielte. Heutzutage sind wir anders gestellt in der Welt und müssen das auch dem Auslande gegenüber deutlich aussprechen; und mein scharfes Wort von vorhin mag in dem Sinne Goethes verstanden werden, der einmal schrieb:

Doch erquickend sind zu Zeiten
Goldne Rücksichtslosigkeiten.

(Heiterkeit.)

(Fortsetzung siehe Beilage.)

Verlag: Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 16. Januar 1902. Nr. 700.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Erregung gegen England ist nicht im Abflauen begriffen, sondern wächst stetig durch das übermütige Verhalten Englands. Sie wird besonders noch wachsen durch das dreiste Verhalten einiger englischer Zeitungen, die es unternehmen, den deutschen Reichskanzler zu meistern, ihm Vorschriften zu machen, ihm das Recht bestreiten wollen, das auszusprechen, was er am Mittwoch mit dankenswerter Klarheit und Deutlichkeit, wenn auch zu spät, ausgesprochen hat. M. H., wir haben neuerdings aus hohem Munde Aeußerungen gehört, die ich hier berühren darf, weil sie im „Reichs-Anzeiger" abgedruckt gewesen sind, Aeußerungen über die Kunst. Es ist auch nicht unlogisch, wenn ich jene Rede in einer Etatsberatung hier erwähne. Man spricht ja von Staatskunst und drückt dadurch aus, daß das Regieren eine Kunst ist, oder wenigstens sein sollte.

Was lehren uns denn die Kunstwerke, denen jene Rede galt? Sie dienen der Aufgabe, die der Kaiser mit Recht der Kunst stellt. Sie soll uns zur Begeisterung für Ideale erziehn. Die Ideale, zu denen die Beschauer der Siegesallee erzogen werden sollen, sind preußische und deutsche Ideale; wir erinnern uns beim Anblick der Marmorbilder der hervorragenden preußischen Herrscher, daß durch seiner Fürsten Geist und Kraft, seiner Völker treue Hingebung und Gesittung im Laufe der Jahrhunderte das gewaltige Reich geschaffen ist, das wir heut mit gerechtem Stolz unser deutsches Vaterland nennen. Sollte da in uns nicht auch der Wunsch erzeugt werden, daß dieses treue Zusammenarbeiten der deutschen Volksstämme mit dem Fürsten weiter fortbestehn möge zum Wohle des gesamten Vaterlandes? Und müssen wir uns dann nicht mit tief schmerzlichem Bedauern der Thatsache bewußt werden, daß heute leider das deutsche Volksgewissen und die Erregungen und Bewegungen der deutschen Volksseele in Bezug auf die wichtigsten Fragen unsrer Zeit nicht mehr von der Stelle verstanden wird, von der wir es am allermeisten wünschten? Und wenn wir die Siegesallee durchwandern, müssen wir uns da nicht beim Anblick verschiedner Fürsten aus dem Hohenzollerngeschlecht, die mit den Engländern politisch zu thun gehabt haben, vergegenwärtigen, wie unsre Beziehungen zu den Engländern eine fortlaufende Kette von Schädigungen sind, die wir ertragen mußten? Von den Subsidien Englands für Friedrich den Großen an gerechnet bis zum Palmerstone, der anno 48 die deutsche Flagge als Piratenflagge behandeln wollte, von der Flaggenhissung in Angra Pequena bis zu den Ereignissen auf Samoa, überall Schädigungen eines neidischen, mißgünstigen Konkurrenten. Wer so die Geschichte, die doch unsre Lehrmeisterin sein soll, zu Rate zieht, der kann kaum für die althergebrachten Beziehungen zu England und deren Aufrechterhaltung schwärmen. Und was sollen wir alten Soldaten denken, wenn wir am Denkmal unsers großen Kaisers vorübergehn. Müssen wir uns nicht sagen: Wenn heute dein Geist herniederstiege, du ritterlicher, milder Held, würden dann deine alten Getreuen, die deinen milden Geist auch im Kriege stets zur Geltung gebracht haben, so lange haben darauf warten müssen, daß man sie in Schutz nahm gegen freche Angriffe auf ihre Ehre, gegen die Gleichstellung mit Räuberbanden und Diebesgesindel? Denn daß die englische Armee zum großen Teil aus solchem Gesindel besteht, kann man nachlesen in dem kompetenten Urteil des Generalinspektörs der englischen Militärgefängnisse. Wenn man Diebe und Raubgesindel in die Armee einstellt, darf man sich nicht wundern über die Greuelthaten, die drüben in Südafrika sich ereignen.

Der Herr Reichskanzler kann unbedenklich glauben, daß nicht nur auf den Bierbänken und nicht nur auf den Bänken, wo die Nörgler sitzen, sondern auf allen Bänken unsers Volkes, auf den Pearsbänken und auf den Ofenbänken in den Bauernstuben, an den Drechslerbänken und Hobelbänken — ich will das Gleichnis nicht zu Tode hetzen, sonst müßte ich allerdings die Wechslerbänke ausnehmen —

(Heiterkeit),

daß überall, wo das Deutsche Volk arbeitet und betet, das Volksgewissen in äußerster Erregung bebt und zittert. Das Deutsche Volk betet, daß ihm bald ein Staatsmann gegeben werde, der die Kluft zu überbrücken versteht, die sich aufgethan hat zwischen der deutschen Volksseele und der steilen Höhe, wo der Thron steht.

(Bravo!)

Nach dem Schlusse der Rede erhob sich in großer Erregung der Herr Reichskanzler und verwahrte sich gegen die Schärfe des Tones gegenüber dem englischen Minister und der englischen Armee.

Ihm antwortete Abg. v. Liebermann in einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wie folgt:

Abg. v. Liebermann: Ich will, um mich nicht noch einmal zum Worte melden zu müssen, den Versuch machen, ganz kurz einige Mißverständnisse und Irrtümer des Herrn Reichskanzlers mir gegenüber in einer persönlichen Bemerkung zurückzuweisen.

Es ist ein Mißverständnis des Herrn Reichskanzlers, wenn er meint, daß er das Recht habe, mir Rügen zu erteilen.

Präsident: Das ist kein Gegenstand einer persönlichen Bemerkung. Sie können nur richtigstellen, was Sie gesagt

haben; wenn der Herr Reichskanzler nach Ihrer Meinung etwas falsch aufgefaßt hat, was Sie gesagt haben, das können Sie richtig stellen. Aber das, was der Herr Reichskanzler glaubt thun zu können, das kann nicht für Sie Gegenstand einer persönlichen Bemerkung sein.

Abg. v. Liebermann: Es genügte schon, daß ich den Vordersatz aussprechen durfte, der Nachsatz hätte meinen Protest vielleicht abgeschwächt:

Es ist ein Irrtum des Herrn Reichskanzlers, wenn er von Angriffen gesprochen hat, die ich gegen das englische Ministerium und gegen die englische Armee gerichtet habe. Ich habe lediglich in der Abwehr von englischen Angriffen im Namen des Deutschen Volkes „auf einen Schelmen anderthalbe gesetzt“.

Der Herr Reichskanzler befindet sich im Irrtum, wenn er glaubt, ich wüßte nicht, daß es in der englischen Armee auch Männer giebt, die für ihr Vaterland zu sterben wissen. Das weiß ich auch und achte diese Männer hoch. Mein abfälliges Urteil über die englische Armee habe ich ausdrücklich — das hat der Herr Reichskanzler überhört und sich darum geirrt — in Zusammenhang gebracht mit einem englischen amtlichen Schriftstück des Vorstandes der Militärgefängnisse, das mit dem Satze schließt:

> Man solle ferner nicht unverbesserliche Diebe und sonstige Verbrecher in Dienst stellen, denn es sei Thatsache, daß die meisten Rekruten bereits schwer vorbestraft seien, wenn sie eingereiht würden.

Der Herr Reichskanzler hat sich im Irrtum befunden, wenn er glaubte, ich könnte die scharfe Form meiner heutigen Aussprache nicht verantworten. Ich habe sie unter meiner vollen Verantwortung als Abgeordneter mit Vorbedacht gewählt, und ich wünsche dem Herrn Reichskanzler für seine ganze Zukunft, daß er stets seine Handlungen in gleicher Weise verantworten kann, wie ich heute die meinige.

Präsident: Die Wünsche gehören auch nicht in eine persönliche Bemerkung.

(Heiterkeit.)

Abg. v. Liebermann: Ich habe sie auch schon beendet; es geschah nur, um mich nicht noch einmal zum Worte melden zu müssen.

Der Herr Reichskanzler irrt auch, wenn er glaubt, ich hätte ihm zugemutet, daß er Urteile von Volksversammlungen und und Resolutionen irgendwie als maßgebend für die Haltung der Regierung ansehen sollte. Nichts hat mir ferner gelegen. Ich habe mich von allen diesen Protestkundgebungen und Resolutionen in der Chamberlain-Angelegenheit persönlich durchaus ferngehalten; ich habe nur beobachtet, und ich habe es für meine Pflicht gehalten, meine Beobachtungen hier zu bekunden.

Der Herr Reichskanzler irrte schließlich auch, wenn er der Annahme war, daß der sehr schroffe Ton meiner heutigen Rede mir etwa Vergnügen mache oder meinen sonstigen Gewohnheiten entspräche. Ich habe lediglich diesen Ton anschlagen müssen, um meinen Zweck zu erreichen; ich bin bewußt in den parlamentarischen Orkus, wie es der Herr Abg. Oertel nannte, hineingesprungen und habe mich dem Ordnungsruf ausgesetzt, denn ich weiß, daß man im Volke schier verzweifelt darüber ist, daß nichts von seinen Wünschen mehr an die Stelle dringt, wo man gehört werden möchte. Ich habe also nichts weiter gethan, als was meine Pflicht und Schuldigkeit als Abgeordneter des Volkes ist. Ich hoffe, daß ich auf Grund meiner heutigen Rede so ausgiebig mit Angriffen in der offiziösen Presse beehrt werden werde, daß sich schließlich auch einmal ein Zeitungsausschnitt dahin verirrt, wo ich wünschte, daß er gelesen wird.

(Heiterkeit.)

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. In der 114. Sitzung des Reichstages vom 10. d. M. kam Abg. von Liebermann in längern Ausführungen auch auf die Schimpfleitungen des englischen Kolonialministers Chamberlain zu sprechen. Ausführliches darüber an andrer Stelle. —

Am 14. d. M., in der 119. Sitzung erinnerte Abg. von Liebermann die Regierung an die unterlassene Antwort auf seine Anfrage über die vom Oranje-Freistaat bei Krupp bestellten Kanonen (vgl. Seite 30). Wir kommen in nächster Nummer darauf zurück. —

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 26, I. Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $1/_2$9 Uhr.

Der zweite Familien- und Theater-Abend, verbunden mit einer Festfeier zur Errichtung des Deutschen Reiches, findet am Sonnabend, den 18. Januar, wieder im Saale des „Eldorado“ statt.

Aus Kurhessen. Der Gauverband für Hessen-Nassau und Waldeck hielt am 12. d. M. seine Hauptversammlung in Kassel ab, zu der neben zahlreichen Besuchern aus allen im Besitz der Partei befindlichen Wahlkreisen auch die Abgg. Müller (Waldeck), Dr. Vogel und von Liebermann erschienen waren. Der Geschäftsführer, Herr Weidmann, erstattete die üblichen Berichte. den Vorsitz führte Herr Dr. Winterstein (Kassel). Der hauptsächlichste Gegenstand der Tagesordnung war die Aufstellung eines Kandidaten für den Wahlkreis Kassel-Melsungen. Die Wahl fiel auf Herrn Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden), der in der Versammlung anwesend war und sein Einverständnis kundgab.

Unmittelbar an die Sitzung des Gauverbandes schloß sich um $3^1/_2$ Uhr eine öffentliche Versammlung im großen Saale des Palais Restaurants, der nicht imstande war, die Erschienenen zu fassen, so daß alle angrenzenden Nebenräume überfüllt waren. Den Vorsitz führte wieder Herr Dr. Winterstein. Als erster Redner sprach Abg. Vogel unter großem, oft wiederholtem Beifall über die erste Lesung des Zolltarifs im Reichstage. Wir werden die Darlegungen des Herrn Abgeordneten demnächst ausführlich bringen. Darauf sprach der Abg. von Liebermann, mit stürmischem Beifall begrüßt, über die brennenden nationalen Fragen der Gegenwart. Sozialdemokratische Genossen versuchten bei beiden Rednern durch thörichte Zwischenrufe Störung zu erzeugen, hatten aber damit gar kein Glück. Anschließend an den Vortrag des Abg. von Liebermann wurde eine Sympathiekundgebung für die Buren von der Versammlung einstimmig angenommen. Herr Amtsrichter Lattmann stellte sich den Erschienenen in großer eindrucksvoller Rede als deutschsozialer Kandidat für Kassel-Melsungen vor. Lebhafte Zustimmung folgte seinen Ausführungen. In der freien Aussprache nahm noch Abg. Müller (Waldeck) das Wort, dem besonders die zahlreich erschienenen Landleute zujubelten. Die Versammlung wurde mit einem begeistert aufgenommenen Heilruf auf das Deutsche Vaterland und dem Liede „Deutschland über alles“ geschlossen.

Zahlreiche Besucher des Verbandstages, darunter auch die drei Abgeordneten fanden sich abends als Gäste bei dem Winterfest der Kasseler Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ein, wo Abg. v. Liebermann die Festrede hielt. —

Die „Kasseler Allgemeine Zeitung“ brachte Montag früh folgenden Bericht über eine Versammlung des Herrn Werner:

> Kassel, 12. Jan. Heute Nachmittag fand im Restaurant „Schaubs Garten“ eine Delegierten-Versammlung der Deutschsozialen Reformpartei für den Wahlkreis Kassel-Melsungen statt, zu welcher etwa 70 Teilnehmer erschienen waren. Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter Werner erstattete zunächst ein einstündiges Referat über den neuen Zolltarif. Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit der Kandidatenfrage im Wahlkreise Kassel-Melsungen. Man nahm Kenntnis davon, daß Herr Reichstagsabgeordneter Liebermann von Sonnenberg beabsichtige, Herrn Amtsrichter Lattmann in Schmalkalden als Kandidaten für die 1903 stattfindende Reichstagswahl im Wahlkreise Kassel-Melsungen aufzustellen, und beschloß, eine definitive Zustimmung zu dieser Kandidatur in der nächsten, etwa in vier Wochen stattfindenden Versammlung zu erteilen. Inzwischen soll Herr Amtsrichter Lattmann aufgefordert werden, in einer Vertrauensmänner-Versammlung, zu welcher Vertreter der drei Hauptrichtungen der Deutschsozialen Partei, der Reformpartei und des deutschen Volksbundes zugezogen werden sollen, bindende Erklärungen bezüglich seiner Kandidatur zu gewähren. Hierauf wurde die Versammlung gegen 8 Uhr abends geschlossen.

Da die obigen Beschlüsse geeignet erschienen, Mißverständnisse im Lande in der Richtung zu erwecken, als bestände noch irgendwelcher Zusammenhang zwischen der Deutschsozialen Partei und Herrn Werner, so wurde die „Allgemeine Zeitung“ ersucht, folgende Erklärung aufzunehmen: Die verehrliche Redaktion bitte ich in Bezug auf Ihren Bericht über die Versammlung des Herrn Abgeordneten Werner folgende Erklärung freundlichst aufnehmen zu wollen: „Nicht der unterzeichnete Vorsitzende der Deutschsozialen Partei als Person, sondern der Gauverband Hessen-Nassau der Deutschsozialen Partei hat im Einverständnis mit der Parteileitung am 12. Januar die Kandidatur des Herrn Amtsrichter Lattmann in öffentlicher Versammlung proklamiert. Von diesem Vorhaben hatte der Herr Abgeordneter Werner Kenntnis, hätte also mit seinen Partei-Freunden in der Versammlung erscheinen können. Die von Herrn Abgeordneten Werner bekundete Absicht, seinerseits eine neue Versammlung einzuberufen und dazu neben seinen Freunden auch Vertreter unsrer Partei und des Antisemitischen Volksbundes einzuladen, erscheint nach Lage der Dinge überflüssig. Weder unser Herr Kandidat, noch Vertreter unsrer Partei würden in der Lage sein, einer derartigen in die Selbständigkeit der Deutschsozialen Partei eingreifenden Einladung zu folgen.

Für die Deutschsoziale Parteileitung, Liebermann von Sonnenberg, Vorsitzender.

Für den Gauverband Hessen-Nassau und Waldeck, Weidmann, Schriftführer.

Verband Nordmark. Im Wahlkreise Bückeburg nehmen unsre Wahlvorbereitungen guten Fortgang. Wir hoffen auf einen günstigen Erfolg, sind uns aber bewußt, daß gegenüber den gewaltigen Anstrengungen der freisinnigen Partei, den Wahlkreis zu behaupten, auch unsrerseits Anspannung aller Kräfte notwendig ist.

Verband Westmark. Die Ortsgruppe Dortmund hält Freitag, den 24. d. M., abends 9 Uhr eine Zusammenkunft im Hotel Germania, Kuckelke, ab. Wichtige Besprechung über Agitation und Organisation.

Freunde der Deutschsozialen Partei sind herzlich willkommen.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;

in Kurhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;

in Nordhausen am 17. in den „Drei Linden“; am 24. bei Krug (Aktienbrauerei);

in Weimar jeden Dienstag im „Sächs. Hof“.

Aus Anlaß meiner Reichstagsrede am 10. d. M. sind mir bisher schon nahezu 400 Telegramme, Briefe und Postkarten mit begeisterten Zustimmungen zugegangen, deren Mehrheit zahlreiche Unterschriften tragen. Korporationen, Vereine, Stammtische, Einzelpersonen aller Stände und Berufe wetteifern untereinander mit der Bekundung, daß die scharfe Zurückweisung des englischen Ministers Chamberlain dem Deutschen Volke aus dem Herzen gesprochen ist. Ich kannte diese Stimmung und hielt es für meine Pflicht, ihr von einer Stelle Ausdruck zu geben, von der sie im Inlande und Auslande deutlich gehört wird. Da in vielen dieser Schreiben der Wunsch ausgesprochen ist, den Wortlaut der Rede für Massenverbreitung zugänglich zu machen, so habe ich der Deutschnationalen Buchhandlung, Berlin NW, Paulstr. 15, die Erlaubnis gegeben, die Rede als Sonder-Abdruck zugleich mit einer kurzen Schilderung des Verlaufes der Chamberlain-Debatte im Reichstage in Broschürenform zu verbreiten.

Allen, die mich durch ihre Zustimmung erfreut haben, danke ich hiermit herzlich.

Liebermann von Sonnenberg,
M. d. R.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik Halbmonatsschrift mit der Beilage „Sozialpolitisches Archiv.“

Diese von dem Berner Professor Dr. Reichenbach herausgegebnen Blätter wollen ein nach allen Seiten hin unabhängiges Organ sein, aus dem jeder Urteilsfähige sich über die bedeutendsten Erscheinungen und Geistesströmungen auf dem Gebiete der modernen Volkswirtschaft und Sozialpolitik unterrichten kann. Besondre Aufmerksamkeit wird naturgemäß dem sozialen Leben und Streben der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewidmet. Die Haltegebühr beträgt für das Vierteljahr 3 Mark

Empfangsbescheinigung.

Bei dem Vorstande des **Verbands „Westmark“** gingen für die Wahl in Schaumburg-Lippe ferner folgende Beträge ein:

Bulmahn, Gelsenkirchen, (Sammelliste) 2. Rate 5,50 Mark, **Reformverein Münster.** (Sammelliste) 1. Rate 100 Mark, **Reise,** Gelsenkirchen, 2. Rate 5 Mark, **Brinkmann,** Gelsenkirchen, 2. Rate 5 Mark, **B.,** Postsekretär, 1 Mark, **R.,** Lehrer, 1 Mark, **Althoff,** 1 Mark, **Klein,** Gelsenkirchen, 1 Mark, **Bäumer,** Ruhrort. 10 Mark. **Z.,** Gelsenkirchen 5 Mark, **Rochol,** Herne, (Sammelliste) 2. Rate 45 Mark, **Schäfer,** Gerresheim, (Sammelliste) 50 Mark.

Bereits angewiesen 270,55 Mark, insgesamt also 500,05 Mark.

Davon sind dem Wahlfond der Nordmark bis jetzt überwiesen: 1. Rate 75 Mark, 2. Rate 40 Mark, 3 Rate 100 Mark

Briefkasten.

Kolberg. „Gebr. Herrnfeld-Theater“ ist in jüdischen Händen, ebenso das „Kaffee Stern“ und die Firma „Anna Csillag“.

Cand. theol., Berlin. Pirnaischestr. 41.

William M, Hnn. Heil und Dank!

S. Straßburg (Elsaß). Wird in nächster Nummer verwertet. Deutschen Gruß!

K. P. Wiesbaden. Gern verwertet. Besten Dank!

Wien. Authentische Darstellung empfangen. Heil!

Weimar. Briefsendung ist weiterbesorgt.

Nach **Weimar, Delitzsch, Münster (Westf.), Dortmund, Düsseldorf, Köln (Rhein), Bonn.** Vor Beendigung der Wahl in Schaumburg-Lippe ist Abg. von Liebermann nicht verfügbar.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!



Aushang der politischen Bilderbogen

vom Berliner Polizei-Präsidium verboten.

Bis jetzt erschienen:

Nr. 1. Bismarck kommt!
„ 2. Juden in Deutschland.
„ 3. Freisinnige Zukunftsbilder.
„ 4. Caprivis Heldenthaten.
„ 5. Börsen-Kirmeß.
„ 6. Das Märchen von Christus.
„ 7. Ahlwardts Heldenthaten.
„ 8. Juden-A-B-C.
„ 9. Die Bauernwürger.
„ 10. Die Juden in Friedrichsruh.
„ 11. Im Zukunftsstaat.
„ 12. Deutscher Totentanz.
„ 13. **Das Blutgeheimnis.**
„ 14. Im 20. Jahrhundert.
„ 15. Der schwarze Peter.
„ 16. Die Juden im Reichstag.
„ 17. Auszug der Juden aus Deutschland.
Nr. 18. Juden in der Sommerfrische.
„ 19. Die Handwerker b Bismarck.
„ 20. Der Teufel in Deutschland.
„ 21. Bismarck vor Gericht.
„ 22. Der Bauernfeind.
„ 23. Der Handlanger.
„ 24 Falsche Freunde
„ 25. Bienen und Drohnen.
„ 26. Der Flottenfeind.
„ 27. Sein einziger Feind.
„ 28. Ein Zukunftsbild.
„ 29. Die Milchkuh oder Deutschland 1900 n. Chr.
„ 30. Der Rattenfänger
„ 31. Bismarcks Geist.
„ 32. Die Völkerspinne.
„ 33. Der Weltboxer.
„ 34. **Der Burenkrieg.**

Jeder Bilderbogen ist gegen Einsendung von 30 Pf. in Marken ständig zu beziehen von der

Deutschnationalen Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.



Geistige Waffen.

Ein Aphorismen-Lexikon.

Zusammengestellt von Oberleutnant a. D. E. Schaible.

Preis elegant geb. nur 7,50 Mark.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.





Für Volks- und Vereins-Bibliotheken.

Wir besitzen noch einige Vorräte nachstehender wirklich **vortrefflicher** Dorfgeschichten, die wir zu den beigesetzten ermäßigten Preisen abgeben:

Becker, Der Wildhirt, eine oberhessische Dorfgeschichte.
Statt 2 Mark für 1 Mark 20 Pfg.
Becker, Das Geldfeuerchen, eine oberhessische Dorfgeschichte.
Statt 1 Mark für 60 Pfg.
Becker, Karthäuserich Kundert, eine oberhessische Dorfgeschichte.
Statt 1 Mark 40 Pfg. für 80 Pfg.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstr. 15.



Anzeigen-Sammler

für Berlin, sowie für jede größere Stadt gesucht. Hohe Vergütung, guter Nebenverdienst. Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: Herrmann Laas.

Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung“, „Deutsche Wacht“, „Deutsch-Soziale Blätter“ und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Futterstoffe und Bedarfsartikel für Herrenschneiderei

liefert Manufakturisten und Schneidermeistern z. billigsten Tagespreisen

Chr. Esdorn, Braunschweig.

Muster gratis u. frei!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hagreise, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 23. Januar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 701.

Wochen-Spruch.

Bei dem Schwanze fängt nicht an,
Wer des Dinges Kopf will fassen;
Wer nach oben will als Mann,
Muß das Kriechen unten lassen.
Ernst Moritz Arndt.

„Landsturm-Deutsch."

Rede des Abg. von Liebermann in der 117. Sitzung des Reichstages vom 14. Januar.

M. H., fürchten Sie keine lange Rede; ich habe nicht vor den Herren Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, dem Herrn Reichskanzler Beifall spenden zu müssen, und habe auch nicht vor, mir einen Ordnungsruf zuzuziehn oder den Herrn Reichskanzler dazu zu veranlassen, sich den Beifall der Linken zuzuziehn. Ich habe mich lediglich zum Worte gemeldet, weil ich Einiges zu sagen habe, was ich schwer bei dem Eiertanz in den engen Geschäftsordnungsstiefeln, den wir persönliche Bemerkung nennen, zum Ausdruck bringen kann. Ich möchte zunächst mit wenigen Worten auf das eingehn, was Herr Kollege Dr. Stockmann soeben in Bezug auf die bekannte

Differenz zwischen dem Hauptvorstande der Kriegervereine und diesen selber

bezüglich der Chamberlain-Angelegenheit ausgeführt hat. Ich kann mich nicht auf seinen Standpunkt stellen. Wenn der Herr Reichskanzler mit Recht die Erregung und Bewegung im Lande eine berechtigte genannt und betont hat, er habe in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nicht eingreifen wollen, um die Freiheit dieser Bewegung in jeder Weise zu achten, dann, meine ich, hätte auch der Vorstand der Kriegervereine diese Freiheit achten sollen. Die Kriegervereine sind nicht abhängige Regierungsbeamte, sondern Vereine, die sich zusammengeschlossen haben auf dem Boden der Treue zu Kaiser und Reich. Wir freuen uns, daß wir in Deutschland so viele Kriegervereine haben; aber es ist unzweckmäßig sie ohne Not in Mißstimmung zu versetzen durch derartige Eingriffe in ihre Rechte. Wenn sämtliche Kriegervereine ihre Entrüstungskundgebung wirklich an die Reichsregierung geschickt hätten, so war deshalb noch nicht notwendig, daß der Gesamtvorstand sich an die Spitze stellte. Und selbst wenn das geschehen wäre, so meine ich, wären wir auch dadurch noch nicht in einen Krieg mit England verwickelt worden. Grade durch die Einmischung des Vorstandes hat sich die Erregung im Lande noch nach einer andern Seite als gegen den englischen Minister zugespitzt, und dieses Umstandes wegen mußte ich am Freitag meine sehr scharfen Ausführungen machen.

Damit verlasse ich die Ausführungen des Herrn Dr. Stockmann und wende mich kurz zu Herrn Dr. Sattler, der mit Herrn Dr. Oertel sich in freundschaftliche Erörterungen einließ und dabei en passant eine nicht grade liebenswürdige Kritik meiner vorhergegangnen Rede abgab. Meine Rede liegt jetzt im Stenogramm vor. Sie läßt sich natürlich mit der Rede des Herrn Bassermann nicht vergleichen. Es hat nicht jedermann eine so hervorragende Befähigung, — — langweilig zu reden, wie der Herr Abgeordnete Dr. Sattler.

(Heiterkeit.)

Alle die Beschimpfungen und Schmähungen, denen ich in den letzten Tagen in der Presse ausgesetzt war, rechne ich mir zur Ehre an, und ich habe keinen Anlaß, mich dagegen zu wehren. Auch abweichende Meinungen in diesem Hause, selbst wenn sie sich in schroffe Formen kleideten, sind mir nicht irgendwie schmerzlich gewesen. Nur die Ausführungen des Herrn Dr. Hasse, die ich leider nicht persönlich gehört habe, weil ich infolge eines Mißverständnisses annahm, gestern sei keine Sitzung. Herr Dr. Hasse meinte, durch mich sei dem Herrn Reichskanzler Gelegenheit gegeben, seine erste scharfe Rede durch eine zweite abzuschwächen und den guten Eindruck derselben zu verderben. So könne eine gute Sache verdorben werden — so steht es im Oldenbergischen Bericht, den ich vor mir habe. Sachlich hat zunächst Herr Dr. Hasse Unrecht. Die zweite Rede des Herrn Reichskanzlers hat in England keineswegs einen abschwächenden Eindruck gemacht; im Gegenteil, Graf Bülow wird danach noch mehr angegriffen als vorher. Also der Vorwurf, daß ich die gute Sache verdorben habe, ist hinfällig.

Dann aber hätte ich von ihm als dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, dem ich auch angehöre, etwas mehr Kameradschaft erwartet. Er grade müßte wissen, daß hinter mir große Kreise des Alldeutschen Verbandes stehn, die ganz anders über mein neuliches Auftreten denken als er; ich glaube, er kennt die Stimmung im Alldeutschen Verein nicht. Die mit mir einverstandnen Alldeutschen werden es unangenehm empfinden, daß unser Vorsitzender so unkameradschaftlich handelte. Und was ist der eigentliche Grund seiner Erregung? Daß er später als ich hat sprechen müssen!

(Heiterkeit.)

Er hat es selber gestern gesagt, er mache kein Hehl daraus, daß er den Fall Chamberlain gründlich und rücksichtslos zu besprechen beabsichtigt hatte. Ich bin doch aber ganz unschuldig daran, daß er es nunmehr nicht thun will. Ich muß doch sprechen, wenn ich das Wort erhalte. Wenn die Partei des Dr. Hasse, die nationalliberale Fraktion, ihn immer erst an dritter Stelle zum Wort kommen läßt, dafür kann ich doch nicht. Wenn er das abgeändert wissen will, so kann ich ihm nur raten, aus der nationalliberalen Fraktion auszutreten und zu mir herüberzukommen — ich will ihm dann gern künftig meinen Platz in der Rednerliste abtreten; auf andre Weise kann ich ihm beim besten Willen nicht helfen. Bei dieser Gelegenheit will ich Herrn Dr. Hasse eine Mitteilung machen, die ich sonst zurückgehalten hätte. Ich lege keinen übergroßen Wert auf Zustimmungs-Erklärungen. Wenn ich aber heute auf meinem Platz 311 Kundgebungen, Depeschen, Postkarten und Briefe finde, die bis auf ein halbes Dutzend in begeisterter Form meinen Ausführungen zustimmen, so wird Herr Hasse wohl zugeben müssen, daß ich die Stimmung im Lande im allgemeinen richtig beurteilt habe. — Ich will nicht weiter hierbei verweilen, weil ich kameradschaftlicher als Herr Dr. Hasse denke.

Nun noch ein Wort über die Preßkundgebungen, die ich in drei Kategorien teile. Einmal die offiziös Beeinflußten, und für diese hat sich gleich nach meiner Rede die Parole-Ausgabe vor unsern Auge am Ministertische vollzogen. Zweitens die Presse der Parteien, die stets über mich herfällt, gleichgiltig, was ich gesagt habe, und bei der mir feindliche Rassen-Einflüsse sich besonders bemerbar machen

(Heiterkeit),

und schließlich drittens die unabhängige Presse.

Die Parole für die offiziöse Presse

war: die gute Sache ist durch Liebermanns Heftigkeit geschädigt, aber man braucht seine Ausführungen nicht tragisch zu nehmen. Diese Parole wurde in allen Tonarten variiert. Die Kategorien 2 und 3 gehn vielfach durcheinander. Es giebt Zeitungen, die jederzeit scharf gegen mich polemisieren und nebenbei für offiziöse Beeinflussung nicht unzugänglich sind. Ich habe nichts dagegen; ich sprach es schon Freitag in meiner persönlichen Bemerkung aus, daß ich sogar den Wunsch hätte, daß wegen dieser Rede in der Presse recht tüchtig auf mich gescholten werde. Was die unabhängige Presse anbetrifft, so ist ein Teil der Ansicht, daß ich recht gehabt hätte; ein andrer Teil bedauert, daß ich bei meinen scharfen Redewendung entgleist sei. Dazu möchte ich nochmals betonen: ich habe im vollen Bewußtsein so scharf gesprochen und werde hernach noch mit einigen Worten darauf eingehn, warum ich so handeln mußte.

M. H., es ist eine merkwürdige Sache. In der Presse aller Parteien sind seit Monaten Ausdrücke über die Kriegführung der Engländer gefallen, die mindestens so scharf waren, wie die meinigen. Ich will nicht bestimmte Zeitungen nennen; denn ich befürchte, der Staatsanwalt könnte sich der Verteidigung des Herrn Chamberlain annehmen, und ich will niemand denunzieren.

Nahezu alle Zeitungen, die auf mich schelten, vergessen den klaren Thatbestand, daß ich nicht der Angreifer war, sondern in der Notwehr, in der Abwehr gehandelt habe.

Was hat Chamberlain uns vorgeworfen?

Er hat gesagt, das gerügte Verhalten des englischen Heeres in Südafrika könnte niemals das erreichen, was im Kriege von 1870/71 geschehen sei. Nun was geschieht denn in Südafrika? Es wird nach den Angaben englischer Zeitungen, wie Herr Dr. Gradnauer richtig bemerkt hat, gemordet, geraubt, gestohlen, geschändet, die Kinder werden dem Hungertod oder dem Tod durch klimatische Einflüsse in den Konzentrationslagern überantwortet. Das ist eine Form der Kriegsführung, die unerhört ist und dem Begriff der Zivilisation ins Gesicht schlägt. Chamberlain meinte also, wir hätten 1870/71 in Frankreich ähnlich gehaust. Wenn ich nun an der Hand von englischen Berichten, an der Hand des Urteils des General-Inspektors des englischen Gefängniswesens Ausführungen machte, die für die englische Armee nicht schmeichelhaft ausfielen, wie kann man mir deutscherseits darüber einen Vorwurf machen? — Der Herr Reichskanzler hatte es auch überhört, daß es englische Urteile waren, die meinen Ausführungen zu Grunde lagen.

Daß ich übrigens nicht über die Grenzen, die einem Redner dieses Hauses gesteckt sind, hinausgegangen bin, wird dadurch bewiesen, daß sich bei diesem Teile meiner Rede seitens des Herrn Präsidenten nicht unterbrochen worden bin.

Ich wende mich jetzt mit wenigen Worten den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs von Richthofen zu, die er gestern in meiner Abwesenheit gemacht hat. Ich bin dem Herrn Staatssekretär außerordentlich dankbar dafür, daß er den Nicaraguafall etwas ausführlicher besprochen hat. Er sagt, man habe seitens der deutschen Regierung dem Herrn Schulze zu einem leidlichen Vertrage mit der dortigen Regierung verholfen. Das ist richtig; aber 10 Jahre schwebt die Sache, und Herr Schulze hat noch nicht das ihm widerrechtlich weggenommne Vermögen zurück, und darauf kommt es doch vor allen Dingen an. Die schönsten Verträge, die nachher nicht eingehalten werden, helfen dem Herrn Schulze und seinen Teilhabern schlechterdings nichts, und ich hoffe, daß in der Kommission Gelegenheit sein wird, über die Angelegenheit eingehend zu sprechen und sie einer Lösung entgegenzuführen.

Noch dankbarer bin ich dafür, daß Herr von Richthofen sich in der Angelegenheit des alten englischen Offiziers in meinem Wahlkreise so wohlwollend ausgesprochen hat. Ich freue mich herzlich darüber; ich habe bisher nicht gewußt — und Hauptmann Schaumlöffel, der englische Offizier weiß es selber nicht —, daß die Reichsregierung sich in so ausgedehntem Maße bei der chinesischen Regierung für ihn bemüht hat. Ich weiß nicht, ob die Regierung sich hiervon viel versprechen darf. Ich habe es versucht, als Li-Hung-Tschang uns hier besuchte, bei ihm direkt vorstellig zu werden, weil der Hauptmann Schaumlöffel thatsächlich der Familie des Li große Dienste geleistet hat. Ich bekam aber nicht einmal eine Antwort darauf. Darum hoffe ich auch kaum, daß die chinesische Regierung jetzt bereit sein wird, etwas zu thun. Aber die englische Regierung ist, wenn nicht rechtlich, so doch moralisch verpflichtet, für diesen alten verwundeten Offizier dieser Armee zu sorgen, und wenn England das nobile officium nicht anerkennen will, dann wäre es nur ritterlich von uns gehandelt, wenn wir eine Form fänden, dem alten Manne seine letzten Lebenstage erträglich zu machen. Wenn wir für die französischen Soldaten, die gegen uns gefochten haben und die jetzt im Elsaß wohnen, Pensionen auswerfen, dann wird auch in diesem Fall etwas geschehen können. Das würde der Regierung und dem Deutschen Volke nur zur Ehre gereichen. Ich glaube nicht, daß der Hauptmann Schaumlöffel noch lange warten kann.

Als das Brot gebacken war,
Lag das Kind auf der Totenbahr,

sagt das Volkssprichwort. Nach seinem Tode hilft ihm die etwa zugedachte Unterstützung von Seiten Englands oder Chinas nicht mehr. Was geschehen soll, muß recht bald geschehen, und ich bitte die Reichsregierung, ihrerseits einen hochherzigen Schritt bald zu thun. Sie wird sich, glaube ich, den allgemeinen Dank dadurch erwerben. Bei der Behandlung dieses Hauptmanns Schaumlöffel seitens der englischen Regierung sehen wir wieder einmal die Bestätigung des Wortes: only a German: es ist ja nur ein Deutscher, der im Dienst der Engländer, wie es früher Viele gethan haben, sich zu Schanden hat schießen lassen. Ich weiß nicht, ob der Oldenbergsche Bericht vollständig ist — ich habe darin die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs v. Richthofen gelesen, aber ich habe leider garnichts gefunden in Bezug auf den

Fall Krupp.

Wenn er gestreift ist, bitte ich um Entschuldigung; ist er aber nicht gestreift, dann möchte ich dringend um eine Auskunft bitten. Denn das war der Kernpunkt meiner Ausführungen in der Burenfrage; ist es richtig, daß unsre Regierung Krupp zwar gestattet hat, an England Kriegsmaterial zu liefern, es ihm aber verboten hat, solches an den Oranje-Freistaat? Diese ganz klare und einfache Frage, die sich stützt auf die Aussage des Generalkonsuls des Oranje-Freistaats im Haag, ist unbeantwortet geblieben.

Ich komme nun zu dem Herrn Reichskanzler. Der Herr Reichskanzler hat sich über meine Ausführungen in einer Weise ausgesprochen, aus der hervorging, daß er sie bitter empfunden habe. Er meinte, ich wolle ihm seine Arbeiten erschweren. Nun, wo ich in der Lage sein werde, ihm seine Arbeit zu erleichtern zum Wohle des Vaterlandes, werde ich es gern und jederzeit thun. Aber bei dieser Frage lag die Sache anders. Es war für mich ein zwingender Grund vorhanden, in dieser Angelegenheit scharf vorzugehn. Der „Standard“ hatte damals grade einen Artikel veröffentlicht, worin er sagte, man würde den deutschen Reichskanzler — ich gebe den Inhalt wieder, den Wortlaut habe ich nicht hier — bei Hofe anzeigen, und der Herr Reichskanzler hätte dann Abbitte zu leisten. Nun, ich weiß nicht, welche Vorstellungen man in England sich von unserm Hofe macht. Große Fürsten haben bekanntlich in der Politik keine Verwandten, und es wäre also unmöglich gewesen, daß der Reichskanzler zu einer andern Stellungnahme, geschweige denn zu einer Abbitte vom Hofe hätte veranlaßt werden können. Wenn ich nun in so außerordentlicher Schroffheit auftrat, so gab ich dem Herrn Reichs-

kanzler Gelegenheit, auf der dunklen Folie, die meine Rede bildete, als ein strahlender Friedensengel zu erscheinen. Es thut mir leid, daß die Engländer das nicht genügend gewürdigt haben und auch jetzt noch nicht mit dem Grafen Bülow zufrieden sind, sondern im Gegenteil auf ihn lebhaft schelten. Er hätte mich ganz anders zurechtweisen müssen, meinen sie. Das ist wieder eine schiefe Auffassung deutscher Verhältnisse. Der Herr Reichskanzler hat meine Redeform nicht mich rügen wollen und hätte das auch gar nicht dürfen, denn das wäre ein Eingriff in die Rechte des Herrn Präsidenten gewesen. Auch ich selber gehöre grade nicht zu denen, die sich ungerechtfertigter Weise an den Wagen fahren lassen. Uebrigens wünschte ich, die Zeiten Harun al Raschids, des Kalifen, kämen wieder. Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen, nicht etwa wegen der Einführung von noch mehr orientalischem Luxus — in dieser Hinsicht wetteifert man heute schon bei Hofe mit Kommerzienrats —, sondern ich denke bei diesem Bilde daran, daß der Kalif in Begleitung seines getreuen Großveziers im Lande umherzog, um unerkannt zu erforschen, wie es im Volke aussähe. Wenn das heute möglich wäre, wenn der Herr Reichskanzler in Begleitung des Kalifen das Land durchziehn und die Stimmung im Lande erforschen könnte, dann würde er ganz merkwürdige Dinge erfahren; unter andern auch das, was ich den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Stockmann gegenüber betonte: er würde wahrnehmen, in welcher Erregung die Treuen im Lande sind, daß man unsre glorreiche Vergangenheit nicht in Schutz genommen hat gegenüber den Beschimpfungen fremder Minister; er würde gehört haben, wie man überall Vergleiche mit der Vergangenheit anstellt. Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Dr. Oertel, der dem Herrn Reichskanzler eine Freude damit bereitet hat, indem er neulich sagte, Graf Bülow hätte doch nicht bei irgend einem beliebigen Anlaß in den Reichstag kommen, sich hinstellen und sagen können: der Herr Minister Chamberlain habe das und das gesagt, sondern er hätte die passende Gelegenheit abwarten müssen. Wenn der Herr Reichskanzler mit seinem ganzen Stabe, mit sämtlichen Bundesratsmitgliedern und sämtlichen Kommissaren erschienen wäre am ersten Tage des Zusammentritts des Reichstags in dieser Session, und wenn er dann in dieser feierlichen Form die Zurückweisung von Chamberlains Angriffen vorgenommen hätte, dann würde das einen Eindruck im Lande gemacht haben, der meine Ausführungen hätte überflüssig erscheinen lassen. Aber leider ist dies nicht erfolgt. Ich kann dem Herrn Reichskanzler für meine Person die beruhigende Versicherung geben, daß er nicht zu befürchten braucht, daß die Beschimpfung fremder Minister Gewohnheit in diesem Hause werden wird. Und wenn er sagte:

> Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß uns durch allseitige Besonnenheit in der Zukunft solche Zwischenfälle erspart werden mögen, welche uns eine Haltung erschweren, usw. —

so kann der Herr Reichskanzler auch hierin beruhigt sein; solche Vorfälle werden nicht oft vorkommen. Man zieht nicht die Notbremse in einem Schnellzuge zu seinem Vergnügen, sondern nur dann, wenn man glaubt, der Zug könne entgleisen, und man öffnet nicht das Sicherheitsventil eines Dampfkessels, wenn man nicht überzeugt ist, daß der Kessel überhitzt ist. Aber wenn der Kessel überhitzt ist, dann hat man die Verpflichtung, das Ventil zu öffnen, selbst wenn die entweichenden Dämpfe ein für schwache Nerven unbehagliches Geräusch verursachen. Die diplomatischen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, so dankenswert sie an sich waren, genügten vielleicht zur Klarstellung der Verhältnisse nach England hin; aber sie genügten nicht, um das Sicherheitsventil im Lande zu öffnen, um die Beruhigung der hochgradigen Erregung dort herbeizuführen. Die parlamentarische Ausdrucksweise versagte vollständig; da mußte ich eine dritte Form zu finden suchen, und da paßte ich meine Ausdrucksweise den Thaten jener preußischen Wehrleute an, die unter einem Bülow glorreichen Angedenkens an der Kirchhofsmauer von Dennewitz mit dem Kolben auf den Feind einschlugen: Dat flutscht beter! **Darum habe ich „Landsturmdeutsch" gesprochen.**

Die politischen Zustände in Oesterreich.

2.

Die parlamentarischen Verhältnisse können in Oesterreich nicht zur Ruhe kommen; der ganze Verfassungsbau wankt und droht zusammenzustürzen; die gegenwärtige Verfassung ist gänzlich unhaltbar, und muß geändert werden, sollen wieder geordnete Verhältnisse eintreteten. Ein Aenderung der Verfassung ist aber nicht denkbar, ohne vorherige Beseitigung des Dualismus, auf dem die ganze österreichische Verfassung aufgebaut ist. Oesterreich kann daher nicht früher zur Ruhe, zum Frieden und zu geordneten politischen Zuständen gelangen, bevor nicht der Dualismus beseitigt, bevor nicht Oesterreich wieder, befreit von dem ungarischen Bleigewichte, alle seine Angelegenheiten selbständig ordnen, und für sich selbst, für sich allein sorgen, seine reichen Mittel für seine eignen Zwecke verwenden kann.

Der Dualismus wurde im Jahre 1867 — in der ersten Ratlosigkeit nach dem für Oesterreich unglücklichen Kriege von 1866 — in vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse von einer ganz unfähigen, fast nur aus Vertretern der Großindustrie, der Hochfinanz und des Judenliberalismus zusammengesetzten, sogenannten Volksvertretung geschaffen, in der die „Verwaltungsrats-Partei" — fast alle Verwaltungsräte irgendeiner Bank-, Eisenbahn- oder Industrie-Unternehmung waren „Abgeordnete" — das große Wort führte; in oberflächlichster Weise wurde er von dem leichtfertigen, mit den österreichischen Verhältnissen ganz unvertrauten Beust, den doch nur der Haß gegen Bismarck und das Rachegefühl gegen Preußen überhaupt an die höchste Stelle — als Reichskanzler — in Oesterreich gesetzt hat, ganz nach dem Willen und Diktat des damals allmächtigen, stets mit der Revolution drohenden Ungarn — siehe Klapka — eingeführt.

Dieser unheilvolle Dualismus ist die eigentliche Ursache des wirtschaftlichen Rückstandes Oesterreichs, ist die Grundursache all der großen, innern Krisen, die sich seitdem in kürzern oder längern Zwischenräumen immer wiederholten, wie denn auch der gegenwärtige, ganz unhaltbare Zustand auf den „Ausgleich mit Ungarn", also auf den Dualismus zurückzuführen ist.

Oesterreich, oder besser gesagt, die „diesseitige" Reichshälfte ist schon gegenwärtig vorwiegend industriell; und Ungarn, oder die „jenseitige" Reichshälfte, ist bis jetzt noch vorwiegend landwirtschaftlich; das läßt sich nun einmal nicht ändern, wenigstens nicht im Handumdrehen; beide Reichshälften haben also eigentlich ganz entgegengesetzte Interessen. So lange diese beiden Reichshälften einen einheitlichen Staat bildeten, kamen diese entgegengesetzten Interessen nicht zum Ausdruck, sie ergänzten sich vielmehr gegenseitig. Und da mag denn auch die vielgebrauchte Phrase richtig gewesen sein, „daß diese beiden Länder zusammengehören, weil Oesterreich seine Industrie-Erzeugnisse in Ungarn, und Ungarn seine landwirtschaftlichen Produkte in Oesterreich absetzen muß, und daß beide Länder zu Grunde gehn müßten, wenn eine Trennung eintreten würde."

Diese Phrase wird aber auch heute noch sehr oft angeführt, namentlich von den Vertretern der österreichischen Großindustrie und der Hochfinanz; ja einer derselben, der in den verschiednen industriellen Gesellschaften und Vereinen das große Wort führt, hat sich sogar zu dem Ausspruche verstiegen: „Besser der schlechteste Ausgleich mit Ungarn als gar keiner!" Das ist aber heute grundfalsch. Sobald nämlich — durch die Einführung des Dualismus im Jahre 1867 — die politische Trennung in zwei verschiedne Staaten eintrat, in der zwei verschiedne Regierungen nach ganz verschiednen Gesetzen und verschiednen Prinzipien walten, änderte sich dieses Verhältnis sofort. Die ganz entgegengesetzten wirtschaftlichen Interessen der beiden Staaten Oesterreich und Ungarn mußten zum Ausdruck kommen; es bildeten sich Gegensätze und diese sollten bei der jedesmaligen Erneuerung des Ausgleichs von zehn zu zehn Jahren, ausgeglichen werde. Diese Gegensätze lassen sich aber, wie eine dreißigjährige Erfahrung lehrt, nicht aus-

gleichen, weder durch ein Zoll- und Handelsbündnis, noch durch sonstige Abmachungen; daher auch die stetigen und immer heftigern Kämpfe bei jeder Ausgleichs-Erneuerung.

Und da die Ungarn, dank ihrem Terrorismus und dank der Furcht, die man an der maßgebendsten Stelle in Wien vor den Madjaren immer empfindet, bisher alles durchgesetzt haben, was sie durchsetzen wollten, so haben sie sich — unter einer Beitragsleistung von 30 v. H. zu den gemeinsamen Ausgaben, während auf Oesterreich 70 v. H. entfielen — faktisch zu Herren im Reiche gemacht, und ihr Einfluß steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Beitragsleistung, ja er ist noch viel größer!

Auf allen Gebieten, finanziell, wirtschaftlich, politisch, selbst militärisch, und diplomatisch, überhaupt in jeder Beziehung herrschen in Oesterreich-Ungarn — die Ungarn. Was haben sie z. B. aus der alten Nationalbank und späteren österreichisch-ungarischen Bank gemacht? Eine rein ungarische Bank, die obwohl von österreichischem Kapital geschaffen, doch fast nur ungarischen Zwecken und Interessen dient; ihre Organisation, ihre Geschäftsordnung, ihre Kreditpolitik sind vollständig und allein den Interessen Ungarns dienstbar. Man sehe nur die zahlreichen Filialen in Ungarn an und mit welchen Summen diese dotiert sind, und vergleiche diese, sowie ihre Anzahl mit den Filialen in Oesterreich; jede kleine ungarische Filiale hat eine größere Dotation, wie die Filiale in der größten Industriestadt Oesterreichs! Man sehe die Wechsel-Portefeuilles der ungarischen Filialen an, und vergleiche sie nach Zahl, Betrag und besonders nach Qualität der Wechsel mit den Portefeuilles der österreichischen Filialen! Und erst im Hypothekenkreditgeschäft! Nach dem letzten Ausweise der Bank entfallen im Jahre 1900 von den im Hypothekengeschäfte angelegten Darlehen 18,5 Millionen Gulden auf Oesterreich und 131,3 Millionen Gulden auf Ungarn! Und der Bankgouverneur muß immer entweder ein Ungar, oder doch eine den Ungarn zusagende Persönlichkeit sein!

Und was die vielfachen andern Angelegenheiten betrifft, die durch den „Ausgleich mit Ungarn" festgesetzt sind, z. B. die Quotenfrage, d. i. das Beitragsverhältnis zu den gemeinsamen Ausgaben, dann die Aufteilung der Verzehrungssteuern auf beide Staaten, dann der sogenannte Mahlverkehr mit seinen Mißbräuchen, die gesamten Veterinärbestimmungen, dann die wichtigen Eisenbahnfragen, die für die industrielle Entwicklung oft ausschlaggebenden Tarifangelegenheiten, dann die zahlreichen Begünstigungen der ungarischen Industrie, sowohl bei der Errichtung von Fabriken, als später bei den Lieferungen und Submissionen — ferner der ganze Komplex der Fragen, die die okkupierten Provinzen Bosnien und Herzogewina betreffen, die ausschließlich dem ungarischen Einflusse unterworfen sind, und in denen die ungarischen Juden sich bereits so festgesetzt haben, daß sie in vollster Freiheit und unbehindert die einheimische Bevölkerung dieser Provinzen ausbeuten und abgrasen können. Die bosnischen Bahnen z. B. dürfen Oesterreich nur über Ofen-Pest mit Bosnien und Dalmatien verbinden; eine andre, direkte Verbindung Wiens und Oesterreichs überhaupt, mit Bosnien und selbst mit dem eignen Kronlande Dalmatien (da diese über ungarisches Gebiet führen müßte) giebt Ungarn unter keiner Bedingung zu.

Die ganze Aktion der gründlich verunglückten Währungs-Regulierung wurde nur im Interesse Ungarns und auf Drängen Ungarns in Szene gesetzt, weil die Ungarn, als landwirtschaftliche Exportöre, in der Festsetzung einer hohen Relation ihren Vorteil sahen, und Oesterreich mußte sich durch diese Aktion eine ungeheure Schuldenlast aufbürden und eine enorme Verteuerung aller Lebensbedürfnisse gefallen lassen.

Und was ist mit der ganzen auswärtigen Politik? Wird sie nicht nur im Sinne und Interesse Ungarns geführt? Statt des einzigen richtigen und für Oesterreich-Ungarn allein vernünftigen Grundsatzes für die äußere Politik: „ein gutes, wahrhaft freundschaftliches und aufrichtiges Einvernehmen mit Rußland" zu pflegen, wird immer — weil die äußere Politik Oesterreichs stets nur entweder von einem Ungarn oder einem Polen, also dem Todfeinde Rußlands geleitet wird — nur ein Rußland brüskierendes, unaufrichtiges und nur gezwungen freundliches Verhalten Rußland gegenüber beobachtet.

Und wie steht es mit der auswärtigen Politik hinsichtlich der Balkanstaaten? Diese hat sich Oesterreich, eben nur wieder wegen Ungarn, fast alle zu ernsten Feinden gemacht, so daß die Ausfuhr österreichischer Industrie-Erzeugnisse nach diesen Staaten, die früher so bedeutend war, fast ganz aufgehört hat.

Selbst in militärischer Beziehung geht alles in ungarischem Sinne. Schon haben die Ungarn eine eigne ungarische Militär-Akademie, in der ungarischer, also kossuthscher und ugronscher Patriotismus gelehrt wird; sie haben sogar bei der ungarischen Landwehr die madjarische Armeesprache, die schon dahin geführt hat, daß bei Manövern Befehle nicht ausgeführt wurden, weil die Offiziere der gemeinsamen Armee und die der ungarischen Landwehr sich gegenseitig nicht verstanden. Welche Folgerungen das im Ernstfall haben kann, läßt sich kaum ausdenken!

Und so ist es in allen Beziehungen, auf allen Gebieten! Aber nicht allein das, sondern die Ungarn haben es auch verstanden, sich weitere Sonderrechte anzueignen, die dem Geist und dem Sinne selbst der getroffenen Abmachungen widersprechen. In den verschiedensten Handlungen der ungarischen Staatsverwaltung läßt sich deutlich erkennen, daß sich diese zwar nicht an die auf Grund des § 14 der Verfassung getroffnen Vereinbarungen hält, sondern ohne Rücksicht darauf, ganz ungerechtfertigte Begünstigungen ungarischer Parteien vornimmt; wo wäre auch, bei den ungleichen Einflußverhältnissen der beiden Staaten, ein Richter, der darüber entschiede und die ungarischen Maßnahmen zurückweisen sollte?

Und für alles dies muß Oesterreich 70 v. H. der gemeinsamen Ausgaben tragen! Das ist der eigentliche Grund des wirtschaftlichen Rückstandes, der immer ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Lage Oesterreichs.

Aus alledem geht aber hervor, daß der Dualismus, wie er 1867 geschaffen und 1877 und 1887 erneuert wurde, die Ursache der heutigen, ganz unhaltbaren Zustände in Oesterreich ist. Die Erneuerung dieses Dualismus war deshalb im Jahre 1897 auf parlamentarischem Wege unmöglich, er wurde daher auf Grund des § 14 bis jetzt von Jahr zu Jahr provisorisch verordnet. Er muß ganz beseitigt werden, soll Oesterreich nicht durch ihn wirtschaftlich ruiniert und vollständig zu Grunde gerichtet werden. Was an seine Stelle zu setzen ist, und was überhaupt jetzt geschehen wird, das weiß heute niemand, gar niemand in Oesterreich.

Die Juden im Richterstande

beschäftigten jüngst auch das Plenum der bayerischen Kammer der Reichsräte, nachdem das Abgeordnetenhaus den Antrag des Zentrums-Abgeordneten Dr. Heim „an die kgl. Staatsregierung die Bitte zu stellen, Israeliten möglichst nur im Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in der Justiz-Verwaltung aufzunehmen" am 28. und 29. November v. J. mit 77 gegen 51 Stimmen angenommen hatte.

Bei der Besprechung des Antrages erklärte der Staatsminister Dr. Frhr. v. Leonrod am 28. November:

„Der Herr Antragsteller Dr. Heim hat gestern in den Schlußworten die Tendenz seines Antrages dahin präzisiert, daß bei Anstellung jüdischer Staatsdienst-Adspiranten im Justizdienste der nun einmal vorhandnen Stimmung der Bevölkerung Rechnung getragen werde. Der Ihnen vorliegende Antrag ist im wesentlichen die Wiederholung eines Antrages, den Herr Dr. Heim in Ihrem Finanz-Ausschusse bereits gestellt hat. Dort habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Ich darf davon ausgehn, daß den Herren Antragstellern fern liegt, das ausschließliche Recht der Krone, die Beamten auszuwählen, irgendwie anzutasten. Ich fasse den Antrag als Wunsch auf, daß der Staatsminister der Justiz bei seinem Au-

trage an die Krone so verfährt, wie in dem Antrage niedergelegt ist, und nur von diesem Standpunkte aus kann ich mich über die Sache überhaupt äußern. Nach dem Reichsgesetze vom 3. Juli 1869 sind alle aus der Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufgehoben, insbesondre ist demnach die Befähigung zur Teilnahme an Gemeinde- und Landesvertretungen und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom Religionsbekenntnisse unabhängig. Nach diesem Reichsgesetze kann den geprüften Rechtspraktikanten mosaischen Glaubens der Eintritt in den Justizstaatsdienst nicht verwehrt werden. Dies anerkennen die Herren Antragsteller selbst, indem sie einen gewissen Prozentsatz von jüdischen Justizbeamten zulassen wollen. Nur das von den Antragstellern gewollte prozentuale Verhältnis der Bevölkerungszahl ist bis jetzt allerdings bei der Anstellung jüdischer Justizbeamten nicht eingehalten worden. Im Hinblicke auf das Reichsgesetz vom 3. Januar 1869 kann ich aber nicht die Verpflichtung übernehmen, ein bestimmtes Prozentverhältnis einzuhalten. Ich verkenne jedoch keineswegs, daß in mancher Beziehung die Wirksamkeit eines jüdischen Staatsbeamten und Richters infolge der Stimmung der Bevölkerung beeinträchtigt werden kann. Im Interesse dieser Bezirke und der jüdischen Staatsdienst-Aspiranten selbst war deshalb immer mein Bestreben, zu vermeiden, daß jüdische Beamte in solchen Bezirken verwendet werden.

Das war meine Erklärung in dem Finanz-Ausschusse. Nun, meine Herren, ich wiederhole diese Erklärung. Aus der Erklärung geht hervor, daß ich zwar dem Antrag, wie er lautet, nämlich:

„Israeliten möglichst nur im Verhältnisse der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in der Justizverwaltung aufzunehmen",

aus gesetzlichen Bedenken eine Folge nicht geben kann, daß ich aber innerhalb des Rahmens des Gesetzes bestrebt war, aber auch sein werde, der Tendenz des Antrags, die von der einmal vorhandnen Stimmung der Bevölkerung ausgeht, soweit wie möglich Rechnung zu tragen. In diesem Sinne werde ich auch ferner bei meinen Anträgen an die Krone handeln."

Am 13. d. M. kam der Antrag also vor die Kammer der Reichsräte. Der Finanz-Ausschuß hatte — genau wie im Abgeordnetenhause — die Ablehnung empfohlen, während die Reichsräte Frhr. v. Soden und Frhr. v. Würzburg mit Unterstützung der Reichsräte Frhr. v. Bechmann, Frhr. v. Hertling, Frhr. v. Frankenstein, Frhr. v. Cramer-Klett, Frhr. v. Guttenberg und Graf Drechsel den Uebergang zur Tagesordnung beantragten mit Rücksicht auf das unbestrittne Recht der Krone zur Anstellung der Richter „sowie im Hinblick auf die von der Staatsregierung in der Kammer der Abgeordneten abgegebnen Erklärung."

Im Laufe der Debatte erklärten beide Antragsteller noch, die in weiten Kreisen bestehenden Bedenken gegen die übergroße Zahl jüdischer Richter seien berechtigt, weshalb die Erklärung der Regierung, daß bei Anstellung der Richter auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht genommen werden sollte, zu begrüßen sei. Infolgedessen fand diese Form der Verabschiedung des Antrages die Billigung der Mehrheit, obwohl u. a. auch die Prinzen des Kgl. Hauses dagegen stimmten.

Israel ist davon natürlich nicht sehr angenehm berührt und deshalb ließ es durch seine Soldschreiber lediglich die Thatsache verkünden, daß die Kammer „Uebergang zur Tagesordnung" beschlossen habe!

Spaltung der österreichischen Alldeutschen.

Das von uns bereits in Nr. 695 erwähnte Duell zwischen den alldeutschen Abgeordneten Prof. Seidl und K. H. Wolf hat außer der Niederlegung der Reichsrats- und Landtags-Mandate seitens Wolfs noch weitere Folgen gezeitigt.

Der Ursprung der ganzen Angelegenheit ist folgender. Die jetzige Ehefrau des Prof. Seidl, eine Tochter des alldeutschen Abgeordneten Dr. Tschan, war im Jahre 1898 als Mädchen dem auf einer Wahlagitation befindlichen Abg. Wolf aus Begeisterung nachgereist, wobei sich in einem Eisenbahn-Abteil ein kleines Techtel-Mechtel abspielte, das Prof. Seidl erst Ende v. J. von seiner Ehefrau erfuhr. Betont muß werden, daß damals weder Prof. Seidl seine jetzige Ehefrau kannte, noch Wolf in der Familie des Dr. Tschan verkehrt hatte.

Als nun Prof. Seidl Ende v. J. durch einen beleidigenden Brief an Wolf diesen zwang, ihm eine Forderung zu schicken, teilte Wolf dem Abg. Schönerer mit, daß er vor dem Selbstmord stehe, worauf Schönerer seine Vermittlung anbot.

Zu diesem Zwecke nahm er Rücksprache mit den beteiligten Abgg. Dr. Tschan und Dr. Seidl und dem Abg. Dr. v. Berger. Prof. Seidl erklärte dabei, durch den Zweikampf werde an der Sache nichts geändert. Infolgedessen begab sich Dr. Tschan auf Veranlassung Schönerers zu Wolf mit dem Vorschlage, Wolf solle seine Forderung zum Zweikampf sofort zurückziehn, da durch die Durchführung des Zweikampfes an der Sache selbst nichts zu ändern sei und dies in der Voraussetzung thun, daß die Sache auf andre entsprechende Weise zur Austragung gebracht werde. — Schönerer werde die Beteiligten dahin bringen, die Angelegenheit unter sich mit Ausschluß der Oeffentlichkeit zu regeln, da durch den in diesem Falle zwecklosen Zweikampf der Oeffentlichkeit Gelegenheit gegeben werde, sich mit dem Falle zu befassen. Wolf lehnte ab und so kam es zu einem ergebnislosen Pistolen-Duell.

Als Prof. Seidl die ganze Angelegenheit wiederholt durch eine längere schriftliche Darstellung, die auch von seiner Frau unterzeichnet war, an die Oeffentlichkeit brachte, nahm in einem ausführlichen Briefe an Wolf die eigne Mutter der Frau Prof. Seidl gegen Seidl Stellung und Wolf selbst bewarb sich wieder um sein Reichsratsmandat.

Am 15. d. M. wurde er mit 1695 von 3219 giltigen Stimmen wiedergewählt, nachdem er zuletzt die Wahlarbeit, die er einen Kampf um sein Leben und seine Ehre nannte, persönlich in Begleitung seiner Ehefrau betrieben hatte.

Die alldeutsche Fraktion hatte schon vor der Wahl erklärt, daß Wolf nicht wieder in den Fraktionsverband aufgenommen werden würde und am Tage nach der Wahl gab Abg. Schönerer in einer Versammlung des „Deutschen Landwirte-Bundes" zu Eger im Beisein der Abgg. Iro, Hofer, Kittel, Dr. Schalk, Kliemann, Heinzel, Peter und Sandner unter Heilrufen der Anwesenden folgende Erklärung ab:

„In dem von über 1200 deutschen Männern unterschriebnen Wahlaufrufe zu Gunsten der Wiederwahl Wolfs heißt es:

K. H. Wolf ist zu einer wichtigen politischen Rolle veranlagt und berufen.

Nun, was mich betrifft, so will ich in dieser Richtung nicht hinderlich sein, — und wenn Wolf einst gesagt hat, daß er sich eher die Hand abhauen lasse, bevor er sich von mir trenne, so erkläre ich heute öffentlich, daß dies nicht nötig ist, da ich selbst die Trennung von ihm vollziehe.

Bekanntlich hat schon die alldeutsche Vereinigung am 18. Dezember, bei Anwesenheit von 15 Mitgliedern einmütig erklärt, daß Wolf im Falle seiner Wiederwahl in die Vereinigung nicht aufgenommen werde.

Was mich betrifft, so bin ich bekanntlich kein Streber und kein Kleber und meine Ehre und mein Leben sind nicht von dem Besitze eines Mandates abhängig, welches ich vielmehr jederzeit bereit bin in die Hände der Wähler zurückzulegen, und dies um so lieber, als mir in dem Volksvertretungskörper oft sehr unheimlich zu Mute ist. —

Man sprach und schrieb oft von einem Zwiespalt zwischen mir und Wolf; nun, jetzt ist derselbe offenkundig und die Anhänger Wolfs können jetzt getrost rufen:

Hoch die Partei der Zukunft!

Hoch die Wolf-Tschan-Partei!

Ich selbst bescheide mich auch künftig im Dienste der alldeutschen Sache thätig zu sein, so wie ich dies seit über 30 Jahre, oft ganz ‚isoliert' nach meinen bescheidnen Kräften gethan habe.

Ich habe diese Worte ausdrücklich in meinem eignen Namen gesprochen und von dem Rechte Gebrauch gemacht, meiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben; von demselben Rechte

werden gewiß auch alle Herren der alldeutschen Vereinigung Gebrauch machen und zu meiner Erklärung offne Stellung nehmen.

Ich schließe mit den Worten des Dichters:
„Die Welt wird schlechter mit jedem Tag,
Wer weiß, wie das noch enden mag."

Abg. Wolf hat vorläufig in seiner „Ostd. Rundschau" erklären lassen, daß er alles vermeiden wolle, was zu einer Verschärfung der Gegensätze führen könne; eine Trennung der Alldeutschen scheint indes unvermeidlich zu sein, denn der Anhang Wolfs ist nicht klein. Daß der ganze Vorfall die deutsche, insbesondre die alldeutsche Sache in Oesterreich zu schädigen geeignet ist, ist außerdem ohne weiters klar!

Unsre Ausführungen über den jüdischen Eid (Vgl. Nr. 698) veranlassen einen hessischen Leser unsers Blattes zu folgender Mitteilung: In den Jahren 1843 und 1844 war ich Schreiber bei Hofgerichts-Advokat . . . In diesen Jahren schwebte ein Prozeß am Stadtgericht . . . über folgenden Gegenstand: Ein hochbetagter Herr von altem Adel, aber so arm wie eine Kirchenmaus, verkaufte einer ledigen Jüdin gegen Barzahlung einen Schrank. Es dauerte nicht lange, so verlangte ein jüdischer Möbelhändler diesen Schrank, der sein Eigentum und dem Baron nur geliehen gewesen sei. Die Jüdin weigerte sich, worauf der Jude Klage erhob. Die Jüdin nahm meinen Prinzipal als Antwalt. Nach einigen Jahren erkannte das Gericht zu Recht: wenn Kläger schwöre, daß der Schrank sein Eigentum sei, so müßte Beklagte denselben herausgeben und sämtliche Kosten tragen. Die Jüdin glaubte, daß ihr Gegner nicht schwören würde; sie täuschte sich aber und als die Nachricht vom Gericht mit Bestimmung des Schwurtermins kam, verlangte die Jüdin, daß Kläger den Eid in feierlicher Weise „im Totenhemd und in der Synagoge zu leisten habe, da nur in solcher Weise geleistete Eide die Juden verpflichte."*) Gericht und Kläger konnten dagegen nichts einwenden. So gering der Wert des Streitgegenstandes war, um so größer muß der Haß des Juden gewesen sein: denn er leistete den Eid, wie verlangt war, hatte aber die Rechnung ohne die Jüdin gemacht: denn als der Gerichtsdiener kam, um auf den Betrag der Kosten des Klägers zu pfänden, wurde von einem ledigen Herrn — einem langjährigen Liebhaber der Jüdin — nachgewiesen, daß ihre ganze Einrichtung sein Eigentum sei.

Ausländische Arbeiter und Arbeitslosigkeit. In Nr. 693 haben wir, wie schon oft in frühern Jahren, auf die Frage der ausländischen Arbeiter hingewiesen. Da nun die Arbeitslosen-Versammlungen kein Ende nehmen, und auch, trotz aller behördlichen Ableugnungsversuche, die Arbeitsgelegenheit nicht häufiger wird, sondern die Zwangsarbeitsanstalten und Obdachlosen-Asyle noch außerordentlich hohe Zahlen von Insassen aufweisen, so kommen wir heute auf die Sache zurück.

Vor allem haben sich in jüngster Zeit Körperschaften mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt, und vielerorts sind namhafte Summen zu Unterstützungen und zu „Notstandsarbeiten" bewilligt worden. Es hat aber auch nicht an Vorschlägen gefehlt, die dahin gingen, die ausländischen Arbeiter thunlichst zu entlassen und arbeitslose deutsche Arbeiter aus den Großstädten aufs platte Land zurückzuschicken

Bei dieser Gelegenheit ist nun mehrfach von den großstädtischen Behörden, so z. B. in Leipzig, die Meinung vertreten worden, das Ausland würde, wenn bei uns ausländische Arbeiter entlassen würden, Repressalien ergreifen und die im Auslande arbeitenden Deutschen heimschicken.

Demgegenüber sei das Folgende bemerkt: Die deutschen Arbeiter, die nach dem Auslande gehen, sind zu 99 v. H. geistig hochstehende, in ihrem Fache tüchtige Leute, die dem Auslande Kultur und hohen Nutzen bringen. Man wird es sich dort wohl sehr überlegen, ob man sie Knall und Fall fortjagen soll. Die ausländischen Arbeiter in Deutschland hingegen sind geistig minderwertige, gefügige Lohndrücker für einfache Arbeiten, die dem deutschen Arbeiter, der durchgängig eine mehr oder minder teure Schulzeit und Lehre hinter sich haben muß, das Brot wegnehmen.

Es ist weiter wohl auch selbstverständlich, daß die Entlassungen nicht in plumper Weise geschehen. Da aber die deutschen Arbeiter in mehr Fällen verheiratet zu sein pflegen, als die eingewanderten Polen, Tschechen (Böhmaken) u. a., so dürfte die Unternehmer kein Vorwurf treffen, wenn sie menschliche Rücksichten walten lassen. Im übrigen verstehen die meisten der in die Großstadt gewanderten Arbeiter die Arbeiten des Landes noch sehr wohl, es fehlt ihnen nur Gelegenheit zur Rückkehr, und darum ist die Vermittlung nötig, die die Großstädte zu schaffen haben. Es ist freilich bequem und billig, auf Kosten der Steuerzahler solch ernste Angelegenheiten mit Reden abzuthun, die bei näherm Zusehen nicht stichhaltig sind.

Und zum Schluß: Neue Fabriken dürfen nur auf dem Lande und in kleinern Städten gegründet werden. Der Hausbesitzerverein Freiberg (Sachsen) hat eine dahingehende Eingabe an den Sächs. Landtag gerichtet, die Stadt Hainichen schenkt jedem Industriellen, der sich dort niederlassen will, Land zu Bau- und Gartenzwecken. Warum schließt man die Großstädte in einen ungesunden, industriellen Ring ein, in dem sich jede Krisis immer fühlbarer machen muß? Warum läßt man die kleinern Orte verkommen und hilft nicht zur Verteilung der Werte, die der Aufschwung der Industrie durch Steigerung der großstädtischen Bodenwerte usw. gebracht hat? Warum ruft man ferner so oft — in der Flottenfrage z. B. — das Nationalgefühl des Volkes an, wenn man ihm in Zeiten der Not den wirtschaftlichen Boden von eingewanderten Fremdlingen streitig machen läßt? Die Wohlfahrt des gesamten Volkes bedarf der Rücksichten, nicht der Geldbeutel einiger Grundstücksspekulanten und industrieller Unternehmer. Tzr.

Die Feiga-Bas. Sie war eine recht zutrauliche Frau, die Feiga-Bas, genannt Feige Spiegel, wohnhaft auf dem Peressyp am Nikolajewer Weg zu Odessa; für jeden hatte sie ein freundliches Wort und jeden wußte sie zu „nehmen" nach seinem Charakter. Sie kannte die Familien- und die Wirtschaftsverhältnisse jedes einzelnen, schon vom „Vatter selig" her. Sie nahm teil an allen Schicksalen, freute sich bei freudigen Ereignissen und trauerte mit, wenn eine traurige Veranlassung vorlag. Und das alles in einer „Sproch, aber grad wie unsre Leut?" Und warum auch nicht, der Verkehr mit den deutschen Kolonisten hatte lange genug gedauert, daß sie sich ihre „Sproch" aneignen konnte. Als ganz junges Ding war sie mit ihren Mama nach der deutschen Kolonie Güldendorf gekommen, wo sie „a Läskele" eröffneten. Nach einiger Zeit zogen sie nach Odessa, wo sich der Mann als „Weizenmakler" beschäftigte, während die Frau ein Speisehaus nebst Weinkeller eröffnete, dem die deutschen Kolonisten fleißig zusprachen. Zu diesem gesellten sich mit der Zeit ein Kramladen, in dem alles zu haben war, was der Bauer in Haus und Wirtschaft braucht. Und später kam noch ein ausgedehnter Holzhandel hinzu. Itzig Spiegel war gestorben. Die Feiga-Bas setzte das Geschäft fort. Der Verkehr zwischen ihr und den Kolonisten wurde immer lebhafter. Nicht nur in ihrer Speisehalle und in ihrem Weinkeller verkehrten sie; nicht nur entnahmen sie alle ihre Bedürfnisse ihrem Kramladen und der Holzhandlung, sondern auch in Geldangelegenheiten wandten sich die Leute an sie. Sie vermittelte den Vorschuß, den die Getreide-Aufkäufer auf die bevorstehende Ernte gaben; sie lieh auf Wechsel dar oder zeichnete als Girant bei Geldverleihern. Hatte jemand einige übrige Rubel, die Feiga-Bas wußte sie zu gutem Zinsfuß unterzubringen. So ging das Geschäft viele Jahre und, man muß es gerechterweise sagen, sie half manchem aus der Not.

Da mit einmal, im Oktober v. J., hieß es: die Feiga-Bas ist durchgegangen! Welch eine Verwunderung rief diese Nachricht

*) Hiernach ist der schöne Moritz in Konitz kein Meineidiger und muß schleunigst in Freiheit gesetzt werden.

hervor! Man wollte es anfangs gar nicht glauben. Als sich aber die Thatsache bestätigte, da, o weh, kamen Dinge ans Licht, über die man noch mehr erstaunte. Von dem einen hatte sie so und so viel Tausende geborgt, von dem andern so und so viel Hunderte. Dieser hatte von ihr auf Wechsel geliehen, die Summe bezahlt, aber den Wechsel nicht gleich zurückerhalten; jenem hatte sie als Girant unterschrieben, das Geld vom Schuldner erhalten, aber nicht eingezahlt usw. usw. Man hat nachgerechnet, daß sie nicht weniger als 200000 Rubel mitgenommen hat, und viele, viele haben das Nachsehen, und werden sich noch lange erinnern an die „gute" Feiga-Bas.

Chamberlains Gesellen. „Unsre Geschäfte sind noch niemals so blühend gewesen, und wir haben das Vergnügen, eine Dividende von 25 Prozent nach beträchtlicher Rücklage für den Reservefonds anzukündigen." So erklärte Herr Herbert Chamberlain, der Bruder des brittischen Kolonialministers, kürzlich in der General-Versammlung der Chamberlainschen Waffenfabrik in Birmingham zu seiner großen Genugthuung und zur allgemeinen Freude der Aktionäre. Die Geschäfte der Familie Chamberlain sind „blühend"; also hat der mörderische Krieg in Südafrika doch einen Zweck. — Aber auch andre Leute verdienen dabei, nicht nur Herr Chamberlein, dessen Wahlspruch offenbar ist: Leben und leben lassen. Von einem verläßlichen Augenzeugen wird dem Organ des „Alldeutschen Verbandes" folgende nette Szene berichtet: Auf dem Bahnhof in Durban will der „Held" von Mafeking, General Baden-Powell einen ihm bekannten hochangesehenen Engländer begrüßen. Dieser weigert sich ihm die Hand zu geben, was Baden-Powell ruhig einsteckt. Als ersterer um den Grund für sein Benehmen gefragt wird, bemerkt er, er wolle mit solchen Dieben nicht verkehren; Baden-Powell habe mit dem Parlaments-Abgeordneten von Mafeking, einem englischen Juden namens Wiel zusammen Armeelieferungsgeschäfte betrieben, bei denen er 42000 Pfund „verdient" habe.

Nette Generäle, die den Krieg vom Standpunkt des „Geldmachens" ansehen.

Dieser selbe Baden-Powell war es übrigens, der nach der Befreiung von Mafeking den Kaffern sogenannte Plünderungsscheine ausstellte, zur Belohnung für ihr gutes Verhalten während der Belagerung. Diese zogen dann gut bewaffnet los und auch die Farmen mehrer deutscher Reichsangehöriger gingen damals in Flammen auf, obwohl englische Truppen in unmittelbarer Nähe waren. Das fand zu einer Zeit statt, wo das Farmen-Anzünden von Lord Roberts noch nicht in ein System gebracht worden war.

Warum mag diese kleine Geschichte nun wohl von den meisten Zeitungen verschwiegen sein? Weil General Baden-Powell ein Angehöriger der semitischen Rasse ist!

Verschämter Antisemitismus wird überall angetroffen, jetzt sogar bei den elsäßischen Protestlern. Die von dem Reichstagsabgeordneten Pfarrer Delsor und Rektor Hauß herausgegebne Tageszeitung „Der Elsäßische Volksbote" (Straßburg) läßt sich nämlich unterm 7. d. M. aus Hagenau schreiben: „Sicherm Vernehmen nach weist die Liste der Geschworenen in Enteignungsfällen für den Amtsgerichtsbezirk Hagenau auf vierzehn Namen, fünf hiesige Einwohner israelitischer Konfession auf. Wenn auch die Ehrenhaftigkeit dieser fünf werten Mitbürger nicht angezweifelt wird, muß von konfessionellem Standpunkt aus dieses Verhältnis in der Zusammensetzung der Liste jedem, ja auch dem Unbefangensten auffallen. Die Kommentare und Glossen, die man darüber zu hören bekommt, sind wohl gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß der Amtsgerichtsbezirk Hagenau 16 Gemeinden zählt, in denen nach der letzten Volkszählung 28696 Seelen wohnen, die sich nach der Konfession folgendermaßen verteilen: 21253 Katholiken, 6867 Protestanten und 894 Israeliten. Letztere, welche ungefähr den 31. Teil der übrigen Bevölkerung ausmachen, nehmen jedoch den dritten Teil der fraglichen Ehrenämter ein. Parität, wo bleibst du?"

Der „Volksbote" weiß noch nicht, daß von einer „israelitischen Konfession" nicht die Rede sein kann — das thut aber nichts zur Sache, judenfreundlich werden darum obige Zeilen doch nicht und das scheint der Redaktion auch klar gewesen zu sein, so daß sie das „Eingesandt" nur in der Abteilung „Sprechsaal" abzudrucken wagte!

Ausland.

Rumänien. Die antisemitische Bewegung in Rumänien vertieft und verbreitet sich mit jedem Tage mehr. Es ist eine charakteristische Erscheinung, daß heute bereits auch die liberalen und die demokratischen Elemente in Rumänien das antisemitische Programm haben und den Grundsatz der Gleichberechtigung der Juden mit aller Entschiedenheit verwerfen und zurückweisen. Man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß heute bereits die ganze rumänische Nation im antisemitischen Lager steht. In beiden gesetzgebenden Kammern, im Senate sowohl als auch in der Deputiertenkammer, in denen doch alle politischen Parteien des Landes vertreten sind, giebt es **nicht einen einzigen Mann**, der die Neigung oder den Mut hätte, für die sogenannte „Gleichberechtigung" der Juden in die Schranken zu treten. —

Die Juden haben einen gewissen Alexander Rosianu in ihren Sold genommen, der die Moldau bereisen sollte, um durch öffentliche Vorträge für die Gleichberechtigung der Juden und für die Aufhebung des Artikels 7 der Verfassung, der die Juden von allen öffentlichen Aemtern und von der Erwerbung von Grundbesitz ausschließt, Stimmung zu machen. Wie nun die Bukarester „Apararea Nationala" mitteilt, ist dieser Judenagent in allen Orten, wo er sich hören lassen wollte, von der Bevölkerung am öffentlichen Auftreten gehindert worden. Am schlimmsten erging es ihm in der Stadt Bakau, wo er von der erbitterten Einwohnerschaft gelyncht und jämmerlich durchgeprügelt wurde, trotzdem er sich mit einem Revolver zur Wehr setzte. Er mußte sich in ein jüdisches Wirtshaus flüchten und durfte sich nicht auf der Straße blicken lassen, weil die bis zum Aeußersten aufgebrachte Bevölkerung ihn sonst erschlagen hätte. Unter dem Schutz von Gendarmen verließ der übel zugerichtete Judenapostel die Stadt Bakau, um seine verunglückte Missionsreise nach Jassy fortzusetzen.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Ein „Zionisten-Kaffeehaus", das ist die neueste Errungenschaft der Reichshauptstadt. Der Besitzer des „Kaffee Wilhelmshof" in der verlängerten Kaiser-Wilhelmstraße nennt sein Lokal jetzt „Zionistisches Familienkaffee und Restaurant". —

In Kattowitz wurde Sanitätsrat Dr. Berliner zum Stadtverordneten-Vorsteher wiedergewählt. —

Die „Deutsche Kolonialzeitung", Organ und Eigentum der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, erscheint im Kommissionsverlage von Rudolf Mosse (Berlin) und wird auch bei diesem gedruckt. —

Im „Berliner Börsen-Kurier" fand sich Ende Dezember v. J. folgende Anzeige: „Durch die glückliche Geburt eines prächtigen Weihnachtsjungen wurden hocherfreut James Loewy und Frau Elsbeth, geb. Krotowsky." —

Die Zunahme der Zahlungseinstellungen im Deutschen Reiche im dritten Viertel des Jahres 1901 ist ganz bedeutend gegenüber dem zweiten Vierteljahr. Nach den amtlichen statistischen Mitteilungen gelangten im dritten Vierteljahre 2337 neue Konkurse zur Anzeige gegen 1765 im zweiten. 273 Anträge auf Konkurseröffnung wurden wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens deckenden Massenbetrages abgewiesen und 2064 Konkursverfahren wurden eröffnet. Beendet wurden im dritten Vierteljahre 1845 Konkursverfahren und zwar 1287 durch Schlußverteilung, 300 durch Zwangsvergleich, 53 in Folge allgemeiner Bewilligung und 115 wegen Massenmangels. In Leipzig betrug die Zahl der Zahlungseinstellungen im Jahre 1899 = 128, 1900 = 143, 1901 = 167.

Bei dem Krache der Leipziger Bank gehört der Sächsische Staat mit über 10 Millionen Mark, das Großherzogtum Weimar mit etwa 400000 Mark, das Herzogtum Altenburg mit rund 150000 zu den Gläubigern, die etwa 40 v. H. erhalten werden. Haben die betreffenden Staatsbeamten ihre Pflicht den einbüßenden Steuerzahlern gegenüber gethan?

Während der Franzosenzeit erschien in Berlin u. a. auch eine Zeitschrift „Der Telegraph, ein Jurnal der neuesten Kriegsbegebenheiten", das am 17. Oktober 1806 gegründet

wurde. Herausgeber war ein gewisser Karl Julius Lange, nach Ermittlungen, die Otto von Leixner jüngst anstellte, ein getaufter Jude. In der Hauptstadt Preußens, das bei Jena zu Boden geworfen wurde, verhimmelte Lange den Sieger in schamloser Art und verhöhnte jedes vaterländische Fühlen. Aber die Partei, die ihn hielt und sein Blatt unterstützte, schmolz zusammen, je mehr der innere Groll im Volke wuchs; das Blatt litt an Abnehmern Mangel und ging am 2. Dezember 1808 wieder ein. Die öffentliche Verachtung prägte sich jedoch noch nach Langes Tod in Spottbildern aus, deren bissigstes sich nicht einmal mit Worten beschreiben läßt.

Die Gesamtzahl der Opfer der „Großen Berliner Straßenbahn“ im Jahre 1901 beträgt, da der Dezember einen Totgefahrnen und 11 Schwerverletzte aufzuweisen hatte, 33 Tote und 176 Schwerverletzte. Gegen das Vorjahr hat sich die Zahl der Unglücksfälle erheblich vermehrt, was zumteil auf die Erweiterung des elektrischen Straßenbahnbetriebes zurückzuführen ist. Im letzten Vierteljahr ist eine allmähliche Abnahme, wenigstens der schwersten Unfälle, festzustellen. Neben der eindringlichen Mahnung des Polizeipräsidiums zur Vorsicht, haben auch die Schutzvorrichtungen in verschiedenen Fällen ihre Wirkung gethan. — Merkwürdig ist, daß die freisinnige Kapitalistenpresse darüber kein so großes Geschrei anstimmt, wie über Eisenbahn-Unfälle die auf Staatseisenbahnen vorkommen, obwohl im Jahre 1900 nur 78 Reisende auf preußischen Bahnen zu Tode kamen, und zwar entfällt auf 7 Millionen Reisende erst ein Todesfall!

Sozialdemokratisches. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, hat im letzten Jahre einen Ueberschuß von 80500 Mark ergeben, die Buchhandlung „Vorwärts“ außerdem noch einen Überschuß von 20000 Mark. —

Zusammengekracht ist der „Saalbauverein“ zu Fürth (Bayern), der bei seiner Gründung ein eignes Reinvermögen von 2200 Mark hatte und damit ein Grundstück zum Preise von 89000 Mark erwarb. Die Zuschlagsgebühr betrug etwa 2000 Mark, so daß zur Anzahlung nur etwa 200 Mark zur Verfügung blieben. Trotzdem wurde noch in demselben Jahre mit diesem „Kapital“ ein Neubau im Werte von etwa 200000 Mark beschlossen und begonnen. Nach der Eröffnung des Baues wurde er verpachtet, dann nach zwei Monaten in eigne Verwaltung genommen. In anderthalb Jahren wechselten fünf Betriebsleiter, bis die Anmeldung des Konkurses erfolgte.

Das ist eine nette Probe auf den Zukunftsstaat!

Zur Leutenot auf dem Lande erzählte beim Synodal-Essen der Vorstand eines württembergischen Landesgefängnisses seinem Tischnachbar folgendes drastische Beispiel, das des heitern Beigeschmacks nicht entbehrt: Ein etwa 5 Stunden vom Gefängnis entfernt wohnender Pächter eines fürstlichen Gutes hatte sich an die Gefängnis-Verwaltung gewandt mit der dringenden (auch sonst nicht seltenen) Bitte um Zuweisung entlassener Strafgefangner. Ein solcher ward ihm zugedacht, und der glückliche Finder dieser Arbeitskraft schickte das Fuhrwerk an die Bahn, um den Mann abzuholen, weil in frühern Fällen die Erwarteten nicht angekommen waren. Aber auch diesmal schlug sich der Ersehnte seitwärts. Mit der Mitteilung dieses Erlebnisses verknüpfte der Domänenpächter die neue Bitte um eine solche Arbeitskraft und die weitere, ihn rechtzeitig von der Entlassung in Kenntnis zu setzen, damit er seinen Mann . . . mit dem Fuhrwerk an der Gefängnispforte abholen lassen könnte!

Beim Festkommers des Vereins Deutscher Studenten zu Berlin am 16. d. M., der gleichzeitig Stiftungs- und Reichsgründungs-Feier darstellte, wurde von den offiziellen Rednern stark judengegnerisch gesprochen. Der Alte Herr des Vereins, Hof- und Domprediger Ohly, nannte z. B. die Sozialdemokratie „eine Partei, die unter der Leitung eines Großkapitalisten aus dem Orient steht“ und der stud. theol. Dibelius begann seine Festrede mit den Worten: „Als vor 20 Jahren die Wogen des Antisemitismus hoch gingen . . .“ Selbstverständlich fehlte es auch nicht an kräftigen Aeußerungen gegen Freund Chamberlain. Die Veranstaltung des V. D. St. war diesmal insofern bemerkenswert, als ihr von Beginn an bis tief in die Fidelitas hinein der frühere Chef des Militärkabinetts, General-Oberst von Hahnke, beiwohnte.

Ein freisinniger Großer, der Großdestillatör Max Schulz, Landtagsabgeordneter und zugleich Stadtverordneter von Berlin, wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte „Erdbeer-Limonade“ und „Maiwein-Extrakt“ auf künstlichem Wege hergestellt.

Ein Dankbrief Dr. Leyds. Der Gesandte der Südafrikanischen Republik, Dr. Leyds, hat an den Verfasser des Politischen Bilderbogens Nr. 34 „Der Burenkrieg“ nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Brüssel, 15. Januar 1902.

Euer Wohlgeboren

beehre ich mich den Empfang Ihrer gefälligen Zuschrift vom 3. d. M. mit einliegendem Flugblatt „Der Burenkrieg“, wovon ich mit vielem Interesse Kenntnis nahm, ergebenst zu bestätigen.

Indem ich Ihnen für diesen Beweis warmer Sympathie und Teilnahme an der gerechten Burensache meinen besten Dank ausspreche, verbleibe ich

Hochachtungsvoll

Der Gesandte der Südafrikanischen Republik

gez. Dr. Leyds.“

Dies Dankschreiben ist um so bemerkenswerter, als der Politische Bilderbogen Nr. 34. „Der Burenkrieg“ die Schuld des Krieges in Text und Bild den englischen Börsenjuden zur Last legt. Man bezieht den von Max Bewer verfaßten Bogen am besten direkt von der Deutschnationalen Buchhandlung, Berlin NW 52, gegen Einsendung von 30 Pf. für Text und Bild.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September des vorigen Jahres — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts“ sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts“

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts“ beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mitunterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R. — Müller (Waldeck), M. d. R.

Dr. Rud. Vogel, M. d. R. — Friedrich Raab, M. d. R.

Verlag: Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 4.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 23. Januar 1902. Nr. 701.

Im Bückeburger Lande

vollzieht sich heute eine wichtige Entscheidung. Der Freisinn Richterscher Richtung hat einen Wahlkreis seines ältesten Besitzstandes gegen den Ansturm unsrer jungen Deutschsozialen Partei zu verteidigen.

Der Kreis Schaumburg-Lippe ist nahezu zwanzig Jahre die Domäne der Freisinnigen Partei gewesen. Zuletzt war ein Jurist, Dr. Müller, der Vertreter. Durch seinen Tod wurde das Mandat frei und nun führte unsre Partei den schon seit Jahr und Tag gehegten und vorbereiteten Plan aus, den Wahlkreis ernsthaft anzugreifen.

Es gelang, die konservative Partei im Bückeburger Lande, die stets in die Stichwahl gekommen, aber seit zwei Jahrzehnten immer von den Freisinnigen mit Hilfe der Sozialdemokraten geschlagen war, zum Verzicht auf eine eigne Kandidatur zu bewegen und sich mit uns auf die Kandidatur des Grafen Ludwig Reventlow zu einigen. Der seit einigen Wochen im Fürstentum organisierte Bund der Landwirte schloß sich uns natürlicherweise auch an.

Nachdem die wichtige Kandidaten-Frage glücklich gelöst war, trat unsre Nordmark, zu deren Verbandsgebiete der Kreis Schaumburg-Lippe gehört, sofort in Thätigkeit. Die Wahlgeschäftsstelle wurde unter dem Generalsekretär der Nordmark, Herrn Henningsen, in Stadthagen, dem größten Orte des Wahlkreises, eingerichtet und die Wahlagitation begann.

Die erforderlichen Mittel für die Hauptwahl gingen auf den Aufruf der Parteileitung rasch bei dem Parteikassierer ein. Die Verbände Westmark und Braunschweig schickten ihre Parteisekretäre zu Hilfe. Freiwillige Helfer stellten ihre Kräfte zur Verfügung, und die Wahlarbeit wurde nach wohlüberlegtem Plane durchgeführt.

Der Kandidat, Graf Reventlow, erschien in den ersten Tagen des Januar und hat bis zum Wahltage einige vierzig Versammlungen abgehalten. Wo er auch immer auftrat, gewann er sich die Herzen durch sein wahrhaft vornehmes und liebenswürdiges Wesen und durch seine ruhige, sachliche Redeweise. Außer dem Generalsekretär Henningsen unterstützten als Redner die Abgeordneten Dr. Vogel, Raab, Müller (Waldeck) und von Liebermann den Kandidaten. In den letzten Tagen griff auch noch unser Parteigenosse, Herr Rechtsanwalt Fischer, (Braunschweig) in den Wahlkampf ein.

Es sind bis zum Wahltage 88 Versammlungen abgehalten worden. Jeder Ort im Wahlkreise hat wenigstens eine Versammlung gehabt. In der Mehrzahl hat der Kandidat selber gesprochen. — Wenn die Stimmung in den Versammlungen allein ausschlaggebend wäre, so könnten wir heute schon mit Sicherheit uns den Sieg zuschreiben. Aber die Gegner, angespornt durch unsre Thätigkeit, sind auch auf dem Posten. Noch nie hat das Bückeburger Land einen Wahlkampf wie den gegenwärtigen gesehen.

Die Sozialdemokratie hofft ihrerseits auf Sieg. Die Industrie-Arbeiterschaft hat sich in den letzten Jahren vermehrt, und außerdem hat der Freisinn, wie es scheint, als Vorfrucht der Sozialdemokratie seine Dienste gethan. — Man muß es den „Genossen“ lassen, daß sie sich hier im Wahlkampf außerordentlich geschickt benehmen. Der „Brotwucher“ bildet ja allerdings auch das Feldgeschrei, unter dem sie fechten. Gegen den „Brotwucher“ tönt es aus ihren Versammlungen, „Gegen den Brotwucher“ rufen ihre Flugblätter die Wähler auf, aber sie enthalten sich aller persönlichen Schimpfereien und Verleumdungen und benehmen sich in den Diskussionen durchaus in anständigen Formen.

Ganz anders die freisinnigen Wasserstiefler. Ihr Kandidat, der Bauunternehmer Demmig aus Hannover, unsern Lesern bekannt aus dem Narrenstreich, den derselbe vor einiger Zeit gegen den Abgeordneten von Liebermann in einer Versammlung zu Hannover unternahm, wetteifert mit seinen Helfershelfern, den Abgeordneten Wiemer, Kopsch, Meier-Jobst, ferner dem Journalisten Schmacher aus Berlin und einigen noch kleinern Größen im Schimpfen und Verleumden. In wahrhaft empörender Weise werden uralte, längst widerlegte Lügen gegen den Kandidaten in Umlauf gesetzt, teils in Versammlungsreden, teils in Biergesprächen, teils in der freisinnigen Wahlzeitung. Wir werden nach der Wahl noch manches solcher Freisinnsstückchen zu erzählen haben. Der freisinnige Kandidat hat es sogar soweit getrieben, daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Beamtenbeleidigung vorgegangen ist.

Der „Brotwucher“ bildet bei den Freisinnigen natürlich auch wie bei den Sozialdemokraten das A und O ihrer Wahlweisheit und es muß anerkannt werden, daß dies Schlagwort leider kurzsichtige Leute zu verblenden geeignet ist. — Daneben ist es „der hochgeborne Herr Graf“, mit dem man den Wählern bange zu machen bestrebt ist.

So sehr diese widerwärtige Kampfesweise auch gegen die anständige Gesinnung der Bückeburger Bevölkerung verstößt, so profitiert der Freisinn doch leider vorläufig noch von der urkonservativen Sinnesart der Leute im Fürstentum. „Wir haben 20 Jahre freisinnig gewählt, also wählen wir wieder so.“

Noch eine andre Gegnerschaft müssen wir l e i d e r erwähnen. Wir stoßen auch hier, wie bei der letzten Landtagswahl in

Baden auf die Umtriebe des Dr. Giese, der auch hier Leute mit seinen Schmähschriften gegen die Herren Raab und von Liebermann überschüttet. — Traurig aber wahr!

Wenn wir eine Prophezeiung über den Ausgang der heutigen Wahl wagen sollen, so wollen wir nicht verhehlen, daß wir unsern Sieg im ersten Wahlgange nicht für ausgeschlossen erachten. Wahrscheinlich ist allerdings die Stichwahl. Ob mit Freisinn oder mit Sozialdemokratie ist schwer vorherzusagen. Bei einer Stichwahl hoffen wir auf den Sieg, werden aber allerdings dann unsre Kräfte aufs Aeußerste anspannen müssen.

Die Hauptwahl haben wir ganz aus eigner Kraft durchgefochten. Kein Pfennig Wahlgeld ist von konservativer Seite oder vom Bunde der Landwirte beigetragen. Alle Redner und Wahlhelfer sind von unsrer Partei gestellt worden.

Kommt es zur Stichwahl, so müssen wir aber schon hier bitten, daß unsre Parteigenossen ohne weitere Aufforderung sofort ihren Beitrag zur Wahlkasse an den Kassenwart unsrer Partei, Herrn Abg. Raab in Hamburg, einsenden, damit nicht aus Mangel an Mitteln die Wahlarbeit unliebsame Unterbrechung erleidet.

Ueber die Bedeutung dieser Wahl wollen wir uns unterhalten, wenn die endgültige Entscheidung gefallen ist.

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. Im Laufe der Beratung des Reichshaushalts kam am 14. d. M. Abg. von Liebermann auf die Chamberlain-Angelegenheit zurück. Seine Ausführungen finden unsre Leser an der Spitze des Hauptblattes. Auf die Frage, ob die Regierung der Firma Krupp zwar gestattet habe, an England Kriegsmaterial zu liefern, es ihr aber verboten habe, solches an den Oranje-Freistaat auszufolgen (vergl. Seite 38), erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Frhr. von Richthofen, „das selbstverständlich für eine gänzlich unwahre Nachricht". Der Herr Staatssekretär fügte hinzu:

„In dem Augenblick, als das Auswärtige Amt, da keine andre Macht es irgendwie erforderlich erachtete, Ausfuhrverbote zu erlassen, erklärte, daß die Neutralität durch Lieferungen nicht verletzt werde, war an sich für alle Firmen die Möglichkeit gegeben, zu liefern, an wen sie wollten, und jedenfalls ist keinerlei Verbot ergangen, welches von unsrer Seite irgendwie eine Begünstigung für England und Minderbegünstigung für die Burenrepubliken zur Folge gehabt hätte."

Am 21. d. M. erhält dagegen „Das Volk" von seinem Berliner Mitarbeiter folgende Zeilen:

„Soeben erhalte ich einen Brief vom Generalkonsulat des Freistaates, worin nochmals nachdrücklich bestätigt wird, daß der Vertreter Krupps dem Generalkonsul Dr. Müller persönlich die Ablieferung der vor dem Kriege bestellten und teilweise bezahlten Kanonen an den Freistaat unter Berufung auf ein Verbot der deutschen Regierung verweigert hat."

Wer hat nun die Unwahrheit gesprochen?

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 26, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend ½9 Uhr.

Braunschweig. Am 5. d. M. hielt der Deutschsoziale Verein drei Versammlungen ab, in Leinde, Cramme und Woltwiesche. In den beiden erstgenannten Orten sprach Herr B. Walterscheid über die Lage der schaffenden Stände und in Woltwiesche wurden die Forderungen unsers Programms erörtert. Die sehr zahlreichen Zuhörer spendeten überall reichen Beifall und eine nicht geringe Anzahl Männer erklärten ihren Beitritt zum Verein. —

Herr Rechtsanwalt Fischer sprach am 12. d. M. in Watenbüttel und Völkenrode über das Thema: „In welcher Partei finden die schaffenden Stände ihre beste Vertretung?" Beide Versammlungen waren gut besucht und brachten dem Verein ein Zuwachs von 27 Mitgliedern. —

Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Deutschsozialen Vereins findet am Freitag, den 24. Januar, abends 8½ Uhr in Brünings Saalbau statt mit folgender Tages-Ordnung: 1. Mitteilung des Ergebnisses der Reichstags-Ersatzwahl in Schaumburg-Lippe. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Kassenbericht und Bericht der Rechnungsprüfer. 4. Entlastung des Vorstandes. 5. Antrag auf Erweiterung des Vorstandes. 6. Etwaige weitere Anträge. 7. Neuwahl des Vorstandes. 8. Verschiedenes.

Verband Westmark. Die Ortsgruppe Dortmund hält Freitag, den 31. d. M. (nicht am 24.!), abends 9 Uhr eine Zusammenkunft im Hotel Germania, Kuckelke, ab. Wichtige Besprechung über Agitation und Organisation. Freunde der Deutschsozialen Partei sind herzlich willkommen.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;

in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";

in Nordhausen am 24. bei Krug (Aktienbrauerei); am 31. bei Glöckner (Königshof);

in Weimar jeden Dienstag im „Sächs. Hof".

*

Aus der Reformpartei. Der Reformverein zu Dresden-Löbtau hat in seiner Monats-Versammlung am 16. d. M. auf Antrag des Vorsitzenden nachstehende Entschließung angenommen: „Die heutige Versammlung hat mit freudiger Genugthuung davon Kenntnis genommen, daß es nur der antisemitische Abg. Liebermann von Sonnenberg im Deutschen Reichstage gewagt hat, in Sachen Chamberlain die Stimmung des Volkes in der richtigen Weise zu kennzeichnen und sei daher dem genannten Herrn Abgeordneten der herzlichste Dank für seine kerndeutschen Worte hiermit ausgesprochen. Möge sich der Herr Abgeordnete durch die offiziösen und nichtoffiziösen Preßstimmen nicht abhalten lassen, wacker weiter zu kämpfen für deutsche Ehre gegen englische Niedertracht und Verleumdung; das Deutsche Volk wird jederzeit hinter ihm stehn. Nieder mit Chamberlain!"

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Wegen Notzucht verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit am 17. d. M. das Schwurgericht zu Schneidemühl gegen den Pferdehändler Louis Hirsch aus Kolmar (Posen), 40 Jahre alt, verheiratet, schon mehrfach vorbestraft. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, im Jahre 1892 den Versuch gemacht zu haben, die damals unverehelichte Marie Wagner und im Jahre 1894 die damals unverehelichte Anna Wagner zu Kolmar zu vergewaltigen, ferner im Jahre 1901 die Eigentümerfrau Antonie Drews vergewaltigt zu haben. Das Urteil lautete auf neun Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. —

In Mosbach (Baden) verging sich ein Herz Grünebaum an einem zwölfjährigen Kinde, wofür er anderthalb Jahre Zuchthaus erhielt.

Im Kaffee verhaftet wurde der Handelsmann Bloch zu Zinstingen (Elsaß), der verdächtig ist wegen eines Handwerklohnes von zwölf Mark falsch geschworen zu haben. Selbst das Angebot einer Bürgschaft von 40 000 Mark konnte ihn nicht aus der Untersuchungshaft erlösen.

Wechselreiterei und sonstige Schwindeleien brachten den Dr. jur. Siegmund Guthmann aus Berlin fünf Jahre Gefängnis ein, die ihm das Landgericht zu Frankfurt (Main) zudiktierte.

Betrug verübten der 20jährige Samuel Weinberger und der 23jährige Sigmund Weiß zu Wien, indem sie auf Grund gefälschter Bestellscheine vierzehn Firmen um 640 Kronen und drei Firmen um 102 Kronen 54 Heller schädigten. Da der Schaden ersetzt und die Juden vollkommen geständig waren, kamen sie mit fünfzehn Monaten schweren und drei Monaten einfachen Kerkers davon.

Fünf Vorstrafen, darunter eine über zwei Jahre Zuchthaus, erlitt der „Kaufmann" Adolf Schlesinger, der wegen Betrugs vor dem Landgericht zu Dresden stand. Er schnorrte die Umgegend der sächsischen Hauptstadt ab, wobei er ein Schild vorzeigte mit der Inschrift „Durch Schlaganfall der Sprache beraubt!" Fünf Monate hat der Simulant nun wieder in Abgeschlossenheit zu leben.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs der Frau Rosa Hirsch zu Berlin. 90 000 Mark Schulden sind vorhanden, auf die höchstens 11,6 v. H. „Dividende" zur Verteilung kommen.

Ein hübscher Konkurs. In Billigheim (Bayern) hat vor einigen Monaten die Handelsfirma Gebrüder Ferdinand und Gerson Bär Pleite gemacht. Wie jetzt festgestellt wird, belaufen sich die Schulden auf mehr als 250 000 Mark, denen nur eine Masse von 20 000 Mark gegenübersteht. Durch diesen Krach sind viele Bauern stark in Mitleidenschaft gezogen und dem finanziellen Ruin nahe gebracht worden. Ferdinand Bär ist flüchtig.

Konkurs des Kaufmanns Hermann Bloch zu Berlin. Den Forderungen ohne Vorrecht von insgesamt 65 600 Mark stehen 22 v. H. in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns Siegmund Simonsohn in Firma Groß-Strickgarn- und Strumpfwaren-Fabrik Siegm. Simonsohn zu Berlin. Bei der Schlußverteilung gelangen 3533 Mark Massebestand auf 59 151 Mark anerkannte Forderungen zur Verteilung.

Konkurs des Kaufmanns David Cohn in Fa. C. Frankenstein zu Berlin. Bei der Schlußverteilung erhielten die Gläubiger für ihre 12 675 Mark ganze 1521 Mark!

Konkurs des Kaufmanns Th. Fiegel in Firma S. Neumann und Julius Baer und Co. zu Berlin. Die Forderungen ohne Vorrecht betragen 129 000 Mark und die „Dividende" wird sich voraussichtlich auf 22 v. H. belaufen.

Konkurs des Kaufmanns Siegfried Wachsner zu Berlin. 7 bis 9 v. H. sollen auf die Schulden von 25 800 Mark entfallen.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Wiesbadner Volksbücher. Unter diesem Sammelnamen giebt der Volksbildungsverein zu Wiesbaden eine Reihe von Schriften heraus, die den breiten Volksmassen Anteil an den Schätzen unsrer Litteratur gewähren und das offenbar vorhandne Lesebedürfnis des Volkes mit gesunder geistiger Nahrung befriedigen sollen. Bei der Auswahl der Schriften will sich der Verein von allen religiösen und politischen Parteibestrebungen fernhalten. Es sollen Arbeiten der besten deutschen und ausländischen Schriftsteller veröffentlicht werden. Um dem Leser den Autor näher zu bringen, ist jedesmal eine zwei bis vier Seiten lange biographische Einleitung vorausgeschickt. Der Preis ist so niedrig bemessen, daß sich wirklich der ärmste Mann diese Bücher anschaffen kann, ein Bändchen von 50 Seiten kostet nur 10 Pfg.

Uns liegen die ersten 14 Bändchen vor. Im einzelnen können wir nicht auf sie eingehn. Wir müssen uns damit begnügen, Titel und Preis der erschienenen Nummern abzudrucken. Indem wir das thun, sind wir gewiß, daß schon diese Angaben unsre Leser reizen werden, sich die Verbreitung der „Wiesbadner Volksbücher" angelegen sein zu lassen.

Bisher sind erschienen:

Nr. 1: Riehl, W. H., Der Stadtpfeifer . . . . . . 10 Pfg.
„ 2: Hansjakob, H., Valentin der Nagler . . . . 10 Pfg.
„ 3: Rosegger, P., Das zu Grunde gegangne Dorf 10 Pfg.
„ 4: Dickens, Ein Weihnachtsabend . . . . 10 Pfg.
„ 5: Stifter, Ad., Der Waldsteig . . . . 10 Pfg.
„ 6: Jensen, W., Magister Timotheus . . . . . . 10 Pfg.
„ 7: Greinz, R., Das fünfte Rad . . . . 10 Pfg.
„ 8: Hauff, W., Die Karawane . . . . 25 Pfg.
„ 9: Hoffmann, Hans, Spätglück; Sturmwolken . 15 Pfg.
„ 10: Heyse, P., Der verlorne Sohn . . . . . . 15 Pfg.
„ 11: Starklof, L., Sirene . . . . 30 Pfg.
„ 12: v. Ebner-Eschenbach, M., Krambambuli; Der gute Mond . . . . 10 Pfg.
Nr. 13: Viebig, Clara, Am Totenmaar und andre Erzählungen . . . . 15 Pfg.
„ 14: François, Luise von, Fräulein Muthchen und ihre Hausmaier . . . . 15 Pfg.

Sn.

Englands Land- und Seepolitik und die Orientalische Frage nebst Vorschlägen wegen der Meerenge und Isthmen des Mittelländischen und Roten Meeres. Von L. v. Amran. Berlin, Fußingers Buchhandlung. 1 Mark.

Wenn wir zu Schiff von Hamburg aus nach Ostasien fahren, so laufen wir sozusagen zwischen englischen Besitzungen hindurch Spießruten; überall hat sich die „befreundete Nation" zur Kontrolle der Hauptschiffahrtswege festgesetzt. Im Kanal hält es die geographisch zu Frankreich gehörigen Kanalinseln fest; Gibraltar, am Eingange des Mittelmeeres, gehört den Engländern, liegt aber auf spanischem Boden, Malta müßte italienisch sein, Cypern türkisch. Egypten und der Suezkanal werden von den Engländern beherrscht, und am südlichen Ausgange des Roten Meeres liegen die Insel Perim und die Stadt Aden, beides von den Engländern besetzt. Dann kommen Vorderindien und an der Straße von Malakka Singapur, während weiter nördlich Hongkong, der Tschusan-Archipel und Wei-hai-wei englische Vorposten bilden. So sehen wir die britischen „Freunde" überall auf der Lauer. Verfasser macht nun Vorschläge zur Schaffung von Neutralstaaten an den wichtigen Meerengen und Isthmen. Ueber die Darlegungen des Verfassers wegen der Judenfrage und des Zionismus wollen wir uns jeder Bemerkung enthalten.

Tzr.

Nochmals: „Die Juden — die Könige unsrer Zeit"! Eine neue Ansprache an das Deutsche Volk von Dr. Otto Böckel, Mitglied des Deutschen Reichstags. Berlin 1901. 40 S. Preis 10 Pfg.

Wer in der antisemitischen Litteratur bewandert ist, wird in diesem Hefte kaum etwas neues finden. Aber der Verfasser hat es verstanden, allerlei Angaben, die sich hier und da in Büchern und Zeitungen zerstreut finden, in sehr geschickter Weise zusammenzustellen. Durch die Fülle des auf knappem Raume zusammengedrängten Beweismateriales wird die in dem Titel ausgesprochne Wahrheit: „Die Juden — die Könige unsrer Zeit" erhärtet; das Schriftchen ist daher entschieden sehr geeignet zur Agitation und würde auch von unsern Gesinnungsgenossen fleißig hierzu verwendet werden, hätten ihnen Verfasser und Verlag dies nicht selbst sehr erschwert durch die einseitige Empfehlung des „Deutschen Volks-Bundes". Wäre der „Deutsche Volks-Bund" die einzige antisemitische Richtung, oder hätte er vor andern größere Aussicht auf Erfolg, so müßte jeder überzeugte Antisemit sich um der Sache willen in seinen Dienst stellen. Da das aber keineswegs der Fall ist, muß die Verbreitung des Druckheftes unter dieser Empfehlung leiden.

nn.

Blätter für Volksbibliotheken und Lesehallen. Herausgegeben unter ständiger Mitwirkung zahlreicher Fachgenossen von Dr. A. Graesel. Preis für den Jahrgang (12 Nummern) 4 Mark.

Aus dem Inhalte der letzten 6 Nummern dieser Zeitschrift erwähnen wir folgende Aufsätze, die für weitere Kreise Interesse haben: Der Dorfbibliothekar. Von Wilhelm Bube. — Zur Geschichte älterer volkstümlicher Lese-Einrichtungen in Mecklenburg. Von Dr. G. Kohfeldt. — Was lehrt die Kruppsche Bücherhalle? Von Dr. Konstantin Nörrenberg. — Anstaltsbibliotheken. Von Dr. Pfannkuchen (Osnabrück). — Der Fachmann findet in jeder Nummer „Berichte über Bibliotheken einzelner Städte". — Leiter von Volksbibliotheken werden dankbar sein für die „Bücherschau" mit ihren kurzen Besprechungen der für sie hauptsächlich in Frage kommenden neuen Erscheinungen.

nn.

Empfangsbescheinigung.

Bei dem Vorstande des **Verbands „Westmark"** gingen für die Wahl in Schaumburg-Lippe ferner folgende Beträge ein:

Bäumer, Mülheim Ruhr, (Sammelliste) 138 Mark; **Ernst Baigt,** Unna, 2 Mark; **A. Syrö,** Menden, 6 Mark; **Antis. Stammtisch im Deutschen Wirtshaus zum Burghof,** Elberfeld, 2,30 Mark; **A. Kirstein,** Elberfeld 3 Mark; **O. Schnippernig,** Elberfeld 1 Mark; **O. Lachmann,** Elberfeld, 5 Mark; **Schnitzler,** Elberfeld, 3 Mark; **K. Riemer,** Elberfeld, 3 Mark; **Müller,** Essen, (Sammelliste) 10 Mark; **Majefsky,** Hannover, (Sammelliste) 8 Mark.

Bereits ausgewiesen 500,05 Mark; insgesamt also bis jetzt: **681,35 Mark.**

Davon sind dem Wahlfond der Nordmark überwiesen: 1. Rate 75 Mark; 2. Rate 40 Mark; 3 Rate 100 Mark; 4. Rate 200 Mark; 5. Rate 100 Mark.

Herzlichen Dank allen freundlichen Gebern!

Der Vorstand des Verbandes Westmark.

Zur Verbreitung der „Deutsch-Sozialen Blätter" erhielten wir:

H., Dortmund, 1,90 Mark; **Qu.,** Charlottenburg, 2 Mark; **M.,** Wiesbaden, 2 Mark; **O.,** Würzburg, 4 Mark; **H.,** Friedberg (Hessen) 2 Mark; **Gr.,** Magdeburg, 1 Mark; **Gl.,** Riga, 3 Mark; **C. A. R.,** Eichwalde, 5 Mark (zur Verbreitung in Schaumburg-Lippe).

Berlin NW. 52. **Deutsch-Soziale Blätter.**

Briefkasten.

Wasserstiefler vom Weserfreisinnsstrand. Lassen Sie die „Weser-Zeitung" und das „Wittmunder Kreisblatt" nur schelten — sie können nicht anders, sintemal ihre Auftraggeber es so verlangen. Heil!

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 30. Januar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 702.

Wochen-Spruch.

Ich freue mich sehr, in Ihnen, Herr Präsident, den Vertreter eines durch alte Stammesgenossenschaft mit Deutschland verbundnen Gemeinwesens zu begrüßen. Ich habe an dem Aufblühen und Gedeihen Ihres Staates von jeher lebhaften Anteil genommen und freue mich umsomehr, daß die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Transvaal-Republik nunmehr auch einen vertragsmäßigen Ausdruck finden sollen. Ich bin überzeugt, daß der wachsende Verkehr zwischen Deutschland und Ihrem Lande dazu beitragen wird, die Gefühle der Freundschaft und Sympathie, welche zwischen beiden blutsverwandten Bevölkerungen bestehn, zu steigern, und werde meinerseits dieses Ziel nur fördern helfen.

Kaiser Wilhelm der Erste am 1. Juni 1884 im Schlosse zu Berlin in Gegenwart des Fürsten Bismarck zu Präsident Krüger.

Der Prinz von Wales

ist von seinem Vater zum Geburtstage unsers Kaisers zur Beglückwünschung entsendet worden. Als vor einigen Wochen die Nachricht von der bevorstehenden Reise des englischen Prinzen nach Berlin auftauchte, versuchten die englischen Blätter in ihrer bekannten Unverfrorenheit es so darzustellen, als habe unser Kaiser um diesen Besuch gebeten. Dem widersprach die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sofort. Der englische König habe angefragt wegen des Besuches und dieser sei natürlich willkommen geheißen. Darüber in England große Preßerregung. Der Prinz würde nun nicht kommen. Aber bald blies man mildere Töne.

Dann kam der Zusammentritt des Reichstages, Bülows Granit-Rede gegen Chamberlain und Liebermanns Landsturm-Deutsch. Nun tobte es wie in einem Hexenkessel in Old-England. An den Prinzenbesuch sei jetzt nicht mehr zu denken. Als aber in Deutschland ob dieser fürchterlichen Drohung niemand in Ohnmacht fiel, sondern ein ziemlich allgemeines „Na, wenn nicht, denn nicht" die Antwort in der deutschen Presse war, da änderte sich wieder das Bild. Der Prinz reiste doch nach Berlin und die englische Presse überkugelte sich förmlich vor Liebenswürdigkeiten zum Geburtstage des Deutschen Kaisers.

In Berlin hat die Bevölkerung mit prachtvollem Takt den englischen Gast mit eisiger kühler Höflichkeit aufgenommen. Der junge Herr kann nichts dafür, daß er König Eduards Sohn ist, und ebensowenig hat er den südafrikanischen Raubkrieg verschuldet. Ihn persönlich will niemand kränken. Man zieht den Hut vor dem Kaiser, neben dem sein Gast sitzt. Aber kein Hochruf erschallt, und als bei der Ankunft am Bahnhofe ein Paar Leute, die verzweifelte Aehnlichkeit mit Schutzleuten in Zivil hatten, Hurrah riefen, blieben sie allein damit. Dabei muß man wissen, wie gern der Berliner Hurrah schreit!

Aber auch die Begrüßungen der Presse, selbst in den offiziösen Blättern klingt sehr gemessen und der öffentliche Höflichkeits-Austausch in den Trinksprüchen, die zwischen dem Kaiser und seinem Gaste gewechselt worden sind, war so glatt und korrekt, daß er die Empfindung des Deutschen Volkes nicht verletzen konnte.

So wird der Prinz hoffentlich aus eigner Wahrnehmung zu Hause berichten können, daß Deutschland durchaus nicht den Eindruck mache, als ob es England die Schleppe tragen wolle.

Man hätte dem Prinzen noch möglichst viel deutsche Soldaten zeigen sollen, damit er Chamberlain belehren kann, daß sie anders aussehen und sich benehmen als die „Tommys".

Schließlich würde es auch nichts geschadet haben, wenn der Gast mit einem deutschen Kriegsschiffe nach Hause gefahren wäre. Die Engländer hatten für den Deutschen Kaiser bekanntlich keins bereit, als er zu seiner sterbenden Großmutter fuhr. Wir sind „Gott sei Dank" immer bereit, zu Lande und zu Wasser.

Bericht über die erste Lesung des Tarifgesetz-Entwurfs,

erstattet zu Kassel, den 12. Januar 1902 von R. Vogel, M. d. R.

M. H.! Das schmeichelhafte Vertrauen meiner Parteifreunde hat mich heute vor eine außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt und zwingt mich, Sie gleich von vornherein um freundliche Nachsicht zu bitten. Sie wissen alle, daß die erste Lesung des Tarifgesetz-Entwurfs im Reichstage ganze vierzehn Tage in Anspruch genommen und daß eine dreifache Serie von Rednern zu, meist sehr umfangreichen, Ausführungen das Wort dazu ergriffen hat. Was auf solche Weise innerhalb vierzehn Tagen in vielstündigen Sitzungen alles zusammengeredet werden kann, ist unglaublich

(Heiterkeit!),

und Sie werden es begreiflich finden, daß ich in der — wie Sie vom Herrn Vorsitzenden soeben hörten — recht beschränkten Zeit, die wir zur Verfügung haben, unmöglich alles Gute, das gesprochen ist, erwähnen, geschweige denn alles Schiefe und Unrichtige richtig stellen kann. Nehmen Sie also, bitte fürlieb.

M. H.! Bei einer Vorlage wie dieser, durch welche sich nach dem treffenden Ausspruche Herrn v. Wangenheims auch die ganze politische Zukunft des Landes entscheidet, geziemt es sich für einen guten Deutschen, der den angebornen Respekt vor der Obrigkeit hat

(Heiterkeit!),

zunächst einmal zu hören, was die Vertreter der Regierung sagen; und wir thun dies in diesem Falle um so lieber, als die Reden des Herrn Reichskanzlers, des Staatssekretärs des Innern, Grafen v. Posadowsky, und des preußischen Bundesbevollmächtigten, Ministers v. Rheinbaben, mit das Vorzüglichste sind, was geleistet worden ist und uns eine Fülle außerordentlich schätzenswerten Materials an die Hand geben — vor allem auch statistisches Zahlenmaterial, mit dem ich Sie nicht völlig werde verschonen können. Ich verspreche Ihnen aber, mich in dieser Hinsicht auf das unbedingt Nötige und Unentbehrliche zu beschränken.

Was nun zunächst Graf Bülow anbetrifft, so hat derselbe höchst dankenswerterweise in seiner Eingangsrede ein für allemal den Standpunkt der verbündeten Regierungen in der Tariffrage dem Auslande gegenüber festgelegt. Es ist Ihnen bekannt, daß die Presse und die Politiker gewisser Parteirichtungen, aber

auch die Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Privat-Interessen, nicht aufgehört haben, das Ausland gegen den Tarif-Entwurf mobil zu machen und dem Deutschen Volke den Popanz russischen Zornes und österreichischer Empfindlichkeit vorzuführen.

„Dies ewige Drohen mit dem Zorne des Auslandes", sagt Graf Bülow (Redner zitiert die Stelle ausführlich aus den stenographischen Berichten), „ist würdelos;" und es klingt uns aus den Worten des Kanzlers ein Ton entgegen, der an den berühmten Ausspruch Bismarcks erinnert: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt," wenn er ausführt, „daß wir unsre Tarifpolitik, unabhängig vom Auslande, nach eignem Ermessen und Bedürfnis einrichten werden, auf Grund jenes nationalen Egoismus, der unser gutes Recht ist."

(Bravo!)

Und als der Abg. Richter später sich zu der Behauptung verstieg, daß diese Art von Tarifpolitik unvereinbar wäre mit unsrer jetzt inaugurierten und so eifrig in den Vordergrund gedrängten Weltpolitik, daß es nunmehr das Richtigste sei, die mit Rücksicht auf diese Weltpolitik getroffnen Maßnahmen, den Bau neuer Kriegsschiffe usw. usw. einzustellen: — da warf ihm Graf Bülow die kraftvollen Worte entgegen:

„Die Basis einer gesunden und vernünftigen Weltpolitik ist eine kräftige nationale Handelspolitik."

(Beifall.)

M. H.! Ueber die Notwendigkeit eines neuen Tarifes sollten bei ernsthaften Politikern Zweifel überhaupt nicht bestehn. Mit vollem Recht ist von verschiednen Seiten des Hauses, so von den Abgeordneten Paasche und Bäumer darauf hingewiesen worden, wie stark und durchgreifend sich die Produktionsverhältnisse auf der Erde verändert und verschoben haben; am augenfälligsten in der Industrie, auf deren nachhaltige Förderung sich in allen alten und neuen Kulturländern das Augenmerk der Regierungen richtet. Die russische Industrie entwickelt sich von Jahr zu Jahr, die amerikanische hat einen ungeheuern Aufschwung genommen, das ferne Japan ist in die Reihe der Industriestaaten eingetreten. Völker, die früher unsre besten Käufer waren, befriedigen jetzt ihre industriellen Bedürfnisse im eignen Lande ja, sind bereits unsre Konkurrenten auf dem Weltmarkte geworden. Daß dieser durchgreifenden Veränderung gegenüber unser bisheriger Zolltarif veraltet ist und einer gründlichen Umgestaltung bedarf, ist einleuchtend.

M. H.! Daß ein solche durchgreifende und weittragende Umgestaltung des Tarifwesens nicht vorgenommen werden darf ohne bestimmte, leitende Grundsätze, ist ebenso einleuchtend. Der freisinnige Abg. Gothein, der, wie der Freisinn überhaupt, eine höchst merkwürdige Fertigkeit an den Tag legt, mit viel Selbstgefühl allgemeine Wahrheiten auszusprechen, an denen nie irgend jemand in der Welt gezweifelt hat, drückt das mit den Worten aus:

„Es ist noch niemals eine große Handelspolitik ohne große Gesichtspunkte gemacht worden. Nicht der Registrator aller möglichen und unmöglichen Zollwünsche ist der Staatsmann, der eine große Handelspolitik unternehmen kann."

In der That trifft das Lob, das ich an andrer Stelle den Herren Ministern glaubte uneingeschränkt zuerkennen zu müssen, in diesem Punkte nicht zu. Leitende Grundsätze von bedeutender, ausschlaggebender Tragweite sind aus den Worten der Herren Regierungsvertreter nicht herauszulesen.

Der preußische Handelsminister Möller sagt: Der Tarif soll die Mittellinie der Interessen ziehn." Das ist leichter gesagt, wie gethan, und sicherlich kein großer handelspolitischer Gesichtspunkt. Etwas besser drückt sich Graf Bülow aus, wenn er von der „gleichen Berücksichtigung aller berechtigten Interessenten" spricht.

Gewiß! — Aber welche Interessen sind denn „berechtigt?" Das ist ja grade die Frage! Offenbar handelt es sich doch nicht um Berechtigung in privatwirtschaftlichem Sinne. Der Staat kann und soll nicht der Hüter aller und jeder privatwirtschaftlichen Interessen sein. Vielmehr handelt es sich um „berechtigte" Interessen in volks- und staatswirtschaftlichem Sinne, d. h. um solche, mit welchen die Aufrechterhaltung unsrer wirtschaftlichen und politischen Selbstständigkeit unlöslich verknüpft ist, in denen unser gesamtes Wirtschaftsleben wurzelt.

Demgegenüber findet der Abg. Röside im Tarif-Entwurf nur „Ansätze" zu einem wirtschaftlichen Umschwung, „denen sofort eine Abschwächung nachfolgt" Schärfer und bestimmter noch lautet die Kritik des Abg. von Wangenheim, der hinter dem Tarif-Entwurf gewisse unberechtigte, mächtige Einflüsse vermutet:

„Es dreht sich (sagt er) heute alles um die zwei großen Reedereien in Bremen und Hamburg. Ihretwegen macht man Amerika gegenüber Tarifkonzessionen."

Amerika gegenüber, füge ich mit dem Abg. Speck hinzu, mit dem unser wirtschaftlicher Verkehr seither nichts gewesen ist, als eine fortlaufende Reihe von Demütigungen.

Suchen wir unsrerseits nunmehr nach jenem leitenden Gesichtspunkte, den wir in den Aeußerungen der Regierungsvertreter vermissen, so können wir nur dem Abgeordneten Spahn zustimmen, der es mit dürren Worten aussprach:

Der künftige Tarif muß ein Agrartarif sein!

Nicht, daß wir die thatsächlich ungeheure Bedeutung der Industrie als geringwertig einschätzen. Auch die Industrie bedarf des staatlichen Schutzes und ist desselben würdig. Aber nach der veränderten Lage der Verhältnisse, nach den unglückseligen Folgen, die die Caprivischen Handelsverträge für unsre Landwirtschaft gezeitigt hat, drängt sich die Agrarfrage ganz von selbst in den Vordergrund und ist in der That auch der Mittelpunkt der Debatte während der ersten Lesung im Reichstage gewesen. — Grund genug auch für mich mein heutiges Referat danach einzurichten und zu beschränken.

M. H.! Bevor ich darauf näher eingehe, halte ich es für unbedingt erforderlich, Ihre Aufmerksamkeit auf einen Umstand hinzulenken, der bei den letzten Reichstagsverhandlungen zu meinem Bedauern wiederum nur gestreift ist, obwohl er bei der Neugestaltung unsrer Tarif- und Handelspolitik nie aus dem Auge gelassen werden sollte. Ich hoffe, daß man dies im Plenum Verabsäumte in der Kommission um so gründlicher nachholen wird. Es handelt sich um den Einfluß unsrer Tarife und Handelsverträge auf unsern Handelsverkehr mit den meistbegünstigten Staaten, denen im Sinne des Meistbegünstigungs-Vertrages die Vorteile, die wir den Handelsvertragsstaaten gegen bestimmte Gegenleistungen einräumen, ohne weiters, ohne irgendeine Gegenleistung an uns ganz umsonst in den Schooß fallen.

Graf v. Posadowsky selbst war der Erste, der im Reichstage auf diesen unhaltbaren Uebelstand hinwies, mit welchem Rechte, erhellt zur Genüge aus der Thatsache, daß nicht weniger als zwei Drittel unsrer gesamten Einfuhr aus den meistbegünstigten Staaten stammt und nur ein Drittel aus Handelsvertragsstaaten — ein Verhältnis, das völlig erklärlich ist, wenn man bedenkt, daß die meistbegünstigten an keinerlei Gegenleistung gebunden sind.

Man muß den Nationalliberalen das Verdienst lassen, daß sie vor Abschluß der verhängnisvollen Caprivischen Handelsverträge auf diesen Uebelstand hingewiesen und die vorherige Kündigung der Meistbegünstigungs-Verträge gefordert haben. Allerdings erscheint dann ihre Zustimmung zu jenen Handelsverträgen um so unbegreiflicher.

Auch diesmal war es ein Vertreter dieser Partei, Abg. Heyl v. Herrnsheim, der auf die Bedenken des Grafen v. Posadowsky näher einging und unter diesem Gesichtspunkte die Bilanz des Caprivischen Handelsvertrages zog. Dabei stellte sich dann die gar nicht genug zu beachtende Thatsache heraus, daß der erheblich größte Teil unsrer Handels-Unterbilanz nicht sowohl aus unserm Handelsverkehr mit den Vertragsstaaten, als vielmehr aus dem Verkehr mit den meistbegünstigten Staaten stammt, in erster Linie aus unserm Handel mit Nord- und Südamerika und mit den englischen Kolonien.

Sie sehen, daß wir es hier mit einem Kernpunkt der gesamten Tarifgrenze zu thun haben, und ich wollte daher nicht versäumen, Sie vorbereitend auf denselben hinzuweisen.

M. H.! Das führt mich zwanglos zu einer kurzen Betrachtung unsrer passiven Handelsbilanz überhaupt, die selbstverständlich im Reichstag nicht unerörtert geblieben ist. Sie betrug zuletzt, wie Ihnen bekannt, nicht weniger als 1 200 Millionen Mark.

Graf von Posadowsky glaubte uns über dieselbe trösten zu müssen. Sie sei, meinte er, durchaus kein Zeichen schlechter ökonomischer Lage, „wenn wir sie decken können." Und decken können wir sie — behauptet er —, erstens aus unsern Gewinnen an Reederei und Frachten, und zweitens durch die Zinsen und Dividenden unsrer im Ausland angelegten Kapitalien.

Auch wenn dies in der That der Fall wäre, so bliebe dieser Zustand trotz alledem in sozialem Sinne ein tief bedauerlicher; denn an der kolossalen Summe, die wir mehr nach dem Auslande schicken, als wir für unsre Ausfuhr heimbekommen, ist bis zu einer beträchtlichen Höhe das gesamte Volk in seinen breiten Schichten mitbeteiligt, während die Gewinne aus Reederei und Frachten zum großen Teile, Zinsen und Dividenden für Auslandskapitalien gänzlich in die Taschen weniger, überreicher Personen fließen.

Aber die Rechnung des Herrn Staatssekretärs stimmt noch nicht einmal. Herr von Wangenheim bestimmte nach besten Ermittlungen die Höhe solcher:

Zinsen und Dividenden auf höchstens . . .	500	Mill.
die aus Reederei und Frachten auf höchstens	200	„
alles weitere etwa zukommende auf höchstens	100	„
das macht in Summa nur	800	Mill.,

sodaß immer noch mindestens ein Drittel der gesamten Unterbilanz ohne Deckung bliebe.

M. H.! Nach diesen allgemeinen, aber unerläßlichen Vor-Erörterungen gestatten Sie mir, nunmehr der eigentlichen Hauptfrage, der Agrarfrage näher zu treten. Allerdings wird es auch hier ohne einige orientierende Vorbemerkungen nicht abgehn. Wie Ihnen bekannt, besteht in weiten Kreisen unsers Volkes die Meinung — und diese wird von den linksstehenden Parteien geflissentlich genährt —, „daß die Bedeutung der Landwirtschaft für das Gesamt-Erwerbsleben unsers Volkes in beständigem, raschem Sinken begriffen sei, und die Zahlen unsrer Bevölkerungsstatistik scheinen das zu bestätigen. Ich komme auf das Irrtümliche dieser Auffassung noch bei einer passendern Gelegenheit zu sprechen und möchte hier blos darauf hinweisen, daß, wie Graf Posadowsky des Nähern ausführt, die Landwirtschaft auch jetzt noch das Gewerbe ist, daß die relativ größte Anzahl aller Erwerbsthätigen im Vaterlande beschäftigt, nämlich rund 18 Millionen. Dagegen beispielsweise der Warenhandel nur $2\frac{1}{2}$, die Kohlenbeförderung 1, der Hüttenbetrieb $\frac{1}{2}$ und der Erzbau nur $\frac{1}{4}$ Million.

Aber noch in einer andern, meines Erachtens weit wichtigern Beziehung steht die Landwirtschaft hoch über allen andern Gewerben. Sie umfaßt nämlich die weitaus größte Anzahl der Selbständigen und ist daher in sozialer Hinsicht das für die gesunde Entwicklung unsers staatlichen Gemeinwesens wichtigste Bevölkerungselement. Vergleichsweise führt Graf v. Posadowsky an, daß auf 1 Unabhängigen in der Landwirtschaft nur 2,2 Abhängige kommen, im Hütten- und Salinenbau dagegen 200. Und zwar zeigt sich in dieser Tendenz des Landbaus, unabhängige Existenzen zu bilden, eine höchst erfreuliche Zunahme, seit dem Jahre 1882 nicht weniger als 12 v. H.

Unvergessen bleibe schließlich auch der Ausspruch des Abg. Spahn: „Die physische und sittliche Kraft unsers Volkes beruht im wesentlichen auf dem Landvolke."

Und einer weitern für das Wohl und den guten Ruf unsrer Landwirtschaft höchst gefährlichen Märchenbildung hat nunmehr derselbe Graf Posadowsky, hoffentlich ein für allemal, ein Ende gemacht: das ist das Märchen von der technischen Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft.

M. H.! Sie wissen, wie man namentlich von Seiten der Sozialdemokratie und des Freisinns unablässig über die Dummheit und Rückständigkeit des deutschen Bauern geschimpft hat. Der Freisinnige Schrader, unbelehrt und unbelehrbar, wie der Freisinn überhaupt, machte selbst noch in dieser Lesung unsern Landwirten den Vorwurf mangelnder Fachbildung und glaubte ihnen den guten Rat geben zu sollen, die technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel, die ihnen geboten würden, besser zu ihrem Vorteile und zur Verbesserung ihrer Lage auszunützen usw. usw. Namentlich wird man nicht müde, in dieser Hinsicht auf Nordamerika als auf unser glänzendes Vorbild zu verweisen.

M. H.! Bei jedem vernünftigen Menschen, der sich nur einigermaßen mit der allgemeinen Kulturgeschichte beschäftigt hat, muß so ein schwerer Vorwurf gegen den deutschen Bauern von vornherein auf Zweifel und Verwunderung stoßen. Denn darüber ist man sich wohl in der Geschichte einig, daß der Germane und insbesondre der Deutsche der beste Ackerbauer der Welt ist. Wohin man sich immer wenden mag: In Rußland, im weiten Westen Nordamerikas, in den Pampas von Argentinien — überall, wo eine bedeutende Getreidekultur emporgediehen ist, verdankt sie ihr Emporkommen, ihr Gedeihen und Blühen dem Fleiße und der Intelligenz deutscher Bauern. Darin wurzelt ja grade zumeist die gefährliche Konkurrenz, die dem deutschen Bauern durch den Getreidebau des Auslandes erwächst; während nun jene Auswandrer auf fremdem Boden, unter ungewohnten, klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, bei denen es galt, alte Erfahrungen über Bord zu werfen und mühselig neue zu sammeln, so Großes schufen — —: wäre es da nicht gradezu erstaunlich, ja unfaßbar, daß grade der einheimische Bauer unter vertrauten Verhältnissen, gestützt auf eine Erfahrung von Jahrhunderten, rückständig geblieben und mit der Zeit nicht fortgeschritten sein sollte!

Nun, m. H.! Graf Posadowsky hat sich das gar nicht hoch genug zu schätzende Verdienst erworben, zur Lösung dieser Frage ein zuverlässiges Material zu sammeln; die Ergebnisse sind gradezu verblüffend und werfen die ganze Legende von der technischen Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft völlig über den Haufen.

Hören Sie nur ein Beispiel: Das Weizenerträgnis auf den Hektar angebauter Fläche stellt sich:

in Rußland	auf 6	Doppelzentner
„ Indien	„ 5,6	„
„ Nord-Amerika	„ 8,3	„

dagegen in Deutschland auf 14,8 Doppelzentner! Das heißt also auf fast das Doppelte von dem, was das vielgepriesene Amerika auf seinem jungfräulichen Boden hervorbringt, trotzdem ihm die Beschaffenheit desselben die Anwendung aller Arten von Maschinen außerordentlich erleichtert. — Und mit Hinblick auf Nordamerika will ich Ihnen denn zum Schlusse auch das Urteil des Abg. Paasche nicht vorenthalten, der dieses Land aus eigner Anschauung genauer kennt. Nach ihm verdankt Amerika sein Erträgnis nicht sowohl der technischen Vollkommenheit seines Getreidebaus, als vielmehr dem schlimmsten Raubbau.

Wenn Sie also demnächst wieder in die Lage kommen sollten, derartig schiefen und ungerechten Urteilen über unsre Landwirte zu begegnen, so werden Sie wissen, was Sie davon zu halten haben.

(Bravo!)

Thatsächlich ist also das Roh-Erträgnis unsrer Landwirtschaft durch die vervollkommnete Technik in einer Weise gestiegen, die unsern Landwirten zur hohen Ehre gereicht, und es hat sich daran selbstverständlich die weitere Frage angeknüpft, ob unsre Landwirtschaft, günstigere Preise vorausgesetzt, jetzt und für absehbare Zeit in die Lage versetzt werden könne, unsern ganzen Getreidebedarf im Inlande zu erzeugen.

Eine Voraussetzung ist dabei fürs erste unerläßlich: Ein höherer Reingewinn. Graf Posadowsky, der jene Möglichkeit bezweifelt (während er sie wegen der Fleischversorgung zugibt), betont selbst, daß der geringe Reingewinn schon jetzt die Landwirte dazu zwinge, vom intensiven Landbau, der bei höhern Roherträgen teurer sei, zum extensiven, aber billigern Bewirt-

schaftungssystem überzugehn, da bei diesem trotz geringerer Erträge mehr verdient werde.

Graf Schwerin, einer unsrer tüchtigsten Landwirte, zweifelt nicht daran, daß wir unsern Bedarf an Getreide noch auf Generationen hin selbst erzeugen könnten, und Handelsminister Möller weist auf die Thatsache hin, daß sich in Frankreich unter höherm Schutzzoll der Getreideertrag ganz wesentlich gehoben hat. — Das führt mich nunmehr auf die Schwierigkeiten, mit denen die gesamte Landwirtschaft und insbesondre die Getreideproduktion unter den im wesentlichen durch die Caprivischen Handelsverträge geschaffnen heutigen Verhältnissen zu kämpfen hat.

M. H.! Kaum glaublich aber wahr: Es gibt heutzutage noch Leute, die die Dreistigkeit besitzen, eine Notlage der Landwirtschaft zu bezweifeln oder rundweg in Abrede zu stellen. Nach dem freisinnigen Abg. Schrader ist diese Notlage „nicht bewiesen", nach dem ebenfalls freisinnigen Abg. Gothein „ein Dogma ohne Beweis". Wie billig müßte wohl das Getreide noch werden, ehe diese Art Politiker an eine Notlage der Landwirtschaft glauben lernten! Im Gegenteil: Sie sehen nur Zeichen des Gedeihens! Die bebaute Bodenfläche hat sich vermehrt, der Bodenertrag gesteigert, und man hört nichts von einer Zunahme der Zwangsversteigerungen. Was letzteres angeht, so weiß jeder Kundige, daß grade das Stocken der Zwangsversteigerungen eines der übelsten Anzeichen ist. Wenn heute der Gläubiger einen überschuldeten Bauern von Haus und Hof jagen will, so ist es mehr als zweifelhaft, ob er einen Käufer findet. Irgendein süddeutscher Kollege erzählte, daß sich bei seiner ländlichen Zwangsversteigerung nur zwei Bauern eingestellt hätten. Als sie nun der Schultheis fragte, ob sie bieten wollten, antworteten sie, sie seien nur aus Neugierde gekommen, um zu sehn, „ob sich ein Dummer fände, der darauf hereinfiele". Bei einer solchen Lage der Dinge kann natürlich der Gläubiger nichts besseres thun, als den überschuldeten Bauern auf dem Gute sitzen zu lassen, um sich auf diese Weise wenigstens einen Teil des Zinses zu sichern.

Was nun die Vermehrung der Anbau-Fläche und die Steigerung des Ertrages anbetrifft, so ist das an sich kein Zeichen von Gedeihen, sondern nur ein Beweis dafür, daß die Landwirtschaft alle Kräfte anspannt. Entscheidend für das Gedeihen ist nur der erzielte Reingewinn, und der ist durch das Sinken der Preise und das Steigen der Produktionskosten im Durchschnitt ein verschwindend kleiner geworden.

M. H.! Es soll garnicht geleugnet werden, daß es landwirtschaftliche Betriebe bei uns giebt, die auch heute noch einen genügenden Reingewinn abwerfen. Güter, die an bequemen Verkehrswegen und in unmittelbarer Nähe kaufkräftiger und gutzahlender Absatzgebiete, z. B. großer Städte liegen, nähren, namentlich bei gutem Boden, auch jetzt noch ihren Mann. Aber für eine richtige Beurteilung der Gesamtlage unsrer Landwirtschaft sind solche ausnahmsweise begünstigten Betriebe nicht maßgebend.

Wie blind und verrannt der Freisinn ist, wie wenig er sich um die offenbarsten Thatsachen bekümmert, wenn es gilt, Opposition um jeden Preis zu machen, bewies der Abg. Richter, der — ich traute meinen Ohren kaum — selbst das Bestehn einer Arbeiternot auf dem Lande in Abrede zu stellen versuchte. Allerdings — so führte er aus — ist die ländliche Arbeiterbevölkerung im Vergleich zur industriellen prozentualiter zurückgegangen; aber nur, weil die Ackerbaufläche eine ein für allemal feststehende ist. Der Ackerbau kann also garnicht mehr Menschen ernähren und beschäftigen. Das industrielle Kapital wächst dagegen unbeschränkt und zieht in gleich unbeschränkter Weise Arbeitskräfte an sich. — Mit solcher Art von Theoretikern, das sehn Sie ein, m. H., ist nicht mehr ernstlich zu streiten.

Abg. Bebel bestreitet, das versteht sich bei einem Bebel von selbst, ebenfalls die landwirtschaftliche Notlage; aber er ist wenigstens einsichtig genug, ein Vorhandensein der Arbeiternot zuzugeben. Daran sind aber — natürlich! — die Landwirte selber schuld; warum zahlen sie so niedre Löhne! Nun, m. H., über die Arbeiterlöhne in Stadt und Land ließe sich unsäglich viel reden. Ich weiß soviel aus eigner Erfahrung, daß ein fleißiges, nüchternes und sparsames Gesinde auf dem Dorfe vieler Orten ganz wohl in der Lage ist, sich einen tüchtigen Sparpfennig zurückzulegen; aber abgesehn davon: Ist es nicht ein Widerspruch ohne Gleichen, den Landwirten die geringe Bezahlung ihrer Arbeiter vorzuwerfen und auf der andern Seite ihnen die Möglichkeit zur Aufbesserung der Löhne abzuschneiden?

(Sehr wahr!)

Des weitern (meinte Bebel) ist es der Mangel an Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, der die Arbeiter vom Lande forttreibt. Herr Bebel irrt sich. Versammlungs- und Koalitionsfreiheit besteht meines Wissens auf dem Lande so gut wie in der Stadt; die ländlichen Arbeiter machen nur keinen Gebrauch davon. Ich wüßte auch wahrlich nicht, wozu!

Nun, m. H., zu Herrn Abg. Molkenbuhr. Mit ihm läßt sich reden; denn er kommt mit einem Vorschlage, und daß ist in der Politik immer etwas! Wenn die jetzigen Landwirte — so etwa führte er aus — bei der heutigen Lage der Dinge absolut nicht weiter kommen können, so können sie ja sich ablösen lassen und Grund und Boden verstaatlicht werden. Dann wollen wir mal sehn, ob die Sache nicht rentiert!

(Heiterkeit.)

Abg. Gamp geißelte diesen echt sozialdemokratischen Vorschlag mit prächtigem Humor. Wenn nun der Staat, meinte er, glücklicher Besitzer von Grund und Boden ist, und wenn, wie Herr Molkenbuhr meint, die jetzigen Landwirte nicht dazu taugen, den Boden rentabel zu bewirtschaften: Zu wem soll der Staat dann greifen? — Natürlich zu den Sozialdemokraten, die verstehn es besser! Ja! Es könnte nichts schaden, wenn die Herren Singer, Stadthagen und Genossen einmal hinter dem Pfluge hergingen, damit sie sehn, wie es thut, wenn der Bauer schafft.

(Stürmische Heiterkeit.)

Die Freisinnigen sind freundlichst eingeladen, sich zu beteiligen und ihre Kenntnisse und Einsichten praktisch zu verwerten, und selbst manchem der Herren Minister würde es von Nutzen sein, auf diesem Wege praktische Erfahrungen zu sammeln!

(Bravo!)

Kehren wir zu dem Ernste der Thatsachen zurück. Thatsache ist, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft sich in den letzten Jahrzehnten enorm gesteigert haben. Die gesteigerte Intensität unsers Feldbaus, der wir unsre hohen Roherträge verdanken, erforderte größern Kapitalaufwand und mehr Arbeitskraft. Der Aufwand für Saatgut, Kunstdünger, Maschinen, Arbeitslöhne usw. (letztere betragen allein 25 v. H. der Produktionskosten) ist ein größerer geworden. Dazu kommen die Unkosten der Arbeiterversicherung, die im Auslande unbekannt sind, und bei dem Mangel an barem Gelde sehr schwer auf unsern Landwirten lasten.

(Sehr wahr!)

Thatsache ist auf der andern Seite ein unerhörter Tiefstand, vor allem der Getreidepreise. Begünstigt durch weit billigere Produktionskosten, durch geringe Kapitalanlage, durch das starke Sinken der Frachten, ist die Konkurrenz des Auslandes infolge der niedrigen Zollsätze eine erdrückende geworden. Die Erde ist, sagt Graf von Posadowsky, mit Hinblick auf die Frachten, wie ein Gummiball zusammengedrückt, alle Entfernungen geringer geworden. Die Fracht für ein Bushel Weizen von Newyork nach Liverpool, die vor 20 Jahren $30^{1}/_{2}$ Mark kostete, beträgt heute noch acht Mark.

Und trotz der niedrigen Preise nicht genügender und rascher Absatz! In meinem Wahlkreise, klagt der bayerische Abg. Hilpert, ist heimisches Getreide nahezu unverkäuflich, und der württembergische Abg. Schrempf hebt hervor, daß Süddeutschland von Mannheim aus mit ausländischem Getreide überschwemmt wird.

Graf v. Posadowsky glaubt allerdings betonen zu müssen, daß nicht übermäßig Getreide eingeführt würde, korrigiert sich aber, da er Widerspruch findet, dahin, daß ein zu starker Import „pränumerando" stattfände. Das richtige Sachverhältnis darzustellen überließ er dem bayerischen Bauern Nißler, der diesen schwerdrückenden Uebelstand mit den hochbedeutsamen

Worten klarstellte: „So lange der Bauer noch Getreide hat, drücken die Importöre die Preise; wenn er es aber los ist, dann gehn sie mit ihren Preisen in die Höhe!" Wie verhängnisvolle Folgen diese Getreidespekulation nicht nur für die Produktion, sondern vor allem auch für die breite Masse der Konsumenten zeitigt, darauf komme ich später noch zurück.

Begreiflicherweise hat es nun innerhalb wie außerhalb des Reichstages nicht an guten Ratschlägen gefehlt, wie der **Not der Landwirtschaft abgeholfen werden könne, ohne den Schutz des Staates durch Zolltarife anzurufen.** Es ist ja das Einfachste, wie es der Freisinn thut, jemandem, der in Not ist, zuzurufen: „Hilf dir selber!" und einem Ertrinkenden praktische Anweisungen zum Erlernen des Schwimmens zu erteilen. Schade nur, daß alle diese Ratschläge ausgehn von Leuten, die nichts von der Sache verstehn!

Auf die Unmöglichkeit, durch Vermehrung der Viehzucht den Gewinnausfall im Getreidebau zu decken, wies Graf v. Posadowsky gleich in seiner einleitenden Rede hin. Nur unter besondern klimatischen Vorbedingungen, wie sie beispielsweise England mit seinem gleichmäßigen feuchten Klima aufweisen kann, läßt sich eine hinreichend große Futtermasse erzielen, um einen starken Viehbestand, **unabhängig vom Körnerbau**, zu halten. In Deutschland hängt beides eng miteinander zusammen und bedingt sich gegenseitig.

Ganz verfehlt sind die Vorschläge, den Getreidebau, wo er sich nicht rentiert, aufzugeben und durch besser lohnende Kulturen, Hopfen-, Tabak-, Gemüse-, Rübenbau, zu ersetzen. **Soweit das möglich**, ist es schon geschehen; man übersieht aber dabei, daß, wenn eine größere Anzahl von Landwirten zu diesem Auskunftsmittel greifen wollten, auch diese Aushilfsprodukte bald und rasch genug im Preise sinken und aufhören würden, lohnend zu sein. Ich erinnere an die Geschichte des Zuckerrübenbaues in der Provinz Sachsen. Im Anfang machte man brillante Geschäfte. Als aber eine große Anzahl von Landwirten daran ging, wegen der sinkenden Weizenpreise ihren Weizenboden mit Zuckerrüben zu bestecken, hatte das Vergnügen bald ein Ende, die Zuckerpreise gingen herunter, bis sich der Staat genötigt sah, zu dem Auskunftsmittel der Ausfuhrprämien zu greifen. Mit vollem Recht sagt Herr v. Wangenheim: „Der Getreidebau ist das **ausgleichende Moment** in unsrer Landwirtschaft," und — hätte er zusetzen können — **damit auch das preisbestimmende.** Tiefstand der Getreidepreise wird auf die Dauer stets auch den Preis aller übrigen landwirtschaftlichen Produkte ungünstig beeinflussen.

(Schluß folgt!)

Die politischen Zustände in Oesterreich.

3.

Der **Dualismus**, wie er in Oesterreich-Ungarn gegenwärtig besteht, und der sogenannte „**Ausgleich**", wie er den Völkern Oesterreichs infolge der von der Regierung mit Ungarn getroffnen Vereinbarungen auf Grund des § 14 der Verfassung aufgezwungen wurde, ist die **Grundursache der heutigen politischen Zerfahrenheit.** Die österreichischen Abgeordneten weigern sich mit Recht, diesen Ausgleich, wie er von Badeni und Bilinski (zwei polnischen Ministern) mit Banffy und Szell (den ungarischen Ministern) unter dem Drucke der Krone vereinbart wurde — **und der nur für Ungarn Vorteile bietet**, und **Oesterreich** ganz außerordenlich schädigt, ja tötlich verwundet, so daß es sich an dessen Folgen wirtschaftlich verblutet — parlamentarisch zu verhandeln oder gar zu genehmigen. Im österreichischen Parlamente, und mag dieses noch so oft aufgelöst und wiedergewählt werden, wird sich für **diesen** Ausgleich **niemals** eine Mehrheit finden. Die Ungarn dagegen wünschen natürlich die Fortsetzung des derzeitigen Verhältnisses; sie wünschen, daß das österreichische Parlament einen solchen Ausgleich genehmigt, der es bisher möglich gemacht hat, daß sich **Ungarn auf Kosten Oesterreichs** immer mehr und mehr **entwickelt und wirtschaftlich fortschreitet.**

Daß damit nicht zuviel gesagt ist, ergiebt sich aus einer einfachen Beobachtung und Berechnung. Welche Mehreinnahmen erzielt Ungarn z. B. nur durch die geänderte **Aufteilung der Verzehrungssteuer!** Welche Vorteile bietet Ungarn die neue **Organisation der österreichisch-ungarischen Bank!** Und wie würde z. B. das zu erneuernde **Zoll- und Handelsbündnis** aussehen, wenn, wie voraussichtlich, **nur** die Wünsche der Ungarn, dank ihrem **Terrorismus**, dabei berücksichtigt würden! Wie würden die **Handelsverträge** mit den fremden Staaten aussehen, wenn, wie vorherzusehen, Ungarn **allein** bei der Erneuerung derselben das große Wort führen würde!

Das neuvereinbarte Zoll- und Handelsbündnis würde der österreichischen Industrie **keine freudige Ueberraschung** bringen; im Gegenteil, es würde **grade jenen** Industriellen, die sich jetzt so sehr für dessen Erneuerung ereifern, gar manche arge Enttäuschung bereiten. Die österreichische Industrie würde infolge eines solchen Zoll- und Handelsbündnisses immer mehr und mehr von der aufblühenden ungarischen Industrie verdrängt werden und müßte sich neue Absatzwege suchen. **Die Erhöhung der Bier-, Zucker- und Branntweinsteuern** würde in Oesterreich gar schmerzlich empfunden werden — **kurz**, der neue Ausgleich, wie er jetzt auf Grund des § 14 provisorisch angeordnet, und thatsächlich seit 1897 in Wirksamkeit ist, würde Oesterreich, wenn er Gesetzeskraft erhielte, und längere Jahre bestehn bliebe, **wirtschaftlich** ruinieren, dafür aber Ungarn aufblühen lassen.

Und damit dieses für Ungarn so günstige Verhältnis nach Ablauf weniger Jahre nicht wieder in Frage gestellt oder abgeändert werden könnte, so verlangen die Ungarn und ihre österreichischen judenliberalen Freunde nun schon, wie erst kürzlich verlautete, daß der neue Ausgleich nicht mehr, wie bisher, alle **zehn** Jahre erneuert, sondern gleich auf längere Zeit, und zwar **auf zwanzig Jahre**, oder auch für unbestimmte Zeit, festgelegt werde. Das hieße wohl, die **Ueberlegenheit Ungarns auf die Spitze getrieben!**

Aber die maßgebenden Kreise, also die herrschende judenliberale Partei in Ungarn, die judäomadjarische **Klique** wünscht die Erneuerung **des Ausgleichs** auf dieser Grundlage und **fürchtet** die Beseitigung des **Dualismus**, weil nur dieser allein es möglich gemacht hat, innerhalb dreißig Jahren aus Ungarn das zu machen, was es heute ist; denn Ungarn von **heute** und Ungarn **vor dreißig Jahren** ist ein ganz gewaltiger Unterschied!

Und weil die Ungarn eben darum **diesen**, und grade nur **diesen** Ausgleich wollen, darum tritt auch der **maßgebendste Faktor** in **Wien**, und darum treten auch die österreichischen offiziellen Kreise, also die Regierung und die ganze Regierungsklique, und deren Anhang, die Polen, die Großindustriellen, die Bankenvertreter usw. so warm für die Erneuerung dieses Ausgleichs ein, und nennen jeden einen Hochverräter, oder wenigstens einen unpatriotischen Wähler, der sich erlaubt, die Forderung zu stellen, „**entweder einen gerechten Ausgleich mit Ungarn, oder gar keinen!**"

Diese offizielle Klique will eben, daß der Ausgleich mit **Ungarn**, und zwar grade **dieser ungerechte**, und Oesterreich so schwer schädigende Ausgleich, unter allen Umständen — entweder parlamentarisch, mit Hilfe der durch nationale Zugeständnisse erkauften Stimme, oder wenn dies durchaus nicht möglich, außerparlamentarisch auf diese oder jene Art — fertiggestellt werde. Und die österreichischen Völker müssen sich fügen, oder fügen sie sich etwa nicht? Fast scheint es so.

Bis jetzt ist es allerdings noch immer gegangen; 1877 und 1887 wurde der Ausgleich immer wieder, freilich unter immer größern Opfern von Seiten Oesterreichs, erneuert; 1897 aber ging es schon nicht mehr. Die österreichischen Völker waren aber früher viel geduldiger, sie waren sich der Folgen dieses unseligen **Dualismus** nicht so recht bewußt; auch hatten sie nur solche Abgeordnete als Vertreter, die an dem Zustandekommen des Ausgleichs unter allen Umständen interessiert waren. Nunmehr aber ist dies alles anders geworden, die neue Zeit

ist viel radikaler, und radikalere Elemente haben die Vertreter der Großindustrie, der Hochfinanz, die Vertreter der Börsenjobber und des Judenliberalismus verdrängt und hinweggefegt. — Jetzt geht es nicht mehr; jetzt läßt sich das politisch reifer gewordne österreichische Volk das ungarische Joch nicht mehr gefallen, und wird es abschütteln; mögen sich die maßgebendsten Faktoren Wiens noch so sehr dagegen sträuben!

So steht denn Oesterreich jetzt wieder auf demselben Punkt, wo es vor drei und vier Jahren unter Badeni und Thun gestanden; und es wird sich nur dasselbe wiederholen, was schon dagewesen, es geht eben nicht mehr weiter!

Durch den Umstand, daß Oesterreich infolge des Dualismus nun schon über 30 Jahre 70 v. H. (erst in den letzten Jahren wurde dieses Verhältnis um eine verschwindende Kleinigkeit ermäßigt) zu den gemeinsamen Ausgaben beitragen muß, ist es materiell und wirtschaftlich so weit zurückgeblieben. Denn diese gemeinsamen Ausgaben sind sehr hoch; die Aufrechthaltung der Großmachtstellung, die Großmachtspielerei und was damit alles zusammenhängt, die Erhaltung einer großen Armee; die Erhaltung dreier verschiedner Regierungen (eine gemeinsame, eine österreichische und eine ungarische) mit allen ihren Ministerien und verwickelten Verwaltungsapparaten, denn in Oesterreich allein sind 17 Landtage, der große Hofstaat usw. usw., das alles kostet sehr viel Geld!

Und diese große Last wird eben für Oesterreich auf die Dauer zu groß; denn Österreich ist, trotz seines gewaltigen Reichtums an Naturprodukten aller Art, doch nur ein armes Land; nur Niederösterreich (mit Wien), dann Böhmen, Mähren, Schlesien sind aktive Länder; alle andern Länder sind eigentlich passiv und brauchen selbst die Unterstützung des Staates und der andern Länder, besonders Galizien und die Bukowina, dann Dalmatien, Salzburg, Tirol, Istrien, Kärnthen, Krain, Küstenland, selbst Ober-Oesterreich und Steiermark zehren von dem Ueberschusse der industriereichen Provinzen. Wo ist aber in den letztgenannten Ländern eine Industrie? Und wo wäre der Absatz für eine Industrie? Wo sind unter der armen Bevölkerung der meisten dieser Länder die Konsumenten, die die Erzeugnisse einer Industrie verbrauchen und bezahlen könnten? Wo sind auch die Steuerzahler in diesen armen, sehr armen Ländern, die die hohen Abgaben zahlen können?

Also die wenigen aktiven Provinzen müssen fast allein die ganzen, großen Kosten dieser Großmachtspielerei tragen. Und daher kommt es auch, daß die Steuern und Abgaben in Oesterreich so hoch sind, ja fast unerschwinglich hoch, sowohl die direkten, als besonders auch die indirekten Steuern. Man kann im allgemeinen annehmen, daß die österreichischen Industriellen, und nicht blos diese, sondern überhaupt der Steuerzahler in Oesterreich, die zwei- bis dreifache Steuer zahlt, wie der Steuerzahler für das gleiche Objekt im Deutschen Reiche, Frankreich, Belgien oder der Schweiz; ganz abgesehen von den indirekten Steuern, die in Österreich außerordentlich hoch sind, so daß sie die Lebensführung jedes Einzelnen, und besonders der unbemittelten, arbeitenden Klassen höchst empfindlich treffen, und dadurch indirekt wieder die Produktionskosten der Industrie erhöhen. Und von einer Herabminderung dieser Steuern wird und kann keine Rede sein; im Gegenteil, sie müssen noch erhöht werden, wenn der Staat den Anforderungen, die an ihn von Jahr zu Jahr in erhöhtem Maße gestellt werden, entsprechen, ein Staatsbankrott vermieden und der Staatskredit intakt erhalten werden.

So lange also das unselige Verhältnis zu Ungarn, der Dualismus in seiner heutigen Form besteht, wo Ungarn herrscht und befiehlt, und Oesterreich gehorchen und zahlen muß, so lange kann Oesterreich weder wirtschaftlich gedeihen, noch politisch zur Ruhe kommen. „Los von Ungarn!" wäre ein viel vernünftigerer und praktischerer Ruf als: „Los von Rom!" Die wirtschaftliche und endlich auch die politische vollständige Trennung von Ungarn ist eine der ersten, ja die allererste Bedingung für die wirtschaftliche und politische Gesundung Oesterreichs!

Auch eine Juden-Verfolgung erfährt einer unsrer Parteigenossen und Leser an sich, die gradezu empörend genannt werden muß. Er teilt uns über den äußerst bezeichnenden Vorfall folgendes mit: Ich lebe in einer großen Stadt Mittel-Deutschlands mit etwas über 2 v. H. jüdischer Einwohner. Seitdem diese wissen, daß ich Antisemit bin, bieten sie alles auf, mich hinterrücks zu schädigen, von wissentlich falschen Anzeigen beim Staatsanwalt bis zu den Versuchen, mich gesellschaftlich zu ächten. Es ist schon soweit gekommen, daß sie Herren, die sie mit mir gehn sahen, ebenfalls als Antisemiten verdächtigten. In dieser Weise haben sie bereits verschiedne Angstmeier von mir abgedrängt und nationale Bestrebungen geschädigt, nur weil ich sie vertrete, so u. a. die Burensache. An den erstern, den judenfürchtigen Gesellen, habe ich allerdings nichts verloren. Die letzte Aeußerung jüdischen Hasses gegen mich setzt aber doch allem die Krone auf.

Der Bruder meiner Mutter, ein hiesiger Beamter in höherer Stellung, der grade mit der Kaufmannschaft viel zu thun und sich dabei diese sehr verpflichtet hat, beging kürzlich ein Dienstjubiläum. Aus dieser Veranlassung gab man ihm zu Ehren ein großes Festessen, an dem die höchsten Beamten am Orte, andrerseits aber auch jüdische Großkaufleute teilnahmen. Außerdem forderte man zur Beteiligung alle die Herren auf, die mein Oheim selbst auf die Einladungsliste gesetzt hatte (er war darum ausdrücklich gebeten worden), — nur ich wurde übergangen. Zu spät erst bemerkte mein Oheim mein Fehlen. Auf seine Frage nach mir an den Vorsitzenden des „Kaufmännischen Vereins" (einen Deutschen!) antwortete ihm dieser, daß „verschiedne israelitische Herren" gegen meine Zuziehung entschieden Einspruch erhoben hätten, und ebenso der Syndikus der Handelskammer (ein Deutscher!). Ich wäre doch gegen die Juden zu scharf vorgegangen und hätte noch bis in die jüngste Zeit hinein an auswärtige Zeitungen ungünstige Berichte über hiesige jüdische Geschäfte gesandt. (Uebrigens hatte man schon früher von jüdischer Seite meinem Oheim wegen meiner Person Vorwürfe gemacht, gleich als ob er für mich verantwortlich wäre). Selbst wenn die letztgenannte Behauptung immer wahr wäre, was sie in der That nicht ist, bedeutet doch der ganze Vorfall wieder einmal eine ungeheuerliche jüdische Unverschämtheit und deutsche Knechtseligkeit. Er zeigt, daß Juda gegen einen unbescholtnen, in angesehener Stellung befindlichen Deutschen in einzelnen Kreisen bereits die gesellschaftliche Aechtung durchsetzen kann, die sonst nur gegen Sträflinge und gegen die „auserwählte" Rasse angebracht ist. So werden Deutsche behandelt, die ihr Vaterland von der schlimmsten aller Fremdherrschaften befreien wollen, so sieht in der That die Judenverfolgung unsrer Tage aus!

Jüdische Patent-Anwälte. In der Liste der Patent-Anwälte sind z. B. 225 Personen eingetragen, davon gehören 20=8,9 v. H. dem auserwählten Volke an, die Zahl der Juden ist jedoch zweifellos noch größer, da Namen wie Mayer, Rosencrantz, Neumann, Wolf, Wolff usw. nicht berücksichtigt sind. Nach dem Prozentsatz der Bevölkerung dürften es höchstens drei Juden sein. Von den Aufträgen ihrer Stammesgenossen allein könnte nicht der vierte Teil der jüdischen Patent-Anwälte leben. Wie bei den jüdischen Rechtsanwälten, Notaren, Aerzten usw., so ist es auch hier die große Menge deutscher Geschäftsleute, die ohne Ueberlegung einen Fremdling mit ihrer Vertretung betrauen.

Ein Jude bedient sich nur in den allerseltensten Fällen eines deutschen Patent-Anwalts oder Patent-Agenten, und von unsern freisinnigen und sozialdemokratischen Fabrikanten und Kaufleuten muß man erleben, daß sie ihre deutschen Namensangehörigen absichtlich übergehn und den Verdienst jahraus jahrein einem Fremdling zuwenden.

Ist es da ein Wunder, wenn unser Volk immer mehr zurückgeht, und die Kinder Abrahams sich zu unsern Herren aufschwingen?

Pflicht jedes deutschen Geschäftsmannes ist es, bei seinen Berufsgenossen aufklärend zu wirken und darauf zu dringen, daß diesem schmachvollen Zustande ein Ende bereitet wird.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Die Stadtverordneten in Breslau haben einstimmig den Geheimen Justizrat Freund zu ihrem Vorsteher wiedergewählt. —

In Bad Homburg wurde J. Braunschweig, der Inhaber eines jüdischen Hotels, bei einer Ersatzwahl in der zweiten Klasse zum Stadtverordneten gewählt und zwar mit allen abgegebnen (63) Stimmen. —

In Schneidemühl wurde Dr. Davidsohn wieder zum Stadtverordneten-Vorsteher gewählt. —

Der Kreisverein sächsischer Steindruckerei- und Lithographiebesitzer wählte zu seinem Vorsitzenden den Kaufmann W. Löwenheim, i. F. Eschebach und Schäfer in Leipzig.

Pflichten und Rechte. Wie oft ist es mir bei meiner Thätigkeit in gemeinnützigen Vereinen und bei gemeinnützigen Bestrebungen schon vorgekommen, daß die sich dem Vereine Nähernden mit der Frage begannen: „Was bietet mir der Verein?"

Ist es nicht, als ob die Welt sich umgekehrt hätte? Erst fragt man nach den Rechten, und dann nach den Pflichten. Ist es anders nicht richtiger? Sind die Menschen verwöhnt worden?

Wie konnte sich eine solche Auffassung herausbilden? Müßte die Frage nicht lauten: „Was habe ich zu thun, und welche Rechte erhalte ich durch meine That?"

Das einzige Recht, das der Mensch scheinbar umsonst hat, bringt er mit auf die Welt. Und das ist das Recht, auf eigne Füße gestellt zu werden zu weiterm Fortkommen. Von da an kommt aber stets erst die Pflicht und dann das Recht. Und indem der Mensch dann Pflichten erfüllt, löst er das Recht aus, das ihm seine Vorfahren durch Erziehung zur Selbständigkeit erwiesen. Darum: Für jeden erwachsenen Menschen komme erst die Frage nach den Pflichten und dann die Frage nach den Rechten. T.

Jüdische Arbeitgeber. Vor dem Strafrichter des Bezirksgerichts Wien-Favoriten stand kürzlich eine Wäschenäherin wegen Veruntreuung. Sie hatte von dem Wäschehändler Dickstein Leinwand zur Anfertigung von vierzig Hemden erhalten, aber nur 32 Hemden abgeliefert. Den übrigen Stoff soll sie versetzt haben. Die Angeklagte war geständig, gab aber an, daß sie früher einmal von Dickstein Leinwand für ihre Rechnung gegen monatliche Abzahlung von je einer Krone gekauft habe. Dickstein habe ihr aber auch die noch nicht fälligen Raten von dem Lohn für die 32 gelieferten Hemden abgezogen. Sie habe aber das Geld nicht entbehren können, da ihr Mann krank war, und sie für vier Kinder zu sorgen hatte. Der Richter sprach infolgedessen die Angeklagte frei mit der Begründung: Zur Uebertretung der Veruntreuung wäre es notwendig, daß die Angeklagte die Waren dem Beschädigten dauernd hätte entziehn wollen. Das sei aber in diesem Falle nicht erwiesen. Die Angeklagte wollte offenbar nur als Ersatz für den Betrag, den Dickstein ihr vorenthielt, den Erlös der Leinwand einstweilen für sich behalten, um ihre drückende Not zu lindern.

Zur Steuererhöhung im Königreich Sachsen. Die sächsischen Zeitungen jubeln, daß „vielleicht" in diesem Jahre noch kein Steuerzuschlag zur neuen Einkommensteuer nötig sei. Zum Jubel ist doch gar kein Grund vorhanden, denn die neue Einkommensteuer ist ja schon 25 v. H. höher als die frühere, ist also schon an sich ein Zuschlag. Und dann — abwarten!

Verjudung der Justiz. Dem „Bayerischen Vaterlande" wird von einem Geschwornen berichtet, daß in Nürnberg bei einer der letzten Schwurgerichtssitzungen der Gerichtshof folgende Zusammensetzung aufzuweisen hatte: Vorsitzender: Oberlandesgerichtsrat Berlin. Beisitzer: Landesgerichtsräte Gunzenhäuser und Meyer. Staatsanwalt: Silberschmid. Gerichtsschreiber: Rechtspraktikant Seitenberger. Verteidiger: Rechtsanwalt Erlanger. Also alles Juden! Selbst der einzige anwesende Zeitungsberichterstatter Moß war ein Jude. — Die Notwendigkeit und Dringlichkeit des von Dr. Heim in der bayerischen Abgeordnetenkammer gestellten Antrages, der Zulassung der Juden zum Justizdienste eine Schranke zu ziehn, konnte nicht besser erwiesen werden, als durch das Vorkommnis.

Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und großstädtische Wohnungsnot. Die „Deutsche Krankenkassen-Ztg." regt an, um der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu begegnen, die noch in Aussicht genommnen deutschen Heilstätten für Lungen- und Nervenkranke baldigst in Angriff zu nehmen. Wir sind der Meinung, daß es besser wäre, das Uebel an der Wurzel zu fassen, der Wohnungsnot in den Großstädten abzuhelfen und zwar durch Schaffung von billigen und gesunden Wohnungen.

Slawische Frechheit. An einem der letzten Sonntage trat ein Herr zum Schalter des amtlichen Tabakverkaufs im Franz Joseph-Bahnhofe zu Wien. Er begehrte Zigarren, nahm deren vier und fragte die Verkäuferin, eine geachtete Beamtenwitwe, in tschechischer Sprache, was diese Zigarren kosten. Die Verkäuferin nannte in deutscher Sprache den Preis, worauf der Käufer fragte, ob sie eine Jüdin sei. Als die Antwort verneinend ausfiel, rief der Käufer: „Dann sind Sie ein deutsches Luder." Der diensthabende Wachtmann sandte auf Ersuchen der beleidigten Frau dem Herrn einen Polizei-Agenten nach, der feststellte, daß der Beleidiger . . . der tschechische Reichsrats-Abgeordnete Graf Johann Lazansky war!

Sozialdemokratisches. Man schreibt uns:. Wie verrannt manche Sozialdemokraten in ihre Ideen sind, beweist folgender, dieser Tage in Zella St. Blasii — im Reichstag vertreten durch „Genossen" Bock — geschehener Vorfall. Kommt da ein Handwerker, der sein schönes Auskommen und keinen Grund hat, sich zur Masse der „Enterbten" zu rechnen, in ein dortiges Bierlokal, wo ein Plakat mit Luthers Bildnis aushängt, um die Einwohnerschaft zum Besuch der demnächst in Schmalkalden stattfindenden Lutherfestspiele einzuladen. Als der Genosse das Plakat sieht, sagt er: **Was hängt denn da für ein Zettel? Das soll wohl heißen: "Ein festes Fell hat unser Bock"!?**

Jeder anständige Deutsche blickt mit Ehrfurcht zum Bildnis Luthers auf; darum ein **kräftiges Pfui!** über solche sozialdemokratische Büberei!

Von den gefangnen Buren auf St. Helena sind auf Veranlassung des Obersten Schiel eine größere Anzahl Federhalter aus dem Holze der Napoleons Grab beschattenden Bäume geschnitzt, die Oberst Schiel an einen alten Freund und Lehrer nach Frankfurt (Main) gesendet hat mit der Bitte, den Erlös zu gunsten der Buren zu verwenden. Die Halter sind handlich und gefällig. Sie tragen die geschnitzte Inschrift: „St. Helena, 1901." Weiter schickte Oberst Schiel eine kleine Anzahl Postkarten von St. Helena. Die eingeprägte Marke zeigt das Bild des Hafens Jamestown. Die Karten sind der Rest der Ausgabe, weitere werden nicht mehr verkauft; sie haben darum einen hohen Sammelwert. Außerdem tragen die Karten die eigenhändigen Unterschriften von General Cronje und Oberst Schiel. Herr Rudolf Ristenpart, Frankfurt (Main), Kaiserstraße 35, hat in uneigennütziger Weise sich bereit erklärt, den Verkauf zu übernehmen. Als Mindestpreis ist eine Mark für die Federhalter, fünf Mark für die Postkarten festgesetzt; da aber nur eine beschränkte Anzahl von beiden vorhanden ist und für die gute Sache ein möglichst hoher Ertrag erzielt werden soll, werden zunächst Höhergebote (in der Reihenfolge der Höhe der Gebote) berücksichtigt, und es wird gebeten, bis zum 15. Februar Angebote an Herrn Ristenpart einzusenden. An Händler und Wiederverkäufer wird nichts abgegeben. Die Aushändigung erfolgt vom 20. Februar ab und geschieht die Zusendung nach auswärts je nach Wunsch gegen Nachnahme oder nach vorheriger Einsendung des Betrages, nachdem vorher der Besteller durch Postkarte benachrichtigt worden ist.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!



Der Blutmord in Konitz.
Mit vielen Bildern und einem Vorwort des Abg. Liebermann von Sonnenberg.
12. Auflage. — Preis 60 Pfg.

Das Blutgeheimnis.
Politischer Bilderbogen Nr. 13.
—— Preis 30 Pfg. ——

Zur Blutopfer-Frage
oder
Was hat Herr Strack bewiesen?
—— Preis 1 Mark. ——

Deutschnationale Buchhandlung u. Verlagsanstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Juden-Postkarten,
Verschiedne Muster.
10 Stück gemischt 0,50 Mk., 25 Stück gemischt 1,10 Mk.,
50 „ „ 1,90 „ 100 „ „ 3,50 „
Völkische Postkarten in hochfeiner Ausführung.
— Neue Muster! — 10 Stück gemischt 60 Pf.
Gegen Voreinsendung des Betrages od. unter Nachnahme
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.



Rhein-Tuch
Prachtvoller neuer Anzugstoff, 3 Meter für 13,50 Mark. Elegant Unverwüstlich! Muster sof. frei
Tuchhaus Boetzkes, Düren Nr. 1.

Wie Sie sich
mit bestem Erfolg als
Kaufmann
ausbilden u. fortbilden können (durch Selbststudium oder Unterricht), teilt Ihnen franko und ohne Verbindlichkeit mit
Dr. jur. Ludwig Hubertl
— Leipzig. —

Frankfurt a. m.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung“, „Deutsche Wacht“, „Deutsch-Soziale Blätter“ und andre deutsche Zeitungen liegen aus.



Hotel-Restaurant
Schönes Bierlokal im Mittelpunkt der Stadt.
Otto Rochol, Herne i. W.
Ständig diverse Biere im Anstich
„Deutsch-Soziale Blätter“ und andere deutsche Zeitungen liegen aus

Neuheiten
in
Westenstoffen
empfiehlt
Chr. Esdorn,
Braunschweig.
Spezialgeschäft für Schneiderbedarfsartikel.
Engros und Versand.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.



Einbanddecken
für 1901 (Leinwand mit reicher Gold- und Schwarzpressung) sind erschienen.
Preis 1,25 Mark.

Sammel-Kästen
für die Deutsch-Sozialen Blätter,
hochfein ausgestattet!
Preis 1 Mark;

Lese-Mappen
für die Deutsch-Sozialen Blätter
70 Pfg.

Ia. Tafelbutter,
keimfrei aus pastörisierter Vollmilch in Postkolli zu billigsten Tagespreisen für Monat Januar und Februar à Pfd. 1,20 Mark, franko per Post liefert
Molkerei Belgust,
Vorpommern.

Anzeigen-Sammler
für Berlin, sowie für jede größere Stadt gesucht. Hohe Vergütung, guter Nebenverdienst. Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Victoria-Zwieback
ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.
Harry Trüller,
Celle 83.
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Lieferung direkt an Private, daher größte Vorteile. Freie Probesendung durch ganz Deutschland. Pianos von 450 Mark ab
Man kaufe kein Piano,
bevor man unsern Katal. eingef. hat der gr. u. fr. vers. wird.
Roth & Junius
vorm. Aug. Roth. Hofpianofabrik Hagen i. W. Nr. 282.
Nur erste Preise.

Der politische Bilderbogen Nr. 34
„Der Burenkrieg“
ist erschienen und für **30 Pfennig** zu beziehen durch die
Deutschnationale Buchhandlung u. Verlags-Anstalt,
Berlin NW. 52 Paulstraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 30. Januar 1902. | Nr. 702.

Die Stichwahl-Entscheidung in Schaumburg-Lippe

fällt am 31. Januar. Das Stimmverhältnis am 23. war: Reventlow 3016, Temmig (freis.) 3054 — Reichenbach (Soz.) 1634.

Die deutschsoziale Wahlleitung hatte ein für uns günstigeres Ergebnis gehofft. Der Freisinn hat im größten Umfange von der urkonservativen Gesinnung und Leichtgläubigkeit der Bückeburger profitiert, die schwer von der Partei loszumachen sind, von der sie schon zwanzig Jahre genasführt wurden.

An faustdicken Lügen wurde von den freisinnigen Agitatoren Unglaubliches geleistet. — Die alte Wahlorganisation der Freisinnigen, tüchtig mit Geld geölt, funktionierte gut. Besonders die Sprengkolonnen, die der verschwundne Landtags-Abgeordneter Beißner für freisinnige Zwecke organisiert hatte, zeigten sich in Steinhude zum Niederschrein des Gegners recht geeignet.

Ob die Sozialdemokraten wie gewöhnlich ohne Gegenleistung dem Kandidaten des Herrn Richter die Krücken leihen werden, womit er in den Reichstag humpeln kann, wissen wir nicht, vermuten es aber.

Haben die Arbeiter und Bergleute soviel Selbstbewußtsein, daß sie sich der Wahl enthalten, so siegen wir wahrscheinlich, denn einige Reserven können wir noch aufbringen. Wie es aber auch ausschlagen möge, wir kommen wieder und in anderthalb Jahren ist Neuwahl.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 26, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $\frac{1}{2}$9 Uhr.

Am 18. beging der Verein im Theatersaale des „Eldorado" den Gedenktag der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches durch einen gelungnen Fest- und Familien-Abend. Obwohl keine öffentliche Einladung ergangen war, hatten sich die Mitglieder und Freunde des Vereins mit ihren Damen zahlreich eingefunden. Im ersten Teile der Festfolge der ausschließlich der ernsten Erinnerung des bedeutsamen Tages geweiht war, hielt Herr Karl Tänzler eine packende Festansprache, worin er nach einigen historischen Hinweisen bezgl. der Bedeutung des Tages auf die in den letzten zehn Jahren von unsrer Reichsregierung geschaffnen Sozialreformen, auf Alters-, Kranken- und Invaliditätsversicherung ausführlich zu sprechen kam. Das Deutsche Reich, so führte Redner aus, stehe heute in dieser Beziehung an der Spitze aller Kulturstaaten, und das Dichterwort werde vielleicht noch einmal zur Wahrheit werden: „Und so soll am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen". Er gedachte dabei auch des in Schaumburg-Lippe aufgestellten deutschsozialen Kandidaten Grafen Reventlow (Wulfshagen), der durch die in seinem landwirtschaftlichen Betriebe eingeführte Gewinnbeteiligung der Arbeiter gezeigt habe, wie man die sozialen Maßnahmen der Regierung auch in einem so wenig rentablen Unternehmen durch Privat-Initiative fördern und ausbauen und die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überbrücken könne. Mit einem dreifachen „Heil" auf das deutsche Vaterland schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommnen Ausführungen. — Im zweiten Teile des Abends, der dem Humor und der Unterhaltung gewidmet war, wurde von Mitgliedern des Vereins und deren Damen eine zweiaktige Posse mit Gesang zu ganz vorzüglicher Wiedergabe gebracht. Einzel-Vorträge und gemeinsame Gesänge füllten den Rest des schön verlaufnen Abends aus. —

Freitag, den 31. Januar, abends 9 Uhr, Vortrag über: „Die deutschsoziale Bewegung in Leipzig und unsre Stellungnahme bei der kommenden Reichstagswahl."

Verband Westmark. Die Ortsgruppe Dortmund hält Freitag, den **31.** d. M. (nicht am 24.!), abends 9 Uhr eine Zusammenkunft im Hotel Germania, Kuckelke, ab. Wichtige Besprechung über Agitation und Organisation. Freunde der Deutschsozialen Partei sind herzlich willkommen.

Der Bund der Landwirte hält seine Hauptversammlung am 10. Februar, mittags 12 Uhr, an der gewohnten Stätte — Berlin, Zirkus Busch — ab. —

Der Bundesvorstand (die Abgg. von Wangenheim, Dr. Roesicke und Dr. Hahn) veröffentlicht folgende Erklärung: „In der Presse werden Gerüchte verbreitet und erörtert, die dahin gehn, daß Freiherr von Wangenheim seinen Vorsitz im Bund der Landwirte niedergelegt habe oder niederzulegen beabsichtige und zwar wegen Meinungsverschiedenheiten über die Stellung des Bundes in der Zolltariffrage.

Wir erklären, daß diese Gerüchte über mangelnde Einmütigkeit im engern Vorstand des Bundes der Landwirte jeglicher Unterlage entbehren. Wir würden auf dieselben garnicht eingehn, wenn wir nicht Ursache hätten, anzunehmen, daß mit der Ausstreuung dieser Gerüchte augenscheinlich die Absicht verfolgt wird, verhängnisvolle Mißverständnisse in die Reihen der Landwirte und derjenigen zu tragen, die eine wirklich erfolgreiche nationale Wirtschaftspolitik durchzusetzen beabsichtigen."

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am 31. bei Glöckner (Königshof);
am 7. Februar im „Frauenberger Kloster";
in Weimar jeden Dienstag im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wegen verbotner Vermittlung der Auswandrung erhielt Samuel Halpert vom Gerichte zu Szatmar sechs Monate Gefängnis und 60 Kronen Geldstrafe. Als erschwerend wurde angenommen, daß Halpert etwa achtzig Personen nach Amerika hinüberschwindelte. Die königliche Tafel in Debreczin hat die Strafe Halperts in eine Geldstrafe von 400 Kronen und sechs Wochen Arrest umgewandelt. Die sehr erhebliche Strafmilderung war aber dem Juden noch zu wenig und er meldete auch gegen dieses Urteil die Richtigkeitsbeschwerde an. Die königliche Kurie — der Oberste Gerichtshof — in Ofenpest hat aber diese Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

Jüdische Fälscher. Nach einer Mitteilung der „Nowoje Wremja" faßte man in Kiew den Juden Schloime Iliaszkewicz ab, der sich mit der Anfertigung antiker Münzen beschäftigte. Das genannte Blatt versichert, daß die europäischen Musen mit antiken Münzen und sonstigen Altertümern vollgestopft sind, die die Fälschung russischer Juden sind. Das Hauptquartier dieser jüdischen Fälscher ist die Stadt Kertsch. Ein Jude aus Kertsch hat dem brittischen Museum die Krone des egyptischen Pharaonenkönigs Psammenit verkauft, die natürlich gleichfalls eine Fälschung ist. Ein andrer Jude aus dieser Fälschergilde schwindelte dem Museum in Berlin alte Pergamente auf, die er selber angefertigt hatte.

Eine Art von internationalen Schwindlern scheinen die angeblichen „arabischen" Teppicharbeiter, Geschwister Mohamet Salik und Semson Salik zu sein, die in Berlin verschiedne Geschäftsleute durch den nicht seltnen jüdischen Kniff, beim Wechseln größrer Geldstücke verschiedne andre verschwinden zu lassen, hineinlegten. Beide Juden wollten natürlich schuldlos sein, so daß die Verhandlung wiederholt gegen sie vertagt werden mußte. Die Beweisaufnahme fiel indes so zu ihren Ungunsten aus, daß der vierzehnjährige Mohamet achtzehn Monate Gefängnis erhielt und seine vierundzwanzigjährige Schwester Semson fünfzehn Monate.

Endlich gefaßt wurden in Paris der „Kaufmann" Arnold Nußbaum, der in Leipzig in Gemeinschaft mit David Diesel und Samuel Schenk kurze Zeit ein Kurzwarengeschäft betrieb und nach Erschwindlung vieler Waren plötzlich verschwand. Am 12. März 1900 brummte ihm das Züricher Schwurgericht wegen vieler in der Schweiz verübten Betrügereien drei Jahre Zuchthaus auf und das Wiener Schwurgericht wegen ähnlicher in Oesterreich begangner Strafthaten am 24. d. M. weitere fünf Jahre.

Für eine grobe Tierquälerei muß ein jüdischer Schlächter zu Großsteinheim (Hessen) eine sechszehntägige Haftstrafe verbüßen.

Der Notar Gustav Flatow zu Berlin hat sich unter der Selbstbeschuldigung, Unterschlagungen verübt zu haben, dem Staatsanwalt gestellt.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Wegen betrügerischen Bankerotts verurteilte das Landgericht zu Landsberg (Warthe) den Lederhändler Simon Deutschmann, der seine Gläubiger um 20800 Mark geschädigt hat, zu zwei Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust.

Konkurs des Kaufmanns Isidor Lippmann, in Firma Lippmann u. Co. zu Berlin. Den Forderungen ohne Vorrecht von 222400 Mark steht eine Dividende von 4 v. H. bei Durchführung des Verfahrens in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns Max Hugo Herrmann in Firma Herrmann und Stein zu Berlin. Die Schlußverteilung ergiebt 202 Mark Massenbestand auf 8441 Mark anerkannte Forderungen.

Konkurs des Kaufmanns Alfred Cohn zu Berlin. Die vorrechtlosen Forderungen von etwa 24940 Mark bekommen vielleicht eine „Dividende" von 9,6 v. H.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Dr. Ludwig Cohn zu Breslau der Rote Adlerorden vierter Klasse;
dem Dr. Benny Rosenthal zu Berlin der Titel „Sanitätsrat";
dem Privatdozenten Dr. Richard Wolffenstein an der technischen Hochschule zu Charlottenburg der Titel „Professor".

Ernannt wurden:
die Rechtsanwälte Dr. Samuelsohn zu Breslau, Böhm zu Sagan, Loewy zu Löwen (Schlesien), Böhm zu Brieg (Bez. Breslau), Schönlank in Posen, Dr. Benfey zu Hannover zu Justizräten;
der Generaldirektor Ballin in Hamburg zum Kommandör der Ehrenlegion;
Kommerzienrat Emil Jacob zu Berlin zum Ritter der Ehrenlegion;
der Rechtsanwalt Dr. Ben Israel zu Koblenz zum Justizrat;
der Kreisarzt Dr. Rubensohn zu Grätz zum Geheimen Medizinalrat;
der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Bauer zu Augsburg zum Justizrat;
der Rechtsanwalt Breslauer zu Rawitsch (zugleich Vorsitzender des dortigen Synagogen-Verbandes) zum Justizrat.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

„Der Kyffhäuser." Deutsche Blätter für Politik, Kunst und Leben. Linz, Wien, Leipzig. Preis vierteljährlich 2,50 Mark. Das zweite Januar-Heft, das der Beschlagnahme verfallen ist, enthält u. a.: Die Wahl in Trautenau. — Die Kulturbedingungen der christlichen Dogmen. — Deutschtum Grillparzers. Zum 30. Sterbetag des Dichters. — Die Glasthür. Eine Brünner Skizze.

Schriften zur Wohnungsfrage. 1. „Die Wohnungsfrage und ihre Lösung auf baugenossenschaftlichem Wege" von Landgerichtsrat Dr. Becker in Dresden. Verlag von Zahn und Jaensch, Dresden. Nach einer Besprechung der Wohnungsnot macht der Verfasser Vorschläge auf deren Abhilfe durch Gründung von gemeinnützigen Baugenossenschaften. Diese Selbsthilfe soll von Gemeinde, Staat und Unternehmern, welch letztere ja neben den großstädtischen Grundbesitzern den meisten Gewinn vom industriellen Aufschwunge Deutschlands haben, unterstützt werden.

2. „Die Wohnungsfrage und die preußischen Ministerialerlasse vom 19. März 1901." Von Paul Lechler in Stuttgart. Berlin, E. Hofmann und Co. Der Verfasser geht von den Reichstagsverhandlungen im Januar 1901 über die Wohnungsfrage aus, bespricht dann die preußischen Minister-Erlasse, die auch wir in Nr. 661 der „D. S.-Bl." erwähnt haben und meint schließlich, daß der Staat die Wohnungsfürsorge nicht den Gemeinden allein überlassen dürfe. T.

Verzeichnis deutscher Ortsnamen in Oesterreich. Für den Gebrauch i. Geschäftsleben herausgegeben vom Deutschbund. Verlag von Er. Lindström in Hannover. Wird kostenlos versandt.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 6. Februar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 703.

Monats-Spruch.

Fast durch alle Länder Europas verbreitet sich ein mächtiger, feindselig gesinnter Staat, der mit allen übrigen im beständigen Kriege steht und fürchterlich schwer auf die Bürger drückt: Es ist das Judentum!

Joh. Gottlieb Fichte.

Bericht über die erste Lesung des Tarifgesetz-Entwurfs,

erstattet zu Kassel, den 12. Januar 1902 von R. Vogel, M. d. R.

(Fortsetzung aus voriger Nummer.)

M. H.! Ehe wir nun auf den Getreideschutzzoll selbst näher eingehn, ist es mit Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen, über die ich hier zu referieren habe, ganz unerläßlich, einige Worte über Schutzzoll und Freihandel überhaupt vorauszuschicken.

Die Ansichten der Theoretiker stehn sich, wie Sie wissen, in dieser Frage seit Anbeginn einer national-ökonomischen Wissenschaft schroff gegenüber. Nun ist es aber, meines Ermessens, ein folgenschwerer Grundirrtum, anzunehmen, das reiche, ewig wechselnde, rasch und leicht wechselnde volkswirtschaftliche Leben in bestimmte, abstrakte Formeln zu fassen. Hier gilt der alte Fibelreim:

Mit Hilfe der Geometrie
Mißt man der Gurke Inhalt nie.

(Heiterkeit.)

Die Volkswirtschaft ist — ich erinnere mich augenblicklich nicht, welcher Abgeordnete diesen Ausdruck gebrauchte — keine abstrakte, sondern in hervorragender Weise eine Experiential-Wissenschaft. Sie stützt sich auf Versuche und Erfahrung, sie muß in beständiger Fühlung bleiben mit dem wirklichen Leben und den gegebnen Thatsachen.

Eine solche Thatsache ist, daß die führenden Handelsnationen — England ausgenommen, das sich zufolge seiner einzigartigen internationalen Stellung in einer, sonst nicht vorhandnen Ausnahmestellung befindet — sich samt und sonders zum Schutzzollsystem bekennen und zwar noch in stärkerm Grade hochschutzzöllnerisch sind als wir. So nimmt (nach Graf Posadowsky) Rußland 32½, Amerika 27½, Italien 13,7, Frankreich 9,7, Deutschland nur 9 v. H. vom Werte der importierten Waren Eingangszoll. Auch ist es durchaus unrichtig, was Molkenbuhr behauptete, daß wir, Amerika gegenüber, zuerst mit dem Schutzzollsystem vorgegangen wären und dasselbe dadurch gezwungen hätten, zu Zollrepressalien zu greifen; vielmehr befinden wir uns in dieser Lage.

Vor dieser Thatsache stehn wir; und es erhebt sich nunmehr die Frage rein praktischer Natur: da es außer unsrer Macht steht, alle Staaten freihändlerisch zu machen — besitzen wir überhaupt die Möglichkeit, unsrerseits zum Freihandel überzugehn?

Aber lassen wir zunächst einmal den rabiatesten Freihändler, Herrn Richter, zu Worte kommen.

„Dieses System (das Schutzzollsystem meint er) ist das System des Universalprotektionismus, der auf der Anschauung beruht, daß jede Ware, die aus dem Auslande eingeht, ein Abbruch an dem Nationalwohlstande ist, und daß man sich solchen Abbruch nur dann gefallen lassen darf, wenn es durchaus notwendig ist, um seinerseits Waren ins Ausland zu verkaufen. Das ist eine Anschauung, die im Privathaushalt die Hinterwäldler haben, die meinen, wenn sie alles im eignen Hause verfertigen, was sie zu des Lebens Notdurft bedürfen, und möglichst wenig Geld ausgeben, daß sie dann am besten stehen, anstatt daß sie das anfertigen, wozu sie selbst am befähigsten sind, und sich durch Austausch ein bessers und reichlichers Einkommen verschaffen. An diese hinterwäldlerischen Anschauungen klingen auch die Ausführungen des Herrn Grafen v. Schwerin an, der uns vorkalkuliert, daß ja Deutschland alles, was es an Lebensmitteln bedürfe, selbst produzieren könne. — Mag sein, wenn man es nur teuer genug bezahlt, mag sein, wenn man teuer und schlecht leben will."

Nach solchen Expektorationen kommt Herr Richter auf die internationale Arbeitsteilung und auf ihre Vorteile zu sprechen.

Nun lassen wir zunächst einmal Herrn Paasche das Wort. Diese „Hinterwäldlerpolitik", führt er aus, ist das eigentliche wirtschaftliche Programm der Nordamerikaner, ist ihr Glaubensbekenntnis. Wir kaufen nichts vom Auslande, sagen sie, was wir selber machen können; und auf Grund dieses Programmes hat sich bei ihnen nicht nur eine in der Geschichte ganz beispiellose Entwicklung des nationalen Wirtschaftslebens vollzogen, sondern sie haben auch nebenher am Handel mit Europa 7½ Milliarden verdient!

Abg. Gamp seinerseits zieht die Konsequenzen aus den Richterschen Ausführungen in folgender, gradezu niederschmetternder Weise.

Richter ist konsequent. Er sagt, er stehe auf dem absoluten, freihändlerischen Standpunkt, er wolle, daß derjenige Staat die Befriedigung der internationalen Bedürfnisse übernehme, welcher am billigsten produziere. Der Herr Abg. Richter hätte uns aber freundlichst mitteilen sollen, welches Arbeitsfeld er denn Deutschland zuweisen wolle. Wenn Herr Richter die ganze landwirtschaftliche Produktion in Deutschland aufgeben will, weil wir in Deutschland nicht so billig produzieren wie in Argentinien und Amerika; wenn Herr Richter die Eisenindustrie aufgeben will, weil England und Amerika billiger produzieren als Deutschland, wenn er vielleicht die Textil-Industrie nach Rußland und Oesterreich verlegen will — dann bitte ich ihn, uns zu sagen, womit er die 54 Millionen Menschen in Deutschland beschäftigen und ernähren will!

(Bravo!)

Ja, m. H., das trifft, wie Sie richtig fühlen, den Kern der Sache. Wir brauchen Arbeit; und darin ruht die ganze, große Bedeutung des Schutzzolltarifs. Er soll nicht Privatinteressen dienen, nicht gewissen Interessengruppen auf Kosten des Konsums zu größern Einnahmen verhelfen. Er soll unsrer thätigen, arbeitsfreudigen Nation die Arbeitsgelegenheit erhalten und schaffen; denn nur so sind wir imstande, auch die Bedürfnisse auf die Dauer zu bestreiten, bei denen wir nur aufs Ausland angewiesen bleiben. Herr Richter zeigt uns, wie wir unsern Bedarf am billigsten kaufen können; aber, wie wir uns das Geld verdienen sollen, überhaupt etwas zu kaufen, darüber schweigt Herrn Richters Höflichkeit.

(Beifall.)

Hat nun Herr Gamp nicht etwas zu sehr grau in grau gemalt? — Ich nannte die Nationalökonomie vorhin eine Erfahrungswissenschaft. Nun wohl, m. H., wir haben mit dem Richterschen Freihandel thatsächlich Erfahrungen gemacht.

Zur Zeit, als die freihändlerische Richtung im Reichstage das Uebergewicht hatte, im Jahre 1876, wurden — Herr v. Tiedemann erinnerte uns daran — die Eisenzölle aufgehoben. Die Folge war eine furchtbare Deroute unsrer Eisenindustrie. England und Frankreich überschwemmten uns mit ihren kolossalen Eisenvorräten, hunderte von Hochöfen wurden ausgeblasen, die Hammerwerke standen still, und — tausende von Arbeitern lagen auf dem Pflaster!

(Hört! Hört!)

An solchen Experimenten haben wir genug!

(Beifall.)

Wir brauchen nicht in Sorgen darum zu sein, m. H., daß sich das freihändlerische Programm des Herrn Richter fürs erste verwirklichen wird; denn er bekommt es dann ohne weiters mit einem Manne zu thun, der in der Sache ein ernstes und gewichtiges Wort mitzusprechen hat! Dieser Mann ist der Staatssekretär des Reichsschatzamtes. Das Reich bezieht heute aus den Einfuhrzöllen eine Einnahme von 500 Millionen Mark; die nächste Frage bei Aufhebung dieser Zölle würde die sein: Woher nehmen wir den Ersatz für diese ausfallende halbe Milliarde?

(sozialdemokratischer Zwischenruf: Direkte Steuern!)

Die Herren da hinten haben wohl keine Ahnung davon, was es heißt, 500 Millionen direkte Steuern aufzubringen. Wenn das so leicht wäre, dann hätte es der Mann schon längst gethan, darauf können Sie sich verlassen!

(Heiterkeit.)

Kurz, abgesehn von der Auspowerung unsers Landes durch die Schutzzollstaaten, die dann Alle freie Einfuhr bei uns hätten, während sie selbst sich gegen unsre Einfuhr durch Zölle abschlössen, wäre eine unerhörte Steigerung der direkten Steuern die notwendige und unvermeidliche Folge.

Daß die Sozialdemokraten gegen all und jeden Schutzzoll sind, ist bekannt. Ich komme darauf noch zurück. Hier möchte ich nur einige Aussprüche Molkenbuhrs festnageln. „Man hat nur die Interessenten gehört, die etwas haben wollen, nicht auch die, die zahlen sollen. — Man bewilligt sich gegenseitig Geschenke aus den Taschen der Arbeiter" —

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Sie rufen sehr richtig? Essen denn die Arbeiter allein Brot? —

„Man spricht von einem Schutzzoll — einen Raubzoll meint man!"

M. H.! Ich hätte Sie nicht mit diesen verhetzenden Aeußerungen aufgehalten, wenn mir nicht daran gelegen wäre, einen weit über die Sozialdemokratie hinaus verbreiteten Irrtum zu beseitigen, der sich etwa in die Worte zusammenfassen läßt: Der Schutzzoll begünstigt den Produzenten zum Schaden des Konsumenten. Das Irrige dieses Satzes beruht in einer ganz willkürlichen theoretischen Scheidung der Bevölkerung in einen produzierenden und einen konsumierenden Teil — eine Scheidung, die der Wirklichkeit nicht entspricht. Thatsächlich sind wir allesamt, bis auf einen Bruchteil der Bevölkerung, die Beamten, Rentner u. a., wirtschaftlich zugleich Produzenten und Konsumenten. Auch der Arbeiter, ja er in erster Linie, produziert; und es kann ihm daher durchaus nicht gleichgiltig sein, welche Preise die erzeugten Produkte erzielen. (Zu den Sozialdemokraten): Wie können Sie denn verlangen, daß man Ihnen höhere Löhne zahlt, wenn die Preise der Waren sinken? — — Nun? — Warum schreien Sie denn jetzt nicht „sehr richtig"? Jetzt wärs Zeit!

(Heiterkeit.)

M. H.! Der Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber dem Schutzzollsystem im allgemeinen und dem Tarifgesetze im besondern bedarf einer kurzen Beleuchtung, schon um zu zeigen, zu welchen gradezu abenteuerlichen und absurden Behauptungen sich diese Art von Politikern versteigt. Ich verweise Sie zunächst auf die Resolution des Lübecker Sozialistentages, deren Verfasser ich an dem fanatischen Stile zu erkennen glaube (Redner verliest die Resolution) und im Anschluß daran sollen Sie nun hören, wie Bebel sich im Reichstag über das Tarifgesetz und seine Folgen äußert. — Bebel ist, wie Sie wissen, ein sehr gewandter, aber zugleich sehr fanatischer Redner und leidet nebenher heftig an einem krankhaften Drange der Weissagung.

(Heiterkeit.)

Nun wollen wir ihn weissagen hören.

„Wenn dieser Tarif-Entwurf Gesetz wird (sagt Bebel), wird folgendes eintreten:" — Sie sehen, der Mann ist sich seiner Sache auffällig gewiß! —

„Der Abschluß von Handelsverträgen wird entweder ganz unmöglich, oder nur auf ungleich ungünstigerer Grundlage möglich. — Das bedeutet für die Unternehmer und die Arbeiterklasse den denkbar schwersten Schaden. — — Massenbankrotte werden die Folgen sein, aber auch Auswandrung des Kapitals und Errichtung von Konkurrenzfabriken im Auslande."

Das gelobte Land, wohin das Kapital auswandert, ist nach Herrn Bebel Rußland. Also um den Wirkungen des Schutzzolls zu entgehn, wird, meint Herr Bebel, das Kapital in ein Land flüchten, dessen Schutzzoll jetzt $3^1/_2$ mal höher ist, als der unsre!

„Die Folge des Tarifs wird sein" — so wahrsagt Bebel weiter — „Massenarbeitslosigkeit, sinkende Löhne für Millionen, damit sinkende Konsumtionsfähigkeit der Massen. — Das wird einen unendlichen Schaden für alle Gewerbe mit Arbeiterkundschaft herbeiführen. —

Einmal Verschlechterung der Lage der Arbeiter, der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, weitere Zunahmen der Armen-, Kranken- und Invalidenlasten, Vermehrung der Verbrechen, Neubau von Zuchthäusern und Gefängnissen, statt von Fabriken. — Ferner würden herbeigeführt: Vermehrte Aufwendung der Einzelstaaten und Kommunen für Krankenhäuser, Siechenhäuser, Irrenanstalten, Zwangserziehungsanstalten, Gefängnisse, Armen- und Waisenpflege. — Steigende Unzufriedenheit. — Schließlich schwere Schädigung der Landwirtschaft selbst, durch Mangel an Absatz — Was bei diesem allgemeinen Tohuwabohu als letzte Folge dieser neuen Wirtschaftspolitik herauskommen wird, ist, daß nur Einer die Ernte hat, die Sozialdemokratie!"

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie rufen schon wieder „sehr richtig"! Blamieren Sie sich doch nicht noch mehr und warten Sie gefälligst das Ende ab!

So, m. H., weissagt der große Bebel, und es könnte Einem ordentlich graulich zu Mute werden, wüßte man nicht aus Erfahrung, daß Bebels Weissagungen die angenehme Eigenschaft besitzen, nicht in Erfüllung zu gehn.

(Heiterkeit.)

Wir können deshalb wegen der Zukunft um so unbesorgter sein, als wir über die Wirkung hoher Getreidezölle, die Herr Bebel, ich weiß nicht, soll ich sagen: so fürchterlich oder so lächerlich schildert, bereits eine reiche Erfahrung hinter uns haben. Herr Bebel übersieht im Sturm seiner Gefühle völlig, daß ein hoher Getreidezoll gar nichts neues ist. Wir hatten ihn schon einmal vor dem Abschluß der unseligen Caprivischen Handelsverträge, und haben daher betreffs seiner Folgen gar nicht nötig, Bebels Wahrsagekunst auf die Probe zu stellen.

Nun hören Sie, bitte, was Herr Finanzminister v. Rheinbaben sofort gegen Bebel ausführte:

Während der Dauer des hohen 5 Mark-Zolles auf Getreide ist die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen gestiegen, und zwar in der niedrigsten Einkommensteuerstufe weitaus am stärksten (z. T. über 10 v. H.). Und wiederum — das mögen sich die Arbeiter merken! — haben sich die kleinsten Einkommensteuerpflichtigen weitaus am zahlreichsten vermehrt, nicht in den rein landwirtschaftlichen, sondern in den Gebieten mit starker Industrie!

Hören Sie weiter: Nach den statistischen Angaben des Handelsministers Möller betrug der Durchschnittslohn der Bergleute im Jahre 1878, also vor den Schutzzöllen, 670 Mark und stieg während der Dauer der Schutzzölle bis zum Jahre 1900 auf das Doppelte, nämlich auf 1350 Mark. Was sagen die Herren Sozialdemokraten nun? — Jetzt sagen sie gar nichts!

(Heiterkeit.)

— Doch da sind wir schon mitten in einem neuen Kapitel. Denn selbstverständlich hat der Einfluß der Agrarzölle auf die Lage der Industrie-Arbeiter in den Verhandlungen des Reichstags einen breiten Raum eingenommen.

Rasch fertig mit der Sache ist der Abg. Molkenbuhr: Den Schutzzoll bezahlt der Arbeiter! Vergeblich fragt man, wie dieser mäßige Bruchteil des Deutschen Volkes dazu kommen

sollte. Also: Der Arbeiter muß zahlen — oder hungern, und dadurch sinkt seine Arbeitsleistung.

Herr Gotheim sekundiert ihm mit einem seiner geistvollen Aussprüche, deren Wahrheit umso fester steht, als sie noch nie ein Mensch bezweifelt hat. „Der bestgenährte Arbeiter — sagt er — liefert die beste und relativ billigste Arbeit."

Herr Bebel gefällt sich in ebenso großartig angelegten als problematischen Berechnungen, wie groß die Summe ist, die der Staat durch die Agrarzölle, unter Zuzählung der „Liebesgaben" usw. usw. der Landwirtschaft alljährlich, „aus der Tasche der Arbeiter" natürlich, in den Schoß wirft — nebenbei auf etwa eine Milliarde, die er geschmackvoll als Wucher-Milliarde bezeichnet. Er hat die Güte, anzuerkennen, daß Staat und Gesellschaft auch Einiges für die Arbeiter thun; aber das hält den Vergleich mit der Wucher-Milliarde nicht aus, schon deshalb nicht, weil er den größten Posten, den das Land Jahr aus Jahr ein an die Industrie und ihre Arbeiter zahlt, einfach übersieht. Darauf möchte ich mit einigen Worten zu sprechen kommen; denn es handelt sich dabei um einen der wichtigsten Punkte in unserm gesamten nationalen Wirtschaftsleben.

M. H.! Es ist Ihnen sattsam bekannt, daß die Städte allein auch nicht annähernd imstande sind, den jahraus jahrein steigenden Bedarf der Industrie an frischen Arbeitskräften zu genügen. Wie für die Armee, so liefert auch für das gewaltige Arbeiterheer das flache Land die besten und relativ zahlreichsten Rekruten. Das war immer so und muß so sein: Die kinderreiche Landbevölkerung giebt ihren Ueberschuß an die kinderärmern Städte ab. Aber dieser an sich naturgemäße Abstrom hat zufolge der Notlage der Landwirtschaft einerseits, des Aufblühens der Industrie andrerseits krankhafte Formen angenommen, er ist, um mit Graf Posadowsky zu sprechen, gradezu „deichbruchartig" erfolgt.

Was bedeutet das nun volkswirtschaftlich?

Nun, m. H., Kinder und Säuglinge ziehn ebenso wenig nach der Stadt, als müde, arbeitsunfähige Greise. Die Abziehenden sind kräftige, arbeitsrüstige junge Burschen und Männer! D. h. das flache Land ernährt, erzieht, unterrichtet auf seine Kosten jährlich ungezählte Tausende arbeitsfähiger Männer, schickt ihnen, wenn sie dienen, die Spargroschen in die Garnison, stattet sie aus — und wenn sie soweit sind, Arbeit zu leisten, dann gehn sie in die Stadt, und alles, was die ländliche Heimat an sie gewandt hat, geht ihr verloren. Mehr noch: Die meisten gehn nicht mit leeren Taschen. Sie tragen mit sich fort, was die Eltern für sie zurücklegten oder was ihnen aus der Erbteilung zufällt. Ihre Arbeitskraft, ihre Kenntnisse, ihre Geld — auf dem Lande ists geschaffen, erworben, erspart; und der Stadt und der Industrie fließt es ohne Ersatz und Entgelt zu! Wer vermag diese Opfer des flachen Landes auch nur annähernd zu berechnen? — Hier sollte Herrn Bebels Arithmetik einsetzen; aber dafür ist sie leider nie zu haben!

(Beifall.)

Herr Molkenbuhr glaubt behaupten zu dürfen, daß die Gewinne der Industrie und Landwirtschaft aus den Schutzzöllen den Arbeitern nicht zugute kommen, daß sie vielmehr einzig in die Tasche der Unternehmer fließen. Die Arbeiter zahlen mehr, aber kriegen nicht mehr. Dies wird, wie ich bereits ausführte, durch die Thatsachen widerlegt, daß während der seitherigen Dauer der Schutzzölle die Löhne erheblich gestiegen sind. Wenn aber Herr Molkenbuhr darauf hinweist, daß bei einem einmaligen erheblichern Mehrgewinn eines einzelnen Unternehmens sich der Lohn nicht in gleicher Weise gesteigert habe, so beweist das gar nichts — wenn nicht das Eine, daß der Herr nicht volkswirtschaftlich denken gelernt hat, er wurde deshalb vom Abg. Spahn mit vollem Rechte rektifiziert.

Abgesehn davon, daß sich die Höhe des Gewinnes überhaupt erst am Ende des Betriebsjahres feststellen läßt, ist eine Erhöhung des Arbeitslohnes auf Grund eines einzigen, vielleicht nur ausnahmsweise guten Jahres überhaupt nicht angängig; es sei denn, daß sich die Arbeiter bei schlechten Jahren auch eine entsprechende Kürzung wollten gefallen lassen. Nur ein größerer Reingewinn von einiger Dauer und Sicherheit gestattet es dem Unternehmer, der die schlechten Jahre durch die guten wettschlagen muß, die Lohntaxen zu erhöhen; und daß er es auch thut, beweist ja grade die eben erwähnte Lohnstatistik des preußischen Handelsministers!

Nun haben ja natürlich auch die stellenweise auftretenden Notstände in Arbeiterkreisen eine Rolle gespielt und die „arme Wittwe" Molkenbuhrs, die ihr Brot wegen des Getreidezolles 10 Pfg. teurer bezahlen muß, hat weidlich herhalten müssen.

M. H.! Keiner, auch der weisesten Gesetzgebung, wird es je gelingen, Not und Elend gänzlich aus der Welt zu schaffen. Aber Not und Elend giebt es nicht bloß im Arbeiterstande, sondern überall und in allen Ländern. Mit dem Schutzzoll hat es aber nicht das Geringste zu thun. Kaum irgendwo giebt es, wie Abg. Speck richtig hervorhob, solches Elend wie in der Hauptstadt des völlig freihändlerischen England. Und noch Eins: Es besteht bei der Regierung die ausgesprochne Absicht, einen Teil der höhern Zolleinnahmen zum Ausbau unsrer sozialen Gesetzgebung, besonders zu einer erhöhten Fürsorge für Wittwen und Waisen zu verwenden; gewiß ein Akt ausgleichender sozialer Gerechtigkeit, der auch der „armen Wittwe" Molkenbuhrs zu Gute käme.

Alle solche zollgegnerischen Einwände hat man bekanntlich in das agitatorische Schlagwort „Brotwucher" zusammengefaßt und hat es meisterlich verstanden, das gesunde Urteil der Menge damit in die Irre zu führen und eine so leidenschaftliche Erregung gegen das Tarifgesetz zu entflammen.

Mit vollem Rechte schleuderte der Abg. Roesicke (Kaiserslautern) den abscheulichen Vorwurf des Wuchers auf die Gegner des Schutzzolles zurück. Wir verstehn unter Wucherern Menschen, die die Notlage ihrer Mitmenschen zu ihrem eignen Vorteile ausbeuten, welche sie beispielsweise zwingen, das Produkt ihrer Arbeit zu Preisen abzugeben, bei denen sie zu Grunde gehn müssen. Nun, m. H., die deutsche Landwirtschaft ist in einem solchen Notstand, und wenn die Schutzzollgegner ihr das einzige Mittel abzuschneiden versuchen, das ihr der Staat zur Aufbesserung der Preise bietet, in der — nebenbei noch unerwiesenen — Erwartung, das Brot etwas billiger zu bekommen: so sind nicht die Landwirte, sondern die Schutzzollgegner die Wucherer, die den notleidenden Landmann zu ihrem Vorteile auspowern!

Man schreit doch sonst laut genug, ein jeder Arbeiter sei seines Lohnes wert — warum nicht der Landmann? Arbeitet der etwa nicht?

(Beifall.)

Wohl giebt es Brotwucherer; aber sie sind, wie der Abg. Nißler treffend ausführt, wo anders als bei den Bauern zu finden.

„Wenn der Bauersmann, sagt er, nachdem er sich geplagt und viel Schweißtropfen vergossen, die Ernte glücklich bei gutem Wetter nach Hause gebracht hat, muß er zuwarten, wie sein Getreide monatelang unverkäuflich daliegt. Dann kommt Lichtmeß, wo der Dienstbote seinen wohlverdienten Lohn und der Steuerbote Steuern und Umlagen verlangt; es bleibt ihm nichts übrig, als zu niedrigem Preise zu verkaufen. — So geht es Jahre für Jahre. Kommt dann im Mai und Juni das ausländische Getreide, so kostet auf einmal jeder Zentner 1 auch 2 Mark mehr. Woher kommt das? — Das machen die Herren an der Börse: die drücken die Preise, so lange der Bauer Getreide auf dem Boden hat. Hat er verkauft oder verkaufen müssen, dann tritt die Steigerung ein. Das sind die Getreidewucherer, nicht der Bauer, der früh morgens ins Feld geht und sich abmüht bis zum Abend!

Das sagt ein Bauer! Aber freilich, m. H., die Gegner haben den Versuch gemacht, den Bauern, den kleinen und kleinsten Landwirt aus der Getreidezollfrage ganz hinwegzueskamotieren. Die freisinnigen Gothein und Richter — von den Sozialdemokraten ganz abgesehn — erschöpfen sich in Beteuerungen, der kleine Landwirt habe gar kein Interesse am Zoll, er baue nur seinen eignen Bedarf, ja viele müßten Getreide kaufen. Den einzigen Vorteil hätten die Großgrundbesitzer, die Ostelbier, die Junker und wie dergleichen Kosenamen mehr sind. Kurz, da man nicht wohl als Feind der Bauern erscheinen und auftreten will, so versucht man in die Landwirtschaft einen Gegensatz zu schaffen und einen Keil zwischen Groß- und Kleingrundbesitz zu treiben. Die

Bauern selbst sollen gegen ihre Standesgenossen mit mehr als 100 Hektar rebellisch gemacht werden.

Vergebliche Mühe! Derselbe Nißler, ein süddeutscher Bauer mit 30 Hektaren Land, weist Richter und Molkenbuhr gehörig in ihre Schranken: „Sie meinen, wir deutsche Bauern sind dumme Kerle, die sich als Vorspann an den Wagen der Junker spannen lassen? Die Junker brauchen keinen Vorspann!"

M. H.! Die Frage ist mit Rücksicht auf die vorangegangne freisinnig-sozialdemokratische Agitation einer besondern Besprechung wert.

Zunächst mag bemerkt sein, daß es sich nicht ausschließlich um Getreidezölle handelt; auch die übrigen wichtigern Produkte der Landwirtschaft sollen, so weit nötig, geschützt werden; und irgend etwas, das er in Geld umsetzen kann, erzeugt dann doch schließlich jeder, auch der kleinste Bauer.

Des weitern weise ich Sie nochmals auf die vorhin bereits erörterte und erklärte Thatsache hin, daß der Preis des Getreides, d. h. des weit überwiegenden Hauptproduktes naturgemäß auf alle andern Produkte einwirkt. Sinkt der Getreidepreis, so werden auf die Dauer die Preise der andern Produkte dieser Tendenz folgen.

Aber, abgesehen davon! Wie steht es mit der Getreideproduktion allein?

Deutschland produziert heute noch fünf Sechstel seines ganzen Bedarfs. Und diese ungeheure Menge sollten die Großgrundbesitzer allein produzieren?

Wir haben unter $5^1/_2$ Millionen landwirtschaftlichen Betrieben nicht mehr als $^1/_2$ v. H., d. h. rund 25 000 Grundbesitzer mit mehr als 100 Hektar Bodenfläche, und die von ihnen bebaute Fläche beträgt noch nicht ein Fünftel des gesamten bewirtschafteten Bodens. Selbst in dem berufnen Ostelbien entfallen zwei Drittel des Landes auf Mittel- und Kleingrundbesitz. In Süddeutschland ist der Großgrundbesitz gradezu verschwindend gering.

Ein Kind sieht unter solchen Umständen, daß der größte Teil des Getreidebaues auch heute noch in den Händen des mittlern und kleinen Grundbesitzes liegt.

„Es handelt sich" — sagt Nißler — „nicht allein um den Großgrundbesitz, sondern hauptsächlich um die 80 v. H. mittlere und kleine Bauern. — **Sind Sie denn wirklich blind**, oder machen Sie absichtlich die Augen zu, wenn Sie mit der Bahn durch die deutschen Länder fahren? Sonst müßten Sie doch sehen, daß Dorf an Dorf liegt, und es Tausende von Ortschaften in Deutschland giebt, wo, wenn Sie im Sommer die Fluren ansehen, diese mit Getreide bebaut sind; und Sie müßten sehen, daß dort meist der kleinbäuerliche Besitz vorherrscht!"

(Beifall.)

Und nun zum Schlusse dieses Kapitels noch die letzten Worte dieses wackern, süddeutschen Bauersmannes:

„Ich bin nicht hierhergekommen, um Fabeln und Witze zu machen, sondern bin hierhergekommen, die Lage des deutschen Bauernstandes **so darzustellen, wie sie ist!**

(Langanhaltender Beifall.)

(Schluß folgt.)

Zweikampf oder Tödung?

(In der Schreibweise des Verfassers)

In der zu Leipzig erscheinenden Monats-Schrift „Deutscher Burschenschafter" ward von mir, nach geschichtlicher Entwickelung, ausgeführt, was ein ursprünglich allem Zweikampfe zu Grunde liegender Gedanke sei.

Im Rechte redlicher Waffen-Führung erschien unseren germanischen Altvordern jeden freien Mannes höchste Ehre gewährleistet. Durch gegenseitige Zubilligung solches Rechtes: einander in Waffen gegenüber zu treten, stelle man also wechselsam eine geschädigte Ehre in Augen der Welt wiederum her. Nur bei solcher Auffaßung, sowie in Beachtung der hieraus sich ergebenden Folgen, darf man dem Zweikampfe in einem, auf sittlicher Grundlage erwachsenem und ruhendem Rechts-State heute noch bedingten — und sogar genehmen Daseins-Anspruch zuerkennen.

Beide bedingende Umstände sind aber, für solches Gutheißen alles und jedes Zweikampfes, also einmal die **Möglichkeit** eines **Reinigens** befleckter Ehre — und dann wirkliche **Absicht** hierzu. Gegen beide Bedingnisse wird haüfig genug verstoßen.

Niemandem dürfte in Sinn kommen, einen Dieb oder Raüber zum Zweikampfe heraus zu fordern; und doch wird mancher Einbruchs-Diebstahl in unerschrockenster, nahezu heldenmütiger Weise ausgeführt. Oder stünde nicht ein kühner Raüber über dem feigen Schurken, der etwa seines Gastfreundes Gattin verführt? der um niedrigstem Sinnen-Kitzel zu fröhnen das Glück aller Glieder einer Sippe zerstört, Eltern- wie Kindes- und Gatten-Liebe vernichtet? Und solchen verächtlichen, nicht Anspeiens werten Menschen läßt ein Ehren-Mann hinter drein gar noch fordern! Will er mit eigener Lebens-Gefährdung einem Schurken dessen verwirkte Ehre zurück erkämpfen?

Unsere gesunkene Gesellschaft ist so schlaff, daß verworfene Stücke, unter behördlichem Schutze, über die Bühne gehen dürfen, worin vor beiden Geschlechtern, vor Jung und Alt, der Ehebruch gefeiert wird. Wäre unser Volk, das seine beste Spannkraft im Hurra-Schwindel verbraucht, noch ernstes sittliches Zornes fähig, dann würde nicht nur jenem Bühnen-Unfuge strenger Einhalt geboten, sondern auch gebieterisch im Reichstage eine Aenderung unseres Straf-Gesetzbuches gefordert.

Beiden am Ehebruche Beteiligten gebürt hartes Gefängnis. Einem Anwärter darauf stelle sich aber Niemand fürder zum Zweikampfe. Gewisse unkeusche Handlungen werden heute ohne Antrag vom State verfolget und weit schwerer gebüßt denn Ehebruch.

So lange nun aber hierin noch kein gesetzlicher Wandel geschafft wäre, müßen Ehren-Gerichte ergänzend walten und Abhülfe leihen. Ihnen läge ob, offenkundig belastete Ehebrecher für Genugtuungs **unfähig** zu erklären, und somit beabsichtigtem Zweikampfe vorzubeugen.

Ferner hätte ein Ehren-Gericht bei genehmigtem Zweikampfe die Bedingungen zu prüfen, und selbige nötiges Falles zu berichtigen. Zunächst ist, wann irgend nach körperlichen und sonstigen Verhältnissen angängig, eine Forderung auf blanke Waffen in die Wege zu leiten. Bei dennoch erkorenem Schießen muß das Ehren-Gericht durch Zeugen vertreten sein, um unter Umständen auch Einhalt bezüglich der Zeit gebieten zu können. Falls z. B. nach mehrmaligem Kugelwechsel sogar die Zeugen erklären: Beleidigter Ehre sei Genüge nun getan, so dürften Ungehorsame doch nicht mehr unters Gesetz über Zweikampf gestellet werden, sondern wären bei unglücklichem Ausgange wegen geplanter **Tödung** abzuurteilen.

Ich bin kein Widersacher ritterliches Zweikampfes innerhalb vernunftsamer, im Wesen wurzelnder und mit allem Adel der Gesinnung vereinbarer Grenzen. Vorgänge wie jüngstens zu Gumbinnen, Jena, Springe können nur grundsätzlicher Verdammung alles und jedes Zweikampfes zu Paße kommen. Zu Gumbinnen und Springe dürfte überhaupt nicht gefordert, beziehentlich eine solche Uebereilung nicht genehmiget sein; zu Jena lag, nach zweimaligem Kugelwechsel, eine Absicht zu Tage, die nicht nur von der Kirche sondern überhaupt von bürgerlicher Gesellschaft geahndet werden müßte — eben im Sinne obiger Hinweise.

Ausartung schadet jeglicher Sache. Zu befürchten stehet, daß auch wirklich gebotene Zweikämpfe — die in mancher Lage geradezu eine woltätige Ergänzung bürgerlicher und strafrechtlicher Ordnungen sein können, reinigendem Gewitter vergleichbar — daß auch solche stärker jetzo behelliget würden. Vollends verfehlt wäre aber, falls mancher Seits eine amtsherrische (bürokratische) Schärfe wiederum hervor gekehrt würde, nun auch gegen unsere, erziehsam so günstig wirkenden Bestimmungs-Meßungen. —

In früheren Jahrzehenden wollte übeler Wille einzelner Amtsherrscher öfters einen wesenhaften Unterschied nicht sehen und anerkennen, zwischen „Ausforderung" und „Meßung" (mensura). Nachdem jedoch unser so klarsichtiger Kaiser auf Ostern 1891 zu Bonn sich so kräftig und triftig für akademische Meßungen ausgesprochen, und sagte daß deren Gegner von der

Sache überhaupt Nichts verstünden, sollte man kaum vermuten, daß Obrigkeiten im Reiche sich mit hoher Willens-Äußerung in Widerspruch setzen möchten.

Bei Bestimmungs-Meßungen fehlt einmal jede strafgesetzliche Feindseligkeit, alle strafbare Absicht: der dolus, ein gehäßiges Abziel. Das übersahen hohe Richter; dann aber wollten sie uralter Mahnung: volenti non fit injuria, Wollendem geschiehet kein Unrecht, auch in harmlosem Brauche nicht Raum geben.

Nicht nur jene „Meßungen" akademischer Jugend im Führen der Waffen, die ein vorzügliches Erziehungs-Mittel sind, in aller Gewogenheit, ja Freundschaft der Parteien, müßten selbstredend öffentlich statthaft sein — ebenwol solche Forderungen, die ein Ehren-Gericht genehmiget hat. —

Gegenwärtiges Verhältnis ist geradezu unsittlich: etwas ist zugleich geboten und verboten; ein Diener statlicher Rechts-Pflege ficht selber, und verurteilt hinter drein Andere — um dann wiederum auch zu fechten. Hierbei dürfte sogar ein Fürsprecher und Anwalt redliches Zweikampfes dessen gänzliche Preisgabe in Erwägung ziehen.

H. von Pfister-Schwaighusen.

Die politischen Zustände in Oesterreich.

4.

Die wirtschaftliche, und später auch die politische Trennung Oesterreichs von Ungarn ist die erste Bedingung zur wirtschaftlichen und politischen Gesundung Oesterreichs. Die wirtschaftliche Trennung allein, ohne der politischen würde aber die Gesundung kaum herbeiführen; die politische Trennung ist ebenso notwendig, wie die wirtschaftliche. Allerdings müßte die politische Trennung auch eine vollständige sein, und dürfte sich nicht auf die Personal-Union beschränken. Es müßten eben alle gemeinsamen Angelegenheiten aufhören; selbst die Armee und die gemeinsame Vertretung nach Außen müßte in eine österreichische und in eine ungarische, welche jede eine von der andern vollständig unabhängig zu sein hätte, geteilt werden.

Die Wege zur Teilung der Armee bereiten sich übrigens jetzt schon vor: Hat ja doch der Landesverteidigungsminister Baron Fejervary erst unlängst gelegentlich der Beantwortung einer Interpellation im ungarischen Finanz-Ausschuß erklärt, daß die gemeinsamen technischen und Artillerie-Truppen stets durch Ungarn ergänzt werden, daß dagegen solche Offiziere, die nicht madjarisch können, in die ungarische Landwehr nicht übernommen, und daß von den Offizieren der ungarischen Landwehr, selbst von den höhern Offizieren, die Kenntnis der deutschen Sprache nicht verlangt wird.

Allerdings: für die nächste Zukunft, nämlich für so lange, als noch zwei treue und gütige Augen über beide Staaten wachen, kann davon keine Rede sein, und könnte höchstens die Personal-Union eingeführt werden; sobald aber der schmerzliche Moment eintreten, und sich diese beiden väterlichen Augen für immer geschlossen haben werden, dann müßte auch die Personal-Union fallen, d. h. die vollständige Trennung in zwei ganz selbständige, von einander in jeder Beziehung unabhängige Staaten durchgeführt werden. Erst dann könnte Oesterreich sich selbst wiedergegeben sein; Oesterreich könnte dann seine eignen Interessen, die denen Ungarns, wie gesagt, grade entgegengesetzt sind, verfolgen und wahren, ohne bei jeder Gelegenheit die ewigen Rücksichten auf Ungarn nehmen zu müssen, Rücksichten, die Oesterreich oft und oft zwangen, in vielen Fällen bewußt gegen sein eignes Interesse zu handeln. Oesterreich würde dann, befreit von den nun schon mehr als dreißigjährigen Fesseln, in die es der unselige Dualismus geschlagen, aufblühen und gedeihen; Oesterreich könnte dann, für sich allein, wieder zu wirklich verfassungsmäßigen Zuständen gelangen; denn das jetzige System, die jetzige Verfassung, das jetzige Abgeordnetenhaus usw. — das alles ist ja doch nur eine scheinkonstitutionelle Komödie.

Die wirtschaftliche und politische Trennung würde aber für beide Staaten vom größten Vorteil sein; sie würde keineswegs die, von den österreichischen und ungarischen Vertretern der Groß-Industrie, des Großhandels, der Bankenwirtschaft, der Hochfinanz, der Börsenjobber, überhaupt des Judenliberalismus vorhergesagten Katastrophen herbeiführen. Im Gegenteil, Ungarn würde auch in Zukunft seinen Bedarf an Industrie-Erzeugnissen, soweit ihn die aufstrebende ungarische Industrie nicht selbst deckt, von dort beziehn, von wo es sie am besten und billigsten erhält, also zuerst von Oesterreich; und Oesterreich würde das von ihm gebrauchte Getreide, Mehl, Vieh, Wein usw. nicht aus Amerika oder China holen, sondern von dort, wo es diese Artikel leicht und preiswürdig erhält, also von Ungarn; und wenn auch gegenseitig würden gewisse Zölle erhoben werden, so könnten sie doch niemals zu hoch sein, weil es ja jeder Staat dann in der Hand hätte, durch Repressivmaßnahmen auf die Zollgesetzgebung des andern Staates einzuwirken; ja diese Zölle würden sich im Vertragswege sehr leicht feststellen lassen und beide Staaten würden diese Zölle gewiß vertragen. Ungarn könnte die etwa für österreichische Industrie-Artikel einzuhebenden Zölle nicht zu hoch halten, weil es Oesterreich in der Hand hätte, auch die Erzeugnisse der ungarischen Landwirtschaft mit den entsprechenden Zöllen zu belegen.

Gegen den Willen Oesterreichs kann mit Rücksicht auf die geographische Lage, kein ungarisches Stück Vieh nach Italien, der Schweiz oder Frankreich kommen. Also ein gar so großer Jammer, wie ihn die österreichischen Vertreter der Groß-Industrie in den verschiednen industriellen und gewerblichen Vereinen zum Ausdruck bringen, würde durch die Bezahlung eines gewissen Zolles an der ungarischen Grenze für die österreichische Industrie nicht hereinbrechen, und dies umso weniger, als selbst der Verlust eines Teils des Absatzes nach Ungarn ersetzt werden würde durch den Absatz auf dem Balkangebiete und im Orient überhaupt, den Oesterreich durch sein Verhältnis zu Ungarn vollständig verloren hat.

Dieses Bestreben der offiziellen und Regierungskreise und aller jener, die damit zusammenhängen — in Oesterreich und in Ungarn —, die Folgen, welche allein die wirtschaftliche Trennung (von der politischen gar nicht zu reden) für beide Staaten mit sich brächte, recht schrecklich auszumalen, ist übrigens sehr bezeichnend. Gradezu Katastrophen werden prophezeit; ja nach dem Ausspruch dieser Leute werden beide Staaten ganz und gar zu Grunde gehn und, wenn es möglich wäre, von der Erde verschwinden, falls ein Zoll- und Handelsbündnis nicht zustande komme, oder falls „der Ausgleich" nicht finalisiert, oder gar die Trennung beider Staaten von einander eintreten würde!

Aber am bezeichnendsten ist es, daß die österreichischen Offiziösen behaupten, Oesterreich würde die Katastrophe leichter überstehn; aber Ungarn, das würde viel mehr zu leiden haben, für Ungarn würde der größte Schaden erwachsen, Ungarn würde ruiniert und müßte zu Grunde gehn; während wieder die ungarischen Offiziösen behaupten, Ungarn würde zwar gewiß geschädigt, aber den viel größern Schaden würde Oesterreich erleiden, Oesterreich würde einfach industriell und wirtschaftlich dem vollständigen Ruine verfallen. Hat ja doch der ungarische Ministerpräsident Széll erst unlängst in einer Rede erklärt, daß der wirtschaftliche Bruch Ungarn zwar empfindliche, aber gewiß nur rasch vorübergehende Schwierigkeiten bereiten, Oesterreich dagegen einen viel größern und bleibenden Schaden verursachen würde! — Ist das nicht höchst sonderbar? Wer hat nun Recht, die österreichischen oder die ungarischen Offiziellen?

Das Ganze macht den Eindruck der Unaufrichtigkeit, und zeigt von dem, bei den beiderseitigen Offiziellen bestehenden Wunsche, die wirtschaftliche Einheit aufrecht zu erhalten unter der Bedingung, daß der andre Teil nachgebe und Konzessionen mache. Da aber Ungarn und die ungarische Regierung wiederholt und auf das Bestimmteste erklärt haben, an dem auf Grund des § 14 bestehenden Ausgleiche ohne volle Kompensation

nicht die *geringste Abänderung* vornehmen zu lassen, und andrerseits in Oesterreich fast alle politischen Parteien einstimmig erklärten, dieser Ausgleich sei für Oesterreich *absolut unannehmbar* — so folgt daraus, daß dieser Ausgleich *parlamentarisch* eben nicht zustande kommen kann und wird, also die Trennung *eintreten muß*. Für Oesterreich wäre dies die Befreiung von einem schweren Alp, die Erlösung aus den starren Fesseln des *Dualismus* und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Bis dahin ist allerdings noch ziemlich weit. Vorläufig ist aber die politische Lage Oesterreichs die denkbar ungünstigste. Wohin man blickt, überall, auf allen Gebieten herrschen Hader, Streit, Zerfahrenheit und besonders *allgemeine Unzufriedenheit*, und in jüngster Zeit traten noch manche Erscheinungen hinzu, die *nur mit bangen Sorgen in die Zukunft blicken lassen*. Alle Verhältnisse sind bis aufs Aeußerste gespannt, nirgends ein Ausblick auf Besserung, nur die Börse jubiliert und haussiert — das ist gewiß sehr bezeichnend! Hat doch sogar der Ministerpräsident sich veranlaßt gesehen, durch eine Rede, die wie ein Blitz aus heiterm Himmel die Situation beleuchtete, mit der *Sistierung der Verfassung zu drohen!*

Die parlamentarische Maschine ist eben wieder nahe daran, vollständig ins Stocken zu geraten. Zum wievielten Male? Die Regierung und alle Offiziösen und Offiziellen bieten alles auf, das Parlament wieder auf seinen richtigen Weg zu führen, und arbeitsfähig zu machen, aber alles ist eigentlich vergebens. Das Haus verhandelte lange über Dringlichkeits-Anträge, die durchaus nicht dringend waren, und vergeudete die Zeit. Vom 17. Oktober, dem Tage der Eröffnung, bis zum Ende des Jahres wurde nichts wesentliches geleistet. Es sollte zwar das Budget für 1902 und die frühern Jahre erledigt werden, aber es wurde mit Mühe und Not ein Budgetprovisorium auf drei Monate beschlossen.

Auf dem ganzen Staate lastet der Druck dieser Situation und niemand weiß, wie dieser beseitigt werden kann. Von offizieller Seite wird nun geglaubt, daß dieser Druck sofort schwinde, und daß das Parlament wieder aktionsfähig werden würde, sobald eine *ernstliche Verständigung zwischen den Deutschen und den Tschechen* erfolgt, d. h. von einer Verständigung dieser beiden Streitteile erhofft man sich einzig und allein die Erlösung aus den gegenwärtigen Wirren. Deshalb sollen auch demnächst Beratungen zwischen den Führern der Deutschen und Tschechen stattfinden, um eine Verständigung zwischen beiden Volksstämmen herbeizuführen.

Das wievielte Mal ist es doch, daß seit der Aera Taaffe Verhandlungen zwischen den Deutschen und Tschechen *behufs Erzielung eines nationalen Ausgleiches* eingeleitet werden? Sie haben noch nie zum Ziele geführt; und jetzt, wo der nationale Chauvinismus bis zur Siedehitze entflammt ist, jetzt sollen diese Verhandlungen zum Ziele führen? Wo ist der Optimist, der an ein günstiges, allseitig befriedigendes und dauerndes Resultat solcher Verhandlungen im gegenwärtigen Momente glauben kann?

Und wenn selbst das ganz Unwahrscheinliche geschähe, wenn sich Wasser und Feuer mischen sollte, — dann um so schlimmer für die Offiziösen! Dann würden die versöhnten Deutschen und Tschechen *auf keinen Fall* dazu zu haben sein, den Badeni-Bilinskischen Ausgleich anzunehmen, und der „Ausgleich" würde *desto sicherer* abgelehnt. Will das die Regierung?

Man mag also die Sache betrachten, wie man will, — das Eine ist sicher: die *gegenwärtigen Verhältnisse sind unhaltbar*. Angesichts dieser Thatsache schwebt gewiß die Frage auf den Lippen aller Vaterlandsfreunde, *was soll nun aber geschehen?*

Die Antwort ergiebt sich von selbst aus dem Gesagten. Zuerst muß der *Dualismus* beseitigt, und sodann in dem von Ungarn befreiten Oesterreich *die Verfassung geändert* werden. Mit der bestehenden Verfassung geht es auf keinen Fall mehr weiter.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Bei der Ersatzwahl zum böhmischen Landtage im Bezirke Töplitz-Dux-Bilin, die durch die Mandatsniederlegung des Abg. *K. H. Wolf* nötig wurde, bewarb sich dieser ebenfalls wieder. Die Wahl ging am 30. v. M. von statten und hatte folgendes Ergebnis: K. H. Wolf erhielt 2883 Stimmen (bei der allgemeinen Wahl am 8. Oktober 1901: 2272), der liberale Schwarzbach 751 (287), der Sozialdemokrat Seeliger 892 (718), der Tscheche Stumpf 182 (63). Die Wahlbeteiligung stieg demnach von 3387 auf 4723 und die Mehrheit Wolfs sank von 578 auf 521 Stimmen. Trotzdem erscheint das Ergebnis der Wiederwahl Wolfs bemerkenswert!

Die schweifwedelnde Bestie. Auf dem Reichsgründungs-Kommers des Vereins Deutscher Studenten zu Berlin hielt Hof- und Domprediger Ohly die Festrede auf das Deutsche Reich, die im wesentlichen eine Auslegung der Nebenfiguren des Berliner Bismarck-Denkmals war. Der Redner sagte u. a.: „Manchmal will es uns bedünken, als sei die Bestie, die sich am Denkmal unter dem Fuße der Germania duckt, losgelassen und als wüte sie frei und ungehindert in unsrer Mitte. Diesen Eindruck giebt uns nicht blos das ganze Gebahren einer Partei, die den Umsturz auf ihre Fahne geschrieben hat und sich *Arbeiterpartei* nennt, weil sie nach der Pfeife eines Großkapitalisten aus dem Oriente tanzt; wir empfangen ihn nicht minder aus dem praktischen Materialismus, der das Leben beherrscht, aus der dämonischen Gewalt, mit der Gott Mammon sein Zepter schwingt und die Göttin Unsittlichkeit ihre Orgien feiert."

Diese Worte sind den „Genossen" so in die Krone gefahren, daß der „Vorwärts" seine Schimpfregister zieht und Rache in seiner Art nimmt. Der V. D. St. hatte nämlich im Verlaufe des Kommerses telegraphisch dem Reichskanzler gedankt für seine Stellungnahme gegen die Polen. Graf Bülow antwortete ebenfalls telegraphisch und dazu bemerkt der „Vorwärts":

„Graf Bülow hat die Herrcher antelegraphiert und sie zu Mitkämpfern gegen die Polen ernannt. ‚Grade die akademische Jugend ist vornehmlich dazu bestimmt, das schwierigste, aber so dankbare Werk, an welchem wir im Osten arbeiten, auszubauen und zu vollenden.' So telegraphierte Bülow an die deutschen Studenten, die einander wert sind."

Das sozialdemokratische Zentral-Organ wird von den „Akademischen Blättern" aber folgendermaßen abgeführt:

„Wir unsrerseits haben garnichts daran auszusetzen, höchstens am Stil. Den Plural auf r statt n haben wir in unsrer Jugend an der russischen Grenze öfter gehört; die Liebhaber jenes Konsonannten pflegten mit sehr ausdauernden russischen Pferden zu handeln. Wenn ferner der ‚Vorwärts' augenscheinlich sagen will, daß Graf Bülow und die deutschen Studenten einander wert seien, so muß er das anders ausdrücken; wie es da steht, heißt es nur, daß die deutschen Studenten einander wert sind, was wir übrigens nur bestätigen können.

Im ganzen macht uns die Notiz des ‚Vorwärts' daher den Eindruck, als stamme sie von einem (oder einer) der Mitglieder der Sozialdemokratie, von denen ‚Genosse' Heine sagte, sie kämen nur, um den Deutschen ‚in die Stube zu spucken'."

Das werden sich die „Vorwärts"-Juden nicht hinter den Spiegel stecken!

Sozialdemokratie und Religion. Im sozialdemokratischen Vereine zu Gera wurde in der ersten Januar-Sitzung lebhafte Beschwerde darüber geführt, daß zu den Begräbnissen von „Genossen" vielfach Geistliche zugelassen würden und Grabreden hielten, trotzdem die Verstorbnen vor dem Tode ausdrücklich erklärt hätten, daß sie die Begleitung durch einen Geistlichen zum Grabe nicht wünschten. Das liege, wurde gesagt, an den hinterbliebnen Frauen, die die Wünsche der Verstorbnen in dieser Beziehung unbeachtet ließen. Um in Zukunft solche

Klagen zum Schweigen zu bringen, wurde beschlossen, jedem Mitgliede des Vereins ein Formular einzuhändigen, durch das mit Namensunterschrift ausdrücklich erklärt werden soll, die Beteiligung von Geistlichen bei der Beerdigung werde nicht gewünscht. Das Schriftstück soll mit einem öffentlichen Siegel verschlossen im Archive des Vereins aufbewahrt und nach dem Tode des betreffenden Mitgliedes geöffnet dem zuständigen Geistlichen vorgelegt werden. —

Im Parlament der Stadt Berlin stand am 9. Januar ein „Reglement zur Fürsorge-Erziehung" zur Beratung, das das Familien-Oberhaupt verpflichten wollte, den Pflegling „in ernst religiös-sittlichem Sinne" zu erziehen. Die Worte „ernst religiös" wurden von der freisinnig-sozialdemokratischen Mehrheit gestrichen! Dafür wollte „Genosse" Stadthagen den Anstalten Silosch und dem Magdalenenstift keine Pfleglinge mehr zubilligen, da „dort der Aufenthalt bisweilen nachteiliger sei wie sechs Jahre des Herumtreibens auf der Straße." — So hetzt der Jude gegen christliche selbstlose Einrichtungen!

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Bleicherode gehört der Fabrikant Samuel Rothenberg seit 25 Jahren dem Stadtverordneten-Kollegium an, jetzt ist er auch Stadtverordneten-Vorsteher. —

In Hachenburg wurde der Kaufmann Bernhard Bernstein zum Stadtrat gewählt. —

Ludwig Levy, Professor an der Baugewerkschule zu Karlsruhe (Baden), ist seitens des Ministeriums des Innern zum geschäftstechnischen Referenten für Bausachen bei diesem Ministerium im Nebenamte ernannt worden. —

Die jüdische Volksschule zu Witzenhausen wird von der Regierung zum 1. April d. J. aufgehoben.

Die „Kölnische Zeitung", das Organ für „Bildung und Besitz" im Volke Israel, wird antisemitisch — wenigstens im Anzeigenteile, wie folgendes Heiratsgesuch in Nr. 89 u. ff. des Blattes beweist:

„Norddeutscher Graf, alte Familie, 35 Jahre, vermögend, von bestem Ruf und Vorleben, wünscht Heirat mit evangelischer Dame von guter Familie und Erziehung, welche bei heiterm gleichmäßigem Temperament und voller Gesundheit einer ernstern Lebensauffassung nicht unzugänglich ist, und in einer komfortablen, angeregten Häuslichkeit (auch Reisen) ohne konventionelles Geselligkeitstreiben Befriedigung findet. Hübsche blühende Erscheinung und Vermögen erwünscht, jegliche jüdische Abstammung ausgeschlossen. Anfängliche Vermittlung Angehöriger — ev. auch durch Vertrauensmann in angesehener Stellung — unter ausführlicher Angabe aller äußern Verhältnisse angenehm, worauf diesseits ebenso ausführliche Mitteilungen erfolgen. Gewerbsmäßige Vermittler ausgeschlossen."

Was nur das jüdische Lesepublikum der „Kölnischen" gesagt haben wird, als es in seinem Leib- und Weltblatte lesen mußte, daß dieser gräfliche Freier auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege so gar kein Verständnis für die Reize seiner schwarzgelockten Töchter besitzt, die doch meistens â feine Partie sind! Uebrigens wacker von dem Manne, daß er sich nicht — wie leider so viele seiner Standesgenossen — mißbrauchen lassen will als Werkzeug jüdischer Herrschgelüste auf gesellschaftlichem Gebiete!

74 Terraingesellschaften, d. h. Gesellschaften, die sich mit Ankauf und Verkauf von Grund und Boden, sowie Häuserschacher beschäftigen, weist das Berliner Adreßbuch von 1902 auf. — Kein Wunder, wenn es in den Großstädten eine Wohnungsfrage gibt, denn diese Terraingesellschaften sind Pflanzen, die in allen deutschen Großstädten, aber auch nur dort, gedeihn.

Juden als ehrenamtliche Richter. Eine Untersuchung über die Zahl der jüdischen Schöffen und Geschwornen im Deutschen Reiche wurde vor einem Vierteljahr von jüdischer Seite angeregt. Es sollte durch Umfrage festgestellt werden: 1. Ob Juden in der betreffenden Gegend zu den genannten Ehrenämtern herangezogen werden? 2. Ob sich die Praxis in dieser Hinsicht in letzter Zeit, zu gunsten oder zu ungunsten der Juden, geändert hat? Das gesamte Material sollte dann gesichtet und vielleicht schon bei den nächsten Justizberatungen in den Einzellandtagen zur Sprache gebracht werden. — Bis jetzt hat man noch nichts von den Ergebnissen dieser Umfrage und ihrer Verwendung gehört. Schaden könnte ja die jüdische Anregung nichts. Es gäbe nur Gelegenheit, die Herren mit den großen Wunschzetteln wieder einmal heimzuleuchten, wie es im preußischen Landtage im vorigen Jahre durch den Justizminister geschehen ist.

Ueber die Religions-Verhältnisse im Deutschen Reiche läßt sich immer noch kein genaues Bild entwerfen, da die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 noch nicht vollständig vorliegen. Im Reiche gab es 1880 561 612 Juden = 1,2 v. H. der Gesamtbevölkerung, 1890 567 884 Juden = 1,1 v. H. der Gesamtbevölkerung. Für Preußen liegen auch die Zahlen von 1900 vor. Juden gab es in Preußen:

i. J. 1880	= 363 790	Juden	= 1,33	v. H. der Gesamtbev.
„ „ 1885	= 366 575	„	= 1,29	„ „ „ „
„ „ 1890	= 372 059	„	= 1,24	„ „ „ „
„ „ 1895	= 379 716	„	= 1,20	„ „ „ „
„ „ 1900	= 392 322	„	= 1,14	„ „ „ „

Für Berlin haben wir folgende Zahlen:

i. J. 1880	= 53 949	Juden	= 4,81	v. H. der Gesamtbev.
„ „ 1885	= 64 383	„	= 4,89	„ „ „ „
„ „ 1890	= 79 286	„	= 5,02	„ „ „ „
„ „ 1895	= 86 152	„	= 5,0	„ „ „ „
„ „ 1900	= 91 900	„	= 4,88	„ „ „ „

Wenn erst die Zahlen der letzten Zählung vollständig vorliegen, werden wir uns mit den Verschiebungen der Religionsverhältnisse näher beschäftigen. Tzr.

Ein total verjudetes Städtchen scheint Lautenburg in Westpreußen zu sein. Von den sechs Mitgliedern des Magistrats sind zwei, Fabrikbesitzer Neumann und Gerbereibesitzer Ascher, Juden. Unter den achtzehn Stadtverordneten sind nicht weniger als neun Juden. Stadtverordneten-Vorsteher ist natürlich auch ein Jude, der Rentier L. Jacobi, der zugleich auch Vorsteher der jüdischen Gemeinde ist. Außerdem ist Jacobi noch Kreistagsmitglied, Mitglied der Schuldeputation und Mitglied des Kuratoriums der städtischen Volksbibliothek. Schiedsmann ist der jüdische Rechtskonsulent Schey, dem Waisenrat gehört der Gerbereibesitzer Ascher an. — Sag', Juda, was willst Du noch mehr?

Verruchter Bube! Die im 45. Jahrgange erscheinende „Berner Volkszeitung" (Buchsi-Zeitung) bringt an der Spitze ihrer Nr. 5 vom 15. v. M. folgende Strophen:

Ein freies Wort durchzuckt die Welt,
Das wie ein Blitz herniederfällt
In Englands Mördergruben;
In allen Herzen tönt es fort,
Das freie deutsche Manneswort
Von Chamberlain dem Buben.

„Verruchter Bube" — hei, das gellt;
Die alte und die neue Welt
Hat dieses Wort verstanden;
„Verruchter Bube" — das ist Deutsch,
Das saust wie eine Hundepeitsch'
Durch Kitchener's Räuberbanden.

Wir haben schüchtern abgeschwenkt,
Der sagte, was die Menschheit denkt
Vom Diplomatenschwindel;
Der nahm kein Blatt vor seinen Mund,
Der sagt die Wahrheit voll und rund
Dem Raub- und Diebsgesindel.

„Verruchter Bube Chamberlain" —
Das Wort ist wahr und bleibt besteh'n
Dereinst im Weltgerichte;
Du freier Mann, Du lieber Mann,
Zerbrochen ist der Feigheit Bann —
Dein Wort ist Weltgeschichte.

Jude bleibt Jude. Dr. Leopold Kohn, Rabbiner in Wien, sagte in einer Rede, die er am 30. Juli 1901 in dem Saale der orthodoxen jüdischen Schule zu Preßburg über den Zionismus hielt, u. a.: „Der Jude wird sich nie assimilieren können; er wird niemals die Sitten und Gebräuche andrer Völker annehmen. Der Jude bleibt Jude unter allen Umständen; jede Assimilation ist nur eine rein äußerliche!"

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September des vorigen Jahres — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts" sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts"

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts" beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R. — Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R. — Friedrich Raab, M. d. R.

Den neuen Lesern

unsers Blattes empfehlen wir die Anschaffung früherer Jahrgänge unsers Blattes, deren Preise erheblich herabgesetzt wurden.

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1889 bis 1895 geb. für je 5 M., ungeb. 3 M.,
alle 7 Jahrgänge zusammen geb. für 30 M., ungeb. 18 M.,
Jahrgänge 1896 und 1897 geb. für je 6 M., ungeb. 4 M.,
Jahrgänge 1898, 1899, 1900 und 1901 geb. für je 7 M., ungeb. 5 M.

frei zugesandt!

Die frühern Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein **Nachschlagewerk von dauerndem Werte.** Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters darauf verweisen, da es nicht thunlich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Deutsch-Soziale Blätter,
Berlin NW 52.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 6. Februar 1902. Nr. 703.

Die Stichwahl im Kreise Schaumburg-Lippe

am 31. Januar hat mit dem Siege des freisinnigen Kandidaten, des Häuserspekulanten Demmig aus Hannover, geendet. Er erhielt 4541 Stimmen, unser Kandidat Graf Reventlow 3445 Stimmen. —

Bei der Hauptwahl fielen auf Graf Reventlow 3016, auf Demmig 3054 und den Sozialdemokraten Reichenbach 1634 Stimmen. Freisinn und Sozialdemokraten verfügten zusammen also über 4688 Stimmen. Demgemäß hat Demmig alle sozialdemokratischen Stimmen bis auf 147 erhalten, von denen eine kleine Anzahl auf Reventlow überging, während der Rest sich der Wahl enthielt. Den größten Teil unsers 429 Stimmen betragenden Zuwachses haben wir durch angestrengte Arbeit in der kurzen Frist zwischen Haupt- und Stichwahl aus den Reserven aufgebracht. — Wenn die Sozialdemokraten, wie es anfangs beabsichtigt schien, Wahlenthaltung proklamiert hätten, so war der Sieg unser, denn der Freisinn hatte seinen letzten Reservejuden schon bei der Hauptwahl herangezogen. — Es klingt daher überaus lächerlich, wenn die freisinnigen Zeitungen sich die bei der Stichwahl abgegebnen roten Hilfsstimmen stolz als Wachstum der Freisinnigen Partei anrechnen.

Die Stimmung der Arbeiterbevölkerung war gegen die freisinnige Partei sehr erregt. Der Abgeordnete Dr. Wiemer hatte von ihnen in öffentlicher Versammlung als von „vaterlandslosen Gesellen" gesprochen. Die gleiche Bezeichnung hatte eine freisinnige Lokalgröße in Stadthagen gebraucht. Nun paßt glücklicherweise diese Bezeichnung durchaus nicht auf einen großen Teil der sozialdemokratischen Wähler in Schaumburg, die nur Verbesserung ihrer Lage durch Stimmabgabe für den Arbeiterkandidaten erstreben. Daher fühlten sich viele Arbeiter schwer beleidigt und der Führer eines Vereins sah sich veranlaßt in einem Flugblatte zur Stimmenthaltung oder zur Wahl Reventlows aufzufordern. Er hat in seinem Wohnorte damit auch Erfolg gehabt, denn wir erhielten dort 30 Stimmen Zuwachs.

Das Gros der Wähler Reichenbachs folgte aber der kurz vor der Stichwahl eingehenden Parole: „Jeder Sozialdemokrat wählt Demmig. Nicht aus Liebe zu diesem Herrn, sondern weil auf diese Weise der Kampf gegen den Brotwucher am wirkungsvollsten geführt wird." —

Ueber den engen Zusammenhang zwischen Freisinn und Judenschaft konnte sich während der Wahl auch der Ungläubigste unterrichten. In Stadthagen ist es allbekannt, daß der Jude Baruch der eigentliche Wahl-Geldgeber ist, ob aus eignen Mitteln oder aus einem besondern Fond, wissen wir nicht. Persönlich hielt er sich vollständig zurück. Die Agitation besorgten die getauften Juden Salberg, Vater und Sohn, in wahrhaft amerikanischer Art. Der Alte ist wohl auch eine Zeit lang drüben gewesen. — Jeden Tag wurde eine neue Wahllüge kolportiert, auf den Straßen umhergetragen und dann von dem Redaktör des „Berliner Tageblattes" Schumacher, der das Wahlbüro leitete, in die Wahlzeitung aufgenommen. — Es ist eine gradezu unglaubliche Schamlosigkeit, wenn die „Freisinnige Zeitung" des Abgeordneten Richter zu behaupten wagt, der Wahlkampf sei von den Antisemiten in schmählichster Weise mit persönlichen Eingriffen usw. geführt worden. Der Gegenbeweis ist leicht durch Vorlegung der beiderseitigen Wahlflugblätter geliefert. In den freisinnigen, vom ersten bis zum letzten, lügenhafte Schmähungen gegen die Person des Grafen Reventlow und seine Helfer; in den antisemitischen Blättern sachliche Gründe und nur beweisbare Behauptungen.

Erst während der kurzen Pause zwischen Haupt- und Stichwahl hatte das Wahlbüro, auf Anregung von Handwerksmeistern aus Hannover, dem Wohnorte Demmigs, dort Zeugenvernehmungen über das Vorleben des Kandidaten veranstaltet. Diese fielen gradezu vernichtend für Demmig aus. Es kam nun darauf an, zu zeigen, welch einen Mann der Freisinn gewagt hatte, den Schaumburger Wählern als Abgeordneten vorzuschlagen. Die nackten Thatsachen wurden gedruckt und als Flugblatt verbreitet. Der Leiter unsers Wahlbüros, Generalsekretär Henningsen, übernahm durch Namensunterschrift die volle Verantwortung. In einer Entgegnung leugnete Demmig alles ab und kündigte an, daß er Klage erheben werde. Gleiches kündigt auch Herr Eugen Richter an. Wir werden die Herren gelegentlich daran erinnern; denn auch uns liegt sehr viel daran, gerichtlich festgestellt zu sehen, wie das wahre Gesicht des Herrn Demmig aussieht. „Handwerkerschinder" oder ein gleichbedeutendes Wort, rief man ihm vor Jahr und Tag einmal in einer Versammlung zu Hannover entgegen. Das Flugblatt bringt aber eine Reihe von Behauptungen, die, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, noch ganz andre Bezeichnungen rechtfertigen würden.

Die Ursachen, daß unsre Partei diesmal noch nicht den Wahlkreis Bückeburg erobern konnte, sind kurz folgende:

Erstens, und hauptsächlich die gemeinsame freisinnige und sozialdemokratische Parole: „Gegen den Brotwucher." Wir halten es nach den Erfahrungen aus dem Wahlkampfe in Bückeburg für taktisch unrichtig, wenn die der Landwirtschaft freundlich gesonnenen Zeitungen fortgesetzt behaupten, das Brotwuchergeschrei sei unwirksam und könne nur auf Dumme Eindruck machen. — Mit dieser Behauptung schläfert man die Abwehr ein, die endlich mit aller höchster Energie aufgenommen werden sollte. Die Lügen und Rechenkunststücke über angebliche Verteurung des Brotbedarfs der einzelnen Familien durch die beabsichtigten Schutzzölle für Getreide, finden bei den kleinen Leuten, besonders aber bei den Frauen nur zu williges Gehör und Glauben. — Daran allein ist die Kandidatur Reventlow gescheitert; das kann man im Wahlkreise von allen einsichtigen Leuten hüben und drüben hören.

Es giebt ein falsches Bild, wenn man aus den Gesamtzahlen die Annahme konstruiert, als ob in den Stimmen für Reventlow die gesamten früher für den Konservativen abgegebnen steckten. Ein Vergleich der gegenwärtigen Einzelergebnisse aus den ländlichen Ortschaften mit den frühern zeigt, daß die konservativen Stimmen vielfach sehr stark zurückgegangen sind. Konservative Kleinbauern, Gewerbetreibende mit etwas Ackerland und ländliche Arbeiter haben aus Furcht vor dem Brotwucher und besonders auf Veranlassung ihrer Frauen freisinnig gestimmt. — Den Ersatz dafür hat unsre sehr eifrige Agitation zumteil aus den früher Wahlsäumigen, zumteil aus den intelligenten Kreisen des Freisinns herausgeholt.

Wir wiederholen, daß es die höchste Zeit ist, aus den Thatsachen zu lernen und den Lügen des Brotwucherschrei-Vereins in geeigneter Form Aufklärungsarbeit entgegenzuwerfen.

Sehr ungünstig für uns wirkten diesmal rein innerpolitische Landesangelegenheiten, die der „Freisinn mit großartiger Un...befangenheit für sich auszuschlachten wußte. Der p. Demmig z. B. befürwortete schlankweg die Aufteilung des fürstlichen Privatbesitzes an Land und Forsten!

Sehr zutreffend sind folgende Angaben, die sich in einem Artikel finden, der der „Deutschen Tageszeitung“ aus dem Wahlkreise zugegangen ist:

„Vor allem besteht im Fürstentum eine tiefe Mißstimmung gegen die Hofkammer, jene Behörde, welcher die Verwaltung des fürstlichen Krongutes obliegt. Diese Behörde hat durch ihr angeblich rücksichtsloses Vorgehen gegen die Bauern bei Ablösung der zahlreich vorhanden gewesenen Gerechtsame fast die gesamte Landbevölkerung gegen sich und gegen die mit ihr identifizierte fürstliche Regierung aufgebracht, und das haben die Redner der Opposition auch weidlich ausgenutzt. Der Ort Steinhude ferner hat für Reventlow 77, für Demmig 297 Stimmen aufgebracht. Der Fürst hatte bislang die Fischereiberechtigung im sogenannten Steinhuder Meer zahlreichen kleinern Leuten verpachtet für insgesamt 3000 M. Jahrespacht. Vor kurzem ist nun die ausschließliche Berechtigung an einen einzelnen Frankfurter Unternehmer für 6000 Mark verpachtet. Viele Steinhuder sind dadurch um ihren lohnenden Verdienst gekommen. Dies hat derartige Erbitterung unter ihnen hervorgerufen, daß sie fast alle stramm oppositionell gewählt haben.“

Was die „Staatsbürger-Zeitung“ in schlecht verhehlter Freude über unsern Mißerfolg ausspintisiert hat, daß nämlich die „Liebermannische Taktik“ dazu führe, daß die im Volke bestehende Abneigung gegen die Konservativen allmählich auch auf die Antisemiten übertragen werde, verdient keine ernsthafte Widerlegung, sondern nur Mitleid.

Die Konservativen in Bückeburg haben uns ehrliche Waffenbrüderschaft geleistet und dafür sind wir ihnen dankbar.

Der Bund der Landwirte besitzt im Fürstentum eine Organisation erst seit dem Tage, als der Graf Reventlow aufgestellt wurde. Er konnte also diesmal wesentliche Hilfe noch nicht leisten. Seine Bereitwilligkeit dazu bewies er durch Entsendung von drei Rednern für die beiden letzten Tage vor der — überraschend kurz angesetzten — Stichwahl. Die Leitung der ganzen Wahl hatte die „Nordmark“ übernommen und mit Geschick und Energie durchgeführt. Der Kandidat, die Abgeordneten der Partei und Hilfsarbeiter aus verschiednen organisierten Verbänden unsrer Partei haben sich zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Die Wahlmittel sind lediglich aus Beiträgen unsrer Parteigenossen im Lande aufgebracht.

Die Stimmung im Ratskeller zu Stadthagen, wo das Deutschsoziale Büro gewesen war, war am Abend des 31. Januar nach Feststellung des Ergebnisses nichts weniger als eine niedergeschlagene. — Der Kandidat, die Abgeordneten, die Wahlhelfer und zahlreiche Gesinnungsgenossen feierten nach der schweren Arbeit der letzten Wochen noch miteinander ein paar schöne weihevolle Stunden. Das Bundeslied „Deutschland über Alles“ erklang in vollen Tönen (die Juden und Judengenossen, die um ihren Demmig saßen, sangen Zotenlieder) und als Graf Reventlow und die Abgeordneten v. Liebermann und Raab fortfuhren, klang ihnen ein hundertstimmiges „Auf Wiedersehn“ nach.

Wir haben im ersten Anlaufe die starke Position des Feindes nicht nehmen können, zumal uns ein andrer Feind in den Rücken fiel. Aber wir haben uns fest davor eingegraben, behaupten das eroberte Terrain und in anderthalb Jahren stürmen wir von neuem.

Berichtigung. Zu der Beilage zu Nummer 701 der „Deutsch-Sozialen Blätter“ vom 23. Januar findet sich mit Bezug auf die Ersatzwahl in Schaumburg-Lippe folgender Satz: „Wir stoßen auch hier, wie bei den letzten Landtagswahlen in Baden auf die Umtriebe des Dr. Giese, der auch hier Leute mit seinen Schmähschriften gegen die Herren Raab und v. Liebermann überschüttet“. Es ist nicht wahr, daß ich während der Ersatzwahl in Schaumburg-Lippe Umtriebe irgendwelcher Art veranstaltet oder Schriften in den Wahlkreis geschickt habe. Meine letzte Sendung an unsre dortigen Vertrauensmänner datiert vom 5. November 1901. W. Giese.

•

Wir bringen gern die obige Berichtigung. Dr. Giese kann diesmal Recht haben. Das Datum seiner letzten Schriftensendungen nach Bückeburg ist uns unbekannt geblieben, vielmehr ist bei uns nur über die Thatsache mehrfach erregte Beschwerde geführt worden, daß man im Wahlkampfe an verschiednen Stellen auf die Schriften Dr. Gieses gestoßen sei. — Seine Thätigkeit gegen unsre Kandidatur in Baden im Oktober v. J. hat Herr Giese nicht in Abrede gestellt. Daher war unsre „Kombination“ erklärlich und begreiflich.

Partei-Nachrichten.

„Landsturm-Deutsch“ nennt sich die bereits in dritter Auflage erschienene Broschüre, die genau nach dem stenographischen Berichte die Reden des Abg. von Liebermann gegen die Frechheit Joe Chamberlains enthält. Der Verlauf der ganzen Verhandlungen im Reichstage ist genau dargestellt; es sind dazu natürlich auch die Auslassungen des Reichskanzlers ihrem amtlichen Wortlaute nach abgedruckt, ebenso die einiger andrer Abgeordneten. Obwohl dadurch das handliche Büchlein über vierzig Seiten Text bekommen hat, ist der Preis doch besonders niedrig gehalten, nämlich 10 Pfg. für das Stück. Es eignet sich infolgedessen ganz ausgezeichnet zu einer Massenverbreitung, zumal bei größern Bezügen der Preis sich noch erniedrigt (50 Stück = 4 Mark, 100 Stück = 7 Mark).

Ueberall, wo Versammlungen oder sonstige Veranstaltungen für die Buren stattfinden, sollte die Broschüre jedem Teilnehmer entweder kostenlos ausgehändigt oder doch zum Kauf angeboten werden. Zu beziehn ist sie von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 26, I, Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Freitag, den 7. Februar, Abends 9 Uhr im „Eldorado“ Vortrag des Herrn Karl Tänzler über die antisemitische Bewegung in Leipzig und die Stellung der Deutschsozialen bei der nächsten Reichstagswahl.

Verband Westmark. Am Donnerstag, den 23. Januar, sprach Herr Amtsrichter Hoffmann (Gelsenkirchen) in der Ortsgruppe Bochum vor Mitgliedern und geladnen Gästen über „die Judenfrage als Rassenfrage.“ Er hatte seinem Vortrage im wesentlichen die Worte von Graf Gobineau und H. St. Chamberlain zu Grunde gelegt. Der Vortrag erregte lebhaftes Interesse und gewann der „Westmark“ einige neue Mitglieder.

Der Mitgliederstand beträgt jetzt 600. —

Der Verbandssekretär hielt sich vom 9. bis 31. Januar zwecks Unterstützung der Wahlarbeit im Wahlkreise Schaumburg-Lippe auf. Dadurch sind die laufenden Geschäfte etwas in Rückstand gekommen. Im Februar soll alles nachgeholt und die Werbearbeit wieder kräftig in Angriff genommen werden.

Braunschweig. Die Jahres-Hauptversammlung des Deutschsozialen Vereins war recht zahlreich besucht. Nachdem Herr Parteisekretär Kemper Bericht über seine Thätigkeit in Schaumburg-Lippe erstattet hatte, gab der Vorsitzende, Herr B. Walterscheid, den Jahresbericht. Dieser sowohl als auch der Kassenbericht des Herrn H. Schumacher wurden befriedigend zur Kenntnis genommen. Die Vorstandsposten verblieben den bisherigen Mitglieder mit einer einzigen Ausnahme, während neu beschlossen wurde, den Vorstand durch Zuwahl von je einem Vertrauensmann aus den 22 Amtsgerichtsbezirken des Herzogtums zu ergänzen. —

Weil am 7. d. M. bei Mowitt (Hagenmarkt 3) eine Distrikts-Versammlung stattfindet, fällt die Mitglieder-Versammlung bei Brünnig aus.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokale „Burghof“;

in **Erfurt** jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in **Frankfurt** (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in **Freiburg** (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in **Goslar** jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in **Halberstadt** jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in **Halle** (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in **Hannover** (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in **Kassel** jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in **Krefeld** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in **Kuxhaven** jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in **Mannheim** jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in **Münster** (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;
in **Nordhausen** am 7. im „Frauenberger Kloster“;
am 14. im „Schwarzen Walfisch;
in **Weimar** jeden Dienstag im „Sächs. Hof“.

*

Aus der Reformpartei. Herr O. H. Böckler hat seinen Posten als Schriftleiter an der „Staatsb.-Ztg.“ aufgegeben und seinen Wohnsitz nach Wien verlegt.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Der Hausierer Gabriel Ultmann aus Boskowitz hat gelegentlich eines Geschäftsganges im freien Felde an einem jungen Christenmädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt, das das Landesgericht zu Brünn mit drei Monate durch Fasten verschärfte Zuchthausstrafe ahndete. —

Der Verschleppung von jungen Mädchen ins Ausland wurde der aus Galizien stammende „Handelsmann“ Abter Scholim vom Erkenntnisgerichte zu Wien für schuldig erkannt und zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. —

An einem elfjährigen Kinde vergriff sich der Viehtreiber Nathan Kohn aus Galizien in einem Gasthause zu Würzburg. Er muß dafür neun Monate sitzen.

Als Schnorrer schlägt sich Heinrich Pinkus aus Bromberg durch die Welt und als er auf seinen Fahrten nach Karlsbad kam, lud man ihn freundlichst ein, sich zehn Tage lang die österreichischen Arrest-Einrichtungen von innen zu besehen. Danach will ihn sogar die löbliche Behörde kostenlos wieder über die Grenze befördern lassen. Und damit er auch den richtigen Weg findet, bekommt er als Führer einen Sicherheitswachmann.

Ein netter Bruder! Der Pferdekommissionär Arnim Bruder zu Ofenpest, der von der englischen Regierung mit der Lieferung von Pferden für Transvaal betraut war, übernahm von ungarischen Pferdehändlern kommissionsweise Pferde im Werte von 200 000 Kronen, darunter auch solche von seinem Bruder, und lieferte sie an die englische Regierung ab. Mitte Dezember begab er sich nach London, um das Geld von dem dortigen Kriegsamte zu beheben. Seither war er verschollen. Nunmehr traf von ihm eine Depesche aus New-York ein, in der er einem Bekannten mitteilt, daß er glücklich in Amerika gelandet sei.

Unschädlich gemachte Halsabschneider. Nach zweitägiger Verhandlung wurde der Heirats- und Geldvermittler Aaron Roteles vom Schwurgericht zu Olmütz wegen einer Reihe von Betrügereien, die er in Wien, Ofenpest, Brünn und zuletzt in der mährischen Hauptstadt verübte, zu einer Zuchthausstrafe von sieben Jahren, verschärft durch je einen Fasttag im Monat verurteilt. — Roteles war ursprünglich Dienstmann in Wien, entwickelte sich nach und nach zum gefürchteten Offizierswucherer. Als solcher spielte er in Wien förmlich eine Rolle; verfiel aber allmählich immer häufiger dem Strafrichter, was ihn bewog, Wien den Rücken zu kehren. Jetzt ist er endlich auf längere Zeit unschädlich gemacht. —

Vor dem Strafgerichte zu Przemysl (Galizien) standen dieser Tage Maier Wohl, Jakob Schimmel und David Stern, unter der Beschuldigung des gewerbsmäßigen Wuchers. Nach der Anklageschrift hat diese Wucherbande die jüngern Offiziere des 10. Armeekorps als Opfer auserkoren und sie in der rücksichtslosesten und grausamsten Weise ausgebeutet. Die Untersuchung hat eine ganze Reihe der schauerlichsten Thatsachen in dieser Beziehung aufgedeckt; es wurden viele Offiziere durch das unmenschliche Treiben dieser Wucherer zum Abschied gezwungen und manche sogar in den Tod getrieben. Da nur ein Fall zur Anklage stand, waren die Strafen gering. Maier Wohl erhielt zwei Monate strengen Arrest und 600 Kronen Geldstrafe, Jakob Schimmel drei Wochen strengen Arrest und 100 Kronen Geldstrafe und David Stern vier Monate strengen Arrest und 1600 Kronen Geldstrafe.

Beim Ausgeben falscher Banknoten faßte man in der Newyorker Staatsbank den „Deutschen“ Jakob Stern ab. Der Schwindler wollte das Falschgeld gefunden haben.

Doch noch gefunden wurde der Kaufmann Friedrich Friedländer, der als Leiter der Filiale der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu Krajowa (Rumänien) im März v. J. ungefähr 80000 Mark unterschlagen hatte. In Wien Mariahilf, Aegydigasse 8, ist er als Friedrich Albertoni, Sprachlehrer, nun gefunden und verhaftet worden

Die politische Kampfesweise der sozialdemokratischen Juden beleuchtet ausgezeichnet die Thatsache, daß nacheinander die Schriftleiter des sozialdemokratischen „Handlungsgehilfenblattes“ zu Berlin wegen Beleidigung zu 50 und 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Es handelt sich um die „Genossen“ J. Kaliski und M. Josephsohn, die in ihrem fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Blättlein den Obmann der Deutschnationalen Handlungsgehilfen Berlins, Herrn Viktor Blobel, wiederholt persönlich angegriffen hatten.

Steckbrief. Gegen den flüchtigen Agenten Oswald Donnerstag früher zu Beuthen (Oberschlesien), geboren am 25. Februar 1858 zu Ratibor, Sohn von Oswald Donnerstag und Elise Rossjie, ist die Untersuchungshaft wegen Urkundenfälschung und Betruges verhängt.

Der Erste Staatsanwalt zu Breslau ersucht, ihn zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht muß Leopold genann Jakob Feidusch, geb. am 27. Dezember 1879 zu Strehlen, letzter Aufenthaltsort im Deutschen Reiche Strehlen (Schlesien) 160 Mark Geldstrafe zahlen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

dem Justizrat Maximilian Kempner zu Berlin und dem Bankier J. F. Goldschmidt zu Berlin der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Professor Dr. Laqueur zu Straßburg (Elsaß) der Rote Adlerorden dritter Klasse;

dem Oberrabbiner Ury zu Straßburg (Elsaß) der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Bankier Sulzbach zu Frankfurt (Main) der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Professor Dr. Rosanes zu Breslau und dem Justizrat Dr. Ludwig Cohn zu Breslau der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Direktor Max Steinthal von der Deutschen Bank zu Berlin der Titel eines Kommerzienrates;

der Wittwe Ignaz Volgár, geb. Therese Kohn, zu Ofenpest das österreichische goldne Verdienstkreuz.

Empfangsbescheinigung.

Bei dem Vorstande des **Verbands „Westmark“** der Deutschsozialen Partei gingen für die Wahl in Schaumburg-Lippe noch folgende Beiträge ein:

Dr. B., Benker, 10 Mark; **Wilmes**, Bochum (Sammelliste), 8,60 Mark; **Stadtrat P. M.**, Merseburg, 25 Mark; **Reformverein Münster**, 2. Rate, 100 Mark; **Krüger**, Dortmund (Sammelliste), 30 Mark; **Bulmahn**, Gelsenkirchen (Sammelliste), 3. Rate, 7,20 Mark; **Professor Dr. K.**, Gelsenkirchen, 1 Mark; **Amtsrichter H.**, Gelsenkirchen, 2. Rate, 2 Mark; **Maez**, Gelsenkirchen, 2. Rate, 1 Mark; **Heyland**, Gelsenkirchen, 2. Rate, 1 Mark; **K.**, Gelsenkirchen, 3 Mark; **Becker**, Gelsenkirchen, 3 Mark; **Althoff**, Gelsenkirchen, 2. Rate, 5 Mark; **Döhmeur**, Gelsenkirchen, 2. Rate, 2 Mark; zusammen 198,80 Mark.

Bereits ausgewiesen 681,35 Mark, **also insgesamt 880,15 Pfg.**

Davon sind an den Wahlfond der „Nordmark“ für die Wahl in Schaumburg-Lippe abgeführt 639 Mark; der Rest ist zum größten Teil für den Unterhalt des Verbandssekretärs im Wahlkreise verwandt, zum kleinen Teile ist daraus der Grundstock zu einem **„Wahlfond der Westmark“** gebildet.

Herzlichen Dank allen treuen Gebern und Sammlern!

Der Vorstand des Verbands „Westmark“ der Deutschsozialen Partei.

Briefkasten.

Ostfriesland. Besten Dank!
Myslowitz. Findet Verwendung.
Rummelsburg. Genaue Antwort in nächster Nummer.

Unſre Leſer bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berückſichtigen und ſich bei allen Anfragen und Beſtellungen ausdrücklich auf unſer Blatt zu beziehen!



Hotel-Reſtaurant

Schönes Bierlokal im Mittelpunkt der Stadt.

Otto Rochol, Herne i. W.

Ständig diverſe Biere im Anſtich
„Deutſch-Soziale Blätter“
und andere deutſche Zeitungen liegen aus



Lilly Wolff
Wilhelm Müller
Verlobte
Kottbus. Pansfelde (Harz).

Statt beſonderer Meldung.

Die glückliche Geburt eines **geſunden Sohnes** zeigen hiermit hocherfreut an
Rechtsanwalt A. M. Jacobſen und Frau Marie, geb. Schwartze,
Hamburg, den 31. Januar 1902.

Ia. Tafelbutter,

keimfrei aus paſtöriſierter Vollmilch in Poſtkolli zu billigſten Tagespreiſen für Monat Januar und Februar à Pfd. 1,20 Mark, franko per Poſt liefert
Molkerei Belgard, Vorpommern.

Deutſcher Krug.

Antiſemiten-Kneipe, Chemnitz,
Lohſtraße 3, Erdgeſchoß u. 1. Stock
Ausſchank:
Böhmiſch, Lichterhainer, Tucherſches Dunkel und Pſchorrbräu
Vorzügl. Speiſen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Nähmaſchinen

für Familiengebrauch und Gewerbe.
Beſtes Braunſchweiger Fabrikat
liefert zu billigſten Preiſen
Chr. Gsdorn, Braunſchweig.
Preisliſten gratis und frei

T Rhein-Tuch
Prachtvoller neuer Anzugstoff. 3 Meter für 13,50 Mark. Elegant Unverwüſtlich! Muster sof. frei
Tuchhaus Boetzkes, Düren Nr. 1

Jeder Leser

braucht einen **Kautſchukſtempel.** Von 2,70 Mark an liefere den vollſt. Druckapparat zum Drucken von Adreſſen, Karten, Zirkularen uſw.
Muſterbuch Nr. 1: Kautſchukſtempel.
Muſterbuch Nr. 2: Druckapparate
E. Kaiſer gen. Stempel-Kaiſer
Berlin N., Invalidenſtr. 100.



Victoria-Zwieback

iſt der feinſte
Naturbutter-Zwieback der Welt.
Fürſten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkaſten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkoſten.
Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Wie Sie sich
mit bestem Erfolg als
Kaufmann
ausbilden u. fortbilden können (durch Selbststudium oder Unterricht), teilt Ihnen franko und ohne Verbindlichkeit mit
Dr. jur. Ludwig Huberti
— Leipzig. —

Der Blutmord in Konitz

mit Streiflichtern auf die staatsrechtliche Stellung der Juden im Deutschen Reiche.

Nach authentiſchen Quellen dargeſtellt von einem beſorgten Vaterlandsfreunde.

Vorwort von **Max Liebermann von Sonnenberg,**
Mitglied des Reichstages.
12. Auflage. Preis 60 Pf.
Deutſchnationale Buchhandlung und Verlags-Anſtalt,
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.

Der politiſche Bilderbogen Nr. 34
„Der Burenkrieg“

iſt erſchienen und für **30 Pfennig** zu beziehen durch die
Deutſchnationale Buchhandlung u. Verlags-Anſtalt,
Berlin NW. 52 Paulſtraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulſtr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyſeſtr. 4.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 13. Februar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 704.

Wochen-Spruch.

Unsre Politik geht einfach dahin, diejenigen materiellen Interessen gegen jeden Eingriff zu schützen, welche sich Deutschland durch Erbauung von Eisenbahnen und die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Transvaal geschaffen hat. Diese Interessen gebieten die Aufrechterhaltung Transvaals als eines selbstständigen Staats nach Maßgabe des Vertrags vom Jahre 1884. Damit ist der Ausgangspunkt und der Endpunkt unsrer Politik in jenen Gegenden gekennzeichnet.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. Marschall, am 1. Februar 1896 an den englischen Botschafter zu Berlin, Sir E. Malet.

Der Trebertrocknung Glück und Ende!

Jedermann erinnert sich noch, welches ungeheure Aufsehen die Meldung von der Zahlungseinstellung der Leipziger Bank und dem Konkurse der Kasseler Aktiengesellschaft für Trebertrocknung im Sommer vorigen Jahres erregte. Aber wohl wenige waren sich bewußt, wie folgenschwer für die Zukunft diese Konkurse werden sollten, noch wenigere ahnten, daß das Kasseler Riesen-Unternehmen nur auf losem, trügerischem Sand gebaut war und von vornherein nur durch Täuschung, Schwindel und Betrug seine gewaltige, die Welt in Erstaunen setzende Ausdehnung erhielt.

Zwar tauchten ab und zu in den Zeitungen Meldungen auf, die an der Solidität des Unternehmens zweifelten, aber durch glänzende Paradeversammlungen der Direktoren und Aufsichtsräte der vielen Töchterfabriken, die mit gepumptem Gelde aus aller Herren Länder nach Kassel eilten, um mit allen Kräften in die Lobeshymnen ihres Generaldirektors Schmidt einzustimmen, wurden jene warnenden Stimmen zum Schweigen gebracht. Die Herren hüteten sich wohl, auf eine Zeitungspolemik einzugehn, es wäre ja auch für sie unmöglich gewesen, die Unrichtigkeit jener Meldungen zu beweisen.

Trotzalledem zogen sich die Vorsichtigen, namentlich viele Banken, lautlos zurück, die minder Vorsichtigen, vor allem das Publikum, das die Güte eines Unternehmens nur nach dem Kurszettel ihrer Zeitung zu beurteilen pflegt, ließ sich blenden, hoffte durch die maßlosen Dividenden-Verteilungen mühelos Geld zu gewinnen, kaufte Treber-Aktien und mußte, als dann im Juli der Krach eintrat, nur zu bald gewahr werden, daß es nur ein buntes Stück Papier in der Hand hielt, das kaum ein paar Pfennige Wert hat. Der Staatsanwalt nahm der bestürzten Welt auch bald den letzten Zweifel; einer nach dem andern der Herren Aufsichtsräte wurde in sichern Gewahrsam gebracht.

Anfang voriger Woche begann nun vor der Strafkammer 1 zu Kassel der letzte Akt des Dramas: „Der Trebertrocknung Glück und Ende.“ Es würde natürlich viel zu weit führen, an dieser Stelle einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen zu geben, wir müssen uns lediglich darauf beschränken, das Interessanteste herauszugreifen.

Angeklagt sind: der Kaufmann Hermann Sumpf aus Kassel, der Fabrikant Richard Schlegel aus Kassel, der Bierbrauer Ernst Otto aus Dortmund, der Rittergutsbesitzer Theodor Schulze-Dellwig aus Haus Sölde (Westf.) und der Rittergutsbesitzer Arnold Sumpf aus Greifswald. Sie werden beschuldigt, als Mitglieder des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung wissentlich in ihren Darstellungen, in ihren Uebersichten über den Stand der Gesellschaft, sowie in den in den Generalversammlungen gehaltnen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr dargestellt und verschleiert, absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt, und in betrügerischer Absicht auf Täuschung berechnete Mittel angewendet zu haben, um auf den Börsen- und Marktpreis der Aktien einzuwirken.

Aus der Personalfeststellung ergab sich gleich am Anfang, daß Schlegel, der früher bei der Pirnaer Bank in Stellung gewesen ist, wegen Diebstahls, Unterschlagung und Betrugs, begangen beim Zusammenbruch dieser Bank, mit drei Jahren Gefängnis vorbestraft war. So ein Mann eignet sich wirklich außerordentlich gut zum Aufsichtsrat, ein bessers, gefügigers Werkzeug konnte Schmidt für seine Pläne gar nicht finden. Schade, daß Schlegel Richterscher Oppositionsmann ist, sonst hätten die Judenblätter wieder wochenlang Stoff gehabt, um zu beweisen, daß Schlegel Antisemit sei und alle Antisemiten Verbrecher sind. Leute, die alles wissen wollen, munkeln sogar, daß Schlegel im Jahre 1893 beinahe freisinniger Reichstagskandidat geworden wäre.

So schlimm sieht es mit dem Vorleben der andern Angeklagten nun nicht aus. Vielleicht hat Schmidt grade sie sich ausgesucht, weil sie, wenigstens was Otto und Schulze-Dellwig anbetrifft, geachtete Persönlichkeiten waren und namentlich auch darum, weil sie von kaufmännischer Buchführung, Bilanzen und dergleichen keine Ahnung hatten. Deswegen konnten sie die Frage des Präsidenten, ob sie von erheblichen Bücherfälschungen nichts gemerkt hätten, wahrheitsgemäß mit nein beantworten. Hiermit haben sie aber gleichzeitig ihre Schuld eingestanden, denn die Aufsichtsräte haben nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, jederzeit die Bücher der Gesellschaft auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen und sich über den Stand des Unternehmens genau zu orientieren. Daß aber thatsächlich fingierte Verkäufe in die Bücher eingetragen waren, daß für bestimmte Maschinen der volle Kaufpreis eingestellt wurde, während die Maschinen noch gar nicht geliefert waren, ist längst erwiesen. Das ganze Buchungssystem ist so raffiniert angelegt, wie man es bisher noch gar nicht gesehen hat und hoffentlich auch nicht wieder zu sehen bekommt. Selbst der gewiegteste Kenner konnte sich aus den verzwickten Aenderungen und Verschleierungen kaum zurechtfinden.

Wenn die Zeit zur Aufstellung einer Bilanz gekommen war, so wurden allerlei Mittel angewendet, um dem stattgehabten Verlust in einen glänzenden Gewinn zu verwandeln, natürlich nur um die geldgebenden Banken zu täuschen. Kunden wurden mit Lieferungen belastet, die sie gar nicht bekommen hatten, natürlich nur zum Schein, im Laufe der Zeit wurden dann diese falschen Buchungen wieder zurückgebucht und so die Kunden von den fingierten Schulden befreit.

Die Wechselreiterei betrieb man in wahrhaft großartigem Maßstabe. In den letzten Jahren mußten nicht weniger denn

1,9 Millionen Mark allein für Wechseldiskont bezahlt werden. Schmidt zog Wechsel auf die eigne Gesellschaft, auf die Aufsichtsräte, auf die Leipziger Bank und umgekehrt. Wechsel von $^1/_2$ Million Mark waren Kleinigkeiten, die gehorsame Leipzigerin nahm ja alles an.

Im Bilanzfälschen waren Schmidt und Konsorten wirklich unübertrefflich. Das Geschäftsjahr 1897 schloß, wie sich jetzt herausstellt, mit einem Verlust von rund 6,1 Million Mark ab. Um aber den angekündigten Gewinn von 5,8 Millionen herauszubekommen, wurden flugs falsche Buchungen in Höhe von 11,9 Millionen gemacht. Von diesem so herausgerechneten Reingewinn kamen 40 v. H. Dividende und 86700 Mark als Tantieme des Aufsichtsrats zur Verteilung. Die Bilanz wurde dann von dem Aufsichtsrat „geprüft und für richtig befunden", trotzdem Otto und Schulze-Dellwig eine Bilanz zu lesen gar nicht imstande waren.

Schmidt scheint überhaupt die Seele des ganzen Schwindels gewesen zu sein. Sein Oberbuchhalter Stirl buchte auf Zettelanweisungen hin alles was Schmidt haben wollte. Die Zettel wurden nach einiger Zeit sorgsam vernichtet, andre Unterlagen für die Buchungen fehlten selbstredend.

Das Bergmannsche Holzverkohlungsverfahren, das in alle Welt als äußerst gewinnbringend ausposaunt wurde, hatte sich nicht im mindesten bewährt. Trotzdem rechnete Schmidt, selbst als es in den Fabriken noch gar nicht eingeführt war, schon einen Gewinn von mehren Millionen heraus. Die Gründung von Tochter-Unternehmungen setzte man lediglich nur zu dem Zweck ins Werk, um bequeme Wechselreitereien zu ermöglichen. Kapital wurde wenig oder gar nicht eingezahlt.

Man merkt es deutlich, es lag System in dem ganzen Schwindel. Wie wäre es aber gekommen, wenn durch eine plötzliche Erkrankung Schmidts die Schwindeleien schon früher entdeckt worden wären? Viele Banken, wie die Bayerische Bank, der Dortmunder Bankverein u. a. m. hätten dann äußerst schwere Verluste erlitten, und gar manche hätte wohl Thor und Thür auf immer geschlossen.

Die Höhe der Forderungen beläuft sich auf 233 Millionen, demgegenüber nur eine Aktivmasse von 3 Millionen vorhanden ist. 230 Millionen sind also durch diese unerhörten Schwindeleien, von dem Aktienkapital ganz abgesehen, verloren gegangen. Hoffentlich erfahren jetzt die Schuldigen, die viele Hunderte von Existenzen auf dem Gewissen haben, ganz gehörig am eignen Leibe, was das zu bedeuten hat!

Bericht über die erste Lesung des Tarifgesetz-Entwurfs,

erstattet zu Kassel, den 12. Januar 1902 von A. Vogel, M. d. R.
(Schluß.)

M. H.! Ich habe vorhin von dem nichtswürdigen Schlagwort „Brotwucher" gesprochen und gezeigt, daß, wenn der Bauer für seine wahrlich schwere Mühe und Arbeit einen entsprechenden Gewinn verlangt, er, wie jeder Arbeiter, in seinem guten Rechte ist. Er thut das überhaupt nicht willkürlich, er thut es, weil er durch die höhern Produktionskosten dazu gezwungen ist. Wenn Boden und alle Zuthaten im Preise steigen, wenn der Geselle höhern Lohn verlangt: Reden Sie dann etwa auch von Schuh- und Stiefelwucher, weil die Schusterrechnung etwas höher ausfällt?

Aber ist es denn überhaupt so gewiß, daß die Getreidepreise um die ganze Höhe des Schutzzolls steigen? Und ist es weiter ganz unzweifelhaft, daß jede Steigerung des Getreidepreises eine entsprechende Steigerung auch der Brotpreise nach sich zieht? Wenn dies nicht der Fall ist, dann erweist sich das ganze Brotwucher-Geschrei von vornherein als unsinnig.

Nun, m. H., über die Wirkung des Schutzzolles auf Getreide- und Brotpreise können wir ja aus der Erfahrung und der Beobachtung im Inlande und Auslande einigermaßen urteilen.

England hat gar keinen Getreidezoll, und trotzdem ißt der englische Arbeiter keineswegs billigers Brot, als der Deutsche.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Sie scheinen das nicht zu glauben! Reisen Sie doch selbst hinüber!

(Rufe: „Höhere Löhne!")

— Was haben denn ihre Löhne mit der Abhängigkeit der Brotpreise vom Schutzzoll zu thun? —

Während der Periode des 5 Mark-Zolles, m. H., ist keine Steigerung des Getreidepreises erfolgt; Seine Wirkung war einzig die, daß die Preise nicht weiter sanken, also nur eine Festigung, keine Steigerung. Als man in Frankreich den Weizenzoll von 7 auf 9 Franken erhöhte, trat ebenfalls keine Preissteigerung ein, wohl aber zeigte sich eine andre Wirkung, die bei dieser ganzen Frage der höchsten Beachtung wert ist: Die Weizen-Einfuhr sank, und im gleichen Maße steigerte sich Frankreichs Eigenproduktion! Nun m. H., das ist es ja, was wir wollen, was dieser ganze Tarifgesetz-Entwurf letzten Endes bezweckt: Das Geld blieb im Lande; und nicht nur das: Die Landwirtschaft blühte auf und gab tausenden von Händen neue Arbeit und neuen Verdienst!

Und wie steht es nun um das Verhältnis zwischen Zoll-, Brot- und Getreidepreisen? Grade über diesen wichtigen Punkt hat man selbstverständlich reichliche Beobachtungen gesammelt, die ich Ihnen hier unmöglich alle vorlegen kann. Ich bitte Sie deshalb, sich mit einigen der markantesten zu begnügen.

Herr Heyl v. Herrnsheim fand in den von Arbeitern verwalteten Konsumvereinen seiner Fabriken für 2 Kilo Weizenbrot folgende Preise:

1881 bis 86 bei niederm Zoll $56^2/_3$ Pfennig
1887 bis 90 „ hohem Zoll 52 „
1899 bis 1901 „ niederm Zoll 53,3 „

d. h. also: Bei dem höchsten Getreidezoll waren die Brotpreise am niedrigsten!

Da wir hier in Kassel sind, hat die Preis-Statistik von Kassel, die Herr Abg. Speck anführte, besonders Interesse. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo.

1869 bis 73 war der Weizenpreis 24 Mark
der Weckenpreis 46 „
Unterschied 22 „
1894 bis 98 war der Weizenpreis $15^1/_2$ „
der Weckenpreis $66^2/_3$ „
Unterschied 51 „

d. h. also: Zur Zeit, als der Weizen über 8 Mark teurer war, war die entsprechende Brotmenge um fast 21 Mark billiger! — Ich bemerke dazu fürs Erste nur, um Mißdeutungen zu vermeiden, daß das keineswegs die Schuld der Bäcker ist.

Endlich bitte ich Sie, noch den Zahlen Ihre Beachtung zu schenken, die Herr v. Wangenheim auf Grund einwandfreier Statistik dem Reichstage unterbreitet hat. In Berlin kosteten 5 Pfund Roggenbrot

1880 60 Pf., das dazu nötige Getreide 51 Pf.,
1890 ebenfalls 60 Pf., das Getreide 35 „

das Getreide sank also um 16 Pf., das daraus gewonnene Brot behielt den gleichen Preis.

Noch besser beleuchtet das Verhältnis zwischen Schutzzoll und Brotpreis folgende kleine Uebersicht.

Man kaufte in Berlin für 50 Pf.:

1880 — 417 Gramm Brot — Schutzzoll: 1 Mark,
1885 — 469 „ „ „ 3 „
1888 — 472 Gramm Brot — Schutzzoll: 5 Mark,
1895 — 397 „ „ „ $3^1/_2$ „

d. h. zur Zeit des höchsten Schutzzolls kaufte man das billigste Brot.

Daß dies nicht nur für Getreide und Brot, sondern auch für Vieh und Fleisch gilt, beweist die Thatsache, daß die Viehpreise in den Jahren 1875 bis 1898 um 10 v. H. fielen, während die Fleischpreise im gleichen Zeitraum um 12 v. H. stiegen.

Nirgends also, m. H., sehen wir unter dem Einflusse der Schutzzölle eine Steigerung der Nahrungsmittelpreise, im Gegenteil, vielfach ein Sinken. Das freihändlerische England hat kein billigers Brot, und Berlin unter dem Hochschutzzoll

kein teureres. Brot- und Fleischpreise steigen, während Korn- und Viehpreise sinken.

Wie das zu erklären sei, ist eine Frage für sich; jedenfalls ist es eine Thatsache, daß die Getreidezölle nicht das ausschlaggebende Moment in der Preisbildung des Brotes sind, daß dabei eine Reihe von andern Faktoren eine wichtige und ausschlaggebende Rolle spielen, und daß es jedenfalls völlig unzulässig, unmöglich, unsinnig ist, den Schutzzoll einfach auf den Brotpreis aufzurechnen. Steht doch noch nicht einmal das Näherliegende fest, daß der Schutzzoll irgendwie, oder gar in seiner vollen Höhe im Getreidepreise zum Ausdruck kommt!

M. H., diese Thatsache allein, die unbestreitbar ist, weil sie auf Erfahrung beruht, wirft mit einem Male alle Vorwürfe der Gegner wegen Brotwuchers, alle Berechnungen Bebels mit ihrer „Wucher-Milliarde aus den Taschen der Arbeiter" mit samt den daran geknüpften fürchterlichen Weissagungen über den Haufen. Sie legt aber auch die weitere, recht schwierige Frage nahe: Wie hoch müßte der Schutzzoll sein, um thatsächlich unsrer Landwirtschaft die nötigste Hilfe zu bringen?

Nach Lage der Dinge und nach den gemachten Erfahrungen ist das allerdings mehr oder weniger eine Sache des Experimentes. Die Wirkungen des Schutzzolls hängen offenbar von mannigfaltigen Faktoren ab, die sich nicht einmal jetzt, geschweige denn für die Zukunft genügend übersehen lassen, vom Produktionspreis des Auslandes und des Inlandes, vom Ausfall der Welternte und dem heimischen Ertrag, von der Aenderung der Transportmittel und Frachten. Graf Posadowsky glaubte vor einem allzuhohen Zollsatze warnen zu müssen, damit bei hohen Auslandspreisen der Konsum nicht zu stark belastet würde. Er verwies auf Frankreich, das im Jahre 1898 seinen Zoll herabsetzen mußte, weil der jüdisch-amerikanische Spekulant Leiter den größten Teil des amerikanischen Weizens aufgekauft und den Preis dadurch wucherisch in die Höhe getrieben hatte. Er beweist damit aber nur, welchen Gefahren wir ausgesetzt sind, wenn uns der Freisinn auf das Ausland anweist und welch ein wichtiges und kostbares Gut die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist, sobald unentbehrliche Existenzmittel unsers Volkes in Frage kommen.

Die Hauptschwierigkeit für eine exakte Berechnung liegt, wie Herr v. Wangenheim sehr richtig ausführte, in der Unmöglichkeit, in der Landwirtschaft die Produktionskosten mit einiger Sicherheit vorauszubestimmen, wie etwa in der Industrie. Die Produktionskosten schwanken, und zwar in sehr weiten Grenzen, nach Art des Bodens, der Kultur, des Ernte-Ausfalles, der von allen Zufällen des Klimas und der Witterung abhängt. So besteht also kaum eine andre Berechnungsgrundlage, als der Durchschnitt des Auslandpreises einerseits, andrerseits der Durchschnitt des Preises, bei dem die einheimische Landwirtschaft in den 70er bis 90er Jahren eine erfahrungsgemäß noch erträgliche Rente erzielt hat. Es muß nun versucht werden, auf dem Wege des Schutzzolles wieder eine solche, einigermaßen rentable Preishöhe zu erzielen; und dies Verlangen ist um so gerechtfertigter, als seit jener Zeit die Produktionskosten, Löhne usw. bereits wiederum erheblich gestiegen sind.

Von dieser Berechnungsweise ausgehend, muß man allerdings zu dem Ergebnis kommen, daß die im Tarif vorgesehenen Zollsätze zu niedrig sind und der Landwirtschaft die beabsichtigte Hilfe schwerlich bringen werden. Es wird auch begreiflich, daß ein großer Teil der Freunde unsrer Landwirtschaft seine Zustimmung zum Gesetze von höhern Getreidezöllen abhängig macht.

Und endlich werden Sie es verstehn, daß die Frage aufgeworfen ist: Sind die Schutzzölle überhaupt das richtige Mittel unsrer Landwirtschaft zu helfen?

M. H. Ich selbst und viele andre haben dies bezweifelt. Man hat auf den Antrag Kanitz zurückgegriffen, dessen Grundidee ich für durchaus realisierbar halte. Ich habe auf eine Bodenreform, auf die Remonetisierung des Silbers verwiesen. Abg. Gamp trat für die gleitende Zoll-Skala ein, wonach die Höhe des Zolles sich ändern soll nach der Höhe des Getreide-Weltpreises. Die Schwierigkeiten dieses Verfahrens sind schon vor Jahren im Reichstage erörtert worden; und ich glaube nicht, daß außer Herrn Gamp selbst und einigen seiner Freunde sich viele Wirtschaftspolitiker finden werden, die sich jetzt noch für diesen Vorschlag erwärmen.

Wie dem aber auch sei: Die Zeit für alle anderweitigen Vorschläge ist fürs erste vorbei. Sie jetzt von neuem auf die Tagesordnung bringen, hieße das ganze Tarifgesetz, wenigstens so, wie es ist, in seinen Grundfesten erschüttern und in Frage stellen. Der Schutzzoll ist der einzige Weg, den uns die Regierungen eröffnen, wir müssen ihn beschreiten und den Versuch machen, wie wir auf ihm unserm Ziele so nahe wie möglich kommen.

M. H.! Daß dieses unser Ziel kein einseitiger Interessenschutz sein kann und sein darf, versteht sich wenigstens bei der Deutschsozialen Partei, von selbst. Von den Interessen der sogenannten „Junker" gar nicht zu reden (unter denen sich übrigens eine große Zahl unsrer anerkannt besten und tüchtigsten Landwirte befinden) — auch für unsre gesamte Landwirtschaft würden wir nicht mit solchem Eifer und mit solcher Wärme eintreten, wenn wir nicht der festen Ueberzeugung wären, daß das Interesse aller Produktivstände, zu dem ich auch den Handel rechne, an dem Aufblühen der Landwirtschaft wesentlich mitbeteiligt ist.

M. H.! Böswillige, und Anhänger der grauen Theorie haben aus dem engen Interessenbunde zwischen Landwirtschaft und Industrie eine Art Gegegensätzlichkeit herauszukonstruieren versucht, die in Wirklichkeit nicht besteht. Sie haben sich bemüht, Industrie und Landwirtschaft als zwei entgegengesetzte, sich widerstrebende Pole unsers Wirthschaftslebens hinzustellen, die durch ihre Interessen selbst darauf hingewiesen sind sich auf Tod und Leben zu bekämpfen. Das ist gradezu widersinnig, noch mehr, es ist staatsgefährlich, verbrecherisch; denn es setzt Feindschaft zwischen den Gliedern eines Volkes, das der Einheit aller seiner nützlichen Bevölkerungs-Elemente zur eignen Einheit bedarf und keins entbehren kann. Lassen Sie mich einen trefflichen Ausspruch des Abg. v. Wangenheim an die Spitze stellen: „Man muß die gesamte nationale Arbeit als ein organisches Ganze betrachten. Industrie und Landwirtschaft greifen mit tausend Rädern ineinander." In Anlehnung an Graf v. Posadowsky führt er dann weiter aus, daß ein ganz erheblicher Teil derjenigen Bevölkerung, der in der Statistik unter der Industrie aufgeführt ist, einmal im Nebengewerbe Landwirtschaft treibt, und dann im engsten Bunde mit der Landwirtschaft steht, da er mit seiner Produktion auf sie angewiesen ist. Rißler weist mit vollem Rechte darauf hin, daß die Bürger, namentlich unsrer kleinen Städte und Marktflecken in ihrem Beruf, Geschäft oder Gewerbe nahezu ganz auf die Kundschaft einer kaufkräftigen ländlichen Bevölkerung angewiesen sind. Das Binnengeschäft überhaupt ist das umfangreichste, beste und sicherste für jedwede Industrie; und wollte man dieser Interessengemeinschaft die reine Ausfuhr-Industrie gegenüberstellen, so würden die Zahlen sehr zu Ungunsten der letztern ausfallen.

(Beifall.)

Aber die Industrie braucht noch mehr als blos die Kundschaft des Landes. Es braucht, wie ich vorhin ausführte, den steten Zustrom frischer, kräftiger Arbeiterelemente. Speck zitierte Prof. Sehring: „Nur, weil wir einen so großen Bauernstand haben, haben wir einen so hochstehenden Arbeiterstand."

Dieser engen, durch tausend Bande festgeknüpften Interessengemeinschaft müssen wir uns bewußt bleiben, wenn wir nicht in einem großen, weitverzweigten und lebenswichtigen Gliede unser gesamtes Wirtschaftsleben aufs Empfindlichste schädigen wollen!

(Lebhafter Beifall.)

Aber deshalb dürfen wir nicht aus dem Auge lassen, m. H., daß wir nach wie vor durch die Höhe unsrer Kultur selbst auf den internationalen Warenaustausch hingewiesen bleiben. Nichts steht uns ferner, als uns gegen diese Thatsache aufzulehnen;

ich selbst bin Industrieller und exportiere den größten Teil meiner Produktion; ich würde mich also ja ins eigne Fleisch schneiden. Und um diesen Warenaustausch in geregelter und vorteilhafter Weise vollziehn zu können, sind *Handelsverträge* ein Erfordernis unsrer Weltpolitik: darüber ist kein Streit.

Nur soll man den unzweifelhaften Wert der Handelsverträge nicht *überschätzen*. Ein nicht geringer Teil des Reichstages schien der Ansicht zuzuneigen, als ob wir den enormen Aufschwung unsrer Industrie den Caprivischen Handelsverträgen zu danken hätten. Das ist zum mindesten stark übertrieben. Dieser Aufschwung ist weit älter als jene Verträge; er geht zurück bis in die 80er und 70er Jahre, und hielt *ohne* Handelsverträge auch unter dem Hochschutzzollsystem unvermindert an. Es ist ein Verdienst des Abg. Dr. Roesicke darauf hingewiesen zu haben, daß dieser Aufschwung befördert wurde durch Momente, die mit den Handelsverträgen nichts zu thun haben: mit der Entwicklung der elektrischen Industrie, mit riesenhaften Bestellungen für Heer und Marine, mit der Entwicklung der Verkehrswege, und daß grade den *Handelsvertragsstaaten* gegenüber von einem besondern Aufschwung nicht die Rede sein kann.

Immerhin: Niemand widerstrebt den Handelsverträgen. Nur sollte man nie vergessen, daß das Ausland an solchen Verträgen nicht minder interessiert ist, als wir. Wir sind, wie Graf Posadowsky gleich zu Anfang hervorhob, mit über Einer Milliarde die besten Käufer der Welt; und es ist eine klägliche und jämmerliche Politik, wie es die Freisinnigen treiben, vor dem Auslande herumzubetteln: „Um Gottes Willen, kauft uns was ab; sonst gehn wir zu Grunde!“ Das ist würdelos, wie Graf Bülow sagt, und schafft unnütze Schwierigkeiten.

Daß Handelsverträge bei dem vorliegenden Zolltarif *möglich* sind, versicherten uns sämtliche Vertreter der Regierung; allerdings — meinte der mehrerwähnte Freisinnige Gothein in einem seiner Sprüche voll dunkler Weisheit — kommt es nicht auf Handelsverträge an, sondern *auf das, was drin steht*.

(Heiterkeit.)

Nun, was das angeht, so wahre uns der Himmel vor neuen Handelsverträgen à la Caprivi! Abg. Speck erwähnte gelegentlich, daß unsre Ausfuhr nach Amerika seit dem Jahre 1891 nur um 40 Millionen gestiegen ist, die Einfuhr von dort dagegen um 400 Millionen! Und Abg. Gamp betonte durchaus richtig, daß wir bei den Caprivischen Handelsverträgen die *einzig Leidtragenden gewesen sind*.

Das darf nicht wieder vorkommen. *Zuerst* — sagt Roesicke — Regelung der Zolltarifsätze nach unserm Bedürfnis — dann, *wennmöglich*, Handelsverträge; und dazu können wir kommen, sagt Gamp, wenn wir vom Auslande keine größern Opfer verlangen, als es uns zumutet.

(Bravo!)

Nun, m. H., gäbe es noch eine Anzahl von Fragen, die wohl der Erörterung bedürften und im Reichstage auch zur Besprechung gekommen sind. Ich weise nur auf die so wichtigen Minimalzölle. Allein die Zeit drängt und mahnt, für heute ein Ende zu machen. Nur einige Punkte scheinen mir unumgänglich, die im hohen Hause wohl gestreift, aber nicht mit der Gründlichkeit besprochen sind, die sie wohl verdienten.

Die Frage: „*Wer trägt den Schutzzoll*,“ hat, soweit ich mich erinnere, auf keiner Seite eine zusammenhängende Erörterung gefunden. Am schärfsten, aber auch am unzutreffendsten lautet die Antwort der Sozialdemokraten: Den Schutzzoll trägt der Arbeiter! Der Freisinn *scheint* die Konsumenten für die Leidtragenden zu halten; nur versteht man dann nicht recht, warum er beständig mit dem Zorn des Auslandes droht.

M. H. Es erscheint mir unerläßlich, Ihnen hier mit wenigen Worten zu erläutern, wie weit sich diese Frage überhaupt beantworten läßt; und wir stoßen dabei auf eine Persönlichkeit, die im Reichstag wohl erwähnt ist, aber keineswegs die nötige Beachtung gefunden hat. Es ist der Getreide-*Importör*, den ich mit dem Sammelnamen Levi bezeichnete.

(Heiterkeit.)

M. H. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß er *der zuerst Betroffne ist*; denn er hat, wenn das Schiff in Hamburg, Bremen oder Danzig landet, dem Staate den vollen Zoll zu entrichten. Und ebenso unzweifelhaft ist es weiter, daß er versuchen wird, auf irgendeine Weise seinem Schaden beizukommen. Gelingt ihm das nicht, so verkürzt sich sein Handelsgewinn um die Höhe des Zolles, d. h. er, als Zwischenhändler, trägt den Schutzzoll. Zuvor aber wird er versuchen, diese schlimmste Eventualität zu vermeiden, und dazu bieten sich ihm verschiedne Wege. Er wird versuchen, billiger einzukaufen; dann belastet dieser Teil des Schutzzolls den Verkäufer im Ausland. Er kann versuchen, das Getreide teurer abzusetzen; dann überträgt er die Last des Schutzzolles zu einem entsprechenden Teile auf den Müller. Er kann versuchen, an Fracht und Spesen zu sparen; dann legt er einen Teil des Schutzzolles auf die Schultern des Reeders oder Eisenbahn-Aktionärs. Was er auf solche Weise los wird, wie viel, und wie viel im schließlich selbst zu tragen übrig bleibt, das ist, von seiner persönlichen kaufmännischen Gewandheit abgesehen, *von vornherein gar nicht zu sagen*, sondern unterliegt völlig der beständig wechselnden jeweiligen Geschäftskonjunktur im allgemeinen und der Art jedes einzelnen Geschäfts, das er abschließt, im besondern. Im ganzen wird es sich wesentlich um den Ausfall der Inlands- und der Auslandsernte handeln und um die Gestaltung und die geschäftliche Konjunktur des Frachtverkehrs.

Mit andern Worten: Eine allgemeine Antwort auf die Frage: Wer trägt den Schutzzoll? läßt sich überhaupt nicht geben. Nur etwas steht fest: Erstens wird die Einfuhr erschwert und der Verdienst des Importörs in Frage gestellt. Beides ist geeignet, die Einfuhr zu Gunsten der heimischen Produktion einzuschränken, wie wir an dem Beispiel Frankreichs gesehen haben. Das *sichert dem Landwirt den glatten Absatz*, der, wie Rießler und Schrempf ausführten, bisher unter dem Massen-Import stark zu leiden hatte. Zweitens steuert der Schutzzoll den Unterbietungen und der Getreidespekulation im allgemeinen, die um so größern Spielraum findet, je billiger sich, gegenüber dem Inlande, der Händler das Korn franko Hafen verschaffen kann, d. h. also, der *Schutzzoll befestigt die Preise*.

Und nun, m. H., ist uns auch die Möglichkeit geboten, den scheinbaren Widersinn aufzuklären, warum der Brotpreis weder der Höhe der Zölle, noch dem Getreidepreise folgt, ja, bei höhern Zöllen und Kornpreisen sogar niedriger sein kann. Ich thue das um so lieber, als ich damit dem ehrsamen Stande der Bäcker den Vorwurf ersparen kann, als trieben sie ihrerseits Brotwucher. Ich bitte freundlich, dieser an sich recht einfachen Sache Ihre besondre Aufmerksamkeit zu schenken.

M. H.! Jeder Produzent, der in die Lage kommt, den Preis seiner Ware für eine längere Zeit im voraus festzulegen — und ein solcher ist der Bäcker —, sieht sich genötigt, eine Vorberechnung, eine *Kalkulation* anzustellen, der er selbstverständlich den Preis des Rohmaterials zu Grunde legen muß. Das thut der Müller mit dem Mehl, der Bäcker mit dem Brote.

Ist nun das Rohmaterial — bei beiden das Getreide — großen Schwankungen im Preise ausgesetzt, so können sie, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, bei hohen Getreidepreisen ihren Gewinn einzubüßen oder mit Verlust zu arbeiten, nicht den Durchschnittspreis des Kornes zu Grunde legen; sie müssen mit der Möglichkeit einer Steigerung von vornherein rechnen und nehmen daher den wahrscheinlichen *Höchstpreis* an. Sie schlagen, mit andern Worten, auf den Preis ihrer Ware eine *Risikoprämie*. Das müssen sie, und jeder reelle, vorsichtige Geschäftsmann macht es ebenso. Je stärker also die Getreidepreise schwanken, umso unfehlbarer und sicherer bezahlt das Publikum Mehl und Brot erheblich *teurer*, als nach dem Durchschnitt der Getreidepreise zu erwarten wäre. Darin liegt

das Verhängnisvolle der Getreidespekulation; dem Bäcker ist daraus kein Vorwurf zu machen!

(Bravo!)

Schaffen wir dagegen durch einen hohen Schutzzoll festere Preise, so ist damit nicht nur dem Landwirt, sondern auch dem Konsumenten gedient; denn dann ist der Bäcker in der Lage, zu bescheidnern Preisen zu liefern, weil er seines Gewinnstes sicher ist.

Ich eile zu Ende. M. H. Grade die gegenwärtige Zeit der Krache und des geschäftlichen Tiefstandes legt uns die ernste Frage nahe, ob die rapide geschäftliche Entwicklung unsers Wirtschaftlebens eine durchaus gesunde und erfreuliche genannt werden darf.

Das letzte Menschenalter steht unter dem Zeichen eines so gewaltigen industriellen Aufschwunges, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Darauf können wir ja stolz sein; aber wenn die Begleiterscheinungen dieser rasch emporgeschossenen Blüte unsrer Industrie ins Auge fassen, so sehen die Dinge doch etwas weniger erfreulich aus.

Jede Industrie, die den sichern, wohl übersehbaren Markt des Inlandes überschreitet, läuft Gefahr, sich mit ihrer Produktion in das Unbestimmte und Maßlose zu verlieren. Zu Zeiten der Hochkonjunktur, bei vorübergehender starker Nachfrage produziert man munter darauf los in der recht wenig gesicherten Hoffnung auf den Weltmarkt, dessen Verhältnisse und Aufnahmefähigkeit sich auch für den Kundigsten nicht genügend überblicken lassen. Die Werke vergrößern sich, dehnen sich aus, produzieren auf Lager; so kommt es, wenn die hochgespannten Erwartungen auf den Export sich nicht erfüllen, zur Ueberproduktion, Ueberspekulation und zum Krach mit seinen schweren Verlusten an Anlagekapital und der noch mehr zu beklagenden Arbeitslosigkeit. — Dann schreit man nach Handelsverträgen!

Aber weit gefährlicher noch erscheint mir bei diesem raschen Aufschwunge unsrer Industrie, daß wir ihn haben erkaufen müssen mit einem ebenso raschen Niedergange des flachen Landes. Der ungeheure Mehrbedarf an industriellen Arbeitskräften hatte einen „deichbruchartigen" Zustrom der ländlichen Bevölkerung nach den Städten zur Folge; das flache Land verödete, und in die entstandnen Lücken hinein drängten sich ungezählte Tausende fremden Volkes, Russen, Polen, Tschechen, Italiener. Sie drangen vor bis in das innerste Herz der deutschen Lande, bis in die kerndeutsche Eisenmark, anwachsend zu einer so dichtgedrängten massigen Bevölkerung, daß sie es wagen durften, einen eignen Kandidaten für den Deutschen Reichstag aufzustellen. Daß wir diese Scharen je germanisieren könnten, daran wagt heute kein Mensch mehr zu denken. In gleichem Maße also, wie sie unsre ländliche Bevölkerung verdrängen, ersetzen, durchsetzen, geht uns unser nationales, unser deutsches Bauerntum verloren, und das, m. H.! ist eine nationale Gefahr von schwerster Bedeutung!

Der Abg. Spahn sagt einmal, daß es vor allem darauf ankäme, ein richtiges Verhältnis zwischen Stadt und Land hinsichtlich der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Die Bedeutung des Landes für die stetige Erneuerung unsrer Volkskraft, auch im Dienste unsrer Industrie, steht über allem Zweifel. Haben wir sie aber einmal erkannt, so werden wir im Schutze der Landwirtschaft auch mehr erblicken, als eine rein wirtschaftliche Maßregel, nämlich eine Aufgabe von höchster, nationaler Bedeutung; denn es giebt ersichtlich gar kein anders Mittel, unsre ländliche Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten, als dies, dafür zu sorgen, daß die mühselige Arbeit des Landmannes wieder eine lohnende werde.

M. H.! Wenden Sie ihre Blicke um ein Jahrtausend zurück in die Anfänge der vaterländischen Kulturgeschichte, da war unser Volk ein Volk von Bauern. Bauernblut fließt von Urväter Zeiten her in aller unsrer Adern. Bauern waren es, die unsre Städte bauten und bevölkerten, die ihnen, wenn sie dahinsiechten, immer neue, frische Lebenskraft zuführten. So erhob sich allmählich, mit ihren Wurzeln bis in unser Bauerntum hineinreichend, die deutsche Kultur mit ihrer Bildung, Gelehrsamkeit und Kunst, mit ihrer Industrie, ihrem Handel und ihrem ganzen hochentwickelten Wirtschaftsleben gleich einem gewaltigen Riesen — riesengroß!

Darum soll und darf dieser Riese nie seines Ursprungs vergessen, des Bodens, aus dem er seine Kraft zog und immer von neuem zieht, und der Worte des Dichters in Ewigkeit nicht vergessen:

Es sproß der Stamm der Riesen aus Bauernmark hervor;
Der Bauer ist kein Spielzeug — da sei uns Gott davor!

(Stürmischer Beifall.)

Die unsichtbare Fraktion.

Man schreibt uns aus Bayern:

Es ist schon oft gesagt worden, daß die Parteien, wie sie im Reichstage, auch sonst in unsern Parlamenten, offiziell gruppiert sind, längst nicht mehr die wahren Parteien seien. Und das ist auch richtig, denn wir leben in einer Zeit, in der alle unsre Anschauungen in einer Umwandlung begriffen sind, und damit müssen auch allmählich die Parteien sich ändern.

Wären diese heute so gruppiert, wie sie wirklich sind, so hätten wir u. a. auch eine jüdische Fraktion, bestehend aus den jüdischen Mitgliedern des Hauses. Dann würde es sich zeigen, daß bei jeder Frage, bei der ein jüdisches Interesse mit im Spiel ist, die Mitglieder dieser Fraktion wie ein Mann stimmen würden. Diese Fraktion würde aber keinen großen Einfluß haben, schon weil deren Mitgliederzahl nicht groß sein würde.

Einen weit größern Einfluß haben dagegen die jüdischen Abgeordneten, wenn sie, wie sie es thun, sich unter die oppositionellen Parteien verteilen, indem sie sich von diesen wählen lassen und deren Fraktionen vermöge ihrer Intelligenz, ihrer Schlagfertigkeit und ihrer verschlagnen Dialektik beherrschen.

So beherrscht mit seiner Ueberlegenheit der Abg. Singer die sozialdemokratische Fraktion. Er selbst, in seinem Herzen, wenn man so sagen kann, ist selbstverständlich nichts weniger als Sozialdemokrat, er ist nur der höchste Befehlshaber im Reich der Sozialdemokratie, der sich des unbedingten Gehorsams der ganzen Fraktion erfreut, die er für jedes jüdische Interesse ins Feld führt.

Das hat sich einmal vor nicht langer Zeit so recht deutlich gezeigt. Ein besonders jüdisches Interesse besteht aus bekannten Gründen darin, die Verstaatlichung der Reichsbank zu verhindern. Man wird sich entsinnen, daß, als der Abg. Ludwig Bamberger noch lebte, dieser mit der gleichen Sicherheit die Fraktion beherrschte, die sich die Freisinnige nennt. Damals war die Frage der Verstaatlichung der Reichsbank einmal Gegenstand der Verhandlung. Nachdem Bamberger unter vielseitigem Beifall sich entschieden dagegen ausgesprochen hatte, trat Singer auf und erklärte mit Emphase, er müsse und seine Fraktion mit ihm, seinen Grundsätzen getreu, sich konsequenter Weise für die Verstaatlichung aussprechen. Das konnte er damals ohne das geringste Risiko thun, denn damals war gar nicht daran zu denken, daß sich eine Mehrheit für die Verstaatlichung finden könnte.

Heute ist das anders. Als — es war wohl im vorigen Jahre — dieselbe Frage auf der Tagesordnung stand, trat wiederum Singer auf und sprach gegen die Verstaatlichung. Diesmal sagte er seine wahre Meinung, als Hauptgrund hervorhebend, daß die Agrarier die Verstaatlichung durchsetzen wollten, um Unterstützungen von der Reichsbank erhalten zu können. Er kannte seine Myrmidonen zu gut, um zu wissen, daß er nur die Agrarier zu nennen und vor deren Begehrlichkeit zu warnen brauchte, um ihres Beifalls sicher zu sein.

Ueberhaupt ist ja kein Jude aus Ueberzeugung Sozialdemokrat. Er kann es schon deshalb nicht sein, weil er zu intelligent ist, um an solche Theorien ernsthaft glauben zu können. Ja man muß noch weiter gehn und sagen, daß kein Jude mit Ueberzeugung irgendeiner unsrer Parteien folgt. Zu welchem Zwecke sollte er überhaupt in einer nur uns angehenden Frage eine Ueberzeugung haben? Er ist Opportunist und redet so, wie es ihm zur Zeit und unter den obwaltenden Umständen vorteilhaft erscheint.

Soll denn, so könnte man fragen, der Jude gar keine Ueberzeugung haben? Darauf ist zu erwidern: Er hat allerdings eine Ueberzeugung, nämlich die, daß die Juden das intelligenteste Volk und deshalb berufen sind, alle Völker zu beherrschen, dergestalt, daß ihnen, den Juden, alle Dinge zum Besten dienen müssen. —

Die jüdischen Abgeordneten haben es nicht nötig, sich über ihre Politik zu besprechen, sie verstehen sich ohne dies, wie die Juden das ja auch im gewöhnlichen Leben thun, indem sie sich scheinbar gar nicht um einander bekümmern und doch reden und handeln, wie wenn alles auf Verabredung beruhte. Es ist daher notwendig, ihre Politik in allen einzelnen Fragen zu verfolgen. Sie bilden eine unsichtbare Fraktion, die so fest zusammenhängt, wie keine andre. Es müßte das stets hervorgehoben und darauf aufmerksam gemacht werden und es möchte sich empfehlen, zunächst in diesen Blättern, eine Liste der jüdischen Abgeordneten aufzustellen. In Sitzungsberichten müßte nicht gesagt werden „der freisinnige" oder „der sozialdemokratische Abgeordnete so und so", sondern stets „der jüdische Abgeordnete so und so".

Dasselbe würde sich auch empfehlen z. B. inbetreff des Berliner Stadtverordneten-Kollegiums, auch wohl dem andrer großer Städte. Dabei hätte man sich selbstverständlich vor Irrtümer sorgfältig zu hüten. In solche Listen würden auch diejenigen aufzunehmen sein, die etwa katholisch oder evangelisch, freireligiös oder sonst Dissidenten sind, was dann, indes nur beiläufig, zu bemerken wäre.

Auf diesem Wege würde man zu einer richtigen Beurteilung ihrer Thätigkeit gelangen und es würde sich das gedankenlose Publikum allmählich gewöhnen, seine Aufmerksamkeit darauf zu richten. Man hört oft sagen, es komme nicht darauf an, wer etwas sage, sondern nur, was er sage und so sei es auch gleichgiltig, ob der Redende ein Jude sei oder nicht. Das Gegenteil ist das Richtige, es kommt grade darauf an, wer etwas sagt. Es ist ein großer Unterschied, ob, wer redet, aus Ueberzeugung redet, oder ob er ein Mann ist, der nur für einen bestimmten Zweck redet, und heute das sagt, und ein anders Mal das Gegenteil, je nachdem es seinen Zwecken entspricht. Im allgemeinen wird man immer am sichersten gehn, wenn man auf alles, was der Jude sagt, nichts giebt, mindestens alles mit großer Vorsicht aufnimmt.

• • •

Was der Herr Einsender vorschlägt, haben wir in Bezug auf die Reichstags-Abgeordneten schon bisher stets durchgeführt. Wir werden uns in Zukunft natürlich ebenfalls an diese Form der Berichterstattung halten, und sie noch mehr wie seither auf die städtischen Parlamente usw. ausdehnen. Wir hoffen dabei auf die thätige Hilfe unsrer Leser. Im Reichstage sitzen Juden nur bei den Sozialdemokraten; daß sie aber auch bei andern Parteien Einfluß haben, zeigt der Fall des flüchtigen Parlamentsberichterstatters Dr. Hamburger, der es in echt jüdischer Bescheidenheit fertig brachte, gleichzeitig mit Abgeordneten der verschiedensten Richtungen in Verbindung zu stehen.

Das Erbbaurecht.

Am 6. Februar kam im Reichstag bei dem Titel „Förderung und Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter, Erbbaurecht" auch Abg. Raab zu Worte, der die freisinnigen Abgeordneten Schrader und Dr. Crüger (Wiesbaden) folgendermaßen gründlich abführte:

M. H., ich stehe im Gegensatz zu dem Abg. Dr. Crüger der Vorlage sowohl als auch ihrer Begründung mit ganz ungemischten Gefühlen gegenüber, und zwar mit dem ungemischten Gefühle der Freude. Es freut uns, daß das Reichsamt des Innern eine höhere Forderung beim Bundesrat durchgesetzt hat als im Vorjahre, und mich erfreuen auch die neuen Gesichtspunkte, die uns in der Denkschrift gegeben worden sind als solche, die in Zukunft in höherm Maße beobachtet werden sollen. Zunächst glaube ich, daß es recht wenig im Interesse des ganzen Gedankens der Wohnungsfürsorge war, wenn der Herr Abg. Schrader gewünscht hat, es möge nicht in einem so schnellen Tempo den Genossenschaften geholfen werden, die vorhandne Wohnungsnot zu beseitigen. Ich glaube nicht, daß die Genossenschaften durch die in Aussicht stehende Staatssubvention in dem eignen Eifer erlahmen werden, sondern in vielen Fällen hat sich grade erst, weil eine solche Zuhilfe in Aussicht genommen werden durfte, das Interesse für Baugenossenschaften erwecken lassen.

Lieb ist es mir auch, daß man in der Begründung aufgegeben hat, die Reichsmittel nur als Hypotheken an erster Stelle zu gewähren. Es ist richtig, was in der Denkschrift gesagt worden ist, daß der soziale Zweck in weit höherm Maße erreicht werden kann, wenn man von Reichs wegen die Posten übernimmt, die im Privatverkehr schwer zu haben sind. Was mich veranlaßt, einige Worte an Sie zu richten, ist die Ablehnung des Erbbaurechts, die der Abg. Schrader ausgesprochen hat. Ich bin sehr erfreut, daß das Erbbaurecht auch durch die Vorlage in höherm Maße in die Praxis übergeführt werden wird, als es bisher der Fall war. Das ist ja richtig, daß ein solches neues Recht — und neu ist es für uns, wenn es auch im Altertum schon bestanden hat — sich nicht sehr leicht einbürgern wird. Ich glaube aber, daß grade das hier gegebne Vorbild doch auch in der Richtung wirken wird, daß es nun im allgemeinen Verkehr mehr Beachtung findet.

Ich glaubte hauptsächlich jedoch dem Irrtum widersprechen zu sollen, den ich in den Ausführungen des Herrn Abg. Schrader bemerkt habe. Er scheint der Meinung zu sein, daß das Erbbaurecht unter allen Umständen immer nur auf einen begrenzten Zeitraum gegeben werden könne. Das ist doch nicht der Fall; das Erbbaurecht kann ohne jede zeitliche Beschränkung verliehen werden. Auch das ist nicht richtig, daß in jedem Falle nach Ablauf der Dauer des Erbbaurechts die vorhandnen Gebäude ohne jeden Ersatz in die Hände dessen übergehn müssen, der ehemals den Grund und Boden zum Erbbaurecht hergegeben hat. Das sind alles Dinge, die in dem Vertrage besonders festgestellt werden können, auch in vielen Fällen so festgestellt worden sind und noch werden, daß der sachgemäße Wert im Augenblicke der Rückgabe vergütet wird. Damit fällt dann auch die Befürchtung des Abg. Schrader, daß das Erbbaurecht dahin wirken müsse, daß namentlich zum Schluß der Erbbaurechtszeit die Häuser verfallen und dadurch allerhand Schäden in gesundheitlicher und andrer Beziehung mit sich bringen. Giebt man nach Ablauf der Periode dem Besitzer den Wert des noch vorhandnen Gebäudes, dann hat er keinerlei Interesse daran, das Haus verfallen zu lassen, sondern er wird es nach wie vor in gutem Zustand erhalten.

Wesentlich ist auch der Umstand, daß man beim Erbbaurecht von vornherein sehr viel weniger Kapital gebraucht, als es unter andern Umständen erforderlich wäre. Wir wissen, wie schwer es ja vielen, namentlich auch kleinern Besitzern fällt, das notwendige Kapital aufzubringen, daß es ihnen aber nichts verschlägt, wenn sie alljährlich einen etwas höhern Zinsfuß entrichten müssen, der für sie die Amortisation der aufgenommenen Schulden mit enthält.

Nun, m. H., ist es richtig, daß vielleicht auch noch auf etliche Zeit Hypotheken für solche Gebäude, die auf Erbbaurecht gebaut sind, schwer zu bekommen sind. Dem Hypothekengeber liegt ja meistens daran, daß auch seine Hypothek intakt bleibt, daß er ihren Betrag noch vielleicht seinen Erben hinterlassen möchte. Im Erbbaurecht kann man im allgemeinen bloß Amortisationshypotheken benutzen, Hypotheken also, die nach Ablauf einer gewissen Zeit verschwunden sind. Das hält den Hypothekengeber in den meisten Fällen ab, überhaupt eine Hypothek in Erbrechtsgebäuden zu geben. Wir glauben aber, daß, wenn nur ein notwendiges Zwischenglied geschaffen worden ist, nämlich Banken oder dergleichen, die sich darauf verlegen, die Amortisationsquoten anzusammeln und daraus wieder nach einer gewissen Zeit die gesamte Hypothek herzustellen, daß dann auch genügend Hypotheken für das Erbbaurecht verfügbar sein werden. Solche Unternehmungen allerdings erscheinen als ein

notwendiges Ergänzungsmittel der Gesetzgebung, Hypothekenbanken oder Bankeinrichtungen, die sich mit der Ansammlung des den Zins überschießenden Amortisationsbetrages befassen und unter Umständen schon die Hypothek vor Ablauf des Erbbaurechts auskehren können, wofür ihnen bis zum Schluß die Amortisationsquoten verbleiben.

Aber richtig ist und bleibt — und es ist erfreulich, daß der Herr Staatssekretär des Innern das noch so bestimmt betont hat —: wir müssen durch das Erbbaurecht dazu kommen, die Privatspekulation in Grund und Boden auszuschalten.

Wenn Herr Dr. Crüger der Meinung gewesen ist, daß unter Umständen auch einmal kleine Leute, Arbeiter, von der Wertsteigerung des Bodens Nutzen ziehn können, und das könne man ihnen doch gönnen, so stehe ich auf einem andern Standpunkt. Ich sage, daß niemand, auch der Arbeiter nicht, ein Recht darauf haben soll, aus dem Schachergeschäft in Grund und Boden sich ungerechtfertigte Vorteile zu schaffen. Grund und Boden ist keine Ware wie jede andre; sie kann nicht beliebig vermehrt werden, sie ist das notwendige Werkzeug unsrer Existenz, und wir haben alle Ursache, dahin zu streben, daß unser Grund und Boden nicht künstlich verteuert werde, mögen nun die Verteurer große Terraingesellschaften sein, oder irgendein zufälliger Erwerber einer kleinen Parzelle. Nein, weg mit der ganzen Privatspekulation auf diesem Gebiet, weil sie uns durch die Verteuerung des Bodens schon heute die Konkurrenz- und Lebensfähigkeit außerordentlich beschränkt hat! Und ist der Boden in seinem Werte gestiegen, dann ist das nicht das Werk eines Einzelnen, auch nicht des kleinen Bauparzellenbesitzers, zu dessen Gunsten Herr Dr Crüger hier eingetreten ist; es ist das Werk der Gesamtheit des Volkes, der gesamten Entwicklung, auf welche der Einzelne ja eigentlich gar keinen Einfluß gehabt hat. Hat aber die Gesamtheit diesen Wert entwickelt und gesteigert, so hat auch nur sie einen Anspruch darauf; mag dann für die Gesamtheit der Nutzen eintreten, und nicht für den fast unthätig gebliebenen Bauplatzbesitzer.

Alles in allem erblicke ich in der Einführung des Erbbaurechts einen sozialen Fortschritt und beglückwünsche, wie schon gesagt, mit ganz ungemischtem Gefühl der Freude das Reichsamt des Innern grade zu diesem Fortschritt.

Die politischen Zustände in Oesterreich.

5.

Nach Aufhebung des Dualismus ist für Oesterreich, d. h. für die im Reichsrate vertretnen Königreiche und Länder, wie der offizielle Titel lautet, eine Aenderung der Verfassung unausbleiblich, ja unerläßlich. Die bestehende Verfassung ist eine oktroyierte, und wurde von den Tschechen eigentlich nie als zu Recht bestehend anerkannt. Würde sie daher aufgehoben oder sistiert, so wäre ihre Unbrauchbarkeit, die übrigens jedermann kennt, ausgesprochen und es müßte eine andre Verfassung gegeben werden, die gewiß den Tschechen angenehmer wäre.

Die Tschechen, oder die von ihnen vertretne Sache, könnten also durch die Sistierung der Verfassung nur gewinnen; aber was wird in der Zwischenzeit, bevor die neue Verfassung ins Leben tritt? — Da kann nur der Absolutismus herrschen. Der Absolutismus ist aber, wenn auch vielleicht deutsch, gewiß nicht liberal; daher würden die Liberalen, oder sagen wir kurz, die Judenliberalen, und alles was mit ihnen zusammenhängt, und sich jetzt so sehr als die Vertreter des Deutschtums geriert, nur verlieren. Daher auch die große Bestürzung über die letzte Rede des Ministerpräsidenten, in welcher dieser mit der Sistierung der Verfassung drohte, unter den Deutschliberalen und Judenliberalen und grade nur unter diesen.

Die Deutschliberalen waren es denn auch, die sofort nach dieser Rede den Ministerpräsidenten bestürmten, und um Aufklärung ersuchten; sie erklärten sich sofort bereit, in Verständigungskonferenzen mit den Tschechen sich einzulassen, und werden in diesen Konferenzen sicher bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gehn, um nur ja die Sistierung der Verfassung zu vermeiden. Und schon schreiben auch die judenliberalen Zeitungen, allen voran der „Pester Lloyd“: „Ob zwar die Gegensätze schärfer hervortreten als je, die Parteien einander entfremdet sind wie noch nie, und die störenden Elemente sich agiler zeigen, als zuvor, so scheint die Situation doch nicht hoffnungslos zu sein; denn grade die wachsende Macht der bürokratischen Regierung und der sinkende Einfluß der volkstümlichen Parteien, grade das Ungewisse jenseits der ausgeschalteten Volksvertretung wird die nationalen Parteien aufrütteln und sie zu einer befreienden That, die hier das Gelingen der deutsch-tschechischen Ausgleichskonferenzen wäre, anspornen. Von diesem Gelingen hängt also diesesmal wirklich das Geschick des Parlamentarismus und der Verfassung in Oesterreich ab.“

Dieses Gelingen scheint aber zweifelhafter als je, denn wenn auch die Deutschliberalen, richtiger die Judenliberalen, gewiß zu allem bereit wären, die ihnen lieb gewordne Verfassung, unter der sie sich so wohl befanden, zu retten — die radikalen Alldeutschen werden hierzu nicht zu haben sein.

Mag aber auch vielleicht doch wieder irgendein Kompromiß geschaffen, und damit die Krise wieder für einige Zeit verschoben werden: Eins wird der gegenwärtige Zustand gewiß zur Folge haben. Was so lange niemand glauben wollte, wenn es auch mit hundert schlagenden Beweisgründen ausgestattet wurde, das kommt nun plötzlich zum allgemeinen Bewußtsein: die Unhaltbarkeit des Zentralismus, die Unfähigkeit des derzeitigen Zentral-Parlaments, seine große Aufgabe zu erfüllen, und Positives zu schaffen. Keine Regierung und kein Parlament ist mehr imstande, in Oesterreich eine erfolgreiche Thätigkeit zu entfalten, so lange sie an das zentralistische System gebunden sind. Der Zentralismus ist unhaltbar. Die Ereignisse der letzten Jahre haben das zentralistische System auf das Gründlichste ad absurdum geführt. Ein Parlamentarismus, wie er jetzt besteht, auf zentralistische Grundlage, ist in Oesterreich auf die Dauer unmöglich.

Das will aber nicht sagen, daß die Institution des Parlamentarismus selbst beseitigt werden müsse. Allerdings sagte der Ministerpräsident in seiner letzten Rede, die unter den Judenliberalen solche Bestürzung hervorrief: „Wie nun, wenn eine Regierung, und zwar die ernsteste und gewissenhafteste, im dringendsten Interesse der Staatsnotwendigkeit, an die Verfassung selbst greift, greifen muß? Wir haben in diesem Reiche schon eine Verfassung zusammenstürzen sehen, wir sollten eine Wiederholung vermeiden.“

Das ist doch eine nackte Androhung der Verfassungssistierung. Dagegen mußte wohl protestiert werden. Die derzeitigen politischen Verhältnisse Oesterreichs sind zwar unhaltbar, aber die konstitutionelle Form müßte unter allen Umständen gewahrt bleiben. Einer vollständigen und dauernden Beseitigung der Volksvertretung zuzustimmen, wäre Verrat und Thorheit. Aber zunächst fort mit dem Zentralismus!

Nach dem Gesagten hängt nun aber der Bestand der gegenwärtigen Verfassung von dem Gelingen der deutsch-tschechischen Ausgleichskonferenzen ab. Die Aussichten auf das Gelingen sind aber nicht besonders günstig. Von der Anbahnung friedlicher Verhältnisse in Böhmen, von der Herstellung eines Ausgleiches zwischen den Deutschen und Tschechen ist man jetzt wohl weiter, als je, entfernt.

Allerdings bestand in Böhmen und Mähren seit schon vielleicht zwanzig Jahren wieder ein ziemlich leidliches Verhältnis zwischen den beiden Volksstämmen, und der vor dieser Zeit hell lodernde nationalpolitische Krieg hatte sich langsam, aber zusehends beruhigt, da wurde der mit diesen sehr heiklen Zuständen ganz unbekannte Graf Badeni zum Ministerpräsidenten ernannt, und dieser erlies, um sich die Stimmen der Tschechen für den Ausgleich mit Ungarn zu gewinnen, die unseligen Sprachenverordnungen für beide Kronländer, und entfachte damit den ärgsten nationalpolitischen und staatsrechtlichen Streit, und die Feindseligkeiten zwischen den drei

Millionen Deutschen und den fünf Millionen Tschechen in Böhmen und Mähren wurde dadurch bis zur Siedehitze entflammt, hinter welche sofort jedes österreichische, jedes Volks-Interesse zurückgedrängt wurde.

Dazu kommt, daß die Juden in beiden Lagern hetzen, weil sie in ihrer Schlauheit meinen und hoffen, damit den Antisemitismus und die soziale Reform überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen, und zu beseitigen, worin sie auch bis jetzt thatsächlich den größten Erfolg zu verzeichnen haben. Die politischen und nationalen Parteien der andern Kronländer nehmen nun hinter den verfeindeten Gruppen Böhmens und Mährens entweder für die eine, oder für die andre Gruppe Stellung und sekundieren im Kampfe. Da sind vor allem die großdeutschen Schönerianer, welche das Feuer auf deutscher Seite blasen und Oel hineingießen; da sind dann die Sozialdemokraten, welche von den sich blindlings raufenden bürgerlichen Parteien ihre Zerstörungsgeschäfte lächelnd besorgen lassen, und höchstens hier und da etwas Dynamit in den Brand schleudern; da sind denn die Italiener und Kroaten und Slowenen, welche neuestens auftreten, ihre Fehden im Parlamente ausfechten und ihre Forderungen mit aller Zähigkeit vertreten. Das sind allerdings wahrhaft traurige Aussichten, die sich da für die Zukunft eröffnen; — und die Resignation, die sich aller derjenigen bemächtigt, die wissen, mit welch brennender Ungeduld das Volk auf Hilfe wartet, das Volk, das in immer rascherm Tempo verarmt, während sich, unter dem Schutze der zentralistischen, liberalen Verfassung immer größere Reichtümer in wenigen Händen ansammeln.

Hat doch ein Wiener Blatt erst unlängst die Bilanz des Bankhauses S. M. Rothschild in Wien veröffentlicht, welche ungefähr 12000 Millionen Kronen als reinen Vermögens-Saldo Rothschilds nachwies; das macht, nur zu 4 v. H. verzinst, jährlich einen Ertrag von 480 Millionen Kronen! Und solche schweren Millionäre und Milliardäre giebt es mehre, nur in Wien allein, während andrerseits die große Masse des Volkes, grade in Wien immer mehr und mehr, und immer rascher und rascher verarmt und verelendet.

Oesterreich ist vor allem ein Nationalitätenstaat, der nach einer Verfassungsändrung förmlich lechzt. Eine Sanierung dieser Verhältnisse ist aber ausgeschlossen, so lange die Form nicht zerschlagen wird, in welche das staatliche Leben gepreßt ist, solange der Zentralismus nicht beseitigt ist. Keine Auflösung des Parlaments, keine Neuwahl desselben, aber auch kein wie immer Namen habendes Ministerium, — nichts als eine Aenderung der Verfassung, und zwar im förderalistischen Sinne kann für Oesterreich Hilfe bringen.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Auf ein dahingehendes Gesuch des Israelitischen Konsistoriums für Lothringen hat das Gouvernement der Festung Metz angeordnet, daß die jüdischen Soldaten der Garnison fortan monatlich einmal an den Gottesdiensten am Sonnabend-Vormittag teilnehmen. Auf die Weise haben die braven Juden zwei dienstfreie Tage hintereinander. —

Im März dieses Jahres wird Meyer Edler in Stromberg in Westfalen seinen 90. Geburtstag feiern. Bemerkenswert ist, daß besagter Meyer Edler erst im Alter von 70 Jahren geheiratet und doch noch vier Kinder gezeugt hat. Die Zeugungskraft der jüdischen Rasse ist oft erstaunlich. —

In Pasewalk wurden bei den Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung zwei Juden gewählt: Der Vorsteher der jüdischen Gemeinde Albert Jacoby und der Fabrikbesitzer Paul Behrend. Als dritter Jude gehört dem Stadtverordneten-Kollegium noch Götz Lehmann an. (Wer vermutet in einem Manne mit dem Vornamen Götz und dem Zunamen Lehmann wohl einen Juden?) —

In Rörenberg in Pommern haben an Kaisers Geburtstag mehr als hundert christliche Mitglieder des Krieger-Vereins an dem Gottesdienste im Judentempel teilgenommen. Wenigstens erzählt so das „Israel. Familienblatt" und ruft „den wackern Kriegern" ein „Bravo" zu. Diese Anerkennung aus jüdischem Munde haben die „wackern Krieger" verdient, wenn es sich wirklich so verhält. —

Die freiwillige Feuerwehr zu Ostrowo hat den Rentier Isidor Goldmann zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt. —

Bei der 25jährigen Wiederkehr des Tages, an dem der Kaiser das Abiturienten-Examen gemacht hat, wurden von ihm seine noch lebenden Lehrer, sowie seine Mitabiturienten, soweit sie sich eingefunden hatten, im Schlosse zu Berlin empfangen. Unter den letztern befand sich auch eine Jude, der Landgerichtsrat Sommer aus Frankfurt (Main). —

In Beuthen (Oberschlesien) wurde Dr. med. Mannheimer einstimmig zum Stadtverordneten-Vorsteher wiedergewählt. —

In den Vorstand der Handels-Kammer für den Regierungs-Bezirk Oppeln ist der Kaufmann L. Grünfeld zu Beuthen (Oberschlesien) wiedergewählt worden. —

Dr. jur. Leo Laser, zu Königsberg (Pr.), Generalagent verschiedner Versicherungsgesellschaften, ist zum Konsul von Brasilien ernannt worden.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Für das abgelaufne Geschäftsjahr zahlte die Firma Karl Zeiß in Jena 10 v. H. Dividende an ihre Arbeiter, deren sie etwa 1100 beschäftigt. Es kamen 165 000 Mark zur Auszahlung, mithin entfallen auf jeden Arbeiter rund 150 Mark. Die tägliche Arbeitszeit in der Zeißschen Fabrik beträgt acht Stunden.

Salz, Krebs und Juden. Ueber den Salzgenuß als mutmaßliche Ursache für die zunehmende Verbreitung von Krebs ist in der englischen Presse neuerdings eine lebhaftige Erörterung entbrannt. Aerzte und müßige Leute schleppen in zahlreichen Zuschriften Material für und gegen herbei, ohne jedoch eine sichere Grundlage zu erreichen. Neuerdings wird auch ... Israel mit in die Frage verwickelt, da verschiedne Aerzte behaupten, unter den Juden sei der Krebs unbekannt, und das erkläre sich dadurch, daß sie kein Salz äßen. Dem entgegen versichert in der „Daily Mail" ein andrer Arzt, er höre auf eingehende Nachfragen von jüdischer Seite, auch bei ihrer Speisenbereitung werde Salz reichlich verwandt. So würden z. B. die Osterkräuter vor dem Genuß in Salz getaucht. Derselbe medizinische Gewährsmann ist der Meinung, wenn die Juden thatsächlich von Krebs und andern Krankheiten freier seien als andre Sterbliche, so rühre das wohl daher, daß bei ihnen so außerordentliche Sorgfalt angewandt werde, um den Genuß von Fleisch zu verhindern, das nicht durchaus gesund sei. — Wer sich also vor Krebs schützen will, lasse sich schleunigst beschneiden. Ob dieser Arzt übrigens schon einmal die Judenviertel in Whitechapel, Newyork und Warschau sich angesehen hat?

Ein freisinniger Ehrenmann. Das Koburger Regierungsblatt veröffentlicht folgenden Steckbrief: „Der vormalige Redaktör Carl Heusinger, geboren am 5. März 1858 in Neustadt (Herzogtum Koburg), zuletzt in Koburg wohnhaft, ist wegen Uebertretung des § 360[8] St.-G.-B. durch Erkenntnis der Strafkammer 3 hier vom 25. November 1901 zu vier Wochen Haft rechtskräftig verurteilt worden. Im Betretungsfalle wird um Vollstreckung dieser Strafe ersucht. Koburg, den 4. Februar 1902. Herzogl. S. Amtsgericht III. Hartung."

Heusinger war Landtags-Abgeordneter, Redaktör des freisinnigen „Gothaer Tagebl.", Stadtverordneter usw. Unberechtigterweise führte er seit achtzehn Jahren den Titel „Doktor phil.", was ihm obige Strafe eintrug. Jetzt hat er den Koburger Staub von seinen Pantoffeln geschüttelt.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 62, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 13. Februar 1902. Nr. 704.

Ein Dank von Dr. Leyds!

Der Gesandte der südafrikanischen Republik hat von Brüssel aus bekanntlich ein Dankschreiben an den Verfasser des politischen Bilderbogens Nr. 34 „Der Burenkrieg" gerichtet, in welchem er ein „Zeichen warmer Sympathie für die gerechte Burensache erblickt"; er habe von dem Blatt mit „vielem Interesse" Kenntnis genommen und spreche seinen besten Dank dafür aus.

Dieser Brief des südafrikanischen Gesandten ist um so bemerkenswerter, als der Bilderbogen Nr. 34 in Bild und Text die Grundschuld an dem Goldkriege lediglich den englischen Börsenjuden zur Last legt. So heißt es z. B. an einer Stelle des ausführlichen und durchaus antisemitischen Textes: „Wenn die Buren siegen, so muß sich unbedingt der Spieß gegen die Juden drehen, nicht nur in Transvaal, wo Krüger schon den Rabbiner Dr. Herz auswies, sondern auch in England. In Transvaal muß jeder Jude, nach Konfiskation seines Vermögens zur Deckung der Kriegskosten, ausgewiesen und jede Synagoge muß dauernd geschlossen bleiben. In England aber muß man der gewaltigen Milliarden-Aufwände wegen nicht das arme arbeitende englische Volk mit jahrzehntelangen drückenden Steuern auf Zucker, Salz und Petroleum quälen, sondern man muß dort gleichfalls die reichen Börsenjuden mit ihrem Vermögen für das Kriegsunglück verantwortlich machen. Einst waren es die Fürsten, die deutschen sowohl wie die angelsächsischen, die den Juden von Zeit zu Zeit das den Völkern abgegaunerte Geld eigenmächtig wieder abnahmen, heute müssen es die Parlamente thun! Das Burenparlament wird sich nicht genieren, jeden ins Land eingefilzten Gold-Aktien-Juden wieder mit seinem leeren Schnappsack hinauszuschmeißen, und das Londoner Parlament wird politisch klug thun, anstatt dem englischen Arbeitervolk den schmarotzenden Börsenjobbern die vier oder nächstens sechs Milliarden betragenden Kriegskosten aufzuerlegen. Dies wäre der wenigstens in finanzieller Hinsicht moralisch gerechte Ausgang des Krieges, daß in Südafrika jeder Jude hinausgeschmissen und in London jeder Jude bis zu seinem ganzen Jobbervermögen zu den Kriegssteuern herangezogen werde! . ."

Für diesen Vorschlag müßten doch wohl an erster Stelle die — Sozialdemokraten als Vertreter der Arbeiter eintreten, aber sie schweigen zugunsten ihrer geliebten Juden, die sie ja auch 1871 bei der Kommune schonten.

Wie berechtigt aber diese Forderung wäre, mag aus einer Thatsache hervorgehn, die in der deutschen Presse seltsamerweise fast ganz verschwiegen wurde. In einer Friedensversammlung zugunsten der Buren erklärte der bekannte auch vom Zaren geschätzte Friedensapostel Mr. Stead, daß es stets seine feste Ueberzeugung gewesen sei, der Krieg in Afrika wäre ohne Entdeckung der Goldfelder nie und nimmer zum Ausbruch gekommen; diese seine Meinung habe er kürzlich auch dem reichsten englischen Goldinteressenten, dem Londoner Börsenjuden Beit mitgeteilt, worauf dieser Jude einfach geantwortet habe, die vielen Opfer des Krieges seien ja zu beklagen, aber **„die Goldminen seien diese Opfer wert!"**

Möchte doch der Politische Bilderbogen Nr. 34, den selbst ein Dr. Leyds mit vielem Interesse gelesen und der den Anteil der Juden an diesem Kriege schon im Bilde auf den ersten Blick klarlegt, auf privatem Wege reichlich nach England selbst gesandt werden, damit sich auch dort eine antisemitische Gegenagitation gegen die englischen Kriegs-Goldjuden erhebe. Manche unsrer Leser werden englische Adressen kennen, an die sie Exemplare des von Max Bewer geschriebenen Bilderbogens „Der Burenkrieg" unauffällig senden können; es handelt sich darum, das Blatt in England selbst erst bekannt zu machen; Probe-Exemplare bezieht man am besten von der Deutschnationalen Buchhandlung, Berlin NW 52, für 30 Pfg.

Tuberkulose und Kornzölle. In der Reichstags-Sitzung vom 6. Februar bekam der freisinnige Abgeordnete Müller (Sagan) das Kunststück fertig, bei dem Etatstitel „Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose" die Kornzölle in die Debatte zu ziehn und hämisch den Agrariern zu unterstellen, daß sie die Volksernährung verschlechtern und damit die Schwindsucht beförderten. Ihm antwortete zuerst der Abg. v. Kardorff und darauf der Abg. v. Liebermann mit folgenden Worten:

M. H., der Versuch des Abg. Müller (Sagan), draußen im Lande die Meinung zu erzeugen, als ob durch den Zolltarif das Volk in Bezug auf die Brotpreise schwer geschädigt werden würde, muß zurückgewiesen werden. Der einfache gesunde Menschenverstand aller der Leute, die ein klein wenig die Geschichte der letzten 30 Jahre kennen, spricht dagegen. Die Brotpreise sind nicht teurer geworden, als der Fürst Bismarck vom Freihandel zum Schutzzoll auf Brotgetreide überging; die Brotpreise sind nicht billiger geworden, als Graf Caprivi mit der Bismarckschen Schutzzollpolitik brach und zu einer Art von Freihandel überging. Die Brotpreise werden auch nicht teurer werden, wenn wir jetzt ausreichende Schutzzölle für Brotgetreide bekommen. Im Gegenteil, wenn die Zölle dahin wirken, daß wir stetige mittlere Durchschnittspreise für Getreide bekommen, wird sogar das Brot verbilligt werden. Der Bäcker wird in der Lage sein, seinen Gewinn nicht wie jetzt auf den höchsten Preis zu kalkulieren, sondern auf den stetigen mittlern Preis. Wenn der Abg. Müller (Sagan) wirklich dazu helfen will, daß dem Volke das Brot nicht durch Brotwucher verteuert wird, dann helfe er uns den Brotwucher der Börse zu beseitigen.

(Bravo! rechts. Lachen links.)

Berichtigung. In der Beilage zu Nr. 703 der „Deutsch-Sozialen Blätter" findet sich im Anschluß an meine Berichtigung vom 28. Januar der Satz: „Seine Thätigkeit gegen unsre Kandidatur in Baden im Oktober v. Js. hat Herr Giese nicht in Abrede gestellt." In dem von mir berichtigten Satz aus Nr. 701 der „Deutsch-Sozialen Blätter" steht nichts davon, daß ich eine Thätigkeit gegen die deutschsoziale Kandidatur in Baden entwickelt hätte. Es ist nicht wahr, daß ich gegen jene Kandidatur thätig gewesen bin. W. Giese.

Obwohl diese „Berichtigung" wiederum — wie alle „Berichtigungen" des Herrn Giese — nicht den Anforderungen des Preßgesetzes entspricht, auf das sich Herr Giese überflüssigerweise stets beruft, drucken wir sie gern ab, um wieder einmal schlagend einen Beweis für die Kombinationsgabe des Herrn Dr. Giese beizubringen.

Wir schrieben in Nr. 701:

Noch eine andre Gegnerschaft müssen wir leider erwähnen. Wir stoßen auch hier, wie bei der letzten Landtagswahl in Baden auf die Umtriebe des Dr. Giese, der auch hier Leute mit seinen Schmähschriften gegen die Herren Raab und von Liebermann überschüttet. — Traurig aber wahr!

Herr Dr. Giese schrieb uns darauf:

In der Beilage zu Nr. 701 der „Deutsch-Sozialen Blätter" vom 23. Januar findet sich mit Bezug auf die Ersatzwahlen in Schaumburg-Lippe folgender Satz: „Wir stoßen auch hier, wie bei den letzten Landtagswahlen in Baden auf die Umtriebe des Dr. Giese der auch hier Leute mit seinen Schmähschriften gegen die Herren Raab und v. Liebermann überschüttet." Es ist nicht wahr, daß ich während der Ersatzwahlen in Schaumburg-Lippe Umtriebe irgendwelcher Art veranstaltet oder Schriften in den Wahlkreis geschickt habe.

Und jetzt behauptet Herr Dr. Giese in obiger Berichtigung, in Nr. 701 hätte nichts davon gestanden, daß er eine „Thätigkeit gegen die deutschsoziale Kandidatur in Baden entwickelt hätte"! Kann Herr Dr. Giese nicht mehr ordentlich lesen?

Im übrigen schrieben wir bereits am 10. Oktober v. J. an dieser Stelle bei Besprechung der Ersatzwahl im Kreise Heidelberg-Land:

„Mit Bedauern muß schließlich festgestellt werden, daß der bekannte Führer der Reformpartei, Dr. Giese, es für passend gehalten hat, in die Wahlbewegung störend einzugreifen und seine unerbetenen Pamphlete an alle ihm bekannten antisemitischen Adressen im Wahlkreise zu senden. Es ist überflüssig über die Handlungsweise ein Wort zu verlieren. Sie richtet sich selber."

Herr Dr. Giese hat bisher nichts gegen diese Feststellung einzuwenden gehabt, auch dagegen hatte er nichts einzuwenden, daß wir in Nr. 701 schrieben: „Wir stoßen auch hier, wie bei den letzten Landtagswahlen in Baden auf die Umtriebe des Dr. Giese . . . ", sondern nur dagegen, daß wir infolge seiner „Berichtigung" dieses Satzes in Nr. 703 die Behauptung aufstellten: „Seine Thätigkeit gegen unsre Kandidatur in Baden im Oktober v. J. hat Herr Giese nicht in Abrede gestellt."

Hat Herr Giese seine Schmähschriften gegen die Herren Raab und v. Liebermann während des Wahlkampfes in Baden im Oktober v. J. vielleicht versendet, um die deutschsoziale Kandidatur zu fördern? Wozu also die Wortklaubereien.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 26, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend ½9 Uhr.

Die neunte General-Versammlung des Bundes der Landwirte, die am 10. Februar d. J. stattfand, war noch zahlreicher besucht, als alle ihre Vorgänger. Der Zirkus Busch einschließlich des Manege-Raums war bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß man die Zahl der Anwesenden mit 12000 nicht zu hoch einschätzt. Rechnet man noch, daß Tausende umkehren mußten, die in den spätern Nachmittagsstunden für die Weggehenden einrückten und auf diese Weise das Haus nahezu bis zum Schlusse gefüllt erhielten, so darf man die gesamte Besucherzahl auf 15000 veranschlagen. —

Zu einem ins Einzelne gehenden Bericht reicht unser Raum nicht. Es sprachen die drei Herren vom Haupt-Vorstande des Bundes, v. Wangenheim, Dr. Rösicke, Dr. Hahn, ferner als Referenten die Herren Sümmermann (Scheda) und Bock, der erstere über den Zolltarif, der zweite über die Börsenreform. An der Diskussion beteiligten sich die Abgg. Ring, Graf Limburg-Stirum, Liebermann v. Sonnenberg und Dr. Oertel. Außerdem noch der Provinzialvorsitzende für Westpreußen, Herr v. Oldenburg u. a. m. — Die Stimmung war ernster und weniger hoffnungsfreudig als sonst. Aber der unbeugsame Entschluß, festzuhalten am Bunde und an dessen als richtig erkannten Forderungen, klang aus allen Reden, leuchtete aus den Augen aller Hörer, und so war es wohl zutreffend, wenn der Abg. v. Liebermann in der Versammlung deren Grundstimmung mit dem alten vom Rheine stammenden Spruche kennzeichnete:

Halt fest am Recht du deutscher Bauer,
Das Jahr mag fallen süß oder sauer.

Zur Nachwahl in Schaumburg-Lippe schreibt uns Graf Reventlow (Wulfshagen):

Die Reichstagswahl in Schaumburg-Lippe hat uns den gehofften Erfolg nicht gebracht. Wohl aber ist von unsrer kleinen Partei mitarbeitende Thatkraft und Opferwilligkeit in einem Maße bewiesen worden, daß wir mit Stolz auf die letzten Wochen zurückblicken dürfen.

Wo solche Leistungen möglich waren, da kann auf die Dauer der Erfolg nicht ausbleiben. Der erhebende Rückblick gestattet uns einen zuversichtlichen Ausblick in die Zukunft.

Herzlichsten Dank allen Mitarbeitern und allen, deren Opferwilligkeit uns unterstützte.

Braunschweig. Am Freitag, den 14. d. M., spricht Herr Redaktör Kemper in der Mitgliederversammlung (Brünings Saalbau) über das Thema: „Das Deutschtum und seine Feinde. Ein Weckruf an Deutschlands Männer!"

Gäste sind willkommen.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokal „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller";
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13. 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Norddeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am 14. im „Schwarzen Walfisch; am 21. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden Dienstag im „Sächs. Hof".

*

Aus der Reformpartei. Zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde am 6. d. M. Dr. W. Giese, weil er im August v. J. das in Berlin umlaufende Gerücht von einer angeblichen Zahlungsunfähigkeit der Versicherungs-Gesellschaft „Viktoria" durch Erwähnung in dem „Antisem. Monatsblatte" weiter verbreitet und daran abfällige Bemerkungen über die Gesellschaft geknüpft hatte.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

Dem Vorsitzenden des Hilfsvereins der deutschen Juden James Simon zu Berlin der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Kommerzienrat Emil Jakob zu Berlin die Rote Kreuzmedaille zweiter Klasse;

dem Geheimen Kommerzienrat L. M. Goldberger zu Berlin und dem Kommerzienrat Ferd. Mannheimer zu Berlin die Rote Kreuzmedaille dritter Klasse;

dem Fabrikanten Gustav Bodenheim zu Kassel der Titel Kommerzienrat;

dem jüdischen Lehrer Michael Kleemann zu Pforzheim das Kriegs-auszeichnungskreuz;

der Frau Franziska Speyer, geb. Gumbert, zu Frankfurt (Main) die Rote Kreuzmedaille dritter Klasse.

Empfangsbescheinigung.

Für die Wahl in Schaumburg-Lippe gingen ein beim Kassenwart der Deutschsozialen Partei, Herrn Abg. F. Raab in Hamburg:

Eisenb.-Assist. Gr. 1307 1 Mark; Schrool, Hamburg 931 2 Mark; O. v. D. 464 3 Mark; F. W. Sautter, Hamburg 112 2 Mark; H. K. Göttingen 1271 10 Mark; A. Winter, Bromberg 221 27 Mark; F. S. Hamburg 740 1 Mark; R. S., Hmb.-Barmbeck 1 Mark; H. O. J. ... 77 2 Mark; durch Stendern von H. H. in H. 1 Mark; L. Piening, Hamburg 279 6 Mark; C. Gr., Hmb-Barmbeck durch Alb. B. 20 Mark; Carl M. Fr., Hamburg 172 2 Mark; J., Hamburg, Grimm 88 5 Mark; Felix Martini, Erfurt 3 Mark; G. Eckart, Erfurt 1 Mark; C. D., Ham-

burg 349 2 Mark; P. Carl, Hamburg 228 1 Mark; A. H., Hamburg, Seilerstr 3,05 Mark; Meyer, Hemdingen 3,30 Mark; Amtsrichter K. in L. 10 Mark; Block, Münster i. W. 3 Mark; Prof. L. R. in D. 10 Mark; Oberlehrer Dr Cl. in H. 3,05 Mark; Gym. Oberl. N in R. 3 Mark; Friedr. H., Elberfeld 77 5 Mark; Ed G., Altona 86 4 Mark; persönlich von demselben 2 Mark; Dr Br. in B. 1217 34 Mark; B. G., Wedel 22 Mark; E. Clauß, Mannheim 3 Mark; Heinr. H., Norden 28 Mark; F. G. J. K, Hamburg 5 Mark; Rentmeister C. in W. 3 Mark; Kreistierarzt R. in H. 14.90 Mark; Milberg, Hammer 123 Mark; Rob D., Nordhausen 10 Mark; N. R., Hamburg 10.05 Mark; Vereinigte Sammellisten G.-Sch.-R., Ottensen, 2. Rate 12 Mark; Mehee Deutschnationale Bielefelds (Liste 1467) 13,50 Mark; E Wiegand, Corbach 2,50 Mark; J. R., Kl. Borstel 2 Mark; Abstinenter Kaufmann (Liste 12 5) 3 Mark; W. L., Altona 206—534 2,50 Mark; Hellwig, Straßburg i Els. 5 Mark; Fritz Kr., Kiel 1092 6,50 Mark; C W durch Weener, Lauterbach 3 Mark; H. L., Hamburg 313 3,65 Mark; H. H., Ottensen, aus der Deutschbundgemeinde Hamburg 13 Mark; Carl H., Domäne R. bei S. 20 Mark; Bernh. R., Pinneberg 3 Mark; G. Eberh E, Berlin 10 Mark; O. R., Hannover 1366 13 Mark; H. P. in Stade vom Vergnügen des D. H. B. 8 Mark; H. Boysen, Kiel 72 15 Mark; Ad. W., Bützflett 6 Mark; Rich. Döring, Berlin 5 Mark; Ges. v. Deutschsozialen in Leipzig durch Arno R.: Sch, Eilenberg 1 Mark; K. 10 Mark; M. 5 Mark; Martin 5 Mark; P. M. 5 Mark; Richter 5 Mark; Hesse 3 Mark; Zimmermann 3 Mark; zus. 37 Mark; Rode, Hamburg 2,50 Mark; J H., Hamburg 3 Mark; Jul. R., Hamburg 1 Mark; Thießen, Hamburg 2. Liste, 5,50 Mark; E. H., Bergedorf 291 4 Mark; Schröder, Hamburg 7,10 Mark; Emil B., Hamburg 2 Mark; F. W. N. Hamburg 1 Mark; E. Dröge, Hamburg 3 Mark; J. H. J. Str., Hamburg 159 2 Mark; Heinr. Sch, Wismar 2 Mark; Fr. Gr. Altona 44 2 Mark; Bruno L., Freiwaldau 3 Mark; J. Fink, Paderborn 5 Mark; Ortsgr. Kiel des D. H B. 99 5 Mark; Deutschsoz. V. Delitzsch 1 Mark; D. S., Wetter a. Rh. 12 Mark; in Elberfeld ges. durch Ad. Jost 50 Mark; Stahmer u Schlüter, Pinneberg 9 Mark; Rich. Fuchs, Hamburg 1447 1 Mark; Ges im Deutschsoz. Verein in Leipzig bei der Feier der Errichtung des Deutschen Reiches 11,20 Mark; F. G, Hann.-Münden 11,80 Mark; J F., Alfeld 1421 10 Mark; Eil. Sekr. Kr. in H. 1,50 Mark; aus Heide von P. 1 Mark; Sch u. M. 3 Mark; zus 4 Mark; B. Blobel, Berlin 1500 5 Mark; Dr. Sch, München 5 Mark; Friedr. H. Elberfeld 9 Mark; Deutschsoz Verein Nordhausen, 2. Rate, 10,05 Mark (früher eingegangen 5 Mark und 6,50 Mark, zus. 21,55 Mark); Landwirtsch. Kasino Arolsen durch C. 14,37 Mark; Fritz B., Frankenthal 3 Mark; Hochtouristenklub „Gut Firn". Leipzig 10 Mark; E. Binnewies, Alfeld 7 30 Mark; R.-K., Hamburg 67 3 Mark; H. G. J. Sch., Hamburg 2 Mark; Lübcke, Hamburg 233 5,50 Mark; A. M., Hamburg 966 5,50 Mark; Mitglied 1233 2 Mark; E. Szameilat, Hamburg 19 5 Mark; Böhl, Bergedorf 1214 10 Mark; J. B., Hamburg 149 2,50 Mark; Benj. D. 150 1 Mark; R. F., Hamburg 406 1 Mark; A. W., Hamburg 115 1 Mark; F. K, Hamburg 110 1,50 Mark; ders. 458 1,50 Mark; ders. 116 6,75 Mark; F. Görn 182 2 Mark; Hans B. 495 2,20 Mark; von Arbeitern ges. durch Knees 292 3,05 Mark; Deutschsoz. Verein Berlin 20 Mark; Deutschsoz Verein Duisburg 1100 40 Mark; Götting, Hamburg 1179 6 Mark; Döhring, Hamburg 1179 8 Mark; Mumm, Hamburg 940 8,50 Mark; Ing. J. K., Hamburg 10 Mark; Hugo P, Rummelsburg 8 Mark; Herm. M, Osterburg 10 Mark; Jul. B., Hamburg 492 3 Mark; Justus M., Hamburg 128 3 Mark; Prof. Dr. Sch., Hamburg 23 10 Mark; Grafs, Hamburg 5 5,80 Mark; H. G., Hamburg 69 1 Mark; Br., Hannover 1 Mark; J. H. B., Heide 10 Mark; B. Gustedt 10 Mark; He. 3 Mark; Lücke, Hamburg 90 2,10 Mark; Von der A. B. durch F. B. 300 Mark; Chr Fr. Wildeshausen 10 Mark; Otto H., Lübeck 3 Mark; R. K., Hamburg 539 3 Mark; Prof. K., Hameln 941 5 Mark; Cl. W, Stade 3 Mark; Henkel, Jever 3 Mark; A. K, Magdeburg 3 Mark; W. Meyer, Hannover 1336 2 Mark; Herm. M., Osterburg 1227, 4. Rate 10 Mark; G. T, Hamburg 538 5,05 Mark; G. D., Corbach 3 Mark; Schnaar, Böhl 3 Mark; W. N, Hamburg 17 10 Mark; C. H, Hamburg 33 5 Mark; Dortmund 973 3,10 Mark; Gärtner, Zella 2 Mark; G B., Altona 197 3 Mark; G. R., Belgard 3 Mark; durch Jahncke, Assel und A. W. 2 Mark; H. K. 10 Mark; H. J. 10 Mark; Sm. 3 Mark; G. J. 3 Mark; zus. 28 Mark; Groch, Hamburg, Norderstr. 5 Mark; A. Kl., Hamburg 4 Mark; Dr. F. G. Hamburg 11 Mark; Prof Dr. Sch., Ottensen 20 Mark; R. D., Bergedorf 1218 10 Mk, Quäkerstimmtisch, Altona 5 Mark; Thes. O., Altona 6 Mark; C. B., Hamburg 513 10 Mark; A. F., Ottensen 9,05 Mark; C. W., Corbach 10 Mark; G. H., ges. in Solingen 6 Mark; Aus Lothringen von H. in N. 10 Mark; J. A. St, Bremen 10 Mark; G. H., Solingen 5 Mark; K. D., Brandenburg a. H 2 Mark; C. S. in N. 3 Mark; B. W, Bergedorf 5 Mark; Deutschsozialer Verein Berlin, 2. Rate, 10 Mark; Dr. St., Myslowitz 5 Mark; F. K in B. 2 Mark; Hogrefe, Berlin 5 Mark; Justizrat Gr. in S. 15,25 Mark; H. A. K., Hamburg 1 Mark; C. B., 959 1 Mark; Garfs 335 2 Mark; F. Th. 80 5 Mark; Alb. Breuer, Hamburg 9 9 Mark; F. A. D., Kiel 9,50 Mark; Heinrich, Schöneberg 6,05 Mark; Ges v. Arbeiter durch Knees, Hamburg 3,10 Mark; Gerichtsass. Dr. H. durch W. 1240 2,90 Mark; Chr. Chr., Ottensen 70 18 Mark; Carl B, Hamburg 62 5 Mark; Rich. B., Hamburg 61 5 Mark; Dr. J. B., Hamburg 113 5 Mark; J. H. R., Hamburg 5 Mark; C. K., Carlsbug 3 Mark; August, der Tunnelwirt, Hamburg 7 Mark; F. K., Hamburg, Königstr. 5 Mark; Rittm. Krause in N. 5 Mark.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Johann Sebastian Bach. Ein Lebensbild von Pfarrer Hermann Barth. Preis geheftet 3,50 Mark, gebunden 4,50 Mark Dritter Band des elften Jahrgangs der Veröffentlichungen des „Vereins der Bücherfreunde" (Geschäftsleitung: Verlagsbuchhandlung Alfred Schall, Königl Hofbuchhändler, Berlin W. 30). Für Mitglieder des Vereins kostet der Band nur 1,85 Mark geheftet, 2,25 Mark gebunden.

Immer größer wird die Gemeinde, die zu Johann Sebastian Bach, als dem großen Wunderstern an dem Himmel der Musik aufschaut Bach — der unübertroffne religiöse Tondichter, Bach — der Begründer der gesamten neuern Instrumentalmusik, Bach — der Meister der Fugen, der Suiten, der Kantaten, der Passionen, der Messen: immer tiefer wird er von unsrer Zeit erkannt, immer weiter dehnt sich sein Ruhm aus, immer begeisterter lauschen wir seinen Harmonien; und stets von neuen Seiten den großen unausschöpflichen Heros betrachtend, schwillt die Bachlitteratur an. Die Notwendigkeit eines biographischen Werkes, nicht lediglich für Fachleute geschrieben und doch auch nicht oberflächlich den großen Mann behandelnd, hat sich eigentlich von Jahr zu Jahr dringender herausgestellt. Wer nicht das epochemachende Werk von Philipp Spitta, zwei dicke Bände mit zweitausend Seiten, oder das vierbändige Werk von Bitter durchstudieren wollte, war allein auf das Heft der Reclamschen Universalbibliothek angewiesen.

Verfasser hat es übernommen, in einem flüssig und anziehend geschriebnen Buche das Leben und die Werke Bachs zu beschreiben. Er will den schlichten und doch so selbstbewußten Mann in seiner Eigenart zeigen, den arbeitsamen und schaffensfreudigen Künstler von Gottes Gnaden, seine Kämpfe mit der kleinlichen Gesinnung seiner Zeit und sein häusliches Familienglück; er will über die Werke Bachs orientieren, kurz in sie einführen, und er will das für alle Zeiten grundlegende Wirken und die Bedeutung des Tondichters vor Augen stellen. Auf gründlichem Wissen beruhend, ohne doch durch ungemütlich trockne Peinlichkeit zu ermüden, wird das Werk jedem, der noch nicht tiefer in ihn eingedrungen ist, den großen Meister nahe bringen, und auch in dem Kenner neue Liebe zu dem ewig jungen Genius eines Bach erwecken. In reizvoller kurzer Folge, durch manche Kleinigkeiten gewürzt, wechseln die einzelnen Abschnitte ab, und überall auf jede Weise weiß der Verfasser das Interesse des Lesers für seinen Helden zu erregen und zu fesseln.

Dem „Verein der Bücherfreunde" muß man Dank wissen, daß er neben den guten Romanen auch derartige lehrreiche Werke veröffentlicht; das deutsche Haus mit guten deutschen Büchern zu versorgen, diesen verdienstvollen Zweck erfüllt voll und ganz der „Verein der Bücherfreunde".

Briefkasten.

Nach Nordhausen, Hildesheim, Hamburg usw. Den „Leipziger Neusten Nachrichten" war durch ein Mißverständnis am Telephon ein Irrtum unterlaufen, den sie sofort berichtigt haben. Die Namen v. Tiedemann und v. Liebermann waren verwechselt.

A. G. Frankfurt (Main). Gewiß können wir Ihnen die deutschen Patentanwälte in Berlin namhaft machen; auch dort giebt es eine ganze Anzahl dieser Herren. Eine Liste über Patentagenten wird beim Patent-Amt nicht geführt.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Der Blutmord in Konitz

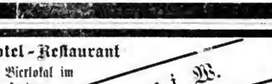
mit Streiflichtern auf die staatsrechtliche Stellung der Juden im Deutschen Reiche.

Nach authentischen Quellen dargestellt von einem besorgten Vaterlandsfreunde.

Vorwort von **Max Liebermann von Sonnenberg,** Mitglied des Reichstages.

12. Auflage. Preis 60 Pf.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstraße 15.





Hotel-Restaurant

Schönes Bierlokal im Mittelpunkt der Stadt.

Otto Rochol, Herne i. W.

Ständig diverse Biere im Anstich.

„Deutsch-Soziale Blätter" und andere deutsche Zeitungen liegen aus.

Einbanddecken

für 1901 (Leinwand mit reicher Gold- und Schwarzpressung) sind erschienen.

Preis 1,25 Mark.

Sammel-Kästen

für die Deutsch-Sozialen Blätter, hochfein ausgestattet! Preis 1 Mark;

Lese-Mappen

für die Deutsch-Sozialen Blätter 70 Pfg.





Victoria-Zwieback

ist der feinste Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller, Celle 83

Größte Zwiebackfabrik Europas. 12 mal präm.

Anzeigen-Sammler

für Berlin, sowie für jede größere Stadt gesucht. Hohe Vergütung, guter Nebenverdienst. Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Aufklärungs-Schriften!

40 verschiedne Flugblätter über das Judentum, seine Uebermacht im Handel, in der Presse und im Schrifttum, seinen zersetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, seine Verbindung mit der Sozialdemokratie usw. erhält man gegen Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken von der Geschäftsstelle der **„Deutsch-Sozialen Blätter",** Berlin NW 52.

Futterstoffe und Bedarfsartikel für Herrenschneiderei

liefert Manufakturisten und Schneidermeistern z. billigsten Tagespreisen

Chr. Esdorn, Braunschweig.

Muster gratis u. frei!

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.

Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.

Ausschank: Böhmisch, Lichtenhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.

Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.

Emil Krug.

Ia. Tafelbutter,

keimfrei aus pasteurisierter Vollmilch in Postkolli zu billigsten Tagespreisen für Monat Januar und Februar à Pfd. 1,20 Mark, franko per Post liefert

Molkerei Belgard, Vorpommern.

Leipzig, Kurprinzstr. 4

H. Heinze, Hutfabrik

gegr. 1867. Spezialität: **2,80** Hüte in modernsten Formen, vorzügl. Qualität, Klapp-, Seiden- u. Haarfilzhüte zu billigsten Preisen.

Düren

webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**

Stoffproben sendet direkt und frei das Tuchhaus Hoehker i. Düren (Rhld.).

Völkische Postkarten

(30 versch. hochfeine Ausführungen) in Lichtdruck und Buntdruck. (Bismarck, Weihnachten, Jahreswende, Heil-Karte, die österreichischen alldeutschen Reichsratsabgeordneten, Winter-Sonnenwende, Schönerer, die deutschsozialen Abgg. usw.)

Solange der Vorrat reicht zu ermäßigten Preisen:

10 Stück	— 30 Mark
50 „	1 30 „
100 „	2 50 „

Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt Berlin NW. 52, Paulstr. 15.



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 20. Februar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 705.

Wochen-Spruch.

Immer geht vom Hauswesen jede wahre und beständige und echte Volksgröße aus. Im Familienglück lebt die Vaterlandsliebe, und der Hochaltar unsers Volkstums steht im Tempel der Häuslichkeit.

Friedrich Ludwig Jahn.

Juden und Polen.

Herr von Tiedemann (Seeheim), einer der Gründer des „Ostmarken-Vereins“ — Hansemann, Kennemann, Tiedemann sind die Gründer, aus deren Anfangsbuchstaben die Polen den Ostmarken-Verein in „H.-K.-T.-(Hakatisten-)Verein“ umtauften — hat in einer Zuschrift an die „Posener Ztg.“ erklärt:

„Von jeher habe ich den Standpunkt öffentlich vertreten, daß man einerseits von unsern jüdischen Mitbürgern ein offnes Bekenntnis zur deutschen Sache verlangen, ihnen andrerseits aber auch ehrlich eine gleichberechtigte Stellung einräumen soll. — In der Provinz Posen Antisemitismus treiben, heißt nichts andres, als mit sehenden Augen einen Teil des Bürgertums von der deutschen Partei absprengen.“

Diese Erklärung wird natürlich von Israel und seinen Trabanten mit wohlgefälligem Schmunzeln begrüßt — man nimmt indes gleichzeitig an, daß Herr v. Tiedemann „nicht etwa nur gegen die spezifisch Posensche Spielart des Antisemitismus hat Front machen wollen, sondern daß er prinzipiell den Antisemitismus bekämpft“. Juda traut dem Frieden also nicht! Und daß es Recht hat, beweist die „Ostmark“, Monatsblatt des Deutschen Ostmarken-Vereins, die nachstehende Liste im Januar-Hefte abdruckt unter der Ueberschrift „Deutsche Geschäfte außerhalb der Ostmarken, die polnisch-sprechende Verkäufer suchen“:

In Anklam: E. Albrecht, Manufaktur- und Konfektionsgeschäft. M. Heimann, Herren- und Knaben-Konfektion. Gebr. Karger, Woll- und Weißwarengeschäft. Max Lüttcher, Manufakturwaren.

In Bernburg: Willy Cohn, Warenhaus.

In Bochum: Max Israelski, Konfektionsgeschäft.

In Bottrop: Arthur Gottstein, Herrenkonfektion. Gebr. Toller. Paul Tuchler, Herren-Konfektion und Schuhwaren.

In Braunschweig: H. L. Weihe, Manufakturwaren.

In Bruch: Moritz Hamberg. S. Hohenstein, Manufakturwaren.

In Burg bei Magdeburg: Gebr. Schiffter, Herren- und Knabenkonfektion.

In Bütow (Bz. Köslin): E. Abrahamsohn, Manufaktur- und Porzellanwaren. Max Großmann, Herrengarderoben-Geschäft. Louis Hirschfeldt, Manufakturwaaren. D. Simon, in Firma M. Feldmann Nachf. Thier und Stockmann, Tuchgeschäft und Manufakturwaren.

In Dortmund: Ad. Silbermann, Herren- und Knabengarderoben. Gebr. Studinski.

In Egeln: Moritz Kaufmann, Konfektion.

In Eisleben: R. Wolff, Herrengarderoben.

In Elberfeld: Ed. Hartog, Herrenkonfektion.

In Gelsenkirchen: Leo Leibholz und Co., Warenhaus. S. Schleimer, Kaufhaus.

Greifenberg (Pommern): Geschäftshaus S. Leiser.

In Greiffenberg (Uckermark): L. Friedländer, Tuch- und Manufakturwaren. Arthur Pleß, Damen- und Herrengarderobengeschäft.

In Greifswald: Albert Erdmann, Manufakturwaren. Rud. Karstädt, Manufakturwaren.

In Güsten: Jos. Habowski, Konfektionsgeschäft.

In Halberstadt: Willy Cohn, Manufakturwaren.

In Hameln: Karl Friedheim und Co., Warenhaus.

In Hecklingen: Th. Werner, Modewaren.

In Helmstedt: Homeyer und Strotmann, Manufakturwaren und Konfektion. Karl Karutz, Herren- und Knabengarderobe.

In Herne: M. Ganz, Manufakturwaren und Konfektion. Dehne und Sopp, Woll- und Weißwaren. Frank und Co., Manufaktur und Konfektion. J. Goldschmidt, Galanteriewaren. A. Rosenwald, Glaswarengeschäft.

In Herten (Westf.): M. Fromm, Manufakturwaren. A. Simmenauer, Konfektion.

In Hildesheim: Arthur Hirsch, Konfektion.

In Kalbe (Saale): Wilh. Rueff, Konfektionsgeschäft.

In Karnap: Oppenheimer und Jacob, Manufakturwaren.

In Kassel: Arthur Wertheim, Kleiderstoffe.

In Kolberg: Paul Erbe, Konfitüren. Paul Fischer, Kolonialwaren und Delikatessen. Ernst Rosemann, Kolonialwaren. Otto Zende, Kolonialwaren- und Delikatessengeschäft.

In Köthen (Anhalt): Ad. Cohn, Warenhaus.

In Krefeld: J. Götz, Herrengarderoben.

In Linden bei Hannover: Gebr. Wolff, Berliner Warenhaus.

In Loslau: Bernhard Schäfer, Manufakturwaren.

In Misburg: Lewandowski und Behnsen, Kaufhaus.

In Mülheim (Ruhr): Rob. Hartmann.

In Neuhaldensleben: A. Rückmann, Manufaktur- und Modewaren.

In Oschersleben: Bechhöfer, Herren- und Knabengarderoben. Emil Grand, Konfektion. M. Lichtenstein, Woll- und Weißwaren.

In Prenzlau: Benno Waldmann, Manufaktur- und Konfektion.

In Pyritz: M. Hahn, Nachf. Georg Löwenthal. Julius Hirsch, Manufakturwaren und Garderobengeschäft.

In Recklinghausen-Bruch: S. Hohenstein, Konfektion und Manufaktur. Gebrüder Kaufmann, Manufakturwaren und Konfektion.

In Remscheid: Emil Salomon, Konfektion.

In Roßla: M. Meyerstein, Modewaren.

In Sandersleben: Moritz Goldstein, Tuch- und Manufakturgeschäft.

In Schalke: Ad. Paßmann, Kolonialwaren.

In Schönebeck (Elbe): E. Cohn, Warenhaus.

Jn Senftenberg (Lausitz): J. Kubaschek, Modewaren und Herrenkonfektion.

Jn Staßfurt: S. Wallhausen, Herrenkonfektion.

Jn Steele: Leo Wittkowski, Konfektion.

Jn Stralsund: Kaufhaus Bernh. Behr.

Jn Straßburg (Uckermark): L. Friedländer, Tuch-Manufaktur- und Konfektionsgeschäft.

Jn Wanne: Bruno Nowalski.

Jn Weißensee bei Berlin: Adolf Hirsch, Manufaktur- und Konfektionsgeschäft.

*

Es ist gar nicht nötig, daß „Die Ostmark" die wirklichen Deutschen in dieser Liste noch besonders namhaft macht, man kann sie auch so erkennen! Sollte am Ende die nach Erscheinen des Januar-Heftes der „Ostmark" von Herrn von Tiedemann abgegebene Erklärung mit dieser Liste in ursächlichem Zusammenhange stehn?

Das wäre um so interessanter, als es ganz zweifellos ist, daß Herr von Tiedemann die zersetzende Thätigkeit der Juden auf allen Gebieten genau kenn und ebenso genau wissen wird, daß die Juden weder Deutsche sind, noch es jemals werden können.

Dennoch wird der „Ostmarken-Verein" durch die Erklärung des Herrn v. Tiedemann weder ein jüdischer noch ein ausgesprochen philosemitischer Verein werden, dafür sorgen schon die vielen waschechten Judengegner, die allüberall in seinen Ortsgruppen sitzen. Die Erklärung läßt uns also kalt. —

Im übrigen können wir die Liste der „Ostmark" leider noch um einen wirklichen Deutschen vermehren. Im „Berliner Tagebl." und „Leipziger Tagebl." war vor einiger Zeit folgende Anzeige zu lesen:

„Tüchtiger Verkäufer und Dekoratör (Christ) für mein Manufaktur-, Damen- und Herren-Konfektions-Geschäft zum baldigen Antritt gesucht. Herren, welche der polnischen Sprache mächtig, bevorzugt. (Deutsch-Nationale ausgeschlossen.) Gefl. Offerten mit Ansprüchen und Bild erbeten an Max Wehle, Delitzsch."

Jn Delitzsch giebt es keinen einzigen Polen, nur in den umliegenden ländlichen Ortschaften befinden sich einige. Mit Recht schreibt uns deshalb ein Delitzscher Bürger zu dieser Anzeige: „Schämen muß man sich, daß derartiges in einer rein deutschen Stadt wie Delitzsch vorkommt!"

Können die Agrarzölle mit der Zeit wieder verschwinden?

Der preußische Landwirtschaftsminister hat diese Frage kürzlich bejaht und gesagt: „Der Zoll kann nur augenblicklich einen Damm aufrichten helfen; im Grunde genommen aber kommt es darauf an, daß wir dahinter diejenigen Dinge und Maßregeln aufbauen, mit denen wir wieder zur Gesundung der Verhältnisse gelangen. Daher betrachte ich auch diesen Zoll nicht als etwas Ewiges, sondern als etwas Vorübergehendes."

So äußerte sich Herr von Podbielski bei Eröffnung der Sitzung des Landesökonomie-Kollegiums.

Als die Maßregeln, die hinter dem schützenden Zolldamm in Angriff genommen werden müßten, bezeichnet der Minister die Schaffung guter Verkehrswege, den weitern Ausbau und die Gesundung des Genossenschaftswesens, die Erziehung zur Reellität und die Seßhaftmachung der kleinen Leute im Osten.

Auch von Vertretern der Wissenschaft ist mehrfach die Ansicht ausgesprochen, daß eine Zeit kommen werde, wo das Deutsche Reich auf Agrarzölle werde verzichten können. So meint Dr. Pohle in seiner Schrift „Deutschland am Scheidewege": Es werde mit Naturnotwendigkeit der Zeitpunkt eintreten, wo die Landwirtschaft der Konkurrenzstaaten zu dem gleichen intensiven Betriebssystem erzogen sei, wie die deutsche; dann bedürfe die letztere des Zollschutzes nicht mehr.

Herr von Podbielski hat es zwar nicht direkt ausgesprochen, aber er wird wohl der gleichen Ansicht wie Dr. Pohle sein, denn den von ihm befürworteten Maßregeln kann er selbst unmöglich eine solche Stärkung der deutschen Landwirtschaft zuschreiben, daß sie in absehbarer Zeit — d. h. so lange der jetzige extensive Getreidebau auf jungfräulichem Boden in den Konkurrenzländern fortgesetzt werden kann — der ausländischen Konkurrenz ohne Zollschutz gewachsen sein werde. Es kommt also am letzten Ende allein auf die Frage an, ob überhaupt die begründete Aussicht besteht, daß die Landwirtschaft in den überseeischen Ländern in absehbarer Zeit sich gezwungen sehen wird, zu intensiven, mit gleichen Produktionskosten wie in Deutschland verbundenen Betriebssystemen überzugehn, oder ob das Ausland noch über eine so bedeutende Fläche getreidefähigen, aber von der Kultur noch nicht in Angriff genommenen Bodens verfügt, daß die dortige Landwirtschaft den jetzigen billigen Raubbau noch für eine lange Zeit fortsetzen kann.

Zur Beantwortung wollen wir uns darauf beschränken einige wenige authentische Thatsachen anzuführen.

Der landwirtschaftliche Sachverständige des Deutschen Reiches für die Vereinigten Staaten von Amerika sagt in seinem letzten Bericht: „Nach der zuletzt veröffentlichten Statistik umfaßte am 30. Juni 1900 das vermessene und unvermessene, aber noch nicht vergebne öffentliche Land einen Flächenraum von 371 119 340 Hektaren, eine gewaltige Fläche, wenn man bedenkt, daß sie mehr als die Hälfte der zur Zeit in den Vereinigten Staaten landwirtschaftlich genutzten Fläche bedeutet. Wenn nun hiervon gewiß ein großer Prozentsatz für die Landwirtschaft nicht in Betracht kommt, so dürfte das Gegenteil doch bei dem zwar noch freien und nicht besiedelten, aber immerhin schon endgiltig vergebnen Lande unbedingt der Fall sein. Diese Fläche betrug am 30 Juni nicht weniger als 294 479 230 Hektar. Hierzu kommt noch das vom Staate vorbehaltne Gebiet, das am Ende des Fiskaljahres 1899 bis 1900 62 620 714 Hektar umfaßte, wovon etwa 31 000 000 Hektar auf Indianer-Reservationen entfallen. Diese Indianer-Reservationen, die teilweise recht guten Boden haben, werden ja im Laufe der Zeit gleichfalls in den freien Verkehr übergehn. Alles in allem haben die Vereinigten Staaten noch ein sehr ausgedehntes Gebiet landwirtschaftlichen kulturfähigen Bodens von einer auf lange Zeit hinaus fast unerschöpflichen Erzeugungskraft zur Verfügung, und es ist durchaus irrig zu glauben, wie es in Europa vielfach geschieht, daß Amerikas landwirtschaftlicher Wettbewerb demnächst sein natürliches Ende erreichen wird."

Dieser Bericht des deutschen Sachverständigen bezieht sich nur auf die Union. Nun liegen aber die Verhältnisse in Kanada nicht wesentlich anders. Auch dort geht nach den neuesten offiziellen Berichten die Ausdehnung des Weizenbaues mit Riesenschritten vorwärts. Es wird sich dort die Erfahrung wiederholen, die man hinsichtlich des Nordwestens der Union gemacht hat. Dort hielt man anfangs den Gedanken, den Weizenbau auch nach Dakota zu tragen, für eine Thorheit; heute ist diese Provinz die Haupterzeugungsstätte des vielbegehrten amerikanischen Sommerweizens.

Und wie steht es in den übrigen Konkurrenzländern?

Aus dem europäischen Rußland mehren sich die Nachrichten, die einen Rückgang des dortigen Getreidebaues infolge des lange Zeit geübten Raubbaues bezeugen. Aber durch die Vollendung der großen sibirischen Bahn ist inzwischen ein weites Gebiet aufgeschlossen, das das russische Reich befähigen wird, in kurzer Zeit seine Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen trotzdem noch erheblich zu vermehren.

Jn der neuesten Ausgabe der englischen Wochenschrift „Leslie's Weekly" findet sich darüber der Bericht eines Korrespondenten, der soeben Sibirien auf der neuen Bahn durchfahren hat. Darin heißt es u. a.: „Westsibirien, das die Gouvernements Tobolsk und Tomsk im Bassin des Obflusses umfaßt, hat eine Ausdehnung von 42 000 geographischen Quadratmeilen. Der südliche Teil dieser Gegenden, der unmittelbar östlich vom Ural gelegen ist, erstreckt sich bis zur Kirgisensteppe Borderland und die unter dem Namen Baraba bekannte Region. Ueber eine Fläche zweimal so groß wie Japan, besteht diese weite sibirische Ebene aus schwarzer Erde.

in der sich nur selten ein Fels oder Stein befindet. Die schwarze Erde ist der eigentliche Schatz Sibiriens und macht es zur Kornkammer Rußlands. Weizen, Roggen, Erbsen und Gerste wachsen dort in großer Menge. Wohl thun späte Fröste und Mangel an Schnee dem Getreide manchen Schaden, aber als ich im Juli das Land durchfuhr, erschien es mir nicht minder reich und fruchtbar wie Dakota. Ueber Hunderte von Meilen bis hinauf in die nördliche Gegend von Tobolsk nichts als prächtig grüne Getreidefelder."

Argentiniens soweit ausgedehnte Flächen getreidefähigen Bodens sind von so verschiednen Kennern der dortigen Verhältnisse, zu denen u. a. auch Dr. Kaerger gehört, so bestimmt bezeugt, daß bis zur Erschöpfung des zur Verfügung stehenden jungfräulichen Bodens und bis zu dem Eintritt des von Dr. Pohle erwarteten Ueberganges zu intensivem Betriebssystem in Argentinien noch verschiedne Generationen deutscher Landwirte ins Grab sinken werden, nachdem sie ihr Leben lang vergebens auf ein Nachlassen der sie erdrückenden überseeischen Konkurrenz gehofft haben.

Und zu alledem kommt nun die Gewißheit hinzu, daß die aus deutschem Gelde gebaute Bagdadbahn in spätestens zehn Jahren die fruchtbarsten Länder der Welt neu erschlossen haben wird, um von dort her einen riesigen Strom von Getreide, insbesondre von Weizen und Gerste auf die mitteleuropäischen Märkte zu werfen, das unter Produktionskosten erzeugt wird, die nicht entfernt an die Hälfte dessen heranreichen, was die deutschen Landwirte für ihren Getreidebau aufwenden müssen.

Angesichts dieser Thatsachen ist es schwer verständlich, wie Herr von Podbielski schon den Anbruch der Morgenröte jener bessern Zeit voraussehn konnte, in der die deutsche Landwirtschaft, von dem Druck der überseeischen Konkurrenz befreit, auch ohne Zollschutz sich der „Gesundung ihrer Verhältnisse" erfreuen wird.

Uebrigens müssen wir, um Dr. Pohle nicht Unrecht zu thun, noch hervorheben, daß er sein Buch offenbar noch vor dem Bekanntwerden der nunmehr zur Thatsache gewordnen Erteilung der Konzession zum Ausbau der Bagdadbahn abgeschlossen hat, denn er betont an einer Stelle ausdrücklich, daß die von ihm befürworteten Zollsätze von 5 bis 6 Mark nicht unerheblich höher gegriffen werden müßten, wenn die drohende mesopotamische Konkurrenz zur Wirklichkeit werden sollte.

Deutsche Bedientenhaftigkeit.

Erst vor einiger Zeit mußten wir an einem, einen unsrer Mitarbeiter treffenden Fall zeigen, wieweit es Deutsche zu treiben wagen, wenn sie Angst haben, einen oder mehre Juden zu beleidigen. Heute können wir mit einer neuen Thatsache aufwarten und zwar aus Frankfurt (Main). Das dort von unserm Parteigenossen, dem Stadtverordneten J. H. Hettler, herausgegebne Blatt „Die Römerkatze" (Erscheint, wenns ihr paßt, und wenn Ratten und Mäuse im Rathause zu sehr überhand nehmen) schreibt nämlich in einem längern Artikel:

Der Gastwirt Laas, ein ruhiger friedlicher Mann, fing vor einem Jahrzehnt sein Hotel mit nicht sehr reichen Mitteln als ganz junger Mensch an und dachte mit keinem Gedanken daran, ein sogenanntes judenreines Gasthaus zu etablieren. In dem Kölner Hof kehrten Deutsche und Juden ein und wurden alle bereitwilligst bewirtet.

Einst heischte ein Fremder Nachtquartier, das ihm auch wurde. Der Mann aß ruhig zu Abend, frühstückte und schrieb auch auf des Wirtes Verlangen seinen Namen, Stand und die Heimat ein. Es lautete: „Rektor Ahlwardt aus Berlin." Laas dachte sich gar nichts dabei.

Als nun etwelche jüdische junge Handlungsreisende das lasen, forderten sie vom Wirt, daß er unbedingt diesen Herrn aus seinem Hause weisen müsse. Laas fragte unbefangen: „Warum? Der Mann hat nichts unrechtes in meinem Hause gethan, verzehrt sein Geld, was geht es mich an, wenn er sonst treibt, was Ihnen unangenehm ist."

Darauf drohten die jungen jüdischen Heißsporne, daß sie das Hotel verlassen und es überall in ihren Kreisen bekannt geben würden, daß im Kölner Hof der Wirt eher sie als den Antisemiten Ahlwardt entbehren wolle

Laas antwortete: „Meine Herren, das werden Sie doch nicht thun, denn ich kann mir als Mann von Charakter doch nicht gefallen lassen, daß mir meine Gäste vorschreiben, wen ich in meinem Gasthause beherbergen darf."

„C'est un homme" würde dazu ein Franzose sagen, was ein Frankfurter Magistrat dazu sagt, werde ich nachher mitteilen.

Also sämtliche Hebräer zogen aus und der Wirt bekam von Ostern bis zum Herbst Ausschnitte aus jüdischen und judendienerischen Zeitungen, die beständig sein Hotel als ein antisemitisches hinstellten, um jüdische Reisende abzuhalten, dort einzukehren.

Laas, ein außerordentlich ruhiger und vorsichtiger Mann, dachte, das wird sich legen, als sich das aber nicht legte, drehte er den Spieß um und machte nun wirklich ein judenreines Hotel aus seinem Hause und siehe da, in Scharen kehrten die deutschen Reisenden ein und viele Frankfurter ebenfalls. Der Mann macht sein Geschäft und es werden außer den altbekannten „Fliegenden Blättern", die ja auch oft Witze über die Juden bringen, ernste Blätter in großer Zahl gehalten, die national schreiben und sich nicht scheuen, Gefahren zu schildern, die entstehen, wenn undeutsche Elemente in großer Zahl sich bei uns festsetzen und das Wirtschafts- und Geistesleben des Deutschen Volkes durch oft nicht einwandsfreie Konkurrenz zu vernichten drohen.

Kurz, Laas wurde zu seinem — Glück von den Juden selbst gedrängt, und wenn sie nun schreien über Beeinträchtigung ihrer Rechte, so thun sie unrecht, auch hier wieder muß man ihnen zurufen: Die ihr rieft, die Geister, werdet ihr nicht los. — Laas wird ein reicher Mann und ist heut der Meinung, daß die damaligen Juden, die ihn boykottieren wollten, seine besten Freunde gewesen seien.

Jetzt aber kommt das Nachspiel, das beweist, daß Frankfurt nicht mehr die alte deutsche Kaiserstadt a. M. ist, sondern Neujerusalem am fränkischen Jordan, in dem 20- bis 25000 Juden 275000 Deutsche dermaßen beherrschen, daß diese den Mund nicht aufzuthun wagen.

Die Juden steckten sich hinter den Magistrat und brachten es durch den Stadtrat Anton Horkheimer dahin, daß vom Magistrat ein Erlaß kam, der dem Bürger Laas verbot, seine Stühle im Sommer gleich seinen Nachbarn links und rechts, denen dies heute noch gestattet ist, auf dem Bürgersteig aufzustellen. Herr Laas hat seine Pacht dafür bezahlt, und er allein darf nicht, was allen Gastwirten auf dem ganzen Bahnhofsplatz gestattet ist.

Ist das Gleichberechtigung der Christen mit den Juden? Ist man deshalb ein Antisemit, wenn man empört über solche Liebedienerschaft des Magistrats ist.

Die Polizei hat in einem Schreiben auf einen Brief des Laas an ihn erklärt, daß sie noch nichts gegen seinen Geschäftsbetrieb einzuwenden gehabt habe. Das Bürgerliche Gesetzbuch besagt, daß der Wirt berechtigt sei, Gäste zu bewirten oder nicht, weshalb hier dieser magistratliche Boykott?

Es wird jedoch noch ärger; Taunusklub-Mitglieder, die nach ihrem Laufe im Gebirge gern bei Laas einkehrten, um dort sich noch zu stärken, ersuchten Laas, sich zum Mitglied in den Taunusklub anzumelden, da es auch wirtschaftlichen Vorteil für seine Gastwirtschaft haben könne. Laas war anfänglich nicht dafür, da er doch keine Zeit habe, mit in die Berge zu wandern, indessen die jungen Leute meldeten Laas doch an. Aber das Ungeheuerliche geschah — Laas wurde die Aufnahme verweigert. Der Taunusklub hat dadurch einen Mann infam erklärt, denn er hat in seinen Satzungen stehn, daß jeder Unbescholtne Mitglied des Klubs werden könne.

Wie kann sich ein Vorstand erlauben, über einen Mann den Stab zu brechen, der sich auf ehrliche Weise ernährt, der vielleicht auf viel redlichere Weise sein Geld verdient, als viele andre, vielleicht auch solche im Taunusklub. Der Schreiber

dieser Zeilen hat in zwei äußerst scharfen Briefen an den Taunusklub-Vorstand dessen Handlungsweise verurteilt und im Fall der Nicht-Remedur mit seinem Austritt gedroht. Aber man ließ aus Furcht, die jüdischen Mitglieder zu erzürnen, lieber eins der ältesten Klubmitglieder fahren. Warum, weil sie fürchteten bei ihren jüdischen Brotherren Schaden zu leiden, denn „weß Brot ich eß, deß Lied ich sing."

Ich finde das Gebahren der Juden in Sachen Laas nicht vornehm, das Gebahren der Deutschen jedoch — gemein.

Wenn darum der Frieden zwischen Deutschen und Juden nur auf den Grundlagen zu erhalten ist, daß 275000 Christen 25000 Juden gegenüber sich ducken müssen, dann mag es Krieg sein. Krieg mit allen Kräften bis zum Lebensende.

Kaufmännische Schiedsgerichte, unlauterer Wettbewerb und Sicherung der Bauforderungen.

Rede des Abg. Raab in der 141. Sitzung des Reichstages am 12. Februar 1902.

M. H., die Zeit ist bereits herangekommen, wo jede Ausführung mit der Bitte um Entschuldigung deshalb eingeleitet wird, daß man sich überhaupt noch zu einer Rede erkühnt. Ich will auch deshalb gleich meinem Herrn Vorredner meine heutigen Ausführungen mit der artigen Bitte um Entschuldigung einleiten und zugleich noch in einer zweiten Richtung um Entschuldigung ersuchen.

Bis zu diesem Augenblick haben nämlich zu dem Titel „Reichs-Justizamt" nur Juristen gesprochen, und ich bitte die Herren, die vielleicht meinen mögen, daß dieser Etatstitel eine „reservierte Gallerie" nur für die Juristen des Hauses darstelle, herzlich um Verzeihung, daß ich ihre Gehege betrete. Ich will mich in demselben auch nicht lange aufhalten, da ich die rednerische Produktivität der Herren Juristen durchaus anerkennen muß.

Nicht ist es die Duellfrage, die mich sonderlich erregt und mich zu Ausführungen veranlaßt. Das Duell ist ja ein Vorgang, der sich innerhalb gewisser engerer Gesellschaftsschichten abzuspielen pflegt, wobei die große Masse des Volkes ziemlich außen verbleibt. Meist scheinen ja auch die Duellanten der Meinung zu sein, wenn auch nur von einander und gegenseitig, daß sie auf dieser Welt ziemlich überflüssig und entbehrlich seien, und ich habe durchaus keine Ursache, diese Annahme als irrig zurückzuweisen. Vielleicht könnte jemand von diesem Standpunkte aus allenfalls bedauern, daß nicht jedes Duell für beide Teilnehmer tötlich verläuft; das wäre ein Mittel, um mit den Duellanten zugleich die Duelle aus der Welt zu schaffen.

Mich veranlaßt etwas andres, und zwar aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs, Sie noch um Ihre Aufmerksamkeit zu bitten.

Sie wissen, der Reichstag beschäftigt sich mit einem Gegenstand von großer Bedeutung, der die Handlungsgehilfen betrifft, mit der Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte. Nun hat heute der Herr Staatssekretär ausgeführt, daß Regierungsvorlagen so lange nicht zu erwarten seien, als Initiativ-Anträge aus dem Hause vorliegen, die noch nicht erledigt wären. Ein solcher Fall liegt aber auf diesem Gebiete vor. Verschiedne Anregungen, darunter auch ein Initiativ-Antrag, betreffen den genannten Gegenstand, für den bereits ein besondrer Ausschuß gewählt worden ist. Dieser Ausschuß hat beschlossen, den Entwurf der Regierung abzuwarten, der von dem Staatssekretär des Innern in Aussicht gestellt worden ist. Würde nur das zutreffen, was der Herr Staatssekretär gesagt hat, daß Regierungs-Entwürfe nicht an uns herankämen, solange Initiativ-Anträge des Hauses vorliegen, so würde der Ausschuß ja vergeblich auf die Vorlage warten. Ich möchte, wenngleich ich auch die Anschauungen, die der Herr Staatssekretär über die Art seines Vorgehens entwickelt hat, überhaupt für unzutreffend halte, doch ersuchen, in diesem besondern und wichtigen Falle mindestens eine Ausnahme zuzugestehn.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, der Gegenstand, den Sie behandeln wollen, gehört zum Reichsamt des Innern, nicht zum Reichs-Justizamt. Solange Sie sich über den allgemeinen Grundsatz des Herrn Staatssekretärs des Reichs-Justizamts geäußert hatten, waren Sie bei der Sache; wenn Sie aber auf diesen Gegenstand näher eingehn wollen, so würden Sie nicht mehr bei der Sache sein.

Abg. Raab (fortfahrend): Ich hatte nicht die Absicht, näher auf den Gegenstand einzugehn, glaubte aber, ihn mit heranziehn zu dürfen, weil der Herr Staatssekretär des Innern uns gesagt hat, eine solche Vorlage liege beim Reichs-Justizamt und werde von diesem alsbald dem Reichstage zugehn. Die heutigen Darlegungen des Herrn Staatssekretärs, daß durch die Einbringung von Initiativ-Anträgen ohne Ausnahme das Einbringen von Regierungs-Entwürfen verhindert würde, stehn damit in engster Beziehung. Auch die Aeußerung, die heute aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs gefallen ist, daß, wenn anders verfahren würde, der Bundesrat und die Reichsämter in ein Verhältnis der Unterordnung gebracht werden würden, möchte ich zurückweisen. Ich meine, niemand von uns wird die Absicht haben, irgendwie die Bedeutung der Reichsämter herabsetzen zu wollen. Im Gegenteil, wir wünschen, daß wir gemeinsam und in praktischer Arbeit die Schwierigkeiten hinwegräumen, welche der Durchsetzung irgendeines guten Gedankens im Wege stehn.

Da ich nun aber das Wort habe, darf ich auch noch einige Wünsche kurz anführen, die in frühern Jahren schon zumteil bei der Debatte über das Reichs-Justizamt eine Rolle gespielt haben, in diesem Jahre aber durch andre Gegenstände zurückgedrängt scheinen.

Zunächst glaube ich, wiederholt die Aufmerksamkeit darauf hinlenken zu sollen, daß unser Gesetz zur Bekämpfung des unlautern Wettbewerbs durchaus nicht den Erwartungen entspricht, die man an ein solches Gesetz knüpfte. Wir haben zwar eine Reihe Paragraphen, in denen einzelne Handlungen unter Strafe gestellt sind, aber eigentlich nur mit dem Erfolge, daß das, was nicht paragraphiert ist, als erlaubt und straflos angesehn wird. Es ist dadurch gewissermaßen auf die Findigkeit und das Raffinement eine Prämie ausgesetzt, für die Entdeckung und Benutzung der Maschen, die ja bei jedem Gesetzgebungswerk vorhanden sind. Es dürfte sich doch empfehlen, zu prüfen, ob nicht, statt mit unsrer deutschen Reichsgesetzgebung, viel besseres erreicht würde mit viel allgemeiner gehaltnen Bestimmungen, etwa so, wie sie § 1382 das Code Civil der französischen Gesetzgebung enthält. Darin werden einfach alle Handlungen, die einem andern Schaden zufügen, als solche bezeichnet, bei denen ein Schadensersatz verlangt werden kann.

Mich freut, daß durch die Rechtsprechung einer der schlimmsten neuern Schäden des ganzen Gewerbelebens so ziemlich beseitigt worden ist, das Gutschein-, Gella-, Hydrasystem oder unter welchem Namen sich sonst dieser unlautere Wettbewerb hier und da gezeigt hat. Ich möchte aber auf Eines hinweisen, was sich grade, in letzter Zeit in außerordentlich bedenklicher Weise gezeigt hat, auf die planmäßige Veranstaltung von höchst fragwürdigen Ausstellungen. Eine Anzahl von Unternehmern betreibt gradezu die Veranstaltung von Ausstellungen im Umherziehn. Fast jede einzelne Stadt wird, oft sogar mehrmals im Jahre, mit diesen Ausstellungen beglückt, die nichts weiter bezwecken, als zunächst für die Unternehmer einen guten Verdienst abzuwerfen, dann aber auch jedem Aussteller, gegen gute Bezahlung natürlich, Diplome, Anerkennungsschreiben und Medaillen zuzuerkennen, wodurch die ordnungsmäßig erworbnen Auszeichnungen für wirklich gute Leistungen in ihrem Werte herabgedrückt werden. Ueber diese Frage hat bereits die Handelskammer in Halberstadt eine sehr instruktive Broschüre veröffentlicht, und der Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe in Hamburg hat umfassendes Material gesammelt, das ich den Herren zur Durchsicht dringlichst empfehlen möchte. Ich halte diese Schwindel-Ausstellungen für einen Schaden, der recht bald abgestellt werden sollte.

Ich will verschiedne Punkte der vorgerückten Zeit halber übergehn, möchte aber einen Gegenstand, der auch in frühern Jahren besprochen wurde, die Sicherung der Bauforderungen, noch kurz berühren. Es sind ja Entwürfe des Reichs-Justizamts bekannt gegeben worden, zwei auf einmal, aber damit sind wir noch nicht viel weiter gekommen. Es wäre allmählich an der Zeit, daß die Regierung sich für eines der verschiednen Prinzipien entschiede und ihre Entscheidung dem Reichstage unterbreitete. Denn thatsächlich können die Mißstände, wie sie auf dem Gebiete des Baugewerbes bestehn, nicht noch viel länger geduldet werden. Es handelt sich dabei um vollberechtigte Klagen der Bauhandwerker, aber auch um die bisher vielfach übersehenen Ansprüche der Lieferanten und Arbeiter.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie sind permanent bei Gegenständen, die das Reichsamt des Innern betreffen, nicht das Reichs-Justizamt. Alle diese Gegenstände gehören nicht hierher. Wenn wir bei jeder Debatte wieder eine andre Debatte von einem andern Reichsamt vornehmen wollen, werden wir im ganzen Leben nicht fertig. Ich muß Sie bitten, beim Reichs-Justizamt zu bleiben.

Abg. Raab (fortfahrend): M. H., ich glaubte, den Gegenstand auch hier besprechen zu dürfen, da doch zwei Entwürfe des Reichs-Justizamts vorliegen, die der allgemeinen Diskussion unterstellt worden sind. Es handelt sich also hier um eine Thätigkeit des Reichs-Justizamts; darum glaube ich, die Diskussion auf diese Dinge ausdehnen zu dürfen. Ich hatte bis zu diesem Augenblicke die Reichstagsakten auf meinem Platze liegen; ich könnte daraus nachweisen, daß im vorigen Jahre bei dem Reichs-Justizamte die Frage der Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen sehr eingehend behandelt worden ist. Wenn darin jetzt eine andre Uebung Platz greifen soll, so kann ich dagegen nichts unternehmen. Ich glaube aber auch mit dem, was ich gesagt habe, auf die Bedeutung dieses Punktes in solchem Umfang hingewiesen zu haben, daß auch mein Wunsch erfüllt ist.

Nur noch eins darf ich vielleicht erwähnen. Auch die Strafvollzugs-Ordnung ist heute schon besprochen worden, und zwar im Zusammenhange mit der Entschädigung für unschuldig Verhaftete und Verurteilte. Es wurde gesagt, sie sei wünschenswert, ihrem Erlaß ständen aber noch erhebliche Hindernisse im Wege. Ich wünschte, daß diese Hindernisse alsbald beseitigt würden, und daß in dieser Strafvollzugs-Ordnung auch in höherm Maße ein Schutz der Handwerker vorgesehen würde auf dem Gebiete der Zuchthausarbeit, die vielfach den deutschen Handwerkerstand in schwerster Weise schädigt.

Nun, m. H., danke ich Ihnen, daß Sie mir bis hierher zugehört haben

(Zurufe — Heiterkeit),

wenn ich auch nach dem Urteil des Herrn Präsidenten Einiges gesagt habe, was nicht ganz in den Rahmen der Debatte hinein gehörte. Wichtig aber sind die Dinge, auf die ich hingewiesen habe; und darum empfehle ich sie auch recht sehr dem Wohlwollen des Reichs-Justizamts.

Die politischen Zustände in Oesterreich.

6.

Die politische Lage in Oesterreich ist, wenn auch augenblicklich etwas Ruhe eingetreten zu sein scheint, und das Parlament der Regierung gehorcht und arbeitet, doch fortdauernd sehr gedrückt. Für jetzt ist die ganze Hoffnung bezüglich der Zukunft des Parlamentarismus und der Verfassung überhaupt auf das Gelingen der Ausgleichs- oder Verständigungs-Konferenzen gesetzt, die zwischen den deutschen und tschechischen Parteien demnächst stattfinden sollen. Die Aussichten auf ein befriedigendes Ergebnis dieser Konferenzen sind aber nicht sehr günstig.

Solche Verständigungs-Konferenzen zwischen den Deutschen und den Tschechen haben schon viele stattgefunden, aber die meisten verliefen im Sande, weil jede der beiden Parteien ihre Forderungen verteidigte und der andern Partei keine Zugeständnisse machen wollte. Ein einziges Mal, im Jahre 1890, waren solche Konferenzen von einem gewissen, teilweisen Erfolg begleitet, und das war noch unter dem Ministerium Taaffe, wo sogenannte „Punktationen" festgesetzt und von beiden Parteien angenommen wurden.

Damals hatte aber der Ministerpräsident Taaffe den Fehler begangen, die Jungtschechen, die zu jener Zeit die radikale Opposition bildeten, zu den Verhandlungen nicht einzuladen, sondern die Punktationen wurden von den deutschen Parteien blos mit den damals noch Einfluß besitzenden Alttschechen und den tschechischen Feudalen abgeschlossen. An der Opposition der Jungtschechen scheiterte aber die Ausführung dieser Punktationen, so daß später auch die tschechischen Feudalen ihre Unterschriften zurückzogen, wodurch die Abmachungen hinfällig wurden.

Denselben Fehler scheint auch die jetzige Regierung begangen zu haben, nur mit dem Unterschiede, daß es diesmal die Alldeutschen sind, die sie nicht zur Verständigungs-Konferenz herangezogen hat. Und an dem Fernbleiben der Alldeutschen werden auch die jetzigen Verständigungs-Konferenzen, falls überhaupt ein Ergebnis zustande kommen sollte, scheitern; denn die Alldeutschen sind nun einmal da und haben im deutschen Volke, besonders in Nordböhmen, einen nicht abzuleugnenden, bedeutenden Anhang.

Es kann ja zugegeben werden, daß es nicht angenehm sein mag, mit so radikalen Elementen, wie während des Ministeriums Taaffe die Jungtschechen, und jetzt, während des Ministeriums Körber die Alldeutschen, zu verhandeln. Aber das Fernhalten der Alldeutschen von den jetzigen Verständigungs-Konferenzen wird dieselben Folgen haben, wie das seinerzeitige Fernhalten der Jungtschechen. Der gegenwärtig infolge der „Affäre Wolf" bestehende Zwist in der Alldeutschen Partei zwischen Schönerer und Wolf und deren beiderseitigem Anhange wird keinen Einfluß auf die Taktik der Alldeutschen Partei ausüben; im entscheidenden Momente, und wenn es sich um die Förderung der bekannten Ziele der Alldeutschen Partei handeln wird, werden beide Fraktionen doch zusammenhalten und zusammen stimmen.

Aber trotzdem ist nicht zu verkennen, daß die Lage der Deutschen in Oesterreich und ihre Zukunft in diesem vielsprachigen Reiche keine günstigere geworden ist; im Gegenteil, seit mehr als dreißig Jahren, eigentlich schon seit der auf den unglücklichen Krieg von 1866 folgenden Zeit, hat sich die politische Lage der Deutschen in Oesterreich zusehends verschlechtert. Daran sind übrigens die Deutschen, oder sagen wir besser, die in jener Zeit (d. i. von 1866 bis in die achtziger Jahre) die erste Geige spielende „deutsch-liberale", oder damals „Verfassungspartei", selbst Schuld.

Die deutschliberale Partei allein hat es verschuldet, wenn die Lage des Deutschtums in Oesterreich überhaupt von Jahr zu Jahr eine schlechtere und unwürdigere geworden, und zwar durch ihre ganz unverantwortliche Haltung in wirtschaftlichen Dingen, durch ihr Haschen nach persönlichen Vorteilen, — man denke nur an die seinerzeitige „Verwaltungsrats-Partei" und an die „Vereinigte Linke" — und durch ihre, stets in die erste Reihe gestellte Bedachtnahme auf die Interessen des Judentums. Die Deutschen, die, wenn sie einig wären, eine unüberwindliche Macht, auch in Oesterreich, darstellen könnten, sind durch den von spekulativer, also jüdischer Seite beständig geschürten Gegensatz auf allen Gebieten und auch sogar auf religiösem Gebiete gespalten, und nichts geschieht, um die Kluft der Gegensätze zu überbrücken oder auszufüllen.

Die Deutschen haben es seinerzeit, als sie hierzu die Macht besaßen und über die große Zweidrittel-Majorität im Reichsrate verfügten, versäumt, die deutsche Sprache als „Staatssprache" gesetzlich und unwiderruflich festzulegen; — damals wäre das eine Leichtigkeit gewesen, heute ist dies leider unmöglich.

Statt dessen trieben die Deutschen, oder die „deutschliberale Verfassungspartei", aufgestachelt und hypnotisiert von den jüdischen Freimaurern, nur „Pfaffenhetze", im Dusel des Liberalismus kehrten sie ihre ganze Macht gegen die Kirche, gegen die Religion, gegen die vermeintlichen „Gefahren des Klerikalismus."

Der Bischof von Linz wurde, weil er in einem Hirtenbriefe gegen dieses Treiben Stellung nahm, vor Gericht geschleppt und verurteilt. Die Deutschen führten damals die Zivil-Ehe ein, sie schufen ein, nur den Juden und der slawischen Minderheit zu Gute kommendes Schulgesetz, das die deutschen Gemeinden zwang, für fremdnationale Kinder eigne Schulen auf Gemeindekosten zu errichten, welche Schulen mit ihren Lehrern die heftigsten nationalen Agitationsheerde, so recht eigentlich „Pfähle im deutschen Fleisch" wurden.

Aufs Engste verbunden mit den Juden, ließen sich die deutschen Parteimänner von diesen vollständig ins Schlepptau nehmen, und folgten ihnen in deren staatszerstörenden, volksausbeutenden Unternehmungen. Dazu kam ein vollständiges Verkennen der sozialpolitischen und sozialdemokratischen Bewegung, die ja auch von den Juden geschürt war, und das soweit ging, daß der leitende österreichische Staatsminister einmal in einer öffentlichen Versammlung erklärte: „In Bodenbach hört die soziale Frage auf!" War dieser Mann nicht mit Blindheit geschlagen? Und er hat lange regiert und wurde vielfach ausgezeichnet.

Das war die Zeit, in welcher der Weizen der Juden in Oesterreich blühte; das war die Zeit, welche die Juden in Oesterreich groß, reich und mächtig werden ließ. Eine dem Judentum allein ergebne und dienende „Presse" förderte diese Zustände, die soweit gediehen, daß sogar ein österreichischer Ministerpräsident der letzten Jahre einmal erklärte: „Ohne ‚Neue freie Presse' könne Oesterreich nicht regiert werden!"

Diese beiden Minister haben durch ihre Aussprüche, die zu „geflügelten Worten" geworden sind, nur zu deutlich bewiesen, daß sie die österreichischen Verhältnisse total verkannten und nur von ihrem doktrinären, zentralistischen Standpunkt aus beobachteten und regierten.

Man glaubte eben damals in Oesterreich, alles zentralisieren und von Wien aus allen Nationen Gesetze diktieren zu können. Die Regierung und die Deutschen, die ja damals die Regierungspartei, die staatserhaltende Partei waren, vergaßen dabei, daß der Zentralismus schon den Todesstreich empfing, als den Madjaren im Jahre 1867 ihr eignes Staatswesen — notgedrungen — bewilligt und der Dualismus eingeführt wurde.

Polen und Tschechen. Wie der Prager „Bohemia" aus Lemberg berichtet wird, sind dort am 11. d. M. auf Veranlassung der jungtschechischen Abgg. Horica und Mastalka, sowie der frühern Präsidenten der Prager und der Pilsener Handelskammer, die Vertreter von sechszehn tschechischen Fabriken eingetroffen, um mit jenen Firmen, die sich an der deutschfeindlichen Bewegung beteiligen, Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. In Warschau haben sich die Tschechen vier Tage aufgehalten und dann die Reise zu demselben Zwecke nach Kiew, Odessa, Lemberg und Krakau fortgesetzt. Der amtliche „Dnewnik Warschawski" stellt in einem „Gegen die Deutschen" überschriebnen Artikel fest, daß man sich in Warschau augenblicklich fast ausschließlich nur für den Boykott deutscher Firmen interessiere. Die Ablehnung deutscher Waren sei nunmehr zur Mode geworden. In den Kaufläden vernehme man jetzt häufig die Frage: „Stammt diese Ware etwa aus Deutschland?" Im bejahenden Falle, heiße es dann: „Ich bedaure, auf deutsche Erzeugnisse reflektiere ich nicht." Insbesondre seien es die Frauen und die Jugend, die in Kaufläden und Warenmagazinen gegen die Deutschen agitieren.

Um den Herren Tschechen Mores zu lehren, wäre es sehr angebracht, diese Thatsachen überall bei uns im Deutschen Reiche zur Kenntnis zu bringen und damit vorerst eine Verrufs-Erklärung des Bieres aus dem Bürgerlichen Brauhause zu Pilsen zu verbinden, die unter rein tschechischer Leitung steht.

Alpenverein, Ludwig Pietsch und Tante Voß. Ein Alpenfest feiert alljährlich die Sektion Berlin des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins, auf dem nach dem Urteile von Ludwig Pietsch die entfesselnde Lust „die lauteste und lärmendste" ist. Und wie das zugeht oder vielmehr woher das kommt, verrät uns der Berliner Hofberichterstatter auch in seiner Schilderung (Voss. Ztg. vom 3. Februar) über den Verlauf des diesjährigen Festes: „Um 9 Uhr ist der Raum bereits mit einer bunten Menge, einem dichten Gewühl von Gestalten, in tiroler und oberbayerischen, steirischen, kärnthnischen und oberitalienischen Volkstrachten gefüllt. Dafür, daß sie nicht wie Menschen in Maskenkostümen und wie Salontiroler aussehen, haben sie zumeist selbst durch die von ihren Alpen-Exkursionen mitgebrachten echten Originaltrachten und Schmuckstücke gesorgt. Teils ist das unsern, mit solchen und mit aufs Getreuste kopierten, so reich versehenen Handlungen zu danken. Der Wuchs und der Gesichtsschnitt zwar läßt sich nicht ändern, daß die Ahnen manches dieser Tiroler von Asiens entlegner Küste kamen, sich nicht verleugnen; die Erinnerung an Oberländers bekannte Zeichnungen vom Alpenfest beim Bankier X sich nicht ganz abweisen."

Also Israel lieferte die Hauptzahl der Besucher, so daß selbst Ludwig Pietsch als Berichterstatter der „Vossischen Ztg." nicht umhin konnte, seiner Mißstimmung über die Blosstellung so zahlreicher Beine, die sich selbst nicht für enge Hosen eignen, Ausdruck zu geben. Da solches Durchbrechen des arischen Gefühls indes bei den also Gekennzeichneten übel vermerkt werden könnte, fährt L. P. also fort:

„Aber was thuts! Grade unter Männern und Frauen dieser Abstammung sind oft die mutigsten und zähesten Bergfahrer, die an Energie und Ausdauer auch auf diesem Gebiet, wie auf so vielen andern — und wie ihre Töchter und jungen Frauen auf dem der Schönheit, des Talents, der echten Geistes- und Herzensbildung — so manche, auf ihr reines arisches Blut stolzen Germanen übertreffen."

So, nun ist Juda befriedigt; die Tante Voß kommt nicht in den Verdacht des Antisemitismus und der Arier Ludwig Pietsch erzählt natürlich am Biertisch nach 12 Uhr nachts, wenn er sich überzeugt hat, daß kein Jude in Hörweite ist, weiter alte und neue jüdische Schnurren, z. B.:

Das Jodeln liebt der Steiermärker,
Im Jüdeln ist der Mayer stärker.

Jüdische Seelenverkäufer. Ende vorigen Jahres brachten südrussische Zeitungen die Nachricht, daß ein gewisser Klein, angeblich als Bevollmächtigter der deutschen Kolonisten in Bessarabien, von der Regierung in Australien bedeutende Ländereien erworben habe. Schon damals bezweifelte man, daß dieser Klein Bevollmächtigter der Bessarabischen Deutschen sei, und in der That stellt sich jetzt heraus, daß man in Bessarabien nichts von ihm weiß. Es ist aber möglich, daß über kurz oder lang dort Agenten auftauchen, um ihm die Fische ins Garn zu treiben. Darum geht zur rechtzeitigen Warnung folgende Zuschrift, die die „Alldeutschen Blätter" erhielten, durch die unabhängige Presse in Südrußland:

„Vor zwei Monaten war hier in Australien ein gewisser Herr Klein (anscheinend jüdischen Geblüts) mit einigen andern Herren, die sich Delegierte von verschiednen deutschen Gemeinden in Bessarabien nannten und als Zweck angaben, Landkonzessionen für eine bedeutende Auswandrung Deutscher aus Bessarabien zu erwerben. Nach allem, was verlautete, ist der betreffende Klein ein professioneller Auswandrer-Agent, der vorgab, schon bedeutende Auswandrungen Deutscher aus Süd-Rußland, der Dobrudscha, dem Banat usw. nach den Vereinigten Staaten, Mexiko, Mittel-Amerika, Argentinien usw. organisiert

zu haben, natürlich gegen ein persönliches Entgelt; mit andern Worten, der die deutschen Auswandrer aus Rußland und Ungarn als eine Ware behandelt, deren Verwertung für seine Tasche seine spezielle Lebensaufgabe ist. Mit der hiesigen Regierung ging er einen Kontrakt ein, wonach ihm und seinen Auswandrern an 80000 acres reserviert wurden, unter Bedingungen, die nicht veröffentlicht worden sind. Sie kennen die landläufige Moral brittischer Regierungen. Die Partei, die einen Kontrakt oder Vertrag eingegangen ist, fliegt außer Amt und eine andre Partei kommt ans Ruder, verwirft alles, was die vorige Regierung gethan hat und fühlt sich nicht verpflichtet, den Kontrakt ihrer Vorgänger anzuerkennen. Die Geschichte der englisch-deutschen Beziehungen ist reich an solchen Vorkommnissen. Die Deutschen Bessarabiens verkaufen vielleicht in der Erwartung, daß ein Regierungs-Versprechen heilig sei, ihre Besitzungen daheim unterm Wert, unterwerfen sich den Mühen und Kosten der langen Reise und finden, wenn sie hier ankommen, eine andre Regierung am Ruder, die mit lächelndem Munde und frecher Stirn behauptet, die Verpflichtungen ihrer Vorgänger haben für sie keine Giltigkeit. Wer kümmert sich um die simplen deutschen Bauern (the German fools), sie können ja ihr Brot erarbeiten, wie es die Umstände bringen. Können Sie nicht in Bessarabien, der Dobrudscha, dem Banat, ein wenig wirken und verhindern, daß die Leute von ruppigen Seelenverkäufern tief geschädigt werden? Unter der jetzigen Deutschenhetze in den brittischen Ländern ist es ein Verbrechen, Deutsche zur Auswandrung dorthin zu veranlassen."

Der Jude verdient einmal an dem in den überseeischen Ländern für ihn „reservierten" Grund und Boden, zum zweiten an dem von den Auswandrern in Europa verschleuderten Eigentum und drittens an der Ueberfahrt. Solche Menschen müßten genau so behandelt werden wie die Mädchenhändler!

Warum ist der Deutsche im Auslande verhaßt?

Eine Anzahl in London lebende „Deutsche" — „Anglo-Germans" nennen sie sich jetzt mit Vorliebe — hatten die Absicht, in der City eine große Massenversammlung ihrer in London lebenden Landsleute zu veranstalten, um gegen die im Deutschen Reiche umlaufenden „Schmähungen" der englischen Armee zu protestieren, dem englischen König Treue zu schwören und den deutschen Kaiser aufzufordern, „mit aller Macht der drüben herrschenden Englandfeindschaft Einhalt zu gebieten." Dieses nette Vorhaben hatte einen Sturm des Unwillens in den wirklich deutschen Kreisen Londons hervorgerufen und zahlreiche Proteste wurden laut, indem gleichzeitig darauf hingewiesen werden konnte, daß selbst Engländer gegen dieses kriecherische und lakaienhafte Vorhaben jener Sorte von „Deutschen" Einwendungen zu machen hatten. Die „Massenversammlung" würde thatsächlich für die Veranstalter lebensgefährlich geworden sein, da bereits Hunderte von wirklich deutschen Männern sich bereit erklärt hatten, mit allen Mitteln es zu verhindern, daß die für das Deutsche Reich so beschämenden Anträge zur Annahme gelangten.

Das wirkte. Der größte Schreier, ein Gastwirt Seeligsohn, veröffentlichte unter großem Bedauern eine Mitteilung im „Standard", daß das Meeting leider nicht stattfinden würde.

Daß Seeligsohn hinter sich natürlich nur Rassegenossen hatte, ist ebenso zweifellos wie die Thatsache, daß die ganze Geschichte wieder dem Deutschtum in die Schuhe geschoben wird. Sie beweist indes gleichzeitig zum xten Male, wer die eigentlichen Schänder des Deutschtums im Auslande sind.

Zur selben Zeit, als sich diese Angelegenheit abspielte, kamen im englischen Oberhause die Lieferungen von Lebensmitteln nach dem südafrikanischen Kriegsschauplatze zur Sprache, wobei Lord Carrington meinte, die Namen der Lieferanten sprächen eine eigne Sprache. Der Hauptlieferant Borgl sei ein polnischer Jude, der allerdings nationalisiert sei. Es sei ferner ein offnes Geheimnis in der City, daß hinter ihm Männer mit fremd klingenden Namen, wie Samuel Weil, Benjamin Weil, Isaak Lewis, Algar Beit, stünden. Der Lord fragte den Vertreter des Kriegsamtes, Lord Raglan, ob Garantien vorhanden seien, daß den Kolonien, so weit sie gleichwertig liefern könnten, der Vorzug gegeben werden würde. Dieselbe Frage stellte Sir Henry Campbell Bannermann im Hause der Gemeinen an Herrn Brodrick und war mit der Antwort, daß nach Möglichkeit die Kolonien berücksichtigt werden würden, wenig zufrieden.

Garantien hierfür bietet der Kontrakt garnicht, man erwartet nur, daß der Herr Borgl den seiner Rasse eignen Patriotismus dadurch beweisen wird, daß er die Kolonien berücksichtigt.

Worauf man allerdings lange warten kann, denn Herr Borgl aus Polen wird seine Ware dort nehmen, wo er sie am billigsten bekommen kann und hierbei in erster Linie seine Rassegenossen berücksichtigten.

Man sieht auch hierbei wieder: Wohin Ihr faßt, Ihr werdet Juden fassen! — Juden als Schürer und Hetzer des Krieges, Juden als Lieferanten für den Kriegsbedarf — nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt! —, Juden als Hetzer gegen das mit Recht entrüstete Deutsche Reich . . . mehr kann man eigentlich auf einmal gar nicht verlangen!

Ausland.

Rußland. In einem jüngst erschienenen Buche giebt der Prof. Sikorsky (Kiew) fesselnde Aufschlüsse über die Verheerung, die der Alkohol unter seinen Landsleuten anrichtet. Aus dem vom Verfasser gesammelten Material geht hervor, daß in dem Zeitraum von 1870 bis 1887 insgesamt 84217 (76786 männliche und 7431 weibliche) Personen an Alkoholvergiftung starben. Das ergiebt einen Jahresdurchschnitt von 4678 Personen, eine Zahl, die nur durch die der jährlich Ertrunknen noch übertroffen wird. Ermordet werden hingegen jährlich im Durchschnitt nur 2840, während man in diesem Zeitraum im Zarenreiche gar nur 2000 Selbstmorde zählt. Prof. Sikorsky nennt daher nicht mit Unrecht den Alkohol den „Massenmörder". Unter einer Million Einwohner fallen 55,2 dem Alkohol zum Opfer, im Deutschen Reiche nur 12 und in Frankreich kaum 11,5. Was die Russinnen anbetrifft, so kommen sie Bezug auf die Häufigkeit des Alkoholgenusses unmittelbar nach den Engländerinnen, zeigen sich aber gegen seine Folgen bedeutend widerstandsfähiger.

Mosaik.

Das verjudete Oesterreich konnte nicht besser gekennzeichnet werden, als durch nachstehende Zeilen, die das Wiener Organ der Alliance Israelite Universelle, die „Neue freie Presse" am 13. d. M. brachte:

Zur goldnen Hochzeit des Erzherzogs Rainer. Heute Vormittags um ½11 Uhr wurden die Vertreter der israelitischen Kultusgemeinde in Baden vom Erzherzog Rainer in längerer Audienz empfangen. Die Deputation bestand aus dem Präses Herrn Moritz Leitner, dem Präses-Stellvertreter Dr. Anton Schneider und dem Rabbiner Dr. Wilhelm Reich. Die Herren wurden vor allen andern Audienzbewerbern zuerst vorgelassen und überreichten dem Erzherzog eine prachtvoll ausgestattete Huldigungs-Adresse der israelitischen Kultusgemeinde in Baden. Nach der Ansprache, die Rabbiner Dr. Reich an den Erzherzog hielt, ließ sich Erzherzog Rainer die beiden andern Herren vorstellen und konversierte mit der Deputation längere Zeit in der wohlwollendsten und liebenswürdigsten Weise. Der Erzherzog erkundigte sich eingehend nach den Verhältnissen der Kultusgemeinde in Baden und bemerkte, daß Baden seit jeher sein Lieblings-Aufenthalt sei, und daß auch Erzherzogin Marie seit ihrer Kindheit alljährlich dort weile. Als Erzherzog Rainer sich in huldvollster Weise von der Deputation verabschiedete, sagte er: „Für das schöne Geschenk danke ich herzlich; ich werde es stets in dankbarer Erinnerung behalten." —

Freisinnige Logik. In Neujerusalem haben Bankbeamte einen Konsumverein ins Leben gerufen, der nur ein Konsumverein für „kaufmännische" Beamte werden soll. Dazu bemerkt der „Konfektionär", das Organ aller Berliner Konfektionsjuden:

„Man kann nur darüber erstaunt sein, daß ‚Kaufleute' sich dazu hergeben, für sich einen eignen Konsumverein zu gründen. Sie zetern seit Jahren gegen die Konkurrenz der

Warenhäuser für Beamte, für die Armee usw. und jetzt gehn sie selbst mit der Gründung eines solchen Vereins vor. Wohin soll es denn führen, wenn jeder Stand seine eignen Konsumvereine gründet; wovon sollen dann die Detailgeschäfte existieren! Man sollte in Frankfurt alles thun, um das Zustandekommen dieses Konsumvereins zu hintertreiben."

Und doch sind es die Gesinnungsgenossen des „Konfektionärs" in Frankfurt (Main), die in echt freisinniger Weise alles gehn lassen, wie es will, wenn es nur zu gunsten Judas ausschlägt. Aber wundern muß man sich, daß der „Konfektionär" jetzt auf einmal weiß, daß auch die „Kaufleute" seit Jahren gegen das Warenhaus für Beamte und für die Armee usw. „zetern". Vor kurzem behauptete das Blatt das grade Gegenteil, die Mittelstandsvertreter wagten nicht, gegen die „adligen" Warenhäuser zu protestieren.

Israel in der Justiz. Der bisherige zweite Staatsanwalt Dr. Alfred Neumeyer und der Amtsrichter Alexander Ansbacher wurden zu Landgerichtsräten am Landgericht München I ernannt.

Namens-Aenderungen. Der Regierungs-Präsident von Breslau, Dr. von Heydebrand und der Lasa, macht folgendes bekannt: „Auf Grund der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 12. Juli 1867 (G.-S. S. 1310) genehmige ich, daß der Cand. med. Max Alexander Breslauer zu Breslau, geboren in Ohlau den 14. Januar 1879, anstatt des bisherigen Namens fortan den Familiennamen ‚Litzner' führt. Breslau, den 17. Januar 1902". —

Das Amtsgericht zu Hamburg, Abteilung für Handelsregister, giebt bekannt: „Max Moses. Der Familienname des alleinigen Inhabers dieser Firma Max Moses lautet nunmehr Voß; das Geschäft wird unter der Firma Max Voß fortgesetzt." —

Eine andre Veröffentlichung desselben Amtsgerichts lautet: „Handels-, Industrie- und Plantagen-Akt.-Ges. In der Generalversammlung der Aktionäre vom 29. November 1901 ist die Liquidation der Gesellschaft beschlossen worden und Moses, genannt Max Friedheim, Kaufmann, hierselbst, zum alleinigen Liquidator bestellt worden." —

Dem Leopold Abeles, Kaufmann in Prag Nr. 829—1, wurde gemäß Entscheidung der Statthalterei in Böhmen vom 25. Oktober 1901 die Umänderung seines Familiennamens „Abeles" in „Arenz" ausnahmsweise (!) bewilligt.

Das Urteil im Trebertrocknungs-Prozeß ist am 14. d. M. gesprochen. Hermann Sumpf erhielt 7 Monate Gefängnis und 10000 Mark Geldbuße, Schlegel 5 Monate und 5000 Mark Geldbuße, Otto 6 Monate und 5000 Mark Geldbuße, Schulze-Dellwig 3 Monate und 5000 Mark Geldbuße, Arnold Sumpf 3 Monate und 5000 Mark Geldbuße. Hermann Sumpf, Schlegel und Otto wurden außerdem vier Monate Untersuchungshaft angerechnet. Schulze-Dellwig und Arnold Sumpf haben ihre Strafe durch die Untersuchungshaft bereits verbüßt und wurden aus der Haft entlassen. Von der Anklage der Untreue im Sinne des § 312 des Handelsgesetzbuchs wurden die Angeklagten freigesprochen. Für die erkannten Geldstrafen tritt im Nichtvermögensfalle Haftstrafe und zwar für je 15 Mark ein Tag ein, aber dieselbe darf nicht größer, als ein Jahr im ganzen sein.

Die Strafe ist milde, sehr milde!

Die Aussichtslosigkeit des Zionismus wird jetzt selbst von einzelnen seiner Anhänger offen zugegeben. In einer großen Versammlung der Londoner Zionisten, in der über den in Basel abgehaltnen Zionistenkongreß Bericht erstattet wurde, erklärte der Delegierte Zangwill folgendes: Die diesjährigen Verhandlungen in Basel haben den einzigen Erfolg gehabt, zu beweisen, daß die zionistische Bewegung auf ihrem bisherigen Wege zu keinerlei Ergebnis führt. Augenblicklich arbeiten die beiden großen Kolonisations-Gesellschaften, die vom Baron Hirsch und vom Lord Rothschild bereits Hunderte von Millionen Franks erhalten hätten, direkt gegen die Ziele des Zionismus. Wenn es daher den Zionisten nicht gelinge, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Leitung dieser Gesellschaften zu erhalten, sei es besser, den ganzen Zionismus aufzugeben. — Schade!

Jüdische Arbeitgeber. Vor dem Landgericht zu Augsburg waren dieser Tage eine ganze Anzahl junger Verkäuferinnen wegen kleiner Diebstähle angeklagt, die sie als glückliche Bedienstete der Firma Arthur Menchau begangen hatten. Eine Kassierin, der selbst keinerlei Unredlichkeiten zur Last gelegt werden konnten, mußte neben den angeklagten Ladenmädchen auf der Anklagebank Platz nehmen, weil sie von den Diebstählen Kenntnis hatte, ohne sie zur Anzeige zu bringen. Das „Gehalt" der armen Geschöpfe bestand aus monatlich zwanzig Mark, wobei Menchau eine drakonische Geschäfts-Ordnung zur Durchführung brachte, zu deren Eigentümlichkeiten besonders das beliebige Verhängen von Geldstrafen gehörte, ganz abgesehn davon, daß er dabei das Erscheinen der Mädchen in möglichst eleganter Kleidung verlangte. Es ist da nur zu verwundern, daß die armen Dinger nicht noch auf andre Abwege gekommen sind. Die im allgemeinen geständigen Mädchen klagten auch über mancherlei Handgreiflichkeiten. Die Anklagepunkte schmolzen während der Verhandlung so sehr zusammen, daß der Staatsanwalt selbst die Anklage gegen zwei der Mädchen fallen ließ. Der Rest wurde schuldig befunden und erhielt Gefängnisstrafen von vier Tagen bis zu drei Monaten.

Ein einträgliches Geschäft ist noch immer das Schnorren. Das Wiener „Deutsche Volksblatt" läßt sich aus München berichten: Welche Einnahmen die nach dem Westen in stets steigender Zahl zuwandernden jüdischen Bettler (Schnorrer) erzielen, davon liefert wieder einmal den Beweis die Verhaftung eines solchen herumlungernden polnischen Juden in Ettenheim (Baden). In seinem schmierigen Kaftan fand man 43 Mark in Silber, 1600 Mark in Gold und Banknoten und einen Scheck in Höhe von 4000 Rubel auf eine russische Bank. In Städten, wie Frankfurt, Nürnberg, Fürth usw., wo viele reichgewordne Juden wohnen, kann man das Schnorrer-Unwesen genau betrachten. Die Schnorrer reisen mit der Eisenbahn planmäßig von Stadt zu Stadt, nehmen erst das selten unter 10- bis 20 Mark betragende Ortsgeschenk der israelitischen Kultusgemeinde in Empfang und fechten dann alle jüdischen Wohnungen und Kontore ab. Hier erhalten sie wieder reichliche Geschenke. Dabei wird flott gelebt. Man hat in Fürth in einer Kaschemme solche verlumpte Gestalten betroffen, wie sie um ganze Rollen Goldes spielten. Erfährt die Kultusgemeinde, daß von den saubern Stammesgenossen einer wegen irgendeines Verbrechens von der Polizei gesucht wird, so wird ihm schleunigst ein Billet gelöst und er auf der Bahn weiter befördert. Hat der Schnorrer dann in wenig Zeit ein kleines Vermögen zusammengebettelt, so läßt er sich in München nieder, macht einen „Kladerladen" auf, arrangiert einige „faine Pleiten", worauf er bald ein gemachter Mann ist.

Verruchter Bube.

Dem wackern Mann, dem deutschen Mann,
Dem Mann mit starken Knochen,
Der nicht „englische" Krankheit hat,
Der mannhaft hat gesprochen,
Der lieber Mann gewesen ist,
Als Vorsichtsleisetreter,
Des lieben Deutschlands, deutschen Worts,
Ein wirklicher Vertreter:
Dem hall' vom Rhein, von Berg zu Berg,
Dem Liebermann von Sonnenberg —
Bis in die Mark, ins Botenhaus
Des Reichs, ein donnernder Applaus!!

Eine „Großmutter" im „Bonner General-Anzeiger."

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyßestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 20. Februar 1902. Nr. 705.

Die geheiligte jüdische Majestät.

Im nächsten Monate sollen 50 Stadtverordneten-Mandate in Wien erneuert werden, die zum größten Teile in den Händen von Judengegnern sind. Die Wahlarbeit ist im Gange und erzeugte sogar im Parlamente einen bösen Sturm.

In der Sitzung des Reichsrats vom 8. d. M. hatte nämlich Abg. Dr. Lueger eine Anfrage eingebracht, die sich mit einem geheimen Aufrufe beschäftigte, der behufs Sammlung von Geldern für die bevorstehenden Gemeinde- und Landtagswahlen zumeist an jüdische und judenliberale Großkapitalisten versendet wurde. Dr. Lueger führte eine Anzahl jüdischer Millionäre an, darunter Auspitz, Ritter von Bauer, Heinrich Klinger, Leopold Pollak, Jonas Weil, Adolf Wiesenburg, Generalrat der österreich-ungarischen Bank, usw., die er teils verschiedner Schwindeleien, teils des Wuchers und schließlich insgesamt des beabsichtigten Stimmenkaufes anläßlich der bevorstehenden Wahlen beschuldigte.

Diese Behauptungen Luegers riefen in der gesamten Judenschaft und in der liberalen Partei einen Sturm der Entrüstung hervor und in einer Anzahl von Protestversammlungen, darunter auch einer solchen der Mitglieder der Wiener Börse für landwirtschaftliche Produkte, wurde gegen die Beschuldigungen Luegers Stellung genommen.

Im Reichsrate selbst kam es am 14. d. M. auf Antrag der judenliberalen Abgg. Groß und Dr. Vogler zu einer Aussprache über die Anfrage Dr. Luegers, die einen unerhörten Verlauf nahm und Zeugnis dafür ablegt, wie tief der Parlamentarismus durch Israel und seine Trabanten in Oesterreich gesunken ist.

Hauptsächlich drehte es sich um die Beschuldigung Dr. Luegers, daß der Großindustrielle Ludwig Lobmeyer, Mitglied des Herrenhauses und Ehrenbürger von Wien, seine ihm noch unter dem liberalen Regimente zuerkannte Ehrenbürgerschaft erschwindelt habe.

Lobmeyer ist Jude und deshalb gingen die Liberalen natürlich kräftig für ihn ins Zeug. Abg. Eldersch rief dem christlichsozialen Abg. Schneider zu: „Sie Lump Sie!" und Abg. Rieger schrie in den Saal: „Er ist schon wieder besoffen, der Schneider!", der „Genosse" Pernerstorfer belegte den Abg. Dr. Lueger mit dem Schmeichelnamen „Hausknecht", der liberale Abg. Eldersch nannte den christlichsozialen Abg. Strobach (Vizebürgermeister von Wien) „Strohkopf" und dem ebenfalls christlichsozialen Abg. Dr. Geßmann brüllte er zu: „Halten Sie Ihr geiferndes Maul, Sie frecher Kerl!" — „Genosse" Schuhmeier führte gegen Dr. Lueger eine gestohlne Besuchskarte ins Feld und „Genosse" Pernerstorfer gebrauchte derartige Worte, daß der Vizepräsident Dr. Zacek ihn zur Ordnung rief, der einzige Ordnungsruf in der ganzen Sitzung; man kann sich also denken, wie tief der „Genosse" in seinen Zitatenschatz griff. Recht bezeichnend für die judenliberale Presse ist es, daß z. B. die „Bohemia" treu und redlich alle Schimpfworte verzeichnet, indes an einer Stelle schamhaft nur vier Punkte bringt und was hatte der betreffende Abgeordnete ge sagt? Als Abg. Dr. Geßmann über die von den Liberalen gestohlnen Wählerlisten sprach und der Name des Juden Jonas Weil erwähnt wurde, rief der christlichsoziale Abg. Steiner: „Die Schande der Kaufmannschaft von Wien!. Pfui Teufel über den Saujuden!" — Diesen „Saujuden" wagt die „Bohemia" ihren Lesern nicht vorzusetzen!

Mit Recht durfte Abg. Dr. Lueger sagen: „In verschiednen Interpellationen, die in diesem hohen Hause gestellt wurden, sind angegriffen worden eine jede in Oesterreich bestehende Nationalität, in den Interpellationen ist angegriffen worden unsre Religion (Sehr gut! bei den Christlichsozialen), in den Interpellationen ist angegriffen worden die Dynastie, in den Interpellationen ist angegriffen worden der Kaiser, und das Alles hat Herrn Dr. Groß und Herrn Dr. Vogler nicht geniert; weil aber in dieser Interpellation ein paar Juden die Wahrheit gesagt wird, darum dieser Lärm, der heute geschlagen wird. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. Große Unruhe.)"

Ja, wenn irgendwo ein Jude auf die Hühneraugen getreten wird, dann schreit ganz Israel von Hammerfest bis Melbourne und von San Franzisko bis Jokohama!

Gustav Freytag und der Sammelname Levi. Im Jahre 1852 veröffentlichte Freytag in Nr. 16 des „Grenzboten" einen längern Aufsatz über die Anlage von Hausbüchereien. Freytag beklagt darin das knickrige Verhalten so vieler wohlhabender Privatleute, die ohne Bedenken Dutzende von Thalern für Alkohol, Delikatessen und Sport ausgeben, sich aber wohl hüten, ein gutes und interessantes Buch zu kaufen. Freytag hat sich in manchen Familien über die Vernachlässigung dieser Verpflichtung geärgert, am meisten aber bei den Angehörigen einer bestimmten Rasse. Er apostrophiert sie folgendermaßen: „Die größte Unkultur zeigt sich auch in dieser Beziehung bei der Klasse von Geschäftsmännern, die hier unter dem Kollektivnamen Kommerzienrat Hirsch oder Levi zusammengefaßt werden können. Ihr Herren verlangt, weil ihr viel Geld habt, daß die Vornehmen des Staates, der Wissenschaft und Kunst mit euch verkehren sollen, aber in vielen eurer Häuser würde man außer einem alten beschmutzten Talmud eures Vaters und etwa einem Handelslexikon wenig finden, was einen Beweis gäbe, daß ihr die besten und edelsten Interessen eurer Mitbürger zu teilen versteht. Schreiber dieses weiß wohl, daß mehre Häuser in Wien, Berlin usw. eine glänzende Ausnahme von dieser traurigen Regel machen; es sind eben nur Ausnahmen."

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. In der 141. Sitzung des Reichstages, am 12. d. M., brachte Abg. Raab bei der Beratung des Etats der Reichs-Justizverwaltung verschiedne Angelegenheiten zur Sprache, die der Herr Präsident wiederholt als nicht zur Sache gehörig bezeichnete. Daß sie doch an der richtigen Stelle angeschnitten waren, konnte Abg. Raab sofort beweisen und deshalb auch seine Beschwerden vollständig anbringen. Seine Ausführungen finden unsre Leser im Hauptblatte.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Berlin. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I zu Berlin hat es vor einiger Zeit abgelehnt, die öffentliche Klage gegen den Redaktör Klausner zu erheben, der 17 Herren in seiner „Israelitischen Wochenschrift" aufs schwerste beleidigt hatte. Nicht weniger als acht von den beleidigten Herren hatten Strafantrag gestellt. Klausners Zorn erregten sie dadurch, daß sie die Frage, ob es Juden gäbe, die Blutmorde verübten, in ihrem auf Veranlassung des Germanischen Volksbundes abgegebnen Gutachten bejahten. Nunmehr hat der Erste Staatsanwalt in der hiermit zusammenhängenden Privatklagesache Giese gegen Klausner (vergl. Nr. 698), die zur Zeit in

der zweiten Instanz schwebt, die Verfolgung übernommen. Die von den beleidigten Herren bei der Oberstaatsanwaltschaft gegen den ablehnenden Bescheid der Staatsanwalschaft erhobne Beschwerde scheint demnach nicht wirkungslos geblieben zu sein.

Nordhausen. Der „Deutsche Verein“ begeht am Montag, den 10. März d. J. sein zehntes Stiftungsfest durch eine Festfeier im großen Saale der „Drei Linden“. Alle ehemaligen Mitglieder und Freunde des Vereins werden hierdurch zur Teilnahme an dieser Feier eingeladen.

Verband Westmark. Sonnabend, den 22. d. M., findet abends 9 Uhr im Hotel Royal (Rechtschule 3 I) zu Köln (Rhein) eine Zusammenkunft der Kölner Mitglieder statt zwecks Besprechung wichtiger Agitationsfragen.

Freunde der deutschsozialen Sache sind herzlich willkommen. Pünktliches Erscheinen erbeten! —

Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Amtsrichter Hoffmann (Gelsenkirchen), sprach am 13 d. M. in Essen (Ruhr) über „die Judenfrage als Rassenfrage“. Die Ortsgruppe hatte zu diesem Vortrage mehre Freunde eingeladen und traten nach den vorzüglichen Ausführungen des Redners sechs Herren dem Verbande bei. —

Am 16. d. M. fand in Herne eine Vorstandssitzung des Verbandes statt. Mit Freuden wurde die Mitteilung begrüßt, daß der Verband nunmehr über 600 Mitglieder zählt. Es wird rüstig weiter gearbeitet. Abg. von Liebermann, sowie Graf Reventlow (Wulfshagen) werden in den nächsten Wochen im Verbandsgebiete Vorträge halten.

Alle Zuschriften in Verbands-Angelegenheiten sind von jetzt ab an den Sekretär des Verbandes, Herrn Carl Amthor, Gelsenkirchen, Hochstr. 76, zu richten.

Braunschweig. Am 7. d. M. hielt Herr Schriftleiter Kemper im Gasthause Mowitt einen Vortrag über „Zollschutz und Brotwucher“, der bei den Zuhörern lebhaften Anklang fand und eine längere Aussprache hervorrief. —

Dasselbe Thema behandelte Herr Kemper am 9. d. M. in Bornum, wo sich ebenfalls die Aussprache recht befriedigend gestaltete. —

Herr Kaufmann B. Walterscheid besprach am 9. d. M. in Großbiewende ebenfalls den Zolltarif und das Geschrei über „Brotwucher“.

Eine merkwürdige Auslegung des Preßgesetzes. Gegen den Verleger der „Deutsch-evangelischen Blätter“, Buchhändler Strien, kam am 6. Februar wiederholt eine Privatklage vor der Strafkammer zu Halle (Saale) zur Verhandlung, die nur noch ein preßgesetzliches Interesse hat. Es handelt sich um die Frage, ob die sechsmonatliche Verjährungsfrist für Strafanträge gegen eine periodische Druckschrift mit dem Erscheinen der betreffenden Nummer beginnt, oder ob spätere Verkäufe der Nummer auch noch als Verbreitung gelten, also diese nachträglichen Verkäufe die Verjährungsfrist unterbrechen. Bisher hatten die Gerichte (Schöffengericht und Landgericht) in den vielfachen Verhandlungen dieser Sache erstern Standpunkt angenommen und demgemäß die Klage wegen Verjährung abgewiesen, da der beleidigende Artikel im Dezember 1898 erschienen und erst Dezember 1899 Strafantrag gestellt war. Kläger macht jetzt aber geltend, daß im Juni 1899 noch vier Exemplare der betreffenden Nummer an seinen Vertreter, Rechtsanwalt Lüders in Berlin, verkauft, die Nummer also um diese Zeit noch verbreitet worden sei. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts in ähnlichem Falle nahm die Strafkammer an, daß die Verjährung unterbrochen worden sei und erkannte auf drei Mark Geldstrafe, den niedrigsten Satz, da die Verbreitung nur in vier Exemplaren nachgewiesen war und nur an eine Person. Nach diesem Urteile ist die im § 22 des Preßgesetzes vorgesehene Verjährungsfrist überhaupt hinfällig, weil sich jeder, der einen armen Preßsünder zur Verantwortung ziehn will, noch nach Jahren die betreffende Zeitungsnummer kaufen und dadurch gewissermaßen einen neuen Fall herbeiführen kann.

Demnächst wird der arme Redaktör wohl noch ganz vogelfrei werden!

Eine Buren-Aufführung, die wir zur Aufführung empfehlen können, ist soeben unter dem Titel „Pieter, Szene aus dem Burenkriege in zwei Aufzügen von R. Bauer“ erschienen. Es ist ein ernstes, gehaltvolles und dabei dramatisches Bild, das uns aus dem unglückseligen Kriege vor Augen geführt wird. Ein Teil des Reinertrages des Stückes, das 50 Pfennig kostet, ist für die gefangenen Buren bestimmt. Gleichzeitig weisen wir auf das Heft „Buren-Abend“ hin, das vollständigen Stoff zur Veranstaltung eines solchen Abends enthält — nämlich eine Festordnung, 17 Gedichte, Stoff zu zwei Ansprachen usw. — Es wäre zu wünschen, das man an der Hand dieses Heftchens (Preis 40 Pf.) allerorten Buren-Abende veranstaltete, um die Herzen immer wärmer und die Hände immer williger zum Geben zu machen für das arme, unterdrückte, mutige Volk der Buren.

Wenn dazu allen Besuchern die bereits in vierter Auflage erschienene Broschüre „Landsturm-Deutsch“, die die Reden des Abg. Liebermann von Sonnenberg zur Chamberlain-Angelegenheit enthält, verabreicht wird, so sorgt man dafür, daß der Abscheu für die Handlungsweise der englischen Gewalthaber in immer weitere Kreise dringt. Die Broschüre kostet nur 10 Pf., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist sie — wie auch die obengenannten Hefte — von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;
in Nordhausen am 21. und 28. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

*

Aus der Reformpartei. In dem Strafprozeß gegen den Grafen Pückler (Klein-Tschirne) hat das Reichsgericht auf Verwerfung der eingelegten Revision und Bestätigung des Urteils erster Instanz erkannt. Am 9. November 1901 war Graf Pückler von der Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Anreizung wurde in einer Rede gefunden, die der Graf am 14. Dezember 1900 in einer reformerischen Versammlung in den Concordiasälen zu Berlin gehalten hatte.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Das Bezirksgericht zu Wien-Mödling legte dem 38jährigen, verheirateten Agenten Max Biringer aus Kopova (Ungarn) acht Tage strengen Arrest auf, weil er sich auf öffentlicher Straße und am hellen Tage beim Herannahen von weiblichen Personen in Aergernis erregender Weise benommen hatte. —

Der Kaufmann Samuel Bertum aus Newyork, Inhaber der Zigarettenfabrik Torato zu Dresden, Holbeinstraße, soll nach einem Urteil des Dresdner Amtsgerichts zweihundert Mark Geldstrafe zahlen. Er besuchte die Frau seines auf der ersten Geschäftsreise befindlichen Reisenden in ihrer Wohnung und beleidigte sie durch unsittliche Redensarten.

Warenhaus-Praktiken. Wegen Vergehens gegen das Reichspatentgesetz hatten sich der Geschäftsführer des Tietzschen Warenhauses zu Hamburg vor dem Landgericht zu verantworten. Die Patent-Inhaber des „Dalli-Plätteisens" und des zu dem Plätteisen gehörigen Glühstoffs erfuhren, daß in dem Tietzschen Warenhause statt der von ihnen für den Kleinverkauf allgemein festgesetzten Preise von fünf Mark für „Dalli" und von 40 Pf. für den Glühstoff, diese Gegenstände für 4,25 Mark und 35 Pf. verkauft wurden. Als der Geschäftsführer des Warenhauses dann wieder „Dalli" bestellte, wurde die Lieferung davon abhängig gemacht, daß der Käufer sich verpflichtete, zu den festgesetzten Preisen zu verkaufen, worauf dieser jedoch erklärte, er ließe sich seine Preise nicht vorschreiben. Er soll sich dann auf Umwegen „Dalli" und den Glühstoff verschafft und sie zu dem niedrigeren Preise verkauft haben. Hierin liegt ein Vergehen gegen das Patentgesetz, das dem Patent-Inhaber allein das Recht gewährt, die Verkaufsbedingungen der patentierten Artikel festzustellen. Das Gericht verurteilte den Geschäftsführer zu 300 Mark Geldstrafe und zur Zahlung einer Buße von 200 Mark.

Ausgewiesen wurden aus dem preußischen Staatsgebiete: der ehemalige Gastwirt Daniel Adler aus Oesterreich (besondre Kennzeichen: dicke Nase), der Lehrer Chaskal Blumenfeld aus Oesterreich, der „Arbeiter" Schmul Maißner aus Rußland (besondre Kennzeichen: längliche Nase), der Karl Schönbrunn aus Jablunkau (Bez. Teschen) und der Händler Geza Rosenberg aus Rosenberg (Ungarn).

Unlauterer Wettbewerb. Das Warenhaus Ahronheim u. Cohn zu Stettin, das erst Mitte November v. J. eröffnet ist, hält seit Neujahr bereits „Inventur-Ausverkauf" ab.

Steckbrief. Ein am 21. Juli 1899 gegen Moritz Pinkus aus Wreschen erlassenes Strafvollstreckungs-Ersuchen wird vom Ersten Staatsanwalt zu Breslau erneuert.

Wie der Staat betrogen wird. Der Kaufmann Isidor Gideon zu Frankfurt (Main) verkaufte an einen Handwerker ein Grundstück für 20 000 Mark. Es wurde ein notarieller Vertrag abgeschlossen und bei der gerichtlichen Eintragung erklärte dann der Käufer, nicht 20 000 Mark sondern 24 500 Mark sei der eigentliche Kaufpreis. Da die Stempelsteuer 1 v. H. beträgt, hatte Gideon also 45 Mark zu wenig bezahlt. Hierin erblickte die Steuerbehörde eine Hinterziehung der Steuer und belegte deshalb Gideon mit einer Strafe von 2450 Mark. Gegen diesen Beschluß des Steueramtes rief G. richterliche Entscheidung an, indem er behauptete, die 4500 Mark, die über den abgeschlossenen Vertrag von 20 000 Mark hinausgehen, seien Kosten für Ueberweisung, Pläne, Baubescheid, den Geometer usw. Das Gericht nahm aber an, daß eine Steuerhinterziehung vorliege und bestätigte die Strafe von 2450 Mark.

Moritz Himmelweit, angeblich Kaufmann, in Wirklichkeit aber das Haupt einer Schwindlerbande, die namentlich Wäsche-Großgeschäfte durch geschickt gefälschte Bestellzettel in erheblichem Umfange geschädigt hat, brachte die Berliner Polizei zur Strecke. Die Bande „arbeitete" folgendermaßen: Während ein Mitglied in seiner Eigenschaft als Schaufenster-Dekoratör die Beziehungen der Firma auskundschaftete, fälschte Himmelweit die Bestellzettel, die dann ein vorher stets telephonisch angemeldeter dritter Spießgeselle der betreffenden Firma überbringen mußte.

Früh übt sich, was ein Meister werden will. Am 27. v. M. morgens traf aus Warschau auf dem Lehrter Bahnhof zu Berlin eine Jüdin mit dem zehnjährigen Moses Güllmann ein, der zu seinen Eltern nach Manchester gebracht werden sollte. Die Weiterreise nach Hamburg sollte Nachmittags angetreten werden. Als nun die Salut-Batterie vom Lustgarten nach der Kaserne in Moabit zurückkehrte, hatte sich Moses unter die Zuschauer gemischt und Taschendiebstähle ausgeführt. Ein Kriminalbeamter fand in seinem Besitz fünf Geldtaschen mit Inhalt. Von der Bahnhofswache kam er zum Polizeipräsidium und von dort als strafunmündig nach dem Waisenhause. Er hatte sich den Geburtsnamen seiner Mutter beigelegt und wollte von seinen Eltern hier im Stich gelassen sein. Die Begleiterin war unterdes allein nach Hamburg weitergereist und von England aus schlug man großen Lärm um den „entführten" Moses. Als den Berliner Polizeibeamten indes der Sachverhalt bekannt gegeben wurde, erinnerte man sich des Vorgangs mit dem Knaben und holte ihn aus dem Waisenhause wiederum zur Polizei. Nunmehr gestand er, daß er der gesuchte Moses Güllmann sei. In ziemlich unverschämter Weise erklärte er, daß er die Reise nach Manchester allein zurücklegen würde, wenn man ihm das Reisegeld einhändige; denn hier in Berlin sei doch nichts zu machen! Die Maßnahmen wegen seiner Zwangserziehung wurden nunmehr eingestellt, und seine Ueberführung nach Manchester in die Wege geleitet.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

dem Geheimrat Professor Senator zu Berlin der Rote Adlerorden vierter Klasse mit der Schleife;

dem Chemiker und Zivil-Ingeniör Dr. Adolph Frank zu Charlottenburg der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Dr. med. E. Cohnstädt zu Erfurt die Rote Kreuz-Medaille dritter Klasse.

Ernannt wurde:

der Rechtsanwalt M. Magnus zu Königsberg (Pr.) zum Notar.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Blutmord, Blutzauber, Aberglauben! Eine Untersuchung über ihre Verbreitung und ihr gleichartiges Auftreten bei allen Völkern mit besondrer Berücksichtigung des jüdischen Volkes. Zur Aufklärung der Blutmorde dargestellt von Arved Straten. Siegen 1901. 108 S. Preis 1 Mark.

Verfasser dieses Druckheftes ist ein evangelischer Geistlicher, der der antisemitischen Bewegung fernsteht. Zum Schreiben veranlaßt hat ihn die Beobachtung, daß sich ein wahrer Höllenlärm in den Zeitungen erhob, als in Konitz Juden in den Verdacht kamen, Ernst Winter ermordet zu haben. Man stellte es als Wahnwitz und Frevel sondergleichen hin, Juden überhaupt zu verdächtigen. Dem gegenüber sagt Verfasser im Vorworte: „Wir dürfen unsre Kinder und Jungfrauen nicht länger auf scheußliche Weise hinmorden lassen und die Verbrecher triumphieren lassen über ihre Unthat. Weisen nun bei diesen Verbrechen Spuren auf jüdische Personen oder jüdische Kreise, so soll diesen Spuren nachgeforscht werden — unbekümmert um aufgewendete Millionen, unbekümmert um aufgewendete Bosheit, Verleumdung oder auch um das Urteil hochgelehrter Männer." Von einem Ritualmord will Verfasser nichts wissen; wir haben schon des öftern ausgeführt, daß auch wir die Bezeichnung Blutmord vorziehen. Mit aller Entschiedenheit tritt der Verfasser aber dagegen auf, daß man jeden Juden von vornherein für unfähig erklärt, einen Mord zum Zwecke der Blutgewinnung zu verüben. Er zeigt in eingehender Untersuchung, daß der Aberglaube überall gleich ist, daß er sich speziell bei dem jüdischen Volke in denselben Formen äußert, wie bei andern. Insbesondre zieht er aus geschichtlich und aktenmäßig erwiesenen Thatsachen das Resultat, daß sich abergläubische Juden selbst nicht von Verbrechen gegen das Leben haben zurückschrecken lassen, um Menschenblut zu erlangen. Freilich ist die Beteiligung von Juden an solchen Morden ebenso oft bestritten wie behauptet worden. Aber der Verfasser weist, sich hier wie auch sonst mit Vorliebe auf jüdische Quellen stützend, nach, daß den für die Juden eintretenden Zeugnissen kein Wert beizumessen ist. Wir wünschen dem Buche weiteste Verbreitung.

—nn.

Briefkasten.

Dsdn.-Blasewitz. Daß jenes Blatt zum Füllen des Briefkastens Ausschnitte aus dem „Lokal-Anzeiger" benutzt, ist uns auch schon aufgefallen — aber wozu deshalb solch langes Epistel abdrucken?

Emder Driftspucker. Mit Ihrer Charakterisierung jener armseligen Gesellen und insbesondre der Versammlungstonart der Andern sind wir ganz einverstanden. Besten Dank für die „Küsten-Ztg."

Boppnet. Besten Dank für den Ausschnitt. Mit der Kennzeichnung jener jüdischen Verbindung haben Sie nur zu recht!

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das Tuchhaus Boetkes i. Düren 1 (R. ld.).

Leipzig, Kurprinzstr. 4
H. Heinze, Hutfabrik
gegr. 1867. Spezialität: **2.80 Hüte** in modernsten Formen, vorzügl. Qualität, Klapp-, Seiden- u. Haarfilzhüte zu billigsten Preisen.



Buren-Postkarten.
10 Stück 60 Pf.

Aus dem Burenkriege.
Erlebnisse und Beobachtungen eines deutschen Mitkämpfers (Oberlehrer Franz Heukel).
112 Seiten. **Preis 1 Mark.**

Der Burenkrieg in Wort und Bild.
von **Fritz Bley** und **Anton Hoffmann**
Schriftsteller in Berlin. Kunstmaler in München.
Preis 1 Mark.

Karte des Afrikander-Aufstandes.
Von Prof. **Langhans.**
Preis 1 Mark.

— Politisch-militärische Karte von Süd-Afrika —
von **Paul Langhans.**
Preis 1 Mark.

Südafrika niederdeutsch!
von **Fritz Bley.**
Preis 60 Pf.

Das Blutbuch von Transvaal.
24 Bilder über die schmähliche Gewaltthat der Engländer.
Preis 60 Pfg.

Der Burenkrieg.
Politischer Bilderbogen Nr. 34 mit umfangreichem Text
Von **Max Bewer.**
Preis 30 Pfg.

Die Zustände in den südafrikanischen Konzentrationslagern.
Bericht von Miß **E. Hobhouse,** London.
Preis 20 Pfg.

Sind wir im Rechte?
Eine englische Stimme für die Buren.
Von **W. T. Stead,** Herausgeber der „Review of Reviews“, London.
112 Seiten. **Statt 1 Mark nur 50 Pfg.**

Deutsche Welt- und Wirtschaftspolitik.
Von Dr. **Karl Mehrmann.**
Statt 1 Mark nur 60 Pfg.

Oesterreich als Einheitsstaat. Statt 50 Pfg.
Die deutsche Politik der Zukunft. Von einem Großdeutschen. Statt 30 Pfg.
Die staatsbürgerlichen Rechte der Ostmärker. Von Paul Pacher. Statt 40 Pfg.
Großdeutschland. Mit einer Karte. Statt 60 Pfg.
Deutsches Parteileben in Oesterreich. Von H. Statt 50 Pfg.
— Nur je 10 Pfg.

Sei deutsch! Mahnrufe in dem Kampfe der Zeit. Von **Schulte vom Brühl.** Fein geheftet 30 Pfg.
Gedichte von Max Liebermann von Sonnenberg. Mit dem Bildnisse des Verfassers. **Preis 2 Mark.**

Gegen Einsendung des Betrages zu beziehn durch die **Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,** Berlin NW. 52, Paulstr. 15.



Nähmaschinen
für Familiengebrauch und Gewerbe.
Bestes Braunschweiger Fabrikat liefert zu billigsten Preisen
Chr. Esdorn,
Braunschweig.
Preislisten gratis und frei.

Zur Einsegnungszeit.
Wo kauft man Konfirmanden-Anzüge?
Flugblatt Nr. 45.
100 Stück 1 Mark, 1000 Stück 7 Mark.
Zu beziehn durch die
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW. 52, Paulstr. 15.

Jeder Leser
braucht einen **Kautschukstempel.** Von 2,70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.
Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate
E. Kaiser gen. Stempel-Kaiser
Berlin N., Invalidenstr. 100.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.





Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW. 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW., Dreyfestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltene Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 27. Februar 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 706.

Wochen-Spruch.

Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heut wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!

Heinrich von Treitschke.

Landbevölkerung und nationale Wehrkraft.

Mit Ausnahme des Professors Lujo Brentano und einiger ähnlich engagierter Industriestaat-Schwärmer giebt es in Deutschland wohl kaum noch jemand, der nicht wüßte, daß die landgeborne und Landwirtschaft treibende Bevölkerung relativ viel mehr und bessere Rekruten stellt als die großstädtische und industrielle. Obgleich unsre Statistik in dieser Beziehung ebenso sehr im Argen liegt, wie u. a. die bezüglich der Brotpreise, wissen wir doch schon, daß z. B. Ostpreußen anteilig doppelt soviel Militärtaugliche aufbringt als die Reichshauptstadt Berlin, und daß das industriereiche Königreich Sachsen in dieser Beziehung hinter den agrarischen Provinzen Ostelbiens um 12 bis 24 v. H. zurückbleibt.

Seit Jahren bereits haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß derartige Vergleiche der Wehrhaftigkeit agrarischer und großgewerblicher (großstädtischer) Bevölkerungskreise noch viel mehr zu Ungunsten der letztern ausschlagen müßten, wenn man von den in dem Großstadt- und Industriebezirk ausgehobnen Rekruten die „abschreiben" würde, die nicht dort, sondern auf dem platten Lande geboren und aufgewachsen sind. Von dem dann nur verbleibenden Rest der heute noch unter dem Titel „Großstadtrekruten" figurierenden jungen Vaterlandsverteidiger, würde ferner die Mehrzahl sicher wenigstens von landgebornen Eltern abstammen. Die unvermischt gebliebne großstädtische und großindustrielle Bevölkerung dürfte kaum noch in der zweiten, sicher nicht mehr in der dritten und vierten Generation eine nennenswerte Anzahl militärtauglicher junger Männer aufzuweisen haben.

Vollkommen im Sinne dieser von uns vertretenen Anschauungen hat sich bei der jüngsten Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates u. a. auch ein hervorragender Vertreter der Wissenschaft, Professor Dr. Sering, ausgesprochen. Der Landwirtschaftsrat hat denn auch einstimmig eine Erklärung angenommen, die den Herrn Reichskanzler ersucht, weitergehende und sorgfältige statistische Ermittlungen über die Abkunft der als mehr oder minder vollkommen militärtauglich befundnen Gestellungspflichtigen anordnen zu wollen.

Hoffentlich wird diesem Verlangen seitens der Reichsbehörden nunmehr recht bald entsprochen. Es ist ja schon auffallend und bezeichnend genug, daß man von jener Seite derartige, statistische Erhebungen, denen doch eine sehr große volkswirtschaftliche Bedeutung innewohnt, nicht schon längst aus eignem Antriebe veranstaltet hat. Wenn eine solche Erhebung geeignet erschienen wäre, Beweismaterial für die Vorzüge einer möglichst raschen Fortentwicklung zum Industrie- und Welthandelsstaat beizubringen, würde sie vielleicht weniger lange ausgeblieben sein.

Wir sind aber weiter der Ueberzeugung, daß die auf dem platten Lande aufgewachsene männliche Jugend nicht nur im Augenblicke der Aushebung der großstädtischen weit überlegen ist, sondern diese Ueberlegenheit muß sich in verstärktem Maße noch im Verlaufe der Dienstzeit besonders bei längern kriegsmäßigen Marschübungen und bei den berittnen Truppen zeigen. Es wäre ganz angebracht, wenn auch bei solchen Gelegenheiten Erhebungen über die „Abkunft" der etwa schlapp werdenden Soldaten angestellt würden.

Schwerer noch als die körperliche Ueberlegenheit der landgebornen über die Großstadt-Rekruten muß aber doch der Umstand zu gunsten der erstern ins Gewicht fallen, daß sie, die Söhne von Bauern und Handwerkern, Liebe und Ehrfurcht zu Vaterland, Thron und Altar gewissermaßen mit der Muttermilch eingesogen haben und in diesem Sinne erzogen sind, während die Söhne der großstädtischen, großgewerblichen Volksmassen von klein auf das gährende Drachengift der sozialdemokratischen Umsturzlehren, der Verleugnung jeder weltlichen oder göttlichen Autorität in sich aufgenommen haben.

Daß unsre Militärbehörden diese gefährliche moralische Qualität der Großstadtrekruten sehr wohl kennen und würdigen, geht ganz deutlich aus der Thatsache hervor, daß sie es nicht einmal jetzt im Frieden mehr für angebracht halten, ganze Truppenteile aus solchem Rekrutenmaterial zu bilden, sondern daß sie diese zweifelhaften Elemente in kleinen Trupps unter die aus Söhnen des platten Landes zusammengesetzten Bataillone in kleinen Garnisonen verteilen.

Welchen Wert kann man solchen Vaterlandsverteidigern für den Kriegsfall zusprechen, denen gegenüber man schon im Frieden zu solchen Vorsichtsmaßregeln greift? Muß unsre ganze nationale Wehrkraft nicht schließlich untergraben werden, wenn unsre Handels- und Wirtschaftspolitik in dem Caprivi-Kurse beharrt, der nur zur weitern Ausbreitung der Großindustrie und der Großstädte und zur weitern Entvölkerung und Entkräftung des platten Landes führen kann? Wenn irgendwo, so ist hier ein „videant consules" am Platze.

Bei der Entscheidung über Kanalbaufragen und über die angebliche Notwendigkeit gemischter Transitläger für Getreide wird das Urteil der Militärbehörden von Seiten der Regierung für ihre Pläne ins Treffen geführt, bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs hat man sie jedenfalls nicht um Rat gefragt, sonst hätten die Lebens-Interessen der Landwirtschaft in demselben nicht so vernachlässigt werden können.

Ueber englische Politik und Kriegsführung.

Ein von einem ehemaligen Beamten Transvaals verfaßtes Buch*) enthält im 7. Kapitel nachstehende Behauptungen:

Die brittischen Soldaten haben ein eignes System ausgefunden, um jungen Mädchen von 12 bis 15 Jahren Gewalt anzuthun. Sobald bekannt wird, daß sich auf einem Buren-

*) Hunnen in Südafrika. Betrachtungen über englische Politik und Kriegsführung. Von Dr. Wilh. Vallentin. Berlin 1902. Preis 1,50 Mark.

hofe keine Männer aufhalten, brennt man die Farm nieder. Alles, bis auf das letzte Stück Brot, wird weggenommen.

Nun stehn die unglücklichen Frauen, aller Hilfsmittel beraubt, im Feld. Es bleibt ihnen nichts übrig, als im englischen Soldatenlager um Nahrung zu bitten oder elend mit ihren Kindern zu verhungern. Die Frauen, wohl wissend, was ihnen von den Soldaten bevorsteht, schicken dann gewöhnlich junge Mädchen von 12 bis 15 Jahren, die zwar groß genug sind, um ihre Bitte vorzutragen, deren zartes Alter sie aber nach Ansicht der Burenfrauen vor Rohheiten schützt. Die Soldaten aber entlassen diese Kinder unter irgendeinem Vorwand nicht, bevor sie ruchlose Gewaltthat an ihnen ausgeübt haben. Diese armen Kinder können auch wohl nicht energisch Widerstand leisten. Ihr Hunger zwingt sie und das Bewußtsein, daß Mutter und kleine Geschwister verhungern müssen, wenn sie ohne Nahrung zurückkehren.

Ich habe viele solch' unglücklicher Mädchen selbst von 14 Jahren gesehen, die in andern Umständen waren. Es war ein Anblick zum Steinerbarmen. Welche Schmerzen, wie viel Thränen, welch' niederschmetterndes Gefühl der Schande, unter brutaler Gewaltanwendung den eignen Körper dem verhaßten Feinde überlassen zu müssen. Welch' erbärmliches Gefühl des Schimpfes, von demselben Mordbrenner, der vielleicht den Vater oder Bruder erschossen, der Haus und Hof niedergebrannt und alles geplündert hat, vergewaltigt und geschwängert zu sein! . . .

Thatsache ist, daß bis jetzt etwa 35 v. H. sämtlicher Burenfrauen und -Mädchen von brittischen Offizieren und Soldaten vergewaltigt sind, darunter Mädchen von zehn Jahren! Nun leidet aber fast die Hälfte der brittischen Soldaten an Geschlechtskrankheiten, daher denn auch die geringe Wiederstandskraft und Marschleistung der brittischen Truppen. —

Was übrigens die Folgen solchen erzwungnen sexuellen Verkehrs mit den gesunden, kräftigen Burenfrauen und Mädchen für die Zukunft des Landes sein werden . . .

•

Die „Deutsche Wochenzeitung in den Niederlanden" berichtet nach Mitteilungen der 76 jährigen Frau Cremer, einer Schwägerin des niederländischen Kolonialministers, die in das Konzentrationslager von Kroonstadt eingeliefert wurde und dort nach drei Tagen starb. Der Bericht lautet:

Am 6. Juni fielen die Buren bei Graspon, in der Nähe von Reitz, den englischen Transport an, bei welchem sich Frau Cremer und die andern Frauen mit ihren Kindern befanden. Als die Engländer einige Verwundete bekamen, und die Buren immer näher rückten, wurde den Frauen und Kindern befohlen, aus den Wagen zu kriechen und sich vor die Soldaten hinzustellen: diese schossen unter ihren Armen durch auf die nahenden Buren. Auch hinter Frau Cremer hatte sich ein Soldat postiert, der unter ihrem Arme durchschoß. Durch das Feuer der Buren fielen acht Frauen und zwei Kinder. Als die Buren dies sahen, stellten sie das Feuer ein; sie schrien wie wilde Tiere und drangen mit Kolben in den Kreis der Soldaten ein; sie schlugen die Tommys tot wie tolle Hunde. Zuvor wurden aber wohl noch gegen zwanzig Buren in kurzer Entfernung von den englischen Soldaten erschossen. Die Buren wollten den Wagenzug und die Frauen mitnehmen, aber sie sahen in der Ferne starke Truppenmassen ankommen. . . . Im Handgemenge fielen Gerardus Müller, der den Engländern als Führer gedient hatte, und seine beiden Brüder, die auf Burenseite gekämpft hatten. Der alte Vater hatte sich die Schande Gerards so zu Herzen genommen, daß er bald darauf gestorben ist. (Nachdruck in der „Christlichen Welt" Nr. 43, 15. Jahrgang.)

•

Amtsarzt Dr. W. Johnston gab über die Lebensmittel im Konzentrationslager von Johannesburg folgendes Gutachten ab:

Es wird andurch bestätigt, daß ich genau untersucht habe: 1. eine Probe von Mehl; 2. eine weitere Probe von Mehl; 3. eine Probe von Zucker.

Probe 1 ist schimmlig, enthält Milben und ist ungeeignet zur menschlichen Ernährung.

Probe 2 enthält Milben, aber ich konnte sie nicht lebend darin entdecken. Es ist überhaupt als menschliche Nahrung gefährlich.

Probe 3 ist eine feuchte Probe braunen Zuckers. Der Geruch ist wie sauer, aber mikroskopisch konnte ich keinen Gährungsstoff oder sonstigen fremden Stoff, außer Wasser, finden. Der Zucker ist ungeeignet für den Gebrauch kleiner Kinder.

Wenn das Mehl und der Zucker, von welchem die Proben genommen sind, als menschliche Nahrung gebraucht sind, sind besonders Kinder der Diarrhoe ausgesetzt.

Ich habe die Proben mit meinem Siegel nach der Untersuchung versehen

---

Die politischen Zustände in Oesterreich.

7.

Es ein großer Fehler der Deutschen in Oesterreich, daß sie sich immer nur, und auch heute noch, an den Zentralismus klammerten und demgemäß ihr politisches Verhalten danach eingerichtet haben; das war ein großer Nachteil für sie. Oft haben sie dem Zentralismus, wie es auch seinerzeit ein großes, deutsches Blatt anerkannt hat, sogar auf Kosten ihrer eignen nationalen Interessen Opfer gebracht, und alles, was der Wiener Zentralismus an den Völkern Oesterreichs gesündigt hat, ist dem Deutschtum zur Last gelegt worden.

Was hat den Deutschen ihr zähes Festhalten am Zentralismus, und ihr Stolz darauf, seinerzeit fast allein als „Staats" und „Verfassungspartei" zu gelten, genützt?

Vergangenheit und Gegenwart geben auf diese Frage eine klare Antwort, aus der die Deutschen endlich einmal lernen sollten, die Dinge nach ihrer Wirklichkeit zu beurteilen. Die Tschechen — aber auch die Konservativen, die Feudalen und die katholische Volkspartei, die Klerikalen, huldigen mehr autonomistischen Bestrebungen; sie wollen die Kronländer, d. h. die Landtage selbständiger, und sich dadurch von der radikalen und religionsfeindlichen Richtung unabhängiger machen; die Tschechen insbesondre wollen ihr einheitliches Wenzelsreich mit Einschluß Mährens und Schlesiens, und wollen dies durch das böhmische Staatsrecht erreichen, worin die Deutschen — vielleicht mit Unrecht — den Untergang des Deutschtums in diesen Ländern erblicken.

Dagegen stößt der Plan der Deutschen, Böhmen in drei Sprachgebiete abzugrenzen, in ein tschechisches, ein deutsches und ein gemischtsprachiges, auf den Widerstand der Tschechen, weil diese eine Auseinanderreißung in verschiedne Sprachgebiete nicht zulassen wollen.

So spitzt sich der Streit der Deutschen mit den Tschechen zu einer Angelegenheit hochpolitischer, staatsrechtlicher Natur, zu einer Verfassungsfrage zu, und wird nicht früher zur Ruhe kommen, bis diese Frage, d. h. die Aenderung der Verfassung im föderalistischen Sinne, gelöst ist.

Die Deutschen in Oesterreich brauchen ein volkstümliches, nationales Programm im Rahmen der österreichischen Monarchie; sie müssen wissen, daß sie nur dann wieder die ihnen gebührende Stellung erringen, wenn sie wieder „Herren im eignen Hause" sein werden. Die Deutschen in Oesterreich müssen aber Föderalisten werden, wenn sie wieder Herren im eignen Hause sein wollen. Die deutschen Alpenländer müssen sich, wie auch schon einmal von einem steierischen Blatte ausgeführt wurde, zu einem gewaltigen Bollwerke deutscher und christlicher Gesinnung zusammenschließen, um dann in kräftiger Bethätigung der befreiten Volkskräfte auch den Stammesgenossen in Böhmen und Mähren beizustehn.

Zuerst muß aber Ordnung daheim geschaffen werden, dann kann man auch dem Nachbar helfen. Wenn die Tschechen auch im Süden einen deutschen Staat zum Grenznachbar haben würden, dann könnte ihr staatsrechtlicher, großtschechischer Wahn kaum lange vorhalten. Christlich-deutsch und -sozial sein, auf föderalistischer Grundlage — nur so kann dem deutschen Volke in Oesterreich geholfen werden.

Wenn aber je ein Staat förderalistisch angelegt ist, so ist es Oesterreich mit seinem bunten Völkergemisch, und wenn in Oesterreich stets nationale Streitigkeiten herrschen, so kommt dies nur daher, weil immer zentralistisch regiert worden ist, ohne entsprechend stark zentralistisch organisiert zu sein, statt daß man nach dem Grundsatze der Gleichberechtigung jeder Nationalität ihre Eigenart ließ, und eine selbständige freie Entwicklung gewährte.

Die Befürchtung, daß Oesterreich schwach wäre, und schließlich zerfallen möchte, wenn es föderalistisch regiert würde, ist nicht begründet. Ist ja das Deutsche Reich auch nichts anders, als ein förderalistisches Reich, trotzdem die Einzelstaaten sogar ihre eignen Fürsten und Regenten haben — und ist das Deutsche Reich schwach, oder wird es zerfallen?

Auch die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika sind Föderativstaaten — und sind diese schwach, oder zeigen sie Zeichen vom Zerfall? In der Schweiz leben drei Nationalitäten ganz friedlich nebeneinander; dort giebt es keine nationalen Streitigkeiten, jede Nation hat ihre Rechte — und ist zufrieden.

Oesterreich kann also an Stärke und Macht nur gewinnen, wenn die nationalen Streitigkeiten ein Ende finden würden.

Faßt man die österreichischen Verhältnisse ins Auge, so fällt der föderative Charakter gleichsam schon in der geographischen Gestaltung auf. Da sind zunächst die reindeutschen Alpenländer, und innerhalb derselben wieder die grundverschiednen Verhältnisse der Hochgebirgs-, Mittelgebirgs- und Vorgebirgs-Gegenden, der kalten nördlichen und der warmen südlichen Zonen; dann finden wir die gemischt deutsch-tschechischen Sudetenländer, die durch die sie umgrenzenden Höhenzüge und durch die Flußverhältnisse zum größten Teile nach Prag gravitieren; dann sind die polnisch-ruthenischen Karpathenländer, deren Eigenart von der der andern Gruppen ganz verschieden ist; endlich das deutsch-slowenisch-italienische Küstenland (in weiterm Sinne), dessen maritimer Charakter die Bevölkerung in ganz andre Bahnen weist, als dies bei den andern Gruppen der Fall ist; endlich ist noch besonders hervorzuheben die Reichshauptstadt Wien, die mit ihren Produktions- und Erwerbsverhältnissen und mit ihrer Approvisionierung für ganz Niederösterreich den Zentralpunkt bildet.

Noch mehr als die geographische Lage weisen aber die nationalen und sprachlichen Verschiedenheiten Oesterreich auf den Weg des Föderalismus!

Neben den Deutschen wohnen Tschechen, Polen, Ruthenen, Rumänen, Slowenen, Kroaten und Italiener, die alle die Eigenarten ihres Volkes erhalten und bewahrt haben. Sie alle nach einer Schablone zu beurteilen, zu behandeln und zu regieren, ist auf die Dauer ganz unmöglich.

Man denke nur z. B. an das Reichsvolks-Schulgesetz, das für die hochentwickelte Hauptstadt Wien ebenso gelten soll, wie für Dalmatien, oder für die entlegensten Thäler Steiermarks oder Tirols! Das ist doch ein kolossaler Unsinn! —

Durch einen ihnen feindlich gesinnten Zentralismus unterjocht, sind diese nichtdeutschen Völker eine stete Gefahr für den Staat; durch einen vernünftigen Föderalismus in ihrer nationalen Selbständigkeit bewahrt, werden sie feste Stützen des Gesamt-Vaterlandes bilden. Jeder Freund der Größe und Stärke Oesterreichs muß daher ein Anhänger eines solchen Föderalismus sein.

Die oft ausgesprochne Befürchtung, daß durch den Föderalismus die Deutschen in den Sudetenländern majorisiert und vergewaltigt würden, scheint nicht begründet. Die Deutschen bilden jetzt 36,1 v. H. der gesamten Bevölkerung Oesterreichs; in den Sudetenländern allein bilden sie 35,9 v. H.; der Unterschied ist nicht so groß, daß man fürchten müßte, es würde den Deutschen in dem Föderativstaate Böhmen-Mähren-Schlesien schlechter gehn, als jetzt im zentralisierten Oesterreich; ganz abgesehen davon, daß gegen etwa zu befürchtende Vergewaltigungen der Minderheiten gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden können.

Dagegen könnten die Deutschen nur gewinnen, wenn sie dafür sorgen würden, daß bei der Durchführung des Föderalismus auch für die Gemeinden etwas abfällt, und die Selbstverwaltung der Bezirke oder Kreise bedeutend erhöht wird.

Das ist ja eben, wie es auch unlängst von einem deutschen Blatte gesagt wurde, das unverwüstliche Lebensprinzip des vernünftigen, richtig erfaßten und richtig durchgeführten Föderalismus, daß alle wirtschaftlichen und politischen Volksgruppen ihre eignen Angelegenheiten selbst und ihren Bedürfnissen entsprechend besorgen, und daß nicht Gesetze gegeben werden, die für ein Volk, für eine Gegend wohl passen können, die aber für ein andres Volk oder eine andre Gegend ganz unzweckmäßig und undurchführbar sind. Eins schickt sich nicht für alle!

Die großen, gemeinsamen Angelegenheiten, z. B. Aeußeres, Heer, Justiz, Handel, gemeinsame Finanzen, Post, Eisenbahnen usw. können dann nach wie vor durch eine Zentralregierung und ein kleines Zentral-Parlament in Wien mit einigen, von den Provinzvertretungen gewählten Abgeordneten verwaltet werden; dadurch würde auch verhütet, daß Wien durch die Neugestaltung der Dinge etwa geschädigt werden könnte.

Alles dies ist nicht neu; es ist schon oft und wiederholt erörtert worden. Alle Nationen haben sich damit einverstanden erklärt, nur die Deutschliberalen und die judenliberalen Deutschen — soweit sie in der offiziellen Klique vertreten sind — haben nichts davon wissen wollen.

Die Deutschen machen sich lieber das für sie sehr kostspielige Vergnügen, sich untereinander in eine Reihe von Parteien und Verbänden zu zersplittern! In letzterer Zeit kamen noch durch die „Los von Rom“-Bewegung die religiösen Meinungsverschiedenheiten dazu, um die Zahl der deutschen Parteien, die sich untereinander bis aufs Messer bekämpfen, noch zu vermehren!

Der verderbliche Fraktionsgeist behält trotz aller nationalen Drangsale, von denen die Deutschen in Oesterreich so vielfach heimgesucht werden, schließlich immer wieder die Oberhand, und dann gibt es, wie ein Abgeordneter es einst sehr treffend bezeichnete, stets heftige Fehden darüber, welche Partei deutsch, deutscher oder am deutschesten sein möge!

Der ewige Krieg und die ewigen Kämpfe der Deutschen untereinander war und ist die unausbleibliche Folge eines solchen Zustandes, und er wird in der Regel gegenseitig weit erbitterter geführt, als gegen einen gemeinsamen Feind.

Es ist die höchste Zeit, daß die Deutschen diese immerwährenden Kämpfe untereinander sein lassen, und sich mit den großen Fragen der Umgestaltung der Verhältnisse und der Aenderung der Verfassung aufgrund des Föderalismus beschäftigen! Der Föderalismus wird und muß kommen; wenn ihn die Deutschen mit den Tschechen nicht machen, so werden ihn Andre machen, und das wird für die Deutschen viel schlimmer sein, als zehn Badenische Sprachenverordnungen!

Eine Ausfuhrprämie auf Koscherfleisch in Sicht!

Im Großherzogtum Baden besteht ein Fleischsteuer-Gesetz, die sog. Fleisch-Accise. Es werden beim Schlachten von jedem Stück Schmalvieh (Kühen, Rinder und Farren) 6 Mark, und von Ochsen 10 Mark zu gunsten der Staatskasse erhoben. Seit nun in der Schweiz das rituelle Schlachten (Schächten) der Juden gesetzlich verboten ist, treiben die badischen Juden einen sehr einträglichen Handel mit Fleisch von geschächteten Tieren (Koscherfleisch) nach der Schweiz. Zwei Juden von dem badischen Grenzorte Gailingen, Sigmund Weil und Moses Rosenthal, die allein jährlich für über 200000 Mark ausführen, verlangen nun, nachdem sie von dem Großherzogl. Ministerium abgewiesen worden sind, in einer Petition an die badische Ständekammer, Rückersatz dieser Fleisch-Accise, da das ausgeführte Fleisch nicht im Inlande (Baden) verbraucht werde, diese Abgabe aber eine Verbrauchssteuer darstellen solle.

Die Kommission der zweiten Kammer stellt den Antrag, „Die Petition der Großherzogl. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen."

Zu diesem Antrage ergriff in der 37. Sitzung vom 15. d. M. Abg. **Mampel** das Wort zu folgenden Ausführungen:

M. H. Es ist im vorigen Landtag eine Petition des badisch-pfälzischen Fleischerverbandes eingereicht worden um Aufhebung der Fleisch-Accise, die der Großherzogl. Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen worden ist, und die Großherzogl. Regierung hat auch der Frage gegenüber, wie wir aus dem Munde des Regierungsvertreters gehört haben, eine wohlwollende Stellung eingenommen. In der Aeußerung des Herrn Regierungsvertreters war sogar die Aufhebung in Aussicht gestellt, sobald die Zeitverhältnisse es gestatten, und sobald der Finanzminister eine Deckung für den Ausfall wisse, der durch die Abschaffung der Fleisch-Accise verursacht würde.

M. H. Hier handelt es sich nun hauptsächlich um die Ausfuhr von Fleisch von geschächteten Tieren. Die Ausfuhr dieses Fleisches in die Schweiz hat erst einen Aufschwung erreicht mit dem Zustandekommen des Schächtverbots in der Schweiz. Es handelt sich, kurz gesagt, um den Handel mit koscherm Fleisch, und der soll, wie wir gehört haben, sehr respektable Summen abwerfen.

Nun meinen die Petenten, sie seien dadurch geschädigt, indem sie die Verbrauchssteuer, die Accise, entrichten müssen, wenn sie nicht einen Rückersatz aus der Staatskasse für die entrichtete Verbrauchssteuer erhalten. Ich glaube das nicht. Sie haben ihre Kundschaft in der Schweiz und der Rückersatz ist von so minimaler Bedeutung, daß er kaum in Betracht kommen kann. Es wird sich der Rückersatz aufs Pfund auf einen Pfennig belaufen.

Die Petenten behaupten weiter, sie würden geschädigt von der Konkurrenz andrer Staaten, in denen keine Fleischabgabe erhoben wird, also von Oesterreich, Frankreich und auch von Italien. Nun, m. H., das sind Grenzländer und die Konkurrenz, die ihnen dort erwächst, kommt nur aus Gegenden, wo der Transport keine großen Kosten in Anspruch nimmt, es ist auch nicht zu befürchten, daß unsre Landwirte dabei Not leiden. Die Petenten werden nach wie vor ihre Einkäufe da machen, wo sie es seither gethan haben. Auch ist nicht anzunehmen, daß sie wegen der Fleisch-Accise ihre Schlachtstätten über Badens Grenzen hinaus verlegen werden.

Die Summe von 2400 Mark, die sie, wie die Petenten selbst angeben, jährlich abgeben müssen als Accise für Fleisch, das in der Schweiz konsumiert wird, ist eine solche, daß die Landwirte nach meiner Erfahrung keinen Pfennig mehr gewinnen würden, und es würde den Handelsleuten nicht einfallen, irgendwo anders hinzugehn, sie würden deswegen nicht auswandern, sie werden doch deswegen in Gailingen verbleiben und deswegen immer noch zu ihren badischen Lieferanten gehn und dort ihre Einkäufe machen. Den Landwirten würde das also gar nichts ausmachen. Auf der andern Seite muß in Betracht gezogen werden, daß die ganze Frage in weiten Kreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden ist. Die Petition ist ja bekannt geworden; sie hat in weiten Kreisen Beunruhigung hervorgerufen. Es heißt, es sei das eine Ausfuhrprämie für koscheres Fleisch, das in die Schweiz geliefert wird, und angesichts der Thatsache, daß von Seiten der Tierschutzvereine im vorigen Landtag eine Petition eingereicht worden ist, auch in Baden das Schächten als eine Tierquälerei zu verbieten, angesichts dieser Zustände und der Thatsache, daß in der Schweiz das Schächtverbot eingeführt wurde, wäre durch diese Maßregel, wenn die Regierung auf die Petition eingehn wollte, den schweizerischen Gesetzen ein Schnippchen geschlagen.

Das müßte naturgemäß in vielen Kreisen der Schweiz Erbitterung hervorrufen, und ich glaube, daß die ganze Sache nicht wert ist, bei unsern Schweizer Nachbarn, mit denen wir immer im freundschaftlichen Verhältnis gelebt haben, Unzufriedenheit und Erbitterung hervorzurufen.

(Zuruf: Es könnte der europäische Frieden bedroht werden.)

Ich glaube nicht, daß der europäische Frieden dadurch bedroht würde, allein ich halte selbst die kleinste Verstimmung nicht für notwendig, denn es ist ja nur eine Frage der Zeit, daß die Fleisch-Accise fortfallen wird; dann wird sich die Sache von selbst regeln und das Verlangen und das Begehren, das in der Petition ausgesprochen ist, wird gegenstandslos. Ich habe die Hoffnung, daß die Regierung auf diese Sache nicht weiter reagiert, daß sie die Sache beruhen läßt und die 2400 Mark jährliche Ausfuhrprämie unsrer bad. Staatskasse überlassen bleibt.

*

Nach dieser Rede entspann sich noch folgendes Zwiegespräch:

Präsident: Ein Einwand gegen den Antrag der Kommission ist nicht erhoben worden, ich erkläre den Antrag deshalb für angenommen. Wir kommen zum letzten Gegenstand der Tages-Ordnung.

Abg. **Mampel:** Ich möchte feststellen, daß ich wie auch in der Kommission, dagegen gestimmt habe.

Präsident: Begnügt sich die Kammer mit dieser einzelstimmigen Erklärung, oder soll ich abstimmen lassen.

(Zustimmung.)

Es ist also der Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen worden.

(Unruhe.)

M. H. dann bitte ich diejenigen Mitglieder des Hauses, die für Annahme des Kommissions-Antrages sind, sich zu erheben. (Geschieht. Die Abgg. Dreher, Mampel und von Stockhorner bleiben sitzen.)

Es ist also mit allen gegen drei Stimmen der Antrag der Kommission angenommen. Hat Herr von Stockhorner noch etwas zu bemerken?

Abg. **von Stockhorner** (kons.): Ich wollte nur sagen, daß ich auch dagegen gestimmt habe.

(Heiterkeit.)

*

Wenn solche Beratungen in frühern Zeiten im Parlamente des Musterländle vorkamen, wo ein einzelner Abgeordneter bei Aeußerung einer der Mehrheit unliebsamen Ansicht einfach ausgelacht wurde, so wagte ein dergestalt behandelter Volksvertreter zuletzt keinen Einspruch mehr, und der Präsident konnte immer „Einmütigkeit" feststellen. Heute ist das anders. Der Liberalismus ist nicht mehr Trumpf, er muß sich vielmehr sehr oft knorrige Wahrheiten sagen lassen und doch hat das seine Vertreter in Punkto Judenfrage noch nicht unparteiisch gemacht — das sieht man am obigen Verhalten des Präsidenten. Daß übrigens die Zentrums-Abgeordneten in diesem Falle für Israel eintraten, muß billig wundernehmen, vor der Wahl war das anders!

Prof. Mommsen über Zollschutz.

In der „Römischen Geschichte" (6. Auflage 1874) des genannten Gelehrten kommen u. a. folgende Sätze vor:

In der Volkswirtschaft war und blieb der Ackerbau die soziale und politische Grundlage sowohl der römischen Gemeinde als des neuen italischen Staates. Aus den römischen Bauern bestand die Gemeindeversammlung und das Heer; was sie als Soldaten mit dem Schwerte gewonnen hatten, sicherten sie als Kolonisten mit dem Pfluge. Die Ueberschuldung des mittlern Grundbesitzes führte die furchtbaren innern Krisen des dritten und vierten Jahrhunderts herbei, an denen die junge Republik zu Grunde gehn zu müssen schien; die Wiedererhebung der latinischen Bauernschaft, die während des fünften teils durch die massenhaften Landanweisungen und Inkorporationen, teils das Sinken des Zinsfußes und die steigende Volksmenge Roms bewirkt ward, war zugleich Wirkung und Ursache der gewaltigen Machtentwicklung Roms — wohl erkannte Pyrrhos' scharfer Soldatenblick die Ursache des politischen und militärischen Uebergewichts der Römer in dem blühenden Zustande der römischen Bauernwirtschaften. Aber auch das Aufkommen der Großwirtschaft in dem römischen Ackerbau scheint in diese Zeit zu fallen. In der ältern Zeit gab es wohl auch schon einen — wenigstens verhältnismäßig — großen Grundbesitz; aber dessen Be-

wirtschaftung war keine Groß-, sondern nur eine vervielfältigte Kleinwirtschaft . . . (Band 1, S. 441.)

Um die ökonomischen Resultate dieser Bodenwirtschaft einigermaßen zu würdigen, sind die Preisverhältnisse und namentlich die Kornpreise dieser Zeit zu erwägen. Durchschnittlich sind sie zum Erschrecken gering, und zum guten Teil durch Schuld der römischen Regierung, die in dieser wichtigen Frage, nicht so sehr durch ihre Kurzsichtigkeit, als durch eine unverzeihliche Begünstigung des hauptstädtischen Proletariats auf Kosten der italischen Bauernschaft, zu den furchtbarsten Fehlgriffen geführt worden ist. Es handelt sich hier vor allem um den Konflikt des überseeischen und des italischen Korns . . . Umsonst eiferte Cato gegen diese kurzsichtige Politik; die beginnende Demagogie mischte sich hinein und diese außerordentlichen, aber vermutlich sehr häufigen Austeilungen von (ausländischem) Korn unter dem Marktpreis durch die Regierung oder einzelne Beamte sind der Keim der spätern Getreidegesetze geworden. Aber auch wenn das überseeische Korn nicht auf diesem außerordentlichen Wege an den Konsumenten gelangte, drückte es auf den italischen Ackerbau . . . (Mommsen giebt als Grund für die vernichtende Konkurrenz des überseeischen Korns die günstigern Bodenverhältnisse, die niedrigern Produktionskosten und den billigern Transport des Korns an.)

Es mußten also schon im natürlichen Lauf der Dinge das überseeische Korn nach der Halbinsel strömen und das dort erzeugte im Preise herabdrücken. Unter diesen durch die leidige Sklavenwirtschaft unnatürlich verschobnen Verhältnisse wäre es vielleicht gerechtfertigt gewesen, zu gunsten des italischen Getreides auf das überseeische einen Schutzzoll zu legen; aber es scheint vielmehr das Umgekehrte geschehen . . . zu sein . . . . . In einem großen Industriestaat, dessen Ackerbau die Bevölkerung nicht zu ernähren vermag, hätte ein solches Ergebnis (das Sinken des Kornpreises weit unter den Produktionspreis) als nützlich oder doch nicht unbedingt als nachteilig betrachtet werden mögen; ein Land wie Italien, wo die Industrie unbedeutend, die Landwirtschaft durchaus Hauptsache war, ward auf diesem Wege systematisch ruiniert und den Interessen der wesentlich unproduktiven hauptstädtischen Bevölkerung, der freilich das Brot nicht billig genug werden konnte, das Wohl des Ganzen auf die schmählichste Weise geopfert . . . Jede Regierung, die diesen Namen verdiente, würde von selber eingeschritten sein; aber die Masse des römischen Senats mag in gutem Köhlerglauben in den niedrigen Kornpreisen das wahre Glück des Volkes gesehen haben . . . (Band 1, S. 834.)

Seit der kleine Grundbesitz keinen wesentlichen Reinertrag mehr lieferte, war die Bauernschaft rettungslos verloren, und umsomehr, als allmählich auch aus ihr, wenngleich langsamer als aus den übrigen Ständen, die sittliche Haltung und sparsame Wirtschaft der frühern republikanischen Zeit entwich. Es war nur noch eine Zeitfrage, wie rasch die italischen Bauernhufen durch Aufkaufen und Niederlegen in den größern Grundbesitz aufgehn würden. Eher als der Bauer war der Gutsbesitzer imstande, sich zu behaupten . . . (Band 1, S. 838.)

Es ward schon früher gezeigt, daß in derselben Zeit, welche den Gegensatz zwischen Patriziern und Plebejern unter verändertem Namen erneuerte, das unverhältnismäßig anschwellende Kapital einen zweiten Sturm gegen die bäuerliche Wirtschaft vorbereitete. Zwar der Weg war ein andrer. Ehemals war der kleine Bauer ruiniert worden durch Vorschüsse, die ihn thatsächlich zum Meier seines Gläubigers herabdrückten; jetzt ward er erdrückt durch die Konkurrenz des überseeischen und insonderheit des Sklavenkorns. (Band 2, S. 74.)

Wir fügen weiter nichts hinzu, als daß Prof. Mommsen sich zur freisinnigen Partei rechnet!

Und Demmig sprach.

Der neue Abgeordnete für Schaumburg-Lippe, der dort am 31. Januar durch die Gnade der Sozialdemokraten gewählt worden ist, der Häuserspekulant Demmig aus Hannover, hat, früher als man es annahm, seine Jungfernrede im Reichstage vom Stapel gelassen. Am 20. Februar, bei der Beratung über das Gehalt des Kriegsministers, ergriff er das Wort und wollte die Kontrollversammlungen für die Personen des Beurlaubtenstandes möglichst ganz abschaffen, mindestens aber auf die Hälfte der gegenwärtig vorgeschriebnen Anzahl herabsetzen. Ferner ist ihm die Verlesung der Kriegsartikel unangenehm, die Strafen für Versäumnis bei der Kontrollversammlung sind ihm zu hoch, und er ist überhaupt gegen Arrest sehr eingenommen; er will es lieber mit Geld abmachen. — Vom Mittelarrest gab er eine so herzbewegliche Schilderung, daß man nicht fehlgehn wird in der Annahme, daß er aus persönlicher Erfahrung sprach. In Bückeburg während der Wahl verlautete auch, daß der freisinnige Kandidat Ursache habe, sich seiner militärischen Dienstzeit nicht grade mit besondrer Freude zu erinnern.

Auch dem Parademarsch kann Herr Demmig keine angenehme Seite abgewinnen, vermutlich im Hinblicke auf häufiges Nachexerzieren während seines Freiwilligen-Jahres (oder hat er es soweit nicht gebracht?). — Beim Schießen würde gemogelt, meinte der Herr Volksvertreter und machte dabei ein höchst sachverständiges Gesicht. Schade daß man ihn s. Z. dabei nicht abgefaßt hat. Oder ist es vielleicht geschehn? Dann würden wir den Abscheu gegen den Mittelarrest leicht begreifen. — Vielleicht kann einer unsrer Leser in Hannover etwas über die militärische Leidensgeschichte Demmigs in Erfahrung bringen.

Selbstverständlicherweise nahm vom Ministertische niemand von den Salbadereien des kleinen Armee-Reorganisators Notiz. Aber die „Genossen“ quittierten dankend mit lebhaftem Bravo. Er hatte gesprochen, als ob er ihnen mit Haut und Haaren verschrieben wäre.

Wir können aber diese Mitteilungen nicht schließen, ohne die Thatsache festzustellen, daß zu unserm großen Erstaunen Herr Demmig noch nicht gegen den Unterzeichner des Wahl-Flugblattes geklagt hat, worin ihm unter genauer Angabe von Zeugen verschiedne Handlungen vorgeworfen werden, auf die die Bezeichnung Wucher und Betrug passen dürften.

Herr Demmig hat unter seiner Namensunterschrift am Tage vor der Wahl in einem Flugblatte diese Behauptungen als „Antisemitisches Bubenstück“ bezeichnet und erklärt, er habe sofort Klage eingereicht und sein Parteichef Eugen Richter hat dies in der „Freisinnigen Zeitung“ bestätigt.

Aber noch heute — also vier Wochen später — ist unserm Parteigenossen nichts in dieser Sache vom Gericht zugestellt worden. Da sollte Herr Demmig doch sich unverzüglich über das Gericht in Stadthagen (oder in Hamburg, falls er nicht am Thatorte, sondern am Wohnorte des Thäters geklagt haben sollte) beschweren, denn ein Drittel der Antragsfrist ist bereits verstrichen. — Der erprobte Syndikus der Spielhagenbanken, Herr Justizrat Munkel, wird gewiß nicht verfehlen, seinem Fraktionskollegen mit Rat und That zur Seite stehn.

Wider den Masochismus.*)

Was ist Masochismus, wird der Leser vielleicht fragen, und er hat ein gewisses Recht dazu. Denn in weitere Kreise ist der Begriff und seine Bedeutung noch nicht gedrungen. Was Masochismus bedeutet, wird demjenigen, der noch nichts davon weiß, aber aus folgendem klar werden, das sich an ein Buch anlehnt, das sich betitelt: „Sacher-Masoch und der Masochismus. Litterarhistorische und kulturhistorische Studien. Von Karl Felix v. Schlichtegroll. Dresden, H. R. Dohrn.“ Das Titelbild weist eine Sphinx oder ein einer solchen ähnliches Wesen auf, zu dessen Füßen ein anscheinend sterbender Mann

*) Diesen lehrreichen Aufsatz finden wir in der Wissenschaftlichen Beilage der „Leipziger Zeitung“. Da wir dem Ritter von Sacher-Masoch an dieser Stelle manche Zeile gewidmet haben, so erscheint es uns als erlaubt, unsern Lesern auch vorliegende interessante Ausführungen zu bieten.

sich mit schmerzverzerrten Zügen windet, gefesselt, ihm zur Seite eine Peitsche liegend, mit der er gegeißelt worden ist oder mit der er sich auch selbst gegeißelt haben kann. Bekanntlich spielen bei Sacher-Masoch die brutalen, schönen Weiber, die ihre Liebhaber bis zu Tode peinigen, die schönen Despotinnen voll Wollust und Grausamkeit eine ebenso große Rolle, wie jene Männer, die sie zu ergänzen scheinen, die Männer, die sich zu ihren Füßen winden und die höchste Befriedigung ihrer Begier darin finden, von der Angebeteten mit asiatischer Knute zu Tode gepeitscht zu werden. Etwas mehr Verständnis hat der Leser aus all diesem wohl schon geschöpft, und von Sacher-Masoch hat man wohl eine dunkle Ahnung. Aber man fragt sich vielleicht, ob es nötig sei, dagegen besonders zu polemisieren. Auch darauf wird das Folgende Antwort geben.

Ungesunde moderne Luft ist es, die uns aus diesem Buch entgegenweht, das eigentlich kein Buch, sondern eine Reihe von lose auseinandergefädelten Abhandlungen und Skizzen ist, die kein System geben, etwa so, wie der geistesverwandte Friedrich Nietzsche ja auch kein System in seinen Werken gegeben, sondern dies nachzuholen andern überlassen hat, die es denn auch gethan haben. Aber trotz der Systemlosigkeit der Ausführungen steckt doch System drin, nämlich, den Leser zu verwirren und zu berücken und ihn davon abzulenken, was bisher seines Lebens Leitstern war. Sacher-Masoch — ein Schriftsteller, dessen Begabung nicht geleugnet werden kann und darf, soll man nicht seinen Freunden Waffen in die Hand drücken, dessen Schilderungen im Einzelnen einen sehr großen Reiz entfalten — war bekanntlich Galizier, vielleicht auch, trotz der Gegenversicherungen Schlichtegrolls, der für eine spanische Abstammung eintritt, Jude und kam aus einer halb orientalischen, halb barbarischen Welt zu uns, ein Fremder, nicht um uns zu verstehn und bei uns zu lernen, sondern mit hebräischer Aufdringlichkeit uns zu seiner Weltanschauung, die er sich bei Ruthenen, Polen, Schlachzizen, Magnaten, elenden Bauern, russischen Kleinbürgern, gedrückten Israeliten gebildet hatte, zu bekehren, ja uns dieselbe aufzudrängen. Der „frumbe teutsche Leser" (S. 18) soll gewandelt werden.

Hören wir gleich ein paar Proben. S. 35 heißt es: Im „Don Juan von Kolomea" wagte der Dichter „nichts geringers, als die monogamische Ehe anzugreifen und suchte zu beweisen, daß in der Ehe, wie sie heute besteht, Mann und Weib sich betrügen müssen. Nicht aus Mangel an Moral, sondern einer Naturnotwendigkeit folgend. Er stellt auch die Frage, ob Kinder die Gatten vereinten oder trennten, und kam zu dem Schlusse, das Letztere sei der Fall. Sobald das Kind vorhanden, gehört das Weib ihm, und nicht mehr dem Gatten an. Er ist in die zweite Stelle gedrängt, etwas quasi Erledigtes, Ueberflüssiges geworden. Den enttäuschten Mann, der die Geliebte in seinem Weibe verloren, treibt es daher zur Untreue, und das Weib, wiederum durch seine Untreue enttäuscht, wird dem gleichen Naturgesetz folgen oder in die gleiche Sünde verfallen."

Wie schief ist das alles! Hat Sacher-Masoch in seinem Leben, das, auch im Punkte der Weiber, ein Spiegel seiner Schriften war, trübe Erfahrungen gemacht**), so hat er jedenfalls nicht die richtigen Folgerungen daraus gezogen. S. 41 stehn folgende Sätze: „Was wäre idealer als Schönheit, Freude, Glück! Aber ich will nichts von idealem Schwindel wissen." „Liebe kann nur dauerhaft sein, wenn ihre Wünsche nie in Erfüllung gehn". „Was liegt in dem Preis der Jungfräulichkeit, der namentlich bei den Germanen so hoch steht, andres als Lüsternheit und greisenhafter Kitzel?" Verworren und unrein!

S. 46 endlich lesen wir: „Merkwürdig, wenn man an all die zerbrochnen, niedergesunknen deutschen Dichter denkt, an die Kleist, Hölderlin, Nissel, kommt einem der Gedanke, daß das Maß der deutschen Nation voll wird, daß die zwölfte Stunde naht zur Umkehr von all dem Getändel und dem Getriebe der modernen, so arg ungebildeten guten Gesellschaft, die seit einem halben Jahrhundert mit ihren klebrigen Polypenarmen unser einst blühendes Volkstum umklammert hält, zum unabsehbaren Schaden auf allen Gebieten, nicht zuletzt der Kunst, der Litteratur." Das ist ein an und für sich ganz richtiger Satz, den man nur unterschreiben kann. Aber was hat Sacher-Masoch, auf den er doch gemünzt ist, mit Männern wie Kleist und Hölderlin, den zerbrochnen, niedergesunknen deutschen Dichtern, den Helden auf der Walstatt des Lebens, zu schaffen? Nichts.

Das sind so einige herausgegriffne Stellen, die wir uns beim Lesen angemerkt hatten, und doch bezeichnend, die wir hier wiedergeben, um den Leser gleich in medias res zu führen.

Einen breiten Raum in der Darstellung Schlichtegrolls, die auf eine Verherrlichung, ja ziemlich kritiklose Verhimmlung Sacher-Masochs hinausläuft, der als einer der Größten in der deutschen Litteratur und im deutschen Geistesleben hingestellt wird, als ein Bahnbrecher moderner, verwandter Bestrebungen, als Wegweiser für die Zukunft, die mit allem abrechnen soll, was uns deutsche Vergangenheit heißt und diese lieb und wert gemacht hat, nimmt die Schilderung und Rechtfertigung krankhafter Erscheinungen im Menschen- und Kulturleben ein, die in den hysterischen, angefaulten Schriften Sacher-Masochs eine so große Rolle spielen, Algolagnie und andres Verwandtes.

Grausamkeit und Wollust, das sind die beiden wie siamesische Zwillinge zusammenhängenden Begriffe, die erklärt und vertreten werden. Wir sehen hier antikes Korybantentum, mittelalterliches Flagellantentum und moderne krankhafte Verirrungen, die zumteil im Strafkodex ihre Sühne finden, teils in die Heilanstalt weisen, gleichsam verherrlicht und als Deuter der menschlichen Natur hingestellt, so daß es uns fast vorkommt, als ob alle jene edlern Triebe, die uns seit Kindheit an bewegt haben, falsch, erlogen, unnatürlich und unberechtigt waren.

Wir sehen heute die Schattenseiten des klassischen Altertums mit ruhigerm Auge an. Daß dieses neben seinen vielen Lichtseiten auch seine Schattenseiten, ja häßliche Flecke besaß, ist uns heutzutage klar geworden, wo wir dem dünnen Idealismus alter, veralteter Philologen nicht mehr folgen, die im Altertum nur Heroismus, Vollendung und Schönheit sahen. Das Altertum hatte auch sein Bedenkliches. Aber wir sehen es als eine notwendige Ergänzung der vielen Lichtseiten an, die es uns gebracht hat, als die Kehrseite der Medaille. Aber wer wird sie beschönigen, entschuldigen, verherrlichen?

Das dunkle Mittelalter, das es war, trotz viel schöner zu Herzen gehender Eigenschaften, die wir nicht missen möchten, die wir uns zu erhalten wünschen, hat auch düstere Seiten gehabt, zu denen der Wahn, das menschliche Irren gehört. Das Flagellantentum war eine der für uns in der Schule Goethes gebildete Menschen widerwärtigen Erscheinungen, Orgien, an denen die Sinnlichkeit ihren starken Anteil hatte. Aber wir sehen auch diese Erscheinungen als historisch an, entschuldigen sie nicht, sondern betrachten sie als eine Ergänzung des mittelalterlichen beschränkten Wesens.

Aber sie gleichfalls plötzlich in das Licht einer gewissen Berechtigung rücken, sie in eine Linie stellen mit den erotischen Verirrungen einer halb asiatischen Despotin, die bald Dirne, bald Semiramis ist, wem fiele das ein, obendrein, wenn man sie als Krone der Entdeckungen bezeichnen will?

Und nun gar für moderne Verirrungen des Geschlechtslebens, die wir oben schon angedeutet haben, Sadismus, Masochismus, wie die Namen heißen, eine Lanze einzulegen, fällt uns gar nicht ein. Wir haben viel zu sehr wirkliche Bildung, sind wie gesagt durch die neuere Klassizität gegangen, haben von Lessing den Begriff der Wahrheit, von Herder den der Humanität, von Goethe den der Schönheit, von Schiller den der Freiheit gelernt, um uns unter das Joch slawischer, gallischer, hebräischer, faulmoderner Anschauungen zu beugen, die sich gleichzeitig anmaßen, das allein Wahre zu bieten, und alles andre, unsre ganze Vergangenheit in Staub zu treten.

**) Bekanntlich ging Sacher-Masochs Frau, geb. v. Rümelin, Anfang der 80er Jahre mit dem 10 Jahre jüngern süddeutschen Juden Rosenthal-Olivier de Salies-Armand-Jaques-Saint-Cère nach Paris durch. (Vgl. Nr. 399 dieser Blätter v. 6. April 1896.)

Und all Das geschieht noch, was das Stärkste ist, unter Zuhilfenahme von Namen wie Goethe und verwandter Geister. Was hat Goethe mit Sacher-Masoch zu schaffen, was für eine Verbindung besteht zwischen beiden Männern? Heine, der auch als Schwurzeuge herangezogen wird, wollen wir preisgeben, denn seinem Geiste lag, schon der Stammesverwandtschaft wegen, der spezifische Masochismus näher. Aber Goethe? Man schüttelt sich förmlich, hört man so etwas. Auch Kleist, den genialen, unglücklichen Kleist, den Dichter gesündrer Sachen als es die „Penthesilea“ war, in diese Genossenschaft gezogen zu sehen, wie es geschieht, schmerzt. Es ist dies auch nur dadurch möglich, daß man krankhafte Verirrungen, wie den Schluß der „Penthesilea“, der nicht mehr zu rechtfertigen, sondern nur noch pathologisch zu verstehen ist, in den Kreis der Betrachtung zieht. Ulrich v. Lichtenstein, den Hanswurst unter den mittelalterlichen Minnesängern, wollen wir endlich gern hingeben, denn die „Heldenthaten“ dieses Vertreters einer ausgearteten Epoche — Walter von der Vogelweide und Ulrich v. Lichtenstein, welche Gegensätze! — grenzen schon fast an Verrücktheit. Aber daß man nur das auch als Verrücktheit hinstelle, nicht etwa als etwas Normales, wie Schlichtegroll es zu thun scheint, denn dadurch verrückt sich das ganze Bild und wir hätten es nicht gern, daß aus dem Bilde ein Zerrbild würde.

Wenn Schlichtegroll schließlich auch noch die bildenden Künste in seinen Bereich zieht und uns Beweise der algolagnistischen Methode, auch auf diesem Felde der geistigen Bestrebungen zeigen will, so ficht uns das wenig an. Denn warum sollen nicht auch auf diesem Gebiete sich die Verirrungen kenntlich machen? Aber Verirrung muß als Verirrung gestempelt werden, nur so wird das Weltbild gewahrt.

Aus dem Lebensbilde des Schriftstellers Sacher-Masoch mit seinen vielen Fehlern und Irrgängen endlich haben wir keine Nahrung für die Richtigkeit der aufgestellten Theorie ziehn können, denn dieses zeigt uns nur, daß ein begabter Mann, als den wir Sacher-Masoch ausdrücklich noch einmal hinstellen, auch irren und fehlen kann, und daß sein Lebensgang wenig Vorbildliches hat, während der eines Goethe, wenn auch dieser nicht immer frei von Abschweifungen war, wohl als vorbildlich aufgestellt werden kann. Nur der Sentimentalität gelingt es, solche aus Schwächen hervorgegangnen Fehler als etwas hinzustellen, was seine Berechtigung hat. Der Satz: Alles verstehn heißt alles verzeihen, ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber er darf nicht zum Herold werden, die Schwäche als etwas Selbstverständliches, wohl gar Nachahmenswertes zu preisen.

Wir wünschen, um das zum Schluß noch einmal zu wiederholen, nicht, daß man uns diese aus Galizien eingetragne, uns fremde Kultur als eine uns passende aufnötige, zumal sie unserm ganzen Wesen entgegengesetzt ist. Wir legen Verwahrung dagegen ein, sie uns als die Fortsetzung der Kultur eines Goethe und ähnlicher Genien hinzustellen, und aufzudrängen, und wünschen, daß unser Volkstum sich seine Eigenart bewahre und sich weiter aus sich selbst heraus entwickle, nicht aber dies Pfropfreis sich aufpflanze zum Schaden des eignen Charakters. Daß die Gefahr eines solchen Husarenritts nicht so ganz gering ist, beweist die Moderne, als deren geistigen Vater Schlichtegroll den Helden seines Buchs, Sacher-Masoch, bezeichnet. In seiner Zeitschrift „Auf der Höhe“ habe und hat er thatsächlich die Grundlage dazu gelegt. Man lese das Programm dieser jetzt verschollnen Monatsschrift. Diese Zeitschrift verkrachte zwar, aber, wie es häufig der Fall ist, der Urheber stirbt, aber die Sache selbst lebt fort. So ist es auch hier gewesen. Aber der Gefahr gegenüber erheben sich auch die Kräfte, die nicht wollen, daß wir selbst — der „frumbe teutsche Leser“ trotz dem Hohnlachen der Modernen — untergehn, und diese schätzen wir gleichfalls für stark genug, daß wir meinen, sie werden den Einfall überwinden. Wenigstens wünschen wir das, selbst auf die Gefahr hin, von dem Verfasser des Buchs, das uns willkommnen oder unwillkommnen Anlaß, wir wissen es nicht, gegeben hat, dies zu schreiben, zu den „Pfennigseelen“ (S. 137) gerechnet zu werden, als die er Diejenigen bezeichnet, die Sacher-Masoch und verwandte Geister nicht anerkennen, nicht verstehn oder nicht verstehn wollen. Wir verstehn sie sehr wohl, die Sacher-Masoch, Zola u. a., aber wir durchschauen sie und ihr Wollen und setzen dem mit Absicht und ausgesprochnem Willen einen Damm gegenüber, um ihr verderbliches Treiben aufzuhalten.

J. R.

Leipziger Terrain-Gesellschaften. 1. Leipziger Immobilien-Gesellschaft. Diese Gesellschaft, die seit 1872 besteht, hat in keinem Jahre weniger als $6^1/_3$ v. H. Dividende verteilt. In den Jahren 1898, 1899 und 1900 zahlte sie je $9^1/_2$ v. H. im Jahre 1901 sogar 10 v. H. Dividende. Zehn Mitglieder des Aufsichtsrates und Vorstandes, unter denen sich auch die Leipziger „Ersten Kreise“ befinden, derer wir in Nr. 696 in dem Artikel „Leipzig in Verlegenheit“ gedacht haben, teilen sich mit den Beamten in eine Tantieme von 45000 Mark. Die Gesellschaft besitzt viele Grundstücke und Häuser in Alt- und Neu-Leipzig und hat in der Umgegend, so in Stötteritz, Probsthaida, wie auch im Westen und Norden ganz bedeutende Ländereien. In ihrem neuesten Jahresberichte heißt es: „Eine Ueberproduktion von Wohnungen war nicht, an kleinen Wohnungen eher Mangel vorhanden.“

2. Bank für Grundbesitz. Diese Bank besteht erst seit einigen Jahren. Sie verteilte 1897 7 v. H., 1898 8 v. H., 1899 8 v. H., 1900 $8^1/_2$ v. H. und 1901 $8^1/_2$ v. H. Dividende. Vorstand und Aufsichtsrat (das Leipziger Adreßbuch giebt fünf Aufsichtsratsmitglieder an) teilen sich für das Jahr 1901 in 62000 Mark Tantieme. Die Gesellschaft besitzt in Alt- und Neu-Leipzig Grundstücke und Häuser, bei Wiederitzsch und Eutritzsch große Landflächen und hat neuerdings die Rittergüter Lentzsch und Wahren mit allen Ländereien gekauft.

3. Leipziger Westend-Baugesellschaft. Diese erstreckt ihre Thätigkeit, wie schon der Name sagt, auf den Leipziger Westen, Plagwitz und Lindenau. Sie verteilte in den letzten drei Jahren je 12 v. H. Dividende.

4. Leipziger Baubank. Diese ist eine Gründung der Leipziger Immobilien-Gesellschaft und der Deutschen Kreditanstalt in Leipzig, seiner Zeit errichtet, um das Zentralhallen-Grundstück und die schönen Gartenflächen von Lehmanns Garten zu zerkleinern. Die Bank hat sehr teuer gekauft und nun einige Not, Käufer und Mieter zu bekommen. Dividende: 1899 $5^2/_3$, 1900 $5^1/_4$, 1901 $5^1/_4$ v. H.

5. Leipziger Terraingesellschaft. Erst zwei Jahre alt, arbeitete diese im Jahre 1900 mit einem Kapital von etwas über 100000 Mark, das 1901 auf 200000 Mark erhöht worden ist. Dividenden: 1900 12 v. H., 1901 12 v. H.

6. Leipzig Borsdorfer Baugesellschaft verteilte 1901 8 v. H. Dividende.

Dummes Zeug hatten sich irgendwo jüdische Zeitungsschreiber aus dem Finger gesogen, um dem Abg. von Liebermann etwas am Zeuge zu flicken. Danach sollte seine Rede gegen Chamberlain es verschuldet haben, daß die Spielwaren-Fabrikanten in Sonneberg (Sachsen-Meiningen) in diesem Jahre keine Aufträge aus England bekommen hätten, sondern daß diese Bestellungen in Koburg und an andern Orten gemacht seien. Man habe nämlich in England geglaubt, der Redner Liebermann sei aus Sonneberg. — Bei allen Spielarten, die man von dieser Zeitungsente in den Judenblättern antraf, fand sich am Schlusse immer der geschmackvolle Rat, Herr v. Liebermann solle sich vor der Hand nicht in Sonneberg sehen lassen. — Die sprichwörtliche „Judenangst“ ist doch kein Merkmal der germanischen Rasse!

Nun trug aber die ganze Geschichte von vornherein den Stempel der Unglaubwürdigkeit an der Stirn. Unter den 40 und einigen Schmähbriefen, die Abg. v. Liebermann aus England erhalten hat, ist auch nicht ein einziger falsch adressiert, sondern alle jene Briefschreiber haben richtig das Wort „Sonnenberg“ als Teil des Familiennamens verstanden. Da wäre es doch

sonderbar, wenn grade die englischen Spielwarenhändler einem solchen Irrtum verfallen sein sollten. — Nun verweist aber eine Notiz der in Thüringen stark verbreiteten Hildburghäuser „Dorf-Zeitung" die Schauergeschichte direkt ins Märchenland. — Die Thatsache, daß weniger Bestellungen auf Spielwaren in diesem Jahre nach Sonneberg gekommen seien, träfe zu. Dasselbe sei aber auch in allen andern Spielwarenfabriken Thüringens der Fall und diese Thatsache sei längst vor der Chamberlain-Rede in die Erscheinung getreten. — Schuld daran sei die wirtschaftliche Depression, die der südafrikanische Krieg im Gefolge habe. Aber da die Dummen nicht alle werden und die Judenzeitungen das Lügen nicht lassen können, so wird noch in mancher Wahlversammlung der Zukunft Herr v. Liebermann als Zerstörer der thüringischen Spielwaren-Industrie als Abschreckungsmittel vorgeführt werden.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Im „General-Anzeiger für Elberfeld und Barmen" ist am 11. d. M. nachstehende Anzeige zu lesen: „Der Herr, welcher Sonnabend den 8. cr. in der Synagoge einen neuen Schirm mitnahm und einen alten zerissenen dafür zurückließ, wird ersucht, erstern sofort dem Synagogendiener abzuliefern, widrigenfalls Anzeige erfolgt." —

Weil die Schützengesellschaft zu Speyer die Aufnahme eines Juden verweigerte, sind sämtliche jüdischen Mitglieder ausgetreten. —

In Osterburg (Altmark) wurde der jüdische Kaufmann Max Krämer einstimmig zum stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsteher gewählt. —

Der Herausgeber der polnischen Hetzblätter „Gornoszlonzak" und „Praca" in Posen ist der galizische Jude Biedermann.

Die Zahl der Zwangsversteigerungen von Grundstücken hat, wie der Jahresbericht für 1901 der Sächsischen Bodenkredit-Anstalt in Dresden ausführt, auch im vergangnen Jahre erheblich zugenommen. So gab es in Dresden und seinen Vororten allein im Jahre 1899 481, im Jahre 1900 823 und im Jahre 1901 1013 Zwangsversteigerungen. Sicher ist dieser Umstand darauf zurückzuführen, daß sich am Häuser- und Grundstücksschacher viele Leute beteiligen, die nichts besitzen und bei einem Ausfall sofort bankrott sind. Aber grade diese Sorte Leute, die nichts zu verlieren haben, aber viel gewinnen möchten, sind es, die die Wohnungsmieten in die Höhe treiben und die andern zur Nachfolge veranlassen. Diese wird auch in der Regel gern geleistet.

Dauernd verbannt aus den heiligen Hallen der Börse wurde im September vorigen Jahres vom Ehrengericht der Berliner Börse der Bankier Emil Epstein. Auf die von ihm eingelegte Berufung hat die Berufungskammer nunmehr dahin entschieden, daß er auf zwei Jahre vom Börsenbesuch auszuschließen sei. Der „Bösewicht" hatte seiner Zeit den „Spieleinwand" erhoben.

Polnische Messerhelden in West-Deutschland. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß mit der Verbreitung der Polen in West- und Mittel-Deutschland die Messerstechereien immer zahlreicher werden. In Plagwitz (Leipzig) haben jüngst zwei Polen einen deutschen Arbeiter halb und in Greppin bei Bitterfeld zwei Polen einen Arbeiter ganz tot gestochen.

Antisemitismus überall! In der Halbmonatsschrift „Meer und Küste" (Rostock bei C. J. E. Volckmann) schreibt jemand in sehr verständiger Weise über den angeblichen Plan der Amerikaner, die Aktien der Hamburg-Amerika-Gesellschaft anzukaufen und diese dadurch unter ihren Einfluß zu bringen. Dabei verspottet der Verfasser die Leute, die ohne irgendwelche Kenntnis der einschläglichen Verhältnisse sofort von „nationaler Gefahr" usw. sprechen und schließt mit folgenden Sätzen: „Glaubt man nun, daß es den Amerikanern gelingen würde, die Aktien zu billigen Kursen zu erlangen? Ich bin gegenteiliger Ansicht. Sobald man merken würde, daß es Leute giebt, denen daran liegt, gewisse Aktien aufzukaufen — und dieses zu merken, würde unsern mit besondern Riech-Organen ausgestatteten Börsenmenschen nicht gar zu schwer fallen —, würde gewiß eine Hausse einsetzen."

An waih geschrien!

Konfessionelle Verschiebungen in Preußen. Die endgiltigen Ergebnisse der letzten Volkszählung in Preußen zeigen auch in konfessioneller Hinsicht eine mannigfache Verschiebung gegen früher. Der amtliche Nachweis besagt, daß es am 1. Dezember 1900 in ganz Preußen 21 817 577 Evangelische und 12 113 670 Katholiken gab. Im Jahre 1895 war das Verhältnis 20 351 448 zu 10 999 504, sodaß also die Zahl der Evangelischen um 7,1, die der Katholiken um 10,1 v. H. zugenommen hat. Daß schon vorher die katholische Bevölkerung in Preußen der protestantischen Mehrheit gegenüber in einem verhältnismäßig viel raschern Aufsteigen als diese begriffen war, erhellt aus folgenden, einer sorgfältigen statistischen Berechnung entnommenen Zahlen: Auf 10 000 Seelen entfielen

im Jahre	1867	Katholiken	3 310	Evangelische	6 514
„ „	1871	„	3 349	„	6 497
„ „	1880	„	3 375	„	6 464
„ „	1885	„	3 395	„	6 443
„ „	1890	„	3 422	„	6 420
„ „	1895	„	3 455	„	6 389

Allein in Berlin ist die Zahl der Katholiken innerhalb des Jahrfünfts 1895 bis 1900 um 33 362 Seelen gewachsen, sodaß dort eine Gesamtzahl von 188 440 Katholiken festgestellt werden konnte. Vor fünf Jahren gab es nur ungefähr 17 000 Katholiken in Berlin; sie haben sich also in der Reichshauptstadt verzehnfacht, was nicht zum wenigsten dem polnischen Zuzug zu verdanken ist.

Juden in höhern Schulen. Das Gymnasium in Hörde (Westfalen) besuchen etwa 140 evangelische Schüler, 40 katholische und 20 jüdische. Die Juden machen also 10 v. H. der Gesamtschülerzahl aus. In Hörde gab es 1895 18 638 Einwohner, davon 9 884 evangelische, 8 446 katholische und 277 jüdische. Die Juden betragen demnach 1,5 v. H. der Gesamtbevölkerung sind also an der Zahl der höhern Schüler siebenmal zu viel beteiligt.

Anglisierte deutsche Vornamen. Schon öfter haben wir die von Müttern gepflegte Unsitte getadelt, deutsche Namen mit englischer Endsilbe zu behängen. Jüngst hat in Berlin ein junges Mädchen mit dem Vornamen Henny (was heißt das?) schlimme Erfahrungen machen müssen. In den amtlichen Registern war Harry daraus geworden, und das junge Mädchen sollte nun Soldat werden. Müssen denn auch unsre deutschen Vornamen so verhängt werden? Kurty, Märy, Hardy, Fredy, Karly, Hanny, Grety, Emmy, Käty usw. usw. Wenn es noch so albern klingt und noch so falsch ist, der Unsinn siegt, und eine machts der andern nach.

Kohn im „Kladderadatsch". Nach den Karlsruher „Neuesten Nachrichten" vom 8. Februar hat der Reichskanzler bei dem Essen des Landwirtschaftsrats gesagt: „Das Schiff der Tarifvorlage kann sich wohl über Wasser halten; aber bei noch schwererer Ladung werden die Wellen am Ende wohl nicht den Schiffer, gewiß aber den Kohn verschlingen." Der „Kladderadatsch" meint zu diesem Druckfehler: „Das wird Graf Bülow gewiß nicht gesagt haben, denn er weiß recht gut, daß der Kohn nicht auf das Schiff geht, sondern auf dem sichern Ufer bleibt."

Es ist wirklich nicht hübsch vom „Kladderadatsch", die Wasserschen der Juden so an die Oeffentlichkeit zu ziehn!



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 27. Februar 1902. Nr. 706.

Die Rede des Abgeordneten v. Liebermann in der Hauptversammlung des Bundes der Landwirte

ist der Gegenstand mehrfacher Anfragen aus unserm Leserkreise gewesen. Wir konnten deren Wortlaut nicht bringen, weil wir nicht wußten, daß ein Stenogramm vorhanden war. Eben finden wir aber ein solches in der Bundes-Korrespondenz und holen hiermit das Versäumte nach.

Zum Verständnis der einleitenden Worte muß vorausgeschickt werden, daß der vor Herrn v. Liebermann sprechende Redner (ein Herr Schindler, Ansiedler aus der Provinz Posen) folgende Redewendung gebraucht hatte.

„M. H., von meinem kleinen Standpunkte aus muß ich sagen: wenn wir das lesen, namentlich daß die Herren Berufs-Parlamentarier, die in Berlin und in den Vorstädten sitzen, so über die Fleischpreise und über den Brotwucher schreien, dann möchte ich doch diese Herren Volksvertreter bitten, wenigstens einmal zu uns heraus zu kommen und bei uns zu wohnen zwischen der tückischen Warte und der krummen Netze."

Daran knüpfte der mit stürmischem Beifall empfangne Herr von Liebermann an. — Das Stenogramm lautet:

Meine geehrten Herren! Ich bin ein Parlamentarier in dem Sinne des letzten Herrn Vorredner: Ich wohne in einem Vororte von Berlin

(Heiterkeit)

und wenn es nötig ist, spreche ich auch manchmal recht laut.

(Wiederholte Heiterkeit.)

Ich kann Ihnen auch nicht versprechen, daß ich im Laufe der nächsten Zeit nicht wider den Brotwucher und wider die Fleischverteuerer laut sprechen werde; aber ich werde hinweisen, wo sie wirklich sitzen, nämlich an der Börse.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich glaube, daß der Grundzug aller Redner am heutigen Tage der war, den die Kölnischen Bauern zusammenfaßten in den Spruch:

„Halt fest am Recht, du Kölnischer Bauer,
Das Jahr mag fallen süß oder sauer."

Und das werden wir wohl auf den ganzen Stand der deutschen Landwirte anzuwenden haben. Die Zeiten lassen sich sauer genug an. Saure Mühe und Arbeit leistet der Landmann alle Tage und in schwerem saurem Ringen wird er sich sein Recht endlich erkämpfen müssen. Ich glaube, daß, wie der feste Kitt die Steine in einem Fundament zusammenhält, auch der Bund der Landwirte in diesen schweren Zeiten seine Mannen zusammenhalten wird, und daß er sie versehn wird mit den nötigen Waffen, um diesen guten Kampf zu gutem Ende zu bringen. Die Zeiten sind ernst und schwer, und wir brauchen überall Hilfe. Es ziemt uns nicht, leichtfertig die Waffen des Gegners zu unterschätzen: „Groß' Macht und viel List sein grausam Rüstung ist, auf Erden ist nicht seinesgleichen", sang unser alter Luther. Da hat er vor allen Dingen den im Auge gehabt, der auch heute die Welt knechtet und beherrscht; da hat er auch schon an den Teufel Mammon gedacht, der heutzutage unser Volk in goldne Fesseln geschlagen hat. Diese Fesseln gilt es zu brechen in gemeinsamem Kampf.

Der „Brotwucher-Zetermordio-Schreiverein", nicht der Kommissionsräte, wie der Herr Vorredner sagte, sondern der Geheimen Kommerzienräte

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall!)

verfügt über große Mengen Geld, wirft das Papier in Masse ins Land und er findet leider Gottes nur zu viele von denen, die nicht alle werden.

(Stürmische Heiterkeit.)

Wer draußen im Lande kämpft, weiß, wie es gemacht wird, und leider hat man uns gegenüber sich eine Helferschar geschaffen, die nicht zu unterschätzen ist; das sind die thörichten Frauen im Lande.

(Sehr richtig und Rufe: leider!)

Wir wollen uns an die klugen Frauen in deutschen Landen wenden, sie wollen uns helfen, sie müssen uns helfen in diesem schweren Kampfe, sie müssen eingedenk sein der Vorzeit, sie müssen daran denken, daß, solange Geschichte und Sage, solange die Dichter in Wort und Lied von deutschen Frauen zu künden wissen, die deutsche Frau immer die treuste Gefährtin ihres Mannes im Kampf ums Dasein gewesen ist.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Sie müssen denken an das schöne Vorbild, das wieder einmal vor uns auftaucht wie aus alter Vorzeit, an das Vorbild der Germanenfrauen in Südafrika, die ihre Männer in den Kampf schicken und nicht wünschen, daß Friede gemacht werde, es sei denn ein ehrenvoller.

(Donnerndes, lang anhaltendes Bravorufen und Beifallklatschen.)

So sollten die deutschen Bauernfrauen ihre Männer auch stützen in dem schweren Kampf ums Dasein. Sie sollen sie nicht davon zurückhalten, und sie sollen ihre Kinder erziehen in dem Gedanken, daß, wenn der Kampf auch noch Jahrzehnte dauert, er endlich doch zum Siege durchgerungen werden muß. Denn wir wissen: wir kämpfen nicht nur für das Bestehen der deutschen Landwirtschaft, sondern wir kämpfen für die Sicherheit unsers Vaterlandes, für das Fundament, auf dem der ganze Staatsbau ruht.

(Stürmisches Bravo.)

Die deutsche Landwirtschaft ist das Fundament, auf dem der stolze Reichspalast sich auftürmt.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall.)

Da mögen auch endlich diejenigen, die die Geschicke der Völker zu lenken berufen sind, daran denken, daß sich nichts schwerer rächt, als wenn man das Fundament zermorschen läßt. Mögen sie daran denken, daß mit dem Fundament auch die festen Mauern, das Haus mit seiner ganzen Einrichtung und auch die Krönung des Gebäudes zusammenstürzt und zusammenbricht. Mögen sie sich vergegenwärtigen das Wort unsers deutschen Dichters:

Es sproß der Stamm der Riesen
Aus Bauernmark hervor.
Der Bauer ist kein Spielzeug,
Da sei uns Gott davor!

(Stürmisches, oft wiederholtes Bravorufen und Händeklatschen.)

(Der Redner wieder hervortretend): Meine Herren, noch ein Wort! Rufen Sie mit mir: Die deutsche Frau, die ihre Aufgabe recht erfaßt hat, die den Kampf an der Seite des Mannes durchführen will bis zum siegreichen Ende, ihr gelte unser germanisches Heil! — und nochmals Heil! — und immer Heil!

(Die Versammlung stimmt unter donnernden Beifallsrufen in den „Heilruf" begeistert ein.)

Partei-Nachrichten.

Erklärung.

Einem Berichte der „Staatsbürger-Zeitung" (Nr. 82) zufolge, hat Sonntag, den 16. Februar, in Kassel eine Versammlung der Reformpartei stattgefunden, worin beschlossen wurde, den Kandidaten der Deutschsozialen Partei für den Wahlkreis Kassel-Melsungen, Herrn Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden), „bei der Wahlarbeit thatkräftigst zu unterstützen". — Es ist dabei der Wunsch ausgesprochen worden, „daß die Mitglieder der Deutschsozialen Partei im Wahlkreise Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen für den Fall, daß die Reformer dort mit einem eignen Kandidaten vorgehn sollten, den Kandidaten der Reformpartei ebenso unterstützen, wie die Reformer in Kassel-Melsungen den Kandidaten der Deutschsozialen Partei."

Um rechtzeitig der Entstehung von Mißverständnissen vorzubeugen, erklärt die unterzeichnete Leitung der Deutschsozialen Partei folgendes:

Wir nehmen die uns, ohne Zuthun unsrerseits, freundlichst angebotne Wahlhilfe dankend an, können aber dafür keine Gegenleistungen innerhalb unsers Besitzstandes bezw. Arbeitsgebiets zusagen. — Die Wiedereroberung des Kreises Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen hat die Deutschsoziale Partei stets im Auge behalten.

Andrerseits werden wir, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, den Besitzstand der Reformpartei in Kurhessen durchaus unangefochten lassen.

Berlin, den 20. Februar 1902.

Die Deutschsoziale Parteileitung.

Liebermann v. Sonnenberg. Müller (Waldeck). Raab. Vogel.

„Landsturm-Deutsch" nennt sich die bereits in vierter Auflage erschienene Broschüre, die genau nach dem stenographischen Berichte die Reden des Abg. Liebermann von Sonnenberg gegen Joe Chamberlain enthält. Der Verlauf der ganzen Verhandlungen im Reichstage ist genau dargestellt; es sind dazu natürlich auch die Auslassungen des Reichskanzlers ihrem amtlichen Wortlaute nach abgedruckt, ebenso die einiger andrer Abgeordneten. Obwohl dadurch das handliche Büchlein über vierzig Seiten Text bekommen hat, ist der Preis doch besonders niedrig gehalten, nämlich 10 Pfg. für das Stück. Es eignet sich infolgedessen ganz ausgezeichnet zu einer Massenverbreitung, zumal bei größern Bezügen der Preis sich noch erniedrigt (50 Stück = 4 Mark, 100 Stück = 7 Mark).

Wohl noch niemals ist einem deutschen Abgeordneten die Zustimmung des Volkes zu einer Reichtags-Rede in ähnlichem Umfange ausgedrückt worden. In rund 800 Zuschriften (Telegrammen, Briefen, Postkarten) mit etwa 10000 Unterschriften, wobei die Zustimmungs-Erklärungen von zahlreichen Versammlungen nicht mitgezählt sind, versicherten Angehörige aller Stände und aller nationalen politischen Parteien in oft gradezu ergreifenden Tönen ihr Einverständnis mit der Kennzeichnung des englischen Kolonialministers, die allen Deutschfühlenden aus dem Herzen herausgesprochen sei. — Zahlreiche englische Schmähbriefe beweisen andrerseits, daß der Hieb drüben gesessen hat. — Das Schriftchen trägt als Leitwort die Depesche Kaiser Wilhelms des Zweiten an den Präsidenten Krüger vom 3. Januar 1896 und schließt mit einem schwungvollen Gedichte, das die „Berner Volkszeitung" aus Anlaß der Reichtagsrede von Liebermanns, in ihrer Nummer vom 15. Januar brachte.

Ueberall, wo Versammlungen oder sonstige Veranstaltungen für die Buren stattfinden, sollte die Broschüre jedem Teilnehmer entweder kostenlos ausgehändigt oder doch zum Kauf angeboten werden. Zu beziehn ist sie von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Verband Westmark. Der Deutschsoziale Verein Duisburg hat in seiner Hauptversammlung am 18. d. M. nach einem Vortrage der Herren Amtsrichter Hoffmann (Gelsenkirchen) und Verbandssekretär Amthor einstimmig beschlossen, den Verein in eine Ortsgruppe des Verbandes Westmark umzuwandeln. Herr Kaufmann J. Bovenkerk, der den Verein zehn Jahre lang leitete, wird auch Obmann der neuen Ortsgruppe bleiben.

Braunschweig. In Rautheim hielt am 15. d. M. Herr F. Kemper Vortrag über das Thema „Zollschutz oder Brotwucher", der bei den Zuhörern allgemeinen Beifall fand. — Die „Genossen" versuchten am 18. d. M. eine Versammlung in Thiede zu stören, in der Herr Kemper die Ziele unsrer Partei in längerer Rede entwickelte. Als man durch die Rufe nach Bürowahl nichts erreichen konnte, schickten sie den Stadtverordneten Rieke (Braunschweig) ins Feuer, der sich aber auf Tiraden gegen die Monarchie beschränkte, da er an den sozialpolitischen Ausführungen des Herrn Kemper nichts auszusetzen fand. Das Ende war eine kräftige Abfuhr dieses „Genossen". —

Am selben Tage behandelte Herr Rechtsanwalt Fischer in Kleinstöckheim dasselbe Thema.

Verband Nordmark. Am 22. veranstaltete die Ortsgruppe Stade unter Leitung ihres Vorsitzenden, Herrn Photograph H. Pickenpack, eine stark besuchte öffentliche Handwerker-Versammlung, in der Herr Henningsen (Hamburg) über das Verdingungs-Unwesen sprach. Dem mit zahlreichen Beispielen belegten Vortrage stimmten die Zuhörer wiederholt lebhaft zu; zum Schluß sprach man dem Redner noch besonders den Dank der Handwerker aus, von denen sich verschiedne an der freien Aussprache beteiligten.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller".

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8 1/2 Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Lubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;

in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";

in Nordhausen am 28. Februar und 3. März in den „Drei Linden";

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Die sehr freie Schreibweise in seinem Buche „Der Wagehals" muß der „Schriftsteller" Hugo Cohn zu Berlin mit

dreißig Mark Geldstrafe büßen, da Staatsanwaltschaft und Gericht darin eine unzüchtige Schrift sahen.

Steckbrief. Der unterm 20. Januar 1900 von der Staatsanwaltschaft zu Breslau hinter dem Kommis Salomon Kallmann, zuletzt in Breslau, und 18 Genossen erlassene Steckbrief wird bezüglich sämtlicher Angeklagten mit Ausnahme des unter Nr. 5 genannten Kommis Anton Frankfurther und des unter Nr. 7 genannten Zahntechnikers Ludwig Goldschmidt erneuert. —

Gegen den Kaufmann Leo Rosenberg, geboren am 20. Januar 1876 zu Konitz (Westpr.), zuletzt in Berlin wohnhaft gewesen, der sich verborgen hält, soll eine durch vollstreckbares Urteil des Kgl. Landgerichts 2 zu Berlin vom 28. September 1901 erkannte Gefängnisstrafe von einem Monat und eine Restgeldstrafe von 257 Mark, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle noch weitre 25 Tage Gefängnis treten, vollstreckt werden. Die Staatsanwaltschaft 2 zu Berlin ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gefängnis.

Eine ganz besondre Frechheit zeigte der Kontorist Bela Goldsinger zu Wien. Seinem Vorgesetzten rief er die geflügelten Worte aus Götz von Berlichingen zu, von denen jüngst ja auch auf Anregung der „Genossen“ im österreichischen Reichsrate die Rede war. Der Beleidigte verklagte den netten Goldfinger natürlich und als diesem die Vorladung zugestellt wurde, wiederholte er dem Kläger gegenüber die famose Aufforderung und setzte hinzu: „Ich werde zu fünf Gulden verurteilt, wofür ich Ihnen im Gerichtssaale eine Ohrfeige herunterhaue.“ Diese Frechheit ahndete das Gericht mit zehn Tagen Arrest.

Verschiedne Betrügereien ließ sich der Auktionator Sally Löwenstein zu Hamburg zu Schulden kommen, so daß ihm der Richter auf acht Monate staatliches Freiquartier zuwies.

Im Augenblick der Verwirrung wollte der Buchhalter Siegfried Lunzer zu Wien gehandelt haben, als er seinem Arbeitgeber einen Brief mit 6600 Kronen entwendete. Das Geld gelangte bis auf 600 Kronen wieder in die Hände des Bestohlnen und der Dieb muß zwei Jahre im Zuchthause sitzen.

Unbefugte Veranstaltung einer Lotterie. Am 4. Dezember v. J. eröffnete der Kaufmann Max Adler zu Breslau ein Schuhwarengeschäft und bereits einige Tage darauf machte er bekannt, daß er vom 14. bis 24. Dezember an jedem Tage jedem 10., 25. und 50. Kunden alles kostenlos geben würde. In dieser unsoliden Reklame erkannte das Gericht nur ein Lotterie-Vergehn und legte dem findigen Adler dreißig Mark Geldstrafe auf.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Wegen betrügerischen Bankrotts ist der Weißwarenhändler Josef Scholl, der erst vor Jahresfrist aus Galizien kam, aus Wien flüchtig. Sein Bruder Wolf Scholl, der die erschwindelten Waren mit unterbringen half, wurde noch rechtzeitig abgefaßt.

Konkurs des Kaufmanns Max Heymann, in Firma Max Strauß zu Berlin. Den Forderungen ohne Vorrecht von insgesamt 50 000 Mark steht eine „Dividende“ von 7,2 v. H. in Aussicht.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Der „Scherer“ hat die Einführung von Sonderheften, die so viel Anklang fanden, wieder aufgenommen und widmet seine neue Nummer dem Theater. Daß grade auf diesem Gebiet des öffentlichen Lebens sich genug Anlaß zu Humor und Satiren ergiebt, ist verständlich. Dem ersten Teil trägt eine ungemein zarte Skizze „Nita“ aus der Feder des bestbekannten Martin Boelitz Rechnung. Drei famose dramatische Skizzen „Kritik“, „Während einer Aufführung des ‚Fuhrmann Henschel‘ im Brünner Stadttheater“ und „Ein klassischer Traum des Leutnants Hugo von Hühnerbein“ sorgen in reichlichem Maße für Humor und Laune. Die gelungnen Bilder vervollständigen den Inhalt des Heftes und man kann sagen, daß der „Scherer“ wieder einmal einen Meisterschuß auf die Zielscheibe gethan hat.

„Der Kyffhäuser.“ Deutsche Blätter für Politik, Kunst und Leben. Herausgeber und Verleger: Oesterr. Verlagsanstalt Linz, Wien, Leipzig. Vierteljährlich 2,50 Mark.

Aus dem Inhalte des zweiten Februar-Heftes entnehmen wir folgendes: Alldeutschlands Mahnen. — Vom Wert der Worte. — Das Wesen des Dramas. (Nach Karl Weitbrechts Buch: Das deutsche Drama.) — Die Landschaft des Bodensees. — Ein Weib. (Eine Studie.) — Ein Wintermärchen. — Die provisorische Manipulantenstelle. — Wiener Musikbrief. — Kritik. — Bücher.

Briefkasten.

Nach Kottbus. Besten Dank für die freundliche Karte. Ich schrieb vor kurzem an Herrn J. dort, wie ich mir die Neubelebung unsrer Sache in Ihrer Gegend denke. Heil! v. L.

Nach Mannheim. Dank für die ausführlichen Mitteilungen. Hoffe bald zu mündlicher Besprechung Gelegenheit zu haben. Heil! v. L.

R. Dresden. Zu 1: nein, zu 2: ja, zu 3: ist schwer von hier aus zu beantworten. Ich halte die betreffende Sache für völlig verfahren und aussichtslos, sehe darin aber kein großes Unglück.

Döbeln. Ja, teurer Herr, dafür können wir doch nicht!

Z., W. und K. in Breslau. Soll uns freuen, aber — der Pläne sind genug gedrechselt — nun laßt uns endlich Thaten sehn.

Nach Oels. Soweit wir unterrichtet sind, will der Betreffende nicht mehr.

Delitzsch. Natürlich werden Sie dazu eingeladen.

Nach Bonn, Düsseldorf, Krefeld, Münster (Westf.) und Gelsenkirchen. Herzlichen Dank und Gegengruß.

Stargard (Pomm.) Leider ist Ihr Zutrauen auf unsre „konservative“ Regierung nicht gerechtfertigt. Die Pferde-Ankäufe für England erfolgen mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis.

G. M. Naumburg (Saale). Lesen Sie den „Hammer“, Monatsschrift. Verlag von Th. Fritsch, Leipzig, Königstraße 27.

Annaberg (Erzgeb.). Siehe die Antwort nach Döbeln. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, müssen wir uns sowohl vor Zersplitterung der Kräfte als vor unnützen Reibungen in Acht nehmen.

Weimar. Das Anwachsen jener Gruppe hat für uns gar nichts bedrohliches. Im Gegenteil, wir freuen uns, daß die Leute rührig sind. Nur nicht kleinlich.

S. Meiningen. Der kleine Herr Müller thut ausgerechnet von allem das Gegenteil, was im Interesse seiner ländlichen Wähler liegt. — Auf die Bauern, die ihn noch wählen, würde das Sprichwort von den größten Kälbern passen.

Kiel. Wann der zweite Band der „Varuna“ erscheint, wissen wir nicht. Hoffentlich bald. Wir teilen Ihr Urteil über das geistvolle Buch.

U. Stuttgart. Brief haben Sie doch erhalten? Wir können beim besten Willen nicht anders verfahren.

Riga. Einschließlich der Schmähschriften rund 800. B. B. soll alles zur Ansicht erhalten. Er könnte viel daraus lernen. Aber wir zweifeln, daß er es lesen wird.

Freiburg (Breisgau). Herzlichen Dank für das neueste Heft mit der Wege-Karte. Ja, wenn man so könnte, wie man wollte. Aber wer weiß, ob wir nicht zur Wanderzeit mitten in Neuwahlen stecken. Wir trauen dem Reichstage kein natürliches Ende zu. Auflösung wäre das dümmste, was geschehen kann. Also ist sie wahrscheinlich.

Nach Baden. Einer unsrer sächsischen Mitarbeiter hat die Schrift des Herrn Dr. Giese gegen die Abgg. von Liebermann und Raab noch nicht gesehen bezw. gelesen — er möchte sie gern für seine Sammlung haben, indes kein Geld dafür anlegen. Da wir in derselben Lage sind wie jener Mitarbeiter, so bitten wir unsre Freunde in Baden um ein solches Exemplar.

Fr. B. Cleve. Besten Dank, wird verwendet.

A. M. Lörrach. Dankend erhalten.

v. L. München. Ergebensten Dank — kam leider für diese Nummer zu spät.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 6. März 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 707.

Monats-Spruch.

Der ewige Jude Ahasverus ist nichts andres, als die Personifikation des ganzen jüdischen Volkes. . . Das Vaterland der Juden sind die übrigen Juden; daher kämpft er für sie, wie pro ara et focis, und keine Gemeinschaft auf Erden hält so fest zusammen, wie diese. Daraus geht hervor, wie absurd es ist, ihnen einen Anteil der Regierung oder Verwaltung eines Staates einräumen zu wollen. . .

Demnach ist es ein Irrtum, wenn man die Juden blos als Religions-Sekte betrachtet; wenn aber gar, um diesen Irrtum zu begünstigen, das Judentum mit einem der christlichen Kirche entlehnten Ausdruck bezeichnet wird als „Jüdische Konfession", so ist dies ein grundfalscher, auf das Irreleiten berechneter Ausdruck, der gar nicht gestattet sein sollte. Vielmehr ist „Jüdische Nation" das Richtige. . .

Schopenhauer (Parerga 2, § 133).

Offne Antwort

an den Rabbiner Dr. W. Münz in Gleiwitz

auf seinen in einigen Zeitungen veröffentlichten offnen Brief vom 22. Januar an den Abg. von Liebermann.

Herr Rabbiner!

Mir wurde vor einiger Zeit, als ich bei einer Ersatzwahl thätig war, ein langer Brief von Ihnen nachgesandt. Da ich aus dem Eingangssatze entnehmen konnte, daß er nichts Eiliges enthielt, legte ich ihn vorläufig bei Seite. Ich hatte zunächst nötigers zu thun. Als ich Anfang Februar nach Berlin zurückkehrte, wurde mir berichtet, Ihr Brief sei im „Berliner Tageblatt" und andern gleichartigen Zeitungen erschienen, auch seien dort Zustimmungs-Erklärungen usw. dazu abgedruckt worden.

Ihr Zweck, etwas Aufsehen zu erregen und von sich reden zu machen, war demnach erreicht und es entfiel für mich jede Verpflichtung zur Antwort und zur Kenntnisnahme Ihrer Auseinandersetzungen, für die ich ja doch nur die Deckadresse gewesen war.

Gestern kam mir nun zufällig Ihr Schriftstück wieder in die Hände, ich las es durch und fand, daß ich vielleicht durch Wiedergabe des Textes nebst einigen Zusatzbemerkungen meinerseits, den Lesern der „Deutsch-Sozialen Blätter" eine Unterhaltung bereiten könnte. Dieser Erwägung verdanken Sie die nachfolgende Antwort.

Ich werde dabei so verfahren, daß ich längere oder kürzere Stücke Ihres Schreibens wörtlich abdrucke und dann meine Bemerkungen folgen lasse. Einleitend hebe ich hervor, daß Sie bei Ihrem „Offnen Briefe" an mich, die allerselbstverständlichste Sorgfalt außer Auge gelassen haben. Sie haben nämlich meine Rede vom 10. Januar d. J., gegen die Sie sich in langen, salbungsvollen Phrasen-Ergüssen wenden, **gar nicht vorher gelesen** — sondern sich begnügt, Ihre Wissenschaft darüber aus irgendeinem Zeitungs-Auszuge zu schöpfen. Daß aber solche Auszüge sehr häufig höchst ungenau und meist nach der politischen Richtung der Zeitung gefärbt sind, mußten Sie wissen.

Sie schreiben:

Herr Abgeordneter! In Ihrer Reichstagsrede zum Reichshaushalts-Etat für 1902 haben Sie den Konitzer Mord berührt und haben vor den Vertretern der Nation die Worte Ritualmord und Blutmord ausgesprochen.

Diese einleitenden Worte müssen bei den Lesern die Meinung erzeugen, als hätte ich mich in meiner Etatsrede eingehend über die Ritualmordfrage verbreitet und dadurch den Herrn Rabbiner in den Gewissenszwang versetzt, mir zu antworten. — Was habe ich aber thatsächlich gesagt? Hier der stenographische Wortlaut der betreffenden Stelle:

„Ich hoffe, daß das hohe Haus die Petition (die Konitzer Petition ist gemeint) als zur Erörterung im Plenum geeignet erachten wird. Die Frage des Blut- oder Ritualmordes kann dabei ganz außer Acht bleiben; deswegen hätte unser früherer Kollege Frank uns heute sein dickes Buch über die Ritualmordfrage nicht zu schicken brauchen."

Wenn Sie das Stenogramm meiner Rede gelesen hätten, so würden Sie also wohl nicht auf die kuriose Idee gekommen sein, an diesen harmlosen Satz Ihre weiter unten abgedruckten Belehrungen und Beteuerungen anzuknüpfen. — Sie fahren dann fort:

In derselben Rede haben Sie auch auf das Urteil des Amtsgerichts zu Darmstadt hingewiesen, Kraft dessen das Zeugnis eines Angehörigen der mosaischen Religion besonders wertvoll sei, da die Angehörigen dieser Religion nach den Erfahrungen der Gerichte es mit dem Eide durchgängig sehr genau nehmen.

Sie suchen diese Ausführungen des Amtsgerichts zu bemängeln. Sie werden aber selbst bei näherer Betrachtung zugeben müssen, daß die gesamte religiöse Litteratur und alle Moral-Kodices der Juden, daß ferner die von den Juden seit Jahrtausenden innegehaltne religiöse und ethische Geistesrichtung das Urteil des Amtsgerichts — selbstverständlich ganz unbeschadet dem Vollwerte und der Integrität des Eides der Angehörigen der christlichen Religion — vollauf bestätigen.

Ganz recht. Ich hatte unter Kennzeichnung einer auffallenden Praxis, die bei den Gerichtsverhandlungen im Konitzer Prozesse hervorgetreten ist, wörtlich folgendes gesagt:

„Und — welch sonderbarer Zufall — ganz am andern Ende unsers Vaterlandes, in Darmstadt, hat ein Amtsrichter, namens Gerlach, in der Begründung eines Urteils die Theorie zu dieser Praxis hergestellt. Er hat ausgesprochen, das Zeugnis eines Juden sei besonders wertvoll, ,da es die Angehörigen dieser Religion nach den Erfahrungen des Gerichts mit dem Eide durchgängig sehr genau nähmen'

(Heiterkeit rechts),

,seine Religions-Angehörigkeit diene daher dem Gericht zur Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit.'

(Heiterkeit rechts.)

Ja, m. H., das ist doch eine Degradation der Angehörigen beider christlichen Konfessionen im Lande zu Staatsbürgern zweiter Klasse!

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Abgesehen davon, daß die Lehren der Statistik dagegen sprechen — denn danach ist der Prozentsatz der wegen Meineid auf die Anklagebank gekommnen Juden ein weit höherer, als der bei den christlichen Konfessionen —, abgesehen davon, bin ich noch in der Lage, Ihnen den Ausspruch eines verstorbnen, hervorragenden Juden mitzuteilen, den dieser nachweisbar gethan hat, und der sehr wichtig für die Beurteilung dieser Frage ist. Er lautete:

die gegenwärtige Form des gerichtlichen Eides wird von keinem orthodoxen Juden für rechtsverbindlich gehalten

(hört! hört! rechts),

aber allerdings wird auch niemals ein orthodoxer Jude einen Meineid leisten, wenn er nach dem Ritus seines Religionsbekenntnisses vereidigt wird.'"

Daß Sie, als Rabbiner, die Naivetät haben, den christlichen Eid als minderwertig gegenüber dem jüdischen zu bezeichnen — denn die Redewendung „unbeschadet der Integrität des Eides der Angehörigen der christlichen Religion" ist in diesem Zusammenhange widersinnig —, kann Ihnen wegen Ihrer erblichen Belastung mit dem Auserwähltheits-Dünkel nachgesehn werden, daß aber einzelne moralische Eunuchen deutscher Abkunft für diese Beschimpfung unsers christlich-deutschen Volkes keine Empfindung haben, wie es aus einigen an Sie gerichteten, im „Berl. Tageblatt" abgedruckten Briefen hervorgeht, das ist traurig. —

Zur Begründung Ihrer Auffassung vom Juden-Eide schreiben Sie dann folgendes:

Von den alttestamentlichen Schriften bis zur Gegenwart herab, sind alle religiös-litterarischen Denkmäler der Juden von tiefer Ehrfurcht und erhabner Scheu von der Weihe und der Heiligkeit des Eides erfüllt.

Der Jude sieht sich im Eide in unmittelbare Beziehung zu Gott gesetzt, den er als den allwissenden Richter anruft; er fühlt beim Eide mit innerstem Beben den Hauch der Göttlichkeit und den Flügelschlag der Ewigkeit an sich vorüberziehn.

Schon in dem mosaischen Zehngebot ist die feste, granitne Grundlage für die Heiligkeit des Eides gelegt. „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht aussprechen zum falschen" (2. Moses 20).

Und wie oft ist dieser Gedanke im Pentateuch selbst, sowie in den Propheten und Hagiographen in den verschiedensten Wendungen variiert und durch Wort, Lehre und Beispiel uns eingeprägt worden. Wie ergreifend und eindringlich klingt die Mahnung: „Ihr sollt nicht bei meinem Namen zum Falschen schwören. Du entweihst dadurch den Namen deines Gottes" (3. Moses 19). Und in demselben Sinn: „Ihr sollt nicht meinen Namen entweihen, denn ich bin der Herr, der ich euch heilige" (3. Moses 22). Knapp und präcis, scharf und schneidig lautet der Ausspruch des Propheten: „Falschen Eid hasse ich, spricht der Herr" (Zacharias 8). In einem schönen, anschaulichen Bilde verkündet es der Psalmendichter: „Wer darf den Berg des Herrn besteigen, wer seine heilige Stätte betreten? Wer lautern Herzens ist, wer Meineid nie begeht, zum Truge nie schwört" (Psalm 24). Demselben Gedankengange folgen ausnahmslos die spätern Lehrer und Theologen. Alle sind sie bemüht, unser Gewissen zu schärfen. So stellt ein Gelehrter im Talmud den Grundsatz auf: „Schon dein ‚Ja' und ‚Nein' sei wahrhaft und rechtlich." Ein andrer Schriftgelehrter giebt seinem mächtigen Empfinden über die Bedeutsamkeit des Eides in den Worten Ausdruck: „Bei keinem der zehn Gebote ging ein solches Zittern und Beben durch die Welten, wie bei der Verkündigung des Gebotes von dem Eide." Und von tiefem Grauen über die schwere Sünde des Meineides erschüttert, ruft ein andrer Weiser aus: „Was Feuer und Wasser, was die Elemente nicht zerstören, der Meineid verwüstet und vernichtet es!"

So nimmt in der Weltanschauung des Israeliten der Eid einen besonders geheiligten und erhabnen Platz ein.

Sehr interessant, in der That, Herr Rabbiner. Und nun geben Sie mir einmal eine geeignete Bezeichnung für den sittlichen Tiefstand eines Volkes an, welches so erhabne Religionslehren über die Heiligkeit des Eides besitzt und trotzdem eine weit größere Kriminalitäts-Ziffer in Bezug auf Meineide und Falscheide zeigt, als die Wirtsvölker, unter denen es wohnt?

Zum Beweise für diese Behauptung gebe ich Ihnen ein paar Zahlen, die ich nicht einer antisemitischen Statistik, sondern dem zur Verteidigung der Juden geschriebnen Büchelchen „Die Juden als Verbrecher. Eine Beleuchtung antisemitischer Beweisführung," entnehme. Dort heißt es auf Seite 27:

„Bemerkt muß schließlich noch werden, daß an dem Meineid und den verwandten Delikten die Juden einen relativ größern Anteil haben als die Christen. Die bezüglichen Zahlen sind hier:

Verurteilte auf 10000 strafmündige

	Christen	Juden	Quotient
Meineid	21,2	42,9	2,02
Fahrlässiger falscher Eid	9,4	14,7	1,56
Verleitung zum Meineid	5,4	14,2	2,63
Andre Verletzung der Eidespflicht	0,6	1,0	1,67
Falsche Anschuldigung	12,6	26,4	2,10"

Der Verfasser Dr. Lux legt hier die Verurteilungen zu Grunde, bei den Anklagen ist der Prozentsatz für die Juden noch viel ungünstiger.

Ich will Ihnen aus der Verlegenheit helfen, Herr Rabbiner. Für mich liegt die Erklärung jener statistischen Thatsache in dem in meiner Rede zitierten und oben abgedruckten Ausspruche des jüdischen Gelehrten, daß „die gegenwärtige Form des gerichtlichen Eides von keinem orthodoxen Juden für rechtsverbindlich gehalten wird."

Wollen Sie den furchtbaren Folgen einer solchen Auffassung entgegentreten, und ich meine, daß Sie als Rabbiner dazu verpflichtet sind, so helfen Sie mir, das zu verwirklichen, was ich in den folgenden Sätzen meiner Reichstagsrede zum Ausdrucke brachte:

„Meine verehrten Herren, es fällt mir natürlich nicht ein, daraus nun den Schluß ziehn zu wollen, daß alle jüdischen Eide, oder die meisten, Meineide seien. Davon schrecken die Strafbestimmungen und hier und da wohl auch das Gefühl ab, daß man als vollberechtigter Staatsbürger auch den Gesetzen des Landes entsprechend handeln muß, selbst wenn man eine oder die andre gesetzliche Form für sein Gewissen nicht für rechtsverbindlich erachtet. Ich meine nun, in diesem Ausspruche ist der Weg zur Abhilfe gegeben. Warum greift denn die Regierung nicht zurück auf den hier im Reichstage vor einer Reihe von Jahren angenommnen, von mir damals eingebrachten und vertretnen Antrag auf Wiedereinführung des konfessionellen Eides?

Wir würden dadurch aus sehr vielen Schwierigkeiten herauskommen, die Gerechtigkeitspflege im Lande würde gefördert werden, und die Justizbehörden würden vielfach eine leichtere Arbeit bei Ergründung der Wahrheit haben als heute."

Sie lassen sich in Ihrem Briefe dann weiter wie folgt aus:

Ist es da ein Wunder, wenn der Jude es mit dem Eide ernst, sehr ernst nimmt!

Mir sind Fälle bekannt, wo jüdische Kaufleute und Gewerbetreibende, die in Zivilprozessen durch Leistung eines Eides ein obsiegendes Urteil hätten erstreiten können, auf das ihnen rechtlich zustehende, nicht unbeträchtliche Vermögensobjekt verzichteten, weil sie es nicht über sich bringen konnten, den zweifellos wahrhaften, durchaus zutreffenden Eid zu leisten. Der Eid gilt eben dem Juden als ein solch hochwichtiger, gottesdienstlicher Akt, daß er auch den wahrhaften Eid zu vermeiden sucht und eine heilige Scheu empfindet, eines Vermögensnachteils willen, ohne dringende Veranlassung, den Namen Gottes anzurufen.

Sollte es Ihnen wirklich unbekannt sein, Herr Rabbiner, wie wenig ernst es die Handelsjuden aller Art mit dem Schwören — ich denke hierbei nicht an den Eid vor Gericht — nehmen? Wissen Sie nicht, wie oft schlichte Bauern dadurch von Hausierjuden übervorteilt werden, daß die Letztern unter Anrufung Gottes allerlei Redewendungen brauchen, die der christlich-deutsche Bauer für eine schwere Versündigung ansehen würde, wenn die damit bekräftigte Angabe unwahr wäre? Er glaubt solchen Beteuerungen und ist betrogen. Der Jude aber hat sich nach seiner Meinung nicht versündigt, denn seine Schwüre waren nicht in einer für sein Gewissen verbindlichen Form abgegeben — sie waren nicht more judaico geschworen.

Was die Fälle jüdischer Kaufleute anbetrifft, die lieber auf einen Vermögensvorteil verzichteten, als daß sie einen an sich richtigen Eid schwören, so habe ich auch von Aehnlichem gehört und würde ein solches Verhalten für höchst achtungswert ansehn. Aber Herr Rabbiner, warum sind Sie nicht solchen guten Beispielen gefolgt. Warum haben Sie ohne jede dringende Veranlassung in den folgenden Sätzen den Namen Ihres Gottes angerufen?

Sie schreiben:

So sehr wir uns nun von jedem Eide zurückhalten sollen, so ist doch der Eidschwur gestattet, ja sogar Pflicht, wenn durch denselben die staatliche Ordnung, wenn Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit, wenn Wahrheit und Sittlichkeit durch denselben befestigt und erhalten werden sollen, und wir dasjenige, was wir beschwören, ganz gewiß und untrüglich wissen.

Und nun hören Sie mich, Herr Abgeordneter! Sie haben wieder im deutschen Reichstage die Worte Blutmord und Ritualmord in die Welt hinausgerufen.

Das ist, wie das obige Zitat aus meiner Rede beweist, eine falsche Unterstellung, ich habe im Gegenteil betont, die Frage des Blut- und Ritualmordes könne bei Besprechung der

Konitzer Petition ganz außer Betracht bleiben. — Sie sehen also, daß Ihre ungeheure Pathetik ganz am falschen Platze war. Ich will aber Ihre folgenden Ausführungen auf die Leser im Zusammenhange wirken lassen und verzichte hier darauf, meine Einwendungen hinter jedem Satz einzuschalten. Sie schreiben:

Als erfahrnem Manne werden Ihnen sicherlich die Schriften der christlichen Gelehrten Delitsch, Strack, Ch volson, Pfarrer Franck u. A. bekannt sein, die mit recht deutscher Sorgfalt und Gründlichkeit an der Hand von Urkunden und Akten und nach genauster Durchsichtigung und Durchsiebung der einschlägigen christlichen und jüdischen Litteratur es sonnenklar und zur Evidenz nachgewiesen haben, daß der sogenannte Ritualmord, der den Juden angedichtet wird, eine absolute Lüge, ein albernes Märchen sei, nicht anders als wie verblendete Chinesen und fanatische Boxerhorden den Christen Ritualmorde zumuten.

Soll ich Ihnen noch einmal all die Bullen und Erlasse erleuchteter Päpste und vorurteilsloser, gerechter weltlicher und geistlicher Fürsten vorführen, welche die Ritualmorde, deren man die Juden bezichtete, in das Reich der Fabel verweisen und diese Bezichtigung als eine bodenlose, niederträchtige Verleumdung erklären, geeignet, Tod und Verderben über unschuldig verdächtigte Menschen zu bringen?

Soll ich Ihnen noch einmal die grauenhaften, mittelalterlichen Prozeßakten aufrollen, aus denen der Schrei der gemarterten, unschuldigen Juden uns entgegentönt, die auf der Folterbank etwas gestehn sollen, von dem sie absolut nichts wissen — bis erst später, oft durch Zufall, die Verlogenheit und Haltlosigkeit der Blutbeschuldigung zu Tage trat?

Es ist eine lange, traurige Leidensgeschichte, von der der Genius der Menschheit mit Erröten sich abwendet.

Und doch haben Sie es über sich gebracht, vor dem hohen Hause des deutschen Reichstages, vor den berufnen Vertretern des Volkes der Dichter und Denker die Worte „Ritualmord und Blutmord“ auszusprechen. Sie haben dadurch mich, den deutschen Rabbiner, in meinen heiligsten Gefühlen gekränkt und tödlich beleidigt. Ich appelliere an Ihre Ehre. Es ist eine Ehrenpflicht des Beleidigers, den Beleidigten zu hören.

So hören Sie denn Herr Abgeordneter. Sie sprachen vor der großen Oeffentlichkeit des deutschen Reichstages und besaßen das Ohr Europas.

Ich spreche jetzt in der stillen Einsamkeit meiner Studierstube, und der glühend heiße Hauch meiner Brust erstirbt auf meinen Lippen wie ein leises Flüstern. Aber dieses kaum vernehmbare Wort, das jetzt den heiligsten Tiefen meines armen, gepreßten, verwundeten Herzen entsteigt, es schwillt zu einem Donner an, es zerreißt die dunklen Wolken, welche diese Erde umlagern und bringt bis zum göttlichen Richterthrone empor.

Ich erhebe jetzt meine Hand zum Schwure. Ich rufe Gott, den allwissenden Nichtee, in seiner allgegenwärtigen Majestät und unnennbaren Heiligkeit zum Zeugen der Wahrheit an.

Mich durchbeben die Schauer der Ewigkeit. Ich will in den Augen Gottes ein unseliger Sünder sein, ich will in den Augen meiner Mitbürger als ehrlos und infam gebrandmarkt sein, wenn ich etwas verschweige, was ich weiß, oder wenn ich den leisesten Gedanken, die entfernteste Idee, die in dieser Frage in mir irgendwie aufdämmert, unterdrücke oder durch ein reservatio mentalis umgehe.

Hier nur eine ganz kurze Zwischenbemerkung. Ihre Anfrage wegen der Bücher von Strack usw. beantworte ich später. Die bombastischen Eidesvorbereitungen machen auf mich nur einen peinlichen Eindruck. Kommen denn solche reservationes mentales bei Juden-Eiden sonst so oft vor, daß Sie sie hier ausdrücklich auszuschließen für nötig halten? — Ein Eid, more judaico, wird das, was Sie im folgenden schwören, trotz alledem nicht; dazu gehören, wie Sie besser als ich wissen, allerlei notwendige Formen, z. B.; wenn ich recht unterrichtet bi n, die Anwesenheit eines den Eid anhörenden Rabbiners und dergl. mehr.

Aber nun schwören Sie los:

Ich erhebe meine Hand zum Himmel und schwöre:

„Das Judentum und die Juden kennen keinen Ritualmord. Das Judentum und die Juden empfinden Grauen und Entsetzen, wie vor dem schwersten, gräßlichsten Verbrechen, vor den sogenannten Ritualmorden, die man ihnen unterschieben will. So tief das Meer, so hoch der Himmel, so heilig Gott der Herr selber ist, so groß, so gewiß, so über jeden Zweifel erhabner ist die Unschuld Israels in allen Blutanklagen, die man gegen dasselbe erhoben.

Israels Hand ist rein vom Blut!“

Ich bin Rabbiner und Sohn eines Rabbiners, dessen Vorfahren seit vielen Jahrhunderten Rabbiner und Meister in Israel waren. Die Lehren, Vorschriften und Gebräuche des Judentums sind mir genau bekannt. Ich bin in denselben erzogen worden. Ich selbst habe jahrzehntelang mit jüdischer Religionsphilosophie, mit jüdischer Geschichte und dem jüdischen Religionsgesetz mich beschäftigt. Ich übersehe darum mit untrüglicher Klarheit, wie thöricht, wie widersinnig, wie ungeheuerlich es ist, Judentum und Juden mit dem Begriffe eines Ritualmordes auch nur im entferntesten in Zusammenhang zu bringen. Man spricht etwas Unmögliches aus. Es ist so, als ob man ein schwaches, zartes Kind verdächtigen wollte, einen Mühlstein gestohlen zu haben. Vergebens weint das Kind und sucht sich seiner Feinde mit den Worten zu erwehren: „Eure Anklage widerspricht doch meiner ganzen Natur. Ich kann den Mühlstein doch nicht vom Platze rücken!“ Aber der brutale, verstockte Ankläger bleibt bei seiner blödsinnigen Behauptung. Du hast den Mühlstein gestohlen. So ergeht es Israel.

Vergebens ist mit stahlharten, unwiderleglichen Beweisen dargethan worden, daß die Blutbeschuldigung der innersten Natur des Judentums widerstreitet Vergebens ist unzähligemal mit flammender Zunge und mit sich auflösender Begeisterung — daß es den Stein rühren und überzeugen könnte — auseinandergesetzt worden, daß Judentum und Ritualmord zwei absolute Gegensätze sind, die sich hassen und abstoßen, die sich meiden und fliehen. Vergebens! Die Blutanklage gleicht dem alten Ungetüm der Hydra. Wird ihr ein scheußlicher Kopf zu Boden geschmettert, dann sprießt aus dem giftgeschwollnen Leibe ein neuer zischender Kopf, blöde glotzend, empor. Das wahnbethörte Menschenherz aber ist härter und kälter als Stein.

Was soll nun geschehn? Gibt es in unserm gepriesenen Zeitalter, am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts, gibt es da keine Macht auf dieser weiten Erde, um endlich einmal diese aller Logik Hohn sprechende Blutbeschuldigung zum Verstummen zu bringen? Keine? Nun denn, so rufe ich den Himmel, der in das Dunkel unsers Erdendaseins hineinleuchtet und in Milde und Freundlichkeit über alle Menschen sich wölbt, zum Zeugen der Wabeheit und Unschuld an. Ich habe mein Heiligstes verpfändet, ich habe geschworen.

O, wie gern wäre ich bereit, für diesen meinen Schwur mein Leben hinzugeben und als Glaubenszeuge und Märtyrer für die Ehre Israels zu sterben, damit die Welt endlich zur Erkenntnis gelange, wie sehr sich diejenigen versündigen, welche durch die bodenlosen Blutanklagen tiefe Schmach auf Israels unschuldiges Haupt häufen und seinen seit Jahrtausenden blanken, tadellosen Ehrenschild verunglimpfen.

Damit es endlich wie die Posaune des Gerichts durch die Weltgeschichte gehe, wie sehr durch diese grundlosen Verleumdungen und Verdächtigungen nicht nur Israel, sondern die gesamte Kulturmenschheit, deren Religionslehrer Israel gewesen, beschimpft, verlästert und herabgewürdigt wird.

Nun hören Sie mich an, Herr Rabbiner! — Nach meiner Empfindung haben Sie sich furchtbar schwer versündigt, denn es steht geschrieben im 2. Buch Mose im 20. Kapitel, Vers 7: „Du sollst den Namen des Herrn nicht mißbrauchen; denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht.“

Sie haben aber den Namen Ihres Gottes leichtfertig gemißbraucht, denn Sie haben noch nicht einmal das geringfügige Maß von Gewissenhaftigkeit besessen, festzustellen, ob der Mann, den Sie mit dem Orientschwulst Ihrer Anklagen überschütten, überhaupt an Ritualmorde glaubt!

Hören Sie weiter, Herr Rabbiner: Ich habe nicht nur nicht jemals ein Wort gesprochen oder eine Zeile geschrieben, worin das Vorkommen von „Ritualmorden“ behauptet wird, sondern ich habe mir stets große Mühe gegeben, diesen Begriff aus der antisemitischen Bewegung zu beseitigen. Sie hätten das sowohl aus meiner Vorrede zu der Broschüre: „Der Blutmord in Konitz“*), als auch meiner Reichstagsrede**) über diesen Fall entnehmen können. —

Was ich glaube, und wovon mit mir sehr große Kreise von hochgebildeten Leuten in der ganzen Welt überzeugt sind, ist, daß unter der sittlich und moralisch sehr tief stehenden jüdischen Bevölkerung Galiziens, Rußlands und des Orients noch ein scheußlicher Blutaberglaube vorhanden ist. Und leider erhält auch das Deutsche Reich noch alljährlich Judenzuwachs aus diesen Ländern. Wollen Sie, Herr Rabbiner Dr. Münz, vielleicht in einem ähnlichen Eide, wie dem obigen, in Abrede stellen, daß die Judenbevölkerung der genannten Länder geistig und sittlich zurückgeblieben und von dumpfem Aberglauben besessen ist?

Sie scheinen Ihrerseits das Buch des Professors Strack, „Der Blutaberglaube in der Menschheit, Blutmorde und Blutritus“, nicht gelesen zu haben, sonst müßten Sie wissen, daß er das Vorhandensein eines Blutaberglaubens unter den Juden zugesteht.

---

*) **Der Blutmord in Konitz** mit Streiflichtern auf die staatsrechtliche Stellung der Juden im Deutschen Reiche. — Nach authentischen Quellen dargestellt von einem besorgten Vaterlandsfreunde 12. Auflage. Preis 60 Pfg. Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52.

) **Der Blutmoed in Konitz vor den Parlamenten. 1. Im deutschen Reichstage am 4., 5. und 7. Februar 1901. Preis 10 Pfg. Ebenda.

Und nun zu Ihren Schlußphrasen, worin Sie mich in direkter Rede anfallen:

Herr Liebermann von Sonnenberg! Verspotten Sie mich, verhöhnen Sie mich als Juden und Judenstämmling — ich will es mit stoischem Gleichmut ertragen. Für Sie ist das Wort Jude ein Schimpfname, für mich ist es ein Ehrenname. Werfen Sie auf mich persönlich einen Stein, ich will ihn schweigend betrachten und mich prüfen, ob ich den Steinwurf verdiene. Ich will diesen Stein aufheben und auf ihn die Worte schreiben aus dem 3. Buch Moses: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst", und ihn dann hinlegen zu jenem Mont-Blanc von Geschossen, die aus allen Richtungen der Windrose auf Israel geschleudert wurden. Dort soll er aufbewahrt bleiben bis zu jenem sehnsüchtig erwarteten, schönen Tage, an dem die Sonne der Einsicht und Erkenntnis, der Milde und Toleranz uns Menschenbrüder allesamt erleuchten und erwärmen wird, und das sieghelle Licht der Wahrheit die düstern Nebel des Vorurteils, des Unmutes und des Hasses zerstreut und überwunden haben wird.

Herr Rabbiner Dr. Münz! Ich führe den Kampf, in dem ich nun schon seit mehr als zwanzig Jahren stehe und worin ich persönlich Unsägliches an Anfeindungen und Schädigungen aller Art von jüdischer Seite erlitten habe, nicht gegen den einzelnen Juden. Es sei denn in der Notwehr.

Es ist nicht meine Schuld, daß der Name „Jude" in den Sprachen aller lebenden und ausgestorbnen Völker, unter denen Juden gelebt haben, zum Schimpfwort geworden ist. — Sollten Sie sich als gelehrter Mann die Logik dieser Thatsache nicht aus der Prämisse erklären können? Aber trotzdem liegt es mir fern, dem Juden das Recht abzusprechen, auf sein Volk und dessen Namen stolz zu sein. Und wenn Sie weiter schreiben:

Herr Liebermann von Sonnenberg! Machen Sie mich persönlich mit den Fehlern und Schwächen, die ich als armer, vergänglicher Mensch besitze, zur Zielscheibe Ihres Spottes, zumal da ich ein Jude bin und zu einer schwachen Minorität gehöre.

so weise ich die mir darin zugemutete Handlungs- und Denkungsweise auf das Nachdrücklichste zurück und ebenso auch den Schlußsatz Ihres Briefes:

Aber das fordere ich von Ihnen streng und gebieterisch, wie es ein Mann vom andern Manne fordern darf: Geben Sie der von mir beschwornen Wahrheit die Ehre und verunglimpfen Sie nicht meine höchsten und heiligsten Ideale! Zerren Sie nicht in den Staub jenen uralten, lautern Glauben, den ich im Leben wie im Sterben bekenne, und der vor drei Jahrtausenden die Prinzipien der Moral und der Sittlichkeit in der Welt proklamiert hat.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Dr. Wilhelm Münz,
Rabbiner in Gleiwitz

Wird Ihnen jetzt vielleicht die bodenlose Lächerlichkeit Ihres „Offnen Briefes" klar, Herr Rabbiner? — Sie fordern in den höchsten Tönen „streng und gebieterisch", daß ich „der von Ihnen beschwornen Wahrheit die Ehre geben soll." Ja, welcher denn? Daß das mosaische Gesetz keinen Ritualmord anbefiehlt? — Mit Vergnügen. Das ist mir auch niemals eingefallen zu behaupten. Um diese Erklärung herbeizuführen, hatten Sie nicht nötig, den Namen Ihres Gottes in den Zeitungsspalten herumzuzerren.

Und nun zum Schlusse:

Ich habe stets in meinem Leben die Ideale andrer Menschen respektiert und habe nie den Glauben eines andern in den Staub gezerrt. Ich habe vor vielen Jahren als junger Offizier an der russischen Grenze oft Gelegenheit gehabt, arme orthodoxe Juden mit Kaftan und Locken in der Morgenfrühe mit nach Osten gewendetem Haupte, den Arm mit dem Gebetriemen umwunden, ihre Andacht verrichten zu sehn und habe ernst und andächtig dabei gestanden. Vor diesen gläubigen Leuten habe ich Hochachtung empfunden. Wenn aber ein hochgelehrter Rabbiner, so wie Sie es gethan haben, leichtfertig auf Grund falscher Voraussetzungen einen im öffentlichen Leben stehenden Gegner anfällt, in schmutzigen Zeitungsspalten den Namen seines Gottes mißbraucht, um etwas zu beweisen, was der andre nie bestritten hat, und wenn er schließlich, um der lieben Eitelkeit zu fröhnen, jede Zuschrift, die ihm von einigen durch seinen Phrasenschwall berauschten Kleingeistern zugeht, abdrucken läßt, so kann er höchstens auf — Mitleid bei mir rechnen. Mit dem guten Rate, ein andres Mal vorsichtiger zu sein, zeichnet sich

Ihr ergebenster
Liebermann von Sonnenberg.

Großlichterfelde 1, 25. Februar 1902.

Englands Kriegsführung vor 120 Jahren.

In der Gegenwart, wo die ganze Welt die grausame Kriegführung der Engländer in Südafrika verurteilt, während man in England in unsäglicher Verblendung diese zu rechtfertigen und beschönigen sucht, dürfte das Urteil Beachtung verdienen, welches Professor J. R. Forster, der Begleiter Kapitän Cooks auf seinen Entdeckungsreisen, über die damaligen Engländer und ihre Kriegsführung niederschrieb, zumal damals, ähnlich wie jetzt, Brittannien im zweiten Jahre seines Kampfes mit seiner nordamerikanischen Kolonie stand.

Forsters Anmerkungen sind in seiner Uebersetzung des Werkes „Tagebuch einer Entdeckungs-Reise nach der Südsee in den Jahren 1776—1780" enthalten und lauten wörtlich:

(Seite 160/161). „Fände man diese Verheerung nicht so umständlich von einem Augenzeugen hier beschrieben und von Heinrich Zimmermann so feierlich bestätigt, so würde man glauben, daß es kaum möglich sei, daß eine zivilisierte Nation sich so weit vergessen könnte. Es ist aber natürlich die wahre Quelle aller dieser Handlungen nicht an Bord der zwei Schiffe zu suchen, sondern vielmehr in England selbst und in den ganz verderbten Grundsätzen der jetzigen Brittischen Regierung. So lange solche Leute als der Präsident des Admiralitäts-Kollegiums am Ruder sind, können die Untergebnen nicht besser sein. Ein Mann von den abscheulichsten Grundsätzen ist hinlänglich, durch sein Ansehen einen großen Teil der Nation anzustecken und dies allein lehrt sie handeln, als wäre keine höhere Macht in der Welt, als die, welche das Recht des Stärkern an die Hand giebt. Kurz ich sehe diese Handlungen als Folgen der Grundsätze an, welche der Teil der Nation angenommen, der jetzt die Oberhand in der Regierung hat und welche alle Völker des Erdbodens ebenso verheeren möchte, wenn sie sich nicht zu der Unthat zu ohnmächtig fände. Amerika spricht redend von ihren Grausamkeiten und Mordbrennen; und St. Eustaz ist ebenso ein Beweis von diesen Grundsätzen, welche diese Partei äußert. Es giebt aber viele Britten, welche diese Grundsätze und Grausamkeiten verabscheuen. Daß die Einwohner von Eimeo, gleich nach Endigung der unrechtmäßigen und grausamen Verheerungen wieder allerlei Erfrischungen und Lebensmitteln den Mordbrennern zugetragen, zeigt doch in der That, daß die guten Charaktere, welche mein Sohn und ich in vor mehr denn drey und vier Jahren gedruckten Schriften, diesen Insulanern zugeschrieben, wirklich nicht übertrieben gewesen und daß wir im Ganzen richtige Urteile von ihren Herzen gefället." F.

(Seite 163/64) „Es ist unbegreiflich, wie ungerecht die Europäer, besonders die Britten seit kurzem angefangen haben die Einwohner der Südsee-Inseln und die Eingebornen von Hindostan zu behandeln . . . Man hört in keines Volkes Schriften soviel Deklamation über die Grausamkeiten der Spanier gegen die Amerikaner, als in den Englischen und kein Volk auf Erden hat in unsern Tagen, die sich durch Aufheiterung und Veredlung der Denkungsart so sehr auszeichnen, so merklich die Gesetze der Gastfreiheit gebrochen und in der Ausübung so großen Mangel an Menschlichkeit und Billigkeit spüren lassen, als das Brittische. Die Verherrungen auf Eimeo, die eigenmächtigen Eingriffe in die Rechte der Landeshoheit auf Huaheine und die Prozeduren auf Nihau und O-whai-hi sind Beweise davon, ohne einmal einen Blick nach Nord-Amerika, St. Eustaz und Hindostan zu werfen." F.

Traurig, daß im Zeitalter der Zivilisation, des Roten Kreuz, der Friedenskonferenz usw. 120 Jahre so spurlos an den Engländern vorüber gegangen sind, daß man obige alten Aussprüche von einem gegenwärtigen südafrikanischen Kriegsberichterstatter geschrieben meinen könnte.

Der zweite Band der „Varuna",

jenes neuen Buches von Dr. W. Hentschel, worin er vom Standpunkte des Ariers Welt- und Geschichtsbetrachtungen anstellt, ist im Drucke nahezu vollendet. Wir haben beim Erscheinen des ersten Bandes bereits ausführlich darauf hingewiesen

und empfehlen jetzt aufs neue die Anschaffung und das Studium dieses Werkes*) unsern Lesern.

Der erste Band enthält folgende Abschnitte:

Grundbegriffe der Volks- und Gesellschafts-Kunde.
Die primären Menschen-Rassen (Aethiopier und Turanier).
Der Ursprung der Indo-Arier (Malayen — Erriois — Arier).
Der indo-arische Typus.
Der Mensch und die Eiszeit.
Das Zeitalter Haŝiŝathra's.
Der ägyptische Kultur-Prozeß.
Die Indo-Eranier und die Rassen-Hygienie.
Solon, Athen und Sparta.
Das römische Imperium.

Im zweiten Band fügen sich die Betrachtungen unter folgende Ueberschriften:

Der Semitismus und Israel-Juda.
Allah-Jahwe und das Gesetz der Wüste.
Der christliche Gedanke.
Der germanische Rassen-Prozeß.
Die historischen Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens.
Der deutsche Industrie-Staat.
Der deutsche Gedanke und seine Ziele.

Wir drucken hier aus dem Kapitel „Der deutsche Industriestaat" ein Stück als Probe ab, um zu zeigen, wie die Betrachtungen des Verfassers in die Kämpfe der Gegenwart hinüberführen und er Vergangnes mit Gegenwärtigem verknüpfend, Lehren für die Zukunft ableitet:

Die Städte wachsen, und das Land nimmt ab, es finden sich schließlich keine Hände mehr, um die dringendsten landwirtschaftlichen Arbeiten zu verrichten. Man ist gezwungen, das Land entweder verwüsten zu lassen oder fremde Arbeiter: Galizier, Polen und demnächst wohl Chinesen heranzuziehn. Das ist der Zug nach dem Westen, der auch im ersten Jahrtausend n. Chr. schon einmal eintrat und Deutschland von der Rasse seiner normännischen Bevölkerung entblößte. Der Unterschied gegen das Jahr 400 besteht nur darin, daß die Einwandrer aus dem Osten heute keine so ausgeprägt arischen Züge mehr tragen wie damals, daß man ihren minderwertigen (turanischen) Typus mit dem Stecken fühlen kann, und daß die germanischen Abwandrer nicht bis nach Frankreich und Italien, Spanien und Afrika ziehn, sondern, einem weniger heroischen Lebensbegriff entsprechend, in größerer Nähe auf dem städtischen Pflaster und in den Fabriksälen stranden. Der Zufluß slawischer Elemente nach dem Osten Deutschlands erscheint um so bedenklicher, als bis in die 70er Jahre ein Strom deutscher Auswandrer in die dünnbevölkerten östlichen Landesteile Preußens und darüber hinaus nach dem Südwesten Rußlands, aber auch in die Donauländer zog. Zur Zeit aber ist auch hier das Deutschtum überall im Rückgange begriffen, so daß bereits Stimmen laut geworden sind, die die bevorstehende Tschechisierung Dresdens in Aussicht stellen. In Oesterreich betrug der Anteil der Deutschen nach Böckh 1869 — 24,72 v. H. der Gesamtbevölkerung. 1890 war er auf 23,1 v. H. zurückgegangen; der Rückgang beginnt mit den Jahren, in denen Oesterreich sein altes Anerberecht im Interesse der Güterschlächter beiseite schob. Ofenpest und Prag waren noch vor zwei Menschenaltern wesentlich deutsche Städte, und heute?! — Und das sind die Gegenden, auf die Leibnitz, List, Huber, Franz, Lagarde, Rodbertus und O. Schuchardt hundertfältig als auf die natürlichen Kolonisationsgebiete der Deutschen hingewiesen haben. — — —

Es steht hier wie im Nordosten: die Deutschen weichen zurück oder werden slawisiert.

„Wenn der Prozeß — schreibt der Zuletztgenannte in ‚Die deutsche Politik der Zukunft' — nicht zum Stehen kommt, so können wir es noch erleben, daß die Puttkamer und andre ostelbische Ritterfamilien, die den deutschen Osten mit ihren jetzt ausgetriebnen und ausgewanderten Hintersassen erobert haben, grade so gute Polen werden, wie die Schwarzenbergs in Böhmen waschechte Tschechen geworden sind!"

Unter Verkennung der tieferliegenden Ursachen dieser für das Germanentum so ungünstigen Volksbewegungen, glaubte Fürst Bismarck der Abwandrung der Deutschen aus den östlichen Provinzen durch Stiftung des bekannten Hundertmillionen-Fonds entgegentreten zu können. Aber er mußte erfahren, daß das alte „Gold gleich Blut" doch nur sehr bedingungsweise richtig ist, und daß dieses Metall ein ungeeignetes Material ist, Dämme gegen Völkerfluten zu errichten.

Demgegenüber sind einige, zumal städtische Stimmen rasch bereit, alle Schuld auf die Großgrundbesitzer und ihr nationales Sündenregister zu schieben. Es ist gewiß manches Wahre daran; nirgends rächen sich die Sünden der Väter in so handgreiflicher Weise wie in der Landverwaltung. Und von dem Bauernweistum und der klugen Reserve dem römischen Rechte gegenüber spürt man um so weniger, je höher man in der sozialen Staffel der nicht gebundnen ländlichen Bevölkerung emporsteigt. Nur muß man nicht mit einigen überklugen Zeitungsschreibern glauben, daß alle Uebel mit diesem oder jenem kleinen Hilfsmittel beseitigt werden, etwa, wie kürzlich in der volkswirtschaftlichen Beilage der „Täglichen Rundschau" zu lesen war: mit der Errichtung kleiner Gärtnerstellen. Dieser Irrmeinung habe ich in jüngern Jahren selber gehuldigt; ich bin aber davon befreit worden, seitdem ich die Erfolglosigkeit dieser Maßnahme in der Praxis erprobt habe.

Hier im Osten verfallen zahlreiche kleine Anwesen völlig, weil sie keinen Wirt mehr finden. Ich selbst habe in der Meinung, daß die vorhandnen Wohnungen und Einrichtungen den zeitgemäßen Ansprüchen nicht mehr genügen, auf meiner Wirtschaft unter einem für meine Verhältnisse erheblichen Aufwand Gärtnerstellen geschaffen, Behausungen mit Kellern, Kuh- und Schweineställen, Wiese und Land, letzters in beliebigem Umfange, aber sie stehn sämtlich leer. Es findet sich keiner mehr, der hineinziehn will, trotzdem ich, wie jener griechische Ackerbürger, gerne bar zuzahlen möchte und die Leute auch das ganze Jahr lohnende Beschäftigung bei mir fänden. Einer, der sechs Jahre in einer der Wirtschaften gewohnt und sich ein kleines Vermögen erspart hatte, hat letzters Hals über Kopf dazu benutzt, sich eine Wirtschaft mit Hypothekenlasten zu erkaufen, wo er nunmehr im Vollgefühl des Besitzers Zinsen erschwingen darf. Man muß hier mit der wirtschaftlichen Perversität der vom falschen Recht in die Irre geführten Landbevölkerung rechnen.

Einige erwarten alles Heil von höhern Löhnen. Solche sind aber, soll die Landwirtschaft einen Sinn behalten und nicht zum Sport der Reichen werden, an natürliche Grenzen gebunden, die durch die Preise und Gestellungskosten der ländlichen Produkte vorherbestimmt sind. Ich habe die üblichen Löhne versuchsweise während mehrer Jahre weitaus überschritten. Was war die Folge? Die hiesigen Dorfschenken prosperierten besser als sonst, und meine Leute verlumpten. Als einer von ihnen, nachdem ihn der Schenkwirt völlig ausgezogen hatte, sich vor den Augen seiner Frau erhenkte, unterbrach ich das gewagte Experiment.

Diese wahrhaft traurigen Zustände, in denen sich das falsche Recht spiegelt, sind, um nur noch auf eine Komplikation der überaus vielgestaltigen Erscheinung hinzuweisen, nicht zuletzt durch die Ablösung der alten Naturallöhnung mit bedingt worden.

In Deutschland ist die Geldlöhnung erst seit mitte des vorigen Jahrhunderts allgemein zum Durchbruch gekommen. Bis zu dieser Zeit erhielt der ländliche Arbeiter bei der Ernte seinen Anteil an Garben, Heuhaufen, Garten, Kartoffel- und Flachsland, Wohnung, Stallung, Deputatküche, die gemeinsam gehütet wurden. Ja, in dem verschrienen slawischen Osten, dessen Bevölkerung, entgegen der landläufigen Meinung, vielfach besser lebt, als diejenige Niederschlesiens und Sachsens — werden diese Löhnungsformen bis heute festgehalten. Und sind sie denn wirklich ein Anzeichen der Rückständigkeit und Sklaverei, wie das die liberalen Zeitungsschreiber vielfach hingestellt haben

---

*) **Jeder Band broschiert 2,40 Mark, gebunden 3,50 Mark. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt, Berlin NW 52.**

und wie es ihre Leser glauben? Liegt der Naturallöhnung nicht vielmehr der grade von den Aufgeklärten und wahrhaft fortschrittlich gesinnten Industriellen angestrebten genossenschaftliche Betrieb zugrunde? Sie bedeutet doch nur den Gewinnanteil. Wie immer kommt es auch bei Beurteilung dieser Dinge nur darauf an, daß wir die liberale Brille von der Nase nehmen.

Die ländlichen Arbeiter der alten Zeit arbeiteten für sich selbst; so lag ihnen daran, daß gut und mit Erfolg gearbeitet wurde. Sie gingen Sonntags auf das Feld, um sich „ihre Ernte“ anzusehn; sie waren mit der Wirtschaft verwachsen und stolz darauf, wenn mit ihnen auch die „Herrschaft“ gedieh, mit der sie zusammen aufgewachsen waren und im Leben und Tod zusammengehörten; es waren allenthalben Reste des alten ostarischen Patriarchentums vorhanden. Demgegenüber bedeutet die Geldlöhnung für die Landwirtschaft die Aufhebung aller Ordnung und Vernunft, — es ist das, was wir im römischen Sinne als den Sieg des voluntären Elements bezeichnen, die Aegypter nannten es „asfet“ — die Gesetzlosigkeit. Und so können wir uns nicht wundern, daß sie zum Verderb der landsässigen Bevölkerung und zum alleinigen Segen des Schnapswuchers geführt haben.

In dieser Hinsicht hat die furchtbarsten Erfahrungen Rußland mit seiner Bauern-Emanzipation gemacht. Die Berichte der Guvernöre der südrussischen Provinzen haben wahrhaft grauenerregende Bilder von dem Wirken der (fast ausschließlich jüdischen) Schnaps-Vampyre entworfen, bei deren Lesen einen „der Menschheit ganzer Jammer packt“. Während aber Rußland neuerdings dem Furchtbaren durch ein klug und umsichtig durchgeführtes Schnapsmonopol entgegentritt, scheint bei uns das Heil des Staates allein von der ungestörten Versuselung des Volkes abhängen zu sollen. Und während beispielsweise in Skandinavien die Bekämpfung der Alkoholgefahr grade aus den Kreisen der Arbeiter die entschiedenste Unterstützung erfahren hat, erfreut sich der Schenkwirt und Schnapssäufer in Deutschland einer rührenden Aufmerksamkeit vonseiten der Sozialdemokratie. Als ich einmal ein Jahr lang (unter dem Protest meiner Frau) den „Vorwärts“ hielt, ist mir in diesem Hauptorgan der Partei, welche die deutsche Zukunft schon in der Tasche zu haben glaubt, nichts so sehr aufgefallen, als der immer wiederkehrende Grundsatz: „Es muß noch viel mehr Bier und Schnaps getrunken werden“. Man achte nur einmal auf die Zunahme der Destillen selbst in den großen Straßen Berlins. — In Deutschland wird die freie Schnapsvergiftung des Volkes sich um so schwieriger bekämpfen lassen, da sie als ein Teil der liberalen Freiheiten, nämlich der Gewerbefreiheit angesehn wird und auch die konservativen Kreise, unter denen sich die Schnapsbrenner befinden, begeistert für die Schnaps-Interessen eintreten. Unsre Verstrickung ist in diesem Punkte so radikal, daß man bei Abwägung aller Umstände zu der Ansicht gelangt, daß Deutschland, wenn man sich allein auf rationelle Urteile stützen will, schon allein am Alkoholismus zu Grunde gehn muß. — Mir wurde das vor einiger Zeit wieder einmal klar, als ich zwei auf dem Schulwege befindliche Buben, Kinder des hiesigen Dorfes, darüber streiten hörte, ob unter den Kunden des Gastwirtes der Klei-Schulz oder der Sauder-Schuster an der Reihe sei — sich aufzuhängen. Wenige Tage darauf erfuhr ich, daß der, der auf den letztgenannten gewettet hatte, Recht bekam. Erwog ich, daß der Gastwirt der angesehenste und ehrenwerteste Mann des Ortes ist, daß wir einen völlig korrekten Amtsvorsteher haben, und daß es niemandem im Traume einfällt, an diesen Zuständen Anstoß zu nehmen, so mußte ich mir sagen, daß sich hier ein Abgrund vor unsern Füßen aufgethan hat, der groß genug ist, den Rest unsrer ländlichen und demnächst auch städtischen Herrlichkeit zu verschlingen.

Ich habe mich hier mit Bewußtsein in Einzelschilderungen verloren, weil ich zeigen wollte, wie grau die Theorien der Herren am grünen Tische und der Zeitungsschreiber sind. Dieselben werden samt und sonders vor der Wirklichkeit zu Schanden.

Wir behalten uns vor, auf die „Varuna“ nochmals zurückzukommen; für heute möge die obige Probe genügen. — In einem Punkte der obigen Darlegungen möchten wir dem Herrn Verfasser übrigens schon jetzt entgegentreten: von einer Begeisterung der „Brenner“ für „Schnaps-Interessen“ haben wir bisher niemals etwas gespürt. Die haben wir nur immer in Händlerkreisen und bei den Politikern gefunden, die diesen nahestehn. — Bei unserm ländlichen Brennerei-Gewerbe handelt es sich nicht um Schnapsfabrikation, sondern um Verwertung der nicht für Speisezwecke verkäuflichen Kartoffeln. Und der Herr Verfasser wird gewiß auch mit uns hoffen und wünschen, daß unser heimischer Spiritus bald für Beleuchtungs- und Heizungszwecke sowie für den Betrieb von Kleinmaschinen in wirksamen Wettbewerb mit dem ausländischen Erdöl des Hauses Rothschild treten kann.

Die politischen Zustände in Oesterreich.

8. (Schluß).

Im Vorhergehenden wurde dargethan, daß Oesterreich nur dann zu gesunden, politischen Verhältnissen gelangen könne, wenn es zuerst von Ungarn vollständig losgelöst und in jeder Beziehung, sowohl wirtschaftlich, als auch, und besonders politisch von Ungarn befreit sein — dann aber seine Verfassung geändert, den Zentralismus beseitigt und einen vernünftigen Föderalismus eingeführt haben wird.

Die Frage liegt dann allerdings sehr nahe: Ja, was wird dann unter diesen Umständen aus der alten, ehrwürdigen Habsburger Monarchie werden? Und was ist aus dieser Monarchie bereits geworden? Wird diese Monarchie dann überhaupt weiter bestehn, oder, wie vor ihr viele andre mächtige Staaten, zu Grunde gehn, und in neuer Form wieder auferstehn, wieder aufgebaut werden?

Die Antwort auf diese Fragen ergibt sich nach dem Gesagten von selbst. Den ersten Schlag erhielt die Habsburgische Monarchie schon im Jahre 1806, als sich der „römisch-deutsche Kaiser“ Franz der Zweite bewogen fand, oder sich gezwungen sah, die deutsche Kaiserkrone niederzulegen, und sich Franz der Erste „Kaiser von Oesterreich“ zu nennen; aus einem Teile des alten, heiligen, römisch-deutschen Kaiserreichs wurde „das Kaisertum Oesterreich.“

Den zweiten Schlag erhielt dieses Kaisertum Oesterreich im Jahre 1848, als unter dem schwachen Kaiser Ferdinand die jüdischen Führer des damaligen Aufstandes von der Regierung die Emanzipation der Juden erpreßten. Die Gleichstellung der Juden war die einzige „Errungenschaft“ des Jahres 1848 und durch diese Gleichstellung wurde, wie in andern Staaten, aber ganz besonders in Oesterreich, der Keim gelegt zum wirtschaftlichen Niedergange des Staates.

Mit richtigem Instinkt hatten unsre deutschen Vorfahren der fremden Rasse der Juden durch die Gesetzgebung eine Grenze gezogen. Sie wußten recht gut, warum. Erst das 19. Jahrhundert mit den Phrasen der französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und endlich das Jahr 1848 mit seinem Freiheits- und Gleichheits-Dusel hat die gegen die Juden gerichteten Schranken hinweggerissen — und damit war das Unglück geschehn.

In Oesterreich, wie ja auch im Deutschen Reiche — aber in Oesterreich in erhöhtem Maße, weil hier die Bevölkerung im allgemeinen noch weniger aufgeklärt war —, hat es die Schlauheit der Juden immer mehr und mehr verstanden, die ihnen gewährten gleichen Rechte zum Nachteile der Bevölkerung auszubeuten, und sich zum Beherrscher derselben zu machen. Die Juden haben die ihnen gewährte Gleichstellung dazu benutzt, die österreichischen Völker mit allem Raffinement auszusaugen.

Im Unverständnis der Folgen hat man einer Rasse Gleichstellung gewährt, die nicht mit andern Völkern in Sitten, Gebräuchen und Anschauungen gleich sein will; man hat einer Rasse Brüderlichkeit gewährt, die die andern Völker nicht als ihre Brüder, nicht als ihre Nächsten, nicht als ihre Mitmenschen anerkennt, sondern als eine Bevölkerung betrachtet, die, nach

ihrer talmudischen Gesetzgebung in jeder denkbaren Weise auszubeuten sei. Der moderne Liberalismus hat sich, in Oesterreich mehr als anderswo, mit den Interessen des vorwärtsstürmenden Judentums identifiziert, hat das Judentum gehoben und dessen Herrschaft gefördert; der moderne Liberalismus hat also Oesterreich zu Grunde gerichtet.

Den dritten Schlag erhielt das „Kaisertum Oesterreich", der „österreichische Kaiserstaat" durch den unglücklichen Krieg im Jahre 1866, durch die als Frucht dieses Krieges erfolgte Ausschließung der österreichisch deutschen Provinzen aus dem „Deutschen Bunde" — durch die darauf erfolgte Verlegung des Schwerpunkt nach Ofenpest und durch die Einführung des Dualismus im Jahre 1867. Das Kaisertum Oesterreich, der österreichische Kaiserstaat hat schon damals aufgehört; es wurde daraus die „österreichisch-ungarische Monarchie", ein Zwitterding, das unter den Händen der schwachen österreichischen Regierungen und dem Terrorismus der Madjaren, wie schon oben erwähnt, sich nicht zum Vorteil Oesterreichs entwickeln konnte.

Von da ab verlor Oesterreich, ganz unter ungarischer Herrschaft stehend, von zehn zu zehn Jahren, immer durch die Erneuerung des Ausgleichs, also 1877 und 1887 sowohl in materieller, als auch ganz besonders in politischer Beziehung alle Macht und alles Ansehen, das nunmehr auf Ungarn überging. Seit dem Jahre 1897, als bei der beabsichtigten Erneuerung des Ausgleichs der mit den österreichischen Verhältnissen ganz unbekannte Graf Badeni den kläglich mißlungnen Versuch unternahm, mit Hilfe der durch die Sprachenverordnungen gekauften Stimmen der Tschechen den „Ausgleich mit Ungarn" gegen den Willen der Deutschen durchzusetzen, ist das Schicksal auch der „österreichisch-ungarischen Monarchie" unaufhaltsam besiegelt.

Wohl macht die jetzige Regierung, besonders der gewiß außerordentlich gewandte Ministerpräsident mit „leidenschaftsloser Beharrlichkeit" die größten Anstrengungen, um den Frieden im Innern so gut als möglich zu erhalten, und den Reichsrat „arbeitsfähig" zu machen. Mit den kolossalsten Opfern an Geld, an denen noch unsre Nachkommen verbluten werden, wurde unter dem Vorwande der „Förderung wirtschaftlicher Interessen" im vorigen Jahre die Thätigkeit des Reichsrates „galvanisiert", um vielleicht doch den Zerfall der Monarchie, die Trennung in zwei besondre Staaten, hintanzuhalten. Man denke nur an die Milliarden, die im vorigen Jahre für vollständig unrentable, dabei aber höchst kostspielige Alpenbahnen, und für, sich über hohe Gebirge hinziehende Kanäle, die den ohnehin nicht rentierenden und nur wenig ausgenützten Eisenbahnen noch Konkurrenz machen sollen, im Handumdrehen und ohne jede gründliche Prüfung, ja überhaupt ohne jeden Plan oder Kostenvoranschlag, bewilligt wurden!

Und trotz alledem sind die Aussichten auf einstweilige Verhinderung der Trennung sehr gering. Die Regierung hofft allerdings, bis Ostern das Budget für 1902 im Parlamente durchzubringen. Möglich, denn die Regierung hat ja doch immer Mittel in der Hand, die Abstimmungen zu beeinflussen; aber wenn es so fortgeht, wie bisher, dürfte es kaum zu erwarten sein. Aber dann — nach Ostern, soll der „Ausgleich mit Ungarn" daran kommen!

In der letzten Zeit hat es den Anschein, als ob es der Gewandtheit des Ministerpräsidenten doch gelingen sollte, auch die Annahme dieses Ausgleichs im Parlamente noch einmal durchzusetzen. Verschiedne Anzeichen werden so gedeutet; z. B. daß einer der heftigsten Gegner dieses Ausgleichs, der unter Badeni eine zwölfstündige, gegen den Ausgleich gerichtete, sehr sachliche Dauerrede hielt, sich in der jüngsten Zeit in einer Partei-Versammlung für die Annahme dieses Ausgleichs ausgesprochen hat; er hofft nämlich später Handelsminister zu werden und glaubt deshalb, sich schon bei Zeiten mit Ungarn auf guten Fuß stellen zu sollen; — aber die radikalen Elemente auf alldeutscher und tschechischer Seite werden die Annahme dieses Ausgleichs doch unmöglich machen. Und einen andern, zu gunsten Oesterreichs abgeänderten Ausgleich läßt Ungarn nicht zu, — somit wird schließlich doch wieder der § 14 der Verfassung den Frieden herstellen, möge sich der Ministerpräsident noch so energisch dagegen verwahrt haben, von demselben Gebrauch zu machen. Und schließlich, wenn er es nicht thun will, so wird es eben ein andrer thun! Aber gewiß zum letzten Male!

Daß es soweit mit Oesterreich kommen mußte, war die Schuld der schwachen Regierungen, die von jeher in Oesterreich Alles geschehn ließen, was geschehn wollte, wenn nur äußerlich die Ruhe aufrecht erhalten blieb. Die leitenden Minister waren zwar stets sehr ehrenwerte, hochangesehene Kavaliere, aber von einer Sozialpolitik, von einer wirklichen Volkswirtschaft verstanden sie nichts; den Anforderungen der sozialen Fragen, den Anforderungen des alles ausbeutenden Judentums standen sie ohne jedes Verständnis, aber auch vollständig machtlos gegenüber. Dazu kam, daß Oesterreich infolge seiner schlechten Politik stets geldbedürftig war — das Geld aber hatten die Juden; so ist es leicht erklärlich, daß der Einfluß des Judentums in Oesterreich sich ganz außerordentlich, viel mehr als in irgendeinem andern der westeuropäischen Staaten, entfaltete, und in allen Verhältnissen ausschlaggebend wurde.

Das Judentum beherrscht in Oesterreich die Presse vollständig, es beherrscht den Geldmarkt, die Börse vollständig, es beherrscht die Großindustrie und den Großhandel, das Bankwesen vollständig — es beherrscht und monopolisiert ebenso vollständig den gesamten Kredit; infolgedessen wird auch der Landwirt, der Großgrundbesitzer, der Fabrikant und Handwerker, der Kaufmann und Händler usw. in vollständige Abhängigkeit vom Judentum gebracht, der Willkür des Judentums preisgegeben und gezwungen, in allen Lagen dessen Willen zu erfüllen.

Dadurch, und durch den großen Geldsack beherrscht das Judentum auch die Wahlen, und daher auch alle Vertretungskörper (mit Ausnahme des niederösterreichischen Landtages und der Gemeinde-Vertretung Wien).

Durch den Besitz der Banken und aller Aktiengesellschaften ist aber das Judentum auch in der Lage, einflußreichen Staatsbeamten reich dotierte Verwaltungsstellen zu bieten, wenn sie aus dem Staatsdienst scheiden. Solche Männer sinken dann freilich zu „Ausgehaltnen" des Judentums herab; aber schon die Aussicht auf solche Stellen, die ein vielfach höhers Einkommen als die Staatspension bringen, macht solche Beamten auch noch während ihrer aktiven Dienstzeit zu ergebnen Dienern des Judentums — und dadurch beherrscht das Judentum auch die ganze höhere Bürokratie. Das ist eine der gefährlichsten Waffen, mit denen das Judentum in Oesterreich kämpft und siegt.

Also alle Verhältnisse, mag man hinsehn, wo man will, werden in Oesterreich von dem Judentum vollständig beherrscht; unter dem Schlagwort des Freisinns, des Liberalismus, des Fortschritts, der Aufklärung, drängt sich das Judentum überall hinein und richtet Oesterreich langsam, aber systematisch zu Grunde! Oesterreich ist in dieser Beziehung „Halbasien" und es ist gewiß mehr als richtig, was einstmals ein Staatsmann, wir glauben, es war Lasser, sagte: „Asien fängt bei der St. Marxer Linie an"!*)

Diese Verhältnisse sind schon so weit gediehen, daß eine Rettung Oesterreichs aus den Klauen des Judentums fast unmöglich erscheint. Erst wenn die vollständige Trennung von Ungarn durchgeführt, und die Verfassung gründlich geändert sein wird, könnte diese Rettung möglich sein. Es müßten aber dann, dem sogenannten „Linzer-Programm" entsprechend, Galizien und die Bukowina, also die Karpathenländer, dann aber auch Dalmatien abgestoßen, bezw. an Ungarn angegliedert werden; der restliche Teil Oesterreichs, vielleicht mit Ausnahme des italienischen Trentino, müßte sich aber an das Deutsche Reich anschließen, und viel enger, als es jetzt durch den Dreibund der Fall ist, — dann würden gewiß durch den Einfluß des Deutschen Reichs auch für Oesterreich, wieder bessere Zeiten erblühen!

---

*) St. Marx ist eine Vorstadt im Osten von Wien.

Ausland.

Rußland. Die Regierung setzte vor vier Jahren eine Kommission ein zur Ermittlung der Ursachen der Notlage des Adels. Das Ergebnis ist jetzt in einer Reihe von Vorschlägen zutage getreten, die vom Ministerium zum großen Teil bereits angenommen wurden. So sind nunmehr die offiziellen Adelsverbände nicht mehr verpflichtet, adlige Juden in ihre Matrikel einzutragen, das heißt, sie als Edelleute anzuerkennen. —

Der amtliche „Warszawski Dnewnik“ teilte vor einiger Zeit einige charakteristische Vorkommnisse aus dem jüdischen „Kahals“ mit, die ein grelles Licht auf diesen Staat im Staate werfen. So hat beispielsweise der „Kahals“-Vorstand in Tulczyn die Kerzen, die die Juden am Freitag für den Sabbath kaufen, sowie die Hefe, die sie zum Ausbacken der sabbathlichen Kolatschen gebrauchen, als Kahals-Monopol erklärt, einen ziemlich hohen Preis für diese beiden Artikel festgesetzt und ihren ausschließlichen Verkauf einem Pächter übertragen. Gleichzeitig wurde im Judentempel folgende Kundmachung angeschlagen: „Sämtliche Tulcziner Juden sind verpflichtet, die Kerzen und Hefe bei unserm Pächter zu kaufen. Wenn sie anderswo gekauft werden, so sind sie ‚treife‘. Außerdem treffen den Käufer folgende Strafen: Die Beschneidung der Knaben wird bei ihm nicht vorgenommen. Wenn er krank wird, so wird es den Aerzten untersagt werden, zu ihm zu gehn. Wenn er stirbt, wird sich die ‚Chewra Kadischa‘ (Leichenbruderschaft) um sein Begräbnis nicht bekümmern. In der Synagoge wird er zum Lesen der Thora nicht aufgerufen werden.“ — In Reval, wo der Vorstand des Kahals aus lauter „Chassiden“ besteht, ist den Juden das Tragen von Hüten verboten worden, weil dies eine Sitte der „Gojim“ ist. Wenn ein Jude mit einem Hute auf dem Kopfe in die Synagoge kommt, so wird er in die Frauen-Ableitung geschleppt, auf eine Bank gestreckt und mit einem Riemen geschlagen, wobei ihm zugerufen wird: Du sollst nicht nachahmen die Sitten der „Gojim“. Der Bösewicht selbst muß während der ganzen Dauer der Exekution ein Bußgebet aufsagen.

Rumänien. Die antisemitische Liga hat sich als „Gesellschaft für nationale Verteidigung“ neu konstituiert. Den Vorsitz führt jetzt der Historiker B. P. Hasdeu. —

In der letzten Zeit sind zahlreiche Juden bei der Deputiertenkammer um die Nationalisierung eingekommen; dieselbe ist auch einigen thatsächlich verliehen worden. Nachdem die Juden eingesehen haben, daß eine prinzipielle Erlangung der Gleichberechtigung in absehbarer Zeit nicht zu erhoffen ist, wählten sie diesen Ausweg, um zu den politischen Rechten zu gelangen. Der Vorgang ruft in den nationalen Kreisen eine gewisse Beunruhigung hervor. Uebrigens soll es Leute geben, welche aus der Vermittlung der Nationalisierung ein Geschäft machen und einen förmlichen Schacher damit betreiben.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Zum Rektor der Universität Zürich wurde Professor Dr. Georg Cohn gewählt. —

In Wolfenbüttel wurde Gustav Eichengrün, Lehrer an der Samsonschule, zum Stadtverordneten gewählt, und zwar in der dritten Klasse, obwohl in dieser nur zwei Juden wahlberechtigt sind. —

In Straßburg (Elsaß) hat sich ein „Verein jüdischer Akademiker“ gebildet. —

Dem Empfangs-Komite für den Prinzen Heinrich, das sich in New-York gebildet hat, gehören die Juden Jakob H. Schiff, James Speyer, Isaac Seligmann an. „Die Mitglieder dieses Ausschusses beabsichtigen, die Kosten für den Empfang des Prinzen in New-York aus ihren eignen Mitteln zu bestreiten,“ fügt das „Israel. Familienblatt“ dieser Mitteilung protzig hinzu. —

Zum Dekan der juristischen Fakultät an der Universität Jena wurde Prof. Dr. E. Rosenthal gewählt.

Das amtliche österreichische Kursbuch muß ein netter Führer sein. Die Januar-Ausgabe bespricht die „Ostd. Rundschau“ ausführlich und deckt dabei eine ganze Anzahl sehr bösartiger Fehler auf. Bei der Strecke Großengersdorf-Augartenbrück sind z. B. seit zehn Jahren die Entfernungsangaben vollständig falsch. In Nußdorf wird dem von Linz kommenden Reisenden empfohlen, mit der Pferdebahn zum Landungsplatz Stefaniebrücke zu fahren und von dort das Fährschiff zu benutzen, es giebt indes in Nußdorf weder einen Landungsplatz Stefaniebrücke, noch ein Fährschiff, noch berührt die Pferdebahn die Stefaniebrücke. Das amtliche Buch empfiehlt dann wieder das Hotel „Goldnes Kreuz“, das seit dem Jahre 1890 nicht mehr existiert und das Hotel „Zillinger“, das seit fünf Jahren verschwunden ist. Das famose Büchlein enthält auch Winke über lohnende Ausflüge von Wien aus, in denen u. a. die niemals vorhanden gewesene Stadtbahnstation Schönbrunnerbrücke vorkommt usw. Der beiliegende „neueste Plan der Stadt Wien“ enthält weder die in den letzten Jahren eröffneten Straßenbahnlinien, noch die seit zwei Jahren im Betrieb befindliche Stadtbahn, von den Straßenangaben gänzlich zu schweigen! Das ist österreichische . . . Gemütlichkeit.

Die Zionisten hätten beinahe einen Anfang mit der Verwirklichung ihrer Pläne gemacht, leider bloß beinahe. Mehre jüdische Familien waren nämlich bei der türkischen Regierung um die Erlaubnis eingekommen, sich in Palästina unter bestimmten Bedingungen ansiedeln zu dürfen. Der Ministerrat beschloß, dieses Gesuch beim Sultan zu befürworten, und dieser genehmigte es auch. Inzwischen hatte der Großwesier, der von allem Anfang gegen diese jüdischen Niederlassungen war, nähere Erkundigungen über die Zionisten eingezogen und u. a. auch erfahren, daß in ihrer Londoner Vereinszeitung bereits von der Wahl des Präsidenten des zukünftigen zionistischen Gemeinwesens in Palästina gesprochen werde. Dies brachte der Großwesier zur Kenntnis des Sultans, und dieser zog seine bereits gegebne Einwilligung alsbald zurück. Er stellte den Juden frei, sich in Mesopotamien und Kleinasien anzusiedeln, nicht aber in Palästina. Nachdem das Mißtrauen des Sultans einmal geweckt ist, können die Zionisten mit ihren Plänen wohl für immer einpacken. Auch dem Dr. Herzl, der bereits nach Konstantinopel abgereist ist, dürfte es nicht gelingen, den Sultan umzustimmen.

Grundstücks-Dividenden. Die Bank für Grundbesitz in Dresden zahlte 1898 15 v. H., 1899 15 v. H., 1900 10 v. H. und 1901 8 v. H. Dividende. Die Berliner Bodengesellschaft zahlt für 1901 30 v. H. Dividende und 55 000 Mark an den Aufsichtsrat. Terraingesellschaft Groß-Lichterfelde 1900 18 v. H., 1901 27 v. H. Dividende. Süddeutsche Bodenkreditbank 1901 7½ v. H. Dividende. Preußische Bodenkredit Aktienbank 1901 7 v. H. Dividende. Bayerische Hypothekenbank 1901 13 v. H. Dividende. Hypothekenbank in Hamburg 8 v. H. Dividende. Dresdner Baugesellschaft 1900 11 v. H., 1901 7 v. H. Dividende. Deutsche Hypothekenbank (Berlin) 1901 6½ v. H. Dividende. Rheinische Hypothekenbank (Mannheim) 9 v. H. Dividende. Deutsche Ansiedlungsbank (Berlin) 8 v. H. Dividende. Neue Boden-Aktiengesellschaft (Berlin) 6 v. H. Dividende.

Wie man sieht, wird mit dem Grundstücks- und Häuserhandel noch das meiste Geld verdient. Nur schade, daß größtenteils die Mieter die Zeche bezahlen müssen.

Lohndiener.

In allen Blättern wird von Zeit zu Zeit
Voll sittlicher Entrüstung scharf besprochen
Der Flüchtlingslager namenloses Leid.
Doch bleibt Old-Englands Frevel ungerochen.
Was soll man für die Armen sich erhitzen?
Vollauf genügen kärgliche Notizen.

Kein Zola ruft entflammt: „Ich klage an“
Und schmettert in die Welt hinaus Fanfaren
Von Recht und Menschlichkeit. Still liegt der Plan,
Auf dem er einst getobt mit seinen Scharen.
Hier winkt kein Gold, kein hoher Lohn. Was Wunder!
Nur Buren sind's. Kein Dreyfus ist darunter.

Deutscher Michel.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 6. März 1902. Nr. 707.

E koschere G'schicht.

Der „Rheinischen Volksstimme“, dem Organ des Rheinischen Bauernbundes, ist ein Brief in die Hände gefallen, den sie in ihrer Nummer vom 19. v. M. zum Abdruck bringt. Er lautet:

Gottswunder, was is passiert Grausiges in Cleve! Also der Tierarzt W., von dem wissen Se ja, daß er is e libenswirdig Männche, mit dem mer kann machen e Geschäftche, er is eben aach von insere Lait, aber de Regierung hat'n wegbugsiert von seim Pöstche als Kreistierarzt, weil se hat ka Verständnis für insere Lait.

Also der Herr Tierarzt hat gerufen durchs Telephon ins Schlachthaus nach Cleve, und is gesprungen der Direktor vons Schlachthaus, damit er heert, wer hat geklingelt. Und da hat gesagt der Herr Tierarzt durchs Telephon, wenn kommt der Gustav B., soll er geschwind machen hinaus bei die Geschwister v. L. in H. Und der Direktor vons Schlachthaus, was is e Mann, der nir versteht vons Geschäft, wo m'r doch soll halten geheim so e Botschaft, schreit zu dem Hallenmeister, was er hat gehört durchs Telephon. Hamm gehört de Botschaft zwa andere, die meegen sein verdammt mit ihre Nachkomme bis ins vierte Glied, und sind se schnell hinaus zu de Geschwister v. L. in H. und hamm gefragt, was es gäb ze handeln. Hat man ihne gezeigt e Kühche, was müsse gleich werden geschlacht, wies hat angeordnet der Herr Tierarzt W., und woll' er schicken den Gustav B. Hamm sich de zwa gewundert, daß so e schaines Kühche sai bestimmt zum Schlachten und hamm se gleich gekaaft das Tierche for 45 Mk., und hamms de Geschwister gleich haben müsse hinfahren lasse zu's Schlachthaus, wozu se hamm geholt geschwind das Wägelche vons landwirtschaftliche Kasino. Is gekummen ze spät der Gustav B., was is e fainer Mann von insere Lait, blos hat er's emol gehabt gegen de Sittlichkait und hamm en de Christen eingesperrt deswegen. Aber er is e fainer Jüd' und is gekümmen in ä Landauer, aber er is gekümmen zu spät, is doch es Geschächer gewesen schon gemacht. Da hat er geschimpft und hat er gedacht: Hab ich nir, sollen de habe aach nir! und is gefahren was er kunnt fahren ins Schlachthaus und hat geschrieen, 's käm' gleich e Kühche von de Geschwister v. L. in H. das Kühche sei krank und müss' werden geschlacht'. Aber der Herr Direktor von's Schlachthaus hat untersucht das Kühche vor daß se es geschlacht' und hat es genuntersucht, nach daß se es geschlacht und is das Kühche, was hamm schlachten lasse de Geschwister, wie's gesagt hat der Herr Tierarzt, gewesen gesünder wie der ganze Gustav B. mitsamt seine Sittlichkait. Und hamm de zwa verkaast das geschlachte Kühche und ham geprofitieret gegen 200 Mk.

An dem Geschäftche hat aach gebockt der Herr Tierarzt, weil er hat geschrien durchs Telephon, wo kann horche e andrer und hat gebockt der Direktor, daß er öffentlich nausschreit so e gehaime Ansprach'.

De anzige Fraid is nur, daß der B. den se hamm gehabt wegen der Sittlichkait, noch hat e gutes Geschäftche bei der Wittwe N. am Güterbahnhof, die verkaaft das Fleisch außer die Kontroll' weil se nimmer geheert im Stadtbezirk.

Nu bitt' ich Dich bei unsre Stammväter verlier' nir dees Briesche, sonst kümmt de Polizei über den Herrn Tierarzt, den hat bugsiert de Regierung, und über sein Fraind Gustav B., se weeren gepackt wegen dem Kühche, weil doch de Regierung nir versteht vons reinliche Geschäft.

*

Ob die Polizei und die Regierung bisher gekommen sind, haben wir noch nicht ermitteln können.

Zukunftstaatliches. In Bürgel (Hessen) wurden sämtliche „Genossen“ mit 395 bis 425 Stimmen gegen 254 bis 286 aus dem Gemeinderat hinausgewählt. Am 26. August v. J. hatten sie noch mit 309 gegen 269 Stimmen gesiegt. —

Im Gewerkschaftshause am Engelufer zu Berlin fand kürzlich eine Besprechung von Lagerhaltern sozialdemokratischer Konsumvereine statt, in der von den aus allen Gegenden erschienenen „Genossen“ Mißstände in diesem sozialdemokratischen Unternehmen gegeißelt wurden. Eine ungebührlich lange Arbeitszeit sei in dem Konsumverein Regel. Bei den meisten Vereinen sei die Arbeitszeit unbegrenzt und die Lohnzahlung gering. Einige Konsumvereine zahlten ihren Lagerhaltern einen Lohn von acht Mark in der Woche, und verlangten noch, daß die Familienmitglieder die Kunden mit bedienten. Den Lagerhaltern werde oft zugemutet, für die Unterschiede, die beim Abwiegen und durch das Lagern entständen, aufzukommen. Nicht einmal genügende Essenszeit würde vielen Lagerhaltern gewährt. Außerdem wurde über das Bestreben geklagt, von den Lagerhaltern Bürgschaft zu verlangen, und diese als Betriebskapital zu benützen. Nach stundenlanger erregter Erörterung wurden die Verwaltungen dringend ersucht, die gewerkschaftlichen Mindestforderungen des Lagerhalterverbandes zur Durchführung zu bringen. —

Der verantwortliche Redaktör der „Leipziger Volkszeitung“ ist wegen Beleidigung des Abg. Dr. Hasse zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Beleidigung wurde in einem Aufsatze des genannten Blattes gefunden, in dem Abg. Hasse unter Schmähungen vorgeworfen wurde, er habe sich um die Stellung des Direktors im Kaiserlichen Statistischen Amte beworben, ein Vorwurf, der jeder Grundlage entbehrte. —

Am 4. April 1900 starb ganz plötzlich der Buchdruckereibesitzer, Herausgeber der sozialdemokratischen „Fränk. Tagespost“ und Landtagsabgeordneter Oertel. Schon der Uebergang des Nürnberger Partei-Organs aus dem Besitze der Wittwe Oertels in den der sozialdemokratischen Parteileitung nahm wiederholt und sehr unerquicklich die führenden Geister der Parteileitung in Anspruch, schon weil die Wittwe Oertels schwer geschädigt wurde. In dem damaligen Streit thaten sich vier „führende Genossen“, Parteisekretär Hermann, Eitzinger, Speyerer und der bayerische Landtagsabgeordnete Scherm zusammen und sandten einen gemeinsam verfaßten Artikel an den freisinnigen „Fränk. Kurier“. Die Einsendung, die in scharfer Weise gegen den leitenden Redaktör der sozialdemokratischen „Fränk Tagespost“, Scheidemann, in der Angelegenheit Oertel vorging, war unbefugter Weise mit dem Namen eines oertelfreundlichen Parteigenossen aus der Opposition unterzeichnet. Der betreffende „Genosse“ hat dies öffentlich eine Fälschung genannt. In einer sehr zahlreich besuchten Generalversammlung der Nürnberger „Genossen“ wurde mitgeteilt, daß sich mit der Sache schon ein Parteischiedsgericht, dem außer der Vorstandschaft des sozialdemokratischen Vereins zwei Reichstags- und zwei Landtagsabgeordnete angehört hätten, befaßt habe. In der sich hierauf entspinnenden aufgeregten Besprechung suchte der Reichstagsabgeordnete Dr. Südekum insbesondre seinen Kollegen Scherm zu retten. Als der Vorsitzende sah, daß dies nicht mehr möglich war, verlas er einen Brief Scherms, worin dieser schrieb, daß er, „um den sozialdemokratischen Verein davor zu bewahren, seinen Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden auszuschließen, seinen Austritt aus dem Verein erkläre. Infolge dieses Austritts lege er auch sein Landtagsmandat nieder.“ Hierauf erfolgte der Ausschluß der drei andern Genossen mit großer Mehrheit.

Bauern und Großgrundbesitzer. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat die dankenswerte Aufgabe übernommen, die freisinnig-sozialdemokratische Legende zu zerstören, daß das Bauernland in der Hauptsache nur in West- und Süddeutschland liege, während Ostelbien relativ wenig Bauern und desto mehr Großgrundbesitz aufzuweisen habe. Nach den Ermittlungen des Generalsekretärs Dr. Dade, deren Ergebnis bereits die Runde durch einen großen Teil der deutschen Presse gemacht hat, beträgt der Umfang des Bauernlandes (Besitzgröße zwischen 2 und 100 Hektar):

1) In Ostelbien, d. h. in dem ganzen Gebiet östlich der Elbe, 8713843 Hektar.

2) In Westelbien (dem Lande zwischen Elbe, Rhein und Main) 10443308 Hektar.

3) In Süddeutschland (dem Gebiet südlich des Mains und westlich des Rheins) 8315512 Hektar.

Schon aus diesen Zahlen geht hervor, daß das Bauernland sehr gut über das ganze Gebiet des Deutschen Reiches verteilt ist. Noch mehr müßte dies zu Tage treten, wenn bei dieser Verteilung auch der verschiedene Wert des Bauernlandes berücksichtigt wäre, der in West- und Süddeutschland für den Hektar entschieden wesentlich höher im Durchschnitt zu berechnen ist als im Osten. In weiten Gebietsteilen Ostelbiens wird man aus diesem Grunde auch die Besitzer bis zu 200 Hektar noch zu den bäuerlichen rechnen, während solche im Westen und Süden wegen des bedeutend höhern Bodenwertes mit Recht schon zu den größern Grundbesitzern gezählt werden müssen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes würde die falsche Darstellung, daß Ostelbien unverhältnismäßig arm an Bauernland sei, noch weit wirksamer entkräftet werden.

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. In der 152. Sitzung des Reichstages vom 27. v. M. befürwortete Abg. Raab bei Beratung einer Bittschrift des Deutschen Drogistenverbandes Berücksichtigung der Petition und entsprechende Ueberweisung an den Reichskanzler. — Am 4. März kam Abg. von Liebermann wiederholt beim Etat des Auswärtigen Amtes zu Worte. Auf seine Ausführungen kommen wir in nächster Nummer zurück.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle, Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Deutschsozialer Verein Berlin. Anmeldungen zum Beitritt nehmen entgegen der Vorsitzende L. Hogrefe, NW 5, Rathenowerstr. 26, oder der Schriftführer Oskar Müller, Prenzlauer Allee 23. Die nächste Sitzung wird am 7. März abends 9 Uhr in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173 (Ecke Schwedterstraße) abgehalten. Deutschsoziale als Gäste stets willkommen.

Nordhausen. Die nächste Sitzung des „Deutschen Vereins" findet [redacted] Sonnabend, den 8. März, in den „Drei Linden" statt, während am Montag, den 10. März, in demselben Lokale das zehnte Stiftungsfest gefeiert wird.

Verband Westmark. In Köln (Rhein) kam am 22 v. M. nach einem Vortrage des Herrn C. Amthor (Gelsenkirchen) eine Ortsgruppe des Verbands zustande, die vorläufig vierzehn Mitglieder zählt. Die Wahl des Obmannes und Bestimmung des monatlichen Sitzungstages bleibt der nächsten Zusammenkunft vorbehalten.

Braunschweig. Einen durchschlagenden Erfolg errang der Deutschsoziale Verein am 24 v. M. mit einer Versammlung gegen das Rabattmarken-Unwesen. Der große Saal des „Wilhelmsgartens" war bis auf den letzten Platz gefüllt, als um 9 Uhr Herr Kaufmann Walterscheid mit einigen Worten die Erschienenen begrüßte. Der Vortrag des Herrn F. Kemper, der sich hauptsächlich gegen die Firma Tischmann u. Co. richtete, fand äußerst lebhaften Anklang, so daß der anwesende Vertreter der angegriffenen Firma trotz wiederholter Aufforderung auf jede Erwiderung verzichtete. Gegen seine Stimme nahm man folgende Entschließung an: „Die Versammlung erklärt sich gegen das Rabattmarken-Unwesen, als für Geschäftsleute und Publikum gleich schädlich und nur auf den Vorteil des Inhabers der Rabattmarken-Gesellschaft zugeschnitten. Sie kann daher nur vor der Beteiligung am Vertriebe von Rabattmarken warnen."

Die Tageszeitungen haben über den Vortrag ausführliche Berichte gebracht. —

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller".

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;

in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";

in Nordhausen am Montag 10. März in den „Drei Linden" Sonnabend, den 8. März in den „Drei Linden"; (Stiftungsfest);

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. 65 Jahre alt ist der Handelsmann Baruch Witmersdörfer zu Floß (Bayern), der wegen Mißbrauchs vier- bis sechsjähriger Kinder vor dem Landgericht zu Weiden stand. Das Scheusal ist wegen ähnlicher und andrer Vergehen schon sieben Jahre im Zuchthause gewesen, jetzt spaziert er wieder anderthalb Jahre hinein. —

In Graz holte die Polizei den Scholem Apler aus dem Zuge Wien-Triest, der zwei Wiener Mädchen zwecks „Ausfuhr" nach Amerika bei sich führte. Natürlich wurden die armen Dinger über den wahren Zweck der ihnen versprochnen „guten Dienststelle" aufgeklärt und kehrten entsetzt nach der schönen blauen Donau zurück, während Scholem ins Gewahrsam marschierte. Sechs Monate Zuchthaus war sein Lohn. Seine beiden Brüder und Helfershelfer, David und Chaim, sind flüchtig.

Schnorrers Glück und Ende. Beim Berliner Polizei-Präsidium fand sich dieser Tage ein Mann ein, der sich Gustav Tschatowsky nannte, mittellos und auf der Wanderung nach Russisch-Polen sein wollte. Er bat um Nachtquatier und etwas Zehrgeld. Als Ausweis zeigte er eine entsprechende Bescheinigung der Dortmunder Polizei vor. Den Berliner Beamten kam der Mann indes verdächtig vor und als man ihn genauer besah, stellte sich heraus, daß man einen alten Bekannten, den Handelsmann Isaak Betschkowsky gefaßt hatte, der Spezialist im Gebrauch falscher Papiere ist. Eingenäht im Rock hatte er eine größere Summe Geldes in französischen, amerikanischen und deutschen Geldsorten. Natürlich wanderte der Isaak schleunigst nach Moabit.

Betrug verübte der Uhrenhändler Sigmund Pick zu Wien, indem er einer ganzen Anzahl Kunden Waren verkaufte, das Geld dafür einsteckte und dann die Ware nicht lieferte. Vier Monate soll er dafür im Zuchthause sitzen.

Einen alten Trick wandte der Kaufmann Moritz Levy zu Dudweiler an. Er wußte eine große Anzahl auswärtiger Fabrikanten und Lieferanten zu täuschen, indem er mit dem Versprechen „Sie erhalten dann einen großen Auftrag" sich wertvolle Mustersendungen bestellte, die er zum großen Teil nicht bezahlte. Die Annahme solcher Sendungen unter Nachnahme verweigerte er. Um Erkundigungen über sich zu hintertreiben, forderte er stets zur sofortigen Eilgut-Sendung auf. Seine Bezugsquellen wechselte er dabei fortwährend. Da auch die Führung der Bücher ungenügend und unordentlich war, erhielt Levy ein Jahr Gefängnis.

Feine Wurst! In dem Hause Heerdenthorssteinweg Nr. 48 zu Bremen betreibt der Kaufmann Hersch Barusch ein Kolonialwarengeschäft. Am 18. November v. J. kaufte dort ein Arbeiter eine sogenannte Mettwurst (Schlackwurst), die gänzlich verdorben war und vom Kreistierarzt Sosna als durchaus untauglich zur menschlichen Nahrung bezeichnet wurde. Die Polizei schritt ein und beschlagnahmte am 25. November 157 Pfund solcher „Ware". Aber schon am 2. Dezember gelangte abermals eine Anzeige an die Polizei über ungenießbare Wurst, die Auswandrer bei Barusch erstanden hatten. Das Zeug stammte aus Amerika und Dänemark, lagerte in Bremen teilweise schon seit dem 15. Juni 1899 und war von Barusch ruhig weiter verkauft, trotzdem der Großhändler ihm gesagt hatte, daß „die Wurst von hier keiner essen würde". Sie war nämlich so famos, daß selbst Katzen, Ratten und Mäuse sie nicht fressen wollten! Barusch kam mit hundert Mark Geldstrafe davon, während der Großhändler und der vermittelnde Agent je 150 Mark zahlen müssen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

dem praktischen Arzt Dr. Abraham Oppenheimer zu Würzburg der Titel eines Königlichen Hofrates.

Ernannt wurde:

der Obergerichtsanwalt Ludwig Simonson in Kopenhagen zum wirklichen Etatsrat;

der Privatdozent Dr. med. L. Ascher zum Professor an der Universität zu Bern.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Quo vadis? Geschichtliche Erzählung aus der Zeit Kaiser Neros. Von Heinrich Sienkiewicz. Konstanz (1901). 834 Seiten. Preis: fein gebunden 3 Mark.

Bereits früher haben wir unsre Leser auf diesen historischen Roman als ein hervorragendes Werk aufmerksam gemacht. Das Erscheinen einer neuen wohlfeilen Ausgabe giebt uns den Anlaß, nochmals darauf hinzuweisen. Die Gestalten aus dem neronischen Rom, die uns der Verfasser vor Augen führt, treten ungemein lebendig hervor; in fesselnder Weise werden wir in das Leben und Leiden der ersten Christen eingeführt. — Die Uebersetzung liest sich glatt; die Korrektur aber hätte sorgfältiger sein können. Das Buch eignet sich vorzüglich zu Geschenken, auch bei der Konfirmation; denn daß der Verfasser Katholik ist, das kommt kaum zum Ausdruck —nn.

„Unschuld". Ein modernes Mädchenbuch von Elsa Asentjeff. Leipzig. Preis 2,50 Mark.

Wenn man die ersten drei kurzen Geschichten: „Heimlichkeiten", „Großstadtdunkel" und „Mädchenklatsch" gelesen hat, überkommt einen die Empfindung, als müßte man das Buch ins Feuer oder besser in die Kloake werfen. In der ersten Geschichte bekommt ein Backfisch von einem Gymnasiasten einen gereimten Liebesbrief in die Hand gesteckt, liest ihn „an einem gewissen Orte, dem einzigen, wo sie allein gelassen wurde", giebt dann dem Jungen ein Rendezvous und läßt sich von ihm im Hausflur küssen. Dann holt sie sich ein Buch aus ihres Vaters Bibliothek, worin sie eine Liebesgeschichte vermutet, wird sehr gerührt, als sie darin eine überschwängliche, aber anständige Liebeserklärung liest und heult dann ihre Kissen darüber naß, daß sie ihrem zukünftigen Bräutigam nicht mehr den „ersten" Kuß geben kann. —

In „Großstadtdunkel" sieht ein junges Mädchen, das immer von einer Tante begleitet wird und dies langweilig findet, zufällig, wie eine Kupplerin ein halbwachsenes Geschöpf auf die Straße jagt, um Herren anzusprechen. „Und nun ahnte sie manches, als würde sie plötzlich hellsehend. Leise flüsterte sie zur Tante, die geduldig neben ihr einherschritt: Du Schützende, Gute!" —

In der dritten Geschichte endlich unterhalten sich einige junge Mädchen über ihre Taillenweite, über Tanzen und Leutnants. Die jüngste und kleinste darunter ist die Altkluge und hält den andern vor, daß sie, wenn sie sich schnüren, keine kleinen Kinder bekommen werden. —

Das soll ein „Mädchenbuch" sein. Liest man dann weiter, so stößt man auf andre etwas vernünftigere Geschichten, aber alle verschwommen und unklar in der Darstellung und der Ideen. Man hat, wenn man das Buch aus der Hand legt, die Empfindung, daß die Verfasserin es wirklich gut mit den jungen Mädchen meinen mag, daß sie indes besser thäte, Kraut und Rüben zu bauen als zu schreiben.

Empfangsbescheinigung.

Für die Wahl in Schaumburg-Lippe gingen ferner ein beim Kassenwart der Deutschsozialen Partei, Herrn Abg. F. Raab in Hamburg:

H. Th. Kaufmann, Hamburg 10 Mark; Müller, Hamburg 1 Mark; Neumann, Hamburg 5 Mark; A. Br., Schlachtermeister, Hamburg 3 Mark; W. B., Hamburg 3 Mark; F. E., Beamter, Hamburg 1 Mark; B. B., O.-T.-Ass., Hamburg 3 Mark; R. R., Altona 5 Mark; C. H., Beamter (Sammelliste) Hamburg 8 Mark; R. B., Kaufmann, Hamburg 5 Mark; K. B., Kaufmann, Hamburg 5 Mark; H. S. jun., Landwirt, Lockstedt 10 Mark; H. B., Gärtner, Hamburg 5 Mark; E. B., Kaufmann, Hamburg 10 Mark; M. u. H., Fabrikant, Pinneberg 6 Mark; H. P. A., Landwirt, Flensburg 10 Mark; E. K., Kaufmann, Hamburg 3 Mark; H. R., Kaufmann, Hamburg 6 Mark; E. B. u. H. B., Kaufmann, Heide 20 Mark; W. Gr., Beamter, Hamburg 1,50 Mark; Fr. St., Kaufmann, Hadersleben 4 Mark; F. Gr., Eisenb.-Ass., Hamburg 5 Mark; H. R., Kaufmann, Hamburg 1,50 Mark; J. H. F. H., Kaufmann, Hamburg 3 Mark; J. R., Kaufmann, Hamburg 3 Mark; W. W., Fabrikant, Segeberg 10 Mark; G. L., Direktor a. D., Flensburg 5 Mark; O. H., Milchgeschäft, Hamburg 2 Mark; C. E., Kaufmann, Hildesheim 20 Mark; H. A. K. Schr., Kaufmann, Hamburg 5 Mark; H. W., Kaufmann, Hamburg 1 Mark; F. St., Zollbeamter (Sammelliste), Hamburg 4 Mark; R. H. M., Kaufmann, Mannheim 5 Mark; G. H. jun., Kaufmann, Dortmund 10 Mark; W. Sch., Kaufmann, Hamburg 20 Mark; P. M., Bürovorsteher, Weener 2 Mark; R. in Herne 7 Mark; R. W., Pastor in S. 10 Mark; C. M., Eisenbahnbeamter, Altona 3 Mark; P. M., Kaufmann, Hamburg 5 Mark; C. W., Kaufmann, Stade 3 Mark; F. L., Kaufmann, Altona 2 Mark; Fr. M., Kaufmann, Altona 5 Mark; Bl., Münster 3 Mark; G. H. A. Jahnke, Gastwirt und Kaufmann, Assel 20 Mark; A. Jahnke, Kaufmann, Assel 3 Mark; F. W., Eisenbahnbetriebssekretär, Hannover 3 Mark; Dr. med. Sch., Arzt, Drochtersen 8 Mark; L. H., Fabrikant, Zwickau 5 Mark; A. D., Kaufmann, Frankfurt 5 Mark; E. P., Zollbeamter, Hamburg 2 Mark; J. H. Sch., Schlachtermeister, Hamburg 2 Mark; H. B., Kaufmann, Kiel 1 Mark; Obr., Buchdrucker, Hamburg 4 Mark; M. S., Straßburg 5 Mark; S. Z., Malermeister, Ottensen 1 Mark; J. B., Kaufmann (Sammelliste), Ottensen 2 Mark; H. E., Landwirt, Krautsand 3 Mark; H. M., Kaufmann, Osterburg 10 Mark; Kl., Photograph, Hamburg 3 Mark; W. S., Kaufmann, Münster 5 Mark; R. B., Schmiedemeister, Kl. Flottbeck 3 Mark; F. W., Pensionär, Hannover 1 Mark; M. (Sammelliste 134), Hemdingen 5 Mark; M. L., Kaufmann (Sammelliste), Ottensen 5 Mark; F. W. R., Kaufmann, Ruhrort 5 Mark; Dr. med. St., Seehausen 20 Mark; Dr. W., Kassel 10 Mark; F. E., Apotheker, Gaarden 3 Mark; C. L., Kaufmann, Pasewalk 4 Mark; D., Schuhmacher, Kiel 1 Mark; F. A. D., Kaufmann, Kiel 6 Mark; A. Sch., Magdeburg 3 Mark; A. Kr., Kaufmann, Magdeburg 3 Mark; A. v. M., Major a. D., Görlitz 10 Mark; K., Betriebs-Ingeniör, Weimar 5,10 Mark; C. R., Kaufmann, Nordhausen 5 Mark; El. A. L., Kaufmann, Ellingstedt 5 Mark; W. H., Telegr.-Ass., Köln-Nippes 2 Mark; K., Tischler, Hamburg (Sammelliste) 7,50 Mark; A. R., Beamter (Sammelliste) 3 Mark; Br. P., Kfm., Altona 10 Mark; C. D., Beamter, Hamburg (Sammelliste), 4,80 Mark; Gr., Justizrat in Schweidnitz, 10 Mark; B. G., Fabrikant, Ottensen, 5 Mark; F. B. H., Zigarrenhandl., Hmb., 1,50 Mark; Fr. Sch., Kfm., Hmb., 5 Mark; O. H., Kfm., Hmb., 3 Mark; R. R., Schlachtermeister, Hmb., 5 Mark; O. R., Herne, (2. Rate), 10 Mark; H. R., cand. theol., Göttingen, 2,50 Mark; H. E., Landwirt, Krautsand (2. Rate), 1 Mark; C. L., Kfm., Halberstadt, 2 Mark; O. O., Fuhrwerksbesitzer, Hmb., 3 Mark; L. D., Tischlermstr., Hamb., 3 Mark; W. R., Kfm., Hmb., 10 Mark; C. M., Gelsenkirchen (Sammelliste), 23 Mark; Chr. Chr., Kfm., Ottensen (Sammelliste), 25 Mark; H. Th., Postbeamter, Hmb., 2,50 Mark; H. Th., Postbeamter, Hmb. (Sammelliste) 15,50 Mark; F. E., Postbeamter, Hmb. (Sammelliste), 6,50 Mark; A. H., Kfm., Hmb., 2 Mark; P. H. R., Meiereivorsteher, Stuvenborn, 12 Mark; Prof. A. Sch., Lörrach, 5 Mark; H. Sp., Pfarrer, Zell, 5 Mark; F. J. H. K., Arbeiter, Hmb., 8 Mark; H. St., Gastw., Altona, 10 Mark; H. F. A. H., Eisenbahnsekretär in O. (Sammelliste), 19 Mark; Dr. med. J., Altona, 10 Mark; Fr. K. O. P., Assistent, Hmb., 5 Mark; G. F. R., Kfm., Hmb., 2 Mark; C. L., Kfm., Hmb., 1 Mark; C. L., Kfm., Hmb. (Sammelliste), 3 Mark.

Briefkasten.

Konstadt. Besten Dank; Brief ist leider zum Abdruck nicht geeignet. Heil!

Neunkirchen (Bez. Trier). Dankend verwendet.

C. B. Weissensee. Csillag-Stern, die Firma heißt also Anna Stern und dieser madjarische „Stern" ist eine rassenechte Jüdin. Das Mittel nützt den Haaren kaum etwas, jedenfalls kennt die Wissenschaft keinen Stoff, der den Haarwuchs befördern könnte.

Magdeburg. Die Nachricht des Zentral-Anzeigers ist unwahr.

Konstadt. Senden Sie uns doch bitte die Bekanntmachung des Landrats.

Unſre Leſer bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berückſichtigen und ſich bei allen Anfragen und Beſtellungen ausdrücklich auf unſer Blatt zu beziehen!

Victoria-Zwieback

iſt der feinſte Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürſten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkaſten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkoſten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Verlangen Sie durch 5 Pfg.-Karte unser **Verlags-Verzeichnis** für antiſemitiſche Schriften koſtenlos und poſtfrei.

Deutſchnationale Buchhandlung und Verlagsanſtalt,
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.

Futterſtoffe
und
Bedarfsartikel
für
Herrenſchneiderei

liefert Manufakturiſten und Schneidermeiſtern z. billigſten Tagespreiſen

Chr. Esdorn,
Braunſchweig.

Muſter gratis u. frei!

Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei

Christian Günther, Leipzig-Plagwitz
Postfach ...
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.

Neuheiten

Die Saison-Neuheiten sind eingegangen.
Fordern Sie mit 5 Pfg.-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Jeder Leser

braucht einen **Kautſchukſtempel.** Von 2,70 Mark an liefere einen vollſt. Druckapparat zum Drucken von Adreſſen, Karten, Zirkularen uſw.

Muſterbuch Nr. 1: Kautſchukſtempel
Muſterbuch Nr. 2: Druckapparate

E. Kaiſer gen. Stempel-Kaiſer
Berlin N., Invalidenſtr. 100.





Deutſcher Krug.

Antiſemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohſtraße 3, Erdgeſchoß u. 1. Etod.
Ausſchank:
Böhmiſch, Lichterhainer, Tucherſches Dunkel und Pſchorrbräu.
Vorzügl. Speiſen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Düren

webt ſeit 600 Jahren die beſten **Herrenſtoffe.**
Stoffproben ſendet direkt und frei das
Tuchhaus Barykes i. Düren i (Rhld).

Leipzig, Kurprinzſtr. 4
H. Heinze, Hutfabrik
gegr. 1867. Spezialität
2.80 Hüte in modernſten Formen, vorzügl. Qualität, Klapp-, Seiden- u. Haarfilzhüte zu billigſten Preiſen.



Das Geſchlechtsleben des Weibes.

Eine phyſiologiſch-ſoziale Studie mit ärztlichen Ratſchlägen
von
Frau Dr. med. Anna Fiſcher-Dückelmann.

7. Auflage. **Preis 1,50 Mark.**

(Vergl. Beſprechung in Nr. 688 der D.-S.-Bl.)

Gegen vorherige Einſendung des Betrages oder Nachnahme zu beziehn durch die

Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.

Für Volks- und Vereins-Bibliotheken.

Wir beſitzen noch einige Vorräte nachſtehender wirklich **vortrefflicher** Dorfgeſchichten, die wir zu den beigeſetzten ermäßigten Preiſen abgeben:

Becker, Der Wildhirt, eine oberheſſiſche Dorfgeſchichte.
Statt 2 Mark für 1 Mark 20 Pfg.

Becker, Das Geldfeuerchen, eine oberheſſiſche Dorfgeſchichte.
Statt 1 Mark für 60 Pfg.

Becker, Karthäuſerſch Anndert, eine oberheſſiſche Dorfgeſchichte.
Statt 1 Mark 40 Pfg. für 80 Pfg.

Deutſchnationale Buchhandlung und Verlags-Anſtalt
Berlin NW 52, Paulſtr. 15.

Zur Einſegnungszeit

empfehlen wir unſre Flugblätter:

Nr. 45: **Wo kauft man Konfirmanden-Anzüge?**
Nr. 6: **Ein Wort an die deutſche Frau.**
Nr. 12: **Das Geſchäfts-Talent der Juden.**
Nr. 77: **Deutſche Väter und Mütter!**

Preis 100 Stck. (auch gemiſcht) 1 Mark.
„ 1000 „ „ 7 „

Deutſchnationale Buchhandlung und Verlags-Anſtalt,
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.

Die Broſchüre

Der Blutmord in Konitz

mit dem Vorworte von

Max Liebermann von Sonnenberg
Mitglied des Reichstages

12. Auflage) koſtet nur 60 Pfg. und kann durch jede Buchhandlung ſowie durch uns bezogen werden.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulſtr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyſeſtr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 13. März 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 708.

Wochen-Spruch.

Menschenrechte sollen sie haben, obgleich sie uns dieselben nicht zugestehen. Aber ihnen Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich kein Mittel als das: in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andre aufzusetzen, in denen auch nicht eine einzige jüdische Idee steckt. Um uns vor ihnen zu schützen, dazu sehe ich wieder kein andres Mittel, als ihnen ihr gelobtes Land zu erobern, und sie alle dahin zu schicken.

Fichte (1815).

Warum?

Ein Beitrag zur Berliner jüdischen Theaterkritik.

Wer die Berliner „litterarischen" Verhältnisse nicht kennt, vermag sich vielfach durchaus kein richtiges Bild über den wahren Wert, insbesondre neuer Theaterstücke zu machen, weil er mit Ausnahme der jüdischen Presse oft ganz verschiedenen Beurteilungen in den Blättern begegnet. Es ist eine stehende Erscheinung, daß die jüdischen und judenfreundlichen Zeitungen über derartige Darbietungen stets übereinstimmend — oft sogar fast wörtlich — urteilen, wogegen die unabhängigen Organe je nach der litterarischen Richtung, die sie für die richtige und ersprießliche erachten, selbstverständlich zu verschiednen Anschauungen über den Wert eines Stückes gelangen müssen, dabei aber von dem redlichen Bestreben, dem Wollen und Können des Autors gerecht zu werden, beseelt sind.

Woher stammt nun die Einheitlichkeit der jüdischen Kritik? Nach dem ersten Akte oder in der ersten Pause treten die Kritiker der angedeuteten Blätter im Foyer zusammen und stellen fest, wie Juda das Drama, den Schwank usw. aufzufassen hat, und es ist klar, daß dabei durchaus nicht nur litterarische Beweggründe für das Gesamturteil maßgebend sind, denn das Judentum verficht seine Interessen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in höchst ungenierter Weise.

Ein kleines Beispiel aus den letzten Tagen diene zur Erläuterung. Am Sonnabend, den 1. März, wurde im Residenz-Theater ein Schwank des berühmten französischen Dichters Alexander Bisson gegeben, welcher der französischen und deutschen Bühne schon eine stattliche Reihe höchst unterhaltender Darbietungen geliefert hat. Während der Aufführung konnte ein Kundiger recht seltsame Beobachtungen machen. Der erste Akt war vorüber, das Publikum hatte sehr, sehr viel gelacht und befand sich in heiterster Stimmung, der es durch lebhaftesten Beifall Ausdruck gab. Da ertönte plötzlich in den Beifall hinein kräftiges, von verschiedenen Personen ausgehendes Zischen. Die Absicht, das Publikum irre zu führen, gelang aber nicht oder doch nur für kurze Zeit in sehr unvollkommnen Maße. Man konnte übrigens mit Leichtigkeit erkennen, woher das Zischen kam, denn beim Hinausgehn in das Foyer vernahm man Aeußerungen aus jüdischem Munde, es sei ein Skandal, daß die Theaterleitung derartiges läppisches Zeug dem Hause vorzusetzen wage und was dergleichen mehr war. Nach dem zweiten Akt dasselbe Schauspiel: hier lebhafter Beifall, lautes Bravorufen, dort Zischen. Aber am Schluß des dritten und letzten Aktes hatte der gesunde Menschenverstand gesiegt; die Zischer gaben das Spiel auf und verhielten sich still, der Erfolg des Stückes war unbestreitbar, und das Publikum ging heiter scherzend dem Ausgange zu.

Die jüdischen Zischer hatten aber ihren Plan, das Bissonsche Stück tot zu machen, durchaus nicht aufgegeben. Daß es sich hier um eine planmäßige jüdische Aktion handelte, war von vornherein leicht zu durchschauen, und man durfte mit Sicherheit erwarten, daß dieselbe in den Rezensionen der bekannten Blätter mit all der Anmaßung fortgesetzt werden würde, mit der das Judentum in der Presse aufzutreten pflegt. Und es kam auch so, d. h. die Mache war diesmal so grenzlos plump, daß jeder Kenner nur mit lautem Gelächter diese jüdisch-kritischen Leistungen in sich aufnehmen konnte. Die oben erwähnte Thatsache, daß Juda stets geschlossen in der Litteratur auftritt, erhält übrigens gleichzeitig dabei einen höchst erheiternden Beweis.

Ein französischer Dramendichter Brieux hat vor nicht langer Zeit ein ernstes Schauspiel „Die rote Robe" geschrieben, das sich mit den Verfehlungen eines Richters befaßt. Diese „Rote Robe" hat selbstverständlich mit dem Bissonschen Schwank rein gar nichts zu thun. Aber die jüdischen Herren Kritiker hatten es anders befohlen: Bisson sollte des litterarischen Diebstahls beschuldigt werden, den er an Brieux begangen hatte, also der Schwankdichter an dem tragischen Dramatiker; an und für sich ist das natürlich der größte Unsinn, aber den Herren fiel eben nichts andres ein, um Bisson tot zu machen, und so mußten sie denn alle das von den führenden jüdischen Größen vorgesagte Verslein nachbeten.

So schreibt die „Voss. Ztg.":

„Dem früher so erfindungsreichen Herrn Bisson ist in den letzten Jahren nichts Gutes mehr eingefallen, und er hat das wohl selbst heimlich anerkannt, indem er sich mit diesem letzten Schwank verschämt an die ‚Rote Robe' anlehnte."

Die „Nationalztg." sagt, es handelt sich „um eine Umkehrung des Themas, das Brieux in seiner ‚Roten Robe' mit so großer Wirkung angeschlagen hat."

Der „Lokalanzeiger" muß seinem Publikum die Sache von der „Roten Robe" natürlich noch deutlicher auseinandersetzen. Er schreibt: „Der galante Richter von Bisson ist der Streber, der Richter aus Brieux's ‚Roter Robe', nur ins Possenhafte übertragen. Die Figur ist genau dieselbe, wie bei Brieux, nur von einer andern Seite gezeigt. Auch die Situation weckt bei aller burlesken Komik die Erinnerung an das Stück von Brieux."

Nun werden selbst die Leser des „Lokalanzeigers" begriffen haben, daß der Schwankdichter den ernsten Dramatiker in gemeinster Weise bestohlen hat.

Das „Kleine Journal", das Hofjudenblatt, darf natürlich in dem edlen Reigen nicht fehlen. Es bemerkt: „Mit seinem dreiaktigen Schwank ‚Der galante Richter' (le bon juge), der gestern Abend im Residenz-Theater unter lebhaft bestrittenem Beifall zum ersten Male in Szene ging, hat Alexander Bisson offenbar ein humoristisches Gegenstück zu Brieux' ‚Roter Robe' liefern wollen. Wie dort Brieux hat sich hier Bisson den Richterstand vorgenommen und versucht, in einem wirren Durcheinander von Szenen an den Schäden der französischen Justiz lustige Kritik zu üben. Mit dem Durcheinander ist's ihm auch geglückt, die rechte Lustigkeit aber hat sich leider nicht einstellen wollen."

Die „Berliner Börsenztg." giebt folgende Weisheit von sich: „Alexandre Bisson richtet in seinem Schwank ‚Ein galanter Richter' die Pfeile seines lustigen Spottes auf dasselbe Opfer, das sich auch Brieux in seiner ‚Roten Robe' erwählt hat: auf den Untersuchungsrichter und die fast absoluten Machtbefugnisse, die das französische Gesetz ihm einräumt. Brieux' Untersuchungsrichter ist dumm und ehrgeizig, und deshalb mißbraucht er seine Amtsgewalt. Herr Leplantois, Bissons galanter Richter, ist dumm und verliebt, und thut desgleichen."

Das „Berliner Tagebl." reißt Bisson selbstverständlich ebenfalls herunter und bringt natürlich auch die „Rote Robe" an: „Selbst ‚Die rote Robe' erscheint als Meisterstück."

Nun genug von der „Roten Robe", damit dem Leser nicht noch rot vor den Augen wird. Sämtliche erwähnten Kritiken machen außerdem das Stück dermaßen schlecht, daß von dem Autor, wenn sie die Wahrheit geschrieben hätten, kein Hund mehr ein Stück Wurst, geschweige denn Brot nehmen würde.

Doch nun zu der Frage: „Warum das alles?" Es liegt nahe anzunehmen, daß Herr Bisson es irgendwie mit dem Judentum verdorben haben muß. Die jüdischen Kritiker sind ja im allgemeinen vorsichtig und verschweigen die Gründe, wenn sie eine solche Abschlachtung, einen solchen litterarischen Blutmord vornehmen; aber der „Börsenkurier" hat nicht dicht halten können, oder es ist seinem Kritiker die Feder entgleist. Er löst das Rätsel, indem er seine Kritik, höchst geistreich natürlich, beginnt:

„Im ‚Residenz-Theater' wurde gestern Abend oft gelacht und die Richter waren in die Kosten der Unterhaltung verurteilt. Man pflegte früher zu sagen, daß die Pariser Moden, die Damentoiletten, erst nach Jahren zu uns gelangen. Die Damen kommen jetzt schneller aber die Dramen um so langsamer. Die Satiren auf den Richterstand, die der Dreyfus-Prozeß in Paris gezeitigt hat, finden sich erst diesen Winter hier ein, nachdem jener Prozeß schon lange vergessen und der Zusammenhang der Stücke mit den Zeitereignissen verloren ist."

Also Herr Bisson steht im Verdacht, daß der Dreyfusprozeß ihn zu dem Schwank angeregt hat, und dieser Verdacht genügt, um das den Juden deshalb fatale Stück mit aller Macht niederzuschreien. Vielleicht hat Herr Bisson auch einmal ein nicht besonders judenfreundliches Wort dem Gehege der Zähne entfliehen lassen, das durch die Alliance israelite kolportirt worden ist. Aber das wäre gar nicht einmal nötig: es genügt, daß das Judentum den Namen Bisson mit Dreyfus in eine für letztern nicht schmeichelhafte Verbindung bringt, ob mit Recht oder mit Unrecht, ist dabei ganz gleichgültig. Darum in den Orkus mit ihm. Herrn Bisson wird das nun sehr gleichgültig sein, uns aber hat diese Sache eine erwünschte Gelegenheit zur Kritik der jüdischen Kritik gegeben.

Gustav Strehlke.

Die Abgeordneten Raab und von Liebermann

haben bei der zweiten Lesung des Staatshaushaltes mehrmals das Wort ergriffen.

Am 4. März stand die Fortsetzung der Beratung über den Etat des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung. Tags vorher hatten die Vertreter der sozialdemokratischen Partei sehr heftige Angriffe gegen die Regierung gerichtet. Besonders war man neben vielem andern auch auf die Wegnahme der astronomischen Instrumente von der Stadtmauer in Peking zurückgekommen und eine sozialdemokratische Resolution lag vor, diese Instrumente wieder nach Peking zurückzuschaffen. Der Reichskanzler hatte dem widersprochen und nachgewiesen, daß die chinesische Regierung selber auf die Rückgabe der Instrumente verzichte. —

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien stellten sich bei dieser Frage in der Mehrzahl auf die Seite der Regierung, was seitens der Sozialdemokraten neue Angriffe nach sich zog. — Vom weiblichen Freisinn sprach Herr Barth und leistete sich am Schlusse seiner Ausführungen die groteske Redewendung:

„Seitdem Fürst Bismarck abgetreten ist, ist in der That nur eine einzige wirklich große politische Maßregel in Deutschland durchgeführt, nämlich der Abschluß der Caprivischen Handelsverträge. Alles weitere, was seitdem geschehen ist, ist kaum der Mühe wert, erwähnt zu werden." —

Dem Herrn Barth folgte Beckh (Koburg) vom Richterschen Freisinn, ein sehr wortreicher Herr, der stets, wenn auch wider Willen, zur Erheiterung des Hauses beiträgt. Er wandte sich gegen den Alldeutschen Verband, der nach seiner Meinung dem 6. Fest des Deutschen Sängerbundes, das diesmal in Graz gefeiert werden soll und woran Herr Beckh auch als lyrischer Tenor aktiv teilnehmen will, Schwierigkeiten bereitet habe. — Der Deutsche Sängerbund ist nach Herrn Beckh besonders dazu geeignet, dem Deutschtum in Oesterreich für die Zukunft einen Halt zu geben. —

Der Abg. Fürst Bismarck ließ darauf den Herrn Barth einige Belehrungen über den wirklichen Wert der Caprivischen Handelsverträge zukommen. Besonders stellte er fest, daß bei den Verhandlungen über den österreichischen Handelsvertrag die österreichischen Unterhändler Instruktionen gehabt haben, die ein viel weiteres Entgegenkommen unsern deutschen Interessen gegenüber gestattet hätten. Aber die deutschen Bevollmächtigten hätten solche Eile gehabt, daß man ihnen gar nicht weitere Vorteile anbieten konnte. — Nachdem nun noch Herr Gradnauer von der Sozialdemokratie langes und breites zur Verteidigung des Standpunktes seiner Partei erzählt hatte, erhielt das Wort der Abg. Liebermann von Sonnenberg. Er sagte nach dem stenographischen Berichte folgendes:

M. H., ich beabsichtige nicht, dem Herrn Abg. Beckh (Koburg) auf seine Ausführungen eingehend zu antworten. Ich wußte aus seinen alljährlichen Vogelschutzreden, daß er ein Freund der gefiederten Sänger ist; heute habe ich nun erfahren daß er auch die zweibeinigen — bitte um Entschuldigung — die Vögel haben ja auch zwei Beine

(große Heiterkeit) —

sagen wir also die menschlichen Sänger in sein Herz geschlossen hat. Aber die Wirkungen, die Sängerbünde auf große politische Ereignisse haben, überschätzt er doch gewaltig. Er will das Deutschtum in Oesterreich hochhalten und stützen durch die Pflege des Männergesangs. Wenn der Alldeutsche Verband glaubt, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt, so erinnert er sich dabei an die Wege, die der große Staatskünstler Bismarck gegangen ist, um das Deutsche Volk zu einigen und das Reich zu schaffen. Aber ich kann dem Herrn Abg. Beckh zu seinem Trost sagen, daß auch der Alldeutsche Verband keineswegs meint, daß für die Verwirklichung seiner Pläne, für die Erhaltung der deutschen Sprache in Oesterreich, für die Herbeiführung eines engern Anschlusses der Deutschen in Oesterreich an Reichsdeutschland eine Zertrümmerung Oesterreichs oder ein Völkerkrieg notwendig sein würde.

Ich habe das Wort ergriffen, um mich ebenfalls gegen die Auffassungen, die sozialdemokratischerseits gestern und heute hier zum Ausdruck gekommen sind, zu erklären. Ich verstehe die Haltung der Herren Sozialdemokraten durchaus. Sie entspringt ihrem allgemeinen Prinzip, die Unzufriedenheit bei jeder Gelegenheit nach Möglichkeit zu schüren. Sie verlangen überall Unmögliches, damit das Mögliche, was erreicht wird, als zu wenig in den Augen des Volkes erscheint.

Sie haben von Ihrem Standpunkte Recht, denn bevor Sie den alten Staat in Trümmer schlagen können, muß man die Bevölkerung im Staate mit den bestehenden Staatseinrichtungen in unversöhnlichen Gegensatz bringen. Wenn der Herr Abg. Gradnauer eben behauptete, es sei eine Bankrott-Erklärung der alten Gesellschafts-Ordnung, wenn sie es nicht ermöglichen könne, solchen Greueln, wie sie in Südafrika vorkommen, ein Ende zu bereiten und stolz betonte, die Sozialdemokratie habe ihrerseits mehr im Dienste der Humanität gethan, so möchte ich nur an die Proben sozialdemokratischer Humanität bei den Kämpfen zwischen den Versaillern und der Kommune erinnern.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir danken für diese sozialdemokratische Humanität bestens und glauben, daß der alte Staat mit allen seinen Fehlern und die alte Gesellschafts-Ordnung mit allen ihren Mängeln doch immer noch ein klein wenig besser ist, als Tohuwabohu, dem Sie uns entgegenführen wollen.

(Sehr richtig! rechts.)

M. H., im Gegensatz zu den Ausführungen der Sozialdemokraten glaube ich, daß in der Chinafrage von Seiten unsrer Regierung alles geschehen ist, was billigerweise verlangt werden konnte, daß die Befürchtungen zu nichte gemacht worden sind, die man darüber vielfach im Lande hegte, und daß man sehr zufrieden sein muß mit dem, was erreicht wurde, abgesehn allerdings von der Wegnahme der astronomischen Instrumente aus Peking. Wie ich zu dieser Frage stehe, habe ich bereits zu andrer Zeit hier dargelegt. Ich stehe auch noch jetzt auf dem Standpunkt, daß ein Rest von Mißstimmung im Deutschen Volk zurückbleiben wird bei der gegenwärtigen Lösung. Wie die Dinge aber einmal liegen, ist schlechterdings keine andre Lösung möglich, die mit dem Interesse des Deutschen Volkes vereinbar wäre, auch nicht auf dem sozialdemokratischerseits vorgeschlagenen Wege der Zurücksendung. Die Ausführungen des Herrn Abg. Gradnauer haben mich nicht überzeugen können; alle Kenner der chinesischen Verhältnisse sind darin einig, daß das chinesische Volk und seine Beamten leicht geneigt sind, jedes Zeichen von Schwäche seitens einer ausländischen Regierung in ihrer Phantasie ins ungemessene zu vergrößern. Wenn nun die Rücksendung der Instrumente unsrerseits erfolgte, und der Pöbel einer chinesischen Stadt daraus Anlaß zu einem Aufstande nähme, bei dem auch nur ein einziger Europäer getötet würde, so stände dies Opfer in keinem Verhältnis zu der formellen Sühne eines begangnen Fehlers. Für das in der Rücksendung zum Ausdruck kommende subtile Rechtsempfinden würden die Chinesen kein Verständnis haben. Wir dürfen nicht europäische Menschen drüben in China in Gefahr bringen, ermordet zu werden.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sind Sie, Herr Gradnauer, über die chinesischen Verhältnisse wirklich so genau unterrichtet oder haben Sie gar einen solchen Einfluß auf Ihre Majestät die Kaiserin von China, um uns die Garantie geben zu können, daß die Rücksendung der Instrumente nicht falsch gedeutet werden wird von der chinesischen Bevölkerung, dann ließe sich vielleicht darüber reden. Vielleicht könnte dann Herr Gradnauer den Rücktransport leiten.

(Heiterkeit.)

M. H., desgleichen ist — im Gegensatz zu der hier vorgetragnen sozialdemokratischen Behauptung — die Zufriedenheit mit unsrer auswärtigen Politik besonders in Bezug auf unsre Stellung zu England im Lande gewachsen seit jenen Januartagen, seit der Chamberlain-Debatte hier im Hause. Wenn der Herr Abg. Gradnauer vorher behauptet hat, die Stellung seiner Partei in der Burenfrage sei vom Beginn der südafrikanischen Streitigkeiten bis auf den heutigen Tag dieselbe geblieben, so möchte ich das bezweifeln. Ich bin, da ich unmittelbar nach ihm spreche, nicht in der Lage gewesen, in der Bibliothek die Reden nachzuschlagen, die vor Jahr und Tag hier von der Sozialdemokratie gehalten sind. Nach meiner Erinnerung klangen sie ganz anders als heute. Die Englandfreundlichkeit bei Ihnen war noch bis weit in den südafrikanischen Krieg hinein im höchsten Maße vorhanden, und grade meine Person wurde von Ihnen mit sehr vielen Angriffen beehrt, weil ich nach Ihrer Ansicht einen gewaltigen Chauvinismus entwickelte. Der auf meine Reden gemünzte Ausdruck „Englandfresserei" kam grade von Ihrer Seite.

M. H., da ich grade die Chamberlain-Angelegenheit hier gestreift habe, so will ich daran anknüpfend sagen, daß die trüben Prophezeiungen, die damals an meine Rede geknüpft worden sind, doch in keiner Weise eingetroffen sind. Ich kann übrigens auch nachträglich noch einen Beweis dafür erbringen, daß man in England kein Recht dazu hatte, sich darüber zu entrüsten, daß ein deutscher Abgeordneter das Recht einer scharfen Kritik über die englische Kriegsführung in Anspruch nahm. Hat man doch im englischen Parlament im Jahre 1864 in viel schlimmerer Weise über das Deutsche Volk geurteilt. Als im dänischen Kriege die Stadt Sonderburg beschossen wurde, fragte der englische Gesandte bei Bismarck an, ob die preußische Regierung dieses Verhalten billige, da Frauen und Kinder dabei umgekommen seien; als Bismarck dieses Ansinnen zurückwies, wurde am 7. April im englischen Ober- und Unterhause erklärt, „Preußen verdiene nach dieser That nicht mehr, zu den zivilisierten Nationen gezählt zu werden".

(Hört, hört! rechts.)

So berichtet Sybel im dritten Band seiner „Begründung des Reichs" auf Seite 284. Ich bin viel milder gewesen; ich habe nur eine Persönlichkeit scharf gekennzeichnet, während man dort das ganze preußische Volk für eine im Krieg begangne angebliche Unmenschlichkeit verantwortlich machte und es deshalb aus der Reihe der zivilisierten Staaten streichen wollte. Die hochgradige Erregung, die im Deutschen Volk über die englischen Anmaßungen, in Sonderheit über das Auftreten Chamberlains herrschte, hat nachgelassen. Das Sicherheitsventil hat gut und richtig funktioniert. Mit Freuden beobachtet man im Land, wie die „althergebrachten Beziehungen zu England" allmählich etwas anders gedeutet als früher; nämlich jetzt im bismarckischen Sinne, daß wir uns von England nichts gefallen zu lassen brauchen und nichts gefallen lassen wollen. Mit dankbarer Freude ist es vom Deutschen Volke begrüßt worden, daß die Quertreibereien Englands, seine Versuche, gegen uns in der Welt zu schüren und zu hetzen, unsre guten Beziehungen zu Amerika zu stören, von der Regierung gebührend zurückgewiesen worden sind und zwar mit dem sehr drastischen Mittel der Veröffentlichung amtlicher Dokumente. Gefruchtet haben jene Verhetzungen glücklicherweise nichts. Der schöne und würdige Verlauf der Amerikareise des Prinzen Heinrich, die gestern auch im abfälligen Sinne von Seiten der Sozialdemokratie hier besprochen worden ist, beweist das. Das ganze Deutsche Volk freut sich mit Recht darüber, daß die Deutschen drüben in Amerika wieder einmal an ihre alte Heimat erinnert werden, und durch die herzliche Begrüßung des Prinzen zeigen können, wie sie über ihren Pflichten für das neue Vaterland die Anhänglichkeit an die alte Heimat nicht vergessen haben. Man wird für die Folge drüben unsre deutschen Verhältnisse freundlicher beurteilen, und dadurch wird auch die amerikanische Regierung in einer freundlichen Stellung Deutschland gegenüber festgehalten werden. Nicht bestimmte wirtschaftliche oder politische Erfolge dürfen wir in erster Linie von der Reise erwarten, wohl aber eine allgemeine freundschaftliche Annäherung, und daß dies wünschenswert ist, wird wohl von keiner Seite bestritten.

Eine Selbstberichtigung möchte ich noch nachholen. Ich habe bei meiner Chamberlainrede am 10. Januar das Zitat von der goldnen Rücksichtslosigkeit Goethe in den Mund gelegt, weil es so ganz goethisch gedacht ist. Thatsächlich ist es aber von Theodor Storm. Mein Versehen ist aber wohl verzeihlich, denn selbst der Goethebund drüben mit Herrn Singer an der Spitze hat den Irrtum garnicht bemerkt.

(Große Heiterkeit und Zurufe links.)

Herr Singer ist nicht Vorsitzender, rufen Sie? Das ist aber recht undankbar von dem Goethebund. Herr Singer hat sich bei Gelegenheit der lex Heinze doch so verdient um die Begründung des Goethebundes gemacht. Da hätte man ihn doch zum Präsidenten erwählen müssen.

(Heiterkeit.)

Ich messe der Reise des Prinzen Heinrich auch nach andrer Richtung hin noch große Bedeutung bei. Der Prinz macht drüben den allervortrefflichsten Eindruck durch die schlichte vornehme Art, in der er sich giebt. Einzelne Züge von ihm haben mir große Freude gemacht. So, als ich las, daß er sich bei seinem Besuche am Grabe des großen Washington ausgebeten hat, nicht photographiert zu werden und ferner von vornherein erklärt hat, er wolle lange Reden nicht halten und möglichst auch keine langen Reden hören. Aber das nur nebenbei. Ich hoffe, daß der Prinz in der Berührung mit dem amerikanischen

Volke dessen gesunden nationalen Egoismus auf sich wirken lassen wird, und der nämlichen Erscheinung dann im deutschen Vaterlande volles Verständnis entgegenbringen wird. Zum Beispiel, wenn wir energisch verlangen werden, daß unsre Hamburg-Amerika-Linie die unsre Landwirtschaft in hohem Maße schädigenden Differentialtarife für amerikanische und für deutsche Waren aufhebt.

Die Mauserung der Sozialdemokraten in der Burenfrage ist eine ganz erstaunliche. Bis zu den Forderungen, die ihre Redner gestern an die Regierung gestellt haben, habe ich mich, der ich als Chauvinist von ihnen verschrieen bin, niemals verstiegen. Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß unsre Regierung nicht die Möglichkeit hat, auf die englische Regierung auf diplomatischem Wege mehr zu wirken, als sie es gethan hat, daß vielmehr diejenigen, die die Veranlassung zur Einberufung der Haager Konferenz gaben, also der Kaiser von Rußland und seine Ratgeber, jetzt auch berufen und verpflichtet sind, die nötigen Schritte zu thun, um den Grundsätzen, die dort proklamiert sind, auch bei den Engländern Eingang zu verschaffen. Noch weniger glaube ich, daß Deutschland zu gunsten der Buren mit Waffengewalt einschreiten sollte. Herr Gradnauer hat auch heute wieder verlangt, daß etwas seitens der Regierung zur Beendigung der Kriegsgreuel in Afrika geschehen müsse, er hat aber schlechterdings nicht gesagt, wie er sich das Vorgehn denkt. Auch wenn wir schon die sozialdemokratische Gesellschafts-Ordnung hätten, würde solch eine Intervention schwer ausführbar sein, zumal Heer und Flotte, über die wir zu Kriegszwecken heute noch verfügen, nicht mehr vorhanden sein würden.

Es bleibt dabei, wir können nichts weiter thun — das ist auch von Seiten der verschiedensten Parteien früher und heute ausgesprochen worden —, als wirklich strenge Neutralität zu halten. Ob das aber im ganzen Umfang unsrerseits geschehen ist, das will ich heute dahingestellt sein lassen. Ich habe seinerzeit den bekannten Fall Krupp hier angeschnitten, will aber heute nicht darauf zurückkommen, weil ich über eine wichtige Nachricht, die mir eben zugegangen ist, noch nähere Erkundigungen einziehn möchte. Wohl aber möchte ich heute fragen, ob es denn nicht möglich wäre, die Pferdeankäufe für englische Kriegszwecke hier in Deutschland zu beschränken oder gänzlich zu verbieten. Im ganzen deutschen Vaterlande herrscht eine große Erregung bei Männern und Frauen aller Volkskreise und Parteien, nicht zum wenigsten auch in den Reihen der Männer, die auf der Rechten dieses Hauses sitzen. Von überall erhält man Briefe, worin es gradezu als eine Pflichtverletzung bezeichnet wird, wenn der Deutsche Reichstag nicht energisch ein Einschreiten der Regierung gegen eine solche Begünstigung Englands fordern sollte.

Darin stimme ich mit dem Herrn Abg. Arendt durchaus überein, daß wir volle Ursache haben, dem Auswärtigen Amt dafür dankbar zu sein, daß es die humanen Bestrebungen des Deutschen Burenhilfsbundes unterstützt und nach Kräften gefördert hat. Ich meine, nicht nur alle Mitglieder des Burenhilfsbundes, zu dem ich ebenso wie der Herr Abg. Dr. Arendt gehöre, sondern das ganze Deutsche Volk ist verpflichtet, in dieser Beziehung der Regierung zu danken. Die Regierung hat wenigstens da, wo sie etwas thun konnte, gezeigt, daß sie an der Spitze der Humanität marschieren will; und wenn der gute Wille an dem Widerspruch Englands scheitert, so trägt England außer seinen vielen andern Verschuldungen an der Menschlichkeit auch diese noch mit. Ich meine, die Weigerung der englischen Regierung, ganzen wohlausgerüsteten Hilfszügen Zutritt in die Konzentrationslager zu erstatten, entspringt im wesentlichen der Furcht, daß man ihnen da in die Karten sehn könnte. Sie fürchten, daß urteilsfähige Männer, die wieder nach Europa zurückkommen, dort bekunden könnten, wie fürchterlich die Verhältnisse in Südafrika liegen und wie wenig England den Anforderungen der Humanität dort gerecht wird.

Auf diesem Wege wird unsre Regierung — davon bin ich fest überzeugt — fortfahren; sie wird versuchen, nach Kräften das Unglück zu lindern, das durch den südafrikanischen Krieg auch über deutsche Unterthanen hereingebrochen ist. So hoffe ich z. B. auch, daß es den Bemühungen des Auswärtigen Amts glücken wird, die Auslieferung des in Johannesburg gefangen gehaltnen Deutschen, Herrn Jahr, der durch Vermittlung des Auswärtigen Amts schon von der über ihn verhängten Todesstrafe befreit ist, durchzusetzen. Im Prinzip sollen die Engländer ja damit einverstanden sein, nur behaupten die englischen Aerzte, wie mir seine tapfere Frau sagte, die hier um Leben und Freiheit für den Vater ihrer Kinder kämpft, er wäre nicht transportfähig. Wie aber englische Aerzte gelegentlich verfahren, das haben wir hören können aus dem Munde eines in Südafrika schwer verwundeten Deutschen. Er hat es mit eignen Ohren gehört, als er aus der Narkose nach Abnahme seines Beins erwachte, daß der englische Militärarzt sagte: wir haben dem Kommandanten das Bein recht hoch oben abgenommen, damit er nicht weiter gegen uns reiten kann.

(Hört! hört!)

Dieser Vorgang rechtfertigt es, daß man gegen englische Aerzte Vorurteile haben kann. Vielleicht läßt es sich erreichen, daß deutschen Aerzten die Untersuchung des kranken Mannes übertragen wird.

M. H., der Herr Abg. Hasse, der gestern und heute zu meiner Freude und gewiß auch zu seiner großen Genugthuung vor mir zum Worte gekommen ist

(Heiterkeit),

hat unter anderm auch den von mir früher schon hier erwähnten Nikaraguafall angeschnitten. Ich habe, da ich gestern durch Krankheit verhindert war, zur Stelle zu sein, nicht gehört, was ihm vom Regierungstisch geantwortet wurde und will meine Anfrage bis zur dritten Lesung aufschieben. Soweit ich unterrichtet bin, liegt die Differenz zwischen der Auffassung des Auswärtigen Amts und derjenigen der geschädigten Deutschen darin, daß das Auswärtige Amt einen mit der Regierung von Nikaragua geschlossenen Vertrag als zu Recht bestehend ansieht, während die deutschen Kontrahenten behaupten, die Regierung von Nikaragua habe den Vertrag gebrochen, und derselbe sei längst hinfällig.

Ich möchte mich nun zum Schluß mit wenig Worten gegen den Herrn Abg. Dr. Barth wenden. Der Herr Abg. Fürst Bismarck hat bereits in Bezug auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich bekundet, daß die österreichischen Unterhändler zu viel weitern Konzessionen seitens ihrer Regierung ermächtigt gewesen sind, als man sie deutscherseits verlangt hat. Ich kann Ihnen über eine charakteristische Geschichte berichten, aus der ähnliches für den russischen Handelsvertrag bewiesen wird. Ein russischer Staatsrat, der mit einem nähern Bekannten von mir bald nach Abschluß des russisch-deutschen Vertrages in der Eisenbahn eine längere Fahrt zusammen machte, lenkte das Gespräch auf den russischen Handelsvertrag und äußerte sich dabei dem Sinne nach wie folgt: „Ihre (also die deutschen) Unterhändler haben das Geschäft nicht so gut verstanden, wie wir. Der ganze Handelsvertrag ist in allen seinen Punkten zu unsern Gunsten ausgefallen mit Ausnahme" — nun bitte ich um Entschuldigung, wenn ich die Ziffer vielleicht unrichtig angebe — „des § 3." Gemeint war der Paragraph, der eine Ermäßigung des Eingangszolles für Pelzwaren enthält, die wir nach Rußland schicken.

(Heiterkeit.)

Es läßt sich in der That ein blutigerer Hohn über die Thätigkeit der deutschen Unterhändler nicht denken.

Da hoffe ich denn doch, daß trotz all der Wirren, die gegenwärtig bei der Vorberatung des neuen Zolltarifs zutage treten, unsre Regierung niemals mehr so weit abirren wird von den Bismarckschen Bahnen des Schutzes der deutschen Arbeit und Erzeugung, daß sie in das alte Gleise der Caprivischen Handelsverträge einlenken könnte.

(Bravo! rechts.)

*

Der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen antwortete darauf mit einigen Angaben. Er teilte mit, daß der von dem Abg. von Liebermann erwähnte Fall in Johannesburg in befriedigender Weise erledigt wäre, indem Herr Jahr aus der Kriegs-

gefangenschaft entlassen sei. — Er betonte, daß die Firma Krupp es in Abrede stelle, vom Oranje-Freistaat zur Ablieferung der bestellten Waffen aufgefordert zu sein und bezweifelte, daß eine starke Pferdeausfuhr aus dem Deutschen Reiche nach Südafrika stattfände.

Sozialdemokratischerseits griff nun nochmals der Abg. Ledebour ein. Er behauptete, die Sozialdemokratie habe schon seit Beginn des südafrikanischen Krieges eine burenfreundliche Haltung eingenommen. An einer andern Stelle seiner Ausführungen bemühte er sich, einen Witz über den Abg. von Liebermann zu machen, indem er darauf hinwies, daß dieser einmal ein Zitat von dem englischen Juden Disraeli im Reichstage angewendet hätte. —

Nach Ledebour sprach dann der Abg. Semmler; ihm folgte Herr Barth, der es versuchte, seinen Standpunkt gegenüber dem Fürsten Bismarck und dem Abg. von Liebermann zu verteidigen. Dabei verstieg er sich dazu, die von den beiden genannten Herren angeführten Beweise als Räubergeschichten und Klatsch für alte Tanten zu bezeichnen. Ihm und dem Herrn Ledebour antwortete dann der Abg. von Liebermann nochmals wie folgt:

Ich habe mich lediglich zur Sache nochmals zum Wort gemeldet, weil ich fürchtete, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung einige Ausführungen der Herren Vorredner nicht genügend zurückweisen zu können.

Zunächst hat mich der Herr Abg. Ledebour dahin belehrt, daß die sozialdemokratische Partei gleich bei Beginn des südafrikanischen Krieges Beschlüsse gefaßt habe, worin sie sich auf die Seite der Buren stellte. Ich nehme die Belehrung gern entgegen.

Hier im Hause ist aber in der sozialdemokratischen Partei die traditionelle Englandfreundschaft noch lange nachher zum Ausdruck gekommen. Wenn ich nicht irre, hat übrigens Eduard Bernstein in einer sozialistischen Schrift zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokraten grundsätzlich auf Seiten Englands stehn müßten. Der Ausdruck „Englandfresserei" in Bezug auf mich ist von einem Sozialdemokraten seinerzeit hier gebraucht worden. Und dann erinnere ich mich auch noch einer Redewendung des Herrn Bebel, die sich an die Rechte dieses Hauses richtete: „gehn Sie nach Südafrika zu den Buren, mit denen Sie ja so sehr sympathisieren! Er hätte sagen müssen: mit denen wir alle sympathisieren. Ihm war also damals, wie es scheint, die Sympathie noch nicht gekommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abg. Ledebour hat ferner bemängelt, daß ich einmal — nicht heute — den Ausspruch Disraelis: „Recht oder Unrecht, ich stehe zu meinem Vaterlande!" zitiert hätte, da ich doch Antisemit sei. Nun, meine politische Stellung als Antisemit enthält keineswegs die Verpflichtung für mich, niemals jüdische Aussprüche zu zitieren. Ich habe bei Zitierung jenes Wortes übrigens nicht untersucht, welches Vaterland Disraeli dabei eigentlich gemeint hat, ob England oder die übrigen Juden, die nach Schopenhauer das Vaterland des Juden sind.

(Heiterkeit.)

Ich wende mich dann kurz zu dem Herrn Barth, der gemeint hat, man sollte solche „Räubergeschichten", wie sie der Herr Abg. Fürst Bismarck und ich über den österreichischen beziehungsweise russischen Handelsvertrag erzählt hätten, hier nicht in die Debatten hineinwerfen. Solchen Klatsch, meinte er, müßte man nicht zur Beweisführung heranziehn. Es ist etwas unvorsichtig von Herrn Barth gewesen, hier von „Klatschgeschichten" zu sprechen, da er sich wohl noch dessen erinnern muß, daß von einem Abgeordneten seine Schwesterpartei einmal „die berühmte Tante aus Paris" als politische Autorität vorgeführt wurde.

(Heiterkeit.)

Aber die Sache liegt bezüglich meiner Geschichte doch wohl etwas anders. Die Herren drüben nehmen keinen Anstand, sich für die Begründung ihrer Meinungen auf Aeußerungen der Presse zu berufen. Ich glaube nun, wenn ein hoher russischer Staatsbeamter einem gebildeten Deutschen gegenüber das ausspricht, was ich vorhin erzählte, so ist das mindestens so viel wert, wie irgendein Zitat aus der „Freisinnigen Zeitung". Außerdem herrscht die Gewohnheit, Minister und Beamte auswärtiger Staaten als Schwurzeugen uns vorzuführen, grade auf Seiten der Herren dort drüben, so daß man mir aus dieser sehr ernsthaften und lehrreichen Geschichte keineswegs irgendeinen Vorwurf machen kann. Wenn der Herr Abg. Barth das „Räubergeschichten" nennt, so kann er recht haben in einem Sinne, nämlich, daß wir bei den Handelsverträgen die Beraubten waren.

(Sehr richtig! und Heiterkeit rechts; oh! links.)

Am 5. März wurde die Beratung über den Etat des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. — Bei dieser Gelegenheit traten Meinungsverschiedenheiten über einen Zuschuß von 30 000 Mark zu Tage, der vom Reiche an die Deutsche Kolonial-Gesellschaft zur Schaffung einer Auskunftsstelle für Auswandrer gezahlt werden soll.

Befürwortet wurde dieser Posten von dem Berichterstatter Prinzen von Arenberg, dem Zentrums-Abgeordneten Cahensly, dem Staatssekretär Freiherr von Richthofen und unserm Abgeordneten Raab. Bekämpft wurde die Position von den Freisinnigen Lenzmann und Müller (Sagan), sowie von den Zentrumsleuten Heim und Dasbach. Bei der Abstimmung wurde der Titel angenommen. Merkwürdigerweise stimmten die Reformer hierbei mit den geschwornen Kolonialgegnern für Streichung des Postens, der aber angenommen wurde. —

Die Ausführungen des Abg. Raab lauteten wie folgt:

M. H., für die Errichtung einer solchen Auskunftsstelle ist, wie ich aus vielen persönlichen Wahrnehmungen kundgeben kann, ein großes Bedürfnis vorhanden, und es findet sich hier thatsächlich eine Lücke, durch deren Schuld wohl schon unzählige Deutsche mit ihren Familien ins Unglück geraten sind. Doch bin auch ich der Meinung, wir können bis auf weiters noch kein rein amtliches Organ schaffen, weil die zu übernehmende Verantwortung eine außerordentlich große sein wird. Ein amtliches Organ kann nicht mit so vielen Vorbehalten auf unsicherm Gebiet arbeiten, wie es vorläufig noch der Fall sein wird und muß; nur ein freier Verein, der sich den Verhältnissen anpassen und der auch wieder den Verhältnissen seine Auskünfte anpassen kann, wird vor der Hand das Richtige zu treffen imstande sein. Das ist auch in der damals gefaßten Resolution, wie ich meine, mit voller Klarheit ausgesprochen.

M. H., als der Herr Abg. Lenzmann den Wert dieser Resolution und den der Reichstagsresolutionen überhaupt hier besprochen hat, habe ich mich thatsächlich geniert gefühlt durch die Anwesenheit der Herren Regierungsvertreter. Wenn wir selbst über die Bedeutung unsrer Resolutionen ein so absprechendes Urteil fällen, wie er es thut, und das erfahren die Mitglieder des Bundesrats, so ist ja nichts natürlicher und begreiflicher, als daß der Bundesrat es sich sehr überlegt, ob er einer Resolution Folge geben soll oder nicht

(sehr gut! rechts),

da er nicht wissen kann, ob wir nicht längst schon wieder andrer Ansicht geworden sind oder die Resolution so en passant aus Versehen gefaßt haben, wie der Herr Abg. Lenzmann es fast dargestellt hat.

Was würden wir wohl für Gesichter dazu machen, m. H., wenn hier einmal ein Mitglied des Bundesrats erklärte: der Bundesrat macht Ihnen hier allerdings eine Vorlage, aber im Bundesrat geht es nun einmal nicht so genau her, manchmal weiß man nicht recht, was da beschlossen ist, und wir haben eigentlich gar nichts Ernsthaftes mit dem im Schilde geführt, was wir Ihnen als Vorlage unterbreitet haben? Nein, m. H., wenn jemand über wertlose Entschließungen etwas sagen will, so mag das der Herr Abg. Lenzmann thun. Er darf das aber nicht über die Entschließungen des Reichstags, sondern höchstens über die seiner eignen Person sagen.

(Sehr richtig! rechts.)

Durch diese Auskunftsstelle, wie wir sie wünschen, wird schweren sozialen Schäden bei der Auswandrungsbeförderung entgegen-

gearbeitet, und diese Schäden möchten wir so bald als möglich abgestellt sehen.

Wenn Herr Dr. Heim von „Liebesgaben" gesprochen hat, die der Kolonialgesellschaft zugeführt werden sollten, so ist es demgegenüber wohl einmal am Platze, darauf hinzuweisen, daß dieser Verein schon große Opfer auch für die Ausbreitung des deutschen Ansehens gebracht hat, daß der Verein mit seinen vielen Tausenden von Mark, die er angewandt hat, eigentlich schon dem Deutschen Reiche manchen Liebesdienst erwiesen hat. Der Ausdruck „Liebesgaben" im Munde des Herrn Dr. Heim ist gradezu eine ganz „unheimliche" Uebertreibung.

(Heiterkeit.)

Nun ist von dem Herrn Abg. Heim auch der Rafaelverein angeführt worden als die Stelle, der man wohl eine solche Subvention mit größerer Berechtigung zuteil werden lassen könnte. M. H., wir haben ja den Vorzug, den verdienstvollen Leiter des Rafaelvereins in unsrer Mitte zu haben. Der Herr Abg. Cahensly hat sich vielleicht um unsre deutschen Auswandrer Verdienste erworben, für die man schwer den rechten Ausdruck finden kann. Wenn nun aber aus seinem Munde eine Ablehnung erfolgt, so mögen Sie daraus die große Schwierigkeit der Aufgabe ersehen, welcher sich die Deutsche Kolonialgesellschaft unterziehn will. Ein Verein — darin hat der Herr Abg. Cahensly sicher Recht —, auch der Rafaelverein kann aus eignen Mitteln einen solchen Apparat nicht auf die Beine stellen, wie es erforderlich ist, wenn die Auskünfte nutzbar sein sollen. Kein Verein, Sie mögen einen wählen, wen Sie wollen, wird ohne erhebliche Beihilfe von außen diesen kostspieligen Apparat ins Leben rufen können. Wenn der Rafaelverein die schwierige Aufgabe nicht übernehmen will, wenn dem gegenüber die Deutsche Kolonialgesellschaft bereit ist, dann sollen wir ihr dafür dankbar sein, ihr aber nicht mit einem ganz ungerechtfertigten Mißtrauen gegenübertreten. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Vorlage die Zustimmung der Mehrheit fände.

(Bravo! rechts.)

*

Bei dem Titel Oberkommando der Schutztruppe ergriff der Abg. von Liebermann das Wort:

M. H., die Angelegenheit, die ich heute wieder zur Sprache bringen will, habe ich schon einmal bei meiner Etatsrede erwähnt. Es war damals von seiten des Auswärtigen Amts bei mir Auskunft über den Fall eingeholt worden, und ich glaubte danach, die Angelegenheit sei in gute Wege geleitet und würde die beste Erledigung finden. Es handelt sich ebenfalls um eine ungeheuerliche Summe für das Deutsche Reich, nämlich um die Summe von 600 Mark, die einem invaliden Beamten der Schutztruppe nach seiner Ansicht zu wenig gezahlt werden.

Es liegt in unsrer Petitions-Kommission die Petition eines frühern Zahlmeister-Aspiranten und Deckoffiziers der Schutztruppe, der in Afrika vom Jahre 1894 bis 1897 Dienste geleistet hat. Er ist seinerzeit unter den Bedingungen eingetreten, die das Gesetz von 1891 vorsah. Er hat seinen gesetzlichen Urlaub nach Deutschland grade zu der Zeit angetreten, als das Gesetz von 1896 hier beschlossen worden ist. In diesem Gesetz sind andre Pensionsbestimmungen getroffen worden. Da aber die Gesetze für Ostafrika erst vier Monate nach ihrer Publikation hier in Geltung treten, so ist er garnicht in die Lage gekommen, für sich zu entscheiden, ob er unter den Bedingungen des Gesetzes von 1896 weiter dienen wolle. Er ist dann später noch in das stehende Heer in Deutschland eingetreten und einige Jahre darauf wegen innerer Dienstbeschädigung in Afrika invalidisiert worden. Er ist als „Feldwebel der Schutztruppe" pensioniert worden, wie er in seiner Petition behauptet, und ich meine, das ist entscheidend: man durfte ihn nicht als Feldwebel der Schutztruppe pensionieren, wenn er in Afrika den Rang eines Deckoffiziers gehabt hat. Ihm sind also die Bedingungen, unter denen er Dienst in Afrika nahm, nicht gehalten worden. Ich meine, daß das Deutsche Reich solche Kleinlichkeiten nicht begehn darf gegenüber seinen Beamten, zumal es sich nicht, wie ich scherzhaft sagte, um ungeheure Summen handelt, sondern wenn, da nur zwei Personen in Betracht kommen, ein Jahresbetrag von etwa 1200 Mark in Frage steht.

Ich hätte meine Anfrage auch bei der dritten Lesung des Etats für das Kriegsministerium stellen können, denn der § 14 des Gesetzes von 1896 bestimmt, daß für Militärpersonen, die im Kolonialdienst der Schutztruppe gestanden haben und dann später in den Dienst des Landheeres oder der Marine eintreten, die Pension dem Reichsheer bezw. der Kaiserlichen Marine zu Lasten fällt. Aber da der geschädigte Beamte beim Dienst in der Schutztruppe sich seine Invalidität zugezogen hat, so halte ich es für zweckmäßig, hier auch beim Etat der Schutztruppe ein Wort für ihn einzulegen, und ich behalte mir vor, beim Etat des Kriegsministeriums noch einmal darauf zurückzukommen.

Wenn er als Feldwebel im stehenden Heere pensioniert worden wäre, so würden meine Ausführungen eines Teils ihrer Begründung entbehren. Ist es aber richtig, daß er pensioniert worden ist als Feldwebel der Schutztruppe, so meine ich, daß ihm dadurch schweres Unrecht zugefügt ist, denn man hat ihn ohne Verschulden seinerseits degradiert. Er nahm in der Schutztruppe den Rang eines Deckoffiziers ein, hatte also auch Anspruch auf den Pensionsbezug aus dieser Stellung. Der Reichstag hat sich niemals so kleinlich bewiesen und niemals derartige Ansprüche zurückgewiesen; im Gegenteil, im vorigen Etat sind Summen eingestellt worden, um einen Ausgleich für die in Frage kommenden Beamten zu erreichen. Das Kriegsministerium hat aber das Gesuch des betreffenden Herrn abgelehnt, und in einem andern Falle, der ähnlich liegt, hat man seitens des Kriegsministeriums oder des Kommandos der Schutztruppe — das kann ich im Augenblick in den vor mir liegenden Akten nicht nachschlagen — einem Beschwerdeführer unter Anerkennung, daß er geschädigt sei, anheimgegeben, er möge doch seine Bedürftigkeit nachweisen; man würde dann für ihn thun, was man irgend thun könne. Der Betreffende hat das abgelehnt und gesagt: ich komme nicht um Armen-Unterstützung ein, sondern ich will Schutz meines Rechtes, ich will das haben, was mir versichert ist, als ich eintrat. So liegt die Sache. Es ist die reine Rechtsfrage, und ich meine, wenn das Kriegsministerium sich bei der Ablehnung dieses Gesuches auf das Gesetz von 1896 mit formalem Rechte stützt, so muß man entweder die Bestimmungen des betreffenden Gesetzes abändern — sie sind nicht so gemeint gewesen, man hat darin etwas für die Zukunft feststellen wollen und hat dabei übersehn, daß einige wenige Beamte durch die Fassung des Gesetzes geschädigt werden — oder, will man das nicht, so muß man diesen wenigen Beamten, ohne Schwierigkeiten zu machen, das zukommen lassen, was ihnen gebührt. Es handelt sich, wie der Petent behauptet, außerdem nur noch um einen zweiten Pensionär in gleicher Lage. Ich wiederhole, es wäre eine bedauerliche Kleinlichkeit, wenn das große Deutsche Reich zwei pensionierten Beamten auf grund eines ungenau redigierten Gesetzes ihre Bezüge kürzte.

Ich glaube, daß der Reichstag zweifellos auf meiner Seite steht, wenn ich meine, daß Se. Fiskalität der Herr Schatzsekretär endlich in solchen Fällen einmal nachgeben und um solcher Kleinlichkeiten willen nicht die einzelnen Abgeordneten zwingen sollte, für das gute Recht einzelner Angestellter des Reichs einzutreten.

(Bravo!)

*

Darauf erwiderte der Direktor der Kolonial-Abteilung Dr. Stübel in entgegenkommender Weise. Es schwebe zwischen dem Kriegsministerium und der Kolonialverwaltung ein Briefwechsel, wer den Zuschuß zu zahlen habe.

Der Direktor im Reichsschatzamt Twele knüpfte, in weniger angenehmem Tone, daran belehrende Auseinandersetzungen darüber, daß ein Recht für niemand bestehe, unter den Bedingungen pensioniert zu werden, die bei Eintritt des betreffenden Beamten in Kraft gewesen seien. Dadurch wurde der Abg. v. Liebermann zu einer nochmaligen Antwort genötigt, die wie folgt lautete:

Den letzten Ausführungen des Herrn Kommissars des Bundesrats gegenüber betone ich, daß man dem in Frage kommenden Beamten die Möglichkeit einer Wahl nicht gelassen hat, daß, wie aus meinen vorherigen Ausführungen bereits hervorgegangen ist, er, während das Gesetz erlassen wurde, nicht mehr in Ostafrika, sondern in Urlaub sich befand. Für mich fällt, ich wiederhole es, besonders schwer ins Gewicht, daß er, wie er behauptet, als „Feldwebel der Schutztruppen" pensioniert worden ist. Würde er als Feldwebel des Artillerieregiments Nr. 11 pensioniert worden sein, so läge die Frage etwas anders; ist er aber als Feldwebel der Schutztruppe pensioniert, so liegt eine Degradation vor, zu der er nicht die mindeste Veranlassung gegeben, und zu der niemand ein Recht hatte. Eigentlich liegt die Frage ziemlich klar. Kriegsministerium, Reichsschatzamt und Kommando der Schutztruppen streiten sich unter einander darüber, wer eigentlich dem Manne seine verdiente Pension zahlen soll; „und da keiner von den dreien wollte, daß der andre zahle, zahlte keiner von den dreien". Ich meine, der in Frage kommende Beamte soll durch einen solchen edlen Wettstreit nicht geschädigt werden. Ihm soll so bald als möglich das, was er zu verlangen hat, gezahlt werden; die Verrechnung kann ja nachher unter den drei verschiednen in Frage kommenden Ressorts stattfinden. Aber nicht im Gnadenwege, sondern als seine verdiente Pension, auf die er als Deckoffizier der Schutztruppe Anspruch hat, soll er das Geld beziehn. Man möge ihm meinetwegen die Zahlung aus irgendeinem Dispositionsfonds leisten, bis die Kompetenzfrage entschieden ist; aber man verlange keinenfalls von ihm ein Gesuch um Bewilligung im Gnadenwege. Das ist nicht jedermanns Sache. Ich bleibe dabei, daß es wenigstens eine Unbilligkeit ist, wenn ich schon nicht von Unrecht sprechen soll, wenn man einen Beamten unter schlechtern Bedingungen pensioniert, als es die gesetzlichen Vorschriften zur Zeit seines Eintritts besagten. Darin würde eine — unbeabsichtigte — Täuschung jedes einzelnen Mannes liegen, der Beamtenstellungen annimmt. Bei Erlaß eines neuen Gesetzes, welches verschlechterte Pensionsbedingungen feststellt, muß man mindestens denen, die davon betroffen werden würden, die Wahl lassen, ob sie unter den veränderten Umständen weiter dienen wollen. Das hat man in diesem Falle nicht gethan und zwar auf Grund einer redaktionell ungenauen Fassung beim Gesetz von 1896. — Es ist nötig, solche Fehler zur Sprache zu bringen, damit sie in Zukunft vermieden werden.

In das Loblied, das der Herr Kommissar des Bundesrats auf das Reichsschatzamt gesungen hat, kann ich nicht einstimmen; ich glaube, es werden auch wenige Mitglieder dieses Hauses ihm darin recht geben, daß man im Reichsschatzamt stets mit größter Bereitwilligkeit allen berechtigten Ansprüchen entgegenkommt.

Ausfuhr-Industrie und Agrarzölle.

Sozialdemokraten und Freihändler stellen fortgesetzt die Behauptung auf, daß die Getreidezölle, weil sie das Brot verteuerten und dadurch die Lebenshaltung des Arbeiters verschlechterten, die deutsche Ausfuhr-Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig machen müßten. Denn die bessere Lebenshaltung der englischen und amerikanischen Arbeiter infolge billiger Lebensmittelpreise befähigte diese zu wesentlich gesteigerter Arbeitsleistung und setze daher die dortige Ausfuhr-Industrie in den Stand, billiger zu produzieren, und somit auf dem Weltmarkt mehr und mehr die Herrschaft an sich zu reißen.

Prüft man aber auf diese Behauptung hin die Verhältnisse der deutschen Ausfuhr-Industrie, so erweist sie sich als durchaus irrig und es zeigt sich vielmehr unwiderleglich, daß grade die „blühendsten" Ausfuhr-Industrien in Deutschland ihre „Blüte" in erster Linie einer unerhörten Herabdrückung der Lebenshaltung ihrer Arbeiter verdanken.

Von allen deutschen Industrien zeigt die Textil-Industrie den größten Ueberschuß an Fabrikaten-Ausfuhr mit 414,9 Millionen Mark; auch die Spiel- und Kurzwaren-, ferner die Porzellan-Industrie und endlich die Kleiderkonfektion zeigen sehr erhebliche Mehrausfuhr an Fabrikaten.

Nun ist es aber notorisch, daß in einem großen Teil dieser Gewerbe Arbeitsbedingungen herrschen, auf die, wie Dr. Pohle in seinem Buche „Deutschland am Scheidewege" treffend bemerkt, man versucht ist, die englischen Ausdrücke anzuwenden, daß die Löhne grade noch so hoch sind, um Leib und Seele zusammenzuhalten, und daß die Arbeitszeit solange dauert, als der liebe Gott dem Tage Stunden gegeben hat. In einem großen Teile dieser Industrien herrscht noch die hausindustrielle Betriebsweise.

Die elende Lage, in der sich die Hausindustriellen des Erzgebirges, des Fichtelgebirges, des Thüringer Waldes und andrer deutschen Gebirgsgegenden befinden, ist aber bekannt genug. Von der Konfektion ganz zu schweigen, für die ja infolge des großen Ausstandes im Jahre 1895 die erbärmliche Lage der Arbeiterinnen amtlich festgestellt worden ist. Und doch sind es grade diese Industrieen, die vorwiegend für die Ausfuhr arbeiten und sich ein gewisses Uebergewicht auf dem Weltmarkte erobert haben.

Aus diesen Thatsachen geht also klar hervor, daß die deutsche Ausfuhr-Industrie thatsächlich in der Hauptsache nur auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter jene vielgepriesene „Blüte" erlangt hat, deren Erhaltung und Weiterentwicklung jetzt auf Kosten der Landwirtschaft und durch Herabdrückung auch der Lebenshaltung der Landbevölkerung von neuem angestrebt wird. Kann man es der letztern unter diesen Umständen verdenken, daß sie sich mit Hand und Fuß dagegen wehrt, sich als corpus vile benutzen zu lassen, zum Zweck der Sonderbegünstigung einer wirtschaftlich wie sozialpolitisch in so hohem Grade bedenklichen gewerblichen Produktionsform? Wer wagt es, demgegenüber noch von einem Segen der weitern Industrialisierung des Deutschen Reiches zu reden?

Eine weitere Behauptung der Gegner der Agrarzölle, insbesondre der Nationalsozialen, geht dahin, daß die Getreidezölle, weil brotverteuernd wirkend, immer eine Zunahme der Kriminalität zur Folge hätten. Wäre das richtig, so müßte sich offenbar seit Abschluß der Caprivischen Handelsverträge eine merkliche Abnahme der Kriminalität zeigen. Aber das Gegenteil ist der Fall, wie die neuesten Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes über die von den deutschen ordentlichen bürgerlichen Gerichten rechtskräftig entschiednen Straffälle beweisen. Danach sind von je 100000 Personen der strafmündigen Zivilbevölkerung verurteilt worden im Jahre:

1891	1124	Personen,
1892	1202	„
1893	1212	„
1894	1244	„
1895	1249	„
1896	1244	„
1897	1257	„
1899	1236	„

Die Zahl der Verurteilungen für Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze hat also trotz der Verbilligung der Lebensmittel während der Geltungsdauer der Handelsverträge eine erhebliche Steigerung erfahren, welche von der während der Zeit der höchsten Getreidezölle stattgehabten noch nicht einmal erreicht wird.

Polen und Juden. Unsre Schlußsätze zu den Ausführungen in Nr. 705 über dieses Thema haben in Delitzsch schlimm eingeschlagen. Zuerst machte man von Seiten Israels in dem Blättlein der Judenschutztruppe mobil, natürlich mit den in jenem Lager gebräuchlichen Verdächtigungen unsers Gewährsmanns und allerlei andern Albernheiten. Dann nahm sich der Kaufmännische Verein zu Delitzsch in der Monatsversammlung vom 6. d. M. der Sache an, worüber ein Delitzscher Blatt folgendermaßen berichtet: „Als nächster Punkt folgt: Angriff der ‚Deutsch-Sozialen Blätter' gegen das Mitglied Herrn Max Wehle. Die Versammlung spricht Herrn Max

Wehle in einer Resolution seine Anerkennung aus, ein guter Deutscher zu sein und vollkommen richtig gehandelt zu haben, wenn er für sein Geschäft einen jungen Mann, der Kenntnis der polnischen Sprache hat, sucht, da nicht wie der Delitzscher Bürger fälschlich angiebt, in hiesiger Gegend einige, sondern hunderte von Polen mit hiesigen Geschäftsleuten geschäftlich verkehren. Dem Versendier der Zeitung mit dem bewußten Artikel dürfte seitens des Herrn Wehle noch ein gerichtliches Nachspiel bereitet werden."

So — also einiger Polen wegen, die genau so gut deutsch reden und verstehn können, wie die deutsche Bevölkerung in und um Delitzsch hält der Kaufmännische Verein das Vorgehn der Firma Wehler für gerechtfertigt. Wir sind entgegengesetzter Meinung und mit uns Millionen andrer Deutschen ebenfalls, was durch die Thätigkeit des „Ostmarken-Vereins" bewiesen wird, der ja eine viel größere Liste solcher seltsamen Geschäftsleute veröffentlichte. Und wenn wir nun unsrer Entrüstung und derjenigen vieler Delitzscher Bürger — unser Gewährsmann ist kein Konkurrent der Firma Wehle, was deren jüdischer Verteidiger annimmt — Ausdruck geben, so glaubt man diese Thatsache durch Drohungen aus der Welt schaffen zu können! Begierig sind wir übrigens auf die Gründe, die die Firma Wehle bei ihrer Klage vorbringen wird.

Mosaik.

Das verjudete Oesterreich. Außer den Vertretern der jüdischen Gemeinde zu Baden bei Wien (vergl. Nr. 705) hat der Erzherzog Rainer aus Anlaß seiner goldnen Hochzeit auch eine Abordnung der Wiener Juden empfangen, wobei der hohe Herr folgendes gesagt haben soll: „Sie haben in den letzten Jahren manche schwere Stunde gehabt, und zwar wirklich ungerechtfertigt. Wir beten alle zu einem Gott und wir sind alle Oesterreicher, ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität." — Die armen Juden!

Industrie-Arbeiter als Soldaten. Bei der Musterung in Myslowitz (am 1. d. M.) wurden von 144 Gestellungspflichtigen nur 40 für tauglich befunden; von 136 in der Gemeinde Rosdzin waren 32 dienstüchtig und von 152 der Gemeinde Schoppinitz sogar nur 36!

Goethe als Antisemit! Das von der „Frankfurter Zeitung" unter so denkwürdigen Umständen unter 273 Einsendungen mit dem Preis von 300 Mark gekrönte beste Gedicht auf Goethe wurde in der Leipziger „Goethegesellschaft" unter Vorsitz und Anwesenheit des greisen Rudolf von Gottschall öffentlich vorgetragen. Der Verfasser, der sich diese „Festwurst aus dem Frankfurter Goetherummel in einem frischen Husarenritt" herausgeholt hat, ist bekanntlich unser langjähriger Mitarbeiter Max Bewer, der das Gedicht in seiner Schrift „Ein Goethepreis" wörtlich abdrucken ließ und darin gleichzeitig nachwies, daß Goethe Antisemit war.*)

Vom Verdingungs-Unwesen. Bei der Vergebung der Schlosser- und Schmiedearbeiten für die Fortifikation in Graudenz (Oberbauposten Kulm), die auf 8708 Mark veranschlagt waren, betrug die höchste Forderung 8272,60 Mark und die niedrigste 5311,80 Mark! —

Um den Bau des städtischen Kanals zu Trier bewarben sich acht Firmen, deren Forderungen sich zwischen 100 000 und 183 000 Mark bewegten.

Der Professor Lewi in Berlin hat neuerdings eine Schrift erscheinen lassen, auf deren Titelblatt er als:

Dr. Ernst von Halle,
Professor an der Universität Berlin,

prangt. Was sind das denn für merkwürdige Rechtszustände im Deutschen Reiche, daß jeder beliebige Jude sich einfach ohne obrigkeitliche Erlaubnis einen beliebigen deutschen Familiennamen zueignen darf. — Es giebt eine Familie v. Halle in Deutschland.

*) S. „Ein Goethepreis", 78 Seiten, 90 Pfg., zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt, Berlin NW 52.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September des vorigen Jahres — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts" sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts"

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts" beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 46) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.	Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R.	Friedrich Raab, M. d. R.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyßestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 13. März 1902. Nr. 708.

Otto Glagau.

Am 2. März waren es zehn Jahre, seit Otto Glagau, einer der hervorragendsten Mitwecker der großen deutschen antisemitischen Bewegung, aus diesem Leben schied. Die Absicht ihm ein Denkmal auf seinem Grabe zu errichten, die unmittelbar nach seinem Tode in Berliner Antisemitenkreisen entstand, ist, wie manches andre, was in Berlin geplant wurde, in den Vorbereitungen stecken geblieben. Aber Otto Glagau bedarf auch gar keines Denkmals aus Erz oder Stein. Er selber hat sich ein solches gesetzt, das dauernder als Erz ist, in seinen hinterlassenen Werken, die als eine wahre Rüstkammer für Geisteswaffen ihre Bedeutung wahren werden, so lange arische Menschen im Kampfe gegen die Verjudung der Welt stehn. —

Infolge von allerlei widrigen Umständen wanderte Glagaus litterarischer Nachlaß von Hand zu Hand. Die vollständigen Stücke des „Kulturkämpfer" wurden verkauft, aber nicht für Ergänzung der fehlenden Hefte Sorge getragen, so daß seit Jahr und Tag bis vor kurzem vollständige Exemplare nur mit Mühe antiquarisch und zu sehr hohen Preisen aufzutreiben waren.

Die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, Paulstr. 15, hat sich ein Verdienst dadurch um die antisemitische Sache erworben, daß sie unter großer Mühe und Aufwendung von verhältnismäßig bedeutenden Kosten die zerstreuten Werke Glagaus in ihre Hand gebracht und durch Nachdruck der fehlenden Hefte des „Kulturkämpfer" die Möglichkeit geschaffen hat, dies für jeden denkenden Antisemiten nahezu unentbehrliche Sammelwerk zu einem sehr mäßig zu nennenden Preise zu erwerben. — Die 145 Hefte, deren jedes Einzelne im Abonnement seiner Zeit 60 Pf. kostete, sind zusammen für 35 Mark zu beziehn. Für einen würdigen Einband werden nur die Selbstkosten berechnet. (6 Doppel-Bände zusammen 15 Mark.)

Um weniger Bemittelten die Anschaffung zu erleichtern, ist ein heftweiser Bezug unter folgenden Bedingungen eingerichtet: Jeden Monat ein Halbband von 6 Heften, brosch. 2 Mark, geb. 4 Mark.

Die Bezieher des ganzen „Kulturkämpfer" erhalten ein, augenblicklich in der Herstellung befindliches Sachregister nachgeliefert.

Er ging dahin; uns bleibt, was er geschaffen;
Den Lorbeerkranz aufs Grab dem teuern Streiter.
Dann aber auf, mit seinen Geisteswaffen
Zu neuem Kampf! Wir ringen rüstig weiter.

In Sachen des Herrn Reichstags-Abgeordneten Demmig

und der von ihm in Aussicht gestellten Klage-Anträge wegen Beleidigung teilte uns — so schreibt die „Schaumburg-Lippische Landesztg." — ein tapferer Anonymus aus Stadthagen mit, „daß die Klagen wegen Beleidigung des Herrn Demmig bei einem bekannten Hannoverschen Rechtsanwalt eingeleitet seien" und zwar gegen vier Personen, nämlich gegen die Herren Reichstags-Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und Raab, gegen den Generalsekretär der Deutschsozialen Partei Herrn Henningsen in Hamburg und gegen Herrn Welge in Stadthagen. Die Klagen würden nicht in Stadthagen geführt, sondern in Hannover, weil die beleidigenden Flugblätter durch Zeitungen über die Grenze geschickt seien. Soweit unser Herr Anonymus, den wir hiermit, weil man gegen Gegner höflicher sein muß als gegen Freunde, trotz seiner Anonymität einmal ausnahmsweise zu Worte kommen lassen wollen, zumal uns die Angaben über die angeblichen Absichten des Herrn Demmig auch von andrer Seite zu Ohren gekommen. Daß wirklich der Freisinn den von ihm sonst ja verurteilten „fliegenden Gerichtsstand" in diesem Falle — wir wissen nicht aus welchen Gründen — für sich nutzbar zu machen die Absicht hat, geht noch aus einer uns mitgeteilten Tatsache hervor. Es sollen schon vor einigen Wochen mehre Hannoversche Freunde des Herrn Demmig die Grenzen unsers Fürstentums bereist haben, um in Erfahrung zu bringen, ob sich nicht Flugblätter auf preußisches resp. preußisch-hessisches Gebiet verirrt hätten. Einer der Herren soll schon in einer bei Obernkirchen gelegnen Wirtschaft erklärt haben, daß die Klage bei einem preußischen Gericht anhängig gemacht werden soll, wenn Flugblätter auch außerhalb des Schaumburg-Lippischen Wahlkreises Verbreitung gefunden hätten, was dann thatsächlich in Liekwegen mehremale der Fall gewesen sein soll. Nach den Auslassungen dieser betr. Herren sollte unverzäumt der Klageweg beschritten werden. In diesem Stadium scheint die Frage aber heute noch nicht zu sein, denn mit der „Einleitung der Klage bloß bei einem Rechtsanwalt", wie unser Herr Anonymus sich ausdrückt, ist die Sache auch in Preußen nicht abgemacht. Weshalb übrigens Herr Demmig lieber in Obernkirchen klagen will als in Stadthagen, ist wirklich schleierhaft. Sollte die etwaige Anklage in der Stadt Hannover zur Verhandlung kommen, so wird das den Angeklagten gewiß nicht unangenehm sein, denn die zu beweisenden Behauptungen derselben stützen sich auf hannoversche Zeugen.

Wir möchten diesen amüsanten Ausführungen der „Schaumburg-Lippischen Landeszeitung" nur noch folgendes hinzufügen.

Augenscheinlich haben wir in dem oben wiedergegebnen Schreiben des Anonymus die Beschwichtigungsformel vor uns, mit der die Wähler des Herrn Demmig hingehalten werden sollen.

Wenn Herr Demmig die Abgeordneten v. Liebermann und Raab mitverklagen will, so soll er es auch nur schleunigst thun. Wie wir die beiden Herren kennen, werden sie gern bereit sein, auf ihre Indemnität hierbei zu verzichten, um dem „Kollegen" Gelegenheit zu geben, sich von dem Vorwurf so schlimmer Dinge, wie sie ihm das Flugblatt zur Last legt, zu reinigen. Will er aber mit seiner Klage gegen diese beiden Herren bis zum Schluß des Reichstags warten, so wollen wir ihn hiermit daran erinnert haben, daß von der Frist zur Erhebung der Klage gegen den verantwortlichen Redaktör des betreffenden Flugblattes, Herrn Henningsen (Hamburg), bereits die Hälfte abgelaufen ist.

Der Königlich preußische Landrat des Kreises Pleß, Herr von Heyking, veröffentlicht in der Nummer 8 des „Plesser Kreis-Blattes", im amtlichen Teile folgende Bekanntmachung:

„Pleß, den 20. Februar 1902.

In Neumanns Stadtbuchdruckerei in Gleiwitz ist zum Preise von 5 Pfennig für das Stück ein Schriftchen über Ritualmord und Eid als offner Brief an den Reichstagsabgeordneten Herrn Liebermann v. Sonnenberg in Groß-Lichterfelde vom Rabbiner Dr. Wilhelm Münz in Gleiwitz erschienen. Indem ich die Kreiseingesessnen auf dies vorzügliche Schriftchen aufmerksam mache, empfehle ich die Beschaffung der Lektüre desselben allen, welche noch an das Märchen des Ritualmordes der Juden glauben und in unbegründeten Vorurteilen unsern jüdischen Mitbürgern gegenüber befangen sind."

Wir enthalten uns zunächst jedes Urteils über dieses eigenartige Verfahren des Herrn Landrats und bringen nur

den nachstehenden Brief zum Abdrucke, den der Reichstags-Abgeordnete von Liebermann an Herrn von Henking auf Grund dieses Vorkommnisses gerichtet hat:

Großlichterfelde Ost, den 10. März 1902.

Euer Hochwohlgeboren

haben in Nr. 8 des Plesser Kreisblattes amtlich eine Empfehlung für eine gegen mich gerichtete Schmähschrift des Rabbiners Dr. Münz in Gleiwitz erlassen. Unter Streifband gestatte ich mir Euer Hochwohlgeboren meine Antwort an Herrn Münz zu übersenden. Sie werden daraus entnehmen, daß der genannte Rabbiner bei Abfassung seines „Offnen Briefes“ nicht einmal das bescheidne Maß von Vorsicht angewandt hat, meine Reichstagsrede, gegen die er sich wendet, vorher zu lesen. — Ich darf nunmehr wohl erwarten, daß Euer Hochwohlgeboren im Kreisblatt an gleicher Stelle darauf hinweisen, daß meine Antwort an den Rabbiner Dr. Münz von der Deutschnationalen Buchhandlung, Berlin NW 52, Paulstr. 15 — soweit der Vorrat reicht — unentgeltlich zu beziehn ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet sich

Liebermann v. Sonnenberg,
M. d. R.

Die Berliner Stadtmission blickte am 9. März auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurück. Viele treue christlich-deutsche Männer haben im Laufe dieses Vierteljahrhunderts an diesem segensvollen Werke gearbeitet. Vor allem aber muß des Mannes gedacht werden, als dessen Lebenswerk die Berliner Stadtmission recht eigentlich anzusehn ist, des Hofpredigers a. D. Adolf Stoecker. Das Wachsen und Aufblühn dieser mit seinem Namen und Wirken unlöslich verbundnen Anstalt, deren segensvolles Wirken in dieser Zeit der sozialen Zerklüftung auch von den Gegnern — wenn auch widerwillig — anerkannt werden muß, kann dem tapfern Manne als Trost für alle die Kränkungen und Verfolgungen dienen, die ihm aus seiner uneigennützigen und unerschrocknen sozialen und politischen Thätigkeit erwachsen sind. Dieses sein Lebenswerk hat man nicht zu zerstören und am Aufblühn zu hindern ermocht. —

Zu den vielen Glückwünschen, die dem Hofprediger Stoecker aus den Kreisen seiner christlichsozialen Freunde zu seinem Ehrentage gespendet worden sind, fügen wir heute von ganzem Herzen den unsrigen. Die theologische Fakultät der Universität Greifswald hat ihn und sich geehrt, indem sie ihn zum Ehrendoktor der Theologie ernannt hat. Das ist eine schönere Auszeichnung als Kronen-Orden u. dergl.

Auch in Dorpat hatte die theologische Fakultät dem Hofprediger Stoecker einstimmig den Ehrendoktor zugedacht, aber diese Ehrung scheiterte an dem Widerspruche des Senats der Universität, der jüdische Mitglieder hat.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle, Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend ½9 Uhr.

Nordhausen. Nahezu 500 Personen hatten sich am 10. d. M. in den „Drei Linden“ eingefunden, um das zehnte Stiftungsfest des „Deutschen Vereins“ würdig zu begehn. Nachdem die Stadtkapelle einige Musikstücke vorgetragen hatte, begrüßte Herr K. Reinecker die Erschienenen und brachte ein jubelnd aufgenommnes dreifaches „Heil“ auf den Kaiser aus. Für die Festrede war Herr Superintendent R. Segger (Vienenburg) gewonnen. In seinen längeren Ausführungen sagte er:

Nicht die Lust zum Streit ist es gewesen, die den Deutschen Verein ins Leben rief, sondern die Liebe zu dem großen, herrlichen Vaterlande. Wenn man auf die zehn Jahre der Thätigkeit des Vereins zurückblickt, so sieht man, daß es ein guter Kampf gewesen, den der Verein ausgefochten. Daß er nicht umsonst war, das zeigt schon die heutige stattliche Festgemeinde. Wir feiern aber heute einen Familienabend und da soll nicht die Rede sein von Politik, von Kämpfen, von den Anforderungen, die an uns gestellt werden. Wir wollen uns freuen des Zweckes und Zieles, um die der Verein kämpft. „Deutschland, Deutschland über alles“, das soll unsre Losung sein. Wenn die Mitglieder sich in den Vereinsabenden zusammengefunden, hat man sich erfreut und erquickt zu weiterer Arbeit für des Vaterlandes Herrlichkeit. (Redner erinnert dann an die verschiednen Vereins-Versammlungen, an denen er hat teilnehmen können.) Der heutige Tag führt uns auch zurück zu des Vaterlandes Höhen. Der 10. März, der Todestag der Königin Luise und der Tag, an dem das eiserne Kreuz gestiftet wurde. Sonntag war der Tag, an dem sich die Augen schlossen des Mannes, der keine Zeit hatte, müde zu sein und nicht lange mehr währt es, da kehrt der Geburtstag des großen Kaisers wieder. Und da leben sie wieder auf die Tage deutscher Vergangenheit, die Tage, die uns im Schlachtengewühl die deutsche Einheit brachten. „Deutsch-sozial“ hat sich der Verein genannt: die deutsche Frage zu lösen auf deutschem Boden. Unsre Arbeit ist nicht vergeblich gewesen, die Jugend sie gehört uns. Wir freuen uns fröhlichen, dankbaren Herzens unsers Festes, das aber auch eine ernste Mahnung an uns richtet, nämlich uns aufzuraffen aus der Erschlaffung: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist.“ Dieses Mahnwort soll uns begleiten in das Leben, in die Arbeit. Hier liegt auch die Aufgabe für die deutschen Frauen und Jungfrauen, denen ich zurufe: „Seien Sie deutsch in Ihrer Gesinnung, in Ihren Sitten. Halten Sie darauf, daß Ihr Herz ein deutsches ist; lehren Sie der Jugend, daß Deutsch das Herrlichste, das Beste, das Treueste ist.“ Und Ihnen, meine verehrten Herren, die Sie heute hier mit dem „Deutschen Verein“ als Mitglieder oder als Gäste das Fest mitfeiern, rufe ich ebenfalls zu: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!“ Schließen Sie sich fest an das Vaterland. Deutsche Sitte, deutsche Wahrheit, deutsche Redlichkeit, das sei es, was wir erstreben. Wir freuen uns unsers Kaisers in der Auffassung der Würde seines Amtes. Ihm gilt unser Gruß, unsre Huldigung. Unter seinem Schutze wollen wir weiter für unsre Sache arbeiten. Je mehr wir uns das Wort: „Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser“ aneignen, um so mehr gilt es auch zu sorgen, daß eine feste breite Grundlage vorhanden ist, auf die wir bauen können. Es gilt, den deutschen Mittelstand zu erhalten. Wenn wir aber alle fest zusammenstehn, dann ist die Grundlage geschaffen. Man kann indes die deutsche Aufgabe nicht lösen ohne Christentum. Das Allerwichtigste ist, was wir sind, nicht, was wir thun. Wir müssen frei werden und dazu macht uns nur einer, das ist Jesus Christus. — Wir schauen zurück auf zehn Jahre mit frohem Dank und Glück. Der Kampf ist aber noch längst nicht aus, die Arbeit ist noch längst nicht gethan. Darum gilt es, daß wir alle uns zusammenschließen, daß wir uns immer tiefer hinein vergraben in die Schätze des Volkstums. Wenn das Deutschtum dadurch gekräftigt wird, dann trägt unser Fest reiche Ernte.

Reicher und lebhafter Beifall ward dem Redner zuteil, worauf man das „Gelöbnis“ des Abg. von Liebermann sang. („Vaterland höre, Deiner Söhne Schwören“.)

Der zweite Teil brachte außer den vortrefflichen Darbietungen der Stadtkapelle zwei Lieder des Vereins-Sängerchors unter Leitung des Herrn Gymnasiallehrers Illner und einen Solovortrag von Frl. Jenrich. Telegraphische Begrüßungen waren u. a. eingelaufen aus Berlin, Braunschweig, Duisburg, Eisenach, Erfurt, Leipzig, München, Uslar. Außer Herrn Superintendent Segger war von frühern Mitgliedern noch erschienen Herr Sekretär Steinhäuser aus Erfurt, während der Begründer des Vereins, Herr Medizinalrat Dr. Räuber (Duisburg), telegraphisch seinen Glückwunsch aussprach.

In der Fidelitas wurden die Anwesenden noch durch verschiedne Ansprachen, ernste und heitere Vorträge, gemeinschaftliche Lieder usw. unterhalten.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in **Berlin** jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in **Braunschweig** jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in **Duisburg** jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in **Elberfeld** jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in **Erfurt** jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller".
in **Frankfurt** (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in **Freiburg** (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in **Goslar** jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in **Halberstadt** jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in **Halle** (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in **Hannover** (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in **Kassel** jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in **Krefeld** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in **Kuxhaven** jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in **Mannheim** jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in **Münster** (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in **Nordhausen** am 14 in den „Drei Linden";
am 21. bei Petri;
in **Weimar** jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Aus der Reformpartei. Der Landesverein im Königreich Königreich Sachsen hat am 9. d. M. beschlossen, bei den nächsten Reichstagswahlen außer den im Besitz der Partei befindlichen Kreisen Bautzen-Kamenz, Meißen-Großenhain und Pirna noch in Angriff zu nehmen: Dresden l. d. E. (sozialdemokr.), Döbeln (sozialdemokr.), Stadt Leipzig (nationall.), Borna (kons.), Marienberg (sozialdemokr.) und Annaberg-Schwarzenberg (nationall.). Des weitern sollen Kandidaten aufgestellt werden in den Kreisen Löbau (kons.), Dresden-Dippoldiswalde (sozialdemokr.), Leipzig-Land (sozialdem.) und Plauen-Oelsnitz (kons.).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Der angebliche Zigaretten-Arbeiter **Paul Winckler** aus Warschau, der seit dem 1. Juni d. J. in der Schönhauser Allee Nr. 50 zu Berlin wohnt, wurde als großer Mädchenhändler entlarvt. Während er sich rechtzeitig in Sicherheit brachte, konnte die Polizei eine eben aus Warschau zugereiste Jüdin mit einem Opfer abfassen. —

Wegen Verbreitung unzüchtiger Photographien erhielt der Kaufmann **Emil Dessau** zu Hamburg 200 Mark Geldstrafe.

Betrug verübte der Reisende **Georg Pollak** zu Wien, indem er für seinen Arbeitgeber 921 Kronen widerrechtlich erhob und in eignem Nutzen verbrauchte. Zwei Jahre Kerker ist sein Lohn.

Ausgewiesen aus Preußen wurde der Handelsmann **Fischel**. Er kehrte seiner Zeit Russisch-Polen den Rücken, nachdem ihn die russischen Gerichte zu einer längern Gefängnisstrafe verurteilt hatten. In Kattowitz (Oberschlesien), das er mit seiner Person beglückte, befaßte er sich mit Schmuggel und sonstigen nicht ganz einwandfreien Geschäften. Als vor kurzem größere Paßschwindeleien entdeckt wurden, die die Verhaftung eines Handelsmanns Zanzer zur Folge hatten, nannte man auch Fischel als Vermittler in dieser Sache. Damals war er jedoch nicht zu fassen, da er sich zu seiner Familie nach Krakau begeben hatte. Als Fischel jetzt wieder nach Kattowitz zurückkehrte, verfügte die Polizei seine Ausweisung.

Steckbrief. Der Händler **Jakob Süßkind**, zuletzt in Rheydt wohnhaft, geboren am 26. Oktober 1890 zu Wickrathberg, ist, nachdem er wegen Betrugsversuchs usw. festgenommen war, entwichen. Besondre Kennzeichen: gebogne Nase. Die Staatsanwaltschaft ersucht um Festnahme.

Es gäbe nicht halb so viel Stehler, machte der Jude nicht den Hehler. Beim Infanterie-Regiment Nr. 60 zu Weißenburg (Elsaß) entwendete der Sergeant Wenzel Schuhe und Stiefel, die der Althändler **Nathan Dreyfuß** für 4,50 Mark und 5,50 Mark gern kaufte. Leider betrachtete der Staatsanwalt das Geschäft als Hehlerei und deshalb mußte Nathan zwei Monate brummen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

dem Bergwerks-Direktor Eugen Milch zu Madrid die vierte Klasse des Venezolanischen Ordens der Büste Bolivar's;

dem Direktor der Elektrizitäts-Gesellschaft zu Brüssel Friedrich Hamburger der Persische Sonnen- und Löwen-Orden vierter Klasse;

dem Hoflieferanten Ihrer Hoheit der Frau Herzogin von Anhalt S. Wolf zu Baden-Baden der Herzoglich anhaltische Verdienst-Orden für Wissenschaft und Kunst;

dem Weinhändler, schwedischen Hoflieferanten Adolf Ettlinger zu Frankfurt (Main) das Ritterkreuz zweiter Klasse des Königlich schwedischen Wasa-Ordens;

dem Direktor der Elektrizitäts-Kompagnie in Barcelona Hugo Herberg das Kommandörkreuz zweiter Klasse des Königlich spanischen Ordens Isabellas der Katholischen;

dem Bankier Dr. Walter Sobernheim zu Breslau das Ritterkreuz des Königlich spanischen Ordens Karls des Dritten.

Empfangsbescheinigung.

Für die Wahl in Schaumburg-Lippe gingen ferner ein beim Kassenwart der Deutschsozialen Partei, Herrn Abg. F. **Raab** in Hamburg:

G. J. G., Kfm., Hamb. (Sammell. u. pers.), 4 Mark; H. H. F., Schuhm.-Mstr., Hbg., 3 Mark; Chr. K., Kfm. u. Vorsitzender des Deutschsoz. Vereins Cuxhaven, 12,80 Mark; C. F. T., Gastw., Hmb. (Sammelliste), 4 Mark; G. D. T., Hmb., 1 Mark; H. P., Mechaniker, Rummelsburg b. Berlin, 3 Mark; H. 4. Beamter, Hmb., 1 Mark; W. Gr., Kfm., Harburg, 1 Mark; F. Kr., Glasermstr., Hmb., 3 Mark; H. M., Kfm., Osterburg, 2. Rate 10 Mark; E. Kr., Berlin, 5 Mark; Schn. in Böhl, 3 Mark; Fr. W., Lauterbach, 2 Mark; O. Schr., Kfm., Hmb., 1 Mark; C. F. B., Kaiarbeiter, Hmb., 2 Mark; A. P., Kfm., Hmb., 2 Mark; Zwei Getreue in Zella St. Bl., 2 Mark; H. P., Photograph, Stade, 3 Mark; L. M., Hmb., 5 Mark; H. C., Mühlenbesitzer, Unewatt, 10 Mark; J. Schw., Gastw., Unewatt, 3 Mark; Abstinenter, Kfm., Hmb., 3 Mark; S. jr., Landw., Lockstedt (Sammelliste), 10 Mark; Prof. Dr. K., Oberlehrer, Hameln, 10,05 Mark; G. H., Schriftleiter, Hmb., 5 Mark; J. H. G. S., Hmb., 5 Mark; v. B., Eisenbahnbeamter, Hmb., 2 Mark; L., Amtsrichter, Schmalkalden, 20 Mark; C. M., Brunsbüttelkoog, 3 Mark; C. W., Gutsbesitzer, Corbach, 5 Mark; H. Bo., Braunschweig (persönlich u. Sammelliste), 6,50 Mark; M. u. R., Kfm., Flensburg, 25 Mark; Dr. med. E. St., Seehausen, 2. Rate 30 Mark; C. Ep., Nordhorn i. H., 5 Mark; W. R., Kfm., Bergedorf, 2,10 Mark; E. Th., Kassel, 2 Mark; J. S., O.-P.-Assistent, Hmb. (Sammelliste), 6,50 Mark; O. K., Kfm., Hmb., 1 Mark; August, der Tunnelwirt, Hmb., 3 Mark; Twistel, 2,80 Mark; H. v. d. Heide, Hmb., 2 Mark; W. Tonagel, Cuxhaven, 5 Mark; O. Hoffmeister, Elberfeld, 3,52 Mark; Heinrich, Schönebeck, 3 Mark; Wommelsdorf, Munkmühle, 6 Mark; J. H. B., Heide, 5 Mark; E. F., Hagen i. W., 30 Mark; E. K., Halensee, ges. in der Berliner Deutschbund Gemeinde, 9,80 Mark; Rich. Neumann, Hmb., 2 Mark; H. R., Hardesby, 3 Mark; John E., Altona, 3 Mark; L. Lettermann, Elberfeld, 1. Rate 22 Mark; Th. D., Papenburg, 3 Mark; Erw. St., Hannover, 8 Mark; Herm. K., Ilmenau, 10 Mark; G. R., Belgard, 5 Mark; H. Sch., Kray, 3 Mark; Richter, H., Pyrmont, 9 Mark; ges. i. Deutschen Verein Nordhausen durch C. R. 6,50 Mark; Dr. St., Myslowitz, 11 Mark; W. M., Hannover, 2 Mark; Rud. v. D., Berlin W., 20 Mark; E. H., Delitzsch, 14,50 Mark; Dr. phil. P. H., Dormagen, 5 Mark; Konsul O., Würzburg, 10 Mark; F. Gr., Hamb., 1,50 Mark; H. Korff, Hamb., 20 Mark; Ludw. L., Stendeen, 3 Mark; A. R., Schiffbeck, 1 Mark; Rich. Leander, Hamb., 5 Mark; Müller, Altona, 3 Mark; R. K., Hamb., 3 Mark; M. H., Hamb.-Barmbeck, 1 Mark; H. W., Mehlen, 5 Mark; Oberlehrer D. in B., 22,59 Mark; C. B., Gr. Flottbeck, 7 Mark; Pastor Dr. Fr. L. in O., 1,50 Mark; A. H. T., ges. von Eidelstedter Bauern, 10 Mark; Fuchs, Berlin, 2,05 Mark; Rechtsanwalt Edm. J., Hamb. (Sammelliste), 20 Mark; durch denselben von W., Fabrikant in Segeberg, 5 Mark; für wahres Deutschtum gegen Juden von M. F. S. in Elberfeld 10 Mark; A. B., der Tunnelwirt, 15,60 Mark; R. v. P., Kaufmann in Altona, 6 Mark; Frau G. 1 Mark; A. W. in Bromberg, 2. Rate, 4 Mark; C. G., Kaufmann in Altona, 2 Mark; F. H., Beamter, Hamb., 2 Mark; F. Kr., Postassistent, Altona, 1 Mark; F. M., Kaufmann, Erfurt, 2,10 Mark; C. P., Kaufmann, Altona, 3 Mark; Stammtisch der Nordmärker, Hamb., 10 Mark; A. M., Mannheim, 1 Mark; H. W., Beamter, Hamb., 7,20 Mark; R. M., O.-P.-Assistent, Hamb., 2 Mark; Chr. Chr., Kaufmann, Ottensen, 3 Mark; Br. P., Kaufmann, Altona, 10 Mark; K., O.-P.-Assistent, Hamburg, 3 Mark.

Im Ganzen 4575,39 Mark.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Zur Einsegnungszeit

empfehlen wir unsre Flugblätter:

Nr. 45: **Wo kauft man Konfirmanden-Anzüge?**
Nr. 6: **Ein Wort an die deutsche Frau.**
Nr. 12: **Das Geschäfts-Talent der Juden.**
Nr. 77: **Deutsche Väter und Mütter!**

Preis 100 Stck. (auch gemischt) 1 Mark.
„ 1000 „ „ 7 „

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52.

Der Blutmord in Konitz.
Mit vielen Bildern und einem Vorwort des Abg. Liebermann von Sonnenberg.
12. Auflage. — Preis 60 Pfg.

Das Blutgeheimnis.
Politischer Bilderbogen Nr. 13.
— Preis 30 Pfg. —

Zur Blutopfer-Frage
oder
Was hat Herr Strack bewiesen?
— Preis 1 Mark —

Deutschnationale Buchhandlung u. Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 1,50 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifband 2 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltene Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 20. März 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 709.

Wochen-Spruch.

Dazu sitzen die Fürsten und Oberkeit, schnarchen und haben das Maul offen, lassen die Jüden aus ihrem offnen Beutel und Kasten nehmen, stehlen und rauben, was sie wollen, das ist: sie lassen sich selbst und ihre Unterthanen durch der Juden Wucher schinden und aussaugen und mit ihrem eignen Gelde sich zu Bettlern machen.

D. Martin Luther

Wie stehn wir zu England?

Diese Frage ist, wenn man unter dem „wir“ das Deutsche Volk in seiner gewaltigen Mehrheit versteht, sehr einfach etwa in dem Sinne zu beantworten wie es eine Anzahl nationalgesinnter Männer, besonders aber der Abgeordnete v. Liebermann im Deutschen Reichstage schon des öftern mit wünschenswerter Deutlichkeit gethan haben.

Soll das „wir“ aber unsre Regierung bedeuten, die die Geschicke unsers Volkes zu lenken und zu leiten berufen ist, so gestaltet sich die Frage der Uebersicht zu einem Rätsel der Sphinx, an der ein moderner Oedipus wahrscheinlich scheitern würde.

Heute läßt der Reichskanzler den Minister Chamberlain „auf Granit beißen“ und morgen läßt er durch seine Preßkosaken den Abgeordneten von Liebermann im In- und Auslande mit Tinte bespritzen, weil dieser das Urteil über Chamberlain in volksverständliches Deutsch übertragen und der entrüsteten deutschen Volksseele Genugthuung für die Beschimpfung unsers Volksheeres verschafft hatte.

Heute darf man sich freuen, daß den englischen Umtrieben, Tendenzlügen und Hetzereien in Amerika durch Veröffentlichung amtlicher Dokumente die Spitze abgebrochen wird, und schon am nächsten Tage hört man davon, daß König Eduard, der Peter, mit einem schmeichlerischen Telegramm umworben wird.

Heute wird amtlich in Abrede gestellt, daß nennenswerte Pferdetransporte aus dem Deutschen Reiche nach England gingen, und daß man überhaupt zu Englands Gunsten jemals die Neutralität verletzt habe und morgen bedankt sich der Staatssekretär des Auswärtigen in ziemlich überschwänglicher Form im preußischen Abgeordnetenhause, daß England so gnädig gewesen ist, zu gestatten, daß wir mit deutschem Gelde ihm zur menschenwürdigen Verpflegung der in den Konzentrationslagern zusammengepferchten Burengreise, Weiber und Kinder mithelfen dürfen.

Heute stellt Herr von Richthofen in Aussicht, daß wir zwischen unsern englischen und burischen Vettern vielleicht noch einmal friedlich vermitteln können und empfiehlt zarte Rücksichten auf die durch Burenprügel gereizte Nerven der Engländer zu nehmen und morgen bedient sich das Auswärtige Amt des, nach Ausspruch des Fürsten Bismarck schädlichsten Blattes der Welt, der „Kölnischen Zeitung“, um den trotz aller Liebenswürdigkeiten unsrerseits fortgesetzten Hetzereien der Engländer gegen uns in Nordamerika, die deutliche Mahnung zuzurufen, daß niemand auf die Dauer gern einen Igel streichelt, der ständig die Stacheln sträubt.

Diese ganze Echternacher Springprozession aber nennt man: zielbewußte, nüchterne, nur durch die realen Interessen des Deutschen Volkes beeinflußte große Politik.

Das Wolffsche Telegraphen-Büro wird angewiesen, nur Aeußerungen der ausländischen, besonders der englischen Presse auszugsweise zu verbreiten, die auf Bestellung in Anerkennung der deutschen Politik machen. Die wahre Stimmung der Engländer gegen uns wird uns nach Möglichkeit verschwiegen. Thatsächlich haben führende englische Zeitungen die Richthofenschen Liebenswürdigkeiten mit unverschämten Drohungen vergolten.

Die Großmutterpolitik ist zwar begraben, aber sie spukt noch.

Landrat und Rabbiner.

Bei der dritten Lesung des Reichsjustiz-Etats ergriff der Abg. v. Liebermann das Wort zu folgenden Ausführungen:

M. H. Ich will Sie nicht lange aufhalten; ich beabsichtige nicht, den Fall Konitz, über den ich mich ja bei dieser Gelegenheit eingehend verbreiten könnte, heute hier vor Ihnen zu entrollen — dazu findet sich noch Gelegenheit später bei Besprechung der Konitzer Petition. Ich will heute nur noch einmal auf die Eidesfrage zurückkommen, die ich in meiner Etatsrede der Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen und des Hauses empfahl. Ich wies am 10. Januar darauf hin, daß schon einmal vor einigen Jahren in diesem Hause der Beschluß gefaßt ist, die Wiedereinführung des konfessionellen Eides den verbündeten Regierungen zu empfehlen. Leider haben diese dem Wunsche des Reichstages nicht nachgegeben. Das Reichs-Justizamt als diejenige Behörde, die Aenderungen und Verbesserungen in unsrer Justizgesetzgebung vorzubereiten hat, wird gut thun, mit großer Aufmerksamkeit gewisse Erscheinungen im Volke zu verfolgen, die grade in letzterer Zeit sich bedenklich vermehrt haben.

Aus Anlaß meiner Etatsrede, worin ich u. a. erwähnte, daß ein Großherzoglich hessischer Amtsrichter, Gerlach mit Namen, gradezu eine Minderwertigkeit des christlichen Eides gegenüber dem jüdischen Eide in einem Erkenntnis konstruiert hat — er behauptet darin, daß das eidliche Zeugnis eines Juden besonders wertvoll sei, und daß die Zugehörigkeit eines Zeugen zur jüdischen Religions-Gemeinschaft dem Gerichte zur Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit diene; das kann man logischerweise nur als eine Herabsetzung des christlichen Eides ansehen; denn entweder zwei Eide sind gleichwertig, oder der eine ist „besonders wertvoll“, dann ist der andre minderwertig — ich sage: infolge meiner Etatsrede vom 10. Januar hat der Rabbiner von Gleiwitz Dr. Münz mir einen langen offnen Brief geschrieben, den Text in jüdischen Zeitungen veröffentlicht und auch eine Anzahl Abdrücke davon an viele, wenn nicht an alle, Mitglieder dieses Hauses, versendet. Der Rabbiner hat indes bei Abfassung seines Briefes das Mindestmaß von Sorgfalt vermissen lassen, welches man billig anwenden sollte, wenn man einen im öffentlichen Leben stehenden Mann öffentlich angreift. Er hat nämlich meine Rede, gegen die er schreibt, gar nicht gelesen. Er schreibt mit großem Pathos: ich hätte wieder einmal die Worte Ritualmord und Blutmord von der Tribüne des Reichstags in die Welt hinausgerufen. Was habe ich denn

aber wirklich in der Rede darüber gesagt? Nach dem Stenogramm lediglich folgende trockene Sätze: „Ich hoffe, daß das hohe Haus die Petition — die Konitzer ist gemeint — als zur Erörterung im Plenum geeignet erachten wird; die Frage des Blut- oder Ritualmordes kann dabei ganz außer Acht bleiben." Hätte der Rabbiner meine Rede gelesen, so würde er schwerlich mich mit Aufwand eines ganz ungeheuerlichen Pathos angegriffen und der ganzen Welt denunziert haben. In jener Rede hatte ich auch, wie ich schon sagte, jenes Urteil des Amtsrichters Gerlach besprochen. Auf den Theil des Rabbinerbriefes, worin er sich gegen „das Märchen vom Ritualmord" wendet, worin er unter Anrufung des Namens seines Gottes in den kühnsten Redewendungen behauptet, daß nichts Wahres daran sei, will ich nur ganz kurz eingehn. Er redet mich zuletzt direkt an und sagt:

> Aber das fordere ich von Ihnen streng und gebieterisch, wie es ein Mann vom andern fordern darf: geben Sie der von mir beschwornen Wahrheit die Ehre und verunglimpfen Sie nicht meine höchsten und heiligsten Ideale!

Wie ich ihm mit dem kleinen Satze: „Die Frage des Blut- oder Ritualmordes kann man dabei ganz außer Acht lassen," seine Ideale verunglimpfen konnte, verstehe ich nicht. Aber ich will dem Rabbiner den Gefallen thun und ihm hier erklären, daß ich niemals in meinem Leben behauptet habe oder behaupten werde, daß das mosaische Gesetz eine Aufforderung zum Ritualmord enthält. Um eine solche Erklärung von mir zu bekommen, brauchte er nicht den Namen seines Gottes durch die schmutzigen Zeitungsspalten zu zerren.

Zum Beweise der Thatsache, daß der jüdische Eid höher anzuschlagen sei als der christliche, schreibt der Rabbiner in seinem offnen Brief:

> Sie suchen diese Ausführungen des Amtsgerichts zu bemängeln. Sie werden aber selbst bei näherer Betrachtung zugeben müssen, daß die gesamte religiöse Litteratur und alle Moralcodices der Juden, daß ferner die von den Juden seit Jahrtausenden innegehalne religiöse und ethische Geistesrichtung das Urteil des Amtsgerichts — selbstverständlich ganz unbeschadet dem Vollwerte und der Integrität des Eides der Angehörigen der christlichen Religion — vollauf bestätigen.

Die Verklausulierung in dem eben verlesenen Satze: „unbeschadet der Integrität des Eides der Angehörigen der christlichen Religion" ist hier vollständig unsinnig und bedeutungslos. Denn wenn jemand nachweisen will, daß die Juden es mit dem Eide genauer nehmen als die Angehörigen der beiden christlichen Bekenntnisse, so behauptet er damit den Mehrwert des jüdischen Eides. Dagegen muß aber unter allen Umständen Einspruch erhoben werden.

Der Herr Rabbiner hält es zur Verstärkung seiner Behauptungen sogar für nötig, an einer Stelle des Briefes, wo er sich zum Schwören anschickt, zu betonen, daß er ganz ohne reservatio mentalis schwören wollte. Das ist doch eine höchst merkwürdige Aeußerung! Danach scheint es, als ob Judeneide gelegentlich mit einer reservatio mentalis geschworen werden. Auf Feststellung dieser Thatsache müßte das Reichs-Justizamt besonders sein Augenmerk richten. Wenn Juden bei der gesetzlichen Eidesformel gelegentlich ein reservatio mentalis anwenden sollten, so wäre die Gesetzgebung gezwungen, der Eidesleistung wieder konfessionelle Formen zu geben und die Juden more judaico schwören zu lassen.

Aber die Behauptung des Rabbiners über die besondre Sorgfalt der Juden bei Eidesleistungen, die er mit so großem Aufwand an Beteuerungen vertritt, widerspricht durchaus der Kriminalstatistik. M. H., ich will die wenigen statistischen Zahlen, die ich als Beweis hier brauche, nicht etwa antisemitischen Quellen entnehmen, sondern einem gegen die Antisemiten gerichteten Büchelchen „Die Juden als Verbrecher. Eine Beleuchtung antisemitischer Beweisführung" von einem Herrn Dr. Lux. Er sagt auf Seite 27:

> Bemerkt muß schließlich noch werden, daß an dem Meineid und den verwandten Delikten die Juden einen relativ größern Anteil haben als die Christen. Die bezüglichen Zahlen sind hier: — —

er giebt dann an, daß — es handelt sich, glaube ich, um die Jahre 1882 bis 1892 — auf 10000 Strafmündige verurteilt worden seien wegen Meineides: 21,2 Christen, 42,9 Juden; das giebt einen Quotienten von 2,02 zu Ungunsten der Juden, also mehr als doppelt so viel Juden sind verurteilt worden, als bei gleicher Kriminalität verurteilt werden konnten. Bei dem fahrlässig falschen Eide stellt sich das Verhältnis: bei Christen 9,4, bei Juden 14,7, also der Quotient annähernd wieder 2. Bei Verleitung zum Meineid: Christen 5,4, Juden 14,2, Quotient 2,63, also fast die dreifache Anzahl. In der Rubrik „Andre Verletzungen der Eidespflicht": 0,6 bei Christen, 1 bei Juden, 1,67 der Quotient, also beinahe wieder doppelte Kriminalität bei Juden! Und dabei legt Herr Dr. Lux nur die Verurteilungen zu Grunde und nicht die Anklagen; bei den Anklagen stellt sich nämlich das Verhältnis für die Juden noch viel ungünstiger, da von angeklagten Juden — ich will die Gründe dafür unerörtert lassen — nachweislich stets ein viel größerer Prozentsatz freigesprochen wird als von den angeklagten Nichtjuden.

M. H., trotz all der pomphaften Beteurungen des Herrn Rabbiners in seiner Schrift sind seine Beteurungen noch immer kein Eid more judaico und daher anfechtbar.

Wenn der Herr Rabbiner nun zur Begründung seiner Angaben über Heilighaltung des Eides bei den Juden eine Anzahl von wunderschönen Bibelstellen anführt, so darf ich mir wohl die Bitte an ihn erlauben, er möge mir nunmehr eine zutreffende Bezeichnung für den sittlichen Zustand eines Volks geben, das trotz solcher erhebenden und schönen Mahnungen und Gebote zur Wahrheit und trotz so ernster Warnungen vor dem Meineide dennoch eine so viel höhere Kriminalität bei Meineidsverbrechen zeigt als das Wirtsvolk, unter dem es wohnt. Absolute Zahlen sind beweiskräftiger und verständlicher als die vorher angeführten Vergleichszahlen. Ich will daher auch davon noch einige Ihnen vorführen. Ich benutze dazu wieder ein des Antisemitismus ganz unverdächtiges Buch. Aus dem Werk „Die Kriminalität der Juden in Deutschland", herausgegeben von Dr. Paul Nathan, drucken die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", das unter der Protektion unsers Herrn Kollegen Rickert stehende Blatt

(Heiterkeit),

Zahlen ab, von denen ich drei oder vier vorlesen will. Wegen **Meineids** wurden verurteilt in den Jahren 1882 bis 1892: 9318 Personen im ganzen, darunter 213 Juden; es hätten aber nach der Bevölkerungsziffer nur verurteilt werden dürfen 111.

(Heiterkeit.)

Wegen fahrlässigen falschen Eides sind im ganzen verurteilt 4533, darunter 96 Juden: es hätten nur verurteilt werden dürfen 54. **Wegen Verleitung zum Meineide oder falschen Eide** sind im ganzen verurteilt 2614, darunter 74 Juden; es durften aber nach ihrer Kopfzahl in Deutschland nur 31 verurteilt werden. Bei **falschen Anschuldigungen** endlich 5782, im ganzen darunter 119 Juden; 69 aber wäre der richtige Prozentsatz für sie gewesen.

M. H., das ist ja allerdings noch nicht ganz so schlimm, wie beispielsweise beim **betrügerischen Bankrott**, wo auf 1714 Verurteilungen 191 von Juden kamen, während nur 20 hätten dabei sein dürfen

(hört! hört!)

und bei **einfachem Bankrott**, wo von 5829 Verurteilungen 1116 auf Juden fielen, während nur 69 auf sie entfallen durften. Zum Meineide neigen die Juden also noch nicht in dem Umfange als zum Bankrott.

Ich gebe, m. H., nun zu, daß der Herr Rabbiner Dr. Münz ja für sich eine gewisse Entschuldigung hat: er ist erblich belastet mit dem Unfehlbarkeitsdünkel und von seinem Standpunkt aus kann er vielleicht sein Volk als über allen andern Völkern der Erde stehend ansehn.

Schlimmer wird aber die Sache schon und beachtenswerter für unsre Behörden, wenn der Orientschwulst der Phrasen in jenem offnen Briefe sogar Zustimmung unter Leuten deutschen Stammes findet. Allerdings sind das wohl nicht besonders erleuchtete Geister, wenn auch sogar ein Theologieprofessor darunter ist. Solche Leute haben dem Rabbiner Anerkennungsbriefe geschrieben, die er nun in seinen stammverwandten Blättern veröffentlichen ließ. Das deutet doch auf eine merkwürdige Verwirrung in manchen Köpfen hin.

Aber, m. H., ganz schlimm wird die Sache, wenn sogar Amtspersonen sich gemüßigt fühlen, das Schriftstück des Rabbiners amtlich zu empfehlen. Ich fand in dem „Plesser Kreisblatt" Nr. 8 vom 21. Februar im amtlichen Teile folgenden Ukas:

> In Neumanns Stadtbuchdruckerei in Gleiwitz ist zum Preise von 5 Pfennig für das Stück ein Schriftchen über Ritualmord und Eid als offner Brief an den Reichstagsabgeordneten Herrn Liebermann von Sonnenberg in Groß-Lichterfelde vom Rabbiner Dr. Wilhelm Münz in Gleiwitz erschienen.
>
> Indem ich die Kreiseingesessnen auf dies vorzügliche Schriftchen aufmerksam mache
>
> (hört! hört!),
>
> empfehle ich die Beschaffung der Lektüre desselben allen, welche noch an das Märchen des Ritualmordes der Juden glauben und in unbegründeten Vorurteilen unsern jüdischen Mitbürgern gegenüber befangen sind.

Ich möchte behaupten: diese Toleranz geht dann doch etwas zu weit.

(Sehr richtig!)

Was sollen die christlichen Bewohner des Kreises schließlich denken, wenn ihnen von ihrem Landrat empfohlen wird, sich eine Schrift zu kaufen, worin der christliche Eid gegenüber dem jüdischen als minderwertig bezeichnet wird?

(Sehr richtig!)

Es ist hier nicht der Ort, darüber zu sprechen, welche Maßregeln vielleicht zur Belehrung des Herrn Landrat im Kreise Pleß zweckmäßig wären. Dafür ist das Abgeordnetenhaus zuständig. Ich will zum Schluß nur bemerken: wenn ich der zuständige Vorgesetzte des Herrn Landrats wäre, so würde ich wohlwollend annehmen, daß seine Nerven durch Ueberarbeitung geschwächt sind

(Heiterkeit),

und daß die Fähigkeit, die Tragweite seiner Handlungen zu beurteilen, bei ihm etwas gelitten hat. Ich würde ihm einen Erholungsurlaub erteilen so lange, bis der Nachweis geliefert wird, daß er von seinem Leiden befreit ist.

(Große Heiterkeit und Bravo!)

*

Die Darlegungen des Abgeordneten von Liebermann fanden bei der großen Mehrheit des Hauses aufmerksames Ohr und vollkommne Zustimmung. Auch die Haltung der Bundesratsmitglieder ließ erkennen, daß die Rede auf sie lebhaften Eindruck machte. —

Vielleicht kann also die eitle Selbstüberhebung eines Rabbiners und die Unüberlegtheit eines Landrats noch den Anstoß zu einer erwünschten Aenderung der Gesetzgebung geben.

Wir lassen hier noch eine Notiz aus Nr. 131 des „Berliner Tageblattes" folgen, die den Beweis liefert, mit welchen verzweifelten Mitteln die Judenschaft sich bemüht, die öffentliche Meinung in Bezug auf den Juden-Eid irre zu führen. Im Organ des Herrn Ruben Moses ist also zu lesen:

> Aus Richterkreisen schreibt man uns: Der Eid der Juden ist seit einiger Zeit wieder ein Lieblingsthema der Antisemiten, insbesondre ihres Führers Liebermann v. Sonnenberg (vergleiche die Reichstagssitzung vom 13. März). Es dürfte deshalb von Interesse sein, was der vor einigen Jahren verstorbne Landgerichtspräsident Leopold von Kunowski, der Bruder des Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Breslau, ein Hochkonservativer und Anhänger Stöckers, schreibt, der 50 Jahre in verschiednen richterlichen Stellungen in Oberschlesien, Sachsen, Ostpreußen, Westfalen und Westpreußen gewirkt hat, also die Bevölkerung vieler Provinzen als Richter, insbesondre ihr Verhalten zum Eide, genau wie kaum jemand, kennen gelernt hat. Seite 98 seines bekannten Buches „Wird die Sozialdemokratie siegen?" (erschienen in 6. Auflage bei Velhagen u. Klasing im Jahre 1891) heißt es:
>
> „. . . Auch muß bei offnem Auge zugegeben werden, daß ein großer Teil dieser Bevölkerung (nämlich: der jüdischen) neben einem meistenteils frommen Festhalten an ihrer Religion und manchen achtbaren Tugenden, zu denen wir namentlich eine musterhafte Hochachtung der Kinder vor ihren Eltern und eine tiefe Scheu vor dem Meineide zählen, ..."
>
> In der That lehrt die Kriminalstatistik, daß an dem Verbrechen des Meineides die Juden nur mit einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz beteiligt sind.

Die Beobachtung des alten Herrn von Kunowski, daß orthodoxe Juden eine „tiefe Scheu vor dem Meineide" haben, kann mit der Modifikation zugegeben werden, daß sie überhaupt Scheu vor dem Eide haben. Das ändert aber nichts an den oben, aus jüdischen Quellen angegebnen statistischen Zahlen. Angesichts dieser Zahlen ist der Schlußsatz der Notiz im „Berliner Tageblatt" eine gradezu unerhörte Frechheit.

Wo ist Gott?

Von Max Bewer (Dresden).

Die Verwirrung der religiösen Gefühle ist größer, als je. Die Herren-Moral Nietzsches, die Askese Tolstois, die Wieder-Belebung des Buddhismus, der künstlerische Pantheismus Goethes, der weltabgewandte Theismus des Christentums und der alles leugnende Atheismus streiten um den Besitz der Gemüter.

In diesem Wirrwarr ist es gut, sich an die klaren Formen der Mathematik zu halten. Geometrie ist, da Gott und Welt in Zusammenhang stehn, nicht weit von Theometrie entfernt; die Geometrie verlangt drei Punkte, um einen Kreis in seiner Größe und Lage zu bestimmen, so bedarf auch unser religiöses Gemüt dreier Punkte, um zu einer seelischen Harmonie zu gelangen. Der Theismus wie der Pantheismus sind beide mit ihrem Gottesbewußtsein nur auf einen Punkt gestützt: der eine findet ihn außerhalb, der andre innerhalb der Welt. Die Einseitigkeit des einen bedingt die Welt-Verachtung des kaltorthodoxen Christentums; die Einseitigkeit des andern die goethesche Anbetung der Welt und des Lebens an sich: „Was wär ein Gott, der nur von außen stieße . . ."

Beide Welt-Anschauungen befriedigen nicht. Der Welt-Verachtung des falsch erfaßten Christentums steht die Schönheit der Welt auf Schritt und Tritt gegenüber, und dem Pantheismus Goethes wiederum ebenso auf Schritt und Tritt die überall zu erkennende Unzulänglichkeit dieses Daseins. Wen die Scylla der Tolstoischen Weltflucht nicht asketisch mit all seiner natürlichen Lebenslust verschlingt, den wird die Charybdis Nietzschescher Willens-Verherrlichung in den dionysischen Wirbeln selbstsüchtigen Genusses dahinraffen.

Die Konzentration unsers religiösen Bedürfnisses auf einen Punkt, sei er christlich-himmlisch oder pantheistisch-irdisch, kann nicht genügen. Wenn schon die leichte Zeichnung eines Kreises dreier Punkte bedarf, wie viel mehr unsre von ewigen und vergänglichen, irdischen und himmlischen Eindrücken unruhvoll bewegte Seele?

Lange Jahre des Nachdenkens haben zur Niederschrift dieser einfach klingenden Verse geführt; mögen sie in manches religiös verirrte Gemüt Ordnung und Klarheit und mit ihnen nicht nur ein himmlisches Vertrauen, sondern auch eine irdisch-fröhliche Lebens-Rührigkeit bringen:

Alle suchen in den Sternen
Gottes ew'ges Angesicht,
Sehn ihn nicht in allen Fernen,
Und so existiert er nicht!
Wo ist Gott? — Wenn nicht in mir!
Wo ist Gott? — Wenn nicht in dir!
Wo ist Gott? — Lebt für und für
Er nicht über dir und mir!

An ihn droben denk ich still,
Der die ganze Welt erdacht,
Liebend dien ich ihm in dir,
Der in jedem Wesen wacht,
Prüfend suche ich in mir,
Was zu seinem Bild mich macht!

Und glaubst du, droben lebt er nicht,
Dort oben dunkle ewge Nacht,
So frage dich beim Sonnenlicht,
Ob du vielleicht die Welt gemacht,
Ob du die Rosen und die Eichen,
Die Adler und die Löwen schufst,
Ob du aus abgrunddunklen Reichen
Die Sterne durch die Wolken rufst,
Ob du der Erde finstre Gründe
Mit Gold und Edelsteinen füllst
Und deines Wesens tiefste Güte
In ewiges Geheimnis hüllst . . . ?
Dann lenkt sich schweigend wohl dein Sinn
Zu einem höh'ren Wesen hin,
Dann wird dich Ehrfurcht warm durchwallen,
Und wie von selbst senkt sich dein Haupt,
Dann fühlst auch du, daß in uns allen
Ein etwas keimt, das an ihn glaubt!

Doch kann ihn ja dein Herz nicht fassen,
Sieh prüfend andre Menschen an:
Die Mutter sieh, die übernächtig
Am Bette ihres Kindes wacht,
Den Helden, der sich willenskräftig
Wirft stolz in eine Todesschlacht,
Den Denker, der beim Lampenschimmer
Der Sterne Lauf in Zahlen zwingt,
Den Dichter, der im engen Zimmer
Der ganzen Menschheit Schönheit bringt,
Den Vater, dem sein Kind so teuer,
Daß er das Brot am Mund sich kürzt,
Den Braven, der in Rauch und Feuer
Zur Rettung seines Nachbars stürzt!
Empfindest du bewundrungsbang
Zu ihnen nicht den Gottesdrang?
Und hilfst du einem nur von allen,
Ob Gott du selbst entfremdet scheinst,
Stehst du schon in des Himmels Hallen,
Denn Guten-Dienst ist Gottes-Dienst!

Und fühlst du Gott nicht in den andern,
Laß zu dir selbst die Blicke wandern:
Es ordnen wie zu einem Tempel
Die Kräfte sich in deinem Bau,
Sieh deiner Stirne reinen Stempel,
Der Thräne dunklen Seelenthau,
Das Blut, das Tag und Nacht durcheilet
Das Herz mit seiner Purpurflut,
Das Auge, das umträumt von Wimpern,
Millionen Himmelsblicke thut.
Sind das in dir nicht Rätsel-Wunder,
Die stündlich Gottes Zeugen sind?
Glaubst du, das alles sei geschaffen,
Daß es zuletzt in Sand zerrinnt?
Lebt wohl Vernunft in einem Meister,
Der so viel Kunst umsonst beginnt?

Gott hat dir diesen Bau gegeben,
Um einst vollendeter zu sein,
Mit diesen Mitteln einem Leben
Von höh'rem Werte dich zu weihn —
Und folgst du einem Triebe nur,
Der mehr als dein Gemeines ist,
So bist du schon auf Gottes Spur,
Weil du in dir sein Diener bist!

Dreifach nach ihm sollst du entbrennen:
Such droben ihn, in mir und dir,
Zu lieben ihn, zu dienen ihm,
Ihn zu erkennen,
Sind wir auf Erden hier!

An ihn droben denk ich still,
Der die ganze Welt erdacht,
Liebend dien ich ihm in dir,
Der in jedem Wesen wacht,
Prüfend suche ich in mir,
Was zu seinem Bild mich macht!

Kann so ihn sehen jede Nacht
Im Glanz der Himmelskerzen,
Kann so ihm dienen jeden Tag
In Lindrung andrer Schmerzen,
Kann so ihm nahen Tag und Nacht
Mich bessernd selbst im Herzen!

„Der Hammer".

Zum Schutze der deutschen Landwirtschaft

verbreitet der Gewerbeschutz-Verein zu Kottbus ein Flugblatt mit folgendem Wortlaut:

Das bekannte Sprichwort: „Juristen sind schlechte Christen" hat am 12. Februar der dem Juristenstande und der Freisinnigen Partei angehörende Abg. Lenzmann gelegentlich der zweiten Lesung des Etats für das Reichsjustizamt zur Anwendung gebracht.

Offen gesteht er ein: „Wir Juristen sind schlechte Christen," fügt jedoch hinzu: „aber so schlechte Christen, daß wir den lieben Gott für unsre Sonder-Interessen benützen wollen, wie die Leute vom Zirkus Busch, sind wir doch nicht."

Nach der Meinung des Herrn Abgeordneten sind also die Leute vom Zirkus Busch — nicht etwa die Kunstreiter, sondern der dort am 10. Februar versammelt gewesene „Bund der Landwirte", also die deutschen Landleute — schlechtere Christen als die Juristen. Eine derartige Verdrehung der Thatsachen übertrifft noch die Verdrehungskunst gewisser unter ihresgleichen „berühmter" Rechtsverteidiger um eine Pferdelänge — es giebt noch gottesfürchtige Juristen.

Den Vorwurf der Gottesfurcht kann man zwar im allgemeinen und wohl einem großen Teil gegenüber — insbesondre solchen, die gegen klingende Münze in ziemlicher Menge aus krumm grade zu machen bemüht sind — nicht erheben.

Mit wahrer Gottesfurcht und Liebe zu seinen Mitmenschen im Herzen würde so mancher vor seiner eignen That zurückzuschrecken, vor den Folgen der Rechtsverdrehungen, die nur ein Mangel an Furcht vor dem ewigen Richter, unsagbares Unglück über ungezählte Familien, über unser Volk heraufbeschworen haben und geeignet sind durch das verlorne Vertrauen Throne zum Wanken zu bringen, wenn keine Aenderung eintritt.

Der Gewerbebetrieb der berüchtigsten Rechtswucherer ist der gewinnbringendste — ob ein solcher den lieben Gott ums tägliche Brot bittet? Gewiß nicht, lieber Leser. Das Monopol seines Berufs und seines Gewissens sichert ihm den doppelten bis fünfzigfachen Betrag des Gehalts eines preußischen Richters, dessen Beruf durch die bekannten Quertreibereien kein leichter ist und unter Umständen sogar, wenn er verlockenden Sirenenklängen folgt, gefährlich werden kann.

Gewiß aber hast Du, lieber Leser, schon von dem Notstande der Landwirtschaft, der Industrie, der Grundbesitzer, der Handwerker und Arbeiter oder gewisser Beamtenklassen gehört.

Ein Monopol, wie das der Rechtsanwälte, steht keinem dieser Stände zur Seite. Diesen, unsern besten Teil der Volksgenossen, hat, Gott sei Dank, die Gottesfurcht noch nicht verlassen, wie gewisse „höhere" Klassen — auch lehrt die Not beten. „Rufe mich an in der Not!" spricht der Herr — ein Gottesgebot, dem wir als gläubige Christen folgen sollen. „So will ich Dich erretten" ist Gottes Zusage, der wir vertrauen dürfen.

In diesem Gottvertrauen, in diesem Sinne naht sich der deutsche Landwirt dem Throne des Allerhöchsten mit seinem Gebet um Hilfe in der Not, um Schutz seiner Familie und seiner ihm liebgewordnen Scholle, die er nur ungern verlassen möchte — seiner Kinder Erbteil.

Ein Gebet für Weib und Kind, Heimat und Vaterland ist mithin nach der juristischen (verdrehbaren) Auffassung eines freisinnigen Abgeordneten ein Mittel, Sonder-Interessen zu verwirklichen und daraus den Vorwurf herzuleiten: Landwirte, so schlechte Christen wie ihr, sind wir Juristen doch nicht!

Wem fielen da nicht die Worte ein: Ziehe zuvor den Balken aus Deinem Auge, bevor Du den Splitter aus Deines Bruders Auge ziehst.

Den Landwirten und allen andern Ständen, die sich in Notlage befinden, diene zur Warnung:

Laßt Euch von Leuten mit derartig juristisch-fanatisch freisinnigen Anschauungen kein X für ein U machen und von Eurer Scholle in die sozialdemokratischen Städte treiben. Setzt in allen Lebenslagen den juristischen (verdrehbaren) die natürlichen Anschauungen des gesunden Menschenverstandes entgegen. Mit Recht kann Jeder Schutz seines Eigentums, seiner Person fordern. Niemand wird dann imstande sein, Euch zu unzufriednen Menschen zu machen, besonders, wenn Ihr die Worte Lenzmanns als Selbstgeständnis beherzigt:

„Wir Juristen sind schlechte Christen" und „Jedem das Seine", denn vom Freisinnigen zum Sozialdemokraten ist nur ein Schritt und sozialdemokratische Juristen sind die Führer der Feinde des Christentums, des Vaterlandes, der Monarchie.

Die Frage der Reichstags-Diäten

ist in letzter Zeit wieder vielfach in den Zeitungen besprochen worden. Da die Regierung, wie es scheint, großen Wert darauf legt, daß ihr Zolltarif-Entwurf noch im Laufe dieses Sommers in der Kommission durchberaten wird, so daß sich das Plenum in der Herbstsession damit beschäftigen kann, da aber andrerseits den Mitgliedern der Kommission nicht gut zugemutet werden darf, auch nach Vertagung des Reichstags noch einige weitere Monate in Berlin ihre Zeit und ihr Geld zuzusetzen, so soll angeblich dem Reichstage nach den Osterferien ein Notgesetz zugehn, wonach den Kommissions-Mitgliedern Tagegelder zu zahlen seien.

Wir hoffen, daß sich der Reichstag auf diese Halbheit nicht einläßt, denn dieselben Gründe, die für diese Maßregel sprechen, können sinngemäß auch für die Bewilligung von Tagegeldern für alle Abgeordneten angeführt werden.

Wie gedenkt die Regierung denn ein diätenloses Haus dauernd solange beschlußfähig zu erhalten, bis trotz der von der Linken angekündigten Obstruktion, der Gesetz-Entwurf zum Gesetz geworden ist?

In Nr. 690 unsers Blattes brachten wir vor einiger Zeit einen Vorschlag, wie die Tagegelder eingerichtet werden können, ohne daß Schwierigkeiten bezüglich Handhabung der Kontrolle u. dergl. erwachsen. — Man hat den von uns gewiesenen Weg in der Presse mehrfach als gangbar und praktisch anerkannt.

Heute bringen wir kurz einen anders gearteten Vorschlag, nämlich den, anknüpfend an das Beispiel andrer Staaten, eine Pauschalsumme zu zahlen. Als bescheidne Deutsche unterbieten wir dabei mit unsrer Forderung die geringste, den Abgeordneten in andern Ländern gezahlte Kosten-Entschädigung, und schlagen 3000 Mark vor, die in zwei Raten, die Hälfte bei Beginn der Session, die andre Hälfte bei Schluß derselben zu zahlen wären.

Geschäftsordnungsmäßig wäre dazu folgendes festzustellen: Höchstbetrag der Zeit, die der einzelne Abgeordnete ohne Abzug von der Entschädigungssumme während einer Session Urlaub verlangen darf. Vierzehn Tage dürften dafür angemessen sein und zwar wären die Entschuldigungen für einzelne Sitzungen als Urlaub anzurechnen.

Für jeden darüber hinaus gehenden Urlaubstag werden von der zweiten Rate 30 Mark, eventl. bis zur völligen Einbehaltung derselben abgezogen.

Die für eine solche Pauschal-Entschädigung jährlich auszuwerfende Summe würde 1 191 000 betragen und diese würde sich durch die Abzüge auf rund eine Million ermäßigen.

Wir versprechen uns von einer solchen Maßregel neben Herbeiführung der bekannten Wirkungen, die von Tagegelder erhofft werden, vor allen Dingen aber noch eine wesentliche Abkürzung der Sessionen. In drei bis vier Wintermonaten kann der Reichstag sein Pensum abgearbeitet haben und die Landtage der Einzelstaaten könnten danach ihre Sitzungszeiten einrichten. Um große Gesetz-Entwürfe ruhig vorberaten zu können, möge das Tagen einzelner Kommissionen ohne das Plenum grundsätzlich gestattet werden.

Sowohl die verbündeten Regierungen als die Abgeordneten, als auch vor allen Dingen das Deutsche Volk würden den durch eine solche Lösung der Diätenfrage geschaffnen Zustand sehr bald als eine wesentliche Verbesserung gegen die jetzige Lage der Dinge empfinden.

Die Wahrung der Interessen der deutschen Seeleute

läßt sich unser Abg. Raab, als Hamburger, besonders angelegen sein. So hat er auch noch kurz vor dem Eintritte der Osterferien in der dritten Etatsleinung eine Anfrage an die Staatsregierung gerichtet und eine befriedigende Auskunft erhalten. Wir lassen hier Anfrage und Antwort folgen:

M. H., zur Untersuchung der Seeunfälle besitzen wir ein Oberseeamt und 14 Seeämter in den verschiednen Küstenplätzen. Ein Teil der Entscheidungen dieser Seeämter wird nun seit einer Reihe von Jahren veröffentlicht; im ganzen sind bis heute 13 Bände erschienen. Nun enthalten aber, wie ich schon sagte, diese Veröffentlichungen nur einen Teil der ergehenden Urteile, und aus den herausgezogenen Fällen ist nicht im mindesten ein System zu erkennen, nach dem sie veröffentlicht werden. So hat denn eigentlich diese Veröffentlichung für uns nicht den mindesten Wert, weil man nicht feststellen kann, welche der verschiednen Fälle in dieser Veröffentlichung nicht zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden sind. Es ist dem Einzelnen vollständig unmöglich, die vielen Zeitungen aufmerksam zu verfolgen, in denen wohl diese Seeamtssprüche enthalten sind. Wir erfahren somit auch nichts Endgiltiges und Vollständiges über das Verschulden der Reedereien, auch der Kapitäne, an den Seeunfällen. Wir erhalten allenfalls in der Reichsstatistik ja Auskunft über die Art der Unglücksfälle, nicht aber über die eigentlichen Ursachen und über diejenigen Personen, die als Schuldige angesehen werden können.

Nun, m. H., glaube ich auch aus den Veröffentlichungen erkannt zu haben, daß diese, an sich betrachtet, immer spärlicher geworden sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der erste Band, der im Jahre 1878/79 erschien, enthielt noch 239 Urteile. Dieser Band erstreckt sich auf die Zeit von etwa 20 Monaten, so daß also doch für das Jahr etwa 144 Fälle mitgeteilt wurden. Der zuletzt erschienene 13. Band enthält nur 131 Entscheidungen; er erstreckt sich aber über 27 Monate, so daß wir also über diesen Zeitraum jährlich nur Auskunft über 58 Fälle durchschnittlich erhalten haben. Das ist eine sehr erhebliche Verringerung der Angaben, die früher doch wohl für notwendig gehalten worden sind. Ferner erscheinen diese Bekanntmachungen auch recht langsam. Das letzte Heft z. B. schließt ab mit einem Urteil, das am 15. Januar 1901 gesprochen worden ist. Alles, was nach diesem Zeitpunkt liegt, wissen wir aus dieser Veröffentlichung des Reichsamts des Innern noch nicht. Da gestatte ich mir, an die Vertreter des Reichsamts des Innern die Frage zu richten, zunächst, welche Ursachen dieser Einschränkung wohl zu Grunde liegen mögen. Ferner ist es für uns wichtig, auch aus sozialen Gründen, zu erfahren, nach welchem System die einzelnen Auszüge gemacht werden, welche Fälle wir erfahren, welche andern man uns mitzuteilen nicht beliebt. Daran möchte ich die Bitte knüpfen, uns doch möglichst alle Entscheidungen mitzuteilen. Wenn das in einer Drucksache nicht möglich sein sollte, so würde es ja

vielleicht auch für die Zwecke des Reichstags genügen, wenn wir eine Abschrift aller ergehenden Urteile erhielten, vielleicht auch nur des Tenors der Entscheidungen. Man würde ja dann den einzelnen Fällen weiter nachgehn können, die für uns ein Interesse haben. Ich würde sehr erfreut sein, wenn mir vom Reichsamt des Innern geantwortet werden könnte, daß nicht eine Einschränkung dieser Veröffentlichungen beabsichtigt sei, sondern, wie wir es auch in der Seemannskommission schon als Wunsch haben laut werden lassen, daß man sich bestrebt, uns möglichst viel von dem Material, wenn es irgend geht, sogar das ganze Material zu geben. Erst dann können wir klar sehen, was sich vor solchen Gerichten abspielt, vor denen die Unfälle unsrer Schiffe verhandelt werden.

Darauf antwortete der Kaiserliche Geheime Ober-Regierungsrat v. Jonquières: Der Grund, warum nicht sämtliche Entscheidungen des Oberseeamts und der Seeämter abgedruckt werden, liegt darin, daß die Zahl der seeamtlichen Sprüche zu groß sein würde, um das allgemeine Interesse so in Anspruch nehmen zu können, daß der gesamte Druck sich verlohnte. Es werden im Deutschen Reiche jährlich ungefähr 300 derartige Sprüche gefällt; davon gelangen ungefähr 50, rund der sechste Teil, zur Veröffentlichung. Die Auswahl der Sprüche, die zur Veröffentlichung gelangen, geschieht unter dem Gesichtspunkt, ob sie dauernd ein allgemeines Interesse haben oder nicht. Nicht jeder kleine Seeunfall kann das öffentliche Interesse so in Anspruch nehmen, daß er durch den Druck verewigt werden müßte, namentlich aus dem Grunde, weil der Druck geschieht im Wege des buchhändlerischen Vertriebes. Das Interesse an den Publikationen des Oberseeamts und der Seeämter ist leider ein derartig geringes, daß der Verleger nur mit Mühe und Not eine solche Anzahl von diesem Werke verkaufen kann, daß er auf die Herstellungskosten kommt. Jedenfalls liegt keine Tendenz in der Richtung vor, Sprüche einer bestimmten Kategorie von der Veröffentlichung auszuschließen. Auch hat die Regierung keine Veranlassung, aus gewissen Gründen eine Herabminderung der zu veröffentlichenden Sprüche zu wünschen. Wenn in der angegebnen Zeit die Zahl der Sprüche sich von 144 auf 131 in einem Bande verringert hat, so mag das darin liegen, daß in diesem Zeitraum weniger Unfälle vorgefallen sind, die ein weiteres öffentliches Interesse in Anspruch nehmen können. Naturgemäß muß auch, je länger die Einrichtung besteht, desto mehr ausgewählt werden, was neues und auch für die Oeffentlichkeit wertvolles bietet.

Ob es wirklich den Interessen des Reichstags entsprechen würde, in einer besondern Drucksache diese 300 Sprüche jährlich vorgelegt zu erhalten, das stelle ich dahin. Ich möchte die Frage eigentlich verneinen. Die Sprüche in der Sammlung der Entscheidungen aber gehn dem Reichstag regelmäßig zu, und allen denjenigen, die ein besonders weitergehendes Interesse an den Verhandlungen nehmen, stehn die regelmäßigen Veröffentlichungen in der Presse zur Verfügung. Ich glaube, grade die hamburgische Presse bringt nach der Richtung hin so viel, daß mehr als das, was dort wiedergegeben wird, kaum verlangt werden kann. Wenn darüber geklagt wird, daß diese Sprüche nicht ausreichen, um eine genügende Statistik und einen genügenden Ueberblick über die Ursachen der Unfälle zu geben, so kann ich mitteilen, daß neuerdings die technische Kommission für Seeschiffahrt mit der Frage beschäftigt worden ist, ob und inwieweit durch Aenderung der Vorschriften über die Reichsstatistik diesen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Ich hoffe, daß das Ergebnis dieser Verhandlungen dazu beitragen wird, die Wünsche des Herrn Abgeordneten Raab, die ihn vielleicht besonders zu dieser Anfrage veranlaßt haben, zu befriedigen.

Die Getreidezölle und die Kriminalität.

In voriger Nummer hatten wir aus den neuesten Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts den zahlenmäßigen Nachweis geführt, daß die Behauptung der Gegner der Agrarzölle, eine Erhöhung der Getreidezölle habe immer eine Zunahme der Kriminalität zur Folge, nicht berechtigt ist.

Die „Korrespondenz des Handelsvertragsvereins“ will diese Beweisführung nicht gelten lassen, weil wir die gesamte Kriminalität des Deutschen Reiches mit den Getreidepreisen verglichen hätten. Das sei nicht zulässig, denn, so behauptet sie, ein kausaler Zusammenhang zwischen Roggenpreisen und der Kriminalität könne allein für die Eigentumsvergehen und insbesondre für die Zahl der Diebstähle bestehn.

Schon diese Behauptung ist irrig. Sofern überhaupt ein Parallelismus zwischen der Kriminalitäts- und der Getreidepreisbewegung sich mit Sicherheit feststellen läßt — und wir behaupten, daß das überhaupt nicht möglich, weil, wie Dr. Georg von Mayr zutreffend bemerkt, dieses früher vielfach anerkannte „relative“ Gesetz in der neuern Zeit mit ihren mannigfaltigen wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen eigner Art in der Hauptsache von andern sozialen Evolutionen überdeckt ist —, beschränkt er sich keineswegs auf die Eigentumsvergehen; niedrige Getreidepreise üben vielmehr auf die Zunahme der Angriffe auf die Person einen nicht weniger erkennbaren Einfluß aus, wie hohe Getreidepreise auf die Steigerung der Verurteilung wegen Diebstahls.

Die Handelsvertrags-Korrespondenz beruft sich für ihre gegenteilige Behauptung auf einen Artikel von Dr. H. Müller aus dem Jahre 1899, aus dem sie in der bei ihr üblichen Manier einen einzelnen Satz herausnimmt. Und um diesen ihren Gewährsmann auch in den Augen der Agrarier völlig einwandsfrei zu machen, hebt sie noch besonders hervor, daß selbst Prof. G. von Mayr in seiner letzten „hochagrarischen Schrift“ sich auf ihn berufen habe. Gewiß, das hat Dr. von Mayr gethan. Aber in welchem Sinne, das mag die wörtliche Wiedergabe des betr. Satzes aus seiner in Rede stehenden Schrift deutlich machen. Es heißt da unter Hinweis auf die erwähnte Arbeit des Dr. H. Müller: „Auch von andrer Seite ist übereinstimmend mit dem Ergebnis meiner Untersuchungen speziell für Preußen die Thatsache erwiesen, daß von den 60er Jahren an die Getreidepreise für den Gang des Verbrechertums eine äußerst wichtige Rolle gespielt haben, daß aber nach 1870 ein bemerkenswerter Einfluß der Getreidepreise auf die kriminelle Bethätigung des preußischen Volkes gänzlich in Abrede zu stellen ist.“

Mit ihrer Berufung auf Dr. H. Müller als Gewährsmann für ihre Ansicht ist also die „Korr. d. H.“ bös hereingefallen. Sehen wir nun einmal zu, wie es mit dem Wert ihres eignen Beweismaterials bestellt ist. Sie bringt als solches folgende Zahlen aus der Reichsstatistik bei:

	Roggenpreis für 100 Kg.:	Wegen Diebstahls in Berlin Verurteilte
1882	152,3 Mark	103 050
1883	144,7 „	99 633
1884	143,3 „	96 720
1885	140,6 „	90 398
1886	130,6 „	88 816
1887	120,9 „	85 407
1888	134,5 „	84 377
1889	155,5 „	93 356
1890	170,0 „	92 725
1891	211,2 „	97 933
1892	176,3 „	109 195
1893	133,7 „	95 755
1894	117,8 „	95 459
1895	119,8 „	93 044
1896	118,8 „	91 147
1897	130,1 „	93 429
1898	146,3 „	97 201

Aus diesen Zahlen folgert nun die „Korrespondenz des Handelsvertragsvereins": „Die Handelsverträge und die mäßigen Getreidepreise haben den Diebstahl aus Not in herzerfreuender Weise verringert." Der Verfasser ihres Artikels muß in der That eine sonderbar gefärbte Brille benutzen, wenn ihm jene Ziffern ein für seine Anschauungen so überraschend günstiges Bild liefern. Uns, die wir ohne gefärbte Gläser und vorgefaßte Meinung dieselben Ziffern unbefangen prüfen, beweisen sie genau das Gegenteil.

Vergleichen wir zunächst die sieben Handelsvertragsjahre von 1892 bis 1898 mit den vorhergehenden sieben Jahren von 1884 bis 1891, so finden wir, daß die erstere Periode eine Gesamtsumme von 675230 oder durchschnittlich jährlich 96461 Diebstahlsverurteilungen, die letztere dagegen im ganzen nur 633012 oder durchschnittlich jährlich nur 90430 aufweist. Unter der Herrschaft der Handelsverträge war also die Kriminalität, auch wenn allein die Diebstahlvergehen in Betracht gezogen werden, erheblich höher, als in dem vorhergehenden gleich langen Zeitraum, trotzdem dieser die Jahre der höchsten Getreidezölle umfaßt.

Somit ist es zunächst erwiesen, daß ein Parallelismus zwischen der Höhe der Getreidezölle und der Bewegung der Diebstahlsverbrechen in keiner Weise besteht. Ebensowenig aber ist das der Fall zwischen der Getreidepreisbewegung und dem Gang jenes Verbrechertums.

Die eignen Zahlen der „Korr. d. H." lassen darüber keinen Zweifel. Man braucht nur das Jahr 1886 mit dem Jahre 1897, und das Jahr 1887 mit dem Jahre 1895 zu vergleichen, um das sofort zu erkennen. In beiden Fällen zeigen sich bei fast gleich hohen Roggenpreisen dennoch erhebliche Verschiedenheiten in Bezug auf die Zahl der wegen Diebstahls Verurteilten, obgleich für diese Abweichungen von der angeblichen Regel nirgends ein besondrer Grund auffindbar ist.

Und wie wäre es auch anders möglich. Hat doch die Not, aus der die Diebstähle zumeist hervorgehn mögen, sehr verschiedne Ursachen. Um diese zu erkennen, genügt es nicht, den Preis des Getreides in Betracht zu ziehn; die Kartoffelpreise einerseits und die Kohlen- und Mietspreise andrerseits sind vielmehr für die wirtschaftliche Lage der ärmern Klasse sicher von nicht geringerer Bedeutung.

Und in noch viel höherm Grade üben, wie schon gesagt, besondre wirtschaftliche und soziale Erscheinungen, wie sie die heutige Produktionsweise mit sich bringt, dabei einen entscheidenden Einfluß aus. So ist hundert gegen eins zu wetten, daß die Jahre 1901 und 1902 eine nicht unerhebliche Zunahme der Verurteilungen wegen Diebstahls aufweisen werden. Daran kann aber sicher nicht den sehr mäßigen Getreidepreisen die Schuld beigemessen werden, vielmehr wird die durch Ueberspekulation herbeigeführte industrielle Krisis dafür allein verantwortlich gemacht werden müssen. Wenn die Industrie ihre Arbeiter zu Tausenden brotlos auf die Straße wirft, dann kann ihnen auch der niedrigste Preisstand des Getreides der Not nicht wehren.

Ein Rabbiner als gewerbsmäßiger Heiratsvermittler. Die Wiener „Arbeiterzeitung" druckt folgendes Rundschreiben ab: „Ew. Wohlgeboren! Gestatten Sie, daß ich mir erlaube, Ihnen in delikater Angelegenheit meine Dienste höflichst anzubieten. Ich bin Rabbiner in Humpoletz, durch eingehende, vorzügliche Verbindungen vermittle ich seit Jahren im Interesse der Hinterbliebnen nach meinem verstorbnen Schwiegervater, dem gewesenen Oberlehrer A. Dresdener, in vornehmen und reichen israelitischen Familien in Prag, Böhmen und Mähren die nobelsten Partien in feinster und diskretester Weise rasch und reell und bin daher in der Lage, auch Ihnen sofort hochfeine und konvenable Anträge in Vorschlag zu bringen, die in jeder Hinsicht entsprechen werden. Sollten Sie mir daher in dieser Angelegenheit Ihr schätzbares Vertrauen schenken, bitte ich um gefällige Bekanntgabe Ihrer Ansprüche sowie um gefällige Angaben zu meiner Danachhaltung und bin ich in der Lage, bezüglich meiner Vertrauenswürdigkeit Primareferenzen anzuführen. Strengste Diskretion verbürgt. Ihrer geschätzten Antwort entgegensehend, zeichne hochachtungsvoll M. Jedlinsky, Rabbiner." — Da fast alle jüdischen Ehen durch Vermittlung von „Schadchen" oder Zeitungs-Anzeigen zustande kommen, befremdet es uns nicht weiter, daß auch ein Rabbiner nebenbei in Heiratsvermittlung macht. Herr M. Jedlinsky ist sicher auch nicht der einzige Rabbiner, der sich mit diesem für nichtjüdische Begriffe etwas anrüchigen Geschäfte befaßt.

Brotwucher. Nach einem Berichte der Clearing House zu Milwaukee betrugen, wie der „Getreidemarkt" mitteilt, im Monate Januar die Umsätze im Terminmarkt 236 Millionen Bushels Getreide, während der Umsatz an wirklicher Ware am gleichen Platz in derselben Zeit nur 305000 Bushels, also knapp den dritten Teil einer Million betrug. Auf je einen Zentner wirklicher Ware baute sich also ein Spielgeschäft von 773 Zentner Papiergetreide auf. Wir fragen: welchen berechtigten volkswirtschaftlichen Zweck und Nutzen hat ein so unsinniges händlerisches Gebahren? Und wie sehr muß die Preisbildung dieses einen Zentners wirklichen Getreides dadurch beeinflußt und hin und her geschoben werden, wenn eine siebenhundertfache Menge von Schein- und Spielgeschäften darauf einwirkt?

Sollten solche Börsengeschäfte nicht eher unter den Begriff „Brotwucher" fallen als das Bestreben der deutschen Landwirte, ihre Erzeugnisse vor dem unlautern Wettbewerb dieser jüdischen Spielratten und ihrer Helfershelfer durch entsprechende Zollsätze zu schützen?

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Es ist erstaunlich, mit welcher Fixigkeit der staatliche Verwaltungsapparat arbeitet, wenn es die Interessen der lieben Juden zu fördern gilt. Wie man dem Rechenschaftsberichte der „Israelitischen Union" zu Wien, einer Filiale der Alliance israelite, entnehmen kann, bedurfte es nur einer einfachen Vorstellung dieses Vereins, um die Beschlagnahme antisemitischer Blätter, die sofortige Einstellung des Strafverfahrens gegen in Untersuchung befindliche Juden, oder andrerseits die Verfolgung von Nichtjuden, auch geistlicher Personen, die gegen die Branntweinpest und den Dorfwucher gesprochen hatten, zu erzielen. Dieses Entgegenkommen der Behörden gegenüber der „Israelitischen Union", die auch dem zum Tode verurteilten Mörder Hilsner die Verteidiger gestellt hatte, ist angesichts der entgegengesetzten Erfahrungen, die die Nichtjuden mit den staatlichen Behörden zu machen pflegen, geeignet, sehr viel böses Blut zu machen.

Mosaik.

Massentaufen von Juden sollen kürzlich in Breslau vorgekommen sein. In einer öffentlichen Versammlung der Breslauer zionistischen Vereinigung teilte der Vorsitzende, Zahnarzt Schachtel, mit: Im Dezember seien ungefähr dreißig Juden zum Christentum übergetreten; 24 seien evangelisch geworden, die Zahl der Katholiken sei nicht ganz genau bekannt. Das „Jüdische Volksblatt" habe die Namen der Getauften veröffentlicht, man habe sich unter den Juden über die Sache aufgeregt, auch im Gottesdienste sei darüber gesprochen worden — aber dann habe man sich wieder beruhigt, und Redner glaubt nicht, daß auch nur ein Schritt geschehen sei, um für die Zukunft derartigen Dingen vorzubeugen. Und dabei lasse sich doch ziemlich leicht erkennen, weshalb wohl die meisten zur Taufe geschritten seien. Aber man werde sich hier über die ganze Sache hinwegsetzen, obwohl man sich erzähle, daß damit noch lange nicht die Liste derer abgeschlossen sei, die dem Judentum den Rücken wenden wollten.

Die Gewinne großgewerblicher Unternehmungen. Aus dem soeben erschienenen 2. Jahrgang von Calwers „Handel und Wandel" bringt die großkapitalistische „Nationalzeitung" Auszüge, die schlagend beweisen, wie sehr die Gewinne der großgewerblichen und kapitalistischen Unternehmungen trotz der rückgängigen Bewegung im verflossenen Jahre noch immer den Erträgnissen des landwirtschaftlichen

Gewerbes überlegen geblieben ist. Nach jenen sicher nicht übertriebnen Angaben erzielten z. B. die Bergwerks- und Hüttengesellschaften einen Reinertrag von 9,38 v. H., die chemische Industrie einen solchen von 10,41 v. H. Die Porzellan-, Glas- und Steingutfabriken können sogar durchschnittlich noch 12,41 v. H., die Papier- und Gummifabriken 8,13 v. H., die Brauereien, gewerbliche Brennereien, Mälzereien 9,39 v. H. Gewinn verteilen.

Wir begnügen uns mit der Wiedergabe dieser wenigen Ziffern, können aber auf Grund dieser dadurch angedeuteten Geschäftslage im Großgewerbe den mit Abmessung des künftigen Zolltarifs beschäftigten Faktoren nur eingehendes Studium dieser Gewinnberechnungen empfehlen. Sie werden dann sicher zu der Ueberzeugung kommen, daß das in letzter Zeit angeblich auch bereits notleidend gewordne industrielle Großgewerbe in seinen meisten Zweigen eines vermehrten Zollschutzes garnicht, oder doch viel weniger bedarf als die mit einem Gewinn von weniger als 1 v. H. durchschnittlich arbeitende Landwirtschaft, daß also die industriellen Zollwünsche von Gewinn-Interesse, die der Landwirtschaft von der Sorge um die Existenz veranlaßt sind.

Blutiger Hohn. In den liberalen „Münchner Neuesten Nachr." findet sich in einem Bericht über die zu Ehren des Prinzen Heinrich veranstaltete Festvorstellung im Irving Place-Theater zu New-York folgende Stelle: „Unten im Parkett wimmelt es von Vertretern der New-Yorker deutschen Aristokratie. Da sitzen die Dreyfus und die Fleischmanns und die Frankenthals und Guggenheimers und Ickelheimers und Josephthals und Lichtensteins und Limburgers und Lilienthals und Morgensterns und Morgenthaus und Rosenbaums und Rosenthals und Rosenfels und Rosenscheins und Wormsers."

Und dazu war als Vertreter der deutschen Aristokratie im alten Vaterlande noch herübergekommen der großmächtige Generaldirektor, der Mann am unrechten Platze, der Herr Ballin aus Hamburg, so da jetzt hat bekommen zu dem Kronen-Orden zweiter Klasse noch den Roten Adler-Orden zweiter Klasse. — Wie merkwürdig sich doch die „deutsche Aristokratie" diesseits und jenseits des Meeres in Wuchs, Haar und Augenfarbe, Sitten und Gebräuchen von der Masse des Deutschen Volkes unterscheidet. Ja, es ist ein Rasse von Eroberern, diese naidaitische Aristokratie.

Der nationale Reichswahlverband, ersonnen und ins Leben gerufen von Herrn Dr. Friedrich Lange, hat am 19. März 1902 seine erste öffentliche Kundgebung an das Deutsche Volk erlassen. —

Der Nr. 66 der „Deutschen Zeitung" liegt ein Aufruf bei, der von 131 Vertrauensmänner unterzeichnet ist. Viertausend Vertrauensmänner sollen aber im ganzen schon im Reiche vorhanden sein.

Sein Zweck ist, „für den Zusammenschluß der nationalen Partei eine haltbare Grundlage zu finden". Wir werden uns noch eingehender mit der neuen Vereinsgründung hier beschäftigen, der wir keineswegs feindlich, wohl aber einigermaßen skeptisch gegenüberstehn. —

Unter den 131 Unterzeichneten haben wir außer dem Namen des Herrn Dr. Lange nur drei Namen gefunden, die im politischen Leben schon öfter einmal genannt sind. Diese drei sind Antisemiten und zwar gehört der eine der Reformpartei, die beiden andern dem Vorstande der Deutschsozialen Partei an.

Ob ein so zusammengesetzter Ausschuß das erforderliche Maß von politischer Arbeitskraft besitzen wird, um bei den nahe bevorstehenden Wahlen Einfluß auf die Entschließungen der alten politischen Parteien zu gewinnen, scheint uns nicht von vornherein festzustehn.

Der verhauene Katzenstein. „Genosse" Katzenstein, der sich früher einmal rühmte, den weiland „Genossen" Schönlank verhauen zu haben, hat sich jetzt selbst verhauen. Er giebt in der sozialdemokratischen Presse folgende Erklärung ab:

„Um Mißdeutungen zu vermeiden und den Schein einer unzulässigen Beeinflussung der Landtagsfraktion nicht aufkommen zu lassen, gebe ich zu, daß ich mich mit meiner Drohung auf dem Parteitag — daß, wenn die Fraktion das Budget bewilligt, es in Mannheim einen Krach gebe — ‚verhauen' habe, und nehme dieselbe deshalb zurück."

Daß Herr Katzenstein überhaupt eine recht verhauene Schna . . . bulier-Oeffnung hat, haben wir in einer Mannheimer Versammlung einmal selbst beobachten können.

Wie Juden ihre Namen willkürlich ändern, ersieht man aus einer Bekanntmachung des Kaiserlichen Patentamts im „Reichsanzeiger" vom 25. Februar 1902. Der Name des Inhabers des Warenzeichens 51996, Jacques, Jakob E. Schwarzschild in Frankfurt (Main) wird berichtigt in Jakob Emanuel Schwarzschild. Der Jude hat sich zweifellos eine Zeit lang in Frankreich aufgehalten, seinen Namen Jakob Schwarzschild in „Jacques" umgeändert und nach erfolgter Rückkehr nach Deutschland „vergessen", den ganz willkürlich angenommnen Vornamen wieder abzulegen. Hoffentlich ist die Berichtigung nicht auf Staatskosten erfolgt.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September 1900 — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts" sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts"

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unserer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts" beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.	Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R.	Friedrich Raab, M. d. R.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 20. März 1902. Nr. 709.

Eine Preiserhöhung

von 50 Pf. für den vierteljährlichen Bezug unsrer Wochenschrift müssen wir vom 1. April d. J. ab eintreten lassen.

Wir folgen darin nach langem Zögern dem Beispiel vieler Zeitungen, die schon vor Jahr und Tag aus Anlaß der hohen Papierpreise und der erhöhten Herstellungskosten diesen Schritt thaten.

Wir hoffen, unsre Freunde und Leser werden uns deshalb nicht untreu werden, sondern uns gern helfen, in dem schweren Kampf auszuharren, den wir nach verschiedenen Seiten führen müssen.

Die Bezugspreise stellen sich nunmehr bei allen Postanstalten, Buchhandlungen usw. wie folgt:

Vierteljährlich: 2 Mark, zweimonatlich: 1,34 Mark, einmonatlich: 67 Pf.

Mit deutschem Gruß!

Der Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Staatssekretär von Richthofen und der Burenkrieg.

Der Rittergutsbesitzer H. Banks zu Buchengrund (Schlesien), der im ersten Jahre des südafrikanischen Krieges in den Kriegsberichten oft genannt wurde und der jener Burenkommandant ist, von dem Abg. v. Liebermann im Reichstage kürzlich erzählte, daß er selbst nach der Amputation beim Erwachen aus der Narkose gehört habe, wie der englische Arzt sagte: „Wir haben dem Kommandanten das Bein dicht am Knie abgenommen, damit er nicht mehr gegen uns reiten kann," sendet uns folgenden „Offnen Brief" an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherrn v. Richthofen:

Herr Staatssekretär!

Die Ausführungen, mit denen Sie die englische Antwort in der Angelegenheit des Burenhilfsbundes begleiten, haben noch keineswegs die Erwiderung gefunden, die ihnen gebührt. Weder im Preußischen Landtag noch in der Presse hat man mit genügender Schärfe darauf hingewiesen, daß das Entgegenkommen der Engländer, das Sie mit so heftigen Dankesgefühlen erfüllt, in Wahrheit nichts andres bildet, als die endliche Erfüllung der dürftigsten Pflichten, die das Völkerrecht einer kriegsführenden Nation vorschreibt.

Es ist schlimm genug und gradezu empörend, daß ganz Europa all den schweren Verletzungen des internationalen Rechts, wie sie von England in diesem traurigen Kriege begangen wurden und wie ich sie als ehemaliger Führer eines Burenkommandos, gleich so vielen andern, mit eigner Kenntnis bezeugen kann, nur mit dem Achselzucken der jämmerlichsten Hilflosigkeit zusieht. Aber noch schlimmer ist es, wenn Sie jetzt, wo die Worte, die Ihr Vorgesetzter, der Reichskanzler, gegen Chamberlain richtete, doch wenigstens den Schimmer einer Hoffnung auf ein bessers Verständnis der leitenden Kreise erstehn ließ, dem Deutschen Volke, das mit allen seinen Empfindungen auf Seiten der Buren steht, die breite Bettelsuppe der Sentimentalität vorsetzen.

Sie haben in Ihrer Rede die Wendung gebraucht, daß Sie glauben, die Gefühle des Deutschen Volkes richtig zu verstehn, wenn Sie annehmen, daß ihm vor allem daran gelegen sei, den Notleidenden in Südafrika nach Kräften zu Hilfe zu kommen, nicht nur den Frauen, Kindern und Greisen, sondern auch den Verwundeten und Kranken.

Jawohl, aber das Empfinden des Deutschen Volkes, Herr Staatssekretär, ist noch ein andres: Sie scheinen nicht zu verstehn, daß die von Ihnen so oft und pathetisch gepriesene Ehre und Würde der deutschen Nation es in allererster Linie fordern, daß die von uns feierlich mit unsrer Unterschrift versehenen Haager Konferenzbeschlüsse voll und ganz befolgt werden, und Sie verstehn es auch nicht, daß die Achtung der Völker vor den Handlungen ihrer Regierungen in jeder Weise herabgemindert wird, wenn man wiederum mit dem Achselzucken der Hilfslosigkeit der vollen Mißachtung dieser Beschlüsse zusieht. Dankbar zu sein, nur weil England nach langen Jahren wenigstens einem geringfügigen Teil seinen Verpflichtungen nachkommt, das, Herr Staatssekretär, ist nicht deutsche Art.

Sie meinen allerdings, wir sollten in unsern Urteilen und Aeußerungen über den Krieg darauf Rücksicht nehmen, daß man sich nicht selbst durch die Reizung der englischen Empfindlichkeit Steine in den Weg wirft für die Sicherung der Unterstützung und Hilfe. Nun, es ist weit gekommen, wenn wir das uns aus sittlichen und politischen Gründen verkürzte Recht der Unterstützung und Nächstenliebe durch zaghaftes Verleugnen unsrer wahren Ansicht erschleichen sollten. Nein, ein andrer und größerer als Sie hat von dort aus, wo Sie standen, dem Deutschen Volke zugerufen, daß ein Appell an die Furcht keinen Raum hat in deutschen Herzen, und wir weigern uns, unser gutes deutsches Wort feige zu verschlucken, um nur ein Recht, das wir fordern können, zu verlangen.

Sie führen den Bericht eines preußischen Generals an, um die, wie Sie behaupten, übertriebnen Auslassungen der Presse über die Gefangennahme zu entkräften. Gestatten Sie mir, hieran zu bemerken, daß das gesamte Deutsche Volk, vielleicht mit Ausnahme Ihrer Kreise, sich nicht über die Gefangnenlager, sondern über die jedem Völkerrecht ins Antlitz schlagenden Konzentrationslager und ihren Folgen im Oranje-Freistaat und Transvaal ausgesprochen hat und sich in dieser Entrüstung, in dieser Empörung einig fühlt mit der ganzen gesitteten Welt, England und Ihre Kreise vielleicht wiederum ausgenommen.

Sie muten uns zu, Herr Staatssekretär, Teilnahme für einen verwundeten englischen General äußern zu sollen unter dem Hinweis, daß dieser Mann als Attachee einst in den ersten Berliner Kreisen verkehrt hat. Na, für einen englischen General, der sich während des ganzen Feldzugs, vom rein militärischen

Standpunkte aus betrachtet, als völlig unfähig erwiesen hat, der in bekannter Humanität zur Säuberung des Landes von Frauen und Kindern beigetragen hat, der selbst gefangne Buren, die keine andre Schuld trugen, als daß sie für ihr Recht, ihr Vaterland kämpften, zum Tode verurteilt und dem schmachvollen Tode durch Henkers Hand überantwortet hat, können wir eine größere Teilnahme nicht heucheln. Nein, Herr Staatssekretär, so weit ist das Deutsche Volk nach Bismarcks Tode noch nicht gesunken, um solche Empfindungen zu teilen und schwachherzig den Mahnungen einer Regierung zu folgen, die alles in der Welt zu fürchten scheint.

Wenn Sie schon glauben, in persönlichen Bemerkungen öffentlich ein Urteil über den Krieg fällen zu sollen, dann hätten Sie es nicht unterlassen dürfen, auch die tiefen Sympathien des Volkes für Delarey, Dewet und Botha zum Ausdruck zu bringen und denen, die heute noch auf Kommando sind und unter furchtbaren, unerhörten Schwierigkeiten den Kampf für ihre Heimat, ihre Unabhängigkeit gegen einen hundertfach überlegnen Feind kämpfen, Teilnahme, Bewundrung auszusprechen.

Wenn Sie wissen wollen, woher es kommt, daß unser ganzes Deutsches Volk — arm und reich, hoch und niedrig sich im Gegensatz fühlt zu Ihnen und Ihren Kreisen; wenn Sie auch jetzt wieder auf eisiges Schweigen und kaum im Lager der Byzantiner auf lauen Beifall stoßen, so will ich, ein Sohn deutscher Erde, der für das Burenvolk geblutet hat, der im Auslande wie daheim aufmerksam der Stimme der Völker lauschte, es Ihnen sagen:

Wir vermissen die Stetigkeit, die Gradheit, die Zielsicherheit der Regierung in der innern, wie vor allem in der äußern Politik.

Ist auch Bismarck tot, so sollten doch die Männer der gradsinnigen Thatkraft, der klugen Erwägung und dabei doch tapfern Mutes jedermann gegenüber nicht ausgestorben sein; es fehlt uns das Rückgrat, das sich nicht beugt unter jedem Luftzuge von den Höfen her; es fehlt uns jenes Selbstbewußtsein, das allein eine Nation zur Größe führt. Ich will Ihnen Herr Staatssekretär nur ein paar Dinge ins Gedächtnis rufen, die Ihnen sicherlich nicht entgangen sind. Oder sollte es Ihnen nicht bekannt sein, daß der deutsche Konsul in Bloemfontein Dr. Stollreither, einer der besten unsrer deutschen Beamten im Auslande, als Vertreter Sr. Majestät des Deutschen Kaisers — dieser Titel wird Ihnen imponieren — von der englischen Regierung und ihren militärischen Behörden in Südafrika ganz schmählich behandelt worden ist. Wissen Sie nicht, daß ihm, als er insultiert worden und sich in voller Dienstuniform zum Guvernör von Bloemfontein General Prettyman begab, die Antwort zu teil wurde: „Ich erkenne überhaupt keinen kaiserlich deutschen Konsul an und habe nichts mit Ihnen zu schaffen!" Muß ich Ihnen, Herr Staatssekretär, ein Bild all der Demütigungen zeichnen, mit denen die englischen Behörden die Deutschen und unsre Vertreter bedacht haben?

Wie steht es mit der Genugthuung hierfür? Sie werden die Antwort schuldig bleiben, weil Englands Empfindlichkeit berührt werden könnte und weil Lord Methuen sein Bein gebrochen hat. Wie steht es mit der Antwort auf die Frage eines Reichstagsabgeordneten über den Neutralitätsbruch, den wir in diesem Kriege noch jetzt begehn, indem wir der Ausfuhr von Kriegsmaterial aller Art von Deutschland nach Südafrika ruhig zusehn? Ich erinnere Sie an den Entrüstungssturm, der 1870/71 durch deutsche Gauen ging, als England um schnöden Gewinnes willen in krämerhafter Weise während des Krieges den Feind unterstützte, und heute müssen wir beschämend gestehn, daß Deutschland auf dasselbe Nivo gesunken ist! Ist Ihnen nicht bekannt, daß wir deutsche Pferde, diese wichtigste Kontrebande in diesem Kriege an England verkaufen? Nun, Herr Staatssekretär, das gesamte Deutsche Volk steht, Gott sei Dank, auf einem andern Standpunkt als Sie! Es trauert und wehklagt nicht mit Ihnen um Lord Methuen, den Liebling Londoner und Berliner Gesellschaft, sondern es trauert und leidet, es triumphiert und jubelt mit Delarey, Dewet und Botha.

Ich versage es mir, Ihnen aus dem reichen Schatze meiner persönlichen Erfahrungen in diesem Kriege in englischen Lazaretten, aus denen ich, als zum Krüppel amputierter Kämpfer, zurückgekehrt bin, aus denen ich aber ein deutsches Herz und deutsches Ehrgefühl zurückgebracht habe, eine Auswahl zu geben. Ich füge nur noch eins hinzu: „Ich will mit meinen Worten nicht das englische Volk treffen, nicht den tapfern Soldaten und Offizieren zu nahe treten — vor ihnen hatte ich die Hochachtung des ehrlichen Feindes —, ich will aber warnen vor jeder Gemeinschaft und selbst vor dem Mitgefühl mit einer rein kapitalistischen, von den dürftigsten Geldinteressen beherrschten Regierung.

Mit der englischen Freundschaft, Herr Staatssekretär, bleiben Sie uns trotz aller Geheimverträge, trotz aller Interessengemeinschaft und Vetternschaft vom Leibe.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado"; Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Braunschweig. Der Deutschsoziale Verein arbeitet in seinem Gebiete rührig. Der neue Parteisekretär Kemper ist unermüdlich. In den letzten Tagen hielt Abg. v. Liebermann in jenem Gebiete Versammlungen ab, und zwar am 16. mittags in Jerxheim, abends im Flecken Hessen und am 17. in Lutter am Bahrenberge. Alle drei Versammlungen waren gut besucht und verliefen sehr erfreulich.

Aus Hessen. Die hessische Kammer beschäftigte sich kürzlich infolge der von uns mitgeteilten Anfrage der Abg. Köhler und Genossen mit dem famosen Erkenntnis des Amtsrichters Gerlach (vergl. die in heutiger Nummer abgedruckte Reichstagsrede des Abg. v. Liebermann). Der Justizminister Dr. Dittmar erklärte, der betreffende Richter habe versichert, er habe die Behauptung, daß ganz im allgemeinen die eidliche Aussage eines Juden zuverlässiger sei als die eines Angehörigen einer andern Religion, weder aufstellen wollen noch seiner Ansicht nach thatsächlich aufgestellt. Abg. Köhler war mit der Antwort im allgemeinen befriedigt, da die Regierung anscheinend mißbillige, daß sich der betreffende Richter in einer so mißverständlichen Form geäußert habe.

Wir möchten indes dem großherzoglich-hessischen Justizministerium noch raten, daß es dem Amtsrichter Gerlach Nachhilfestunden im deutschen Aufsatz erteilen läßt. — Thatsächlich hat der Rabbiner Münz in Gleiwitz den Beweis geliefert, wie man Herrn Gerlachs Auslassung verstehen mußte.

Verband Westmark. Abg. Liebermann von Sonnenberg spricht am 20. in Essen (Ruhr), am 21. in Bochum, am 22. in Gelsenkirchen, am 23. in Remscheid, am 24. in Düsseldorf, am 25. in Köln (Rhein) und am 26. in Elberfeld.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokal „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller";
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8 1/2 Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am 21. bei Petri;
am Donnerstag, den 27. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Die Post betrügen wollte der Kaufmann R. Sobel, der Berlin mit galizischen Eiern versorgt. Er lieferte im Januar 1899 beim Postamt Berlin N 37 einen Brief nach Wien auf mit einer Wertangabe von 1900 Mark, der thatsächlich nur Ausschnitte von österreichischen Kurszetteln enthielt. Die Siegel waren hübsch mit zweifarbigem Lack behandelt, um eine Beraubung wahrscheinlich zu machen. Da indes das am Aufgabeorte ermittelte Gewicht am Bestimmungsorte genau stimmte, ein mit einer derartigen Menge Papiergeld versehener Brief aber zwei Gramm mehr wiegen mußte und es zweifellos festgestellt war, daß die Papiereinlagen schon vor der postalischen Abstempelung in Berlin dem Briefe einverleibt sein mußten, hegten weder Staatsanwaltschaft noch Gericht irgendwelche Zweifel an der Schuld des Angeklagten. Da das Gericht seine Handlungsweise für gemeingefährlich hielt, ging es über den Antrag des Staatsanwalts, der auf sechs Monate Gefängnis lautete, hinaus und erkannte auf eine Freiheitsstrafe von einem Jahr.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht Raphael Finkenstein, unbekannten Standes, zuletzt in Breslau, geb. den 14. Mai 1878 zu Breslau, Barbier Pinkus Jungold, zuletzt in Breslau, geb. den 12. Juni 1878 zu Breslau, Elias Hirsch, unbekannten Standes, zuletzt in Breslau, geb. den 9. November 1878 zu Breslau und Wilhelm Hirschfeld, unbekannten Standes, zuletzt in Breslau, geb. den 11 Dezember 1878 zu Waldenburg.

Wechselreiterei in großem Umfange betrieb die Firma Bernstein und Landau zu Wien, deren Inhaber die „Kaufleute" Samuel Bernstein und Osias Landau waren. Ersterer hatte in Tarnow (Galizien) bereits mit 40 000 Kronen Schulden Bankrott gemacht, was ihn aber nicht abhielt in Wien wieder einen Holzhandel anzufangen. Er fälschte mit seinem Teilhaber Landau eine ganze Anzahl Wechsel auf den Namen eines Sägewerk-Besitzer im Gesamtbetrage von 12369.50 Kronen und machte davon auch 8000 Kronen zu Gelde. Als endlich Anzeige erstattet wurde, ließ man Bernstein „gegen Gelöbnis" auf freiem Fuß — natürlich erschien er nicht bei der Hauptverhandlung. Osias Landau hatte selbstverständlich keinerlei Schuld an den Strafthaten des verschwundnen Bernstein, trotzdem soll er zwei Jahre im Zuchthause sitzen, während Bernstein steckbrieflich gesucht werden wird.

Steckbrief. Der hinter dem Militärpflichtigen Isidor Volkmer aus Glatz unterm 18. Januar 1886 vom Ersten Staatsanwalt zu Glatz erlassene Steckbrief wurde am 27. v. M. erneuert.

Ausgewiesen aus dem Gebiet des Deutschen Reiches wurden vom Regierungs-Präsidenten zu Münster (Westfalen) der Händler Michael (Mechel) Regenstreif, geboren am 22. Oktober 1867 zu Delatyn (Galizien), der wegen schweren Diebstahls in wiederholtem Rückfalle drei Jahre Zuchthaus verbüßt hat, und vom Bezirks-Präsidenten zu Metz der Kommis Eduard Goldstein aus Banjaluka (Bosnien) wegen Landstreichens.

Gemeinschaftliche Taschendiebstähle verübten die zwanzigjährige Minna Lisser zu Berlin und ihr „Bräutigam" Bega. Es dauerte sehr lange, ehe man die Lisser auf frischer That ertappen und festnehmen konnte. Da ihr Bräutigam nur als Hehler verdächtig war, beließ man ihn auf freiem Fuß, was zur Folge hatte, daß er schleunigst das Ausland aufsuchte. Die Lisser muß dagegen zwei Jahre hier brummen.

Viehhausierer. Der Viehhändler Moses Kaiser zu Ilmenau war vom Schöffengericht wegen Gewerbesteuer-Hinterziehung zu einer Geldstrafe von 120 Mark verurteilt, weil er und sein Gehilfe Moritz Levi ohne im Besitz eines Gewerbescheins zu sein, in Wiegendorf, Kapellendorf und Frankendorf Viehhandel getrieben hatten. Levi beruhigte sich bei dem Urteil, während Kaiser Berufung einlegte, die aber verworfen wurde, doch ist das Urteil auf eingelegte Revision vom Oberlandesgericht aufgehoben und die Sache ans Landgericht zurückverwiesen worden. Dieses konnte indessen zu keiner andern Feststellung kommen und bestätigt das vorher ergangene Urteil.

Warenhaus-Praktiken. Vom Schöffengericht zu Halle wurde der Vertreter des Warenhauses M. Bär wegen Verstoßes gegen das zur Bekämpfung des unlautern Wettbewerbes zu 400 Mark Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Firma hatte eine Anzahl Glas-, Porzellan-, Emaille-Waren usw. sehr billig, unter dem Kostenpreise angezeigt, in den Schaufenstern mit diesen Preisen ausgestellt und hinzugefügt: „Sämtliche andern Artikel sind im gleichen Verhältnis billig ausgezeichnet. Man vergleiche Preise, Qualität, Größe." Hierin wurde die Irrtumserregung, die Erweckung des Anscheins eines besonders günstigen Angebots erblickt, denn es wurde festgestellt, daß weitaus die Mehrzahl der Artikel mit einem ansehnlichen Nutzen, von 40 bis 100 v. H., also zu höhern Preisen verkauft wurde. Der Strafantrag ist vom Detaillistenverband ausgegangen.

Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes. Eine recht empfindliche Strafe wegen grober Thierquälerei wurde dieser Tage einem jüdischen Handelsmanne zu Dieburg zuteil. Derselbe lud auf der Station Vieh aus und soll hierbei eine kranke Kuh derart aus dem Wagen gestoßen haben, daß sie zwischen die Rampe und das Bahngeleise fiel. Gegen die Anfangs verhängte Strafe legte der Händler Berufung ein, er wurde aber dieser Tage vom Amtsgerichte zu Groß-Umstadt zu einer weit höhern Strafe, nämlich zu 42 Tagen Haft verurteilt.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

dem Kommerzienrat Emil Jacob zu Berlin das Ritterkreuz erster Klasse des Großherzoglich badischen Ordens vom Zähringer Löwen;

dem Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin, Felix Deutsch das Offizierkreuz des Ordens der Königlich italienischen Krone, das Ritterkreuz des Königlich spanischen Ordens Isabella's der Katholischen, das Offizierkreuz des Ordens der Königlich rumänischen Krone und der Persische Sonnen- und Löwen-Orden vierter Klasse.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Hammer, Monatsblätter für deutschen Sinn. Leipzig. Th. Fritsch.

Nr. 3 (März) enthält wieder eine Reihe höchst bemerkenswerter Aufsätze. An leitender Stelle wird unter der Ueberschrift „Politische und soziale Probleme" eine kurzes treffendes Bild von dem Wirrwarr unsrer Zustände entrollt und daraus werden die Aufgaben abgeleitet, die sich der „Hammer" gesteckt hat.

Der zweite Aufsatz, von dem auch unsern Lesern wohlbekannte Dr. L. H. Müller (Bremen) geschrieben, betitelt sich „Rasse und Kultur" und bringt in kurzen Zügen eine Darstellung der Wechselwirkungen zwischen Rasse und Kultur im Sinne von Gobineau, Houston Stuart Chamberlain und W. Hentschel.

Dann folgt eine Skizze über den jüngst verstorbnen englischen Sozialreformer John Ruskin. — Dr. W. Hentschel behandelt in einer Fortsetzung das Thema „Rythmus und Arbeit" und Prof. Adolf Wahrmund führt uns die Begriffserklärungen von „Vernunft und Verstand" vor. — Zwischen die einzelnen Aufsätze sind geistvolle Aphorismen eingestreut.

Den Abschluß des Märzheftes bildet der Anfang eines Seelen-Romans „Die schwarzen Augen", auf dessen Durchführung man gespannt sein darf.

Die Kunst der Rechtsprechung; Vortrag, gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 20. Januar 1902 von Prof. Dr. F. Stein in Halle. Dresden 1900. Verlag von v. Zahn und Jaensch. 37 Seiten; Preis 1 Mark.

In der Schrift wird namentlich dargelegt, inwiefern die Anwendung der bestehenden Gesetze auf die im Leben vorkommenden Fälle, d. i. die Rechtsprechung, sich als eine Kunst darstellt. F. B.

Die Bewegung im Strafrechte während der letzten dreißig Jahre; Vortrag, gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 16. März 1901 von Prof. Dr. Seuffert in Bonn. Dresden 1901. 71 Seiten; Preis 2 Mark.

Die Schrift bringt ausführliche statistische Angaben darüber, wie viele Verstöße gegen die einzelnen Strafgesetze während der letzten 30 Jahre im Deutschen Reiche vorgekommen, und welches Geschlechts und Alters, welcher Religion usw. die Uebelthäter gewesen sind. Außerdem handelt sie kurz von dem in den letzten 30 Jahren hervorgetretnen Verlangen des Publikums nach der Zunahme der Bestrafungen.

F. B.

Zeit- und Geistesströmungen im Prozesse; Vortrag, gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 9. November 1901 von dem Sektionschef im österreich. Justizministerium Dr. F. Klein. Dresden 1902. 36 Seiten; Preis 1 Mark.

Der Verfasser legt in anregender, geistvoller Weise die Zeit- und Geistesströmungen dar, die sich in der Behandlung bürgerlich-rechtlicher Streitigkeiten vor Gericht geltend gemacht haben. Seiner Ansicht, daß das bürgerlich rechtliche Streitverfahren nicht lediglich der Feststellung der streitigen Rechte dienen, sondern als Wohlfartseinrichtung behandelt werden sollte, kann man nur beipflichten. In der That bringt, wie der Verfasser meint, für Staat und Gesellschaft ein redlich erfülltes Rechtsgeschäft mehr Gewinn als hundert tadellose Prozesse. F. B.

Das Problem der Warenhäuser und der Warenhaussteuer; Vortrag, gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 7. Dezember 1901 von Prof. Dr. v. Heckel in Münster i. W. Dresden 1902. 46 Seiten.

Die Schrift behandelt in verständiger, leidenschaftsloser Weise die Frage der Warenhäuser und deren Besteuerung und macht beachtenswerte Vorschläge zu einem wirksamen Schutze des deutschen Kleinhandels.

F. B.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltene Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 27. März 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 710.

Wochen-Spruch.

Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!

Fürst Bismarck.

Der deutsche Morgen.

Von Max Bewer (Dresden).

Es gibt kunstvolle Turmuhren, bei deren Stundenschlag Figuren aus dem Gehäuse treten, um den Gang der Zeit zu verkünden. Wieder läuten die Osterglocken, aber welche geistige Zeit ist es in Deutschland? Geht unser Volkstum, wie viele fürchten, in der Nacht des Judentums unter, oder steht uns mit dem auferstandnen Kaiserreich auch ein neuer, geistiger Morgen bevor?

Werden wir oder unsre Kinder die Schmach erleben, daß das Judentum in Deutschland den christlichen Geist bezwingt, oder die Genugthuung erfahren, daß der deutsch-christliche Fuß der jüdischen Schlange den Kopf zertritt?

Wie aus dem Uhrgehäuse der Ewigkeit treten in dem nachstehenden Kapitel*) die größten germanischen Geister auf, Shakespeare, Luther, Bismarck, um für die Zukunft die tröstliche Hoffnung zu erwecken, daß einst neben der jetzigen Reichseinheit auch die christliche Glaubenseinheit wieder gewonnen und ein Kaiser der Zukunft, ein echter Nachkomme Karls des Großen, das endgültige Urteil über Juda vollziehn werde. Man achte darauf, daß alle diese großen germanischen Geister mit den düstern Nachtgestalten des Judentums geistig zu kämpfen hatten, Shakespeare, sowohl wie Luther; Bismarck sogar körperlich, auf den der sogen. Student „Blind", in Wahrheit der leibliche Sohn des Jakob Abraham Cohen aus Mannheim, von hinten viermal seinen Revolver abschoß. Alles dies tritt in dem nachstehenden Kapitel deutlich in die seelische Erscheinung, denn der Kampf des Germanentums mit dem Judentum ist lang; hier erscheint er vom Tod Christi an in einen einzigen Nacht- und Tageslauf zusammengefaßt, damit sich die Deutschen am heutigen Ostermorgen freudig und kampffroh bewußt werden, daß sie nicht am Abend, sondern in Wahrheit erst am Morgen ihres herrlichen Volkstums stehn.

„Als das Blut in Christus wie Abendrot verrann, ging schweigend das Gestirn der Nacht auf. Silbern wie das Blinken einer Lanze.

Die Lanze blinkt . . .

Und weinend geht der Mond in hellen Wassern auf.

Perlend über den Stahl der Lanze fließt Wasser aus der Wunde, die sich nicht mehr schließt.

So beginnt Christus wie der Mond, bleich und still seinen Gang durch die deutschen Jahrhunderte.

Siehst du durch die dunkle Judasnacht
Nicht den Mond, den bleichen Christus gehn?
Sieh er weint . . .
Silbern
Scheint er in den Wolken still zu stehn.

Zwölf dunkle Arier, die Apostel, Männer des Leidens, ziehn wie schwarzbeflorte Rappen die zwölf Stunden der jüdischen Nacht.

Petrus, der Christus verleugnet, sträubt sich anfangs, den dunklen Weg des Leidens zu beschreiten und bleibt zögernd am weitesten hinter dem stillen Nachtwandler zurück. Dann aber eilt er ihm nach.

Johannes, der Liebling, ist die Stunde um Mitternacht; er ist Christus am nächsten; er lehnt in tiefster Trauer am Kreuz; auf den mystischen Herzschlag der Mitternacht horchend, wo die Nacht stirbt; und der Vorhang zerreißt, und der Tag offenbart wird. Also schrieb er die Offenbarung mit seiner tieflauschenden Seele.

Die Nacht hat den Judas verschlungen; der Mond löst sich wie ein zarter Flor im blauenden Licht des Tages auf; der Sohn kehrt zum Vater, in den ewigen Quell des Lichts zurück. . .

Das Blut der Apostel glüht wie Morgenrot über den Saum der versinkenden Nacht und Sonnenglanz sprüht von dem glitzernden Schwert, das Paulus mit seinem Nacken gerötet hat, über die dämmernde Welt.

Zwölf helle Arier, Männer des Lebens, ziehn wie silber- und goldgezäumte Schimmel die zwölf Stunden des deutschen Tages.

Aus dem nächtlichen Dunkel, wo Christi Kreuz stand, schluchzt eine Nachtigall und sie singt und sie jauchzt und sie trillert . . .

Es ist die Lerche; . . . nein, es ist die Nachtigall; es ist die Liebe, die zur Liebe ruft: „O, bleib'; es ist die Nachtigall".

Shakespeare und Christus grüßen sich

Tief schläft noch die Welt; und sie träumt in ihren Dichtern von Gott.

Es ist zwei Uhr Morgens.

Die Rosen blühn.

Und ein wundervoller Traum webt Erde und Himmel in einander; leise durch die Nacht wie über den schwermütigen Samt Hamlets wandeln Gottes Sterne; und es wetterleuchtet am Himmel wie von einem Schwert, das für einen Vater gezückt ist . . . und Romeo flüstert Wonne und Julia.

Ja, es ist die Nachtigall.

Horch! . . . Trompeten und Tuben! Nun kommt er.

Zäsar, der Kaiser, der Kaiser.

Und Shylock jammert und das Volk jauchzt!

Es ist die Lerche, seht nur, wie sie sich wirbelnd zum Himmel schwingt! Hört nur, wie sie Gott dem Herrn singt!

Luther! Luther!

Es ist vier Uhr; der Tag bekennt sich selbst; die Natur regt sich zu einem klarverstandnen Leben; es schwirrt durch die Luft wie heller Guitarrenklang und ein Weibchen antwortet.

*) Aus Max Bewer „Gedanken", 240 Seiten. 2 Mark, mit einem Bildnis. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung, Berlin NW 52.

Ernste Knechte kommen zur Frühkost und Kinder verzehren fröhlich ihr Morgenbrot.

Ein Jude guckt hausierend ins Fenster und Luther meint, man sollte doch endlich alle Synagogen im Lande in Brand stecken.

Da läuft dem Juden ein hungriger Bauer in den Weg, der stößt ihn mit einem Tritt in den Graben.

Luther lacht und voll kräftiger Lebenslust setzt er sich an die fromme Arbeit. Paulus wollte die Morgenröte der Welt sein und starb in der Fremde; Luther war die deutsche Morgenröte und lebte in der Fülle eines heimatlichen Daseins. . .

Ueber seinem breiten Scheitel steigt der deutsche Morgen höher und höher; eine Silberwolke schwimmt wandernd wie ein Schwan durch die Morgenröte; Schillers Seele spiegelt sich in Goethe; und der geläuterte Faust erblickt, gerettet aus der jüdischen Verlockung der Sinne, unter dem frei geöffneten Himmel ein Feld deutscher Arbeit.

*

Zu heller Morgensonne öffnet sich krachend ein Bauernthor.

Die sechste Stunde bricht an.

Breit und hoch tritt der Altknecht hervor. Er nimmt die Pfeife aus dem Mund, entblößt sein kräftiges Haupt und den Blick ein wenig zur Erde neigend, schlägt er mit der Rechten ein Kreuz über Kopf und Brust, ehe er zur Arbeit schreitet.

„In Trinitate robur!"

Dann zieht er an der Maulstange sein Pferd ins Feld, einen starkknochigen Schimmel mit blinkendem Kürassierfell.

Und mit schwerem Militärpflug pflügt er das harte Land.

Nicht rechts, nicht links sehend, zieht er peitschend und mit Rufen antreibend die tiefen Furchen seines Geistes. Da plötzlich bleibt er zuckend stehn. Eine jüdische Otter hat sich von hinten um seinen Schritt geringelt und sucht zwei, drei, vier mal durch den kräftigen Stiefel zu stechen.

Er aber faßt sie mit sicherm Griff und wirft sie in die Schärfe des Pflugs, daß sie blutend zerspleißt.

Hochatmend und perlenden Schweiß auf der Stirn setzt er seine grade Arbeit fort.

Einsam, mit sich selbst und Gott allein.

„Warum mag ich nur zu diesem schweren Dienst berufen sein?"

„Ja, fürwahr, würd' selbst den Herrn spielen, wenn es nicht von Gott bestimmt wäre, meinem Herrn zu dienen!"

„Und obs was hilft auf diesem trocknen Bruchacker?"

Nichts wie eloquent glitzernder Sand und geistige Torfsöde.

Ein trostloses Dasein.

Mu . . . . sik! Mu . . sik! Musik!!!

Und über die märkischen Felder klingt Hörnerklang und Trommeln wirbeln und Pfeifen quirlen, wie Lerchen aus den Aeckern. Soldaten! Die Soldaten sind da! Und von Ost und West und von Nord und Süd kommt es in glitzernden Waffen.

Und singend ziehn sie an dem Altknecht vorbei und jeder grüßt ihn und ruft ihn beim Namen und sie kennen ihn alle, alle; wie verwundert er drein schaut.

Ein Krach, als wenn der Himmel zur Erde stürzt.

Die Fahnen neigen sich flatternd in der zitternden Luft.

Wieder die Geschütze!

Die Schwerter zucken wie ein Blitz in der Sonne.

Der Kaiser!

Und wie zum Schutze hinter ihm der hackige Kopf eines Adlers: Moltke.

Und den Himmel erfüllt ein kriegerischer Marsch und Männerjauchzen und Klirren der Waffen.

Der brave Knecht faltet die Hände über dem Pflug und über seine treuen veilchendunklen Augen zittert ein sonniger Glanz.

*

Doch wieder lagert sich eine Judenwolke um das deutsche Gestirn. Es wird schwül in Deutschland und drückend und mancher in der schweren Rüstung des Vaterlands taumelt nur noch seinen Weg dahin.

Niemand singt mehr.

Und hier und da hört man Einen sprechen:

„Mich dürstet!"

Und seufzt Einer einmal im Halbgebet sein „Jesus Christus!", so lachen jüdische Geister neben und hinter ihm:

„Christus ist Märchen!"

„Geld regiert die Welt!"

Und jüdische Finger reißen ihm die Kornblume vom Helm und setzen ihm die rote Sozialisten-Nelke auf.

Der Jud' hats Geld,
Der Jud' regiert die Welt!

Und so geht der Marsch weiter, aber ohne Gott und Sonne, ohne Gebet und Lebensfreude . . . nur eine rote Nelke am Helm.

Und am deutschen Himmel steht schwül und immer schwüler ein dunkler Judenhof.

Und Mond nicht, noch Sonne scheint, noch die Sterne.

Goldne Sonne,
Deutsches Blut;
Himmelswonne, deutscher Mut,
Deutsche Seele
Schwing dich auf
Durch die düstern Sorgen
Kämpfe dich zu Gott hinauf
Durch den blauen Morgen!

*

Im Trauermarsch geleiten die zwölf Leidensapostel den sterbenden Christus; sie trugen ihn bis an den morgenroten Saum einer neuen Welt; im Siegesmarsch werden zwölf deutsche Heldengeister den auferstandnen Christus auf den Thron der Welt tragen.

In schwarzer Judasnacht ging Christus als Mond auf.

Im blauen Deutschenmorgen wird er als Sonne zurückkehren.

Nicht mehr gezweifelt und gezagt!
Der deutsche Weltenmorgen tagt
Wie Gold ob allen Landen,
Es fallen Judas Banden!
Aus deutschen Zorneswettern
Wird die Posaune schmettern:
„Deutsch ist der Weltgeist und das Weltgericht!"
Unter den Juden wurde Christus als Mensch gerichtet;
Unter den Deutschen wird er als Gott richten.

*

Es ist elf Uhr.

Die letzte Morgenstunde.

Es läuten die Glocken zu Aachen, der Kaiserstadt; zu Aachen der Vaterstadt.

Die Häuser sind frisch bekränzt, und mit köstlichen Teppichen behangen; Kerzen brennen an jedem Fenster; Rosen und Palmblätter sind gestreut und der Weihrauch wirbelt durch die Gassen.

Im Dom ist der Kaiser zur Krönung.

Rosen schmücken sein Haupt.

Heimlich stieg er in die heimliche Gruft, sich zu rüsten.

„Christus vincit, Christus regnat, Christus triumphat!"

Und wie er das Wort sagt, das der alte Kaiser Karl wohl an die hundert Mal gesprochen, sinken die Bischöfe und Fürsten und die Kinder des Volks auf die Kniee.

Er aber nimmt sein Schwert. — Das kreuzgriffige, breite, deutsche Schwert, das im Namen Christi sechstausend Sachsen an einem Tag den Tod gebracht. Er hält es blank in der Hand. Und nun unter dem Klang der Orgel und der Glocken schreitet er hinaus unter die ehrfurchtsvolle Menge, ernst und kraftvoll, wie ein Gott, damit das Tagwerk vollbracht sei und Einer fertig werde mit allen Kindern Israels. . .

Das kaiserliche Gericht ist vorüber. Einer ist Herr im Lande. Einer ist Herr in der Welt.

Der Himmel ist klar und blau und tief wie ein Frauenauge.

Es schlägt zwölf.

Der deutsche Mann kehrt heim von seiner schweren Weltarbeit zum Mittagmahl.

Es ist Landfrieden; es ist Weltfrieden.

Das Kind auf dem Arme begrüßt ihn, wenn er ein Bauer ist, die junge Bäuerin, oder wenn er ein Bürger ist, die milde Hausfrau, oder wenn er ein Fürst ist, die edle Kaiserin, oder wenn er ein Gott oder Dichter ist, die blonde Mutter Maria.

Der Aufruf zur Gründung eines nationalen Reichswahlverbandes,

den wir in unsrer vorigen Nummer erwähnten, hat folgenden Wortlaut:

„Mit wachsender Sorge beobachten weite Kreise unsers Volkes, wie es im Reichstage abwärts geht mit dem Einflusse der Nationalen Parteien. Politische Gesinnungen und Grundsätze, aus denen das Reich nicht entstanden ist und nicht hätte entstehn können, gewinnen täglich mehr die Oberhand im deutschen Reichsparlamente. Die Reichsregierung muß mit diesem Zustande rechnen; den Nationalgesinnten schwindet der Mut zum Kampfe, hoffnungslos ziehn sie sich vom politischen Leben zurück.

Auf dem Wege dieser Entwicklung liegt die dringende Gefahr, daß der Segen der deutschen Reichseinigung, den jeder spürt und keiner leugnet, uns dennoch verloren gehn kann.

Aber in den nationalen Parteien regt sich bis heute kein Entschluß zur Einigung. Noch ist all ihre Sorge auf die Wahrung des Fraktionsbestandes gerichtet, noch halten sie es für das kleinere Uebel, daß ihre Gegner mit jeder neuen Wahl zu neuen Siegen fortschreiten und daß hunderttausende von Männern, die ihr deutsches Volkstum lieber in einer zuverlässig nationalgesinnten Partei bethätigen möchten, entweder zu andern Parteien abgedrängt werden oder, müde des unfruchtbaren Streites, sich an den Wahlen gar nicht beteiligen.

Und doch genügt ein Blick auf die Gesamtzahl der Abgeordneten aller nationalgesinnten Fraktionen, um zu erkennen, wie bald und wie durchgreifend zum Segen des Deutschen Volkes und zur festen Stütze einer nationalen Reichsregierung der maßgebende Einfluß zuverlässig nationaler und reichstreuer Gesinnung im Reichstage wieder aufgerichtet werden könnte, wenn es gelänge, für den Zusammenschluß der nationalen Parteien eine haltbare Grundlage zu finden.

Wirtschaftliche Interessen können diese Grundlage nicht bilden; denn grade der an und für sich notwendige Kampf um diese Interessen hat, weil man dabei immer sorgloser die Rücksicht auf das Gemeinwohl vergaß, die Kraft der Nationalgesinnten zersplittert. Noch aussichtsloser wäre der Plan, etwa auf dem evangelischen Bekenntnisse eine Einigung zu versuchen. Die Stärke des evangelischen Bekenntnisses liegt nicht in seiner kirchlichen Organisation, und überdies darf andersgläubigen Deutschen, vor allen den aufrichtig nationalgesinnten deutschen Katholiken die parteipolitische Bethätigung nationalen Empfindens nie und nimmer durch die Schranke des Bekenntnisses versperrt werden.

Nur unter dem Banner nationaler Gesinnung, die unverkennbar mit jedem Jahre an Ausdehnung und Stärke zunimmt, können wir mit Aussicht auf Erfolg einen Zusammenschluß anstreben und vorbereiten.

Zu diesem Zweck ist schon seit dreiviertel Jahren in einer großen Zahl von Reichswahlkreisen nationalgesinnten Männern Gelegenheit zu vertraulichen Beratungen gegeben worden, und am 2. März haben nunmehr die in Berlin aus allen Teilen des Reiches versammelten Vertreter von 131 Vertrauensmänner-Gruppen einen Nationalen Reichswahlverband begründet.

Der Verband will sich in Form von örtlichen Reichswahlvereinen überall in Stadt und Land, weiterhin dann in Reichswahlkreisen organisieren und so auf breitester Grundlage ein Organ zur Förderung nationaler Reichstagswahlen werden.

In diesem Sinne wird er sich vor allem bemühn, durch Agitation in Wort und Schrift den Gedanken unsers nationalen Gemeinwohles bei allen Schichten unsers Volkes in den Mittelpunkt des Bewußtseins zu bringen und auf diesem Wege allmählich dahin wirken, daß auch im Reichstage mehr und mehr alle Fragen — die reinpolitischen wie die wirtschaftlichen — aus dem Gesichtspunkte des deutschen Gemeinwohls behandelt und entschieden werden.

Der Nationale Reichswahlverband wird auf der Grundlage folgender Forderungen thätig sein:

1) Die notwendigen Bewilligungen für unsre nationale Wehrkraft (Heer und Flotte) werden als nationale Ehrensache behandelt und grundsätzlich niemals mit Wünschen und Bedingungen aus andern Gebieten der Politik belastet.
2) Aus Gründen nationaler Fürsorge muß die finanzielle Unabhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten so bald als möglich erreicht werden. Der Hauptgesichtspunkt einer künftigen Reichsfinanzreform muß deshalb die Ausstattung des Reiches mit eignen, im Höchstbetrage nicht begrenzten Einnahmen sein.
3) Fremdes Volkstum an unsern Grenzen und seine Siedelungen im Reiche dürfen kein Hemmnis staatlicher Ordnung, geschweige denn eine Gefahr für unser Volkstum bleiben. Vielmehr muß das Deutschtum zu erfolgreichem Kampfe mit allen Mitteln gestärkt werden.
4) Zur Hebung des deutschen Nationalbewußtseins und zur Sicherung wichtiger Zukunftswerte muß unsre auswärtige Politik entschlossen für den Schutz und die Stärkung des Deutschtums im Auslande eintreten und allen auf solche Ziele gerichteten Vereinsbestrebungen kräftige Förderung gewähren.

Die erfreuliche Thatsache, daß alle gut Deutschgesinnten diese Forderungen billigen, daß insbesondre auch die Angehörigen der nationalen Parteien in der überwiegenden Mehrheit nichts Erhebliches dagegen einwenden, bestärkt den Nationalen Reichswahlverband nur um so mehr in der Hoffnung, auf solcher Grundlage allmählich den festen Zusammenschluß der nationalen Parteien zu erreichen. Ohne diesen Zusammenschluß aber müßte ihre nationale Gesinnung im Reichstage nach wie vor unwirksam bleiben.

Aus dem Charakter des nationalen Reichswahlverbandes ergiebt sich, daß er die verfassungsmäßigen Grundlagen unsrer bisherigen Reichspolitik und ihre wichtigsten Ergebnisse, wie z. B. den Ausbau unsrer sozialen Wohlfahrts-Einrichtungen willig anerkennt. Er mutet auch keinem seiner Mitglieder zu, aus seinem bisherigen Verhältnis zu einer nationalen Partei oder wirtschaftlichen Interessen-Gruppe auszuscheiden. Ohne eigne Kandidaten aufstellen zu wollen, wird er bei den Wahlen die Rolle des Vermittlers übernehmen, der das Trennende zurückdrängt und das Einigende in den Vordergrund stellt, der in Wahlkreisen, wo durch den Streit von zwei oder drei einander nahestehenden Parteien das Mandat an die gegnerischen Parteien verloren gehn könnte, all seinen Einfluß für ein rechtzeitiges Zusammengehn aufbietet. Vor allem will er in fleißiger und treuer Arbeit für den nationalen Einigungs-Gedanken eine Organisation schaffen, welche der regen Werbethätigkeit andrer Parteien gewachsen ist und nicht nur — wie es jetzt leider der Fall — kurz vor den Wahlen die Nationalgesinnten sammelt, sondern dauernd ihr Interesse beschäftigt und ihnen einen festen Zusammenhang mit den nationalen Parteien schafft."

Durch Unterschriften sind vertreten alle preußischen Provinzen (mit Ausnahme von Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien), ferner beide Mecklenburg, Oldenburg, die drei Hansestädte, Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Hessen, Bayerische Pfalz und endlich Baden. Es fehlen also von deutschen Bundesstaaten nur die beiden Reuß, Waldeck, das Königreich Württemberg und Altbayern. Herr Dr. Lange hat diese Länder auf seiner Werbe-

reise augenscheinlich nicht berührt, sonst würde er auch dort in dem Leserkreise seiner „Deutschen Zeitung" zweifellos bereitwillige Unterzeichner für seinen Aufruf gefunden haben. Aber auch ohnedies scheint uns durch die Unterschriften der unwiderlegliche Beweis geliefert, daß es in allen Teilen des Deutschen Reiches unpraktische Idealisten giebt. —

Die Parteizugehörigkeit der Unterzeichner läßt sich natürlich nur schätzungsweise bestimmen. Es mag eine größere Anzahl von Männern darunter sein, die vor lauter Idealismus bisher noch nirgend politischen Anschluß gefunden haben. Das Hauptkontingent scheint jedoch aus Nationalliberalen des noch nicht rettungslos vermanschesterten Flügels dieser Partei zu bestehn. Ziemlich stark dürften auch die beiden konservativen Parteien vertreten sein. Unterschriften von Partei-Antisemiten finden sich nur drei, und zwar sind die Träger der betreffenden Namen unsers Wissens die Einzigen unter den übrigen Hunderten, die politisch schon über den Kreis ihres Heimatsortes hinaus bekannt sind. Der eine ist Landtags-Abgeordneter eines kleinen Staates, der andre zweiter Vorsitzender eines antisemitischen Provinzialverbandes und der dritte gehört, wenn wir nicht irren, dem Hauptvorstande der Reformpartei an.

Der Berufszugehörigkeit nach sind die Gymnasiallehrer unter den Unterschriften besonders stark vertreten und ebenso fällt die überaus zahlreiche Beteiligung von Offizieren a. D. und z. D. auf. — Ein schönes Zeugnis für den Idealismus dieser beiden Volkskreise. Ob sich dieselben aber zu Trägern von Bestrebungen, die praktisch-politische Geltung gewinnen wollen, vorzugsweise eignen, mag hier ununtersucht bleiben.

Im allgemeinen überwiegen unter den Unterzeichnern Leute, die den wirtschaftlichen Kampf ums Dasein in gewissem Sinne entrückt sind. Katholische Deutsche scheinen gar nicht unter dem Aufrufe zu stehn. Aber der Jude (getauft oder ungetauft, können wir der Unterschrift nicht ansehn) fehlt nicht, nach dem Rezepte, das einmal der große Bankier Warschauer in Liegnitz ausgab: „Einer von uns muß überall dabei sein." —

Nun zu dem Inhalte des Aufrufes.

Einen Widerspruch glauben wir zunächst feststellen zu können zwischen der Behauptung in den einleitenden Sätzen, daß es mit dem Einflusse der nationalen Parteien im Reichstage abwärts gehe und der einige Zeilen später aufgestellten Behauptung, daß „die nationale Gesinnung unverkennbar mit jedem Jahre an Stärke und Ausdehnung zunimmt." In solchem Maße sind die Drähte zwischen Volk und Volksvertretung, zwischen Wählern und Gewählten noch nicht zerschnitten, daß nicht eine Wechselwirkung zwischen beiden Teilen stattfände.

Die vier oben abgedruckten Forderungen des nationalen Reichswahlverbandes bilden eine viel zu schmale Grundlage für den hohen politischen Obelisken, der darauf errichtet werden soll. Wenn die wirtschaftlichen Interessen von beiden Seiten daran rütteln, wird er nur zu bald ins Schwanken geraten und umstürzen. Wenn, wie wir gerne zugeben, „alle gut Deutschgesinnten diese Forderungen billigen, insbesondre auch die Angehörigen der nationalen Parteien („im Reichstage" ist hier sinngemäß zu ergänzen) in der überwiegenden Mehrheit nichts Erhebliches dagegen einwenden" — so folgern wir daraus, daß dann der groß angelegte Apparat des nationalen Reichswahlvereines ganz überflüssig ist. — Etwas, was vorhanden ist, braucht man doch nicht erst zu erstreben.

Was hätte denn eine, auf der im obigen Aufruhr gebotenen Grundlage geeinigte Mehrheit im Reichstage gesetzgeberisch gemeinsam zu leisten?

1. Erhaltung und Stärkung der nationalen Wehrkraft zu Lande und zu Wasser. — Das hat der Reichstag auch bisher fertig gebracht. Den grundsätzlichen Gegnern jener Institutionen den Mund verbieten könnte eine auf das Langesche Programm gewählte Reichstagsmehrheit ebenfalls nicht.

2. Reichsfinanzreform. — Dafür findet sich auch heute eine Mehrheit. Es fehlt nur an brauchbaren Vorschlägen der Regierung beziehungsweise an deren verständnisvollem Entgegenkommen für die Vorschläge aus dem Reichstage auf diesem Gebiete.

3. Desgleichen findet sich für eine verständige Polen-, Dänen- und Franzosen-Politik der Regierung im gegenwärtigen Reichstage eine Mehrheit.

4. endlich hat es nicht an Anregungen aus dem Reichstage in der Richtung gefehlt, die Regierung zu einer kräftigen und weitausschauenden deutschen Kolonialpolitik zu drängen. Maßregeln zum Schutze und zur Stärkung des Deutschtums im Auslande versagt auch der gegenwärtige Reichstag seine Zustimmung nicht.

Auf diesen Gebieten liegen also gar keine tiefgehenden Verschiedenheiten der Auffassung unter den nationalen Parteien vor und demgemäß sind darauf begründete Einigungsversuche ebenso überflüssig als wenn man neben einer offnen Thür noch ein Loch durch die Wand bricht.

Die einzige politisch bedeutsame Forderung, die, wie wir wissen, in dem Entwurfe zu dem Aufrufe vorhanden war und nur deretwillen man ihm eine gewisse Bedeutung hätte zusprechen können, die Forderung allgemeiner Wahlpflicht ist vor der Veröffentlichung gestrichen; vielleicht weil sie im Programm der Deutschsozialen antisemitischen Partei steht. Wer hätte es wohl für möglich gehalten, daß ein Dr. Friedrich Lange, der im Laufe langer Jahre in einer gar nicht hoch genug anzuerkennenden Weise in seiner „Deutschen Zeitung" die Verbreitung antisemitischer Gesinnung in den gebildeten Ständen gefördert hat, unter die Opportunisten gehn und den nationalen Zusammenschluß der Deutschen mit Hilfe von Juden und andern Helfern erreichen will, die vor der brennendsten nationalen Gefahr, vor der Zersetzung und Unterjochung unsers Volkstums durch das Judenvolk, den Kopf, wie der berühmte Vogel Strauß, in den Sand stecken. Der ganze politische Gründungsversuch krankt an einer, bei einem so geistreichen Mann, wie es der Schöpfer des nationalen Reichswahlvereins unzweifelhaft ist, nahezu unbegreiflicher Verkennung, welche politische und nationale Bedeutung die wirtschaftlichen Fragen haben. Auf diesem Boden werden die erbitterten Kämpfe ausgefochten, die unsre nationale Kraft zu lähmen drohn. Hier schüren die internationalen und antinationalen Volksverderber den Streit, um dabei ihren Vorteil als lachende Dritte zu erlangen. Hier ist der Hebel anzusetzen, um Besserung herbeizuführen.

Primum vivere deinde philosophari. Die Sicherung der Existenzbedingungen für die arbeitenden und Werte schaffenden Stände und Berufsgruppen in unserm Volke ist die unerläßliche Vorbedingung für Neubelebung und Stärkung der nationalen Gesinnung. — Auf wirtschaftlichem Boden brachte Fürst Bismarck dereinst eine nationale feste Reichstagsmehrheit zusammen, und wir sind, trotz Dr. Friedrich Lange, der Ansicht, daß auch heute noch auf jener Grundlage einzig und allein der wünschenswerte Zusammenschluß der nationalgesinnten Parteien erfolgen kann. — Wer einen solchen herbeiführen will, muß neben der Beförderung des Friedens zwischen den beiden christlichen Konfessionen nach Möglichkeit die Organisation der berechtigten Interessen im Volke befürworten. Die Landwirtschaft hat sie im Bunde der Landwirte und den Bauernbünden. Auch für die Industrie ist sie vorhanden. Für den kleinern und mittlern Kaufmannsstand fehlt sie und für das Handwerk ist sie sehr mangelhaft. —

Das Verständnis für die Interessengemeinschaft aller Bethätigungsformen ehrlicher deutscher Arbeit muß überall in den Vordergrund gestellt und erweckt werden. Zwischen den Leitern der organisierten Interessengemeinschaften und den politischen Führern der nationalen Parteien in den Parlamenten muß dann die Mittellinie gesucht werden, auf der durch Zusammenschluß die Förderung des Volkswohles erfolgen kann.

Wie will man z. B. anders nationale Politik treiben, als daß man die Grundlagen der nationalen Wehrkraft stärkt? Wie kann man das aber thun, ohne die deutsche Landwirtschaft vor dem ihr drohenden Zusammenbruche zu schützen?

Wenn uns ein äußerer Feind bedroht, verschwindet mit einem Schlage jeder Unterschied der Meinung und des Standes und das ganze Volk wirft sich in Wehr und Waffen dem Landesfeind entgegen. So sollten alle diejenigen, die eine wirksame Vereinigung der nationalen Kräfte im Vaterlande zu

friedlicher Beförderung der Volkswohlfahrt wünschen und erstreben, endlich die einigende Wirkung des Gedankens einer Kampfgenossenschaft auch für die innerpolitischen Dinge begreifen. — Die Parole „Kampf bis aufs Messer gegen die rote und goldne Internationale und ihre volksverderbende und ausplündernde Thätigkeit“ könnte die Zauber-Formel der Einigung aller nationalen Parteien werden, zu denen wir hier, im weitesten Sinne, alle Fraktionen bis zu der unrettbar den Juden und Sozialdemokraten verfallnen Freisinnigen rechnen. — Wann endlich wird man die mächtigen im ganzen Deutschen Volke vorhandnen nationalen Instinkte gegen das internationale Ausbeuter-Volk der Juden politisch zur Rettung des Vaterlandes benutzen! —

Zum Schlusse noch ein Wort über die Art wie sich der Aufruf die Wirksamkeit des Reichswahlverbandes denkt. — Er will keine eignen Kandidaten aufstellen. Das ist auch sehr verständlich; denn er würde damit wahrhaft „erdrückende Minderheiten“ erzielen. Er will aber bei den Wahlen Vermittlerrolle übernehmen. Wenn es ihm nur nicht dabei so geht wie gewöhnlich den Leuten, die sich unaufgefordert in fremde Angelegenheiten mischen. Diejenige nationale Partei, der die Ortsgruppenführer ihre Hilfe zusichern, wird höflichst dankend die Paar Dutzend Stimmen annehmen, die andre nationale Partei, der man raten will, nunmehr ihre Kandidatur zurückzuziehn, wird das, etwas weniger höflich, ablehnen. Da aber der Zusammenschluß einer nationalen Reichstagsmehrheit doch erst unter den Abgeordneten im Reichstage erfolgen kann, so erscheint die ganze für den Reichswahlverein vorausgesehene Thätigkeit eigentlich höchst überflüssig. Zweckmäßiger ist es, wenn man jeden nationalgesinnten Wähler unbehindert daran mitarbeiten läßt, den Kandidaten seiner Partei zum Siege zu verhelfen. Wir fürchten, der Langesche Wahlverein wird viel unnütze Wichtigthuerei unpraktischer Leute herbeiführen und vielen ehrlichen Idealisten bittre Enttäuschungen bereiten.“

Wie denkt sich übrigens Herr Dr. Lange etwa die Thätigkeit des von ihm zur Rettung des Deutschtums herbeigeholten Herrn Samuelsohn in Schneidemühl, wenn es dort z. B. zu einer Stichwahl zwischen einem nationalen Antisemiten und einem von den Polen unterstützten Freisinnigen oder einem von den Freisinnigen unterstützten Polen käme? Würde der Herr Stadtrat Samuelsohn mit ganzer Kraft für den Antisemiten eintreten, wie es seine Pflicht und Schuldigkeit als Mitbegründer des „Nationalen Reichswahlvereins“ wäre? — Diesem Köhlerglauben können wir uns nicht hingeben. — Jude bleibt Jude.

Unsre Parteigenossen, die für den Aufruf ihre Unterschrift hingegeben haben, konnten es sich natürlich nicht träumen lassen, daß Herr Dr. Lange auch bei Juden darum werben würde, und auch wir nehmen feierlich die in voriger Nummer abgegebne Erklärung zurück, daß wir dem Aufrufe nicht feindlich gegenüberstehn. Wir hatten die prägnante jüdische Unterschrift damals noch nicht entdeckt. Für Volksretterei mit jüdischer Hilfe sind wir nicht zu haben.

Deutschland und Amerika.

Prinz Heinrich ist heimgekehrt. Seine Anwesenheit in Amerika hat die besten Früchte gezeitigt. Der Bruder des Kaisers hat die politischen Mißverständnisse zerstreut, die durch englische Zetteleien drüben hervorgerufen waren. Seine natürliche Unbefangenheit und seemännische Gradheit hat den rechten Ton getroffen, der notwendig war, um in dem demokratischen Amerika die Sympathien für das deutsche Kaiserreich zu wecken bezw. neu zu beleben. Er ist artig und zuvorkommend gegen die amerikanischen Damen, offen und voll ernster Freundlichkeit gegen die Staatsmänner, würdevoll und natürlich gegen die Massen gewesen und hat in seinen Reden eine wohlthuende Zurückhaltung gewahrt. Selbst auf das nationale Selbstgefühl der Deutschamerikaner hat seine Anwesenheit nervenstärkend gewirkt. Und das bedeutet gewiß viel, sehr viel mehr, als auf den ersten Blick gewürdigt wird.

Man könnte also, soweit der Prinz in Betracht kommt, mit ungemischter Freude auf den Verlauf dieser Reise zurückblicken. Aber leider drängen sich auch bei dieser Reise, ähnlich wie seiner Zeit bei der Orientreise des Kaisers, geschäftige Zwischenträger hervor, um die Begeisterung, mit der das Volk dem Prinzen Heinrich im Geiste gefolgt ist, einzufangen für deutschamerikanische Freundschaftspläne, die auf das genaue Gegenteil von deutschnationaler Politik hinauslaufen.

Ganz so einfach, wie bei dem anatolischen Geschäfte scheint indessen die Täuschung des deutschen Publikums diesmal nicht zu gelingen; denn die Pläne der Herren Generaldirektoren Ballin und Wiegand sind doch gar zu durchsichtig.

Bekanntlich haben beide Herren sich gleichzeitig mit dem Prinzen Heinrich nach Amerika begeben, um bei dessen Empfange zugegen zu sein und zugleich mit den Direktoren einiger englischer Dampferlinien an einer Beratung des Morgan-Syndikates teilzunehmen. Triumphierend berichteten die amerikanischen Zeitungen und ihre jüdischen Ableger in Deutschland, es sei diesem Syndikat gelungen, bei dem amerikanischen Senate eine Dampfersubvention in Höhe von 20 Millionen Mark jährlich durchzusetzen, die nicht beantragt sei, weil die amerikanischen Schiffahrtslinien wirtschaftlich zu schwach wären, sondern weil sie die politische Macht hätten, die Subvention zu erzwingen. Und zwar sollten an der Wohlthat dieses Gesetzes auch solche Linien teilnehmen können, deren Aktien-Kapital sich zumteil in amerikanischem Besitze befindet.

Hier eröffnete sich für die „deutschamerikanische Freundschaft“ im großkapitalistischen Sinne eine Blickweite von überraschender Durchsichtigkeit.

Es war bekannt, daß Herr Morgan und seine Leute vor einigen Monaten erhebliche Posten von Aktien der Hamburg-Amerika-Linie gekauft hatten, nachdem die Kurse dieses Papieres in starken Rückgang gekommen waren, und die Börsenpresse die Nachricht brachte, die Hamburger Gesellschaft habe erneut ein starkes Kapitalbedürfnis, dessen Deckung an den deutschen Börsen schwierig sei. Diese Nachricht hat sich inzwischen leider auch als vollständig wahr erwiesen. Trotzdem der Gewinnrückgang der Gesellschaft einen Rückgang der Dividende von 10 v. H. im Vorjahre auf 6 v. H. im abgelaufnen Jahre bewirkt hat, und trotzdem im Geschäftsberichte der Gesellschaft zugegeben wird, daß die neuen $27\frac{1}{2}$ Millionen Prioritäten mittlerweile vollständig begeben worden sind — an wen, sagt der Bericht nicht! — kündigte die Direktion und der Aufsichtsrat eine neue Kapitalserhöhung von 20 Millionen an.

In den Aktionärkreisen hat man freilich mit voller Deutlichkeit erkannt, daß dies erneute Kapitalbedürfnis durch die übermäßige Vermehrung der Transportflotte verschuldet sei. Im Handelsteile des „Berliner Tageblattes“ vom 14. März wies ein Aktionär auch darauf hin, wer an der neuen Kapitalvermehrung in erster Linie Interesse habe, indem er die Hilflosigkeit der Minorität gegen den neuen Finanzplan wie folgt schilderte:

„Nun wird aus den Bankiers der Gesellschaft ein Garantie-Konsortium gebildet, welches eine mehrprozentige Uebernahmeprovision (aus den Taschen derselben Aktionäre, die die neuen Aktien beziehn) erhält. Jetzt kommt die Generalversammlung, in der die Bankiers des Uebernahme-Syndikates mit dem Aktienbesitz der Verwaltung über die Majorität verfügen. Welche Chance haben somit die der Kapitalvermehrung widerstrebenden unabhängigen Aktionäre dem Hochdrucke jener Elemente gegenüber? Sie sind durch den altbewährten Mechanismus lahmgelegt, welcher durch das Zusammenwirken von Direktion, Aufsichtsrat und Syndikat — alles alte Bekannte — virtuos angewendet wird, und das Spiel ist fertig.“

Natürlich verwahrt sich das „Berliner Tageblatt“ in einem redaktionellen Zusatze zu dieser Zuschrift gegen die Möglichkeit, als ob die Kapitalerhöhung jenem Garantie-Konsortium wegen des zu erwartenden Zwischengewinnes besonders verlockend erschiene! Selbstverständlich! Wann wäre wohl jemals schon dem „Berliner Tageblatte“ und seinen Geistes-

verwandten ein zu erwartender Zwischengewinn verlockend erschienen! Für diese Gemütsmenschen handelt es sich natürlich immer nur um große „vaterländische Unternehmen" und auch in diesem Falle erklärt das „Berliner Tageblatt" die geplante Kapitalserhöhung aus dieser Notwendigkeit heraus. Im übrigen meint es, die Tendenz zur immer größern Erweiterung der Betriebe sei nun einmal vorhanden usw.

Vorhanden ist diese Tendenz leider; aber sie ist sehr schädlich, sowohl für die Aktionäre der Gesellschaften, wie für unsre nationale Wirtschaftspolitik.

Denn das ganze Unglück der Hamburg-Amerika-Linie rührt daher, daß sie durch eine unsinnige, ja gradezu wahnwitzige Vermehrung ihrer Transportflotte die Verluste wieder hat wett machen wollen, die ihr naturgemäß aus einer ungerechtfertigten Verbilligung der Frachten erwachsen mußten.

Während die Getreidefrachtrate New-York-Hamburg von ehedem 14 bis 16 Mark auf $2\frac{1}{2}$ Mark per Tonne gesunken ist, hat der Schiffsraum der Gesellschaft sich um das zwanzigfache schneller vermehrt, als die Zunahme des deutsch-amerikanischen Verkehrs!

Bei dieser Sachlage bietet die Aussicht, an den amerikanischen Subventionen teilnehmen zu dürfen, eine starke Verlockung für die deutschen Linien und eine dauernde Gefahr für die nationalen Interessen Deutschlands!

Hat doch nicht einmal die den deutschen Koloniallinien seit Jahren gegebne deutsche Subvention eine Förderung des deutschen Imports auf diesen Linien bewirkt. Kürzlich veröffentlichten die „Nachrichten für Industrie und Handel" die Statistik dieser subventionierten Linien für 1900 und daraus ergiebt sich unter Heranziehung der Statistik aus frühern Jahren die folgende Entwickelung:

a) Die subventionierte Afrikalinie beförderte:

	1891	1898	1900
1. Deutsche Exportgüter und für Deutschland bestimmte Importgüter	65 v. H.	54 v. H.	53 v. H.
2. Ausländische Export- und Importgüter im Zwischenverkehr zwischen ausländischen Häfen	35 v. H.	46 v. H.	47 v. H.

b) Die subventionierte Ostasien- und Australlinie:

	1888	1896	1900
1. Deutsche Exportgüter und nach Deutschland bestimmte Importgüter	48 v. H.	48 v. H.	45 v. H.
2. Ausländische Export- und Importgüter im ausländischen Zwischenverkehr .	52 v. H.	52 v. H.	55 v. H.

Das ist wahrhaftig eine Politik der Heimatslosigkeit, wie sie nicht greller gedacht werden könnte! Nach zwölfjähriger Subvention also eine ständige Senkung des deutschen Anteiles an dem Güterverkehr der subventionierten Linien und ein ständiges Steigen des ausländischen Anteiles!

Eine solche Politik beabsichtigt Herr Morgan natürlich nicht! Er will nicht vorzugsweise deutsche Fabrikanten begünstigen, sondern amerikanische. Und deshalb fängt er mit seinem Syndikat die Sache auch da an, wo sie vom amerikanischen Standpunkte aus angefangen werden muß -- bei den Tarifen!

Bereits zu Beginn der Verhandlungen verkündeten amerikanische Zeitungen, es sei Herrn Morgan gelungen, die Interessen der amerikanischen Export-Industrie mit denen der transatlantischen Transportgesellschaften zu vereinigen. Das Abkommen mit den deutschen Linien werde der amerikanischen Produktion die Unterbringung auf dem deutschen Markte sichern.

Zu deutsch: die deutschen Linien sollen an dem Gesamtgeschäfte beteiligt sein, das dahin geht, alle amerikanischen Ausfuhr-Artikel zu billigen Preisen nach Europa, alle europäischen Artikel teuer nach Amerika zu verfrachten. Die Ausfälle aus deutschem Export sollen die deutschen Linien vergütet erhalten durch ihre Beteiligung an dem amerikanischen Tariffeldzuge gegen Deutschland!

Das ist der springende Punkt. Demgegenüber tritt die amerikanische Subvention und die Gefahr des Ankaufes der Linien vollständig in den Hintergrund!

Die neuesten Mitteilungen bestätigen, daß sich dies Verhältnis von Deutschland nach Amerika gestalten soll, wie hinwärts 4 zu herwärts 1!

Ob eine solche Politik lediglich von Linien unter amerikanischer oder auch von solchen unter deutscher Verwaltung getrieben wird, ist sachlich gleichgiltig. Daher ist es auch ganz belanglos, daß Herr Generaldirektor Wiegand nach seiner Rückkehr gegen ausfragende Redaktöre versichert hat: „Sie können beruhigt sein, die beiden Schiffahrtsgesellschaften bleiben deutsch!"

Wie sehr wir in dieser Auffassung Recht haben, bestätigt auch heute wieder ein Blick auf den Handelsteil des „Berliner Tageblattes", wo in einem Berichte aus New-York zu lesen steht:

„Wie bekannt, waren ja auch die Leiter der beiden großen deutschen Dampfschiffslinien hier, und es verlautet, daß in der That bestimmte Vereinbarungen zustande gekommen seien. Für die Verhandlungen mit ihnen war entscheidend, was sie zu bieten hatten, oder womit sie drohen könnten, um die zumteil gegen sie gerichtete Koalition der amerikanischen und brittischen Gesellschaften zu zwingen, ihnen entgegenzukommen. Der Kampf gegen sie war bereits begonnen. Im Gütertransportgeschäft mußte nun ihre Ueberlegenheit ohne weiters zugegeben werden, da sie, was außerordentlich wichtig ist, eine erhebliche bessere Disziplin an Bord ihrer Fahrzeuge haben als amerikanische und englische Gesellschaften. Die Anerkennung dieses Vorzuges ging soweit, daß James J. Hill, der bekannte Finanzier und Leiter der ‚Great Northern', wie er selbst erklärt hat, mit dem Plane umgeht, für die beiden Riesendampfer, welche seine Gesellschaft gegenwärtig in den Vereinigten Staaten für den Verkehr zwischen der amerikanischen Westküste und Ostasien bauen läßt, die Eintragung in deutsches Register nachzusuchen.

Was ferner den Personentransport anlangt, so waren die deutschen Gesellschaften auf dem besten Wege, vermöge ihrer modernen, eleganten und schnellen Fahrzeuge den Verkehr zu beherrschen, der am meisten einbringt. Die Vergnügungsfahrten nach Mittelmeerhäfen besorgten sie allein. Gegenwärtig befindet sich der White Star-Dampfer ‚Celtic' auf solcher Vergnügungsfahrt. Das bedeutete den Beginn des Kampfes auf dieser Route. Die Fortsetzung sollte von Boston aus erfolgen, von wo aus gleichfalls Dampfer nach dem Mittelmeer gesandt werden sollten. Die deutschen Linien hatten dagegen im wesentlichen nur ein Verteidigungsmittel: die Vermehrung ihrer Fahrten zwischen englischen und amerikanischen Häfen, ein allerdings außerordentlich wirksames Kampfmittel. Mit der Androhung dieser Vermehrung der Fahrten sollen sie auch Erfolg gehabt haben. Es heißt nun, daß eine gewisse Teilung der Gebiete, auf denen die Reedereien der verschiednen Länder ihre Thätigkeit entwickeln sollen, stattgefunden hat. Die Vergnügungsfahrten nach dem Mittelmeer bleiben in den Händen der Deutschen, wogegen diese den Passagierverkehr nach Norwegen und Schweden den Engländern und Amerikanern überlassen und darauf verzichten, ihre Fahrten zwischen englischen und amerikanischen Häfen zu vermehren.

Ein Uebereinkommen über einheitliche Zwischendeckspreise ist zustande gekommen; eine Fixierung der Minimalrate für den Kajütenverkehr aber war, der Behauptung des ‚Commercial Advertiser' entgegen, bis zu diesem Augenblick nicht erreicht worden."

Der ganze Handel, für den es kaum noch einen höflichen Namen giebt, ist um so bedauerlicher, als zugestandner Weise die deutschen Linien ihre Stärke auf dem Gebiete des Gütertransportes hatten! Dahin also geraten wir mit unsrer nationalen Schiffahrt unter der Leitung des Herrn Ballin!

Jeder vaterländisch gesinnte Deutsche aber wird mit mir das Bedauern teilen, daß die Veranstalter für dieses Geschäft

nun grade die Anwesenheit des Prinzen Heinrich sich als geeignetsten Zeitpunkt und gleichsam als politische Dekoration ausgewählt hatten.

Und was nun? Es giebt nur eine Antwort: Verstaatlichung des Tarifwesens zur See, das natürlich für unser ganzes nationales Wirtschaftsleben noch viel, viel einschneidender ist, als die Eisenbahntarife und die binnenländischen Tarife überhaupt es sind. Es ist dringend notwendig, das Volk über die Tragweite und Gemeingefährlichkeit dieses selbst von der Judenpresse, wenn auch nur im Handelsteile, zugegebnen Skandals aufzuklären. Hier wäre ein schönes Arbeitsfeld für nationale Vereine!

Wo wurzelt unsre Kraft?

Die „Ostdeutsche Rundschau“ vom 4. März veröffentlichte folgenden „Prolog“, verfaßt zur Aufführung seines vaterländischen Trauerspieles „Konradin“ durch die deutschen Hochschüler Wiens im Stadttheater am 3. März 1902 von Martin Greif, gesprochen von Frau Elli Staerk als Germania“:

Ein Name lebt, der schon durch seinen Klang
Jed' Herz bewegt: der Name Konradin,
Und wer das grausame Geschick betrachtet
Des mut'gen Jünglings, der ihn glorreich trug,
Der wird die fromme Rührung wohl verstehn,
Die Allen sein geliebter Name weckt.
Als Letzter vom Geschlecht der Hohenstaufen,
Das machtvoll ein Jahrhundert lang geboten,
Und dem entsprossen Kaiser Rotbart's Größe,
Zog er ins wälsche Land, sein Vater-Erbe
Den Händen des Erob'rers zu entreißen,
Das dieser, dank der Zwietracht, die im Innern
Das Reich zerriß, ihm räuberisch entwendet. . . .
Schon winkte ihm des Sieges voller Kranz,
Als er, durch List gelockt in sein Verderben,
Die Früchte seiner tapfern That verlor,
Und durch Verrat dem Zwingherrn ausgeliefert,
Vom unerhörten Richterspruch verdammt,
An seines Friederich von Oestreich Seite,
Das Blutgerüst bestieg vor Anjou's Blicken.
Dort, knieend seiner Mutter eingedenk,
Gab er dem Henker hin sein schuldlos' Haupt,
Das jammernd sein Gefährte fallen sah,
Bevor er in den Tod ihm selbst auch folgte.
So starb beweint vom Freunde Konradin,
Den jed' Geschlecht seit dem, gleich ihm, beklagte.
Und Er, den unser Volk vergessen nie,
Auch selbst in jenen düst'ren Tagen nicht,
Als Deutschlands alter Ruhm erloschen schien,
Er wird nun nach des Reiches Auferstehn,
Begriffen in dem Drang, der ihn erfüllte,
Als Held der Ehre mehr denn jemals gelten.
Auch uns zum Vorbild leuchtet strahlend Er,
Und hingezogen zu Ihm, bringen wir
Erglühend unsre Huldigung ihm dar. . .

Hierauf erhalten wir folgende Erwiderung auf Martin Greifs Vorwort zur Aufführung seines „Konradin“ von Fritz Bley:

Du klagst mit Recht um Konradin, den jungen,
Den roh zum Blocke riß der Henkersknecht,
Und hast das Herz zur Rührung uns gezwungen,
Indem du schildertest sein gutes Recht!
Auch mir steht er ins deutsche Herz geschrieben;
Des Mitleids Thräne quillt auch mir herauf,
Denk' ich, wie süß er sang von Lenz und Lieben,
Und wie so grausig schloß sein Lebenslauf.
Nicht mag ich seiner Jugend Irrwahn schelten,
Der nicht durchschaute welsche Felonie,
Und laß ihn gern als Held der Ehre gelten!
Doch als ein Vorbild? Nimmermehr und nie!
Wie hatte er von Weltmacht stolz gesungen,
Berauscht von seinem Hohenstaufentum!
Und wie sind seine Träume schrill zersprungen,
Als ihm die Henker brachen Leib und Ruhm!
Warum, warum? Ach, auf des Herzens Fragen
Gibt Antwort die Geschichte frank und frei:
Weil inneren Verfalles Keim getragen
Im Marke schon die alte Kaiserei!
Sie ließ daheim die deutsche Kraft erschlaffen
Im Traume von der Macht der Christenwelt;
Und während Welschland klang von Kaisers Waffen,
Erschlich der Hader sich das deutsche Feld.
Wie mahnt uns diese Zeit der Staufenzüge,
Daß in der Heimat wurzelt unsre Kraft;
Wie mahnt sie, daß im festen Reichsgefüge,
Allein sich seine Burg Alldeutschland schafft!
Wie lehrt uns, ach, die Gegenwart durchdringen
Mit klarem Blicke dieses Staufenleid;
Dröhnt doch der Ruf: „Hie Welf, hie Waibelingen!“
Noch heute aus dem wilden Tagesstreit!
Drum, wenn du singst von Konradin, dem jungen,
Wenn dir die Thräne heiß in's Auge quillt,
So lehre auch dein Volk, daß neu errungen
Muß werden, was es zu besitzen gilt.
Nicht rast- und planlos soll die Volkskraft schweifen,
Wie zur Vandalen- und zur Staufenzeit;
Am festerkannten Ziele soll uns reifen
Die That in ernster Heldenwirklichkeit.
Das war die Lehre unsrer hohen Ahnen:
„An's Vaterland, an's teure, schließ dich an!“
Das haltet fest, Ihr freudigen Germanen,
In zäher Treue, trotzig, Mann für Mann!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die „christliche ungarische Universitätsjugend“ hat dieser Tage an den Senat der Ofenpester Universität eine Eingabe gerichtet, in der sie um die Wiederanbringung der im Jahre 1900 mit Rücksicht auf die Juden aus den Lehrsälen der Universität widerrechtlich entfernten Kreuze ersucht. Der Rektor der Universität hat den Bittstellern geantwortet, daß er „das Memorandum offiziell nicht annehme, aber als Privatmann in dasselbe Einsicht nehmen wolle (!).“

Mosaik.

Der siebente deutsche Handlungsgehilfentag wird am Ostersonntag (30. März) im „Fürstenhof“ zu Magdeburg abgehalten werden. Nach den bisherigen Anmeldungen dürften etwa sechshundert Städte vertreten und über tausend Handlungsgehilfen an den Beratungen teilnehmen. Die Tages-Ordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Das Vereinigungsrecht der Handlungsgehilfen. Berichterstatter: Herr F. Schneider (Leipzig). 2. Kaufmännische Schiedsgerichte. Berichterstatter: Herr H. Bechly (Hamburg). 3. Die Forderungen der Handlungsgehilfen an die Gemeinden. Berichterstatter: Herr R. Döring (Berlin). 4. Die amtlichen Erhebungen über die Arbeitszeit in den Kontoren. Berichterstatter: Herr A. Roth (Hamburg). 5. Die Sonntagsruhe. Berichterstatter: Herr W. Schack (Hamburg).

Dem Handlungsgehilfentag folgt am Ostermontag der Verbandstag des über 47000 Mitglieder zählenden Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

Anita Augsburg, die dralle jüdische Doktorin, hat an der Spitze einer „Frauen“-Abordnung dem Grafen Bülow einen Besuch gemacht. Sie bat den Reichskanzler um Aufhebung der vereinsrechtlichen Beschränkungen für Frauen in allen deutschen Bundesstaaten, ferner um Einführung von Bestimmungen, wonach Frauen, die die Reifeprüfung an Gymnasien bestanden haben, zum Universitätsstudium gleichberechtigt mit den Männern sein sollten usw.

Graf Bülow soll sich sehr entgegenkommend ausgesprochen haben. Ob er auch einen Gesetz-Entwurf in Aussicht gestellt

hat, wonach die gleichberechtigten Frauen und Mädchen künftig auch der allgemeinen Wehrpflicht zu genügen haben und ihnen in dieser Zeit die Erfreuung der Welt mit jungen Bürgern verboten ist, haben wir nirgends gelesen.

Einen Ordnungsruf wegen Kennzeichnung Chamberlains hat sich das irische Parlamentsmitglied Dillon im englischen Unterhause zugezogen. Gereizt durch den höhnischen Ton, den der „ehrenwerte" Minister Chamberlain anschlug, sagte Dillon: „Ich wünsche zu erklären, daß der sehr ehrenwerte Gentleman ein verdammter Lügner ist!" — Wie wir hören, hat Graf Bülow seinen Preß-Adjutanten Hamann angewiesen, der regierungsfrommen Presse Entrüstungs-Artikel gegen Dillon zu empfehlen, worin betont wird, man beginne in Europa zu zweifeln, daß England „ein gesittetes Volk" ist, wenn in jenem Musterparlament so derbe Worte gegen den hervorragendsten englischen Staatsmann der Gegenwart gebraucht werden dürfen. — In der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wird eine Sympathie-Kundgebung für den schwergekränkten Chamberlain vorbereitet, zu der die leitenden Redaktöre aller jener Blätter Einladung erhalten sollen, die seiner Zeit auf Kommando des Bülowschen Preßbüros gegen den Abg. v. Liebermann eingeschwenkt sind und ihn mit Liebenswürdigkeiten aller Art bombardiert haben.

Ist das im Preußischen Staate erlaubt? Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" veröffentlicht folgende Anzeige:

21 jüdische Gefangene

sollen in hiesiger Königl. Strafanstalt am kommenden Passahfeste rituell beköstigt werden. Die nötigen Mittel muß ich aus freiwilligen Spenden aufbringen. Ich bitte mildthätige Glaubensbrüder, mir gütige Beiträge zu diesem wahrhaft guten Zwecke überweisen zu wollen.

Rabbiner **Dr. Ackermann,**
Brandenburg a. H.

Sind wirklich die Juden schon Staatsbürger erster Klasse, so daß man selbst im Gefängnisse Ausnahmen mit ihnen macht?

Der Fehlbetrag im Haushalte des Deutschen Reichs beträgt für das Rechnungsjahr 1900/01 rund 70 Millionen Mark. Nach dem Gesetz vom 22. März 1901 sollte die Einnahme 2 354 121 046 Mark betragen. Das Haben ist also bedenklich hinter dem Soll zurückgeblieben.

Die Feier des 18. März, des Jahrestages der traurigen Berliner Revolution im Jahre 1848, wurde von den Sozialdemokraten in zehn öffentlichen Versammlungen in der Reichshauptstadt begangen. In fünfen davon waren die Redner Juden. Das zeigt, daß auch in der Sozialdemokratie so etwas wie historischer Sinn, wenn auch nur instinktiv, vorhanden ist. Zu einer richtigen Würdigung jenes Gedenktages hätte es gehört, wenn außer den fünf Juden noch vier Polen und ein Franzose als Versammlungsredner aufgetreten wären, denn Juden, Polen und Franzosen waren bekanntlich die eigentlichen Macher jener „deutschen" Märzrevolution.

Auf die große Zunahme der Katholiken im Königreich Sachsen haben wir schon öfters hingewiesen. So beträgt die Zahl der Katholiken im äußern Leipziger Westviertel wegen der vielen industriellen Betriebe rund 3000. Eine eigne katholische Schule ist in Leipzig-Lindenau eingerichtet worden, und binnen kurzer Zeit soll eine neue katholische Kirche folgen. — Die Katholiken Sachsens wollen auch eine eigne Tageszeitung haben, und so sind endlich nach vielen Mühen soviel Gelder zusammengekommen, daß vom 1. Oktober d. J. ab in Dresden ein Katholisches Tageblatt für das Königreich Sachsen erscheinen wird.

Englische Bescheidenheit. Im deutschen Handelsarchiv vom Jahre 1900 findet sich auf Seite 696 ein Bericht von den Färoer, den im Norden Schottlands liegenden zu Dänemark gehörigen Inseln. In dem Berichte heißt es: Die dänische Regierung sandte schon im Februar ein Kanonenboot zum Schutze der Küsten (und der Fischerei) in die hiesigen Gewässer. Dieses Kanonenboot, welchem Thorshaven für das Jahr 1899 als Station angewiesen war, hat eine Menge Schleppnetz-Dampfschiffe hier eingebracht, welche wegen ungesetzlichen Fischens usw. bestraft wurden. Alle eingebrachten Schiffe führten die britische Flagge.

Zusatz überflüssig!

Zum Konsumvereinswesen. Der Verband der in den Arbeiter-Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands, der in Leipzig seinen Sitz hat, hielt in Berlin einen Verbandstag ab, auf dem das Ergebnis der Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter und Lagerhalterinnen bekannt gegeben wurden. 162 Fragebogen, auf denen 692 Lagerhalter und Lagerhalterinnen geantwortet haben, lieferten das Material für die Zusammenstellung. Die Arbeitszeit betrug darnach bis zu 93 Stunden in der Woche, in der Hauptsache 60 bis 70 Stunden. Volle Sonntagsruhe hatten 406 Personen. 57 Lagerhalter erhielten einen Monatsgehalt unter 80 Mark, 55 bis 90 Mark, 78 bis 100 Mark, 110 bis 120 Mark, 94 bis 130 Mark, 83 bis 140 Mark und 208 über 140 bis 250 Mark. Zumteil wurde noch eine Wohnungsentschädigung bezahlt.

Steuerzuschläge wird es in diesem Jahre im Kgr. Sachsen 20 bis 50 v. H. geben. Dazu soll ein dritter Steuertermin eingerichtet werden. In Leipzig müssen in diesem Jahre 140 v. H. des Normal-Steuersatzes gezahlt werden gegen 130 v. H. im Jahre 1901. Also überall höhere Steuern, höhere Lebensmittel, Kohlen — und Wohnungspreise! Und die Löhne?

Eine Handelskammer in der Reichshauptstadt ist auf Anordnung des preußischen Handelsministers eingerichtet, zu der in voriger Woche die Wahlen stattfanden. Insgesamt hat die Kammer 36 Mitglieder, die von drei Klassen gewählt werden. Die erste Klasse umfaßt 59 Firmen, die zweite Klasse 990 und die dritte ungefähr 14 000! Dieser letzten Klasse gehören alle handelsgerichtlich eingetragenen Firmen mit über 55 000 Mark gewerblichem Einkommen an!! Gewählt wurden 25 Juden (Direktoren oder Inhaber von Riesen-Unternehmungen) und 11 Deutsche; unter den 11 Nichtjuden ist ein Direktor der Deutschen Bank, ein Direktor der Darmstädter Bank, der Inhaber der Firma S. Bleichröder, der Generaldirektor der Patzenhofer Brauerei, der Direktor der Aktiengesellschaft Schäffer u. Walcker und die übrigen sind Großkaufleute. Die Hochfinanz und die Groß-Industrie ist also infolge des plutokratischen Wahlsystems vollständig unter sich.

Interessant bei den Wahlen war, daß sich in der dritten Klasse Israel in die Haare geriet und die Gewählten von der Minderheit als „reaktionär" bezeichnet wurden. Noch bemerkenswerter ist indes, daß die kleinern Firmen, die Gewerbesteuerzahler zweiter und dritter Klasse sich absolut gleichgültig verhielten, und daß weder die konservativen Bürgervereine noch die stets mit ihren großen Mitgliederzahlen prunkenden Vereine der Reformpartei und des Volksbundes auch nur den leisesten Versuch machten, selbständig in die Wahlbewegung einzugreifen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 27. März 1902. Nr. 710.

Alldeutsche und Antisemiten.

Aus den Kreisen unsrer Gesinnungsgenossen, die dem Alldeutschen Verbande angehören, und wahrlich nicht die am wenigsten eifrigen Mitglieder gewesen sind, mehren sich in letzter Zeit in bedenklicher Weise Zuschriften an uns, worin, zumteil in sehr bitterer Weise, über die Hauptleitung Klage geführt wird.

Wir haben bisher uns bemüht, beschwichtigend zu wirken, wissen aber nicht, ob das noch lange angehn wird.

Dem dringenden Wunsche, der Ortsgruppe Hamburg begreiflich zu machen, daß sie unpraktisch gehandelt hat, indem sie den „Mitteilungen aus der Judenschutztruppe" (Nr. 6) Veranlassung zu folgenden Ausführungen gab, können wir uns aber nicht entziehn. Der fragliche Artikel lautet:

> Alldeutsche und Antisemiten. Die wüste Hetzrede Liebermann von Sonnenbergs gegen England hat Anlaß zu prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen Alldeutschen und Antisemiten gegeben. Die Hamburger Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes richtet an das „Hamb. Fremdenblatt" folgende Zuschrift:
>
> Ihr Leitartikel vom 14. Januar d. J. — Nr. 11 — ist geeignet, über das Wesen des „Alldeutschen Verbandes" ein falsches Licht zu verbreiten. Um dies zu vermeiden, stellen wir fest:
>
> 1. Der Abgeordnete Herr Liebermann von Sonnenberg hat in der Chamberlain-Angelegenheit als Fraktions-Redner der Deutschsozialen Partei gesprochen.
>
> 2. Als Vertreter des „Alldeutschen Verbandes" redete in gewohnter sachlicher Weise der 1. Vorsitzende Herr Prof. Hasse.
>
> 3. Es ist eine Unkenntnis der Verhältnisse, die Alldeutschen mit den Antisemiten zu identifizieren. 37 Reichstagsabgeordnete, den verschiedenen nationalen Parteien angehörend, sind Mitglieder des „Alldeutschen Verbandes". Der Verband hat wiederholt erklärt: „Es gehört nicht zu den Aufgaben des ‚Alldeutschen Verbandes', zur Judenfrage Stellung zu nehmen. Die gegenteilige Ansicht ist irrig. Der ‚Alldeutsche Verband' ist vielmehr bemüht, völlige Neutralität zu üben, unbeschadet der persönlichen Ansicht jedes Einzelnen."
>
> Hierzu bemerkt das „Hamb. Fremdenblatt":
>
> „Wir gewähren dieser Erklärung um so bereitwilliger Aufnahme, als ihre Richtigkeit in der Hauptsache anerkannt werden muß. Im einzelnen Falle aber wird es schwer zu unterscheiden sein, ob die sich zum Alldeutschtum haltenden Antisemiten in ihrer antisemitischen oder in ihrer alldeutschen Eigenschaft sprechen, und bei der Rede des Herrn Liebermann von Sonnenberg gegen Chamberlain — darauf bezieht sich der von der Berichtigung betroffene Artikel — schien besonders der alldeutsche Charakter im Vordergrunde zu stehn. Es ist die antisemitische Bundesgenossenschaft, nicht unser übler Wille, was den Alldeutschen Verband in die Lage, den betreffenden Artikel berichtigen zu müssen, versetzt hat. Es giebt Sprichwörter, die, so unschön sie auch klingen, doch ‚Wahrwörter' sind und bleiben."

Dazu haben wir zu bemerken: Wir kennen den Artikel des „Hamburger Fremdenblattes", worauf sich die Berichtigung bezieht, nicht, gehn aber wohl nicht in der Annahme fehl, daß es eine Anrempelung des Abg. von Liebermann nach dem Rezept des Bülowschen Preßbüros gewesen sein wird, deren Variationen man Mitte Januar in allen freiwilligen oder subventionierten Regierungsblättchen finden konnte.

Was die Berichtigung der Ortsgruppe Hamburg anbetrifft, so bemerken wir zu 1 und 2: Entweder haben sowohl der Abg. von Liebermann als auch der Abg. Hasse als Vertreter des Alldeutschen Verbandes gesprochen oder keiner von beiden. Die Hamburger Ortsgruppe täuscht sich, wenn sie annimmt, daß der „pflaumenweiche Ungestüm", der sie auszeichnet, die Grundstimmung aller, oder auch nur der Mehrzahl der Mitglieder des Alldeutschen Verbandes bildet. Die Ortsgruppe hat augenscheinlich ganz vergessen, daß sie selbst den Abg. von Liebermann aufgefordert hat, für eine energische Zurückweisung der Chamberlainschen Verleumdungen unsers Heeres einzutreten. Da der genannte Abgeordnete weder in Hamburg gewählt ist, noch zu den politischen Parteigenossen der nationalliberalen Herren vom Vorstande der Ortsgruppe Hamburg gehört, so kann der nachfolgende, Mitte Dezember 1901 an ihn gelangte Brief doch nur an ihn in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes gerichtet gewesen sein. Der Brief lautet:

> Ew. Hochwohlgeboren
>
> unterbreitet die Ortsgruppe Hamburg die ergebenste Bitte, über die bekannten Chamberlainschen Verleumdungen unsers Heeres geneigtest im Reichstage eine Besprechung mit herbeiführen zu wollen. Die Ortsgruppe gesteht sich gern, daß die allerorts veranstalteten Abwehr-Kundgebungen bereits als eine Antwort der Deutschen an den englischen Minister gelten können, der man auch eine gewisse Wirkung auf die öffentliche Meinung Englands nicht wird absprechen können; sie glaubt aber trotzdem zu ihrer Bitte berechtigt zu sein: In einem Falle, der die weitesten Volkskreise erregt hat, wie seit langer Zeit kein zweiter, aber bedauerlicherweise ohne unsre Reichsregierung zu einer klaren und würdigen Zurückweisung englischer Verleumdungen zu veranlassen, hat der Reichstag nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, für das gesamte Deutsche Volk das Wort der Abwehr zu führen. Solche Abwehr erscheint um so unerläßlicher, als, wie bekannt, die zahlreichen Entschließungen von Volksversammlungen und Vereinigungen dem englischen Kolonialminister nur Anlaß gewesen sind, seinen anfänglichen Beleidigungen unsers Nationalgefühls noch weitere hinzuzufügen.
>
> Zu vorzüglichster Hochachtung
>
> Winter
>
> 2. Vorsitzender.

Der Herr Abgeordnete Hasse hat es in seiner nationalliberalen Partei noch nicht so weit gebracht, daß man ihn in nationalen Dingen als Fraktionsredner in erster Linie sprechen läßt; daher konnte der Abgeordnete von Liebermann, ohne eine nationale Pflicht zu versäumen, gar nicht anders handeln als, da er das Wort vor Hasse erhielt, nun auch deutlich zum Ausdrucke zu bringen, was das Deutsche Volk über Chamberlain denkt. — Daß es im „Alldeutschen Verbande" eine, leider nicht wenig zahlreiche Anzahl von Leuten giebt die ihre „Meinung" lediglich aus ihren Zeitungen beziehn, kann schon im Hinblicke auf die Hamburger Kundgebung nicht bestritten werden. Aber, Gott sei Dank, sind im Verbande auch noch Leute vorhanden, die sich den Luxus einer eignen Ueberzeugung gestatten dürfen und auch den Mut der Verantwortung für die Vertretung jener Ueberzeugung besitzen.

Was Punkt 3 der Hamburger Berichtigung anbelangt, so ist es, gelinde ausgedrückt, sehr unklug gewesen, auch den verwundbarsten Punkt des Alldeutschen Verbandes, nämlich auf seine schwächliche opportunistische Stellung zur Judenfrage öffentlich hinzuweisen. Diese Stellungnahme widerspricht direkt den Satzungen des Verbandes, deren § 1 z. B. folgendermaßen lautet:

> „Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutschnationalen Gesinnung auf der ganzen Erde, Erhaltung deutscher Art und Sitte in Europa und über See und Zusammenfassung des gesamten Deutschtums."

Und ebenso steht jene Haltung den Absätzen 1 und 2 des § 2 der Satzungen des A. V. entgegen, die folgenden Wortlaut haben:

„Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimat und Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegengesetzten Richtungen . . . Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums."

Wer deutsche Art und Sitte in Europa erhalten will, der muß das Judentum bekämpfen, das diese Art vernichten will und diese Sitte untergräbt; wer **alle** der nationalen Entwicklungen entgegengesetzten Richtungen bekämpfen will, der muß in erster Linie das Judentum bekämpfen, das am meisten unsrer nationalen Entwicklung Abbruch thut, und wer Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums lösen will, der kann garnicht anders, als den verderblichen jüdischen Einflüssen auf Bildung, Erziehung und Schule entgegentreten.

Wir Antisemiten im Alldeutschen Verbande haben uns bisher stillschweigend bemüht, solchen schwächlichen Opportunismus durch unsre Thätigkeit auszugleichen und gar keine oder nur sehr milde Kritik daran zu üben. — Wenn aber der nationalliberale Vorstand der Ortsgruppe Hamburg es unternimmt, uns von oben herab als eine Art Verbands-Mitglieder zweiter Klasse zu behandeln, so fordert er damit eine Abwehr heraus, die sich gegebnen Falles noch viel schärfer gestalten wird als die obigen Zeilen.

Was wohl Herr Ballin und seine hohen Freunde dazu gesagt haben, daß die „Grenzboten" in Nr. 30 von 1901 so frei waren, zu schreiben: „Man redet so viel von jesuitischer Moral in der Vorstellung, daß diese verderbliche Moral von dem Jesuiten-Orden erdacht und ausgebildet, gleichsam erfunden sei. Das ist ein großer Irrtum. Ja, die Jesuiten wissen wohl großenteils selbst nicht, wo ihre Moral herstammt. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß sie jüdischer Abstammung und nichts anders ist, als uralte jüdische Moral, nur in anderm Gewande. Hätten wir eine authentische und vollständige Uebersetzung des Talmud, so würde sich sicherlich finden, daß die darin niedergelegte Moral zum großen Teil fast identisch ist mit der jesuitischen. Ranke sagt in seiner Geschichte der Päpste, daß es in der ersten spanischen Kongregation des Jesuiten-Ordens viele Neubekehrte, Judenchristen, gegeben habe. Die ersten drei Generale seien Spanier gewesen. Nach dem Tode des dritten, Borgia, habe Polanco die größte Aussicht gehabt, sein Nachfolger zu werden, sei es aber nicht geworden. Dieser sei ein Judenchrist gewesen, und man habe es nicht gewünscht, die höchste Gewalt in solche Hände gelangen zu lassen. Es sind auch bis in die neueste Zeit Juden Mitglieder des Ordens gewesen. Etwa 1865 war in unsern polnischen Landesteilen eine Jesuitenmission. Ein Mitglied war unverkennbar ein Jude. Zumteil auch in diesem Umstande findet das Gesagte seine Erklärung. Diese Moral nun ist es, die überall in der Praxis und Politik des ultramontanen Klerus und in der Denkungs- und Handlungsweise der von ihm beherrschten Kreise einen so verderblichen Einfluß übt, ganz besonders aber in Deutschland. Denn diese Moral, von der unsre Vorfahren nichts wußten, ist gleichsam ein fremdes Gift, mit dem die dem Geiste unsers Volkes innewohnende Wahrhaftigkeit fort und fort verdorben und ertötet wird, und gegen die sich die bessere und edlere Natur des deutschen Geistes von jeher empört hat." —

Wir quittieren verbindlichst dankend für diese Anerkennung unsers Kampfes gegen das „fremde Gift" und wünschen und hoffen, daß diese Worte auch gelesen werden von allen den hoch und minder hoch Gestellten in Deutschland, die meinen, man habe zwischen Juden und Nichtjuden keinen Unterschied zu machen, wenn man auf den Höhen der Menschheit wandeln wolle.

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. In Breslau-West fand am 20. März eine Ersatzwahl zum Reichstage statt. Gewählt wurde „Genosse" Bernstein mit 14 689 von 25 848 abgegebnen Stimmen. Der Kandidat der Freisinnigen, Rechtsanwalt Heilberg, erhielt 6408 Stimmen; der von den Konservativen und dem Zentrum gemeinsam aufgestellte Justizrat Bellerode vereinigte auf sich 4425 Stimmen. Für Hans von Mosch (Antisemit, Deutscher Volksbund) wurden 322 Stimmen abgegeben. 4 Stimmen waren zersplittert. — Der Sieg des Sozialdemokraten stand von vornherein fest. Aber bemerkenswert ist, daß die Sozialdemokratie gegen 1898 nicht nur keinen Zuwachs erhalten hat, sondern hinter der damals erreichten Stimmenzahl sogar um 131 zurückgeblieben ist. Und dabei ist die Zahl der Wahlberechtigten inzwischen um 2161 gestiegen. Der „Deutsche Volksbund" hat mit seinen 322 Stimmen einen recht bescheidnen Erfolg davongetragen. 1898 wurden für Liebermann von Sonnenberg 509 Stimmen abgegeben, ohne daß Versammlungen abgehalten wurden, was diesmal der Fall war.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Braunschweig. Herr F. Kemper hielt am 16. d. M. zu Söllingen Vortrag über die Ziele der Deutschsozialen Partei, der gut besucht war und von den Zuhörern gut aufgenommen wurde. —

Am 23. fand mit demselben Redner eine Versammlung statt in Cremlingen. —

Abg. von Liebermann spricht am 1. April in Blankenburg (Harz), am 2. in Hasselfelde, am 3. in Braunlage und am 4. in Walkenried.

Verband Westmark. Die Werbereise des Abgeordneten von Liebermann hat bisher einen außerordentlich erfreulichen Verlauf für unsre Sache genommen. — Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht und die Zusammensetzung der Zuhörer nach Beruf und Stand genau so wie wir uns den allmählichen Wiederaufbau unsrer Partei im Westen Deutschlands denken. In jeder Versammlung meldeten sich neue Mitglieder zur Aufnahme in den Verband, darunter jedesmal auch alte Parteigenossen aus frühern Jahren, die durch den leidigen Ahlwardt-Rummel und andre unliebsame Parteivorgänge abgesprengt waren.

Zuerst sprach Abg. v. Liebermann in der Königshalle zu Dortmund und zwar am 19. d. M. Der schöne große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Das Thema lautete: Polen-Juden-Burenfrage, und die Behandlung derselben durch den Redner fesselte die Versammlung zwei Stunden lang in gespannter Aufmerksamkeit. Ein sehr ungeschickter Judenfreund blamierte sich mit großem Erfolge durch Zwischenrufe. An der freien Aussprache beteiligte sich ein junger Jude Namens Salo Benjamin und ein Sozialdemokrat. Der erstere ermöglichte es durch den Inhalt und Form seiner Anfragen Herrn von Liebermann ihn als Beweisstück für seine Schilderungen jüdischer Charakter-Eigenschaft vorzuführen. Der Sozialdemokrat sprach ruhig, aber nicht grade gewandt und war leicht zu widerlegen. Er gestand zu, daß seine Partei sich nicht daran kehre, ob das Kapital nützlich angewandt werde, sondern einfach jedes Kapital bekämpfe. — Die beiden nationalliberalen Blätter Dortmunds, die „Dortm. Ztg." und der „Generalanz.", erwähnten die Versammlung mit keiner Silbe. Wahrscheinlich befürchteten die millionenschweren Besitzer das Wegfallen irgendeiner jüdischen Anzeige. Hat doch die „Dortm. Ztg." wegen eines Scheeren-Artikels über Dreyfus schon einmal die Macht Judas erfahren müssen!

Am 20. fand die Versammlung in Essen (Ruhr) im Gasthause Malepartus statt. Das Thema lautete: „Wer sind die wahren Brotwucherer und wer ruiniert den Mittelstand?" Der Redner hatte einen besonders guten Tag und fand schließlich nur bei einem etwas konfusen Arbeiter Widerspruch, der sich aber nicht auf die Judenfrage bezog.

In Bochum behandelte Herr von Liebermann am 21. wieder die Polen-, Juden- und Burenfrage. Zahlreiche Polen waren im Saale mit anwesend, die bei dem Liede „Deutschland über Alles" in auffälliger Form den Saal verließen. Der Redaktör des „Wiarus polski" hatte beabsichtigt das Wort zu

ergreifen, kam aber mit seiner Meldung erst nach Schluß der Versammlung. Darob Unmut bei den edlen Polen, der sich aber in nicht unanständiger Form äußerte. —

Vortrefflich verlief die Versammlung am 22. in Gelsenkirchen. Sie gestaltete sich eigentlich zu einer Gedächtnisfeier für weiland Kaiser Wilhelm des Ersten, an dessem Geburtstag sie stattfand. Die Mitglieder der Ortsgruppe mit zahlreichen Freunden fanden sich dann noch zu einer stimmungsvollen Nachsitzung in den gastlichen Räumen der „Bismarckhalle" zusammen.

Am 23., einem Sonntag, tagte, von der Ortsgruppe Elberfeld einberufen, eine Versammlung in Remscheid die aus Stadt und Umgegend zahlreich besucht war. Selbst von Elberfeld und Solingen waren Zuhörer erschienen. Den Vorsitz führte Herr Obermeister Kunze (Elberfeld). Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Eine neue Ortsgruppe der Westmark wurde begründet.

Zu Düsseldorf, wo die frühere Organisation unsrer Partei völlig eingeschlafen war, ist seit Jahresfrist eine rührige Ortsgruppe der Westmark thätig. Sie hatte eine Versammlung zum 24. in den Kaisersaal einberufen. Trotzdem nur durch Karten und kleine Zeitungs-Anzeigen eingeladen worden war, füllte sich der Saal bis auf den letzten Platz. Der Abgeordnete v. Liebermann sprach hier über das Thema „Was will die Deutschsoziale Partei?" Angeregt durch sachliche Zwischenrufe aus der Versammlung, ging er ziemlich ausführlich auf die Brotwucher-Frage ein, und nach der Haltung eines Zuhörers, der viele Notizen machte, war hierüber eine Aussprache zu erwarten. In der That meldeten sich auch nach dem Vortrage zwei Herren zum Worte, deren einer sich als der bekannte nationalsoziale Pfarrer Kötschke auswies. Aber man hatte die Rechnung ohne die strenge Handhabung der Polizeistunde in Düsseldorf gemacht. Auf Gebot des überwachenden Polizeibeamten mußte der Vorsitzende, Herr Stadtrat Schäfer (Gerresheim), die Versammlung schließen. — Herr Kötschke erregte sich etwas zu lebhaft über diese Tyrannei und riet, die Versammlung trotzdem fortzusetzen, worauf der Vorsitzende verständigerweise natürlich nicht einging. Es wird aber eine Beschwerde beabsichtigt, um festzustellen, daß die Handhabung der Versammlungspolizei, nach verschiednen Grundsätzen in Preußen stattfindet.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden rsten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am Donnerstag, den 27. in den „Drei Linden"; am 4. April in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Danksagung. Zu der Feier ihres 25jährigen Bestehens sind der Berliner Stadtmission und dem Unterzeichneten persönlich von nah und fern, von Vereinen und Einzelnen so viel Grüße und Gaben der Liebe zugegangen — darunter allein 30 000 Mark zur Abzahlung der Schulden unsrer Stadtmissionskirche —, daß wir alle, die wir der Stadtmission angehören, von der innigsten Dankbarkeit bewegt sind. Die Zahl derer, die uns begrüßt haben, ist viel zu groß, als daß wir jedem gebührend erwidern könnten. So sei denn auch an dieser Stelle allen Freunden und Freundinnen herzlicher Dank und ein Vergelt's Gott! ausgesprochen.

D. Adolf Stöcker.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Steckbrief. Gegen den Kellner Siegfried Markus aus Breslau, z. Z. unbekannten Aufenthalts, geboren am 27. November 1873, jüdisch, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Zuhälterei verhängt. Der Erste Staatsanwalt zu Breslau ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gerichtsgefängnis.

Jüdische Ehen. Im Jahre 1894 verließ der Handelsagent Jakob Salzmann zu Bukarest nach mehrjähriger Ehe heimlich seine zweite Frau und deren Kinder. Er ging nach Wien und verheiratete sich dort zwei Jahre später wieder auf Grund des Totenscheines seiner ersten Frau. Die sitzengebliebne Frau ermittelte seinen Aufenthalt und so kam der schlaue Hebräer hinter Schloß und Riegel Nebenbei hat er noch zwei Jahre Zuchthaus in Rumänien zu verbüßen, weil er 14 000 Kronen fremde Gelder mitgehn hieß. —

Die verehelichte Geschäftsführer Olga Wimmer geb. Ebstein zu Breslau klagt gegen ihren Ehemann, frühern Geschäftsführer Josef Wimmer, früher in Breslau, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten und böslicher Verlassung mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu scheiden und den Beklagten für den schuldigen Teil zu erklären. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die zweite Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Breslau auf den 18. Juni 1902.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Gegen die Konkurs-Ordnung verstieß der Kaufmann Michaelis Labus, der zu Berlin mit Kartoffeln handelte und nebenbei . . . Bankier war! Er machte hauptsächlich in Differenz-Geschäften und hatte auf diese Weise in drei Jahren einen Umsatz von achtzehn Millionen Mark. Schließlich kam der Krach und seine Gläubiger erhielten durch das Eingreifen der Verwandten 50 v. H. Da die Bücher in allergrößter Unordnung waren, erhält der Kartoffel-Bankier einen Monat Gefängnis.

Konkurs des Schuhwarenhändlers A. Stein zu Berlin. Den vorrechtlosen Forderungen von 52 650 Mark stehen 3,86 v. H. „Dividende" in Aussicht.

Konkurs des Schuhwarenhändlers Hermannn Epstein zu Berlin. Der Verwalter schätzt die „Dividende" für die 30 200 Mark Schulden auf 5 v. H.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Offner Brief an Herrn D. Dibelius, Oberkonsistorialrat zu Dresden. Von Max Bewer. Dresden 1902. Preis 50 Pf.

Ein Brief in der Judenfrage! Namentlich allen Geistlichen zur Lektüre zu empfehlen. Wir kommen auf den Inhalt noch zurück.

Der **Arbeitsnachweis im Handelsgewerbe.** Ein Handbuch zum Gebrauch beim Stellenwechsel. Verlag der Berufsgenossenschaft „Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband", Hamburg 1902. Preis 50 Pfg.

Diese Schrift wird dem stellenlosen Kaufmann ein wohlmeinender Berater sein, da sie alles das bringt, was er in ähnlichen Abhandlungen vergeblich gesucht haben wird. An eine gewissenhafte Prüfung der kaufmännlichen Stellenvermittlungen aller Arten reihen sich Seite an Seite nützliche Winke und Ratschläge, die auf Grund langjähriger Erfahrungen von sachverständiger Seite zusammengestellt worden sind. Aus dem vielseitigen Inhalt heben wir die nachfolgenden Abschnitte besonders hervor: Die Arbeitsnachweise der kaufmännischen Vereine. — Die gewerbsmäßigen Stellenvermittler. — Die Stellervermittlung der Lokalvereine. — Stellungen im Auslande. — Benutzung von Zeitungen. — Ueber die Bewerbungsschreiben.

Alles in allem: Die Schrift ist geeignet, dem stellenlosen Kaufmann ein zuverlässiger Führer zu sein.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Der christliche Hilfs-Verein für Arbeitslose

und deren Familien, Berlin O. 34, Tilsiterstraße 14/15, bittet um gütige Zuwendung von zurückgestelltem Hausrat, getragner Kleidung, Wäsche und sonstigen Gaben.



Versuch über die

Ungleichheit der Menschenrassen.

Vom

Grafen Gobineau.

Verfasser von „Die Renaissance", „Asiatische Novellen".
Deutsche Ausgabe von Professor Dr. Ludwig Schemann.

Zweite durchgesehene Auflage.

1. Bd., 20½ Bog., broich 3,50 Mark, geb. 4,50 Mark. (Vollständig in 4 Bdn. broich 17 Mark, geb. 21 Mark)
1. Liefg. 3 Bog., broich. 50 Pf. (Vollständig in 34 Liefgn à 50 Pfg.)

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage von Band 1 hat sich die Rassenfrage allenthalben, nicht zum mindesten unter den Deutschen im Reich und in Oesterreich verschärft. Gobineau hebt, wie bekannt, die Germanen als die eigentliche Edelrasse unter den Ariern heraus.

Ueber die erste Auflage liegen z. T. gradezu enthusiastische Aussprüche der Kritik vor. Fast die ganze Presse hat sich eingehend mit dem Buche beschäftigt; manche große Tageszeitungen und Revuen brachten über das Werk sogar eine Reihe ausführlicher Artikel.

Daß ein wissenschaftliches Werk von nahezu 100 Bogen in gediegner Ausstattung nur 17 Mark kostet, dürfte selten vorkommen.

Zu beziehn durch die

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52.





Juden-Postkarten,

Verschiedne Muster.
10 Stück gemischt 0,50 Mk., 25 Stück gemischt 1,10 Mk.,
50 „ „ 1,90 „ 100 „ „ 3,50 „

Völkische Postkarten in hochfeiner Ausführung.
— Neue Muster! — 10 Stück gemischt 60 Pf.
Gegen Voreinsendung des Betrages od. unter Nachnahme

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Verlangen Sie durch 5 Pfg.-Karte unser **Verlags-Verzeichnis** für antisemitische Schriften kostenlos und postfrei.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Düren

webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**

Stoffproben sendet direkt und frei das **Tuchhaus Borpfeld i. Düren 1 (Rhld.)**

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.



Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Postkarten
mit den Bildnissen der acht Abgeordn. der Deutschsozialen Partei
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW. 52, Paulstr. 15.

Leipzig, Kurprinzstr. 4

H. Heinze, Hutfabrik

gegr. 1857. Spezialität **2.80 Hüte** in modernsten Formen vorzügl. Qualität, Klapp-, Seiden- u. Haarfilzhüte zu billigsten Preisen.

Anzeigen-Sammler

für Berlin, sowie für jede größere Stadt gesucht. Hohe Vergütung guter Nebenverdienst. Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Futterstoffe

und

Bedarfsartikel

für

Herrenschneiderei

liefert Manufakturisten und Schneidermeistern z. billigsten Tagespreisen

Chr. Esdorn,
Braunschweig.

Muster gratis u. frei.

Der Blutmord in Konitz.
Mit vielen Bildern und einem Vorwort des Abg. Liebermann von Sonnenberg.
12. Auflage. — Preis 60 Pfg.

Das Blutgeheimnis.
Politischer Bilderbogen Nr. 13.
—— Preis 30 Pfg. ——

Zur Blutopfer-Frage
oder
Was hat Herr Strack bewiesen?
—— Preis 1 Mark. ——

Deutschnationale Buchhandlung u. Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 5.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 3. April 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 711.

Monats-Spruch.

Die Waffen hoch! Das Schwert ist Mannes Eigen,
Wenn Männer fechten, hat das Weib zu schweigen.
Doch freilich, Männer giebts in unsern Tagen,
Die sollten lieber Unterröcke tragen.

Felix Dahn.

Inlands- und Auslandspreise der deutschen Industrie-Produkte.

Während die Sozialdemokraten ebenso wie die Freisinnigen bisher eigentlich nur gegen die Agrarzölle gewütet haben, wendet sich der „Vorwärts" in seiner Nr. 69 endlich auch einmal gegen die Industriezölle und zwar besonders gegen die unter ihrem Schutze aufgeblühten großen Eisen- und Kohlensyndikate.

Es wird ein reiches Zahlenmaterial beigebracht, in welcher Weise der inländische Verbraucher zur Kostendeckung für die überall bestehenden Vorzugspreise an die ausländischen Abnehmer und für die „Riesenprofite" der in Kartelle vereinigten Industrie herangezogen wird.

Für die Zuverlässigkeit dieses Zahlenmaterials bürgt es, daß dasselbe einer Schrift Theodor Vogelsteins entnommen wurde, der ein Schüler des berühmten Industriestaat-Professors Lujo Brentano ist. Von dieser Seite wird man der Industrie doch sicher kein Unrecht anthun.

Eines der wichtigsten Lebensbedürfnisse für den Kulturmenschen und zwar grade auch für den Ackerbau treibenden ist das Eisen. Die Tonne Gießerei-Roheisen aber kostete, Dank der durch Schutzzölle und Handelsverträge begünstigten Kartellthätigkeit in dieser Branche, bei uns in den letzten Jahren 98 Mark, das sind 47,50 Mark mehr als in England, wo der Preis sich gleichzeitig nur auf 50,50 Mark stellte.

Zu diesem relativ sehr hohen Preisstande des Roheisens kommt dann als weiterer, den Inlandsverbrauch belastender und die Ausfuhr erschwerender Umstand die Thatsache, daß Kohlen- und Koksyndikate den ausländischen Abnehmer ihr Brennmaterial — zumteil noch seitens des Staats begünstigt durch billige Ausfuhrtarife und abgabenfreie Wasserstraßen — wesentlich billiger liefern als den inländischen.

Als besonders krasses Beispiel für diese Gepflogenheit führt der „Vorwärts" die vom Amtsgericht Gottesberg festgestellte Thatsache an, daß das westfälische Koksyndikat der österreichischen Alpinen Montangesellschaft, der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft usw. Hochofenkoks zu 8,10 Mark für die Tonne bis Ende d. J. verkauft hat, während deutsche Werke gleichzeitig 17 Mark — also über das Doppelte — bezahlen mußten. Preisermäßigungen von 25 v. H. an ausländische Hochofenwerke aber wären nach den vom Organ der Eisenindustriellen „Stahl und Eisen" erhobnen Klagen an der Tagesordnung.

Mit infolge dieser Sachlage und beseelt von Produktions-Uebereifer liefern auch die verschiednen Eisen-Industriezweige ihre Waren nach dem Auslande fortgesetzt wesentlich billiger als den Inlandsverbrauchern.

Gestützt auf den vorhergenannten Brentano-Schüler giebt der „Vorwärts" auch hierfür zahlenmäßige Angaben. Im März und April v. J. machten die im Trägerkartell vereinigten Deutschen Walzwerke Auslands-Abschlüsse zu 92,50, zu 89 Mark und noch niedriger, während der Inlandspreis erst 120, später 110 Mark für die Tonne betrug. Das Dillinger Grobblech-Syndikat verkaufte Bleche im Bezirke der Saarbrückener Handelskammer um 5 bis 10 Mark für die Tonne teurer, als die gleiche Ware der gleichen Fabrik frei Basel zu haben war. Ende vorigen Jahres wurden diese Waren im Auslande angeblich sogar schon um mindestens 30 Mark billiger verkauft. Noch größer war der Unterschied bei den Produkten des sogenannten Halbzeugverbandes, die dem Auslande für 105, dem Inlande für 150 Mark geliefert wurden.

Auf die weitern, ebenfalls durch Zahlen-Angaben begründeten Anklagen gegen die Syndikate, daß sie unter rücksichtsloser Vergewaltigung der inländischen Abnehmer jede Gelegenheit zu Preistreibereien von 50 und mehr v. H. im Laufe desselben Jahres benutzt, allgemeine Unsicherheit in das Geschäft getragen und den Kauf „..." Spekulation auch in diesen Warenhandel eingeführt hätten, können wir hier nicht näher eingehn. Uns genügt die wieder einmal einwandfrei festgestellte Thatsache, in wie hohem Maße die inländischen Verbraucher durch die geschützte und kartellierte Großindustrie — und zwar nicht nur in den beispielsweise angeführten, sondern ebenso in den übrigen Zweigen — zu gunsten des Ausfuhrhandels und hoher Geschäftsgewinne ausgebeutet werden.

Der „Vorwärts" sagt nicht mit Unrecht: „Nicht bloß der direkte Konsument von Kohle und Eisen, ganz zu schweigen von den andern kartellierten Industrien, ist ein Opfer der Preispolitik der Kartelle, jeder Bewohner unsers Landes ist es, denn durch Steuer und Eisenbahntarife tragen wir alle mit an dem verteuerten Eisen- und Kohlenkonsum der Eisenbahnen, des Heeres und der Marine. In den Großstädten, wo das Eisen immer mehr zu Bauzwecken verwendet wird, bilden die gesteigerten Eisen- und Kohlenpreise eine der Ursachen zur Verteurung der Mietspreise usw."

Durch die von unsrer geschützten und kartellierten Groß-Industrie hochgehaltnen Inlandspreise werden aber ganz besonders die Landwirte in Mitleidenschaft gezogen. Sie bezahlen ihren Tribut bei jedem Nagel, bei jedem Ackergerät, jeder Maschine, aber auch bei jedem Kleidungsstück usw., das sie sich anschaffen müssen. Sie hätten weit mehr noch als die vom „Vorwärts" vertretne Industriearbeiter-Bevölkerung Ursache gegen die durch Zollschutz usw. und auch durch die Handelsverträge begünstigte Preispolitik, die auf Preistreiberei im Inlande hinausläuft, Front zu machen, denn die Arbeiter haben trotz der Ableugnungsversuche des sozialdemokratischen Organs ihre Entschädigung in Gestalt steigender Löhne erhalten, der Lohn des selbständigen Ackerbauers aber ist bei uns seit Jahren infolge des Preisfalles seiner Produkte fortgesetzt zurückgegangen.

Bisher haben die Landwirte trotzdem noch nicht in den „Vorwärts"-Ruf: Fort mit den Industriezöllen! eingestimmt, weil sie der deutschen Arbeit in der Industrie ihren Lohn



gönnten, der ihr nur durch jene Schutzzölle gewährleistet werden konnte.

Wenn aber jene Groß-Industriellen ebenso wie die Sozialdemokraten anfangen wollen von „nimmersatten Agrariern“ zu sprechen, sowie auch nur eine solche Erhöhung des Schutzes für unsre Agrarproduktion gefordert wird, die noch bei weitem nicht ausreichen würde, um den Erwerbsgewinn in der Landwirtschaft auf die Hälfte des in der Groß-Industrie erzielten zu steigern, dann wird die große Geduld der deutschen Bauern doch einmal zu Ende gehn müssen.

Sie müssen sich zum mindesten entschieden weigern, sich durch Zustimmung zur Erhöhung der Industriezölle vermehrte Opfer aufzuerlegen, nur um der Groß-Industrie mit ihren hohen Inlandspreisen trotz der Verschleuderung ihrer Waren nach dem Auslande hin — auch an die mit ihnen konkurrierende ausländische Landwirtschaft — doch noch weiter um das vielfache höhere Betriebsgewinne zu sichern, als sie in ihrem eignen Gewerbe erzielt werden können.

Brief aus Wien.

Die Auslassungen norddeutscher Blätter, namentlich mancher Wochen- und Monatsschriften, über Oesterreich zeigen im ganzen sehr wenig Verständnis für die wirkliche Sachlage und, was noch viel schlimmer ist, einen fast gänzlichen Mangel an Wohlwollen, wenn nicht gar unverhüllte Böswilligkeit gegen die habsburgische Monarchie überhaupt und für Wien und dessen Christlichsoziale Partei insbesondre.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ machen davon eine dem Herzen des Deutsch-Oesterreichers wohlthuende Ausnahme und haben namentlich auch für den aus besondern Verhältnissen entspringenden eigentümlichen Charakter der christlichsozialen Bewegung in Wien, von der wir hier vorzugsweise sprechen wollen, Verständnis gezeigt.

Während man dieser Bewegung in Süddeutschland, namentlich in Bayern, ausgesprochnes Wohlwollen entgegenbringt, wird in einem Teil der norddeutschen Presse förmlich gegen sie gehetzt und nicht überall sind es Juden, die den Einbläser machen. Ist es denn aber gar so schwer, einzusehn, daß diese tiefe und umfassende Bewegung nur den natürlichsten Wurzeln, den positivsten Anschauungen und den aller Menschheit gemeinsamen Triebfedern entspringt — dem Trieb der Selbsterhaltung —, und zwar auf den allen Deutschen gemeinsamen Fundamenten, der christlich-germanischen Kultur, in Abwehr der von der jüdischen Umklammerung und Durchsetzung drohenden tötlichen Gefahr, wie der auf Entdeutschung der ganzen Ostmark gerichteten Bestrebungen der Slawen und Madjaren, welch letztere freilich von der Spree her offen, ja ostentativ unterstützt werden.

Die Bewegung ist eine wirtschaftliche, zu gunsten des Deutschtums und des Christentums, im Rahmen der abendländischen Kulturgemeinschaft. Was macht man aber in Norddeutschland daraus? Ein Werkzeug finstrer Reaktion in den Händen der Römlinge, und eine Waffe gegen das neue Deutsche Reich in den Händen der Preußenhasser. In Wien lacht darüber jeder Schulknabe. Wenn denn aber schon im Norden durchaus — politisch und konfessionell — gehetzt werden müßte, weil es den Bierbankpolitikern zu erbaulicher Unterhaltung und zur unentbehrlichen Nervenerregung gereicht und einer gewissen Presse die Beschaffung der Subsistenzmittel erleichtert, und wenn selbst ein gewisser Grad von Unsicherheit in den Allianzverhältnissen, die ja auch von einigen Parteien in Oesterreich nicht selten an den Tag gekehrt wird, es den Regierenden ratsam erscheinen ließe, jener Hetzerei nicht entgegenzutreten, oder sie nicht einschlafen zu lassen, weil dieselbe im gegebnen Falle der Maxime von den zwei Eisen im Feuer zugute käme, — könnte man sich denn nicht selbst in diesem schlimmen Falle in ganz Deutschland und selbst in den borussischsten Kreisen darüber herzlich freuen, daß es in der deutschen Stadt Wien der christlichsozialen Partei gelungen ist, in der kurzen Spanne Zeit eines Lustrums, seitdem sie die Verwaltung aus den Händen der Judenliberalen, d. h. der Juden selbst, übernommen hat, diese Verwaltung in eine wahrhaft mustergiltige zu verwandeln? Und zwar ist dies geleistet worden unter gleichzeitiger Durchführung so großer kommunaler Aufgaben, wie die Uebernahme der Gasbeleuchtung in eigne Regie, durch die dem Gemeindesäckel alljährlich Millionen zugeführt werden, die früher in der Gestalt von Zinsen nach England gewandert sind, — ferner die Schaffung der Stadtbahn, zu der jetzt die Verstadtlichung aller Straßenbahnen in Form des elektrischen Betriebes getreten ist, während demnächst auch schon mit dem Bau einer zweiten großartigen Hochquellenleitung aus bedeutender Entfernung begonnen wird.

Jedes einzelne dieser Werke würde in gewöhnlichen Zeiten der Gemeinde und ihrer Oberleitung zur Auszeichnung gereichen und ihnen ein rühmliches Andenken sichern. Und das alles ist — namentlich in den ersten Jahren — unter dem beständigen Widerspruch und der thätlichen Behinderung von Seiten der Juden und Judengenossen von denen auch der Gemeinderat selbst noch nicht ganz gesäubert werden konnte, geleistet worden, — um von dem Drucke zu schweigen, den die teilnahmlose Gleichgiltigkeit der Menge, die Ungläubigkeit der Gebildeten und die bei jeder Gelegenheit hervorbrechende hämische Schadenfreude der Gegner auch auf den Beherztesten ausübt; denn jeder Kampf reibt den Einzelnen auf. Wie viel von diesen Leistungen aber auf Rechnung der persönlichen Tapferkeit, klugen Umsicht, unermüdlichen Ausdauer und unverdrossenen Selbstaufopferung des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger*) zu setzen ist, der sich zugleich auch im Reichsrate und im Landtage als durchaus unabhängiger und scharfblickender Politiker, wie als schlagfertiger und kaustisch witziger Redner erweist, davon können nur langjährige Beobachter und genaue Kenner der österreichischen und insbesondre der Wiener Verhältnisse eine zureichende Vorstellung haben.

Und dieser Mann erscheint in der norddeutschen Presse so vielfach entweder als bornierter Mucker und blindes Werkzeug in den Händen der Römlinge und Preußenhasser, oder als die Verkörperung verständnisloser Willkür und als der „Tyrann von Wien.“ Ja, Katholik ist er von Geburt und Erziehung, wie die ungeheure Mehrzahl seiner Mitbürger und Wähler und wie zwanzig Millionen Bewohner des Deutsches Reiches auch. Soll er vielleicht noch — grade er — „die innere Reform der katholischen Kirche an Haupt und Gliedern“ in die Hand oder wenigstens in den Mund nehmen? Oder muß er den Katholizismus so nehmen wie er ihn vorfindet? Und ein guter Oesterreicher — ein deutschfühlender Oesterreicher — ist er auch. Sollte er vielleicht mit denen Hand in Hand gehn, die zugestandnermaßen auf die Sprengung Oesterreichs von innen heraus losarbeiten, oder mit jenen deutschen „Brüdern“ liebäugeln, die sein Vaterland von außen her zertrümmern wollen? Daß er deutsch fühlt und nicht klerikal gesinnt ist, hat er selbst oft genug erklärt, und seine Thaten haben dem nicht widersprochen.

Aber wird in Norddeutschland nicht sogar schon die Jugend zum Hasse gegen Oesterreich angeleitet? Sollte man daraus schließen müssen, daß in den betreffenden Kreisen an eine baldige praktische Verwendung dieses Hasses gedacht wird? Und wäre das nicht diabolisch gedacht und gehandelt gegen den Bundesgenossen?

Das ist wenigstens die Auffassung des deutschösterreichischen Volkes, dem nichts ferner liegt, als im gegebnen Falle den Anschluß Oesterreichs an Rußland und Frankreich zu wünschen. Würde dieser Anschluß ja im Falle des Unterliegens die Vernichtung der Habsburgischen Monarchie, im Falle des Gelingens einen Kultursturz bedeuten, der das alte Oesterreich aus der abendländischen Geistesgemeinschaft ausschiede! Und wenn dieser Anschluß thatsächlich in kleinern Kreisen gewünscht würde, wäre dann jene Hetzerei wirklich das sicherste Mittel, ihn zu verhindern, oder vielmehr das Gegenteil? Macht sie doch sogar

*) Sprich Lu'eger. Einige sprechen Lu'éger.

auf viele den Eindruck eines provozierenden Uebermutes.. Und wann der Uebermut einzutreten pflegt, ist bekannt. Jedenfalls ist er das Gegenteil von Besonnenheit. Da drängt sich doch von selbst die Frage auf: Wo steckt das Karnickel?

Und begeht man dabei nicht auch das unsühnbare Verbrechen, die „Hoffnung der Nation" durch Seelenvergiftung um ihr Jugendglück zu bringen, indem man sie hassen lehrt? Und muß im vorliegenden Fall, — wo von der einen Seite der Haß, wie eine Tugend, zum Gemeingut der Nation gemacht werden soll, während er doch von der andern Seite höchstens nur von wenigen erwidert wird — muß sich dieser Haß, zu seiner eignen, auf absichtliche Selbsttäuschung gestützten Rechtfertigung nicht auf Lüge und Verstellung angewiesen fühlen? Die Politik hat sich zu allen Zeiten und an allen Orten der Lüge bedient, aber um sie in Umlauf zu setzen, haben sich auch immer und überall angejahrte Reptilien zur Genüge gefunden, und man wird es wohl kaum jemals nötig haben, sie unter Zwölf- und Vierzehnjährigen als Jungbrut auszusehen. Und ist es etwa deutsch, wenn man dem jungen Deutschland vormacht, daß Trient mit Südtirol notwendig an Italien abgetreten werden müsse, während man bezüglich Triests und Istriens noch Floskeln macht? Mag das jungdeutsch oder jüngstdeutsch sein — deutsch ist es nicht. Fürst Bismarck, der Oesterreich in seinem ganzen Umfang erhalten wollte, hat in seinen Memoiren mitgeteilt, daß er im Jahre 1866, während der Friedensverhandlungen von Nikolsburg, bereit war, sich aus dem dritten Stockwerk des dortigen Schlosses auf das Pflaster hinabzustürzen, weil der König auf eine Gebietsabtretung und eine bedeutende Kriegsentschädigung von Seiten Oesterreichs nicht verzichten wollte, und daß nur die Umstimmung des Vaters durch den Kronprinzen Friedrich ihn selbst vom Selbstmorde abgehalten habe. Wegen seiner Allianzen hat er sich entschuldigt, so gut es eben ging. Geheuchelt hat er auch dabei nicht. Heuchelei wird niemals aus der Menschheit verschwinden, aber sie kann epidemisch und endemisch werden und die Wohnstätte wechseln, auch von Süden nach Norden verziehn. Am Ende könnten die katholischen Jesuiten den protestantischen gegenüber noch so blank erscheinen wie frischgefallne Lämmlein. Immer auf die Jesuiten und die Ultramontanen losziehn und die evangelische Freiheit hervorkehren, als ob diese einen Freibrief für Haß und Heuchelei ausstellen könnte! Der Ultramontanismus intriguiert gegen Deutschland und Deutschtum schon seit vierhundert Jahren; — was hat er denn aber erreicht? Setzt euch höhere Zwecke, durch die auch der Feind umfaßt und gewonnen wird!

Aber kehren wir für heute zu den Christlichsozialen in Wien und zu ihren Verdiensten zurück.

Die Abneigung der Tschechen gegen alles Deutsche ist auch in Norddeutschland bekannt. Dieser Tage ließ sich die tschechisch fühlende und deutschgeschriebne Prager „Politik" vernehmen wie folgt:

„Man mag über den politischen Charakter der Christlichsozialen wie immer urteilen, die Mittel, mit denen sie zur Befestigung ihres Regimes arbeiten, verwerfen. Eines muß man den rastlosen Arbeitern der Wiener antisemitischen Partei lassen, daß sie es verstanden hat, die Gemeindeverwaltung auf eine solche Stufe zu bringen, daß die Staatsorgane — und was noch mehr ins Gewicht fällt, auch die nichtbornierten politischen Gegner der Christlichsozialen offen zugestehn, das gegenwärtige Gemeindeverwaltungssystem sei ein geradezu mustergiltiges. Das ist unbestreitbar das Verdienst des Dr. Lueger!"

Die Juden, in Bekämpfung des neuen Gemeinderates, werfen sich jetzt, wo ihre Anklagen gegen die Verwaltung keine Gläubigen mehr finden, auf die Schulfrage — sie, die selber noch an ihrer antidiluvianischen und dämonisch-menschenfeindlichen Geheimschulung festhalten und — abgesehn von der Dummheit der Nichtjuden — nur aus dem Uebermaß ihrer Frechheit und Verwegenheit die Befugnis schöpfen, sich überhaupt in christliche Erziehungs-Angelegenheiten einzumischen —, und die Sozialdemokraten, die auch unter den Volkslehrern zahlreich vertreten sind, stimmen ihnen bei.

Aber grade im Schulwesen hat der neue Gemeinderat hervorragendes geleistet, denn er hat bereits mehr als zwanzig neue Schulen errichtet — im Jahre 1899 allein deren neun mit einem Aufwand von mehr als zwei Millionen Kronen —, auch die Stellung der Unterlehrer verbessert und eine Ordnung des Pensionswesens für die Lehrerschaft ins Leben gerufen, die das Möglichste bietet. Wahrhaft großartiges aber hat er in der Fürsorge für die Beteiligung armer Kinder mit Lernmitteln geleistet, worin sämtliche Städte Europas und Nordamerikas übertroffen sind, denn in Wien beziffern sich die betr. jährlichen Ausgaben auf je hundert Einwohner mit 17 Kronen, in Berlin nur mit 3,5, München 4, Köln 7,3, Frankfurt 1,2, Christiana 5,6, Mailand 6,9 Kronen. Nur Hamburg bildet eine scheinbare Ausnahme, das dem System der allgemeinen Beteiligung huldigt und nur von den bemittelten Kindern einen Beitrag erhebt.

Der Forderung der Sozialdemokraten, daß die armen Schulkinder von der Stadt auch gespeist werden sollen, kann unmöglich entsprochen werden, wie es ja überhaupt Taktik der Juden und ihrer Genossen ist, die Erreichung des Guten und Bessern durch das laute Geschrei nach dem Unmöglichen zu hintertreiben.

Hauptsache ist und bleibt aber die eigentliche Verwaltung der Gemeinde und ihre Befreiung aus den Fesseln der jüdischen Hochfinanz. Und sollte man für dies Verdienst der Christlichsozialen Wiens grade in Deutschland kein Verständnis gewinnen können, während doch der Boden des Reiches, mit Einschluß sonstiger Pfand-Objekte des Realkredits, wie neuerlichst berichtet wird, bereits mit einer hypothekarischen Verschuldung von achtzig Millionen, d. i. mit zwei Dritteln des gesamten Nationalvermögens, belastet ist? Wahrlich von seiten der Belastenden eine großartige Leistung, die — auf den Wegen des Realkredits und des römischen Bodenpfandrechtes — in der Hauptsache durch die Finanztechnik Judas erwirkt worden ist! Lese man darüber Ottomar Betas klassisches Werk „Deutschlands Verjüngung" nach! Nun, Wien ist durch seine Christlichsozialen bereits auf den Weg der Verjüngung geführt worden. Möge die Partei nicht ermüden, noch in Selbstgenügen versinken, und ihr Sieg vorbildlich werden für die Verjüngung des ganzen Oesterreich! Gehe man nur auch in Deutschland mit vollem Ernst an die Befreiungsarbeit — Betas Buch gibt die Anleitung —, dann wird man dort auch für die Wertschätzung der bisherigen Leistungen der Wiener den richtigen Maßstab gewinnen. Dr. Ad. Wd.

Zur Handlungsgehilfen-Bewegung.

In den Ostertagen versammelten sich in Magdeburg die deutschen Handlungsgehilfen, um — wie alljährlich seit sieben Jahren — über die Lage ihres Standes zu beraten.

Am Ostersonntage waren im „Fürstenhofe" über tausend Personen erschienen zum 7. Deutschen Handlungsgehilfen-Tage, die 608 deutsche Orte vertraten. Von außerdeutschen Städten hatten u. a. London und St. Gallen Abordnungen entsandt. Als Ehrengäste waren anwesend: Der Magistrat Magdeburgs, vertreten durch zwei Stadträte, und der Vorsitzende des Bodenreformer-Bundes. Der ebenfalls eingeladne Oberpräsident, der Regierungspräsident und Freiherr von Berlepsch entschuldigten sich brieflich. Von den politischen Parteien hatte man eingeladen: Die konservative Partei, die freisinnige Partei, die Reformpartei, die Deutschsoziale Partei und die nationalliberale Partei. Vertreten war nur die Deutschsoziale Partei durch den Abgeordneten Raab, die nationalliberale Partei entschuldigte sich schriftlich, während die übrigen Parteien es nicht der Mühe wert hielten, überhaupt zu antworten.

Herr W. Schack (Hamburg) eröffnete die Tagung um 11¼ Uhr mit einem begeistert aufgenommnen Heil auf Kaiser und Vaterland. Er wies dann kurz die Angriffe zurück, die seitens verschiedner kaufmännischer Vereine (Hamburger 58er Verein, Leipziger Verband und Verein der deutschen Kaufleute) ergangen sind, um der Tagung den allgemeinen Charakter abzusprechen. Es folgten dann die einzelnen Vorträge.

Zuerst sprach Herr F. Schneider (Leipzig) über „Das Vereinigungsrecht der Handlungsgehilfen“. Eine Entschließung verlangt die Aufhebung des § 153 der Gewerbe-Ordnung, die Einsetzung von Gehilfen-Ausschüssen in Handelsbetrieben mit mehr als 20 Angestellten und die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation.

Herr H. Bechly (Hamburg) behandelte darauf das Thema „Kaufmännische Schiedsgerichte“. Er beantragte folgende Entschließung:

„Der siebente deutsche Handlungsgehilfentag nimmt mit Genugthuung Kenntnis von den vorbereitenden Schritten, die im Bundesrat und Reichstag zur Fertigstellung eines Gesetz-Entwurfs betr. kaufmännische Schiedsgerichte unternommen worden sind und spricht die Erwartung aus, daß in dem bevorstehenden Gesetz die einstimmig gefaßten Beschlüsse der frühern Handlungsgehilfentage volle Beachtung finden werden.

Der Handlungsgehilfentag erblickt in dem Antrage Raab und Genossen, wie er dem Reichstage zur Beschlußfassung vorliegt, die glücklichste Lösung dieser Frage und richtet daher an die Reichsregierung das Ersuchen, im Sinne der dort niedergelegten Grundsätze, insbesondre den Anschluß an die Gewerbegerichte mit unmittelbarer und geheimer Wahl der Beisitzer zu beschließen und das Alter der Wählbarkeit auf 25, das der Wahlfähigkeit auf 21 Jahre festzusetzen.“

„Die Forderungen der Handlungsgehilfen an die Gemeinde„ erörterte Herr R. Döring (Berlin). Er bezeichnete als solche: Weitgehendstes Entgegenkommen bei dem Abstimmungsverfahren über Anträge der beteiligten Geschäfts-Inhaber auf Einführung eines frühern Ladenschlusses;

Einführung der durch Reichsgesetz für Gemeinden über 20000 Einwohner bereits gewährleisteten elfstündigen Ruhezeit für die Angestellten in offnen Verkaufsstellen auch in Orten mit weniger als 20000 Einwohnern;

Fortdauernde Verminderung der Ausnahmetage vom Ladenschluß, sowie der Mindestruhezeit und Mittagspause;

Ständige Ueberwachung der Ladenschlußzeit in den offnen Verkaufsstellen und strenge Beaufsichtigung zur Durchführung aller in der Gewerbe-Ordnung erlassenen Schutzbestimmungen;

Einschränkung bezw. völlige Aufhebung der Sonntagsarbeit und des erweiterten Geschäftsverkehrs an Sonntagen;

Ausdehnung des Krankenversicherungszwanges auf alle Handelsangestellten bis 2000 Mark Jahresgehalt;

Einführung der Schulpflicht und des Tages-Unterrichts für alle Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren;

Bekämpfung der Lehrlingszüchterei durch rücksichtslose Anwendung des Gesetzes;

Erlaß von landes- und ortspolizeilichen Vorschriften hinsichtlich der Einrichtung der Wohn- und Geschäftsräume offner Verkaufsstellen, Ausdehnung der städtischen Wohnungspflege auf die Wohnungen der bei freier Station Angestellten und Ueberwachung der Arbeits-Ordnungen und Strafverzeichnisse in offnen Verkaufsstellen mit mindestens 20 Angestellten.

Verbot der unlautern, gewerbsmäßigen Stellenvermittlung.

An vierter Stelle sprach Herr Alfred Roth (Hamburg) über „Die amtlichen Erhebungen über die Arbeitszeit in den Kontoren“. Er konnte die entsprechenden schriftlichen Erhebungen der Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik nicht als ausreichend ansehn und wünschte die Ausdehnung der Erhebungen auf die Einholung schriftlicher Gutachten bei den kaufmännischen Vereinen und Handlungsgehilfen-Verbänden, die mündliche Befragung der Vorstände dieser Vereinigungen, die Vernehmung von Auskunftspersonen aus den Kreisen der Prinzipale und Gehilfen, bei deren Wahl den Vereinen der selbständigen und angestellten Kaufleute ein Vorschlagsrecht einzuräumen ist, und die Zuziehung der Vorstände der kaufmännischen Verbände zu den mündlichen Vernehmungen der Auskunftspersonen.

Zuletzt besprach Herr W. Schack (Hamburg) die Sonntagsruhe. Er verlangte für das Handelsgewerbe völlige Sonntagsruhe ohne irgendwelche Ausnahme. Man beschloß dann — ebenso einstimmig wie bei allen andern Entschließungen — am 1. Juli, dem zehnten Jahrestage der Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe, überall Versammlungen abzuhalten, in denen ähnliche Beschlüsse wie beim fünften Jahrestage gefaßt werden sollen.

Das Schlußwort hatte Herr F. Schneider (Leipzig), der nochmals die Angriffe der gegnerischen Vereine in scharfer Weise zurückwies, worauf die Tagung mit einem dreifachen „Heil“ auf die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung gegen 8 Uhr abends geschlossen wurde.

Am Ostermontag folgte der siebente ordentliche Verbandstag des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, auf dem vertreten waren mit 1498 Stimmen 505 Ortsgruppen, die 36726 Mitglieder umfassen. Von den wichtigsten Beschlüssen ist zu erwähnen, daß der Verbandstag den Bau eines eignen Geschäftshauses in Hamburg (Kosten 550000 Mark) genehmigte. Zur teilweisen Deckung der Unkosten wird von jedem Mitgliede eine Umlage von 2 Mark erhoben. In der Erwägung, daß dem Verbande möglichst solche Mitglieder ferngehalten werden müßten, die ihm nur wegen seiner Wohlfahrts-Einrichtungen beitreten, wurde ferner beschlossen, daß neu hinzutretende Mitglieder erst nach zwei Jahren Wartezeit Anspruch auf kostenfreie Stellenvermittlung, Rechtsschutz, Versicherung gegen Stellenlosigkeit usw. haben.

Bei den Ersatzwahlen für die Verwaltung wählte man den bisherigen Verbandsvorsteher Wilhelm Schack einstimmig auf drei Jahre wieder.

Auf Köln (Rhein) fiel die Wahl als Vorort für den nächsten Verbandstag.

Der Verlauf des Verbandstages hat gezeigt, daß der D. H. V. unbeirrt seinen Weg geht, der indes nicht utopistischen Zielen zustrebt, sondern — wie die Entschließungen beweisen — erreichbaren. Ein Teil der selbständigen deutschen Kaufleute, insbesondre die, die in der Leipziger „Kolonialwaren-Zeitung“ ihr Organ erblicken, gehört zu den Gegnern des Verbandes und diese Gegnerschaft äußert sich nicht selten in wenig angenehmen Formen. Es ist ja unausbleiblich, daß in einer sich über das ganze Deutsche Reich ausdehnenden Vereinigung mit mehr als 40000 Mitgliedern auch an einzelnen Stellen Mißgriffe vorkommen, daß einzelne Mitglieder es verstehn, sich bei ihren Prinzipalen unbeliebt zu machen. Derartige Vorkommnisse geben aber doch niemandem das Recht, nunmehr die ganze Vereinigung oder ihre Leitung dafür zur Verantwortung zu ziehn bezw. so zu bekämpfen, wie es diese Prinzipale thun. — Den Angehörigen des kleinern und mittlern Kaufmannsstandes kann nur geholfen werden, wenn sie in jeder Hinsicht zusammenstehn, und da jeder Gehilfe einmal selbständig werden will, kann eine Gehilfenvereinigung auf die Dauer niemals solche Ziele verfolgen, die irgendein Interesse der selbständigen Kaufleute verletzen. Das sollten die Gegner des D. H. V. aber auch manche seiner übereifrigen Mitglieder bedenken und danach handeln.

Ein offnes Schreiben an den Reichskanzler Grafen Bülow

wird in dem von Professor Lehmann-Hohenberg (Kiel) herausgegebnen „Volksanwalt“, dem Organ des „Rechtsbundes“, veröffentlicht. — Mit schonungslosem Freimut werden darin die furchtbaren Zustände im Deutschen Reiche aufgedeckt. — Ueber unser Verhältnis zu England spricht sich der Brief in folgender Weise aus:

Wer bisher die Hohlheit unsrer Kultur-Errungenschaften noch nicht durchschaute und durch den vom Großkapitalismus entwickelten Prunk sich blenden ließ, dem gehn nun doch an den fluchwürdigen Vorgängen in Südafrika die Augen auf, er erkennt jetzt mit aller Deutlichkeit, zu welcher Korruption die kapitalistische Wirtschaftsweise führt, haben wir doch in dem Bankkrach ein Vorspiel bei uns selbst bereits erlebt. Noch weiß niemand recht, welche neuen Wege einzuschlagen sind, aber soviel dürfte für jeden feststehn: mit dem System des Verdeckens, des Vertuschens, mit dem Lügen muß aufgehört werden.

Gegen Lug und Trug kann ein jeder Front machen, oder er verdient es nicht, dem Deutschen Volke anzugehören. Auf Englands Heuchelei hat schon Fürst Bismarck hingewiesen; sie wird bei uns stets auf Verachtung stoßen. Vom Fürsten Bismarck rühren die Worte her:

„.... Die hervorstechendste Eigenschaft der englischen Politik ist die Heuchelei — — — — — — — — — — — — In Frankreich ist ja die Politik zu Zeiten auch nicht sehr wählerisch in ihren Mitteln gewesen, namentlich schwächern Volksstämmen im Auslande gegenüber ist sie ebenso grausam und brutal verfahren, wie die englische; Gewaltthaten und Ueberlistung sind ebenso vorgekommen, wie im englischen Regime. Aber dies unglaubliche Maß von Heuchelei und Perfidie, wie es der englischen Politik häufig eigen ist, ist doch nicht an ihr nachzuweisen.“

Ew. Exzellenz thaten daher nicht wohl, die Worte eines Mitgliedes*) des Reichstages, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machen wollte, abzuschwächen. Wir Deutsche wollen ehrlich und wahr bleiben und werden englische Gepflogenheiten bei uns nicht aufkommen lassen. Es bleibt also dabei: Der englische Kolonialminister, Herr Joe Chamberlain, ist wirklich der verruchteste Bube den Gottes Erdboden trägt. An diesem Urteil ist gar nichts zurückzunehmen. Es ist nicht zu erwarten, daß der Deutsche oft so spricht; er wartet lange, aber dann sagt er auch, wie er denkt und wie es ist. Das ist gute deutsche Art, die wir uns nicht nehmen lassen wollen. Wenn Ew. Exzellenz diese starke Empfindung des Deutschen Volkes, die fast von der ganzen Gesamtheit**) geteilt wird, abschwächen wollen dann thun Sie ein Unrecht am Deutschen Volke; es in seinem Rechtsgefühle irre zu machen, wäre kein gutes Werk. Deutschland hat erst kürzlich wieder Gelegenheit gehabt, die niederträchtigen Lügengewebe zu zerreißen, die von England gesponnen waren, um Amerika gegen Deutschland zu hetzen. England scheut eben vor keiner Doppelzüngigkeit und Schandthat zurück.

Nur wenn Recht und Unrecht sicher eingeschätzt wird, wenn das Gerechtigkeitsgefühl im Volke noch tiefe Wurzeln hat — und gottlob ist das bei dem Deutschen Volke noch der Fall —, kann ein Volk stark und einig werden. Hier liegt der sichere Baugrund für die Regierung des Deutschen Reiches. Das Rechtsempfinden ist noch nicht geschwunden, aber recht bedenklich sieht es bereits mit der Wahrhaftigkeit im Volke aus. Ich will nicht sagen, daß es an Wahrheitsliebe fehle, aber der rechte Mut des Wahrheitsuchens und Bekennens ist recht selten geworden. Sehr oft trägt freilich ein Mangel an Wissen und Können daran die Schuld, und das grade bei denen, die verpflichtet wären, ein größers Maß davon zu besitzen, mit einem Worte, bei unserm Beamtentum. Mir als Hochschullehrer gilt Wahrheitsmut als sittliche Pflicht, heißt es doch im Burschenliede, das alle Akademiker in ihrer Studentenzeit mit Begeisterung gesungen: „Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.“

•

So zeigt sich immer mehr, daß im Deutschen Volke das Wort des Abgeordneten von Liebermann über Chamberlain richtig verstanden und gewürdigt worden ist — trotz Bülow und seiner Preßkosacken.

Die badischen Nationalliberalen

erhielten jüngst vom Abg. **Mampel** eine kleine Lektion, die sie sich hoffentlich merken werden. Der Herr Abgeordnete sagte nämlich in der 51. Sitzung des **badischen Landtages** vom 15. d. M.:

Hochgeehrte Herren! Gelegentlich der Debatte über den Antrag Dreesbach und Gen. über die Zolltarif-Vorlage haben wir aus dem Munde des Herrn Regierungsvertreters eine Aeußerung gehört, die draußen im Lande sehr großen und freudigen Widerhall gefunden hat. Der Herr Regierungsvertreter betonte nämlich unter anderm, es sei geboten, der allerdings darniederliegenden Landwirtschaft wieder mehr auf die Füße zu helfen, um den Landwirten zu ermöglichen, sich eine bessere Bildung anzueignen, damit auch wieder in ländlichen Bezirken und Kreisen zur Selbstverwaltung geeignete Kräfte eher zu finden seien. M. H., das waren goldne Worte und wie gesagt, haben sie hauptsächlich auf dem Lande Freude verursacht.

Aber diese Aeußerung hat doch den Anschein erwecken müssen, als ob in der That jetzt schon sich ein darauf hinzielender Mangel fühlbar macht. Das muß ich entschieden bestreiten. Im Laufe des letzten halben Jahrhunderts, möchte ich sagen, ist doch unsre Volksbildung eine andre geworden, daß geeignete und befähigte Männer, die ihren Posten auszufüllen verstehn, bei der Selbstverwaltung — hauptsächlich in der Zusammensetzung des Bezirksrats — hinreichend zu jeder Zeit zu finden sind; wenn nur die Herren Bezirksbeamten oder die Vertrauensmänner, die dazu berufen sind, die Auswahl zu halten, die Parteibrille auf die Seite legen wollten, mit einem Wort, etwas unparteiischer verfahren würden, so würden sie nie in Verlegenheit kommen, die richtigen Leute zu finden. Was der Herr Kollege Eder schon bemerkte über die Erfahrungen, die er hat geglaubt machen zu müssen im Bezirksamt Schwetzingen, das kann ich mit Fug und Recht auch von Heidelberg sagen. Es ist da immer zu viel durch die Parteibrille geschaut worden, ich könnte beweisen, daß Männer, die heute im größten Ansehn stehn in der Bevölkerung, die seit Jahrzehnten mit der Note „besonders befähigt“ auf der Anwartschaftsliste zum Bezirksrat standen, auf einmal gestrichen worden sind. Man hat keinen andern Grund finden können als den, daß sie nicht zu der Partei gehörten, die immer den Regierungs-Organen genehm war.

M. H., daß dadurch das allgemeine Vertrauen Not leiden muß, das liegt auf der Hand, das Vertrauen nämlich, das ein so hervorragendes Kollegium im Volke besitzen soll. Wie unsre Kommissionen in dem Hohen Hause zusammengesetzt sind nach verschiednen Parteischattierungen und nur dadurch am Ende die richtigen Beschlüsse herauskommen in der Kommission, so, glaube ich, müßte es auch sein im Bezirksrat; wenn sie auch nicht die überwiegende Mehrheit haben, ist es doch immer gut, wenn auch andre Parteien ihre Stellung finden und ihre Ansicht aussprechen können.

Weiter muß ich bemängeln, daß mancher Bezirksrat wegen seiner Eigenschaften und seiner beruflichen Stellung nicht als besonders geeignet oder besonders befähigt in den Augen der Bevölkerung angesehn werden kann. Es kommt darauf an, was für ein Gewerbe die Herren treiben. Wenn z. B. einer eine Großbrennerei betreibt, und das Geschäft im guten Gange sein soll, so muß er eine gute Kundschaft haben. Die kann er aber nur haben, wenn vom Bezirksrat mit freigebiger Hand die Wirtschaftskonzessionen verteilt werden. Ich glaube, daß man so einem Mann die Bezeichnung als besonders befähigt nicht geben kann. Er kann befähigt sein, aber nicht besonders befähigt, steht er doch nicht so unparteiisch da wie ein andrer, der kein derartiges Geschäft hat. Ich könnte auch die Bierbrauer dazu rechnen und noch verschiedne andre Gewerbtreibende.

Ja, m. H., ich errege vielleicht Heiterkeit bei Ihnen, aber es ist thatsächlich der Fall, ich kann Ihnen Beweise liefern. Und so sieht es nach außen hin in der That aus, als ob ein Mangel an geeigneten Kräften besteht. Früher — ich kann mich ganz gut erinnern, wo die Institution des Bezirksrats ins Leben gerufen worden ist — waren in der Regel die Bezirksräte nur vier Jahre im Dienst, worauf sie wieder abgelöst wurden durch andre. Es hat sich das aber als ein unhaltbarer Zustand erwiesen, und es ist nachher die Uebung eingeführt worden, daß auch die Kapitulation wieder verlängert werden könnte. Wenn aber immer und immer wieder zu den alten Herren zurückgegriffen wird und es vorkommt, daß ein Mann 20 und mehr Jahre mit geringen Unterbrechungen im Bezirksrat sitzt, so müssen andre sich zurückgesetzt fühlen oder es wird im Laufe der Zeit gar ein Strich über die Note „besonders befähigt“ gemacht, obschon er sich im öffentlichen Leben immer noch als rüstige Kraft zeigt, und es vielleicht doch gerecht wäre, wenn

*) Liebermann von Sonnenberg.

**) Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 8. Februar d. J.

man einmal auch so einen Mann herangenommen hätte. Das sieht allerdings aus, als ob die Sachen zu viel nach der Parteischablone gedrechselt würden und auf diesen Gegenstand glaubte ich hinweisen zu müssen. Denn es giebt noch Männer, m. H., die fest und treu zu Fürst und Vaterland stehn. Es giebt noch Leute, die zu jeder Zeit, wenn es Not thut, mit Gut und Blut bereit sind, einzustehn für Thron und Altar, auch wenn sie nicht der nationalliberalen Partei angehören

(Vielseitiges Bravo!)

Die Dirn

(Tirol).

Seht dort die braune Dirn zu Thal herniedersteigen!
Noch jauchzt aus ihrer Brust die jugendliche Kraft,
Die Not nicht brach, noch Fleiß, der sich der Not entrafft.
Was sie vom Berge mitbringt als ihr Eigen,
Trägt sie am Leib und in ihr Tüchl eingebunden.
Anmutig stolz hebt sie den Schritt und ist doch so bescheiden!·
Bescheidner Menschenwesen habt ihr nie gefunden
Sie hat noch nicht gelernt, euch zu beneiden,
Und wirds nie lernen, denn was sie ringsum
Nur immer schaut, ist wie ihr Eigentum.
Ihr lacht die Gottnatur zuerst im Land,
Und sie zumeist entzückt jed Werk der Menschenhand;
Ja, weil um den Besitz sie keinen je beneidet,
Ists schier, als seis zuerst für sie bereitet,
Denn heilig stille Freude an des Menschen Kunst
Ersetzt dem Reingesinnten den Besitz;
Da wird wohl, giergestachelt, euer Witz
Zu Schanden vor so hoher Himmelsgunst!
Trieb euch der Uebermut, sie zu verhöhnen,
So dürft ihr sie nicht wieder erst versöhnen,
Denn eure Bosheit hat sie nicht verstanden,
Und drum ist zum verzeihn für sie kein Grund vorhanden.
Doch lehrt sie eures Blickes harter Strahl,
Daß ihr dem Treusinn wolltet Scham bereiten,
Seht ihr die Röte sich auf ihre Wangen breiten:
Um eure Schuld erleidet sie die Qual.

Flur, Alm und Kuh und Kalb sind ihre Welt,
Für die sie lebt, weil sie ihr heimgestellt,
Und ganz in Eins verwachsen ist sie mit der Pflicht,
Denn daß, was sie euch leistet, Pflicht ist, weiß sie nicht:
Die Gott ihr anerschuf in Leib und Seel, die Kraft,
Strebt frei aus ihr zum Ganzen ehehaft.
So dient sie fort, und dient, bis ihr das Haar erblichen,
Und aus den Knochen schon die letzte Kraft entwichen.
Dann schleicht sie täglich um von Haus zu Haus,
Schöpft mit dem Bettlerlöffel Schüsselreste aus,
Und ihres Gottes Haus besucht sie Tag für Tag,
So lang der Fuß sich ihr noch regen mag.
Trost braucht sie nicht: das schmerzensreiche Bild
Der Heilandsmutter ist ihr starker Schild,
Und wenn der Greisin mürrisch ihr begegnet,
Ist sie's, die euch anlächelt und euch segnet.
So hat sie frommbescheiden ausgeharrt,
Bis ihr im Tod das müde Auge starrt;
Zum ewigen Frieden ist sie eingegangen;
Ihr Heiland stand bereit, sie zu empfangen.
Ein Menschenleben ist in Treue hingeflossen,
Und was die fleißige Hand geschafft, habt ihr genossen.

Schirmt solche Treu nicht Leben euch und Gut?
Und nahmt ihr sie dafür in sichre Hut?
Und doch ruht eures Volks und eures Staats Bestand
Auf solchen Herzen und auf solcher Hand.
Die Erbschaft sind sie hoher Ahnentugend,
Aus dunklen Urzeittagen euch bis heut
Durch lange Mütterreihen stets erneut,
Dem Volkstum Quell und Bürgschaft ewiger Jugend.
Urmütter sinds, die euch in ihnen leben,
Den Ahnen Dasein gaben, euch es geben,
Dem Stammesblute treu, der Sippe hold,
Und ihr wart schon bereit, sie zu verraten
Um das, was euch doch selbst geraubt nur ist, das Gold.
Entsühnt euch nun durch echte Geistesthaten!
Kennt ihr sie nicht, die Frechsten aller Frechen,
Die, um der „Völker“ Staaten zu zerstören,
Euch Tag um Tag mit Lügenwort bethören
Und doch im Namen Gottes und der Menschheit sprechen?
Geschrieben steht in ihrem heiligen Buche:
„Der Fremden Söhne sollen deine Knechte werden;
Sie bauen deine Aecker, weiden deine Herden.“
Was ihnen Segen ist, wird euch zum Fluche.
Wollt ihr, daß deutscher Acker, deutscher Knecht
Und deutsche Dirn nach Judenrechte fahren,
Wie längst es ja geschieht bei Polen und Madjaren,
Und dennoch dünkt euch euer Deutschtum echt?
Horcht auf, wie überm ganzen Erdenrund
Der armen Christentöchter Klage tönt,
Wie ihre Brust im Druck der Schande stöhnt,
Verraten und verkauft vom Menschenhändlerbund!
Woher nehmt ihr das Recht zum Deutschtum und zum Leben,
Wenn ihr des eignen Volkes tapfre Söhne
Und seiner Töchter Unschuldsreiz und Schöne
Dem Menschheitsfeinde wollt zur Beute geben?
Könnt ihr den Durst nach schnödem Gold nicht zähmen,
Lernt euch vor Knechts- und Dirnentreue schämen!

Ad. Wd.

Ein Gegner des Zuckergenusses.

Es ist begreiflich, daß die energische Bewegung, die sich seit etwa drei Jahren in der Oeffentlichkeit zu gunsten des Zuckers geltend machte, und die beabsichtigt, dem Zucker den ihm zukommenden Platz in der Volksernährung anzuweisen, hier und da auch eine Gegenströmung erzeugt hat.

Zwar haben die zuckerfreundlichen Stimmen namentlich aus dem Lager der zünftigen Aerzte und Physiologen seit jener Zeit sich in staunenerregender Menge gemehrt. Das zeigt am besten ein unlängst erschienenes Büchelchen, das unter dem Titel „Der Zucker beurteilt von ärztlichen Autoritäten“ etwa vierzig der angesehensten medizinischen Schriftstellern zitiert, die die muskelbildende Nährkraft des Zuckers hervorheben und daneben auch seiner Heilwirkung bei gewissen Magenverstimmungen gedenken. Nur eine Autorität, Herr Professor von Bunge, erblickt in der Zunahme des Zuckerkonsums eine Unzuträglichkeit, seine Ausführungen sind indes durch die eines der angesehensten französischen Forscher, Professor Lepine, man darf wohl sagen in überzeugender Weise entkräftet worden.

Das genannte Büchlein richtet sich an die Aerztewelt und verzichtet darauf, die sogenannten Naturheilkundigen heranzuziehn. Nun hat kein Geringerer als der Pfarrer Kneipp dem Zucker als Kraftspender und Muskelstärker eine erste Rolle zugewiesen, wie ja auch zahlreiche Männer der Praxis, namentlich Militärs, Jäger, Alpinisten und Sportleute die kräftigende, Ermüdung überwindende Funktion des Zuckergenusses an sich erprobt haben. Trotzdem besteht eine gewisse Richtung in der Naturheilmethode, die dem fabrikmäßig hergestellten Zucker in der menschlichen Nahrung möglichst eingeschränkt sehn will. Es ist charakteristisch, daß diese Richtung, die sonst in den meisten akademisch gebildeten Aerzten im besten Falle gutgläubige Unkundige sieht, auf Herrn Professor von Bunge wegen seiner vorerwähnten Stellungnahme als auf eine erste Autorität sich bezieht.

Neuerdings hat nun ein Vertreter dieser Richtung, Herr A. Scholta in Freiburg, einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er nach seiner Weise die Gefahren des Zuckergenusses beschrieb. Herr Scholta hat die Entdeckung gemacht, daß die Landmädchen im allgemeinen kräftiger und gesünder sind als die Stadt-

fräulein und daß auch Pfarrers-, Lehrers-, Kaufmanns- und Gastwirtstöchter auf dem Lande häufig Muskelschwäche, Appetitlosigkeit, schlechte Verdauung und Unterernährung zeigen. Diese Schwächezustände, meint Herr Scholta, halten gradweisen Schritt mit dem Verbrauch von Schokolade, Zucker, Kuchen und dergl., und er glaubt deshalb auf dieser seiner Beobachtung, die im übrigen den Thatsachen keineswegs gerecht wird, den Schluß ziehn zu dürfen, daß die Süßigkeiten an diesen unfreundlichen Zuständen Schuld seien, daß eine besondre „Krankheit der Süßer" zu konstruieren sei.

Die viel näherliegende Erklärung, daß die einfachen Landmädchen ihre Muskeln in viel höherm Maße üben und in Thätigkeit halten wie die Töchter der höhern Stände auf dem Lande und in der Stadt, findet Herr Scholta nicht. Er übersieht auch die günstige Wirkung, daß die einfachen Landmädchen kein Korsett zu tragen pflegen. Daß Herr Scholta im übrigen seine Beobachtungen der Erkenntnis solcher Männer wie Virchow, v. Leyden, Senator, Graßnick gegenüberstellt, muß von vornherein einigermaßen stutzig machen. Nur Professor von Bunge muß wie gesagt, als Eideshelfer des Herrn Scholta dienen.

Herr Scholta kennt aber ersichtlich von Herrn Professor von Bunge nur den einen Aufsatz, der sich gegen die einseitig übertreibende Verwendung des Zuckers ausspricht, eine Verwendung, wie sie in der Praxis thatsächlich wohl niemals vorkommen wird. Die paar Stückchen Zucker, die das kleine Kind zu sich nimmt, werden es nicht abhalten, seine Milch zu trinken, die ihm genug Kalk zuführt, oder einige Eigelb zu verzehren, die ihm das nötige Eisen liefern. Der Arbeiter wird kaum soviel Zucker genießen, daß er seine gewohnten Lebensmittel darum verschmäht; dem Zucker als Kraftspender aber hat Professor von Bunge selbst vollauf richtig gewürdigt und es dürfte Herrn Scholta zu empfehlen sein, die neueste Auflage des bekannten Lehrbuches der Physiologie des Menschen zu lesen, woselbst dieser Gelehrte die folgenden Urteile ausspricht: „Der Zucker ist ein wichtiger Nahrungsstoff, er ist eine wichtige Kraftquelle für die Muskeln und wahrscheinlich für alle kontraktilen Gebilde." (Bd. 2, S. 226). „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kohlehydrate dem Muskel als Kraftquelle dienen, sie sind die Hauptquelle der Muskelarbeit." (Ebenda S. 457).

Friedrich der Große über die Engländer. In der Zeit vor Ausbruch des siebenjährigen Krieges richtete König Friedrich der Zweite von Preußen an den Herzog von Braunschweig (am 13. Oktober 1755 von Sanssouci aus) einen Brief, in dem es heißt:

„Lieber Bruder,
ich bin sehr unzufrieden darüber, daß Ihnen die Unterhandlung, mit welcher Sie der König von England beauftragt hat, Unbequemlichkeiten verursacht. Da dieselbe aber nun einmal im Gange ist, so müssen wir sehn, wohin sie führen wird und ob die Herren Engländer nicht vielleicht bloß Lust haben, Sie und mich an der Nase herumzuführen.

Ist es nicht recht auffallend, daß diese Leute von mir verlangen, ich solle mich für ihre Interessen erwärmen, während zwei wichtige Differenzen zwischen uns schweben, die noch nicht erledigt sind? Bilden sie sich vielleicht im Ernst ein, daß die ganze Welt mit Vernachlässigung des eignen Vorteils verpflichtet ist, die Verteidigung dieses vermaledeiten Landes zu übernehmen? Ich soll Erklärungen abgeben, während sie sich selber auf nichts dergleichen einlassen — sie verlangen, daß ich Frankreich sitzen lasse, und mich an dem Ruhm satt esse, ihnen ihr Hannover gerettet zu haben, welches mich auch nicht das mindeste angeht; kurz, entweder wollen sie mich auf das gröbste betrügen, oder sie sind Narren und ersticken in lächerlicher Selbstsucht."

Wir entnehmen diese Notiz der Nr. 13 des „Deutschen Michel." Vielleicht giebt er bei Abdrücken aus unserm Blatte auch etwas öfter als bisher die Quelle an.

Cecil Rhodes, den eigentlichen Urheber des mörderischen Krieges gegen die Buren, hat der Teufel Alkohol geholt. Er, der als Premier-Minister der Kapkolonie, als Gründer und Leiter der De Beers-Kompagnie (Diamantengruben in Kimberley), als Leiter der Chartered-Kompagnie und als Gründer der Kolonie Rhodesia, fast unumschränkte Macht und Mittel hatte, den sogar im Jahre 1899 der deutsche Kaiser empfing, obwohl er zugestandnermaßen der Urheber des Jameson-Raubrittes war, mußte es in den letzten Monaten erleben, daß selbst die nicht grade skrupellosen Londoner Politiker — wenigstens öffentlich — nichts mehr von ihm wissen wollten.

So verabscheuungswürdig sein Thun war, so stand er doch turmhoch über Joe Chamberlain. Vor diesem hatte er besonders das Eine voraus, daß ihm das Gold nur Mittel zur Macht war. England feiert den Verstorbnen trotz seiner Verbrechen als Nationalhelden, denn er beging jene zur Mehrung von Altenglands Macht. Wie lange der englische Hof Trauer anlegen wird, ist noch nicht bekannt gegeben und ob die internationale Höflichkeit es erfordert, daß andre Höfe mittrauern, wissen wir nicht.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Koloman Tißa, der frühere ungarische Ministerpräsident, der s. Z. zur Verhinderung antisemitischer Wahlen auf die Wähler einiger Orte scharf schießen und einhauen ließ, ist gestorben. Die Judenpresse singt sein Lob und der Engel der ächten Menschlichkeit verhüllt sein Antlitz an seinem Grabe.

England. Das Amtsblatt macht die Einsetzung eines Ausschusses bekannt, der über Maßnahmen zur Beseitigung der Uebelstände beraten soll, die der unbeschränkten Einwandrung von Ausländern, namentlich nach London zugeschrieben werden. — Die geplanten Maßnahmen richten sich zwar nicht formell, aber doch eingestandnermaßen gegen die Einwandrung von Juden. In England redet man nicht antisemitisch, aber man handelt so, und das ist das Einzige was wir von den Engländern lernen sollten.

Mosaik.

Deutschland und Amerika. Unser in voriger Nummer am Schlusse des Aufsatzes „Deutschland und Amerika" ausgesprochner Wunsch, daß die nationalen Vereine über die von den Morgan-Syndikaten drohende Gefahr das Volk aufklären möchten, hat sich unerwartet schnell erfüllt. Die Ortsgruppe Berlin des „Alldeutschen Verbandes" veranstaltet am 15. d. M., abends 8½ Uhr, in den Viktoriasälen (Leipziger Straße) einen Vortragsabend, an dem Herr Fritz Bley über „Deutschland und Amerika" sprechen wird. Es steht wohl zu erwarten, daß er dabei auch der berührten Frage, die ja freilich nur einen Teil unsrer an trüben Erfahrungen reichen Beziehungen zu Amerika bildet, näher treten wird. Alle Freunde der nationalen Sache sind als Gäste willkommen. Insbesondre machen wir die Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes auf diesen Vortrag aufmerksam.

Ist Bernstein Jude? Es wurde bisher als sicher überall angenommen, daß der in Breslau in der Nachwahl gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Jude sei. Auch wir haben es bisher geglaubt, da es Judenfamilien dieses Namens giebt. Aber das ist noch kein Beweis, denn heutzutage ist kein Mensch sicher davor, daß sein Name nicht mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung von Juden annektiert wird. —

Nun macht uns eine Notiz über den Lebensgang Bernsteins stutzig. Danach soll sein Vater Lokomotivführer gewesen sein. Diese Berufsart ist bei Juden ungewöhnlich. — Auch B.'s litterarische Leistungen sprechen eigentlich gegen jüdische Abstammung.

Gegen den Bankdirektor Sanden und Genossen ist die Anklageschrift nunmehr fertiggestellt und der Prozeß wird demnächst stattfinden. Unter den als Verteidiger genannten sieben Rechtsanwälten scheinen sich fünf Juden zu befinden (Stern, Wronker, Modler, Friedmann und Heinemann). Als Sechster wird Herr Justizrat Sello genannt, der erst kurz vor Ostern wegen der Vorkommnisse im Sternberg-Prozesse freigesprochen

wurde. Vermißt aber haben wir den großen Munkel, der als Syndikus der Spielhagen-Banken doch am besten Bescheid wissen müßte, wie unschuldig die Angeklagten sind. — Bekanntlich stempelte die Judenpresse s. Z. Sanden und Genossen sofort zu Antisemiten. Wie edel ist es doch von der Judenschaft, nunmehr die Verteidigung zu übernehmen!

Von der Haager Friedens-Konferenz und ihren Beschlüssen zeugen die Nummern 9, 10 und 11 der Treaty Series des Jahrganges 1901, die in französischer und englischer Sprache auf Befehl Sr. Majestät den beiden Häusern des englischen Parlaments im Dezember 1901 vorgelegt worden sind. Es ist der reine Hohn, daß diese Menschlichkeitsbeschlüsse so mitten in die Greuel des Burenkrieges hinein erscheinen. Freilich hat ja Old England vorsichtigerweise nicht sämtliche unterzeichnet.

In die Berliner Handelskammer kommt noch ein Nichtjude, denn bei der Stichwahl für die zweite Abteilung wurde der Fabrikbesitzer Paul Heckmann mit 161 Stimmen gegen den Bankdirektor Siegmund Weill gewählt, der nur 98 Stimmen erhielt. Wie konnte dies Wunder geschehn?

Das Gebäude der Leipziger Bank, das unmittelbar neben dem neuen Rathause in Leipzig liegt, ist in die Hände der Deutschen Bank in Berlin übergegangen. Die am Bankrott der Leipziger Bank beteiligten kleinern Gläubiger suchten das Gebäude Leipzig zu erhalten, sie wurden aber von den wenigen großen Gläubigern überstimmt. Die Deutsche Bank hatte 2 080 000 Mark, die Stadt Leipzig 2 000 000 Mark geboten, bei einer Bankrottsumme von über 100 Millionen Mark sicher nur ein geringer Unterschied. Mit dem Ankaufe des Leipziger Bankgebäudes hat das Berliner Finanzjudentum nun seinen Einzug in Leipzig auch sichtbar vollzogen. Einen bessern Vorarbeiter als Exner, den frühern Direktor der Leipziger Bank, den ehrenwerten Liebling der Leipziger „führenden Kreise“, konnten die Berliner nicht finden.

Herr Ballin in Hamburg, der immer noch nicht am rechten Platze ist, hat mit dem Schiffskönige Morgan in Amerika Abmachungen über die Regelung des Fracht- und Postverkehrs getroffen. — Da nähere Nachrichten über den Inhalt der Konvention nur sehr spärlich durchsickern, so darf man, trotz aller Ableugnungen der Ballinschen Presse, annehmen, daß Deutschland der Leidtragende sein wird. — Wir sind neugierig, ob die Dampfer-Subventionen noch einmal im Reichstage bewilligt werden.

Eine unerhörte Intoleranz des preußischen Kultusministers ist Dank der Wachsamkeit der Judenpresse ans Tageslicht gekommen. Der Privatdozent Dr. Oppenheim wünschte außerordentlicher Professor zu werden und statt daß in gebührender Anerkennung der Ehre, die damit der Berliner Universität zugedacht war, der Kultusminister sofort die Befriedigung dieses Wunsches herbeiführte, verfuhr er unbegreiflicher Weise bei Prüfung der Angelegenheit so, wie er es bei Bewerbern thut, die nicht jüdischem Stamm entsprossen sind. Das konnte sich ein Oppenheim nicht bieten lassen. Er legte seine Dozenten-Würde nieder. Wenn nun das Vaterland zu Grunde geht, hat der Kultusminister Schuld. Und so etwas kann in unserm Ueberjahrhundert in der Metropole der Intelligenz und der größten Synagogen-Gemeinde geschehn. Schauderhaft!

Die Leipziger elektrischen Straßenbahnen wollen den Tarif erhöhen, weil die eine im letzten Jahre nur noch 2 v. H., die andre „nur noch“ $5^1/_2$ v. H. Dividende zahlen konnte. Der Rat der Stadt Leipzig und die Hausbesitzerpartei erkennen an, daß „die“ Straßenbahnen sich in einer „Notlage“ befänden, und daß ihnen geholfen werden müßte. Sie greifen daher zu dem Mittel, Sonntags die Fahrpreise um 50 v. H. zu erhöhen. In einer Zeit, wo die Staats-Eisenbahnen die Sonntagsfahrkarten wieder vermehren, hält man derartige Maßnahmen kaum für möglich.

Die Aktien der elektrischen Straßenbahnen in Leipzig wurden mit etwa 130 angelegt, die der „Blauen“ wurden bis 280 getrieben, heute stehn sie 147; die der „Roten“ trieb man bis 190, heute stehn sie 75. Dividende zahlte die „Blaue“ bisher 8,6 und $5^1/_2$ v. H., die „Rote“ 5,4 und 2 v. H. Nun schreien nun die Aktionäre, die meist teuer gekauft haben.

Uns scheint es Pflicht einer jeden Eisenbahn- und Straßenbahn-Verwaltung zu sein, in Großstädten im gesundheitlichen Interesse für billige Sonntagsfahrpreise zu sorgen, oder die Großstädte sind zu entvölkern und die Fabriken aufs Land zu verlegen. Will man denn das arbeitende arme Volk gewaltsam in den dumpfigen Großstädten verkommen lassen?

Knoblesse oblige, so denken die Herren von Erlanger und Söhne zu Frankfurt (Main) und versuchen 35 Millionen „garantierter“ griechischer Anleihe auf dem deutschen Markte unterzubringen. Seit den Jahren 1824/25 hat uns Griechenland mit Hilfe von Juden mit seinen stets „garantierten“ Anleihe-Papieren beglückt. Die jüdischen Börsianer haben ungezählte Millionen dabei geschluckt, das Deutsche Volk noch mehr verloren. Reinfall auch diesmal „garantiert“. — Wo bleibt das neue Börsengesetz?

Der zweite internationale Vereinskongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels soll vom 7. bis 10. Oktober dieses Jahres in Frankfurt (Main) tagen. — Wie man hört, ist an der Börse dort eine Entrüstungskundgebung dagegen geplant, daß man den armen Juden einen Geschäftszweig nach dem andern zu verderben bemüht ist. Differenzgeschäfte soll er nicht machen. Bankrott auch nicht, das unlautere Wettbewerbche ist strafbar, Wuchern ist verboten und nicht einmal mit Mädchen soll gehandelt werden. Wo bleibt der Mardochai und die moderne Esther?

Antisemitismus in der Hamburger Bürgerschaft! Am 19. März fand die Präsidentenwahl in der Hamburger Bürgerschaft statt. Es wurde wiedergewählt der Jude Hinrichsen (Henochsohn?). Aber siehe da, er erhielt nur 88 Stimmen und außerdem waren 49 weiße Zettel abgegeben. Das war dem Manne vom auserwählten Volke zu stark. Er lehnte ab, stolz wie ein Spanier — er wird indes nachträglich doch noch annehmen!

Wenns dem Juden zu wohl wird, macht er Eingaben. Das ist bei uns so wie auch in andern Ländern. In Kowno (russisch Polen) haben die dortigen jüdischen Kaufleute die Unbefangenheit gehabt, für sich die Aufhebung der Sonntagsruhe beim Gemeinderat zu beantragen, weil sie ohnehin Sonnabends ihre Läden schlößen und daher Geschäftsverluste erlitten.

Wie wir die Russen kennen, wird man diese Dreistigkeit gebührend zurückzuweisen verstehn. Was in Berlin im gleichen Falle geschähe, ist allerdings weniger leicht vorher zu sagen. Uebrigens haben die Inhaber eines großen Berliner Warenhauses, wenn wir recht unterrichtet sind, ja schon ein geniales Mittel gefunden, solche Geschäftsklippen zu umschiffen. Ein Teilhaber läßt sich leicht übertaufen und figuriert dann an den Sonnabenden als Inhaber.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyseſtr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 3. April 1902. Nr. 711.

Dr. Giese

versendet wieder einmal ein Rundschreiben an eine große Anzahl von Adressen deutschsozialer Antisemiten, worin er unter dem Vorwande, sich gegen die „Deutsch-Sozialen Blätter" und das „Deutsche Blatt" wehren zu müssen, den sehr durchsichtigen Zweck verfolgt, gegen die Abgeordneten Raab und von Liebermann und die obengenannten Blätter Mißstimmung zu erregen oder, deutlicher gesprochen, zu hetzen.

Um nicht zu weitläufig zu werden, beschränken wir unsre Abwehr nur auf die Anwürfe Dr. Gieses gegen unsre Wochenschrift und die erwähnten Abgeordneten, während wir es dem „Deutschen Blatte", über das Dr. Giese diesmal ganz besonders die Schale seines Zornes ausschüttet, vertrauensvoll überlassen, sich selbst zu verteidigen.

Im Eingangssatze behauptet der streitbare Reformerführer, die „Deutsch-Sozialen Blätter" begännen sich aufs neue an seiner Person zu reiben. Diesmal soll er gar der Sündenbock für den ungünstigen Ausgang der Schaumburger Wahl gewesen sein. Wer unsre Nr. 702 und 703 gelesen hat, wird zugestehn müssen, daß diese Behauptung wieder einmal ein Beweis von dem eigenartigen Kombinationstalente Dr. Gieses ist — Wir haben die Ursachen des Mißerfolges in Schaumburg ganz scharf und deutlich bezeichnet. Die Person Dr. Gieses spielte dabei aber gar keine Rolle. Nur in einem Artikel vor der Wahl (Nr. 701) wurde erwähnt, daß unsre Agitatoren auch in Bückeburg auf Giesesche Schriften gestoßen seien. Dabei hatten wir, **irrtümlich** — wie wir das sofort auf Berichtigung Dr. Gieses gern zugestanden — angenommen, die Sendungen seien während der Wahlperiode erfolgt. Dieser Irrtum erscheint aber sehr verzeihlich, wenn man bedenkt, daß wir uns dabei der badischen Landtagswahl erinnerten, wo, wie Herr Giese zugestehn muß, das Land während der Wahlarbeit mit Massensendungen Giesescher Schriften überschwemmt wurde. — Dort hätte sehr leicht Unheil daraus entstehn können. Ein Haupt-Vertrauensmann stellte „aus Ekel vor den Quertreibereien des Berliners" die Arbeit in seiner Ortschaft ein. Infolgedessen wurden an Stelle der bisherigen drei antisemitischen Wahlmänner drei nationalliberale gewählt. Da außerdem in einer andern großen Ortschaft aus rein lokalen Gründen statt zwölf Antisemiten zwölf Nationalliberale durchkamen, so ergab sich ein Ausfall von 30 Wahlmänner-Stimmen für uns und wir wären, trotz erfreulichen Erfolgen in andern Orten, unterlegen, wenn es dem Abgeordneten von Liebermann — Herr Giese kann das nähere darüber in den Heidelberger nationalliberalen Blättern nachlesen — nicht gelungen wäre, am Abend vor der Wahlmänner-Wahl das große Dorf Handschuhsheim so herumzuwerfen, daß dort fast nur Antisemiten siegten. Das deckte den Ausfall und verhalf uns zur Mehrheit.

Herr Giese „kombiniert" sich die Veranlassung zu unsrer gelegentlichen Beschwerde über sein Treiben, in selbstschmeichlerischer Weise so zusammen:

„daß es in Baden und Schaumburg-Lippe so manchen Vertrauensmann gäbe, der durch die Art, wie die Herren Raab und von Liebermann es zur Spaltung der Deutschsozialen Reformpartei gebracht hätten, tief verstimmt sei, und darum vielleicht abgelehnt hätte, weiter für antisemitische Kandidaturen thätig zu sein."

Thatsächlich ist das Umgekehrte der Fall. Ueber die Gieseschen sogenannten „Mitteilungen an die Vertrauensmänner" mit ihren öden Scheltereien gegen die Führer der Deutschsozialen, ist man tief verstimmt. Herr Giese hat darüber auch wohl eine Anzahl unzweideutige briefliche Beweise in seinen Akten. — Ein bei der Wahl in Bückeburg thätiger Parteigenosse wurde ausdrücklich gefragt: „Mit dem . . . . . G. der die Schriften herumgeschickt habe, habe er doch hoffentlich nichts zu thun?" Das Beiwort vor dem Namen unterdrücken wir aus Höflichkeit. Aber der streitbare Herr, der bei jeder Gelegenheit mit seinen „aktenmäßigen" Beweisen herumrenommiert, stellt gelegentlich „aktenmäßig" feststehende Thatsachen gradezu auf den Kopf.

Er schreibt, er hielte es für einen schweren Angriff, wenn gegen ihn die Legende in Kurs gebracht würde, daß er den Deutschsozialen in Baden und in Schaumburg, während sie im Wahlkampfe standen, Knüppel zwischen die Beine geworfen habe. Er würde ein solches Beginnen für ganz unverantwortlich halten und alle Antisemiten im Lande würden derselben Ansicht sein. Wörtlich setzt er dann hinzu:

„Leider muß ich hinzufügen, daß das, was mir jetzt unterstellt werden soll, in Wirklichkeit bei der Ersatzwahl in Aurich (März 1900) von dem Organ des Herrn von Liebermann, den ‚Deutsch-Sozialen Blättern', dem damaligen Kandidaten Bruhn gegenüber gethan worden ist. Will man sich etwa nachträglich einen Entschuldigungsgrund für die Quertreibereien in Aurich schaffen, indem man das Märchen in die Welt setzt, von reformerischer Seite sei gelegentlich ebenso gehandelt?"

Darauf ist folgendes zu erwidern. Daß Dr. Giese das Badener Land mit seinen Schriften gegen die Deutschsozialen, während diese im Wahlkampfe standen, überschwemmt hat, giebt er selber in dem Rundschreiben, worüber wir uns hier unterhalten, zu.

Er schreibt nämlich: „daß ich diese Nummer der ‚Mitteilungen' mit ihrer Beilage damals auch nach Baden geschickt habe, war, wie ich ganz offen zugebe, ein **Fehler**."

Damit hat er uns eben im Wahlkampfe in Baden einen Knüppel zwischen die Beine geworfen, und wir halten das, im Einverständnisse mit ihm, für **ganz unverantwortlich** und alle Antisemiten im Lande werden derselben Ansicht sein.

Was er als Entschuldigung dafür angiebt, daß es sich nämlich nur um wiederholte Sendung eines schon mehre Monate vorher einmal verschickten Schriftstückes gehandelt habe, beweist **gegen** ihn. Die Empfänger der Schmähschrift mußten annehmen, daß sie grade aus Rücksicht auf die bevorstehende Wahl auf die Beschuldigungen gegen die Deutschsoziale Partei und ihre Führer nochmals aufmerksam gemacht werden sollten.

Die schärfste Zurückweisung verdient aber die als unwahr schon mehrmals gekennzeichnete Behauptung über angebliche Quertreibereien gegen die Kandidatur Bruhn in Aurich (März 1900). — Der Herrn Giese aktenmäßig genau bekannte Thatbestand ist folgender:

Herr Bruhn hatte, obwohl ihm gesprächsweise von Männern, die Land und Leute in Ostfriesland kennen, sehr davon abgeraten war, sich als Kandidat aufgestellt. Nach einem Gespräch zwischen Herrn v. Liebermann und dem Vorsitzenden der Parteileitung, Herrn Abg. Lotze, der ebenfalls die Sache für völlig aussichtslos hielt, mußte der Erstere es als sicher ansehn, daß die Kandidatur nicht von der Parteileitung anerkannt werden würde. — In dieser Meinung wurde ein Artikel für die „Deutsch-Sozialen Blätter" geschrieben, worin ruhig und sachlich die Chancen der Nachwahl besprochen wurden. Erst **nachher** erfolgte in höchst überraschender Weise die Anerkennung Herrn Bruhns als Parteikandidat. Außer jenem, völlig loyalen Artikel, dessen sachliche Voraussetzungen später auch eingetroffen sind, ist seitens des Abg. von Liebermann oder dieses Blattes nicht das geringste geschehn, was den Ausdruck „Quertreiberei" verdient. Wer etwas anders behauptet, lügt oder soll es beweisen. — Wenn im Wahlkampfe jener Artikel von den Nationalliberalen den Antisemiten ent-

gegengehalten worden ist — was noch zu beweisen wäre —, so ist das ein Uebelstand, gegen den sich nichts machen läßt, wenn die Parteipresse nicht auf jede freie Meinungsäußerung verzichten will. Wie oft sind uns schon und wie oft werden uns noch Giesesche Schreibereien von Juden und Judengenossen entgegengehalten werden. —

Dr. Giese kommt in seinem Rundschreiben auch auf seine Zeugenaussagen in dem Prozesse Schack contra Mitteilungen der Judenschutztruppe zurück und bemängelt den Bericht der „Deutschsozialen Blätter" darüber. Darauf erwidern wir nur kurz, daß der Verfasser des Berichtes in der Verhandlung zugegen war und sich Dr. Giese's Aussagen notiert hat. Wir trauen demselben mehr als dem uns als erstaunlich subjektiv bekannten Gedächtnis des Herrn Giese.

Vier Gründe führt Dr. Giese an, um zu rechtfertigen, warum er seine Schrift wider die Herren Raab und v. Liebermann nochmals kostenlos versendet. Das ist lediglich sein Privatvergnügen, worin wir ihn zu stören keine Ursache haben. Als fünften Grund hätte er noch anführen können, daß ihm für Geld das Geschreibsel doch niemand abnimmt. „Gratis et frustra" kann er als Kennwort drauf schreiben. — Von köstlicher, durch keinerlei Sachkenntnis getrübter Naivetät, zeugt die Meinung, daß die Bückeburger Wahl ein bessers Ergebnis gehabt hätte, wenn die Magdeburger Spaltung nicht erfolgt wäre. Ach nein! für den dann aufgestellten Kandidaten hätten wir höchstens 5- bis 600 Stimmen erhalten. —

Nach wie vor betrachtet Herr Dr. Giese als Vertrauensmänner der Reformpartei

„alle diejenigen, die vor der Magdeburger Spaltung auf der Vertrauensmännerliste standen, soweit sie sich nicht ausdrücklich abgemeldet oder die Annahme meiner Sendungen verweigert haben."

Aber Herr Registrator! Wie können Sie etwas als Grundsatz proklamieren, was Sie selbst nicht befolgen. Stellen Sie doch einmal „aktenmäßig" fest, ob die Herren Schack, Raab, Müller (Nutzhorn), Vogel, v. Liebermann sich schriftlich abgemeldet haben. Es werden sich außer diesen auch noch recht viel andre finden, die jene Registratur-Anforderung nicht erfüllt haben und dennoch von Zuschriften verschont bleiben. Umgekehrt versendet aber der geehrte Herr notorisch auch seine Schriftstücke an deutschsoziale Vertrauensmänner, die sich die Zuschickung bereits verbeten oder ihre Streichung verlangt haben.

Gradezu sentimental klingt dann der Schluß des Rundschreibens. — Der friedfertige Dr. Giese bedauert die Notwendigkeit, es versenden zu müssen und wird den Deutschsozialen aufrichtig dankbar sein, die ihren Einfluß verwenden wollen, um weitere Zusammenstöße zu verhüten.

Das kann der geehrte Herr viel bequemer haben. Er braucht nur seine Rolle als Nörgler und Störenfried aufzugeben und seine Kritik an der Deutschsozialen Partei und ihren Führern für sich behalten, dieweil ihn das gar nichts angeht. Auch wenn er sich, logischer Weise, darauf beschränken wollte, seine Papiere nur an erklärte Vertrauensmänner der Reformpartei zu versenden, würden wir der Abwehr in unsrer Presse uns überhoben erachten. — So lange er aber unsre Parteifreunde mit seinen unerbetnen Briefen beglückt, müssen wir uns gelegentlich wehren. Und da wir die Adressen nicht alle kennen, an die er sich gewendet hat, müssen wir die Abwehr öffentlich führen. Das zu begreifen, ist doch nicht zu übermäßig schwer. Aber Herr Dr. Giese begreift es nicht,

Denn anders als wohl sonst in Menschenköpfen
Malt sich in seinem Kopf die Welt.

Nun sind wir auf die unausbleibliche Berichtigung gespannt!

Partei-Nachrichten.

Der Freisinn stirbt in Schaumburg-Lippe ab. Bei der am 15. März in Stadthagen erfolgten Landtags-Ersatzwahl wurde der freisinnige Kommerzienrat Bosse mit 321 Stimmen gewählt. Der ganz kurz vor der Wahl von antisemitischer Seite aufgestellte Gegenkandidat Senator Everding erhielt eine überraschend große Minderheit von 213 Stimmen. Die Mehrheit für den Freisinn beträgt also nur 54 Stimmen! Nur so weiter, und die Tage des edeln Freisinnshelden Demmig im Reichstage sind gezählt.

Deutschsozialer Verein Berlin. Die Hauptversammlung findet Freitag, den 4. April, abends 9 Uhr, im Wirtshaus Schönhauser Allee 173 statt. Freunde der Deutschsozialen Partei als Gäste willkommen!

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorfer-straße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Braunschweig. Abg. von Liebermann spricht am 3. d. M. in Braunlage und am 4. in Walkenried über unsre nationalen Aufgaben.

Verband Westmark. Der Schluß der Agitationsreise des Abg. von Liebermann verlief nicht ganz so friedlich wie die ersten sechs Versammlungen, über die wir in voriger Nummer berichten konnten.

In Köln hatten sich in dem schönen großen Saale des „Kolosseum" auf Einladung der Ortsgruppe Köln etwa fünfhundert Personen eingefunden, als die Versammlung begann. Eine halbe Stunde später füllten den Saal unten etwa acht- bis neunhundert Personen; und wieder nach einer halben Stunde waren die vorher ganz leeren Gallerien auch dicht besetzt. Daß ein Putsch beabsichtigt war, ging gleich aus der Einleitung der Versammlung hervor. Beim Hoch auf den Kaiser blieb eine starke Gruppe in der Mitte des Saales sitzen und von dort her erschollen gleich, als Abg. von Liebermann das Wort genommen hatte, Rufe „Zur Geschäftsordnung" und unartikulierte Laute. Durch eine kurze Abhandlung über die Gesetzes-Paragraphen vom Hausfriedensbruch brachte der Redner aber die Gesellschaft zur Ruhe und behandelte nun in seinem Thema den Existenzkampf der schaffenden Stände im Deutschen Volke. Absichtlich verweilte er sehr lange bei der Bauernfrage und beim Brotwucher, wies spielend alle Einwürfe schlagfertig zurück und erntete bei der Mehrheit lebhafte Zustimmung. Es war wieder einmal der Beweis erbracht, daß auch die großstädtische Bevölkerung durchaus für eine verständige Schutzzoll-Politik zu erwärmen ist. Man soll nur die Großstädte nicht ohne weiters dem Brotwucher-Zetermordio-Schreiverein als Domäne kampflos überlassen. Sehr wirksam war es, daß der Redner dem sogenannten Brotwucher durch Schutzzölle, den thatsächlich nicht wegzuleugnenden Wohnungswucher gegenüberstellte und diese Gegenüberstellung noch besonders durch statistische Angaben über die Wohnungsfrage in Köln beleuchtete. — Inzwischen war der ganze Hintergrund des Saales durch Juden und deren Begleiter besetzt. Die Firma Tietz hatte ihre vier Geschäfte um 8 Uhr geschlossen. —

Bei Besprechung der Industrie-Schwierigkeiten und der Industrie-Arbeiterfrage versuchte die Sprengkolonne schon in Aktion zu treten. Einzelne Pfeifentöne erschollen, auch Knarren und Maultrommeln ließen sich hören. Aber der Redner ließ sich nicht stören. Auch die Handwerkerfrage konnte noch programmmäßig durchgesprochen werden. Als der Redner dann aber auf die Leiden des kleinern und mittlern Kaufmannsstandes kam und den Anteil der Juden daran beleuchtete, da brach der Sturm los. Pfeifen und Knarren, taktmäßiges Händeklatschen, Heulen und Brüllen von der Gallerie und aus dem Hintergrunde des Saales verschlangen auf Minuten die Worte des Redners, der aber immer wieder in den Pausen so einsetzte, daß die Hauptsache doch der Versammlung verständlich wurde und bei den nichtjüdischen und nichtsozialdemokratischen Zuhörern lebhaften Anklang fanden.

Der Vorsitzende fand gar keine praktische Unterstützung im Publikum, das hier noch nicht zur Versammlungsdisziplin erzogen ist und leider auch gar keinen praktischen Beistand bei dem überwachenden Beamten. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn einmal in Preußen über den Schutz der Versammlungsfreiheit auch die überwachenden Beamten Ausführungs-Bestimmungen erlassen werden würden.

Nach etwa dreistündigem Kampfe kam der Redner zum Schlusse. Das Lied „Deutschland über Alles" erklang und übertönte das wüste Brüllen der Sozialdemokraten und das widrige Kreischen der wütenden Juden. — Noch lange nach dem offiziellen Schlusse der Versammlung blieb der Saal gefüllt. Die Juden trieben ihren Allotria weiter und die Sozialdemokraten schrien ihre Marseillaise herunter. Erst auf besonders Ersuchen forderte der Ueberwachende zur Räumung des Saales auf.

Der Erfolg der Versammlung für unsre Partei verspricht außerordentlich günstig zu werden. Den ruhigen Kölner Bürgern sind die Schuppen von den Augen gefallen und sie wissen, was sie von dem Bündnis der roten und goldnen Internationale zu erwarten haben.

In einigen Wochen soll eine zweite Versammlung folgen. —

In Elberfeld fand nur eine Vereinsversammlung mit eingeladnen Gästen im „Burghofe" statt, die sehr gemütlich und erfreulich verlief und 16 neue Mitglieder für die „Westmark" brachte. —

700 sind überschritten, bis zum Herbst muß das erste Tausend voll sein.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Gasthaus zum Storchen (am Schwabenthor);
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am Donnerstag, den 4. April in den „Drei Linden";
am 11. bei Krug (Aktienbrauerei);
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht: Raphael Finkenstein, Barbier Pinkus Fungold, Elias Hirsch und Wilhelm Hirschfeld, sämtlich aus Breslau.

Ein alter Bekannter unsrer Warnungstafel, schreibt das „Konstantinopler Handelsblatt", der „sehr ehrenwerte" Moïse Rer und sein Kompagnon Elia Cohen, Inhaber der „Kommissionsfirma" M. S. Rer, sind wegen verschiedner Schwindeleien verhaftet worden. Im „Servet" werden die Praktiken der beiden Schwindler geschildert. Die Verhaftung erfolgte auf Antrag einer Dresdner Fabrik, die von den genannten „Kommissionären" in Konstantinopel vertreten wurde. Sie übermittelten ihr unlängst einen größern Auftrag und die Fabrik übersandte die Rechnung für den Empfänger und die Konossamente an Moïse und Cohen. Als aber in Dresden weder Akzepte noch Geld einlief, argwöhnte man Unregelmäßigkeiten und die Fabrik beauftragte einen unparteiischen Dritten, Nachforschungen vorzunehmen. Diese ergaben, daß der Auftrag gar nicht erteilt, und daß die Ware von den beiden Schwindlern verkauft und der Erlös von ihnen eingesteckt worden war.

Wegen unbefugten Auswanderns behufs Umgehung der Wehrpflicht erkannte das Landgericht zu Glogau gegen den Kaufmann Max Kuny aus Steinau (Oder) zweihundert Mark Geldstrafe.

Jacob Flatow, einer der zahllosen jüdischen Rechtsanwälte Berlins, wurde kürzlich wegen Amtsunterschlagung in dreizehn Fällen, Beiseiteschaffung einer Urkunde und Untreue unter Zubilligung mildernder Umstände zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. — Flatow war auch Notar, zu welcher Vertrauensstellung nach Annahme der freisinnigen Partei noch immer nicht genug Juden gelangen.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Der neueste „Scherer" (Nummer 12) bietet eine Fülle von Gedanken und Bildern, die in ihrer ungesuchten Originalität auf den Leser anstürmen. Das Titelbild zeigt in künstlerischer Vollendung eine Szene aus der Großstadt, die so mancher vielleicht schon beobachtet hat, die der Zeichner aber mit einer Unmittelbarkeit auf das Papier gezaubert hat, daß sie eine seltne Stimmung in uns hervorruft. Solche Bilder sollten zu Tausenden ins Volk flattern. Sie nützen mehr als langatmige Leitartikel in den Tageblättern und stählen die Gesinnung. Man müßte aber den waren Wert des „Scherers" verkennen, wenn man nicht wüßte, daß ihm der Scherz im selben Maße zu gebote steht, als der Ernst. Ein famoses Bild zeigt einen hohen Gönner, der sich huldvollst zu einem kleinen Maler herabbeugt. Das Ganze zeigt eine so urwüchsige Drolligkeit, daß jeder Leser daran seine Freude haben wird. Der textliche Teil zeigt wie immer eine feine Auswahl. Musterhafte Gedichte schließen sich an die großartig empfundene Skizze „Die schwarze Wand" an, während ein kurzgefaßter Artikel den Lesern den bekannten Dichter Christian Wagner vorführt.

Das Begnadigungsrecht; Altes und Neues aus Leben und Reichstag; vom Verfasser der Schrift: „Die Aufgaben des Verteidigers." Berlin 1902. 29 Seiten; Preis 50 Pfennig.

Der Verfasser geht davon aus, daß Begnadigen unter Umständen eine Pflicht ist, und daß von einem „Rechte" der Begnadigung nur insofern die Rede sein kann, als derjenige, dem eine Pflicht obliegt, auch das Recht haben muß, sie zu erfüllen. Die Begnadigung muß seines Erachtens stets erfolgen, wenn das Rechtsbewußtsein sie verlangt, und darf, wenn dies nicht der Fall ist, nicht gewährt werden. Die Ausführungen des Verfassers sind sehr beachtenswert. F. B.

Nachträge zu „Der Ritualmord vor den Gerichtshöfen der Wahrheit und Gerechtigkeit"; von dem kath. Pfarrer Dr. Frank. Regensburg 1902, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz Buch- und Kunstdruckerei. 100 Seiten; Preis 1 Mark.

Das Buch wendet sich in seinen beiden ersten Abschnitten — unter den Ueberschriften „Die letzten Schlupfwinkel des Ritualmord-Aberglaubens" und „Der Ritualmord-Aberglaube in den letzten Zügen" — gegen die bei einer Besprechung seines Buches „Der Ritualmord vor den Gerichtshöfen der Wahrheit und Gerechtigkeit" in den Münchnern „historisch-politischen Blättern" erhobnen Bedenken. In seinem dritten Abschnitte mit der Ueberschrift „Das Leichenbegängnis des Ritualmord-Aberglaubens" sucht er die im Jahre 1901 von verschiednen Zeitungen auf Grund einer Umfrage des Germanischen Volksbundes über den Blutmord, veröffentlichten Gutachten zu entkräften. Wer die Stellungnahme der bedingungslosen Leugner des Vorkommens jüdischer Ritual- oder Blut-Morde näher kennen lernen möchte, sei auf das Buch hingewiesen. F. B.

Deutsche Psalmen; geistliche Lieder und Gedichte. Von August Hermann Francke. 2. Auflage. Gotha 1899. 325 S. Preis fein gebunden 3 Mark.

Der Sänger dieser „Deutschen Psalmen" ist nun schon über zehn Jahre tot. Er war Professor der Theologie in Halle und Kiel und ist erst 38 Jahre alt entschlafen, nachdem er viel gelitten hatte. Alle seine frommen Lieder sind von einer tiefen Jesusliebe getragen und atmen eine Kraft des Glaubens, die einem innig wohl thun muß gegenüber dem Skeptizismus unsrer Zeit. Die Schönheit der Sprache Franckes und die künstlerisch vollendete poetische Form seiner Dichtungen stellen ihn nicht nur in die ersten Reihen der religiösen Dichter aller Zeiten, sie heben ihn auch hoch empor über viele sogenannte Dichter unsrer Tage. Dabei ist die edle Form mit einem so reichen Schatz von Gedanken und Gefühlen erfüllt, daß man nicht weiß, was man mehr bewundern soll, den schönen Leib dieser Poesien oder ihre herrliche Seele. Statt weiterer Worte der Empfehlung höre man nur ein kurzes Lied aus den „Deutschen Psalmen":

Letzter Rat.

Sturm des Nachts. — Zerschellt, zerspalten
Treibt im Meer ein Wrack am Morgen.
Doch die Mannschaft ward erhalten!
Und die Ladung ist geborgen!

So auf dieses Lebens Wellen
Bricht manch Glück bei kleinstem Fehler. —
Muß es sein — laß es zerschellen!
Aber rette deine Seele!

Wir wollen endlich nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß des Buches Preis in Anbetracht seines sehr herrlichen Inhalts und seiner sehr schönen Ausstattung außerordentlich billig ist.

Max Deutsch.

Unſre Leſer bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berückſichtigen und ſich bei allen Anfragen und Beſtellungen ausdrücklich auf unſer Blatt zu beziehen!

Der chriſtliche Hilfs-Verein für Arbeitsloſe

und deren Familien, Berlin O. 34, Tilſiterſtraße 14/15, bittet um gütige Zuwendung von zurückgeſtelltem Hausrat, getragner Kleidung, Wäſche und ſonſtigen Gaben.





Dank von Dr. Leyds.

Der Geſandte der Südafrikaniſchen Republik, Dr. Leyds, hat an den Verfaſſer des politiſchen Bilderbogens Nr. 34 „Der Burenkrieg“, den bekannten mit dem **Goethepreis** gekrönten **Bismarckſchriftſteller Max Bewer** in Dresden folgendes Schreiben gerichtet:

„Brüſſel, 15. Januar 1902.

Euer Wohlgeboren

beehre ich mich den Empfang Ihrer gefälligen Zuſchrift vom 8. d. M. mit einliegendem Flugblatt „Der Burenkrieg“, wovon ich mit vielem Intereſſe Kenntnis nahm, ergebenſt zu beſtätigen.

Indem ich Ihnen für dieſen Beweis warmer Teilnahme an der gerechten Burenſache meinen beſten Dank ausſpreche, verbleibe ich

Hochachtungsvoll

Der Geſandte
der Südafrikaniſchen Republik
Dr. Leyds.“

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulſtr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyſeſtr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 10. April 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 712.

Wochen-Spruch.

Der Talmud lehrt, daß (der jüdische) Gott das Besitztum der Nichtjuden für herrenlos erklärt und dem ersten (natürlich jüdischen) Besitz-Ergreifer das Recht darauf erteilt habe. Daher ist nach talmudisch-rabbinischer Anschauung der Weg der Juden über die Erde ein Kriegszug zu deren Eroberung.

Prof. Adolf Wahrmund, „Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft.“

Die Bedeutung der Bagdadbahn.

Nachdem die erste Etappe auf dem Wege zur Ausführung des gewaltigen Bahn-Unternehmens in der asiatischen Türkei — Erlangung der staatlichen Bau-Erlaubnis und Zinssicherheit — erreicht ist, werden von der zur Verfügung des internationalen Großkapitals stehenden Presse eifrig die Vorbereitungen für den zweiten großen Schritt — Sammlung der nötigen Baugelder — getroffen. Ehe die beteiligten Großbanken mit den Bagdadbahn-Papieren auf den internationalen Markt kommen, soll bei dem Publikum aller Länder jede Spur von Beunruhigung über die spätere Bedeutung, die eventuellen Folgen dieses Riesen-Unternehmens beseitigt werden.

In dieser Richtung soll u. a. auch eine Meldung aus Konstantinopel in der „Köln. Ztg.“ wirken. Sie betont, es handle sich hier recht eigentlich nur um ein Friedenswerk, das allerdings für die Stärkung des türkischen Staates und seiner Herrschaft in Syrien und Mesopotamien von entscheidender Wichtigkeit sein werde und deshalb nur bei denen auf Widerstand zu stoßen brauchte, die ein Interesse am Niedergang derselben hätten. — Nur ein solches Interesse wird, vielleicht mit Ausnahme Rußlands, in keinem Lande vorhanden sein oder wenigstens nicht als vorhanden zugegeben werden.

Den industriellen Kreisen der außerdeutschen Großstaaten wird die beruhigende Zusicherung zu Teil, daß es anerkanntermaßen **nicht allein die deutsche Industrie** sein würde, die von dem großen Bau und der Erschließung weiter Landstriche Vorteil haben würde.

Zum Schluß wird unter Berufung auf die „Autorität“ des General-Inspektors im türkischen Landwirtschaftsministerium, Richard Herrmann, auch den westeuropäischen, besonders den deutschen Agrariern, vorgeredet, daß ihre Besorgnisse vor der durch die Bagdadbahn neu erweckten Getreide-Konkurrenz unbegründet seien.

Es kann ja nicht bestritten werden, daß die von der Eisenbahn durchschnittenen Gegenden äußerst fruchtbar sind; es wird auch ganz offen berichtet, daß die dortige Bevölkerung den Nutzen der Bahnen „vollständig erfaßt hat“ und ihren weitern Ausbau mit Ungeduld herbeisehnt, aber es heißt, diese Bevölkerung sei so wenig zahlreich, daß sie keine irgendwie Besorgnis erregenden Getreidemassen hervorbringen könnten.

Wir haben demgegenüber schon in unsern frühern Artikeln über die Bedeutung der Bagdadbahn und der asiatischen Getreidekonkurrenz darauf hingewiesen, daß Argentinien und die Weststaaten der amerikanischen Union sicher nicht dichter bevölkert sind als jene türkischen Gebietsteile in Asien; trotzdem oder zumteil eben deshalb haben sich diese dünnbevölkerten Länder mit Hilfe der modernen Technik zu den leistungsfähigsten Getreide-Ausfuhrstaaten entwickelt. Viel **schlimmers** haben die deutschen und alle westeuropäischen Landwirte sicher von den durch die Bagdadbahn erschlossenen weit ausgedehnten Landstrichen mit so fruchtbarem Boden zu befürchten, wenn diese Gefahr nicht durch ausreichend hohe Schutzzolldämme beschworen wird.

Diese Ueberzeugung kann durch die Beschwichtigungsversuche der großkapitalistischen Presse nicht erschüttert werden, wenn sie sich auch immer wieder auf das Urteil des „besten Sachkenners“, des hohen Würdenträgers im türkischen Landwirtschaftsministerium, dafür beruft, daß in absehbarer Zeit von einer nennenswerten Getreide-Ausfuhr aus dem Bagdadbahn-Gebiet nicht die Rede sein könnte. Wir wollen diesem Herrn die Sachkenntnis nicht absprechen, aber er würde ja gradezu gegen die Interessen der von ihm vertretnen türkischen Landwirtschaft handeln, wenn er vorzeitig den Westeuropäern den Teufel einer türkisch-asiatischen Getreidekonkurrenz an die Wand malen wollte, um sie vielleicht von der Hergabe von Geldern zum Bagdadbahnbau abzuschrecken. Deshalb verdienen seine beruhigenden Angaben absolut keinen Glauben.

Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz

in seinem „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg“ erregt immer weitere Kreise in unserm Volke. Juden und Judengenossen senden das Münzsche Machwerk massenhaft im Lande umher. Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ zeigt die Firma Neumann (Gleiwitz) am 16. v. M. das Erscheinen des 11. bis 15. Tausend an. Sämtliche Reichstagsabgeordnete sind mehrmals damit beglückt worden und neulich haben auch in der guten Stadt Dresden alle Stadtverordneten das Druckheft erhalten. Die Antwort des Abg. von Liebermann, die wir — soweit der Vorrat reichte — unentgeltlich abgaben, ist vergriffen. Da neuerdings Buchhandlungen die Nummer 707 unsres Blattes postpacketweise verlangen, so sehn wir uns veranlaßt, den Artikel aus Nummer 707 nochmals hier abzudrucken. Wir werden auch eine Sonderausgabe davon veranstalten und bitten unsre Leser und Freunde im Lande, sie ihrerseits als Abwehr gegen die jüdische Dreistigkeit überall zu verbreiten. Jeder Leser hat dabei den Vorteil, daß er für den Preis von 10 Pfg. nicht nur den Rabbinerbrief wörtlich, sondern auch die Antwort darauf in die Hand erhält.

Herr Rabbiner!

Mir wurde vor einiger Zeit, als ich bei einer Ersatzwahl thätig war, ein langer Brief von Ihnen nachgesandt. Da ich aus dem Eingangssatze entnehmen konnte, daß er nichts Eiliges enthielt, legte ich ihn vorläufig bei Seite. Ich hatte zunächst nötigers zu thun. Als ich Anfang Februar nach Berlin zurückkehrte, wurde mir berichtet, Ihr Brief sei im „Berliner Tageblatt“ und andern gleichartigen Zeitungen erschienen, auch seien dort Zustimmungs-Erklärungen usw. dazu abgedruckt worden.

Ihr Zweck, etwas Aufsehen zu erregen und von sich reden zu machen, war demnach erreicht und es entfiel für mich jede Verpflichtung zur Antwort und Kenntnisnahme Ihrer Auseinandersetzungen, für die ich ja doch nur die Deckadresse gewesen war.

Gestern kam mir nun zufällig Ihr Schriftstück wieder in die Hände, ich las es durch und fand, daß ich vielleicht durch

Wiedergabe des Textes nebst einigen Zusatzbemerkungen meinerseits, den Lesern der „Deutsch-Sozialen Blätter“ eine Unterhaltung bereiten könnte. Dieser Erwägung verdanken Sie die nachfolgende Antwort.

Ich werde dabei so verfahren, daß ich längere oder kürzere Stücke Ihres Schreibens wörtlich abdrucken und dann meine Bemerkungen folgen lasse. Einleitend hebe ich hervor, daß Sie bei Ihrem „Offnen Briefe“ an mich die allerselbstverständlichste Sorgfalt außer Auge gelassen haben. Sie haben nämlich meine Rede vom 10. Januar d. J., gegen die Sie sich in langen, salbungsvollen Phrasen-Ergüssen wenden, **gar nicht vorher gelesen** —, sondern sich begnügt, Ihre Wissenschaft darüber aus irgendeinem Zeitungs-Auszuge zu schöpfen. Daß aber solche Auszüge sehr häufig höchst ungenau und meist nach der politischen Richtung der Zeitung gefärbt sind, mußten Sie wissen.

Sie schreiben:

Herr Abgeordneter! In Ihrer Reichstagsrede zum Reichshaushalts-Etat für 1902 haben Sie den Konitzer Mord berührt und haben vor den Vertretern der Nation die Worte Ritualmord und Blutmord ausgesprochen.

Diese einleitenden Worte müssen bei den Lesern die Meinung erzeugen, als hätte ich mich in meiner Etatsrede eingehend über die Ritualmordfrage verbreitet und dadurch den Herrn Rabbiner in den Gewissenszwang versetzt, mir zu antworten. — Was habe ich aber thatsächlich gesagt? Hier der stenographische Wortlaut der betreffenden Stelle:

„Ich hoffe, daß das hohe Haus die Petition (die Konitzer Petition ist gemeint) als zur Erörterung im Plenum geeignet erachten wird. Die Frage des Blut- oder Ritualmordes kann dabei ganz außer Acht bleiben; deswegen hätte unser früherer Kollege Frank uns heute sein dickes Buch über die Ritualmordfrage nicht zu schicken brauchen.“

Wenn Sie das Stenogramm meiner Rede gelesen hätten, so würden Sie also wohl nicht auf die kuriose Idee gekommen sein, an diesen harmlosen Satz Ihre weiter unten abgedruckten Belehrungen und Beteuerungen anzuknüpfen. — Sie fahren dann fort:

In derselben Rede haben Sie auch auf das Urteil des Amtsgerichts zu Darmstadt hingewiesen, kraft dessen das Zeugnis eines Angehörigen der mosaischen Religion besonders wertvoll sei, da die Angehörigen dieser Religion nach den Erfahrungen der Gerichte es mit dem Eide durchgängig sehr genau nehmen.

Sie suchen diese Ausführungen des Amtsgerichts zu bemängeln. Sie werden aber selbst bei näherer Betrachtung zugeben müssen, daß die gesamte religiöse Litteratur und alle Moral-Kodices der Juden, daß ferner die von den Juden seit Jahrtausenden innegehaltne religiöse und ethische Geistesrichtung das Urteil des Amtsgerichts — selbstverständlich ganz unbeschadet dem Vollwerte und der Integrität des Eides der Angehörigen der christlichen Religion — vollauf bestätigen.

Ganz recht. Ich hatte unter Kennzeichnung einer auffallenden Praxis, die bei den Gerichtverhandlungen im Konitzer Prozesse hervorgetreten ist, wörtlich folgendes gesagt:

„Und — welch sonderbarer Zufall — ganz am andern Ende unsers Vaterlandes, in Darmstadt, hat ein Amtsrichter, namens Gerlach, in der Begründung eines Urteils die Theorie zu dieser Praxis hergestellt. Er hat ausgesprochen, das Zeugnis eines Juden sei besonders wertvoll, ‚da es die Angehörigen dieser Religion nach den Erfahrungen des Gerichts mit dem Eide durchgängig sehr genau nähmen‘

(Heiterkeit rechts),

‚seine Religions-Angehörigkeit diene daher dem Gericht zur Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit.‘

(Heiterkeit rechts.)

Ja, m. H., das ist doch eine Degradation der Angehörigen beider christlichen Konfessionen im Lande zu Staatsbürgern zweiter Klasse!

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Abgesehen davon, daß die Lehren der Statistik dagegen sprechen — denn danach ist der Prozentsatz der wegen Meineid auf die Anklagebank gekommenen Juden ein weit höherer, als der bei den christlichen Konfessionen —, abgesehen davon, bin ich noch in der Lage, Ihnen den Ausspruch eines verstorbnen, hervorragenden Juden mitzuteilen, den dieser nachweisbar gethan hat, und der sehr wichtig für die Beurteilung dieser Frage ist. Er lautete: ‚die gegenwärtige Form des gerichtlichen Eides wird von keinem orthodoxen Juden für rechtsverbindlich gehalten

(hört! hört! rechts),

aber allerdings wird auch niemals ein orthodoxer Jude einen Meineid leisten, wenn er nach dem Ritus seines Religionsbekenntnisses vereidigt wird.‘“

Daß Sie, als Rabbiner, die Naivetät haben, den christlichen Eid als minderwertig gegenüber dem jüdischen zu bezeichnen — denn die Redewendung „unbeschadet der Integrität des Eides der Angehörigen der christlichen Religion“ ist in diesem Zusammenhange widersinnig —, kann Ihnen wegen Ihrer erblichen Belastung mit dem Auserwähltheits-Dünkel nachgesehn werden, daß aber einzelne moralische Eunuchen deutscher Abkunft für diese Beschimpfung unsers christlich-deutschen Volkes keine Empfindung haben, wie es aus einigen an Sie gerichteten, im „Berl. Tageblatt“ abgedruckten Briefen hervorgeht, das ist traurig. —

Zur Begründung ihrer Auffassung vom Juden-Eide schreiben Sie dann folgendes:

Von den alttestamentlichen Schriften bis zur Gegenwart herab, sind alle religiös-litterarischen Denkmäler der Juden von tiefer Ehrfurcht und erhabner Scheu von der Weihe und der Heiligkeit des Eides erfüllt.

Der Jude sieht sich im Eide in unmittelbare Beziehung zu Gott gesetzt, den er als den allwissenden Richter anruft; er fühlt beim Eide mit innerstem Beben den Hauch der Göttlichkeit und den Flügelschlag der Ewigkeit an sich vorüberziehn.

Schon in dem mosaischen Zehngebot ist die feste, granitne Grundlage für die Heiligkeit des Eides gelegt. „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht aussprechen zum falschen“ (2. Moses 20).

Und wie oft ist dieser Gedanke im Pentateuch selbst, sowie in den Propheten und Hagiographen in den verschiedensten Wendungen variiert und durch Wort, Lehre und Beispiel uns eingeprägt worden. Wie ergreifend und eindringlich klingt die Mahnung: „Ihr sollt nicht bei meinem Namen zum Falschen schwören, Du entweihst dadurch den Namen deines Gottes“ (3. Moses 19). Und in demselben Sinn: „Ihr sollt nicht meinen Namen entweihen, denn ich bin der Herr, der ich euch heilige“ (3. Moses 22). Knapp und präcis, scharf und schneidig lautet der Ausspruch des Propheten: „Falschen Eid hasse ich, spricht der Herr“ (Zacharias 8). In einem schönen, anschaulichen Bilde verkündet es der Psalmendichter: „Wer darf den Berg des Herrn besteigen, wer seine heilige Stätte betreten? Wer lautern Herzens ist, wer Meineid nie begeht, zum Truge nie schwört“ (Psalm 24) Demselben Gedankengange folgen ausnahmslos die spätern Lehrer und Theologen. Alle sind sie bemüht, unser Gewissen zu schärfen. So stellt ein Gelehrter im Talmud den Grundsatz auf: „Schon dein ‚Ja‘ und ‚Nein‘ sei wahrhaft und rechtlich.“ Ein andrer Schriftgelehrter giebt seinem mächtigen Empfinden über die Bedeutsamkeit des Eides in den Worten Ausdruck: „Bei keinem der zehn Gebote ging ein solches Zittern und Beben durch die Welten, wie bei der Verkündigung des Gebotes von dem Eide.“ Und von tiefem Grauen über die schwere Sünde des Meineides erschüttert, ruft ein andrer Weiser aus: „Was Feuer und Wasser, was die Elemente nicht zerstören, der Meineid verwüstet und vernichtet es!“

So nimmt in der Weltanschauung des Israeliten der Eid einen besonders geheiligten und erhabnen Platz ein.

Sehr interessant, in der That, Herr Rabbiner. Und nun geben Sie mir einmal eine geeignete Bezeichnung für den sittlichen Tiefstand eines Volkes an, welches so erhabne Religionslehren über die Heiligkeit des Eides besitzt und trotzdem eine weit größere Kriminalitäts-Ziffer in Bezug auf Meineide und Falscheide zeigt, als die Wirtsvölker, unter denen es wohnt!

Zum Beweise für diese Behauptung gebe ich Ihnen ein paar Zahlen, die ich nicht einer antisemitischen Statistik, sondern dem zur Verteidigung der Juden geschriebnen Büchelchen „Die Juden als Verbrecher. Eine Beleuchtung antisemitischer Beweisführung,“ entnehme. Dort heißt es auf Seite 27:

„Bemerkt muß schließlich noch werden, daß an dem Meineid und den verwandten Delikten die Juden einen relativ größern Anteil haben als die Christen. Die bezüglichen Zahlen sind hier:

	Verurteilte auf 10000 strafmündige Christen	Juden	Quotient
Meineid	21,2	42,9	2,02
Fahrlässiger falscher Eid	9,4	14,7	1,56
Verleitung zum Meineid	5,4	14,2	2,63
Andre Verletzung der Eidespflicht	0,6	1,0	1,67
Falsche Anschuldigung	12,6	26,4	2,10“

Der Verfasser Dr. Lux legt hier die Verurteilungen zu Grunde, bei den Anklagen ist der Prozentsatz für die Juden noch viel ungünstiger.

Ich will Ihnen aus der Verlegenheit helfen, Herr Rabbiner. Für mich liegt die Erklärung jener statistischen Thatsache in dem in meiner Rede zitierten und oben abgedruckten Ausspruche des jüdischen Gelehrten, daß „die gegenwärtige Form des gerichtlichen Eides von keinem orthodoxen Juden für rechtsverbindlich gehalten wird."

Wollen Sie den furchtbaren Folgen einer solchen Auffassung entgegentreten, und ich meine, daß Sie als Rabbiner dazu verpflichtet sind, so helfen Sie mir, das zu verwirklichen, was ich in den folgenden Sätzen meiner Reichstagsrede zum Ausdrucke brachte:

„Meine verehrten Herren, es fällt mir natürlich nicht ein, daraus nun den Schluß ziehn zu wollen, daß alle jüdischen Eide, oder die meisten, Meineide seien. Davon schrecken die Strafbestimmungen und hier und da wohl auch das Gefühl ab, daß man als vollberechtigter Staatsbürger auch den Gesetzen des Landes entsprechen handeln muß, selbst wenn man eine oder die andre gesetzliche Form für sein Gewissen nicht für rechtsverbindlich erachtet. Ich meine nun, in diesem Ausspruche ist der Weg zur Abhilfe gegeben. Warum greift denn die Regierung nicht zurück auf den hier im Reichstage vor einer Reihe von Jahren angenommnen, von mir damals eingebrachten und vertretnen Antrag auf Wiedereinführung des konfessionellen Eides?

Wir würden dadurch aus sehr vielen Schwierigkeiten herauskommen, die Gerechtigkeitspflege im Lande würde gefördert werden, und die Justizbehörden würden vielfach eine leichtere Arbeit bei Ergründung der Wahrheit haben als heute."

Sie lassen sich in Ihrem Briefe dann weiter wie folgt aus:

Ist es da ein Wunder, wenn der Jude es mit dem Eide ernst, sehr ernst nimmt!

Mir sind Fälle bekannt, wo jüdische Kaufleute und Gewerbetreibende, die in Zivilprozessen durch Leistung eines Eides ein obsiegendes Urteil hätten erstreiten können, auf das ihnen rechtlich zustehende, nicht unbeträchtliche Vermögensobjekt verzichteten, weil sie es nicht über sich bringen konnten, den zweifellos wahrhaften, durchaus zutreffenden Eid zu leisten. Der Eid gilt eben dem Juden als ein solch hochwichtiger, gottesdienstlicher Akt, daß er auch den wahrhaften Eid zu vermeiden sucht und eine heilige Scheu empfindet, eines Vermögensnachteils willen, ohne dringende Veranlassung, den Namen Gottes anzurufen.

Sollte es Ihnen wirklich unbekannt sein, Herr Rabbiner, wie wenig ernst es die Handelsjuden aller Art mit dem Schwören — ich denke hierbei nicht an den Eid vor Gericht — nehmen? Wissen Sie nicht, wie oft schlichte Bauern dadurch von Hausierjuden übervorteilt werden, daß die Letztern unter Anrufung Gottes allerlei Redewendungen brauchen, die der christlich-deutsche Bauer für eine schwere Versündigung ansehn würde, wenn die damit bekräftigte Angabe unwahr wäre? Er glaubt solchen Beteuerungen und ist betrogen. Der Jude aber hat sich nach seiner Meinung nicht versündigt, denn seine Schwüre waren nicht in einer für sein Gewissen verbindlichen Form abgegeben — sie waren nicht more judaico geschworen.

Was die Fälle jüdischer Kaufleute anbetrifft, die lieber auf einen Vermögensvorteil verzichteten, als daß sie einen an sich richtigen Eid schwören, so habe ich auch von Aehnlichem gehört und würde ein solches Verhalten für höchst achtungswert ansehn. Aber Herr Rabiner, warum sind Sie nicht solchen guten Beispielen gefolgt. Warum haben Sie ohne jede dringende Veranlassung in den folgenden Sätzen den Namen Ihres Gottes angerufen?

Sie schreiben:

So sehr wir uns nun von jedem Eide zurückhalten sollen, so ist doch der Eidschwur gestattet, ja sogar Pflicht, wenn durch denselben die staatliche Ordnung, wenn Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit, wenn Wahrheit und Sittlichkeit durch denselben befestigt und erhalten werden sollen, und wir dasjenige, was wir beschwören, ganz gewiß und untrüglich wissen.

Und nun hören Sie mich, Herr Abgeordneter! Sie haben wieder im Deutschen Reichstage die Worte Blutmord und Ritualmord in die Welt hinausgerufen.

Das ist, wie das obige Zitat aus meiner Rede beweist, eine falsche Unterstellung, ich habe im Gegenteil betont, die Frage des Blut- und Ritualmordes könne bei Besprechung der Konitzer Petition ganz außer Betracht bleiben. — Sie sehen also, daß Ihre ungeheure Pathetik ganz am falschen Platze war. Ich will aber Ihre folgenden Ausführungen auf die Leser im Zusammenhange wirken lassen und verzichte hier darauf, meine Einwendungen hinter jedem Satz einzuschalten. Sie schreiben:

Als erfahrnem Manne werden Ihnen sicherlich die Schriften der christlichen Gelehrten Delitsch, Strack, Chwolson, Pfarrer Franck u. a. bekannt sein, die mit recht deutscher Sorgfalt und Gründlichkeit an der Hand von Urkunden und Akten und nach genauster Durchsichtigung und Durchsiebung der einschlägigen christlichen und jüdischen Litteratur es sonnenklar und zur Evidenz nachgewiesen haben, daß der sogenannte Ritualmord, der den Juden angedichtet wird, eine absolute Lüge, ein albernes Märchen sei, nicht anders als wie verblendete Chinesen und fanatische Boxerhorden den Christen Ritualmorde zumuten.

Soll ich Ihnen noch einmal all die Bullen und Erlasse erleuchteter Päpste und vorurteilsloser, gerechter weltlicher und geistlicher Fürsten vorführen, welche die Ritualmorde, deren man die Juden bezichtete, in das Reich der Fabel verweisen und diese Bezichtigung als eine bodenlose, niederträchtige Verleumdung erklären, geeignet, Tod und Verderben über unschuldig verdächtigte Menschen zu bringen?

Soll ich Ihnen noch einmal die grauenhaften, mittelalterlichen Prozeßakten aufrollen, aus denen der Schrei der gemarterten, unschuldigen Juden uns entgegentönt, die auf der Folterbank etwas gestehn sollen, von dem sie absolut nichts wissen — bis erst später, oft durch Zufall, die Verlogenheit und Haltlosigkeit der Blutbeschuldigung zu Tage trat?

Es ist eine lange, traurige Leidensgeschichte, von der der Genius der Menschheit mit Erröten sich abwendet.

Und doch haben Sie es über sich gebracht, vor dem hohen Hause des Deutschen Reichstages, vor den berufnen Vertretern des Volkes der Dichter und Denker die Worte „Ritualmord und Blutmord" auszusprechen. Sie haben dadurch mich, den deutschen Rabbiner, in meinen heiligsten Gefühlen gekränkt und tötlich beleidigt. Ich appelliere an Ihre Ehre. Es ist eine Ehrenpflicht des Beleidigers, den Beleidigten zu hören.

So hören Sie denn Herr Abgeordneter. Sie sprachen vor der großen Oeffentlichkeit des Deutschen Reichstages und befaßten das Ohr Europas.

Ich spreche jetzt in der stillen Einsamkeit meiner Studierstube, und der glühend heiße Hauch meiner Brust erstirbt auf meinen Lippen wie ein leises Flüstern. Aber dieses kaum vernehmbare Wort, das jetzt den heiligsten Tiefen meines armen, gepreßten, verwundeten Herzen entsteigt, es schwillt zu einem Donner an, es zerreißt die dunklen Wolken, welche diese Erde umlagern und dringt bis zum göttlichen Richterthrone empor.

Ich erhebe jetzt meine Hand zum Schwure. Ich rufe Gott, den allwissenden Richter, in seiner allgegenwärtigen Majestät und unnennbaren Heiligkeit zum Zeugen der Wahrheit an.

Mich durchbeben die Schauer der Ewigkeit. Ich will in den Augen Gottes ein unseliger Sünder sein, ich will in den Augen meiner Mitbürger als ehrlos und infam gebrandmarkt sein, wenn ich etwas verschweige, was ich weiß, oder wenn ich den leisesten Gedanken, die entfernteste Idee, die in dieser Frage in mir irgendwie aufdämmert, unterdrücke oder durch ein reservatio mentalis umgehe.

Hier nur eine ganz kurze Zwischenbemerkung. Ihre Anfrage wegen der Bücher von Strack usw. beantworte ich später. Die bombastischen Eidesvorbereitungen machen auf mich nur einen peinlichen Eindruck. Kommen denn solche reservationes mentales bei Juden-Eiden sonst so oft vor, daß Sie sie hier ausdrücklich auszuschließen für nötig halten? — Ein Eid, more judaico, wird das, was Sie im folgenden schwören, trotz alledem nicht; dazu gehören, wie Sie besser als ich wissen, allerlei notwendige Formen, z. B., wenn ich recht unterrichtet bin, die Anwesenheit eines den Eid anhörenden Rabbiners und dergl. mehr.

Aber nun schwören Sie los:

Ich erhebe meine Hand zum Himmel und schwöre:

„Das Judentum und die Juden kennen keinen Ritualmord. Das Judentum und die Juden empfinden Grauen und Entsetzen, wie vor dem schwersten, gräßlichsten Verbrechen, vor den sogenannten Ritualmorden, die man ihnen unterschieben will. So tief das Meer, so hoch der Himmel, so heilig Gott der Herr selber ist, so groß, so gewiß, so über jeden Zweifel erhabner ist die Unschuld Israels in allen Blutanklagen, die man gegen dasselbe erhoben.

Israels Hand ist rein vom Blut!"

Ich bin Rabbiner und Sohn eines Rabbiners, dessen Vorfahren seit vielen Jahrhunderten Rabbiner und Meister in Israel waren. Die Lehren, Vorschriften und Gebräuche des Judentums sind mir genau bekannt. Ich bin in denselben erzogen worden. Ich selbst habe jahrzehntelang mit jüdischer Religionsphilosophie, mit jüdischer Geschichte und dem jüdischen Religionsgesetz mich beschäftigt. Ich übersehe darum mit untrüglicher Klarheit, wie thöricht, wie widersinnig, wie ungeheuerlich

es ist, Judentum und Juden mit dem Begriffe eines Ritualmordes auch nur im entferntesten in Zusammenhang zu bringen. Man spricht etwas Unmögliches aus. Es ist so, als ob man ein schwaches, zartes Kind verdächtigen wollte, einen Mühlstein gestohlen zu haben. Vergebens weint das Kind und sucht sich seiner Feinde mit den Worten zu erwehren: „Eure Anklage widerspricht doch meiner ganzen Natur. Ich kann den Mühlstein doch nicht vom Platze rücken!“ Aber der brutale, verstockte Ankläger bleibt bei seiner blödsinnigen Behauptung. Du hast den Mühlstein gestohlen. So ergeht es Israel.

Vergebens ist mit stahlharten, unwiderleglichen Beweisen dargethan worden, daß die Blutbeschuldigung der innersten Natur des Judentums widerstreitet. Vergebens ist unzähligemal mit flammender Zunge und mit sich auflösender Begeisterung — daß es den Stein rühren und überzeugen könnte — auseinandergesetzt worden, daß Judentum und Ritualmord zwei absolute Gegensätze sind, die sich hassen und abstoßen, die sich meiden und fliehen. Vergebens! Die Blutanklage gleicht dem alten Ungetüm der Hydra. Wird ihr ein scheußlicher Kopf zu Boden geschmettert, dann sprießt aus dem giftgeschwollnen Leibe ein neuer zischender Kopf, blöde glotzend, empor. Das wahnbethörte Menschenherz aber ist härter und kälter als Stein.

Was soll nun geschehn? Gibt es in unserm gepriesenen Zeitalter, am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts, gibt es da keine Macht auf dieser weiten Erde, um endlich einmal diese aller Logik Hohn sprechende Blutbeschuldigung zum Verstummen zu bringen? Keine? Nun denn, so rufe ich den Himmel, der in das Dunkel unsers Erdendaseins hineinleuchtet und in Milde und Freundlichkeit über alle Menschen sich wölbt, zum Zeugen der Wahrheit und Unschuld an. Ich habe mein Heiligstes verpfändet, ich habe geschworen.

O, wie gern wäre ich bereit, für diesen meinen Schwur mein Leben hinzugeben und als Glaubenszeuge und Märtyrer für die Ehre Israels zu sterben, damit die Welt endlich zur Erkenntnis gelange, wie sehr sich diejenigen versündigen, welche durch die bodenlosen Blutanklagen liese Schmach auf Israels unschuldiges Haupt häufen und seinen seit Jahrtausenden blanken, tadellosen Ehrenschild verunglimpfen.

Damit es endlich wie die Posaune des Gerichts durch die Weltgeschichte gehe, wie sehr durch diese grundlosen Verleumdungen und Verdächtigungen nicht nur Israel, sondern die gesamte Kulturmenschheit, deren Religionslehrer Israel gewesen, beschimpft, verlästert und herabgewürdigt wird.

Nun hören Sie mich an, Herr Rabbiner! — Nach meiner Empfindung haben Sie sich furchtbar schwer versündigt, denn es steht geschrieben im 2. Buch Mose im 20. Kapitel, Vers 7: „Du sollst den Namen des Herrn nicht mißbrauchen: denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht.“

Sie haben aber den Namen Ihres Gottes leichtfertig gemißbraucht, denn Sie haben noch nicht einmal das geringfügige Maß von Gewissenhaftigkeit besessen, festzustellen, ob der Mann, den Sie mit der Orientschwulst Ihrer Anklagen überschütten, überhaupt an Ritualmorde glaubt!

Hören Sie weiter, Herr Rabbiner: Ich habe nicht nur nicht jemals ein Wort gesprochen oder eine Zeile geschrieben, worin das Vorkommen von „Ritualmorden“ behauptet wird, sondern ich habe mir stets große Mühe gegeben, diesen Begriff aus der antisemitischen Bewegung zu beseitigen. Sie hätten das sowohl aus meiner Vorrede zu der Broschüre: „Der Blutmord in Konitz“*), als auch meiner Reichstagsrede**) über diesen Fall entnehmen können. —

Was ich glaube, und wovon mit mir sehr große Kreise von hochgebildeten Leuten in der ganzen Welt überzeugt sind, ist, daß unter der sittlich und moralisch sehr tief stehenden jüdischen Bevölkerung Galiziens, Rußlands und des Orients noch ein scheußlicher Blutaberglaube vorhanden ist. Und leider erhält auch das Deutsche Reich noch alljährlich Judenzuwachs aus diesen Ländern. Wollen Sie, Herr Rabbiner Dr. Münz, vielleicht in einem ähnlichen Eide, wie dem obigen, in Abrede stellen, daß die Judenbevölkerung der genannten Länder geistig und sittlich zurückgeblieben und von dumpfem Aberglauben besessen ist?

Sie scheinen Ihrerseits das Buch des Professors Strack, „Der Blutaberglaube in der Menschheit, Blutmorde und Blutritus“, nicht gelesen zu haben, sonst müßten Sie wissen, daß er das Vorhandensein eines Blutaberglaubens unter den Juden zugesteht.

*) **Der Blutmord in Konitz** mit Streiflichtern auf die staatsrechtliche Stellung der Juden im Deutschen Reiche. — Nach authentischen Quellen dargestellt von einem besorgten Vaterlandsfreunde. 12. Auflage. Preis 60 Pfg. Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52.

) **Der Blutmord in Konitz vor den Parlamenten. 1. Im Deutschen Reichstage am 4., 5. und 7. Februar 1901. Preis 10 Pfg. Ebenda.

Und nun zu Ihren Schlußphrasen, worin Sie mich in direkter Rede anfallen:

Herr Liebermann von Sonnenberg! Verspotten Sie mich, verhöhnen Sie mich als Juden und Judenstämmling — ich will es mit stoischem Gleichmut ertragen. Für Sie ist das Wort Jude ein Schimpfname, für mich ist es ein Ehrenname. Werfen Sie auf mich persönlich einen Stein, ich will ihn schweigend betrachten und mich prüfen, ob ich den Steinwurf verdiene. Ich will diesen Stein aufheben und auf ihn die Worte schreiben aus dem 3. Buch Moses: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, und ihn dann hinlegen zu jenem Mont-Blanc von Geschossen, die aus allen Richtungen der Windrose auf Israel geschleudert wurden. Dort soll er aufbewahrt bleiben bis zu jenem sehnsüchtig erwarteten, schönen Tage, an dem die Sonne der Einsicht und Erkenntnis, der Milde und Toleranz uns Menschenbrüder allesamt erleuchten und erwärmen wird, und das sieghelle Licht der Wahrheit die düstern Nebel des Vorurteils, des Unmutes und des Hasses zerstreut und überwunden haben wird.

Herr Rabbiner Dr. Münz! Ich führe den Kampf, in dem ich nun schon seit mehr als zwanzig Jahren stehe und worin ich persönlich Unsägliches an Anfeindungen und Schädigungen aller Art von jüdischer Seite erlitten habe, nicht gegen den einzelnen Juden. Es sei denn in der Notwehr.

Es ist nicht meine Schuld, daß der Name „Jude“ in den Sprachen aller lebenden und ausgestorbnen Völker, unter denen Juden gelebt haben, zum Schimpfwort geworden ist. — Sollten Sie sich als gelehrter Mann die Logik dieser Thatsache nicht aus der Prämisse erklären können? Aber trotzdem liegt es mir fern, dem Juden das Recht abzusprechen, auf sein Volk und dessen Namen stolz zu sein. Und wenn Sie weiter schreiben:

Herr Liebermann von Sonnenberg! Machen Sie mich persönlich mit den Fehlern und Schwächen, die ich als armer, vergänglicher Mensch besitze, zur Zielscheibe Ihres Spottes, zumal da ich ein Jude bin und zu einer schwachen Minorität gehöre,

so weise ich die mir darin zugemutete Handlungs- und Denkungsweise auf das Nachdrücklichste zurück und ebenso auch den Schlußsatz ihres Briefes:

Aber das fordere ich von Ihnen streng und gebieterisch, wie es ein Mann vom andern Manne fordern darf: Geben Sie der von mir beschwornen Wahrheit die Ehre und verunglimpfen Sie nicht meine höchsten und heiligsten Ideale! Zerren Sie nicht in den Staub jenen uralten, lautern Glauben, den ich im Leben wir im Sterben bekenne, und der vor drei Jahrtausenden die Prinzipien der Moral und der Sittlichkeit in der Welt proklamiert hat.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Dr. Wilhelm Münz,
Rabbiner in Gleiwitz.

Wird Ihnen jetzt vielleicht die bodenlose Lächerlichkeit Ihres „Offnen Briefes“ klar, Herr Rabbiner? — Sie fordern in den höchsten Tönen „streng und gebieterisch“, daß ich „der von Ihnen beschwornen Wahrheit die Ehre geben soll.“ Ja, welcher denn? Daß das mosaische Gesetz keinen Ritualmord anbefiehlt? — Mit Vergnügen. Das ist mir auch niemals eingefallen zu behaupten. Um diese Erklärung herbeizuführen, hatten Sie nicht nötig, den Namen Ihres Gottes in den Zeitungsspalten herumzuzerren.

Und nun zum Schlusse:

Ich habe stets in meinem Leben die Ideale andrer Menschen respektiert und habe nie den Glauben eines andern in den Staub gezerrt. Ich habe vor vielen Jahren als junger Offizier an der russischen Grenze oft Gelegenheit gehabt, arme orthodoxe Juden mit Kaftan und Locken in der Morgenfrühe mit nach Osten gewendetem Haupte, den Arm mit dem Gebetriemen umwunden, ihre Andacht verrichten zu sehn und habe ernst und andächtig dabei gestanden. Vor diesen gläubigen Leuten habe ich Hochachtung empfunden. Wenn aber ein hochgelehrter Rabbiner, so wie Sie es gethan haben, leichtfertig auf Grund falscher Voraussetzungen einen im öffentlichen Leben stehenden Gegner anfällt, in schmutzigen Zeitungsspalten den Namen seines Gottes mißbraucht, um etwas zu beweisen, was der andre nie bestritten hat, und wenn er schließlich, um der lieben Eitelkeit zu fröhnen, jede Zuschrift, die ihm von einigen durch seinen Phrasenschwall berauschten Kleingeistern zugeht, abdrucken läßt, so kann er höchstens auf — Mitleid bei mir rechnen. Mit dem guten Rate, ein andres Mal vorsichtiger zu sein, zeichnet sich

Ihr ergebenster
Liebermann von Sonnenberg.

Großlichterfelde 1, 25. Februar 1902.

Fliegender Gerichtsstand der Presse.

Kurz vor dem Beginne der Osterferien ist bei der dritten Lesung des Etats der Reichsjustiz-Verwaltung die Rede von dem fliegenden Gerichtsstande der Presse gewesen. Die Abgg. Bassermann und Beckh begrüßten freudig die Nachricht, daß nun endlich ein Ende mit diesem unglückseligen und ungerechten Zustande gemacht werden sollte, und Staatssekretär Nieberding bestätigte die Wahrheit der Meldung, daß der entsprechende Gesetz-Entwurf voraussichtlich bald nach Ostern an den Reichstag gelangen werde. Inzwischen hat sich der Bundesrat bereits damit beschäftigt und die Vorlage zur Vorberatung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Die Grundsätze, auf denen diese Gesetzesvorlage aufgebaut ist, sind nicht mehr unbekannt: auf dem Gebiete des Strafrechtes soll der fliegende Gerichtsstand beseitigt werden, also die Staatsanwälte sollen nicht mehr Anklagen gegen die Presse nach dieser harten Methode erheben; aber für die Privatklage soll der fliegende Gerichtsstand beibehalten oder vielmehr durch die neue Vorlage erst recht zum Gesetze erhoben werden. Wenigstens soll es den Privatklägern gestattet sein, Klage gegen den verantwortlichen Leiter der fraglichen Druckschrift am eignen, also am Wohnorte des Privatklägers anhängig zu machen, wenn die Druckschrift dort auch Verbreitung gefunden hatte. Nur soll verboten sein, Privatklage „am dritten Orte" zu erheben, also an einem Orte, der weder der Wohnort des Privatklägers, noch auch Erscheinungsort der Druckschrift ist. Man kann also gewissermaßen von einem „beschränkten" fliegenden Gerichtsstande sprechen, den die neue Vorlage schaffen soll.

Höchst wahrscheinlich sind die Juristen, die den Gesetz-Entwurf umgearbeitet haben, von der Anschauung ausgegangen, daß es ein gutes Recht für den Mann sei, der durch ein Preß-Erzeugnis an seiner Ehre gekränkt, beleidigt oder verleumdet wurde, seine Sache in seinem eignen Wohnorte auszufechten, seine Ehre in diesem seinem Heimatsorte wieder herzustellen.

Der Gedanke an sich hat manches für sich. Aber man vergißt dabei nur einen Umstand: damit, daß jemand Privatklage gegen eine Zeitung oder Zeitschrift erhebt, ist dort noch lange nicht erwiesen, daß er wirklich in seiner Ehre gekränkt oder verleumdet wurde. Den Beweis dafür soll er ja erst erbringen; und es giebt doch unendlich viele Fälle, in denen ein solcher Beweis von dem betreffenden Gerichtshofe als nicht erbracht erachtet wird. Dann bekommt der Leiter des Blattes dafür, daß er seinen Berufspflichten getreu Schäden oder Mißstände aufzudecken oder zu beseitigen suchte, seinen Lohn in der Gestalt eines Gerichtsverfahrens, das an sich eine Strafe ist; denn schon das ist für den Leiter eines Blattes als Strafe zu erachten, wenn er einen solchen Prozeß an einem weit entfernten Orte ausfechten soll. In vielen Fällen ist ein Rechtsanwalt gar nicht imstande, die Ideen, die den Blattleiter bewegten, in dessen ursprünglicher Eigenart vorzutragen; und in allen solchen Fällen muß dann also der Redaktör entweder die Reise nach dem weiten Orte, an dem die Privatklage verhandelt wird, selbst antreten und inzwischen seine Arbeit, sein Unternehmen, seine Zeitung zum Schaden derselben im Stiche lassen, oder aber darauf verzichten, die Gedanken, die ihn bei seinem Verfahren leiteten, in voller Schärfe vertreten zu sehen. So kann es auch geschehen, daß der Redaktör verurteilt wird, weil es ihm infolge seiner Arbeiten ganz unmöglich war, an dem weit entlegnen Orte seine Sache selbst zu vertreten, und daß unter solchen Umständen Unrecht, aber nicht Recht gesprochen wird, kann schwerlich in Abrede gestellt werden.

Wie häufig kommt es vor, daß der Redaktör einer Zeitung aufs schwerste in der Sache, die er zu vertreten hat, herausgefordert, gereizt wird. Wie leicht ist es da möglich, daß er in der Hitze des Gefechts bei seiner Verteidigung etwas schreibt, aus dem ihm eine Beleidigung eines andern herausgedrechselt werden kann; und alsdann läuft er wiederum Gefahr, mit einem Prozesse weit entfernt von seinem Wohnorte beglückt zu werden!

Nun sehe man sich weiter in der Rechtspraxis um: Jeder andre Angeklagte, auch der schwerste Verbrecher, der abgefeimteste Schwindler, der bösartigste Frevler — sie alle haben ihren Gerichtsstand an dem Orte, an dem sie wohnen, oder an dem sie die Strafthat vollbracht haben. Warum soll denn grade der ohnehin genugsam geplagte und gefährdete Redaktör schlimmer behandelt werden, als der gefährlichste Verbrecher, noch dazu, bevor überhaupt festgestellt ist, ob er denn wirklich eine strafwürdige That begangen hat oder nicht, und auch in Fällen, in denen er durch seine Feder sehr edlen und vortrefflichen Zwecken und Grundsätzen zu dienen vermeinte?

Sollte die fragliche Vorlage in dieser Form Gesetz werden, dann würde auf dem Rechtsgebiete der Privatklage der herrschende Zustand für die Presse nicht verbessert, sondern verschlimmert. Denn jetzt pflegen viele Gerichte den fliegenden Gerichtsstand abzulehnen, auch bei Privatklagen. Nach dem Erlasse eines solchen Gesetzes aber würde der fliegende Gerichtsstand bis zu gewissem Grade für die Presse erst recht wieder eingeführt werden.

Wird jemand durch die Presse wirklich in seiner Ehre gekränkt, dann genügt es doch für ihn und für die Herstellung seiner Ehre, wenn er das Urteil, das den Beleidiger bestraft, auf dessen Kosten in den Zeitungen seines Wohnorts veröffentlichen läßt. Das übt genau dieselbe Wirkung aus, als wenn das Urteil in seinem Wohnort gefällt wäre. Es würde aber geradezu einen bösen Ausnahmezustand für die Presse bedeuten, wenn jene vorhergerügte Bestimmung wirklich in das neue Gesetz aufgenommen werden sollte.

Dr. Ernst Lieber.

Der Führer der Zentrumspartei ist am 31. März zu Camberg verstorben. — Er war schon seit Jahr und Tag sehr krank und in Berlin vor längrer Zeit gradezu wie durch ein Wunder noch einmal leidlich genesen. Allerdings hatte er seine parlamentarische Thätigkeit nicht wieder aufnehmen können. —

Dr. Lieber gehörte mit Windhorst, von Savigny, den beiden Reichenspergern, von Malinckrodt und dem Freiherrn von Heeremann zu den Mitbegründern der Zentrumspartei und gewann durch seine Arbeitskraft allmählig immer größern Einfluß. — Ursprünglich gehörte er der schärfsten demokratischen Richtung innerhalb des Zentrums an. Er nannte sich gelegentlich einmal „Mußpreuße", weil er aus dem annektierten Teile Nassaus stammte, und bemühte sich während der Führerschaft Windhorsts nach Möglichkeit, die Partei zu demokratisieren. Gelegentlich geriet er dabei mit dem preußischen, mehr aristokratischen Flügel unter der Führung des Freiherrn von Schorlemmer-Alst in scharfen Gegensatz.

Als Windhorst im Jahre 91 starb, rückte er, zur Ueberraschung vieler Leute plötzlich in den Vordergrund. Unbestrittner Führer des Zentrums wurde er aber erst durch den unglaublichen politischen Fehler, den der Graf Caprivi bei Auflösung des Reichstages im Jahre 93 machte. Damals war ein scharfer Konflikt wegen der Militärvorlage entbrannt. Das Zentrum war der Kern der Oppositionsparteien, indessen hatte sein rechter Flügel unter Führung des Abgeordneten von Hüne einen Vermittlungs-Vorschlag gemacht, den die Regierung zunächst als unannehmbar bezeichnete, der aber auch in der Zentrumsfraktion noch heftige Gegnerschaft fand. — Vor der entscheidenden Abstimmung erklärte Graf Caprivi, die Regierung werde sich bei den Wahlen auf den Antrag Hüne zurückziehn, dieser solle Wahlparole werden. — Nichts Verkehrteres als diese Erklärung konnte erdacht werden. Wollte die Regierung sich etwas abhandeln lassen, so konnte sie es dem neugewählten Reichstage gegenüber thun. Wahrscheinlich aber glaubte der General-Kanzler damit einen Zwiespalt in das Zentrum zu tragen, den Zerfall desselben herbeizuführen. Stattdessen kam ein innerlich gefestigtes, stark nach links geschobnes Zentrum wieder. Der linke Flügel unter Liebers Führung hatte es verstanden, den Umstand, daß der Antrag Hüne Regierungsvorlage geworden war, so auszunutzen, daß Freiherr von Hüne

und der größte Teil seines Anhanges, z. B. Graf Ballestrem, Abg. Porsch u. a., nicht wieder gewählt wurden. Der mehr konservative, preußische Flügel verlor seinen Einfluß und Dr. Lieber wurde der anerkannte Zentrums-Führer.

Ueber seine rednerische Begabung soll hier nicht gesprochen werden. Seine Art und Weise, auf jedes Wort ein Zentnergewicht zu legen, war nicht nach jedermanns Geschmack, ebenso wie die unglaubliche Geschicklichkeit, jeden Vordersatz durch den Nachsatz aufzuheben oder abzuschwächen. — Aber eine bedeutende staatsmännische Begabung besaß der Verstorbene unter allen Umständen und seiner politischen Klugheit und Gewandheit hat das Zentrum vorzugsweise die ausschlaggebende Stellung zu verdanken, die es heute besitzt. Seit Dr. Lieber die Führerrolle bekleidete, trieb er praktische Politik und hat besonders um die Herstellung gesetzlicher Grundlagen für unsre Flotte unbestrittne Verdienste. — In die öden Sackgassen der grundsätzlichen Verneinung nach Art der Eugen Richter und Genossen ließ er seine Partei sich nicht verirren.

Persönlich war der Verstorbne von großer Liebenswürdigkeit und Gefälligkeit gegen jeden Kollegen. Kleine Wünsche der Minderheitsparteien fanden bei ihm stets nach Möglichkeit Berücksichtigung.

Der latente Antisemitismus im Zentrum fand bei ihm kein Verständnis, sondern wurde — mehr als uns lieb sein konnte — von ihm zurückgehalten. Er war wohl der hauptsächlichste Vertreter der Theorie, daß das Zentrum, im Andenken an den Kulturkampf sich nicht dazu bereit finden lassen dürfte, einer in der Minderheit befindlichen Religionsgemeinschaft, den Juden, zu nahe zu treten. — Aus dieser grundsätzlichen Verkennung der Judenfrage ergab sich seine ablehnende Stellung zu dem antisemitischen Antrage auf Einführung eines Gebots der Betäubung der Schlachttiere. Bei erster Lesung derselben trat er unserm Parteiredner, Abg. Dr. Vielhaben, übertrieben schroff gegenüber und bequemte sich erst in zweiter Lesung dem Abg. v. Liebermann gegenüber zu einer entgegenkommendern Haltung.

Für die praktische Bethätigung des Antisemitismus im Zentrum ist mit seinem Hinscheiden zweifellos mehr Raum gewonnen.

Welche politische Folgen Dr. Liebers Tod auf das Verhältnis zwischen Regierung und Zentrum ausüben wird, ist schlechterdings nicht vorher zu sagen, vor allen Dingen schon deshalb nicht, weil der Begriff Regierung bei uns täglich wechselt. — Eine Verschiebung des Schwerpunktes im Zentrum nach dem rechten Flügel ist nicht wahrscheinlich. Die ausgesprochnen Talente in der Partei stehn — wenn man den Grafen Ballestrem etwa ausnimmt — alle mehr links.

Englische Kriegsführung.

Im Juli v. J. schrieb Kitchener im englischen Staats-Anzeiger: „Ich bin sicher, daß in Transvaal, in der Oranjeflußkolonie und der Kapkolonie nun nicht mehr als 13500 Buren noch im Felde stehn."

Seitdem wurden — nach den von Kitchener gemachten und vom englischen Kriegsamt veröffentlichten Zahlen — getötet, verwundet oder gefangen genommen:

vom	getötet	verwundet	gefangen	ergeben	Gewehre erbeutet
8. Juli bis 5. August	147	101	940	397	359
5. Aug. bis 2. Sept.	124	67	1284	492	577
2. Sept. bis 1. Okt.	180	114	1379	393	553
1. Okt bis 4. Nov.	203	79	1261	646	635
4. Nov. bis 2. Dez.	161	158	881	70	471
2. Dez. bis 1. Jan.	192	54	1271	169	1173
1. Jan. bis 4. Febr.	147	57	1098	309	766
4. Febr. bis 24. Febr.	106	34	1060	299	892
	1260	664	9174	2775	5426

zusammen 13873 Buren mit 5426 Gewehren.

Es sind also 373 Buren mehr gefangen und getötet worden, als nach den amtlichen Angaben überhaupt existierten, und diese niemals vorhanden gewesenen 373 Buren nahmen den Engländern am 25. Februar bei Klerksdorp 5 Kanonen, einen großen Wagenzug und 632 Mann Soldaten fort.

Allein auch diese offiziell gemeldete Zahl englischer Verluste erscheint rätselhaft; denn am 1. März berichteten die Engländer, die Abteilung, die mit einem Wagenzug gefangen genommen worden sei, habe aus 580 Mann bestanden. Also haben garnicht vorhandne Buren 52 Engländer mehr gefangen genommen, als ihnen gegenüberstanden! Und einige Tage später waren diese nicht vorhandnen Buren sogar imstande, den Engländern ihren im Range höchststehenden General mitten aus einer Brigade von 1200 Mann herauszuholen! —

Ein militärischer Mitarbeiter der „Daily News" unterzieht die letzten Berichte Kitcheners über die Gefangennahme eines großen Burenkommandos folgender Kritik: „Schon wiederholt habe Lord Kitchener berichtet daß die Buren im nordöstlichen Freistaat ungefähr 1200 Mann stark seien. Am 8. Februar betrug die Anzahl der kampfunfähig gemachten Buren 283. Dieses Mal seien bei Harrysmith etwa 900 außer Gefecht gesetzt worden. Außerdem seien aber ungefähr 100 entkommen und 100 Verwundete und Tote seien von den Kommandos weggeführt. Eine bestimmte Anzahl entkam bei Heilbron, eine andre bestimmte Anzahl mit de Wet. Und so gehn die Berichte weiter, bis von den 1200 Buren über 2400 Mann unschädlich gemacht worden sind." —

In einem Berichte des Herrn Dr. Fr. Lange über die Burensammlung der „Deutschen Ztg." heißt es:

In der That wird nun die ärztliche Hilfe bei den Buren immer knapper. Auch Herr Dr. med. Leitz, der zu Anfang die Sanitäts-Abteilung der „Deutschen Zeitung" (bestehend aus ihm, einer Pflegerin und zwei Pflegern) leitete, ist vor kurzem aus Südafrika zurückgekehrt. Wir durften ihn zu unsrer Freude gesund hier begrüßen und erfuhren von ihm, daß ihm infolge der diplomatischen Manöver der Engländer nichts anders als die Rückkehr übrig geblieben sei. Das kleine Hospital, das er sich eingerichtet hatte, sei bei Rückzugsbewegungen der Buren unter englisches Kommando gekommen. Als er nach Erfüllung seiner Pflicht an den vorhandnen Kranken zur Burenseite habe zurückkehren wollen, sei ihm ein Wagen und die Mitnahme von Arznei und Instrumenten unter allerlei Vorwänden verweigert. Das Anerbieten, fortan auf englischer Seite ärztliche Hilfe zu leisten, habe er abgelehnt, aber schließlich auf die Rückkehr zu den Buren verzichtet, nachdem ihm von dem in der Blockhaus-Linie kommandierenden Offizier die Zusage gemacht sei, daß er in einem der Frauenlager beschäftigt werden solle. Mit dieser Zusage sei er in das englische Okkupationsgebiet abgereist, aber bei der Ankunft vor dem kommandierenden General habe er die Erfahrung machen müssen, daß weder die ihm gemachte Zusage eingelöst noch ihm die Rückkehr zu den Buren gestattet wurde. In dieser Lage sei ihm dann schließlich nichts anders übrig geblieben, als von Kitchener den Paß zur Abreise zu fordern, und die bemerkenswerte Schnelligkeit, mit der dieses Gesuch erfüllt wurde, gestatte die Annahme, daß die Engländer mit diesem Ausgange ihres Manövers zufrieden gewesen seien.

Pariser Judengeschichten. Der Pariser „Matin", der keineswegs zu den antisemitischen Blättern gehört, tischt seinen Lesern allerlei ergötzliche Geschichten auf, von denen die „Kreuzzeitung" einige wiedergibt. In der Pariser Börse wimmelt es von sogenannten „deutschen" Juden, deren Internationalismus über allen Zweifel erhaben ist. In einem der Börse gegenüberliegenden Wirtshause frühstücken zwischen 12 und 1 Uhr fast nur Börsianer. Von zwei Fremden, die sich dies stark semitisch gefärbte Bild anschauen, bemerkt der eine dazu: „Seltsam, hier gibt es Amerikaner, Engländer, Levantiner, Spanier, Portugiesen. Nun denn, Sie werden sehn: in noch nicht einer Viertelstunde werden all' die Leute da deutsch sprechen." Charakteristisch ist auch folgende Aeußerung: „Ich bin hier der einzige in Egypten geborne Engländer. Die andern stammen alle aus Frankfurt."

Endlich folgende — vielleicht schon öfter variierte Geschichte: Die Szene spielt sich in einem ungarischen Dorfe ab. Der Gutsherr beobachtet von seinem Fenster aus mit Interesse einen Zigeuner und einen Juden, die sich auf der Landstraße zanken. Er errät, daß der Zigeuner im Begriff ist, sein Pferd an einen Juden zu verkaufen. Man zankt sich mit großen Gesten. Endlich ist der Handel abgeschlossen und der Jude führt das Pferd fort. „Ich bin doch neugierig", denkt der Gutsherr, „wer von beiden den andern hineingelegt hat." Und er läßt den Juden kommen, der auch sofort herbeieilt. „Nun denn", fragt er ihn: „hast du ein gutes Geschäft gemacht?" — „Ja ein recht gutes. Ich habe für das Pferd fünfzig Gulden gegeben und ich bin sicher, daß es hundert wert ist." — „Aber dein Pferd lahmt." — „Ich weiß es sehr gut. Dieser Dummkopf von Zigeuner hat nicht gemerkt, daß es nur durch einen beim Beschlagen des Hufes schief hineingetriebnen Nagel verursacht wird. Natürlich habe ich mich wohl gehütet, es ihm zu sagen." Und der Jude geht sehr zufrieden mit sich wieder ab. Der Gutsherr läßt nun den Zigeuner kommen und legt ihm dieselbe Frage vor: „Nun, hast du ein gutes Geschäft gemacht?" — „Ein ausgezeichnetes. Mein Pferd ist eine Schindmähre, die voller Fehler steckt, und mit der ich nichts anzufangen wußte. Es lahmt überdies. Ich wagte nicht auf 25 Gulden zu rechnen und der Jude hat mir 50 Gulden bezahlt." — „Du Narr, er hat dir 50 Gulden bezahlt, weil er gesehen hat, was deinem Blick entgangen ist: das Pferd lahmt, weil es schlecht beschlagen ist, ein Nagel hat es verletzt. Sobald dieser entfernt sein wird, wird das Pferd auch nicht mehr lahmen." Der Zigeuner lachte hell auf. „Doch, doch — das Pferd wird noch lahmen, denn es hat immer gelahmt. Ich selbst habe den Nagel absichtlich eingeschlagen, damit man glaubt, das Lahmen rühre nur davon her. Der Jude hat nichts gemerkt." Der Gutsbesitzer amüsiert sich gar sehr über den Roßkammstreich und läßt den Juden, der sich in einer benachbarten Kneipe verspätet hat, noch einmal kommen und erzählt den Streich, den der Zigeuner ihm gespielt hat. Der Jude reißt die Augen weit auf, versteht auch gleich und ruft wütend: „O, der Spitzbube, o, der Gauner! Wie gut habe ich daran gethan, ihm sein Pferd mit falschem Papiergeld bezahlt zu haben." Und Harduin, der diese Geschichten im „Matin" widergiebt, fügt spöttisch hinzu: „Da der, der mir das erzählt hat, auch Jude ist, so hat er sich zu mir herübergebeugt und mir gemütlich gesagt: ‚Falls Sie sich dieser Geschichte bedienen, sagen Sie nicht, daß der Pferdekäufer ein Jude war, man würde uns auch das zur Last legen. Ich wage Sie nicht darum zu bitten, daß Sie daraus einen Katholiken machen, aber Sie könnten zu verstehn geben, daß es ein Protestant war . . .'" Harduin hat gut gethan, diesem Wunsch nicht zu entsprechen. Man würde ihm die so sehr glaubliche Geschichte sonst nicht geglaubt haben.

Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie.

Am „großen" Weltfeiertage, dem 1. Mai, den ja nach dem Willen der Singer und Konsorten jeder „Genosse" begehn soll, wollen auch die Austräger des Hamburger „Echo" ihr Vergnügen haben und darum den „Genossen" das Blatt erst am 2. Mai zustellen. Das paßt aber den „Genossen" Geschäftsleitern nicht und so werden die „Genossen" Austräger wohl nachgeben müssen, oder sie werden wegen unbefugten Begehens des „Weltfeiertages" gemaßregelt! —

Seit Jahren bemühn sich die im „Zentralverband der Zivilmusiker" organisierten „Genossen" in Berlin, für die Maifeier so bezahlt zu bekommen, wie von den Bourgeois an Sonn- und Feiertagen. Die nichtmusikalischen „Genossen" in den Fest-Ausschüssen wollen aber den Feiertags-Tarif für die Maifeier nicht anerkennen, da diese Feier ja am bürgerlichen Wochentage stattfinde. Die „Genossen" Musikanten dürfen also am „Weltfeiertage" weiter für Alltagspreise schuften und in der Erkenntnis, daß sie gegen die lohndrückenden „Obergenossen" doch nicht aufzukommen vermögen, haben sie jetzt folgende Entschließung angenommen: „In Erwägung, daß die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes den Maifeier-Tarif nicht aufrecht erhalten kann, wird beschlossen, den Maifeier-Tarif aufzuheben."

Ausland.

Rußland. In Finnland will die russische Verwaltung eine neue Wehrpflicht-Ordnung einführen, die aber erst dann gültig ist, wenn sie in der Kirche von der Kanzel verlesen wurde. Das war bisher noch nirgends möglich, weil Publikum und Geistlichkeit überall sich dagegen sträubten. Zu welch seltsamen Vorgängen das führt, davon ein Beispiel.

Als am Sonntag, den 23. Februar, das Publikum in der sog. Neuen Kirche zu Helsingfors in ruhigster Form gegen das Verlesen des Wehrpflicht-Manifestes protestiert hatte, wurden mehre Personen vor der Kirche verhaftet — auch solche, die nur das Treiben auf der Straße als Zuschauer beobachteten. Einige der Verhafteten erhoben Anklage gegen die Polizei vor dem Ratsgerichte zu Helsingfors. Das Gericht fand, nach Zeugenverhör und Prüfung des Sachverhalts, daß vor allem zwei Polizeikommissare sich ungesetzlicher Verhaftung schuldig gemacht hatten und verurteilte sie zu vier und acht Wochen Gefängnis. Am Tage nach dieser Verurteilung erließ der russische Polizeichef einen Tagesbefehl, der gedruckt und unter die Schutzmannschaften ausgeteilt wurde, worin er erwähnt, daß der Generalgouvernör und der General Kaigorodoff (Guvernör der finnländischen Provinz Nyland, deren Hauptstadt Helsingfors ist) mit dem Auftreten der Polizei sehr zufrieden seien und für dasselbe ihren wärmsten Dank ausgesprochen hätten! Ganz besonders habe ihnen die Thätigkeit der beiden vom Gericht verurteilten Kommissare gefallen!! Und so ermahnt denn der Polizeichef seine Leute zu fortgesetzter Thätigkeit in demselben Geiste, „den Vorgesetzten zur Liebe und zum Besten des Vaterlandes".

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Urteilsspruches des Ratsgerichts ließ General Kaigorodoff außerdem das Helsingforser Polizeikorps zusammenberufen, dankte den Mannschaften für „gute Arbeit", ermahnte die vom Urteil getroffnen Kommissare, sich in höherer Instanz zu beschweren (wozu sie natürlich das Recht haben und was sie auch gethan), fügte aber hinzu, daß auch, wenn das Urteil in höchster Instanz (dem Justizdepartement des Senats) bestätigt werden sollte, er jedenfalls bei dem Monarchen eine Begnadigung erwirken werde!

Rumänien. „Aparara Nationala" schildert in launiger Weise, in welcher Weise die Juden fortwährend „auswandern" und dabei doch immer auf ihrem Platze bleiben. Ernl Moises, seinem Gewerbe nach ein Taschendieb, hat sich ein Kapital von tausend Franks zusammengestohlen und macht sich auf den Weg, um seine Kunst an den Taschen der Eisenbahnpassagiere zu versuchen. Auf dem Bahnhof trifft er den Jakob Kohen. „Wohin reist du, Ernl?" — „Ich wandre nach Amerika aus!" Ein jüdischer Zeitungsreporter berichtet rasch: „Heute sind über fünfzig jüdische Gewerbetreibende ausgewandert." — Ein Jude wird dabei ertappt, wie er seine Hand in die Tasche eines Vorübergehenden steckt. Der Polizist packt ihn bei den Ohren und führt ihn auf das Polizeikommissariat. Die Juden stürzen aus ihren Läden auf die Straße hinaus und fragen ihren Rassegenossen: „Wohin führt man dich?" Dieser gibt zur Antwort: „Ich werde auf das Polizeikommissariat geführt, weil ich für die Auswandrung nach Amerika agitiert habe!"

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Myslowitz wurde am 9 März der neue evangelische Pastor eingeführt. Bei dem Festessen hielt außer dem katholischen Geistlichen auch der Rabbiner eine Tischrede. Das „Isr. Familienblatt" erzählt: „Ein evangelischer höherer Beamter war von dem Trinkspruch unsers Rabbiners so begeistert, daß er demselben einen größern Betrag überreichte mit dem Wunsche, diesen für jüdische wohlthätige Zwecke zu verwenden." Wer mag der evangelische höhere Beamte sein? —

Dem Pächter M. Wartenberger zu Zembowitz im Kreise Rosenberg (Oberschl.) hat zu seiner goldnen Hochzeit der Herzog von Ratibor sein und seiner Gemahlin Bilder in Lebensgröße geschenkt. Der herzogliche Oberförster überbrachte die Bilder. —

In Ostrowo wählten die Stadtverordneten den Oekonomierat David Goldstein zum Magistratsmitgliede. —

Nach dem „Frankfurter General-Anzeiger" ist in Neujerusalem aufgeboten der Geschäftsreisende Süßmann Zwetschgenstiel mit Fräulein Blume Affenkraut.

Steckbrief. In den Spalten deutscher Blätter treibt sich seit einiger Zeit ein Wortungeheuer herum, das vermutlich der Feder eines nichtdeutschen Reporters entsprungen ist. Es hält sich mit Vorliebe in unmittelbarer Nähe von Sitzungen, Verhandlungen, Zusammenkünften, Versammlungen und Veranstaltungen auf und ist hinreichend verdächtig, ein bisher

unbescholtnes Zeitwort der ihm rechtmäßig zukommenden Stellung zu berauben. Mit wachsender Dreistigkeit schleicht es sich in die Manuskripte unachtsamer Journalisten ein, entzieht es sich dem scharfen Blicke der Korrektoren und gelangt so zu dem Platze, den es sich anmaßt.

Alle, sich der deutschen Sprache bedienenden Personen werden gebeten, auf das unten näher beschriebne Wortungeheuer zu fahnden, es im Betretungsfalle festzunehmen und es durch das ehrliche Perfektum „abgehalten" zu ersetzen, damit seinem Unwesen endlich ein Ziel gesetzt werde.

Beschreibung.

Name: Stattgehabt.
Ursprung: Unsaubere Verbindung der Zeitwörter „stehen" und „haben".
Alter: unbekannt.
Besondre Kennzeichen: Zeitungsdeutsch.

Die zionistische Presse haben, wie der russisch-offiziöse „Warshawskij Dnjewnik" jüdischen Blättern entnimmt, mehre Warschauer Rabbiner mit dem „Cherem", d. h. mit dem Fluche, belegt und dies in den Judentempeln und jüdischen Gebethäusern bekannt gemacht. Wird eine Person mit dem „Cherem" belegt, so gilt sie als ausgestoßen und unrein; niemand darf mit ihr verkehren, mit ihr in Handelsbeziehungen treten usw. Durch das Lesen eines zionistischen Blattes wird auch die betreffende Person unter die Folgen des auf der Zeitung lastenden „Fluchs" gestellt.

Nationalsoziales. Daß der „Genosse" Bernstein in den Reichstag einzieht — schreibt „Die Hilfe" des Herrn Pfarrer Naumann — ist an sich eine Freude für uns, und daß seine Wahl mit einer schweren Niederlage der Schutzzöllnerei zusammentrifft, erhöht das Vergnügen. —

Ueber den Ausgang der Bückeburger Wahl berichtet dasselbe Blatt: „In Schaumburg-Lippe haben die Freisinnigen mit Hilfe der Sozialdemokraten über den agrarischen Antisemiten Graf Reventlow gesiegt. So geht das nun Nachwahl für Nachwahl. Jede ein Volksvotum gegen den Zolltarif!"

Mit fremder Hilfe eine alte Position mühsam behaupten, nennt man im nationalsozialen Lager also „Sieg"! —

Im „Weltspiegel" veröffentlicht Herr von Gerlach einen längern, lobenden Aufsatz über die „Vielseitigkeit" des Pfarrers Naumann. Herr von Gerlach war einst christlich- und deutschsozial und der „Weltspiegel ist eine Beilage des . . . „Berliner Tageblatts"!

Auf die Judentaufen, die in Breslau kürzlich, wie wir schon berichtet, so zahlreich erfolgt sind, wirft das folgende, von dem „Jüdischen Volksblatt" erzählte Geschichtchen ein eignes Licht. „War da ein schwarzgelockter Jüngling, der sich taufen lassen, aber zuvor noch sein Abiturienten-Examen machen wollte. Dieser Jüngling wird eines Tages von einem Bekannten gefragt, warum er denn mit der Taufe bis nach dem Examen warte. Und er antwortet: Sonst würde ich ja in evangelischer Religion geprüft!"

Zeichen der Zeit. Die Firma Rudolf Chwalla u. Sohn zu Wien, Neubau, Seidengasse 32, hatte in einer Zeitung einen Hausknecht gesucht, worauf sich über zweihundert Stellensuchende vor dem Geschäftslokale einfanden, sodaß die Glastafeln der Thüre zerbrochen wurden und die Polizei einschreiten mußte, um die „Ordnung" wieder herzustellen.

Die Ermordung Mc. Kinley's stellt sich immermehr als das heraus, was wir von Anfang an behaupteten, nämlich als eine That jüdischer Anarchisten. Wie die „Newyorker Staatszeitung" sich schreiben läßt, hat ein in Baraboo (Wisc.) verhafteter Anarchist, Namens Steinmann, sich als Mitverschwornen zur Buffaloer Schandthat bekannt.

Jacob Steinmann, der am 22. März wegen eines Einbruchs in Haft genommen wurde, hat dem Sheriff Stackhouse gegenüber das Geständnis abgelegt, daß er Anarchist sei und bei der Versammlung zugegen gewesen wäre, in der der Jude Czolgosz auserwählt wurde, den Präsidenten Mc. Kinley zu ermorden. Steinmann hat ferner zugestanden, daß er das Taschentuch um Czolgosz's Hand kurz vor dem Attentat gebunden und daß eine sehr bekannte weibliche Person — die russisch-jüdische Anarchistin Emma Goldmann? — den hauptsächlichsten Antrieb zu dem Attentat gegeben habe.

Das Gift der Kolportage-Romane dringt in die entlegensten Gegenden. So fand der Geschäftsführer des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande, Schriftsteller H. Sohnrey (Berlin), im letzten Herbst einen blutigen Schauerroman in der Knechtskate eines ganz einsam liegenden Vorwerks im Hannoverschen. Die Knechtsfamilie las und bezahlte das Ding gemeinsam mit dem Vorwerksschäfer. Man hatte schon über zehn Mark für den Roman aufgebracht, und die Hefte, die man gelegentlich in Göttingen abholte, wollten immer noch kein Ende nehmen. War so ein neues Heft da, so bebten beide Familien wie im Fieber, bis es durchgelesen war. „Es ist die reine Hexerei," sagte die Knechtsfrau.

Die Kolportage-Buchhändler beschweren sich in letzter Zeit sehr energisch über die ihnen durch die Lesezirkel erwachsene Konkurrenz, die viele nächstens zur gänzlichen Aufgabe ihres Geschäfts veranlassen würde. Denn vier und noch mehr Zeitschriften in der Woche für 10 Pf. zu liefern, wie es nicht wenige Lesezirkel fertigbrächten, seien sie nicht imstande. Ja, warum werfen sich diese Geschäfte nicht auf billigen und gesunden Lesestoff, damit vor allen Dingen das Schundzeug der Romanfabriken verdrängt wird? Solange das nicht geschieht und die Kolportage-Buchhändler des großen Verdienstes halber diese schädlichen Lieferungswerke nicht ausmerzen wollen, kann man die Ausdehnung guter Lesezirkel nur mit Freude begrüßen.

Die Beteiligung der Beamten an Konsumvereinen hat die Eisenbahnverwaltung verboten. Aus Anlaß eines besondern Falls verfügte nämlich eine Generaldirektion, die für die allgemeine Staatsverwaltung aufgestellten Grundsätze über die Teilnahme von Beamten an der Verwaltung von Konsumgesellschaften sei auch auf das Personal der Bahnen anzuwenden. Demgemäß hat die Generaldirektion allen den Beamten und Angestellten der Bahnen, die sich mit dem Warenverkehr direkt zu beschäftigen haben, die Teilnahme an der Verwaltung solcher Konsumgenossenschaften untersagt, die eigentliche Erwerbsgesellschaften sind. Die Generaldirektion ist dabei von der Ansicht ausgegangen, daß es unmoralisch sei, wenn Eisenbahnbeamte, die einen Einblick in die diskretesten Bezugsquellen der Kaufleute genießen, diese Kenntnis dann als Verwalter eines Konkurrenzbetriebes, wie es die Konsumgenossenschaften thatsächlich sind, auszunutzen suchen.

Das ist mal endlich eine Verfügung, der man rückhaltlos zustimmen kann, nur schade, daß sie erlassen ist von der Generaldirektion der . . . schweizerischen Bundesbahnen!

In Konitz hat ein Einbruch in den Judentempel stattgefunden, wobei die darin befindlichen Schränke und Gerätschaften erbrochen worden sind. Die Diebe sollen nichts wertvolles gefunden haben. Wir sind bei allen Dingen, die die Konitzer Synagoge angehn, etwas mißtrauisch. Sollten vielleicht neuerdings Anhaltspunkte für die Entdeckung der Mörder des jungen Winters aufgetaucht sein und man es daher für nötig befunden haben, die Juden erneut als unschuldig Verfolgte hinzustellen?

Cecil Rhodes, der verstorbne Hauptveranlasser der Greuelthaten in Süd-Afrika, hat in seinem Testament auch ein Stipendium für 15 deutsche Studenten ausgesetzt, die auf der Universität Oxford die englische Sprache studieren wollen, um sich möglichst in die Denkweise der Engländer hineinzufinden. Es ist zu hoffen, daß sich kein deutscher Student so weit entwürdigen wird, ein solches Stipendium anzunehmen. Deswegen brauchen die Legate nicht unbenutzt zu bleiben, denn wofür haben wir in Deutschland Judenjungen?

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 10. April 1902. Nr. 712.

Die Verjudung unsrer höhern Lehranstalten spricht in erschreckender Weise aus den unten angeführten Zahlenangaben über die Religions- und Heimatsverhältnisse der Schüler des Königlichen Wilhelms-Gymnasiums zu Berlin im Schuljahre 1901/1902:

a) Gymnasium

	Evang.	Kath.	Diss.	Juden	Einheim.	Auswärt.	Ausländer
1. Am Anfang des Sommerhalbj.	292	r. 7 altk. 1	1	325	605	11	10
2. Am Anfang des Winterhalbj.	275	r. 9 altk. 1	1	312	562	12	24
3. Am 1. Febr. 1902	274	r. 9 altk. 1	1	303	553	12	23

b) Vorschule

	Evang.	Kath.	Diss.	Juden	Einheim.	Auswärt.	Ausländer
1. Am Anfang des Sommerhalbj.	62	5	1	59	125	1	—
2. Am Anfang des Winterhalbj.	70	5	—	56	127	1	3
3. Am 1. Febr. 1902	74	5	—	56	131	1	3

Von insgesamt 588 Schülern am 1. Februar d. J. waren also 52 v. H. Juden!!

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. Infolge des Ablebens des Abg. von Puttkamer (Plauth) mußte der Wahlkreis Elbing-Marienburg (Westpr.) eine Neuwahl vornehmen, die am 3. d. M. stattfand. Nach den amtlichen Ermittlungen erhielten von 18399 (1898: 18530) abgegebnen Stimmen von Oldenburg, Rittergutsbesitzer in Januschau, Kreis Rosenberg, Westpreußen (kons.) 9205 (1898: 9346) Stimmen; König, Kaufmann in Elbing (Soz.) 4929 (4473); Zagermann, Probst in Elbing (Zentrum) 2587 (3034); Kindler, Architekt in Posen (freis.) 1251 (591) und Wagner, Justizrat in Berlin (natl.) 415 (1048) Stimmen.

Der Konservative ist somit im ersten Wahlgange gewählt, was den Gegnern des Zolltarifs sehr unangenehm ist. Sie trösten sich mit dem Rückgang der konservativen Stimmen, der — man höre und staune — ganze 0,37 v. H. beträgt! Dieser Rückgang ist zweifellos auf das Verhalten der angeblich konservativen „Elb.-Ztg." zurückzuführen, die gar zu gern die Geschäfte des Liberalismus besorgt.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Aus Kurhessen. Dichtgedrängt saßen und standen die Schwälmer und Schwälmerinnen am 1. d. M. in **Willingshausen** (Kr. Ziegenhain) bei dem dort veranstalteten **Buren-Abend** und es waren auch hauptsächlich Einheimische, namentlich vom Gesang- und Kriegerverein, die dabei ihre Kunst zeigten. Der Herr Kantor hatte die Chorgesänge vortrefflich eingeübt. Aber auch die Deklamationen, lebende Bilder und das Theaterstück „Pieter" gingen gut. Die Rede über die Buren hielt Herr Dr. Winterstein (Kassel). Auf seinen Vorschlag übermittelte man dem Vertreter im Reichstage, Abg. Liebermann von Sonnenburg, anerkennenden Dank für sein „Landsturm-Deutsch" in der Chamberlain-Sache. Ein erheblicher Reinertrag konnte an den Alldeutschen Verband für die Buren abgeführt werden. —

Am vorigen Sonntag fand in **Kassel** unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Winterstein eine vertrauliche Besprechung über die deutschsoziale Kandidatur in Kassel-Melsungen statt. Herr Amtsrichter **Lattmann** (Schmalkalden) sprach in vorzüglicher Weise über „Mein politisches Leben." Redner verstand es in seinen Ausführungen, sich die Herzen der Anwesenden zu erobern. Der Vorsitzende des Konservativen-Vereins, Herr von Löbbecke, erklärte sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden und sagte die Unterstützung der Konservativen bei der bevorstehenden Wahl zu. Der Vertreter der Reformpartei, und die des Volksbundes erklärten sich ebenfalls für die Kandidatur. Herr Professor Hüpeden, der von 1893 bis 1898 den Wahlkreis vertrat, fand die Kandidatur des Herrn Amtsrichter Lattmann gleichfalls für aussichtsvoll. —

Abends hielt Herr Amtsrichter Lattmann im Evangl. Arbeiterverein einen Vortrag über „Bismarck und seine soziale Stellung", der allseitigen Beifall fand. —

Am nächsten Tage stellte sich Herr Amtsrichter Lattmann in verschiednen Dörfern den Wählern vor, um mit denselben Fühlung zu nehmen.

Braunschweig. Eine Agitationsreise durch den Harz hat in den vier ersten Tagen des April Abg. von **Liebermann** mit dem Parteisekretär des Deutschsozialen Landesvereins, Herrn Kemper, mit erfreulichem Erfolge unternommen.

Am 1. April fand eine sehr gut besuchte Versammlung in **Blankenburg** (Harz) statt, die sich durch die Form, die Abg. von Liebermann seiner Rede gab, zu einer Art Bismarck-Gedächtnisfeier gestaltete. Der Vortrag des Herrn Kemper über unsre sozialen Aufgaben rief die Entgegnung eines ziemlich konfusen, aber augenscheinlich sehr gutmütigen Sozialdemokraten hervor, die mit leichter Mühe widerlegt werden konnte. — In gehobner Stimmung und unter den Klängen des Liedes „Deutschland über alles" schloß die Versammlung. —

Am 2. April, abends, sprachen die beiden genannten Redner zu **Hasselfelde** im „König von Schweden". Hier hatte sich der Führer der Blankenburger Sozialdemokraten, „Genosse" Hoffmann, eingefunden und holte sich vor der auch von Waldarbeitern sehr zahlreich besuchten Versammlung eine gründliche Abfuhr. Als er, ganz am Schlusse, den ihn widerlegenden Redaktör Kemper in ungezogner Weise fortgesetzt unterbrach, mußte er hinausgewiesen werden. Sein Ansehn hat bei seinen Anhängern einen starken Stoß erhalten. —

In **Braunlage**, am nächsten Abend, war die Versammlung ebenfalls sehr stark besucht und verlief ausgezeichnet. Sehr ungeschickte Bemerkungen des anwesenden dortigen Wortführers der Sozialdemokraten, Friedrichs, und verständige Anfragen eines Gewerbetreibenden gaben Veranlassung zu allerlei ernsthaften und lehrreichen Gesprächen nach der Versammlung. Ein besonders erfreulicher Erfolg für die antisemitische Sache ist übrigens noch aus diesem Orte zu melden. Laut einstimmigem Beschlusse aller Beteiligten **will man für die Zukunft auf israelitische Sommerfrischler dort verzichten** und dies bei den Anzeigen in den Zeitungen zum Ausdrucke bringen. — Wieder ein schönes Stückchen deutscher Erde mehr, wo wir Eingebornen im Sommer uns erholen können, ungestört durch den Anblick der Kinder Israels. —

Die letzte Versammlung war am 4. im goldnen Löwen zu **Walkenried**, am Fuße des Südharzes. Sie erfreute sich guten Besuches aus dem Orte und der Umgegend. Selbst aus Nordhausen waren Zuhörer erschienen. Die Redner fanden lebhafte Zustimmung, was auch in der Besprechung noch mehrfach zum Ausdrucke kam. —

Wenn nicht wieder im letzten Augenblicke nationalliberale Quertreibereien es verhindern, wird die Befreiung des ersten

braunschweigischen Wahlkreises von sozialdemokratischer Vertretung der erfreuliche Erfolg der nun schon seit Jahren eifrig betriebnen politischen Arbeit des Braunschweiger Deutschsozialen Vereins sein. —

Vom 13. d. M. ab wird Herr Kemper eine Reihe von Vorträgen im Wahlkreise Holzminden-Gandersheim abhalten. —

Der Deutschsoziale Verein feiert am 25. d. M. sein zehnjähriges Stiftungsfest.

Verband Nordmark. Abg. Müller (Waldeck) brachte in der Sitzung der oldenburgischen Landwirtschaftskammer vom 4. d. M. folgenden Antrag ein:

„Angesichts der drohenden Neigung einzelner Bundesstaaten, die Grenzsperre gegen die Einfuhr fremden Viehes einzuschränken oder aufzuheben, beschließt die oldenburgische Landwirtschaftskammer, den Vorstand zu ersuchen, bei der Großherzoglichen Staatsregierung darauf hinwirken zu wollen, daß letztere im veterinären und viehzüchterischen Interesse gegen solche Aufhebungen energisch Stellung nimmt."

Nach eingehender Begründung seitens des Antragstellers nahm die Kammer einstimmig den Antrag an, für den auch zwei Freisinnige stimmten, die noch im letzten Herbst sich gegen Schutzzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgesprochen hatten. —

Am 4. d. M. sprach in der Kreisversammlung des Bundes der Landwirte zu Tondern der stellvertretende Provinzial-Vorsitzende Graf Reventlow (Wulfshagen) über „Landwirtschaft und Zollschutz". Er setzte auseinander, daß der dem Reichstage vorliegende Zolltarif der Landwirtschaft nicht nützen, sondern schaden werde und deshalb abzulehnen sei. Die Versammlung gab einstimmig ihre Zustimmung zu erkennen.

Herr Temmig hat nunmehr den Abgeordneten v. Liebermann verklagt, weil dieser ihn Lügner genannt hat. Herr v. Liebermann wird Widerklage erheben und ist bereit, auf seine Immunität als Abgeordneter zu verzichten, falls der Kläger das gleiche thut.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";

in Nordhausen am 11. bei Krug (Aktienbrauerei);
am 18. bei Glöckner (Königshof);

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Zum Stehlen angelernt. Am 22. v. M. verhaftete man in Omaha (Nebr.) einen alten Juden, namens L. Bernstein, der in seiner Wohnung eine regelrechte Schule zum Anlernen jugendlicher Taugenichtse für das Diebshandwerk betrieb. Drei Knaben, die ebenfalls verhaftet wurden, haben gestanden, daß sie seit zwei Jahren für Bernstein Metall, hauptsächlich aus den Lagern der Burlington-Bahn, stahlen. Die Knaben sind alle aus angesehenen und stadtbekannten Familien.

Darlehns-Schwindler. Als in Brünn sein „Bank- und Kommissionsgeschäft" nicht mehr gehn wollte, siedelte der „Bankier" Jacques Weczlfried nach Wien über. Um Kunden zu finden, ließ er tagtäglich in den Zeitungen gewisse Papiere anpreisen, die er zu verschaffen sich anbot. Zuletzt ging er auf die Suche nach Darlehnsbedürftigen. Fand er in den Zeitungen solche Gesuche, so trat er sofort an sie heran und versprach die Beschaffung der gewünschten Summe. Zunächst ließ er sich als „Deckung" Wechsel in der doppelten Höhe der gewünschten Summe ausstellen, und statt des Geldes händigte er den Kreditbedürftigen andre Wechsel ein, auf die sie sich Geld verschaffen sollten. Die Leute brachten die von dem Juden erhaltnen Wechsel gewöhnlich gar nicht an, aber Weszlfried veräußerte seinerseits die Wechsel der Darlehnsucher, für die er keinen Kreuzer gezahlt hatte. Die Käufer trieben dann die Wechsel von den unglücklichen Ausstellern ein. Der madjarische Jude wurde jetzt verhaftet.

Bei dreißig Gesellschaften hatte der Fabrikant Leon Wertheimer zu Reading (Penselvanien) seine Damenblusen-Fabrik versichert, als sie eines schönen Nachts gänzlich abbrannte. Da sich nicht nur Zeugen fanden dafür, daß Wertheimer kurz vor Ausbruch des Feuers mit einer Gießkanne in den Fabrikräumen sich zu schaffen machte, sondern auch dafür, daß die von Newyork angeblich nach Reading gesandten Seidenwaren im Werte von 50 000 Dollar von dort sofort weitergeschafft wurden, so weigerten sich die Versicherungsgesellschaften zu zahlen. Sie behaupten vielmehr, die abgebrannte Fabrik habe zur Zeit des Brandes keinerlei wertvollen Inhalt gehabt. Wertheimer ist deshalb mit seinem Freunde Sylvan Friedländer unter Anklage gestellt.

Als Spielhöhle stellte der Frisör Kalman Gabel zu Lemberg (Galizien) sein Lokal in der Grodekergasse 54 verschiednen Hazardspielern zur Verfügung. Wie das „Slawo Polskie" berichtet, war das Lokal von außen gesperrt, die Kartenspieler kamen durch eine Hinterthür und spielten bis zum hellen Morgen. Kalman Gabel lieh den Spielern Geld auf Pfänder und nahm die fabelhaftesten Wucherzinsen. Infolge einer Anzeige wurde im Auftrage des Untersuchungsrichters Dr. Wassung bei Kalman Gabel eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die so belastend ausfiel, daß der Jude unter der Anklage des Betruges und Wuchers in Untersuchungshaft abgeführt wurde.

Ein unzurechnungsfähiger Dieb soll der 16jährige Kaufmannslehrling Julius Heinsheimer aus Eppingen sein, der am 2. d. M. vor dem Landgericht zu Mannheim stand. Voriges Jahr kam er nach Mannheim in die Lehre und sofort begann er zu stehlen. Sowohl in seinen Lehrstellen, wie in den Geschäften in denen er Kommissionen zu besorgen hatte, nahm er weg, was ihm unter die Finger geriet. Nachts besuchte er die Kaffees und stahl Paletots. Er wurde in der Universitäts-Irrenklinik Heidelberg auf seinen Geisteszustand untersucht. Assistenzarzt Dr. Gaupp erstattete ein längeres Gutachten darüber. In der Anstalt hat er wiederholt die Absicht ausgesprochen, er wolle ein Verbrecher werden. Der Gutachter erklärt ihn für geistig anormal, jedoch in strafrechtlichem Sinn nicht für unzurechnungsfähig. Das Urteil lautete deshalb auf 8 Monate Gefängnis.

Verhaftet wurde am 5. d. M. in Würzburg der Kaufmann Goldbach wegen Betrugs. Er hatte die Zuckerlieferung für ein Würzburger Kaffeehaus und soll seit Jahren ein solches Mindergewicht geliefert haben, daß dem Abnehmer ein Schaden von ungefähr 15,000 Mark entstanden ist.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht erhielt der Kaufmann Max Kiwy, zuletzt wohnhaft in Steinau (Oder), geboren am 16. April 1879 daselbst, mosaisch, Sohn der Viktor und Karoline geb. Becker Kiwyschen Eheleute, von dem Landgerichte zu Glogau zweihundert Mark Geldstrafe oder zwanzig Tage Gefängnis. Kiwy ist nicht zu ermitteln.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Güterschlächter und Wechselfälscher. Obwohl sein Geschäft überschuldet war, legte sich der Kaufmann Gustav Fürst zu Deutsch-Krone auf das Ausschlachten größerer Bauernwirtschaften. Um die dazu nötigen Mittel zu gewinnen, setzte er innerhalb eines Vierteljahres für 60000 Mark gefälschte Wechsel in Umlauf. Selbstverständlich kam es zum Konkurs, bei dem die Gläubiger schlecht abschnitten. Da sich insgesamt 57 Wechselfälschungen nachweisen ließen, legte das Landgericht Schneidemühl dem betriebsamen Fürst acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust auf.

Konkurs der Handelsfrau Philippine Hirsch, geb. Cohn zu Berlin. Den vorrechtlosen Forderungen von 3 450 Mark steht eine „Dividende" von 28 v. H. in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns Isidor Becker zu Berlin. Die Gläubiger bekommen für ihre 11 300 Mark wahrscheinlich 7 v. H.

Konkurs des Kaufmanns Siegfried Heinrich zu Berlin. Der Konkursverwalter teilt den Gläubigern mit, daß sie zur Zeit auf nichts zu rechnen haben. Schulden sind 46 000 Mark vorhanden.

Konkurs des Kaufmanns Heinrich Schlesinger, in Firma Jos. Schlesinger jr. zu Berlin. Bei Durchführung des Verfahrens werden auf insgesamt 122 500 Mark 7 v. H. entfallen.

Konkurs der Handelsfrau Charlotte Löwenstamm, geb. Ehrlich zu Berlin. Den Forderungen ohne Vorrecht steht eine „Dividende" nicht in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns Leopold Elias zu Berlin. Für ihre 63 000 Mark sollen die Gläubiger 18 v. H. bekommen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

dem Geheimen Hofrat Eduard Kaulla zu Stuttgart das Ritterkreuz des Kronenordens mit dem Löwen;

dem Hofrat Arthur Kaulla zu Stuttgart das Ritterkreuz des Ordens der württembergischen Krone;

dem Fabrikanten Heinrich Kahn zu Stuttgart der Titel eines Kommerzienrates;

dem Direktor des Berliner Residenz-Theaters Siegmund Lautenburg das Ritterkreuz des Danebrog-Ordens;

dem Gymnasial-Professor Dr. Benno Ehrlich zu Posen der Rang eines Rates vierter Klasse;

dem Präsidenten der Handelskammer Kommerzienrat Coblenz zu Bingen das hessische Ritterkreuz erster Klasse.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Die Spinne. Roman aus den gegenwärtigen Kämpfen des Polentums wider das Deutschtum in der deutschen Ostmark. Von **Albert Liepe**. Berlin 1902. Hübsch geb. 3 Mark.

Ein Tendenzroman im wahren Sinne des Wortes, der zugleich Werbearbeit für den „Ostmarken-Verein" verrichtet. Es ist naturgemäß, daß dabei auch der unheilvolle Einfluß Israels berührt wird, so daß sämtliche Kapitel wirklich deutschnational sind. Die Kämpfe des vertrauensseligen Deutschen mit dem verschlagnen polnischen Priester sind lebenswahr dargestellt. Als vollständig neues Moment zur Bekämpfung des fanatischen Polentums wird zum Schluß ausführlich der Vorschlag gemacht, von staatswegen an zivilversorgungsberechtigte, vom Lande stammende Militärpersonen einen je nach Charge im Umfange und Werte verschiednen Landsitz als Lehen zu vergeben. Dieser Lehnbesitz soll in bestimmter Zeit den gewissenhaften Verwaltern erb- und eigentümlich zufallen, die Veräußerung aber nur an den Staat oder an eine diesem genehme Person erfolgen.

Beachtenswert ist dieser Plan unbedingt — schon deshalb, weil dadurch der Zug nach den Großstädten und die Entvölkerung des platten Landes aufgehalten würde.

Wir wünschen dem Büchlein die weiteste Verbreitung!

Uebersichts-Tabellen zum Zwangs-Versteigerungsgesetz vom 24. März 1897 unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen für Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen. Von **B. A. Betzinger**, Oberlandesgerichtsrat. Karlsruhe (Baden) 1902. Preis 60 Pf.

Welche Schritte kann und soll bei den einzelnen Phasen des Zwangsverwaltungs- und Zwangsversteigerungs-Verfahrens von Grundstücken der Gläubiger, der Schuldner, der Hypotheken-Gläubiger, der Ersteher usw. zur Wahrung seiner Rechte thun? Welche Rechtsbehelfe stehn ihm zur Verfügung usw.?

Für diese und ähnliche Fragen bietet die Arbeit rasche und sichere Auskunft. Die gewählte Darstellungsweise (vier zusammenhängende Tabellen, die zum Gebrauch leicht zerschnitten werden können) der keineswegs stets einfachen Bestimmungen des Gesetzes wird sich auch für das Studium dienlich erweisen. Indes sind die Tabellen auch allen Laien zu empfehlen, die vermöge ihrer beruflichen Stellung mit einem Zwangsversteigerungs-Verfahren in Berührung kommen können.

Verbotne Bühnenwerke. Herausgegeben von Adam Müller-Guttenbrunn. — Erstes Stück: „**Söhne Israels**". Wien 1901. Preis 1,25 Mark.

Zum ersten Male wird hier der Versuch unternommen, dem Publikum in einer geschlossenen Reihe eine Anzahl jener bedeutsamen Bühnenwerke vorzuführen, deren öffentliche Aufführung von der Theaterzensur in Oesterreich untersagt worden ist. Der Herausgeber, Direktor Müller-Guttenbrunn, erklärt in seinem Vorwort, kein Anhänger jener Bewegung zu sein, die auf eine gänzliche Abschaffung der Theaterzensur hinarbeitete, aber er will den Beweis für die Reformbedürftigkeit des österreichischen Zensurverfahrens, die auch er empfinde, in schlagendster Art durch die Veröffentlichung jener Bühnenwerke erbringen, die von der Theaterzensur im Laufe der letzten Jahre mit dem Bann belegt worden sind.

Als erstes Stück in der Reihe legt der Herausgeber das vielbesprochne russische Sensations-Drama „Söhne Israels" von V. Kriloff und S. K. Litwin zur Beurteilung vor. Es wurde dem Kaiser-Jubiläums-Stadttheater zu Wien in zwei Instanzen verboten und es ist somit wenig Aussicht vorhanden, es jemals auf einer österreichischen Bühne zu sehn. Umsomehr wird es vom lesenden Publikum gekauft werden, denn es ist ein höchst reizvolles, litterarisch vornehmes Werk, das mit scharfer Charakteristik und kräftigem Dialog die Judenfrage behandelt. Die beiden russischen Autoren haben sich feierlich dagegen verwahrt, Antisemiten zu sein. Der Eine, Kriloff, ist der erste russische Uebersetzer des „Nathan", der Andre, Litwin, ist sogar jüdischer Abstammung. Sie haben in ihrem Werke gerechte und ungerechte, gute und böse, schwache und einfältige Juden dargestellt, genau so, wie es die Dramatiker andrer Völker mit ihren Volksgenossen thun. Aber es ist den Autoren, um ein Wort Grillparzers zu gebrauchen, von denen am wenigsten gedankt worden, die sich am meisten getroffen fühlten. Ein Sturm ging durch die jüdische Presse Europas, in Rußland wurden Krawalle veranstaltet; aber die russische Regierung schützte die Bühnen, die „Söhne Israels" zur Aufführung brachten und das Stück setzte sich unter dem Beifall des russischen Publikums und dem der armen Juden überall durch, denn es beleuchtet in überaus wirkungsvoller Weise auch die Gegensätze zwischen den besitzenden Juden und den jüdischen Proletariern.

Das viel umstrittne Werk liegt jetzt zum ersten Male in deutscher Uebertragung vor und man muß zugestehn, daß es geeignet ist, auch hochgespannte Erwartungen zu befriedigen.

Briefkasten.

Druckfehler-Berichtigung. Im Artikel „Brief aus Wien" muß es in voriger Nummer auf Seite 159 in der 28. Zeile der zweiten Spalte statt „achtzig Millionen" heißen „achtzig Milliarden". —

Der Bericht über den Handlungsgehilfen-Tag in Magdeburg ist in der letzten Entschließung (Seite 160, erste Spalte, unten) entstellt. Es muß heißen: „Man beschloß dann — ebenso einstimmig wie bei allen andern Entschließungen — am 1. Juli, dem zehnten Jahrestage der Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe, überall Versammlungen abzuhalten, in denen ähnliche Beschlüsse wie diese fünfte Entschließung gefaßt werden sollen."

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Be[stellungen] ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

# Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 17. April 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 713.

Wochen-Spruch.

Diese kleine jüdische Nation wagt, einen unversöhnlichen Haß gegen alle Völker zur Schau zu tragen, ist immer abergläubisch, immer lüstern nach den Gütern andrer, kriechend im Unglück, frech im Glück.

Voltaire, „Essai sur les moeurs et l'esprit des nations", Bd. 15.

Eine Grenzsperre gegen die Einwandrung von Juden,

wie sie von den Antisemiten im Reichstage in jeder Legislatur-Periode verlangt wird, ohne daß die übrigen Parteien, auch die Konservativen nicht, diesem Verlangen wirksamen Nachdruck verleihen, scheint gleichwohl das rechte Mittel, um zu einer befriedigenden Lösung der Judenfrage bei uns zu gelangen.

Sehr lehrreich für die Beurteilung dieser Frage ist ein Aufsatz von Arthur Ruppin in den Conradschen „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik", worin er auf Grund der amtlichen Statistik die sozialen Verhältnisse der Juden in Preußen und im Deutschen Reiche behandelt. Im ersten Kapitel, das sich mit den Personenstands- und Familienverhältnissen der Juden beschäftigt, finden sich folgende interessante Darlegungen.

Während bis zum Jahre 1880 der prozentuale Anteil der Juden gegenüber den Deutschen (einschließlich aller Sekten und Dissidenten) beständig stieg, ist seit 1880 in Preußen jener prozentuale Anteil von 13,3 auf 11,4 für das Tausend zurückgegangen und hat sich für das ganze Deutsche Reich von 12,5 im Jahre 1871 auf 11,5 im Jahre 1890 für das Tausend vermindert. Ausschlaggebend hierfür ist der überraschend große Rückgang der jüdischen Geburtsziffer. Im Durchschnitt der Jahre 1820 bis 1866 kamen auf 1000 Juden jährlich 37,20 Geburten, 1878 bis 1882 jährlich noch 30,32 Geburten; im Jahrfünft 1893 bis 1897 dagegen ging jene Ziffer auf 22,25 zurück, während sie bei den Deutschen 38,15 betrug.

Ruppin hält diese Thatsache für entscheidend über die Zukunft der Juden im Deutschen Reiche: von der Geburtenhäufigkeit hänge es in erster Linie ab, ob sie sich inmitten der nichtjüdischen Bevölkerung selbständig erhalten würden. Die innersten Gründe des Geburtenrückganges lassen sich mit völliger Sicherheit nicht angeben. Vorzüglich dürfte der im 19. Jahrhundert stark gewachsene Wohlstand der jüdischen Bevölkerung eine ähnliche Einschränkung der Kinderzahl zur Folge gehabt haben wie in Frankreich.

Das Zahlenverhältnis würde für die Juden noch ungünstiger geworden sein, wenn nicht die Geburtsziffer in einer sehr günstigen Sterbeziffer ein Gegengewicht hätte. Nach einer im Jahre 1895 zu Berlin veranstalteten Erhebung erreichen unter den Juden weit mehr Personen ein hohes Alter, als unter den Deutschen. Das 70. Lebensjahr wird von 2,632 v. H. aller Juden und nur von 1,862 v. H. aller Deutschen, das 60. Lebensjahr von 7,235 v. H. aller Juden und 5,532 v. H. aller Deutschen, das 50. Lebensjahr von 15,769 v. H. aller Juden und 12,863 v. H. aller Deutschen erreicht. Die soziale Lage der Juden dürfte hierfür ebenso ins Gewicht fallen, wie für die geringere Säuglingssterblichkeit bei den Juden im Vergleich mit der bei den Deutschen.

Selbstmorde sind unter den Juden häufiger als unter den Deutschen. Es kommen im Durchschnitt der Jahre 1893/97 auf 100000 Deutsche 31,17 Selbstmörder, auf 100000 Juden 36,50. Ruppin erklärt diese Erscheinung für die männlichen Juden aus der erheblichen Beschäftigung mit dem an Wechselfällen reichen und mit Spekulationen eng verknüpften Handel.

Was den Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle anbelangt, so zeigt sich hier die Folge der Verringerung der Geburtenhäufigkeit bei den Juden besonders augenfällig. Im Jahrfünft 1878 bis 1882 vermehrten sich die Juden jährlich um 12,79 aufs Tausend, 1893 bis 97 nur um 7,52; bei den Deutschen stieg die Vermehrung von 14,29 auf 16,31 aufs Tausend.

Auch in der Anzahl der jüdischen Eheschließungen ist seit einem Menschenalter ein bemerkbarer Rückgang eingetreten. Die Anzahl der jüdischen Eheschließungen des Jahres 1875 ist bis zum Jahre 1899 nicht wieder erreicht worden. Die Folge davon ist, daß auf 1000 christliche Eheschließungen 1895 bis 99 nur noch 9,49 jüdische Eheschließungen entfallen gegen 11,42 im Jahrfünft 1875 bis 79. Die Zahl der Ehescheidungen hat in der Zeit 1890 bis 96 auch bei den Juden stark zugenommen. Nach einer Berliner Zählung wurden 1895 und 1896 durchschnittlich 3,26 von 1000 jüdischen Ehepaaren geschieden, während von 1000 katholischen 3,35 und von 1000 evangelischen Ehepaaren 4,73 geschieden worden sind.

Dieser Rückgang der Judenvermehrung bei uns könnte ja als recht erfreulich angesehn werden, wenn nicht leider aus der Pandora-Büchse Russisch-Polens, Galiziens und Rumäniens fortgesetzt eine Zuwandrung zukünftiger Kommerzienräte, Advokaten und dergleichen stattfände. Also zunächst Thüren zu!

Aber allein ist es auch damit nicht gethan. — Selbst wenn die Kopfzahl der Juden unter uns sich verringert, so sinkt deswegen nicht ihr wirtschaftlicher, sozialer und politischer Einfluß. Im Gegenteil, er steigt. Aus der „Varuna" Dr. Henschels, die wir an andrer Stelle dieser Nummer besprechen, kann man lernen, wie Juda die Urbevölkerung Palästinas allmählich unterjocht und ihr schließlich Geschichte, Religion und sogar den Volksnamen abschwindelt. Ein ähnlicher Prozeß ist auch bei uns im Gange. Die Verjudung auf geistigem, politischem und sozialem Gebiete macht Riesenschritte. Man unterschätze auch nicht die fortschreitende Verjudung unsers Blutes. Weniger durch die Mischehen als vielmehr durch die unkontrollierbare außereheliche oder ehebrecherische Beimischung von Judenblut verändert sich besonders in den großen Städten der Volkstypus.

Es muß sich jetzt zeigen, ob wir Germanen uns noch zu behaupten vermögen gegen die wachsende soziale Macht der unter uns eingenisteten Juden und gegen die hungrigen Heuschreckenschwärme, die von Osten herandrängen.

Handwerks-Sorgen.

Zu den Berufsständen, die unter der neuern wirtschaftlichen Entwicklung besonders schwer gelitten haben, gehört das Handwerk. Von allen Seiten wird es bedrängt. Was ihm der fabrikmäßige Großbetrieb an Arbeitsgebiet übrig gelassen hat, sucht ihm der Händler in allen Gestalten — vom Warenhaus bis herunter zum Hausierer — streitig zu machen. Gleichzeitig auch wendet sich der organisierte Arbeiterstand mit seinen Angriffen besonders gern gegen den ratlosen Kleinmeister. Selbst die so wohlgemeinte sozialpolitische Gesetzgebung mit ihrer Arbeiterfürsorge, ihrer Maximal-Arbeitszeit, ihrer strengen Sonntagsruhe u. dergl. hat dazu beigetragen, dem Kleinmeister das Dasein zu erschweren, ihn mit neuen Fesseln zu binden, während der Großbetrieb bequem den Härten des Gesetzes ausweichen kann. Bei größerm Betriebspersonal läßt sich durch Schichtenwechsel und Ersatzmannschaften ohne viel Störung den Anforderungen des Gesetzes genügen, während der Kleinmeister mit nur einem Gehilfen infolge der gesetzlichen Ruhevorschriften oft inmitten des Betriebs seine Thätigkeit einstellen muß.

Zum Ueberfluß hilft noch das liebe verwöhnte Publikum — zumeist aus Unkenntnis — durch allerlei unbillige Anforderungen dem kleinen Meister das Leben sauer zu machen. Rechnet man hinzu, daß der Handwerker nirgends Kredit genießt und daß die Gesetzgebung seit Jahrzehnten sich nicht um seine Interessen kümmerte, so darf man ihn getrost zu den bedauernswertesten Stiefkindern unsrer Zeit zählen.

Durch die Gewerbefreiheit war das Handwerk für vogelfrei erklärt worden. Es durfte jeder nach Belieben ein Handwerk betreiben, auch wenn er es nicht verstand. Niemand hatte seitdem mehr nötig, ein Gewerbe regelrecht zu erlernen und einen Ausweis über seine Fachkenntnisse zu erbringen. Allerlei unberufne Elemente drängten sich ins Handwerk ein und mit dem zunehmenden Pfuschertum verlor das Handwerk wirtschaftlich und moralisch.

Handwerksmeister, die es mit ihrem Stande ehrlich meinten, haben schon seit den achtziger Jahren die Einführung eines Befähigungs-Nachweises gefordert. Sie wollten, daß wie in alter Zeit, als das Handwerk in hoher Blüte stand und den Stolz des städtischen Bürgertums ausmachte, jeder Handwerker wieder seine vorschriftsmäßige Lehr- und Gesellenzeit durchmache und seinen Meistergrad erwerbe, ehe er das Recht erlangt, selbständig sein Gewerbe zu betreiben.

Es ist seltsam, welche wunderlichen Einwendungen gegen diese vernünftige und eigentlich ganz selbstverständliche Forderung erhoben worden sind. Man sprach höhnisch von dem reaktionären „Zünftlertum", das die Entwicklung wieder ins Mittelalter zurückschrauben wolle u. dergl. m. Man vergaß darüber ganz, daß doch viele andre Stände bis heute den Befähigungs-Nachweis festgehalten haben und daß man diese deswegen nicht zu den rückschrittlichen, sondern zu den geistig führenden rechnet, ja daß grade diese das höchste Ansehn genießen. Wir meinen: alle gelehrten Stände. Es darf sich niemand Richter, Rechtsanwalt, Geistlicher, Lehrer, Offizier, Mediziner, Apotheker usw. nennen, wenn er nicht einen Befähigungs-Nachweis für diesen Stand erbracht hat. Ja, in Wahrheit bilden alle diese Stände bis heute festgeschlossene Zünfte, die niemanden aufnehmen, der nicht bestimmte Vorbedingungen erfüllt. Und diese sind in der Hauptsache: vorschriftsmäßiger Lehr- oder Studien-Gang und Befähigungs-Nachweis, wobei z. B. das Doktor-Examen doch nichts anders ist als eine Art Meisterprüfung. Und man kann nicht sagen, daß diese Stände wegen ihres Zunftwesens in Mißkredit geraten wären; vielmehr verdanken sie grade ihrer Innung oder Zunft die fachliche und moralische Intaktheit und ihr hohes Ansehn. Es ist also nicht zu verstehn, inwiefern der Befähigungs-Nachweis und die Zunft grade dem Handwerke nachteilig sein sollte, während sie in andern Ständen nur Gutes stiften.

Und doch! — Jetzt haben die Deputierten einer Handwerks-Kammer sich aus Oesterreich die wunderlich klingende Lehre geholt, daß der Befähigungs-Nachweis nur schädlich für das Handwerk sei! — Eine seltsame Mär! — Und wahrhaftig, sie haben Recht! — wenn nämlich der Befähigungs-Nachweis so widersinnig gehandhabt wird, wie in Oesterreich.

Einige Delegierte der Düsseldorfer Handwerkskammer haben auf einer Studienreise durch Oesterreich in Erfahrung gebracht, daß dort der Befähigungs-Nachweis dem Handwerk nicht genützt, sondern geschadet habe. Die schädliche Konkurrenz sei nicht vermindert, das Pfuschertum sei nicht beseitigt, sondern gradezu begünstigt worden. Der Großbetrieb floriert — besser als vorher —, weil für ihn alle die Vorschriften nicht gelten, die dem zünftigen Handwerker auferlegt sind. Die einzelnen Handwerker seien in ihrem Thätigkeitsgebiet so eingeschränkt, daß z. B. zur Herstellung eines Fensters vier verschiedne Innungs-Handwerker nötig sein sollen: ein Tischler, der den Holzrahmen fertigt, ein Glaser, der die Scheiben einsetzt, ein Schlosser, der die Eisenteile anschlägt und ein Anstreicher, der es bemalt. — —

Hierin liegt des Rätsels Lösung. Das österreichische Handwerker-Gesetz ist eine Mißgeburt. Es ist erstaunlich, was man an grünen Tischen alles fertig bringt! Anstatt den Zopf zu vermeiden, der die alten Zünfte zum Spott machte und ruinierte, hat man bei der geplanten Reform des Handwerks sofort mit der Zopfflechterei wieder angefangen.

Ein vernünftiges Handwerker-Gesetz sollte doch vor allen Dingen den Zweck verfolgen, das Hankwerk zu schützen vor den Nichthandwerkern. Es sollte den Pfuschern und kapitalistischen Spekulanten den Weg verlegen, sonst aber dem geprüften Handwerker möglichst viel Freiheit und Schutz gewähren. Das österreichische Handwerker-Gesetz thut das Gegenteil: Es legt den innungsmäßigen Handwerkern allerlei Lasten und Pflichten auf, es bestimmt aufs Genaueste die Schranken des Konkurrenz-Gebiets, innerhalb dessen sich der Innungsmeister bewegen darf, es bestimmt aber zugleich, daß alle außerhalb der Innung Stehenden, alle Nicht-Handwerker, keine Rücksicht auf das Gesetz zu nehmen haben. Es erklärt, daß jeder Gewerbtreibende, der mehr als zwanzig Leute beschäftigt, nicht als Handwerker zu betrachten und nicht an das Gesetz gebunden sei. Das nämliche gilt von dem, der mit Handwerks-Erzeugnissen handelt.

Wenn man die Absicht gehabt hätte, den Rest des soliden Handwerks noch völlig zu ruinieren und es der Spekulation und dem Schacher auszuliefern, so konnte man es nicht wirksamer erreichen, als durch dieses Gesetz. Denn das Gesetz bedeutet: Allen die schrankenlose Freiheit, nur dem Handwerker nicht! Dieses Gesetz schützt nicht das Handwerk, sondern es schützt die Nicht-Handwerker vor der Konkurrenz der geprüften Innungsmeister, — es privilegiert das ungeprüfte Pfuscher- und Spekulantentum und knebelt den gelernten Handwerker durch allerlei Zwangsvorschriften. Denn anstatt daß jemand wegen Anfertigung eines Fensters erst vier verschiedne Innungsmeister in Bewegung setzt, geht er lieber zu einem Unternehmer, der unter seinen 20 bis 25 Leuten verschiedne Handwerker und Arbeiter beschäftigt und dadurch das Privilegium besitzt, fertige Fenster liefern zu dürfen. Dieser Unternehmer hat auch nicht nötig, zu den Kosten der Innung, der Ausbildung der Arbeitskräfte, zum Herbergswesen, zur Fortbildungsschule, zur Handwerkskammer usw. etwas beizutragen. Das überläßt er getrost den Kleinmeistern und nimmt nachher die fertig ausgebildeten Kräfte für sich hinweg. Mit andern Worten: der kleine Innungsmeister hat alle Lasten und Pflichten, der nichthandwerksmäßige Betrieb — also auch der Pfuscher und Spekulant — alle Freiheiten und Rechte. Ein solches Gesetz muß den Untergang des Handwerks endgiltig besiegeln.

Leider hat man nicht gehört, daß die Düsseldorfer Handwerks-Delegierten diese richtige Lehre aus den Thatsachen gezogen hätten. Aus den Zeitungsnachrichten klang es fast heraus, als hätte man mit einer gewissen Genugthuung diesen Bankrott der österreichischen Handwerker-Gesetzgebung konstatiert.

Es wird die Aufgabe unsrer neubegründeten Handwerkskammern sein, eine solche schiefe Entwicklung der Dinge bei uns zu verhüten. Wenn unser Handwerker-Gesetz seinen Zweck

erfüllen soll, so bedarf es noch eines gründlichen Ausbaues. Es ist selbstverständlich, daß die für ein Handwerk giltigen Vorschriften und Gesetze auf alle Betriebe ausgedehnt werden müssen, in denen handwerksmäßig gelernte Kräfte beschäftigt werden — auch auf die Großbetriebe. Die Scheidung zwischen handwerksmäßigen und fabrikmäßigen Betrieben ist ganz willkürlich und dem Wesen der Sache nicht entsprechend. Wie will man es rechtfertigen, daß für einen Betrieb mit 19 Gehilfen noch alle Vorschriften des Handwerks gelten sollen, während der Betrieb mit 20 oder 21 Gehilfen plötzlich außerhalb des Rahmens steht? Und wie dann, wenn — wie das in jedem größern Betrieb der Fall ist — die Gehilfenzahl öfters wechselt und bald über, bald unter die willkürliche Grenze geht? Soll dann der Betrieb abwechselnd einige Monate lang unter die fabrikmäßigen und dann wieder unter die handwerksmäßigen gezählt werden?

Alle solche mechanische Abgrenzungen nach Aeußerlichkeiten führen zu einer vernunftlosen Schablonisierung, die von jeher den Tod aller gesunden Entwicklung bedeutet hat. Was vernünftig sein soll, muß das Wesen treffen. Daher sind alle Betriebe, in denen Handwerks-Erzeugnisse hergestellt und handwerksmäßig gelernte Kräfte beschäftigt werden, dem Handwerk zu unterstellen. Andernfalls bleibt das ganze Gesetz eine nutzlose Komödie. Das Resultat würde sonst sein, daß die Kleinmeister die Verantwortung und die Lasten zu tragen hätten für die sachgemäße Ausbildung der Handwerker, um sie dann durch den Großbetrieb weggefischt zu sehn. Das Handwerk würde herabsinken zu einer Gesellenschule für die Großbetriebe; es würde allein die Lasten hierfür tragen und der Großbetrieb vorwiegend den Nutzen hiervon haben.

Anders als auf solchen Wegen ist eine Gesundung des Handwerks nicht zu erhoffen. Die Lösung der Aufgabe ist doppelt schwierig, weil in einem seit Jahrzehnten gedrückten und vernachlässigten Stande auch eine Verkümmerung der Geister eingerissen ist. Es beginnt im Handwerk immer mehr an selbständigen Köpfen und Charakteren zu fehlen. Die Leute blicken in ihrer ständigen Bedrängnis nicht mehr über die armseligsten Tages-Interessen hinaus und vermögen die Lage ihres Standes selbst nicht mehr richtig zu übersehn und die Ursachen ihrer Not zu erkennen. So ist es erklärlich, daß ein so widersinniges und handwerksfeindliches Gesetz wie das österreichische, die Billigung der dortigen Handwerker finden konnte. Sie begriffen selbst nicht, was man ihnen anthat.

Aber auch moralisch leidet das Handwerk schwer unter diesen Zuständen. Eine Verbitterung greift Platz, die ein einheitliches Zusammenwirken immer mehr erschwert. Wie überall, wo die Daseinsbedingungen allzu ungünstig werden, kommen die schlechten Eigenschaften des Menschenherzens zum Durchbruch. Der erbitterte Wettbewerb schafft Neid und Mißgunst; der mühsam um seine Existenz Ringende sieht in dem Mitbewerber nicht mehr den Kollegen, sondern den Feind, der mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Bald erfüllt die Seele der Streitenden nicht mehr das Bestreben, ihr Fach empor zu bringen und tüchtiges zu leisten, sondern nur noch die Sucht, dem Mitbewerber zu schaden; und die Gehässigkeit steigert sich oft bis zur Niedertracht. Selbstverständlich sind es dann nicht mehr die besten Elemente, die die Oberhand gewinnen.

Dazu kommt, daß es nicht an Einflüssen fehlt, die planmäßig irreführend zu wirken suchen. Man weiß ja ganz genau, wem eine Gesundung des Handwerks unbequem ist. Das sind vor allem die Elemente, die aus der heutigen Zerfallenheit des Gewerbes Nutzen ziehn, diejenigen, die den bedrängten Kleinmeister zum Lohnsklaven ihrer Warenmagazine machen; und ferner das spekulative Großkapital, das für seine monopolistischen Bestrebungen freies Spiel haben will. Diese Kreise sind Feinde jeder festen Ordnung, sie wünschen die Planlosigkeit und Verwirrung und nennen sie mit dem Blendworte „Freiheit“. Wie läßt doch Goethe den Minister Haman von diesem Wucherer- und Spekulantenvolke sagen?

„Dies schlaue Volk sieht einen Weg nur offen:
So lang die Ordnung steht, hats nichts zu hoffen“.

Die Ordnung ist das Grundgesetz aller Kultur, und wo man sie aufgiebt, fällt alles in Verwilderung und Barbarei zurück. Entweder wird man für das Handwerk wieder strenge Ordnungen schaffen oder es wird zu Grunde gehn — und dem Handwerk werden andre Stände folgen. Dann soll sich aber Niemand wundern über das rasende Wachstum der Umsturzparteien. Wo soll der zerrüttete Mittelstand, der vom Staate scheinbar preisgegeben ist, noch anders Zuflucht suchen, als bei den Staatsfeinden? Die Führer des Umsturzes sehn mit heimlichem Jauchzen diesem Auflösungsprozesse zu; sie wissen genau, daß das zerstörende Großkapital ihr bester Zutreiber ist.

Th. Fritsch.

Traurige Lage der Landwirte und Kleingewerbetreibender auf dem Lande.

Aus der Oberpfalz schreibt man folgendes: Schon längst wollte ich mich an Sie wenden, und Ihnen schildern, wie unsre Gegend unter den traurigen Verhältnissen in der Landwirtschaft und durch die jüdischen Reisenden leidet und wie schwer die Geschäftsleute dadurch geschädigt werden. Ich betreibe außer der Oekonomie eine Krämerei mit Schnittwaren und habe das Geschäft seit zwanzig Jahren, aber so schlecht wie in den letzten Jahren ist es noch niemals gegangen. Die schlechten Einnahmequellen der Landwirtschaft sind Schuld daran, daß nirgends mehr Geld unter den Leuten ist. Die Bauern haben keinen Pfennig im Hause und damit giebts auch bei den Geschäftsleuten kein Geld mehr.

Dazu kommt die Judenplage.

Die Juden haben sich seit kurzem bei uns des ganzen Geschäftes bemächtigt. Rechnet man darauf, jetzt kommt eine Zeit, wo man was umsetzen kann, so sind die Juden gewiß schon drei bis vier Wochen vor dieser Zeit an der Arbeit, dies Geschäft für den Einheimischen zunichte zu machen, indem sie die ganze Gegend Haus für Haus abklopfen und mit Waren überschwemmen. So rührt sich auch in den früher besten Geschäftstagen beim ansässigen Kaufmann und Krämer nichts mehr; er kann nichts mehr verkaufen, aber die Steuern und Abgaben muß man leisten, wie zu den besten Zeiten. Ich kann offen schreiben, obwohl ich mir die beste Ware zulege und mit dem geringsten Nutzen abgebe, seit zwei Jahren setze ich in meinem Geschäfte jährlich für dreitausend Mark weniger um, als früher. Hätte ich nicht meine kleine Landwirtschaft, aus der ich bei fleißiger Arbeit wenigstens die Nahrungsmittel ziehn kann, ich wüßte nicht mehr, was ich anfangen soll.

Das Gesetz zur Beschränkung des Detailreisens nützt uns gar nichts, die Juden scheeren sich keinen Deut darum. Sollte nach dieser Richtung geholfen werden, so müßte das Aufsuchen von Privatkunden entweder überhaupt verboten oder dadurch erschwert werden, daß jede Gemeinde, wo diese reisenden Handelsjuden hinkommen, das Recht erhält, sie mit einer ausgiebigen Ortssteuer zu belegen. Geschieht nicht bald etwas, so sind wir binnen kurzem ruiniert.

Und wie wir Geschäftsleute, gehn auch unsre Bauern unter der Judenplage zugrunde. Sie werden von den Juden auf alle mögliche Weise ausgeschunden, ausgewuchert, übervorteilt und geprellt. Unser Bauernstand ist im allgemeinen nur ganz wenig bemittelt, die Mehrzahl unsrer Landbevölkerung ist arm. Sie können sich schwer davon einen Begriff machen, welch' große Not in weiten Bezirken unsrer Oberpfalz vorhanden ist und wie die Leute leben müssen, um nur überhaupt durchzukommen. Und damit ist es immer schlechter geworden, je niedriger die Vieh- und Getreidepreise geworden sind. Es mag einer eine noch so kleine Oekonomie haben, verkaufen wird und muß er immer etwas und kriegt er nichts dafür, dann weiß er nicht, woher er seine Steuern zahlen soll, von Zinsen ganz zu schweigen. In vielen Haushaltungen ist monatelang kein Pfennig Geld vorhanden, oft aber auch keine Milch, kein Schmalz; kaum daß zur Not die Kartoffel und das Kraut ausreichen. Und in der Stube sitzen 7, 8 und 10 Kinder und

wollen essen. Da wird den Eltern das Herz oft recht schwer! Solcher Anwesensbesitzer giebt es viele.

Und auf diese bedrängte Bevölkerung läßt man die Juden los, läßt sie dieselbe auch noch des letzten Besitzes berauben. Es ist unmöglich, daß die Obrigkeit diese Verhältnisse wirklich kennt, sie müßte Abhilfe schaffen.

Wenn unsrer Landbevölkerung nicht bald zu höhern Preisen auf ihre Produkte verholfen wird, daß wieder etwas Geld unter die Leute kommt und wenn man uns nicht die Judenplage vom Halse schafft, dann wird man sehen, wohin unsre Bevölkerung gelangt und die hohe Obrigkeit mit ihr.

Der preußische Handelsminister und seine leuchtenden Vorbilder.

Bei dem Festmahl des Ende Februar in Berlin versammelten „Nautischen Vereins" hatte der preußische Handelsminister Möller wieder die Gelegenheit ergriffen, um eine seiner pädagogischen Reden vom Stapel zu lassen. Er hatte darin das Maßhalten als aller Weisheit Ende und Ziel gefeiert und den „Nautischen Verein" als weithin leuchtendes Vorbild weisen Maßhaltens in Reden, in Thaten andern Korporationen, vor allem auch der Zolltarifkommission, zur Nachahmung empfohlen. „Ihr Verein", so führte der Minister wörtlich aus, „hat es verstanden, einen Vorsitzenden zu haben, der Maß zu halten versteht. Was der ‚Deutsche Nautische Verein' thut, ist vorbereitet. Und wenn er dann gut vorbereitete Schlüsse faßt, wird diesen mehr Bedeutung beigemessen als den sonstigen Resolutionen, die in die Welt geschickt werden. Ich möchte wünschen, daß Sie in der bisherigen Weise fortfahren möchten, Ihr Verein weiter gedeihe und Ihr vorzüglicher Vorsitzender noch lange an Ihrer Spitze stehn möge."

Wie der preußische Herr Handelsminister zu einem derartigen Dithyrambus grade auf den „Nautischen Verein" und dessen „vorzüglichen Vorsitzenden" kommt, ist für den Kenner der Verhältnisse vollkommen unverständlich. Grade der „Nautische Verein" hat sich gegen alle Verbesserungen, von denen irgendwelche Schmälerung der Reedereiprofite zu befürchten war, von jeher gesträubt. Seinem Widerstande ist es zu „danken", daß das schon seit Jahren in England bestehende Gesetz über den Freibord zum Schutz gegen Ueberladung der Schiffe bei uns immer noch nicht eingeführt worden ist, wodurch zahlreiche Unglücksfälle und Verluste an Menschenleben hätten verhindert werden können*).

Daß der verdienstvolle Vorsitzende des Nautischen Vereins, der Geh. Kommerzienrat Sartori (Kiel) oft sehr maßvoll, besonders aber nur in der Anwendung der erforderlichen Vorkehrungen für die Sicherheit seiner Schiffsmannschaften gewesen ist, geht aus dem Spruch des Seeamts zu Flensburg vom 18. August 1890 über den Seeunfall des zur Reederei Sartori und Berger gehörenden Schraubendampfers „Wilhelm" hervor. Es heißt dort (Band 9 der „Entscheidungen des Ober-Seeamts und der Seeämter des Deutschen Reichs" Seite 489): „Gewissenhafte Reeder würden sich immer scheuen, ein solches Schiff im Winter mit schwerer Ladung über See zu schicken", und weiter auf Seite 490: „Hinsichtlich der Bemannung des Schiffes ist zu rügen, daß außer den beiden Schiffsoffizieren nur drei Mann für den Dienst an Deck zur Verfügung standen, also nicht einmal außer dem Wachthabenden für jede Wache zwei Mann verwendbar waren. Es ist ohne weiters klar und bedarf keiner weitern Ausführung, daß bei so mangelhafter Besatzung in schwerem Wetter die notwendigen Schiffsdienste, die Handhabung des Ruders, das Lothen, Loggen, Ausguck halten und andres, nicht ordnungsmäßig besorgt werden können."

Bei den Verhandlungen über die Strandung des Dampfers „Adele" an der Ostküste Bornholms, auf dem 24 ostpreußische Dienstmädchen und drei männliche Handarbeiter als Passagiere untergebracht waren, sagte nach dem Bericht der „Hamburger Börsenhalle" vom 2. Februar 1892 der Reichskommissar unter anderm folgendes aus: „Die heutige Verhandlung hat haarsträubende Zustände auf dem Dampfer ‚Adele' zu Tage gefördert. Das Seeamt muß die Aufmerksamkeit der berufnen Behörden auf dieselben lenken; eine derartige Unterbringung von Passagieren in Räumen, in die weder Luft noch Licht dringen kann, kommt nur noch auf Sklavenschiffen vor." — Auch dieses Schiff gehörte der Reederei Sartori und Berger in Kiel, deren Inhaber, der Geh. Kommerzienrat Sartori, nicht nur bis heute Vorsitzender des „N. V.", sondern auch Sektions-Vorstand der Seeberufs-Genossenschaft in Kiel ist.

Es war also kein glücklicher Griff von Seiten des preußischen Handelsministers Möller grade diesen seinen frühern Parteigenossen den um ihr gutes Recht und ihre Existenzmöglichkeit ringenden Landwirten und deren parlamentarischen Vertretern als ein leuchtendes Beispiel weiser Mäßigung entgegenzuhalten!

*) Vergl. auch die Schrift „Die Notflagge heraus", vom Abg. Raab. Preis 1 Mark. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52.

Die neue Aristokratie (besser Kakistokratie) Ungarns.

Ein grelles Schlaglicht auf die fortschreitende Verjudung Ungarns werfen die Angaben des „Deutschen Tageblattes für Ungarn", die sich mit den Steuer-Einschätzungen in der Hauptstadt Ofenpest beschäftigt. Nach einer von der hauptstädtischen Einschätzungs-Kommission fertiggestellten Liste der Höchstbesteuerten (Virilisten) der Hauptstadt für das Jahr 1902 giebt es in Ofenpest 314 Bürger, die über 4000 Kronen Steuer zahlen. Einen sehr interessanten Einblick, der die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse Ofenpests grell beleuchtet, gewinnen wir, wenn wir diese Liste nach Namen und Nationalität prüfen. Unter den 314 Virilisten sind allein 140 Juden. Deutsche Namen tragen 231 der Höchstbesteuerten, madjarische Namen 68, darunter sind die Hälfte Neumadjaren, slawische Namen tragen 15.

Die größten Steuerzahler, die an der Spitze der Liste stehn, heißen: Koloman Tafler 67 257,97 Kr., Moriz Lindenbaum 47 187,87 Kr., Leo Lánczy 44 853,28 Kr., Ignaz Ehrenfeld 39 885,56 Kr., Dr. Alexander Polgár 35 266,96 Kr., Sigmund Brody 33 438,32 Kr., Stefan Popper 32 255,34 Kr., Alfred Wellisch 31 531, 64 Kr., Alexander Deutsch de Hatvan 31 061,04 Kr., Sigmund Breitner 28 738,52 Kr. usw. Das sind die Spitzen! Wir glauben, wir können die Folgerungen dem denkenden Leser überlassen.

Wenn wir die ungarische Aristokratie in dieser Liste suchen, dann finden wir nach vielem Suchen als Hundertelften den Grafen Julius Szapáry mit 8545,54 Kr. verzeichnet und diese Steuer ist doppelt gerechnet. An 113. Stelle steht Graf Julius Teleky mit 8521 Kr., an 176. Stelle Graf Rudolf Bissingen mit 5996,44 Kr., an 222. Stelle Baron Friedrich Kochmeister mit 5158,51 Kr., an 244. Stelle Baron Desider Bánffy mit 4790,88 Kr. Diese fünf Namen sind die einzigen Aristokraten in der hauptstädtischen Virilistenliste und diese figurieren mit verhältnismäßig niedrigen Steuern.

Gegenüber 140 jüdischen Virilisten hat die Hauptstadt Ungarns fünf Aristokraten, davon nur drei Madjaren, unter ihren Höchstbesteuerten. Diese Zahlen beleuchten die Verhältnisse schärfer, als die längste Auseinandersetzung.

Haben wir denn keine reiche Aristokratie mehr im Lande? fragt das „Deutsche Tageblatt für Ungarn". Gewiß, aber diese macht sich in Ofenpest nicht ansässig. Während die österreichische Aristokratie in Wien ihre Paläste hat, haben die meisten der ungarischen Aristokraten in Pest nur Absteigequartiere oder Mietswohnungen. Was soll man da als Ursache annehmen? Das Wahrscheinlichste ist, daß die ungarische Aristokratie sich in der Mischung der Pester Gesellschaft nicht wohl fühlt. So ziehn heute noch selbst viele ungarische Aristokraten den Aufenthalt im antisemitischen Wien vor. Andre geben ihr Geld in Paris und London aus. Das ist gewiß nicht patriotisch; der Besitzende aber wendet sich dorthin, wo er sich wohl fühlt, wo er eine ihm zu-

sagende Gesellschaft findet. In Pest hält sich ein großer Teil der Magnaten nur zu Zeiten auf, wenn sie absolut nichts besseres finden können, als die Zerstreuungen des Jockey-Klubs oder des National-Kasinos, hohes Kartenspiel.

Ganz unsre Meinung über die sog. Lex Heinze finden wir wiedergegeben in jetzt zur Veröffentlichung gelangten Briefen des verstorbnen Kultusministers Dr. Bosse. Die Briefe sind an den Herausgeber der sehr empfehlenswerten Leipziger Wochenschrift „Die Grenzboten“ gerichtet und es heißt in einem Briefe vom 20. April 1900:

Es ist kaum glaublich, wie sonst verständige Menschen sich diesen angeblich künstlerischen Entrüstungsrummel haben suggerieren lassen. Die meisten haben die betreffenden Paragraphen nicht gelesen . . . Höchst wunderlich ist auch das plötzliche Mißtrauen gegen die sonst durch das Parlament so verwöhnten Gerichte. Ich bin gar nicht prüde und auch gegen das Nackte weitherzig, wenn es schön ist. Unerfindlich ist mir aber, wie die Künstler hier grade für die Unterschiebung des Gemeinen, Obszönen und Unzüchtigen als angebliche Kunst eintreten können.

Wir haben in dieser Beziehung auch unsre Erfahrungen in großem Umfange machen können. — Es schien damals als ob selbst unter den Weibsen und Mannsen, die von der Kunst grade soviel wissen als in ihrem Leibblatte davon gefaselt wird, eine hysterische Wutkrankheit ausgebrochen sei. — Aber gelesen hatten sie die Paragraphen, auf die es ankam, samt und sonders nicht.

Die tapfern Juden. Im Jahre 1829 waren die Russen bis nach Adrianopel gekommen. Konstantinopel geriet deshalb in große Aufregung. Ueberall fanden Rekruten-Aushebungen statt, um den Eindringlingen Widerstand leisten zu können. Der Sultan hatte dabei die Idee, eine eigne Truppe zu bilden, die nur aus Juden bestehn sollte, seinen treuen und ergebnen Unterthanen. Er wendete sich zu diesem Zwecke an den Großrabbiner, der auch einen sehr lobenswerten Eifer bekundete und in kurzer Zeit einige tausend Mann zusammengebracht hatte. An dem für den Abmarsch dieser Vaterlandsverteidiger festgesetzten Tage wollte der Sultan sie noch besichtigen. Als der Vorbeimarsch beendet war, näherte sich der Großrabbiner mit etwas bedrückter Miene dem Sultan und sagte: „Ich habe alles geordnet, meine Glaubensgenossen sind guten Mutes und auf alles gefaßt, aber sie lassen durch mich Eure kaiserliche Hoheit bitten um die Begleitung einiger Gensdarmen, welche sie sicher und heil ins Lager bringen sollen.“ — „Sie sollen sich so schnell wie möglich aus dem Staube machen,“ schrie Mahmud auf das höchste entrüstet, „sonst lasse ich sie alle ins Meer werfen.“

Einen Augenblick später war von diesen mutigen Vaterlandsverteidigern nicht ein einziger mehr zu sehn!

Der fliegende Gerichtsstand. Der Gesetz-Entwurf zur Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse, der nunmehr dem Reichstage zugegangen ist, lautet:

„Der § 7 der Strafprozeßordnung erhält folgende Fassung: § 7. Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist.

Wird der Thatbestand der strafbaren Handlung durch den Inhalt einer im Inland erschienenen periodischen Druckschrift begründet, so ist als das nach Abs. 1 zuständige Gericht nur dasjenige Gericht anzusehn, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Jedoch ist in den Fällen der Beleidigung, sofern die Verfolgung im Wege der Privatklage stattfindet, auch das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift verbreitet worden ist, zuständig, wenn in diesem Bezirk die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.“

Der bisherige § 7 der Strafprozeßordnung enthält nur den ersten Absatz dieser Bestimmung.

Wir haben unsre Bedenken gegen diese neue Fassung in voriger Nummer schon zum Ausdruck gebracht.

Vereinigung deutscher Geschäftsreisender. „Nicht durch prunkhaftes Auftreten, das hohe Verwaltungskosten erfordert, sondern durch eifriges Sparen sind wir bestrebt, für unsre Mitglieder und ihre Angehörigen zu sorgen und diese Bestrebungen in deutschnationalem Sinne zur Ausführung zu bringen, soll unsre höchste Aufgabe bleiben!“

Mit diesen Worten und einem begeistert aufgenommnen Kaiserhoch eröffnete der Vorsitzende die ordentliche Generalversammlung der Vereinigung deutscher Geschäftsreisender am 22. März im Kreuzgewölbe des Zentralhofes zu Münster (Westf.). Die Verhandlungen schafften wiederum für die Mitglieder einige nicht unwesentliche Wohlfahrts-Einrichtungen. Der Beitritt zur Vereinigung kann demnächst vierteljährlich erfolgen und außer den bereits satzungsgemäß festgelegten 50 bis 100 Mark Begräbnisgeldern, bis 90 Mark Krankengeldern, 120 Mark Wittwen- und Waisengeldern, sowie Unterstützungen in unverschuldeter Notlage, soll nun den ordentlichen Mitgliedern nach 25jähriger Mitgliedschaft und Vollendung des 59. Lebensjahres eine jährlich wiederkehrende Altersrente von 100 Mark ohne Erhebung von Sonderbeiträgen zufließen.

Wenn schon zu dem Zwecke die Eintrittsgelder auf 10 Mark erhöht und die Mitgliedsbeiträge für nach vollendetem 29. Lebensjahre eintretende Mitglieder auf 25 Mark festgelegt werden mußten, so bedeuten diese beiden Neuerungen dennoch einen weitern großen Schritt auf dem Gebiete der Selbsthilfe deutscher Geschäftsreisender und beweisen abermals die günstige Vermögenslage der Vereinigung deutscher Geschäftsreisender. Für einen jährlichen Beitrag von 20 bis 25 Mark sichert sich also jedes ordentliche Mitglied außer Kranken-, Begräbnis- und Unterstützungsgelder für sich selbst und Witwen- und Waisengelder für seine Hinterbliebnen, für seinen Lebensabend nun auch noch die Altersrente, die im Fall von Krankheit und Notlage des Renten-Empfängers auf annähernd 300 Mark erhöht werden kann.

Daß unter diesen günstigen Verhältnissen Wiederwahl der ausscheidenden Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder erfolgte und diese Wahlen Annahme fanden, wird gewiß alle Mitglieder der V. d. G. zu erneuter Mitwirkung für die Witwen- und Waisengelder wie zu dem neugegründeten Altersgelderbestande anregen, zumal der Vorstand in dieser Beziehung selbst mit gutem Beispiele vorangeht und außerdem seine vielfach anstrengende und umfangreiche Thätigkeit ehrenamtlich — d. i. ohne Gegenleistung — erfüllt.

Mögen die Beschlüsse der ordentlichen Generalversammlung der Vereinigung recht zahlreiche neue Mitglieder zuführen und möge die Vereinigung deutscher Geschäftsreisender in ihren Bestrebungen zum Wohle des deutschen Reisestandes unentwegt weiterschreiten!

Auskunft erteilt bereitwilligst und Anmeldungen nimmt entgegen die Vereinigung Deutscher Geschäftsreisender, Hauptstelle Münster (Westf.).

Zwei Nachspiele zum Konitzer Blutmord beschäftigten kürzlich das Berliner Schöffengericht. In dem ersten Falle handelte es sich um eine Privatklage, die der unsern Lesern wohlbekannte Dr. Hirsch Hildesheimer gegen den Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“ Wilh. Bruhn angestrengt hatte. Die Klage richtete sich ursprünglich in erster Reihe auch gegen den frühern verantwortlichen Redaktör der Zeitung O. H. Böckler, sie ist aber gegen diesen fallen gelassen worden, da B. im Auslande weilt.

Zur Anklage stand ein Artikel, der in der „Staatsb.-Ztg.“ erschien, nachdem der bekannte „Recherchör“ Schiller in Konitz wegen Verleitung zum Meineide verurteilt worden war.

In dem Artikel wurde dem Dr. Hirsch Hildesheimer nachgesagt, er sei gewissermaßen die Zentralstelle für alle in Konitz in die Erscheinung tretenden Machenschaften zur Irreführung der Justiz. Der Angeklagte Bruhn bestritt, irgendwie für die Veröffentlichung des Artikels verantwortlich zu sein, wogegen der Privatkläger behauptete, daß der Artikel unter ausdrücklicher Billigung seitens des Angeklagten erschienen sei. Er berief sich in dieser Beziehung auf das Zeugnis des jetzt in Wien weilenden Redaktörs O. H. Böckler. Der Gerichtshof beschloß, Herrn Böckler kommissarisch in Wien vernehmen zu lassen.

Die zweite Privatklage, die von dem Lehrer Weichel in Konitz und dessen Ehefrau ausging und sich gegen den Privatdetektiv Gustav George und den frühern Chefredaktör der „Berl. Morgenpost", Gottl. Meyer, richtete, dürfte noch weitere Folgen haben. George ist wiederholt, zuletzt wegen Eigentumsverbrechens mit 12 Jahren Zuchthaus, vorbestraft, er behauptet aber, daß er die Strafe nur zum kleinsten Teile verbüßt habe. Er hat als Privat-Recherchör in Konitz die thatsächlichen Unterlagen zu einem Artikel geliefert, den die „Berl. Morgenpost" in ihrer Nr. 15 vom 18. Januar v. J. veröffentlichte. Darin wird mit dürren Worten gegen den Lehrer Weichel der Verdacht ausgesprochen, daß er der Mordthat in Konitz nicht ganz fern stehe und in längern Ausführungen wird der Verdacht zu beweisen gesucht. Der Artikel schilderte den Privatkläger als in schlechtem Rufe stehend und jähzornig, behauptete, er habe seine Frau so schlecht behandelt, daß sie von ihm getrennt lebe und die Scheidungsklage einleitete, daß er als Lazarettgehilfe während seiner Militärdienstzeit bei Sezierungen immer ein auffallendes Interesse an den kunstgerechten Schnitten bekundet habe und auch im Besitz von chirurgischen Instrumenten gewesen sei, daß er auf dem Wege zur Schule die Stelle zu passieren habe, wo eines Tages plötzlich die Kleidungsstücke des ermordeten Winter gefunden wurden usw. (Vergl. auch unsre Nummer 650.) Schließlich wurde die Vermutung ausgesprochen, daß W. wahrscheinlich eines Tages den Gymnasiasten Winter im Zimmer seiner Frau überrascht, ihn gewürgt und die Leiche alsdann zerstückelt habe.

Rechtsanwalt Dr. Hahn (Charlottenburg) erklärte für den Privatkläger, daß der Artikel diesen in empörender Weise der öffentlichen Verachtung preisgebe und um so strafwürdiger sei, als er absichtlich Wahres mit Falschem verquicke und zu einem dem Privatkläger ungünstigen Gesamtbilde aufbausche. Er habe für den Privatkläger schon für eine ganze Reihe von Zeitungen, die den Inhalt des Artikels übernommen hatten, klagbar vorgehn müssen; in den meisten Fällen habe sich die Sache dadurch erledigt, daß die Zeitungen dem Privatkläger eine volle Ehrenerklärung gaben, doch sei dies vorliegend nicht der Fall. Dem gegenüber bot der Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Bobrecker für alle in dem Artikel enthaltnen Behauptungen den Wahrheitsbeweis an, insbesondre auch dafür, daß der Privatkläger thatsächlich der Thäterschaft verdächtig gewesen und deshalb Haussuchung bei ihm abgehalten worden sei. Rechtsanwalt Dr. Hahn erklärte dagegen, der Privatkläger sehe der Beweiserhebung mit größter Ruhe entgegen und beantragte seinerseits noch die Einforderung der Ermittlungsakten in der Winterschen Mordsache und die Vernehmung des Kriminalkommissars von Kracht darüber, daß erst nach dem Erscheinen jenes Artikels Ermittlungen gegen den Privatkläger angestellt worden seien. — Der Gerichtshof beschloß, sämtliche angebotnen Beweise zu erheben, die Ermittlungsakten einzufordern und die außerhalb wohnenden Zeugen kommissarisch zu vernehmen.

Eine polonisierende Dominikaner-Universität. An der Schweizer Universität Freiburg machen sich schon seit längerer Zeit polonisierende Tendenzen bemerkbar. Unter den dort wirkenden Professoren befinden sich neben zwei Tschechen vier Polen; von den fünf Assistenten, die Ende vorigen Jahres dort thätig waren, sind drei polnischer Herkunft. Dementsprechend ist auch der Prozentsatz an polnischen Studenten ziemlich hoch, etwa 12 v. H. Der Einfluß dieser Elemente hat sich schon seit langem geltend gemacht. Als im Jahre 1898 infolge der unleidlichen privatrechtlichen, konfessionellen und nationalen Zustände acht deutsche Professoren Freiburg verließen, wiesen sie in ihrer Denkschrift bereits besonders auf diesen Umstand hin: „Der polnische Einfluß hat etwa seit dem Sommer 1896 die Universität völlig beherrscht und seine Macht dazu mißbraucht, um im Verein mit seinen Verbündeten das deutsche Element, soweit es sich ihnen nicht unterordnet, planmäßig beiseite zu schieben". Damals wurde dieser polnische Einschlag wenig beachtet. Seit jener Zeit sind — wie die „Akademischen Blätter" berichten — die Verhältnisse noch schlimmer geworden, nachdem durch den Weggang der deutschen Professoren die Bahn für nationale Machinationen freigeworden war. Die polnischen Studierenden fühlen sich in Freiburg sicher und nützen die Toleranz der Universitätsverwaltung nach Kräften aus. Sie suchen vor allem immer mehr Polen nach Freiburg zu ziehn. Ganz neuerdings fordern sie im „Dziennik Poznanski" ihre Landsleute in Preußen auf, die Freiburger Universität, an der auch ein polnischer Professor über polnische Geschichte liest, zum Studium zu benützen. Angesichts dieser bedenklichen Entwicklung der genannten schweizer Hochschule zu einem Herde der polnischen Bestrebungen wird man deutscherseits gut thun, die dortigen Vorgänge aufmerksam zu verfolgen. Das Bündnis zwischen den die Universität beherrschenden Dominikanern und dem Polentum ist jedenfalls sehr — beachtenswert.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der krakauer „Czas" berichtet über eine förmliche Schlacht, die in der Krakauer Judenvorstadt Kazimierz stattgefunden hat. Während des Purimfestes waren die Juden in gehobner Stimmung und dabei kam es zwischen den beiden russischen Juden Zelman Appel aus Terespol und Nathan Abramover aus Odessa einerseits und Moses Grün aus Krakau andrerseits zu einer Rauferei. Bald sammelte sich um jede der beiden Parteien eine große Anzahl von Helfershelfern, so daß schließlich das ganze Ghetto in zwei feindliche Lager geteilt war, die mit Knütteln und Holzklötzen aufeinander losschlugen, bis endlich die Polizei einschritt und der Purimschlacht ein Ende machte. Die beiden russischen Juden wurden verhaftet.

Rußland. Wie aus Kowno (Russisch Polen) berichtet wird, hat dieser Tage in einer dortigen Synagoge ein Faustkampf zwischen Rabbinern stattgefunden. Der Ueberfallne war der Führer der Zionisten, der Rabbiner Raines aus Lida, der auf einer Rundreise durch das Nordwestgebiet begriffen ist. In Kowna legte er vor einer aus etwa 1000 Personen bestehenden Gemeinde in der Synagoge von Fainberg die Prinzipien des Zionismus dar und hielt den Juden die Bedeutung einer Auswandrung nach Palästina vor. Der in der Synagoge gleichfalls anwesende Führer einer jüdischen Sekte, der Rabbiner Selik, wurde durch die Rede des Zionisten derart aufgeregt, daß er auf ihn losstürzte, ihn an der Kehle packte und unter Berufung auf ein Talmudwort, das das Verlassen des „Vaterlandes" verbieten soll, den Rabbiner Raines einen Volksverräter nannte. Es entspann sich eine regelrechte Prügelei, wobei Selik verletzt wurde. Da während der allgemeinen Erregung noch Rufe „Es brennt" laut wurden, entstand eine gewaltige Panik, die indessen kein größers Unglück zur Folge hatte.

In **Belgien** wird wieder einmal Generalprobe für Sozialrevolution abgehalten. In Brüssel kommt es täglich zu blutigen Zusammenstößen. Merkwürdigerweise scheinen die Tumulte immer um die Synagoge herum zu entstehn.

Mosaik.

Die Novelle zum Börsengesetz ist vorläufig zurückgestellt. Die „Neue Politische Korrespondenz" begründet diese Zurückstellung damit, die verbündeten Regierungen seien zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie mit ihren Reformvorschlägen bei den ausschlaggebenden Parteien des Reichstags jetzt nicht durchdringen würden. Die genannte Korrespondenz giebt den Interessenten dann den Rat, ihre aufklärende Thätigkeit inzwischen fortzusetzen, da bei der nächsten Wahl das Börsengesetz eine bedeutsame Rolle spielen werde. Wir haben schon lange keine so verständige Beurteilung der Verhältnisse bei Regierungs-Organen gefunden und sind aufrichtig erfreut darüber. Wir werden auch das unsrige dazu thun, das Deutsche Volk über seine Interessen an einer Abänderung des Börsengesetzes auf-

zuklären. „Wider den Börsenschwindel", das ist eine wirksame Wahlparole dem Brotwuchergeschrei gegenüber.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Das Kreisgericht Eger hat die Weiterverbreitung zweier Ansichtskarten „Gruß aus Karlsbad", versehen mit der Abbildung eines Juden in galizischer Tracht, verboten! —

Die „Frankfurter Zeitung" des Herrn Löb Sonnemann bespricht in Nr. 94 die letzte Encyclica des Papstes und leistet sich dabei folgenden Satz: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen, hat vor nahezu zweitausend Jahren ein gewisser Rabbi Jeschua ben Joseph von Nazareth (!) gesagt." —

Die Bibliothek des berüchtigten Halsabschneiders und Wucherers Isaac Gordon ist kürzlich in Birmingham versteigert worden. Diese Zierde der jüdischen Gemeinde von Birmingham besaß unter anderm 78 hebräische Gebetbücher.

Von „**Varuna**"*), eine Welt- und Geschichts-Betrachtung vom Standpunkte des „Ariers", ist der zweite Band soeben erschienen. Wir behalten uns vor, auch diesen Band in unsern Blättern ausführlich zu besprechen. — Für heute begnügen wir uns, die Kapitel-Überschriften aus Nr. 707 zu wiederholen: 1. Der Semitismus und Israel-Juda. 2. Allah-Jahve und das Gesetz der Wüste. 3. Der christliche Gedanke. 4. Der germanische Rassenprozeß. 5. Die historischen Grundlagen des deutschen Wirtschafts-Lebens. 6. Der deutsche Industriestaat und 7. Der arische Gedanke. —

Dem Bande ist ein sorgfältig angefertigtes Sach und Namensregister angehängt.

Auch ein Schornalist. Im November v. J. erschien der Herausgeber des Wiener Witzblattes „Die Wespen", Leopold Spitzer, bei dem Hofopernsänger Erich Schmedes und machte ihm den Antrag, sein Bild in dem genannten Blatte zu veröffentlichen. Das Bild erschien auch, gab aber Anlaß zu einer Klage, die Spitzer gegen den Sänger beim Bezirksgericht Innere Stadt einbrachte. Spitzer behauptet nämlich, Schmedes habe sich zur Zahlung von 60 Kronen für das Bild verpflichtet, während er nur 20 Kronen erlegt und sich geweigert habe, den Rest von 40 Kronen zu begleichen. Der Beklagte wendete bei der Verhandlung unter anderm ein, daß er anfangs auf den Antrag Spitzers nicht eingehn wollte und schließlich nur, um ihn los zu werden, zustimmte. Eine Stunde später habe er an die Redaktion der „Wespen" geschrieben, daß er auf die Veröffentlichung des Bildes verzichte, und dann 20 Kronen entrichtet, als das Bild doch erschien und er zur Zahlung aufgefordert wurde. Damit habe er die Sache für erledigt gehalten. Da Spitzer den Absagebrief nicht erhalten haben wollte, entschied der Richter, Schmedes sei schuldig, den Betrag von 40 Kronen samt Kosten zu bezahlen. Der Opernsänger wird künftig alle zudringlichen Juden wahrscheinlich anders behandeln!

Die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reiche ist endlich, nach über dreißig Jahren, auch von der Königlichen Bibliothek zu Berlin anerkannt worden. Mit Recht wurde darüber gespottet, daß im Bücherverzeichnis der Bibliothek das Reichsland noch immer unter Frankreich geführt wurde. Jetzt ist endlich das Verzeichnis der Litteratur Elsaß-Lothringens von Frankreich getrennt und dem Deutschen Reiche beigegeben worden.

Etwas ähnliches an Zopfigkeit teilt die Stuttgarter „Reichspost" mit. Danach konnte noch vor wenigen Jahren ein berühmter Staatsrechtslehrer an einer süddeutschen Universität seinen Hörern über „Kaiser und Reich" nichts mitteilen, weil er nach mehr als 25 Jahren noch nicht die Zeit gefunden hatte, sein alterprobtes Kollegheft mit der Einfügung dieser Neuigkeiten zu vervollständigen. Ueber das altrömische und byzantinische Kaisertum war er selbstverständlich tadellos unterrichtet.

Giebt es in Berlin noch nichtjüdische Rechtsanwälte? Man sollte es kaum glauben, wenn man die Liste der „Vereins-Rechtsanwälte" ansieht, die der „Verein der Hausverwalter von Berlin und Umgegend" seinen Mitgliedern empfiehlt:

Julius Levy, C, Stralauerstr. 13/14,
Dr. Auerbach, Schöneberg, Kolonnenstr. 1,
Dr. Brock, N, Chausseestr. 116,
Justizrat Koffka, W, Kronenstr. 68/69,
G. Peiser, SW, Krausenstr. 30,
Dr. Abraham, C, Münzstr. 18,
Dr. Rindel, Rixdorf, Bergstr. 11.

Der „Verein der Hausverwalter" ist erst im vorigen Jahr gegründet, er zählt 290 Mitglieder — sehr wenig in Anbetracht der Masse der Berliner Vizewirte — und hat in seinem Vorstande nicht einen einzigen Juden!

Der Generalstab der österreichischen „Genossen" besteht in Wien nach der „Katolické Listy" aus den Herren: Adler, Ellenbogen, Ingwer, Kohn, Schacherl, Fischer, Austerlitz, Ausobsky, Morgenstern, Verkauf, Berstl, Grimm, Hersch, Beer, Jacob Brod, Diamant, Berner, Seligmann, Aaron, Pick, Traub, Bass, Mendelssohn, Rapaport, Ornstein, Polatschek, Reichenfeld, Rosenstock, Wollner, Jacobi, Zeiteles, Isidor Wolfner, Waringer, Dr. Groß, Dr. Fried, Moses Hirsch, Spielmann, Friedländer, Kaczer, Kleiberger, Sisuche, Roner, Samuel Rabinstein und einer ganzen Reihe andrer Söhne Israels. Etwa 60 v. H. der Genannten sind Rechtsanwälte. — In Mähren sind in Thätigkeit Dr. Czech, Dr. Weizmann, Adler, Ernst, Kohn, Dr. Morgenstern und Berner. — In Galizien Dr. Löwenherz, Seinfeld, Schiffler, Menkes, Nacher, Dr. Mantel, Jäger, Liebermann, Salamander, Dr. Mosler, Weinsberg und Dr. Englisch, lauter Juden.

Beinkrümmungen jeder Art verdeckt der belieb. verstellbare „Hosenhalter", Preis 3,50 M. frco. discret. Hosenträger überflüssig. A. Weithaler, Suhl i. Th.

Diese Anzeige ist zu lesen in Nr. 15 des „Israelitischen Familienblattes" (Hamburg).

Ihre besondre Fähigkeit für das Spionieren, die zu allen Zeiten unter andern auch von Männern wie Bismarck, Napoleon dem Ersten und andern anerkannt worden ist, haben die Juden in Süd-Afrika wieder einmal bewährt. Die Paris-Nouvelles erhalten einen Brief aus der Kapkolonie, worin es heißt:

„Die Engländer wenden ganze Banden polnischer Juden an, die mit Sack und Pack das Land durchstreifen, angeblich um zu hausieren, in Wirklichkeit aber um die Farmer auszuhorchen. Wen sie verraten, dessen Ernte und alles andre Eigentum wird zerstört."

Ferner berichtet die „Südafr. Korr.", daß das durch seine Morde bekannte Korps der „Buschveldt Karabiniers" z. Z. von einem ehemaligen Gefängniswärter, spätern Handelsmann Joseph Levy rekrutiert worden sei.

So sind sie! Die Erben der Baronin Hirsch-Gereuth, der am 1. April 1899 in Paris verstorbnen Wittwe des durch die Türkenlose berüchtigt gewordnen Hirsch, führten bei dem Verwaltungsgerichtshofe zu Wien Beschwerde über die Höhe der Erbschaftssteuer, die in Oesterreich — Hirsch war österreichischer Staatsbürger — 9534560 Kronen 75 Heller ausmacht, während in Frankreich ein Betrag von mehr als 12 Millionen Franks zu zahlen war. Die Erben wollen aber dem Staate seinen Anteil an den „durch ehrliche Arbeit" erworbnen Millionen des Hirsch nicht gönnen, und da ihre Widersprüche gegen die Steuervorschreibung in Oesterreich abgewiesen wurden, gingen sie zum Verwaltungsgerichtshofe, der indessen die Beschwerde ebenfalls als unberechtigt ansah. Jetzt heißts also zahlen!

Universal-Erben nannte man im Feldzuge 70/71 die Leichenräuber und Diebe. — In Friedenszeiten giebt es manchmal bei Industrieleichen auch allerlei zu verdienen. Wie aus Memel berichtet wird, ist das in Schmelz gelegne Fabrikgrundstück der Memeler Holzindustrie-Aktiengesellschaft, eine Gründung der Kasseler Trebertrocknung, mit sämtlichen Fabrik- und Wohnhäusern nebst allen Maschinen für 80000 Mark in den Besitz des Kaufmanns Moritz Cohn daselbst übergegangen.

---

*) Jeder Band brosch. 2,40 Mark, gebunden 3,50 Mark. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Schlaglichter von Abraham bis auf Dreyfus. Gesammelte antihebräische Gedichte von Dr. Eduard Schwechten. — Berlin 1902. gebunden 2 Mark.

Wer die drei besten Gedichte von Schwechten „An die Zigeuner", „Das Lied vom Levy" und das vielgesungne „Auf zum Kampf heran" in einem Bande zusammen haben will, kaufe das Büchlein. — Unter den andern darin enthaltnen Gedichten sind noch einige weitere inhaltlich und der Form nach nicht übel. Aber wir halten die Veröffentlichung der Sammlung doch für einen Fehler. 158 Seiten mit wenigen Unterbrechungen Judengedichte hintereinander! Brrr. Dazwischen ist ein ganz stimmungsvolles Gedicht „Dem Andenken meines Vaters" eingestreut, das nach unserm Gefühl hier kaum am rechten Platze ist. — Einzelne Wortspiele, in die sich der Verfasser verliebt hat, werden gradezu totgeritten. So z. B. „nasiatisch". Nach unserm Geschmack wird in den Versen auch zu viel gejüdelt und gemauschelt. Das freie Wort in Ehren, und wenn es nötig ist, auch auf groben Klotz ein grober Keil. Aber die Kraft- oder richtiger Schimpfworte sind uns in der vorliegenden Sammlung zu dicht gesät. Schließlich verlangen wir von einem deutschen Dichter, daß er Fremdwörter noch etwas mehr in seinen Versen vermeidet als Dr. Schwechten. — Diese Ausstellungen verhindern uns aber nicht, nochmals zu betonen, daß „das Lied vom Levy" und „An die Zigeuner" außerordentlich gut gelungne Satyren auf unsre Zustände sind.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September 1900 — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts" sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts"

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts" beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R. — Müller (Waldeck), M. d. R.

Dr. Rud. Vogel, M. d. R. — Friedrich Raab, M. d. R.



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 17. April 1902. Nr. 713.

Landrat und Rabbiner. Die „Kölnische Ztg." schreibt: Ein nachahmenswertes Beispiel dafür, wie grade die Landräte zur Beruhigung der Bevölkerung und zum Ausgleich bedauerlicher Gegensätze beizutragen haben, hat der Landrat des Plesser Kreises gegeben, indem er im amtlichen Plesser Kreisblatt die Bewohner seines Kreises auf den auch von uns erwähnten offnen Brief des Rabbiners Dr. Wilhelm Münz in Gleiwitz an den Reichstagsabgeordneten Liebermann v. Sonnenberg über den Ritualmord aufmerksam macht. In der Bekanntmachung des Landrats heißt es laut einer Mitteilung des „Oberschlesischen Wandrers": Ich empfehle die Beschaffung dieses vorzüglichen Schriftchens allen, welche noch an das Märchen des Ritualmordes der Juden glauben und in unbegründeten Vorurteilen unsern jüdischen Mitbürgern gegenüber befangen sind."

Dieser dreiste Versuch zur Irreführung der öffentlichen Meinung wird von Tag zu Tag wiederholt, obwohl der Landrat sowohl als der Rabbiner — die beide die in Betracht kommende Rede des Abg. v. Liebermann nicht gelesen hatten — durch die „Offne Antwort" des Abg. von Liebermann längst widerlegt sind. Der Rabbiner glaubt es mit seinem Kultusamte sogar vereinbaren zu können, daß sein Machwerk ohne irgendwelchen einschränkenden Zusatz immer noch vertrieben wird.

Die in voriger Nummer wiederholt zum Abdruck gekommne Antwort des Abg. von Liebermann ist deshalb in Form einer kleinen Broschüre erschienen und halten wir es für notwendig, daß diese in Massen ins Volk kommt, um von neuem an einem handgreiflichen Beispiele die verlogne Kampfesweise Israels und seiner Schildträger zu beweisen.

Die Broschüre kostet einzeln 10 Pf., 50 Stück werden mit 4 Mark und 100 Stück mit 7 Mark abgegeben. Zu beziehn ist sie durch alle Buchhandlungen oder unmittelbar von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52.

„Nun sind wir auf die unausbleibliche Berichtigung gespannt!" So schlossen wir unsern Artikel in Nr. 711, worin wir Herrn Dr. Gieses Anwürfe gegen uns in seinem letzten Rundschreiben zurückwiesen. Und sie ist prompt eingetroffen diese Berichtigung; drei Seiten Großoktav in Schreibmaschinen-Schrift und mit der üblichen Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes. Diesmal hat der geehrte Herr aber unsre Gutmütigkeit überschätzt. Wir haben seine Berichtigungen, obwohl nach unsrer Meinung bisher keine derselben den Anforderungen des Preßgesetzes völlig entsprach, stets wörtlich aufgenommen. Aber das uns diesmal zugegangne Schriftstück ähnelt allem andern eher als einer Berichtigung. Wir empfehlen dem Herrn Doktor daher, das Preßgesetz einmal aufmerksam zu lesen. Er wird dann finden, daß nur Thatsachen, aber nicht Meinungen und Ansichten auf Grund des § 11 berichtigt werden können. — Sein ganzer diesmaliger Schreibebrief ist aber nichts als eine wortreiche Polemik gegen unsre von den seinigen abweichenden Ansichten und Meinungen. Wenn er uns das nicht glauben will, so mag er sich gerichtliche Belehrung darüber holen.

Aber eine Probe Giesescher Berichtigungskunst wollen wir unsern Lesern nicht vorenthalten, weil daraus wichtige Schlüsse für die Beurteilung des Führers der Reformpartei gezogen werden können.

Wir halten uns in Nr. 711 unter anderm auch gegen die Behauptung Dr. Gieses in seinem Rundschreiben gewendet, daß wir z. B. „Quertreibereien gegen die Kandidatur Bruhn in Aurich" gemacht hätten. Wir hatten betont, es müsse Herrn Dr. Giese aus seinen Akten bekannt sein, daß der Artikel in den „D.-S. Bl." über die Wahlaussichten Bruhns vor dessen Anerkennung als Kandidat der Partei verfaßt und gedruckt worden sei und hatten anknüpfend wörtlich geschrieben:

> Außer jenem, völlig loyalen Artikel, dessen sachliche Voraussetzungen später auch eingetroffen sind, ist seitens des Abg. v. Liebermann oder dieses Blattes nicht das geringste geschehn, was den Ausdruck „Quertreiberei" verdient. Wer etwas anders behauptet, lügt oder soll es beweisen.

Dieser Beweispflicht versucht Dr. Giese in seiner sogenannten Berichtigung in folgender Weise zu genügen. Er schreibt:

> Die „Deutsch-Sozialen Blätter" provozierten, nachdem die Kandidatur Bruhn von der Parteileitung anerkannt war, am 5. April durch den Abdruck einer Notiz aus der Chikagoer Abendpresse, nach der Ahlwardt beabsichtigen sollte, Teilhaber der „Staatsbürger-Zeitung" zu werden, eine Polemik mit diesem Blatte, und druckten unterm 12. April das bekannte Gedicht „Heinziade" ab, dessen Spitze sich persönlich gegen den Abgeordneten Bindewald, den hauptsächlichsten Agitator für die Wahl Bruhns richtete.

Eine Polemik zwischen zwei Berliner Blättern, die nicht das Mindeste mit der Wahl in Ostfriesland zu thun hatte, und der Abdruck eines Gedichtes, worin mit gutem Humor das Verhalten der Reichstagsmehrheit (einschl. des Abg. Bindewald) bei der lex Heinze gegeißelt wurde, das sind die Beweise Dr. Gieses für seine Behauptung, wir hätten z. B. „Quertreibereien" gegen die Kandidatur Bruhn unternommen! — Wir, die wir wissen, daß von gewisser Seite ganz andre, schamlos erlogne Behauptungen über angebliche Quertreibereien des Abg. von Liebermann in Aurich in die Welt gesetzt worden sind, würden es für vornehmer gehalten haben, wenn Dr. Giese sich zu dem Geständnisse aufgeschwungen hätte, daß er selber belogen worden sei und ihm die Lügner jetzt keine Beweise zu liefern imstande seien.

Genug davon. Dr. Giese würde der gemeinsamen Sache, die er — davon sind wir trotz alledem fest überzeugt — in seiner Weise nach Kräften fördern möchte, einen großen Dienst erweisen, wenn er seine „Mitteilungen", Rundschreiben u. dergl. mehr an unsre deutschsozialen Vertrauensmänner einstellte. Lediglich seine fortgesetzten Herausforderungen nötigen uns zur Abwehr. Vergnügen macht uns dieser Kampf nicht.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle, Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Delitzsch. Eine öffentliche Versammlung, wie sie unsre Stadt noch niemals gesehen hat, tagte Sonntag nachmittag im Gasthause zum Schwan. Einberufen war sie von dem Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landwirte, Herrn Oberamtmann Schirmer (Neuhaus). Als Redner waren angekündigt die Abgg. Dr. Rösicke (Kaiserslautern), Schrempf (Stuttgart) und Liebermann von Sonnenberg. Herr Schrempf war im letzten Augenblick aber verhindert zu erscheinen.

Diese Einladung hatte eine Zugkraft gehabt, die bei der Wahl des Saales nicht vorausgesehn war. Den für etwa 400 Personen eingerichteten Saal füllten eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung bereits nahezu 700 Personen und fortwährend strömten noch neue Besucher heran, so daß schließlich alle Nebenräume dicht gefüllt waren. Sehr viele Leute mußten trotzdem noch umkehren, weil sie schlechterdings keinen

Platz mehr fanden. Geleitet wurde die Versammlung von dem Rittergutsbesitzer Oberst a. D. Martini. Nach einer Einleitungsrede des Oberamtmanns Schirmer erhielt Dr. Rösicke das Wort. Aus dem Bereich seines Themas „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage“ griff er besonders die Zolltariffrage und die Zuckersteuer-Konvention heraus. Lebhafter Beifall wurde ihm am Schluß seiner klaren und überzeugenden Ausführungen zu teil. Dann ergriff Abg. von Liebermann, mit stürmischem Beifall begrüßt, das Wort zu seinem Vortrage „Unsre nationalen Aufgaben.“ In beinah zweistündiger Rede verstand er es, die Aufmerksamkeit der Versammlung zu fesseln und ein wahrer Sturm der Begeisterung folgte seinen Schlußworten. Man erledigte dann noch einige Bundes-Angelegenheiten und nahm eine Entschließung an, die dem Abgeordneten des Kreises, Herrn Bauermeister, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, zugesendet werden soll. Es wurde ihm darin aufs unzweideutigste die Erwartung ausgesprochen, daß er in der Zolltariffrage sein Verhalten so einrichten würde, wie es der Haltung des Freiherrn von Wangenheim in der Kommission entspräche. Wir zweifeln nicht, daß der Herr Abgeordnete diesem Wunsche seiner Wähler gerecht werden wird, wenn anders er noch Wert auf eine Wiederwahl legt. Die ganze Versammlung bewies wieder einmal das gute Verhältnis, das zwischen dem Bunde der Landwirte und der Deutschsozialen Partei besteht, was hoffentlich bei den Wahlen für beide Teile gute Früchte tragen wird.

Aus Kurhessen und Waldeck. Abg. Vogel benutzte die Freizeit vor dem Osterfeste zu einem längern Aufenthalte in seinem Wahlkreise. Er sprach in Rinteln, Obernkirchen, Hess. Oldendorf und Sachsenhagen vor gut besuchten Versammlungen mit vielem Beifall über die augenblickliche politische Lage unter vornehmlicher Berücksichtigung des Tarifgesetz-Entwurfs. Erfreulich war der lebhafte Anteil der ländlichen Bevölkerung, vor allem in Hess. Oldendorf und Sachsenhagen. Die Aufnahme des Herrn Abgeordneten war überall eine so freundliche, daß er seinen Besuch sicher so bald als möglich wiederholen dürfte, zumal er Rodenberg, wo die bereits angesagte Versammlung an zufälligen, unvorherzusehenden Umständen scheiterte, noch einen Vortrag schuldig ist.

Verband Nordmark. Der dritte ordentliche Verbandstag wird Sonntag, den 20. April, nachm. 3 Uhr, zu Hamburg im Hansa-Hotel (vor dem Klosterthor 6) abgehalten.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht einschließlich des Berichts über die Wahl in Schaumburg-Lippe (Berichterstatter: Herr J. Henningsen). 2. Bericht der Rechnungsprüfer. 3. Vorstandswahl. 4. Wahl eines Rechnungsprüfers. 5. Beschlußfassung über etwaige Anträge. 6. Besprechung des Parteitages. 7. Vortrag des Abg. Raab über: „Der deutsche Seemann und die Sozialreform.“ 8. Verschiedenes.

Im Anschluß an den Verbandstag soll abends 8 Uhr ein Unterhaltungsabend mit Damen in demselben Lokale stattfinden. —

Abg. Raab hat im Wahlkreise Flensburg-Apenrade an sechs verschiednen Orten den Wählern Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage erstattet. —

Ueber „Gemeindepolitik und Bodenreform“ sprach am 10. d. M. Abg. Raab in einer öffentlichen Versammlung zu Altona (Elbe), in der auch ein Stadtverordneter den Ausführungen des Abg. Raab zustimmte. —

Nach einem Vortrage des Abg. Müller (Waldeck) im landwirtschaftlichen Verein zu Brookstreek (Oldenburg), der recht zahlreich sowohl von den Mitgliedern des Vereins, als auch von Landwirten des angrenzenden Quakenbrücker Bezirks (Hannover) und aus der Stadt Quakenbrück selbst besucht war, ging an den Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises (Zentrum) folgendes Telegramm ab:

„Herrn Reichstagsabgeordneten Graf Galen, Burg Dinklage. Der heute hier versammelte landwirtschaftliche Verein Brookstreek, 100 Mitglieder und Gäste, richtet Ew. Hochgeboren die dringende Bitte, dem Zolltarif nur dann zustimmen zu wollen, wenn die berechtigten Forderungen der schwer um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft erfüllt werden.“

An den Vortrag des Abg. Müller (Waldeck), der sehr beifällige Aufnahme fand, schloß sich eine lebhafte Aussprache. Der Wortlaut des Telegramms wurde einstimmig genehmigt.

„Landsturm-Deutsch“, die Reichstags-Reden des Abg. Liebermann von Sonnenberg zur Chamberlainschen Beschimpfung des deutschen Heeres, ist nunmehr in 6. Auflage im Verlag der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstr. 15, erschienen. Auf 40 Seiten Text findet man wörtlich alle Auslassungen der Redner der verschiednen Parteien, einschließlich der des Reichskanzlers.

Wir empfehlen wiederholt das Büchlein zum Verkauf oder zur Verteilung in Buren-Versammlungen oder ähnlichen Veranstaltungen. Auch für Kriegervereine eignet es sich sehr. Einzelne Exemplare kosten 10 Pf., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;
in Nordhausen am 18. und 25. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Berlin. Gegenüber dem Geschrei der Judenpresse über die angebliche Flucht des Grafen Pückler (Klein-Tschirne) ins Ausland können wir feststellen, daß der Graf gar nicht an „Flucht“ gedacht hat, sondern lediglich aus Gesundheitsrücksichten in einen Luftkurort in der Schweiz gegangen ist. Er hat von dort dem zuständigen Gerichte die Anzeige gemacht, er habe befürchtet, durch die Aufregung des Termins werde sich sein Gesundheitszustand erheblich verschlechtern. Nach völliger Wiederherstellung würde er sich dem Gerichte stellen.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Steckbrief. Gegen den Kaufmann Salo Preuß, geboren am 19. Oktober 1875 zu Kattowitz, mosaisch, ledig, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt. Der Erste Staatsanwalt zu Breslau ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gerichtsgefängnis.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht: Salin Mode, geboren am 20. Juli 1878 zu Wongrowitz, Alfred Prager, geboren am 20. Juli 1878 und Benno Schnitzer, geboren am 25. Februar 1879 zu Namslau.

Unter der Anschuldigung des Verkaufs unzüchtiger Darstellungen (§ 184 Str. G. B.) stand der Buchhändler Max Herzfeldt vor dem Landgericht zu Stettin. Es handelt sich um den Vertrieb einer Ansichtskarte, auf der ein weibliches Wesen im Badekostüm und ein alter Herr mit einer Glatze abgebildet sind, und die die Ueberschrift trägt: Zu

a... ...händler in Pyritz war vom Landgericht Stargard (Pommern) wegen ...halten dieser Karte verurteilt worden und hatte Herzfeldt als ... Lieferanten angegeben. Herzfeldt behauptete in der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Verhandlung, er wisse nicht, ob die betreffende Karte aus seiner Handlung stamme, da er die dem Händler in Pyritz von ihm zugestellten Karten nicht durchgesehen habe. Das Gericht nahm zwar an, daß der Angeklagte auch diese Karte wissentlich verkauft habe, konnte aber im Gegensatz zu der Stargarder Strafkammer in der Postkarte keine unzüchtige Darstellung erblicken und sprach den Angeklagten demgemäß frei. Der Staatsanwalt hatte zehn Mark Geldstrafe beantragt.

Ein jüdischer Arbeitgeber. Der Brauereibesitzer Samuel Diller in Galizien beschäftigte einen Taglöhner, der die heiße Maische aus dem Brauhause zu tragen und in eine auf dem Hofe befindliche Grube zu gießen hatte, wofür er einen Taglohn von — zwanzig Kreuzern erhalten sollte. Gleich am ersten Tage glitt er beim Ausgießen der Maische am Rande der mit einem Schutzgeländer nicht umgebnen Grube aus, stürzte hinein und verbrühte sich dergestalt, daß er wenige Tage später an den Folgen der erlittnen Brandwunden starb. Diller wurde, weil er kein Schutzgeländer hatte anbringen lassen, wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens vom Kreisgerichte Sanok zu zwei Monaten strengen Arrests verurteilt, wogegen er die Nichtigkeitsbeschwerde einbrachte. Der Kassationshof verwarf indes die Beschwerde und bestätigte das erste Urteil.

Betrügerische Schnorrereien. Der 22jährige Reisende Leopold Kohn zu Wien fälschte Briefe, in denen zwei in Wien bekannte und geachtete Sängerinnen eine arme, mittellose Schauspielerfamilie dem Mitleid wohltätiger Menschen empfahlen. Er wanderte mit diesen Briefen von Palais zu Palais und erhielt für die Armen von Aristokraten und Großindustriellen manche Spende, bis eine Dame vom Hochadel auf den Gedanken kam, einen größern Geldbetrag den in den Briefen genannten Künstlerinnen selbst zuzusenden. Nunmehr stellte sich der Schwindel heraus. Kohn wurde verhaftet und zu zehn Monaten Zuchthaus verurteilt.

Mädchenhandel. Seit Rußland in der Mandschurei festen Fuß gefaßt hat, ist dem jüdischen Mädchenhandel, der früher seine Menschenware nur in die Türkei und die überseeischen Gebiete Amerikas leitete, ein neues großes Absatzgebiet für sein schmähliches Geschäft zugewachsen, nämlich der ferne Orient mit China, Japan und Korea. Es ist unglaublich, mit welcher Raschheit die jüdischen Mädchenhändler diese neue Lage auszunützen begannen. Früher hatten die politischen Organe nur die Ausfuhr von Mädchen nach Konstantinopel oder Smyrna, nach San Francisco oder Buenos-Ayres und dergleichen zu überwachen; jetzt aber müssen sie auch auf die Ausfuhr der Menschenware nach Wladiwostok und Charbin, nach Blagoweschtschensk und Port Arthur ihr Augenmerk richten. Jeden Augenblick werden jüdische Mädchenhändler angehalten, die unter allen erdenklichen Vorwänden junge Frauenzimmer über die Grenze zu schmuggeln trachten, um sie in den fernen Orient zu schaffen. Die Nachfrage nach europäischen Frauen scheint in diesen Gebieten leider eine sehr starke zu sein, denn der Mädchenhandel dorthin hat einen außerordentlichen Umfang erreicht. Da überhaupt der Mädchenhandel fast ausschließlich in den Händen der Juden ruht, so sind auch bei dem Mädchenhandel in dem fernen Orient selbstverständlich nur Juden beschäftigt.

„System Hecht" nannte der Kaufmann Hecht zu Berlin seine Art und Weise, den Leuten Geld aus der Tasche zu locken. Er war Besitzer eines Versandhauses der Modewarenbranche in Friesack und erzielte auf Grund des verbotnen Schneeballverfahrens einen ungewöhnlichen Umsatz, bis er voriges Jahr, nach erfolgter Verurteilung, sein Geschäft aufzugeben genötigt war. Er beglückte dann Berlin, machte Sebastianstraße 69 ein Geschäft auf und ging an eine „Reform" des Schneeballverfahrens, die ihm weitere unangenehme Berührungen mit den Gerichten ersparen sollte. So wie er es in Friesack gethan hatte, verkaufte Hecht auch in Berlin seine Ware zu dem Einheitspreis von 10,50 Mark und zwar in der Art, daß er gegen Bezahlung der ersten Rate von 2,50 Mark dem Abnehmer vier Gutscheine ausstellte, die dieser im Kreise seiner Bekannten gegen eine Vergütung von je 50 Pfennig abzusetzen hatte. Die vier neuen Kunden hatten wieder je vier neue Abnehmer zu bringen, und wenn dies gelungen war, hatte der erste Abnehmer die mit 10,50 Mark bewertete Ware für nur 50 Pfennig erworben. Ja, er konnte noch Bargeld herausbekommen, wenn er ein besonders tüchtiger Anreißer war und über die erforderliche Anzahl hinaus neue Kunden anwarb. Dieses strafbare Verfahren ergänzte Hecht dahin, daß er seine Gutscheine in Zahlung nahm, falls sie ihr Inhaber nicht an den Mann zu bringen vermochte, ferner, daß der Käufer auf Wunsch die Ware schon nach der ersten Rate erhalten konnte. Obwohl nun Hecht, durch seine üblen Erfahrungen mit dem Schneeballverfahren gewitzigt, vor praktischer Erprobung seiner „Reform" sich von einem Justizrat erklären ließ, er thue absolut nichts gesetzwidriges, kam er doch auf die Anklagebank. Bei der Verhandlung vor dem Landgericht I erklärte er sich natürlich für schuldlos, was den Gerichtshof nicht abhielt, ihn wegen Vergehens nach § 286 des Strafgesetzbuches und Uebertretung des Reichsstempelgesetzes zur Zahlung der Gerichtskosten und zu 3000 Mark Strafe oder 10 Monate Gefängnis zu verurteilen, obwohl der Staatsanwalt nur tausend Mark beantragt hatte. Auf diese höchstmögliche Strafe wurde erkannt, weil das Geschäft des Angeklagten nach seiner eignen Angabe einen Jahresumsatz von einer Million erzielte!

Eine saubere Gesellschaft hatte sich am 5. d. M. vor dem Reichenberger Bezirksgerichte wegen Uebertretung des § 23 des österreichischen Preßgesetzes zu verantworten. Die Agenten Karl Feuerstein, Jakob Weiß, Leo Finkelmann, Ostas Nagler, Oskar Lazar, Siegmund Scherz, Siegmund Becher und Max Nußbaum waren angeklagt, ohne behördliche Bewilligung in den Bezirken Reichenberg, Gablonz, Gabel und Friedland zumeist Schundromane verkauft zu haben. Die ganze Gesellschaft wurde zu Geldstrafen von 20 bis 70 Kronen oder zu zweitägigem bis sechstägigem Arrest verurteilt.

Das ist wieder ein sprechendes Beispiel dafür, wie Juda die Verrohung der Gemüter befördern hilft.

Jüdische Heiratsvermittler. Moises Popper aus Stanislau, dem seine Frau gestorben war, kam nach Lemberg (Galizien), um sich hier zum zweitenmale zu verheiraten. Die beiden Schadchens Joffel Ehrlich und Chaim Schlam stellten ihm die Adele Barth als reiche Witwe vor und lockten ihm ein auf 6353 Kronen lautendes Sparkassenbuch heraus. Die Adele Barth war in Wirklichkeit ein Frauenzimmer der Halbwelt, das im Einverständnisse mit den beiden betrügerischen Schadchens die Rolle der reichen Witwe spielte. Die Schadchens wurden verhaftet.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Wegen betrügerischen Bankrotts — ihre Gläubiger büßen 30000 Kronen ein — wurden die Kaufleute Samuel Spitzer und Adolf Flatter zu Wien zu drei Monate und einem Monat strenger Haft verurteilt. Spitzer ist flüchtig.

Konkurs des Kaufmanns Salo Herzberg, in Firma J. Lazarus zu Berlin. Den vorrechtlosen Forderungen von insgesamt 50000 Mark steht eine „Dividende" von 11,7 v. H. in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns Leopold Elias zu Berlin. Bei Durchführung des Verfahrens bekommen die Gläubiger für ihre 44270 Mark vielleicht 29 v. H.

Konkurs des Kaufmanns Isidor Wachsmann zu Berlin. Im Prüfungstermin glaubte der Verwalter den Forderungen ohne Vorrecht (17000 Mark) 14,45 v. H. versprechen zu können.

Konkurs der Handelsfrau Philippine Hirsch geb. Cohn zu Berlin. 3450 Mark Schulden sind vorhanden, von denen 70 v. H. ausfallen.

Briefkasten.

A. Durlach. Besten Dank!

Insektenpulver-Erfinder Schwarz. Der „Lotse" ist von unserm Herausgeber s. Z. direkt abgeführt. Ihr Hamburger Namensvetter hat die betreffende Reichstagsrede ebensowenig gelesen wie der Gleiwitzer Rabbiner.

Osnabrück. Ueber das Lebenszeichen sehr erfreut. Heil!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen **wöchentlich** (Donnerstags) und sind in der **Post-Zeitungsliste** unter **Nr. 1754** eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile **25 Pfennige.** Geschäftsstelle: **Berlin NW 52.**

17. Jahrgang. | **Berlin-Leipzig, 24. April 1902.** | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich **Judenfrage.** Otto Glagau. | **Nr. 714.**

Wochen-Spruch.

Die unter uns lebenden Palästiner sind durch ihren Wuchergeist seit ihrem Exil, auch was die größte Menge betrifft, in den nicht unbegründeten Ruf des Betruges gekommen. Es scheint nun zwar befremdlich, sich eine Nation von Betrügern zu denken, aber ebenso befremdlich ist es doch auch, eine Nation von lauter Kaufleuten zu denken, deren bei weitem größter Teil durch einen alten, von dem Staat, darin sie leben, anerkannten Aberglauben verbunden, keine bürgerliche Ehre suchen, sondern diesen ihren Verlust durch die Vorteile der Ueberlistung des Volks, unter dem sie Schutz finden, und selbst ihrer untereinander, ersetzen wollen.

Immanuel Kant. „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht". (S. 129 ff.)

Wir laufen Jedermann nach.

So ungefähr müßte man das stolze Bismarck'sche Wort umgestalten, wenn es auf unsre heutigen Zustände im Deutschen Reiche passen soll. In was für einem überschwenglichen Freudentaumel war z. B. ein großer Teil der deutschen Presse über den Empfang des Prinzen Heinrich in den Vereinigten Staaten. Nun kommt der hinkende Bote nach. Der Prinz von Wales wird, wie es jetzt feststeht, ebenfalls nach den Vereinigten Staaten gehn und amerikanische Blätter schreiben, daß „sein Empfang alles übertreffen soll, was Prinz Heinrich erlebt hat." Warum auch nicht. Die Nordamerikaner haben es ja dazu. Sie ziehn ja der alten Welt alljährlich im steigenden Maße das Geld aus den Taschen. — So ist z. B., wie die Handelsstatistik für 1901 nachweist, unsre Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten um rund 54 Millionen Mark gegen das Vorjahr zurückgegangen, während die Einfuhr aus Nord-Amerika zu uns wieder um $21^1/_2$ Millionen Mark gestiegen ist. — Eine traurige Lehre geben uns die folgenden statistischen Zahlen: In den letzten fünf Jahren hat die Einfuhr und Ausfuhr von und nach den Vereinigten Staaten betragen (in Millionen Mark):

	1897	1898	1899	1900	1901
Einfuhr	658	877,2	907,2	1020,8	1042,2
Ausfuhr	397,5	334,6	377,6	439,7	385,8
Passiv-Bilanz	260,5	542,6	529,6	581,1	656,4

Das heißt, das Deutsche Reich hat in den oben genannten fünf Jahren mehr als $2^1/_2$ Milliarden Mark an die Vereinigten Staaten baar bezahlt. Da kann es nicht darauf ankommen, den prinzlichen Vertreter des deutschen Kunden-Volkes auch einmal anständig zu bewirten.

Unser jahrhundertelanges politisches Elend scheint der Grund zu sein, daß wir so sehr, so unglaublich bescheidne Leute sind. Der kleinste Erfolg, ja die geringste Feier versetzt uns in einen nationalen Rausch, eine Rede erscheint uns schon als eine große „That", eine Reise als eine Errungenschaft, und wo wir als wirtschaftliche Gäste in bescheidner Rolle geduldet werden, da sehn wir schon „ungeahnte handelspolitische Erfolge". Bei der Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika kam noch die amtliche und halbamtliche Mache hinzu, die alles Ungünstige unterschlug und damit das Deutsche Volk irreführte. Die boshaft gehässigen Ausfälle der tonangebenden Blätter gegen uns, wie „Herold", „Sun" und „Journal" wurden verschwiegen, und doch haben grade diese radikalen Jingo-Blätter drüben das Volk hinter sich.

Man gewinnt ein wesentlich verändertes Bild von der Prinzenreise, wenn man die Veröffentlichungen des Deutsch-Amerikaners Henry F. Urban darüber liest und kann nur im vollen Umfange dem zustimmen, was die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" kürzlich in einem „Zwei Prinzenreisen" überschriebnen Artikel äußerte:

„Unser Urteil war und ist, daß die prinzliche Reise allerdings an sich nicht geschadet hat, in verschiednen Punkten auch gradezu nützlich gewirkt hat; es hat für den Augenblick auf die Yankees gut gewirkt und hier und da den Deutschen gut gethan; der liebenswürdige Prinz hat erreicht, was nur erhofft werden durfte. Allein daneben sitzt aber der tiefe schmerzende Stachel: ‚Weshalb laufen immer wir seit einem Jahrzehnt hinter allen Völkern der Erde her?'"

Gewiß hat uns der unglückliche Bruch mit Rußland, mit dem die alten guten bismarckischen Beziehungen zu unterhalten, dem Grafen Caprivi zu kompliziert erschien, schwer geschädigt. Gewiß sitzen wir seit jener Zeit diplomatisch auf dem Isolierschemel. Aber wir bilden uns ein, daß das Deutsche Reich auch in dieser Isolierung noch stark und mächtig genug ist, um nicht die Verbeugungen nach allen Seiten nötig zu haben, die wir unsre Regierung machen sehen.

Weshalb haben wir es nötig, den Zaren zu einem Besuch angelegentlichst einzuladen, nur um zu erleben, daß im selben Augenblick uns halbamtlich höhnisch gesagt wird, „zur Sühne für diesen Besuch werde der Zar nunmehr acht Tage das geliebte Frankreich besuchen." Wir achten russische Freundschaft, aber man erwirbt Freundschaft nur durch Selbst-Achtung.

Weshalb darf sich Oesterreich herausnehmen, seine Deutschen an die Wand zu drücken und sich langsam in ein Slawenreich umzuformen?

Weshalb darf Holland dem Präsidenten Krüger gastfrei jahrelang Heimat sein, während das Deutsche Reich dem von der niedersächsischen Elbe stammenden Manne in einer an Abhängigkeit grenzenden Höflichkeit gegen England die Thüre weisen muß?

Weshalb sind wir in solche Abhängigkeit von Italien geraten, daß der Staatssekretär von Thielmann in der Zollkommission erklärt: Wenn die Kommission erhöhte Zölle auf Blumen und Gemüse annehme, so müsse er zum italienischen Botschafter gehn und ihm zur Beruhigung erklären, daß die Abstimmung keine Bedeutung habe.

Und so sind wir auch verwundert und niedergeschlagen über die Meinung, die in Bezug auf unsre Verhältnisse zu den Vereinigten Staaten obwaltet. Wir haben keinen Grund, Tarifkriege zu wünschen, allein wenn sie kommen, so ist das Deutsche Reich, das doppelt soviel an Waren empfängt wie abgiebt, in starker Rüstung; und wenn man in den letzten Wochen, um die Reise des Prinzen zu erklären, sich nicht geschämt hat zu sagen, daß sonst am politischen Horizont der Krieg aufgezogen sei, so müssen wir fragen: Um welches Objekt soll dieser sonderbare Krieg sich drehn, und warum soll unsre, wenn auch noch recht junge Marine diesen Krieg als der Uebel ärgstes fürchten?

Um nun noch ein Beispiel aus letzter Zeit herauszugreifen, das beweist, wie niedrig man unsern Nationalstolz einschätzt, brauchen wir nur an das Testament von Cecil Rhodes zu erinnern, der uns sein posthumes Wohlwollen dadurch zu beweisen bemüht war, daß er ein Stipendium für einige deutsche Studenten zwecks Besuches der Universität von Oxford (vergl. vorige Nummer) ausgeworfen und den Deutschen Kaiser zum Testaments-Vollstrecker ernannt hat. — Eine ganze Reihe von in deutscher Sprache geschriebnen Blättern haben auf ihrem sehr geduldigen Papier auch schon die, nach unserm Empfinden an Majestätsbeleidigung grenzende Nachricht gebracht, daß der Kaiser jenes Vermächtnis angenommen habe. — Das ist natürlich unwahr. Aber man sieht, daß selbst der Stolz auf die sonst so vielgerühmte „deutsche Bildung" nicht Stich hält, wenn das Ausland uns einen Brocken hinwirft.

Thatsächlich steht aber das Deutsche Volk auf einem viel höhern Bildungsdurchschnitte als das englische. — Wenn Rhodes gebeten hätte, daß jährlich eine Anzahl von jungen befähigten Engländern in Freistellen auf deutschen Universitäten aufgenommen würden, um das Deutsche Reich und deutsche Verhältnis gründlich kennen zu lernen und dafür eine Summe in seinem Testament ausgeworfen hätte, so würde das von Einsicht des Erblassers gezeugt haben. Aber die Universitäten von Cambridge und Oxford sind Klippschulen im Vergleiche zu den deutschen Hochschulen.

Wie soll aber in unserm armen Deutschen Volke schließlich das Nationalbewußtsein erstarken, wenn es sich nicht von den Einflüßen der vaterlandslosen Judenpresse emanzipieren kann.

Die Seemanns-Ordnung

hat die Klippen und Untiefen der zweiten Lesung im Reichstage ziemlich glücklich passiert. Mit Ausnahme einer Havarie, die sie durch Schuld der Sozialdemokraten erlitt und wobei das Koalitionsrecht der Seeleute gänzlich über Bord gegangen ist, läuft sie, gegen die Regierungs-Vorlage wesentlich verbessert, der dritten Lesung entgegen. Gelingt es, sie unbeschädigt durch die Brandung der dritten Lesung zu lotsen und vielleicht das Koalitionsrecht oder wenigstens einen Teil davon wieder aufzufischen, so wollen wir uns im Interesse unsrer braven Seeleute herzlich darüber freuen.

Am 19. April verhandelte der Reichstag über eine Entschließung, die von der Kommission für die Seemanns-Ordnung einmütig gefaßt worden ist, und worin die Regierung um baldige anderweitige gesetzliche Regelung der behördlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit, Tiefgang, Bemannung, Verproviantierung usw. der Handelsschiffe ersucht wird. Im Interesse der Groß-Reeder versuchte der „Demokrat" Lenzmann, um zu dem Eingangs gebrauchten Bilde noch einmal zurückzukehren, das Schiff in Untiefen zu locken. Er begründete in seichter Rede seinen seichten Vorschlag, aus der Resolution das Wort „Tiefgang" herauszustreichen. — Sehr wirksam trat diesem Verschlechterungsversuche unser Abgeordneter Raab entgegen, der der Vater jener Resolution in der Kommission gewesen ist. Hier der Wortlaut seiner Rede:

M. H., ich freue mich, daß gegen die Resolution der Kommission bis zu diesem Augenblick kein prinzipieller Widerspruch erhoben worden ist, gebe mich auch der Hoffnung hin, daß ein solcher nicht mehr laut werden wird, und daß die daraus zu entnehmende Einmütigkeit des Reichstags bezüglich dieses Gegenstandes auch nicht ohne Einwirkung auf die Reichsregierung bleiben wird.

Nun hat der Herr Abg. Lenzmann in seinem Antrage eine Abänderung der Entschließung vorgeschlagen, die seiner Befürchtung Rechnung trägt, die Reichsregierung könne gar zu stürmisch, zu unüberlegt und hastig auf diesem Gebiete und zum Schutze unsrer Seeleute vorgehn.

Mir erscheint es zunächst etwas sonderbar, daß ein Mann der Fortschrittspartei der Regierung zutraut, ja, ihr gradezu den Vorwurf machen will, daß sie irgendwo gar zu hastig vorgeht. Ich halte es natürlich mit Herrn Lenzmann für notwendig und auch für das einzig Gegebne, daß ein Gesetz bezüglich aller seiner Konsequenzen beraten wird mit den Angehörigen der Interessengruppen, für die das Gesetz geschaffen werden soll. Es würde also wohl wünschenswert sein, sofern der Antrag Lenzmann angenommen werden sollte, daß er dem noch hinzufüge, man möge aber auch die Erfahrungen der Seeleute hören und nutzbar machen für das später zu gebende Gesetz. Weil ich das alles aber für selbstverständlich halte, so, glaube ich, liegt für die Annahme des Lenzmannschen Antrages kein zwingender Grund vor.

Nun, m. H., brauchen wir aber wahrlich nicht zu fürchten, daß eine erhebliche Ueberhastung auf dem Gebiete der Tiefladelinie noch möglich wäre. Es ist das ja kein völlig unbebautes und neues Gebiet mehr, sondern die Frage der Tiefladelinie — und darum dreht sich ja ganz besonders die Sorge des Herrn Abg. Lenzmann — ist etwa im Fluß seit 25 Jahren und ist gesetzlich geregelt seit fast 20 Jahren in England. Wenn man dort alle diese Jahre hindurch praktische Erfahrungen gesammelt hat, die doch nicht vor uns verheimlicht werden, so brauchen wir nicht zu fürchten, daß wir blindlings mit einem Gesetze in ganz unmögliche Zustände und Vorschriften hineingeraten würden. Das freilich steht für jeden fest, das geben auch die Engländer zu, daß ihr Gesetz noch Mängel aufzeige; und das ist sehr begreiflich. Die meisten Einwendungen gegen das englische Tiefladegesetz macht man nämlich aus dem Gesichtspunkt, daß die Vorschriften noch nicht weit genug gingen und die Sicherheit der Seeleute auf dem Schiffe noch nicht genügend ins Auge faßten.

(Sehr richtig! links.)

Das erklärt sich wieder daraus, daß die Engländer garnicht so weit gehn konnten mit ihren gesetzlichen Bestimmungen, als sie theoretisch und praktisch wohl für richtig gehalten hätten, da sie sich dadurch eines wichtigen Mittels auf dem internationalen Konkurrenzmarkt, auf dem sie sich mit ihrer Schiffahrt behaupten sollen, begeben würden. Wenn andre Nationen ihre Reederei bezüglich der Beladung der Schiffe garnicht beschränken, so ist es sehr verständlich, wenn die Engländer nicht gleich bis ins alleräußerste mit ihren Vorschriften losstürmten, sondern erst einmal abwarten wollten, bis die konkurrierenden Nationen sich dazu bequemt haben würden, auch ihrerseits ein wenig auf dem Gebiete nachzufolgen. Einen Beweis dafür, daß die Engländer garnicht daran denken, den einmal durchgeführten Gedanken wieder aufzugeben, bringen uns jetzt die Beschlüsse des englischen Hauses der Lords, wo man dazu übergegangen ist, auch eine „Leichtladelinie" vorzuschreiben und also grade die Lücke auszufüllen, von der Herr Lenzmann vorhin gesprochen hat. M. H., folgen wir erst einmal bis zu dem Punkte, den das sozialreformerische Vorbild der Engländer gegeben hat, dann bin ich überzeugt, England wird auch weiter vorangehn auf dem einmal beschrittnen Wege.

Ich könnte dafür verschiedne Stimmen anführen, daß die Engländer keineswegs mit dem Grundgedanken ihres Gesetzes unzufrieden sind, sondern sich bloß bemühn, ihn immer praktischer auszugestalten. Ich will aber auch darauf verzichten, will auch viele andre Fragen nicht berühren, die in unsrer Resolution besprochen worden sind, weil ich meine, daß wir das, was alles an Einzelmaterial vorliegt und vorgebracht werden kann — und der Herr Abg. Schwartz hat eine kleine Probe davon gegeben —, leicht in 10- und 100-facher Auflage werden geben können, wenn uns erst ein Spezialgesetz über diesen Gegenstand vorgelegt worden ist.

Nun sagt der Herr Abg. Lenzmann, die Annahme, daß wegen Ueberladung viele deutsche Schiffe verloren gingen, treffe nicht zu; es sei namentlich nicht richtig, daß man ein Drittel der verlornen Schiffe auf das Konto der Ueberladung stelle. Ueber diesen Punkt läßt sich sehr leicht und sehr schwer streiten. Welches Unglück den verschollnen Schiffen zugestoßen ist, welchem sie zum Opfer gefallen sind, können wir nicht feststellen, niemand von uns; Sie werden daher den Leuten, die glauben, daß viele unsrer Schiffe zu schwer belastet werden, glauben müssen, wenn

sie der Ueberzeugung Ausdruck geben, in vielen Fällen hat zu schwere Beladung unsrer Seeschiffe den Unglücksfall herbeigeführt. Die nicht ganz einwandsfreie und sehr feine Unterscheidung zwischen zu „schwerer Ladung" und „Ueberladung" hat für die praktische Erledigung dieser Frage gar keinen Wert. Man weiß nicht, was die Seeämter, wenn sie von zu „schwerer Ladung" oder zu „schwerer Beladung" gesprochen haben, sich im einzelnen Fall darunter vorgestellt haben. Jedenfalls ist aber auch das, was Herr Lenzmann meint, ebenso bedenklich, wie das andre. Er meint, in alte, nicht mehr völlig tragfähige Schiffe sei eine Last gepackt worden, die in sich zu schwer sei, in sich spezifisch eine zu große Schwere besäße. Wenn ein altes Schiff eine so schwere Last hat, so daß es zu steif wird oder durch Uebergehn der Ladung dasselbe gefährdet, so kommt das für die Mannschaft auf das nämliche hinaus. Für sie nämlich bedeutet das eine wie das andre eine große Lebensgefahr, unter Umständen auch den Untergang. Nun aber ist unsre Statistik — und das ist kürzlich auch noch vom Regierungstisch zugegeben worden — außerordentlich verbesserungsfähig. Wir wissen heute garnichts Genaues über die Seeunfälle, die sich ereignen; noch viel weniger wissen wir etwas Genaues und Vollständiges über die Ursachen der Seeunfälle. Darum ist es notwendig, daß die Statistik ausgebaut wird. Herr Lenzmann sagte: Die „englische Statistik" oder „eine" englische Statistik habe ergeben, daß die Schiffsverluste in der englischen Marine noch größer seien trotz ihrer Tiefladelinie als in der deutschen Handelsmarine. Herr Lenzmann hat es unterlassen, diese Statistik oder diesen Statistiker genauer zu bezeichnen. Ich behaupte nämlich, die Sache liegt grade umgekehrt und genau so, wie ich sie früher schon hier im Reichstag festgestellt habe. Ich kann Herrn Lenzmann eine bestimmte Quelle namhaft machen, woraus auch ohne weiters das Gegenteil hervorgeht: Die „Hamburger Nachrichten" enthielten am 25. Februar d. J. einen Artikel, worin der Lloydbericht über das Schiffsgewerbe aus London besprochen worden ist und in diesem Auszug heißt es u. a.:

Die größte Sicherheit bieten die englischen Schiffe; im Verhältnis zu ihrer Tonnage verloren 0,02 v. H. das Leben gegen 0,04 v. H. der deutschen und 0,06 v. H. der französischen Flotte.

Also noch einmal so viel Menschenleben hat die deutsche Flotte im Verhältnis zu ihrer Größe verloren

(hört! hört! links)

als die englische Flotte. Herr Lenzmann hat auch gemeint: die deutschen Reeder würden doch ihr Eigentum nicht in Gefahr bringen, da sie doch, wenn ein Schiff verloren ginge, entweder den Schaden tragen, oder aber eine verhältnismäßig hohe Versicherungsprämie zahlen müssen. Nun kann ich auch hier etwas zur Aufklärung des Herrn Lenzmann beitragen. Die Ausgaben nämlich der Seeversicherungs-Gesellschaft erhöhen sich, wie es scheint, recht erheblich. Ich habe aus der Statistik über „Hamburgs Handel und Schiffahrt für 1900" folgende Zahlen entnommen: 1897 betrugen die versicherten Summen in Schiffen 3 Milliarden 292 Millionen, die Ausgaben für Schäden: 24 139 000. Das ist ein Verhältnissatz von 0,73 v. H. der versicherten Summen. Ich will die andern Zahlen nicht anführen, sondern nur die Verhältnisziffern. 1898 mußten die Versicherungs-Gesellschaften 0,70 v. H. der versicherten Summen auszahlen, 1899 aber 0,99 v. H., also fast 1 v. H. ersetzen — ganz gewiß ein Beweis dafür, daß es mit der Sicherheit von Schiff und Ladung auf See wenigstens in diesem Zeitraum nichts vorwärts gegangen ist.

Nun wurde zur Begründung des Antrages Lenzmann und des Abänderungsvorschlags Stockmann angeführt, die Untersuchungen namentlich bezüglich des Tiefgangs seien in Deutschland an den betreffenden Stellen noch nicht abgeschlossen. Ja, wenn man uns dann nur einen Termin angeben könnte, bis zu welchem der Abschluß dieser Vorarbeiten erwartet werden könnte! Ich behaupte, die Bearbeitung dieser Materie wird nie abgeschlossen werden können, so lange überhaupt eine Schiffahrt besteht; denn in jedem Jahr und Jahrzehnt werden veränderte Schiffstypen u. dergl. immer wieder eine Ueberarbeitung der einmal erlassenen Bestimmungen nötig machen. Darum kann ich mich auch zu dem Vertrauen nicht aufschwingen, daß unsre deutschen Instanzen, die sich im allgemeinen bisher ziemlich ablehnend gegen die staatliche Aufsicht verhalten haben, sehr bald mit ihrer Arbeit zu Ende gekommen sein werden. Für mich ist es keine streitige Frage: wir müssen nicht nur bald, sondern so bald es irgend in unsrer Kraft steht, den Anfang mindestens auf diesem Gebiet machen.

Ich will nicht alle Einzelfälle, die die staatliche Beaufsichtigung des Tiefgangs der Schiffe angebracht erscheinen lassen, hier vor Ihnen aufmarschieren lassen; nur ganz wenige Thatsachen aber darf ich hier bekannt geben, um Ihnen das Dringliche der Aufgabe vor Augen zu führen.

Am 21. August v. J. verhandelte das Hamburger Seeamt über den Untergang des Dampfers „India", auf dem 24 Mann ihr Leben verloren. Nach dem Marinehandbuch sollte das Schiff freilich 26 Mann haben; jedoch ist diese Differenz in der Bemannung nicht von erheblicher Bedeutung. Der Seeamtsspruch aber lautet in einem Teile wie folgt:

Die Verhandlung hat ergeben, daß das Schiff bei der Reise, wenn man die Regel und das englische Board of Trade zu Grunde legt, reichlich tief beladen gewesen ist, und daß einer Schraube ein Flügel gefehlt hat.

Mit einem solchen Schiff hat man diese auch noch zu knappe Mannschaft in See geschickt! Da ist, wie ich meine, kein weiterer Beweis nötig, daß gegenüber solcher Leichtfertigkeit thatsächlich ein gesetzlicher Schutz des Menschenlebens nötig ist. Im ganzen sind, wie der Herr Abg. Schwartz schon anführte, in neun Jahren 148 Schiffe verschollen, von denen man zum großen Teil wird annehmen können, daß sie wegen zu schwerer Belastung gesunken sind; auf diesen Schiffen befanden sich 1437 Personen.

Alle die verschiedenen Gruppen der seemännischen Bevölkerung, Kapitäne wie Steuerleute, wie auch die übrigen Seeleute, haben immer und immer wieder die Notwendigkeit einer staatlichen Regelung der Tiefladefrage verlangt und auch für möglich erklärt.

Was unter Umständen den Seeleuten zugemutet wird, beweist der Bericht des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere über das erste Halbjahr 1900. Da wird mitgeteilt, daß der Kapitän eines Schiffes dem Agenten erklärte: wir können jetzt in das Schiff nichts mehr hineinladen, denn wir haben bereits den Punkt überschritten, bis zu dem wir je gekommen sind. Darauf sagte ihm der Vertreter der Firma: „wir packen ihn — nämlich den Kasten — voll bis zum Versaufen!"

(Hört! hört!)

Und dann ist noch weitere Last in dieses Schiff hineingepackt worden, so daß es noch um fast einen halben Fuß tiefer gesunken ist.

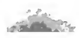
Nun, m. H., wehrlos ist heute der Kapitän dagegen, daß man ihn verantwortlich macht, daß man ihn dazu veranlaßt, die gar nicht zu übernehmende Verantwortung für zahlreiche Menschenleben tragen zu sollen. Der Verein deutscher Seeschiffer in Hamburg, der sich blos aus Kapitänen zusammensetzt, hat schon vor Jahren eine gesetzliche Regelung dieser Frage verlangt und das damit begründet, daß der Kapitän heute gegenüber den Ansprüchen des Reeders völlig wehrlos sei, da man ihn einfach durch einen andern ersetzt, der sich den Wünschen des Reeders gefügiger zeigt.

(Hört! hört! links.)

Es heißt hier in dem Bericht des ebengenannten Vereins, die Bestimmung wäre nützlich,

ebenso wäre damit dem Schiffsführer ein Anhalt gegeben, worauf sie sich berufen können, während es doch jetzt noch recht oft vorkommt, daß der Schiffsführer, den obwaltenden Umständen Rechnung tragend, in die Lage versetzt wird, sein Schiff tiefer zu beladen, als er es nach seinem eignen Ermessen thun würde.

Und der Nautische Verein in Papenburg hat die Vorschrift des Handelsgesetzbuchs, die ganz allein den Kapitän haftbar für alles Unheil macht, gradezu als eine Farce erklärt und nachgewiesen, daß ohne einen gesetzlichen Schutz der Kapitän gar nicht imstande sei, das Menschenleben so zu behüten, wie es seine einfache Menschenpflicht wäre.



So sprechen sich alle die verschiednen Körperschaften und Organisationen der praktischen Seeleute aus, und bei dem großen Respekt, den der Herr Abg. Lenzmann vor technischen Gutachten und Anschauungen hier haben will, möchte es sich doch eigentlich für ihn empfehlen, auch diesen technischen Gutachten aus allen diesen Kreisen, die ganz gleichmäßig in der von mir betonten Richtung lauten, etwas Gewicht beizumessen.

Die Bestrebungen in Deutschland, die Tiefladefrage auf gesetzlichem Wege zu lösen, sind auch bei uns schon verhältnismäßig alt. Schon im Jahre 1891 erschien ein diesbezüglicher Artikel in der „Norddeutschen Zeitung", und seitdem ist diese Frage nicht mehr zur Ruhe, leider Gottes aber auch nicht sehr viel weiter gekommen. Hoffen wir, daß die Resolution, die die Kommission dem Reichstage vorgeschlagen hat, dahin wirkt, daß wir für die Sicherheit unsrer Brüder zur See in höherm Maße als bisher sorgen können. Es ist von einer Reihe von Korporationen, unter anderm auch von dem Verbande deutscher Seemaschinisten und dem Vereine deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere der Handelsmarine in Hamburg, ausdrücklich die Bitte ausgesprochen worden, alle die Einzelheiten, die unsre Resolution enthält, durch gesetzliche Klarstellung zu regeln, weil alle andern Maßregeln doch nicht ausreichen dürften.

M. H., wir brauchen nicht zu fürchten, daß wir mit diesem staatlichen Eingreifen etwa wichtige Lebensinteressen stören könnten, daß unsre deutsche Schiffahrt und Reederei dadurch zugrunde gerichtet werden könne. Nein, ein vorzüglicher Kenner unsers Handels- und Seerechts, der Präsident des hanseatischen Obergerichts, Dr. Sieveking, der schon mehrfach das Deutsche Reich auf maritimen Kongressen offiziell vertreten hat, hat sich dafür ausgesprochen, daß alle diese Materien gesetzlich zu regeln seien. Auch der auf diesem Gebiete bekannte Professor Stoerk in Greifswald ist der gleichen Ansicht. Das sind Männer der Wissenschaft, Männer der Praxis: Wislicenus, Dr. Niebuhr in Hamburg, alle die andern, die ich schon genannt habe, sprechen sich im gleichen Sinne aus.

Wir sind auch auf andern Gebieten, wo es sich um die Einführung von Schutzmaßregeln für Menschenleben und Gesundheit handelt, nicht so bedenklich und zurückhaltend gewesen, wie das hier verlangt wird. Für die Auswandrerschiffe z. B., für die vom Reiche subventionierten Postdampfer haben wir schon in hohem Maße die staatliche Aufsicht. Schreibt doch z. B. das Auswandrergesetz vor, daß vor jeder einzelnen Reise das Schiff vollständig überholt werden muß, daß es, glaube ich, jedes Jahr einmal ins Dock genommen werden muß, und dergleichen mehr. Alles dies soll geschehn, wenn das Schiff 25 Auswandrer an Bord hat. Nun haben wir aber Frachtschiffe, die zwar nicht 25 Passagiere, wohl aber hundert oder zweihundert Mann Besatzung führen, wo also eine viel größere Anzahl von Menschenleben in Frage kommt.

In Deutschland darf kein Revolver verkauft werden, der nicht vorher amtlich geprüft ist, und der Abg. Stumm ist es gewesen, der schon vor Jahren diesen gesetzlichen Schutz für die Schiffsmannschaft befürwortete und darauf hinwies, daß er, wenn er z. B. eine Kreissäge aufstellte, den Besuch von drei verschiednen Behörden im Hause habe, die alle drei untersuchen, ob die Kreissäge auch angemessen und ungefährlich aufgestellt wäre. M. H., wenn das geschieht — und das geschieht mit vollem Recht —, soll man nicht die große gewaltige Aufgabe, die uns auf dem Gebiete der Schiffahrt obliegt, übersehen und ungelöst lassen.

M. H., auch die Schiffsreeder sind keine Ausnahmsmenschen; und wenn es darunter auch brave und arbeiterfreundliche Leute giebt, so hindert sie doch in hohem Maße schon die Rücksichtnahme auf die Konkurrenz, alles zu thun, um Menschenleben zu sichern, weil dadurch Kosten entstehn. Aber, m. H., solange der Hauptwettbewerber auf dem Gebiete der Schiffahrt, England, nach dieser Richtung einen großen sozialen Vorsprung hat, dürfen wir nicht davor zurückschrecken, unsrer deutschen Reederei Lasten zu übertragen, zu deren Uebernahme sie von Gottes und Menschen wegen verpflichtet ist.

M. H., es sieht nicht so gut auf See aus, wie manche Leute es sich ausmalen. Ihnen sind die Auslassungen des Admirals v. Werner bekannt, der gesagt hat: das Los des Seemanns sei ein bittres und schweres und sehr arm an Freuden. Und Sie kennen wohl auch das Wort des Dr. Niebuhr in Hamburg, der gesagt hat: der Seemann ist der Habsucht und Ausbeutung fast machtlos ausgeliefert. In der „Schlesischen Zeitung" schreibt ein Seemannspastor ähnliches über das Leben des Seemanns. Da ist es der Pastor Kiebiling, der sich folgendermaßen darüber ausläßt:

Es geht ein düstrer Zug durch den deutschen Seemannsstand; es liegt ein eigenartiger Druck auf diesen Menschen; etwas Friedloses, Freudloses beherrscht sie alle. Das Ideale dieses Berufes, das weltumfassende Verlangen, die jugendfrohe Begeisterung, die so viele zur See lockt, ist schon nach der ersten Reise meist unwiederbringlich dahin, und nur wenige bewahren sich die Freude und Liebe zu ihrem Beruf.

M. H., in unsre Hand ist es gegeben, etwas mehr Friede und Ruhe wieder in das Seemannsherz hineinzubringen. In unsre Hand ist auch heute manches Seemannsleben gegeben — sorgen wir dafür, daß wir uns niemals schuldig fühlen müssen, wenn wieder einmal ein schweres Unheil auf der See unsre deutsche Schiffsmannschaft betroffen haben sollte!

(Beifall.)

*

Nun ergriff als Kommissar des Bundesrats der Kontre-Admiral Schmidt das Wort und bewies aufs Unwiderleglichste, daß reden nicht jedermanns Sache ist. Seine zerhackten Sätze entfesselten öfters große Heiterkeit und wurden im Hause so verstanden, als sei er entschiedner Gegner der Einführung einer Tiefladelinie. — Außerdem sprach vom Regierungstische noch Graf Posadowsky, klar und entgegenkommend und wie immer mit tiefgehendem Verständnis für die soziale Seite der Frage. — Auch Herr Lenzmann griff nochmals ein, aber seine Ausführungen machten einen entschieden seekranken Eindruck. —

Auf die Angriffe der Herren Schmidt und Lenzmann antwortete der Abg. Raab nochmals wie folgt:

M. H., ich bedaure, daß ich noch einmal sprechen muß. Die „militärisch-frische" Art aber — wie sie der Herr Abg. Lenzmann nannte — des Herrn Kontre-Admiral Schmidt zwingt mich dazu, einiges zu sagen. Ich hatte mehrfach, als der Herr Admiral dort auf der Rednertribüne stand, den Eindruck, als ob er so etwa von der Kommandobrücke herab seine Anweisungen gäbe. Wiederholt hat er mich ja aufgefordert, etwas zu notieren. Nun, ich habe das gethan. Ich meine aber, daß, wenn das, was er ausführte, auch manchmal so klang wie eine Anweisung vom Kommandanten an seine Mannschaften, er hier doch mindestens die Pflicht einer Begründung gehabt hätte, die ja sonst vielleicht unter andern Verhältnissen nicht vorhanden ist. So hat z. B. Herr Admiral Schmidt gesagt, sowohl Herr Abg. Schwartz als auch ich rissen ganz willkürlich uns geeignete Ziffern heraus und trügen dann diese als Beweismittel für unsre Anschauungen vor. M. H., ich weise diese Unterstellung entschieden zurück. Ich habe nicht absichtlich mein Material gruppiert und zusammengesucht. Die Zahlen, die ich z. B. in meiner Broschüre*) gegeben habe, sind genau die nämlichen, die mir vom Germanischen Lloyd übergeben waren; sie bezogen sich auch auf die letzten fünf Jahre. Ich meine, daß man demgegenüber nicht den Vorwurf erheben darf, man hätte sich beliebige Zahlen, die in einer bestimmten Richtung sprächen, herausgesucht.

Nun hat der Herr Admiral Schmidt geglaubt, uns darüber unterrichten zu sollen, daß auch neue Schiffe zu Grunde gingen. Mir ist, als ob mir diese Thatsache schon irgendwie vorher bekannt geworden wäre.

(Heiterkeit.)

Nun aber wird doch Herr Admiral Schmidt nicht bestreiten wollen, daß alte Schiffe sehr viel weniger den Anfordrungen entsprechen können, die namentlich bei schlechtem Wetter an sie gestellt werden. Der Herr Abg. Kirsch hat ja schon auf das

*) Die Notflagge weht. Preis 1 Mark. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstraße 15.

recht wenig Beweiskräftige in den Ausführungen des Herrn Admiral Schmidt in dieser Beziehung hingewiesen. Wie verfährt denn aber z. B. die Kriegsmarine? Schlachtet die nicht auch ihre alten Schiffe ab? und giebt es denn nicht auch bestimmte Regeln, nach denen auch die alten Kriegsschiffe nicht mehr über See geschickt werden dürfen? Ich will das doch wenigstens hoffen, daß man mit dem Leben unsrer Soldaten zur See etwas sorgfältiger umgeht. Und viele alte Schiffe gehn thatsächlich nach den Sprüchen der Seeämter in der Hauptsache deshalb zu Grunde, weil sie nicht seetüchtig sind.

Ich habe vorher schon gesagt, ich wolle aus dem Material, das einem allmählich über den Kopf wächst, nichts vortragen, ich könnte stundenlang Entscheidungen der Seeämter hier vorbringen. Ich war der Ueberzeugung, das sei überflüssig, aber mir will es doch scheinen, als ob ich als Laie einem alten Fachmann auf der See vielleicht doch noch einiges Neue erzählen kann, was wir aus den Gerichtssprüchen über diese Dinge erfahren haben. Ich will nur ein paar Fälle aus den amtlichen Entscheidungen der Seeämter hier nennen.

Das Seeamt Rostock am 21. Februar 1896 bezüglich der Bark „Mary Jane“:

„Der Unfall der Bark ist nach Ansicht des Seeamts auf mangelhafte Seetüchtigkeit . . . . . zurückzuführen.“

Dasselbe Seeamt am 11. November 1896, betreffend die Brigg „Max“:

„Der Unfall ist auf ungenügende Seetüchtigkeit und schweres Wetter zurückzuführen.“

Dann wird weiter gesagt: ein Leck im Schiff sei mit Sägespänen ausgefüllt worden, faulige Stellen in den Planken seien mit Zement ausgekittet. Dies Schiff war 1859 gebaut.

Solche wirklichen Sargschiffe sollte man kondemnieren und einziehn!

Bezüglich des Unfalles mit dem Vollschiff „Baltimore“, mit dem 16 Mann ertrunken sind, sagt das Seeamt Bremerhaven: „Der Unfall wird auf das hohe Alter des Schiffes zurückzuführen sein.“ Da das Schiff 1863 gebaut und 1897 untergegangen ist, ist es 34 Jahre alt geworden. Das Seeamt erklärt also ein Alter von 34 Jahren für hoch. Nun hören Sie doch einmal, wie es mit dem Alter unsrer Schiffe bestellt ist. Ich habe nach unserm Marinehandbuch nicht alle Schiffe durchgerechnet, aber von den Segelschiffen doch die ersten 900, also ganz ohne jede Wahl. Die Dampfschiffe habe ich allerdings alle durchgerechnet; es sind 1248. Unter diesen 900 Segelschiffen befanden sich 7, die 30 Jahre alt waren, 20 mit 31 Jahren usw. Ich will die Zwischenstufen nicht alle nennen, aber die ältesten Semester möchte ich hier doch erwähnen. 5 Schiffe waren 55 Jahre alt, 4 Schiffe 56 Jahre, 5 Schiffe 57, 2 Schiffe 58, 1 Schiff 59, 1 Schiff 60, 2 Schiffe 62, 3 Schiffe 64, 1 Schiff 66, 1 Schiff 74, und das älteste war 93 Jahre alt!

(Heiterkeit.)

Von diesen an erster Stelle im Handbuch für Handelsmarine von 1899 aufgezählten Schiffen sind 293, also etwa der dritte Teil, über 30 Jahre alt gewesen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Von den 1248 Dampfschiffen war eins auch schon bis zu dem respektablen Alter von 53 Jahren gelangt. Zusammen waren 60 mehr als 30 Jahre alt.

So steht es mit dem Alter unsrer Schiffe. Darum brauchen wir eine Behörde, die bei gegebnen Zeitpunkten erklärt: jetzt muß das Schiff abgewrackt und darf nicht mehr benutzt werden, kostbare Menschenleben auf See in Gefahr zu bringen.

Nun gebe ich zu, das Material, das wir haben, ist mangelhaft und unvollständig, auch bezüglich der Seeamtssprüche. Darum ist es auch ziemlich leicht — das habe ich von Anfang an immer zugegeben —, daß unsrer Statistik eine andre entgegengestellt wird. Die Anschreibung drüben in England ist eine andre als hier in Deutschland, und das Büro „Veritas“ in Paris rechnet wieder anders als die beiden andern. Darum sollte man endlich einmal unserm Wunsche nachkommen und uns eine Statistik aufstellen, die für uns umfassend und maßgebend genug ist.

Herr Admiral Schmidt meint nun auch, die Vorschriften für Auswandrerschiffe seien gar nicht sehr strenge, die ließen gar keinen Vergleich zu mit dem, was wir hier beantragten. Wenn wir das an Vorschriften für unsre ganze Schiffahrten hätten, was für Auswandrerschiffe besteht, so bliebe kaum noch etwas zu wünschen übrig. In § 94 des Gesetzes über das Auswandrungswesen vom 9. Januar 1897 ist bestimmt: Jedes Auswandrerschiff unterliegt vor dem Antritt der Reise einer Untersuchung über seine Seetüchtigkeit, Einrichtungen usw. Die Untersuchung erfolgt durch amtliche, von den Landesregierungen bestellte Besichtiger. Nicht also hat man der Seeberufsgenossenschaft oder dem Germanischen Lloyd die Aufsicht übertragen, sondern man schreibt amtliche Besichtigung vor. Und in den Ausführungsvorschriften heißt es im § 2:

Kein Schiff darf als Auswandrerschiff benutzt werden, bevor es nach gründlicher Untersuchung im Dock oder auf der Helling für seetüchtig befunden worden ist. Diese Untersuchung ist jährlich mindestens einmal zu wiederholen.

Nun, m. H., das würde freilich ausreichen für die Untersuchung der Seetüchtigkeit der einzelnen Schiffe. Das, glaube ich, wird für die Handelsmarine niemals vorgeschrieben werden, daß jedes Schiff jedes Jahr einmal auf Dock oder auf die Helling gebracht werden muß und nicht vorher ausfahren darf.

Freilich, m. H., das ist auch eine Wissenschaft, die uns nicht erst erschlossen zu werden brauchte, daß Schiffe auch aus andern Gründen sinken, als bloß aus dem Grunde der Ueberladung. Das weiß ich, daß das Schiff nicht dadurch über Wasser gehalten werden kann, wenn man an seine Seite die Tiefladемarke gemalt hat, sobald das Schiff z. B. keinen Boden hat u. dgl. m. Aber eine der Ursachen beseitigen wir zweifellos, wenn wir den Tiefgang vorschreiben, und weiter geht unsre Verpflichtung nicht. Gegen manche Gefahren der See können wir mit all unserm Menschenwitz nichts ausrichten! Hier aber können wir es, und darum haben wir auch auf diesem Gebiete die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, das zu thun!

Nun wundert michs freilich, daß an den verschiednen Stellen unsrer Kriegsmarine so verschiedne Auffassungen über den Wert und über die Möglichkeit der Tiefladelinie herrschen können. Herr Admiral Schmidt hält solche Ladelinie für falsch, für schädlich; er meint sogar, eine Reihe der Unglücksfälle in England sei vielleicht direkt auf die Tiefladelinie zurückzuführen. Demgegenüber stehn Aeußerungen eines Mannes, der sich die Sachkenntnis in Marinedingen nicht bestreiten lassen wird. Ich darf nur an die Telegramme erinnern, die die Hamburg-Amerika-Linie von sehr hochstehender Stelle erhalten hat, worin die Einführung der Tiefladelinie als eine soziale That hochgepriesen und anerkannt worden ist. Nun, m. H., ich hoffe, daß diese Ansicht, die sich in diesen Telegrammen ausgesprochen hat, allmählich an den verschiednen Stellen unsrer Marineverwaltung die herrschende werden wird; denn das muß ich gestehn: solange etwa die Reichsregierung oder das Reichs-Marineamt auf die — philiströs darf ich wohl nicht sagen — aber auf die sehr „professoralen“ Einwendungen gegen eine Tiefladelinie, wie sie Herr Kontre-Admiral Schmidt erhebt, etwas geben, werden wir kaum zu einem brauchbaren Gesetz kommen!

M. H., wenn ich nun noch mit einigen Worten mich zu dem wenden darf, was der Herr Staatssekretär des Innern gesagt hat: er meinte, daß es ausreichen dürfte, was jetzt die Seeberufsgenossenschaft vorgeschrieben hat, und daß wir es vielleicht im allgemeinen dabei bewenden lassen könnten. Ich will gegen die heutige Leitung der Seeberufsgenossenschaft, auch gegen ihren Eifer, die Unfallverhütungsvorschriften entsprechend zu ergänzen, nichts sagen; es sind dort neue Leute am Ruder, und ich habe bis jetzt keine Ursache zu irgendwelchem Mißtrauen oder irgendeinem Bedenken. Darum kann ich auch alles das übergehn, was man gegen die Seeberufsgenossenschaft alten Stils hätte vorbringen können. Aber darauf hat schon der Abg. Schwartz hingewiesen: es genügt nicht, daß gute Vor-

schriften erlassen werden, sondern noch viel wichtiger ist die Aufsicht, ob sie auch beobachtet werden!

Ich habe wieder eine große Reihe von Seeamts-Entscheidungen gesammelt, in denen ausgesprochen ist, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Seeberufsgenossenschaft einfach nicht beachtet worden seien, daß z. B. bei einem Flensburger Schiff kein Rettungsboot, auf einem Dampfer kein Rettungsring, keine Nebelapparate u. dergl. vorhanden waren. M. H., auch die Leute, die sonst für die Seeberufsgenossenschaft immer eintreten, der Nautische Verein, hat kürzlich beschlossen, für die Untersuchung der Schiffsketten sei ein Amt zu schaffen, das die Ketten amtlich prüft. M. H., weshalb soll die Seeberufsgenossenschaft eine andre Stellung beanspruchen dürfen, als die übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften, die wir in Deutschland haben? Alle Berufsgenossenschaften, oder fast alle, erlassen Unfallverhütungsvorschriften. Begnügt sich aber damit die Reichsaufsicht? Nein, wir haben eine ganze Reihe von Einrichtungen, Gewerbe-Inspektoren u. dergl. mehr, die ganz selbständig und unabhängig von den Berufsgenossenschaften sich darum bekümmern, ob die Unfallverhütungsvorschriften in den einzelnen Betrieben genügen und zweckmäßig sind. Ich kann der Seeberufsgenossenschaft keine solche Ausnahmestellung, kein solches Uebermaß von Pflichtbewußtsein und Pflichterfüllung zutrauen, daß ich mich dazu verstehn könnte, der Seeberufsgenossenschaft ganz allein eine gehobne Stellung einzuräumen.

Wie sieht es denn, im ganzen betrachtet, mit den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften aus? Darauf hat ein Beamter des Reichs-Versicherungsamts, Regierungsrat Professor Hartmann, sich hier in Berlin geäußert und zwar folgendermaßen:

„Die Herren, die in Paris waren, werden zugeben, daß von den französischen Assoziationen für die Förderung der Unfallverhütungsvorschriften außerordentlich viel mehr gethan werde, als von den gesamten Berufsgenossenschaften."

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun, m. H., wenn das so ist — und ich glaube, es wird so sein —, dann dürfen wir nicht das Schicksal unsrer 50000 Seeleute mehr oder weniger in das Belieben der Seeberufsgenossenschaft stellen. Der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere hat darum auch in seiner Eingabe an uns ausgesprochen:

Es reicht nicht aus, daß die Seeberufsgenossenschaft eine Aufsicht ausübt, weil ihre ganze Zusammensetzung nicht die unbedingt erforderliche Unabhängigkeit der Aufsichtsbeamten gewährleistet.

Nun, m. H., darum werden wir auf diesem Gebiete nicht herumkommen, wir werden auch hier eine Reichsaufsicht einführen müssen für den ganzen Schiffahrtsbetrieb.

Nur wenige Worte noch zu den Ausführungen des Herrn Abg. Lenzmann, bloß deshalb, weil er seinen Ausführungen hier und da einen kleinen unfreundlichen Anstrich gab, weniger oder gar nicht wegen ihres sachlichen Inhalts. Er meinte, „die Leute, für welche ich meine Rede gehalten, wären ja vielleicht mit derselben zufrieden". Ich kann Herrn Lenzmann nur erklären, daß ich von niemand einen Auftrag erhalten habe, irgendeine Rede zu halten, daß ich überhaupt nicht etwa wie ein Anwalt irgend bestimmter Interessengruppen oder Kreise Aufträge entgegennehme

(sehr gut! in der Mitte),

sondern daß das, was ich hier ausführe und ausspreche, wirklich meine eigne und persönliche, wie ich meine, auch nicht ganz unbegründete Ueberzeugung darstellt. Ich glaube auch, es ist gar nicht so schwer, auf diesem Gebiet, auf dem ich mich gern etwas nützlich zeigen möchte, zu der Ueberzeugung zu gelangen, die mich heute beherrscht, daß es thatsächlich noch wichtige und ernste Aufgaben zur Besserung unsers deutschen Seemannsloses zu erfüllen giebt.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

M. H., der Herr Abg. Lenzmann meinte auch, daß ich sowohl durch die Ausführungen des Herrn Admirals Schmidt wie durch die des Herrn Staatssekretärs hinlänglich widerlegt worden sei. Nur bezüglich des Herrn Admirals bestreite ich, daß eine wirkliche Widerlegung stattgefunden hat, bezüglich des Herrn Staatssekretärs hatte ich nicht einmal die Empfindung, als ob er auf eine Widerlegung meiner Angaben es abgesehn hatte. Aus seinen Worten habe ich nur das ruhig prüfende Wohlwollen herausgehört, das ich mir von einem Manne in seiner Stellung wünsche. Von dem Herrn Staatssekretär Posadowsky hoffe ich thatsächlich auf diesem Gebiete recht viel, wenn man auch nicht erwarten darf, daß er etwa stürmisch hinweggehn soll über manche Bedenken, die einem Staatsmann vielleicht in größerer Deutlichkeit vor Augen stehen als dem einzelnen Abgeordneten. Aber an den Herrn Staatssekretär des Innern wende ich mich auch in der Hauptsache mit meiner Bitte, er möge sich nicht von dem Mann, der jetzt zu seiner Linken steht, dem Herrn Admiral Schmidt, umgarnen lassen, sondern den rechten Weg wählen und finden.

(Heiterkeit. Bravo! rechts.)

Verständnisvolle Heiterkeit ging durch das Haus, als der Herr Kontre-Admiral Schmidt das Wort nochmals ergriff und seine erste Rede so umdeutete, daß er sich darin nicht als Gegner, sondern als Anhänger der Einführung einer Tiefladelinie bekannt habe. — Warum? Darum? —

Die Abstimmung über die Resolution findet erst in dritter Lesung statt.

Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie giebt ein paar Proben ihrer Zusammengehörigkeit von sich, die wir uns merken wollen.

Der „Vorwärts" enthält folgenden Aufruf:

Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Ihr habt an der Spitze der gestrigen Nummer des „Vorwärts" den Aufruf unsrer belgischen Genossen gefunden, ihren Kampf um die Erwerbung des gleichen Wahlrechts nicht nur durch Sympathiebezeugungen, sondern auch durch dringend nötige materielle Hilfe zu unterstützen.

Im Anschluß an diesen Aufruf beschloß heute der unterzeichnete Parteivorstand, zunächst aus der Parteikasse den belgischen Genossen zur Unterstützung ihres großen Kampfes 10000 Mark zu übermitteln. Aber dieser Beitrag ist selbstverständlich unzulänglich, und wir sind daher überzeugt, in Eurem Sinne zu handeln, wenn wir auffordern, ohne jeden Verzug Sammlungen zu veranstalten, und ihren Ertrag an unsern Kassierer Albin Gerisch, Berlin SW, Kreuzbergstr. 30, einzusenden.

Außerdem ist die Expedition des „Vorwärts", Beuthstr. 2, bereit, Beiträge aus Berlin entgegenzunehmen.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Wenn je, so gilt hier: Wer schnell giebt, giebt doppelt! Auf ans Werk!

Berlin, 17. April 1902.

Das heißt auf deutsch: Die Revolution in Belgien muß gefördert werden, denn wir gehören zusammen! —

Gegen den Mörder des russischen Ministers des Innern, Ssipjagin, einem Nihilisten, hat der „Vorwärts" nicht nur kein mißbilligendes Wort, sondern er sucht noch indirekt den Mörder zu entschuldigen. Er schreibt nämlich, der Ermordete sei, ehe er Polizeiminister geworden, Jägermeister gewesen. Der Ressortwechsel habe bewiesen, daß er auch die Jagd auf Menschenwild mit der Leidenschaft des passionierten Jägers auszuüben verstanden habe. Das sozialdemokratische Zentral-Organ äußert dann weiter: „Der Haß des von ihm mit namenloser Grausamkeit verfolgten politischen Freiwildes konzentrierte sich begreiflicherweise auf seine Person. Nun hat ihn, wie so viele andre Geißeln der geknechteten und geknuteten Nachbarnation das Geschick ereilt. Ob die That politische Erfolge haben wird?"

Die Genugthuung über den Meuchelmord spricht sehr deutlich aus diesen Zeilen!

Nationalliberale Judenfürchtigkeit. Der Schriftsteller Dr. Heinrich Hansjakob, Pfarrer an St. Martin zu Freiburg (Breisgau), hat im Verlauf des letzten Sommers eine Erholungsreise von Freiburg aus durch einen Teil des Schwarz-

waldes, durch die Baar, in die Gegend um den Bussen und in das hohenzollernsche Mittel- und Unterland gemacht und er hat seine Reise-Erlebnisse und Reise-Eindrücke in einem Buche niedergelegt, das den Titel „Auf verlassenem Wege“ führt. In dieser Schrift hat er seinen Ruf als vortrefflicher Beobachter und Beurteiler des Volkslebens weiter befestigt. Die im Ländlein Hohenzollern erscheinenden Blätter haben von seinem Buche auch in längern Ausführungen Kenntnis genommen durch Abdruck des Teiles, das von der Fahrt aus dem Killerthal nach Hechingen, der Hauptstadt Hohenzollerns, handelt. Es heißt darin u. a.:

So hatte Hechingen mein Herz gewonnen, noch ehe ich in dasselbe einzog. Und der gute Eindruck nahm nicht ab, als ich durch seine stellen Straßen mit den malerischen Häusern und durch ein flottes altes Thor in der Oberstadt angelangt war.

Im Vorbeigehn hatte ich aber an einem Spital die unliebsame Notiz gelesen: „Betteln verboten. Das Verabreichen von Speisen ist untersagt.“

Der letztere Satz gilt offenbar den barmherzigen Schwestern, die im Spitale walten. Das Ganze kann nicht wohl preußischer Polizeistil sein, da die Spitäler überall den Gemeinden gehören. Keinesfalls ist die Verordnung geeignet, auch auf Fremde die nicht betteln, einen guten Eindruck zu machen.

Wo soll der Arme und der Hungrige etwas zu essen bekommen, wenn nicht an den Pforten eines Klosters oder eines Spitals? —

Auch das merkte ich im Hineinfahren an den Firmenschildern, daß unter den Söhnen Hachos viele Kinder Israels sich niedergelassen haben. Trotzdem soll es in Hechingen keine Antisemiten geben. Da müssen ja die Juden die reinsten Engel sein.

Hechingen war bis 1850 eine kleine fürstliche Residenz und in solchen fanden schon im vergangnen Jahrhundert die geldkräftigen Juden stets ein Asyl. —

„Der Zoller“, das Zentrumsblatt, druckt diese Zeilen im Zusammenhange dem Wortlaut nach ab, während die nationalliberalen „Hohenzollerischen Blätter“ die beiden letzten Absätze unterschlagen, wahrscheinlich weil in derselben Nummer Herr Hch. Levy eine große Anzeige hat!

Im übrigen irrt Pfarrer Hansjakob, in Hechingen giebt es allerlei Antisemiten, sogar einen judengegnerischen Stadtverordneten. Die „Spitzen der Gesellschaft“ sind allerdings nur nach Mitternacht am Biertische antisemitisch, d. h. wenn kein Levy in der Nähe ist, aber unter den Handwerkern, Geschäftsleuten und Arbeitern wird Herr Pfarrer Hansjakob kaum einen judenfreundlichen Mann finden. Und wenn er wissen will, wie es mit den Frauen und Mädchen bestellt ist, soll er mal in dem Hechingen benachbarten Landstraße nachfragen!

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Im „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ zu Kassel erschienen zwei Artikel, in denen dem Pfarrer Fürer und der Oberin des Krankenhauses zum „Roten Kreuz“ vorgeworfen wurde, daß sie in unerlaubten Beziehungen zu einander ständen. Als der verantwortliche Redaktör, „Genosse“ Karl Thiel, unter Anklage gestellt wurde, behauptete er, den Beweis der Wahrheit antreten zu können. Das mißlang indes völlig, so daß er zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde. In dem Urteil heißt es: „Bei Ausmessung der Strafe sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte die Gelegenheit benutzte, mit gewisser Freude den Autoritäten, hierbei der Kirche, entgegenzutreten und mit seinen Veröffentlichungen durchaus nicht bezweckte, etwaige Schäden zu heilen, sondern Autoritäts-Personen in der öffentlichen Meinung herabzuziehen.“ Thiel ist bereits siebzehnmal wegen Beleidigung vorbestraft, darunter einmal mit neun Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Der beleidigte Pfarrer Fürer ist am 17. März nach langem Leiden verstorben. Man nimmt allgemein an, daß der sonst noch rüstige Mann sich über die sozialdemokratische Niederträchtigkeit zu Tode gegrämt hat. Thiel hat auch die hessischen Antisemiten und insbesondre ihre Führer stets in gradezu gemeiner Weise behandelt. —

Im Reichstage behauptete „Genosse“ **Gumpel Hoch** bei der Besprechung der Griesheimer Explosion, daß auf den Höchster Farbwerken für 6000 Arbeiter nur ein Fabrikarzt vorhanden sei. Demgegenüber teilt die Werksleitung mit, daß die ärztliche Behandlung ihrer 4000 (nicht 6000) Arbeiter durch achtzehn Aerzte erfolgt und sie fügt hinzu, daß die Aerztehonorare nicht von der Betriebskrankenkasse, sondern von den Werken selbst getragen werden. —

Das „Volksblatt“ zu Halle (Saale) schrieb eines Tages: „Wittenberg. Auch ein ‚China-Andenken‘. Kürzlich wurde ein Vizefeldwebel getraut, wobei die Braut ein prachtvolles Kleid aus chinesischer Seide trug. Den Stoff zu diesem Kleide, schweren, großblumigen weißen Damast, hat der Bräutigam, der bei der Chinatruppe gestanden hat, seiner Braut von dort mitgebracht. — Derartige ‚Andenken‘ sollen ja mitunter sehr billig gewesen sein.“ — Die Folgen dieser Zeilen waren, daß der Vizefeldwebel Ziegler von seinem vorgesetzten Kommando zur Verantwortung gezogen wurde. Da er jedoch nachweisen konnte, daß er Stoff von einem chinesischen Kaufmann in Tientsin gekauft hatte und laut Rechnung ungefähr 90 Mark dafür bezahlte, so erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den „Genossen“ Redaktör Anton Weißmann wegen öffentlicher Beleidigung. Dieser vermochte zu seiner Entschuldigung nichts vorzubringen, deshalb beantragte der öffentliche Ankläger eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, und das Gericht verurteilte den wahrheitsliebenden „Genossen“ zu drei Monaten Gefängnis.

Ausland.

Rußland. Die größern Städte (Russisch-Polen ausgenommen) sind den Juden zumeist verschlossen. Diese müssen, um dort vorübergehend verweilen zu dürfen, einen polizeilichen Aufenthaltsschein lösen, und um dort ständig zu wohnen, haben sie das Ansiedlungsrecht zu erwerben, das jedoch nur in seltnen Fällen gewährt wird. Infolgedessen sind vielfach heimliche Unterkunftsstätten für jüdische Geschäftsleute erstanden, nach denen die Polizei von Zeit zu Zeit fahndet. Im vergangnen Monat entdeckte man in Moskau eine ganze Reihe solcher Schlupfwinkel, die von jüdischen Wittwen, die das Ansiedlungsrecht besitzen, unterhalten wurden. Diese Frauen leben davon, daß sie Stammesgenossen verbergen, von denen sie sich täglich dafür bis zu sechs Rubel zahlen lassen. Natürlich sind die betreffenden Wohnungen dementsprechend hergerichtet. So holte die Polizei bei einer Kaufmannswittwe, die ihr Quartier auf der Georgenstraße inne hat, in einem Zimmer hinter einer maskierten Wand acht Juden hervor, denen der Schweiß in Strömen von der Stirne floß, infolge der Hitze, die in dem engen Raum herrschte, in dem sie verborgen waren, und in dem sie kaum atmen konnten. Weiter fand man im selben Quartier in der Ecke eines Zimmers eine große Kommode, deren Vorderseite aus einer Thür bestand, die ganz nach der Art der Schubfächer bemalt war; beim Oeffnen erblickte man zwei aneinander gedrängte Juden. In einem andern Quartiere entdeckte man einen Schrank mit doppelten Wänden, in dem vier Juden verborgen waren. Als sie hervorgeholt wurden, erklärten sie, sie hätten bereits die Absicht gehabt, selbst herauszukommen, da sie wegen Luftmangel fast erstickt wären. Ein auf drei Matratzen schlafendes Mädchen wollte ihr Lager absolut nicht verlassen, sie erklärte vielmehr mit leiser Stimme: „Ich kann nicht, ich fühle mich sehr unwohl, die Hände schmerzen mir und die Füße versagen den Dienst“ Als man trotzdem Anstalten machte, sie aufzuheben, sprang sie auf und lief davon. Unter den Matratzen aber in einem großen Koffer fand sich ein Jude vor. Alle diese Juden wurden natürlich schleunigst in ihre Heimatsgegenden abgeschoben.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Das „Regierungsblatt für das Herzogtum Sachsen-Meiningen“ veröffentlicht an der Spitze des Verzeichnisses der Märkte im Herzogtum Meiningen für das Jahr 1903 sämtliche jüdischen Feiertage und fordert dabei die Orts- und Bezirks-Polizei-Behörden auf, Anträge auf Verlegung einzelner Märkte bald einzubringen!! —

Im Schützenhause zu Danzig führte wie alljährlich auch am letzten Karfreitag die „Danziger Sing-Akademie“ die Matthäus-Passion von Bach auf, wobei das bisher stets weggefallne Violinsolo von einer Frau Dr. Jelski gespielt

wurde. Israel war deshalb unter der Zuhörerschaft zahlreich vertreten. —

Die Interimsscheine der Anfang April zur Zeichnung aufgelegten neuen russischen Anleihe, „ausgegeben zur Realisirung der Rußland von China zukommenden Entschädigungssummen", sind unterzeichnet von Mendelssohn u. Co., S. Bleichröder, Berliner Handelsgesellschaft (Fürstenberg, Rosenberg), Rob. Warschauer u. Co. und der Diskonto-Gesellschaft. Selbst der Drucker der Scheine ist Jude: H. S. Hermann (Berlin)! —

Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kronprinz Wilhelm", auf dem Prinz Heinrich seine Amerikafahrt machte, stach am 17. d. M. mit dem Kaiser und dem Kronprinzen an Bord von Bremerhaven aus zu einer Lustfahrt in See. Zur Teilnahme eingeladen waren mit einer einzigen Ausnahme nur Anhänger des Freihandels, darunter auch die Mitglieder der Berliner jüdischen Gemeinde: Geh. Baurat Rathenau, Geh. Kommerzienrat Arnhold, Kommerzienrat Dr. G. v. Bleichröder und Kommerzienrat Löwe.

Großstadt-Früchte. Das Kgl. Landgericht zu Leipzig veröffentlicht am 14. d. M. in einer einzigen Anzeige die Klagen von zwanzig Frauen auf Ehescheidung! Es handelt sich dabei lediglich um Arbeiter und kleine Handwerker, die ihre Ehefrauen böslich verlassen haben und jetzt nicht aufzufinden sind.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte" sind die Ehescheidungen in den Großstädten enorm hoch. Im Jahre 1899 — neuere Ergebnisse liegen noch nicht vor — wurden z. B. in Berlin auf je 1000 Eheschließungen 72,5 Ehescheidungen gezählt, in Frankfurt (Oder) 64,8, in Magdeburg 60,7, in Danzig 56,5, in Dresden 55,8 und Leipzig 55,1. Von je 1000 Ehelösungen in den Städten entfielen auf Berlin 135,8, Dresden 102,2, Magdeburg 101,2, Leipzig 100,3 und Frankfurt (Oder) 78,6.

Die unehelichen Geburten machten in den bayerischen Städten, in Dresden, Leipzig, Metz, Straßburg (Elsaß) und Freiburg (Breisgau) ungefähr ein Fünftel aller Gebornen aus, am höchsten stand München da mit 27 v. H.! Das sind traurige Zahlen

Demokratischer Antisemitismus. Im Stuttgarter „Beobachter", dem Organ der süddeutschen Volkspartei, die sich kaum noch von der Sozialdemokratie unterscheidet, ist am 16. d. M. in einem Artikel „Der Klassenkampf" zu lesen:

„Wenn ein jüdischer Zeilenschreiber einen andern Mann, der aus Interesse an der Sache über etwas seine Ansicht niederschrebt, einen ‚Schmock' nennt, so macht sich das von demjenigen, der seine Artikel in der ‚Schw. Tagw.' ebenso um Geld schreibt, wie er ein Komplimentierbuch unter dem tönenden Namen ‚Kurt Adelfels' herausgiebt, so außerordentlich drollig, daß sich einer solchen Komik auch der verbissenste Sozialdemokrat nicht wird verschließen können. Darum können wir einen solchen Gegner ruhig links beiseite liegen lassen."

So, so! Wenn die „Genossen" der sozialdemokratischen „Tagwacht" den etwas weniger rot schillernden Brüdern vom „Beobachter" auf die Hühneraugen treten, dann hat dieser auf einmal sein antisemitisches Herz entdeckt. Im Reichstage aber — oh, da sind die Brüder Haußmann, die Kommandanten des „Beobachters", noch philosemitischer wie „Obergenosse" Singer, sintemal und alldieweil sie in ihren Wahlkreisen ja nur durch sozialdemokratische Hilfe siegen können.

Der Hofprediger a. D. Stoecker war von dem Verein für innere Mission in Metz zu einer in der dortigen großen Garnisonkirche geplanten Feier als Redner eingeladen, aber die Ueberlassung der Kirche zu diesem Zwecke ist verweigert. Wahrscheinlich gilt also „christlichsozial" noch immer als „Unsinn". Nur gut, daß unter Kaiser Wilhelm dem Ersten diese Auffassung noch nicht herrschte, sonst hätte der christlichsoziale Stoecker nicht sich so große Verdienste um den Bau dieser nämlichen Kirche erwerben können.

Der „Katz" ist nur in Baden offiziös. „Die „Süddeutsche Reichs-Korresp.", herausgegeben von dem Redaktör des offiziellen badischen Regierungs-Organs, der „Karlsruher Zeitung", Herrn J. Katz aus Galizien, war bisher vielfach dafür angesehn worden, als ob sie auch von nichtbadischen Regierungsstellen offiziös bedient würde. Eine Erklärung im württembergischen „Staatsanzeiger" scheint geeignet, diesen Nimbus etwas zu zerstören. Die württembergische Regierung erklärt nämlich infolge eines Artikels in der „S. R.-K." über den Stuttgarter Theater-Neubau, „daß die Königliche Regierung und ihre einzelnen Mitglieder sowohl zu diesem Artikel, als auch überhaupt zur ‚S. R.-K.' in keinerlei Beziehungen stehn."

Unser Schweinburg aus Mähren gilt aber noch immer als reichsoffiziös.

Wie es in Abzahlungs-Geschäften hergeht. Ein Wiener Maurergehilfe hatte sich vor dem Strafrichter der Leopoldstadt wegen Veruntreuung zu verantworten, da der Möbelhändler Adolf Alter gegen ihn die Anzeige erstattet hatte, daß er die bezognen und noch nicht vollständig bezahlten Möbel verkauft habe. Der Beschuldigte gab diese Thatsache zu. Er erzählte, es sei ihm im Winter sehr schlecht gegangen, da er als Maurer nicht arbeiten konnte. Seine Frau und Kinder wurden krank, und um sich Geld zu schaffen, verkaufte er die Möbel. Er bezahlte indes die Raten weiter, bis er die Strafanzeige erfuhr. Der vernommne Buchhalter bestätigte, daß Melzer seine Raten bis dahin bezahlte. Richter: Wie groß war der Fakturenbetrag. — Zeuge: 167 Kronen. — Richter: Und wie viel wurde bezahlt? — Zeuge: 87 Kronen. — Der Richter sprach den Angeklagten frei, da mit den erlegten Raten die Hälfte des Fakturenbetrages, der eigentliche Wert des gekauften Gutes bezahlt sei und sonach die Absicht der Schädigung fehle.

Beinah lauter Juden wurden in den Vorstand der Gremialkrankenkasse der Handlungsgehilfen zu Wien gewählt und zwar gegen die christlichsoziale Liste. Dabei kam es hier und da zu Zusammenstößen und so hatte sich dieser Tage vor dem Bezirksgerichte Wien-Hernals der christlichsoziale Handelsangestellte Hugo Bernhofer zu verantworten wegen Ehrenbeleidigung des neugewählten Obmanns der Handlungsgehilfen, des sozialdemokratischen Juden Pick und elf andrer Mitglieder der Krankenkasse. Bernhofer soll in einer Versammlung gesagt haben, die Juden wollten durch die Wahlen nur in den Besitz des Vermögens der Kasse kommen, um es für ihre Parteizwecke zu verwenden. Auf die Frage des Richters: „Die Herren sind doch nicht sämtlich Juden?" antwortete der Vertreter der Kläger, Dr. Ornstein: „Nein, vier sind Christen! Aber die Christlichsozialen nennen alle Sozialdemokraten Juden, weil dieses Wort im politischen Kampfe zieht." — Da der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Aeußerung leugnete und Dr. Ornstein erklärte, Zeugen nicht beibringen zu können, um sie nicht in ihrer Existenz zu schädigen, wurde die Klage zurückgezogen und Bernhofer freigesprochen.

Also unter zwölf Gewählten sind glücklich vier Nichtjuden! Uebrigens hat der Magistrat die Wahlen für ungültig erklärt, da die „Genossen" kenntliche Stimmzettel verwendeten.

Der ungesühnte Mord an den Gymnasiasten Winter in Konitz erhält auch in unsrer Stadt — so schreibt man uns aus Schlochau — die Gemüter noch in Erregung. Es ist daher nicht besonders zu verwundern, daß das Verschwinden eines, bei einem jüdischen Pferdehändler bedlensteten Mädchens eine gewisse Erregung in der Stadt hervorrief und man bereits von einem neuen Blutmorde zu sprechen begann. Der hiesige Jude Caspary verdankt diesem Vorfalle ein neues Schaufenster, weil sein altes von „unbekannter Hand" zertrümmert worden ist. Das Mädchen ist am 14. April in Kamin (Westpr.) gesund aufgefunden. Der Grund, warum sie den Dienst bei dem Juden heimlich verlassen hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 24. April 1902. Nr. 714.



Die Frage der Reichstags-Diäten

ist in ein neues Stadium eingetreten. In den maßgebenden Zentrumskreisen hat die Anschauung gewechselt. Während die führenden Zeitungen des Zentrums noch bis vor kurzem die Durchberatung des Zolltarifes ohne allgemeine Gewährung von Tages- und Anwesenheitsgeldern für ausgeschlossen erklärten und folgerechterweise daher auch Anwesenheitsgelder für die Mitglieder der Zolltarif-Kommission als unzuläßig ansahen, erfahren wir jetzt von zuverläßiger Seite, daß Herr Spahn die Zentrumsfraktion in ihrer Mehrheit dafür gewonnen hat, jener von der Regierung beabsichtigten Zahlung von Entschädigungsgeldern an die Zolltarif-Kommission zuzustimmen. Der darauf bezügliche Gesetzentwurf lautet:

Den Mitgliedern des vom Reichstage zur Vorberatung des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes eingesetzten Kommission wird für die Teilnahme an den Sitzungen der Kommission, welche während der Unterbrechung der Plenarverhandlungen des Reichstags stattfinden, ein Betrag von je zweitausend vierhundert Mark aus der Reichskasse gewährt. Die hierzu im Gesamtbetrage von 67 200 Mark erforderlichen Mittel sind bei dem Etat des Reichstags außeretatsmäßig zu verausgaben.

Die beigegebne Begründung besagt: Der Entwurf eines Zolltarifgesetzes erfordert so umfassende Erörterungen innerhalb der dafür eingesetzten Kommission des Reichstags, daß es notwendig sein wird, die Kommissionsberatungen auch während solcher Zeiträume abzuhalten, in welchen Verhandlungen im Plenum des Reichstags nicht stattfinden. Es entspricht der Billigkeit und dem bei Vorberatung der Reichsjustizgesetze laut § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 sowie laut § 3 des Gesetzes vom 1. Februar 1876 eingeschlagenen Verfahren, daß die Mitglieder der Kommission für diese außergewöhnliche Inanspruchnahme eine Entschädigung erhalten, welche im Einklange mit dem angezognen Vorgang und im Hinblick auf die voraussichtliche Dauer der Beratungen auf 2400 Mark zu bemessen sein wird.

Es hieße die politische Einsicht des Zentrumsführers viel zu niedrig einschätzen, wenn man annehmen wollte, daß Herr Spahn die Tragweite des Entschlusses, für die Sonderdiäten einzutreten, nicht zu übersehn vermöchte. Thatsächlich enthält sie einen Verzicht darauf, daß die Frage der allgemeinen Tagegelder in absehbarer Zeit gelöst wird. Die Regierung, in Sonderheit diejenige Stelle, die allgemein als der Träger des Widerstandes gegen die Diätenforderung überall angesehn wird, ist durch die Schwenkung des Zentrums aus arger Verlegenheit befreit und wird sich gewiß in irgendeiner Weise politisch dankbar erzeigen. — Aber eine ähnlich günstige Gelegenheit, die nahezu allseitig für ein regelmäßiges Funktionieren des Gesetzgebungs-Apparates als notwendig erkannte Einführung von Diäten durchzusetzen, wird sich sobald nicht wiederfinden und mit jeder neuen Legislatur-Periode wird der Geldsack und die mit ihm verbündete Umsturzpartei mehr Einfluß im Reichstage erlangen. Für diese Mächte kommt ein Mangel an, für ihre Zwecke geeigneten, Kandidaten nicht in Betracht. Der Widerstand auf konservativer Seite wird eigentlich nur noch durch ein großes Blatt getragen.

So lange dieses seinen Widerstand gegen Reichstags-Diäten darauf gründet, daß die Diätenlosigkeit als ein Gegengewicht gegen das allgemeine Stimmrecht von dem Gesetzgeber gedacht sei, kann man ihm eine gewisse theoretische Berechtigung für seinen Standpunkt nicht absprechen. Thatsächlich hat Fürst Bismarck seiner Zeit die Dinge so aufgefaßt. Aber die Entwicklung der Verhältnisse haben ihm Unrecht gegeben. Die Sozialdemokratie ist durch die Diätenlosigkeit nicht aus dem Reichstage ferngehalten worden, sondern ist, da sie als reichste Partei ihren Mitgliedern Diäten zahlen kann, auf dem besten Wege, die stärkste Fraktion zu werden. — Wenn die „Kreuz-Zeitung", von der wir hier sprechen, neuerdings aber schreibt:

Darf daraus (die geplante Entschädigung für die Zolltarif-Kommission ist gemeint. D. Schrift.) aber gefolgert werden, daß auch der Reichstag als solcher zu einer Entschädigung berechtigt sei, die — wir können uns nicht anders ausdrücken — unter den obwaltenden eigenartigen Verhältnissen mit einer Art Almosen verzweifelte Aehnlichkeit hätte und deshalb Leuten, die auf vornehmer Denkweise Anspruch erheben, eigentlich nicht zugemutet werden dürfte?

so ist das nicht nur eine stilistische Entgleisung, sondern es liegt darin eine Beleidigung aller der vielen Abgeordneten, auch aus der konservativen Partei, die nach bestem Wissen und Gewissen und aus triftigen Gründen in der Diätenfrage andrer Ansicht als die „Kreuz-Zeitung" sind.

Es widerstrebt uns, naheliegende Beispiele gegen die Auffassung des genannten Blattes ins Treffen zu führen. Aber daß die Besetzung des Hauses auf der Rechten auch oft sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist doch leider nicht wegzuleugnen. Es giebt selbst Abgeordnete, die in Berlin ihren Wohnsitz haben und trotzdem — wegen Ueberbürdung mit Berufsarbeiten — manchmal viele Wochen hintereinander nicht im Reichstage zu entdecken sind. — Wäre es nicht ganz praktisch, wenn man solchen vielbeschäftigten Herren die Bürde des Mandates abnehmen könnte? Fast immer würden sich in dem betreffenden Wahlkreise geeignete Leute finden, die, unter der Voraussetzung, daß ihnen ihre Aufenthaltsunkosten in Berlin ersetzt werden, ein Mandat übernehmen und ausfüllen könnten.

Haben etwa auch die Diäten des preußischen Landtages, die bekanntlich selbst bei den längsten Vertagungen weiter gezahlt werden, was für den Reichstag noch niemand verlangt hat, „eine verzweifelte Aehnlichkeit mit Almosen"?

Bei Beurteilung dieser Frage spielt doch das System, wonach die Abgeordneten gewählt sind, keine Rolle, sondern die Gleichartigkeit der Pflichten ist das Entscheidende. Die Einen wie die Andern müßen zur Ausübung Ihres Mandates einen großen Teil ihrer Zeit in Berlin verbringen. Die Einen bekommen ihre Unkosten ersetzt, die Andern nicht. Wo bleibt da die Logik?

Da sich die verbündeten Regierungen dieser Logik verschließen und die Angelegenheit als Machtfrage behandeln, so bleibt dem Reichstage nichts anders übrig, als auf dieser Grundlage den Kampf auszufechten. — Im Augenblick hat er die Macht, sich die Beachtung seines, ein Dutzend-, oder noch mehrmals mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusses beim Bundesrate zu erzwingen. Geht diese Gelegenheit unbenutzt vorüber, so werden schon die nächsten Wahlen lehren, daß man mit Recht die Behauptung aufstellen kann:

Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit Diätenlosigkeit der Abgeordneten ist eine Begünstigung des Geldsackes und der Umsturzpartei auf Kosten der Werte schaffenden Arbeit in Stadt und Land. Es führt zu einer fortschreitenden Ausschaltung des Mittelstandes bei Besetzung der Reichstagssitze.

Dr. Lieber und die Juden.

In seinem soeben erschienenen „Offnen Briefe an den Oberkonsistorialrat Dr. **Dibelius**", der in einer Dresdner Kirche die Juden vor dem Antisemitismus in Schutz nahm, weist der Verfasser, der bekannte Bismarckschriftsteller **Max Bewer** auf Seite 32 seiner von der **Druckerei Glöß** (Dresden-A.) zum Preis von 50 Pfg. zu beziehenden Schrift darauf hin, daß es von einem protestantischen Geistlichen sehr **unpolitisch** gehandelt sei, wenn er grade in einer Stadt wie **Dresden** sich zum Judenschützer aufwerfe. Es könne geschehn, daß ihm dort von **katholischen** Geistlichen der Rang abgelaufen werde, wie ja auch unter den Augen des dem Dresdner Königshause nahestehenden **Wiener Hofes** die **katholische** Hofgeistlichkeit an dem siegreichen Gemeindekampf gegen das Judentum sehr lebhaft Teil genommen habe. Was in Wien mit Erfolg geschehn, könnten katholische Geistliche auch in **Dresden** versuchen, die jetzt schon daselbst an der Gründung einer großen katholischen Tageszeitung arbeiteten, die im Königreich Sachsen notwendig auch in der Judenfrage dem **Volk klaren Wein** einschenken müsse und werde! Die protestantische Geistlichkeit müsse mit einer stark antisemitischen Stimmung im deutschen Katholizismus rechnen, die den Katholizismus sehr **volkstümlich** machen könne, wie es in der Stadt **Wien trotz** aller „Los von Rom-Bewegung" thatsächlich geschehn sei und sich in **Paris** zu ungunsten des Protestantismus zu wiederholen scheine, wo der katholische Klerus täglich populärer werde, während man die Protestanten daselbst als judenverbündete „Hugenotten" immer heftiger angreife.

Diese Konsequenz scheine sich der Oberkonsistorialrat D. Dibelius in Dresden, der übrigens aus **Prenzlau** stammen soll, mit seiner Judenschützerei nicht klar gemacht zu haben, obschon selbst schon im katholischen Zentrum im Reichstag eine antisemitische Strömung stark zu spüren sei. Diese werde jetzt noch von den Advokatennaturen **Dr. Lieber** und **Dr Bachem** zu dämpfen gesucht, aber, so heißt es in der Bewerschen Schrift, „**das wird nicht immer andauern.**" Fast zu derselben Zeit, wo diese Worte gedruckt wurden, meldete der Draht das **Ableben** des einen der beiden katholischen Judenschützer, über den ein katholischer Geistlicher in hoher Stellung, der den „Offnen Brief an Dibelius" vortrefflich fand, fast gleichzeitig an den Verfasser Bewer schrieb:

> . . . . Lieber ist also **tot**! Der Regensburger „Israelit" widmet ihm einen warmen Nachruf und sagt, daß er **Israel sehr genützt habe** (!) Die Katholiken, die ihm alles in die Hand gaben, können stolz darauf sein! Ich habe ihm bei Lebzeiten ernstlich vorgehalten, daß die kanonischen Gesetze contra Judaeos noch **obligatorisch** sind, weil Nichtbeobachtung ein abrogierender Grund nur sein kann, wenn sie dem christlichen Volke nutzt. Aber Lieber lehnte ab, obgleich er als Jurist doch die Lehre de abrogatione kannte. Meine Ueberzeugung ist, daß die theologischen Erwägungen in der „Judenfrage mitgehört werden müssen, bis sich Israel endlich auch als **Volk**, nicht blos in Individuen, wird beugen". . . .

Diese Zuschrift bestätigt erstens die weitverbreitete Ansicht, daß es der verstorbne Dr Lieber war, der den Antisemitismus im Zentrum niederhielt und zweitens, daß starke antisemitische Ueberzeugungen in den Herzen katholischer Geistlicher Platz gegriffen haben, die früh oder spät auch zum politischen Durchbruch kommen müssen. Mögen die vorstehenden Zeil[illegible] protestantischen Geistlichen vom Schlage des Herrn D[illegible] eine ernste Mahnung sein, auch ihrerseits in der Juden[illegible]ge dem Volk gegenüber **rechtzeitig** ihre volle christliche Pflicht zu thun. Die Bewersche Schrift, die in Sachsen fast in jedem Pfarrhaus bekannt geworden, setzt dies mit schlagenden Gründen auseinander.*)

Jüdische Geschäftskniffe.

Zahlreiche Einbrüche, die die Bewohnerschaft in Angst und Schrecken versetzten, sollen nach Blättermeldungen in der letzten Zeit im Berliner Stadtteil Moabit vorgekommen sein. Diese Mitteilung trifft nicht zu, im Gegenteil, in der letzten Zeit grade ist in jenem Stadtteil nicht ein einziger Einbruch verübt worden. Das ist auch ganz erklärlich. Denn die Banden, die eine Zeitlang dort hausten, sind entweder dingfest gemacht worden oder haben infolge der scharfen Beobachtungen der Pennen, Kaschemmen usw. der Reichshauptstadt den Rücken gewandt und suchen jetzt die Provinz heim. Es kommt aber nicht selten vor, daß kleine Diebstähle zu großen Einbrüchen aufgebauscht oder daß Einbrüche in betrügerischer Absicht von hochversicherten Leuten erdichtet werden. Das endet dann leicht mit einem bösen Nachspiel. So kam ein Fall vor, daß ein Ladeninhaber, der mit Kleidern handelt, einen Einbruch anzeigte und seinen Schaden auf 1400 Mark angab. Die Nachforschungen, die der Kriminalpolizei viel Arbeit machten, ergaben, daß es sich nicht um einen Einbruch, sondern um einen kleinen Diebstahl handelte. Ein Gelegenheitsdieb hatte lediglich einen einzigen Anzug im Werte von 20 Mark von der Auslage abgehängt und mitgenommen. Gegen den findigen Geschäftsmann ist infolgedessen ein Strafverfahren wegen Betrugs anhängig gemacht worden. Andrerseits könnten vielleicht auch die Versicherungs-Anstalten etwas vorsichtiger in der Annahme von Anträgen sein und sich überzeugen, ob sie nicht etwa Dinge versichern, die gar nicht vorhanden sind.

Natürlich ist der findige Geschäftsmann, der das Märchen von den „zahlreichen Einbrüchen" in die Welt und damit in die Zeitungen setzte, ein Angehöriger **Israels**. Hoffentlich legt ihm das Gericht seine Reklame-Bedürftigkeit ordentlich! —

Der Kleiderhändler **Moritz van Geldern** zu Koblenz machte pleite und zeigte „Waren aus dem Konkurse zu Tarpreisen" an, obwohl der Konkurs längst aufgehoben war und er schon wieder Waren von außerhalb bezogen hatte. Der „Verein zur Wahrung städtischer und geschäftlicher Interessen" zu Koblenz erhob deshalb Klage wegen unlautern Wettbewerbs und erzielte auch gegen van Geldern eine Strafe von 100 Mark. Das Berufungsgericht hob diese jedoch auf und erkannte auf Freisprechung, da dem Verein die Klagerechte fehlten! Infolgedessen wandte sich der Verein an den „Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbtreibender" zu Leipzig, dem er angegliedert ist, und bat um Wiederaufnahme der Klage von Verbands wegen, die dann auch erfolgte. Darauf antwortete der Erste Staatsanwalt in Koblenz dem Zentral-Verbande unterm 17. März:

„Die Erhebung der öffentlichen Klage muß ich ablehnen, weil im vorliegenden Falle ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht besteht. Ein solches würde allerdings dann gegeben sein, wenn einer der am Orte ansässigen, durch die Handlungsweise des M. van Geldern geschädigten Gewerbetreibenden den Strafantrag gestellt hätte. Da dieses nicht der Fall ist, muß ich Ihnen überlassen, im Wege der Privatklage gegen den M. van Geldern vorzugehn."

Andre Gerichte haben das Klagerecht des Zentralverbandes ruhig anerkannt und weshalb soll außerdem kein öffentliches Interesse vorliegen? Wenn eine offenkundige Vorspieglung falscher Thatsachen von amtswegen nicht verfolgt werden kann, dann pfeifen wir doch auf das ganze Gesetz! —

*) Sie ist auch von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlagsanstalt, Berlin NW 52, Paulstr. 15, zu 50 Pf. zu beziehn.

Anders wie der Erste Staatsanwalt in Koblenz dachte das Berliner Gericht. Bei dem Kaufmann Philipp Elend zu Berlin, Reinickendorferstraße, war am 11. Januar durch einen Schaufensterbrand nicht unerheblicher Schaden angerichtet. Deshalb veranstaltete Elend einen Ausverkauf und kündigte diesen dadurch an, daß er an jedes seiner acht Schaufenster 16 große rote Zettel mit der Aufschrift „Großer Brand-Ausverkauf" klebte. Der Ausverkauf dehnte sich mehre Wochen aus und das Plakat erhielt später dadurch eine Bereicherung, daß unter die obigen Worte in kleinen Buchstaben gesetzt wurde „und andrer Sachen". Auch in Zeitungs-Anzeigen wurde der Ausverkauf von „Brandsachen aus den Bränden vom 11. Januar und 6. Februar" angekündigt und „kolossal billige Preise" für Herrenanzüge angepriesen. Die Geschäftsleute der Umgegend fühlten sich durch das Verfahren des Elend geschädigt und ließen gegen ihn das Verfahren wegen Vergehens gegen § 4 des Gesetzes wider den unlautern Wettbewerb einleiten, indem sie behaupteten, daß er durch Angaben falscher Thatsachen den Anschein eines ganz besonders günstigen Angebots erregt und einzelne Waren, die er als vom Brande beschädigt angepriesen, vor dem Brande garnicht geführt, sondern sich erst später angeschafft habe. Der Angeklagte bestritt entschieden, falsche Thatsachen behauptet zu haben, mußte aber zugeben, daß der Brand vom 6. Februar gar nicht in seinen Geschäftsräumen stattgefunden habe. Nach einer umfangreichen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 500 Mark Geldstrafe und schlug vor, die Publikation in der Weise anzuordnen, daß das Urteil in gleich auffälligen Plakaten an die Schaufenster des Angeklagten geklebt werden möge. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 1000 Mark Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis und ordnete die Veröffentlichung des Urteils durch die Zeitung an. Wir bedauern sehr, daß der Gerichtshof nicht auf den Vorschlag der Staatsanwaltschaft bezüglich der Bekanntmachung des Urteils eingegangen ist. An den Pranger mit dieser Gesellschaft!

Partei-Nachrichten.

„Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz" heißt der Titel der kleinen, 16 Seiten umfassenden Broschüre, die mit einem einleitenden Vorwort den Wortlaut des Rabbinerbriefs an den Reichstags-Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und den Wortlaut von dessen Antwort und Widerlegung enthält.

Jeder Leser sollte sich eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Braunschweig. Am 12. d. M. sprach Herr F. Kemper in einer Wahlversammlung des Bundes der Landwirte zu Burgdorf (Hannover), in welchem Kreise infolge Ablebens des bisherigen (welfischen) Vertreters eine Nachwahl stattfindet. —

Der Deutschsoziale Verein begeht Freitag, den 25. d. M., abends $8^1/_2$ Uhr, im großen Saale des „Wilhelmsgarten" die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Die Festrede hält Herr F. Kemper.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Unterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am 25. April und 3. Mai in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein Schnorrer, der angebliche Kellner Josef Orlich aus Mährisch-Weißkirchen, fiel in Karlsbad der Polizei in die Hände. Da er ein schon mehrmals vorbestrafter Vagabund ist, erhielt er vom k. k. Bezirksgericht Karlsbad wegen Bettelns und Landstreicherei zehn Tage strengen Arrest, verschärft durch einen Fasttag.

Sittliche Juden. Der dreizehnjährige Juden-Knabe Salomon, der am 22. Dezember v. J. den fünfjährigen Knaben Schauer ermordete, wurde vom Landgericht zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, dagegen von der Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechens an dem Kinde freigesprochen, da ihm die zur Strafbarkeit der Handlung erforderliche Einsicht gefehlt habe. —

Unter der Anklage der Zuhälterei stand der 29jährige Handlungsgehilfe Jacob Marcus vor dem Landgericht zu Breslau. Er ist bereits in Berlin und in Breslau wegen Körperverletzung und andrer Rohheitsvergehen vorbestraft und erhielt jetzt vier Monate Gefängnis und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde (Arbeitshaus).

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs des Kaufmanns Max Rosenthal zu Charlottenburg. Den vorrechtlosen Forderungen von etwa 15404 Mark steht eine „Dividende" von 14 v. H. in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns Sigismund Wolff zu Charlottenburg. Im Prüfungstermin eröffnete der Verwalter den Gläubigern, daß sie von ihren 6942 Mark 99,83 v. H. verlieren würden. Für 100 Mark bekommt man also 17 Pfg. Haißt 'n Geschäft!

Konkurs des Kaufmanns Emanuel Mendelsohn zu Rummelsburg bei Berlin. Auf 29312 Mark Schulden sollen 8,6 v. H. „Dividende" verteilt werden.

Briefkasten.

St. Königsberg und M. Bromberg. Nein. Wir haben die Absicht aufgegeben, die Herren nach Berlin zu bemühn. Wir werden vielmehr den Freunden auf halbem Wege entgegenkommen. — Näheres brieflich.

Nach Hamburg. Sie haben ganz recht. Auch wir bekommen aus manchen Bezirken sehr spät oder gar nicht die Berichte. Aber der Sache kann bei allseitigem guten Willen abgeholfen werden.

Leipzig. Laute Voß dankend erhalten.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 1. Mai 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 715.

Inhalt:

Monats-Spruch.

Man muß die Juden als Nation, nicht als Sekte betrachten. . . Ganze Dörfer sind durch die Juden ihren Eigentümern entrissen worden; sie sind wahre Rabenschwärme.

Napoleon der Erste im französischen Staatsrate, 30. April 1806.

Die Entschädigung für die Mitglieder der Zolltarif-Kommission

ist bekanntlich von der Regierung in einer darauf bezüglichen Vorlage auf 2400 Mark bemessen worden. Am 28. April wurde diese Vorlage in erster Lesung verhandelt und dann der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen. Für die Regierungsvorlage, die Graf Posadowsky in kurzer Rede vertrat, erklärten sich die beiden konservativen Fraktionen, das Zentrum und die Nationalliberalen, dagegen erklärten sich die Sozialdemokraten, der Freisinn beider Richtungen und die Antisemiten. — Aus der folgenden Rede des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg geht der Standpunkt, den unsre Partei zu der Frage einnimmt, klar hervor:

Ich will dem Herrrn Abg. Singer nicht auf das Gebiet von Betrachtungen über den Zolltarif folgen, zumal er bei seinen Ausführungen übersehn hat, daß die Gründe, die es einem Freihändler wünschenswert erscheinen lassen, ihn abzulehnen, andre sind als diejenigen, die bei den ausgesprochnen Schutzzöllnern herrschen. Auch auf der Rechten dieses Hauses haben viele Abgeordnete gar kein Interesse daran, daß der Zolltarif, so wie ihn die Regierung eingebracht hat, Gesetz werde. Ich will auch dem Herrn Abg. Richter nicht auf das Gebiet der Erörterung orientalischer Handelsgewohnheiten folgen, die er ganz vorzüglich darzustellen wußte, sondern gleich zur Sache kommen. Da muß ich von vornherein erklären, daß mir die Ausführungen der Herren Singer und Richter, gegenüber den Ausführungen der der Vorlage zustimmenden Redner im Hause als die zutreffendern erschienen sind. Wenn die Abstimmungen in diesem hohen Hause lediglich nach den Gesetzen der Logik sich regelten, dann dürfte dieser Gesetz-Entwurf auch nicht eine einzige Stimme erhalten. — Die grundsätzlichen Gegner der allgemeinen Diäten müßten darin eine Durchbrechung der verfassungsmäßigen Diätenlosigkeit sehn und darum dagegen stimmen. Denn wie man ernsthaft behaupten kann, dieser Entwurf stände mit der allgemeinen Diätenfrage gar nicht im Zusammenhang, ist mir unverständlich. Aber auch die überzeugten Anhänger der gegenteiligen Auffassung, die nämlich die Diäten für notwendig halten, dürften nicht für den Entwurf stimmen. Sie können mit Sicherheit annehmen, daß, wenn dieser Notbehelf Gesetz geworden ist, und die Regierung aus der gegenwärtigen Notlage heraus ist, sie sich so lange als möglich mit einem diätenlosen Reichstag weiter behelfen wird.

Daß der Antrag doch, wie es nach den vernommnen Erklärungen ganz sicher ist, angenommen werden wird, beruht auf taktischen Erwägungen, auf die ich noch kurz zurückkommen werde. Auch ich bin der Meinung, daß die versuchte Begründung der Vorlage aus Vorgängen der Jahre 1874 und 1876 nicht stichhaltig ist, daß die Verhältnisse von damals mit den gegenwärtigen unvergleichbar sind, und ich schließe mich den darauf bezüglichen Ausführungen der Redner der Linken durchaus an. Man kann aber, das ist auch mehrfach betont worden, sowohl diese Vorlage selber, als die begründenden Ausführungen des Herrn Staatssekretärs, als eine grundsätzliche Bejahung der Frage ansehn, daß allgemeine Unkosten-Entschädigungen den Reichstagsmitgliedern gesetzlich zugebilligt werden müssen. Daß aber die Regierung aus dieser Erkenntnis die praktischen Folgerungen ziehn wird, glaube ich nicht. Ich sagte statt Diäten ausdrücklich „Unkosten-Entschädigung“, denn ich bin keineswegs der Meinung, daß die Arbeitsleistung der Abgeordneten künftig bezahlt werden, sondern daß lediglich ein Satz gefunden werden soll, der die notwendigen persönlichen Ausgaben den Abgeordneten zurückerstattet. Die hohe Summe, die in dem vorliegenden Entwurfe für die Mitglieder der Zolltarifkommission beantragt wird, geht aber recht erheblich über eine Unkosten-Entschädigung hinaus.

(Sehr richtig!)

Wenn man selbst annimmt, daß noch 60 Sitzungen der Zolltarifkommission vor Vertagung des Plenums stattfinden müssen, so ergiebt sich immer noch für jede Sitzung ein Satz von 40 Mark, eine Summe, die der Reichstag a's Tagegelder niemals bisher verlangt hat und auch wohl niemals verlangen wird. Dabei verteilt sich die Arbeitsleistung in der Kommission außerordentlich verschieden, und auch aus diesem Grunde stimme ich einer Verweisung an die Budget-Kommission zu. Der Vorsitzende der Kommission und auch die Schriftführer haben zweifellos ein weit größeres Maß von Arbeit zu leisten, als die Herren Mitglieder; eigentlich müßte also noch eine Abstufung der Vergütungs-Sätze durchgeführt werden.

(Heiterkeit)

M. H., es ist von dem Herrn Staatssekretär schüchtern zugegeben worden, daß es sich hier um eine Verfassungsänderung handle, und der Beweis dafür, daß dies thatsächlich der Fall ist, ist meines Erachtens von den Rednern der Linken überzeugend geführt worden. Wenn sonst von Verfassungsänderung gesprochen wird, pflegen die Redner hier im Hause immer einen besonders feierlichen Ton anzuschlagen. Es ist ja auch richtig, daß die Verfassung der Grundpfeiler ist, auf dem nicht nur der Reichstag, sondern das ganze Reich ruht. Ist es denn nun angemessen und würdig, immerfort an diesen Pfeiler herumzuflicken? Wenn in frühern Jahren solche Notgesetze bereits notwendig waren, und augenblicklich wieder der gleiche Fall eintritt, warum schließt man daraus nicht logischer Weise, daß eine grundsätzliche Aenderung notwendig ist, daß § 32 der Verfassung einen Konstruktionsfehler hat, welcher beseitigt werden muß, damit die daraus entstehenden Unzuträglichkeiten für jetzt und für die Folge fortfallen?

M. H., wir sind ja leider daran gewöhnt, von der Regierung meist nur Vorlagen zu bekommen, die grade den allernächstliegenden Bedürfnissen zu entsprechen bestimmt sind. Wir dürfen die Hoffnung aber doch nicht aufgeben, daß die Regierung einmal auch an weiter ausschauende Zukunftspläne herangehn wird, an Fragen, deren Lösung für den Fortbestand des Reichs notwendig ist. Ich denke z. B. an eine Reichsfinanzreform, an

eine Ablösung der Grundschulden und dergl. mehr, dann werden wir wieder vor Notlagen wie heute stehn und wieder Kommissionen brauchen, die außerhalb der Sitzungsperiode des Plenums tagen. Soll dann die Durchlöcherung der Verfassung munter weitergehn? Nein, m. H.; gegen eine grundsätzliche Aenderung von Verfassungsparagraphen, die nicht mehr zeitgemäß sind, oder die nicht gehalten haben, was der Gesetzgeber durch sie erreichen wollte, kann kein vernünftiger Mensch etwas haben; wohl aber müßte jeder Abgeordnete sehr ernste Einwendungen gegen dies fortwährende Zerren und Rütteln an der Verfassung erheben und sich nicht dazu hergeben.

M. H., die Regierung legt den größten Wert auf das Zustandekommen des Zolltarifgesetzes, das kann man verstehn. Daß sie, wie heute festgestellt wurde, auf Anregungen von Abgeordneten dieses Notgesetz eingebracht hat, bedaure ich sehr. Wäre es nicht verständiger und praktischer gewesen, wenn sie jetzt ein allgemeines Diätengesetz vorgelegt hätte? Die Fertigstellung eines solchen würde in derselben Zeit zu leisten gewesen sein wie für die gegenwärtige Vorlage erforderlich ist. Mit dem allgemeinen Diätengesetz würden alle solche Schwierigkeiten, die derartige Ausnahmegesetze herausfordern, für jetzt und für alle Zukunft verschwinden, denn aus der Gewährung von Diäten an alle Abgeordneten ergäbe sich von selbst die Folgerung, daß die Mitglieder der Kommissionen, die während der Vertagung des Plenums versammelt sind, ihre Diäten oder besser Unkosten-Entschädigung weiter beziehn. Damit wäre dann auch eine natürliche Grundlage für eine thunlichst schnelle Kommissionsberatung des Zolltarifs gegeben. Vor langen Jahren haben wir einmal von hoher Stelle einen Ausspruch gehört, der wohl auch im „Reichsanzeiger“ stand und dem Sinne nach lautete: „Wir müssen das, was notwendig ist, freiwillig und schnell thun und nicht erst warten, bis wir dazu gezwungen werden.“ Leider ist es schon sehr lange her, als dieser weise Ausspruch gethan wurde. Ich meine aber, er sollte auch heute noch für die Entschließungen der Regierung maßgebend sein. Wenn sich dort die Erkenntnis durchgerungen hat, daß eine Abänderung des § 32 notwendig ist, so soll man eine solche beantragen und nicht noch einmal mit einem Notbehelf über diese Notlage hinauszukommen suchen. Die Meinung derjenigen Redner, die heute hier aussprachen, die Besprechung der allgemeinen Diätenfrage sei hier nicht am Platze, kann ich nicht teilen. Es hat ja auch fast jeder Redner mehr oder weniger auf dieses Gebiet hinübergegriffen. Man hört und liest häufig die Mahnung: Nur keine Verquickung der Diätenfrage mit andern Materien der Gesetzgebung. Ganz recht! Aber wer verquickt denn hier den Zolltarif mit der Diätenfrage? Doch nicht der Reichstag, sondern die Regierung. Wir können daher den erwähnten Vorwurf, den die Regierungspresse häufig gegen den Reichstag ausgespielt hat, von uns zurückweisen und ihn der Regierung machen.

Es ist, glaube ich, ganz nützlich und nötig, sich hier im Plenum mit den Einwänden der Gegner einer allgemeinen Unkosten-Entschädigung zu beschäftigen. Ich habe den Eindruck, daß jene Herren sich zu wenig mit der Erwägung dieser Frage beschäftigt haben, sich dabei zu viel auf ihre Zeitungen verlassen und sich von diesen ihre Meinung haben diktieren lassen. Da wird z. B. gesagt: dem gegenwärtigen Reichstage könne man die Diäten nicht bewilligen, denn der sei unter der Voraussetzung der Diätenlosigkeit gewählt. Ich möchte bitten, mir den Wähler vorzustellen, der unter einer solchen Voraussetzung jemals einem Abgeordneten seine Stimme bei der Wahl gegeben hat. Ich komme viel mit Wählerkreisen, nicht nur in meinem Wahlkreise in Berührung; aber eine solche Auffassung ist mir noch niemals aufgestoßen. Wohl aber haben mir gegenüber sehr häufig einsichtige Leute von streng konservativer Gesinnung geäußert, sie hielten es schlechterdings für unmöglich, daß die Sache mit der Diätenlosigkeit des Reichstages weiterginge. Wo sollen wir, so fragt man, die Kandidaten aus dem Wahlkreise herbekommen? Vorhanden sind genug geeignete Leute, aber sie können das erforderliche Opfer nicht bringen. Der Haupteinwand, den die grundsätzlichen Diätengegner machen, ist immer der: Fürst Bismarck, der Gesetzgeber, habe bei Schaffung des Artikels 32 in der Diätenlosigkeit ein Gegengewicht gegen die Demokratisierung des Reichstags schaffen wollen und habe geglaubt, daß dadurch dem übermäßigen Wachstum der Sozialdemokratie ein Riegel vorgeschoben sein würde. Nun, die Entwicklung der Dinge hat hierin dem Fürsten Bismarck doch total Unrecht gegeben, wie ein Blick auf jene Seite des Hauses (zu den Soz.) beweist. Herr Singer hat früher einmal und heute wieder ausgesprochen, seine Partei würde durch die Diätenlosigkeit in Bezug auf die ihr zur Verfügung stehenden Kandidaten in keiner Weise beeinflußt; und er hat Recht, sich darauf für seine Partei etwas zu gute zu thun; er hat heute auch direkt zugegeben, daß seine Partei Diäten zahlt. Es wäre verkehrt, ableugnen zu wollen, daß die bürgerlichen Parteien, und besonders diejenigen, die den Mittelstand vertreten wollen, thatsächlich Mangel an Kandidaten haben — das muß hier einmal offen zugestanden werden. Ich spreche da nicht von meiner kleinen Partei; für die wenigen Sitze, die wir angreifen, finden wir allenfalls auch noch Leute, die sich zur Kandidatur bereit erklären, auch ohne Diäten. Im großen ganzen entwickeln sich die Verhältnisse so, daß jede neue Legislaturperiode ohne allgemeine Unkosten-Entschädigung für die Abgeordneten die radikale linke Seite des Hauses wesentlich verstärken wird. Die Regierung wird, wenn sie jetzt zögert, die Richtigkeit meiner Prophezeiung noch einsehn. Sie wird das nächste Mal einen Reichstag bekommen, der ihr weit weniger bequem sein wird, als der gegenwärtige. Auch die rechte Seite des Hauses sollte ihre Anschauungen in Bezug auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Unkosten-Entschädigung doch endlich einmal rückwärts revidieren! Gewiß, wir wünschen, daß unsre Regierung die Bahnen des Fürsten Bismarck in der Politik befolgt, aber wir wollen doch seine Irrtümer nicht verewigen, denen er als sterblicher Mensch unterworfen war. Die Abgeordneten der rechten Seite werden doch zugeben müssen, daß beim gegenwärtigen Kurse der Regierung — wenn anders man dabei überhaupt von einem Kurse sprechen darf — der Niedergang der Landwirtschaft immer weiter fortschreitet; und je mehr das der Fall ist, um so weniger werden Sie in der Lage sein, geeignete Kandidaten aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu finden. Diejenigen, die bis heute noch bereit waren, werden vielleicht schon vor der nächsten Legislaturperiode sagen: ich kann es vor meiner Familie nicht mehr verantworten, mich wählen zu lassen. Wer soll dann schließlich hier die Interessen der Landwirtschaft mit Entschiedenheit vertreten? Nur Beamte, die nebenbei ihr Gehalt haben? Wir haben ja gesehn, daß es Gott sei Dank noch eine große Anzahl rückgratfester Beamten in Preußen giebt, die ihre Pflicht als Abgeordnete richtig aufgefaßt und ohne Menschenfurcht das vertreten haben, was sie als richtig ansahn. Wir haben aber auch in einem bestimmten, jedem hier bekannten Falle das Schicksal jener Männer sich vor unsern Augen erfüllen sehn! Und Beamte, die als Abgeordnete nicht diese Festigkeit haben, die als freiwillige Regierungskommissare in den parlamentarischen Körperschaften auftreten, entsprechen gewiß nicht den Wünschen der Wähler, die ganz richtig und logisch meinen, daß die Regierung schon genug Kommissare am Bundesratstische sitzen habe.

Man meint auch, die Berufspolitiker würden bei Einführung allgemeiner Diäten überhand nehmen, und man gewähre den Berlinern damit gradezu eine Dotation. Ich bin andrer Ansicht. Ein großer Teil der jetzt in Berlin wohnenden Abgeordneten ist hierher gezogen, weil sie es nur dadurch möglich machen konnten, ihr Mandat auszuüben. Ist die Unkosten-Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten durchgeführt, so wird man in den Wahlkreisen eine größere Zahl geeigneter Leute finden und es nicht nötig haben, auf Berliner in dem Umfange zurückzugreifen, wie das heute wegen der Diätenlosigkeit der Fall ist.

Besonders in den Zeitungen der konservativen Partei wird häufig die Anschauung vertreten, daß die Diäten für die Abgeordneten zum preußischen Landtag zu rechtfertigen seien,

denn jene Abgeordneten seien nach einem ganz andern Wahlmodus gewählt. Ich glaube aber, wenn man an eine logische Prüfung dieser Auffassung ernstlich herangeht, so wird man zu einem ganz andern Ergebnis kommen; durch die gewissermaßen zweimalige Durchsiebung der zu Wählenden, durch die öffentliche Stimmabgabe und die auf Grund von Vermögensklassen vorgenommne Wahlmännerwahl wird für das preußische Abgeordnetenhaus an sich schon den wohlhabenden Klassen der Besitz der Mandate in weitem Umfange garantiert; die Abgeordneten, die aus diesem Dreiklassenwahlsystem hervorgehn, müßten es viel eher als ein nobile officium ansehn, auf Diätenzahlung zu verzichten. Ich bin aber der Ansicht, daß es auf die Form der Wahl eines Abgeordneten irgendwie bei Beurteilung der Frage, ob ihm Diäten zu zahlen sind oder nicht, durchaus nicht ankommt; sondern es kommt auf die Pflichten an, die der Abgeordnete übernimmt. Der Abgeordnete zum preußischen Landtage wie der Abgeordnete zum Deutschen Reichstage übernehmen gemeinsam die Pflicht, monatelang in Berlin für ihr Geld zu leben, und wenn es billig ist, daß die Abgeordneten im preußischen Landtage eine Unkosten-Entschädigung erhalten, so haben auch die Reichstagsabgeordneten ein volles Recht darauf.

Was der Herr Graf v. Posadowsky zur Begründung der Vorlage über Diäten an die Mitglieder der Zolltarifkommission sagte, trifft für alle Reichstagsabgeordneten zu. Die Abgeordneten, die in der Zolltarifkommission sitzen, müssen in Berlin für ihr eignes Geld leben, das Gleiche ist mit allen Abgeordneten der Fall, wenn das Plenum zusammengehalten wird und das ist manchmal bis tief in den Sommer hinein der Fall gewesen.

Ich erinnere nur an jene lange Session, worin die trotzdem überhastete Durchbringung des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgte! Man hört auch häufig die Einwendung, es ließe sich schwer eine geeignete Form der Diätenzahlung finden, die mit der Würde des Reichstags im Einklange stände. Ich bestreite das und muß kurz zwei Wege hier kennzeichnen. Erstens: Art. 32 der Reichsverfassung wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Die Mitglieder des Reichstages erhalten während der Dauer der Legislaturperiode freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen und für die Dauer der Sessionen einschließlich acht Tage vor Beginn und acht Tage nach Schluß oder Vertagung derselben eine Unkosten-Entschädigung von zwanzig Mark für den Tag aus Reichsmitteln."

Dazu sind folgende Ausführungsbestimmungen gesetzlich festzulegen:

1. Wer ohne beurlaubt, krankgemeldet oder entschuldigt zu sein beim Namensaufruf oder bei namentlichen Abstimmungen fehlt, verliert für die ganze laufende Woche seine Tagegelder. (Es ist dabei gleichgiltig, ob er eine oder mehre Abstimmungen versäumt hat.)
2. Beurlaubte Abgeordnete beziehn für die Dauer ihres Urlaubs keine Tagegelder.
3. Erkrankt ein Abgeordneter in Berlin, so hat er dies dem Büro mit der Angabe anzuzeigen, ob er in Berlin bleibt. Er bezieht in diesem Falle die Tagegelder bis zu einem Zeitraum von acht Tagen. Bei längerer Erkrankung gilt er als beurlaubt und bezieht keine Diäten, falls nicht durch ärztliches Attest die Unmöglichkeit nach der Heimat zu reisen bescheinigt wird.
4. Entschuldignngen für einen vollen Sitzungstag sind schriftlich einzureichen und gelten als Urlaub.
5. Wer während der Sitzung das Reichstagsgebäude vorübergehend verläßt, trägt dies in ein zu diesem Zwecke ausliegendes Buch ein und vermerkt darin auch seine Rückkehr. Auf diese Weise entschuldigte Mitglieder verfallen nicht der unter 1. festgesetzten Ordnungsstrafe, wenn in ihrer Abwesenheit ein Namensaufruf oder eine namentliche Abstimmung stattfindet.

M. H., das wäre ein gangbarer Weg, gegen den sich wohl nicht viel einwenden ließe!

Und nun ein zweiter gangbarer Weg. Die Regierung scheint, wie dieser Gesetz-Entwurf beweist, für „Akkordarbeit" zu sein. Gut, stelle man sich auf diesen Standpunkt und bestimme eine Pauschalsumme, wie sie in verschiednen andern Staaten gezahlt wird: die Senatoren und Deputierten in Frankreich erhalten z. B. 9000 fr., die Abgeordneten in den Niederlanden 2000 Gulden, in Schweden 1200 Reichstaler, in Amerika 7500 Dl. für das Jahr. Aehnlich könnte man auch im Deutschen Reich verfahren. Wir würden uns natürlich, als bescheidne Deutsche, mit dem Mindestsatz begnügen, der in diesen Staaten bezahlt wird, also mit dem der Niederlande. Diese Pauschsumme müßte in zwei Raten gezahlt werden, die eine beim Beginn, die andre am Schlusse der Session. Es wäre dann geschäftsordnungsmäßig festzustellen, wieviel Urlaub ein Abgeordneter haben darf. 14 Tage würden genügen, wird diese Zeit überschritten, dann wird dem Betreffenden eine recht hohe Summe abgezogen, ebenso für jedes unentschuldigte Fehlen, bis zur Aufzehrung der zweiten Hälfte. Eine solche Pauschalsumme würde für den Reichstag jährlich 1191000 Mark ausmachen, würde sich aber durch die Abzüge wohl mindestens auf eine Million ermäßigen, eine Summe die bei unserm Milliarden-Budget garnicht in Betracht kommt.

Neben all den günstigen Wirkungen, die man sich von den Tagegeldern auf die ordnungsmäßige Arbeit des Reichstages verspricht, würde dieser Vorschlag, glaube ich, noch einen Vorteil haben. Es würde nämlich schneller gearbeitet werden als bisher. Der Reichstag würde in drei, dreieinhalb bis vier Monaten zweifellos seine Arbeiten erledigen und für die Einzellandtage würde dann eine passende Zeit gefunden werden können, wo sie tagen, ohne fortwährend mit den Sitzungen des Reichstages in Kollision zu kommen. Ich glaube, sowohl die verbündeten Regierungen als die Abgeordneten als auch das Deutsche Volk würden mit einer derartigen Regelung der Verhältnisse durchaus zufrieden sein können.

Ich komme zum Schluß. Ich wiederhole: logischerweise dürfte dieser Gesetz-Entwurf in diesem Hause nicht eine Stimme erhalten. Wenn er trotzdem angenommen wird, so liegen taktische Gründe vor; man thut der Regierung einen ganz außerordentlichen Gefallen damit, und die Regierung wird dafür auf politischem Gebiete in einer oder der andern Weise denen gefällig sein, die ihr geholfen haben, do ut des. Daß die Führer derjenigen Parteien, die auf dem Standpunkte der Gewährung von Diäten sonst standen und ihn energisch vertraten, sich wirklich mit der Annahme trösten wollten, die Regierung werde, nachdem sie a gesagt hat, auch weiter buchstabieren und den Widerstand gegen allgemeine Diäten aufgeben, kann ich schwer glauben. Ebenso wenig, daß jene Herren ernsthaft der Ansicht sind, es würde sich ohne allgemeine Diäten bald die Unmöglichkeit herausstellen, die Zolltarifvorlage in zweiter Lesung durchzubringen; dazu sind diese Herren doch zu weitblickende Politiker. Es ist das ja auch mehr in der Presse als in den Reden, die heute hier gehalten wurden, behauptet worden.

Eine solche Annahme würde auch auf einer Verkennung der eigentlichen Ursache des Widerstandes gegen die Gewährung allgemeiner Unkosten-Entschädigung beruhen. Der Herr Abg. Richter hat heute darauf hingewiesen, daß der Herr Reichskanzler sich persönlich im zustimmenden Sinne ausgesprochen habe. Wenn er könnte, würde er wohl kaum ein solches Notgesetz vorgelegt, sondern eine allgemeine Regelung vorgezogen haben. Daß die Gefügigkeit des Reichstages, dort, wo der Widerstand sitzt, Eindruck machen wird, halte ich für durchaus unwahrscheinlich.

Die Regierung erreicht jetzt, was sie will durch dieses Notgesetz, nämlich einige Monate Zeit und Luft — Sie verzeihen mir das harte Wort — zum Fortwursteln, und hernach wird dann auf neue Mittel gesonnen werden, durch die man den Reichstag für die zweite und dritte Lesung des Zolltarifs gefügig macht. Wenn der Reichstag dann seine pflichtmäßige Arbeit von Gewährung von Diäten abhängig machen wollte, würde der parlamentarische Kampf hier sehr unschöne Formen annehmen. Ich für meine Person würde z. B. eine Obstruktion nicht mitmachen, um die Zolltarifvorlage zu Fall zu bringen, selbst wenn mir ihr Inhalt noch so wenig paßte; ich würde mich damit begnügen, dagegen zu stimmen.

Jetzt ist der Augenblick da, um die Regierung zu einer verständigen Maßregel zu bewegen; jetzt müßte die Bestimmung des Art. 32 der Verfassung den Verhältnissen entsprechend umgestaltet werden. Der Reichstag ladet eine große Verantwortung auf sich, wenn er hier die Hand bietet, die Verfassung „auf Zeit" zu ändern. Die Verfassung leidet dadurch Einbuße an dem hohen Ansehen, welches sie bei allen Mitgliedern des Reichstages und bei jedem Deutschen haben müßte.

M. H., ich glaube es aussprechen zu dürfen, daß genau entgegengesetzt der damaligen Auffassung des Fürsten Bismarck, als er diese Diätenlosigkeit schuf, heutzutage durch einen diätenlosen Reichstag gradezu ein Privilegium für die Vertreter des mobilen Kapitals und der Umsturzparteien geschaffen wird. Jede Legislaturpriode zu der die Wahlen noch im Zeichen der Diätenlosigkeit sich vollziehn, wird ein Wachstum jener Elemente im Reichstage aufweisen.

(Bravo!)

Zur Frage der Einführung der Tiefladelinie,

die im Reichstage Abg. Raab wiederholt befürwortete (Vergl. auch den Bericht in voriger Nummer und auf der nächsten Seite) wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

Ein Teil der Tagespresse brachte kürzlich auszugsweise einen Aufsatz der „Marine-Rundschau“, wonach „der Einführung der Tiefladelinie in England im Jahre 1876 nicht ein Rückgang der Zahl der gesunknen und verschollnen Schiffe, sondern eine Steigerung auf dem Fuße gefolgt sein soll. Ein Vergleich der englischen Statistik über Schiffsunfälle der Handelsmarine in den Jahren 1884 bis 1899 mit der deutschen Statistik zeige ein für die deutsche Schiffahrt sehr günstiges Ergebnis. Danach sei allerdings in drei der 16 Jahre der Prozentsatz der deutschen Schiffsverluste höher als der englische Höchstbetrag, während die Mindestbeträge der beiden Nationen fast gleich seien. In Deutschland sei auf Schiffen der Handelsmarine die Tiefladelinie erst vor Jahresfrist eingeführt worden usw.“

Der Verfasser des Artikels, der vollkommen auf den Boden der Anschauungen des in voriger Nummer erwähnten Nautischen Vereins zu stehn scheint, geht von völlig unrichtigen Voraussetzungen aus und gelangt daher auch zu ganz falschen Schlüssen.

Die Einführung des Freibordgesetzes in Großbrittanien nach bestimmten, für jeden Schiffstyp zu berechnenden Regeln datiert zunächst nicht von 1876, sondern erst vom Jahre 1890. Grade das Ergebnis der seit 1876 sorgfältig aufgestellten Statistik hat die brittische Regierung im Jahre 1884 bewogen, die Bearbeitung des Gesetzes in Angriff nehmen zu lassen. Im Jahre 1890 waren die Regeln endlich aufgestellt und das Gesetz trat dann am 9. Dezember desselben Jahres als „Merchant Shipping Act“ vom August 1890 in Kraft.

Die brittischen Regeln berücksichtigen entgegen der Behauptung des Verfassers ganz besonders „Spardeck- und Sturmdeckschiffe“, sowie die bei Ueberladung für Schiff und Mannschaft besonders gefährlichen sogenannten „Welldeck-Schiffe“. Grade deutsche Schiffe dieser Typs sind mehrfach in englischen Häfen von den Beamten des Board of Trade wegen Ueberladung angehalten worden, weshalb nach dem Jahre 1890 allmählich alle deutschen Reeder, deren Schiffe vorwiegend brittische Häfen besuchten, gezwungen wurden, an ihren Schiffen die brittischen Freibordmarken anbringen zu lassen und diese Marken bei Befrachtung in und nach brittischen Häfen zu berücksichtigen. Eine für das deutsche nationale Empfinden wenig schmeichelhafte Thatsache, die aber bisher geflissentlich von der interessierten Presse verschwiegen, beziehungsweise als etwas Unwesentliches oder Selbstverständliches behandelt worden ist. — In Deutschland ist auf Schiffen der Handelsmarine die Tiefladelinie weder vor Jahresfrist, wie in jenem Aufsatze behauptet wurde, noch bis heute amtlich eingeführt.

Die vor ungefähr Jahresfrist von der Hamburg-Amerikalinie bei ihren Passagierdampfern freiwillig eingeführte Freibordmarke konnte ohne jede pekuniäre Einbuße seitens der Gesellschaft angebracht werden, da diese Schiffe mit ihren für Passagiere bestimmten Zwischendecks sowieso einen mehr als ausreichenden Freibord haben müssen. Wirkliche Bedeutung hat das Freibordgesetz ausschließlich für Frachtschiffe, und es warten darauf alle deutschen Kauffahrtei-Kapitäne mit Schmerzen.

Leider sind es die Kapitäne und die ihnen anvertraute Mannschaft allein, die auf überladnen Schiffen ihre Haut zu Markte tragen müssen, und da unsre Regierung bislang auf die am warmen Ofen sitzenden Reeder und ihre Sachverständigen vom Schlage des Verfassers des Artikels in der „Marine-Rundschau“ zu hören mehr geneigt ist, als auf die allein hierin zuständigen Kauffahrtei-Seeleute, so wird noch manches deutsche Schiff infolge dieser Gleichgültigkeit der zuständigen Behörden in die Verlustlisten eingetragen und manchem braven Seemann Arme, Beine, oder gar Kreuz und Genick an Bord der bis zum Oberdeck weggeladnen Schiffe von den überstürzenden Seen gebrochen werden.

Daß die Anregung zu einer Besserung von den beteiligten Kreisen ausgehn sollte, ist kaum zu erwarten, da die Reeder eine Schmälerung ihres Verdienstes infolge der Verringerung der Frachten fürchten, die Assekuradöre die Höhe der Versicherungsprämien entsprechend der Häufigkeit der Schiffsunfälle festsetzen, die allein an Leib und Leben gefährdeten Schiffsführer und Mannschaften aber in ihrer abhängigen Stellung ihre Meinung nicht zur Geltung bringen dürfen.

Es ist daher Pflicht der Regierung ihrerseits die Initiative in dieser Frage zu ergreifen und vor der Durchführung derselben Leute zu befragen, die die Materie auf Grund genügender theoretischer Kenntnisse, sowie langjähriger praktischer Erfahrungen völlig beherrschen, wie tüchtige Schiffsbau-Ingeniöre und theoretisch vorgebildete praktisch befahrne Kauffahrtei-Kapitäne.

Wohin treiben wir?

Aus dem, von uns in diesen Blättern schon mehrfach der Beachtung unserer Leser aufs dringendste empfohlenen neuen Buche „Varuna“ von Dr. W. Hentschel*) drucken wir im folgenden ein Stück aus dem vorletzten Kapitel „Der deutsche Industriestaat“ zur Probe ab:

Der Industriestaat beruht auf der, wie immer gearteten, technischen Ueberlegenheit der industriellen Bezirke und Völker. Er setzt ein kaufendes Publikum voraus, und zwar ein solches, welches im Auslande wohnt und selber nicht in der Lage ist, sich die Industrie-Produkte im eignen Lande zu erzeugen. Es kann dieselben demnach nur mit rohen Natur-Produkten, mit Handarbeit oder mit menschlichen Individuen bezahlen. Des letztern Zahlungsmittels bedienten sich die Germanen den Römern gegenüber. Unter den als Zahlungsmittel dienenden Natur-Produkten stehn die Ackerbau-Produkte obenan. Diese bedrücken deshalb bei zunehmendem Verkehr die Märkte der Industriestaaten und halten die Preise auf einem möglichst niedern Nivo, auf dem die landwirtschaftliche Produktion im Inlande nicht mehr lohnt, während auch die von der Industrie bestimmten Löhne für die Landwirtschaft ruinös sind.

Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte werden auf dem Weltmarkte bestimmt; die der Industrie-Erzeugnisse sind zunächst Monopolpreise. Hieraus bildet sich ein unnatürlicher Gegensatz zwischen Stadt und Land, eine Schiebung zu gunsten der erstern, die in der Wertschätzung der arbeitenden Klassen noch dadurch besonders steigt, daß der Aufenthalt in der Stadt selbst als Annehmlichkeit und Vorteil empfunden wird. Und da das Land gleichzeitig unter dem falschen Recht mit Ueberschüssen, die in der Stadt erzielt wurden, belastet wird, und sich unter dem Scheine fortschrittlicher Freiheiten eine Schollen-Knechtschaft herausbildet, so wiederholt sich das Schauspiel, welches sich uns schon bei Betrachtung des frühen Mittelalters bot: die Flucht vom Lande, der Zug nach der Stadt, an dem das Land endlich verödet.

In Rom setzte dieser Prozeß nach dem zweiten punischen Kriege ein. Wir begegneten ihm in dem vorsolonischen Athen; etwas früher schon in Syrien; und wir haben allen Grund anzunehmen, daß sich die gleichen Vorgänge auch in Aegypten

---

*) Varuna, eine Welt- und Geschichts-Betrachtung vom Standpunkte des „Ariers“. Zwei Bände. Jeder Band brosch. 2.40 Mark, gebunden 3.50 Mark. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstraße 16.

im Zeitalter der Hyksos abspielten; immer führen dieselben zur Verlumpung der Nationen, zur Herabminderung ihrer „Kaufkraft", zu den „sieben magern Jahren" und zu den „Landplagen", die Juda nicht blos in Aegypten zu seinem Nutzen auszulegen wußte.

Näher liegt uns die Betrachtung der gleichen Entwicklung in Toskana, Spanien, Holland und England. Es wäre überaus verlockend, darauf einzugehn; indessen muß ich mich mit einem kurzen Hinweis auf den exquisitesten Industrie- und Handelsstaat, auf Holland, beschränken, wo die ländliche Bevölkerung um 1600 bis auf 8 v. H. der Gesamt-Einwohnerschaft zusammengeschrumpft war. Nach Pieter Delacourt lebten um diese Zeit von den 2 400 000 Einwohnern der Niederlande — 450 000 von Fischerei, 650 000 von Manufaktur, 250 000 vom Handel und 200 000 vom Landbau. Holland ist um diese Zeit der erste Industrie- und Handelsstaat der Welt. Die Tuchmanufaktur, die Leinen-Industrie, der Buchdruck beschäftigen hunderttausende fleißiger Hände. Die Seemacht Spaniens ist zur Seite geschoben, die holländischen Schiffe beherrschen alle Meere, die holländischen Seestädte bilden die Stapelplätze aller Schätze der Welt. Von den 20000 Schiffen, auf die Colbert 1669 die gesamte europäische Handelsmarine schätzt, gehören den Niederländern allein 15000.

Daß die geringe Zahl der Landbewohner auf die Dauer nicht ausreichte, um die Städte, die Industrie, die Schiffe und den Handel mit Menschen zu versorgen, bedarf trotz Malthus keiner Erörterung; das Land war ja seit der Inquisition mit dem römischen Erbrecht bedacht! — Es mochte immerhin gehn, so lange die Nachbarländer — England, Frankreich, Deutschland — Menschenströme nach den freien Niederlanden schickten; dieselben wurden ja durch die Religionskämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts scharenweise aus ihren Heimatländern verdrängt. Als diese Menschenzufuhr mit dem dreißigjährigen Kriege, zumal von deutscher Seite aus, versagte, war es auch mit der nie niederländischen Herrlichkeit zu Ende. Kaum daß das Jahr 1685 mit der Aufhebung des Ediktes von Nantes noch einen Zufluß fränkischer Elemente und infolgedessen eine kurze Nachblüte des städtischen Lebens brachte. Kaum einer der großen Maler, Seehelden und Gelehrten, an denen noch die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts so reich ist, überdauert das Jahr 1700.

Der aufs äußerste geschwächte Strom der niederländischen Landbewohner mußte umsomehr versagen, als derselbe sich auch qualitativ verschlechtert hatte. Statt selbständiger Bauernfamilien gab es nur noch Schuld-Sklaven, Pächter und Tagelöhner. Die hohen Löhne und die niedern Getreidepreise hatten den Körnerbau unrentabel gemacht; die Ackerflächen sind zu Weiden niedergelegt, die Landwirtschaft gewinnt das Ansehn eines Gewerbes; sie wird zumeist von städtischen Unternehmern betrieben. Zur Zeit der Ernte kommen tausende sogenannte Hollandgänger, zumal aus den benachbarten deutschen Ländern, in die Niederlande; vielfach wird die Landwirtschaft von reichgewordnen Städtern als Sport betrieben. Das Dorf Brock ist berühmt, weil es nur von Millionären bewohnt wird.

Es giebt noch immer eine große Anzahl reicher Familien im Lande, aber sie bewegen sich in absteigender Linie. Sie leben von ihren Renten, da der Staat auch während seiner Blütezeit die erheblichen Kriegskosten durch Anleihen gedeckt und niemals an die Abzahlung seiner Schulden gedacht hatte. Das Einkommen der Reichen bedingt unter diesen Umständen einen unerträglichen Steuer- und Hypothekendruck, unter dem die Masse der Bevölkerung der Verlumpung entgegengeht. Nach Berthold Georges Niebuhr sollen i. J. 1808 in Amsterdam unter 220000 Einwohnern 110000 Arme gelebt haben, die der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fielen. Der Handel ist jetzt in rapidem Niedergange begriffen; wo noch ein Geschäftshaus blüht, da ruht es in den Händen portugiesischer Juden oder deutscher Kommis. Die Schiffe sind von ostfriesischen Deutschen bemannt und geführt.

Im 16. Jahrhundert waren die Holländer das tapferste Volk, im 18. ist ihnen der Krieg etwas Schreckliches. Als ihnen England 1781 nochmals einen Kampf aufzwingt, zeigt es sich, daß die auf dem Papier stehenden Kriegsschiffe verfault, die Kriegshäfen verschlammt sind. — „Der an Geld so reiche, aber an tüchtigen Männern so arme Staat ist wehrlos" (Hansen). Nur in Friesland, wo sich ein gesunder Bauernstand bei seinem alten Sachsenrecht abseits des Verkehrs erhalten hat, findet sich noch ein blühender Mittelstand. Während den heruntergekommnen holländischen Städten die alten Umfassungsmauern zu weit geworden sind, werden sie den friesischen zu eng (Hansen). Und Niebuhr schließt seine Reisebeschreibung, indem er uns gleichzeitig den Schlüssel für diese Erscheinungen liefert: „Ich kenne jetzt viele, und darunter sehr brave Männer; aber noch habe ich keinen einzigen merkwürdigen Gedanken, keine einzige scharfgefaßte Bemerkung, keinen einzigen witzigen Einfall, kaum eine erträgliche Schnurre von irgendeinem gehört oder gelesen. Es ist mir höchst zweifelhaft, ob, Friesland ausgenommen, wo alles eine andre Farbe hat, im ganzen Lande ein einziger originaler Kopf lebt."

Das städtische Phänomen ist ein Kultur-Phänomen; es beruht auf den raschen Verbrauch einer Auslese der ländlichen Bevölkerung. Wo dieser von G. Hansen*) für alle Zeiten nachgewiesene ländliche Bevölkerungsstrom versagt, da ist es auch mit der Städte-Herrschaft vorbei; wie es mit den ägyptischen Göttern zu Ende ging, als der Strom der Wikinger zu fließen aufgehört hatte. Die Stadt vermag Menschen zu verbrauchen, aber nur das Land, sie zu erzeugen; daran ändern alle Einwendungen nichts. —

Der gleiche Prozeß hat sich in Spanien in einem einzigen Jahrhundert vollzogen; er wird in England, ehe noch dieses Jahrhundert zu Ende geht, trotz der sachsenrechtlichen Reserven seinen Abschluß finden, und er steht auch Deutschland bevor, wenn nicht ein Gott in zwölfter Stunde seine Hände schützend über das Land breitet, die Geister entfuselt und sie noch einmal zum „Gesetze" bekehrt.

Nochmals die Seemanns-Ordnung.

Am Freitag und Sonnabend der vorigen Woche ist nun endlich die dritte Lesung der Seemanns-Ordnung beendet worden und durch die Gesamtabstimmung am 29. April ist gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Entwurf Gesetz geworden, was wir mit Freuden begrüßen, da es in manchen wesentlichen Punkten veraltete Einrichtungen zum Besten der Seeleute in sozialer Beziehung abändert. Die Generaldebatte der dritten Lesung leitete das Aufsichtsratsmitglied des Norddeutschen Lloyd, Herr Frese, höchst unnötigerweise mit allgemeinen Bemerkungen ein, durch die er sich bei den Reedern dafür entschuldigen wollte, daß er während der zweiten Lesung die bekannte Nordseefahrt mitmachte. Ob er denn während dieser Zeit keinen für die Reeder nützlichen Einfluß auf den Kaiser ausgeübt hat? Ihm antwortete unser Abg. Raab, der sich auch gleichzeitig mit dem Kontre-Admiral Schmidt auseinandersetzte, dessen wunderbare Ansichten schon oft die Aufmerksamkeit weiter Kreise beansprucht haben.

Abg. Raab führte folgendes aus:

M. H., eigentlich thut es mir leid, daß wir für die Generalberatung noch Zeit, ja vielleicht noch einen Tag opfern sollen. Da nun aber einmal eine Generaldiskussion beliebt worden ist, so darf auch ich wohl erklären, daß ich im ganzen die Regierungsvorlage mit den Abänderungen der Kommission als einen sozialen Fortschritt begrüßen kann, wenngleich auch dieser Fortschritt sich innerhalb recht bescheidner Grenzen hält. Ich glaube aber, man soll das Gute, das heute zu haben ist, entgegennehmen und kann sich ja mehr oder minder entschieden vorbehalten, von der Zukunft mehr zu verlangen, als heute gegeben werden soll.

Ich glaube, wenn es dem Herrn Abg. Frese wirklich ernst gewesen wäre, die Vorlage so schnell wie möglich verabschiedet zu sehn, dann hätte er heute grade ein Mittel gehabt, die

*) Die drei Bevölkerungs-Stufen.

Beratung zu beschleunigen. Soweit ich die Stimmung im Hause kenne — und ich glaube, ich kenne sie so ziemlich auf allen Seiten —, wäre man in eine Generaldiskussion gar nicht eingetreten

(sehr richtig!),

wenn Herr Abg. Frese sie nicht eröffnet hätte. M. H., ich hatte den Eindruck, als ob Herr Abgeordneter Frese sich durch seine heutigen Ausführungen wohl nur entschuldigen wollte wegen seines Fehlens bei der zweiten Beratung, das ja in gewisser Beziehung schon durch „höhere Gewalten" entschuldigt sein dürfte. Nun, ich glaube, uns gegenüber brauchte jedenfalls der Herr Abg. Frese sich nicht zu entschuldigen; denn ich weiß nicht, ob jemand im Hause ist, der sein Fehlen mit großem Bedauern bemerkt hätte, — ich gehöre jedenfalls nicht dazu.

(Unruhe.)

Heute, m. H., hat auch der Herr Abg. Frese in die Beratung wieder das Wort „Disziplin" hineingeflochten als das A und O jeder Schiffahrt. Der Herr Abg. Frese hat mit diesem Hinweis nur offne Thüren eingerannt. Keinem von uns im ganzen Hause und in der Kommission ist es eingefallen, die ernstlichen und wirklichen Grundlagen der Disziplin antasten zu wollen; das darf ich wohl nach den Ausführungen, die auch schon von der linken Seite des Hauses gekommen sind, noch als meine eigne Wahrnehmung und Ueberzeugung feststellen.

Ein andres ist heute wieder und ausführlich vom Herrn Abg. Semler betont worden: wir sollen und dürfen unsre deutschen Reedereien nicht allzu sehr belasten, wir könnten sie konkurrenzunfähig machen, ein großer Teil unsrer deutschen Schiffahrt könne und werde zu Grunde gehn, wenn wir scharfe soziale Maßregeln zum Schutze unsrer Seeleute durchführen. Nun, m. H., ich bestreite, daß unsre deutsche Seefahrt, sowohl die große als die kleine Reederei, mit großen wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen hat, mindestens lange nicht in dem Maße, wie andre große Erwerbsgruppen in unserm deutschen Vaterlande. Daß unsre großen Reedereigesellschaften noch leidlich verdient haben, ist ja auch vom Herrn Abg. Frese zugegeben, und der Abg. Frese ist wohl darüber besser unterrichtet als wir alle, daß die großen Gesellschaften noch recht hohe Tantiemen an ihre Aufsichtsratsmitglieder verteilen konnten. Die allgemein verteilten Dividenden bewegen sich auch noch auf einer Höhe, an die andre Berufszweige selten herankommen.

Nun, m. H., bleibt also für die Befürchtungen vielleicht noch die kleine Reederei nach. Ich bestreite auch für diese, daß sie durch einige soziale Maßregeln konkurrenzunfähig gemacht werden könne. Ich habe hier in der Hand die Original-Abrechnung über einen Dampfer einer Partenreederei; es ist der Dampfer „Frieda Lehmann", ein Schiff, das 465 Nettotonnen groß ist und von Hamburg aus gefahren wird. Ich stelle ganz gerne Herrn Dr. Semler diese Originalabrechnung zur Verfügung. Aus derselben geht hervor, daß das Schiff „Frieda Lehmann" in 5 Monaten Fahrzeit 7 v. H. Dividende verdient hat, das würde also, aufs Jahr umgerechnet, eine Dividende von zwischen 16 und 17 v. H. ergeben.

(Zuruf.)

— Das ist alles hier berücksichtigt, Herr Doktor, wenn Sie sich das gütigst ansehn wollen. — Und zwar ist das ein Schiff, das begründet ist auf Parten à 3000 Mark, also ein solches Schiff, wie es dem Herrn Abg. Dr. Semler bei seinen Befürchtungen vorgeschwebt haben dürfte.

In Flensburg, m. H., haben wir mehre Reedereien, die überhaupt für jedes einzelne Schiff einen besondern Abschluß machen. Da kann man also die Ergebnisse der kleinen Reederei erkennen; denn die Reedereien sind rechnerisch in so kleine Teile zerlegt, als man es sich denken kann. Diese einzelnen Schiffe haben seit Jahren eine Dividende erbracht von 8, 10, 12, 16 bis zu 22 v. H. Das sind doch noch Gewinnste, mit denen man wohl einige soziale Lasten wird übernehmen können.

Nun, m. H., können wir uns auch durch zu große Rücksichtnahme auf den Bestand unsrer Reedereien nicht leiten lassen. Wenn es wahr ist — und ich werde gleich zu den vielen bereits früher gegebnen Beweisen noch einige hinzufügen —, daß manche unsrer deutschen Schiffe nicht seetüchtig sind, daß sie zu schwach bemannt sind und dergl. mehr, dann müssen wir eingreifen, auch selbst wenn wir der Reederei recht schwere Lasten aufbürden müßten; denn eine Reederei oder irgendein Berufszweig, der sich bloß dadurch am Leben erhalten könnte, daß er das Leben vieler Menschen leichtsinnig aufs Spiel setzt, hat meiner Meinung nach keine moralische Berechtigung.

(Sehr wahr!)

Nun bestreitet der Herr Abg. Frese und hat es auch heute wieder gesagt, es gäbe keine „schwimmenden Särge" mehr, man dürfe und solle nicht davon reden. M. H., wann erfahren wir in der Oeffentlichkeit etwas von schwimmenden Särgen? Sehr selten, das gebe ich zu; nämlich in der Regel heißt es, wenn so ein schwimmender Sarg verschollen ist: Die Ursachen des Untergangs dieses Schiffs ließen sich nicht feststellen. Ganz einfach, m. H., wenn ein Schiff verschollen ist, wenn keine Personen davon gerettet worden sind, dann kann ein Seeamt nicht feststellen, daß das Schiff wegen Seeuntüchtigkeit und dergl. verloren gegangen ist; denn es kann ja unterwegs aufgebrannt sein, es kann eine Explosion eingetreten sein und dergl. mehr. Dazu sind die Seeämter zu vorsichtig, als daß sie einer bloßen Vermutung irgendwelchen Raum gewährten. Aber von schwimmenden Särgen erfahren wir ab und zu, wenn noch Leute gerettet worden sind, die Auskunft geben können, über das, was sich ereignet hat. Da braucht man nur ein wenig aufmerksam die Zeitungen zu lesen. Unsre Reichsstatistik und das amtlich veröffentlichte Material — das habe ich schon früher mehrfach nachgewiesen — bietet uns ja kein vollständiges Bild, man muß das hinzunehmen, was man in den Zeitungen findet. Da will ich hier zunächst zwei Seeamtssprüche aus den allerletzten Tagen zu Ihrer Kenntnis bringen. In dem Spruch des Seeamts Hamburg vom 15. April dieses Jahres heißt es von dem Besahn-Ewer „Albinus":

> Die Ursache des Leckspringens ist in dem Alter des Schiffs und der stürmischen Witterung zu suchen.

Von einem andern Fahrzeuge, dem Besahn-Ewer „Niobe", führt der Reichskommissar am gleichen Tage aus: Das Schiff sei stärker beladen gewesen, als es beladen werden durfte

(hört! hört!),

und deshalb habe es so niedrig gelegen, daß das durch die Klüsen und die nichtgedichteten Luken einströmende Wasser genügt habe, um das Schiff zum Sinken zu bringen; da der Schiffer bei dem Unfall ertrunken sei, so seien weitere Erörterungen gegenstandslos.

M. H., ich habe schon neulich gesagt, stundenlang ließen sich solche Einzelheiten vorlesen, und immer wieder kostet es Ueberwindung, davon abzusehn, wenn man immer wieder hören muß, daß einfach in Bausch und Bogen diese Dinge glattweg bestritten werden, bestritten werden von Leuten, die in dem Ansehen stehn, als ob sie von den Dingen ganz besondre Kenntnis hätten.

Ich habe hier einen andern Seeamtsspruch vom 27. Dezember 1900, ebenfalls in Hamburg gefällt. Es wurde festgestellt, daß Fäulnis und Rost das ganze Schiff, die Schoonergaliote „Industrie", arg angegriffen hätten, und das Seeamt fällte dann den Spruch:

> Die Verhandlung hat ergeben, daß das Schiff in völlig unseetüchtigem, weil zum großen Teil verrottetem Zustande in See gegangen ist.

(Hört! hört!)

Was nützen uns nun alle diese allgemeinen Entschuldigungen und Deklamationen, vorgetragen mit der Sachverständigenmiene, wenn dem gegenüber so zahlreiche Einzelheiten das grade Gegenteil beweisen?

Ich glaube, ich habe schon bei einer andern Gelegenheit auf den Untergang des Dampfers „India" hingewiesen. Da hat sich das Seeamt auch über die Beladung des Schiffs ausgesprochen und gesagt:

> Die Verhandlung hat ergeben, daß das Schiff bei der Reise, wenn man die Regeln des englischen Board of Tra

zu Grunde legt, reichlich tief beladen gewesen ist, und daß an der Schraube ein Flügel gefehlt hat.

So könnte ich ganze Stöße von Zeitungsausschnitten mitteilen. Die Bark „Lina“, die verschollen ist, ist untergegangen mit 20 Mann; sie ist in Ballast gewesen und vielleicht wegen zu geringer Belastung bei verhältnismäßig hohem Alter untergegangen.

Nun, m. H., über das Alter der Schiffe hat uns heute auch wieder der Herr Kontre-Admiral Schmidt einige Belehrungen geben wollen; er hat wohl selbst gefühlt, daß das, was er uns neulich gesagt hat, doch wohl mit einigem Recht ziemlichem Kopfschütteln begegnet ist. Herr Admiral Schmidt spricht ja freilich in seiner Uniform, er spricht unter seinem Titel zu uns, und doch ist es mir manchmal so vorgekommen, als ob er von den Dingen, die sich auf See ereignen, eine ganz andre Vorstellung habe, als ich von vielen ältern andern Praktikern immer als die richtige habe hinstellen hören. Schon in der Kommission haben wir, wie ich meine, ziemlich dasselbe gesehn wie hier im Plenum. Herr Kontre-Admiral Schmidt hat jedenfalls in der Kommission viel mehr zu unsrer Unterhaltung als zu unsrer Belehrung beigetragen.

(Sehr richtig! links.)

Heute sagt nun Herr Schmidt, wir hätten der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie alte Schiffe nicht am Auslaufen verhindert habe. Von einem solchen Vorwurf ist mir nichts bekannt geworden. Die Regierung konnte auch nichts thun; denn sie hatte keinerlei Handhabe dazu. Deshalb können wir ihr auch keinen Vorwurf machen, wenn sie von einem nicht vorhandnen Recht keinen Gebrauch gemacht hat. Wir wollen darum zukünftig erst der Regierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht auferlegen, dafür zu sorgen, daß nicht durch blinde Profitsucht Menschenleben auf der See auf das Spiel gesetzt werden.

Nun hat der Herr Kontre-Admiral Schmidt darauf hingewiesen: In England sind auch alte Schiffe festgestellt worden etwa im gleichen Verhältnis wie bei uns. Ich habe schon bei andern Gelegenheiten immer wieder darauf hingewiesen, England konnte gar nicht so radikal mit seinen Vorschriften vorgehn, solange von keiner andern Nation irgendwelche Nachfolge geleistet wurde. Man hätte sonst die englische Schiffahrt völlig in Grund und Boden konkurrieren lassen von andern Nationen, die solche Schutzbestimmungen nicht auf ihren Schultern zu tragen hatten. Wenn in der englischen Flotte noch manche Mißstände bestehen, so ist es eigentlich unsre Schuld. Wir können überzeugt sein, daß die Nation, die ihre Schiffahrt und ihre Seeleute immer mit ganz andern Augen angesehn hat als die deutsche, gern auf der Bahn der Schutzgesetzgebung für ihre Seeleute vorwärts gehn wird, wenn die andern Nationen sich erst in bescheidnem Tempo angeschlossen haben. Wollte etwa der Herr Kontre-Admiral Schmidt die alten deutschen Schiffe entschuldigen oder ihren Besitzern etwaige Gewissensbisse aus der Seele reden mit dem Hinweise darauf, daß anderswo auch alte Schiffe vorhanden seien? In verschiednen Seeamtssprüchen sind dreißigjährige Schiffe alt bezeichnet worden, und ihr Untergang ist auf dieses hohe Alter zurückgeführt worden. Wenn wir nun Schiffe haben von über 30 Jahren — ich habe neulich ausgeführt, daß solche 93, 94 Jahre alt sind, daß sie also schon das dreifache eines Schiffsalters hinter sich haben — und wir haben keine Bestimmungen, daß solche Schiffe unter scharfe Beobachtung genommen werden, so fehlt uns etwas sehr wichtiges für die Sicherheit des Lebens unsrer Seeleute.

Ich sage, ich begrüße das, was geboten ist, als einen erfreulichen Fortschritt. Zu schlimm treiben wir es wahrlich nicht mit unsern Forderungen. Wenn Herr Dr. Semler darauf hingewiesen hat, wir könnten durch schwere soziale Belastung Schiffe veranlassen, ihre Flagge zu wechseln, so daß sie unsrer deutschen Schiffahrt gewissermaßen verloren gehn, so lege ich auf diese Befürchtungen kein Wert. Wir können uns dagegen mit der Bestimmung wehren, die auch England gegenüber ausländischen Schiffen anwendet, daß wir jedes Schiff, das in einen deutschen Hafen kommt, daraufhin ansehn, ob es unsern wichtigen Vorschriften entspricht. Wenn das nicht der Fall ist, könnten wir solche Schiffe am Einlaufen oder auch am Auslaufen verhindern und verlangen, daß sie erst in einen Zustand gesetzt werden, der unsern deutschen Ansprüchen genügt. Ebenso verfährt ja auch England mit unsern und andern Schiffen. Wie oft schon haben deutsche Schiffe in englischen Häfen zurückbleiben müssen, wenn sie nach englischer Anschauung nicht seetüchtig, zu tief beladen oder nicht genügend bemannt waren! Vielfach hat man wohl dort noch ein Auge zugedrückt und sich gesagt: Mögen die Deutschen doch mit ihren Schiffen ersaufen, wenn sie Lust dazu haben! Die deutsche Gründlichkeit würde schon dafür sorgen, wenn wir es endlich einmal gesetzlich festgelegt hätten, daß wir mit diesem Mittel auch die Angehörigen andrer Nationen ein wenig zur Raison bringen könnten, und es würden solche Schiffe keinen erheblichen Vorteil von einem Flaggenwechsel haben können.

(Bravo!)

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der durch die Mandatsniederlegung und Wiederwahl des Abg K. H. Wolf entfachte Streit (Vgl. Nr 695) im Lager der Alldeutschen hat einen Umfang angenommen, den wohl niemand voraussehn konnte. Neuerdings kam es bei Beratung über die Kandidaturen zum Delegations-Ausschuß zu einem Zusammenstoß zwischen den Abgg. Dr. Schalk und K. H. Wolf, weil letztrer behauptete, „die alldeutsche Wählerschaft Böhmens stehe fast geschlossen hinter ihm und darum einen Sitz in der Delagation verdankte. Wolf forderte Schalk und dieser wies einen der Kartellträger, Ed. von Stransky, zurück, weil von Stransky in Sachen Wolf ein Telegramm an das „Grazer-Tagebl.“ gerichtet mit einer falschen Unterschrift und dadurch einen Irrtum bei diesem Blatte erregt haben sollte. Die Thatsache wurde erwiesen und von Stransky forderte nun seinerseits ebenfalls den Abg. Schalk. Beide Forderungen kamen aber bisher nicht zum Austrag. Inzwischen brachte die Alldeutsche Fraktion im Reichsrate eine Interpellation ein, in der auf Grund der Broschüre eines frühern Beamten des österreichischen Zuckerkartells von der Zahlung von Schweigegeldern an die „Ostdeutsche Rundschau“ des Abg. Wolf die Rede war. Abg. K. H. Wolf bestritt für seine Person jede Kenntnis einer derartigen Bestechung, während der Hauptverwalter des Blattes, H. Guttmann, am nächsten Tage aus dem Verbande der „Ostdeutschen Rundschau“ ausschied und auch seine sämtlichen Ehrenämter in den Deutschnationalen Vereinen niederlegte. Er scheint also der Schuldige zu sein.

Trotzdem Galizien schon reich mit Juden gesegnet ist, bringen doch noch immer neue Schaaren aus Rumänien nach. Der in Lemberg erscheinende konservative „Przeglond“ schreibt, es stände neuerdings eine Massen-Einwandrung von rumänischen Juden bevor, und fordert die leitenden Kreise auf, verlängernde Maßnahmen zu ergreifen. Die Juden hätten sich ohne dies schon binnen einer verhältnißmäßig kurzen Zeit in Galizien verdoppelt.

Frankreich. Am 27. April haben die Neuwahlen der Abgeordneten stattgefunden, die in Paris mit einer vernichtenden Niederlage der judenfreundlichen Regierung endete. Von 49 antisemitischen Kandidaten wurden im ersten Wahlgange 16 gewählt und 28 stehn in zum größtenteil sehr aussichtsreicher Stichwahl. Selbst der sozialdemokratische Handelsminister Müllerand hat im 12. Arrondissement sein Mandat in der Stichwahl gegen einen Judengegner zu verteidigen. In Algier kandidierten neben vier andern Antisemiten auch Ed. Drumont, der Herausgeber der Pariser Tageszeitung „La libre Parole“. Er unterlag mit 8682 Stimmen einem juden- und regierungsfreundlichen Republikaner, auf den 9582 Stimmen entfielen, dank den Beeinflussungen der Regierung, die sogar vor Fälschungen nicht zurückschreckte. — Das Gesamt-Ergebnis der Wahlen läßt sich noch nicht übersehen, da reichliche Stichwahlen nötig sind. Welchen Umfang die von Drumont geleitete antisemitische Bewegung angenommen hat, mag die Thatsache beweisen, daß bis zum 26. April bei dem antisemitischen National-Ausschuß für Wahlzwecke 58 292,44 Franks eingegangen waren!

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Der ungarische Justizminister hat den jüdischen Advokaten Dr. Armin Neumann mit der Revision der ersten Sektion der ungarischen Handelsgesetze beauftragt. —

In Langenselbold wurde M. Katz, früher jüdischer Lehrer, zum Gemeinde-Verordneten gewählt. —

Die höhere Privat-Mädchenschule zu Gostyn hat eine jüdische Leiterin, Fräulein Anna Rackwitz. Die jüdischen Schülerinnen machen dort etwa $1/_6$ der Gesamtheit aus. —

An der Lehranstalt für die Wissenschaften des Judentums zu Berlin bestand ein zionistischer Verein. Der Leiter der Anstalt, Rabbiner Maybaum, hat im Einverständnis mit dem Kuratorium den Verein verboten.

Die Aussichten der Zionisten auf Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina werden immer fraglicher. Der russische Bischof Arsenius, der im Auftrage des Heiligen Synods Palästina bereist hat, um über die Juden-Einwandrung und die Ergebnisse der zionistischen Bewegung zu berichten, teilt im Synodal-Organ mit, daß die türkische Regierung in der letzten Zeit eine ganze Reihe scharfer Abwehrmaßregeln getroffen hat, um eine Vermehrung der jüdischen Bevölkerung in dem Heiligen Lande und eine fernere Gründung jüdischer Kolonien daselbst zu verhindern. Seit dem Beginn des Jahres 1902 ist den russischen und rumänischen Juden das Landen in den Häfen Palästinas gänzlich verboten. Ebenso ist ihnen die Erwerbung von Grund und Boden untersagt. Ueberhaupt ist der Ankauf von Grund und Boden in Palästina durch Juden oder jüdische Gesellschaften an Bedingungen geknüpft, die ihn beinahe unmöglich machen. Das Warschauer Judenorgan „Hamelitz“ meldet dazu, die in Palästina angesiedelten Juden aus Russisch-Polen befänden sich in einer so traurigen Lage, daß sie massenhaft auswanderten, und daß mit jedem Schiffe, das die palästinensischen Häfen verläßt, eine Anzahl derselben die Rückkehr nach Europa antritt. Die in Jerusalem bestehende „Warschauer Kultusgemeinde“, deren Aufgabe die Unterstützung der Warschauer Emigranten war, ist mit einem namhaften Betrage zusammengebrochen und vermag die zu wohlthätigen Zwecken aufgenommnen Schulden nicht zu decken.

Das Judentum in den höhern Schulen. Von der Bevölkerung Preußens sind etwa 64,2 v. H. evangelisch, 34,2 v. H. katholisch und 1,24 v. H. jüdisch; aber von den 136803 Schülern, die im Winterhalbjahre 1892/93 die höhern Lehranstalten besuchten, waren rund 70 v. H. evangelisch, 21 v. H. katholisch, 8,6 v. H. jüdisch und von den 162057 Schülern des Winterhalbjahres 1900/01 69 v. H. evangelisch, 23,5 v. H. katholisch, 7,3 v. H. jüdisch. Die Juden sind also im Verhältnis zur Bevölkerungszahl grade sechsmal zu hoch vertreten.

Der neunte Internationale Kongreß gegen den Alkoholismus wird im Jahre 1903 nach dem Beschlusse des vorjährigen Wiener Kongresses im Deutschen Reiche stattfinden und zwar in den Tagen vom 14. bis zum 19. April 1903 in Bremen. Dort ist bereits der vorbereitende Ortsausschuß seit mehren Monaten in Thätigkeit, um zunächst den Verlauf des Kongresses im äußern Rahmen feststellen zu können. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist Direktor Dr. med. A. Delbrück (Bremen, Humboldtstraße 127), an den auch alle Anfragen zu richten sind. Die Internationalen Kongresse gegen den Alkoholismus fordern zur Teilnahme alle auf, die in der Bekämpfung des Alkoholismus und der Trinksitten eine wichtige Aufgabe erkennen. Sie richten ihre Einladungen an alle sozialen Schichten, an die Hand- und Kopfarbeiter, an Männer und Frauen, an Alt und Jung. Es handelt sich nicht um ein Unternehmen besondrer Tendenz, sei es der Mäßigkeit, sei es der gänzlichen Enthaltsamkeit; vielmehr sollen die Anhänger aller verschiedner Richtungen zu gegenseitigem Meinungsaustausch, zu gemeinsamer Arbeit zusammengerufen werden. Nach dem vorjährigen Wiener Beschlusse werden die von ersten wissenschaftlichen Autoritäten zu haltenden Vorträge vom Organisations-Ausschuß festgesetzt.

Israel in der Kunst. In der Generalversammlung der „Neuen Theater-Aktiengesellschaft“ zu Frankfurt (Main) griff „Genosse“ Baumann den angeblich antisemitischen Intendanten wegen Entlassung eines Sängers namens Nawiasky (Nathan!) an und wegen der Thatsache, daß am jüdischen Versöhnungstage das Theater nicht geschlossen gewesen ist. Das sei im „Publikum“ übel vermerkt. Man denke! Warum gründet „Genosse“ Baumann nicht eine jüdische Oper? Seine Mittel — er soll Millionär sein — erlaubens ihm ja!

Die Anarchisten in Nöten. Die in Feuerbach bei Stuttgart erscheinende „Freiheit“ schlägt gegen die faulen Zahler einen recht kräftigen und urwüchsigen Ton an. Sie fragt, ob sich denn bei den Lesern das Gewissen garnicht rege. Von 150 Mark ausständigen Bezugsgeldern seien ganze 80 Pfennige eingegangen. Die Kolportöre verkauften die Blätter Stück für Stück für 10 Pfennige, um das Geld zu versaufen, während die Leute in der Redaktion nicht mal satt Brot zu fressen hätten. Würde aber den Genossen der Arbeitgeber mit dem Lohn im Rückstand bleiben, dann würden sie einen ungeheuren Skandal machen. „Nun paßt mal auf!“ heißt es zum Schluß. „Wenn Ihr Eure Schulden nicht sofort begleicht, dann könnt Ihr die ‚Freiheit‘ da drucken lassen, wo Ihr unser Geld in Schnaps umsetzt.“

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 1. Mai 1902. Nr. 715.

Jüdische Uebertreibung. In Nr. 712 hatten wir eine Nachricht des Israelitischen Familienblatts aus Myslowitz abgedruckt „daß ein evangelischer höherer Beamter bei einem Festessen von der Rede des Rabbiners so begeistert gewesen sei, daß er diesem einen größern Betrag für jüdische wohlthätige Zwecke übergeben habe."

Der Rabbiner Dr. Norden aus Myslowitz, der die Rede hielt und wohl auch die Notiz verfaßt hat, neigt anscheinend etwas zur Uebertreibung, denn der „höhere" evangelische Beamte ist ein Stationsassistent und der größere Betrag sind 10 Mark. — Aus der Sache selbst sehen wir, daß es bei uns leider noch Leute giebt, die sich durch den orientalischen Schwulst von Rabbinerreden beeinflussen und zu unverständlichen Schritten hinreißen lassen. Es liegt uns fern, dem Herrn Spender vorschreiben zu wollen, wie er seinen Wohlthätigkeitsdrang bethätigen solle, wir erlauben uns nur zu bemerken, daß es unter der christlich-deutschen Bevölkerung von Myslowitz und von ganz Oberschlesien unendlich viel mehr Armut und Not giebt als unter der jüdischen. Dazu kommt noch, daß dies Elend zum großen Teil durch den jüdischen Wucher und durch den jüdischen Schnaps hervorgerufen und vergrößert wird. Hier eröffnet sich für die christlichen Deutschen ein weites Arbeitsfeld, um ihren unglücklichen Volksgenossen hilfreich zur Seite zu stehen. Es soll nicht geleugnet werden, daß es hier auch arme Juden giebt: das sind jene bekannten Schnorrer, die aus den von Juden bis zum Ueberfluß durchseuchten Ländern Galizien, Rumänien und Rußland als ungebetne Gäste zu uns kommen und sich immer weiter nach Westen vordringend auf unsre Kosten mehr oder weniger ehrlich allmählich bis zum Kommerzienrat emporschnorren. Und diesen Herrschaften ihre Laufbahn zu erleichtern, dazu sollte allerdings selbst ein Pfennig zu schade sein.

Cecil Rhodes in deutsch-amerikanischer Beleuchtung.

Man schickt uns aus Chikago mit der Bitte um Abdruck folgenden Artikel:

Der Tod des Cecil Rhodes und die Veröffentlichung seines hochtönenden Testaments hat den Angelsachsen wieder Gelegenheit geboten, ihr unverschämtes Gerede mit vermehrtem Geräusch klappern zu lassen. Ein hiesiges Blatt verkündet in doppelspaltigen dicken Titelschriften: „Rhodes erhoffte den Weltfrieden von einem anglo-amerikanischen Bündnis".

Rhodes war sicher ein ungewöhnlicher Mensch, ja ein bedeutender Mensch; viel bedeutender noch, als Schinderhannes. Es gelang ihm, große Schätze zusammenzuraffen, die meist das Arbeitsergebnis geschundner Kaffern und Hottentotten waren. Aber das genügte seiner Geldgier nicht. Er wollte auch noch die Goldminen bei Johannesburg den Buren abnehmen. Zu diesem Zwecke wurde der Raubzug des Doktor Jameson veranstaltet, und als dieses Verbrechen fehlschlug, betrieb Rhodes seine Kriegswühlereien. Er hat diesen Kampf heraufbeschworen, der so unendliches Elend über zwei Völker brachte. Wahrscheinlich war dem Menschen doch ein schäbiger Rest von Gewissen geblieben, das ihn angesichts des Elends in Südafrika plagte und ihn veranlaßte, im Schnapsrausch Vergessen zu suchen, und das seinen Tod im Säuferwahnsinn herbeiführte.

Was bedeutet es, wenn dieser Elende einen Teil seines Sündengeldes für Erziehungszwecke hergiebt? Nach unserm Empfinden sollte jeder Mensch, der auch nur einen Funken von Ehrgefühl in sich hat, das Geld des Rhodes von sich weisen, als käme es von einem Aussätzigen. Wir haben es tief bedauert, daß der Deutsche Kaiser den „kommerzialistischen Geldmacher ohne Gewissen" empfing, und wir würden an dem Urteil des Kaisers verzweifeln, wenn er einen Teil des ungerechten Gutes in Verwaltung nähme, das Rhodes für Stipendien deutscher Studenten hinterließ, die in Oxford möglichst verengländern sollen.

Wie der „Weltfrieden" aussieht, den das angelsächsische Bündnis gewährleisten soll, das erkennen wir deutlich genug. Die beiden einzigen Staaten, die zur Zeit Krieg führen, sind England und unsre Republik. Und zwar gelten diese beiden Kriege der Unterjochung und Ausplündrung zweier Völker, die nichts fordern, als daß man sie im ungestörten Genuß ihrer Freiheit und ihrer Unabhängigkeit läßt.

Die hochtönenden Redensarten der Angelsachsen von Freiheit, Zivilisation und Unabhängigkeit, als deren Vorkämpfer sie sich geberden, sind eitel Humbug. Diese Worte stehn im schroffen Gegensatze zu ihren Thaten. Denn es scheint bei unserm Volke wie bei den Engländern eine Raubwut zum Ausbruch gekommen zu sein, die uns wie die Engländer auf gleiche Stufe mit Straßenräubern stellt.

Der Jude Bloch, dessen plumpe Bestrebungen im englischen Interesse hier in Deutschland gegen die Buren Stimmung zu machen s. Z. der Reichstags-Abgeordnete von Liebermann in seiner Chamberlain-Rede geißelte scheint mit seinem Wochenblatte „The German Times" keine guten Geschäfte zu machen und so erweitert er denn den Bereich seiner segenbringenden Thätigkeit, indem er „Pangermanische Flugschriften" herausgiebt, von denen No. 1 uns vorliegt. Sie führt den Titel „Die Deutschen und der Burenkrieg", ist von einem Herrn Musgrave geschrieben und hat den Zweck, für ein Buch eines Herrn Conan Doyle, der nach Angabe des Herrn Musgrave einer der ersten Schriftsteller unsrer Zeit sein soll, und das „sachlich und unparteiisch die Frage des Burenkrieges und der kontinentalen Beschuldigungen untersucht", Reklame zu machen. Im übrigen ist dieses Buch gleichfalls im Verlage von Herrn Bloch erschienen und kann schon für den bescheidnen Preis von 50 Pf. erstanden werden. Von der „Sachlichkeit" und der Methode, wie Herr Doyle mit geschichtlichen Thatsachen umspringt, dürfte folgende Stelle aus Herrn Musgraves „pangermanischer Flugschrift" eine Vorstellung geben:

„Denn blutverwandt sind wir — das beweist die Geschichte, die uns lehrt, daß Groß-Brittannien wohl das einzige europäische Land ist, mit dem wir niemals Krieg geführt haben, sondern im Gegenteil, wir haben in Zeiten der Not oftmals in den Britten einen mächtigen Bundesgenossen gefunden. Als die despotische Macht Ludwigs des Vierzehnten die erwachende Freiheit Europas bedrohte, war es Groß-Brittannien, das zusammen mit dem aufstrebenden Staate Preußen gegen den französischen Tyrannen kämpfte. Als Friedrich der Große zu gleicher Zeit von Rußland, Frankreich und Oesterreich angegriffen wurde, fand er einzig und allein bei Groß-Brittannien bereitwillige Hilfe. Als Deutschland von dem großen Napoleon zu Boden gedrückt lag, war es Groß-Brittannien, das mit der Zähigkeit einer Bulldogge weiter biß und zerrte, sodaß der große Eroberer niemals zur Ruhe kam, die Früchte seiner Siege zu genießen. Die Schlachten von Hochstädt, Minden, Dettingen, Belleallianve — sind sie denn alle plötzlich vergessen, weil eine Zahl Zeitungsverleger Geld braucht und hungrige Zeichner ihre Rechnungen nicht anders bezahlen können, als indem sie schildern, wie sich englische Soldaten hinter Burenfrauen und Burenkindern verkriechen?"

Die bereitwillige Hilfe Englands Friedrich dem Großen gegenüber bestand bekanntlich darin, daß England Preußen während des siebenjährigen Krieges perfid sitzen ließ. Und

bei Waterloo hat natürlich nach englischer Geschichtsauffassung Wellington Blücher aus der Patsche gezogen. Weist Herr Doyle ein gleiches Maß von historischer Wahrheitsliebe auf, dann wird sich sein Buch wohl den sonstigen pangermanischen Erzeugnissen des Blochschen Verlags würdig anreihen.

Jüdische Revolutionäre. Von jeher hat Israel bei den Revolutionen seine unsaubern Hände im Spiel gehabt. So auch jetzt wieder bei den revolutionären Bewegungen, die das Russische Reich durchzittern. In der Nacht vom 17. zum 18. April nahm die Polizei in Warschau bei vielen hervorragenden Juden Haussuchungen vor und verhaftete eine ganze Anzahl. Es kann gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die russische Regierung Beweise dafür in Händen hat, daß zwischen den warschauer Juden und der revolutionären Bewegung in Rußland ein intimer Zusammenhang besteht. Verhaftet wurden die Aerzte Dr. Heinrich Nußbaum, Dr. Julius Schleifstein, Dr. Moritz Judt, Dr. F. Klotzenberg, Dr. Alexander Bernstein, Dr. Moritz Bernstein, Dr. Max Warschawski, Dr. Malinîak, Dr. Fränkel, die Zahnärzte Judt, Eissigman, Lippschütz, der Redaktör Sokolown, der Prediger Posnanski, die Kaufleute Brunner, Ludwig Horowitz, Leopold Tennenbaum, die Private Kamilla Horowitz, der Advokat Ettinger, die Aerztin Dr. Huzarska und die Studenten Kipmann, Kramstik, Tennenbauer, Likiernik, Goldfeder, Kraushaar und Kirschroth, die letztern beiden sind die Söhne der gleichnamigen Advokaten. Diese Leute sind alle ohne Ausnahme Juden. Die jungen Leute, die verhaftet wurden, haben in der hiesigen zionistischen Bewegung das große Wort geführt, und offenbar hat die russische Geheimpolizei den gegründeten Verdacht, daß die von den Juden unter dem harmlosen Aushängeschild des Zionismus gegründeten Judenvereine gleichzeitig auch an der revolutionären Bewegung mitgewirkt haben.

Aus jüdischer Quelle wird indes mit einer gewissen Absichtlichkeit die Lesart verbreitet, daß die nächtlichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen mit der revolutionären Bewegung in Rußland nicht im Zusammenhang stehn. Vielmehr soll es sich lediglich um die Wiederbesetzung des Warschauer Rabbinerpostens handeln, der seit dem Jahre 1863, wo Rabbiner Meisels wegen Unterstützung des polnischen Aufstandes verschickt wurde, unbesetzt geblieben ist. Ueber diese Rabbinerfrage soll es angeblich zwischen den polnischen und den russischen Juden in Warschau zu Reibungen gekommen sein, und da sollen nun die russischen Juden ihre polnischen Rassegenossen bei der Geheimpolizei denunziert haben, die sich natürlich beeilte, der Denunziation Gehör zu schenken, da die reichen polnischen Juden in Warschau ein dankbares Ausbeutungs-Objekt für die Erlangung von „Bakschisch“ bilden. So die jüdischen Angaben, denen es aber sozusagen schon an der Stirne anzusehn ist, daß sie jeder Glaubwürdigkeit entbehren.

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. Bei der Ersatzwahl im Wahlkreise Celle-Peine-Gifhorn (am 24. April) erhielten von 23573 abgegebnen Stimmen Fabrikant Wehl (Natl.) 7382, v. d. Decken-Adensdorf (Welfe)) 6080, Hofbesitzer Bödicker (Antisemit und Bund der Landwirte) 4673 und Redaktör Thielhorn (Sozialdem.) 5420 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Wehl und v. d. Decken findet am 3. d. M. statt.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4. I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Braunschweig. Das zehnjährige Stiftungsfest des Deutschsozialen Vereins für das Herzogtum Braunschweig fand Freitag, den 25. April, unter sehr starker Beteiligung aus Stadt und Land im großen Saale des „Wilhelmsgartens“ statt. —

Auf der für die Vorträge eingerichteten Bühne hatte die Musik-Kapelle ihren Platz hinter Lorbeerbäumen und grünen Blattpflanzen erhalten. Vor der grünen Wand stand auf einer Staffelei das Geschenk des Vereins an seinen langjährigen Vorsitzenden Herrn Bertram Walterscheid, bestehend aus einer lebensgroßen Photographie des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg, dessen Vorträge dereinst den Anlaß zur Bildung des Vereins gegeben haben. — Nach einigen einleitenden Konzertstücken sprach Herr Friedrichs vom Herzoglichen Hoftheater einen schwungvollen Prolog, der von dem Redaktör Herrn Friedheim Kemper verfaßt war. —

Darauf folgten zwei Deklamationen, die in geradezu meisterhafter Form von Frau Dr. Else Bade ausgeführt wurden und stürmischen Beifall entfesselten. — Sehr beifällig wurden auch die Vorträge des Braunschweiger Mandolinen-Quartetts aufgenommen. — Nach weitern Konzertstücken sang der Opernsänger Herr Otto Lange den Prolog aus der Oper „Die Bajazzi“ und noch zwei Lieder und erntete dafür verdiente Anerkennung.

Die Festrede hielt Herr Redaktör Kemper, er sprach in schwungvollen, zu Herzen gehenden Worten von der Vergangenheit, der Gegenwart und den Zukunftshoffnungen des Vereins. Seine Ansprache klang in einem Heilruf auf das Vaterland aus. Die Versammlung sang im Anschluß daran das Lied „Deutschland über alles“. — Darauf erfolgte die Ueberreichung des oben erwähnten Geschenks an den Herrn Vorsitzenden.

Die 15 Mitglieder, die dem Verein seit seiner Begründung angehören, erhielten Kabinets-Photographien des Abgeordneten v. Liebermann mit dessen Namensunterschrift und einer Widmung in Versen.

Die eingeladnen Ehrengäste, Herr Wilhelm Schack (Hamburg), Graf Reventlow (Wulfshagen) sowie eine Anzahl von Deutschsozialen Verbänden hatten Drahtgrüße gesandt. Von den deutschsozialen Reichstags-Abgeordneten brachte der Abgeordnete v. Liebermann die besten Grüße und knüpfte daran längere Ausführungen, die mit einem Heil auf den Verein schlossen. Einer der Mitbegründer dankte und brachte Herrn v. L. ein Heil aus.

Damit war der offizielle Teil des Festes beendet und der frohe Reigentanz begann. Mehr als 150 Paar beteiligten sich bei dem Rundgang. Als die letzten Besucher den Festsaal verließen, blickte bereits der Frühlings-Morgen in die Fenster hinein.

Verband Nordmark. Den diesjährigen (dritten) Verbandstag, der am 20. April zu Hamburg tagte, eröffnete Abg. Raab als Verbandsvorsitzender mit einem Heil auf Kaiser und Vaterland. Darauf erstattete Herr Henningsen den Geschäftsbericht, nach dem die Mitgliederzahl am 1. Januar d. J. 1122 betrug. Im verflossenen Jahre wurden 86 öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen u. a. Graf Reventlow (Wulfshagen) dreimal, Abg Liebermann viermal und Abg. Raab fünfzehnmal sprachen. 150000 Flugschriften sind zur Verteilung gekommen, von denen eine Anzahl der Verband selbst verlegte. Die Einnahmen betrugen 10030,80 Mark (1900: 7907,60 Mark) und die Ausgaben 10021,53 Mark (1900: 7940,27 Mark). — Die Neuwahl des Vorstandes änderte nichts an der Zusammensetzung, sowohl der erste und zweite Vorsitzende — die Herren Raab und Schack — bleiben dieselben als auch die Obmänner der einzelnen Wahlkreise.

Eine eingehende Besprechung fand die Frage, ob der Verband für einen allgemeinen Parteitag in diesem Jahre eintreten solle oder nicht. Graf Reventlow (Wulfshagen) war dafür und für eine Revision des Parteiprogramms, während Herr W. Schack die Abhaltung des Parteitages kurz von den nächsten Wahlen für angebrachter hielt. Es wird dementsprechend beschlossen, beim Parteivorstande die Einberufung einer Gesamt-Vorstandsitzung der Partei zu beantragen, die über das Nötige befinden soll.

Abg. Raab hielt nunmehr einen längern Vortrag über „Der deutsche Seemann und die Sozialreform“, den wir füglich übergehn können, da unsre Leser aus dieser und der vorigen Nummer genau über dieses Thema unterrichtet sind.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Abg. Raab schloß den Verbandstag mit einem Heil auf die Partei, dem sich der Gesang des Lieds „Deutschland über alles“ anschloß.

München. Auf der Durchreise sprach am 21. v. M. Graf Reventlow (Wulfshagen) in der „Christlichsozialen Vereinigung“ über „Deutsche Politik.“

Herr Demmig hat Pech. Neben der Klage gegen Abg. von Liebermann (vergl. Nr. 712) hat Herr Abg. Demmig auch die Hilfe des Kadi angerufen gegen Abg. Raab, Herrn Henningsen (Hamburg) und einem Handwerksmeister in Hannover. Dieser erhielt nunmehr die amtliche Benachrichtigung, daß die gegen ihn angestrengte Privatklage zurückgewiesen sei. Was nun Herr Demmig?

„Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz“ heißt der Titel der kleinen, 16 Seiten umfassenden Broschüre, die mit einem einleitenden Vorwort den Wortlaut des Rabbinerbriefs an den Reichstags-Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und den Wortlaut von dessen Antwort und Widerlegung enthält.

Jeder Leser sollte sich eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;
in Nordhausen am 2. und 9. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Auf Grund des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches erhielt der angebliche Klempnergeselle (Schnorrer!) Julius Reinach aus Sinsheim vom Landgericht zu Heiligenstadt (Eichsfeld) sechs Monate Gefängnis.

Steckbrief. Gegen den Kaufmann (auch Buchhandlungsgehilfen, Buchbinder, Fahrradhändler) Leopold Nebel auch Louis Nebel, Nebel Karsten, Karsten, Adolf Back, Max Baeck, Adolf Max Bock, auch Max Dornhoff, geboren am 24. Juli 1871 zu Groß-Chelm (Kr. Pleß), aus Breslau, zuletzt in Wien, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Unterschlagung verhängt. Nebel giebt auch an, in Rodos in Ungarn oder Geewitz geboren zu sein. Besondre Kennzeichen: lange Nase. Der Erste Staatsanwalt zu Breslau ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gerichtsgefängnis.

Ausgewiesen aus dem Reichsgebiete wurde Joel Großbach, israelitischer Lehrer, geboren im Jahre 1872 zu Ljublin (Polen), wegen Landstreichens und Bettelns durch Beschluß des Großherzoglich badischen Landeskommissärs zu Freiburg (Breisgau) vom 6. März d. J.

Betrügerischer Bankrott brachte dem Spirituosenhändler Jakob Wassermann zu Wien vierzehn Tage strenge Haft ein. Für die 19683 Kronen, die er seinen Gläubigern dadurch entzog, keine große Sühne.

Ein „Russe“ wurde von der Berliner Kriminalpolizei zur Strecke gebracht, der eine Anzahl serbischer Wertpapiere in der Reichshauptstadt zu versilbern suchte, die nachweislich in Frankreich gestohlen waren. Er nennt sich Rabinowitz, will aus Rußland stammen und nach Amerika ausgewandert sein. Thatsächlich heißt er Moritz Levin.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Der Scherer. Wochenblatt für Alldeutschland. Innsbruck. Vierteljährlich 2,50 Mark. Aus der neusten Nummer heben wir vor allem das prächtige Vollbild „das deutsche Dreigestirn“ (Luther, Goethe, Bismarck) hervor, das auch als Sonderabdruck erscheinen wird. Das vorliegende Heft ist vorwiegend nationalen Inhalts. Ein geistvoller Aufsatz von Albert Weidner führt uns den allzufrüh verstorbnen deutsch-amerikanischen Freiheitsdichter Robert Reitzel lebendig vor Augen. Eine Auswahl seiner Gedichte zeigt seinen stramm nationalen Sinn. Dem Geburtstag des eisernen Kanzlers sind die „Im Sachsenwald“ und mehre Gedichte geweiht. Der statistische Ausweis über die bisherigen Beschlagnahmen des „Scherer“ wurde natürlich beschlagnahmt.

Briefkasten.

Dortmund. Genaue Angaben über das Zuckerkartell und die Anfrage im Reichsrate finden Sie in Nr. 20 der „Deutschen Bauern-Ztg.“ (Saaz, Ringplatz 11).

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 7. Mai 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 716.

Wochen-Spruch.

Der Jude hat es erreicht, einem Lande in der Stunde der Gefahr die Kehle zuschnüren und öffnen zu können, je nachdem er die Schnur seiner Börse auf- und zuzieht. Die früher von ihm betriebnen kleinen Handelsgeschäfte verabscheut er jetzt, da er sie mit der Groß-Industrie der Banken, dem Großhandel der Finanz ersetzt hat, wo er mit schwindelerregender Schnelligkeit der König-Autokrat, der absolute Herrscher geworden ist. Der Jude hat sich der ganzen Thätigkeit der Presse bemächtigt, um alle Fundamente der Gesellschaft besser erschüttern zu können.

Franz Liszt, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 63.

Bismarcks Stellung zur sozialen Frage.

Vortrag, am 6. April 1902 gehalten im evangelischen Arbeiterverein zu Kassel von Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden).

Eine außerordentlich wertvolle Fundgrube für jeden politisch regsamen und eifrigen Mann sind die stenographischen Parlamentsreden unsers Bismarck. Immer wieder, mag man mit Zustimmung lesen oder abweichender Ansicht sein, erfreut und erbaut die Fülle der Gedanken und die Klarheit des Ausdrucks, das Verständnis für das praktische Leben, und daneben bei aller realer Auffassung der Dinge der Schwung idealer Gesinnung.

Mehr wie bisher sollten sich Anhänger und Gegner mit dem Studium der Reden befassen. Uns in den evangelischen Arbeitervereinen interessiert wohl am meisten, was sich aus den Reden lernen läßt über Bismarcks Stellung zur sozialen Frage. Es ist ja ein ungenauer Sprachgebrauch, wenn man darunter nur die Arbeiterfrage versteht, aber dieser Sprachgebrauch ist so häufig und für viele so selbstverständlich, daß man sich, um verständlich zu sein, ihm oft anschließen muß, und das soll denn auch hier geschehn.

Das ganze große Gebiet der Arbeiterfrage ist so vielseitig und mannigfaltig, daß selbst unter gleich warm empfindenden Männern über viele Einzelheiten die verschiedensten Ansichten bestehn. Es herrscht heutzutage im politischen Leben leider häufig die große Einseitigkeit, daß man einen auf dem sozialen Gebiete mehr rechtsstehenden Mann sofort als „Arbeiterfeind" und „Reaktionär", einen mehr linksstehenden sofort als „Sozialist" im schlimmen Sinne des Wortes ansieht. Dem Andersdenkenden wird oft ohne weiters böser Wille untergeschoben oder ihm gnädig der mildernde Umstand seiner bodenlosen Dummheit zugebilligt. Man sollte aber nie vergessen, daß grade auf dem wogenden Meere sozialer Gedanken mehr als anderswo Verstand und Herz das Steuer führen müssen. Jede Klärung der sozialen Frage ist mit Freuden zu begrüßen, und dazu kann meiner Ansicht nach auch die Behandlung meines Themas beitragen.

Bismarcks Stellung zur sozialen Frage! Wie?! Bismarck, der eiserne Kanzler, der Mann von Blut und Eisen, der im Interesse des großen Ganzen oft mit Unbeugsamkeit und Rücksichtslosigkeit seinen nationalen Willen zur nationalen That schuf, der unsrer Erinnerung nach am besten in die streitbare, gepanzerte Kürassieruniform paßt, Bismarck, der Vater des Sozialistengesetzes und sozial!? Ist das nicht ein unüberbrückbarer Widerspruch? Nun, sehn wir ihn uns einmal näher an, nageln wir, wenn ich so sagen darf, den ersten Reichskanzler einmal auf seine eignen Worte fest.

Betritt*) man ein unbekanntes Gebiet, ist der erste Schritt im gewissen Sinne der größte, und darum ist es wohl nicht unrichtig, wenn man die erste Einführung der Sozialpolitik in die Gesetzgebung die größte unter den sozialpolitischen Thaten nennt. Diese Einführung geschah durch drei Regierungsakte, die untrennbar mit dem Namen Bismarck verknüpft sind: Die Begründung, die s. Z. die Regierung dem Sozialistengesetz mitgab, die Reichstagseröffnungsrede vom 15. Februar 1881 und die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881.

Wohl sind schon vorher vereinzelte Maßnahmen sozialer Art in der Gesetzgebung zu finden (z. B. im Jahre 1876 Armenrecht im Prozeß, gegen das die arbeiterfreundlichen Sozialdemokraten gestimmt haben), aber erst nach den Attentaten im Jahre 1878 ist die Notwendigkeit einer deutschen Sozialpolitik erkannt. Da erst fing man an einzusehn, daß sie ein wichtiger Bestandteil der Gesetzgebung sein müsse, und durch jene drei Regierungsakte wurde der Grund gelegt zu den Gesetzen, die heute unsre Sozialgesetzgebung ausmachen. Jene berühmte Botschaft trug die Namen Kaiser Wilhelms des Ersten und Bismarcks, und lautete in ihrem wesentlichen Teile:

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsre Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsre Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen und würden Wir mit um so größrer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsre Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines innern Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen . . . In diesem Sinne wird zunächst der schon früher vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle . . . einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Bearbeitung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht."

Zunächst will ich nun einige Ausschnitte aus den Reden Bismarcks verlesen, die seine allgemeine Stellung zur sozialen Frage kennzeichnen:

In der Begründung zum Unfallversicherungsgesetz sagt er am 8. Februar 1881:

„Daß der Staat sich in höherm Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht blos eine Pflicht der Humanität und des Christentums, von welchem die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, die zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht blos eine

*) Vgl. Nr. 669 den Vortrag des Grafen Reventlow auf dem letzten Parteitage.

notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei. Zu dem Ende müssen sie durch erkennbare, direkte Vorteile, die ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zuteil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als eine lediglich zum Schutz der besser situierten Klassen der Gesellschaft erfundne, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen.

Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolge, ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. So weit dies wirklich der Fall, handelt es sich nicht um etwas ganz neues, sondern nur um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee, nach der der Staat neben der defensiven, auf den Schutz bestehender Rechte abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmäßige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesamtheit das Wohlergehn aller seiner Mitglieder, und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern . . .

Auch die Besorgnis, daß die Gesetzgebung auf diesem Gebiete namhafte Erfolge nicht erreichen werde, ohne die Mittel der Reichs- und der Einzelstaaten erheblich in Anspruch zu nehmen, darf von der Betretung des Weges nicht abhalten, denn der Wert von Maßnahmen, bei welchen es sich um die Zukunft des gesellschaftlichen und staatlichen Bestandes handelt, darf nicht an den Geldopfern, die sie vielleicht erfordern, gemessen werden.

Allerdings könnte mit einer einzelnen Maßregel, wie sie gegenwärtig vorgeschlagen wird, die Schwierigkeiten, die die soziale Frage bietet, nicht gänzlich oder auch nur zu einem erheblichen Teile gehoben werden; es handelt sich vielmehr nur um den ersten Schritt auf einem Gebiete, auf dem eine Jahre lang fortzusetzende schwierige Arbeit mit Vorsicht nur allmählig zu bewältigen sein und die Lösung einer Aufgabe wieder neue Aufgaben erzeugen wird . . ."

Am 2. April 1881 sagte Bismarck:

„Ich möchte gern, daß ein Staat, der doch in seiner Mehrheit aus Christen besteht, die Grundsätze der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in Bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in Bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksal, dem alte, leidende Leute entgegengehn, sich einigermaßen durchdringen läßt . . .

Wenn der Abgeordnete Bamberger für unsre Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen . . .

ich nenne es immer wieder praktisches Christentum in gesetzlicher Bethätigung."

„Praktisches Christentum in gesetzlicher Bethätigung". — Dieser Ausdruck darf, da er sich wiederholt, als kennzeichnend für Bismarcks Gesinnung gelten. Es ist doch wahr: Dieser Ausdruck ist so schön und richtig, daß wir ihn für alle Zeit als Ueberschrift für alle sozialpolitischen Gesetze brauchen dürfen. Nun fragen wir, weshalb fand Bismarck nicht früher solche Gedanken? weshalb kam er nicht früher zu sozialpolitischen Thaten? Lassen Sie ihn darauf selber antworten:

In der Begründung für die Verlängerung des Sozialistengesetzes sagt er am 20. März 1884:

„Ich habe schon öfter erklärt, daß ich in jeder Periode meines Lebens das gewollt und erstrebt habe, was ich für das Vaterland und den Herrn, dem ich diene, am nützlichsten hielt. Es war nicht in jeder Periode dasselbe. Ich habe bis zu den Jahren 1876 und 1877 überhaupt nicht Zeit gehabt, mich um etwas andres als die hohe, auswärtige Politik zu bekümmern. Es sind stets die notwendigsten Neubildungen gewesen, mit denen ich mich befassen mußte. Kurz, ich bin erst seit sieben Jahren ungefähr zu der Muße von andern mir wichtiger erscheinenden Geschäften gelangt, daß ich überhaupt in unsre wirtschaftlichen Fragen mich hineinarbeiten konnte . . .

Die erste Nötigung in dieser Beziehung hat für mich einerseits in den Gefahren gelegen, in denen 1878 die agitatorische Aufregung, die sich der Sozialdemokratie bemächtigt hatte, unsre Ruhe bedrohte, andrerseits in den Verbrechen,. die gegen das geheiligte Haupt S. Majestät des Königs begangen wurden, und die den ursprünglichen Ausgangspunkt der Gesetzgebung bilden, die uns heute beschäftigt."

Dieser Zusammenhang zwischen den Attentaten und der sozialdemokratischen Agitationsverhetzung einerseits und der sozialen Gesetzgebung andrerseits und die Notwendigkeit einer neben dem Sozialistengesetz hergehenden Arbeiterfürsorge wird von Bismarck häufig betont. Grade seine Ausführung über diese „Ausgangspunkte" der Sozialgesetzgebung ist sehr lehrreich und wertvoll zur Beurteilung der Bismarckschen Stellung.

Unbestrittnermaßen stand er turmhoch über seinen Mitmenschen, aber doch war er ein Kind seiner Zeit. Er mußte mit seinen Grundempfindungen in den Anschauungen früherer Zeiten stehn, und man darf sagen, ohne zu seinen Verkleinern zu gehören, es war ihm nicht möglich, die elementare Klassenbewegung der Arbeiter voll zu verstehn und zu würdigen. Ihm war der Hauptzweck seiner Sozialpolitik der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Folgezeit hat uns meiner Ansicht nach gelehrt, die Sozialpolitik tiefer zu begründen. Sie soll als Selbstzweck geübt werden. Sie soll als gleichwertig und gleichwichtig neben der Mittelstandspolitik getrieben werden. Schon die ganze Zusammensetzung unsers Volkes zeigt, daß kein Heil nicht in der einseitigen Verfolgung einer von beiden liegen kann, sondern daß beide sich bedingen und notwendig sind.

Auch bei Bismarck findet sich schon ein Verständnis für diese Auffassung, aber jener Hauptzweck, der Kampf gegen die Sozialdemokratie, war und blieb bei ihm das treibende. So sehn wir, daß die wüste Agitation der Sozialdemokratie und die aus ihrer Verhetzung verständlich werdenden Attentate ungewollt und unbeabsichtigt der Anstoß zu einer segensreichen Politik wurden. Wir dürfen darin ein deutliches Zeichen der Wundermacht unsers Gottes sehn, daß er aus solch böser Saat solch köstliche Frucht ersprießen ließ. Und diese Frucht heißt zunächst: Krankenkassengesetz, Unfallversicherungsgesetz, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.

Mag man Einzelheiten dieser Gesetze tadeln und Verbesserungen und Erweiterungen für sehr erstrebenswert halten, jeder vernünftige Arbeiter muß anerkennen, daß darin seinem Stande erhebliche Vorteile gegeben wurden, daß sich darin das ehrliche Streben, die Lage der Arbeiter zu bessern, kundgiebt, und daß dieses Streben praktische Erfolge gezeitigt hat. Fast alle diese Gesetze hat Bismarck im Reichstage mit aller Kraft vertreten und zum großen Teil durch die Macht seiner überzeugenden Rede durchgedrückt. Man darf sagen durchgedrückt, denn er sah sich einer starken Gegnerschaft gegenüber. Und es ist interessant, diese Gegner saßen nicht etwa rechts im Reichstage, sondern links. Grade die Sozialdemokraten und die Linksliberalen stemmten sich mit aller Macht gegen seine Vorschläge. Sehn wir einmal ihre Angriffe näher an und lernen wir aus den Antworten Bismarcks seine Stellung zu einer Reihe einzelner Fragen näher kennen.

Wie griffen die Sozialdemokraten die Bismarcksche Sozialgesetzgebung an?

Auf Ihre positiven Maßregeln zu gunsten der Arbeiter antworten die Arbeiter mit schallendem Gelächter.

Abg. Bebel, am 4. Mai 1880.

Die Arbeiter müssen zu der Ueberzeugung kommen, daß man ihnen nichts andres geben will, als die Sättigung der Sklaverei, und diese Sättigung soll natürlich auch keine andre sein, als die bekannte preußische Kommißbrot-Sättigung.

Abg. Kayser, am 11. Januar 1882

Das Krankenkassengesetz bedeutet nach vielen Richtungen hin sogar eine bedeutende Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes. Es ist ein Klassen- und Ausnahmegesetz.

Abg. Dietz, am 31. Mai 1883.

Niemals hat sich eine Firma pomphafter und marktschreierischer angekündigt und ist jämmerlicher zu Grunde gegangen, hat elender Schiffbruch gelitten, als die Firma Sozialreform. Wir wollen nicht blos kleine Nachbesserungen und Flickereien. Wir haben immer in erster Linie die politische Macht angestrebt.

Abg. v. Vollmar a. 13. Dezember 1882 u. am 13. März 1884.

Unter der Herrschaft des Staatssozialismus im reaktionären Staate hätte der Arbeiter ein doppeltes Joch der wirtschaftlichen und politischen Sklaverei zu tragen. Deshalb hauptsächlich bekämpfen wir den Staatssozialismus.

Abg Liebknecht, am 26. Januar 1882.

Solange die Peitsche des Ausnahmegesetzes in der einen Hand vom Regierungstische geschwungen wird, nimmt kein deutscher Arbeiter aus der andern das Zuckerbrot der sozialpolitischen Gesetzgebung an.

Abg. Hasenklever, 10. Dezember 1881.

Nun, das „Zuckerbrot" des Krankenkassen-, des Unfallversicherungs-, des Invaliditätsversicherungs- und Altersversicherungsgesetzes ist ein derbes, gutes und gesundes Brot für die Arbeiter geworden und die vorgelesenen Worte der sozialistischen Abgeordneten sollten dem vernünftigen Arbeiter doch etwas die Augen öffnen. Hören wir einmal, was Bismarck über die Gegnerschaft der Sozialdemokratie sagte:

„Es hat mich in keiner Weise überrascht, daß die sozialdemokratische Partei gegen dieses Gesetz ist. Wenn eines der Mitglieder der freisinnigen Partei gesagt hat, daß wir die Sozialdemokraten mit dieser Vorlage

nicht gewinnen würden, ginge aus deren Auftreten hier dagegen hervor, so möchte ich darauf doch erwidern, daß dieser Redner zwei Dinge vollständig verwechselt, das sind die sozialistischen Führer und die sozialistischen Massen.

Die Massen, die mit irgendetwas unzufrieden sind, mit etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten, weil sie ihrer Unzufriedenheit durch eine antigouvernementale Abstimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz andern Boden stehn die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen das Gesetz natürlich ab, weil es immer — es wird die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit nicht versöhnen — doch ein Schritt auf dem Wege und eine Abfindung mit unserm eignen Gewissen ist. Daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die sich uns bietet und die der Reichstag uns gestattet, mildern wollen . . . Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege, und sie wird losschlagen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei, sondern der Führer —, ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik, — und alles, was dieser Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des „Massentrittes der Arbeiterbataillone" schädigen kann, hindern kann, hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen; also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des kleinen Mannes, das von staatswegen geschieht, hinderlich sein, — das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie. Also das war natürlich vorauszusehn, daß sie dagegen stimmen würden."

Von andrer Seite wurde der Vorwurf erhoben, daß die Gesetze in ihren Grundzügen sozialistisch seien. „Gefährliche, sozialistische Schrullen" nannte sie der liberale Abgeordnete Bamberger. Darauf gab Bismarck folgende treffliche Antwort:

„Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus? Ohne einen solchen können wir überhaupt nicht wirtschaften.—

Wer den Staatssozialismus als solchen vollständig verwirft, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsre freie Atmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operatörs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen. Für mich ist es ganz einerlei, ob diese Theorie Anklang findet, ich thue aus eignem Antrieb meine Pflicht, ich hatte dies für meine Pflicht und werde dafür kämpfen, so lange ich hier das Wort nehmen kann."

Ein weiterer Einwand von liberaler Seite war: „Durch diese Gesetze werden die großen Versicherungsgesellschaften umgebracht", „der sozialistischen Schrulle zu Liebe wird das blühende und längst befestigte Versicherungswesen aufgehoben." Hat sich diese echt orientalische Uebertreibung des Herrn Bamberger nicht als völlig thöricht erwiesen? Nun, Bismarck führt denn auch gegen diesen Konkurrenz-Einwand ein scharfes Schwert. Er sagte am 15. März 1884:

Ich nehme hier Gelegenheit, sofort das Thema der Konkurrenz der Privatversicherungs-Gesellschaften zur Sprache zu bringen. Der Herr Abg. Bamberger hat namentlich in diesem Punkte Anklagen gegen die Vorlage erhoben; ich komme auf die Ausdrücke, die er gebraucht hat, zurück, aber ich will hier das Prinzip aussprechen im Namen der verbündeten Regierungen, daß wir Unfälle und Unglücksfälle überhaupt nicht für eine geeignete Operationsbasis zur Gewinnung hoher Zinsen und Dividenden hatten, daß wir dem Arbeiter die Versicherung gegen diese und andre Uebel so wohlfeil verschaffen wollen, wie es irgend möglich ist, und daß wir es für unsre Pflicht hatten, den Preis der Versicherung so weit als möglich herunterzudrücken im Interesse der Arbeiter und der Industrie, der Arbeitgeber ebenso wie der Arbeiter. Nun, glaube ich, giebt es niemanden, der den Preis so wohlfeil stellen kann, wie er durch die Gegenseitigkeit der Versicherung, die jede Verzinsung perhorresziert, durch den Staat, durch das Reich, gemacht werden kann. . .

Daß jemand eine Privatversicherungs-Gesellschaft bildet, hatte ich nicht für unmoralisch und ich hatte es menschlich auch für ganz natürlich, daß er in diesem Geschäft die Verzinsung seiner Kapitalien erstrebt, wenn es sein kann, auch einen erheblichen Ueberschuß, eine möglichst hohe Dividende. Aber die ungeheuerlichen Dividenden, die einige Versicherungs-Aktiengesellschaften — 38 bis 50 oder wieviel Prozent jährliche Dividende — verdient haben, hatte ich inderthat mit den Grundsätzen der öffentlichen Moral nicht vollständig vereinbar; wenigstens kann der Staat auf diesen Gedanken nicht eingehn."

Und am 2. April 1881:

„Der Herr Abg. Bamberger hat ja gestern seinen Angriff auf das Gesetz wesentlich mit der Klage über den Ruin der Versicherungs-Gesellschaften begründet, er hat sich stark ausgedrückt, daß sie erdrückt, zermalmt werden würden, und hat gesagt, daß diese Versicherungs-Gesellschaften sich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger.

Wenn sie aber auch dafür die Dankbarkeit noch zu Buch bringen wollen, so ist das eine geschickte Operation. Daß sie aber als edle Seelen sich für die Arbeiterinteressen bei der Einrichtung ihrer Versicherungs-Gesellschaften auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich auch schwer davon überzeugen.

Und für solche Privatversicherungs-Gesellschaften, die in Konkurs geraten können, auch bei guter Verwaltung, durch Konjunkturen, auch große Unglücksfälle, die genötigt sind, ihre Beiträge so einzurichten, daß noch für den, der sein Kapital hergiebt, Dividende übrig bleibt, wenigstens eine gute Verzinsung und auch die Hoffnung auf Dividende, zu solchen Versicherungen können wir nach meinem Rechtsgefühl niemand zwingen, und da möchte ich meinen Beistand dazu versagen. Das Korrelat für den Zwang bildet meines Erachtens auch die Uebernahme der Versicherung durch den Staat in der Form des Reiches oder in der Form des Einzelstaats, — ohne das kein Zwang!"

Bismarck blieb Sieger und die Zukunft hat gezeigt, welch unendlicher Segen in den seiner Urheberschaft entsproßnen Gesetzen liegt. Nur in einem wesentlichen Punkte ist bei den Versicherungsgesetzen ein Grundgedanke von ihm nicht durchgesetzt worden. Er wollte die Sicherstellung des invaliden Arbeiters allein aus den Mitteln des Staats, ohne Belastung des Arbeiters; der Arbeiter sollte also nach Bismarcks Willen keine Versicherungsbeiträge zahlen. Wieder waren es vor allem die Liberalen, die sich dagegen stemmten, und Bismarck hatte seine Not, wenigstens einen erheblichen Zuschuß zur Rente durchzusetzen.

Seine Hoffnung, daß die Arbeiter den Segen, den die soziale Gesetzgebung ihnen brachte, bald erkennen und deshalb der nichts positives leistenden Sozialdemokratie den Rücken kehren würden, ging nicht in Erfüllung. Eine gewisse Entmutigung überkam ihn. Seine eignen Worte hierüber sind für jeden, der auf diesem Gebiete arbeitet und solchen Entmutigungen ausgesetzt ist, äußerst wertvoll. Der Reichskanzler sagte am 8. Januar 1882:

„Mein jetziger Herr ist von dem edlen Ehrgeiz beseelt, in seinem hohen Alter wenigstens noch die Hand angelegt und den Anstoß gegeben zu haben, daß für die heutzutage schwächste Klasse unsrer Mitbürger eine wesentliche Besserung der Gesamtsituation, des Vertrauens, mit dem diese ärmern Mitbürger in die Zukunft und auf den Staat sehn können, herbeigeführt werde. — Nichtsdestoweniger und trotz der vielbewährten Treue, mit welcher der gemeine Mann bei uns an seinem Königtume hängt, sind die Verheißungen, die Anerbietungen, die Anfänge einer sozialen Gesetzgebung in den großen Zentren der Industrie von dem Arbeiter mit weniger Vertrauen aufgenommen als die Anerbietungen der Herren, die kühl sagen: Helft Euch selbst, Ihr seid dazu imstande, Ihr seid stark genug. Eure Unabhängigkeit erfordert das, vom Staate habt Ihr nichts zu erwarten; kurz, die Niederlage, die die Regierung, oder die ich persönlich mit meinen Reformbestrebungen in den großen Zentren der Industrie bei den Arbeitern in der Wahl erlitten habe, hat mich bis zu einem gewissen Grade entmutigt; allein diese Entmutigung kann mich nicht abhalten, meine Schuldigkeit zu thun, so lange ich im Dienste bin, und wenn ich auch sicher bin, einer ausnahmslosen Opposition gegen das, was ich den Herren vorlege, entgegen zu gehn. Ich kann also auch nicht einmal meiner Entmutigung, unter der ich spreche, in Hinblick auf die Arbeiterwahlen, einen vollen unbegrenzten Ausdruck geben, sondern muß meinen Dienst weiter thun."

Nun, und das hat er gethan. Es ist eine weitverbreitete, aber irrige Ansicht, daß Bismarck im Alter das Interesse an seiner Sozialpolitik verloren habe. Nur darf man meiner Ansicht nach nicht vergessen, daß sich in jenen Jahren unter unserm schnell lebenden Geschlecht der soziale Gedanke umformte. Wir haben schon gesehn, daß bei Bismarck der Kampf gegen die Sozialdemokratie das treibende bei seiner sozialen Gesetzgebung war, daß ihm Sozialpolitik noch nicht Selbstzweck war. Als dies aber in weiten Kreisen das Ergebnis einer meiner Ansicht nach vertieften Auffassung zu werden anfing, verlor er wohl die Führung in diesen Fragen; aber noch unter dem jetzigen Kaiser vertrat er mit Wärme das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz und wies den Vorwurf der Interessenlosigkeit für diese Gesetzgebung energisch zurück. Am 20. März 1889 sagte er:

„Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen sozialen Politik aneignen, einschließlich des Abschlusses, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für diese Sache zu gewinnen. Er hat es als seinen schönsten Triumpf bezeichnet, den er noch haben würde, und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für die Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte. Der jetzt regierende Kaiser hat es eine seiner ersten Aeußerungen sein lassen, sich diese Neigung seines hochseligen Herrn Großvaters unbedingt anzueignen. Wie sollte ich nun dahin

kommen, dieses unter meiner Initiative ins Leben gerufne Werk dicht vor dem Abschlusse zu verleugnen, ja sogar zu bekämpfen! Es hieße das nicht nur das Andenken des alten Kaisers, sondern auch den Dienst meines jetzigen Herrn vollständig verraten und verlassen."

Auch außerhalb des Rahmens der großen Sozialgesetze hat sich Bismarck über einzelne Spezialfragen sozialer Art geäußert. Zur Vervollständigung seines Bildes sei daraus auch einiges mitgeteilt.

1. Maximal- und Normal-Arbeitstage (am 15. Januar 1885):

„Ein Maximalarbeitstag hat die Gefahr, daß nun ein jeder Arbeitgeber sich berechtigt hält, bis auf das Maximum heraufzugehn, auch der, welcher es früher nicht gethan hat. Wenn es heißt ‚14 Stunden‘ — was ich für einen ungeheuerlichen Arbeitstag und für unzulässig halte — ‚dürfen nicht überschritten werden‘, so wird auch der Arbeitgeber, der bisher nur zehn oder zwölf Stunden arbeiten ließ, sich sagen: Bis 14 Stunden kann ich gesetzlich gehn! Darin liegt die Gefahr für eine Maximalbestimmung." (Diese Gefahr, von der Bismarck spricht, halte ich für sehr gering, weil die Zahl der Arbeitgeber, die lediglich infolge guten Willens unter der im betreffenden Gewerbe üblichen Stundenzahl bleiben, nur verschwindend sein werden. Uebrigens sind auch für manche Industrien seit 1885 Maximalarbeitstage eingeführt, weil sie infolge der sonst weitergehenden Ausbeutung notwendig wurden, ohne daß sich jene Gefahr eingestellt hätte.) ‚Ein Normalarbeitstag, wenn er sich erreichen ließe, wäre ja außerordentlich wünschenswert. Wer empfindet nicht das Bedürfnis, zu helfen, wenn er den Arbeiter am Schluß des Arbeitstages müde und ruhebedürftig nach Hause kommen sieht! — Der müßte kein Herz im Leibe haben, der nicht den dringenden Wunsch hätte, dem Arbeiter aus dieser Notlage herauszuhelfen. Wie dies gemacht werden soll — bitte meine Herren, geben Sie uns die Mittel an. Ein Normalarbeitstag bedingt notwendig einen Normallohnsatz, sonst laufen wir Gefahr, daß, wenn Sie den Arbeitstag um durchschnittlich 20 v. H. heruntersetzen, der Lohnsatz unaufhaltsam ebenfalls um 20 v. H. fällt. Wer soll diesen Ausfall tragen? Ferner die Einbildung, daß Arbeit Arbeit sei, gleichviel wie viel sie wert sei, welchen Ertrag sie bringt, — daß die gleiche Bezahlung, gleicher Lohn, gleiche Arbeitszeit notwendig sein soll, das ist ein Irrtum, und es würde in der Praxis sofort sich mit dem größten Schaden für unsre Wohlfahrt bestrafen, wenn wir uns diesem Irrtum hingeben wollten."

Im Mai 1878 warf Eugen Richter dem Reichskanzler vor, daß er im Jahre 1864 den König überredet habe, eine Lassalesche Produktivgenossenschaft armer Weber in Schlesien mit 12000 Thalern zu unterstützen. Es waren arme Weber arbeitslos geworden, die in ihrer größten Not Bismarck baten, ihnen Zutritt zum Könige zu verschaffen. Das that er und bewog den König, ihnen zur Gründung einer Produktivgesellschaft 12000 Thaler zu geben. Diese hochherzige That erregte Aufsehen. Eugen Richter sah indes darin eine verdammenswerte Handlung Bismarcks. Zu seiner Verteidigung äußert sich Bismarck über Produktivgenossenschaften:

„Die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivgenossenschaften die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmergewinns zuzuwenden. Ich habe damals auch mit Sr. Majestät gesprochen und der König hat aus eignen Mitteln eine Summe hergegeben, um etwas derart zu versuchen, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch ihren Arbeitgeber außer Brot gekommen war. — Im ganz großen Stil würden sich Produktivgenossenschaften wohl nicht durchführen lassen, aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, den Arbeiter zu einer bessern Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen. Ich habe den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizierende Teil der Einrichtung und Beschäftigung keine Schwierigkeit bot; es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwertung der gewonnenen Produkte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb der Sphäre, die die Arbeiter übersehn konnten."

Ueber Frauenarbeit und jugendliche Arbeiter sagte Bismarck am 9. Januar 1882:

„Ich halte es im höchsten Grade wünschenswert, wenn die Fabrikarbeiter auf den Fuß gelangen könnten, auf dem die ländlichen Tagelöhner fast alle stehn, daß die Frau in der Regel nicht mit auf Arbeit geht, sondern den ganzen Tag zu Hause bleibt mit alleiniger Ausnahme der Zeit, wo in der Landwirtschaft Not am Mann ist.

Ob das bei den Fabrikarbeitern erreichbar ist, das weiß ich nicht, aber das, was die Frau bisher verdient, mag es $^1/_3$, $^1/_2$ oder $^2/_3$ von dem Verdienst des Mannes sein, es ist zum Budget von 750 Mark immer ein Zuschuß, der bisher nicht entbehrt werden kann. Ich erinnere mich, als zuerst die Einrichtung zum Schutz jugendlicher Arbeiter erfolgte, daß eine Mutter auf dem Lande zu mir kam, mir Vorwürfe gemacht und verlangt hat, ich sollte ihr angeben, was sie mit dem unbeschäftigten Jungen zu Hause machen solle; früher habe er etwas verdient, jetzt verfalle er dem Müßiggang. — Es hat ja diese sehr humane und vortreffliche Einrichtung, die Jugend und die zartere Konstitution schützen zu wollen, auch ihre Kehrseite, wie sich jeder vergegenwärtigen kann, der weiß, was für Neigungen in einem Jungen, der sich in den Flegeljahren befindet, auftauchen, wenn er gesetzlich zum Müßiggang verurteilt wird."

Aber — und dies wird ihm von seinen Gegnern immer wieder vorgehalten — das Sozialistengesetz! Wenn man heute über das Gesetz spricht, vergißt man häufig, daß man über seine Notwendigkeit oder seine Schädlichkeit gar nicht aus unsrer Zeit heraus urteilen darf, sondern ein richtiges Urteil darüber nur auf Grund der Kenntnis der Verhältnisse der 70er Jahre gewinnen kann. Ich freue mich, daß das Gesetz später aufgehoben ist, und halte Versuche der Einführung derartiger Ausnahmegesetze für nicht segensreich. Ich habe deshalb seiner Zeit auch öffentlich gegen das Zuchthausgesetz geschrieben. Selbst wenn solche Zwangsgesetze hier und da einmal einen guten Erfolg haben könnten, so sind meiner Ueberzeugung nach die bedenklichen Folgen so überwiegend, daß solche Gesetzgebung nicht segensreich sein kann. Aber ich glaube, daß man dem Sozialistengesetz einen außerordentlich guten Erfolg nicht absprechen darf. Das Gesetz hat in weiten Kreisen, die sonst der Sozialpolitik kühl gegenüberstanden, das Pflichtbewußtsein nach sozialer Reform wachgerufen; es ist, wie Bismarck einst sagte, einer der „Ausgangspunkte" der Sozialpolitik geworden und zwar, was wir nicht vergessen dürfen, entsprechend dem ausdrücklichen Willen seines Schöpfers.

Hören Sie nun Bismarck noch einmal am Schlusse seiner Rede, in der er die Annahme des Sozialistengesetzes empfahl. Zum Verständnisse will ich kurz an folgendes erinnern. Am 11. Mai 1878 machte der Sozialdemokrat Hödel einen Mordversuch auf den Kaiser, glücklicherweise ohne Erfolg. Bismarck erließ am folgenden Tage die Weisung, den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vorzulegen. Der Reichstag hielt die Gefahr für nicht dringend und lehnte den Entwurf mit 251 gegen 57 Stimmen ab. Neun Tage später erfolgte ein neuer Mordversuch. Nobiling verwundete den Kaiser nicht unbedenklich. Diese Mordthat rief im Volke eine tiefe Entrüstung hervor. Der Kronprinz Friedrich, Stellvertreter des Kaisers, ließ den Reichstag auflösen. Der neue Reichstag nahm das Sozialistengesetz mit 221 gegen 149 Stimmen an. Dafür stimmten die Konservativen, Nationalliberalen und, was wir doch nicht vergessen wollen, ein nicht unerheblicher Teil der Fortschrittler, dagegen das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Mehrheit der Fortschrittspartei. Zweimal hatte Bismarck das Wort ergriffen. Der Schluß seiner ersten Rede lautet am 17. November 1878:

„Von dem Augenblick her, wo im versammelten Reichstage der Abg. Bebel im pathetischen Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Ueberzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um diese Dinge bekümmert, aber jener Anruf der Kommune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet.

Ist denn nun dieser rhetorische Appell, der damals an die Kommune gerichtet war, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der blos als eine rhetorische Form zu nehmen, hat er sich denn nicht in langjähriger Preßthätigkeit fortgesetzt? Seit Jahren habe ich diese Presse beobachtet und die Aufforderung zur Gewaltthat und die Vorbereitung auf künftige Gewaltthat ist ja in der Presse sehr erkennbar, auch ohne daß es so deutlich wird wie in den letzten Wochen. Ich erinnere mich eines Artikels aus einem sozialistischen Blatte, da war der Mord des General Mesenzow als eine gerechte Hinrichtung geschildert und in wenig mißverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsre deutschen Verhältnisse empfohlen und er schloß mit dem Worte: Ihr seid gewarnt!

Nun, m. H., der Artikel wird Ihnen wohl allen in der Erinnerung sein, es war nicht etwa ein Versehn, sondern ganz in jüngster Zeit habe ich aus denselben Kreisen einen andern Artikel gelesen, in dem gesagt war, alle unsre Beschlüsse, unsre Gesetze könnten der Sozialdemokratie nichts thun, aber die Gesetzgeber und alle, die dabei mitwirken, möchten sich doch der Verantwortlichkeit einmal recht klar bewußt werden, die sie persönlich übernehmen, wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehn,

und es schloß auch dieser Artikel mit dem deutlichen: Ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts anderm, als vor dem nihilistischen Messer und der Nobilingschen Schrotflinte. Ja, m. H., wenn wir in einer solchen Weise unter der Herrschaft einer Gesellschaft von Banditen existieren sollen, so verliert jede Existenz ihren Wert, und ich hoffe, daß der Reichstag dem Kaiser, der den Schutz für seine Person und seine Unterthanen verlangt, zur Seite stehn wird. Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmordes unter uns noch fallen werden, das ist ja sehr wohl möglich, aber jeder, dem das geschehn könnte, mag eingedenk sein, daß er zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfelde der Ehre bleibt."

Ich bin am Ende meines Vortrages. Aus all den eignen Worten Bismarcks formt sich genügend deutlich ein Bild über seine Stellung zur sozialen Frage. Eins seiner ersten Worte auf diesem Gebiete lautete: „Die Lösung einer Aufgabe wird neue Aufgaben erzeugen", und so sind mit der Gegenwart neue soziale Aufgaben, neue soziale Gedanken entstanden. In immer weitern Kreisen unsers Volkes ist eine allgemeinere und vertiefte Auffassung von Sozialismus emporgewachsen, aber keiner, der mit Ernst und Eifer sozialpolitisch arbeitet, darf vergessen, daß er weiterstrebt und weiterarbeitet auf den Schultern des sozial gesinnten Bismarck!

Der sogenannte Toleranz-Antrag

des Zentrums, der die Freiheit der Religions-Uebung reichsgesetzlich sicher stellen soll, beschäftigte den Reichstag in dieser und in der verflossenen Woche mehre Tage. Von seiten der Deutschsozialen Partei sprach dazu der Abg. Dr. Vogel. Da er erst in später Stunde zu Worte kam, wurden seine Ausführungen leider nicht mit der genügenden Aufmerksamkeit angehört. Hier der Wortlaut seiner Rede:

M. H., ich gehöre nicht zu den Leuten, die sich ihre Kenntnisse über wissenschaftliche Dinge oder gar über Religion aus beliebigen Zeitungen oder gelegentlichen öffentlichen Bemerkungen herausnehmen. Ich bin als wissenschaftlich gebildeter Mann gewohnt, an die Quelle zu gehn, und ich kann Sie versichern, daß ich, Historiker wie ich bin, nicht versäumt habe, mich auch über die Geschichte der katholischen Religion, sowie über die Dogmen derselben so weit zu unterrichten, wie es einem gebildeten Mann ansteht. Nichtsdestoweniger oder grade deshalb, weil ich die Geschichte der katholischen Religion und ihre Dogmen kenne, kann ich mich durchaus nicht auf die Seite des Herrn Kollegen Dr. Bachem stellen und mit ihm übereinstimmen in dem Lobe der staatsbürgerlichen Toleranz, wie sie von Seiten der katholischen Kirche geübt worden sein soll. Ob und wie weit das gegenwärtig der Fall ist, das weiß man nicht.

M. H., ich will nicht des nähern darauf eingehn, ich möchte aber doch zur Toleranz des Zentrums noch einige Worte sagen. Ich für meine Person habe mich auf Grund meiner Kenntnisse der Verhältnisse keineswegs über die jetzige Toleranz des Zentrums gewundert. Wer meint, daß das Zentrum nicht tolerant sein könne, der kennt meiner Ansicht nach das Zentrum schlecht; es ist unter Umständen sehr für die Toleranz, schwärmt für die Toleranz, vorausgesetzt nämlich, daß bei dieser Toleranz etwas für die katholische Kirche, für die katholische Politik herauskommt. Und das, m. H., ist von Seiten der Vertreter der katholischen Religion im hohen Hause durchaus selbstverständlich und ein ganz gesunder Standpunkt.

Nun, m. H., welches ist denn die römisch-katholische Politik, welches war sie von Anbeginn, und welches wird sie sein bis ans Ende der Zeit? Die Geschichte giebt uns darüber reichlich Aufklärung. In thesi nahm und nimmt die katholische Kirche die Macht, den weltlichen Arm des Staats für ihre Zwecke in Anspruch. In kirchlichen Angelegenheiten, in Angelegenheiten, wo es sich um die Existenz, die Wirksamkeit der katholischen Kirche handelt, soll der Staat der Diener der katholischen Kirche sein. Dieses oberste Prinzip, m. H., — das ist allgemein bekannt — ist von der katholischen Kirche im Mittelalter siegreich behauptet und verfochten worden und wird, soviel ich wenigstens weiß, auch heute noch in thesi festgehalten. In praxi gestaltet sich die Durchführung dieses Prinzips allerdings etwas anders. Es scheitert nämlich an der modernen staatlichen Entwicklung. Die Durchführung dieses Prinzips war nur in dem mittelalterlichen Staate möglich, wo Staat und Kirche auf das allerengste verknüpft waren. Das ist heute im protestantischen, im paritätischen und im freikirchlichen Staat selbstverständlich undurchführbar. In diesem Falle geht nun die Politik der katholischen Kirche von jeher von einem anderm Grundgedanken aus: kann ich den Staat bei meinen kirchlichen, bei meinen Heilszwecken nicht mehr zu meinem Diener machen, so soll er wenigstens nicht mein Herr sein; er soll mich frei nach meiner Weise schalten und walten lassen und mir in der Entfaltung meiner eignen Macht keinen Stein in den Weg legen. Man fordert also die Freiheit des Bekenntnisses, des häuslichen und öffentlichen Gottesdienstes mit allen Konsequenzen, Freiheit des Religions-Unterrichts, maßgebenden Einfluß der Kirche auf die Schule, kurz und gut, man fordert Emanzipation vom Staate, selbstverständlich bis auf das Geld, was man vom Staate ganz gern nimmt. Und, m. H., da es wohl nicht angeht, andern zu verweigern, was man für sich selbst in Anspruch nimmt, so fordert man die staatliche Toleranz gegenüber allen Bekenntnissen. Ich sage: die staatliche Toleranz; denn in einer Beziehung gebe ich dem Herrn Kollegen Dr. Bachem recht: die katholische Kirche selbst will gar keine dogmatische Toleranz üben, ebensowenig — das hat er vorzüglich ausgeführt — wie irgendein andres religiöses Bekenntnis. Aber die Toleranz des Staates für sich selbst kann die katholische Kirche fordern, und da das nicht wohl für ein einzelnes Bekenntnis angeht, fordert sie in diesem Antrag die staatliche Toleranz für alle Bekenntnisse.

M. H., dieses Bestreben, die Kirche, das religiöse Bekenntnis möglichst vom Staate unabhängig zu machen, wird heute nicht allein vom Zentrum vertreten; nein, am allerenergischsten sogar wird dieses Prinzip bekanntlich vertreten durch unsre radikale Linke, durch Sozialdemokraten und Freisinn. Beide Richtungen, sogar auch ein Teil der protestantischen Kirche, begegnen sich, obwohl in Zielen und Wesen sonst verschieden, in diesem einen Punkt, daß sie verlangen, daß der Staat sich nicht um die Religion bekümmere. Aber, m. H., es ist dabei doch ein ganz prinzipieller Unterschied. Wenn der Sozialdemokrat sagt, Religion ist Privatsache, so fordert er die Freiheit für die Person; dem Zentrum ist die Religion alles andre, nur nicht Privatsache, es sagt: die Religion ist Kirchensache. Das Zentrum bekämpft also den Einfluß des Staates nicht zu gunsten der persönlichen Freiheit, sondern zu gunsten des kirchlichen Einflusses.

M. H., wenn man sieht, daß große angesehene Parteien, wie die eben genannten, obschon sie sonst recht verschiedner Ansicht sind und verschiednen Zielen zusteuern, sich doch in einem wichtigen Punkt zusammenfinden, so ist das einer besondern Beachtung wert, und es bedarf einer genauern Prüfung, ob nicht grade dieser Punkt in der That etwas Erstrebenswertes enthält, und ob es nicht das Richtige wäre, den von unsrer Linken unter Zustimmung weiter Bevölkerungskreise längst geforderten operativen Schnitt durchzuführen und nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika Staat und Religion ein für alle mal radikal von einander zu trennen. Eine solche Trennung radikaler Natur, die auch einem spätern Vorschlage der sozialdemokratischen Partei zugrunde liegt, hat etwas ungemein Bestechendes im Hinblick auf die geradezu ungeheuern und verhängnisvollen Folgen, die die innere Verquickung von Staat und Religion für Vergangenheit und Gegenwart grade in unserm Volke erzeugt hat. Der unglückselige Zufall oder ein finsters Verhängnis — so ist man zu sagen geneigt — hat es gewollt, daß in der deutschen Nation Staat und Kirche während ihrer Entwicklung auf das innigste mit einander verwachsen sind und sich nun in allen Lagen und Beziehungen stören und eine freie, unbehinderte Entwicklung beider nach Maßgabe ihrer besondern Aufgaben und Ziele nicht mehr zulassen.

Eine Operation ist vielleicht schwer und blutig, aber wäre möglicherweise das beste, um so mehr, als sich durch die schlimmen Erfahrungen vieler Jahrhunderte herausgestellt hat, daß die genannten Zwillinge sich recht schlecht mit einander vertragen und keineswegs geneigt sind, Arm in Arm ihr Jahrhundert in die Schranken zu fordern. Ob eine solche Radikalkur durchführbar wäre, weiß ich nicht zu sagen; aber das eine läßt sich behaupten, daß sie außerordentlich schwer und in ihren Folgen unabsehbar sein würde. Zunächst, wenn der Arzt operieren will, liegt ihm daran, die Einwilligung der Patienten zu bekommen, und hier stellt sich die erste Schwierigkeit einer solchen Operation in Deutschland ein, nämlich es fehlt an der nötigen Einwilligung der Patienten selbst; beide wollen nicht. Es ist hier, wie vielfach: man zankt sich, streitet sich, aber hält sich, vielleicht infolge alter lieber Angewöhnung, gegenseitig für unentbehrlich. Die Kirche nimmt Staatsgelder, staatliche Unterstützung außerordentlich gern an, und der Staat will nicht auf die moralischen Garantien verzichten, welche in der systematischen Pflege der Religiosität seiner Bürger beruhn. Und wenn wirklich Staat und Kirche sich trennten, wo bliebe das Zentrum? — Entsetzlicher Gedanke!

(Heiterkeit.)

Alles wohl erwogen, erscheint mir das Ideal der Radikalen, wie es unter ganz andern geschichtlichen und völkischen Verhältnissen in Nordamerika bereits zur Wirklichkeit geworden ist, für Deutschland weder wünschenswert noch erreichbar. Das Deutsche Volk ist, ich möchte sagen, mit seiner Geschichte belastet und wird, solange es auf seinem historischen Boden wohnt und wurzelt, sich von den Folgen seiner religionsgeschichtlichen Entwicklung nicht loslösen können. Denn die Entwicklung der religiösen Dinge ist bei uns maßgebend geworden zugleich für unsre gesamte politische Entwicklung, für die Entstehung und Bildung unsrer Partikularstaaten, für die Entstehung des Reichs selbst und für wichtige Teile unsers Staatsrechts. Das Deutsche Volk war und ist in der Geschichte der hervorragendste Träger des religiösen Lebens und der religiösen Bewegung gewesen, und es ist kaum vorauszusetzen, daß, wenn das Deutsche Volk sich nicht selbst untreu werden wollte, es in Zukunft anders werden sollte. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn die Deutschen erst einmal aufhören würden, sich über religiöse Dinge zu streiten, es mit der Religion selbst auch bald zu Ende sein wird.

M. H., eine so enge und eigenartige Entwicklung der religiösen und politischen Gesinnung eines großen Volkes beruht selbstverständlich nicht auf zufälligen Dingen, wenigstens nicht auf zufälligen Ereignissen allein, sondern vor allen Dingen auf der ganzen Beanlagung und dem Charakter des Volkes. Dem Deutschen war und ist die Religion mehr als eine bestimmte äußere Form der Gottesverehrung, mit der er sich in dieser oder jener Weise abfindet. Sie ist ihm der Kern seiner ganzen Lebensanschauung, seines Fühlens und Denkens, und es hat kaum je ein Volk gegeben, das mit gleichem Ernst und gleicher Gewissenhaftigkeit an die Lösung religiöser Fragen herangetreten wäre, als das deutsche. Damit ist ohne weiters ein beständiger Quell lebendiger religiöser Bewegung in Deutschland gegeben, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn es selbst seinerzeit Karl der Fünfte und dem Papste gelungen wäre, der deutschen Reformation die Spitze abzubrechen, daß dies trotzdem die religiösen Bewegungen innerhalb unsers Volkes nicht hintangehalten hätte. M. H., nun ist der Zwiespalt da, und es giebt Leute, es ist sogar die Mehrheit des Deutschen Volks, die die Existenz dieses Zwiespalts beklagen. Ich für meine Person muß gestehn, daß ich diese Ansicht nicht teile. Ich halte vielmehr die Lebhaftigkeit des Kampfes, der in Deutschland beständig in religiösen Dingen stattfindet, für ein Zeichen der religiösen Gesundheit unsers Volks, und ich wiederhole, daß ich fürchte, daß, wenn der Streit über religiöse Dinge in Deutschland zu Ende geht, es mit der Gottesfurcht und Religion im Deutschen Volke auch anfängt, bergab zu gehn.

In diesem Sinne also, m. H., bin ich, obwohl überzeugter Protestant, keineswegs ein Feind des Katholizismus. Seine Existenz, die rastlose Thätigkeit, die man ihm nachrühmen muß, sorgt in dankenswerter Weise dafür — das haben wir ja alle miterlebt —, daß meine eigne Konfession die Augen offen hält. Nichts ist so sehr imstande, das evangelische Bewußtsein zu stärken — ich spreche aus eigner Erfahrung — und zu steter erneuter Prüfung seiner selbst anzuspornen, als die Beschäftigung mit dem Katholizismus und der Aufenthalt unter Katholiken. Sie, m. H. vom Zentrum, werden, wenn Sie aufrichtig sein wollen, ebenfalls zugestehn müssen, daß die Reformation der Kirche seinerzeit auch auf das katholische Gewissen wie ein reinigendes Gewitter gewirkt hat

(sehr richtig! rechts),

und daß Sie, im ganzen genommen, auch dem Kulturkampf zu Dank verpflichtet sind, da er das Bewußtsein engster Zusammengehörigkeit der Katholiken zum Vorteil der katholischen Religion mächtig und gewaltig entwickelt hat.

M. H., nur der fromme Glaube kann hoffen, daß dieser Zwiespalt sich je aus der Welt wird schaffen lassen. Vor allen Dingen bin ich nicht der Ansicht des Herrn Kollegen Sattler, der meint, daß mit Einführung der Simultanschule irgendetwas besser zu machen sei. Ich bin seit 20 Jahren Bürger eines Staates, wo die Simultanschule schon längst eingeführt ist. Ich frage die badischen Abgeordneten, die hier sind, ob wir in Baden von dieser Simultanschule irgendwelchen Ausgleich der religiösen Gegensätze in Baden geerntet haben.

(Hört! hört! in der Mitte.)

Bis jetzt ist diese Ernte noch nicht eingetreten.

(Sehr gut! in der Mitte.)

M. H., dieser Gegensatz läßt sich nicht auf der Schulbank ausgleichen. Er beruht — und in der Beziehung gebe ich Herrn Kollegen Dr. Stockmann durchaus recht — auf dem uralten, nie ausgeglichenen Gegensatz zwischen dem Rechte der freien Persönlichkeit und den Forderungen der Autorität, zwischen der Ueberzeugung und dem Gehorsam, mit einem Wort gesagt. Gelänge es selbst der katholischen Kirche — ich weiß nicht, ob es in ihrer Absicht liegt —, sämtliche deutsche Häretiker wieder in den Schoß ihrer Kirche zurückzuführen, so wäre sie selbst in ihrem eigensten Wesen dadurch bedroht; denn die Elemente, die dadurch in die katholische Kirche hineinkämen, würden wirken wie ein Ferment, ein Sauerteig

(Lachen links)

und neue Bewegungen in der katholischen Kirche anbahnen. Deshalb ist es besser, wenn einmal die katholische Kirche darauf verzichtet hat, die Häretiker zu töten und zu verbrennen, sie ihren Weg gehn zu lassen und sie ruhig der Häresie der Schwesterkirche zu überlassen. Schiedlich, friedlich!

M. H., wie soll sich der Staat dieser Vielheit des Bekenntnisses gegenüber verhalten? Es liegt in der geschichtlichen Entwicklung unsrer Bundesstaaten begründet und findet in der Bestimmung des westfälischen Friedens „cujus regio ejus religio" seine Erklärung, daß der ursprüngliche Unterschied zwischen katholischen und protestantischen Staaten bis zu einem gewissen Grade in die moderne politische Entwicklung hinüberragt. Daß in solchen Fällen eine völlige Gleichstellung der Religionen eintritt, gilt heutzutage als selbstverständlich, und meine Gesinnungsgenossen und ich lassen die Selbstverständlichkeit gelten, soweit sie sich auf die großen kirchlichen Bekenntnisse bezieht.

Aber, m. H., die Bestimmungen dieses § 1 gehn ja weiter. Sie reden von religiösem Bekenntnis schlechtweg, und ich kann mich blos darüber wundern, daß grade auf diesem Punkt von keiner Seite hingewiesen ist. Eine weitere Ausdehnung der staatlich-religiösen Toleranz im uneingeschränkten Sinne scheint mir doch bedenklich; denn man kann nicht wissen, was die Zukunft bringt, werden doch selbst die Verhältnisse der Gegenwart durch die beiden großen christlichen Konfessionen durchaus nicht vollkommen charakterisiert.

M. H., man hat ja gemeint, daß durch den Absatz 2 des § 1: „Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch

geschehen" einem Mißbrauch dieser staatlichen Toleranz vorgebeugt wäre. Dieser Paragraphenzusatz ist meiner Ansicht nach durchaus nicht genügend, ist nicht erschöpfend. Nicht alle moralisch-sozialen Pflichten sind zu gleicher Zeit gesetzliche Pflichten, sind gesetzlich vorgeschrieben oder lassen sich überhaupt gesetzlich vorschreiben. Um Ihnen nur ein Beispiel zu nennen, so ist die Vaterlandsliebe sicherlich die oberste sittliche soziale Pflicht; aber vorschreiben läßt sie sich nicht.

(Allseitige große Unruhe und lebhafte Zurufe.)

M. H., Sie sehn schon, worauf ich hinaus will.

(Heiterkeit und Zurufe.)

An dem eben erwähnten Beispiel der Vaterlandsliebe sehn Sie, daß die Existenz und Wohlfahrt des Staates in hervorragendem Sinne auf den staatlich nicht kodifizierbaren Pflichten beruht, die ihrerseits in der sittlich-sozialen Gesinnung der Bürger wurzeln. Die Pflege dieser Gesinnung aber, m. H., ist für den Staat das Beste und das Wichtigste, was er von den Religionen, gleichviel welchen Namens, zu fordern berechtigt ist.

Sie werden zugeben, m. H., daß dem Staate nicht zugemutet werden darf, die häusliche und öffentliche Religionsübung etwa von Leuten zu dulden, die wie die Wiedertäufer den Kommunismus oder wie die Mormonen die Vielweiberei predigen. In der Kommission ist das bereits erwähnt worden; aber die Widerlegung dieses Einwandes genügte nicht. Es ist ja richtig, der Staat ist in der Lage, die gewaltsame Einführung des Kommunismus zu verhindern, er ist in der Lage, die Vielweiberei zu verbieten.

(Heiterkeit und Zurufe links.)

Aber, m. H., damit hindert er nicht, daß im Namen der Religion, eine darauf gerichtete Gesinnung bei seinen Bürgern gepflegt und ausgebreitet werde, wenn er die absolute religiöse Toleranz auf dergleichen Sekten ausdehnt.

M. H., ich habe unter andern hier grade eine Sekte erwähnt, die auch in Deutschland eine Rolle gespielt hat; ich will hierbei nicht noch weiter greifen und zeigen, wie es in andern Ländern in der Beziehung aussieht.

Ich vindiziere also dem Staate bei Anwendung der Toleranz-Paragraphen ein Prüfungsrecht, nicht etwa im dogmatischen Sinne, wohl aber im sittlich-sozialen Sinne. Es muß ihm das Recht der Einsprache gewahrt werden, falls sich herausstellt, daß Sittenlehre oder Ritus einer Religion den nationalen und sozialen Aufgaben eines Staates zuwiderläuft.

(Sehr wahr! links.)

Die Anwendung auf einzelne Fälle möge sich jeder selbst machen.

Eine zweite Einschränkung, m. H., ist unbedingt erforderlich für die geforderte Staatstoleranz. Sie entspringt aus dem Verhältnis der Religionen untereinander. Sie wissen, ich bin durchaus für einen frischen und fröhlichen Kampf der Geister; aber der Kampf muß ein geistiger und ein des Geistes würdiger sein. Der Kampf, den wir kämpfen, sei nach echter deutscher Weise ein ehrbarer Kampf zwischen Streitern, die sich im Punkt der Ehre als gleichberechtigt ansehn, die Wind und Sonne gleich verteilen, die mit guten ehrlichen Waffen kämpfen und jede Arglist meiden.

Und noch etwas andres, m. H., möchte ich sagen. Es war nie deutscher Männer Art, gegen Weiber und Kinder Krieg zu führen; wer auf Gott und seine gute Sache baut, der sucht sich einen ebenbürtigen Gegner und verschont Weiber und Unmündige.

(Lebhafte Zurufe in der Mitte und links.)

M. H., es ist noch ganz in neuester Zeit etwas derartiges vorgekommen, woran ich Sie hier nicht erinnern will, um keinen Mißton hier hineinzubringen. Nicht heimlich und nicht in Kinderstuben, m. H., ficht sich der große Kampf des Glaubens aus, sondern in der breiten Oeffentlichkeit unter kundigen Männern auf dem Felde des Glaubens und des Wissens.

(Lachen und Unruhe.)

Die Aufgabe des Staates in diesem Kampfe ist, zu verhindern, daß Aergernis gegeben werde, und damit komme ich auf einen Punkt, auf dem wir, wie ich fürchte, mit den Herren vom Zentrum nicht werden Hand in Hand gehn können. Die Bestimmungen des § 1 beziehn sich auf öffentliche Religions-Uebungen. M. H., wenn Sie darunter Religions-Uebungen verstehn, bei denen jeder zugegen sein kann, der da will, so habe ich dagegen nichts einzuwenden. Heißt es aber so viel — und das soll es leider heißen —, daß gottesdienstliche Handlungen auch an Orten des öffentlichen Verkehrs gestattet werden sollen, so weise ich für meine Person das nachdrücklichst zurück. Sie nennen dies Toleranz-Antrag: nun wohl, m. H., der oberste Grundsatz der Toleranz ist doch wohl, daß man niemanden zwingen oder in die Lage bringen soll, einer Religions-Uebung beizuwohnen, wenn er nicht will. Der Ort des öffentlichen Gottesdienstes ist die Kirche und nicht die Straße. Gewiß ist auch die freie Natur der Tempel Gottes, und ich weiß die Erbauung wohl zu würdigen, die das Herz in diesem Tempel findet. Aber wenn Ihnen danach gelüstet

(Unruhe),

so suchen Sie nicht die volkreichen Straßen und Märkte der Städte auf, sondern ziehn Sie hinaus

(Unruhe)

in die Stille und Einsamkeit der Flur und des Waldes, und seien Sie sicher, daß, wenn da irgendein Protestant Ihnen begegnet

(Unruhe),

er Ihnen den andächtigen Gruß nicht verweigern wird.

(Glocke des Präsidenten.)

M. H., ich bin ohnehin am Schlusse meines Vortrages, und kann Ihnen nur dankbar sein, daß Sie trotz des Umstandes, den der Herr Präsident erwähnt hat, die Liebenswürdigkeit gehabt haben, mich anzuhören.

Was unsre Stellung zu § 1 der Vorlage anbetrifft, so sind wir im Prinzip, wie ich Ihnen schon auseinandergesetzt habe, damit vollkommen einverstanden, vorausgesetzt, daß durch Einschränkungen hinreichender Art der Rücksicht auf Andersgläubige und auf die Pflichten sittlich-sozialer Natur seitens der Konfessionen gegen den Staat gebührend Rechnung getragen wird.

Der Mai ist gekommen!

Der Mai ist gekommen. Auch der eingefleischte Stadtmensch empfindet einen dunklen Drang ins Freie. Theater und Konzerte bieten ihre letzten Zugkräfte auf, das spärlich werdende Publikum zu fesseln, auf dem Lande, an der See und im Gebirge arbeitet Besen und Harke um die Wette, Haus, Hof und Garten zum Empfange der Sommergäste zu beschicken, und bald prangt auf jedem Misthaufen ein Reklameschild mit der lockenden Aufschrift: „Wohnungen und Pension für Sommergäste."

Inzwischen kommt es im Familienrat zu ernsten Szenen. Die Wünsche sind mannigfaltig, Mittel und Ziele stehn, wie ach! so oft, in schwer lösbarem Widerspruch, „billig und gut" findet sich, wie im jüdischen Ramschladen, nur auf dem Wege der Täuschung zu einander, glücklich schon der, welcher durch freundlichen Zufall wenigstens das Gute nicht allzu teuer, das Teure nicht allzu schlecht antrifft. Das Sicherste ist immer, ehe man sich zu einem Sommeraufenthalt entschließt, man sieht sich seine Leute an.

Die Mitglieder der Deutschsozialen Partei sind hierbei in der angenehmen Lage, für ihr sommerliches Heim einen Platz erwählen zu können, der allen ihren Ansprüchen in seltner Weise entspricht. Kurhaus Oberweiler, das herrliche Besitztum unsers Reichstagsabgeordneten Vogel, in unmittelbarer Nähe Badenweilers, wo, wie vor einigen Jahren die junge Königin Wilhelmine, jetzt die deutsche Kaiserin mit ihren beiden jüngsten Kindern weilt, ist durch Klima und landschaftliche Schönheit gleich ausgezeichnet und bleibt jedem unvergeßlich, der dort jemals die Gastfreundschaft unsers Parteifreundes genossen. Dort, im Kreise einer deutschen Familie, im Herzen

des deutschen Bergwaldes entstanden jene prächtigen Märchen, mit denen Vogel die Kinderwelt beschenkte*).

Es ist wohl nur Wenigen bekannt, daß Vogels Kurhaus in allererster Linie für Erholungsbedürftige bestimmt ist, für Leute, deren Nerven und Wohlbefinden unter dem Treiben der Geschäfte und den Anstrengungen des Berufslebens gelitten haben; man läuft also dort keineswegs Gefahr, mit Kranken zusammenzutreffen. Die sehr geringe Zahl der — im übrigen durchgehend schönen und bequem ausgestatteten — Zimmer schließt jedes geräuschvolle, hotelmäßige Getriebe von vornherein aus. Wer kommt, ist Gast nach guter alter Weise und keine Zimmernummer im Kontobuch des Herrn Oberkellners. Noch viel weniger kennt man dort jene nichtswürdige Unsitte, den Fremden nach der Menge und dem Preise des Weines zu taxieren, den er sich zufolge des berüchtigten „Weinzwanges“ per ordre de Mufti eintrichtern muß. Jeder lebt und trinkt, wie es ihm gut dünkt und wird nicht mit sanfter Nötigung zu einer Zeche gezwungen, die sich mit seinem Magen, seinen Neigungen oder Geldmitteln nicht verträgt.

Daß es im Hause eines Arztes nicht an alle den diätetischen Kurmitteln fehlt, auf die eine vernünftige Heilmethode heutzutage Gewicht legt, ist selbstverständlich. Bevorzugt wird Kurhaus Oberweiler von Familien. Kinder finden in dem großen Parke, auf den Matten des Kurhauses, im dicht angrenzenden Laubwalde die herrlichsten Spielplätze, Milch von eignem Vieh, Obst in Hülle und Fülle. Für Ausflüge und Wanderungen liegen die höchsten Berge, die schönsten Thäler des südlichen Schwarzwaldes in unmittelbarer Nähe. Basel und Freiburg sind mit Schnellzügen in einer halben, Straßburg, Luzern in $2^1/_2$ Stunden zu erreichen.

Der Aufenthalt stellt sich, wie uns Herr Vogel mitteilt, auf ungefähr 40 Mark in der Woche; hierbei werden ausschließlich Getränke besonders berechnet. Wir wollen nicht verfehlen, jetzt, bei Beginn der Reisezeit, unsre Leser auf diesen Sommeraufenthalt mit allem Nachdruck hinzuweisen in der festen Ueberzeugung, daß ein jeder, der von unsrer Empfehlung Gebrauch macht, es uns danken wird. Aber wir erfüllen hiermit auch zugleich eine Pflicht gegen Herrn Abgeordneten Vogel, dessen festes Eintreten für die Sache des Antisemitismus nicht ohne üble Nachwirkung auf den Besuch seines Kurhauses geblieben ist.

Die Schriftleitung ist zu weiterer Auskunft gern bereit.

†

Freisinn und Sozialdemokratie. Die Freisinnigen sind seit so langer Zeit bei jeder Gelegenheit Arm in Arm mit den Sozialdemokraten marschiert, daß die parteioffiziöse „Freis. Ztg.“ es für zeitgemäß erachtete, bei irgendeiner Gelegenheit einmal von den „Genossen“ abzurücken, um so zu markieren, daß man die beiden Parteien doch noch nicht als ganz gleiche Brüder unter verschiednen Kappen anzusehn habe. Da es an einem passenden Anlaß hierzu auf dem Gebiete unsrer innerdeutschen Politik mangelte, nahm das Richtersche Blatt die vom „Vorwärts“ offen kundgegebne Sympathie mit den belgischen Straßenkämpfern zum Anlaß, um zu erklären, daß die Freisinnigen doch bessere Menschen wären als die Sozialdemokraten, sie mißbilligten entschieden alle derartigen Gewaltmittel, sowohl die Straßenrevolten, wie den General-Ausstand zur Erzwingung politischer Rechte. Das gelte von den linksliberalen Deutschen ebenso wie von denen in Belgien.

Der „Vorwärts“ ist über diese abweichende Anschauung aus den Kreisen der „Hörigen seiner Partei“ natürlich entrüstet. Er nimmt die belgischen Liberalen in Schutz vor dieser „Verleumdung“ ihrer „schäbigen“ deutschen Bourgeoisgenossen, jene wären voll und ganz einverstanden gewesen mit dem sozialdemokratischen Vorgehn dort. Der deutsche Freisinn aber sei glücklich so weit gekommen, daß er sogar — Demonstrationen verwerfe. Dann heißt es wörtlich weiter in der Zensur, die den Freisinnigen von ihrer Patronatspartei erteilt wird:

> „Die verräterischen, von borniertestem Arbeiterhaß eingegebnen Selbstbezichtigungen der ‚Freis. Ztg.‘ sind aber nicht nur unwürdig, sondern auch dumm. Denn auch in Deutschland lebt die freisinnige Bourgeoisie politisch von der Gnade des sozialistischen Proletariats. Lassen wir sie fallen, so sind sie — nichts. Der Freisinn sollte sich doch hüten, der Arbeiterschaft immer aufs neue die Stimmung einzuflößen, daß an der Erhaltung dieser Leute gar nichts gelegen sei und daß ein aufrechter Junker immer noch sympathischer ist als diese schwächlichen, charakterlosen Liberalen, denen die Furcht vor dem Proletariat den letzten Rest politischer Würde nimmt!“

Das ist eine sehr schlechte Zensur, die die Freisinnigen um so schmerzlicher treffen wird, weil es thatsächlich wahr ist, daß sie nur noch von der Sozialdemokratie Gnaden als politische Partei bestehn. Sie werden jetzt draußen im Lande und in den Parlamenten mit verdoppeltem Eifer ihre Stimmen gegen den Brotwucher und gegen alle Viehzölle usw. erheben müssen, um die „dummen“ und „unwürdigen“ Aeußerungen ihres parteioffiziösen Organs über die von ihren Patronatsherren gebilligten „Volks-Demonstrationen“ in Belgien in Vergessenheit geraten zu lassen, damit sie nicht von den ergrimmten Genossen bei künftigen Wahlen fallen gelassen und in das „Nichts“ hinabgestoßen werden.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In den Fest-Ausschuß für das zehnte deutsche Turnfest, das im nächsten Jahre zu Nürnberg stattfinden soll, wurden auch zwei Juden, Wertheimer und Gombrich, gewählt. —

Auf dem Schlachthofe zu Hamburg wurden im Jahre 1901 von 47 628 Rindern 11 516 Stück geschächtet, von 58 677 Kälbern 8511 und von 84 146 Schafen 1778. Es ist allgemein Vorschrift, Pferde, Rinder, Schweine, Kälber und Schafe vor der Schlachtung zu betäuben, „nur die nach israelitischem Ritus zu schlachtenden Tiere“ machen davon eine Ausnahme. —

König Friedrich Wilhelm der Erste von Preußen schrieb in der Zeit vom 22. Januar bis 17. Februar 1722 eine Instruktion für seinen Nachfolger, in der es heißt: „Die Katholiken seien zu tolerieren, aber nicht die Jesuiten. Weitere Schutzbriefe an einwandernde Juden soll der Sohn nicht geben, denn die Juden ruinierten die Christen.“ (Acta Borussica, Band 3, herausgegeben von der Kgl. Akademie der Wissenschaften, Berlin 1902.)

Fast ausschließlich „jüdische Intelligenz“ scheint die 60 000 Einwohner zählende Stadt Jelissawetgrad im russischen Gouvernement Cherson zu besitzen. Nach dem „Swjet“ giebt es dort 34 praktische Aerzte und zehn Zahnärzte, die sämtlich Juden sind. Von den zehn Drogengeschäften ist nur eins in nichtjüdischen Händen. Zehn riesige Dampf-Getreidemühlen, fünf Druckereien, sämtliche Kommissionsgeschäfte, alle Bankhäuser, Juwelierhandlungen usw. gehören Juden und im städtischen Mädchengymnasium zählt man unter 700 Schülerinnen kaum ein Drittel Nichtjuden! So werden in Rußland die Juden unterdrückt!

---

*) Frau Mä.e. Ein Märchenbuch für Jung und Alt. Prachtband mit Bildschmuck 4,50 Mark. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 7. Mai 1902. Nr. 716.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg —, am 10. September 1900 — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts“ sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts“

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts“ beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.	Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R.	Friedrich Raab, M. d. R.

Die Sonderdiäten für die Zolltarif-Kommission

sind Montag den 28. April in zweiter und Sonnabend den 3. Mai in dritter Lesung im Reichstage mit der von der Kommission beschlossenen Abänderung angenommen, daß statt 2400 nur 2000 Mark als Pauschquantum für den Abgeordneten gezahlt werden, und daß der Präsident des Reichstages die Stellvertretung zu regeln hat. Die Antisemiten stimmten mit der Linken gegen die Kommissionsdiäten. Bei der zweiten Lesung griff der Abgeordnete v. Liebermann nochmals mit einer kurzen Bemerkung ein. Er sagte:

M. H., fürchten Sie keine lange Rede. Was ich zur Sache zu sagen hatte, habe ich in der ersten Lesung ausgesprochen und ich würde mit keinem Worte auf die Sache selbst zurückkommen, wenn der Herr Graf Bernstorff nicht irrtümlicher Weise mich angegriffen hätte. Ich möchte den Herrn Grafen von Bernstorff bitten, daß, wenn er auf mich exemplifizieren will, er wenigstens ein andres Mal die Güte hat, das Stenogramm der Rede, auf die er sich bezieht, zu lesen. Er würde darin gefunden haben, daß ich einen Weg anzugeben mich bemühte, der das vermeidet, was er beklagt; eine Form, die die Kontrole in einer Form auszuführen ermöglicht, die nicht die Achtung vor dem Hause im Lande herabsetzt. Der Begriff „Anwesenheitsgelder“ ist doch der, daß jemand, der nicht anwesend ist, kein Geld bekommt. Ich habe in meinem Vorschlag, den ich wesentlich deshalb in erster Lesung ausführlich vortrug, um ihn ins Stenogramm hineinzubekommen, den Nachweis der Anwesenheit in eine Selbstkontrole gestellt, die keinem Abgeordneten irgendwie zu nahe tritt. Damit will ich diesen Gegenstand verlassen und will kurz noch einige grundsätzliche Aeußerungen machen.

Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß allgemeine Anwesenheitsgelder im Interesse des Landes und der Zusammensetzung des Reichstages unabweisbar notwendig sind und damit müssen wir grundsätzlich gegen die Verschleppung der Frage, die durch teilweise Diätengewährung erfolgt, uns erklären. Ich sagte neulich in meinen Ausführungen, bei der ersten Lesung, die grundsätzlichen Gegner der Diäten müßten logischerweise gegen diese Durchlöcherung der verfassungsmäßigen Diätenlosigkeit sich erklären, und meinte damit die konservativen Parteien. Ich gebe aber zu, daß für die konservativen Parteien zwar nicht die Logik, wohl aber eine richtige Taktik spricht, wenn sie sagen: sobald wir diesen Antrag auf teilweise Diäten jetzt durchbringen, so vertagen wir die allgemeinen Diäten wieder auf unabsehbare Zeit.

(Sehr richtig!)

Vom taktischen Standpunkt verstehe ich das durchaus; ich bedaure nur, daß die Herren von der Rechten ihre Begründung für den Kommissionsdiätenantrag nicht in dieser Weise ausgeführt haben. Vielleicht würden dann im Zentrum, das ja grundsätzlicher Diätenfreund zu sein behauptet, ein Stutzen entstanden sein; man würde sich gefragt haben, ob die beschlossene Taktik eine richtige sei, ob seine Mitglieder als Freunde allgemeiner Diäten dem Antrage auf teilweise Diäten zustimmen und damit die Vertagung der allgemeinen Diäten ad calendas graecas fördern können. Sollte ein solches Stutzen bei den Mitgliedern des Zentrums über diese ihre Stellung nicht entstanden sein und sie trotzdem ihre Absicht ausführen, so machen die Herren entweder einen taktischen Fehler, oder ihre Taktik ist so fein, daß wir Andern sie nicht durchschauen können, weil wir nicht das politische Kompensationsobjekt kennen, das von der Regierung gewährt werden soll für den großen Gefallen, den man ihr erweist.

M. H., aber der Herr Abg. Gamp hat mich überzeugt; er hat mit zwingender Logik nachgewiesen, daß die Zolltarifkommission Diäten haben muß. Er sagte: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!“ Der Reichstag arbeitet, die Zolltarifkommission arbeitet auch, aber sie leistet doppelte Arbeit — ich schlage also vor, daß die Zolltarifkommission von den Diäten, die wir jetzt beziehn, das Doppelte erhält.

(Bravo! und große Heiterkeit.)

Mutterglück.

Die Frau Erb-Prinzessin Friedrich von Sachsen-Meiningen hat für die Kölner Blumenspiele einen Preis für das beste Gedicht auf das Mutterglück ausgeschrieben. Unter den eingegangnen Poesieen erhielt auch ein Gedicht unsers langjährigen Mitarbeiters*), des Bismarckschriftstellers Max Bewer (Dresden), der bekanntlich auch den Preis von 300 Mark für das beste Gedicht auf Goethe (Vgl. Nr. 583) unter 273

*) Bewers poetische Schriften „**Gedichte**“, 212 Seiten, 2 Mark; „**Lieder aus der kleinsten Hütte**“, 111 Seiten, 1 Mark; „**Ein Goethepreis**“, 78 Seiten, 90 Pf.; „**Xenien, Sprüche und Gedanken**“, 118 Seiten, 1,50 Mark sind stets von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlagsanstalt, Berlin NW 52, Paulstr. 15 zu beziehn, gegen Einsendung des Betrages oder Nachnahme.

deutschen und österreichischen Dichtern erhielt (abgedruckt in der antisemitischen Schrift „Ein Goethepreis“ 3. Aufl. Dresden, Glöß), eine „lobende Auszeichnung“. Das Gedicht ist bestimmt worden, mit dem Portrait des Verfassers in dem Jahrbuch der Blumenspiele, das Hofrat Dr. Festenrath (Köln) herausgibt, abgedruckt zu werden. Es lautet:

Mutterglück.

Nun ich dich im Arme halte,
Wie so warm wird all mein Leben,
Einen Strahl von seiner Sonne
Hat mir Gott in dir gegeben,
Droben wandelt er im Himmel,
Doch dein Mütterchen bin ich,
Mehr als alle seine Engel,
Lieb ich, du mein Engel, dich!

Wie aus einem Zauberspiegel
Lächelst du mich selig an,
Denn auch ich muß immer lächeln,
Wenn ich dich nur sehen kann,
Wie dein Händchen nach mir greifet,
Wie dein Auge schelmisch blickt,
Bis mein Herz dich, kleine Seele,
Ganz an meine Seele drückt!

Du mein Blut, mein Duft und Odem,
Dem ein Dasein ich geschenkt,
Hast mir selbst zu allem Leben
Tiefre Lust ins Herz gesenkt,
Hast mein ganzes Sein erschlossen,
Mich mit süßer Kraft erfüllt,
Komm, du lieblichstes der Wesen,
Komm, daß dich mein Busen stillt!

Atme meine tiefste Seele
Ganz in deine Seele ein,
Denn sein Alles hinzugeben,
Nur allein heißt Mutter sein,
Dir zu Liebe möcht ich schmücken
Schöner selbst das Himmelszelt,
Und so fühl ich, dich umsorgend,
Mutter mich der ganzen Welt!

Schöner müßten alle Blumen,
Heller selbst die Sonne sein,
Und von diesem Erdenleben
Aller Schmerz genommen sein,
Doch ich spür voll dunkler Rührung,
Wie mein Wunsch vergeblich ist,
Und so will ich Gott schon danken,
Wenn du selbst nur glücklich bist!

Schlafe nun in deiner Wiege,
Schlafe tief und schlafe süß,
Deine Ruhe ist mein Friede,
Und dein Glück mein Paradies,
Deine dunklen Wimpern sinken,
Deine Wangen röten sich,
Schlafe süß, mein Herzensengel,
Deine Mutter wacht um Dich!

Max Bewer.

Judendeutsch.

Vor uns liegt ein Druckheftchen, betitelt: „Kölnische Synagogenzustände“ (Achte Ausgabe). Ein Drucker und Verleger ist nicht genannt. Das Büchlein wird also nur unter der Hand vertrieben und ist lediglich zur Ergötzung der „deutschen Judenheit“, wie einzelne Rabbinerblätter sich manchmal ausdrücken, bestimmt. Für andre Menschen ist der Text auch schlechterdings nicht verständlich. Hier eine wörtliche Probe von der ersten Seite. Auch die Uebersetzungen in Klammern sind im Texte befindlich:

(Reichsgerichtsentscheidung vom 25. August 1896).

(Reichsgerichtsentscheidung vom 25. August 1896).

Synagogen-Gottesdienst-Störung.

„Spät“ kam der Chochem (kluge) Meyher,
Ein Kozen (reicher Mann), ungeheuer.
Schammes (Synagogendiener): Herr Cohn (Meyhers Platz einnehmend)
Die höchste Zeit!
Sonst Makkes (Schlägerei) giebt es heut.
Gott! Welch' ein großer Srore (reicher vornehmer Mann)!
Er schlägt Sie krumm, capore.
(Meyher naht und findet noch seinen Platz besetzt)!
Ein Chuzzpe (Frechheit), ungeheuer!
Auf meinem Platz, so theuer.
Auf der Stelle ihn verlassen'
Sonst kann mich nicht mehr fassen.
„Schoi“ Meyher makkest (schlägt) Cohn!
Doch balden folget Lohn.
„Sechs Monate' mußt in's Dofes (Gefängniß). —
D'rum Srores (vornehme Leute) „zeitig“ kummen!
Sonst Plätzen fort, Mesummen.
Erbsitz oder Pacht!
Nur nicht, wie Meyher macht. —

(Reichsgerichtsentscheidung vom 25. August 1896).

(Reichsgerichtsentscheidung vom 25. August 1896).

In diesem Stil geht es über 12 Seiten fort.

Und von einer solchen Gesellschaft, die ein halbes Jahrhundert nach Erwerbung des deutschen Vollbürger-Rechtes in dieser Art „Deutsch“ sich unterhält, werden wir beherrscht.

Partei-Nachrichten.

„Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz“ heißt der Titel der kleinen, 16 Seiten umfassenden Broschüre, die mit einem einleitenden Vorwort den Wortlaut des Rabbinerbriefs an den Reichstags-Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und den Wortlaut von dessen Antwort und Widerlegung enthält.

Jeder Leser sollte sich eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Berlin. Die Deutschsoziale Partei hält am 12. d. M. im Reichstagsgebäude eine Sitzung der erweiterten Parteileitung ab, in der vorzugsweise Organisationsfragen zur Beratung stehn.

Verband Nordmark. Herr Henningsen (Hamburg) sprach am 27. v. M. zu Stade über „Deutsche Arbeit in amerikanischen Fesseln.“ Der Vortrag war sehr gut besucht.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;
in Nordhausen am 9. und 16. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Aus Hohenzollern schreibt man uns: Vor dem Schöffengerichte zu Hechingen stand am 23. April der achzigjährige Privatier Jakob Löb unter der Anklage, mehre Obstbäume auf dem Grundstücke des Landwirts Jakob Erath (Postjakob) absichtlich beschädigt zu haben. Da die Thatsache erwiesen wurde, muß Jakob Löb 450 Mark Geldstrafe und die Kosten zahlen. Außerdem erhielt der Beschädigte 200 Mark Schaden-Ersatz. Das ist für solchen Baumfrevel keine besonders hohe Strafe,

wenn man in Betracht zieht, daß sonst fast stets in solchen Fällen auf eine Freiheitsstrafe erkannt wird. Auch die Entschädigung erscheint nicht zu hoch. Denn in einer andern Sache — die allerdings keinen Baumfrevel betraf — erhielt in Hechingen jemand etliche Tausende, als einer seiner Angestellten bei ihm Mein und Dein verwechselt haben sollte. In dieser Angelegenheit soll weiters anhängig sein, wenn man jenem Papageien glauben kann, der da ruft: „Jakob, Jakob, wer bist du?"

Offnes Strafvollstreckungs-Ersuchen. Gegen den Kaufmann Gustav Schlochauer, am 10. Juli 1866 zu Berlin geboren, der sich verborgen hält, soll eine durch vollstreckbares Urteil der Strafkammer 7 bei dem Königlichen Landgericht I zu Berlin vom 11. Oktober 1901 erkannte Freiheitsstrafe von vierzehn Tagen Gefängnis vollstreckt werden.

Der Erste Staatsanwalt ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gerichtsgefängnis. In der Beschreibung heißt es von der Nase: gewöhnlich, etwas hängend!

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

Dem Rechtsanwalt Dr. Alfred Stern zu Bukarest der Rote Adler-Orden vierter Klasse;

dem Reallehrer Dr. Max Bacharach zu Würzburg der Professor-Titel,

dem Kaufmann Felix Hirsch, Mitinhaber der Zigarettenfabrik in Firma G. E. Hirsch, zu Berlin das Prädikat eines Königlichen Hoflieferanten;

dem Bildhauer Moritz Wolff zu Charlottenburg der Rote Adler-Orden vierter Klasse;

dem Bankier Neander Alexander zu Wilmersdorf bei Berlin, bisher in Breslau, der Rote Adler Orden vierter Klasse;

dem Geheimen Kommerzienrat Ludwig Max Goldberger zu Berlin der Großherrlich türkische Medschidje-Orden zweiter Klasse.

Ernannt wurde:

der Rechtsanwalt Hugo Hirsch zu Pr.-Stargard zum Notar für den Bezirk des Oberlandesgerichtes Marienwerder;

der bisherige Privatdozent in der medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Professor Dr. Leopold Landau zum außerordentlichen Professor in derselben Fakultät.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Sommerfrischen Nordmährens und Schlesiens betitelt sich ein, von der Wiener Sektion des m.-schl. Sudetengebirgsvereines (V./I. Hartmanngasse 13) herausgegebnes Büchelchen, das viele, nach dem Stande des Frühjahres 1902 zusammengestellte Daten über Sommerfrischen Nordmährens und Schlesiens enthält und jedem, der für sich oder seine Familie eine solche sucht, des genauen Aufschlusses wegen, den es in jeder Richtung erteilt, auf das Beste empfohlen sei. Das Büchelchen ist unentgeltlich zu haben.

Die Feier des 25jährigen Bestehens seines Geschäfts begeht zu Pfingsten der unter der christlich-deutschen Bevölkerung im Stadteile Moabit bestens bekannte Weinhändler Leo Schmitz zu Berlin. Der aus dem Rheinlande stammende Jubilar ging als Sechszehnjähriger in die Fremde und kam als Soldat in die Reichshauptstadt, wo er seine Ehefrau, Bertha, geb. Rill, kennen lernte. Beide feiern im nächsten Monate ihre silberne Hochzeit. — Herr Schmitz hat mit thatkräftiger Unterstützung seiner Frau sich aus eigner Kraft emporgearbeitet, wobei sein Humor und sein lebhaftes Temperament ihn über alle Widerwärtigkeiten des Lebens hinweghalfen. Er besitzt seit einigen Jahren zwei Geschäfte (Flemmingstr. 6 und Zweigstelle Rathenowerstr. 55), die sich lebhaften Zuspruches erfreuen. Herr Schmitz steht im 49 Lebensjahre und ist ebenso wie seine Frau noch stets rüstig auf dem Posten, was beiden hoffentlich noch weitere 25 Jahre beschieden sein wird.

Unſre Leſer bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berückſichtigen und ſich bei allen Anfragen und Beſtellungen ausdrücklich auf unſer Blatt zu beziehen!

Amtliche Berichte

des Generals **J. H. de la Rey** des Generals **J. C. Smuts** und des Generals **P. J. Liebenberg**
ſowie andre

Urkunden über den Südafrikaniſchen Krieg

(insbeſondere über die Grauſamkeit der engliſchen Kriegsführung), die die Vertreter der Buren in Europa kürzlich empfangen haben. Mit Zuſtimmung der Regierung der Burenſtaaten in deutſcher Ueberſetzung herausgegeben durch A. Schowalter.

Inhalt: Bericht des Generals de la Rey. Bericht des Generals Smuts. Dreizehn vereidigte Erklärungen. Bericht v. J. A. van der Merwe. Brief des Generals Liebenberg.

Preis 60 Pf.

Deutſchnationale Buchhandlung und Verlags-Anſtalt,
Berlin NW 52, Paulſtr. 15.

Der Reichstagsabgeordnete, prakt. Arzt **Vogel**, wünſcht zu Beginn der Reiſezeit ſein herrlich gelegnes, wohl ausgeſtattetes Anweſen

Kurhaus Oberweiler

bei Badenweiler, Halteſtelle Haſenburg

als **angenehmen Sommeraufenthalt** für Nervöſe, Erholungsbedürftige und Sommerfriſchler in Erinnerung zu bringen. — Rekonvaleszenten finden alle gewünſchte Berückſichtigung in Koſt und Pflege nach ärztlicher Vorſchrift. — Näheres brieflich.

Deutſches Liederbuch,

enthaltend 87 der beliebteſten Lieder patriotiſchen und deutſchnationalen Inhalts.

Preis: 1 Stück —.20 Mark.
10 „ 1.— „
100 „ 8.— „

Gegen vorherige Einſendung des Betrages oder Nachnahme (unter Anrechnung des Portos und der Nachnahme-Gebühren) zu beziehen durch die

Deutſchnationale Buchhandlung und Verlags-Anſtalt
Berlin NW 52, Paulſtraße 15.

Düren

webt ſeit 600 Jahren die beſten **Herrenſtoffe.**

Stoffproben ſendet direkt und frei das **Tuchhaus Boetzkes i. Düren 1** (Rhld.)

Victoria-Zwieback

iſt der feinſte **Naturbutter-Zwieback der Welt.**



Fürſten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkaſten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkoſten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Juden-Poſtkarten!

Juden-(hoch originell) Zug durchs Rote Meer.
Die Austreibung der Juden aus Rußland.
Die Entwicklung einer Zwiebel.
Die Zukunft.
Hirſch im Kampf mit dem Wolf
5 Sorten 100 Stck. gemiſcht 4.— M.
Gefangene Löwen, Friedliche Löwen, Heulende Wölfe u. ſ. w.
4 Sorten 100 Stck. ſortiert 3,50 M.
gegen vorherige Einſendung oder Nachnahme des Betrages.

Deutſchnationale Buchhandlung und Verlagsanſtalt
Berlin NW. 52, Paulſtraße 15.







Anzeigen-Sammler

für Berlin, ſowie für jede größere Stadt geſucht. Hohe Vergütung, guter Nebenverdienſt. Geſſ. Angebote an die Geſchäftsſtelle dieſes Blattes erbeten.

Bad Pyrmont.

Richters Penſion.
Beſuchteſte chriſtl. Kurpenſion.
Beſte Empfehlungen.

Weſtf. Landſchinken,

nach Bauernart trocken geräuchert. **Rundſchnitt,** ohne Bein, 1,05 Mark, empfiehlt (unbekannt Nachnahme)

Aug. Heidemann,
Rödinghauſen bei Bünde i. W.

Elberfeld.

Deutſches Wirtshaus „Burghof“

Hotel und Reſtaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektriſches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung“,
„Deutſch-Soziale Blätter.“
Inh. A. Kirſtein.

Bad Kiſſingen.

Logierhaus Renner,

Schönborn-Straße 24,
jenſeits der Saale,
empfiehlt ſchön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preiſen.

Großer Garten.

Deutſcher Krug.

Antiſemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohſtraße 3, Erdgeſchoß u. 1. Stock.
Ausſchank:
Böhmiſch, Lichterhainer, Tuchérſches Dunkel und Pſchorrbräu.
Vorzügl. Speiſen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Frankfurt a. m.

Hotel Cölner Hof.

Beſitzer: Herrmann Laas.

Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofs.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preiſen.

Bier- und Wein-Reſtaurant.

Jüdiſcher Beſuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung“, „Deutſche Wacht“, „Deutſch-Soziale Blätter“ und andre deutſche Zeitungen liegen aus.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulſtr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyſeſtr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 15. Mai 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 717.

Wochen-Spruch.

Ganz unvermerkt ist der „Gläubiger der Könige“ (Rothschild) zum Könige der Gläubigen geworden, und wir können nun die Bitte dieses Königs um Emanzipierung nicht anders als ungemein naiv finden, da wir vielmehr uns in die Notwendigkeit versetzt sehn, um Emanzipierung von den Juden zu kämpfen.

Rich. Wagner, „Das Judentum in der Musik“. (Gesammelte Schriften, Bd. 5, S. 86).

Erweiterung des Reichstagswahlrechtes zur Wahlpflicht

lautet, wie unsre Leser wissen, seit dem Jahre 1889 eine Forderung unsers deutschsozialen Programms, die bisher keine der übrigen politischen Parteien in ihre politischen Forderungen aufgenommen hat. Selbst in den Reihen unsrer eignen Partei hatte der Abgeordnete von Liebermann mancherlei Widerstände zu überwinden, ehe man die Einführung der Wahlpflicht als einen festen Bestandteil unsers Programms anzusehn sich gewöhnt hat. — Allmählich ist aber auch diese Frage mehr in Fluß gekommen. Neuerdings ist in einem süddeutschen Zentrumsblatte eine fleißige Studie über „Wahlrecht und Wahlpflicht“ zur Veröffentlichung gelangt, die uns der Verfasser freundlichst zur Verfügung stellt. — In diesem Augenblicke, wo der Kampf um die Reichstags-Diäten, wie es scheint, seinem Abschluß nahe ist, kommt ein Nachweis, in welchem Umfange schon eine Wahlpflicht vorhanden ist, sehr zur Zeit. Eine weise Regierung würde die Gelegenheit benutzen, mit der Einführung der Diäten die Erweiterung des Wahlrechts zur Wahlpflicht zu verknüpfen und damit einen wichtigen Schritt zur politischen Erziehung unsers Volkes thun. Der Staat muß endlich, so lange es noch Zeit ist, seine alten Reserven zum Kampfe gegen den Umsturz heranziehn. Das ist wirklich nötiger, als z. B. die angekündigte Einführung neuer Knöpfe in unserm Heere. — Der Staat, der zuerst die allgemeine Schulpflicht und dann zuerst die allgemeine Wehrpflicht für seine Bürger schuf und sich dadurch einen gewaltigen Vorsprung vor allen Nationen errang, soll nun auch den Mut haben, mit der allgemeinen Wahlpflicht einen gleich bedeutungsvollen Schritt zu thun und allgemeine Wehrpflicht gegen den Umsturz einführen. — Nach diesen einleitenden Worten geben wir dem „Badischen Beobachter“ das Wort:

Kaum ein halbes Jahrhundert ist verflossen, seit die große Masse des Volkes die Möglichkeit der mittelbaren Teilnahme an der Staatsleitung sich erkämpft hat, und heute ist dieses Zugeständnis so tief in das Volksbewußtsein eingedrungen, daß sich bereits Stimmen erheben, die das Wahlrecht zu einer gesetzlich erzwingbaren W a h l p f l i c h t umgewandelt wissen wollen. Diese Erscheinung zeigt uns die gewaltigen Fortschritte, in der Demokratisierung unsers modernen Staatswesens.

In weiten Kreisen wird es als ein Uebel gefunden, wenn trotz tiefgehender Agitation in Zeiten der Wahlvorbereitungen am Tage der Wahl Unzählige der Urne fern bleiben. An den Reichstagswahlen, die doch unter dem vollkommensten in Deutschland bestehenden Wahlsystem vollzogen werden, beteiligten sich von 1871 bis 1898 durchschnittlich nur 60 bis 63 v. H. der Wahlberechtigten. Bei der letzten Reichstagswahl sind von rund $11^1/_2$ Millionen Wahlberechtigten etwa $3^1/_2$ Millionen der Wahl ferngeblieben. Diese Thatsache allein schon giebt zu denken. Viel schlimmer steht es bei den Wahlen zu den einzelnen deutschen Landtagen unter der Herrschaft des indirekten, oder öffentlichen, oder Klassen-Wahlsystems.

Es bedarf daher die Frage einer ernsten Prüfung.

Weder von wissenschaftlicher noch politischer Seite ist diese Frage in Deutschland gründlich untersucht worden. Am eingehendsten hat sich unsers Wissens damit der Leipziger Professor Dr. Triepel befaßt, dessen Urteil allerdings darauf hinausläuft, daß der Wahlzwang „innerlich nicht zu rechtfertigen“ sei; er hält sich dabei an den Wortlaut unsrer Verfassungsurkunden und Wahlgesetze, „die überall nur von Recht und Fähigkeit, nie aber von einer Pflicht, zu wählen reden“. — In dem Maße jedoch, als sich praktische Politiker mit dem Gedanken befassen, mehren sich die Stimmen, die für Einführung der Wahlpflicht eintreten. Bereits hat eine Partei, die unter Führung des Abg. Liebermann von Sonnenberg stehende Deutschsoziale Partei, unter den Forderungen ihres Programms die Erweiterung des Reichstagswahlrechts zur Wahlpflicht ausgesprochen. Auch ist im Jahre 1896 von dem obengenannten Abgeordneten ein entsprechender Antrag beim Reichstag gestellt und in den beiden folgenden Sessionen wiederholt worden, bisher allerdings noch nicht zur Verhandlung gekommen. Nur eine Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Bebel und Liebermann von Sonnenberg hat sich im Reichstag abgespielt. Dagegen hat man sich in mehren deutschen Landtagen mit der Neuerung schon befaßt.

Am gründlichsten in H e s s e n. In der dortigen zweiten Kammer hat die Zentrumspartei (vertreten durch die Abgg. Dr. Schmitt, Frenay, Horn, Frhr. v. Köth, Wasserburg) unterm 9. Februar 1897 in einem Antrag über Erlaß von Wahlvorschriften, die Einführung der Wahlpflicht bei allen Wahlen (Gemeinde-, Kreis- und Landtag-) verlangt. Obwohl damals der Gedanke noch ziemlich neu war, haben sich Redner aller Parteien warm für den Antrag ausgesprochen. Auch die hessische Regierung erklärte durch Staatsminister Rothe im Prinzip ihr Einverständnis, machte nur praktische Bedenken formaler Natur geltend. So kam es, daß der Zentrumsantrag betr. Wahlpflicht mit einer ansehnlichen Mehrheit von 26 Stimmen gegen 14 zur Annahme gelangte. — Das neue hessische Wahlgesetz liegt jetzt vor, die Wahlpflicht enthält es allerdings nicht.

In der b a y e r i s c h e n z w e i t e n K a m m e r wurde bei Gelegenheit der Beratung des Antrages Segitz, die Abänderung des Landtagwahlgesetzes betreffend, die Frage der Wahlpflicht von den Rednern verschiedner Parteien in die Debatte hineingezogen und im Prinzip für richtig erkannt. Vom Zentrum sprach sich dafür aus Prälat Dr. v. Daller, von den Nationalliberalen Dr. Aub und Conrad, von den Demokraten der Abgeordnete Köhler.

Auch im b a d i s c h e n L a n d t a g ist in der ersten Kammer über die Opportunität der Wahlpflicht bereits verhandelt worden. Zunächst in der Verfassungskommission am 28. April 1898 gelegentlich der Beratung des Gesetz-Entwurfs,

die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer betreffend. Wenn auch der von der Verfassungskommission ausgearbeitete Gesetz-Entwurf die Wahlpflicht nicht vorgesehen hatte, so ist doch bemerkenswert, was der Berichterstatter, Herr Geh. Hofrat Professor Dr. Meyer, am Schlusse seines Berichtes ausführte:

„Endlich gelangte in der Kommission noch die Frage zur Erörterung, ob etwa eine Wahlpflicht einzuführen sei. Grundsätzlich war man dem Gedanken nicht abgeneigt, da anerkannt wurde, daß das Wahlrecht dem Einzelnen nicht in seinem Privatinteresse, sondern im öffentlichen Interesse eingeräumt sei."

Als der erwähnte Wahlgesetz-Entwurf bald darauf, am 7. Mai, im Plenum der ersten Kammer auf der Tagesordnung stand, berührte auch Kommerzienrat Dissené die Frage der Wahlpflicht, ohne sich jedoch dafür zu erwärmen.

Es haben sich in Deutschland bereits Vertreter aller politischen Parteien mehr oder minder sympathisch für die Neuerung ausgesprochen. Ziemlich kühl dem Gedanken gegenüber verhält sich allein die Sozialdemokratie bei uns in Deutschland, während sich in Frankreich einer ihrer Hauptwortführer, der jetzige Minister Millerand, entschieden dafür ausgesprochen hat, und im schweizerischen Kanton Basel-Stadt, wo die Frage vor wenigen Jahren eine Rolle spielte, die Sozialdemokratie geschlossen für den Wahlzwang eingetreten ist.

Nicht zu verkennen ist, daß der Durchführung der Wahlpflicht praktische Schwierigkeiten im Wege stehn, die sich jedoch leicht überwinden lassen. Sie sind mehr formaler als prinzipieller Natur. Dem Wähler wird nur ein Gang zur Wahlurne, also eine rein äußerliche Pflicht auferlegt. Konveniert ihm keiner der vorgeschlagnen Kandidaten, so steht es ihm frei, an deren Stelle einen andern zu wählen oder durch Abgabe eines leeren Zettels Stimmenthaltung zu üben.

Die Durchführung der Wahlpflicht könnte allerdings nicht auf dem Papier stehn bleiben, sie hätte demgemäß eine Bestrafung der Säumigen im Gefolge. Indes nach unsrer modernen Staatsauffassung, welche die Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Mitregierung durch das Parlament so tief in die weitesten Volksschichten sickern läßt, erscheint eine Ordnungsstrafe für diejenigen, welche dieser Pflicht sich nicht bewußt sind, keineswegs verletzend oder drückend.

Es dürfte noch interessiren, zu erfahren, wie sich das Institut der Wahlpflicht bewährt hat in den Ländern, in denen es seit längerer oder kürzerer Zeit zu Recht besteht. Zu dieser Beurteilung können uns dienen außer dem Fürstentum Liechtenstein eine Anzahl Schweizer Kantone und Belgien. In Deutschland besteht die Wahlpflicht u. a. in beschränktem Umfang bei den Wahlen zum Landtag für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach. Dort werden von den Grundbesitzern und Höchstbesteuerten (neben den 23 aus direkten Wahlen hervorgegangnen Abgeordneten) noch 10 Abgeordnete in direkter Wahl gewählt. Auf unentschuldigte Versäumnis dieser Wahl liegt eine Strafe von 10 bis 30 Mark. Aehnliche Bestimmungen besitzt das Herzogtum Braunschweig für die neben den allgemeinen Wahlen eingeführten Wahlen einzelner Berufsstände. Einem Wahlzwang unterliegen auch bei indirekten Wahlen die aus der Urwahl hervorgehenden Wahlmänner, indem sie zu den Kosten für eine durch ihr Versäumnis nicht zu Stande gekommne Abgeordnetenwahl oder mit sonstigen Ordnungsstrafen belegt werden können. Selten dürfte allerdings von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht werden, da bei den auserkornen Wahlmännern das Pflichtgefühl und die Parteidisziplin in der Regel stark ausgeprägt sind. — Außerdem finden wir die Wahlpflicht noch in einigen deutschen Bundesstaaten bei den Gemeindewahlen; bei mehren thüringischen Staaten, dem preußischen Regierungsbezirk Wiesbaden (ehemaligem Herzogthum Nassau) usw.

In der Schweiz, woselbst die Wahlpflicht in 22 Kantonen zu Recht besteht, finden wir dieselbe zunächst in mehren der sog. Landsgemeindekantone, wie in Appenzell u. a. In diesen Staaten kleinster und primitivster Art ermöglicht die geringe Ausdehnung und der vorwiegend bäuerliche Charakter des Landes die Einrichtung, daß die Gesamtheit der politischen freien Männer unter Strafe verpflichtet sind, zeitweilig zusammenzukommen, um über die wichtigern Gesetze nicht allein abzustimmen, sondern auch mit zu beraten. Diese Einrichtung, bei welcher die Demokratie in ausgeprägtester Form zur Geltung kommt, ist in ihrer Bedeutung zu vergleichen mit den Beratungen in unsern Gemeindekollegien in Deutschland.

Weitere Kantone, die sich zum Stimmzwang bekennen, sind diejenigen mit Repräsentativ-Verfassung, und zwar Zürich, Schaffhausen, Graubünden, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Basel-Landschaft u. a. Da in der Schweiz die Institute der Volksinitiative und des Gesetzesreferendums bestehn, also das Schwergewicht der Verantwortung für die Gesetzgebung beim Volke selbst liegt, eine Einrichtung, die wir in Deutschland nicht kennen, so ist eine Vergleichung mit den deutschen Verhältnissen kaum möglich.

Näher liegt uns schon in staatsrechtlicher Hinsicht Belgien. Die Einführung der Wahlpflicht bildete dort einen wichtigen Punkt bei der einschneidenden Revision, die die belgische Verfassung nach sechsjährigem, unangetastetem Bestande erfuhr. Seit 1894 besteht dort die Wahlpflicht und bei den unter ihrer Herrschaft unmittelbar darauf vollzognen Wahlen zur Repräsentantenkammer stimmten von den Wahlberechtigten 95 v. H. ab. Allerdings besteht in Belgien das sog. System der Pluralstimmen (wonach jeder Wähler mindestens eine Stimme, bevorzugte Gruppen aber, die durch höheres Alter und Besitz einer Familie, durch Einkommen, Vermögen und Bildung ausgezeichnet sind, zwei oder gar drei Stimmen haben). Ganz analog läßt sich demnach auch Belgien nicht auf die deutschen Verhältnisse anwenden.

Es erübrigt nun noch, das Fürstentum Liechtenstein näher ins Auge zu fassen, das jedoch wegen seiner geringen Einwohnerzahl nicht gut als Vorbild für ein bei uns einzuführendes Rechtsinstitut dienen kann. Immerhin ist bemerkenswert, daß unter der Herrschaft des Stimmzwangs kaum eins v. H. an der Urne fehlt.

Welche praktischen Wirkungen die Einführung der Wahlpflicht bei uns in Deutschland haben, welcher Partei ein besondrer Nutzen daraus entspringen wird, ist schwer vorherzusagen. Aber soviel ist sicher: Die Wahlarbeiten erleichtern sich, die tiefgehende Agitation verliert an Schärfe, der gewaltige, mit großen Opfern verbundne Apparat der sog. „Beischleppern" am Wahltage, das Kontrollistenführen in den Wahllokalen, all diese mühevollen Arbeiten würden durch die Neuerung überflüssig werden.

Noch ein wesentlicher Faktor spricht ebenfalls für Einführung des Wahlzwanges. Wird der Abstimmungsakt zu den Wahlen für das Parlament zu einer gesetzlichen Pflicht gemacht, also gewissermaßen zu einem integrierenden Bestandteil der Staatsbürgerpflichten erhoben, so wird der Wahlakt damit als dauerndes Rechtsinstitut befestigt und es ist weiter der Weg gebahnt zur Einführung der allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahl auch bei den Landtags- und Kommunal-Wahlen.

Die Trustgefahr.

Die „New-Yorker Staats-Ztg." sagt über die verderblichen Folgen des Morganschen Schiffahrtstrustes, der Kernpunkt der ganzen Sache, die wahre Bedeutung liege nicht darin, ob die neue Abmachung dem großen Publikum Vorteil oder Nachteil bringe; auch die Frage, inwieweit die deutschen Gesellschaften hineingezogen worden sind, stehe erst, so viel auch für Deutschland selbst davon abhänge, in zweiter Linie. Es handle sich hier um eine Erscheinung von prinzipieller Bedeutung, um die Thatsache, daß es einem zentralisierten Großkapital gelungen sei, eine Diktatur auszuüben, die sich in einer fortdauernden Bethätigung für das politische und wirtschaftliche Leben nicht nur eines Staates, sondern der gesamten Welt verhängnisvoll erweisen müsse.

Wenn die Befestigung einzelner Betriebe eines Landes im Interesse der Sparsamkeit und der durch den Verschmelzungs-Prozeß herbeigeführten Verbilligung in das wirtschaftliche

Leben einen neuen Faktor hineintrage, sei es gut. Es handle sich aber in diesem Falle nicht mehr um eine Verschmelzung gleicher Betriebe, der Trust strecke seine Arme vielmehr aus über das Land und die See, er zwinge die Widerstrebenden und ersticke durch Ertötung des freien Wettbewerbes den wirtschaftlichen Aufschwung und die selbständige Fortentwicklung. Das sei das Charakteristische und das Verwerfliche an dem Trustwesen, wie es sich in unsern Tagen herausgebildet habe, daß es in seinem unaufhaltsamen Ausbau keinen Widerstand finde, keine Schranken kenne. Die Allmacht und die Willkür, das seien die beiden Begleiter des Trustes, die ihn schließlich zur Geißel der gesamten Kulturwelt machen müßten.

In wie weit die britischen und deutschen Dampfer-Linien unter die Kontrolle der einen Kapitalgruppe gekommen sind, das sei nur eine Aeußerlichkeit. Das mögen die Aktionäre unter sich abmachen und die betreffenden Regierungen zu verhindern suchen. Die Allgemeinheit habe nur an der Thatsache Interesse, daß sich die Willkür und die Allmacht des vereinigten Großkapitals ausbreite über die Lande und die Meere. Es handle sich darum, daß e i n Mann als Vertreter einer Gruppe den gesamten Handel und die Industrie der ganzen Welt kontrollieren, das heißt, von seinem und dem von ihm vertretenen Interesse abhängig machen könne.

Die von Morgan bisher kontrollierten Linien umfassen 118 Schiffe mit 881 562 Tonnen Gehalt. Ihnen ständen 256 Schiffe mit 1 224 178 Tonnen Gehalt der beiden deutschen Linien gegenüber. Trotz dieses gewaltigen Unterschiedes, der einen Zweidrittel-Kraftüberschuß zu gunsten der deutschen Linien ergiebt, seien diese doch gezwungen worden, sich dem Gebot der andern Seite zu fügen.*) Nicht warum dies möglich war, sei da von Bedeutung, sondern daß es unter irgendwelchen Verhältnissen überhaupt stattfinden konnte. Darin liege die politische und die wirtschaftliche Gefahr. Die politische, denn es könnte sich schließlich das staatliche Eingreifen als Gegenmaßnahme notwendig machen, die wirtschaftliche unter der Erwägung, daß das gesamte industrielle und merkantile Leben unter dem einen Gesichtspunkt des Interesses des vereinigten Großkapitals gestellt werden würde. —

Diese beiden von dem Newyorker Blatte angedeuteten Gefahren, auf die wir bereits in Nr. 710 aufmerksam machten, können noch verhütet werden, wenn das Reich sich rechtzeitig, in welcher Form es auch immer ist, die Einflußnahme auf die beiden deutschen Linien sichert. Sobald erst der größere Teil der Aktien in den Besitz der amerikanischen Morgangruppe übergegangen sein wird, was sicher zu erwarten steht, dürfte es zu spät sein. Das muß unbedingt verhütet werden.

Freisinnige Sozialpolitik.

Der „Vorwärts kritisiert die freisinnige Partei-Taktik wie folgt:

Dem Freisinn ist seiner Natur und seinem Ursprunge nach jede Sozialpolitik verhaßt. Der Wahlnot hat er wohl einige Konzessionen gemacht, aber im Grunde seines Herzens wünscht er das freie Spiel der Kräfte — des Kapitalismus, ungestört durch „Eingriffe" des Staates.

Dabei hat der Freisinn die nette Gewohnheit, sozialpolitische Forderungen größern Stils nur da zu erheben, wo er sicher ist, daß sie — keine Aussicht auf Annahme haben. Darum geberden sich die Freisinnigen im preußischen Abgeordnetenhause, wo sie nichts zu sagen haben, äußerst „vorgeschritten", während sie da, wo sie die Macht hätten, sozialpolitische Reformen durchzusetzen, jeder jeden Fortschritt verhindern. Die freisinnig verwalteten Kommunen, wie Berlin, sind wahre Musteranstalten sozialpolitischer Rückständigkeit und Engherzigkeit. In der Kommune sind die Freisinnigen ja auch für ein Wahlrecht, das noch schlechter ist, als das Dreiklassensystem: für die Zensuswahl.

Die sozialpolitische Zweiseelennatur des Freisinns hat sich auch in Königsberg in einem bemerkenswerten Falle gezeigt, auf den unser dortiges Partei-Organ aufmerksam macht.

Im preußischen Abgeordnetenhause ist mit besondrer Entschiedenheit der Freisinnige Krieger für die Rechte der Eisenbahner eingetreten. Ungefähr zur selben Zeit, wie Herr Krieger diese Reden schwang, traten die Königsberger Straßenbahner an die Stadtverwaltung mit etlichen bescheidnen Wünschen heran; Herr Krieger ist der Direktor dieser Straßenbahn. Dennoch wurden die Forderungen der Straßenbahner von den freisinnigen Stadtherrschern glatt abgelehnt; man bekannte sich einmütig zu einer Auffassung, die ein nationalliberaler Stadtverordneter in den Satz zusammenfaßte: „Sozialpolitik treiben wir hier nicht!"

Das ist inderthat freisinnige Grundanschauung. In den Kommunen, wo sie herrschen, treiben sie keine Sozialpolitik: wo sie aber darauf los fordern können, ohne Gefahr zu laufen, daß man ihnen folgt — da werden sie furchtbar sozialpolitisch, weils sie nichts kostet und hübsch aussieht.

Ob die vom „Vorwärts" erwähnten Forderungen der Königsberger Straßenbahner wirklich so bescheidne und begründete gewesen sind, wie die Sozialdemokraten behaupten, darüber sind wir nicht unterrichtet, aber auch die Ablehnung solcher wäre freisinnigliberalen Großkapitalsvertretern schon zuzutrauen. Dafür bürgt außer andern folgendes, nicht vereinzelt dastehende Beispiel für die Lehrerfreundlichkeit des freisinnigen Berliner Magistrats, das zufällig gleichzeitig in dem „Deutschen Handels- und Gewerbeblatt", dem Organ verschiedner Mittelstandsvereinigungen in Berlin, angeführt wird. Wir lesen in demselben:

Mit besondrer Vorliebe stellt der Berliner Kommunalfreisinn die reichshauptstädtischen Schulzustände und Lehrerbesoldungsverhältnisse als Muster denjenigen in den „ostelbischen" Gemeinden und Gutsbezirken gegenüber. Wer in Wirklichkeit bei einem derartigen Vergleich den Kürzern zieht, zeigt wieder einmal die in der gestrigen Nummer des amtlichen „Gemeindeblattes" ausgeschriebne Volksschullehrerstelle an der unter dem Patronate des Berliner Magistrats stehenden Schule auf dem städtischen Rieselgute Blankenfelde. Verlangt wird, daß der Kandidat beide Examina gemacht und im Schuldienst „nachweisbar sich bewährt" habe; gewährt wird einer solchen ältern, praktisch erprobten Lehrkraft im Falle vorläufiger Anstellung ein Jahresgehalt von — 800 Mark, d. i. um ganze 80 Mark jährlich mehr, als das für die entlegensten Ortschaften mit den billigsten Lebensbedingungen gesetzlich festgesetzte Mindestgehalt beträgt. Von diesem fürstlichen Einkommen von 66⅔ Mark monatlich muß aber der verheiratete Lehrer noch seine Wohnungsmiete bestreiten, da der Magistrat nur eine „für einen unverheirateten Lehrer bestimmte Wohnung", also wahrscheinlich eine bessere Schlafstelle, gewährt. Daß auch der Ersatz der Umzugskosten nicht zugesichert, sondern die Entscheidung darüber einer spätern Zeit vorbehalten wird, sei nur nebenbei erwähnt. — Blankenfelde liegt eine Meile von Berlin entfernt; Bekleidungs- und die übrigen Bedarfsgegenstände außer dürftigen Rieselfelder-Nahrungsmitteln müssen aus Berlin bezogen werden.

Diese von dem Organ der patriotischen Berliner Mittelstandsbewegung gegen die „freisinnige Sozialpolitik" des Magistrats der Reichshauptstadt erhobne Anklage paßt sehr gut zu der von entgegengesetzter Seite kommenden, namentlich wenn man berücksichtigt, mit welchem Eifer die Freisinnigen im preußischen Abgeordnetenhause — wo sie nichts „to seggen" haben — von den ärmsten Bauerngemeinden die weitgehendsten Erhöhungen der Lehrergehälter gefordert haben. Um diesen Beschuldigungen, daß die Freisinnigen zwei ganz verschiedne Seelen in ihrer Brust haben und nur da furchtbar sozialpolitisch sind, wo es hübsch aussieht, aber sie selber nichts kostet, noch weitern Nachdruck zu geben, mögen einige weitere Beispiele angeführt werden.

Die freisinnig regierte Hauptstadt mit ihrer glänzenden Finanzlage muß überall erst durch gerichtliche Klagen zur Zahlung von Schullastenbeiträgen für die von Berliner Arbeitern bevölkerten Vororte gezwungen werden, während die Freisinnigen jeden Besitzer eines Gutsbezirks, der in einem gleichen Falle nicht freiwillig in die Tasche greift, als einen ganz verächtlichen Kerl und Bauernfeind hinstellt, vergl. die Hetze der Freisinnigen gegen den Grafen Reventlow (Wulfshagen).

Im Reichstage und im ganzen Lande kämpft der Freisinn erbittert gegen die Schutzzölle für alle Zweige der so schwer bedrängten deutschen Ackerbauer und brandmarkt sie als schändlichen Brot- und Fleischwucher. Im Reichstage hat man sich aus taktischen Gründen auch für die Aufhebung der von vielen Großstädten zu gunsten ihrer reichen Stadtsäckel erhobnen Abgaben von Brot und Fleisch ausgesprochen, wohl weil man wußte, das es nichts kosten, d. h. daß die Reichsregierung die Verquickung dieser Frage mit dem Zolltarifgesetz von der Hand weisen würde und müßte. Draußen in den Stadtparlamenten aber treten die Freisinnigen in ihrer Mehrheit gegen die Beseitigung dieser Lebensmittelsteuern ein. Und selbst da, wo solche in dieser Form nicht bestehn, nimmt man doch durchaus keinen Anstand, dem armen Mann zu gunsten der Stadtsäckel,

*) Weil die Leiter der Gesellschaft davon eine Erhöhung ihrer Profite erhoffen! Die Schriftl.

d. h. zu gunsten der reichen Steuerzahler, indirekt den Lebensunterhalt durch hohe Gas- und Wasserpreise, Schlacht- und Viehhofs-Abgaben usw. zu verteuern. Hat doch noch vor kurzem im preußischen Abgeordnetenhause der Abg. Ring den freisinnigen Berliner Kollegen vorgerechnet, das sie bis zu 21 v. H. aus ihrem im Schlachthofe angelegten Kapital herauswirtschaften.

Das alles spricht für die heuchlerische Art der freisinnigen Sozialpolitik. Wir wollen es ihnen überlassen, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die ihrer Ankläger, der sozialdemokratischen „Genossen", in manchen Stücken auch nicht besser ist.

Die Obstruktion im Reichstage.

Bei der ersten Beratung der von der Regierung in Brüssel abgeschlossenen Zuckerkonvention gab es geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten im Reichstage. — Am 5. Mai hatte der Reichskanzler die Konvention mit seiner üblichen Beredsamkeit zur Annahme empfohlen und davon allerlei sehr günstige Wirkungen für die Landwirtschaft und die Zucker-Industrie prophezeiht. Aber nur auf der alleräußersten Linken erntete er spärlichen Beifall. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Freisinnigen äußerten sich alle Redner entgegen dem dringenden Wunsche der Regierung in kurzen Erklärungen für Kommissionsberatung. — Bei Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung wurde von der rechten Seite des Hauses gewünscht, daß die dritte Lesung des Brennereisteuer-Gesetzes endlich zur Erledigung käme. Um eine Abstimmung über diesen Antrag zu verhindern, bezweifelte der Abgeordnete Richter die Beschlußfähigkeit des Hauses, und seine Freunde führten dann auch durch Verlassen des Saales künstlich die Beschlußunfähigkeit herbei.

Am nächsten Tage (6. Mai) beantragte nunmehr von der rechten Seite des Hauses bei Beginn der Sitzung der Abgeordnete Lucke eine Umänderung der Geschäftsordnung. Bei einer Debatte darüber platzten die Geister von rechts und links ziemlich hart aufeinander, und selbst der sehr friedliche Führer der Deutsch-Konservativen, Herr von Levetzow, warnte in entschiedner Weise die Linke, ihre Obstruktions-Thätigkeit fortzusetzen und drohte mit gleichartigen Maßregeln. — Da die Linke durch ihr Verhalten bewies, daß sie das Zustandekommen des Brennsteuer-Gesetzes nach wie vor zu verhindern bestrebt sein würde, bezweifelte Herr Lucke die Beschlußfähigkeit, die sich bei dem Namensaufruf auch herausstellte. Die Sitzung wurde abgebrochen und nach einer halben Stunde eine neue begonnen. Das inzwischen beschlußfähig gewordne Haus erledigte nunmehr den Rest der ersten Beratung der Zuckerkonvention. Dabei sprachen sich die Mehrzahl der Redner trotz dringender Gegenvorstellungen der Regierungskommissare für Kommissionsberatung aus. — Einen wesentlichen, noch von keinem Redner erwähnten Grund dafür hob unser Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg in seiner kurzen Erklärung hervor. Er sagte:

„M. H., ich will lediglich in wenigen Sätzen ebenfalls die Kommissionsberatung anempfehlen; zunächst aus den Gründen, die von verschiednen Rednern dieses Hauses bereits entwickelt worden sind, zweitens aber auch noch aus einem Gesichtspunkte heraus, der meines Wissens bisher noch nicht erwähnt wurde. Wenn ich nicht irre, werden dieselben Herren, die das Deutsche Reich auf der Brüsseler Konferenz vertreten haben, auch berufen sein, die künftigen Handelsverträge vorzubereiten und abzuschließen. Es wäre, wenn diese Voraussetzung richtig ist, sehr wünschenswert, sich mit ihnen über die Methode zu unterhalten, in der mit dem Auslande verhandelt werden soll. Denn daß die Methode der Herren Unterhändler auf der Brüsseler Konferenz eine durchaus zweckmäßige gewesen ist, und daß deren Ergebnis zu den erfreulichsten Erwartungen für unsre Zucker-Industrie Anlaß geben sollte, diese Anschauung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs wird durchaus nicht überall im Lande geteilt. Auch von den Rednern dieses Hauses sind vielerlei Bedenken hervorgehoben worden, und die zahlreichen Druckschriften, die uns sowohl von Interessenten des Zuckerrings als aus den Kreisen der rübenbauenden Landwirtschaft als auch von den Zuckerfabriken zugehn, beweisen, daß alle diese Interessen nicht ohne weiters in Einklang mit den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz zu bringen sind. Darum brauchen wir eine Kommission. Herr Dr. Barth hat unbewußt ein gutes Wort geprägt von dem ‚Zucker der verbündeten Regierungen.' Möge die Kommission Mittel und Wege suchen, nicht nur, um die thatsächlich vorhandne Zuckerüberproduktion für uns unschädlich oder nutzbar zu machen; möge sie auch den Anstoß dazu geben, daß die Ueberproduktion von raffiniert zuckersüßen Reden für die Landwirtschaft seitens der Regierungsvertreter endlich einmal von Thaten begleitet werden, die dazu geeignet sind, der Landwirtschaft ihr schweres Dasein wirklich etwas zu versüßen.

(Bravo rechts.)"

Die Hervorhebung, daß die Brüsseler Konvention eine Art von Generalprobe für den Abschluß der Handelsverträge gewesen ist, schien zunächst im Hause nicht verstanden zu werden. Inzwischen hat man darüber näher nachgedacht, und diese Seite der Frage wird jetzt in einer Reihe von Zeitungen lebhaft erörtert.

Die Vorlage wurde dann schließlich mit sehr großer Mehrheit an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen, und das Haus vertagte sich bis zum 3. Juni.

Der „ehrbare deutsche Kaufmann" der Zukunft.

Unsre Leser, insonderheit derjenige Teil derselben, die der alten Deutschsozialen Partei schon vor dem Tage von Eisenach angehörten, wissen, wie nachdrücklich in unserm Parteiprogramm und in allen Erläuterungsschriften dazu der Gedanke einer lebensvollen, zeitgemäßen Neuorganisation unsers Volkes nach Erwerbsständen und Berufsgruppen stets betont wurde. Das Erfurter Programm der deutschsozialen Reformpartei behielt die Forderung bei, stellte sie aber nicht mehr mit gleichem Nachdrucke in den Vordergrund. Es scheint uns zeitgemäß, jetzt, wo wir uns den Reichstags-Neuwahlen nähern, diese alte deutschsoziale Forderung wieder energisch zu vertreten. Nur durch Neuorganisation des Deutschen Volkes in Werkgenossenschaften kann der Atomisierung entgegengearbeitet werden, die in unheimlicher Geschwindigkeit im Deutschen Reiche um sich greift und uns Staat und Volk mit Zerfall und Untergang bedroht. —

Wir haben oft in diesen Blättern hervorgehoben, wie neben vielen traurigen Zeichen der Zeit, die auf Niedergang und um sich greifende Fäulnis in unserm Staatswesen deuten, doch auch einige hoffnungsvolle Anfänge zu einer ständischen Neugliederung unsers Volkes sich zeigen.

Als einen solchen vielversprechenden Anfang haben wir von seinem Gründungstage an den „Bund der Landwirte" angesehn. Diese Zusammenfassung der großen, mittlern und kleinen Ackerbauer Deutschlands ist heute schon zu einem Machtfaktor geworden, dessen große Bedeutung man am besten aus dem wahrhaft teuflischen Hasse erkennt, womit er von den Mammonsdienern und Umsturzmännern bekämpft wird. — Und als einen zweiten Baustein des Reichspalastes der Zukunft sehn wir den „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband" an, der aus winzig kleinen Anfängen heraus in wenigen Jahren ebenfalls eine Macht geworden ist, die emsig an dem innerlichen Neuaufbau eines deutschen Kaufmanns-Standes arbeitet.

Beide Organisationen haben, ohne im mindesten parteiantisemitisch zu sein, doch in richtiger Erkenntnis den Juden aus ihren Reihen ausgeschlossen. Den Juden, der stets der Schürer der Revolution, aber niemals der Träger einer Organisation unter seinen Wirtsvölkern gewesen ist und seiner Natur nach auch garnichts andres sein kann.

Der „Bund der Landwirte" ist durch seine großen öffentlichen Kämpfe um Erhaltung deutscher Bauernkraft überall

bekannt geworden, während die Arbeit des „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes" noch weniger in der breiten Oeffentlichkeit beachtet wird. — Wir haben vielfach führende Politiker nationaler Parteien angetroffen, denen noch nicht einmal die Existenz, geschweige denn die Bedeutung dieser jungen kaufmännischen Organisation bekannt war.

Wir glauben daher zweckmäßig zu handeln, wenn wir einem interessanten Aufsatze aus der Feder des Führers und Organisators der deutschen Handlungsgehilfen Bewegung hier Raum gewähren. —

Herr Wilhelm Schack, der als „Mitglied der Hamburger Bürgerschaft" auch zu den Abgeordneten unsrer Partei gehört, schreibt:

Im eignen Heim.

Wenn wir heute durch den lieben Besuch eines unsrer Vertrauensmänner oder eines andern Mitkämpfers geehrt werden, der zum ersten Male die Schwelle unsrer Hauptgeschäftsstelle überschreitet oder wie das in letzter Zeit mehr und mehr geschieht, der Vertreter einer andern Organisation von einem Mitgliede der Verwaltung auf dem erbetnen Gange durch die Geschäftsräume begleitet wird, dann wird der Gast zu allerletzt in ein nicht allzu großes, nach hinten gelegnes, halbdunkles Zimmer geführt. Sehenswert ist in diesem Raum nur die Anlage eines elektrischen Ventilators, durch den die verbrauchte Luft aus den untern, ziemlich niedrigen Geschäftsräumen in einer halben Stunde vollständig hinausgetrieben und durch frische ersetzt wird. Im übrigen dient der Raum ausschließlich zur Kleider-Ablage für die Angestellten des Verbandes und ist fast dafür noch zu klein. Aeußerlich demnach als Abschluß für eine Besichtigung unsrer Geschäftsräume nicht grade geeignet, wirkt er trotzdem als solcher, sobald der Fremde erfährt, daß dieses Zimmer eine Geschichte besitzt — eine Geschichte, die zugleich die des Verbandes ist. In diesem kleinen Raum, in den niemals ein Sonnenstrahl fällt, in dem schriftliche Arbeiten nur selten ohne künstliche Beleuchtung erledigt werden können, begann ich am 2. Januar 1896 meine Thätigkeit als erster besoldeter Angestellter des Verbandes. Wir hatten von diesem Tage ab eine Geschäftsstelle, allerdings nur eine sehr bescheidne, aber doch eine Stätte, wie wir sie für eine geordnete Arbeit gebrauchten. Und was konnten wir auch viel für Miete ausgeben? Die sicher zu erwartende Einnahme für das Jahr 1896 betrug etwa 800 Mark und es gehörte schon der unverwüstliche Glaube an die Zukunft unsers Verbandes dazu, um davon 450 Mark für Miete anzulegen. Man kann es dem Besitzer des Hauses nicht verdenken, wenn er zur Sache kein rechtes Zutrauen hatte und es vorzog, das Mietsgeschäft nicht mit dem Verbande, sondern mit einigen Herren des Vorstandes persönlich zu machen. Später wurde allerdings der Verband kreditfähiger als seine Vorstandsmitglieder, was dann auch bei einer Erneuerung des Vertrages gebührend berücksichtigt worden ist. Wenn doch einmal die Erinnerungen an diese erste Zeit der Sorgen und des beständigen Wartens auf den Geldbriefträger ausgeschrieben werden könnten! Doch zurück zu unsrer Geschäftsstelle, zur Arbeitsstätte. Dem Zimmer gegenüber, zwei bis drei Armlängen entfernt, an der andren Seite des Lichthofes liegen die hintern Räumlichkeiten einer Bierwirtschaft. Wenn dort das Klappern des Geschirrs und der Singsang der Küchenmädchen längst verstummt und die lärmenden Ausbrüche der Bierseligkeit etlicher Stammgäste längst verhallt waren, dann brannte in unsrer Geschäftsstelle noch Licht, und von den freiwilligen Helfern thats einer dem andern an Fleiß zuvor. Eine Schande, wer müde ward, er durfte zur Strafe bei nächster Gelegenheit nicht mitarbeiten! Fast während des ganzen Jahres 1896 war ich der einzige Beamte des Verbandes und es wäre mir bei meiner Arbeit ohne die freiwillige Hilfe der übrigen Vorstandsmitglieder schlecht ergangen; wie häufig mußten von ihnen etliche fortgeschickt werden, weil nicht genügend Platz vorhanden war, um alle die fleißigen Hände, die sich anboten, zu beschäftigen! Klug und mit dem festen Vertrauen auf die erwartete Notwendigkeit war mit dem Hauswirt vereinbart worden, daß er uns weitere Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und den andern Mietern kündigen müsse, sobald wir dies verlangen sollten Er hatte wohl nicht geahnt, daß wir schon ein Jahr später auf dieses Recht pochen und auf die anstoßenden Räumlichkeiten, die nach der Straße zu liegen, Anspruch erheben würden. Als dann im Jahre 1897 die trennenden Wände durchbrochen und niedergerissen und dadurch die vordern Zimmer mit den hintern vereinigt waren und auch diese von der Maisonne zum ersten Male mit lichten Strahlen durchflutet wurden, erst da kam es uns sonderbarer Weise zum Bewußtsein, daß wir da hinten eigentlich in einem recht ungesunden und mangelhaft beleuchteten Raume nahezu anderthalb Jahre gearbeitet hatten. Ueber den Sonnenschein im Herzen hatten wir den draußen ganz vergessen!

Und nun ging die Vergrößerung der Geschäftsräume mit dem Wachsen des Verbandes Hand in Hand. Fast in jedem Jahre wurden Wände niedergerissen und an ihrer Stelle eiserne Säulen gesetzt. Bald folgten dem halben Stockwerk, das wir 1897 bewohnten, auch die andre Hälfte.

Und wieder nach kurzer Zeit mußten wir „höher hinaus", die Hälfte des nächsten Stockwerkes fiel unsrer Ausdehnungskraft zum Opfer und der Rest ließ nicht lange auf sich warten. Endlich vor zwei Jahren ist auch das dritte Stockwerk an die Reihe gekommen und erst seit dieser Zeit besitzt der Verband ein seiner würdiges Empfangs- und Sprechzimmer, das gleichzeitig Arbeitszimmer des Vorstehers ist.

Die frühere Geschäftsstelle wurde nach der ersten Vergrößerung der Räume zum Sitzungszimmer der Verwaltung erhöht, mußte es sich aber doch noch oft gefallen lassen, auch als Raum für andre Arbeiten benutzt zu werden, besonders für das Falzen von Zeitungen und ähnlichen Massensendungen. Als dann später die obern Stockwerke in Gebrauch genommen wurden und sich ganz von selber das Bedürfnis herausstellte, die weniger oft zu betretenden Räumlichkeiten dorthin zu verlegen, mußte auch das Sitzungszimmer dieser Anordnung weichen und im zweiten Stock eingerichtet werden. Der frühere Raum wurde dann teils als Frühstückszimmer für die Angestellten und während der letzten Stunden der Geschäftszeit als Postzimmer zur Fertigstellung der ausgehenden Sendungen benutzt. Schließlich erwies es sich auch dafür als zu klein und heute dient er, wie schon bemerkt, ausschließlich den Angestellten als Vorraum zum Ablegen der Kleider.

Wir haben uns daran gewöhnt und wir sind Gott sei Dank auch immer in der Lage dazu gewesen, für unsre Erfolge Zahlen reden zu lassen. Ueber die Entwicklung unsrer Geschäftsstelle reden die Ausgaben für Miete eine deutliche Sprache und erinnern mich lebhaft an einen meiner frühern Prinzipale, der aus der Höhe des monatlichen Unkosten-Kontos den mehr oder minder flotten Geschäftsgang feststellte und deshalb über hohe Unkosten immer recht erfreut war. Wir zahlten für Miete im Jahre

1896:	450	Mark
1897:	650	„
1898:	1335	„
1899:	3525	„
1900:	4735	„
1901:	7500	„

Können wir uns nicht auch über die Steigerung dieser Ausgaben so recht von Herzen freuen? Haftet doch an jedem Hundertmarkschein, den wir jährlich mehr zu zahlen hatten, etwas von dem Fleiß und der Liebe, womit tausende und abertausende sich unsrer Bewegung hingegeben haben!

Ja, ein reicher Segen ist in diesen Geschäftsräumen über uns gekommen und hat auf unsrer Arbeit geruht. Wie wir in unsrer aufgeklärten und manchmal allzu nüchternen Zeit doch alle mehr oder weniger aus Gewohnheit oder angeborner Märchenfreude etwas vom Kinderglauben behalten, so verursacht auch mir — das gestehe ich offen — der Gedanke des Verlassens dieser Arbeitsstätte, in der ein jeder Winkel etwas von der Vergangenheit des Verbandes zu erzählen weiß, eine gewisse Unruhe, die sich bis zum Mißbehagen steigern kann. Und dennoch, wir müssen hinaus.

Der ernsthafte Gedanke daran ist uns zwar erst gekommen, als wir durch die Enge und Umständlichkeit, unter denen wir jetzt wieder zu leiden haben, lieblos daran erinnert wurden und diesmal keine Möglichkeit mehr vorhanden war, durch weitere Ausdehnung der Räume hierin Wandel zu schaffen; in diesem Hause ist nämlich kein Platz mehr vorhanden. Hinaus müssen wir also in längstens zwei Jahren auf alle Fälle, und es kann sich bei diesem Stand der Dinge nur darum handeln, ob wir anderweitig andre Räume mieten oder uns von den damit verbundnen Zufälligkeiten gänzlich freimachen und ein eignes Geschäftshaus bauen wollen. Wer die Hamburger Verhältnisse kennt, der weiß auch, daß Räume von dem Umfange wie wir sie gebrauchen, nur ganz selten zu vermieten oder unerschwinglich teuer sind. Banken, Reedereien oder Versicherungsgesellschaften mit einer der unsrigen ähnlich großen Zahl von Angestellten besitzen durchweg eigne Geschäftshäuser, ihre Räumlichkeiten werden daher nur ganz vereinzelt frei. Durch die Möglichkeit der beständigen Ausdehnung und der auf unsre Kosten vorgenommnen Umbauten haben wir bisher verhältnismäßig billig gewohnt. Wir sehn manchen unsrer Freunde im Inlande angesichts der 7500, im laufenden Jahre sogar 7800 Mark für Miete über diese Behauptung den Kopf schütteln und sie haben ein Recht dazu! Man könnte hier ein weniges über Bodenreform reden, aber für unsre augenblicklichen Bedürfnisse kann sie uns doch nicht helfen, und wir müssen mit den unerbittlichen Thatsachen rechnen. Im Jahre 1899, als wir 3 500 Mark Miete zahlten, mußten wir eine Veränderung in Aussicht nehmen, weil wir infolge des vorhandnen Vertrages mit einem andern Mieter unsers Hauses diesen nicht so schnell verdrängen konnten, wie dies notwendig war. Nach langem, langem Suchen durch uns und mehre Makler, denen wir entsprechende Aufträge gegeben hatten, fanden wir endlich ein einziges Haus, in dem uns Räume, wie sie uns damals genügt hätten, zur Verfügung gestellt werden konnte. Für Miete wurde die Kleinigkeit von 12 000 Mark verlangt! Als wir das hörten, zogen wir uns wieder in unsre Klause in der Reichenstraße zurück und hielten ein Jahr länger in drangvoll fürchterlicher Enge aus. Heute würden auch jene Räume nicht einmal mehr groß genug gewesen sein! In den neuen großen Kontorhäusern, den sogenannten „Höfen", die in den letzten Jahren in Hamburg gebaut und mit den Mitteln neuzeitlicher Technik ausgestattet worden sind, kostet der Geviertmeter Raum durchschnittlich 25 bis 30 Mk. jährliche Miete. Um unsern Betrieb einigermaßen vollkommen einrichten zu können, gebrauchen wir aber tausend Geviertmeter, mit andern Worten, wir müßten bei einer Veränderung unsrer Geschäftsräume anderweitig 25 bis 30 000 Mark Miete zahlen.

Dazu schütteln auch wir, die wir die Hamburger Verhältnisse kennen, die Köpfe und sagen: Nein! Das Geld können wir uns auch verdienen; wir bauen selber und wissen dann, woran wir sind! Wir laufen auch nicht die Gefahr, bei einem Verkauf des Hauses, in dem wir wohnen oder durch andre Zufälligkeiten oder durch das Wachstum unsers Verbandes nochmals verdrängt zu werden, wir brauchen keine Sorgen vor den Steigerungsgelüsten des Hauswirts zu haben, und endlich, um nur einige der wesentlichen Vorzüge anzuführen, wir können unsre Druckerei im eignen Hause unterbringen und durch diese und andre Annehmlichkeiten tausendfältig Arbeit sparen.

Wenn schon umgezogen werden muß, dann ins eigne Heim, damit etwas Ganzes daraus werde!

Aber nicht nur die Möglichkeitsgründe sprechen für diesen Antrag der Verwaltung und des Aufsichtsrats. Namentlich angesichts der Art, wie nach unserm Vorschlage ein Teil der erforderlichen Geldmittel aufgebracht werden soll, muß die Sache auch noch von einer andern Seite angesehn werden. Wohl drängt die Notwendigkeit uns in erster Linie zu diesem Schritte, aber daneben entsteht doch erst leise, dann mehr und mehr, in den Herzen aller Deutschnationalen das brennende Verlangen, aus dieser Notwendigkeit eine Tugend zu machen und bei dieser Gelegenheit ein steinernes Wahrzeichen unsrer Sieghaftigkeit aufzurichten. Inmitten der herrlichen Wallanlagen, von denen die alte Hansestadt umkränzt wird, an hervorragender Stelle, gegenüber dem noch im Bau begriffnen Justizpalast, dort soll sie stehn, die Zwingburg unsers Verbandes. Wir denken an keinen Prunkbau, schlicht und würdig in den Formen soll unser Haus gebaut werden, aber doch so ausgestattet, daß es auch nach außen vom Verbande reden kann. Der Leipziger Verband hat den Platz, auf dem sein Geschäftshaus steht, durch die Güte der Stadt Leipzig verhältnismäßig billig erworben; der 58er Verein konnte zum Umbau seines für alt gekauften Hauses eine zeitweilige Anleihe bei seiner Pensionskasse machen — wir haben nichts dergleichen zur Verfügung. Und dennoch werden wir wieder einmal beweisen, wieviel Gemeinsinn in unsrer Organisation vorhanden ist, indem wir beschließen, daß zum Bau unsers Heims jedes Mitglied seine Pfennige beisteuert. Statt des üblichen Ausdrucks soll jede Mitgliedskarte für das erste Halbjahr 1903 im Kunstdruck mit der Ansicht unsers zukünftigen Heims versehen werden und dadurch mit dem einmalig um 2 Mark erhöhten Beitrag zum Baustein werden. Wir wollen es uns nicht nehmen lassen, über dem Eingange unsrer Burg, zur Mahnung für uns und kommende Geschlechter, in Stein gemeißelt die Worte lesen zu können:

Aus eigner Kraft.

Nur dann wird das Haus ein Wahrzeichen in des Wortes vollster Bedeutung sein und mit Stolz und Genugthuung werden wir es allzeit als solches betrachten dürfen.

Und so wie wir nach langen sorgfältigen Berechnungen, unter Erwägung aller Umstände keck und frisch dem Gedanken näher getreten sind, so werden auch, davon sind wir überzeugt, unsre Mitglieder ihn aufnehmen und weiter pflegen.

Die Hamburger Freunde werden darum bitten, bei der Einweihungsfeier auch die Vertreter der übrigen Mitglieder bei sich zu sehn, und es ist daher in Aussicht genommen, den Verbandstag im Jahre 1904 in Hamburg abzuhalten und bei dieser Gelegenheit die Freunde von nah und fern im eignen Heim zur Schlußsteinlegung zu begrüßen. Als wir im Jahre 1896 den ersten Verbandstag in Hamburg abhielten und unsre auswärtigen Freunde auf die Geschäftsstelle führten, wußten wir wohl, daß sie in ihrem bescheidnen Umfange nicht sonderlich imponieren würde, und dennoch waren wir stolz darauf, weil sie zu den Besuchern von einem wohlgemut unternommnen und schon halb gelungnen Wagestück sprechen konnte. Acht Jahre später sollen die Steine eines stolzen Hauses zu ihnen reden, und jeder, der die Schwelle überschreitet, wird es lesen, immer wieder lesen: Aus eigner Kraft! Ein Handlungsgehilfen-Haus, wie es noch keins in Deutschland giebt, ohne Bettelei und Anleihen erbaut — das soll unser zukünftiges Heim sein.

Wilhelm Schack.

* * *

Unsre Leser werden, so wie wir, wahre Herzensfreude über diese frischen Ausführungen empfinden. — In dieser Geschichte der Geschäftsstelle des D. H. V. ist gewissermaßen symbolisch die Entwicklung dieser neudeutschen kaufmännischen Standesbewegung ausgedrückt und vorgezeichnet. — „Aus eigner Kraft" will der junge deutsche Kaufmann den durch Judenlist und Trug geschändeten Namen seines Standes wieder zu vollen Ehren bringen. Und wie man jetzt dem Besucher die dunkle Kleider-Ablage als den Ausgangspunkt der heute schon so kräftigen Standesbewegung der nationalen Handlungsgehilfen zeigt, werden kommende Geschlechter der Zukunft einmal auf das jetzt zu erbauende Haus am Hamburger Walle, als auf die Wiege der stolzen Organisation des ehrbaren deutschen Kaufmannsstandes im Deutschen Reiche hinweisen.

Es dämmert. Im Luftkurort Königstein (Taunus) hat die Baronin v. Rothschild aus Frankfurt (Main) eine Lesehalle errichtet, aber ausdrücklich untersagt, Zentrumsblätter u. a. die „Köln. Volksztg." aufzulegen. Das geht der Redaktion des Blattes doch wider die „Toleranz" und sie schreibt in begreiflicher Erregung:

„Nun ist Dr. Lieber doch nicht allein für die Gleichberechtigung der Juden eingetreten; dasselbe hat doch das ganze Zentrum gethan, wie früher schon die katholische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause. Dafür setzt die jüdische Baronin die Presse dieser Partei für die von ihr mitabhängige Lesehalle auf den Index!"

Sollte man es vielleicht doch noch erleben daß die Zentrumspartei einsehen lernt, wie verkehrt sie gehandelt hat, sich politisch als Judenschützerin aufzuspielen? — Dann könnte sie ja einen erwünschten Anfang damit machen, den von antisemitischer Seite zu geeigneter Zeit wieder einzubringenden Schächt-Antrage zur Annahme im Reichstage zu verhelfen. Sie würde dabei der Zustimmung ihrer Parteigenossen im Lande überall sicher sein. Uebrigens setzt die Selbsthilfe jetzt hier und da schon mit Erfolg gegen die Tierquälerei des Schächtens ein. Aus Angermünde wird z. B. folgendes berichtet: Für das städtische Schlachthaus war unter dem 14. April 1894 eine Betriebs-Ordnung erlassen worden, in der Bestimmungen über die nach jüdischem Ritus vorzunehmenden Schächtungen enthalten sind. Durch neuere Bestimmungen war später das Schächten überhaupt nicht mehr zugelassen, sondern die Tötung durch Schußapparat und Schlagbolzen angeordnet worden Am 3. Juni 1901 sollten in dem Schlachthaus zwei Kälber geschächtet werden. Dies untersagte der Schlachthaus-Inspektor. Es wurde darauf bei der Schlachthausdeputation Beschwerde erhoben; sie wurde indessen durch den Bescheid des Magistrats abgewiesen. Die Beschwerdeführer beschritten nunmehr den Klageweg gegen den Magistrat beim Bezirks-Ausschuß, der die Klage für unzulässig erklärte. Der Magistrat hatte ausgeführt, der Schlachthaus-Inspektor habe sich in Ausführung seiner Dienstvorschriften einer Uebertretung oder eines Vergehens im Amte nicht schuldig gemacht. Dieser Bescheid deute, so führt der Bezirks-Ausschuß aus, nach seiner Fassung darauf hin, daß die Beschwerde der Kläger als eine im Aufsichtswege erhobne angesehen worden sei. Hiergegen gebe es keine Klage. Andernfalls wäre aber die Klage auch sachlich unbegründet, denn infolge der den Gemeinden gesetzlich zustehenden kommunalen Selbstverwaltung seien diese befugt, die in ihren Schlachthäusern anzuwendenden Schlachtmethoden zu bestimmen und die Anwendung des Schächtschnitts zu verbieten. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung des Bezirks-Ausschusses und erachtete die fragliche Klage für unzulässig.

Ausland.

Rumänien. Die Lemberger Judenblätter melden aus Bukarest, daß die rumänische Regierung ein Flugblatt mit Bildern herausgeben ließ, das vor der Trunksucht warnt und von Amtswegen massenhaft unter der Landbevölkerung verbreitet wird. Auf den Bildern dieses Flugblattes erscheint der Jude als der Dämon abgebildet, der den rumänischen Bauer zum Trinken verleitet, ihn in allen möglichen Formen ausbeutet, schließlich zu Verbrechen verleitet und auf die Anklagebank bringt. Die erwähnten Juden-Organe sind natürlich im höchsten Grade entrüstet darüber, daß in so wirksamer Weise amtlich für den Antisemitismus eingetreten wird. Aber sie dürften es wohl kaum leugnen können, daß ein gleiches Flugblatt mit polnischem und ruthenischem Texte auch in Galizien sehr gut angebracht wäre und sehr heilsam auf das dortige Landvolk einwirken würde.

Rußland. Der Zionismus macht in Russisch-Polen neuerdings Fortschritte, wenn auch von vielen Seiten die Bewegung bekämpft wird. In Warschau ist kürzlich ein zionistischer Verein „Das Licht Zions" begründet worden, der bereits mehr als 200 Mitglieder zählt. Ihm gehören hauptsächlich junge Leute an, die, wie jüdische Blätter melden, noch Schulen und Hochschulen besuchen und für den Zionismus unter der Jugend der ärmern Bevölkerungsklassen Warschaus Propaganda treiben. —

Die Bauern-Unruhen in Südrußland stellen sich mehr und mehr als Hunger-Revolte heraus. Wie überall sind auch hier Juden die Hetzer und Schürer. — Als Beweis mögen die Namen einiger in Odessa vor kurzem verurteilter Rädelsführer dienen: Schloime Kupfer, Moises Aron Woleff, Erul Leib Postrelko, Leib Nachmiel Smoler, Schaje Meier Elkin, Jankel Silberwagen, Bertha Schiff, Jankel Schimscheleff Tipperstein, Beer Itzig Leibowitsch.

In **Oesterreich-Ungarn** fürchtet man sich, zu dem im Lande befindlichen Judensegen noch einen weitern Zuwachs dieser Rasse aus Rumänien zu bekommen. Der österreichische Staatsminister Graf Goluchowski hat darüber neulich folgendes erklärt: „Wir haben kein Recht, in die Angelegenheiten Rumäniens uns einzumischen. Wir können [illegible] gegen unangenehme Folgen des neuen Gewerbegesetzes schützen, da viele erwerblos gewordne Juden in größern Massen bei uns einwandern wollen. Ich habe dem Gesandten in Bukarest bezügliche Instruktionen erteilt und bin mit beiden Regierungen der Monarchie in Verbindung getreten, um der Kalamität vorzubeugen, die eine massenhafte Einwandrung vermögensloser Individuen für die Monarchie heraufbeschwören könnte. Uebrigens sind grade in allerletzter Zeit in dieser Angelegenheit von der rumänischen Regierung beruhigende Erklärungen eingetroffen und es steht zu hoffen, daß die Angelegenheit eine befriedigende Lösung finden werde." Vermögenslose Individuen pflegen die Juden übrigens immer nur auf kurze Zeit zu sein. Wo sie sich festsaugen, tritt die Vermögenslosigkeit bald bei den Angehörigen des Wirtsvolkes ein, während sie selber wie Blutegel anschwellen.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In der sozialdemokratischen „Volkswacht" zu Breslau zeigt ein jüdischer Kleiderhändler an, daß bei ihm bis Pfingsten jeder Kunde bei einem größerm Einkauf eine elegante bunte Weste, und zwar beim Einkauf von 20 Mark eine Weste „Schönlank", beim Einkauf von 25 Mark eine Weste „Liebknecht", beim Einkauf von 28 Mark eine Weste „Bernstein" dazu geschenkt bekommt. —

Der Antisemitismus in der Hamburger Bürgerschaft ist schnell verflogen. Herr Sigm. Hinrichsen hat trotz der 49 weißen Zettel und trotz der sofortigen Ablehnung der Wahl doch den Posten als Bürgerschafts-Präsident (wie wir das schon in Nr. 711 vorhersagten) wieder angenommen. —

„Via Azoren-Emden" läßt sich das „Berliner Tageblatt" aus Washington „privatkabeln": „Auf eine Interpellation des Abg. Goldfogle, ob die amerikanischen Bürger jüdischen Glaubens in Rußland unterschiedlich von andern behandelt würden, erwiderte Staatssekretär Hay, eine Unterscheidung würde einen sofortigen Protest zur Folge haben; der Regierung sei es nicht bekannt, daß die amerikanischen Juden vor der russischen Gesetzverwaltung anders ständen als die Juden andrer Nationalitäten." Also!

Zur Einführung der Tiefladelinie. Das Litterarische Büro der Hamburg-Amerika-Linie teilt uns unter Bezugnahme auf den Artikel: „Zur Frage der Einführung der Tiefladelinie" in Nr. 715 mit, daß nicht nur bei den Passagier-, sondern auch bei allen Frachtdampfern dieser Linie die Tiefladelinie seit zwei Jahren freiwillig eingeführt worden sei. Unser sachverständiger Gewährsmann, dem wir den in Rede stehenden Artikel verdankten, hat uns mitgeteilt, daß ihm in Bezug auf diese Thatsache bei seinen Ausführungen allerdings ein Irrtum unterlaufen sei. Wir stellen denselben hiermit bereitwillig richtig. An den allgemeinen sachlichen Ausführungen des betreffenden Artikels, der seine Spitze ja auch durchaus nicht etwa gegen die Hamburg-Amerika-Linie richtete, wird damit indes nicht das geringste geändert.

Jüdische Bauern? Mit besondrer und begreiflicher Genugthuung teilt das „Berliner Tageblatt" mit, daß der Gouvernör Bernardo Iturraspa in einem Schreiben an den Verwalter der jüdischen Ackerbaukolonie „Moisesville" in der Provinz Santa Fé (Argentinien), Miguel Cohan — Moses Cohn wird er geheißen haben! — seine besondre Anerkennung über den Stand und die Erfolge der Kolonie ausgesprochen hat. — Wir haben keine Veranlassung und keine Möglichkeit, unsrerseits zu untersuchen, ob und inwieweit dieses Urteil berechtigt ist, möchten uns aber nur die bescheidne Frage gestatten: Wenn die Juden sich thatsächlich so gut zum Ackerbau eignen, warum beschäftigt Herr Rudolf Mosse, der Besitzer des „Berl. Tagebl.", auf seinen Rittergütern nicht seine Rassegenossen? Wozu läßt er sie erst nach Argentinien wandern, wo doch das Wasser keine Balken hat?

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Der verantwortliche Redaktör Thienst von der sozialdemokratischen „Tribüne" in Erfurt wurde wegen Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das Blatt hatte ohne jeden Grund die drei unbescholtnen Töchter einer geachteten Familie gröblich beschimpft, so daß die Mutter vor Aufregung starb. —

De „Hunnenbriefe" haben für die sozialdemokratischen Blätter und besonders den Berliner „Vorwärts" einen recht

bittern Nachgeschmack gehabt. Der höhnischen Aufforderung des „Obergenossen“ Bebel an den Kriegsminister v. Goßler, der den Inhalt dieser Briefe für erlogen erklärte, doch den Weg der Klage zu beschreiten, um so gerichtlich den Wert der „Hunnenbriefe“ feststellen zu lassen, ist Folge geleistet. Die „Genossen“ haben sich von einer Instanz zur andern gewendet, in der Hoffnung, die Folgen ihrer Veröffentlichungen von sich abwenden zu können. Das war natürlich vergebliches Bemühen. Jetzt hat auch das Reichsgericht die Verurteilung zweier Redaktöre des „Vorwärts“ zu 6 und 7 Monaten Gefängnis bestätigt.

Es wäre ein sehr verdienstvolles Werk, einmal festzustellen, wie oft Bebel unter dem Schutze der Abgeordnetenwürde schon die Unwahrheit gesagt hat!

Jüdische Götzenbilder. Das Museum Guimet ist, wie das „Echo de Paris“ berichtet, um eine interessante Sammlung bereichert worden, die der Architekt Durighello in Dan, dem alten Laïs der Bibel entdeckt hat. Es sind Bronzestatuetten, die zweifellos die jüdischen Götzenbilder vorstellen, von denen in der Bibel die Rede ist. Bei seinen Ausflügen in die Umgegend des Huleesees, in der Nähe des Grabhügels von Tell-El-Kadi (im Norden Palästinas), bemerkte Durighello Ruinen, deren formlose Steine Brandspuren trugen. Er stellte daraufhin Ausgrabungen an, die zunächst erfolglos blieben, aber von Leuten des Landes, mit denen er in Beziehungen stand, mit mehr Glück fortgesetzt wurden. Dabei kamen mehre Bronzestatuetten zu Tage. Nach der Bibel hatte sich der hebräische Stamm Dan in Laïs niedergelassen, und nach der Ansicht bedeutender Geographen und Historiker bezeichnet Tell-El-Kadi die Stelle des alten Laïs, das in der Folge Dan genannt wurde. Die Entdeckung hat eine besondre Bedeutung, weil ähnliche Statuetten, die die semitischen Züge so rein und charakteristisch aufweisen, bisher in keiner andern Sammlung zu finden sind. Am interessantesten ist die Statuette des Gottes Baal und der Göttin Astarte. Die Haare der Astarte sind, wie üblich, geflochten, auf dem Haupt trägt sie einen Schmuck, der wie eine Krone aussieht. Baal, der männliche Hauptgott der Semiten, hält in einer Art von Herrschergeberde die Unterarme im rechten Winkel gegen den Oberarm erhoben. Astarte, die Kriegs- und Todesgöttin der Kanaaniter, hat dagegen in demütiger und resignierter Haltung die Arme über der Brust gekreuzt. Das Metall weist deutliche Brandspuren auf. Die größte Statuette ist 37 Zentimeter hoch.

Große Aufregung soll im Goethebunde herrschen. Ende April hat die jeden Kunstverständnisses baare Berliner Polizei das Hauptlager jener, durch die Herren Singer, Müller (Meiningen) und ähnliche Geistesheroen s. Z. so tapfer vor strafrechtlicher Bedrohung behüteten pikanten Schriften und Bilder entdeckt und eine ganze Möbelwagenladung davon beschlagnahmt. —

Die Straßenhändler, die im Dienste der „Kunst“ dergleichen Schriften und Bilder feilboten, sollen beschlossen haben, dem Reichstage eine Bittschrift um Aufhebung der Beschlagnahme zugehn zu lassen und wollen einen der Hauptkämpfer gegen die lex Heinze mit der Ueberreichung beauftragen.

Schweninger . . . Antisemit? Das „Berliner Tageblatt“ hetzt unaufhörlich in der diesem Blatte eigentümlichen verleumderischen Denunzianten-Art gegen den Leiter des Groß-lichterfelder Krankenhauses, Professor Schweninger. Aus diesem Verhalten zieht die „Deutsche Tageszeitung“ den Schluß, daß der genannte Arzt wohl in dem Verdachte des Antisemitismus stehe. Wenn das zutreffen sollte, so kann Herr Prof. Schweninger erst vor kurzem sein antisemitisches Herz entdeckt haben, denn wir glauben nicht darin zu irren, daß noch vor etwa Jahresfrist philosemitische Aeußerungen von ihm in Judenzeitungen veröffentlicht wurden. — Denkbar ist es immerhin, daß auch ihm endlich die Augen aufgegangen sind. Die Zeiten sind danach, auch Rassenblinde zum Antisemitismus zu bekehren.

Höfische „Genossen“. Zum Galadiner im Karlsruher Schloß hatte man bei dem Regierungsjubiläum des Großherzogs auch die sozialdemokratische Landtags-Fraktion eingeladen, die indes ablehnte. Die übrigen Kleinstaats-„Genossen“ haben das Sonnen in fürstlicher Huld dagegen gar nicht ungern. Die Darmhessischen „Genossen“ weichen bei solchen Gelegenheiten einer Unterhaltung mit ihrem Landesherrn nicht aus und bei der Feier des 50jährigen Bestehns der gothaischen Verfassung gab der freisinnige Landtags-Präsident, Oberbürgermeister Liebetrau (Gotha), im Hotel Wünscher zu Gotha den Spitzen der Behörden und den Abgeordneten ein Essen, bei dem die „Genossen“ vollzählig erschienen. In später Stunde nahm auch der Regierungsverweser mit Gefolge daran teil, wobei er den „Obergenossen“ Bock ins Gespräch zog. Da „Genosse“ Bock auch Vize-Präsident des Landtags und Mitglied des Oberverwaltungsgerichtes ist, so hat die Hildburghäuser „Dorfzeitung“ wohl nicht so unrecht, wenn sie schreibt: „Der fernern Entwickelung der Dinge des Herzogtum Gotha wird allgemein mit Spannung entgegen gesehen.“

[Beil]age zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

[B]erlin-Leipzig, den 15. Mai 1902. Nr. 717.

Partei-Nachrichten.

Die Parteileitung der Deutschsozialen Partei hielt am 12. d. M. im Reichstagsgebäude zu Berlin eine Sitzung ab, zu der außer den Abgeordneten die Leiter der organisierten Parteiverbände beziehungsweise deren Stellvertreter erschienen waren. — Es wurde beschlossen, um den Vertrauensmännern zu weite Reisen zu ersparen, statt einer Gesamtvorstandssitzung in Berlin im Laufe des Sommers in Nordhausen, Kassel, Darmstadt, Stadthagen und Leipzig Sitzungen abzuhalten, an denen die Abgeordneten teilnehmen und zu denen die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der in der Nähe jener Orte gelegnen Parteiverbände geladen werden sollen. — Die allen diesen Sitzungen zu Grunde zu legende Tages-Ordnung wurde festgestellt. —

Vorbehaltlich der Zustimmung des Gesamtvorstandes wurde der Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen den nächsten Parteitag nicht im Herbste, sondern erst im Laufe des Winters abzuhalten.

Die weitern Beschlüsse, die sich auf Wahl-Organisations- und Programm-Fragen bezogen, sind ihrer Natur nach nicht zur Veröffentlichung geeignet.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Im Wahlkreise Annaberg (Erzgebirge) will der nationalliberale bisherige Vertreter Dr. Esche, unter keinen Umständen wieder kandidieren. Da dort der Abg. v. Liebermann im Jahre 1893 von 17896 abgegebnen Stimmen ohne jede Agitation 3063 Stimmen erhielt, dürfte es in Erwägung zu ziehn sein, ob dort nicht eine antisemitische Kandidatur mit Aussicht auf Erfolg aufgestellt werden könnte.

Braunschweig. In der Wochenversammlung des Deutschsozialen Vereins hielt am 2. d. M. Herr Kaufmann B. Walterscheid einen längern Vortrag über deutschsoziale Gemeindepolitik. Er behandelte ausführlich das Wahlrecht, die Schulfragen, die Wohnungsfrage in Verbindung mit der Bodenfrage usw. —

Herr Rechtsanwalt Fischer (Braunschweig) besprach am 4. d. M. in Bortfeld und Wedtlenstedt das Verhältnis der Deutschsozialen Partei zu den schaffenden Ständen. Beide Versammlungen waren gut besucht.

Aus Ostfriesland schreibt man uns:

Ungeachtet eine Anzahl mutiger Männer in selbstloser Hingabe Jahr ein Jahr aus die antisemitische Bewegung nach allen Seiten beleuchten und aufklärend auf das Volk einwirken, ist der Erfolg dieser Bestrebungen trotz alledem nicht groß. Denn die antisemitische Partei, soweit sie in die Oeffentlichkeit tritt, ist immerhin noch eine kleine, und soweit sie im Reichstag vertreten ist, zählt sie kaum ein Dutzend Mitglieder. Ist diese Sache denn so bedeutungslos, daß sie nicht wert ist, das Interesse weiter Kreise zu erwecken? Wer das behaupten wollte, müßte mit sehenden Augen blind sein. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß sie eine Frage von der allergrößten Wichtigkeit ist, und es daher sehr wohl verdient, das allgemeinste Interesse zu erregen.

Am unbegreiflichsten wird es allerdings der Jude selbst finden, daß das Deutsche Volk sich nicht einmütig gegen ihn und gegen sein unlauteres Treiben auflehnt. Jedes andre Volk, und am allerwenigsten der Jude selbst, würde es ertragen, wenn ein ihm gänzlich fremdes Volk in sein Land einbrechen und es wirtschaftlich und moralisch zu verwüsten trachtete, wie dies thatsächlich die Juden mit aller Entschiedenheit anstreben. Wirtschaftlich thun sie es dadurch, daß sie durch allerlei unlautere Machenschaften die Geschäfte an sich zu reißen suchen. Moralisch, indem sie durch ihre Presse, die, so unglaublich es ist, eine große Verbreitung im Deutschen Volke hat, Grundsätze predigen, die in nicht seltnen Fällen aller Moral Hohn sprechen. Wo sie glauben, es wagen zu dürfen, geberden sie sich schon jetzt als die Herren der Situation.

In kleinen Verhältnissen sind sie es thatsächlich schon. Beispielsweise giebt es in Hessen ganze Dörfer, die sie ausgeschlachtet haben, d. h. durch künstliche Machinationen haben sie die Bauern in Schulden gestürzt, und durch weitere Mache es dahin gebracht, daß das Besitztum im Wege der Zwangsvollstreckung verkauft wurde und so in die Hände des Juden überging. Das Besitztum selbst verwalten, ist nicht Sache des Juden. Damit der Bauer wenigstens vor dem Tothungern gesichert ist, tritt er als Großknecht oder im günstigsten Falle als Verwalter in den Dienst des Juden.

Wie der Jude überall zersetzend wirkt, ist eine bekannte Sache. Wo es gilt, die Fundamente des Staates zu unterwühlen und schließlich den Umsturz herbeizuführen, ist der Jude nicht der letzte, der sich hieran beteiligt. Wie die Juden durch ihre Presse bereits zersetzend auf die deutsche Arbeiterschaft eingewirkt haben, geht daraus hervor, daß die Sozialdemokraten den Juden Singer zu ihrem Führer erwählt haben. Hier kann man also in Wahrheit sagen: Die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber!

Halten wir weitere Umschau, dann müssen wir zu unsrer tiefen Beschämung bekennen, wir sind nicht viel besser: züchten wir doch den Feind im eignen Lager, indem namentlich unsre Frauen ihre Bedürfnisse zum nicht geringen Teil beim **Juden** einkaufen. Ist es unter solchen Umständen nicht ein Gebot der Selbsterhaltung, daß das Deutsche Volk einmütig in die Bewegung tritt und ein Unglück abzuwenden sucht, dem wir sonst über kurz oder lang sicher verfallen?! Hoffentlich kommt es nicht soweit mit uns, daß sich das Schriftwort bewahrheitet: „Wen Gott strafen will, den schlägt er zuvor mit Blindheit." D.

Verband Nordmark. Der Provinzial-Ausschuß des Bundes der Landwirte, der am 12. d. M. zu Neumünster (Holstein) tagte, wählte fast einstimmig den Grafen Reventlow (Wulfshagen) zum Provinzial-Vorsitzenden für Schleswig-Holstein.

Abg. Demmig hat weiter Pech — er kennt nicht einmal die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Form, in der man einen Abgeordneten vor den Richter schleppen kann. Er klagte wegen der Vorgänge bei der Nachwahl in Schaumburg-Lippe (Vergl. Nr. 703) ruhig gegen den Abg. Raab, ohne vorher die Genehmigung des Reichstages einzuholen, und deshalb wies das Amtsgericht in Stadthagen seine Klage kostenpflichtig ab. Weshalb mag übrigens der in Hannover wohnende Herr Demmig wohl den in Hamburg wohnenden Abg. Raab im schaumburgischen Städtchen Stadthagen verklagen?

Eine von Herrn Demmig in derselben Angelegenheit gegen einen hanoverschen Handwerksmeister erhobne Beleidigungsklage wurde von dem Amtsgericht Hannover ebenfalls zurückgewiesen.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle“;
in Nordhausen am 16. und 23. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Aus der Reformpartei. Uebereinstimmend berichten „Staatsbürger Ztg.“ und „Deutsche Wacht“, daß der Vertrauensmann der Reformpartei in Wollstein (Posen) den Konservativen über die Wahlkreise Kolmar-Filehne und Meseritz-Bomst ein Abkommen angeboten habe. Die Reformpartei will in Meseritz-Bomst auf die Aufstellung eines eignen Kandidaten verzichten, falls die Konservativen keinen eignen Kandidaten in Kolmar-Filehne aufstellen. Wie die Konservativen sich zu diesem Angebote zu verhalten gedenken, ist noch nicht bekannt. Kurz vorher hat indes Herr Dr. Giese gegen derartige Abkommen in seinen „Mitteilungen“ scharf Stellung genommen. —

In Berlin hat ein „Parteitag der Reformpartei für Ostdeutschland“ stattgefunden, zu dem außer Berlinern noch Teilnehmer erschienen waren aus Pankow, Weißensee, Schneidemühl, Neustettin, Meseritz und Wollstein. Es wurde nach einem Vortrage des Herrn Dr. Giese beschlossen, einen „Ostdeutschen Verband der Reformpartei“ zu gründen und dazu den „Provinzialverband für Brandenburg“ und den „Nordostdeutschen Verband“ aufzulösen. Erster Vorsitzender ist Herr W. Bruhn (Berlin).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Eine Engelmacherin. Im Januar dieses Jahres fand man in der Senkgrube des Hauses Nowomiejskastraße Nr. 26 zu Lodz die Leiche eines Kindes. Als Thäterin kam in Verdacht, eine aus Tomaszow stammende Jüdin, die sich mit der Aufnahme und Pflege von Kindern befassen sollte Trotzdem die Untersuchung sehr energisch betrieben wurde, wollte es erst sehr spät gelingen, die Wohnung und den Namen der Verdächtigen zu ermitteln. Als die Polizei in der Wohnung erschien, fand sie in einer Wiege ein fast zum Skelett abgezehrtes, mit dem Hungertode ringendes Kind vor. Nunmehr wurde die Jüdin verhaftet Sie heißt Gaja Rachel Wagent und hat seit langer Zeit von unwissenden, zu Fall gekommnen Mädchen, die Stellung als Dienstboten oder als Ammen suchten, Kinder in Pflege genommen. Die Mädchen mußten dem ruchlosen Weibe in der Regel 10, 15, 20 Rubel und mehr gleich bei der Aufnahme des Kindes zahlen und haben dann später nicht mehr viel von ihren Kindern vernommen, denn entweder fanden sie die „Pflegerin“ gar nicht mehr auf oder sie begnügten sich mit dem Bescheid, daß das Kind gestorben sei. Die kleinen Wesen erhielten von dem unmenschlichen Weibe fast gar keine Nahrung, höchstens eine ganz nahrlose Flüssigkeit, und wurden, wenn endlich der Tod nach langen Qualen eingetreten war, einfach in den Abort eines beliebigen Hauses geworfen. Das mit dem Tode ringende Kind, das man bei der Verhaftung der Engelmacherin in der Wiege vorfand, hatte sie kurz vorher von einer gewissen Marim Zenamon in der blühendsten Gesundheit erhalten. Die Megäre leugnet natürlich alles.

Sittliche Juden. In sechs Fällen hat der Lehrer Jul. Neumann zu Wien (Mädchen-Bürgerschule Hainburgerstr.) sich an zehn- bis dreizehnjährigen Mädchen vergangen, wofür er sechs Monate Zuchthaus verbüßen soll. —

Bernhard Endler zu St. Georgen bei Preßburg verließ seine Geliebte, „da sie eine Christin sei und er ein Jude und wußte, seine Eltern würden nicht einwilligen“ in die Heirat, die das Mädchen wünschte. Dieses erwürgte deshalb ihr Kind und hat nun zehn Monate im strengen Arrest zu sitzen. Nicht viel fehlte und sie wäre zum Tode durch den Strang verurteilt.

Wegen Beleidigung des Hotelbesitzers H. Kempke zu Kammin (Pommern) darf der Kaufmann Martin Magnus 450 Mark Geldstrafe zahlen oder er muß 30 Tage brummen. Von Rechts Wegen!

Ausgewiesen aus dem Deutschen Reiche wurden durch den Beschluß des Regierungs-Präsidenten zu Potsdam der Schneider Abraham Koslowsky, geboren im Jahre 1863 zu Smolensk (Rußland), russischer Staatsangehöriger, der wegen versuchten Diebstahls in drei Fällen vier Jahre Zuchthaus verbüßt hat, und durch Beschluß des Magistrats zu Amberg (Bayern) der Kaufmann und Handelsagent Selig Schönfeld, geboren am 2. Februar 1860 zu Lemberg (Galizien), ortsangehörig ebendaselbst, wegen Zuhälterei.

Steckbrief. Gegen den Kaufmann Salo Preuß aus Kattowitz, geboren daselbst am 19 Oktober 1875, Sohn des Josef Preuß und der Friederike geb. Gericht, ledig, jüdisch, unbestraft, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls und Unterschlagung verhängt. Der Erste Staatsanwalt zu Beuthen (Oberschlef.) ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gerichtsgefängnis.

Haftbefehl. Gegen den Handlungsgehilfen Gerson, genannt Kurt Starkmann, geboren am 19. Oktober 1877 zu Ostrowo, ist von der Staatsanwaltschaft zu Breslau ein Haftbefehl wegen Urkundenfälschung verhängt.

Steckbrief. Der hinter dem im Jahre 1898 entsprungnen Zuchthausgefangnen David Neumann erlassene Steckbrief wird vom Zuchthaus-Direktor zu Striegau erneuert.

Für Fahnenflüchtig erklärt das Gericht der 13 Division zu Münster (Westf.) den Musketier Leopold Cohn von der 3 Kompagnie des Infanterie-Regiments Herwath von Bittenfeld (1. Westf) Nr. 13

Durchgebrannt. Die Strafkammer des Königl Landgerichts zu Schweinfurt hat in geheimer Sitzung am 7. Mai beschlossen, im Strafverfahren gegen den flüchtigen Handelsmann Samuel Bach aus Unsleben, wegen Urkundenfälschung u. a., sein im Deutschen Reich befindliches Vermögen mit Beschlag zu belegen.

Unlauterer Wettbewerb. Die Schuhmacher-Innung zu Liegnitz erläßt folgende „Warnung an das Schuhkaufende Publikum“: Das Weißwaren- und Putzgeschäft Moritz Guttfeldt offeriert in den Tagesblättern Schuhwaren zu so auffallend billigen Preisen, daß die Schuhmacher-Innung im Interesse ihrer Mitglieder sowie des Publikums der Sache näher treten zu müssen glaubte. Es wurden ein Paar Damengamaschen, die angeblich sonst 12,50 Mark, jetzt aber nur 7,50 Mark kosten, gekauft und zerlegt, wobei sich herausstellte, daß sie nur 3 bis 4 Mark wert sind. Die einzelnen Teile liegen im Schaufenster des Schuhmachermeisters Hackenberg in der Burgstraße zu jedermanns Ansicht und Prüfung aus. Wenn solche Ware, wie hier, noch als dauerhaft empfohlen wird, dann geschieht dies wider bessers Wissen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs des Schuhmachermeisters (!) Max Schlochauer zu Berlin. Den vorrechtlosen Forderungen von insgesamt 11 800 Mark steht eine „Dividende“ von 21 v. H. in Aussicht;

Konkurs des Kaufmanns Louis Lewinski zu Berlin. Die Gläubiger sollen von ihren 26 200 Mark 19 v. H. erhalten;

Konkurs des Kaufmanns J. Mandelstamm zu Berlin. Die Schulden betragen 9 700 Mark, die „Dividende“ voraussichtlich 12 v. H.

Ein echt jüdisches Geschäftche. Der Kaufmann Moritz Feige betrieb seit einer Reihe von Jahren in München ein Herrengarderobe-Geschäft in kaufmännischer Ausdehnung. Er machte zweimal Konkurs, brachte aber jedesmal einen Vergleich zu stande, wobei die Gläubiger 22 und 15 v. H. unter der Bürgschaft seines Bruders Louis Feige erhielten. Nach Beendigung des zweiten Konkurses kaufte die Ehefrau Feige das Geschäft vom Konkursverwalter. Sie gibt aber zu, nur eine vorgeschobne Person gewesen zu sein; sie habe nicht einmal die Verkaufsbedingungen erfahren. Nach kurzer Zeit übernahm ihr Ehemann das Geschäft auf seinen Namen wieder formell, um es dann an seine Schwägerin, eine Frau Dora Heim, für 2000 Mark bar und 4000 Mark in Wechseln zu verkaufen. Auch diese Frau gab nur den Namen her, der thatsächliche Inhaber war ihr Ehemann. Er geriet bald in Konkurs. Inzwischen hatte Moritz Feige mit dem Kaufpreis in der Culmstraße 1 ein neues Geschäft gegründet. Die Ladeneinrichtung entnahm er auf Abzahlung, ein Warenlager im Werte von 26 000 Mark auf Pump. Nachdem er vielfach verklagt worden war, meldete er bereits neun Monate nach Gründung des Geschäfts seine Zahlungsunfähigkeit an. Vorher hat er seinen Gläubigern einen Vergleich angeboten und dabei behauptet, daß nur 5 v. H. in der Masse lägen, denn er habe nur 700 Mark Passiva, denen 14 000 Mark Schulden gegenüberständen. Das Konkursverfahren konnte dann auch mangels Masse nicht eröffnet werden. Die noch vorhandnen Waren erstand der Bruder des Angeklagten, der obenerwähnte Kaufmann Louis Feige, bei der Versteigerung für 230 Mark. Er stellte die Waren seinem Bruder Moritz indes wieder zur Verfügung, der nun als Geschäftsführer auftrat und auf Louis Feiges Namen neue Pumpe anlegte. Louis Feige, dem in strafrechtlicher Beziehung nichts anzuhaben war, hat dann das Geschäft bald wieder verkauft und Moritz kam wegen betrügerischen Bankrotts vor das Schwurgericht Die Bücher des Angeklagten waren nach dem Gutachten des Bücherrevisors so unordentlich geführt, daß es den

Anschein hatte, als sei es darauf abgesehn, eine Uebersicht zu verhindern. Kurz vor seinem Antrage auf Konkurseröffnung hatte Moritz Feige für ungefähr 1500 Mark Waren verpfändet und die Pfandscheine wiederum einem andern Gläubiger gegeben. Die Geschwornen erklärten den Angeklagten für schuldig und versagten ihm mildernde Umstände, worauf der Staatsanwalt zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust beantragte. Das Gericht erkannte auf nur vier Monate, wovon noch ein Monat durch die erlittne Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde. — Ein neues Geschäft kann also bald wieder eröffnet werden!

Empfangsbescheinigung.

In unsrer Empfangsbescheinigung für die **Wahl in Schaumburg-Lippe** ist noch nachzutragen:

Vom Deutschsozialen Reformverein Bremen durch H. B. 50 Mark; Rud v. D., Berlin W, 20 Mark

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Falsche Straßen. Roman von El-Correi. Fünfter Band des elften Jahrgangs der Veröffentlichungen des „Vereins der Bücherfreunde." Geschäftsleitung: Verlagsbuchhandlung Alfred Schall, Königl. Hofbuchhändler, Berlin W 30. Preis geheftet 3 Mark, gebunden 4 Mark.

In dem Buch kommt weniger die romanhafte Sensation zur Geltung, als eine feine, psychologische Vertiefung des Themas und eine gesunde philosophische Weltanschauung. Die falschen Ideale oder Zwangsmotive der Menschen führen auf die „Falschen Straßen", von denen uns El-Correi einige Pilger vorführt. Der Roman ist spannend und entspricht dem verwöhntesten Geschmack.

El-Correi ist ein Talent, das seine Kunst nicht in süßliche, sich ewig gleich bleibende Liebesgeschichten zersplittert, sondern mutig in den Dienst der Lebenserkenntnis stellt.

Und das ist der Vorzug fast aller Romane des „Vereins der Bücherfreunde", der sich als wahrer Förderer und feste Stütze unsrer guten deutschen Litteratur während bereits mehr als zehn Jahre erwiesen hat.

Ausführliche Prospekte über den „Verein der Bücherfreunde" liefert jede Buchhandlung.

Der Prinzipienreiter; eine Geschichte aus dem Jahre 1848. Von Wilhelm Blos. Leipzig 1902. Preis brosch. 2 Mark, geb. 3 Mark.

Die alte Geschichte von der „historischen Balletöse" Lola Montez, diesmal als sozialdemokratischer Tendenzroman verarbeitet. Den Umschlag ziert ein Bild, das uns an den Dichter von Faust 3. Teil erinnert, der sich den schönen Namen Deutobold Symbolizetti Allegoriowitsch Mystifizinsky beilegte. Innen kommt zuerst ein Bild der spanischen Balantinne und dann die nicht ungewandt geschriebne Geschichte. Selbstverständlich ist in derselben alles, was nicht Proletarier heißt, mehr oder weniger heftig und tief heruntergerissen. Merkwürdigerweise wird sogar einmal ein Jude ein wenig mit der Narrenpeitsche des Herrn Satirikers geklopft. Sogar ein verbummeltes Genie wird scharf verhohnipelt, als ob es deren in der Proletarierpartei keine gäbe. Verhältnismäßig am ehesten kann auch dem Nichtsozialdemokraten gefallen, wie Blos die mehr als menschlich schwachen Seiten der Herren Demokraten geißelt. Von dem „scharfumrissenen Kulturbild aus der Revolutionszeit 1848/49" aber, von dem der Waschzettel redet, habe ich nichts in dem Buch finden können. Dasselbe ist vielmehr, wie gesagt, ein waschechter sozialdemokratischer Tendenzroman, weiter nichts.

Max Deutsch.

Blumen vom Strande; Gedichte und Lieder von Christian Mengers; herausgegeben von Karl Schraitenthal. Oldenburg (Gr.) 1901. Preis brosch. 1 Mark.

„Eine einfache bescheidne poetische Aeußerung aus jenen Kreisen des Deutschen Volkes, die grade in den letzten Jahrzehnten ihre Stimmen zahlreicher denn je im Dichterwalde erheben und uns dadurch, daß wir sie nicht dünkelhaft überhören, einen Blick in die Tiefen der Volksseele gestatten," mit diesen Worten kennzeichnet der Herausgeber dieses Bändlein Gedichte. Der Verfasser desselben ist ein oldenburgischer Metallarbeiter, anno 1842 geboren. Die Form der Gedichte ist fast durchweg als gut anzuerkennen. Wohlthuend berührt des Verfassers Liebe zu Vaterland, Heimat und Angehörigen, ganz besonders da, wo er sie auf heimisch plattdütsch ausdrückt. Auch recht guten Humor hat der schlichte Mann im Herzen; man lese nur „Prosit Neujahr 1900", in dem er die falsche Jahrhundertrechnung prächtig verspottet. Unter seinen „Sinn- und Denksprüchen" ist manches höchst beherzigenswerte. Auch religiöse Gedanken bringt er da und dort zu schönem Ausdruck. Packend ist seine Ballade „Der Bruderkuß". Nur aus dem letzten Gedicht der Sammlung „Hans Bressen in der Wahlversammlung" sind wir, offen gestanden, nicht ganz klug geworden.

Max Deutsch.

Kein Duell mehr! Ein Mahnruf an das Deutsche Volk und seine Fürsten, voran des Kaisers Majestät von Dr. jur. Alwin Woldemar von Tiele. Dresden 1901.

Der Reinertrag dieser Schrift ist für die Zwecke der innern Mission bestimmt. Sie ist in einem merkwürdig hochschreitenden Stil abgefaßt, in echtem Siegfrieddeutsch. Wacker zornmutig geht sie vom Standpunkt gläubigen Christentums und im Sinne eines von allem Standesdünkel und jeder Einbildung auf unberechtigte Sonderrechte freien, aber eben deshalb sehr lebendigen und gewissenhaften Ehrbegriffs dem Duellunfug mit guten Gründen zu Leib. Merkwürdig berührt freilich, daß Verfasser die studentischen Mensuren ausdrücklich vom Duellunfug ausnimmt. In diesem Punkte kann ich nicht mit ihm übereinstimmen. Um so mehr freut mich, daß in von Tiele ein adliger Reserveoffizier so weit geht, daß er offen sagt: „Ich bin fest überzeugt, daß der überwiegende Teil der deutschen Offiziere — — eine Aenderung der herrschenden Duellanschauung wie eine Erlösung von einem schrecklichen Bann, einem bösen Zauber freudig und dankbar begrüßen würde", und daß er in diesem Sinne ein aufrichtiges, ernstes Mahnwort sogar an die höchste Stelle im Reich zu richten wagt.

Max Deutsch.

Was der Handwerker vom Gewerberecht wissen muß. (Meistertitel, Lehrlingswesen, Arbeitsverhältnis, Sonntagsruhe, Gesellen- und Meisterprüfung, Innungen, Handwerkskammern usw.); von Rosenberger, juristischem Lehrer der Meisterkurse in Würzburg. Würzburg 1902. 95 Seiten, Preis 75 Pf.

Das Büchlein ist wohl geeignet, die Handwerker in das Reichs-Gewerberecht, soweit es sie angeht, einzuführen. Namentlich kann es den Handwerksgesellen, die sich auf die Meisterprüfung vorbereiten wollen, empfohlen werden.

F. B.

Der Fabrikarbeiter; systematische Darstellung der Rechtsverhältnisse zwischen dem Fabrikanten und Fabrikarbeiter nach dem neusten Stande der Gesetzgebung, bearbeitet von E. Wolff, Bürgermeisterei-Beigeordneten und Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Offenbach (Main). Zweite verbesserte Auflage. Leipzig 1902. 96 Seiten, Preis ? Mark.

Die deutschen Gewerbegerichte und Innungs-Schiedsgerichte, sowie deren Rechtsprechung; systematische Darstellung der Verfassung der reichs- und landesgesetzlichen Gewerbegerichte, sowie Innungs-Schiedsgerichte nebst dem Prozeßverfahren und der Rechtsprechung über den gewerblichen Arbeitsvertrag von demselben Verfasser. Leipzig 1902. 147 Seiten, Preis ? Mark.

Beide Bücher, die zu der „praktischen gewerblichen Bibliothek" des Dr. L. Huberti gehören, sind mit Sorgfalt und Gründlichkeit gearbeitet und können daher den beteiligten Kreisen empfohlen werden. Besonders schätzenswert ist die in dem letzterwähnten Buche enthaltne Zusammenstellung von Entscheidungen der Gewerbegerichte in Bezug auf den gewerblichen Arbeitsvertrag. Die dem geltenden Rechte nicht entsprechende Entscheidung, wonach der Karfreitag in Preußen kein gesetzlicher Feiertag ist, wäre freilich aus der Zusammenstellung wohl besser weggeblieben.

F. B.

Briefkasten.

L. in Sch. Besten Dank. Wir haben grundsätzlich solchen Verständigungs-Versuchen immer das Wort geredet und können nur Genugthuung darüber empfinden, daß unsre Taktik auch anderweitig Anklang zu finden scheint. — Die hauptsächlichste Vorbedingung für das Gelingen eines solchen Planes scheint uns die Auswahl geeigneter Kandidaten zu sein. Für Schneidemühl soll, wie wir früher einmal hörten, ein kreiseingesessener gut antisemitischer Landwirt in Aussicht genommen sein.

B. M. Leipzig. Wir bitten dringend, sofort bei der Post Beschwerde zu erheben. Unser Blatt kommt pünktlich jeden Donnerstag beim Berliner Postzeitungs-Amte zur Auslieferung, es muß also spätestens Freitag Nachmittag in Ihren Händen sein. Heil!

R. G. In welcher Richtung bewegen sich Ihre Wünsche? D. Gr.

Dr. W. Kassel. Wird gern verwandt!

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 22. Mai 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 718.

Wochen-Spruch.

Zu allen Zeiten hielten die Juden einen Eidschwur in Bezug auf einen Christen nicht für bindend. Aus der Streitigkeit eines der Ihrigen mit einem Christen machten sie stets eine Angelegenheit ihrer Nation.

Generalfeldmarschall von Moltke, „Darstellung der innern Verhältnisse und des gesellschaftlichen Zustandes in Polen", S. 43.

Beabsichtigte Täuschung oder Thorheit?

In der Nr. 20 der „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins" findet sich folgende Notiz:

Wer trägt den Zoll?

Zu dem in der agrarischen Presse augenblicklich wieder weidlich breitgetretnen Argument gegen die Bekämpfung höherer Lebensmittelzölle: „Das Ausland trägt den Zoll", schreibt man der Nat.-Ztg.: Bei einer gelegentlichen Anwesenheit in Konstanz fand ich in einer Konstanzer Zeitung und in einer Thurgauer die Brottaxen der beiden Gebiete. Ich rechnete mir aus denselben die Brotpreise des Schwarzbrots in beiden Gebieten heraus und fand zufällig, daß das Schweizer Brot um 3½ Pfennig pro Pfund billiger war als das Konstanzer. Es frappierte mich, daß die weggefallne Kleie nicht die Differenz größer gemacht hatte. Sie betrug also grade den Zoll. Zugleich erfuhr ich, daß die Arbeiter aus Konstanz allabendlich ihre 3 Pfund Brot aus ihrer Arbeitsstelle in der Schweiz zollfrei mitbrächten. Ich ging die halbe Stunde bis zur Zollstätte und da trafen abends die Arbeiter mit ihren 3 Pfund Brot im Sack ein und führten es frei nach Konstanz. Das macht also täglich 10½ Pfennig Ersparnis aufs Brot oder im Jahr an Brotzoll 38,32 Mark. Wer würde eine solche Steuer zu gunsten der Großgrundbesitzer wohl einem Arbeiter direkt auferlegen. Und nun gar von 6 Mark pro Zentner oder jährlich 78 Mark für den Arbeiter!

Es ist bezeichnend für die Agitation unsrer Gegner, daß sie ihren Leserkreis so genau kennen, um zu wissen, daß sich niemand die Mühe giebt, sich genau über die thatsächliche Höhe der vorhandnen oder beabsichtigten Zölle zu unterrichten oder darüber nachzudenken.

Sowohl die „Nat.-Ztg." als auch die „Mitteilungen" wagen es, ihren Lesern einen solchen Artikel vorzusetzen, in dem behauptet wird, der Zoll auf Getreide betrage zur Zeit 3,5 Pfennig für das Pfund und den Artikel zu schließen mit dem Satze: „Und nun gar von 6 Mark pro Zentner oder usw." Man kann wohl kaum dabei im Zweifel sein, daß solche Täuschungsversuche, die sich in gewissen Zeiträumen konsequent in den gegnerischen Blättern wiederholen, nicht ganz ohne Absicht wiederholt werden nach dem Rezept „der Zweck heiligt die Mittel."

Würde in dem Artikel, wie es richtig wäre, anstatt Pfund — Kilogramm gesetzt, so fielen ja die sämtlichen Behauptungen sofort in sich zusammen.

Wer aber einmal lügt, dem glaubt man nicht und es wäre nach diesen Täuschungsversuchen wohl erlaubt, die Richtigkeit der sämtlichen behaupteten Thatsachen zu bezweifeln. Aber angenommen, sie seien richtig, so ergiebt sich nur, daß das Brot in Konstanz um 7 Pfennig für das Kilogramm teurer ist, während der Zoll nur 3,5 Pfennig beträgt. Zweifellos müssen danach also noch andre Gründe für die Verteuerung des Brotes vorhanden seien.

Nicht ganz unwahrscheinlich erscheint die Vermutung, daß die Bäcker in Konstanz sich in einer Notlage befinden und zwar grade deswegen, weil der Einkauf von Brot in Thurgau dort üblich zu sein scheint und das Bäckergewerbe zweifellos bedeutend schädigt, so daß es sich vielleicht in Konstanz nicht recht entwickeln kann.

Im übrigen ist es für niemanden, der sich mit der Sache selbst genügend beschäftigt hat, überraschend, daß zwei verschiedne Städte manchmal ganz erheblich abweichende Brotpreise haben. Seitens der agrarischen Presse ist fortwährend an der Hand der Statistik darauf hingewiesen, daß innerhalb des deutschen Zollgebietes manchmal ganz enorme Unterschiede bestehn. Der Preis des Getreides ist ja nur zu einem ganz kleinen Teile maßgebend für den Preis des Brotes und infolgedessen die Spannung zwischen Brot- und Getreidepreis eine so große, daß solche Abweichungen, wie sie in dem Artikel geschildert werden, durch örtliche Umstände leicht entstehn können.

Wenn daher innerhalb des Zollgebietes des Deutschen Reiches solche Unterschiede vorkommen, so dürfte sich wohl niemand darüber wundern, wenn auch einmal ein derartiger Preisunterschied festgestellt wird zwischen einer deutschen Stadt und einer ausländischen. Für uns ist es nur interessant, den Zweck solcher Artikel festzustellen, die, genau betrachtet, weder Sinn noch Verstand haben, aber doch jedesmal zweifellos den Erfolg haben, daß der Leser im Augenblick des Lesens sich sagt: „Aha, wieder mal ein schlagender Beweis." Geprüft wird nicht; die Zeitung mit dem Artikel wird, nachdem sie gelesen ist, bei Seite geworfen und dem Leser wird auf diese Weise und durch die Aufeinanderfolge mehrer solcher Artikel durch Suggestion künstlich das beigebracht, was er meinen soll. Hierauf beruht der unheilvolle Einfluß einer gewissenlosen Presse, die jeden Augenblick bereit ist, ihre Leser über die wahren Verhältnisse zu täuschen.

Eignes und fremdes Geld.

Während die Edelmetalle internationale Wertgegenstände sind, deren Angebot und Nachfrage sich über die ganze Erde erstrecken, ist das Geld ein nationaler Wertgegenstand, dessen Angebot und Nachfrage im wesentlichen auf das betreffende Münzgebiet beschränkt sind. Deutsches Geld ist alles, was im Deutschen Reiche allgemein gilt, und womit hier gesetzlich oder gewohnheitsmäßig allgemeine Barzahlungen gemacht werden können. Darum sind deutsche Banknoten und Reichskassenscheine leider deutsches Geld. Sie sind bares Geld geworden, weil wenigstens 999 von je 1000 Deutschen der irrtümlichen Ansicht sind, daß Banknoten und Kassenscheine als bares Geld angenommen werden müßten, weil man ferner die Scheine als bares Geld immer wieder ausgeben kann, und weil sie für manche Zwecke weit bequemer sind, als die Münzen.

Die wichtigste, und selten genugsam gewürdigte Bestimmung des deutschen Geldes ist die, im Deutschen Reiche ein Wertmesser für alle übrigen Wertgegenstände, die Edelmetalle eingeschlossen, zu sein. Da Tausende von Milliarden Werte alljährlich mit dem Werte der deutschen Reichsmark, und bei fortdauernden Schwankungen unrichtig gemessen werden, so müßte der Tauschwert einer Reichsmark ein möglichst unveränderlicher,

mindestens aber die Tauschwert-Veränderung allgemein bekannt sein. Der Tauschwert einer Reichsmark ist aber weit größern und häufigern Schwankungen unterworfen, als der der internationalen Edelmetalle, und was das Betrübendste ist, die deutsche Gesetzgebung hat, dank der Schlauheit einer verschwindenden Minderheit und der Unkunde der Gesetzgeber, einen Hauptfaktor für die Tauschwert-Ermittlung, nämlich die täglichen Veränderungen im Gesamtbestande des deutschen Geldes, für die große Masse der Bevölkerung in ein tiefes Geheimnis gehüllt, während diese Veränderungen für eine geldverständige internationale Rasse ein offnes Geheimnis sind. In welch raffinierter Weise die Geldkundigen ihre Wünsche erreicht haben, wie die christlich-deutsche Bevölkerung vom Höchstgestellten bis zum Aermsten schmählich betrogen wird, wie die sogenannte „Reichsbank" und die übrigen Zettelbanken gewissermaßen als Schröpfmaschinen dienen, denen das deutsche Publikum mit verbundnen Augen überliefert ist, haben wir schon oft dargelegt.

Das Geld ist, genauer ausgedrückt, nicht ein Tauschmittel, sondern ein Tauschgegenstand, ebenso gut, wie alle übrigen Wertgegenstände Tauschgegenstände sein können. Das Geld unterscheidet sich aber in einigen Punkten von allen übrigen Wertgegenständen, die Edelmetalle eingeschlossen

Das Geld gilt gesetzlich oder gewohnheitsmäßig immer gleich, mag der Tauschwert der Reichsmark ein noch so hoher oder ein noch so niedriger sein, oder mag das Material des Geldes aus Papier, Gold, Silber oder Kupfer bestehn. Hundert Mark sind immer hundert Mark, keinen Pfennig mehr oder weniger. Es gleicht also einer Elle, die heute länger, morgen kürzer und übermorgen wieder länger ist, und doch immer von dem Uneingeweihten als dieselbe Elle angesehn wird. Die Veränderungen im Tauschwerte des Geldes können also nicht im Gelde, sondern nur in den übrigen Werten, die mit dem Geldwerte gemessen werden, zum Ausdruck gelangen, indem diese nicht nur dann teurer erscheinen, wenn ihre Tauschwerte gestiegen sind, sondern auch dann, wenn der Tauschwert des Geldes gefallen ist. Um den richtigen Kaufpreis einer Ware zu finden, muß man den jedesmaligen Tauschwert der Ware durch den jedesmaligen Tauschwert einer Reichsmark teilen. Angenommen, der richtige Tauschwert einer Ware sei im Januar 1902 zu 1000 ermittelt, und das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bliebe während des ganzen Jahres unverändert; angenommen ferner, der Tauschwert einer Reichsmark verändre sich in jedem der zwölf Monate wie folgt: 1,000—0,990—0,980—0,977—0,954—0,950—0,960—0,970—0,984—0,994—0,999—1,009, so wird der Preis dieser Waren bis zum Juni steigen, und dann nach und nach gegen Ende des Jahres wieder fallen, obwohl der Tauschwert der Ware völlig unverändert geblieben ist. Die Geldunkundigen schreiben diese Preisveränderungen den Tauschwert-Veränderungen der Waren zu, oder sind im günstigsten Falle darüber in Zweifel, ob der Wert der Ware erhöht oder der Geldwert erniedrigt ist; die Geldkundigen kennen den jeweiligen Geldwert ganz genau, und handeln dementsprechend in ihrem Interesse.

Während weiter alle übrigen Wertgegenstände mehr oder weniger nur insoweit begehrt werden, als der Erwerbende sie gebrauchen oder zum Gegenstande des Handels machen will, die Nachfrage sich also nach dem Bedürfnisse regelt, ist das deutsche Geld ein Wertgegenstand, dessen Erwerb der hundertfache Millionär oft mit ebenso großem Eifer erstrebt, als der Besitzer von Hunderten; denn es ist eine allgemein gültige Ware, ein Wertgegenstand, für den man in einem bestimmten Verhältnis alles, dessen man bedarf, sofort eintauschen kann.

Wer andre Wertgegenstände gegen sein eignes Geld eintauscht, der macht den Tausch zwischen den Parteien auf der Stelle fertig, und begründet kein Schuldverhältnis. Ein sorgsamer Mann, der eignes Geld nicht besitzt, wird, selbst wenn er sich solches durch Verkauf andrer Wertgegenstände demnächst verschaffen kann, sich nur ungern entschließen, andre Wertsachen zu kaufen, sondern es vielfach vorziehn, vorerst seine Bedürfnisse einzuschränken. Wer ohne eignes Geld andre Wertgegenstände käuflich erwerben will, der kann entweder fremdes Geld (aes alienum) mieten, und es als sein eignes benutzen (Darlehn), oder er kann den Gegenstand auf Kredit kaufen. In beiden Fällen begiebt er sich in ein Schuldverhältnis. Beide Kreditformen sind moralisch und ökonomisch gerechtfertigt für solche Personen, die genügende andre Wertgegenstände eigentümlich besitzen. Wer ohne solchen Besitz und ohne die dringendste Not sich in ein Schuldverhältnis begiebt, thut dies im günstigsten Falle in der trügerischen Hoffnung, daß er in Zukunft das zur Lösung der Schuldverbindlichkeit erforderliche Geld erwerben werde; er lebt auf Kosten der Zukunft und setzt sich in die Lage, später längst verzehrtes Brot bezahlen zu müssen. Dem Sprichwort „Kredit ist ebensogut als bares Geld" stehn besser berechtigt die Sprichwörter „Borgen macht Sorgen" und „Bar Geld lacht" entgegen. Wer fremdes Geld in größern Summen und auf längere Zeit leihen, oder Waren gestundet erhalten will, der muß heutigen Tages immer Zinsen zahlen, sobald man nur den unsichtbaren Zins in Mitberücksichtigung zieht. Der Kreditkäufer kann billigerweise nicht den Genuß des gekauften Gegenstandes und der Gegenleistung gleichzeitig haben wollen.

Das Geld kann auch Gegenstand des Kaufs oder der Miete sein; im erstern Falle kommt sein Tauschwert (Kaufkraft), im letztern der Mietspreis (Zinsfuß) in Betracht. Beide regeln sich durch Angebot und Nachfrage, aber die Anbietenden und Nachfragenden sind in beiden Fällen vollständig verschieden; ein Umstand der von den Schwärmern für „billiges Geld" völlig übersehn zu werden pflegt.

Geldkäufer, also Geldnachfragende sind alle Leute, die andre Wertgegenstände, ihre Arbeit oder ihre Dienstleistungen anbieten, und dafür eignes Geld erwerben wollen. Die Nachfrage ist nicht, wie bei den andern Wertgegenständen auf das Bedürfnis beschränkt, sondern ganz allgemein, beim hundertfachen Millionär oft ebenso groß als beim Bettler. Das Streben jedes Einzelnen geht dahin, für seine andern Wertgegenstände oder Arbeiten möglichst viel eignes Geld zu erwerben; und wer ihnen am meisten Geld giebt, erhält von ihnen die andern Wertgegenstände.

Geldverkäufer, also Geldanbietende sind nicht etwa alle Leute, die eignes Geld haben, sondern nur die, die andre Wertgegenstände oder die Arbeiten und Dienstleistungen andrer bedürfen, solche für sich erwerben, und dafür Geld geben wollen. Das Streben jedes einzelnen Geldverkäufers geht dahin, möglichst wenig Geld zu geben; sie konkurrieren aber untereinander, und erhalten die Waren, bei denen die Nachfrage das Angebot übersteigt, nur dann, wenn sie ebensoviel Geld geben wollen, als die übrigen Bewerber. Alle teuren und seltnen Luxuswaren fallen denen zu, denen die hundert Millionen in den Schoß gefallen sind. Bei allen mehr oder weniger notwendigen Lebensbedürfnissen ist die Nachfrage (also das Geldangebot) selbst bei den hundertfachen Millionären eine sehr beschränkte. Kein einziger Millionär gebraucht soviel Nahrung, soviel Kleidung, soviel Wohnung als die Masse der Bevölkerung. Diese wird aber ihre Bedürfnisse auf das äußerste beschränken, wenn sie kein eignes Geld besitzt, und in einem Jahre mehr verbraucht als sie erworben hat. Die Lebhaftigkeit des Verkehrs und der glatte Verlauf der Geschäfte hängt also nicht von einer möglichst großen Gesamtmenge des Geldes ab, sondern vielmehr davon, daß das vorhandne Geld sich als eignes Gelo in den Taschen derer befindet, deren Lebensbedürfnisse durch die zu verkaufenden Wertgegenstände befriedigt werden sollen, und die sie gekauft haben würden, wenn ihr Geld nicht in die Taschen andrer geflossen wäre. Entbehrliche Gegenstände mit fremdem Gelde oder auf Kredit zu kaufen schent sich mehr oder weniger jeder sorgsame Mann.

Geldmieter, also fremdes Geld Nachfragende sind alle die, die andre Gegenstände kaufen oder bereits gekaufte bezahlen wollen, und das erforderliche eigne Geld nicht besitzen. Je größer die Zahl der fremdes Geld bedürfenden Personen, je größer die Geldsummen, je notwendiger und unentbehrlicher die Gegenstände, die sie mit dem fremden Gelde kaufen wollen, je leichtsinniger die Personen, und je windiger die Hoffnung,



das zur Tilgung der Schuldverpflichtung erforderliche eigne Geld demnächst zu erwerben: desto größer und dringender ist die Nachfrage, und desto höhere Zinsen werden angeboten.

Geldvermieter, also eignes Geld Anbietende sind alle die, die mehr eignes Geld haben, als sie zur Bestreitung ihrer Lebensbedürfnisse und Genüsse gebraucht haben. Je größer die Zahl der Personen ist, die durch ihre Arbeit, ihren Fleiß, ihre Sparsamkeit mehr Geld erworben, als sie zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse ausgegeben haben, je größer die Summen, die sie erspart: desto kleiner wird die Zahl der fremdes Geld Nachsuchenden, und desto mehr sind die Darleiher geneigt, sich mit einem geringen Zinse zu begnügen. Je kleiner die Zahl der großen Geldbesitzer, denen das Geld durch Erbschaften, Glückszufälle oder von Oben durch bloße Federstriche in den Schooß gefallen ist, desto größer wird die Zahl der fremdes Geld Nachfragenden, und desto mehr sind sie geneigt, gegen einen möglichst hohen Zins sich der Gefahr des Verlustes ihres leicht gewonnenen Geldes auszusetzen; denn wie gewonnen, so zerronnen.

Durch die Gewöhnung an das Papiergeld hat zwar in allen Kulturstaaten mehr oder weniger eine erhebliche Vermehrung der Gesamtmenge des Geldes stattgefunden. Dies geschah aber nicht, weil das natürliche Streben des Verkehrs dahin ging, sondern weil ein internationaler geldkundiger Volksstamm den geldunkundigen Kulturvölkern einzureden wußte, daß Handel und Verkehr gehoben, und der Wohlstand des Landes befördert werde, wenn gewissen Gesellschaften das Vorrecht geschenkt würde, einige Hundert Millionen Mark in Papier anfertigen, und als bares Geld verkaufen oder verleihen zu dürfen.

Wer sich ohne genauers Fachstudium von der Richtigkeit der Ansicht früherer Zeit, die Preise der Dinge ständen in einem mehr oder minder genauen Verhältnis zu dem Umfange des Geldumlaufs, so daß, wenn in einem Lande der Geldvorrat im Vergleich zur Bevölkerung zunehme, die Preise entsprechend steigen müßten, und von den Behauptungen der Goldwährungsmänner die Zunahme des Geldvorrats in einem Lande sei ziemlich gleichgültig, ja womöglich nachteilig, und bewirke nur, daß man alle übrigen Wertgegenstände desto teurer bezahlen müsse — eine eigne Ueberzeugung verschaffen will, der möge einmal seiner Phantasie die Zügel schießen lassen und annehmen: Entweder in den bisher unerforschten Tiefen der Erde finden sich in allen Kulturländern ungeheure Massen gediegnen Goldes, die in gleichen Mengen wie die Steinkohlen zu Tage gefördert werden; der bisherige Geldbestand beträgt drei Milliarden, und es sind noch 27 Milliarden Mark in lauter vollwichtigen Zehn- und Zwanzigmarkstücken ausgeprägt.

Oder die Kunst, Geld aus Papier zu machen, ist neu entdeckt; es werden zu den bisherigen drei Milliarden noch fernere drei Milliarden Papiergeld angefertigt.

Man fasse nun folgende verschiedne Verteilungsarten des neugeschaffnen Geldes ins Auge:

1. Das Reich behält das neugeschaffne Geld für sich, und wer es haben will, muß es vom Reiche kaufen oder zinslich leihen.

2. Das Reich erteilt den geldverständigen Aktionären der „Reichsbank" das Vorrecht, die 27 und 3 Milliarden anzufertigen, und das neugeschaffne Geld an die Geldbedürftigen zu verkaufen oder verzinslich zu verleihen.

3. Das Reich fertigt das neue Geld auf seine Kosten an, bestreitet davon die Kosten der Anfertigung und verteilt den Rest, entweder gleichmäßig auf jeden Kopf der deutschen Bevölkerung; oder im Verhältnis zu dem eigentümlichen Geldbesitze eines jeden im letzten Jahre; oder im Verhältnis zu dem abgeschätzten Nettovermögen eines jeden.

Man beantworte sich nun selbst folgende Fragen:

Welche Verteilungsart ist die gerechteste und zweckmäßigste? Würde das Deutsche Reich durch solchen Geldsegen reicher werden, und um wie viel? Würde man die andern Wertgegenstände zu den bisherigen Preisen kaufen können? Bei welcher Milliarde nimmt die Geldentwertung ihren Anfang? Würden sich Handel und Industrie heben? Würde niemals eine Klage über Geldmangel gehört werden? Würde im Deutschen Reiche die Menge der Werte hervorbringenden oder der Werte verbrauchenden Bevölkerung zunehmen! Würde die Menge des Papiergeldes abnehmen oder zunehmen?

Durch eignes Nachdenken über solche und ähnliche Fragen wird jeder zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß der Besitz eignen Geldes lediglich ein Machtverhältnis begründet, und daß in dem Kampfe um den Erwerb der übrigen Wertsachen und der Arbeit und Dienstleistungen andrer es nicht auf die Geldsummen, sondern darauf ankommt, daß jemand mehr Geld oder wenigstens ebensoviel Geld hat als seine Konkurrenten. Hat die Reichsbank fünfhundert Millionen in Goldbarren im Keller liegen, so haben diese Barren auf den Umlauf und mithin auf die Preise gar keinen Einfluß, weil sie kein deutsches Geld sind. Wenn aber die Reichsbank für diese 500 Millionen ebensoviele Banknoten ausgiebt, so haben diese, weil sie deutsches Geld sind, den größten Einfluß auf den Umlauf und mithin auf die Preise. Hat dagegen eine Bank 500 Millionen kursfähiges deutsches Geld in den Gewölben, und dafür 500 Millionen Mark Banknoten ausgegeben, so haben diese auf den Umlauf, und mithin auf die Preise gar keinen Einfluß, weil sie nicht neben, sondern statt des übrigen Geldes umlaufen. —

Wieviel Geld im Deutschen Reiche und wieviel in Frankreich umläuft, wissen nur die privilegierten internationalen Geldverständigen. Kein Mitglied der Reichsregierung, sofern es nicht etwa zu den Eingeweihten gehört, kennt die Gesamtmenge. Als Frankreich an das Deutsche Reich die Milliarden gezahlt hatte, litt es schwerlich an Geldüberfluß. Dafür standen aber bald Handel und Industrie in Blüte, und Frankreich eroberte auf friedlichem Wege die gezahlten Milliarden zurück und einige noch dazu. Später hat Frankreich ebenfalls an Geldüberfluß zeitweilig gelitten, so daß die minderwichtigen Zwanzigfrankstücke mit einem Aufgelde bezahlt wurden.

Wenn der Wert des Geldes plötzlich um 20 v. H. stiege, würde das Deutsche Reich und der Preußische Staat an ihren Etats mindestens 5 v. H. ersparen, ebenso alle übrigen Staaten, Gemeinden und Korporationen, und nicht minder jede einzelne Familie. Sie alle samt und sonders bis zum Tagelöhner herab würden am Schlusse des Jahres weniger Ausgaben gehabt haben, als in den Vorjahren. Es würde sich also in den Händen aller ein Ueberschuß an erspartem eignem Gelde finden; mithin sich die Zahl der eignes Geld Anbietenden vermehren, und die Zahl der fremdes Geld Nachsuchenden vermindern. Bei einem plötzlichen Fallen des Geldwertes um 20 v. H. würde es sich grade umgekehrt verhalten; jeder einzelne würde im Verhältnis mehr Geld zur Bestreitung seiner Bedürfnisse ausgegeben haben, als in den Vorjahren. Es würde ein allgemeiner Mangel an eignem Gelde eintreten, und es bliebe nur die Aushilfe der Zettelbanken übrig, der einzigen moralischen Personen, die Milliarden verkaufen oder verleihen können, ohne ihren Geldbestand um einen Pfennig zu vermindern; eine Gelderzeugungskraft, so über alle menschlichen Begriffe großartig, daß vor ihr sogar ein Heer von hunderttausend der urkräftigsten Dukatenmänner seine Segel würden streichen müssen.

Ginge es nach Recht und Billigkeit in dieser Welt her, so müßte freilich der Erzeuger einen Preis erzielen, der sich aus dem Preise des Materials und der Arbeit zusammensetzt. Leider entscheidet aber in unsrer Zeit der Maschinen und der Dampfkraft nur selten der Erzeugungswert der Waren, da diese häufig ohne Rücksicht auf das Bedürfnis und in der Hoffnung auf großen Gewinn in übergroßen Mengen angefertigt zu werden pflegen. Ist z. B. das normale jährliche Bedürfnis einer Ware 10 Millionen Stück, und es werden 15 oder gar 20 Millionen Stück angefertigt, so wird sicher ein Preis entstehn, der den Wert des Rohmaterials kaum oder nicht mehr erreicht, weil jeder Erzeuger verkaufen will oder verkaufen muß, um eignes Geld zu erwerben, und keiner die überflüssigen 5 oder 10 Millionen Stück behalten will. Angenommen ferner, das jährliche normale Bedürfnis einer Ware betrage 10 Millionen, die jährliche Erzeugung 9 Millionen; infolge der allgemeinen Entwertung des Geldes würden aber nur

5 Millionen Stück verkauft, indem die übrigen bisherigen Abnehmer sich dieser Ware aus Sparsamkeitsrücksichten enthielten — so wird trotz des entwerteten Geldes der Preis der Ware sinken, und es werden nur die Warengattungen im Preise steigen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Dukatenmänner bestimmt sind, da diesen allein das neugeschaffne Geld eigentümlich gehört.

Endlich möge jedermann wohl beherzigen, daß eine Ware nicht größer oder schwerer wird, wenn sie mit einem kleinern Maßstabe gemessen oder mit einem leichtern Gewichte gewogen wird. Ebenso haben auch die Verkäufer andrer Wertgegenstände einen reellen Vorteil selbst dann nicht, wenn sie etwa eine etwas größere Summe des entwerteten Geldes eigentümlich erwerben sollten. Jede neue Gelderzeugung, insbesondre solche, die dem Gelderzeuger fast nichts kostet, gewährt nur diesem unmittelbaren, und allenfalls den Erzeugern der Waren, die die Bedürfnisse der Gelderzeuger befriedigen sollen, mittelbaren Vorteil.

Cecil Rhodes und kein Ende.

Die englische Presse bemüht sich fortgesetzt, den verstorbnen Rhodes zu einem Helden zu stempeln und die deutsche Judenpresse hilft treulich dabei mit, indem sie auch die albernsten Renommistereien dem deutschen Lesepublikum vorsetzt. — Besonders erfindungsreich ist man in Bezug auf Szenen, die sich angeblich bei dem Besuche des Afrikaners in Berlin zwischen ihm und dem deutschen Kaiser abgespielt haben sollen. So hätte Rhodes z. B. dem Kaiser, als dieser bei Besprechungen über das Bahn-Projekt Kap—Kairo geäußert habe, der deutsche Anteil der Bahnstrecke werde in zwei bis drei Jahren fertig sein, erwidert:

„Nein, Sire, Ihre Strecke wird innerhalb dieser Frist nicht fertig sein. Ich kenne Ihre Deutschen nicht, wie sie zu Hause sind, aber die da draußen in Afrika sind das schläfrigste, unternehmungsunlustigste Volk der Welt, und ich bin überzeugt, Sie werden recht viele Jahre brauchen, um Ihre Eisenbahn in Gang zu bringen."

Schon diese freche Beschimpfung unsers Volkes würde dem braven Cecil von unserm Reichsoberhaupt zweifellos den notwendigen moralischen Fußtritt zugezogen haben, der die Audienz recht plötzlich beendet hätte. Aber die englische Zeitung spinnt ihr Garn noch weiter, indem sie erzählt:

„Bevor ich gehe," sagte Rhodes, „muß ich Ihnen noch für das Telegramm (an Krüger) danken. Ich war damals in einer bösen Klemme und sollte nach Hause kommen, um von Großmama durchgeprügelt zu werden wie ein böser Junge. Als Sie so gütig waren, sich einzumischen und jenes Telegramm zu senden, wurden Sie statt meiner der Prügelknabe."

Die Krone wird aber dieser frechen Renommage aufgesetzt, indem dem Kaiser in Bezug auf Rhodes das Wort in den Mund gelegt wird: „Ich habe einen Mann getroffen!"

Wir halten es diesen jüdisch-englischen Dreistigkeiten gegenüber daher für ganz zweckmäßig hier wiederzugeben, was ein deutscher Arzt aus Kimberley in einer amerikanischen Zeitung, kurz vor dem Tode des „ungekrönten Königs von Südafrika" über dessen Krankheit schrieb:

„Ueber die Krankheit von Cecil Rhodes werden so viele unrichtige Angaben in die Welt gesetzt, bald von „Angina pectoris", bald von Herzfehler, bald von Nervosität gesprochen, daß es wohl gelegen kommt, wenn ich als alter Kimberleyer Arzt und bekannt mit den Gewohnheiten und Leiden des Herrn Rhodes, diese Irrtümer richtig stelle. Da ich als Deutscher selbstverständlich nicht der Leibarzt des Diamantenhäuplings war, so begehe ich keine Indiskretion, wenn ich dem ganz neuerdings wieder vom Aktienspekulanten Rhodes aufs Korn genommnen deutschen Publikum die Wahrheit über einen Mann sage, dessen Person und Lebenswahrscheinlichkeit bei jenen Spekulationen immer noch eine Rolle spielen. Die Krankheit des Herrn Rhodes ist gar nichts anders als das gewöhnliche „Delirium tremens", d. h. der chronische Alkoholismus in seinen letzten Stadien, die durch hochgradige Herzschwäche, völliges Darniederliegen der Verdauung und Entartung der Leber charakterisiert sind. Mit diesem chronischen Alkoholismus und besonders mit der Trinkerleber hat es in Südafrika eine ganz andre Bewandnis, als bei uns in Europa. Infolge des viel lebhaftern Stoffwechsels kommt der von den südafrikanischen Gewohnheitstrinkern, deren Zahl zumal in englischen Kreisen Legion ist, verbrauchte Alkohol nicht mit der Schnelligkeit und in dem Maße zu schädlicher Einwirkung auf die Organe, als hierzulande. Ich habe Dutzende von derartigen Trinkern in Behandlung gehabt, die so ungeheure Mengen Whisky oder Brandy (von letzterm oft den gemeinsten Fusel) vertilgten, daß man ihnen unter nichttropischen Verhältnissen höchstens zwei bis drei Jahre Lebensdauer nach dem ersten Auftreten der Organ-Entartungs-Symptome gegeben haben würde. Diese Leute treiben aber aus dem angeführten Grunde ihre Laster Jahrzehnte, ohne daß — abgesehn von ihrem moralischen Verfall und ihrer Unfähigkeit, in Haus und Beruf Ordnung zu halten — andre als Verdauungsstörungen sie nötigten, ärztliche Hilfe zu suchen. Dann aber tritt plötzlich ein Collaps ein, so schwer, wie er selten in Europa mit so fulminanten, so akut verlaufenden allgemeinen Vergiftungs- und Lebersymptomen vorkommt, daß der mit diesen Erfahrungen nicht praktisch vertraute europäische Arzt zweifellos bei einem solchen Patienten die Diagnose auf tötlich verlaufende akute gelbe Leberatrophie stellen würde. In der That handelt es sich um eine unter den peinlichsten Erscheinungen unweigerlich zum Tode führende Leberschrumpfung von solcher verblüffenden Schnelligkeit der Entwicklung, daß man in Wahrheit im Laufe eines Tages die bisher geschwollne Leber auf das denkbar kleinste Volumen zusammenschrumpfen fühlt. In diesem Stadium befindet sich Cecil Rhodes noch nicht, steht aber aller Wahrscheinlichkeit nach nahe davor. Die nicht zum ersten Male, sondern in den letzten Jahren wiederholt aufgetretnen Anfälle hochgradiger Herzschwäche (Herzinsufficienz) hätten ihm und seinem Arzt eine ernste Warnung sein sollen. Aber Dr. Jameson, der nicht nur in politischen Räuberangelegenheiten, sondern auch als Arzt der Berater seines Herrn und Meisters ist — trinkt selbst! Es ist schon eine saubere Sorte von „Kultur"-Aposteln, die diesen schändlichen Krieg anzettelte und Südafrika die „Segnungen brittischer Zivilisation" bringen zu müssen sich anmaßte! Es verlohnte sich wirklich, einmal die Geschichte des „Kimberley Klub" und das ganze unter der Maske „feiner" äußerer Formen dort vor sich gehende wüste Treiben des Ausführlichen zu schildern, um der Welt die Rhodes, Jameson und ihre Helfershelfer in ihrer ganzen nackten Unmoralität zu zeigen. Cecil Rhodes kannten zu meiner Zeit (Mitte der 90er Jahre) noch eine Menge alter Kimberley-Einwohner aus den siebziger und achtziger Jahren als den in schäbiger Kleidung, in langem braunen Ueberzieher mit der Whisky-Bottle in der innern Seitentasche durch die Straßen trottenden Abenteurer. Als er dann Premierminister der Kapkolonie wurde, verfeinerte er sich wenigstens in seinem Aeußern etwas, und das war ja auch nötig, um die innere Verderbnis des Whisky-Sklaven zu verdecken!" —

Ganz in dem Sinne, wie wir uns sofort äußerten, als die Dreistigkeit des verstorbnen Rhodes bekannt wurde, der den deutschen Kaiser zu seinem Testaments-Vollstrecker in Bezug auf Stipendien für deutsche Studenten zum Studium auf englischen Universitäten machen wollte, haben sich auch die deutschen Korpsstudenten in dem „Akademischen Monatsheft", dem Organ des Kösener S.-C. ausgesprochen. Wir lesen dort:

„Wir können uns nicht vorstellen, daß deutsche Hochschüler, aus deren Mitte sich der erste gewaltige Sturm gegen Chamberlains Schmähungen unsrer Armee erhob, jemals von dem Danaergeschenk eines Mannes Gebrauch machen, der noch in seinem Testamente seine englische Gesinnungen und Pläne so unverholen gezeigt hat. Es gehört mehr als Naivetät dazu, zu glauben, ein Mann wie Rhodes, der mit brutalster Rücksichtslosigkeit die englische Herrschaft über ganz Südafrika erstrebte, werde dem gefährlichsten Rivalen Altenglands auch nur den

geringsten Vorteil zuwenden. Rhodes wußte nur zu gut, wie unzugänglich seine Landsleute für fremde Einflüsse sind, wie sehr dagegen der Deutsche geneigt ist, sich fremden Wesen anzufügen, ja unterzuordnen. Wenn er seine Stipendien nicht für Engländer, die in Deutschland studieren sollen, sondern für deutsche Studenten in England bestimmte, so rechnete er sicher mit den erwähnten Eigenschaften beider Völker. Und wenn selbst solche Folgen nicht eintreten würden, so dürfte schon allein der Gedanke ihn zu dem für seine Vermögensverhältnisse nicht einmal großen Opfer bewogen haben, daß seine Landsleute den die Stipendien annehmenden deutschen Studenten mit Recht zurufen könnten: ‚Seid ihr nicht wie die Hunde? Wenn man euch mit Stockschlägen traktiert, knurrt und bellt ihr, wirft man euch aber einen Brocken hin, so kommt ihr heran und nehmt ihn dankbar schweifwedelnd entgegen.' Wir hoffen, daß es uns erspart bleiben wird über Kommilitonen, die das non olet englischen Goldes patriotischen Erwägungen vorziehn, vor Scham erröten zu müssen."

Der Kaiserliche Vater des Korpsstudenten Prinz Wilhelm in Bonn, wird sich freuen, wenn sein Sohn und Erbe ihm über die edle deutsche Gesinnung berichtet, die in den Kreisen der akademischen Jugend herrscht. —

Es ist selbstverständlich, daß auch die „Vereine Deutscher Studenten" diese scharf ablehnende Haltung teilen und ebenso selbstverständlich ist, daß die ganze semitische und philosophische Presse mit dem Organ der Judenschutztruppe an der Spitze das Gegenteil vertritt.

Physiognomik und Phrenologie.

Wenn man sich des Talleyrandschen Wortes erinnert, die Sprache des Menschen diene ihm zur Verbergung seiner Gedanken, und wenn man ein offnes Ohr hat für die Wahrheit, die diesem herben Ausspruch zum Kern dient, so kann man es nur erklärlich finden, daß von jeher das Bestreben einsichtiger Leute darauf gerichtet war, Merkmale im Wesen des Menschen aufzufinden, die, im Gegensatz zu seiner Rede, sichere und untrügliche Wahrzeichen seiner Gesinnung wären. Als tiefern Grund der geringen Wahrheitsliebe und des Hanges zur Heuchelei bietet sich wohl die Wahrnehmung, daß nur sehr wenigen Menschen ein fester Plan der Lebensführung zum Leitfaden ihrer Handlungen dient. Die Meisten leben nicht allein physisch, sondern auch psychisch aus der Hand in den Mund. Wir lassen uns wohl darüber täuschen, wenn wir ein Leben im ganzen überblicken, und dann ein Planvolles, ein Zweckmäßiges vor uns sehn. Wir bilden uns dann wohl ein, es sei der Mensch, der sein Leben so gestaltet habe. Gewiß ist jedes Menschenleben ein Kunstwerk, worin kein Rädchen, kein Stift ohne Beziehung, aber es ist ein Kunstwerk höherer Macht, der Mensch selbst weiß höchst selten von den Zwecken, Zielen und Mitteln seines Daseins.

Wo steckt nun das treibende Prinzip? Wo können wir die Hand Gottes entdecken, die der Marionette ihre Bewegungen gab? Diese Fragen sind immer und besonders in praktischem Sinne von solchen Männern aufgeworfen worden, die als Lenker der Völker ein Interesse daran hatten, brauchbare Werkzeuge zur Ausführung ihrer Pläne zu finden, sowie von denen, die als Lehrer und Erzieher des Volkes nach Mitteln suchten, die verbogenen und im Winde schwankenden Stämmchen der Menschen-Jugend in grader Linie auf zum Himmel zu richten.

Diesem Suchen entsprang die Physiognomik, das heißt in weiterm Sinne die Lehre, wie aus der Gestaltung des Körpers, im engern Sinne, wie aus den Gesichtszügen die Beschaffenheit der Seele zu erkennen sei. Daß eine gewisse Uebereinstimmung zwischen Körper und Seele vorhanden und für den zu erkennen ist, der es versteht, sich einerseits von den banalen Vorstellungen der Schönheit und Häßlichkeit los zu machen, andrerseits die Zufälligkeiten in Betracht zu ziehn, die den ursprünglichen Organismus oberflächlich beeinträchtigt haben, das leuchtet dem willigen Blick leicht ein, schon ohne nähere Untersuchung. Diese aber bestätigt es dann in tausendfacher Erfahrung. Um nur einiges anzuführen: Man wird finden, daß Menschen mit zierlichen Handgelenken und Knöcheln Sinn für Idealität haben, Menschen mit unproportionierten plumpen Händen und Füßen gemeine Gesinnungen hegen, daß Menschen mit massivem Kinn Energie besitzen, solche mit zurücktretendem unbedeutendem Kinn schwankend sind, solche mit spitzem vorspringendem Kinn verschwenderisch oder geizig. Die Längsfurchen auf der Stirn deutete Lavater auf Dummheit, die bogenförmigen Furchen über den Augen auf Feigheit, die senkrechten Furchen zwischen den Brauen auf einen forschenden Geist, die sich kreuzenden Furchen auf schwankenden Charakter.

Die Alten gaben ihrer Physiognomik — denn dieselbe ist uralt — eine eigentümliche anatomische Basis. Sie sagten, die Götter hätten als eigentlichen Kern des Menschen das Mark gebildet, und diesem die Beseelung eingehaucht. Alles übrige diene nur dem Marke zum Schutz, die Knochen als eine feste Schale, das Fleisch als ein Polster gegen die Beschädigungen und Abnutzungen dieser Schale. Wo nun das Polster am dünnsten sei und demgemäß der Knochen am freiesten liege, wie an den Schienbeinen und den Gelenken, da sei der seelenvollste Teil des Markes; den Schädel aber, als das Gefäß für den göttlichsten Teil des beseelten Markes, hätten die Götter gar nicht mit Fleisch umhüllt.

Platon sagt mit dürren Worten: „Eine nach den Gesetzen der Notwendigkeit entstehende und fortbestehende Wesenheit kann nicht zugleich dicke Knochen und vieles Fleisch und doch dabei Feinheit der Empfindungen besitzen." Dieser Bemerkung fügt er folgenden, für altgriechische Anschauungen charakteristischen Satz hinzu: „Hätte sich beides mit einander verbinden lassen, so würde diese Verbindung am meisten dem Kopfe bei seiner Einrichtung zuteil geworden sein, da, wenn das Menschengeschlecht einen fleischigen, sehnigen und starken Kopf auf seinem Rumpfe trüge, ihm sicher ein doppelt und vielmals so langes, gesünders und schmerzfreiers Leben zu eigen geworden wäre. Nun aber kamen die Werkmeister unsrer Entstehung bei ihrer Ueberlegung, ob sie ein länger lebendes gemeiners oder ein kürzer lebendes edlers Geschlecht schaffen sollten, einstimmig zu der Ansicht, daß einem langen und gemeinen Leben ein kurzes und edles für jedes Wesen in jedem Falle vorzuziehn sei; also bedeckten sie das Gehirn wohl mit einem dünnen Knochen, aber nicht mit Fleisch und Sehnen. Und so wurde der Kopf als ein zwar in reicherm Maße mit Empfindung und Vernunft begabter, aber auch weit schwächerer Teil dem Leibe eines jeden Menschen angeheftet."

Man sieht, daß nicht allein der Physiognomik, sondern auch schon ihrer Spitze und Krone, der Phrenologie, ein Weg gebahnt wird.

Das Bedenkliche dieser Wissenschaft, oder wie man die Sache sonst nennen will, ist nur, daß sie, wenn auch in der Theorie einleuchtend, doch in der Praxis sehr trügerisch ist. Der Charakter des Menschen ist an seinem Aeußern, an seinen Bewegungen usw. zu erkennen — nur ist der richtige Blick dafür nicht jedem gegeben. Es gehört Begabung eigner Art dazu, um richtige Schlüsse auf den Charakter aus der Handschrift, aus den Bewegungen, aus den Gesichtszügen, aus der Gestalt des Fußes, der Hand zu ziehn. Und hierin liegt auch wohl der Grund, warum die Phrenologie, also die aus der Schädelbildung abgeleitete Charakterkunde, verhältnismäßig so wenig Anklang gefunden hat. Franz Josef Gall, der Schöpfer dieser Lehre, erzählt, wie er selbst zuerst auf den Gedanken gekommen ist, menschliche Charaktere nach der Kopfform zu beurteilen. Es wurde ihm nämlich in der Schule sehr schwer, Gedichte, Bibelstellen und dergleichen auswendig zu lernen, und er sah mit Neid auf die Kameraden, die auf diesem Gebiete glänzten, während er selbst Strafe erhielt wegen seiner vermeintlichen Faulheit. Da fiel ihm auf, daß alle jene leicht Lernenden vorstehende Augen hatten, und als er in eine andre Klasse kam, machte er dieselbe Wahrnehmung. An diese Beobachtung schlossen sich andre. Er sah, daß bei den Knaben, die sich besonders munter, thätig im Lernen und Spielen

erwiesen, der Kopf hinter den Ohren breit war, daß die, die oberhalb der Stirn starke Wölbungen hatten, stets die gutmütigsten, und die, deren Hinterkopf sehr hoch, stolz, hochmütig, selbstbewußt waren. Im spätern Leben und während einer ausgedehnten ärztlichen Praxis in Wien und Paris brachte Gall, viele tausende von Schädeln messend und menschliche Charaktere studierend, ein System in seine Anschauungen und schrieb darüber endlich ein großes Werk, das jedoch bei uns fast ganz unbekannt geblieben ist.

Die leitende Idee seines Systems ist die, daß es eine bestimmte Anzahl von Grundvermögen des Geistes giebt, die sich in der Form des Schädels ausdrücken und je nach ihrer Zusammensetzung eine Individualität bilden, die ebenso unvertilgbar in geistiger Beziehung ist, wie der Schädel feststehend in seiner Gestalt. Wenn wir annehmen, sagt der Phrenologe, daß das Gehin das Organ des Geistes ist, und wenn wir bedenken, daß es ebensowenig zwei ganz gleiche Gehirnformen wie zwei ganz gleiche Geister giebt, so ist es nur natürlich, daß ich einen logischen Zusammenhang zwischen der Verschiedenheit der Gehirne und der der Geister finde. Die Gehirnform aber ist an der Gestalt der Schädeldecke zu erkennen. In der Dicke des Knochens giebt es im allgemeinen nur Unterschiede, die Linien betragen, während es in seinen, der Gehirnform entsprechenden Ausmaßen Unterschiede von Zollen giebt. Man kann alle Tage Köpfe sehn, die sich hinsichtlich ihrer Höhe, ihrer Länge oder ihrer Breite um zwei bis drei Zoll von einander unterscheiden.

Als Grundvermögen des menschlichen Geistes, die notwendig vorhanden sind, hat Gall folgende angenommen:

1. an tierischen Sinnen: Geschlechtstrieb, Trieb der Kinderliebe, Einheitstrieb, Anhänglichkeitstrieb, Kampftrieb, Zerstörungstrieb, Verheimlichungstrieb, Erwerbstrieb, Bautrieb, Nahrungstrieb, Selbstachtung, Beifallsliebe, Vorsicht;

2. an Gemütssinnen: Wohlwollen, Ehrfurcht oder Religiosität, Festigkeit, Gewissenhaftigkeit, Hoffnung, Sinn für Wunderbares, Idealität, einen noch nicht zu erklärenden Sinn und den Sinn für Scherz;

3. an Verstandssinnen: Gegenstandssinn, Gestaltsinn, Ortssinn, Gewichtsinn, Farbensinn, Ordnungssinn, Zahlensinn, Thatsachensinn, Zeitsinn, Tonsinn, Bausinn, Wortsinn, Vergleichungsvermögen und Schlußvermögen.

Den Ausdruck der tierischen Sinne fand er am Hinterkopf, den der Gemütssinne am obern Kopf, und den der Verstandssinne auf der Stirn. Die Art und Weise der Bestimmung dieser Grundvermögen als solcher ergab sich durch den Nachweis, daß sie wirklich getrennt vorkommen können, und gleichsam als Probe für die Richtigkeit dieser Scheidekunst fand sich ein besondres Organ für ein jedes der Grundvermögen. Hierüber enthält das Gallsche Werk tausende von Beispielen, die auch für den interessant sind, dem die ganze Theorie nicht einleuchten will. Dahin gehören namentlich die Belege für das Getrenntsein von Eigenschaften, die man gewöhnlich als zusammengehörig ansieht, wie z. B. Wohlwollen und Kinderliebe, Religiosität und Gewissenhaftigkeit. Gall erzählt von den grausamsten Verbrechern, die eine wahre Affenliebe für Kinder hatten, und führt die einleuchtendsten Belege dafür an, daß ungemein häufig der Vorwurf der Heuchelei ein ungerechter ist, indem sich, wie bei Ludwig dem Elften von Frankreich, eine aufrichtige Gottesfurcht mit den schmählichsten Charakterzügen verbindet, und dann wohl unter immer neuen und fruchtlosen Gewissensbissen zu beständigem Beten treibt.

Mit Aufstellung dieser Grundvermögen des Geistes fanden Gall und seine Anhänger natürlich den heftigsten Widerspruch bei der Philosophie, die mit Recht fragt: Was wird aus der sittlichen Freiheit, was wird aus der Zurechnungsfähigkeit des Menschen, wenn er gezwungen ist, so zu handeln, wie er handelt? Es ist das ein schwieriger Punkt und schließlich wieder der alte Streit über den freien Willen, Vorherbestimmung und wirksame Gnade. Doch kann man sich nicht der Thatsache verschließen, daß die Philosophie durchaus nicht einig ist mit ihrer Erklärung der Grundzüge des Geistes. Jeder Philosoph hat da eine andre Bestimmung über Verstand, Vernunft, Erkenntnis usw., und es sind nicht nur äußerliche Bezeichnungen, in denen die Psychologen von einander abweichen. Als charakteristischer Unterschied zwischen den Versuchen dieser Herren und denen des Phrenologen ist aber der Umstand anzusehn, daß letzterer auf die Erfahrung baut, und die Gesamtheit der Gehirne in ihrer Vielseitigkeit zum Gegenstand seiner Untersuchung macht, während jene nur ein einziges Gehirn, nur einen einzigen Geist annehmen, und ihre Schlüsse auf Selbstbeobachtung gründen. In derselben Weise erklärt sich auch der Widerspruch des Anatomen gegen den Phrenologen. Auch er kennt nur das Normalgehirn und untersucht nicht die Verschiedenheit der Gehirne, und vielleicht liegt es hierin, daß seine Untersuchungen bis jetzt ein so geringes Ergebnis für die Psychologie ergeben haben. Ob die Ergebnisse der Phrenologie wertvoller sind, und ob sie mit Recht den Anspruch erhebt, selbst die einzig wahre Psychologie zu sein, das zu entscheiden muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Bis jetzt hat sie nur sehr vereinzelte Anerkennung gefunden, obwohl sie bereits allgemeines Interesse erregt.

Man wird unwillkürlich von der Wahrheit einzelner phrenologischer Thatsachen angezogen — und giebt damit vielleicht zu sehr dem allgemeinen Hange für die Naturwissenschaften nach —, wenn man sich mit dieser Lehre beschäftigt. Die Behauptung, daß der Charakter unveränderlich feststehe, und daß aller Politur zum Trotz, die Erziehung und äußere Umstände dem Menschen geben können, seine ursprüngliche Beschaffenheit nur auf die Gelegenheit warte, um wieder siegreich durchzubrechen, hat etwas Bestechendes für den Beobachter, und ebenso hat es die Behauptung, daß diese geistige Unveränderlichkeit, daß der individuelle seelische Typus sich im Organ des Geistes, dem Gehirn, ausprägen müsse. Hat doch der Dichter, der Künstler von jeher mit der hohen Stirn den denkenden Kopf, mit dem glatten Schädel den Idioten gekennzeichnet. Giebt doch die Geschichte, indem sie die Thaten großer Männer berichtet, diesen ganz unwillkürlich Beiwörter, die den phrenologischen Grundvermögen entsprechen. So ist von einem frommen Kaiser Ludwig, von einem grausamen Nero die Rede. Die Geschichte erzählt, daß Katharina von Medicis sich durch Feinheit und Mut auszeichnete, daß Homer, Dante und Shakespeare große Dichter, daß Bayard und du Guesclin mutige und tapfre Ritter waren, aber sie bedient sich niemals der von der Philosophie angenommenen Bezeichnungen der Geisteskräfte.

So auch im täglichen Leben werden wir immer wieder gleichsam instinktiv auf Grundvermögen des Geistes hingeführt, die der von Gall aufgestellten Theorie entsprechen. Wir begeben uns in die Mitte einer zahlreichen, so sehr als möglich sich selbst überlassenen Familie, deren Mitglieder alle unter dem Einflusse derselben Verhältnisse leben. Wir knüpfen mit Vater und Mutter ein Gespräch über die Eigenschaften ihrer Kinder an. Unsre Kinder, sagen sie, sind sich nicht ähnlich; es ist, als hätten sie nicht dieselben Eltern. Und sie speisen doch an demselben Tische, ihre Beschäftigungen sind doch dieselben. Unser ältester Sohn hier sieht immer aus, als schämte er sich seiner Geburt. Seitdem er einen mit Orden bedeckten Offizier in der Stadt gesehn hat, verachtet er seine Kameraden und unser Dorf, ist niemals mit seinem eignen Anzug, noch mit dem seiner Brüder zufrieden, hat sogar eine besondre gezierte Sprache und einen hochmütigen Gang angenommen. Gott weiß, woher ihm diese lächerliche Eitelkeit kommt. Unser zweiter Sohn hat im Gegenteil nur Freude an seinen häuslichen Arbeiten; er ist unser Drechsler, unser Tischler, unser Zimmermann. Kein Handwerk kostet ihm Mühe. Ohne etwas anders als die ländliche Arbeit gelernt zu haben, zeigt er in allen Stücken eine Geschicklichkeit und einen Erfindungsgeist, die uns oft in Erstaunen setzen. Er hat schon in seinem zwölften Jahre eine kleine Maschine hergestellt, mit der er Wasser in die Höhe pumpte, und in einem kleinen Garten Springbrunnen speiste. Diese unsre Tochter hat niemals auch nur die leichten Nadelarbeiten erlernen können, aber sie singt Tag und Nacht zur Freude des ganzen Dorfes. In der Kirche giebt sie den Ton im Chor an,

alles belebt sich in ihr beim Erschallen der Musik. Hier unser dritter Sohn ist ein wahrer kleiner Teufel, der Schrecken des ganzen Dorfes, beständig hat er einen blutigen Kopf, oder hat andre Köpfe blutig geschlagen. Er bindet mit den größten Knaben an. Auch ist die Jagd seine Leidenschaft, je mehr Tiere er töten kann, desto glücklicher ist er, und er verhöhnt seine kleine Schwester, die Nervenanfälle bekommt, wenn wir ein Schwein oder auch nur ein Huhn schlachten. Dies gute Kind hat die Sorge für den Hühnerhof übernommen. Sie überhäuft nicht blos ihre Geschwister, sondern auch alle Haustiere mit Beweisen ihrer zärtlichen Sorgfalt, und sie beschenkt jeden Bettler und Vagabunden.

Finden wir so auf Schritt und Tritt Galls Psychologie durch die Erfahrung bestätigt, so giebt seine Terminologie doch grade deshalb zu Mißverständnissen Anlaß. Man verbindet mit den phrenologischen Bezeichnungen, wie z. B. „Zerstörungssinn“, von vornherein einen bestimmten Begriff, der schließlich sich nicht mit dem gewollten Sinne deckt. So ist man natürlich geneigt, wenn man hört, jemand habe einen stark entwickelten Zerstörungssinn, vorauszusetzen, dieser jemand werde nun auch tüchtig zerstören, und wenn man sich dann überzeugt, daß es im Gegenteil ein fleißiger Baumeister ist, so wirft man die Phrenologie zum alten Eisen. Hierin, in der Art der Namensgebung, liegt eine große Schwäche der Phrenologie, und der Vorschlag des Phrenologen Scheve, Namen zu wählen, die weniger mit vorhandnen Begriffen verbunden wären, z. B. statt „Zerstörungssinn“ — „Actital“ zu sagen, und darunter jenen Thätigkeitssinn zu begreifen, der sich sowohl im Zerstören als im Schaffen zeigt, wäre der Phrenologie wohl zu empfehlen.

Es ist übrigens nicht zu leugnen, daß durch die Annahme solcher angebornen Triebe und Eigenschaften ein gewissermaßen „darwinistischer“ Zug geht, den die Phrenologie auch nicht in Abrede nimmt, indem sie zugiebt, daß, mit Ausnahme zweier Grundvermögen, sich sämtliche Eigenschaften des menschlichen Geistes auch bei den Tieren finden und von der Gehirnform nachweisen lassen. So hat der Affe in hervorragendem Maße den Trieb der Kinderliebe, der Zugvogel den Orts- und Zeitsinn, der Biber den Trieb zu bauen, der Hund den der Anhänglichkeit, der Fuchs den der Verheimlichung. Jene zwei Grundvermögen, die dem tierischen Seelenleben fehlen, sind das Vergleichungsvermögen und das Schlußvermögen. Diese beiden, deren Sitz nach Behauptung der Phrenologie in der obern Stirn ist, gehn den Tieren ab, und hier liegt Grenze zwischen ihnen und dem Menschen. Ein Hund lernt z. B. sowohl den Bach kennen als auch den Regen, aber er ist nicht imstande, aus der Vergleichung beider Wahrnehmungen den Begriff „Wasser“ zu bilden. Ein Bär sieht ein, daß er den am Strick vor dem Bienenstock hängenden Klotz bei Seite schieben muß, um zum Honig zu gelangen, aber er vermag nicht den Schluß zu ziehn, daß der Klotz wiederkehrt, und ihn um so heftiger trifft, je stärker er ihn fortstößt.

Wenn man derartige Auseinandersetzungen der Phrenologen liest, so bietet sich ihr System unter einem Gesichtspunkt dar, der die Annahme nahe legt, alle lebenden Wesen auf der Erde seien an einer gemeinsamen Arbeit begriffen, deren Zusammenhang sie nicht verständen, an deren verschiednen Teilen sie aber mit Naturnotwendigkeit, ein jedes in andrer Art nach seiner Fähigkeit, schaffen und wirken müßten, und man wird ferner an die Universal-Pflanze Goethes erinnert, indem sich die Fantasie ein Universal-Gehirn vorstellt, in dem sich die millionenfach verschiednen Tier- und Menschen-Gehirne mit allen ihren Vorzügen und Fehlern zu einem Ganzen vereinigen, worin es weder Vorzüge noch Mängel mehr giebt, weil alles notwendig zum großen Zwecke gehört.

Nicht als ob die Phrenologie solche Theorien aufgestellt hätte, aber sie verleitet dazu, und man kann sich überhaupt nicht verhehlen, daß sie darnach angethan ist, so ziemlich alle menschlichen Einrichtungen auf den Kopf zu stellen, wenn man ihren Folgerungen sich hingeben wollte. Zunächst würde sie die bis jetzt gültigen religiösen Vorstellungen und in Zusammenhang damit die ganze Erziehung umwerfen. Denn wenn die Gottesfurcht dem Menschen angeboren ist, so erscheint eine offenbare Religion als überflüssig. Und wenn diese Gottesfurcht von Natur bei einem Menschen schwächer ist, als bei dem andern, so ist jeder Versuch der Bekehrung oder der Stärkung des Glaubens vergeblich. Wenn ferner die Gaben bei den Kindern von Natur einmal feststehend verteilt und an der Bildung ihres Kopfes erkennbar sind, so wäre die jetzige Methode der gleichmäßigen Erziehung und Belehrung ganz unsinnig, und man müßte dem Schuldirektor einen Phrenologen beigeben, der die Klassen einteilte, und die mit mechanischen Fähigkeiten begabten Kinder hier, die mit Sprachtalent dort, die mit starkem Denkvermögen ausgezeichneten wieder anderswo unterbringen und anders beschäftigen ließe. — Man kann also gar nicht vorsichtig genug mit Annahme der phrenologischen Grundsätze sein.

Was würde ferner aus unsrer Gerechtigkeitspflege, wenn wir zugeben wollten, der Hang, Böses zu thun, die Gesetze zu übertreten, könne einem Menschen angeboren sein; er sei also von der Natur dazu bestimmt, zu stehlen, zu rauben, zu morden? Die Phrenologen verteidigen sich freilich gegen diesen Einwurf, indem sie sagen: Einen eigentlichen Zwang zum Morden nehmen wir nicht an, sondern wir sagen nur, daß äußere Umstände einen Menschen, bei dem der Zerstörungstrieb stark, Gewissenhaftigkeit und Gottesfurcht schwach, höhere Denkkräfte gleichfalls schwach, aber Festigkeit stark entwickelt sind, zum Morde treiben können — aber diese Ausrede ändert nichts an der Thatsache, daß der Mensch denn doch schließlich mit Fähigkeiten, die er sich nicht selbst gab, in Umstände, die er nicht selbst schuf, versetzt, und folglich gezwungen worden ist, zu morden. Wir kämen auf diese Weise zu Calvin oder gar zu Mohammed, und würden mit Novalis sagen: „Der Charakter ist das Schicksal.“

Die „Intelligenz“ der „Genossen“, Redeblümchen aus der Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen deutscher Konsumvereine, am 16. und 17. März d. J.:

Tost (Berlin): Auf dem Gebiete der Rechtsunkunde haben wir wenig Erfahrung.

Friedrich (Leipzig): Wenn wir uns einen Verbandssekretär zulegen.

Vogel (Zwickau): Ich muß die Arbeit des Preßkomitees auf das günstigste verurteilen.

Möller (Leipzig) ist damit einverstanden, daß die Zeitung wieder unter Kreuzblatt versandt wird.

Exner (Chemnitz): Die Bezirkseinteilung gefällt mir auch nicht, der Vorstand scheint schlecht in der Orthographie beschaffen zu sein.

Vogel (Zwickau): Der Redaktör hat wie eine Stiefmutter an uns gehandelt.

Einer ohne Stimmrecht: Es giebt Menschen, die nicht älter werden.

Exner (Chemnitz): Ich habe hier einen ganz soliden rausgesteckt.

Schmidt (Konnewitz): Mein Kollege, der schrägüber von mir auf der Straße liegt.

Böhmer (Dresden): Man muß Boden unter dem Grund haben.

Höppner (Cotta): Ich habe die Ansichten der Redner zu einer Dekoration zusammengefaßt, die ich Ihnen vorlesen werde.

Wiesner (Hamburg): In Süddeutschland sind die Schweinsköpfe nicht so zu Hause, als bei uns in Norddeutschland. Ich glaube, in Sachsen hat mancher noch keinen gegessen.

Die weiblichen Juden in New-York haben kurz vor Pfingsten in Ostend, dem eigentlichen Judenviertel, eine kleine Revolution veranstaltet. 400 Schächter hatten im Einverständnis mit ihren jüdischen Kundinnen beschlossen, den Vieh- und Fleisch-Ring zu boykottieren und nichts mehr von ihm zu kaufen. Die jüdischen Fleischer schlossen daher am Sonntag,

den 11. Mai ihre Läden. Inzwischen hatten sie sich aber mit den Ringleuten unter der Hand verständigt und öffneten am Montag wieder die Geschäfte. Da hatten sie aber die Rechnung ohne die holde jüdische Weiblichkeit gemacht. In Trupps zu 50 und 100 rückten die Töchter Israels an und wehe dem Ladenbesitzer, der nun nicht „gutwillig“ seine Verkehrsräume schloß. Sie zerschlugen die Schaufenster und trieben mit dem schönen koschern Fleisch grauslichen Spott, warfen es auf die Straße in die Aschkästen und Müllgruben und schlugen es den Schächtern um die Nasen. Die Polizei rückte an, aber ihre Stärke reichte nicht aus, um die wildgewordnen Judenweiber zu beschwichtigen. Auch ihr flogen die rohen Fleischstücke an den Kopf und es kam zu den schönsten Prügeleien. Endlich erhielt die Polizei Hülfsmannschaften und ging zum Angriff über, wobei 70 Töchter Israels gefangen wurden. Jede hatte drei Dollar Ehrenstrafe zu entrichten. Aber der Zweck war erreicht. Die Fleischer schlossen ihre Läden.

Ausland.

Frankreich. Von den 26 Kandidaten, die der „Antisemitische National-Ausschuß“ im Seine-Departement zur Stichwahl stehn hatte, wurden am 11. d. M. neun gewählt, so daß die Gesamtzahl der judengegnerischen Abgeordneten in der Hauptstadt allein 25 beträgt. Die Unterlegnen sind zumteil nur mit ganz geringen Mehrheiten von ihren Gegnern geschlagen, so z. B. im 12. Arrondissement, wo „Genosse“ Minister Millerand bei 11 172 abgegebnen Stimmen nur 96 Stimmen über die absolute Mehrheit behielt. — Die Summe der bei dem antisemitischem Ausschuß zu Wahlzwecken eingegangnen Gelder belief sich auf 65 000 Franks! — Ob das Ministerium Waldeck-Rousseau durch den Ausgang der Stichwahlen seine Herrschaft befestigt hat, ist noch keineswegs sicher. Die ministeriellen Blätter rechnen allerdings sowohl an Stimmen als an Abgeordneten für die Regierung eine Mehrheit heraus, während das „Echo de Paris“ die antiministeriellen Stimmen auf 4 439 947 beziffert und die regierungsfreundlichen nur auf 3 986 362. Die Gestaltung der einzelnen Fraktionen und insbesondre des judengegnerischen Klubs steht noch nicht fest. Die Antisemiten sind erst zum 22. d. M. zur entsprechenden Sitzung einberufen.

Bemerkenswert ist eine Zusammenstellung des Defizits, das das Ministerium Waldeck bereits dem Lande auferlegte. Im Jahre 1898 waren es 26 Mill., 1899 91 Mill., 1900 134 Mill. und 1901 386 Mill., insgesamt also 637 Mill. Und für den ersten Monat dieses Etatsjahres ist die Unterbilanz auf 7,760 Mill. festgestellt. —

Unter dem Vorsitze von Eduard Drumont hat der nur für die Wahlzeiten geschaffne „Antisemitische National-Ausschuß“ beschlossen, als „Antisemitischer Nationalbund“ ständig zusammenzubleiben. Damit ist der Anfang zu einer geordneten judengegnerischen Organisation geschaffen.

Schweiz. In Zürich wurden zwei Juden, Farbstein und Max Roon in den Kantonsrat gewählt. Bisher war das Judentum in dieser Körperschaft nicht vertreten.

Oesterreich-Ungarn. An Stelle des verstorbnen ehemaligen Ministerpräsidenten Koloman Tisza wurde bei der Ersatzwahl in Abrudbanya zum Abgeordneten gewählt: Dr. Julius Rosenberg. Nunmehr sitzen 20 Juden in dem ungarischen Abgeordnetenhause, die getauften nicht mitgerechnet. Dr. Rosenberg entsandte man auch in die Delegation. —

Reichsratsabgeordneter Dr. Schalk hat eine vierzehn Seiten lange Broschüre herausgegeben, die den Titel trägt: „Warum ich Herrn Karl Herrman Wolf für ehrlos erklärt habe!“ Inwieweit die darin gegen den Abg. Wolf ausgesprochnen, zumteil gradezu ungeheuerlichen Beschuldigungen den Thatsachen entsprechen, muß die Beleidigungsklage erweisen, die unzweifelhaft der Beschuldigte gegen den Abg. Dr. Schalk einleiten wird — wenn sich nicht der Staatsanwalt der Sache bemächtigt!

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. „Ein ehrenvoller Auftrag wurde dem bekannten großen Schuhwarenhaus von Speier, München, Kaufingerstraße 15, Inhaber Jul. Klein, zuteil. Ihre Kgl. Hoheit Frau Prinzessin Rupprecht zu Bamberg ließ sich eine Kollektion Baby-Schuhe für den kleinen Prinzen Luitpold senden und wählte daraus zwei Paar wunderhübscher Kinderschuhe in den Landesfarben.“ — So macht ein Zentrumsblatt, der „Bayer. Kurier“, für eine jüdische Firma Reklame! —

Die Firma Lau u. Oppenheimer in Hamburg hat jüngst sechs Leibreitpferde für den Kaiser von Oesterreich geliefert. —

Bei den letzten Deputierten-Wahlen in Frankreich sind u. a. auch die beiden jüdischen Abgeordneten Bischofsheim und Klotz wiedergewählt.

Krönungs-Proben werden in London seit Wochen abgehalten. Jeden Tag kommt ein braver „Policeman“ in die Westminster-Abtei, legt seinen Lederhelm ab, nimmt auf einem Rohrstuhl Platz und wird von einem Geistlichen mit einem Diadem aus Blech gekrönt, während unter den Wölbungen des Domes die brausenden Töne der Orgel und der Chöre erschallen. Es handelt sich hier um eine der Proben, die die große „Theatervorstellung“ erfordert, die im Monat Juni gelegentlich der Krönung gegeben werden wird. Dann wird natürlich der bescheidne „Policeman“ durch den König und der einfache Geistliche durch den Erzbischof ersetzt werden. Die verschiednen Phasen der Zeremonie fallen mit gewaltigen musikalischen Explosionen oder mit imposantem Schweigen zusammen, und um jede Verwirrung zu verhüten, veranstaltet man jeden Tag Inszenierungsproben. Der „Policeman“ spielt seine Rolle ausgezeichnet. Er könnte, schreiben die englischen Zeitungen, wenn es sein müßte, den König auch bei der Krönung vertreten! An der umgekehrten Möglichkeit zweifeln wir aber billig.

So sind sie! Nicht nur die Erben der Witwe des Türkenhirsch weigern sich, die staatliche Erbschaftssteuer in Oesterreich zu zahlen (vergl. Nr. 711), auch die Rothschilds machens ebenso. Der im Jahre 1898 in England verstorbne Baron Ferdinand James Rothschild hatte im Geschäfte seines Bruders, des Barons Albert Rothschild in Wien, als „stiller“ Teilhaber eine Einlage von etwa 45 Millionen Kronen. Nach seinem Tode wünschte die österreichische Finanzbehörde eine Erbschaftsgebühr von 2,3 Millionen Kronen, deren Bezahlung Albert Rothschild verweigerte. Die von ihm ergriffne Beschwerde verwarf der Verwaltungsgerichtshof, und die „armen“ Erben werden nun doch zahlen müssen.

Fritz Friedmann, der vielgenannte und bekannte frühere Rechtsanwalt hat weder in Paris noch in Amerika das erhoffte Glück gefunden und tritt nun in Berlin im Ueberbrettl am Alexanderplatz unter dem tobenden Beifall seiner Stammesgenossen als „Konferenzier“ auf. — Deutschland ist und bleibt das gelobte Land der Juden.

Der Dreibund hat um 10000 v. H. an Bedeutung für das Deutsche Reich gewonnen. Das „Israelitische Gemeindeblatt“ schreibt nämlich:

„Was noch in keinem andern der gepriesenen Kulturstaaten zu verzeichnen war, das hat sich dieser Tage im Königreich Italien zugetragen: ein Jude ist zum Range eines Generalfeldmarschalls avanciert. Der jüdische General Ottolenghi, der erst vor einiger Zeit zum kommandierenden General eines der zwölf Armeekorps des italienischen Heeres ernannt worden ist, wurde zum kommandierenden Chef des italienischen Heeres im Kriege erhoben. Durch diese Ernennung, durch welche Ottolenghi der Rang eines Feldmarschalls verliehen wurde, hat er die höchste Sprosse auf der Stufenleiter der militärischen Hierarchie in Italien erklommen. General Ottolenghi war der militärische Erzieher des jetzt regierenden Königs von Italien.“

Nun werden an den europäischen Börsen die Papierchen steigen, denn ein jüdischer Generalissimus ist allerdings eine gewisse Friedensgarantie. — Die Juden in Italien aber freuen sich auf die Militärlieferung, eingedenk von Kap. 10 Vers 3 im Buche Esther.

Unsre selbstlosen Juden. Um einem tiefempfundnen Bedürfnisse abzuhelfen, ist ein neues Blatt in Berlin begründet worden. Es heißt „Der jüdische Student“, will das Organ der Berliner jüdischen Studenten-Vereine werden, wird herausgegeben von Dr. Henoch Levy (Heinrich Löwe) und trägt die Worte: „Für Freiheit und Judentum“. — Es will der „Hebung jüdischen Selbstbewußtseins“ dienen. Prosit die Mahlzeit!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 62, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 22. Mai 1902. Nr. 718.

Aus Main-Jerusalem kommt uns eine Zeitungsnummer von Ende Februar d. J. nachträglich zu Gesicht, worin sich ein, für die Frankfurter Zustände höchst lehrreicher Bericht über die 26. General-Versammlung der neuen Theater-Aktien-Gesellschaft vom 26. Februar vorfindet.

Den Vorsitz führte der Herr Geheime Justizrat Hamburger und gedachte zuerst des verstorbnen Aufsichtsrats Mettenheimer. In der Debatte ergriff auch ein Jude A. Baumann das Wort und begann den anwesenden Theater-Intendanten Jensen zu höhnen. Der Bericht (vergl. auch Nr. 715) giebt den Inhalt seiner Redensarten folgendermaßen wieder:

„Er könne verstehn, daß man Künstler mit blonden Haaren und Sänger mit blauen Augen hier lieber wolle. Er wolle wissen, ob es nötig sei, so viele Entlassungen vorzunehmen und ob die Oper so miserabel wäre, daß man das ganze Personal wechseln müsse. Er sei nicht der Ansicht, daß der Intendant, weil er aus Sachsen komme und in Sachsen jedermann mehr oder weniger antisemitisch angehaucht sein müsse, dieser Tendenz auch hier huldige. Es werde im Publikum sehr unangenehm bemerkt, daß am Versöhnungstag, dem höchsten Feiertag der Juden, eine italienische Gesellschaft im Opernhaus gespielt habe."

Nun hätte man wohl erwarten können, daß der Herr Intendant den geehrten Kunstjuden darauf hingewiesen hätte, daß es in Frankfurt (Main) doch noch eine Anzahl Nichtjuden gäbe, die der Versöhnungstag der Juden nichts anginge und die für ihr Geld an diesem Tage doch eine Vorstellung im Opernhause verlangen könne. Es habe doch niemand die verehrliche Synagogen-Gemeinde gezwungen, an jenem Abend ins Theater zu gehn. — Aber weit gefehlt, der „Herr Intendant" verteidigt sich gegen den Frechling in einer gradezu demütigen Weise. Dem Bericht zufolge führte er aus:

„Der Vorredner habe doch etwas deutlich darauf hingewiesen, daß er aus Sachsen komme und die Künstler mit blonden Haaren und blauen Augen liebe. Seit er der Kunst angehöre, seit 30 Jahren, habe er nur eine Religion gekannt, diejenige, daß der Betreffende etwas können und in der Vollkraft seines Könnens stehn muß. Er sei hier erst darauf aufmerksam gemacht worden durch die Vorwürfe, die ihm immer ein geringerer Teil der Presse gemacht habe, daß es auch in Kunstfragen einen Antisemitismus gebe. Ein Herr, der weggehe, sei zufällig Israelit, derjenige, der ihn ersetzen soll, das erste Engagement, das er vollzogen habe, sei ebenfalls Jude. Der einzige vom ganzen Personal, der seinem Herzen seit Jahren nahestehe, sei Jude. Wie käme er überhaupt dazu, Antisemit zu sein?"

Diese Versicherung rührte das Herz des Herrn Baumann. Er gab huldvoll zu, „heute etwas aufgeregt" zu sein, und der Intendant mit dem ihm nahestehenden jüdischen Herzen konnte froh aufatmen, daß sein grollender Brotherr nicht mehr zürnte.

So geschehen in der Geburtsstadt Meister Goethes. — Wahrhaftig, der Berliner hatte nicht ganz Unrecht, der einmal die Inschrift (Dem Schönen, Wahren, Guten) an dem Prunkbau des Frankfurter Theaters im Spree-Athener-Dialekt so las: „Dem schönen wahren Juden."

Die National-Sozialen in Nöten.

Sie können es niemand mehr Recht machen, die Herren um Naumann. — Die „Hilfe" schreibt über die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen in den Reichslanden folgenden ernsthaft gemeinten Unsinn:

„Die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen ist der Entgelt für die erheblichen Beiträge des Reichslandes zur Wiederherstellung der Hohkönigsburg. Unter der monarchischen Einkleidung eines Vertrauensbeweises versteckt sich ein solides Handelsgeschäft. Wir gratulieren den Elsaß-Lothringern zu diesem billigen Kuhhandel, der zeigt, daß auch der Kaiser auf Kompromisse angewiesen ist. Die Sozialdemokratie sollte an solchen Vorgängen endlich einmal politisch denken lernen. Würden die deutschen Arbeiter offen zugeben, daß Erhaltung und Stärkung von Heer und Flotte die Grundbedingung ihrer Wohlfahrt ist, dann könnten sie gegen das Zugeständnis monarchischer Führung billiges Brot und Sozialreform einhandeln. Solange sie das nicht wollen und ‚voll und ganz' auf ihren doktrinären Ansichten von Demokratie und Sozialismus beharren, fällt den klügern Politikern eine reife Kompromißfrucht nach der andern in den Schoß. Heute den Agrariern, morgen den Großindustriellen, übermorgen den Zentrumsleuten. Es lebe die prinzipienfeste Unentwegtheit der Kautsky und Luxemburg!"

Die Sozialdemokraten können aber dieser Belehrung keinen Geschmack abgewinnen und der „Vorwärts" bemerkt bissig, die Nationalsozialen übertrügen „das Prinzip des Hosen-Verkaufes in die Politik". —

Und nicht genug mit dieser schnöden Undankbarkeit der Sozialdemokraten gegen das nationalsoziale Häuflein, das für jene doch schon so viel gethan, das ihnen fast nichts mehr zu thun übrig bleibt, fordern nun gar auch noch die „Freisinnige Zeitung" die Beseitigung der Nationalsozialen aus der Geschäftsführung des Handelsvertragsvereins. Nur unter dieser Bedingung könne die Freisinnige Volkspartei für den Kommerzienrats-Verein eintreten. — Da Herr Richter zweifellos ein wichtigerer Bundesgenosse ist als die um Naumann, so wird man diese Herren sicher kaltstellen. Undank ist der Welt Lohn.

Vom Pferdehandel. Auf dem April-Pferdemarkt zu München berücksichtigte die Ankaufs-Kommission der für die Haupttreffer der Lotterie bestimmten Pferde, insgesamt acht Firmen und zwar entschied sie sich für die vier hellbraunen Wallachen des Hoflieferanten Sedlmaier, die sie für 8800 Mark erwarb. Von den zahlreichen Viktoriapferden, die für den zweiten Treffer vorgeführt wurden, kaufte die Kommission zwei sechsjährige hellbraune Stuten für 3700 Mark von Hoflieferant David Neumann. Das Kupeepferd für den dritten Gewinn zu 2100 Mark, einen achtjährigen dunkelbraunen Wallach, lieferte die Firma Siegfried Neinemann in München; die beiden schweren Zugpferde für den vierten Gewinn, zwei Silberschimmelhengste, fünf- und siebenjährig, zu 3300 Mark wurden, wie seit Bestehen des Marktes, von der Firma Gebrüder Löbstein (Canstadt-München) erworben. Weiter entschied sich die Kommission für zwei sechs- und siebenjährige Rappstuten, die von der Firma Adolf Tauber in Wien um 1900 Mark gekauft wurden. Reitpferde standen etwa 15 zur Wahl, von denen für den sechsten Gewinn ein sechsjähriger Fuchswallach von Gebrüder Steinlein in Nürnberg und für den siebenten Gewinn ein achtjähriger schwarzbrauner Wallach von Hoflieferant Karl Fränkel in München zum Ankauf gelangten. Das Einspännerpferd für den achten Gewinn, einen sechsjährigen schwarzbraunen Wallachen, lieferte die Firma Wertheim in München.

Mit Ausnahme von Sedlmayer sind sämtliche Firmen in jüdischen Händen, es scheint also in Bayern christlich deutsche Pferdehändler nur vereinzelt zu geben!

Beherzigenswerte Wahrheiten schreibt die hiermit wiederholt von uns sehr empfohlne „Deutsche Reichspost" (Zentralorgan der Konservativen Süddeutschlands, aber auch für die lieben Freunde in Norddeutschland höchst lesenswert) über die Thätigkeit der Zolltarif-Kommission: „Von der Nervosität, mit der die Presse und ein großer Teil des Publikums die Verhandlungen verfolgen, ist im ‚hohen Haus' nichts zu

verspüren. Was über Stimmungen und Meinungsänderungen innerhalb der Parteien berichtet wird, beruht zu 99 v. H. auf Flunkerei: Von dem was wichtigthuerisch aus konservativen Kreisen berichtet wird, wissen weder der Fraktionsvorstand noch die Mitglieder irgendetwas, man lacht nur über die Inhaber der langen Ohren, die den ungeduldigen Zeitungslesern Tag für Tag so viel angeblich Gehörtes und Unerhörtes aus den geheimsten Zimmern und immer ‚aus bester, zuverlässigster Quelle' zu berichten wissen. Könnte man diese ‚Gewährsmänner' einmal der Reihe nach öffentlich aufmarschieren lassen, so würde man mit Staunen und Beschämung entdecken, daß ein verhältnismäßig kleiner Klüngel von Preßjuden hinter dem ganzen ‚Klimbim' steckt und mit dem Deutschen Volke ein ebenso freches als unwürdiges Spiel treibt. ‚Wir müßten uns erst die Anständigkeit abgewöhnen und die Verlogenheit angewöhnen, um solchen Gegnern gewachsen zu sein', sagte jüngst ein alter Parlamentarier, als von gewissen Preßtreibereien die Rede war. Ein sehr großer Teil des Deutschen Volkes verschlingt die handgreiflichsten Lügen mit förmlicher Gier, ist aber den einfachsten Wahrheiten gegenüber äußerst mißtrauisch, farbenblind und stocktaub. Was der Ausdruck ‚Macht der Finsternis' bedeutet, wird jedem Manne erschreckend klar, der sich aus ehrlicher christlicher Ueberzeugung um das Wohl des Volkes bemüht. Man möchte den faulen feigen und filzigen Bürgern, die dem Kampf um die Existenz unsers Deutschen Volkes gleichgiltig zusehn, ‚Feuer predigen' beim Blick auf unser öffentliches Leben! Aber wer hört die mahnenden, warnenden und aneifernden Stimmen?"

Gott Lob, daß es noch deutsch-christliche Männer giebt, die in ihrer Presse solche Worte zu sagen wagen! Mögen sie auch gehört werden und zwar nicht blos mit den Ohren!

Partei-Nachrichten.

Parlamentarisches. Bei der Stichwahl im Wahlkreise Celle-Peine-Gifhorn erhielt am 2. d. M. von 21899 abgegebnen Stimmen, der nationalliberale Kandidat 11343, während der Welfe mit 10556 in der Minderheit blieb. An der Hauptwahl am 24. April beteiligten sich 23573 Wähler, wovon 7382 den Nationalliberalen wählten, 6080 den Welfen, 4673 den Bündler und Antisemiten und 5420 den „Genossen". Da letztere Wahlenthaltung vorschrieben, die aber — wie die obigen Zahlen beweisen — nicht durchgeführt wurde, und die Antisemiten und Bündler sich für den nationalliberalen Kandidaten als das kleinere Uebel gegenüber dem unnationalen Welfen erklärten, so haben die bösen Agrarier und Antisemiten den Nationalliberalen wieder einmal ein Mandat gerettet. Dafür müssen sie sich jetzt von dem nationalliberalen „Hann. Kurier" anpöbeln lassen.

Ein jüdisch freisinniger Witz. In Nordhausen rüstet man sich, den Tag festlich zu feiern, an dem vor einem Jahrhundert die Grafschaft Hohenstein an Preußen kam. Als Festlokal ist das schön gelegne und geräumige Gasthaus zu den „Drei Linden" ersehn. Aber dort hat der „Deutsche Verein" sein Stammlokal und das veranlaßt folgenden Stoßseufzer im Anzeigenteil der freisinnigen „Nordhäuser Zeitung":

„Anfrage, betr. Preußen-Feier. Ist es denn wahr, daß das Fest-Essen zur Preußen-Feier im Stamm-Lokal der reaktionär-antisemitischen Partei abgehalten werden soll? Es dürfte in diesem Falle wohl angebracht sein, dem dort häufig gastlich aufgenommnen Grafen v. Reventlow, Liebermann v. Sonnenberg, event. auch Ahlwardt, Einladungen zukommen zu lassen, da durch die voraussichtliche Abwesenheit vieler liberaler Elemente wohl genügend Platz sein wird. Einer im Namen zahlreicher liberaler Bürger."

Kinderei!

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle, Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^{1}/_{2}$9 Uhr.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^{1}/_{2}$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^{1}/_{2}$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^{1}/_{2}$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^{1}/_{2}$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^{1}/_{2}$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^{1}/_{2}$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^{1}/_{2}$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der „Altdeutschen Bierhalle";
in Nordhausen am 23. und 30. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Revolver-Jurnalist. Im November vorigen Jahres berichtete die sozialdemokratische „Münchner Post" über den Verlauf einer Schöffengerichts-Verhandlung, in der der „Jurnalist" Jakob Weinmann als Kronzeuge in einem Unzuchtsprozesse eine jämmerliche Rolle spielte. Weinmann hatte nämlich mit zwei „Damen", denen er vorher hundert Mark versprach, ein Schäferstündchen in einem Hotel abgehalten. Nachdem er seinen Zweck erreicht, stellte es sich heraus, daß er überhaupt kein Geld hatte. Als Weinmann dann von der Verhaftung der beiden „Damen" Kenntnis erhielt, lieferte er an die bürgerliche Presse eine pikant gehaltne und aufgebauschte Notiz, beutete also die schmutzige Geschichte noch geschäftlich aus Dieses Benehmen hatte die „M. P." in ihrem Verhandlungsbericht mit scharfen Worten gegeißelt und zum Schlusse bedauert, daß derartige Sumpfpflanzen in München überhaupt gedeihen könnten. Weinmann fühlte sich dadurch in seiner Ehre gekränkt und stellte gegen den Redaktör Martin Gruber Strafantrag wegen Beleidigung, der dieser Tage zur Verhandlung kam. In der teilweise unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführten Sitzung erklärte der Angeklagte, den Wahrheitsbeweis erbringen zu wollen. Und dieser Wahrheitsbeweis gelang so ziemlich in allen Punkten. Weinmann war in dem Nachrichtenbüro eines gewissen Roth als Berichterstatter beschäftigt. Er verarbeitete Klatsch zu Lokalnachrichten und zwar entnahm er Wiener Blättern Mitteilungen, die er auf Münchner Verhältnisse zuschnitt. Als Weinmann einst von den Gepflogenheiten in Ungarn erzählte, nämlich, daß, wenn man dort etwas erfahre, man zu den Beteiligten gehe, rede etwas herum, lasse den Revolver knacken und habe dann seine zwanzig Gulden, wurde er entlassen. — Eine Zeugin, ein vierzehnjähriges Dienstmädchen, das von seinem Dienstherrn mißbraucht wurde, sagte aus, Weinmann habe auf sie einzuwirken gesucht, vor dem Untersuchungsrichter die Unwahrheit zu sagen. Das Vorkommnis mit den oben erwähnten „Damen" mußte Weinmann bis auf die jurnalistische Verwertung zugeben, auch daß er Leute, die bei gerichtlichen Sachen nicht wünschten, daß ihre Namen in die Oeffentlichkeit kämen, mit fertigen Artikeln aufgesucht und gebrandschatzt, wird von Zeugen bestätigt. — Das Urteil lautete infolgedessen auf Abweisung der Klage und Tragung sämtlicher Kosten durch den Kläger Weinmann. In den Urteilsgründen wird das Gebahren Weinmanns scharf gerügt und dem angeklagten Redaktör der Schutz des § 193 zugebilligt Er habe Recht gethan, das Gebahren Weinmanns an die Oeffentlichkeit zu bringen.

Eine öffentliche Ausspielung ohne behördliche Genehmigung sah der Richter in der Bekanntmachung des Kaufmanns Salomon Simon zu Bochum und Lütgendortmund, daß täglich jeder erste und zehnte Käufer eine schöne Tischlampe als Geschenk erhalten sollte. Und so muß Simon die Staatskasse um hundert Mark bereichern

Falsche Beurkundung. Der Kaufmann Georg Hirsch aus Berlin eröffnete am 14. Oktober 1901 zu Magdeburg, Breiteweg 82 unter der Firma „Okularium, Spezialinstitut für Augengläser" eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die aber bereits am 31. Dezember in Konkurs geriet, der inzwischen wieder aufgehoben ist und versicherte als Geschäftsführer bei der gerichtlichen Anmeldung der Gesellschaft am 8 Juli 1901 fälschlich, die von ihm als Gesellschafter zu leistende Ein-

lage in Höhe von 10000 Mark befinde sich zur Verfügung der Gesellschaft bar in seinen Händen. Bereits am 31. Dezember 1901 brach der Konkurs über die Gesellschaft aus und nun kam Hirsch vor den Richter, der ihn wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 20. April 1892 zu zehn Mark Geldstrafe verurteilte!

Das war also ein billiges Geschäft!

Durchgegangen mit 104 Mark ist Alfred Blumenthal, früher zu Breslau, Friedrichstr. 29, einer Wittwe, die ihn nunmehr gerichtlich suchen läßt Ob er zu dem Verhandlungstermin am 2. Juli erscheinen wird?

Unlauterer Wettbewerb. Der Hopfenhändler Hahn zu Nürnberg, der sein Geschäft unter der Firma „Immendorfer Hopfenbauverein" betrieb und dadurch bei den Käufern seines Hopfens die Ansicht hervorrief, daß sie es mit einer Produktivgenossenschaft zu thun hätten, erhielt wegen unlautern Wettbewerbs 500 Mark Geldstrafe oder 50 Tage Gefängnis.

Ein vielseitiges Genie. Der 27jährige Kaufmann Ernst Kohn aus Wien kam im Februar d. J. nach Dresden, um Stellung zu suchen. Da er nichts fand, verschwand er, ohne die Miete und 15 Mark geliehene Gelder zurückzuerstatten. In Leipzig machte er es in einem Gasthause ebenso, um darauf wieder die Landeshauptstadt aufzusuchen. Hier fand er Stellung als Provisionsreisender in einem Installationsgeschäft. Nach kurzer Thätigkeit ließ er sich von der Ehefrau seines Geschäftsherrn eine Abschlagszahlung von zwei Mark auf eine angeblich zu fordernde Provision geben, dann zog er ohne jeden Auftrag zwei Rechnungsbeträge ein und verwandte das Geld für sich. Das Ende sind zwei Monate und drei Wochen Gefängnis.

Einen Hauptgauner machte man in der postlagernden Abteilung des Hauptpostamtes zu Karlsbad dingfest. Der Verhaftete hielt sich seit dem 24. April als „Kurgast Albert Bloch aus Berlin" in Karlsbad auf. Bereits vor drei Wochen weilte ein Dresdner Kriminalbeamter in dem böhmischen Bade, um einen gewissen Adolf Bloch, Kaufmann aus Kalisch in Rußland, geboren 1857, zu suchen, der von der Berliner Polizei beschuldigt wird, mit 250000 Mark das Weite gesucht zu haben. Die Karlsbader Polizei erhielt nun vor einigen Tagen die telegraphische Nachricht, daß der Gesuchte wahrscheinlich postlagernde Briefe aus Nürnberg abholen werde. Schon bald, nachdem man das Postamt unter Aufsicht gestellt hatte, erschien der Gesuchte, dem ein Telegramm ausgehändigt wurde, das die Aufforderung enthielt, sofort nach der Schweiz abzureisen. Bloch wurde natürlich sofort verhaftet.

Wegen einfachen Bankrotts hatten sich die Inhaber der am 7. Dezember 1900 in Konkurs geratnen Firma „Deutsche Kompagnie Haltinger u. Co." in Chemnitz, Herren-Moden-Geschäft, und zwar der am 7. April 1872 in Schönlanke geborne Kaufmann Berthold Baruch in Chemnitz und der am 9 Mai 1872 in Wreschen geborne Agent Bernhard Hirsch-Boas in Berlin jüngst zu verantworten. Die Anklage legte beiden zur Last, weder die Bilanzen vorschriftsmäßig gezogen, noch die gesetzlich vorgeschriebnen Geschäftsbücher ordentlich geführt zu haben, wodurch eine Verschleierung der Vermögensverhältnisse der Angeklagten herbeigeführt wurde. Auf Grund der Beweisaufnahme erkannte der Gerichtshof gegen die beiden Firmen-Inhaber auf je 100 Maek Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis.

Das hat sich also gelohnt!

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

Dem Professor Rosenstein in Leyden der Rote Adlerorden dritter Klasse;

dem Landgerichtsrat Dr. S. Maas zu Karlsruhe (Baden) das Ritterkreuz erster Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen;

dem Hauptlehrer E. Jakob zu Biehl das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen;

dem Geheimen Regierungsrat Dr. Mayer zu Karlsruhe (Baden) das Ritterkreuz erster Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen mit Eichenlaub;

dem Bankier Strauß zu Karlsruhe (Baden) das Ritterkreuz zweiter Klasse;

dem Sekretär Triesen zu Karlsruhe (Baden) das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen;

dem Synagogendiener Hirsch zu Karlsruhe (Baden) die silberne Verdienstmedaille;

dem Bezieksältesten Rothschild zu Konstanz, ferner dem Bezirksältesten Epstein zu Eichstätten das Verdienstkreuz vom Zäheinger Löwen;

dem Kantor Eichstätter zu Eppingen die kleine goldne Verdienstmedaille;

dem Hofrat Professor Rosin zu Freiburg (Baden) das Ritterkreuz erster Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen mit Eichenlaub;

dem Kantor Sommee zu Freiburg (Baden) die kleine goldne Verdienstmedaille;

dem Professor Dr. Lefmann zu Heidelberg das Ritterkreuz erster Klasse;

dem Rabbiner J. Picard zu Randegg, ferner dem Bezirksrabbiner Schlesinger zu Bretten das Ritterkreuz erster Klasse;

dem Kantor Schuster zu Mannheim, ferner dem Kultusbeamten Mayer zu Mannheim die kleine goldne Verdienstmedaille;

dem Kommerzienrat V. Lenel zu Mannheim das Ritterkreuz vom Orden Bertholds des Ersten;

den Rechtsanwälten Geismar und Dr. Hachenburg, ferner dem Medizinaleat Lindmann, ferner dem Stadtrat Hirschhorn zu Mannheim das Ritterkreuz erster Klasse;

den Bankdirektoren G. Ladenburg und Hohenemser, ferner den Kaufleuten Darmstädter, Feist, Levin und Kahn zu Mannheim das Ritterkreuz zweiter Klasse;

dem Kommerzienrat Isidor Herz zu Jeßnitz in Anhalt die Ritterinsignien erster Klasse des Heezoglichen Hausordens Albrechts des Bären;

dem Kommerzienrat Jacob zu Berlin der (russische) Stanislaus-Orden zweiter Klasse;

dem Fabrikbesitzer Gustav Hertzfeld zu Düsseldorf der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Stadtältesten Josef Fränkel zu Ziegenhals der Kronen-Orden vierter Klasse.

Ernannt wurde:

Der Professor Ludwig Levy in Karlsruhe (Baden) zum Baurat;

der Dr. med. J. Kusel in Bruchsal zum Medizinalrat.

Briefkasten.

Mehre Anfrager. Auch uns liegt eine solche Anfrage auf einer Postkarte aus Berlin vor Man spricht nämlich davon, daß die Familie Dibelius, aus der ein Oberkonsistorialrat Dr. Dibelius in Dresden lebt, vor nicht allzu langer Zeit noch den israelitischen Glauben bekannte. Dieser Oberkonsistorialrat hat auf eine Anregung der jüdischen Gemeinde in Dresden von der Kanzel der Kreuzkirche herab, die antisemitische Bewegung als eine „politische Haßbewegung", als unchristlich verdammt. In dem „Offnen Brief von Dr. Dibelius von Max Bewer" ist diese Bannrede des Dresdner Geistlichen so gründlich abgefertigt worden, daß der Herr ganz stille geworden ist, obschon die Bewersche Broschüre schon in weiteste Kreise und zumal in sehr viele Pastorenhäuser gelangt ist Nun mehren sich die Stimmen, daß die Familie Dibelius aus Prenzlau stamme und früher anders geheißen habe. Vielleicht kann uns ein Leser daselbst Auskunft geben; der „Offne Brief Bewers" kann gegen Einsendung von 50 Pfg. fortgesetzt von uns Berlin NW. Paulstr. 15, bezogen werden.

R. O. Beeslau. L. Aachen. Sche. Marienburg. Kn. Hude u. a. Nein, das können und wollen wir nicht. Wir haben uns stets in Bezug auf Beurteilung österreichischer Verhältnisse die größte Zurückhaltung auferlegt und müssen bei den sehr unerquicklichen Vorfällen der letzten Zeit diesem Verfahren treubleiben.

M. in F. Ich werde erst in der zweiten Hälfte des Juni den versprochnen Besuch bei Ihnen machen können. Inzwischen habe ich einen geeigneten Mann gefunden. Näheres mündlich. v. L.

A. in G. Staatsanwalt hat mangels öffentlichen Interesses abgelehnt und auf den Privatklage-Weg verwiesen. Das vor den Ferien im Reichstage beschlossene neue Gesetz über den Gerichtsstand der Presse ist noch nicht veröffentlicht. Sofort nach dem Inkrafttreten erfolgt die Verleumdungs-Klage.

W. in B. Natürlich ist diese wichtige Frage erörtert worden. Aber wir hielten es nicht für zweckmäßig, alles was beschlossen wird, an die große Glocke zu hängen.

Landsberg. Bedauern. Wir halten den Kreis auch für sehr gut, können uns aber nicht zu sehr zersplittern.

B. in S. Verstehn Sie doch die veränderte Lage. Vor der Magdeburger Auseinandersetzung mußten wir in solche grundsätzlichen Sachen uns äußern, um möglichst Fehler zu verhüten. Jetzt haben wir gar kein Recht, uns in die Angelegenheiten der andern Partei einzumischen und unerbetne Ratschläge erteilen. Sachlich geben wir Ihnen Recht. Aber wir würden durch öffentliche Kundgabe unsrer Meinung genau das Gegenteil von dem erreichen, was wir im Interesse des Antisemitismus wünschen müssen.

Unsre Lese: bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2.50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 29. Mai 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 719.

Wochen-Spruch.

Das Volk Gottes . . . ist Jahrhunderte her, ja fast seit seiner Entstehung eine parasitische Pflanze auf den Stämmen andrer Nationen.

Johann Gottfried Herder, „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“, 3. Teil, Seite 97.

Die Raiffeisen-Organisation.

Angesichts des Umstandes, daß in wenigen Monaten zu Heddesdorf-Neuwied die Enthüllung des Raiffeisen-Denkmals vor sich gehn soll, mit der größere Festlichkeiten verbunden sind und wozu voraussichtlich einige Tausend Besucher erscheinen werden, dürfte nachfolgende sachgemäße Darstellung über das von F. W. Raiffeisen gestiftete Werk, das einen über die Kreise des europäischen Auslandes hinausgehenden Ruf erlangt hat, von besonderm Interesse sein.

Die Grundlage desselben bilden die sogenannten Spar- und Darlehnskassen-Vereine (Genossenschaften), die in den einzelnen Gemeinden (fast ausschließlich Landgemeinden) selbständig bestehn und die sich auf den von Raiffeisen aufgestellten Grundsätzen aufbauen. Ihr Zweck, Hebung der Volkswohlfahrt im allgemeinen, soll erreicht werden durch Schaffung und Unterstützung aller zulässigen Einrichtungen, die geeignet sind, die Verhältnisse der Mitglieder sowohl in sittlicher als in materieller Beziehung zu verbessern. Hinsichtlich der Verfassung der gedachten Genossenschaften werden im besondern als charakteristische Merkmale angesehn: 1. Unbeschadet der Lebensfähigkeit der Genossenschaft ein möglichst kleiner Bezirk (thunlichst eine Pfarrei oder ein andrer natürlicher Verband, etwa 1000 bis 2000 Seelen umfassend) und Zulassung nur von Personen, die in einem solchen Bezirke wohnen, 2. die Verpflichtung, für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft, gemäß den Einschränkungen des Genossenschafts-Gesetzes mit ihrem Vermögen zu haften, 3. unentgeltliche Verwaltung durch die leitenden Organe, 4. niedrige Geschäftsanteile und möglichster Ausschluß der Dividenden-Verteilung (höchstens die Gewährung mäßiger Zinsen für die Einzahlungen auf die Anteile), 5. Verwendung des Gewinnes zur Ansammlung eines für immer unteilbaren Vereinsvermögens.

Diese Punkte kennzeichnen die Bestrebungen der kurzweg so genannten Raiffeisen-Vereine als gemeinnützige. Das Endziel der Idee ist die Erneuerung des ländlichen Volkslebens in christlich-deutschem Geiste. Jede Art von Thätigkeit, die diesem Ziele zu dienen geeignet ist, soll in der Vereinswirksamkeit zum Ausdrucke kommen. Politische und konfessionelle Dinge sind dabei ausgeschlossen. Der fast allenthalben gelockerte Gemeinsinn kann in den Vereinen einen neuen Krystallisationspunkt finden.

In der Praxis nimmt die Annahme von Spareinlagen, die Hergabe von Darlehn an Mitgleder gegen Sicherheitsleistung, die vorwiegend in Bürgschaft besteht, auf so ausreichende Fristen, daß den Schuldnern eine verhälmismäßig leichte Abzahlung in Teilbeträgen möglich ist, der gemeinsame Bezug von Gegenständen des landwirtschaftlichen Bedarfs und der gemeinsame Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse den breitesten Raum ein. Vielfach werden Maschinen und Feldbearbeitungsgeräte für gemeinsame Rechnung gekauft und benutzt. In andrer Weise wird der landwirtschaftlich-technische Fortschritt gefördert durch geeignete Vorträge in den Vereinsversammlungen, Austausch der Erfahrungen und Unterhaltung von Vereinsbibliotheken. Diese Mittel werden auch angewandt, um den moralischen Aufschwung zu unterstützen und anzuregen. Die getroffnen Wohlfahrts-Einrichtungen der mannigfaltigsten Art und überhaupt die verschiednen Veranstaltungen zur Hebung des Wirtschaftslebens lassen sich an dieser Stelle nicht alle erwähnen.

Wenn man weiß, wie zerklüftet und rückgängig die Zustände in landwirtschaftlichen Kreisen früher waren und zum guten Teile fortdauernd sind, so muß man die durch Raiffeisen hervorgerufnen Bestrebungen zu den am meisten epochemachenden der Geschichte rechnen. Die reine Technik hatte seiner Zeit durch Thaer und Liebig einen gewaltigen Aufschwung erfahren, und doch wurden die davon betroffnen Berufskreise, namentlich der mittlere und kleine Bauer, der Erfolge kaum froh. Eine gleichfalls moderne Errungenschaft, der ausbeutende Kapitalismus, hing als Gegengewicht an der Wage. Ihn galt es zu beseitigen. Raiffeisen bewies hier einen genialen Blick, indem er, wie man zu sagen pflegt, den Stier bei den Hörnern faßte und das Kapital in den Dienst der landwirtschaftlichen Erzeugung stellte, wo es letztere früher beherrschend geknechtet hatte.

Indem nun das Kapital nach Möglichkeit seiner natürlichen Bestimmung wiedergegeben wird, mit der Erzeugung brüderlich Hand in Hand zu gehn und sie nicht auszubeuten, ist zugleich allgemein volkswirtschaftlich ein interessantes Vorbild geschaffen. Was sozialistische Reformwillige an gesunden Gedanken zutage förderten, findet sich reichlich in den Raiffeisenschen Genossenschaften vertreten. Der Wahlspruch: „Einer für alle und alle für einen“ erinnert an die humanistisch-ökonomischen Forderungen der neuern Zeit. Das „gleiche Recht für alle“ kommt in der Handhabung der Vereins-Angelegenheiten sehr stark zum Ausdrucke. Das „Recht auf Arbeit“ wird dadurch verkörpert, daß jedem, der durch seine allgemeine Lebensführung sich der Achtung seiner Mitmenschen würdig macht, der Zugang zu der Quelle offensteht, aus der unter Anwendung der menschlichen Kraft neue Werte geschöpft werden: wir meinen den Zugang zum Kapital. So finden wir für die modernen, volkswirtschaftlichen Verwicklungen ein unter diesen entstandnes, gänzlich modernes Heilmittel.

Freilich verkannte Raiffeisen nicht, daß es angesichts der zu erfüllenden Aufgabe damit nicht gethan sei, die Idee zu bezeichnen: er war zeitlebens ihr unermüdlicher Pionier. Nichts weniger als ein Freund von Stubenweisheit, verstand er das praktische Leben zu gut, als daß er den Ausbau des nach ihm benannten Werkes lediglich andern hätte überlassen mögen. In unermüdlicher Arbeit wußte er manchmal mit der ihm eignen Thatkraft den Gefahren, die seinem Werke drohten, zu begegnen und das letztere vor solchen zu schützen, die es auf Irrwege bringen zu wollen schienen. Bald hatte er sich der Zumutung zu erwehren, seine Sache im staatssozialistischen Fahrwasser treiben zu lassen; bald war es das ehrgeizige Strebertum solcher, die sich durch volkstümliche Agitation eine Brücke zu persönlichem Ansehn bilden wollten, dem er kämpfend

gegenüberstand. Freiheitliche Entwicklung der Volkskraft, geschützt durch allgemeine, staatliche Maßnahmen, stand ihm vor Augen, die redliche, reine Absicht, das Beste dem Volke zu bieten. Hierher gehört namentlich der Grundsatz, daß jede Unterstützung falsch angewandt sei, wo sie nicht verdient werde, daß die Wirkung und Förderung der Selbsthilfe, des Bewußtseins der eignen Verantwortung und die Bethätigung der eignen Kraft der vielfach schlaffen Theorie, wonach das Volk Hilfe von oben oder außen erwarten möchte, weit vorgezogen werden müsse.

Man sieht, es war ein umfassendes, schöpferisches Wollen, daß die Persönlichkeit Raiffeisens beherrschte. Die weltgeschichtliche Bedeutung des Mannes tritt aber namentlich dadurch hervor, daß sein Wollen mit seinen Tagen nicht abschloß, sondern daß es in seinen Schöpfungen wirkend fortlebt. Der Name wie die Person sind gleicherweise allgemeines Programm, sind sachlich Gemeingut geworden. Staatsbildner in seiner Art, ging Raiffeisen auf die Urquelle, die Volkskraft, zurück, sich mit dieser auf seinem Gebiete mehr und mehr identifizierend. Das ganze landwirtschaftliche Deutschland wollte er fest und stark in seiner Organisation gehalten wissen. Die Verwirklichung seines Strebens ist das den Zeitumständen angemessene Wiederaufleben des alten Innungsgeistes, das in dieser Organisation volkstümliche Gestalt gewonnen hat. Wie der gedachte Innungsgeist in förmlichen Verfassungen sich zeigte, so legte auch Raiffeisen auf die geregelte Zusammengehörigkeit der Genossenschaften in einem großen, deutschen Verbande, d. h. das förmliche Bestehen eines solchen, einen Hauptwert. Sogar den Gedanken einer weißen Internationale auf der Grundlage seiner Genossenschaftsidee als Widerpart gegen die internationale „haute finance" („goldne Internationale") und den internationalen Sozialismus („rote Internationale") vertrat Raiffeisen mit ausgesprochner Ueberzeugung.

Der erste Ursprung der Raiffeisenschen Genossenschaftsbewegung findet sich in dem im Winter 1846/47 gegründeten Konsumvereine, der zur Ueberwindung der durch die Zeitumstände hervorgerufnen Not mit dem Zwecke der billigen Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse (Brot und Kartoffeln) in Weyerbusch (auf dem bei Neuwied die Rheinebne berührenden Westerwalde) sich bildete. Raiffeisen bekleidete damals dort das Amt eines Bürgermeisters. In gleicher Eigenschaft wenige Jahre darauf nach dem unweit gelegnen Flammersfeld und später nach Heddesdorf versetzt, pflanzte er die genossenschaftlichen Versuche fort.

Anfangs ging die weitere Verbreitung der von ihm angestrebten Einrichtungen nur langsam von statten. Immerhin konnte zu Beginn der siebziger Jahre ein gemeinsames Geldinstitut größern Stils für die finanziellen Bedürfnisse einer Anzahl vorhandner Genossenschaften gegründet werden, zu dem elf Vereine gehörten. Nach verschiednen weitern Gründungen von vorübergehender Dauer kam es Ende 1876 zur Errichtung der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse zu Neuwied, der Form nach eine Aktien-Gesellschaft — mit der Maßgabe jedoch, daß außer den physischen Personen, die den Vorstand und Aufsichtsrat bilden, nur Raiffeisensche Spar- und Darlehnskassen-Vereine zugelassen werden. Es handelt sich bei dem Institut um die Ausgleichung zwischen Geldüberfluß und Geldmangel unter den beteiligten Genossenschaften, am letzten Ende um die Schaffung einer gemeinnützigen Kapitalmacht im großen — so wie die Spar- und Darlehnskassen-Vereine es im kleinen sind.

Gleich den Ortsgenossenschaften sieht die Zentralkasse nicht auf hohe Gewinnverteilung (bisher wurden durchschnittlich 3 bis 4 v. H. an Zinsen für das eingezahlte Aktienkapital gewährt), sondern mehr auf die Ansammlung eines starken, eignen Vermögens. Nach den jetzt geltenden Satzungen der Zentralkasse dürfen grundsätzlich nicht mehr als 4 v. H. Dividende verteilt werden, um auch in dieser Hinsicht den gemeinnützigen Charakter des Unternehmens zum Ausdrucke zu bringen.

In Würdigung dieser Eigenschaft, die bereits früher durch erhebliche Zuwendungen seitens Kaiser Wilhelms des Ersten wie auch des jetzt regierenden Kaisers ihre Anerkennung fand und die in den Satzungen sowohl allgemein wie im einzelnen gewährleistet ist, wurde aus Anlaß der Aktienstempelbefreiung unter dem 20. Juni 1901 die Zentralkasse durch den Bundesrat förmlich als gemeinnützige Anstalt erklärt.

In hervorragendem Maße hat die Zentralkasse die Wirkung der zeitlich auftretenden Geldverteuerung von den beteiligten Genossenschaften ferngehalten, indem sie trotz des zeitweilig hohen Zinsstandes auf dem Geldmarkte Vorschüsse im Rahmen der festgesetzten Kredite zu dem einmal bestimmten, verhältnismäßig niedrigen Zinsfuße gewährte.

Das Geschäftsgebiet der Zentralkasse erstreckt sich grundsätzlich über das ganze Deutsche Reich. Die Geschäftsabwicklung mit den beteiligten Genossenschaften vollzieht sich im einzelnen durch Filialen, die jeweils für die verschiednen Landesteile eingerichtet worden sind und zwar in Berlin, Breslau, Danzig, Erfurt, Kassel, Köln, Königsberg, Ludwigshafen, Nürnberg, Straßburg und Wiesbaden. Auch die genossenschaftlichen Bezüge und Verkäufe, die im großen veranstaltet werden, vermitteln die Zentral-Darlehnskasse, Abteilung für Warenverkehr, und die einzelnen Filialen.

Entsprechend der durch die Zentralkasse wahrgenommnen, geschäftlichen Seite des Verkehrs mit den Genossenschaften wird in einer andern Form des Zusammenschlusses der Pflege der Verwaltungs-Angelegenheiten der Genossenschaften Rechnung getragen. Zu diesem Zwecke besteht der „Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland" (Sitz Neuwied) mit seinen bezirksweise gebildeten Verbänden und Unterverbänden. U. a. liegt dem Generalverbande und den Einzelverbänden die Revision bei den einzelnen Genossenschaften ob. Diese wird durch ständige Revisoren, die sich fast das ganze Jahr hindurch auf Reisen befinden, ausgeübt. Allgemeine Interessenvertretung und Propaganda bilden begreiflicherweise einen weitern, wesentlichen Bestandteil der Verbandsaufgaben. Namentlich sollen sich diese auch darauf erstrecken, darüber zu wachen, daß die Genossenschaften an gesunden genossenschaftlichen bezw. volkswirtschaftlichen Grundsätzen festhalten, daß besonders die Raiffeisen-Vereine im Geiste der Absichten ihres Stifters ihre Thätigkeit ausüben.

Zur Veranschaulichung der Ausdehnung des Raiffeisenschen Genossenschaftswesens mögen folgende Zahlen dienen. Gegen Ende des Jahres 1901 zählte der Generalverband mehr als 3700 Genossenschaften, darunter gegen 3400 Spar- und Darlehnskassen-Vereine. (Gemäß den Satzungen des Generalverbandes können in diesen — nicht zur Zentralkasse — auch sog. Betriebsgenossenschaften, wie selbständige Winzervereine, Molkereien, Kornhaus-, Hopfenbau-, Tabakbau-, Brennerei-, Spiritus-Verwertungs-, Vieh-Verwertungs-Genossenschaften usw. zugelassen werden. Zum Zwecke der Geldbeschaffung für diese Genossenschaften sind besondre Provinzial- bezw. Landes-Genossenschaftsbanken gegründet.) Die neueste Statistik, die über die erzielten Geschäfts-Ergebnisse der Verbandsgenossenschaften handelt, bezieht sich auf das Jahr 1899. Aufgeführt sind darin mehr als 2700 Spar- und Darlehnskassen-Vereine mit einem Kassenumschlage von ungefähr 357 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz auf allen Konten des Zentral-Geldinstituts (mit dem Umschlage der Einzelgenossenschaften nicht zu verwechseln) belief sich im Geldverkehr für das Jahr 1901 auf ungefähr 453 Millionen Mark. Der Wert der verabfolgten Waren war im Jahre 1901 ungefähr 38½ Millionen Mark. Die für die sogenannten Betriebsgenossenschaftskassen gegründeten Provinzial- und Landesgenossenschaftskassen hatten im Geldverkehr mit erstern für das Jahr 1901 einen Umschlag von ungefähr 45½ Millionen Mark.

Das Werk Raiffeisens beruht u. a. auf Selbstverwaltung. Das schließt freilich nicht aus, daß eine große Zahl von Berufsbeamten durch die Wahrnehmung der mit der Sache verbundnen, mannigfaltigen, ständigen Arbeiten in Anspruch genommen ist. Raiffeisens Idee war es, daß unter allen diesen Beamten in einem, der Erhaltung des idealen Schwunges*)

*) Eine mehr als rein wirtschaftliche Interessengemeinschaft sich darstellende Verbindung der Beamten untereinander ist die „Pensionskasse Raiffeisen", die außer durch die Beiträge der Beamten aus den Erträgnissen der Raiffeisen-Druckerei gespeist wird.

dienenden, besondern Verbande eine engere Verbindung bestehn solle. Inwiefern das zur Ausführung kommen wird, mag die Zukunft lehren. Für die ganze Bewegung wäre ein solcher Verband mit einer Aus- und Fortbildungsanstalt als Mittelpunkt jedenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Aber auch ohnehin wird immer von den Räumlichkeiten, die die Zentralverwaltung zu Heddesdorf-Neuwied inne hat, behauptet werden können, daß sie ein historisches Erbe des bewunderungswürdigen Mannes sind, der mit fester Entschiedenheit, zäher Ausdauer und in unerschütterlichem Gottvertrauen jenen Scharen den Weg wies, die, ehemals verlassen und uneins, heute gelernt haben, den Kampf für den eignen Herd, für die Befreiung aus wirtschaftlichem Niedergange, für Wahrheit und Recht zu führen.

Raiffeisen gehört allen Wohldenkenden; er gehört seinem Volke; er gehört der Menschheit. Das Ausland — selbst jenseits des Ozeans — zollt ihm seinen Tribut, indem es ihn als Altmeister des ländlichen Genossenschaftswesens durch Verherrlichung und Verbreitung seiner Schöpfungen anerkennt. Bald wird das Standbild aus Erz eindrucksvoll dem Besucher verkünden: Dieser Mann stand auf den Höhen der Menschheit; einer bessern Aera Beginn war sein Lebenswerk; blühend zeigen die Erfolge seines Wirkens, daß die christliche Liebe heute noch jene schöpferische Kraft beweist, die sie von Anbeginn besaß und die eine höhere Welt hineinragen läßt in die Wirrnis des täglichen Lebens.

„Deutscher" Nachwuchs aus Halbasien.

Die „Frankfurter Zeitung" des Herrn Löb Sonnemann beschäftigte sich vor einigen Tagen mit den nach England durchwandernden osteuropäischen Juden, wobei ihr nachstehende Sätze entschlüpfen:

„Viele Juden wenden sich in Hamburg an den Jüdischen Hilfsverein, um das Geld zur Reise zu bekommen. Die Summen, die dieser Verein aufwendet, von denen allerdings der größte Teil den Rückwandrern zufließt, sind sehr erheblich. Wer Reisegeld haben will, wird bei sonstiger Würdigkeit von den Vorstehern des Vereins daraufhin geprüft, ob er überhaupt Aussichten hat, im fremden Lande fortzukommen. Denn es ist allerdings im Interesse der Emigranten selbst hohe Zeit, daß das Massenauswandern osteuropäischer Juden beschränkt werde, sobald die Zustände in ihrer Heimat irgendwie erträglich sind. Die reichen Hilfsvereine der englischen Juden erklären sich neuerdings für unfähig, allen an sie gelangenden Ansprüchen armer Juden zu genügen, und überdies sind Anzeichen vorhanden, daß England eines Tages seine Grenze dem fortwährend einströmenden östlichen Proletariat verschließen wird. Von Seiten der Gebildeten in ihrer Mitte, z. B. der Rabbiner, sollten die Juden Halbasiens nachdrücklicher auf die Gefahren hingewiesen werden, in die unbedachtes Auswandern sie stürzt."

Wie diese Herrschaften aus Halbasien, die Lieblinge der Judenschutztruppe, kulturell beschaffen sind, beschreibt ihr Rassegenosse Karl Emil Franzos in der bei Rud. Mosse erscheinenden „Allgem. Zeitung des Judentums". Franzos erzählt:

„Kurz nachdem ich vor nun fünfzehn Jahren nach Berlin übersiedelt war, erhielt ich von einem mir persönlich wie dem Namen nach unbekannten, hier ansässigen jungen jüdischen Kaufmann aus Rumänien ein längeres Schreiben: Ein Heiratsvermittler habe ihm ein Fräulein A., die Tochter eines gleichfalls vor kurzem hier ansässig gewordnen jüdischen Agenten aus Galizien in Vorschlag gebracht; die Mitgift sei genügend, die junge Dame gefalle ihm, es liege ihm also daran, daß die Sache zustande komme. Nun verlange aber der Vater der Braut von ihm die Angabe von Referenzen, und da er hier noch fremd sei, so habe er sich die Notlüge gestattet zu sagen, daß ich ein langjähriger Bekannter von ihm sei. Er teile mir darum alles Notwendige mit und bitte mich, ihn kräftig zu empfehlen. Er werde sich dieser Freundlichkeit gewiß immer würdig erweisen.

Ich war begreiflicherweise erstaunt, denn wohl ist ja ein Mann der Oeffentlichkeit gewohnt, mit seltsamen Wünschen heimgesucht zu werden, aber ein so kurioses Ersuchen war doch noch nie an mich gerichtet worden. Natürlich wollte ich den Herrn sofort bitten, freundlich von mir absehn zu wollen, aber er hatte — vermutlich weil er diese Bitte voraussah — seine Adresse nicht beigefügt. Und im Berliner Adreßbuch standen fünf Herren des gleichen, allerdings sehr häufigen Namens. Ein Zirkular an sie konnte ich in dieser Angelegenheit nicht gut verschicken. Und so hatte ich, falls die Sache an mich herantrat, nur die Wahl, entweder, wie er vermutlich angenommen hatte, aus Gutmütigkeit und Bequemlichkeit seinen Wunsch zu erfüllen, oder ihn aus Gewissenhaftigkeit abzulehnen.

Schon am Tage nach Empfang dieses Briefes kam der Vater der Braut zu mir. Ein dicker Mann in den Vierzigern, der allerdings deutsche Kleidung trug, aber offenbar noch nicht lange. Auch sein Hochdeutsch klang so östlich, daß es ohne großen Abstand nach den ersten Sätzen in den Jargon hinüberglitt. Dies alles wunderte mich nicht, wohl aber, daß er in meinem Zimmer — seinen Hut auf dem Kopfe behielt. Ich warf einen längern Blick auf diesen, übrigens nicht ganz tadellos gebürsteten Hut, das bemerkte er nicht. Da bat ich ihn, sich zu setzen und fügte bei:

„Aber bitte, legen Sie den Hut ab, er geniert Sie gewiß!"

„Warum sollte mich der Hut genieren?" sagte er und nahm Platz.

„Sind Sie vielleicht fromm", fragte ich, „und bleiben nicht gern unbedeckten Hauptes?"

„Stuß!" sagte er ebenso deutlich wie höflich. „Wir leben ja garnicht mehr ganz streng koscher, seit wir hier sind. . . . Aber vielleicht nimmt man in Berlin den Hut im Zimmer ab?"

„Zumeist thut man das!" sagte ich.

„Auch unter Juden?"

„Ja!"

„Nu — meinetwegen."

Er nahm den Hut ab und setzte ihn auf meinen Schreibtisch, dicht vor meine Nase hin.

„Ich hab' hier noch keine Besuche bei Leuten gemacht, die das verlangen. . . . Also, was ist dieser L. für ein Mensch?"

Ich wüßte es nicht, erwiderte ich, und fügte, um den jungen Mann nicht bloßzustellen, bei, vermutlich habe er mich mit einem Namensvetter verwechselt.

„Und dazu komm' ich her — bei der Hitz!" sagte er unwillig und wischte sich die Stirn mit der Hand. Er war ein dicker Mann, sagte ich schon, und es war ein glühheißer Julitag, die Hand wurde sehr naß. . . . Er besah sie und wischte sie dann gleichmütig an dem Plüsch des Sofas ab, neben dem er saß.

„Herr A.", sagte ich, „in Berlin pflegt man in derlei Fällen ein Taschentuch zu benützen!"

„Taschentuch?" . . . . „Sie meinen ä Schnupftüchel?!"

„Ja, das meine ich."

„Nu, wenn Sie Schnupftüchel meinen, warum sagen Sie Taschentuch?! . . . Uebrigens habe ich kein Schnupftüchel bei mir . . . Also über diesen L. wissen Sie nix?"

„Nicht das Geringste!"

„Nu . . . . weil ich schon hier bin . . . ich wohn' doch in der Gypsstraße, ein weiter Weg . . . können Sie mich vielleicht an Bleichröder empfehlen?"

„Ich kenne leider Herrn von Bleichröder so wenig, daß ich das nicht wagen dürfte."

„Stuß!" sagte er. „Kennen Sie denn mich?! Aber er ist ein Jud', ich bin ein Jud', Sie sind ein Jud', — warum können Sie mich nicht an Bleichröder empfehlen?"

Ich suchte es ihm klar zu machen. Aber während er mir ungeduldig genug zuhörte, wurde sehr deutlich offenbar, daß er leider kein „Schnupftüchel" bei sich hatte; er sog die Luft sehr hörbar durch die Nase ein und spie dann gemächlich auf den Teppich neben sich hin.

Ich eilte in die Ecke meines Zimmers und holte einen aufklappbaren Spucknapf herbei; den stellte ich neben ihn hin.

„Was ist das?“ fragte er erstaunt.

Ich erklärte es ihm.

„So was hat man in Berlin?!“

„Ja . . .“

„Auch bei Juden?“

„Ja . . .“

Er erhob sich.

„Lieber Herr F.“, sagte er, „ich muß Ihnen was sagen. Ueber den L. wissen Sie nix, an Bleichröder wollen Sie mich nicht empfehlen, das ist schon nicht schön. Aber etwas andres gefällt mir noch weniger. Ich hab' immer gehört, Sie sind ein guter Jud'. Vielleicht waren Sie das früher. Aber jetzt — den Hut abnehmen, die Hand nicht abwischen und ä eigne Maschin' fürs Spucken, lieber Herr F., Sie entschuldigen schon — aber jetzt sind Sie ein Goj!“

Sprachs und ging.“

* * *

Und dieser galizische Jude war schon einige Zeit im gelobten Deutschen Reiche. Die Grenzen dürfen wir allerdings gegen solche Pracht-Exemplare der semitischen Rasse nicht schließen, das wäre ja „Judenhetze“!

Er hat ihn einmal auf die Schulter geklopft,

nämlich Graf Caprivi den Heinrich Rickert. An jene selige Zeit freisinniger Ministerhoffnungen, die nun so weltenfern liegt, tauchten neulich in der Presse Erinnerungen auf. Die demokratische „Frankf. Ztg.“ behauptete, Graf Caprivi habe den Freisinnigen den Posten des Schatzsekretärs in Aussicht gestellt, wenn sie für die damalige Militär-Vorlage stimmten.

Das war Herrn Heinrich Rickert doch zu dumm. Ihm hatte Herr v. Caprivi jenen Posten nicht in Aussicht gestellt, also konnte es überhaupt nicht wahr sein. Und so setzte er sich flugs hin und schrieb in seine „Liberale Korrespondenz“, „davon sei niemals die Rede gewesen.“ — Aber da kam der böse Eugen und bemerkte kurz und knapp: „Darin irrt der Gewährsmann der ‚Liberalen Korrespondenz‘.“

Nun wars mit Heinrichs Selbstbeherrschung zu Ende und die „Liberale Korrespondenz“ schrieb:

Wir hatten der Mitteilung der „Frankf. Ztg.“, daß einem Freisinnigen zur Zeit der Kanzlerschaft des Grafen Caprivi der Posten des Reichsschatzsekretärs in Aussicht gestellt worden sei, ein positives Dementi entgegengestellt. Die „Freis. Ztg.“ hat daraufhin kurzer Hand erklärt, der Gewährsmann der „Lib. Korr.“ irre in diesem Punkte. An diese Bemerkung der „Freis. Ztg.“ knüpfen nun wieder einige konservative Zeitungen an, und es scheint, als ob nunmehr nach dem Muster der Lieber-Legende auch auf Rechnung der Freisinnigen allerlei unverbürgte Mitteilungen in die Welt gesetzt werden sollen. Unser Gewährsmann hält demgegenüber sein Dementi in vollem Umfange aufrecht. Die Gerüchte von dem Angebot des Schatzsekretärpostens an einen Freisinnigen haben niemals eine wirkliche Substanz gehabt. Der damalige Reichskanzler Caprivi war von den Freisinnigen, zu denen er persönliche Beziehungen unterhielt, auch von vornherein niemals im Unklaren gelassen worden, daß bei der ganzen Lage der damaligen politischen Verhältnisse für einen einzelnen Freisinnigen die Uebernahme eines hohen Regierungspostens schlechterdings nicht in Frage kommen könne. Es ist bekannt, daß die persönlichen Beziehungen zu dem Grafen Caprivi von jenem Teile der Freisinnigen unterhalten wurden, die später die Freisinnige Vereinigung bildeten.

So, jetzt hatte Herr Richter sein Fett weg. Schwarz auf weiß war ihm klar gemacht, daß nicht er, sondern sein langer Rivale Heinrich Rickert, persönliche Beziehungen zu Caprivi gehabt habe, und daß dieser darum einzig und allein authentische Auskunft geben könne.

Aber nun schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

Als parlamentarische Ferien-Unterhaltung wird in einzelnen Blättern die Erörterung noch fortgeführt, ob Graf Caprivi 1893 einem Freisinnigen als Entgelt für die Annahme der Militärvorlage den Posten des Reichsschatzsekretärs in Aussicht gestellt habe. Die „Lib. Korr.“ meint, die Gerüchte von dem Angebot an einen Freisinnigen hätten niemals eine wirkliche Substanz gehabt. — Es kommt eben darauf an, was man unter „wirklicher Substanz“ versteht. Unrichtig ist die Annahme der „Lib. Korr.“, daß Graf Caprivi damals persönliche Beziehungen nur zu jenem Teil der Freisinnigen unterhalten habe, die später die Freisinnige Vereinigung bildeten. Graf Caprivi hat auch mit einem Führer der Freisinnigen Volkspartei damals eine vertrauliche Unterredung gehabt. Richtig ist, daß von keiner freisinnigen Seite auf die gemachten Andeutungen irgendwie eingegangen worden ist.

Wehe, wehe! Daß Herr Rickert noch diesen Tag erleben mußte. Zerronnen ist der stolze Traum, daß er allein der freisinnige Vertraute des Staatsmannes Caprivi gewesen. Auch um Herrn Richters Gunst hat der große Staatsmann Caprivi gebuhlt und hat ihm augenscheinlich direkt den Schatzsekretär-Posten angeboten. Von allem aber hat Heinrich nichts erfahren. Das ist bitter.

Aber Scherz bei Seite. Wenn Caprivi einem Freisinnigen das erwähnte Amt anbot, so konnte dafür eben nur Herr Richter in Betracht kommen. Daß er die Fähigkeit hat, jenes Amt zu verwalten, wird ihm jeder ehrliche Gegner gern zugestehn. Aber Herr Rickert als Schatzsekretär ist doch nur in der Karnevals-Nummer der „Münchner Nachrichten“ denkbar.

Amtliche Berichte von Burengeneralen an Präsident Krüger.

Jetzt, wo alle Burenfreunde den Verlauf der schwebenden Friedensverhandlungen mit atemloser Spannung verfolgen, werden wahrheitsgetreue Berichte*) der im Felde stehenden Burengenerale mit Begierde aufgenommen und gelesen werden. Woran schon längst kein Deutscher mehr gezweifelt, das bestätigen diese Berichte vollauf: England scheut sich trotz „der hohen Kulturmission, die es zu erfüllen berufen ist“, nicht, in der unmenschlichsten, rohesten Weise gegen ein Volk vorzugehn, das ihm an wahrer Bildung weit überlegen ist.

Ein Beispiel aus dem Bericht des Generals de la Rey wollen wir herausgreifen; er schreibt über die Behandlung der Burenfrauen seitens der Engländer: „Des Nachts werden die Frauen vor den Lagern untergebracht, um so als Schutz gegen einen nächtlichen Ueberfall von unsrer Seite zu dienen. Sobald die Frauen das merkten, suchten sie zu flüchten, wurden aber durch den Feind verfolgt. Sowohl Krupp-Geschütze als Gewehrfeuer werden in solchen Fällen auf unsre Frauen gerichtet.“

Hält wohl Chamberlain auch dies für eine Edelthat, die ihresgleichen auch im Kriege 1870/71 findet? Wo sind die „Gentlemen“, die es wagen, ein solch bodenlos rohes Vorgehn zu beschönigen.

Daß das rauhe Kriegshandwerk keine zarten Rücksichten zu nehmen gewohnt ist, darüber herrscht wohl kein Zweifel, daß es aber trotzdem edlen Charakteren Gelegenheit bietet, edel zu handeln, dafür ist wiederum de la Rey ein Beispiel, das auch einem „Gentleman“ Achtung abnötigen sollte. De la Rey schreibt in obigem Bericht weiter: „Meine eigne Frau ist eine derjenigen, die auf Befehl von Lord Methuen ihre Wohnungen verlassen mußten mit Zurücklassung von allem, was sie besaßen. Sie streift nun bereits zwölf Monate heimatlos umher mit ihren sechs kleinen Kindern. Meine Mutter, eine Frau von 83 Jahren, und bereits neun Jahre Wittwe, wurde gefangen genommen. All ihr Vieh ist gestohlen, ihr Haus ist verbrannt, sie selbst nach Klerksdorp weggeführt.“

Burenkommandos haben de la Reys Frau in einer Kaffernhütte gefunden. — Der Mann aber, dessen Frau das alles erduldet, hat den, der diese arme Frau heimatlos machte, den Lord Methuen, seiner Frau zur Pflege zugesandt und telegraphisch diese Frau, die Generalin Methuen, über das Geschick ihres Mannes beruhigt.

Wahrlich der Spruch: Segnet die euch fluchen, thut wohl denen die euch beleidigen und verfolgen kann keine edlere Verwirklichung finden. Und doch — das Herz der Engländer bleibt verstockt.

---

*) **Amtliche Berichte von Burengeneralen an Präsident Krüger.** Mit Zustimmung der Regierung der Burenstaaten in deutscher Uebersetzung herausgegeben durch R. Schowalter. München 1902. Jedes Heft 60 Pf. Die Hälfte des Reinertrages ist für die Buren bestimmt.

1. Heft. Amtliche Berichte der Generale de la Rey, Smuts, Liebenberg, sowie andre Urkunden über den Südafrikanischen Krieg (insonderheit über die Grausamkeit der englischen Kriegsführung).

2. Heft. Ein neuer Bericht von General J. C. Smuts, Staatsprokurör und Generalkommandants-Assistent der Südafrikanischen Republik, Januar 1902. Beilage: Präsident Steins Antwort auf Lord Kitcheners Proklamation und Begleitschreiben vom 6. August 1901.

Deutsche Erde.

Ein neues, eigenartiges litterarisches Unternehmen, dessen erstes Heft soeben erschienen ist, führt diesen Titel. Zehn Jahre ernster Vorarbeit hat der Herausgeber, Professor Paul Langhans in Gotha, darangesetzt, um einen Sammelpunkt für die Kunde des Deutschtums aller Länder zu schaffen. Es werden jährlich sechs Hefte erscheinen, in denen auf streng wissenschaftlicher Grundlage, aber nach Form und Inhalt jedem Gebildeten verständlich, Beiträge zur Geographie des deutschen Menschen und seiner Kultur enthalten sein sollen. Zu den 200 Mitarbeitern des Unternehmens zählen Vertreter aller Wissenschaften, jeder politischen und religiösen Richtung und der verschiedensten Staatsangehörigkeit, die alle bereit sind, ihr Können und Wissen in den Dienst der Deutschkunde zu stellen.

Gegenstand der Darstellung wird das Werden, Wachsen und Wandern des Deutschen Volkes und die Ausbreitung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kultur auf der ganzen Erde sein. Die „Deutsche Erde“ will das Deutsche Volk in ethnographischem Sinne ohne Rücksicht auf Zeit und Raum behandeln, denn das Deutsche Volk war eher als sein Name und politische Grenzen heben die Volks- und Kulturgemeinschaft nicht auf. Desgleichen soll die ethnographische Seite jeder Deutschforschung gepflegt werden. Was immer Anthropologie und Völkerkunde, Geschichts- und Sprachforschung, Volkskunde und Statistik, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, Rechts- und Staatswissenschaft, Schrifttum und Kunst zur Kenntnis deutscher Volks- und Stammeseigenart beisteuern, faßt die „Deutsche Erde“ zu einem neuen Wissenschaftszweige, der Deutschkunde, zusammen. Sie wird eigne Aufsätze sowie fortlaufende Berichte über neue Forschungen und Arbeiten auf dem Gebiet deutschen Volkstums, unterstützt von Karten innerhalb und außerhalb des Textes bringen. Das gesamte weitverzweigte Schrifttum der Deutschkunde aller Erdteile wird von Fachmännern besprochen werden. Das Werk erscheint in dem rühmlichst bekannten Verlage von Justus Perthes in Gotha. Der Preis des Jahrganges beträgt 6 Mark, der des Einzelheftes 1,50 Mark.

Um unsern Lesern einen Begriff von der Reichhaltigkeit des Werkes zu geben, lassen wir hier eine Inhaltsgabe des ersten Heftes folgen:

Dr. Otto Bremer (Universitätsprofessor in Halle) behandelt die Frage: „Bildet die reichsdeutsche Staatsgrenze gegen die Niederlande und Belgien eine Sprachscheide?“, und erläutert die belehrenden und interessanten Ausführungen durch ein in den Text gedrucktes Kärtchen, worauf die „Mundarten und Staatsgrenzen in Nordwestdeutschland“ zur Darstellung kommen. Es folgt dann ein Aufsatz von Dr. Henri Tollin, Pastor in Magdeburg, über die französischen Kolonien im Deutschen Reiche. Eine große farbige Sonderkarte ist dazu beigegeben. — „Die Deutschen in der Moldau und Bukowina vom 14. bis 17. Jahrhundert“ behandelt ein Aufsatz von Dr. Raimund Kaindl, Universitätsprofessor in Czernowitz. — Nachrichten über die „Zahl und Stellung der Deutschen in Rio Grande do Sul“ giebt uns eine Abhandlung von Pastor Albert Funke in Halle. Eine Uebersicht über „die deutschen Schulen im Auslande“ liefert Dr. Gustav Lenz, Gymnasialprofessor in Darmstadt. Es folgen nun zwei eigenartige Darstellungen:

„Deutsche Gewinn- und Verlustliste für Nordschleswig 1901“ von Professor Paul Langhans und das gleiche für Oesterreich 1901 von Dr. Johann Zemmrich, Oberlehrer in Plauen (Vogtland). Die durch Besitzwechsel, politische und Gemeindewahlen usw. im Laufe des Jahres zugunsten oder zu Ungunsten des Deutschtums stattgefundenen, kommen in dem genannten Aufsatze zum Ausdrucke. — Zwei kurze Aufsätze, „Die Deutschen in Marokko“ von Dr. Theobald Fischer, Universitäts-Professor in Marburg, und „Die Deutschen in Chile“, von Dr. Karl Martin (wohnhaft in Südamerika) machen den Beschuß. Dem letztgenannten Aufsatze ist eine Verbreitungskarte der Deutschen in den chilenischen Provinzen beigedruckt.

Als Anfang bringt das Heft Nr. 1 noch eine 30 Nummern umfassende Bücherbesprechung über neuere Arbeiten zur Deutschkunde und eine Uebersicht des Inhaltes der neuen Zeitschriften, die verwandten Bestrebungen dienen.

Mit Recht schreibt der Herausgeber, daß die Schaffung der Zeitschrift „Deutsche Erde“ einen entscheidenden Schritt in der Deutschbewegung der Gegenwart bedeutet, indem es den auf Erhaltung und Erweiterung deutscher Art und Kultur gerichteten Bestrebungen wissenschaftliche Unterlagen liefert und dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Kulturgemeinschaft aller Deutschen einen festen Rückhalt gewährt.

Wir empfehlen unsern verehrten Lesern und Freunden das Unternehmen aufs wärmste zur Beachtung und Förderung*).

„Das ‚Berliner Tageblatt‘ kommt nicht in mein Haus,“ so sagte einmal — es ist schon lange her — unser jetzt regierender Kaiser, als er noch Prinz Wilhelm von Preußen hieß. — Wer denkt daran heute noch in der Aera Ballin, wo das genannte Blatt gelegentlich sogar einen Anstrich von Offiziosität zeigt und sich mit monarchischer Gesinnung brüstet. Aber der alte Judengeist lebt noch heute darin und guckt überall aus den Falten des Loyalitäts-Mantels. So lesen wir in Nr. 11 des „Ulk“, der „Witz“-Beilage des Mossieblattes folgende freche Verselei:

Veteranen.

Mir war nicht wohl, als ich es las:
Daß alte deutsche Veteranen
Im Herzen Fern-Amerikas
Dem Prinzen beugten ihre Fahnen.

Das sind die Mannen, die ihr Blut
Bei Wörth und Gravelotte verspritzten,
Die auf die Feinde schlugen gut
Und mit am Werk der Einheit schnitzten.

Das sind die Helden, die das Reich
Uns halfen in die Angeln heben,
Und die nun freudelos sogleich
Sich übers Weltmeer fortbegeben.

Wie hat der Druck der Mächtigen
Die Heimat ihnen wohl verleidet
Und sie der Lust am prächtigen,
Ruhmstarken Vaterland entkleidet!

Wie sahn sie sich wohl eng umpfählt
Und sahn, wie schwer die Ketten hingen,
Daß sie erschüttert und gequält
Die Freiheit drüben suchen gingen!

Nun grüßten sie, ein ganzes Heer,
Das einst im deutschen Krieg gewesen,
Den deutschen Prinzen überm Meer —
Mir war nicht wohl, als ichs gelesen . . .

F. E.

Daß dem Juden nicht wohl wird, wenn er vom Kriege liest, glauben wir. Aber dann soll er seinen Geifer anderswohin ausspucken, als gegen alte deutsche Soldaten, die den Enkelsohn ihres geliebten Kaisers und Kriegsherrn Wilhelm freudig begrüßen.

Sollte der langschnäbelige Dr. Ulk vielleicht davon gehört haben, daß es dem Prinzen Heinrich noch immer ein unsympathischer Teil der modernen Staatskunst ist, mit Juden an einem Tische zu sitzen?

Die Sozialdemokratie und der Meuchelmord. Den Mörder des russischen Ministers Ssipjagin verherrlicht der „Vorwärts“ also:

„Was über den Rächer des Knutenregiments des Zarenschergen Ssipjagin bekannt geworden ist, vermag die Sympathien

*) Bestellungen nimmt entgegen die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52, Paulstr. 15.

für den heldenmütigen Freiheitskämpfer nur zu erhöhen. Die Art, wie er seine That ausführte, verriet eine seltne Intelligenz und Geistesgegenwart. Und was über sein Betragen vor dem Kriegsgericht bekannt geworden ist, bestärkt den Eindruck, daß Balmaschew aus heiliger Ueberzeugung, unter dem Zwange eines heroischen Pflichtgefühls seine That vollbracht hat, nicht aus herostratischem Ehrgeiz. Kein Wort eitler Prahlerei ist über seine Lippen gekommen, schlicht und wortkarg beantwortete er die an ihn gerichteten Fragen, allen inquisitorischen Gelüsten setzte er ein unerschütterliches Schweigen entgegen. Die Antwort, die er dem Präsidenten des Kriegsgerichts auf die Frage gab, ob er denn wirklich keinen Komplizen bei der That gehabt habe: „Jawohl, einen Komplizen habe ich gehabt, das ist die russische Regierung!“ ist gradezu ein klassisches Epigramm.“

In Wilna hat ein Jude Hirsch Lekert einen Mordanschlag auf den Gouvernör, General-Leutnant von Wahl, zur Ausführung gebracht. Der General erlitt Verletzungen an der linken Hand und am rechten Fuß. Es steht noch nicht fest, ob der verhaftete Mörder den richtigen Namen genannt hat.

Die „Leipziger Volkszeitung“, die vorher unter der Leitung des Juden Schönlank stand und jetzt der russischen Jüdin Luxemburg gehorcht, bringt diese Nachricht unter der Spitzmarke „Die mißlungne Exekution“. Wörtlich heißt es denn in dem Artikel:

„Der leider aus der strafenden Hand eines Helden mit heiler Haut entkommne Wilnaer Gouvernör v. Wahl gehört zu der verächtlichsten Gattung der Schergen im Zarenreiche. Brutal, schmutzig, gemein, vereinigt er mit der Grausamkeit eines Raubtiers noch eine rein ‚menschliche‘ raffinierte Frivolität und erinnert darin an die Typen, wie sie nur noch die nach den entlegnen Kolonialgebieten verpflanzte europäische ‚Kultur‘ produziert. Diesmal war das heldenhafte Opfer des Lebens umsonst gebracht und das liebe ‚Publikum‘ half natürlich mit, den Rächer der mit Füßen getretnen Menschenwürde in die Krallen der Polizei zu bringen, aus denen er wohl nicht wieder herauskommt. Aber die einstweilen glücklich gerettete Kanaille wird sich hoffentlich den Fall doch als Warnung und als Mahnung merken, daß in Rußland die Zeiten der ungestraften Herrschaft von ihresgleichen denn doch ein für allemal vorbei sind. ‚Und die da niederdonnern muß, die Lawine kam ins Rollen!‘“

Die Namen der Meuchelmörder werden hoffentlich im nächstjährigen Kalender der „Genossen“ als sozialdemokratische Heilige prangen!

„Arme Reisende.“ Vor einigen Jahren bildete sich in Paris ein Verein unter dem Namen „Gesellschaft der Kaufleute“. Seine Mitglieder dürfen keine Almosen verabreichen, sondern müssen jeden Bedürftigen ihres Standes, der ihnen von irgendeiner Wohlthätigkeits-Anstalt zugewiesen wird, während dreier voller Tage zum Lohne von täglich vier Franks beschäftigen, vorbehaltlich dauernder Verwendung des Beschäftigten, soweit eine solche möglich ist. Die Ergebnisse sind: 727 Bewerbern wurden 727 Arbeitsangebote mit vier Franks Tagelohn zugewiesen. Von diesen 727 Bewerbern haben überhaupt 312 die Zuweisung entgegengenommen, und nur 174 haben an die ihnen bezeichnete Thür geklopft. Von 727 Bittstellern, die sich bereit erklärt hatten, jede Arbeit anzunehmen, drückten sich also ohne weiters 553, sobald man ihnen Arbeit zu vier Franks für den Tag angeboten hatte. Die andern 174 wurden in den Häusern aufgenommen, an die man sie gewiesen hatte. 37 verlangten, nachdem sie einen halben Tag gearbeitet hatten, zwei Franks, um ihr Mittagessen bezahlen zu können, und kamen nicht wieder zurück. 68 hatten den Mut, bis zum Abend zu arbeiten; sie erhielten 4 Franks, und erschienen nicht wieder. 51 trieben die Selbstüberwindung so weit, daß sie 2 Tage lang arbeiteten, aber diese Anstrengung hatte ihre Energie aufgebraucht, — sie wurden nicht mehr gesehn. 18 bestanden glorreich die Probe und blieben dauernd in den Häusern, wo sie vorläufig Aufnahme gefunden hatten. Unter jenen 727 Personen, die das öffentliche Mitleid angerufen hatten, befanden sich also nur 18, die den ernsten Willen hatten, zu arbeiten. Die 709 andern waren Faulenzer, die von der Ausbeutung der Wohlthätigkeit lebten.

Dies Ergebnis wird den Kenner großstädtischer Bettelei nicht überraschen.

Das Preis-Ausschreiben für Hammer-Lieder. Die eben erschienene Nr. 6 der Monatsschrift „Hammer“ berichtet über das Ergebnis des Preis-Ausschreibens für Hammer-Lieder folgendes: Von den zur engern Wahl zugelassenen 35 Gedichten ist das auf S. 147 (in Nr. 6 des „Hammer“) abgedruckte „Der Hammer“ als das beste anerkannt worden. Von der Erteilung des ersten Preises mußte jedoch abgesehn werden, da das Gedicht den vorgeschriebnen Umfang überschreitet. Als Verfasser ergab sich nach Oeffnung der mit einem Merkwort versehnen Kuverts, der Reichstags-Abgeordnete Max Liebermann von Sonnenberg, der denn auch bereitwillig sein Gedicht außer Wettbewerb stellte. Der Verfasser des zweitbesten Gedichts, Fritz Thor, verzichtete, weil der Redaktion nahestehend, ebenfalls auf einen Preis. Das Preisgericht hat daher die ausgesetzten Gesamtpreise von 300 Mark auf acht Gedichte verteilt, die nahezu gleichwertig erschienen, und zwar für die Gedichte mit folgenden Anfängen: 1. „Nicht mehr schwingt Thor den gewaltigen Hammer“ 50 Mark, 2. „Der Adler hoch in Lüften zieht“ 50 Mark, 3. „Klopfe laut und klopfe leise“ 50 Mark, 4. „Der Hammer war Dein bester Freund“ 30 Mark, 5. „Der junge Tag bricht durch die Bäume“ 30 Mark, 6. „Es flammt die Lohe, der Funke sprüht“ 30 Mark, 7. „Es ward von Dichtern oft der Pflug“ 30 Mark, 8. „Als dem Donnrer der letzte Wurf gelang“ 30 Mark.

Ferner wurden zum Abdruck angenommen: 9. „Nicht Balmung, Duridane“, 10. „Von allem Werktüg dat ick kenn“, 11. „Am glutenden Saum des Himmels sinkt“, 12. „Den einstens Thor auf Walhalls lichten Zinnen“, 13. „Nun ist, mein Rößlein, dein Huf bewehrt“, 14. „Eisern soll das Lied erklingen“.

Als Verfasser der preisgekrönten Gedichte ergaben sich nach den beigefügten Merkworten: 1. Fräulein Bertha Vogel in Guben, 2. Dr. Erich Bischoff in Leipzig, 3. Georg Persich in Altona, 4. Max Bewer in Dresden, 5. Joseph Buchhorn in Elberfeld, 6. Marie Holthausen in Veröcze (Slawonien), 7. Robert Seidel in Zürich, 8. Max Liebermann von Sonnenberg in Gr.-Lichterfelde.

Auch unter den nicht mit Preisen bedachten Gedichten findet sich viel tüchtiges, das verdient, erhalten zu werden. Der Verlag des „Hammer“ hat sich daher entschlossen, sämtliche zur engern Preisbewerbung zugelassnen 35 Gedichte in einem kleinen Hefte unter dem Titel „Hammer-Lieder“ vereinigt herauszugeben. Näheres wird nach Erscheinen mitgeteilt.

Ueber den deutsch-amerikanischen Schiffahrts-Vertrag sind den Aktionären der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Gesellschaft und des Bremer Lloyd Mitteilungen über die Vertragsbedingungen zugegangen, die der Aktionär-Versammlung demnächst zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Man kann zugestehn, daß unter dem Drucke der öffentlichen Meinung im Deutschen Reiche, die zuerst von agrarischer und antisemitischer Seite auf die uns drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden ist, eine Reihe von Bestimmungen in den Vertrag hineingebracht wurden, die einen Teil der von uns gehegten Besorgnisse mildert. So ist es z. B. dem Syndikat verboten, direkt oder indirekt Aktien der deutschen Schiffahrts-Gesellschaften zu erwerben und umgekehrt den deutschen Gesellschaften der Erwerb von Syndikats-Aktien. Eine Majorisierung der deutschen Gesellschaft durch großen Aktienbesitz der in die Hände von Morgan und seinen Strohmännern übergegangen ist, scheint also ausgeschlossen. Ferner tritt für die Dauer eines

etwaigen Krieges zwischen Amerika und dem Deutschen Reiche der Vertrag außer Kraft. —

Immerhin bleiben aber noch eine Menge Bedenken bestehn, ob nicht Landwirtschaft und Industrie im Deutschen Reiche empfindlichen Schädigungen durch die Frachttarife ausgesetzt sein werden. Es ist daher mit Dank zu begrüßen, daß der Abg. Graf Kanitz diese Angelegenheit zum Gegenstande einer Anfrage im Reichstage machen wird.

Mißerfolg einer Beamten-Genossenschaft. „Die Genossenschaft, die Wirtschaftsform der Zukunft" — dieses Schlagwort hat schon viel Unheil angerichtet, weil nicht selten die Genossenschaften nur als Kreditanstalten — oder einfacher gesagt: als Pumpgelegenheiten — von den Genossen betrachtet wurden. Und da solche Genossenschaften im Interesse eines hohen Umsatzes und um nach außen hin mit großen Zahlen aufwarten zu können, auch anstandslos ausgedehnten Kredit gaben, so blieb ihnen nichts weiter übrig, als ihre Waren ebenfalls auf Kredit zu entnehmen und damit von vornherein sich des Vorteils des Bareinkaufs zu begeben und vor allen Dingen sich zu Sklaven ihrer Lieferanten zu machen.

Kommen dann im Laufe der Zeit die unausbleiblichen Verluste oder halten die Käufer die Zahlungsfristen nicht inne, so muß die Genossenschaft sich noch bar Geld obendrein leihen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten und das ist gewöhnlich der Anfang vom Ende.

In dieser nicht beneidenswerten Lage befindet sich die „Wirtschafts-Genossenschaft des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten." Sie wurde am 8. Oktober 1899 ins Leben gerufen durch Uebernahme des bisher vom Postassistenten-Verbande selbständig betriebnen Warenhauses. Jedem Kenner der Verhältnisse war es klar, daß sich die neue Genossenschaft nur halten konnte, wenn mit der bis dahin geübten Geschäftspraxis des Verbands-Warenhauses vollständig gebrochen würde. Weist doch die erste „Vermögens-Uebersicht" der Genossenschaft neben einem Warenbestande von 186250 Mark insgesamt 548683 Mark ausstehende Forderungen auf, denen nur ein barer Kassenbestand von 10575 Mark gegenüberstand. Hunderttausend Mark schrieb deshalb der Verband auf seine Kosten von den Waren ab, schenkte also diese Summe der neuen Genossenschaft. Gleichzeitig wurde dieser noch ein Betriebskapital von 41656 Mark leihweise überwiesen, worin allerdings 25000 Mark für Inventar steckten.

Schon dreiviertel Jahre später, im Juni 1900, heißt es in einem Berichte des Geschäftsführers: „Seit einigen Jahren befindet sich der Verband ständig in einer Geldkalamität, deren Ursache auf die Ausdehnung der wirtschaftlichen Unternehmungen zurückzuführen ist. . . . Trotzdem die Mitglieder mit Bitten und Drohungen in der Zeitung und brieflich ständig angehalten werden, ihre Schuldverbindlichkeiten den Bestimmungen der Satzungen entsprechend zu erfüllen, verschlechtert sich das Verhältnis von Jahr zu Jahr. . . . Geht das so weiter, so überragen die ausstehenden Forderungen bald den Umsatz, namentlich wenn dieser wie 1899 nicht steigt, sondern zurückgeht."

Diese Befürchtung ist jetzt zur Thatsache geworden. Der Umsatz ist von 656136 Mark im Jahre 1899 auf 458841 Mark im Jahre 1901 gefallen, die ausstehenden Forderungen sind dagegen von 83,62 v. H. des Umsatzes im Jahre 1899 auf 100,1 v. H. im Jahre 1901 = 463218 Mark gestiegen. Die am 1. d. M. veröffentlichte Bilanz schließt für das Jahr 1901 mit einem Verlust von 45560 Mark ab, wodurch der Reservefonds und ein weiteres bares Darlehn des Postassistenten-Verbandes von 34000 Mark verloren geht. Der Aufsichtsrat beruft nunmehr zum 4. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über die Auflösung der Genossenschaft, Liquidation und Verkauf des Geschäfts beraten soll, wobei ausdrücklich betont wird, daß die Aktiva voraussichtlich ausreichen werde, um die Passiva zu tilgen.

Im Interesse der Genossen und der ganzen Standesbewegung kann man nur wünschen, daß diese Ansicht des Vorstandes sich als zutreffend erweisen wird — nach der Bilanz scheint es uns indes leider festzustehn, daß mindestens die Hälfte der von den Genossen eingezahlten Geschäftsanteile schon jetzt verloren ist.

Es zeigt sich hier wieder einmal, daß es vom Uebel ist, wenn Beamte sich in große Geschäftsunternehmungen einlassen; der Wettbewerb ist auf allen Gebieten so groß, daß es wahrlich nicht nötig ist, besondre Beamten-Warenhäuser zu gründen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Obwohl in Galizien fast die ganze polnische und ruthenische Gesellschaft antisemitisch gesinnt ist, hat bisher der Antisemitismus dort in der Oeffentlichkeit doch keine besondre Rolle gespielt. Der Grund davon liegt, wie die „Schlesische Ztg." mit Recht hervorhebt, jedenfalls darin, daß mehr als das halbe Land von den Juden finanziell abhängig ist. Eine alte polnische Anekdote besagt, daß, wenn in Polen eine allgemeine Judenmetzelei proklamiert werden würde, die Juden doch mit heiler Haut davonkommen würden. Jeder Schlachtzize würde nämlich zwar für die Judenvertilgung im allgemeinen stimmen, aber unter der Bedingung, daß man ihm zuliebe seinen Juden verschone; auf diese Weise könnte keinem Juden etwas geschehn. Eine andre Ursache, warum man die Juden in Galizien immer ärger wirtschaften ließ, lag in der polnischen Nationalpolitik der Schlachta. Die Schlachta wollte in keinem Falle zulassen, daß eine Verständigung zwischen den Juden und den Ruthenen zustande käme, weil dann diese beiden Elemente in manchen Bezirken die Oberhand erlangen müßten. Um nun ein Bündnis zwischen beiden zu hintertreiben, bot die Schlachta den Juden ihre Freundschaft an, und so ist der politische Schacher zu einer Landes-Ueberlieferung geworden. Hierin ist neuerdings jedoch eine bedeutsame Wendung bemerkbar. Das polnisch-jüdische Freundschaftsgebäude bekommt gewaltige Risse, und die Herren Schlachtzizen schlagen Alarm. Die Juden fangen nämlich an, ihnen über den Kopf zu wachsen und recht unbequem zu werden. In Krakau haben sie bei den letzten Gemeinderatswahlen zehn Mandate erobert, auch in Lemberg schicken sie sich an, neue Eroberungen zu machen. Was aber der Schlachta die größte Furcht einflößt, ist der Umstand, daß die gut disziplinierte jüdische Zionistenpartei auf dem vor einigen Tagen in Bielitz abgehaltnen Zionistenkongreß beschlossen hat, in die Landespolitik Galiziens auf der ganzen Linie thätig einzugreifen, dort, wo sie Aussichten auf Erfolg hat, selbständige Kandidaten für die autonomen Vertretungskörper aufzustellen, in andern Wahlbezirken aber gemeinschaftlich mit den Sozialisten vorzugehn. In dieser angekündigten Aktion sieht die Schlachta nicht mit Unrecht eine sehr große Gefahr für sich selbst und beginnt auf einmal, antisemitisch zu werden. Die konservativen polnischen Blätter erlassen einen Aufruf an die Gesellschaft, in dem sie diese auffordern, den Kampf gegen den Zionismus und den mit ihm verbündeten Sozialismus aufzunehmen und den herannahenden Sturm abzuwenden. Ein Feldzug der Schlachta gegen die Juden in Galizien — das ist jedenfalls eine recht interessante Erscheinung.

Mosaik.

Deutsche Kulturbestrebungen mit jüdischer Hilfe sind, wenn anders das „Berliner Tageblatt" recht unterrichtet ist, für die Provinz Posen geplant. Das genannte Blatt schreibt in der Nummer vom 24. Mai:

> Wie nachträglich bekannt wird, hat der Kaiser in der vergangnen Woche beim Reichskanzler diniert und dazu unter andern den Oberbürgermeister von Posen, Witting, einladen lassen. Die Unterhaltung betraf dem Vernehmen der „Nat.-Ztg." nach in der Hauptsache die deutschen Kulturbestrebungen in der Ostmark und den bevorstehenden Kaiserbesuch in Posen.

Herr Witting gehört der interessanten Familie an, in der leibliche drei Brüder drei verschiedne Familien-Namen führen: Witting, Wittkowski und Harden.

Die Titelsucht treibt merkwürdige Blüten! Dr. phil. Maurenbrecher, eine Hauptgröße im nationalsozialen Lager, hat sich verlobt; in der öffentlichen Anzeige setzt der glückliche Mann seinem Namen hinzu: „Sekretär des nationalsozialen Vereins, Stadtverordneter in Schöneberg bei Berlin." Der Herr Dr. phil. gehört noch in einige Vereine, damit seine Besuchskarte voll wird.

Die Amtstracht der evangelischen Geistlichen haben sich die Rabbiner der jüdischen Reformgemeinden in den Städten des Großherzogthums Hessen seit einigen Jahren angeeignet, und zwar bis ins einzelne (Chorrock, Bäffchen, Barett). Das hat schon viel Anstoß erregt. Man will jetzt versuchen, dem Mißbrauch ein Ende zu machen.

Der Reichstags-Abgeordnete Bassermann soll erklärt haben, daß er nicht mehr in Jena kandidieren würde. Ob er sich einen andern Wahlkreis ausgesucht hat, wissen wir nicht. Sollte er sich überhaupt vom parlamentarischen Leben zurückziehn, so dürfte die Ursache dafür wohl darin zu suchen sein, daß das Manchestertum in der nationalliberalen Partei wieder vollkommen die Führung erlangt hat. Uns kanns Recht sein. Je eher der kleine Tropfen sozialen Oeles, womit man jene Parteimaschinerie in den letzten Jahren zu schmieren sich bemüht hat, vertrocknet, um so eher wird das Räderwerk still stehn und zum alten Eisen geworfen werden. Ein Segen wäre es.

Judenweisheit. „Die jahrzehntelange Erfahrung in den Kulturländern beweist, daß die Hauptaufgabe des Handels, Ware billigst zu verschaffen und auf die rascheste und wohlfeilste Art in die Hände desjenigen zu leiten, der ihrer am meisten bedarf, am besten, einfachsten, sichersten und befriedigendsten durch den Terminhandel gelöst wurde.“ So orakelt Herr Dr. Alexander Horowitz in Wien in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, April 1902, S. 449.

Die Eigentumsfrage ist eine sehr schwer zu entscheidende. Auf der einen Seite hat jeder, den die Erde trägt, ein Recht darauf, daß sie ihn auch ernähre; auf der andern würde eine allgemeine Gütergemeinschaft unendlich viele Motive aufheben, die der indolenten Menschennatur notwendig sind, wenn sie nicht erschlaffen soll. Aber, ob es nicht ein Maß des Besitzes geben könnte!?

Der Großherzog von Baden empfing eine Abordnung der Zionisten, die neulich in Mannheim ihren Delegiertentag abhielten, in Audienz. Der Präsident der zionistischen Vereinigung für Deutschland, Dr. Bodenheimer (Köln), sprach dem Großherzog den Dank der Zionisten aus für das Wohlwollen, das er der Bewegung bisher bewiesen habe. Der Großherzog erwiederte, er halte es für seine Pflicht, die Bewegung zu unterstützen und er freue sich, daß früher vorhandne Mißverständnisse im Schwinden wären.

Den Nationalsozialen ist die in voriger Nummer erwähnte Thatsache, daß die freisinnige Volkspartei nur dann den Handelsvertragsverein unterstützen könne, wenn aus der Geschäftsführung die Herren Nationalsozialen beseitigt würden, sehr unangenehm. „Die Hilfe“ plaudert deshalb in schlecht verhehltem Aerger aus, daß die Freisinnigen in Schaumburg-Lippe ohne die Unterstützung des Kommerzienrats-Vereins verloren gewesen wären, und daß der Eintritt von drei freisinnigen Fraktions-Mitgliedern in den Ausschuß dieses Vereins nur wegen des großen Mangels an Geldüberfluß in der freisinnigen Wahlkasse geschehn sei. Gleichzeitig droht „Die Hilfe“ aber auch, durch nationalsoziale Gegenkandidaturen „die größere Hälfte“ der gegenwärtigen freisinnigen Mandate „zu zerstören.“ Hoffentlich kommt bei den nächsten Wahlen wenigstens ein Nationalsozialer in den Reichstag!

Vom Verdingungs-Unwesen. Für die Herstellung eines Gerüstes zur Ausbesserung des Turmes an der evangelischen Kirche zu Bonn war die niedrigste Forderung 2100 (einundzwanzighundert) Mark und die höchste 29453 Mark! —

Im neuen Volksbade zu Augsburg waren die Schreinerarbeiten für die Giebelfenster zu vergeben. Die Innung wollte sie für 2728 Mark und die außerhalb der Innung stehende Firma Mayer u. Sohn für 1280 Mark herstellen.

Vaterlandslose „Genossen“. Die sozialdemokratische „Tagwacht“ in Stuttgart bespricht in einem längern Artikel die angekündigte Aufhebung des Diktatur-Paragraphen in den Reichslanden, sie verrät dabei ihr „deutsches“ Herz folgendermaßen:

„Wozu der Jubel? Hat ein Volk, das unbefragt und gegen seinen Willen auf dem Wege der Gewalt vom Mutterlande losgerissen und lange Jahrzehnte hindurch unter eine brutale Zwangsherrschaft gebeugt wurde, Anlaß in Jubel auszubrechen und die Hand des fremden Eroberers zu küssen, wenn er in einer Anwandlung von Großmut die Fesseln löst, die es so lange tragen mußte?“

Schade, daß die „Genossen“ der „Tagwacht“ nicht zu den „geknechteten“ Deutschen Elsaß-Lothringens gehören, sie würden sonst sicher schon längst den schwäbischen Staub von ihren Pantoffeln geschüttelt und sich zu ihren französischen „Genossen“ begeben haben. Uns wäre bedeutend wohler, wenn wir solche Hunnenbrief-Erfinder loswürden!

Amerikanische Kindereien. Kaiser Wilhelm liebt es bekanntlich, Statuen zu schenken. In dankbarer Erinnerung an die gewaltsame Liebenswürdigkeit, mit der Prinz Heinrich in den Vereinigten Staaten aufgenommen worden ist, hat der Kaiser dem Präsidenten Roosevelt mitgeteilt, daß er dem amerikanischen Volke das Standbild Friedrichs des Großen verehren wolle, der dem neuentstandnen nordamerikanischen Freistaate lebhaftes Interesse entgegengebracht hat. Der Präsident dankte ganz korrekt dafür und teilte mit, daß er die erforderliche Genehmigung des Repräsentantenhauses einholen werde. Nun hat sich ein amerikanischer Hanswurst, Stephens (Texas), gefunden, der im Repräsentantenhause eine Entschließung einbrachte, worin erklärt wird, Amerika könne von keiner auswärtigen Nation eine Statue annehmen oder an einem Platz errichten, die einen König, Kaiser, Fürsten oder einen Machthaber darstelle, der über irgendeine Nation geherrscht habe oder herrsche. — Als ob jemals ein König, Kaiser oder Fürst im alten Europa sein Volk so ausgebeutelt hätte, wie es sich die Amerikaner von ihren Dollarkönigen gefallen lassen müssen.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September 1900 — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts“ sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hiedurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts“

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts“ beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.
Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R.
Friedrich Raab, M. d. R.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 29. Mai 1902. Nr. 719.

Die Deutschsoziale Partei und die bevorstehenden Reichstags-Wahlen.

1.

Die Zeit der neuen Reichstagswahlen rückt langsam heran, und allmählich beginnen die Wähler von dem politischen Halbschlummer zu erwachen, den die Einführung der fünfjährigen Legislatur-Periode nach sich gezogen hat. — Wenn wir auch bei unsrer Partei etwas mehr politische Regsamkeit als bei den übrigen staatserhaltenden Parteien während der langen wahllosen Zeit beobachten können, so hat doch auch für sie der Erfahrungssatz Geltung gehabt, daß zu lange Ruhe erschlaffend wirkt. Jetzt ist es Zeit, aufzuwachen, und an der Erfüllung der wichtigen Aufgaben mitzuarbeiten, die uns die nächsten Wahlen stellen. Sie werden eine Probe für die Lebensfähigkeit unsrer Deutschsozialen Partei sein.

Als Zeichen des neuerwachenden politischen Interesses mehren sich die Anfragen bei uns über die in Angriff zu nehmenden Wahlkreise, über die aufzustellenden Kandidaten, über Wahlorganisationen und Wahlvorbereitungen verschiedenster Art. — Die Beantwortung solcher Anfragen wird zumeist direkt erfolgen müssen, weil es verkehrt wäre, die Pläne und Absichten der Parteileitung ohne Not öffentlich kundzugeben. Darlegungen allgemeiner Art über die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen aber dürften in unsrer Parteipresse jetzt zu beginnen haben.

Zunächst eine Vorbemerkung über unsre Stellung zu den übrigen antisemitischen Gruppen. Wir werden nicht selten brieflich aufgefordert, die eine oder die andre politische Maßnahme der Reformer oder des Volksbundes zu kritisieren, die der Briefschreiber für falsch oder schädlich hält, und in letzter Zeit ist auch mehrfach uns gegenüber der dringende Wunsch geäußert, Stellung zu den äußerst heftigen persönlichen Angriffen zu nehmen, die das Blatt der Judenschutztruppe gegen das Schriftleitungs-Personal einer antisemitischen Tageszeitung gerichtet hat. — Wir würden es für sehr verkehrt ansehn, wenn wir derartigen Anregungen entsprechen wollten. Nur in der Abwehr etwaiger Angriffe von Seiten andrer Antisemiten gegen uns halten wir uns für berechtigt und verpflichtet, von dem Grundsatze „schiedlich — friedlich" abzusehn. Das ist ja grade der Sinn der Magdeburger Trennung gewesen. — Vor derselben war es eine manchmal garnicht [ab]weisende Gewissenspflicht, öffentlich gegen Handlungen von Parteigenossen oder Maßnahmen des Parteiregimentes Stellung zu nehmen, wenn man auf andre Weise die Mitverantwortung [für] eine befürchtete Schädigung der Gesamtpartei oder der gemeinsamen Sache nicht ablehnen konnte. Die daraus sich ergebenden fortgesetzten innern Reibungen schädigten die Arbeitsfreudigkeit hüben und drüben, so daß eine Scheidung notwendig wurde, deren Folgen jetzt auf beiden Seiten, wie es aus maßgebenden Erklärungen auf den Parteitagen usw. hervorgeht, wohlthuend empfunden werden.

Angriffe gegen die Reformpartei oder einzelne Personen aus ihren Reihen gehn uns nichts an. Wir haben deren Berechtigung nicht zu untersuchen, noch die Verteidigung der Angegriffnen zu übernehmen. — Wie die Reformpartei ihre Wahltaktik einzurichten gedenkt, ob sie viele oder wenige, ob sie konservative, liberale, sozialdemokratische oder Zentrums-Kreise anzugreifen beabsichtigt, ob sie allgemeine Wahlverständigung mit einzelnen Parteien suchen, oder nur von Fall zu Fall sich verständigen will, das alles ist lediglich ihre eigne Sache. Ob wir ihr Vorgehn für zweckmäßig oder unpraktisch halten, kann für sie ganz gleichgültig sein, und sie würde es sich mit Recht verbitten können, wenn wir ihre Maßnahmen kritisieren oder ihr unerbetne Ratschläge erteilen wollten. Genau das gleiche nehmen wir für uns in Anspruch.

Konflikte bei der Wahl zwischen unsrer Partei und den Reformern sind, wenn die oben entwickelte Auffassung auf beiden Seiten befolgt wird, theoretisch nur denkbar, wenn beide Parteien Absichten auf einen und denselben Wahlkreis haben sollten. — Soweit wir die Lage der Dinge überschen können, ist nicht zu befürchten, daß ein solcher Fall bei den bevorstehenden Wahlen eintreten wird. Schlimmstenfalls müßte der Kampf aber durchgefochten und möglichst lokalisiert werden.

Wir sehn es für die Zukunft des Partei-Antisemitismus als sehr zweckmäßig an, daß bei den nächsten allgemeinen Wahlen erprobt werden kann, welcher Weg zu Erfolgen führt. Der, den die Reformer einzuschlagen beabsichtigen, oder der unsrige. — Daraus kann man dann später sich Lehren entnehmen.

Wie in der Deutschsozialen Partei die bei den Wahlen zu lösenden Aufgaben angesehn werden, darüber wollen wir uns in einem zweiten Artikel aussprechen.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle, Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Konsul Köster †. In Heidelberg verstarb am 13. Mai der Konsul a. D. Herr Köster. Er gehörte eine Reihe von Jahren zu unsrer Partei und kandidierte mehrmals erfolglos zum Badischen Landtage. Der Umstand, daß er sich bei der vorletzten Landtagswahl ohne Rücksicht auf die Vorstellungen der Parteigenossen den Abgeordneten Ahlwardt zur Hilfe bei der Agitation kommen ließ, entfremdeten ihn der Partei und der totale Mißerfolg, den er dabei erlitt, verstimmte ihn so, daß er sich zurückzog und wieder mit der nationalliberalen Partei Beziehungen anknüpfte.

Aus Hessen. In dem Städtchen Gernsheim hat sich der Gerichtsschreiber Waas erschossen, nachdem Unregelmäßigkeiten in seiner Geschäftsführung festgestellt waren. Die Frankfurter „Kleine (Juden-) Presse" begleitet diese Nachricht mit den Worten: „Waas war ein enragierter Antisemit." — Das ist eine echte Judenlüge! Das Gegenteil ist richtig; der Tote ist wiederholt den Abgg. Köhler und Hirschel in öffentlicher Versammlung entgegengetreten und hat auch sonst stets seinen ganzen Einfluß gegen die Antisemiten eingesetzt.

Verband Westmark. Am 28. d. M. spricht Graf Reventlow (Wulfshagen) zu Gelsenkirchen in der Bismarckhalle (W. Althoff) vor der dortigen Ortsgruppe und vor geladnen Gästen über „Soziale Aufgaben, insbesondre die Bodenreform". Dasselbe Thema behandelt Graf Reventlow in öffentlicher Versammlung am 30. d. M. zu Köln (Rhein) und am 31. zu Duisburg. Der Reinertrag des letzten Vortragsabends ist für die Buren bestimmt.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in **Berlin** jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in **Braunschweig** jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in **Duisburg** jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in **Elberfeld** jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in **Erfurt** jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in **Frankfurt** (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in **Freiburg** (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in **Goslar** jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in **Halberstadt** jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in **Halle** (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in **Hannover** (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in **Kassel** jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in **Krefeld** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz;
in **Kuxhaven** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in **Mannheim** jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in **Münster** (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in **Nordhausen** am 30. in den „Drei Linden";
in **Weimar** jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Graf Pückler (Klein-Tschirne) wird angeblich seinen dauernden Wohnsitz im Auslande nehmen. Wir wünschen dem durchaus edel veranlagten Manne, dessen krankhafte Nervosität merkwürdigerweise den Leuten, die ihn veranlaßten in Versammlungen zu sprechen, völlig entgangen zu sein scheint, zunächst volle Genesung. Ihm wird dann wohl auch die Erkenntnis kommen, daß diejenigen es gut mit ihm gemeint haben, die ihn schon vor Jahren dringend warnten, die Irrwege weiter zu gehen, auf die man ihn verlockt hatte.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

In der Strafsache gegen 1) die Frau Kaufmann Ida Cohn, geborne Rosenthal zu Waldenburg, geboren am 23. Januar 1853 zu Mühlhausen in Thüringen, jüdisch, 2) den Kaufmann Julius Cohn zu Waldenburg, geboren am 21. Februar 1842 zu Minken, Kreis Ohlau, jüdisch, wegen Vergehens gegen § 15 des Reichsgesetzes vom 12. Mai 1894 hat die zweite Strafkammer des Königlichen Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 6. Dezember 1901 für Recht erkannt: Die Angeklagte Frau Kaufmann Ida Cohn geb. Rosenthal und der Kaufmann Julius Cohn, beide aus Waldenburg sind des Vergehens gegen § 15 des Reichsgesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 schuldig und werden deshalb je zu 500 (fünfhundert) Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu je 50 (fünfzig) Tagen Gefängnis verurteilt. Den Verletzten der französischen Gesellschaft Sociétè anonyme de la Distillerie de la Liqueur Bénédictine de l'Abbaye de Fecamp wird die Befugnis zugesprochen, binnen einer Frist von vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils den Urteilstenor durch einmalige Anzeige in der „Deutschen Destillatör-Zeitung" zu Berlin, im „Berliner Tageblatt" in der „Schlesischen Zeitung" auf Kosten der Verurteilten öffentlich bekannt zu machen. Die im Besitze der Verurteilten befindlichen Flaschen mit der Ausstattung nach Maßgabe der Probeflaschen Anlagen Nr. 4 und 5, wie sie in dem Flaschenbilde der Warenzeichen Nr. 33092, Nr. 33093 und Nr 37713 wiedergegeben ist, sind zu vernichten. Die Kosten des Verfahrens treffen die Angeklagten.

Ein „unduldsamer" Staatsanwalt. In dem Steckbrief gegen den frühern Hotelbiener (Auktionator) **Fritz Rosenberg** geboren am 30. September 1870 zu Breslau, der wegen Unterschlagung und Betruges verfolgt wird, sagt der Erste Staatsanwalt zu Breslau: „Der Genannte ist mittelgroß, untersetzt, er hat ein eingefallnes Gesicht, schmale Backen, grade spitze Nase, blaue scharfblickende Augen, spärlichen blonden Schnurrbart, **jüdisches Aussehen**". Diesen Staatsanwalt empfehlen wir dem verehrlichen Denunzianten-Verein; „jüdisches Aussehen" als besondres Kennzeichen — o Toleranz, wohin bist Du geschwunden!

Der Herr Synagogenvorstand. Das „Wormser Tageblatt" vom 21. Mai berichtet:

„Nach Verübung von Wechselfälschungen im Betrage von über 200000 Mark ist der Inhaber der Kolonial- und Materialwarenhandlung sowie Leiterfabrik **Adolf Sinsheimer**, Friedrichsstraße Nr. 20, flüchtig gegangen. Derselbe war noch am 14. d. M. in den Vorstand der isr. Religionsgemeinde gewählt worden.

Sinsheimer ist schon lange wegen seiner Unzuverlässigkeit in allen geschäftlichen Beziehungen bekannt gewesen. Die vielen Prozesse, die er führte, ließen die greuliche Unordnung in seinen Büchern und seiner kaufmännischen Korrespondenz auffallen. Daß bei dieser Art der Geschäftsführung Schwierigkeiten entstehn würden, war längst allgemeine Meinung. Es ist zweifellos, daß die kommenden Untersuchungen nicht nur die Wechselfälschungen, sondern auch Vergehungen gegen das Konkursgesetz und sonstige Strafgesetze ergeben werden. Es kann nur die Hoffnung ausgesprochen werden, daß es gelingen möge, den Mann selbst zur Verantwortung zu ziehn und dadurch den verwirrenden Einfluß auf die Verhältnisse andrer Personen möglichst einzuschränken."

Wir glauben nicht, daß sich die Hoffnung des „Wormser Tageblattes" erfüllen wird. Dafür ist der „Große Judenbund" an den Grenzen zu gut organisiert und erleichtert derartigen Auslandsreisenden das Verschwinden. — Wenn man den Herrn Sinsheimer aber doch faßt? Nun, dann bezieht er für einige Jahre ein Zuchthaus, wird dort koscher, womöglich auf der Krankenstation verpflegt und wenn die Prüfungszeit vorüber ist, wird er aufs neue in den Synagogenrat gewählt.

Abraham Moses aus Leipzig reiste in Hessen umher, gab sich fälschlicher Weise als Vertreter eines Frankfurter Lichtbildners aus und nahm entsprechende Aufträge an. Da Abraham schon öfter mit dem Gerichte zu thun hatte, erhielt er diesmal von dem Landgericht zu Darmstadt 15 Monate Gefängnis.

Ausgewiesen wurden aus dem preußischen Staatsgebiete der Schneider **David Rosenblatt** aus Rußland, **Emanuel Steinberger** aus Mähren und der Leierkastenspieler **Hirsch Traumann** aus Kalisch (Polen).

Steckbriefe. Die am 6 Februar 1885 hinter die Handlungsgehilfen **Siegfried Lesczlner**, **Mayer Josef Moszkiewitz** al. **Joseph** und Löser **Robert Aron** vom Staatsanwalt zu Breslau erlassnen Steckbriefe werden jetzt erneuert.

Ein nobler Reisender. Der Hopfenhändler **Stefan Hellmuth** zu Nürnberg versuchte mit schon einmal benutzten Fahrkarten eine neue Reise zu vollenden, was indes entdeckt wurde, so daß der schlaue Semit vierzehn Tage brummen und 600 Mark Geldstrafe zahlen darf.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Die Judenfrage als Frage des Rassencharakters und seiner Schädlichkeiten für Völkerexistenz, Sitte und Kultur; mit einer denkerisch freiheitlichen und praktisch abschließenden Antwort, von Dr. E. Dühring 5. umgearbeitete Auflage. Nowawes-Neuendorf bei Berlin 1901. 156 Seiten. 3 Mark.

Das im Jahre 1880 zum ersten Male herausgegebne Buch verdient besonders insofern Beachtung, als es mit Schärfe betont und des nähern auszuführen sucht, daß die Verschiedenheit des jüdischen von dem arischen Rassencharakter der eigentliche Grund der aus dem Leben der Juden unter den arischen Völkern sich ergebenden Unzuträglichkeiten ist. So richtig auch diese Auffassung sein dürfte, kann doch den Aeußerungen des Verfassers zu einzelnen Punkten keineswegs immer zugestimmt werden. Z. B. erscheinen seine Ansichten, daß ein Christ kein ernsthafter Antisemit sein könne, und daß die gänzliche oder teilweise Ausschließung der Juden von gewissen öffentlichen Aemtern keine Bedeutung mehr habe, unzutreffend. Der vom Verfasser empfohlne, übrigens nicht mit hinreichender Deutlichkeit bezeichnete Weg zur Bekämpfung des Einflusses der Juden wird für sich allein schwerlich zum Ziele führen. F. B.

Vereins- und Versammlungsrecht wider die Koalitionsfreiheit: Referat, dem Ausschusse der Gesellschaft für soziale Reform erstattet von F. Tönnies. Heft 5 der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform. Jena 1902. 59 Seiten. Preis 40 Pf.

Der Verfasser legt auf Grund vorgekommner Fälle dar, wie das Vereins- und Versammlungsrecht von den Verwaltungsbehörden und Gerichten vielfach, namentlich in Preußen, Sachsen, Sachsen-Weimar und Elsaß-Lothringen, in einem den Arbeitervereinigungen feindlichen Sinne ausgelegt und gehandhabt wird. Man kann seinen gut durchdachten Ausführungen für die meisten Fälle zustimmen. F. B.

Die **Totentanznummer des „Scherer"** (Nr. 21 vom 25. Mai) zeigt den Tod in alter und neuer Form und besonders zeichnen diese Nummer vorzügliche novellistische Beiträge aus. Die Vision „Seliges Sterben" schildert den Untergang eines Kirchleins mit tiefer symbolischer Bedeutung. Treffende Satiren sind „A schene Leich" und „Leichenfeier in Holleschau", welch letztere das vielgerühmte Gefühlsleben des „auserwählten" Volkes in richtigem Lichte zeichnet. Das Titelblatt zeigt den Tod, wie er die Drahtpuppen des Welttheaters lenkt und eine famose Leiste des **Malers** Schmidhammer stellt den Totentanz der österreichischen **Minister** in unnachahmlicher Weise dar.

Gobineaus Rassen-Philosophie. (Essai sur l'inégalité des races humaines.) Dargestellt von Dr. **Paul Kleinecke**, **Oberlehrer** am

Kgl. Französ. Gymnasium zu Berlin. 5½ Bogen 8°. Preis 1,50 Mark.

Der große Gedanke, den Gobineau zuerst gefunden und schon vor Darwin verkündet hat, daß die Menschheits- und Kulturgeschichte im Lichte der Rasse zu betrachten sei, ist in seinem bedeutendsten Werke, dem „Essai sur l'inégalité des races“, niedergelegt.

Der Verfasser will mit seinem Buche eine schnelle und bequeme Kenntnisnahme des Inhalts dieses grundlegenden Werkes ermöglichen, das in der Uebersetzung von Schemann jetzt vollständig vorliegt, und von allen denen, die Gobineau noch nicht kennen, einen Hauch von dem Geiste dieses gewaltigen Denkers vermitteln. Wiederholt empfehlen wir bei dieser Gelegenheit die Schemannsche Uebersetzung, die in vier Bänden broschiert 17 Mark, gebd. 21 Mark kostet. Sie erscheint auch in 34 Lieferungen zu je 50 Pfennig. (Vgl. Nr. 678 u. f.)

Die katholische Moral, ihre Methoden, Grundsätze und Aufgaben; ein Wort zur Abwehr und zur Verständigung von Prof. Dr. J. Mausbach in Münster; 2. vermehrte Auflage. Köln 1902, Kommissionsverlag von J. P. Bachem. 178 Seiten, Preis 2,50 Mark, geb. 3,20 Mark.

Die drei Kapitel des Buches handeln im Einzelnen von der Stellung der Kasuistik in der katholischen Moral, von der katholischen Gesamtauffassung der Sittlichkeit und dem Protestantismus, sowie von den Aufgaben der Moraltheologie in der heutigen Zeit. Jedem, der sich über die behandelten Gegenstände genauer unterrichten möchte, kann das in klarer, gefälliger Sprache geschriebne Buch bestens empfohlen werden.

F. B.

Agrar- und Industriestaat; die Kehrseite des Industriestaats und die Rechtfertigung agrarischen Zollschutzes mit besondrer Rücksicht auf die Bevölkerungsfrage. Von Prof. Adolph Wagner. Zweite, großen Teils umgearbeitete und stark vermehrte Auflage. Jena 1902. 223 Seiten; Preis 3 Mark.

Die 2. Auflage des in diesen Blättern am 21. November v. J. besprochnen Buches ist in der That großen Teils umgearbeitet und stark vermehrt. Die in der ersten Auflage sich findenden mehr persönlichen Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialen und dem Prof. Brentano in München sind teilweise weggeblieben. Dafür haben in allen Abschnitten des Buches Erweiterungen stattgefunden. Seine Stellung zur Bevölkerungsfrage hat der Verfasser jetzt noch weiter entwickelt und begründet. Sehr erweitert hat er besonders den Abschnitt „zur industriellen und Welthandelsfrage“, und er hat im Anschlusse hieran einen völlig neuen, umfassenden Abschnitt über „den britischen Ausfuhrhandel — eine Warnung für das Industriestaatssystem“ hinzugefügt. Alle Freunde einer vernünftigen Agrarpolitik seien auf das Buch nochmals hingewiesen. F. B.

Die heutige Einkommensbewegung und die Aufgabe der Volkswirtschaft. Von E. Bernstein. Berlin 1902. Verlag der sozialistischen Monatshefte. 41 Seiten; Preis 50 Pfennig.

Der Verfasser sucht darzuthun, daß das Streben des Sozialismus nach einer andern Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums berechtigt ist. Er geht hierbei davon aus, daß der Zweck der Gesellschaft die Herstellung und Verbürgung des jeweilig höchstmöglichen materiellen und geistigen Wohlstandes aller ihrer Mitglieder ist, und dazu die Aufgabe der Volkswirtschaft darin besteht, den gesellschaftlichen Reichtum auf seine höchstmögliche Stufe zu bringen. F. B.

Restauration und Revolution. Von Dr. R. Schwemer. Geh. 1 Mark, geb. 1,25 Mark. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 37 Bändchen.) Leipzig 1902.

Die Arbeit behandelt das Leben und Streben des Deutschen Volkes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie verzichtet auf die Darlegung der breiten Masse des Stoffes und will nur die großen Richtlinien der Entwicklung abstecken, sie versucht dabei Ideen und Geschehen in die großen europäischen Zusammenhänge einzuordnen. Sie will mehr erinnern, andeuten, anregen, als eigentlich erzählen und führt in knappen Skizzen, die übersichtlich geordnet sind, von dem ersten Aufleuchten des Gedankens des nationalen Staates bis zu dem tragischen Sturze aus den Wolkenhöhen des politischen Idealismus, der sich in der Mitte des Jahrhunderts vollzog. Sie entläßt den Leser mit der erneuten und vertieften Erkenntnis der Wahrheit, daß das Volk wohl die Lösung der deutschen Frage vorbereiten, die Lösung selber aber nicht bringen konnte, und sie will mit der verstärkten Empfindung des Dankes für die wunderbare Wendung des Geschickes erfüllen, die schließlich in Bismarck den Mann des politischen Realismus, den genialen Mann der That kommen ließ, der das Deutsche Volk und seine Fürsten in dem Deutschen Reiche wieder zusammenführte. Mit dem sicheren Gang des Gelehrten leitet der Verfasser, ohne das schwere Gepäck der Quellenangaben und Zahlen mitzuschleppen, sicher und leicht durch ein halbes Jahrhundert deutschen Lebens, indem er mit geistvoller Auffassung und ruhiger Hand die großen Richtlinien der geistigen und politischen Richtung hinzeichnet.

Briefkasten.

Prenzlau, Hamburg, Wittenberge, Dresden usw. Wir nehmen dankend Kenntnis von der Thatsache, daß die Familie Dibelius nachweisbar bis zum Großvater des jetzigen D. Dibelius (Dresden) christlich-deutsch gewesen ist.

Weimar. Die Fortsetzung fehlt leider!

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 5. Juni 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 720.

Wochen-Spruch.

Die Juden haben sich bei ihrer Eigentümlichkeit bis auf den heutigen Tag erhalten. Ihr Prinzip, ihr Gott, ist das praktischste Prinzip von der Welt — der Egoismus und zwar der Egoismus in der Form der Religion.

Ludwig Feuerbach, „Das Wesen des Christentums", 2. Auflage, 7. Band.

Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder.

In London herrscht Freudentaumel. Man darf Friedensfeste feiern. Die tapfern Buren haben sich dazu verstanden, die Unterwerfungs-Akte zu unterzeichnen. Was blieb ihnen auch schließlich andres zu thun übrig. Die Regierungen der „Kulturstaaten" hatten unzweideutig eine nach der andern bewiesen, daß sie dem kulturschänderischen Treiben der Engländer in Südafrika keinen thatkräftigen Widerstand entgegenzusetzen wagten. Das gegenseitige Mißtrauen der „zivilisierten" Völker untereinander verhinderte, daß ein gemeinsamer Schritt zum Schutze des Völkerrechtes geschehn konnte, des Völkerrechtes, dem **England** durch seine Art der Kriegführung Hohn sprach. Nur vollkommne Narren können heute noch daran glauben, daß ein europäisches Schiedsgericht zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten möglich wäre. Der Haager Kongreß erscheint, von dem südafrikanischen Brande beleuchtet, als eine ungeheuerliche Farce und der blamierteste aller Europäer ist der Zar aller Reußen, der einst die Anregung zu jenem diplomatischen Ueberbrettl gab.

Die Falschheit herrscht und die Hinterlist bei dem feigen Menschengeschlechte!

England, dessen an Zahl gewaltige Söldnerschar von dem kleinen Volksheere der Buren ungezählte Niederlagen erlitten hat, spielt sich als Sieger auf und König Eduard verleibt die Burenfreistaaten seinem „Weltreiche" ein. Er nimmt stolz die Glückwünsche seiner gekrönten und ungekrönten Vasallen entgegen.

Daß übrigens der König das Hauptverdienst am Zustandekommen des Friedens hat, kann nicht bestritten werden. Er wollte bei der sorgfältig eingeübten Krönungszeremonie demnächst nicht in seinem Gemüte gestört werden durch die Fortdauer der Greuelthaten in Südafrika. Er fürchtete wohl, daß ihm die Geister Scheepers und andrer ermordeter Burenführer beim Krönungsmale, wie weiland Banquos Gespenst dem Makbeth, erscheinen würden. Wird er nun aber auch den Mut und die Macht haben, die unheilvollen Männer aus seiner Regierung zu entfernen, deren blutrünstige Drohungen er zunichte gemacht hat, indem er den Buren erträgliche Friedensbedingungen anbot? Werden die Chamberlain, Milner, Kitchener und andre verschwinden und Männern Platz machen, deren Gewissen reiner sind?

Mit welchen weitgehenden Zugeständnissen den Burenführern die Unterschriften für den Friedensschluß abgeschmeichelt sind, wird man wohl erst langsam und allmählich in vollem Umfange erfahren. Wahrscheinlich erst dann, wenn bittre Klagen von Südafrika zu uns herübertönen werden, daß die Engländer vertragsbrüchig geworden sind. — Vielleicht bricht dann, unter günstigern Voraussetzungen der allgemeinen Weltlage, für die Buren doch noch ein Tag der Vergeltung und der Freiheit an.

Europa wird ja nun wohl bald die Früchte seiner jammervollen Schwachheit ernten, vorzugsweise das Deutsche Reich, dessen „wohlwollender Neutralität" England es hauptsächlich verdankte, daß es den Rücken frei behielt. — Vielleicht wird es uns bald von den Sorgen um unsern afrikanischen Besitz befreien. Es liegt ja jetzt in enger Umarmung von englischem Besitz umschlossen. — Und wenn wir mit andern Großmächten in Verwicklung geraten sollten, wozu unsre lieben Vettern jenseits des Kanals gewiß ihr bestes thun werden, dann werden wir zum wer weiß wie vielten Male erfahren, was englische Bundesgenossenschaft bedeutet.

Wer ist nun eigentlich der Sieger in jenem eben zu Ende gegangnen Kriege? Die Buren sind es nicht, trotz aller Einzelerfolge, trotz allen Heldenmutes und allen Gottvertrauens, und wenn sie auch schließlich den Engländern Friedensbedingungen abgerungen haben, die Mr. Chamberlain und Mr. Kitchener noch vor kurzem hohnlachend als unmöglich erklärt hatten.

Die Engländer Sieger zu nennen, deren militärische Ohnmacht in beschämendster Weise vor aller Welt bloßgestellt ist, wäre eine große Geschmacklosigkeit.

Wer ist also Sieger?

Sieger ist der Dämon geblieben, der den Krieg entfacht hat. Der König Mammon, der das Gold der Randgebirge in Transvaal braucht, um seine Weltherrschaft zu befestigen. — Ein germanisches Edelvolk ist hingemordet. Die Farmen sind verbrannt, die Herden vernichtet; die unmündigen Kinder sind zu tausenden elend verkommen, Frauen und Mädchen zum großen Teil geschändet und moralisch zu Grunde gerichtet. Die überlebenden Kämpfer sind der Friedensarbeit entwöhnt, verbittert und in ihrem frommen Glauben erschüttert, der ihre Stärke war, denn sie können den Ausgang des Krieges nicht mit einer ewigen Gerechtigkeit in Einklang bringen.

Aber die Goldminen und Diamantengruben kommen wieder in Betrieb, die Aktien gehn in die Höhe und das Goldjuden-Gesindel strömt aufs neue in das Land. Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder.

Phrenologie und Physiognomik.

Die in Nr. 718 erschienene dankenswerte Abhandlung über Physiognomik und Phrenologie bietet mir als ausübender Vertreter der Kopfformenkunde eine willkommne Gelegenheit, dem geneigten Leser aus meinem persönlichen Erfahrungsschatz einiges zu unterbreiten. Ich bezwecke damit, daß die Phrenologie nach und nach die sympathische Aufnahme finden möge, die sie in Wirklichkeit verdient.

Ich weiß, daß manche glauben, die Phrenologie bewege sich nur in allgemeinen Redewendungen.. Dies mag vielleicht zutreffen, bei solchen „angeblichen" oder „neugebacknen" Phrenologen, die sich erst seit kurzem mit dieser Wissenschaft beschäftigen. Bei ihnen ist der Eifer und der Enthusiasmus leicht größer, als die wirkliche Erfahrung auf diesem Gebiete. Denn so leicht

ist die Sache nicht, das innerste Ich eines fremden Menschen in einem Zeitraum von 15 Minuten in allen Einzelheiten klar zu legen. Auch kennt man die Phrenologie viel zu wenig; es müßte viel mehr „bewährte" Vertreter diese Lehre geben, erst dann kann man sich von ihr ein verständiges Bild machen.

Man weiß noch gar nichts von ihren positiven Ergebnissen; und solche möchte ich dem Leser in dieser Abhandlung vorführen. Sie werden zweifellos dazu beitragen, die Phrenologie populär zu machen. Um dies zu erreichen, dazu wäre freilich erforderlich, daß die Phrenologie von recht vielen Seiten erörtert würde.

Ich will zur Einführung der Phrenologie zunächst das Thema „Kopfmaße" wählen.

Beginnen wir mit den Kopfmaßen der Kinder. Das mittlere Maß für dreijährige intelligente Knaben ist 49 Zentimeter, mit 5 Jahren 51 Zentimeter; mit 6 bis 7 Jahren 52 Zentimeter. Ein Knabe, der im zehnten Lebensjahre in das Gymnasium eintritt und erfolgreich von Klasse zu Klasse emporsteigt, muß nach meinen Erfahrungen 53 Zentimeter Kopfumfang haben. Aber dieses stattliche Maß will nicht viel heißen, wenn die Nervenbeschaffenheit eine mangelhafte ist. Ein sehr hoher Prozentsatz der angehenden Gymnasiasten hat nur 52 Zentimeter, und manche sollen es sogar mit 51½ Zentimeter gewaltsam zwingen. Diese Letztern reiben sich meistens bedenklich auf und bleiben in den obern Klassen trotz Nachhilfestunden stecken.

Gymnasiasten der höhern Klassen haben bereits 55 Zentimeter, und solche, die schon vorher überzeugt sind, daß sie das Abiturium mit Auszeichnung bestehn werden, haben häufig 56, 56½ und 57 Zentimeter. Darüber hinaus wird dann der Kopf wohl nicht mehr viel wachsen. Doch kann ein solch regsamer Geist in den vierziger Lebensjahren den stattlichen Kopfumfang von 60 und 61 Zentimetern erreichen. Und derartige Köpfe sind dann die „führenden" Geister in ihrem Wirkungskreise.

Sind sie einfach und regelmäßig in ihren Lebensgewohnheiten, sind sie in ihrer Jugend nicht verzärtelt und nicht verzogen worden, so daß sich bei ihnen jener Größenwahn nicht einstellt, der sich gern für etwas bessers hält, dann läßt sich ein ersprießliches Arbeiten erwarten. Und darunter verstehe ich, daß ihr Moralgefühl sie antreiben wird, ihr Denken in den Dienst der Gemeinsamkeit zu stellen.

Ist derselbe Kopf aber an Schwelgereien gewöhnt, die merkwürdigerweise die Eitelkeit und die Selbstliebe übermäßig anregen, während die Teile, die das scharfsinnige Denken begünstigen, systematisch beduselt werden, so entbehrt notwendigerweise der Gedanken- und Ideen-Erzeugungsapparat jener Klarheit, die für ein wissenschaftliches und logisches Denken unerläßlich ist. Auch drängt bei solchen schlechten Gewohnheiten gewöhnlich sinnliche Liebe für das „ewig Weibliche" jede wirklich ernste Arbeit in den Hintergrund. Dergestalt geartete Leute brauchen dann viel zu viel, sie machen den Bauch und die Liebe zu ihrem Gott und schließlich kommt der Griff in die Kasse. Wir hätten lange nicht soviel Bankkrachs, würden die Direktoren nicht so große Ansprüche an das Leben stellen.

Aus denselben Gründen muß es stark bezweifelt werden, ob unser Offizierkorps in einem spätern Kriege dieselbe Schneidigkeit entwickeln wird, als es 1870 gezeigt hat. Manche Offiziere leben viel zu luxeriös, und die Folge davon ist jene Verweichlichung und Demoralisation, die man beim französischen Offizierkorps so gern bemängelt.

Daß die Brutalität etwas mehr in den Vordergrund treten dürfte, glaube ich gern. Sie ist stets da zu finden, wo die Einsicht fehlt. Jeder sucht sich eben zu helfen, so gut er kann, um sich nicht zu blamieren.

Diejenigen, die als „harmlos" gelten, und in dem alten Gleis ruhig weiter treten und keine Eile haben, vorwärts zu kommen, interessieren uns vielleicht weniger. Wir setzen voraus, und der Phrenolog kann es bestätigen, daß ihre Köpfe kleiner sind, und die „Kraft" ihres Denkens so alltäglich als ihre Beschäftigung ist, in der sie mit einem „Wochenlohn" zufrieden sind.

Ich bringe deshalb auch nur die Kopfmaße derer, die im Leben etwas vorstehn und sich aus „eigner Kraft" aus ihren bescheidnen Lebensverhältnissen „herausgerissen" und „emporgearbeitet" haben. Es sind also die Maße von „Selfmade Men", wie sich mancher von ihnen mit gerechtem Stolz nennt. Das Alter dieser Männer schwankt zwischen dem 37. und 50. Lebensjahre — also die Jahre der höchsten geistigen Leistungsfähigkeit.

Einige unter ihnen haben 56 Zentimeter. Dies scheint für größere und „selbständige" Verhältnisse das Mindestmaß zu sein. Dieser Umfang repräsentiert bereits einen großen Kopf; doch wird man bei tüchtigern Denkern, selbständigen Unternehmern usw. wohl mindestens 56½ bis 57 Zentimeter antreffen. Ich finde dann ferner die Maße 57½ bis 58 Zentimeter bei Gewerbetreibenden größern Stils ziemlich häufig vertreten. In einigen Fällen sogar 59 Zentimeter. Als eine große Ausnahme muß ich es jedoch bezeichnen, wenn das Maß 60, 61 und 62 Zentimeter aufweist*).

Aber nicht immer kommt es auf den Gesamtumfang an, sondern auf die Ausbildung einzelner Gruppen. Ich habe deren sieben aufgestellt. Daß hierbei eine Generation hindurch gepflegte Eigenschaft, sagen wir z. B. Sammelsinn, Handelsgeist usw. in den Kindern in verstärktem Maße zum Ausdruck gelangt, wird nach den bekannten Gesetzen der Vererbung niemand bezweifeln.

„Bedenklich" erscheint die Phrenologie wohl nur dem Freund dieser Wissenschaft, dem es noch nicht gelungen ist, sich hineinzuarbeiten. Dazu wäre die „führende" Hand des Fachmannes erforderlich. Der Phrenolog hat es in dieser Beziehung noch leichter, als der Arzt; dieser wird gar oft wünschen, daß eine Thür vorhanden wäre, die sich aufmachen ließe, um das Innere des Körpers zu ergründen. Der Phrenolog dagegen hat es mit greif- und sichtbaren Formen zu thun, die sich nicht verstecken und auch nicht verstellen lassen

Der Kopfbau verrät klar und deutlich die angebornen Anlagen, also was ein Mensch werden kann. Was er bis zu einem gewissen Tage geworden ist, das allerdings zeigt uns die Physiognomik. Sie ist eine Hilfswissenschaft, ein Ornament, während die Phrenologie das Fundament darstellt. Sie ist für die Beurteilung so wichtig, als dem Touristen der Bergstock. Ohne ihn wäre sein Gang unsicher und schwankend.

Mein Vorgänger, Dr. Scheve, vertrat die Ansicht, daß man für die Grundvermögen Namen wählen müsse, die der großen Masse fremd sind, alsdann würde sich die Phrenologie mehr in wissenschaftlichen Kreisen bewegen; die volkstümlichen Namen dagegen könnten die Wissenschaft leicht auf die Gasse bringen. Und so entstanden sein Oppostal für Kampfsinn, Amikatal für Freundschaft, Bonital für Wohlwollen, Cautal für Sorglichkeit, Acquisital für Eigentumssinn usw.

Ich halte diese Benennungen für zu trocken, das Publikum nimmt sie einfach nicht an. Und für wenige Wissenschaftler ist die Phrenologie doch nicht bestimmt.

Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, sie soll dem einfachen Mann Gelegenheit geben, sie zu verstehn, damit er an sich selbst erziehlich arbeiten kann. Daß Dr. Gall mit einigen Namen wie z. B. Diebessinn, Zerstörungssinn nicht grade Glück gehabt hat, muß zugegeben werden. Aber Unrecht können wir ihm nicht geben. Und bei den schöngeistigen Damen, die für derartige schlechte Eigenschaften viel zu hoch stehn, konnte Gall seine Studien nicht machen. Dazu mußte er diejenigen aufsuchen, die sich in ihren Begierden wild gehn ließen.

Es gehört thatsächlich ein gewisses Raffinement dazu, um sich mit der Phrenologie beim Publikum einzuschmeicheln. Das Wissenschaftliche an der Sache will man gern entgegennehmen, aber, wohlverstanden, nur in einer Form, die den Leuten auch

*) Interessante Aufschlüsse über die Breite, die Länge des Kopfes, sowie über die Stirnentwicklung aller Altersstufen bietet die tabellarische Aufstellung der Kopfmaße in dem Buch des Verfassers: Die Phrenologie als Erfahrungswissenschaft, ihre wissenschaftliche Berechtigung nachgewiesen. Preis 60 Pfennig direkt von M. W. Ullrich, Berlin NO 43, Friedenstr. 106.



genehm ist. Und unser nervöses Zeitalter kann keine kräftigen Ausdrücke vertragen.

Hier ein Beispiel. Ich war vor kurzem von einer Gräfin gebeten worden, in ihrem Hause einige Diagnosen zu machen. Drei Damen waren anwesend. Einer sagte ich ganz beiläufig: „Sie haben Verheimlichungstrieb." Fast krampfhaft wogte ihre Brust, der ganze Körper machte eine Wendung nach rückwärts, als wollte er sich verkleinern, und mit einem angsterfüllten Blick sah sie mich an. Es kam ihr zu schrecklich vor, daß sie einen Verheimlichungstrieb haben sollte. Ich sah sofort, daß ich in der Wahl des Wortes ungeschickt war, und besaß Geistesgegenwart genug, schnell zu sagen: „Ich meine Taktgefühl." Als hätte ich ein gütiges Zauberwort ausgesprochen, so fühlte sie sich erleichtert, und mit einem dankbaren Blick sagte sie: „Ja, das habe ich." Und diese Dame war nicht einmal nervös; sie war vielmehr der Typus der Gesundheit, brachte sie es doch fertig, bei gutem Wetter zwei bis drei Stunden täglich zu Pferde zu sitzen.

Ja, wenn man jedem, der sich für die Phrenologie interessiert, eine Tabelle mitgeben könnte, die die Grundkräfte noch näher erörtert, dann wären alle Mißverständnisse schnell beseitigt. Auf meinem farbigen phrenologischen Kopf habe ich diesem Bedürfnis Rechnung getragen, so ist z. B. die Funktion des Mutsinns durch folgende Beiwörter erklärt: Unternehmungsgeist, resolutes Wesen, Herausforderung, Hohn, Angriff, Verteidigung, Kühnheit, Dreistigkeit, Kaltblütigkeit, Streitsucht, Beschützung.

Das erklärt wenigstens den Kampfsinn.

Viele Menschen begehn leider den Fehler, über ein Wissensgebiet abfällig zu urteilen, weil ihnen einiges darin nicht zu passen scheint; während sie, genau genommen, erst den Fachmann hätten aufsuchen müssen, um sich bei ihm Klarheit zu holen.

Man hackt immer noch an den unvollkommnen Anfängen herum, und scheint nicht zu wissen, daß tüchtige Nachfolger das System weiter ausgebaut haben. Nach zehnjähriger harter Arbeit auf diesem Gebiete habe ich folgende Aufstellung gemacht:

1. Gruppe der geselligen Triebe: Freundschaft, Eheleben, Geschlechtssinn, Kinderliebe, Häuslichkeitssinn.

2. Gruppe der selbsterhaltenden Triebe: Erwerbstrieb, Verheimlichung, Sorglichkeit, Beständigkeit, Ruhe, Mut, Lebenssinn, Ausführungsvermögen, Nahrungstrieb, Flüssigkeitssinn.

3. herrschende Triebe: Selbstvertrauen, Willenskraft, Beifallsliebe.

4. moralische (selbstlose) Triebe: Gewissenhaftigkeit, Verehrung, Wohlwollen, Hoffnungssinn, Glaubenstrieb.

5. Vervollkommnungs-Triebe: Idealsinn, Sinn für Naturschönheiten, Nachahmungstrieb, Lieblichkeit, Scherz, Tonsinn, Konstruktionssinn.

6. reale Triebe: Beobachtungsgabe, Formensinn, Größensinn, Gewichtssinn, Farbensinn, Ordnungssinn, Zahlensinn, Sprachensinn, Zeitsinn, Ortssinn, Thatsachengedächtnis.

7. philosophische Gruppe: Schlußvermögen, Vergleichungsgabe, Intuition.

Jede dieser Gruppen stellt einen größern Komplex an der Kopfoberfläche dar und müssen die verschiednen Gruppen miteinander verglichen werden, um den Charakter richtig zu beurteilen.

Also an dem Mangel an vergleichendem Scharfsinn liegt es, wenn Fehler in der Beurteilung gemacht werden.

Ein Beispiel wird dies sofort erklären: Die Härte der selbsterhaltenden Triebe, die bei starker Entwicklung, sagen wir Nr. 6 bis 8, sehr egoistisch empfinden, wird wohlthuend gemildert durch gesellige Triebe mit dem Stärkegrad 6 oder 7. Sie werden ferner zurückgedrängt durch selbstlose Triebe 5 und 6, noch besser aber durch 6 oder 7.

6 bedeutet in meinen Tabellen leistungsfähig; ein Stärkegrad, der positiv genannt werden kann, der sich „bereitwillig" bethätigt. Nr. 5 ist nur zeitweilig leistungsfähig, ist auch nur teilweise positiv und bedarf manchmal der Anregung, um sich spontan zu äußern. Nr. 7 ist gleichbedeutend mit vorzüglich, doch läuft dieser Stärkegrad Gefahr, sich zu oft und zu bereitwillig zu äußern, und dadurch zu stark zu werden.

Aus meiner Aufstellung des Grundvermögens ersieht der Leser auch, daß ich das etwas abschreckend wirkende Wort Zerstörungssinn durch „Ausführungsvermögen" ersetzt habe. Es bedeutet „Arbeitstrieb", „Energie"; und ich weiß aus Erfahrung, wie angenehm es die beurteilten Personen berührt, wenn man ihnen sagen kann, daß bei ihnen das Geistesorgan des Arbeitstriebes thatsächlich fühlbar entwickelt ist.

Auf alle Einwände näher einzugehn, muß ich den Leser auf mein Hauptwerk: „Die phrenologischen Studien" verweisen; doch möchte ich die religiöse Anlage nicht unerwähnt lassen, weil sie in alle polemisch gehaltnen Abhandlungen über die Phrenologie gewöhnlich dazu benutzt wird, um dieser Lehre einen Stoß zu geben.

Ist die entsprechende Kopfstelle schwach vorhanden, so zeigt sich eine Verflachung im mittlern Teil des Oberkopfes. Man ist dann schon als Kind für den Religionsunterricht wenig empfänglich; man hat eben wenig Sinn (geringe Anlage) dafür. Ist aber eine Wölbung vorhanden, das Zeichen der guten Entwicklung, dann ist man leicht geneigt, sehr demonstrativ in seinen Andachtsübungen zu sein. Wie sich nun jeder die Gottheit ausmalt, das hängt von der Erziehung, der Selbstbildung und den umgebenden Verhältnissen ab und nicht zum wenigsten von den kindlichen Eindrücken während der Schuljahre und im Elternhaus. Ich habe die religiöse Anlage als „Verehrungssinn" bezeichnet. Und in der That wollen alle Menschen irgendetwas verehren; sei es die Natur, das Kind, oder den scharfsinnigen Denker, der durch seine geistvollen Ausführungen die Hörer fesselt.

Wenn man bedenkt, wie stark der Nachahmungstrieb sich im Menschen bethätigt, so kann man sich der Ansicht nicht verschließen, daß der Mensch ungeheuer anpassungs- und umwandlungsfähig ist. Besitzt er Energie, so zwingt er vieles in eine solche Form, wie er es in seinem Interesse für gut befindet. Leidet er an körperlichen Schwächezuständen, so läuft er stets Gefahr, von den Verhältnissen erdrückt zu werden.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem soeben gebildeten Motto: Unsre Lebensschicksale werden bestimmt durch unsern Charakter sowie durch Ereignisse und Zufälligkeiten, über die wir keine Macht haben. M. W. Ullrich.

Förderung des Deutschtums in der Ostmark.

Beinahe 200 Millionen hat der preußische Staat in den letzten fünfzehn Jahren bereits darauf verwendet, um das Deutschtum in der Ostmark durch Ankauf polnischer Güter und ihre Besiedlung mit deutschen Bauern zu stärken.

Jetzt fordert die Regierung weitere 250 Millionen zu demselben Zweck und findet dabei im Prinzip die Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme des Zentrums, das besonders wegen angeblich mit der deutschen Kolonisation verbundnen Protestantisierung jener Gegenden dagegen ist, und der Freisinnigen, die in ihrer internationalen Gefühls-Entwickelung bereits soweit vorgeschritten sind, daß es ihnen vollkommen gleichgültig ist, ob die zum Deutschen Reich gehörigen Landesteile von Deutschen oder von Polen, Dänen oder Juden bewohnt werden. Mit Recht konnte ein so linksliberales Blatt wie die „Nat.-Ztg." dem freisinnigen Wortführer, Abg. Richter, vorwerfen, daß er an den Polen nichts weiter zu tadeln gewußt habe, als daß sie Agrarier wären. Auch das sind sie freilich in sehr beschränktem Maße, soweit es ihr „nationales" Interesse erlaubt. Dieses nationale Interesse verbietet es ihnen aber für die Einführung so hoher Agrarschutzzölle bei uns einzutreten, wie sie erforderlich sind, um auch dem deutschen Bauer seine Existenz auf der heimischen Scholle vor dem Wettbewerb der russisch-polnischen, galizischen und amerikanischen Ackerbauer zu sichern. Sie begnügen sich mit wesentlich niedrigern Schutzzöllen, weil sie hoffen und wünschen, daß die deutschen Bauern und auch die deutschen Landarbeiter

bei der dadurch bedingten ungünstigen Erwerbslage naturgemäß immer mehr verdrängt und durch die geringe Lebensbedürfnisse habenden Polen ersetzt werden müssen.

Wie zutreffend diese Anschauung ist, kann man ja an den praktischen Erfolgen beurteilen, wenn man sieht, wie unter der für die landwirtschaftliche Erwerbslage unseligen Aera Caprivi die polnischen Landarbeiter immer weiter ins Deutsche Reich vordringen, wenn man berücksichtigt, daß trotz der 164000 Hektar, die die Ansiedlungs-Kommission für Deutsche erworben hat, doch allein in den letzten fünf Jahren im Osten nicht weniger als 31 000 Hektar dem polnischen Besitz auf Kosten des deutschen zugewachsen sind.

Diese amtlich zugegebne Thatsache wurde u. a. auch von der „Köln. Volksztg." noch vor kurzem hervorgehoben und gleichzeitig festgestellt, daß früher, vor Beginn der deutschen, staatlich so reich unterstützten Ansiedlungspolitik das Deutschtum in den Ostmarken fortdauernd Boden gewonnen habe. So hätte sich in den letzten 25 Jahren vor 1886 in Posen der deutsche Besitz um 195 537 und in dem benachbarten Regierungsbezirk Marienwerder auch noch um 31 834 Hektar auf Kosten des polnischen vermehrt. Wenn das Kölnische Zentrums-Organ daraus freilich den Schluß ziehn will, daß die Thätigkeit der Ansiedlungskommission das Gegenteil von dem erreicht habe, was sie erreichen sollte, so müssen wir dem entschieden widersprechen. Ohne diese auf deutsche Ansiedlung in der Ostmark verwendeten 200 Millionen würde der Verlust an deutschem Landbesitz infolge der so sehr viel ungünstiger gewordnen Erwerbslage natürlich noch entsprechend größer gewesen sein.

Die Kommission, der die neue 250 Millionen-Vorlage zu deutschen Ansiedlungszwecken in der Ostmark überwiesen ist, würde sicher wesentlich zur Klärung der Ursachen der beklagenswerten Wandlung in dem Ringen von Deutschen und Polen um den Landbesitz in der Ostmark beitragen, wenn sie eine Erhebung darüber veranlaßte, wie sich der Kampf in den Jahren vor und nach Beginn der Aera Caprivi gestaltet hat. Wir sind fest überzeugt, daß dadurch unsre Anschauung vollkommen bestätigt werden würde, nämlich daß nur die durch falsche Handels- und Wirtschaftspolitik veranlaßte, oder doch verschärfte Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse unsrer Landwirtschaft daran Schuld trägt, wenn jetzt Deutsche durch Polen aus Besitz und Arbeitsstelle verdrängt werden, während früher das Umgekehrte Thatsache war.

Dann wird sich vielleicht auch in Regierungskreisen und vielleicht auch bei einigen wirklich national-liberalen Abgeordneten die Ueberzeugung Bahn brechen, daß die Ansiedlung von deutschen Ackerbauern in der Ostmark nur dann einen fortdauernden, den aufgewendeten großen Mitteln entsprechenden Erfolg bringen kann, wenn gleichzeitig ein Wandel in unsrer Wirtschaftspolitik eintritt, der die dauernde Misere im landwirtschaftlichen Erwerbsleben beseitigt.

Nur wenn die deutschen Ansiedler auch auf der Ackerscholle in der östlichen Grenzmark mit fleißiger Arbeit soviel erwerben können, wie zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse deutscher Bauern notwendig ist, werden sie sich dort siegreich gegen die genügsamern Polen behaupten können und wird es möglich sein, auch in den Städten einen widerstandsfähigen Handwerkerstand heranzuziehn.

Die außerordentliche General-Versammlung der Aktionäre der Hamburg-Amerika-Linie

behufs Genehmigung des von uns wiederholt, und auch in voriger Nummer erwähnten Anschlusses an den amerikanischen Schiffahrtstrust, hat am 28. Mai stattgefunden. Die Verhandlungen gestalteten sich dadurch besonders interessant, weil Herr Dr. Diederich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirte, in seiner Eigenschaft als Aktionär erschienen war und durch seine Fragen eine ganze Reihe von wichtigen Aufklärungen herbeiführte. — Es waren 30220 Aktien, die ein Kapital von über 30 Millionen Mark darstellen, vertreten. Die Versammlung leitete der Präsident des Aufsichtsrats der Hamburg-Amerika-Linie, Herr Tietgens. Er teilte mit, daß der Frachtenmarkt sich in letzter Zeit nicht wesentlich verändert, und daß die Auswandrung aus außerdeutschen Ländern sich erfreulich gehoben habe. Dann ging er zur Tagesordnung über und hob ausdrücklich hervor, daß die den Aktionären zugegangnen, von uns dem hauptsächlichsten Inhalte nach in voriger Nummer erwähnten Mitteilungen alle irgend wesentlichen Punkte enthielten und daß keine Nebenabmachungen beständen.

In der von Dr. Hahn angeregten Generaldebatte sagte dieser, die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise im Vaterlande sei auf die Generalversammlung gerichtet, deren Beschlüsse von größter Bedeutung für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben seien und nicht nur für die Schiffahrt. Er wünschte, daß die Verwaltung über die allgemeine wirtschaftliche Lage und über die nähern Umstände Auskunft gäbe, die den Abschluß des Vertrages mit dem Trust nötig gemacht hätten, natürlich nur soweit das mit den geschäftlichen Interessen vereinbar sei.

Der Vorsitzende Tietgens antwortete, es sei in der Mitteilung an die Aktionäre alles gesagt, was in Betracht kommen könne. Wenn es die Verwaltung abgelehnt habe, in einen gewaltigen Konkurrenzkampf mit dem Trust einzutreten, so habe die Verwaltung sich mit den maßgebenden Bremer Herren dieserhalb ins Einvernehmen gesetzt. Ferner sei man an die Hamburger Staatsbehörde herangetreten. — Er gab seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß der Vertrag mit dem Trust der Gesellschaft große Vorteile biete.

Darauf nahm der Generaldirektor Ballin das Wort; er meinte, in dem Abkommen mit dem Trust seien außerordentliche Vorteile enthalten. Er habe seit Jahren nach einer solchen Vereinbarung gestrebt. Es sei ihm nicht unsympathisch, daß in dem Trust die Amerikaner und nicht die Engländer die Führung hätten.

Dr. Hahn war indes noch nicht befriedigt, er erhob sich wieder und sagte: Man müsse sich die Folgerungen des Unternehmens ruhig nach allen Seiten betrachten. Der Direktor Janni vom „Oesterreichischen Lloyd", also ein Fachmann, habe in der Presse den Trust eingehend besprochen und dabei u. a. betont, er hielte es für möglich, daß sehr billige Durchfrachten von den amerikanischen Produktionsgebieten nach Europa die Einfuhr von bedeutenden Massen von Produkten und Industrie-Artikeln enorm erleichtern und umgekehrt die Einfuhr nach Amerika erschweren könnten. Ferner stelle er fest, daß die Interessen der großen amerikanischen Eisenbahnen hinter dem Trust ständen und daß diese beiden wiederum von den großen Produktions-Interessen beherrscht würden. Dr. Hahn führte ganz richtig dazu aus, daß Amerika seine Ueberproduktion an Rohstoffen für die Industrie und an landwirtschaftlichen Erzeugnissen möglichst nach Europa abzustoßen bemüht sei, und daß ihm daher die Schiffahrt nur Mittel zum Zweck zur rentierlichen Verwertung seiner Ueberproduktion sei. Es sei fraglich, ob es nicht besser gewesen wäre, die gesamten deutschen Schiffahrts-Interessen gegenüber Morgan zusammenzuschließen, anstatt mit ihm ein Abkommen zu treffen. Es sei ihm von Interesse, zu erfahren, ob sich die Verwaltung mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt habe, bevor die Verhandlungen mit dem Trust eingeleitet worden seien, oder ob sie derselben nachher mit der vollendeten Thatsache gegenüber getreten sei. Dr. Hahn ging dann auf die Frage über, ob bei dem Abkommen das deutsche Interesse überall gewahrt sei. Der Verkehr von Belgien nach Amerika sei dem Trust überlassen und den deutschen Linien entzogen. Belgien gehöre doch zur deutschen Wirtschaftssphäre. Es sei das Durchgangsland für die Ausfuhr rheinischer und süddeutscher Industrie-Artikel nach Amerika. Nach dem Vertrage seien bezüglich der nordatlantischen Fahrt 204 amerikanisch-französische und 300 amerikanisch-englische Fahrten festgesetzt. Für die deutschen Linien sei keine bestimmte Fahrtenzahl festgelegt. Ob daraus zu schließen wäre, daß die Fahrten-Anzahl für die deutschen Linien unbeschränkt sei?

Punkt 10 in dem Rundschreiben an die Aktionäre, wonach die Herbeiführung von Vereinbarungen über das Frachtgeschäft

über die schon bestehenden Verträge hinaus „vorläufig“ nicht in Aussicht genommen sei, bedürfe dringend der Aufklärung. Die weitere Entwicklung des Zusammenarbeitens der beiden Gruppen werde zu derartigen Vereinbarungen zwingen, denn ein solcher Vertrag ohne Frachtabmachungen sei ein Messer ohne Heft und Klinge. Amerika werde von seinem Produktions-Interesse aus die Frachtsätze zu gestalten suchen und zwar in der Richtung, daß die amerikanische Ausfuhr den Vorteil und wir den Nachteil hätten.

Dr. Hahn verlangte eine klare bündige Versicherung, daß die beiden deutschen Gesellschaften den zu befürchtenden amerikanischen Bestrebungen mit aller Kraft entgegentreten würden. — Er bemerkte weiter, es sei zwar dankenswert, daß man Kautelen in die Satzungen gebracht habe, den Gesellschaften ihren deutschen Charakter zu erhalten, aber bis zur nächsten Generalversammlung möge die Verwaltung überlegen, ob nicht noch andre Mittel zur Verstärkung des Schutzes gegen die Amerikanisierung der Gesellschaft anzuwenden seien. Er deutete an, daß eventuell eine Stellung der Aktien auf den Namen oder ein Vertrag mit dem Reiche in Aussicht zu nehmen sei. Zum Schluß faßte er die Hauptpunkte seiner Ausführungen dahin zusammen, daß Auskunft zu erteilen sei über etwaige spätere Abmachungen hinsichtlich des Frachtgeschäfts und darüber, ob die Reichsregierung vor Abschluß des Vertrages befragt oder vor die vollendete Thatsache gestellt sei.

Nun erhob sich der immer noch nicht am richtigen Platze stehende Herr Ballin, um Auskunft zu geben. Daß es ihm sehr wenig angenehm war, merkte man am Tone. Er begann mit der höchst überflüssigen Feststellung, daß Dr. Hahn, außer Aktionär, auch Direktor des Bundes der Landwirte sei. Nach Herrn Ballins Ansicht überwiegt in dem Trust keineswegs der amerikanische Einfluß über den deutschen. Man würde sich nicht unterkriegen lassen. Was der Direktor Janni geschrieben habe, sei „Unsinn“. Die deutschen Linien würden keinem Frachtvertrage zu Ungunsten Deutschlands beitreten. Zu welchem Zeitpunkte die Reichsregierung mit dem „Trust“ befaßt worden sei, könne Dr. Hahn ja in Berlin erfragen. Der belgisch-amerikanische Verkehr sei einer amerikanischen Linie überlassen. — Herr Ballin sprach sich allmählich so in Hitze, daß er es für eine **„Gemeinheit“** erklärte, wenn die deutschen Gesellschaften sich jemals dazu hergeben würden, die Frachtsätze so zu gestalten, daß der deutsche Markt mit billig beförderten amerikanischen Massengütern überschwemmt werde.

Diese Erklärung des Herrn Ballin wird man gut thun, sich zu notieren.

Eine Verstaatlichung der großen deutschen Gesellschaften erklärte er für das größte Unglück, das diese treffen könnte. —

Herr Siegmund Hinrichsen, der Präsident der Hamburger Bürgerschaft, sprach nunmehr seinen Stammesgenossen Ballin und dessen Kollegen im Aufsichtsrate der Hamburg-Amerika-Linie Anerkennung und Dank aus und ein Herr Stellin brachte ein Hoch auf Herrn Ballin aus. — Aber noch konnte die Vorlage nicht mit Hurra angenommen werden, denn Dr. Hahn ergriff abermals das Wort. Er hob aus den Auskünften Ballins klar das hervor was genügte, was als Ansichtssache einer Bestätigung durch den Lauf der Dinge bedürfe und was an den Trust bedauerlich sei. — Besonders nagelte er Herrn Ballin auf den Satz fest, den wir oben im Drucke hervorgehoben haben und folgerte mit geschickter Wendung daraus, daß diese Gesinnung die Hamburg-Amerika-Linie zur Bundesgenossin derjenigen Parteien mache, die die nationale Arbeit Deutschlands gegen Amerika schützen wollen. — Diese unerwartete Ehrung entriß den Statisten Herrn Ballins ein lebhaftes Bravo. — Die Statuten-Aenderung wurde darauf einstimmig angenommen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß ohne das Erscheinen Dr. Hahns die ganze Versammlung nicht anders als — milde ausgedrückt — eine Formsache gewesen wäre, so muß man aus nationalem Interesse dem Bund der Landwirte sehr dankbar dafür sein, daß er einige Aktien der Hamburg-Amerika-Linie erworben hat und auf Grund dessen in jede Aktionär-Versammlung Vertreter entsenden kann. — Wenn die Herren von der Hamburger Paketfahrt ganz unter sich blieben, so würde später jede vorgeschlagne Statuten-Aenderung ohne großen Lärm angenommen werden. — Jetzt ist wenigstens dafür gesorgt, daß das Deutsche Volk rechtzeitig allarmiert wird, wenn Herr Morgan in Amerika einen weitern Schritt zur Einverleibung der deutschen Schiffahrt unternehmen sollte.

Zum Schluß werfen wir noch die unsers Wissens in der Presse noch nirgend berührte Frage auf: Ergiebt sich nicht aus dem Umstande, daß durch den abgeschlossenen Schiffahrts-Trust Ausländer an dem Gewinn der deutschen Dampferlinien beteiligt werden, die notwendige Folgerung, die Staats-Subvention jener Linie nunmehr einzustellen? U. A. w. g.

Meuchelmord, Revolution und Sozialdemokratie.

Der gründliche Mißerfolg, den die belgische Sozialdemokratie mit ihrem jüngsten revolutionären Putsch erlitten hat, gab dem „Karlsruher Volksfreunde“, dem badischen Partei-Organ der Sozialdemokratie Veranlassung zu Betrachtungen, die darauf hinausliefen, daß man doch grundsätzlich den Gedanken aufgeben möge, die Forderungen der Sozialdemokratie auf revolutionärem Wege zu erzwingen. Es heißt dort u. a.:

„Die Revolution ist zur Phrase geworden: und diese Phrase ist es, die soeben in Belgien bankrott gemacht hat. Darum hinaus mit ihr aus dem Sprachschatz unsrer Propaganda! Sie gefährdet nur die Interessen der Partei und der Arbeiter, sie ist heute sinn- und zwecklos geworden, sie schadet uns in der praktischen Agitation nicht minder als bei der parlamentarischen Aktion, und schließlich könnte der Einfluß der großen sozialdemokratischen Partei auf allen Gebieten ein weit größerer sein, als er es heute thatsächlich ist, wenn wir uns endlich radikal von der revolutionären Phrase emanzipieren wollen.“

Des weitern wird dann gezeigt, wie man nach Auffassung des „Volksfreundes“ praktische Politik im Kommunalwesen, in der Wohnungsfrage, in Steuer und Verkehrsreform treiben solle.

Ingrimmig bemerkt dazu die „Leipziger Volkszeitung“:

„Es ist kein Zweifel mehr, der Revisionismus marschiert. Er macht sogar erstaunliche Fortschritte, als trüge er Siebenmeilenstiefel an den Füßen, und setzt mit leichtbeschwingten Sohlen über die breitesten Gräben hinweg, die bisher die Sozialdemokratie von allen bürgerlichen Parteien zu trennen schienen. Und es sind nicht mehr blos einzelne versprengte litterarische Eingänger, die sich berufen fühlten, den wissenschaftlichen Aufklärungsdienst auf eigne Faust zu besorgen, und die dann auch wohl einmal ab und zu nach bürgerlichen Heerstraßen verschlagen werden und mit dem Generalstab der Bourgeoisie auf einige Stunden vertrauliche Zwiesprache halten mögen — es sind bereits Truppen-Offiziere der sozialdemokratischen Armee, die sich zu einer Revision unsrer Grundanschauungen mit einer wirklich revolutionären Gründlichkeit bekennen. Noch ist es eine vereinzelte Stimme, die in der Parteipresse in diesem Sinne laut geworden, und wir sind weit entfernt, ihre Bedeutung zu überschätzen. Allein eine solche radikale Absage eines Partei-Organs an die Revolution ist immerhin ein Ereignis, das nicht unwidersprochen passieren darf. Die Betrachtung des Karlsruher ‚Volksfreunds‘ über die Vorgänge in Belgien stellen thatsächlich eine Absage an die Grundanschauungen unsrer Partei dar, wie wir sie in dieser ausgeprägten Formulierung noch in keinem Partei-Organ zu Gesichte bekommen haben. Es ist eine runde und nette Absage an die Revolution, die das Karlsruher Blatt als Quintessenz aus den belgischen Ereignissen herausdestilliert.“

Ob das schon eine Mauserung nach der revisionistischen Seite hin bedeutet oder ob der badische Ketzer nicht fliegt, läßt sich schwer sagen. Ist indes eine Mauserung im Gange, so würde sie noch viel schneller vor sich gehn und Boden gewinnen, wenn nicht die alten Revolutionäre in der Partei den Daumen auf dem Geldsacke hätten, aus dem die Parteidiäten gezahlt werden. Eine kluge Regierung hätte daraus längst logische Schlüsse in Bezug auf die Reichstagsdiäten gezogen. —

Die in voriger Nummer erwähnte blutdürstige Aeußerung der Dame Luxemburg in der „Leipziger Volksztg.“ über die „Mißlungne Exekution“ an dem Generalgouvernör zu Wilna veranlaßt die „Tante Voß“ händeringend zu nachstehender Aeußerung:

„Wenn Most, ‚der tolle Hans‘, solches anarchistische Zeug zum besten gäbe, wen könnte es Wunder nehmen? Die Sozialdemokratie aber bekämpft den Anarchismus, seine Methode

und seine Mittel. Es darf erwartet und verlangt werden, daß sie dem Treiben ihres Leipziger Blattes ein schnelles und wirksames Ende mache und sich vor Ausschreitungen einer blutdürstigen Phantasie schütze, die nur Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher schaffen. Kein Lockspitzel, der sich bemühte, den Vorwand für neue Ausnahmegesetze zu schaffen, könnte anders verfahren, als die ‚Leipziger Volkszeitung‘ durch ihre Verherrlichung des Meuchelmordes thut. Wir sind gewiß, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Fraktion und Partei dieses Gebaren verurteilt. Aber es genügt nicht, daß die Verurteilung vertraulich erfolgt. Es wird nützlich und notwendig sein, klipp und klar mit Personen zu brechen, die den Mord verteidigen und den Mörder feiern. Wenn man über Ed. Bernstein hochnotpeinlich zu Gericht saß, was wird Frau Rosa Luxemburg geschehn?“

Tante Voß hat sich aber sehr in den Absichten der „gutartigen Genossen“ getäuscht, denn der „Vorwärts“ fertigt sie folgendermaßen ab:

„Wir bedauern, die schönen Hoffnungen der ‚Vossin‘ im Keime knicken zu müssen. Denn die gesamte Sozialdemokratie teilt in diesem Fall die Gefühle der ‚Leipziger Volkszeitung‘, und wir hoffen, daß auch jeder anständige nichtsozialdemokratische Deutsche, den die andauernde Lektüre der ‚Vossischen Zeitung‘ nicht um Verstand und Charakter gebracht hat, ähnlich über die Verzweiflungsthaten der russischen Freiheitskämpfer empfindet — wie immer man auch über ihre Nützlichkeit urteilen möge. Die ‚Vossische Zeitung‘ freilich scheint jetzt in Herrn Pobedonoszew ihren Ehefredaktör gefunden zu haben. Wir aber, wir vaterlandslosen Gesellen, sind national genug, um uns für Deutschland zu schämen, daß es Leute gibt, die das Deutsche Reich bereits mit Rußland verwechseln.“

So, da hat der Freisinn eine Probe davon, was sich seine Matadoren zu gewärtigen haben, wenn es Paul Singer, Stadthagen und Kohnsorten für zeitgemäß halten, in die „Propaganda der That“ einzutreten. Nach Mauserung sieht das allerdings nicht aus, auch die Thatsache nicht, daß seinerzeit sich der Reichstagsabgeordnete Südekum und der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. von Haller im Auftrage der deutschen „Genossen“ nach Brüssel begaben, um an den Beratungen der belgischen Revolutionäre teilzunehmen.

Beamten-Bestechungen sind in den außerdeutschen Ländern an der Tagesordnung, während man bei uns so etwas nicht für möglich hält. In frühern Jahren haben wir des öftern darauf hingewiesen, daß sich auch im Deutschen Reiche eine derartige Korruption breitmacht, die allmählich alle Schichten der Bevölkerung ergreift. Für ein „Trinkgeld“ kann man vieles bekommen, was sich mit den bestehenden Bestimmungen nicht verträgt. Und daß es sich dabei nicht immer nur um Unterbeamte handelt, könnten wir an selbsterlebten Beispielen leicht nachweisen. Indes wollen wir uns heute lediglich darauf beschränken, einen Vorfall mitzuteilen, der jüngst amtlich zur Kenntnis der preußischen Eisenbahn-Direktionen gekommen ist.

Ein Eisenbahn-Dienststellenvorsteher hatte jahrelang von industriellen Werken Geschenke und Gefälligkeiten angenommen und durch Vernachlässigung seiner Aufsichtspflicht Unregelmäßigkeiten seiner Untergebnen ermöglicht oder war, soweit die Unregelmäßigkeiten zu seiner Kenntnis gekommen waren, mit ganz unzulänglichen Mitteln dagegen eingeschritten. Der Minister hat ihn deshalb im förmlichen Disziplinarverfahren unter Abänderung der mildernden Entscheidung der zuständigen Königl. Eisenbahndirektion zur Strafversetzung und Verminderung des Diensteinkommens um jährlich dreihundert Mark und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

In den Urteilsgründen wird hervorgehoben, daß der Angeschuldigte durch die Annahme der Geschenke und Gefälligkeiten nicht nur die Pflichten seines Amtes verletzt, sondern sich auch der Achtung und des Vertrauens unwürdig gezeigt habe, die sein Beruf erfordern. Daß er sich des Unzulässigen in seinem Verhalten bewußt gewesen sei, zeige schon der Umstand, daß er bei den Auszahlungen der Gratifikationen an seine Untergebnen nicht zugegen sein wollte. Da er sich die Gratifikationen sogar selbst abgeholt habe, so habe er nicht nur einen Mangel an Zartgefühl, sondern auch der bei einem Beamten vorauszusetzenden ehrenhaften Gesinnung an den Tag gelegt. Er habe sich durch sein Unterhalten zugleich um das Gefühl der Unabhängigkeit gebracht, das eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung seines Amtes bilden mußte. Wenn ihm auch nicht nachgewiesen worden sei, daß er wissentlich Pflichtwidrigkeiten geduldet oder gar daran Teil genommen habe, so scheine er doch die Energie und den Mut verloren zu haben, seine Untergebnen in strenger Zucht zu halten, und er habe dadurch gröblichen Mißbräuchen im Bereiche seines Dienstkreises Vorschub geleistet. Der Angeschuldigte würde wegen der ihm zur Last fallenden Verfehlungen, nämlich der Vernachlässigung seiner Aufsichtspflicht, oder unterbliebnen oder ungenügenden Ahndung zu seiner Kenntnis gelangten groben Verstößen seiner Untergebnen und vor allem wegen der jahrelangen verbotswidrigen Annahme namhafter Geschenke, unbedenklich die Strafe der Dienstentlassung verwirkt haben, wenn ihm nicht Milderungsgründe zur Seite ständen. Die Unsitte der Annahme von Geschenken derjenigen industriellen Werke, durch die die Thätigkeit des Beamten in Anspruch genommen wurde, sei nach den Feststellungen im vorliegenden Falle seit Jahren verbreitet gewesen; es gehöre also immerhin ein fester Charakter dazu, in der Stellung des Angeschuldigten der Versuchung zu widerstehn. Sei es aber auch dringend geboten, gegen diesen Mißstand energisch einzuschreiten, so erscheine es doch angezeigt, die Entfernung aus dem Amte nur in der Form der Strafversetzung auszusprechen. —

Also weil diese „Unsitte“ schon länger bestanden hat, kommt der Schuldige mit einer ihn wohl kaum treffenden „Straf“-Versetzung davon. Das zeigt so recht, wie weit es mit „Trinkgeld-Seuche“ schon gekommen ist.

Die Disposition der jüdischen Rasse zur Geisteskrankheit ist außerordentlich groß. Es scheint fast, als ob die Juden ihre Straftaten nur im Zustande geistiger Verwirrung begehn; wenigstens dann, wenn sie dabei abgefaßt werden. Ein neuer derartiger Fall geht wieder durch die Zeitungen. In dem großen Diebstahls- und Hehlerprozeß Raphael und Gen. konnte der jüdische Händler Rosenberg nicht auf die Anklagebank gebracht werden, weil er nach dem Zeugnis des Gerichtsarztes Dr. Puppe geisteskrank ist. Aus demselben Grunde ist auch von seiner Vernehmung als Zeuge — er ist als solcher geladen gewesen — Abstand genommen worden. Jetzt hat der Staatsanwalt seine Verhaftung verfügt, weil er auf Grund von Beobachtungen dritter Personen der Ansicht ist, daß Rosenberg sich in zurechnungsfähigem Zustande befindet. Die Folge davon war, daß der Gerichtsarzt Dr. Puppe sofort den Antrag gestellt hat, Rosenberg zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf sechs Wochen einer öffentlichen Anstalt zu überweisen. Rosenberg wird nun also das Untersuchungsgefängnis wieder verlassen und Aufenthalt in der Charitee nehmen.

Herr Dr. Puppe ist der berühmte Gerichtsarzt, der aus einigen in Spiritus gesetzten Leichenteilen und aus Fotografien der Körperteile des Ernst Winter in Konitz mit Sicherheit feststellen konnte, daß der Ermordete erstickt worden sei, während zwei Berliner Gerichtsärzte und zwei Konitzer Aerzte auf Grund der Sektion und sorgfältiger Untersuchung der Leichenteile übereinstimmend Verblutung durch Halsschnitt als Todesursache bezeichneten.

Aus den Denkwürdigkeiten des verstorbnen Generals v. Stosch hat neulich die „Deutsche Revue“ einzelne Stücke veröffentlicht, die sehr schroffe Urteile über den Fürsten Bismarck enthalten. — Es ist überflüssig den großen **Baumeister** des Reiches gegen solche posthumen Anwürfe zu **verteidigen**. Aber da in den Zeitungen der verschiednen Parteien, **die von**

ihrem Standpunkte zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen, fast überall ziemlich übereinstimmend der General v. Stosch als ein besonders tüchtiger und verdienter Mann geschildert wird, möchten wir folgende Bemerkungen eines alten Soldaten und Lesers unsers Blattes hier wiedergeben: v. Stosch war als Parteigänger der Hofkamerilla gegen Bismarck ein Schoßkind der Judenpresse und wurde von dieser stets über den grünen Klee gelobt. So hat sich um sein Andenken der Nimbus ungewöhnlicher Tüchtigkeit gewoben. — Man braucht aber nur daran zu erinnern, daß Herr v. Stosch im Jahre 1871 die Konvention mit Jules Favre abschloß, wodurch die Rechte der deutschen Truppen während der Dauer des Waffenstillstandes geregelt werden sollten, um bei vielen alten Feldzugs-Offizieren eine unbehagliche Erinnerung zu erwecken. — Herr v. Stosch hatte sich von dem schlauen Franzosen gründlich übertölpeln lassen und wer damals in Frankreich als Fourier-Offizier oder in ähnlichen Funktionen thätig gewesen, wird sich noch erinnern, welche fortwährenden Schikanen gegen unsre Truppen unter steter Berufung auf die Konvention des Herrn v. Stosch von den Franzosen ausgeübt wurden.

Jüdische Anmaßung. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Vor einiger Zeit ließ bekanntlich der Gleiwitzer Rabbiner Dr. Münz einen offnen Brief an den Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg erscheinen, der von ganz falschen Voraussetzungen ausging und infolgedessen gegen Windmühlenflügel kämpfte. Es wäre zu erwarten gewesen, daß der Rabbiner, nachdem er sich von der Unrichtigkeit und Unhaltbarkeit seiner Voraussetzungen überzeugt hatte, seinen Brief zurückziehn, mindestens dafür sorgen würde, daß er nicht weiter verbreitet werde. Das Gegenteil ist aber geschehn, es wird jetzt die vierte vermehrte Auflage des Briefes verbreitet, und Dr. Münz hat es über sich gewonnen, trotz des Antwortschreibens des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg*) der vierten Auflage ein Vorwort zu geben, in dem sich folgende charakteristische Sätze finden:

„Was der Antisemitismus will? Er will die Volksseele mit schwarzem Argwohn gegen die Juden erfüllen und Haß und Leidenschaft in ihr erwecken. O, beweinenswertes zwanzigstes Jahrhundert, daß an deinem Morgen die Lüge es wagen darf, die Wahrheit zu Boden zu treten und solche ungeheuerliche Verdächtigungen gegen völlig Unschuldige in weite Kreise hinauszutragen und die Brunnen im Lande zu vergiften!“

Wer die Brunnen im Lande vergiftet, darüber ist die überwiegende Mehrheit des Deutschen Volkes ganz andrer Meinung als der Herr Rabbiner. Wenn er aber das Schwinden oder den Rückgang des Antisemitismus ernstlich wünscht, so sollte er es peinlichst vermeiden, solche offnen Briefe und Vorworte zu schreiben, wie er es gethan hat. Durch ein derartiges Auftreten eines jüdischen Kultusbeamten empfängt der Antisemitismus lediglich neue Nahrung.

Mosaik.

Israel und die christliche Kirche. Zu einer Versammlung des freisinnigen Bezirksvereins im Osten Berlins wurde der positive Pfarrer Koch von der Samariterkirche durch einen Herrn Dr. Naphtali Rosenthal eingeladen, um sich mit den freisinnigen „Politikern“ über innere Angelegenheiten der evangelischen Kirche zu unterhalten. Natürlich lehnte der Geistliche die Zumutung ab, unter dem Vorsitz eines Juden an derartigen Besprechungen teilzunehmen, lud aber die evangelischen Mitglieder des freisinnigen Vereins ein, in einer Versammlung des positiven Parochialvereins zu erscheinen, wo ihnen die weitgehendste Redefreiheit zugesichert wurde. Selbstverständlich hielt es Herr Dr. Naphtali Rosenthal für angebracht, diese Einladung zu verschweigen, obwohl seine Vereinsgenossen eingehend über die „ortodoxe Pfaffenwirtschaft“ herzogen. Was würde wohl ein Rabbiner einem Nichtjuden antworten, wenn dieser ihn aufforderte, über die Kultus-Einrichtungen seiner Synagogen-Gemeinde eine Kritik anzuhören, die vor einem vorwiegend aus Nichtjuden bestehenden politischen Verein gehalten werden sollte?

Das Prinzip des Zuvielregierens braucht nur bis zur letzten Konsequenz durchgeführt zu werden, dann hebt es sich von selbst wieder auf. So wie man bisher jedem Dorf und in demselben wieder jeder Korporation einen Vormund gesetzt hat, so wird man zuletzt jedem einzelnen Menschen einen setzen müssen, und da man die Vormünder doch eben nur aus der menschlichen Gesellschaft selbst hernehmen kann, so wird dann jeder Mensch wieder sein eigner Vormund sein. Wie denn alle Bewegung der Geschäfte weniger eine Vermittlung der Extreme ist, als eine allmähliche Wandrung von einem Extrem zum andern und wieder zurück.

Zur Verjudung des Aerzte-Standes. Wie ein Triumph-Geschrei, das schleunigst alle Welt durchklingen soll, verbreitet das Wolffsche Telegraphen-Büro folgende Berliner Lokalnachricht: Den Sanitätsräten Dr. Moritz Kroner, Dr. Albert Cohn, Dr. Wolf Hamburger und Dr. Alexander Schlesinger ist der Charakter als Geheimer Sanitätsrat verliehen worden, und den praktischen Räten Dr. Adolf Diesterweg, Dr. Jakob Eger, Dr. Hugo Schlesinger, Dr. Hugo Loewenthal, Dr. Wolff Lewin, Dr. Georg Jakob Landsberg, Dr. Hermann Kron und Dr. Israel Cohn der Charakter als Sanitätsrat. — Unter diesem Dutzend von Berliner Aerzten befindet sich ein Nichtjude! — Wie gut ist doch die Sanität der Berliner beraten.

Steuerhinterziehungen in großem Umfange sind im Ruhrorter Kreise vorgekommen. Die Hinterzieher sind durchweg Leute von Bildung und Besitz, und gehören, wenn wir recht unterrichtet sind, zu den Stützen der dortigen nationalliberalen Partei. Wir werden uns dieses Umstandes zu erinnern haben, wenn die Leitung der Nationalliberalen bei den nächsten allgemeinen Wahlen in ähnlicher Weise wie im Jahre 1898 in ihren Handbüchern und Flugschriften unsrer Partei die Verfehlungen von allerlei Leuten anzurechnen bemüht ist, die uns nichts angehn.

Professor Lehmann-Hohenberg (Kiel) hatte neulich in seiner Zeitschrift ein offnes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet. Nun ist gegen ihn ein Disziplinar-Verfahren wegen Beleidigung eingeleitet worden.

„Wer die Wahrheit kennt und saget sie frei,
Der kommt in Berlin auf die Stadtvoigtei.“

So sang man früher. Das kommt aber im wilhelminischen Zeitalter nicht mehr vor. Die Stadtvoigtei ist abgerissen!

Religion ist nicht Privatsache für die Sozialdemokratie, sondern Christentum-Feindschaft. Das giebt in lobenswerter Offenheit die „Leipziger Volkszeitung“ zu, indem sie schreibt:

„Zwischen der alten Religion des demütigen Leidens und der passiven Lebensverneinung und dem neuen Glauben an den Sieg der energischen, der organisierten Lebensbejahung im Klassenkampf kann es wohl vorübergehend einmal einen taktischen Waffenstillstand, niemals aber einen endgiltigen Frieden geben. Wenigstens solange nicht, als der alte Glaube noch eine gesellschaftliche Macht ist, als er in den kirchlichen Korporationen eine Zitadelle besitzt, von der aus er weite Gebiete und entscheidende Positionen des gesellschaftlichen Lebens, die Familie, die Schule usw. beherrscht, solange die streitende Kirche als geistiger Generalstab der herrschenden Klasse fungiert und die Diener am Wort deren schwarze Gendarmerie bilden. Solange ist die christliche Weltanschauung und deren Organisation, die Kirche, der Feind, und ihre Bekämpfung darf erst aufhören, wenn ihre Bekenner nur noch ein zusammenhangloses Häuflein von ungefährlichen Narren bilden, das ebenso bedeutungslos und harmlos ist wie etwa die Sekte der modernen Buddhisten unter den obern Zehntausend von heute. Als dem Glauben der Massen muß der christlichen Weltanschauung Todfeindschaft angesagt werden, wenn anders wir in Wahrheit die Massen revolutionieren wollen .... Der Sozialismus will die Welt

*) **Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz.** Preis 10 Pf. Zu beziehn durch die Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, Paulstraße 15.

geistig erobern. Darum ist der ideelle Beherrscher der Welt, das Christentum sein geschworner Feind . . ."

Gegen den Alkohol hat der kommandierende General des 6. Armeekorps (Breslau), der Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen, eine Verfügung erlassen, die im wesentlichen folgendes bestimmt:

Der Genuß von Alkohol und alkoholischen Getränken auf Märschen, bei Uebungen aller Art und auch während jeder Manöverübung ist verboten. Es dürfen daher keinerlei alkoholische Getränke, wie Schnaps, schnapsähnliche Getränke (Kognak, Liköre aller Art, alkoholische Essenzen) oder Bier in Feldflaschen mitgenommen oder von seiten der Marketender an die Mannschaften verkauft werden. Der Vertrieb von Schnaps und schnapsähnlichen Getränken in den Kantinen ist für die Gemeinen im Winter von 9 Uhr abends, im Sommer von 10 Uhr abends, für Unteroffiziere im Winter von 10 Uhr abends, im Sommer von 11 Uhr abends ab bis zur Ausgabe des Mittagessens am nächsten Tage untersagt. Derartige Getränke dürfen überhaupt nur glasweise, nicht in Flaschen oder anderweitigen Behältern, verkauft werden.

Weitere Einschränkungen können die Vorgesetzten erlassen, während die Regimentskommandöre in Ausnahmefällen oder bei ganz besondern Gelegenheiten zu abweichenden Anordnungen befugt sind.

Wenn derartige Bestimmungen nur erst allgemein würden!

Ein kaiserlich deutscher Konsul, der weder deutsch schreiben noch lesen kann, ist sicher undenkbar — so wird mancher gute Deutsche meinen. In Wirklichkeit giebt es einen derartigen „Deutschen" Beamten, nämlich den Konsul Murphy in Dublin, der sogar die große Güte hatte, durch englische Zeitungen zu verkünden, daß er es ablehne, deutsche Zeilen zu lesen. Und dieser „Deutsche" Konsul versieht sein Amt seit mehr als zwanzig Jahren „zur vollen Zufriedenheit der Leitung der auswärtigen Angelegenheit des Reiches", wie die „Berliner Neuesten-Nachrichten" verkünden dürfen. Seltsam, daß sich erst kürzlich die Deutschen Dublins über diesen famosen Konsul sehr stark beklagten, da er es ablehnte, eine deutsche Begrüßungs-Adresse der deutschen Kolonie Dublins dem Prinzen Heinrich von Preußen bei seiner jüngsten Anwesenheit in Irland zu überreichen. Hat davon das Auswärtige Amt keine Ahnung?

Ein ausgetragner Junge. Wir lesen in einem Berliner Blatte wörtlich:

Worms, 28. Mai. Der Fabrikant Adolf Sinsheimer von hier hat Wechselfälschungen in Höhe von 200 000 Mark begangen und ist darauf flüchtig geworden. Die Polizeiverwaltung in Worms bittet um Festnahme des Sinsheimer. Dieser ist am 28. März in Bürstadt (Kreis Bensheim) geboren, etwa 1,70 Meter groß, hat schwarzes, glattgescheiteltes Haar und schwarzen Schnurr- und Spitzbart.

Und das Kind ist erst zwei Monate alt.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 5. Juni 1902. Nr. 720.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September 1900 — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts“ sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts“

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts“ beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 30) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R. — Müller (Waldeck), M. d. R.

Dr. Rud. Vogel, M. d. R. — Friedrich Raab, M. d. R.

Die Deutschsoziale Partei und die bevorstehenden Reichstags-Wahlen.

2.

In voriger Nummer haben wir einleitend uns besonders mit der grundsätzlichen Stellung unsrer Deutschsozialen Partei zu den übrigen antisemitischen Gruppen beschäftigt und sind zu dem Schlusse gekommen, nach Möglichkeit schiedlich-friedlich auszukommen. — Wir wenden uns nun den Zielen und Aufgaben der eignen Partei bei den nächsten Wahlen zu.

Das alte Sprichwort „Durch Schaden wird man klug“ ist theoretisch sehr zutreffend. In der Praxis gehört aber oft ein wiederholter Schaden dazu, ehe man klug wird, d. h. ehe man die begangnen Fehler erkennt und indem man sie vermeidet, zu bessern Ergebnissen als früher kommt. Wir haben über die Fehler, die die Mißerfolge der letzten allgemeinen Wahl für uns verschuldet haben, sehr ernsthaft nachgedacht und würden uns gar nicht scheuen, das Ergebnis dieses Nachdenkens hier offen darzulegen, wenn wir nicht fürchten müßten, daß die Reformpartei, mit der wir damals noch zusammengehörten, eine solche Darlegung als eine gegen sie gerichtete Kritik auffassen würde.

Darum gehn wir gleich zu den Grundsätzen über, die wir diesmal befolgen wollen. Die Deutschsoziale Partei besitzt im Reichstage gegenwärtig vier Mandate. Diese festzuhalten und vier neue hinzu zu erobern, ist die Aufgabe, die wir uns stellen.

Dafür reichen die vorhandnen und zu beschaffenden materiellen und personellen Hilfsmittel aus. Ihre Verzettlung auf eine große Anzahl von Wahlkreisen muß jedenfalls vermieden werden. Auf die sogenannten „Achtungserfolge“, d. h. die Erzielung ansehnlicher Minderheiten verzichten wir von vornherein, selbst wenn dadurch die Zahl der im ganzen Deutschen Reiche abgegebnen antisemitischen Stimmen gegen früher sich vermindert. Bloße Zählkandidaturen dürfen, wenn sie aus lokalen Gründen unvermeidlich sind, nur minimale Kosten verursachen und keine erhebliche Agitationsarbeit beanspruchen.

Die für uns aussichtsvollsten Wahlkreise müssen sorgfältig ausgesucht und dann in planmäßige Bearbeitung genommen werden. — Grundsätzlich sollen nicht Kreise angegriffen werden, die im Besitzstande verwandter Parteien oder Gruppen sich befinden, so daß wir deren Bundesgenossenschaft gegen Wahlhilfe an andrer Stelle eintauschen können.

Besondres Gewicht haben wir auf die Auswahl geeigneter Kandidaten zu legen. Für die besten und aussichtsvollsten Wahlkreise die tüchtigsten Kandidaten, die uns zur Verfügung stehn. Die Frage muß nicht gestellt werden: Wieviel Wahlkreise könnten wir erobern, sondern: Welche Leute wollen wir in den Reichstag haben, und welches sind für diese die aussichtsvollsten Kreise?

Der an sich richtige Grundsatz, die Kandidaten thunlichst aus dem Wahlkreise zu nehmen, kann für uns erst in spätern Jahren in Kraft treten. — Wir müssen von unsern Kandidaten neben den allgemeinen bürgerlichen und gesellschaftlichen Eigenschaften, die jeder Reichstags-Abgeordnete haben müßte, noch ein Mehr verlangen, wenn wir allmählich vorwärts kommen wollen. Jeder unsrer Abgeordneten soll imstande sein, im Reichstage rednerisch sich zu bethätigen und ein bestimmtes Maß von der Arbeit leisten, die wir unter uns im nächsten Reichstage zu verteilen haben werden.

Eine Gruppe von acht deutschsozialen Abgeordneten, die sich mit ihnen nahestehenden, keiner Fraktion zugehörenden Mitgliedern des Reichstages zu einer losen Vereinigung behufs Erlangung von Fraktionsrechten zusammenschließt, kann, wenn sie aus den geeigneten Leuten besteht, einen Einfluß im Reichstage gewinnen, der weit über das Maß hinausgeht, das durch die Kopfzahl gegeben ist. In jeder uns zugänglichen Kommission muß der Vertreter unsrer Partei fleißig und praktisch mitarbeiten, in jeder wichtigen, das Plenum betreffenden Frage, muß ein Redner unsrer Partei unsre grundsätzlichen Auffassungen zur Sache geschickt und wirksam zur Geltung bringen. Das ist durch zweckmäßige Arbeitsteilung zwischen acht fleißigen und fähigen, gleichgesinnten Männern wohl zu erreichen. Unter den bisherigen Verhältnissen war es unmöglich.

Die Thätigkeit der Sozialdemokraten im Reichstage kann uns in vieler Beziehung vorbildlich sein. — Bei der alljährlichen Etatsberatung sowohl, wie bei jeder Gesetzesvorlage greifen die Redner der Sozialdemokratie ein und beleuchten von ihrem Standpunkte aus die Unzulänglichkeit unsrer Zustände. Sie verbreiten durch ihre scharfen, zumteil nicht unberechtigten Kritiken Unzufriedenheit im Lande, und arbeiten ihrem Ziele, dem Umsturz der bestehenden Gesellschafts-Ordnung, vor.

Es fehlt im Reichstage eine Partei, die von entgegengesetztem Standpunkte ausgehend nach einer ähnlichen Methode arbeitet und bei jeder passenden Gelegenheit unter freimütiger Kritik der im Staat und Volk vorhandnen Unzuträglichkeiten zeigt, daß noch niemals der gewaltsame Umsturz das Glück eines Volkes dauernd befördert hat, daß dazu vielmehr allein der Weg energischer Reformen führen kann.

Grade der Umstand, daß seit langen Jahren Regierung und Volksvertretung eigentlich nur fortwurfteln und nur den gesetzgeberischen Bedarf von heute zu morgen leisten, erheischt gebieterisch eine Gruppe vaterlandsliebender, vorurteilsloser

energischer und tüchtiger Männer, die fortgesetzt auf die Aufgabe hinweisen, unserm Volke seine Zukunft zu sichern.

Eine solche zielbewußte Thätigkeit in deutschem und sozialem Sinne würde unsern Anhang im Volke wachsen lassen und würde uns vor allen Dingen für folgende Wahlen eine stetig sich mehrende Schaar von tüchtigen Mitstreitern zuführen.

Wir leiden heute am **Kandidaten-Mangel**, obgleich keine andre Partei soviel tüchtige, jüngere Kräfte im Lande hat, die mit ganzer Seele an dieselben Ideale glauben, die wir vertreten. Die Ursache ihrer persönlichen und sachlichen Zurückhaltung können wir hier nicht darlegen. Aber es ist eine schöne Aufgabe, jenen Elementen die Bahn frei zu machen, die Hindernisse wegzuräumen, die es ihnen bisher unmöglich machten, sich offen in den Dienst unsrer Sache zu stellen.

Partei-Nachrichten.

In **Nordhausen** findet Sonntag, den 15. d. M., im „Gasthause zu den drei Linden" eine Gesamtvorstands-Sitzung unsrer Partei für Thüringen statt. Einige Abgeordnete werden daran teilnehmen. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Verband Nordmark. Herr J. Henningsen (Hamburg) sprach am 1. d. M. in Langeln und Hemdingen (Wahlkreis Pinneberg-Elmshorn) über die Ziele unsrer Partei.

Echt jüdische Art. Der Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz hält es mit seinem Kultusamte für vereinbar, von seinem „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg" die 4. Auflage (16. bis 20. Taus.) in die Welt zu setzen, trotzdem in der Antwort des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Vgl. Nr. 707 und 712) der Herr Rabbiner so abgeführt ist, wie es nicht schlimmer kommen konnte.

Es muß daher Pflicht jedes Judengegners sein, die Antwort des Abgeordneten von Liebermann, „Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz", die mit einem einleitenden Vorwort auch den Wortlaut des Rabbinerbriefs enthält, zu verbreiten.

Das 16 Seiten starke Büchlein hält sich streng sachlich an die auf einem groben Irrtum beruhenden, hochtrabenden Ausführungen des Gleiwitzer Rabbiners und sollte sich nicht nur jeder Leser dieser Zeilen, sondern jeder Deutsche, der nicht philosemitisch gesonnen ist, eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

„Antisemitische Verschleppungs-Theorie". So nennen die Judenblätter — wie „Berliner Tageblatt" usw. — die Vertagung der Verhandlung in Sachen der Angelegenheit Demmig. Die Ansetzung eines neuen Termins auf den 11. d. M. soll das Ergebnis weiterer Beweis-Anträge der verklagten Antisemiten sein, während thatsächlich auch der Kläger Demmig um Hinausschiebung der Verhandlung bat, da er die Vernehmung neuer Zeugen für nötig hielt.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8 1/2 Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 6. und 13. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Drei Tage Dunkel-Arrest bekam ein Jude Lederer, weil er sich bei seiner Vernehmung als Zeuge vor dem Schwurgerichte zu Eger einer tollen Beschimpfung der Richter schuldig machte. Lederer hat noch 14 Jahre wegen Falschmünzerei im Zuchthause zu sitzen, die drei Tage werden ihn also weiter nicht rühren.

Unlauterer Wettbewerb. Dem Kaufmann Isidor Joske zu Leipzig wurde infolge einer Klage der dortigen Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe für jeden einzelnen Fall bei einer Geldstrafe von 1500 Mark oder 6 Monate Haft untersagt, Anzeigen oder Mitteilungen zu erlassen, in denen er „Total-Ausverkäufe wegen anderweiter Vermietung" ankündigt. Außerdem ist der Schutzgemeinschaft das Recht zuerkannt warden, das Urteil auf Kosten des Beklagten im „Leipziger Tageblatt", in den „Leipziger Neuesten Nachrichten", in der „Leipziger Gerichtszeitung" und in der „Leipziger Volkszeitung" zu veröffentlichen.

Steckbrief. Gegen den Kaufmann Isaak David, geb. am 5. Juni 1873 zu Heimbach, ist die Untersuchungshaft wegen Betrugs verhängt. Die Staatsanwaltschaft zu Saarbrücken ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gerichtsgefängnis.

Es gäb nicht halb so viele Stehler, machte der Jude nicht den Hehler. Sechs Tage lang beschäftigte sich das Landgericht I zu Berlin mit einer Anzahl Diebe, die den Handelsleuten **Raphael** und **Rosenfeld** das Material zu einem großen Ramschgeschäfte geliefert hatten. Die beiden Juden konnten alles gebrauchen: Leder, Konfektionswaren, Schmucksachen, Schuhzeug usw. Rosenfeld will geistig gestört sein, weshalb man das Verfahren gegen ihn vorläufig aussetzte, ihn aber nach Schluß der ganzen Sache doch wieder verhaftete. Raphael erhielt acht Jahre Zuchthaus.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Der Beruf und die Stellung der Frau, ein Buch für Männer udn Frauen, Verheiratete und Ledige, alt und jung von Johannes Müller, mit Buchschmuck van Marianne Fiedler. Leipzig. 160 Seiten Großoktav, Preis 2 Mark.

Das Buch ist keine Partei- und Agitationsschrift aus der Frauenbewegung, sondern eine unvoreingenommne Untersuchung der Bestimmung der Frau, wie sie sich aus ihrer Natur ergibt. Nur diese Instanz läßt der Verfasser gelten und stellt die Ziele und Wege fest, die sie weist. Das leitende Interesse aber, das das ganze Buch beherrscht, ist die wahre Kultur, die in der Bildung des menschlichen Wesens zur Höhe seiner Bestimmung und in der völligen Unterwerfung aller Verhältnisse und Daseinsmittel unter diesen einzigen Zweck des Menschengeschlechts besteht. Denn sie muß der Frau den Beruf und die Stellung geben, die ihrer Natur entspricht, ihre Bestimmung erfüllt und ihr ursprüngliches Empfinden befriedigt. So behandelt der Verfasser nach einem kurzen Blick über die Frauenfrage zunächst „die Frau in der Ehe", eine Schilderung und Offenbarung des ehelichen Berufs aus den Grundtiefen des Wesens der Ehe (der Beruf — die Stellung — die gegenwärtige Lage), dann „die Frau außer der Ehe" in ihrem gegenwärtigen Notstand (das vorliegende Problem — der Beruf — die Stellung) und endlich die Ziele einer allgemeinen Bewegung zum Besten der Frau: das Ziel persönlicher Reife, wirklicher Bildung, individueller Selbständigkeit, menschenwürdiger Geschlechtsverhältnisse und einer Zunahme der Eheschließungen. Weil der Verfasser van einer ganz andern Seite die viel erörterten Fragen

... Buch auf jedem Punkte anregend. Seine besondre Aufmerksamkeit ist der Erziehung des kommenden Geschlechts zugewandt. Darum ist es in Wahrheit ein Buch für alle. Praktisch durch und durch ist es ein Wegweiser für Eltern und Eheleute, für junge Männer und reife Mädchen.

Briefkasten.

R. N. Breslau. — Jawohl, Sie haben Recht. Der neugewählte Abgeordnete für Ihre gute Stadt ist doch Jude. Der Zweifel darüber war entstanden, weil in den Zeitungen behauptet wurde, sein Vater sei Lokomotiv-Führer gewesen. Ob das zutrifft, wissen wir nicht. — Wer den neuen Abgeordneten einmal gesehn hat, kann über seine Rassenzugehörigkeit nicht zweifelhaft sein.

P. R. Friedeberg i. H. Wir werden Sie benachrichtigen, wann die Versammlung in Darmstadt stattfindet.

Neukirchen. Heil und Dank!

v. B. in P. Sie schreiben, der betreffende Vorfall verstieße doch gegen jedes Herkommen in Preußen. Verzeihung, Verehrtester. Sie sind unmodern. Im modernen Preußen gibt es längst kein Herkommen mehr, sondern nur noch Augenblicks-Einfälle.

Sch. Besten Dank für die Mitteilung, daß ein Sohn des Oberkonsistorialrats Dibelius (Dresden) ein tüchtiger Aktiver des V. D. St. Leipzig ist.

Winke für die Reisezeit.

1. **Leser, die ihr Bezugs-Exemplar** (also kein zweites Exemplar) unsers Blattes **regelmäßig in einem andern Orte** (Badeorte usw.) zu erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren:

Bezieht man durch eine Postanstalt, so ist bei dieser die Ueberweisung des Blattes nach dem neuen Aufenthaltsorte (bei gleichzeitiger Einzahlung der Ueberweisungsgebühr von 50 Pf. für das deutsche Reichspostgebiet) zu beantragen. Bei der Rückkehr ist bei dem Postamt des letzten Aufenthaltsortes die Rücküberweisung besonders wieder zu beantragen. Die Rücküberweisung der Zeitung nach dem ursprünglichen Bezugsorte erfolgt kostenlos.

Erhält man unser Blatt von **unsrer Geschäftsstelle unter Kreuzband**, so bedarf es nur der jeweiligen Angabe der neuen Adresse an uns. Das Blatt wird sich dann pünktlich einstellen. **Kosten entstehen dadurch in keinem Falle** (auch nicht nach dem Auslande).

Wird unser Blatt durch einen **Buchhändler oder Spediteur** gebracht, so ist mit diesen die Nachsendung zu verabreden.

2. **Wer seinen Angehörigen unsre Zeitschrift während seiner Abwesenheit nicht entziehn will** und infolgedessen vorübergehend eines zweiten Exemplars bedarf, kann von unsrer Geschäftsstelle für den Betrag von 75 Pf. monatlich ein sogen. **Reise-Abonnement** beziehn. Die Adressen können, wie bei allen von der Geschäftsstelle ausgehenden direkten Kreuzband-Sendungen beliebig oft geändert werden. Reise-Abonnements sind nicht an den Kalendermonat gebunden. — Aber auch die Post nimmt für einzelne Monate Bestellungen an, selbstverständlich nur von einem bestimmten und festen Wohnsitz aus und nur für volle Monate.

Auf der Reise im Eisenbahnwagen (besonders in den D-Zügen), in Gasthäusern usw. ist günstige Gelegenheit, aufklärend zu wirken. Nachdem man die Leute in ein Gespräch gezogen hat, empfiehlt es sich, ihnen ein Flugblatt oder eine kleine Broschüre usw. zu überreichen oder man läßt derartige Drucksachen im Abteil, in den Gastwirtschaften usw. liegen. Kellnern, Bediensteten übergebe man neben dem Trinkgelde stets eine Flugschrift. **50 Flugblätter** (auf Wunsch gemischt) liefern wir für **50 Pf., 40 verschiedne Broschüren für 5 Mk. 100 Broschüren kosten 8 Mk.** — Unterwegs findet man stets gute und willige Abnehmer für unsre Aufklärungsschriften. Insbesondre benutze man dieses Jahr zur Verbreitung der Flugblätter und Bücher über die **Blutmord-Frage** und den **„Offnen Brief“** des Abgeordneten von Liebermann an den Rabbiner Dr. Munz (Gleiwitz) über den jüdischen Eid.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Am 25. Mai verschied in Lugano nach langem, schweren Leiden mein geliebter Gatte, unser teurer Vater der Verlagsbuchhändler

† Georg Eberhard Ernst †

im 51. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:
Ersilia Ernst geb. Salerni
Wilhelm Eberhard Ernst
Georg Ernst
Curt Ernst.

Berlin, den 28. Mai 1902.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15 — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 12. Juni 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 721.

Wochen-Spruch.

Kein Grenzpfahl staut die deutsche Luft,
Das deutsche Licht, das deutsche Wort,
Und allgemeinsam leuchtet
Jedweder deutsche Hort!

Robert Hamerling.

Bülow Cunctator.

Der römische Konsul Quintus Fabius Maximus, der es verstanden hatte durch Verzögerung der Schlachten-Entscheidung Erfolge über das karthagische Heer davonzutragen, erhielt den Beinamen der „Zauderer“ und in Rom schmiedete man einen Vers auf ihn, der in Verdeutschung lautet:

„Durch Zaudern hast du gesiegt,
fahre fort durch Zaudern zu siegen.“

In der Geschichte unsrer Tage scheint der deutsche Reichskanzler Graf Bülow nach dieser Benennung zu streben. Zauder-Politik treibt er z. B. bei der Kanalfrage in Preußen, Verzögerungs-Politik trieb er, als Chamberlain das deutsche Volksheer beschimpft hatte. Freilich würde ein ähnlicher Vers, wie der oben angeführte, auf ihn nicht passen. Denn eigentliche Siege hat er durch die gekennzeichnete Art seiner Politik noch nicht errungen. Eher könnte man das Gegenteil behaupten.

Jetzt stehn wir vor einem neuen Akte Bülowscher Verschleppungs-Taktik. — Bei der ungeheuren Wichtigkeit, die der zwischen den beiden größten deutschen Schiffahrts-Gesellschaften und den durch den Amerikaner Morgan vertretnen Schiffahrts-Gesellschaften der Vereinigten Staaten abgeschlossne Trust für Deutschland hat, war es dankbar zu begrüßen, daß eine Reihe von Abgeordneten des Deutschen Reichstages unter Führung des Grafen Kanitz am 5. d. M. nachstehende Interpellation einbrachten:

Die Unterzeichneten erlauben sich an den Herrn Reichskanzler folgende Anfrage zu richten:

Welche Bedeutung für den deutschen Seehandel ist nach Auffassung der verbündeten Regierungen dem amerikanisch-englischen Schiffahrtstrust und den von deutschen Schiffahrts-Gesellschaften mit demselben getroffnen Vereinbarungen beizumessen?

Unterzeichnet war die Anfrage mit folgenden Namen: Graf v. Kanitz. Fürst v. Bismarck. v. Bohnin-Bahrenbusch. v. Brockhausen. Graf v. Carmer. v. Dallwitz. v. Dewitz. Dietrich. Graf zu Dohna-Schlodien. Firzlaff. Förster (Sachsen). Dr. v. Frege-Weltzien. v. Gersdorff. Dr. Hahn. Hauffe-Dahlen. Hennig. Hilgendorf. Himburg. Fürst zu Hohenlohe-Oehringen. Jacobskötter. Fürst zu Inn- und Knyphausen. v. Kröcher. Dr. Kropatscheck. Dr. Freiherr v. Langen. Dr. v. Levetzow. Liebermann v. Sonnenberg. Graf zu Limburg-Stirum. Lucke. Freiherr v. Maltzan. v. Massow. Mattschull. Mentz. Müller (Waldeck). Nißler. v. Normann. Dr. Oertel. v. Oldenburg. Praetorius. v. Queis. Raab. v. Nautter. Rettich. Graf v. Roon. Rother. v. Salisch. Schrempf. Graf v. Schwerin-Löwitz. v. Sperber. v. Spiegel. v. Standy. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. v. Treuenfels. Vogel. v. Waldow und Reitzenstein. Freiherr v. Wangenheim (Pyritz). v. Weitzel. Will. v. Winterfeldt-Menkin. Zeidler.

Graf Bülow, der von dieser Anfrage vorher verständigt war, hatte in dankenswerter Weise sich bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten.

Aber augenscheinlich hatte er den Tag von Marienburg bei seiner Zusage nicht in Rechnung gezogen. — Er kam so ermüdet von dort zurück, daß er dem Grafen Kanitz erklären lassen mußte, er könne seine Zusage wegen Arbeitsüberhäufung nicht aufrecht erhalten und bäte, die Sache bis zum Herbst zu verschieben. — Da geschäftsordnungsmäßig die Erörterung einer Interpellation im Reichstage unmöglich ist, wenn die Regierung nicht antworten will, so würde es dem Grafen Kanitz praktisch nichts geholfen haben, wenn er darauf bestanden hätte, daß die Anfrage auf die Tagesordnung kam. Die sehr wichtigen und notwendigen Erörterungen über diese Angelegenheit sind also, dank der Verschleppungs-Politik des Grafen Bülow bis zum Spätherbst vertagt.

Man kann dem Herrn Reichskanzler durchaus zugeben, daß er mit aufreibender Arbeit überlastet ist, aber er hat doch Hilfskräfte. Er konnte ja seinen unermüdlichen Stellvertreter, den Grafen Posadowsky oder den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes oder sonst einen hohen Beamten mit der Antwort betrauen. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings die gewesen, daß unsre Reichsregierung selbst schon wußte, wie sie über den Schiffahrts-Trust zu urteilen hat.

Ob das der Fall ist, wagen wir nicht zu entscheiden. Wo nach einem festen grundsätzlichen Programme regiert wird, kann und muß eigentlich jeder hohe Beamte imstande sein, zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, ohne daß er Gefahr läuft, sich einer Verleugnung seitens seiner höchsten Chefs auszusetzen.

Anders liegt die Sache allerdings, wo nicht nach Grundsätzen, sondern nach Einfällen regiert werden muß. Es steckt politische Weisheit in der kleinen Anekdote von dem alten Rothschild, der von einem Geschäftsfreunde in seinem Büro über seine Meinung von amerikanischen Fellen befragt, die Thüre öffnet und dem Prokuristen zuruft: „Herr Meyer, was ist meine Meinung über amerikanische Felle?“

Glücklicher Rothschild! Glücklicher Meyer! Armer Bülow!

Die Brüsseler Zucker-Konvention

mit dem neuen Zuckersteuergesetze sind im Reichstage genehmigt, weil die Regierung die wohlwollendste Unterstützung seitens der Sozialdemokraten und der Freisinnigen dafür erhalten hat.

Nicht ohne Interesse war der Verlauf der zweiten Lesung. „Wir und die Sozialdemokraten werden Ihnen zur Seite stehn!“ So rief der freisinnige Manchestermann Dr. Barth den Vertretern der verbündeten Regierungen freudetrunken zu, als er zu erkennen glaubte, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, sich im Sturm das Herz der Reichsregierung zu erobern. „Eine Generalprobe auf die Ministerfähigkeit der Linken“ nannte der Abg. Liebermann von Sonnenberg dieses Gebahren der Herren „Unentwegten“. Wir bringen seine Rede unten im Wortlaut. Und thatsächlich ernteten die Herren Regierungsvertreter wohl noch niemals so rauschenden Beifall auf der Linken, besonders bei den Sozialdemokraten. Man fühlte sich

als stiller Zuschauer auf der Tribüne nach dem äußern Eindruck der Debatte ordentlich in die Zeit zurückversetzt, in der der große Links-Kanzler Graf Caprivi die Beifallsspenden der Manchesterherren in Empfang nahm. Darauf spielte ebenfalls der Abg. v. Liebermann an, als er warnend seine Stimme erhob.

Die Mitglieder des Hauses, die sich auf den Standpunkt stellten, daß die Brüsseler Zuckerkonvention nicht den Ansprüchen zu genügen imstande sei, die die nationale Produktion zu stellen berechtigt sei, befleißigten sich größtmöglicher Sachlichkeit. Daß sie auch an der Thätigkeit der deutschen Vertreter bei der internationalen Konferenz Kritik übten, war ihr gutes Recht und lag überhaupt in der Natur der Sache.

Der Abg. Graf Kanitz sprach die Befürchtung aus, daß der vorgesehne Zoll nicht genüge, um der deutschen Industrie den Auslandsmarkt zu erhalten, und besonders gefährlich erscheint ihm der Wettbewerb Rußlands, das der Konvention nicht beigetreten ist; außerdem legte er dar, daß der Handelsvertrag mit Rußland die deutsche Regierung hindere, diesem Lande gegenüber den Zuschlagszoll zu erheben, so lange eben der jetzige Handelsvertrag mit Rußland laufe. Schon aus dieser Erwägung heraus könne er der Konvention nicht zustimmen. Er stellte den Antrag, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen, zog ihn aber gegen Ende der Sitzung zurück, weil ihm die Annahme des Antrags aussichtslos erschien.

Mit Hurra gab dagegen Herr Wiemer, der als parlamentarischer Fonograf des Abg. Richter gilt, der Vorlage seinen Beifall und befürwortete den Antrag Hermes, die Zuckersteuer, die die Kommission auf 12 resp. 10 Mark festgesetzt hatte, auf 14 Mark heraufzusetzen.

Wie Graf Kanitz, so bedauerte auch der Redner des Zentrums, der Abg. Müller (Fulda), daß in Brüssel von deutscher Seite wirkliche Sachkenner nicht zu Rate gezogen worden seien. Er erörterte die dem Entwurf anhaftenden Mängel und erklärte, daß er ihm in der anliegenden Form nicht beitreten könne. Er sei für ihn unannehmbar, wenn kein Ausgleich für die Schädigungen geschaffen werde, die die deutschen Zuckerproduzenten durch ihn erleiden.

Alsdann hielt der „Genosse“ Bernstein seine Jungfernrede. Er ging gleich „ins Volle“, denn er redete über eine Stunde, aber leider entsprach der Inhalt der Rede nicht ihrem Umfange, doch hatte sie einen wohlverdienten Heiterkeits-Erfolg mit der Behauptung, daß England von der Konvention großen Schaden haben werde.

Abg. Graf Limburg-Stirum gab unter großem Beifall auf der rechten Seite des Hauses die Erklärung ab, die Thatsache, daß die englischen Kolonien mit Selbstverwaltung außerhalb des Vertrages ständen, und die Schwierigkeit, die sich bezüglich Rußlands mit seinen versteckten Prämien ergäbe, hindere ihn an der Zustimmung zu der Konvention. Seine Freunde wünschten durchaus die Aufhebung der Prämien, aber diese Aufhebung müsse auch eine vollständige sein. Er bedauerte ebenfalls die unzulängliche Sachkenntnis der deutschen Delegierten.

Darauf nahm der Staatssekretär Graf Posadowsky das Wort. Seine Rede stach sehr ab von der besonnenen Art, die man sonst bei ihm gewöhnt ist. Er machte den Eindruck, als ob er sehr nervös sei, und ließ sich zu Aeußerungen hinreißen, die durchaus nicht am Platze waren und an sich schon einen Mangel an objektiver Ueberlegung und Beweisführung bedeuteten. Wenn Graf Posadowsky meinte, der Vorwurf, die deutschen Vertreter in Brüssel hätten nicht auf der Höhe der Situation gestanden, diskreditiere die Reichsregierung im Auslande und erschwere den Abschluß der neuen Handelsverträge, so wurde vom Abg. von Liebermann mit Recht hervorgehoben, daß grade das Gegenteil der Fall sei, denn es trage nur zur Stärkung der Stellung der Regierung bei, wenn das Ausland sehe, daß das Parlament die Thätigkeit der Regierungsvertreter nicht unbesehen hinnehme, sondern genau prüfe.

Gleichfalls in ernster Weise und streng sachlich wie die Abgg. Graf Kanitz, Müller (Fulda) und Graf Limburg-Stirum setzte unter lebhafter Zustimmung der Rechten Abg. Dr. Rösicke (Kaiserslautern) nochmals kurz und klar auseinander, warum es ihm und den andern Vertretern der deutschen Landwirtschaft unmöglich sei, sich mit dem Uebereinkommen zu befreunden. Sein Hauptbedenken — so führte er aus — liege in der Befürchtung der Bevorzugung der englischen Kolonien. Man verweise darauf, daß sie jederzeit dem Vertrage beitreten können. Warum warten wir denn nicht — so fragte er —, bis das geschehn ist? Dann sind ja alle Bedenken erledigt. Jeder Vertrag unterliegt der Interpretation; aber es ist Thatsache, daß Deutschland bei diesen Interpretationen in den letzten Jahrzehnten meistenteils den Kürzern gezogen hat. Wir werden bei einem Ueberzoll von nur 4,80 eine Einfuhr von Rohrzucker zu erwarten haben, die für unsre Industrie verderblich werden muß. Lediglich um das Kartell in einem landwirtschaftlichen Nebenbetriebe unmöglich zu machen, während Sie das Kartellwesen überall sonst bestehn lassen wollen, soll eine solche Konvention angenommen werden? Auch wir sehn das Zuckerkartell nicht als etwas Vollkommnes, Einwandfreies an, aber diese Zumutung geht denn doch über das Maß des Zulässigen hinaus. Die Engländer haben bei der Konvention sich wieder als sehr kluge Leute erwiesen; obwohl England das größere Interesse hatte, uns entgegenzukommen, hat es günstigere Bedingungen erlangt als wir. Wir haben uns differenzieren lassen in den englischen Kolonien, und jetzt sollen wir dieser Konvention zustimmen, deren Vorteile für England auf der Hand liegen! Kein Deutscher will den Zollkrieg um des Krieges willen; aber den Zollfrieden auf dem Wege erreichen, daß wir uns alles gefallen lassen, dazu können wir die Hand nicht bieten. Die Landwirtschaft verlangt von der Regierung eine andre Frontstellung. England hat uns gedroht mit schwerwiegenden Maßregelungen, wenn wir der Konvention nicht beiträten. Warum hat es das gethan? Weil es seine Kolonien begünstigen will, und das ist leichter, wenn unser Zuckerkartell zerstört ist und wenn nur der niedrige Ueberzoll besteht. — Abg. Dr. Roesicke schloß mit der Erklärung, die Verwerfung der Konvention sei für den Rübenbau und die Zucker-Industrie besser als deren Annahme.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Abg. Dr. Hahn, ergänzte in wirksamer Rede die Ausführungen des Vorredners, seitens der Mehrheit der Reichspartei sprach sich der Abg. Gamp für die Annahme der Konvention aus, und das Gleiche that für einen Teil der Nationalliberalen der Abg. Dr. Paasche. Bei der Abstimmung wurde der Artikel 1 mit großer Mehrheit angenommen.

Die oben erwähnte Rede des Abg. von Liebermann lautet wörtlich:

M. H., die Linke ist heute augenscheinlich sehr guter Laune. Sie fühlt sich als Regierungspartei, sie schwelgt im Hoffnungsglanz zukünftiger Ministerherrlichkeiten, und wenn Ihre Hoffnungen (nach links) in Erfüllung gehn, dann, seien Sie versichert, werde ich Sie nicht beneiden, eher bemitleiden.

Als der Herr Graf von Posadowsky in einer, bei ihm ungewöhnlich scharfen Form sich gegen eine, wie mir schien, recht milde Kritik des Herrn Grafen von Limburg-Stirum über die Regierung wandte, fand er ein lautes Echo bei der linken Seite des Hauses. Sehr richtig! ertönte es aus dem Munde der Männer, die sonst sich garnicht genug thun können in der Emphase, womit sie für sich hier das Recht der freien Kritik in Anspruch nehmen, einer Kritik, die in Form und Inhalt weit über das hinausgeht, was jemals von der rechten Seite dieses Hauses auch nur versucht worden ist.

(Sehr richtig!)

Die neue zukünftige Regierungspartei versucht heute eine Art von Generalprobe. Sie möchte heute einmal zeigen, was sie der Regierung bieten kann, und an die weisen Lehren, die Herr Dr. Barth der Regierung eben erteilt hat, knüpfte er dafür auch die Zusicherung, daß, wenn die Regierung seiner Mahnung folgt, die ganze Linke treu zu ihr stehn und ihr keine faktiöse Opposition machen würde, wie die bösen Männer auf der Rechten. Nun, m. H., das Deutsche Volk hat niemals besondern Vorteil davon verspürt, wenn die Regierung sich auf die äußerste Linke stützte.

Die Spuren der Caprivischen Handelsverträge, wobei die Sozialdemokraten und die Freisinnigen die Stützen der Regierung waren, sollten von ähnlichen Wiederholungen abschrecken. Das Deutsche Volk hat die Folgen davon, wie einer der Vorredner nachwies, noch heute zu tragen; auch die Zucker-Industrie, über deren Wohl und Wehe jetzt hier entschieden wird.

Die rauhen Töne, die vom Regierungstisch heute der Rechten gegenüber erklangen, waren wohl die Wirkung der rauhen Luft, die augenblicklich hoch oben weht; ich weiß nicht, ob See- oder Landwind — rauh und kalt ist er jedenfalls; aber ewig kann der rauhe Nord nicht wehn, er wird auch einmal dem lauen Lenz wieder Platz machen. Wir müssen nur ausharren und abwarten. Ich kann mir vorstellen, daß — nicht Herr Graf v. Posadowsky — wohl aber irgendein andrer vielleicht die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Reichstag folgendermaßen gestaltet sehen möchte: Die Regierung bringt eine Vorlage ein, der Reichstag wagt gehorsamst einige Aenderungen vorzuschlagen, darauf erschallt ein barsches „Unannehmbar!“ vom Regierungstisch und nun verbeugt sich der Reichstag oder macht, wenn man ein zeitgemäßes Wort gebrauchen will, Kotau und sagt: Hohe Regierung, Dein Wunsch ist mir Befehl.

Ja, m. H., von der Linken, die Sie bei jeder Gelegenheit die Volksrechte betonen, die sie immer „voll und ganz“ auf dem Boden der Verfassung stehn und die „Fahne der Freiheit“ schwingen, sie möchten jetzt ohne weiters andern die Freiheit der Kritik an Regierungsmaßnahmen verkürzen. Sie bekennen jetzt den Grundsatz: „Die Regierung absolut, wenn sie unsern Willen thut“ — Nein, die parlamentarische Kritik muß erlaubt bleiben. Sie ist die Grundlage alles politischen Lebens.

Ich teile nicht die Befürchtung des Herrn Grafen Posadowsky, der sich dahin aussprach: wenn man hier vor ganz Europa erkläre: Die Unterhändler der deutschen Regierung sind von jeher nicht geschickt gewesen, so würde dadurch jetzt, wo Deutschland bald mit der ganzen Welt verhandeln müßte, die Stellung der deutschen Regierung geschädigt und geschwächt. Ich meine, genau das Gegenteil wird der Fall sein; das Ausland wird sagen: Aha, diesmal ist der Deutsche Reichstag dahinter gekommen, daß er bei den Caprivischen Handelsverträgen schmählich über den Löffel barbiert ist — vom Auslande meine ich natürlich —, und die deutsche Regierung ihrerseits wird diesmal Unterhändler schicken, die, ausgerüstet mit der ganzen Sachverständigkeit des Jahrhunderts, nunmehr die Interessen Deutschlands besser wahrnehmen. So, glaube ich, wird man im Auslande argumentieren und nicht anders. Der Zweck der parlamentarischen Kritik soll doch eben nur Abänderung von Uebelständen sein, die sich herausgestellt haben, und nicht etwa kleinliche Nörgelei oder gar die Absicht, die Vertreter der Regierung persönlich zu ärgern.

Die Zuckerkonvention ist eine Art Generalprobe zu den Handelsverträgen gewesen, und man kann es der deutschen Landwirtschaft, die bei den vorigen Handelsverträgen so schwer geschädigt worden ist, wahrhaftig nicht verdenken, wenn sie jetzt ängstlich und eingehend prüft, ob die Herren Vertreter der deutschen Regierung bei dieser Generalprobe fest in ihren Rollen gewesen sind. Ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Müller (Fulda) sehr recht hatte, darauf hinzuweisen, daß die fremden Vertrags-Staaten im Gegensatze zu Deutschland ihrerseits gewiegte Sachverständige in die Kommission nach Brüssel mit vollem Mandat und Stimmrecht geschickt haben. Das sollte Deutschland bei den Verhandlungen über zukünftige Handelsverträge auch thun.

Ich glaube, die Meinung von sehr vielen im Lande auszusprechen, wenn ich sage, schwere Zeiten ziehn auf alle Fälle für unsre Zucker-Industrie am Horizont empor.

(Sehr richtig! rechts).

Wenn der Herr Abg. Gamp gemeint hat, die Annahme der Konvention sei das kleinere Uebel, so glaube ich, daß dies nicht die Ansicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist. Diese meinen in ihrer großen Mehrheit, daß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes das kleinere Uebel ist gegenüber den Gefahren, die uns aus der Konvention drohn. Die Konvention ist das größere Uebel. Wenn die Beschwerdepunkte, die schwerwiegenden Bedenken, die die Herren Graf v. Kanitz und von Limburg-Stirum, Dr. Roesicke und Dr. Hahn, sowie der Abg. Müller (Fulda) erhoben haben, nicht von der Regierung beseitigt werden können, muß man die Konvention ablehnen.

Für eine solche Ablehnung spricht wohl auch die Erwägung, daß man zwar deutscherseits nicht Zucker-Sachverständige nach Brüssel zur Führung der Verhandlungen hingeschickt hat, daß man aber auf gutes Zureden hin wenigstens hernach Sachverständige vernommen hat. Nun darf man aber doch die Urteile dieser Sachverständigen jetzt nicht schlechtweg ignorieren, man darf doch auch nicht die massenhaften Petitionen der Interessenten im Lande einfach bei Seite legen. Wenn man die Petitionen, die trotz der Kürze der Zeit hier eingegangen sind, prüft, so ergiebt sich, daß die deutschen Rübenbauern nahezu einstimmig die Konvention als ein Unglück ansehn, daß die Rohzuckerfabriken nahezu alle gegen die Konvention stimmen und daß von den Raffinerien der größere Teil um Ablehnung bittet. Aber selbst die Petitionen, die sich zustimmend äußern, knüpfen an die Annahme der Konvention meist unmögliche Bedingungen. Entweder sie schlagen Abänderungen vor, die unthunlich sind, weil man bekanntlich die Konvention nur annehmen oder verwerfen darf, oder sie wünschen als Vorbedingung Abänderungen des Zuckersteuergesetzes, von denen nur ein Teil Berücksichtigung in der Kommission gefunden hat.

Ich wünschte, das hohe Haus stellte die Herren von der Sozialdemokratie einmal auf die Probe und brächte in das Zuckersteuergesetz jetzt noch eine oder ein paar Bestimmungen hinein, die jene Herren für ganz unannehmbar erklären. Ich möchte einmal sehn, ob die Herren dann wirklich gegen die Konvention stimmen, wie Herr Bernstein es in Aussicht stellte. Ich wage es es zu bezweifeln und erinnere mich dabei daran, daß bei verschiednen Verhandlungen über die Börsengesetzgebung in diesem Hause seitens der Sozialdemokraten scharf gegen die Börse gewettert wurde. Man stimmte dann aber zuletzt für die Börsen-Interessen. —

Recht verstanden bleiben von den Kundgebungen aus dem Lande für die Konvention nur diejenigen aus Handelskreisen übrig. Die Vertreter des Freihandels treten ja auch hier mit Feuereifer in gleicher Richtung ein. Ich muß aber gestehn, daß es jeden denkenden Menschen einigermaßen sonderbar anmuten mußte, wenn der letzte Herr Redner Dr. Barth hier gegen die „Interessenpolitik“ donnerte. Vertreter des Cobden-Klubs und Gegner von Interessenpolitik, das reime sich zusammen, wer kann!

Wenn die Regierung gegenüber den aus dem Lande an uns gerichteten Wünschen, gegenüber den Urteilen der amtlich vernommnen Sachverständigen, gegenüber der schwerwiegenden Bedenken, die aus der Mitte des Hauses heute hier vorgebracht worden sind, trotzdem nicht glaubt genugende Zeit zu haben, sondern auf hastige Erledigung drängt, so ist das unter allen Umständen geeignet, uns noch stutziger zu machen. Grade der Umstand, daß England so sehr auf Abschluß dieser Konvention drängt, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß wir dabei keine Seide spinnen werden. Davon bin ich fest überzeugt; wenn sich später Differenzen in der Auslegung der Konvention einstellen werden zwischen uns und England, so werden wir bei solch einem Konflikt sicher den Kürzern ziehn; England dürfte für die Folge noch mit weit weniger Bescheidenheit auftreten als in den letzten zwei Jahren, — jetzt, nachdem es unter schweigender Zulassung der Regierungen aller Kulturstaaten das Recht und die Freiheit der Burenstaaten unter die Füße getreten hat.

Ich komme zum Schlusse: wir werden aller Wahrscheinlichkeit bei der Konvention noch recht böse Erfahrungen, sowohl mit Rußland wie mit England machen; und wenn die Regierung jetzt von uns verlangt, entgegen der großen Mehrheit der Zucker-Interessenten im Lande, die Konvention einfach anzunehmen, so scheint mir das etwa gleichbedeutend damit zu sein,

als wenn man uns zumutet, den Begriff „beschränkter Unterthanenverstand“ zum Dogma zu erheben. Das mache ich aber nicht mit. Das überlasse ich der Regierungspartei der Zukunft, den Herren von der Linken.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Gleich und gleich gesellt sich gern.

Es wird vielen unsrer Leser wohl noch erinnerlich sein, welch ein Aufhebens die Judenpresse im Jahre 1889 oder 1890 machte, als der regierende Fürst von Monako sich mit der verwittweten Herzogin von Richelieu, einer gebornen Jüdin Heine verheiratet hatte. Was für Loblieder wurden damals auf die „unvergleichlich geistreiche“ Verwandte des „unsterblichen“ Henri Heine gesungen. Wie wurde ihre Schönheit gepriesen und ihr gutes Herz gelobt. Ja man versuchte der Welt allen Ernstes aufzubinden, der Fürst habe seiner Gemahlin versprochen, die Spielhölle in Monte Karlo nach Ablauf der Pachtzeit eingehn zu lassen. — Wie viele gutgläubigen Michel bewunderten damals dies Juwel von Zion, das einen wirklichen, wenn auch ziemlich kleinen Thron schmückte. — Nun ist die Ehe geschieden und es soll uns nicht wundern, wenn demnächst die Rabbinerblätter mitteilen, daß die edle Fürstin das Treiben der Spielhölle nicht länger hätte ansehn können, die ihr Gemahl trotz seines Versprechens im Honigmond der jungen Ehe nicht aufgehoben habe.

So poetisch und ästhetisch liegt die Sache aber nicht. Die Jüdin hat vielmehr schon vor einigen Jahren den zugehörigen Juden gefunden. Er gab vor, Spanier zu sein, de Lara zu heißen und war ein unverstandner großer Komponist. Zwar stammte er weder aus dem Vaterlande des Weines und der Gesänge, noch hieß er de Lara, sondern vielmehr Jsidor und war vom Stamme jener Rasse, die stets rechnet, auch wenn sie liebt. Die Fürstin aber verstand sehr bald ihren Jsidor. Sie machte es möglich, daß seine sogenannte Oper „Messalina“ öffentlich aufgeführt wurde, nachdem sie mit ihm die Titelrolle nach allen Richtungen eingehend durchgeprobt hatte.

Angeblich soll sie es ihrem ehelichen Gemahl sehr übel genommen haben, daß er sie vor einigen Jahren nicht mit nach Berlin nahm. Sie hatte gehofft, dort bei Hofe moralische Eroberungen zu machen und die Hoffähigkeit sämtlicher Berliner Juden, sowie die Vierteilung der Antisemiten-Häuptlinge durchzusetzen. Ob dieser grausamen Zerstörung ihres Lebensplanes suchte sie Vergessenheit in den Armen ihres Jsidor.

Endlich wurde der Skandal selbst für Monaco zu groß und der Fürst gab ihr den Scheidebrief. Sie hat aber etliche Millionen erspart und ist deshalb der Treue ihres Jsidor sicher.

Das junge Ehepaar soll beabsichtigen, sich in Berlin niederzulassen. In welcher Weise die ebenbürtigen Gatten dort aber für das Wohl der Menschheit thätig sein wollen, steht noch nicht fest. In Erwägung sind u. a. folgende Pläne gezogen. Gründung eines neuen Ueberbretts, wo Jsidor und die Exfürstin den verliebten Ehemann und ähnliche weltbewegende Poesien täglich unentgeltlich der Berliner „guten Gesellschaft“ vorgaukeln; oder: Umwandlung der „Mitteilungen zur Abwehr des Antisemitismus“ in ein Tageblatt mit dem Chefredaktör Pastor em. Gräbner an der Spitze, oder endlich Ablösung von Lina und Theodor Morgenstern in ihren unübertrefflichen Leistungen für Suppen-Anstalten und Hausfrauen-Vereine. Der letztgenannte Plan wird bevorzugt, weil man dadurch erfahrungsgemäß am leichtesten mit dem Hofe in Berührung kommen kann.

Daß Jsidor mit der Komposition einer nordischen Ausstattungs-Oper beschäftigt ist, soll nur nebenbei erwähnt werden. Der große Dichterkomponist ist sicher, damit selbst die Anerkennung desjenigen zu finden, der alles am besten versteht. Die Einführung der neuen Sterne am Himmel von Pankebabel übernehmen mit gewohnter Meisterschaft und in idealer Konkurrenz miteinander das „Berliner Tageblatt“ und der „Lokal-Anzeiger“.

Die Ausbeutung der Bauern in den deutschen Kolonien Südrußlands

durch die Juden giebt immermehr Veranlassung zur Ergreifung von Abwehrmaßregeln. So hat man jetzt in Mannsburg (Akkerm. Kreis) infolge verschiedner Artikel in der deutschen „Odessaer Ztg.“ vorbereitende Versammlungen zur Gründung eines Konsumvereins abgehalten. Der Bericht darüber lautet:

Der Anstoß, dem wir das Entstehen eines solchen Vereins hier zu verdanken haben, ist in erster Linie durch die „Odessaer Zeitung“ gegeben worden, die die Leute mit der Sache bekannt gemacht hat, sodann haben die schon bestehenden und gedeihenden Konsumvereine bei manchen das Interesse geweckt; dann aber. — und das ist die Hauptursache — fühlen die Leute, daß sie der Willkühr der jüdischen hausierenden und örtlichen Handelsleute, die nicht im geringsten mit einander konkurrieren, ausgesetzt sind. Die hausierenden Handelsleute, die die Erzeugnisse der Hauswirtschaft, wie: Butter, Käse und Eier, abnehmen, aber nicht gegen Geld, sondern gegen Waren, haben sich sogar geeinigt, daß dort, wo der eine „handelt“, der andre wegbleibt. Jeder schert im Frieden seine Schäfchen. Auch wird sich nicht bald ein fremder Handelsmann ins Dorf wagen; denn die Dörfer sind unter den Kindern Israels verteilt: jedes Dorf hat seine Juden. Sollte aber doch ein Fremder ins Dorf kommen und hier seine Geschäfte anfangen wollen, was in Jahren wohl mal geschieht, so setzt es zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Kaufmann einen erbitterten Kampf ab. Jetzt wird den Bauersfrauen bar Geld bezahlt, sogar Geld vorgestreckt, um die Schulden bei dem bisherigen Kaufmann zu tilgen, die Preise für die Milchprodukte aufs höchste gesteigert. Jedoch dauert dieser Kampf nicht lange, denn die Juden prügeln sich gut durch, vertragen sich hernach und alles geht wieder nach dem Alten: die Preise für die Erzeugnisse der Hauswirtschaft sinken. Die Preise werden überhaupt erst dann gemacht, wenn der Kaufmann von Odessa, wo er die abgenommne Ware absetzt, zurückgekommen ist. Geld wird keins mehr gegeben, es muß dafür beim Kaufmann Ware genommen werden; die Bauersfrau erhält im Buch des Juden einen Platz, wo ihr Debet und Kredit angemerkt wird.

Gewöhnlich bleibt sie nach der Rechnung noch etwas schuldig. Was braucht man aber auch nicht alles im Hause; und der Jud, giebt ja bereitwilligst soviel die Frau will und braucht, ja manchmal auch nicht braucht.

Ich will nun nicht grade behaupten, daß bei diesem Tauschhandel von Seiten der Juden immer aufs unverschämteste geschwindelt wird, mitunter geschieht es wohl; daß aber die Hausfrau auf diesem Wege die Verbrauchsgegenstände von bester Qualität und zu den billigsten Preisen ins Haus bekommen sollte, glaubt man eben auch nicht. —

Man sieht also, Israel ist sich stets und überall gleich, der Nichtjude wird immer als Ausbeutungs-Objekt betrachtet, zu dessen regelrechter Abschlachtung ordentliche Pläne von den Juden aufgestellt werden.

Beamte und Konsumvereine. Der Konservative Verein zu Halle (Saale) hat an alle dortigen Beamten einen Aufruf erlassen, der in der Bitte gipfelt, im Interesse des schwer bedrängten Standes der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden keinem Konsumverein beizutreten oder in solchen Anstalten zu kaufen. Diese konservative That sticht seltsam ab gegen die Handlungsweise des Warenhauses für deutsche Beamte zu Berlin, das bis zum 1. April d. J. von einer Aktiengesellschaft betrieben wurde. Um der Veranlagung zur Warenhaus-Steuer zu entgehn, hat die Aktiengesellschaft ihren Besitz an den „Verein der Kaufberechtigten der Warenhäuser für deutsche Beamte“ übergehn lassen. In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ macht nun der Kammergerichtsrat Dr. Karsten darauf aufmerksam, daß dieser Besitzwechsel kaum als zu Recht bestehend anerkannt werden könne. Er behauptet, daß die Versammlung jenes Vereins, der schon seit dem Jahre 188

bestand, bisher aber an der Leitung und Verwaltung des Warenhauses selbst gar keinen Anteil hatte, nicht ordnungsmäßig einberufen worden sei. Deshalb allein schon seien die in dieser Versammlung nicht erschienenen Vereinsmitglieder an den Vertrag, durch den der Betrieb des Warenhauses vom Verein übernommen wurde, nicht gebunden. Die Versammlung sei aber auch überhaupt nicht befugt gewesen, einen solchen Vertrag zu beschließen, denn dieser bewirke eine gänzliche Aenderung des Vereinszweckes, die nur mit Zustimmung sämtlicher Vereinsmitglieder genehmigt werden könne, während hier nur ein Mehrheitsbeschluß vorliege.

Man wird nach diesen Darlegungen wohl nicht fehlgehn, wenn man annimmt, daß die ehrenwerte Absicht der Herren Beamten, sich um die gesetzliche Warenhaussteuer zu drücken, noch nachträglich vereitelt wird.

Vilma Parlaghy. Seit Jahren schon erhielten wir von den verschiedensten Seiten die Mitteilung, daß die Malerin Vilma Parlaghy Jüdin sei und früher ganz anders geheißen habe. Es gelang uns bisher nicht, darüber bestimmte Nachrichten zu erhalten. In letzter Zeit wird nun in den judenfreundlichen Blättern der Reichshauptstadt wieder sehr stark die Reklametrommel für die Malerin gerührt, die es allerdings auch meisterhaft versteht, von sich reden zu machen. So gab sie im März d. J. z. B. im Verein mit einer ganzen Anzahl Jüdinnen von „klangvollen" Namen Veranlassung zu einem Feste zu gunsten des Tierschutzes, für das man sich an die verschiedensten Firmen um kostenlose Hergabe von allen möglichen Gegenständen wandte und dessen Ausschuß-Sitzungen auch die Exzellenzen Gräfin Bülow, Frau von Posadowsky und Frau Dr. Studt beiwohnten. In diesem Jahre ist Frau Vilma Parlaghy sogar Mitglied der Preis-Jury für die große Berliner Kunst-Ausstellung geworden, welcher Körperschaft bisher noch keine weibliche Person angehörte. Vilma Parlaghy besitzt indes seit dem Jahre 1894 die große goldne Medaille und die Inhaber dieser Auszeichnung können beanspruchen, zu den Sitzungen der Preis-Jury zugezogen zu werden. Zur Verteilung der drei großen und sechs kleinen Medaillen hat Vilma Parlaghy diesmal von ihrem Recht Gebrauch gemacht, was die gefällige Presse natürlich schleunigst ihren werten Lesern mitteilte. Dabei wird die Malerin auf einmal Vilma Fürstin Lwoff-Parlaghy genannt. Nun schreibt man uns dieser Tage aus Pest:

„Die Berliner Malerin Vilma Parlagi ist eine geborne Brachfeld, ihr Onkel ist hier ein angesehener Kaufmann und noch jüdischen Glaubens. Wie sie zu dem Namen Parlagi gekommen ist? Nun, man kommt beim Minister des Innern ein und bittet um Abänderung des jüdischen in einen ungarischen. Das ist leicht zu erlangen, nur hat sie nie und nimmermehr die Erlaubnis erhalten, ihren Namen mit gh und y zu schreiben, sondern nur mit einfachem gi. Die Schreibweise Parlaghy ist altadlig, während Parlagi bürgerlich ist. Zur Aenderung des Vor(Tauf-)namens giebt das Ministerium nie Erlaubnis und Vilma Parlagi führte als Fräulein Brachfeld den Vornamen Rebekka."

Es wäre interessant, wenn diese Behauptungen den Thatsachen entsprächen. Verständlich würde es dann, was wir schon am 25. Oktober 1900 in Nr. 636 unwidersprochen behaupteten, daß nämlich die Malerin Vilma Parlagi berufen gewesen wäre, während einiger ihr vom Grafen Moltke gewährten Sitzungen dem greisen Feldmarschall einen judenfreundlichen Ausspruch abzulocken — was allerdings vorbei gelang.

Frechheit oder Wahnsinn? Der „Sieg" in Südafrika hat wie es scheint, in manchen englischen Köpfen verhängnisvolle Wirkungen ausgeübt. Nur auf „Geistesverwirrung", wenn man nicht verbrecherischen Hohn auf den treu Verbündeten als Motiv annehmen will, kann folgende Mittheilung zurückgeführt werden, die in Berlin das „Büro Laffan" verbreitet:

Die Birminghamer „Daily Post" meldet, Kaiser Wilhelm erwäge den Gedanken, den Kronprinzen auf eine Ferienreise nach Südafrika zu senden, wohin ihn ein hervorragender General und ein kleines Gefolge begleiten sollen. Einer der Zwecke dieser Reise sei, die von den beiden Gegnern in dem soeben beendigten südafrikanischen Kriege angewandten Methoden, sowie den Einfluß von Terrainschwierigkeiten auf die Strategie zu studieren.

Zu solchen Studien hat die deutsche Heeresverwaltung während des Krieges Militär-Attachés in Südafrika gehabt. Es haben auch genug ehemalige deutsche Offiziere auf Seiten der Buren gefochten, die ihre Erfahrungen dem deutschen Generalstabe gern zur Verfügung stellen werden. — Wollte man das Kriegstheater aber wirklich noch studieren lassen, so würde man erfahrne Generalstabs-Offiziere damit betrauen, die ohne Aufsehn zu erregen, ihre Reise machen. Englischem Schutze wird wohl kein Fürst mehr seinen Sohn anvertrauen wollen, seit Prinz Ludwig Napoleon mit englischer Eskorte ins Zulu-Land ritt und dort unter den Assagais verblutete. Die englische Eskorte einschließlich des Offiziers aber kam heil und gesund zurück. — In der deutschen Armee spie man damals aus vor Verachtung über diese englische Heldenthat.

Ueber den Wert der jüdischen Arbeiter, insbesondre der Fabrikarbeiter, hat ein Mitarbeiter der hebräischen Zeitung „Hazefirah" eine Reihe warschauer Fabrikanten befragt und dabei ziemlich gleichlautende Urteile gehört. Das der Metallfabrik von Proschiner und Klein wird vom „Warschawski Dnewnik" als typisch wiedergegeben. Wir heben daraus folgendes hervor. Die Juden feiern neben dem Sonnabend auch den Sonntag und stellen häufig die Arbeit am Freitag Nachmittag schon ein, so daß sie oft nur 4½ Tage in der Woche arbeiten. Aus diesem Grunde sah sich die Fabrik trotz des besten Willens genötigt, 50 jüdische Arbeiter zu entlassen. Nach der Meinung des Fabrikanten Klein weigern sich die Juden oft, dem Fabrikbesitzer die schuldige Unterordnung zu erweisen. Erfahrne Meister gäbe es unter den Juden fast gar nicht. In den jüdischen Handwerkerschulen werde der Unterricht so mangelhaft geleitet, daß die Besucher der Schule zur Erlangung der Kenntnisse eines Meisters genötigt wären, mehre Jahre als einfache Arbeiter praktisch thätig zu sein. Im übrigen, meinte weiter der Fabrikant, sei es schließlich doch möglich, auch tüchtige jüdische Meister zu finden; aber diese gäben sich bald der Spekulation hin und verließen, nachdem sie sich eine geringe Summe erspart, den Dienst, um irgendwie selbständig zu werden, so daß die Fabrikanten ihnen kein Vertrauen schenkten. Anders verhalte es sich in dieser Beziehung mit den Nichtjuden; obgleich es unter denselben viele Meister mit relativ großen Ersparnissen gäbe, dächten sie nicht daran, den Dienst aufzugeben. Bei der Wahl der Arbeiter und Meister werde sich jeder Fabrikant mit gesundem Geschäftssinn natürlich für solche Kräfte entscheiden, die ihm eine größere oder geringere Gewähr dafür bieten, daß er mit der Zeit über geübte und eingearbeitete Kräfte verfügen werde. Bei ihrem Urteil über die jüdischen Arbeiter sind die meisten Fabrikanten darin einig gewesen, daß die Juden weniger Sinn für Ordnung und Reinlichkeit als die Christen besitzen.

Eine That des Sozialpolitikers Demmig. Der Reichstag beschäftigte sich in der Sitzung vom 7. Juni mit Erledigung einer größern Anzahl von Bittschriften. Darunter befand sich auch eine, worin die Einführung des Befähigungsnachweises für Bauhandwerker gefordert wurde. Die Petitions-Kommission hat „Ueberweisung als Material" beantragt, Herr Demmig aber stellte den Antrag auf „Uebergang zur Tagesordnung", und hätte dabei Gelegenheit gefunden, zum zweiten Male seit seiner Wahl, im Reichstage sein Licht leuchten zu lassen, wenn ihm nicht Herr Singer einen Strich durch die Rechnung gemacht, und Absetzung der Verhandlung über diese Petition von der Tagesordnung beantragt und durchgesetzt hätte. Wir bedauern das, denn man wird wohl nicht fehl gehn, wenn man annimmt, daß Herr Demmig ebenso wie bei seiner Jungfern-

rede gegen die Kontrollversammlungen und den Parademarsch, wo er augenscheinlich aus eignen trüben militärischen Erlebnissen schöpfte, auch diesmal eigne Erfahrungen zum Besten gegeben haben würde.

Wir waren gespannt auf seine Gründe gegen den Befähigungsnachweis der Bauhandwerker. Fürchtet er Geschäftsschädigung, weil er sich nicht zutraut, jenen Nachweis selbst nachträglich zu liefern? Oder fürchtet er, daß die geprüften Bauhandwerker zu klug werden, und den Bauwucherern ihr wenig rühmliches Handwerk legen könnten? Vielleicht erfahren wir Herrn Demmigs Meinung darüber im Herbst.

Juden in Hamburg. Ueber die Zunahme der Juden in der Stadt Hamburg giebt folgende kleine Tabelle Aufschluß. Zu bemerken ist auch hier, was wir schon bei der Judenstatistik andrer Großstädte gesagt haben: durch den Anschluß von Vororten, die vor dem Anschluß niemals viele Juden zählten, an den Kern der alten judenreichen Städte wird die Verhältniszahl der jüdischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung herabgedrückt.

Es gab in Hamburg

i. J.	1871	11955	Juden	= 4,53	v. H. der Ges.-Bevölk.
„	1880	12885	„	= 4,44	„ „ „
„	1890 rund	14000	„	= 4,30	„ „ „
„	1900	17797	„	= 2,32	„ „ „

Der Staat Hamburg zählte im Jahre 1871 13796 und im Jahre 1900 17950 Juden.

Die an Hamburg angrenzende preußische Stadt Altona hatte im Jahre 1871 2200 Juden = 3 v. H. der Gesamtbevölkerung, im Jahre 1895 2209 Juden = 1,4 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Vom Berliner Handels-Freisinn. Der Berliner Handel hatte bisher nicht wie überall in Preußen ein Organ in Gestalt einer Handelskammer, sondern nur ein sogenanntes Aeltesten-Kollegium, bei dessen Zusammensetzung die kleinern Gewerbetreibenden nichts zu sagen hatten. Natürlich erklärte sich dieses „Kollegium“ gegen die vom Handelsminister Moeller angeregte Einrichtung einer Handelskammer, so daß der Minister einfach die Gründung der Kammer verfügte. Es war vorauszusehn, daß bei den Wahlen nichts andres herauskommen würde als eine ähnliche „Vertretung“ wie sie schon im Aeltesten-Kollegium bestehn. Denn die Wahlen fanden nach dem Dreiklassen-System statt, wobei gegenüber 14 000 Wählern der dritten Klasse auf die erste 59 und die zweite 990 entfielen. Und da der dritten Klasse alle Gewerbetreibenden bis zu einem gewerblichem Einkommen von jährlich 55 000 Mark angehören, kann man sich lebhaft vorstellen, welchen Einfluß die Gewerbetreibenden mit einem Einkommen bis zu 3 000 Mark haben und diese letztern bilden in Berlin die große Mehrheit! Es wurden also 25 Juden gewählt und 11 Nichtjuden, alle aber sind Großkaufleute und 24 von ihnen sind nebenbei Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften, in denen diese zwei Dutzend allein 143 Stellen einnehmen! Gegen die Wahl liefen von verschiednen Seiten Widersprüche ein, da sie für ganz Berlin in einem Lokale stattfand und dazu noch an mehren Tagen. Der Ausschuß zur Prüfung der Wahl schlug dem Plenum der Kammer deshalb vor, die Proteste anzuerkennen und die Wahlen sämtlich für ungültig zu erklären. Das Plenum stellte sich indes auf den Standpunkt: „Wir behalten, was wir haben!“ und lehnte den Antrag seiner eignen Kommission ab. Das Experiment des Handelsministers Moeller ist also vollständig mißglückt, die jüdische haute finance herrscht nach wie vor und der kleine und mittlere Gewerbetreibende hat überhaupt keine ordnungsmäßige Vertretung in der Reichshauptstadt. Um der Regierung das noch ganz besonders klar zu machen, hat die Handelskammer es fertig gebracht, zum Präsidenten den Geheimen Kommerzienrat W. Herz zu wählen, der gleichzeitig Präsident des Aeltesten-Kollegiums ist, das sich gegen die Einrichtung der Handelskammer erklärte!

Ueber die Familie Dibelius (Vergl. Nr. 251) erhalten wir von Herrn Dr. Dibelius, Privatdozent an der Universität Berlin, nachstehende Zeilen:

„Seit einiger Zeit beschäftigt sich die antisemitische Presse mit der Person meines Onkels, des Oberkonsistorialrats Dr. Dibelius in Dresden. Ich muß es selbstverständlich diesem überlassen, ob er von diesen Angriffen Notiz nehmen will oder nicht. Da Sie indessen im Briefkasten Ihrer Nummer vom 22. Mai die germanische Abstammung meines Onkels bezweifeln und somit meine gesamte Familie mit in die Debatte ziehn, ist es für mich unmöglich geworden, länger zu schweigen. Ich erkläre daher:

1. Die Familie Dibelius, der sowohl ich angehöre, wie der in Dresden lebende Konsistorialrat, hat seit dem siebzehnten Jahrhundert diesen Namen getragen. Ich bin in der Lage, dies durch Urkunden nachzuweisen.

2. Sämtliche Glieder dieser Familie haben den evangelischen Glauben bekannt. Aus unsrer Familie ist sogar eine nicht unbeträchtliche Zahl evangelischer Theologen hervorgegangen. Auch hierfür kann ich urkundliche Belege beibringen.

3. Was unsre ‚philosemitische‘ Gesinnung anbetrifft, so erlaube ich mir festzustellen, daß sämtliche Mitglieder der Familie Dibelius, die seit Gründung des Ihnen doch wohl bekannten Vereins Deutscher Studenten die Universität bezogen haben, diesem Verein beigetreten sind und ihm noch heute angehören.

Ich hege das feste Zutrauen zu Ihrer deutschen Denkungsart, daß Sie in der nächsten Nummer Ihrer Blätter diese Erklärung veröffentlichen oder auf irgendeine andre unzweideutige Weise die haltlosen Verdächtigungen aus Ihrem Leserkreise zurückweisen werden.“

Trotzdem wir auf Grund von Zuschriften aus Prenzlau, Leipzig usw. bereits in Nr. 719 und 720 davon Kenntnis genommen haben, daß die Familie Dibelius germanischer Abstammung ist, bringen wir auch obige Zeilen gern zur Kenntnis unsrer Leser.

Die Juden und die christliche Kirche. Die Berliner Synoden, einschließlich der mit liberaler Mehrheit, haben sich für Schließung der Schankwirtschaften während des sonntäglichen Hauptgottesdienstes ausgesprochen und beschlossen, entsprechende Anträge an die Regierung zu richten. Dieses eigentlich selbstverständliche Verlangen, denn wir sehn nicht ein, weshalb der Verkauf geistiger Getränke nicht ebenso beschränkt werden soll wie der von Genußmitteln aller Art, die in Läden feilgeboten werden, hat insbesondre die Juden in gewaltige Erregung versetzt. Sie machten nicht nur in der Presse mobil, sondern hielten überall Versammlungen über diese „Muckerei“ ab und brachten die Angelegenheit auch im städtischen Parlament zur Sprache. Dieses stellte sich natürlich auf den Standpunkt der Juden und erklärte das Verlangen der Synoden für kulturwidrig. Hauptwortführer waren „Genosse“ Stadthagen und ein andrer Jude, die in gradezu unglaublicher Weise die Einrichtungen der christlichen Kirche beschimpften. Um dazu Stellung zu nehmen, berief die Christlichsoziale Partei zum 6. d. M. nach dem Berliner Stadtmissionshause eine Versammlung ein, in der Hofprediger D. Stoecker über „Der christliche Sonntag und seine jüdischen Gegner“ sprechen sollte. Die Pächter der städtischen Anschlagsäulen hielten dieses Thema indes für staatsgefährlich und so war auf den Bekanntmachungen zu lesen: „Der christliche Sonntag und seine christenfeindlichen Gegner“. Das störte die Versammlung natürlich nicht, es konnte dem Redner vielmehr als weitern Beweis dienen für die Herrschaft der Juden in der Reichshauptstadt. Nach dem sehr beifällig aufgenommnen Vortrage des Abg. D. Stoecker nahm man einstimmig folgende Entschließung an: „Die am 6. Juni im Stadtmissionshause versammelten Berliner Christen sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung zwei jüdischen Mitgliedern in ihren Angriffen auf kirchliche Bestrebungen zum Schutze der Sonntags-

heiligung zustimmte und daß kein Mitglied den Mut fand, um den jüdischen Kirchenfeinden mit christlichem Verständnis und deutschem Ehrgefühl entgegen zu treten!"

Es ist wirklich einmal wieder an der Zeit, den Juden klar zu machen, daß die christliche Kirche eine Einrichtung ist, von der sie ihre schmutzigen Finger auf alle Fälle lassen müssen.

Der Dritte lacht.

„Der Vater ist nach Sankt Helena gangen;
Die bösen Engelländer haben ihn gefangen."
So weint das arme Kind im Burenland.
„Der Vater ist im Moddersluß ertrunken;
Die Kugel traf ins Herz, da ist er gleich versunken."
So klagt die Waisenmutter an der Themse Strand.
Die Wittwen weinen und die Kinder; nur der Jude lacht,
Hat auch im Burenkrieg ein gut Geschäft gemacht.
Die Kalle putzt sich mehr, die Jüngels werden frecher;
Das Christenkind verdirbt und wird Verbrecher. —
„Da wäre ja das Christentum schon unterlegen!"
Ja, lieber Christ, das ist des Goldes Segen;
Dem Juden ist der Goj nur Gladiatorenknecht;
Gewinnend schaut er zu; das ist sein Herrschaftsrecht.

Tenax.

Ausland.

Nordamerika. Barney Wolf, der politische Führer der Juden im Osten Neuyorks, hat eine jüdische Gesellschaft zum Schutze der Interessen der Ghettobewohner Neuyorks begründet. Die neue Organisation soll „den Glaubensgenossen, die aus dem Reiche der Knute oder andern slawischen Ländern kommen, in denen sie ‚entrechtet' waren, Selbstachtung lehren und ihnen behilflich sein, jene charakteristischen Merkmale abzustreifen, die den Spott und den Hohn der unwissenden Menge herausfordern."

Großbritannien. Die Königliche Kommission zur Erörterung der Einwanderungsfrage beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Einfluß der mittellos zuwandernden Fremden — es handelt sich fast ausschließlich um Juden — auf die Arbeitslöhne, namentlich beim Schneider- und Schusterhandwerk. Die vernommenen Zeugen, Zacharias Solomon, Isaak Lyall, zwei Schneider, die ihre Namen geheim gehalten haben wollten, „da sie andernfalls von ihren Glaubens- und Stammesgenossen boykottiert werden würden", schilderten die durch die Zuwandrung mittelloser Ausländer auf dem Arbeitsmarkte geschaffnen Zustände. Bei ihrer Landung warten schon „Arbeitgeber" auf sie. Es sind dies die berüchtigten „Schinder" des Ostendes. Sie bieten den Leuten Arbeit an. Zuerst, solange die kargen Mittel reichen, muß der Mann umsonst arbeiten, um das „Handwerk" (Schneiderei oder Schuhmacherei) zu lernen. Ist der „Grüne" am Ende seiner Mittel angelangt, so erhält er eine Zahlung von zwei Mark für den Arbeitstag von 14 bis 15 Stunden. Hat er dann die ganze Geschichte kennen gelernt, so „etabliert" er sich selbst, indem er ein Zimmer mietet, „Grüne" (vorwiegend seine jüdischen Rassegenossen aus Rußland oder Polen) abfängt und sie ebenso ausbeutet, wie er ausgebeutet worden ist. Der „Schinder" (im Englischen „Sweater", ein Mann, der vom Schweiß seiner Mitmenschen lebt und sie gewissenlos ausbeutet) arbeitet für andre „Großfirmen", die dann den Markt mit billiger Ware überschwemmen und den legitimen Handel beeinträchtigen. Selbst der Handel mit alten Kleidern hat darunter zu leiden, da die Sweaterfirmen z. B. ein Paar neue Hosen schon mit 1,75 Mark auf den Markt bringen. Solomon, ein gelernter Schneider, erklärt, daß der englische Arbeiter diesen Einwandrern gegenüber nicht die geringste Aussicht hat. Seine Lebensbedürfnisse sind andre; seine Lebensweise, namentlich in Bezug auf Wohnung und Arbeitsstunden gleichfalls. Die Löhne sind während der letzten 18 Jahre auf die Hälfte und noch tiefer gesunken, und mindestens 100 000 englische Arbeiter, die ein Handwerk gelernt haben, sind in London allein durch die jüdische Einwandrung im Ostende der Stadt um ihre Stellung gekommen und gezwungen worden, sich einem andern Arbeitszweige zuzuwinden oder auszuwandern. Lyall wies auch nach, wie die jüdischen Wohlthätigkeits-Anstalten von den Einwandrern betrogen werden und durch ihre Mildthätigkeit den „Sweatern" in die Hände arbeiten.

Mosaik.

So muß es kommen. In einer liberalen englischen Zeitschrift beschäftigt sich ein liberaler Imperialist mit der deutschen Flotte und schlägt vor, den deutschen Kaiser in folgender Weise zur Rede zu stellen:

„Die Pläne für die Erbauung einer deutschen Flotte sind bekannt, aber sie werden mit Erstaunen von allen intelligenten Engländern beobachtet. Ew. Majestät haben keine Kolonien, die eine Flotte von solcher Ausdehnung notwendig machen. Wenn es eine andre Erklärung für die Existenz dieser Flotte giebt, als daß sie gegen England benutzt werden soll, wollen Ew. Majestät sagen, was ihr Zweck ist?"

Hoffentlich nimmt der Herr Reichskanzler die nächste Gelegenheit wahr, um höflich um Entschuldigung zu bitten, daß wir es gewagt haben, Kriegsschiffe zu bauen und versichert unsern Vettern mit dem dicken Blut, daß die deutsche Flotte lediglich dazu dienen solle, unsre Zukunft aus dem Wasser zu ziehen, wenn sie bei dem langen Liegen auf dem Wasser in Gefahr gerät, unterzugehn.

Jüdische Sittlichkeit. Im „Isr. Familienblatt" finden wir folgende Anzeige:

Zu verschenken
ein hübsches blondes israel. **Mädchen**,
14 Monate alt, außerehelicher Geburt.
Offerten u. **A. 2578** an die Exp. d. Bl.

Hört man Juden über jüdische Sittlichkeit reden, so sollte man meinen, so etwas käme in ihren Kreisen garnicht vor. Thatsächlich sind ja auch die unehelichen Geburten unter den Juden verhältnismäßig selten. Der Grund ist aber keineswegs in einer höhern Sittlichkeit der Juden zu suchen, sondern einfach darin, daß die Juden durchweg nichtjüdische Mädchen verführen.

Polnische Totschläger in Deutschland. Wie oft haben wir in diesen Blättern schon auf die, mit der Zunahme der Polen im Deutschen Reiche auch zunehmenden Rohheitsverbrechen hingewiesen. Messerstechereien, Sittlichkeitsverbrechen werden durch die vielen polnischen Arbeiter jetzt zu täglichen Ereignissen und zwar in Gegenden, wo man vor der polnischen Hochflut dergleichen kaum kannte. Jetzt wird aus Düsseldorf berichtet: Zwischen zwei deutschen und zwei polnischen Arbeitern entstand in der Nähe von Oberhausen ein Wortwechsel, in dessen Verlaufe die Polen sich armdicker Knüppel bedienten und mit diesen auf ihre Gegner einschlugen. Der deutsche Arbeiter Elten verlor dabei sein Leben. Der zweite Deutsche namens Lattenkamp liegt besinnungs- und hoffnungslos darnieder. Die beiden Uebelthäter sind flüchtig. — In Wilhelmsburg bei Harburg (Elbe) rempelte der Arbeiter Matiszak friedlich vor ihrem Hause sitzende Leute an und als diese sich das verbaten, versetzte er einem mehre Messerstiche, so daß sofort der Tod eintrat.

Judenschulen. In Breslau wurden zu Beginn des Sommerhalbjahres besucht: die Augustaschule von 368 Schülerinnen, und zwar von 241 jüdischen, 117 evangelischen, 10 katholischen; die Viktoriaschule von 355 Schülerinnen, und zwar von 247 evangelischen, 89 jüdischen, 18 katholischen, 1 altkatholischen; die Charlottenschule von 330 Schülerinnen und zwar von 215 evangelischen, 89 jüdischen, 26 katholischen. Bei der großen Zahl der jüdischen Schülerinnen sollte man doch wirklich eine oder mehre Judenschulen in Breslau errichten. Auch zu den Gymnasialkursen für Mädchen stellt das Judentum in Breslau fast die Hälfte aller Teilnehmerinnen. Unter 50 Schülerinnen waren 21 jüdische.

Handwerk hat goldnen Boden — gehabt. Während schon in frühern Jahren die Krisis über einige Branchen der Handwerker hereingebrochen ist, sodaß manche im Mittelalter blühende Innungen ganz von der Bildfläche verschwunden sind, wie die der Weber, Tuchscheerer, Bürstenbinder usw., andre dagegen wieder fast nur Flickarbeiten machen wie Uhrmacher, Schuhmacher, und andre zum großen Teil gegen geringen Lohn für Bazare, Warenhäuser usw. arbeiten wie die Schneider, fängt der jüdische Wettbewerb mit dem Grundsatze: minderwertige Ware, großer Umsatz, kleiner Nutzen auch jetzt in Leipzig unter den Zahnkünstlern und Fotografen an.

Erstere haben durch die große Konkurrenz schon einen schweren Stand und neuerdings heißt es nun in den Anzeigen: Jeder Zahn vom Gebiß für 1,50 Mark. Die Lichtbildner, die durch die Privat-Guckkasten schwer leiden, haben jetzt große Einbuße dadurch, daß ein Dutzend Fotografien bereits für 1,80 Mark

angefertigt werden; dazu kommt, daß die Warenhäuser beim Einkauf einer bestimmten Menge Waren ihre Kunden kostenlos abkonterfeien.

Wie lange wird es dauern und die Maschinen, Zuchthäuser und Juden haben den letzten Rest der Handwerker verspeist.

Dann soll die Freude im roten Lager groß sein — ich glaube es nicht. Tt.

Von dem jüdischen Kriegsminister und Generalissimus Ottolenghi in Italien, wissen deutsche katholische Zeitungen folgenden schönen Zug zu berichten, den sich hoffentlich die Mitteilungen der Judenschutztruppe nicht entgehn lassen. Danach hat der brave General den Soldaten des italienischen Heeres die Teilnahme an gottesdienstlichen Handlungen einzelner religiöser Brüderschaften verboten und dabei gemütvoll betont, er sähe seine Soldaten lieber in H . . . . häusern als bei diesen Brüderschaften.

Die armen Nationalsozialen haben schon wieder einen freisinnigen Jagdhieb weg. Die „Freisinnige Zeitung" bezeichnet das Verhalten der nationalsozialen Wochenschriften als „jungenhaft". Ferner schreibt sie, die Nationalsozialen brächten es fertig, gleichzeitig zu schmarotzen um die Gunst der Sozialdemokratie und die Gunst der Krone, von der letztern würden sie nicht beachtet, von der erstern verachtet.

Da bleibt den nationalsozialen Führern schließlich nichts übrig, als sich weiter zu mausern, erst freisinnig und dann sozialdemokratisch zu werden. — Dann wird man sie dort ohne weiters für voll ansehn.

Ein Nachspiel zum Konitzer Morde. Nachstehendes Urteil ist jetzt rechtskräftig geworden: In der Privatklagesache des Buchdruckereibesitzers Julius Lehmann zu Konitz, Privatklägers, gegen den verantwortlichen Redaktör des „Satyrs" Dr. phil. Alex Schleimer zu Berlin, Winterfeldstraße 34, Angeklagten, wegen öffentlicher Beleidigung, hat die 8. Strafkammer des Königlichen Landgerichts 1 zu Berlin am 4. Februar 1902 für Recht erkannt:

Das erste Urteil wird nur bezüglich des Strafmaßes dahin abgeändert, daß der Angeklagte wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von dreihundert Mark, im Nichtbeitreibungsfalle zu dreißig Tagen Gefängnis verurteilt wird.

Die Kosten des Berufungs-Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt. —

Der Verurteilte hatte die Frau Lehmann beleidigt, die eine Tochter des Fleischermeisters Hoffmann (Konitz) ist, den die Juden des Mordes an Winter verdächtigten.

Freisinniger Antisemitismus. Ein bekannter freisinniger Abgeordneter schildert in der „Königsberger Hartungschen Zeitung" die Sitzungen in der Zolltarif-Kommission. Dabei schreibt er unter anderm folgende Sätze:

„Ein schwüler Brodem in dem durch Tabakwolken verfinsterten Sitzungssaal — die Fenster verhüllt zum Schutze gegen die sengende Sonnenglut — auf den langen Tafeln nichts als Drucksachen und allerhand Eingaben, die sich auf den Zolltarif beziehn, — hie und da eine träge Feder, die zögernd ab und zu ein paar Worte kritzelt, sonst alles in Ruhe — Abspannung, Ermattung auf allen Gesichtern — schneckenhaft langweilig verzögert sich die Verhandlung. Aber das fiele vielleicht alles nicht so schwer auf die Nerven, wenn nicht die gleichen Dauerreden immer und immer wiederkehrten: in breitem Schwall Worte, nichts als Worte, die jeder tiefern Bedeutung, jeder innern Begründung entbehren. Wer in sechszig langen Sitzungen, wie sie nun die Tarifkommission schon hinter sich hat, die eintönige Beredsamkeit des Abgeordneten Stadthagen und dann noch zwischendurch die ödern und schlimmern Ergüsse der ‚Genossen' Hoch und Antrick auf sein Trommelfell einwirken ließ, der hat ein läuterndes Fegefeuer durchgemacht."

Das ist starker Tabak, besonders, wenn man bedenkt, daß die braven Freisinnigen alle ihre Reichstagssitze den „Genossen" verdanken.

Der „Vorwäts" bleibt natürlich die Antwort nicht schuldig, er nennt diese Schilderung „widerwärtige Unschicklichkeit" eines „traurigen Zeilenreißers" und wirft den Freisinnigen, weil sie keine Dauerreden mehr halten, „politische Einsichtslosigkeit", „pflichtwidrige Haltung" und „Erbärmlichkeit sondergleichen" vor.

Wir können verraten, daß dieser so vom „Vorwärts" gekennzeichnete Abgeordnete, der Herr Müller (Sagan) ist.

Was die Polizei nicht alles fertigbringt. An dem Schaufenster eines Leipziger Geschäfts las man dieser Tage einen Zettel folgenden Inhalts:

„Die Polizei hat durch Verfügung unsre Waren-Auslage eingeschränkt und können wir deshalb Kleiderstoffe, Leinen und Baumwollen-Waren, Teppiche, Tischdecken und Gardinen nicht genügend zur Geltung bringen. Wir stellen daher diese Artikel zu spottbilligen Preisen räumungshalber zum Ausverkauf." —

Um was handelt es sich nun? Die Baupolizei hatte es der Feuersicherheit wegen verboten, den an sich schon schmalen Eingang, der gleichzeitig als Haus- und Geschäfts-Eingang dient, durch einen mit Waren vollbepackten Stuhl noch weiter zu verengern. Und deshalb ein Räumungs-Ausverkauf! Tt.

Einer von den „jüngsten" Deutschen. In der Bezugs-Einladung zu dem Werke „Deutsche Dichter und Denker der Gegenwart!", das zum Besten des deutschen Schriftstellerheims in Jena erscheinen soll, giebt ein „Denker" sich folgendermaßen zu erkennen: „Otto Julius Bierbaum. Geb. am 28. Juni 1865 in Schlesisch-Grüneberg, Verfasser von Gedichten, Novellen, Romanen, Bühnenspielen, Aufsätzen, Mitbegründer und Mitherausgeber des ‚Pan' und der ‚Insel', Mitschuldiger am ‚Ueberbrettl', Ehemann, Radfahrer, Hunde- und Katzenfreund, Gegner der Vivisektion und der Todesstrafe, Anhänger der schwedischen Heilgymnastik, Lawn-Tennisspieler, Teatotaler, Goethe-Anbeter, Heide, siebenundachtzig Kilo schwer, wechselnden Temperaments, vermögenslos, vorbestraft wegen fahrlässiger Körperverletzung und Uebertretung ortspolizeilicher Vorschriften über das Halten von Hunden, unmusikalisch, sentimental, von gemischter Kost lebend, tolerant, mit Neigung für katholische Kirchenmusik und englische Schneider, Leser des ‚Simplizissimus', Verehrer des deutschen Kaisers, Freischwimmer, alldeutsch, blond, beleibt, Mitglied keines Vereins, Amatörphotograph, Neurastheniker, sammelt keine Ex-libris und Ansichtspostkarten, erklärt sich für inkompetent, jungen Herren und Damen zu sagen, ob sie Talent zur lyrischen Poesie haben, wohnt gegenwärtig in Berlin: Todestag unbestimmt." —

Der Mann gehört in den Goethebund!

Halali!

So fiel er denn zuletzt, der edle Hirsch,
Zu Tod gehetzt von zwanzigfacher Meute.
O ew'ge Schmach solch mörderischer Pirsch:
Schwer liegt der Fluch auf blutgetränkter Beute.
Gar bald verhallt der Sieger Halali, —
Der Schuldspruch der Geschichte nie!

Felix Dahn in der „Tägl. Rundschau."

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15 — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 4.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 12. Juni 1902. Nr. 721.

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September 1900 — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag, für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts" sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts"

beizutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts" beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.
Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R.
Friedrich Raab, M. d. R.

Jüdische Kampfesweise.

In der „Israel. Wochenschrift" lesen wir unter der Ueberschrift „Im Namen des Königs!": „In der Strafsache gegen den Schriftsteller Max Albert Klausner in Charlottenburg, geboren am 24. November 1848 in Kobylin, jüdisch, wegen Beleidigung, hat die vierte Strafkammer des Landgerichts 1 zu Berlin in der Sitzung vom 10. Mai 1902 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung mittels der Presse unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens mit einhundert Mark Geldstrafe bestraft, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je fünf Mark ein Tag Gefängnis tritt.

Dem Beleidigten, Kunstmaler **Bindewald**, wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils innerhalb vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Erkenntnisses durch je einmalige Einrückung in der ‚Israelitischen Wochenschrift' und in der ‚Staatsbürger-Zeitung' und zwar je an der Spitze der Blätter auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt zu machen. Der Artikel unter der Spitzmarke ‚Aus der Verbrecher- und Narrenliste' in Nr. 34 der ‚Israelitischen Wochenschrift' vom 23. August 1901 ist in allen vorfindlichen Exemplaren nebst den zu seiner Herstellung bestimmten Platten und Formen unbrauchbar zu machen.

Es ist festgestellt worden, daß der Angeklagte zu Berlin im August 1901 den Maler und Reichstagsabgeordneten Bindewald beleidigt hat und zwar öffentlich durch Verbreitung von Schriften. Vergehen gegen §§ 185, 200 des Strafgesetzbuchs, § 20 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874.

Nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte durch den Bindewaldschen Artikel in hohem Grade gereizt gewesen ist, ist von der Verhängung einer Freiheitsstrafe Abstand genommen und die aus dem Tenor ersichtliche Geldstrafe ausgesprochen worden."

Klausner hatte in der von ihm geleiteten „Israelitischen Wochenschrift" die Herren, die auf eine Rundfrage des „Germanischen Volksbundes" hin ihre Anschauung über die Blutmordfrage veröffentlichten, in der schamlosesten Weise beschimpft.

Als erster klagte gegen ihn Herr Dr. Giese (Berlin), was Klausner am 30. Dezember v. J. sechs Wochen Gefängnis einbrachte. Während dieser Verhandlung sprach er von „antisemitischen Narren, Halunken und Verläumdern" und nannte die Ansichten über den Blutmord eine „Mordslüge", die nur aus „Dummheit oder verbrecherischer Gesinnung" verbreitet werden könne. Dr. Giese zog dieser Roheiten wegen den Klausner wieder vor den Strafrichter, der diesmal die öffentliche Klage erhob. Der als Zeuge vernommne Amtsrichter Dr. Sch., der Vorsitzende der Schöffengerichtssitzung vom 30. Dezember, erklärte, der Angeklagte Klausner hätte nicht den geringsten Grund gehabt, gegenüber den ruhigen und sachlichen Ausführungen des Dr. Giese so gehässig und herausfordernd aufzutreten. Der Staatsanwalt beantragte 100 Mark Geldstrafe, gab aber dem Angeklagten den wohlmeinenden Rat, seine ewigen Beleidigungen in Zukunft zu unterlassen, da sonst die Staatsanwaltschaft nicht mehr eine Geld-, sondern eine Freiheitsstrafe, und zwar nicht nur nach Tagen und Wochen, sondern nach Monaten beantragen müsse, zumal gegen den Angeklagten bereits wieder ein Strafantrag schwebe wegen einer gehässigen Bemerkung, durch die sich die Antisemiten mit Recht beleidigt fühlen könnten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Moses behauptete, das Wesen des Antisemitismus bestände darin, daß man Beschuldigungen in die Welt setze und es den armen Juden überlasse, das Gegenteil zu beweisen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten gemäß dem Antrage des Staatsanwalts und ordnete Veröffentlichung des Urteils in der „Staatsbürger-Ztg." und der „Isr. Wochenschrift" an.

Als zweiter faßte der Abg. Bindewald zu, auf dessen Veranlassung die Staatsanwaltschaft ebenfalls gegen Klausner vorging; das Ergebnis ist das oben abgedruckte Urteil, das bereits rechtskräftig wurde. Die sechs Wochen schweben unsers Wissens noch und außerdem noch einige weitere Klagen in derselben Sache.

Hoffentlich hat diese energische Abwehr eine heilsame Wirkung auf alle schimpfenden Semiten und Philosemiten.

Wie der Jude Völkerversöhnung treibt.

Unsre Leser werden sich erinnern, daß der Abg. v. Liebermann in seiner Chamberlain-Rede auch das Blatt kennzeichnete, das ein Jude Bloch mit englischem Gelde in Berlin begründet hatte, sich „German Times" nannte und angeblich die Versöhnung zwischen dem Deutschen Volke und England vermitteln sollte. — Dieses Schmutzblatt untersteht sich jetzt nach Niederwerfung der Buren, folgende höhnische Beschimpfung der deutschen Zeitungen zu veröffentlichen, die auf der Seite des Rechtes gestanden haben:

„**Wir bedauern, melden zu müssen, daß das von uns so lange befürchtete Ereignis eingetreten ist: die Engländer und die Buren haben Frieden geschlossen! Mit diesem Kriege hört allerdings eine unendlich große Summe von Elend auf — blühendes, junges Leben wird fernerhin geschont und darf sich wieder des Daseins freuen — eines Daseins.**

welches unter brittischer Flagge Freiheit und Gleichberechtigung für alle bedeutet. So angenehm ja auch dieser Wechsel der Verhältnisse für die unmittelbar Betroffnen sein mag, so sehr müssen wir ihn bedauern. Leider haben auf dieser unvollkommnen Erde alle Dinge mindestens zwei Seiten. Was für die Buren Glück bedeutet, bedeutet für uns Unglück. Denn mit dem Ende des Krieges versiegt ebenso plötzlich, wie sie entstanden, eine Quelle, die nun schon mehre Jahre hindurch unsre Taschen mit Goldstücken gefüllt hat — eine Quelle, die uns vorher nicht geahnte Verbreitung und einen nur in unsern kühnsten Träumen beanspruchten Einfluß auf das deutsche Volk verschafft hat. Es ist ja auch allerdings schauderhaft auszusprechen, aber hätte man, statt bei den dummen, unwissenden Buren abzustimmen, uns deutsche Zeitungsverleger befragt, dieser Krieg würde noch lange nicht, — und jedenfalls niemals eher aufgehört haben, als bis sich uns eine neue Gelegenheit geboten hätte, im Namen aller Ideale, im Namen der heiligsten Güter des Christentums die unwissende Masse gegen irgendeine andre Nation, Person oder Sache aufzuhetzen. Das Leben ist ja sehr kurz, um das Glück zu erjagen und im übrigen — aprè nous le déluge." — Ohne Spiritisten zu sein, können wir mit Gewißheit behaupten, daß heute nach dem denkwürdigen Friedensschlusse die größte Zahl deutscher Zeitungsverleger also schreiben müßte, wenn sie das verkünden wollte, was ihre Seele aus tiefstem Grunde spricht. Der Beruf unsrer Zeitung ist es, versöhnend einzuwirken. Aber dennoch können wir diese Aufgabe nur erfüllen, wenn wir klar sehn und andre wissen lassen, daß wir auf dem Grunde ihrer Seele zu lesen vermögen. Der Frieden ist geschlossen. Das brittische Volk hat eine Aufgabe erfüllt, die ihm von dem Geschicke erbarmungslos und unwiderruflich zuerteilt worden. Es hat sich um die Entscheidung gehandelt, ob das brittische oder das holländische Element in Südafrika vorherrschend sein soll — es war kein so leichtes Würfelspiel, wie es die genialen deutschen Zeitungsredaktöre bei ihrem Abendschoppen theoretisch in wenigen Augenblicken erledigten. Der Boden Südafrikas ist mit Blut getränkt — ein heiliges, kostbares Düngemittel und heilige, kostbare Saat muß aufgehn: Freiheit und Gerechtigkeit für alle! Während wir aber für das Schicksal Südafrikas nicht besorgt sind und wissen, daß selbst die Burenkinder in Zukunft diese Entscheidung segnen werden, schauen wir mit Besorgnis auf eine andre Gefahr, die jetzt schon drohend am Horizonte aufsteigt. Mit den Buren haben die Britten Frieden geschlossen, aber noch nicht mit den Deutschen. Das deutsche Volk hat während dieses Krieges sich mit aller Schärfe und Leidenschaft auf die Seite desjenigen Gegners gestellt, der unter allen Umständen sein Spiel verloren hatte, vom ersten Augenblicke an . . . Und der Krieg, den Deutschland, oder vielmehr die unwissende, irregeleitete Masse des deutschen Volkes der brittischen Nation in Zeiten der Not erklärt hat? Da werden kaltblütige Köpfe und reine Herzen nötig sein, um auch hier bald den Frieden folgen zu lassen.

Wir haben diesen Auslassungen des Herrn Block nichts hinzuzufügen.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. Im Laufe des Juni finden danach deren folgende statt:

1) Sonntag, den 15. Juni in Nordhausen, 2) Sonntag, den 22. Juni in Stadthagen, 3) Sonntag, den 29. Juni in Kassel. Ferner im Juli in Leipzig und wahrscheinlich Anfang August in Heidelberg.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, an allen diesen Veranstaltungen teilnehmen.

In Nordhausen beginnt die Sitzung in den „Drei Linden" nachmittags 3 Uhr. Von abends 7 Uhr findet im Garten gemütliches Zusammensein mit Damen statt.

In Stadthagen ist um 3 Uhr nachmittags öffentliche Versammlung und abends 6 Uhr die vertrauliche Sitzung, zu der alle Parteiangehörigen aus Schaumburg-Lippe, Hannover usw. eingeladen sind.

Die Verbände, in derem Gebiete die Versammlungen stattfinden, erlassen direkte Einladungen.

Wir fordern hiermit aber auch noch besonders alle Gesinnungsgenossen auf, sich möglichst an den Veranstaltungen zu beteiligen, die in der Nähe ihrer Wohnorte stattfinden, auch wenn sie zu einem andern Verbande unsrer Partei gehören.

Die Versammlungen sollen sich möglichst zu kleinen Parteitagen gestalten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Braunschweig. „Die augenblickliche politische Lage und die kommenden Reichstagswahlen" erörterte am 25. v. M. Herr F. Kemper in einer gut besuchten Versammlung zu Hondelage, während am 1. d. M. in Hordorf und Esschoi das Thema des Vortrags hieß: „Die Deutschsoziale Partei und die schaffenden Stände." —

Während der Sommermonate fallen die geschäftlichen Sitzungen des Deutschsozialen Vereins Braunschweig aus; dafür finden sich die Mitglieder nebst Damen Freitags abends in „Brünings Garten" zum gemütlichen Beisammensein ein. Eintritt zum Konzert für Mitglieder und Angehörige frei! Eingang durch den großen Saal.

Verband Westmark. Am 28. Mai sprach Graf Reventlow (Wuisshagen) in Gelsenkirchen, am 30. Mai in Köln (Rhein), am 31. in Duisburg über: „Unsre sozialen Aufgaben, insbesondre die Bodenreform". Redner verstand es vortrefflich, die Zuhörer zu fesseln, und stürmischer Beifall ward ihm überall zu teil. Mehre Mitkämpfer traten in unsre Reihen. Die Versammlung in Gelsenkirchen leitete der Vorsitzende des Verbandes Westmark, Herr Amtsrichter Hoffmann, die in Köln und Duisburg Herr Verbandssekretär Amthor (Gelsenkirchen).

Der liberale „Stadtanzeiger" und der ultramontane „Lokalanzeiger" in Köln hatten eine Anzeige verweigert, so daß die Versammlung nicht genügend bekannt geworden und daher nur mäßig besucht war. In der freien Aussprache benutzte ein Nationalsozialer die Gelegenheit, die freisinnigen Phrasen vom Brotwucher usw. an den Mann zu bringen, wurde aber vom Grafen Reventlow so gründlich abgeführt, daß er nichts mehr zu sagen wußte. Auf die allgemeine Verjudung in Köln durch die Masseneinwanderung mittelloser russischer Juden, die schon ganze Straßenzüge in einigen Jahren mit Beschlag belegt hätten, machte ein andrer Redner aufmerksam. Graf Reventlow erwiderte, daß die Deutschsoziale Partei nach wie vor auf einem stramm nationalen und antisemitischen Boden stehe, wenn sie natürlich auch den Antisemitismus eines Grafen Pückler und Rektor Ahlwardt nicht mitmachen könne. Ein Bodenreformer zeigte an dem Beispiel der Kölner Stadterweiterung die Verheerungen, die der Bodenwucher angerichtet. Im Schlußwort sprach Graf Reventlow in seiner freundlichen, vornehmen Art seine Freude aus über den regen Gedankenaustausch und forderte alle zur sozialen Mitarbeit auf.

Tags vorher fand in Köln, da des hohen katholischen Feiertags halber keine öffentliche Versammlung abgehalten werden konnte, ein Familienabend statt, der in schönster Weise verlief. —

Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 750 gestiegen.

Verband Nordmark. Am 8. d. M. hielt Herr Henningsen (Hamburg) zwei Versammlungen ab und zwar in Hollern (Kreis Jork) und Horneburg (Hannover), die beide vorzüglich verliefen. Das Thema lautete: „Die nationalen Aufgaben des deutschen Volkes" —

Mit dem Verdingungswesen und dem Bauschwindel beschäftigte sich am 3. d. M. eine öffentliche Versammlung zu Altona (Elbe), in der ebenfalls Herr Henningsen den Vortrag übernommen hatte. Zahlreiche Handwerker waren erschienen, die in der freien Aussprache sich energisch für eine Reform des Verdingungs-Unwesens erklärten und dementsprechend bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen zu wirken versprachen.

Graf Pückler (Kl. Tschirne) hat leider nicht seine Genesung in der Schweiz abgewartet, sondern hat, durch Bürgschaftsleistung die Rücknahme des Steckbriefes bewirkt und ist ins Deutsche Reich zurückgekommen, um sich den Gerichten zu stellen. Dieser an sich sehr lobenswerte Schritt wäre aber immer noch zur Zeit gekommen, wenn die Nervenüberreizung des Grafen durch Ruhe und angemessene ärztliche Behandlung behoben war. Daß dies zur Zeit noch nicht der Fall ist, geht aus einem Versammlungsberichte hervor, den wir der „Deutschen Tageszeitung" entnehmen:

> Graf Pückler-Klein-Tschirne sprach gestern, Freitag, den 6. Juni, zum ersten Male seit seiner Rückkehr aus der Schweiz, in einer zahlreich besuchten öffentlichen Volks-

versammlung. Er nannte sein Thema „Das Deutsche Volk am Rande des Grabes“. Ueber seine Flucht bemerkte er, nach den Mitteilungen eines Berichterstatters, es sei ihm unmöglich gewesen, sich wie ein Verbrecher ins Gefängnis schleppen zu lassen. Furcht kenne er nicht, es sei aber nicht ausgeschlossen, daß er, um neuen Anklagen zu entgehn, wieder einmal werde verschwinden müssen. Nach der Schweiz gehe er aber nicht wieder, die Schweizer seien ein viel zu verbummeltes Volk; es thäte not, daß da ein paar schneidige, preußische Regimenter einrückten und die Kerls in Ordnung brächten. Die Sensation des Abends bildete die Erzählung Graf Pücklers von einem Giftmordversuche, zu dessen Opfer er angeblich ausersehen war. Er behauptete, die Juden hätten Mörder wider ihn gedungen, die ihn auf Schritt und Tritt verfolgten. In der Schweiz sei ihm stets ein Kerl nachgegangen, den er in Glogau gesehen zu haben glaube. Dem Mordversuch sei er nur wie durch ein Wunder entgangen. Ehe er einen seiner Verfolger an sich herankommen lasse, schlage er einem halben Dutzend die Schädel ein (Lebhafter Beifall!). Den Kampf gegen das Judentum, das Deutschland an den Rand des Grabes gebracht habe, werde er bis zum letzten Atemzuge fortsetzen. Die Sozialisten forderte der Redner auf, „die rote Fahne in die Ecke zu werfen, ihren Singer zum Teufel zu jagen und mit ihm eine frische fröhliche Judenhatz zu unternehmen.“ Die deutschen Frauen müßten sich gleichfalls mehr als bisher an dem Kampfe beteiligen und ihren Kindern mit der Muttermilch den Judenhaß einimpfen. Noch gebe er die Hoffnung nicht auf, daß das Deutsche Volk sich ermannen und die Juden vertreiben werde, thue es dies nicht, sei sein Untergang unvermeidlich. (Stürmischer Beifall).

Soweit der Bericht. Unsre deutschsozialen Parteigenossen in Berlin und im Reiche werden es begreifen, wenn wir uns verpflichtet fühlen, jetzt die öffentliche Bitte auszusprechen, daß man im Interesse des Antisemitismus sowohl als des schwerkranken Mannes jedes fernere öffentliche Auftreten desselben bis zu seiner vollen Genesung unmöglich zu machen sucht.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in **Berlin** jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in **Braunschweig** jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in **Duisburg** jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in **Elberfeld** jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;

in **Erfurt** jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,

in **Frankfurt** (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in **Freiburg** (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in **Goslar** jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;

in **Halberstadt** jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in **Halle** (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in **Hannover** (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in **Kassel** jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in **Krefeld** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in **Kuxhaven** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in **Mannheim** jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in **Münster** (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;

in **Nordhausen** am 13. in den „Drei Linden“;
am 20. im „Schwarzen Walfisch“;

in **Weimar** jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Echt jüdische Art. Der Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz hält es mit seinem Kultusamte für vereinbar, von seinem „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg“ die 4. Auflage (16. bis 20. Taus.) in die Welt zu setzen, trotzdem in der Antwort des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Vgl. Nr. 707 und 712) der Herr Rabbiner so abgeführt ist, wie es nicht schlimmer kommen konnte.

Es muß daher Pflicht jedes Judengegners sein, die Antwort des Abgeordneten von Liebermann, „Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz“, die mit einem einleitenden Vorwort auch den Wortlaut des Rabbinerbriefs enthält, zu verbreiten.

Das 16 Seiten starke Büchlein hält sich streng sachlich an die auf einem groben Irrtum beruhenden, hochtrabenden Ausführungen des Gleiwitzer Rabbiners und sollte sich nicht nur jeder Leser dieser Zeilen, sondern jeder Deutsche, der nicht philosemitisch gesonnen ist, eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ausgewiesen aus dem ganzen Reichsgebiete wurde durch Beschluß des badischen Landeskommissärs zu Karlsruhe (Baden) der angebliche Schlosser Samuel Weißmann aus Bogopol (Kreis Balta, Podolien) wegen Bettelns.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht (Auswandrung ohne Erlaubnis) wird gesucht Alfred Friedländer, geb. am 30. August 1879 zu Winzig (Kreis Wohlau).

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Steckbrief. Der Kaufmann Victor Kohn aus Neisse, geboren am 17. November 1874 zu Prag, ist durch vollstreckbares Urteil der Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Neisse vom 4. Dezember 1901 des Bankerotts und des Spielens in auswärtigen Lotterien für schuldig erachtet und deshalb zu einem Monat Gefängnis und 10 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfall mit weitern zwei Tagen Gefängnis bestraft und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Erste Staatsanwalt zu Neisse ersucht, den Verurteilten im Betretungsfalle festzunehmen und an die nächste Gerichtsbehörde abzuliefern.

Im Konkurs des Kaufmanns Jacques Croner u. Co. zu Berlin schätzt der Verwalter die Aktiva auf 1570 Mark, die Vorrechtsforderungen und Kosten des Verfahrens auf 1567 Mark und die vorrechtlosen Forderungen auf 84 400 Mark, sodaß für diese wahrscheinlich nichts übrig bleibt

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Weltall und Menschheit Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker. Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern. Mit ungefähr 2000 Bildern, zahlreichen schwarzen und bunten, sowie vielen Facsimile-Beilagen. Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. Berlin 1902. 100 Lieferungen. Preis jeder Lieferung 60 Pf.

Die Entstehung und Thätigkeit der sogen. kochenden Seen, an denen namentlich Amerika reich ist, ist in den letzten Wochen wieder vielfach in den Kreis der Erörterungen gezogen worden, nachdem der kochende See des Mont Souffrière auf St. Vincent plötzlich infolge der Vulkankatastrophe auf jener Antillen Insel verschwunden ist. Mit besonderm Interesse wird deshalb die Schilderung begrüßt werden, die Professor Sapper auf Grund seiner eignen Beobachtungen von dem berühmten kochenden Milchsee (im Poas-Krater in Costarica) in der 5. Lieferung giebt. Die Thätigkeit dieses Milchsees, der nach Art der Geyser in bestimmten Zwischenräumen seine milchartige giftige Flüssigkeit durch gewaltige Schlamm-Eruptionen und Gasexplosionen trübt, wird in fesselnder Weise durch eine der originellen farbigen Klappenbeilagen (Darstellung in neuem System) dargestellt, die einen besondern Anziehungspunkt des neuen Werkes bilden. In drei aufeinanderfolgenden Darstellungen sehn wir den See im Ruhezustand, die Entstehung des Schlammausbruches und die Explosion der unterirdisch angesammelten Gase, die jeden Ausbruch abschließt. Der übrige Text der Lieferung beschäftigt sich mit der Entstehung und Thätigkeit der Vulkane, ein Kapitel, das durch eine Fülle wirksamer, und im Hinblick auf die Vorgänge auf Martinique, sehr zeitgemäßer Bilder eine wertvolle Ergänzung erfährt.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 19. Juni 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 722.

Wochen-Spruch.

Unstät an Sinn und Trieb, umherschweifend, auflauernd, listig, gaunerisch und knechtisch, duldet der Jude allen Schimpf und alles Elend lieber, als die stetige und schwere Arbeit, welche die Furchen bricht, den Wald rodet, die Steine haut, oder in der stetigen Werkstatt schwitzt; wie Fliegen und Mücken und andres Ungeziefer flattert er umher und lauert und hascht immer nach dem leichten und flüchtigen Gewinn, und hält ihn, wenn er ihn erschnappt hat, mit unbarmherzigen Klauen fest . . . . Auch die Christen nehmen vieles von der Juden Art an; ja, sie werden, wenn sie leben wollen, gezwungen, mit ihnen in ihren Künsten und Listen zu wetteifern.

Ernst Moritz Arndt, „Blick aus der Zeit auf die Zeit“.

Die Marienburg.

Zur römischen Kaiserzeit wurde einem aus zwölf Mitgliedern bestehenden Priester-Kollegium, den sogenannten Arvales fratres, das ist Acker- oder Flurbrüder, eine nicht geringe Bedeutung beigelegt. Jedenfalls war es sehr alt, und die Sage schrieb seine Stiftung dem Romulus selbst zu. Es soll aber in Vergessenheit geraten und erst durch Augustus, als den zweiten Romulus, wieder erneuert worden sein.

Die Mitglieder bekleideten die priesterliche Würde lebenslänglich, wählten ihren Magister oder Hochmeister auf die Dauer eines Jahres und mußten, wie es scheint, patrizischer Abkunft sein. Ihr Abzeichen war ein Aehrenkranz mit weißen Binden. Alljährlich im Mai hielten sie eine gottesdienstliche Feier ab, die drei Tage dauerte und in der Darbringung ländlicher Opfer, einem Festessen — heute sagt man Diner — und einem Tanze bestand, der vom Absingen eines uralten Liedes begleitet war, das noch auf zwei Marmortafeln vom Jahre 218 n. Chr. erhalten ist, die im Jahre 1777 ausgegraben worden sind und in der Peterskirche aufbewahrt werden. Im Jahre 1573 fand man zahlreiche Bruchstücke der Sitzungsprotokolle des Kollegiums, die seit Augustus auf Steintafeln gemeißelt wurden, und zwar in der Nähe des Tempels der Dea dia, der urzeitlichen Tochter des Himmels und der Erde und Schwester des Ozeans, die auch die große Göttin (magna dea) und Cybele heißt und als die große Erdmutter, ausgestattet mit den Attributen der Ceres, auch den Namen Ops führt, das ist die Hülle und Fülle der Erdfrüchte, dann auch Reichtum und Macht.

Die Arvalen oder Flurbrüder waren also eine Genossenschaft, die — so dürfte man sich im wissenschaftlichen Jargon der Neustzeit wohl ausdrücken — die unter göttlicher Sanktion ausgeübte agrarische Funktion der Kulturmenschheit im Namen des Staates repräsentierte.

Diese Funktion ist aber bekanntlich eine überaus wichtige, da der Mensch ohne Speise und Trank nicht leben kann, Gegenstände, die auch heute noch unmittelbar und mehr oder weniger mittelbar aus der Erde gewonnen, — die Alten sagten: von der göttlichen Erdmutter gespendet werden.

Von selbsterzeugten baumwollnen oder leinenen Tücheln, gewirkten Strümpfen, Messerklingen, Maschinenbestandteilen und dergleichen vermag der Mensch sein Dasein nur in der Weise zu fristen, daß er sie, solange er willige Abnehmer findet oder unwillige dazu zwingen kann, um Geldeswert oder Geld verhandelt, die ihm dann wieder zum Eintausch von Nahrungsmitteln und sonstigen Bedürfnissen dienen müssen.

Hat der römische Kaiser Augustus — wofür so vieles spricht — die Priestergenossenschaft der alten Flurbrüder erneuert, so geschah das zu einer Zeit, wo der freie römische Bauernstand schon gänzlich vernichtet und durch importierte Sklaven ersetzt war, die in Italien den großen Latifundienbesitz der Reichen nur notdürftig bebauten, was dem Import aus den Provinzen zugute kam, die die Plantagenwirtschaft im großen, ohne alle Rücksicht auf Menschlichkeit betreiben konnten.

Die Wiederbelebung der Priestergenossenschaft grade zu dieser Zeit kann wohl kaum den Gedanken aufkommen lassen, als ob diese kaiserliche Handlung ein blos theatralischer Akt gewesen sei, man muß vielmehr annehmen, daß er ernstlich auf Wiederbelebung des in Bruchteilen der Bevölkerung noch nicht ganz erloschnen, altväterisch bäuerlichen Sinnes in den erst zu erziehenden Generationen gerichtet war.

In den letzten Tagen hat vor unsern Augen Kaiser Wilhelm der Zweite durch die feierliche Einweihung der als mittelalterliches Bauwerk erneuerten Marienburg, des Hochsitzes alter deutscher Ritterherrlichkeit und ihrer ruhmreichen Bethätigung, durch symbolische Handlung und in Worten ausgesprochen, daß er im Deutschen Volke den ritterlichen Geist der Vorzeit wieder aufleben sehn will, — zu einer Zeit, wo von den drei mittelaltrigen Ständen der Bauern, Städtebürger und Ritter wie von der Gesinnung, die sie einst beseelt hat, nur noch unansehnliche Reste vorhanden sind, wo der Grund und Boden des Reiches samt dem zugehörigen Realbesitz, als die natürliche Lebensunterlage aller drei Stände, eine hypothekarische Belastung von achtzig Milliarden, das ist zweidrittel des gesamten Nationalvermögens, zu tragen hat — ein unerhörter Zustand, der in der Hauptsache ohne allen Zweifel auf die Wirkungen jener Finanztechnik zurückzuführen ist, die das erst seit einem halben Jahrhundert von den alten Einschränkungen befreite Juda seitdem unbehindert zu entfalten vermocht hat, — zu einer Zeit ferner, wo die durch die Wirkungen eben dieser Finanztechnik hervorgerufnen Gesamtzustände und Massenstimmungen die Grundlagen einer konservativen, das ist staats- und gesellschaftserhaltenden Anschauung aufs tiefste erschüttert haben, und wo der Uebermut der vor- und antichristlichen Mächte die Herbeiführung dieser Zustände mit unverhülltem Hohn als einen Sieg ihrer eignen uralten, von uns für antiquiert gehaltnen Anschauung und ihrer angebornen und ungeeigneten Talente über unsre eigne Hilflosigkeit feiert, der insbesondre auch die gänzliche Ausmerzung alter ritterlicher Gesinnung bedeutet. Unter solchen Umständen kann wohl niemand glauben, daß die feierliche Wiederweihe des einstigen Hochsitzes der deutschen Ordensritterschaft, die Ehrung des schwarzen Kreuzes auf dem weißen Mantel und die dabei gesprochnen kaiserlichen Worte nichts anders hätten bezwecken sollen als eine prunkende Schaustellung und nicht leicht wird jemand in sich die Befürchtung aufkommen lassen, daß in Wirklichkeit nichts anders herauskommen sollte, als was bei der Wiedererneuerung der altrömischen Flurbrüderschaft mit dem Aehrenkranz und den weißen Priesterbinden durch Kaiser Augustus wirklich heraus-

gekommen ist, nämlich eine Jahresfeier mit Festessen und Sitzungsprotokollen, die allerdings, wenn sie dereinst unter den Ruinen der heute erneuerten Marienburg wieder aufgefunden würden, das Interesse etlicher posthumer, vielleicht fremdsprachiger Akademiker erregen würde. Das allgemeine Verderben aber ist weitergeschritten.

Zu verhindern, daß dies auch bei uns geschehe, dazu giebt es nur einen Weg, und der ist, daß das Deutsche Volk, wie es schon die Ehrfurcht allein gebietet, aus den kaiserlichen Worten den Sinn einer heldenhaften Verheißung herausklingen hört und aus allen Kräften bemüht bleibt, mit seiner Hilfe diese Verheißung zu verwirklichen, die ja auch in der Antwort des österreichischen Ordenshochmeisters Erzherzog Eugen ihr Echo gefunden hat, im Hinweise auf die Wiederbelebung christlicher und ritterlicher Gesinnung.

Stelle man sich doch recht deutlich vor, daß der volle Sieg des vor- und antichristlichen Gegners, dessen Triumphgeschrei schon heute so überlaut ertönt, in Wirklichkeit nichts weniger bedeuten würde als die Sklaverei der Leiber und der Seelen.

Christianogermanicus.

Freiheit und Treue.

Man kann in unsern Tagen oft die Klage hören, daß unsre politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu sehr verwirrt und verwickelt seien, als daß es möglich wäre, sie zu einer befriedigenden Gestaltung zu entwirren. So berechtigt diese Klage an sich auch sein mag, so haben wir doch einen Leitfaden an der Hand, der die Entwirrung aller Verhältnisse nicht nur möglich, sondern sogar verhältnismäßig leicht erscheinen ließe, wenn bei allen die Neigung in genügendem Maße vorhanden wäre, sich seiner zu bedienen. Er kann in die zwei inhaltschweren Worte zusammengefaßt werden, die schon im grauen Altertum unter germanischen Völkern ein gedeihliches Zusammenleben ermöglichten und sie vor andern Völkern auszeichneten: Freiheit und Treue. Eines nicht ohne das andre, und mit andern Worten ausgedrückt: Rechte und Pflichten.

Die gesamte deutsche Kultur war klar auf diesen beiden Begriffen aufgebaut, bis von außen fremdartige Elemente hereingetragen wurden, die das Gewebe verwirrten. Die französische Revolution von 1789 zerriß die beiden Begriffe, sie führte ihre Freiheit und ihre Rechte als etwas neues der Menschheit vor und schwieg von der Treue und von den Pflichten, die doch von beiden unzertrennlich sind.

Es ist freilich den Massen gegenüber eine viel angenehmere Aufgabe, dem Menschen seine Rechte zu verkündigen, als ihm seine Pflichten vorzuhalten, und gar oft wird deshalb, zum Schaden der übel Beratenen, die letztere Aufgabe dem unerbittlichen Schicksal überlassen.

Kann aber in einem Volke ein wirklich gedeihliches Zusammenwirken erzielt werden, wenn jeder einzelne und jeder Stand sich nur immer auf seine Rechte versteift und sie zu erweitern sucht, ohne der Pflichten zu gedenken, die er der Gesamtheit gegenüber hat? Wäre z. B. eine so leidenschaftlich einseitige Behandlung der Zolltariffrage, wie wir sie seit Monaten vielfach beobachten können, in unserm Volke möglich, wenn der Handel und die Arbeiterschaft sich der Pflichten bewußt wäre, die auch sie den der Landwirtschaft angehörigen Volksgenossen gegenüber haben?

Diese Verschweigung der Pflichten ist es, die unsre öffentlichen Verhältnisse so sehr verwirrt, und leider hat auch die dem Liberalismus zu verdankende gewerbliche und soziale Gesetzgebung dazu beigetragen, daß der einzelne weitgehende Rechte hat, ohne eine in der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen bestehende gleichlaufende Pflicht übernehmen zu müssen.

In den aus deutschem Geist herausgebornen Innungen und ähnlichen Organisationen des Mittelalters war der einzelne zum Wohle der Gesamtheit in seinen Maßnahmen beschränkt; durch den uneingeschränkten Individualismus unsrer Tage aber ist es möglich, daß ein einzelner in rücksichtslosem Aufwärtsschreiten Hunderte von Existenzen unter sich zertritt.

Die Folgen treten immer klarer zutage, nämlich die, daß der allenfalls erreichte Gewinn in gar keinem Verhältnis steht zu dem Verlust der Allgemeinheit. Durch die noch in allen Köpfen spukende liberale Doktrin sind wir gewohnt, den zu bestaunen und zu bewundern, der als der Rücksichtsloseste im geschäftlichen Leben das Besitztum andrer zu seinem eignen zu machen weiß.

Wird es erst gewaltsamer Erschütterungen bedürfen, um aller Welt klarzumachen, daß mit solchen Grundsätzen ein Volk nicht auf die Dauer bestehn kann, und daß grade der Rücksichtslose von seiten des Staates und der Gesellschaft am allerwenigsten Rücksicht verdient? Jeder einzelne Angehörige unsers Volkes muß wieder daran gewöhnt werden, einen Teil seines Ich, seiner Arbeit, seiner Habe als dem Ganzen gehörig zu betrachten, und wenn wir uns dazu nicht aus freien Stücken verstehn, so wird eine mehr oder weniger gewaltsame Entwicklung dafür sorgen, daß wir diese Pflichten anerkennen müssen. So ist aus den Greueln der Revolution von 1789 als bleibender Niederschlag ganz und gar ungewollt eine Pflicht hervorgegangen, nämlich die allgemeine Wehrpflicht.

Ein auffallendes Beispiel für die Verwirrung, die in unsern Anschauungen herrscht, haben wir in der sogenannten „Frauenbewegung". Diese Bewegung zieht ihre Berechtigung daraus, daß das Verhältnis zwischen Mann und Frau einer wirtschaftlichen und moralischen Verwilderung verfallen ist, deren Umfang eine der bedenklichsten Erscheinungen unsrer Zeit ist.

Es kann ja nicht geleugnet werden, daß die Pflichten der Männerwelt gegenüber den Frauen bei uns viel zu gering und lange nicht kräftig und deutlich genug entwickelt sind. Aber wofür tritt die Frauenbewegung ein? Etwa für eine Ausdehnung der Pflichten der Männer gegenüber den Frauen? Nein, für eine Ausdehnung der Rechte der Frauen! Anstatt eine Beschränkung der zu weit gehenden Rechte der Männer durch entsprechend weitgehende Pflichten anzustreben, verlangen die Frauen die gleichen weitgehenden Rechte für sich gegenüber den Männern. Wie ist da eine harmonische Einigung möglich? Selbst alle Rechte werden doch niemals aus einer Frau einen Mann machen!

In dieser und ähnlicher Weise gestalten sich unsre Verhältnisse immer unerfreulicher, wenn wir nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß die Erörterung der Pflichten eines jeden Standes innerhalb der Volksgemeinschaft mindestens ebenso wichtig ist, als die seiner Rechte.

Es gibt viele ehrenwerte Männer im Lande, die über die vielfach vorhandne gewissenlose Verhetzung weiter Kreise unsers Volkes klagen und sie bedauern, ohne jedoch an ihrem Teil zu einer Gegenwirkung beizutragen. Nun wohl, sie haben das Recht, ihre Meinung frei zu äußern, möchten sie sich auch stets der Pflicht erinnern, dies zu thun oder sonst das Möglichste beizutragen, um dem mit Recht und Freiheit in unserm Volk getriebnen Mißbrauch entgegenzuarbeiten.

Sozialistisch-kommunistische Versuche.

Es gibt heute noch zahlreiche Menschen, die keine Ahnung davon haben, daß das alte Sprichwort: „Nil novi sub sole" („Es gibt nichts neues unter der Sonne") auch von den Theorien der sozialdemokratischen Partei gilt. Nur verhältnismäßig wenige Bewohner unsers Kontinentes wissen, daß das letzte Jahrhundert, namentlich die Mitte desselben, reich war an Versuchen, sozialistisch-kommunistische Gemeinden zu gründen, und zwar dem Wesen nach genau auf derselben Grundlage, die den Theorien der heutigen Sozialdemokratie entspricht.

Besonders Nordamerika mit seinem jungfräulichen, billigen Boden war ein beliebtes Versuchsfeld für die praktische Erprobung der Theorien der Gütergemeinschaft, Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, kurz von Gleichheit, Freiheit und

Brüderlichkeit. In Nordamerika traten in den Vierzigerjahren des vorigen Jahrhunderts die kommunistischen Gemeinwesen zu Dutzenden ins Leben, aber auch in Australien, in Brasilien, in Frankreich (bei Citeaux 1847, Algier 1848) usw. verzeichnet die Chronik dieser Bewegung so manchen Versuch. Und zwar wurden diese Versuche unter den verschiedensten, für die sozialdemokratischen Theoretiker zumteil günstigsten Umständen gemacht. Reiche Geldleute — wir erinnern nur an den kapitalkräftigen Engländer Owen mit seinen Versuchen im Staate Indiana —, tüchtige Organisatoren, kaufmännisch gebildete Männer, in ihrem Fache tüchtig geschulte Arbeiter, günstige Gelegenheiten, billigen Grund und Boden ankaufen zu können, diese und andre Faktoren wirkten bei manchem Versuche zusammen.

So entstanden die „Ikariergemeinden" im Staate Iowa und in Santa Rosa (Californien), die sozialistischen Dorfgemeinden in Queensland und Süd-Australien und die Kolonie in „Neu-Australien".

Und wie war das Schicksal dieser kommunistischen Gemeinden? Eine bestand dreizehn Jahre (die „Nordamerikanische Phalanx" im Staate New-Jersey), eine andre sechs Jahre, zwei je vier, eine drei Jahre; die meisten aber erlebten den Jahrestag ihrer Gründung nicht.

Eine eingehendere Schilderung der Gründung, Durchführung und des Endes der wichtigsten sozialistisch-kommunistischen Versuche in Nordamerika, Australien, Frankreich usw. enthält die bereits in dritter Auflage erschienene Broschüre „Mißglückte sozialistisch-kommunistische Versuche" (Verlag „Volksaufklärung", Warnsdorf, Preis 12 Pfg.).

Hier sei nur eines einzigen sozialistisch-kommunistischen Versuches eingehender gedacht, und zwar der berühmten sozialistischen Kolonie „Ceresco". Der „Chicago Rekord" berichtet darüber:

Einige wenige verwitterte Gebäude im westlichen Teile Ripons sind die einzigen Ueberbleibsel der Wisconsinschen „Phalanx", die den erfolgreichsten Zweig der amerikanischen Sozialisten bildete, jener einzig in ihrer Art dastehenden Organisation, von der Horace Greely glaubte, daß sie der Welt die Möglichkeit des allgemeinen Sozialismus beweisen werde, und die er daher als den Vorläufer des „goldnen (sozialistischen) Milleniums" begrüßte. Heute nun ruhn fast alle Mitglieder dieser „Phalanx" im Grabe, und ihre Nachkommenschaft ist nach allen Windrichtungen zerstreut. Die Gebäulichkeiten sind, soweit sie nicht zerfallen sind, in Scheuern und Ställe umgewandelt, und selbst in Ripon wissen nur noch wenige etwas von der Geschichte der Entstehung dieser Sozialisten-Kolonie.

Die Kolonie wurde im Jahre 1844 gegründet von einem gewissen Warren Chase, einem Abkömmling der New-England-Staaten, zu einer Zeit, da Fouriers sozialistische Ideen vielen Leuten die Köpfe verdrehten, sowohl hierzulande, als auch in Frankreich. Man nannte die neue Kolonie „Ceresco" nach Ceres, der Göttin des Ackerbaues. Bald wuchs die Zahl der Beteiligten von 19 auf 200.

Die neue Kommunität (Gemeinde) baute Häuser, Mühlen, Schmiede- und andre Werkstätten. Alle nur möglichen Zweige der Industrie wurden betrieben, um die Gemeinde so unabhängig, als nur immer möglich, von der übrigen Welt zu machen. Gleich von Anfang an wurde die Kolonie nach Fouriers Plan gemodelt. Man nannte sie eine „Phalanx" (Fouriers Bezeichnung für eine sozialistische Genossenschaft). Gleich dieser wurde sie in Sektionen geteilt: 1. Sektion: Erziehungspersonal, 2. Sektion: Handwerker, 3. Sektion: Ackerbauer usw. Diese Reihen teilten sich wiederum in Gruppen. Ein Präsident und ein Ausschuß von neun Mitgliedern sorgten für die ganze Genossenschaft. Jede Sektion hatte wieder einen Vorstand, jede Gruppe einen Vorarbeiter. Der Ausschuß bestimmte die nötigen Arbeiten und verteilte sie an die einzelnen Sektionen. Die Sektionsvorstände verteilten sie sodann auf die Gruppen. Jeder Gruppen-Vorarbeiter führte einen genauen Ausweis, wieviel Stunden jeder Arbeiter seiner Gruppe gearbeitet, und erstattete jeden Sonnabend der Sektion darüber Bericht. Glaubte einer mehr gearbeitet zu haben, als ihm zugute geschrieben war, so konnte er seinen Protest bei der Sektion einreichen. Die Entscheidung der Sektion war endgültig.

Die verschiedenen Arbeiten wurden mehr nach ihrem spezifischen Charakter, d. h. der benötigten Kraftanstrengung und der mit ihnen verbundenen Schwierigkeiten, als nach ihrer Zeitdauer eingeteilt. Kein Kolonist konnte mehr als 40 Acres Land bebauen. Alle speisten in einem gemeinsamen Kosthaus „Phalansterie" genannt, wo an Kostgeld wöchentlich nur 75 Cents (der tägliche Lohn eines Taglöhners beträgt 80 Cents mit Kost!) gezahlt wurden. Ein eignes großes Gebäude, „Unitary" genannt, war für kostenfreie Unterhaltung und Tanz bestimmt. Keine Religion erfreute sich des Patronats. Doch war fast jeden Sonntag Gottesdienst, da immer einige protestantische Prediger der Kolonie angehörten.

Paragraph 11 der Verfassung lautete: „Der Gebrauch geistiger Getränke, das Spielen und Hazardieren, Fluchen und Schwören, gemeine Sprache, Ausschweifungen jeder Art, Beschimpfung einzelner Kolonisten oder der ganzen Gemeinde, Tadelsucht und unaufhörliche Criticismen, Unverträglichkeit und Händelsucht, Mißbrauch von Tieren, Jagen und Fischen am ersten Wochentage sollen zuerst durch Tadel und dann durch Expulsion (Ausstoßung) bestraft werden."

Die Lebensweise der Kolonisten scheint sittenrein gewesen zu sein. Frauen erfreuten sich des Stimmrechts, machten jedoch selten Gebrauch davon. Mitglieder konnten ausgeschlossen werden durch einen Zweidrittel-Mehrheits-Beschluß, jedoch nicht ohne vorhergegangenen Prozeß vor der ganzen Kolonie. Ausstoßung war die einzige Strafe, die die Kolonie verhängte.

Die Kolonie stand in vollster Blüte und war sehr erfolgreich. Nichtsdestoweniger löste sie sich nach sechsjährigem Bestehn durch allgemeinen Beschluß auf. Warum wohl? Die Mitglieder waren den Sozialismus satt und sehnten sich nach dem Privat- und Familienleben. Und das kam so:

Anfänglich hatte der gemeinsame billige Tisch, die öffentlichen kostenlosen Vergnügungen und dergl. den Reiz der Neuheit. Aber im Lauf der Zeit wurden die Beteiligten gewahr, daß das traute Stillleben im eignen Heim für sie doch verloren sei. Solange nur junge und unverheiratete Personen der Kolonie angehörten, ging alles gut. Sobald aber diese sich verehelichten und Väter und Mütter wurden, da wurden sie mit Schrecken gewahr, daß die sozialistische Gemeinde kein Familienleben ermögliche, nach dem sich doch das Menschenherz mit unwiderstehlichem Drange sehnt. So faßte man den Beschluß der Auflösung einstimmig. Das Land wurde verkauft und fast alle Kolonisten verließen augenblicklich die Kolonie. So endete diese Probe auf den Zukunftsstaat, trotzdem sie in allen ihren Unternehmungen scheinbar Erfolg aufzuweisen hatte. Der Schluß daraus läßt sich mit Leichtigkeit ziehn.

Das Wanderleben in unsrer Zeit.

Wem Gott will rechte Gunst erweisen,
Den schickt er in die weite Welt,
Dem will er seine Wunder zeigen
In Berg und Wald und Strom und Feld! —

Die Wunder der herrlichen Gottesnatur in Höhen und Thälern, in Wald und Feld zu schauen und zu preisen und sich mit offnem Auge und freiem Herzen daran zu erbauen und zu ergötzen, das ist so recht das Ziel des echten deutschen Wandersmannes. Und grade jetzt, zur schönen Frühlingszeit, erwacht wieder der erquickliche Wandertrieb, und ernste Beratungen werden gepflogen, welche „Tur" man jetzt vornehmen könnte.

Das vielgebrauchte Wort „Tur" ist seit langen Jahren unausrottbar modern. Selbstverständlich ist der Begriff erweitert worden, man spricht von „Turistik" und man bezeichnet damit alles Erdenkliche, was an Wandern und Reisen nur einigermaßen anklingt. Und just der Turistik, ganz besonders der deutschen, dem wirklich volkstümlichen, in jeder Beziehung gesunden Wanderreisen, ist bisher viel zu wenig ernste Beachtung gewidmet worden. Man nennt ja jeden Sonntagsausflügler, Vergnügungsfahrer, Sommerfrischler und Radtreter

„Turist", und durch Wesen und Gebahren all dieser oft recht seltsam erscheinenden unsteten Leute wird man zu ganz irrigen Anschauungen über die Turistensache verleitet.

Wie diese Anschauungen von rechtswegen eigentlich beschaffen sein sollen, darüber unterrichtet eine höchst lesenswerte Broschüre, deren erste Auflage soeben vorliegt*).

Als „Turist" im engern Sinne bezeichnet man vorwiegend den Fußreisenden, den Wandrer, der ein- oder mehrtägige Ausflüge unternimmt und den Reiz der Wandrung in der Natur gerne erkennt, kurzum den, der die Vorteile des Reisens und Wanderns zu Fuß voll zu würdigen und zu schätzen weiß. Der große Unterschied zwischen Turist und Vergnügungsreisenden ist folgender: der erste reist aus Lust am Wandern, die „Tur" macht ihm Freude, er will Land und Leute mit eignen Augen sehn, ohne Brille, auch will er auf jeder Wegstrecke etwas lernen, was ihm immer im Gedächtnis bleiben soll; der Vergnügungsreisende, der Mann mit der stets neuen Ausrüstung für Abteil und Gasthof, fährt in der Welt herum, weil es einmal „Mode" ist.

Früher wanderte man, das Ränzel auf dem Rücken, behaglich dahin, heute hier und morgen dort rastend, man wurde tüchtig müde und grade elegant sah der staubige Wandersmann nicht aus, wenn er abends im kleinen Wirtshause ein Bett begehrte. Tempora mutantur! Das Reisen zu Fuß, das buchstäbliche Wandern, muß über kurz oder lang jämmerlich absterben, der berühmte letzte Mohikaner hat auch daran glauben müssen. Neben der Eisenbahn mit Speisewagen und Rauchsalon, neben dem Rad und Selbstfahrer vermag der wirkliche Turist von anno dazumal nicht mehr aufzukommen.

Ein Blick auf die Landkarte oder auf das Verzeichnis der verschiednen Berg- und Thalführer genügt indes zur tröstlichen Erkenntnis, daß unser liebes Deutschland der besuchenswerten Gegenden und Sehenswürdigkeiten eine reiche Fülle bietet und nicht des Mahnworts bedarf: „Warum in die Ferne schweifen." Als wohlgemuter „Turist" das Deutsche Reich vom hohen Norden bis zum fernen Süden fröhlich durchziehend, kann man unterwegs den interessanten Harz, das liebliche Thüringer Ländle, die pittoreske Sächsische Schweiz, sowie Bayern, Baden, Württemberg mit ihren landschaftlichen Reizen besuchen und bewundern, ohne doch je in einem Menschenleben alles Schöne sehn und genießen zu können. Es liegt noch sehr viel Schönes auf Straßen und Wegen, die den meisten von der bequemen Reisezunft nicht gangbar erscheinen wollen.

Der Begriff des wirklichen „Turisten" im grellen Gegensatze zum vielverspotteten „Dampfflieger" wäre also festgestellt. Allerdings ist es zweifellos, daß der Reiseverkehr einen außerordentlichen Aufschwung genommen, seit dem letzten und allerletzten Handwerksburschen mit Felleisen, Schnappsack, Pfeife und Regenschirm die Aufnahme in die Kostümkammer des Germanischen Museums zu Nürnberg zugesichert worden. Freilich durchstreifen Tausende und Abertausende die überhaupt besuchbare Erde ziemlich planlos, bei ihren zahllosen, oft ohne Verständnis unternommnen Reisen gewinnen sie wenig, mithin treiben sie Turistik im engern Sinne nicht. Das Vielsehn ohne tiefere Betrachtung und Wirkung auf Geist und Gemüt lohnt kaum die aufgewendete Mühe und Kosten, der kluge und nicht faule Turist von heutzutage muß weit bessere Geschäfte zu machen verstehn.

Schon vor Jahrzehnten ist der Hochturist auf der Bildfläche erschienen, der stolze „Alpenverein" ist eine förmliche Großmacht geworden.

Eine neue Erscheinung im Leben ist der Welt-Turist, und in jüngster Zeit beansprucht eine gewisse Sorte derselben die wesentlich ernster klingende Bezeichnung „Weltreisende". Dutzende von mutigen Gelehrten haben — auch mit ihrem Blute — bewiesen, wie ernst es ihnen bei Uebernahme ihres schwierigen Reise-Berufes gewesen. Der Fahrtturist mit oder ohne weibliche Begleitung ist jedermann wohlbekannt.

Bei der heutigen billigen Verwendbarkeit überaus zahlreicher Verkehrsmittel ist es angebracht, auch von einem „gemischten Turisten" zu reden. Durch seine Rundfahrt verbindet er den Besuch mehrer nicht zusammenhängender, landschaftlich schöner Gegenden, seine „Tur" gestaltet sich mit wenig Geld höchst abwechslungsreich. Daß der Mann vertraut sein muß mit dem Lesen der Karten, bedarf wohl keiner langen Erklärung, auch das nicht, daß er imstande sein muß, kleine Mühen, Unannehmlichkeiten und selbst Hindernisse unverzagt zu überwinden. Des weitern wird es ihm, seiner Menschenkenntnis und seiner Geldbörse zum Vorteile gereichen, wenn er ab und zu auch einfache Gasthöfe aufsucht, um die verschiednen Volkskreise, ihre Anschauungen, Sitten und Gebräuche besser kennen zu lernen. Ein offnes Auge für Kunst- und Baudenkmäler, für die verschiedenartigen industriellen Betriebe u. dgl. wird ihn befähigen, das Angenehme mit dem Lehrreichen, also Nützlichen, zu verbinden. Das ist Turistik im engern Sinne des Wortes, das ist wirkliches, volkstümliches Wandern.

Sehr zu beherzigen sind allerlei treffliche Ausführungen des Büchleins über Turistik als Beitrag zum Volkswohlstand, über Turistik als allgemeines Bildungsmittel und als Stütze zur Hebung nationaler Gesinnung. Jeder Schritt auf diesem Wege fördert das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Stämme eines Landes, jeder stärkt die Liebe zur Heimat und zum Vaterlande, jeder erweckt das Verständnis der nationalen Entwicklung.

Die Kenntnis des eignen Landes und Volkes muß stets in den Vordergrund gestellt werden, wenn es gilt, Reisepläne zu entwerfen. Zunächst das Naheliegende aufsuchen, das eigne Land so oft wie möglich nach allen Richtungen durchwandern, das bringt Vorteil und Gewinnn. Die deutsche Geschichte auf ihrem Grund und Boden vor Augen sehn, das Entstehn und das Wachsen der deutschen Herrlichkeit auf Schritt und Tritt in unvergänglichen Spuren verfolgen zu können, ist als erstes und letztes Ziel erstrebenswert. Die Schule muß wohl den Sinn vorbereiten, — ihn auszubilden, ist Aufgabe des Lebens, ihn nutzbar zu machen, ist der Zweck des Wanderlebens. Ein deutscher Wandrer mit Herz und Verstand wird seine segensreichen Wanderjahre nie vergessen.

Ernst von Wildenbruch kleidet das in die Worte: „Ich wünsche Deutschland ein Sich-Aufraffen. Ich wünsche ihm ein Sich-Emporschwingen zu starken Empfindungen, ich wünsche ihm Verständnis, weitgehendes endliches Verständnis für die schwerwiegenden Fragen der Zeit. Ich wünsche dem deutschen Lande ein Deutsches Volk, das endlich Selbsterhaltungstrieb lerne. Das brauchen wir!"

Leute, deren wirkliche freie Tage im langen Jahre ängstlich gezählt sind, werden sich der wohlwollenden Bemerkungen freuen, die der unabweislichen Nötigung gelten, die die verschiednen Verhältnisse auf die, bisher leider erfolglos angestrebte obligatorische Einführung von Ferien in geschäftlichen Betrieben wenigstens üben sollten.

Ein besondres Kapitel widmet das Buch den Turisten-Vereinen. Ein andres erteilt mancherlei praktische Winke und Lehren für Fußwandrer, nicht das Geringste ist übersehn oder vergessen, nicht das Nachthemd, nicht das Stück Englischpflaster, die Paßkarte und nicht die sorgsam berechnete Zahl der ganz unentbehrlichen acht Taschentücher. Auch die Technik des Marschierens verdient lobende Erwähnung. Daß für alle Fälle der Arzt zum Worte kommt, ist nur natürlich. Beim Wanderfahren werden die Pflichten des Turenfahrens erörtert, Verhaltungsmaßregeln für unterwegs und Einteilung der Kräfte gegeben, und dabei kommt auch der Humor zu seinem Rechte. Noch mehr: Der Leser wird eingeweiht in die Geheimnisse des Automobilismus, der Wasserturistik, des Rudersports, der Luftschiffahrt, der Winterturistik — Schneeschuhe, Rennwolf, Schlittschuhlaufen, Segelschlitten werden vorgeführt. — Vom

*) **„Die Turistik oder Das Wanderleben in unsrer Zeit."** Eine Anregung zur Pflege und Förderung vaterländischer Gesinnung. Allen Naturfreunden und Wanderlustigen dargeboten von Leo Woerl, Herausgeber der Woerlschen Reisebücher. Mit 30 Bildern, Verzeichnissen der Turisten-, Alpen- und Verkehrsvereine und einer Uebersichtskarte. Leipzig 1902. Preis 1,50 Mark.

Frühling bis zu des Winters Ende ist auf alles und jedes, was dem Turisten Interesse zu bieten vermag, in der weitestgehenden Weise Rücksicht genommen.

Den Beschluß der jedermann bestens zu empfehlenden Schrift bildet eine Zusammenstellung sämtlicher Sektionen des D.-Oe. Alpenvereines, der deutschen Turistenvereine, des österreichischen Turisten-Klubs und der Vereine für Hebung des Fremdenverkehrs.

Die letzten Seiten sollen den schreib- und dichtfaulen Postkartenversendern eine, allerdings unverdiente Freude bereiten

Deutsche Volkstrachten.

Selbst gesponnen, selbst gemacht,
Ist die schönste Bauerntracht.

Wir Deutschen haben seit dem dreißigjährigen Kriege keine eigne Volkstracht mehr. Unsre Damen überlassen es den Parisern, die Männer außer diesen neuerdings auch noch den Engländern und Amerikanern, die Kleidermoden vorzuschreiben, die dann für sie Gesetz sind. Trachten, die dem Modewechsel nicht folgen und die im Laufe der Zeit nur unwesentliche Veränderungen erlitten, finden wir jedoch noch auf dem Lande. Diese Volkstrachten müssen erhalten bleiben!

Der Spott der Städter und die Furcht, rückständig zu erscheinen, veranlaßt unsre Landbevölkerung immer mehr, die Volkstracht aufzugeben. Dem muß Einhalt gethan werden. Ein bayerischer Professor namens Riehl sagte schon vor vierzig Jahren „Der Bauer kleidet sich wie ein verlumpter Städter!" Unsre städtische Kleidung ist ungeeignet für die Landbevölkerung, die dem Modewechsel nicht folgen kann und immer einige Jahre in der Mode zurück ist. Den plumpen, unbeholfnen Eindruck, den unsre Landmädchen in städtischer Tracht machen, kennzeichnet der Ausspruch: „Unsre Bauerntöchter, die so stattlich und reizvoll aussehn in ihrer alten schönen Tracht, sehen in moderner Kleidertracht aus, wie aufgeputzte Gänse". Es kommt nun darauf an, unsrer Landbevölkerung den Glauben zu nehmen, als müßten sie sich ihrer Eigenart wegen vor dem Städter schämen. Im Schwarzwalde, im Bezirke Minden in Westfalen und in andern Gegenden Deutschlands ist dies mit Erfolg geschehen, es bedurfte nur der Anregung der Behörden, Pfarrer und Lehrer, um die Wiederaufnahme der Volkstracht auf dem Lande zu bewirken. Das zu erreichen, müßte auch anderswo versucht werden.

Mit gutem Beispiele könnten auch die Städter vorangehn, wenn sie beim Aufenthalt auf dem Lande die Tracht der betreffenden Gegend anlegen würden. Wie viel reizender wird eine Landschaft durch die Volkstracht seiner Bewohner! In seiner Schrift „Unsre Volkstrachten" sagt H. Hansjakob: „Wenn einmal auf allen Bergen die Bauern und Bäuerinnen, Burschen und Mädle, entweder wie Herren und Damen oder wie zerlumpte Stromer und Landstreicher herumgehn, dann werden jene Berge einsam werden."

Als Mittel zur Erhaltung und Wiedereinführung der Volkstrachten bezeichnet der Freiburger Volkstrachtenverein: 1. Unterstützung von Erstkommunikanten und Konfirmanden zur Anschaffung der Tracht, sofern sie bedürftig sind, und die fernere Beibehaltung der heimischen Kleidung anzunehmen ist. 2. Erhaltung der Kunstfertigkeiten zur Herstellung der Trachtenstücke und Prämiierungen von Stickerinnen, Schneiderinnen und Näherinnen, auch Gewährung von Nähgeldzuschüssen. 3. Veranstaltung festlicher Zusammenkünfte im Trachtengebiete.

Unsre alte Bauernkunst, die in den einzelnen Trachtenstücken zur Geltung kommt, findet grade neuerdings wieder verdiente Beachtung. So schreibt die Zeitschrift „Der Manufakturist" in Nr. 15 d. J. über die Ausstellung deutscher Volkstrachten in Berlin: „Vor allem verschmäht diese Volkskunst alle Ziererei und Schnörkelei, und die Berührung mit ihr ist von befreiender Wirkung gegenüber dem Zwange, der unserm Kunstempfinden je länger desto mehr von einer Kunstrichtung angethan wird, die Menschen mit gesundem Sinn nun einmal als abseits von dem Schönen führend verurteilen müssen. Das alte Gute und das gute Alte behält seinen Wert in dem von ihm gebotnen Maßstabe für das Neue . . . ." Die Volkstrachten sollen unserm Bauernstande Selbst- und Standesbewußtsein erhalten, auf ihren Einfluß der Stärkung der Individualität wies Großherzog Friedrich von Baden beim Trachtenfest zu Hasloch im Jahre 1899 hin. Unsre Volkstrachten sind für uns ein Schatz von hohem künstlerischen und nationalen Werte, den wir hegen und pflegen sollten, wer mithilft, ihn zu erhalten, thut ein nationales Werk!

Die 11. Jahrestagung des Jungdeutschen Bundes, die Pfingsten zu Hamburg stattfand, faßte aus diesen Gründen den folgenden Beschluß, der allen Regierungsbehörden im Deutschen Reiche zugestellt wurde:

„Der am 18. und 19. Mai 1902 in Hamburg abgehaltne Bundestag des Jungdeutschen Bundes richtet an alle national gesinnten Kreise unsers Volkes, ganz besonders an alle Behörden, Pfarrer und Lehrer die Bitte, darauf hinzuwirken, daß die Volkstrachten nicht durch modische Kleidung verdrängt werden."

* * *

Die vorstehenden Zeilen sind die kurze Wiedergabe eines Vortrages, den Herr Paul Weber im Jungdeutschen Bunde zu Hamburg hielt, und deren Abdruck man von uns erbat. Wir geben diesem Ersuchen gern Folge, möchten indes mit unsern Bedenken nicht zurückhalten.

Gewiß haben die Bemühungen, dem Verschwinden der Volkstrachten, der alten Bräuche und Sitten auf dem Lande Einhalt zu thun und, wo die Trachten und Bräuche schon fast ganz verschwunden sind, sie wieder einzuführen, bereits Erfolge gehabt. Das eifert an, den betretnen Weg weiter zu beschreiten. Die ethischen und ästhetischen Gründe, die zu dem Vorgehn Veranlassung gegeben haben, sind zum großen Teil auch zutreffend. Es berührt gradezu schmerzlich, wenn man in eine Ortschaft oder Landschaft kommt, die man schon vor dreißig bis vierzig Jahren gekannt und besucht hat und findet nun statt der frühern malerischen Trachten der Bewohner, namentlich der weiblichen, ein Gemisch von allerhand mehr städtischen Trachten bei Mann und Frau. Es berührt schmerzlich, wenn man nach dem oder jenem Brauch frägt, und die Jugend ihn nicht mehr oder nur verstümmelt kennt und noch schmerzlicher, wenn man ein früher gekanntes Volksfest beobachtet und an Stelle alter Sitten und Bräuche eine Nachäffung städtischer Bräuche getreten sieht.

Die Frauen mit ihren Kattun- und Lamasähnchen ohne irgendeine der alten Kopfbedeckungen oder richtiger des Kopfschmuckes nehmen sich traurig aus und man weiß nicht mehr, daß man auf dem Lande in altbekannter Gegend ist, wenn die Männer bei der Arbeit und am Sonn- und Festtag in städtischer, beim Juden erstandner Arbeiterkleidung einhergehn, wo sie sonst eine charakteristische, praktische und billige Kleidung trugen, die trotzdem sehr dauerhaft war.

Wenn nun auch die Bestrebungen zum Festhalten an alten Trachten und Bräuchen vielfach von Männern gefördert werden, die nur nebenbei die wirtschaftliche und ethische Seite beachten und denen die ästhetische oder vielleicht richtiger die malerische die Hauptsache ist, so muß doch der Volksfreund in der Regel die Bewegung freudig begrüßen und unterstützen.

Nicht unbeachtet darf man aber lassen, daß man eine Bewegung, die zur Ablegung alter Trachten und Sitten führte, nicht immer aufhalten kann, weil Gründe dafür vorhanden sind, die im Fortschreiten der Kultur und namentlich des Verkehrs liegen. Der Bauernsohn, der als Handwerker oder Soldat längere Jahre in der Stadt gelebt und städtische Tracht und Sitte angenommen hat — und jeder junge Mensch nimmt unwillkürlich das alles und auch noch Dialekt und andres an —, kann vielfach nicht mehr zum Althergebrachten zurückkehren, wenn er wieder ins heimatliche Dorf kommt, und ebenso geht es und vielleicht noch mehr dem Landmädchen, das in der Stadt gedient oder gearbeitet hat. Die heutigen Verkehrsverhältnisse vermischen städtische und ländliche Bevölkerung, und die Industrie, die aufs Land getragen worden, weil Natur- oder

Menschenkräfte dort billiger zur Verfügung stehn, hat erst recht zur Vermischung der Verhältnisse beigetragen. Zu beseitigen vermag man das aber nicht und es hat sehr oft so viel Gutes gebracht, daß man auch das Ueble in seinem Gefolge mit in den Kauf nehmen muß.

Will man also jetzt wieder rückwärts reformieren und will dabei die wirtschaftliche Seite mit beachten — und das muß man unbedingt —, so muß man bedenken, daß neben den etwa wieder zur Geltung gebrachten alten Bräuchen, Sitten und Trachten auch die städtischen und modernen ihr Recht behaupten und damit eine zwiefache wirtschaftliche Belastung entsteht. Man feiert die alten Volksfeste in alter Tracht, aber dabei auch neueingeführte in moderner Kleidung, man hat dadurch zu viel der Feste, hat Ausgaben für alte Trachten, die nur wie zu einer Maskerade angelegt werden, und Ausgaben für moderne Kleidung oder ein Gemisch von Stadt und Landtracht. Vor dreißig und vierzig Jahren fand man bei ländlichen Volksfesten nur leibliche Genüsse, wie sie die ländliche Wirtschaft je nach der Gegend darbot; aber heute findet man Speisen und Getränke wie in der Stadt vielfach noch neben dem Althergebrachten, so daß die ländlichen Familien- und Volksfeste kostspieliger sind als städtische in Kreisen von gleicher oder ähnlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es ist leicht möglich festzustellen, daß grade in der Annahme städtischer Lebensweise seitens der Landleute beim Festhalten an manchem Althergebrachten die Ursache für einen wirtschaftlichen Rückgang beim kleinen Bauern wie bei manchem größern Landwirt zu suchen ist, und wenn man sich für Wiederherstellung alter Sitten und Bräuche, sowie Beibehalten oder Wiederanschaffung alter Trachten erwärmt und dafür arbeitet, darf man nicht außer acht lassen, daß man nur einem Herrn dienen kann.

Gern treten auch wir für alte Sitte und Tracht ein; aber dann muß es auch bei dieser allein bleiben; für Altes und Neues reicht der Erwerb des Bauern und des ländlichen Handwerkers und Arbeiters nicht aus.

Im übrigen haben manche alten Trachten für die Gesundheit ihrer Träger recht üble Folgen; wir erinnern nur an die Haartrachten der Frauen in der Schwalm, die — so kleidsam die Schwälmer Tracht sonst ist — recht früh häßliche Kahlköpfe erzeugt. Wohl wenige Städter werden außerdem dem Rate folgen, beim Aufenthalt auf dem Lande die Tracht der betreffenden Gegend anzulegen, erstens der Kosten wegen und zweitens der oft wenig ästhetischen Figuren wegen, die bei solchen Versuchen herauskommen würden. Man denke sich doch mal eine hysterische Modepuppe in Bückeburger, Schwarzwälder oder Altenburger Tracht und einen vertrockneten Kanzleimenschen oder wadenlosen Großstädter in oberbayerischem Kostüm!

Kulturspione werden in dem Buche „Deutschland am Scheidewege" von Pohle die Japaner genannt. Da jetzt der frühere japanische Minister Graf Matsugata die deutsche Reichshauptstadt mit seinem Besuche „beehrt", so weisen deutschvölkische Zeitungen mit Recht auf das deutsch-feindliche englisch-japanische Bündnis hin und warnen vor einer Vergötterung des Mannes aus dem Lande des „Sonnen-Ursprungs".

Kulturspione sind aber nicht nur die vielen Japaner, die im Deutschen Reiche „studieren", nein, überhaupt die vielen Ausländer, die die vorzüglichen deutschen hohen Schulen besuchen.

Deutsche Studenten u. a. gehn auch ins Ausland, gewiß; aber nur, um sich in fremden Sprachen zu üben; um im Auslande sonst wissenschaftlich zu lernen, nie. Die deutschen Staaten müssen für jeden Studierenden an den staatlich unterhaltnen Hochschulen jährlich 300 bis 400 Mark zuschießen — also auf Kopf und Jahr 300 bis 400 Mark — manchmal auch darüber.

An den deutschen Universitäten studierten im Sommerhalbjahre 1896 34698 Studenten. Die deutschen technischen Hochschulen zählten im Sommerhalbjahre 1896 8682 Studenten, davon 1200 oder 14 v. H. Ausländer. Ueberträgt man dasselbe Verhältnis auf die Universitäts-Studenten, so hätte es unter diesen 4900 Ausländer gegeben. Wir hätten also, die beiden Summen zusammen genommen, im Jahre 1896 6100 ausländische Studenten gehabt. Diese Zahl ist aber sicher zu niedrig und auch seit 1896 noch bedeutend gestiegen. Rechnet man auf jeden Studenten 400 Mark Staatszuschuß, so käme das nette Sümmchen von $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark heraus, was jährlich von deutschen Steuerzahlern ausländischen Studenten sozusagen an den Hals geworfen wird.

Dazu kommen noch die Kosten für ausländische Besucher deutscher Musikschulen, Kunstakademien, Bergakademien usw.

Könnten wir uns dafür nicht mit den Jahren die schönste Flotte zur Verteidigung unsrer Interessen bauen?

Wie kommen die deutschen Steuerzahler dazu, den vielen Ausländern an den deutschen Hochschulen die Lerngelegenheit zu erleichtern? Ist es zuviel verlangt, wenn sich der Staat von den Ausländern wenigstens seine Auslagen, seine Zuschüsse vergüten läßt? Wer von den Deutschen etwas lernen will, um es dann gegen die Deutschen zu verwerten, der soll die Lerngelegenheit doch auch wenigstens so hoch bezahlen, wie sie dem deutschen Steuerzahler selbst zu stehn kommt. Das ist nicht mehr wie recht und billig. Die deutsche Weitherzigkeit und Kurzsichtigkeit muß einmal ein Ende haben, und es ist unsre Ueberzeugung, daß die vielbetonte „Freiheit der Wissenschaft" nicht im Geringsten darunter leiden wird.

Da sind die Stadtgemeinden pfiffiger. Jeder Auswärtswohnende muß, wenn er seine Kinder in eine Stadtschule schickt, das doppelte Schulgeld zahlen, und in seinem Dorfe das einfache Schulgeld obendrein. Also unsern eignen deutschen Brüdern erschweren wir so das Lernen, — und den Ausländern öffnen wir die Pforten und schenken ihnen jährlich noch etliche hundert Mark dazu.

Das zur finanziellen Seite der Frage: „Ausländer oder Kulturspione an den deutschen Hochschulen." Ueber das oft höchst unverschämte Benehmen dieser Herren, über ihre oft ganz mangelhafte Vorbildung, über den ungeheuren sittlichen Schaden, den die meisten durch Verführung deutscher Mädchen anrichten, die leider Gottes die Ausländerschwärmerei noch als Sport betreiben, über die antideutschen Bestrebungen der Vereine dieser ausländischen Studenten, über alles dies ist auch in diesen Blättern oft gesprochen worden. Die Erörterungen darüber wollen wir heute nicht fortsetzen. Aber auch einmal ernstlich auf die hohen Kosten hinzuweisen, die die deutschen Steuerzahler für die ausländischen Studenten aufbringen müssen, das schien uns an der Zeit zu sein, zumal alle deutsche Staaten — wir erinnern nur an Sachsen — an großer Finanznot leiden. K. T.

Polnisches. Ihre Hetzapostel lassen die Polen in den östlichen Landesteilen Preußens herumreisen, „um nach dem Rechten zu sehn". Dabei machen sie Wahrnehmungen, die ihnen absolut nicht in den Kram passen. So berichtet z. B. ein solcher Reise-Onkel in dem Blatte „Gornoslazak" über seine Erfahrungen im Kreise Pleß (Oberschlesien):

„Wie erstaunte ich, als ich hörte, daß das Ehepaar, das doch nur polnisch mit sich sprach, mit den Kindern doch nur ausschließlich deutsch sich unterhielt. Selbst das kleinste Kind mußte nur deutsch sprechen. Ist das nicht eine Strafe Gottes für die Kinder. — Ein Briefträger, der obwohl er und seine Ehefrau von polnischen Eltern abstammen, erzieht seine Kinder deutsch. Erst von andern Kindern müssen die seinigen die Muttersprache erlernen. — Er meint, daß die Polen nichts erreichen, zu keinem Resultat gelangen werden und behauptet, daß, wenn alle so wie er wären, die Polen schon längst aufgezehrt sein müßten!!"

Dasselbe Blatt bespricht einen Besuch des Kardinals Kopp in Kattowitz (Oberschlesien) folgendermaßen: „Bei der hier kürzlich erfolgten Ankunft des Herrn Fürstbischofs Kopp, eines bekannten Germanisators, welcher die Einweihung der neuerbauten Kirche zum Ziele hatte, hat sich nur wenig Publikum eingefunden, sowohl auf dem Bahnhof, als auch vor der Kirche und inmitten dieses Häufleins waren viele Juden und andre Gaffer. — Wie das Volk hat doch bereits durchschaut und

erkannt, mit wem es zu thun hat!!? Einige Vereine, unzählige Repräsentanten und zum Schluß einige Schulen und alle diese wurden in einer preußisch-militärischen Ordnung durch die Polizei gehalten. — Ein einzig glänzendes, eignes, unabhängiges, natürliches Bild ohne Dressur bot eine Abteilung von 15 bis 30 unsrer Wirte zu Pferde in ihrer schönen Nationaltracht, welche vor dem Wagen des Kardinals herritt. Es versteht sich, daß sich am Sonntag mehr Leute eingefunden haben, schon aus dem Grunde, weil jeder an diesem Tage mehr Zeit hatte. — Die oberschlesische Geistlichkeit mit wenigen Ausnahmen vergißt ihre heilige Sendung, dient nicht Gott, aber der weltlichen Herrschaft und den Mächtigen dieser Welt, germanisiert unbesonnen, vergißt, daß sie ein Geschlecht großzieht ohne Religion, ohne Glauben und stößt tausende in die Arme des Sozialismus und viele, viele in den Abgrund der Verderbnis und des Verbrechens."

Gewissen Leuten im Zentrum werden trotz solcher absolut nicht vereinzelt dastehender Unverschämtheiten gegen die deutsch-katholische Geistlichkeit immer noch nicht die Augen aufgehn — sie wollen eben nicht sehn!

An Krüger.

Und weht es dir auch von Europa's Thronen,
Ehrwürd'ger Greis, hier schneidend kalt entgegen,
Nur um so heißer sucht auf allen Wegen
Jedwedes ed'le Volk dein Müh'n zu lohnen.

Jetzt zeigt die Weltgeschichte, daß die Kronen
Und nicht die Völker die Geschicke wägen,
Ob herzlos sie zermalmt von harten Schlägen,
Ob rohe Habsucht soll ihr Glück verschonen.

Es geht ein finst'rer Geist durch die Geschichte; —
Weh, wehe denen, die ihn mißverstehn,
Abseits vom Weg der Völkerrechte gehn:

Der finst're Rachegeist macht sie zu nichte,
Das Recht ist ewig. Völker können sterben,
Allein ihr ehr'nes Recht kann nie verderben.

Rud. Bunge.

Ausland.

Rußland. Ausländische Handlungsreisende für Firmen, die in Rußland nicht ansässig sind, haben jetzt auf den Namen ihrer Firma einen Gewerbeschein für 150 Rubel zu lösen, und außerdem die landschaftlichen und städtischen Gebühren im Höchstbetrage von 20 v. H. des Preises des Gewerbescheins zu entrichten; für ihre eigne Person müssen sie außerdem einen Gewerbeschein für 50 Rubel besitzen. Jüdische Handlungsreisende erhalten nur auf Grund des Gesetzes vom 14. März 1901, sobald sie von einem russischen Konsul geprüfte Pässe besitzen, die Erlaubnis, Rußland zu bereisen; eine besondre Genehmigung der drei Minister brauchen sie nicht mehr einzuholen, wie das früher der Fall war. Die von ihnen vertretnen Firmen müssen entsprechend den jeweiligen Landesgesetzen eingetragen sein. In gleicher Weise wie die nichtjüdischen Handlungsreisenden haben die jüdischen einen Gewerbeschein für 50 Rubel für ihre eigne Person zu lösen, auf den Namen ihrer Firma indes einen solchen für 500 Rubel. —

Ueber den Niedergang der Kohlen-Industrie im Donetz-Gebiet schreibt man der „Now. Wr.": Welch einen traurigen Anblick bietet gegenwärtig das einstige Zentrum der Kohlen- und Metall Industrie! Hoffnung auf Eröffnung neuer Absatzgebiete für die Steinkohlen werden von keinem mehr gehegt. Fast in allen Schachten ist die Kohlenausbeute entweder auf ein Minimum eingeschränkt oder ganz eingestellt. Die Kohlenvorräte im Bassin sind bis auf 40 Millionen Pud angewachsen, ausschließlich der Menge, die auf dem Wege des Kleingewerbes gewonnen worden ist. Im übrigen hat die kleingewerbliche Kohlenausbeute in letzter Zeit rapide abgenommen. Die Mißernte der letzten beiden Jahre hat eben diese Gewerbetreibenden sogar der bescheidensten Betriebsmittel beraubt, während der überall seine Hände im Spiele habende Jude nicht ermangelt hat, aus der Lage Nutzen zu ziehn. Die Geldnot des Bauern kennend, zahlen ihm die Juden, wenn es hoch kommt, 50 Rubel für das Exploitationsrecht und beuten ihn auch auf andre Weise aus.

Oesterreich-Ungarn. Nach amtlichen Quellen sind von den 110 Schulbezirken Böhmens nur noch 21 rein deutsch, gegen 22 im vorigen Jahr. Sehr betäubend gestalten sich die Verhältnisse im Brüxer Bezirke. Dort sank die Zahl der deutschen Kinder im letzten Jahre von 11 640 auf 11 161, während die tschechischen von 2 182 auf 2 384 stiegen. Im Töplitzer Bezirk gab es im Vorjahre 11 719, jetzt 11 907 deutsche Kinder. Die tschechischen stiegen aber von 1340 auf 1440 Erstere vermehrten sich also um $1\frac{1}{2}$ v. H., letztere um 7 v. H. Prag hatte 1901 5691, jetzt 5876 deutsche Schüler. Auch in Saaz stiegen die Tschechen von 565 auf 784, fielen dagegen in Aussig von 171 auf 107, in Reichenberg von 488 auf 473, in Trautenau von 218 auf 216. Der Schulbezirk Teschen hat 17 130, Aussig 17 505, Reichenberg (Stadt) 3867 deutsche Kinder. Im ganzen Lande stiegen die deutschen Kinder von 405 712 auf 408 493, die tschechischen aber von 666 338 auf 674 817.

Mosaik.

Jüdische Lehrer. Mit Genugthuung melden die Judenblätter: „Im Herzogthum Meiningen sind schon seit Jahren jüdische Richter und Finanzbeamte angestellt worden. Gymnasiallehrer aber bisher nie, und man glaubte, die Schulbehörde habe ein Bedenken dagegen. Daß dies aber nicht der Fall oder nicht mehr der Fall ist, zeigt jetzt die Anstellung des Philologen Dr. Moritz Köhler als Oberlehrer an der Realschule zu Sonneberg. Köhler war bisher an der Erziehungsanstalt in Friedrichsdorf bei Frankfurt (Main) beschäftigt, ist aber geborner Meininger."

Vielleicht bleibts in Meiningen aber doch bei diesem einen jüdischen Lehrer!

Kapital und Arbeit. „Eintracht" Braunkohlenwerke und Brikettfabriken zu Berlin verteilen für das Jahr 1901 auf 4 Millionen Aktienkapital 18 v H. Dividende, zahlen dem Vorstande 51 416 Mark und dem Aufsichtsrat 93 116,18 Mark „Tantième", die Beamten bekommen 25 000 Mark „Remunerationen" und von dem Arbeiter ist in der Bilanz keine Rede. —

Auf 1 050 000 Mark Aktienkapital geben die Maschinenfabriken R. Karges und Gustav Hammer und Co. zu Braunschweig 8 v. H. Dividende, der Vorstand bekommt 8034 Mark „Tantième" und der Aufsichtsrat 4656 Mark, während Vorstand und Beamte noch besonders 8200 Mark „Gratifikationen" erhalten. Die Arbeiter werden dagegen nur einmal in der Abrechnung erwähnt, unter den Passiven heißt es nämlich „Unfallkasse der Arbeiter 323,77 Mark."

Antisemitische „Ausschreitungen". Zu großen Ausschreitungen kam es gestern in Oswiecim. Eine größere Anzahl Rowdies that sich aus irgendeinem Grunde zusammen und mißhandelte die dortige jüdische Bevölkerung. Auch wurden einige jüdische Geschäftsbuden geplündert und eine Menge Fensterscheiben zertrümmert. Als sich einige Juden an die dortige Gendarmerie wandten, wurden sie einfach an die Polizei verwiesen; hier angekommen wurde den hart Bedrängten wieder bedeutet, sie sollen polnisch sprechen oder machen, daß sie rauskommen. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich bekanntlich in derselben Stadt im Vorjahre ab, wo es unserm Kriminalbeamten Halemba gelang, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Die damals dem betreffenden Beamten zugesicherte Belohnung soll jedoch derselbe heute noch erhalten. —

So berichtet der liberale „Myslowitzer Anzeiger". Oswiecim ist ein bekanntes Wuchererneſt an der galizischen Grenze, in dem Israel natürlich die erste Geige spielt, und die „Rowdies", die sich aus „irgendeinem Grunde" zusammenthaten, sind zweifellos arme ausgewucherte Nichtjuden gewesen. Wissen diese in ihrer Verzweiflung keinen andern Ausweg gegenüber den jüdischen Vampyren, schreit das Wucherpack und seine Nachbeter in der ganzen Welt selbstverständlich über antisemitische „Ausschreitungen"!

Getaufte und ungetaufte Juden. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten" lesen wir:

Die taktlose Art, mit der das „Israelitische Familienblatt" den neuernannten italienischen Kriegsminister für das Judentum in Beschlag nahm, hat in Italien arg verstimmt. Niemand hat sich in Italien um die „Konfession" des Generals gekümmert, da ja auch die Minister Luzatti und Wollemborg, der frühere Unterstaatssekretär der Polizei Romanin-Jacur und der Botschafter Artom Juden waren. Wenn aber das Familienblatt schreibt, der Kriegsminister sei der jüdische Generalfeldmarschall und frühere Erzieher des Königs Graf Ottolenghi, so ist dazu zu bemerken, 1. daß die ursprünglich jüdische Familie 1832 bereits christlich wurde, 2. giebt es in Italien gar keine Feld-

marschälle, 3. war der Erzieher des Königs General Osio und 4. ist Ottolenghi nicht Graf. Das „Anore" stimmt. —

Wir bemerken dazu, was wir schon oft betont haben, und was auch selbst von jüdischen Gelehrten oft gesagt worden ist, daß nämlich die Taufe der Juden garnichts hilft, sondern, daß das Rassen-Zusammengehörigkeits-Gefühl immer wieder den Sieg davon trägt.

Der Jude und die christliche Kirche. Der „Tägl. Rundsch." wird aus Köln (Rhein) mitgeteilt: In dem sich dicht an Köln anschließenden Vorort, in dem ich wohne, war die Prozession am diesjährigen Fronleichnamsfeste besonders glänzend ausgefallen. Das Warenhaus eines lieben jüdischen Mitbürgers hatte dabei ausgezeichnete Geschäfte gemacht und namentlich die künstlichen Lilien, die die kleinen Mädchen in der Hand tragen, schon frühzeitig ausverkauft. Der Besitzer gab den Gefühlen seiner Dankbarkeit dadurch Ausdruck, daß er höchst eigenhändig auf der Straße einen Altar drapierte, über dem er das Abendmahlsbild Leonardo da Vincis angebracht hatte. Streng katholische Familien pflegen sonst solche Altäre an diesem hohen Feste vor ihren Häusern zu errichten. Damit aber noch nicht genug. Der dankbare Israelit, der natürlich an jüdischen Feiertagen seinen Laden schließt, erwartete mit seinem zumteil jüdischen Personale am Eingang seines Ladens den Vorüberzug der Prozession. Als der Priester mit der Hostie nahte, sank die ganze Gesellschaft in die Kniee . . .

Wenn das keine strafbare Verspottung von Einrichtungen der katholischen Kirche ist, dann giebts überhaupt keine!

Der Wert der Judentaufen. Das evangelisch-lutherische Zentralkomitee, das sich mit der Mission unter den Juden befaßt, hat im Geschäftsjahr 1901 laut Rechenschaftsbericht eine Einnahme von 17 465 Mark gehabt, der eine Ausgabe von 16 997 Mark gegenübersteht. Dafür hat aber auch das Komitee zwei Juden innerhalb des Jahres 1901 zum Christentum bekehrt, sodaß dem Vereine jede Seele 8498 Mark 50 Pfennig kostet. Die „Israelitische Rundschau" bemerkt zu dieser Thatsache, daß alle Uebertritte der Juden nicht aus Ueberzeugung geschehn, sondern materieller Vorteile wegen erfolgen. Das jüdische Blatt kennt sicher seine Pappenheimer; zum Ueberfluß bringt die „Deutsche Ztg." gleich einen sehr drastischen Beweis hierzu, indem sie sich folgendes erzählen läßt:

Eine Sprachlehrerin mit unverkennbar jüdischem Namen gab in Berlin Leçons français. Bei der Volkszählung schrieb sie in die Rubrik Religion „humanistisch". Für diesen Sommer bekam sie ein sehr gutes Engagement für drei Monate nach Rußland. An der Grenze aber behaupteten die unaufgeklärten Russen, humanistisch sei in diesem Falle identisch mit mosaisch. Juden lassen sie nicht über die Grenze. Also kehrt marsch nach Berlin und sich rasch taufen lassen. Die evangelischen Geistlichen verlangten eine wochenlange Vorbereitung. Aber woher die Zeit nehmen? Time is money! Bei dem englischen Sprüchwort fiel dem Fräulein ein englischer Reverent in Berlin ein. Er vollzog in Anbetracht ihres Glaubenseifers den heiligen Akt nach acht Tagen. Die Not-Taufe soll nach dem Bericht der Zeugen sehr feierlich gewesen sein. Und nun hupp! über die unhumanistische Grenze.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 19. Juni 1902. Nr. 722.

Sonnenwende.

Hat der Sonnenstand den Höhepunkt erreicht, dann prangt die Erde zwar noch im Hochzeitsschmuck und ein Samtteppich breitet sich über Thäler und Höhen aus, von den mannigfaltigsten Blütenformen und Farben durchwirkt. Nur wenig nachgedunkelt ist das frische Grün in Wald und Flur, das die Maisonne dem Schoße der Erde entlockte, an Strauch und Baum zeitigte. Aber Kornäcker und Weizenfelder verlieren allgemach das saftschwellende Grün und reifen der Sense entgegen; auf frischgemähten Wiesen wächst ein neues Blumengeschlecht heran, das dem Frühsommerschmuck nur wenig mehr ähnlich ist. Nicht lange — und der Wind saust über die leeren Stoppeln.

Die Umkehr des feurigen Sonnenrades, dieser wichtigen Marke in der untrennbaren Zeit, wurde von den Germanen, die in der rauhen Brust ein warmes Herz bargen, als Fest des Licht- und Sonnengottes gefeiert. Zu Ehren Freyr's stiegen an jenem Tage Opferbrände zum Himmel empor, wurde das herrlichste Sonnengeschenk, die Blume, dem Lichtgotte dargebracht. Aber auch Balders, des Götter- und Menschenlieblings, dieser seraphischen Gestalt der nordischen Sage, gedachte man, wie es uns F. W. Weber in „Dreizehnlinden" so schön schildert:

> Weißer Balder, weiße Blumen,
> Wie an Bach und Rain sie sprießen,
> Weiß, wie Deine lichten Brauen,
> Legen wir Dir gern zu Füßen. —

Wie manche Maid aus germanischem Stamme mag an jenem Tage abseits des Flammenberges gestanden sein, die „Braue Balders", die Orakelblume, in Händen, ihre Randstrahlen zupfend und die ewig alten und doch ewig neuen Worte Margarethens lispelnd: „Er liebt mich — liebt mich nicht!" — Und war sie keusch und rein, dann konnte es nicht fehlen, daß sie den letzten Randstrahl, der ihr die Erfüllung sehnlichsten Verlangens verhieß, wie im Triumph emporhielt: Denn Freyr, der mildeste der Götter, und Balder ließen keine tugendsame Germanenmaid ohne Trost von dannen ziehn.

Wie vor Jahrtausenden flammt noch heute die heilige Lohe zum Himmel empor. Wie aber Thors Hammer dem Kreuzzeichen, die Lichtelfen den Engeln weichen mußten: So wich der heidnische Sonnengott dem Vorläufer Christi, der „Leuchte der Menschen", Johannes dem Täufer.

Der Zeiten Flucht hat manchen Wandel in Brauch und Meinung geschaffen und auch das Sonnenwendfest blieb von ihm nicht verschont. Es dürfte aber kaum schwer sein, auch in den Begleitbräuchen der Johannisfeier heidnische Reste nachzuweisen.

Wenn die Nacht ihre Fittige über die Erde spannt, dann ist es ein Schauspiel von großartiger Erhabenheit, die dämonische Wut des züngelnden Elementes zu betrachten: das Prasseln, Zischeln, Knallen und Sprühen der hochaufragenden Lohe, die, vom Windhauch angefacht, die Springer und Tänzer, die Besenschwinger und Zuschauer bald in Feuersglut taucht, bald in tiefe Schatten hüllt. Und vollends jeder Beschreibung spottet der Anblick, der dem Donaufahrer an jenem Abende zuteil wird, der seinen Weg durch die Wachau nimmt, das Stromthal zwischen Melk und Krems. In feenhaftem Glanze erstrahlen die gewaltigen Wellenmassen des Stromes, hunderte von lodernden Flammen, die auf allen Höhen und in allen Tiefen erglühn, wiederspiegelnd. Eine feurige Kette tänzelnder Flämmchen trägt die Grüße der biedern Wachauer den fernern Uferbewohnern zu, Pechfässer und brennende Flöße vervollständigen das gleißende Strombild. Darüber hinweg schießen mächtige Feuergarben auf, sich in Funkensprühregen lösend und in all dem Lichtermeer erstrahlen die mächtigen Gemäuer der Burgreste, die versteckten Ortschaften und legendären Kirchtürme in magischem Schimmer.

Auch im Menschenbusen züngelt die Flamme der Liebe empor und heilige Schauer durchrieseln unsern Körper. Es ist, als ob die Jahrtausende, die untergetaucht sind im Zeitenstrudel, wieder an den Strand der Gegenwart gespült worden wären, als seien die Väter der Grabesnacht entstiegen und weilten unter uns.

Der launige Dichter Carl Stieler singt:

> Das glüht und klingt so wundersam,
> Wenn sich die Wälder schwärzen:
> Der Sternenglanz, der Feuerschein
> Und all die Glut der Herzen.
> Von fern herüber jauchzt ein Gruß,
> Verhallend in den Lüften,
> Und wie der Odem alter Zeit
> Weht's durch die grünen Triften. —

Die Feuer sind erloschen, das Schreien, Kreischen, Jauchzen und Lachen von Alt und Jung verstummt, nicht aber der romantische Zauber der Johannisnacht. Glühwürmchen ruhn im Grase oder fliegen durch die Luft; im wallenden Saatgefilde schlägt die Wachtel und aus dunklem Nadelforst tönt der weiche Amselschlag — geheimnisvoller, zu Herzen dringender wie sonst. Denn die Johannisnacht ist eine Geisternacht, wie die des Christ- und Walpurgistages. Wünschelruten werden in der Mitternachtsstunde geschnitten, soll ihre Zauberkraft nicht Schaden leiden, und mit Hilfe der Farnblüten erschließen sich uns verborgne Schätze. Kräuter, an diesem Tage gepflückt, sind besonders heilkräftig. Wer sich liebenswürdig machen will, der pflücke Fingerkraut, wer gegen Hieb und Schuß sich feien will, der grabe Wegewartwurzeln aus; wer Sehnsucht nach der Tarnkappe trägt, dem bieten Farnkrautsamen wirksamen Ersatz; Teufelsabbiß aber hilft gegen alle Anfechtungen böser Geister. Das weiß manch' altes Mütterlein im Dorfe, manche Trude mit runendurchfurchtem Antlitze. Schade, daß auch dieser Teil der Romantik dem Untergange naht! Schade, daß in vielen Gauen Deutschlands die Johannisfeuer für alle Zeiten erloschen sind — sie, die in vergangnen Tagen Volk und Fürsten im Wettsprung und Wettreigen verbanden.

G. Grimm meldet beispielsweise im ersten Band seiner „Deutschen Mythologie": „Zu Augsburg zündete 1497 in Kaiser Maximilians Gegenwart die schöne Susanne Neidhard das Johannisfeuer mit einer Fackel an und machte dann zuerst den Reigen um die Flamme an Philipps Hand." (Philipp war Maximilians Sohn.)

In manchen Gegenden werden die Feuer am Tage der Sonnenwende indes auch dann noch aufleuchten, wenn vom Hiebfestigkeit verleihenden Wegekraut selbst die Dorfältesten und Kräuterkundigsten schweigen müssen. Ob als Bittopfer für gesegnete Ernte in Faß und Scheuer, ob zum Abschied der sich rückwendenden Hochsonne — das gilt gleichviel!

> Laßt die Sonnenrune funkeln,
> Hakenkreuz erstrahlt im Dunkeln,
> Sei gegrüßt, erhabner Phol*)!
> Tausend Bauta-Steine reden,
> Druidenweisheit, Edda, Veden,
> Von Dir, ewigem „Symbol".
>
> Von des Nordmeers Klippenküste
> Bis ins Herz der Libyer Wüste,
> Bis zum heilgen Gangesstrand,
> Bis in Priams alte Feste
> Allorts deuten deine Reste,
> Hier war einst Germanenland.

*) Balder.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. Im Laufe des Juni finden danach deren noch folgende statt:

Sonntag, den 22. Juni in Stadthagen und Sonntag, den 29. Juni in Kassel.

Ferner im Juli in Leipzig und wahrscheinlich Anfang August in Heidelberg.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, an allen diesen Veranstaltungen teilnehmen.

In Stadthagen ist nachmittags 3 Uhr im Saale des Herrn R. Gölitz (Ratskeller) eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung:

1. Vortrag des Abg. Raab über: „Handwerk und Gewerbe im Kampf um ihr Recht".
2. Vortrag des Herrn Generalsekretärs J. Henningsen (Hamburg) über: „Die amerikanische Gefahr und die Börsenspekulation".
3. Vortrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg über: „Der Sieg des Goldes über die Buren".

An die Vorträge wird sich eine „Freie Aussprache" und nach Beendigung derselben eine gemütliche Sitzung anschließen.

Abends 6 Uhr ist in demselben Lokale die vertrauliche Sitzung unsrer Vertrauensmänner und Gesinnungsgenossen zwecks Beratung der Stellungnahme zu den Reichstagswahlen.

Die Verbände, in derem Gebiete die Versammlungen stattfinden, erlassen direkte Einladungen.

Wir fordern hiermit aber auch noch besonders alle Gesinnungsgenossen auf, sich möglichst an den Veranstaltungen zu beteiligen, die in der Nähe ihrer Wohnorte stattfinden, auch wenn sie zu einem andern Verbande unsrer Partei gehören.

Die Versammlungen sollen sich möglichst zu kleinen Parteitagen gestalten.

Die Parteibesprechung für Nordwest-Thüringen in Nordhausen am 15. Juni nahm einen sehr günstigen Verlauf. Von der Parteileitung waren erschienen die Abgg. von Liebermann und Müller (Waldeck), sowie der gothaische Landtags-Abgeordnete Freiherr von Wangenheim. — Durch Vertrauensmänner waren fünf Wahlkreise vertreten. Auch der Kreisvorsitzende des Bundes der Landwirte für den Wahlkreis Nordhausen nahm an den Verhandlungen teil, die unter Leitung des Obmannes unsrer Partei für Nordwest-Thüringen stattfanden. — Die Beschlüsse der Parteileitung aus ihrer Sitzung in Berlin am 12. Mai fanden in allen Punkten die Zustimmung der Versammlung. — Bei Beratung der in Angriff zu nehmenden Wahlkreise, der Kandidatenfrage usw. nahm der Abg. v. Liebermann Gelegenheit, ein deutliches Bild der innerpolitischen Gesamtlage zu entwerfen.

Wenn alle die in Aussicht genommnen Parteikonferenzen in den verschiedenen Landesteilen in ähnlich erfreulicher Weise verlaufen und gleichartige praktische Ergebnisse haben wie diese erste in Nordhausen, so wird das Interesse unsrer Partei dadurch mehr gefördert sein, als es durch einen allgemeinen Parteitag im Herbste möglich gewesen wär.

An die Sitzung, die von 3 bis 7½ Uhr nachmittags dauerte, schloß sich noch ein gemütliches Beisammensein mit den Familien der Nordhäuser Parteigenossen. Die Stadtkapelle trug ein reichhaltiges Programm vor und zwischen diesen musikalischen Darbietungen wechselten Ansprachen und gemeinsame Lieder mit einander ab. — Sehr bedauert wurde es, daß der Kandidat unsrer Partei für den Wahlkreis, Graf Ludwig Reventlow (Wulfshagen), durch einen Krankheitsfall in der Familie am Erscheinen verhindert gewesen war.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend ½9 Uhr.

Braunschweig. Sechs Versammlungen hielt der Deutschsoziale Verein am 8. d. M. in der äußersten nördlichen Ecke des Herzogtums ab, nämlich in der Brachstedt, Warmenau, Rühen, Parsau, Tiddische und Velstove statt. Sie verliefen sämtlich zufriedenstellend, nur in Warmenau ließ der Besuch zu wünschen übrig, da dem Herrn Ortslehrer das Wörtlein „deutschsozial" gleichbedeutend erschienen war mit „sozialdemokratisch" und deshalb seine warnende Stimme hatte erschallen lassen! Welcher Zeitungslektüre mag der Herr sich wohl befleißigen? —

Abg. Raab spricht am 23. d. M., abends 8½ Uhr, im Hotel Monopol zu Wernigerode über die Zolltarif-Vorlage und über die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Burenkrieges.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr, bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 20. im „Schwarzen Walfisch";
am 27. Frauenberger Klosterbrauerei;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

•

Echt jüdische Art. Der Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz hält es mit seinem Kultusamte für vereinbar, von seinem „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg" die 4. Auftage (16. bis 20. Taus.) in die Welt zu setzen, trotzdem in der Antwort des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Vgl. Nr. 707 und 712) der Herr Rabbiner so abgeführt ist, wie es nicht schlimmer kommen konnte.

Es muß daher Pflicht jedes Judengegners sein, die Antwort des Abgeordneten von Liebermann, „Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz", die mit einem einleitenden Vorwort auch den Wortlaut des Rabbinerbriefs enthält, zu verbreiten.

Das 16 Seiten starke Büchlein hält sich streng sachlich an die auf einem groben Irrtum beruhenden, hochtrabenden Ausführungen des Gleiwitzer Rabbiners und sollte sich nicht nur jeder Leser dieser Zeilen, sondern jeder Deutsche, der nicht philosemitisch gesonnen ist, eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Eine Gaunerei großen Stils wird demnächst das Landgericht zu Beuthen (Oberschlesien) beschäftigen. Der Handelsmann **Markus Durst** zu Oswiecim erbat sich und erhielt auch von dem als gutmütig bekannten Rentier Jg. zu Kattowitz zehn Gefälligkeits-Akzepte in Höhe von etwa 30 000 Mark. Der Jude „behandelte" die Wechsel derart, daß er vor die Summe immer eine Zahl setzte, lautete also das Papier auf 300 Mark, so machte er etwa 1 800 Mark daraus und so weiter. Außerdem stellte er auch noch selbständig mehre Wechsel aus. Auf diese Weise erreichte die ursprüngliche Summe von 30 000 Mark eine Höhe von 93 000 Mark, die zum größern Teile von dem hereingefallnen Rentier auch schon bezahlt sind. Die Verhaftung dieses saubern Vogels — den die liberalen Blätter feinfühlig nur als „galizischen" Handelsmann bezeichnen — fällt zeitlich mit den „antisemitischen Ausschreitungen" zusammen, über die wir im Hauptblatte berichten.

Falschmünzer. Im Magazin K. Faberget auf der Deribas-Str. zu Odessa erschien dieser Tage eine Dame, die sich für 120 Rubel Waren auswählte und mit einem 500 Rubel-Schein bezahlte, der sofort als falsch erkannt wurde. Die „Dame" kam in Haft, man erkannte sie als die Frau des Schweinehändlers **Jakob Kalinwer**, wohnhaft im Hause Nr. 25 auf der Großen Arnautskaja-Str.

Während der Haussuchung in ihrer Wohnung erinnerte sich die Polizei, daß am 1. Mai eine Frau im Magazin Kalfa auf dem Alten Bazar Waren für 67 Rbl. gekauft, ebenfalls mit einem 500 Rbl.-Schein bezahlt und den Rest bar zurückbekommen hatte. Der Schein war indes falsch gewesen. Bei der Gegenüberstellung erwies sich die verhaftete Rechama Kalinwer als die Käuferin.

Ueber den Erwerb der falschen Kreditbillete gab die Frau an, daß sie sie von ihrem Manne, der sich zur Zeit in Wolhynien aufhalte, bekommen habe. Die Stadt, wo sich jetzt ihr Mann befindet, wisse sie nicht anzugeben!

Eine nette Pflanze. Die dreißigjährige **Franziska Grünbaum** zu Wien, die ursprünglich Stickerin war, dann Bänkelsängerin, Straßendirne und endlich Diebin und Betrügerin wurde, mietete sich im Jahre 1899 bei einer Witwe ein und wußte der Frau durch Vorspieglung falscher Thatsachen nach und nach 2800 Kronen zu entlocken. Im November v. J. reiste sie von Wien ab, um den angeblichen Vater ihres Kindes aufzusuchen. Vorher stahl sie der Witwe noch einige Gulden, eine Uhr und ein Los. In Krems machte die Jüdin die Bekanntschaft eines Leutnants, dem sie erzählte, daß sie infolge schwerer Schicksalsschläge ganz verlassen in der Welt stehe. Sie ließ sich schließlich bewegen, den „Schutz" des Offiziers anzunehmen, blieb zwei Tage in dessen Wohnung und benützte die erste Gelegenheit, um mit einer Uhr nebst Kette und einer silbernen Zigarettendose zu verschwinden. In Kronenburg bestahl sie auf gleiche Art einen Bahnbeamten. Die „arme Verlassene" erhielt wegen dieser Streiche achtzehn Monate Zuchthaus.

Wie deutsche Kunden in den jüdischen Warenhäusern behandelt werden. Die „Neue Bayrische Landesztg." berichtet aus Bamberg: Gemeine Beleidigungen, die sich am 16. Januar d. J. der Konfektionsgeschäftsführer **Hermann Obermeyer** gegenüber der Ehefrau des Poststallmeisters Gustav Pickel hat zu Schulden kommen lassen, fanden vor dem hiesigen Schöffengericht ihre Sühne. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Frau Pickel kam am genannten Tage in den Laden des Obermeyer und wollte Einkäufe machen. Nach längerer Auswahl konnte Frau P. nicht schlüssig werden und versprach, später wieder zu kommen. Jeder anständige Geschäftsmann wäre ruhig gewesen und hätte die Dame höflich entlassen. Obermeyer wurde höchst ungezogen und sagte zu der Frau: „Ja da gehn Sie halt nüber zu Ihrem Polaken (damit meinte O. seinen gegenüberliegenden Geschäftskonkurrenten Mannheim, mit dem er tötlich verfeindet ist), zu Ihrem Hausfreund. Wenn Sie net zu ihm kommen, so kommt er zu Ihnen." Die Frau hielt sich durch diese unqualifizierbaren Aeußerungen des feinen Herrn in ihrer Ehre tiefgekränkt und erzählte es ihrem Ehemann. Dieser war aufs tiefste über die infame Beleidigung empört und sofort ging er zu O. und stellte ihn zur Rede. Statt klein beizugeben und um Verzeihung zu bitten, war O. noch frech. Darüber ward Pickel nur noch mehr aufgeregt und ließ sich in seiner Erregung hinreißen, dem O. zu sagen: „Du Saujud, Du infamer Bube, ich erwürge Dich, willst Du die Beleidigung zurücknehmen usw." Das Gericht verurteilte Pickel unter Annahme mildernder Umstände zu fünf Mark Geldstrafe, O. dagegen zu vierzig Mark Geldstrafe eventuell acht Tagen Gefängnis. Das Urteil wurde im Publikum mit Befriedigung aufgenommen. —

Ob die Ehefrau Pickel in Zukunft wohl wieder einen Judenladen betreten wird?

Ein Markenfälscher, der sein Gewerbe im großen Stile betrieb, wurde in Warschau von der Polizei in der Person des Handelsmanns **David Sinier** ermittelt und verhaftet. In seiner Wohnung fand man 10 000 gefälschte Brief- und 4000 Stempelmarken, die sämtlich täuschend gut gemacht waren.

Wegen unlautern Wettbewerbes hatte sich der Huthändler **Leopold Goldstein** aus Neunkirchen (Bez Trier) vor dem Landgericht zu Saarbrücken zu verantworten. Im August vorigen Jahres ließ er in den Neunkirchner Zeitungen anzeigen: „Fehlerfrei, keine Partieware; Welthut von 1,90 Mark an." Die Anklage sieht in der Bezeichnung „Welthut" eine leere Behauptung und in den Preisverkündigungen bezw. Preisbemessungen die Kriterien des § 4 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlautern Wettbewerbs. Es waren vier Sachverständige zugegen; Die „wirkungsvolle" Verteidigung des Rechtsanwalts August, eines Rassegenossen des Angeklagten, veranlaßte das Gericht, nur auf hundert Mark Geldstrafe zu erkennen, während der Staatsanwalt tausend Mark beantragt hatte.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Die Juden in Köln. Von den Römerzeiten bis auf die Gegenwart. Von Theodor Franzen. Köln (Rhein) 1901. 38 Seiten. Preis 50 Pf.

Es ist nicht Absicht des Verfassers, die Schädlichkeit der Juden im allgemeinen nachzuweisen und doch vermehrt das Büchlein durch die Aufzählung der Thatsachen die den Judengegnern zu Gebote stehenden Kampfmittel gegen alles Semitische um eine tüchtige, brauchbare Waffe.

Pan, der Hirtengott Arkadiens, der auch in der germanischen Götterwelt seinen Vertreter fand, ist die Verkörperung der Einfachheit und Gesundheit, die beide im Wunderleben der Natur ihren prächtigsten Ausdruck finden. Deshalb war es auch ein überaus glücklicher Gedanke, daß der „Scherer" eine seiner Nummern diesem Pan zum Eigen gab, mit dem er eine ganze Lebensauffassung gemeinsam besitzt. Die novellistischen und poetischen Beiträge sind diesmal besonders erlesen und dem Rahmen der Natur angepaßt

---

Winke für die Reisezeit.

1. **Leser, die ihr Bezugs-Exemplar** (also **kein** zweites Exemplar) unsers Blattes **regelmäßig in einem andern Orte** (Badeorte usw.) zu erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren:

Bezieht man durch eine Postanstalt, so ist bei dieser die Ueberweisung des Blattes nach dem neuen Aufenthaltsorte (bei gleichzeitiger Einzahlung der Ueberweisungsgebühr von 50 Pf. für das deutsche Reichspostgebiet) zu beantragen. Bei der Rückkehr ist bei dem Postamt des letzten Aufenthaltsortes die Rücküberweisung besonders wieder zu beantragen. Die Rücküberweisung der Zeitung nach dem ursprünglichen Bezugsorte erfolgt kostenlos.

Erhält man unser Blatt **von unsrer Geschäftsstelle unter Kreuzband,** so bedarf es nur der jeweiligen Angabe der neuen Adresse an uns. Das Blatt wird sich dann pünktlich einstellen. **Kosten entstehen dadurch in keinem Falle** (auch nicht nach dem Auslande).

Wird unser Blatt durch einen **Buchhändler** oder **Spediteur** gebracht, so ist mit diesen die Nachsendung zu verabreden.

2. **Wer seinen Angehörigen unsre Zeitschrift während seiner Abwesenheit nicht entziehn will** und infolgedessen vorübergehend eines zweiten Exemplars bedarf, kann von unserer Geschäftsstelle für den Betrag von 75 Pf. monatlich ein sogen. **Reise-Abonnement** beziehn. Die Adressen können, wie bei allen von der Geschäftsstelle ausgehenden direkten Kreuzband-Sendungen beliebig oft geändert werden. Reise-Abonnements sind nicht an den Kalendermonat gebunden. — Aber auch die Post nimmt für einzelne Monate Bestellungen an, selbstverständlich nur von einem bestimmten und festen Wohnsitz aus und nur für volle Monate.

Auf der Reise im Eisenbahnwagen (besonders in den D-Zügen), in Gasthäusern usw. ist günstige Gelegenheit, aufklärend zu wirken. Nachdem man die Leute in ein Gespräch gezogen hat, empfiehlt es sich, ihnen ein Flugblatt oder eine kleine Broschüre usw. zu überreichen oder man läßt derartige Drucksachen im Abteil, in den Gastwirtschaften usw. liegen. Kellnern, Bediensteten übergebe man neben dem Trinkgelde stets eine Flugschrift **50 Flugblätter** (auf Wunsch gemischt) liefern wir für **30 Pf., 40 verschiedne Broschüren für 5 Mk. 100 Broschüren kosten 8 Mk.** — Unterwegs findet man stets gute und willige Abnehmer für unsre Aufklärungsschriften. Insbesondre benutze man dieses Jahr zur Verbreitung der Flugblätter und Bücher über die **Blutmord-Frage** und den **„Offnen Brief"** des Abgeordneten von Liebermann an den Rabbiner Dr Münz (Gleiwitz) über den jüdischen Eid.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!





Der Reichstagsabgeordnete, prakt. Arzt **Vogel**, wünscht zu Beginn der Reisezeit sein herrlich gelegnes, wohl ausgestattetes Anwesen

Kurhaus Oberweiler

bei Badenweiler, Haltestelle Hasenburg

als **angenehmen Sommeraufenthalt** für Nervöse, Erholungsbedürftige und Sommerfrischler in Erinnerung zu bringen. — Rekonvaleszenten finden alle gewünschte Berücksichtigung in Kost und Pflege nach ärztlicher Vorschrift. — Näheres brieflich.

Der Kulturkämpfer

von

Otto Glagau.

Ein überaus reichhaltiges Hand- und Nachschlagebuch, für Sozialpolitik und Judenfrage, von bleibendem Wert. Für jeden denkenden Antisemiten und alle judengegnerischen Vereine unentbehrlich!

Trotz der hohen Kosten des Nachdrucks der vergriffenen Hefte liefern wir

das ganze Werk von 145 Heften,

die einzeln früher 60 Pf. kosteten, zu dem äußerst billigen Preise von

35 Mark,

in 6 Doppelbänden gebunden 50 Mark;
bei monatlicher Abnahme eines Halbbandes von 6 Heften, der Halbband broschiert 2 Mark geb. 4 Mark.
Einzelne Hefte, soweit vorrätig, 30 Pf., bei Abnahme von mindestens 30 Stück, auch gemischt, 10 Pf. für das Heft.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.



Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus
„Burghof“
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung“,
„Deutsch-Soziale Blätter.“
Inh. A. Kirstein.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung“, „Deutsche Wacht“, „Deutsch-Soziale Blätter“ und andere deutsche Zeitungen liegen aus.
91

Westf. Landschinken,
nach Bauernart trocken geräuchert, Rundschnitt, ohne Bein, 1,05 Mark, empfiehlt (unbekannt Nachnahme)
Aug. Heidemann,
Rödinghausen bei Bünde i. W.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das
Tuchhaus Boetzkes i. Düren 1 (Rhld.)

Bad Pyrmont.
Richters Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

Victoria-Zwieback

ist der feinste Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose, Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm.
Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schrammsweg 2.
Geöffnet von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Bad Kissingen.

Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
148 jenseits der Saale, empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
Großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltene Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 26. Juni 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 723.

Wochen-Spruch.

Hätte den jüdischen Feind doch nie Pompejus gebändigt!
Niemals auch über ihn Titus, der Held, triumphiert!
Weiter nur schleicht ansteckend die eben bewältigte Seuche,
Jetzt wird, der ihn besiegt, von dem Besiegten erdrückt!

Rutilius Namatianus, De reditu suo 1, 395—398.

König Albert von Sachsen

ist am 19. Juni, abends 8 Uhr, in seinem Jagdschlosse Sybillenort sanft entschlafen und an seiner Bahre trauern aufrichtigen Herzens alle deutschen Stämme.

In gleichem Maße, wie seit dem verhängnisvollen Jahre 1890, nach der Entlassung des Fürsten Bismark, die Besorgnisse über den zukünftigen Kurs des Staatsschiffes sich steigerten, wuchs die Volkstümlichkeit des Königs Albert und das Vertrauen darauf, daß sein guter Rat das Deutsche Reich vor verhängnisvollen Ueberstürzungen behüten werde.

Wie oft dem Heimgegangnen das geglückt ist, werden erst spätere Geschlechter erfahren, wenn eine wahrheitsliebende und höfischen Einflüssen unzugängliche Geschichtsschreibung die traurigen Zeiten schildert, die wir jetzt durchleben, aber wir fürchten sehr, daß uns das Fehlen des getreuen Eckardt durch eine noch größere Anhäufung von Unbegreiflichkeiten als bisher im Reiche fühlbar gemacht werden wird.

Möge das Beispiel des verewigten edlen deutschen Fürsten der jüngern Generation auf Deutschlands Thronen den Weg weisen, den sie zu wandeln haben, wenn sie ihrem hohen Berufe im vollem Umfange zum Wohle des großen gemeinsamen Vaterlandes gerecht werden sollen.

Sind die politischen Zustände in Deutschland trostlos?

Graf Bülow verneint das. Er hat sich, wie die „Schlesische Ztg.“ zu erzählen weiß, gegen den politischen Pessimismus etwa in folgender Weise ausgesprochen:

Bei einem Teile der nationalen Presse bestehe ein Hang zu künstlicher Schwarzseherei, den er nicht als berechtigt anerkennen könne. Grade die nüchterne Beurteilung des allgemeinen Zustandes der einzelnen Großmächte müsse doch feststellen, daß keine mit dem Gange ihrer öffentlichen Angelegenheiten, im Innern wie nach außen, so zufrieden sein könne, wie grade Deutschland. Der vorteilhafte Abstand gegen die Verhältnisse in andern Staaten sei doch so bedeutend, daß ein Vergleich ernstlich kaum in Frage komme. Rußland mit seinen innern Zuckungen, England mit den Nachwehn des südafrikanischen Krieges, Frankreich, dessen innere Entwicklung nach dem Rücktritte Waldeck-Rousseaus wieder vor einem Fragezeichen stehe, Oesterreich-Ungarn in seiner ethnographischen und politischen Zerrissenheit böten keine Bilder, die in uns das Gefühl erwecken könnten, als Nation oder als politische Macht hinter den andern zurückzustehn. „Ich muß,“ sagt der Reichskanzler wörtlich, „es als gradezu grotesk bezeichnen, wenn ein Deutscher die Zustände seines Vaterlandes trostlos nennen will.“

Vielleicht kommt es nur darauf an, festzustellen, was man unter trostlos verstehn will. Wenn man das Wort gleichbedeutend mit „hoffnungslos“ setzen wollte, so könnten wir dem Reichskanzler zustimmen. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben die Vaterlandsfreunde noch nicht verloren. Noch lebt die Zuversicht auf den alten Gott, der uns durch Nacht zum Lichte führen wird.

Wenn man aber unter „trostlos“ versteht, daß niemand heutzutage absehn kann, wie lange wir noch abwärts gleiten werden und nirgends ein Anzeichen dafür zu entdecken ist, daß „diejenigen, die es angeht“ die Tragweite ihrer Handlungen beurteilen lernen — dann darf man die Zustände im Deutschen Reiche wirklich als trostlos bezeichnen.

Der Vergleich mit andern Staaten, den Graf Bülow zieht, ist nicht sehr glücklich. Rußland hat, trotz seiner „innern Zuckungen“ seit Jahrhunderten sich einer beneidenswert folgerechten Politik zu erfreuen und rückt langsam aber sicher, gestützt auf seine schier unerschöpflichen Naturkräfte, der Erfüllung seiner Kulturmission entgegen, die im Osten liegt.

England hat, dank der Schwäche der „Kulturstaaten“ und vor allen Dingen dank der mehr als wohlwollenden Neutralität des Deutschen Reiches, die schwerste Krisis, die es je bedrohte, überwunden, und schickt sich an, seinen Ansprüchen auf Weltherrschaft zur See feste Gestalt zu geben. Frankreichs Bevölkerung beweist in großen nationalen Fragen nach wie vor eine bewundrungswerte Einigkeit und bewahrt stets eine würdige Haltung im Rate der Völker. Lediglich Oesterreich-Ungarn übertrifft an Verworrenheit der Verhältnisse Reichsdeutschland.

Aber grade die Unhaltbarkeit der österreichisch-ungarischen Zustände birgt für die Deutschen innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle eine Zukunftshoffnung. Je eher der Zusammenbruch dort erfolgt, um so eher wird in der einen oder der andern Art Deutsch-Oesterreich eine seiner kulturgeschichtlichen Bedeutung entsprechende Stellung wieder einnehmen.

Wie steht es aber bei uns aus? Worauf sollen wir Hoffnungen auf eine segensvolle Entwicklung im Innern und eine Stärkung des Ansehens und der Macht Deutschlands nach Außen begründen? Allen ehrlichen Vaterlandsfreunden aus der Seele heraus sprach der Frhr. von Wangenheim kürzlich im preußischen Abgeordnetenhause als er sagte:

„Deutschland steht, zum letzten Male vielleicht, am Scheidewege, kommt der Handelsvertrag auf zehn oder zwölf Jahre ohne Rücksicht auf die Landwirtschaft zu stande, so ist sie zu Ende. Es muß gesagt werden: Diese Entwicklung muß das Jahrhunderte alte Vertrauen zum Hohenzollernhause, die Stärke unsers ganzen Staates, schwer erschüttern. Wir haben unsre Pflicht gethan, die Verantwortung für das Kommende liegt bei der Regierung.“

Und ebenso ist es der Ausdruck des Volksempfindens, wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ neulich schrieb:

„Wir haben vereint mit verschiednen deutschen Blättern ernst und dringlich darauf hingewiesen, daß die ständigen kaiserlichen Aufmerksamkeiten, die Telegramme, Gratulationen, Kondolationen, die Geschenke und Besuche dem Ausland gegenüber einen ungünstigen Eindruck machen

müssen; als ob wir uns fürchten, als ob wir Freundschaft und Gunst suchen müssen, sieht es aus. — Wann ist je ein Fürstenbruder zu uns zur Taufe eines Bootes gekommen, wo steht in Berlin das Denkmal eines berühmten italienischen Künstlers oder die Statue eines der amerikanischen Generäle? Wann ist je zu uns ein Fürst ins Land geritten gekommen, um Abgebrannte mit Geld und guten Worten zu trösten? Wann laufen je bei den Verwandten unsrer berühmten Dichter, Bildhauer, Wissenschaftler usw. fürstliche Telegramme ein, um Beileid zu bezeugen? Wann werden unsre Museen durch ausländische fürstliche Zuwendungen bereichert? Wann uns Komplimente in höchsten und allerhöchsten Toasten gemacht . . . Niemals. Nur wir sind die Zuvorkommenden, die Gebenden. Das Ausland dagegen hält sich höflich aber deutlich zurück und läßt die Dinge an sich herankommen."

Und diese Beispiele ließen sich um ein vielfaches vermehren. Es sei nur erwähnt, daß unsre Glückwunsch-, Beileids- usw. Telegramme stets in der Sprache des Landes gehalten sind, wohin sie gehn, während die Empfänger ihre kühlen Antworten in ihrer Landessprache abfassen.

Dahin gehört z. B. auch die Nachricht, die ein Londoner Blatt, die „Daily Mail", vor kurzem brachte:

„Unser Berichterstatter hat vom Kaiser die Erlaubnis erhalten, seine Studien an Bord eines Schlachtschiffes der Kaiserlich Deutschen Marine zu betreiben. Seine Briefe werden demnächst in der ‚Daily Mail' veröffentlicht werden . . . Unser Berichterstatter begab sich zunächst nach Berlin, wo er am Mittwoch vom Vizeadmiral v. Tirpitz empfangen wurde. Admiral v. Tirpitz hat auf direktes Ersuchen des Kaisers alle Arrangements getroffen, um unsers Berichterstatters Neugier in Bezug auf die Behandlung der deutschen Seeleute zu befriedigen."

Und das englische Blatt setzt ganz erstaunt hinzu:

Wir können uns nicht vorstellen, daß Lord Selborne oder Mr. Arnold Forster einem deutschen Korrespondenten gestatten sollten, an Bord der „Majestic" oder der „Renown" zu weilen, und der Höflichkeitsakt unserm Berichterstatter gegenüber ist deshalb ebenso bemerkenswert wie bisher beispiellos.

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, wenn im deutschen Volke Zeitungs-Enten sofort Glauben finden, über die man früher einfach gelacht hätte?

So wurde z. B. der „Rheinisch-Westfälischen-Zeitung" aus London unter dem 3. Juni telegraphiert:

„Kaiser Wilhelm hat außer einem Glückwunschtelegramm auch noch den deutschen Botschafter angewiesen, dem König Eduard persönlich zum Abschluß des Friedens zu gratulieren, welcher Aufgabe der Botschafter sich am Montag entledigte. Graf Wolff-Metternich wurde aus diesem Anlaß in längerer Audienz vom König empfangen. Das deutsche Botschaftspalais war gestern reich illuminiert zu Ehren des Untergangs der Burenrepubliken."

Die Nachricht fand allgemein Glauben und erweckte sehr schmerzliche Empfindungen im Volke.

Der Alldeutsche Verband wandte sich daraufhin durch Vermittlung eines Mitgliedes der Hauptleitung an das Auswärtige Amt mit der Anfrage, ob diese Nachricht den Thatsachen entspreche. Auf sofortige drahtliche Anfrage bei der Botschaft in London traf die Antwort ein, daß dies nicht der Fall sei und die deutsche Botschaft weder geflaggt noch illuminiert habe. Bei der Uebermittlung dieser Nachricht an den Verbandsvorsitzenden erklärte der Staatssekretär Freiherr von Richthofen, er sei dem Verbande dankbar, daß er ihm Gelegenheit gegeben habe, die Sache aufzuklären.

Auch die „Norddeutsche Allgemeine" dementierte das Flaggen und Illuminieren, leider aber nicht die besondre Mission des Grafen Metternich, obwohl das natürlicherweise auch nur erfunden sein kann.

Im Augenblicke, wo wir dieses schreiben, geht durch einen großen Teil der Presse die Nachricht, der Kaiser habe den Ehrenjungfrauen in Krefeld, mit denen er sich beim Empfange freundlich unterhielt, Leutnants zum Tanzen versprochen und habe dann sofort sein Versprechen eingelöst, denn der Oberbürgermeister habe am 20. Juni folgendes Telegramm erhalten:

Villa Hügel. Auf Befehl des Kaisers und Königs soll Krefeld Garnison erhalten. Ich bitte, baldige Vorschläge über Unterbringung eines Husarenregiments in der Stadt und Schaffung eines Exerzierplatzes in der Umgegend anzugeben. v. Bissing.

Auch das kann nur eine alberne Verdrehung sein. Die Dislokation ist selbstverständlich vorher aus sachlichen Gründen festgesetzt gewesen und in Kenntnis dieses Umstandes hat Se. Majestät den obigen Scherz gemacht. Aber das Publikum im Deutschen Reiche hält es heutzutage schon für möglich, daß man Husaren-Regimenter zu Tanzzwecken einen kostspieligen Garnisonswechsel vornehmen läßt.

Liest Graf Bülow eigentlich Auslandszeitungen oder läßt er sich nur Ausschnitte von den aus Berlin an die Auslandspresse versendeten Loheshymnen auf deutsche Verhältnisse vorlegen?

Im erstern Falle müßte er doch wissen, wie wenig respektvoll über das Deutsche Reich oft genug geurteilt wird. — Schwungvolle Redewendungen über die Macht und die Aufgaben des neuen Deutschen Reiches und sein Ansehn beim Auslande kann man bei Prunkmählern und Festaufzügen ja in Fülle vernehmen. Wie steht es aber in Wirklichkeit damit?

Wie uns England, trotz der guten Dienste, die wir ihm während des Burenkrieges erwiesen haben, behandelte, lebt in schmerzlicher Erinnerung des Deutschen Volkes. Aber geht es uns nicht überall so in der Welt?

Die edlen Ungarn verletzen die Postkonvention und erheben Zuschlagsporto auf aus Deutschland kommende ordnungsmäßig frankierte Packete. — Im österreichischen Parlament beschimpft man, unter kühlem Bedauern des Ministerpräsidenten, den deutschen Kaiser, und wenn der Minister v. Szell in Ungarn droht, daß etwaige wirtschaftliche Maßnahmen Deutschlands den Dreibund lockern könnten, so beeilt sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ihn zu entschuldigen, weil er das nicht so schlimm gemeint habe.

Der verlogne Times-Korrespondent Saunders wird zu Ministerfesten eingeladen und sanft vom Staatssekretär von Richthofen vermahnt, er möge doch nicht so viel lügen, anstatt daß man den Burschen vom Pförtner abweisen läßt, wenn er sich vor den Minister-Hotels sehn läßt

Doch genug der Klagen; **die Zustände im Reiche sind wirklich trostlos.** Man kann nur nicht mit Bestimmtheit sagen, ob deshalb, weil es bei uns, wie es scheint, keine Männer mehr giebt, die unerschrocken die Wahrheit am Throne vertreten, oder deshalb, weil es noch immer Männer gibt, die bereit sind, alle politischen Unbegreiflichkeiten in Worten und Thaten mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken.

Gewinnbeteiligung und Organisation der Landarbeiter.

Die Organisation seiner Gutsarbeiter, die Graf Reventlow (Wulfshagen) auf seiner Besitzung einführte und über deren Ergebnis im ersten Jahre wir bereits berichteten (Vgl. Nr. 696/7), bestand am 1. d. M. zwei Jahre. Ueber die Ergebnisse des verflossenen Rechnungsjahres schreibt uns Graf R.:

Die Gewinnbeteiligung auf dem Gute Wulfshagen hat ihr zweites Probejahr durchgemacht. Auch nach Abschluß dieses Jahres darf ich sagen, daß sie nichts von dem Nachteiligen mit sich gebracht hat, was mir von einsichtigen und arbeiterfreundlichen Arbeitgebern warnend vorausgesagt wurde.

Die Befürchtung, daß die Gewährung von Vorteilen und Rechten an die Arbeiterschaft nur eine Steigerung der „Begehrlichkeit" werde herbeiführen können, hat keine Begründung erhalten.

Der am häufigsten und von einsichtigster Seite mir gemachte Vorhalt, daß die Arbeiterschaft aus dem Rechte der Gewinnbeteiligung ein Recht zur Teilnahme an der Wirtschaftsleitung herleiten und durchzusetzen suchen werde, muß — wenn man aus zweijähriger Erfahrung überhaupt Schlüsse ziehn darf — als unhaltbar bezeichnet werden. Ebensowenig hat sich „Begehrlichkeit" nach der Richtung hin kundgegeben, daß das auch in diesem Jahre ungünstige Wirtschafts-Ergebnis Unzufriedenheit hervorgerufen hätte.

Ausfrieren des Weizens, Unglücksfälle bei Vieh und Pferden und verschiedne Umstände gestalteten das verflossene Wirtschaftsjahr zu einem wenig erfreulichen. Demzufolge konnten, als 8 v. H. des Ueberschusses der Brutto-Einnahmen über die Brutto-Ausgaben, nur ungefähr 870 Mark als Gewinn-Anteil an die Arbeiterschaft ausgekehrt werden, wovon ungefähr 650 Mark zur Verteilung gelangten, während der Rest satzungsgemäß der Unterstützungskasse zugewiesen wurde.

Letztere erfreut sich bereits einer soweit gestiegnen Leistungsfähigkeit, daß die Mitgliederversammlung beschlossen hat, die Unterstützung in Sterbefällen auf eine Kategorie auszudehnen, die bisher nicht berücksichtigt worden war.

Vor allem darf ich hervorheben, daß die dem Arbeiter-Vereine eingeräumte volle Selbstverwaltung grade mit Bezug auf die Verwaltung der Geldmittel zu keinem Bedenken Anlaß gegeben hat. Die Verfügung der Geldmittel ist nur satzungsgemäß, praktisch, sparsam ohne Engherzigkeit ausgeübt worden. Ohne Zweifel werden grade auf diesem Gebiet Fehler, auch vielleicht Zwistigkeiten nicht immer zu vermeiden sein. Sie werden zu betrachten sein als allgemein-menschliche Erscheinungen, nicht aber als Besonderheit einer Arbeiter-Selbstverwaltung.

Schwierig zu beantworten ist die Frage: Findet der Arbeitgeber Ersatz für die in der gewährten Gewinnbeteiligung für ihn enthaltnen Aufwendungen?

Wir wollen nicht sagen, der Ersatz für ihn sei enthalten in der Befriedigung der sozialpolitischen Bedürfnisse seines Gewissens; denn solche Befriedigung können wir weder zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse, noch zur Bezahlung von Steuern u. dgl. verwerten. Die durch die Gewinnbeteiligung bedingten Geldopfer müssen vielmehr auch wirtschaftlich gerechtfertigt werden können, falls überhaupt dem System eine weitgehende Bedeutung, eine allgemeine Anwendbarkeit zugebilligt werden soll.

Diese wirtschaftliche Rechtfertigung läßt sich allerdings grade in der Landwirtschaft, deren Erträge nicht nur von dem Grade der angewendeten Intelligenz, Sorgsamkeit, Arbeitskraft usw., sondern in höherm Maße noch von unberechenbaren Naturgewalten bedingt werden, nicht in schlüssiger Weise erbringen.

Daß die in gutem Geiste, aus zufriedner Stimmung heraus geleistete Arbeit solcher Männer, die am Ertrage der Arbeit interessiert sind, die sich nicht nur als Lohnarbeiter, sondern als Mitarbeiter an einer gemeinschaftlichen Aufgabe fühlen, die nackte Lohnarbeit an wirtschaftlichem Erfolge übertreffen muß, kann füglich nicht bezweifelt werden.

Wir dürfen deshalb unbedenklich festhalten, daß durch die Gewinnbeteilung das wirtschaftliche Interesse des Arbeiters wie des Arbeitgebers gefördert wird.

Daß hieraus ein erhöhtes Solidaritätsgefühl zwischen den Genannten folgen, das gegenseitige Vertrauen gefestigt und vermehrt werden muß, brauche ich nur anzudeuten.

Einen Fehler hat das System entschieden: Es erhöht die „agrarische Begehrlichkeit". Wenn ich den krepierten wertvollen Stier in die Erde grabe, so tritt neben den Gedanken des eignen Verlustes sofort die andre Erwägung: Da werden 40 Mark Gewinn-Anteil für die Arbeiter begraben.

Andrerseits erscheinen hohe Produktenpreise um so begehrenswerter, als sie nicht nur die eigne Geldtasche wohltätig füllen, sondern auch einer großen Zahl andrer unmittelbar zu statten kommen.

Niemand wird in der Gewinnbeteiligung ein Allheil-Mittel für wirtschaftliche und soziale Schäden erblicken wollen. Nur dann erscheint sie in richtigem Lichte, wenn wir sie als Teil eines Programmes betrachten, daß ich in drei Worte zusammenpressen möchte: „Agrar-Reform, Boden-Reform, Sozial-Reform."

Der Agrarreform, die ich in hochschutzzöllnerischem Sinne für erstrebenswert halte, bedürfen wir, damit die heimische Produktion vor ausländischem Wettbewerb geschützt und in den Stand gesetzt werde, alle Werte aus dem Boden herauszuholen, die er hergeben kann. Dann erwächst der Bodenreform die Aufgabe, die Bodenrechtsverhältnisse so zu gestalten, daß die Ertragssteigerung nicht durch das Mittel des Realkredits vom internationalen Großkapital aufgefangt werde, sondern dem den Boden bewohnenden Volke selber zu statten komme. Und dann ist der Entwicklungspunkt gegeben, an dem eine wirksame, weit ausschauende und kühne Sozialpolitik einsetzen kann und muß, um die heimischen Bodenschätze dem ganzen Volke nutzbar zu machen.

Agrar-, Sozial- und Bodenreform gehören zusammen. Keine ist die „die Größte unter ihnen", keine kann ohne die beiden andern auf die Dauer berechtigt und lebensfähig sein.

Eine Unterabteilung dieses Systems bildet die Gewinnbeteiligung.

* * *

Ueber die Gewinnbeteiligung geben die Satzungen folgende Bestimmungen:

§ 1. Das Wirtschaftsjahr läuft vom 1. Juni bis zum 31. Mai des folgenden Jahres.

§ 2. In der ersten Hälfte des Juni jeden Jahres wird an der Hand des Wirtschafts-Hauptbuches, unter Einsichtnahme und Mitwirkung des Vereinsvorstandes, die Höhen der Einnahmen und Ausgaben für die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse bezw. Zwecke berechnet. Den Einnahmen werden alljährlich 4000 Mark zugerechnet für die Erzeugnisse, die von der Gutsherrschaft verbraucht, und für die Arbeiten, die, ohne Wirtschaftsarbeiten zu sein, für besondre Zwecke der Gutsherrschaft geleistet worden sind. Den Ausgaben wird der halbe Grundsteuer-Reinertrag des Hofes mit 6650 Mark zur Verzinsung der Hypothekenschulden zugerechnet.

§ 3. Von dem hiernach festzustellenden Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben bilden 8 v. H. den Gewinn-Anteil der Arbeiter und zwar: 1. $^1/_2$ v. H. erhalten diejenigen Erwachsnen und Kinder, die nur in der Ernte regelmäßig gearbeitet haben; hiervon erhalten Erwachsene je einen vollen, Kinder je einen halben Anteil. 2. 2 v. H. werden der Unterstützungskasse überwiesen. 3. $5^1/_2$ v. H. werden zu gleichen Teilen unter die erwachsenen Arbeiter verteilt, die während des vergangnen Jahres — vom 1. Mai bis 30. April — regelmäßig im Betriebe des Hofes gearbeitet haben. Sollte die Zahl dieser Arbeiter unter 30 herabsinken, so wird für je 3 an 30 fehlende Arbeiter $^1/_2$ v. H. abgezogen; sollte sie über 40 steigen, so wird für je 3 über 40 vorhandne Arbeiter, $^1/_2$ v. H. zugeschlagen. Außerdem erhalten Frauen oder Mädchen, die das Jahr hindurch gemolken haben, je $^3/_4$ eines Mannes-Anteils aus den hier besprochnen $5^1/_2$ v. H. Sollte jemand an mehr wie 75 Arbeitstagen des Jahres durch Krankheit oder anderweitig behindert gewesen sein zu arbeiten, so wird der Vorstand des Unterstützungsvereins bestimmen, ob und welchen Teil derselbe erhalten soll. Empfänger von Alters- und Invalidenrenten erhalten keinen Anteil.

§ 4. Die Auszahlungen gemäß § 3 1, 2, 3 erfolgen spätestens am 30. Juni. Anteilsberechtigten, die am 1. Mai verzogen sind, wird ihr Anteil zugesandt. Diese Gewinnbeteiligung wird nicht als widerrufliche Vergünstigung, sondern als rechtliche Verpflichtung, dem Verein wie den Einzelnen gegenüber, eingeräumt. Die Verpflichtung wird aufgehoben durch Auflösung des Vereins. Sie ist kündbar mit einjähriger Frist am 2. Mai jeden Jahres. Die Kündigung erfolgt rechtsgültig durch Anzeige an den Vereinsvorstand.

Der junge Herzog von Sachsen-Weimar und die neue Reichs-Polen-Politik

scheinen in einem Gegensatz zu einander geraten zu sein, an dessen Lösung das ganze Deutsche Volk ein lebhaftes Interesse hat.

Bekanntlich hat der Kaiser bei dem Prunkfeste in der Marienburg in seiner großen Rede auch mit ungewöhnlicher Schärfe die Notwendigkeit betont, Abwehr-Maßregeln gegen das Vordringen des Polentums zu ergreifen. Graf Bülow hat außerdem im Reichstage und im preußischen Landtage mit Nachdruck den Bruch mit der Aera Caprivi-Koszielski verkündet und die beiden Häuser der preußischen Gesetzgebung haben mit gewaltiger Mehrheit die Polenvorlage der Regierung genehmigt, wodurch das Kapital der Ansiedelungskommission um 250 Millionen Mark verstärkt werden soll, um deutschen Grundbesitz in der Provinz Posen zu vermehren und zu befestigen.

Es mußte daher Aufsehen erregen als das „Posener Tageblatt" vor einiger Zeit der Befürchtung Ausdruck gab, daß die dem Großherzoge von Sachsen-Weimar gehörige, in der Provinz Posen belegne große Herrschaft Racot durch Verkauf an einen polnischen Besitzer übergehn könne.

Daß ein solcher Verkauf gradezu wie ein Hohn auf die neue Reichspolenpolitik aussehn würde, liegt auf der Hand. Aber es erfolgte keinerlei Richtigstellung, vielmehr schrieb das genannte Posener Blatt kürzlich, es werde ihm von einer Seite, die es für durchaus zuverlässig halte, mitgeteilt, daß Verhandlungen zwischen der großherzoglich-sächsischen Güterverwaltung und einem polnischen Güteragenten schwebten, und fügte wörtlich hinzu:

„wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß dem Großherzog von Sachsen-Weimar selbst diese Verhältnisse nicht bekannt sind, dürfen wir doch nicht verschweigen, daß es von dem gesamten Deutschtum der Ostmark gradezu als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden muß, wenn auch jetzt noch solche Dinge möglich sind. Wir geben diese Mitteilung in der bestimmten Absicht, die großherzogliche Güterverwaltung in Racot zu einer klaren, erschöpfenden Antwort zu zwingen; unsers Erachtens genügt es, daß diese Angelegenheit an die Oeffentlichkeit gelangt ist, um den Verkauf der Herrschaft eines deutschen Bundesfürsten an einen Polen, wenn er von untergeordneten Organen geplant worden war, unmöglich zu machen."

Nunmehr ist eine Antwort des Domänendirektors Klein, der den Besitz des Großherzogs in der Provinz Posen verwaltet, an das „Posener Tageblatt" erfolgt. Herr Klein schreibt:

„Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß mir von einem Verkauf der Herrschaft Racot bezw. Stenschewo nichts bekannt ist und ich aus diesem Grunde weder mit deutschen noch polnischen Güteragenten in fraglicher Angelegenheit in Unterhandlung gestanden und irgendeine Aussage gemacht habe, daß die Herrschaften verkauft werden sollen."

Aber er muß hinzufügen:

„Wenn sich ein Güteragent, sowie auch eine andre Person wegen Verkaufs dieser Gutsherrschaften schriftlich an mich gewendet haben, so kann ich dies nicht bestreiten, habe denselben aber eine stets kurz verneinende Antwort gegeben, mit dem Anheimstellen, sich wegen der Verkaufsangelegenheit an die mir vorgesetzte Kommission in Weimar zu wenden, da ich mit dem Verkauf absolut nichts zu thun habe."

Danach scheint es nicht unmöglich zu sein, daß die zuständige Kommission in Weimar sich in Unterhandlungen mit polnischen Kauflustigen eingelassen hat und die deutsche Presse muß jetzt ihre Schuldigkeit thun und laut und vernehmlich anfragen, ob der Großherzog von Sachsen-Weimar von solchen Plänen seiner Schatullen-Verwaltung etwas weiß.

Wir glauben es nicht. Man berichtet uns, daß der junge Fürst eine ganz außerordentliche, sehr in die Einzelheiten gehende Thätigkeit entfalte. Man erzählt z. B., daß er aufs strengste die Präsentiergriffe der Ehrenposten kontrolliere und bei mangelhafter Ausführung die betreffenden Soldaten zur Bestrafung gebracht habe. Auch soll er z. B. einen Briefträger, der es wagte in großherzoglichen Forsten einen Richtweg einzuschlagen, dabei ertappt und ihn höchstselbst auf den rechten Weg gewiesen haben. Auch hierüber soll, wie man uns berichtet hat, Strafanzeige erfolgt sein.

Also, der Großherzog hat bei seiner vielseitigen Thätigkeit gewiß noch keine Kenntnis davon, wenn seine Schatullen-Verwaltung einen Verkauf des großherzoglichen Besitzes in der Ostmark ins Auge gefaßt haben sollte. Man wird vielmehr zweckmäßig handeln, wenn man einmal bei Sr. Exzellenz dem Generaladjutanten Freiherrn von Palescieux anfragt, der das Privat-Vermögen seines jungen Souveräns verwaltet und darin ein besondres Genie entfalten soll.

Zwar hört man klagen, daß alte Hofangestellte manchmal sehr kurzer Hand und nicht in den glänzendsten Pensionsverhältnissen entlassen werden, aber daß Freiherr von Palescieux ein Finanztalent ist, darüber giebt es nur eine Stimme.

Das ist aber auch gar kein Wunder, denn jener hohe Würdenträger ist Jude. Vielleicht — oder wohl gar wahrscheinlich — ist er getauft, aber die Rassenanlagen werden dadurch bekanntlich nicht abgeschwächt. — Juden und Polen haben seit Altersher in regen Geschäftsverbindungen gestanden, warum sollte also der Freiherr von Palescieux nicht das oben besprochne Geschäftchen geplant haben. Die ihm unterstellte Schatulle würde dabei sicherlich nicht zu kurz gekommen sein. —

Vorläufig giebt es indes auch noch nationale und monarchische Interessen, auf die im Deutschen Reiche einige Rücksicht genommen werden muß, und darum wird wohl aus dem Handel nichts werden, selbst wenn er schon nahe vor dem Abschluße steht.

Was wir gelegentlich in Weimarischen Landen von der Naturgeschichte des Freiherrn von Palescieux gehört haben, klingt gradezu romanhaft, und wir würden es für sehr dankenswert halten, wenn darüber einmal authentisches veröffentlicht würde. Er soll z. B. niemals Soldat gewesen sein, hat es aber doch bis zum General gebracht. Das würde man von vorneherein ins Fabelreich verweisen müssen, wenn es nicht eben notorisch außerordentlich „talentvolle Leute" gäbe.

Wie die Deutschen in die Bukowina kamen.

Zur Zeit der Besitzergreifung durch Oesterreich (im Herbste 1774) zählte das jetzige oesterreichische Kronland, die Bukowina, deren Hauptstadt Czernowitz von den meisten Deutschen zu Galizien gerechnet wird, ungefähr zwölf- bis fünfzehntausend Familien oder sechzig- bis siebzigtausend Seelen. Die Mehrzahl der Bewohner gehörte dem rumänischen Volksstamme an. Nur der Russisch-Kimpolunger Bezirk (die jetzigen Gerichtsbezirke Wiznitz und Putilla) hatte eine fast ausschließlich ruthenische Bevölkerung. Außerdem gab es in Suczawa über hundert armenische Familien und im ganzen Lande zerstreut viele Juden und Zigeuner.

Aber auch zwei deutsche Ansiedlungen waren damals in der Bukowina schon vorhanden: Prelipcze, auch Philippen genannt, und Sadagura. Prelipcze hatte Graf August Poniatowski, der Vater des letzten polnischen Königs, im Jahre 1760 angelegt, indem er, um den Bestand einer von ihm kurz zuvor in Zaleszczyki errichteten Tuchfabrik zu sichern, den zum Betriebe dieser Fabrik aus der Umgebung von Breslau und aus Elbing herbeigerufnen Arbeitern mit Bewilligung des moldauischen Fürsten Johann Theodor Kallimachi auf dem Zaleszczyki gegenüberliegenden Dniester-Ufer Wohnungen erbaute. Diese Ansiedlung war jedoch seit dem Beginne des russisch-türkischen Krieges (1768 bis 1774) schon in der Auflösung begriffen; die im Jahre 1775 erfolgte Verlegung des Bethauses und damit auch des Pastorates — die Ansiedler waren Protestanten — unterband ihr vollends den Lebensnerv.

Nicht viel besser erging es der Ansiedlung Sadagura. Diese war dadurch entstanden, daß der Ostseeländer Peter Freiherr von Gartenberg (russisch Sadagurski) im Jahre 1770 auf

Geheiß der Zarin Katharina mit Hilfe einer Anzahl Stammesgenossen, zur leichtern Versorgung der russischen Truppen mit dem Solde, am linken Ufer des Pruths zwischen Zuczka und Rohozna eine russische Münzstätte errichtete, bei der sich alsbald auch eine größere Anzahl deutscher Handwerker niederließ. Die Münzstätte wurde im Frühjahre 1774 wieder aufgelöst, und Gartenberg verließ mit seinen Arbeitern die Bukowina. Nur die Gewerbsleute blieben in Sadagura zurück. Leider fanden sie seitens des Hofkriegsrates, in dessen Händen bis Ende Oktober 1786 die oberste Leitung des Landes lag, nicht die nötige Unterstützung; darum verzogen sich bald viele von ihnen in andre Ortschaften der Bukowina.

Mit Ausnahme der deutschen Ansiedler, dann der Armenier, der Juden und eines Teiles der Zigeuner lebte die Bukowiner Bevölkerung im Jahre 1774 fast ausschließlich von der Viehzucht. Ackerbau wurde von ihr nur insoweit getrieben, als es der voraussichtliche Bedarf erheischte. Daß auch der Wald einer Bewirtschaftung fähig und bedürftig sei, daran dachte niemand. Von Industrie war keine Spur zu finden; fehlten doch selbst in den Städten die notwendigsten Handwerker, wie Schneider, Schuster, Tischler, Maurer usw. Auch der Metallreichtum des Landes war noch unbekannt.

Die beiden Generale, die nacheinander bis November 1786 die Bukowina verwalteten, General Gabriel Freiherr von Splény sowohl wie General Freiherr von Enzenberg, waren redlich bemüht, einen gänzlichen Umschwung in diesen Verhältnissen herbeizuführen. Beide erkannten auch, daß sie zur Lösung dieser Aufgabe „die fleißigen deutschen Hände" brauchten. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Bukowina von getreidereichen Ländern umgeben ist, schien ihnen indes die Förderung des Ackerbaues durch Anlegung von Bauernkolonien nicht so dringend. Uebrigens war, solange die geistlichen Güter nicht in die staatliche Verwaltung übernommen waren, an geeigneten Ansiedlungsplätzen Mangel. Große Verlegenheit hatte schon im Jahre 1782 die unerwartete Ankunft von 22 aus Kurmainz und Mannheim stammenden Familien dem General Enzenberg bereitet. Mit schwerer Mühe gelang es ihm, 13 Familien in Molodia anzusiedeln. Splény und Enzenberg begünstigten daher hauptsächlich die Einwandrung deutscher Handwerker. Sie förderten aber auch, soweit es in ihren Kräften stand, den mit Hilfe deutscher Hände begonnenen und weitergeführten Bergbau. Jedenfalls aber fand die Zivilverwaltung — seit 1. November 1786 — zur Gründung deutscher Kolonien den Boden schon genügend vorbereitet.

Schon gegen das Ende der siebziger Jahre hatte eine k. k. Schürfkommission die deutlichen Fährten der weitverbreiteten Mangan-Eisensteinzone unweit Jakobeny verfolgt und nächst Pozoritta Versuche auf Kupfer angestellt. Die beim Ausschürfen der Eisenerzlagerstätten erzielten Ergebnisse übertrug sie einer Gewerkschaft, die sich im Jahre 1782 aus angesehenen und bemittelten Personen der Bukowina und der Zips gebildet hatte. Diese Gewerkschaft erbaute das Eisenwerk Jakobeny und setzte es am 1. September 1784 in Betrieb. Die Arbeiter hatte man aus der Zips herbeigezogen. Am 20. Juli 1796 gelangte das Werk in den Besitz des Steiermärkers Anton Ritter von Manz, der es sogleich vergrößerte und dazu noch ungefähr vierzig Familien, teils Bergarbeiter, teils Fuhrleute, aus der Zips und aus Siebenbürgen kommen ließ.

Im folgenden Jahre (1797) entdeckte Manz eine Silber- und Bleierzlagerstätte in Kirlibaba. Der hier sofort eröffnete Abbau hatte die Entstehung der Bergwerks-Kolonie Mariensee (Kirlibaba) zur Folge. Im Jahre 1807 erbaute Manz einen Hammer nächst Wama (an der Moldawa) und legte so den Grund zur Kolonie Eisenau, wohin er im Jahre 1808 eine größere Anzahl Zipser rief. Ebenso entstand 1809 die Werkskolonie Freudenthal an der Moldawitza. Um dieselbe Zeit traten die Zipser-Ansiedlungen Luisenthal und Pozoritta (1805) und Bukschoja (1810) ins Leben, die beiden erstern bei dem staatlichen (von 1821 ab Manzschen) Kupferwerk im Moldawathal, letztere bei dem von Karl Kalita begründeten Eisenwerk im Thal der Sucha.

Und wie bei dem Abbau der Eisen- und Kupfererze, so konnte man auch bei der Salzgewinnung — der Berggerichtssubstitut Johann Paul Hofmann hat im Jahre 1790 die reiche Steinsalzablagerung in Kaczyka entdeckt — der Deutschen nicht entraten. Umsomehr ist es zu beklagen, daß die Nachkommen jener wackern Männer, die in die Wildnis Leben brachten, zumeist der Not und dem Elend preisgegeben sind. Außer der Saline Kaczyka ist nämlich heute nur noch ein Braunsteinbergwerk zu Jakobeny in Betrieb.

Während die deutschen Ansiedlungen im Südosten den Zweck verfolgten, die unterirdischen Schätze ans Licht zu bringen, suchte man im mittlern Teil des Landes mit Hilfe deutscher Hände den Holzreichtum nutzbringend zu verwerten.

Auf der Religionsfondsherrschaft Kuczurmare wurde im Jahre 1793 unweit Krasna, da, wo heute das Dorf Althütte steht, die erste Glashütte errichtet. Die dazu nötigen Arbeiter fanden sich zu Lubaczów (Galizien), wo kurz vorher eine Glashütte eingegangen war. Sie stammten sämtlich aus dem nördlichen Böhmen. Die Krasnaer Glashütte wurde im Jahre 1815 etwa vier Kilometer weiter nach Norden, in die Nähe von Czudyn, verlegt. Hier ließ sich auch ein Teil der Arbeiter nieder und gab dadurch Anlaß zur Entstehung einer neuen Kolonie, der Kolonie Neuhütte. Eine zweite Glashütte, zu Karlsberg unweit dem Kloster Putna, dankte ihr Entstehen dem Radautzer Handelsmanne Josel Rechenberg. Auch bei dieser Hütte waren vom Anfang an (seit 1797) deutschböhmische Glasmacher, zumeist aus Lubaczów, beschäftigt. Als dann im Jahre 1801 der Militärfiskus, der seit 1792 mit der Herrschaft Radautz auch das obre Suczawathal gepachtet hatte, den Betrieb der Hütte übernahm, wurden in ihrer Nähe auch zwanzig deutschböhmische Holzschlägerfamilien angesiedelt. Die Kolonie bekam den Namen Karlsberg.

Die günstigen Ergebnisse, die die Putnaer oder Karlsberger Glashütte anfangs aufzuweisen hatte, veranlaßten das Bukowiner Staatsgüter-Inspektorat, zur Nutzbarmachung der westlich von Marzina gelegnen Wälder gleichfalls eine Glashütte und dabei eine Kolonie von deutschböhmischen Holzschlägern zu errichten. So entstand im Jahre 1803 Woiwodiassa oder Fürstenthal. Ungefähr ein Jahrzehnt später, im Jahre 1817, wurde auch auf der Privatherrschaft Krasna-Ilski eine Glashütte, selbstverständlich mit böhmischen Arbeitern in Betrieb gesetzt. Sie allein besteht heute noch und befindet sich seit dem Beginne der fünfziger Jahre in dem zur Gemeinde Krasna-Ilski gehörenden Weiler Lunka.

Wie oben hervorgehoben wurde, hatte sich die Militärverwaltung aus triftigen Gründen gegen die Anlegung von deutschen Bauernkolonien ablehnend verhalten. Thatsächlich sind solche Kolonien erst seit dem Jahre 1787 zustande gekommen. Die großen Begünstigungen, die Kaiser Joseph der Zweite mittels Patentes vom 17. September 1781 den sich in Galizien niederlassenden Familien in Aussicht stellte, lockten nämlich so viele Auswandrer aus Deutschland, insbesondre aus Baden, Württemberg, Trier und der Pfalz, herbei, daß man sie in Galizien nicht unterbringen konnte. Im Jahre 1787 wurden daher 75 Familien in die Bukowina abgeschickt. Diese Familien wurden in die schon bestehenden Dörfer Arbora, Badeutz oder Mileschoutz, Fratautz, Illischestie, Itzkany, Sankt Onufri, Satulmare und Tereblestie verteilt. Bald fanden sich zahlreiche Nachzügler ein, die sich in Rosch (bei Czernowitz) und Molodia seßhaft machten. In Rosch ließen sich überdies seit der Errichtung der Glashütten auch viele Deutschböhmen nieder.

Aus Böhmen stammen auch die deutschen Kolonisten von Bori, Lichtenberg, Pojana-Mikuli oder Buchenhain und Schwarzthal. Diese Dörfer wurden in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts (Bori 1835, Lichtenberg 1836, Pojana-Mikuli und Schwarzthal 1838) auf den Religionsfondsherrschaften Solka und Illischestie in bis dahin nur von wilden Tieren und Räubern bewohnten Wäldern im Interesse der öffentlichen Sicherheit angelegt. Seit 1850 haben auch einige Privatgrundherren durch Aufnahme deutscher Ansiedler den Ertrag ihrer Güter zu erhöhen gesucht. So hat 1850 Petronella

Theodorowicz zwanzig deutsche Familien aus Böhmen und Niederösterreich nach Vanilla (am kleinen Sereth) kommen lassen und den Grund zu der seit 1887 selbständigen deutschen Gemeinde Augustendorf gelegt. In ähnlicher Weise ist auf dem Gute Berhometh von Alexander Freiherrn von Wassilko-Serecki auf öden Waldgründen im Jahre 1863 Alexandersdorf und im Jahre 1869 Katharinendorf gegründet worden. Die Bewohner dieser beiden Dörfer stammen jedoch teils aus galizischen, teils aus Bukowiner Kolonien, die alle schon längst einen großen Ueberschuß an Bevölkerung haben, den sie soweit als möglich an ihre nächste Umgebung abzugeben suchen. Da überdies eine große Zahl der Beamten aus den deutschen Provinzen des Westens stammt, so ist leicht erklärlich, daß das deutsche Element im ganzen Lande stark hervortritt, und daß es nur noch wenige Ortschaften giebt, wo kein Deutscher zu finden ist.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die einheimische Bevölkerung die Bukowiner Deutschen in Zipser und Schwaben teilt. Unter letzterm Namen werden sowohl die Ansiedler aus dem Deutschen Reich als auch die aus Böhmen zusammengefaßt.

Gebrannte Kinder scheuen das Feuer.

Als Graf Waldersee, glücklich von seinem Weltmarschalls-Amt erlöst, in der Heimat ankam, wurde er vorübergehend auch von dem in Deutschlands obern Regionen heftig grassierenden Redefieber ergriffen. Er hielt eine Rede, in der er sich so ausdrückte, wie es ihm wirklich ums Herz war, und erregte damit den Unwillen der Engländer. Natürlicherweise wurde er veranlaßt, bei erster Gelegenheit diesen Verstoß einigermaßen gut zu machen.

Nunmehr ist ihm amtliche Gelegenheit gegeben worden, sich glänzend bei den Herren Engländern zu rehabilitieren. Er ist als Vertreter des deutschen Kaiserhofes nach London entsendet worden. Am 22. Juni gab der Feldmarschall Earl Roberts, der „Held" von Südafrika, dessen Belehnung mit dem Schwarzen Adler-Orden bekanntlich hellen Jubel im Deutschen Volke erregte — man braucht nur die schwunghaften Gedichte im „Kladderadatsch" darüber nachzulesen —, zu Ehren des General-Feldmarschall Grafen Waldersee und der nach London hinbefohlnen deutschen Offiziere ein Festmahl. Dabei brachte Graf Waldersee ein Hoch auf König Eduard aus; er sagte u. a.: „Es ist eine hohe Ehre für mich, an den gegenwärtigen Festlichkeiten zur Krönung Ihres Königs teilzunehmen. Die Thatsache, daß ich letztes Jahr die Ehre gehabt habe, brittische Truppen zu befehligen und deren Schulung und Tapferkeit selbst zu beobachten, erhöht meine Freude und Genugthuung, heute Abend Gast eines so ausgezeichneten Oberbefehlshabers der brittischen Armee, des stets siegreichen Feldmarschalls, meines Wirtes zu sein. Wir deutschen Soldaten wissen alle sehr wohl, wie schwer und mühsam die Aufgabe war, die die brittische Armee in Südafrika zu bewältigen hatte; wir wissen auch, daß Offiziere und Mannschaften Ihres Heeres diese Aufgabe mit der äußersten Hingabe an ihr Land, mit Tapferkeit und — **Menschlichkeit** erfüllt haben."

Da haben wir die offizielle Abbitte dafür, daß die deutschen Veteranen von 1870/71 sich beschimpft gefühlt hatten, durch den Vergleich, den Ehren-Chamberlain zwischen den Thaten des englischen Heeres in Südafrika mit denjenigen unsers Volksheeres in Frankreich zog.

Da klafft wieder einmal vor allen Augen der tiefe Abgrund, der das Denken, Fühlen und Empfinden des Deutschen Volkes heutzutage von der steilen Höhe trennt, wo Throne stehn.

Seine Herrlichkeit, der Lord Roberts, geruhte denn auch die Worte des deutschen Diplomatenmarschalls sehr gütig aufzunehmen. Er hieß in seiner Erwiderung den Grafen Waldersee herzlich willkommen als einen Offizier, der seinem Lande so ausgezeichnete Dienste geleistet habe und unter dem als Oberbefehlshaber zu dienen die verbündeten Streitkräfte in China und die brittischen Truppen den Vorzug genossen hätten. Er versicherte dem Grafen Waldersee, daß die brittischen Truppen tief empfänglich für die freundliche Gesinnung seien, die ihn getrieben habe, von ihnen in so anerkennungsvollen Worten zu sprechen. Earl Roberts schloß mit einem Hoch auf den Deutschen Kaiser und das große deutsche Heer.

Ob es „freundliche" oder „höfische Gesinnungen" gewesen sind, die dem Grafen seine Worte eingegeben haben, wollen wir nicht untersuchen.

Aus den englischen Preßstimmen, die über die beiden Reden im Augenblicke, wo wir dies schreiben, vorliegen, geht aber hervor, wie richtig und praktisch man in England den Canossa-Gang Waldersees auffaßt. Die offizielle „Saint James Gazette" schreibt:

> Der Willkommengruß des Earl Roberts an den Grafen Waldersee wird im ganzen Lande bereitwillige und aufrichtige Zustimmung finden, da Graf Waldersee einen heiklen Posten mit Geschick und Takt ausgefüllt hat. Die wohlbedachte Aeußerung des Grafen Waldersee zeigt die Wertschätzung, die die befugten Beurteiler in Deutschland für das brittische Heer hegen. Obgleich das brittische Heer diese Anerkennung annehmen darf, wird es doch mit großem Vorteil seinen Blick auf die deutsche Armee richten, um deren geschulter Intelligenz und Berufstüchtigkeit willen.

„Daily Graphic" sagt:

> Die Rede wird im ganzen Lande mit dem Gefühl lebhafter Befriedigung aufgenommen werden. Wir haben hier einen neuen Beweis für das instinktive Taktgefühl des Soldaten. Man könnte wünschen, daß gewisse Staatsmänner, die soviel dazu beigetragen haben, das Gefühl der Abneigung gegen Deutschland in diesem Lande hervorzurufen, veranlaßt werden könnten, bei militärischen Sachverständigen einen diplomatischen Unterricht zu nehmen. Wir möchten unsre Leser daran erinnern, daß der erste Versuch, den unglücklichen Eindruck abzuschwächen, den Graf Bülows unverzeihlicher Angriff auf Mr Chamberlain und die englische Armee hervorgerufen hatte, von einem tapfern deutschen Soldaten, dem augenblicklichen Kriegsminister, gemacht wurde. Graf von Waldersees Anerkennung für unsre Armee und für den immer siegreichen Feldmarschall beweist von neuem, d a ß der d e u t s c h e S o l d a t s i c h m i t d e m K a i s e r i n d e m B e s t r e b e n e i n s f ü h l t, d e n t h ö r i c h t e n F e l d z u g g e g e n u n s, d u r c h d e n s i c h g e w i s s e g e r ä u s c h v o l l e P a t r i o t e n s o w e n i g b e n e i d e n s w e r t a u s z e i c h n e t e n, z u m i ß b i l l i g e n. Wir sind überzeugt davon, daß Graf Waldersee nicht nur seinen eignen, sondern auch den Gefühlen seiner Kameraden Ausdruck giebt, wenn er die Leistungen unsrer Truppen in Südafrika anerkennt. Wir sind auch überzeugt, daß er dabei dem gesunden Menschenverstand der großen Mehrheit des Deutschen Volkes gerecht wird. Jetzt, nachdem der Krieg vorüber ist, steht zu hoffen, daß dieser gesunde Menschenverstand Gelegenheit findet, sich zu bethätigen. Wir Engländer befinden uns augenblicklich in der glücklichen Lage, sagen zu können, „wer zuletzt lacht, lacht am besten", und wir können es uns wohl leisten, die bittre Polemik der letzten beiden Jahre zu vergeben und zu vergessen. Wir brauchen nicht, um mit Bismarck zu sprechen, „hinter irgend jemandem herzulaufen." Wir sind uns aber der Bedeutung der vielen historischen Bande die uns an die deutsche Nation binden, zu wohl bewußt, um wünschen zu können, daß die beiden großen teutonischen Völker ein bleibender Bruch trenne. Wenn die Deutschen es wünsch[en] so können die Beziehungen zu jeder Zeit die alten herzlich[en] werden. Bei den Deutschen allein liegt die Entscheidung.

Ueber „den deutschen Soldaten" macht sich das zule[tzt] zitierte englische Blatt ganz unrichtige Vorstellungen. De[r] deutsche Soldat schwatzt nicht, sondern schweigt, gehorcht un[d] thut seine Schuldigkeit. Seine Empfindungen jedoch sind di[e] gleichen, wie diejenigen des Deutschen Volkes, dem er angehö[rt]. Der gesunde Sinn und Verstand des Deutschen Volkes verbitt[et] sich, von dem Hofmann Waldersee vertreten zu werde[n]. Noch ist es nicht gelungen, im Deutschen Volke die Fähigk[eit] auszurotten, zu erkennen, was recht und was schlecht ist.

Welche Ergebnisse diese Fähigkeit, angewandt auf Englan[ds] Verhalten im südafrikanischen Kriege aber haben muß, brau[cht] hier nicht erörtert zu werden.

Das Deutsche Volk kennt auch genug die Geschichte, u[m] zu wissen, welcher Art die „Beziehungen zwischen England un[d] Deutschland" gewesen sind, und sehnt sich nicht danach, di[e] zum eignen Nachteil wieder aufzunehmen.

Die Reichsregierung wird allerdings, wie es scheint, n[och] erst weitere Erfahrungen mit Englands Freundschaft mac[hen] müssen.



Ein furchtbar ernstes „memento mori“, wirkungsvoller als es der größte Dramendichter erfinden könnte, hat das Schicksal eben in den festlichen Rausch der englischen Krönungsfeier hineingerufen. Der König ist vor seinem Ehrentage an Blinddarm-Entzündung so schwer erkrankt, daß eine gefahrvolle Operation unternommen werden mußte. Der angeblich befriedigende Erfolg, von dem die ärztlichen Veröffentlichungen sprechen, vermag die Besorgnisse des englischen Volkes nicht zu zerstreuen, daß die auf unbestimmte Zeit verschobne Krönung überhaupt niemals stattfinden wird. — Aus allen Teilen des Weltreiches, in dem die Sonne nicht untergeht, waren Abgesandte erschienen, um demjenigen zu huldigen, der die Spitze der goldnen Pyramide bildet, und alle Fürstengeschlechter und Staaten hatten ihre Vertreter entsendet, um der wohleinstudierten Krönungszeremonie beizuwohnen

In Glanz und Pomp und nie gesehener Pracht sollte im Tempel Gottes von Priester Hand das Symbol der irdischen Herrschaft dem König Eduard aufs Haupt gesetzt werden. — So träumte Menschenwitz.

Aber mit des Schicksals Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten und das Unglück schreitet schnell. — Auf dem Siechbette liegt König Eduard. Welche Gedanken mögen sein Hirn und Herz in diesen furchtbaren Stunden durchfluten?

Denkt er wohl auch an das südafrikanische Heldenvolk, dem englische Gier nach rotem Golde und funkelndem Gestein, Freiheit und Vaterland geraubt hat? Im Angesichte des Todes zerfließen die glatten Redensarten höhnischer Schönredner von der „Menschlichkeit“ der englischen Heerhaufen in Südafrika in Nichts, und ernst und unerbittlich tritt die geschichtliche Wahrheit in ihr Recht. —

Vor Gott dem Allwissenden muß König Eduard bekennen, daß seine Regierung, seine Feldherren, seine Söldner sich schwer versündigt haben an Gottes Geboten und am Genius der Menschheit.

Eine Sühne gäbe es, groß und königlich, die vor der Mitwelt und vor kommenden Geschlechtern das Andenken Eduards des Siebenten von England reinwaschen könnte von all dem all zu Menschlichen, welches ihm sonst anhaftet. Die letzte That des sterbenden, oder die erste That des genesenen Fürsten sei eine Wiederherstellung der Freiheit des Burenvolkes!

In diesem Gedanken beten wir für Genesung des kranken König Eduard!

Die Macht und die Herrlichkeit des neuen Kurses. Im österreichischen Reichsrat hat der Tscheche Klofac die geschmacklose Unverschämtheit gehabt, den deutschen Kaiser öffentlich zu beschimpfen. Eine Genugthuung dafür ist weder seitens des dazu in allererster Linie verpflichteten österreichischen Premierministers Körber gegeben, noch — wie es scheint — seitens des dazu berufnen deutschen Reichskanzlers gefordert worden. Die „Elbinger Zeitung“, ein sonst sehr gouvernemental „zahmes“ Organ, bemerkt dazu: „Herr v. Bülow wird wieder zur Flöte greifen und die Marseillaise des neuen Kurses pfeifen: „Freund, ich bin zufrieden, geh es wie es will!“ Das Blatt zitiert dann weiter die „Hamburger Nachrichten“, die es zwar nicht glauben wollten, daß er sich eines so schwächlichen Preisgebens seines Herrn schuldig machen könne, aber doch schrieben: „Man hat schon längst den Glauben an die Kraft und die Macht und die Herrlichkeit des neuen Kurses verloren. Die Zeiten sind vorbei, da es in keinem Parlament der Welt gewagt wurde, eine solche freche Sprache gegen Deutschland und seinen Kaiser zu führen . . . Der österreichische Minister wird auch diesmal dem Deutschen Kaiser nicht die sonst in Parlamenten übliche Satisfaktion zuteil werden lassen, weil er Minister von der Polen Gnade ist. Denn diese spielen in Wien die erste Violine. Aber auch in Berlin wird man keine deutschen Worte gegen den Tschechen finden, weil man dort — englisiert ist. Wahrlich, wir haben es weit gebracht mit unsrer glorreichen Weltpolitik.“

Nicht nur das Vertrauen im Lande auf die Regierung, sondern auch das Ansehn des Deutschen Reiches, wovon der erste Kanzler doch einen ganz erklecklichen Vorrat hinterlassen hatte, ist in dem letzten Jahrzehnt in unverzeihlicher Weise vergeudet worden.

Funktion.

Ei, ei! Was ist denn aber das, Herr Kohn?
Ihr wandelt uns die freien Bauern um in Knechte! —
„Nun, das geschieht ja nach mosaischem Rechte!
Für uns ists nur natürliche Funktion,
Und welthistorisch ist sie auch:
War vor Jahrtausenden bei uns schon Brauch.
Drum heißt es ja: Der Fremden Söhne sollen deine Knechte werden
Sie bauen deine Aecker, weiden deine Herden“ —*)
Ah so! Nann, dann bitt ich, sich nicht weiter zu genieren,
Fahrt ihr nur immer fort, an uns zu funktionieren!
— Ei, Michel, hast du selbst denn keine Funktion?
Besinn dich doch darauf und sags dann dem Herrn Kohn!

*

Ausgelöste Spannung**).

Ihr Juden nehmt euch heute aber viel heraus! —
„Ist nur natürlich! Unser Hirn hat schärfste Reizungen empfangen,
Jahrhunderte hindurch. Die blieben in der weichen Masse hangen,
Die Nervenfäden spannend. Heute lösen sie sich aus.
Die Spannung steigert sich ja mit der Dauerzeit,
Und endlich kommt der Tag, wo sich Natur befreit.“ —
Ja, wird euch das ein andermal nicht schlecht bekommen
Von denen, die von euch heut' Reizung aufgenommen?
Was im Nichtjudenhirn an Reizung heut' sich kondensiert,
Glaubt ihr nicht, daß es einmal kräftig explodiert?
Da wär' ja wohl zu wünschen, daß im Christenhirn
Die Spannung sich nicht steigere zu höchstem Grade,
Vielmehr, die Dumpfheit brechend hinter Arier-Stirn,
Schon bald, und möglichst sanft, sich wiederum entlade; —
Ich meine nur: in echter Geistesthätigkeit,
Die auf die Dauer ja allein von einer Not befreit.
Dabei mag das Gehirn von Spannung auch gesunden:
Ich selber hab's an mir schon manchesmal empfunden.
In unserm Falle gilt's die Schaffung solcher Formen,
Die, ohne daß die Gegensätze allzu straff sich spannen,
Geeignet wären, die Gefahr zu bannen,
Auf Wegen rein legislativer Normen.

Solonicus.

Ausland.

Großbritannien. Vor der in Nr. 721 bereits erwähnten Kgl. Kommission zur Erörterung der Einwandrungsfrage wurde auch ein höherer Beamter der Londoner Polizei vernommen. Dieser, A. Wapler mit Namen, erklärte, daß während der letzten zehn Jahre die Vororte Whitechapel, Stepney und Mile End so gut wie ganz „verausländert“ worden sind. Die früher stark überwiegende englische Bevölkerung sei von den eingewanderten Juden fast ganz verdrängt worden. Dadurch sei ein bitteres Gefühl unter den Eingebornen hervorgerufen worden, „das wie ein Vulkan schlummert“. Der ganze Handel und die Gewerbe seien in die Hände dieser Einwandrer geraten und thatsächlich sei „kein Engländer übrig geblieben“. Die jüdischen Einwandrer kaufen nur bei ihren Rassegenossen, und das habe die englischen Kaufleute und Krämer gezwungen, ihnen den Platz zu räumen. Sollte die Zuwandrung nicht eingedämmt werden, so seien bald schwere Ausschreitungen gegen die „Fremden“ zu befürchten, denn der Engländer sei wie eine Bulldogge,

---

*) Jesajas 61,5.

**) Die Psychophysik lehrt: die Gehirn-Nervenmasse empfängt durch die Sinneswahrnehmungen Eindrücke oder Reize von außen, durch welche eine Spannung hervorgerufen wird, die sich bei entsprechender Gelegenheit wieder auslöst.

wenn er einmal einbeiße, dann bedürfe man eines Brecheisens, um seine Zähne zu lockern. In den Wirtshäusern höre man Ausdrücke über die „Foreigners“, die nichts weniger als parlamentarisch seien, und in einigen Teilen des Ostendes, namentlich in Wapping, sei es gefährlich für einen Juden, sich abends in der Straße sehn zu lassen. Die Leute seien sehr unwillig, vor der Komission auszusagen. Er selbst habe Drohbriefe erhalten. Von einer antisemitischen Bewegung sei aber keine Spur. (!) Die Juden selbst machten die Frage zu einer antisemitischen, da sie unter dem irrigen Eindruck lebten, daß die eingebornen Engländer gegen ihren Glauben (!) wären, was unbedingt nicht der Fall sei. Der Charakter der in Frage stehenden Stadtteile, der nie sehr hoch stand, sei durch die geringen Ansprüche, die von den Einwandrern ans Leben gestellt würden, weiter herabgedrückt worden. Spitalsfields insbesondere, das früher fast ausschließlich von Engländern bewohnt war, sei nunmehr zu einem zweiten Palästina geworden.

Immer die alte Geschichte: eine solche heftige Bewegung gegen die Juden, hervorgerufen durch die wirtschaftlichen „Thaten“ Israels ist in den Augen der Nichtjuden keine antisemitische, während die Juden selbst sie als eine Anfeindung ihres „Glaubens“ hinstellen.

Ein andrer Sachverständiger, der bei der städtischen Verwaltung der betreffenden Stadtteile angestellte Major Evans-Gordon sagte aus, die Zahl der Fremden in Ostend habe allein während der letzten zehn Jahre um 115 413 Personen zugenommen, während der Zensus die Gesamtzahl der Einwandrer nur auf 61 876 angibt. Der Gesundheitszustand leide dadurch, daß die einwandernden Ausländer zusammengepfercht wohnen. Während vor zehn Jahren die meisten Ladengeschäfte noch in Händen von Engländern waren, seien sie jetzt in den Händen der Juden. Feuerschäden seien so häufig geworden, daß die Versicherungsgesellschaften eingewanderten, aber nicht englischen Juden die Versicherung verweigerten, was auf die zunehmende Brandstiftung der Versicherten und „ihr unvorsichtiges Gebahren“ zurückzuführen sei. In Stepney seien vor zehn Jahren noch 90 v. H. aller Ladengeschäfte in den Händen von Nichtjuden gewesen. Heute seien von den 1101 Läden in diesen Stadtteilen, in denen Milch, Kaffee, Thee, Senf und andre Nahrungsmittel verkauft werden, 541 in den Händen von Juden; und es sei durch diesen Wettbewerb nicht nur die Güte der zum Verkauf gelangenden Waren verschlechtert worden, sondern es habe auch die Verfälschung der Nahrungsmittel bedenklich um sich gegriffen. Von 293 jüdischen Läden entnommnen Proben, waren 28 v. H. verfälscht; von 396 nichtjüdischen Läden entnommnen Proben nur 13 v. H. Die Herabsetzung der Milchpreise durch die jüdischen Händler, habe die übrigen Milchverkäufer gezwungen, dasselbe zu thun, und da der vom Publikum verlangte Preis thatsächlich niedriger sei, als der Einkaufspreis, so sei im ganzen Bezirk kaum noch „ungetaufte“ Milch erhältlich! — Ein andrer großer Uebelstand sei die Ueberfüllung von Wohnräumen. Die Leute wohnen da so zusammengepfercht, daß an eine Reinhaltung der Wohnstätten auch dann nicht zu denken sei, wenn der Hausherr allen sanitären Vorschriften entspricht. Dadurch, daß die eingewanderten Ausländer sich so in einzelne Zimmer oder kleine Wohnungen zusammendrängten, wurde es ihnen möglich, höhere Miete zu zahlen, und das habe zu einer Steigerung der Mietszinse geführt, die immer mehr dazu beitrage, die einheimische Bevölkerung zu verdrängen. Die gegen die Ueberfüllung von Wohnhäusern und Wohnräumen gerichteten gesetzlichen Vorschriften seien so gut wie ein toter Buchstabe. — Ein strammeres Vorgehn der Sanitätsbehörden gegen die Einwandrer, denen man zu vieles freies Spiel lasse, könne vielleicht die Wirkung haben, die Zuwanderung einzudämmen.“

Und das muß im „freien“ England passieren! Bezeichnend ist auch die selbstgewählte Absondrung Israels, die aus den Angaben des Majors Evans hervorgeht. Weshalb halten die Juden die staatliche Einrichtung derartiger Ghettos an andern Orten wohl für etwas ganz ungeheuerliches?

Mosaik.

Der gesellschaftliche Antisemitismus greift in erfreulicher Weise um sich. So hat sich z. B. ein „Klub der Schlesier“ in Berlin zusammengethan. Es soll darin die mundartliche Litteratur Schlesiens gepflegt werden, auch allgemeinverständliche wissenschaftliche Vorträge sind beabsichtigt, natürlich auch gesellige Abende und Ausflüge. Durch diese Veranstaltungen soll in den in Berlin ansässigen Schlesiern die Liebe und Anhänglichkeit an ihre Heimat belebt und die Erinnerung an die alten biedern schlesischen Sitten wachgehalten werden. Dieser Schlesier-Klub hat als Basis der Mitgliedschaft schlesische Herkunft, Mündigkeit und die Zugehörigkeit zur christlichen Religion festgesetzt.

Zweckmäßiger wäre es ja allerdings, wenn die jüdische Rassenzugehörigkeit als Hindernis für die Aufnahme angegeben würde.

Ein scharfer Zwist ist zwischen der „Eisleber Ztg.“ und der Zeitung „Post“ in Berlin ausgebrochen. Die Erstere stellt folgende Anfrage:

„Ist die Zeitung ‚Die Post‘ in Berlin von der ungarischen Regierung gekauft oder ist sie von ihr bestochen? Und: wie kann es der Burschenschafter Herr Dr. Kronsbein mit seiner persönlichen Ehre vereinbaren, daß das von ihm geleitete Blatt sich in die Dienstbarkeit des madjarischen Chauvinismus begeben hat, daß dieses Blatt als Handlanger des Madjarentums das Deutschtum anfeindet?“

Die „Post“ hat darauf mit einer Beleidigungsklage geantwortet.

Judentaufen. Das 79. Jahresfest beging in der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin die „Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden“. Dem von Pastor Bieling gegebnen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das Werk (Gott sei Dank! Die Schriftltg.) nur langsam fortschreitet. 44 Personen meldeten sich im vergangnen Jahre zur Teilnahme an dem Taufunterricht, 9 wurden aus dem Unterricht fortgeschickt, weil es ihnen nicht Ernst war mit dem Christwerden und 13 schieden aus, weil sie die „Schwierigkeit des Uebertritts unterschätzt hatten“(!). Von den verbleibenden wurden 10 Frauen und 15 Männer getauft.

Und was verspricht man sich von diesen Neuchristen?

Kein Telegramm. Auf dem Schlachtfelde von Waterloo ist am 18. d. M. von englischer Seite in der Kapelle von Hougomont die 87jährige Wiederkehr des denkwürdigen Tages, der dem Regiment Napoleons des Ersten ein Ende bereitete, feierlich begangen worden. Ein englischer Kaplan aus Brüssel leitete die Feier, an die sich ein von Engländern aus Brüssel veranstaltetes Festmahl nebst dem üblichen Glückwunsch an König Eduard den Siebenten anschloß.

Ein Glückwunsch-Telegramm aus Berlin ist dazu nicht eingetroffen. Es ist das als eine feinsinnige, zarte Aufmerksamkeit zu betrachten. Denn es wurde den Herren Engländern vielleicht peinlich gewesen sein, daran erinnert zu werden, daß ein gewisser Blücher dort das englische Heer vor einer vernichtenden Niederlage rettete.

Der preußische Minister der Eisenbahnen und öffentlichen Arbeiten, Herr von Thielen, der seit längerer Zeit oben nicht mehr gut angeschrieben war, wohl weil er die Mittelland-Kanal-Vorlage nicht durchdrücken konnte, hat den Abschied und den schwarzen Adlerorden erhalten. — Zu seinem Nachfolger ist nicht, wie verlautete, ein Konsistorialrat, sondern der General a. D. Budde ernannt worden. Dieser war bisher Direktor der Deutschen Munitions- und Waffenfabriken, einer Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft Ludwig Loewe und Co. zu Berlin!

Zu der Berliner Handelskammer sind für Charlottenburg und Schöneberg kürzlich zwei Mitglieder gewählt. Davon ist nur einer, Herr Julius Cassirer, Jude.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 5.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 26. Juni 1902. Nr. 723.

An die Bezieher der „Deutsch-Sozialen Blätter“

richten wir die dringende Bitte, die Postbestellung für das kommende Vierteljahr, falls sie noch nicht erfolgt sein sollte, schleunigst zu veranlassen. Jeder Briefträger nimmt gegen Quittungsleistung das Bezugsgeld in Empfang.

Nur ein Jahr noch trennt uns von den allgemeinen Reichstags-Wahlen. Da heißt es für jeden überzeugten Anhänger unsrer Sache, eifrig daran mitzuarbeiten, daß unsre Deutschsoziale Partei neben den alten Vorkämpfern eine Anzahl neue tüchtige und fleißige Abgeordnete in den Reichstag senden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Presse und Parteigenossen Hand in Hand miteinander gehn, sich gegenseitig fördern und unterstützen.

Wir wollen und werden das Unsrige dazu thun und hoffen, daß die Parteigenossen auch Ihre Pflicht uns gegenüber nicht vergessen.

Antisemitische Zeitungen pflegen nicht auf Rosen zu tanzen. Wer es mit der großen guten Sache, die wir vertreten, treu meint, der halte nicht nur selbst an seiner Zeitung fest, auch in der Sommer- und Reisezeit, sondern sorge auch dafür, daß der Leserkreis, zu dem wir sprechen können, sich stetig erweitert.

Wer nicht wenigstens einen neuen Bezieher für die „Deutsch-Sozialen Blätter“ geworben hat, kann nicht behaupten, daß er für unsre Sache seine volle Schuldigkeit gethan hat, und hole das Versäumnis schleunigst nach.

Es ist zweckmäßig, wenn man sich nicht mit der Zusage eines Bekannten begnügt, abonnieren zu wollen, sondern lieber selbst ihm die Mühe der Bestellung bei der Post abnimmt.

Also auf zur Mitarbeit! Treu vereint gegen den gemeinsamen Feind wollen wir kämpfen und auf gemeinsamen Sieg hoffen.

Verlag und Schriftleitung.

Zöllner gegen den Zollwucher.

In Düsseldorf haben kürzlich, wie der sozialdemokratische „Vorwärts“ mit Genugthuung berichtet, die deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten gegen den „Zollwucher“ entschieden Stellung genommen. Sie faßten einstimmig eine Entschließung, die sich gegen die von der Zolltarif-Kommission beschlossenen Zollsätze für Gerberstoffe richtet. In maßloser Uebertreibung wird darin behauptet, daß die Ausfuhrfähigkeit eines der größten deutschen Industriezweige, der Leder-Industrie, durch diese Zölle zu gunsten einer „kleinen Gruppe von Schälwaldbesitzern“ vernichtet und die Schuhwaren-Industrie auf das schwerste geschädigt werden müßte.

Nun ist zunächst die „kleine Gruppe“ deutscher Schälwaldbauern, die durch jenen Schutzzoll vor dem Untergange bewahrt werden soll, was die Kopfzahl anbetrifft, sicher weit zahlreicher, als die Gruppe der Schuh- und Schäftefabrikanten und der Leder-Exportöre. Außerdem aber könnte die angeblich durch diesen Zoll auf ausländische Gerbstoffe mit Vernichtung bedrohte Exportfähigkeit der Leder-Industrie sehr wohl durch Gewährung einer entsprechenden Zollrückvergütung ganz ungefährdet erhalten bleiben. Solche Vergütung brauchte ja nicht einmal zu knapp bemessen werden, damit recht viel von dem Quebracho-Schundleder ausgeführt werden könnte. So besorgt sind wir „wilden Agrarier“ für das Wohl der Exportleder-Industrie.

Diese Herren Leder-Industriellen aber schelten den zur Erhaltung der vielen tausende deutscher Schälwaldbauern und kleinen Lohgerber notwendigsten Schutzzoll „Zollwucher“, obgleich er für sie selber unschädlich gemacht werden kann und obgleich ohne ihn die Existenz aller jener Leute thatsächlich mit Vernichtung bedroht ist. Dieses Verhalten ist um so weniger begreiflich und logisch, als jene selben Schuh- und Schäftefabrikanten es als selbstverständlich hinnehmen, daß ihre eigne Fabrikation durch recht hohe, zumteil noch wesentlich zu erhöhende Zollsätze geschützt werden soll. Sie schreien nach bewährtem Gaunerrezept mutatis mutandis: „Haltet den Wucherer, der das Volk durch Gerbstoffzölle ausbeuten will!“ Dadurch sollen die Blicke von den „Wucherzöllen“ abgelenkt werden, die sie selber schmunzelnd in die Tasche stecken wollen. Oder haben die Herren Fabrikanten in jener Versammlung vielleicht noch eine zweite „Entschließung“ gefaßt — wovon der „Vorwärts“ allerdings nicht berichtet —, die sich auch gegen den Zollwucher durch die hohen Zölle auf Schuhe, Schäfte und andre Lederwaren ausspricht? Dann wären sie wenigstens einigermaßen gerechtfertigt.

Eisenbahnfahrpreise bei uns und in England.

Unsre jüdisch-liberale Presse kann nicht müde werden, besonders wohl im Interesse der reichen jüdischen Vergnügungsreisenden und der sich überall so widerlich bemerkbar machenden Handlungsreisenden und Hausierer aus demselben Volksstamme, auf eine Ermäßigung der Fahrpreise unsrer Eisenbahnen zu dringen. Es wird von jener Seite immer so dargestellt, als wenn die Eisenbahnfahrten bei uns besonders und ungebührlich teuer wären, obgleich es feststeht, daß die Personenbeförderung der Eisenbahnverwaltung schon gegenwärtig keine eigentlichen Reineinnahmen mehr bringt.

Nun sah sich vor kurzem ein jüdisch-demokratisches Blatt genötigt, eine offiziös verbreitete Richtigstellung wiederzugeben, aus der hervorgeht, daß man auf den preußischen Staatsbahnen wesentlich billiger fährt, als auf den in Privatbesitz befindlichen im englischen Freiheitslande. Dort kostet eine Fahrkarte dritter Klasse von London nach Edinburg (640 Kilometer) für Schnellzüge 33,32 Mark und die Hin- und Rückreise zusammen 63,12 Mark. Auf den preußischen Staatsbahnen beträgt der Fahrpreis in derselben Klasse eines Schnellzuges für die gleiche

Entfernung nur 29,90 Mark und bei Benutzung einer Rückfahrkarte kann man Hin- und Zurückreise sogar für 38,40 Mark machen.

Außerdem aber ist zu berücksichtigen, daß es wohl bei unsern, aber nicht bei den englischen Eisenbahnen auch noch eine vierte Wagenklasse gibt, in der jene Entfernung von 640 Kilometern für nur 12,80 Mark, das ist nicht viel mehr als der dritte Teil jenes englischen Fahrpreises für dieselbe Strecke zurückgelegt werden kann.

Wir können also auch in dieser Beziehung sehr zufrieden damit sein, daß Fürst Bismarck seinerzeit die Verstaatlichung unsrer Eisenbahnen mit solcher Energie durchgesetzt hat, und daß sie nicht noch wie in England im Besitz profitgieriger Großkapitalisten sind. Unsre Staatsbahnverwaltung aber darf sich durchaus nicht zu einer so weit gehenden Ermäßigung der Personen-Fahrgelder bewegen lassen, daß dadurch nicht mehr ihre Selbstkosten der Beförderung gedeckt würden. Das hieße nichts andres als den Leuten der vorher angedeuteten Bevölkerungsgruppen, die viele und weite Reisen machen, einen Zuschuß zu den Reisekosten zu geben, ihnen eine Liebesgabe aus den Taschen der Staatsbürger zahlen, die keine Zeit und keine Veranlassung zu größern und wiederholten Eisenbahnfahrten haben.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. Im Laufe des Juni und Juli finden danach deren noch folgende statt:

Sonntag, den 29. Juni in Kassel und Sonntag, den 6. Juli in Leipzig und wahrscheinlich Anfang August in Heidelberg.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, an allen diesen Veranstaltungen teilnehmen.

In Kassel ist die Vertrauensmänner-Versammlung am nächsten Sonntag, vormittags 11 Uhr, im ersten Stock des Palais-Restaurants (Kolonialheim), Königstraße 30.

Tagesordnung:

1. Bericht des Abg. Raab über die Beschlüsse der Parteileitungs-Sitzung in Berlin am 12. Mai.

Daran schließt sich eine Besprechung und Beschlußfassung über die Vorschläge für Abhaltung des nächsten allgemeinen Parteitages

2. Vortrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg über die bevorstehenden Reichstagswahlen.

3. Verschiednes.

Zur Teilnahme an den Verhandlungen sind berechtigt außer dem Parteivorstande, der Gauvorstand und alle geladnen bezw. legimitierten Vertrauensmänner der Partei.

Nach der Sitzung findet um $2\frac{1}{2}$ Uhr ein zwangloses Mittagsessen der Sitzungsteilnehmer im gleichen Lokale statt.

Nachmittags $4\frac{1}{2}$ Uhr soll an derselben Stelle eine öffentliche Versammlung abgehalten werden, die der Deutschsoziale Verein Kassel einberufen hat und wofür folgende Tagesordnung festgesetzt ist:

1. Vortrag des Abg. Raab über: „Handwerk und Gewerbe im Kampf um ihr Recht".

2. Vortrag des Abg. Müller über den „Existenzkampf der deutschen Landwirtschaft".

3. Vortrag des Abg. Vogel über „Die wahren Lebensinteressen der deutschen Industrie".

4. Vortrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg über „Der Sieg des Goldes über das Recht. (Burenkrieg.)"

Alle Mitglieder und Freunde unsrer Partei in Stadt und Land werden zum zahlreichen Erscheinen eingeladen. Nach der Versammlung findet für die Parteifreunde noch eine Nachsitzung statt.

Die Verbände, in deren Gebiete die Versammlungen stattfinden, erlassen direkte Einladungen.

Wir fordern hiermit aber auch noch besonders alle Gesinnungsgenossen auf, sich möglichst an den Veranstaltungen zu beteiligen, die in der Nähe ihrer Wohnorte stattfinden, auch wenn sie zu einem andern Verbande unsrer Partei gehören.

Die Versammlungen sollen sich möglichst zu kleinen Parteitagen gestalten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein. Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $\frac{1}{2}$9 Uhr.

Sonnabend, den 5. Juli, abend $8\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinshause Kommers mit Damen. Die anwesenden Abgeordneten werden Ansprachen halten. Jeder Gesinnungsgenosse ist willkommen. —

An der Parteiberatung am Sonntag, den 6. Juli, vormittags 11 Uhr im kleinen Saale des „Eldorado", können sich nur besonders dazu geladne Gesinnungsgenossen beteiligen. Zur Teilnahme aufgefordert werden alle Deutschsozialen aus dem Königreich Sachsen und den angrenzenden Wahlkreisen der Provinz Sachsen und der Thüringischen Staaten. Näheres darüber bringt die nächste Nummer.

Die Parteibesprechung für Norddeutschland am 22. d. M. in Stadthagen eröffnete Abg. Raab um $3\frac{1}{4}$ Uhr mit einem Hoch auf Kaiser und Landesherr. Er begrüßte sodann die Erschienenen — der geräumige Ratskellersaal war dicht besetzt — und gab sein Bedauern darüber kund, daß der Abg. Liebermann von Sonnenberg krankheitshalber hatte nicht erscheinen können. Derselbe hatte sich dafür brieflich bereit erklärt, später mit dem Grafen Reventlow zusammen, der wegen Krankheit in seiner Familie ebenfalls nicht anwesend sein konnte, einige Versammlungen im Wahlkreis Schaumburg-Lippe abzuhalten.

Unter dem Vorsitz des Verbandssekretär der „Westmark", Herrn Carl Amthor (Gelsenkirchen) hielt nunmehr Abg. Raab seinen Vortrag über „Handwerk und Gewerbe im Kampf um ihr Recht". Er schilderte in beredten Worten wie Handwerk und Gewerbe darnieder liegen und bezeichnete die Feinde desselben. Unlauterkeit im Wettbewerb, Banschwindel, Verdingungswesen, Warenhäuser und Ramschbazare, Zuchthausarbeit sind es, die das reelle Handwerk und Gewerbe untergraben. Nur fester Zusammenschluß kann uns helfen. War der anderthalbstündige Vortrag oft durch Beifall unterbrochen, so brach am Schluß ein wahrer Beifallssturm aus. — In der freien Aussprache forderte Herr Hestermann-Petershagen (Wahlkreis Minden-Lübbecke) zum engsten Zusammenschluß auf und lud die Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Raab nach Minden (Westf.) ein. — Auf Veranlassung des Herrn Welge (Stadthagen) machte sodann Abg. Raab noch einige Ausführungen über die Seemanns-Ordnung.

An zweiter Stelle sprach der Generalsekretär des Verbandes „Nordmark" Herr Henningsen (Hamburg) über „Die amerikanische Gefahr und die Börsenspekulation." An einer Reihe von Zahlen wies Redner schlagend nach: wie das Deutsche Volk jährlich durch die amerikanischen Börsenjobber um Millionen und aber Millionen Mark gebracht wird, und daß europäische Börsenjobber die Yankees bei dieser Ausbeutung unterstützen. Auch Herr Henningsen fand reichen Beifall.

Den dritten Vortrag, in dem Abg. von Liebermann das Thema „Der Sieg des Goldes über die Buren" besprechen sollte, übernahm nach einer Pause von zwanzig Minuten Abg. Raab. War auch der Redner nicht auf das Thema vorbereitet, so verstand er es doch meisterhaft, die Zuhörer in einstündiger Rede zu fesseln und begeistert wurde dem tapfern Burenvolke, das sich beinah drei Jahre gegen das übermächtige und übermütige Albion verteidigte, das zwar besiegt aber nicht unterlegen ist, ein kräftiges „Heil" gebracht.

Nunmehr wurde die Kandidatenfrage zur nächsten Reichstagswahl besprochen, man beschloß einstimmig, an der Kandidatur Reventlow festzuhalten. Die Organisation des Wahlkreises soll sofort in Angriff genommen werden. Mit einem Heilruf auf den Kandidaten schloß der erste Teil der Tagesordnung.

Bei der Eröffnung des zweiten Teiles sprach Herr Henningsen über den Prozeß Demmig gegen Henningsen. Er sei zwar verurteilt, aber Herr Demmig sei schlecht aus diesem Prozesse

hervorgegangen; mit Recht habe ihm der Mitangeklagte Herr Welge am Schlusse zugerufen: „Herr Demmig, Sie sehn es wohl selbst ein und Ihre Freunde werden es auch zugeben müssen, daß Sie sich unmöglich gemacht haben."

Es folgten nunmehr Aussprachen ernsten und heitern Inhalts. Der Verbandssekretär Amthor (Gelsenkirchen) überbrachte Grüße des Schwesterbandes „Westmark" mit dem Gelöbnis, daß die Westmark mit der Nordmark Hand in Hand arbeiten werde zum Heile unsers deutschen Vaterlandes. Herr Welge brachte in markigen Worten ein kräftig „Heil" auf Abg. Raab und alle Führer aus, das indes auch ausklang in den Ruf „Vorwärts! Deutschsozial allewege." Abg. Raab dankte und feierte mit einem „Heil" den Parteivorsitzenden, Liebermann von Sonnenberg.

Manchen Besucher dieser Vertrauensmänner-Sitzung wird dieser Tag in Stadthagen unvergeßlich bleiben, und wir können der festen Zuversicht sein, daß wir in Schaumburg-Lippe noch einmal den Sieg erringen werden.

Verband Westmark. Am 23. d. M. fand zu Gelsenkirchen in der Bismarckhalle eine Sitzung des Gesamtvorstandes statt. Es wurde beschlossen, den diesjährigen Verbandstag am 10. August in Duisburg abzuhalten. Alles nähere wird noch bekannt gemacht.

Unser hochverehrter Vorsitzender, Herr Amtsrichter Hoffmann, ist seinem Wunsche gemäß als Landrichter nach Stargard (Pom.) versetzt und muß uns leider schon am 1. Juli verlassen. Was er für unsern Verband und unsre Sache gethan hat, wir wissen es! Nie werden wir ihn vergessen und damit er dem Verbande Westmark erhalten bleibt, wurde Herr Landrichter Hoffmann einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt. Möge sich ihm auch in Stargard wieder ein Wirkungskreis für unsre Deutschsoziale Partei erschließen. Wir aber wollen ihm unsre herzlichsten Glückwünsche darbringen.

In Köln (Rhein) spricht am 4. Juli Abg. Liebermann von Sonnenberg.

Braunschweig. Der Vortrag des Abg. Raab in Wernigerode am 23. d. M. verlief außerordentlich günstig. Obwohl dort in unsrer Sache bis jetzt noch nichts geschehn war und an einem Sommerabend in einer Harzstadt eine öffentliche Versammlung ein sehr gewagtes Unternehmen ist, hatten sich doch ungefähr 150 Personen eingefunden. Der überreiche Beifall, der dem Abg. Raab am Schluß seiner Ausführungen zu teil wurde, bewies, daß der Herr Redner es verstanden hatte, die Herzen der anwesenden Bürger für unsre Sache zu gewinnen. Dreizehn Personen traten nach dem Vortrag dem Verband Braunschweig, dessen Parteisekretär, Herr Kemper, erschienen war, bei.

Bruno Emil König †. Wieder hat der Tod einen langjährigen Mitarbeiter unsers Blattes dahingerafft. B. E. König war von Haus aus preußischer Postbeamter und zwar gehörte er zur Klasse der längst ausgestorbnen Post-Expeditoren. Die unleidlichen Personalverhältnisse trieben ihn Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zum Austritt aus der Postverwaltung. Er gründete in Berlin eine Wochenschrift „Die Norddeutsche Post", die nach den Ereignissen der siebziger Jahre sich in eine „Deutsche Post" verwandelte. Schonungslos deckte er alle Schäden bei der Reichspost auf und bekämpfte insbesondre das autokratische Regiment Stephans. Das brachte ihm viele Anfeindungen ein, die ihn Mitte der siebziger Jahre zwangen, sein Wochenblatt eingehn zu lassen. Er hat sich dann schlecht und recht als Schriftsteller durch die Welt geschlagen. Von ihm liegen viele Werke vor, die insbesondre das postalische Gebiet betreffen. Aber auch über ein hübsches Erzählertalent verfügte er und die Leser antisemitischer Zeitungen verdanken ihm manche heitere Stunde. Unsrer Partei gehörte er seit ihrer Gründung als treues Mitglied an und vor allen Dingen ließ er es sich angelegen sein, zur Vertiefung der sozialpolitischen Forderungen unsrer Partei in diesen Blättern beizutragen. Am 17. d. M. starb er, 70 Jahre alt, in Leipzig-Schleußig. Wir werden ihm ein treues Angedenken bewahren.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173;
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller";
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_4$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 20. im „Schwarzen Walfisch"; am 27. Frauenberger Klosterbrauerei;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Ein uns unverständliches Urteil ist neulich in Glogau gefällt worden. Der bekannte Graf Pückler erhielt wegen Zerstörung einer Feldeisenbahn sechs Wochen Gefängnis. Hoffentlich wird die Berufungs-Instanz das Urteil aufheben und sich damit zu derselben Auffassung bekennen, aus der heraus mehre Gerichtshöfe schon eine Verurteilung des Grafen für seine Reden ablehnten.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Steckbrief. Gegen den Schriftsetzer jetzt Reisenden Samuel Goldlust, geboren am 10. März 1872 zu Kaschau, ist die Untersuchungshaft wegen Betrugs und qualifizierter Urkundenfälschung verhängt. Die Staatsanwaltschaft zu Hamburg sucht um Verhaftung.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Berliner Briefe von Ernst Böhme. Ein Zeitbuch mit Vorwort von Hofprediger a. D. Stoecker Hagen i. W. 1902. Preis?

Eines treuen Toten gesammelte „Berliner Briefe", die er unter dem Decknamen Eberlin als Artikel für die Zeitung „Volk" geschrieben hat, werden dem deutschen Lesepublikum zugänglich gemacht. Der Verfasser war ein junger Theologe, der als Sekretär der Berliner Innern Mission dem Hofprediger Stoecker bei seinem großen Lebenswerke treu zur Seite stand. Er war der Nachfolger des unvergeßlichen Pastor Walter Burkhard, in dessen Fußtapfen zu treten er sich bemühte und leider ist er ihm auch in jugendlichem Alter in den Tod gefolgt. —

Die Aufsätze sind in der Zeit vom 7. Februar 1899 bis zum 24. Juli 1901 in vierzehntägigen Zeiträumen geschrieben und schildern im Sinne christlich-sozialer Weltanschauung, was in den zwei Wochen die Hauptstadt bewegt hat. Neuigkeiten darf also der Leser des Buches darin nicht zu finden erwarten und ebensowenig welterschütternde Gedanken — Aber dennoch können wir nur jedem, der ein warmes Herz für die soziale Wiedergeburt unsers Volkes hat, zum Ankauf des Buches raten. Abgesehn davon, daß man an der Hand eines praktischen Sachregisters das Werk zum Nachschlagen über Ereignisse der Zeitgeschichte gut benutzen kann, bietet die Lektüre selbst stets neues Interesse durch die frische, geistvolle und farbige Schreibart. Böhme hatte im hohen Grade die Gottesgabe treffenden Humors. Mit warmer großer Liebe steht er zu den geistig und sozial notleidenden Volksschichten und mit scharfem Spott geißelt er die Verkehrtheiten der Gegenwart. — Das Buch wird dauernden Wert behalten.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!





den Bezug auf unser Blatt erneuert????????

Es ist die höchste Zeit!!!!!!!!!!

Bestellungen nehmen alle Zeitungsspediteure, Postanstalten, Postboten, Buchhandlungen und der Verlag, Berlin NW 52, entgegen. . . . .

Leipzig-Schleussig, den 17. Juni 1902.

Heute nacht 1 Uhr entschlief unerwartet nach kurzem schweren Kampf mein geliebter Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Schriftsteller

Bruno Emil König

im 70. Lebensjahr.

Um stilles Beileid bitten

die trauernden Hinterbliebnen

Mathilde König, geb. Röder. **Franz König.**
Anna Michel, geb. König. **Albert Michel.**

Der Reichstagsabgeordnete, prakt. Arzt **Vogel**, wünscht zu Beginn der Reisezeit sein herrlich gelegnes, wohl ausgestattetes Anwesen

Kurhaus Oberweiler

bei Badenweiler, Haltestelle Hasenburg

als **angenehmen Sommeraufenthalt** für Nervöse, Erholungsbedürftige und Sommerfrischler in Erinnerung zu bringen. — Rekonvaleszenten finden alle gewünschte Berücksichtigung in Kost und Pflege nach ärztlicher Vorschrift. — Näheres brieflich.



Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose, Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm., Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schramsweg 2.
Geöffnet von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.
Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Bad Kissingen.
Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
jenseits der Saale,
empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
Großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz. Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Jeder Leser

braucht einen **Kautschukstempel.** Von 2,70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.
Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate
E. Kaiser gen. **Stempel-Kaiser**
Berlin N., Invalidenstr. 100.

Frankfurt a M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das **Tuchhaus Boetzkes** i. Düren 1 (Rhld.)

Bad Pyrmont.
Richters Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

Westf. Landschinken,
nach Bauernart trocken geräuchert, **Rundschnitt**, ohne Bein, 1,05 Mark, empfiehlt (unbekannt Nachnahme)
Aug. Heidemann,
Rödinghausen bei Bünde i. W.



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2.50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 3. Juli 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 724.

Monats-Spruch.

Das israelitische Volk hat niemals viel getaugt, wie es ihm seine Anführer, Richter, Vorsteher, Propheten tausendmal vorgeworfen haben; es besitzt wenig Tugenden und die meisten Fehler andrer Völker.

Wolfgang von Goethe, Wilhelm Meisters Wanderjahre, 2.2.

Das ist die bittre Aloe!

Sie hat bekanntlich scharfe Stacheln, und wenn man unvorsichtig damit hantiert, kann man sich gründlich in die Finger stechen. Aber in dem Saft der Aloe, auch wenn er bitter schmeckt, wohnt Heilkraft. — Dies nur zur Einleitung.

Bei Entgegennahme des Ehrentrunks im Rathaussaale zu Aachen hielt der Kaiser eine Ansprache an den Oberbürgermeister, in der er sagte:

„Unter der Sorge um das Welt-Imperium verloren die spätern Kaisergeschlechter das germanische Volk und Land aus dem Auge. Sie zogen gen Süden, um das Welt-Imperium aufrecht zu erhalten und vergaßen Germaniens darob. So mußte allmählich unser deutsches Land und Volk verkommen. **Gleich wie bei der Aloe, wenn sie ihre Blüte treibt, die ganze Kraft der Planze sich zu dieser einen Aufgabe aufrafft und hoch emporstrebend Blüte auf Blüte entwickelt und das Auge des staunenden Beschauers fesselt, derweilen nun die Pflanze selber zusammenbricht und ihre Wurzel verdorrt: so erging es auch dem römischen Kaisertum deutscher Nation.**"

Wenn wir nicht leider von der Rede am Sparenberge, von der programmatischen Erklärung an der Müngster Brücke und von schier zahllosen andern Gelegenheiten her wüßten, daß zu unserm Verhängnisse schöne Gedanken des Kaisers nie von denen verwirklicht werden, die dazu berufen sind, würden wir eine herzliche Freude über den Vergleich mit der Aloe empfinden.

Schärfer und drastischer als in dem Bilde der Pflanze, die alle Säfte fürs Treiben von farbenprächtigen, aber rasch vergänglichen Blüten verwendet und deren Wurzel darob verdorren, kann man unsre gegenwärtigen Zustände im neuen Deutschen Reiche gar nicht darstellen.

Um des trügerischen Glanzes willen, womit eine überproduzierende Industrie und der künstlich geförderte Welthandel die Gegenwart vergolden, lassen wir die starken Wurzeln unsrer Kraft verdorren.

Der Bauernstand und die übrigen Glieder des einst starken und zufriednen Mittelstandes verarmen und verkommen. Die Geburtenziffer gerät in rückläufige Bewegung, das Rekrutenmaterial geht körperlich und moralisch zurück.

Mögen die berufnen Gärtner unsers Volksgartens dafür sorgen, daß die Wurzeln der Aloe sich wieder im Erdboden befestigen und ein Teil der geilen Blüten beschnitten werden, die die Säfte verbrauchen, ohne Nutzen für die ganze Pflanze zu schaffen.

Die Krisis in unserm Erwerbsleben.

Es ist eine nicht nur allbekannte, sondern auch allseitig tief und schmerzlich empfundne Thatsache, daß unser ganzes Erwerbsleben, soweit es von Handel und Industrie abhängig ist — die Landwirtschaft geht ja schon seit Jahrzehnten dem Ruine entgegen —, seit ungefähr zwei Jahren in stetem und schnellem Rückgang begriffen ist. Die Generalstäbler des Judentums und des mit diesem verbündeten, teils offen eingestandnen, teils verkappten Freihandels müssen es also erleben, daß die von ihnen am Anfange der neunziger Jahre unter betäubendem Geschrei durchgesetzte Handelsvertragspolitik noch vor Ablauf dieser unglückseligen Verträge kläglichen Bankrott erleidet.

Man wird die vorhandne Krisis nur dann ganz verstehn können, wenn man sich die bisherige Handelspolitik des neuen Deutschen Reiches in ihren einzelnen Abschnitten kurz ins Gedächtnis zurückruft. Als Ausgangspunkt müssen wir in dieser Hinsicht das Jahr 1866 nehmen, da damals schon im wesentlichen die staatsrechtliche Lage geschaffen wurde, die durch die Erfolge des glorreichen deutsch-französischen Krieges formell gekrönt wurde.

Diese erste Periode gehörte dem Freihandel. Die kaum erhoffte Höhe der erzielten Erfolge hatte das patriotische Empfinden zu einem Grade emporgehoben, daß man fast von einer gewissen physischen Trunkenheit sprechen konnte. Es genügte vollständig, irgendeinem Bestreben die Bezeichnung „frei" beizulegen, um des gewünschten Erfolges sicher zu sein; Gewerbefreiheit, Wucherfreiheit, Gründerfreiheit, Freizügigkeit und Freihandel, das waren die herrlichen Geschenke, die die goldne Internationale dem neugegründeten Reiche als Patengaben in die Wiege legte.

Namentlich die Gründerfreiheit und der Freihandel haben um diese Zeit wahre Orgien gefeiert; möglich wurden diese Zustände nur durch die im deutschen Blute liegende ehrliche mystisch-schwärmerische Ader. Der Feldzug, den das „auserwählte Volk" damals gegen seine deutschen Gastgeber führte, richtete sich übrigens nicht allein gegen sein Portemonaie, sondern auch gegen sein Herz. Das unaufhaltsam und in Haufen rollende Gold bethörte mit seinem gleißenden Schein die Massen derart, daß eigentlich erst von dieser Zeit ab der Erwerbssinn alle andern guten Eigenschaften im deutschen Nationalcharakter überwucherte; von jener Zeit her stammt die fieberhafte Hast, die wachsende Skrupellosigkeit in unserm Geschäftsleben, die jeder ehrliche Deutsche mit Schmerz zu beobachten täglich Gelegenheit hat. Die Hauptrufer im Streite waren die Juden Lasker und Bamberger, der berüchtigte Ausreißer von Kirchheimbolanden*), was natürlich zahlreiche

*) Bamberger hatte 1848/49 nach Kräften mitgearbeitet, die bayerische Pfalz in die Revolution hineinzuhetzen; als es am 14. Juni 1849 bei Kirchheimbolanden zum Kampfe zwischen den Aufständischen und den Truppen kam, brachte B. seinen koschern Körper schleunigst in Sicherheit; er flüchtete später nach Paris, wo er sich in allen Kniffen der Börse und Großfinanz eine selbst für einen Juden staunenswerte Fertigkeit erwarb.

Deutsche nicht hindern konnte, die Rolle des blinden Hödurs zu ergreifen und mit Pauken und Trompeten in dem Konzerte mitzuwirken, in dem diese beiden Juden die erste Violine spielten. Die Folgen dieses herrlichen Spiels der freien Kräfte — ein allerliebstes Spiel, in dem Juden und diesen gesinnungsverwandten Finanzgenies mit ehrlichen Leuten solange Fangball spielen, bis den letztern der Atem vergeht — waren die bekannten: Der Krach 1873/74 und die Misère der nachfolgenden Jahre.

Ende der siebziger Jahre trat dann der Umschwung ein, indem Fürst Bismarck seine berühmte nationale Schutzzoll-Politik inaugurierte; daß hierbei die Industrie zu kurz gekommen sei, ist auch von dieser nie behauptet worden, aber die Landwirtschaft bekam vorerst nur den außerordentlich mäßigen Schutz von einer Mark auf den Doppelzentner Brotgetreide; in voller Erkenntnis der Unzulänglichkeit dieses Satzes wurde er am 22. Mai 1885 und 21. Dezember 1887 auf 3 Mark und 5 Mark erhöht.

Dieser Satz war nun zwar in keiner Weise ein genügender Ausgleich gegenüber den der Industrie durch Zollschutz zugesicherten Vorteilen und würde auch keinesfalls hingereicht haben, die schwer erkrankte Landwirtschaft wieder gesunden zu lassen, und doch war er gewissen Leuten ein Dorn im Auge. Das Judentum war inzwischen durch den allmählig wachgewordnen antisemitischen Geist wohl scheinbar etwas zurückgedrängt worden, wirkte aber desto eifriger hinter den Kulissen. In der politischen Oeffentlichkeit traten seine Wortführer nur mehr auf dem revolutionär-radikalen Flügel auf, dessen bethörte Massen vom Obergenossen Singer mit großer Geschicklichkeit als Kerntruppen im Kampfe für die jüdische Weltmacht verwandt wurden und werden.

Immerhin aber waren in diesem Kampfe keine wesentlichen Erfolge zu verzeichnen, so lange die langerprobte und sichere Hand des Altreichskanzlers das Staatsruder führte; kaum aber hatten die bekannten beklagenswerten Ereignisse ihm das Heft entwunden, als ein allgemeiner Sturmlauf auf das bestehende Wirtschaftssystem begann. Und diesmal gelang der Sturmlauf sehr gründlich; die Folgen waren die unglücklichen Caprivischen Handelsverträge.

Die Ergebnisse eines wirtschaftlichen Experimentes in Zahlen auszudrücken ist zwar sehr schwer, immerhin aber nehmen alle Volkswirte ziemlich einstimmig an, daß die sicherste Grundlage in dieser Richtung die Bevölkerungsbewegung sei. Unser Vaterland zeigt eine außerordentlich starke Bevölkerungszunahme. In dem Jahrzehnt 1890/1900 — es ist also im wesentlichen das Jahrzehnt der Handelsverträge — stieg die Bevölkerung des preußischen Staates von 29 957 000 Einwohner auf 34 463 000 Einwohner also um 4 506 000 = 15 v. H.

Wo ist nun dieser gewaltige Zuwachs geblieben? Bei einigermaßen aufmerksamer Beobachtung heben sich innerhalb Preußens sehr genau drei große Auffangungsgebiete ab; das erste ist die Stadt Berlin mit ihrer Umgebung, das zweite, das Rhein-Ruhr-Revier und das dritte, die über den ganzen Staat verstreuten übrigen Großstädte.

Berlin mit seiner Umgebung, also den Stadtgemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf, sowie den Landkreisen Teltow und Niederbarnim hatte 1890 insgesamt 2 066 000 Einwohner, diese Zahl stieg bis 1900 auf 2 824 000, also um 37 v. H. oder absolut um 758 000.

Das Rhein-Ruhr-Revier, bestehend aus den Stadtkreisen Dortmund, Bochum, Witten, Gelsenkirchen, Hagen, Duisburg, Oberhausen, Essen, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Remscheid, Solingen, Mülheim (Rhein) und Köln, sowie den Landkreisen: Recklinghausen, Dortmund, Hörde, Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen, Hagen, Schwelm, Mühlheim (Ruhr), Ruhrort, Essen, Düsseldorf, Mettmann, Lennep, Solingen und Mülheim (Rhein), Gesamtgebiet nur 4000 Geviertkilometer gleich knapp 80 Geviertmeilen, vermehrte von 1890 bis 1900 seine Bevölkerung von 2 475 000 auf 3 664 000, also um 48 v. H. oder absolut um 1 189 000.

Die Großstädte entwickelten sich folgendermaßen:

a) im Osten

Königsberg	von	162 000	auf	188 000,	Zuwachs	=	26 000
Danzig . .	„	120 000	„	141 000,	„	=	21 000
Stettin . .	„	117 000	„	211 000,	„	=	94 000
Posen . . .	„	70 000	„	117 000,	„	=	47 000
Breslau .	„	335 000	„	423 000,	„	=	88 000
		804 000	„	1 080 000,	„	=	276 000

Zuwachs gleich 34 v. H.

b) in der Mitte

Kiel	von	69 000	auf	108 000,	Zuwachs	=	39 000
Altona . . .	„	143 000	„	162 000,	„	=	19 000
Hannover .	„	164 000	„	236 000,	„	=	72 000
Magdeburg	„	202 000	„	230 000,	„	=	28 000
Halle . . .	„	101 000	„	157 000,	„	=	56 000
Kassel . . .	„	72 000	„	106 000,	„	=	34 000
		751 000	„	999 000,	„	=	248 000

Zuwachs gleich 33 v. H.

c) im Westen. (6 Großstädte zählen zum Rhein-Ruhr-Revier).

Frankfurt	von	180 000	auf	288 000,	Zuwachs	=	108 000
Krefeld .	„	105 000	„	107 000,	„	=	2 000
Aachen . .	„	103 000	„	135 000,	„	=	32 000
		388 000	„	530 000,	„	=	142 000

Zuwachs gleich 37 v. H.

Von der Total-Bevölkerungszunahme von 4 506 000 Einwohnern kommen somit auf diese drei Konzentrationslager 2 613 000 Einwohner, es bleiben also für das ganze übrige Land 1 893 000 Einwohner.

Auch das würde noch genügen, wenn die Sache nicht noch einen andern gewaltigen Haken hätte. Es hat sich nämlich nur die absolute Bevölkerungszahl um die vorige Ziffer vermehrt, keineswegs aber ist gleichzeitig auch die Anzahl der Erwerbsthätigen in entsprechendem Maße angewachsen, was volkswirtschaftlich von ungeheurer Bedeutung ist.

Hätten sich die angegebnen drei Auffaugungsschwämme nur nach Maßgabe des Staatsdurchschnitts vermehrt, so würde ihre Bevölkerung nur um 972 000 Einwohner gestiegen sein, da sie aber thatsächlich um 2 613 000 anwuchs, haben diese drei Gebiete aus dem übrigen Lande 1 641 000 Menschen an sich gezogen. Zweifellos war die weit überwiegende Mehrzahl hierunter — sagen wir rund anderthalb Millionen — im erwerbsfähigsten Alter, und daß unter diesen Umständen das Menschenleben auch einen erheblichen materiellen Wert hat, ist nie bestritten worden. Die Dortmunder Handelskammer schätzt in ihrem letzten Jahresbericht diesen Wert auf 5 000 Mark, nehmen wir ihn vorsichtigerweise indes nur auf 3 000 Mark an, so ergiebt das schon die ungeheure Summe von viereinhalb Milliarden, für welchen Betrag den drei bevorzugten Gebieten Menschenmaterial kostenfrei zugeführt worden ist.

Wer dies Material geliefert hat, ist kein **Geheimnis**: Die Landwirtschaft und nur die Landwirtschaft ist es gewesen, denn auch die mittlern und kleinern Städte haben fast durchgehend befriedigend, teilweise sogar ebenfalls sehr stark zugenommen. Was kann es diesem Verlust an Menschen gegenüber verschlagen, wenn während des gleichen Zeitraums der Landwirtschaft durch Getreideschutzzölle ein Betrag von eineinviertel **Milliarde** Mark zugewendet wurde? Die Bilanz ergiebt immer noch ein **Defizit** von über drei Milliarden!

Man muß diese Zahlen ihrer ganzen **Bedeutung** nach würdigen, um zu verstehn, wie die landwirtschaftlichen Kreise in letzter Zeit immer wieder mehr Neigung zum **Freihandel** verraten. Fällt für die Folge jeder Schutzzoll überhaupt fort, so arbeitet die Industrie, die nach den gegenwärtigen Verträgen ins Ungeheure hinein begünstigt ist, unter gleichen **Bedingungen** wie die Landwirtschaft. Die erstere kann der **letztern** ihre Arbeiter nicht mehr fortnehmen und letztere arbeitet **selbst dann** unter relativ günstigern Bedingungen, falls sich der **Getreidepreis** — was aber nicht zu erwarten ist — um den **ganzen Betrag** des fortfallenden Zolles ermäßigen sollte.

Freilich würde in diesem Falle die halbe Milliarde, die Deutschland bisher jährlich an Zöllen einnahm, anderweitig gedeckt werden müssen, freilich würde dann das mit hohen Schutzzoll-Mauern umgebne Ausland den inländischen Markt erbarmungslos überschwemmen, freilich würden jährlich wieder hunderttausende von Deutschen, wie auch früher zu Zeiten des Freihandels über den Ozean gehn, um dort die Macht des grimmigsten unsrer wirtschaftlichen Feinde stärken zu helfen, aber was kümmert das denn die Herren von der goldnen Internationale? Für sie würde sich die Sache nicht verschlechtern, im Gegenteil würde bei dem allgemeinen Zusammenbruch eine ganze Reihe ihrer noch nicht genügend versorgten Stammesgenossen es verstehn, sich an Stelle der ins Proletariat hinabsinkenden Deutschen zu setzen.

Unwillkürlich drängt sich hierbei die Frage auf, ob es denn bei dem Widerstreit der landwirtschaftlichen und industriellen Interessen nicht möglich ist, einen Ausgleich zu finden. Die Antwort ist sehr leicht, wenn wir uns um ein Jahrzehnt zurücksetzen und doch die inzwischen gemachten Erfahrungen berücksichtigen. Schon im Jahre 1890 befand sich die Landwirtschaft seit etwa 20 Jahren in einer schiefen Lage, die aufstrebende Industrie hatte ihr fortgesetzt in erheblichem Maße Menschenkräfte fortgenommen und hierdurch eine Wirkung hervorgebracht, die mit einer langsamen Blutentziehung zu vergleichen ist.

Es bot sich deshalb die schönste Gelegenheit, das gestörte Gleichgewicht der Kräfte wieder zu ordnen und nach dem ewig richtigen Grundsatz des National-Oekonomen Friedrich List die einzelnen Erwerbszweige der Nation in harmonischer Entwicklung unter besondrer Rücksichtnahme auf die schwächern Gruppen zum höchsten Grade der erreichbaren Vollkommenheit zu bringen und den nationalen Zweck einer dauernden Entwicklung produktiver Kräfte dem pekuniären Vorteil Einzelner vorzuziehn.

Aber es wurde damals anders beliebt; anstatt den der Landwirtschaft gewährten Schutz (damals 5 Mark für den Doppelzentner der eigentlichen Brotfrucht) wenn möglich um ein geringes zu erhöhen, wurde er um ein Drittel also auf 3,50 Mark erniedrigt. Diese Doktor Eisenbartsche Kurmethode eines plötzlichen, gewaltigen Aderlasses nach schon vorhergegangner Blutentziehung konnte die Landwirtschaft nicht mehr vertragen und die Folgen liegen für jeden, der sehn will und kann, klar zu Tage.

Vielleicht könnte man bei starkem Optimismus diese Lage mit minderer Betrübnis ansehn, stände diesem schrecklichen Verluste auf der andern Seite ein entsprechender Gewinn gegenüber. Aber wie sieht es denn mit der Industrie aus, auf deren Emporblühen die Handelsvertragspolitik zugestandnermaßen einseitig zugeschnitten war? Nach einem pilzartigen, von jedem Verständigen schon lange als ungesund erkannten Emporschnellen erleben wir jetzt einen Rückschlag, dessen Ende noch lange nicht abzusehn ist.

Auch ist es nicht schwer, sich klar zu machen, wie es mit der Industrie aussehn würde, wäre es bei Abschluß der Handelsverträge anders gekommen, d. h. hätte man die Landwirtschaft mehr geschützt. Allerdings wären dann unsre Fortschritte auf dem Weltmarkte minder schnell gewesen, aber ein Rückgang oder auch nur ein Stillstand wäre trotzdem nicht denkbar gewesen, weil um diese Zeit auf der Seite der Industrie denn doch schon allzu große Kräfte an Kapital, sowie an menschlicher Nerven- und Muskelkraft angehäuft waren, die nach Bethätigung strebten.

Die Aufwärtsbewegung wäre ruhiger und stetiger gewesen, die beiden Konzentrationslager Berlin und die Rhein-Ruhr-Gegend, sowie die Großstädte hätten sich, zusammengenommen, anstatt um $2^2/_3$ Millionen vielleicht nur um die Hälfte vermehrt, die übrigen $1^1/_3$ Millionen wären jetzt auf dem Lande, wo man ihrer so sehr bedarf, statt, daß sie jetzt in allen Industrie-Gegenden auf der Straße herumliegen; für jeden fleißigen Arm der Arbeit sucht, wäre solche auch zu finden; anstatt mit Angst und Schrecken könnten wir getrosten Mutes in die Zukunft sehn und — einige hundert Juden und Jobber wären ein jeder um ein paar Millionen ärmer, die sie bei den „schlechten Zeiten“ ängstlich behüten und bewahren müssen, ohne, daß sie ihre befruchtende Kraft auf das geschäftliche Leben ausüben können.

Aber eine solche Entwicklung paßte nicht zu den Plänen des Judentums. Die Sprößlinge des auserwählten Volkes waren mit der Zeit fortgeschritten und es müde geworden im Schweiße ihres Angesichtes von einem Gutshofe zum andern zu wandern und den Besitzer im Getreide-, Vieh- oder Wollhandel zu betrügen und allenfalls nebenbei den einen oder andern Hof auszuschlachten, umsomehr als ihnen diese ohnehin beschwerliche Thätigkeit immer mehr durch die bösen Antisemiten erschwert wurde, es mußte daher eine leichtere, sichere und vollkommnere Methode gefunden werden, die das Streben nach der Weltherrschaft in höherm Maße begünstigte.

Und diese Methode fand sich, indem man dem Deutschen Volke mit List und Gewalt eine Wirtschaftsmethode aufzwang, die immer neue Menschenhaufen vom Osten und vom platten Lande her, wo ihre planmäßige Verwendung und Leitung den „Herren unsrer Zeit“ zu große Mühe machte, in die eben erwähnten Konzentrationslager hineinpeitschte, wo sie den Zweck ihres Daseins, „an der Vermehrung von Juda's Ruhm mitzuarbeiten“ besser erfüllen konnten.

Hier, auf engem Raume zusammengepfercht, mußten ungeheure Mengen von Werten produzirt werden, von denen die Abkömmlinge Abrahams, Isaaks und Jakobs vermittelst ihrer genialen Erfindung, „Börse“ genannt, in aller Gemütsruhe ihre Prozente einziehn konnten und hier konnten die naiven und bethörten Arbeitermassen so wunderschön als Hurrahkanaille in dem mit vergifteten Waffen geführten Kampfe gegen „ostelbische „Junker“ und „Brotwucherer“ Verwendung finden.

Es konnte garnicht anders kommen, als daß dieses System für die Industrie eine geile Blüte im Gefolge hatte und da war denn wieder eine schöne Gelegenheit, das hohe Lied des Lobes anzustimmen von der unergründlichen Weisheit der Handelsvertrags-Parteien, von den schärfsten Scharfmachern an bis zu den rotesten Sozialdemokraten.

Mit der Landwirtschaft freilich war es anders. Hier gab es Leute, die die unverschämte Behauptung aufstellten, die moderne Entwickelung habe ihrem Gewerbe die Rolle einer unbezahlten Amme zugewiesen; sie — die Landwirtschaft — wolle diese Rolle ja gern und unverdrossen weiter spielen, aber man möge ihr doch wenigstens nicht den letzten Bissen Nahrung fortnehmen, sonst sei sie beim besten Willen nicht mehr imstande, die Menschen, die das Vaterland und vor allen Dingen dessen liebe Juden bedürften, heranzufüttern. Zum Beweise führten sie — wenn auch nicht grade mit den nachfolgenden authentischen Zahlen — dem Sinne nach folgendes aus. Bei der Gewerbszählung des Jahres 1882 hatten die drei größten Erwerbsgruppen in runden Summen an Berufsangehörigen aufzuweisen: Landwirtschaft $19^1/_4$, Industrie 16 und Handel $4^1/_2$ Millionen; hätten sich diese Zahlen nach allen drei Seiten hin in gleicher Weise fortentwickelt, so wäre man im Jahre 1895 bei nachstehenden Ziffern angelangt gewesen: Landwirtschaft $21^3/_4$, Industrie 18 und Handel 5 Millionen, statt dessen war aber das wirkliche Verhältnis der amtlichen Zählung folgendermaßen: Landwirtschaft $18^1/_2$, Industrie $20^1/_4$ und Handel 6 Millionen.

Mithin, behauptete die Landwirtschaft, habe sie den beiden andern Erwerbszweigen $3^1/_4$ Millionen Menschen kostenlos herauffuttern müssen. Das habe ihr an barem Gelde etwa 10 Milliarden Mark gekostet und ihre Kräfte erheblich überstiegen. Sie bäte jetzt inständigst, man möge sie wieder zu Kräften kommen lassen, damit sie die ihr nun einmal zuteil gewordne Aufgabe, dem ganzen Staatsbau als Grundlage zu dienen, weiter erfüllen könne.

Auf solche unerhörte Bedientenfrechheit verfehlten die Herren Levysohn, Pincus, Saling, Baruch und wie sonst alle die erleuchteten Geister heißen, die sich selbst zu der hohen Aufgabe berufen haben, den dummen Deutschen klar zu machen, welche Wege ihr Wirtschafts- und Geistesleben einzuschlagen hat, natürlich nicht die gebührende Antwort zu geben. Wozu

hatte denn auch das Judenvolk, das hehre, mindestens drei Viertel der ganzen Presse unter seine liebevolle Obhut genommen? Und alsbald begannen die Rotationsmaschinen viele Millionen von Blättern ins Land hinauszuspeien, in die man — um nach berühmten Mustern zu reden — ruhig diese ganze erbärmliche Landwirtschaft, um derentwillen so viel Geschrei gemacht wurde, hätte einwickeln können.

Und auf diesen papiernen Erzeugnissen stand geschrieben: „Wenn die Landwirtschaft nicht recht gedeihe, so liege das lediglich an der Dummheit, Faulheit und Starrköpfigkeit dieser verkommenen Junker, die in ihrem mittelalterlichen Dünkel nicht mit der Zeit fortzuschreiten verständen; ihre Arbeiter hätten ganz recht, wenn sie davonliefen und in die Stadt zögen. Was bilde sich denn so ein Junker von Habenichts eigentlich ein? Glaube er denn vielleicht, daß ein Gut, das vor einem Menschenalter einen Wert von hunderttausend Thalern gehabt habe, diesen Wert auch noch heute haben müsse? Seien denn nicht in der gleichen Zeit die Grundstücke und Paläste in den Großstädten, worin das so lange grausam unterdrückte Judenvolk im Handel mit alten Hosen und dergleichen schönen Sachen endlich ein einigermaßen erträgliches Dasein führe, in demselben Maße gestiegen? Und sei es denn nicht eine ganz natürliche Folge des herrlichen Spieles der freien Kräfte, daß hier ein Ausgleich eintrete? Besagter Junker, Gutsbesitzer, Bauer oder Büdner möge nur zunächst einmal zwei Drittel von seinem Besitztum ‚abschreiben', fleißig vom Morgen bis zum Abend arbeiten, einfach leben (Morgens Haferbrei, Mittags Kartoffeln und Hering, Abends Kartoffeln und saure Milch) und nebenbei aufmerksam die landwirtschaftlichen Beilagen der freisinnigen Blätter studieren, um wenigstens etwas Verstand in seinen dummen Schädel hineinzubekommen. Dann werde sich schon mit der Zeit sein Besitztum angemessen rentieren. Freilich sei der Fall denkbar, daß dies Rezept mit dem ‚Abschreiben' darum nicht praktisch durchführbar sei, weil infolge früherer ‚Mißwirtschaft' schon so viel auf das Gut ‚hinaufgeschrieben' war, daß zum Abschreiben nichts mehr übrig blieb. Aber dann sei ja die Sache erst recht einfach! Fort, möglichst schnell fort mit solch einem leichtsinnigen Schuldenmacher von Haus und Hof, möge er seine starken Knochen der ‚blühenden Industrie' zur Verfügung stellen oder allenfalls als Hausknecht oder Portier bei Tietz oder Wertheim (Junker haben ja häufig keine üblen Figuren) sein unwürdiges Leben weiter fristen, jedenfalls aber seine Besitzung intelligentern und ‚feinern' Leuten überlassen."

Als die verschiednen Michels in Stadt und Land diese schneidige und abgrundtiefe Weisheit der modernen Salomones lasen, schoben sie sich die Schlafmützen etwas höher, kratzten sich dann die Köpfe, um den Scharfsinn anzuregen, und reflektierten folgendermaßen. Die städtischen Michel — namentlich im Westen des Vaterlandes — hatten noch nie einen richtigen Junker gesehn, dafür aber soviel von ihm gehört und gelesen, daß sie damit vollständig genug und nach weiterm kein Verlangen hatten. Die Michels auf dem Lande hatten schon Junker gesehn, noch nie aber waren sie von einem betrogen oder auch sonst nur schlecht behandelt worden. Aber das hatten die Junker jedenfalls nur aus Furcht vor der scharfen Ueberwachung durch die Juden und Freisinnigen unterlassen oder es waren eben ausnahmsweise anständige Junker gewesen. Mit Juden hatten alle Michels schon zu thun gehabt, die Juden sind eben freundliche Leute und sprechen gerne auch mit dem geringen Manne freundlich und leutselig. Betrogen waren neun Zehntel aller Michels einmal oder mehremale von einem Juden auch schon . . . ; hier brachen die Michels ihre Reflexionen plötzlich ab und gaben ihren Gedanken eine andre Richtung, man lebt durchgemachten Aerger nicht gerne noch einmal in Gedanken nach; außerdem waren jedenfalls die betreffenden Juden nur einige der räudigen Schafe gewesen, die man in jeder Herde antrifft. Im übrigen leuchtete es den Michels vollkommen ein, daß das Spiel der freien Kräfte wohl ein schönes Spiel sei, blühten denn die Städte, die Industrie, der Handel nicht immer herrlicher empor? Wenn auf dem Lande das Gegenteil der Fall war, so konnte das natürlich nur daran liegen, daß die eingebildeten Junker und einfältigen Bauern zu dumm waren, um die Spielregeln zu lernen und gegen die Dummheit ist eben kein Kraut gewachsen.

Der Tanz um das goldne Kalb ging unterdessen noch ruhig weiter. Da plötzlich vor etwa zwei Jahren machten sich dumpfe Geräusche wie das Rollen eines fernen Donners — einstweilen nur erst für den Sachverständigen zu erkennen — bemerkbar. Auf das erste Zeichen hin brachten die gefährlichsten unsrer Parasiten, die Getreide-, Börsen- und Kohlen- und sonstigen Juden mit ihren Zuhältern ihren zwischenzeitig erjobberten Raub in Sicherheit; diesem Vorgange folgte allgemeines Mißtrauen, dem Mißtrauen Furcht, der Furcht Geschäftsstockung, der Geschäftsstockung der Krach und dem Krach das Elend!

So steht denn das Deutsche Volk an einem Abgrunde, einem Abgrunde, an den es seine eignen Juden geführt haben und dessen Tiefe einstweilen noch nicht zu ermessen ist.

Wie die Heilung zu bewerkstelligen ist, kann jeder Denkende leicht sagen: 1. Hilfe um jeden Preis für die Landwirtschaft und 2. Abschüttlung des Judenjoches und der Judenfurcht.

Deutsch-Englisches.

In Bezug auf die Erkrankung des König Eduard schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Deutsche Volk vereine sich mit dem Kaiser und dem Königlichen Hause in aufrichtiger Teilnahme und dem Wunsche, daß dem kranken König Eduard eine baldige Genesung beschieden sein möge. Die „Hamburger Nachrichten" hatten dagegen Einspruch erhoben, daß die „N. A. Z." sich in einer Kundgebung bei der Erkrankung des Königs von England zum Dolmetsch der Gefühle des Deutschen Volkes gemacht habe, wobei durch die Berufung auf die übereinstimmende Auffassung des Deutschen Volkes letzters zu einem Widerspruch provoziert werde. Hierauf wurde offiziös entgegnet, das Hamburger Blatt sei mit diesem Protest dem Empfinden unsers Volkes kaum gerecht geworden. Die Redewendung der „N. A. Z." enthalte eine Empfindung, die für jeden fühlenden Menschen selbstverständlich sei, und man würde das Deutsche Volk beleidigen, wenn man annehmen wollte, daß sie von ihm nicht geteilt werde.

Wir geben den „Hamb. Nachr." durchaus recht, wenn sie die „N. A. Z." für gänzlich ungeeignet halten, sich als Dolmetscher für die Empfindungen des Deutschen Volkes aufzuspielen. Die genannte Zeitung ist nur die Wetterfahne der fortwährend wechselnden Windströmungen in den obern Regionen und liefert dem Deutschen Volke fortgesetzt die Beweise, daß man dort gar keine Fühlung mit dem Volksempfinden hat.

Aber wir geben dem offiziösen Blatte insofern recht, als die Mehrzahl wohl dem kranken Herrscher von England Genesung wünscht, d. h. Zeit und Gelegenheit zu sühnen, was früher gesündigt wurde. Aber von „aufrichtiger Teilnahme", die bei dem Kaiser als einem nahen Blutsverwandten Eduards des Siebenten natürlich ist, kann man im Volke wenig spüren.

Das „Berliner Tageblatt", also das Sprachrohr desjenigen Volkes im Volke, dessen Interessen am besten durch unsre gegenwärtige Regierungs-Politik gefördert werden, läßt sich aus London schreiben, es sei sehr zu bedauern, daß König Eduard nicht den Krönungszug der Kinder hätte ansehn können. Er sei doch stets ein hervorragender „Kinderfreund".

Was sagt die „Norddeutsche Allgemeine" zu dieser Form aufrichtiger Teilnahme?

Aber auch in deutschen Volkskreisen hat die Thronbesteigung nicht das Gedächtnis an den ehemaligen Prinzen von Wales und seine Thaten ausgelöscht. Man möge sich also in der offiziösen Welt vor Ueberschwänglichkeiten hüten und sich lieber darauf beschränken, die außerordentlich ergebne Zuneigung der höchsten Kreise für den König von England zu registrieren.

Auf Befehl des Kaisers haben die Kriegsschiffe im Kieler Hafen je drei englische Flaggen hissen müssen und die Besatzung ist zu dreimaligem Hurrah für den König von England

kommandiert worden, der unsrer Flotte die Ehre erwiesen hat, den ihm vom Kaiser angebotnen deutschen Admirals-Titel anzunehmen. Bekanntlich war der neue Admiral auch stets hervorragender Wasserfreund.

Weniger erfreulich ist eine andre unfreiwillige Bethätigung deutsch-englischer Beziehungen. Vor Kuxhaven hat der englische Kohlendampfer „Firsby“ das deutsche Torpedoboot „S 42“ in den Grund gebohrt. Von den 24 Mann an Bord sind der Schiffsführer Kapitän Rosenstock v. Rhöneck, der Obermaschinistenmaat, ein Maschinistenmaat, ein Heizer und der Stewart tot. Gerettet ist die übrige Besatzung und vier oder fünf Engländer, die, von der Regatta Dover-Helogland kommend, sich als Passagiere an Bord befanden.

Der Kapitän des englischen Kohlendampfers ist vom Seeamt in Kuxhaven freigesprochen worden, also unschuldig an dem Unglück. Das ist nur gut, denn sonst hätten wir vielleicht unfreundliche Auseinandersetzungen mit den Engländern gehabt, die unter allen Umständen vermieden werden müssen.

Ueber alles Lob erhaben ist wieder die Haltung des deutschen Seeoffiziers gewesen. Seinen ruhigen und zweckmäßigen Anordnungen im Augenblicke der höchsten Gefahr ist es zu verdanken, daß die Mehrzahl der Besatzung und vor allen Dingen, daß die als Gäste auf dem Schiffe befindlichen englischen Offiziere gerettet sind. Er selber ist, wie das in solchen Fällen unter Deutschen üblich ist, den Tod der Pflicht gestorben. — Als der Prinz Ludwig Napoleon, der Sohn der Kaiserin Eugenie, im Zululande unter Bedeckung einer englischen Schwadron einen Rekognoszierungs-Ritt unternahm, fiel er unter den Assagais der Zulukrieger, die einen unvermuteten Angriff auf die Engländer machten. Die Schwadron mit ihren Führern kam vollzählig im Lager wieder an. Der Leichnam des jungen Prinzen verblieb den Zulus zur Kurzweil. Ländlich — schändlich.

Noch eines deutsch-englischen Vorkommnisses soll hier gedacht werden. Aus Danzig wird unterm 26. Juni gemeldet: „Als das Panzerschiff ‚Hagen‘ auf der hiesigen Reede eintraf, verließ grade der in Glasgow beheimatete Dampfer ‚Derpark‘ den Hafen von Neufahrwasser, um nach Stralsund zu dampfen. Da der Dampfer keine Flagge gehißt hatte, forderte ihn der Kommandant des ‚Hagen‘ auf, seine Nationalität zu zeigen, was nicht erfolgte. Darauf stoppte ihm der ‚Hagen‘ die Fahrt, nachdem er sich an den Bug des Dampfers gelegt und ein Geschütz geladen hatte. Sofort gab der Engländer durch Flaggensignal den Namen seines Schiffes an und durfte nun seinen Kurs fortsetzen.“

Zweifellos hat der Kommandant des „Hagen“ genau innerhalb seiner Befugnisse und nach seinen Vorschriften gehandelt. Sollten aber nicht zweckmäßigerweise Vorschriften abgeändert werden, auf Grund deren wir englische Schiffe wider ihren Willen zum Zeigen der Flagge zwingen können?

Kann das nicht Verwicklungen mit England geben? Also Vorsicht, Vorsicht!

Weltwirtschaft und deutsche Volkswirtschaft.

Als der Handelsvertragsverein sich anschickte, „das Wohl der Gesamtheit und die Blüte unsrer wirtschaftlichen Zukunft“ zu verteidigen gegen „jene Interessenpolitik, die die Handelspolitiker nur betrachten als Mittel zur künstlichen Preissteigerung und Aufrechterhaltung rückständiger Betriebsformen auf Kosten sämtlicher andrer Erwerbszweige“, da wurde in dem zum Beitritt auffordernden, von 79 Kommerzienräten und Bankdirektoren unterzeichneten Aufruf erklärt, alle diese Herren seien sich bewußt, daß in diesem Kampf gegen die Großgrundbesitzer — diese sind ausdrücklich als die einzigen Gegner genannt — „die Stimme der Wissenschaft auf unsrer Seite steht und mit uns die Bestrebungen des Agrariertums einstimmig und entschieden verurteilt“.

Das geschah im Februar 1901. Zutreffend war diese ruhmredige Behauptung schon zu dieser Zeit nicht, denn bereits im Januar desselben Jahres hatte Dr. Gustav Ruhland durch sein gegen Prof. Conrad gerichtetes „Gegengutachten“ den Beweis öffentlich und nachdrücklich erbracht, daß die deutsche Wissenschaft auch für die Bestrebungen des Agrariertums ihre Stimme erhebt.

Indessen kann zugestanden werden, daß unter den Vertretern der Wissenschaft zuerst und am lautesten jene hervorgetreten sind, die, auf dem Boden des Freihandels stehend, insbesondre einen gegenüber dem bisherigen Zustand wirksamern Schutz der deutschen Landwirtschaft grundsätzlich ablehnen.

Aber nur kurze Zeit behaupteten sie das Feld.

Sehr bald erschienen auf dem Kampfplatze auch die Vertreter jener Gruppe der deutschen Wissenschaft, die es nicht für angängig hält, die deutsche Volkswirtschaft rücksichtslos in der deutschen Weltwirtschaft aufgehn zu lassen. Wir nennen neben Dr. Gustav Ruhland nur die Namen Dr. August Oncken, Dr. Adolf Wagner, Dr. Georg von Mayr.

Hat der vornehmste Apostel des Freihandels, auf den sich der Handelsvertragsverein bei jeder Gelegenheit als Eideshelfer zu berufen pflegt, Dr. Lujo Brentano, durch die genannten Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft schon eine Widerlegung erfahren, gegen die er bisher ein wirksames Wort der Verteidigung für sein „Freihandels-Argument“ nicht gefunden hat, so ist ihm gegenüber neuerdings in dem Oberregierungsrat im Königl. Preußischen Statistischen Büro, Georg Evert, ein weiterer Gegner mit seiner soeben bei R. Oldenbourg (Berlin und München) erschienenen Schrift „Reichspolitik oder Freihandelsargument“ auf dem Kampfplatze erschienen.

Herr Evert gehört nicht zu den zünftigen Gelehrten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, aber er beherrscht die Theorie der nationalökonomischen Wissenschaft mit mindestens der gleichen Sicherheit wie diese und hat vor ihnen den Vorteil voraus, daß er zugleich die praktische Seite der wirtschaftspolitischen Fragen zu beurteilen versteht. Deshalb ist er besonders befähigt, sowohl die Denkfehler jener Freihandels-Theoretiker aufzudecken, wie vor den schweren Mißgriffen zu warnen, die unausbleiblich begangen werden müssen, sobald verantwortliche Wirtschaftspolitiker, im Vertrauen auf solche wissenschaftliche „Autoritäten“, deren Theorien in die Praxis umsetzen wollen. Eine solche Warnung ist aber in unsern Tagen besonders am Platze, und deshalb ist die Evertsche Schrift grade im richtigen Augenblick erschienen.

Evert greift zunächst die beiden Hauptpfeiler der Freihandelstheorie wirksam an, indem er zeigt, wie grade im wirtschaftlichen Leben mit seinen scharfen Interessengegensätzen die freihändlerische Lehre von der dem Staate allein zukommenden Nachtwächterrolle zu den schlimmsten Folgerungen führen muß. Nur das entschiedne Eingreifen des „Imperiums“, der Reichs- und Staatsgewalt, in das wirtschaftliche Leben, könne die Gesellschaft vor schwerer Schädigung durch einzelne Personen oder Gruppen der Gesellschaft schützen, wie sie die von den Freihandels-Theoretikern verteidigte „Libertas“, das freie Spiel der Kräfte, erfahrungsmäßig im Gefolge habe. Denn der Grundirrtum der ganzen Freihandelslehre, so führt Evert weiter aus, liegt in der Verwechslung gewisser Unternehmer-Interessen mit dem Gesamt-Interesse. Er erläutert diesen Satz durch ein Beispiel, das wir in der Hauptsache wörtlich wiedergeben wollen, weil es nicht nur an sich von großer Ueberzeugungskraft ist, sondern zugleich eine außerordentliche wirksame Anwendung auf die brennenden Tagesfragen zuläßt:

Denken wir uns eine zunächst vom Weltverkehr abgeschlossene Insel. Der gesamte Boden stehe im Besitztum von 10 Besitzern. Von diesen hat jeder einen Generalpächter und 150 Hintersassen, nämlich 100, die als Kleinpächter Ackerbau, und 50, die Gewerbe und Handel treiben. Die 150 Hintersassen erzielen durchschnittlich je 1000 Mark Einkommen und führen je 100 Mark als Pacht oder Miete, zusammen also 150 000 Mark an die Generalpächter, diese wiederum davon 100 000 Mark an die Grundbesitzer ab. Die kleine Insel ernährt danach:

1. 1000 kleine ackerbautreibende Familien mit je 1000 Mark, zusammen eine Million Einkommen,
2. 500 gewerbetreibende Familien, mit je 1000, zusammen 500 000 Mark Einkommen,

3. 10 Familien von Großunternehmern (Generalpächtern) mit je 5000, zusammen 50 000 Mark Einkommen,
4. 10 Grundbesitzerfamilien mit je 10 000 Mark, zusammen 100 000 Mark Einkommen.

Insgesamt also 1520 Familien mit 1 650 000 Mark Einkommen.

Nun wird diese Insel in den Weltverkehr hineingezogen. Alsbald zeigt es sich, daß die gewerbetreibenden Familien ihre Bedürfnisse billiger vom Auslande als von den heimischen Landwirten beziehn können. „Glücklicherweise“ aber ergiebt sich gleichzeitig, daß auf der ganzen Insel die Zucht feiner Schafwolle für die Ausfuhr viel größere Gewinne als Ackerbau verspricht. Die Folge ist, daß die 10 Generalpächter fortan nicht mehr Ackerbauer, sondern Schäfer halten.

Freilich ist wegen der Größe der Flächen, die die Schafzucht erfordert, nur für 200 solche Familien an Stelle der 1000 ackerbauenden Raum. Vier Fünftel von diesen werden darnach „frei“ und ebenso annähernd vier Fünftel von den 500 Familien, die bisher dem Ackerbaugewerbe Produkte lieferten. Aber der Verdienst an der Wollausfuhr ist so groß, daß er 1000 Mark auf jede Schäferfamilie gegen 100 für jede der frühern Bauernfamilien ausmacht. Die Generalpächter beziehn also, sobald sie den Uebergang zur Wollproduktion durchgesetzt haben, 200 000 Mark von den Schäferfamilien und 10 000 Mark von den übrig gebliebnen gewerbetreibenden Familien, insgesamt 210 000 Mark, sodaß ihnen, so lange sie nach wie vor nur 100 000 Mark an die Grundbesitzer abzuführen hatten, 110 000 Mark statt nur 50 000 Mark Ueberschuß für sie selbst verbleiben.

Die Insel ernährt dann schließlich:
1. 200 Schäferfamilien mit je 1000 Mark zusammen 200 000 Mark Einkommen,
2. 100 gewerbetreibende Familien mit je 1000 Mark zusammen 100 000 Mark Einkommen,
3. 10 Familien von Generalpächtern mit je 11 000, zusammen 110 000 Mark Einkommen,
4. 10 Grundbesitzerfamilien mit je 10 000, zusammen 100 000 Mark Einkommen,

zusammen 320 Familien mit 510 000 Mark Einkommen gegen früher 1520 Familien mit 1 650 000 Mark Einkommen.

Die Großunternehmer und Besitzer (Nr. 3 und 4), die die Richtung der Produktion allein bestimmen, haben also ihr Einkommen von 150 000 auf 210 000 Mark gesteigert. Das Einkommen des ganzen Völkchens aber ist auf weniger als ein Drittel und die Bevölkerung auf ein Fünftel gesunken. „Hier hätte“, so fügt Evert hinzu, „das Gesamt-Interesse offenbar ein energisches Einschreiten des ‚Imperiums‘ in Form von Erschwerung der Getreide-Einfuhr, sowie der Wollausfuhr, überhaupt des Ueberganges zur Wollproduktion an Stelle des Getreidebaues erfordert.“

Wer sich auf Grund genauer Kenntnis der landwirtschaftlichen Praxis die Folgen klar macht, die in Deutschland eintreten müßten, falls die deutschen Landwirte durch Verweigerung eines ausreichenden Schutzes gegen die Konkurrenz des Auslandes gezwungen würden, den ihnen immer und immer wieder von freihändlerischer Seite erteilten Rat zu befolgen, den Getreidebau bis auf ein Minimum einschränkten und zur Viehzucht, d. h. für einen großen Teil des östlichen Deutschland zur extensiven Weidewirtschaft übergingen und ärmere Boden aufforsteten, der wird in dem von Evert gewählten Beispiel ein mit photographischer Treue wiedergegebnes Bild erkennen von den volkswirtschaftlichen Zuständen, denen Deutschland damit entgegensehn würde.

Die Freihändler werden dagegen einwenden, daß die durch jene Betriebsänderung in der deutschen Landwirtschaft frei werdenden Arbeitskräfte dann in andern Produktionszweigen — sie meinen damit die Ausfuhr-Industrie — lohnende Beschäftigung finden würden. Aber den Beweis für diese Behauptung bleibt auch Brentano — darauf weist auch Evert hin — durchaus schuldig, es sei denn, daß man seine schon von Adolf Wagner als lächerliche Phantasien charakterisierte Schilderung von der großen Aufnahmefähigkeit der noch im Naturzustande lebenden zahlreichen Negervölker, u. a. für deutsche Industrie-Produkte dafür gelten lassen wollte.

Nachdem so die grundsätzliche Folgewidrigkeit von Unternehmer und Gesamt-Interessen, die, wie Evert betont, auch Adam Smith sehr wohl erkannt hat, festgestellt und damit den Freihändlern ein für allemal das Recht erfolgreich bestritten ist, sich als die Vertreter „des Wohles der Gesamtheit“ aufzuspielen, zeigt Evert in einem fernern Kapitel seiner Schrift über Wirkungen der Schutzzölle auf die Preise der geschützten Waren, wie „auf diesem Gebiet selbst einige unsrer angesehensten und verdienstvollsten Gelehrten mit offenkundigen Trugschlüssen arbeiten“, indem sie auf die Thatsache, daß unverzolltes Getreide in der Regel um den Betrag des Zolles billiger ist als verzolltes, die Behauptung stützen, daß das zollgeschützte Land den Zoll zu tragen habe, während doch ein Kind begreifen kann, daß dieser Preis-Unterschied zwischen verzolltem und unverzolltem Getreide genau derselbe bleiben muß, wenn der Weltmarktpreis um den Betrag des Zolles zurückgeht, das exportierende Ausland also den Zoll auf sich nimmt.

Nun hat aber Laspeyres neuerdings versucht, aus der Wirkung der Aufhebung der preußischen Mahl- und Schlachtsteuer als Staatssteuer den Beweis dafür zu führen, daß die städtischen Verbraucher die volle und ausschließliche Belastung jener Steuer früher zu tragen gehabt hätten, und die Freihändler haben sich auch beeilt, diese seine Untersuchungen in ihrem Interesse zu verwerten. Evert erkennt zwar die Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Untersuchungen von Laspeyres vollkommen an, bemängelt aber die daran geknüpften Schlußfolgerungen und wendet sich namentlich dagegen, aus ganz ungleichartigen Ziffern, von denen die eine die völlige Wirkungslosigkeit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer ergeben, die andern wieder eine Bewegung zeigen, die nur teilweise durch jene Aufhebung erklärt werden könnte, irgendeinen Durchschnitt zu ziehn und nach diesem Durchschnitte die Folgen der Aufhebung zu bemessen.

Der Raum gestattet uns nicht, den Inhalt der Evertschen Schrift im Einzelnen weiter zu verfolgen. Der Verfasser nennt sie im Vorwort selbst nur eine Skizze. Der Form nach hat er nicht Unrecht, denn diese ist außerordentlich knapp, das hat aber dem Reichtum des Inhaltes keinen Abbruch gethan. Nur die zusammenfassende Besprechung wird dadurch erschwert. Wo Gedanke an Gedanke sich knapp an einander reiht, da ist eine summarische Wiedergabe und Kritik des Inhalts nicht möglich, ohne einen nicht kleinen Teil des Raumes in Anspruch zu nehmen, den die Schrift selbst einnimmt.

Wir beschränken uns deshalb auf den kurzen Hinweis, auf die spätern Kapitel der Schrift, in denen Evert das „Freihandelsargument“ Brentano's im Einzelnen einer vernichtenden Kritik unterwirft. Er zeigt, wie die Behauptung Brentano's, der hohe Bodenwert in Deutschland sei der alleinige Grund für die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, mit der Wirklichkeit in schroffstem Widerspruch steht, und wie jene Theorie Brentano's daß höhere Getreidezölle den deutschen Getreidebau nur immer unrentabler machen würden, weil sie nur den Bodenwert, den Sitz des eigentlichen Uebels, steigern würden, in ihrer folgerichtigen Anwendung zu dem lächerlichen Ergebnis führt, daß der deutsche Landwirt rettungslos verloren ist, weil er, mag er seinen Betrieb einrichten, wie er will, sobald er seine Geldrente dadurch steigert, immer nur auf seinen Ruin hinarbeitet. Es ist das Verdienst Everts, dem hausbacknen, gesunden Menschenverstande, der in einer Erhöhung des Preises doch immer eine Erleichterung der Ergänzung sehn muß, zu seinem Rechte verholfen und den gespreizten Schwindel der Brentanoschen Logik als solchen erkennbar gemacht zu haben.

Am Ende seiner Schrift wirft Evert noch einen Blick auf die gegenwärtige Lage Deutschlands. Er entrollt dabei ein Bild selbst von den Zuständen, die eintreten würden, wenn nach dem Rezept der Freihändler verfahren würde und schließt dann:

„Auf dem dann entstehenden volkswirtschaftlichen Trümmerhaufen, würden freilich eine Anzahl neuer Unternehmer ein glänzendes Geschäft machen, d. h. für ihre Person ‚den größtmöglichen Ueberschuß über die Produktionskosten' erzielen können; denn wer bewegliches Kapital besitzt, oder sich zu verschaffen vermag, der würde nicht nur die Güter, Häuser und gewerblichen Anlagen billig erwerben, sondern bei der Masse der frei gewordnen Arbeitskräfte auch mit viel geringern Löhnen rechnen können als früher. . . . Das volkswirtschaftliche Gesamtbild würde doch wohl eine bedenkliche Aehnlichkeit mit denjenigen aufweisen, welche sich im Abschnitte 2 (Beispiel von der Insel) für das dort besprochne Staatswesen ergab.

Deutschland kann darnach mit dem „Freihandels-Argument' nichts anfangen. Es bedarf mehr als wohl die meisten andern Länder des steten Eingreifens einer pflegenden und schützenden Reichspolitik, die den bei dem Freihandel sich selbst überlassenen Unternehmungen derart ‚Sporn und Zügel' giebt, daß sie sich möglichst in derjenigen Richtung bewegen, die die für die Gesamtheit vorteilhafteste ist." B. L.

Die Kulturspione an deutschen Hochschulen haben wir schon wiederholt, zuletzt in Nr. 722, gezeichnet. Insbesondre hat die Darmstädter technische Hochschule unter dieser Plage zu leiden, da der hessische Staat anscheinend von Ausländern nicht die Vorbildung verlangt wie von Deutschen. Gegen die unglaubliche Vermehrung dieser Kulturspione macht nun die deutsche akademische Jugend in Darmstadt gelegentlich in ziemlich deutlicher Weise mobil. Darüber hält sich in den letzten Tagen die „Frankfurter Zeitung" des Herrn Löb Sonnemann auf. Dieses Eingreifen der „Frankfurter Zeitung" und die Zunahme der Bewegung gegen die „Ausländer" in diesem Semester ist leicht begreiflich, wenn man im Personalverzeichnis bemerken muß, daß von etwa 1400 Studierenden nicht weniger als 27,2 v. H. Ausländer sind, also mehr als ein Viertel. (Im Sommersemester 1896 zählte man an sämtlichen technischen Hochschulen im Deutschen Reiche 14 v. H.) Zu diesen Ausländern stellt das größte Kontingent Rußland. Im Personalverzeichnis sind 178 Russen namhaft gemacht. Welcher Art aber diese „Russen" sind, lehrt ein Auszug, den die „Bayerische Landeszeitung" aus dem Verzeichnis der Namen macht. Da finden wir Namen wie: Waclaw Birenzweig, David Eppelbaum, Schepsel Fogelbaum, Leisor Hanftwurzel, Nikolaus Rosenstengel, Chaskel Tanenzapf, Max Teitelbaum, Simon Weinzieher, Israel Braunstein, Chaim Feinstein, Monsey Goldstein, Ephraim Grünspan, David Grünspun, Hersch Kalichmann, Mieczyslaw Silberlast, Leo Faterson, Clemens Herschberg, Sabbas Israilewitsch, Samuel Löwenbein, Lew Moiseyeff, Moses Scholomowitch und Siegmund Regenstreif.

Daß die „Frankfurter Zeitung" für diese „Kulturspione" eintritt, wird nicht weiter Wunder nehmen — Art läßt nicht Art und Jud nicht von Jud!

Vom Prozesse der Leipziger Bank, über den wir später noch ausführlich berichten werden, ist folgendes schon jetzt hervorzuheben. Am zehnten Verhandlungstage wurde festgestellt, daß der Pump, den die Kasseler Trebergesellschaft bei der Leipziger Bank aufgenommen hatte, schon im Oktober 1899 40 Millionen, sage und schreibe: vierzig Millionen Mark betrug. Es konnte aber bis jetzt noch nicht festgestellt werden, ob die noch vorhandne Aufstellung über die einzelnen Posten dem Protokolle der Aufsichtsratssitzung vom 26. Oktober 1899 erst später angeheftet worden ist oder nicht. Die Aufsichtsratsmitglieder können sich trotz der hohen Tantiemen (1899 je 23 000 Mark!), die sie bezogen haben, nicht mehr besinnen.(!) — Die Leipziger Bank hatte 49 Millionen Mark Aktien-Kapital und 15 Millionen Mark Reserve-Kapital. Diese Summe nebst 40 v. H. der Einleger-Guthaben, zusammen etwa 100 Millionen Mark, sind nach Kassel gewandert (Vgl. auch Nummer 696, 704 und 711 dieser Zeitung). Was wir schon in Nummer 711 gesagt haben, müssen wir heute, nachdem der Prozeß der Leipziger Bank begonnen hat, wiederholen. Einen bessern Vorarbeiter als Exner, den Direktor der Leipziger Bank, konnte sich das Berliner Finanzjudentum bei seinem Plane, die Banken Sachsens zu verulchten, um auch die Berliner Geldjuden-Herrschaft über Sachsen ausdehnen zu können, garnicht auswählen. Erhielt doch der ehrenwerte Liebling der exklusivsten Leipziger Kreise schon vor Jahren vom Kasseler Treber-Schmidt einen Brief, in dem gesagt wird, daß die Trebergesellschaft wo anders als bei der Leipziger Bank nichts mehr geborgt bekäme; er (Schmidt) wolle aber 25 v. H. Dividende (!) verteilen, darum solle Exner nur schicken. Und Exner sagte: „Immer mit, mit dem Schmidt!" — und schickte neue Millionen. — Wahrhaftig, angesichts solcher Thatsachen steht man vor der Frage, ob dieser betrügerische Bankrottör, der so viele vernichtete Existenzen und eine Unzahl Selbstmörder auf dem Gewissen hat, nicht ein gekaufter Mann gewesen ist.

Juden in München. Wie die Söhne Israels in der schönen Isarstadt an Zahl zugenommen haben und in welchem Zahlen-Verhältnis sie zur Gesamtbevölkerung stehn, zeigt folgende kleine Tabelle: Es gab in München

im Jahre	Einwohner	Juden	v. H. der Gesamtbevölkerung
1875	193 024	3 463	1,79
1880	230 023	4 144	1,80
1885	261 981	4 854	1,85
1890	350 594	6 109	1,74
1895	407 307	7 167	1,76
1900	499 932	8 739	1,75

München hat das Wettrennen der Großstädte um den Preis der Einwohnerzahl auch mitgemacht. Was wir aber bei andern Großstädten beobachtet haben, daß nämlich durch die Anschließung von Vororten an die alte Stadtgemeinde die Verhältniszahl der jüdischen Bevölkerung erheblich verkleinert wird, kommt bei München nicht so stark zum Ausdrucke. Immerhin ist die Verhältniszahl auch hier, trotz der starken thatsächlichen Zunahme der jüdischen Bevölkerung, etwas zurückgegangen. K. T.

Die Katastrophe von Kuxhaven hat einen Depeschenwechsel veranlaßt. König Eduard der Siebente, der unsers Wissens ganz gut deutsch sprechen kann, hat geruht, folgendes Telegramm an den Deutschen Kaiser abzusenden:

Mit tiefem Bedauern höre ich soeben von dem Unglücksfall, der Deinem Torpedoboot in Kuxhaven zugestoßen ist und den Tod des Kommandanten und mehrer Mann der Besatzung verursacht hat. Ich weiß es hoch zu würdigen, daß der letzte Befehl des Leutnants Rosenstock von Rhoeneck vor seinem Tod in den Wellen dahin lautete, daß die Engländer zuerst in das Boot genommen werden sollten. Eduard R.

Unser hocherfreuter Kaiser, der sehr gut englisch versteht, hat in dieser Sprache folgendermaßen geantwortet:

Tief gerührt von der freundlichen Bekundung Deiner warmen Teilnahme habe Ich sie sofort der Flotte durch Signal bekannt gegeben. Offiziere und Mannschaften schätzen es hoch, daß die erste Handlung unsers neuen Admirals eine so freundlich abgefaßte Botschaft war. Sie bitten, ihren aufrichtigsten Dank auszudrücken, und vereinigen gleich Mir ihre Wünsche mit denen Deiner Flotte für die vollständige Wiederherstellung Deiner so wertvollen Gesundheit. Wilhelm I. R.

Dem König Eduard hat es augenscheinlich imponiert, daß der deutsche Offizier im Augenblicke der Todesgefahr ebenso gehandelt hat, wie es ein englischer Offizier gethan haben würde. Der hätte auch zuerst die Engländer gerettet.

Verleumder und Diebe. Der Dieb ist in den meisten Fällen ein weit harmloserer Geselle, als ein in der Wolle gefärbter Verleumder oder eine Verleumderin. Jener vergreift

sich wohl an unsrer beweglichen Habe, aber der Verlust ist leicht zu verschmerzen und, wenn uns das Glück ein klein wenig günstig ist, auch wieder zu ersetzen. Das aber, was der Verleumder unter dem Siegel der Verschwiegenheit oder unter der Larve der Freundschaft seinem Mitmenschen raubt, das Vertrauen zu seinem Charakter, die Ehre seines Namens, ja das Glück seines Lebens, das trifft das Herz in seinem innersten Leben und kann durch keinen Glückszufall mehr ersetzt werden. Nicht mit Dieben, sondern mit Giftmischern sollte man diese unheilvollen Kreaturen vergleichen, denn gleich diesen vernichten sie ihr Opfer auf die heimtückischste, schleichendste Art, durch vergiftete Worte und Reden, die in bestimmten Dosen so lange gereicht werden, bis das unglückliche Opfer vor den Augen der Mitwelt als ein Schurke stirbt, während er vielleicht einer der besten Menschen war. Niemand wird verschont, so hoch, so niedrig er geboren sein mag, so alt, so jung er auch sein mag: der Greis muß ebenso für längst verschollne Dinge büßen, wie das neugeborne Kind sich die schlimmsten Prophezeiungen gefallen lassen muß.

Wie auch immer ein Mensch leben mag, immer wird er der Beurteilung seitens seiner Nebenmenschen ausgesetzt sein. So lange es bei dieser Beurteilung bleibt, so lange darf man daran keinen Anstoß nehmen. Aber die Schlechtigkeit der Verleumder beginnt erst damit, daß sie nach den geheimen Beweggründen unsrer Thaten spüren, die sie ja doch nicht kennen, daß sie erdichten und erfinden, wo ihnen ein Glied zu der Kette fehlt, an der sie ihr Opfer zum Schlachten schleppen. Aeußerer Schein wird ihnen zur innern Wahrheit, und jedem Worte wird eine fremde Bedeutung unterlegt! Aber eine richtige Klatschbase hat ihren Beruf erst dann ganz erfüllt, wenn sie bei Nachbarn und Freunden, in Gesellschaften und Kaffeekränzchen, auf Begräbnissen und Hochzeiten, auf Bällen und Kindtaufen — kurz überall, wo Menschen sich in Freude oder Leid zusammengefunden haben, ihr Gift völlig verspritzt hat!

Wie schützt man sich vor diesen Hyänen der Gesellschaft? Ist ihnen mit dem Gesetze nicht beizukommen, so weise man sie wenigstens von der Schwelle seines Hauses. Auf alle Fälle aber dulde man niemals, daß in seinem eignen Hause ein schlechtes Urteil über den Nächsten, böse Vermutungen und Verdächtigungen, Ohrenbläsereien und Spötteleien stattfinden. Jeder Versuch, den Namen eines Freundes oder Bekannten zu schwärzen, seinen Charakter zu schänden, weise man entschieden und nach Umständen grob zurück und dulde nicht, daß der Friede des Hauses verletzt werde.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Nach einem Bericht des Apostels der Namens-Madjarisierung, Simon Telkes, geb. Rubin, ist der Unfug des Namenswechsels stetig im Abnehmen begriffen. Während nämlich im Jahre 1898, d. i. im Jahre des Druckes auf die kleinen Verkehrsbeamten, 6722 Menschen sich madjarisierten, waren es im Jahre 1899 nur halb so viel (3240), im Jahre 1900 noch weniger (2582) und im letzten Jahre nur 2375. Ein Beweis dafür, daß die Namens-Madjarisierung der Sport der geistigen Unreife ist, ist der von Telkes-Rubin angeführte Umstand, daß unter den Madjarisierten an erster Stelle die minderjährigen Schüler stehn, und zwar haben im zweiten Halbjahr 1901 allein 446 Minderjährige für ihre Person, d. h. nicht als Anhängsel ihrer Eltern, den Namen gewechselt, so daß die erbauliche Erscheinung oft genug vorkommt, daß der Vater den „fremden" Namen hat, während der noch die Schulbank drückende Sohn mit einem „patriotischen" paradiert. Die Hauptstadt Ofenpest marschiert mit diesem „Kulturfortschritt" natürlich an der Spitze, indem sie 397, d. i. 16,71 v. H., zur traurigen Schar der Verleugner ihrer Väter gestellt hat. In den andern Städten sieht es schwach aus: nach Ofenpest kommt gleich Klausenburg mit nur 20 Mann. In Kronstadt haben sich 3, in Hermannstadt 2 umtaufen lassen. Nach Religion geordnet gehn natürlich die lieben Juden mit 764 Madjarisierungen voran; daß die Griechisch-Orientalischen nur 14, die Griechisch-Katholischen nur 10 Individuen gestellt haben, gereicht den vaterländischen Rumänen, Serben und Ruthenen zur Ehre. Der Ausweis den Berufen nach zeigt, daß besonders kleine Beamte aus Rücksichten auf die Karrière in den sauern Apfel der Namensänderung beißen müssen, insbesondre Eisenbahner. Daß verhältnismäßig viele selbständige Kaufleute am Pranger des Herrn Telkes-Rubin stehn, ist einfach dadurch zu erklären, daß diese Kaufleute Juden sind. „Das Volk", klagt indes Telkes-Rubin „hält sich noch immer fern von der Namens-Madjarisierung."

Mosaik.

Die Firma Ludwig Löwe & Co. ist guter Hoffnung. Sie hat, wie uns mitgeteilt wird, für ungefähr drei Millionen Mark Werkzeugmaschinen auf Lager. Das Geschäft stockt aber sehr erheblich. — Man muß den Betrieb einschränken und selbst Beamte und Arbeiter entlassen, die schon jahrelang im Dienste der Fabrik stehn. — Da nun General Budde längere Zeit an der Spitze der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik gestanden hat, wobei die Firma Löwe sehr stark beteiligt ist, giebt man sich dort der Hoffnung hin, der neue Eisenbahnminister werde den Staatsbedarf an Werkzeugmaschinen schleunigst bei Löwe decken.

Wir sind indes der Meinung, daß die Feststellungen, die bei dem Judenflinten-Prozeß über die Firma Löwe gemacht wurden, es nicht ratsam erscheinen lassen, daß hohe Staatsbeamte mit ihr in Geschäftsverbindung treten.

Pfarrer und Warenhaus. Dem „Koblenzer Volksfreund" teilt ein Handwerker mit, daß ein kürzlich in die Umgegend von Koblenz versetzter katholischer Geistlicher den größten Teil seiner Einrichtung, wenn nicht das ganze Mobilar, aus dem Warenhause der Firma Tietz bezogen, und daß der Herr Pastor selbst die Einkäufe dort gemacht habe. „Wahrlich — setzt das Blatt hinzu — wir können es dem stets treu zur katholischen Sache haltenden Handwerker nicht verdenken, wenn er in bittern Worten seiner Empörung darüber Ausdruck gab, wenn er entrüstet darüber war, daß als Letztes aus dem jüdischen Geschäfte noch ein Weihwasserkessel entnommen wurde." Mit christlichen Kultusgegenständen handelt Israel zu gern, es läßt sich damit leicht das Vertrauen der kleinen Leute erwerben, daß indessen selbst Geistliche derartige Sachen in jüdischen Warenhäusern erstehn, haben wir bisher nicht für möglich gehalten.

An Herrn Ballin soll der Deutsche Kaiser neulich aus Brunsbüttel telegraphiert haben, daß die Operation an Eduard den Siebenten glücklich vollzogen und die Krönung aufgeschoben sei. Wir halten diese Meldung für unrichtig, da sie uns unverständlich sein würde. Oder steht Herr Ballin in besondern Geschäftsverbindungen mit dem kranken Fürsten?

Vom neuen Verkehrsminister hat ein findiges Blatt ein verkehrtes Bild gebracht. Da Herr Budde den guten Geschmack gehabt hat, seinem Photographen zu verbieten, Bilder von ihm zu verkaufen, hat ein findiger Handelsmann das Bild eines Schutzmanns-Obersten, der auch einen Schnurrbart hat, an Provinzialzeitungen als General Budde versendet. Wir leben eben im Zeitalter der Verkehrtheiten.

Eine jüdische Gewerkschaft. Die Juden schwärmen für Arbeiter-Organisationen auf nationaler Grundlage, wenn sie sie auch andern Leuten mißgönnen. So haben sie, wie aus einer Senatsbekanntmachung vom 2. Juni hervorgeht, einen Verein jüdischer Schlachtergesellen in Hamburg gegründet. Wenn die deutschen Schlachtergesellen diese Gründung als „Ausfluß der Rassenhetze" befehden würden, würde jeder darüber lachen. Unsern jüdischen Mitbürgern aber gestattet man mit größter Seelenruhe, über Antisemitismus zu schelten, sobald Deutsche es wagen, sich unter Ausschluß von Juden zu organisieren. Das ganze nennt man dann: jüdische Gleichberechtigung. Es giebt niemanden, der intoleranter sei, als die mit intoleranten Phrasen gewerbsmäßig hausierenden Juden.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 3. Juli 1902. Nr. 724.

An die Bezieher der „Deutsch-Sozialen Blätter“

richten wir die dringende Bitte, die Postbestellung für das neue Vierteljahr, falls sie noch nicht erfolgt sein sollte, schleunigst zu veranlassen.

Nur ein Jahr noch trennt uns von den allgemeinen Reichstags-Wahlen. Da heißt es für jeden überzeugten Anhänger unsrer Sache, eifrig daran mitzuarbeiten, daß unsre Deutschsoziale Partei neben den alten Vorkämpfern eine Anzahl neue tüchtige und fleißige Abgeordnete in den Reichstag senden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Presse und Parteigenossen Hand in Hand miteinander gehn, sich gegenseitig fördern und unterstützen.

Wir wollen und werden das Unsrige dazu thun und hoffen, daß die Parteigenossen auch Ihre Pflicht uns gegenüber nicht vergessen.

Antisemitische Zeitungen pflegen nicht auf Rosen zu tanzen. Wer es mit der großen guten Sache, die wir vertreten, treu meint, der halte nicht nur selbst an seiner Zeitung fest, auch in der Sommer- und Reisezeit, sondern sorge auch dafür, daß der Leserkreis, zu dem wir sprechen können, sich stetig erweitert.

Wer nicht wenigstens einen neuen Bezieher für uns geworben, kann nicht behaupten, daß er für unsre Sache seine volle Schuldigkeit gethan hat, und hole das Versäumnis schleunigst nach.

Es ist zweckmäßig, wenn man sich nicht mit der Zusage eines Bekannten begnügt, bestellen zu wollen, sondern lieber selbst ihm die Mühe des Ganges zur Post abnimmt. Der vierteljährliche Bezugspreis beträgt 2 Mark.

Also auf zur Mitarbeit! Treu vereint gegen den gemeinsamen Feind wollen wir kämpfen und auf gemeinsamen Sieg hoffen.

Berlin NW 52. **Verlag und Schriftleitung.**

Zehn Jahre Sonntagsruhe-Gesetz!

Am 1. Juli waren zehn Jahre verflossen, seitdem das Sonntagsruhe-Gesetz für das Handelsgewerbe in Kraft getreten ist. Gegenüber dem bis dahin herrschenden Zustande völliger Regellosigkeit auf diesem Gebiete und vielfach zügelloser Ausdehnung einer unbeschränkten Arbeitszeit an den Sonn- und Festtagen bedeutete dieses Gesetz ohne Zweifel einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt.

Was aber haben Kurzsichtigkeit und mangelnde Sachkenntnis der Behörden zum vermeintlichen Besten der Geschäftswelt aus der Neuregelung kaufmännischer Sonntagsarbeit gemacht? Man glaubte, die Ursachen eines zeitweisen geschäftlichen Niederganges, die in Wahrheit auf ganz andern Quellgebieten zu suchen sind, auf jenes bescheidne Maß der Sonntagsruhe zurückführen zu sollen, das die neuen Bestimmungen den ihrer im gleichen Umfange bedürfenden selbständigen und abhängigen Kaufleuten zusicherte. Deshalb wurden die leider allzu lose geknüpften Maschen des Gesetzes benutzt, um durch unpraktische Verteilung der zulässigen Arbeitsstunden und deren geradezu sinnwidrige Erweiterung auf dem Umwege zahlreicher Ausnahmetage die Reform zu einem Zerrbilde schlimmster Art zu gestalten.

So wurde die von dem Gesetzgeber beabsichtigte Wohlthat zu einer endlosen Kette unbrauchbarer und für die beteiligten Kreise unübersehbarer Einzelbestimmungen, dem Handelsstande zum Leide, dem kaufenden Publikum nicht zur Freude; so wurde aus der Sonntagsruhe die Sonntags*unruhe*!

Durch die von dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande vorgenommenen und in zwei umfangreichen Schriften*) verarbeiteten Erhebungen — auf die wir noch zurückkommen werden — ist der zahlenmäßige Nachweis erbracht worden, daß die bisherigen Verhältnisse einfach unhaltbar geworden sind, wenn man das ursprüngliche Ziel des Gesetzes, die möglichst gleichmäßige Ordnung der Sonntagsruhe, nicht in ihr krasses Gegenteil umkehren will. Das System der ortsstatuarischen Regelung der Arbeitszeit an Sonntagen hat völlig bankrott gemacht, und nicht eher werden wirklich geordnete Zustände erzielt werden, als bis man dieses System der Systemlosigkeit beseitigt und an seine Stelle die einheitliche *reichsgesetzliche völlige Sonntagsruhe* gesetzt haben wird.

Die deutschen Handlungsgehilfen haben den Tag, an dem die Einführung des Gesetzes zum zehnten Male sich jährte, dadurch begangen, daß sie ihn zum Ausgangspunkt einer über ganz Deutschland sich erstreckenden Bewegung zur Erreichung der reichsgesetzlichen völligen Sonntagsruhe nahmen. Auf Beschluß des siebenten deutschen Handlungsgehilfentages wurden aller Orten, wo standesbewußte Kollegen für die Belangschaften der Gehilfenschaft Fahnenwacht halten, am 1. Juli Versammlungen abgehalten, in denen dieses Ziel den Gegenstand der Beratung bildete.

In allen Ländern, in denen die Organisation der Handelsangestellten eine Stätte gefunden hat, steht die Frage der Sonntagsruhe grade in diesem Jahre mehr als je im Vordergrunde der standespolitischen Bestrebungen. In Oesterreich, Italien, Frankreich, Ungarn, Spanien, Belgien, allüberall macht sich eine nachhaltige Bewegung gegen die Sonntagsarbeit geltend. Vielfach und vornehmlich in den romanischen Staaten nehmen diese Strömungen Formen an, die dem südlichen Temperament dieser Nationen entsprechen mögen, germanischem Wesen aber fremd sind. Die Straße ist nicht der Tummelplatz, auf dem der Deutsche geistige und soziale Kämpfe zum Austrag zu bringen pflegt. „Die deutschen Handlungsgehilfen werden“ — so schreibt die „Deutsche Handelswacht“ — „den Streit um die Sonntagsruhe mit rückhaltloser und unbeugsamer Entschiedenheit und zugleich mit all der Besonnenheit führen, die von jeher das Vorrecht der sachlich überlegnen Partei bildete. Sie dürfen erwarten, daß man ihren wohlerwognen Forderungen seitens der maßgebenden Kreise volle Beachtung entgegenbringt“.

*) **Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.** 1. Teil: Wie das Gesetz entstand. 2. Teil: Wie das Gesetz ausgeführt wird. Hamburg 1902. Preis je 50 Pfg.

Eisenbahnfrachten bei uns und in England.

In voriger Nummer haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß selbst ein jüdisch-liberales Blatt genötigt war, eine offiziöse Richtigstellung über die Personentarife auf unsern Staatsbahnen wiederzugeben, aus der hervorging, daß die Beförderung der Reisenden bei uns zu wesentlich billigern Preisen erfolgt als

z. B. auf den englischen Privatbahnen. Während man dort für die Strecke von London nach Edinburg und zurück in der dritten Wagenklasse 63,92 Mark zu bezahlen hat, kostet eine gleich lange Tur unter Benutzung einer Rückfahrkarte auf unsern Bahnen und in der gleichen Wagenklasse eines Schnellzuges nur 38,40 Mark. Ein Reisender, der die wohl bei uns, aber nicht in England bestehende vierte Wagenklasse benutzen will, kann diese Reise sogar für 12,80 Mark; Hin- und Rückreise also für 25,60 Mark machen.

Ebenso ungerechtfertigt wie die Klagen der „commis voyageurs“, unsrer Großhändler und ihrer politischen Interessenvertreter über die Personentarife, sind auch die über die Frachttarife auf unsern Staatsbahnen, wenigstens soweit der Ausfuhrhandel in Frage kommt.

Aus den lebhaften Erörterungen, die in England anläßlich der bekannten Schiffahrts-Trustbildung über die staatliche Unterstützung der Handelsflotte stattfinden, hebt sogar die großhandelsliberale „National-Ztg.“ die Bekundung eines englischen Sachverständigen hervor, daß die dortigen Eisenbahn-Frachtsätze etwa dreimal so hoch wie die deutschen Ausfuhrtarife seien.

In der mit dem Studium dieser Frage beschäftigten Parlaments-Kommission wurde die Sache so dargestellt, daß die Schiffsfracht von Deutschland aus ermäßigt werde auf Kosten der Bahnfracht, daß also die Eisenbahn sozusagen den Schiffen etwas abtrete. (d. h. also die Staatsbahn unterstützt die private Ueberseeschiffahrt bei uns.) Außer durch eine Verstaatlichung auch der englischen Bahnen würde es nach Ansicht der dortigen Gutachter unmöglich sein, die englischen Frachtsätze auf die Höhe der deutschen herabzudrücken.

Diese Bekundungen von jedenfalls sehr gut unterrichteter englischer Seite sind nach zwei Seiten hin sehr beachtenswert. Einmal erhellt daraus — ebenso wie aus den vorher erwähnten Personentarifen bei uns und in England —, wie thöricht unsre jüdischliberalen Großhandelsvertreter gehandelt haben, als sie sich der vom Fürsten Bismarck mit aller Kraft durchgeführten Eisenbahnverstaatlichung bei uns so heftig widersetzten und wie ungerechtfertigt ihre auch jetzt noch immer fortgesetzten Angriffe und oft maßlosen Frachtvergünstigungs-Forderungen im Interesse des Ausfuhrhandels sind.

Weiter kann man daraus entnehmen, daß unsre Staats-Eisenbahnpolitik schon jetzt in der Begünstigung der gewerblichen Ausfuhr viel weiter geht, als es die englischen Privatbahnen thun, die nur ihr eignes materielles Interesse im Auge haben. Die preußische Staatsverwaltung unterstützt und begünstigt auch hier das Großgewerbe und den Ausfuhrhandel, ebenso wie es durch den Ausbau und die kostspielige, für die Interessenten aber in der Hauptsache „kostenlose“ Unterhaltung der Binnenwasserstraßen geschieht.

Diese Begünstigung fällt um so schwerer ins Gewicht, als sie besonders von den großindustriellen Syndikaten und Kartellen (Kohlen, Eisen) zu einer schonungslosen Ausbeutung der inländischen Verbraucher benutzt wird.

Außerdem erfährt grade die deutsche Landwirtschaft, die (abgesehn von der jetzt mit Vernichtung bedrohten Zuckerausfuhr) gar nicht an der Ausfuhr, sondern nur am binnenländischen Frachtverkehr interessiert ist, eine sehr fühlbare Zurücksetzung. Sie muß für ihre Erzeugnisse besonders im nähern und Kleinverkehr oft sehr hohe Frachtsätze tragen, während die englischen Privatbahnen alles aufbieten, um diesen Kleinverkehr in Landwirtschaftsprodukten durch Gewährung billiger Frachten und sogar durch Absatzvermittlung an die großstädtischen Konsumenten zu fördern und zu heben.

Das thun in England dieselben privaten Eisenbahnverwaltungen, die von den Export-Großhändlern um das dreifache höhere Frachtraten erheben, als sie auf unsern Staatsbahnen bestehn!

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr. Sonnabend, den 5. Juli, abends $8^1/_2$ Uhr, im Vereinshause Kommers mit Damen. Die anwesenden Abgeordneten werden Ansprachen halten. Jeder Gesinnungsgenosse ist willkommen. —

An der Parteiberatung am Sonntag, den 6. Juli, vormittags 11 Uhr im kleinen Saale des „Eldorado“, können sich nur besonders dazu geladne Gesinnungsgenossen beteiligen. Zur Teilnahme aufgefordert werden alle Deutschsozialen aus dem Königreich Sachsen und den angrenzenden Wahlkreisen der Provinz Sachsen und der Thüringischen Staaten. Näheres darüber bringt die nächste Nummer.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen und Kassel haben solche bereits stattgefunden.

Die nächste ist für Sonntag den 6. Juli in Leipzig vorgesehn und die letzte wahrscheinlich für Anfang August in Heidelberg.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, an diesen Veranstaltungen teilnehmen.

In Leipzig soll Sonnabend, den 5. Juli, abends $8^1/_2$ Uhr, im großen Saale des „Eldorado“ (Pfaffendorferstr. 4) ein Kommers mit Damen stattfinden. Dabei Ansprachen der Abgg. Liebermann v. Sonnenberg, Raab u. a. Alle Gesinnungsgenossen mit ihren Angehörigen sind hierzu herzlich eingeladen. —

Die Vertrauensmänner-Versammlung ist Sonntag, den 6. Juli, vormittags 11 Uhr, im kleinen Saale des „Eldorado“ (Pfaffendorferstr. 4).

Tagesordnung:

1. Bericht des Abg. Raab über die Beschlüsse der Parteileitungs-Sitzung in Berlin am 12. Mai.

Daran schließt sich eine Besprechung und Beschlußfassung über die Vorschläge für Abhaltung des nächsten allgemeinen Parteitages

2. Vortrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg über die bevorstehenden Reichstagswahlen

3. Begründung eines Parteiverbandes. Als Name wird vorgeschlagen „Verband Ostthüringen und Sachsen“.

4. Etwa'ge Anträge aus der Versammlung.

Zur Teilnahme an den Verhandlungen sind berechtigt außer dem Parteivorstande alle geladnen bezw. legimitierten Vertrauensmänner der Partei.

Der Parteibesprechung für Westdeutschland am 29. Juni in Kassel wohnten außer dem Vorstande des Verbandes „Hessengau mit Waldeck“ und einer Anzahl Vertrauensmänner aus diesem Gebiete von Seiten der Parteileitung die Abgg. von Liebermann, Müller (Waldeck) und Raab bei. Abg. Vogel war durch Krankheit verhindert.

Abg. von Liebermann eröffnete um 11 Uhr vormittags die Sitzung, worauf Abg. Raab über die Parteileitungssitzung vom 12. Mai berichtete. Die dort gefaßten Beschlüsse und Vorschläge fanden die einstimmige Billigung der Vertrauensmänner. — Besonders eingehend wurden die Vorbereitungen zu den nächsten Reichstagswahlen besprochen. Auch bei dieser Frage trat volle Uebereinstimmung hervor. Nähere Mitteilungen verbieten sich aus begreiflichen Rücksichten. —

Die für Nachmittag $4^1/_2$ Uhr angesetzte öffentliche Versammlung hatte wegen der tropischen Hitze schwachen Besuch. Nur hundert Personen waren erschienen. Die Stimmung aber war eine ganz vorzügliche und äußerte sich in dem lebhaften Beifall, den die Ausführungen der drei obenerwähnten Abgeordneten als Redner fanden. —

In einer kurzen Besprechung ergriff Herr Henning das Wort und gedachte in anerkennender Weise der Abgeordneten der Deutschsozialen Partei und des leider durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Kandidaten für den Wahlkreis Kassel-Melsungen, Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden). Auf eine schriftliche Anfrage aus der Versammlung erklärte Abg. Raab namens des Parteivorstandes, daß zwischen der Deutschsozialen Partei und dem Grafen Pückler keinerlei Beziehungen beständen oder bestanden hätten. Es müsse im höchsten Maße beklagt

werden, daß sich noch Leute fänden, die den unglücklichen, nervenkranken Mann zu öffentlichem Auftreten veranlaßten. —

Den Vorsitz führte Herr Assessor Dr. Winterstein, auf dessen Veranlassung die Versammlung zum Schluß das Lied „Deutschland über alles" anstimmte.

Verband Nordmark. Am 19. d. M. hielt Herr J. Henningsen zu Hamburg in einer vom Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe einberufenen Versammlung, einen Vortrag über die Abschaffung der Rabattmarken, der von den zahlreich erschienenen Geschäftsleuten sehr beifällig aufgenommen wurde.

Eine zutreffende Wahlparole hat neulich der Provinzial-Vorsitzende des Bundes der Landwirte für Schleswig-Holstein, Graf L. Reventlow, ausgegeben. Er sprach in einer Versammlung zu Garding im Wahlkreise Eiderstedt über den Zolltarif und die wirtschaftliche Lage und führte unter andern aus, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl es vor allem darauf ankommen werde, die falschen Freunde, die Halben, aus dem Reichstage zu entfernen; es sei besser, wenn an ihre Stelle offne Gegner träten. Die Beratung und Abstimmung über die Brüsseler Zucker-Konvention ergäbe einen Maßstab, mit welchem die Regierung, die Parteien und die einzelnen Abgeordneten auf ihren innern Wert hin zu bemessen seien.

Interessant war es, daß der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Herr Tönnies, der Versammlung schweigend beiwohnte und Zeuge war, wie einmütig seine Wähler dem Grafen zustimmten.

Wat walsch is, valsch is. Am 11. Heuerts (Juli) 1302, also vor 600 Jahren, wurde unter den Mauern der flämischen Stadt Kortrijk die berühmte Gülden-Sporen-Schlacht geschlagen, in der wehrhafte Flamen und wackre Ritter aus dem Reiche Schulter an Schulter französischen Uebermut furchtbar demütigten.

Zum ewigen Gedächtnis dieser Großthat wird jetzt auf dem Groeninger Felde dort ein Denkzeichen errichtet, ein germanisches Weib, das drohend sein Schwert gegen Wälschland richtet, darunter die Inschrift „Wat walsch is, valsch is, slaat alle dood!"

Bei dieser Gelegenheit müssen wir hochdeutsch Sprechenden das Gelöbnis erneuern, daß wir auch ferner gemeinschaftlich mit den niederdeutschen Flamen alles schirmen wollen, was ihnen und uns teuer ist, Deutsche Edelart, Deutsche Sprache, Deutsches Recht, Deutsche Macht und Größe gegen fremdländische Einflüsse, gegen Verwälschung und Verfälschung.

Darum auf nach Kortrijk (Courtray)! Mindestens aber sollten wir Zustimmungs-Kundgebungen in beliebiger Gestalt senden an Herrn Professor Pol de Mont zu Antwerpen (Ommegangstr. 30) oder Herr Professor Julius Sabbe zu Brügge.

Alldeutschland Heil! Germanie boven al!

Berlin. Ihre silberne Hochzeit begingen am 23. v. M. Herr L. Schmitz und Frau, geb. Rill. Herr Schmitz ist durch sein Wirken für die deutschsoziale Sache seit vielen Jahren nicht nur im Stadtbezirke Moabit bekannt, sondern auch im Reiche. Bei den letzten allgemeinen Wahlen kandidierte er für unsre Partei im Wahlkreise Metz, von wo ihm hervorragende Wähler zu seinem Ehe-Jubiläum durch telegraphische Glückwünsche erfreuten. Wir hoffen, daß Herr L. Schmitz weiter in der bisherigen Weise wirken wird.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";

in Nordhausen am 4. Frauenberger Klosterbrauerei; am 11. im „Schwarzen Walfisch";

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Die Reformpartei will ihren Parteitag am 13., 14. und 15. September in Eisenach abhalten.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Unlauterer Wettbewerb. Der Inhaber des Herrenkonfektionsgeschäfts D. Oppenheimer-Heil zu Frankfurt (Main) hatte wiederholt angezeigt, daß er in wenigen Wochen, dann, daß er in wenigen Tagen ausziehn müsse, und daß er deshalb sein Riesenlager einem Total-Ausverkauf unterstelle. Später erklärte er in den Zeitungen, die Not zwinge ihn, da stündlich der Befehl zum Auszug kommen könne, die Preise nochmals zu ermäßigen. Auf diese Weise setzte er den Ausverkauf fünf Monate fort. Der Verein der Detaillisten erhob Klage, als seine Warnungen bei Oppenheimer unbeachtet blieben. Der Angeklagte behauptete, seine Anzeigen hätten der Wahrheit entsprochen, doch fiel die Zeugenvernehmung gegen ihn aus, so daß er es vorzog, dem Urteil durch einen Vergleich vorzubeugen. Nach dem zu Protokoll gegebnen Vergleich wird der Vertreter des klagenden Vereins ermächtigt, zu veröffentlichen, der Beklagte erkläre, daß die von ihm benutzten Ausdrücke unwahr seien und er sich dadurch des unlautern Wettbewerbs schuldig gemacht habe. Die Gerichtskosten, die Anwaltskosten der Kläger und die Kosten der Veröffentlichung fallen dem Angeklagten zur Last.

Der Zusammenbruch der Reederei vereinigter Schiffer zu Breslau führte am 25. Juni den zweiten Direktor der Reederei Paul Breslauer wegen Untreue, Betruges, schwerer Urkundenfälschung und einfachen Bankrotts vor das Landgericht zu Breslau. Mit ihm waren beschuldigt der Kaufmann Moritz Schäffer aus Hamburg, die Reedereibeamten Ernst Breslauer aus Hamburg, der Kaufmann Leon Goldstücker aus Breslau und der Werftinspektor Emil Petrowsky aus Breslau wegen Beihilfe. Gegen 70 Zeugen und mehre Sachverständige wurden vernommen. Paul Breslauer erklärte sich des Betruges und der Untreue teilweise schuldig, bestritt aber die übrigen Strafthaten. Er will nur unter dem Druck des „tyrannischen Willens" des Mitdirektors Schostag gehandelt haben. Schostags Unterschlagungen habe er bereits im Jahre 1893(!) entdeckt, aber verschwiegen, weil dieser mit Selbstmord drohte!! Nach viertägiger Verhandlung wurde der „mitleidige" Paul Breslauer zu vier Jahren Zuchthaus, 3000 Mark Geldstrafe oder 200 Tage Zusatzstrafe, und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt; die übrigen Angeklagten gingen straflos aus. Der Staatsanwalt hatte gegen Breslauer sechs Jahre Zuchthaus und 3300 Mark Geldstrafe, gegen Schäffer drei, gegen Ernst Breslauer zwei und gegen Leon Goldstücker vier Monate Gefängnis beantragt.

Briefkasten.

Druckfehler-Berichtigung. Auf Seite 307, erste Spalte, muß es in der ersten Zeile des zweiten Absatzes statt „nie gescheuter Pracht" natürlich heißen „nie gesehener Pracht".

Weimar. Besten Dank.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Haben Sie schon



den Bezug auf unser Blatt erneuert? Nein!?

Holen Sie es schnell nach!!!!!!

Bestellungen nehmen alle Zeitungsspediteure, Postanstalten, Postboten, Buchhandlungen und der Verlag, Berlin NW 52, entgegen.



Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband,
Gaukreis Groß-Berlin.

Sonnabend, 5. Juli 1902:

Sommer-Fest

in der **Brauerei Friedrichshain**, am Königsthor.

Auszug aus der Festfolge:

Militär-Konzert, ausgeführt von der gesamten Kgl. Kapelle der Eisenbahn-Brigade in Uniform, unter Leitung des Kgl. Musikdirigenten Herrn J. Lebede. — **Gesangs-Vorträge** vom Berliner Gesangverein des D. H. V. — **Turn-Aufführungen** des Deutschen Turnvereins Berlin und des Deutschen Turnvereins Jahn-Berlin. — Bei eintretender Dunkelheit: **Festliche Beleuchtung des Gartens und Feuerwerk.** Außerdem **Sommernachtsball** u. a.

Anfang des Konzerts 5 Uhr nachmittags.

Eintrittskarten (Vorverk. 50 Pf., Kassenpreis 75 Pf.) sind bei den Vertrauensmännern des D. H. V., in seiner Geschäftsstelle C., Adlerstr 11 und in allen Filialen der Zigarren-Fabrik Gustav Kaphun zu haben.



Der Reichstagsabgeordnete, prakt. Arzt **Vogel**, wünscht zu Beginn der Reisezeit sein herrlich gelegnes, wohl ausgestattetes Anwesen

⚜ Kurhaus Oberweiler ⚜

bei Badenweiler, Haltestelle Hasenburg

als **angenehmen Sommeraufenthalt** für Nervöse, Erholungsbedürftige und Sommerfrischler in Erinnerung zu bringen. — Rekonvaleszenten finden alle gewünschte Berücksichtigung in Kost und Pflege nach ärztlicher Vorschrift. — Näheres brieflich.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.
91

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Bad Pyrmont.

Richters Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das **Tuchhaus Boetzkes i. Düren i. (Rhld.)**

Westf. Landschinken,
nach Bauernart trocken geräuchert, **Rundschnitt**, ohne Bein, 1,10 Mark, empfiehlt (unbekannt Nachnahme)
Aug. Heidemann,
Rödinghausen bei Bünde i. W.

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose, Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von ½9 vm. bis 6 nm., Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Scheamsweg 2.
Geöffnet von 8½ bis 1½ Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Victoria-Zwieback

ist der feinste Naturbutter-Zwieback **der Welt.**
Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer **Kaffeetafel. Gr.** eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.
Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Bad Kissingen.

Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
148 jenseits der Saale, empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
Großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wochentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 10. Juli 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 725.

Wochen-Spruch.

Es wird ein Moment kommen, in dem alle christlichen Nationen, mit denen der Jude zusammenlebt, anerkennen, daß die Frage, ob er zu belassen oder auszuweisen sei, für sie eine solche wird, die man als eine auf Tod und Leben bezeichnet.

Franz Liszt, Ges. Schriften, Bd. 6, S. 65.

„Der Jude unter dem Zeichen des Kreuzes“.

Wahrlich, es ist nicht zuviel gesagt: Unsre Zeit steht nicht nur im Zeichen des Verkehrs, sondern auch im Zeichen der schlimmsten Verkehrtheiten!

Bei seiner jüngsten Festfahrt durchs Rheinland hatte Sr. Majestät der Kaiser auch in Aachen geredet. Er hatte dort sich in seinen Worten an das Beispiel unsers alten Kaisers angelehnt und betont, daß dem Volke die Religion erhalten bleiben müßte; und mit einem Anklang an den geistreichen König Friedrich Wilhelm den Vierten stellte er sich und sein Haus unter das Zeichen des Kreuzes. Auch dem Frieden zwischen den christlichen Bekenntnissen redete er das Wort.

Aber siehe da, das hatte unsre lieben Juden verschnupft. Sie sind doch auch vorhanden, und sie werden an allen Enden und Ecken gebraucht im privaten und im staatlichen Leben, die Goldberger und die Geldborger. Es soll nicht immer das Christentum öffentlich betont werden, ohne daß man die Juden ebenfalls nennt.

Wie böse waren sie schon damals, vor Jahren, da Sr. Majestät bei einer Vereidigung der Garderekruten als Grundbedingung für alle Soldatentugenden das Christentum hinstellte. Und seit jener Zeit sind die Juden ja viel einflußreicher bei uns geworden, etwa wie, um ein dem Lebensberuf des Judentums entnommnes Bild zu brauchen, ein Darlehnskapital bei Zins auf Zinsrechnung sich schnell vervielfacht, zumal wenn man von vornherein den Zinsfuß nicht zu niedrig stellt.

Die Kerle mußten also einen Beschwichtigungs-Brocken hingeworfen bekommen. Heutzutage redet bei uns im Deutschen Reiche alles. Leider auch schon die Generale. Der Waldersee war augenblicklich nicht zur Hand, aber General-Oberst v. Loë der grade bei der Feier des 25. Papstjubiläums in Bonn zu reden hatte, der konnte es machen.

Und mit dem durch die Hofluft geschärften Instinkt für alles, was im Augenblicke „opportun“ ist, schwang sich der Mann des Schwertes u. a. auch zu folgenden Sätzen auf:

> Ich habe neulich in einer Ansprache an meine alten Husaren an den denkwürdigen Ausspruch des unvergeßlichen Reichskanzlers, des Fürsten Bismarck, erinnert: „Wir Deutsche fürchten niemanden außer Gott.“ Der Ausspruch ist heute wahr und wird es bleiben, aber nur unter der Voraussetzung, daß wir den deutschen Erbfehler, die elenden konfessionellen Zänkereien unterlassen und daß wir alle, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses, treu zusammenhalten — Protestanten, Katholiken und Israeliten. M. H., ich nenne von dieser Stelle die Israeliten mit Vorbedacht, weil ich weiß, daß ich damit im Sinne des Stifters unsrer heiligen Religion spreche, welcher das Vorbild der Duldsamkeit ist, im Geiste meines kaiserlichen Herrn, welcher sich in seiner prachtvollen Rede Gott sei Dank unter das Kreuz gestellt hat, im Sinne des heiligen Vaters, welcher in seiner hohen christlichen Auffassung alle Andersgläubigen, die ehrlich sind, mit derselben Liebe und Achtung umfaßt. Ich nenne die Israeliten aber nicht allein als Christ — ich nenne sie auch als Soldat, denn ich finde nun einmal in dem christlichen und in dem Soldatenkatechismus keine Widersprüche. Von diesem Standpunkte und in diesem Sinne habe ich vor 14 Tagen in diesen Räumen zu meinen alten Husaren gesprochen. Protestanten, Katholiken und Israeliten — denn auch die Letztgenannten hatten sich im stolzen Bewußtsein ihrer Regimentsangehörigkeit zu meiner Freude hier zusammengefunden. Ja wahrhaftig, zu meiner Freude! Denn unter ihnen befindet sich einer der tapfersten Husaren des Feldzuges, ein Bonner Kind. Auch er lebt unter dem Zeichen des Kreuzes, denn er ist für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuze geschmückt, und ich drücke ihm bei jeder Begegnung die Hand, weil ich ihn hochachte.

Herr von Loë hätte besser sagen können, in Deutschland fürchtet man heutzutage meist nicht mehr Gott, dafür aber die jüdische Presse und die jüdischen Geldborger.

Daß der General einem alten Feldzugskameraden, der das Eiserne Kreuz trägt, auf der Straße die Hand drückt, gleichgültig welchem Religionsbekenntnis jener angehört, ist so selbstverständlich wie irgend möglich und kennzeichnet sich als eine an den Haaren herbeigezogne Redewendung, um der Judenschaft im allgemeinen ein Kompliment zu machen, und sie zu bitten, nicht ungemütlich zu werden.

Besser noch, als aus den Jubelhymnen der Judenpresse, kann man das aus Beobachtungen erkennen, die man direkt bei den Juden macht. Hier ein Beispiel dafür. Der Schreiber dieser Zeilen befand sich vor wenigen Tagen auf dem Bahnhofe in Gießen. Am gleichen Tische saß ein andrer Herr, ein Jude. — Er begrüßte lebhaft einen dritten jüngern jüdischen Mann, der in den Wartesaal trat und sich ebenfalls am Tische niederließ. „Haben Sie schon gelesen, was der Loë geredet hat, Kollege?“ — Beide Juden waren Aerzte, wie sich später herausstellte. — „Jawohl; na das soll sich nach der Aachener Rede wohl auch so gehört haben.“

Darin ist unzweideutig die Auffassung bekundet, die der Jude mit seinem scharfen Instinkt für alles was sein Interesse angeht, sofort von der Loë-Rede gewonnen hat. — Er faßt sie als eine Abbitte an die Judenschaft auf dafür, daß sie nicht in der Aachener Kaiserrede lobend erwähnt wurde. — Ein liebenswürdiger Zufall fügte es nun noch, daß der jüngere der beiden Juden sofort eine Probe von der militärischen Neigung seiner Rasse gab. „Es hilft mir nichts“, so erzählte er, „ich werde in diesem Jahre ins Manöver müssen. Sie haben alle Jahre bei mir angefragt, ob ich üben wollte, aber ich habe immer ‚Nein‘ gesagt. Jetzt haben sie mich einberufen ohne zu fragen. Fatal.“

Also „einer der tapfersten Husaren des Feldzuges“ war nach Herrn von Loë der Jude Moses Bier. Wie angenehm das die alten noch lebenden Husaren von 70/71 im ganzen Vaterlande berühren muß! — Die Judenpresse bringt denn auch sofort eine Beschreibung seiner Heldenthaten, mutmaßlich doch aus bester Quelle, d. h. nach seinen eignen Erzählungen, und wir können nicht verhehlen, daß uns das Mitgeteilte trotzdem etwas dürftig vorkommt. Herr Bier ist Ordonnanz beim Stabsquartier des General von Strubberg gewesen. Es ist nun eine bekannte und menschlich auch erklärliche Thatsache, daß von Ordensauszeichnungen bei den Angehörigen der Stabsquartiere immer ein größerer Prozentsatz hängen bleibt als bei den Truppen, die in erster Linie gefochten haben.

Wir wissen auch wie nützlich und beliebt sich eine Stabsordonnanz machen kann, wenn sie etwas für das materielle Wohlergehn der Offiziere vom Stabe besorgt ist, die oft, auch das ist für den Soldaten leicht begreiflich, was Verpflegung anbetrifft, etwas zu kurz kommen. Und Talent zum Requirieren haben die Juden in weit höherm Maße als unsre Volksangehörigen, das soll unbestritten zugegeben werden. Den Bauern ihr letztes kaltblütig wegzunehmen, das ist eine Fähigkeit, die sie schon von Hause aus der Praxis mitbringen.

Aber Bier soll auch einen gefährlichen Ordonnanz-Ritt mit Glück und Geschick ausgeführt haben. Dabei kann unter Umständen Tapferkeit entwickelt werden. Der damalige Oberst von Loë ist indessen nicht dabei gewesen. Er führte sein Regiment und hat den Bericht über den abkommandierten Husaren Bier erst von andern, vielleicht auch von jenem selbst erhalten; trotzdem schildert er den Moses Bier als „einen der tapfersten Husaren des Feldzuges.“

Ja die Rhetorik! — Was sonst noch über Moses in seiner stammverwandten Presse berichtet wird, beschränkt sich darauf, daß er bei verschiednen Gelegenheiten *beinahe* verwundet und als Gefreiter (man denke, als Gefreiter! einer der tapfersten Husaren des ganzen Feldzuges!) entlassen worden ist. — Ueber die Helden, denen, nach ihren eignen Erzählungen, die Granaten in jedem Gefecht immer so nahe vorbeiflogen, daß die Heldenbrüste davon schmerzten, haben alte Feldzugssoldaten so ihre eignen Gedanken. — Aber es mag dahingestellt bleiben, ob Moses Bier das Eiserne Kreuz für Tapferkeit oder für Verpflegungsdienste im Stabsquartier erhalten hat, denn theoretisch geben wir die Möglichkeit zu, daß auch ein Jude ein tapfrer Soldat sein kann.

Aber in Anlehnung an die Kaiserrede in Aachen, worin der Kaiser sich und sein Haus unter das Kreuz stellte, die Redewendung zu prägen: „Der Jude Moses Bier lebt auch unter dem Zeichen des Kreuzes“, das ist, um ein bekanntes Wort aus hohem Munde zu wiederholen, „der Gipfel der Geschmacklosigkeit“.

Wir sind *keine* Höflinge, aber es könnte uns nicht passieren, daß wir den Kaiser und sein Haus zusammen mit Moses Bier „unter das Zeichen des Kreuzes“ stellten.

Danach brauchte man ja der gesamten Judenschaft nur mit einemmale den roten Adlerorden zu verleihen und die Judentäufer könnten ihre Arbeit einstellen: denn *alle* Juden stehn dann „unter dem Zeichen des Kreuzes“.

Das ganze christlich-deutsche Volk, das sich eins weiß mit dem deutschen Heere, fühlt sich verletzt durch den Versuch, die Juden äußerstenfalles auf Grund einer Ausnahme an soldatischen Tugenden den Deutschen gleichzustellen, obwohl grade die Minderwertigkeit jenes orientalischen Volkes zu allen Zeiten und bei allen Völkern erkannt worden ist. — Darum äußert sich auch die ganze nicht dem Judenthume zugethane und anverwandte Presse sehr abfällig über die Redeleistung.

Aber noch eine Frage zum Schlusse. Seit wann hat denn der General-Oberst von Loë eine so hohe Meinung von der Vortrefflichkeit der Juden? Es schwebt uns vor, wir können es allerdings im Augenblicke nicht feststellen, als ob der Herausgeber der Antisemiten-Petition, Dr. Bernhard Förster s. Z. außer mit andern hervorragenden Männern auch mit dem General von Loë in Briefwechsel stand und auch von ihm Ermutigung zu seinem Vorhaben erhielt. Aber selbst wenn das ein Irrtum ist, so steht es doch fest, daß der General-Oberst von Loë mehrfach die Feste des Vereins Deutscher Studenten in Berlin mit seiner Gegenwart beehrt, ja wohl auch dort ein paar patriotische Worte gesprochen hat. — Wußte Herr von Loë wirklich nicht, daß jener Verein antisemitisch ist und es sein muß, weil er eben deutsch sein will?

Ueber das Ende des Burenkrieges

urteilt die „Deutsche La Plata-Zeitung“ in Buenos Aires am 3. Juni d. J. folgendermaßen:

Am 31. Mai ist in Pretoria, der einstigen Hauptstadt der Südafrikanischen Republik, Friede zwischen England und den Buren geschlossen worden, wenn man eine Vereinbarung, in der sich die Buren gegen die vagen und vieldeutigen Versprechungen Englands verpflichten, die Waffen zu strecken und dem König Eduard den Eid der Treue zu leisten, überhaupt einen Friedensschluß nennen kann. Das blutige Ringen, das mehr als zweieinhalb Jahre gedauert hat, ist zu Ende und die Niederlage des tapfern Burenvolkes besiegelt; es bleibt der Gnade des Siegers anheimgegeben, denn was die Burenführer bei den Verhandlungen in Pretoria erreicht haben, bedeutet nur insoweit etwas, als England den guten Willen hat, ihnen zu gewähren, was es ihnen nicht zu geben braucht.

Die annektierten Burenstaaten sollen der Wohlthat der Selbstverwaltung teilhaftig werden, aber wann sie ihnen zugestanden wird, bleibt in das freie Ermessen des Siegers gestellt, es kann in zwei Jahren, es kann in zwanzig Jahren, es kann vielleicht auch niemals sein. Die Klausel „sobald als thunlich“ giebt England freie Hand, deckt jede Willkür und macht das Zugeständnis der Selbstverwaltung vollkommen wertlos.

Auch die Amnestie für die Kaprebellen, die mit den Stammesgenossen Gefahr und Leid geteilt, haben die Buren nicht erzwingen können, sie müssen sich mit der Versicherung begnügen, daß die Kapholländer, die gegen England die Waffen getragen, nicht die Strafe des Henkertodes erleiden sollen, während im übrigen die englische Regierung mit ihrer Freiheit und ihrem Eigentum nach Belieben schalten und walten kann. Auch die Zulassung des holländischen Sprachunterrichts an den Schulen der neuen Kolonien will nichts besagen, da ja in der Kapkolonie der Gebrauch des Holländischen selbst im Parlament gestattet ist, und so bleibt nur die Gewährung der finanziellen Beihülfe von 3 Millionen Pfund Sterling, zu der sich England in seinem eigensten Interesse verstehn mußte, wenn es die neuerworbnen Gebiete nicht als menschenarme Einöde liegen lassen und die Kosten ihrer Verwaltung dauernd auf die eignen Schultern nehmen wollte.

Die Buren haben somit nichts erreicht, was als ein wirkliches Zugeständnis aufgefaßt werden könnte, und der Friedensschluß bedeutet nichts andres als die völlige und bedingungslose Unterwerfung der Burenstaaten. Ob sie notwendig war, könnte man nur auf Grund genauester Kenntnis der Kriegslage beurteilen, aber man wird es annehmen müssen, weil es unglaublich ist, daß Männer wie Steijn, Dewett und Delary sich dazu verstanden hätten, die Waffen zu strecken, so lange nicht jede Möglichkeit, dem Feinde noch fernerhin erfolgreichen Widerstand zu leisten, geschwunden war. Haben sie die Fortsetzung des Kampfes als aussichtslos erkannt, so haben sie recht gethan, die unsäglichen Leiden, die dieser Krieg über ihr Volk verhängt hat, nicht unnütz zu verlängern, und mit glänzenden Ehren gehn sie aus dem Heldenkampf um die Unabhängigkeit ihrer Nation hervor. Nicht nur das schönere Ziel ist es, das diese Besiegten ehrt, auch die größere Ehre, die nach des Dichters Wort den Sieger krönt, gehört ihnen zum Lohn ihres Heldenmuts und ihrer Standhaftigkeit.

England ist siegreich geblieben, aber die Triumphlieder, von denen heute die Straßen Londons widerhallen, haben einen falschen Klang. Wohl hat es das Ziel dieses Krieges er-

reicht, aber was es auf den südafrikanischen Schlachtfeldern gelassen hat, bringt ihm kein äußerer Erfolg zurück.

Die Minderung seines Ansehens durch den Burenkrieg, der der Welt die Rückständigkeit der englischen Heereseinrichtungen enthüllt und gezeigt hat, daß wenigstens bei dem jetzigen System England die für einen großen Krieg erforderlichen Truppenmassen überhaupt nicht aufzubringen vermag, kann nicht wieder gut gemacht werden, und außerdem bedeutet die Unterwerfung der Buren keineswegs ein Ende der Lasten und Kosten. Auf lange Jahre hinaus wird England eine bedeutende Truppenmacht in Südafrika unterhalten müssen, um die Besiegten im Zaum zu halten, und selbst dann wird es stets mit der Möglichkeit zu rechnen gezwungen sein, daß in dem Augenblick, da es irgendwo in einen ernstlichen Konflikt verwickelt wird, in den einstigen Burenstaaten der Aufstand von neuem auflodert und Südafrika in Flammen steht. Und was dann aus der englischen Herrschaft dort werden wird, das kann man mutmaßen, wenn man sich erinnert, daß nur die mehr als wohlwollende Neutralität der Festlandsmächte es England ermöglicht hat, den langen Krieg glücklich zu Ende zu führen.

Herr Chamberlain wird sich über die zahllosen Glückwunschdepeschen, die ihm ins Haus regnen, wohl weniger freuen als die Absender glauben, denn er ist Staatsmann genug, um sich einzugestehn, daß durch seine scheinbar erfolggekrönte Politik England viel mehr verloren als gewonnen hat.

* * *

Wie man sieht, hat man selbst im fernen Südamerika über Chamberlain und Genossen genau dieselbe Meinung wie sie alle Leute im Deutschen Reiche vertreten, die nicht zur Regierung und zur Judenklique schwören.

Freimaurer und Juden!

In der „Bauhütte“, Organ für die Gesamt-Interessen der Freimaurerei, herausgegeben in Frankfurt (Main) von einer aus Brr. Freimaurern gebildeten Aktiengesellschaft, ergeht sich ein zweifellos jüdischer Bruder Leopold Wolfgang über das italienische Logenleben. Er hebt besonders rühmend hervor, welche Verdienste sich die italienischen Logen um die Juden im allgemeinen und bei dem Dreyfus-Prozesse im besondern erworben haben. — Wir drucken aus Nr. 26 des oben bezeichneten Blattes einen Teil der darauf bezüglichen Auslassungen wörtlich ab. Sie sind lehrreich für diejenigen Deutschen, die keine Freimaurer sind, aber noch lehrreicher für diejenigen Freimaurer, die es mit Entrüstung zurückweisen, wenn hier und da einmal behauptet wird, daß das Judentum die Logen für jüdische Zwecke mißbraucht. — Bruder Leopold Wolfgang schreibt:

Als vor acht bis zehn Jahren die Wogen des Rassenkampfes hoch gingen, als in Deutschland und Oesterreich der Antisemitismus seine Zeit gekommen glaubte, als selbst in Frankreich, von dem man in früher Zeit Licht und Aufklärung zu erwarten berechtigt war, ein erbitterter Kampf gegen die jüdischen Mitbürger entbrannte, da glaubten auch gewisse klerikale Kreise in Italien ihre Zeit gekommen, um einen Feldzug gegen das Judentum zu eröffnen. In der urbi ueblum erschienen ein oder zwei antisemitische Zeitungen, die aber aus Mangel an Abonnenten und Lesern bald wieder eingingen. Trotzdem schien es einen Augenblick, als solle Zwietracht an Stelle des seitherigen Friedens herrschen; da stellten sich dieser Bewegung sowohl konservative als liberale Elemente, geführt von der Freimaurerei, mit großem Erfolge entgegen, denn schon nach wenigen Monaten war erstere im Keime erstickt. Obwohl § 2 der italienischen Verfassung besagt, daß Staatsreligion allein die römisch-katholische Kirche und die übrigen Glaubensbekenntnisse nur geduldet seien, können die nichtkatholischen Bürger sich nicht über Zurücksetzung beschweren.

Die 60000 Reformierten und 40000 Juden sind zu allen Staatsstellen zugelassen und genießen vollste Gleichberechtigung.

Das Königshaus geht da selbst mit gutem Beispiel voran. Der militärische Erzieher des jetzigen Königs war beispielsweise General Ottolenghi, ein Israelit und zur Zeit Kriegsminister im jetzigen Kabinette.

In der Dreyfus-Affaire hat die Maurerei Italiens Schulter an Schulter mit der von Frankreich gekämpft, und wenn wenigstens eine teilweise Lösung dieser Angelegenheit gelungen ist, so haben unsre italienischen Brüder redlichen Anteil daran. Sämtliche unserm Bruderbunde angehörenden Journalisten veröffentlichten in ihren Zeitungen alles Material, das zur Entlastung des unschuldig Verurteilten beitragen konnte. Unvergessen wird der wirksame Feldzug gegen die französischen Generalstäbler bleiben, den der leider allzu in den e. O. heimgegangne Br. Attilio Luzzatto in der „Tribuna“ eröffnete. In jeder Nummer erschien eines neues Beweis-Argument für die Unschuld des armen Artillerie-Kapitains, und schließlich, als die Fälschung Henrys in der französischen Deputiertenkammer als offizielles Aktenstück verlesen wurde, da erschienen in der „Tribuna“ mehre Artikel „Die Untersuchung der Tribuna“ überschrieben. Diese nannte es eine von dem Blatte selbst angestellte Enquête; in Wahrheit war das Material von dem Ministerium des Aeußern geliefert worden, was auch für Nichtdiplomaten leicht erkenntlich war. Wer erinnerte sich nicht des Auftretens des bekannten Sportsmannes Casella, der die ehrenwörtliche Erklärung abgab, ihm habe Oberst Schwarzkoppen gesagt, Dreyfus sei ganz und gar unschuldig, niemals habe er ihn auch dem Namen nach nur gekannt.

Damit ist unsers Erachtens der Beweis geliefert, daß die Logen, wenigstens in Italien und Frankreich, einen weitgehenden politischen Einfluß ausüben. — Der jüdische Bruder Leopold Wolfgang hegt augenscheinlich den Wunsch, daß ähnliche Verhältnisse auch im Deutschen Reiche Platz greifen mögen. Das würde aber der bei uns geltenden Vereinsgesetzgebung durchaus widersprechen.

Sozialdemokratische Freiheit und Brüderlichkeit.

Die „Genossen“ führen die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wohl stets im Munde, in der Praxis sind sie indessen die ärgsten Bedrücker. Davon heute einige neuen Beispiele. Das „Sächsische Volksblatt“ läßt sich am 14. Apri 1902 aus Bremen schreiben:

Das Bremer Gewerkschaftskartell will in diesem Jahre die Frage der Arbeitsruhe energischer betreiben. Es soll nicht mehr dem einzelnen überlassen bleiben, wie er sich am 1. Mai verhalten will.

Und dann wird eine Entschließung in diesem Sinne gefaßt und die Arbeiter müssen sich dem ohne weiters fügen!

Und weiter schreibt dasselbe Blatt unter dem 30. April:

Den Maifeiergegnern ins Gedächtnis! Ein Teil der Firma K. Pensel, Faßfabrik in Pölbitz, wurde bei dem Chef dahin vorstellig, ihnen am 1. Mai einen halben Tag freizugeben. Darauf bestimmte Herr Pensel, daß am 1. Mai überhaupt nicht gearbeitet werde. — Bravo! Durch diese vernünftige Maßregel sind nun auch diejenigen, die es nicht der Mühe wert hielten, die Maifeier mit zu begehn, gezwungen, mit zu feiern. Es wäre zu wünschen, daß andre Unternehmer das schöne Beispiel eifrig nachahmen möchten.

Schönes Beispiel, eifrig nachahmen, wenn die Leute gegen ihren Willen gezwungen werden, die Arbeit ruhen zu lassen wegen einiger Sozialdemokraten!

In Hamburg versuchten die Bauhandwerker die Arbeitgeber unter ihren Willen zu zwingen, dadurch daß sie immer nur bei einigen Arbeitgebern in den Ausstand traten. Die Arbeitgeber von Altona, Hamburg, Harburg und Wandsbek schlossen sich infolgedessen zusammen und verlangten bis zu einem bestimmten Tage die Wiederaufnahme der Arbeit auf sämtlichen Bauten, widrigenfalls sie mit der Entlassung aller Arbeitnehmer drohten. Die „Genossen“ gaben nicht nach und somit flogen alle Bauhandwerker auf die Straße. Die von auswärts herangezognen arbeitswilligen Kräfte hatten nun unter Gewaltthaten und Bedrohungen zu leiden, ja selbst die Geschäftsleute stehn unter der Fuchtel der „Genossen“. So arbeiteten auf dem Neubau des Herrn Wald an der Osterbeckstraße in Hamburg-Barmbek z. B. zwanzig Maurer aus Bayern, die in einem leerstehenden Stockwerk der Nachbarschaft untergebracht waren. Gegen diese richteten sich ernste Ausschreitungen, zu denen es in der Nacht zum 25. Juni kam. Es wurden Steine in die Fenster der von den Bayern bewohnten Räume geschleudert. Am 25. Juni vormittags erschien ein Maurermeister bei dem Schlächter G. F. Stollenberg und bestellte eine Fleischlieferung, die er nach einer Stunde abholen wollte. Als der Maurermeister zur angegebnen Zeit wieder im Schlächterladen erschien, um das Fleisch in Empfang zu nehmen, verweigerte der Schlächter die Lieferung, da er inzwischen erfahren habe, daß das Fleisch für die bayerischen Maurer bestimmt sei und er

diesen nichts liefern dürfe. Selbstverständlich mußte das Fleisch nunmehr von einem andern, nicht unter der sozialdemokratischen Knute des Terrorismus stehenden Schlächter bezogen werden. In der Nacht zum 26. Juni wiederholten sich die Exzesse, die sich gegen die Arbeitswilligen richteten. Wie 24 Stunden vorher, wurde mit Steinen und Flaschen in die Fenster der Leute geworfen, und als die Polizei einschritt und eine Anzahl Verhaftungen vornahm, widersetzten sich die Herren „Genossen".

Im „Rostocker Anzeiger" veröffentlichte am 22. April d. J. der Töpfermeister Engel nachstehende Anzeige:

„Am 21. April d. J. kamen meine der sozialdemokratischen Organisation angehörigen Gesellen zu mir und forderten, daß ich diejenigen meiner Gesellen, welche der Organisation nicht angehörten, veranlassen sollte, bei Strafe der Entlassung der Organisation beizutreten, widrigenfalls sie selbst die Arbeit niederlegen würden. Ich weigerte mich, auf meine nichtorganisierten Gesellen, nüchterne, fleißige, verheiratete Leute, die schon 5 und 7 Jahre bei mir in Arbeit stehn, einen Zwang, daß sie der Organisation beitreten sollten, auszuüben und ebenso sie brotlos zu machen. Daraufhin legte der größte Teil meiner organisierten Gehülfen die Arbeit nieder. Um den Zuzug andrer Gesellen von mir fern zu halten, wird in dem hiesigen sozialdemokratischen Blatt unrichtigerweise behauptet, ich hätte die organisierten Gesellen ausgesperrt. Ich richte an alle meine rechtlich denkenden Kunden die Bitte, sich in meine Lage zu versetzen und frage sie, ob einer von ihnen tüchtige, fleißige, verheiratete Leute zwingen würde, einer Organisation, die ihnen nicht paßt, beizutreten und anderufalls die Leute zu entlassen?

Jeder wird mir antworten, daß ich nicht anders handeln konnte, daß ich für meine Leute eintreten mußte und sie weder zum Beitritt der Organisation zwingen, noch entlassen durfte. Ich werde mich dem von den organisierten Töpfern gegen mich ausgeübten Zwange nicht fügen. Diese verdienten durchschnittlich wöchentlich bei mir jeder 25 bis 30 Mark, die tüchtigern sogar 40 bis 45 Mark. Dieser hohe Verdienst mag wohl der Grund sein, warum die organisierten Töpfer sich als Herren fühlen, die mir, ihrem Arbeitgeber, nun glauben, Vorschriften machen zu dürfen, gegen die sich das Gefühl jedes rechtlich denkenden Mannes sträubt."

Die „Germania" teilte seiner Zeit einen ähnlichen Vorfall mit: Am 15. Januar 1901 legten auf dem Bau Ebersstraße 16 in Schöneberg bei Berlin eine Anzahl Zimmerleute die Arbeit nieder, weil der Zimmerer Joh. Hoppe (Mitglied des Verbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe, also ein organisierter Arbeiter) auf wiederholte Aufforderung, einer der bestehenden sozialdemokratischen Zimmer-Organisationen beizutreten, sich weigerte, dieser Aufforderung zu entsprechen. Der Zimmerpolier Kollekowski ließ sich aber durch die Arbeitsniederlegung nicht dazu bewegen, den Hoppe zu entlassen. Als die „Genossen" sahen, daß sie damit nichts erreichten, nahmen sie nach zweistündigem Streik die Arbeit wieder auf. Zimmerer Hoppe blieb auf dem Bau, und seine sozialdemokratisch organisierten Kameraden hätten es wohl auch dabei bewenden lassen, wenn nicht ein Mitglied der Lohnkomission der sozialdemokratischen Zimmerer auf dem Bau erschienen wäre. Dieses verlangte nun von dem Polier ebenfalls die Entlassung des Hoppe, jedoch ebenfalls ohne Erfolg. Daraufhin griffen die Genossen zu einem andern Mittel, um den Hoppe arbeitslos zu machen. Wahrscheinlich auf Verabredung leisteten nun die „Genossen" bedeutend weniger, so daß der Polier sich genötigt sah — um der Arbeit einen bessern Fortgang zu sichern —, den Hoppe am Montag, den 21. Januar zu entlassen.

Unter „Freiheit" verstehn die Sozialdemokraten also weiter nichts als die gewaltsame Unterdrückung aller Ansichten, die nicht mit ihren Auffassungen übereinstimmen.

Die zunehmende Verjudung.

Im neuesten Heft der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" veröffentlicht A. Ruppin den Abschluß seiner statistischen Untersuchungen über die sozialen Verhältnisse der Juden in Preußen und in Deutschland.

Den Tabellen und Erläuterungen Ruppins die wesentlichsten Gesichtspunkte entnehmend, hat man zunächst der Wechselwirkungen zwischen Judentum und Christentum zu gedenken. Der hervorragendste Faktor bei der gegenseitigen Beeinflussung von Juden und Christen ist die Mischehe. Die Zahl der Mischehen zwischen Juden und Christen ist bedauerlicherweise in der Zeit von 1875 bis 1899 beständig gewachsen; sie betrug 1875 bis 79 im Jahresdurchschnitt 239, 1895 bis 99 dagegen im Jahresdurchschnitt 433, hat sich also beinahe verdoppelt.

Dem Religions-Judentum wird durch die Mischehen insofern wesentlich Abbruch gethan, als von allen im Haushalte ihrer Eltern lebenden Kindern aus Mischehen nur 24,47 v. H. jüdisch sind, während es 50 v. H. sein müßten.

Der Verlust des Religions-Judentums infolge der Mischehen wird dadurch noch größer, daß vielfach nach dem Eintritte der Volljährigkeit die Kinder aus eignem Entschlusse zum Christentum übertreten und dann leider der statistischen Kontrolle sich entziehn, die bedauerlicherweise nur auf die Religionszugehörigkeit aufgebaut wird.

Was die Ehescheidungen anbelangt, so sind sie nicht erheblich häufiger als bei Ehen religionsgleicher Ehegatten. Bei Stellung der Juden im Erwerbsleben hält Ruppin den Einfluß des Mittelalters auf das Judentum für weitaus maßgebend, was eine geschichtlich völlig unhaltbare Auffassung ist. Im Ackerbau machen die erwerbsthätigen Juden nur 0,04 v. H., im Handel jedoch 5,71 v. H. der erwerbsthätigen Deutschen aus, d. h. im Handel sind im Verhältnis zur Bevölkerungszahl etwa fünfmal so viel Juden wie Deutsche thätig, während in der Landwirtschaft die Juden nur $1/_{20}$ des auf sie nach dem Verhältnis der Deutschen entfallenden Kontingentes stellen.

Noch klarer wird die Sachlage durch das Verhältnis, in dem 100 Juden sich auf die einzelnen Berufs-Abteilungen verteilen. Es entfallen nämlich auf den Handel 54,56 aller erwerbsthätigen Juden, auf die Industrie 18,80 v. H., d. h. es sind beinahe dreiviertel aller erwerbsthätigen Juden in Handel und Industrie beschäftigt. Von den übrigen sind 16,36 v. H. selbständig ohne Beruf, 5,95 v. H. sind im öffentlichen Dienst und in den sogenannten freien Berufsarten thätig, während nur 2,61 v. H. als häusliche Dienstboten und 0,36 v. H. mit Lohnarbeit ihren Erwerb finden.

In starkem Maße sind die Juden in den letzten beiden Jahrzehnten in die gelehrten Berufe eingeströmt. Die Vermehrung in der Verwaltung der Rechtspflege betrug 0,36 v. H., in der Gesundheits- und der Krankenpflege 0,77 v. H. Im Heeres- und Flottendienste haben sich die Juden von 0,68 auf 1,04 v. H. vermehrt. (Saniätsdienst!)

Mit der Stellung der Juden im Erwerbsleben hängt ihre örtliche Verteilung eng zusammen. Handel und Industrie haben ihren Hauptsitz in den Städten, deshalb bewohnen die Juden in viel größerm Maße als die Nichtjuden die Städte, insbesondre die großen. Speziell in Berlin haben sich die Juden 1861 bis 1900 verfünffacht, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist von 3,79 v. H. auf 5,14 v. H. im Jahre 1895 gestiegen, um auf 4,88 v. H. im Jahre 1900 zurückzugehn. Nur Frankfurt am Main, Posen, Mannheim und Breslau haben eine größere jüdische Bevölkerungsquote. Von den 53916 Berliner Juden waren am 1. Dezember 1880 nur 18529 geborne Berliner, während 29954 aus Preußen, 1771 aus dem übrigen Deutschland und 3662 aus dem Auslande, namentlich aus Oesterreich-Ungarn, stammten.

Die große Wohlhabenheit der Juden äußert ihre Wirkungen auf die Schulbildung und das Universitätsstudium bei den Juden. Nur etwa die Hälfte aller jüdischen Schulkinder in Preußen erhalten bloß Elementar-Unterricht, dagegen 94,5 v. H. aller nichtjüdischen Kinder; höhere Schulen besuchten 3,93 v. H. aller deutschen, aber 41,34 v. H. aller jüdischen Kinder.

Die jüdischen Studierenden preußischer Staatsangehörigkeit machen 9,32 v. H. aller preußischen Studierenden aus. Unter

dieser Durchschnittsziffer bleibt die juristische Fakultät mit 8,19 v. H. und die philosophische mit 8,92 v. H.; über ihr die medizinische Fakultät mit 19,92 v. H.

Die Kriminalitätsziffer der Juden ist seit 1892 beständig gestiegen, eine Erscheinung, die Ruppin nicht auf eine Zunahme des verbrecherischen Hanges bei den Juden, sondern fast ausschließlich auf die Erweiterung der Strafgesetzgebung zurückführen möchte; durch die neuen Gesetze über Bank- und Börsenwesen, den Schutz der Handelsangestellten und der Arbeiter würden die Juden infolge ihres starken Anteils an den Selbständigen in Handel und Industrie verhältnismäßig in viel größerer Anzahl betroffen, als die Deutschen. Hieraus erkläre sich der größere Prozentsatz der verurteilten Juden bei den Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung usw. Bei den Verbrechen und Vergehen gegen die Person stehn die Juden (mit Ausnahme von Beleidigungen und Zweikampf) günstiger da als die Deutschen, ebenso bei den Verbrechen und Vergehen im Amte. Bei den Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen sind die Juden, soweit Sachbeschädigung, Nahrungsmittelverfälschung und offensichtliche Eigentumsverletzungen, wie Raub und Diebstahl in Frage kommen, geringer beteiligt, übertreffend aber die Deutschen bei den meisten andern Vergehen gegen das Eigentum, insbesondre bei Betrug, Erpressung, Urkundenfälschung, Konkursvergehen und Wucher. Bei den zuletzt aufgeführten Delikten mit größerm jüdischen Anteil nimmt Ruppin eine größere Disposition der Juden zu diesen Delikten an.

Es wäre an der Zeit, daß unsre Parteigenossen überall Judenmatrikel anlegten, um zu kontrollieren, in wie weit die Juden durch Annahme andrer Familiennamen, durch Taufe, durch Mischehen usw. sich der statistischen Kontrolle entziehen.

Die Verjudung unsers Volkstums schreitet in gefahrdrohender Weise vorwärts. Ein Leser unsers Blattes machte uns z. B. kürzlich darauf aufmerksam, daß er im Berliner Stadtteil Moabit nahezu täglich drei Offizieren, einem Husaren, einem Dragoner und einem Artilleristen, begegne, die alle Merkmale der Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse unverkennbar aufweisen. Dabei führen sie wahrscheinlich altpreußische Adelsnamen.

Gott segne das ehrbare Handwerk!

Ein Handwerker schreibt uns: „Gott segne das ehrbare Handwerk", so hieß es früher, wo der Geselle freudig sein „Grüß Gott Meister und Gesellen" anbot. Damals konnten auch noch die Innungen einen gewissen Einfluß ausüben; aber wie siehts heutzutage aus, wo jeder Hanswurst, der nicht arbeiten will oder vielmehr in seinen jüngern Jahren nicht hat lernen wollen und nichts geworden ist, dank der Gewerbefreiheit, mit allem handeln kann, wann und wo er will (außer mit Spirituosen). Solche Leute schimpfen sich Handelsmann oder Kaufmann und verkaufen alles, was eigentlich dem Handwerk zufallen sollte, was aber durch den Großbetrieb viel billiger hergestellt werden kann. Handelsleute können wohl als solche geboren werden, aber Handwerker nicht.

Grade die gangbaren Artikel der Handwerker werden durch Fabriken hergestellt, insbesondre das Werkzeug, das früher sich jeder Lehrling selber anfertigen mußte, liefert als Massenartikel der Großbetrieb. So sieht man höchst selten die Schmiede die Hufeisen und Nägel usw. anfertigen oder den Schlosser die Schlösser und Schlüssel oder den Klempner die Blechwaren oder den Tischler Furniere oder den Töpfer Geschirr oder den Uhrmacher Einzelteile der Uhren oder den Goldarbeiter Schmucksachen usw.; denn für alle diese Artikel giebt es Spezialfabriken, die es in Massen herstellen und daher viel billiger liefern können, wie die einzelnen Handwerker. Dabei nimmt die Fabrikation der einzelnen Branchen stets bestimmte Städte ein, sodaß in einer Stadt viele Fabriken für denselben Artikel sind. Es werden dadurch die Arbeiter immer einseitiger und gezwungen, stets in dem bestimmten Fabrikationsbetriebe zu bleiben und so kommt es, daß auch die Kinder wieder in dieselbe Branche übertreten, weil sie sie schon von Jugend auf lernen.

Nun wird man oft gefragt: „Wissen Sie keinen Lehrling für mich, ich kann keinen bekommen; wo bleiben blos die Eingesegneten alle, es scheint, das freie Handwerk will keiner mehr lernen." — Natürlich nicht, denn heutzutage will jedermann schon als Knabe frei sein und was er dann im Alter ist, überläßt er gern der Zukunft. Das aber ist der größte Fehler, den die Eltern machen können, und der später oft genug bereut wird. Früher lernte ein Schornsteinfeger sieben Jahre, alle andern Handwerker drei und vier Jahre, und außerdem mußte jeder Lehrling einige hundert Mark Lehrgeld bezahlen. Heutzutage soll aber fast jeder Junge mit 14 Jahren schon Geld verdienen und zwar recht viel — zu lernen braucht er nichts mehr, denn er ist ja zur Schule gegangen! Wenn solch ein Individium dann 30 Jahre alt geworden ist, so hat er alles in allem gerechnet, wohl viel Geld verdient gehabt, doch nun bleibt ihm nichts mehr als sein Wochenlohn, mit dem er nicht zufrieden ist, ganz abgesehn davon, daß er sein Lebenlang abhängig ist, und wenn er älter, einfach durch eine junge Kraft ersetzt wird.

Ein Handwerker dagegen in dem Alter ist womöglich schon selbstständig oder hat das Bestreben, es zu werden, denn grade das ist die Grundlage des Sparens und des Ehrgeizes. Sonst wäre es nicht möglich, daß ein Beamter zum Handwerker sagen könnte: „Sie wissen, für wen Sie arbeiten und wenn Sie viel zu thun haben, schaffen Sie für sich — wenn wir aber bei angestrengter Arbeit Fehler machen, zahlen wir Strafe."

Der Zuzug vom Lande, der früher für das Handwerk bestand, scheint ganz aufgehört zu haben. Nur Schlosser hört man über Lehrlingsmangel noch nicht klagen, wegen der elektrischen Fächer; indes gehn die meisten Gesellen doch später in die Fabriken.

Wundern muß man sich nur, daß so viele Jungens Schreiber „lernen" bei Rechtsanwälten, in Versicherungsgeschäften usw., wo sie Abschreiber bis ans Ende ihres Lebens bleiben. Sie bekommen aber wöchentlich 3 bis 4 Mark, nennen sich „Schreiber" — was ja besser klingt wie Schlosserlehrling oder Schusterlehrling — und haben Gelegenheit nach Beendigung der Dienststunden ihren „Gehalt" und oft noch etwas mehr „anständig" unterzubringen.

Trotz der vielen Gefahren, denen das Handwerk ausgesetzt ist, wird der, der in seinem Fache tüchtig ist, besonders aber wenn er das Kaufmännische nicht außer Acht läßt und mit der Zeit mitgeht, vorwärts kommen, denn so leicht läßt sich auch in unsrer elektrischen Zeit solch ein festes Fundament nicht zersprengen, das das Handwerk darstellt.

Die Innungen können aber nur dann wieder wirkliche Bedeutung erlangen, wenn auch der Verkauf der Fabrikware begrenzt würde, sodaß dem Schlosser alle Schlosserwaren und nicht dem nur kaufmännisch gebildeten Eisenwarenhändler, dem Fleischer alle Fleisch- und Wurstwaren und nicht dem ebenfalls nur kaufmännisch gebildeten Inhaber eines Delikateßgeschäfts, dem Uhrmacher alle Uhren und nicht den Bazaren und Trödlern usw. zugesprochen würden, was allerdings vorläufig bei dem freien Spiel der Kräfte und Lüge kaum durchgeführt werden kann.

Kulturspione oder Ausländer an den deutschen Hochschulen. In Nummer 722 wurde an dieser Stelle der Vorschlag gemacht, die deutschen Staaten sollten sich von den an deutschen Hochschulen studierenden Ausländern wenigstens den Staatszuschuß vergüten lassen, also die Summe, die aus dem Säckel der deutschen Steuerzahler für jeden Studierenden aufgewendet werden muß. Hierzu ist zu bemerken, daß es schon eine staatliche Anstalt giebt, die diese löbliche Gepflogenheit eingeführt hat.

Die Bergakademie zu Freiberg (Sachsen) ist die einzige Hochschule, die seit Jahren neben allen andern Gebühren und Honoraren von jedem Nichtdeutschen einen besondern (der Staatskasse zufließenden) Beitrag erhebt, der bis 1899 jährlich 100 Mark betrug, seither aber auf 200 Mark jährlich erhöht worden ist. Es ist diese Summe die reine Entschädigung

für gehabten Aufwand von Seiten des Staates und die sächsische Regierung hält es mehrfachen Aufforderungen gegenüber für bedenklich, die Gebühren noch weiter zu erhöhn, weil sonst die Ausländer sich rühmen könnten, eine deutsche Hochschule zu unterstützen. Uebrigens hat diese Maßregel dem Ausländer-Zuzuge nach Freiberg keinen Abbruch gethan.

Man kann der sächsischen Regierung nur dankbar sein für solche Maßnahmen. Möchte sie diese doch auch auf die Universität Leipzig ausdehnen, deren Unterhaltung und kostspielige Bauten gewaltige Summen aus dem Staatssäckel verschlingen; möchten aber — und das ist die Hauptsache! — alle deutschen Staaten sich die obige Maßregel der Freiberger Bergakademie zum Muster nehmen! —r.

Ein Kinderkreuzzug der Neuzeit. Die Geschichte erzählt von einem Kinderkreuzzug vor 700 Jahren, als auf Anregung eines französischen Hirtenknaben, der himmlische Erscheinungen zu haben vorgab, viele tausende von Kindern aus Frankreich und Deutschland mit dem Kreuz auf der Brust zur Befreiung Jerusalems hinzogen und unterwegs jammervoll vor Hunger und Ermattung umkamen. Die Neuzeit ist nicht mehr so unsinnig phantastisch, sondern nüchtern und praktisch. Ein Kinderkreuzzug der Neuzeit kann es indes genannt werden, wenn in den ersten Tagen des August d. J. aus allen Himmelsgegenden etwa 80 verkrüppelte Kinder, kleine Kreuzträger, die meist schon von Mutterleib mit dem schweren Kreuz körperlicher Gebrechen behaftet sind, nach Angerburg fahren werden, so daß man in den nach Osten gehenden Eisenbahnzügen viele kleine Krüppel und deren Mütter sehn wird. Mit dem 1. August d. J. öffnet nämlich das neuerbaute große Krüppelheim in Angerburg seine Pforten, wozu 80 neue Pfleglinge einberufen sind und wird dann die Anstalt die große Schar von 200 Krüppelkindern beherbergen. Wo kommen sie alle her? — Man hat im ganzen Deutschen Reiche 60 000 Krüppelkinder gezählt, mehr, als man früher je geahnt.

Der große Andrang verkrüppelter Kinder nach Angerburg hängt damit zusammen, daß hier die Verpflegung unentgeltlich geschieht, so daß grade die Aermsten und Elendsten ihre Zuflucht zu Angerburg nehmen. Man findet dort Kinder, die mit mehren Gebrechen belastet sind, die taubstumm und zugleich blind, blind und gelähmt, blöde und verkrümmt sind. Zwanzig können keine Nahrung zu sich nehmen und müssen daher gefüttert werden. Das neue Kinderkrüppelheim hat zwecks Gesundung der Kinder die verschiedensten Einrichtungen: Badezimmer, Verbandzimmer, geräumige lichte Schlafsäle, eine große Veranda zum Aufenthalt der Kinder in frischer Luft auch bei schlechtem Wetter, eine vorzügliche Lüftung in allen Räumen, einen großen Garten mit Spielplatz u. a. m. Der Neubau kostet 72 000 Mark, wovon jedoch erst 50 000 Mark aus freiwilligen Liebesgaben gedeckt sind. Leider ist auch noch die ganze innere Einrichtung bis zum 1. August d. J. zu beschaffen: 100 eiserne Bettstellen mit Matratzen und Bettdecken, ebensoviele Löffel, Teller, Messer und Gabel, Töpfchen, Waschschüssel, Stühle, Tische usw. Der kleinen Kreuzfahrer Jerusalem soll anders sein als vor 700 Jahren, ein freundliches Heim, von barmherziger Liebe bereitet. „Die Liebe hört nimmer auf". Möge sie auch hier nicht aufhören, das große, edle Samariterwerk, das seinen Begründer und Leiter, den Superintendenten Braun in Angerburg, mit unsäglichen Mühen und Sorgen belastet, vollenden zu helfen.

Die Juden in Dresden. Man kann nicht behaupten, daß die Juden in Dresden je besonders zahlreich gewesen wären. Dresden als Beamtenstadt mit einem etwas starken konservativem Gepräge im Leben und Weben übte nie eine so sehr große Anziehungskraft auf die Söhne Israels aus. Dresden hatte

im Jahre	Einwohner	Juden	v. H. der Ges.-Bev.
1871	177 055	1279	0,72
1880	220 818	2228	1,01
1890	276 522	2616	0,95
1895	336 440	2547	0,76
1900	396 146	3059	0,77

Aus der kleinen Tabelle sehn wir, daß die Juden von 1890 bis 1895 sogar an Zahl abgenommen hatten, gegen 1880 ist auch ihre Zahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zurückgegangen. Das liegt an den Eingemeindungen von Vororten, worüber wir schon in den Bemerkungen zu den Tabellen andrer Großstädte gesprochen haben. Wir verweisen aber immer wieder auf das Beispiel von Alt-Leipzig, also auf die alte Stadt Leipzig, ohne die angeschlossnen Ortschaften. In Alt-Leipzig vermehrten sich die Juden von 1895 bis 1900 um 25 v. H., während die Gesamtbevölkerung nur um 4,75 v. H. anwuchs. K. T.

Ueber die deutsche Schrift hielt in der letzten Sitzung des Jungdeutschen Bundes zu Hamburg Herr Lehrer Muthorst einen Vortrag, dem wir folgenden Gedankengang entnehmen: Seit Jahrzehnten sucht der in weltbürgerlichen Ansichten befangne Verein für Lateinschrift die Verdrängung der deutschen Schrift durch die römische zu beschleunigen. Um diesen Bestrebungen entgegen zu arbeiten, hat sich zu Berlin der „Alldeutsche Sprach- und Schriftverein" mit seiner Zeitschrift „Heimdall" gebildet. Diesem Vereine gehörte u. a. auch der Staatssekretär von Stephan an, der sehr warm für die heimische Schrift eintrat. Von den Lateinschriftlern wird der Bruchschrift mit der Begründung vorgeworfen, sie sei schwerer lesbar als die lateinische, erschwere den Ausländern das Erlernen der deutschen Sprache und stehe an Formenschönheit hinter der Antiqua zurück. Dem ist aber entgegen zu halten, daß die deutsche Schrift dem Auge viel mehr Ruhepunkte darbietet und ihm auf die Dauer viel angenehmer ist. Lateinische Handschriften sind meistens viel schwerer zu entziffern als deutsche. Lange genug sind wir dem Auslande nachgelaufen und wollen nun nicht auch noch unsre Schrift preisgeben. Engländern und Franzosen ist die Eckschrift übrigens als Zierschrift am Kopfe von Zeitungen und auf Titelblättern der Bücher schon lange sehr gut bekannt. Es ist Geschmackssache, die eine oder die andre Schriftart schöner zu finden. Eigenartiger und darum in deutschem Sinne schöner als die glatte lateinische ist die deutsche Schrift gewiß. Vergessen dürfen wir auch nicht, daß Albrecht Dürer an ihrer Ausgestaltung mitgearbeitet hat. Folgerichtig tritt auch R. Mielke, der Vorkämpfer für eine deutsche Volkskunst, für deutsche Schrift ein. Er verlangt mit Recht ihre Verwendung auf Freimarken und Münzen, für deren künstlerische und abwechslungsreiche Ausgestaltung bei uns so gut wie nichts geschieht. Leider können sich die Lateinschriftler auf Jakob Grimm berufen, der die deutsche Schrift verwarf. In diesem Falle hat der Gelehrte Grimm den deutschtümlichen Forscher bei Seite geschoben. Erfreulich ist es, daß in den letzten Jahren in Heer und Presse der Schriftfrage wieder mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird. Den deutschen Zeitungen fällt es nicht ein, dem Drängen der Lateinschriftler zu folgen und sich etwa in ein römisches Gewand zu hüllen. Mit der aufblühenden deutschen Bewegung wächst auch wieder das künstlerische und völkische Verständnis für heimatliche Schrift. Deutschnationale Vereine und Verbände sollten zähe und planmäßig der deutschen Schrift Vorschub leisten und besonders bei Anschaffung von Drucksachen und Druckstempeln nur die deutsche Präge wählen und verlangen. Neuerdings wirkt die Schreibmaschine der deutschen Schrift sehr entgegen. Deutschnationale Vereine sollten daher nur Schreibmaschinen mit deutscher Schrift kaufen, wie Hammond u. a. sie herstellen, die sich leicht auch für fremdsprachlichen Briefwechsel in lateinischer Schrift benutzen lassen. In den Grenzmarken unsers Volkstums wäre die Verdrängung der heimatlichen Schrift eine schwere Schädigung des Deutschtums. Wer weltbürgerlich gesinnt ist und sich einen „gelehrten" Anstrich geben möchte, wird die lateinische Schrift bevorzugen. Wer aber die Heimat liebt und ehrt, wird versuchen, mit der deutschen Schrift auch deutschem Volkstume und deutscher Art zum Siege zu verhelfen.

Juden in der Armee. Ueber die judenverhimmelnde Rede des General-Obersten v. Loë ist in der Presse eine lebhafte Aussprache entstanden und auf judenfreundlicher Seite klingt es fast, als ob die Juden einen Hauptbestandteil des deutschen Heeres bildeten und sein Stolz wären. In augenblicklicher Ermanglung einer andern Statistik wollen wir nur ein paar Zahlen aus zwei Beilagen zur Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Büros mitteilen.

Die Albertstadt in Dresden (nur Kasernements!) hatte im Jahre 1895 11 387 Bewohner, davon 10 648 männliche und 739 weibliche. Der Religion nach waren 10 931 evangelisch-lutherisch, 13 evangelisch-reformiert, 420 römisch-katholisch, 19 sonstige Christen und 4 Juden. Da im Deutschen Reiche auf etwa 85 Einwohner (im Jahre 1895) 1 Jude kam, so hätten sich in der Dresdner Kasernopolis etwa 130 Juden befinden müssen.

Die Leipziger Kaserne Möckern des 106. Infantrie-Regiments hatte im Jahre 1900 1792 Bewohner, davon 1723 männliche und 69 weibliche. Der Religion nach gab es 1734 evangelisch-lutherische, 7 evangelisch-reformierte, 45 römisch-katholische, 5 deutsch-katholische und einen Juden. Im Deutschen Reiche kam im Jahre 1900 auf etwa 90 Bewohner 1 Jude. Es müßten sich also etwa 19 jüdische Bewohner in der Kaserne vorgefunden haben. Da die Angaben der Religionen nicht nach dem Geschlecht gemacht sind, so läßt sich leider nicht ersehn, ob sich auch Jüdinnen in den genannten Kasernen befunden haben. K. T.

Entsühnung*)

Hatte einst der Hohepriester auf das Haupt des Wüstenbockes
Seines Volkes Jahressünden wieder einmal abgeladen,
Drehte er ihn um und gab ihm einen Streich auf den Dokes,
Und er sagte: „So! Jetzt laufe in die Wüste! Fort mit Schaden!
Mag unsre Sündenlast den Gojim und Dämonen
Zum Fluch' geraten, die mit euch in Wüsten wohnen!" —
Dann wurde der Gemeinde laut verkündigt:
„Geht jetzt nach Haus! Für heuer seid ihr schon entsündigt.
Vergeßt nur über's Jahr nicht wieder herzukommen!
Dann wird das Aufgelaufene euch wieder abgenommen.
Macht heute kein Geschäft! Von Morgen bleibt's der alte Tanz.
Ihr wißt: Ihr sollt zum Haupte werden, nicht zum Schwanz."
— Hat Moriz Kohn auf seinen „guten" Namen
Schon vieler tausend Christen Haß und Fluch geladen,
Die insgesamt durch ihn um ihr Erspartes kamen,
So sagt er kurz entschlossen: „Fort mit Schaden!" —
Nur für die Gojim, mein' ich, die noch nicht ganz ausgesogen.
Daß ich noch weiter Kohn bin, wär' gelogen:
Von heut' ab zeichne ich als Hermann Rahden,
Flucht nur nach Herzenslust dem alten Kohn!
Den Namen mache ich zu meinem Sündenbock
Und leg' ihn ab wie einen schlechten Rock.
Gelingt's dem Rahden, werd' ich noch Baron."

Solonicus.

Zum Ursprunge der Familie „von" Palézieux erhalten wir folgende Mitteilung von einem zuverlässigen Gewährsmann:

„Die Behauptung, daß der Flügel-Adjutant des Großherzogs von Weimar, General v. P., jüdischer Abkunft sei, ist irrig. P.'s sind Schweizer von ganz geringer Herkunft. Der Großvater soll Schuster in dem kleinen Orte Palezieux gewesen sein. Sie haben sich dann in der in der Schweiz üblichen Weise selbst geadelt, nachdem sie zu Vermögen gekommen waren. Der Vater des Adjutanten ist Weinbauer in Vevey, sein Bruder besitzt das hübsche Weingut Ladoge oberhalb Vevey."

Von andrer Seite schreibt man uns:

„Der Vater des Generals von P. war der Genfer Bankier Falk, d. h. Falconnet. ‚Palézieux' ist Name der Mutter, die aus guter Familie. Er selbst war Banklehrling in Frankfurt (Main), dann Artillerie-Leutnant in Magdeburg, wie er mir selbst erzählt. Die unchristliche Herkunft ist allgemein in Weimar bekannt."

Wir sind für diese Notizen sehr dankbar. Vielleicht kann uns jemand noch etwas über die militärische Laufbahn des „Generals" v. P. mitteilen. Soweit wir unterrichtet sind, tauchte er als „Adjutant" des verstorbnen Großherzogs während der Belagerung von Paris im Hauptquartier auf. Woher hatte er den Hauptmanns-Rang, den er damals bekleidete?

Wir freuen uns auch hinzufügen zu können, daß der Warnungsruf in der Presse bezüglich des beabsichtigten Verkaufes von dem Großherzog von Weimar gehörigen Privatbesitz in der Provinz Posen an polnische Käufer gute Früchte getragen hat. Es wird jetzt jetzt offiziell in Abrede gestellt, daß solche Absichten überhaupt bestanden haben. Wenn man derartige Dementis richtig zu lesen versteht, weiß man, was das heißt. Die Trauben waren sauer geworden.

Die jüdische Studentenschaft hat — wie wir schon in Nr. 718 erwähnten — sich, getrieben von dem Drange nach nationalem Zusammenschluß aller akademischen Stammesgenossen, in einer „Der jüdische Student" betitelten Monatsschrift ein Bundesorgan geschaffen, dessen dritte Nummer dem Ariertume einmal gründlich den Standpunkt klar zu machen sucht. Das Blättlein, das sich als Titelvignette einen etwas ängstlich blickenden jüdischen Jüngling in Badekostüm gewählt hat, der ein Schwert möglichst weit von sich hält und neben sich ein Buch liegen hat, dessen Rücken der Name Cohn ziert, legt mit alttestamentlichem Zorne eine entschiedne Verwahrung gegen den diesjährigen Tag der „Deutschen Freien Studentenschaft" in Weimar ein, weil dort einige kräftige Worte der Kritik über jüdische Fehler gefallen sind. Am meisten Entrüstung erregt es bei dem Blatte, daß sogar ein jüdischer Student manche gegen die Juden erhobne Vorwürfe als begründet zugeben mußte. Das Blatt erblickt darin, sowie in dem Umstande, daß kein anwesender Jude Widerspruch erhoben habe, eine „Gesinnung schmählichster Selbsterniedrigung".

Die „Deutsche Freie Studentenschaft" wird nun in Acht und Bann gethan, kein jüdischer Student, der auch nur das „geringste Gefühl für die Ehre des Judentums und für Selbstachtung" habe, soll ihr mehr beitreten. Dafür will das jüdische Bundesorgan sorgen, das in zornigem Eifer schreibt:

„Und sollten sich jüdische Studenten finden, die trotz allem, was vorgefallen ist, dieser Organisation sich anschließen, so sei eine reinliche Scheidung zwischen ihnen und uns Juden. Wir haben sie gezeichnet und werden weiter unsre Schuldigkeit thun . . .

Wir aber, die wir jüdischer Organisation das Wort reden, die wir alle jüdisch denkende Studenten hinter uns haben, wir erklären hiermit: ‚Alle Hochachtung vor dem Deutschtum und deutscher Kultur! Aber von unserm Judentum werden wir zu gunsten des deutschnationalen Gedankens und in Erwartung des Entgegenkommens der arischen Kommilitonen auch nicht ein Titelchen aufgeben!' Auf dem Finkentag wurde erklärt, das Judentum habe den Willen, im Deutschtum aufzugehn. Nun denn: Wille gegen Wille. Und der Wille zum Leben wird mächtiger sein, als der Wille zum Untergang."

Die freikonservative „Post", der man Antisemitismus keineswegs nachsagen kann, meint zu diesen Auslassungen:

„Ist die Anerkennung der deutschen Kultur nicht rührend? Sie hat ja auch dem Judentum viel genützt; den produktiven Geist des Ariertums will es nicht missen, aber mit dem deutschnationalen Gedanken ist es nichts bei den Nachkommen Sems. Das Judentum soll nicht im Deutschtum aufgehn, da steht Wille gegen Wille. — Das ist wenigstens eine offne und ungeschminkte

*) 5. Mos. 15, 6: „Denn Jahve, dein Gott, hat dich gesegnet, wie er dir verheißen, daß du vielen Völkern auf Pfand leihen wirst, du selbst aber sollst nichts entlehnen, — und über viele Völker herrschen wirst, sie aber nicht herrschen über dich." — 28, 12: „Und du wirst vielen Völkern leihen, dir aber nichts entlehnen; und Jahve wird dich machen zum Haupte, und nicht zum Schwanze."

Sprache, die hoffentlich auch deutschen Ideologen die Augen öffnen wird, daß nationale Selbstverleugnung gegenüber jüdischem Hochmut schlecht am Platz ist."

Wir werden uns bei Gelegenheit dieser Auslassungen der „Post" gern erinnern.

Beamte und Warenhäuser. Die „Mitteilungen des Eisenbahn-Vereins zu Berlin" veröffentlichen in der Juli-Nummer nachstehendes „Abkommen mit dem Warenhaus Tietz":

> Mit dem Warenhaus Hermann Tietz in Berlin, Leipzigerstraße 46—49, ist ein Abkommen dahin getroffen worden, daß dasselbe den Mitgliedern des Eisenbahn-Vereins zu Berlin bei Einkäufen von Waren fünf Prozent, bei Einkäufen von Lebensmitteln drei Prozent der Kaufsumme als Rabatt gewährt.

Dabei ist folgendes Verfahren vereinbart:

> Die Vereinsmitglieder, welche im Warenhaus Tietz Einkäufe zu machen beabsichtigen, wenden sich zunächst an die Sammelkasse und lassen sich hier unter möglichst unauffälliger Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte ein mit dem Stempel des Eisenbahn-Vereins versehenes Sammelbuch aushändigen. (Für die Lebensmittel-Abteilung besteht eine besondre Sammelkasse). Sodann besorgen sie ihre Einkäufe an den einzelnen Verkaufslagern, lassen sich die Kaufbeträge im Sammelbuche vermerken und leisten schließlich an der Sammelkasse für sämtliche Einkäufe Zahlung. Ueber den Gesamtkaufbetrag wird ihnen eine Quittung ausgehändigt. Diese Quittungen sind zu sammeln und zu jedem Vierteljahrsersten in einem Briefumschlag, auf welchem der deutliche Name, die Stellung und die Beschäftigungsstelle des Einsenders vermerkt sein muß, an den Wirtschaftsausschuß des Eisenbahn-Vereins zu Berlin einzusenden. Die Auszahlung des Rabatts erfolgt alljährlich im Monat Dezember durch den Eisenbahn-Verein.

Die „Mitteilungen des Eisenbahn-Vereins" erscheinen in „beglaubigter Auflage" von 11 000 Exemplaren, es muß also angenommen werden, daß der Verein über zehntausend Mitglieder hat, zu denen auch die höhern Beamten gehören. Was steckt darin für eine Kaufkraft! Diese macht sich Tietz ganz einfach dadurch dienstbar, daß er einen kleinen Nachlaß verspricht, den er — falls er ihn nicht schon auf die Preise aufgeschlagen hat, denn verschenken kann auch Tietz nichts! — vielfach an Anzeigengebühren erspart. Unter den Mitgliedern des Eisenbahn-Vereins werden kaum $^1/_2$ v. H. Juden sein und doch macht der Verein für den großen Juden Tietz kostenlose Reklame, der nachweisbar hunderte von kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden verschluckt hat. Denken die Mitglieder des Vereins nicht an die Nichtbeamten unter ihren Eltern und Geschwistern und Verwandten, die infolge des ungeheuren Wettbewerbs der kapitalkräftigen Warenhäuser schwer um ihr Dasein zu kämpfen haben? Und denken die Mitglieder nicht an die seltsame Stellung, die ihnen der Vorstand des Vereins zumutet, dadurch daß er sie auffordert, „möglichst unauffällig" ihren Rabatt bei Tietz einzuheimsen. Damit giebt der Verein doch zu, daß die große Oeffentlichkeit, mindestens aber die Leute, die nicht zur bevorzugten Klasse der Beamten gehören, an diesem Gebahren Anstoß nehmen könnten, denn wenn Tietz sich für den gewährten Nachlaß nicht durch höhere Preise bei den Vereins-Mitgliedern schadlos hält, müssen die übrigen Abnehmer des Warenhauses Tietz ihn bezahlen. Die bei Tietz kaufenden Mitglieder des Eisenbahn-Vereins bereichern sich in diesem Falle also auf Kosten einer wenn auch beschränkten Allgemeinheit.

Vielleicht merken sich die nichtjüdischen Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses diese Handlungsweise des Eisenbahn-Vereins, wenn bei der Beratung des nächstjährigen Eisenbahn-Etats Wünsche wiederkehren, die auf eine wirtschaftliche Besserstellung der Beamten hinzielen. Oder glaubt der Berliner Eisenbahn-Verein, daß die Beamten ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllt haben, wenn sie für sich möglichst viel wirtschaftliche Vorteile herausschlagen, ganz einerlei auf welchem Wege??

Mosaik.

Die Hetze gegen den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband wird von Israel mit den seltsamsten Waffen geführt. So berichtet der „Konfektionär", das Organ aller Berliner Konfektionsjuden, am 12. v. M., daß sich eines Sonntags bei dem Buchdruckereibesitzer Ernst Lichtwitz zwei junge Leute im Auftrage des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes eingefunden hätten, um festzustellen, ob dort gearbeitet würde. Der D. H. V. erklärte sofort, daß er die beiden Leute nicht abgesandt, und daß sie nicht einmal Mitglieder des Verbandes seien. Diese Berichtigung nahm der „Konfektionär" natürlich nicht auf. Die Namen der bei dieser Geschichte Beteiligten sind folgende: Lichtwitz ist der Kontrollierte, Joachimsthal und Scholz heißen die Kontrollöre, und Schottländer giebt den „Konfektionär" heraus — alles dieselbe Rasse! Bezeichnend ist, daß Joachimsthal Mitglied des sozialdemokratischen Handlungsgehilfen-Verbandes ist, dessen Hauptvertreter im Kampfe gegen den D. H. V. den schönen Namen Josephsohn führt.

Das dankbare England. Eine Londoner Zeitung stellt die Belohnungen der Krieger aus Südafrika folgendermaßen zusammen:

Tommy Atkins (Spitzname der englischen Söldner) erhält	. . . .	das Armenhaus
Buller (weil er die Wahrheit gesagt) bekam		0,00 Mark
Kitchener (der den Krieg beendigte)	„	1 Mill. „
Roberts (weil er gelogen hat)	„	2 „ „

Der Schmutzfink im deutschen Dichterwalde, Herr Heinrich Heine, erhält demnächst in Berlin eine Art Denkmal. Am Hause Taubenstraße 32, wo bereits eine Tafel mit Inschrift verkündet, daß Herr Heine dort im Jahre 1823 gewohnt habe, soll ein überlebensgroßes Bronze-Relief angebracht werden. Der Jude ist darauf stark „idealisiert dargestellt.

Ob die Einweihung mit einer besondern Feier und in Anwesenheit hoher Personen erfolgen wird, wissen wir nicht. Es wäre das doch eine sehr schöne Gelegenheit zu einer schwungvollen Rede.

Ueber die Folgen des Industriestaates und die Anhäufung des Großkapitals heißt es in Schlossers Weltgeschichte, 2. Ausgabe, 3. Band, Seite 519: „Tacitus giebt uns ein glänzendes Beispiel von dem großen Gegensatze, welcher nach und nach in den Vermögensverhältnissen der römischen Bürger entstanden war (275 n. Chr.). Die freie Bauernklasse und der Mittelstand waren fast verschwunden, während durch das Emporblühen des Handels und der Gewerbe der Reichtum einiger weniger Familien fortwährend zugenommen hatte. Es erfolgte daher im römischen Reiche dasselbe, was zumteil im heutigen England erfolgt ist, und früher oder später auch im übrigen Europa erfolgen wird. Die Bevölkerung zerfiel in zwei Teile, in übermäßig Reiche und Bettelarme." D.

Zur Nachahmung dringend empfohlen sei den deutschen Behörden folgende Bekanntmachung des Magistrats der Stadt Reichenberg (Böhmen):

„Auf Grund des § 54 der Gewerbe-Ordnung wird die Verwendung weiblicher Dienstboten und Kellnerinnen zum Bedienen der Gäste in Gast- und Kaffeehäusern in Reichenberg verboten. Zuwiderhandlungen werden nach der Gewerbe-Ordnung bestraft. Die Kundmachung tritt am 1. Juli in Kraft".

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 10. Juli 1902. Nr. 725.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden. Nunmehr ist noch eine für Anfang August in Heidelberg geplant.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, auch an dieser letzten Veranstaltung teilnehmen.

Die Parteibesprechung für Sachsen fand am 6 d. M. in Leipzig statt. Sie war aus folgende Wahlkreise besucht: Leipzig Stadt und Land, Delitzsch Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Sachsen-Altenburg, Halle-Saalkreis, Merseburg-Querfurt, Reuß jüngere und Reuß ältere Linie.

Von der Parteileitung waren die Reichstags-Abgeordneten von Liebermann und Raab und der gothaische Landtags-Abgeordnete Freiherr von Wangenheim anwesend. —

Nachdem über die Beschlüsse der Parteileitung vom 12. Mai verhandelt und die Zustimmung der Vertrauensmänner dazu eingeholt war, wurden die bevorstehenden Reichstagswahlen besprochen. Auch hierbei trat völlige Uebereinstimmung der Meinungen zu Tage.

Schließlich beriet man über Schaffung einer Organisation der Deutschsozialen Partei im Königreiche Sachsen und Thüringen und beschloß, zunächst die oben genannten Wahlkreise unter dem Namen „Saale und Elbgau" in einem Verbande zusammenzufassen. Die vorläufige Geschäftsführung übernimmt der Deutschsoziale Verein Leipzig. Im September soll die endgültige Einrichtung des Verbandes erfolgen. Die für die vorbereitenden Arbeiten erforderlichen Geldmittel wurden sofort von den anwesenden Vertrauensmännern aufgebracht. — Der Jahresbeitrag soll 6 Mark betragen. Der neue Verband zählt unter Hinzurechnung der Vereine, die laut Beschluß in ihm aufgehen, schon über 200 Mitglieder.

Am Sonnabend, den 5. Juli hatte eine gemütliche Zusammenkunft mit Damen im „Eldorado" stattgefunden, die einen höchst erfreulichen und anregenden Verlauf nahm.

Verband Westmark. In Köln (Rhein) hatte die Ortsgruppe des Verbandes für den 2. Juli eine öffentliche Versammlung nach dem großen Saal des „Kolosseum" einberufen und den Abgeordneten von Liebermann als Redner dazu eingeladen.

Die Versammlung war schon seit längerer Zeit geplant und zwar sollte, um neue Mitglieder für die „Westmark" zu werben, das Programm unsrer Partei entwickelt werden. Inzwischen geschah in Köln ein Aufsehen erregender Fall. Die „liberale" Mehrheit des Stadtrates hatte eine Anzahl von katholischen Jünglingsvereinen die nachgesuchte Erlaubnis zur Benutzung der städtischen Turnhallen versagt, sie aber kurze Zeit danach einem jüdischen Turnvereine bereitwilligst erteilt. Das sozialdemokratische Blatt hatte schmunzelnd diese „That" des Stadtrates besonders belobt.

Es war ganz natürlich, daß dieser Vorfall mit auf die Tagesordnung der für den 2. Juli geplanten Versammlung gesetzt wurde. Das betrachtete die katholische Presse als eine Art von Konkurrenz, weil die Zentrumspartei eine Entrüstungs-Versammlung in der gleichen Angelegenheit auf den 6. Juli anberaumt hatte. Die sozialdemokratische Zeitung aber hetzte nach Möglichkeit sowohl gegen die Katholiken als gegen die Antisemiten in dem bei ihr üblichen Stile. — Da die löbliche Judenschaft mittlerweile eingesehn hat, daß ihr am 23. März unternommner Sprengungs-Versuch der damaligen antisemitischen Versammlung unsrer Partei sehr von Nutzen gewesen ist, setzte sie diesmal ihre ganze Macht ein, um möglichst den Besuch der neuen Versammlung zu hintertreiben. Das sozialdemokratische Blatt schrieb z. B. gehorsam den jüdischen Winken, „der Arbeiter verdiene Schläge, der 30 Pfennige Eintrittsgeld zur Stärkung des antisemitischen Wahlfonds beitrage". — Vor dem Eingange des Versammlungslokales wurden auf der Straße Zettel verteilt die folgenden Wortlaut hatten:

Warnung.

Ein sich „Verband Westmark" nennender, fast ausschließlich aus Nichtkölnern bestehender kleiner Verein, wagt es, von Zeit zu Zeit aus seinem dunklen Dasein hervorzutreten, um herumreisenden Geschäfts-Antisemiten hier Gelegenheit zu verschaffen. in antisemitischen Radauversammlungen ihre Weisheit a Person für 30 Pfg. zu verzapfen und ihr Schimpflexikon gegen die Juden auszukramen.

Wir warnen alle anständigen Mitbürger christlicher und israelitischer Konfession, welche vielleicht durch Neugierde veranlaßt werden könnten, die sattsam bekannten widerlichen Schimpfereien einmal anhören zu wollen, ausdrücklich vor dem Besuche derartiger Versammlungen; denn dadurch fördern sie nur die Interessen antisemitischer Wandermaulhelden, denen das Geschäft die Hauptsache ist und deren Existenzfähigkeit in erster Linie von dem erzielten Eintrittsgelde abhängt. Da ein geeignetes „Ritualmördchen" nicht vorhanden, die Saison dafür vorbei und der Boden hier nicht recht geeignet erschien, so werden die Antisemitenbrüder zur Abwechslung mal die Vertretung katholischer Interessen in die Hand nehmen gegenüber einem jüdischen Turnverein und einem „verjudetem Stadtrate". Uebrigens ist es hinlänglich bekannt, daß die Handvoll sich „nat.-jüd. Turnvereine" nennende Utopisten unsern israelitischen Mitbürgern ebenso fremd gegenüberstehn, wie die antisemitischen Radaubrüder den christlichen.

Von katholischer maßgebender Seite wurde bereits gestern den edlen Herren kräftig auf die Fingern geklopft und als Anmaßung und Gipfel der Heuchelei bezeichnet. daß Leute, die alles was andern heilig ist, gewohnheitsmäßig in den Koth ziehn, sich herausnehmen, als Vertreter idealer Interessen aufspielen zu wollen, und unsre katholischen Mitbürger wurden ersucht, die antisemitische Gesellschaft zu meiden.

Denjenigen Mitbürgern, welche dem Drange, die antisemitische Helden in ihrem Denken und Reden kennen zu lernen, nicht widerstehn können, empfehlen wir die Lektüre des stenographischen Berichts der österreichischen Reichsratssitzung vom 18. Juni, in welcher der antisemitische Abg. Schönerer dem antisemitischen Führer Wolf sagt, daß er sich von einem Bestochnen und von einem Manne, der die Braut seines besten Freundes verführt hat, nicht belehren lasse; während sechs andre antisemitische Größen sich die schönen Prädikate Lump, Fälscher, Zuchthäusler an die Köpfe warfen

Wir denken, die Herren kennen sich genau, und Vorstehendes genügt als Charakteristikum dieser Helden und ihrer ebenso würdigen Führer Freiherrn von Hammerstein, Graf Pückler und Ahlwardt, und deshalb lasse man die Brüder ruhig unter sich.

Mehre Mitbürger,
welche den konfessionellen Frieden in unsrer Vaterstadt nicht stören lassen wollen.

Dies jüdische Manöver erzielte genau das Umgekehrte von dem, was beabsichtigt wurde. Schaarenweise drehten die Straßenpassanten um und gingen in die Versammlung, von der sie erst durch diese Schimpfzettel unterrichtet wurden. — Da der Sommer an sich keine sonderlich geeignete Jahreszeit zu Versammlungen ist, so dürfen wir wohl den außerordentlich guten Besuch zum großen Teil auf Konto der jüdischen Treibereien setzen. In dem geräumigen Saale war der letzte Platz besetzt und die Versammlung verlief in musterhafter Ordnung. Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall und trotzdem der Redaktör des sozialdemokratischen Blattes mit einigen „Genossen" und ein Rudel Juden als Beobachtungs-

korps sich im Saale befanden, beliebte keiner von ihnen sich zur freien Aussprache zu melden. —

Der Redner konnte daher unter großem Beifall zum Schlusse darauf hinweisen, daß Worte und Thaten bei den Herren Sozialdemokraten sich nicht deckten. — Nach der Versammlung am 25. März hätte ihre Zeitung bedauert, daß durch die Sprengungsversuche eine Diskussion unmöglich gemacht worden wäre, denn es hätten sich so tüchtige Redner zu Worte gemeldet gehabt, daß der Antisemit von ihnen gründlich zugedeckt worden wäre. Heute aber — wo die Herren freie Aussprache in breitester Form haben könnten, seien sie zu feige um sich hervorzuwagen. —

Wir sind begierig, was nun bei der nächsten Versammlung für ein Manöver versucht werden wird.

Antisemitische Stadtverordnete erhielten bei den letzten Wahlen die Städte Eisenach und Erfurt. In Eisenach wurde am 25. Juni der Schriftsteller Emil Roll (Vorsitzender des Reformvereins) mit 510 Stimmen gewählt. Der freisinnige Gegenkandidat Dr. Liebetrau (Bruder des Gothaer Oberbürgermeisters) erhielt 426, der Nationalliberale Maurermeister Creutzburg 205 Stimmen. Dieses Ergebnis ist die Folge der freisinnigen Mißwirtschaft in der städtischen Verwaltung Eisenachs. — In Erfurt kamen in das städtische Parlament als Vertreter der dritten Wählerklasse der Buchbindermeister Gottfried Kittel (Vorsitzender des Deutschsozialen Reformvereins) und der Garnfabrikant Koch (Vorsitzender des Volksbundes).

Echt jüdische Art. Der Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz hält es mit seinem Kultusamte für vereinbar, von seinem „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg“ unter gewaltiger Reklame die 4. Auflage (16. bis 20. Taus.) in die Welt zu setzen, trotzdem in der Antwort des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Vgl. Nr. 707 und 712) der Herr Rabbiner so abgeführt ist, wie es nicht schlimmer kommen konnte.

Es muß daher Pflicht jedes Judengegners sein, die Antwort des Abgeordneten von Liebermann, „Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz“, die mit einem einleitenden Vorwort auch den Wortlaut des Rabbinerbriefs enthält, zu verbreiten.

Das 16 Seiten starke Büchlein hält sich streng sachlich an die auf einem groben Irrtum beruhenden, hochtrabenden Ausführungen des Gleiwitzer Rabbiners und sollte sich nicht nur jeder Leser dieser Zeilen, sondern jeder Deutsche, der nicht philosemitisch gesonnen ist, eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;

in Nordhausen am 11. im „Schwarzen Walfisch“; am 18. in den „Drei Linden“;

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wirklich reeller Ausverkauf. Das Landgericht zu Aachen verurteilte am 14. Januar den Kaufmann Simon Gottfeld wegen unlautern Wettbewerbs zu 500 Mark Geldstrafe. Im Jahre 1893 erhielt Gottfeld wegen einfachen Bankrotts zwei Monate Gefängnis, nach Verbüßung dieser Strafe betrieb er in Aachen zwei Geschäfte, mit denen er im vorigen Jahre ebenfalls in Konkurs geriet. Ehe dies geschah, nämlich in der ersten Hälfte des Jahres 1901, machte er durch Anzeigen und Plakate bekannt, daß er einen „wirklich reellen Ausverkauf, zu erheblich herabgesetzten Preisen“ veranstalte. Der Zuspruch des Publikums war infolgedessen außerordentlich stark, sodaß das Warenlager bald ausverkauft gewesen wäre, wenn Gottfeld es nicht fortwährend durch bedeutende Nachschübe ergänzt hätte. Dadurch zog sich der „Ausverkauf“ sehr in die Länge. Wie festgestellt worden ist, hat der Angeklagte in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juni 1901 für 25000 Mark Waren nachbezogen. Die Revision des Angeklagten, der das Urteil als widerspruchsvoll bezeichnete, wurde am 19. Juni vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

Bei dem gemachten Geschäft wird Simon Gottfeld die 500 Mark gern berappen.

Eine sonderbare Klagegeschichte. Der Rechtsanwalt und Justizrat Halbe zu Wiesbaden war im Nachwinter auf dem Amtsgericht zu Schwalbach durch den Handelsmann Meier Kahn aus Hausen mit nicht wiederzugebenden Worten beleidigt worden. In der von dem Rechtsanwalt angestrengten Privatklage wurde Kahn dafür zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die von dem Verurteilten eingelegte Berufung kam jedoch vor dem Landgericht zu Wiesbaden nicht zur Verhandlung, da Justizrat Halbe die Klage zurückgenommen hatte.

Deutsche Mädchen in jüdischen Häusern. „Sachsens Elbgaupresse“ meldet am 4. Juli aus Dresden: Aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes eines Hauses der Schäferstraße stürzte sich am Dienstag gegen Mittag ein bei der Familie J. in Stellung gewesenes 16jähriges Dienstmädchen in den Hof hinab. In schwer verletztem Zustande wurde es nach dem Krankenhause gebracht. Seit Neujahr 1902 war dies das dreizehnte (!) Dienstmädchen, das bei der jüdischen „Herrschaft“ in Stellung gewesen ist

Jüdische Unverfrorenheit. Am 24 Juni erhielt der Gastwirt Michael Sender zu Neunkirchen (Bezirk Trier) vom Schöffengerichte drei Mark Geldstrafe, weil er über die Polizeistunde hinaus an Gäste Getränke verabreicht hatte. Am 1. Juli stand Sender wieder vor Gericht desselben Vergehens angeklagt. Diesmal hatte er ruhig weiter verzapft trotzdem der die Uebertretung feststellende Polizeibeamte noch im Lokal anwesend war zur Aufnahme des Protokolls. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bezeichnete dieses Verhalten Senders als eine Unverfrorenheit. Das Gericht belegte den jüdischen Gastwirt darum auch mit einer Geldstrafe von 9 Mark.

Eine falsche Urkunde legte die Amalie Broch, die Frau des Lederhändlers Broch zu Proßnitz dem Gerichte in einem Zivilprozesse vor, den sie gegen ein armes nichtjüdisches Ehepaar führte. Glücklicherweise erkannte man die Fälschung, die Jüdin verlor deshalb ihre Klage und kommt auf zwei Monate ins Zuchthaus, da sie wegen Betruges schon vorbestraft ist. Der Verteidiger wollte diesen Ausgang der Sache verhindern, indem er den alten Kniff versuchte und beantragte den Geisteszustand der Betrügerin zu untersuchen. Das Olmützer Gericht ließ sich indes darauf nicht ein.

Beschummelt wurden die Abnehmer des Agenten Samuel Durst zu Wien, der Sardinen-Fäßchen mit 400 Stück Inhalt verkaufte, die indes nur 360 dieser appetitlichen Tierchen enthielten. Selbstverständlich war das ein „Irrtum“; da das Gericht die Sache aber anders auffaßte, darf Herr Durst eine Woche brummen.

Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung muß der Kaufmann Siegmund Treditsch zu Neunkirchen (Bez. Trier) 17 Mark Geldstrafe zahlen.

Ein unschuldiger Bankrottör. Der Kaufmann Martin Regensteiner hat früher mit seinem Vater zusammen ein Schuhwarengeschäft im großen zu Pasing bei München betrieben. Im Anfange des vorigen Jahres trennte er sich von seinem Vater, begab sich nach Berlin und gründete dort am 1. Februar 1901 ein Schuhwaren-Engros-Geschäft unter der Firma „Deutsche Coquelline-Werke“. Er will damals im Besitze von 20000 Mark gewesen sein und nebenbei auf die Hilfe seines Vaters gerechnet haben, der ihn auch mit bedeutenden Warensendungen unterstützt hat. Regensteiner betrieb das Geschäft in der

Weise, daß er mit allen möglichen Fabriken in Verbindung trat und große Posten Waren auf Pump bezog. Zum Wiederverkauf bediente er sich Reisender; da der Absatz aber weit hinter den gehegten Erwartungen zurückblieb, so begann Regensteiner eine riesenhafte Reklame. Innerhalb weniger Monate gab er für 35 000 Mark Anzeigen auf. Schon in den ersten Monaten machte der Angeklagte allerlei Schwierigkeiten, wenn er Zahlungen zu leisten hatte, in der Zeit vom Juli bis November 1901 wurde er 22 mal verklagt. Bereits im Juni 1901 schrieb er seinem Vater: „Die Herrlichkeit wird hier wohl nicht lange mehr dauern; im Falle eines Konkurses tritt meine Frau als Hauptgläubigerin auf.“ Am 26. November 1901, also nach zehnmonatigem Bestehen des Geschäftes, wurde denn auch der Konkurs eröffnet. Es zeigte sich, daß die Bücher so mangelhaft und unordentlich geführt waren, daß es dem Bücherrevisor Döck unmöglich war, eine Uebersicht über die Vermögenslage des Bankrottörs zu gewinnen. Die Aussichten für die Gläubiger waren höchst trübe. Es kam nicht dazu, daß die Ehefrau Regensteiner als Hauptgläubigerin auftrat, denn sie hatte sich von ihrem Ehemanne wegen seines unsoliden Lebenswandels getrennt und die Ehescheidungsklage eingeleitet. Die Ehe ist jetzt getrennt und ihr Mann als der allein schuldige Teil erkannt worden. In den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch hatte Regensteiner große Posten Waren verschleudert, bevor sie noch ausgepackt waren, und einen Posten von 35 bis 40 000 Mark Ankaufswert würde er verschleudert haben, wenn er nicht durch seine Verhaftung daran verhindert worden wäre. Jetzt stand er wegen einfachen und betrügerischen Bankrotts vor dem Schwurgerichte zu Berlin. Der Angeklagte giebt selbstverständlich der großen Konkurrenz und allerlei ungünstigen Verhältnissen die Schuld an seinem geschäftlichen Zusammenbruch und bestreitet, daß ihm eine betrügerische Absicht innegewohnt habe, was indes nicht seine Verurteilung zu zwei Jahren sechs Monaten verhinderte.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Aus dem Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung, von J. Timm; mit einem Nachwort von Dr. L. Sinzheimer über die Stellung der obern Klassen und der Wissenschaft zu den Gewerkschaften. München 1902, 49 Seiten; Preis 1 Mark.

Wem es darum zu thun ist, einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sowie über ihre heutige Bedeutung und ihre Stellung zur sozialdemokratischen Partei zu gewinnen, der sei auf die Schrift, die aus einem Vortrage im Münchner sozialwissenschaftlichen Studentenvereine hervorgegangen ist, hingewiesen. F. B.

Staatslexikon; unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben im Auftrage der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland von Rechtsanwalt Dr. J. Bachem; Heft 19, 20 und 21; zweite, neu bearbeitete Auflage. Freiburg (Breisgau) 1901 und 1902, Preis des Heftes 1 Mark 50 Pfennig.

Die vorliegenden drei Hefte des dritten Bandes des Bachemschen Staatslexikons, das auf fünf Bände von je 9 bis 10 Heften berechnet ist, enthalten die Artikel von „Hegel“ bis „Kirchenamt“. Wie aus diesen Artikeln hervorgeht, ist das Werk mit großer Sorgfalt und Sachkunde bearbeitet, so daß es nicht nur von Katholiken, sondern auch von Protestanten, die die katholischen Auffassungen der Verfasser nicht teilen, mit Vorteil zum Nachschlagen benutzt werden kann. Unter den einzelnen Artikeln sind besonders bemerkenswert die Artikel: Heimstättenrecht, Hörigkeit, Jesuiten, Innung, Inquisition, Israeliten, Kanäle, Kapital und Kapitalismus, Kirche und Staat. Aus dem Artikel „Israeliten“ sei hervorgehoben, daß es darin heißt, es sei „schwerlich zu leugnen, daß manche Völker und Staaten unter der Herrschaft des in jüdischen Händen angehäuften Kapitals leiden und eine diesem dienstbare Presse unheilvollen Einfluß ausübt“. Es wird dort ferner bemerkt, daß „der Kampf gegen Auswüchse niemals in Haß der jüdischen Nationalität ausarten darf“; nur die Zwischenbemerkung, daß solche Ausartung sich bei den Antisemiten „fast durchgängig“ finde, verdient, als irrig und unbeweisbar, Zurückweisung. F. B.

Die Rechtsverhältnisse im Gärtnergewerbe. Referate, dem Ausschusse der Gesellschaft für soziale Reform in der Sitzung vom 6. Mai 1902 erstattet von M. von Schulz und F. Behrens; Heft 6 der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform. Jena 1902. 39 Seiten; Preis 25 Pfg.

In der Schrift wird die unsichere rechtliche Lage der Angehörigen des Gärtnereigewerbes eingehend dargelegt und es wird empfohlen, der Unsicherheit dadurch ein Ende zu machen, daß die in den Gärtnereien beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter klar und deutlich der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden. Den Ausführungen der Schrift ist im großen und ganzen zuzustimmen. F. B.

Worauf warten wir Proletarier?! Von Hans Ohneland. Berlin 1902. 71 Seiten; Preis 30 Pfg.

Der Verfasser der leidenschaftlich geschriebnen Schrift preist den Arbeitern als Mittel zur Gewinnung wirtschaftlicher und politischer Macht die Gründung landwirtschaftlicher Produktiv-Genossenschaften, sogenannter Siedlungs-Genossenschaften an, wie sie der jüdische Schriftsteller Oppenheimer in einem vor sechs Jahren erschienenen Buche empfohlen hat. Wenn der Verfasser schreibt, daß „es zehn Jahre nach Gründung der ersten Siedlungs-Genossenschaft keine königstreuen Bauern mehr geben wird, die Flinten nicht mehr schießen, die Säbel nicht mehr aus der Scheide fliegen werden“, so mag das wohl Juden für die Gründung von Siedlungs-Genossenschaften (natürlich durch deutsche Arbeiter) begeistern können, Deutsche im allgemeinen doch wohl nicht. F. B.

Briefkasten.

Dresden A 16. Besten Dank, aber weshalb namenlos?
Rostock. Ergebensten Dank. Nach Wunsch verfahren.

Eingegangne Anfragen.

Ist die Farbenfabrik Hirsch und Merzenich zu Grenzhausen bei Köln (Rhein) in deutschen Händen?

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 17. Juli 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 726.

Wochen-Spruch.

Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz.

Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher.

Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.

Karl Marx, „Deutsch-franz. Jahrbücher" 1844.

Die behördliche Genehmigung der Aenderung von Familiennamen.

Wie oft ist ein Vater in seiner Todesstunde nicht in der Lage, seinen Angehörigen irgendwelchen materiellen Besitz zu hinterlassen, nur den Familiennamen, den er makellos von seinen Voreltern ererbt hat, ihn hinterläßt er den Seinen als heiliges Vermächtnis, denn auch er hat diesen Namen zeitlebens hochgehalten, und er beschwört seine Kinder, nach seinem Tode das Gleiche zu thun.

Dieser ehrliche Name ist nunmehr der einzige Besitz dieser Armen, und das Recht, das geschriebne wie das ungeschriebne, sollte sie in diesem Besitze schützen.

Der Familienname ist ein ideales Gut; zur Hochhaltung der idealen Güter das Volk zu erziehn, ist Pflicht der Regierenden, denn nicht Geldbesitz und Heeresmacht werden uns in unsrer Machtstellung erhalten, sondern die Liebe zum Vaterland, zum Volk und zur Familie.

Der ehrenhaft Denkende würde um keinen Preis der Welt seinen ehrlichen Namen einem ehrlosen Manne verkaufen, der seine Schande hinter einem neuangenommnen Namen zu verbergen sucht.

Selbst die sonst so wenig idealistische Geschäftswelt geht von ähnlichen Anschauungen aus, indem sie die Firma eines Handelshauses als Eigentum betrachtet, das vom echten und rechten Kaufmann in Ehren gehalten, und dessen Führung von den Behörden keinem andern erlaubt wird, als dem ursprünglich und gesetzlich dazu Berechtigten.

Der Geschäftsmann, die „Firma", steht unter gesetzlichem Schutz, der unendlich wertvollere Familienname dagegen nicht!

So konnte es ungehindert geschehn, daß in den letzten Jahrzehnten des neunzehnten und am bisherigen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts in verschiednen Staaten des Deutschen Reiches eine beträchtliche Anzahl von Personen von den zuständigen Behörden die Genehmigung erhielten, an Stelle ihres bisher geführten Familiennamens einen andern anzunehmen.

Angehörige der Familien Götze und Wedekind, deren Namen einzelne Juden annektiert hatten, erblickten in den obrigkeitlichen Verfügungen eine Benachteiligung ihrer Familien-Interessen und richteten, erstere an den Regierungspräsidenten von Bromberg und nachher an den preußischen Minister des Innern (Vgl. Nr. 295 und 299), letztere an den Hamburgischen Senat, einen Einspruch gegen die Verleihung ihres Namens an ihnen fremde Personen. Diese Gegenvorstellungen hatten jedoch keinen Erfolg, da sich die in Frage kommenden Obrigkeiten auf dem Standpunkt des Gesetzwortlauts stellten, nach welchem gewisse staatliche Autoritäten wie z. B. Minister, Senate der freien Städte und Regierungs-Präsidenten die Berechtigung besitzen, auf triftige Gründe hin dem darum Nachsuchenden die Vertauschung seines bisherigen Familiennamens mit einem andern zu gestatten.

Um eine Verletzung des Buchstabenrechts handelt es sich also in den bisher bekannt gewordnen Fällen nicht, dagegen ist aber das Billigkeitsrecht in einer Weise mißachtet, die hoffentlich den Widerspruch weitester Kreise des Deutschen Volkes herbeiführen wird.

Unsre ganze Gesittung baut sich auf der Grundlage der Familie auf, und den Regierungen liegt die Pflicht ob, diese Grundlage zu schützen und zu pflegen. Nicht nur aus juristischen Gründen bedarf die Familie des unterscheidenden Merkmals eines Zunamens: die Blutsgemeinschaft, das Volkstum, die Ueberlieferung, der berechtigte Stolz auf die Vorfahren machen uns den Familiennamen wichtig und geheiligt! Es ist deshalb unbillig, wenn eine Regierungsbehörde ohne weiters über einen Namen verfügt, der von seinen Trägern seit Jahrhunderten in Ehren gehalten und als kostbares Gut betrachtet wird. Nicht allein Herrscherfamilien und adlige Geschlechter legen den höchsten Wert auf ihre Namen: es giebt in allen Teilen Deutschlands eine große Anzahl bürgerlicher und bäuerlicher Familien, aus denen eine Reihe tüchtiger, ja berühmter Männer hervorgegangen sind, und solche bürgerliche Namen werden mitunter von ihren Trägern mit solchem Stolze geführt, daß sie auch dann eine Veränderung ihres Namens ablehnen, wenn diese eine wohlgemeinte standeserhöhende sein soll — eine Adelsverleihung.

Da diese Umstände den regierenden Personen und zuständigen Behörden ohne Zweifel bekannt sind, durfte bei Gesuchen um Genehmigung der Namensveränderung ihre Würdigung erwartet werden.

Die Regierungen sollten sich in das Empfinden derjenigen versetzen, die gegen ihren ausgesprochnen Willen die Verleihung ihres Namens an fremde Personen dulden müssen.

Würden vielleicht die Minister und Regierungs-Präsidenten ihre eignen Familiennamen Fremden zur Verfügung überlassen, die ihnen überdies keinerlei Gewähr bieten, daß sie und ihre Nachkommen stets diese Namen unbefleckt erhalten werden?

Würde man in Preußen dem ersten Besten erlauben, den Namen Hohenzollern oder Krupp zu führen? Ist der Hamburgische Senat bereit, die Namen der Bürgermeister und Senatoren zur freien Auswahl zur Verfügung zu stellen? Wird er irgend jemandem den Namen Woermann und Laeisz zu führen erlauben? Das darf wohl bezweifelt werden!

Genau denselben Wert aber, den die regierenden Herren auf ihre eignen Namen und auf die Namen von ihnen hochgeschätzter Familien legen, den legen mit gleichem Recht die Familien Götze, Wedekind, Möllhausen, Cornelius und andre auf ihre Namen, über die man in so befremdender Weise verfügt hat. Außerdem hat die Aenderung des Familiennamens, auch wenn sie bisher nichtgeführte Namen verleiht, gar mancherlei andre nicht zu unterschätzende Bedenken gegen sich, wie z. B. eine ganze Reihe für die Behörden und die Allgemeinheit störender, irreführender und deshalb mitunter nachteiliger Abänderungen in den Büchern, Akten und Listen der Behörden.

Ein so häufig erfolgende Gestattung der Namensänderung wie im Großherzogtum Baden und in Hamburg — uns sind aus Baden allein acht und aus Hamburg neun Fälle bekannt — bringt auch eine gewisse Beunruhigung in die Geschäftswelt, die jederzeit wissen will und muß, mit wem sie eigentlich zu thun hat. Der Name ist da keineswegs Nebensache, und die Namensänderung kann zu unlautern Zwecken mißbraucht werden.

Und endlich ist es Pflicht der Regierenden, diese Gesuche um Namensänderung psychologisch auf die Lauterkeit ihrer Gründe zu prüfen. — Wer seinen Namen zu ändern wünscht, der bekundet, daß er von jetzt an für einen andern oder etwas andres gehalten werden will, als er bisher war. Eine Staatsbehörde aber darf unter keinen Umständen zu einer derartigen Unkenntlichmachung die Hand bieten, weil sie die Interessen der Gesamtheit über die des Einzelnen zu stellen hat, sie muß es vielmehr dem Gesuchsteller zur Pflicht machen, seinen durch Geburt ererbten Namen zu Ehren zu bringen.

Hoffentlich werden der Deutsche Reichstag, sowie die Volksvertretungen der Einzelstaaten des Deutschen Reiches bald veranlaßt werden, sich mit der hochwichtigen Angelegenheit der Familiennamens-Aenderungen eingehend zu beschäftigen, damit die Gesetzgebung den Familiennamen in einer Weise schützt, die seinem idealen Wert und seiner sozialen Wichtigkeit entspricht.

Um das erforderliche Material sammeln zu können, wird es nötig sein, daß überall auf derartige Namensänderungen gefahndet wird. Daran hat nicht nur jeder Judengegner Interesse, sondern die Allgemeinheit. Es besteht die Absicht, eine Liste der bisher bekannt gewordnen Namensänderungen anzufertigen und sie zur allgemeinen Verbreitung zu bringen. Wir bitten deshalb unsre Freunde, uns in dieser Hinsicht mit dem ihnen bekannten Material zu versehn und auch neue Fälle uns stets mitzuteilen.

Der Schluß des Konitzer Trauerspiels.

Das Oberlandesgericht in Marienwerder (Westpreußen) hat die Beschwerde des Bauunternehmers Winter zu Prechlau über den Abweis seiner Strafanzeige gegen eine Anzahl Juden in Konitz und Umgegend wegen Ermordung seines Sohnes nun auch zurückgewiesen. Damit ist der Instanzenweg erschöpft. Wir halten es für nötig und nützlich, den vollen Wortlaut des abweisenden Beschlusses mitzuteilen:

In Sachen betreffend die Strafanzeigen gegen den Fleischermeister Adolf Lewy, den Fleischergesellen Moritz Lewy, den Prediger und Schächter Hamburger und den Fleischermeister Joseph Eisenstaedt wegen Ermordung des Gymnasiasten Ernst Winter, bezw. Beihülfe zu diesem Verbrechen und wegen Meineides hat der Strafsenat des Königlichen Oberlandesgerichts zu Marienwerder in der Sitzung vom 4. Juni 1902 auf den Antrag des Bauunternehmers Johannes Winter in Prechlau vom 15. März 1902 auf gerichtliche Entscheidung gegen den ablehnenden Bescheid des Oberstaatsanwalts in Marienwerder vom 20. Februar 1902 nach erfolgter schriftlicher Erklärung des Oberstaatsanwalts beschlossen:

Der Antrag wird verworfen. Die durch das Verfahren über den Antrag veranlaßten Kosten werden dem Antragsteller auferlegt.

Gründe.

Ist der Antrag auf Erhebung der öffentlichen Klage von der Staatsanwaltschaft und dem vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden, so steht dem Antragsteller nach § 170 St. P. O. der Antrag auf gerichtliche Entscheidung nur dann zu, wenn er zugleich der Verletzte ist. Es fragt sich daher vor allem, ob der Antragsteller, Bauunternehmer Johannes Winter in Prechlau als Verletzter anzusehn ist. Der Senat bejaht diese Frage, indem er im Anschluß an Loewe, Kommentar zur St. P. O. 10. Aufl. Anmk. 5b § 170 annimmt, daß im Falle der Tötung den Angehörigen des Getöteten die Antragsberechtigung zusteht, wenngleich dieselben nur mittelbar durch die Strafthat verletzt sind. Der Bauunternehmer Johannes Winter ist der Vater des am 11. März 1900 getöteten Gymnasiasten Ernst Winter. Er ist durch die Tötung in seinen elterlichen Rechten gekränkt und seine Strafanzeigen entspringen insgesamt dieser Rechtsverletzung, indessen sie — und zwar nicht nur die Beschuldigungen des Mordes und die Beihülfe zum Morde, sondern auch die Beschuldigung des Meineides — den gemeinsamen Zweck verfolgen, den Nachweis der Schuld an der Tötung des Sohnes zu erbringen.

Der Antrag ist ferner in der vorgeschriebnen Form und Frist angebracht (§ 170 St P. O.). Erfolg konnte er jedoch nicht haben. Er stellt im wesentlichen nur diejenigen Verdachtsgründe zusammen, welche gegen die Beschuldigten irgendwie verwertet werden können, ohne die dem Antragsteller durch die eingehenden Bescheide des Ersten Staatsanwalts zu Konitz und des Oberstaatsanwalts zu Marienwerder bekannt gegebnen Thatsachen zu berücksichtigen, welche geeignet erscheinen, die angeblichen Verdachtsgründe zu entkräften. Die nachfolgende Begründung schließt sich der Stoffeinteilung des Antrages an.

1. Allgemeine Verdachtsgründe gegen Adolf und Moritz Lewy.

Zu 1. Allerdings hat der Kriminal-Inspektor Braun in seinem Berichte vom 25. Mai 1900 seine Ansicht dahin geäußert, daß der Thatort in unmittelbarer Nähe der Spüle im Mönchsee, wo am 13. März 1900 der Oberkörper und der Unterkörper des Ernst Winter aufgefunden worden seien, zu suchen sei. Er hat aber auch hervorgehoben, daß es nicht gelungen sei, den Thatort mit Sicherheit festzustellen.

Der Kriminal-Kommissar Wehn hat in seinem Berichte vom 3. Juli 1900 nur erwähnt, Adolf Lewy sei anfangs nur deswegen verdächtigt worden, weil man die Oertlichkeit und die Lage seiner Wohnung am geeignetsten zur Ausführung der That und Beseitigung der Leichenteile hielt und weil er keinerlei Dienstpersonal um sich habe.

Aus diesen Ansichts-Aeußerungen lassen sich sichere Schlüsse auf den Thatort nicht ziehn, umsoweniger, als sich ein Teil der thatsächlichen Voraussetzungen, auf welche jene Ansichten gestützt sind, im Laufe der Untersuchung als unzutreffend erwies (vergl. insbesondre zu 3).

Zu 2. Die Aerzte, Medizinalrat Dr. Müller, Dr. v. Lukowicz und Dr. Bleske haben sich, insbesondre Dr. Müller und Dr. Bleske in ihrem Gutachten vom 29. Juni 1900, allerdings dahin geäußert, daß die Zerstücklung der Leiche durch die Hand eines Menschen ausgeführt worden sei, der mit der Zerteilung von geschlachteten oder gefallnen Tieren vielfach beschäftigt gewesen ist.

Auch die Aerzte Dr. Mittenzweig und Dr. Störmer haben in ihrem Gutachten vom 6. August 1900 der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Zerstücklung des Körpers mit einem scharfen Instrument und einer Säge von „kundiger Hand“ geschehn sei.

Hierdurch wird zwar der Annahme Raum gegeben, daß dem Thäter ein gewisser Grad von Sachkunde beigewohnt haben mag. Allein solche Sachkunde kann auch Personen beiwohnen, die nicht grade berufsmäßig das Schlachten betreiben. Jedenfalls erscheint der Schluß, daß der Thäter kein andrer als ein Fleischer gewesen ist, in dieser Ausschließlichkeit nicht berechtigt.

Das Gutachten des Medizinalrats Dr. Müller vom 9. April 1900, welches den Obduktionsbefund bei dem am 25. Januar 1884 ermordeten Knaben Onofrius Cybulla aus Skurz mit dem Obduktionsbefunde bei Ernst Winter vom 28. März 1900 vergleicht, zwischen beiden Befunden gewisse Aehnlichkeiten festgestellt und zu dem Schlusse gelangt, daß wahrscheinlich ein Thäter beide Personen ermordet habe, beruht auf persönlicher Anschauung und bietet keine sichere Grundlage für einen bestimmten Verdacht gegen die Eingangs des Antrages bezeichneten Beschuldigten. Wenn namentlich sowohl bei

Cybulla wie bei Winter der Schnitt zur Auslösung des einen Kniegelenks oberhalb desselben statt richtig unterhalb der Kniescheibe angebracht worden war, so läßt dies nur darauf schließen, daß in beiden Fällen der Thäter eine Person war, die den Bau und innern Zusammenhang des menschlichen Körpers nicht genügend kannte.

Zu 3. Ob der Schrei, den einige Zeugen am Abend des 11. März 1900 gehört haben (Prätorius und Marie Borsig zwischen 7 und 8 Uhr abends, Helene von Grabowski zwischen 8 und 9 Uhr abends) in oder vor dem Lewyschen Hause ausgestoßen worden sei und überhaupt mit dem Tode des Ernst Winter in Verbindung stehe, hat sich nicht feststellen lassen. In dieser Beziehung wird den Darlegungen in dem ablehnenden Bescheide des Ersten Staatsanwalts vom 25. September 1901 lediglich beigetreten. Der als Zeuge neu benannte Gärtner Thomas von Grabowski ist am 14. Februar 1902 vor dem Ersten Staatsanwalt in Konitz vernommen worden und hat hierbei bekundet, daß er selbst von einem Schrei überhaupt nichts gehört habe, daß ihm vielmehr nur am nächsten Morgen seine Tochter Helene erzählt habe, sie hätte einen aus der Nähe der Synagoge kommenden Schrei gehört. Fräulein Helene von Grabowski ist bereits in dem Vorverfahren vernommen. Ihre Aussage ist in dem Bescheide des Ersten Staatsanwalts zutreffend gewürdigt.

Zu 4. Allerdings ist dem Fleischergesellen Moritz Lewy, der wiederholt zeugeneidlich leugnete, den Ernst Winter gekannt und mit ihm verkehrt zu haben, diese Bekanntschaft nachgewiesen und er deshalb wegen wissentlichen Meineids rechtskräftig verurteilt worden, aber es kann nicht zugegeben werden, daß diese Bekanntschaft, wie der Antragsteller meint, es dem Moritz Lewy leicht gemacht habe, den Ernst Winter in das Lewysche Haus zu locken. Dafür, daß Moritz Lewy den Ernst Winter in das Lewysche Haus gelockt hat, mangelt es überdies an jedem thatsächlichen Anhalte. Es ist im Gegenteil durch den weiter unten zu 3, 14 erwähnten Abwesenheitsbeweis des Moritz Lewy dargethan, daß er zu der ausschlaggebenden Zeit mit Ernst Winter garnicht in Berührung gekommen ist, ihn also auch nicht in das Lewysche Haus gelockt haben kann.

2. Blutmord aus Aberglauben.

Wenn auch die Ansicht, daß Blutmorde von Juden aus Aberglauben begangen werden, in der Litteratur mehrfach vertreten wird, so ist doch auch nicht zu übersehn, daß diese Ansicht als irrig von angesehenen Persönlichkeiten bekämpft wird. Ob und welche Bedeutung den verschiednen schriftstellerischen Aeußerungen über diese Frage beizulegen ist, kann hier aber vollständig dahingestellt bleiben, da die Entscheidung über den Antrag aus Gründen, die in der Untersuchungssache selbst liegen, so, wie geschehn, getroffen werden mußte.

Zu 1. Am 15. März 1900 haben der Medizinalrat Dr. Müller und der praktische Arzt Dr. v. Lukowicz eine Leichenschau hinsichtlich der am 13. März 1900 im Mönchsee aufgefundnen Leichenteile (der Brust und des Bauches) sowie hinsichtlich des am 15. März 1900 früh auf dem evangelischen Kirchhofe gefundnen rechten Armes vorgenommen. Am 28. März 1900 haben der Medizinalrat Dr. Müller und der Dr. Bleske die Leichenöffnung hinsichtlich der vorbezeichneten Leichenteile sowie hinsichtlich des am 30. März 1900 im Mönchsee herausgefischten linken Oberschenkels, welche sämtliche Leichenteile bis dahin in Spiritus aufbewahrt gewesen waren, vorgenommen. Bei dieser Leichenöffnung haben Dr. Müller und Dr. Bleske ihr Gutachten dahin abgegeben, daß der Tod des Winter durch Verblutung eingetreten sei und zwar aus den durchschnittnen Halsgefäßen. Am 18. April 1900 haben Dr. Müller und Dr. Bleske die Leichenöffnung hinsichtlich des am 15. April 1900 (Ostersonntag) in einem schlammigen Wassergraben gefundnen, dann ebenfalls in Spiritus aufbewahrten Kopfes nebst Halsteiles des Ernst Winter vorgenommen. Hierbei haben sie ihr früheres Gutachten aufrecht erhalten.

Am 16. und 17. Mai 1900 haben die Gerichtsärzte Dr. Mittenzweig und Dr. Störmer eine Nachobduktion an sämtlichen vorbezeichneten, fortgesetzt in Spiritus aufbewahrt gewesenen Leichenteilen vorgenommen. Dabei haben sie ihr vorläufiges Gutachten dahin abgegeben, daß Winter höchstwahrscheinlich an Verblutung gestorben sei, daß sich außerdem Zeichen der Erstickung an der Leiche gefunden hätten, und daß wahrscheinlich die Verletzung den Verstorbnen getroffen habe, während sein Bewußtsein durch beginnende Erstickung gestört gewesen wäre. Darauf haben Dr. Müller und Dr. Bleske das schriftliche Gutachten vom 29. Juni 1900 und die Gerichtsärzte Dr. Mittenzweig und Dr Störmer das schriftliche Gutachten vom 6. August 1900 erstattet. In diesem Gutachten haben die genannten vier Aerzte ihre Ansichten näher begründet. Dabei ist es bemerkenswert, daß die Aerzte Dr. Müller und Dr. Bleske nunmehr erklärt haben, daß auch sie annehmen, daß der tötlichen Halsverletzung ein Erstickungsversuch vorausgegangen sei.

Ferner hat der Gerichtsarzt, Privat-Dozent Dr. Puppe, auf Erfordern das schriftliche Gutachten vom 3. Dezember 1900 über die mutmaßliche Todesursache des Winter erstattet. Er hat in diesem Gutachten seine Ansicht schließlich dahin zusammengefaßt:

1. Die Feststellung der Todesursache des verstorbnen Gymnasiasten Ernst Winter ist nicht mit Sicherheit möglich.
2. Die für die Verblutung, insbesondre die für Verblutung durch Halsschnitt sprechenden Momente sind unsicher und unzuverlässig.
3. Den einzigen Anhaltspunkt für die Erklärung des Todes bieten die Erstickungs-Erscheinungen.
4. Es ist anzunehmen, daß alle Schnitte nach dem Tode angelegt sind, und daß lediglich eine Leichenzerstücklung vorliegt.

Demnächst ist ein Obergutachten von dem Königl. Medizinal-Kollegium der Provinz Westpreußen in Danzig erfordert und unterm 7. September 1901 erstattet worden. Das Medizinal-Kollegium spricht sich dahin aus:

1. Der Tod des Ernst Winter ist durch Erstickung erfolgt.
2. Die Annahme, daß der an der zerstückelten Leiche Winters vorgefundne Halsschnitt bei Lebzeiten Winters ausgeführt wurde und den Verblutungstod herbeiführte, entbehrt der wissenschaftlichen Begründung.
3. Der Tod erfolgte am 11. März 1900 innerhalb der ersten sechs Stunden nach der genossenen Mittagsmahlzeit.
4. Der Nachweis von Spermaflecken an der Außenseite von Hose und Weste macht es wahrscheinlich, daß Winter kurz vor dem Tode den Beischlaf ausführte oder auszuführen versuchte.

Schließlich hat die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen in Berlin ein von ihr erfordertes Obergutachten unter dem 15. Januar 1902 erstattet und sich darin wie folgt geäußert:

1. An dem p. Winter ist Erstickung verübt worden in einer Art und Weise, die notwendig den Tod zur Folge haben mußte.
2. Der an dem Halse vorgefundne und allein die vollständige Blutleere erklärende Halsschnitt ist mit größter Wahrscheinlichkeit nicht bei Lebzeiten, sondern unmittelbar nach dem Tode erfolgt.
3. Bezüglich der übrigen Verletzungen ist als feststehend anzunehmen, daß sie ebenfalls nicht bei Lebzeiten, sondern erst nach dem Tode, wenn auch nicht unmittelbar nachher ausgeführt sind.
4. Den Ausführungen des Medizinal-Kollegiums über die an den Kleidern des p. Winter vorgefundnen Blut- und Spermaflecken wird beigetreten.

Ist hiernach anzunehmen, daß der Tod des Winter infolge Erstickung eingetreten ist und daß die Schnitte, insbesondre der Halsschnitt erst nach dem Tode ausgeführt worden sind, so verliert die Behauptung, Winter habe als ein Opfer des Aberglaubens den Verblutungstod erlitten, ihre thatsächliche Grundlage.

Die Behauptung, daß die an der äußern Kopfhaut als „Petechien" bezeichneten Flecke lediglich Verwesungs-Erscheinungen seien, widerspricht dem thatsächlichem Befunde. Der für diese Behauptung als Zeuge und Sachverständiger benannte Medizinalrat Dr. Müller hat in seinem mit Dr. Bleske gemeinsam erstatteten Gutachten vom 29. Juni 1900 selbst erklärt, daß sich an der Kopfhaut kleine stohstichartige Blut-

austretungen (Petechien) fanden, wie sie bei Erstickten meist angetroffen werden. Petechien sind nun aber nicht nur an der Kopfhaut und der Gesichtshaut, sondern auch an den Lungen festgestellt worden, wie die Sachverständigen Dr. Müller, Dr. Bleske, Dr. Mittenzweig und Dr. Störmer in ihrem erwähnten Gutachten bezeugt haben. Gegen die aufgestellte Behauptung der Verwesung spricht auch der Umstand, daß bei der Nachobduktion am 16. Mai 1900 diejenigen Teile der Kopfhaut, an denen die Petechien gefunden wurden, noch wohl erhalten waren und daß im Einschnitt der Petechien noch damals erkennbares ausgetretenes Blut vorhanden war, wie dies von Dr. Mittenzweig und von Dr. Störmer ausdrücklich bezeugt worden ist.

Der Sachverständige Dr. Puppe war allerdings weder bei der Obduktion noch bei der Nachobduktion zugegen und hat sein Gutachten wesentlich auf den Akteninhalt, insbesondre die protokollarischen Befunde der Obduzenten gestützt, allein es darf auch nicht übersehn werden, daß er sich ebenfalls persönlich durch eigne Anschauungen von dem Vorhandensein von Petechien in der Gesichtshaut überzeugt hat und zwar gelegentlich der Hauptverhandlung wider Masloff durch Besichtigung kleiner aufbewahrter und damals vorgezeigter Leichenteilchen.

Von allen Gutachtern werden die Petechien übereinstimmend als Erstickungs-Erscheinungen angesehn und dasselbe gilt auch von den vorgefundenen Ekchymosen.

Diesen außer Zweifel gestellten Thatsachen gegenüber kann die Behauptung des Antragstellers, die Petechien der Kopfhaut können auch durch Aufhängen des Ermordeten mit dem Kopfe nach unten hervorgebracht sein, als jeder Begründung ermangelnd nichts verschlagen.

Hinsichtlich des Auffindens von Speiseresten im Schlundkopfe hat der Sachverständige Dr. Puppe nur bekundet, daß die Ursache wahrscheinlich nicht ein (beim Erstickungstode übrigens ungewöhnlicher) Brechakt wäre, sondern daß hier lediglich mechanische Verhältnisse mitgewirkt hatten. Diese mechanischen Verhältnisse können sehr verschiedenartig gewesen sein und es ist nach dem Puppeschen Gutachten keineswegs die Annahme begründet, daß ein Aufhängen des Körpers mit dem Kopfe nach unten stattgefunden haben müsse. Sollte eine entgegengesetzte Annahme nur einen Schein von Wahrscheinlichkeit für sich haben, so würde dieselbe jedenfalls in dem eingehenden Gutachten des Medizinal-Kollegiums und der wissenschaftlichen Deputation zum Ausdruck gebracht sein.

Was nun die für die Annahme des Verblutungstodes vom Antragsteller betonte Blutleere des Körpers betrifft, so ist die Erscheinung von den Sachverständigen eingehend gewürdigt worden. Aus dem vielfach eröffneten Gefäßsystem*) konnte, wie Dr. Puppe erklärt, das Blut außerordentlich leicht abfließen. Dafür aber, daß die Blutverarmung erst nach dem Tode eingetreten ist, spricht namentlich der Lungenbefund. Die Lungen wiesen nämlich dunkelrote Schnittflächen auf und der Befund spricht, wie Dr. Puppe ausführt, nicht nur gegen Verblutung, sondern für Erstickung. Die dunkelroten Schnittflächen der Lungen hatten dieses Aussehn, weil sie, wie es im Gutachten des Medizinal-Kollegiums heißt, blutüberfüllt waren. Die wissenschaftliche Deputation nimmt an, daß das Blut im Augenblicke der Zerstückung der Leiche noch flüssig gewesen sein muß.

Hiernach findet also die Blutleere ihre ausreichende Erklärung, auch ohne daß die Möglichkeit der Auslaugung der Leichenteile durch Wasser und Alkohol besonders zur Begründung herangezogen zu werden braucht.

Indem der Antragsteller gegen diese Heranziehung kämpft, übersieht er aber gewisse, bereits in dem Bescheide des Oberstaatsanwalts hervorgehobne Umstände, die für eine Auslaugung durch Wasser und Alkohol sprechen. Die Zeugin, Fräulein Anna Lange, hat bei ihrer gerichtlichen Vernehmung am 16. März 1900 nicht bloß, wie Antragsteller meint, beiläufig bemerkt, sondern ausdrücklich bezeugt, daß sich die Stelle, wo das Packet auf der Wasserspüle lag, blutig färbte, als ihr Vater mit dem Stocke an dem noch nicht geöffneten Packete herumpuhlte. Der Bauunternehmer Johannes Winter hat am 8. September 1900 zeugeneidlich bekundet, daß, als das Packet aus dem Wasser gehoben und auf die Spüle hingelegt worden war, eine Kleinigkeit rötlich gefärbtes Wasser herausfloß. Wegen der längere Zeit dauernden Aufbewahrung der Leichenteile in Spiritus wird auf die obige Darstellung verwiesen. Dazu kommt nun, daß der Halsschnitt nirgends Blutunterlaufungen der Wundflächen erkennen ließ, daß solche Blutunterlaufungen aber, wie das Medizinal-Kollegium ausführt, beim Verblutungstode garnicht vermißt werden können und daß daher die Blutleere keineswegs für ein Ausbluten aus den lebenden Gefäßen spricht.

Daß die Schnittführung am Halse nicht ein Schächtschnitt ist, hat der Sachverständige Dr. Mittenzweig, nachdem er sich über die Ausführung des Schächtschnittes auf dem Zentralviehhof in Berlin aus eigner Anschauung unterrichtet hatte, begutachtet und auch das Medizinal-Kollegium hat sich dahin ausgesprochen, daß die Schnittführung insofern mit dem Schächtschnitt nichts gemein hat, als derselbe genau in querer Richtung über die vordere Hälfte des Halses unterhalb des Kehlkopfes geführt zu werden pflegt, um beide Halsschlagadern und die Luftröhre gleichzeitig zu durchtrennen, während der bei Winter vorhandne Schnitt schräg geht und nicht symmetrisch beide Seiten des Halses getroffen hat.

Diese Darstellung des Schächtschnittes stimmt auch mit dem überein, was der Schlachthaus-Inspektor und Tierarzt Wendt bei seiner gerichtlichen Vernehmung am 25. Februar 1901 als das seit vielen Jahren in Konitz von den jüdischen Schächtern beobachtete Schächtverfahren geschildert hat.

Was die vom Antragsteller besonders hervorgehobne Verletzung am Zwerchfell betrifft, so hatten die Sachverständigen Dr. Mittenzweig und Dr. Störmer dafür, daß sie mit dem Tode des Winter in keinen ursächlichen Zusammenhang zu bringen sei, sondern daß sie gelegentlich der Auslösung der Leber zufällig entstanden sei.

Der Kleiderbefund ist allerdings in dem Gutachten des Medizinal-Kollegiums erörtert und begutachtet worden. Das Schlußgutachten zu Nr. 4 (vergl. oben zu 2) stützt sich auch in der That auf den Kleiderbefund, insbesondre die an den Hosen und an der Weste nachgewiesenen Samenflecke, aber für die Annahme, daß der Tod durch Erstickung erfolgt sei, ist der Kleiderbefund nicht verwertet.

Die Wissenschaftliche Deputation folgert aus dem Befunde des Kopfes, daß für die an der Sehnenhaube im Vorderhauptsteile vorgefundnen zahlreichen braunroten rundlichen Flecke als natürlichste Ursache ein Schlag mit einem schweren stumpfen Körper sei, und daß ein solcher Schlag den Winter zwar nicht sofort getötet, aber doch derart betäubt habe, daß für die weitere verbrecherische Thätigkeit ein gelähmtes, vielleicht sogar bewußtloses Objekt geschaffen war. Diese Folgerung wird auf die als vorhanden festgestellten Blutaustretungen in der weichen Hirnhaut gestützt. Es leuchtet hiernach ein, daß der vom Antragsteller angetretne Gegenbeweis, es sei von den Obduzenten nach derartigen äußern Einwirkungen auf die weiche Schädelbedeckung vergeblich gesucht worden, nicht ins Gewicht fallen kann.

Nach alledem liegt keine Veranlassung vor, die Gerichtsärzte Dr. Müller, Dr. Mittenzweig und Dr. Störmer, wie der Antragsteller will, nochmals und zwar unter Vorlegung der Gutachten des Medizinal-Kollegiums und der Wissenschaftlichen Deputation zu vernehmen, insbesondre darüber, ob sie auf ihren frühern Gutachten beharren. Aber selbst, wenn die genannten Aerzte bei ihrer etwaigen nochmaligen Vernehmung erklären würden, daß sie auf ihren frühern Gutachten beharren, so müßte doch den Gutachten der genannten Körperschaften unbedingt der Vorzug gegeben werden, weil bei ihnen das höhere Maß von Erfahrung und Wissenschaftlichkeit vorauszusetzen ist.

*) Die Zerteilung des Körpers soll doch erst längre Zeit nach der angeblichen Erstickung geschehn sein (vergl. Gutachten des Dr. Puppe und der Wissensch. Dep.); kann ein Körper, in dem das Herz nicht mehr arbeitet, der Blutumlauf also stockt, überhaupt noch so rein ausbluten wie in diesem Falle? Die Schriftltg.

Zu 2 und 3. Was die Behauptung des Antragstellers betrifft, kurz vor dem Morde und an dem Mordtage seien in Konitz verschiedne fremde Juden gewesen, darunter welche von finsterm, unheimlichem, alttestamentarischem Aussehn, so sind die betreffenden Ausführungen bereits in dem Bescheide des Ersten Staatsanwalts vom 25. September 1901 und in dem Bescheide des Oberstaatsanwalts vom 20. Februar 1902 gewürdigt und widerlegt worden. Den Ausführungen in diesen beiden Bescheiden wird beigetreten, zumal der Antragsteller neues nicht behauptet.

Zu 4. Daß sich der Floßmeister Steinke eines guten Leumundes erfreut, mag richtig sein. Dies ist aber auch bereits in der Voruntersuchung gegen den Fleischermeister Joseph Eisenstädt aus Prechlau wegen Meineids zur Sprache gekommen, wie die Begründung ergiebt, mit welcher der Erste Staatsanwalt den Antrag auf Einstellung der Voruntersuchung wegen Meineids gerechtfertigt hat. Trotz des guten Leumundes des Steinke hat das Gericht durch Beschluß vom 16. April 1901 den Eisenstädt hinsichtlich der Beschuldigung des Meineids wegen mangelnden Beweises außer Verfolgung gesetzt.

Insofern der Antragsteller gegen Joseph Eisenstädt aus Prechlau die Beschuldigung des Meineides von neuem erhebt, ist übrigens sein Antrag auf gerichtliche Entscheidung aus § 170 St. P. O. unzulässig, denn die Zulässigkeit dieses Antrages ist auf den Fall, wenn die Erhebung der öffentlichen Klage von der Staatsanwaltschaft abgelehnt ist, beschränkt; sie greift also nicht Platz, wenn die öffentliche Klage (hier durch Antrag auf gerichtliche Voruntersuchung, § 169 St. P. O.) thatsächlich erhoben worden ist und es sich, wie hier, nur darum handelt, nach ergangnem Einstellungsbeschluß die (bereits erledigte) öffentliche Klage wiederaufzunehmen. (Loewe, St. P. O. 10. Aufl. Anm. 5a und 6b zu § 170.)

Die Wiederaufnahme der Klage nach ergangnem Einstellungsbeschlusse ist aber nach § 210 St. P. O. nur auf Grund neuer Thatsachen zulässig und mußte zunächst bei der Staatsanwaltschaft beantragt werden. Im vorliegenden Falle ist weder die eine noch die andre Voraussetzung erfüllt.

3. Besondre Verdachtsgründe gegen Adolf und Moritz Lewy.

Zu 1. Die Behauptung des Antragsstellers, daß am 11. März 1900, dem Todestage Winters, abends gegen 1/2 12 Uhr Licht im Lewyschen Keller gesehn worden sei, ist nicht erwiesen. Die dafür benannten Zeugen sind vernommen worden. Ihre Bekundungen sind unsicher. Zumteil widersprechen sich die Zeugen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dasjenige Licht, das die Zeugen Laaß, Scheel und Reichau wahrgenommen haben wollen, garnicht im Lewyschen Keller gewesen ist, sondern in dem den Backraum enthaltenden Keller des Bäckermeisters Anger, der neben dem Lewyschen Hause wohnt.

Zu 2a bis d. Der Arbeiter Masloff kann in Anbetracht der vielen und erheblichen Widersprüche, in die er sich bei seinen mehrfachen Vernehmungen verwickelt hat, als ein glaubwürdiger Zeuge umsoweniger angesehn werden, da er wegen Meineides verurteilt ist. In dieser Beziehung wird den Anführungen in dem Bescheide des Ersten Staatsanwalts vom 25. September 1901 beigetreten, zumal der Antragsteller zur Widerlegung dieser Anführungen neues nicht angeführt hat. Dasselbe gilt von der Aussage der Zeugin Roß.

Hervorgehoben mag jedoch werden, daß die Behauptung des Antragstellers, die Kaufmannsgehilfen Oskar Kunzig und Emil Puppel seien betrunken gewesen, als sie in der fraglichen Nachtstunde an dem Lewyschen Hause vorbeigingen und, wie sie ausgesagt haben, dort weder Masloff noch sonst jemanden bemerkt haben, der thatsächlichen Unterlage entbehrt. Beide Zeugen haben damals so genaue Beobachtungen gemacht, daß es ausgeschlossen erscheint, sie könnten damals betrunken gewesen sein. Das Protokoll über ihre Vernehmung ergiebt für die Behauptung des Antragstellers auch keinen Anhalt.

Zu 3. Erst, als im Oktober 1900 das Schwurgericht in der Strafsache gegen Masloff tagte, will sich die Wittwe v. Chamier, wie sie bei ihrer Vernehmung am 1. März 1901 bekundet hat, jener im März 1900 von Adolf Lewy angeblich gemachten Aeußerungen über einen bei ihm vorgekommnen Fleischdiebstahl erinnert haben. Daß ihr die Aeußerung in ihrem Wortlaute und mit den einzelnen, von ihr angegebnen Nebenumständen treu im Gedächtnis gehaftet haben soll, ist, da die Aeußerung damals, als sie sie hörte, ihr doch völlig gleichgültig erscheinen mußte, nicht anzunehmen.

Der Schneidermeister von Lukowicz und dessen Schwester, Fräulein von Lukowicz, auf die sich Antragsteller ebenfalls beruft, wissen aus eigner Wahrnehmung von der fraglichen Aeußerung des Lewy überhaupt nichts.

Zu 4 und 5. Die völlige Unwahrscheinlichkeit der Erzählungen der Frau Masloff und der Frau Berg über Uhrkette und Taschentuch des Ernst Winter ist bereits in dem Bescheide des Ersten Staatsanwalts genügend dargethan. Zur Widerlegung der dortigen, für zutreffend zu erachtenden Darlegungen wird in dem vorliegenden Antrage nichts vorgebracht.

Zu 6. Adolf Lewy ist nach seinen Bekundungen im Masloff-Prozeß nach dem 13. März 1900 noch ein- oder zweimal mit Fleisch auf den Markt gezogen. Als er einsah, daß es nichts nutzte, stellte er es ein. Die dann noch vorgenommne Ausbesserung der Feuerung in der Räucherkammer läßt sich trotzdem in unverfänglicher Weise erklären, insbesondre daraus, daß, wie Lewy unwiderlegt angegeben hat, die Feuerung etwas eingefallen war und etwas einstürzte, so daß aus diesem Grunde die Ausbesserung notwendig wurde.

Zu 7. Im April 1900 hat der Stellmacher Franz Rohde einen im Laden des Adolf Lewy stehenden Fleischklotz auf dem Hofe abgeschnitten. Rohde hat nichts bekundet, woraus zu entnehmen wäre, daß zu dem Abschneiden des Klotzes kein Bedürfnis vorgelegen habe.

Zu 8. Am 13. März 1900 brachte der ältere Sohn des Adolf Lewy zum Böttchermeister Carl Peters eine Knochensäge zum Scharfmachen. Diese Thatsache ist an sich nicht verfänglich. Dem Peters ist an dem Aussehn der Säge nichts aufgefallen.

Was die beantragte Zurückschränkung der Säge betrifft, so erscheint dies schon nach dem Gesagten unerheblich. Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß durch ein Zurückschränken genau der frühere Zustand der Säge soll hergestellt werden können.

Zu 9. Die von Frau Aldinger bekundete Thatsache, daß sie am 13. März 1900 gegen 7 Uhr morgens Moritz Lewy in der Nähe des Logengartens getroffen habe, kann, wie in dem Bescheide des Ersten Staatsanwalts zutreffend ausgeführt ist, einen Verdachtsgrund nicht abgeben. Zur Widerlegung jener Ausführungen wird in dem vorliegenden Strafantrage nichts angeführt.

Zu 10. Moritz Lewy hat allerdings die Bekanntschaft mit Ernst Winter eidlich abgeleugnet und ist dafür wegen Meineids bestraft worden. Aber es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß er sich zu dieser Ableugnung im Bewußtsein der Mitschuld an einem Verbrechen bewogen gefühlt hat. Wahrscheinlicher ist es, daß ihn dazu die Furcht, durch ein Zugeständnis erneuten Verfolgungen ausgesetzt zu sein, verleitet hat.

Zu 11. Hinsichtlich des Verkehrs der zwei fein gekleideten Herren mit Moritz Lewy und hinsichtlich der angeblichen Erzählungen der Frau Kroll kann nur den zutreffenden Ausführungen in dem Bescheide des Oberstaatsanwalts beigetreten werden. Der Antragsteller beschränkt sich lediglich auf Wiederholung der bereits für belanglos gekennzeichneten Thatsachen.

Zu 12. Der vom Antragsteller benannte Zeuge, Lumpensammler Alexander Prinz ist geistig beschränkt. Im Masloff-Prozeß wurde er nicht beeidigt, weil er von der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung hat. Als sich das Gerücht verbreitete, Prinz habe einige Juden als Thäter bezeichnet, noch bevor die Leichenteile gefunden wurden, wurde Prinz sofort polizeilich vernommen. Diese Vernehmung erfolgte zu Protokoll vom 21. März 1900. Dabei erklärte Prinz, wie das Protokoll ergiebt, er hätte von andern Leuten erzählen hören, die beiden Lewys und Heymann seien dabei gewesen, er selbst wisse weiter nichts anzugeben.

Die gegenteiligen Aussagen der Frauen Schiller, Fehlke und Sänger beruhen, wie dies in den beiden Bescheiden des Ersten Staatsanwalts und des Oberstaatsanwalts näher ausgeführt ist, jedenfalls auf einem Irrtum. Diesen Ausführungen kann auch hier nur beigetreten werden.

Zu 13. Nachdem der gegen Israelski erhobne Verdacht, den Kopf des Winter weggeschleppt zu haben, in dem Strafverfahren gegen Israelski erörtert worden, Israelski aber von der Anklage wegen Begünstigung rechtskräftig freigesprochen worden ist, erscheint die Annahme, daß Israelski den Kopf weggeschleppt hat, für widerlegt, jedenfalls die Thatsache nicht für erwiesen.

Die Aussagen des Dühring und des Przyworski sind, wie in dem Bescheide des Ersten Staatsanwalts ausgeführt worden ist, wegen ihrer Unbestimmtheit nicht geeignet, Israelski zu verdächtigen. Eine Widerlegung dieser Ausführungen hat Antragsteller nicht versucht.

Hiernach sind die gegen Adolf und Moritz Lewy vorgebrachten Verdachtsgründe schon an sich nicht beweiskräftig, um den Verdacht der Thäterschaft oder auch nur den Verdacht der Anstiftung, Beihilfe oder Begünstigung zu begründen. Der Verdacht der Thäterschaft oder Beihilfe muß sogar aus folgendem Grunde für widerlegt erachtet werden.

Der Tod des Ernst Winter erfolgte, wie aus den Gutachten hervorgeht, am 11. März 1900 innerhalb der ersten sechs Stunden nach der um etwa 1 Uhr eingenommenen Mittagsmahlzeit. Adolf, Moritz und Hugo Lewy haben sich nun über ihr Thun und Treiben während der ausschlaggebenden Stunden in überzeugender Weise ausgewiesen und es ist danach ihre Beteiligung als Thäter oder Gehilfen an der Tötung des Ernst Winter für ausgeschlossen zu erachten. Bezüglich dieses Entlastungsbeweises wird auf den Bescheid des Ersten Staatsanwalts Bezug genommen.

4. Verdächtige Aeußerungen von Juden nach dem Morde.

Zu 1 und 2. Hinsichtlich der Aeußerungen, die die Schneiderin Auguste Katzke gehört haben will, und hinsichtlich der Aussage der Rosine Symanowski wird lediglich den bezeichneten Bescheiden des Ersten Staatsanwalts und des Oberstaatsanwalts beigetreten. Die daselbst vorgebrachten Gründe und Erwägungen lassen über die Belanglosigkeit des Bekundeten keinen Zweifel. Der Antragsteller hat sich auch bei diesen Punkten lediglich darauf beschränkt, die betreffenden Thatsachen zu wiederholen, ohne auf die in den Bescheiden hervorgehobenen Bedenken und Gegengründe einzugehen.

Zu 3. Die 69 Jahre alte Ellse Koch hat bei ihrer Vernehmung am 5. März 1901 allerdings bekundet, die fragliche Aeußerung:
„Schade nur, daß sie den Kopf so schnell gefunden haben" am 26. Juni 1900 gehört zu haben. Es ist schon auffallend, daß sie das Gehörte, wenn es von Wichtigkeit gewesen wäre, so spät zur Anzeige brachte, so muß das größte Bedenken dagegen obwalten, daß die Zeugin von ihrem entfernten Standpunkt hinter dem Zaune den Wortlaut der Aeußerung auch richtig verstanden hat.

5. Verdacht gegen den Schächter Hamburger.

Bezüglich des gegen den Schächter Hamburger ausgesprochenen Verdachtes der Thäterschaft wird auf die Ausführungen in den Bescheiden des Ersten Staatsanwalts und des Oberstaatsanwalts verwiesen und wiederholt hervorgehoben, daß Hamburger den schlüssigen Nachweis geführt hat, daß sein Thun und Treiben am 11. März 1900 ein völlig unverdächtiges gewesen ist und mit der Tötung des Winter in keinem Zusammenhange steht. Neues ist in dem Antrage auch bei diesem Punkte nicht angeführt.

Aus diesen Gründen und da das aufs eingehendste und mit aller Sorgfalt geführte Vorverfahren, welches alle Thatsachen, die nur irgendwie mit dem Winterschen Tode in Beziehung gebracht werden konnten, umfaßt hat, genügende Verdachtsgründe nicht ergeben hat, welche die Erhebung der öffentlichen Klage gegen die Beschuldigten oder einen von ihnen rechtfertigen könnten, mußte der Antrag gemäß § 172, Abs. 1 St.-P.-O., verworfen werden.

Die Kosten waren nach § 175 St.-P.-O. dem Antragsteller aufzuerlegen.

gez. Thiele, Erler, Reiche, Boß, Plagemann.

* * *

Es ist sehr mißlich, ein Gerichtserkenntnis zu kritisieren, daher sei nur folgendes bemerkt: Das Erkenntnis ist abgefaßt von einer Anzahl Richter, die lediglich auf Grund vorliegender Akten urteilten, die also nicht in der Lage waren, die Zeugenaussagen persönlich zu hören, zu würdigen und zu prüfen, ob nicht seitens der Polizei- und Gerichtspersonen, die mit der Untersuchung beauftragt waren, verhängnisvolle Fehler gemacht worden sind. Wenn an einer Stelle z. B. betont wird, daß das Zeugnis der Charmier dadurch an Wert verliert, daß sie ihre Aussage nicht sogleich gemacht habe usw., so ist dabei übersehn, daß eine Anzahl von Zeugen in dem Konitzer Prozesse ausdrücklich bekundet hat, sie hätten Furcht gehabt, von dem Untersuchungsrichter angeschrien zu werden. (Vgl. die Broschüre „Der Blutmord in Konitz", Seite 65.)

Es werden ferner mehrmals Zeugenaussagen als wahrscheinlich oder als unwahrscheinlich und dergl. bezeichnet. So wird z. B. das Zeugnis der drei Frauen als ein Irrtum gekennzeichnet, die übereinstimmend aussagten, daß der Halbidiot Prinz **vor** Auffindung der Leichenteile erzählt hat, die Juden hätten den Winter geschlachtet. Die Strafanzeige nimmt an, daß Prinz, der öfter zu Hilfeleistungen in der Synagoge verwendet wurde, bei dem Mord zugegen gewesen sei. Die ruhige Sicherheit und Gewissenhaftigkeit, mit welcher die drei Frauen vor Gericht aussagten, machten damals auf jeden unbefangnen Zuhörer einen überwältigenden Eindruck. Alle drei waren sich augenscheinlich deutlich bewußt, was es mit der Eidespflicht auf sich habe und kein Wort des Widerspruchs war in ihren Aussagen zu entdecken. Dagegen zeigte es sich ganz klar, daß dem Prinz eine Geschichte unterlegt war, wonach man ihn betrunken gemacht und zu einer Aussage hätte bestimmen wollen. Eine der Zeuginnen ermahnte ihn, den Gerichtshof nicht zu belügen und begann ein Kreuzverhör, das sehr guten Erfolg gehabt haben würde, wenn der Vorsitzende es nicht unterbrochen hätte. Es ist sehr bedauerlich, daß die Richter des Oberlandesgerichts diese Aussagen nicht persönlich hören konnten.

Auch scheint uns der Wert des Dr. Puppeschen Gutachtens etwas zu hoch eingeschätzt, da zugestandnermaßen jener Herr nicht nach dem Augenschein, sondern im wesentlichen nur nach den Akten seinen Bericht verfaßt hat.

Aber genug davon. Die letzte gerichtliche Instanz hat gesprochen und zu den unentdeckten grauenhaften Morden von Skurz und Xanten gesellt sich ein dritter gleichartiger, der Mord von Konitz.

Vielleicht wäre das Ergebnis der Untersuchungen ein andres geworden, wenn es gelungen wäre, die Aufklärungs-Broschüre „Der Blutmord in Konitz" in größerm Umfange zu verbreiten, als es thatsächlich der Fall gewesen ist. Die Totschweige-Taktik der Judenpresse wurde wirksam unterstützt durch kleinliche persönliche Gesichtspunkte, die auch in einem Teile der antisemitischen Presse zur Geltung kamen. — Man ist z. B. in Konitz sehr darüber erbittert, daß eine antisemitische Tageszeitung in Berlin die Aufnahme einer Anzeige über die Broschüre abgelehnt hat.

Aber das nur beiläufig. Wir geben trotz alledem die Hoffnung nicht auf, daß eine Sühne des Verbrechens doch noch einmal erfolgen wird.

Getreidepreise und Brotpreise. Ueber Getreidepreise und Brotpreise schreiben die „Rheinisch-Westf. Polit. Nachr.": Die sinkende Tendenz, die seit zwanzig Jahren die Getreidepreise unter dem Drucke der ausländischen Konkurrenz verfolgen, wird durch nachstehende Tabelle veranschaulicht:

Es kostet die Tonne	Weizen	Roggen
1801 bis 1850 (bei geringem Zoll)	186	—
1851 „ 1870 (ohne Zoll)	211	—
1871 „ 1880 (ohne Zoll)	223	173
1881 „ 1890 (1 Mark b. 5 Mark Zoll)	176	150
1891 (Teuerungsjahr)	214	219
1891 „ 1898 ($3^1/_2$ Mark Zoll)	160	126

Bis 1880 ein stetes Steigen, seitdem — trotz des Zolles — ein starkes Sinken der Preise. Nur das Jahr 1891, in dem wegen der allgemeinen Mißernte Rußland seine Einfuhr ganz einstellte, und das Jahr 1898, das uns den Hexensabbath auf dem amerikanischen Weizenmarkt brachte, machten vorübergehend eine Ausnahme. Anders die Brotpreise. Es kostete das Kilo Roggenbrot in den Jahren:

1871 bis 1874	1881	1891	1894	1898
0,23	0,25	0,27	0,20	0,25

Trotz des $3^1/_2$ Mark-Zolles haben wir heute wesentlich billigers Getreide, als in den Jahren vor Einführung der Zölle. Aber trotz des billigern Getreides ist das Brot teurer. Doch kostete es im Jahre 1898 bei $3^1/_2$ Mark Zoll nicht mehr, als im Jahre 1881 bei nur einer Mark Zoll, ja es war 1894 sogar billiger als in den 70er Jahren, obschon von 1892 bis 1894 der russische Roggen $7^1/_2$ Mark Zoll zahlte. —

Angesichts der Gewalt-Agitation gegen die Getreidezölle, die von der Sozialdemokratie im Auftrage der Börsen- und Großhandelsjuden betrieben wird, ist es wohl gut, wenn Angaben, wie die vorstehenden, allen Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Verbesserung im bürgerlichen Rechtsstreitverfahren. Mit der Frage, wie der immer mehr zu Klagen Anlaß gebenden und manchmal gradezu unerträglich werdender Prozeßverschleppung im bürgerlichen Rechtsstreitverfahren abzuhelfen sei, hat sich vor einiger Zeit die Erste sächsische Ständekammer beschäftigt. Der neue sächsische Justizminister, Dr. Otto, sprach dabei seine vollkommne Uebereinstimmung mit seinem preußischen Kollegen aus, der in einem Bericht an den Kaiser auf das lebhafteste beklagt habe, daß im Augenblick auf administrativem Wege nicht sonderlich Hilfe geschaffen werden könne, daß man vielmehr gegen die vielen Terminvertagungen, wie in der österreichischen Zivilprozeß-Ordnung, auf gesetzgeberischem Wege vorgehn müsse. Die bloße Verabredung der Anwälte, die jetzt genüge, um einen Termin hinauszuschieben und gegen die das Gericht nicht einschreiten dürfe, müsse in allererster Linie eingeschränkt werden. Mit einer bloßen Vermehrung der Richterstellen allein beschleunige man die Prozesse nicht.

Die Augsburger Abendzeitung bemerkt zu dieser Angelegenheit: „Unsre maßgebenden juristischen Kreise sind der Ansicht, daß das einzige wirksame Mittel einer Abkürzung des Verfahrens in der Einführung eines sogenannten Vortermins besteht, wie er in der österreichischen Zivilprozeß-Ordnung vorgesehen ist. In diesem vom Ermessen des Vorsitzenden abhängigen und vom Anwaltszwange befreiten Vortermin können die zahlreichen Sachen, die durch Versäumnis, Anerkenntnis oder Vergleich zu erledigen sind, kurzerhand abgethan, die übrigen, zur eigentlich streitigen Verhandlung bestimmten Sachen aber ausgesondert und in besondre Termine verwiesen werden. Nach allem, was verlautet, gedenkt man bei nächster Gelegenheit eine entsprechende Nachahmung dieses österreichischen Vorbildes dem Deutschen Reichstage vorzuschlagen."

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Nach den „Ceskozidovske listy" bekannten sich im Jahre 1890 noch 13 282 Juden in Prag zur deutschen Umgangssprache, im Jahre 1900 aber nur noch 7 006. Die Gesamtzahl der Juden hat sich natürlich nicht vermindert, es haben vielmehr nur zahlreiche Juden ihre deutsche Umgangssprache mit der nun in Prag gangbaren tschechischen „vertauscht", weil es ihnen besser zum Geschäft paßte! —

Nordamerika. Vom Ghetto in New-York entwirft der „Matin" eine sehr interessante Schilderung, der wir folgendes entnehmen: „New-York hat mehr russische Juden als irgendeine Stadt in Rußland. Seit zwanzig Jahren strömen sie in das freie Land, in dem sie sich ausbilden können. Sie sprechen einen deutschen, mit slawischen Wörtern untermischten Dialekt, den sie mit hebräischen Schriftzeichen schreiben. Zwei Theater spielen täglich Dramen in ihrer Sprache, fünf Zeitungen erscheinen mit ihrem biblischen Alphabet gedruckt, und überall steht man semitische Schilder. Die Ziegelhäuser mit ihren eisernen Treppen und Rettungsbalkons sehen wie rostige Käfige aus. Die Hochbahnen, die breiter als der Fahrdamm sind, machen daraus einen halbdunklen Tunnel, und wenn die Schnellzüge die Fassaden streifen, zittert das Gitterwerk. Hier ist die Stadt des Wiederverkaufens und Geschwätzes. Die glücklichsten Insassen sind Trödler. Die andern, Männer oder Frauen nähen auf Stück. Sie arbeiten im Zimmer bis in die Nacht hinein; sie schlafen zusammengekauert auf ihren Stücken als Matratze, und man hat Mädchen gefunden, die mit fieberroten Augen liegend nähten. Bei diesem Sweatingsystem ‚saugen' die Zwischenmeister den ganzen Gewinn. Das Leben jeder Familie ist eine Tragödie, so wie Langwill sie in seinem Drama ‚Kinder des Ghetto' auf die Bühne gebracht hat. Die Generation der Eltern bewahrt die Sitten des russischen Ghettos. Die Generation der Kinder ist dagegen ganz amerikanisch. Sie bilden die Elite der Freischulen, das Publikum der öffentlichen Klubs und die ‚Elite' der städtischen Demokratie. Sie schwingen sich zu den freien Berufen auf, bringen sich in den Großhandel hinein, und während das Ghetto sich mit neuen Eingewanderten bevölkert, entvölkert es sich von den Söhnen der alten, die die reiche Stadt erobern."

Und über ein Menschenalter werden die Juden in Amerika entweder herrschen wie im alten Europa — oder totgeschlagen sein.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Weil er an dem Begräbnis des Oberturnwarts eines deutschvölkischen Turnvereins teilnahm, wurde der Gärtnergehilfe Mentschig von seinem Arbeitgeber David Abeles mit den Worten entlassen: „Wenn Sie bei einem Israeliten sind, dürfen Sie nicht Mitglied bei einem deutschvölkischen Turnverein sein." —

Die Advokatenkammer zu Graz hat beschlossen, keinen Juden mehr in die Anwaltslisten aufzunehmen. —

Reichs- und Landtags-Abgeordneter Dr. Wiemer, ein Freisinniger bester Sorte, der wiederholt fälschlich als Jude bezeichnet wurde, hat sich nunmehr mit der Tochter eines rasseechten Juden verlobt. —

In Ratibor wurde Bahnspeditör Adolf Cohn zum Stadtverordneten-Vorsteher gewählt.

Vom „Segen" des Alkohols. Vom 1. Januar 1900 bis 15. Juli 1901 wurden bei den badischen Amtsgerichten 117 Entmündigungen wegen Trunksucht beantragt. Die badische Regierung bezeichnet daher die Errichtung einer staatlichen Trinkerheilanstalt als ein dringendes Bedürfnis.

Aus dem Leben des dritten Reichskanzlers, des Fürsten Hohenlohe, veröffentlicht jetzt ein langjähriger Mitarbeiter desselben allerlei Erinnerungsbilder. Darunter befindet sich auch ein Kapitel, worin geschildert wird, mit welcher Geschicklichkeit und welchem Takt Fürst Hohenlohe als bayerischer Ministerpräsident einst die Aufhebung der Verlobung des unglücklichen Königs Ludwigs des Zweiten von Bayern durchführte. — Als wir das lasen, mußten wir daran denken, daß der Fürst als Reichskanzler noch in seinen alten Tagen einmal in umgekehrter Weise thätig war, indem er nämlich sich für das Zustandekommen einer Ehe zwischen einer reichen Berliner Jüdin und einem verschuldeten Husaren-Offizier interessierte und sogar einen Versuch machte, beim Kaiser die schon ausgesprochne Verabschiedung des betreffenden Offiziers rückgängig zu machen. Das gelang zwar nicht, die Jüdin mußte ihren Schatz als Reserve-Offizier heiraten. Dann wurde er wieder im Heere angestellt. Nachwuchs ist auch schon da.

Erneute Zunahme der Konkurse. Im ersten Vierteljahre des Jahres 1901 sind 3423 Anträge auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt worden gegen 3155 im ersten Vierteljahre von 1901. Eröffnet wurden davon heuer 2479 gegen 2382 im ersten Viertel des vorigen Jahres.

Zum Konitzer Blutmord. Die Klage Hirsch Hildesheimers gegen die „Staatsbürger Zeitung" wegen eines Artikels, der am

19. Juli v. J. veröffentlicht wurde und von Beziehungen zwischen dem als Geldgeber der „Recherchöre“ Schiller und Genossen in Konitz oft genannten jüdischen Schriftsteller William Bambus und Hirsch Hildesheimer sprach, beschäftigte am 9. d. M. das Bezirksgericht Josephstadt zu Wien. Als Zeuge war der jetzt in Wien ansässige Schriftsteller O. H. Böckler geladen, um auszusagen, von wem der betreffende Artikel verfaßt. Wie die „Staatsb.-Ztg.“ mitteilt, erklärte Böckler, er müsse seine Aussage verweigern, er sei seinerzeit als verantwortlicher Redaktör der „Staatsb.-Ztg.“ von Hildesheimer in derselben Sache mit verklagt worden und habe keine amtliche Mitteilung erhalten, daß die Klage gegen ihn zurückgezogen sei; er könne unmöglich in eigner Sache als Zeuge zu Aussagen verpflichtet werden Es wurde somit lediglich ein Protokoll in diesem Sinne aufgenommen.

Das unerreichbare Volk. Am 6. April d. J. sagte zu Prag der tschechische Reichsratsabgeordnete Dr. Herold in einer längern Rede: „Kulturell steht das tschechische Volk heute so hoch, daß die ganze Welt vor ihm den Hut lüftet, und daß unsre deutschen Landsleute es auch in hundert Jahren noch nicht erreicht haben werden“. — Diesem auf dem Kulturgipfel stehendem Volke weiht der „Scherer“ seine neue Nummer, die die Söhne Libussas mit ganz ausnehmender Liebe und Sorgfalt behandelt. Man möchte deshalb das vorliegende Wenzelheft eine kleine Naturgeschichte des tschechischen Volkes nennen. Alle Gattungen und Arten, vom pfauchenden zweischwänzigen Löwen bis zum süßen Postwenzel herab, sind in Bild und Wort in verblüffender Naturtreue vertreten.

Sind die Juden Deutsche? Diese von uns im Gegensatz zu den Auffassungen der philosemitischen Presse stets verneinte Frage hat jüngst im Kasseler Judentempel der Rabbiner vor versammelter Gemeinde also beantwortet: „Wir müssen die Gesetze dieses Landes erfüllen, dürfen aber nie vergessen, daß wir hier ein fremdes Volk sind.“

Fleischwucher. In den reichshauptstädtischen Blättern ist zu lesen:

„Der Verlust, den Hofschlächtermeister A. Hefter durch Fälschung von Lieferscheinen von seiten des in Moabit in Untersuchungshaft befindlichen Fleischhändlers, frühern Sattlers (!) Gustav Jänicke erlitten hat, beziffert sich, wie die ‚Allgemeine Fleischer-Zeitung‘ meldet, auf die beträchtliche Summe von 182 033 Mark 45 Pfg.“

Schlächtermeister Hefter hat nur durch Zufall diesen durch jahrelange Fälschung von Bestellzetteln verübten Betrug entdeckt; was muß also der Kleinhändler am Fleisch und an den Wurstwaren verdienen, wenn solche Summen einem Geschäft unbemerkt entzogen werden können! Dabei sinken die Viehpreise, und die Fleischpreise der großstädtischen Kleinhändler — Fleischermeister kann man sie kaum noch nennen, da sie ihren Bedarf vom Großschlächter beziehn, der sehr oft niemals die Fleischerei erlernte — gehn fast ständig in die Höhe. Muß man doch jetzt in Berlin für $1/2$ Kilogramm Schweinfleisch 80 bis 100 Pfg. (Filet 140 bis 180 Pfg.), für Rindfleisch 70 bis 90 Pfg. (Filet 140 bis 180 Pfg.), für Kalbfleisch 80 bis 100 Pfg., für Hammelfleisch 70 bis 90 Pfg., für fetten Speck 90 Pfg. (!), für magern 100 Pfg. und für Schinken im Aufschnitt 160 bis 180 Pfg. je nach der Güte und dem Stadteil zahlen.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 4.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 17. Juli 1902. **Nr. 726.**

Die letzte Kundgebung der freien Buren,

die vor der Unterzeichnung der Unterwerfungs-Bedingungen in der Form einer Entschließung erlassen wurde, hat nachstehenden Wortlaut:

„Diese Versammlung von Vertretern des Volkes beider Republiken, der Südafrikanischen Republik und des Oranje-Freistaates, gehalten in Vereeniging vom 15. bis 21. Mai 1902, hat mit Bedauern von den Bedingungen Seiner Majestät Regierung Kenntnis genommen, die sie für die Beendigung der Feindseligkeiten stellt, und auch von ihrer Mitteilung, daß diese unverändert angenommen oder abgelehnt werden müssen. Sie bedauert, daß Seine Majestät Regierung sich absolut geweigert hat, mit den Republiken auf der Basis unsrer Unabhängigkeit zu unterhandeln oder unsern Regierungen zu gestatten, sich mit unsern Deputationen in Europa in Verbindung zu setzen.

Unser Volk ist immer der Ansicht gewesen, daß es nicht allein auf Grund des stehenden Rechts, sondern auch infolge der großen materiellen und persönlichen Opfer, die es für die Unabhängigkeit gebracht hat, einen begründeten Anspruch auf diese Unabhängigkeit hat.

Diese Versammlung hat den Zustand unsers Landes und Volkes ernstlich erwogen und zwar vor allem folgende Punkte, nämlich:

1. Daß die von den englischen Militärbehörden eingeschlagne Kriegspolitik zu einer allgemeinen Verwüstung des Grundgebiets beider Republiken, zum Niederbrennen der Wohnsitze und Dörfer, sowie zur Vernichtung aller Erhaltungsmittel und Zerstörung aller Hilfsmittel geführt hat, die für den Unterhalt unsrer Familien, den Bestand unsrer Kriegsheere und die Fortsetzung des Krieges notwendig sind.

2. Daß die Wegführung unsrer gefangnen Familien zu einem unerhörten Zustand von Leiden und Krankheiten geführt hat, so daß in kurzer Zeit ungefähr 20000 unsrer Lieben dort gestorben sind und die fürchterliche Aussicht besteht, daß bei Fortsetzung des Krieges unser gesamtes Geschlecht auf diese Weise aussterben kann.

3. Daß die Kaffernstämme innerhalb und außerhalb der Grenzen der Gebiete beider Republiken fast alle bewaffnet sind und an dem Krieg gegen uns teilnehmen und durch die Begehung von allerhand Greuelthaten in vielen Distrikten einen unerträglichen Zustand geschaffen haben. So ist es noch unlängst im Vrijheid-Distrikt geschehn, daß 56 Buren auf einmal auf scheußliche Weise ermordet und verstümmelt worden sind.

4. Daß durch Proklamationen der Feinde, mit deren Ausführung bereits begonnen worden ist, die noch kämpfenden Bürger mit Verlust all ihrer beweglichen und unbeweglichen Habe und so mit vollständigem materiellen Untergang bedroht sind.

5. Daß es durch die Kriegsumstände für uns seit langem unmöglich geworden ist, die vielen Tausende von unsern Heeren gemachten Kriegsgefangnen festzuhalten, und daß wir so dem britischen Heere wenig Schaden zufügen können, während die durch die brittische Heeresmacht gefangnen Bürger außer Landes gebracht werden und daß, nachdem der Krieg fast drei Jahre gedauert hat, nur noch ein kleiner Teil von der Streitmacht übrig bleibt, mit der wir den Krieg begonnen haben.

6. Daß dieser kämpfende Ueberrest, der nur einen kleinen Teil unsers Volkes ausmacht, gegen eine überwältigende Uebermacht des Feindes zu kämpfen hat und sich in dem thatsächlichen Zustand von Hungersnot und Entbehrung der nötigsten Lebensbedürfnisse befindet und daß wir trotz unsrer äußersten Anstrengung, unter Aufopferung von allem was uns lieb war, nach redlicher Ueberlegung auf einen eventuellen Sieg nicht mehr rechnen konnten.

Diese Versammlung ist daher der Ansicht, daß kein berechtigter Grund mehr vorliegt, zu erwarten, daß durch eine Fortsetzung des Krieges das Volk seine Unabhängigkeit bewahren könne und sie glaubt, daß unter diesen Umständen das Volk nicht berechtigt ist, den Krieg fortzuführen, da dies nur zu dem gesellschaftlichen und materiellen Untergang, nicht nur von uns selbst, sondern auch von unsern Nachkommen führen kann.

Gezwungen durch vorstehende Umstände und Erwägungen, trägt diese Versammlung bei den Regierungen darauf an, die Bedingungen der Regierung Seiner Majestät anzunehmen und Namens des Volkes beider Republiken zu zeichnen."

* * *

Einen bessern Beweis für die am 22. Juni vom Generalfeldmarschall Graf Waldersee in London betonte „Tapferkeit und Menschlichkeit" der englischen Truppen wird sich auch Graf Waldersee nicht wünschen!

Der Spruch des Hamburger Seeamtes über den Untergang des deutschen Torpedobootes S. 42 (vergl. Nr. 724) lautet:

Der am Morgen des 24 Juni 1902 in der Nähe von Cuxhaven stattgehabte Zusammenstoß zwischen S. M. Torpedoboot „S. 42" und dem englischen Dampfer „Firsby", durch welchen das Torpedoboot zum Sinken gebracht wurde und der Kommandant nebst drei Mann der Besatzung ihr Leben verloren haben, ist durch die Führung des Dampfers „Firsby" verschuldet. Es ist als erwiesen anzusehn, daß der Dampfer „Firsby" nach dem Absetzen seines Lootsen bei der alten Liebe ein wenig auf der westlichen Seite der Leitlinie gewesen ist, und daß er beim Erblicken des grünen Lichtes des in der Leitlinie einsteuernden Torpedobootes sich zu spät entschloß, unter Backbordruder die rechte Seite seines Fahrwassers wieder zu gewinnen; die Manöver des Torpedobootes sind nicht als ursächlich für den Unfall anzusehn. Zu bemerken bleibt jedoch, daß die Situation weniger schwierig geworden wäre, wenn der Kommandant des Torpedobootes nicht in der Leitlinie aufgesteuert wäre, sondern die Leitfeuer hätte auseinander halten lassen. Das Einsteuern in die Leitlinie ist in dem Nordseehandbuche für Torpedoboote vorgeschrieben; diese Vorschrift steht jedoch nicht im Einklang mit der Hamburgischen Verordnung betreffend die Reede und das Elbfahrwasser bei Cuxhafen vom 15. April 1898. Die prompte Rettung eines Teils der Besatzung des gesunknen Torpedoboots durch den Dampfer „Firsby" verdient Anerkennung.

Wunderbar erscheint es unter diesen Umständen, daß man den englischen Dampfer nicht ersatzpflichtig gemacht hat und bedauerlich genug ist es, daß man in deutschen Zeitungen gleich bei der Hand war, die Schuld auf deutscher Seite zu suchen. — Wir hätten doch wahrlich Ursache, in jedem zweifelhaften Falle zunächst uns rücksichtslos auf Seite unsrer Seeleute zu stellen. Aber die Engländerei färbt leider mehr ab, als es wünschenswert ist.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein. Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden. Nunmehr ist noch eine für Anfang August in Heidelberg geplant.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, auch an dieser letzten Veranstaltung teilnehmen.

Verband Westmark. Laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 23. Juni 1902 findet der Verbandstag am Sonntag, den 10. August 1902, vormittags 11 Uhr in den Räumen der städtischen Tonhalle zu Duisburg statt.

Tages-Ordnung: 1. Thätigkeitsbericht (Herr Verbandssekretär Amthor-Gelsenkirchen). 2. Rechenschaftsbericht (Herr Kassenwart H. Krüger-Dortmund). 3. Kassenprüfung durch zwei zu wählende Kassenprüfer. 4. Wahl des Vorstandes. 5. Beratung über etwaige Anträge auf Satzungsänderungen. (Anträge auf Satzungsänderungen sind bis 20. Juli an den Verbandssekretär einzusenden.) 6. Verschiedenes.

Die Abgg. Liebermann v. Sonnenberg und Raab werden voraussichtlich den Verhandlungen beiwohnen. —

In Solingen hat sich am 1. d. M. eine Ortsgruppe des Verbandes gebildet.

Der Verlag der politisch-satyrischen Wochenschrift „Deutscher Michel", die bisher in Leipzig erschien, versendet folgendes Rundschreiben:

„Der unterzeichnete Verlag erfüllt hiermit die schmerzliche Pflicht, alle Gönner und Freunde des ‚Deutscher Michel' davon in Kenntnis zu setzen, daß er sich leider genötigt sieht, das Erscheinen des Blattes bis auf weiters zu sistieren.

Besondre Gründe, auch etwas Mangel an moralischer Unterstützung seitens der Gesinnungsgenossen, haben dazu beigetragen, diesen Schritt zu einem unabweisbaren zu machen. Wiewohl der Verlag gezwungen ist, von den Lesern seines Blattes für jetzt Abschied zu nehmen, so giebt sich derselbe doch der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß bei einem etwaigen Wiederaufleben die bisherigen Freunde des ‚D. M.' allesamt zur Fahne des ‚D. M.' zurückzukehren sich bewogen finden werden."

Echt jüdische Art. Der Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz hält es mit seinem Kultusamte für vereinbar, von seinem „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg" unter gewaltiger Reklame die 4. Auflage (16. bis 20. Taus.) in die Welt zu setzen, trotzdem in der Antwort des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Vgl. Nr. 707 und 712) der Herr Rabbiner so abgeführt ist, wie es nicht schlimmer kommen konnte.

Es muß daher Pflicht jedes Judengegners sein, die Antwort des Abgeordneten von Liebermann, „Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz", die mit einem einleitenden Vorwort auch den Wortlaut des Rabbinerbriefs enthält, zu verbreiten.

Das 16 Seiten starke Büchlein hält sich streng sachlich an die auf einem groben Irrtum beruhenden, hochtrabenden Ausführungen des Gleiwitzer Rabbiners und sollte sich nicht nur jeder Leser dieser Zeilen, sondern jeder Deutsche, der nicht philosemitisch gesonnen ist, eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 18. und 25. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

* * *

Aus der Reformpartei. Eine für den 8. Juli anberaumte Pückler-Versammlung ist durch folgende Verfügung unmöglich gemacht worden, die dem Verleger der „Staatsbürger Zeitung" Herrn Bruhn zugegangen ist:

„Die für Dienstag, den 8 d. M., in Aussicht genommne Versammlung in dem Lokale Koppenstraße 29 wird aus ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Gründen gemäß § 10, Titel 17, Teil 2 des Allgemeinen Landrechts hiermit untersagt, weil nach den Vorgängen in der letzten derartigen Versammlung eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in derselben zu erwarten ist.

gez. von Windheim."

Dies Verbot ist durchaus gesetzwidrig. Nicht das Landrecht kommt hier in Betracht, sondern das Vereins- und Versammlungsgesetz. Ein Recht, Versammlungen in geschlossnen Räumen zu verbieten, haben die Behörden überhaupt nicht, sondern der aufsichtsführende Beamte hat lediglich Auflösungsrecht, wenn Reden oder Vorgänge in der Versammlung dies erheischen.

Nichts ist verhängnisvoller, als wenn Behörden gegen die Gesetze verstoßen, deren Hüter sie sein sollen. —

Daß wir das Auftreten des Grafen Pückler für sehr bedauerlich halten, haben wir an andrer Stelle ausreichend betont.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Das Triester Landesgericht verfolgt den 29jährigen Arzt Dr. Elias Jesurum wegen eines Sittlichkeitverbrechens steckbrieflich. —

Der wegen verschiedner Vergehen schon elfmal, darunter auch bereits zweimal wegen Zuhälterei vorbestrafte Kellner Siegfried Markus wurde vom Landgericht zu Breslau überführt, in den letzten beiden Jahren in Berlin und Breslau wiederum dieses unsaubre Gewerbe betrieben zu haben, deshalb zu neun Monaten Gefängnis und nachfolgender Ueberweisung an die Landespolizeibehörde (Arbeitshaus), sowie zu dreijährigem Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt.

Ein „Rumänier". Der frühere „Schriftsetzer" Wolf Wolfsohn aus Rumänien hat sich in Deutschland dem Handelsgewerbe zugewandt, ist dabei wiederholt wegen Eigentumsvergehens bestraft, deshalb aus dem Bundesgebiet ausgewiesen und auch schon einmal wegen unerlaubter Rückkehr nach Deutschland gerichtlich verurteilt und aufs neue ausgewiesen worden. Jetzt stand er unter der Anklage des Betruges im Rückfall, der Urkundenfälschung, der abermaligen unerlaubten Rückkehr in das Bundesgebiet und des Gebrauchs falscher Legimitationspapiere vor dem Landgericht zu Breslau. Die verübten Betrügereien bestanden in der Hauptsache darin, daß Wolfsohn im Herbst v. J. als Provisionsreisender einer Breslauer Druckerei den Bestellern Anzahlungen abgeschwindelt und diese für sich behalten, sowie einmal eine Quittung gefälscht hatte. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Wolfsohns zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, 600 Mark Geldstrafe oder weitern 40 Tagen Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

Baruch Aberbach aus Würzburg veranstaltete in Schweinfurt einen „Ausverkauf", und um die zu ihm kommenden Käufer stets gut bedienen zu können, vervollständigte er sein Lager immer wieder. Der Gewerbeverein konnte darin kein ordnungsmäßiges Verfahren erblicken und zeigte Baruch deshalb wegen unlautern Wettbewerbes an. Das Schöffengericht trat der Auffassung des Gewerbevereins bei und nun soll Baruch Aberbach die Staatskasse um zweihundert Mark bereichern.

Sonntagsruhe und Warenhäuser. Im November und Dezember v. J. sollen die Verkäuferinnen der Firma Gebr. Barasch zu Beuthen (Oberschlesien) in arger Weise ausgenutzt worden sein. Die

festgelegte Ruhezeit wurde ihnen beschnitten, eine kürzere Mittagspause eingeführt, und schließlich wurde an Sonntagen in dem Putzatelier der Firma grade so gearbeitet wie an Wochentagen. Die Verhandlung vor dem Landgerichte, zu der eine große Anzahl von Verkäuferinnen der Firma Barasch geladen waren, gestaltete sich nach mancher Richtung hin recht interessant, und gab einen Beweis dafür, wie diese Herren es verstehn, ihre Leute auszunützen. Festgestellt wurde, daß sich das Jahreseinkommen des angeklagten Geschäftsführers Spitzer auf 8200 Mark belief. Bei einem derartigen Gehalt muß man schon das Interesse der Herren Prinzipale gehörig wahrnehmen, zumal wenn diese Rassegenossen sind; und wie kann das wohl besser geschehn, als wenn man das Heer der Verkäuferinnen, die einen Monatslohn von 35 bis 70 Mark beziehn, tüchtig ausnützt. Herr Spitzer scheint diese Methode besonders gut verstanden zu haben. Der Staatsanwalt ging mit ihm scharf ins Gericht und beantragte eine Geldstrafe von 1400 Mark. Er zog hierbei in Erwägung, daß durch die sogenannten Geschäftskniffe der Warenhäuser die kleinen Gewerbetreibenden schwer in ihrem Einkommen geschädigt, und ihre Existenz gefährdet werde. Grade in Anbetracht dieser Schädigung der kleinern Geschäftsleute sei es für die Leiter der Warenhäuser eine um so größere Pflicht, alle Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung mit größter Peinlichkeit und Sorgfalt zu beobachten, was aber hier nicht der Fall gewesen sei. Es sei dem Angeklagten nur darum zu thun gewesen, den Gewinn der Firma größer zu machen. Aber auch aus eigner Gewinnsucht habe er die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung außer Acht gelassen, um die Arbeitskraft seiner Angestellten auszubeuten. Aus all' diesen Gründen erscheine eine exemplarische Strafe als durchaus geboten. Der Gerichtshof erkannte schließlich auf 400 Mark Geldstrafe. Als erschwerend wurde die Verkürzung der gesetzlich festgelegten einhalbstündigen Mittagspause angesehn und als besonders strafverschärfend erschien dem Gerichte, daß sogar im Geschäftslokale selbst die Damen während der Arbeit ihr Brot verzehrten.

Die Heiligkeit des Judentempels. Beim Jugend-Gottesdienst schlug der Rabbiner Dr. Berthold Oppenheim zu Olmütz laut schreiend wiederholt auf die Betpulte, versuchte die Schüler aus ihren Sitzen zu zerren und rief dem Lehrer Moritz Reininger zu: „Sie geben der Jugend ein schlechtes Beispiel!" Der Beleidigte lief zum Kadi und da der Rabbiner sich absolut weigerte, Abbitte zu leisten, so darf er 50 Kronen Strafe zahlen. Besser wäre dem Herrn Rabbiner sicher eine Anklage wegen Religionsstörung bekommen.

15 476 Mark erstattete der Kaufmann Moses Hirsch Goldbach zu Würzburg freiwillig dem Besitzer des Kaffees „Zum Hirschen", weil er seit dem Jahre 1897 wöchentlich nur einen Zentner Zucker lieferte statt der ausbedungnen und stets bezahlten zwei Zentner. Der Betrug wäre wohl noch viele Jahre weiter gegangen, wenn Goldbach nicht versucht hätte, noch fünf Kilo zu „sparen", welches Manöver dann der Hausdiener des Kaffees merkte. Goldbach ist selbstverständlich „unzurechnungsfähig", muß aber trotzdem ein Jahr brummen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs des Handelsmannes Adolf Israelsky zu Berlin. Die Forderungen ohne Vorrecht betragen 8 600 Mark, auf die vielleicht 4,4 v. H. entfallen.

Konkurs des Kaufmanns London, in Firma Deutsche Bekleidungs-Kompagnie zu Berlin. Den Gläubigern stellt der Verwalter für ihre 65 425 Mark höchstens 8 v. H. in Aussicht.

Konkurs der Kommandit-Gesellschaft Lichtenstein u. Co. zu Berlin. Die vorrechtlosen Forderungen werden auf 16 880 Mark geschätzt und die „Dividende" auf 11½ v. H.

Konkurs des Kaufmanns Josef Kirstein, in Firma G. Rosenberg Nachf. und J. Kirstein zu Berlin und Charlottenburg. 450 000 Mark Forderungen sind angemeldet, die aus der vorhandnen Masse günstigenfalls 13½ v. H. erhalten!

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Weltall und Menschheit. Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker. Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern. Mit ungefähr 2000 Bildern, zahlreichen schwarzen und bunten, sowie vielen Facsimile-Beilagen. Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. Berlin 1902. 100 Lieferungen. Preis jeder Lieferung 60 Pf.

Das Werk ist bis Lieferung 7 gediehn, die ebenso wie die vorhergehenden Nummern das hält, was der Verlag bei der ersten Ankündigung versprach. In dem vorliegenden Hefte beschäftigt sich Professor Sapper eingehend mit der Erdgeschichte, die erläutert wird durch vier farbige, wirksam rekonstruierte Landschaften aus der Vorzeit: 1. aus dem produktiven Carbon (Steinkohlenzeit), 2. aus der Jura-Periode, 3. aus dem mittlern Tertiär (Miocän) Norddeutschlands und 4. aus der Eiszeit. Die Bilder sind auf Grund von Angaben des Professors an der Kgl. Bergakademie Dr. Henry Potonié gemalt von Wilhelm Kranz, dem Schöpfer der wissenschaftlichen Bilder der Berliner Urania.

Briefkasten.

Dr. W., Kassel. 1. Unsers Wissens nicht 2. Juden gabs in Ostfriesland schon vorher; einflußreich wurden sie unter englisch-hannoverscher Herrschaft. Die „Freiheiten" des Liberalismus brachten Bauern und Bürger ganz unter ihre Botmäßigkeit und trotzdem schwören nicht wenige ostfriesische Bauern immer noch auf den Liberalismus aller Schattierungen.

Eingegangne Anfragen.

Ist der Musikdirigent Przywarski vom 4. Garde-Grenadier-Regiment (Königin Augusta) deutscher Abstammung?

Winke für die Reisezeit.

1. **Leser, die ihr Bezugs-Exemplar** (also **kein** zweites Exemplar) unsers Blattes **regelmäßig in einem andern Orte** (Badeorte usw.) zu erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren:

Bezieht man durch eine Postanstalt, so ist bei dieser die Ueberweisung des Blattes nach dem neuen Aufenthaltsorte (bei gleichzeitiger Einzahlung der Ueberweisungsgebühr von 50 Pf. für das deutsche Reichspostgebiet) zu beantragen. Bei der Rückkehr ist bei dem Postamt des letzten Aufenthaltsortes die Rücküberweisung besonders wieder zu beantragen. Die Rücküberweisung der Zeitung nach dem ursprünglichen Bezugsorte erfolgt kostenlos.

Erhält man unser Blatt von **unsrer Geschäftsstelle unter Kreuzband,** so bedarf es nur der jeweiligen Angabe der neuen Adresse an uns. Das Blatt wird sich dann pünktlich einstellen. **Kosten entstehen dadurch in keinem Falle** (auch nicht nach dem Auslande).

Wird unser Blatt durch einen **Buchhändler** oder **Spediteur** gebracht, so ist mit diesen die Nachsendung zu verabreden.

2. **Wer seinen Angehörigen unsre Zeitschrift während seiner Abwesenheit nicht entziehn will** und infolgedessen vorübergehend eines zweiten Exemplars bedarf, kann von unsrer Geschäftsstelle für den Betrag von 75 Pf. monatlich ein sogen. **Reise-Abonnement** beziehn. Die Adressen können, wie bei allen von der Geschäftsstelle ausgehenden direkten Kreuzband-Sendungen beliebig oft geändert werden. Reise-Abonnements sind nicht an den Kalendermonat gebunden. — Aber auch die Post nimmt für einzelne Monate Bestellungen an, selbstverständlich nur von einem bestimmten und festen Wohnsitz aus und nur für volle Monate.

Auf der Reise im Eisenbahnwagen (besonders in den D-Zügen), in Gasthäusern usw. ist günstige Gelegenheit, aufklärend zu wirken. Nachdem man die Leute in ein Gespräch gezogen hat, empfiehlt es sich, ihnen ein Flugblatt oder eine kleine Broschüre usw. zu überreichen oder man läßt derartige Drucksachen im Abteil, in den Gastwirtschaften usw. liegen. Kellnern, Bediensteten übergebe man neben dem Trinkgelde stets eine Flugschrift. **50 Flugblätter** (auf Wunsch gemischt) liefern wir für **50 Pf., 40 verschiedne Broschüren für 5 Mk. 100 Broschüren kosten 8 Mk.** — Unterwegs findet man stets gute und willige Abnehmer für unsre Aufklärungsschriften. Insbesondre benutze man dieses Jahr zur Verbreitung die Flugblätter und Schriften über die **Blutmord-Frage** und den **„Offnen Brief"** des Abgeordneten von Liebermann an den Rabbiner Dr. Münz (Gleiwitz) über den jüdischen Eid.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 24. Juli 1902. | Nr. 727.

Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau.

Wochen-Spruch.

Ich möchte wie aus Rolands Horn einen Ruf an die edlen, treuen Männer in Preußen ergehn lassen, die kleinern Uebel für das heranwachsende, große, jammerschwere Uebel zu vergessen. Solch ein Unglück ist für Preußen das Dasein und Walten jener schnöden Judenklique mit ihrem Schwanz von läppischen und albernen Kläffern! Die freche Rotte legt täglich durch Wort, Schrift und Bild die Axt an die Wurzel des deutschen Wesens.

Friedrich Wilhelm der Vierte an den General Dohna. (Treitschke, Gesch. des 19. Jahrhunderts, 5. Bd.)

Die „Bier“-Rede des General-Oberst von Loë in Aachen

hat ein Nachspiel von wahrhaft zwergfellerschütternder Komik gehabt.

Moses Bier aus Bonn, „einer der tapfersten Husaren des Feldzuges“, so nannte ihn Herr v. Loë,

Moses Bier, „der Jude unter dem Zeichen des Kreuzes“, wie sich in geschmackvoller Redewendung Herr v. Loë ausdrückte,

Moses Bier, der für seine Tapferkeit, so meinte Herr v. Loë, mit dem Eisernen Kreuz geschmückt ist,

Moses Bier, dem Herr v. Loë bei jeder Begegnung auf der Straße die Hand drückt, weil er ihn hochachtet,

Moses Bier aus Bonn — — — — hat gar nicht das Eiserne Kreuz! —

In der „Bonner Zeitung“ vom 9. Juli lesen wir:

„General-Oberst Frhr. v. Loë hatte am 3. d. M., dem Gedenktage der Schlacht von Königgrätz, die hier wohnenden Inhaber des Eisernen Kreuzes, die unter seinem Kommando den Feldzug gegen Frankreich mitgemacht hatten, zum Mittagsmahl eingeladen. Es nahmen daran teil Generalmajor v. Niesewand, Stations-Inspektor a. D. John, Rentner Jean Schneller und der Königl. Musikdirigent Wüstrich; Herr Wallner, der ebenfalls eingeladen war, befand sich auf Reisen.“

Als die Einladungen ergehn sollten, stellte sich zur Verblüffung Sr. Exzellenz des Herrn General-Oberst und zum stillen Gaudium seiner Umgebung heraus, daß Moses Bier das Kreuz gar nicht besitzt.

Aber er hat schmunzelnd all' die ehrenden Reden und Zeitungs-Artikel über sich ergehn lassen, und wenn er jetzt wieder dem General-Oberst auf der Straße begegnet, wird er ihm zweifellos die biedre Rechte entgegenstrecken und grinsen: „Können Sie mich nicht nachträglich zum Eisernen Kreuz eingeben, Exzellenz? Es muß doch genierlich für Sie sein, daß Sie sich geirrt haben.“

Wir gönnen dem Herrn General-Oberst wie jedem andern Phobosemiten (Judenfürchtigen) oder Konsemiten (Judengenossen), denn Philosemiten (Judenliebhaber), recht verstanden, giebt es nicht, aufrichtig dieses abkühlende Sturzbad und schließen hier noch eine Anzahl von Preßkundgebungen über die Rede des General-Oberst an.

Sie hat, abgesehn von der ultramontanen Presse und den judenfürchtigen Zeitungen, überall in den Blättern recht scharfe Kritiken gefunden. Besonders hat auch die nationale Presse ihren ernstesten Bedenken kräftig Ausdruck gegeben.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ schreiben u. a.:

„Nicht immer ist das rednerische Auftreten des Kaisers glücklich gewesen. Seit einiger Zeit aber hat sich eine Nebenerscheinung eingestellt, die eine für Deutschland gradezu verhängnisvolle genannt werden muß: die Redeseligkeit einzelner Generale. Was wir bisher in gewissen Nachbarländern als eine mit unsern deutschen Begriffen von den Pflichten höherer Offiziere unvereinbare Manie mit herber und höhnischer Kritik unbarmherzig zu verurteilen gewohnt waren, das scheint sich jetzt leider auch bei uns in Deutschland einbürgern zu wollen. Es ist die ernste Pflicht aller Vaterlandsfreunde, dagegen schon im Beginne auf das schärfste Stellung zu nehmen und gegen eine weitere Verbreitung so übler und unter Umständen gefährlicher Gewohnheiten energisch zu protestieren . . .

Wir erheben den schärfsten Widerspruch gegen die thörichten Wendungen, daß auch der deutsche Soldat sich freuen müsse, einen ruhmbedeckten, kriegserfahrnen General an der Spitze der großen französischen Armee zu sehn, daß ein deutscher Offizier es bedauern müßte, wenn die französische Gesetzgebung einen schädigenden Einfluß auf die Tüchtigkeit des französischen Heeres hätte . . .

Die Anschauungsweise und der Standpunkt, die der General-Oberst in seiner Rede zum Ausdruck gebracht hat, sind die eines Romantikers und haben nichts von nüchterner Realpolitik an sich. Sie erinnern in fataler Weise an die Sonderpolitik Harry von Arnims, der den Sturz von Thiers mit allen üblen politischen Folgen hauptsächlich mit verschuldete. Ohne dem Rückhalt an dem deutschen Botschafter würde nach kompetentem Urteil die orleanistische Partei kaum den Mut zu dem coup d'etat vom 24. Mai 1873 gefunden haben.“

Die „Rheinische Volksstimme“, Organ des (katholischen) Rheinisch-Westfälischen Bauernvereins läßt sich folgendermaßen aus:

„Der Herr General-Oberst übersieht, daß der Jude niemals Deutscher wird. Der Jude sieht die Völker, bei denen er sich eingenistet, als seine Ausbeutungsobjekte an. Wie weit er es in dieser Beziehung auch in Deutschland gebracht hat, beweisen die zahlreichen jüdischen Millionäre.

Freiherr v. Loë, Freiherr v. Schorlemer-Alst und Raiffeisen haben durch die Gründung von Bauernvereinen und Spar- und Darlehnskassen dafür gesorgt, daß der Bauernstand zu einem großen Teile von den jüdischen Vampyren befreit wurde. Aber an den andern Ständen setzen sie ihre vernichtende Thätigkeit noch immer fort.

In den Städten verschwindet eine christliche Firma nach der andern, die erdrückt wurde von den jüdischen Bazaren, und daß so mancher Offizier den jüdischen Wucherern ins Garn lief und dadurch seine ganze Zukunft vernichtete, ist dem alten Militär General-Obersten Freiherrn v. Loë zur Genüge bekannt.

Von dieser eigentümlichen ‚militärischen Thätigkeit‘ der Juden abgesehn, leisten die Juden in militärischer Beziehung sehr wenig, weil es ihnen durchweg an den seelischen und körperlichen Fähigkeiten dazu mangelt.

Die Juden bleiben durchweg, wie vorhin schon erwähnt, der Nation, bei denen sie sich eingenistet haben, fremd; sie fühlen sich als ein besondres Volk. Wie könnten sie sich nun

für die kriegerischen Erfolge eines ihnen fremden Landes begeistern? Eine solche vaterländische Begeisterung ist aber eine notwendige militärische Eigenschaft.

Daß die Juden endlich wegen ihrer körperlichen Mängel nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl Rekruten liefern, ist gleichfalls allgemein bekannt. Der jüdische ‚Bonner Husar‘, dem der General-Oberst von Loë ‚bei jeder Begegnung die Hand drückt‘, ist eine Ausnahme, die die Regel bestätigt. Gerne geben wir zu, daß es einzelne Juden giebt, die in ihrem Erwerbsleben, in ihrem Charakter durchaus ehrenhaft sind, die sich auch als Deutsche fühlen. Solche Juden achten wir um so höher, als sie sich von den schlimmen Eigenschaften ihres Stammes frei zu machen wußten. Weil diese aber nur die Ausnahme bilden, so soll für jeden Christen und Patrioten die Parole lauten: Auf zum Kampfe gegen das verderblich wirkende Judentum.“

Die freikonservative „Post“ ist nachstehender Meinung:

„Befremden muß einigermaßen die außergewöhnliche Anerkennung, welche der General-Oberst v. Loë den Israeliten angedeihen ließ, zumal hinsichtlich ihrer kriegerischen Tugenden. Der Heldengeist der Makkabäer ist nicht mehr lebendig in Israel. Diese Thatsache wird nicht dadurch widerlegt, daß es vereinzelt auch tapfere Juden giebt, die mutig ihr Leben in die Schanze schlagen. Daß diese aber Ausnahmen bilden, beweist die jüdische und judaisierende Presse selbst damit, daß jeder Israelit, der einmal Bravour zeigte, überschwenglich in der ganzen Judenpresse gefeiert und bei allen Gelegenheiten wieder als ein Unikum hervorgeholt wird.

Mit der Kriegstüchtigkeit des Volkes Israel läßt sich im allgemeinen gewiß kein Staat machen. Geradezu abstoßend wirkt aber die Art und Weise, wie die Anwendung des Kaiserwortes, das in einem ausgeprägt christlichem Sinne gedacht war, auf einen Israeliten bezogen wird, von dem der General-Oberst sagt, auch er sei ‚unter das Kreuz gestellt‘, weil er das Eiserne Kreuz im Kriege 1870 erworben habe. Dieses Ehrenzeichen, in eisenharter Zeit aus einem lebendigen christlichen Empfinden heraus gestiftet und 1870 erneuert, ist ein kriegerischer Ehrenschmuck, dessen spezifisch christlicher Charakter hinter den militärischen ganz zurückgetreten ist, sonst hätte ja die Verleihung an nichtchristliche Kombattanten gar keinen Sinn. In der Anwendung des kaiserlichen Wortes auf einen mit dem Eisernen Kreuze geschmückten Israeliten liegt eine Veräußerlichung des Ausspruches, deren sich der Redner selbst wohl nicht bewußt geworden ist, sonst würde er zweifellos eine so wenig angebrachte Auslegung vermieden haben.“

Die jüdische Presse feiert Frhrn. von Loë dagegen als „Herold besserer Zeiten“, und deshalb glaubt die „Frankfurter Zeitung“ des Herrn Löb Sonnemann folgenden Vorstoß wagen zu dürfen:

„General-Oberst v. Loë gedachte mit besondrer Anerkennung auch der Pflichterfüllung der israelitischen Soldaten. Wenn aber von einem so hohen Militär das Prinzip der Gleichberechtigung der Konfessionen so stark betont und auch auf die israelischen Soldaten bezogen wird, so muß man doch fragen, woher es denn kommt, daß grade beim Militär diese Gleichberechtigung nicht Platz greift. Denn das ist doch feststehende Thatsache, daß Beförderungen von Juden zu Offizieren nicht mehr vorkommen, und seit geraumer Zeit scheint es auch schon feststehender Brauch zu sein, daß Juden nicht mehr zu Unteroffizieren befördert werden. Dies Uebergehn tritt vielfach so eklatant zu Tage, daß man nicht mehr von Zufall sprechen kann, und es wird auch niemand ernsthaft behaupten wollen, daß keiner von allen denen, die hier in Frage kamen, die dienstlichen Fähigkeiten zur Beförderung besaß. Aus verschiednen Orten, namentlich auch aus Frankfurt a. M., sind wir wiederholt auf diese gewohnheitsmäßige Uebergehung jüdischer Einjährig-Freiwilliger aufmerksam gemacht worden.“

Bekanntlich wählt das Offizierskorps seine Mitglieder selbst, es kann niemand in dasselbe Aufnahme finden, der nicht gemäß seiner Erziehung, Gewohnheit und Lebensanschauung nach Ansicht der Kameraden in dasselbe hineinpaßt. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, wenn der Offiziersberuf der einzige war, dem es gelungen ist, sich von jüdischen Elementen frei zu halten. So lange das Wahlrecht der Standesmitglieder, mit dem die Eigenart unsres angesehnen Offizierkorps steht und fällt, bestehn bleibt, so lange ist auch nicht darauf zu rechnen, daß der jüdische Geist sich auch hier breit machen könnte. Was dann die Beförderung jüdischer Einjährig-Freiwilliger zu Gefreiten und Unteroffizieren betrifft, so wird die „Frankfurter Zeitung“ wohl nicht erwarten, wenn sie jüdischen Jünglingen die Befähigung zu Unteroffizieren zuerkennt, während die militärischen Vorgesetzten sie ihnen absprechen mußten, daß wir ihr Urteil höher bewerten, als das der berufenen und für ihre Vorschläge verantwortlichen militärischen Sachverständigen. Zum Vorgesetzten gehört mehr als nur äußere Fertigkeit oder die genaue Kenntnis der Gewehrteile; das ganze Auftreten, sowie Charakter-Eigenschaften kommen hier mit in Frage.

Vor allen Dingen ist es das Wesen der Disziplin, in welches sich die Mehrzahl der jüdischen Einjährigen nicht voll einleben kann. Für einen Vorgesetzten erschöpft sich die Disziplin nicht in der Erfüllung der allgemeinen Pflichten des Soldaten, wie in unbedingtem Gehorsam gegen Dienstbefehle, Treue, Mut bei allen Dienstangelegenheiten usw., sondern er muß in jeder Weise seine Stellung zu wahren wissen. Wer durch sein ganzes Auftreten nicht die Ueberzeugung gewinnen läßt, daß er das in erforderlichem Maße vermag, ist, auch wenn er sonst ein strammer Soldat sein sollte, nicht zur Beförderung geeignet. Darüber möge sich das Frankfurter Blatt erst einmal klar werden, ehe es sich über unverdiente Zurücksetzung seiner Stammesgenossen beschwert.

Parteipolitisches aus der Westmark.

Ueber die politischen Verhältnisse im Rheinlande und in Westfalen bringt das „Nachrichtenblatt des Verbandes der Westmark der Deutschsozialen Partei“ längere Ausführungen, die geeignet sind, in weiten Kreisen unsrer Partei lebhaftes Interesse zu erregen. Der Artikel lautet:

Bekanntlich haben die uns nahestehenden Christlichsozialen schon jetzt ihre durch die nächsten Reichstagswahlen bedingte Stellungnahme zu der im Westen noch in manchen Gegenden vorherrschenden nationalliberalen Partei unzweideutig bezeichnet: Die Christlichsozialen lehnen es ab, für die auf einem absterbenden Aste sitzende Fraktion Drehscheibe noch fürderhin die Kastanien aus dem Feuer zu holen oder ihr ansehnliche Minderheiten zu verschaffen wie in Altena-Iserlohn, Hagen-Schwelm, Wahlkreisen, in denen die nationalliberalen Erbpächter von Bildung und Besitz die Heeresfolge der Christlichsozialen bisher für selbstständig hielten. Im Dillkreis und in Wetzlar-Altenkirchen wird die christlichsoziale Partei wiederum zum offnen Angriff übergehn und mit Ernstkandidaturen auf dem Plane erscheinen, die den nationalliberalen Besitzstand infolge eifriger Vorarbeit bedrohlich gefährden.

Die verzweifelten Lamentationen der nationalliberalen Provinzpresse, die Christlichsozialen besorgten mit ihren Vorgehn die Geschäfte der „Römlinge“, versagen bei den heute durchweg in christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften — bekannte Christlichsoziale wie Lic. Weber (M.-Gladbach), Ellerkamp (Lage) u. a. gehören zu ihren Führern — organisierten und geschulten evangelischen Arbeitermassen des Westens mehr und mehr die erhoffte Wirkung. Hat doch der evangelische Arbeiter oft genug erfahren müssen, daß seine religiösen Bedürfnisse den liberalen Fabrikherrn im allgemeinen d. h. außerhalb der Wahlzeit verteufelt gleichgültig zu sein pflegen. Die alte, im Lager der Nationalliberalen sorgsam aufbewahrte und immer wieder hervorgeholte Waffe der Entfesselung des konfessionellen Bruderhasses unter den Deutschen beider Bekenntnisse ist im Laufe der Jahre stumpf und schartig geworden zum großen Leidwesen namentlich der Nationalliberalen jüdischer Nationalität, die bisher, selbst gänzlich außer Schußweite, die Rolle des lachenden Dritten recht häufig übernehmen konnten.

Vielleicht lassen sich die stets wetterkundigen Hebräer, die im Westen aus Nützlichkeitsgründen sich meistens als eifrige Nationalliberale aufspielen, durch die offensichtliche Thatsache, daß die Tage der nationalliberalen Herrschaft am Rhein über kurz oder lang gezählt sind, zu einer schleunigen und gründlichen Revision der bislang so eifrig bekundeten „Gesinnung" bestimmen. Ratten pflegen bekanntlich sinkende Schiffe zu verlassen.

Der anderwärts von jüdischer Seite bevorzugte Freisinn, in den Rheinlanden trotz Brotwucher-Zetermordio-Schreiverein nach wie vor eine Treibhauspflanze, wittert bereits Morgenluft. Selbst nationalsoziale Fähnlein wollen sich hervorwagen. Allerdings dürfte sich die Operation des Gesinnungswechsels für die armen Opfer der Verhältnisse nicht so ganz schmerzlos gestalten. Ihr auf dem bekannten Wege vom Schnorrer zum Kommerzienrat meist pleitenweise zusammengeräubertes Vermögen verschaffte ihnen bislang mühelos die nun einmal unerläßlichen Mittel, um in den „nationalen" Kreisen von Bildung und Besitz die so heiß begehrte Rolle des „angesehenen Mitbürgers" spielen zu können. Blieben Titel und Orden auch in manchen Fällen — pleitenweise! — aus, so gewährte doch die völlige Befriedigung ihrer sonstigen Herrschaftsgelüste auf gesellschaftlichem Gebiete hierfür reichliche Entschädigung. Diese und ähnliche Erwägungen berechtigten unsre von „mittelalterlichen" Vorurteilen völlig freien Nationalliberalen immer noch zu der Hoffnung, auch fernerhin jüdische Schlangen an den national so warm empfindenden Busen drücken zu dürfen.

Man sollte nun meinen, keiner äußerte lautere Freude über die trüben Aussichten der Nationalliberalen bei dem Volksgericht der kommenden Reichstagswahlen als ihr alter erbitterter Gegner — das Zentrum. Weit gefehlt, die häuslichen Schwierigkeiten im Zentrumslager sind zu mannigfaltig und groß, um eine aufrichtige Schadenfreude über das unabwendbare Mißgeschick des beitgehaßten Gegners aufkommen zu lassen. Noch immer hat zur Genugthuung aller Freunde des konfessionellen Friedens, dessen unser zum Heile Israels konfessionell so zerrissenes Vaterland heute mehr denn je bedarf, die Los von Rom-Bewegung innerhalb der Reichsgrenzen keine derartigen Schatten vorauszuwerfen vermocht, um der führenden großstädtischen Zentrumspresse die heiß ersehnte Gelegenheit zu geben, wieder einmal zum Sammeln zu blasen. Und doch wäre der Sammelruf heute so nötig!

Schon gärt und brodelt es bedenklich im Zentrumskessel. Die Treue der bisher blindergebnen Wählermassen — „Zentrumsschäfchen" werden sie sozialdemokratischerseits genannt — beginnt sichtlich zu wanken. Grade die, denen die Bachem und Genossen alles bieten zu können glaubten und die in ihrer frommgläubigen Art den salbungsvoll mit priesterlichem Pathos und einschmeichelndem Tonfall der Worte vorgetragnen leeren Versprechungen immer wieder Glauben schenkten, scheinen den Abmarsch aus dem Zentrumslager zuerst antreten zu wollen: Die rheinischen Bauern, deren offen hervortretende judengegnerische Gesinnung von dem Kölner Bachem Blatt auf die Dauer nicht unbeachtet gelassen werden kann und deren Niederschlag in der Presse sich in der wacker antisemitischen Haltung der „Rheinischen Volksstimme" äußert, beginnen mehr und mehr die Chamäleonsnatur des Zentrums zu erkennen und setzen trotz ihrer segensreich wirkenden lokalen Organisation des Rheinischen Bauervereins, dem werbenden Lockruf der Landbündler nicht entfernt denjenigen Widerstand entgegen, den alle Welt von ihnen erwartet hatte. Eine Bauernversammlung wie die am 1. Juni in Euskirchen, in der katholische Landwirte denselben Dr. Hahn, der wenige Tage vorher bei der zweiten Lesung des Toleranz-Antrages eine wenig katholikenfreundliche Haltung an den Tag gelegt hatte, mit Beifall überschütteten, wäre noch vor Jahresfrist im Rheinlande unmöglich gewesen.

Zweifellos würde es den Advokatenkniffen der Bachem und Gen., die in Zentrumskreisen selbst bekanntermaßen als Gesinnungsjuden bezeichnet werden, erfahrungsgemäß wieder gelingen, die meuternden Bauern zu beschwichtigen, wenn sich nicht gleichzeitig eine andre Rebellion gegen sie erhoben hätte. Die katholischen Arbeiter, die nun schon seit einer Reihe von Jahren in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit ihren evangelischen Berufsgenossen Schulter an Schulter kämpfen, haben in diesem Zeitraum reiche Gelegenheit gehabt, die völlige Haltlosigkeit der ultramontanen Abschließungstheorie kennen zu lernen. Ein Sturm der Entrüstung ging unlängst durch die katholische Arbeiterwelt, als von Berlin und Trier der Versuch gemacht wurde, durch Gründung katholischer konfessioneller Gewerkschaften die christliche Arbeiterbewegung im alleinigen Interesse des Scharfmachertums zu sprengen und lahmzulegen.

Durchaus zutreffend wurde in einer großen Gewerkschaftsversammlung in Köln darauf hingewiesen, daß man von einer Gründung konfessioneller Aktiengesellschaften, Ringe und Syndikate in Zentrumskreisen nie etwas gehört habe, daß es dagegen nur der Arbeiter sei, aus dessen Haut man Riemen schneiden wolle. Im übrigen bekamen die eifrigen Verfechter des unser ganzes Volksleben vergiftenden Konfessionalismus in dieser Versammlung Worte zu hören, deren Wiedergabe sich verbietet, die aber ein vollgültiger Beweis dafür sind, daß die Lammesgeduld auch dieser Kreise nunmehr ein Ende hat. Der Protestrummel gegen den vermeintlichen Brotwucher — die wahren Brotwucherer sitzen bekanntlich an der Börse — fehlte grade noch, um die ohnehin schon scharfen Gegensätze der katholischen Arbeitermassen zu den leitenden Zentrumskreisen noch zu verschärfen.

Weit gefehlt wäre es aber, wollte man annehmen, die Sozialdemokraten würden aus dieser Stimmung weiter Volkskreise in Westdeutschland in reichem Maße Kapital schlagen können. Wie der bei aller Lebhaftigkeit nüchterne Sinn des Rheinländers und das zurückhaltende prüfende Wesen des Westfalen bisher der emsigen „Aufklärungsarbeit" der sozialistischen Volksbeglücker nur geringes Verständnis entgegenbrachten, wie die Thatsache, daß von den sämtlichen rheinisch-westfälischen Reichstagswahlkreisen nur ein einziger, Barmen-Elberfeld, in sozialdemokratischen Besitz ist, zur Genüge beweist, so werden auch künftig trotz allem die Freiheitsbäume der Roten im Westen nicht in den Himmel wachsen.

Bedauerlicherweise ist unsre im übrigen immer mehr erstarkende, mächtig aufblühende „Westmark" noch nicht imstande, trotz dieser für uns so günstigen parteipolitischen Konstellationen bereits bei den nächsten allgemeinen Wahlen — mit Ausnahme des Wahlkreises Duisburg-Mülheim vielleicht — ein entscheidendes Wort mitzusprechen.

Zweierlei ist neben einer weitern unermüdlichen Werbearbeit erforderlich, um in abermals fünf Jahren, vielleicht schon in der Zwischenzeit bei Ersatzwahlen, an den verschiedensten Stellen des Verbandsgebietes — beispielsweise in den Gegenden des Hunsrück, Xanten, Kleve, Minden usw. — die deutschsoziale Fahne zum Siege führen zu können.

Erfolge können aber auch in diesen Gegenden nur dann winken, wenn wir neben der scharfen Betonung unsrer antisemitischen und sozialen Hochziele getreu unserm Programm von der einheitlichen Grundlage aller christlichen Einzelbekenntnisse ausgehend und die innige Verknüpfung der christlichen Religion mit der Entwicklung deutschen Volkstums niemals vergessend den christlichen Grundcharakter unsrer Partei immerdar wahren und vertreten. Die unerquicklichen konfessionellen Zwistigkeiten mögen wir getrost die Kreise austragen lassen, die denselben nun einmal nicht entraten zu können glauben.

Schon in unserm nackten Partei-Interesse liegt es, zahlreichen bisher noch faute de mieux zum Zentrum haltenden Leuten den Abmarsch in das deutschsoziale Lager auch nach dieser Seite hin möglichst zu erleichtern. Nationalliberal wird der katholische, sich im Zentrum nicht mehr heimisch fühlende Bauer, Arbeiter und Mittelstandsmann des Westens niemals, das ist für jeden Kenner der Eigenart dieser Bevölkerungskreise feststehend. Aber ebensowenig können diese Schichten zu der „neuen" Partei Vertrauen fassen, wenn sie dieselbe mit den verhaßten Nationalliberalen gemeinschaftliche Sache machen oder gar ihnen mit Undank gelohnte Dienste erweisen sehn.

Es ist hohe Zeit nicht nur aus taktischen Gründen, daß wir Deutschsoziale die nationalliberale Partei des Westens — die norddeutschen Nationalliberalen sollen anders geartet sein — als das erkennen, was sie in Wirklichkeit ist: ein Asyl für politisch Obdachlose, die infolge völliger Programm-, Ziel- und Grundsatzlosigkeit politisch-geistig gewissermaßen ausgehungert und erschöpft sich von dem nationalen Aushängeschild der Nationalliberalen gradeso anlocken lassen wie arme thörichte Hausfrauen von den Lichtfluten jüdischer Warenhäuser.

Es gehört unsers Erachtens durchaus kein voll gerüttelt Maß politischer Einsicht dazu, um das hurrah-patriotische Byzantinertum internationaler Kapitalisten gleich richtig einschätzen zu können wie den Scheinliberalismus großindustrieller Scharfmacher. National d. h. völkisch sind diese Geldsackspatrioten ebensowenig, wie ihr bei den geringsten „Ausschreitungen" der Arbeiter — so nennen jene Leute die durchaus gesetzmäßige Waffe des Streiks — verlautbares Rufen nach Büttel und Staatsanwalt als besonders freiheitlich bezeichnet werden kann. An der Seite sich für Umsturz- und Zuchthausgesetze begeisternder Scharfmacher darf eine ausgesprochen soziale Partei wie die unsrige niemals zu finden sein.

Befolgen wir Deutschsoziale des Westens unter strenger Beobachtung aller Punkte unsers Programms die für eine gedeihliche Weiterarbeit in unserm Verbandsgebiete unerläßliche Taktik und handeln immer weitere deutschsoziale Kreise gemäß der Erkenntnis, daß unsre Partei auf Grund ihres Gesamtprogramms eine unbedingte politische Notwendigkeit wäre, auch wenn kein einziger Jude in deutschen Gauen sein Wesen triebe, dann wird das Zauberwort „deutschsozial" auch auf roter Erde und an den Ufern des Rheins in Zukunft Wunder wirken.

R.

* * *

Wir sind überzeugt, daß die obigen Ausführungen den Widerspruch mancher Parteigenossen bei dem ersten Durchlesen gradeso hervorgerufen haben werden, wie ehedem die scharfsozialen Anschauungen der „Hamburger Richtung", die heute Gemeingut unsrer gesamten Partei sind. Etwaigen Berufungen auf den sogenannten gesellschaftlichen Antisemitismus gewisser nationalliberaler Kreise möchten wir entgegenhalten, daß diese Herren von Bildung und Besitz, dem ihrer Ansicht nach untrennbaren Zwillingspaare, nähern Verkehr mit minderbegüterten deutschen Volksgenossen im allgemeinen ebenso zu meiden pflegen:

Vor den Wahlen Handgeschüttel,
Arm in Arm mit Arbeitskittel,
Nach den Wahlen, ach wie bald!
Arme steif und Mienen kalt.

Andrerseits pflegt die Allgemeinheit des jüdischen Fremdvolkes, die mit Ausnahme der finanzfeudalen Kreise der Goldberger, Bleichröder usw. den gesellschaftlichen Antisemitismus in Wirklichkeit infolge ihrer Abschließungsneigungen gar nicht so schwer empfindet, denselben nur als willkommne Gelegenheit zu benutzen, um der denkentwöhnten toleranten Menge das bekannte Märchen von den „armen Verfolgten" immer wieder auftischen zu können. Thatsächlich ist es nur der kämpfende Antisemitismus in der scharfen aber sachlichen Form, wie ihn die Deutschsoziale Partei vertritt, den die Juden allein zu fürchten pflegen. Denn nur er bedroht die verfassungsmäßig gewährleisteten Herrscherrechte, die sich die Fremdlinge in den Ländern ihrer Wirtsvölker auch im Laufe der Zeit anzueignen verstanden haben. Für ihre auf gesetzlichem Wege zu erstrebende Abschaffung sind aber die Nationalliberalen ebensowenig jemals zu haben wie die Ultramontanen. Vielmehr äußert sich die Judenknechtseligkeit der Nationalliberalen des Westens nachgrade in solch erbärmlicher Weise, daß sie mit den Freisinnigen des Ostens getrost in Wettbewerb treten können. Nebenbei sei noch bemerkt, daß keine Presse nächst der spezifisch jüdischen unsern völkischen Befreiungskampf skrupelloser verunglimpft wie die nationalliberale, und daß es der bekannte frühere nationalliberale Abgeordnete eines stark deutschsozial durchsetzten rheinischen Wahlkreises war, der den Antisemitismus eine Pestbeule nannte.

Wie sehr auch etwa die Anschauungen über unsre dem Zentrum und den Nationalliberalen gegenüber einzuschlagende Taktik heute noch auseinandergehn mögen, jedenfalls war es an der Zeit, daß diese für eine gedeihliche Weiterentwicklung unsrer „Westmark" so überaus wichtige Frage einmal angeschnitten wurde. Ihre glückliche d. h. einzig richtige Lösung ist zweifellos die Hauptaufgabe des diesjährigen Verbandstages.

Der Mädchenhandel.

Seit einer langen Reihe von Jahren schändet eine scheußliche Pestbeule die Menschheit: der internationale Mädchenhandel. Leider kann man verschiednen Regierungen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht mit dem genügenden Nachdruck dagegen vorgehn. Der Mädchenhandel ist eine Thatsache. Die Thatsache besteht seit langer Zeit. Der Handel wird von bestimmten Leuten berufsmäßig betrieben. Er ist mindestens so abscheulich wie der Anarchismus. Aber noch niemals hat man etwas vernommen davon, daß die Regierungen in ähnlicher Weise wie beim Anarchismus gemeinschaftlich durchgreifende Maßregeln gegen diese systematisch betriebne Niederträchtigkeit überlegt hätten.

Man macht sich keiner antisemitischen Voreingenommenheit schuldig, so schreibt die „Fuldaer Zeitung", wenn man sagt, daß dieser gemeine Schacher mit Menschenfleisch in der Hauptsache von Juden betrieben wird. Das ist eben Thatsache, gar nicht abzuleugnende Thatsache. Deswegen ist es interessant, daß sich der Rabbiner-Verband in diesen Tagen bei seiner Versammlung in Frankfurt (Main) mit diesem bösen Thema beschäftigt hat. Rabbiner Rosenak aus Bremen hat ausdrücklich zugegeben, daß namentlich Juden Mädchenhandel treiben.

„Vor zehn Jahren" — so sagte Herr Rosenak nach einem Berichte der ‚Frankf. Ztg.' — „wurde im Reichstage zuerst davon gesprochen, daß es vornehmlich Juden seien, die Mädchenhandel treiben, und daß hauptsächlich jüdische Mädchen diesem Handel zum Opfer fallen. Leider ist *vieles davon wahr!* ..."

Was der Rabbiner Rosenak sagt, wird auch einem Deutschen zu sagen gestattet sein, umsomehr, als Herr Rosenak augenscheinlich sehr genau über die Einzelheiten dieses Sklavenhandels unterrichtet ist. Daß der Mädchenhandel hauptsächlich von galizischen Juden betrieben wird, ist freilich längst allgemein bekannt. Außerdem stellen Polen und Rußland ganz besonders viele Händler und auch Mädchen. Im übrigen aber erstreckt sich der Handel bis nach China und Japan. „Zwei jüdische Vereinigungen" — so erzählte wiederum Herr Rosenak — „haben in der Bekämpfung dieses Handels schon manchen Erfolg erzielt: in London und in Hamburg. *Die Photogramme der berüchtigten jüdischen Mädchenhändler sind in den Händen des Hamburger Komitees* ..."

Es ist doch merkwürdig, daß die jüdischen Vereinigungen die Bilder dieser vertierten Schufte besitzen, sie also kennen, und daß diese Bestien in Menschengestalt dennoch nicht von den Behörden dingfest gemacht werden. Wie ist das möglich? Das ist nur so zu erklären, daß man sich scheut, den Behörden diese Menschen zur öffentlichen Abstrafung auszuliefern, weil sie auch Juden sind, und daß außerdem die Behörden selbst nicht den genügenden Eifer in der Entdeckung und Verfolgung der Mädchenhändler entwickeln. Diesen Seelenverkäufern mag sicherlich nicht leicht beizukommen sein. Aber Herr Rosenack hat mitgeteilt, daß manche von ihnen sich selbst der Polizei schon als Spitzel angeboten haben, um bei der Bekämpfung des Mädchenhandels mitzuwirken — gegen den entsprechenden klingenden Lohn natürlich. Und dennoch hört man wenig und nichts von Entlarvungen und Bestrafungen solcher Schufte. Irgendetwas muß dabei nicht in Ordnung sein, sonst müßte es anders damit bestellt sein. Uebrigens muß man Herrn Rosenak in einem Punkte widersprechen: es handelt sich nicht um hauptsächlich jüdische Mädchen, die verschachert werden. Wenn darüber eine Statistik veranstaltet werden könnte, würde sich wahrscheinlich herausstellen, daß mehr polnische, russische

und deutsche Mädchen den Schuften zum Opfer fallen, als jüdische.

Leider besteht in den Kreisen der „gebildeten und gesitteten“ Juden auch noch nicht die rechte Auffassung für die ganze niederträchtige Gemeinheit dieses Sklavenhandels. Dafür hat ein anders Mitglied des Rabbiner-Verbandes einen unangenehm überraschenden Beweis erbracht. Der Rabbiner Cohn aus Kattowitz hat in allem Ernste den Vorschlag gemacht, den Mädchenhändlern größere Geldsummen zu schenken, damit sie sich einem redlichen Erwerbe zuwenden können; denn — die Mädchenhändler wendeten sich nur aus Not diesem häßlichen Gewerbe zu. Und die „Frankf. Ztg.“, deren Urteil doch jedenfalls mit dem vorwiegend jüdischen Gedankengange hierbei übereinstimmt, behandelt den Cohnschen Vorschlag in scherzhafter Weise. „Wenn diese Idee einschlägt“, so schreibt sie, „eröffnen sich die herrlichsten Aussichten. Wir warten nur noch, bis die Räuber abgelöst werden, dann nehmen wir Schillers Werke unter den Arm und wandern, wenn schon nicht in die böhmischen Wälder, so doch wenigstens in den Taunus“.

Das ist nicht der richtige Ton für eine Kritik des Cohnschen Vorschlages. Diesem gebührt nur die tiefste Entrüstung darüber, daß ein Rabbiner eine so niedrige Kulturauffassung hegen und sich erdreisten kann, diese auch noch in öffentlicher Versammlung vorzutragen. Die Mädchenhändler haben wahrhaftig keinen Anspruch auf Mitleid, noch viel weniger auf Ablösung mit höchst willkommenen Geldsummen. Ihnen gegenüber müssen die schärfsten Strafmittel, die unsre Gesetze kennen, angewandt werden. Herrn Cohn aus Kattowitz aber sagen hoffentlich seine Stammesgenossen, die weniger einseitig als er selbst sind, daß er mit seinen Frankfurter Ausführungen einen häßlichen Verdacht erweckt hat: nämlich den Verdacht, daß man im Judentume den Mädchenhändlern noch nicht die Verachtung zollt, die sie verdienen.

Die Sommer-Verlegenheiten der Reichs- und Staatsregierung

haben sich wie alljährlich zur Zeit der Nordlandsfahrten eingestellt. Man wagt nicht Entscheidungen zu treffen, die vielleicht der suprema voluntas später nicht entsprechen, und sie einzuholen ist wegen der weiten Entfernung zu schwierig.

Die in Marienburg zerschmetterten und zur Strecke gebrachten Polen sind nämlich wieder lebendig geworden.

In dem amtlichen Polizei-Anzeiger in Prag ist ein frecher Steckbrief gegen Wilhelm Kaiser, Sohn des Friedrich Kaiser abgedruckt, dessen Text auch nur annähernd anzudeuten hier aus begreiflichen Gründen unmöglich ist. Beleidigen kann ein solches Machwerk natürlich den deutschen Kaiser an sich nicht. Aber hier kommt der Umstand besonders in Betracht, daß das Schriftstück erst durch die Hände von einem Dutzend k. k. österreichischer Beamten gegangen ist, bevor es in dem amtlichen Blatte gedruckt werden konnte.

Wenn irgend einmal, so liegt also hier eine Veranlassung vor, amtliche Genugthuung von der Staatsregierung des uns verbündeten Oesterreich zu verlangen. Aber in unsern Regierungs-Blättern säuselt es nur ganz leise, man dürfe der k. k. österreichischen Regierung nicht noch mehr Verlegenheiten bereiten, als sie schon ohnedies durch jene Geschichte habe.

Noch verwunderlicher aber ist die Sanftmut der preußischen Staatsregierung gegenüber der im Gnesener Dome abgehaltnen Jahresfeier der Schlacht von Tannenberg, wo der Deutsche Orden bekanntlich eine vernichtende Niederlage durch das Polenheer erlitt. Diese planmäßige Verhöhnung der Marienburger Kundgebung findet gar keinen Widerhall in der offiziösen Presse.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt ohne weitere Anmerkung von der Feststellung in Zentrumsblättern Notiz, „daß die Abhaltung des Gottesdienstes den rituellen Vorschriften, die seit Jahrhunderten für die Erzdiözese Gnesen verbindlich gewesen seien und ständig beobachtet wurden, entspreche.“ Die „Germania“ fügte dieser Feststellung hinzu: „Eine andre Sache ist es, ob nicht etwa Schritte unternommen werden könnten, damit diese Vorschrift abgeschafft würde.“ Auch dieses Zugeständnis von polenfreundlicher Zentrumsseite druckt das offiziöse Organ ab.

Uns würde es angemessener erschienen sein, wenn sofort nach Bekanntwerden jenes „Dankgottesdienstes“ eine deutliche amtliche Kundgebung in den Zeitungen erschienen wäre, die jene Feier für immer abschafft und strenge Untersuchung darüber ankündigt, ob die angebliche „rituelle Vorschrift“ nicht in diesem Jahre erst wieder ausgegraben und befolgt worden sei.

Aber es ist ja leider in letzter Zeit nur zu oft zutage getreten, daß für die Regungen des deutschen Nationalbewußtseins in der Regierung verzweifelt wenig Verständnis vorhanden ist. Immerhin können nach der Marienburger Rede es doch selbst ängstliche Minister wagen, auch ohne allerhöchste Anregung etwas mehr Dampf zu geben. Oder hält man es für möglich, daß wirklich etwas Aehnliches imgange sei, als was in folgender Notiz aus Posen vom 20. Juli gemeldet wird.

„Wie das polnische Blatt „Orendownik“ meldet, soll der Kammerherr von Morawski auf Lubonia in Berlin bei einem der Minister gewesen sein und diesen ersucht haben, er möchte den Kaiser bestimmen, daß er seine Reise nach Posen auf das nächste Jahr verschiebe.“

Es ist ja richtig, daß die Empfangs-Festlichkeiten in Posen unter den Vorgängen der letzten Zeit etwas leiden werden. Herr von Koscielski und seine Gemalin, geborne Bloch, werden sich schwerlich daran beteiligen und die übrige polnische Bevölkerung desgleichen nur in geringem Umfange. Aber, wenn die Kaiserreise noch nebenbei den Zweck haben sollte, das in den Grenzmarken bedrohte Deutschtum zu stärken, so lohnt es wohl, sie nicht aufzuschieben.

Doch wozu sich den Kopf der Regierung über Dinge zerbrechen, von denen sie selber erst in wenigen Wochen erfahren wird, wie sie darüber denkt.

Wie Bismarck über England dachte,

darüber bringt der Militär-Schriftsteller Major a. D. Scheibert in seinen soeben erschienenen Lebenserinnerungen: „Mit Schwert und Feder“ (Königliche Hofbuchhandlung von Mittler u. Sohn, Berlin) eine interessante Mitteilung. Scheibert hatte das Glück, den damaligen Ministerpräsidenten von Bismarck im Jahre 1864 einige Tage nach Erstürmung der Düppeler Schanzen in diesen herumzuführen. Auf der Fahrt von Flensburg nach den Schanzen und auf dem Rückwege führte Bismarck mit dem Leutnant Scheibert und dem Legationsrat v. Keudell allerlei Gespräche und kam auch auf das damalige Verhalten Englands uns gegenüber zurück. Major Scheibert schildert das folgendermaßen:

„Komisches Volk, die Engländer“, sagte Bismarck. — „Da wird der Minister Russell im Hause der Pairs interpelliert durch einen der Lords, der ihn auffordert, Preußen wegen der völkerrechtswidrigen Beschießung von Sonderburg (welches bekanntlich mit dänischen Batterien bespickt war) zur Rechenschaft zu ziehn. Mich verschnupfte besonders dieser letzte Ausdruck, als einer meiner Räte mir die Interpellation zeigte, und war neugierig, was noch kommen würde. Richtig, nach acht Tagen hatte ich einen Brief in Händen, in welchem die infam prätentiöse Interpellation wirklich angezogen war.

Mich ärgerte dies, und ich that etwas, was in dem diplomatischen Verkehr unsers Jahrhunderts wohl noch nicht vorgekommen ist; ich zerriß den Brief und warf ihn einfach in den Papierkorb. Dieses England mit seinen paar Tausend Mann Linientruppen und seiner — dadurch halb gezwungnen — Nicht-Interventionspolitik ist eine ganz gleichgiltige Großmacht, die sich nur durch ewiges tantenhaftes Bevormunden einen gewissen künstlichen Einfluß geschaffen hat, den man auf seine reale Grundlage wieder zurückführen muß. Aber weiter:

Was zu erwarten war, traf ein. Nach drei bis vier Wochen kam ein zart gefaßter Mahnbrief, der uns aufforderte, die wahrscheinlich in Vergessenheit geratne Note gütigst baldigst beantworten zu wollen. Der zweite Brief wanderte zum ersten, und ich war nun wirklich begierig, zu hören, was England thun würde, aber das nun Geschehende ging doch über meine Vorstellung. Denken Sie sich, dieser Herr Minister Russell wird von dem schon erwähnten sehr ehrenwerten Lord noch einmal um die Beantwortung der Interpellation gemahnt, und ersterer erklärt sich bereit, dieselbe sofort zu beantworten, indem er den Fall für erledigt erklärt, da er von Preußen die befriedigendsten Erklärungen erhalten hätte.

Kann ich den Minister Russell noch für eine Größe halten, mit der man überhaupt noch rechnet, und wie soll ich ihm meine Mißachtung ausdrücken, wenn ich einmal das Unglück hätte, ihm persönlich zu begegnen?"

Heute denkt man bekanntlich anders über die tantenhafte (oder onkelhafte) Bevormundung, die England uns zuteil werden läßt. — Wenn heute im Deutschen Reichstage jemand wagt, einem englischen Minister und sei es auch nur der Großschlächter Chamberlain, seine Mißachtung zu bezeugen, so wirft sich sofort der Reichskanzler zum Beschützer englischer Interessen auf und der unvorsichtige Abgeordnete wird von der offiziösen Preßmente tot verbellt.

„Die Bedeutung des Judentums in der Gegenwart" lautete das Thema, worüber auf dem kürzlich in Frankfurt (Main) abgehaltenen Rabbiner-Tage der Rabbi Dr. Guttmann gesprochen hat und zu folgenden Schlüssen kam:

„Das Judentum dauert fort, weil es seine weltgeschichtliche Mission noch nicht vollendet hat, weil die Menschheit seiner noch nicht entraten kann. Wohin zielen die kühnsten Aufklärungsversuche unsrer Zeit als auf eine Entlastung der Gottesidee von den spätern Zuthaten, als auf eine Wiederherstellung der reinen Gottesidee. . . . Wir sind erwählt als Träger der Gottesidee, die dazu bestimmt ist, schließlich die Schranken der Nationalität zu durchbrechen. Der Fortschritt der Menschheit läßt sich nicht aufhalten. Auf geheimnisvollen Wegen führt uns die Vorsehung dem Ziele entgegen."

Es liegt also im Interesse der Beschleunigung des Fortschritts der Menschheit, wenn die Völker der Erde das Zeichen der Zugehörigkeit zum Judentum baldmöglichst an sich vollziehn lassen. Die Regierenden mögen mit gutem Beispiele vorangehn. Was für eine herrliche Veranlassung gäbe das, Feste zu feiern, Denksteine zur Erinnerung an diese Feste zu errichten und erst die Grundsteinlegung und dann die Einweihung festlich zu begehn.

Die Gründe, warum sich Juden taufen lassen, sind bekanntlich recht mannigfaltig. Heine nennt die Taufe „das Entreebillet für die europäische Kultur" und faßt damit die Hauptgruppe der Tauf-Motive zusammen.

Sehr häufig ist die Taufe direkt ein Geschäftszweck. Viele strebsame Judenjünglinge lassen sich von gutmütigen Pastoren bekehren und taufen, nehmen das übliche Konvertiten-Geschenk entgegen, brandschatzen mit Empfehlungsbriefen ihres Täufers versehn dessen Amtsbrüder und wiederholen in entfernten Gegenden das „Tauf-Geschäft" von neuem.

Ein ganz neues Taufmotiv ist uns in folgender Notiz aus Wien bekannt geworden:

Vor einiger Zeit trat in Köln Viktor von Schey, ein Neffe des in Wien verstorbnen jüdischen Millionärs Barons Philipp von Schey, zum Protestantismus über. Der hiesige Gerichtshof hat jedoch entschieden, daß Viktor von Schey nur, um seine Gläubiger zu schädigen, Protestant geworden sei. Der reiche Onkel Philipp hatte nämlich ihm und seinem Bruder Paul je 100000 Gulden vermacht mit der Bedingung, daß, falls sich einer von den Brüdern taufen lasse, das Legat dem andern zufalle. Viktor von Schey war jedoch schon über 80000 Gulden schuldig, und die Gläubiger hatten das Legat provisorisch mit Beschlag belegt. Da trat Viktor zwei Tage nach dem Tode des Onkels in Köln zum Protestantismus über und nun fiel das ganze Legat an Bruder Paul zum Nachteil der Gläubiger. Diese aber klagten in Wien und erstritten nach langen Verhandlungen das Erkenntnis, daß ihre Exekutionsrechte beständen trotz der Taufe, weil diese keineswegs aus christlicher Gesinnung erfolgt sei. Außerdem sei aber auch die Testamentsklausel unzulässig, weil der Erblasser Baron Philipp damit einen Gewissenszwang habe ausüben wollen.

Also „Taufe zum Zweck der Schädigung seiner Gläubiger"; das ist zwar nicht schön, aber entschieden neu!

Ausländer an der Universität Leipzig. Das Verzeichnis der Studierenden an der Hochschule in Leipzig für das Sommerhalbjahr 1902 enthält auch eine Verteilung nach den Nationalitäten. Darnach studieren in Leipzig aus deutschen Staaten: 1863 Sachsen, 832 Preußen, 50 Bayern, 45 Württemberger, 42 Sachsen-Weimarer, 40 Braunschweiger, 33 Anhaltiner, 23 Badener, 26 Bremer, 8 Elsaß-Lothringer, 20 Hamburger, 26 Hessen-Darmstädter, 6 aus Lippe, 7 Lübecker, 27 Mecklenburg-Schweriner, 2 Mecklenburg-Strelitzer, 10 Oldenburger, 27 aus Reuß, 21 aus Sachsen-Altenburg, je 28 aus Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg und einer aus Waldeck, insgesamt also 3193 deutsche Studenten. Die übrigen europäischen Staaten sind, wie folgt, vertreten: 98 Russen, 79 aus Oesterreich-Ungarn, 68 Schweizer, 24 Großbritannier, 16 Bulgaren, 14 Rumänen, 9 Griechen, je 8 Serben und Türken, 7 aus Schweden und Norwegen, 6 Franzosen, 5 Italiener, 3 Holländer, je 2 aus Belgien und Dänemark, 1 aus Montenegro, also insgesamt 350 außerdeutsche Europäer. Aus außereuropäischen Staaten stammen 65 Studenten, nämlich 50 Nordamerikaner, 11 Asiaten, 3 Südamerikaner und 1 Australier. Es waren also im ganzen 415 ausländische Studenten eingeschrieben, d. i. 11,3 v. H. der gesamten Leipziger Studentenschaft. In Nr. 722 hatten wir für die deutschen Universitäten nach dem Verhältnis der technischen Hochschulen 14 v. H. angenommen. Leipzig steht also hinter dieser Annahme wenig zurück.

Von den 3608 eingeschriebnen Studierenden besitzen 2279 das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums, 391 das Reifezeugnis eines deutschen Realgymnasiums, 938 (also der vierte Teil!) aber kein deutsches Reifezeugnis. Außerdem haben noch 492 Personen (darunter 53 Damen), ohne eingeschrieben zu sein, die Erlaubnis zum Besuch der akademischen Vorlesungen erhalten; daher die Gesamtsumme der Hörer 4100 Personen.

Ausland.

Rußland. Das sibirische Blatt „Wostotschny Wjestnik" stellt fest, daß den Juden das Wohnrecht in der Mandschurei durchaus versagt ist, und daß ihnen die Durchreise nur auf Grund eines Auslandspasses gestattet wird —

Der „Moskowski Kurjer" meldet, daß in diesem Jahre keine jüdischen Studenten an der Universität Moskau aufgenommen werden.

Rumänien. In einer französischen Broschüre war behauptet worden, die Zahl der in dem rumänischen Heere dienenden Juden belaufe sich auf 25000 und mache etwa 50 v. H. der Gesamtheit aus. Dem gegenüber stellt das offiziöse Blatt „Voința Nationala" fest, daß Rumänien im ganzen wohlgezählte 2939 jüdische Soldaten hat, und daß damit noch nicht ein Prozentsatz von 4½ v. H. erreicht ist.

Mosaik.

Den Offenbarungs-Eid leisteten oder bezogen sich bei passender Gelegenheit auf den früher geleisteten Eid oder ließen wiederholt Haftbefehle gegen sich ergehn zur Erzwingung des Eides im Jahre 1901 allein in Berlin 15000 Personen und in Hamburg rund 7000 Personen! Bedenkt man, daß es sich hierbei um Summen handelt, die dem Kredit gebenden Geschäftsmann verloren gegangen sind, so kann man ungefähr ermessen, wie „großartig" es mit dem Geschäftsleben in gewissen Kreisen aussieht.

Börsen-Moral. Die Bankfirma Samuel Zielenziger zu Berlin hatte an die Bankfirma Schüler u. Co. zu Bochum einen Kux der Gewerkschaft Vorwärts verkauft. Die Bochumer Firma lehnte indes die Abnahme des Kuxes ab, weil unmittelbar vor dem Verkaufe ein Wassereinbruch bei der Gewerkschaft stattgefunden hatte, auf den sie beim Kaufe des Kuxes hätte aufmerksam gemacht werden müssen. Die Bankfirma Zielenziger, die gegen die Bochumer Firma klägerisch vorgegangen war, wurde vom Bochumer Landgericht kostenpflichtig abgewiesen mit der Begründung, daß der Verkauf einen Verstoß gegen Treu und Glauben bedeute.

Die Vertrauens-Juden mehren sich im Deutschen Reiche. Zu dem immer noch am falschen Platze stehenden Herrn Ballin, der es den Engländern und Amerikanern erleichterte, die deutschen Amerikalinien in Herrn Morgans Netze zu bringen, zu Herrn Goldberger, der als Regierungsvertrauensmann Amerika bereiste, hat sich der Professor Levy aus Halle gesellt,

der nach der Provinz Posen gesandt worden ist, um dort die Verhältnisse zu studieren und Vorschläge zur Förderung des Deutschtums zu machen. — Beißend, aber zutreffend, äußert sich zu dieser Entsendung die „Rheinische Volksstimme“: „Der Herr Professor hat bekanntlich vor einiger Zeit seinen jüdischen Namen mit Erlaubnis der Regierung abgelegt und den Namen ‚von Halle‘ angenommen. Er ist insofern zu dem Amte geeignet, als er, soviel wir wissen, von einem eingewanderten polnischen Juden abstammt.“

Eine nützliche Maßregel. Um den mit Anhäufen von Festlichkeiten im Sommer auf dem Lande verbundenen Mißständen zu begegnen, ist in den Kreisen Wetzlar, Biedenkopf usw. die Anordnung getroffen, daß sämtliche Kirchweihen auf einen oder zwei auf einander folgende Tage gelegt sind; die Abhaltung von Festlichkeiten am darauffolgenden Dienstag ist ausnahmslos verboten. Außer an besondern Festlichkeiten dürfen die Gastwirte den Aufenthalt weiblicher Personen unter 16 Jahren im Wirtshause nicht dulden. Eine derartige Beschränkung der Festlichkeiten usw. dürfte sich auch für die Städte empfehlen. Bälle, Sommerfeste, Stiftungsfeste, Fahnenweihen, Konzerte zweifelhaften Wertes usw. jagen einander förmlich. Die damit unbedingt verbundenen größern Geldausgaben haben schon manche Person auf Abwege gebracht.

Christliche und jüdische Pfingsten. Der Magistrat von Tempelburg erließ am 14. Mai folgende Bekanntmachung:

„Es wird hiermit den Gewerbetreibenden zur Kenntnis gebracht, daß mit Genehmigung des Provinzialrats der Provinz Westpreußen wegen des jüdischen Pfingstfestes der in Dt. Krone auf den 10. Juni d. J. angesetzte Vieh- und Pferdemarkt auf den 3. Juni und der auf den 11. Juni angesetzte Krammarkt auf den 4. Juni verlegt worden ist.“

In Tegel bei Berlin ordnete dagegen der Amtsvorsteher für den zweiten Feiertag des christlichen Pfingstfestes eine zehnstündige Arbeitszeit für das Handelsgewerbe an. Wer will da noch bezweifeln, daß wir in einem christlichen Staate leben?

Deutsch als Geschäftssprache bestimmte ohne jeden Widerspruch der Nordeuropäische Naturforscherkongreß, der zur Zeit in Helsingfors (Finnland) tagt und an dem nicht nur Dänen, Schweden, Norweger und Finnländer teilnehmen, sondern auch Russen. Bei uns hält man dagegen die deutsche Sprache für so wenig bekannt, daß man bei entsprechenden Gelegenheiten englisch oder französisch drahtet oder spricht.

Von den Zionisten. In einer Zionisten-Versammlung zu Köln (Rhein) erklärte ein Herr Wolfsohn, seines Zeichens Direktor der jüdischen Kolonialbank, der Redaktör der in Mainz erscheinenden jüdischen Wochenschrift „Israelit“ sei einer jener Banditen, die man aus dem Judentum hinauswerfen müsse. Wenn jemals der Antisemitismus irgendwelche Berechtigung gehabt habe, so trügen diese Halunken die Schuld daran, die auf die niederträchtigste Art ihre Gegner zu bekämpfen pflegten. Solche Burschen verdienten, daß man ihnen die Zähne einhaue. Der Redaktör des „Israelit“ hatte nämlich die Vermutung ausgesprochen, die Gelder der Bank seien wohl spazieren gegangen, und ferner behauptet, die zur Kolonisation Palästinas angesammelten Gelder züchteten nur ein Schnorrertum groß. Der Hauptredner des Abends, Assessor Dr. Friedemann (Wiesbaden), stellte in seinem Schlußwort eine gerichtliche Klage gegen den „Israelit“ und das „Kölner Gemeindeblatt“, das sich ähnlich geäußert, in Aussicht.

Vom Verdingungs-Unwesen. Für die Tischler-Arbeiten beim Neubau des städtischen Krankenhauses zu Charlottenburg schwankten die Forderungen der einzelnen Firmen zwischen 70 694 und 190 302 Mark. —

Für eine drahtlose Telegraphen-Verbindung zwischen Saßnitz und Großmöllen (Pommern), die die Firma Siemens und Halske (Berlin) einrichtet, sollte ein 50 Meter hoher Mast errichtet werden. Der Zimmermeister Treptow (Köslin) hatte die Arbeiten für 1 800 Mark übernommen, obwohl ein andrer Meister dafür 5 600 Mark forderte, weil er die Anbringung eines Baugerüsts im Interesse der Sicherheit der Arbeiter für notwendig hielt. Nachdem dieser Holzbau bis zur Höhe von 37 Metern fertiggestellt war, mußte die Arbeit der stürmischen Witterung wegen einige Tage ruhn. Als dann das obere Ende aufgesetzt werden sollte, brach der zweitoberste ziemlich dünne Balken, der daran angebundne Arbeiter fiel zur Erde, erlitt einen Genickbruch und starb.

Wie die Juden die Gleichheit vor dem Gesetze auffassen, zeigt folgender ergötzlicher Fall, von dem kürzlich die „Tägliche Rundsch.“ berichtete. Ein Herr Heymann Wolff aus Schönlanke, Lehrer an der dortigen jüdischen Gemeinde, beschwerte sich bei der zuständigen Eisenbahn-Direktion, daß die Feriensonderzüge von Berlin nach Frankfurt (Main) nur am Freitag dem 4., und am Sonnabend, dem 5. d. M., abgelassen wurden, also an Tagen, die für „religiöse Israeliten“ nicht in Betracht kommen könnten. Er gab deshalb der Eisenbahn-Direktion den Rat, derartige Züge auch am Donnerstag und Sonntag abzulassen. Für den Fall aber, daß das nicht mehr angehe, bat er um eine Bescheinigung, daß er mit seiner Familie jeden andern Zug zu dem Preise der Ferienzüge benutzen könne. Herr Heymann Wolff wird wissen, daß durch die Einlegung eines Sonderzuges nach Frankfurt (Main) an Sonntagen die Zahl der Eisenbahnbeamten, denen keine ausreichende Sonntagsruhe gewährt werden kann, noch vermehrt werden würde. Doch das scheint ihm von untergeordneter Bedeutung zu sein. Wenn er aus religiösen Beweggründen sich scheut, die am Freitag oder am Sonnabend abgehenden Sonderzüge zu benutzen, so macht ihm das alle Ehre. Aber seine weitere Forderung wegen Benutzung eines fahrplanmäßigen Zuges an einem andern Tage zu den ermäßigten Preisen der Ferien-Sonderzüge zeugt nicht grade von übertriebner Bescheidenheit. Bekanntlich werden schon seit Jahren an Sonntagen bei Benutzung der Eisenbahnen weitgehende Ermäßigungen der Fahrpreise gewährt. Von diesen haben zahlreiche christliche Einwohner, welche die Benutzung der Eisenbahnen zu Vergnügungszwecken am Sonntag für nicht verträglich mit der Sonntagsheiligung halten, keinen Gebrauch machen können. Dasselbe gilt für die Geistlichen, die durch ihre Amtspflichten von ihrer Benutzung ausgeschlossen sind. Wir haben aber noch niemals gehört, daß jemand unter Hinweis hierauf die für den Sonntag gewährten Fahrpreisvergünstigungen für sich und seine Familie an einem Wochentage in Anspruch genommen hat.

Simon Blad hat sein „Denkmal“. Der jüdische Großkonfektionär Simon Blad, der sein weibliches Personal derart liebenswürdig behandelte, daß er mit dem Strafrichter in Konflikt kam, hatte sein großes Vermögen der Stadt Berlin für gemeinnützige Zwecke vermacht und sich dabei eine monumentale Ehrung ausbedungen. Das Denkmal wird nun bald in Angriff genommen werden. Der Entwurf stammt vom Stadtbaurat Ludwig Hoffmann und soll nach der Genehmigung von einem Bildhauer ausgeführt werden. Es wird ein Granitstein, in den die Figur des Erblassers als Bronzerelief in sitzender Haltung eingefügt wird. Das Werk ist als Grabschmuck gedacht.

Als seiner Zeit die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Blad-Stiftung annahm, drückte die gesamte deutsche Presse ihr Mißfallen darüber in schärfster Form aus, selbst im Auslande erregte die Handlungsweise der Berliner Stadtväter großes Aufsehn. Die „New-Yorker Staatszeitung“ z. B., die stets gern mit den Freisinnigen geht, widmete ihnen folgende Zeilen: „Der Beschluß einer Majorität der Berliner Stadtverordneten, einem bei Lebzeiten mit dem Strafrichter in Konflikt geratnen Libertin ein Denkmal zu setzen, ist . . . ein gröblicher Insult aller der hervorragenden Männer des Gedankens und der That, die bisher an der Spree durch Monumente geehrt und nunmehr durch dieselben Monumente entehrt werden, weil sie sich der Gesellschaft dieses Burschen nicht entziehn können . . . Denn was für eine Beleidigung wird es hinfort sein, wenn man von jemandem sprichwörtlich sagt: Du erhältst, Du verdienst ein Denkmal in Berlin!“

Der Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande giebt seit vorigem Jahre einen von Heinrich Sohnrey redigierten Dorfkalender heraus, der den Bestrebungen auf dem Gebiete der ländlichen Wohlfahrtspflege gewidmet ist, und dessen neuer

Jahrgang nächster Tage seiner Vollendung entgegensieht. Wir glauben, allen denen, die sich mit der Verbreitung von Volksschriften auf dem Lande befassen, empfehlen zu sollen, sich ein Probe-Exemplar von Sohnrey's Dorfkalender kommen zu lassen. Eine Besprechung des Kalenders behalten wir uns für später vor.

„Wie die Börse sich amüsiert", entnehmen wir einen Bericht des „Kleinen Journal" der also lautet:

„Obgleich die Berliner Börse niemals so trostlose Zeiten gesehn hat wie jetzt, und man sogar einen frühern Schluß derselben erwogen hat, scheint sie doch noch nicht allen Humor verloren zu haben. Es beweist dies eine Land- und Wasserpartie, die am Sonntag von einer Anzahl lebenslustiger Leutchen, dem „1. Deutschen Verband für Uebersee-Arbitrage mit Elektromotor-Betrieb", unternommen worden ist. In Wannsee wurde das prachtvoll geschmückte Motorboot „Havel" bestiegen und unter Absingung fideler Lieder ging die Fahrt nach Sacrow, woselbst der von Dr. Faust gelieferte Proviant an Bord genommen wurde; die Ausschiffung derselben geschah an der herrlich gelegnen Römerschanze gegenüber von Nedlitz. Es setzte die Gesellschaft in tolle Heiterkeit, als der schwanke Steg unter dem Gewicht eines schweren Jungen, der unter dem Namen „der lange P." eine bekannte Persönlichkeit ist, nachgab. Der lange P. hielt sich aber an der Biertonne fest und schadlos. Nach einer humorvollen Rede und nachdem durch Extra-Blatt die Ankunft Pierpont Morgans in Baumgartenbrück gemeldet worden, wurde die Reise dahin fortgesetzt. Hier fand nun das Festessen statt, das die fröhlichste Stimmung erzeugte. Viele Gönner des Vereins hatten Begrüßungsdepeschen gesandt. Es befanden sich darunter die ersten Größen der „haute finance". Auch Leute, deren Gesichtskreis in letzter Zeit etwas beschränkt war, meldeten sich, wie der „Treber-Schmidt", und selbst Graf Pückler, der mit der Religion eines Teils des Verbandes nicht sympathisiert, drahtete: „Ich möchte gerne bei Euch weilen, und seis nur, um Euch zu verkeilen". Ob die Depeschen alle echt waren, ist allerdings zu bezweifeln. Um 9½ Uhr abends langte die fröhliche Gesellschaft unter jubelnder Begrüßung der grade beim Feuerwerk anwesenden Besucher der Motorboot-Ausstellung wieder in Wannsee an und die Teilnehmer konnten mit Josphi singen: „Ja das war, eine Fahrt wunderbar". —

Fehlte nur noch eine Huldigungs-Depesche nach Nordland und an den großen Ballin. Schade, daß die Fahrt nicht bis Jerusalem ging.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Breslau sind während des letzten Jahres nach dem auf der Kreissynode erstatteten Ephoralbericht 35 Juden durch die Taufe in die evangelische Kirche aufgenommen worden. —

Im Osten Londons wird ein neues jüdisches Theater für Vorstellungen im „Jargon", d. h. im Judendeutsch, erbaut. Es ist für 3000 Zuschauer berechnet und soll 600 000 Mark kosten. New-York hat bereits vier solche Theater.

Sprechsaal
für innere Partei-Angelegenheiten.

Wir laden unsre Leser freundlichst ein, den Sprechsaal zu benutzen, um ihre persönlichen Anschauungen über die Zustände in der Partei, über Organisation, Agitation Taktik, Programmfragen u. dergl. zu äußern.

Wir werden jede, in angemessnen Formen vorgetragne Meinung hier zu Worte kommen lassen und unsre zustimmende oder abweichende Meinung entweder selbst kurz hinzufügen oder das andern Zuschriften aus dem Leserkreise überlassen.

Bedingungen:

1. Die Artikel können unterzeichnet werden, wie es dem Einsender beliebt. Die richtige Adresse muß aber der Schriftleitung mitgeteilt werden und bleibt deren Geheimnis.

2. Die Artikel dürfen in der Regel fünfzig Kleinzeilen nicht überschreiten. Längere Einsendungen werden geeigneten Falls als Leitartikel gedruckt oder, ohne den Sinn zu verändern, gekürzt oder bleiben ungedruckt.

3. Jedermann soll frei von der Leber weg schreiben, was er für richtig hält. Verletzende persönliche Angriffe müssen aber vermieden werden.

* * *

Als ein eifriger Leser der „Deutsch-Sozialen Blätter" habe ich es mit Freuden verfolgt, wie sich in der letzten Zeit der antisemitische Gedanke immer mehr verbreitet, ständig festern Boden im deutschen Volke faßt, wie sich ein Verband nach dem andern bildet und diese immer stärker werden. Nicht eine plötzliche Aufwallung wie früher, nein, ein klares Erkennen unsrer heutigen Verhältnisse ist es, die nach langjähriger Ruhe- und Rückgangszeit diesen Aufschwung herbeigeführt hat. Auch die vor uns stehenden Wahlen werden sicherlich mit einem Siege unsrer guten Sache abschließen. Aber soll man nun nicht auch das Eisen schmieden, so lange es warm ist? Sollte man nicht diesen Aufschwung benutzen, um ein festes Gefüge unsrer Sache zu bilden?

Man wird mir entgegenhalten, daß wir die verschiednen Landesverbände haben, und diese segensreich gewirkt haben oder wirken werden. Aber auf die Dauer läßt sich mit diesen einzelnen, nur lose mit einander verbundnen Gliedern nicht arbeiten, läßt sich der Kampf gegen das Judentum, gegen die schweren sozialen Schäden nicht durchführen. Nur eine straffe, engverbundne Organisation kann uns zum endlichen Siege unsrer guten Sache führen. Wir haben bisher in den einzelnen Verbänden ca. 3000 Mitglieder organisiert, würden wir aber einen über Deutschland verbreiteten Gesamt-Verband haben, dann dürften wir wohl schon in aller kürzester Zeit mindestens 10000 solcher haben. Bei einem Einheitsbeitrag von fünf Mark würden der Partei also jährlich bestimmt 50 000 Mark zufließen. Die angegebne Zahl 10 000 mag dem einen oder andern etwas hoch gegriffen sein, aber es ist nicht nur meine, sondern die Ansicht vieler Gesinnungsgenossen, daß die Zahl nicht zu hoch, sondern sogar noch zu niedrig gegriffen sein dürfte.

Ganz abgesehn davon, daß uns ein solcher Gesamt-Verband einen bedeutenden Zuwachs an neuen Mitgliedern bringen würde, ist doch ferner nicht außer Acht zu lassen, daß, wenn heute ein Mitglied aus dem Bezirke eines Verbandes verzieht, dieses in den meisten Fällen für unsre Sache verloren ist. So wird wohl in den wenigsten Fällen ein vielleicht frisch für unsre Bewegung gewonnenes Mitglied, das z. B. der Westmark angehört, plötzlich aber nach Schlesien verschlagen wird, weder für die Westmark, noch überhaupt für die Partei arbeiten. Wie ganz anders würde dies sein, wenn wir einen Gesamt-Verband hätten. Er würde von der Verwaltung auch weiterhin mit Zuschriften bedacht werden, diese wird ihn auf nahewohnende Gesinnungsgenossen aufmerksam machen, vielleicht ihn auch zur Gründung einer neuen Ortsgruppe veranlassen. In ganz kurzer Zeit würde also ganz Deutschland mit einem Netz von Zweigvereinen, wieder enger in den Landesgauen organisiert, überspannt sein.

Manchem mag das aufgerollte Bild nicht durchführbar erscheinen, insbesondre wird man sich wegen des Beitrags Sorge machen, doch das ist alles wirklich nicht so sehr schlimm, ein Einheitsbeitrag von sechs Mark, von dem eine Mark an die Unterverbände zurückzuvergüten sein würde, wird sich überall durchführen lassen. Doch dies sind Nebensachen, vorerst handelt es sich darum, daß dieser Plan in allen Verbänden zur Besprechung gelangt und ein Ausschuß zur weitern Verfolgung dieser Angelegenheit gebildet wird.

Vorwärts immer!

Dortmund, den 10. Juli 1902

Ferd. Nauwald.

* * *

Wir haben dem obigen Artikel gern Aufnahme gewährt, weil er von dem lebhaften Interesse des Herrn Verfassers für unsre Sache Zeugnis ablegt.

Aber unser Parteigenosse übersieht, daß eine solche Organisation über das ganze Reich, wie er sie für unsre Partei vorschlägt, schon seit Jahr und Tag im Verein „Aufwärts" vorhanden ist. Er ist dazu bestimmt, alle Vertrauensmänner unsrer Partei in Deutschland zusammen zu fassen. Der Beitrag beträgt, genau wie es der Herr Verfasser wünscht, jährlich 5 Mark. Anmeldungen sind zu richten an den Herrn Reichstags-Abgeordneten F. Raab, Hamburg, Danzigerstr. 40. — Möge Herr N. durch eifrige Werbung für den „Aufwärts" mit dazu helfen, daß dieser Parteiverband „in kürzester Zeit mindestens 10000 Mitglieder hat". — Dann werden wir bald eine achtunggebietende Stellung in Deutschland einnehmen. Die Schriftltg.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 24. Juli 1902. Nr. 727.

Alle Freunde unsers Blattes werden gebeten:

ns ständig neue Freunde und Leser zuzuführen;

ns Adressen für Probesendungen aufzugeben oder

nsre Zeitung für diesen oder jenen Freund auf einige Zeit zur Probe zu bestellen;

lesene Nummern nicht wegzuwerfen, sondern sie als Drucksache an beliebige Bekannte zu senden;

im Besuche von Gastwirtschaften usw. stets unser Blatt zu verlangen;

lsche Geschäftsleute zur Benutzung unsers Anzeigenteils zu veranlassen;

i Einkäufen die in unserm Blatte angekündigten Geschäfte in erster Reihe zu berücksichtigen und

s von allen wichtigen Vorkommnissen im Parteileben usw. unverzüglich kurze Mitteilung zu machen.

Weckruf.*)

Michel heraus!
Willst Du noch länger schlafen und ruhn,
Wo der Dieb schon schleicht um das Haus,
Lüstern nach Deinen Kasten und Truhen?
Wo schon lohen die Feuerbrände,
Und nach Krone, Herd und Altar
Raffen gierige, schmierige Hände,
Um zu schänden, was heilig uns war?
Läßt Dich noch länger verspeien, verspotten
Von den jüdisch-heidnischen Rotten,
Die da brüllen: „Fort Stöcker und Mucker!"
Armer schüchterner Schlucker,
Schläfst nicht bald aus?
Michel heraus!

Nickel heraus!
Gold und Silber, ich weiß, daß es mangelt,
Weil es die Börse, o Schmach und o Graus!
Aus den Taschen des Volkes geangelt.
Nur das Kupfer, das ist uns geblieben,
Glanzlosen Nickels beschwerliches Blei,
Wenig zum Leben, genug doch zum Lieben,
Auf drum den Säckel, das Scherflein herbei!
„Mittelstand Nickelstand" höhnen die Protzen,
Laßt uns den goldnen Kälbern trotzen!
Schafft unsrer Sache nur neue Schwingen
Und es muß uns gelingen.
Nur Geld ins Haus!
Nickel heraus!

Griffel heraus!
Unsre Presse, die tapfre, kleine,
David mit Goliath täglich im Strauß,
Braucht zu der Schleuder geglättete Steine.
Helft sie ihr sammeln zum Flug durch die Lande:
Sichre Kunde aus Zeit und aus Welt,
Neues und altes im schmucken Gewande,
Wie es dem deutschen Gemüte gefällt.
Nur kein Geschmarre, Frische und Kürze,
Wahrheit und Klarheit, das sei ihre Würze;
Greift doch hinein in das wogende Leben.
Stoff wird reichlich es geben
Zum Geistesschmaus.
Griffel heraus!

Burschen heraus!
Jugend aus christlich-germanischem Stamme,
Daß Dir entfache des Sturmes Gebraus
Edler Begeisterung heilige Flamme!
Siehst Du die Lücken? Schon sinken die Alten,
Die einst der Umkehr Banner entrollt,
Tapfre Kämpen, sie mußten erkalten,
Herzen wie Stahl und lauter wie Gold.
Auf in die Lücken, stellt Euch in die Reihen,
Deutschland, das Vaterland gilts zu befreien,
Auf, fürs Kreuz, fürs Reich und den Kaiser!
Und krächzen die Raben sich heiser,
Ruft laut zum Strauß.
Burschen heraus!

*) „Aus allen Töpfen", Dichtungen und Sichtungen von el Bach, Nürnberg.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden. Nunmehr ist noch eine für Anfang August in Heidelberg geplant.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, auch an dieser letzten Veranstaltung teilnehmen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^{1}/_{2}$9 Uhr.

Aus Kurhessen. Ein erfreulicher Erfolg unsrer Partei über die Sozialdemokratie wurde kürzlich in Schmalkalden errungen. Am 12. Juli fand eine vom sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbande einberufne öffentliche Versammlung in Schmalkalden statt, wo ein Parteiredner der Sozialdemokraten, L. Fritz Ehrler aus Frankfurt (Main) über das Thema: „Die Notwendigkeit der Gewerbegerichte" sprach. — Da unser verehrter Parteigenosse Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden) einen Vortrag über das gleiche Thema schon vor längerer Zeit gehalten und bei der Arbeiterbevölkerung lebhafte Zustimmung gefunden hatte, so war die Entsendung des Herrn Ehrlers wohl als ein sozialdemokratischer Gegenzug anzusehn. Auch war man augenscheinlich der Ueberlegenheit des „Genossen" so sicher, daß man Herrn Lattmann öffentlich zu der Versammlung eingeladen hatte. Die Sache gestaltete sich aber etwas anders, als die Einberufer es sich wahrscheinlich gedacht hatten.

Der Saal war dicht besetzt, namentlich waren eine große Zahl erfahrner und auch urteilsfähiger Arbeiter erschienen, ebenso Mitglieder vom Evang. Arbeiterverein, denen das Thema das größte Interesse abzugewinnen schien. Herr Amtsrichter Lattmann war der öffentlichen Einladung gefolgt. Anknüpfend an den ablehnenden Standpunkt, den die Stadtvertretung Schmalkaldens zumteil in der Gewerbegerichtsfrage auf eine Eingabe eingenommen, kennzeichnete Herr Ehrler es als in „Großvaters Pantoffeln marschieren", wenn man zu dieser Ansicht heute noch in einer solch ausgesprochen industriellen Gegend wie Schmalkalden gelangen könne. Seine Ausführungen behandelten dann weiter — abgesehn von einigen Abschweifungen, um dem sozialistischen Geschmack mehr Rechnung zu tragen — die Zweckmäßigkeit,

die Vorteile und die Notwendigkeit der Gewerbegerichte. Er kritisierte die in einer Stadtverordnetenversammlung von einer Seite gethane Aeußerung, daß es immer besser wäre, vom „patriarchalischen Standpunkte“ aus in Streitfällen zu entscheiden und faßte schließlich seine Ausführungen darin zusammen, daß derjenige kein Verständnis für die heutige soziale Lage habe, der nicht den Wert der Gewerbegerichte erkenne und deren Einrichtung als notwendig, weil zweckmäßig, anstrebe.

Hierauf erhielt Herr Amtsrichter Lattmann das Wort. Er konnte sich seinem Vorredner, soweit er sich sachlich zu dem Thema geäußert, voll anschließen, und indem er die Ausführungen seines Vorredners nach den verschiedensten Richtungen hin ergänzte, hob er hervor, daß noch viel zu wenig der Wert der Gewerbegerichte als Einigungsamt und als gutachtliche Behörde erkannt werde. Bei der Beleuchtung der schnellen Arbeit der Gewerbegerichte wandte er das treffende Wort an: Schnelle Justiz, goldne Justiz. Nachdem Herr Amtsrichter Lattmann noch den Weg gezeigt, der einzuschlagen sei, um die Gewerbegerichtsfrage ihrer Lösung entgegenzuführen, brachte er eine Entschließung zur Verlesung und empfahl deren Annahme. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und sich für die Gewerbegerichtsfrage interessierenden Männer andrer Stände, die sich am heutigen Abend in der ‚Rosenau‘ zur öffentlichen Versammlung zusammengefunden haben, fordern im Anschluß an einen soeben von Herrn Ehrler-Frankfurt gehaltnen Vortrag über ‚die Notwendigkeit der Gewerbegerichte‘ in der von neuem gewonnenen Ueberzeugung von der großen Zweckmäßigkeit der Einrichtung eines Gewerbegerichts für die hiesigen gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Magistrat auf, die nach § 1 Abs. 6 des Gewerbegerichtsgesetzes erforderlichen Umfragen möglichst beschleunigen und baldigst dem Antrage, auf Errichtung eines Gewerbegerichts am hiesigen Orte, der in der vom evangelischen Arbeiterverein und dem Gewerbeverein einberufnen Versammlung beschlossen ist, stattgeben zu wollen. Falls diese Aufforderung wider Erwarten ohne Erfolg bleibt, wird den beteiligten Arbeitnehmern und Arbeitgebern geraten, bei der Königlichen Regierung den Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts direkt zu stellen.“

Das war ein großer Strich durch die Rechnung der Einberufer, die ihrerseits eine sehr scharfe sozialdemokratische Entschließung vorbereitet hatten. Aber der allseitige Beifall, den die überlegnen Ausführungen Herrn Lattmanns gefunden hatten, zwang sie gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Man brachte die Entschließung zur Abstimmung und sie wurde einstimmig angenommen. Unter dem Eindrucke dieser verblüffenden Thatsache versprach der Vorsitzende auf Anregung des Herrn Lattmann, sogar einen wahrheitsgetreuen Bericht in die „Kasseler Nachrichten“ zu bringen, damit die dortigen Arbeiter die sozialen Ansichten unsers Herrn Kandidaten für Kassel-Melsungen kennen lernen könnten. — Ob sie Wort halten werden?

Verband Westmark. Laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 23. Juni 1902 findet der Verbandstag am Sonntag, den 10. August 1902, vormittags 11 Uhr in den Räumen der städtischen Tonhalle zu Duisburg statt.

Tages-Ordnung: 1. Thätigkeitsbericht (Herr Verbandssekretär Amthor-Gelsenkirchen). 2. Rechenschaftsbericht (Herr Kassenwart H. Krüger-Dortmund). 3. Kassenprüfung durch zwei zu wählende Kassenprüfer. 4. Wahl des Vorstandes. 5. Beratung über etwaige Anträge über Satzungsänderungen. (Anträge auf Satzungsänderungen sind bis 20. Juli an den Verbandssekretär einzusenden.) 6. Verschiednes.

Die Abgg. Liebermann v. Sonnenberg und Raab werden voraussichtlich den Verhandlungen beiwohnen.

Verband Nordmark. In einer Versammlung des Bürgervereins zu Hamburg-Uhlenhorst erzählte am 17. d. M. Abg. Raab nette Sachen aus der Hamburger Bürgerschaft. Seine Anträge fanden entweder nicht die erforderliche Unterstützung oder sie wurden in den Kommissionen begraben. Nahm dagegen ein andres Bürgerschaftsmitglied irgendeinen seiner Anträge auf, gelang es sehr leicht, die nötigen Unterschriften zu erhalten oder die Sache rasch zu erledigen. Welche Ausschüsse die Bürgerschaft eingesetzt hat, weiß sie selbst mitunter nicht; so konnte es vorkommen, daß als vor einiger Zeit ein Ausschuß zur Prüfung irgendeiner Frage eingesetzt werden sollte, ein Abgeordneter behauptete, ein solcher Ausschuß bestehe schon. Das bestritt Abg. Pahl und als man nachschlug, bestand der Ausschuß wirklich und Abg. Pahl war ... sein Vorsitzender!

Herr Demmig legt keinen Wert mehr auf eine nochmalige Behandlung seiner Wucher-Angelegenheiten vor dem Gericht in Bückeburg. Er hat die Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichtes in seiner Beleidigungsklage gegen den Generalsekretär der Nordmark, Herrn Hennigsen, zurückgezogen. Das hilft Herrn Demmig indessen wenig. Herr Hennigsen ist zwar zu 200 Mark verurteilt, Demmig aber ist und bleibt gerichtet und mit ihm die Partei, die ihn trotz Kenntnis seiner Thaten als Abgeordneten auf den Schild hob.

Die Klagen des Herrn Demmig gegen die Abgeordneten Raab und von Liebermann hat das Landgericht in Bückeburg zurückgewiesen. Wie wir glauben, würde aber eine dagegen eingelegte Berufung aus formalen Gründen Erfolg haben. Es wäre den Verklagten sehr angenehm, sich noch vor den Neuwahlen mit Herrn Demmig vor dem Gericht in Stadthagen zu treffen.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“.

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;

in Nordhausen am 25. Juli in den „Drei Linden“;
am 1. August in der Frauenberger Klosterbrauerei;

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Neun Dienstmädchen versprach der „Reisende“ Lewin Podschubski zu Berlin die Ehe, trotzdem er verheiratet ist und drei eheliche Kinder hat. Die Mädchen haben nicht nur ihre gesamten Ersparnisse verloren, sondern auch noch ihre Ehre. Vier von ihnen sind schwanger. Der Jude bekam achtzehn Monate Gefängnis. —

Entführt hat der Kaufmann Max Seligmann zu Dortmund ein junges Mädchen, das die Mittel zu einer gemeinschaftlichen Reise nach Hamburg, Berlin und Wien auf Veranlassung Seligmanns dem Sparkassenbuche ihres Bruders entnahm. Dieser Streich brachte dem Entführer neun Monate Gefängnis ein. —

Beim Rathausparke in Wien bettelte der Handlungsgehilfe Wolf Stieber, der sich auch Wilhelm Brüll nennt, derart einen Rechtspraktikanten an, daß dieser ihn grob abwies und schließlich festnehmen ließ, weil die Belästigung nicht aufhörte. Der Verhaftete erhob

nunmehr in sittlicher Hinsicht eine schwere Beschuldigung gegen den Rechtspraktikanten, die dieser leicht als erlogen beweisen konnte, so daß der Jude seine Verleumdung mit einem Jahr Zuchthaus büßen muß.

Er hatte Diamanten und Perlen, und Goldschmuck und dergleichen mehr, womit er handelte. Dazu hieß er Cohen und galt, wie das „Kleine Journal“ schreibt, als tüchtiger Fachmann und gewiegter Geschäftsmann. Zuerst hatte er ein gut gehendes Detailgeschäft in Berlin inne und verkaufte dieses dann vorteilhaft. Von dem Erlös errichtete er eine Agentur für eine ausländische Diamantschleiferei, dieses Agenturgeschäft ging aber nicht und eines Tags war Cohen verschwunden. Seine Bücher und die noch vorhandnen geringen Vorräte wurden beschlagnahmt. Außer der erwähnten Diamantschleiferei sind auch hiesige Geschäftsleute durch Cohen geschädigt. Er dürfte beträchtliche Barmittel mit auf die Flucht genommen haben, da er in der letzten Zeit seine Waren verschleuderte. Da der Flüchtige früher in Frankreich war, so vermutet man, daß er sich nach unserm westlichen Nachbarlande gewandt hat. Dort wird er einen Akzent auf seinen Namen setzen (Cohèn) und als Stockfranzose weiter mit Juwelen handeln.

Bei einem Einbruch ertappte man den „Händler“ Abram Litowskij zu Odessa. Der Jude wurde nebst zwei Helfershelfern von den zurückkehrenden Inhabern der betreffenden Wohnung mitten in der „Arbeit“ überrascht und widersetzte sich seiner Festnahme. Seinen Genossen gelang es zu entfliehn; sie konnten auch nicht ermittelt werden. Da gegen den Juden wegen eines Einbruchdiebstahls schon ein Verfahren schwebte — man hatte ihn seltsamerweise auf freiem Fuße gelassen —, während er das neue Verbrechen beging, belegte ihn das Gericht mit zwei Jahren neun Monaten Gefängnis.

Ausgewiesen wurde aus dem Reichsgebiete durch Beschluß des Landrats zu Arnstadt der angebliche Bäcker und Kutscher Baruch Bendel (Paul) Rosenblum aus Jochotschin (Polen) wegen Betrugs im wiederholten Rückfalle, Landstreichens und Obdachlosigkeit.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Lehrbuch der Nationalökonomie von Prof. Dr. F. Kleinwächter. Leipzig 1902. 477 Seiten; Preis 8,40 Mark, geb. 10 Mark.

Das Buch ist ein Lehrbuch der sog. allgemeinen oder theoretischen Nationalökonomie, und zwar nicht ein in trocknem Tone gehaltnes Schulbuch, sondern ein gemeinverständlich geschriebnes Lehrbuch für jeden Gebildeten, der ein tiefers Verständnis für die wirtschaftlichen Einrichtungen und Erscheinungen zu gewinnen strebt. Während die ältere sog. klassische Nationalökonomie der Anschauung huldigte, daß das ganze wirtschaftliche Leben, insbesondre die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Grundbesitzern, Kapitalisten, Arbeitern und Unternehmern, durch unabänderliche Naturgesetze geregelt werde, vertritt der Verfasser, im Einklange mit der herrschenden Richtung der Nationalökonomie, den Standpunkt, daß im wirtschaftlichen Leben überall der Kampf ums Dasein herrscht, und daß jeder, der an der nationalen Produktion beteiligt ist, von den gemeinsamen Errungenschaften sich einen möglichst großen Teil anzueignen sucht. Die einzelnen Kapitel des Buches handeln: von den Grundlagen der Produktion, vom Verkehre, vom Werte und Preise, vom Gelde und Kredit, sowie endlich von der Lehre vom Einkommen und seiner Verteilung. Jedem, der einen Ueberblick über die allgemeinen Lehren der modernen Nationalökonomie gewinnen möchte, sei das Buch bestens empfohlen. F. B.

Der Katholizismus und das zwanzigste Jahrhundert im Lichte der kirchlichen Entwicklung der Neuzeit, von Prof. Dr. A. Ehrhard; neunte bis zwölfte vermehrte und verbesserte Auflage. Stuttgart und Wien 1902. 452 Seiten. Preis 5 Mark, geb. 6,20 Mark.

Der Verfasser sucht hauptsächlich darzuthun, in wieweit zwischen der modernen Welt und der katholischen Kirche ein Gegensatz besteht, und was von Seiten der katholischen Kirche und den Katholiken geschehen kann und geschehen sollte, um eine Ausgleichung dieses Gegensatzes, die er für dringend wünschenswert hält, herbeizuführen. Im einzelnen handeln die sechs Abschnitte des Buches: von der Lage der katholischen Kirche im Mittelalter, von der Stellung des Mittelalters in der Geschichte der katholischen Kirche, von der Entstehung der modernen Zeit und deren Grundfaktoren, von der Entwicklung der modernen Zeit und ihren kirchlichen Folgen, von der Tragweite des Gegensatzes der modernen Welt zur katholischen Kirche und von dem Wege zur Beilegung des Konfliktes zwischen Welt und Kirche. Das Buch zeichnet sich durch leidenschaftslose, klare und vornehme Sprache aus. Es erscheint geeignet, eine richtige Würdigung katholischer Anschauungen bei den Protestanten zu fördern und die deutschen Katholiken zu r gerer Teilnahme an der modernen Kulturarbeit anzuspornen, beides Ergebnisse, die vom deutschvölkischen Standpunkte aus mit Freuden zu begrüßen sein würden. Allseitige Zustimmung hat freilich das Buch bisher auf deutschen katholischen Seiten nicht gefunden. F. B.

Rechtsgeschäft und wirtschaftliche Machtverschiedenheit. Vortrag gehalten in der „Juristischen Gesellschaft“ zu Berlin am 11. Januar 1902 von Rechtsanwalt Dr. H. Isay. Berlin 1902, 34 Seiten, Preis 80 Pfg.

In der Schrift wird auseinandergesetzt, wie das geltende bürgerliche Recht in Bezug auf den Abschluß von Rechtsgeschäften den wirtschaftlich Schwächern dem wirtschaftlich Stärkern gegenüber zu schützen sucht, und inwieweit nach dieser Richtung noch stärkerer Schutz möglich wäre.
F. B.

Was sagt die Nationalökonomie als Wissenschaft über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise? Eine dogmengeschichtliche Uebersicht von Prof. Dr. A. Oncken. Berlin 1901.

Der Verfasser legt im einzelnen dar, was die hervorragendern Nationalökonomen der letzten Jahrhunderte über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise geschrieben haben. Das Ergebnis dieser höchst beachtenswerten Darlegungen ist im wesentlichen dies, daß fast alle Nationalökonomen von Ruf hohe Getreidepreise dem Gemeinwohl für förderlicher erklärt haben, als niedrige. F. B.

Briefkasten.

Die Firma Hirsch und Merzenich, G. m. b. H., Farbwerke in Grenzhausen, ist, wie sie uns selbst mitteilt, nicht nur eine deutsche, sondern eine rein christliche. Von andrer Seite wird uns dieses bestätigt.

Weimar. Besten Dank. Wird verwandt.

Wetter (Ruhe). Karte dankend erhalten. Herr v. L. wird wahrscheinlich hinkommen.

F., Braunschweig. Drucksache mit Dank erhalten.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 31. Juli 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 728.

Wochen-Spruch.

Das Judentum, d. h. die durch Mosis theokratischen Despotismus zusammengehaltne Krämer-, Trödler- und Wucherer-Kaste verdient Haß, Verachtung und Ausrottung.

K. J. Weber, Demokritos 1,23.

Der Zusammenbruch des „Spielhagenbanken" genannten Börsen-Rattenkönigs

hat nun, nach einem Prozesse von 36 tägiger Dauer, mit der Bestrafung der Schuldigen seinen Abschluß gefunden. Wir haben uns s. Z. mit jenem Bankbruche, der große Kreise in Mitleidenschaft zog, eingehend an dieser Stelle beschäftigt. In der jüdischen Presse ertönte, als der Krach eintrat, gradezu ein Triumphgeschrei darüber, daß unter den verhafteten Bankleitern kein einziger Jude sich befände, und der Hauptschuldige Eduard Sanden wurde geflissentlich als der Typus eines „frommen, konservativen und antisemitischen Mannes" hingestellt. Daß Israel bei einem solchen Riesenschwindel ganz unbeteiligt gewesen sein sollte, schien uns von vornherein unglaublich und es stellte sich dann auch bald heraus, daß der vor einigen Jahren verstorbne famose „Freiherr, Baron v. Cohn, Edelmann aus Dessau", wie er sich bei Lebzeiten angeblich in die Fremdenbücher der Hotels eingeschrieben haben soll, sich gründlich in dem Golde der Spielhagenbanken die Hände gewaschen hatte.

Seit jener Zeit gab man es auf, Sanden als Antisemiten zu bezeichnen. Aber der Triumph darüber, daß alle Angeklagten in einem Bankprozesse einmal Nichtjuden sind, tönt jetzt, nach dem Urteilsspruche, wieder vornehmlich aus der orientalischen Presse heraus. Das „Berliner Tageblatt" z. B. findet, daß das Urteil viel, sehr viel zu milde ausgefallen sei und wir können ihm darin nicht ganz unrecht geben.

Allerdings ist ein, dem Tageblatt und der Judenschaft sonst sehr sympathischer Mann diesmal andrer Ansicht. Der Herr Justizrat Munkel, Abgeordneter und langjähriger Syndikus der verkrachten Banken, figurierte mit als Verteidiger des Angeklagten Eduard Sanden und floß gradezu über von Lobeserhebungen für diesen ganz unschuldigen, vortrefflichen Herrn. Man kann das menschlich begreiflich finden, denn Herr Munkel verteidigte sich gewissermaßen selber. Er hätte unsrer Meinung nach als Rechtsbeistand der verkrachten Banken mit dafür sorgen müssen, daß die Bankleiter nicht wider die Gesetze verstießen.

Das Gericht hat nun, entgegengesetzt den Ausführungen des Herrn Munkel als festgestellt angesehn, daß alle Angeklagten schuldig seien. Allerdings sind die gegen sechs Angeklagte erkannten Freiheitsstrafen als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Nur bei Eduard Sanden lautet das Urteil: „Wegen Vergehens gegen das Hypothekenbankgesetz, wegen Bilanzverschleierung und Untreue sechs Jahre Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe. Von der Gefängnisstrafe ist ein Jahr durch die erlittne Untersuchungshaft für verbüßt erachtet worden."

Das konnte geschehn trotz der juristischen Beihilfe eines Munkel!

Eine recht übersichtliche und interessante Darstellung des Sachverhalts giebt das „Berliner Tageblatt", aus der wir nachstehend einen Teil zum Abdruck bringen:

„Die Angeklagten — so meint das ‚Berliner Tageblatt' höhnisch — gehörten durchweg zu den Stützen der Gesellschaft. Aus dem Bankfache hervorgegangen ist aber nur der Chef der Bankfirma Anhalt u. Wagner Nachf., Generalkonsul Eduard Schmidt; die meisten Andern sind erst auf Umwegen in das Bankfach gekommen. Heinrich Schmidt hat Jura studiert, Warsinski hat das muskelkräftige Schlosserhandwerk gelernt, Otto Sanden und Puchmüller haben ihre Lehre in Speditionsgeschäften durchgemacht und Hänschke war Feldmesser. Der Hauptmann dieser buntzusammengewürfelten Schaar war Eduard Sanden, der selber wieder aus einer Materialwarenhandlung hervorgegangen war."

Wir haben schon eingangs dieses Artikels betont, daß wir durchaus keine Sympathieen mit den Verurteilten haben, aber das Blatt der Herren Mosse und Cohn thäten doch gut, sich zu erinnern, daß die Stützen der jüdischen Gesellschaft verhältnismäßig viel öfter wegen Bankbruch vor dem Richter stehn, als das bei den Ariern der Fall ist. Der Hinweis darauf, daß die Angeklagten fast alle keine Vorbildung für das Bankfach gehabt haben, trifft einen wunden Punkt in unserm kaufmännischen Leben. „Berufsvorbildung", die übrigens auch den Juden in sehr vielen Fällen fehlt, müßte auch für die Kaufleute gesetzliches Erfordernis werden.

Hören wir weiter, was das „Berliner Tageblatt" berichtet:

„Der Mittel- und Ausgangspunkt der Thätigkeit dieser Leute war die Preußische Hypothekenbank. Dieses Institut, gegründet im Jahre 1864 als Hypothekenbank, hat schon früh die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit sowie der Aufsichtsbehörde auf sich gelenkt. Bis zum Jahre 1881 hatte die Regierung schon mehrmals in die Leitung der Bank eingreifen müssen. Im einzelnen wurde der Bank vorgeworfen, sie gewähre zu hohe Beleihungen, sie sei mit unsolider Bauthätigkeit verbunden, sie müsse häufig schlechte Grundstücke übernehmen usw. Um dem Vorwurfe des Strohmännertums zu entgehn, entschloß sich die Bank im Jahre 1883 zur Gründung der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr. Auf diese Gesellschaft wurden von da ab die anfallenden Grundstücke abgeladen.

Aber das ist ja der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Denn nun folgten sich die neuen Gründungen rasch, die Deutsche Grundschuldbank, die Neue Berliner Baugesellschaft und wie die Gesellschaften alle hießen. Alle diese Gründungen wurden zu einem artigen Spielchen gemischt. Die eine Gesellschaft besaß immer die Aktien oder Teile von Aktien der andern. Die oben genannten Personen wurden anmutig gemischt, in die Verwaltungen und zur Dekoration einige klangvolle Namen an die Façade angesetzt. Der Zweck der Neugründungen war natürlich, die Unthaten der Muttergesellschaften zu verdecken. Dem Ineinandergreifen der Personen und Gesellschaften entsprach ein noch schlimmers Gewirr der Buchführungen."

„Dem Scharfblicke der Presse — so meint das ‚Berl. Tageblatt' — wurde das Treiben dieses Klüngels bald offenbar. Es folgte Warnung auf Warnung. Das Geschäft der Angeklagten blühte und gedieh aber weiter. Der Pfandbrief-Umlauf erreichte, hauptsächlich durch die hohen Absatzprovisionen, die Höhe von

zirka 450 Millionen Mark. Auch an äußern Ehrungen fehlte es nicht. Wurde doch der oberste Leiter des ganzen Konzerns, Eduard Sanden, mit dem Titel Kommerzienrat und andern Auszeichnungen bedacht; auch wurde er als Sachverständiger berufen, um in dem Prozesse der Stettiner Nationalhypotheken-Kreditgesellschaft dem öffentlichen Ankläger zur Seite zu stehn. Auch in materieller Hinsicht standen sich die Angeklagten persönlich sehr gut. Ihr Einkommen ging in die Hunderttausende und in den Steuerlisten finden wir sie obenan mit Millionen."

Was den oben gerühmten „Scharfblick" der Presse und die Warnungen an das Publikum betrifft, so ist das damit doch eine eigne Sache. Gewiß hat eine ehrliche deutsche Presse lange vor dem letzten großen Börsenkrach das kommende Unheil vorausgesagt und dem Publikum „Taschen zu" entgegengerufen. Die Presse aber, die mit der Börse verwandt ist, und das ist leider noch ein sehr großer Teil, hat wie gewöhnlich erst Warnungen erlassen, als es zu spät war. Man wird wohl auch nicht fehl gehn, wenn man behauptet, daß Sanden und Genossen ebenso wie die Leipziger Bank, deren Prozeß jetzt ebenfalls beendet ist, und uns später noch beschäftigen wird, von größern, im Hintergrunde stehenden Finanzmächten, als eine Art von Sündenböcken zur Abschlachtung getrieben wurden und daß dabei die Treiber mit dem Opferfleisch selbst ganz gute Geschäfte gemacht haben. Das geht auch für jemand, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, aus den weitern Ausführungen des „Berl. Tageblatt" hervor, die wir hier folgen lassen:

„Aber der Boden, auf dem das ganze Gebäude aufgerichtet war, war durch und durch faul. Aller Glanz und alle äußern Erfolge vermochten das Raunen und Murmeln nicht zu ersticken. Immer von neuem wurden die Angriffe in der Presse laut. Endlich im Sommer 1900 zog sich ein vernichtendes Unwetter zusammen. Es erschienen in der Presse über den innern Zusammenhang und des ganzen Spielhagen-Konzerns und die Beschaffenheit seiner Werte Enthüllungen, deren niederschmetternder Wirkung sich niemand zu entziehn vermochte. Zunächst dauerte es noch Wochen, bis der Inhalt dieser Veröffentlichungen bis in die Kreise der Pfandbriefbesitzer durchsickerte. In der Verwaltung regte sich noch nichts. Der Oktober kam heran, der Rückfluß der Pfandbriefe wurde immer stärker; jeder wollte doch die Papiere von Anstalten los werden, denen so schwere Anschuldigungen ins Gesicht geschleudert wurden. Die Gefahr wuchs und griff auf andre Hypotheken-Pfandbriefe über.

Es giebt in Deutschland einen Besitz an Hypotheken-Pfandbriefen von über sechs Milliarden. Dieser Riesenberg war ins Rutschen gekommen. Wenn sich die Bewegung fortsetzen konnte, war eine beispiellose Katastrophe in Deutschland zu erwarten. Denn es ist nur zu begreiflich, daß die Hypothekenbanken, die ihre Mittel doch gewinnbringend anlegen müssen, nicht gleichzeitig ebensoviel Geld bereit liegen haben können, um die ganze Masse zurückströmender Pfandbriefe aufzunehmen. Es brauchte also nur die Mehrzahl der Hypothekenbanken die Einlösung ihrer Pfandbriefe einzustellen, und das große Unglück wäre geschehn gewesen. Dieser Einsicht verschlossen sich weder die Leiter des Spielhagen-Konzerns, noch die andern Hypothekenbanken, noch auch die Haute Banque. Die Spielhagenleute allerdings rannten hin und her, ohne zu wissen, was sie thun sollten. Um so energischer und zielbewußter griff die Hochfinanz ein. Mit Jubel wurde es begrüßt, daß sich die Deutsche Bank an die Spitze der Rettungsaktion stellte. Dieses entschlossene Auftreten hat namenloses Elend verhütet."

Und die Hochfinanz, so setzen wir hinzu, hat dabei tüchtig verdient.

Das „Berliner Tageblatt" beendet nun seine Darstellungen mit folgenden Sätzen:

„Gegen die Spielhagenleute hatte das Schicksal inzwischen seinen Gang weitergenommen. Immer weiter wurde der Vorhang emporgezogen und das Treiben des Klüngels vor aller Welt offen gelegt. Nun sah man, in wie unverantwortlicher Weise gegen die Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes sowie des Handelsgesetzbuches verstoßen und mit welcher Frivolität mit Millionen umgesprungen worden war. Gewaltige Summen waren in gesetzwidriger Weise auf Bauterrains und zur zweiten oder dritten Stelle oder auch auf industrielle Anlagen weit über deren wirklichen Wert ausgeliehen worden. Enorme Terraintransaktionen waren vorgenommen worden. Dabei waren nicht nur Riesensummen verloren gegangen, sondern es war auch die gesetzlich vorgeschriebne Deckung der Pfandbriefe außer Acht gelassen worden. Ja, die Leiter des Konzerns hatten sich nicht geschämt, zur Deckung von Pfandbriefen Hypotheken zu hinterlegen, auf die gar kein Geld eingegangen war, und sogar der Verwahrung des Treuhänders Millionen Hypotheken zu entnehmen und zu veräußern. Doch wir wollen nicht alle Einzelheiten der Klage aufzählen. Genug, ein Schrei der Entrüstung ging durch ganz Deutschland, als der Sündenpfuhl aufgedeckt wurde. Die Schuldigen wurden verhaftet, Aktionäre, Obligationäre, Aufsichtsbehörde setzten sich in Bewegung, um zu retten, was noch zu retten sei. Unter Mithilfe der Haute Banque kam eine Neubildung in Gang, die allerdings nicht verhüten konnte, daß die Katastrophe den unglücklichen Besitzern der Spielhagen-Pfandbriefe noch Verluste verursachte, die sich garnicht genau abschätzen lassen."

Wenn man, als Laie in Börsensachen, die oben wiedergegebnen sachverständigen Darstellungen des „Berliner Tageblatt" über das Verfahren der verkrachten Spielhagenbanken liest, so kann man nur zu dem Schlusse kommen, daß noch vieles faul in unsrer Börsen- und Bankgesetzgebung ist.

Von fachmännischer Seite wird darüber geschrieben: „In dem soeben beendeten Prozeß Sanden sind neben andern Mißständen auch einige solche zur Sprache gekommen, [illegible] nur dadurch einreißen konnten und leider auch noch weiter [illegible] bestehn, weil die Gesetzgebung hinsichtlich des Hypotheken-Bankwesens und des Aktienrechts Lücken aufweist. Diese auszufüllen erscheint dringend geboten. Bei den großen Verlusten, [illegible] denen zahlreiche Familien durch die Bankbrüche getroffen [illegible] sind, liegt es im öffentlichen Interesse, sich nicht [illegible] der Bestrafung der Schuldigen zu begnügen, sondern alle Maßregeln zu treffen, die dazu beitragen können, um Wiederholungen so schwerer Katastrophen nach Möglichkeit zu verhüten. [illegible] solcher Mißstand hat sich herausgestellt im Taxwesen. [illegible] Taxen der Bausachverständigen sollen den Hypothekenbanken [illegible] Grundlage geben für die Höhe der von ihnen zu gewährenden Beleihungen. Es ist nun vorgekommen, daß Sachverständige dasselbe Objekt auf 2 024 800 Mark, auf 1 859 800 [illegible] und auf — 733000 Mark geschätzt haben. Dies rührte daher, daß in der höhern Summe auch der Spekulationswert mit [illegible] Betracht gezogen war. Hier war also etwas geschätzt — [illegible] der Staatsanwalt mit Recht hervorhob — was vorläufig [illegible] garnicht real vorhanden war, sondern in der Zukunft [illegible]

Ferner ist im Laufe der Verhandlungen nicht blos den Spielhagen- und Pommernbanken, sondern auch andern der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Taxatoren die Höhe der beantragten Hypothekenbeleihung vorher angegeben hätten, um sie davon [illegible] verständigen, wie hoch die Taxe auslaufen müsse, um [illegible] gewünschte Summe bewilligen zu können. Der Sachverständige Geheimrat Hecht, hat zwar mit einem Gefühl der Empörung über diese Behauptung erklärt, daß ein solches Verfahren [illegible] Gepflogenheiten der Hypothekenbanken in keiner Weise entspreche und daß es so etwas nicht gebe, jedoch hat einer der Bausachverständigen, der Baurat Hegemann, erklärt, daß er drei [illegible] Auftragschreiben der Vereinsbank in Nürnberg, Herrn Geh. Rat [illegible] zur Verfügung stelle, in denen besonders angegeben [illegible] welche Mindestbeleihung der Antragsteller beantragt hatte, [illegible] daß er noch dutzende solcher Originalschreiben zur Ansicht bereit stelle. Es scheint hiernach sehr erforderlich, das Taxwesen einer Reform zu unterziehn, wofür ja bereits eine Reihe von Vorschlägen vorliegen, z. B. die Schaffung von Tax-Kontrollämtern. [illegible] der Konferenz der Vertreter von Hypothekenbanken, die [illegible] April dieses Jahres auf Veranlassung und unter Vorsitz des Landwirtschaftsministers von Podbielski stattgefunden hat, erklärten die Regierungsvertreter, daß in jedem Falle für eine

Besserung des Taxwesens Sorge getragen werden müsse, wenn auch die Frage der Einrichtung von Taxämtern „noch nicht reif“ sei. Wir hoffen dringend, daß es nicht bei diesen schönen Worten bleiben, sondern die Reform bald in die Wege geleitet werde. Als ein weiterer Mißstand stellt sich ein Geschäftsbrauch heraus, über dessen Berechtigung ebenfalls lebhaft verhandelt worden ist, nämlich ob es zulässig ist, den Buchwert von Terrains und den Betrag laufender Ausgaben, wie Zinsen und Provisionen, zu erhöhen, anstatt dieselben auf Gewinn- und Verlustkonto zu verbuchen und ferner sogar noch jährliche Zuschreibungen in willkürlicher Weise zu machen, um die — oft nur vermeintliche — Wertsteigerung zum Ausdruck zu bringen. Der Gerichtshof fand, daß es sich hier um Rechtsbegriffe handle, über welche die Gelehrten uneinig sind. Hier liegt eine Lücke in den Vorschriften über die Bilanzziehung vor. Bei Wertpapieren hat man genaue Bestimmungen getroffen, wie sie aufzunehmen sind, ebenso könnten bezüglich unbebauter Grundstücke solche festgestellt werden.

Ferner ist es als ein die Aktionäre schädigender Mißstand zu bezeichnen, wenn die Gewinnanteil-Berechnung des Vorstandes in der bei den Spielhagenbanken beliebten, auch anderwärts noch geübten Weise stattfindet. Derjenige Teil des Jahresgewinns, der nicht zur Verteilung gelangte, sondern auf neue Rechnung vorgetragen wurde, ist nämlich, obgleich die Gewinnanteile daraus schon gezahlt waren, im folgenden Jahre nochmals zum gleichen Zwecke mit herangezogen worden. Daß es sich dabei keineswegs um geringe Summen handelt, zeigt der Umstand, daß allein bei der Gesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr der Betrag von 163018 Mark zu viel zur Verteilung gelangt ist. Da die „Gelehrten“ auch bezüglich der Zulässigkeit dieses Brauches uneinig sind, so wäre die Aufnahme einer klaren Bestimmung in das Aktiengesetz sehr erwünscht.

Geradezu notwendig ist ferner eine solche, die den Direktoren verbietet, mit ihren Gesellschaften persönlich Geschäfte zu machen und ein Zuwiderhandeln mit Strafe bedroht, auch wenn dies durch Vermittlung von Strohmännern geschieht. Noch erforderlicher ist es aber, endlich festzusetzen, daß die Zahl der Aufsichtsratsstellen, die eine Person bekleiden kann, auf ein bestimmtes Maß beschränkt werden und daß schärfere gesetzliche Vorschriften bezüglich der durch den Aufsichtsrat auszuübenden Kontrolle erlassen werden.

Aber noch eine andre Frage drängt sich dem gesunden Menschenverstande unwillkürlich auf. Wie ist es möglich, daß jahrelang unter den Augen eines gesetzkundigen Juristen, der als Syndikus Einblick in diese Geschäftshandhabung haben mußte, eine Unsumme von Gesetzesübertretungen vorkommen konnten? Am verwunderlichsten aber erscheint es uns, daß ein solcher Jurist, der für seine Thätigkeit als Syndikus ein großes Gehalt bezogen hat, gesetzlich, wie es scheint, nicht auch zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Der bevorstehende Rücktritt des Frhr. v. Wangenheim

vom Vorsitze des Bundes der Landwirte und von der parlamentarischen Thätigkeit überhaupt, ist der weiteren Oeffentlichkeit erst kürzlich und zufällig zusammen mit der Nachricht bekannt geworden, daß die deutsch-konservative Partei den Major a. D. Strosser (Sohn des als Abgeordneten bekannten Gefängnisdirektors Strosser-Herford) als Parteisekretär angestellt habe. Flugs werden diese beiden Dinge in einen innern Zusammenhang gebracht und allerlei Orakelsprüche daran angeknüpft. Thatsächlich wußten viele Leute, darunter auch wir schon lange darum, daß Herr v. W. am Ende der Legislaturperiode zurücktreten wollte. Aber wozu sollte man darüber in der Oeffentlichkeit sprechen. Bis zu den Wahlen behält Herr v. W. ja noch seine Aemter und die Hoffnung war und ist nicht ausgeschlossen, daß seine schwer ersetzbare Kraft doch noch der Bundessache erhalten bleibt.

Daß aber die Konservativen sich endlich einen Parteisekretär anstellen, der sich als energischer und tüchtiger Mann schon bewährt hat, kann niemand Wunder nehmen und ist von ihrem Standpunkte aus nur zu billigen. In den vielen Jahren, die ein Herr v. Seckendorf jenes Amt bekleidete, hat man von einer organisatorischen Thätigkeit innerhalb der konservativen Partei so wenig verspürt, daß ein sich konservativ nennendes Blatt kürzlich die Meinung aussprach, ein Parteisekretär habe bis jetzt nicht existiert. Der kurze erfreuliche Anlauf, der durch das bekannte Tivoli-Programm bezeichnet wurde, kam leider nur zu bald ins Stocken. Das schöne Programm blieb Druckerschwärze. Auch wir wissen nicht, ob der erwähnte Herr v. Seckendorf heute schon tot ist oder noch lebt, ob er vielleicht vor längrer Zeit zurückgetreten ist und wer sein Nachfolger bis jetzt war.

Ein innerer Zusammenhang zwischen den Rücktritts-Absichten des Herrn v. Wangenheim und der Ernennung eines neuen konservativen Parteisekretärs ist nicht vorhanden, und daß es die Aufgabe des letztern nicht sein kann, wie die dabei interessierten liberalen Parteiblätter verkünden, „eine reinliche Scheidung zwischen dem Bunde der Landwirte und der konservativen Partei herbeizuführen“, wird in einem Artikel der konservativen „Schlesischen Zeitung“ ganz deutlich ausgesprochen.

Auch ein andrer Orakelspruch, daß mit dem Rücktritte des Herrn v. W. die „extreme Richtung“ im Bunde der Landwirte die Führung erhalten werde, ist dunkel und verworren. Die Leitung des Bundes der Landwirte hat sich bis auf den heutigen Tag vorteilhaft vor der Leitung vieler politischen Parteien dadurch ausgezeichnet, daß sie einheitlich und zielbewußt war. Die „Reibungen“ in der Leitung des Bundes sind Phantasie-Gebilde von Zeitungsleuten.

Herr v. Wangenheim hat es in der Vertretung des Bundesprogramms wahrhaftig nicht an Entschiedenheit fehlen lassen und Herr Dr. Rösicke ist darin niemals „extremer“ gewesen als der erstgenannte.

Die Politik des Bundes wird, wie wir sicher annehmen dürfen, auch wenn Herr v. Wangenheim in Jahresfrist seinen Vorsatz ausführt, genau dieselbe bleiben wie bisher. In der deutsch-konservativen Parteileitung aber fürchten wir, wird die entschlossene, charaktervolle Persönlichkeit v. Wangenheims sehr fehlen. In ihm waren die Eigenschaften verkörpert, die eine deutsche und konservative Partei heute haben muß, wenn sie in unsrer furchtbar ernsten Zeit dem Wohle des Vaterlandes nützen soll.

Er hatte stets den vollen Mut der Verantwortung und er wußte mit Geschick den einzigen Weg zu benutzen, der heute vielleicht noch gangbar ist, um ein Wort über die wirkliche Volksstimmung bis zum Throne gelangen zu lassen.

Wenn der neue Parteisekretär der Konservativen seine reformatorische Thätigkeit innerhalb seiner Partei richtig auffaßt, so muß er bestrebt sein, der rückgratfesten Gesinnung dort die Oberhand zu verschaffen. Hinaus mit den Höflingen aus der Volksvertretung. Wir brauchen dort Männer, die mit dem Mute der Wahrheit in Treue dem Reich und ihrem Kaiser und Könige dienen.

Vom Prozesse der Leipziger Bank.

Nachdem am 18. Juli in Berlin das Urteil in dem Prozesse der sog. Spielhagen-Banken gefällt und der Hauptschuldige, der frühere Direktor Sanden zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, wurden am 23. Juli im Prozesse der Leipziger Bank nach fünfwöchiger Verhandlung folgende Urteilssprüche abgegeben:

Die Angeklagten August Heinrich Exner und Albert Dr. Gentzsch sind des betrügerischen Bankerotts in idealem Zusammenhange mit Vergehen gegen Paragraph 314, Abs. 1, der Angeklagte Exner außerdem auch des Vergehens des Betruges in einem Falle schuldig und es wird deshalb der Angeklagte Exner zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und der Angeklagte Dr. Gentzsch zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Angeklagten (Aufsichtsräte der Leipziger Bank) Dodel, Schröder, Mayer, Wölker, Vörster, Dr. Fiebiger und Wilkens sind wegen Vergehens gegen Paragraph 314 Abs. 1, (Verschleierung des Geschäftsberichts) zu Geldstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Heinrich Dodel zu 15000 Mark, die Angeklagten Wilhelm Wölker, Friedr. Alex. Mayer und Georg Schröder zu je 18000 Mark, der Angeklagte Dr. Otto Fiebiger zu 8000 Mark und die Angeklagten Alfred Vörster und Ludwig Wilkens zu je 5000 Mark. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Beide Direktoren, Sanden und Exner, hatten sofort Berufung angemeldet. Exner zog dieselbe aber zurück. Hoffentlich wird da bei Sanden noch etwas nachgeholt. Bei Exner bleibt es also bei der Strafe, wenn ihn auch sein Verteidiger Justizrat v. Gordon aus Berlin als einen Mann von Intelligenz und Zuverlässigkeit (!!!) bezeichnet hat. Gewiß, mit „Zuverlässigkeit" hat er die alte, gute Leipziger Bank zum Bankerott gebracht!

Wie wir über Exner denken, haben wir schon in Nr. 724 der „Deutsch-Sozialen Blätter" ausgesprochen. Es erscheint uns als ausgeschlossen, daß hinter ihm nicht die internationale Großfinanz gestanden hat, die durch den Krach des Jahres 1901 wieder einmal Hunderte von Millionen in ihren Ranbsack gesteckt hat. Solche Spitzbuben aber, wie Hypotheken-Sanden, Treber-Schmidt und Zuverlässigkeits-Exner mit dem „weitausschauenden" Blick, müßten dauernd unschädlich gemacht werden. Schade, daß wir noch keine Strafkolonien haben.

Ueber die milden Strafen der Aufsichtsratsmitglieder gehn die Urteile der Presse auseinander. Gewiß wird man mit den Herren, die zu schieben glaubten und selbst geschoben wurden, das aufrichtigste Mitleid empfinden. Haben doch einige von ihnen ihre Aussagen in der öffentlichen Verhandlung thränenden Auges gethan, haben doch alle sofort erhebliche Opfer von ihrem Vermögen gebracht, indem sie zusammen fünf Millionen Mark in die Konkursmasse gaben. Allein den schweren Vorwurf, daß sie das Vertrauen ihrer Mitbürger nicht verdient haben, müssen sie über sich ergehn lassen.

Ueber die Einrichtung des Aufsichtsrats als solcher äußert sich das „Berl. Tageblatt", dem wir diesmal ausnahmsweise beistimmen müssen, wie folgt:

Die Freisprechung der Leipziger Aufsichtsratsmitglieder — die Geldstrafen kommen einem Freispruche beinahe gleich — bedeutet die schwerste Verurteilung des Aufsichtsrates als Einrichtung. Wenn selbst in einem Falle, in dem die Direktoren einer Gesellschaft wegen betrügerischen Bankrottes zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt werden, die Mitschuld der Aufsichtsrats-Mitglieder vom Gerichtshof als so gering angesehn wird, daß er sie nur mit unbedeutenden Geldstrafen belegt, so wird mit diesem Urteil ausgedrückt, daß der Aufsichtsrat eine inhaltlose Einrichtung darstellt. Und dieser Standpunkt ist, wenigstens für viele Fälle, zutreffend. Das Aufsichtsrats-Wesen ist so, wie es thatsächlich gehandhabt wird, häufig ein Unding. Seinen krassesten Ausdruck findet dies darin, daß manche Persönlichkeiten, die schon von ihrem Hauptberuf so gut wie völlig in Anspruch genommen werden, noch zwanzig bis dreißig Aufsichtsrats-Stellen bekleiden. Jedenfalls besteht das Wesen des Aufsichtsrats oft in andern Dingen, als in dem Namen gesagt ist. In einzelnen Fällen bedeutet der Aufsichtsrat eine Dekoration, ein anders Mal sollen der Gesellschaft durch den Aufsichtsrat geschäftliche Beziehungen zugeführt werden, nicht selten ist es auch nur auf Gewährung und Empfang des Gewinn-Anteils abgesehn. Wäre die Angelegenheit nicht zu ernst, um sie mit Hohn zu behandeln, und würde das nicht eine unberechtigte Verallgemeinerung bedeuten, so schlügen wir statt des Wortes Aufsichtsrat die Bezeichnung Gewinnanteil-Ausschuß vor. Von Aufsicht oder von Rat ist in Wirklichkeit oft nicht die Rede. Das Wort Aufsichtsrat läuft in diesen Fällen auf eine Täuschung hinaus. Deshalb sollte nach einem Ausdruck gesucht werden, der das Wesen des Aufsichtsrats als das bezeichnet, was er in Wirklichkeit ist. Das würde das Publikum einigermaßen davor schützen, seine Anlagen bei einer Aktiengesellschaft für sicherer anzusehn, als sie es thatsächlich sind.

Zum Schluß sei hier noch eine Aeußerung von Harden, die er in seiner „Zukunft" über diesen Prozeß macht, wiedergegeben. Harden läßt zwei „Männer vom Fach" ihre Meinung darüber wie folgt austauschen:

> Ein Glück, daß kein Jude dabei ist! Wir hätten nicht so viele funkelnde Schächtmesser gesehn, aber den Stoß mit ganz andrer Wucht gefühlt. Jetzt konnte Tubal in der Tiergartenstraße schmunzeln: „Andre Leute haben auch Unglück!" Und ich halte die rein arische Uebersetzung der Anklagebank nicht etwa für bloßen Zufall. Wir sind auf dieser Branche, die uns so lange trägt, schon weiter geklettert und wissen ungefähr, was sie an Last schleppen kann, ohne zu brechen.

Das französische Judentum.

Waldeck-Rousseau, der ehemalige französische Minister-Präsident, hat — wie das seit einigen Jahren bei den Leuten Mode ist, die gern von sich reden hören — zur selben Zeit das nordische Meer auf der Jacht eines Schokoladen-Fabrikanten besucht, wo Kaiser Wilhelm sich dort aufhielt. Ganz von ungefähr geschah es denn auch, daß Waldeck-Rousseau eines Tages mit der Kaiserlichen Jacht in irgendeinem Hafen zusammentraf und auf diese Weise eine Einladung zum Diner erhielt. Ja, der Kaiser hat sogar dreimal sich des längern mit dem abgedankten französischen Staatsmann unterhalten.

Das giebt der Judenpresse der ganzen Welt Stoff zu allerhand tiefsinnigen Betrachtungen, die selbstverständlich äußerst günstig für den Mann ausfallen, der den „Märtyrer von der Teufels-Insel" begnadigte.

Wir wollen auch unser Teil zu dieser neuesten Verherrlichung des Dreyfus-Ministers beitragen, indem wir einen Vorfall der Vergessenheit entreißen, der seinerzeit nicht allgemein die nötige Aufmerksamkeit im Deutschen Reiche erregte. Als vor genau drei Jahren Waldeck-Rousseau ans Ruder kam, schrieb die bekannte Wochenschrift „Daheim":

> Aus dem Chaos in Frankreich hat sich wieder ein höchst wunderliches politisches Gebilde, das Ministerium Waldeck-Rousseau, emporgerungen. Als der Präsident Loubet eines Tages in Paris einem Rennen beiwohnte, entstand unmittelbar unter seiner Tribüne eine Schlägerei zwischen gegen ihn demonstrierenden jungen Edelleuten und Dreyfus-Verehrern. Die Polizeikräfte erwiesen sich als durchaus unzureichend, und einer der jungen Herren, ein Graf Christiani, geriet über der Schlägerei in eine solche Wut, daß er auf den unglücklichen Präsidenten eindrang und ihm mit dem Stock den Zylinder eintrieb. Worauf die Presse der Revisionisten in ein fürchterliches Geschrei über die Pflichtvergessenheit der Polizei ausbrach, die nicht zu verhindern gewußt hatte, daß das Staatsoberhaupt mit Schlägen bedroht wurde. Infolgedessen befahl der Ministerpräsident dem Polizeipräsidenten, dafür zu sorgen, daß der Präsident der Republik während der Rennen von Auteuil besser geschützt würde. Der Polizeipräsident setzte sich seinerseits mit dem Militärgouverneur von Paris in Verbindung, und dieser bot ein ganzes Armeekorps auf, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Als Herr Loubet sich zu dem Rennen begab, fuhr er durch ein Spalier von Bajonetten und thronte schließlich in einem Karree von Soldaten wie in der Feldschlacht. Die jüdische Presse aller Länder war zunächst mit diesen Anordnungen ganz einverstanden und pries die Weisheit und Umsicht des Ministerpräsidenten mit vollen Backen. Nun ereignete sich aber etwas überaus Komisches: An dem militärischen Renntage waren nämlich die Sozialisten, die die Juden zum Ueberfluß noch als eine Reserveknüppelgarde aufgeboten hatten, mehrfach über Personen, die sie für Aristokraten hielten, hergefallen. Die Polizei war der verkehrten Meinung gewesen, daß sie auch von Sozialisten ausgehende Exzesse nicht zulassen dürfe, und war gegen das Gesindel eingeschritten. Darob furchtbare Entrüstung im Lager der Sozialisten. Die Juden aber, denen Dupuy nicht energisch genug für ihren Dreyfus eintrat, benutzten die Gelegenheit, thaten sich mit den Sozialisten zusammen und erklärten, Dupuy habe Loubet durch seine Schutzmaßregeln kompromittiert. Und wahrhaftig, das Ministerium Dupuy fiel, und die jüdische Presse aller Zungen verkündete am Dienstag, der von ihr am Montag ob seiner weisen Fürsorge so gepriesene Ministerpräsident habe den Präsident Loubet in der That so kompromittiert, daß sein Sturz ein reichlich verdienter gewesen sei. Es galt nun, ein ganz waschechtes Ministerium von lauter Dreyfus-Anhängern zusammenzubringen, die fest entschlossen waren, durchzusetzen, daß der jüdische Hauptmann von dem neuen Kriegsgericht in Rennes für unschuldig erklärt würde. Das hatte aber, obgleich die Juden Frankreich augenblicklich ganz in Händen haben, doch noch seine Schwierigkeiten, denn es handelte sich um eine Aufgabe, bei der man seine politische Reputation leicht für alle Zeit einbüßen konnte. Auch

steht es garnicht darnach aus, als ob die Franzosen die Herrschaft der Juden dauernd als ein unvermeintliches Uebel hinnehmen und dulden würden. Ein Politiker nach dem andern lehnte es denn auch ab, ein Ministerium zu bilden oder scheiterte frohen Herzens bei dem Versuch. Endlich fand man in dem reichen Rechtsanwalt und Senator Waldeck-Rousseau den rechten Mann. Als intimer Freund der Familie Dreyfus entsprach er der wichtigsten Forderung. Außerdem gilt er für einen Mann, der vorkommendenfalls vor Gewaltthaten gegen seine politischen Gegner nicht zurückschrecken würde. Als seine wichtigste Aufgabe betrachtet er die Freisprechung von Dreyfus, und da die Sozialisten in diesem Punkte den Juden unbedingte Heeresfolge leisten, so schrak er nicht davor zurück, zwei von ihnen, Millerand und Baudin, in das Ministerium zu berufen. Das geschah zum erstenmal, seit die französische Republik besteht, ist aber noch nicht das Merkwürdigste in diesem Ministerium. Die Sozialisten Frankreichs hassen keinen Menschen so sehr, wie den General Marquis de Gallifet*), denn dieser hat sich bei der Niederwerfung der Kommune durch die Versailler durch ganz besondre Rücksichtslosigkeit hervorgethan. Nun war aber der „Schlächter von Versailles" von Anbeginn an ehrlich von der Unschuld von Alfred Dreyfus überzeugt und intimer Freund eines der einflußreichsten Juden Frankreichs, des Herrn Joseph Reinach, mithin bei den Juden sehr gut angeschrieben. Sie beschlossen daher, den angesehenen und als sehr energisch bekannten Mann im Interesse ihres Schützlings zum Kriegsminister zu machen, und der General entschloß sich wirklich dazu, als solcher neben den Herren Baudin und Millerand ins Ministerium einzutreten. Ein Teil der Sozialisten protestierte zwar gegen den „Schlächter" als Kriegsminister, seine Ministerkollegen aber ließen ihn sich gefallen und die Mehrzahl der Partei auch.

Diese Auslassungen erregten den Zorn Israels in gewaltiger Weise. Das „Daheim" war ihm schon lange Zeit ein Dorn im Auge, daß es aber in solch unverblümter Weise die Wahrheit sagen konnte, war doch zu toll. Wie kann man auch heutzutage so unvorsichtig sein und das Wort „Jude" in den Mund nehmen und noch dazu bei einer Gelegenheit, wo man beim besten Willen nicht vom christlichen Germanentum zu sprechen vermag! Das mußte gerochen werden und so legte das Berliner Organ der Alliance Israelite Universelle, das „Berliner Tageblatt" des Herrn Ruben Moses, also los:

> Zu den gefährlichsten Verbreitern aller nur denkbaren reaktionären Anschauungen, gleichviel ob es sich um rein politische, rein gesellschaftliche oder um rein religiöse Fragen handelt, gehört das sogenannte Familienblatt „Daheim", das ursprünglich mit Unterstützung der preußischen Regierung gegründet wurde, um als ein wirksames Gegenstück gegen die liberale „Gartenlaube" verwendet zu werden. Allerdings sind politische, soziale, konfessionelle Erörterungen aus den Spalten des „Daheim" verbannt. Aber die Gesamthaltung dieses Blattes ist eine derartige, daß der konfessionell-positive, sowie der politisch-reaktionäre Geist aus jedem Artikel förmlich herausdampft. Unter einer anscheinend harmlosen Decke verbirgt sich allerhand verdächtiger Inhalt. Das reaktionäre Gift wird auf einem zierlichen Schälchen den ahnungslosen Lesern des „Daheim" vorgesetzt. Allein zuweilen hält diese elegante Mode nicht Stand, und die wahre Natur des erzreaktionären „Daheim" dringt unaufhaltsam durch. Diese in höchstem Maße — tendenziöse, in ihren ursächlichen Motiven durch und durch verlogne Darstellung des doch angeblich so gebildeten und vornehmen „Daheim" steht genau auf dem Bildungs- und Vornehmheitsnivo der erbärmlichsten Antisemitenblättchen gemeinster Observanz. Wir hielten uns für verpflichtet, einmal das wahre, kraß antisemitische Antlitz des „Daheim" dem vollen Tageslichte preiszugeben. Das kann unter Umständen doch recht von Nutzen sein.

Nichts spricht besser für die Interessen-Gemeinschaft des Judentums aller Länder als diese maßlose Schimpferei des „Berliner Tageblattes", sonst könnte dieses Blatt, das sonst alle Schleusen seiner orientalischen Beredsamkeit aufzieht, wenn man es als ein Organ bezeichnet, das alles andre eher vertritt, als die Interessen der Deutschen, unmöglich so aus dem Häuschen geraten über eine derartige berechtigte Kritik des französischen Judentums.

Nach dem Gebahren des Mosseschen Blattes erscheint es gradezu, als sei das „Daheim" das gefährlichste Antisemitenblatt der Welt. Das „Berliner Tageblatt" wird aber bei Kennern des „Daheim" kaum die Meinung erwecken können, daß das wahre Antlitz des' Blattes „kraß antisemitisch" sei. So viel steht freilich fest, daß das weit und breit geschätzte Leipziger Familienblatt nicht judenfürchtig ist und nicht davor zurückscheut, den Juden unter Umständen einmal die Wahrheit zu sagen. Eine Kritik können aber die Juden, wie das Auftreten der Herren in der Jerusalemerstraße zeigt, durchaus nicht vertragen.

So ist es stets und überall und trotzdem sind die Ballin, Geldborger und Levy von Halle nach wie vor die Vertrauensmänner unsrer Regierung.

Der Streit zwischen der „Eisleber Zeitung" und der Berliner „Post",

den wir in Nr. 723 unsers Blattes vor einiger Zeit erwähnt haben, scheint eine, für die „Post" wenig erfreuliche Wendung zu nehmen.

Wir wiederholen zunächst kurz den Thatbestand. Die „Eisleber Zeitung" hatte in einer „freundschaftlichen Anfrage" an die „Post" festgestellt, daß dieses Blatt, das das offizielle Organ der freikonservativen Partei des Reichstages ist, schon seit längrer Zeit mit auffälliger Beharrlichkeit Aufsätze über ungarische Politik veröffentlichte, in denen bei völligem Mangel an Objektivität die auf gewaltsame Unterdrückung des Deutschtums in Ungarn gerichtete Politik der augenblicklich herrschenden magyarischen Gewalthaber verteidigt wurde. Der Verfasser dieser Aufsätze scheute sich sogar nicht, die Deutschen Ungarns deshalb, weil sie, und zwar in durchaus legaler Weise, ihr Volkstum zu bewahren trachten, anzugreifen und sie durch Entstellung von Thatsachen als Hoch- und Landesverräter hinzustellen, sie förmlich der ungarischen Regierung zu denunzieren, die ihrerseits wieder mit Behagen diese Aufsätze des „einflußreichen deutschnationalen Berliner Blattes" gegen die ungarischen Deutschen ausbeutete.

Besonders war es ein Aufsatz der „Post" vom 7. Juni d. J. über den „Pangermanismus in Ungarn" gewesen, der die erwähnte „freundschaftliche Anfrage" veranlaßte. Thatsächlich war die Anfrage aber in einem sehr derben Tone gehalten und um Antwort ersucht, ob die „Post" im Solde der ungarischen Regierung stünde.

Die „Post" antwortete mit einer gerichtlichen Klage, aber die Klageschrift enthielt einen höchst auffälligen Widerspruch mit der in den Spalten des Blattes mehrfach wiederholten Behauptung, daß die ungarischen Artikel, insonderheit derjenige vom 4. Juni (in der Nummer vom 7. Juni) Original-Artikel der „Post" seien. Es heißt nämlich in der Klageschrift:

> Veranlassung zu dem fraglichen Artikel hat, wie der Artikel selbst ausführt, der „Eisleber Zeitung" die Thatsache gegeben, daß in der „Post" des öftern Korrespondenzen veröffentlicht werden, die in Bezug auf die Deutschen in Oesterreich-Ungarn einen Standpunkt vertreten, der sich nicht vollständig mit dem des „Alldeutschen Verbandes" deckt. — Wie fast alle großen Zeitungen, so hat auch die „Post" auf die in Pest erscheinende Korrespondenz „Hungaria" abonniert und sie benutzt hin und wieder entsprechend den Gepflogenheiten der gesamten großen Presse diese Korrespondenz, sofern der Inhalt der Korrespondenz dem politischen Standpunkt der „Post" entspricht.

Unter „Original-Korrespondenz" einer Zeitung pflegt man nicht Aufsätze zu verstehn, die auch jedes andre Blatt, das zufällig die gleiche Zeitungskorrespondenz bezieht oder gratis zugeschickt bekommt, ebenfalls herausschneiden und abdrucken könnte.

Nun veröffentlicht aber die „Eisleber Zeitung" folgende erbaulichen Enthüllungen über die „Hungaria" und ihren Herausgeber:

> Der Herausgeber und Macher der Korrespondenz „Hungaria" ist ein gewisser Bernhard Stern, ein russischer Jude aus der Gegend von Riga. Er kam über Wien an die reichsdeutsche Presse und ging zur Zeit der kretischen Wirren als Vertreter des „Lokalanzeigers" nach Kreta und bald darauf war er als Vertreter des „Berliner

Tageblattes" und dann der Wiener „Neuen Freien Presse" in Konstantinopel thätig. Dort wurde er der türkischen Regierung schließlich so unangenehm, daß sie ihm nach türkischer Sitte eine Jahresrente (bei uns zu Lande nennt man das nüchterner Schweigegeld) auswarf, unter der Bedingung, daß er sich nie wieder in Konstantinopel und auf türkischem Boden zeigen dürfe. Die Rente genießt er auch jetzt noch. Nach seinem Scheiden von Konstantinopel wurde er in der Redaktion des „Pester Lloyd" angestellt, wo man grade einen Leitartikler (!) suchte. Er schrieb dort die ⁄-Artikel. Dann kaufte er die „Korrespondenz Hungaria" an. In dieser Eigenschaft erhält er vom ungarischen Ministerium eine „Subvention" von rund 2000 Gulden und vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Aeußern auch rund 2000 Gulden jährlich. Außerdem läßt er sich von Banken, Versicherungsgesellschaften, Industrieunternehmungen, einzelnen Industriellen usw. — Ungarn ist ja das klassische Land des Revolverjournalismus — nach dem Grundsatz, eine Hand wäscht die andre, „subventionieren". Bedeutende Beträge erhält er auch aus Konstantinopel. Das Verhältnis speziell zur ungarischen Regierung beschränkt sich darauf, daß er die „Subvention" behebt und dafür die ihm vom Ministerium zugehenden Nachrichten und Aufsätze durch die „Hungaria" verbreitet, wobei besonders Gewicht auf die reichsdeutsche Presse gelegt wird. Sein Verhältnis zu dieser besteht nun darin, daß er deutschen Zeitungen, besonders auch kleinern Blättern, seine Korrespondenz „Hungaria" unentgeltlich zusendet. Sein einziger regelmäßiger Abnehmer ist, oder genauer war bis in die allerletzte Zeit die „Post".

Es ist allerdings starker Tabak, daß das offizielle Blatt der „Deutschen Reichspartei" die von einer ausländischen Regierung bestellten und bezahlten Angriffe gegen unsre Volksgenossen in Ungarn als Original-Artikel abdruckt, weil „deren Inhalt", so heißt es in der Klageschrift, „dem politischen Standpunkt der ‚Post' entspricht."

Uns thut es in der Seele weh, daß ein Blatt, das auch heute noch in der Judenfrage die alten guten Ueberlieferungen befolgt, die einst unter dem klugen Chefredaktör Kayser maßgebend waren, sich von einem russischen Schmock derartiges einblasen läßt.

Da wird wohl nur Einführung frischen Blutes in die Schriftleitung helfen. Die „Eisleber Zeitung" aber hat sich unzweifelhaft den Dank der nationalgesinnten Deutschen dadurch verdient, daß sie diese Angelegenheit zum Austrage bringt.

Eine amtliche Liste der lebenden Inhaber des Eisernen Kreuzes

sollte das Kriegsministerium baldigst veröffentlichen. Der Jude Bier hat sich erwiesenermaßen als Inhaber des Eisernen Kreuzes gegenüber dem General-Oberst v. Loë aufgespielt und so wie er, werden es vermutlich noch eine ganze Anzahl andrer Juden machen. Man trägt gelegentlich das überall käufliche Kreuz en miniature oder auch nur das schwarzweiße Bändchen. Dabei läuft man kaum Gefahr, denn wer kommt auf den Gedanken, die Berechtigung des Trägers zu prüfen.

Eine geraume Zeit nach den Befreiungskriegen fühlten die Juden auch das Bedürfnis, sich als Helden aufzuspielen. Ein jüdischer Oberlehrer in Frankfurt (Main) gab ein Buch heraus, worin u. a. behauptet wurde, bei Belle-Alliance seien gegen 50 jüdische Landwehroffiziere gefallen (die Zahl ist uns im Augenblick nicht genau erinnerlich, wir werden sie gelegentlich feststellen und mitteilen). Diesem Schwindel machte das preußische Kriegsministerium ein Ende, indem amtlich mitgeteilt wurde, daß bei Belle-Alliance überhaupt nur dreizehn Landwehroffiziere gefallen seien. Davon waren zwölf die Träger altpreußischer Adelsnamen. Der Dreizehnte aber hieß Meißner, war aber auch kein Jude.

Die gleiche Tendenz der Juden mit militärischen Leistungen zu prahlen ist auch in dem letzten Jahrzehnt mehrfach hervorgetreten. Das Blatt der Judenschutztruppe erinnert daran, indem es in einem Artikel über Moses Bier auch folgendes schreibt:

> Die vor sieben Jahren von dem „Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe" herausgegebne Schrift „Die Juden als Soldaten" brachte eine Liste von Juden, die das Eiserne Kreuz oder die entsprechenden Dekorationen der andern deutschen Bundesstaaten erhalten haben. Diese Liste mit ihren in den „Mitteilungen" veröffentlichten Nachträgen enthält 363 Namen. Nun vergegenwärtige man sich, daß diese Liste auf dem Wege einer rein privaten, durchaus unzureichenden Enquête zusammengestellt wurde, daß somit die Feststellungen nicht entfernt erschöpfend sind. Man vergegenwärtige sich ferner, daß die Zahl der dekorierten Offiziere weit größer ist, als die der Mannschaften, und daß innerhalb des Offizierkorps, die Militärärzte abgerechnet, die Juden fast garnicht vertreten waren. Nun konnten auf Grund des lückenhaften fragmentischen Materials nur 4700 jüdische Soldaten eruiert werden, die an dem Feldzuge teilnahmen; ihre thatsächliche Ziffer war weit größer. Legt man aber auch nur die konstatierte Zahl der Kombattanten und der Dekorierten zu Grunde, so ergiebt sich die bedeutsame Thatsache, daß von 4700 jüdischen Soldaten 363, also von 13 immer einer, während in der ganzen Armee nur der vierzigste Soldat ausgezeichnet wurde, daß somit die Zahl der Juden, die 1870/71 das Eiserne Kreuz sich erworben haben, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht nur nicht kleiner, sondern größer ist, als die der Nichtjuden! Und angesichts dieser ziffernmäßigen Feststellung — die sich, wie immer betont sei, mit Hilfe einer wirklich erschöpfenden Enquête noch wesentlich günstiger gestalten würde — erdreistet man sich, die jüdischen Soldaten zu verlästern

Glaubt das Rickertsche Schutzblättchen wirklich, daß ein vernünftiger Mensch auf diese „private Enquête" hineinfallen wird.

Die ganze „Enquête" ist Schwindel. In der Zahl der angeblichen 363 jüdischen Kreuzritter stecken eine Menge Dekorierter nach Art von Moses Bier. Auch die Zahl von 4 700 jüdischer Feldzugsteilnehmer ist falsch und übertrieben. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß in einem von einem Rabbiner in Frankfurt (Main) herausgegebnen Buche, das wohl im wesentlichen der sogenannten „Enquête" las Grundlage gedient hat, einfach alle Juden, die im Jahre 70/71 ihrer Wehrpflicht genügten, als Kriegsteilnehmer bezeichnet worden sind. Thatsächlich ist aber ein sehr hoher Prozentsatz davon wegen soldatischer Minderwertigkeit bei den Ersatzbataillonen zurückgelassen worden.

Noch auf eine andre Fälschung in der famosen Rickertschen „Enquête" sei hier hingewiesen. Es wird in dem obigen Ausschnitt aus den „Mitteilungen der Judenschutztruppe" von Juden gesprochen, die „das Eiserne Kreuz oder die **entsprechenden Dekorationen** der andern deutschen Bundesstaaten erhalten haben.

Bekanntlich wurde das Eiserne Kreuz an die Angehörigen des deutschen Heeres ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit verliehen. Eine ihm entsprechende Dekoration gab es nicht. Die Bundesstaaten verliehen ihre Kriegsdekorationen nebenher und in der Zahl 363 angeblicher jüdischer Inhaber des Eisernen Kreuzes sind wahrscheinlich auch noch eine nicht kleine Anzahl von jüdischen Leuten, die ein reußisches, waldeckisches, weimarisches oder andres Ordenszeichen sich zu verschaffen gewußt haben.

Und auf Grund solchen Zahlenschwindels „erdreistet" man sich, um den Ausdruck der „Mitteilungen" zu gebrauchen, dem deutschen Volke vorzureden, daß sich die Juden im großen Kriege in weit höherm Maaße ausgezeichnet hätten als die deutschen Soldaten! Aber eine amtliche Aufdeckung dieses Schwindels ist jetzt, in der Aera Ballin, kaum zu erwarten.

Konsumvereine und Behörden. Nach der Ansicht nicht weniger Sozialpolitiker sind die allgemeinen Konsumvereine stets schädlich, da sie mit zu den Totengräbern des reellen Kaufmannsstandes gehören, sie also genau wie die Warenhäuser einen Teil der selbständigen Existenzen des Mittelstandes hinabstoßen helfen ins Proletariat und sie damit reif machen für

die Anschauungen der Sozialdemokratie. Beamten sollte darum niemals die Mitgliedschaft derartiger Vereine gestattet werden, zumal die gebotnen „Vorteile" in den allermeisten Fällen darin bestehn, daß es für bares Geld minderwertige Ware giebt. Bisher hat sich im Deutschen Reiche aber noch keine Behörde zu diesem wirtschaftlich gerechtfertigten Standpunkte aufschwingen können. Man hat im Gegenteil die Gründung von Beamten-Konsumvereinen sogar offiziell unterstützt. Seltsamerweise finden indes jetzt auch einzelne Behörden die Konsumvereine gefährlich, sobald diese unter sozialdemokratischer Leitung stehn. Die Kgl. preußische Eisenbahn-Direktion zu Altona (Elbe) erließ nämlich nachstehende Verfügung:

> Es hat sich herausgestellt, daß die Leitung und Verwaltung des „Konsumvereins für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend zu Harburg" sich ausschließlich in den Händen von Personen befindet, die sich zur Sozialdemokratie bekennen und den sozialdemokratischen Charakter des Vereins offen nach außen bethätigen. Wie allen Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung bekannt ist, verträgt sich die Zugehörigkeit zu einem derartigen Verein nicht mit den von ihnen gegenüber der Staatsverwaltung übernommnen Pflichten. Wir untersagen daher, zugleich auch im Namen der Königlichen Eisenbahndirektion Münster, allen Bediensteten der Staatseisenbahnverwaltung die Beteiligung an dem „Konsumverein für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung zu Harburg", und fordern diejenigen Bediensteten, die gegenwärtig dem Verein angehören, auf, die Mitgliedschaft noch vor dem 1. Juli d. J. schriftlich mit eigenhändiger Unterschrift zu kündigen.

So sehr wir diese Anordnung billigen, müssen wir doch fragen, ob das, was den Postkonsumvereinen, dem Offiziers- und Beamten-Warenhause recht ist, nicht dem Konsumverein billig ist, der zufällig unter die Leitung von „Genossen" geraten ist?

Die sittlichen Schäden der Warenhäuser beschreibt uns eine Frau folgendermaßen: Die großen Warenhäuser bedürfen ein Heer von Angestellten; die Hauptzahl stellen wohl die weiblichen. So lange diese im Elternhause wohnen, ist — wenigstens außerhalb Berlins — das Schlimmste von diesen Mädchen abzuwenden. In Berlin wird der Standpunkt schon schwierig, wenn die Mädchen wohl beim elterlichen Haushalt leben, sich aber jeder Autorität entziehn. Ich schicke für die fernern Angaben die Bemerkung voraus, daß sie meinen persönlichen Beobachtungen entsprechen. Es war für mich eine qualvolle, aber auch lehrreiche Zeit, die ich da verlebte; sie brachte mir den Einblick in Familienverhältnisse, in Frauenleben und Begriffe, die mir bis dahin ganz fremd geblieben waren, und ich habe doch ein großes Stück Welt gesehn. Die Töchter solcher Familien, wo jedes darauf wartet, daß sie verdienen, sind frühe selbständig. Das ist natürlich, — daß sie aber die elterliche Autorität nicht anerkennen, das ist schlimm. Sie stellen die Bedingung, nur dann im elterlichen Hause zu bleiben, d. h. eine gewisse Summe abzugeben, wenn sie abends nach Belieben ausbleiben können, einen Hausschlüssel bekommen. Die Bedienstete eines Warenhauses hat zur bestimmten Stunde abends frei, ebenso die Sonntage. Diese nützt sie ganz nach eignem Ermessen und Willen aus. Die Gehälter sind im Anfange sehr gering: 15 Mark für den Monat. In manchen Geschäftshäusern steigen sie nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses und der Leistungen bis zu 150 Mark. In den meisten aber bilden 40 bis 60 Mark das Gehalt, mit dem diese Mädchen jahrelang abgefunden werden. Wollen sie Aufbesserung, wird ihnen gekündigt. Daß ein Mädchen in einer Großstadt mit diesem Gehalt nicht die Ansprüche an die Garderobe, die es haben muß, und auch an richtige Lebenshaltung befriedigen kann, liegt auf der Hand. Die mangelhafte Erziehung, die Frühreife der Großstädterin, die Vergnügungssucht, die immer mehr zunimmt, gefördert durch die schamlosen Variété-Theater und die Tingeltangel, und noch schamlosere Bücher, denen immer noch kein Ende bereitet wird, alles wirkt zusammen zur Untergrabung der Sittlichkeit. Ich muß mir versagen, nähere Angaben zu machen. Das eine wird genügen, daß die freie Liebe als Naturgesetz behandelt wird, daß Scham selbst den Eltern gegenüber ein ganz fremdes Gefühl wäre. Hier wäre Abhilfe dringend nötig. Es jammert einen dieser vielen Tausende.

Ein „Ordnungskartell" im Königreich Sachsen soll, wie ein kleines sächsisches Blatt zu melden weiß, geplant werden und gute Aussichten für Verwirklichung haben. Danach sollen Konservative, Nationalliberale, Bund der Landwirte und Reformer für die nächsten Reichstagswahlen zusammengehn wollen. Man habe die Verhandlungen „mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit" aber bis zum September vertagt.

Die „Deutsche Zeitung" des Herrn Dr. Friedrich Lange bricht ob dieser entfernten Aussicht, daß sich irgendwo in Deutschland etwas ähnliches verwirklichen könnte, wie es Herr Lange in seinem Reichswahlverbande erstrebt, in helles Entzücken aus und schreibt: „Hoffentlich findet dieser hocherfreuliche Vorgang baldigst allenthalben Nachahmung."

Wir sehn auf Grund unsrer Kenntnis der parteipolitischen Verhältnisse im Königreiche Sachsen die Sache mit etwas andern Augen an, und wenn überhaupt etwas wahres an der ganzen Sache ist, werden sich schon im kühlen Monat September die Schwierigkeiten herausstellen, die man bei der Juli-Temperatur übersehn hat.

Erstens scheint uns die Sache deshalb unwahrscheinlich, weil vor wenigen Monaten die Reformer auf einem Parteitage beschlossen haben, eine Anzahl von sächsischen Wahlkreisen anzugreifen, die heute in konservativem und nationalliberalem Besitz sich befinden. Nachdem dies s. Zt. in den Zeitungen bekannt gemacht ist, kann die Leitung der Reformpartei doch nicht von heute zu morgen ihren Plan ändern und sich einer Kartellpolitik zuwenden, die weit über das hinausgeht, was als „Liebermannsche Taktik" sonst erbittert bekämpft wurde.

Die Reformpartei in Sachsen hat ferner nach dem Verlust des den Nationalliberalen unrühmlich von den Sozialdemokraten entrissnen Wahlkreises Döbeln-Rossen öffentlich den festen Entschluß ausgesprochen, diesen früher gut antisemitischen Kreis nunmehr den Sozialdemokraten wieder abzunehmen. Wir müßten es im Interesse der Sache außerordentlich bedauern, wenn auch dieser Plan einem Wahlbündnisse mit den Nationalliberalen geopfert würde.

Wir halten aus diesen und noch einigen andern Gründen die ganze Nachricht über das Ordnungskartell im Königreiche Sachsen lediglich für einen Versuchsballon, den man von nationalliberaler Seite aufsteigen läßt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Nach der letzten ungarischen Volkzählung wohnen in den siebenbürgisch-sächsischen Städten 45 541 Deutsche. Sie verteilen sich auf die Städte Kronstadt (10 644 von 34 541 Einwohnern), Hermannstadt (16 141 von 26 077), Bistritz (5 887 von 10 873), Schäßburg (5 462 von 10 868), Mediasch (3 833 von 7 956) Mühlbach (2 258 von 7 770), Sächsisch-Reen (2 939 von 6 552) und Broos (1 321 von 6 934). In diesen Städten sind die Sachsen durch Intelligenz im Uebergewicht gegenüber den andern Nationalitäten. In den siebenbürgischen Komitaten überhaupt wurden insgesamt 233 019 Deutsche gezählt; sie weisen trotz der Auswandrung, die in einzelnen Komitaten bedenklich zugenommen hat, eine nicht unwesentliche Vermehrung auf. Die Hauptmasse des ungarländischen Deutschtums (das, die Siebenbürger Deutschen mitgerechnet, insgesammt ungefähr zehnmal soviel ausmacht, als diese) lebt im Banat, in der Batschka, in Westungarn (Komitate Oedenburg, Preßburg, Eisenburg und Wieselburg) und in Slawonien.

Mosaik.

Zu einer schärfern Kontrolle der Ausländer fordert der Regierungspräsident zu Oppeln die Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte seines Bezirks auf. In dem Erlaß wird

darauf hingewiesen, daß sich im Regierungsbezirke und insbesondre in den Grenzkreisen vielfach jüdisch-polnische aus Rußland und Galizien stammende Gewerbetreibende ohne ausreichende Legitimation andauernd aufhielten. Diese hätten augenscheinlich die Absicht, sich dort allmählich festzusetzen.

Der Jude als Förderer der Kunst. Der Bildhauer Josef von Hopf erzählt in seinen „Lebenserinnerungen“, daß er am 15. August 1864 von Baden nach Frankfurt (Main) gereist sei. „Hier sprach ich auch bei Rothschild vor, der für eine Nische in seinem Palaste eine Figur wünschte und sich deshalb an (den mit Hopf in Rom wohnenden württembergischen) Konsul Kolb gewandt hatte, der ihm den Vorschlag machte, mir den Auftrag zu übergeben. Es sollte ein Gegenstück zu einer Figur von Tanerani (einem italienischen Bildhauer) sein. Ich hatte eine Zeichnung gefertigt, die ich ihm mit einem Schreiben von Kolb überbrachte. Rothschild empfing mich in seinem Arbeitszimmer, aufrecht stehend (!) und kaum den Kopf auf den Brief und die Zeichnung neigend. (!) Dann sagte er: ‚Die Zeichnung gefällt mir nicht übel. Sie wissen, es soll das Gegenstück zu einer Figur von Meister Tanerani werden. Was würde es kosten, in Marmor schön ausgeführt, aber ohne Flecken, merken Sie sich das, ohne Flecken!‘ — ‚8000 Franken.‘ — ‚O! So viel habe ich Tanerani nicht bezahlt!‘ — ‚Verzeihen Sie, Herr Baron, Sie irren sich gewiß, Sie zahlten Tanerani wohl das Doppelte.‘ — ‚Die Figur, wie Sie wissen, kommt in eine Nische, rückwärts braucht sie nicht ganz vollendet zu sein. Was würde sie dann kosten?‘ — ‚Nun ja! Wenn der Herr Baron eine halb fertig gemachte Figur wünschen, so kann ich sie auch zu 6000 Franken liefern.‘ — ‚Nun gut, so bleiben wir bei 6000 Franken. Aber nicht wahr, es ist doch auch in Ihrem Interesse, wenn Sie die Figur etwas mehr rückwärts ausführen. Sie könnte doch auch einmal freigestellt werden.‘ — ‚Gewiß. Aber dann kostet Sie wieder 8000 Franken.‘ — ‚Darüber werd' ich mich besinnen und Herrn von Kolb Nachricht geben.‘ —

Es kam aber nie eine Nachricht.“

Die Reellität der Warenhäusler. Die Vorsitzenden der „Vereinigung der Berliner Mitglieder des Börsenvereins“ und des „Berliner Sortimenter-Vereins“ geben bekannt: „Wir haben festgestellt, daß Werke, die von einem Arthur Heene, Berlin SW., Hagelsbergerstr. 49 wohnhaft, unter der Firma: Universal Reise-Büro Karl Liersch u. Co., Berlin W., Königgrätzerstr. 123, verlangt wurden und ausgeliefert sind, im Bazare H. Tietz zum Verkauf gelangten. Firma Karl Liersch u. Co. existiert im Hause Königgrätzerstraße 123 nicht.“

Wenn sie also auf ordnungsmäßigem Wege nichts erlangen können, benutzen die „großen“ Bazare obskure Hintermänner.

Der Eierhandel in den Großstädten liegt fast vollständig in den Händen von Juden, die die Ware waggonweise aus Galizien beziehn. Aus Berlin haben wir vor längerer Zeit die entsprechenden Angaben gebracht. Jetzt liegen sie auch aus Wien vor. Das Verzeichnis der Mitglieder des „Wiener Vereins der Eierhändler“ enthält nämlich folgende Namen: Moritz Medal, Siegfried Reichenfeld, Adolf Löwenstein, S. L. Schloßberger, Jakob Sonnenschein, Moritz Hartmann, Ignaz Patacky, Karl Gloß, Baruch Weißmann, Isidor Elefant, Samuel Abeles, Max Faden, Adolf Buch, Moritz Altmann, Hirsch Aussenberg, Eduard Goldfeld, S. Reiger, Nathan Quadratstein, Emanuel Elias, Adolf Rosenbusch, Leopold Brum, Rudolf Tennenbaum, Jakob Sassower, Ignatz Weinstängel, Alexander Simon, F. Fuchs, Rubin und Steinberger, Alexander Bernstein, Adolf Lehrer, Josef Baud, Moritz Almasi, Max Großfeld, Jakob Hungerleider, P. Ehrlich.

Die einzige nichtjüdische Firma ist die der Brüder Seyferth!

Vom Verdingungs-Unwesen. Für eine vom Hamburger Staat ausgeschriebne hölzerne Einfriedigung von 1473 Meter Länge sind neun Angebote eingelaufen, die von 4066 bis 10300 Mark fordern. —

Um den Abbruch einer hölzernen Brücke im Hamburger Ausstellungspark bewarben sich sechs Firmen, von denen die billigste die Arbeit für 445 Mark besorgen will, während die teuerste es nicht unter 3700 Mark bewerkstelligen zu können glaubt.

Sind die Juden Deutsche? Wir erhalten von dem Landrabbiner Dr. Prager (Kassel) zur Zeit in Herrenalb (Württemberg) nachstehende „Berichtigung“:

> In Nr. 726 vom 17. Juli 1902 wird berichtet, daß „jüngst im Kasseler Judentempel der Rabbiner vor versammelter Gemeinde“ gesagt habe: „Wir müssen die Gesetze dieses Landes erfüllen, dürfen aber nie vergessen, daß wir hier ein fremdes Volk sind“. Da außer mir ein Rabbiner in Kassel nicht vorhanden ist, die angeführte Mitteilung demnach nur auf mich Bezug haben kann, so erkläre ich hiermit, daß der erwähnte Bericht seinem ganzen Inhalte nach vollständig unwahr und erfunden ist.

Die „Berichtigung“ scheint Herrn Dr. Prager von andrer Seite vorgeschrieben zu sein. Trotzdem ihre Form nicht im geringsten den Anforderungen des Preßgesetzes, auf das sich Herr Dr. Prager natürlich beruft, entspricht, nehmen wir keinen Anstand, sie zum Abdruck zu bringen. Gleichzeitig geben wir insofern einen Irrtum zu, als wir den Einsender der Mitteilung in Nr. 726 dahin verstanden zu haben glaubten, als ob der Vorfall sich erst jetzt zugetragen hätte. Thatsächlich liegt die Sache anders. Wir halten die Behauptung aufrecht, daß Herr Prager in einer Predigt im Kasseler Juden-Tempel einen Ausspruch der von uns mitgeteilten Art gethan hat und zwar geschah dies beim Laubhütten-Fest vor acht bis zehn Jahren.

Wir sind infolge der „Berichtigung“ des Herrn Dr. Prager in der Lage, den annähernd genauen Wortlaut der betreffenden Predigtstelle zu bringen. In Rücksicht auf einige anwesende jüdische Soldaten, jedenfalls durch deren Gegenwart dazu angeregt, sagte er der versammelten Gemeinde ungefähr folgendes: „Ihr müßt in allen Lebenslagen Eure Pflicht thun, Euern Dienst erfüllen, überall wo Ihr seid, doch müßt Ihr auch stets dessen eingedenk sein, daß Ihr zum auserwählten Volke Israel gehört, daß wir immer noch in Zelten wohnen.“

Der betreffende christliche Zuhörer ist durchaus nicht als Kundschafter in den Tempel gegangen, sondern lediglich, um einmal einen Rabbiner predigen zu hören. Jene Persönlichkeit ist nicht einmal antisemitisch, sondern gradezu judenfreundlich. Um so überraschender wirkten auf sie die bewußten Worte, um so fester prägten sie sich ihr ein. Sie gewann daraus den Eindruck, daß hier eine jüdische Autoritäts-Person die Gemeinde auf ihr besondres Volkstum aufmerksam machte. Der Wortlaut ist doch vollkommen eindeutig und läßt eine rein religiöse Deutung keinesfalls zu. Nichtsdestoweniger wird man wohl derartige Verdrehungs-Versuche machen. Auch der Umstand, daß der Vorfall einige Jahre zurückliegt, spricht eher zu Ungunsten des Judentums. Also nicht erst die langjährigen „Verfolgungen“ von antisemitischer Seite, nicht der später entstandene Zionismus haben jenen Ausspruch gezeitigt; er gab nur die Grund-Anschauung, die seit vielen Jahrhunderten im Judentum lebt, ganz unverhüllt der Oeffentlichkeit preis. Herr Prager hätte also besser gethan, unsre Mitteilung schweigend hinzunehmen.

Als Gemeinheit müßt Ihr den Rausch verdammen,
Mag er von Sekt oder Brantwein stammen.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 6.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 31. Juli 1902. Nr. 728.

Ein Wahlkniff oder die „ollen ehrlichen" Sozialdemokraten.

In der vorigen Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter" ist von einer in Schmalkalden vor kurzem abgehaltenen Versammlung berichtet, in der ein Sozialist über „die Notwendigkeit der Gewerbegerichte" sprach. Einer öffentlichen Herausforderung folgend war ich zur Versammlung erschienen und ergriff gleich nach dem Redner das Wort. Schließlich überraschte ich die Herren Genossen mit dem Vorschlage einer Entschließung, die dann einstimmig angenommen wurde. Dann bat ich, in den Kasseler Arbeiterzeitungen einen **wahrheitsgetreuen** Bericht zu bringen, damit die dortigen Arbeiter erfuhren, welche soziale Anschauungen der deutschsoziale Reichstagskandidat habe. Die „ollen ehrlichen" Sozialdemokraten versprachen einen solchen Bericht und haben dies Versprechen gehalten. Aber wie?! Für jeden nationalen, überhaupt für jeden vernünftig denkenden Mann, der diese Berichte liest, weiter nichts von der Angelegenheit weiß und an die Ehrlichkeit der Sozialdemokraten glaubt, bin ich mit diesen Berichten gerichtet, bin ich als Reichstagskandidat unmöglich. Als wenn ich so was geahnt hätte! Ich hatte aber einen mir bekannten Herrn um Nachstenographieren meiner Worte gebeten und bin nun in der Lage, an der Hand dieses Stenogramms die Perfidie der Gegner aufzudecken.

1. Meinem Namen fehlt zwar noch das Beiwort „Genosse", aber die ganze Darstellung ist so, als wenn ich zu ihnen gehörte. An keiner Stelle wird meiner Gegnerschaft erwähnt, im Gegenteil ich sprach „im Sinne des Redners".

2. Die tadelnden Worte, die ich gegen die Redner erhob, werden **völlig verschwiegen**, z. B.:

a. Die an mich ergangne öffentliche Herausforderung nannte ich „unpassend und ungehörig". Einer der Vorsitzenden hat sich dann auch öffentlich ausdrücklich entschuldigt.

b. Ich machte laut und deutlich den Unterschied zwischen den „drastischen Angriffen gegen Bürgermeister und Magistrat", die „übertrieben und nicht zur Sache gehörig" seien, „dem sozialistischen Beiwerke, das wohl für eine Volksversammlung praktisch wäre, aber mit dem Gewerbegerichte nichts zu thun habe" und den sachlichen Worten über die Gerichtserrichtung. Diesen letztern trat ich bei, allerdings mit einer Reihe von Aussetzungen. In dem Berichte heißt es: „Die Ausführungen des Redners zumteil ergänzend".

c. Ich tadelte, daß Redner bei dem Vortrage völlig „einseitig" gewesen wäre, alles nur „von Arbeiter Seite" besprochen hätte. Er entschuldigte sich nachher ausdrücklich damit, daß er geglaubt habe, nur von Arbeitern zu sprechen.

d. Ich tadelte, daß Redner zu wenig über den Inhalt des Gesetzes gesprochen habe. Bei der mannigfachen Unkenntnis darüber sei das nötiger gewesen, als die allgemeinen Auseinandersetzungen. Er entschuldigte sich ausdrücklich damit, daß dann der Vortrag zu lang geworden wäre.

e. Ich wies die Angriffe gegen die Gerichte zurück, indem ich sagte: „Am meisten hätten mich die Angriffe auf die Amtsgerichte verletzt. Ich sei in Schmalkalden die Krähe, von der Redner gesprochen habe: ‚Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus', aber ich wüßte, daß die Behauptung, bei den Arbeitern fehle das Vertrauen zum Gericht, unrichtig sei. Wenn man mit dem Arbeiter nur einmal unter vier Augen **außerhalb** solcher Volksversammlungen spricht, sagt er einem, daß jene sozialistische Behauptung falsch ist." Was sagt nun der Lügenbericht: „Mit Recht, so führt Herr Lattmann aus, habe Redner hingewiesen auf die Entrechtung eines großen Teils der Arbeiter, die bei den Amtsgerichten nicht klagen können und infolgedessen Unrecht erleiden müssen." — Es ist wirklich eine gradezu bodenlose Gemeinheit, die Sache so auf den Kopf zu stellen. Hätte ich das gesagt, wäre ich nicht mehr wert, Richter zu sein. Ich glaube, daß selbst die vorgesetzten Behörden gegen einen Beamten, der solche Worte sagt, einschreiten müßten.

f. Ich tadelte, daß Redner gänzlich die wertvolle Bestimmung des Gesetzes vergessen habe, wonach das Gericht auch Gutachten abgeben und Anträge in gewerblichen Fragen stellen könne. „Wie segensreich ist es, wenn Arbeitgeber und Arbeiter einmal gemeinsam so etwas beraten. Manchem Arbeitgeber wächst dadurch das Verständnis für soziale Sachen und für den Arbeiter wird klar, inwieweit seine Forderungen praktisch möglich und inwieweit sie unberechtigt sind". — Der Vortragende entschuldigte sich ausdrücklich, daß er diese Seite der Gesetzesbestimmungen gänzlich vergessen habe.

3. Verschwiegen wird, daß die Sozialisten ausdrücklich zugaben, ihrerseits eine Entschließung vorbereitet zu haben. Infolge des allgemeinen Beifalls, den ich erntete, war die Annahme der meinigen als höher vorauszusehen. Sie erklärten, sie ließen die ihrige fallen. Die Heuchler! In dem Bericht wird es so hingestellt, als wenn ich einen sozialistischen Antrag gestellt hätte. Von ihrer Entschließung schweigen sie ganz.

4. **Unterdrückt** sind folgende, fettgedruckte Worte meiner Entschließung: „wir . . . fordern den Magistrat auf, baldigst dem Antrage auf Errichtung eines Gewerbegerichtes, **der in der vom evangelischen Arbeiterverein und Gewerbeverein einberufenen Versammlung gestellt ist**, stattzugeben."

Es ist recht bezeichnend, daß diese Worte unterschlagen werden. Den Arbeitern darf ja nicht gesagt werden, daß die ganze Gewerbegerichtssache in Schmalkalden vom evangelischen Arbeitervereine und dem aus Arbeitgebern bestehenden Gewerbevereine betrieben ist. Durch Beseitigung dieses Satzes wird ja auch dem Amtsrichter Lattmann jeder Schein, daß er nicht sozialistisch ist, genommen.

Der Zweck des unwahren Berichts ist klar. Ich soll für weite Kreise der Bevölkerung des Wahlkreises Kassel als Kandidat unmöglich gemacht werden. Dort sind viele Beamte, die mit Recht sich weigern würden, einen Richter, der so aufgetreten wäre, zu wählen, viele nationalgesinnte Männer, die einen solchen Genossen niemals mehr die Hand reichen könnten. Die Unterstützung seitens der Konservativen usw. wäre unmöglich. Der Bericht wird dann auch so ausgenützt werden, wahrscheinlich auch von den Liberalen. Deshalb wäre ich allen Gesinnungsgenossen dankbar, wenn sie den Versammlungsbericht aus der vorigen Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter", den ich übrigens nicht geschrieben habe, und diese Beleuchtung der „ollen ehrlichen" Sozialdemokraten im Wahlkreise möglichst verbreiten, namentlich den nahestehenden Parteien und Gruppen zusenden wollten. Vielleicht würde sich auch eine Kasseler Zeitung zur Aufnahme des Berichtes und dieser Beleuchtung bereit finden.

Lattmann (Schmalkalden),
Amtsrichter.

In eigner Sache.

Ein Leipziger Nachrichtenbüro hat die Ente aufflattern lassen, daß Dr. Rösicke anstelle des Herrn v. Wangenheim rücken und ich zweiter Vorsitzender des Bundes der Landwirte werden sollte.

Vor einer Reihe von Jahren hatte man, die ebenso völlig aus der Luft gegriffne Nachricht in die Welt gesetzt, ich sei

für die Direktorstelle des Bundes der Landwirte ausersehn, und einige Wochen später hieß es dann, diese Absicht sei an dem entschiednen Widerspruche des Vorsitzenden der konservativen Partei, des Herrn von Manteuffel gescheitert.

Damals war jene Lüge mit der Absicht verbreitet, die Bündler mit den Konservativen und Antisemiten zu verhetzen. Da eine ähnliche Tendenz auch diesem neusten Hundstags-Erzeugnis innewohnen dürfte, so erkläre ich hiermit, daß ich es für einen groben Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand ansehn würde, wenn ein Nichtlandwirt Vorsitzender des Bundes der Landwirte werden wollte.

Wie wenig der Züchter der letzten Ente übrigens mit den Verhältnissen im Bunde der Landwirte Bescheid weiß, zeigt die Redewendung vom „zweiten Vorsitzenden". Die beiden Vorsitzenden sind thatsächlich gleichberechtigt.

Gr.-Lichterfelde, 28. Juli 1902.

Liebermann von Sonnenberg.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden. Nunmehr ist noch eine für Anfang August in Heidelberg geplant.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, auch an dieser letzten Veranstaltung teilnehmen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $1/2$9 Uhr.

Verband Nordmark. Unter der Leitung des Herrn Henningsen (Hamburg) werden Versammlungen stattfinden am 31. d. M. in Bückeburg (Ratskeller); am 1. August in Stadthagen (Ratskeller); am 2. August bei Gastwirt Krömer in Niederwöhren; am 3. August nachmittags bei Gastwirt Ackmann in Warber; abends bei Gastwirt Hansing in Gelldorf; am 4. August bei Gastwirt Schöttelndreyer in Sülbeck; am 5. August in Hagenburg (Ratskeller; am 6. August in Steinhude (Ratskeller). In sämtlichen Versammlungen spricht Graf Reventlow (Wulfshagen) über die Aufgaben des neuen Reichstages. —

Das Stiftungsfest des Verbandes wird am 10. August in Altenwerder gefeiert werden. —

Am 13. d. M. hielt der Verband in Wakendorf und Stuvenborn (Holstein) Versammlungen ab; in denen Herr Henningsen (Hamburg) eingehend die wirtschaftliche Lage besprach.

Verband Westmark. Auf Veranlassung mehrer Herren sprach am 24. Juli Herr Verbandssekretär Amthor (Gelsenkirchen) über: „Die Aufgaben und Ziele der Deutschsozialen Partei" in Werne (Bez. Arnsberg). Der beinah zweistündige Vortrag fand lebhaften Beifall. Noch am selben Abend wurde eine Ortsgruppe des Verbandes Westmark gegründet.

Grade in dem aufblühenden Orte Werne machen sich die Juden in letzter Zeit so breit, daß es Pflicht eines jeden einzelnen ist, sich unsrer Bewegung anzuschließen, um das grenzenlose fr . . . eie Auftreten der Juden etwas einzudämmen.

Von Lütgendortmund waren einige Herren erschienen. Es ist bestimmt worden, daß Herr Amthor in nächster Zeit auch dort einen Vortrag halten soll.

Zum Obmann der Ortsgruppe Werne (Bez. Arnsberg) wurde Herr Architekt Gremm gewählt. —

Die Ortsgruppe Gelsenkirchen des Alldeutschen Verbandes giebt bekannt: „Nachdem unsrer Ortsgruppe binnen weniger Monate zwei langjährige Vorstandsmitglieder, nämlich die Herren Bergwerks-Direktor Reuscher und Sanitätsrat Dr. Grüttner durch den Tod entrissen wurden, verliert sie jetzt ihren bisherigen Vorsitzenden, Herrn Amtsrichter Hoffmann, welcher zum 1. Juli d. J. an das Landgericht in Stargard versetzt ist. Herr Hoffmann hat sich unsrer Sache mit warmem Herzen und großem Eifer angenommen und diese sehr gefördert. Wir sehn ihn daher nur ungern scheiden, hoffen jedoch, daß er auch in seinem neuen Wirkungskreise Gelegenheit finden werde, der alldeutschen Sache zu dienen und nützlich zu sein."

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 2;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";

in Nordhausen am 1. August in der Frauenberger Klosterbrauerei; am 8. August im „Schwarzen Walfisch";

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof"

* *
*

Eine Böswilligkeit bekannter Güte leistet sich wieder die Judenschutztruppe. Sie bezeichnet den Direktor Wachter der zusammengebrochnen Bayerischen Beamten-Kreditbank zu München als „einen der eifrigsten Antisemiten". Thatsächlich ist der Direktor bei den bayrischen Judengegnern ebenso unbekannt wie anderswo.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wie Juden „scherzen". Der Pferdehändler Salomon Arnstein zu Dortmund, der sich auf 60 000 Mark einschätzt, kam am 23. Mai in den Laden des Gemüsehändlers Fitzmer, um für 50 Pfg. Apfelsinen zu erstehn. Er legte ein Zweimarkstück auf den Tisch, erhielt aber, da Fitzmer nicht herausgeben konnte, nur 50 Pfg. zurück, während er sich das übrige Geld später holen sollte. Nach einer Stunde traf Arnstein die Frau des Fitzmer, der er erklärte: „Ich habe Ihrem Manne eben nur 20 Mark gegeben und bekomme noch 19 Mark!" Die Frau glaubte dem reichen Juden und händigte ihm die 19 Mark aus. Die Folge war eine Anzeige wegen Betrugs. Der Angeklagte bezeichnete vor Gericht die Sache als „Scherz" und meinte naiv, wenn er bestraft würde, verliere er seinen guten Namen. Das hielt das Gericht indes nicht ab, einen ganz gemeinen Betrug in der Handlungsweise des Juden zu erblicken und gegen ihn auf eine Gefängnisstrafe von vier Wochen und eine Geldstrafe von 500 Mark zu erkennen.

Schmuggelei im großen trieben der Kaufmann Wolf Rafthal, der Handlungsgehilfe Rafthal Nagolski, der Händler Judel Nagolski, sämtlich aus Memel, der Kaufmann Hugo Dobrin aus Tilsit und der Händler Isaak Löwinsohn aus Garsden. Sie hatten im Dezember vorigen Jahres, entgegen dem Einfuhrverbot, russisches Stroh eingeführt. Wolf Rafthal und Dobrin müssen deshalb eine Geldstrafe von je 10513 Mark zahlen und den Wert des eingeführten Strohes mit 5256 Mark erstatten. Rafthal Nagolski hat sogar 11749 Mark Geldstrafe und 5256 Mark für das Stroh zu entrichten. Judel Nagolski kommt mit 4798 Mark Geldstrafe und 1751 Mark Wertersatz davon, während Löwinsohn um 6951 Mark und 3476 Mark ärmer wird

Steckbrief. Das gegen den wehrpflichtigen Handlungsgehilfen Samuel Leiser Hartmann aus Kobylagora (Kreis Schildberg), erlaßne Strafvollstreckungsersuchen vom 29. März 1886 wird von der Staatsanwaltschaft zu Waldenburg (Schles.) erneuert.

Ohne Entrichtung der gesetzlichen Steuern hausierte Josef Grünberger aus Breslau in Schlesien herum und als ihm Steuerbehörde und Gericht auf den Kaftan rückten, verlegte er seinen „Wohnsitz“ nach Ofenpest.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Er hat sich sogar gequält! Siegfried Lohde, der seit acht Jahren zu Weimar in Herren- und Knabengarderoben macht und sich vor noch nicht ganz einem Jahr ein neues und größers Geschäftslokal zulegte, versendet durch die Firma T. Galinski zu Berlin, Kommandantenstraße 33, nachstehendes Rundschreiben an seine Gläubiger: „Die andauernde Geschäftsstockung in Weimar, namentlich aber eine Reihe von Unglücksfällen und Verlusten, von welchen ich in letzter Zeit betroffen wurde, zwingen mich leider, meine Zahlungen einzustellen. Wie aus meinen Büchern hervorgeht und auch wohl den meisten meiner Herren Gläubiger bekannt sein dürfte, trifft mich nicht die geringste Schuld, denn ich habe stets die redlichsten Absichten gehabt, gearbeitet, ja sogar mich gequält, um diese Krisis zu überwinden und vorwärts zu kommen. Der auf Veranlassung der Hauptgläubiger unter Mitwirkung des gerichtlichen Bücherrevisors E. Hintze aufgenommne Status ist folgender: Warenlager 17853,25 Mark, Außenstände 6612,30 Mark, Geschäftseinrichtung 900 Mark = 25365,55 Mark. Ab für rückständige Miete 1000 Mark, zusammen 24365,55 Mark Aktiva. Diesen stehn gegenüber 61814,67 Mark Passiva; somit würden im Falle eines Konkurses unter Berücksichtigung der üblichen Unkosten 20 v. H. zu erwarten sein. Um nun meinen Gläubigern den bedauerlichen Verlust zu verringern und meiner Familie eine, wenn auch nur bescheidne Existenz zu sichern, biete ich denselben mit Hilfe von Verwandten und Freunden, unter Bürgschaft meines Schwagers Alex Cohn in Firma S. H. Samter u. Co. in Dresden, Frauenstraße 2, einen außergerichtlichen Vergleich von 40 v. H., zahlbar 20 v. H. 6 Wochen nach Zustandekommen des Vergleichs und 20 v. H. 8 Monate später. Zustimmungserklärungen werden an T. Galinski erbeten.“

Es ist eigentlich unerhört, daß unsre jüdischen Mitbürger noch arbeiten, ja sogar sich quälen müssen!

Zur Aufbesserung ihrer Finanzen kamen die Brüder David und Alfred Czarlinski nach Breslau und errichteten dort ein [illegible]warengeschäft. Dazu standen ihnen ganze zweitausend Mark zur Verfügung, die durch einen Pump auf 4900 Mark gebracht wurden. Bereits einige Monate darauf waren sie derart verschuldet, daß fortwährend Pfändungen bei ihnen vorgenommen wurden. Nachdem sie ihren Lieferanten gefälschte Wechsel über insgesamt 3100 Mark aufgehalst und so viel Ausstände wie möglich erhoben hatten, suchte im Oktober v. J. Alfred Czarlinski die Schweiz auf, während sein Bruder, der sich auch schon von der Polizei einen Auslandspaß erbeten hatte, noch in Breslau verhaftet werden konnte. Natürlich erfolgte die Eröffnung des Konkurses. Das Kassenbuch war verschwunden und eine Eröffnungsbilanz überhaupt nicht gemacht. Die Aktiven betragen 2400 Mark und die Passiven 15500 Mark. Die Gläubiger dürften etwa 15 v. H. erhalten. Der Konkursverwalter ist der Ansicht, daß die Brüder von vornherein schlechte Absichten gehabt haben, sodaß das Gericht den David Czarlinski einschließlich einer bereits über ihn verhängten zweijährigen Zuchthausstrafe zu noch einem Jahre Zuchthaus und zweijährigem Ehrverlust, und Alfred Czarlinski zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilte. Die Anklage wegen Wechselfälschung schwebt gegen letztern noch.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

H. St. Chamberlain, die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, erste und zweite Hälfte. Dritte Auflage. München 1901. 2 Bände. 1054 Seiten. Preis geb. 22 Mark.

Aus Anlaß des Erscheinens einer dritten Auflage soll auf das außergewöhnliche Buch, das vielen Lesern dieser Zeitschrift schon bekannt sein wird, nochmals hingewiesen werden. Das Buch ist zweifellos eins der bedeutendsten, die während der letzten Jahrzehnte überhaupt geschrieben sind. Es zeugt von erstaunlichem Wissen und von einer außerordentlichen Gabe des Verfassers, die verschiednen Wissensgebiete innerlich mit einander zu verknüpfen. Viele geschichtliche Begebenheiten lernt man durch das Buch mit ganz andern Augen betrachten, als man es bisher zu thun gewohnt war. Wiewohl man nicht mit allen Ausführungen des Verfassers, insbesondre nicht mit seiner Stellungnahme zu der christlichen Religion und den christlichen Kirchen einverstanden sein kann, bleibt doch genug des Anregenden, des Ueberzeugenden und Wahren übrig, um das ausgesprochne Lob des Buches zu rechtfertigen. Besonders beachtenswert sind die Ausführungen des Verfassers darüber, von wie hoher Bedeutung im Leben der Menschheit die Rasse ist, und wie sehr bei den verschiednen Völkern die ganze Kulturentwicklung durch die Rasseneigenschaften der Völker bedingt wird. Die Germanen — worunter der Verfasser übrigens alle jene nordeuropäischen Völkerschaften versteht, die als Kelten, Germanen und Slawen in der Geschichte auftraten, und die gegenwärtig die Völker Europas bilden — sind nach dem Verfasser die Träger der Kultur. Die große Verschiedenheit der Juden von den Germanen wird nach den verschiedensten Richtungen hin ausführlich dargelegt. Diese Darlegungen sind um so bemerkenswerter, als der Verfasser durchaus kein Antisemit im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist. Schlüsse in Bezug auf die staatsrechtliche Behandlung der Juden bei uns zu ziehn, vermeidet der Verfasser. Nur betreffs eines Punktes tritt er in seiner Zurückhaltung wenigstens insofern heraus, als er (Bd. I, S. 171) die Frage berührt, ob es in germanischen Ländern gestattet sein sollte, Männer jüdischen Stammes zu Richtern zu ernennen, und als er hierzu bemerkt: „Ohne jede Leidenschaftlichkeit und Voreingenommenheit, ohne das Wissen und die fleckenlose Ehrenhaftigkeit der Betreffenden anzuzweifeln, sollte man sich auf grund historischer und ethischer Ergebnisse fragen, ob es denn vorauszusetzen sei, daß jene Männer die Fähigkeit besitzen, eine Rechtsauffassung vollkommen in sich aufzunehmen, die ihren eingebornen Anlagen so tief widerspricht, ob sie dieses Recht, das sie meisterhaft handhaben, auch wirklich verstehn und fühlen.“ Sache der unabhängigen deutschen Politiker wird es sein, aus den in Rede stehenden Darlegungen des Buches die gebotnen Schlüsse zu ziehn.

F. B.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!



Die Juden
und der
Deutsche Staat.
12. Aufl. — 142 Seiten.
Von **H. Naudh.**
Preis 1 Mark.
Deutschnation. Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW52, Paulstr. 15.

Victoria-Zwieback
ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Bad Pyrmont.
Richters Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus
• „Burghof" •
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung",
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.
94



Versuch über die
Ungleichheit der Menschenrassen
von
J. A. Graf v. Gobineau.

Deutsche Ausgabe von Professor **Dr. Ludwig Schemann.**
Zweite durchgesehene Auflage.
In gediegner Ausstattung ungefähr 1000 Seiten.
Lieferungs-Ausgabe in 34 Lieferungen je 50 Pfennig.

Band-Ausgabe vollständig in vier Bänden geheftet 17 Mark,
fein gebunden 21 Mark.
Band 1 geheftet 3,50 Mark, Band 2 geheftet 4,20 Mark.
Band 3 „ 4,80 „ Band 4 „ 4,50 Mark.
Gebunden jeder Band 1 Mark mehr.

Band 1.
Das Erste Buch. Kapitel 1–4. Ursache des Untergangs der Zivilisationen und Gesellschaften. Degeneration. 5. Rasse und Gesetze. 6. Rasse und Klima. 7. Christentum und Zivilisation. 8. 9. Definition und Charakter der Zivilisation. 10. Abstammung der Menschheit. 11–14. Ungleichheiten unter den Rassen. 15. Rasse und Sprache. 16. Eigentümlichkeiten der drei großen Rassen; soziale Wirkungen der Mischungen; Ueberlegenheit der weißen Rasse.

Band 2.
Das Zweite Buch. Alte von Zentralasien nach Südwesten sich verbreitende Zivilisationen: Die Semiten, Assyrer, Aegypter. Das Dritte Buch. Von Zentralasien nach Süden und Südosten sich verbreitende Zivilisationen: Die Arier; die Brahmanen. Der Buddhismus. Die gelbe Rasse. Die Herkunft der weißen Rasse.

Band 3.
Das Vierte Buch. Semitisierte Zivilisationen des Südwestens: Geschichte giebt es nur bei den weißen Völkern. Die Zoroastrier. Die Griechen semitisch. Das Fünfte Buch. Semitisierte europäische Zivilisationen: Etrusker. Kelten. Italiker. Rom etruskisch. Rom italisch. Rom semitisch.

Band 4.
Das Sechste Buch. Die abendländische Zivilisation: Die Slaven. Die germanischen Arier. Geistige Veranlagung der ursprünglichen germanischen Rassen. Rom germanisch. Letzte Wanderungen der skandinavischen Arier. Letzte Entwickelungen der germanisch-römischen Gesellschaft. Die Eingeborenen Amerikas. Die europäischen Ansiedlungen in Amerika.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW. 52, Paulstraße 15.



H. Naudh.
Israel im Heere.



Kriegskarte anno 2000

Preis 50 Pfg.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Bad Kissingen.
Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
148 jenseits der Saale,
empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
═ **Großer Garten.** ═

═ Spareinlagen ═
Staatspapiere, Aktien, Lose,
Beleihung von Wertpapieren.
Gewerbebank
(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm.
Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr.
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schramsweg 2.
Geöffnet von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr.
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8

Düren webt seit 600 Jahren die besten Herrenstoffe.
Stoffproben sendet direkt und frei das
Tuchhaus Boeykes i. Düren 1 (Rhld.)

Nahezu vergriffen!
Antisemiten * * * * * * und Richter
48 Seiten großoktav
—— **Preis 30 Pfg.** ——
Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 7. August 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 729.

Monats-Spruch.

Während alle andern Religionen die metaphysische Bedeutung des Lebens dem Volke in Bild und Gleichnis beizubringen suchen, ist die Judenreligion ganz immanent und liefert nichts als ein bloßes Kriegsgeschrei bei Bekämpfung ander Völker.

Schopenhauer, Parerga 1, 136.

Alt- und Neu-Punier.

Wenn der freundliche Leser in seinem Atlas eine Karte aufschlägt, die in der Mitte die Halbinsel Arabien, nach links noch einen Streifen der Ostküste Afrikas, nach rechts hin noch die Westküste Ost-Indiens zeigt, so hat er jene Region der Erd-Oberfläche mit dem sogenannten indischen Ozean vor Augen, in der sich, aller Wahrscheinlichkeit nach, der aus dem Seeraube hervorgegangne Seehandel zuerst entwickelt hat. Die Ursache hiervon ist eine natürliche, nämlich die atmosphärische Erscheinung der sogenannten Monsune, d. i. Saison- oder Jahrzeit-Winde, die in regelmäßig eintretendem halbjährigen Wechsel und Umschlag von Ost nach West und von West nach Ost wehen und so die Schiffe von der ostindischen Küste nach der südarabischen und ostafrikanischen hin und wieder zurück tragen. Und zwar geschieht das zumteil selbst heute noch in den nämlichen kunstlosen, nur aus Holz und Bastwerk bestehenden Fahrzeugen ohne Eisen-Bestandteile und mit rohen Segeln aus Matten, wie vor Jahrtausenden. Erst in neuester Zeit weichen diese dem modernen Schiffbau.

Der Anfang von solchen Seefahrten mag wohl vom Osten ausgegangen sein. Dem entspricht es wenigstens, daß als die ältesten Handelsleute der Erde die sogenannten Banianen Ost-Indiens gelten, die selbst heute noch den Seehandel zwischen Vorder-Indien, Süd-Arabien, Ost-Afrika und Zanzibar, bis tief ins Binnenland hinein zu einem großen Teil in den Händen haben, — gar geriebne Leute, vor deren Schlauheit sich unsre Juden — wie man zu sagen pflegt — verkriechen müssen. Ebenso verhalten sich die Juden zu den sogenannten Multanis, die den Binnenhandel aus Nord-Indien nach dem Innern Asiens betreiben. Den von Osten her kommenden Banianen entsprachen damals im Westen als seefahrendes und handeltreibendes Volk die von Griechen und Römern sogenannten Aethiopier oder Aethiopen, deren Wohnsitze auf beiden Seiten der Südhälfte des roten Meeres, also im heutigen Jemen und dem gegenüberliegenden Abessinien, — und weiter südwärts an der ostafrikanischen Küste bis zur Somali-Halbinsel mit der Insel Sokotra sich erstreckten. Eben dies Ländergebiet aber haben die alten Aegypter auf ihren Denkmälern als das Land Punt (Povenat, Poenat) bezeichnet, von wo sie namentlich auch ihren Weihrauch bezogen. Das Volk dieses Landes aber, das sie, wegen der Gemeinschaft des chamitischen Blutes, auf ihren Denkmälern rotbraun darstellten, wie sich selbst, während sie die Neger schwarz, die Semiten gelb und die Griechen rosafarbig erscheinen ließen, nannten sie Pün (Pön, Fön), woraus der Orientalist Lepsius für unsern Gebrauch Püna gemacht hat. In diesen Püna sind nun in neuester Zeit die Stammvölker jener Völker erkannt worden, die bei Griechen und Römern Phöniker oder Phönizier, Poener und Punier heißen.

Der Handelstrieb hat diese Puna zuerst, wie es nur natürlich ist, nach Norden geführt, wo sie mit den reichen Kultur-Ländern des untern Nil-Thales und Vorder-Asiens in Berührung traten, denn mit den rohen Natur-Völkern und Kannibalen in Mittel- und Süd-Afrika waren nicht viel Geschäfte zu machen. Erst später scheinen sie Kunde von dem Gold-Reichtum jener Länder erhalten und die Ostküste Afrikas bis zu den heutigen Kap-Kolonien befahren und sich auch ins Innre gewagt zu haben.

Die schon den ersten portugiesischen Afrika-Umseglern bekannt gewordnen und in neuerer Zeit wieder aufgefundnen Ruinen-Stätten, wie das vom Schwaben Karl Mauch im Jahre 1871 wieder entdeckte Zimbabije, denen Peters auf seiner letzten Forschungsreise wieder neue Funde zugefügt hat, insbesondre auch von alten Bergwerken, können nur von ihnen oder ihren bereits am Mittelmeer angesiedelten Nachkommen herrühren. Bekanntlich hat der ägyptische König Necho (609—595 v. Chr.) durch phönizische Puna die vollständige Umseglung Afrikas vom roten Meere aus vornehmen lassen, die drei Jahre in Anspruch nahm. Mehr als ein Jahrhundert später, um 470 v. Chr., haben die karthagischen Punier ihren Admiral Hanno von der Straße von Gibraltar aus die Westküste Afrikas befahren lassen, wo er Handels-Kolonien anlegte und bis Sierra Leone gekommen zu sein scheint. Er hat dort auch schon den furchtbaren Gorilla kennen gelernt, der dann erst im Jahre 1847 wieder für uns entdeckt worden ist.

Aber schon mehr als drei Jahrtausende früher müssen die alten Puna-Kaufleute auf dem Wege des persischen Meerbusens an die Mündungen des mesopotamischen Doppelstromes, des Euphrat und Tigris, gekommen sein, dort Handels-Faktoreien errichtet und sich dauernd festgesetzt haben. Denn bereits vor dem Jahre 3000 v. Chr. ist, wie Herodot berichtet, eine Kolonie ihrer dortigen Nachkommen von Babylon aus, quer durch Syrien, nach dem Mittelmeer ausgewandert und hat den nördlichen Teil der Küste Palästinas besiedelt, der nach ihnen Phönizien genannt worden ist. Zwei ihrer dortigen Hafenstädte erhielten von ihnen die selben Namen, die einst ihre Vorfahren zwei kleinen Inseln in der Nordspitze des persischen Golfes beigelegt hatten: Tyrus und Aratus. Wie reich und mächtig sie im Mittelmeer durch Fabriks-Industrie und Seehandel, verbunden mit Seeraub, geworden sind, ist bekannt.

Ihre chamitische Sprache mußten diese Puna-Kaufleute wohl schon in Babylon aufgegeben haben. In Palästina nahmen sie die dem Semitisch-Babylonischen verwandte Sprache des Landes an, nämlich das sogenannte Kanaanitische, d. i. Niederländische, — eben denselben Dialekt, den — in etwas abweichender Form — auch die später (um 2000 v. Chr.), und gleichfalls von Osten her, mit den Lebensformen nordarabischer Beduinen eingewanderten Hebräer gegen ihr Aramäisch, d. i. Ober- oder Binnenländisch, eintauschen mußten, woraus der Leser ersieht, daß das sogenannte Hebräisch und das sogenannte Phönizisch beides nur kanaanitische und unter sich nahe verwandte Dialekte sind.

Am Handel der Phönizier beteiligten sich auch Juden, insbesondre die nördlicher wohnenden Stämme derselben, und

König Salomon (1035 — 995 v. Chr.) nahm vertragsmäßigen Anteil an den sogenannten Ophir-Fahrten des Königs Hiram von Tyrus, die über das rote Meer, und zwar nicht, wie man früher annahm, nach Süd-Arabien oder gar Ost-Indien, sondern, wie es heute immer wahrscheinlicher wird, nach eben jenen Goldfeldern Südafrikas gerichtet waren, um die in unsern Tagen das durch Industrie und Seehandel punisierte und vergrausamte England den erbarmungslosen Krieg gegen die niederdeutschen Buren führte, — eine blutige Episode in dem Kampfe zwischen Handels-Industrie und Ackerbau.

Nicht gar lange nach Salomon, im neunten Jahrhundert v. Chr. wurde von Tyrus aus, das damals schon durch zwei Jahrtausende geblüht hatte, an der Stelle des heutigen Tunis in Nordafrika, die Kolonie Karthago, d. i. die Neustadt, gegründet. In diesem Karthago nun hat sich die angestammte chamitische Begabung der in der Sprache semitisierten Puna in der höchst seltnen Vereinigung politischer, militärischer und merkantiler Talente zu einem so hohen Grade vielseitiger Tüchtigkeit entwickelt, wie ihn die Menschheit seitdem nur wieder am englischen Volk in den letzten Jahrhunderten erlebt hat. Die eigentliche industrielle Arbeit und der in Plantagen-Form intensiv betriebne Ackerbau fiel selbstverständlich den Sklaven zu.

Nach sechshundertjährigem Bestande Karthagos und nachdem es die volle Herrschaft in der westlichen Hälfte des Mittelmeer-Beckens an sich gebracht hatte, samt den Inseln Korsika, Sardinien, einem großen Teile Siciliens und Spaniens, war die binnenländische und auf Ackerbau angewiesene Stadt-Gemeinde Rom, die damals fünf Jahrhunderte ihres Bestehns hinter sich hatte, bereits im Besitze von ganz Unter-Italien und schickte sich zur Eroberung Siciliens an (264 v. Chr.). So sah sich der punische Kaufmann den soldatisch geschulten arischen Kleinbauern Italiens gegenüber. Nach mehr als hundertjährigem blutigen Ringen auf Leben und Tod hatte der Bauern-Soldat gesiegt, und die Kaufmannsstadt war vom Erdboden verschwunden. Der römische Jupiter, d. i. Himmels-Vater, hatte über den punischen Baal-Melkart triumphiert, und die bäuerlich-sittliche Dea-dia oder Ceres-Ops, deren Symbol ein Aehren-Kranz war, und die von den italischen Agrariern oder Flurbrüdern (Arvales fratres) verehrt wurde, hatte über die altsemitische Astarte und Mylitta den Sieg davon getragen. Heute erleben wir, wie unsre Agrarier sich gegen den internationalen Händler, die arische Flurbrüderschaft Deutschlands sich gegen den semitischen Puna-Kaufmann und gegen jene unter den eignen Volksgenossen erhebt, die den Deutschen zum Neu-Punier machen wollen. Der Ausgang des Kampfes ist noch nicht abzusehn.

Der arabische Beduine ist von Natur aus höchst geldgierig. Die Hebräer sind als ein nordarabischer Beduinenstamm in die Berührung mit der vorderasiatischen Kulturwelt eingetreten. Später, im Besitze Palästinas, fanden sie sich, im „Centralpunkte der Annäherung der drei alten Weltteile", durch die ihr Land durchziehenden uralten Handelsstraßen nach Nord und Ost mit Assyrien und Babylonien, nach Süd und Südwest mit Arabien und Aegypten, nach West durch die phönizischen Schiffahrts-Linien mit Europa verbunden, und so mußten sie zu einem Handelsvolk werden. Jerusalem war ein Jahrtausend hindurch ein Mittelpunkt des Handels-Verkehrs und des Geld-Geschäftes, — sein Tempel eines der reichsten Schatz- und zugleich Bankhäuser der Welt, dessen Geld-Vorräte durch die Beiträge der Ausgewanderten von allen Punkten der Windrose her gespeist und geschwellt wurden. Daher heißt es Jesaias 45, 14: „Mizraims (Aegyptens) Erwerb und der Verdienst von Kusch (Aethiopien) und von den Sabäern, den Leuten vom hohen Wuchs (in Südarabien) werden übergehn auf dich und werden dir gehören;" — 60, 8: „Wer sind Jene, die einer Wolke gleich daherfliegen und wie Tauben zu ihrem Schlage? (Die zahlreichen phönizischen Schiffe mit den windgeschwellten Segeln werden mit einer Schar fliegender Tauben verglichen.) Denn mir vor Allen strömen zu die Inseln und die Schiffe von Tarschisch (das phönizische Tartessus in Spanien), deine Söhne (die heimkehrenden Handelsleute aus Jerusalem) zu bringen aus der Ferne und ihr Gold und Silber mit ihnen;" — 60, 11: „Und offen stehen deine Thore beständig; Tag und Nacht werden sie nicht geschlossen, zu dir zu bringen der Völker Reichtum und ihre Könige geführt." Dies beweist zugleich, wie lebhaft die Beteiligung der Juden an Handel und Schiffahrt der Phönizier war. Auch an der Gründung der von Tyrus um das Jahr 1100 v. Chr. ausgesandten Kolonie Gades, des heutigen Cadix, soll eine Schar Juden beteiligt gewesen sein, deren Nachkommen später die Araber ins Land riefen, mit diesen vertrieben wurden und sich selbst im Orient, unter dem Namen Sephardim (Spanier) von den erst mit den Römern von Osten her nach Mittel-Europa gekommnen eigentlichen Juden unterscheiden, wie sie auch, diesen gegenüber, vorzugsweise den Namen Israeliten in Anspruch nehmen.

Nach der Eroberung Phöniziens und der Zerstörung seiner Hauptstadt Tyrus durch Alexander den Großen (332 v. Chr.), und weiterhin sind die Juden in großer Zahl in den alten phönizischen Handelsplätzen und Faktoreien der Mittelmeer-Länder, zwar nicht als Seefahrer, doch als Händler an die Stelle ihrer punischen Lehrmeister getreten. Und die Zerstörung Karthagos durch die Römer (146 v. Chr.) hat ihrer Ausbreitung weitern Vorschub geleistet, bis schließlich die Vernichtung ihrer nationalen Unabhängigkeit und die Zerstörung Jerusalems durch die Römer sie über die ganze alte Welt zerstreut hat. Wen haben wir also heute in ihnen vor Augen? Die Antwort ist: „Kaufleute aus Osten", — wie sie selbst gerne hinzusetzen: „harmlose" Kaufleute, — die durch Vermittlung der punischen Phönizier und Karthager zu Lehrlingen und Nachfolgern der alten Puna-Kaufleute des indischen Ozeans geworden sind, mit der Beschränkung, daß ihnen, als Semiten, die angeborne Rassen-Energie zur Seefahrt und die den Chamiten wie den Ariern eigene Tüchtigkeit zur Staatenbildung abgeht. Eben deshalb aber haben sich bei ihnen die von der ausschließlichen Hingabe an das eigentliche Handels- und Geld-Geschäft untrennbaren Wirkungen auf Gemüt, Charakter und Weltanschauung noch einseitiger und stärker ausgebildet als bei den eigentlichen Puniern. So sind sie für die Neuzeit der Typus des spezifischen Lukranten*), d. i. Profitmachers oder Gewinn-Jägers im schlimmsten Sinne geworden. Als solche haben sie in Mittel-Europa das Aufkommen der Geld-Wirtschaft an Stelle der alten Natural-Wirtschaft mächtig gefördert und waren im Mittelalter von seiten der Territorial-Herrschaft, wie der Kirche, für den Geld- und Zinswucher geradezu privilegiert; und erst der fortgesetzte Mißbrauch dieser Freiheiten hat im fünfzehnten Jahrhundert die bekannten Einschränkungen für die Wirksamkeit ihrer Talente erzwungen. Aber grade diese Einschränkungen haben die Juden genötigt, nach der Tiefe zu arbeiten; und als die humanitären und freiheitlichen Tendenzen der neusten Zeit jene Schranken gebrochen und zugleich die neuen Mitteilungs- und Verkehrs-Behelfe für die freieste Entfaltung der Talente Juda's Bahn gemacht hatten, ist dies von ihm vor allem zur Herstellung eines festen national-religiösen Verbandes der gesamten Judenschaft über die ganze Erde hin benutzt worden, der unter dem Namen „Alliance israélite universelle" alle Länder und Völker der Kulturwelt als internationale Geld- und Geistesmacht durchsetzt. So ist es ihnen — eine wahrhaft erstaunliche Leistung! — binnen einem halben Jahrhundert gelungen, die Welt materiell ganz und gar auf Geld zu stellen und, wie alle Unternehmungen auf materiellem Gebiet, so auch die Regungen und Schöpfungen des Geistes dem Gesetze Mammons zu unterwerfen. Die nationalen Verbände der alten Punier konnte der Arier auflösen, indem er ihre Hauptstädte und Siedelungen zerstörte; das national-religiöse Gemein-Wesen unsrer punisierten Semiten von heute scheint fast unangreifbar, weil es unter einer gemeinsamen Oberleitung die Gebiete seiner in sich gespaltnen Wirtsvölker durchzieht und diese auseinander hält, während es gleichzeitig durch seine auf's Höchste ausgebildete Finanz-Technik die Lenkung des Geld-Verkehrs bereits an sich gerissen hat.

*) Lukrant, vom lateinischen lucrum Gewinn, also einer, der lediglich auf Gewinn ausgeht.

mittels desselben das Geld, und durch dieses, wieder den Boden der Wirtsvölker in seine Hand bringt.

Das ist gewiß ein wahrhaft wunderbarer Vorgang, durch den grade die Umkehrung dessen erreicht wird, was die Emanzipation Judas, nach arisch-christlicher Absicht, erzielen sollte: an Stelle des Aufgehens der Juden in der nationalen Gemeinsamkeit trat eine noch schärfere, selbstgewollte Absonderung und bewußte Feindschaft gegen die arische Menschheit und eine Knechtung der Befreier durch die Befreiten. Punica fides (punische Treue), sagten die Alten, und meinten damit das, was wir Perfidie nennen. Wenn die heutigen dafür sagen: Judaica fides, so ist damit nichts anders gesagt, denn auch in den Juden lebt das vorchristlich-dämonische Wesen des Puniertums noch fort, wie es sich aus der ausschließlichen Hingabe an das Handels- und Geldgeschäft von selbst entwickelt — mitleidlos grausam. Und aus dem gleichen Grunde hat auch „Albion“ perfid werden müssen, das bis heute nur durch den natürlich-gesunden Sinn und die Christ-Gläubigkeit in den tiefern Schichten des englischen Volkes vor dem Schicksal bewahrt worden ist, sich völlig zu punisieren. Seine Regierung aber ist heute schon von Juda umklammert und durchsetzt, wie der neue Ophir-Krieg gegen die armen Buren deutlich bewiesen hat, unter dessen Druck auch im Volk die Gemüts-Verhärtung weiter vorschreitet.

Glücklich das Volk, das über Industrie und Handel den Ackerbau noch kann vorherrschen lassen, nicht nur in den Kolonien, sondern auch im Mutterland, und das den unverschuldbaren Boden durch freie Volksgenossen bearbeiten läßt, nicht durch Sklaven, seien diese nun durch punische Finanzkünste aus freien Bauern zu Ackerknechten Judas gemacht, oder aus der Fremde importiert worden. Der Abwehr-Kampf der Landwirtschaft gegen den alles umstrickenden Handels-Industrialismus ist daher keine bloße Wirtschafts-Frage; in ihm verbirgt sich ein tieferes kulturelles und ethnologisches Problem. Hier kämpft die treue ehrliche produktive Arbeit gegen die Lukranten-List, — Germanentum gegen Puniertum! Und wenn unser Arbeiter-Stand in diesem Kampfe auf Seiten des Lukranten steht und sich gegen die Landwirtschaft wendet, so ist dies nur ein Zeugnis für unsre heutige bodenlose Geistes-Verwirrung, die wiederum das Werk des semitischen Neu-Puniers ist.

Denn der Lukrant beherrscht heute nicht nur die Märkte, die Börsen und Banken, sondern auch die öffentliche Meinung. Er hat es verstanden, die öffentliche Presse in seinen Dienst zu stellen und dort den Geist seiner Wirtsvölker durch Sirenen-Gesänge zu umstricken und einzulullen. Er singt dort das Lob der lukrativen „Entwicklung“ und des „Fortschritts“, er weiß von Handel und Industrie immer nur liebliches zu sagen, und von Landwirtschaft nur verächtliches und spöttisches. Und die bethörten Kinder Esau-Edoms lallen es dem schlauen talmudischen Jakob gläubig nach.

Prof. Dr. Ad. Wahrmund im „Hammer“.

Die neue Mühlen-Verordnung.

Die Großhandelsmüller scheinen noch immer dem Grundsatze zu huldigen: Wer am längsten lügt, lebt am längsten. Sie fahren in alter Weise fort, die nicht-fachmännischen Kreise über die neue Zoll-Verordnung und seine Wirkungen zu täuschen. Das kommt wieder in dem Jahresbericht der Handelskammer zu Halle (Saale) zum Ausdruck, wo die tendenziösen Darstellungen eines Großmüllers für bare Münze genommen worden sind. Da wird denn die alte Behauptung wiederholt: Die neue Zoll-Verordnung erschwere die Mehl-Ausfuhr. — Wodurch denn? Dadurch, daß es nur soviel Getreide vergütet, als wirklich vermahlen worden ist? — Dadurch, daß es keine Zoll-Geschenke mehr zuläßt, sondern nur die wirklichen Zoll-Beträge — aber voll und reichlich — zurückbezahlt? Oder dadurch, daß es nicht mehr gestattet, die Ausbeute um 20—30 a. H. zu überschreiten und zermahlne Kleie als kostbares Mehl anzuführen und vergüten zu lassen? So fragt der verdienstvolle Führer der Kleinmüller, Theod. Fritsch in seinem Fachblatte „Der Müllerbund“.

Ja früher war es freilich anders. Wer da 1000 Doppel-Zentner russischen Roggen einführte, der konnte so viel Mehl daraus machen und exportieren, daß er für 1300 Doppel-Zentner Zollvergütung erhielt, also 300 mal 3,50 Mark = 1050 Mark mehr, als er eigentlich zu beanspruchen hatte. Er bekam also vom Staate für jede 1000 Doppel-Zentner eingeführten Roggen 1000 Mark hinzugeschenkt. Das bedeutete eine Einfuhr-Prämie auf fremdes Getreide, — und das ist der Ideal-Zustand, den die Exportmühlen zurückersehnen.

Die neue Verordnung erschwert nicht die Mehl-Ausfuhr, denn es vergütet für die ausgeführten Mehle den Zoll voll und reichlich, aber es erschwert die zollfreie Getreide-Einfuhr vom Auslande; es gestattet keine hohe Import-Prämie mehr. Und das ist der Schmerz der Herren Großmühlen-Spekulanten. Diese rechnen aber auf die Unkenntnis des großen Publikums — und der Behörden, und fahren darum unermüdlich in ihren Versuchen fort, die Oeffentlichkeit in dieser Angelegenheit irre zu führen. Die Sache ist aber heute doch für jedermann so durchsichtig geworden, daß die Behörden sich gegen so große Verkennung ihrer Einsicht verwahren sollten.

Es sei zum hundertsten Male wiederholt: Das rechtschaffne Mühlengewerbe hat kein Interesse an einer Prämiierung der Mehl-Ausfuhr, weil eine solche sich sofort in eine Einfuhr-Prämie auf fremdes Getreide verwandelt. Die reellen Handelsmühlen fürchten auch nicht die Konkurrenz der sogenannten Exportmühlen, sobald diesen keine besondern Vergünstigungen und Staatsgeschenke mehr gewährt werden. Ein Bedürfnis zur Abänderung der Zoll-Verordnung besteht in dessen wesentlichen Punkten also nicht.

Der „kleine Cohn“ als Zeichen der Zeit.

Der Schreiber dieser Zeilen gehört zu den glücklichen, aber wohl wenig zahlreichen Leuten, die, trotzdem sie dicht bei Berlin wohnen und wöchentlich ein paarmal sich einige Stunden in der Hauptstadt aufhalten, doch niemals das „so allgemein beliebte Lied“ vom „kleinen Cohn“ gehört haben.

Ich sehne mich auch nicht danach, wohl aber war es mir von Interesse, in der „Breslauer (Juden) Zeitung“ neulich einen „Berliner Brief“ zu lesen, aus dem deutlich hervorgeht, daß Juden und Judengenossen den „kleinen Cohn“ allmählich unbequem empfinden. „Die ich rief die Geister, werd ich nun nicht los,“ darf man auch hier sagen, denn der „kleine Cohn“ ist, wie ich aus dem erwähnten „Berliner Briefe“ entnehme, eine dem jüdischen Witze entsprungne Figur. Ich setze den in Betracht kommenden Absatz des Unterhaltungsteils aus der „Breslauer Zeitung“ hierher.

Der Aufsatz beginnt mit einer Philippika gegen den Dreschgrafen. Es wird die Duldung seiner Versammlungen in Gegensatz gebracht zu der Rede des General-Oberst von Loë, der „kaiserliche Aeußerungen von milder, freundlicher Duldsamkeit“ und „öffentlich und offiziell eigne tolerante Ideen im kaiserlichen Namen“ verkündet habe. Es wird gefragt, wie sich das zusammenreime, daß „Pückler wiederholt — vor tausenden von Hörern — schmähliche Beleidigungen, schimpfliche Herabsetzungen gegen die nämliche Nation („Nation“ ist wenigstens ehrlich) schleudern darf, der eben anerkennende und ehrende Worte, wenn auch indirekt, aus einem Munde zuteil wurden, dem sonst kein andrer Mund ungestraft opponiert.“

Man sieht, daß die Judenschaft, genau wie das in einer frühern Nummer dieses Blattes über die Rede des General von Loë vorausgesagt wurde, glaubt, jener Offizier sei vom Kaiser beauftragt worden, den Juden Elogen zu sagen. Doch das nur nebenbei. Dann fährt der Berliner Briefschreiber der „Breslauer Zeitung“ wörtlich wie folgt fort:

„Aber nicht Ajax-Pückler bildet die erheblichste der Belästigungen, die sich die Mitglieder jener ‚Konfession‘, der auch Moritz Bier, der Held von Siebzig (der ‚Held‘ ist inzwischen als dreister Ordensschwindler entlarvt. Die Schriftltg.), das Protektionskind des General-Obersten v. Loë, zugehört, in unserer guten Spreestadt heute gefallen lassen müssen. Schlimmeres zeitigte jenes Lied, das

als harmloser Posseneffekt seinen Ursprung nahm, hundertmal in ausverkaufte Theaterhäuser hineingegröhlt wurde, das die Region der Klaviere und Leierkasten der ganzen vornehmen und mittlern Berlinischen Gesellschaft für die Dauer einer kompletten, langen Wintersaison beherrschte, und dessen Schlagwort sich nun zum Kompagnon des Pückler-Grafen, zum Peiniger einer Rasse aufwirft. Ich meine das Lied vom ‚kleinen Cohn'. Zwei Semiten erfanden jene himmlische, epochemachende Frage nach dem Wohlergehn des Mannes mit dem ausgeprägt ungermanischen Namen. (Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn geseh'n?) Ein andrer Semit duldete, daß diese Frage herab von den Brettern der seiner Leitung unterstehenden Schaubühne hunderte und aberhunderte Male dem Publikum vorgelegt wurde. Bitter rächt sich jetzt diese Nachgiebigkeit. Wahrlich, sie spotteten ihrer selbst und wußten nicht wie. Denn grade die Cohns akzeptierten jenes Kuplet mit am weitesten geöffneten Armen; grade sie frohlockten laut ob der Scherzhaftigkeit jenes Reißers und grinsten ihm Hosiannah. Und grade sie spüren den Bremsenstachel der Cohn-Frage nun am schärfsten. Ich übertreibe nicht; fast kein Mitglied des Männergeschlechtes, dessen Haar und Bart in der Dunkelfarbe des Orients prangt, dessen Nase sich in der sanften Biegung der morgenländischen Riechorgane krümmt, und dessen Statur nicht grade die Längenmaße des Urgermanen aufweist, kann heute eine Berliner Straße passieren, ohne daß der Betreffende sofort vom süßen Pöbel als ‚kleiner Cohn' mit Freudengeheul rekognosziert wird, um so eher, wenn seine Kleidung ein wenig nach modischem Schnitt und zeitgemäßer Form eingerichtet ist. Und dann die Cohn-Industrie. In den meisten Schaufenstern der kleinern Kneipen der nördlichen und östlichen Stadtteile prangt der kleine, beleibte Hebräer mit rundem Kugelkopf, dicker Nase und Wulstlippen, in Gips plastisch dargestellt, in den verschiedensten Größenmaßen. An den Uhrketten baumelt Cohn als Anhängsel; die nämliche ausgeprägt jüdische Figur, von der ich eben sprach, ist hier in Metallmasse wiedergegeben. Und die Gummibälle (auch in Form eines Kopfes), die auf einen Druck der Hand aus einer Oeffnung eine lange Zunge hervorschnellen lassen. Und die Lampions, deren Breitseite, die Zigaretten, deren Mundstücke immer das nämliche, feiste Judengesicht ziert. Und endlich die Ansichtskarten! Legion ist die Zahl der Kärtchen, auf denen man den Kleinen in den verschiedensten Stellungen gewahren kann — einmal sogar zusammen mit seinem Gönner aus Kl.-Tschirne. — Immer aber sind die buntbebilderten Kartons mit dämlichen Inschriften verziert, die eine erst vor kurzem laut als vollwertig gepriesene Konfessions-Gemeinschaft frech anrempeln. So wirken Pückler und der ‚kleine Cohn' Hand in Hand. Beide kämpfen und eifern gegen das Semitentum. Aber der arische Edelherr besorgt es den Feinden seines Glaubens weniger gründlich, als ihr eigner kleiner Stammesgenosse. Jener schlägt mit den Keulen des Zorns drein, und man kann ihm schließlich mit der Keule offen entgegentreten, wenn man das Bedürfnis fühlen sollte. Dieser aber benutzt die spitzige Waffe des Spotts und Hohns. Und der ehrliche Mann streitet bekanntlich leichter gegen die rohe Gewalt als gegen das beißende Lächeln des Widersachers!"

Ja, die Juden sind die besten Fördrer des Antisemitismus, das wissen wir alten Kämpfer schon sehr lange und gründen einen Teil unsrer Sieges-Hoffnung auf auf diese Thatsache.

Aber so ernst kann ich, von meinem Standpunkte den „kleinen Cohn" leider nicht nehmen wie der angeführte Berliner Brief. Er ist ein Kennzeichen dafür, wie antisemitisches Empfinden in allen Kreisen der Berliner Bevölkerung verbreitet ist. Aber damit ist auch, vom ernsthaften antisemitischen Standpunkte aus, die Bedeutung des „kleinen Cohn" erschöpft. Weder von den Leuten, die den krankhaften Redewendungen des Grafen Pückler zujubeln, und noch weniger von denen, die über den „kleinen Cohn" billige Witze reißen, haben die Juden etwas besonderes zu befürchten.

Man soll sich über die Juden nicht amüsieren, sondern sie als Verderber unsers Volkes ehrlich hassen und bekämpfen!

Beiträge zu den Namens-Aenderungen.

Eine sächsische Kreishauptmannschaft hatte ein Gesuch des Kaufmanns Meyer B. in Westpreußen, der eine Zweigniederlassung in Sachsen besitzt, um Genehmigung zur Aenderung seines Vornamens „Meyer" in „Max" abgewiesen, weil der Gesuchsteller erstens nicht sächsischer Staatsangehöriger und deshalb die sächsische Behörde zur Genehmigung nicht zuständig sei, zweitens aber, weil nach den in Sachsen bestehenden Grundsätzen, die Vornamen, die in die Kirchenbücher oder Standesregister, und was die Juden beträfe, in deren Matrikel eingetragen seien, nicht geändert werden dürften, ebenso die Führung andrer als dieser Vornamen untersagt sei. B., der preußischer Staatsangehöriger ist, erwirkte nochmals bei der preußischen Regierung die Genehmigung, fortan den Vornamen „Max" zu führen, und brachte sein Gesuch um Genehmigung der Vornamens-Aenderung unter Berufung auf diese Entscheidung nochmals in Sachsen ein. Das Ministerium des Innern verordnete infolge des hierüber von der sächsischen Kreishauptmannschaft erstatteten Berichts, daß es die frühern Entschließungen bei der nunmehr veränderten Sachlage nicht mehr aufrechterhalte und in der Sache von der Kreishauptmannschaft weiterhin instanzmäßig zu entscheiden sei. Dazu bemerkte das Ministerium unter anderm folgendes: „Ohne der instanzmäßigen Entschließung der Kreishauptmannschaft vorzugreifen, wolle das Ministerium des Innern mit seiner Ansicht nicht zurückhalten, daß unter den neuerdings eingetretnen Umständen in Gemäßheit der bestehenden staatsrechtlichen und namensrechtlichen Grundsätze keinerlei Füglichkeit geboten sei, um nach dem Vorschlage der Kreishauptmannschaft für das Gebiet des Königreichs Sachsen an dem vom Ministerium bisher eingenommnen Standpunkte aus fernerhin festzuhalten. Wenn der preußische Minister den Kaufmann B. dahin beschieden habe, daß nach den in Preußen geltenden gesetzlichen Vorschriften die Führung eines andern Vornamens als des im Standes- oder Geburtsregister bezw. im Kirchenbuche eingetragnen — von den Fällen unerlaubter Täuschung abgesehn — nicht untersagt sei, somit auch keine Veranlassung vorliege, zu der beabsichtigten Namens-Aenderung eine besondre politische Erlaubnis zu erteilen, so erkläre sich die veränderte Stellungnahme des preußischen Regierungs-Präsidenten vermutlich aus dem Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 15. August 1898, wonach die zur Genehmigung der Aenderung von Familiennamen zuständigen Behörden im Hinblick auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 17. September 1897 auch zur Genehmigung der Aenderung von Vornamen für zuständig erklärt worden seien und wonach dann, wenn eine Aenderung des Vornamens genehmigt worden sei, auf die Eintragung entsprechender Vermerke in die Standesregister hingewirkt werden solle."

Das Vorgehn Preußens wirkt also ansteckend! —

Die in unserm Leitartikel in Nummer 726 erwähnte Familie Wedekind erließ nachstehende Erklärung:

„Der Senat der freien Hansestadt Hamburg hat durch Verleihung an dritte wiederholt über den Namen Wedekind verfügt unter Nichtbeachtung derjenigen Familie, die kraft uralter niedersächsischer Abstammung diesen Namen seit vielen Jahrhunderten führt.

Derlei Vorgänge verletzten unsers Erachtens nicht blos die einzelnen davon Betroffnen, sondern haben weit über den besondern Fall hinaus grundsätzliche Bedeutung: sie legen die Keime schwerster Gefahren für deutschen Familiensinn und deutsches Volkstum.

Die Reichsgesetze gewähren uns keinen Schutz und unsre Beschwerde beim Hamburger Senat ist erfolglos geblieben. Wir nehmen deshalb Veranlassung, öffentlich zu erklären, daß wir gegen die erfolgten Verleihungen unsers Namens protestieren und das Geschehene aufs tiefste beklagen." —

Am 7. August 1899 machte das Herzogliche Amtsgericht zu Braunschweig bekannt:

„Bei der im Aktiengesellschaftsregister Band 3 Seite 105 eingetragnen Aktiengesellschaft: Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel u. Co., Aktiengesellschaft, ist heute vermerkt, daß das Vorstandsmitglied, Ingenieur Dr. phil. Arthur — nicht August — Jüdel laut Urkunde des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin vom 15. Juni cr. fortan den Familiennamen Idell führt." —

Ende des Jahres 1899 veröffentlichte der Oberstleutnant a. D. Conrad Alberti in der Berliner Zeitung „Post" „Stimmungsbilder aus Rügen". Darüber fühlte sich der jüdische Schriftsteller C. Sittenfeld, der sich den Namen Conrad Alberti beigelegt hat, beschwert; er ließ zuerst im „Berliner Lokal-Anzeiger" erklären, „daß er nicht Verfasser jenes ihm seiner Herkunft nach durchaus unbekannten Artikels" sei, und richtete

dann an die „Post" einen Brief, worin er sich u. a. folgende Unterstellungen erlaubte:

„Da ich niemals auf Rügen war und nie die Ehre hatte, zu den Mitarbeitern Ihres geschätzten Blattes zu zählen, so liegt mir daran, festzustellen, daß das in Rede stehende Feuilleton nicht aus meiner Feder stammt. Ich kann nicht beurteilen, ob Sie bezüglich der Urheberschaft des betr. Artikels von dem Einsender getäuscht worden sind. . .

Der ‚nom de guerre' Conrad Alberti, unter dem ich schreibe, hat seit fünfzehn Jahren in der deutschen Litteratur und Journalistik ein gewisses Bürgerrecht erlangt, und ohne dem Herrn Verfasser der Stimmungsbilder von Rügen zu nahe zu treten, wünsche ich doch, Verwechslungen und Mißverständnissen beim lesenden Publikum vorzubeugen . . ."

Auf diese Insinuation antwortete der Offizier:

„Herr Sittenfeld kann doch unmöglich verlangen, daß ich ihm zu Liebe mich umtaufen lasse. Wenn ich auch nicht verhindern kann, daß andre sich meines Namens bedienen, so kann mich das doch nicht veranlassen, auf ihn zu verzichten. Am einfachsten wäre es, wenn Herr Sittenfeld seinen eignen Namen führte, gegen den ja meines Wissens nichts vorliegt."

Weshalb mag sich wohl Herr Sittenfeld seinen „nom de guerre" nicht aus den Namen seiner Rasse wählen? —

Im „Staats-Anzeiger für Württemberg" macht das Kgl. Amtsgericht Mergentheim vom 25. Juli d. J. bekannt: „Der am 29. August 1861 zu Laudenbach, O.-A. Mergentheim, geborne Meier Stern, Inhaber eines Agenturgeschäfts in Nürnberg, hat das Gesuch um Ermächtigung zur Aenderung seines Vornamens Meier in Max eingereicht. Dieses wird mit der Aufforderung öffentlich bekannt gemacht, daß etwaige Einwendungen binnen der Frist von einem Monat hier geltend zu machen sind."

Religionsbekenntnis der Bevölkerung des Königreichs Sachsen. Sehr lehrreich sind folgende Angaben, die wir aus der Beilage zum 48. Jahrgange der Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Büros herausgezogen und zusammengestellt haben. Es gab im Königreich Sachsen

i. J.	Einwohner	evang. luth.	evang. ref.	römisch-kath.	Juden
1832	1558153	1528187	1390	27663	874
1843	1757800	1724342	2074	30375	882
1855	2039176	1995894	3459	36582	1200
1861	2225240	2175392	4515	41363	1555
1871	2556244	2484075	9347	53642	3346
1880	2972805	2876138	9162	72946	6516
1890	3502684	3337850	12024	128509	9368
1900	4202216	3954774	15973	196814	12378

Schon diese Zahlen zeigen eine beträchtliche Verschiebung der religiösen Verhältnisse im Königreich Sachsen. Die folgenden Verhältniszahlen geben ein noch bessers Bild davon. Vom Hundert der Gesamtbevölkerung waren:

i. J.	evang. luth.	evang. reform	römisch-kath.	Juden
1832	98,08	0,09	1,78	0,06
1843	98,10	0,12	1,73	0,05
1855	97,88	0,17	1,79	0,06
1861	97,76	0,20	1,86	0,07
1871	97,18	0,37	2,10	0,13
1880	96,75	0,31	2,45	0,22
1890	95,29	0,34	3,67	0,27
1900	94,11	0,38	4,68	0,29

Aus den Tabellen sehn wir, daß in dem Lande, in dem die Reformation mit zuerst durchgeführt wurde, die Zahl der evangelisch-lutherischen Christen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bedenklich abnimmt. Dagegen nehmen die Römisch-Katholischen an Zahl erheblich zu, was auf Rechnung der massenhaft einwandernden und zum guten Teil dauernd bleibenden Polen und Tschechen zu schreiben ist. Auch das Judentum zeigt eine starke Zunahme, zu der wohl die Anziehungskraft der „Handelsstadt" Leipzig viel beiträgt; denn von den 12 378 Juden, die Sachsen im Jahre 1900 zählte, kommen allein auf Leipzig im Jahre 1900 6171. Leipzig hatte aber 1832 nur 140 Juden, 1871 1739 und 1895 4844 Juden.

K. T.

Ueber die Aera Ballin erhielt kürzlich die „Kreuz-Zeitung" folgenden Brief aus Wien:

Gewisse jüdische Politiker scheinen bei Ihnen allen Ernstes der Meinung zu sein, daß ihre Zeit gekommen ist, und daß ihre Berufung in leitende Stellen der Reichsregierung demnächst erfolgen wird. Erheiternde Andeutungen dieser Art hat kürzlich ein journalistischer Vertrauensmann dieser jüdischen Politiker in dem jüdisch-demokratischen Wiener Wochenblatt „Die Zeit" gemacht. Da konnte man lesen, daß der Eintritt des Herrn Budde in den Rat der Krone eine neue Stärkung der Industrie und Finanzkreise bedeute, da Herr Budde als früherer Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik von den Leitern des sogenannten Loewe-Konzern, von denen er mehr als 100000 Mark Jahreseinkommen bezog, mit keinen bittern Gefühlen geschieden sei. Außerdem unterhalte Herr v. Podbielski zu den Kreisen, in denen Herr Budde als Generaldirektor und Aufsichtsratsmitglied sich bewegt habe, schon seit geraumer Zeit enge Beziehungen. Herr v. Podbielski sei früher an verschiednen geschäftlichen Unternehmungen beteiligt gewesen und dadurch mit dem Geheimen Kommerzienrat Goldberger bekannt geworden. Herr Goldberger besteche durch sein liebenswürdiges Auftreten, bekunde große organisatorische Begabung, sei ein gewiegter Geschäftsmann und schreibe über die wirtschaftliche Lage der nordamerikanischen Union Berichte, die durch die Vermittlung des Herrn v. Podbielski dem Kaiser zugingen und bei diesem die regste Beachtung fänden. Schon werde Herr Goldberger, so versichert ausdrücklich der journalistische Vertrauensmann den jüdischen Zukunftspolitikern, als Anwärter auf den Posten des preußischen Handelsministers genannt. Unzweifelhaft sei, daß er zu den kommenden Männern gehöre. Ein weiterer wirtschaftspolitischer Berater des Kaisers sei Generaldirektor Ballin. Auf den Vortragsabenden, die er als Staatssekretär des Reichspostamtes veranstaltet, habe Herr von Podbielski dem Kaiser auch andre hervorragende Vertreter der Industrie und Finanz vorgestellt, und zwar die Herren Loewe, Arnhold und Rathenau, die alsbald vom Kaiser zu einer Lustfahrt auf seiner Jacht „Hohenzollern" eingeladen worden seien. — An jüdischen Kandidaten für die hohen Reichs- und Staatsämter fehlt es also nicht. Sollte ihre Zahl noch nicht genügen, so wird die jüdische Presse im Handumdrehn weitere Zelebritäten schaffen. „Mit Furcht und Grauen," so versichert schließlich das genannte Wiener Wochenblatt, „sieht der Landadel, wie die neuen Schichten regierungs- und hoffähig werden."

Das Bedauerlichste an den oben wiedergegebnen Aeußerungen des Wiener Wochenblatts „Die Zeit" ist der Umstand, daß leider sehr vieles davon richtig beobachtet ist.

Die sinkende Eisenbahnrente. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind auf das Kilometer berechnet sowohl im Deutschen Reiche, wie auch in Oesterreich-Ungarn, auch in diesem Jahre wieder gesunken, trotzdem das Export-Geschäft sich wieder hebt. Bei österreichischen Bahnen beträgt der Ausfall gegen das Halbjahr 1901 1,4 bis 10,6 v. H. Die Eisenbahnrente des Königreichs Sachsen sinkt dauernd.

Wir kommen angesichts dieser traurigen Thatsache immer wieder auf den Vorschlag zurück*), neue Fabriken weit hinaus

*) Vgl. „Deutsch-Soziale Blätter" Nr. 396, 417, 456, 470, 471, 475, 476, 480, 481, 482, 483, 485, 486, 498, 510, 516, 556, 568, 569, 575, 576.

über das platte Land zu zerstreuen, da ja Eisenbahnverbindung überallhin vorhanden ist.

Die Großstadtpolitik legt unserm Volke ungeheure materielle und moralische Opfer auf. Die Großstädte erfordern, um nur bei den Eisenbahnen zu bleiben, kostspielige Anlagen auf ungeheuer teuerm Baugrund, denn in den Großstädten steigt die Bodenrente beinahe ins ungemessne. Demgemäß müssen die Beamtengehälter oder die Wohnungsgeldzuschüsse erhöht werden. Es wird eine weniger gesunde Bevölkerung und damit eine weniger leistungsfähige Beamtenschaft erzogen. Die Großstädte brauchen ausgedehnte Bahnhofsbauten und Gleisanlagen, auch, besonders für die Sonntage, große Mengen rollenden Materials, das des Wochentags leer und still steht und viele Zinsen verschlingt. Und die kleinen Bahnen des platten Landes erfordern ebenfalls ungeheure Zuschüsse.

Bei besserer Verteilung der Industrie würden aber die kleinen Bahnen lohnender und die Ausgaben der Verwaltungen für Bahnhofsbauten usw. geringer werden. Der Nutzen, den die Eisenbahnen stiften, würde nicht nur den Großstädten zugute kommen. Die Steigerung des Grund- und Bodenwertes, die ja bei dem natürlichen Wachstum der Bevölkerung sowieso nicht ausbleibt, würde besser verteilt werden und die Vermehrung des Nationalreichtums für viel mehr Menschen, als jetzt, ein wirklicher Segen sein. Auch eine gesündere Bevölkerung würde dann heranwachsen. Darum fordern wir auch im Interesse der Staatseisenbahnen und damit im Interesse des Staatssäckels: Entvölkerung der Großstädte durch Verlegung der Fabriken aufs platte Land. K. T.

Russische Studentinnen spielten früher nur an den Schweizer Hochschulen, vor allem an der Züricher, eine große Rolle. Neuerdings machen sie sich aber auch an den deutschen Universitäten unangenehm bemerkbar.

Das Vorgehn gegen die studierenden Russinnen in Berlin erweckt, wie von verschiednen Seiten berichtet wird, in der Berliner Studentenschaft lebhafte Zustimmung. Die Zustände, die sich allmählich durch den Andrang von Ausländern zum Studium, namentlich der russischen Elemente, entwickelt haben, hat diese Beschränkung durchaus gerechtfertigt. Die Russen betrachten sich an der Berliner Universität schon längst nicht mehr als geduldet, sondern als Herren und mißachten die belegten Plätze in den Hörsälen. Das sittliche Verhalten mancher Russinnen hat die Behörden schon öfter herausgefordert. Diese Damen lassen es sich angelegen sein, die von Tolstoi gegeißelten russischen Sittlichkeitszustände auf deutschen Boden zu verpflanzen. Das Treiben einzelner hat so überhand genommen, daß sogar Berliner Zimmervermieterinnen sich weigerten, an Russinnen noch zu vermieten, was schon viel sagen will, da die „Studentenmütter" in dieser Beziehung manchmal beide Augen zudrücken. Auch sind viele dem Glücksspiel nicht grade abhold. Die Zigarette ist bei ihnen die unvermeidliche Trösterin im Unglück.

Es ist überhaupt nachgrade an der Zeit, dem Ausländerwesen auf unsern deutschen Hochschulen, namentlich auf den größern Universitäten, lebhaftere Aufmerksamkeit zu schenken. Gewiß soll man nicht ungastlich die deutsche Wissenschaft, Technik und Kunst abschließen, aber die fremden Herrschaften müssen sich auch als Gäste dankbar erweisen, denn sie bringen uns nichts, sondern sind in jeder Weise die Empfangenden und die deutschen Staaten legen für ihre Ausbildung bares Geld drauf. Das den Ausländern von Zeit zu Zeit zu Gemüte zu führen, ist durchaus berechtigt und geboten.

Ausland im Inlande. Unter kroatischen und italienischen Erdarbeitern, die an dem Neubau einer Eisenbahnstrecke im Rheinland beschäftigt sind, brachen Schlägereien aus, in deren Verlauf drei Italiener durch Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt wurden. Die Thäter, von der aus den umliegenden Ortschaften herbeigerufnen Gendarmerie verfolgt, haben sich in die nahen Waldungen geflüchtet und konnten bis jetzt noch nicht festgenommen werden.

Man fragt sich wahrhaftig, ob bei den Klagen über Geschäftsstockung und Arbeitslosigkeit es nötig ist, noch Massen ausländischer Arbeiter zu beschäftigen. In den Großstädten hört die Bettelei an den Thüren der Wohnungen nicht auf, und die Hausfrauen schweben in beständiger Angst, denn die bettelnden Leute, zumeist kräftige Menschen in den besten Jahren, werden nicht selten unverschämt. Die Einbrüche mehren sich ebenfalls in erschreckender Weise. Eine bessere Verteilung der vorhandnen Arbeitskräfte ist dringend nötig. Das Anwachsen der Großstädte, gegen das auch Bismarck war, ist unser Unglück, in moralischer, nationaler, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung. Wirtschaftlich haben nur die Grundstücksspekulanten Vorteil davon; die große Masse der Bevölkerung leidet meist unter dem Drucke hoher Wohnungsmieten. In jeder andern Beziehung sind nur Nachteile vorhanden.

Die „Eisleber Zeitung" schreibt bezüglich ihres Streites mit der „Post" in Berlin in Nr. 180 vom 4. August folgendes:

> Die „Post" erklärt, in der Angelegenheit ihrer magyarischen Korrespondenzen auf keinerlei Preßangriffe mehr einzugehn, da die ganze Angelegenheit von ihr vor ein andres Forum gebracht sei. Das kann die „Post" natürlich so machen, wie sie will; es sei aber festgestellt, daß das Blatt nicht das allergeringste beigebracht hat, das uns ins Unrecht gesetzt hätte. Wir gestehn, daß es uns im Interesse der nationalen Sache lieber gewesen wäre, wenn wir überzeugt worden wären, daß wir die „Post" zu Unrecht angegriffen haben und gern hätten wir in diesem Falle Abbitte geleistet. Es hätte auch dem Ansehen der „Post" weniger geschadet, wenn sie, statt sich aufs hohe Pferd zu setzen, die gröbliche Gedankenlosigkeit der Redaktion zugestanden hätte. So aber hat die „Rhein.-Westf. Ztg." Recht, wenn sie schreibt: Nach den letzten Ausführungen der „Post" müßten wir beinahe daran verzweifeln, daß die Redaktion einsieht, daß sie dupiert ist und dürfen dann kaum noch auf Besserung hoffen. Es bliebe dann nichts übrig, als die Oeffentlichkeit darüber dauernd aufzuklären, wer in der „Post" und anderswo den Deutschen die weisen Lehren vorträgt, daß die Magyaren den Deutschen weit überlegen seien und daß es nur angenehm und förderlich sei, wenn sich die Deutschen in Ungarn bescheidentlich den Magyaren fügen. Es frägt sich, ob die freikonservativen Leser und Wähler mit dieser Haltung der „Post" einverstanden sein werden, denn von jetzt ab kann die „Post" in dieser Sache die bona fides nicht mehr plädieren. — Die „Post" schreibt ferner: „Dort (vor Gericht) wird auch das nötige Licht über den sich still im Hintergrunde haltenden eigentlichen Urheber des ganzen Feldzuges und seine edlen Motive verbreitet werden." — Wir erklären hiermit, daß der Urheber unsrer Angriffe gegen die „Post", der erste Schriftleiter unsrer Zeitung, der „Post" vom ersten Tage an formell durch Uebersendung der Visitenkarte und dann durch die Beantwortung der Klageschrift auch gerichtsordnungsmäßig bekannt ist. Es ist also eine Lüge, wenn behauptet wird, es gebe „einen sich still im Hintergrund haltenden eigentlichen Urheber", und eine durch nichts begründete Verleumdung ist es, wenn unserm Vorgehn gegen die „Post" unlautere, unedle Motive unterschoben werden. Wir fordern die „Post" auf, diese ihre Verdächtigungen sofort öffentlich zu beweisen.

Auch wir glauben, mit der „Rhein. Westfälischen Zeitung", daß die „Post" besser gefahren wäre, wenn sie sich s. Z. reumütig zu einer großen Gedankenlosigkeit bekannt hätte.

Ausland.

England. Im Unterhause stellt Hayter am 31. Juli die Anfrage, ob das im März in Rumänien erlassne Gesetz, das die Beschäftigung



jüdischer Arbeiter verbietet, in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages sei, und ob die britische Regierung gegen dieses Gesetz Einspruch erhoben habe. Cranborne erwiderte, daß das in Rede stehende Gesetz sich auf alle Ausländer in Rumänien beziehe und nicht besonders die Juden erwähne; doch wenn das Gesetz lediglich gegen die Juden angewendet werde, so gehe die Ansicht der Regierung dahin, daß das Gesetz mit Artikel 44 des Berliner Vertrages unvereinbar sei. Der englische Gesandte in Bukarest habe über diesen Punkt bei der rumänischen Regierung in freundschaftlicher Weise Vorstellungen gemacht und werde fortfahren, im Interesse der Juden zu thun, was er könne. —

Ja, Juden und Engländer gehören zusammen.

Mosaik.

Englische Freundschafts-Beweise erhielt, wie aus London berichtet wird, ein deutsches Handelsschiff. Auf den deutschen Dampfer „Thekla" wurden, während er bei der Spike-Insel im Hafen von Queenstown vor Anker lag, von der Insel aus, auf der sich eine der größten brittischen Ansiedlungen von zu Zwangsarbeit verurteilten Sträflingen befindet, mehre Schüsse abgefeuert. Die Kugeln schlugen dicht neben einigen arbeitenden Matrosen in das Holzwerk des Schiffes ein. Der Kapitän der „Thekla" hat die Kugeln gesammelt und wird bei seiner Rückkehr nach Hamburg bei der deutschen Regierung Vorstellungen erheben.

Die Angabe über die Absichten des Kapitäns ist wohl nicht ganz zutreffend. Er will lediglich durch Vermittlung der deutschen Regierung die Erlaubnis erbitten, die Geschosse in Gold gefaßt mit folgender Inschrift tragen zu dürfen: „Heldenherzige Soldaten König Eduards, des Admirals der deutschen Flotte, erwiesen dem deutschen Dampfer ‚Thekla' die hohe Ehre, ihn als Scheibe für ihre Schießübungen zu benutzen". Der Höchstkommandierende der englischen Armee aber wird eine Note an die deutsche Regierung richten, worin er sich entschuldigt, daß die Helden von der Spike-Insel so schlecht geschossen haben.

Inzwischen ist die „Thekla" nach Hamburg zurückgekehrt, und der Kapitän zu der Ansicht gekommen, daß keine Absicht das Schiff zu treffen vorgelegen hat. Er hat nur eine Seemeile von einer schwimmenden Scheibe ab vor Anker gelegen, nach der die englischen Truppen Schießübungen hielten, und eine Seemeile vorbei zu schießen, ist für die Engländer eine Kleinigkeit. Nächstens wird man den atlantischen Ozean polizeilich sperren müssen, wenn die Engländer See-Schießübungen halten wollen.

Ueber das Hausierunwesen galizischer und polnischer Juden spricht sich der letzte Jahresbericht der Erfurter Handelskammer folgendermaßen aus:

Nachdem aus gewerblichen Kreisen über das Anwachsen des Zuzuges von jüdischen Händlern aus Galizien und über die Art ihres Geschäftsbetriebes beim Herrn Regierungs-Präsidenten Klage geführt worden war, hat der Herr Regierungs-Präsident Erhebungen angestellt und festgestellt, daß in der That 62 derartige Personen seit dem Jahre 1899 zugezogen sind, und daß ein großer Teil dieser Händler nicht nur den Hausierhandel in den angrenzenden Thüringischen Staaten betreibt, sondern auch in der Stadt Erfurt von Haus zu Haus zieht und Waren feilbietet. Er hat deshalb die Handelskammer um gutachtliche Aeußerung darüber ersucht, ob auch sie in Uebereinstimmung mit dem Beschwerdeführer, der Polizeiverwaltung zu Erfurt und der Königlichen Regierung selbst in diesem Geschäftsbetriebe eine beträchtliche Schädigung der einheimischen, in Erfurt ansässigen Geschäftsinhaber erblicke und eine Ausdehnung der gewerbepolizeilichen „Vorschriften über den Gewerbebetrieb der Ausländer im Umherziehn" auf den Stadtbezirk Erfurt befürworte, sodaß in Zukunft die Erlaubnis zum Hausierhandel Ausländern nur noch erteilt werde nach Maßgabe des vorhandnen Bedürfnisses. — Die Handelskammer hat diese Fragen bejaht. —

Die armen verfolgten Juden haben sich, wie man hört, mit der Bitte um Hilfe an den Geheimen Kommerzienrat Goldberger gewendet und hoffen, daß dieser kaufmännische Vertrauensmann der Reichsregierung eine Zurücknahme der hetzerischen Verfügung an geeigneter Stelle erwirken wird.

Vom Verdingungs-Unwesen. Um die Eisenarbeiten für den neuen Bahnhof in Koblenz bewarben sich 21 Firmen, deren Forderungen zwischen 294 455 und 532 868 Mark schwanken! — Für den Abbruch des Zuchthauses in Aue will ein Unternehmer 78 000 Mark haben, während ein andrer die Arbeit für 9999 Mark ausführt.

Wer verdient am meisten? In der Sitzung des österreich. Abgeordnetenhauses vom 31. Mai d. J. sagte Abg. Dr. Schreiner: „Von hundert Kilo Weizen bekommt der Bauer 18, 90 Kronen. Der Müller verdient als Mahllohn 6 Kronen und der Bäcker verdient daran 72 Kronen, wobei aber die Regierungs-Auslagen noch abzurechnen sind". Und was verdient der Zwischenhändler, der jüdische Getreide-Kommissar an der Börse?

Pfändungen, ein Merkmal für unsre wirtschaftlichen Zustände. Im Jahre 1900 sind in Leipzig 85 385 Pfändungsanträge gestellt worden, d. h. 7 576 Anträge mehr als 1899. Es ist also im Durchschnitt jeder fünfte Einwohner mit einer Pfändung bedacht worden. Im Jahre 1901 war es noch ärger. In Berlin faßte man schon vor Jahren den Plan, die Steuer in der Klasse bis zu 900 Mark Einkommen ganz aufzuheben, da die Pfändungskosten höher sind als die eingebrachten Summen.

Auch ein Turnverein. Der sozialdemokratische Turnverein „Lassalle" zu Kaaden (Böhmen) veranstaltete am 3. August das Fest seiner Fahnenenthüllung, wobei die Festordnung folgende Punkte enthält: Festkommers, Mittagessen, Festzug, Konzert mit Preisschießen und Preiskegeln, Tanzunterhaltung, Festball.

Reichhaltig ist diese Festordnung gewiß und es winken auch schöne Preise — beim Kegelspielen. Daß bei dem Feste eines turnerischen Vereins auch nicht die geringste turnerische Aufführung geboten wird, darf bei den „Genossen" nicht Wunder nehmen.

Die Krönungs-Tortur, denn unter den obwaltenden Umständen muß man dies so bezeichnen, soll am 9. August an König Eduard in London vollzogen werden. Die regierenden Fürsten sind gebeten, sich von ihren Botschaftern vertreten zu lassen, und auch unser Kaiser hat daher von seinem geplanten Besuche absehn müssen.

Aber um wenigstens vor aller Welt darüber keinen Zweifel zu lassen, daß wir die englische Freundschaft besonders suchen, wird Prinz Heinrich als Stellvertreter des Kaisers der Krönung beiwohnen.

Warenhäuser giebt es auch schon auf dem Lande, das zeigt uns eine Tafel, die einem jüdischen Geschäft in einem Dorfe der Weichselniederung als Aushang dient und folgenden Inhalt hat:

Lager von Manufakturwaren, Garderoben für Herren und Damen. Anfertigung eleganter Herrengarderobe nach Maaß. Schuhe, Stiefel, Hüte, Mützen für Damen, Herren und Kinder. Oberhemden, Chemisettes und Kragen, Stick- und Zephierwolle. Große Auswahl von Gelegenheitsgeschenken. Spielwaren, Schürzen, Emailliierwaren, Haus- und Küchengeräte. Steingut, Glas, Porzellan und Töpferwaren, Bettfedern und Daunen. Inletts und Bezüge werden gratis angefertigt. Nähmaschinen, Fahrräder, Kinderwagen, nur erstklassigster Fabrikate, auch auf Teilzahlung. Theer, Karbolineum, Dachpappe, Kalk, Zement, Zaundraht, Draht- und Schmiedenägel, Eisen- und Holzschlippen, Heugabeln, Forken, Spaten und Hacken, Oberschlesische Steinkohlen zu billigsten Tagespreisen. Material- und Kolonialwaren, Mehl, Schrot, Erbsen, Graupen, Grütze usw. Umtausch von Getreide gegen Mehl. Tabak- und Zigarren-Lager. Leihgeschirr zu Festlichkeiten. Netzbaumwolle und Fischreusen.

Wie viel davon mag der Jude selber fertigen?

Zur Schächtfrage wird uns aus Christburg (Westpreußen) geschrieben:

Einen eigenartigen Ring haben die hiesigen Fleischer gegen die jüdische Gemeinde geschlossen. Für das Schächten von

Vieh mußten die Fleischer bisher an die Synagogen-Gemeinde eine Abgabe bezahlen, und zwar für ein Rind drei Mark, für ein Kalb eine Mark und für ein Schaf 50 Pfg. Diese Abgabe belief sich jährlich auf über 600 Mark, die zur Besoldung der jüdischen Gemeinde-Beamten mit verwendet wurden. Da nun seit Einrichtung des öffentlichen Schlachthauses ein großer Teil der Juden auf koschers Fleisch verzichtet und den Fleischern infolgedessen das koschere Fleisch liegen blieb, beschlossen diese, fortan nur noch koscher schlachten zu lassen, wenn die jüdische Gemeinde von Erhebung der Abgaben absehe. Darauf ist die jüdische Gemeinde nicht eingegangen, in dem Glauben, daß die Fleischer nachgeben würden. Diese haben sich nun in ihrer Johanni-Versammlung bei einer Geldstrafe von dreißig Mark verpflichtet, überhaupt nicht mehr koscher schlachten zu lassen, selbst wenn die jüdische Gemeinde fortan von der Erhebung der Abgaben Abstand nehmen sollte.

Bravo! Hoffentlich machen es bald andre Fleischer-Innungen nach.

Aus Anlaß des 100jährigen Geburtstages des alten Waldeck haben die freisinnigen Parteien des Reichs- und Landtags durch Abordnungen an dem Grabe Waldecks Kränze niederlegen lassen.

Mit besonderm Trara hat der meist aus Judenjünglingen bestehende Verein „Waldeck" in Berlin den Gedenktag begangen. Der alte Waldeck soll sich darob mehrmals im Grabe umgedreht haben.

Einen Preis von tausend Mark hat eine Frau Bolza in Konstanz für die beste Schrift über das Betäuben der Schlachttiere mittels blitzartig wirkender Betäubungsapparate ausgesetzt. Zur Preisbewerbung werden besonders eingeladen alle Freunde des Tierschutzes, Schlachthofdirektoren, Tierärzte, Lehrer, Förster und Fleischermeister. Die nähern Bedingungen sind vom Beauftragten der Stifterin, Gewerberat Dr. v. Schwartz (Konstanz) zu beziehn.

Alles klagt, und alles raucht. Man klagt über die hohen Milchpreise und trinkt Wein und Bier. Man klagt über das Aufbringen der Zinsen und kauft den Töchtern Hüte, die nicht standesgemäß sind. Man klagt über den Untergang der Gewerbe und kauft im jüdischen Bazar ausländische Ware. Man jammert über schlechten Geschäftsgang und geht allabendlich ins Wirtshaus. Man lamentiert über Zerrüttung des Familienabends und tritt in den zehnten Verein als Mitglied. Man jammert über hohe Lebensmittelpreise und kauft bei Wertheim oder Tietz die neusten Modeartikel. Alles klagt über Festschwindel und alles besucht Feste. Man klagt über die teuren Kleider und schämt sich der halbleinen Anzüge. Man klagt über den Mangel an tüchtigen Landarbeitern und schickt die Jungen in die Schreibstuben. Man jammert wegen Leere der Geldtasche und schämt sich, ohne glimmende Zigarre über die Straße zu laufen.

Hört auf zu klagen, ehe ihr euch nicht ändert!

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Konsumverein Kronberg (Taunus) ist geschlossen, der Staatsanwalt hat die Bücher beschlagnahmt, weil der entlassne „Genosse" Lagerhalter 2700 Mark unterschlagen hat. —

„Genosse" Christian Kraiker, Kassierer des Deutschen Tabak-Verbandes zu Frankfurt (Main) und Beamter der Ortskrankenkasse wurde verhaftet, seiner Kasse fehlen über tausend Mark. —

Nachts entwendete der „Genosse" und Stadtverordnete Stellenberg zu Spandau einen Schaukasten, weshalb er eine Woche Gefängnis erhielt. Sein Mandat legte er infolgedessen nieder. —

Kaum hatten sich die Gemüter der Herren Zukunftsstaatler in Spandau über diesen Fall beruhigt, als „Genosse" Stadtverordneter und Gastwirt Wehl wegen einer Urkundenfälschung verhaftet wurde. Um die ihm drohende Zwangsvollstreckung zu verhindern, hatten er und sein Schwager, der Fabrikarbeiter Säuberling, die falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß die Pfandstücke schon seit längrer Zeit dem Säuberling gehörten.

Sankt Bürokratius. Unter dieser Spitzmarke wird sehr zutreffend berichtet: Als die Ueberflutung der deutschen Hochschulen durch Ausländer insbesondre aus dem Osten in der Oeffentlichkeit erörtert wurde, mußte befürchtet werden, daß bei den natürlich sehr berechtigten Abwehrmaßregeln gelegentlich bürokratische Mißgriffe vorkommen könnten. Ein solcher Fall liegt nun auch vor. Der Rektor der Kieler Universität hat vom Herbstsemester ab die Zulassung ausländischer, besonders russischer und österreichischer Hörer verboten, sofern sie keine reichsdeutsche Prüfung abgelegt haben. Demnach soll also ein Deutscher aus Oesterreich oder den Ostseeprovinzen Rußlands genau so behandelt werden, wie z. B. ein Neger aus Haïti. Und das an einer Universität, an der der Balte Karl Schirren seit nahezu 25 Jahren Geschichte lehrt!

Nationale Sozialpolitik. Die Münchner „Jugend" brachte kürzlich folgenden treffenden sozialpolitisch-nationalen Scherz:

In einer rheinischen Stadt geht der dritte Bürgermeister spazieren und benutzt die Gelegenheit, um die Arbeiten an einer neuen Straße zu besichtigen. Er fragt einen der Arbeiter nach seinem Befinden. „Ganz gut so weit, Herr Bergermeester; nor dät' ich meene, mer bräucht net so viel Italiener anzustelle; mir Deutsche däte unser Sach grad so gut mache." Der dritte Bürgermeister schüttelt den Kopf und äußert, daß ein Italiener soviel arbeite wie drei Deutsche. „So meene Sie, Herr Bergermeester! Dann dät ich meene, mer sollte en Italiener zum Bergermeester wähle; dann bräuchte mer bloß een bezahle, statt jeze drei!"

Aufruf an die Deutsch-Sozialen!

Auf unserm ersten Parteitage in Magdeburg — am 10. September 1900 — wurde einstimmig beschlossen, die hinter uns liegenden Schwierigkeiten zu vergessen und sofort die ernste Arbeit in die Hand zu nehmen.

Diesem Vorsatze entsprach in hohem Maße der Vorschlag für unsre Parteibedürfnisse eine besondre Einnahmequelle zu schaffen, die dann unter dem Namen „Verein Aufwärts" sofort ins Leben gerufen wurde.

Damit war auch zugleich ein Schritt gethan, der uns, wie wir später einsahen, in den Stand setzte, den schweren Kampf in dem Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erfolgreich durchzuführen.

Wurden wir hierdurch der nächstliegenden und wichtigsten Aufgabe gerecht, so müssen wir nunmehr an die Zukunft denken und unsern Kriegsschatz ausrüsten.

Wir richten daher an alle Freunde die herzliche und dringende Bitte, dem

„Verein Aufwärts"

einzutreten.

Mag auch die Arbeit in den einzelnen Vereinen und Verbänden wichtig und unerläßlich sein, so wird sich doch jeder Parteigenosse sagen, daß auch für die Gesamtpartei, namentlich für die kommenden Reichstagswahlen eine möglichst gefüllte Kasse ebenso unentbehrlich ist. Benutzen wir die Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, zu eifriger Ansammlung von Geldmitteln, so können wir getrost den Erfolgen unsrer Arbeit entgegensehen, die überall so erfreulich eingesetzt hat.

Der Mindestbetrag für den „Verein Aufwärts" beträgt jährlich fünf Mark. Fast alle Parteigenossen dürften dieses Opfer bringen können, und manche dürften es auch nicht einmal schwer empfinden, wenn sie sich freiwillig eine höhere Kriegssteuer auferlegen.

Aber niemand bleibe ganz zurück!

Anmeldungen und alle Anfragen werden an den mit unterzeichneten Kassenwart der Partei, Herrn Abg. Raab (Hamburg 5, Danzigerstr. 40) erbeten.

Mit deutschem Heilgruß!

Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.	Müller (Waldeck), M. d. R.
Dr. Rud. Vogel, M. d. R.	Friedrich Raab, M. d. R.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 7. August 1902. Nr. 729.

Uns läuft niemand nach.

Weder der Zar aller Reußen, noch König Eduard, der Vielgeliebte, weder der Großtürke, noch der Papst, auch nicht die hohen Dreibunds-Verbündeten in Rom und Wien, die Präsidenten Loubet und Roosevelt, die Nordlandskönige in Kopenhagen und Stockholm und der kleine Alfons im sonnigen Süden zu Madrid haben uns Beileids-Telegramme zu dem großen Hamburger Schiffs-Unglück gesendet. Und doch sind sie alle und noch viele andre bei ernsten und freudigen Gelegenheiten schon von Berlin aus antelegraphiert worden. Sie lassen es sich gefallen und danken höflich und kühl, aber keinem fällt es ein, diese Mode mitzumachen. Uns läuft eben niemand nach.

Wir aber, wir können uns garnicht genug thun in Verbeugungen vor dem Auslande. Da läuft z. B. jetzt ein augenscheinlich von „oben" kommendes Artikelchen folgenden Inhalts durch die regierungsfromme Presse. Wir haben es aus einem Kreisblatte entnommen:

> In den letzten Jahren hat sich ein Teil unsrer Presse in der Ausübung eines angemaßten Zensor-Amtes gegenüber dem Auslande mit einer Rücksichtslosigkeit gefallen, die von ernsten Männern schon längst als Kalamität empfunden worden ist. Am gröbsten haben unsre Witzblätter gesündigt. Wenn man eine längre Reihe von Nummern des „Kladderadatsch", des „Simplizissimus", des „Ulk" und der „Lustigen Blätter" durchsieht, so erschrickt man fast vor den Quantitäten Arsenik, die hier nach und nach ausgestreut worden sind. Die Zeichner dieser Blätter haben die verhängnisvolle Kunst, die Politik in der Perspektive der Straße zu betrachten, teilweise zu einer Virtuosität entwickelt, während der Lesestoff von Feuilletonisten fabriziert wird, denen jedes Augenmaß für die politische Wirkung ihrer Schreiberei abgeht, denen das erschütterndste Ereignis zum Gassenhauer wird. Der gute Deutsche, der mit Behagen jede Extra-Nummer zu erhöhtem Preise genießt und sich kindlich freut, wenn es dem Chamberlain wieder ordentlich gegeben worden ist, merkt dabei gar nicht, daß seine nationalen Antipathien lediglich als Objekte der ungeniertesten geschäftlichen Ausbeutung großgezogen werden. Die Witzblätter bilden zweifellos das bedenklichste Kapitel unsrer Tageslitteratur. Sie stehen, soweit sie politisch sein wollen, mit wenigen Ausnahmen gegenwärtig auf einem beklagenswerten tiefen Niveau. Wenn im Auslande sich eine schwer gereizte Stimmung gegen die deutsche Presse geltend macht, wie wir sie früher nicht gekannt haben, so können wir uns dafür vor allen Dingen bei den „Lustigen Blättern", „Ulk" und Genossen bedanken. —

Es soll ohne weiters zugegeben werden, daß unsere Witzblätter, die ja mit wenigen Ausnahmen „auf den Juden" gekommen sind, wirklich nicht auf der Höhe stehen. Aber was in aller Welt geht das unsere Regierung an. Werden etwa die Witzblätter des Auslandes von ihren Regierungen gemahnt, säuberlicher mit unserm Kaiser umzugehen, als das bisher geschieht?

Wahrscheinlich ist es „dem Chamberlain" doch unbehaglich, daß er in der deutschen nationalen Presse noch immer beim rechten Namen genannt wird. Er hat sich darüber gewiß bei seinem Freunde Bülow beklagt, und hat seinen „Hamann"*) beauftragt, einen Preßgalgen zur Abschreckung aufzurichten. Wir laufen aber allen nach!

Jüdischer Aberglaube.

Alle Angehörigen des semitischen Stammes gehören zu den aufgeklärtesten Menschen unsers Jahrhunderts — das ist ganz unzweifelhaft, denn es wird uns in allen Tonarten stets und ständig von der gesamten jüdischen Presse versichert und diese hat neuerdings ja stets recht. Insbesondre hört man die jüdische Intelligenz loben, sobald es irgendjemand wagt, auch nur leise anzudeuten, daß es in Galizien, russisch Polen und noch weiter östlich, Kaftanträger giebt, denen man wohl einen Mord aus Aberglauben zutrauen kann. Es hält ja schwer, Beweise für den unter den zivilisierten Juden Europas herrschenden Aberglauben beizubringen, aus dem Osten kommen indes manchmal etliche derartige Nachrichten zu uns. So erzählt jemand in der Petersburger „Nowoje Wremja" ein sehr bezeichnendes Reise-Erlebnis. Der Betreffende fuhr an einem Sonnabende mit der Eisenbahn und bemerkte im Abteil einige Mitreisende, die sich auf ihren Sitzen unaufhörlich hin- und herschaukelten, als ob sie sich auf einem Schiffe befänden. Als er fragte, wer diese seltsamen Leute seien, sagte man ihm: „Das sind Juden, die nach den Vorschriften des Talmud am Sonnabend auf der Eisenbahn nicht fahren dürfen, sondern nur auf dem Schiffe. Um nun den Talmud zu betrügen, hat jeder dieser jüdischen Reisenden eine Flasche Wasser auf seinem Sitze und schaukelt sich, als ob er auf einem Schiffe fahren würde."

Das ist echt jüdisch, bemerkt dazu das russische Blatt, und vollkommen im Geiste des Talmud. Wen soll der Jude nicht betrügen, wenn er sogar seinen eignen Talmud betrügt?

Zweifellos handelt es sich hierbei um eine Art von Aberglauben, der um so wirklicher wirkt, als dabei eine angebliche religiöse Vorschrift in Betracht kommt.

Daß dieser mystisch-abergläubische Zug unter den Juden auch ausgebeutet wird, ist bei dem bei Israel außergewöhnlich entwickelten Handelssinn ohne weiters klar. Ganz besonders groß hierin sind die Wunderrabbis. Ueber das Treiben dieser Sorte von „Kultusbeamten" in Rußland veröffentlichte jüngst die russische Zeitung „Kiewskoje Slowo" einen längern Bericht. Danach sind die Provinzen Wolhynien und Podolien mit den Wunderrabbis reich gesegnet. Wenn ein solcher „Zadik" in ein Judenstädtchen kommt, ist die gesamte Judenbevölkerung auf den Beinen, und alles eilt mit Spenden herbei, um den Wundermann zu beschenken und seinen Segen zu erlangen. Die Wunderrabbis versprechen Abhilfe gegen alles menschliche Leid, gegen Not und Elend, gegen schlechten Geschäftsgang, gegen jede unheilbare Krankheit und gegen die

*) So heißt der Reichsbeamte, durch den die zugängliche Presse beeinflußt wird. Die Schriftleitung.

Unfruchtbarkeit der Frauen. So unglaublich dies klingt, so unbegrenzt ist das Vertrauen der jüdischen Massen zu der Wunderkraft dieser Schwindler, die die Ausbeutung mit außerordentlicher Geschicklichkeit betreiben und hierdurch häufig große Reichtümer sammeln.

Oefter kommt es auch vor, daß einige Juden der niedrigsten Klasse nicht an die Kraft des Wunderrabbiners glauben, wohl aber an die von ihm gemachten „Ersparnisse“, und deshalb mit allen Mitteln versuchen, die schönen Gold- und Silberrubel sich zu eigen zu machen. So wurde erst kürzlich ein derartiger Rabbi nebst Frau in Ksions bei Miechow erschlagen. Die Mörder hatten aber den eisernen Geldschrank nicht sprengen können und darum auch keinen Vorteil von ihrer Unthat.

Vor längerer Zeit berichteten wir aus Odessa, daß man dort eine Jüdin einsteckte, die einen schwunghaften Handel mit Teufeln betrieb. Sie behauptete, daß es in ihrer Macht stände, Teufel gegen jedermann auszusenden. Wenn sich nun jemand an irgendwem rächen wollte, so ging er zu der Jüdin, und diese schickte dem Betreffenden angeblich einen oder mehre Teufel auf den Hals. Die Jüdin machte mit diesem Handel ein vortreffliches Geschäft, kam jedoch wegen Betrugs auf fünf Jahre nach Sibirien. Dieser Tage wurde nun im jüdischen Ghetto in der Warschauer Vorstadt Praga abermals ein solches „Teufelskontor“ entdeckt, das ebenfalls von einer Jüdin geleitet wurde und riesigen Zulauf unter der leichtgläubigen Bevölkerung hatte. Die Jüdin nahm die Polizei in ihre Obhut.

Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Halb-Asiens ist also in einem Aberglauben befangen, der ganz dazu angethan ist, uns an jüdische Blutmorde glauben zu machen.

Zum Schluß noch ein mehr scherzhaftes Vorkommnis. Susanne Peisach, die Frau eines Kaufmanns Peisach zu Chotin (Bessarabien) klagte gegen den Kaufmann Moriz Stiffel wegen Beleidigung, weil er sie eine „Hexe“ genannt hatte. Das Urteil lautete: „Die Klage wird zurückgewiesen, weil der Ausdruck Hexe nicht beleidigend ist und die Klage nur beweist, daß der Beklagte ein Dummkopf und die Klägerin ein noch größerer Dummkopf ist.“ Infolge einer Beschwerde der Klägerin nahm das Kreisgericht zu Kamenetz-Podolsk den Chotiner Strafrichter wegen dieses Urteils in eine Geldstrafe von 25 Rubel.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden. Nunmehr ist noch eine für Anfang August in Heidelberg geplant.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, auch an dieser letzten Veranstaltung teilnehmen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Verband Nordmark. Herr Henningsen (Hamburg) wird Vorträge halten am 16. d. M. in Bunde (Ostfriesland), 17. in Stapelmoor und Weener, am 18. in Wymeer, am 19. in Jemgum, am 20. in Ditzum und am 21. in Ditzumerverlaat.

Das Stiftungsfest des Verbandes wird am 10. August in Altenwerder gefeiert werden.

Verband Westmark. Der zweite Verbandstag des Verbandes Westmark findet am Sonntag, 10. August, vorm. 11 Uhr zu Duisburg in der städtischen Tonhalle, Königstraße statt. Tagesordnung: Thätigkeitsbericht, Rechenschaftsbericht, Wahl der Kassenprüfer, Wahl des Vorstandes, Beratung der eingegangenen Anträge, Verschiedenes.

Um 1 Uhr findet gemeinschaftliche Mittagstafel in der „Tonhalle“ statt. Gedeck 1,50 Mark, kein Weinzwang. Nach Erledigung der Tagesordnung gemütliches Beisammensein.

Parteigenossen, die an dem Verbandstage und der Mittagstafel teilnehmen wollen, werden gebeten, dieses sofort Herrn J. Bovenkerk, Duisburg, Königstraße, mitzuteilen.

Der Reichstagsabgeordnete Raab (Hamburg) wird den Verhandlungen beiwohnen.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Barlngstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;
in Nordhausen am 8. August im „Schwarzen Walfisch“; am 15. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Deutsche Mädchen in Judenhäusern. Vierhundert Kronen Bürgschaft mußte die Verkäuferin Amalie Greppel bei dem Drechslerwaren-Händler Markus Pollak zu Wien stellen. Als er das Mädchen entließ, gab er ihr das Geld indes nicht zurück, sondern behauptete, er müsse erst das Warenlager prüfen. Einige Tage darauf erhielt die neue Verkäuferin von ihm 240 Kronen mit dem Auftrage, diese Summe der Greppel auszuhändigen, falls sie sich melde. Thatsächlich erschienen auch zwei stark verschleierte Frauen im Geschäft und nahmen gegen schriftliche Bestätigung das Geld in Empfang. In Wirklichkeit behauptete die Greppel aber, nichts bekommen zu haben. Als gegen Markus Pollak Anklage wegen Betruges erhoben wurde, wies er die Empfangsbestätigung vor. Allein die Schreibsachverständigen erklärten, die Unterschrift rühre von Pollak selbst her; die beiden Helfershelferinnen konnten leider nicht ermittelt werden. Pollak erhielt für seinen Geniestreich acht Monate Zuchthaus.

Sie waren sich nicht grün, der Viehhändler Siegfried Altgenug und der Kaufmann Philipp Weinstein zu Braunschweig und als dieser eines schönen Tages vor jenem verächtlich ausspuckte, wallte in Altgenug das Makkabäerblut auf, so daß er seinen Rassegenossen mit einem Paraplui etlich durchwallte. Bei dieser Gelegenheit ging die grause Waffe in Stücken. Weinstein fühlte sich sehr gekränkt und rief deshalb die Hilfe des Staatsanwalts an, der auch gegen Altgenug Anklage erhob wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges. So kam es denn, daß Altgenug 60 Mark Geldstrafe zahlen darf.

„Besten Feigenkaffee“ stellte der Agent Alfred Spitz zu Wien dadurch her, daß er aus einem Kilo Kaffeezusatz, der 20 Kreuzer gekostet hatte, zwei Päckchen machte, die er für 1,40 Gulden verkaufte. Um seine famose Ware schneller an den Mann oder vielmehr an die Frau zu bringen, wurde für jedes Packet den Käufern die Nachschickung eines großen Kaffee- oder Thee-Services versprochen. So unglaublich es ist, aber Abnehmer fand Spitz haufenweise. Als das Versprochne ausblieb, erfolgte die Anzeige und der Schwindler bekam drei Tage Arrest.

Steckbrief. Gegen den Händler Samuel Sally Löwenburg, geboren am 14. Mai 1851 zu Lübeck, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, soll eine durch vollstreckbares Urteil des Hamburger Landgerichts vom 19. Februar 1902 erkannte Gefängnisstrafe von acht Monaten vollstreckt werden. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte zu Hamburg ersucht um seine Verhaftung.

Tuchneppee. Im Sommer 1899 erschien heulend und zähneklappernd bei einem Gastwirt in Dresden-Neustadt der Handelsmann Simon Alexander und bot für 80 Mark einen Posten Tuch an, der angeblich 180 Mark Wert haben sollte. Er ließ dabei durchblicken, daß er mit diesem billigen Verkauf eigentlich seine Gläubiger benachteilige, aber da er nun einmal Geld brauche, um sich aus großer Verlegenheit zu retten, wolle er die Ware so billig ablassen. Der Jude wagte sogar einen Kniefall und brachte infolgedessen richtig sein Tuch an. Bald mußte der Gastwirt erfahren, daß die Ware kaum 30 Mark wert war. Leider hatte der Verkäufer seinen Namen nicht genannt, „wegen der Gläubiger", und so hatte der Käufer es nur dem Zufall zu danken, daß er einen schönen Tags den Juden auf der Straße traf und ihn schleunigst einstecken ließ. Alexander hat schon oft mit den Staatsversorgungs-Anstalten, so man Gefängnis nennt, Bekanntschaft gemacht, so daß er diesmal anderthalb Jahr Zuchthaus verbüßen muß.

Mit gefälschten Bestellscheinen arbeitete der angeblich Kommis Moriz Klein zu Wien. Es gelang ihm unter anderm auch ein Stück Seide zu erschwindeln. Bei einem Versuch, vier Dutzend Hemden sich auf gleiche Weise anzueignen, erfolgte die Verhaftung des Vagabunden.

Sittliche Juden. Als eine Kupplerin schlimmster Sorte wurde die Jüdin Josefina Klasen zu Straßburg (Elsaß) entlarvt. Sie führte „bessern" Herren seit mindestens fünf Jahren junge Mädchen zu, darunter sogar ihre eigne Tochter! Als Belohnung erhielt sie anderthalb Jahre Zuchthaus und ein Reisender Leon, der zu ihren „Kunden" gehörte, acht Monate Gefängnis.

Nach dem Orient oder nach Südamerika verkauften Moischek Hendler und Itzig Bankowitsch die Mädchen, mit denen sie sich mit Hilfe ihrer Rassegenossin Channa Pekartschik verlobt hatten. Die Warschauer Polizei machte dem Treiben ein vorläufiges Ende und das Strafgericht zu Petrikau gab allen dreien Gelegenheit, je ein Jahr im Zuchthause über neue Streiche nachzusinnen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Eine feine Gesellschaft ist es, der das Berliner Polizeipräsidium jüngst die Gastfreundschaft gekündigt hat. Unter den amtlichen Bekanntmachungen der Regierung wird u. a. die Ausweisung folgender Personen mitgeteilt: Mützenmacher Samuel Retser aus Galizien, Maler Henoch Katz aus Galizien, Kellner Abraham Ebenholz aus Oesterreich, Arbeiter Samuel Weintraub aus Galizien, Arbeiter Moses Schwefel, genannt Friedmann, aus Oesterreich, Köchin Sara Eichenholz recte Tuchhaus aus Oesterreich.

Welches Land mögen diese lästigen Ausländer nun wohl beglücken? so fragt die „Deutsche Tageszeitung". Uns scheint die Antwort sehr einfach. Sie gehn nach Hamburg und begeben sich dort unter den mächtigen Schutz ihres Stammesgenossen Ballin. Dieser stellt sie dem Fürsten von Monako vor, den er neulich bei der Hoftafel an Bord des „Meteor" kennen gelernt hat, und empfiehlt sie ihm als Crouplers. Wenn wir in Jahr und Tag einen jüdischen Reichskanzler haben, werden die inzwischen reich und damit hoffähig gewordnen Herren zurückberufen und erhalten Anstellung im preußischen Finanzministerium.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Otto Hübners Geographisch-Statistische Tabellen. Herausgegeben von Prof. v. Juraschek. Frankfurt (Main) 1902. 51. Ausgabe, Preis 1 Mark.

Sowohl früher schon, wie auch im vorigen Jahre bei Erscheinen der Jubiläums- (50.) Ausgabe dieses nützlichen Buches haben wir wiederholt unsre Freude darüber ausgedrückt, daß der Herausgeber ständig bemüht ist, immer die neusten und zuverlässigsten Zahlen aus der Statistik der Bevölkerung und Volkswirtschaft zu erlangen und, in seinen Tabellen verarbeitet, bekannt zu geben (Vgl. Nr. 688 d. Bl.). Auch der 51. Jahrgang zeugt von dem Eifer des Verfassers. So finden wir die neusten Zahlen über den Handel aller Länder der Erde, Ergebnisse der neusten Volkszählungen, kurz überall neue und richtige Angaben, übersichtlich und praktisch angeordnet, so daß der Satz immer wieder gerechtfertigt wird: „Die Hübnerschen Tabellen sind ein Buch, das einer Empfehlung nicht erst bedarf." Die folgenden Zahlen über die Juden in Oesterreich-Ungarn, die wir den Tabellen von 1891, 1893 und 1902 entnehmen, und die ebenfalls zeigen, daß Prof. v. Juraschek den kaum erschienenen ersten Teil der ungarischen Bevölkerungsstatistik benutzt hat, werden unsre Leser besonders interessieren. Es gab Juden

im Jahre	in Oesterreich	in Ungarn	Oesterreich-Ungarn zusammen
1880	1 005 000	641 000	1 946 000
1890	1 142 000	833 000	1 975 000
1900	1 225 000	851 378	2 076 378

K. Tzr.

Der Handwerker und seine Arbeiter (Handwerks-Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge). Von E. Wolff. Leipzig 1902, 154 Seiten; Preis geb. Mark.

Aus dem gemeinverständlich geschriebnem Buche, das teils den selbständigen Handwerkern, teils deren Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen gewidmet ist, kann sich jeder Handwerker über die das Handwerk zumeist betreffenden Vorschriften des jetzt gültigen Rechts Rat holen. Das Buch kann daher namentlich allen Handwerkern, Innungen und gewerblichen Vereinigungen zur Anschaffung empfohlen werden. F. B.

Briefkasten.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und Fremdwörter, sowie ohne unnötige und allzuviele Höflichkeits-Redensarten.

Ohne Umschweife sofort auf die Hauptsache losgehn. Lange Briefe mit langen Einleitungen bleiben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich alles zugemutet wird.

Vergiß nicht, öfters ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen: dadurch werden die Gedanken abgegrenzt und das ganze übersichtlicher gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die einzelnen Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehn.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die einzelnen Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehn.

Ueber das kleine lateinische u setze stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechselung mit dem n fast unausbleiblich.

Vergiß auch nicht, in jedem Briefe usw. deine volle Adresse anzubringen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst Du brieflich Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst mußt Du bis zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetne Auskunft erfolgt.

R., Barmen. Wie Sie aus dieser Nummer ersehn werden, stand das Machwerk auch noch in andern Zeitungen. Den Namen jenes Tinten-Kulis kennen wir nicht, jedenfalls aber ist es ein Jude. Für Zusendung besten Dank. Heil!

R. Nordhausen. Drucksache dankend erhalten.

Eingegangne Anfragen.

Der General v. Palézieux (Weimar) soll auf die Artikel in Nr. 723 und 725 eine Entgegnung gebracht haben. Wir wären unsern Lesern für Einsendung der Entgegnung oder Nennung der Zeitung, worin die Entgegnung stand, sehr dankbar.

Wer giebt einer zuverlässigen Eisenhandlung in Stadt von 12 000 Einwohnern Fahrräder zum kommissionsweisen Verkaufe?

Ist die Firma Leopold Sersons Commerzielles Rechtsinstitut, Berlin S. W., Bergmannstr. 3 in deutschen Händen?



Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: **Herrmann Laas.**

Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

94

Vivisektion!

Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des **Weltbundes gegen Vivisektion**, die unentgeltlich versendet werden vom **Tierschutzverein, Berlin SW**, Königgrätzerstr. 108.

Victoria-Zwieback

ist der feinste Naturbutter-Zwieback **der Welt.** Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas. 12 mal präm.

Bad Pyrmont.

Richters Pension.

Besuchteste christl. Kurpension. Beste Empfehlungen.

Die Juden
und der
Deutsche Staat.

12. Aufl. 142 Seiten

Von **H. Naudh.**

Preis 1 Mark.

Deutschnation. Buchhandlung und Verlags-Anstalt. Berlin NW52, Paulstr. 15.

Lieferung direkt an Private, daher größte Vorteile. Freie Probesendung durch ganz Deutschland. Pianos von 450 Mark ab

Man kaufe kein Piano

bevor man unsern Katal. eingef. hat der gr. u. fr. vers. wird.

Roth & Junius
vorm. Aug. Roth, **Hofpianofabrik Hagen i. W. Nr. 282.**

Nur erste Preise.

Politische Bilderbogen

Bis jetzt erschienen:

Nr. 1. Bismarck kommt!
„ 2. Juden in Deutschland.
„ 3. Freisinnige Zukunftsbilder.
„ 4. Caprivis Leidenthaten.
„ 5. Börsen-Kirmeß.
„ 6. Das Märchen von Christus.
„ 7. Ahlwardts Heldenthaten.
„ 8. Juden-A-B-C.
„ 9. Die Bauernwürger.
„ 10. Die Juden in Friedrichsruh.
„ 11. Im Zukunftsstaat.
„ 12. Deutscher Totentanz.
„ 13. **Das Blutgeheimnis.**
„ 14. Im 20. Jahrhundert.
„ 15. Der schwarze Peter.
„ 16. Die Juden im Reichstag.
„ 17. Auszug der Juden aus Deutschland.
Nr. 18. Juden in der Sommerfrische.
„ 19. Die Handwerker b. Bismarck.
„ 20. Der Teufel in Deutschland.
„ 21. Bismarck vor Gericht.
„ 22. Der Bauernfeind.
„ 23. Der Handlanger.
„ 24. Falsche Freunde.
„ 25. Bienen und Drohnen.
„ 26. Der Flottenfeind.
„ 27. Sein einziger Feind.
„ 28. Ein Zukunftsbild.
„ 29. Die Milchkuh oder Deutschland 1900 n. Chr.
„ 30. Der Rattenfänger.
„ 31. Bismarcks Geist.
„ 32. Die Völkerspinne.
„ 33. Der Weltboxer.
„ 34. Der Burenkrieg.

Jeder Bilderbogen ist gegen Einsendung von 30 Pf. in Marken ständig zu beziehen von der

Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

✤ Völkische Postkarten, ✤

hochfein ausgeführt, in Licht- und Buntdruck, solange der Vorrat reicht zu ermäßigten Preisen:

10 Stück gemischt —.35 Mark,
50 „ „ 1.50 „
100 „ „ 2.50 „

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.



H. Naudh,

Israel im Heere.



Kriegskarte anno 2000.

Preis 50 Pfg

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.

Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock

Ausschank:

Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.

Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.

Emil Krug.

Jeder Leser

braucht einen **Kautschukstempel.** von 2,70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.

Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate

E. Kaiser gen. **Stempel-Kaiser**
Berlin N., Invalidenstr. 10

Bad Kissingen.

Logierhaus Renner,

Schönborn-Straße 24,

148 jenseits der Saale, empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.

Großer Garten.

Spareinlagen

Staatspapiere, Aktien, Loose.

Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)

Hamburg, **Gr. Bäckerstr. 22 24**

Geöffnet von ½9 vm. bis 6 nm. Sonnabends bis 8 Uhr abds.

Zweiggeschäft:

Barmbeck, Hamburgerstraße 35

Geöffnet von 11 bis 1 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Zweiggeschäft:

Eppendorf, Schramsweg 2

Geöffnet von 8½ bis 1½ Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Düren

webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**

Stoffproben sendet **direkt und frei das Tuchhaus Boeykes i. Düren 1 (Rhld.)**

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 14. August 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 730.

Wochen-Spruch.

Die Juden bilden ein so pestilentialisches, aussätziges und gemeingefährliches Geschlecht, daß sie verdienten, vor der Geburt ausgerottet zu werden.

Giordano Bruno, Spaccio, Paris 1584.

Seeschlange, Enten und saure Gurken

sind, wenn die Sonne im Zeichen des Hundssterns steht, nach altem Brauch bevorzugte Bestandteile der geistigen Nahrung, die in den Spalten einer gewissen Art von Zeitungen den Lesern dargeboten wird. Aber so toll wie in diesem kühlen Sommer ist es noch selten getrieben worden.

Noch immer flattert die dicke fette Ente von dem Helden und Kreuzträger Moses Bier in der Welt umher, ohne daß das „Berliner Tageblatt“, die „Mitteilungen der Judenschutztruppe“, Herr Heinrich Rickert und ähnliche Geister erfahren zu haben scheinen, daß der Edle ein Ordensschwindler ist, und findige Juden in Berlin haben sogar ein Geschäftchen damit gemacht, daß sie die „Bier-Rede“ des General-Oberst von Loë deutsch, französisch und italienisch in einem Druckhefte vereinigt, in den Buchhandel brachten. Der arme General! Jetzt ist er in drei Sprachen bl . . . osgestellt.

Ein ganzes Ragoût von Enten und sauren Gurken hat der Handelsvertrags-Verein in der letzten Nummer seiner Mitteilungen seinen Lesern aufgetischt. Podbielskis berühmte Tischrede in Stolp mit den Pfifferlingen marschiert dort auf und daneben der Agrariermordende Artikel des „Wehlauer Kreisblatts“, der sich längst zu allgemeiner Heiterkeit als ein Meisterwerk des Herrn Schweinburg aus Mähren herausgestellt hat. Wir können es uns nicht versagen, einen Löffel von der breiten Bettelsuppe des Geheimen Kommerzienrats-Vereins hier unsern Lesern zum Kosten vorzusetzen. In Nr. 23 seiner Mitteilungen lesen wir anschließend an einen Jubelhymnus über das Wehlauer Kreisblatt:

Ergo, es ist etwas faul im Staate Dänemark und diese Vermutung hat sich überaus schnell bestätigt. Frhr. von Wangenheim ist zurück, der Mann, der noch jüngst im Abgeordnetenhause von dem in den letzten zwölf Jahren vergeudeten Vertrauen zur Krone sprach. Kurz vor der Entscheidung verläßt der Hauptführer seine Partei, angeblich aus privaten Gründen, die hier ähnliche sein dürften, wie bei den hohen Beamten, wenn sie „aus Gesundheitsrücksichten“ sich auf das Ruhegehalt zurückziehn. Andre Abgeordnete und Mitglieder des Bundes der Landwirte wollen folgen. Die Konservative Partei hält großen Kehraus; sie hat sich schon einen neuen Generalsekretär, Major Stroßer, verschrieben, der das Verhältnis der Konservativen Partei zum Bund der Landwirte „klären“ soll, d. h. die Konservative Partei will nicht länger mitspielen, ihr wird Angst vor dem unersättlichen Bund, sie fürchtet durch ihn oben diskreditiert zu werden. Man will Regierungspartei bleiben; man fürchtet, daß eine Niederlage der Regierung in der Tariffrage, eine Niederlage durch die Rechte verschuldet, den „Kanalrebellen“ nicht verziehn werden würde; darum schnelle Umkehr. Mag der Bund auch den schärfern Ton anschlagen, ohne Unterstützung des amtlichen Apparats bei den nächsten Wahlen erleidet er das glänzendste Fiasko. Und diese Unterstützung wollen und müssen die Konservativen für sich ...ten, wenn sie nicht eine unsagbare Niederlage erleiden sollen. Und ...h zu spät! Die Aussicht, den Tarif noch mit diesem Reichstag zu erledigen, ist dahin.

Dabei könnten die Leute doch wirklich wissen, daß Herr von Wangenheim seine Partei nicht verläßt, sondern in seinem Amte als Bundesvorsitzender bis zum Ende der Periode bleibt, für die er gewählt ist, also noch lange über die nächsten Reichstagswahlen hinaus. Auch die Konservative Partei hat in allen ihren maßgebenden Zeitungen deutlich kund gethan, daß sie klugerweise nicht im Entferntesten daran denkt, das freundnachbarliche Verhältnis mit dem Landwirtsbunde aufzugeben! — Aber das Lügen ist gewissen Leuten so zur zweiten Natur geworden, daß sie es nicht lassen können; daher wird sich die Seeschlange vom Rücktritt des Freiherrn von Wangenheim, dessen Ursachen und dessen Folgen, endlos weiter fortwälzen bis — wir hoffen auf diesen Erfolg — Herr von Wangenheim erklärt: das außerordentliche Interesse der Gegner der Landwirtschaft an seinem Rücktritte habe ihm zum Bleiben veranlaßt.

Inzwischen ist dem Falle Wangenheim schon eine junge Seeschlange entsprungen: „Der Rücktritt Liebermann von Sonnenbergs von der Führerschaft der Deutschsozialen Partei und sein Eintritt in den engern Vorstand des Bundes.“ — Es ist vielleicht nicht ganz uninteressant und zwecklos, der Entstehungsgeschichte dieses Fabeltiers einmal nachzugehn. — Bekanntlich giebt es in allen Parteien sowohl, als auch in den Regierungen, kluge und weniger kluge Leute. Man behauptet sogar, daß die Erstgenannten nicht immer die Mehrzahl bilden.

Auf die zweite Kategorie spekulieren die jüdischen Fälscher der öffentlichen Meinung und ihre Helfershelfer, bei ihrem Plane, Konservative, Bund der Landwirte und Antisemiten unter einander, und alle drei Gruppen mit der Regierung zu verhetzen. — Um der Behauptung mehr Nachdruck zu verschaffen, daß mit dem Rücktritt des Freiherrn von Wangenheim eine „schärfere Tonart“ im Bunde der Landwirte zur Herrschaft kommen würde, saugt sich ein Reporter die Nachricht aus seinem Tintenfinger, der Abg. Liebermann von Sonnenberg solle in die Leitung des Bundes eintreten und bringt dies in einer Zeitungskorrespondenz. — Es wird vielfach nachgedruckt, aber die meisten Zeitungen drücken ihren Zweifel an der Richtigkeit aus und Abg. v. Liebermann selber, gewitzigt durch die Erfahrung, die er vor Jahren mit einer ähnlichen Ente gemacht hat, kennzeichnet jene Mitteilung sofort als Erfindung.

Da kommt den Juden, absichtslos, ein antisemitisches Blatt zu Hülfe. In dem Organ des „Deutschen Volksbundes“ versucht sich jemand mit folgenden Kombinationen:

Die „Chemn. Allg. Ztg.“ will aus guter Quelle wissen, daß „an Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Frhrn. v. Wangenheim, Dr. Rösicke treten und zweiter Vorsitzender des Bundes der Antisemit Liebermann von Sonnenberg werden wird.“ — Wir halten diese Möglichkeit keineswegs für ausgeschlossen, obgleich die s. Zt. verbreitete Nachricht, welche Herrn v. L. mit dem Posten des Direktors des B. d. L. in Verbindung brachte, mehr Wahrscheinlichkeit für sich hatte. Daß der Abg. L. v. S. mit dem Gedanken des baldigen Rücktritts von der Führung der Deutschsozialen Partei sich trägt, und nur darauf wartet, bis es gelungen sein wird, dem Grafen Reventlow ein Reichstagsmandat zu erobern, um diesen dann sein Amt zu übertragen, das ist ja kein Geheimnis mehr; denn Herr v. Liebermann hat es seinen Freunden wiederholt selbst erzählt. Wenn sich diese Hoffnung im nächsten Herbst erfüllen läßt — Graf Reventlow ist bekanntlich im Besitz einer Doppelkandidatur (Nordhausen und Schaumburg-Lippe) —, dann mag die jetzt verbreitete Meldung zutreffen. Sollte indessen Herrn von Wangenheims Rücktritt eine Ergänzung der Leitung des Bundes

erfordern, ehe Herr von Liebermann die deutschsoziale Parteileitung aus der Hand geben kann, dann dürfte es wohl bei dem bisherigem freundnachbarlichem Verhältnis bleiben, denn in beiden Aemtern gleichzeitig können wir uns Herrn von Liebermann aus sachlichen Gründen nicht denken.

Erfreut begrüßt die Judenpresse diese unerwartete Hilfe in der Not. Das „Berl. Tagebl." leitet den Abdruck des betreffenden Artikels mit den Worten ein:

> Ein sächsisches Blatt meldete kürzlich, daß der antisemitische Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg in den engern Vorstand des Bundes der Landwirte eintreten solle. Herr von Sonnenberg hat sich mit Lebhaftigkeit gegen eine solche Absicht verwahrt; es scheint aber doch etwas an dem Gerücht zu sein. Wenigstens schreibt die „Deutsche Hochwacht", das Organ des antisemitischen deutschen Volksbundes der Herren Böckel, Förster, Mosch:

Dann folgt der oben abgedruckte Artikel und dazu wird bemerkt:

> Daß Herr Liebermann von Sonnenberg die Leitung der Deutschsozialen Partei aus der Hand geben sollte, ist zwar bei dem hochgradigen Selbstgefühl des antisemitischen Führers nicht grade wahrscheinlich. Immerhin ist die Kombination, daß er im Falle der Wahl des Grafen Reventlow nominell die Führerschaft an diesen abgiebt, um ungehindert durch Fraktionsrücksichten in den engern Vorstand des Bundes der Landwirte eintreten zu können, nicht ganz von der Hand zu weisen.

Die Seeschlange ist fertig. Sie taucht, wie wir aus den uns zahlreich zugehenden Zeitungen ersehn, im Süden und Norden, im Westen und Osten, sowie im Herzen Deutschlands, im Lande der hellen Sachsen, aus den Zeitungsspalten auf und der Philister legt seine Stirn in weise Falten und betet seinem Leiblatte nach: „Es scheint doch etwas wahres an dem Gerüchte zu sein." — Thatsächlich ist aber garnichts wahres daran, ebensowenig wie an der vor einigen Jahren kolportierten Zeitungsmeldung, Herr von Liebermann solle Direktor im Bunde werden.

Es ist richtig, daß der Abgeordnete von Liebermann in dem Grafen Reventlow seinen Nachfolger sieht, und er hat das auch verschiedentlich ausgesprochen. Es ist aber lediglich Kombination, daß Herr von Liebermann nur noch die Wahl des Grafen abwarte, um sich zurückzuziehn. — So eilig haben es die beiden genannten Herren nicht damit. — Bei dem bisherigen freundnachbarlichen Verhältnisse zwischen dem Bunde und der Deutschsozialen Partei wird es allerdings bleiben, darin hat das Blatt des Volksbundes durchaus Recht. Dafür ist es jedoch ganz gleichgültig, wer von jenen beiden die Leitung der Deutschsozialen Partei in Händen hat.

Aber selbst wenn der Abgeordnete von Liebermann wirklich den schwarzen Plan hätte, Leiter des Bundes zu werden und dann die „schärfere Tonart" zu blasen, so würde dem ein schwer überwindliches Hindernis entgegenstehn. Es ist nämlich im Organisationsstatut des Bundes der Landwirte festgesetzt, daß die beiden Vorsitzenden Gutsbesitzer sein müssen. Herr von Liebermann ist es nicht. Wenn der Artikelschreiber der „Hochwacht" beabsichtigen sollte, diesem Mangel abzuhelfen, so können wir ihm verraten, daß Herrn von Liebermann eine mittlere Besitzung mit guter Jagd genehm wäre. Sie müßte aber mindestens einen Reinertrag abwerfen, der hinreicht, einen zuverlässigen praktischen Landwirt für selbständige Verwaltung des Gutes auskömmlich zu besolden.

Die Juden in Ungarn.

Das madjarische Judenblatt „Eggenlöség" hat die Daten der letzten Volkszählung in Ungarn über die Juden zusammengestellt und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen: 1890, also zehn Jahre vor der jüngsten Volkszählung, betrug die Kopfzahl der ungarischen Juden 725 000; im Jahre 1900 war die Zahl auf 851 000 gestiegen. Der Zuwachs beläuft sich also auf 126 000. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung beträgt die Judenschaft in Ungarn ohne Kroatien 4,9 v. H. (vor zwölf Jahren nur 4,7 v. H.). Die allgemeine Vermehrung der Gesamtbevölkerung beträgt während des in Rede stehenden Jahrzehnts nur 10,3 v. H., während sie sich innerhalb der Judenschaft auf 17,4 v. H. beläuft. Die Bevölkerungszahl der Hauptstadt Ofen-Pest betrug 1890 insgesamt 492 000, darunter 103 000 Juden; 1900 war die ganze Einwohnerschaft der Hauptstadt auf 732 000, die Zahl der Ofen-Pester Judenschaft allein auf 169 000 gestiegen. Der Zuwachs stellt sich hier innerhalb zehn Jahren auf 66 000, was einen Prozentsatz von 64,2 bedeutet. Bringt man hierzu die in nächster Nähe Ofen-Pests wohnenden Juden von Neu-Pest, Klein-Pest, Erzsebetfalva usw. in Anschlag, so erhöht sich die Kopfzahl auf etwa 180 000, was mehr als einem Fünftel der Ofen-Pester Gesamtbevölkerung gleichkommt. Hierbei fällt der Umstand ins Gewicht, daß die dortige Judenschaft das größte Vermögen (Hochfinanz, Großindustrie, Hausbesitz) darstellt. Sie bildet nicht blos im „akademischen" Sinne des Wortes, sondern thatsächlich das „führende Element" in Ungarns Hauptstadt.

Beachtenswert sind auch die Ziffern über den Zuwachs, den das Judentum in allen übrigen Städten des Landes genommen hat. Von 1890 bis 1900 stieg die Zahl der jüdischen Bevölkerung beispielsweise in Raab von 2525 auf 3317 Seelen, in Oedenburg von 1571 auf 2440, in Szegedin von 4731 auf 5863, in Temesvar von 4870 auf 5916, in Großwardein von 10 115 auf 12 294, in Debreczin von 3999 auf 6192, in Miskolcz von 5874 auf 8551, in Kaschau von 3306 auf 5276, in Klausenburg von 2414 auf 4730, in Preßburg von 3396 auf 7110 Seelen. In den nordöstlichen Komitaten beträgt die Zunahme der Judenschaft während der letzten zehn Jahre: in Marmaros 24,4, in Bereg 20,8, in der Zips 16,6, in Saros 9,1, in Ung 6,6 v. H. In all diesen Komitaten ist der Zuwachs des Judentums größer als der der nichtjüdischen Bevölkerung. Das kommt von der jüdischen Hochflut, die aus Galizien einströmt. Dagegen ist die jüdische Bevölkerung in 20 Komitaten numerisch zurückgegangen. Hieraus und aus der starken Vermehrung der Juden in den großen Städten geht hervor, daß das ungarische Judentum, wie überall, das Bestreben hat, sich in den großen Städten zu sammeln.

Bisher wurde von den Juden die madjarische Gewaltpolitik beifällig beurteilt, und keiner war so schnell bei der Hand, seinen Namen madjarisieren zu lassen, wie der Jude. Auffallen muß es deshalb, daß das „Jüdische Volksblatt" zu Wien jüngst folgendes schrieb:

„Die assimilatorische Politik in Ungarn hat die Juden ihren Ursprung, ihre Nationalität vollständig vergessen lassen. Tisza, Banffy und Szell und auch der liberale Apostel Wekerle haben dafür gesorgt, daß die früher in den kleinen Städten und Gemeinden in größerer Anzahl lebenden Juden nicht nur selbst zum Madjarismus schwören, sondern auch die eifrigsten Jünger der die Madjaren allein seligmachenden Lehre von der madjarischen Suprematie wurden. Man kann ganz getrost annehmen, daß von 800000 Juden, die gegenwärtig in Ungarn leben, sich beinahe sämtliche — auch der größte Teil der den Madjaren und Neomadjaren so sehr verhaßten, aus Rumänien und Galizien eingewanderten Juden — aus Angst um ihre Existenz zum Madjarentum bekannten. Die Rolle, die die Juden bei der Madjarisierungsarbeit gespielt haben und noch heute spielen, hat ihre Früchte getragen. Die Juden waren in den nationalistischen Gegenden beinahe die einzigen Träger des madjarischen Gedankens; als Madjaren und auch als Proselytenmacher unter den andern Nationalitäten haben sich die Juden verläßlicher und aufopfernder gezeigt als die zu solchen Zwecken delegierten Beamten selbst. Und die Folge davon war, daß diese Nationalitäten sich einer solchen, für sie gefährlichen Umgebung zu entledigen suchten, und so finden wir, daß sich in den letzten Jahren ganz unbemerkt und still eine Judenwanderung innerhalb Ungarns vollzogen hat, die das charakteristische Merkmal für die Stellung der Juden in Ungarn bildet."

Was hat das wohl zu bedeuten, daß das führende Organ der Juden so plötzlich abschwenkt? Hat das Schiff der heutigen

Gewalthaber in Ungarn ein solches Leck bekommen, daß die weitblickende, geschäftskundige Judenschaft sich beizeiten zurückzuziehn gedenkt? Sollte die Katastrophe so nahe sein?

Die Zukunft von Deutsch-Ostafrika.

Nicht nur die „Genossen" und die Freisinnigen beider Richtungen sind Gegner unsrer Kolonien, sondern auch in freikonservativen Kreisen beginnt man anscheinend der Ansicht zu huldigen, die Graf Caprivi vertrat, nämlich die deutschen Kolonien sozusagen auf Abbruch zu verkaufen. Aehnlich wie Caprivi seiner Zeit das zukunftsreiche Zanzibar an England verschacherte, wünscht jetzt der frühere Präsident der preußischen Staatsbank Seehandlung und preußische Landtags-Abgeordneter, Freiherr von Zedlitz-Neukirch, die Abtretung Deutsch-Ostafrikas an das brittische Weltreich. —

Ob es sich bei diesem in einem Hamburger Blatte angeregten Vorschlage um Fühler aus höhern Kreisen handelt oder ob Abgeordneter von Zedlitz nur die Absicht gehabt hat, von sich reden zu machen und sich in empfehlende Erinnerung zu bringen, ließ sich bisher noch nicht erkennen, da die offiziösen und offiziellen Blätter noch keinerlei Stellung nahmen. Man weiß ja noch nicht, wie in den leitenden Kreisen die Meinung ist!

Alle Leute indes, die Deutsch-Ostafrika kennen, sind der entgegengesetzten Meinung wie Freiherr von Zedlitz.

So erklärt Dr. Karl Peters, daß wir Deutsch-Ostafrika unter allen Umständen festhalten müssen, grade weil es zwischen dem brittischen Süd- und Nordafrika liegt und dadurch die Monopolisierung Ostafrikas durch England unterbricht und so verhindert, daß der indische Ozean zu einem englischen Binnenmeer wird. „Wie steht es denn überhaupt mit den Grundlagen unsrer Kolonialpolitik", fragt Dr. Peters. „Sind die Gründe, die uns in den achtziger Jahren veranlaßten, soviel überseeisches Gebiet zu annektieren, als nur möglich war, etwa nicht mehr in Kraft? Ist vielmehr der sich immer ausdehnende Handel, damit die deutsche Industrie, heute nicht noch erheblich mehr auf sichere überseeische Absatzgebiete angewiesen, als wie vor einem Vierteljahrhundert? Sind die zollvereinlichen Regungen in der brittischen Welt nicht eine direkt drohende Gefahr für unsre Exporte, unsre Industrie und damit für den Unterhalt von vielen Millionen Deutscher in der Heimat? Zwingt die Weltlage von heute, wo ein Volk nach dem andern sich mit dem Gürtel hoher Schutzzölle umzieht, uns nicht immer dringender, unser nationales Absatzgebiet soweit auszudehnen, wie nur irgendmöglich, d. h. eine gesunde koloniale Expansionspolitik zu treiben? Die Abtretung Deutsch-Ostafrikas an England würde wie ein Faustschlag ins Gesicht für das patriotische Empfinden wirken und den Gang dieser Entwicklung ein- für allemal unterbrechen. Das fehlte nur noch, um den vielen Sünden unsrer Reichs-Kolonialpolitik die Krone aufzusetzen."

Die Gegner einer zielbewußten Kolonialpolitik, wozu wir allerdings auch einen großen Teil der jetzt in der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes und draußen in den Kolonien maßgebenden Personen rechnen, weisen auch darauf hin, daß unsre Kolonien für Europäer und insbesondre Deutsche nicht besiedlungsfähig sind. Gewiß trifft das für gewisse Distrikte zu, aber dieser Umstand ist kein ausschließlicher „Vorzug" deutscher Kolonien, sondern er ist ebensogut bei den Kolonien andrer Nationen vorhanden oder er war wenigstens vorhanden, für Deutsch-Ostafrika kann er indes nur bedingungsweise gelten. Ueber die dort in Betracht kommenden Verhältnisse schreibt in der neuesten Nummer der „Deutschen Kolonial-Zeitung" ein alter Afrikaner, Kapitän Pranger (Altona, Elbe):

Jeder Afrikaner, der einst für die Erwerbung Deutsch-Ostafrikas mit Gut und Blut eingetreten ist, wird nur auf Hypothesen gegründeten Urteilen über den Wert oder Minderwert dieser Kolonie, wie sie vielfach geäußert sind, kühl gegenüberstehn; und dies mit vollem Rechte, denn den Wert unkultivierter Länderstrecken, ihrer Erträge usw. wird weniger der gelehrte Forscher, als der auf einem Kriegszuge befindliche Offizier, sowie der mit bestimmter Aufgabe betraute Pionier ermessen können, schon darum, weil letztere oft die Notwendigkeit zwingt, sich aller Mittel zu bedienen, die Erfahrung und Verständnis ihnen an die Hand gegeben, um nur für sich und ihre Begleiter die nötigen Bedürfnisse zu erlangen. Man muß abseits der dürftigen Verkehrswege, abseits der Heerstraßen bis in das Innere Afrikas gewandert sein, wie es ja eine ganze Reihe deutscher Männer gethan haben, um mit vollster Ueberzeugung das Urteil fällen zu können: „Deutsch-Ostafrika ist mit Ausnahme weniger Landstrecken, sowohl auf den Höhen, als auch in den Niederungen besiedlungswürdig".

Gewiß würde keiner der alten durch Not und Entbehrung abgehärteten Afrikaner einer nicht genügend gesicherten Besiedlung das Wort reden, auch nicht dazu raten, daß der Einzelne, mit dem Klima und den Verhältnissen Unbekannte, einem ungewissen Schicksal entgegengehe. Denn ein so abgeschlossenes, arbeitsreiches Leben erfordert von vornherein einen willensstarken Geist, einen gestählten Körper und einen gewissen Bildungsgrad, der als sicherer Wegweiser dem Kolonisten zur Seite steht. Was dem zur Besiedlung in Frage kommenden deutschen Landmann vor allen Dingen aber fehlt, ist abgesehn von den anders gearteten Verhältnissen, der Mangel jeglichen persönlichen Anhalts, den er anderswo in der weiten Welt sonst findet.

Diese Gründe sind indes nicht ausreichend, von der Kolonisierung besiedlungswürdiger Landstrecken Abstand zu nehmen oder abzuraten. Es sind nur schwerwiegende Faktoren, mit denen gerechnet werden muß, die aber wesentlich abgeschwächt und verringert werden, wenn, und das muß für Ostafrika die zunächst wichtigste Frage bleiben, nur erst schnelle Verkehrswege geschaffen sein werden. Daß die Erkenntnis der Herstellung solcher notwendigen Wege so viele Jahre auf bisher unüberwindliche Hindernisse stoßen konnte, ist, der Schwerfälligkeit des Deutschen Volkes nach zu urteilen, erklärlich; nur der versteht solche dem Fortschritt hinderliche Bedenken nicht, der erworbnes deutsches Gebiet, das zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt, gesehn und durchwandert hat, und dessen Ringen und Streben dort ein Baustein mit sein sollte zu dem Zukunftsgebäude das aus deutscher Kraft und Energie erstehn sollte. Erst die Erbauung geeigneter Verkehrswege wird den ersten großen Fortschritt zu dem noch fernen Ziele bilden, das aber mit jeder Verzögerung weiter in die Ferne rückt und später vielleicht mit doppeltem, dreifachem Zeitverlust erst von einer neuen Generation eingeholt werden kann.

Ist nun aber für absehbare Zeit die Erfüllung dieses Wunsches hinausgeschoben, so läge es nahe und ist von mir gelegentlich besonders betont worden, daß die natürlichen Wasserwege, die zu verschiednen Gebieten führen, als Ersatz herangezogen werden; wo diese aber aus Mangel an Tiefe schließlich versagen, würde die Wasserkraft der Gefälle für elektrische Verkehrsmittel auszunutzen sein. Somit stehn neben der ersehnten Eisenbahn noch Mittel und Wege offen, um Länderstrecken dem Verkehr zu erschließen, die zur Besiedlung geeignet erscheinen. Nicht wegzuleugnen ist also, daß in erster Linie in Ostafrika schnelle Verkehrswege unbedingt notwendig sind, ehe an eine rationelle Besiedlung herangetreten werden kann, ferner, daß es schwer hält, geeignete ausdauernde Kolonisten heranzuziehn.

Aber zu dieser Pionierarbeit bietet sich kein andres Volk für uns an; so freundlich wie wir Deutschen von jeher gewesen sind, andern Völkern ihre klimatisch oft ungünstigern Kolonien zur Blüte zu bringen, so freundlich ist uns gegenüber niemand. Darum kann man sagen: Michel, hilf Dir selber!

Für diese Selbsthilfe würde nun aber in erster Linie die Bereitwilligkeit, Kolonist zu werden, vorauszusetzen sein, ohne die schwerwiegende, hinderliche Bedingung, ein kleiner Kapitalist sein zu müssen. Nicht dem Kolonisten sollten alle Kosten der Reise und des Ankaufs der Ländereien usw. auferlegt werden, sondern dem Staate, der am ehesten warten kann und so große Auslagen mit reichlichen Zinsen wieder einziehn würde. Ein Deutscher, der 15 bis 20 000 Mark nötig hat, um sich in fernen Landen eine neue Heimstätte zu gründen, ist für ein

solches Risiko schwerlich zu haben. Besitzer derartiger Summen werden keine Kolonisten sein, die auch zugreifen, wo es not thut; nein, der Grundstock der Ansiedler sollte aus wenig bemittelten, bereitwilligen, intelligenten Leuten bestehn, denen man unter billigen Bedingungen zuerst viel, wenn nicht alles giebt. Was kostete wohl England einst der deutsche Bauer, der willig war, Australien zu besiedeln, und welchen Erfolg hatte England davon! Was wird dem Engländer die ausreichende Besiedlung Südafrikas noch kosten! Und welchen reichen Erfolg wird er in Zukunft davon haben! Und wir, wir scheuen vor wenigem zurück, lassen lieber ein reiches Land, weil es keinen klingenden Gewinn nach kurzer Zeit bringen kann, mit seinen Reichtümern unbenutzt. Wir setzen Deutsch-Ostafrika dadurch der Gefahr aus, daß an den Grenzen sowohl, wie im Inlande Schwierigkeiten mannigfacher Art entstehn.

Es ist kein Phantom: Nur durch eine schleunige Inangriffnahme geeigneter Verkehrsmittel und Durchführung eines gesicherten Besiedlungssystems kann der kommenden Gefahr, die unsrer Kolonie durch die fortschreitende Uebermacht Englands in Süd- und Zentralafrika droht, begegnet werden. Fällt über kurz oder lang Portugiesisch-Ostafrika in Englands Hände, so stehn wir einem wirtschaftlich starken Gegner gegenüber, der dann imstande ist, Deutsch-Ostafrika zu erdrücken, wenn wir nicht vorausschauend dem vorbeugen und unsre verhängnisvolle Gleichgiltigkeit bald aufgeben.

Fern von der Verkehrsstraße, dem Schirefluß, im Schire-Hochland, liegt ein festes englisches Bollwerk — Blantyre —, in wenigen Jahren aufgeblüht. Was hier der englische Kolonist in einem gewiß nicht fieberfreien Lande schaffen konnte, sollte das in ebenso hoch gelegnen Gegenden Ostafrikas unmöglich sein? Wer diese Kulturarbeit gesehn, weiß, daß sie von dauerndem Bestande sein wird. Möchten wir doch endlich lernen, den Nutzen für uns aus der Erfahrung andrer Kolonialstaaten zu ziehn, und nicht länger mit Gemütsruhe zusehn, wie teuer uns die selbst gemachte Erfahrung, wie teuer das Lehrgeld uns zu stehn kommt!

Also unter staatlicher Autorität und zum großen Teil mit Staatsmitteln ist eine zielbewußte Besiedlung nur durchzuführen; ein energischer Anfang würde baldige Früchte zeitigen.

Zum Schlusse kann ich nicht umhin, der Zuziehung bereitwilliger Buren das Wort zu reden, aus dem Grunde, weil der Deutsche noch zu viele Bedenken hat, sich in seinen Kolonien niederzulassen und lieber seine Kräfte andern Nationen zur Verfügung stellt. Aller gegenteiligen Ansicht gegenüber behaupte ich, daß als Grundstock für zu besiedelnde Landstrecken in Ostafrika der Bur in Verbindung mit einem geeigneten deutschen Element, der beste Kolonist ist. Die eigne Beobachtung und der Umgang mit den Kapholländern in Südafrika geben mir zu solcher Behauptung ein gewisses Recht, und wer könnte wohl einen bessern mit Natur und Verhältnissen vertrauten Volksstamm nachweisen, dessen Liebe seinen Beschützern gehören, dessen Abneigung seinen Feinden gegenüber stets für uns ein starker Rückhalt bleiben würde.

* * *

Um also einen solchen Besitz nach jahrzehntelangen Opfern fortzugeben, dazu gehört wohl staatsmännische Weisheit nach der Art Caprivis. Beharrt man allerdings maßgebenden Orts noch weiter auf den Pfaden der bisherigen Assessoren-Kolonialpolitik, dann allerdings werden auch wir uns mit der Zeit zu der Ansicht des Abg. von Zedlitz bekehren!

Die jüdische Sensationspresse.

In Leipzig ist ein kleines Kind ermordet, nachdem an ihm vorher ein Sittlichkeitsverbrechen verübt war. Derartige Fälle sind heutzutage leider nichts seltnes mehr, weshalb man auch nach ganz kurzer Zeit solche Verbrechen vergessen hat. Höchstens in kleinen Orten hält die Erregung längere Zeit an; kaum aber macht sie sich Luft gegen die schuldlosen Angehörigen des Mörders. Anders diesmal in Leipzig. Die Ermordete war die Tochter jüdischer Eltern und der jugendliche Mörder wurde sehr rasch entdeckt. Ueber die äußern Vorkommnisse nach dieser Entdeckung schreibt man uns folgendes:

Der unglückselige Fall Klein war wieder einmal Wasser auf die Mühle unsers kleinen Klatschblättchens mit dem täuschenden Namen „Leipziger Gerichtszeitung". Wahrlich, es erfaßt den Menschen ein Ekel beim Lesen des Berichts und man muß bedauern, daß in solchem Falle nicht eine ganz strenge Zensur eingreift. Denn was atmet der ganze Artikel? Sensation, Aufhetzung und Dummheit. Was schadet es z. B., daß in der natürlich höchst getreuen Aufnahme des Thatorts der alte Maler Thomas in ungefähr doppelter Größe erscheint und zwar als junger kräftiger Mann? Was schadet es, daß der Artikel in der einen Zeile dem widerspricht, was er in der vorhergehenden behauptet? Das gute dumme Volk liests, glaubts und läßt sich dergestalt durch diese jüdische Zeitungsmache in eine künstliche Erregung gegen die unglücklichen Eltern des Mörders, gegen seine eignen Stammesgenossen hineinhetzen. Daran hingegen, daß viele ähnliche Fälle, die — um in den Tönen der „Leipziger Gerichtszeitung" zu sprechen — an Bestialität dem Falle Klein wohl kaum nachstehn, heute noch der (wenigstens gerichtlichen) Aufklärung harren, ich meine die Morde von Konitz, Xanten usw., erinnert sich kein Mensch. Aber freilich: hier waren die Opfer Christenkinder und die Mordbuben Juden, daher verlangen solche Fälle eine andre Beurteilung.

Im Interesse der gutgläubigen Leser der „L. G." will ich den Artikel doch einer flüchtigen Beurteilung unterziehn, obgleich für einen mit gesundem Gemüt veranlagten Menschen der Hinweis genügt, daß der Artikel von Schlagwörtern wie: Scheusal, Bestie, roher verkommner Mensch, junger Lüstling, bestialischer Jüngling usw. wimmelte. Daß nebenbei das Geschäft der Klassenverhetzung in schwungvollster Weise betrieben wird, darf bei der Tendenz des Blättchens kein Wunder nehmen. Zum Beweis die folgenden Sätze:

Wer ist das Scheusal? — Wie heißt die Bestie? — Nicht wahr, es ist ein ganz roher, verkommner Mensch?, so schwirrten die Fragen durcheinander. Gemach, gemach. Es liegt diesmal nicht der vielen Leuten erwünschte Anlaß vor, über die Sittenlosigkeit der untern, — arbeitenden Volksklassen zu zetern, denn der Mordbube stammt aus einer guten Leipziger Familie . . .

Natürlich zerbricht man sich jetzt den Kopf über die Art der Bestrafung des Mörders. Viele meinen, daß er überhaupt nicht bestraft werden wird, weil ja bei sogenannten „bessern" Leuten die Frage der Zurechnungsfähigkeit sehr scharf geprüft wird, was meist zur Folge hat, daß der Verüber einer noch so scheußlichen That als das unglückliche Opfer von krankhaften Wahnvorstellungen hingestellt und daraufhin einer Irrenanstalt zugeführt wird, wo er bis an sein Lebensende die Früchte der Humanität mit Behagen genießt.

Mehr kann man für sein Geld wohl nicht gut verlangen.

Von der bereits oben erwähnten mangelnden Objektivität — so umschreibt man wohl mitunter den guten deutschen Ausdruck Dummheit — zeugt folgende Leistung: „Und da die meisten Anwesenden, selbst bessere Damen, ein heimliches Gelüst verspürten, den Mordbuben ein bischen zu lynchen, so gingen sie stundenlang das dichtbelebte Schuhmachergäßchen auf und ab."

Hierzu ist wohl jede Bemerkung überflüssig.

Eine eigne Beobachtung will ich zum Schluß noch anfügen. Ich kam am Grabichschen Geschäft vorbei, ungefähr eine halbe Stunde bevor die Extrablätter den Namen des Mörders meldeten. Es war da eine große Menschenmenge versammelt, die lebhaft gestikulierte. Ich erfuhr sofort, was die Menge bewegte, — der junge Grabich sollte der Mörder sein. Aber ich beobachtete die Erregung nicht besonders, denn ich sah sofort, was der Berichterstatter der „L. G." stillschweigend übergeht: 90 v. H. der Anwesenden waren Stammesgenossen der ermordeten Klein, waren Juden, und da erschien mir die mit Hand, Bein und Mund lebhaft bekundete Erregung nichts besonders. Möglich jedoch, daß der Berichterstatter der „L. G." seine Leute besser kannte und aus diesem Wirrwarr von Bewegungen und Lauten eine Empörung der Gemüter heraus-



las, deren mutvolle Bethätigung leider durch die Anwesenheit zweier Schutzleute unerwünschte Schranken gezogen wurden. Sonst wäre vielleicht doch in Erfüllung gegangen, was mein jüdischer Nachbar in der Bemerkung zum Ausdruck brachte: „Dem werden sie heute noch die Fenster einschlagen.“ Jedenfalls scheint bei den Sätzen der „L. G.“: „In der sechsten Stunde wurde infolge der allgemeinen Aufregung die Haltung des Publikums eine so drohende, daß die Polizei, um einen Krawall zu verhüten, die Schließung des Grabich'schen Geschäftes verfügte“ der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein, und der Eingeweihte liest hieraus nur das Bedauern darüber, daß der christliche Teil der Bevölkerung sich nicht zu einem Exzeß hinreißen ließ, zu dem die hunderte von Juden angesichts der beiden blinkenden Helmspitzen nicht den Mut fanden.

Die Schließung des Geschäftes dürfte wohl im Interesse der Untersuchung erfolgt sein.

Ich konnte übrigens den Verlauf der Dinge sehr gut verfolgen, da sich mein Geschäftslokal in der Nähe des Thatortes befindet, und ich machte da noch die betrübende Entdeckung, daß, nachdem die Volksversammlungen bei Grabich am zweiten und dritten Tage bedeutend nachgelassen hatten, sie sich nach Erscheinen der „Gerichtszeitung“ in auffallender Weise wiederholten. Darin drückt sich also das in dem Artikel geheuchelte Mitgefühl mit den Eltern des Mörders aus, daß ihnen alle Müßiggänger der Straße auf den Hals geschickt werden, anstatt daß die Zeitung in aller Mäßigung den Lesern rät, den Vater in seinem Schmerze zu schonen. Ja! zwischen Worten und Thaten gewisser Leute ist ein großer Unterschied. K. N.

Soweit die Zuschrift; es ist eigentlich jammerschade, daß der Mörder oder wenigstens sein Vater nicht zu Antisemiten gestempelt werden können!

Ein „Reklameheim“.

Das Warenhaus Gebrüder Barasch (Breslau) hat unter der „Firma“ Erholungsheim Barasch bei Warmbrunn im Riesengebirge eine „Kuranstalt“ für ihre Angestellten errichtet. Mit dieser Errungenschaft glaubten die Gebrüder Barasch und ihre Hintermänner eine That verübt zu haben, die sie unsterblich machen würde. Die Einweihung des Erholungsheims ist mit großem Prunk in Szene gesetzt worden. Es wurde gegessen, getrunken, gespielt und getanzt. Als Andenken erhielten alle Festteilnehmer ein Buch überreicht, das neben einer großen Reklame für das Warenhaus Barasch die Beschreibung des Erholungsheims enthielt, ausgestattet mit verschiednen Bildern, unter denen sich an erster Stelle natürlich die der Herren Gebrüder Barasch befinden. Auch eine große Anzahl von Zeitungen wurde mit einem solchen „Andenken“ beglückt, gleichzeitig auch mit einer Beschreibung der Einweihungs-Feierlichkeit und dem Ersuchen, diese zu veröffentlichen. An jene Sendung schloß sich schon nach wenigen Tagen ein weiters Rundschreiben mit der Bitte um Uebersendung derjenigen Nummer der Zeitung, in der von dem Erholungsheim Notiz genommen war. Die Generalverwaltung des Erholungsheims Barasch in Breslau war zuvorkommend genug, diesem Rundschreiben eine Fünfpfennigmarke beizulegen. Da das Porto für eine Zeitungsnummer im allgemeinen nur drei Pfennige beträgt, weiß man nicht genau, ob mit dem Ueberschuß von zwei Pfennig die betreffende Zeitungsnummer bezahlt sein soll, oder aber, ob man sich in nobler Weise für die Mühe abfinden will.

Fast alle Zeitungen haben dem Warenhause auch den „Gefallen“ gethan und haben den ihnen hübsch zurechtgesetzten Artikel aufgenommen. Auch wir wollen an dieser Stelle sowohl des Andenkens als auch des „Berichtes“, allerdings nur auszugsweise, Erwähnung thun, dabei wird es uns wohl gestattet sein, an diesen beiden Kritik zu üben. Wir werden dafür nicht abgeneigt sein, die uns übersandte Marke für die Firma zu verwerten. Zunächst aber für diese Besprechung eine kleine Einleitung. Es ist noch nicht allzulange her, da hatten wir Gelegenheit, uns mit einem Prozesse zu beschäftigen, der die Firma Gebrüder Barasch anging. In diesem Prozesse wurde zur Genüge gekennzeichnet, welche Anforderungen die Firma Gebrüder Barasch an ihr Personal stellt und wie sie es versteht, dieses auszunützen. Es ist ja weiterhin auch bekannt, daß es die Angestellten dieser Firma sind, die die „Warenhaussteuer“ zahlen müssen. Diese Steuer wird ihnen ohne weiters vom Gehalte abgezogen.

Wir stehn nun nicht an, zu behaupten, daß die versandten „Berichte“ lediglich der Reklame dienen sollten. Das geht doch wohl am besten aus folgender Stelle hervor: „Zum Wohle ihrer Angestellten hat die Firma Gebrüder Barasch in Breslau, die in Schlesien eine Anzahl im größten Stile eingerichteter Warenhäuser besitzt und demnächst mit zwei neuen Schöpfungen im allermodernsten Sinne betriebner Verkaufshäuser (hier folgen die betreffenden Ortschaften) an die Oeffentlichkeit treten wird“. — Also das neue „Erholungsheim“ muß dazu herhalten, für zwei neue Geschäfte der Firma Propaganda zu machen. Das ist recht hübsch und kostet nichts. Wie stolz die Firma auf ihre Reklamegründung selbst ist, zeigt folgender Absatz des versandten Berichtes: „Es ist die erste derartige Anstalt, die im Deutschen Reiche von einer Warenhausfirma errichtet worden ist; um so größer muß das uneingeschränkte Lob sein, das man den hochherzigen Spendern zollt“. — Das klingt stolz und vornehm, nicht wahr?

Wenn dieses „Reklameheim“ seine guten Früchte, für die Unternehmer natürlich, getragen haben wird, dann werden andre Warenhäuser und Großbazare dem schlauen Beginnen der Firma Gebrüder Barasch sicherlich folgen, und vielleicht ist auch die Zeit nicht fern, wo es Warenhäuser geben wird, die neben einem Erholungsheim noch ein Siechenhaus für ihre Angestellten schaffen werden. Uns dünkt sogar, daß eine solche Schaffung hier und da nicht überflüssig wäre.

Etwas komisch berührt die Einleitung die sich die Firma in dem bereits erwähnten Andenken leistet. Dort heißt es u. a.: „Zu jenen Vorwürfen, die immer und immer wieder gegen den Großbetrieb und insbesondre gegen die Warenhäuser erhoben werden, gehört auch der, daß die Angestellten jedes Gefühls der Selbständigkeit beraubt und zu Maschinen des großen Räderwerks herabgewürdigt würden.“ — Sehr schön gesagt. Man denke aber nur an den bereits oben erwähnten Prozeß über die Ausnützung des Personals.

Das „Erholungsheim“ hat eine „Generalverwaltung“ erhalten, deren „Chef“ ein Herr Leopold Noher ist. Gebrüder Barasch und Leopold Noher sind Stammesgenossen und somit ist alles in bester Ordnung. Hoffentlich nimmt die „Generalverwaltung“ unsre Zeilen auch in die Erinnerungsmappe auf, für die sie die einzelnen Zeitungen um ein Exemplar gebeten hat. Leider hatten wir für die angebotnen Bilder der Herren Gebr. Barasch keine Verwendung, was diese wohl begreiflich finden und entschuldigen werden!

Die Hauptsprachen der Welt. Das Mouvement géographique brachte kürzlich eine Zusammenstellung, die die Verbreitung der Sprachen und zugleich das Wachstum ihrer Herrschaft zeigt. Danach sprechen gegenwärtig etwa

Sprachen	Millionen Menschen
Deutsch	69
Chinesisch	300
Englisch	100
Französisch	41
Italienisch	30
Portugiesisch	13
Russisch	67
Spanisch	41

Mehr als die Hälfte aller Zeitungen der Welt erscheinen in englischer Sprache. In den Vereinigten Staaten von Amerika erscheinen Zeitungen außer in der englischen Sprache noch in 23 andern Sprachen, darunter zwei anarchistische Zeitungen, die „Freie Arbeiter-Stimme“ und „The Workers friend“ mit hebräischem Titel. Nach einer Arbeit des englischen Statistikers Carnot zeigt folgende Tabelle den Fortschritt in der Verbreitung der verschiednen Sprachen:

Es sprechen am Ende des

	Deutsch	Englisch	Französisch	Italienisch	Russisch	Spanisch
	Millionen Menschen:					
15. Jahrh.	10	4	10	9,5	3	8,5
16. „	10	6	14	9,5	3	8,5
17. „	10	8,5	20	9,5	3	8,5
18. „	31	20	31	15	30	26
19. „	80	116	52	54	85	44

In derselben Steigerung fortgesetzt würden Ende des 20. Jahrhunderts sprechen:

Deutsch	Englisch	Französisch	Italienisch	Russisch	Spanisch
Millionen Menschen:					
210	640	85	77	233	74

Die größte Verbreitung hat, wie man sieht, das Englische gefunden. Die Zahl der englisch sprechenden Menschen hat sich um das 29fache vermehrt, während die Zahl der deutschsprechenden nur um das 8fache gestiegen ist. Man erkennt auch hieraus die Ausbreitung des brittischen Weltreiches, seines gewaltigen Handels, und seine Herrschaft zur See. Man darf dabei aber auch nicht vergessen, daß der Engländer, wohin er auch kommen mag, zuerst immer englisch spricht, erst in der äußersten Not zur Sprache des betreffenden Landes seine Zuflucht nimmt und so die Bewohner zwingt, seine Sprache zu lernen. Jeden geographischen Namen modelt er aus der Sprache der Eingebornen sich mundgerecht um, jedem Dinge giebt er eine englische Bezeichnung, auch wenn es schon eine ältere einheimische hat, jeder neugegründete Ort heißt Viktoria, jeder See Albert oder Edward, und so sieht die Landkarte aus, als wenn die ganze Erde den Engländern gehöre. Wir wollen die Deutschen im Auslande nicht auffordern, gleich unverfroren zu verfahren; aber wir wollen ihnen zurufen, daß auch für sie das Wort Geltung hat: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!"

K. T.

Auf der Reede von Reval hat eine Zusammenkunft unsers Kaisers mit dem Zaren stattgefunden, wobei die russischen Kriegsschiffe den deutschen Gästen etwas nach schwimmenden Scheiben vorschossen. Reval hatte illuminiert. Adressen wurden überreicht und Geschenke ausgetauscht.

Ueber die Tischreden wird diesmal nichts in den Zeitungen berichtet. Daß solche gehalten sind, versteht sich bei dem bekannten Mitteilungsbedürfnis des Zaren von selber. Aber man versteht es in Rußland, sich die Judenreporter vom Halse zu halten. Man hatte sich vergewissert, daß der „kleine Cohn" nicht unter dem Tische saß.

Dagegen wird als ein höchst bedeutsames Zeichen unsrer Freundschaft zu Rußland die bemerkenswerte politische Thatsache berichtet, daß die beiden Kaiser Allerhöchstihre Aiquilletten mit einander austauschten. „Aiquilletten" sind Fangschnüre, die Kaiser Wilhelm der Zweite bei Gelegenheit der Zentenarfeier für Generaladjutanten der Marine stiftete und selbst anlegte. Diese Schnüre unterscheiden sich etwas von den Achselschnüren der Admirale und Generale.

Die russische Uniform hat ähnliche Fangschnüre schon seit lange. Wir würden uns über diesen Vorgang noch mehr freuen, wenn wir erst Gewißheit hätten, daß nicht auch handelspolitische Fangschnüre ausgetauscht worden sind, wie es vor Abschluß der Caprivischen Handelsverträge der Fall gewesen ist.

Ein äußerst seltnes Buch ist Prof. Joh. Andr. Eisenmengers „Entdecktes Judentum". Aber nicht nur auf sein Alter dürfte diese Seltenheit zurückzuführen sein, sondern vielmehr darauf, daß die Juden, als es ihnen nicht gelang, eine Drucklegung des Eisenmengerschen Werks zu vereiteln, es aufkauften und vernichteten. Ein uns jetzt in die Hände gefallnes Schriftstück, das bald hundert Jahr alt ist, sagt über die Schwierigkeiten, die dem Druck des Buches durch die Juden bereitet wurden, u. a. folgendes:

„Sein ‚Entdecktes Judentum' sollte 1700 erscheinen, die Frankfurter Juden aber bewogen den Kaiser, es mit Beschlag zu belegen. Nach manchen vergeblichen Bemühungen des Gelehrten und **Friedrichs I von Preußen**, den Beschlag aufzuheben, ließ **letztrer** 3000 Exemplare auf **eigne** Kosten drucken."

Daß die Juden den Druck dieses Buches zu verhindern suchten, geht auch aus dem Titelblatt desselben, das wir hier im Wortlaut wiedergeben, hervor:

„Des bey 40. Jahr von der Judenschafft mit Arrest bestrickt gewesene, nunmehro aber
Durch Autoritaet eines Hohen Reichs-Vicariats relaxirte Johann Andreae Eisenmengers,
Professoris der Orientalischen Sprachen bey der Universitaet Heydelberg,
Entdecktes Judenthum,
Oder: Gruendlicher und Wahrhaffter Bericht,
Welchergestalt die verstockten Juden,
Die Hochheilige Dreyeinigkeit, GOtt Vater, Sohn und Heiligen Geist,
erschrecklicher Weise laestern und verunehren, die Heil. Mutter Christi verschmaehen,
das Neue Testament, die Evangelisten und Aposteln, die Christliche Religion spoettlich durchziehen, und die gantze Christenheit auf das aeusserste verachten und verfluchen;
Dabey noch viele andere, bishero unter den Christen entweder gar nicht, oder nur
Zum Theil bekant-gewesene Dinge und
Große Irrthueme der Juedischen Religion und Theologie, wie auch
Viel laecherliche Fabeln und andere ungereimte Sachen an den Tag kommen;
Alles aus ihren eignen, und zwar sehr vielen, mit grosser Muehe und unverdrossenem Fleiß durchlesenen Buechern, mit Anziehung der Hebraeischen Worte, und deren treuen Uebersetzung in die Teutsche Sprach kraefftiglich erwiesen,
Und in Zweyen Theilen verfasset,
Deren jeder seine behoerige allemal von einer gewissen Materie ausfuehrlich handelnde Capitel enthaelt.
Allen Christen zur treuhertzigen Nachricht verfertiget.
Und mit vollkommenen Registern versehen.
Gedruckt im Jahr nach Christi Gebuhrt 1700."

Das Verhalten der Juden diesem Buche gegenüber ist wohl der beste Beweis dafür, daß es viel wahres über das Judentum enthält.

Das Religionsbekenntnis der Reichsbevölkerung. Im „Reichsanzeiger" wurden neulich die ersten Angaben über das Religionsbekenntnis der Reichsbevölkerung nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 veröffentlicht. Die Zahl der katholischen Bewohner hat sich seit dem Jahre 1890 verhältnismäßig stärker vermehrt, als die der evangelischen. Die Zunahme der Juden ist sehr stark hinter der der Bekenner christlicher Religionen zurückgeblieben. Vergleiche mit den Ergebnissen der vorletzten Volkszählung von 1895 lassen sich nicht anstellen, da damals die Erhebung sich nicht auf die Religionsverhältnisse erstreckte. Die gesamte Bevölkerung des Reiches betrug am 1. Dezember 1900 56 367 178 gegen 49 428 470 im Jahre 1890, so daß in diesen zehn Jahren eine Zunahme um 6 938 708 Personen oder 14 v. H. stattgefunden hat. Die Zahl der Evangelischen (Lutheraner, Reformierte und Unierte) betrug 35 231 104 gegen 31 026 810 im Jahre 1890, also jetzt 4 204 294 oder 13,6 v. H. mehr. Katholiken sind 20 327 913 gezählt gegen 17 674 921 im Jahre 1890, Zunahme also 2 652 992 oder 15 v. H. Unter der Gesamtzahl der Katholiken befanden sich 6472 Griechischkatholische gegen 2992 im Jahre 1890, so daß sich deren Zahl mehr als verdoppelt hat. Andre Christen sind 203 678 gezählt gegen 145 540 im Jahre 1890, was eine Zunahme um 40 v. H. bedeutet.

Die Zahl der Juden ist in den letzten zehn Jahren nur von 567 884 auf 586 948, also um 19 064 oder 3,4 v. H. gestiegen. Bekenner nichtchristlicher Religionen (ohne Juden) sind 995 gezählt gegen 562 im Jahre 1890, Personen andern Bekenntnisses 10 602 gegen 6510. Bei 5938 (im Jahr 1890 6243) Personen fehlte die Angabe des Religionsbekenntnisses. Auf 1000 Personen kommen im Deutschen Reiche 625 (im Jahre 1890 628) Evangelische, 361 (308) Katholiken, 10 (11) Juden und 4 (3) Personen andrer Religion.

Es kracht immer noch. Mit der Leipziger Bank und den Spielhagen-Banken sollte nach dem Urteil der maßgebenden Börsenblätter der Krach abgeschlossen, die Luft gereinigt sein. Nun haben in den letzten vierzehn Tagen sich wieder drei große Ueberraschungen ergeben. Zuerst stellte die Bankfirma Eduard Rocksch Nachfolger zu Dresden ihre Zahlungen ein. Die Firma besteht seit 1846 und ihr jetziger Inhaber ist der Kommerzienrat Hahn, der allein Vorsitzender des Aufsichtsrates von 23 Aktien-Gesellschaften ist und bei weitern fünf Gesellschaften dem Aufsichtsrate angehört. Natürlich werden von diesen Gesellschaften viele dem Beispiele ihres Herrn und Meisters folgen.

Großes Aufsehn erregte vor Jahresfrist die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft Schuckert und Co. zu Nürnberg durch die Thatsache, daß sie plötzlich erklärte, eine Dividende, die bereits auf 10 v. H. festgesetzt war, nicht zahlen zu können. Beruhigende Versicherungen seitens der Leitung fehlten selbstverständlich nicht. Und jetzt muß eine außerordentliche General-Versammlung einberufen werden, die über die „Sanierung" des Unternehmens beschließen soll. Verloren sind „nur" einige Millionen. Verschmelzungsversuche mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin haben bisher kein Ergebnis gehabt.

Die allergrößte Ueberraschung bereitete anfang dieser Woche der Berliner Börse die Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrissius und Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien zu Berlin. Die Bank sollte eine Zentralstelle für die deutschen Genossenschaften sein, die das Bankgeschäft pflegen. Naturgemäß hätte sie sich von Gründungen fernhalten sollen. Die Sucht aber, mit großen Umsatzziffern zu glänzen, führte sie auf die schiefe Ebene und jetzt sieht sie sich zu der Erklärung gezwungen, daß sie infolge außergewöhnlicher Verluste bei ihren industriellen Unternehmungen eine außerordentliche General-Versammlung zum 28. d. M. einberufen muß, die über die Herabsetzung des Grundkapitals befinden soll. Dieses beträgt 36 Millionen, davon sollen 6 Millionen zum Kurse von 102 v. H. zurückgekauft werden. Den Verlust beziffert die Leitung auf $3^1/_2$ Millionen. Dabei hat die Bank noch vor einem halben Jahre 3 v. H. Dividende und schöne „Tantiémen" verteilt und über ihre industriellen Beteiligungen die beruhigendsten Angaben erteilt. Die Verwaltung schiebt die ganze Schuld auf den persönlich haftenden Gesellschafter Siebert, der nunmehr ausgeschieden ist und dem man angeblich „in wichtigen Angelegenheiten leider zu freie Hand" gelassen hat. Nun giebt es aber noch zwei persönlich haftende Gesellschafter, was thaten diese? Was that Herr Siegmund Weill, der zweite Direktor? Und wo blieb der Aufsichtsrat? Diesem gehören an der Berliner Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, Reichstagsabgeordneter für Berlin 1 und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Genossenschafts-Anwalt Dr. Crüger, Reichstagsabgeordneter für Wiesbaden-Rheingau und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Kaufmann Karl Bleß (Brandenburg), Reichstagsabgeordneter für Schönau-Hirschberg (Schlesien). Vorsitzender des Aufsichtsrats ist der Rentier Hugo Hermes (Berlin), ein Bruder des Reichstagsabgeordneten Dr. Otto Hermes, bekannt unter dem Namen „Aquarien-Hermes". Die genannten Abgeordneten gehören sämtlich der freisinnigen Volkspartei des Herrn Eugen Richter an, sie sind deshalb natürlich auch ebensogut Antisemiten wie die Macher der Leipziger Bank und der Trebertrocknung!

Es giebt noch verschiedne Banken und industrielle Unternehmungen, die sich in ähnlicher Lage befinden wie die obengenannten! Deshalb muß das Deutsche Reich auch schleunigst Industriestaat werden und seine Zukunft ins Wasser legen.

Einkommen und Wohnungsmiete. Es wird nicht selten bestritten, daß die Leute mit dem kleinsten Einkommen oft in den Großstädten ein Viertel dieses Einkommens allein für Wohnungsmiete ausgeben müßten, trotzdem doch schon frühere Feststellungen die Richtigkeit bewiesen. Jüngst hat nun das „Statistische Amt" in Leipzig eine Zusammenstellung veröffentlicht, die sich auf die Jahre 1885 und 1900 bezieht und zeigt, daß sich die Verhältnisse hierin nicht gebessert haben.

Die Untersuchungen erstreckten sich auf die Ostvorstadt von Alt-Leipzig und auf Leipzig-Connewitz. Es sind nur Wohnungen in Betracht gezogen worden, in denen ein reines Mietsverhältnis obwaltet, also in denen die Wohnung nur der engern Familie dient, gewerbliche Mitbenutzung nicht geschieht und die Bestreitung der Wohnungsmiete nur allein dem Familienoberhaupte obliegt.

Ausgeschlossen sind demnach alle Wohnungen, in denen der Hauseigentümer wohnt, die mit gewerblicher Nebenbenutzung, solche mit Aftervermietung, alle Dienst- und Frei-Wohnungen und solche, in denen außer dem Familienoberhaupte noch andre Familienglieder eignes Einkommen haben.

Bearbeitet sind im Osten Leipzigs 2507 und in Leipzig-Connewitz 1777 Wohnungen.

Sehr lehrreich ist nun der Vergleich zwischen den Jahren 1885 und 1900, der aufs neue den Satz erhärtet: Je niedriger das Einkommen ist, ein desto größerer Teil muß davon für Wohnungsmiete ausgegeben werden.

Es betrug der Anteil der Miete am Einkommen in Prozenten:

in den Einkommenklassen		im Jahre 1885	im Jahre 1900
bis 1 100	Mark	23,01	23,00
1 100 — 2 200	„	20,64	19,02
2 200 — 4 300	„	20,03	19,36
4 300 — 8 400	„	16,87	15,70
8 400 — 16 000	„	12,46	11,64
16 000 — 26 000	„	9,87	8,43
über 26 000	„	5,13	4,42

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß sich durchgängig eine Besserung zeigt, die freilich hauptsächlich die großen Einkommen trifft. Für die vielen Tausende gering und besser bezahlten Arbeiter, kurz für alle diejenigen, deren Einkommen 4 300 Mark nicht übersteigt — und das ist die Masse der Bevölkerung! — ist es so gut wie nicht besser geworden. Und wie es in Leipzig ist, so ist es auch in andern Großstädten. Die in den Großstädten ins Ungeheure steigenden Bodenrente verschlingt unsern Nationalreichtum und vernichtet unsre Volkskraft. Das internationale Großkapital treibt unbarmherzig die Hypothekenzinsen ein, und jede Lohnsteigerung wird sofort von ihm wieder verschlungen. Darum: Entvölkert die Großstädte!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der von dem ungarischen Minister des Innern zur Prüfung der wirtschaftlichen Verwaltung der Stadt Therestopel entsandte Revisor fand dort, wie die Blätter melden, unerhörte Zustände. An zwei Millionen städtische Gelder waren einfach verschwunden, eine dreimal so große Summe war ohne jede Vollmacht verausgabt, die Hauptbücher waren auf Jahre zurück gefälscht, die Einnahmen einfach unterschlagen worden. Gegen sämtliche Beamte ist eine Untersuchung angeordnet worden. Diese Beamten waren allesamt brave Madjaronen. —

Früher stellte der deutsche, insbesondre der bayerische Adel, eine Menge schneidiger und tüchtiger Offiziere, wir nennen aus der letzten Zeit noch die Freiherren von Thüngen, Bibra, Zobel, Lochner, Bechtolsheim usw. Nach den Ereignissen der Jahre 1866 und 1870 wurde die Einstellung deutscher Offiziere abgelehnt, zumal Oesterreich-Ungarn selbst genügend Leute zu stellen vermochte. Aber durch die Verlumpung des Adels- und Bürgerstandes, durch den Nationalitätenstreit, die feindselige Haltung der Regierung gegenüber den Deutschen,

die Zweiteilung der Armee in Ungarn (die Honveds haben nur ungarische Armeesprache), die miserable Bezahlung und die steigende wirtschaftliche Krisis vermindert sich der Zugang an brauchbaren Kadetten. Die noch am besten gestellten bürgerlichen Kreise der deutschen Bezirke haben auch genug für sich selber zu thun und können oder wollen nicht noch die Mittel beschaffen, um Offiziere aus ihren Familien zwanzig Jahre lang zu unterstützen, bis sie es mit Ach und Weh zum Hauptmann erster Klasse bringen, wo das glänzende Elend endlich Aussicht hat, sich etwas zu drücken. Das k. k. Kriegsministerium erläßt deshalb an die Reserve-Offiziere die Aufforderung, sich um aktive Stellen zu bewerben. Diesem Rufe haben etwa dreihundert Reserve-Offiziere Folge geleistet. Da unter ihnen das tschechische und jüdische Element zahlreich vertreten ist, wird die Deutschfeindlichkeit und Verjudung des Offizierkorps zunehmen.

Mosaik.

Großstadtluft. In Leipzig wurden kürzlich an einem Tage vier Leute wegen vier verschiedner Sittlichkeitsverbrechen verhaftet und in Berlin verübte ein dreizehnjähriges Mädchen Selbstmord wegen „unglücklicher Liebe“!

Kapital und Arbeit. Die Naphta-Produktions-Gesellschaft Gebr. Nobel zu St. Petersburg verteilt für das Jahr 1901 von einem Bruttogewinn von $5^1/_2$ Mill. Rubel auf ihr Aktienkapital (15 Mill. Rubel) 15 v. H. Dividende, giebt den Aufsichtsratsmitgliedern 780 119,75 Rubel „Gratifikationen“, erhöht den statuarischen Reservefonds auf 1 895 000 Rubel und den außergewöhnlichen auf 1 677 083 Rubel. Daneben bestehn noch folgende „Barfonds“: Betriebskapital 5 Mill., Versicherungsfonds $1^1/_2$ Mill., Obligations-Tilgungsfonds $1^3/_4$ Mill., Kapital für Organisation des Verkaufs im Auslande (!) 2 Mill. Der Unterstützungsfonds der Arbeiter und Matrosen hat dagegen die enorme Höhe von 449 108 Rubel erreicht und da der letztjährige Gewinn — wie oben zahlenmäßig dargelegt ist — so gering war, erhielt der Unterstützungsfonds 0,00 Rubel, das ist ebensoviel wie die Matrosen und Arbeiter an „Gratifikationen“ bekamen.

Die Krönung Eduards von England ist nach dem neuerdings festgesetzten Programm am 9. August von statten gegangen. Die Oelung vollzog der Erzbischof von Canterbury. Als er dem ehemaligen Prinzen von Wales die Krone aufgesetzt hatte, überfiel ihn ein Unwohlsein, sodaß er gestützt auf den Erzbischof von York und zwei andre Bischöfe fortgeführt werden mußte. Er erholte sich aber bald wieder einigermaßen und brachte die Zeremonie zu Ende. — An großem Trubel fehlte es in London nicht.

Von einer Amnestie für die Burenkämpfer geschweige denn von der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der beiden Freistaaten verlautet nichts.

Orden als Kinderspielzeug. Die Sozialdemokraten beantragten in der Zolltarifkommission bei der Nummer „Kinderspielzeug“, ausländische Orden, auch wenn sie von Souveränen verliehn seien, mit einem Einfuhrzoll von 1000 Mark für das Stück zu belegen. Darob erhob sich große sittliche Entrüstung in der Kommission und der Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte, wenn der Antrag, der das monarchische Gefühl verletze, nicht zurückgezogen werde, die Regierungsvertreter den Verhandlungen nicht beiwohnen würden. Die Zurücknahme erfolgte, indessen soll eine Wiederaufnahme des Antrages bei der Position Blechwaren geplant werden. Die Sozialdemokraten führen als Entschuldigung für ihren „Scherz“ an, daß der geltende Tarif und das amtliche Warenverzeichnis unter der Ueberschrift: „Nr. 20. Kurze Waren, Quincaillerien und so weiter“ friedlich hintereinander „Ordensdekorationen, Platinablech, Platten, Rosenkränze, Schmelztiegel, Schreibfedern, Silber, Spielzeug“ aufführen. Das sind natürlich faule Ausreden. Wir können aber bei diesem Anlaß die bittere Bemerkung nicht unterdrücken, daß viel mehr als durch solche dumme Scherze das monarchische Bewußtsein im Lande durch manche Ordensverleihungen der letzten Jahre erschüttert worden ist.

Rudolf von Bennigsen ist am 7. August entschlafen. Er hatte in den letzten Jahren seines Lebens schwere persönliche Schicksalsschläge zu ertragen, so daß man ihm die Ruhe gönnen kann.

Politisch war er schon lange ein toter Mann, so sehr man sich auch seitens der Nationalliberalen bemühte, ihn als einen „Staatsmann“ ersten Ranges hinzustellen. Sein politischer Freund Miquel überragte ihn turmhoch an realpolitischer Begabung. Ueber die Bedeutung seiner Thätigkeit im Jahre 1866 gehn die Meinungen sehr weit auseinander. — Daß er von Otto Glagau wegen Gründergeschichten scharf angegriffen worden ist, ist bekannt.

Zu der antisemitischen Bewegung hat er öffentlich unsers Wissens nie Stellung genommen. Wir können uns auch nicht darüber beklagen, daß während seiner Amtsführung als Oberpräsident von Hannover die Verwaltungsbehörden uns ungesetzliche Schwierigkeiten gemacht hätten.

Ausland im Inlande. Wegen Lohnstreitigkeiten haben in Plauen (Vogtland) die am Bau der Schießstände für die 134er bei Schneckengrün beschäftigten Italiener grobe Ausschreitungen begangen. Die italienischen Arbeiter glaubten sich im Lohn gegenüber den andern (deutschen!) Arbeitern benachteiligt und schlugen infolgedessen mit Schaufeln und Hacken auf die angeblich bevorzugten Arbeiter ein und verletzten mehre davon schwer, einen sogar lebensgefährlich. Die Attentäter sind geflüchtet, doch ist es der Gendarmerie gelungen, einige von den Aufrührern festzunehmen.

Es wird immer schöner!

Anhäufung des Großkapitals. Erhöht haben ihr Grundkapital: die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft zu Berlin von 15 auf 17 Mill. Mark; die Bank für Handel und Industrie zu Darmstadt auf 130 Mill. Mark; die Mitteldeutsche Portland-Zementfabrik, Prüssing u. Co. zu Schoenebeck (Elbe), Kommanditgesellschaft auf Aktien von 1,5 auf 2,1 Mill. Mark und die Aachner Exportbier-Brauerei (Dittmann u. Sauerländer) Aktien-Gesellschaft zu Rothe-Erde von 2 auf 2,3 Mill. Mark; die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation zu Treptow bei Berlin von 7 auf 9 Mill. Mark.

Praxis der Warenhäuser. Die Firma Albert Goldschmidt zu Berlin giebt im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ bekannt: „Im Warenhause Hermann Tietz in Berlin liegen Reisebücher meines Verlages im Schaufenster und kommen mit unerlaubt hohem Rabatt zum Verkaufe. Wenn es meinen Bemühungen auch gelungen ist, verschiedne Lieferanten zu ermitteln und der Vereinigung Berliner Mitglieder des Börsenvereins namhaft zu machen, so scheinen damit noch nicht alle Bezugsquellen des genannten Warenhauses erschöpft zu sein. — Ich bitte dringend um Unterstützung meiner Bemühungen, die Lieferanten zu ermitteln (die wahrscheinlich nicht nur in Berlin zu suchen sind), und werde für jede Mitteilung besonders dankbar sein.“



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 14. August 1902. Nr. 730.



Ein christliches Erholungshaus.

Das Ferienheim im Mühlenthale bei Wernigerode gehört der Berliner Stadtmission. Es ist vor zehn Jahren von Pastor Evers begründet, um Stadtmissions-Arbeitern mit ihren Angehörigen und unbemittelten, erholungsbedürftigen Berlinern zu dienen. Durch die im vorigen Jahre fertig gestellten bedeutenden Erweiterungsbauten ist der Zweck des Hauses ein weiterer und umfassenderer geworden, es soll ein Erholungshaus für Leib und Seele sein. Darum ist in seinen Dienst eine männliche Persönlichkeit gestellt, der eine den höhern Ständen angehörende Dame zur Seite steht, die früher in segensreicher Reichsgottesarbeit in Süddeutschland gestanden hat und für die Zukunft mit freudiger Hingabe ihre Kraft den Gästen des Hauses widmen, in erster Linie aber konfirmierten jungen Mädchen gebildeter Stände in dem mit dem Hause verbundenen Töchterpensionat als mütterliche Freundin zur Seite stehn will.

Dem alten Heim gegenüber sind auf einem ungefähr zweieinhalb Morgen großen Grundstück mit dazugehörigem, von der fürstlichen Kammer gepachteten Waldstreifen drei neue Häuser entstanden. Jedes zählt etwa 25 Zimmer, fast sämtlich mit verdeckten Balkons oder Veranden versehn, und alle einfach, aber behaglich und wohnlich eingerichtet. Das eine der Häuser öffnet seine Thore ausschließlich Bemittelteren, denen auch eine ihren Verhältnissen entsprechende Verpflegung geboten wird (Preis täglich 3,50 Mark).

Viel Raum ist da für solche, die einen billigern Erholungs-Aufenthalt suchen und die hohen Saisonpreise des Harzes nicht zahlen können (Verpflegung täglich 1,60 Mark). Durch niedrigere Preise und gute bürgerliche Küche will das Haus auch ihnen eine Wohlthat erweisen. Zimmer je nach Lage, Größe und Ausstattung, mit einem Bett, 1,50 bis 2 Mark, mit zwei Betten dementsprechend von 1 Mark an, mit drei Betten von 75 Pfennig an für die Person.

Ein Haus ist zumteil bestimmt für Stadtmissions-Arbeiter und unbemittelte Berliner, die sämtlich einen drei bis vierwöchentlichen völlig freien Aufenthalt genießen. Damit die Zahl der letztern erhöht werden und noch mancher von den jährlich abgewiesenen Bittstellern diese Wohlthat für Leib und Seele genießen könne, sei mit diesem Hinweis auf ein Missionswerk der Wunsch und die Bitte verbunden, daß der Herr es manchem Leser und mancher Leserin ins Herz gebe: „Ich will auch dazu beitragen, daß ein Mühseliger mehr im Schatten dieses Hauses Erquickung für den müden Leib und Ruhe für die matte Seele finde."

Die Freigäste haben in sonderlicher Weise einen Segen von einem solchen Aufenthalt, weil sie, meistens aus sehr schwierigen drückenden Verhältnissen und sozialen Nöten kommend, vielleicht nie wieder im Leben Gelegenheit haben, einen Monat hindurch, schon durch die äußere Wohlthat besonders empfänglich und dankbar, unter der beständigen Wirkung des lebendigen Wortes zu stehn.

So läßt nun das Haus seine Einladungen ergehn an alle Stände, an Hohe und Niedrige, an Bemittelte und weniger Bemittelte; und ein Recht dazu giebt ihm außer seinem Zweck und Ziel seine bevorzugte Lage in einem der lieblichsten Thäler Wernigerodes unmittelbar am Waldesrand und Bergesabhang mit einem herrlichen Blick auf das Schloß des Fürsten zu Stolberg-Wernigerode. Außerdem hat man von hier aus die beste Gelegenheit, die Harzer Berge mit ihren Schönheiten und Reizen nach allen Seiten hin kennen zu lernen. Aber auch die nähere Umgebung bietet eine reiche Abwechselung und Mannigfaltigkeit in Spazierwegen und stillen, einsamen Gängen, mit immer neuen, oft überwältigenden Durchblicken durch Tannengrün und Buchenwald auf den alten, auf stolzer Bergeshöhe sich erhebenden Fürstensitz.

Der christliche Geist, von dem das Haus getragen wird, möchte sich niemandem aufdrängen und keinen Gast gewaltsam beeinflussen. Um Zwang fern zu halten, steht jedem Gast die Beteiligung an Morgenandachten, religiösen Versammlungen und äußerlichen Veranstaltungen frei, wie im Hause überhaupt in jeder Weise völlige Freiheit der Bewegung herrscht.

Wir sind überzeugt, daß eine solche Stätte den Bedürfnissen unsrer die Leibes- und Seelenkräfte lähmenden und zerrüttenden Zeit entspricht, und daß mancher Leser, der etliche Wochen Ruhe und Erholung sucht, es mit Freuden begrüßen wird, wenn ihm in der Stille des Thales und der Wälder ein Heim geboten wird, in dem er fern vom Berufsleben und vom täglichen Getriebe in einem Kreise von Gleichgesinnten, als Christ unter Christen weilen kann.

Jüdische Millionäre in den Vereinigten Staaten.

In der zu Newyork erscheinenden jüdischen Wochenzeitung „Jewish World" ist ein Namensverzeichnis von 112 jüdischen Millionären in den Vereinigten Staaten enthalten. Das Verzeichnis macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit, denn es sind nur vierzig jüdische Newyorker Millionäre angegeben, während deren Zahl eine viel größere ist. Die Engros-Fleischer Sulzberger und Schwarzschild, die Brauer Meyer, die Lumpenhändler Rawitser und viele andre, deren Vermögen nach Millionen geschätzt wird, sind in der Liste nicht enthalten. Nur einige große Bankiers, sowie eine kleine Auswahl auch außerhalb der jüdischen Kreise bekannter Juden sind angegeben worden.

Sie haben ihren Mammon auf vielerlei Art er . . . worben. So wird als einer der sechs jüdischen Millionäre im Staate Kentucky der Plantagenbesitzer Simon Gumbel genannt. Ein zweiter jüdischer Millionär im Blue Graß Staate besitzt eine Schnapsbrennerei. In West-Virginien bauen die Millionäre Aaron und S. S. Block Tabak, als Bierbrauer werden mehre genannt, darunter auch Bernhard und Philip Katz in Paterson, N. J.

Die Newyorker Liste enthält folgende Namen:

Abraham Abraham, Kaufmann; Benjamin Altman, Kaufmann; Simon E. Bernheimer, Brauer; Alfred de Cordova, Bankier; Edwin Einstein, Zeitungs-Herausgeber; Martin S. Felchheimer, Kaufmann; Randolph Guggenheimer, Anwalt; A. S. Heidelbach, Bankier; Alexander Lazard, Bankier; Jefferson M. Levy, Anwalt; Adolph Lewisohn Importör; Leonhard Lewisohn, Finanzier; Philip Lewisohn, Finanzier; James Loeb, Bankier; Sol. Loeb, Bankier; Elkan Naumburg, Bankier; Joseph Pulitzer, Herausgeber der „World"; Jacob Rothschild, Landbesitzer; William Solomon, Bankier; Jacob H. Schiff, Bankier; William Scholle, Bankier; Henry Seligman, Bankier; Isaac

N. Seligman, Bankier; James Seligman, Bankier; Jefferson Seligman, Bankier; James Speyer, Bankier; Benjamin Stern, Kaufmann; Isaac Stern, Kaufmann; Louis Stern, Kaufmann; Isidor Straus, Kaufmann; Nathan Straus, Kaufmann; Oscar S. Straus, Kaufmann; Ernst Thalman, Bankier; Anthony Wallach, Finanzier.

Wie man sieht, lauter ächt „amerikanische" Namen, deren Träger alle erst in den letzten 25 Jahren zu ihren Millionen gekommen sind, denn vor dieser Zeit gab es kaum zwei bis drei millionenschwere Juden. Interessant wäre eine Feststellung der Geburtsorte dieser 112 und ihrer Eltern.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden. Nunmehr ist noch eine für diesen Monat in Heidelberg geplant.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, auch an dieser letzten Veranstaltung teilnehmen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend ½9 Uhr.

Verband Westmark. Der zweite Verbandstag, der zum 10. d. M. nach Duisburg einberufen war, hatte sehr guten Besuch aufzuweisen. Die Tagesordnung fand glatte Erledigung. Lebhafte Zustimmung erhielten der Thätigkeitsbericht des Verbandssekretärs Amthor (Gelsenkirchen) und der Kassenbericht des Kassenwarts Krüger (Dortmund). Die Wahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Stadtverordneter J. Schäfer (Gerresheim), erster Vorsitzender, Stadtrat Chr. Kraus (Münster), erster stellvertretender Vorsitzender, Revisor des Rheinischen Bauernbundes, P. Kirchem (Köln), zweiter stellvertretender Vorsitzender, Kaufmann Herm. Krüger (Dortmund), Kassenwart, Kaufmann O. Wolf (Duisburg), erster Schriftführer und Kaufmann W. Wellhausen (Essen, Ruhr), zweiter Schriftführer. Abg. Raab wohnte den Verhandlungen bei. Drahtgrüße waren eingelaufen vom Abg. Liebermann von Sonnenberg, vom Ehrenvorsitzenden des Verbandes, Landrichter Hoffmann (Stargard, Pommern) und von mehren Ortsgruppen und Mitgliedern des Verbandes. Die Mitgliederzahl ist auf 820 angewachsen, hoffentlich kann am nächsten Verbandstage die doppelte Anzahl gemeldet werden!

Verband Nordmark. Herr Henningsen (Hamburg) wird Vorträge halten am 16. d. M. in Bunde (Ostfriesland), 17. in Stapelmoor und Weener, am 18. in Wymeer, am 19. in Jemgum, am 20. in Ditzum und am 21. in Ditzumerverlaat.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Unterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 15. und 22. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Internationale Eisenbahn- und Bäderdiebe. In Hannover hat man dieser Tage einen Eisenbahndieb festgenommen, der sich Händler Heimann Brihl, geboren 1855 in Posen, nannte. Sein Kumpan Leibe Weinstein ist entkommen. Im Weißen Hirsch bei Dresden trieben schon vor längerer Zeit zwei Männer „von jüdischen Typus" ihr Wesen. Jetzt hat man dort zwei „russische" Badegäste als Diebe verhaftet.

Es gäbe nicht halb so viele Stehler, machte der Jude nicht den Hehler. Vier in Hochstetten bei Koblenz arbeitende Kroaten gewannen in der Lübecker Lotterie 60 000 Mark. Sie hatten ihrer Logiswirtin, der Frau eines Bahnwärters, der die Loose besorgte, vorher ein Fünftel des Gewinnes versprochen. Der Lotterie-Kollektör Würzburger in Lübeck veranlaßte nun die Bahnswärters-Eheleute bei der Auszahlung des gewonnenen Betrages, ihm 10 000 Mark „Trinkgeld" zu geben. Dann riet er ihnen den Kroaten nichts zu geben, da das Loos ja von ihnen bestellt und bezahlt worden sei. Die Kroaten verstanden aber keinen Spaß, sondern brachten die Sache zur Anzeige. Wäre der Jude also nicht dazwischen gekommen, dann hätte der Bahnwärter seinen Kostgängern ihren Anteil richtig ausbezahlt und jetzt selbst 12 000 Mark in der Tasche. So muß er nach dem Urteil der Koblenzer Strafkammer zwei Monate ins Gefängnis und erhält voraussichtlich nichts. Der jüdische Verführer bekam leider nur vier Monate Gefängnis und tausend Mark Geldstrafe zudiktiert.

Israel vor Gericht. Auf Grund von Beobachtungen des Gerichts-Präsidenten Kerner in Salzburg macht der frühere österreichische Reichsratsabgeordnete Dr. Alexander v. Peez in seiner neusten Schrift „Blicke auf die Entstehung der Ostmark" (Erlebt — Erwandert), drittes Bändchen, über das Verhalten der Juden vor dem Richter folgende Mitteilungen: Der am schwersten zu Behandelnde ist jedenfalls der Jude. Er kommt bei weitem am besten vorbereitet vor Gericht, erfaßt die Wichtigkeit des Augenblickes und kennt die Gesetze genau. Zugleich erblickt er klar die Thatsachen und Motive und weiß die Kraft der Beweise richtig zu schätzen. Kleine Dinge giebt er zu, wenn es nicht anders geht, dagegen liefert er oft ganze Schlachten bei dem entscheidenden Punkte. Er ist gleich groß im Verschweigen wie im Aufwirbeln von Wortschwällen. Selbst in der Leidenschaft schont er den Glaubensgenossen.

Gefaßt wurde in Odessa der Rauchwaren-Großhändler Perlmann aus Leipzig, der im vorigen Jahre nach Verübung zahlreicher Wechselfälschungen flüchtete.

Man sucht den Kaufmann Philipp Schwarz, ungefähr 33 Jahre alt, zuletzt in Hirschberg (Schlesien) als Kleiderverkäufer thätig, der sich seinen Alimentationspflichten entzieht. Um Mitteilung seines Aufenthalts bittet der Vormund Buchbindermeister und Stadtverordneter Kittel, Erfurt.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Polen und Juden. Der Ellenwaren- und Kleiderhändler Valentin Moldrzik zu Waldmichelbach (Baden) ist seit einigen Wochen mit Frau und zwei Kindern spurlos verschwunden. Da mehre Wechsel von ganz beträchtlicher Höhe der Einlösung harren, so ist der Versicherung, daß sie wieder zurückkehren würden, wohl kein Glauben beizumessen, umsomehr, da sie es verstanden haben, in wenigen Tagen sich in den Besitz von ungefähr 6000 Mark zu setzen. Moldrzik ist ein preußischer Pole, der mit Eisenbahnarbeitern vor vier Jahren in Waldmichelbach einwanderte und alsbald trotz seiner 21 Jahre eine Person von 39 Jahren heiratete und zwar war dies die einzige Jüdin im ganzen Amtsgerichtsbezirk! Die Wohnung der Flüchtigen wurde amtlich erbrochen und dabei ermittelt, daß alles Wertvolle verschwunden ist. Die wenige Habe wurde unter Siegel gelegt. Es werden eine ganze Menge von Gläubigern das Nachsehen haben, denn Frau Moldrzik verstand es vortrefflich, sich Kredit zu verschaffen.

Wie der Jude reich wird. Das Schöffengericht Saarbrücken erkannte im Mai d. J. gegen den Metzgermeister und Hotelier Raphael Bloch aus St. Johann wegen Betrugs auf zwei Wochen Gefängnis und gegen seinen Gehilfen Leon Löb auf eine Geldstrafe von 30 Mark. Beide legten Berufung ein, die vor dem Landgericht zu Saarbrücken zur Verhandlung kam. In der dreistündigen Beweisaufnahme ergab sich

folgender Thatbestand. Bloch wurde durch eines seiner Dienstmädchen angezeigt, daß er beim Abwiegen der Waren zum Nachteil des kaufenden Publikums verfahre. Etwa zwanzig Gramm Hackfleisch klebte unter der Wagschale, die zur Aufnahme der Waren dient. Beim Reinigen des Ladens entfernte die Dienstmagd das erschwerende Objekt, bemerkte aber kurze Zeit darauf, daß es wieder erneut war. Noch zwei Personen hatten sich von dem Sachverhalt überzeugt und ihn unter Eid auf dieselbe Weise beschrieben. Deshalb nahm das Gericht auch keinen Anstand, die Berufung der beiden Juden kostenpflichtig zurückzuweisen.

Leichtsinnige Wirtschaft? Nuß u. Fried in Lemberg errichteten im Februar 1901 ein Manufakturwaren-Engros-Geschäft mit einem Kapitale von angeblich 6000 Kronen. Wegen Krankheit des Teilhabers Fried, der zugleich der Fachmann war, konnte sich das Geschäft nicht entwickeln, die Kunden waren die schwächsten Provinzkrämer, so daß Verluste auf Verluste sich häuften. 18000 Kronen wollen die Schuldner verloren haben und seit der Konkurseröffnung vergrößerten sich von Tag zu Tag die Schulden durch hinzugekommne neue Zusammenbrüche. Die Passiven betragen für Waren 58205, für Geld 5000 Kronen, die Giroverbindlichkeiten sind noch nicht festgestellt, außerdem macht die Frau des Gesellschafters Nuß 12000 Kronen als Heiratsgut geltend! An Aktiven sind vorhanden das Warenlager zum Einkaufswerte von 35000 Kronen und faule Außenstände mit 18000.

Konkurs des Kaufmanns Joseph Meyer zu Berlin. Den vorrechtlichen Forderungen von 42300 Mark steht eine „Dividende" von 15,8 v. H. in Aussicht.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

Dem Geheimen Kommerzienrat Ludwig Max Goldberger zu Berlin der Königliche Kronen-Orden zweiter Klasse;

dem Bankier Robert Landsberg zu Berlin der Charakter als Kommerzienrat.

Ernannt wurde:

Der Rechtsanwalt und Justizrat Schottländer zu Breslau zum Notar;

der Fabrikant Hugo Rosenthal zu Berlin zum Handelsrichter, der Fabrikbesitzer Fritz Gugenheim und die Kaufleute Hermann Nathan Israel, David Bry und der Bankier Theodor Rosenstock, sämtlich in Berlin, zu stellvertretenden Handelsrichtern;

der Kaufmann und Königlich belgische Konsul Israel zu Stralsund zum Handelsrichter.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Weltall und Menschheit. Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker. Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern. Mit ungefähr 2000 Bildern, zahlreichen schwarzen und bunten, sowie vielen Facsimile-Beilagen. Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. Berlin 1902. 100 Lieferungen. Preis jeder Lieferung 60 Pf.

Die Lage des Paradieses nach den Berichten der Bibel festzustellen, gehörte zu den Lieblingsbeschäftigungen zahlreicher Gelehrten des Mittelalters und der neuern Zeit. Eine köstliche Probe solch einer naiven Leistung, und zwar eine Landkarte des Gartens Eden, auf der nicht nur das erste Menschenpaar vor dem Sündenfall, sondern auch die Vertreibung aus dem Paradiese geographisch erläutert wird, findet sich in der jüngst zur Ausgabe gelangten Lieferung 8. Ebenso reich an hochinteressanten Darstellungen ist Lieferung 9, in der Professor Sapper seine fesselnde Schilderung der geologischen Thätigkeit des Wassers und des Windes fortführt.

Briefkasten.

Summit, N. Y. Besten Dank und deutschen Gruß. Kommen Sie in diesem Jahre nicht über das große Wasser?

G. K. Erfurt. Wir bedauern, von dem eingesandten Material vorläufig keinen Gebrauch machen zu können.

G. Weimar. Heil und Dank!

Neunkirchen. Ihre Einsendungen werden stets gern benutzt. D. Gr.!

Eingegangne Anfragen.

Wer kann einem Detaillisten eine leistungsfähige Fabrik in Lederwaren, deren Besitzer Deutscher ist, nennen?

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Aufklärungs-Schriften!

40 verschiedne Flugblätter über das Judentum, seine Uebermacht im Handel, in der Presse und im Schrifttum, seinen zersetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, seine Verbindung mit der Sozialdemokratie usw. erhält man gegen vorherige Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken von der
Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Vivisektion!

Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des **Weltbundes gegen Vivisektion**, die unentgeltlich versendet werden vom **Tierschutzverein, Berlin SW,** Königgrätzerstr. 108.

Die Juden
und der
Deutsche Staat.
12. Aufl. — 142 Seiten.
Von **H. Naudh.**
Preis 1 Mark.
Deutschnation. Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: **Herrmann Laas.**
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.
94

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung",
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Das Geschlechtsleben des Weibes.

Eine physiologisch-soziale Studie mit ärztlichen Ratschlägen
von
Frau Dr. med. Anna Fischer-Dückelmann.

Zehnte, vermehrte und verbesserte Auflage
mit vielen in den Text gedruckten Abbildungen und einem zerlegbaren anatomischen weiblichen Modell
——— Preis 2,50 Mark. ———
Gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme zu beziehen durch die
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen
in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise,
dann kaufen Sie bestimmt bei
Christian Günther,
LEIPZIG-PLAGWITZ
Postfach Nº 80
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.
Die Saison-Neuheiten sind eingegangen.
Fordern Sie mit 5 Pfg.-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Man kaufe kein Piano
Lieferung direkt an Private,
daher größte Vorteile. Freie Probesendung durch ganz Deutschland.
Pianos von 450 Mark ab.
bevor man unsern Katal. eingef. hat der gr. u. fr. vers. wird.
Roth & Junius
vorm. Aug. Roth, Hofpianofabrik Hagen i. W. Nr. 282.
Nur erste Preise.

Wissen ist Macht!

Wer tief in das Wesen der **sozialen Frage** und der **Judenfrage** eindringen will, der lese das vorzügliche Werk von **Theod. Fritsch:**

Bodenwucher und Börse.

Der Inhalt berührt unter anderm:
Ariertum — Börse — Bürgerliches Gesetzbuch — Christus — Geheime Neben-Regierung — Gründer-Schwindel — Henry George — Inka-Reich — Hypotheken-Tilgung — Judentum und Judenfrage — Juristentum — Praktisches Beispiel der Bodenreform — Religion — Rassenfrage — Römisches Recht — Semitentum — Theodor Stamm — Talmud — Währungsfrage — Zukunftsstadt.
Postfrei zu beziehen gegen Einsendung von
nur 2 Mark
durch jede Buchhandlung. Wer mit einer solchen nicht in Verbindung steht, wende sich an die
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.
Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das
Tuchhaus Boeykes i. Düren I (Rhld.)

Winke für deutsche Kaufleute, die im **Ausland** Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von **Dr. Winterstein in Cassel,** Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend. v. **Mark 1,10,** auch in Briefmark.

Bad Kissingen.
Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
148 jenseits der Saale,
empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
= **Großer Garten.** =

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Bad Pyrmont.
Richlers Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

= **Spareinlagen** =
Staatspapiere, Aktien, Loose,
Beleihung von Wertpapieren.
Gewerbebank
(e. G. m. b. H.)
Homburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm.,
Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schramsweg 2.
Geöffnet von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 21. August 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 731.

Wochen-Spruch.

Die Aufnahme fremder Juden, die nach unserm Lande gelüstet, ist ein Unheit und eine Pest unsers Volkes . . .

Ernst Moritz Arndt, „Blick aus der Zeit auf die Zeit“.

Der römische Kaiser Caligula

ernannte bekanntlich im Vollgefühl seiner Zäsaren-Allmacht eines Tages sein Leibroß zum Konsul, und die Bettelpoeten und litterarischen Speichellecker, die in dem kaiserlichen Rom die Rolle der heutigen offiziösen Presse spielten, schlugen vermutlich darüber die loyalsten Purzelbäume und priesen das unerschöpfliche, täglich in neuen, überraschenden Formen sich äußernde Universalgenie des Göttersohnes. Für den gesunden Sinn ebenso ekelhafte Preßblüten zeitigt auch das Offiziösentum unsrer Tage.

Mit Recht wies die „Staatsbürger-Zeitung“ neulich darauf hin, daß kürzlich

„ein offiziöses Blatt infolge eines Höhrfehlers am Telefon eine Rede des Kaisers in derart verstümmelter Weise wiedergab, daß aus dem schönen Kaiserwort der blühendste Unsinn wurde. Aber auch diesen polizeiwidrigen Unsinn lobte das gesinnungstüchtige Blatt als den Ausfluß einer großartigen, alles umfassenden Regentenweisheit“.

Ein derartiges Verhalten ist gradezu gemeingefährlich, und wir stimmen der tapfern „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ völlig zu, die mit scharfen Worten die, die öffentliche Meinung irreführende Preßtreiben der Offiziösen geißelt, die über den neuesten Depeschenwechsel des Kaisers mit dem Prinz-Regenten von Bayern nur zustimmende Preßäußerungen veröffentlichen und jede abweichende Kritik unterschlagen. Das Blatt bemerkt u. a.:

Wir sind bei dem Streben des Kaisers nach Reichsgröße und Ruhm doch sicher, daß sachliche Kritik auf ihn wirkt. Wir fürchten nur, daß ihm systematisch alle sachlichen Kritiken von der Umgebung vorenthalten werden. Man sieht deutlich, wie mehre Blätter darauf zugerichtet sind, auf den Schreibtisch des Kaisers gelegt zu werden. Es sind hauptsächlich die „Köln. Ztg.“, die Münchner „Allg. Ztg.“ und die freisinnige „Weser Ztg.“. In diesen drei Blättern stehn ausschließlich Ehrungen, Verbindlichkeiten oder gar Schmeicheleien, welche dem Kaiser gesagt werden, jede Kritik von irgendwelcher Bedeutung fehlt, unparteiische Uebersichten der Preßstimmen werden sorgsam vermieden wie im vorliegenden Falle. Das Kölner Blatt streicht z. B. aus dem Wolffschen Zitat der Münch. N. N. alles heraus, was dem Kaiser nicht beistimmt. Kurz, man hat den Eindruck, es wird hier in usum Delphini redigiert.

Wie soll ein Fürst, der menschlichen Irrtümern unterworfen ist wie jeder andre Sterbliche, die für ihn mehr als für alle andern Menschen notwendige Selbstkritik üben lernen, wenn man ihn planmäßig in die Täuschung versetzt, als fände jede seiner Handlungen begeisterte Zustimmung bei dem Volke.

Grade der oben erwähnte neueste Depeschenwechsel fordert entschiednen Widerspruch heraus.

Das Wolffsche Depeschenbüro verbreitete denselben in folgendem Wortlaute:

„Swinemünde, 10. August. An den Prinz-Regenten von Bayern in München. Von meiner Reise eben heimgekehrt, lese ich mit tiefster Entrüstung von der Ablehnung der von Dir geforderten Summe für Kunstzwecke. Ich eile, meiner Empörung Ausdruck zu verleihen über die schnöde Undankbarkeit, welche sich durch diese Handlung kennzeichnet sowohl gegen das Haus Wittelsbach im allgemeinen, als auch gegen Deine erhabne Person, welche stets als Muster in der Hebung und Unterstützung der Kunst geglänzt hat. Zugleich bitte ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen, damit Du in der Lage seiest, in vollstem Maße die Aufgaben auf dem Gebiet der Kunst, welche Du Dir gesteckt hast, zur Durchführung zu bringen.

Wilhelm.“

Der Prinz-Regent erwiderte:

„Seiner Majestät Kaiser Wilhelm, Swinemünde. Es drängt mich, Dir meinen innigsten Dank für Dein so warmes Interesse an meinen und meines Hauses Bestrebungen auf dem Gebiete der Kunst und für Dein so hochherziges Anerbieten auszusprechen. Zugleich freut es mich, Dir mitteilen zu können, daß durch den Edelsinn eines meiner Reichsräte, welcher die abgelehnte Summe zur Verfügung stellte, meine Regierung in die Lage versetzt ist, getreu den Traditionen meines Hauses und meines Volks die Pflege der Kunst als einer meiner vornehmsten Aufgaben unentwegt fördern zu können. Jagdhaus Fischbach, 11. August. Luitpold, Prinz-Regent von Bayern.“

Das Wolffsche Büro bemerkt bei der Veröffentlichung, ihm sei der Text von München aus zur Verfügung gestellt worden. Das wird indessen neuerdings bestritten und die Schuld auf Berlin geschoben. Ist das erstere richtig, so bliebe noch die Möglichkeit offen, daß der Kaiser seine Depesche als eine rein persönliche Meinungs-Aeußerung aufgefaßt hat, die gar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, und daß eine bedauerliche Indiskretion begangen worden ist. Unterstützt wird diese Annahme dadurch, daß der „Reichsanzeiger“ bis zur Stunde keine Notiz von dem Depeschenwechsel genommen hat. — Wenn jemand die ohnehin nicht übermäßig reichs- und preußenfreundliche Stimmung in Bayern noch verschärfen wollte, konnte er es garnicht zweckmäßiger anfangen, als durch Veröffentlichung der kaiserlichen Depesche. — Wir wollen uns aber nicht in Vermutungen nach dieser Richtung ergehn. Läge die Sache so wie wir es oben als möglich hinstellten, so müßte eine strenge Untersuchung zur Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen geführt werden.

Der Text der kaiserlichen Depesche trägt alle Anzeichen hochgradiger Augenblicks-Erregung. „Tiefste Entrüstung“, „Empörung“, „schnöde Undankbarkeit“ sind Ausdrücke, die im diplomatischen Verkehr ungewöhnlich sind. Demgegenüber ist die Antwort des Prinz-Regenten ein Muster ruhiger, abwägender Schreibart. Sie kleidet die Ablehnung der angebotnen kaiserlichen Hilfe in die Form herzlichsten Dankes und markiert in feiner Weise durch die viermalige (oben durch den Druck hervorgehobne) Anwendung des Wortes „mein“, daß es sich im vorliegenden Falle um eine bayerische Landesangelegenheit handle. Wir fragen mit der „Deutschen Volkswirthschaftlichen Korrespondenz“: Wo ist der Reichskanzler?

Wir wissen sehr wohl, daß Graf Bülow sich im Urlaub befindet, den er nur unterbrach, um im Gefolge seines Souveräns bei der Zusammenkunft in Reval zu erscheinen, daß er dann in Bayreuth bei Frau Cosima Wagner dinierte und nach Norderney zurückkehrte, wo, nach Aussage gewisser Blätter, er allein sich frei fühlen soll. (Vielleicht frei von arischen Einflüssen?) Da wir dieses alles genau wissen, so fragten wir nicht, wo Graf Bülow, sondern wo der **Reichskanzler** sei. Denn auch, wenn der Reichskanzler persönlich sich im Urlaub befindet, verschwindet die verantwortliche politische Einrichtung nicht, die im Amte des Reichskanzlers verkörpert ist. Graf Bülow hat, seitdem er Reichskanzler ist, bei mehrfachen Gelegenheiten hervorgehoben, daß er **der allein verantwortliche Staatsmann** sei, und daß man deshalb stets ihn und nicht den Träger der Krone verantwortlich zu machen hätte, sofern jemand glaubte, Anlaß zu haben, diese Verantwortlichkeit in Anspruch nehmen zu sollen. Wir wollen vom Inhalte des kaiserlichen Telegramms aus Swinemünde ganz absehn, obschon dieser Inhalt mit der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers sicherlich nicht ohne Zusammenhang ist, da er geeignet ist, bayerische Gefühle empfindlich zu ungunsten des Reiches zu berühren. Aber müßten nicht diese Gefühle noch viel stärker durch die **Veröffentlichung** der Telegramme als durch deren Inhalt berührt werden? Diese Veröffentlichung ist durch das offiziöse **Wolffsche Telegraphenbüro** erfolgt, mithin ist die Frage vollkommen gerechtfertigt: Wo ist der verantwortliche Reichskanzler? Denn konnten die besagten Telegramme als Privatkundgebungen der beiden hohen Herren gelten, so lange sie nur ihnen und ihrer engsten Umgebung bekannt waren, so erhielten sie einen andern Charakter in dem Augenblicke, in und unsre Regierungspolitik half den Engländern das vollenden, dem sie an das Wolffsche Büro zur Veröffentlichung gegeben wurden.

Unsre Frage geht also dahin, wo ist der Reichskanzler, der für derartige **Publikationen** die Verantwortlichkeit trägt? Daß wir **nicht** den Grafen Bülow **persönlich** meinen, wenn wir diese Frage stellen, geht schon daraus hervor, daß ähnliche Fälle schon unter seinen beiden Vorgängern die Oeffentlichkeit beschäftigt haben. Der Reichskanzler, also nicht die Person des derzeitigen Amtsinhabers, sondern die verfassungsmäßige Institution muß unsers Erachtens dafür sorgen, daß auch, wenn der Reichskanzler persönlich zeitweilig vom Amtssitze entfernt sein sollte, unter seiner Verantwortlichkeit Organe vorhanden und auf dem Posten sind, die dafür sorgen, daß in allen derartigen Fällen das Interesse der Krone, der Monarchie ebenso gewahrt werde, wie das des Reiches, des Staates und der Nation. An diesen Organen scheints zu fehlen. Denn jene Interessen sind gefährdet, wenn derartige Publikationen des Wolffschen Büros den Träger der Reichsgewalt auch nur in den falschen Schein bringen, etwas gethan zu haben, was berechtigter Kritik unterläge. Mag man sich nicht mit dem „Zeitalter des Verkehrs“ entschuldigen, das keine Verzögerung zulasse. Die Sicherheit unsrer Institutionen ist jedenfalls wichtiger als die Schnelligkeit der Berichterstattung über kaiserliche Kundgebungen. **Wo also ist der Reichskanzler**, damit er diese Sicherheit verbürge?

Wir versagen es uns, näher auf die sehr verschiedenartigen Preßkundgebungen über den Depeschenwechsel einzugehn und wollen nur deren Gruppierung kurz andeuten.

Da sind zunächst die eingangs bereits gekennzeichneten Schweifwedler, die vor Entzücken über die hochherzige, kunstsinnige, mutige, kaiserliche Aeußerung förmlich triefen und darin nur eine Lichtflut ohne Schatten sehn.

Dann kommen die geschworenen Zentrumsfeinde im nationalliberalen und freikonservativen Lager, die in kurzsichtiger Verblendung hoffen, das kaiserliche Telegramm sei eine endgültige Absage an das Zentrum. Sie vergessen dabei ganz, wie oft schon ähnliche plötzliche Aeußerungen des Allerhöchsten Herrn hernach der Regierungspolitik durchaus nicht als Richtschnur gedient haben. Trotz des bekannten Telegrammes an den Präsidenten Krüger z. B. wurde Jamesons Hintermann, Cecil Rhodes, freundschaftlichst bei Hofe in Berlin empfangen, was der Jameson-Raid begonnen hatte. Und als der Kaiser s. Zt. in flammender Entrüstung über die Ablehnung des Reichstages, dem Altreichskanzler zum achtzigsten Geburtstage eine Ehrung zuteil werden zu lassen, dem Fürsten ein Telegramm schickte, das das Zentrum ebenso wie das neueste, als gegen sich gerichtet ansehn konnte, gewannen die Beziehungen zwischen dem Fürsten und den Kaiser weder sonderlich an Wärme, noch hatte das Zentrum die Folgen der kaiserlichen Ungnade zu spüren. — An eine „Zerschmetterung“ des Zentrums glauben **wir** nicht.

Eine dritte Gruppe bilden die Aeußerungen der unabhängigen Presse von rechts und links, die je nach ihrer Parteistellung mehr oder weniger rücksichtslos das Telegramm mißbilligen. Die „Kreuz-Zeitung“ z. B. brachte erst mehre Tage nach dem Vorgange einige wenige Zeilen des Inhalts, daß Schweigen manchmal die beredtste Kritik sei.

Das preußische Zentrum nimmt in seiner Presse die Thatsache ziemlich gleichmütig hin. Es ist sich der Stärke seiner Stellung im Reichstage bewußt und müßte ganz seine seit lange bewährte taktische Schulung verlernt haben, wenn es ihm nicht gelingen sollte, auch aus diesem Vorkommnis einen Zuwachs für seine Macht herauszuschlagen.

Das bayerische Zentrum aber stimmt eine schärfere Tonart im „Bayerischen Kurier“ an:

Waren wir von parteipolitischem Egoismus erfüllt, so würden wir Victoria rufen, denn eine bessere Hilfe hätte das Zentrum sich gar nicht wünschen können, als sie ihm durch dieses Kaisertelegramm zuteil wird; denn es ist der schwerste Schlag, der gegen das Ministerium Crailsheim bisher geführt wurde. Die bayerische Regierungspolitik ist so schwach und unselbstständig, daß schon solche Reizmittel angewendet werden, wie sie das Kaisertelegramm zeigt. Unterstützung von auswärts, von Preußen her, muß ihr zugeführt werden, um sie anzustacheln und ihre Autorität aufzufrischen. Aber nicht blos die Schwäche der bayerischen Regierungspolitik in den innerpolitischen Verhältnissen wird durch das Kaisertelegramm in so drastischer Weise beleuchtet, sondern auch gegenüber dem Reiche und Preußen. Soweit hat es die bayerische Regierung durch ihr ewiges Nachgeben in der Reichspolitik gebracht, daß man im Reiche und in Preußen es für etwas ganz Selbstverständliches und Natürliches ansieht, offenkundig und vor aller Welt in bayerische Angelegenheiten einzugreifen. Der Schatten, der dabei auf das Haus Wittelsbach fällt wird wohl auch von der bayerischen Regierung peinlich empfunden; denn das Telegramm des Kaisers drängt gradezu die Frage auf: wenn nun einmal durch fürstliche Privathilfe die verlornen Kunstpostulate des Landesbudgets ersetzt werden sollen, warum hat dann nicht das bayerische Königshaus, das ein erheblich größers Hausvermögen besitzt, als die Hohenzollern, nicht selbst und zuerst die Mittel gegeben? „Zugleich bitte ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen, damit Du in der Lage seiest, im vollsten Maße die Aufgabe auf dem Gebiete der Kunst, welche Du Dir gesteckt hast, zur Durchführung zu bringen“, heißt es in dem Kaisertelegramm. Das ist sonst nicht die Sprache, wie sie zwischen Souveränen herrscht. Wenn man Almosenier ist, dann kann man gnädig und herablassend scheinen.

Weit größer noch ist natürlich die Tragweite des Kaisertelegramms in staatsrechtlicher Hinsicht. Nach ihr ist die Kundgebung des Kaisers zugleich eine eminente Angelegenheit des Reiches. Wir halten es mit Rücksicht auf das monarchische Prinzip für höchst bedenklich, wenn ein Monarch in eigner Person sich in die Parteikämpfe stellt. Aber wogegen wir hier schärfste Verwahrung einlegen müssen, ist die Einmischung des Kaisers in die Angelegenheit der Bundesstaaten. Mit dem Telegramm an den Prinzregenten Luitpold begiebt sich der Kaiser in das Gebiet Bayerns, und da ruft ihm das bayerische Volk entgegen: Majestät, noch ist das Haus Wittelsbach innerhalb der blau-weißen Grenzpfähle souverän, und noch ist es Herr im eignen Hause. Der Kaiser hat nicht die geringste Kompetenz dafür, die bayerische Abgeordnetenkammer wegen deren Verhalten in einer rein bayerischen Angelegenheit der „schnöden Undankbarkeit“ zu zeihn und seine „tiefste Entrüstung“ und „Empörung“ über sie auszudrücken. Die bayerische Abgeordnetenkammer wird entschlossen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes wahren und das Telegramm des Kaisers zurückweisen. Aber auch der Deutsche Reichstag wird nicht umhin können, Stellung zu diesem Telegramm zu nehmen; denn die Konsequenzen, die man aus dem Kaisertelegramm ziehn kann, sind für das Verhältnis der Bundesstaaten zu einander überaus bedenklich. Wenn das üblich wäre, was hier in dem Kaisertelegramm zum erstenmal geschehn, dann würden für die bundesstaatliche Gliederung des Reiches schlimme Konflikte entstehn. Die Antwort des Prinzregenten ist eine ablehnende. Hier wie bei den Krisenvorgängen der jüngsten Zeit hat der Regent das Muster eines konstitutionell regierenden Herrschers gegeben, und die Dankbarkeit durch ein streng loyales monarchisches Verhalten zu beweisen, ist eine Pflicht aller Zentrumswähler. Das Kaisertelegramm wird in allen Kreisen ein Echo des verletzten Volksempfindens erwecken, im Sinne eines Triumphes über die Regierungspolitik der autoritätlosen Schwäche, die Bayern in solche Wirren versetzt, die Krone und Staat in die durch das Kaisertelegramm geschaffne Lage gebracht.

Die Zeitungen der Umsturzpartei endlich schwelgen förmlich in höhnischen Glossen über das Telegramm. Sie wollen künftig vorschlagen, daß der Kaiser und die Reichsfürsten aus ihrem Privatvermögen die Kriegsschiffe bauen und freuen sich über den wechselnden Kunstgeschmack an höchster Stelle, wo man sich plötzlich für die Münchner Kunst ereifert, die doch in schroffem Gegensatze zu jenem Evangelium von der wahren Kunst stände, das der Kaiser s. Zt. im Berliner Schlosse vor den versammelten Bildhauern der Siegesallee verkündet habe.

Unsre eigne Stellung zu der leidigen Angelegenheit ist folgende.

Wir bestreiten dem Kaiser nicht das Recht, seine persönliche Meinung über die Verweigerung der hunderttausend Mark für Kunstzwecke zu haben und zu äußern. Wir bewundern sogar die Freigebigkeit, womit er aus seiner Schatulle dem bayerischen Regenten die abgelehnte Summe zur Verfügung stellte, obgleich der Minister des Königlichen Hauses schon Sorgen und Schwierigkeiten genug hat, um das Geld für den gegen früher sehr ausgedehnten Hofhaushalt, die kostspieligen Reisen und dergl. mehr zu beschaffen. Zumal auch die Prinzen einer nach dem andern heranwachsen und für sie eigne Hofhaltungen eingerichtet werden müssen.

Wir bedauern aber, daß solche Privatäußerungen des Kaisers jedesmal an die Oeffentlichkeit kommen und dann unerwünschte Wirkungen ausüben. — Denn leider ist es nicht möglich, ein dahinzielendes Uebereinkommen der gesamten Presse herbeizuführen, daß man die Wiedergabe privater kaiserlicher Aeußerungen lediglich dem mit Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden „Reichsanzeiger" überläßt.

Es muß ausgesprochen werden, daß augenscheinlich der Kaiser über die Vorgänge in Bayern nicht genügend unterrichtet gewesen ist. Z. B. hätte er wissen müssen, daß aus der Reihe der bayerischen Standesherren bereits die hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt waren, und daß der Prinz-Regent sie angenommen hatte. Darin liegt ein schwerer Vorwurf gegen die Beamten, deren Pflicht es ist, dem höchsten Herrn über alle politischen Verhältnisse dauernd auf dem Laufenden zu erhalten. Es darf nicht ohne Widerspruch bleiben, daß der Kaiser die Ablehnung irgendeiner Regierungsforderung im Etat eines Bundesstaates als eine Undankbarkeit gegen den Landesherrn bezeichnet. Das ist eine vollständige Verkennung der Aufgaben, die die Abgeordneten des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften zu erfüllen haben.

Eine besonders beklagenswerte Wirkung des Teelgrammes ist die Verschärfung der leider vorhandnen Verstimmung zwischen dem bayerischen Volke und dem Reiche

Am allerbedenklichsten aber scheint es uns, daß durch solche plötzlichen kaiserlichen Kundgebungen die amtlichen Aufgaben der Minister erschwert, ja unter Umständen unmöglich gemacht werden. Z. B. dürfte die Verständigung über den Zolltarif durch den in Frage stehenden Depeschenwechsel in hohem Maße leiden. Das bayerische Zentrum wird nach den oben wiedergegebnen Andeutungen des „Bayer. Kurier" nicht verfehlen, im Reichstage über die unfreundliche Behandlung in der Depesche zu quittieren. Soll ein Erfolg schließlich erreicht werden, so muß man ihn durch neue Konzessionen aus Zentrum erkaufen.

Es ist ganz gewiß heutzutage kein Vergnügen Minister, geschweige denn Reichskanzler zu sein, aber in gewissem Sinne kann man wohl sagen: Jeder Minister hat die Stellung, die er verdient.

Wenn ein paar Ministerien hintereinander bei ähnlichen Vorgängen geschlossen ihren Abschied einreichten, würde doch wohl eine Aenderung der gegenwärtig geübten Praxis eintreten.

Graf Bülow ist, wie man in den Zeitungen liest, nun nach Berlin zurückgekehrt. Werden wir also in nächster Zeit von einem Generalstreik des Ministeriums hören? Wir hoffen es — aber wir glauben es nicht, denn zu einem solchen Entschlusse gehörten — Männer!

Jüdische und polnische Ausbeuter.

In dem größten Schmerzenskinde des Staatengemengsels Oesterreich, in Galizien, ist seit Anfang August unter den ostgalizischen Bauern eine Bewegung im Gange, die stellenweise nicht geringe Aehnlichkeit mit einer Revolution hat.

Es ist eine Thatsache, daß die Arbeitslöhne in Galizien sehr niedrig und einer Erhöhung bedürftig sind. Für zwölf- bis vierzehnstündige Arbeit erhalten die Männer einen Lohn von 45, die Frau einen solchen von 25 Pfennig. Zu diesem Uebel gesellt sich aber noch die Ausbeutung und der Schwindel bei der Auszahlung der Löhne, denn das Geld wird nicht in bar, sondern in Marken gezahlt, und die Marken müssen beim jüdischen Schnapswirt eingewechselt werden! Dadurch zwingt man den armen Taglöhner in niederträchtiger Weise zum Branntweingenuß und verknüpft ihn immer tiefer in die Schuldknechtschaft des Juden.

Schließlich muß man auch der Behandlung des Arbeiters, ja sogar des besitzenden Bauern von Seite mancher Gutsherren oder Gutspächter, insbesondre aber einzelner Oekonomieverwalter, die noch immer von den Ueberlieferungen der Aera der Frohnarbeiten durchdrungen sind, Erwähnung thun. Diese unwürdige Behandlung des ruthenischen Bauern, die auch ein bedeutender Teil der galizischen Beamtenschaft, insbesondre bei den politischen Behörden, nicht los werden kann, trägt sehr viel zur Erregung des in seinem Selbstbewußtsein bedeutend fortgeschrittnen ruthenischen Volkes bei. Diese Umstände gaben den Anlaß dazu, daß die Feldarbeiter eine Erhöhung der Löhne verlangten und in den Ausstand traten. Es ist nicht minder eine Thatsache, daß nicht nur ruthenische, sondern auch polnische Bauern solidarisch vorgingen, daß sie fast ausnahmslos in ruhiger und würdiger Weise ihre Wünsche vorbrachten, und daß es nur dort, wo die ruhig beratenden Bauern gewaltsam auseinandergetrieben oder von Gendarmen mit Kolbenstößen zur Aufnahme der Arbeit angetrieben wurden, oder wo der Gutsherr oder Pächter ihnen in unwürdiger Weise entgegentrat, hie und da zu Ausschreitungen gekommen ist. Daß aber gesengt und geplündert wurde, daß Leben und Eigentum der Gutsherren bedroht worden wären, kann durch Thatsachen nicht erhärtet werden.

Ebenso entbehrt die Behauptung einer Begründung, daß ruthenische Bauern mit Sensen und geschliffnen Messern wie toll auf die Gutshöfe stürmten. Es wurde z. B. die massenhafte Ansammlung der Bauern — ungefähr tausend Menschen — in Zeleny Kut im Bezirke Husiatyn in den polnischen Blättern als ein Ueberfall des Gutshofs hinausposaunt; die Wahrheit ist aber, daß dort nur ein Gendarm zugegen war und weder diesem noch dem Gutsherrn ein Haar gekrümmt wurde. Ebenso ist es unrichtig, daß Branntweinläden kurz und klein geschlagen wurden, um den Schnaps aus den Fässern in vollen Zügen zu schlürfen. Thatsache ist dagegen, daß in vielen Dörfern der Verruf gegen Dorfschenken beschlossen wurde, daß die Trunksucht in Ostgalizien dank dem Eifer der ruthenischen Geistlichkeit bedeutend abgenommen hat, und daß professionelle Trunkenbolde zu den seltnen Ausnahmen gehören. Ein ruthenischer Pfarrer wurde übrigens vom Bezirkshauptmann in Tarnopol für die Ermahnung zur Enthaltsamkeit vom Schnaps zu einer Strafe von hundert Kronen verurteilt! In manchen Ortschaften, wo die Gutsherren unbedingt auf die Aufrechterhaltung der bisherigen Hungerlöhne bestanden und Gendarmerie oder Militär kommen ließen, um entweder die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen oder durch Heranholung fremder Arbeiter den einheimischen den Verdienst zu entziehn, ist es allerdings zu Ausschreitungen gekommen, bei denen von Seite der Intervenierenden Mangel an Takt bekundet wurde. Der Agitation, Unwissenheit und Trunkenheit alles dies zuzuschreiben, geht nicht an.

Die Zustände in Galizien sind unhaltbar geworden, und es wäre an der Zeit, daß die maßgebenden Kreise mit eignen Augen sähen und prüften, nicht aber durch die Brille gefärbter, einseitiger Berichte beurteilten; es ist auch höchste Zeit, daß in

diesem Lande wirklich europäisch regiert werde, und dies liegt nicht nur im Interesse des ruthenischen Volkes, sondern zunächst im Interesse Oesterreichs.

Selbstverständlich trägt nicht der Jude die alleinige Schuld, in die Tasche des polnischen Gutsherrn fließt meistens ein ziemlich hoher Anteil von dem Profit des Schnapsjuden . . . bis dieser ihm über den Kopf wächst und ihn nun gradeso scheert wie die Bauern und Arbeiter. Deshalb ist es verständlich, wenn die polnischen Blätter sich bemühn, die Hauptschuld an dem Ausstande den Juden in die Schuhe zu schieben. So schreibt der Krakauer „Czas“, das Hauptorgan des Polenklubs und der galizischen Schlachzizenpartei, in einem gegen die Wiener „Neue Freie Presse“ gerichteten Artikel unter anderm: „Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die Wiener Judenblätter mit keinem Worte die Thatsache berühren, daß die ostgalizischen Bauernstreiks, soweit sie eine reale Grundlage haben, hauptsächlich durch das Vorgehn der jüdischen Gutspächter gegen die Bauern provoziert worden sind. Frei von jeder konfessionellen oder Rassen-Animosität gegen die Juden, müssen wir dennoch das sachliche Faktum feststellen, daß die jüdischen Gutspächter, die in Ostgalizien zahlreich genung sind, gradeso das Volk exploitieren, wie sie auch den gepachteten Grund und Boden rücksichtslos ausbeuten. Unter ihren Fittigen und häufig unter ihrer Teilnahme wird jede Art von Auswucherung betrieben und namentlich die Auswucherung der Arbeit, wodurch der Verdienst der Arbeiter faktisch namhaft verkürzt wird. Der Bauer nimmt von dem jüdischen Pächter auf Kredit verschiedne Lebensmittel und verpflichtet sich, den Preis abzuarbeiten. Bei diesem ‚Abarbeiten‘ wird der Bauer verkürzt. Auch das Herabdrücken der Arbeitslöhne ist vorwiegend und in der Regel fast nur von den jüdischen Gutspächtern praktiziert worden.“

Den Polen scheint also die Sache grade jetzt sehr unangenehm zu sein. Daß der Ausstand auch just zu einem Zeitpunkt kommen muß, wo die Polen der ganzen Welt sich nicht genug über die Polenpolitik der preußische Regierung aufregen können. Dort in Galizien, wo polnisch „Trumpf“ ist und wo die polnische Vereinigung „Schlachta“ unbeschränkt herrscht, schlägt diese mit militärischer Hilfe das Verlangen ihrer eignen Landsleute nach einer ganz geringen Aufbesserung der Löhne nieder. Der polnische Klerus findet das ganz in der Ordnung. In Preußen dagegen lassen sich dieselben Volksschichten von den Leuten, die in Galizien ihre Brüder mit ausbeuten helfen, gegen die Regierung aufhetzen. Ehe die großpolnischen Agitatoren dem preußischen Staate Vorschriften über sein Verhalten gegen die polnischen Preußen geben, sollten sie deshalb freundlichst erst im eignen Hause menschenwürdige Zustände herstellen.

Güterschlächterei.

Der preußische Staat wendet Millionen auf, und wird deren noch in erheblich größerm Umfange aufwenden, damit eine förderliche Vermehrung des deutschen Bauernstandes, namentlich in den mit polnischen Elementen durchsetzten Landesteilen, ermöglicht werde. Dies ist sich der Staat aus dem Trieb der Selbsterhaltung heraus schuldig.

Doch damit nicht genug, die bäuerlichen Existenzen, die im Schweiße ihres Angesichts dem heimischen Boden das abzuringen sich bestreben, was für ihren Unterhalt und die Ernährung des ganzen Deutschen Volkes an Boden-Erzeugnissen erforderlich ist, bedeuten zwar für den Staatsbau unverrückbare Ecksteine, für die Gesellschaft aber das so notwendige Moment der Beharrung und Beruhigung inmitten der sozialen Kämpfe. Eine planmäßige Ansetzung von Bauern dort, wo der größere Besitz ohne Gefährdung seiner Mission, die ihm sowohl in politischer wie ökonomischer Hinsicht überkommen ist, als Leiter der Massen und als Pionier auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Technik, mehr zurücktreten kann, stellt ein wichtiges soziales Kulturwerk dar.

Vorausbedingung und in letzter Linie entscheidend für den Nutzen und das Gelingen der kolonisatorischen Maßnahmen ist der Umstand, ob mit Sorgfalt darauf Bedacht genommen worden ist, daß die bäuerlichen Ansiedler sich auf die Dauer thatsächlich auf ihrer Scholle halten können. Andernfalls schafft sich die Gesellschaft in solchen, in ihren Hoffnungen betrogenen, zusammengebrochnen Wirtschaften eine Unzahl von proletarischen Existenzen.

Diesen berechtigten Erwägungen sucht man dadurch Genüge zu thun, daß man die Ansiedlungsthätigkeit dem Staate überträgt, dessen Vorgehn nicht von der Absicht geleitet sein soll, dabei einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, sondern von Rücksichten sozialer und humanitärer Natur.

Sobald die Staatsregierung an die Volksvertretung mit Forderungen herantrat, um Mittel für die Durchführung der innern Kolonisation bewilligt zu erhalten, stieß sie auf den entschlossenen Widerstand des Freisinns, der seine Zustimmung dazu versagte, obgleich doch die Ansiedlungsthätigkeit zu dem Bereiche der vornehmsten und ersten Aufgaben des Staates gehört.

Der Freisinn ist nun viel zu klug, als daß er bei seinem ablehnenden Verhalten eine Feindschaft wider das, der kolonisatorischen Arbeit zu Grunde liegende Prinzip durchblicken ließe. Das kann er nicht gut, wenn er nicht wagen will, auf dem Lande vollends um den hier und da noch aus alter Ueberlieferung vorhandnen geringen Rest von politischem Kredit zu kommen. Daher verschanzt er sich hinter dem armseligen Einwande: Die Ansiedlungs-, die Parzellierungsthätigkeit dürfe nur von privater Seite betrieben werden, auch auf diesem Gebiete sei allein „das freie Spiel der Kräfte“ angebracht.

Ja, von diesem Standpunkte aus hat eine gewisse Gefolgschaft des Freisinns dem Bauernstande alle Zeit viel Interesse entgegengebracht, man kann sagen: leider zu viel Interesse. Dazu war der Bauer gut genung, um den Güterschlächtern und gefälligen Geldleuten auf dem Lande, die ja meistens auf Eugen Richter schwören, einträgliche Geschäftchen und fette Verdienste zu verschaffen. Der Freisinn weiß sehr wohl, was er thut, wenn er sich für den privaten Betrieb bei der Parzellierungsthätigkeit scharf ins Zeug legt. Denn eine Liebe ist der andern wert.

Vor nicht langer Zeit schilderte die „Freisinnige Zeitung“, wie verhältnismäßig glänzend die Geschäfte einer Parzellierungsbank, der „Landbank“ in Berlin, sich entwickelt hätten, und was für eines Aufschwunges die Bank bei voller Freiheit in ihrer Bethätigkeit noch fähig wäre. Im Laufe ihrer Ausführungen versteigt sich die „Freisinnige Zeitung“ zu folgender schwungvollen Anpreisung der „Güterschlächterei“: „Wenn nicht das Parzellierungsgeschäft von Privaten von agrarischer Seite derart angefeindet würde und auch solche Landbanken mit so viel Schwierigkeiten bei den Behörden in Bezug auf neue Ansiedlungen zu kämpfen hätten, so würde in ganz kurzer Zeit ohne jede Staatshilfe die innere Kolonisation in den östlichen Provinzen in dem allseitig für wünschenswert erachteten Umfange zur Durchführung gelangen. Aber wie die Antragsteller im Abgeordnetenhause*) ausführten, wollen sie grade durch staatliche Kolonisation die private Kolonisation ‚im freien Spiel der Kräfte‘ unmöglich machen.“

Wir mißgönnen niemandem seinen Verdienst, wenn er ehrlich erworben ist, aber hinsichtlich der Ansiedlungsthätigkeit möchten wir denn doch eine prinzipielle Einschränkung machen. Fühlt denn das freisinnige Blatt nicht, daß die $5^1/_2$ v. H. Dividende, die die „Landbank“ im letzten Jahre zu verteilen in der Lage war, außer allem Verhältnis zu der Erwerbslage des landwirtschaftlichen Gewerbes stehn? Wenn die mühevolle und rastlose Arbeit in der Landwirtschaft 3 v. H. abwirft, so kann man das schon als eine sehr gute Verzinsung ansprechen. Die „Landbank“ dagegen bringt es auf eine Dividende von $5^1/_2$ v. H.!

*) Es handelt sich um einen Gesetz-Entwurf zur Förderung der staatlichen Kolonisation in der letzten Session.

Die Kolonisations-Thätigkeit der „Landbank" hat übrigens dieser Tage eine Beleuchtung erfahren, die die Bank nach außen hin grade nicht sehr vorteilhaft erscheinen läßt. Sie hat das Rittergut Großzäuth (Westpr.) an einen „Landwirt" Stephan Stern zu Posen verkauft und am 9. d. M. aufgelassen, der es unmittelbar darauf an den Polen v. Slaski zu Orlowo vom Grundbuchrichter überschreiben ließ. Stern verdiente bei dem Geschäft 29 000 Mark. Die „Landbank" setzt allerdings in ihren Verträgen eine Strafe fest, die zu zahlen ist, falls das betreffende Gut an einen Käufer nichtdeutscher Nationalität weiterveräußert wird. In diesem Falle hat sie sich sogar den Konfirmationsschein des Herrn Stern zeigen lassen und daraus ersehn, daß Herr Stern „evangelisch" ist! Was nützt es aber, wenn sie jetzt die festgesetzte Strafe von dem evangelischen Herrn Stern einklagt, der Grund und Boden ist unweigerlich in polnischen Händen! Wir dächten, die „Landbank" hätte auch noch andre Mittel, derartiges zu verhüten. Sie kann z. B. für den Fall einer derartigen Schiebung die ganze Restkaufsumme sofort fällig werden lassen oder sich grundbuchamtlich die Genehmigung eines Weiterverkaufs vorbehalten. Vor allen Dingen sollte sie aber sich nicht mit polnischen Agenten abgeben.

Nun, sprechen wir einmal nicht von der Landbank, sondern von dem privaten Parzellierungsgeschäfte im allgemeinen. Wie erklären sich die hohen Verdienste, die dabei abzufallen pflegen? Die Sehnsucht nach einer eignen Scholle, der Wunsch nach Selbständigkeit, so weit verbreitet im Deutschen Volke, bringt es mit sich, daß die Leute, die Parzellengüter erwerben, oft nicht scharf genug rechnen; sie kaufen in der Annahme, ihre Ersparnisse oder Mittel würden es ihnen bei andauerndster Arbeit gestatten, eine eigne Landstelle, die sie trägt und nährt, zu behaupten. So lassen sich die Leute oft bereit finden, zu den ungünstigsten Bedingungen in den Handel zu willigen. Hinterher erscheinen sie dann vielfach als Menschen, die ihres Lebens niemals froh werden können, oder als Schuldsklaven nur zu „gefälliger" Geldmänner. Es wird ruhe- und rastlos gewirkt und gekämpft, ohne daß man häufig dadurch dennoch das traurige Ende abzuwehren vermag, den eignen Besitz fahren lassen zu müssen. Dann beginnt eben für die Güterschlächter das Spiel von neuem.

Dieses Schicksal wollen wir thunlichst von den aufstrebenden Landleuten fernhalten, indem wir nach Möglichkeit den Staat mit der innern Kolonisation betrauen. Wir wollen, wenn wir Ansiedlungspolitik treiben, ein Geschlecht von neuen Bauern schaffen, das rüstig sei an Körper und Geist, und das neben einer arbeitsamen Thätigkeit noch Muße finde, den stillen Abendfrieden im Schatten der Hoflinde mit Zufriedenheit zu genießen. Das ist aber ausgeschlossen, wenn die Güterschlächterei ungehemmt ihrem Werke und ihren hohen Gewinnen nachgehn darf.

Die „Freisinnige Zeitung" sagt dann weiter: „Wäre diese Logik richtig, daß der Geschäftsgewinn von privaten Unternehmern im Widerspruch steht mit dem allgemeinen Interesse, so wüßten wir nicht, was davon abhalten könnte, den sozialistischen Staat einzuführen im größten Umfange. Denn der Sozialismus baut seine Lehre in erster Linie darauf, daß der Unternehmergewinn eine Ausbeutung der Allgemeinheit darstellt."

Nun, das kann man doch nur ein Kokettieren mit der Sachlichkeit nennen: ein jedes Wort in diesen Ausführungen ist falsch. Darin ist sicherlich kein sozialistisches Vorgehn zu erblicken, wenn der Staat die Ausübung gewisser wirtschaftlicher Thätigkeiten für sich vorbehält, wie es hinlänglich aus dem staatlichen Eisenbahn-, Post- usw. Betriebe erhellt. Dabei walten mit nichten sozialistische Tendenzen vor, sondern im höchsten Grade konservative, staatserhaltende, die bestimmt werden durch die Interessen des Allgemeinwohls. Auch ist es in keiner Weise der hohe Verdienst an sich, der den Staat zum Eigenbetriebe veranlaßt, sondern die Erwägung, Gewähr dafür zu haben, daß bei der Ansiedlung von Bauern human und zweckentsprechend verfahren werde, und daß ohne Rücksicht auf fette Verdienste dafür gesorgt werde, Existenzen zu schaffen, die die gesicherte Scholle durch die Jahrhunderte hin in der Familie weiter vererben. Für solche Anschauungen wird dem Freisinn wohl niemals das Verständnis aufgehn.

Noch ein weiterer wesentlicher Grund spricht in diesem Falle für den staatlichen Betrieb. Durch das gewerbsmäßige Auskaufen von Besitzungen seitens Privater gerät der Grundbesitz in Gefahr, seiner Eigenschaft als beharrendes Moment in der Gesellschafts-Ordnung entkleidet zu werden, er wird zu einer mobilen Ware, wie jede andre sonst. Das kolonisatorische Eingreifen des Staates, geleitet von höhern Gründen sozialer Natur, läßt diese Empfindung unter der Landbevölkerung wohl schwerlich aufkommen. Wenn bei der bisherigen Ansiedlungsthätigkeit des Staates Fehler und Mißgriffe untergelaufen sind, so ist das gewiß zu beklagen, es lassen sich aber auch die richtigen Wege finden, damit Wandel eintrete. Das Prinzip der staatlichen Kolonisation wird dadurch keiner Weise beeinträchtigt. Das private Parzellierungsgeschäft aber erweckt, nach jeder Richtung hin betrachtet, die allerschwersten Bedenken. Darum sagen wir: „Hände weg, Ihr Herren Güterschlächter, vom nationalen Kulturwerke der innern Kolonisation!"

Welchen Umfang die Güterzertrümmerung auch in Süddeutschland angenommnn hat, zeigen die Angaben des neuesten (6.) Jahrgangs des bayerischen Statistischen Jahrbuchs:

	Zahl der zertrümmerten Anwesen in Bayern		Fläche		
	überhaupt	darunter gewerbsmäßig	überhaupt	darunter gewerbsmäßig	Durchschnittl. Fläche eines Anwesens
			Hektar	Hektar	Hektar
1894/95	907	601	13 390	9 375	14,8
1895/96	811	560	12 340	9 495	15,2
1896/97	888	656	14 246	11 577	15,9
1897/98	1 206	811	18 062	13 270	15,0
1898/99	683	375	9 174	5 716	13,4
1899/1900	830	574	11 865	8 798	14,3
1894/1900	5 325	3 577	79 077	58 231	14,8

Die Zahl der eingetragnen gewerbsmäßigen Güterhändler belief sich in Bayern im Jahre 1899/1900 auf 558.

In Preußen sollte man endlich die Güterschlächter auch etwas unter Staatsaufsicht stellen.

Der Kampf ums Licht.

Die auf die vollständige Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels hinauslaufenden Bestrebungen der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft in Bremen, hinter der der Großkapitalist Rockefeller im Bunde mit Rothschild u. a. steht, macht gewaltige Fortschritte. Das Großkapital plant nicht mehr und nicht weniger, als den deutschen Petroleum-Verbraucher ganz in seine Hand zu bekommen, indem es das heimische Petroleumgeschäft mit brutaler Rücksichtslosigkeit und nach einer bestimmt ausgedachten Methode an sich zu reißen trachtet. Das schließliche Endziel, das den Petroleumkönigen vorschwebt, ist das Weltmonopol in Petroleum oder, wie es ein Eingeweihter aus jenen Kreisen sinnig zu veranschaulichen wußte, die internationale Kontrolle des Petroleums „von der Quelle bis zur Lampe."

Die deutschen Petroleumhändler wehren sich zwar nach Kräften wider die ihnen seitens des amerikanischen Großkapitals bereitete geschäftliche Bedrohung. Auch finden die Händler in ihrem Vorgehn die einhellige, verständnisvolle Unterstützung der Verbraucher, die klar zu ermessen vermögen, was ihres Geldbeutels wartet, falls die wucherischen Absichten der Finanzmächte endgültig verwirklicht sein sollten. Diese Bemühungen zur Befreiung des deutschen Petroleummarktes von der Umklammerung durch das Großkapital, müssen jedoch solange versagen, als die Regierung thatenlos zuschaut. Wohl haben sich im Reichstage verschiedentlich Stimmen gegen die Monopolisierungsgelüste der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft vernehmen

lassen; auch wurde bei der Beratung des Zollsatzes „Petroleum" in der Zolltarifkommission die Reichsregierung durch eine Entschließung aufgefordert, das Raffinieren von Rohpetroleum im Inlande vermittels geeigneter Maßnahmen zu begünstigen. Bislang aber hat man von solchen staatlichen Maßregeln nichts gehört.

Inzwischen versucht das Großkapital bei uns Schritt um Schritt seinem Ziel näher zu kommen. Neuerdings richtet es seine Bemühungen dahin, an dazu geeignet erscheinenden binnenländischen Bahnstationen kleinere Petroleumtanks anzulegen, denen das Petroleum durch besonders hergerichteten Eisenbahnwagen (sogenannten Zisternenwagen) zugeführt werden soll, um von dort aus den Petroleum-Kleinhandel mit Umgehung des Zwischenhandels direkt und ohne erhebliche Unbequemlichkeiten selbst betreiben zu können.

Zur Durchführung des Planes wünschte die deutsch-amerikanische Gesellschaft von den deutschen Staatseisenbahn-Verwaltungen die Ueberlassung entsprechender Plätze. Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen holte über die Frage Gutachten von den Handelskammern ein, die zu der Ansicht gelangten, daß der Gedanke, Tankanlagen längst der Bahnlinien zu schaffen, geeignet sei, der Petroleumgesellschaft das Monopol im Petroleum an den betreffenden Orten zu gewähren und dadurch den ortsansässigen, am Petroleum beteiligten Groß- und Kleinhandel zu schädigen. Weiterhin glaubten die Kammern, daß nach Erreichung des Monopols viel eher eine Verteuerung als eine Verbilligung des Petroleums zu erwarten sei. Daher empfehlen die Kammern der Eisenbahnverwaltung, das Gesuch der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft abschlägig zu bescheiden.

Der jüngste Bericht der Chemnitzer Handelskammer berührt eine Seite der Frage, die vielleicht dazu angethan ist, die Regierungen zu veranlassen, ihre bisherige abwartende Haltung zu gunsten einer energischen Abwehr gegen die Treibereien jener Gesellschaft aufzugeben. In dem Bericht wird nämlich zahlenmäßig der Nachweis geführt, daß die Durchführung der Wünsche des Petroleumringes die Einnahme der Staatseisenbahnen beeinträchtigen würde. Das wird folgendermaßen begründet: „Angenommen, Chemnitz brauche jährlich an Petroleum 1000 Doppelladungen, so nehme die Bahn hierfür an Fracht von Riesa bis Chemnitz 53000 Mark ein. In diesen 1000 Doppelladungen befänden sich netto 160000 Zentner Petroleum. Um diese Menge in Zisternenwagen zu beziehn, bedürfe es nur einer Fracht von 42400 Mark (nämlich für 800 Zisternendoppelwaggons zu je 53 Mark). Das ergebe einen jährlichen Einnahme-Ausfall von 10600 Mark. Zu dieser Minder-Einnahme kämen noch die Rückfrachten für 57000 leere Tonnen, die nicht mehr zur Füllung zurückgesandt würden. Auch der Eisenbahnrat habe sich dieser Gefahr nicht verschlossen, sich vielmehr für die Ablehnung des Antrags der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft ausgesprochen."

Die Bemühungen der Gesellschaft richten sich nicht allein auf Sachsen, sondern auch auf andre Staaten, z. B. Baden usw. Insofern erscheint die materielle Schädigung, wie sie dem Fiskus aus der Sachlage erwächst, viel erheblicher. In diesem Punkt pflegen die Staatsverwaltungen recht empfindlich zu sein. Da aus gutem Grunde zu vermuten ist, daß die Gesellschaft, wenn sie auch vorläufig kein Gehör fände, Mittel und Wege ausfindig machen würde, ihr Ziel schließlich trotz allem zu erreichen, möchte es nicht als ausgeschlossen erscheinen, die Staatsregierungen eines Tages dennoch an der Seite des Deutschen Volkes im Kampfe wider den Petroleumring zu erblicken. Es giebt übrigens kaum eine andre Frage, in der die Nation so vollständig übereinstimmt, wie in diesem „Kampf um das Licht".

Der Kommerzienrats-Verein.

Die „Liberté", ein großes in Freiburg (Schweiz) in französischer Sprache erscheinendes Blatt, läßt sich aus Berlin von ihrem Mitarbeiter folgenden Brief schreiben, der interessant genug ist, um ihn in Uebersetzung hier wiederzugeben:

Seit seinen ersten Lebensäußerungen hat der deutsche „Kommerzienratsverein" (die „Liberté" schreibt den Titel in einem Worte) jede Illusion bei den Leuten zerstört, die sich etwa eingebildet hatten, daß diese Vereinigung sich lediglich für wirtschaftliche Fragen aufopfern würde. Er hat vielmehr von Anfang an bewiesen, daß er parallel mit den durch seinen Namen angezeigten Bestrebungen (Handels-Vertrags-Verein) politische Ziele verfolgt. — Die Herren Kommerzienräte fühlen sich stark im Besitz ihrer Millionen. Es ist ihnen ein unerträgliches Gefühl, daß sie die politische Macht nicht gleichzeitig mit der Geldmacht besitzen, sondern daß jene noch immer das Erbe landgesessener Familien ist.

Ein Landedelmann ist nur ein armer Schlucker in den Augen eines millionenbesitzenden Kommerzienrates.

Das Blut, das ihre Ahnen vergossen und die Vermögensopfer, die sie für das Vaterland brachten, der menschliche Kitt, den sie für den Staatsbau geliefert haben in Form von hingeopferten Leben, aufs Spiel gesetztem Hab und Gut und saurer Arbeit vieler Generationen, die die Hohenzollern-Monarchie begründet haben — das alles zählt nichts in den Augen jener Abkömmlinge reichgewordner Hausierjuden aus Rußland und Polen. Der Jude zahlt keinen Heller fürs Gewesene und Gehabte; für ihn hat nur die Gegenwart Wert und er schätzt nur: „Sein und Haben".

Nun aber sind die auf ihren Geldsäcken thronenden, höchstbesteuerten, oft mit Orden und Ehrenzeichen überhäuften Herren Kommerzienräte höchlichst erstaunt darüber, daß sie trotz alledem noch immer genötigt sind, den armen Teufeln nachzustehn, die auf ihrer Scholle sich kümmerlich nähren, oder die sich im Dienste des Staates aufreiben für kärgliches Gehalt.

Bis jetzt ist es den Kommerzienräten trotz ihrer Geldsäcke nicht geglückt, von den preußischen Königen zur Ausübung politischer Einflüsse zugelassen zu werden. Die Hohenzollern besaßen bisher eine große Begabung, die Wahl ihrer Ratgeber lediglich nach deren Fähigkeiten, ohne Ansehn des Herkommens oder Vermögens zu treffen, und da hat es sich so gefügt, daß die unter den oben erwähnten Gesichtspunkten zu Vertrauensmännern des Fürsten berufnen Leute fast stets den Kreisen des alten Landadels angehörten, dessen Dasein unlöslich mit der preußischen Geschichte verknüpft ist.

Diesem Zustande möchte der „Kommerzienratsverein" kurz und bündig ein Ende bereiten. Er gründet dabei seine Hoffnung auf den allen Augenblicks-Eingebungen folgenden und von herkömmlichen Rücksichten freien Charakter des gegenwärtigen Herrschers, auf die Leichtigkeit, womit er Beziehungen zu allen Klassen der Bevölkerung anknüpft, besonders aber auf seine weltpolitischen Pläne.

Mit Recht oder mit Unrecht, das sei dahingestellt, bilden sie sich ein, daß diese neue Brise im geeigneten Augenblicke ihre Segel schwellen und sie in den Hafen der Regierungsfähigkeit treiben wird.

Ich habe Ihnen vor vierzehn Tagen von den Machenschaften berichtet, die Herr Barth, der Wortführer des „Kommerzienratsvereins" anstellt, um seine Hoffnungen zu verwirklichen. — Die wenig ermutigende Aufnahme, die sein Plan eines Kartells der gesamten Linken bei den verschiednen Gruppen gefunden hat, die er vereinigen will, der Heiterkeitserfolg, den er in den andern parlamentarischen Kreisen davongetragen hat, haben die Strategen des Kommerzienratsvereins nicht entmutigt. — Mit der von den Vätern ererbten Hartnäckigkeit jener polnisch-jüdischen Schnorrer, die, wenn man sie die Vordertreppe herunterwirft, unfehlbar über die Hintertreppe zurückkehren, belagern die Kommerzienräte den Kaiser mit ihren Dienstwilligkeiten, und mit einer Keckheit, als ob sie die Führung des Reichstages in Händen hätten, maßen sie sich an, dem Kaiser Mitarbeiter nach ihrer Wahl aufzudrängen.

Es versteht sich von selbst, daß das nicht öffentlich geschieht. Augenblicklich bemüht man sich durch Versuchsballons in den Zeitungen den Kaiserlichen Olymp zu sondieren.

Ein Blatt, das diesen Manövern dient, ist das jüdische Sozialisten-Blatt „Die Zeit" in Wien. Man konnte dort lesen,

daß der neue preußische Eisenbahnminister, Herr Budde, in engen Beziehungen zum Hause Löwe stünde, und daß er besonders intime Freundschaft mit dem Ackerbauminister Herrn v. Podbielski hielt, der seinerseits vortreffliche Verbindungen mit dem Geheimen Kommerzienrat Goldberger besäße. Durch diese glückliche Verkettung von Einflüssen, und Dank der Vermittlungskunst des Herrn v. Podbielski sei es gelungen, die Aufmerksamkeit des Kaisers auf den Rat Goldberger zu lenken, dessen Verdienste denn auch das Glück gehabt hätten, vom Kaiser anerkannt zu werden. Infolgedessen sei Herr Goldberger als Minister in Aussicht genommen für den Fall, daß das Handelsministerium frei wird.

Man weiß, daß Herr Möller, der gegenwärtige Handelsminister, obwohl er selbst den Kreisen der Großindustrie angehört, nicht mehr die Gunst der großen jüdischen Finanz-Barone besitzt.

Außer dem Namen des edlen Herrn Goldberger lanzieren die Herren Kommerzienräte in „Die Zeit“ noch verschiedne Namen andrer Personen ihres Kreises, die sie für Männer der Zukunft ausgeben. Das sind die Herren Löwe, Arnhold und Rathenau, von denen man uns erzählt, daß sie auch durch Vermittlung des Herrn v. Podbielski dem Kaiser vorgestellt worden sind. — Die Glückspilze! im ersten Ansturm haben sie die allerhöchste Gunst erobert. Alle drei sind Vertreter der Hochfinanz und des engen damit verbündeten industriellen Großkapitals. Noch mehr, alle drei sind Mitglieder des Vorstandes vom Kommerzienrats-Verein.

Man sieht, daß Bescheidenheit nicht gerade die starke Seite jenes Vereins ist, und daß es ihm nicht an jüdischer Kandidatur für die hohen Staatsämter mangelt. Sollte es indessen doch noch an einigen fehlen, so bin ich überzeugt, daß Herr Barth im Handumdrehen uns noch einige Berühmtheiten ausfindig machen wird.

Der Dr. Barth schreibt, daß der Landadel mit Entsetzen und Abscheu den Aufstieg der neuen Schichten zu den Hof- und Regierungsämtern sieht. Die Prahlereien des Herrn Dr. Barth machen diejenigen lachen, die sie zu erschrecken bestimmt sind.

Eins nur kann uns bei alledem in Erstaunen setzen, nämlich die grausame Undankbarkeit der jüdischen Kommerzienräte. Diese Herren wissen doch sehr gut, daß alle ihre Träume von Größe nur Seifenblasen sind, bei denen es von einem einzigen Manne abhängt, ob er sie jammervoll zerplatzen lassen will. — Herr Paul Singer, der große Anführer der sozialdemokratischen Partei, braucht nur seine Hand zurückzuziehn und seine Unterstützung den Leuten vom Kommerzienratsverein zu versagen, und alle ihre Luftschlösser stürzen augenblicklich zusammen. Und für diesen Mann, für den Eckpfeiler ihrer Politik, ihren Rassegenossen, haben jene Herren nicht den geringsten Platz an der Festtafel! „Alles für uns“ scheint ihre Devise zu sein. Ein hübscher Charakterzug, nicht wahr? —

Soweit der Berliner Berichterstatter der „Liberté“. Er scheint „unsre Leute“ und ihre Schliche recht gut zu kennen. — Wir haben übrigens auf den erwähnten Versuchsballon der Wiener „Zeit“ bereits in Nr. 729 und auf die Wünsche der Löwe-Gruppe inbezug auf den neuen preußischen Eisenbahnminister in Nr. 723 hingewiesen.

Die alldeutsche Studentenschaft Prags

erläßt folgenden Notschrei an die deutschen Studenten der Ostmark:

Immer größer wird auf dem heißumstrittenen Prager Boden die feindliche Uebermacht, der kein Mittel zu schlecht, keine Kampfesweise zu verwerflich ist, um das Deutschtum in unsrer schönen, altehrwürdigen Stadt, die deutscher Kultur und deutscher Arbeit so unendlich viel verdankt, ganz und gar auszurotten. Ihren größten Zorn und ihren ganzen fanatischen Haß aber wenden die Prager Tschechen gegen unsre deutsche Universität und technische Hochschule. Das sind die Bollwerke des Deutschtums in Prag und die Tschechen wissen nur zu gut, daß der Fall dieser beiden Hochburgen den Untergang des gesamten Prager Deutschtums unbedingt nach sich ziehn müßte.

Und sehn wir uns die beiden Hochschulen an. Während in den andern Universitätsstädten die Zahl der Hörer rapid steigt, weist unsre Universität von Jahr zu Jahr eine geringere Hörerzahl auf. Sie betrug im Schuljahr 1900/1901 im Wintersemester nur 1343, im Sommersemester nur 1185 Hörer gegen 1601 und 1452 im Schuljahre 1890/1891; in derselben Zeit ist z. B. die Hörerzahl in Graz von 1193 auf 1513 gestiegen.

Wohin diese stete Abnahme führen muß, ist leicht vorauszusehn.

Deutsche Studenten! Eure Ehrenpflicht ist es, mitzuhelfen und mitzustreiten, um das deutsche Prag, die älteste Hochschule Deutschlands, vor der brutalen Raubgier eines Sechsmillionen-Völkleins zu retten. Prag ist der gefährdetste Posten der Ostmark, dorthin gehört auch die stärkste Verteidigungsmannschaft. Darum auf nach Prag! Zeigt, daß Ihr nicht nur mit Worten für das Deutschtum eintreten könnt, sondern auch, wenn es die That gilt, Euren Mann stellt! — Jedes deutschen Studenten der Ostmark nationale Pflicht ist es, mindestens ein oder zwei Semester an unsern Hochschulen zu studieren. Laßt den Notschrei unsrer altehrwürdigen alma mater Pragensis nicht ungehört verhallen. Noch ist es Zeit; vielleicht ist es bald zu spät!

Aber nicht nur zum Kampfe gegen das Tschechentum rufen wir Euch her nach Prag; noch ein andrer Feind, ein ebenso tückischer und hinterlistiger, ists, der uns bedränt, das Judentum. Nicht nur, daß die Zahl unsrer Hörer von Jahr zu Jahr zurückgeht, sogar in derselben wieder wird das Deutschtum fort und fort vermindert und verdrängt durch die jüdischen Studenten.

Liebwerte Kommilitonen! Ihr seht, es sind starke Feinde, die wir gegenüber haben, eine furchtbare Uebermacht, und die Zahl unsrer Streiter vermindert sich stetig.

Da muß Wandel geschaffen werden! Unsre Hochschulen müssen sich wieder erheben zu ihrer alten Blüte und Stärke! Wir dürfen die Waffen nicht strecken. Ihr aber, deutsche Studenten der Ostmark, müßt uns helfen, müßt Euch in unsre Reihen stellen und eintreten in unsre Organisation, die sich die Prager deutsche Studentenschaft in dem Zentralvereine „Germania“, Lese- und Redeverein der deutschen Hochschüler in Prag, geschaffen hat. Ihm gehören alle Prager deutschen Korporationen, sowie die deutsche Finkenschaft vollzählig an. Es sind dies die sechs Burschenschaften: Prager Burschenschaft „Albia“, Prager Burschenschaft „Arminia“, akad. Burschenschaft „Karolina“ zu Prag, Burschenschaft „Ghibellina“ zu Prag, Prager Burschenschaft „Teutonia“, Burschenschaft „Thessalia“ zu Prag, die Vereine: „Egerländer Landtag“, Verein der Egerländer Hochschüler in Prag, „Saxonia“, Verein der nordböhmischen Hochschüler in Prag, ferner der Universitätsgesangverein „Liedertafel der deutschen Studenten in Prag“ und der „Verband der deutschen Finkenschaft Prags“, — alle andern Korporationen, mögen sie sich wie immer nennen, sind nicht deutsch, sondern verjudet.

Liebwerte Kommilitonen! Wollt Ihr verhindern, daß unsre deutschen Hochschulen, die so lange den slawischen Angriffen, mochten sie noch so hinterlistig oder noch so brutal und gewaltthätig sein, standhielten, von der slawischen Hochflut hinweg-

Alldeutsche Studentenschaft

gespült werden; wollt Ihr verhindern, daß unsre Universität, die nunmehr schon über fünfhundert Jahre im Dienste deutscher Kultur steht, von dem Größenwahnsinn eines Zwergvolkes vernichtet werde, das den Großteil der Bildung, die es besitzt, eben dieser Universität verdankt; wollt Ihr endlich verhindern, daß unsre Hochschulen, die Pflegestätten deutschen Geistes, zum Tummelplatze des Judentums werden und jüdische Beamte, jüdische Lehrer, jüdische Aerzte in deutsches Land hinausschicken; kurz, wollt Ihr die beiden hohen Schulen Prags dem Deutschtum, dem echten, reinen Deutschtum erhalten: dann dürft Ihr nicht fern vom Kampfplatze mit Eurem Stammesbewußtsein flunkern, nein, dann müßt Ihr in die Schlachtreihen eintreten und mitkämpfen! Nicht in die letzten Reihen, ins Vordertreffen

gehört Ihr! Das war von jeher Recht und Pflicht der deutschen akademischen Jugend!

Dessen seid eingedenk und folgt dem Rufe des schwer bedrohten Deutschtums in Prag!

* * *

Der Aufruf gilt nicht nur für die Deutsche Studentenschaft der Ostmark, sondern auch für die des Deutschen Reiches. Die „Vereine Deutscher Studenten“ haben vor Jahren bereits ihren Mitgliedern, die österreichische Hochschulen besuchen wollen, empfohlen, vor allen Dingen Prag zu berücksichtigen. Wir hoffen, daß der Notschrei der Prager Studenten auch bei ihren Kommilitonen innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle volle Würdigung findet.

Entwicklung der Geburten in europäischen Ländern seit 1871. Nach der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ wurden auf 1000 Einwohner geboren:

in	Mittel 1871—75	Mittel 1891—95	im Jahre 1897
Deutschland . . .	39,9[1])	36,3	36,0
Oesterreich . . .	39,5	37,1	37,4
Ungarn	42,7	51,5	40,1
der Schweiz . . .	30,3	28,0	29,1
den Niederlanden .	36,1	33,0	32,5
Dänemark . . .	30,8	30,3	29,9
Schweden . . .	30,6	27,4	27,2[2])
Norwegen . . .	30,1	30,3	30,0
Großbrittannien .	34,0	29,6	29,1
Belgien	32,1	29,1	29,0
Frankreich . . .	25,5	22,9	22,4
Italien	36,7	36,2	35,0

Es haben demnach noch gegenwärtig unter den hier angeführten Staaten eine sehr große Geburtenziffer Ungarn, Oesterreich, das Deutsche Reich und Italien. In diesen Staaten ist auch die Sterblichkeitsziffer eine vergleichsweise hohe; in Deutschland liegen die Verhältnisse noch am günstigsten. Auffällig und bemerkenswert ist aber der allgemeine Rückgang der verhältnismäßigen Geburtenzahl. Deutschland hat allerdings im Gefolge des Krieges von 1870/71 in den darauf folgenden Jahren hohe Geburtenziffern gehabt, ein Rückgang ist aber selbst gegen die erste Hälfte der achtziger Jahre heute vorhanden. 1881 bis 85 war die durchschnittliche Geburtenziffer 36,8 gegen 36 0 im Jahre 1897. Besonders auffällig ist der Rückgang in Oesterreich (von 39,5 auf 37,4), in den Niederlanden (von 36,1 auf 32,5), in Schweden (von 30,6 auf 27,2), in Großbrittannien (von 34,0 auf 29,1), in Belgien (von 32,1 auf 29,0) und in Frankreich (von 25,5 auf 22,4). Einen geringern Rückgang zeigen die Schweiz (von 30,3 auf 29,1) und Dänemark (von 30,8 auf 29,9). Keinen Rückgang hat Norwegen.

Mosaik.

Nathan und Levi. M. L. Nathan in Geisenkirchen kündigte vor einiger Zeit durch Riesenanzeigen an, daß er „das vorzüglich neue, beliebte Volksgetränk Adsella“ zum Preise von 10 Pfg. verkaufen werde. Sein Rasse- und Berufsgenosse Leo Leibholz gab infolgedessen „Adsella“ ebenfalls für 10 Pfg. ab. Schleunigst setzte Nathan seine Fordrung auf 8 Pfg. herab, was Leibholz veranlaßt, dem Publikum das Getränk für 7 Pfg. anzubieten. Das konnte sich Nathan nicht gefallen lassen und so kam es, daß man bei ihm schon für 4 Pfg. die Flasche erstehn konnte — einige Stunden nachher allerdings auch bei Leibholz. Schleunigst ermäßigte nun Nathan den Preis auf 2 Pfg. und siehe da, er blieb Sieger, denn nun war dem Leibholz die Puste ausgegangen. Es geht doch nichts über einen ehrlichen Wettbewerb!

[1]) Durchschnitt 1871—75. [2]) im Jahre 1896.

Verbot ausländischer Wertpapiere. Dem Finanzminister ist die Ermächtigung erteilt worden, die Einfuhr derjenigen im Auslande von einzelnen fremden Gesellschaften und Institutionen ausgegebnen Aktien und Obligationen, sowie andrer Wentpapiere zu verbieten, deren Einfuhr von ihm nach Uebereinkunft mit dem Minister des Auswärtigen als den Staats-Interessen nicht entsprechend erkannt werden sollte.

Diese Anordnung hat unsern vollen Beifall, denn was die internationale Hochfinanz dem Volke durch Aufschwatzung fauler erotischer Papiere aus den Taschen 'geholt hat, zählt nach Milliarden. Leider handelt es sich nur um eine Bekanntmachung des . . . russischen Finanzministers!

Israel in der Sommerfrische. Der „B. Chr.“ wird aus Sand in Taufers geschrieben: Schäbigkeit und Schmutzerei sind die charakteristischen Eigentümlichkeiten einer gewissen Menschenklasse, die man nirgends gerne sieht. Bisher war unser schönes Thal so ziemlich judenrein, heuer scheint dem nicht so zu sein. Laufende Woche bestieg eine kleine Gesellschaft den durch seine Aussicht bekannten „Speikboden.“ Einigen Personen der Gesellschaft schien droben in der Sonklarhütte das eine und andre nicht recht zu sein, obwohl man ausgezeichnet bedient wird. Ihr Benehmen war mindestens ungeniert. Wohl deshalb, weil sie viel Trinkgeld geben wollten? Keinen Heller! Trinkgeld genommen haben sie, indem sie der Wirtschafterin zwei Suppen und 'zwei Viertel Wein ableugneten. — Vorige Woche war ein Herr droben in der Hütte, der acht Ansichtskarten . . . gestohlen hat. — Solche Gemeinheiten muß man festnageln, damit sich ordentliche Leute umsehn. Gewesen sind es Juden.

Sozialdemokratische Ehrenmänner. In Mährisch Ostrau entleibte sich der „Obergenosse“ Kollarz zusammen mit der Frau eines „Genossen“. Beide hatten dem Prinzip der freien Liebe gehuldigt, obwohl die Frau vier eheliche Kinder hatte. —

Verhaftet wurde in Hamburg ein Schlossergeselle aus Berlin, der bisher bei dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angestellt und nach Unterschlagung von Verbandsgeldern in Höhe von 300 Mark flüchtig geworden war. Er hatte sich mit seinem Raube direkt nach Hamburg gewandt, wo seine Festnahme in der sozialdemokratischen Zentral-Kneipe „Lessinghalle“ erfolgte.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Mit Dreyfus ist kein Geschäft mehr zu machen! Der „Globus-Verlag“ zu Berlin, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die lediglich die Geschäfte des Warenhauses Wertheim besorgt, bietet das Werk „Dreyfus, fünf Jahre meines Lebens“, dessen Ladenpreis drei Mark beträgt, für . . . 40 Pf. an! —

Die Kurliste Harzburgs enthält ungefähr 70 Levys und noch mehr Cöhne. —

Professor Leopold Schenk ist gestorben. Er erregte vor einigen Jahren in der wissenschaftlichen Welt unliebsames Aufsehen durch sein Buch über den „Einfluß auf das Geschlechtsverhältnis des Menschen und der Tiere“. Auf Veranlassung seiner arischen Kollegen macht ihm die österreichische Unterrichts-Verwaltung den Prozeß und nahm ihm wegen nicht standesgemäßer Reklame seine Wiener Professur.

*

Wenn Strahl und Strahl sich treu verbindet,
Ersteht ein Licht voll Zauberpracht.
So lang die Wahrheit Kämpfer findet,
Dringt sie hindurch trotz Nacht mit Macht.
Verzagt d'rum nicht, noch schützt das Recht
Die gute That — und straft, was schlecht.

Ed. Tischberger.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 21. August 1902. Nr. 731.

22

Das Betäuben der Schlachttiere mittelst blitzartig wirkender Betäubungs-Apparate.

Nachdem eine im Schlachthof zu Leipzig erfolgte Prüfung von Betäubungs-Apparaten den Nachweis erbracht hat, daß die Herstellung von Apparaten möglich ist, die eine blitzartige Betäubung der Schlachttiere auch **ohne schmerzhafte Knebelung und qualvolle Niederwerfung** gestatten, hat — wie wir schon in Nr. 729 kurz mitteilten — eine Frau in Konstanz für eine Schrift über „Das Betäuben der Schlachttiere mittelst blitzartig wirkender Betäubungs-Apparate" einen Preis von tausend Mark ausgesetzt. Zur Bewerbung werden eingeladen alle Freunde des Tierschutzes, Schlachthausdirektoren, Tierärzte, Lehrer, Förster, Fleischermeister usw.

Der Text der Schrift, dessen Umfang auf zwei bis drei Druckbogen (32 bis 48 Druckseiten Groß-Oktav) zu bemessen ist, muß druckfertig bis zum 1. März 1903 an Herrn Gewerberat Dr. von Schwartz zu Konstanz eingeschickt werden.

Die Abhandlungen sind in klarer, leichtverständlicher deutscher Sprache abzufassen und sollen so gehalten sein, daß die Schrift als Lehrmittel auf Fortbildungs- und Fachschulen und auch als Anleitung für Angestellte an Schlachthöfen, für Fleischer, Lohnschlächter, Gesellen, Lehrlinge dienen kann.

Die Preisschrift soll zur Hauptaufgabe haben:

1. die Behandlung der Schlachtmethoden im allgemeinen und
2. die Beantwortung der Frage:

Wie sind Schlachttiere jeder Art, sowohl in Schlachtbetrieben, wie bei Haus- und Privatschlachtungen, **ohne längere Vorbereitungen, ohne quälerische und gewaltsame Knebelung und Zwangslage**, mit Hilfe von höchstens zweier Männer, am schnellsten in den Zustand der **Bewußtlosigkeit, der Empfindungslosigkeit** so zu versetzen, daß die **Blutentziehung leicht und schmerzlos ausgeführt werden kann?**

Den Preisbewerbern steht es frei, Einteilung und Anzahl der Abhandlungen zu bestimmen; verlangt wird jedoch die Behandlung folgender Fragen:

1. Geschichtliches und Allgemein-Technisches über die Betäubungs-Apparate der letzten dreißig Jahre (nur kurze Uebersicht).
2. Schlachtmethoden — Tötungsarten bei Schlachttieren (Rindvieh, Pferden, Kälbern, Schafen, Schweinen, Ziegen) — im allgemeinen und insbesondre hinsichtlich
   a) der Betäubung; bei dieser ist zu berücksichtigen:
      aa) Die Anatomie und Physiologie der in Frage kommenden Schädel- und Gehirnteile, nebst erläuternden Zeichnungen (Kopflängsschnitte der verschiednen Schlachttiere).
      bb) Die Betäubung bezw. Lähmung (Begriff).
      cc) Die Betäubungsarten, z. B. durch Gehirnerschütterung, Gehirnverletzung und andre Einflüsse, wie Elektrizität usw.
   b) Der Blutentziehung; hierbei ist zu erläutern:
      aa) Die Blutbewegung und Herztätigkeit.
      bb) Die Arten der Blutentziehung (Bruststich, Halsstich, Halsschnitt usw.), die Ausblutung.
      cc) Die Erscheinungen am Tiere während der Blutentziehung.
   c) Eintritt des Todes.
3. **Grundsätze für Schlachtmethoden mit blitzartiger Betäubung, unter besondrer Berücksichtigung des Großbetriebs und**
   a) der neuern Apparate;
   b) der Vorbereitung (Hilfspersonal, Hilfsmittel, Dauer, Beruhigungsmittel für unruhige Tiere usw., Knebelung);
   c) der Anwendung der Apparate (Ansetzen des Apparats);
   d) der Wirkung der Apparate auf den Lebenszustand und Körper (Schußkanal);
   e) der nachfolgenden Blutentziehung.

   (Zu b, c, d sind erläuternde Zeichnungen zu geben.)
4. Betrachtungen über die angewandten Schlachtmethoden in verschiednen Schlachtbetrieben, von den einzelnen Hausschlachtungen bis zum großen Schlachthofbetrieb, und zwar über
   a) die Blutentziehung ohne vorherige Betäubung;
   b) der Genickstich vor der Blutentziehung;
   c) die Betäubung durch Kopfschlag, durch Schlagmaske;
   d) die Betäubung durch Bolzen- oder Schußapparate;
   e) andre Schlachtmethoden.

(Welche dieser Schlachtmethoden ist als die humanste zu bezeichnen.)

5. Zweck einer Schlachtmethode mit blitzartiger Betäubung **vor** der Blutentziehung:
   a. Förderung der **Humanität (schmerzlose Blutentziehung, keine Fesselung, kein Niederwerfen).**
   b. Nutzen für Fleischer und Konsumenten (bessere Verwertung des Kopfes).
   c. Erleichterung und Beschleunigung des Schlachtbetriebs (schwaches Schlachtpersonal).
   d. Schutz der Schlachter gegen Unfälle, Verletzungen beim Schlachten unbetäubter Tiere.

Die Bewerbungsschriften sind auf der ersten Seite mit einem Merkspruch zu versehn; in Begleitung der Schrift muß sich ein denselben Merkspruch tragender aber verschlossener Briefumschlag befinden, in dem Name, Stand, Wohnort und Wohnung, sowie die Versicherung des Preisbewerbers, daß er die Schrift selbst verfaßt hat, enthalten sein müssen. Die mit höchstem Preise bedachte Schrift oder Abhandlungen werden Eigentum der Preisstifterin, die allein über Druck und Verwertung weiter verfügt.

Die übrigen Schriften werden, nach Oeffnung der Briefumschläge den Einsendern zurückgeschickt.

Die Zurücknahme eingelieferter Schriften vor Schluß der Prämiierung ist nicht zulässig. — Bewerbungsschriften, die den Namen des Verfassers offen tragen, werden von der Preisbewerbung ausgeschlossen.

Als Preisrichter werden thätig sein: ein Schlachthofdirektor, ein Lehrer, zwei Vertreter des Tierschutzes und ein Fleischerobermeister.

Die Preisrichter bestimmen das nähere Prämiierungsverfahren und auf Grund des gegebnen Preises die Anzahl und Höhe der Preise, falls keine Schrift des vollen Preises würdig befunden wird.

In letzterm Falle sind die Preisrichter berechtigt, aus verschiednen Schriften einzelne Abhandlungen zu einer Schrift zusammenzuziehn; diese einzelnen Abhandlungen werden nach Maßgabe ihrer Werte honoriert.

Einwendungen irgendwelcher Art gegen die Entscheidungen der Preisrichter sind unzulässig.

Bei ungenügender Beteiligung oder bei Mangel an preiswürdigen Schriften bis zum 1. Juni 1903 behält sich die Preisstifterin das Recht vor, den Termin zur Einsendung von Schriften zu verlegen oder den Preis zurückzuziehn.

Das Ergebnis des Preisausschreibens wird im Mai oder Juni 1903 in verschiednen Tierschutzblättern bekannt gegeben.

Wie aus der Fordrung unter 5a hervorgeht, wendet sich das Preisausschreiben auch gegen die scheußliche Schächtmethode der Juden.

Eine Abänderung des Wahl-Reglements zum preußischen Landtag stellt sich als eine Notwendigkeit heraus. Der „Vorwärts" hat nämlich vorgeschlagen, eine Obstruktion bei den nächsten Landtagswahlen in der Form zu versuchen, daß mit peinlicher Sorgfalt die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften gefordert und dadurch das Wahlgeschäft bis in die Puppen verzögert wird. Die persönliche Eintragung in das Wahlprotokoll, die umständlichen Methoden der Stichwahlen, die erhöhte Zahl der Wähler würden eine unabsehbare Verschleppung des Wahlgeschäfts zur Folge haben, so daß in Kreisen mit über 600 Wahlmänner — und das sind 48 Wahlkreise mit 116 Abgeordneten — die Wahl so gut wie unmöglich gemacht würde. Der schlaue „Vorwärts" hat dabei nur das eine übersehn, nämlich daß die — wie wir zugeben unpraktischen und unhaltbaren Bestimmungen — nicht im Wahlgesetze sondern in den Ausführungs-Bestimmungen stehn, deren Umändrung einfach durch Verordnung möglich ist. Die preußische Regierung ist rechtzeitig gewarnt und kann schleunigst Vorkehrungen treffen, den sozialdemokratischen Plan zu vereiteln. Hätten die braven „Genossen" ihren Plan erst kurz vor dem Wahltermin verkündet, so würden der preußischen Regierung allerdings unabsehbare Schwierigkeiten erwachsen sein.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden. Nunmehr ist noch eine für diesen Monat in Heidelberg geplant.

Die Abgeordneten der Partei werden, soweit es sich ermöglichen läßt, auch an dieser letzten Veranstaltung teilnehmen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Verband Westmark. Auf dem Verbandstage in Duisburg wurde auf Anregung des Herrn J. Bovenkerk (Duisburg) für die Wittwe des Schriftstellers B. E. König (vergl. Nr. 723), die in Leipzig-Schleußig in recht dürftigen Verhältnissen lebt, 77 Mark gesammelt. —

Abg. Raab sprach am 11. d. M. in Mülheim (Ruhr) über „Handwerk und Gewerbe im Kampfe um ihr Recht". Die gut besuchte Versammlung kargte nicht mit ihrer Anerkennung; dem Verbande wurde eine Anzahl neuer Mitglieder gewonnen.

Verband Nordmark. Das Sommerfest des Verbandes am 10. d. M. hatte unter der Ungunst der Witterung zu leiden, so daß die Teilnehmerzahl nur ungefähr dreihundert betrug. Es ist selbstverständlich, daß die Stimmung der Erschienenen eine vorzügliche war. —

Einen sehr guten Verlauf nahmen die Versammlungen in Schaumburg-Lippe, in der Zeit vom 31. Juli bis zum 6. August. Unter der Leitung des Herrn Henningsen (Hamburg) sprach Graf Reventlow (Wulfshagen) über „Die Aufgaben des neuen Reichstages" in Bückeburg, Stadthagen, Niederwöhren, Warber, Gelldorf, Sülbeck, Hagenburg und Steinhude.

In seiner bekannten, vornehmen, sachlichen Art erörterte er in dem Vortrage die wichtigsten Aufgaben, die der neue Reichstag zu lösen hätte. Der neue Reichstag müsse vor allen Dingen eine Gesundung unsrer Wirtschaftspolitik anstreben, da der jetzt bestehende Reichstag sich dazu unfähig erwiesen habe. Weiter müsse man ernstlich daran gehn, die Arbeiterschutzgesetze auszubauen, den schwer ringenden Gewerbetreibenden und Handwerker zu schützen und endlich den unheilvollen Einfluß des internationalen Großkapitals, der sich auf allen Gebieten bemerkbar mache, zurückzudämmen. Sehr oft wurde der Redner durch Beifallskundgebungen während seines Vortrags unterbrochen. Direkte Gegner meldeten sich nirgends zu Worte, dagegen sprach ein Maurer Büsking, der noch bei den letzten Hauptwahlen sozialdemokratisch wählte, in unserm Sinne in zwei Versammlungen und forderte die anwesenden Arbeiter auf, wenn sie nicht deutschsozial wählen wollten, doch mindestens den freisinnigen Kandidaten nicht zu unterstützen, da der Freisinn noch niemals etwas für die Arbeiter gethan hätte, eher müßten sie dann einem Sozialdemokraten die Stimme geben.

Ruhestörungen kamen nicht vor, selbst in Steinhude, wo sich bei der Ersatzwahl im Januar nach einem Vortrage des Abg. v. Liebermann auf Anstiftung einiger Radaubrüder stürmische Szenen abspielten, blieb diesmal alles ruhig.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt.

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josefsbkeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannsche Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Ge wirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Mona bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der A deutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 22. und 29. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof"

* * *

Echt jüdische Art. Der Rabbiner Dr. Münz in Gleiwi hält es mit seinem Kultusamte für vereinbar, von seine „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg" unter gewaltiger Reklame die 4. Auflage (16. bis 20. Tau in die Welt zu setzen, trotzdem in der Antwort des Abg. Lieber mann v. Sonnenberg (Vgl. Nr. 707 und 712) der He Rabbiner so abgeführt ist, wie es nicht schlimmer kommen konnt

Es muß daher Pflicht jedes Judengegners sein, Antwort des Abgeordneten von Liebermann, „Die Hera würdigung des christlichen Eides durch den Rabbin Dr. Münz in Gleiwitz", die mit einem einleitenden Vorwo auch den Wortlaut des Rabbinerbriefs enthält, zu verbreite

Das 16 Seiten starke Büchlein hält sich streng sachlich die auf einem groben Irrtum beruhenden, hochtrabenden Au führungen des Gleiwitzer Rabbiners und sollte sich nicht n jeder Leser dieser Zeilen, sondern jeder Deutsche, der n philosemitisch gesonnen ist, eine Anzahl von diesem Büchle kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an sol Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glaube Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark u 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von de Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Ansta zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Verleitung zum Meineide. Der Handelsmann Pinkus in Lissa (Bez. Posen) hatte im Jahre 1900 die Eisenteile der in Fraustadt eingegangnen Gasanstalt von dem Rentner B. erworben. Für den Gasbehälter wollte Pinkus später den vereinbarten Preis nicht zahlen, und es kam zwischen beiden zu einer Klage. Pinkus machte geltend, er habe das Gasometer-Eisen mit Rücksicht darauf, daß so viel Wasser in dem Gasometer enthalten sei und er daher viel Arbeitskräfte brauche, um das Wasser auszupumpen, von B. zu einem bedeutend niedrigern Preise gekauft und berief sich auf den Arbeiter Beckmann und andre Zeugen, die den Vereinbarungen zwischen ihm und B. beigewohnt hätten und seine Angaben bestätigen müßten. Beckmann schwor auch entsprechend, obwohl seine Angaben erlogen waren. Pinkus hatte ihn nämlich durch Versprechungen und Geschenke zu dieser falschen Aussage angestiftet um den Zivilprozeß zu gewinnen. Auch einen andern Arbeiter versuchte Pinkus zu einer falschen Aussage zu verleiten. Der verführte Deutsche muß nun anderthalb Jahre Zuchthaus verbüßen, während der Jude sechs Jahre erhielt.

Löb Kahn in Heilbronn war verdächtig, sein Vermögen behufs Steuerhinterziehung zu niedrig angegeben zu haben. Er mußte also seine Geschäftsbücher einreichen. Eines Tages sah er diese bei der Behörde ein und ersetzte bei der Gelegenheit eins der Bücher durch ein ähnliches leeres. Leider hatte man ihm auf die Finger gesehn und nun soll er nur wegen dieses „Versehens" zwei Monate brummen!

Mädchenhändler. Im März d. J. wurde der Berliner Polizei mitgeteilt, daß ein berüchtigter Schmuggler, der Zigarettenmacher Peisach Winkler trotz seiner im Jahre 1897 erfolgten Ausweisung sich in Berlin aufhalte und bei seiner Schwester, der Esther Winkler geschiedne Hirsch-Reisemann wohne. Bei einer Haussuchung fand man Winkler allerdings nicht, da er Lunte gerochen hatte, wohl aber zwei russische Jüdinnen, von denen die eine nach Argentinien verschleppt werden sollte. Esther Winkler und Irma Freilech steckte man infolgedessen ein. Natürlich erzählten sie dem Richter die unglaublichsten Geschichten. Die Freilech ist bereits zweimal in Buenos Aires gewesen und die Winkler einmal. Beide sind mit ihren Opfern von Warschau gekommen und haben zuerst in Berlin sich versteckt gehalten. Da das eine Mädchen, das man bei der Winkler fand, inzwischen verschwunden ist, war die Beweis-Aufnahme sehr schwer. Die Winkler mußte deshalb freigesprochen werden, während die Freilech sechs Monate Gefängnis erhielt.

Jüdische Falschmünzer. Aus Warschau berichtet man der Petersburger „Nowoje Wremja", daß die Untersuchung wegen Fälschung von Fünfhundertrubel-Noten eine Reihe sehr bemerkenswerter Thatsachen ergeben hat. Die Fälschung und der Vertrieb der Noten erfolgte durch eine Bande von Juden, deren Seele der Jude Pintschewsky, der Besitzer einer kleinen Wechselstube, war. Ein wichtiges Mitglied war ein Jude Herz, durch dessen Vermittlung der Warschauer Photograph Ginch und der Berliner Steindrucker Schröder für die Herstellung der Falschstücke geworben wurden Drei weitere Juden Glaß, Knaster und Mendelsburg besorgten den Umsatz, indem sie an der Börse Papiere kauften und mit falschen Fünfhundertrubel-Noten bezahlten. Ein siebenter Jude, der Kassier des Landauschen Bankhauses Ellenband, wirkte ebenfalls mit bei der Unterbringung der falschen Rubelnoten. Die ganze Bande befindet sich natürlich hinter Schloß und Riegel. Durch die Untersuchung wurde noch ermittelt, daß dieselbe „Genossenschaft" außer den Fünfhundertrubel-Noten noch andre Wertpapiere, darunter Pfandbriefe der Stadt Warschau und Aktien der baltischen Waggonbaugesellschaft, sowie andrer Aktien-Unternehmungen gefälscht und in Umlauf gesetzt hat.

Begnadigt. Vor drei Jahren kam in Hamburg der Rechtsanwalt May mit dem Staatsanwalt in Konflikt, weil er sich in beinah hundert Fällen schwere Vergehn an Kindern hatte zu Schulden kommen lassen, die ihm als Mündel anvertraut waren. Die Strafe lautete auf drittehalb Jahre Gefängnis; dem Laien wird es allerdings nicht einleuchten, daß ein Angehöriger des Juristenstandes bei solch scheußlichem Verbrechen nur mit Gefängnis davonkommen soll. Der Verurteilte wurde auch nicht sofort zur Verbüßung der Strafe abgeführt, sondern er blieb fidel in Untersuchungshaft, weil „man" glaubte, seine Begnadigung durchsetzen zu können. Hatte doch der Senat der freien und Hansestadt Hamburg sogar einen Kommissar in die Gerichtsverhandlung gesandt, um über die Sache genau unterrichtet zu sein. Da eine solche Vergünstigung wohl noch niemals einem Angeklagten zuteil wurde, hatte Israel natürlich starke Hoffnung. Dazu kam der eigentlich selbstverständliche Umstand, nämlich der, daß „man" auch die Zurechnungsfähigkeit des May anzweifelte. So blieb er also fast dreiviertel Jahre in Untersuchungshaft, wo es natürlich mit der Verpflegung usw. ganz anders steht, wie im Gefängnis. Als indes man sich in öffentlicher Versammlung mit der Angelegenheit beschäftigte, kam May recht bald ins wirkliche Gefängnis. Am 13. November d. J. hätte er seine Strafe verbüßt, aber seit dem 13. Mai befindet er sich bereits auf freiem Fuße. Der Senat hat ihm sechs Monate erlassen unter der Bedingung, daß er bis zum 13. November nicht rückfällig wird!

So der Thatbestand, der seit Wochen in einigen Hamburger Blättern zu lesen ist — in einigen nur, denn die gesamte Judenpresse hat nicht mit einem Wort von der seltsamen Angelegenheit Kenntnis genommen. Wäre May nicht Jude oder handelte es sich um einen Offizier, dem eine Duellstrafe teilweise erlassen wird, so hätte sicher die ganze „unabhängige" liberale Presse schon Ströme von Tinte vergossen, um in Entrüstung zu machen — man denke nur an den Fall Hildebrandt. So aber kommt „nur" das leibliche und sittliche Verderben christlich-deutscher Kinder in Betracht. Darüber braucht sich kein Schmock aufzuregen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs des Kaufmanns Moritz Czernikau zu Berlin Die Forderungen ohne Vorrecht betragen 16 670 Mark, die „Dividende" wahrscheinlich 8 v. H.

Konkurs des Schneidermeisters Israel Nußbaum zu Berlin. 27 v. H. stehn den Gläubigern für ihre 19 700 Mark in Aussicht.

Konkurs des Hutfabrikanten Max Hirsch zu Berlin. Statt 6,5 v. H. der Masse bekommen die Gläubiger im Wege des Zwangsvergleichs 20 v. H. Die Schulden betragen 108 687 Mark. Das Geschäft lohnt sich also!

Konkurs des Fräuleins Agnes Strauß, in Firma Reinh. Zelte Nachf. zu Berlin. Der Verwalter veranschlagt die „Dividende" auf 12½ v. H.

Briefkasten.

Neustettin. Freundlichen Dank!

Langenau Mit großer Heiterkeit gelesen, indes zum Abdruck nicht geeignet. D. Gr.

R. Nordhausen. Heil und Dank!

Eingegangne Anfragen.

Ist Herr Dr. Ernst Wasserzieher, Direktor der städt. höh. Töchterschule in Oberhausen Deutscher und deutscher Abkunft?

428

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: Herrmann Laas.

Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

94

Victoria-Zwieback

ist der feinste **Naturbutter-Zwieback der Welt.**

Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.



Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Jeder Leser

braucht einen **Kautschukstempel.** von 2,70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.

Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate

C. Kaiser gen. Stempel-Kaiser
Berlin N., Invalidenstr. 100.

Statt 4 Mark für 2 Mark.

Frau Jutta, die Päpstin.

Eine deutsche Volkssage. Epos in 3 Teilen.

Von **Fritz Löwe.**

Zweite Auflage.

180 Seiten, auf holzfreiem Papier, elegant gebunden.

„Anhaltischer Staatsanzeiger":
Löwes epische Dichtungen gehören zu den besten der letzten Jahrzehnte und sind denen von Wolff und Baumbach durchaus ebenbürtig, sie dürften viele in mancher Beziehung noch übertreffen.

„Die Post":
. . . . . Es sind also alle Töne der Romantik vorhanden, um voll ineinander auszuklingen. Seine Gestalten gefallen und fesseln. Die Sprache des Dichters ist immer dem Augenblicke wohl angepaßt, farbvoll getragen und edel.

„Magdeburgische Zeitung":
. . . . . Das ist in kurzen Zügen der Inhalt des Dichtwerkes, dessen Sprache edel und schlicht ist. Die Treue und Natürlichkeit, mit der der Verfasser Zeit und Personen schildert, wirken ungemein anregend auf den Leser, der durch die künstlerische Gestaltung und Steigerung der Handlung, durch die dramatische Kraft der einzelnen Bilder und Szenen vom Anfang bis zum Ende in Spannung erhalten wird.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15





Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung",
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Bad Kissingen.

Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
148 jenseits der Saale,
empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
Großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. I. Etod.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Winke für deutsche Kaufleute, die im Ausland
Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von Dr. Winterstein in Cassel, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend. v. Mark 1,10, auch in Briefmark.

Bad Pyrmont.

Richters Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das **Tuchhaus Borykes i. Düren 1 (Rhld.)**

Siegelmarken

Kauft nicht bei Juden!

erhaben geprägt und gummiert.
100 Stück nur 40 Pfg.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 28. August 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 732.

Wochen-Spruch.

Die Juden bilden auf dem ganzen Erdkreise, nach ihrem eignen Ausdruck, eine eigne Nation; von jeder andern völlig abgeschlossen, mit so eigentümlicher, in das bürgerliche Leben so vielfach eingreifender politisch-religiöser Einrichtung, Handlungs- und Sinnesart, daß der israelitische Teil der Unterthanen in jedem Staat, in welchem nicht die Staatsgewalt Besitztum der Juden ist, in mehrfacher wesentlicher Beziehung einen Staat im Staate bildet, oder vielmehr bilden muß. Dieses gegenseitige Verhältnis macht einen fortwährenden Antagonismus zwischen Staat und Judentum unvermeidlich.

Joh. Ldw. Klüber, „Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses usw.". 3. Abt., S. 900 flg. Frankfurt (Main) 1816.

Syndikate und Kartelle als Erzeuger einer neuen „Aristokratie".

In den industriellen Kartellen hat die neuzeitliche ökonomische Entwicklung ein volkswirtschaftliches und soziales Problem erzeugt, das der allgemein befriedigenden Lösung noch harrt.

Allerdings, das ihr Wesen bedingende wirtschaftliche Prinzip ist völlig klar.

In den Kartellen gewinnt die Reaktion gegen den freien Wettbewerb ihren greifbaren Ausdruck, indem dem bis zur gegenseitigen geschäftlichen Vernichtung gediehenen Konkurrenzkampfe der gewerblichen Einzelunternehmungen und der rücksichtslosen Preisunterbietung durch Verabredung zwischen den gewerblichen Unternehmern über Verkaufspreise und Erzeugungsmengen entgegengewirkt werden soll. Demnach handelt es sich bei den Kartellen um mehr oder weniger straff organisierte Verbindungen von industriellen Unternehmern zu dem Zweck, durch ein auf Grund des, allen gemeinsamen Existenz-Interesses gebotnes Zusammenwirken die Erzeugung entsprechend dem Bedürfnis des Marktes zu regeln, sowie die Preise thunlichst in Stetigkeit und in auskömmlicher Höhe zu halten.

Insofern zeigen die Kartelle kein Moment von Unklarheit. Die Meinungen über das Kartellwesen pflegen erst in dem Augenblicke auseinanderzugehn — und zwar nicht nur innerhalb des großen Publikums, sondern auch in der Wissenschaft —, wo die Frage zur Beantwortung aufgeworfen wird, ob die Kartelle auf das Wirtschaftsleben fördernd oder schädigend einwirken. Durch die jeweilige Art der Beantwortung dieser Frage wird dann zugleich die Frage hinsichtlich der Daseinsberechtigung jener Unternehmerverbände mit entschieden.

Die Wissenschaft war im allgemeinen bislang gewohnt, eine Seite des Kartellwesens ganz besonders zu beachten: man erblickte in ihr die Wirtschaftsform, die ebenso sehr berufen wie fähig wäre, unsre gewerbliche Erzeugung aus dem Zustande der Regellosigkeit in einen solchen der Ordnung und Planmäßigkeit überzuführen, sodaß sowohl in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges Ausschreitungen spekulativer Art als auch in kritischen Zeiten fühlbarere wirtschaftliche Rückschläge verhütet wurden.

Die großen Vorteile, die der Gesamtheit aus einer solchen Wirksamkeit der Kartelle erwüchsen, liegen auf der Hand; es sind dies: Sicherung dauernder und gleichmäßiger Thätigkeit für Unternehmer und Arbeiter, sowie die Sicherung des in den Unternehmungen angelegten Kapitals.

Wer die Dinge in rein theoretisierender Manier unter diesem Gesichtswinkel ansieht, wird ohne viel Bedenken geneigt sein, die oben aufgeworfne Frage, wie auch die der Daseinsberechtigung der Kartelle in einem diesen günstigen Sinne zu beantworten. Auch wir stehn keinen Augenblick an, den Kartellen beim Vorwalten gesunder Prinzipien in deren Leitung eine Daseinsberechtigung und einen wohlthätigen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben wie den Arbeitsmarkt zuzusprechen*).

Wer indessen die praktische Wirksamkeit der Syndikate in den letzten Jahren verfolgt hat, und zwar nicht etwa in Nordamerika, dem klassischen Lande für diese Unternehmerverbände, sondern grade im Deutschen Reiche, der wird es vielleicht begreiflich finden können, wenn von andrer Seite unbedingt der Stab über sie gebrochen wird. Die Gegner behaupten, daß die Kartelle durch die, ihrem Wesen innewohnende monopolistische Tendenz dazu verleitet werden, ihre Machtmittel rücksichtslos zu mißbrauchen, um außenstehende Unternehmer in ihre Bannsphäre hineinzuzwingen, aber auch um den Verbraucher Preissteigerungen aufzuerlegen, die nicht in den erhöhten Betriebskosten, sondern in einem ausgeprägten Dividendenbedürfnisse wurzeln.

Die Nachrichten, die in den letzten Jahren über das Gebaren der rheinisch-westfälischen Syndikate in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, gestatten nicht mit Unrecht, ihr Verhalten gegen die Verbraucher als eine Tyrannisierung des Konsums zu bezeichnen. Während die heimischen Erzeugnisse — namentlich Kohle und Eisen — an das Ausland zu den denkbar niedrigsten Preissätzen abgegeben wurden, um den Ausfuhrmarkt zu erhalten, belastete man das Inland durch enorme Preissteigerungen in unzulässiger Weise. Zudem haben es die Kartelle verstanden, sich wechselseitig Vorteile in die Hand zu spielen, indem sie ein ganzes System von auf Gegenseitigkeit beruhenden Ausfuhr-Vergütungen ausbildeten, sodaß man von einem Rattenkönig der Kartelle gesprochen hat. Auch hat es sich ganz offenkundig herausgestellt, daß die Staatsverwaltungen den Interessen jener Unternehmerverbände durch weitgehende Förderung wie thatkräftige Unterstützung Vorschub leisten.

Es leuchtet ein, daß die Kartellbildungen bei falscher Leitung sich zu einer Gefahr für die Wohlfahrt des Volkes, für den sozialen Frieden sowie für die Entwicklung des Staatswesens zu gestalten vermögen. Darum ist es nicht zu verwundern, daß der Ruf nach Aufklärung über die Kartelle, die es lieben, ihre Thätigkeit mit einem Nebel von Geheimniskrämerei zu umhüllen, ringsherum im Lande täglich lauter zu vernehmen ist. Ferner ist anzunehmen, daß diese Frage bei den bevorstehenden Wahlkämpfen eine erhebliche Rolle spielen dürfte, denn die öffentliche Meinung wünscht dringend, in diesen

*) Vergleiche Nummer 654.

Dingen klar zu sehn. Es liegt dies im Interesse der Industrie selbst, damit die berechtigten Ansätze im Kartellwesen gedeihlich weiter entwickelt werden.

Wenn man die Kartellfrage in ihrer ganzen Ausdehnung beleuchten will, so wird es nötig sein, die Untersuchung nicht nur auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kartellwesens zu beschränken, denn nebenher hat jene Frage noch eine soziale Seite, die bisher wenig Beachtung fand. Bei der allgemeinen Aufmerksamkeit, die zur Stunde dem Kartellwesen zugewendet wird, mag es für viele Kreise von Interesse sein, wenn wieder einmal an einen Aufsatz erinnert wird, worin grade dieser Umstand nach einer bestimmten Richtung untersucht und gepflegt wird. Diese Arbeit erschien unter dem Titel „Die aristokratische Entwicklung der Bourgeosie" im Vorjahre in der „Zukunft" und hatte Dr. Emil Geyer (Dessau) zum Verfasser.

Die Einleitung des Aufsatzes giebt Tendenz und Leitmotiv der Ausführungen an, indem Dr. Geyer behauptet: „Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ist gegen die Hoffnungen und Voraussagungen des wissenschaftlichen Sozialismus verlaufen. Ein unerhörter Machtzuwachs des Kapitalismus ist dadurch eingetreten, daß er sich mit der Kartellierung der wichtigsten Industriezweige eine Organisation gegeben hat, die mit allen Merkmalen der Dauer ausgestattet ist und gradezu eine neue Etappe in der Geschichte der Bourgeosie bedeutet."

Der Verfasser sucht nun nachzuweisen, daß, wie man an verschiednen Beispielen der Sozialgeschichte beobachten könne, die soziale Differenzierung — hier bewirkt durch die Kartellgebilde — innerhalb eines Zustandes allgemeiner demokratischer Uniformität auf allen Gebieten staatlicher Verhältnisse eine neue Klassenbildung entwickle, d. h. auf unsern heutigen bürgerlichen Verfassungsstaat angewendet: die Bildung einer neuen Aristokratie im Bürgertume begünstige. Allgemein gesprochen, äußert sich der Verfasser über eine derartige soziale Klassenbildung in folgender Weise: „Bald tritt, unter dem freiern Walten individueller Kräfte, Zersetzung ein: vor allem ein schroffer, immer mehr sich zuspitzender Unterschied von Reich und Arm, bis sich endlich von dem ursprünglich einheitlichen Körper der sozialen Klasse oder Gruppe eine innerlich verbundne und wohl auch äußerlich organisierte Aristokratie abschnürt. Sie reißt politische Geltung und soziale Macht an sich und bringt die Masse der Uebrigen in Abhängigkeit .... Die neue exklusive Gesellschaft zwingt die Kulturbestrebungen in ihren Dienst, neue verfeinerte Formen der Lebenshaltung, der Sitte und Konvention entstehn, und der Kunst erwächst vielfach die Aufgabe, die dieser Gesellschaft eigentümliche Art des Lebens, des Denkens und Fühlens auszudrücken, auszuschmücken und zu verklären. Auch hier gilt: Weß Brot ich esse, deß Lied ich singe ...."

Sodann lenkt Dr. Geyer zu den heutigen Verhältnissen über. Er sagt: „Ich glaube nun: wir stehn mitten im Fluß einer solchen Wandlung. Die Bourgeosie als soziale Klasse geht allmählich in diese neue Phase ein, ihre demokratisch gefärbte Zeit ist zu Ende, ihre aristokratische Entwicklung angebrochen. ... In unsern Tagen (freilich) zeigen sich viele Sprünge und Risse im sozialen Gefüge der Bourgeosie; und täglich stärker hervortretende soziale Gegensätze werden bald unversöhnliche Trennungen herbeiführen. Schon bildet die haute finance mit ihrem erdrückenden Reichtum eine Welt für sich. Diese Welt erweitert sich ganz außerordentlich durch den vor unsern Augen sich vollziehenden Zusammenschluß der Industrie. Auf einen gewissen Punkt der kapitalistischen Entwicklung tritt die Kartellbildung überall als Massenerscheinung auf, und zwar nicht allein innerhalb einer durch Schutzzölle begünstigten Volkswirtschaft, sondern bereits über die Staatsgrenzen hinausgreifend und die Weltwirtschaft umspannend. Sie sind als dauernde Einrichtung und Rückgrat aller künftigen Wirtschaft anzusehn. Damit wird in unsre Wirtschaft eine Reihe neuer Tendenzen eingeführt, die geeignet sind, ihr Aussehn völlig zu verändern. Organisation und Regelung der Produktion anstelle von Desorganisation und Anarchie; Sicherheit und Beständigkeit anstelle von Unsicherheit und Unbeständigkeit; keine Konkurrenz mehr und keine Krisen. Die Zahl der Fabriken wird, wie ehemals die der Meisterstellen, eine feste und gegebne. Jedes Risiko schwindet, die Fabrik wird Renten-Institut. Innerhalb des Kartells ist für die persönliche Initiative des einzelnen Fabrikanten kein Spielraum übrig; es muß einheitlich geleitet werden und wird zur Zwangsgenossenschaft. Neue Unternehmungen können nicht aufkommen: sie werden unterdrückt, den konzentrierten Machtmitteln der Kartelle gegenüber ist die hervorragende persönliche Kraft, ist selbst bedeutendes assoziiertes Kapital zur Ohnmacht verurteilt. So thut sich zwischen dem kartellierten Unternehmertum und der übrigen Bourgeosie eine dicke wirtschaftliche Scheidewand auf. Keine Möglichkeit mehr, sie zu durchbrechen. Hatten früher Talent und Kapital als gleichberechtigte Faktoren sich verbunden, so sieht sich das Talent nun dauernd zum Diener des Kapitals verurteilt. Die Kartelle sind unzugänglich, ‚eherne Türme ohne Pforten'."

Der Verfasser beantwortet die, gleichsam von selbst sich ergebende Frage: „Wird die ökonomische Solidarität und Exklusivität nicht eines Tages noch die soziale Zusammen- und Abschließung herbeiführen?", in der Weise: Es würde sich von der Bourgeosie eine aristokratische Schicht, ein bürgerlich zu charakterisierender Adel ablösen, während die Masse der Bourgeosie zu einem Bürgertum zweiten Ranges herabgedrückt werde. „Man denke", so heißt es in der Linie dieser Ausführungen, „an das Heer von Beamten, das, ohne Aussicht auf einstige Selbständigkeit, von den Kartellen direkt beherrscht wird. Dazu kommen die indirekten Abhängigkeiten, vor allem des geistigen Arbeiters. Der Charakter des öffentlichen Amtes verschwindet. Der Anwalt ist heute schon sehr häufig nur ein bezahlter Diener der Großbourgeosie ... Und ähnlich verhält es sich mit dem Arzt, dem Journalisten. Besten Falls sind sie Dienstmannen der Bourgeosie. Der gesellige Verkehr bringt die soziale Minderung schon heute oft zum Ausdruck. Der Beamte, der Offizier, der Schriftsteller verkehren wohl beim Fabrikanten, aber selten umgekehrt der Fabrikant beim Beamten, Offizier, Schriftsteller. Denn diese können seinen Luxus der Gastfreundschaft nicht erwidern. ..."

Sodann bietet der Verfasser Ausblicke in die zu erwartende Beeinflussung des geistigen Lebens. Er sagt: „Auch sind ja heute diese Dinge alle erst im Keim; noch ist der enge Zusammenschluß nicht erfolgt, noch ist das Standesbewußtsein nicht geweckt, noch ist ein starker Respekt vor den staatlichen Würdenträgern und den Trägern geistiger Leistung lebendig. Aber man denke sich eine Gesellschaft, die sich selbst genügt, die Bildung und Kultur sich endlich erworben hat, eine Gesellschaft, die nur solche Personen aus andern Kreisen heranzieht, die zur Erhöhung der Lebensannehmlichkeiten dienen können oder an denen ihr Wille zur Macht eine Befriedigung findet, eine Gesellschaft, die Muße und Reichtum besitzt, um sich einem vergeistigtem Genuß und den ästhetischen Lebensmächten hinzugeben. — Wird nicht alles, was mit der Kunst zusammenhängt, da hinaufstreben wie nach dem Licht ... Natürlich wird von jener aristokratischen Schicht nun auch der geistige Gehalt der Produktion bestimmt: ihre Anschauungen und Ideale, ihre Sehnsucht, die Formen ihres Glückes und Unglückes wird sie ausdrücken. Vielleicht erlebt die Welt so wieder ein Zeitalter höchsten Kulturglanzes. Aber freilich: Alles hat seinen Preis. Ein solcher durch die Jahrhunderte leuchtender Glanz kostet der Menschheit nicht wenig. Nur einer geringen Zahl bringt er unmittelbar Nutzen. Die große Mehrzahl bleibt draußen und Bitterkeit, Neid und Sehnsucht erfüllt ihre Herzen. Auch die Künstler büßen das Ausleben ihrer Träume mit der Einbuße der sozialen und materiellen Unabhängigkeit, die sie in der demokratischen Zeit besaßen".

Weiter fragt der Verfasser: „Wird endlich die Wandlung des Wirtschaftslebens nicht auch auf den moralischen Habitus einwirken?" Hierauf antwortet er: „Die Verhältnisse sind fester und stabiler geworden. Kein allgemeiner Konkurrenzkampf mehr, wenig plötzliche Aenderungen in Beruf und Lebensstellung .... Das Wirtschaftsleben geht nun einen ruhigen, bürokratischen Gang, der Pulsschlag des sozialen Lebens wird

langsamer .... Man wird pietät- und respektvoller. Und die Seelen sind minder kompliziert und geflickt: sie zeigen bestimmtere Umrisse und deutlichere Verhältnisse ... die Arbeit verliert dort einen guten Teil ihrer sittlichen Würde. Andre sittliche Ideale treten in den Vordergrund: Stolz und Macht, Reife und Fülle der Persönlichkeit. Und für den deklassierten Teil der Bourgeosie hört auch das wilde Jagen nach Reichtum auf, der übersteigerte Ehrgeiz und damit auch die tiefen Müdigkeiten, Enttäuschungen und Verzweiflungen. Da sich der Ehrgeiz keine sehr hohen Ziele setzen kann, bescheidet man sich mit Geringerm und lebt, zufriedner und heiterer, der Gegenwart. So betrachtet, gewinnt die Deklassierung einen versöhnlichern Charakter."

Zur Vollendung des Gesamtbildes dieser Klassen-Entwicklung gehört nun noch die Stellung der neuen Aristokratie zur staatlichen und politischen Sphäre. Hierüber bietet der Aufsatz folgenden Gedanken: „Es ist kein Zweifel, daß die Großbourgeosie wie sie sozial und kulturell herrschen, so auch politisch sehr mächtig sein wird. Soziale Macht sichert politische Macht. Die einflußreichsten Staatsämter werden in ihren Händen, ungeheure Geldmittel ihr zu Diensten sein. Mag auch das Wahlrecht erweitert und verallgemeinert, mögen andre demokratische Institutionen eingeführt werden — es ist ganz gut möglich, unter demokratischen Formen aristokratisch oder plutokratisch zu regieren .... Die Kartelle bedeuten eine neue Etappe des Bürgertums." ...

Einige der hier von Dr. Geyer angedeuteten Grundtendenzen der allgemeinen Entwicklung unter der Herrschaft der Kartelle lassen sich heute bereits mehr oder weniger deutlich feststellen. Wenn wir auch von der Rückwirkung der großkapitalistischen Unternehmerverbände auf die Gestaltung des gesellschaftlich-sozialen Lebens noch verhältnismäßig wenig erkennen können, so doch desto mehr von ihrem Einfluß auf die staatlichen Gewalten: wider Erfahrung in Geschichte und Praxis gelten die industriellen Interessen, die Interessen der Ballin und Goldberger, bei uns als die alleinigen nationalen und ausschlaggebenden, denen die Regierung jedwede Förderung angedeihn läßt.

Nun hat eine Geldaristokratie, wie die Geschichte lehrt, ein gedeihliches Sich-Ausleben der Völker noch niemals gewährleistet: die kurze Glanzperiode höchster kultureller Blüte, besonders auf dem Gebiete künstlerischer und litterarischer Bethätigung, die man herbeizuführen wußte, erstickte in der Revolution oder unter der Herrschaft fremder Machthaber.

Wenig aber stimmt das Geyersche Bild von der Gesellschaft der Zukunft mit den Idealen überein, die das Deutsche Volk als ein Volk des ländlichen und städtischen Mittelstandes, sich schuf und denen es leben will.

Das Wettkriechen nach dem Gipfel der Geschmacklosigkeit

zwischen Juden und Hofschranzen nimmt seinen Fortgang.

Der Jude Bloch läßt noch immer seine „German Times" in Berlin erscheinen und sammelt Namen für einen „Aufruf" zur Versöhnung von England und Deutschland. Mit wenigen Ausnahmen hat er bisher meist nur unbekannte Größen dazu bereit gefunden. In London treibt dies Geschäft Herr Ernest der eigentlich Seligsohn heißt. Schon im Frühjahr hatte er versucht, eine Versammlung von „Anglo-Germans" zustande zu bringen, in der die gegen das glorreiche Heer in Südafrika gerichteten Verleumdungen und Lügen in der deutschen Presse und die anti-englische Stimmung des Deutschen Volkes im allgemeinen verurteilt werden sollte, während gleichzeitig König Eduard „treue Loyalität und Ergebenheit" zugeschworen, Kaiser Wilhelm aber aufgefordert werden sollte, gegen das ungezogne Gebahren seiner bösen Unterthanen energisch einzuschreiten. Unmittelbare Zuschriften, die Herr Seligsohn erhielt, und mancherlei Veröffentlichungen in der Presse ließen es ihm damals geratner erscheinen, von seinem Vorhaben abzustehn. Indessen seine Loyalität läßt ihm keine Ruhe. Abermals versendet er ein Rundschreiben, in dem er Anglo-Deutsche und Deutsche zu einer Versammlung auffordert, die dem König Eduard ihrer „Loyalität und Ergebenheit" versichern solle.

Von den sonstigen Startern um den Weltrekord der Geschmacklosigkeit wollen wir heute keine weitern Namen nennen, da in den letzten Tagen zwei neue Bewerber aufgetreten sind, denen man die Meisterschaft im Kriechen kaum wird streitig machen können.

Bei einem Festmahle in Doves zu Ehren der Offiziere des deutschen Schulschiffes „Stein" hat der englische Sir William Crundall eine Rede gehalten, die nach dem Berichte des „Lokal-Anzeigers" annähernd folgenden Wortlaut hatte:

Man erinnere sich noch mit großer Freude des vorjährigen Besuches der Offiziere der „Stein" und sei hoch erfreut, sie wieder zu begrüßen. Der Kaiser, ein hochbegabter Herrscher, werde **nicht weniger von dem englischen als vom Deutschen Volke verehrt**, diese Bewundrung und Zuneigung beruhe auch einigermaßen auf der Verwandtschaft mit dem königlichen Hause von England; die **gefühlvolle Gedenkrede, die er kürzlich auf seine Mutter hielt, sei allen Engländern zu Herzen gegangen**, die sich der Kaiserin Friedrich, als der Schwester König Eduards mit tiefster Verehrung erinnerten.

Dafür, daß es für den Deutschen Kaiser kein Kompliment ist, wenn ihn sein eignes Volk nicht mehr verehrt als ein fremdes, hat der englische Redner ebensowenig Verständnis als dafür, daß Friedrich der Große, das Vorbild Kaiser Wilhelms des Zweiten, einmal gesagt hat: **„Große Fürsten haben in der Politik keine Verwandte".**

Der Engländer fährt dann fort:

Kaiser Wilhelm sei ein Mann von großem und vielseitigem Streben, unbeugsamer Thatkraft und von den höchsten Idealen beseelt. Sein Losungswort in allem sei Tüchtigkeit, er schone weder sich noch seine Offiziere, um seine Ziele zu erreichen. Das lebhafte Interesse für Industrie und Handel bekunde sich auch in der Energie, mit welcher er bei jeder Gelegenheit deutschen Handel und deutsches Gewerbe in allen Weltteilen auszudehnen bedacht sei. „Mit Bezug hierauf dürfen wir nicht vergessen, daß der Kaiser auch das regste Interesse an unsern eignen Hafenarbeitern nimmt, wodurch unsre Stadt zum Anlegeplatz für die durch den Kanal passierenden Dampfer nach Amerika und dem weiten Osten werden soll. In der That ist die Hafenverwaltung schon damit beschäftigt, Gebäude zu errichten, die der Hamburg-Amerika-Linie zur Verfügung gestellt werden sollen. Seine Majestät erkennt es an, daß **ein blühender Handel als eine Hauptstütze des Gedeihens einer Nation** anzusehn ist.

In diesen Ausführungen ist unzweifelhaft manches richtig. Kaiser Wilhelm schont sich wirklich nicht. Seine fortwährenden Reisen sind sicher recht angreifend. Aber das ist Hohenzollernart. Kaiser Wilhelm der Siegreiche ertrug noch in seinem hohen Alter die Entbehrungen, Strapazen und Gefahren zweier Feldzüge. Solchen Reisen wie sein hoher Enkel würde er indes wohl kaum gewachsen gewesen sein; allerdings hatte er auch noch nicht so vortrefflich eingerichtete Hofzüge und Schiffskabinen wie sie heute zur Verfügung stehn. — Die Minister hatten es dadurch bei ihren Immediat-Vorträgen bequemer als heute, wo sie aus plötzlichen Reisen garnicht herauskommen. Aber „Dienst ist Dienst" sagt man in Preußen. Früher wurde meist von Berlin aus regiert. Heute meist an andern Orten des In- und Auslandes. Aber regiert wird, und das ist die Hauptsache.

Daß „ein blühender Handel als eine Hauptstütze des Gedeihens einer Nation anzusehn sei", legt der Engländer aus seinem eignen nationalen Empfinden dem Deutschen Kaiser als dessen Meinung unter. In Deutschland ruhen die starken Wurzeln unsrer Kraft nicht beim Handel, sondern ganz wo anders.

Der Engländer sagte dann weiter:

Der Kaiser hat sein Heer sowohl wie seine Flotte fast zur Vollkommenheit erhoben, nicht jedoch zu Eroberungszwecken, sondern **vielmehr zur Aufrechterhaltung des Handels und der Industrie**. Wir haben in den letzten Jahren dem Entstehn einer großen deutschen Kriegs- und Handelsflotte mit Bewundrung zugesehn, und es ist eine Thatsache, auf die das Deutsche Volk wohl stolz sein kann, daß ein in Deutschland gebautes Schiff den Rekord vor allen übrigen transatlantischen Schiffen hat. **Als Feldherr wie als Admiral und Staatsmann hat der Kaiser ein unbestrittnes Genie** entwickelt. Vor allem aber ist Seine Majestät beseelt von tiefreligiösen Gefühlen. Dover ist stolz, seinen Gästen diesen Abend einen herzlichen Empfang zu bereiten, der doch nur ein geringer Dank sein kann für den sehr freundschaftlichen Empfang, den der Kaiser der Deputation der Hafenverwaltung gelegentlich ihres letztjährigen Besuchs in Berlin bereitete.

In den zuletzt angeführten Sätzen sehen wir grobe Geschmacklosigkeiten. Es ist gradezu beleidigend, daß der englische Redner glaubt, der Deutsche Kaiser könne für derartig plumpe Schmeicheleien zugänglich sein.

Der Kaiser weiß, wie jeder gebildete Deutsche, daß die vergleichsweise hohe Stufe (nicht Vollkommenheit, die giebt es nicht in irdischen Dingen), die unser Heer einnimmt, ein Erbe unsrer Vergangenheit ist, an dessen Erhaltung eine lange Reihe von Hohenzollernfürsten und ihre getreuen Handlanger in schweigender Pflichttreue und Hingebung durch Jahrhunderte gearbeitet haben. Die Kraft unsrer Heeres-Einrichtungen beruht nicht in neuen Litzen, Schützenschnüren, kleinern Knöpfen, veränderten Grüßvorschriften und Schießprämien, sondern in andern Dingen, die wir dem Engländer garnicht klar zu machen versuchen; und als Feldherr und Admiral unbestrittnes Genie zu entwickeln, hat unser regierender Kaiser vom Schicksal bisher noch garkeine Gelegenheit bekommen. Feldherren zu Lande und zu Wasser können sich erst im Kriege, nicht bei Manövern bewähren. Wohl aber können sie durch Friedensarbeit lernen. Nochmals sei es betont, diese Art von faustdicken Schmeicheleien wirken gradezu beleidigend.

Jedoch noch um mehre Bootslängen wurde der englische Festredner von dem deutschen Marine-Attachee in London, Herrn Cörper, geschlagen, der es übernahm, auf jene Lobhudeleien zu antworten und das englische Landheer und die Marine hochleben ließ und einleitend sagte:

Er empfände es als einen besondern Vorzug, dies in Dover, dem Haupthafen des Kanals, thun zu können. Er habe die Ehre gehabt, die Flottenparade bei Spithead vor König Eduard zu sehn, und er könne nicht besser seine Empfindungen wiedergeben, als mit König Eduards eignen Worten, daß die Parade ein großartiges Schauspiel in bester Ordnung gewesen sei. Die dort versammelte Flotte sei nur ein kleiner Teil der brittischen Streitmacht gewesen, da die Mittelmeer- und andre Geschwader nur ein Schiff geschickt hätten, während die Schiffswerften voll neuer Kriegsschiffe und Kreuzer seien. Die brittische Flotte sei in wunderbarem Zustand und bester Ordnung. Die deutschen Offiziere seien voll Bewunderung für die brittische Flotte, die brittischen Offiziere und die brittischen Blaujacken, und keiner bewundre sie mehr als Seine Majestät der Kaiser und Prinz Heinrich von Preußen.

Herr Cörper thäte am besten, wenn er seine Entlassung aus der Deutschen Marine und seinen Uebertritt in die bewunderte englische beantragte. Wir haben die Empfindung, als ob er dem deutschen Offizierkorps zu Lande und zu Wasser damit eine größere Freude bereiten würde, als mit solchen Reden. — Als der Prinz Heinrich von seiner ersten Seereise zurückkehrte, erzählte man sich in Berlin allgemein, der junge Prinz habe seinem hohen Großvater berichtet, daß man die englische Flagge in der ganzen Welt „die Judenflagge" nenne. Aber das ist schon lange her. Heute dürfen „Wir" nicht mehr Antisemiten sein. —

Und Cörper redete weiter:

Er habe viele Transporte Southampton, London und andre Häfen für Südafrika verlassen sehn, und höchst imponiert habe ihm der Enthusiasmus der Leute, die an Bord gingen, als ob sie von London nach Southend reisten. Dieser Enthusiasmus bekundete sich nicht nur beim Beginn des Krieges, wo jedermann glaubte, er wäre schnell zu Ende, nein, auch nach den Nachrichten von Verlusten und Krankheiten. Jeder Deutsche, der den Krieg wirklich studiert und seine Meinung nicht nach den schlechtinformierten Zeitungsberichten gebildet habe, wisse, daß der brittische Soldat ein tapfrer und höchst humaner Kämpfer sei, der allen Gefahren trotze. Vor einigen Tagen habe er die kolonialen und indischen Truppen gesehn, und er könne seine Ansicht nur zusammenfassen in dem Worte „glänzend". Er sei sicher, daß Lord Roberts und Mr. Brodik ein königlicher Empfang in Deutschland bereitet werde, und daß sie heimkehren würden, ohne irgendwelche Mißstimmung gegen England bemerkt zu haben. Er hoffe, daß England und Deutschland stets so gute Freunde wie augenblicklich bleiben würden.

Die Faseleien des „wohlinformierten" Herrn Cörper verdienen keine Widerlegung. Lord Roberts wird nicht nur einen königlichen, sondern sogar einen kaiserlichen Empfang in Deutschland haben, denn er ist Gast Sr. Majestät des Kaisers und Königs. — Die zur Führung und Begleitung der Engländer befohlnen Offiziere werden zweifellos ihres Amtes mit der tadellosen Höflichkeit walten, zu der sie den Gästen ihres Kriegsherrn gegenüber verpflichtet sind.

Daß aber anständige Leute deutschen Blutes in Berlin und im Manövergelände für die englischen Offiziere etwas anders als die eisigste Höflichkeit übrig haben werden, glauben wir nicht. — Neugierige Gaffer werden genug auf den Berliner Straßen stehn, wenn die Engländer in Hofequipagen abgeholt werden. Vielleicht wird ihnen auch hier und da ein Hurrahgeschrei von Polizeiagenten provoziert entgegenschallen. Die Leute auf der Straße sind leicht zum schreien zu bringen und wissen nicht was sie thun. Aber das wäre immer noch besser, als wenn etwa Radaubrüder in Patriotismus machen und die Fremden mit höhnischem Gejohle empfangen sollten. —

Wenn aber Herr Cörper mitkommen sollte, so verdient er eine besondre Anerkennung. Seligsohn und Bloch sollen ihm ein Gastmahl geben, wobei sie ihm die Weltmeisterschafts-Palme überreichen.

Allerlei für Dumme.

Mit skrupelloser Reklame kann man heutzutage beinahe alles machen, denn fast alle Zeitungen nehmen unbesehn jede Anzeige auf, wenn sie nur bar bezahlt wird oder der Aufgeber für den Preis sicher erscheint. So fand man kurz vor der Krönung Eduards von England in vielen, vielen Blättern des Deutschen Reichs und Oesterreich-Ungarns eine halbseitige Riesen-Anzeige, in der die „Continental Publishing Company, Regent Square Nr. 35, London, W C" dem verehrlichen Publikum „prachtvolle Krönungskarten" für 25 Pfennig das Stück anbot bei vorheriger Einsendung des Betrages in ungebrauchten Briefmarken. Dem Anzeigen-Auftrage war ein Scheck auf eine Londoner Bank beigefügt und da die Zeit bis zum 9. August sehr kurz war, konnte eine Erkundigung über die Güte der Bank oder der Publishing Company nicht eingezogen werden. Die Anzeige erschien also. Wer aber sein Geld nach London sandte, wartet heute noch auf die versprochnen Postkarten. Die „Publishing Company" ist verzogen „unbekannt wohin" und die Bank, bei der die den Zeitungen in Zahlung gegebnen Schecks zahlbar sein sollten, ist in den weitesten Kreisen ebenfalls unbekannt.

Von Galizien aus überschütten jüdische Händler die kleine Provinzpresse mit Anzeigen über „guten Honig" und „ausgezeichnete Molkereibutter". Da meistens Jahresaufträge gegeben werden und die Bestellung in Form von gedruckten Formularen erfolgt, so haben die Herren Galizier fast immer Glück. Mitunter sogar bei größern Zeitungen. Natürlich sieht kein Blatt jemals auch nur einen Pfennig Geld. Dafür bekommen die Juden aber massenhafte Aufträge. Der Honig ist meist mit 80 Pfennig und die Butter mit 90 Pfennig das Pfund angeboten und da es in der Anzeige heißt „Garantie: Zurücknahme", so bestellte manche schlaue Hausfrau lustig drauf los. Wenn das Nachnahme-Packet ankommt, sieht man an Stelle des „guten Bienenhonigs" eine schmutzig-dunkle Masse, die nichts wert ist, und die Butter ist ein grünliches Zeug, das scheußlicher stinkt und schmeckt wie Schmierseife. Von Zurücknahme ist natürlich keine Rede, ein derartiger Versuch hat nur weitere Unkosten für den Hereingefallnen zur Folge.

Genau so steht es mit den ebenfalls von galizischen Juden (P. Luit, Krakau) erlassenen „Bekanntmachungen", nach denen man für 3,50 Mark eine „prachtvoll vergoldete" Uhr mit Kette, „goldinene" Schmucksachen und zuletzt noch „300 Gebrauchsgegenstände" erhält. Diese bestehn aus . . . Stecknadeln, die Schmucksachen sind blecherne 10 Pfg.-Artikel und die Uhr macht solange Tick-Tack wie man eine Feder dreht! Aber auch diese Anzeigen finden Gläubige!

Ebenso wie die folgende, die man am 19. d. M. im Gothaer Tageblatt las: „Wegen gänzlicher Auflösung sämtlicher Filialen verkaufe ich zu Spottpreisen 4 Paar Schuhe für nur 3,50 Mark, 1 Paar Herren-Modeschuhe, 1 Paar Mode-Damenschuhe, 1 Paar Mädchen- und 1 Paar Kinderschuhe. Alle 4 Paar für nur 3,50 Mark. Sehr leicht und hochelegant ausgestattet. Garantie für schöne und gute Ware. Bei Bestellung genügt die Länge. Versandt per Nachnahme durch die Wiener Schuh-Filialien-Niederlage. H. Bremner, Krakau Nr. 358.

Nichtpassendes wird gern umgetauscht oder Geld retourniert."

Der gerissene Sohn Israels vermeidet wohlweislich das Wörtlein „Leder"! Pappe und Zeugleinwand sind ja sehr leicht — ob auch hochelegant, darüber läßt sich streiten. Selbst dem harmlosesten Menschen müßte es aber klar sein, daß vier Paar Schuhe aus Leder nicht für 3,50 Mark zu liefern sind, selbst nicht in Krakau. An Unkosten kommen übrigens noch für Zoll, Porto, Nachnahmegebühren ungefähr 1,50 bis 2 Mark hinzu. —

Noch eine andre Sorte von Anzeigen gehört hierher, die man auch nicht selten findet. Es sind das solche, in denen „Stellen-Anzeiger", „Vakanzen-Listen" oder „Vakanzen-Posten". angeboten werden. Die Dinger erscheinen meist wöchentlich oder auch zwei- bis dreimal wöchentlich in Berlin, Frankfurt (Main), Hannover usw. Der Stellensuchende hat für ihre Zusendung 3 bis 5 Mark oder auch mehr zu zahlen. Dafür wird ihnen die „Vakanzen-Liste" auf einige Wochen oder bis zur Abbestellung versprochen. Die Listen enthalten viele Stellen-Angebote, die aber alle dem Stellesuchenden nichts nützen, da sie selten etwas anders als Ausschnitte aus Tageszeitungen darstellen und deshalb veraltet sind. Den Herausgebern der Listen kommt es nur auf die Groschen der Stellenlosen an, und daß das Geschäft sich lohnt, geht aus der verhältnismäßig großen Anzahl dieser Art „Institute" hervor, von denen manche sich auch noch als Geldvermittler auf dieselbe Art und Weise Nebenverdienste schaffen. Sehr oft fallen die Zeitungen auch bei diesen Leuten mit den Anzeigen-Gebühren herein; so hat neuerdings eine Hamburger Annonzen-Expedition über tausend Mark allein bei einer einzigen derartigen „Firma" eingebüßt.

Eine ganz eigenartige Sache macht sich augenblicklich in Berlin und Wien breit. Das Berliner Blatt „Konfektion" berichtet darüber:

Seit einiger Zeit lesen wir in seitenlangen Inseraten die Vorzüge wie Herrlichkeiten der Taits Diamanten angekündigt. Hiernach scheint es dem Uneingeweihten, und auf Dumme ist die Sache berechnet, als wenn er sich für verhältnismäßig wenig Geld einen besonders schönen Schmuck erstehn könne. In Wirklichkeit sieht aber die Sache doch ganz anders aus.

Die Gesellschaft, deren Inhaber nicht einmal dem Angestellten bekannt, unterhält in der Friedrichstraße drei Geschäfte. Es ist hier der Hauptfremdenverkehr, und auf Laufkundschaft ist das Geschäft aufgebaut; also hier die richtige Lage.

Man erhält für 6 Mark einen Ring, der allerdings nicht für Gold verkauft und nach Angabe des Verkäufers nicht schwarz wird (derselbe wird nämlich nach kurzer Zeit weiß), der einen wirklichen Wert von ungefähr 30 Pfennig haben dürfte.

Dieser gleiche Ring wurde in Amerika, wo die Dummheit also um 500 v. H. geringer sein muß als bei uns, von derselben Gesellschaft mit 25 Cents gleich 1 Mark verkauft.

Es ist deshalb erklärlich, daß der Käufer, der einen Ring für 6 Mark erstanden und nach wenigen Tagen, anstatt der Goldeinfassung, weiße blanke Einfassung, statt des strahlenden Taits-Diamanten, einen eisigen Glassplitter gewahrt, zurückkommt, um seine Beschwerde anzubringen. Jetzt wird ihm verständlich gemacht, daß die „Qualitäten" grundverschieden seien, und daß seine 6-Mark-Erwerbung die schlechteste Sorte darstellen. Meistens kehrt der Kunde dann nach Zuzahlung von 8 Mark mit einer 8 karat. Fassung, in der sich natürlich ein gleich unwertiger Taits befindet, beruhigt heim. Mit dem Stein macht er natürlich die gleichen Erfahrungen, wie bei dem erst gekauften. Kommt der Kunde nun nochmals jammernd, so erhält er durch die Tüchtigkeit des Verkäufers eine noch teurere „Qualität", d. h. einen 14° Ring in Gold und wieder Taits, denn Taits bleibt Taits — in der Fassung Taits — während die Preisunterschiede gegen den Goldwert ungeheure sind.

Aus dem Munde eines frühern Verkäufers dieser „Kompagnie" hörte ich, daß täglich erklärlicher Weise unzählige Beschwerdeführenden kämen. Man hat nun einen geräuschvollen Luftreiniger angebracht, der außer der Regelung der Ventilation noch den Zweck hat, die Klagen des Reklamanten den Ohren des etwa anwesenden Käufers zu entziehn!

Es ist gradezu unglaublich, wie groß die Dummheit des Publikums sein muß, wenn man hört, welch große, enorme Summen hier für fast wertlose Nachahmungen ausgegeben, wenn man hört, wie das schöne deutsche Geld übergeht in die Hände von unbekannten Ausländern, die es verstehn, die Dummheit auszunutzen und das Publikum zu übervorteilen.

Selbstverständlich ist der Inhaber der Firma „Taits American Diamond Palace" ein Jude und daher kommt es wohl auch, daß man die seitenlangen Anzeigen der Firma in den Blättern aller Richtungen findet, und daß es bisher keine Tageszeitung wagte, das Gebahren der Firma gebührend zu kennzeichnen. Ueber die Gerissenheit der Verkäufer usw. schreibt uns ein Hereingefallner:

Die Schaufenster-Auslage ist stets überreich von allen Seiten elektrisch beleuchtet und ein großer Teil der „Schmucksachen" ist auf sich stets drehendem Teller befestigt. Dadurch flimmert und blitzt alles. Der langgestreckte Laden hat nur wenig Tagesbeleuchtung, so daß auch hier das elektrische Licht aushelfen muß. Hat man sein 6 Mark-Schmuckstück weg, so steckt der Verkäufer eine geheimnisvolle Miene auf und erscheint mit einem Samtkasten, der „bessere" Sachen enthält. Ich fiel das erste Mal nicht darauf hinein; aber kaum besah meine Frau den erstandnen 6 Mark-Ring bei Tageslicht — das Metall war vollständig weiß und der „Diamant" schmutzig-gelb — als sie ihn entrüstet in den Rinnstein werfen wollte. Ich verhütete das, trottete in den Laden zurück und ließ mir glücklich auf Zureden meiner Frau einen neuen Ring für 19 Mark aufschwatzen. Das Verfahren der Verkäufer war dabei folgendes. Erst erschien aus einer Ecke ein Kasten, in dem alles 14 Mark kostete, und als man die Kauf-Bereitwilligkeit meiner Frau merkte, fuhr man immer teurere Kästen auf, sogar welche für 40 Mark, während es in den Anzeigen nur stets heißt: „Jedes Stück 6 Mark". Für unsre 19 Mark sollten wir „einen reinen Stein in tadelloser Fassung" erstanden haben. Nach dreitägigem Tragen hatte indes meine Frau durch die „tadellose Fassung" sich in ein seidnes Kleid verschiedne Löcher gerissen; der Ring blieb einfach in den Fäden des Zeugs hängen und konnte nur mit Gewalt entfernt werden. Ich probierte ihn dann selber und hatte das gleiche Ergebnis an meinen eignen Kleidern. Da wir inzwischen eine Sommerreise angetreten hatten, verblieb das „Kleinod" in meiner Brieftasche. — Als ich zurückkehrte, suchte ich die Taits wieder auf und forderte Zurücknahme des Ringes auf Grund der liederlichen Fassung. Man gab zu, daß der Stein „schmutzig" sei und wollte ihn deshalb umtauschen, verweigerte aber schroff und grob die Rückgabe des Geldes, da zufällig kein weiterer Käufer anwesend war. Jetzt wurde ich auch grob und zwar brieflich und siehe da, man schrieb mir, ich könne mein Geld wiederbekommen. So habe ich nur die Laufereien, den Aerger und eine Mark Verlust für den Boten gehabt. Meine Frau ist aber vollständig kuriert!

Und doch hat diese Firma seit langem in einer Straße in Berlin drei Läden, für die sie zusammen monatlich mindestens 500 Mark Miete zahlen muß. Wieviel Dumme müssen ihr also täglich ins Netz laufen?

Wie man aus den obigen Beispielen sieht, kann der Skrupellose bei der nötigen Reklame selbst die wertlosesten Sachen an den Mann oder an die Frau bringen. Dagegen nützt weder ein Gesetz gegen den unlautern Wettbewerb noch der Staatsanwalt, der ja nur bei entsprechenden Anzeigen eingreift, und die Selbsthilfe versagt solange, wie es noch anzeigenhungrige Blätter giebt!

Sozialdemokratische Wahrheits-Kämpfer.

Im „Hamburger Echo" schildert ein „Genosse" seine Erlebnisse als Arbeiter in Windhuk (Deutsch Südost-Afrika) wie folgt: „Wohl mögen 120 Mark mit Kost oder 250 Mark ohne Kost pro Monat in Deutschland ein schönes Stück Geld bedeuten, aber hier in Windhuk kommt die Fristung eines halbwegs menschenwürdigen Daseins auf 7 Mark täglich. Eine Flasche Bier kostet 2 Mark, ein Paar Schuhe kommen auf 20 Mark, eine schlechte Zigarre kostet 0,50 Mark, ein Schnaps 1 Mark, ein schlechter Anzug, für den man in Deutschland 15 Mark bezahlt, ist hier nicht unter 50 bis 70 Mark zu haben. Auch im übrigen ist der Aufenthalt hier wenig verlockend. Ueberall nur Sand, Steine und Dornensträucher, und die Rinderpest verteuert das Fleisch immer mehr. Auf einen Zivilisten kommen drei Offiziere und Soldaten, das übrige sind

Missionare, welche mit Schwarzen handeln (!). Die Hafenbau- und Bahnarbeiter wohnen zu vier bis zwölf Mann in einem Zimmer, was inanbetracht der herrschenden Hitze auch nichts Angenehmes bedeutet. Bei geringen Vergehn werden gleich 10 bis 60 Mark vom Monatslohn abgezogen usw."

Daß die Lebenshaltung in Südwestafrika bedeutend teurer ist als hier, ist allgemein bekannt. Dennoch aber kann ein Arbeiter mit 250 Mark monatlich ein mehr als halbwegs menschenwürdiges Dasein führen. Daß die Angaben des Briefschreibers durchaus unzuverlässig sind und die Verhältnisse tendenziös entstellen, ist leicht nachzuweisen. Unter den 4635 Weißen im Schutzgebiet befinden sich 858 Beamte und Soldaten, also nicht einmal ein Fünftel. Daß die Missionare mit Schwarzen handeln, ist die neueste Entdeckung, über die die Reichsregierung sicher gern nähere Nachrichten von dem Gewährsmann des „Hamburger Echo" erhalten möchte. Je unwahrscheinlicher die Angaben der „Genossen" sind, desto leichter finden sie allerdings Glauben bei der Umsturzpresse. Das geht klar auch aus folgendem Beispiel hervor.

Der gesamte sozialdemokratische Blätterwald brachte vor einigen Wochen übereinstimmend nachstehende Auslassungen, die wir in Nr. 162 der Stuttgarter „Tagewacht" fanden:

„Die Zahnbürste ein Luxus. Manche meinen, die Zollkommission sei, da der Zolltarif ohnedies nie Gesetz werden würde, eine vollkommen überflüssige Institution. Der konservative Abgeordnete Rettich hat den Beweis geliefert, daß auch diese aussichtslosen Beratungen durchaus nicht unfruchtbar sein müßten, denn er hat der Welt ein Bonmot geliefert, dessen nationalökonomische, kulturhistorische und sonstige Bedeutung nicht unterschätzt werden kann. Dr. Müller (Sagan) verlangte eine Herabsetzung des von der Vorlage verlangten Zolles auf Zahn- und Nagelbürsten, aber Herr Rettich fertigte diesen Antrag einfach mit der Bemerkung ab, Zahnbürsten seien ein Luxus und könnten sehr wohl einen höhern Zoll vertragen. Man kann, wie gesagt, im Zweifel sein, ob die Beratungen der Zollkommission und die an sie gezahlten Diäten ein Luxus sind oder nicht. Aber daß Zahnbürsten ein Luxus sind ,ist ein am Anfang des 20. Jahrhunderts' unzweifelhafter Ausspruch."

Thatsächlich handelte es sich um „französische Zahnbürsten", auf die Abg. Rettich als einen Luxus-Artikel hohen Zoll gelegt wissen wollte. Um den „Genossen" die Sache mundgerecht zu machen, unterschlugen die „Obergenossen" in Stuttgart, Dresden (Sächs. Arbeiterztg.) usw. also das Wort „französische" und hielten es, entprechend ihrem Leitspruche „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", selbstverständlich auch nicht für angebracht, eine Berichtigung zu bringen.

Schwerer ist die Unwahrhaftigkeit schon in folgendem Falle zu erkennen, umso niederträchtiger ist sie aber auch. Die „Sächsische Arbeiterzeitung" benutzte in Nr. 163 vom 18. Juli den Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer Plauen (Vogtl.) dazu, um nachzuweisen, daß „um des Wohlergehns einiger Kapitalisten halber Tausende und aber Tausende in Not und Elend gestürzt werden". Dem Bericht der genannten Handelskammer ist nämlich ein Verzeichnis der Aktiengesellschaften des Bezirkes angefügt, das unter anderm auch über den Reingewinn für 1900/1901 Aufschluß giebt. Die „Sächsische Arbeiterzeitung" giebt nun daraus nachstehende Ziffern bekannt:

„Bei 53 Aktiengesellschaften betrug nämlich der Reingewinn 7 598 140 Mark gegen 5 285 583 Mark im Vorjahre. Also eine Steigerung des Profits um $2^{1}/_{3}$ Millionen Mark. Man sieht, das Unternehmertum stiehl in schlechten Zeiten schon zu, wo es bleibt! Auch wiederholt sich dasselbe Lied: die Arbeiterlöhne sinken und werden oft wucherisch reduziert und die Dividenden steigen."

Nach Ausweis der Tabelle des Handelskammerberichtes Plauen betrug der Reingewinn von 53 Aktiengesellschaften im Jahre 1900 nun aber 7 598 140 Mark, im Jahre 1901 dagegen nur 5 285 683 Mark; der Gewinn der Unternehmer ist also nicht gestiegen, sondern um die $2^{1}/_{3}$ Millionen Mark gefallen, die die „Arbeiterzeitung" keck als Gewinn herausrechnet.

Nachdem so das Blatt das Gesamt-Ergebnis gefälscht hat, fälscht es auch die Einzelheiten. Es spricht empört von „einigen Beispielen, die gradezu aufreizend wirken" und schreibt dann weiter:

„Während in der Eisen-Industrie die Löhne ganz erheblich gekürzt wurden, stieg der Reingewinn der Königin-Marienhütte (trotz Arbeiter-Entlassungen und Betriebs-Einschränkungen) von 379 507 Mark auf 750 0?4 Mark also um das Doppelte!"

Auch diese Behauptung ist eine Fälschung. In Wahrheit nennt die Tabelle für die Königin-Marienhütte ganz andre Ziffern. Der Reingewinn betrug im Jahre 1900 379 507 Mark, während im Jahre 1901 sich ein Verlust von 750 004 Mark ergab. Der Reingewinn in Prozenten des eingezahlten Aktienkapitals war 1900: 6,32, 1901: Verlust 12,50, der Betrag der verteilten Dividende 1900: 330 000, 1900 nichts.

Zur Abwechslung, oder zum Beweis, daß sie richtig lesen kann, wenn sie will, bringt die „Arbeiterzeitung" auch einige Ziffern, stellt aber bei der Werdauer Strickgarnspinnerei die Zahlen wieder um; der Reingewinn dieser Gesellschaft stieg nicht, wie behauptet wird, sondern fiel von 31 529 Mark im Jahre 1900 auf einen Verlust von 82 231 Mark im Jahre 1901.

Bei den Aktiengesellschaften Deutsche Wollentfettung und Sächsische Kunstweberei Claviez-Adorf verwandelt das sozialdemokratische Blatt sogar die Verluste von 1900 und 1901 flugs in hohe Riesengewinne. Dabei hatte die Deutsche Wollentfettung im Jahre 1900 62 978, im Jahre 1901 257 440 Mark Verlust gleich 22,88 v. H. des Aktienkapitals. Claviez schloß 1900 mit 162 196 und 1901 mit 450 045 Verlust ab, gleich 18,56 v. H. des angelegten Kapitals.

Dieselbe „Geschicklichkeit" im Verdrehn von Thatsachen hat man im Umsturzlager auch bei den sogenannten „Hunnenbriefen" bewiesen. Mit solchen Briefen über angebliche Grausamkeiten der deutschen Soldaten gegen die „armen" Chinesen wartete nicht nur der „Obergenosse" Bebel im Reichstage auf, sondern auch die sozialdemokratische Presse in allen Landesteilen. Herrn Bebel wurde nachgewiesen, daß er — wie schon so oft — mindestens unbewußt die Unwahrheit gesagt hatte. Zur Verantwortung konnte man ihn leider nicht ziehn, da er sich wohl hütete, seine Schimpfereien auf die Armee außerhalb des Parlaments zu wiederholen. Das überließ er den kleinern Kulis, die für ein paar Groschen als „verantwortliche Redaktöre" zeichnen. Eine große Anzahl fiel denn auch für den Abdruck solcher „Hunnenbriefe" mit zumteil hohen Strafen hinein, so z. B. die Redaktöre John und Schmidt vom „Vorwärts", die sieben und sechs Monate Gefängnis erhielten. Am 25. Juli traten sie ihre Strafe in Plötzensee an, wozu der „Vorwärts" sich nachstehende Bemerkungen erlaubte:

„Das bürgerliche Rechtsbewußtsein ist völlig erloschen. Nirgends hat sich in der bürgerlichen Presse eine Stimme der Kritik über diese Justiz hervorgewagt. Im Gegenteil, man hörte hundertfältig die elende Lüge: Nun sei der Schwindel der Hunnenbriefe festgestellt. Ja, wenn solche Urteile in Frankreich gefällt worden wären — die Spezialtelegramme der Entrüstung wären geströmt! Der preußische Kriegsminister kann nun die Bilanz des Chinafeldzugs ziehn: eine viertel Milliarde Kosten, einige Einbußen an deutschen Soldaten, weithin verwüstete Dörfer, zu Tausenden gefallne Chinesen, furchtbare Massenhinrichtungen, — das sind die Hauptposten des Verlustes. Und der Gewinn? In Sanssouci die astronomischen Instrumente und in Plötzensee ein paar ‚Vorwärts'-Redaktöre! Von unsern beiden Genossen aber hoffen wir, daß sie die Leidenszeit gesundheitlich nicht allzu stark beeinträchtigen werde, und daß sie das Asyl für Wahrheitskämpfer mit der ungebeugten Entschlossenheit verlassen mögen, auch förderhin gegen jegliches Hunnentum aufzustehn, in welcher Form es sich immer zeige."

Also „Wahrheitskämpfer" sind in den Augen der sozialdemokratischen Parteileitung — denn der „Vorwärts" gehört jetzt dem „Obergenossen" Singer, der zugleich Chef der Parteileitung ist — die wegen Verbreitung gefälschter Briefe bestraften „Genossen"! Das giebt einen schönen Ausblick auf den Zukunftsstaat!

Von den Aussichten des Zionismus ist in einem Artikel des englischen Blattes „Jewish World" („Jüdische Welt") die Rede. Bekanntlich war Dr. Theodor Herzl, der

Führer der Zionisten, kürzlich in Konstantinopel. Angeblich hatte er sich dorthin begeben „in Verfolg einer telegraphischen Einladung des Sultans, dessen Gast er während seines Besuches war“. Ueber den Erfolg seiner Reise weiß das genannte Blatt folgendes zu berichten:

„Die Pforte wünschte das Programm der Zionisten genau kennen zu lernen. Bei seinen frühern Besuchen war Dr. Herzl von dem Sultan empfangen worden, bei dieser Gelegenheit fanden regelmäßige Konferenzen mit hochgestellten Regierungsbeamten statt. Türkischerseits nahen daran teil der Großwesir Said Pascha, der erste Sekretär des Sultans Tachsin Bey, der Oberzeremonienmeister und Dragoman des kaiserlichen Divan Ibrahim Bey und der Kämmerer des Sultans Aarifi Bey. Dr. Herzl pflog im Jildis Kiosk auch tägliche Unterhaltungen mit andern Vertretern des Sultans. Schließlich verfaßte er in französischer Sprache mehre Artikel über seine Anschauungen und Ideen, die ins Türkische übersetzt und unverzüglich dem Sultan unterbreitet wurden. In denselben erläuterte Dr. Herzl den Standpunkt der Zionisten und formulierte die Bedingungen einer jüdischen Ansiedlung in einem Teile Palästinas und anderwärts in Kleinasien auf der Grundlage eines großherrlichen Freibriefes. Nach reiflicher Erwägung dieser Vorschläge ließ der Sultan durch seine Vertreter in erster Reihe seine tiefe Sympathie für das jüdische Volk ausdrücken. Die Zugeständnisse, die er für eine jüdische Ansiedlung zu machen bereit war, wurden indessen nicht als den Zielen der Führer der Zionistenbewegung völlig entsprechend erachtet. Mithin wurden keine endgiltigen Ergebnisse erzielt, aber Dr. Herzl giebt sich der sanguinischen Hoffnung hin, daß die türkische Regierung in nicht ferner Zukunft die Vorteile begreifen werde, die ihrem Reiche aus einer jüdischen Ansiedlung auf der Basis des Zionistenprogramms erwachsen würden.“

Hoffen also auch wir das Beste!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der „Verein Deutscher Handels- und Privat-Angestellten in Brünn“ beabsichtigt ein „Deutsches kaufmännisches Heim“ zu errichten. Es soll einen Sammelpunkt aller deutschen Handels- und Privat-Angestellten bilden, ihre wirtschaftlichen und geistigen Bestrebungen fördern und einen deutschen Nachwuchs im Kaufmannsstande sichern helfen. Das Heim soll also allen deutschen Angestellten eine Erziehungsstätte werden, in der ihren wirtschaftlichen, nationalen und geistigen Interessen Rechnung getragen wird. Außerdem wird in dem Heime unter fachmännischer Anleitung eine kostenlose Stellenvermittlung betrieben werden, deren Hauptaufgabe es sein soll, dem deutschen Kaufmann tüchtige deutsche Hilfskräfte nachzuweisen. Zur Förderung der kaufmännischen und wissenschaftlichen Ausbildung der jungen Kaufleute sind mehre Sprach- und Fachkurse, eine Schreibmaschinenschule nebst einer reichhaltigen Bücherei und andre Unternehmungen in Aussicht genommen. Eine Unterstützungskasse für stellenlose Mitglieder soll ebenfalls in dem Heime untergebracht werden, um so auch in dieser Beziehung Segensreiches im Interesse der Allgemeinheit zu schaffen. Die Errichtung des Heimes erfordert aber Geldmittel, die bisher leider nicht aufgebracht werden konnten. Der Verein wendet sich daher an alle deutschen Volksgenossen mit der Bitte, ihn in seiner mühevollen Arbeit durch Zuwendung von Geldspenden zu unterstützen. Jeder und der kleinste Betrag ist herzlich willkommen. —

Ueber die Los von Rom-Bewegung in den deutschen Gemeinden Böhmens im zweiten Vierteljahr 1902 werden folgende Zahlen veröffentlicht. Es traten über zum Protestantismus in Aussig 67, Eger 5, Gablonz 45, Görkau 12, Grulich 17, Haber 23, Hermannseifen 12, Karlsbad 31, Komotau 44, Pilsen 26, Prag 13, Reichenberg 66, Rosendorf 1, Rumburg 7, Teplitz 141, Trautenau 1. Zusammen 511 Uebertritte. —

Einen großen Skandal gab es vergangnen Sonntag in Erlau. Anläßlich des dortigen Landesfeuerwehrtages waren die Kronstädter Feuerwehrmänner mit Abzeichen versehn, die die deutsche Aufschrift „Freiwillige Feuerwehr — Kronstadt“ trugen. Diese Abzeichen wurden ihnen von den Röcken herabgerissen, wobei es zu Tumulten kam, denen erst das Einschreiten der Erlauer Feuerwehr ein Ende bereitete.

Rußland. In einem Berichte der Universität Moskau wird betont, daß die Kenntnis des Deutschen unbedingt auf allen höhern Schulen zu fordern ist, vor der französischen oder englischen Sprache. Wörtlich heißt es dann: „Bei jeder wissenschaftlichen Arbeit auf jedem Gebiete ist die Kenntnis der deutschen Sprache sehr wichtig, da einerseits bei der hohen Entwicklungsstufe der Wissenschaft in Deutschland die deutsche Litteratur sehr reichhaltig ist und andrerseits jedes hervorragende Buch, in welcher Sprache es auch erschienen sein mag, sofort ins Deutsche übersetzt wird.“ — Mit dieser Haltung des Senats stimmt es auch überein, wenn für das Lehrjahr 1899 bis 1900 die rund 200 Universitätslehrer 1548 Lehrbücher empfehlen, von denen 53 v. H. in russischer Sprache, 46 v. H. in den neuen und 1 v. H. in den alten Sprachen abgefaßt sind. Die Zahl der in den neuen Sprachen empfohlnen Bücher beträgt 703; von diesen sind 66 v. H. deutsch, 27 v. H. französisch und 7 v. H. englisch geschrieben.

Rumänien. Von der Juden-Auswandrung ist es trotz aller Umtriebe ganz still geworden, und es hat allen Anschein, als ob die rumänischen Juden sich die Sache überlegt hätten und nunmehr durchaus nicht die geringste Lust empfänden, sich von den fetten Fleischtöpfen Rumäniens zu trennen. Wenn das Judentum darauf gerechnet hat, dem gegenwärtigen Ministerium durch die Aufwerfung der Judenfrage Schwierigkeiten zu bereiten, hat es sich getäuscht. An der Judenfrage wird kein Kabinett in Rumänien Schiffbruch leiden, da es keine einzige regierungsfähige Partei giebt, die an den Bestimmungen der Verfassung, wodurch den Juden die politischen Rechte und das Recht zum Grundbesitzerwerbe vorenthalten werden, rütteln möchte. König Karl kennt zu gut die Stimmung des Landes, als daß er das Ministerium Sturdza deshalb entlassen möchte, weil es den Juden gegenüber eine abwehrende Haltung einnimmt. Es ist Thatsache, daß die rumänische Nation durch und durch antisemitisch gesinnt ist, und daß auch die Rumänen in Ungarn und Siebenbürgen von der tiefsten Abneigung gegen die Juden erfüllt sind, zumal diese nicht wenig dazu beitragen, den madjarischen Chauvinismus zu einer feindseligen Haltung gegen das rumänische Element aufzustacheln.

Nordamerika. Ein Blitz schlug neulich in die Umzäunung des Heine-Denkmals ein, das in Europa keine bleibende Stäte finden konnte und nun weit draußen in einer noch unbewohnten Gegend von Morrisania bei Newyork steht und Tag und Nacht von einem Polizisten bewacht wird. Bliebe es unbewacht, so würde es bald zerstört werden. Das wenigstens befürchtet man. Bei dem Denkmal steht eine Eiche, an der der Drahtzaun befestigt ist. Der Blitz fuhr in die Eiche und durchlief den ganzen Drahtzaun, der dabei zerschmolz, und fuhr noch einmal in die Eiche hinein. Das Denkmal blieb unversehrt. Die Newyorker „Sun“ meint, der Blitz sei über den Anblick des Denkmals so entsetzt gewesen, daß er sich nach Zerstörung des Zaunes schleunigst aus dem Staube gemacht habe. Dieser Witz ist kennzeichnend für die Meinung, die das Newyorker Publikum von dem Heine-Denkmal hat.

Mosaik.

Makkabäer-Reklame. Eine Reihe von Ansichtspostkarten soll die jüdischen Heldenthaten aus dem Kriege 1870/71 darstellen, wahrscheinlich als Ergänzung zu dem Helden Moses Bier, der noch immer nicht das Eiserne Kreuz hat. Leider haben wir selbst die Erzeugnisse dieser neuesten Industrie noch nicht bewundern können. Wir müssen daher einer Schilderung von andrer Seite das Wort lassen. Und da heißt es: Die Karten sind erschienen im Verlage von J. Kauffmann, Frankfurt (Main) und tragen folgende Unterschriften: 1. „Gefangennahme eines Franktirör-Offiziers durch den Dragoner Louis Lesser aus Berlin.“ 2. „Heldenthat des Juden Hirsch, 1870 die Kanone allein bedienend“. 3. „Die Heldenthat des Juden Haas, 1870 allein eine ganze französische Batterie niederschießend“. Die Bilder sind von aufregender, kriegerischer Naturtreue, namentlich das dritte, wo der Jude Haas zehn Schritte vor den Mündungen einer französischen Batterie steht und alles mit seiner einzigen Flinte zusammenschießt, Franzosen, Pferde und die Kanonen auch noch. Die berühmten chinesischen Kriegsbilderbogen verschwinden dagegen an grausiger Wahrheit. Vorsichtigerweise ist nirgends der Ort genannt, an dem diese Heldenthaten vollbracht sind.

Wenn der Jude schwindelt, so ist er im allgemeinen schlau und vorsichtig; sobald er aber das „Renommieren“ kriegt, dann giebt es für ihn keine Grenze mehr.

Und geht noch eine Zeit ins Land,
Lehrt man auf allen Schulen,
Daß Frankreich Siebzig ward besiegt
Allein von unsern Schmulen.

Der Rolandsbrunnen in Berlin ist am Montag den 25. August im Beisein des Kaiserpaares enthüllt und damit hat die Siegesallee den letzten bildnerischen Schmuck erhalten.

Der Kaiser hielt keine Rede, sondern machte nur gut gelaunte Bemerkungen über das historische Berliner Wappen, worin der Bär nicht aufrecht steht, sondern den heraldischen Adler über sich hat, bekanntlich ein Zeichen, daß die Fürstengewalt der städtischen Gerichtsherrlichkeit ein Ende gemacht hat. Bären anbinden ist auch heute noch eine fürstliche Kunst. Nach

Abschluß der Feier strömte das Publikum heran, um das Bauwerk in der Nähe zu beschauen und zu kritisieren. Besonders thaten sich die jungen Juden aus dem Gymnasium in der Bellevue-Straße dabei hervor. „Lauter Gojim-Namen!“ sagte ein vorlauter Bengel von der „andern Konfession“, auf die am Sockel angebrachten Wappen alter Berliner Geschlechter deutend. „Ja, das Wappen vom kleinen Cohn giebts da nicht zu sehn“ antwortete schlagfertig ein Herr aus dem Publikum.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. „Von jetzt ab ist mein Geschäft an den Sonnabenden wie an den andern Wochentagen geöffnet“, also macht Herr Louis Abraham in Neustettin bekannt. —

Die Mitglieder des k. k. österreichischen Jachtklubs dürfen die österreichische Kriegsflagge führen und so kommt es, daß die Rothschildsche Jacht „Veglia“ dieser Tage in Triest mit dieser Flagge einlief. Eigentlich müßten doch vor Rothschild die Hafenbatterien Salut schießen! —

Bei einer Besprechung des „Falles Löhning“ leistet sich die in Berlin erscheinende „Volkszeitung“ des Herrn Cohn folgenden Satz: „Mit den imponierenden Schönheiten der polnischen Aristokratie, deren universaler Bildung, ihrem thatsächlich vornehmen Air, sowie mit den durchweg (!) hochgebildeten Damen des reichen Judentums können die von der Natur oft sehr stiefmütterlich bedachten Gattinnen von vielen hohen Beamten und Offizieren nicht konkurrieren.“

Ein interessanter Geschäftsmann. Der Chefredaktör der „Weimarischen Zeitung“, Dr. Wachler, erläßt folgende Warnung: Die nationale Presse, insbesondre die uns nahe stehenden Zeitungen und Zeitschriften, machen wir hierdurch öffentlich auf die Geschäftspraxis des Büros des Dr. Max Hirschfeld, Berlin NW (Die Feder), aufmerksam. Mit allen Autoren, die durch das genannte Büro irgendwelche Ansprüche an uns geltend machen, brechen wir unsre Beziehungen auf der Stelle ab. Zur Kennzeichnung des Verfahrens des genannten Büros diene folgende Thatsache: In Nr. 176 der Weimarischen Zeitung druckten wir im Feuilleton den Aufsatz eines unsrer Mitarbeiter aus dem Juliheft der „Deutschen Zeitschrift“ mit genauer Quellenangabe ab. Wie nunmehr der Autor uns mitteilt, bot Dr. Hirschfeld ihm seine Hilfe an, um 50 Mark Honorar für den Nachdruck zu erhalten, ein Anerbieten, von dem unser Mitarbeiter natürlich keinen Gebrauch machte. Daß diese Hilfe nicht umsonst gewährt wird, versteht sich wohl von selbst. Der Humor von der Sache ist nur der, daß die „Deutsche Zeitschrift“ unser Eigentum ist und auf dem Titelblatt der Name des Unterzeichneten als Herausgeber ebenso wie am Kopf der Weimarischen Zeitung steht. Für die Leitung der Weimarischen Zeitung, der Deutschen Zeitschrift (Berlin), des Spielmanns (Berlin) Dr. Wachler. Weimar, 23. August 1902.

Vom Verdingungs-Unwesen. Um die Herstellung der Terrazzofußböden nebst Schlackenbeton für die chirurgische und medizinische Abteilung des städtischen Krankenhauses am Spandauerberge bei Berlin bewarben sich dreizehn Fabrikanten. Die Mindestforderung beträgt 52582 und die Höchstforderung 106869 Mark. —

Die hessische Regierung hat durch einen Erlaß an die Kreisämter bestimmt, daß eine eingehendere Prüfung der Angebote erfolgen soll, wenn bei öffentlichen Ausschreibungen die Abbietungen der Bewerber 20 v. H. der veranschlagten Summe erreichen. —

29400 Kubikmeter Erd- und Felsmassen zur Erweiterung des Bahnhofs Lüdenscheid will der Mindestfordernde (A. Wolfslast, Elberfeld) für 28658 Mark in Bewegung setzen, während die höchste Forderung (Fischer und Weise, Magdeburg) sich auf 198400 Mark beläuft. —

In Barmen haben die Stadtverordneten beschlossen, daß die niedrigste Forderung bei der Zuschlagserteilung als solche nicht unbedingt zu berücksichtigen ist, namentlich dann nicht, wenn sie einen unverhältnismäßigen Abstand von den übrigen Angeboten zeigt. Ausgeschlossen sollen solche Angebote werden, deren Preisforderungen im offenbaren Mißverhältnis zur Arbeit stehn oder Merkmale ungenügender Erfahrung und Sachkenntnis oder unlautern Wettbewerbs tragen, sowie auch solche Angebote, die keine Sicherheit für die tüchtige und pünktliche Ausführung bieten.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 28. August 1902. Nr. 732.

„Vom Deutschtum im Auslande"

weiß in der „Täglichen Rundschau" der Kurländer Baron Bunet in anschaulicher Weise zu berichten. Er schreibt zum Beispiel in seinen „Kreuz- und Querzüge" durch Südamerika:

„Als ich abends in das Hotel zurückkehre finde ich vor einem Hause einen Mann sitzen von so urgermanischem Kleinstädter Bürgertypus, daß ich ihn sofort deutsch anspreche. Natürlich ein Landsmann, seit 35 Jahren in Venezuela, seit 15 Jahren in Carupano, ein Uhrmacher, mit einer Eingebornen verheiratet und einem halben Dutzend Kinder, die aber kein Wort Deutsch verstehn — ein böses Zeichen, das man überall antrifft und ein Hinweis, wieviel deutsches Blut durch diesen gänzlichen Mangel an Rassenstolz dem deutschen Vaterlande entzogen wird. Seien wir aufrichtig und gestehn wir uns selbst doch ein, daß es mit dem deutschen Nationalbewußtsein noch immer recht mangelhaft bestellt ist. Wo mich noch mein Weg hingeführt hat, nach dem Orient, nach Indien, China, Afrika, überall habe ich dieselbe Bemerkung verzeichnet, daß keine einzige Rasse oder Nation so wenig tiefer gewurzeltes Rasse-Empfinden hat, als die deutsche. Erst gefällt sich der deutsche Einwandrer darin, seine Sprache so rasch als nur möglich zu vergessen, lange noch ehe er die neue erlernt hat, dann wird eine Eingeborne geheiratet, die Kinder sprechen schon kein Deutsch mehr und nur, wenn irgendein Festtag Gelegenheit bietet, mehr Bier zu trinken als gewöhnlich, so wird das Deutschtum herausgekehrt und mit oft recht hohlen Phrasen breitgeklopft. Während der Russe kolonisiert, indem er die unterworfnen Völker zwingt, sich zu russifizieren (was ja für diese kein großes Glück sein mag), der Engländer hingegen jedweder Vermischung mit andern Völkern vorbeugt, benimmt sich der deutsche Kolonist überall als unterthäniger Knecht und betrachtet es als eine Gnade, als Kolonist aufgenommen zu werden, wo doch jedes Land sich glücklich schätzen sollte, so fleißige und geschickte Einwandrer zu bekommen. Ach! Sie wirkt noch lange lange Jahre hier im Auslande nach, jene Zuchtrute der Tyrannen im Duodezformat, und noch der größte Teil der Deutschen läuft hier mit demütig gekrümmten Rückgrat umher . . .

Diese Bemerkungen so nebenbei, es regt sich eben manchmal die Galle! . . ."

Ach ja! Leider regt sich die Galle auch bei vielen Vorkommnissen, die man im alten Europa beobachten muß. — Die edeln Ungarn haben bekanntlich vor kurzem den drolligen Versuch gemacht, unsern Dichter Lenau (Nikolaus Niembsch, Edler von Strehlenau) für sich in Anspruch zu nehmen und eine Gedächtnisfeier zu seinem hundertsten Geburtstage veranstaltet.

Deutsche Litteraturkreise haben sich zum Schmerz der Madjaren erfreulicherweise an der Csatader Komödie nicht beteiligt. Nur der freisinnige Barde Albert Träger hat sich der madjarischen Methode, Lenau zu feiern, durch ein Gedicht angeschlossen, das in der „Temesvarer Zeitung", einem Regierungsblatte, abgedruckt wurde und dessen letzte Strophe lautet:

> Zu Wonne und Schmerz, in Leid und Lust,
> Noch zu den schwärzesten Tagen
> Hat in des edlen Madjaren Brust
> Ein deutsches Herz geschlagen.

Herr Albert Träger scheint auf dem Gebiete deutscher Litteraturgeschichte lediglich seiner eignen Biographie einige Aufmerksamkeit zu schenken. Sonst hätte ihm nicht entgehn können, daß der „edle Madjar" Lenau väterlicherseits einer schlesischen Familie entstammt, seine Mutter gleichfalls eine Deutsche war und er selbst überhaupt nicht madjarisch konnte!

> Uebrigens ist Herr Träger unter den Dichtern,
> Was der Hinterkopf unter den Gesichtern.

Jüdischer Viehwucher.

Der „Rheinische Bauer" bringt nachstehenden Brief aus einem niederrheinischen Orte zum Abdruck: „Sie würden der Bauernsache einen Dienst erweisen, wenn Sie im ‚Rhein. Bauer' häufiger auf das Unwesen der sogenannten Haltekühe hinweisen. Zur Orientierung möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Händler (jüdische) stallen bei sogenannten kleinen Leuten frische Kühe, die aber durch den Transport aus Ostpreußen, Holstein, Dänemark usw. heruntergekommen sind, unter der Bedingung ein, daß die Kuh dem Händler bleibt; für die Fütterung beziehn die Leute die Milch. Nach 2 bis 3 Monaten, wenn die Kuh herausgefüttert ist, nimmt der Händler die Kuh zurück, gibt dann wieder eine frische schlechte in den Stall, bis diese dann auch herausgefüttert ist usw. Die Kuh, die eingestallt wird, hat in der schlechten Verfassung, in der sie sich befindet, einen Wert von 60 bis 70 Thaler. Nach zwei Monaten holt der Jude die Kuh zurück und kann sie jetzt zu 100 Thaler verkaufen. Er hat also durch die Fütterung und Arbeit des kleinen Mannes, ohne selbst einen Finger zu rühren, in ungefähr drei Monaten bis 30 Thaler verdient. Daß Leute, die in dieser Weise für die Juden arbeiten, unmöglich vorwärts kommen können, liegt klar auf der Hand. Ich befürchte, daß dieses Uebel weiter verbreitet ist, als man im allgemeinen glaubt. Bei einem Bauern, der ungefähr 7 Kühe hält, ist alles Vieh nur Haltevieh. Die Leute sagen nicht, ob das Vieh dem Juden gehört oder nicht; sie lassen sich dadurch bestechen, daß sie dem Anscheine nach ohne Auslagen Kühe im Stalle haben. Gesetzlich kann gegen einen solchen Händler nicht vorgegangen werden."

Der „Rheinische Bauer" bemerkt dazu: „Wir teilen vorstehendes mit, damit diesem allerschlimmsten Wucher, den wir heutzutage für ganz unmöglich gehalten hätten, schleunigst ein Ende bereitet werde. Eine Kuh, die in drei Monaten von 70 Thaler auf 100 Thaler herausgefüttert wird, bringt dem Juden einen Gewinn von 175 v. H. das Jahr. Das ist ein Wucher, der zum Himmel schreit. Ist denn keine Spar- und Darlehnskasse in dem Orte, die den Leuten das Geld zum Ankaufe von Vieh leiht, und sie vor der jüdischen Aussaugung schützt? In diesem Falle müßte schleunigst mit der Gründung einer solchen Kasse vorgegangen werden. Es bedarf nur einer Mitteilung an den Rheinischen Bauern-Verein, der gerne einen Beamten zur Gründung der Kasse herüberschickt. Dem betreffenden Ortsverbande entstehn dadurch keinerlei Kosten. Wir richten an alle Mitglieder die Bitte, da, wo der Viehhandel in der Hand jüdischer Händler liegt, auf derartige Praktiken ein

wachsames Auge zu haben und durch geeignete Gegenmaßregeln, wie es die Gründung oder Verbreitung einer Spar- und Darlehnskasse ist, solche Geschäftskniffe schleunigst abzustellen."

Merkwürdige Vorgänge in Konitz

sind zu unsrer Kenntnis gekommen. Vor einiger Zeit war gegen den beliebten und hochgeachteten Stadtrat Stockebrand, der allerdings wegen seiner regen Thätigkeit zur Aufklärung des Winterschen Mordes gewissen Leuten sehr unbequem geworden war, eine anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Meineides eingelaufen. Nachdem die Angelegenheit ihren vorschriftsmäßigen Gang genommen hatte, ist sie vor wenigen Tagen durch Einstellung des Ermittlungs-Verfahrens beendigt worden. Man hat in Konitz allgemein die Meinung, daß die schmähliche Denunziation lediglich den Zweck verfolgte, die Wiederwahl Herrn Stockebrands zum Stadtrat, bezw. seine Bestätigung zu hintertreiben. Dies mußte zum Verständnis des Folgenden vorausgeschickt werden.

Am 15. August fand eine Stadtverordneten-Sitzung statt, nach deren Beendigung sich einige Stadträte und Stadtverordnete ins Hotel Priebe begaben. Etwa gegen 10 Uhr abends, als nur noch eine kleine Anzahl der Herren beisammen war, führte, ohne irgendwie dazu gereizt zu sein, der ebenfalls anwesende Bürgermeister Deditius einen Streit mit dem Herrn Stockebrand über den eingangs erwähnten Vorfall herbei und vergaß sich dabei soweit, daß er gröbliche Beschimpfungen nicht nur gegen Herrn Stockebrand, sondern gegen das ganze Magistratskollegium ausstieß.

Er verstieg sich zu folgenden wörtlichen Schimpfreden: „Die Magistratsmitglieder sind Lumpen und Schweinehunde; es sind miserable Kerls; mit solcher Schweinebande muß man hier arbeiten."

Natürlich hat der Vorgang nicht nur die direkt Beschimpften, sondern die ganze Bürgerschaft aufs äußerste erregt und es scheint ganz ausgeschlossen, daß Herr Deditius noch länger in Konitz Bürgermeister bleiben kann.

Wie verlautet, haben die Beschimpften sich beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten von Jagow gewendet und erklärt, daß sie unter den obwaltenden Umständen an keiner Magistratssitzung teilnehmen könnten, bei der Deditius den Vorsitz führe. Sie bäten daher, den Herrn Beigeordneten mit der Vertretung zu beauftragen.

Die Angelegenheit wird auch den preußischen Landtag beschäftigen. — Unsre Leser wissen, welche Rolle jener Herr Deditius während der Untersuchungen wegen des grauenvollen Mordes in Konitz spielte.

Israel im Bade. Es ist eine weitbekannte Thatsache, daß der schöne Thüringer Luftkurort Oberhof von Sommer zu Sommer mehr und mehr von orientalischen Protzengestalten heimgesucht wird. Das Dorado der Juden daselbst ist das Kurhaus. Die Meinung der meisten christlich-deutschen Besucher Oberhofs dürfte wohl jener Sommerfrischler unverblümt zum Ausdruck gebracht haben, der an das Fremdenkomitee eine Ansichtspostkarte sandte, die seit mehren Tagen im Geschäftszimmer des Fremdenkomitees offen zur Einsichtnahme ausliegt. Die Postkarte zeigt das wohlgelungne Bild des „Herrn Chefs", entnommen einer bei A. Baaich in Plauen (Vgtl.) erschienenen Serie von Juden-Ansichtspostkarten. Die Zuschrift lautet: „Laut Saisonkarte soll man Wünsche äußern; erlaube mir daher, darauf aufmerksam zu machen, daß Oberhof und Umgegend sehr schön ist, aber für Christen der Aufenthalt leider durch das freche Berliner Judentum sehr verleidet wird. Man sieht nur Gestalten, wie Figura zeigt. Wenn Sie da nicht Gegenmaßregeln treffen, ist Oberhof in zwei Jahren verjeudet. Ein Sommerfrischler."

Also Oberhof, du bist gewarnt. —

Aus der Kurliste von Gossensaß am Brenner hat jemand die duftigsten Blüten zu folgendem Strauße zusammengebunden: Hirsch, Krebs, Löw, Löwy, Ziegenhorn, Rauchfuß, Rosenthal, Rosenbüsch, Rosenberg, Mandelbaum, Blumenthal, Einstein, Gold, Korngold, Goldenring, Steinfeld, Gelber, Morgenstern, Afriel, Kahn, Kohn, Gitz, Kreis, Fleisch, Jaffe, Spitzer, Taussig, Weisz, Weißhut, Schlesinger, Wechselmann, Heymann, Heinemann, Friedländer, Bamberger, Rappaport, Philippsohn, Abeles und Zitterbart! — O du reine Alpenluft! —

Das Prager Blatt „Politik" läßt sich aus Bad Heringsdorf schreiben: „In unserm schönen Seebade, dem Ostend des Nordens, suchen Jahr für Jahr zahlreiche Prager Familien Erholung und neue Kraft, und nennt man nicht mit Unrecht Heringsdorf eine Vorstadt Prags. Gegen Abend, wenn sich auf der herrlichen Strandpromenade ein glanzvolles Leben entfaltet, glaubt man mitunter in einer vornehmen Baumgartenpartie sich zu befinden, so viel böhmisch (tschechisch) hört man ringsum sprechen. Da der Reichsdeutsche allem Fremden gegenüber sehr zuvorkommend ist, so benützen auch die anwesenden Prager Deutschen die angenehme Gelegenheit, sich interessant zu machen, und verwerten ihre Kenntnis der böhmischen (tschechischen) Sprache mit besonderm Nachdrucke. So kommt es, daß in dem fashionablen Heringsdorf neben dem Deutschen beinahe ausschließlich die böhmische (tschechische) Sprache in Gesellschaft vernommen wird."

Wer diese „Gesellschaft" bildet, ist ohne weiters klar; Heringsdorf heißt nicht umsonst „Judenschwemme". —

In Bad Kissingen entdeckte die Polizei bei der Leibes-Untersuchung zweier jüdischer Schnorrer aus Posen, die wegen Bettelns — behufs Befreiung des Kuraufenthalts — zu einer zweitägigen Haftstrafe verurteilt wurden, außer verschiednen Insekten, in den Fußlappen je einen Betrag von über 200 Mark.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden.

Die für diesen Monat in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist auf Sonntag, den 5. Oktober, verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bis längstens den 30. September bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Für das Herzogtum Braunschweig und die benachbarten preußischen Kreise soll am 28. September in Braunschweig eine allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung stattfinden, die hauptsächlich mit der Umgestaltung und Erweiterung des Werbegebiets des Deutschsozialen Vereins für Braunschweig sich beschäftigen soll.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Der Deutschsoziale Verein Berlin hält an jedem ersten Freitag im Monat eine geschäftliche Sitzung im Wirtshause Schönhauser Allee 173 ab. Die nächste derartige Zusammenkunft findet am 5. September statt. Gäste sind stets willkommen. Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt stets entgegen der Vereins-Schriftführer, Herr Kaufmann P. Süßmuth, Brunnenstr. 152.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in **Freiburg** (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in **Goslar** jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;
in **Halberstadt** jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Knustmannschen Gasthofe;
in **Halle** (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in **Hannover** (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in **Kassel** jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in **Krefeld** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in **Kuxhaven** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in **Mannheim** jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in **Münster** (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;
in **Nordhausen** am 29. August in den „Drei Linden“; am 5. September bei Krug (Aktienbrauerei);
in **Weimar** jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

•

Aus der Reformpartei. Der Parteitag soll am 14. und 15. September in Eisenach abgehalten werden. Berichterstatter sind die Herren Zimmermann (Dresden), Abg. Lotze, B. Blobel (Wilmersdorf) und Schriftleiter Herrlein (Dresden). — Abg. Ahlwardt hat für die nächsten Wahlen in öffentlicher Versammlung auf den jetzt von ihm vertretenen Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde verzichtet. Auf seinen Vorschlag stellte man Herrn W. Bruhn (Berlin) auf, mit dessen Unterstützung dafür Abg. Ahlwardt im Wahlkreise Neustettin zum antisemitischen Kandidaten ernannt wurde.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wie die Juden bevorzugt werden und unsre Feiertage entheiligen. Die Konfektionsfirma Landau und Bandmann zu Berlin hatte angeblich am 7 Mai einen dringenden Auftrag bekommen, den sie unter Zuhilfenahme des darauffolgenden Himmelfahrtstages ausführen wollte. Aus diesem Grunde beantragte Landau am Vormittage des 7. Mai bei der zuständigen Polizeistelle die Genehmigung zur Beschäftigung des Arbeitspersonals am Himmelfahrtstage. Da ihm eine derartige Genehmigung schon wiederholt erteilt worden war, so nahm er an, daß sie ihm auch im vorliegenden Falle nicht versagt werden würde. Ohne daher die Entscheidung abzuwarten, traf er alle Vorbereitungen zur Arbeit am Himmelfahrtstage, bestellte die Arbeiter und ging seinen Geschäften nach. Am Nachmittage des 7. Mai traf nun ein ablehnender Bescheid von der Polizei ein. Da Landau abwesend war, gelangte der Bescheid in die Hände des Bandmann. Dieser kümmerte sich indes nicht um die Meinung des Polizei-Präsidenten, sondern ließ am Himmelfahrtstage die Arbeit morgens 8 Uhr ruhig aufnehmen, bis sie um $9^1/_2$ Uhr auf polizeilichen Befehl wieder eingestellt werden mußte. Die beiden Geschäfts-Inhaber erhielten deshalb eine Polizeistrafe von je 60 Mark, gegen die sie noch Einspruch zu erheben wagten. Selbstverständlich beließ es das Schöffengericht bei dem Strafbefehl. Was nützt uns das Gesetz über die Sonntagsruhe, wenn es solchen Firmen wiederholt gestattet wird, an christlichen Feiertagen arbeiten zu lassen?

Ein Talentvoller. Der Handelsmann Josef (Siegfried) Spielmann aus Straßburg, geboren 1869, der sich auch Siegfried Salmer, Salomon Siegfried, Josef Eschbach nennt, wird beschuldigt, in letzter Zeit in Deutschland umhergezogen zu sein und durch falsche Vorspiegelungen jüdische Gemeinden und Wohlthätigkeits-Vereine betrogen zu haben. Der Schwindler erklärte, er sei Bur, habe in Transvaal den Krieg mitgemacht und trage derzeit noch einen Verband, seine Familie sei „durch einen schrecklichen Tod“ umgekommen, er sei der Dr. phil. Salmer aus Johannesburg und Elektrotechniker und in diesem Beruf verunglückt. Alle diese Angaben unterstützte er durch Vorweisung gefälschter Papiere. Jetzt sucht ihn die Staatsanwaltschaft. Wir empfehlen diesen Makkabäer der Firma J. Kauffmann in Frankfurt (Main) zur Anfertigung von Ansichtskarten. (Vergl. unter „Mosaik“ im Hauptblatte).

Vom Mädchenhandel. Anfang Juni traf Abram Finkelblech aus Warschau in Lodz ein, wo er im Hause Nr. 14 an der Konstantinerstraße bei dem unter Polizeiaufsicht stehenden Laiser Rudecki einkehrte. Die Polizei beobachtete nun alle beide, wobei es sich auch bald herausstellte, daß Finkelblech eine Martha D. aus Lodz zu überreden suchte, mit ihm nach dem Orte Bendzin, an der polnisch-schlesischen Grenze, und von dort mit andern jungen Mädchen nach Buenos-Aires zu reisen. Auf Grund dieser Ermittlungen sandte die russische Polizei Geheim-Agenten nach Bendzin, Warschau, Sosnowice, und Kattowitz (Oberschlesien), um weitere verdächtige Spuren zu verfolgen. In Bendzin und Sosnowice wurde auch thatsächlich eine wohlorganisierte Bande von Juden ermittelt, die sich mit dem „Export“ junger russischer Mädchen nach Buenos-Aires befaßte. Zu dieser Bande gehörten unter andern Mojschek (Moses) Händler in Bendzin, Jzek (Isaak) Benkiewicz in Sosnowice und Abram Mapelton in Warschau. Im Jahre 1898 haben diese Schufte eine größere Anzahl junger Mädchen aus Lodz nach Buenos-Aires gebracht und dort an öffentliche Häuser für 300 bis 2300 Rubel verkauft. Das Gericht konnte diesmal nur den Händler und Benkiewicz etwas anhaben. Das Urteil lautete auf Verlust aller Rechte und je ein Jahr Arrestanten-Arbeit.

Milch und Knoblauch. In Ofenpest war dieser Tage der Rabbiner Osias Hersch Padras der Kurpfuscherei beschuldigt, nachdem er jedoch „Beweise“ erbracht hatte, daß er sich in Pest blos behufs Heilung eines Leidens aufhalte, auf freiem Fuße belassen worden. Die Polizei ließ aber Padras nicht aus den Augen und stellte fest, daß er sich doch auf die Kurpfuscherei verlegt hat. Er vertauschte sein bisheriges Zimmer mit einer geräumigern Wohnung. Hier richtete er mit seinen Jüngern, drei galizischen Talmudschülern, eine förmliche „Heilanstalt“ ein, die in der kürzesten Zeit zu einem blühenden Geschäfte gedieh. In hellen Scharen strömten tagsüber Patienten, die bei dem „Wunderrabbi“ Heilung suchten, in die „Heilanstalt“ und jeder von ihnen trug sein Scherflein zur Bereicherung der großen blechernen Sparbüchsen bei, die Padras aufgestellt hatte. Dieser aber verschrieb den Hilfsbedürftigen, die sich an ihn wandten, Milch mit Knoblauch und erteilte ihnen außerdem in Begleitung einiger frommer Gebete seinen „Segen“. Daraufhin wurde er dann endlich unschädlich gemacht.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs des Kaufmanns Edmund Hammerstein zu Berlin. Die vorrechtlosen Forderungen werden auf 135 400 Mark geschätzt und die „Dividende“ auf $9^1/_2$ v. H.

Konkurs der Frau Rosette Grau, in Firma A. Wolffenstein Nachf. zu Berlin. Anerkannte Forderungen sind 67 300 Mark, die auf 6,23 v. H. zu rechnen haben.

Konkurs des Kaufmanns Simon Fuchs zu Berlin. Auf 20 000 Mark sind die Forderungen festgestellt und die „Dividende“ auf 7 v. H.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Kinder-Arbeit und Gesetz gegen die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft in Deutschland. Unter Berücksichtigung der Gesetzgebung des Auslandes. Von Konrad Agahd. Jena 1902. 206 Seiten. Preis 2,40 Mark

Die nächste Session des Reichstags wird auch die Beratung eines schon vorliegenden Gesetz-Entwurfs über die Regelung der gewerblichen Kinder Arbeit außerhalb der Fabriken bringen. In den Fabriken dürfen Kinder unter 13 Jahren schon seit mehren Jahren garnicht mehr beschäftigt werden. Kinder unter 14 Jahren nur dann, wenn sie nicht mehr schulpflichtig sind. Das vorliegende Buch eignet sich sehr zum Studium aller hier in Betracht kommenden Fragen. Wir sind allerdings mit manchen Forderungen und Ausführungen des Verfassers nicht einverstanden; er hält z. B. die Ausnahmen in dem neuen Gesetz Entwurf nicht für glücklich, daß für die Beschäftigung beim Austragen wegen der im allgemeinen leichten Arbeit die Altersgrenze auf das zehnte Lebensjahr festgesetzt werden soll. Warum sollen in einer Familie, die z. B. morgens Zeitung austrägt, nicht die Kinder helfen? Schreiber dieses hat schon vom neunten Jahre ab täglich anderthalb Stunden vor Beginn der Schule im elterlichen Geschäft mitgearbeitet, ohne daß es ihm leiblich oder sittlich etwas geschadet hätte. Und er kam auf diese Weise täglich in ungefähr vierzig Häuser. Jetzt soll die Beschäftigung vor 8 Uhr morgens gänzlich verboten werden; damit ist für die meisten Familien die Benutzung der eignen Kinder überhaupt ausgeschlossen, denn meistens handelt es sich in der Großstadt doch um das Austragen von Zeitungen, Frühstück, Milch usw.

Im übrigen können wir nur wiederholen, daß das Buch wertvolles Material für den Sozialpolitiker enthält. Leider ist die Korrektur mitunter eine sehr mangelhafte. ✝

Briefkasten.

Kötzschenbroda. Daß jenes Blatt für den in jüdischen Händen befindlichen Berliner „Wintergarten“ sich begeistert, können wir doch nicht ändern. Ebensowenig halten wir es für angebracht, die Riesenreklame für die Scherlsche Zeitungsfabrik in dem gewünschten Sinne zu mißbilligen. Also nichts für ungut!

Neustettin. Besten Dank! Wird bei geeigneter Gelegenheit Verwendung finden.

Zielenzig. Gern Kenntnis genommen. Uns kam die Sache nicht überraschend. Gewünschte Nummern gingen an Sie ab. D. Gr.!

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Siegelmarken



erhaben geprägt und gummiert.
100 Stück nur 40 Pfg.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitun-
94 gen liegen aus.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das **Tuchhaus Boeykes i. Düren 1 (Rhld).**

Aufklärungs-Schriften!

40 verschiedne Flugblätter über das Judentum, seine Uebermacht im Handel, in der Presse und im Schrifttum, seinen zersetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, seine Verbindung mit der Sozialdemokratie usw. erhält man gegen vorherige Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken von der
Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"

Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 200 St. 4 Mark franko ohne alle weitern Unkosten.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Bad Pyrmont.

Richlers Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

Postkarten

mit den Bildnissen der acht Abgeordneten der Deutschsozialen Partei.
10 Stück 60 Pfg.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Bad Kissingen.

Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
148 jenseits der Saale,
empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
Großer Garten.

Die Juden und der Deutsche Staat.
12. Aufl. 142 Seiten.
Von H. Naudh.
Preis 1 Mark.
Deutschnation. Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Alldeutscher Atlas.
Mit Begleitworten:
Statistik der Deutschen und der Reichsbewohner.
Bearbeitet von Paul Langhans.
Preis 1 Mark.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.



Der Blutmord in Konitz.
Mit vielen Bildern und einem Vorwort des Abg. Liebermann von Sonnenberg.
12. Auflage. — Preis 60 Pfg.

Das Blutgeheimnis.
Politischer Bilderbogen Nr. 13.
Preis 30 Pfg.

Zur Blutopfer-Frage
oder
Was hat Herr Strack bewiesen?
Preis 1 Mark.

Deutschnationale Buchhandlung u. Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.



Dennerts
Volks-Universal-Lexikon

über 2600 Spalten, mit zahlreichen Abbildungen, Karten, Beilagen. Lexikon-Oktav.
Schön gebunden 12 Mark.
Das einzige auf christlicher Grundlage stehende Universal-Lexikon von großer Reichhaltigkeit.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 4. September 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glag[au] | Nr. 33.

Monats-Spruch.

Aber fortan (nach der völligen Zerstreuung der Juden in alle Welt seit 133 n. Chr.) und bis auf den heutigen Tag haben sich die Nachkommen dieser merkwürdigen Nation ohne Vermischung mit den übrigen Völkern, unter denen sie meist in Verachtung und gegenseitiger Abneigung leben, erhalten, hartnäckig den überlieferten Lehren und Satzungen anhängend, allem neuen widerstrebend, ohne Nachgiebigkeit gegen den Geist aller Zeiten und Orte, lebendige Mumien der alten Welt.

Karl von Rotteck, Allgem. Geschichte.
9. Aufl. 3 Bd., S. 39. Freiburg 1833.

Die Geschichte der Juden.

Von Theodor Franzen. *Nachdruck verboten.*

1.

Es ist eine jedem Geschichtsfreunde wohlbekannte Thatsache, daß die Weltgeschichte auf allen ihren Seiten mit Blut geschrieben ist. Nicht etwa als ob sich die ganze Geschichte des Menschengeschlechtes als ein fortwährendes Würgen aller gegen alle darstelle; im Gegenteil, am schönsten lesen sich die Seiten, auf denen die Segnungen eines langen Friedens geschildert werden, aber die Furchen, aus denen diese Segnungen emporsproßen, mußten erst mit dem Schwerte gezogen werden.

Sogar die Staaten, deren ganze Existenz zugestandnermaßen nur auf die Erwerbung materieller Güter zugeschnitten war, wußten sehr wohl mit dem Schwerte umzugehn; die Seestadt Karthago verstand es, eine Landmacht aufzustellen, die das Römische Reich in seinen Jünglingsjahren dem Untergange nahe brachte, die Dogenstadt Venedig errang eine meerbeherrschende Stellung und der gewaltige, aus den besten Zeiten des alten Deutschen Reiches unter dem Namen Hansa bekannte Städtebund schrieb mehr wie einmal Kaisern und Königen Gesetze vor. Sowie ein Volk oder Staatswesen sich des Gebrauchs der Waffen entwöhnte, mußte es untergehn und wurde eine Beute seines rivalisierenden Nachbars. In einigen wenigen Fällen wurden die Besiegten einfach erschlagen, z. B. die Obotriten in Mecklenburg; in der großen Mehrzahl aber spielte sich der Prozeß in der Weise ab, daß Sieger und Besiegte zu einem organischen Ganzen zusammenschmolzen, mit der Maßgabe, daß für Sprache und Kulturrichtung die Sieger selbst dann ausschlaggebend waren, wenn sie sich auch in der Minderheit befanden. Diese Mischungen sind im allgemeinen sehr gut ausgefallen und haben schöne, kräftige und intelligente Volksstämme geliefert.

Nur eine Ausnahme giebt es von dieser sonst allgemein gültigen Erfahrung, und das ist die Geschichte des jüdischen Volkes. Sein Entstehn ist schmutzig, seine kurze selbständige Existenz ruhmlos, und sein Untergang — wenn man davon sprechen kann — schmachvoll. Hier begegnen wir der sonst nirgendwo wiederkehrenden Thatsache, daß die Geschichte dieses Volkes gewissermaßen erst mit seiner Vernichtung beginnt, denn ganz zweifellos üben die jetzt in der ganzen Welt zerstreut lebenden Juden auf die Geschicke der Völker einen unendlich unheilvollern Einfluß aus, als sie es zurzeit ihrer Selbständigkeit jemals gethan haben, und was das allermerkwürdigste zu sein scheint: Die heutigen Juden sind rasseureiner als sie es vor 2000 bis 2500 Jahren waren.

Es liegen ganz bestimmte Anzeichen vor, daß die Juden zu verschiednen Epochen sich in nicht unbedeutendem Maße fremdes Blut beigemischt haben, z. B. vor dem Einbruch in Palästina, während der babylonischen Gefangenschaft und vor dem Aufstande der Makkabäer; und jedesmal können wir alsdann ein Aufflackern der Volksenergie wahrnehmen. Diese Beimischungen sind heute ausgeschieden und grade unsre verehrten deutschen Mitbürger mosaischer Konfession können an Vollblütigkeit ruhig mit den Erzvätern konkurrieren. Ueberhaupt sind von den drei großen europäischen Völkergruppen die Germanen den Juden am wenigsten assimilierbar, nächstdem folgen die Slawen und dann die Romanen. Bei den letztern haben wir sogar das Beispiel einer gewaltsamen Vermischung in großem Stile. Bevor man Ende des 15. Jahrhunderts die Juden aus Spanien austrieb, wurden sie nach Tausenden mit Gewalt getauft. Und was war die Folge davon? Das Entstehn eines schmutzigen faulen Mischvolkes, das bald wiederum unter sich ein geschlossenes Ganze bildete und von dem reinblütigen Hidalgo mit eben derselben Verachtung angesehn wird, wie die Juden selbst auch. So groß war das Widerstreben der beiden Blutarten unter einander, daß vier Jahrhunderte nicht vermocht haben, die Mischung zu verdauen; noch heute sind die Mischlinge deutlich erkennbar. Diese, in der Geschichte der Völker gradezu einzig dastehende Starrheit kann nur in einer dreitausendjährigen, ebenfalls ohne Beispiel dastehenden Entwicklung gefunden werden, und diese soll nachstehend in knappen Strichen skizziert werden.

* * *

Die Juden selbst leiten ihre Abstammung von den sogenannten drei Erzvätern Abraham, Isaak und Jakob ab. Daß die über diese erhaltnen Nachrichten der historischen Begründung entbehren, braucht wohl nur kurz angedeutet zu werden, interessant sind sie deshalb nicht minder, weil man doch zweifellos in den Erzvätern Idealgestalten zu erblicken hat und deshalb ermessen kann, wie die Ideale der frühern Juden beschaffen waren. Bei Abraham ist — namentlich mit Rücksicht auf das so oft gelobte Familienleben der Juden — am erwähnenswertesten der Zug, daß seine gealterte Frau dem, wie es scheint noch in spätem Alter unternehmungslustigen alten Herrn selbst eine Konkubine zuführt, also Kuppelei in kaum glaublich schmutziger Form, die aber bei den galizischen Juden auch heute noch in dieser Form vorkommen soll. Daß dann Abraham nach genossener Mahlzeit diese Konkubine mit ihrem (und seinem) Sohne Ismael verstößt und hilflos in die Wüste treibt, zeigt uns, mit welch unheimlicher Treue die jüdischen Gepflogenheiten sich auch in dieser Hinsicht bis auf unsre Tage konserviert haben.

Noch charakteristischer ist es, daß der eigentliche Stammvater Jakob — denn auf ihn führen ja alle Juden ihren Stammbaum zurück — mit samt seiner saubern Mutter ein Betrüger und Erbschleicher allerschlimmster Sorte war; daß dann seine Herren Söhne den ihnen mißliebigen Josef kurzer Hand nach Aegypten verkaufen, vervollständigt in reizender Weise dies

anmutige Familienbild. Und grade die Geschicke dieses Josef sind typisch für den ganzen jüdischen Entwicklungsgang. Man denke: Josef kommt als verachteter Sklave nach Aegypten, schmarotzt sich dann — wie wissen wir nicht — bei Hofe an, spielt gelegentlich, um sich eine billige Reklame zu schaffen, den von Sittlichkeit triefenden Biedermann, ruiniert die ganze hochentwickelte Landwirtschaft, wird der Vater der Brotwucherer und — holt dann schließlich seine ganze Mischpoke nach! Qui mange du juif, en meurt! Wer den Juden den kleinen Finger reicht, ist verloren, das hat in unsern Tagen schon gar mancher erfahren, und das sollten auch die alten Aegypter bald erfahren. Von dieser Zeit ab — etwa 1800 v. Chr. — ging also die eigentliche Bildung des rätselhaften, unheimlichen Volkes vor sich, dessen Dasein heute wie ein Alp auf den Völkern Europas lastet.

Bei dem strengen Kastenwesen der alten Aegypter standen den hebräischen Einwandrern zur Verheiratung natürlich nur die niedrigsten Elemente zur Verfügung, die, wie sie selbst, semitischen Stammes waren. Wenn wir aber bedenken, daß innerhalb der semitischen Gruppe die Juden zweifellos — physisch wie intellektuell — die niedrigste Stufe einnehmen, so wird es wahrscheinlich, daß bei ihrer Bildung auch Negerblut verwandt worden ist. Wenigstens ist der semitische Stamm, der den Juden verhältnismäßig noch am ähnlichsten ist, namentlich in Bezug auf Grausamkeit, feige Blutgier, Habsucht und Hinterlist, wie auch hinsichtlich der Gesichtsbildung — die Kabylen Algeriens —, notarisch erheblich mit aethiopischem Blute durchsetzt.

Kurz und gut, die Juden waren plötzlich da und zwar genau in ihrer gegenwärtigen Gestalt, wie einzelne auf altägyptischen Baudenkmälern erhaltne Abbildungen aufs deutlichste zeigen. Bald wurden die Aegypter inne, welch' furchtbare Giftpflanze ihr Finanz- und Ackerbauminister Josef ihnen ins Land eingeschmuggelt hatte. Aber es war zu spät, nicht Güte, noch Bedrückung vermochte die Erzväter-Deszendenten zu brauchbaren Staatsbürger zu machen. Nicht nur waren sie zur ernsten Arbeit ungeeignet und bildeten infolgedessen eine ökonomische Last, auch in sanitärer Hinsicht wirkten sie durch ihren maßlosen Schmutz verpestend, und durch ihren revolutionären Geist sittlich demoralisierend.

Seit Josefs Zeiten war etwa ein halbes Jahrtausend verflossen und die, nach der Bibel nur 70 Köpfe zählende Einwandrungstruppe aus der Nachkommenschaft Jakobs war so stark angeschwollen, daß sie eine halbe Million waffenfähiger Männer stellen konnte. Da kommt mit Moses wieder einer der charakteristischen Momente in die jüdische Geschichte. Zweifellos war Moses kein Vollblutjude. Die märchenhafte Darstellung seiner Geburt oder Auffindung zeigt allein schon mit voller Deutlichkeit, daß hier etwas zu verbergen war. Auch sein Charakter war nicht einseitig jüdisch, die Begabung zu der enormen Organisationsarbeit, die er immerhin geleistet hat, hat er nicht von den Erzvätern geerbt. Gewiß war er ein Mischling, den das Geschick zum Unheil der Welt auf die Seite verschlagen hat, nach der er wohl am wenigsten hingehörte. Die bessern Gefühle, die er von dem arischen Teile seiner Eltern geerbt hatte, ließen ihn nun die Schmach des Volkes, zu dem er sich rechnete, um so bittrer empfinden. Nur so ist erklärlich, daß er den Entschluß faßte, aus diesem verkommnen Gesindel ein wirkliches Volk zu machen. Daß er andrerseits aber die Erbschaft des Judenblutes nicht ganz verleugnete, geht daraus hervor, daß er seine Stammesgenossen anwies, vor ihrem Auszuge die Aegypter nach Möglichkeit zu bestehlen. „Wenn ihr auszieht, sollt ihr nicht leer ausziehn; — sondern ein jegliches Weib soll von ihren Nachbarn und Hausgenossen fordern silberne und goldne Gefäße und Kleider. Die sollt ihr auf eure Söhne und Töchter legen und den Aegyptern entwenden". (2. Mosis 3, 21 und 22.)

Aus diesem Diebstahl erklärt es sich zur Genüge, daß die Aegypter den Versuch machten, die Juden einzuholen, um ihnen das geraubte Gut abzunehmen; die Erzählung von dem Untergang des ganzen aegyptischen Heeres ist natürlich eine gewaltige Aufschneiderei, denn selbstverständlich kannten die Aegypter Ebbe und Flut mindestens ebenso gut als die Juden.

Nun beginnt die in ihrer Art gewaltige und schöpferische Organisationsarbeit Mosis, der sehr wohl erkannt hatte, daß er mit dem verkommnen, arbeitsunfähigen und -unlustigen, sowie verseuchten Gesindel, das er aus Aegypten hinausführte, einstweilen noch nichts machen könne, daß er es vielmehr erst wieder an Arbeit gewöhnen und durch Blutauffrischung regenerieren müsse. Darauf deutet hin die Stelle 2. Mosis 12, 38: „Und sie hießen auch mitgehn viel Pöbelvolk, und Schafe und Rinder und schier viel Vieh". Das Pöbelvolk, also Verbrecher, Vagabunden und ähnliches verwegnes Gesindel, sollte wohl in erster Linie bei etwaigen Gefahren als Avantgarde dienen, ist dann aber auch während des Umherziehns in der Wüste im Judentum aufgegangen und hat dessen Blut wieder etwas veredelt. Das in großen Massen gestohlne und mitgenommne Vieh ermöglichte den Auswandrern sodann, 40 Jahre hindurch eine nomadisierende Existenz, was immerhin eine Art von Arbeit bedeutet. Inzwischen war ein neues Geschlecht herangewachsen, das sich zum Einbruch in Palästina anschickte und diesen auch mit unerhörter Grausamkeit durchführte. Die lange Wandrung in der Wüste und Mosis meisterhafte Führung nicht zum mindesten, die furchtbaren, von Menschenhaß triefenden Gesetze, die er den Juden gegeben hatte und diese für ewige Zeiten von der übrigen Menschheit absonderten, hatten den ursprünglich zuchtlosen Haufen immerhin zu einem organischen Ganzen zusammengeschweißt, dessen rücksichtsloser Brutalität die naiven, friedlichen, fleißigen und unter sich selbst uneinigen Ureinwohner Kanaans nicht gewachsen waren. Die meisten wurden erschlagen und die andern hatten fortan ihre Bedrücker zu ernähren. Der Einbruch in Palästina erfolgte um 1250. Moses war inzwischen gestorben, und wie sehr er fehlte, wie sehr aber auch in dem ganzen Volke ein Mann fehlte, der fähig gewesen wäre, ihn annähernd zu ersetzen, ersehn wir daraus, daß die bis dahin mühsam bewahrte Einheit sofort wieder in die Brüche ging. Etwa 200 Jahre hintereinander bestand ein chaotisches Durcheinander, währenddessen die zwölf Stämme nur lose miteinander zusammenhingen. Jeder schaltete und waltete nach seinem Belieben.

Erst mit Saul (1055—33) kam eine einheitliche Monarchie zustande, die auch noch unter David (1033—993) und Salomo (993—953) fortdauerte.

Diese hundert Jahre bilden den einzigen Zeitraum, während dessen ein wirkliches jüdisches Reich bestand. Ruhmvoll ist auch diese Zeit nicht. Kabalen, Maitressen-Intriguen, Thronstreitigkeiten bei jedem Herrscherwechsel, füllen die Geschichte des Königshauses aus, grausame Kriege gegen weit minder starke Feinde, Wucher und Schacher diejenige des Volkes. Daß es eine jüdische Bau-, Bildhauer- oder Malkunst gegeben hätte, ist noch nicht einmal behauptet worden, im Gegenteil erfahren wir aus jüdischen Quellen, daß sogar die Bauleute für den Salomonischen Tempel von auswärts bezogen werden mußten, daß es keinen Schmied gab in Israel und dergleichen mehr.

Von einer selbstgeschaffnen national-jüdischen Kultur zu sprechen, ist ein Unding. Am treffendsten paßt auf die kulturellen Zustände im jüdischen Reiche zur Zeit seiner höchsten Blüte höchstens die Bezeichnung Affen- und After-Kultur.

Auch die auf uns gekommne jüdische Litteratur zeigt nirgends einen sympathischen Zug. Die Prosa verrät rohes Empfinden und enthält handgreifliche Lügen und Fälschungen. Die Poesie vollends ist nach unsrer Anschauungsweise ungenießbar, Reim oder symetrisches Versmaß kennt sie nicht. Das eigentliche Wesen der hebräischen Dichterei bestand vielmehr darin, daß ein und derselbe Gedanke in zweifacher Form zum Ausdruck gebracht wird, nebenher werden die schwülstigsten und unsinnigsten Bilder gebraucht. So singt z. B. ein verliebter Judenjüngling seine Geliebte mit folgenden Worten an: „Deine Nase ist wie eine Zeder des Libanons und wie der Turm, der gen Damaskus schaut." Mit beiden Bildern will der Dichter offenbar die angedichtete Nase als schön, groß, stolz und vor allem grade (!) bezeichnen.

Nach Salamo fiel das Reich kläglich in die beiden Staaten Juda und Israel auseinander. Israel wurde schon 722 durch die Assyrer unter Salmanassar erobert und ziemlich gründlich vernichtet, während Juda bis 586 seine Selbständigkeit bewahrte. Die von Salmanassar in die assyrische Gefangenschaft geführten Israeliten gingen im Laufe der Zeit vollständig in verschiednen andern Völkern auf und verschwinden somit von der Bildfläche, was wohl kaum möglich gewesen wäre, wenn sie nicht ohnehin schon viel fremdes Blut in ihren Adern gehabt hätten. Leider ganz anders erging es den reinrassigern Judäern, die sich ohnehin stets strenger von den übrigen Völkern abgesondert und namentlich die spezifischste jüdische Charakter-Eigenschaft — den allgemeinen Menschenhaß — auf das sorgfältigste gepflegt hatten.

Die babylonisch-persische Gefangenschaft, die 586 begann, scheint zwar nicht allen davon betroffnen gefallen zu haben, bestimmt aber hat ein großer Teil von ihnen leitende Stellungen eingenommen und große Reichtümer zusammengescharrt; der Juden waren also wohl zu viel, denn auch die neuzeitliche Entwicklung zeigt uns, daß all die herrlichen Eigenschaften, die in jedem einzelnen Hebräer schlummern, nur dann zur vollen und üppigsten Entfaltung kommen können, wenn auf jede Juden-Drohne eine hinreichende Anzahl arischer Arbeitsbienen kommt. Ist der Prozentsatz der Juden zu gering, wie etwa in Frankreich, so können sie immerhin nicht ganz die Macht erlangen, die sie beanspruchen zu können glauben, ist er zu groß, wie in Galizien, Rumänien, Polen usw., so bildet sich viel jüdisches Proletariat, dessen Existenz natürlich auch die Aristokratie kompromittiert. Das für die Juden günstigste Verhältnis scheint das zu sein, wie es zur Zeit in unserm Vaterlande herrscht, also etwa 1:100; das heißt je hundert Deutsche, Perser, Franzosen oder Aegypter sind bei gutem Willen und angestrengtem Fleiße imstande, einen Juden so zu ernähren und zu unterhalten, wie er es als Jude eben beanspruchen kann.

Dies Verhältnis nun war in Babylon-Persien etwas überschritten, und deshalb gingen bei einem Teil die Geschäfte flau, dieser Teil setzte sich daher an die Wasser von Babylon und weinte. Ein andrer Teil hingegen schlug realistischere Bahnen ein, z. B. hatte sich ein gewisser Mardochai, der so ziemlich alle Scheußlichkeiten, die beim Juden überhaupt vorkommen, in höchster Entwicklung in sich vereint zu haben scheint, wie weiland Josef zum Finanzminister bei dem Könige Xerxes dem Ersten (in der Bibel Ahasverus genannt) emporgeschwungen. Auf das Renommé der Keuschheit legte er keinen Wert, verkuppelte vielmehr dem Könige seine augenscheinlich in allen Dirnen-Kniffen hocherfahrne Nichte Esther, um ihn durch Wollust und Trunksucht vollständig zu erschlaffen. Unter dieser Protektion wuchs natürlich jüdische Frechheit und Ausbeutungsgier ins Ungemessne, so daß ein um das Wohl seines Volkes besorgter Ratgeber des Königs, Hamann, diesen in einer lichten Stunde von der jüdischen Gefahr zu überzeugen und einschränkende Bestimmungen gegen die Juden zu erwirken wußte. Und nun kommt ein so ungeheurer Betrug, wie die Weltgeschichte ihrer nur wenige kennt: Das saubere Verbrecherpaar Mardochai-Esther weiß dem betrunknen Könige anstelle desjenigen Schriftstückes, durch das ein gewisser Schutz vor den Juden geschaffen werden sollte, ein andres zu unterschieben, dessen Inhalt das genaue Gegenteil des ersten enthält und das „den Juden Gewalt gab über ihre Feinde". Diese Gewalt benutzten sie zur Veranstaltung einer Bartholomäusnacht: „und sie würgeten und banneten mit der Schärfe des Schwertes an die 75 000 Perser und henkten den Hamann an einen Baum".

Im Jahre 536 hatte Cyrus 42 000 Juden die Rückkehr nach Palästina erlaubt; diese bauten den Tempel in Jerusalem wieder auf und gründeten einen Vasallenstaat, der abwechselnd unter persischer aegyptischer und syrischer Hoheit stand. Schon ihrer geringen Anzahl wegen werden die Juden zu Mischheiraten gezwungen worden sein, wenn auch wohl die meisten derselben mit Elementen eingegangen wurden, die ihnen stammverwandt waren. Immerhin fand aber wiederum eine auffrischende, sehr allmählich vor sich gehende Blutzufuhr statt, die etwa in der neunten Generation in dem Aufstande der Makkabäer zum Ausdruck kam. Dieser Vorgang ist deshalb von großer Bedeutung, weil er uns zeigt, daß das Judentum nur dann zu selbständigen, kriegerischen oder schöpferischen Aktionen imstande war, wenn es sich mit fremdem Blut etwas regeneriert hatte. Der Aufstand der Makkabäer von 167 v. Chr. ab schuf dann nochmals auf kurze Zeit (135—63 v. Chr.) ein selbständiges jüdisches Nationalreich. 63 vor Chr. wurde das Land Judaea von Pompejus unterworfen und schließlich nach fortwährenden Gährungen und Aufständen von Titus im Jahre 66 nach Chr. vollständig zermalmt. Der größere Teil der Juden fand den Tod, von dem übrigbleibenden Rest zerstob die kleinere Anzahl in alle Winde, die größere wurde von Titus nach Europa importiert. Zur Vervollständigung mag noch ganz kurz bemerkt sein, daß der letzte Aufstand, also die national-jüdische Regung unter Bar-Kochba in den Jahren 132—135 n. Chr. stattfand.

Im übrigen fehlt hier der Raum, auf den ungeheuerlichen Mord einzugehn, den die Juden etwa 30 Jahre vor ihrer Zerstörung an dem unter ihnen aufgestandnen Gottessohn und Erlöser begingen; daß sie ihn aber überhaupt begehn konnten, daß der römische Statthalter nicht in der Lage war, dem tierischen Volksfanatismus sein Opfer zu entreißen, beweist, daß das Märchen von der römischen Bedrückung ebenso Geschwefel ist, wie so vieles andre in der jüdischen Geschichte. — Ebenfalls muß darauf verzichtet werden, zu erörtern, inwieweit die ins Herz des Römischen Reiches verpflanzten Juden zu dessen Zerrüttung und Untergang beigetragen haben, daß aber der Juden-Import mit den ersten Anzeichen des beginnenden Verfalls zeitlich genau zusammenhält, mag immerhin betont werden. Schließlich sei noch daran erinnert, daß die Scheiterhaufen, auf denen in der römischen Kaiserzeit tausende von christlichen Märtyrern ihre Glaubensstärke mit dem Tode besiegelten, zum großen, wenn nicht zum größten Teile von Judenhänden geschürt wurden.

Angebot und Nachfrage.

So oft die Landwirthe darüber klagen, daß die Getreidepreise an den großen Getreidebörsen durch allerlei unreelle Machenschaften beeinflußt werden und deshalb ein gesetzliches Verbot des Terminhandels in Getreide verlangen, versichern die Börsianer stets, daß ein solches Verbot völlig wirkungslos sein würde, weil der Getreidepreis sich nach dem unwandelbaren Gesetz von Angebot und Nachfrage regele, das kein Börsenmanöver unwirksam zu machen imstande sei.

Es ist das Verdienst der Fachzeitschrift „Getreidemarkt", durch Festnaglung und Veröffentlichung von thatsächlichen Vorgängen an den verschiednen Getreidebörsen, besonders an den nordamerikanischen, den unanfechtbaren Beweis dafür erbracht zu haben und immer von neuem zu erbringen, daß jenes von den Börsen-Interessenten behauptete Naturgesetz seine Wirksamkeit, die in frühern Zeiten unbestreitbar war, durch die Einführung des Terminhandels völlig eingebüßt oder einen gänzlich veränderten Charakter angenommen hat.

Konnte, solange das Terminspiel unbekannt war, mit Recht behauptet werden, daß das Verhältnis zwischen der Größe des Angebots der Erzeuger und der Größe des Bedarfs der Verbraucher den Preis des Getreides in normaler Weise bestimme, so wird dieser jetzt durch ein anders geartetes Gesetz geregelt: Durch das Angebot der Baissiers von und der Nachfrage der Haussiers nach Papier-Getreide an den Terminbörsen. Und zwar entscheidet in diesem Kampf der Hausse- und Baissepartei immer mehr die Größe des Kapitals, über das die eine oder die andre Partei verfügt, sodaß die Höhe der Getreidepreise thatsächlich nur noch eine Frage von Dollars und Cents ist. Ein für diese Thatsache außerordentlich beweiskräftiger Vorgang hat sich im Juli an der Chicagoer Börse abgespielt

Im Januar dieses Jahres ward in Chicago die Firma Harris Gates u. Co. gegründet, die alsbald eine Mais-Spekulation in großem Stile begann. Der Hauptgesellschafter dieser Firma verstand es, Newyorker Großkapitalisten für seine

Pläne zu gewinnen, sodaß das der Gates-Gruppe zur Verfügung stehende Kapital auf 120 bis 140 Millionen Dollars d. h. auf mindestens eine halbe Milliarde Mark geschätzt wird. Nun beschloß Gates den Maismarkt für Juli zu cornern und kaufte durch seine Firma einen Betrag von 20 Millionen Bushels auf diesen Monat zusammen. Die Verkäufer waren Elevatorenbesitzer und Getreidehändler, die gewohnt sind, sich gegen ihre Effektiv-Käufe durch Blanko-Abgaben im Terminmarkt zu „sichern". Unter ihnen befand sich auch Armour u. Co. und die Peavey-Elevator-Company, also auch sehr kapitalkräftige Gesellschafter. Diese beschlossen der Gates-Gruppe gegenüber ein in frühern Fällen oft geglücktes Manöver anzuwenden und den Corner durch Andienung wirklicher Ware zu brechen.

Die Gates-Gruppe war darauf vorbereitet. Sie hatte in Chicago so viel Schiffsraum, als nur zu haben war, gechartert und für Absatz im Lande gesorgt, teilweise selbst zu Preisen, die ihr kaum einen Nutzen ließen. Deshalb konnte sie die am 1. Juli angedienten $2^1/_2$ Millionen Bushels schlank aufnehmen und mit großer Schnelligkeit versenden. Die kleinen Baissiers suchten sich durch Rückkäufe im Terminhandel zu decken, wodurch der Preis innerhalb weniger Tage (am 8. Juli) bis auf 90 Cents gegenüber dem frühern Verkaufspreis von 61 bis 65 Cents hinaufgetrieben wurde; die kapitalkräftigern Baisse-Spekulanten dagegen zogen soviel Ware nach Chicago heran, als nur zu haben war.

In dieser für die Gates-Gruppe kritischen Lage hing alles davon ab, ob sie kapitalkräftig genug war, die großen in Chicago sich ansammelnden Vorräte aufzunehmen, falls sie ihr angedient wurden. Die Baissiers aber, die den in den letzten Tagen gekauften Effektiv-Mais schon mit 80 Cents hatten bezahlen müssen, also an jedem Bushel 15 bis 19 Cents verloren, trauten der Firma Gates die Kraft zu, selbst 20 Mill. Bushels angediehnte Ware schlank aufzunehmen und hatten deshalb nicht den Mut, den Kampf bis zum Ende durchzuführen. Die Gatesgruppe andrerseits zog einen geringern aber sichern Nutzen einem immerhin zweifelhaft gewordnen großen Gewinne vor und schlug in die zum Vergleich ausgestreckte Hand der Baissiers ein. Am 15. Juli vor dem Beginn der Börse kam die Einigung zwischen den Parteien zu Stande, wobei die Gates-Gruppe einen Gewinn von $1^1/_2$ bis 2 Millionen Dollars einstrich. Hätte sie weniger Kapital hinter sich gehabt, so wäre der Corner sicher durch massenhafte Andienung von Ware zusammengebrochen und der Preis des Mais in kürzester Zeit dadurch um mindestens 20 Cents geworfen worden.

Was sagen jene Verteidiger des Naturgesetzes von Angebot und Nachfrage zu diesem Vorgange? Hat dieses Gesetz im vorliegenden Falle auch nur den allergeringsten Einfluß auf die Bildung des Maispreises gehabt? Oder wäre etwa dieser Kampf zwischen Baissiers und Haussiers möglich gewesen, wenn ein Verbot des Terminhandels bestanden hätte? Gewiß nicht. Die Gegner werden vielleicht einwerfen, daß im vorliegenden Falle das Terminspiel ja die Produzenten begünstigt habe, indem es den Maispreis außerordentlich steigerte. Das ist richtig; aber diesem Einzelfall stehn ungezählte andre Fälle gegenüber, wo der Kampf der Termin-Spekulation mit der Niederlage der Hausse-partei endete und den Getreidepreis sehr zum Schaden der dabei völlig unbeteiligten Produzenten auf lange Zeit herabdrückte.

Die Landwirte müssen daher nach wie vor mit aller Kraft dahin streben, daß das in einzelnen Staaten von ihnen bereits durchgesetzte Terminhandelsverbot zu einem internationalen ausgebildet wird. Nur so können sie den ihnen legitimerweise zustehenden Einfluß auf die Preisbildung ihrer Erzeugnisse wieder gewinnen, den die Börse ihnen entrissen hat, indem sie das alte Gesetz von Angebot und Nachfrage in einen Kampf von Schwindel und Geld gegen Schwindel und Geld verwandelte.

Das Religions-Bekenntnis der Studierenden der preußischen Universitäten.

In der Zeitschrift des Königlich preußischen statistischen Büros (1. und 2. Vierteljahrsheft 1902) veröffentlicht Erich Petersilie einen Aufsatz über „Universitätsbesuch und Studentenschaft auf den deutschen bezw. preußischen Universitäten." — Der Abschnitt: „Das Religions-Bekenntnis der Studierenden der preußischen Universitäten" bietet für die Beurteilung der Judenfrage mancherlei bemerkenswertes.

Die männliche Bevölkerung Preußens betrug:

	Evangel.	v. H.	Kathol.	v. H.	Juden	v. H.
1890	9411161	64,0	5058292	34,4	182738	1,2
1895	9968230	63,7	5428761	34,7	186297	1,2
1900	10698574	63,0	6004703	35,4	192969	1,1

Im ähnlichen Verhältnis müßte die Zahl der reichsdeutschen Studierenden stehn.

Thatsächlich verschiebt sich das Verhältnis aber zu gunsten der Juden und zu ungunsten der Katholiken. Die Protestanten sind etwas über den Durchschnitt beteiligt.

Auf sämtlichen höhern Lehranstalten betrugen im Durchschnitt des Gesamtbesuches die

	Evangel.	Kathol.	Juden
1886/90	70,78 v. H.	20,01 v. H.	8,94 v. H.
1891/95	69,94 v. H.	21,35 v. H.	8,42 v. H.
1896/1900	68,98 v. H.	23,22 v. H.	7,55 v. H.

Der Anteil hebt sich also für die Katholiken, erreicht aber noch nicht den Prozentsatz ihres Bevölkerungs-Anteils. Er sinkt bei den Protestanten, die aber noch über dem Durchschnitt bleiben, er sinkt auch bei den Juden, die aber noch immer das Siebenfache der Anzahl haben, die ihnen nach ihrer Bevölkerungsziffer zuständе.

Aehnlich ist das Verhältnis auf den Universitäten.

Auf je 100 reichsdeutsche Studierende auf preußischen Universitäten kamen

	Evangelische	Katholische	Juden
1886/90	71,96	18,73	8,98
1891/95	69,13	21,44	8,97
1896/1900	66,80	24,67	8,11

Der Anteil der Evangelischen nähert sich sinkend, der der Katholiken steigend, ihrem Stärkeverhältnis in der Gesamtbevölkerung. Der Juden-Anteil ist etwa acht mal zu hoch. Die sinkende Zahl bei den Juden hängt mit dem Rückgange der jüdischen Geburtenziffer zusammen.

Die jüdische Rasse schneidet aber thatsächlich wesentlich besser ab, als es aus der Religionsstatistik nachgewiesen werden kann, denn die getauften Juden werden als Evangelische oder Katholische geführt. Die sich religionslos nennenden Juden sind garnicht berücksichtigt, ebenso nicht die auf deutschen Universitäten studierenden Ausländer, die zu sehr hohem Prozentsatze Juden sind.

Besonders bevorzugen die Juden die Medizin, wo für die obigen Zeiträume von je 100 Studierende 18,55, 17,07 und 14,00 Juden zu verzeichnen sind.

Danach kommen die juristische und philosophische Fakultät, die auf die Juden etwa gleich starke Anziehungskraft ausüben.

Die Gründe für die bedrohliche Erscheinung sind kurz folgende: Wissen ist Macht. Israel aber drängt sich zur Macht. Es will die Prophezeihung wahr machen: Du sollst alle Völker der Erde fressen, du sollst ihrer nicht schonen. — Die durchschnittlich größere Wohlhabenheit der Judenfamilien ermöglicht es ihnen, ihre Söhne leichter auf den höhern Schulen und Universitäten zu erhalten als es den eingebornen Familien wird. Zudem wohnen die Juden in der Mehrzahl in der größern Städten, wo sich die höhern Lehranstalten befinden.

Der Vater wuchert ein Vermögen zusammen und läßt dann den Sohn die Gesetze des Landes studieren, besonders mit Rücksicht auf die Lücken im Paragraphennetze. Diese Kenntnis verwenden sie dann als Rechtsanwälte, als Justitiarien und Syndici im Versicherungswesen, bei Aktiengesellschaften und Banken und helfen das Geld und damit die Macht des Volkes Israel mehren.

Die oben erwähnte interessante Thatsache, daß bei der jüdischen Bevölkerung ein Geburtenrückgang stattfindet, soll später einmal an dieser Stelle noch behandelt werden.

Nach Arthur Ruppin (Jahrbücher für National-Oekonomie und Statistik, März 1902) steigt bis zum Jahre 1880 der prozentuale Anteil der Juden an der Bevölkerung Preußens. Seit diesem Jahre ist er von 13,3 auf 11,4 vom Tausend gefallen.

Eine untergehende deutsche Stadt.

Nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Prag waren unter den in den Bürgerstand Aufgenommnen der Prager Altstadt in den Jahren

1516 bis 1526	4	v. H.	Deutsche
1527 „ 1537	11	„ „	„
1538 „ 1548	21	„ „	„
1549 „ 1560	28	„ „	„
1561 „ 1570	35	„ „	„
1571 „ 1580	43	„ „	„
1581 „ 1590	44	„ „	„
1591 „ 1601	52	„ „	„
1602 „ 1611	50	„ „	„
1612 „ 1621	49	„ „	„

Gleichzeitig wie diese deutsche Einwandrung in die Altstadt vollzog sie sich auch nach der Schlacht am „Weißen Berge" noch mächtiger in die andern Stadtteile Prags. In der Zeit der nachfolgenden Regierungen wurde die Germanisation Prags immer stärker, und auf diese Weise wurde im Laufe der Zeit aus dem tschechischen Prag ein deutsches Prag, besonders, da die tschechische Einwandrung der Germanisation freiwillig verfiel. Als dann Prag in den folgenden Jahren nicht mehr Sitz des Herrschers war und die königliche Burg am Hradschin verwaiste, war das Lockmittel für Elemente der Gewerbe- und Handelsstände, für Künstlerkreise und dergl. geschwunden. Auf diese Art kam die tschechische Zuwandrung wieder zur Geltung, die aber trotzdem beinahe auf den deutschen Charakter Prags wirkungslos war, sodaß das Ausland Prag als eine ganz deutsche Stadt ansah und mit Ende des 18. Jahrhunderts die Bürokratie in Prag 52 v. H. Deutsche und nur 48 v. H. Tschechen aufwies.

Im Anfange des 19. Jahrhunderts war es trotz der tschechischen Zuwandrung nicht anders. Selbst das Wiedererwachen des tschechischen „Nationalbewußtseins" änderte sehr wenig an der Sachlage, und bei der im Jahre 1850 durchgeführten Volkszählung waren von den 120 758 Bewohnern Prags noch 56 710 Deutsche und nur 62 450 Tschechen.

Seit dieser Zeit begann der neue Slawisierungs-Prozeß Prags, der noch nicht abgeschlossen ist. Welch große Fortschritte dieser Tschechisierungs-Prozeß in den letzten zwanzig Jahren allein gemacht hat, kann man aus folgenden Zahlen ersehn. Die Zahl der Tschechen in den einzelnen Stadtteilen betrug nach den letzten Volkszählungen:

	1880	1890	1900
Altstadt	77,5 v. H.	81,2 v. H.	89,5 v. H.
Neustadt	83,5 „ „	83,7 „ „	87,4 „ „
Kleinseite	79,4 „ „	82,4 „ „	91,3 „ „
Hradschin	90,7 „ „	91,6 „ „	92,9 „ „
Josefstadt	61 „ „	76,4 „ „	92,2 „ „
Wyschehrad	98,4 „ „	99,5 „ „	99,3 „ „
Holleschowitz	95,7 „ „	96,1 „ „	97,6 „ „
Lieben	98,3 „ „	98,7 „ „	98,4 „ „
In ganz Prag	82,35 „ „	85,25 „ „	91,35 „ „

Die Zahl der Deutschen betrug:

	1880	1890	1900
Altstadt	22,3 v. H.	18,7 v. H.	10,4 v. H.
Neustadt	16,3 „ „	16,2 „ „	12,5 „ „
Kleinseite	20,4 „ „	17,4 „ „	8,56 „ „
Hradschin	9,2 „ „	8,4 „ „	6,9 „ „
Josefstadt	38,7 „ „	23,5 „ „	7,68 „ „
Wyschehrad	1,49 „ „	0,42 „ „	0,68 „ „
Holleschowitz	4,2 „ „	3,8 „ „	2,35 „ „
Lieben	1,68 „ „	1,27 „ „	1,57 „ „
In ganz Prag	17,54 „ „	14,69 „ „	8,57 „ „

Die Zahl der Deutschen in Prag ist also seit dem Jahre 1880 um 23,190 Seelen oder nahezu 75,5 v. H. zurückgegangen, während die Zahl der Tschechen in allen Stadtteilen um 48,667 oder 33,4 v. H. gewachsen ist. Zwar ist ein Teil der Deutschen in die Nachbarstädte Smichow, Weinberge, Zizkov verzogen, allein auch dort ist trotzdem das Deutschtum in stetem Rückgange begriffen.

Schreitet die Tschechisierung Prags in dem Maße fort, dann wird allerdings die Zeit nicht allzuferne sein, wo nur noch eine verhältnismäßig kleine Schar Deutscher übrig bleiben und die letzten Reste eines ehemals starken und mächtigen deutschen Volkstums bilden wird.

Und fast in demselben Maße, in dem das Tschechentum in Prag anwächst, nimmt es leider auch im deutschen Sprachgebiete, in den deutschen Städten Böhmens zu. Werden unsre Stammesbrüder in Böhmen durch eigne Kraft dieser drohenden Ueberflutung Stand halten können? Das ist die bange Frage, die sich uns auf die Lippen legt. Wenn die Deutschen in Böhmen nicht gesinnungstüchtiger, unbeugsamer und national opferwilliger werden, wenn sie nicht zu dem Mittel der radikalen Selbsthilfe greifen, werden sie allerdings unbarmherzig in den Strudel hinabgezogen werden.

Die Schlacht auf dem weißen Berge (18. November 1620), die die Wiederherstellung der habsburgischen Herrschaft in Böhmen zur Folge hatte, feiern die Tschechen heute noch, ähnlich wie man die Schlacht bei Langensalza in welfischen Kreisen „feiert". Am Abend des 8. November singt der liebe Pöbel dann in Prag:

Nach der Schlacht am Weißen Berge
Hat der Schlaf uns übermannt,
Und da hat das Pack, das deutsche,
Eingenistet sich im Land.

Der Notschrei der Prager alldeutschen Studentenschaft, den wir in Nr. 731 veröffentlichten, fußt also auf sehr reeller Grundlage. Selbst wenn er nachhaltige Beachtung findet, reicht das natürlich nicht aus, um der drohenden Slawisierung Prags, die natürlich nicht ohne Rückwirkung auf ganz Nordböhmen bleiben kann, Einhalt zu thun. Welche Schritte da zu ergreifen sind, darüber haben naturgemäß in erster Linie die Deutschen Böhmens selbst zu beraten, und vor allen Dingen ihre Völkischen Verbände (Bund der Deutschen in Böhmen usw). Aber auch wir Reichsdeutsche können unser Teil daran thun, wenn wir unsre sommerlichen Erholungsreisen auch in die deutschen Gegenden Böhmens ausdehnen, was bei einem Besuche der sächsischen Schweiz, des Isar- und Riesengebirges, des sächsischen Vogtlandes, des Erzgebirges und des Fichtelgebirges ja sehr leicht ist. Dabei darf man allerdings nicht vergessen, nur gut deutsche Gasthäuser, Kaufleute, Fuhrherren usw. zu berücksichtigen. Wir sind gegebnenfalls gern bereit, die nötigen Angaben zu machen oder eine Stelle zu bezeichnen, von der zuverlässige Auskünfte zu haben sind. In Prag wendet man sich am vorteilhaftesten unter Berufung auf unser Blatt an eine der in Nr. 731 aufgeführten studentischen Korporationen.

Des Präsidenten Roosevelt Ansichten über den Krieg

kann man aus einem Aufsatze kennen lernen, den kürzlich amerikanische Zeitungen brachten. Hier einige hervorragende Stellen daraus:

„Ein wahrhaft großes Volk, stolz und hochgemut, wird lieber allem Unheil des Krieges geradezu ins Auge schauen, als jene elende Wohlfahrt genießen, die nur um den Preis nationaler Ehre erkauft werden kann. Alle großen Völkerrassen sind streitbare Rassen gewesen, und in dem Augenblick, da ein Volk die echten Tugenden verliert, hat es auch, wie hoch es auf der Leiter der Geschicklichkeit im Handel, Finanzwesen, in der Wissenschaft und Kunst gestiegen sein mag, das stolze Recht verloren, mit den besten Völkern in einer Reihe zu stehn. Feigheit ist bei einer Rasse wie bei einem Individuum eine unverzeihliche Sünde, und der freiwillige Verzicht auf die Vorbereitung gegen

Gefahr kann in seinen Wirkungen unter Umständen ebenso verhängnisvoll sein wie Feigheit. . . .

Kein Triumph des Friedens ist ganz so groß, wie die höchsten Triumphe des Krieges. Der Mut des Soldaten, der Mut des Staatsmannes, der Stürmen ins Auge blicken muß, die nur mit soldatischen Eigenschaften beschwichtigt werden können — ein solcher Mut steht höher, als irgendeine Eigenschaft, die im Schoße des Friedens entspringt.

Es ist keineswegs unumgänglich nötig, daß wir Krieg haben müssen, um soldatische Attribute und Eigenschaften zu entwickeln; aber wenn der Friede, den wir genießen, derart ist, daß er ihren Verlust verursacht, dann erkaufen wir ihn viel zu teuer, wie reichen Segen er sonst auch im Gefolge haben mag.

Das Zeitalter des ewigen Friedens liegt uns noch sehr fern. Keine Nation kann ihre Stellung in der Welt behaupten oder irgendetwas wirklich Großes ausführen, wenn sie nicht immer bereit ist, ihre Rechte mit bewaffneter Faust zu verteidigen. Die auf Ordnung beruhende Freiheit, die die Grundlage und den Schlußstein unsrer Zivilisation bildet, kann nur gewonnen und aufrecht erhalten werden von Männern, die entschlossen sind, für ein Ideal zu kämpfen, welche die Fahne der Ehre, des Glaubens und der Vaterlandsliebe hochhalten."

Roosevelt giebt seiner Meinung mit aller Offenheit kühnen Ausdruck. Er bestreitet nicht, daß keine Nation es zu wahrhafter Größe bringen könne, wenn sie nicht groß in den Künsten des Friedens sei, aber zu moralischer Stärke müsse sich physische gesellen und die entschlossene Bereitwilligkeit, für das Vaterland das Leben hinzugeben, wenn es von schwerer Gefahr bedroht würde. Amerika verdanke das meiste denjenigen seiner Söhne, die sich im Kriege oder in kriegsverwandten Angelegenheiten ausgezeichnet hätten. Nur sehr wenige der hervorragendsten Staatsmänner des Landes könnten den großen Kriegshelden gleichgestellt werden. Vieles von dem, was im nationalen Charakter am besten sei und am höchsten stehe, habe seine Quelle in ruhmvollen Erinnerungen und Ueberlieferungen. Die Schlacht, die gut gefochten, das Leben, das mit Ehren durchgekämpft, und der Tod, dem mit Mut ins Auge geblickt wäre — solche Dinge erzeugten in einer Nation bessere und edlere Eigenschaften als irgendwelcher Erfolg an der Börse oder irgendwelches Emporkommen im Handel und in der Industrie.

Ein reicher Bankier möge ein nützlicher Bürger sein, aber tausend reiche Bankiers zusammengenommen vermöchten dem Lande kein solches Erbteil zu hinterlassen, wie Farragut es hinterließ, als er, im Takelwerk des „Hartford" festgebunden, an den feindlichen Forts vorbeijagte, den unsichtbaren Tod unter sich, um seinen hölzernen Schiffsschnabel an dem eisengepanzerten Rumpf des großen feindlichen Rammschiffes zu versuchen. Roosevelt fährt fort:

„Es giebt höhere Dinge im Leben, als den sorglosen und leichten Genuß materiellen Wohlergehns. Durch Kampf oder durch die Bereitschaft zum Kampf muß ein Volk seine Größe erringen. Wir wollen deshalb eine starke Flotte haben, weil wir einerseits der Ansicht sind, daß der Besitz einer solchen Flotte die sicherste Bürgschaft des Friedens ist, und weil wir andrerseits fühlen, daß kein nationales Leben Wert hat, wenn die Nation nicht bereit ist, im Augenblick der Not alles, was sie an Blut und Schätzen hat, für den Krieg als letzten Schiedsrichter lieber aufs Spiel zu setzen, als sich dem Verlust der Ehre und des guten Namens zu unterwerfen. Man hat treffend gesagt, daß derjenige ein Gentleman ist, der immer bereit ist, sein Leben für kleine Dinge hinzugeben, d. h. für solche Dinge, die dem klein erscheinen, der kein andres Interesse kennt, als das Steigen und Fallen der Papiere, und auch dem furchtsamen Doktrinär, der aus seinem Studierzimmer feigen Frieden predigt."

Der Präsident wird es doch wohl nicht durch diese Aussprüche mit den Herren von der Börse verdorben haben?

„Und Mardochai, der Jude,

war der andre nach dem König Ahasveros, und groß unter den Juden und angenehm unter der Menge seiner Brüder, der für sein Volk gutes suchte und redete das beste für allen seinen Samen."

Diese Schlußworte des Buches Esther thut man gut sich in der „Aera Ballin" zu erinnern, wenn man manchmal seltsame Vorgänge schwer zu erklären vermag. —

An diese allgemeine Betrachtung knüpfen wir ein paar Nachrichten an, die dieser Tage durch die Zeitungen gingen. — Herr Paul David Fischer, weiland Unterstaats-Sekretär im Reichspostamt, war in den letzten Jahren Stephans der eigentliche Leiter unsers Postwesens. Er hatte mit großer Sicherheit darauf gerechnet, Stephans Nachfolger zu werden, aber siehe da — Podbielski wurde berufen . . . und Herr Fischer nahm seinen Abschied. —

Die Aera Mardochai, wir wollten sagen „Ballin", war noch nicht angebrochen und naive Deutsche meinten damals, Herr Fischer sei in jenes hohe Reichsamt nicht berufen, weil er mit den Juden verschwägert war. — Aber die Hochfinanz brachte ihn sofort in dem Aufsichtsrate der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft unter, wo er, großgeschriebne, Verdienste erwerben konnte. — In der nun angebrochnen Aera Ballin ist er jedoch zu größerm auserfehn. — Einflußreiche Männer aus dem Volke seiner Schwäger „redeten das beste für ihn", und siehe da, er ist jetzt in den Aufsichtsrat der Diskonto-Gesellschaft berufen, was ein Taschengeld von einigen zehntausend Mark fürs Jahr bedeutet. Führt er sich dort zur Zufriedenheit der Finanzmachthaber, so wird ihm der Direktorposten nicht entgehn. (Herr Witting, richtig Witkowski, bisher Oberbürgermeister von Posen, ist z. B. Mitdirektor bei der „National"-Bank für Deutschland geworden, die er fortan in Gemeinschaft mit seinem Rassegenossen Stern im (jüdisch-) nationalen Sinne leiten wird.) —

Die Diskonto-Gesellschaft hat, wenn wir nicht irren, einige Erfahrung darin, Finanzschwierigkeiten großer Herren geschickt und verschwiegen zu „sanieren". Ihre Leiter vermögen sich daher Konnexionen zu erwerben, die später einmal sehr nützlich werden können.

Aber zu etwas anderm. Die deutsche Waffen- und Munitionsfabrik (ein Anhängsel der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co.) hat als Direktor den Oberst Fleck, bisher Bezirkskommandör in Hannover, „berufen". So stand es in allen Zeitungen zu lesen. Wie stolz das klingt: Ludwig Löwe „beruft" einen Königlich preußischen Offizier in seine Dienste. Herr Fleck wird demnach die Stelle einnehmen, die früher der gegenwärtige Eisenbahnminister bekleidete. Er hat also Chance, vielleicht auch noch einmal Minister — etwa Postminister an Herrn Krätkes Stelle zu werden. Die Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. könnte das nur mit Genugthuung erfüllen. Sie hat ihren ehemaligen Angestellten, den gegenwärtigen Verkehrsminister, ihre großen Vorräte an Werkzeugmaschinen zum Kaufe angeboten, und sie hat auch der Postverwaltung, wie man liest, ihre Stempelmaschinen zum Erwerb offeriert. Der Leiter unsers Postwesens soll, so steht es in den Zeitungen zu lesen, wir vermuten auf Empfehlung seines Kollegen Budde, vielleicht auch seines frühern Kollegen Fischer, zum Ankaufe geneigt sein, denn — so sagen die Postoffiziösen — als deutsche Behörde müßte die Post Maschinen deutschen Ursprungs allen andern Fabrikaten vorziehn. Sehr löblich. Indessen Ludwig Löwe hat das Patent erst aus dem Auslande erworben und ist selbst kein Deutscher. Aber Mardochai sitzt, bildlich gesprochen, jetzt unsichtbar überall in einflußreichen Stellungen „und sucht gutes für sein Volk und redet das beste für allen seinen Samen". Da wird die Firma Löwe schon ihr Ziel erreichen, obwohl der Staat bisher weder mit Löweschen Gewehren noch mit Löweschen Granaten gute Erfahrungen gemacht hat.

Eine Erinnerung aus der richterlichen Praxis in der Provinz Posen.

Einen kleinen Prozeß will ich erzählen, der einstmals durch meine Hände gegangen ist.

Ein deutscher Gutsbesitzer hatte eine kranke Kuh. Ein Jude kommt und will sie kaufen. Der Gutsbesitzer sagt ihm: „Die Kuh wird Ihnen aber wahrscheinlich unterwegs zusammenfallen. Sie bringen sie nicht bis nach der Stadt. Ich will sie Ihnen schlachten lassen, dann können Sie sie auf Ihren Wagen laden." Er antwortet: „Nein, ich will sie kaufen, wie sie da ist". Das geschieht also, natürlich für ein Billiges und der Jude läßt sich von den Leuten des Gutsbesitzers die Kuh lebendig auf seinen Wagen heben und fährt sie nach der Stadt!

Nun muß es Mittel geben — vielleicht Arsenik —, um ein solches Stück Vieh noch auf kurze Zeit aufzumuntern. Das muß geschehn sein, denn es gelingt dem Juden, und er schmiert die Kuh einem polnischen Bauern an. Wie sie handelseinig geworden sind und der Bauer bezahlen will, sagt er ihm: „Die Kuh gehört nicht mir, sie gehört meinem Schwager, ich werde meinen Schwager holen, der wird sie Dir verkaufen". Dem Bauern ist das gleich, er wartet. Der Schwager kommt, ist mit allem einverstanden, empfängt vom Bauern das Kaufgeld, übergiebt ihm die Kuh und der Bauer zieht mit dem Vieh ab. Als er nach Hause kommt, merkt er natürlich sehr bald, wie er betrogen worden ist. Das will er sich nicht gefallen lassen. Er geht zum Tierarzt. Dieser untersucht die Kuh, konstatiert die Krankheit, stellt ihm ein Attest darüber aus und auf grund dessen verklagt er nun seinen Verkäufer, den Schwager.

Das war der Prozeß, von dem ich erzähle. Der Verklagte bestreitet, also Beweisaufnahme. Der Gutsbesitzer wird vernommen, der Tierarzt wird vernommen, es wird alles Vorerwähnte festgestellt und der Verklagte wird verurteilt, also: die Kuh zurückzunehmen, das Kaufgeld zurückzuzahlen und Zinsen, die Futterkosten zu erstatten und die Prozeßkosten zu tragen. Das Urteil wird rechtskräftig — damals gab es noch keine vorläufige Vollstreckbarkeit, sondern es mußte die Rechtskraft abgewartet werden, bevor die Exekution zulässig war —, aber der Verklagte zahlt nicht, also Exekution, die damals der Prozeßrichter zu leiten hatte.

Da findet sich, daß der Verurteilte ein ganz armer Jude ist, bei dem auch nicht das geringste Pfändungsobjekt zu finden ist, und der Bauer muß die gesamten Kosten noch dazu bezahlen. Der Verklagte war natürlich eine vorgeschobne Person, die etwas dafür bekommt, daß er solche Rolle spielt, vielleicht davon lebt.

Nun liegt die Frage nahe: Hat denn der Bauer jetzt nicht seinen wahren Verkäufer verklagt, von dem er betrogen worden ist, und hat er nicht dem Staatsanwalt Anzeige gemacht? Das ist nicht geschehn. Warum nicht und welches der weitere Verlauf gewesen ist, darüber kann ich nur Vermutungen aussprechen, der Erfahrungen gemäß, die man dort macht. Vielleicht hat ihm sein eigentlicher Verkäufer einen falschen Namen angegeben, und er hat ihn nicht ermitteln können. Jedenfalls werden die Juden dafür gesorgt haben, daß der Bauer die Sache nicht weiter verfolgte. In dem Dorfe, in dem der Bauer zu Hause war, wohnten vielleicht mehre Juden. Diese wußten natürlich die ganze Geschichte, stellten der Frau des Bauern vor, wie viel Geld er schon verprozessiert habe und noch mehr verprozessieren werde, und hetzten sie so auf gegen ihren Mann. Wo er sich blicken ließ, verhöhnten und hänselten sie ihn, auch in der Stadt auf dem Markt, woran auch andre Juden sich beteiligten. Das alles nicht allein. Er hatte soviel Kosten bezahlen müssen und sich das Geld dazu durch Wechsel verschaffen müssen. Jetzt hatten sie eine Handhabe. Sie drohten ihm mit Exekution, er solle die Sache ruhn lassen, dann solle er auch Geld bekommen, wenn er einmal in Verlegenheit sei. Helfer und Helfershelfer überall. Vielleicht sind dann die wucherischen Manipulationen weiter gegangen, und nach einigen Jahren ist ihm sein Grundstück subhastiert, und er und seine Familie an den Bettelstab gebracht worden. Das ist der Jude.

Das ist ein Beispiel von dem, was in unsern polnischen Landesteilen an allen Gerichten die alltägliche Praxis ist.

Amtsrichter C.

Beamten-Konsumvereine machen sich jetzt sogar in kleinern Orten für den seßhaften Kaufmannsstand unangenehm bemerkbar. Man sieht das an nachstehendem Vorkommnis. Der Beamten-Konsumverein Salzwedel hatte ohne behördliche Genehmigung den Handel mit Drogen und chemischen Präparaten, die zu Heilzwecken dienen, eingeführt, weshalb der Lagerhalter und zwei Vorstandsmitglieder von der Polizeiverwaltung je einen Strafbefehl über 15 Mark und 5 Mark zugestellt erhielten. Auf die eingelegten Einsprüche erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung, indem es nicht für erwiesen hielt, daß die Angeklagten z. Zt. des Strafbefehls schon den Handel mit Drogen und chemischen Präparaten, die zu Heilzwecken dienen, im Konsumverein betrieben hätten, ohne die erforderliche Anzeige erstattet zu haben. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde dann aber das schöffengerichtliche Urteil wieder aufgehoben und die Angeklagten wegen Uebertretung der Reichsgewerbeordnung in je 6 Mark Geldstrafe genommen. Die beiden Vorstandsmitglieder sind Postassistenten, weshalb die „Kolonialwaren-Ztg." nicht mit Unrecht dieses Urteil mit folgenden Bemerkungen begleitet:

„Interessant ist an der Sache der Umstand, daß es sich um ‚handeltreibende' Postbeamte handelt, die bestraft worden sind, nicht, weil sie Handel trieben, sondern nur, weil sie den Handel nicht vorschriftsmäßig betrieben. Die Postverwaltung selbst aber läßt sich durch Kaufleute weder einen nicht vorschriftsmäßigen noch einen vorschriftsmäßigen Verkehr mit Briefsendungen usw. gefallen; sie hält ihr ‚Gewerbe' rein; um so unangenehmer ist der Gedanke, daß dagegen die Postbeamten in aller gesetzlichen Form einen regulären Handel nebenbei betreiben dürfen."

Offiziere, Professoren und sonstige Lehrer, Post- und Eisenbahnbeamte arbeiten somit an der allmählichen Vernichtung des selbständigen und soliden Mittelstandes. In ihrem Gefolge befinden sich Hunderte von Industriellen und Handwerkern, die sich beim geringsten Nachdenken im Hinblick auf diese Entwicklung sagen müßten: Heute dir — morgen mir!

Schritt für Schritt treten auf diese Weise an die Stelle der selbständigen Kaufleute und Handwerksmeister als sogenannter „neuer Mittelstand" die völlig unselbständigen Lagerhalter, Lagerhalterinnen und Gehilfen der Konsumvereinsgeschäfte. An die Stelle der Familienväter und Hausmütter mit ihren Kindern treten die kaum ihr eignes Leben fristenden ledigen Angestellten.

Und das nennt man dann „moderner Fortschritt"!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Nach Meldungen tschechischer Blätter hat Graf Heinrich Taaffee, der Sohn des frühern Minister-Präsidenten Taaffe, einen jüdischen Jurnalisten mit der Herausgabe der Erinnerungen seines verstorbnen Vaters betraut. Der Brünner „Hlas" fügt hinzu: „Sollte sich diese Nachricht thatsächlich bewahrheiten, dann wird man zugeben müssen, daß der Sohn ganz andern Anschauungen huldigt, als sein Vater. Wir können hierfür ein markantes Beispiel anführen. Gelegentlich der Wiener Punktationen handelte es sich darum, durch einen Vermittler eine gewisse Angelegenheit zu erledigen. Ein damaliger hervorragender alttschechischer Abgeordneter, der in die ganze Sache eingeweiht war, meinte, daß hierzu Herr Blumenstock (später Hofrat Halban) am besten passen würde. Unwirsch erwiderte hierauf Graf Taaffee: ‚Muß denn immer ein Jud dabei sein!' Der Sohn des berühmten Staatsmannes scheint eben andrer Meinung zu sein."

Nordamerika. Unter der Ueberschrift „Seid fruchtbar und mehret euch" schreibt die „Newyorker Staatszeitung": Die „Jewish World" veröffentlicht in ihrer letzten Nummer eine Aufstellung der in Newyork wohnenden Juden, die auf die im Sanitäts-Departement registrierten jüdischen Beerdigungen basiert ist. Von diesen fanden im vorigen Jahre 7997 statt und da in dem am dichtesten bevölkerten jüdischem Distrikte die Sterberate etwas über 15 pro Tausend beträgt, so könnte hiernach eine Bevölkerung von 533 133 Juden gerechnet werden. Seit dieser Zeit kamen mindestens 29 225 neue Einwandrer hinzu, während die Geburten die Sterbefälle um 21 400 übersteigen, so daß die Gesamtziffer der am 1. August in Groß-Newyork lebenden Juden nahezu 600 000 erreicht. Nach Ansicht der „Jewish World" ist dies noch eine sehr konservative Schätzung, da nach einer andern Aufstellung des Blattes, 5062 Hochzeiten im vorigen Jahre registriert wurden. Nach der hoch angesetzten Rate von 10 pro Tausend würden demnach in Manhattan allein 506 200 Juden wohnen, rechnet man hierzu 70 000 in Brooklyn, den Zuwachs an jüdischen Einwandrern und die Geburten, so ergiebt sich ungefähr dieselbe Ziffer wie oben. —

Die „Jewish World“ ist ein jüdisches Blatt und die „Newyorker Staatszeitung“ segelt in judenschützerischem Fahrwasser, die Angaben werden also wohl stimmen.

Mosaik.

Vom Verdingungs-Unwesen. Die Dresdner Stadtverordneten haben einen Entwurf über das Verdingungswesen angenommen, dessen wichtigste Bestimmungen lauten:

Die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen an General-Unternehmer ist ausgeschlossen. Bei einem Ausstande ist die Lieferzeit entsprechend zu verlängern und die erzielte Lohnerhöhung verhältnismäßig im Preisanschlag in Anrechnung zu bringen. In der Regel sind bei der engern Wahl nicht zu berücksichtigen Personen und Firmen, die für sich in Strafanstalten arbeiten lassen oder vorwiegend Ausländer beschäftigen oder sich bereits in Konkurs befanden und dadurch andre in ihrem Vermögen geschädigt haben. Der Zuschlag ist nicht mehr dem Mindestfordernden, sondern dem Mittelpreis zu erteilen. Dieser ist aus der Summe aller in die engere Wahl gekommnen Angebote zu ermitteln, jedoch sind vorher die Angebote auszuscheiden, die den Voranschlag um 10 v. H. überschreiten oder um 20 v. H. darunter zurückbleiben. —

Den Umbau des Bahnhofs Neumünster (Holstein) will ein Unternehmer für 66046,39 Mark übernehmen, während ein andrer 163451 Mark fordert.

Makkabäer-Reklame. Die in voriger Nummer an dieser Stelle erwähnten jüdischen Helden-Ansichtskarten sind — wie uns die betreffende Firma mitteilt — weder im Verlage von J. Kauffmann, Frankfurt (Main), erschienen, noch steht diese Firma in mittelbarer oder unmittelbarer Beziehung zu der Herstellung und Herausgabe der Postkarten.

Die Notiz mit Angabe der Firma „J. Kauffmann, Frankfurt (Main)“ ist wochenlang durch sehr viele Blätter gegangen, ohne daß bisher irgendeine Berichtigung erschienen wäre. Könnten uns die Einsender der betreffenden Zeitungs-Ausschnitte nicht ein Stück dieser „Ansichtskarten“ verschaffen?

Die Engländerei wirkt ansteckend! Der Marine-Verein „Prinz Adalbert“ in Hirschberg (Schlesien) hat eine Einladung des Militär- und Krieger-Vereins zum Sedansfeste einstimmig abgelehnt, weil die Marine-Kameraden die im chinesischen Kriege erworbne freundschaftliche Kameradschaft mit den französischen Kameraden auch ferner pflegen wollen.

Es ist nur gut, daß in Hirschberg der Freisinn in höchster Potenz herrscht, man also sich wohl denken kann, daß dieser Beschluß nicht die Stimmung der Vereinsmitglieder richtig wiedergiebt.

Ein merkwürdiger „Deutscher“ scheint der deutsche Marine-Attachee Cörper in London zu sein, dessen seltsame Rede wir in voriger Nummer besprachen. Die „Alld. Bl.“ drucken nämlich aus einem schon vor der Feier in Dover aus England abgegangnen Schreiben folgende Stelle mit: „Unterm 17. Mai d. J. findet man im Fremdenbuche des Shelbourne Hotels in Dublin den deutschen Marine-Attachee mit Frau wie folgt eingetragen: Captain und Madame Coerper. Einen deutschen Marine-Offizier liest man wirklich nicht daraus. Was für einen ganz andern Eindruck rufen doch da die in demselben Buche auf deutsch mit markigen Zügen eingetragnen Namen andrer Marine-Offiziere hervor!“

Es wird die höchste Zeit, daß dieser Mann von seinem Posten abberufen wird!

Güterzertrümmerung. Die 700 Hektar großen Kgl. Domäne Fienerode bei Genthin hat die preußische Regierung öffentlich meistbietend versteigert. Die Bietungskaution betrug 30000 Mark, die Anzahlung mindestens ein Drittel der Kaufsumme, so daß also nur „kapitalkräftige“ Leute an die Sache herangehn konnten. Erstanden haben die Domäne für 418500 Mark ohne Inventar Gebr. Friedmann, Cöthen (Anhalt), Gumpel u. Samson, Bernburg, Tasse u. Rothenstein, Dessau, Meyer u. Oppenheim, Hannover, Nußbaum u. Friedmann, Oschersleben und S. Joseph, Halberstadt.

Selbstverständlich wird nunmehr die Domäne ausgeschlachtet. Ob dabei wohl verdient wird?

Jüdische Arbeiter sind ein rarer Artikel, deshalb giebt es auch nur eine jüdische Arbeiter-Kolonie, die am 15. Februar d. J. in Weißensee bei Berlin eröffnet wurde. Die Gesamtzahl der Kolonisten, die meistens aus Rußland, Polen, Galizien, Ungarn und Rumänien stammen, beträgt zur Zeit 39. Demnächst sollen es 50 werden. Bis Ende Juli sind im ganzen 3551 Verpflegungstage geleistet, darunter allein 1187, die auf Feiertage fielen! Die Herren „Kolonisten“ hatten also durchschnittlich jede Woche drei Feiertage. Da kann es nicht weiter auffallen, wenn sie in den ersten fünf Monaten des Betriebes nur 1273,95 Mark an „Lohn“ erarbeiteten, was monatlich für jeden Mann ungefähr ganze 7 Mark ausmachte. Auf die nächsten Ergebnisse der „Kolonie“ kann man gespannt sein, ebenso darauf, ob die Verwaltung der Oeffentlichkeit erzählen wird, wie sich ihre jüdischen Arbeiter nach Entlassung aus der Anstalt gemacht und bewährt haben.

Sozialdemokratisches. In dem Bericht des sozialdemokratischen „Echo“ über eine am 21. August zu Hamburg (bei Tütge) abgehaltne Maurerversammlung heißt es: „Der nagelneue Unternehmer Louis (in Firma Louis und Basse), der vor kurzem noch Mitglied unsrer Organisation war, scheint nun noch extremer zu sein als die Innungsmeister. Er hat gleich zu Anfang unsre Forderungen bewilligt, sie aber vor geraumer Zeit zurückgezogen, und sagt, daß sein Bau noch so lange Zeit hat, bis die Gesellen wieder zu den alten Bedingungen anfangen.“ —

In der Zolltarif-Kommission des Reichstages erklärt „Genosse“ Grünberg: „Ob ein Geschäftsmann Sozialdemokrat, Konservativer oder Nationalliberaler sei, wenn ihm die Rohstoffe seiner Erzeugung verteuert würden, dann suche er sich nach Möglichkeit am Arbeitslohn schadlos zu halten, denn jeder Geschäftsmann kämpfe um seine Existenz.“ —

Der sozialdemokratische Arbeiterverein zu Frankfurt (Oder) hat einen vom „Vorwärts“ veröffentlichten Beschluß gerügt, in dem dem Abg. Stadthagen Leichtfertigkeit und Schädigung der Partei vorgeworfen wird, weil er „Anschuldigungen in die Welt geschleudert habe, ohne vorher auch nur den Versuch zu machen, sich über die Berechtigung der Vorwürfe zu erkundigen.“ —

Der Konsumverein in Sandersdorf bei Halle (Saale) ist mit einer Schuldenlast von 8300 Mark zusammengebrochen. Die Aktiven beziffern sich auf nur 2800 Mark. Trotzdem der Verein schon seit Jahren mit einer Unterbilanz arbeitete, hielten ihn die „Genossen“ noch durch Fälschung der Jahresbilanz und verteilten auch ruhig 6 v. H. „Dividende“. Infolgedessen erhielten die Vorstandsmitglieder der Schuhmachermeister August Mittag, der Maurer Gottlieb Rieber, der Grubenarbeiter August Hille, der Stellmacher August Steuer, der Maurer Gustav Kleeblatt, der Arbeiter August Schikore und der Handarbeiter Ernst Behse Geldstrafen von 5 bis 60 Mark wegen unordentlicher Führung der Handelsbücher. Das Urteil fiel so milde aus, weil das Gericht den „Genossen“ ihre Geschäftsunkenntnis zugute hielt und Hille und Rieber als Kassierer und Geschäftsführer eine Bürgschaft von 200 und 500 Mark noch extra verlieren.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 4.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 4. September 1902. Nr. 733.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden.

Die für diesen Monat in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist auf Sonntag, den 5. Oktober, verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bis längstens den 30. September bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Für das Herzogtum Braunschweig und die benachbarten preußischen Kreise soll am 28. September in Braunschweig eine allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung stattfinden, die hauptsächlich mit der Umgestaltung und Erweiterung des Werbegebiets des Deutschsozialen Vereins für Braunschweig sich beschäftigen wird.

Diese Verbandserweiterung geschieht, um den in vielen Wahlkreisen vereinzelt wohnenden Deutschsozialen den Anschluß an eine feste Organisation zu ermöglichen und gleichzeitig dadurch einen Boden für die fruchtbringendere Ausbreitung unsrer Ideen in diesen Gebieten zu schaffen. Der dem Parteitage vorzulegende Entwurf umfaßt als Verbandsgebiet: das Herzogtum Braunschweig, die benachbarten fünf hannoverschen Wahlkreise 10 bis 14 (Hildesheim, Northeim, Göttingen, Goslar und Celle) und den ganzen Regierungsbezirk Magdeburg. Als Name für den neuen Verband wird in Vorschlag gebracht „Verband Niedersachsen der Deutschsozialen Partei".

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

☛ Wir bitten die Bekanntmachung des Verbandes Saale- und Elbgau zu beachten!

Verband Saale-Elbgau. Am 6. Juli ist in Leipzig im Beisein der Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Raab der Saale-Elbgau der Deutschsozialen Partei gegründet worden, dem sofort sämtliche Teilnehmer der gründenden Versammlung beigetreten sind. Der Gau umfaßt bis jetzt die Reichstagswahlkreise Leipzig, Delitzsch-Bitterfeld, Halle, Merseburg-Querfurt, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Altenburg und beide Reuß.

Mit der vorläufigen Geschäftsführung des Gaues ist der Deutschsoziale Verein Leipzig beauftragt worden. Die endgiltige Konstituierung des Gaues wird laut Beschluß der Gründungsversammlung Sonntag, den 7. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in Leipzig, Pfaffendorferstraße 4 (Hotel Eldorado) erfolgen. An alle Gau-Mitglieder sind Einladungen ergangen. Doch ist auch die Teilnahme aller Gesinnungsgenossen erwünscht, die sich dem Gaue anzuschließen beabsichtigen.

Am genannten Tage sind in Leipzig der Gauvorstand endgiltig zu wählen und die Satzungen festzustellen. Ein Entwurf, dem die Satzungen andrer Gauverbände unsrer Partei als Muster gedient haben, ist bereits an die Beteiligten versandt. In der Zwischenzeit ist für die Werbung von Gaumitgliedern erfolgreich gearbeitet worden. Diesem Zwecke sollen auch die öffentlichen Versammlungen am 4. September in Zeitz und am 6. September in Altranstädt dienen, in denen Abg. von Liebermann Vorträge halten wird. Satzungen und Beitrittserklärungen, Parteiprogramme und Flugschriften sind von der Geschäftsstelle des Saale-Elbgau, Leipzig, Königstr. 27 I, zu beziehn.

Der Deutschsoziale Verein Berlin hält an jedem ersten Freitag im Monat eine geschäftliche Sitzung im Wirtshause Schönhauser Allee 173 ab. Die nächste derartige Zusammenkunft findet am 5. September statt. Gäste sind stets willkommen. Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt entgegen der Vereins-Schriftführer, Herr Kaufmann P. Süßmuth, Brunnenstr. 152.

Verband Nordmark. Herr Schriftleiter G. Haase (Hamburg) sprach am 16. August in der Monatsversammlung der Gewerkschaftlichen Vereinigung der Kaiarbeiter über Seemanns-Ordnung und Sozialdemokratie. —

Im Deutschnationalen Arbeiterbunde zu Hamburg hielt Abg. Raab am 23. v. M. einen Vortrag über die Arbeiterfragen in der Hamburger Bürgerschaft. —

Die Versammlungen, die Herr Henningsen (Hamburg) in Ostfriesland abhielt, nämlich am 16. v. M. in Bunde, am 17. in Stapelmoor und Weener, am 18. in Wymeer, am 19. in Jemgum, am 20. in Ditzum und am 21. in Ditzumerverlaat verliefen sämtlich für unsre Sache sehr vorteilhaft. Wir hatten stets volle Häuser, eine aufmerksame Zuhörerschaft und hörten nur anerkennende Worte, selbst in den Kreisblättern.

Abg. Hofprediger Dr. Stoecker sagt in seinem diesjährigen Sedansbriefe, den er alljährlich aus Bayerns Bergen seinen Parteifreunden schreibt:

„Wir Christlich-Sozialen haben den Versuch gemacht, die evangelischen Kreise zu einer geschlossenen Gegenwirkung gegen den Zeitgeist aufzurufen und dabei doch so viel erreicht, daß in Berlin der Beweis der Möglichkeit geliefert ist, eine Millionenstadt wieder in ihren Massen mit der christlichen Weltanschauung zu erreichen und daß eine antijüdische Bewegung von Berlin aus durch die ganze Welt geht, nicht immer und überall in unserm Sinne, aber doch mit dem Erfolg, daß die Christenheit auf die jüdische Gefahr aufmerksam geworden ist und dawider kämpft. Leider ist durch Ereignisse, die für jedermann unbegreiflich sind, die christlichsoziale und die daran anknüpfende Berliner Bewegung gestört. Nur im Siegerland und einigen benachbarten Kreisen Westfalens und Hessens ist es uns gelungen, festen Fuß zu fassen. Aber wir geben dennoch die Hoffnung nicht auf, daß die von uns gestreute Aussaat noch einmal ihre Ernte bringen wird."

Diese Hoffnung können wir leider für Berlin in absehbarer Zeit nicht hegen!

700 000 Flugblätter haben die Sozialdemokraten am letzten Sonntag im Juli im Königreich Sachsen verbreitet. Der „Vorwärts" teilt darüber mit: „Das Flugblatt macht die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß der dieser Tage in Form einer Extrasteuer erhobne 25prozentige Steuerzuschlag eine Folge der konservativen Parlamentsmißwirtschaft ist. In sehr geschickter Form geißelt das Flugblatt ferner die arbeiterfeindliche Politik Sachsens und ermahnt das sächsische Proletariat, bei den kommenden Reichstagswahlen auf dem Posten zu sein."

Diese kurzen Andeutungen des sozialdemokratischen Blattes genügen zu der Annahme, daß das Flugblatt an Verdrehungen und lügenhaften Entstellungen das bei den Herren „Genossen" übliche Maß erreichen wird.

„Man hört aber selten", meinte dazu die „Deutsche Zeitung", „daß die bürgerlichen Parteien dagegen mit der erforderlichen Energie oder überhaupt vorgehn. Darin beruht eben das ganze Geheimnis der sozialdemokratischen Erfolge, daß sie die Massen mit einer Intensität bearbeiten, wie sie bei einer andern Partei noch niemals beobachtet wurde! Die breiten Schichten bekommen in der Regel andre als sozialdemokratische Flugblätter garnicht in die Hand und nehmen deren Inhalt natürlich auf Treu und Glauben hin!"

Die „Deutsche Zeitung" hat nicht ganz unrecht. Auch bei den Judengegnern, die früher Jahr aus Jahr ein hunderttausende von Flugblättern ins Land gehn ließen, heißt es seit einiger Zeit „Gewehr bei Fuß". Aufklärende Flugschriften kann man nicht oft genug verbreiten, und wenn sich nur jeder Parteigenosse allmonatlich für eine Mark solches Material von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52 kommen ließe und für regelrechte Verteilung sorgte, so stände es sicher anders um die Meinung im Lande!

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 5. bei Krug (Aktienbrauerei);
am 12. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein Abgefeimter. Am 30. Januar d. J. versuchte der angebliche Kaufmann Max Levin aus Newyork bei der Nationalbank für Deutschland zu Berlin 10 Stück Serbische Anleihen zu je 500 Francs zu verkaufen. Es stellte sich heraus, daß die Papiere aus einem Diebstahl herrührten, der am 11. März 1897 in Reims begangen war. Vor etwa sechs Monaten wurde in Berlin der Kaufmann Noel Laterner zu schwerer Strafe verurteilt, weil er Papiere umzusetzen versucht hatte, die gleichfalls aus dem erwähnten Diebstahl stammten. Es wurde angenommen, daß der angebliche Levin mit Laterner im Bunde stand. Man steckte deshalb Levin ein und da stellte es sich heraus, daß er Moritz Rabenowitz hieß und aus Dünaburg (Rußland) stammt. Jetzt behauptete er, er sei bis zu seinem 19. Lebensjahre auf dem Polytechnikum in Dünaburg gewesen, dann aber nach England gegangen, um sich der Militärpflicht zu entziehn. In London habe er die Zuschneidekunst erlernt. Dann habe er sich sechs Jahre hindurch in Paris aufgehalten. Dort sei er mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden, weil er einen gefälschten Kreditbrief zu verkaufen versuchte. Nach Verbüßung dieser Strafe sei er nach San Franzisko und von dort nach Newyork gegangen. Hier habe er sich als Vermittler für Pelzwaren ernährt und sei amerikanischer Bürger geworden. Er habe sich dabei den Namen Max Levin beigelegt, um später nach Rußland zurückkehren zu können. Im Oktober v. J. sei er nach Europa gereist, um Geschäfte abzuwickeln. Er habe Rotterdam, Brüssel, Frankreich und Oesterreich besucht und sei im Januar d. J. von Wien nach Berlin gekommen, um hier die serbischen Papiere umzusetzen. Er habe die Papiere von einem unbekannten Herrn in Newyork gekauft und keine Ahnung davon gehabt, daß sie gestohlen waren. — Die von der Polizei angestellten Ermittlungen ergaben nur in einigen unwesentlichen Punkten die Wahrheit dieser Angaben, so daß über die Persönlichkeit des Juden noch Dunkelheit herrscht. Obwohl der Staatsanwalt nur anderthalb Jahre Gefängnis beantragte, hielt das Gericht den Angeklagten doch für so gefährlich, daß es ihn zu drei Jahren verurteilte.

Ein fingierter Ausverkauf ist den Kaufleuten Philipp und Max Neuburger zu Regensburg schlecht bekommen. Auf Veranlassung des Regensburger Vereins zum Schutz für Handel und Gewerbe fällte in letzter Instanz das Oberlandesgericht in Nürnberg nachstehendes Urteil:

1. Die Beklagten haben in öffentlichen Bekanntmachungen oder in sonstigen für einen größern Kreis von Personen bestimmten Mitteilungen über den Verkauf ihrer Schuhwaren die Angaben, daß sie ihr ganzes Lager, um bis zu der am 1. März 1902 erfolgenden Uebergabe des Geschäftes vollständig zu räumen, einem Ausverkauf unterstellen, zu unterlassen; ebenso haben sie Beisätze zu ihrer Firmenbezeichnung zu unterlassen, die auf den Besitz von Zweiggeschäften hinweisen.

2. Den Beklagten wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von 300 Mark angedroht.

3. Dem klagenden Vereine wird die Befugnis zugesprochen, den verfügenden Teil des Urteils im „Regensburger Anzeiger", im „Regensburger Tagblatt" und im „Bayerischen Volksboten" auf Kosten der Beklagten innerhalb 14 Tagen vom Tage der Hinterlegung der Sicherheit eventuell vom Tage der Rechtskraft des Urteils an einmal bekannt zu machen.

4. Die Beklagten haben die Kosten des Rechtsstreites zu tragen

5. Das Urteil wird gegen eine Sicherheit von 2000 Mark für vorläufig vollstreckbar erklärt. —

Die Sache hat bei den Gerichten „nur" ein halbes Jahr beansprucht.

Die Sonntagsruhe hat der Kaufmann Leon Locier zu St. Johann (Saar) am 4. Mai nicht beachtet, wofür ihn das Landgericht in fünf Mark Strafe nahm. Das Schöffengericht sprach ihn frei, der Staatsanwalt legte indes mit Erfolg Berufung ein.

Der „Irrtum" eines Juden ist einem Handwerker in St. Johann (Saar) schlecht bekommen. Bei dem Althändler Levy war angeblich eingebrochen, und eines Tages entdeckte die Polizei in der Wohnung des Schuhmachers Geibig eine Uhr nebst Kette, die Levy als ihm gestohlen erkannte. Der Schuhmacher beteuerte, daß Uhr und Kette seit Jahren sein wohlerworbnes Eigentum seien; indessen glaubte man der bestimmten Erklärung des Levy, der sein Eigentum genau wiedererkennen wollte, mehr, und Geibig blieb acht Tage in Untersuchungshaft, bis es ihm endlich gelang, seine Unschuld nachzuweisen. Jetzt hat er gegen Levy Klage erhoben, die acht Tage nimmt ihn aber niemand wieder ab.

Wegen unbefugter Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie muß der Schuhwarenhändler Hermann Oppenheim zu Hamburg zehn Mark berappen. Er versprach am Eröffnungstage dem 1., 5., 10., 15., 20, 25., 30. und 40. Käufer kostenloses Schuhzeug.

Steckbrieflich verfolgt wird der Privatsekretär Gustav Roth nebst Frau, die in Hamburg ungefähr 75000 Mark gemaust haben. Roth ist am 31. Mai 1869 zu Byalska (Ungarn) geboren und 1,80 Meter groß, hat ein schmales gelbliches Gesicht, schwarzes Haar, Schnurrbart, kurzgeschnittnen Vollbart, schwarze Augen, eine hohe Stirn, eine gebogne Nase und einen großen Mund, in dem die obern Schneidezähne fehlen; er sieht jüdisch aus und spricht deutsch, englisch und ungarisch. Die Frau ist am 19 Mai 1868 zu Tranje geboren, untersetzt und dunkelblond. Sie hat schwarze Augen und eine niedrige Stirn.

Die Formel „jüdisches Aussehn" scheint seit einiger Zeit bei manchen Staatsanwälten gang und gäbe zu werden; wenn die Herren sich dadurch nur nicht die Feindschaft des Denunzianten-Vereins zuziehn!

Wie Herr Goldwicht seine Schulden bezahlt. Versuchte und vollendete Nötigung, Hausfriedensbruch und Beleidigung sollte der Milchhändler August Meyer zu Hannover verbrochen haben und zwar Anfang Mai in der Wohnung des Borstenhändlers Goldwicht, als er von diesem nach langen vergeblichen Bemühungen die Zahlung seines Guthabens für gelieferte Milch verlangte. Die Verhandlung vor dem Landgerichte zu Hannover erbrachte den Beweis, daß die Eheleute Goldwicht sehr schlechte Zahler sind und daß sie auch mit andern Geschäftsleuten, die ihr Geld verlangt haben, in Streit geraten sind und im ähnlichen Falle auch bereits Anzeige wegen Nötigung usw. gemacht haben. Eine sehr große Anzahl von Geschäftsleuten trachtet vergeblich danach, von den Goldwichts, die als Zeugen gegen Meyer auftraten, Geld zu erlangen. Die eidlichen Aussagen der Zeugen waren derartig widersprechend und teilweise so unglaubwürdig, daß ein Meineidsverfahren gegen sie erfolgen wird. Infolgedessen erachtete das Gericht den Angeklagten Meyer nur der Beleidigung und des Hausfriedensbruchs für schuldig und hielt dafür eine Geldstrafe von 20 Mark für ausreichend.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Wie Israel Geschäfte macht. Zwei Oesterreicher hatten in dem gelobten Lande Amerika nicht die erhofften Rosen gefunden und wollten deshalb wieder in Europa ihr Glück versuchen. Da es ihnen an dem nötigen Kleingeld fehlte, wandten sie sich in Newyork an das „International Shipping Office" des Herrn Abraham Kaufmann, der sein Geschäft in der Clintonstr. 5, in der Weststr. 75 und in der Carlislestr 2 betreibt. Für bare acht Dollar erhielten sie das Versprechen, als Viehpfleger übers große Wasser geschafft zu werden. Zur Sicherheit bekamen sie eine „Quittung", die allerdings nicht den bezahlten Betrag nennt, auch nicht den Namen des Dampfers und den Tag der Abreise, dafür aber den Vermerk trägt, daß die bezahlte Summe nicht zurückverlangt werden darf, wenn der von dem „Büro" angewiesene Reiseweg nicht innegehalten wird. Zehn Tage vergingen, und die Amerikamüden wußten noch nicht, wann sie fahren sollten. Alle Anfragen blieben

erfolglos; als den beiden Leuten das letzte Geld ausgegangen war, wandten sie sich an die österreichisch-ungarische Gesellschaft in Newyork, die ihnen Unterkunft verschaffte und sich bei Abraham Kaufmann erkundigen ließ, warum er die 16 Dollar nicht zurückzahle. Dieser setzte den Vertreter der Gesellschaft einfach an die Luft. Nunmehr mußte Kaufmann vor dem Essex Market Polizeigericht erscheinen, das ihm aufgab, schleunigst die beiden Leute nach Europa zu befördern. Das konnte er natürlich nicht, und so holte man den betriebsamen Juden vor den Citymarschall Brown, wo er die 16 Dollar endlich wieder von sich gab. Wie viele mag er aber auf diese Weise um ihren letzten Pfennig betrogen haben? Die Quittung, die er den Amerikamüden ausstellt, ist ein Wisch, denn weder ist darauf die eingezahlte Summe quittiert, noch ist der Zeitpunkt für die versprochne Abfahrt auch nur angedeutet. Dieser sogenannte Kontrakt enthält das Versprechen, den Inhaber der Quittung nach Europa zu befördern, vielleicht morgen, vielleicht aber erst nach zehn Jahren. Da heißt es also geduldig warten, bis der Hunger schließlich zwingt, die Reise aufzugeben und sich nochmals in Newyork um Arbeit umzusehn. Zurückerhalten können die Leute das eingezahlte Geld nicht, denn sie müssen ja kontraktlich dafür reisen, also wenn nötig, bis zu ihrem Lebensende warten.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:

dem Generalrate der Oesterreichisch-Ungarischen Bank Adolf Wiesenburg zu Wien der österreichische Adelsstand (mit Nachsicht der Taxe);

dem Bankier und Kommerzienrat Moritz Seligmann zu Köln (Rhein) der Rothe Adler-Orden vierter Klasse.

Ernannt wurde:

der Bankier Herz Hirschland zu Essen (Ruhr) zum stellvertretenden Handelsrichter;

der Kaufmann Gustav Ballauf in Witten, der Kaufmann Dr. Martin Jaffé und der Bankier Martin Lesser in Posen zu Handelsrichtern.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Das Deutschtum in Australien und Ozeanien. Von Dr. Emil Jung. (Der Kampf um das Deutschtum, 19. Heft.) München 1902. Preis 1,00 Mark.

In aller Welt ist der deutsche Kolonist zu finden. Die angeborne Wanderlust, wohl auch der Drang nach Freisein von angeblichem Gewissenszwang und eingebildeter staatlicher Unterdrückung treiben ihn hinaus, sein rastloser Fleiß, seine unverdrossene Zähigkeit, sein Anpassungsvermögen verhelfen ihm zu einem Erfolg seiner Thätigkeit auch unter schwierigen Verhältnissen. Schade nur, daß diese deutsche Kulturarbeit immer nur dem Vordringen des Pioniers gleicht. Es heißt wohl: „Germans to the front“, aber die Ablösung erfolgt durch . . . fremde Truppen, der Segen und der Gewinn dieses Pionierdienstes kommt andern Völkern zu gute. Der Deutsche entbehrte stets des mächtigen Freundes im Rücken, und dieser Freund ist sein Vaterland.

Australien ist auch eines der Länder, in dem der Deutsche einen wirksamen Kulturdünger zu bilden die Bestimmung hat. Dieser Wandlungsprozeß vom Pflüger und Sämann zum Dünger wird schnell und wesentlich gefördert durch den leidigen Mangel an Volksbewußtsein, durch den sich der Deutsche auszeichnet. Man muß staunen, daß trotz des großen Stroms deutscher Auswandrung, der sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts nach Australien ergossen hat, die Zahl der in Australien lebenden in Deutschland gebornen Deutschen sich auf höchstens 47 000, die Zahl der Australier deutscher Abstammung und deutschen Denkens und Fühlens auf 106 500 Seelen belaufen soll. Doch wir schenken dem Erheber dieser Daten, dem Verfasser vorstehender Broschüre, vollständiges Vertrauen. Herr Dr. Emil Jung war früher Inspektor der Schulen Südaustraliens, hat also ganz vorzügliche Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen, und ist deshalb auch wie wenige berufen, ein Urteil abzugeben zu Nutz und Lehre für die am grünen Tische Sitzenden und für die Männer der That in Heimat und Fremde.

Von ganz hervorragendem Interesse sind des Verfassers Ausführungen über die Zukunft des Deutschtums in Australien, die Handelsbeziehungen zwischen Australien und dem Deutschen Reiche, der Erwerb der deutschen Besitzungen in der Südsee, Deutsch-Neuguinea, die Marschallinseln und Samoa, die Perle unsrer Kolonien. — Wir wünschen dem Büchlein recht viele Leser, sein Inhalt ist ganz dazu angethan, das Deutschbewußtsein zu fördern und wo es noch schlummert, es zu wecken.

Ueberblick über die evangelische Bewegung in Oesterreich. Von K. Fürer, Pfarrer in Ehringen, Kr. Wolfhagen. Selbstverlag. 1902. 57 Seiten. Preis 30 Pfg.

Wer die Los von Rom-Bewegung von Anfang an mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird in diesem Druckhefte kaum etwas neues finden. Aber doch wird er dem Verfasser für seine Arbeit Dank wissen; denn was man hier und da zerstreut gelesen hat, findet man hier zu einem Gesamtbild vereinigt. Besonders aber ist die Broschüre dazu geeignet, denen, die die Bewegung falsch beurteilen, zu einer richtigen Anschauung von ihr zu verhelfen, sowie dazu, denen, die der Bewegung fernstehen, Interesse für dieselbe einzuflößen. Die Broschüre sei daher zu fleißiger Verbreitung empfohlen. Der Reingewinn soll den evangelischen Gemeinden zu Karbitz und Fürstenfeld zu gute kommen.

En.

Briefkasten.

Mannheim. Besten Dank für die Zeitungen.

Neustettin. Heil und Dank!

Auskünfte.

Herr Dr. Ernst Wasserzieher, Direktor der höhern Töchterschule zu Oberhausen (Rheinl.) ist Deutscher, Oberleutnant der Reserve, und sehr beliebt in seinem jetzigen Wirkungskreise.

Eine Bezugs-Einladung auf die neue, von uns wiederholt erwähnte Zeitschrift **„Deutsche Erde“**, herausgegeben von Professor Paul Langhans zu Gotha, liegt dieser Nummer bei. Wir empfehlen sie unsern Lesern zur freundlichen Beachtung.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 11. September 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 734.

Wochen-Spruch.

Die Juden sprechen untereinander: Wir arbeiten nicht, haben gute, faule Tage; die verfluchten Gojim müssen uns vorarbeiten, wir aber kriegen ihr Geld: damit sind wir ihre Herren, sie aber unsre Knechte.

Dr. Martin Luther, „Von den Juden und ihren Lügen“, Bd. 32, S. 182.

Kaiser-Reisen, -Reden, -Telegramme, Monarchen-Zusammenkünfte und dergl.,

haben in diesem Sommer in ungewöhnlichem Umfange die Zeitungen beschäftigt. Die Meinungen über die Bedeutung solcher Vorkommnisse und Veranstaltungen sind dabei, wie gewöhnlich, ganz außerordentlich weit auseinandergegangen. Von den überschwenglichsten Hoffnungen, die an den Austausch von Freundschaftsbezeugungen zwischen unserm und dem russischen Kaiser und zwischen dem Könige von Italien und Kaiser Wilhelm geknüpft worden sind bis zu der Behauptung, die beispielsweise das — übrigens jetzt tötlich langweilig gewordne — Blatt „Die Welt am Montag“ aufstellt, daß Monarchenbesuche und -Zusammenkünfte keine andre Bedeutung hätten, als wenn Bürgersleute Logierbesuch bekommen, sind eine lange Reihe von Zwischenstufen zu beobachten gewesen.

Unsre Leser haben das selbst in den Tages-Zeitungen verfolgen können. — Eine für Deutschland recht bedenkliche Erfahrung, die wir nach der Entlassung des Fürsten Bismarck mit Monarchen-Zusammenkünften und Besuchen gemacht haben, ist aber wenig erwähnt worden. Damals, beim Beginn der Aera Caprivi, haben die geschäftsklugen Monarchen von Rußland, Italien und Oesterreich es verstanden, Versprechungen für die zukünftigen Handelsverträge zu erreichen, die hernach von der Deutschen Regierung eingelöst werden mußten. Daß wir dabei recht schlecht abgeschnitten haben, ist männiglich bekannt. — Die Befürchtung liegt nahe, daß bei den Fürstenzusammenkünften jetzt, kurz vor Abschluß neuer Handelsverträge, ähnliches versucht und erreicht worden ist. Ein Münchner Blatt wußte zu berichten, daß die handelspolitische Aussprache zwischen dem russischen Grafen Lambsdorf und unserm Grafen Bülow sehr zur Zufriedenheit des Russen ausgefallen sei. Mögen uns allzu schmerzliche Ueberraschungen erspart bleiben, wenn die neuen Handelsverträge vorgelegt werden, die dann nur im ganzen anzunehmen oder abzulehnen sind. Wir haben leider keine Ursache, anzunehmen, daß unsre Unterhändler heute geschickter sind als zu des Grafen Caprivi Zeiten. — In Bezug auf den Empfang des Königs von Italien haben wir zwei Kleinigkeiten zu erwähnen, über die man sich verwundert und geärgert hat, und zwar in einem Falle mit Recht, in dem andern, wie wir meinen, mit Unrecht.

Wozu muß man bei uns die „Ausländerei“ soweit treiben, den Gast aus Italien mit vertrockneten Apfelsinen und Orangen zu begrüßen, die man anstatt unsrer schönen Sommer- und Herbstblumen in die Körbe an der Feststraße gesteckt hatte und wozu mußte unser altehrwürdiges Brandenburger Thor mit Schaumgold angepinselt werden? Diese geschmacklose Huldigung vor den König Mammon hätte man sich sparen können.

Mit Unrecht verwundert man sich darüber, daß der König von Italien, obwohl er ganz gut deutsch versteht und spricht, auf die Anrede des Oberbürgermeisters Kirschner in französischer Sprache geantwortet hat. Wir halten es im Gegenteil für eine Aufmerksamkeit des Königs, daß er die internationale Diplomatensprache und nicht seine italienische gewählt hat. — Wir könnten das doch nachgrade gewohnt sein. Wenn unser Kaiser seine Teilnahme an allerlei Ereignissen des Auslandes bekundet, so wählt er für seine Kundgebungen die jeweilige Landessprache, und die Antworten erfolgen immer wieder auch in jener Landessprache. Will der Herr Kirschner etwas vor unserm Kaiser voraushaben?

Z. B. hat der Kaiser an den amerikanischen Rede-Präsidenten Theodor Roosevelt nach seinem vor kurzem erlittenen Unfall am 4. September in englischer Sprache telegraphiert:

„Gemeinsam mit allen Amerikanern preise ich die Vorsehung, welche Ihr Leben vor dem schrecklichen Unfall bewahrte.

Wilhelm J. R.“

Worauf Präsident Roosevelt englisch erwiderte:

„Ich würdige wärmstens Euer Majestät Sympathie-Telegramm.“

Man kann seine Bewundrung darüber nicht unterdrücken, wie unser Monarch sich sogar in die Seele der Amerikaner hinein zu versetzen vermag.

Das erwähnte kaiserliche Telegramm ist in Posen mitten in dem großen Festestrubel aufgegeben worden. Man sieht also, daß es Mittel und Wege giebt, den Monarchen von den Vorkommnissen im Auslande prompt auf dem Laufenden zu halten. Vielleicht überträgt man dieses Berichterstattungs-System auch bald auf die wichtigen Vorgänge im Inlande. Wäre das früher schon geschehn, so wäre uns das Telegramm aus Swinemünde erspart geblieben.

Die Posener Kaisertage sind im großen und ganzen so gut verlaufen, wie man es sich vom nationalen Standpunkte nur wünschen konnte. Man könnte sich über die dort gehaltnen programmatischen Kaiserreden sogar von ganzem Herzen freuen — wenn man den Mut noch haben könnte, zu hoffen, daß die künftigen Regierungsthaten jenen Reden entsprechen würden. — Wir haben ihn nicht mehr. — Daß der Jude Witting den Monarchen beim Einzuge in die Stadt als Oberbürgermeister begrüßte, und dessen jüdische Jungfrau-Tochter der Kaiserin den Willkommensgruß in Form eines Straußes überreichte, war unvermeidlich, paßt aber gut zu der Aera Ballin, in der wir leben.

Sehr überraschend war der überaus warme Empfang, den die starke Abordnung der zur Bewillkommnung entsendeten russischen Offiziere durch den Kaiser erfuhr. Dem General-Gouvernör des Königreichs Polen, v. Tschertkow, ist der Schwarze Adlerorden verliehn worden, und auch die übrigen Herren in Lammfellmützen sind dekoriert.

Daß General Tschertkow sich bisher ausgesprochen deutschfeindlich gezeigt hat, will bei dieser rein politischen, das gute Verhältnis zwischen den beiden Kaiserreichen zum Ausdruck bringen sollenden Dekoration nichts besagen. Ob es richtig ist, daß die russischen Offiziere in ihrem Hotel in auffallender Weise mit den Polenhäuptlingen fraternisiert und polnische Nationallieder gesungen haben sollen, können wir nicht feststellen.

Der Trinkspruch auf den Zaren beim Festmahl lautete:

„Zur Parade des fünften Armeekorps sind mit Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers von Rußland der Generalgouvernör von Warschau

und Deputationen der Regimenter erschienen, von denen Ich Chef bin. Ich begrüße die Herren von Herzen und gebe der Freude Ausdruck, daß dieselben am heutigen Tage erschienen sind, dadurch, daß Ich Sie auffordere, mit Mir auf das Wohl des obersten Kriegsherrn, der mit uns in treuer Waffenbrüderschaft verbundnen russischen Armee, Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus zu trinken. Hurra! Hurra! Hurra!“

Und bei der Verabschiedung der russischen Gäste sagte der Kaiser:

„Ehe Ich von Ihnen, meine Herren, Abschied nehme, drängt es Mich, Ihnen Meine Freude auszusprechen, die Offizierkorps zweier Meiner russischen Regimenter, deren Uniform Ich mit Stolz trage, in Posen bei unsrer Parade haben begrüßen zu können. Ihre Anwesenheit verdanke Ich der Güte Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus, welcher Mir bei Meinem Besuch in Reval freudige Zustimmung zu Ihrer Einladung gewährte. Ihre Anwesenheit in Posen bedeutet nicht nur einen Besuch der Offiziere Meiner schönen Regimenter, sondern ist auch ein Beweis der alten Waffenbrüderschaft, welche seit einem Jahrhundert unsre Heere mit einander verbindet. Daß dieselbe noch lebend ist, das mögen noch zwei Thatsachen erläutern. Am Tage Ihrer Ankunft habe Ich das Rayongesetz für Posen aufgehoben, wodurch eine friedliche Entwicklung der alten Festungsstadt ermöglicht werden wird. Zum andern habe Ich die Ehre, heute zum erstenmale vor den Offizieren Meiner beiden russischen Regimenter die Schnüre anlegen zu können, welche Se. Majestät der Kaiser Nikolaus mit Mir als Zeichen Unsrer persönlichen Freundschaft ausgetauscht hat. Sie sollen nach den eignen Worten Ihres Allerhöchsten Herrn ein Glied in der festen Kette darstellen, welche Uns Beide in treuer Freundschaft umschlingt. Gott gebe seinen Segen dazu, daß dies immer so bleibe.“

Daß die russischen Offiziere etwa aus den kaiserlichen Worten über den Fall des Rayongesetzes und die dadurch geförderte „friedliche Entwicklung der alten Festungsstadt“ etwa den Schluß gezogen haben sollten, daß Posen nunmehr entfestigt werde und jedem Handstreich eines Feindes zum Opfer fallen könne, ist wohl nicht anzunehmen. Man weiß vielmehr in Rußland so gut wie bei uns, daß Posen nach wie vor nächst Königsberg und Thorn der wichtigste und stärkste Waffenplatz unsrer Ostfront bleibt, und an Stärke grade durch die Beseitigung der veralteten Befestigungswerke gewinnt.

Die Verteidigungslinie ist nur, entsprechend der Tragweite der modernen Geschütze, meilenweit hinausgeschoben.

Wir legen, wie unsre Leser das wissen, außerordentlich viel Gewicht auf ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland, und werden uns daher sehr freuen, wenn die wörtliche Zitierung der Worte, die Kaiser Nikolaus beim Austausch der Adlerschnüre zu Kaiser Wilhelm gesprochen hat, nicht, wie es in ähnlichen Fällen schon geschehn ist, von der Petersburger Presse mit unliebsamen Bemerkungen begleitet wird, so daß darüber hüben und drüben Verstimmungen entstehn*).

Eine Kaiserreise und Monarchenbegegnung steht noch in Aussicht, nämlich, wenn die Zeitungen nicht flunkern, ein für den Spätherbst geplanter Besuch unsers Kaisers bei König Eduard von England. Wir wissen, daß wir der ungeheuren Mehrheit des Deutschen Volkes aus der Seele sprechen, wenn wir wünschen, daß diese Reise unterbleiben möge.

*) Noch ehe diese Zeilen die Presse verlassen, ist bereits der erste kalte Wasserstrahl aus Rußland gekommen. Die offiziöse „Agence Russe“ verbreitet eine Erklärung, wonach die russischen Offiziersbesuche in Posen lediglich auf den „lebhaften Wunsch“ Kaiser Wilhelms in Reval erfolgt sein und jeder politischen und militärischen Bedeutung entbehren.

Die Geschichte der Juden.

Von Theodor Franzen. Nachdruck verboten.

2. Die Juden in Deutschland.

Bei der weltbeherrschenden Stellung, die Rom im Altertum einnahm, ergab es sich von selbst, daß die Juden, nachdem sie dort einmal festen Fuß gefaßt hatten, sich bald heuschreckenartig über die ganze damalige Kulturwelt ergossen. Bestimmt wissen wir, daß den Legionen, mit denen Caesar Gallien eroberte und bis an den Rhein vorrückte, jüdische Armeelieferanten, Marketender und dergl. in erheblicher Anzahl folgten. (Sie stammten also aus dem kleinern von Pompejus 63 v. Chr. bewirkten Import.) Die Ausbeutung der von den Hilfsmitteln der Heimat abgeschnittnen Soldaten sowohl, wie auch der unterworfnen Völker war eben ein vorzügliches Objekt für jüdischen Spekulationsgeist. Ferner ist es sicher, daß in den Städten Worms, Trier und Köln schon vor Christi Geburt Judengemeinden bestanden haben. Die Juden galten hier wie im ganzen Römischen Reiche als Vollbürger. Sogar als Constantin der Große das Christentum zur Staatsreligion erhoben hatte, wodurch ja das Vollbürgertum der Juden eine gewisse Einschränkung erlitt, blieb deren Stellung in den rheinischen Grenzstädten eine wesentlich günstigere, als sie in Rom selbst war.

Von den sturmdurchtobten Zeiten, die auf den Zusammenbruch der Römerherrschaft folgten, sind nur dürftige Nachrichten auf uns gekommen, doch wissen wir, daß die Franken, die nun im westlichen Deutschland, das bis dahin allein mit Juden gesegnet war, zur Herrschaft kamen, die Juden wieder als Vollbürger ohne jede Einschränkung betrachteten. Verboten war ihnen nur der Handel mit Christensklaven, der übrige Handel lag zum größten Teile, das Geldgeschäft, ganz in ihrer Hand. Und hier kommen wir zu dem springenden Punkt, der für die spätere Gestaltung des Judentums bis auf unsre Tage ausschlaggebend geworden ist.

Nach dem damals geltenden kanonischen Recht war es dem Christen verboten, irgendwelche Zinsen zu nehmen, dem Juden hingegen erlaubt; die hieraus entspringende ungeheure wirtschaftliche Ueberlegenheit ergiebt sich von selbst. Sogenannte Bedrückungen aus diesem Zeitraum werden auch nicht einmal von jüdischen Schriftstellern behauptet, im Gegenteil finden wir, daß grade in dieser Zeit zahlreiche jüdische Gebräuche ins Volk eingeschmuggelt wurden, Viehmärkte wurden so gelegt, daß sie den Juden hinsichtlich ihrer Feiertage bequem lagen, zahlreiche Mischheiraten fanden statt, wobei natürlich der christliche Teil seiner Religion ziemlich regelmäßig verloren ging und auch sonst waren die Juden mit Erfolg bemüht, Proselyten zu machen. Das letztere, sowie die Mischheiraten wurden ihnen nun zwar auf dem Konzil zu Klermont 536 verboten, sonst aber keinerlei Einschränkungen erlassen.

Gleich günstig wie unter den fränkischen Herrschern war die Stellung der Juden unter den Karolingern. Karl der Große baute sein Riesenreich zwar auf rein christlicher Grundlage auf, war aber nichtsdestoweniger ein Freund der Juden. Von jeher haben es die Juden gut verstanden, ihre Rücken vor den Großen dieser Erde zu krümmen und dem gewaltigen Recken mag der Anblick der um ihn herum katzbuckelnden und mauschelnden Juden ein ähnliches Vergnügen gemacht haben, wie den Fürsten der Rococozeit ihre Hofnarren verursachten, die ja auch meist verwachsne Zwerge waren. Zudem war er sich seiner Macht viel zu sehr bewußt, um auch nur im entferntesten auf den Gedanken kommen zu können, daß dieses verlumpte Gesindel jemals seinem stolzen Volke eine Gefahr werden oder ihm gar das Mark aus den Knochen saugen könne. Ferner waren in seinem Riesenreiche die Elemente knapp, die Neigung zum Handel zeigten.

Noch weitergehend war Ludwigs des Frommen Judenfreundschaft, insbesondre war seine Gemahlin Judith vollständig von Juden umgarnt. Um diese Zeit erschienen sie schon als Steuerpächter und machten wiederum zahlreiche Apostaten, kurz, sie fingen an, sich als Herren zu fühlen. Man bedenke also: Etwa 500 Jahre, von der Mitte des vierten bis zur Mitte des neunten Jahrhunderts, werden Bedrückung von keiner — selbst nicht von jüdischer Seite — auch nur behauptet; hätten nun wohl in diesem halben Jahrhundert die Juden nicht genügend Zeit gehabt, sich mit ihren Gastgebern so zu stellen, daß ein friedliches Zusammenleben möglich war?

Vom zehnten Jahrhundert ab geht in der Judenfrage ein gewisser Wandel vor sich. Zunächst in ihrer rechtlichen Stellung. Man kommt der Wirklichkeit am nächsten, wenn man sich die Juden gewissermaßen als Leibeigne der Krone vorstellt, was insofern ein Vorrecht bedeutete, als sie hierdurch der Landesgesetzgebung entzogen wurden; hatten es die Juden irgendwo einmal etwas zu bunt getrieben und versuchte man mit ihnen abzurechnen, so sehn wir, wie die Kaiser und Könige Dekrete über Dekrete erließen zum Schutze der Juden, ihrer „lieben Kammerknechte“. Dafür mußten die Juden ein Schutzgeld bezahlen, das an sich nicht unbedeutend, aber sehr leicht zu erschwingen war, da das mobile Kapital schon damals ziemlich

ausschließlich sich in ihrer Hand vereinigte. Uebrigens verpachteten die Kaiser diese Judengefälle auch mitunter; ferner erhoben mit der zunehmenden Schwäche der kaiserlichen Zentralgewalt die mächtigern Reichsfürsten, Bischöfe und freien Städte ebenfalls Schutzgelder von den Juden, wodurch dann auf deren hehre Häupter Patente, Schutzbriefe und Privilegien gradezu in einer Unmasse herabregneten. Die Säckel der Juden wurden hierdurch keineswegs in dem Maße in Anspruch genommen, wie ihre Wucherfreiheit stieg.

Für uns Fernstehende sind solche Verhältnisse kaum verständlich; man muß sich indes vergegenwärtigen, daß es damals eine geordnete Finanzwirtschaft in unserm Sinne kaum gab, und der Mangel an barem Geld bei Kaisern, Fürsten, Bischöfen und Städten gradezu chronisch war. Wer erschien nun wohl geeigneter und gegen entsprechende Prozente, Privilegien usw., freudiger bereit, solches zu beschaffen, wie die damaligen Vorfahren unsrer heutigen Finanziers, Bankiers und Kommerzienräte? Daß die Juden diese Verhältnisse nach Möglichkeit ausbeuteten, kann bei ihrem bekannten „loyalen Erwerbssinn" nicht wundernehmen, um so erklärlicher aber ist es auch, daß sich hierdurch in der Masse des Volkes, das schließlich doch mit seinem Schweiß und seiner Hände Arbeit all diese Werte schaffen mußte, ein wenn auch heimlicher, so doch nicht minder heftiger Grimm ansammelte. Der erste elementare Ausbruch dieses Grimmes erfolgte am Schlusse des elften und Anfang des zwölften Jahrhunderts, also zur Zeit des ersten Kreuzzuges; daß hierbei hier und da einige Juden erschlagen worden sind, ist ja richtig, mindestens die hundertfache Anzahl aber ist von jüdischen sogenannten Historikern hinzugelogen worden.

Wie furchtbar die jüdischen Bedrückungen zuweilen waren, geht z. B. hervor aus einer Magistrats-Urkunde der freien Reichsstadt Köln aus dem Jahre 1258, woraus sich ergiebt, daß der von den Juden allgemein erhobne Zinsfuß durchschnittlich 25 v. H. betrug, doch wird ihnen in gewissen Fällen ausdrücklich die Erlaubnis erteilt, wöchentlich 3 Denare (1 Denar = 22 Pfennig) von einer Mark kölnisch (= 33 Mark) zu erheben, was einem Zinsfuß von 110 v. H. entspricht. Die Folgen dieser Mißwirtschaft sind leicht auszudenken: Die Geldmacht der Juden wuchs ins ungemessne; Konkurrenz in ihren Geldgeschäften hatten sie nicht und eine andre Beschäftigung als Wucher, außer etwa Kurpfuscherei, mochten sie nicht ergreifen. So z. B. hat der Jude Simon aus Siegburg nach einem handschriftlichen Verzeichnisse des Jahres 1350 an ausstehenden Forderungen nach unserm Gelde von dem Grafen von Berg allein 670 000 Mark, von 120 weitern Schuldnern, so ziemlich der ganze niederrheinische Landadel, nochmals 700 000 Mark zu bekommen. Schätzen wir nun — gewiß sehr mäßig — die damalige Kaufkraft des Geldes sechsmal so hoch wie die heutige, so bekommen wir einen kleinen Begriff, wie furchtbar dieser Herr Simon vorher wohl bedrückt worden sein muß, bis er sich seine Millionen zusammengespart hatte. Dabei ist zu bedenken, daß Simon zweifellos ein „feiner Jude" war, der dementsprechend nur mit der Aristokratie Geschäfte machte.

Was die übrigen kleinen Wucherer mit ihren 50 bis 100 prozentigen Vorschüssen aus dem Schweiße des arbeitenden Volkes herauspreßten, wie viele von ihnen von Haus und Hof und an den Bettelsack gebracht wurden, darüber sind keine Zahlen auf uns gekommen, die Thränen dieser Unglücklichen sind längst vertrocknet und ihre Flüche in alle Winde verhallt. Eine Reaktion konnte unter diesen Umständen natürlich nicht ausbleiben, und so fanden denn wieder 1348 bis 1350 an vielen Orten Erhebungen statt. Gar so schlimm kann es übrigens auch nicht gewesen sein, denn der Chronist spricht lediglich von einem „Geluffe" (Auflauf), das an vielen Orten stattgefunden habe und „darin etliche Jüden mit Ungeschichte erschlagen und ablebig gemacht worden sind".

Daß, wie jüdische Geschichtsschreiber berichten, um diese Zeit eine ganze Reihe von Gemeinden z. B. Basel, Freiburg, Köln, Straßburg, Speier (1480 Opfer!?), Oppenheim, Frankfurt, Mainz, kurz so ziemlich ganz Süd-, West- und Mitteldeutschland mit ihren Juden tabula rasa gemacht hätten, ist schon darum handgreiflich erlogen, weil wir bald nach diesem Zeitpunkte noch überall Juden in der frühern Anzahl und mit derselben Finanzmacht antreffen wie vorher. Ganz abgesehn davon würde übrigens schon die kaiserliche Zentralgewalt, die ja an dem Fortbestand der Judengemeinden ein bedeutendes finanziell-fiskalisches Interesse hatte, einen solchen Massenmord garnicht zugegeben haben, thatsächlich finden wir auch z. B. Rudolf den Habsburger um 1290 auf förmlichen Kriegszügen gegen die Städte Bern und Nördlingen, weil diese auf die zarten Nerven ihrer Juden, des Kaisers „liebe Kammerknechte", nicht genügend Rücksicht genommen hatten.

Wie dem aber auch sei, es ist absolut sicher und erwiesen, daß von 1370 ab die Juden wieder genau in der frühern Weise auftraten. (Bis dahin scheinen sie sich etwas ruhiger verhalten zu haben.) Und zwar möge hierfür ein ganz bestimmtes konkretes Beispiel gegeben werden. In den Jahren 1375/77 hatte zwischen der Reichsstadt und dem Erzbischof von Köln ein blutiger Krieg stattgefunden, der mit der totalen finanziellen Erschöpfung beider Parteien endete; die Kriegsursache waren, nebenbei bemerkt, Streitigkeiten der beiden Parteien über das Maß der ihnen gegenüber den Juden zustehenden Hoheitsrechte gewesen. Und bei wem suchte die Stadt Hilfe in ihrer Geldnot? Bei den Juden! So schoß der Jude Schaaf der Stadt gleich nach Beendigung des Krieges im Jahre 1377 den Betrag von 300 Mark kölnisch (10 000 Mark) vor. In demselben Jahre erhielt sie von dem Juden Abraham ein Darlehen von 600 Gulden (6000 Mark), im Jahre 1379 von einem andern Juden 1290 Mark (43 000 Mark), weiter im selben Jahre am Vorabende des Tages der heiligen Ursula 3083 Mark (stark 100 000 Mark). 1380 schoß dann nochmals die gesamte Judenschaft durch obigen Abraham der Stadt 1000 Gulden (10 000 Mark) vor, weiter in demselben Jahre sieben Juden zusammen 3000 Mark (100 000 Mark). Ebenfalls 1380 am 8. August Jude Jacob aus Jülich 1687 Mark 6 Schilling (stark 50 000 Mark). Am 3. Juli 1381 liehen 8 Juden 2617 Mark (stark 75 000 Mark). Am 14. August 1381 Jude Schaaf 217 Gulden und 732 Mark (zusammen 26 000 Mark). Am 29. Januar 1382 5 Juden 11 045 Mark (364 485 Mark). Am 4. Juni 1382 Jude Schaaf 1800 Mark (60 000 Mark); derselbe am 29. Oktober 270 Mark (9000 Mark); am 12. November Abraham und Juda aus Limperich 1000 Mark (33 300 Mark); am 17. Dezember Jude Schaaf 900 Mark (30 000 Mark); am 18. Februar 1383 4 Juden zusammen 1200 Mark (40 000 Mark); in demselben Jahre 7 Juden 2921 Mark (96 200 Mark); 1384 Süßkind und Gumpert Schaaf 1000 Mark (33 300 Mark); im gleichen Jahre von denselben 2233 Mark (74 000 Mark); von Abraham 100 Mark (3 330 Mark). Im Jahre 1385 von verschiednen Juden im ganzen 9246 Mark (308 000 Mark); im folgenden Jahre 18 269 Mark (600 000 Mark); in den Jahren 1387 bis 1390 im ganzen noch 27 400 Mark (912 000 Mark); dann abermals 1398 2 500 Gulden (25 000 Mark). Bei der Abrechnung dieses Jahres blieb die Stadt den Juden 5 714 Mark (190 000 Mark) schuldig, weshalb die Fleisch-Akzise verpfändet wurde. Eine Zusammenstellung der vorstehend aufgeführten städtischen Schuldkonten in Judenbüchern ergiebt ziemlich genau drei Millionen Mark unsers Geldes oder, wenn wir annehmen, daß Ende des 14. Jahrhunderts die Kaufkraft des Geldes etwa fünf- bis sechsmal so hoch gewesen sein mag wie heute, 15 bis 18 Millionen Mark.

Es erschien angemessen, diese einzelnen Angaben zu machen, um die zweite der beiden großen Geschichtslügen, die in Bezug auf die Entwicklung der jüdischen Fehler gemacht werden, auszuschalten. Es wird nämlich von Juden und Judenfreunden der maßlose im Mittelalter und namentlich im spätern Mittelalter ausgeübte Wucher nicht ganz bestritten, daran aber die Bemerkung geknüpft: Was hätten dann die armen, von jeher auf das äußerste bedrückten Juden anders thun sollen? Wir haben schon dargethan, daß mindestens bis Ende des neunten Jahrhunderts nirgendwo in Deutschland — es kann hier nach Lage der Sache nur Westelbien in Betracht kommen — irgend-

welche Sonderstellung der Juden stattgefunden hat, sie sei denn zu deren Gunsten gewesen; wenn also die Juden sich dennoch bald darauf einer so schändlichen Blutsaugerei hingaben, so folgten sie lediglich ihren Naturtrieben, und damit fällt die erste Lüge. Ad. 2: Grade von Köln behauptet z. B. ein Philosemit (Weyden, die Juden in Köln), daß 1348 ziemlich alle Juden erschlagen worden seien, eine ganze Anzahl sich in ihrem Tempel verbrannt habe und nur ganz wenige dem Blutbade hätten entrinnen und ihr nacktes Leben retten können. Dabei hatten nun aber, wie oben bewiesen wurde, die Juden ungefähr 25 Jahre später schon wieder die ganze Stadtverwaltung in der Tasche! Damit fällt die zweite Lüge; difficile est, satyram non scribere.

Uebrigens stehn Verhältnisse wie die geschilderten keineswegs vereinzelt da; z. B. hatten in der Grafschaft Württemberg zur Zeit des Königs Ludwigs des Vierten (1314 bis 1347) die Judenschulden einen solchen Grad erreicht, daß die Bevölkerung die Zinsen nicht mehr zu zahlen vermochten. Infolgedessen fielen die Juden mit allerhand gedungnem Gesindel ins Land ein und trieben Schuld und Zinsen auf dem Wege räuberischer Erpressung selbst ein. Noch charakteristischer für die entsetzliche Höhe, die die Verschuldung des gesamten Volkes bei den Juden erreicht hatte, ist ein Erlaß des Königs Wenzel vom Jahre 1390, wonach „alle Schulden, die bei Juden kontraktiert seien, samt den rückständigen Zinsen für aufgehoben, und alle dawider streitenden Gerichtsverfügungen für nichtig erklärt werden". Begründet wird der Erlaß damit, „daß die Fürsten, Herren, Ritter, Dienstleute, Pfaffen, Knechte, Bürger, Städte und Bauern wegen des harten Druckes der Judenschulden, der unerschwinglichen Judenzinsen, ihren Reichspflichten nicht mehr nachkommen könnten, vielmehr gradezu landesflüchtig werden müßten". Welch entsetzliches Bild der Verwüstung!

Uebrigens kam dieser Erlaß nur ganz vereinzelt zur Ausführung, denn dank der damals schon stark entwickelten deutschen Kleinstaaterei fanden sich immer Fürsten, die selbst im Judensold standen und ihre Schützlinge vor Uebel bewahrten. So war z. B. sogar in Mainz den Juden ausdrücklich das Recht gewährleistet, auf gestohlne Pfänder Vorschüsse zu geben, sofern sie beweisen konnten, daß sie das Pfand nicht heimlich, sondern „bei schönem Tag und vor ihrer Thür und auf offner Straße" empfangen hatten. Bei der bekannten edlen Dreistigkeit unsrer Freunde dürfen wir wohl sicher sein, daß sie diesen Beweis stets zu erbringen in der Lage waren. Man fühlt dem Verfasser des Schwabenspiegels seinen Zorn nach, wenn er ingrimmig schreibt:

„Nun habent sie besser Recht erkauft, das habent ihr di Künig (Könige) geben wider Recht, daß sie leyhent Geld auf diebig und raubig Gut".

Ein Lichtblick in dieser jammervollen Judenherrschaft und Christensklaverei ist der Umstand, daß man doch in einem Punkte unerbittlich streng gegen sie blieb, es war dies in der Frage der gegenseitigen Geschlechtsbeziehungen; das traurige Kapitel „Christenmädchen am Judenarm" ist erst eine Errungenschaft des neunzehnten Jahrhunderts. In der Bestimmung über die Rechte der Mainzer Walpoten (Gerichtsschöffe) heißt es folgendermaßen:

„Wenn ein Walpote einen Juden bei einer Christen Frauwen oder Mayde funde, Unkeischheit mit ihr zu treiben; die mag er beide behalten. Da soll man dem Juden sein Ding abesniden und ein Aug ustechen; und sie mit Ruthen uhsjagen".

Das Augsburger Stadtrecht sagt:

„Lit eyn Jud bey eyner Christin, findet man sie bey eynander an der Handgethat, so soll man sie beyde verbrennen".

Gleiche Strafen setzen englische, französische, lübecker und pommersche Gesetze auf den Beischlaf zwischen Christen und Juden; das Iglauer Stadtrecht bestimmt sogar Lebendigbegraben. Noch Kaiser Josef der Erste sagt in seiner Halsgerichtsordnung:

„Diejenige so sich mit einem Juden oder derjenige so sich mit einer Jüdin vermischt, sollen dem großen Aergerniß halber, wenigstens mit Ruthen ausgestrichen und auf ewig des Landes verwiesen werden".

Danach scheint fast, wie wenn der jüdische Teil straffrei geblieben wäre. Es spricht sich in diesem Gesamtverhalten unsrer Altvordern ein hoher idealer Stolz aus. Mochten die Juden stehlen und rauben soviel sie wollten; es konnte ihnen verziehen werden um Christi willen, deutscher Fleiß und deutscher Schweiß deckten den Ausfall ja immer bald wieder, aber das verkommne Judenvolk mit deutschem Blute regenerieren oder gar unsre eigne stolze Nation mit Judengift infizieren — nimmermehr!

Von der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts ab breitet sich übrigens auch in der materiellen Stellung der Juden ein Umschwung vor.

Im Jahre 1275 waren die Juden aus England und 1318 aus Frankreich vertrieben worden. Diese beide Nachschübe hatten die Judendichtigkeit nicht allzusehr vermehrt, da sich diese hebräischen Einwanderer vorwiegend nach Polen ergossen, wo seit Kasimir den Dritten (Mitte des 14. Jahrhunderts), der vollständig unter der Herrschaft seiner jüdischen Maitresse Esther stand, sich ein förmliches Judenreich gebildet hatte; immerhin waren natürlich viele auf der Wandrung kleben geblieben und namentlich auch der deutsche Osten, der bis dahin ziemlich judenrein geblieben war, stark jüdisch infiziert worden.

Schlimmer war der Nachschub aus Spanien, von wo 1492 alle diejenigen, die sich nicht taufen lassen wollten, unter Beschlagnahme ihrer Güter verjagt wurden. Ferner waren im 15. und 16. Jahrhundert immer mehr einzelne Staatswesen, namentlich aber grade die reichen freien Reichsstädte dazu übergegangen, auf vollständig legalem Wege die lästigen Asiaten auszuweisen. Zwar wanderten auch hiervon viele nach Polen, wo sie nahezu dem Adel gleichgerechnet wurden, und schalten und walten konnten, wie sie wollten, immerhin aber ballten sie sich in manchen Gegenden Deutschlands klumpenförmig zusammen, so daß ihnen zur vollen Entfaltung ihrer Ausbeutungsfähigkeit die nötige Ellenbogenfreiheit fehlte. Dieserhalb, sowie weil ihnen häufig grade die fettesten Weidegründe verschlossen worden waren, ging ihr Wohlstand nicht unerheblich zurück, außerdem sank um diese Zeit auch schon der allgemeine Wohlstand, bevor noch die verheerenden Religionskriege über Deutschland hereingebrochen waren; daß an diesem allgemeinen Niedergang der schändliche Judenwucher einen sehr erheblichen Anteil hatte, kann nicht bezweifelt werden.

Großes Aufsehn machte es, als im Anfange des 16. Jahrhunderts ein getaufter Jude namens Pfefferkorn anfing, aus der Schule zu plaudern. Pfefferkorn stammte aus Böhmen, hatte sich — eine sehr seltne Ausnahme — aus Ueberzeugung taufen lassen und dann vor der Wut seiner bisherigen Glaubensgenossen flüchten müssen. Er wurde in Köln ansässig und machte den ehrlichen schriftstellerischen Versuch, die Juden von der Lasterhaftigkeit ihrer Lehren zu überzeugen, zu welchem Zwecke er Teile des Talmud übersetzte. Erbittert durch den Widerstand, die Bosheit und die Verleumdungen, die man ihm entgegensetzte, gab er schließlich den Rat, man solle die Juden zum Lande hinausjagen wie die „schebich hunt" (wie die schäbigen d. h. räudigen Hunde). Pfefferkorn wurde zwar totgeschrien, aber er hat sich doch das Verdienst erworben, die antisemitische Frage in einer für die damaligen Verhältnisse erheblichen Art und Weise wissenschaftlich vertieft zu haben, sein Wirken ist nicht verloren gewesen.

Auch die Reformation, die das geistige Leben ganz Deutschlands nicht nur aufrüttelte, sondern förmlich umgestaltete, ließ die auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Erkenntnis von der Schädlichkeit der Juden immer mehr erstarken, so daß jetzt auch größere Staatswesen dazu übergingen, sie auszuweisen, z. B. Brandenburg 1573, die Schweiz 1662, Erzherzogtum Oesterreich 1670. Leider wurden sie zur selben Zeit (1671) in Brandenburg schon wieder zugelassen, wozu sich der Große Kurfürst wohl durch seine Finanznöte veranlaßt glaubte.

Wo sie geduldet wurden, hatten sie um diese Zeit keine höhern Lasten mehr zu tragen wie die Christen, z. B. sagt der Kurfürst Josef Clemens von Köln in seiner Juden-Ordnung vom Jahre 1700:

„Diejenigen so in den Städten wohnen, sollen den Aceiß und andre Lasten tragen, jedoch höher nicht, dann die Christen darin nach Proportion angeschlagen werden, deßgleichen sollen sie in unserm gantzen Ertzstift bey denen Gemeynden worunter sie wohnen, zu Reparation und Unterhaltung deren Weeg, Steeg, Brunnen und dergleychen nach Proportion beyzutragen verbunden seyn. Dahingegen aber mit keinem ordinari oder extraordinari Contributionen Schatzungen oder Steuern wie sie Nahmen haben, von unsern Landständen, Beambten und Bürgermeistern belegt werden."

Aus dieser selben Juden-Ordnung mag denn noch eine weitere Stelle wiedergegeben sein, weil sie zeigt, daß die jüdischen Geschäftskniffe sich mit derselben Genauigkeit bis auf unsre Tage erhalten haben wie ihre krummen Nasen, konkaven Beine und platten Füße. Es heißt da folgendermaßen:

„Es sollen die von uns geschützten Juden keinem Mann ohne das Weib, noch dem Weib hinter dem Mann, auch keinen Kindern, Söhnen oder Töchtern, Minderjährigen, Dienstboten noch Studenten einiges Geld bey Verlust desselben vorstrecken, noch von denselben Wahren ohne vorher beschehener Anfragung der Eltern, der Haußherren oder Vormünder abkauffen oder in Versatz nehmen.

Was sie nun aber zuläßiger weiße von Wahren ausborgen und an Geld ausleyhen werden, solches solle ohne Betrug und arglist mit barem und dargezahlten Geld oder gelieferten Wahren*) geschehen und bey ihrem jüdischen äydt, daß darunter keine fälschlich angenommene Simulation vorgegangen, auf erfordern behaubtet werden**). Die Verschreibung und Handschriften sollen sie nicht weiter noch höher stellen lassen, denn sie Geld in wahrheit außgaben noch etwas von dem Kapital anstatt des Wuchers oder Diskretion und daß der Debitor mit dem Geld befürdert worden abziehen und vorauß behalten oder einigen Wucher zum Capital schlagen und darauff Zahlung und Execution annehmen, bey Verlußt der gantzer Schuld."

Es ist unmöglich, hierin auch nur den Schein einer Bedrückung zu ersehn. Als ein weiterer Beweis, wie wenig man auch in dieser für den Juden relativ ungünstigsten Zeit an ihre Verfolgung dachte, muß es auch angesehn werden, daß unter den vielen tausenden von Opfern, die in der letzten Hälfte des 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts der entsetzliche Hexenwahn erforderte, kaum einmal ein einziger Jude oder eine Jüdin sich befand. Gewiß soll es den Juden gegönnt sein, daß diese Geistesseuche aus ihren Reihen nur wenige Opfer gefordert hat, aber wir müssen auch schließen: erstens, daß kein Vorurteil gegen sie bestand, zweitens, daß die Lästerzungen, die vielfach zu diesen traurigen Vorgängen Veranlassung gaben, sich an die Juden aus Rache vor der ganzen Sippe nicht heranwagten.

Inzwischen war die Zeit herangekommen, wo das vom Judenwurm zerfressne polnische Reich zusammenbrach, wodurch die drei erobernden Länder als unerwünschte Zugabe auch eine sehr große Anzahl von Juden mit hinzuerhielten. Weitsichtig befiehlt daher Friedrich der Große zur Schonung seines erst seit kurzem eroberten lieben Schlesiens:

„Was wegen ihres (der Juden) Handels ist, behalten sie. Aber daß sie gantze Fölkerschaften von Juden zu Breslau anbringen und ein gantzes Jerusalem daraus machen wollen, das kann nicht seynd."

Während so der große König väterlich sein Reich vor Verjudung zu schützen suchte, war in seiner Hauptstadt ein Mann erstanden, den man ruhig als den Vater des wissenschaftlichen Philosemitismus bezeichnen kann.

Gottfried Ephraim Lessing lebte 1729 bis 1781, und war den größten Teil seines Lebens hindurch in Berlin thätig. 1779 schrieb er seinen Nathan, ein Tendenzstück allerschlimmster Art, worin der Held, eben jener Nathan, uns als reine idealisierte Judengestalt vorgeführt wird, die in allen Stücken ziemlich genau das Gegenteil dessen ist, wie uns der Normaljude in Wirklichkeit im täglichen Leben gegenüber tritt. Man kann wohl sagen, daß erst dieses sonderbare litterarische Produkt den geeigneten Nährboden geschaffen hat, aus dem in den nächsten beiden Menschenaltern namentlich in den gebildeten Kreisen eine gradezu fanatische Judenliebe unkrautartig emporwucherte. Wenn auch Lessings Verdienst um die deutsche klassische Litteratur nicht bestritten werden kann noch soll, so hat er doch sicher durch seinen Nathan unendlich viel mehr geschadet als auf anderm Gebiete genutzt. Uebrigens konnte der Nathan nur darum so viel Schaden anrichten, weil er grade in einer mit Fäulniskeimen aller Art geschwängerten Zeit vor die Oeffentlichkeit trat. Die verpestete Luft, die von dem geilen französischen Hofe durch ganz Europa hindurchwehte, blieb leider auch in Berlin unter dem Nachfolger Friedrichs des Großen nicht ohne Einfluß. Ein hervorragender Schriftsteller schreibt darüber:

„Durch die ganze Gesellschaft aber, oder doch durch das Wesen der Hauptpersonen ging ein Zug schwüler, geiler Sinnlichkeit, der zu den widerwärtigsten Skandalen führte. Rücksichtslos überließen sich jüdische Weiber, darunter die Lieblingstochter des jüdischen Luther, des „dritten Moses" (Moses Mendelsohn) mit ihren heiligen dunklen Augen dem wüsten Drange ihrer Lust in den unsaubersten Verhältnissen. Mit frechem Hohn nannten die sittlich Verkommnen beider Geschlechter ihren Verein, in welchem völliger Kommunimus des Genusses herrschte, Tugendbund."

Das war also auch eine der Früchte von Lessings Nathan, und eine der Brutstätten, in denen für die kommende Juden-Emanzipation der Boden vorbereitet wurde.

Und diese Emanzipation kam bald. Die Franzosen fanden es im Jahre 1792 für gut, ihren König aufs Schaffot zu schicken, viele Tausend andre, die dem Fanatismus des Pöbels nicht schmeicheln wollten, nachfolgen zu lassen, die Altäre zu zerstören, die Bildnisse des Gekreuzigten mit Füßen zu treten, als einzig zuläßige Religion diejenige der „freien Vernunft" zu erklären und — die Juden als würdige und vollständig gleichberechtigte Mitglieder dieser edlen Republik aufzunehmen.

Bei der kolossalen Machtentfaltung, die die Republik und das aus ihr hervorgegangne Kaisertum bald nahmen, konnte es nicht ausbleiben, daß das übrige Europa von diesem Schritte in Mitleidenschaft gezogen wurde. In Preußen insbesondre beging man in dem krampfhaften Suchen nach Reformen — infolge des furchtbaren Zusammenbruchs 1806/7 — den beklagenswerten Mißgriff, die Rechte der Juden in einer Weise zu erweitern, die ihrer vollständigen Emanzipation sehr nahe kam (1812). Zwar folgten 1822, 1831 und 1836 nochmals einige Einschränkungen, aber die nächste Sturzwelle, die in dem Gesetz vom 23. Juli 1847 ihren Ausdruck fand, riß nicht nur diese wieder hinweg, sondern auch die sonst noch vorhandnen hinzu. Uebrig blieb diesmal nur noch der Ausschluß von ständischen und Patronatsrechten. Auch dieser letzte Rest fiel durch Gesetz vom 3. Juli 1869, und so haben wir denn den schönen Zustand, daß reichgewordne Juden-Jobber, die einen Teil ihres Raubes im Ankauf von Rittergütern angelegt haben, dort christliche Schulen patronisieren, Pfarrer anstellen usw.

Schon etwa ein Jahrzehnt vor dieser letzten Maßregel hatte sich das Judentum mit Macht auf die Presse geworfen — ohne unsern großen Bismarck wäre wohl auch das preußische Königtum untergraben worden — und auf diese Weise fast unbemerkt eine Reihe der unsinnigsten Gedanken in unser Volk eingeschmuggelt. So gelang es ihnen, als nach 1870/71 unser ganzes Volk eine Art von mehrjährigen nationalen Freudenrausch durchlebte, mit ihrem Gründerschwindel einen Beutezug in Szene zu setzen, der bisher seines gleichen in der Weltgeschichte nicht gehabt hat. Die Folgen davon liegen klar vor aller Augen. Immer mehr peitscht die jüdische und judengenössische liberale Presse die Landbevölkerung in die großen Städte hinein, um sie dort unter schärferer jüdischer Kontrolle zu haben, bequemer abscheeren zu können und im gegebnen

*) Man denke an die Geschäftsgepflogenheiten des offen ehrlichen Seemann.

**) Das wird den Juden gefallen haben, daß sie vielfach unbequeme Zivilprozesse mit einem Eide aus der Welt schaffen konnten.

Falle als Hurrahkanaille bei großen Aktionen — wie z. B. bei der sogenannten „Brotwucher-Frage", einer der infamsten Lügen, die je von Judenhirnen ersonnen wurde — bequem zur Hand zu haben.

Das Mark des Staates, die Landwirtschaft, wird mit größtem Raffinement künstlich ruiniert. Man bedenke doch. Alles was wir zum Leben gebrauchen, was zu dessen besserer Ausgestaltung und zum Luxus dient, besteht aus vegetabilen, animalischen oder mineralischen Produkten, es wird also entweder auf dem Boden gezogen und nach entsprechender Bearbeitung teils direkt in Benutzung genommen, theils in Tierfleisch oder tierische Kraft umgewandelt, oder in der Form von Erzen und Mineralien aus der Tiefe des Bodens hervorgeholt. Mithin sollte doch eigentlich auch der Grund und Boden der eigentliche Wertmesser sein, und das Geld weiter nichts als ein bequemes Tauschmittel. Ist das etwa so? Weit gefehlt! Die realen Werte sind künstlich herabgedrückt und an deren Stelle fiktive geschaffen worden, oder ist es etwa etwas andres, wenn man den Quadratmeter Boden an einer Ecke in den Hauptstraßen unsrer Großstädte auf 1000, ja sogar 2000 Mark und darüber bewertet? Wer muß die Zinsen für diese eingebildeten Werte herbeischaffen? Das arbeitende Volk! Und wer steckt diese Zinsen ohne Gegenleistung in die Tasche? Reichlich zu dreiviertel die Juden!

Es würde einfältig sein, abstreiten zu wollen, daß bei dieser Umschaltung der Werte das Judentum die leitende Rolle gespielt hat. Die Völker Europas sind denn auch nach und nach inne geworden, wie schwer die goldnen Sklavenketten auf ihnen lasten, und rütteln ingrimmig daran. Wird es ihnen gelingen, sie abzuschütteln? Wird ihr Ruf nach sozialen Reformen erhört werden? Werden Schutzmaßregeln gegen die asiatischen Schmiede dieser goldnen Ketten getroffen werden?

Der Versuch, diese Fragen zu beantworten, geht über den Rahmen dieser kleinen Arbeit hinaus, die es lediglich bezweckte, die Vergangenheit mit der Gegenwart zu verbinden, nicht aber in die Zukunft zu schauen. Immerhin aber will es scheinen, wie wenn das Deutsche Volk nicht in dem Maße an Fäulnis und Altersschwäche leide, um für ein ähnliches Schicksal reif zu sein, wie das an hebräischem Knochenfraß vor etwa anderthalb Jahrhunderten zu grunde gegangne Polenvolk.

Sprach-Proben zum Beweise der nahen Verwandtschaft der germanischen Sprachen untereinander.

(Nachdruck erwünscht.)

Im Frühjahr 1902 nahm die Kasseler Ortsgruppe des „Alldeutschen Verbandes" eine Entschließung an, in der u. a. der Vorschlag gemacht wurde, durch leicht verständliche Proben aus allen germanischen Sprachen den Beweis dafür zu erbringen, wie nahe diese eigentlich unter einander verwandt seien.

Dieser Vorschlag ist im folgenden in Bezug auf die nördlichen Mundarten und Sprachen von mir verwirklicht worden, mit freundlicher Unterstützung durch zwei gleichgesinnte Herren.

Der Deutlichkeit wegen sind auch in den nichtdeutschen Sprachen die Hauptwörter groß geschrieben, obgleich sie in einigen von ihnen mit kleinen Buchstaben anfangen. Unter dem Text steht da, wo es erforderlich ist, zunächst in Klammern eine genaue Angabe der Aussprache und darunter wieder die möglichst wörtliche Uebertragung ins Hochdeutsche*)

1. Nieder-Deutsch (Platt-Deutsch.)

A) Ostpreußisch.

O Samland, Samland, schönet Land,
Du böst noch vel to unbekannt.
De Koort-Og (Kurzsichtige) ward dat schwerlich finge (finden):
Em mücht von dienem Lob ich singe.

(Eduard Böhm.)

*) Sonderabdrücke dieser Sprachproben sind vom Verfasser (Kassel, Humboldtstraße 30) zu beziehn, es kosten: 1 Abzug 10 Pf, 5 Abzüge 20 Pf., 10 Abzüge 35 Pf., 25 Abzüge 80 Pf., 50 Abzüge 1,50 Mark, 100 Abzüge 2,50 Mark, 500 Abzüge 8,— Mark.

B) Pommerisch.

Wat is't en Freudendag doch hüt!
Min Hart is ganz benamen:
Ick fall nah ach! so lange Tied
In min leiw Heimat kamen.

(Herm. Jahnke, Greifenberg.)

C) Mecklenburgisch.

Ick weit einen Eikboom, de steiht an de See,
De Nurdstorm de brust in sin Knäst (Aesten),
Stolt reckt hei de mächtige Kron in de Höh;
So is dat all dusend Johr west (gewesen).
Kein Minschen-Hand,
De hett em plant't (gepflanzt);
Hei reckt sick von Pommern bet Nedderland.

(Fritz Reuter.)

D) Holsteinisch.

Min Modersprak, wa klingst du schön,
Wa büst du mi vertrut,
Weer ok min Hart as Stahl un Steen,
Du drewst den Stolt herut.

(Klaus Groth.)

E) Nord-Hannöverisch.

En Engel is min lüttje Broder;
Blau sünd sin Ogen, jüst as mien,
Sin Haar is hell, so harr't (hatte es) us Moder —
Se ward nu woll in'n Hewen (Himmel) sien.

(Friedr. Freudenthal, Fintel.)

F) Altmärkisch.

De olle Fritz — pots Schlag in't Huus!
Dät was en König as en Duus!
Groot von Gestalt was he just nich,
Dät Groote — satt äm innerlich.

(Wilh. Bornemann.)

G) Westfälisch.

Min trutzig-trü Westfalen-Land,
Du büst mi leif un wert;
So wiet ok Godes Sunne s-chient,
Hef ik keen Land so ehrt (geehrt).

(Karl Prümer, Dortmund.)

2. Niederländisch.

A) Holländisch.

Wien Neerlandsch Bloed in de Adren vloeit,
(Wien Neerlands Blud in de Adren fluit)
Wem Niederlands Blut in den Adern fließt,
Van vreemde Smetten vrij,
(Fan fremde Szmetten fräi)
Von fremden Flecken (Schmutz) frei,
Wiens Hart voor Land en Koning gloeit,
(Wiens Hart foor Land en Koning gluit)
Wessen Herz für Land und König glüht,
Verhef den Zang als wij
(Verheef den Sang als wäi)
Erhebe den Gesang wie wir.

(Volks-Lied von Tollens.)

B) Flämisch.

Hartelijk Dank voor Uw echt Germaanschen Groet
(Harteläik Dank foor Üh echt Germaanßen Gruht)
Herzlich Dank für Euren echt germanischen Gruß
aan het Germaaansche Vlaanderen.
(aan het Germaanße Flaanderen.)
an das germanische Flandern.
Wij blijven, trouw aan onzen Plicht,
(Wäi bläifen, trau aan onsen Plicht)
Wir bleiben, treu unserer Pflicht,
op de Voorposten staan.
(op de Foorposten staan)
auf Vorposten stehen.

(Von einem Führer der Flamen.)

C) Afrikandisch (Buren-Sprache):
Kent gij dat Volk vol Heldenmoed
(Kennt chäi dat Folk foll Heldenmud)
Kennt ihr das Volk voll Heldenmut
En toch zoo lang geknecht?
(En toch soo lang cheknecht?)
Und doch so lang geknecht?
Het heeft geoffert Goed en Bloed
(Het heeft cheofferd Chud en Blud)
Es hat geopfert Gut und Blut
Vor Vrijheid en vor Recht.
(Foor Fräihe-it en foor Recht)
Für Freiheit und für Recht.
(Transvaal-Hymne.)

3. (Nord-) Friesisch (von der Insel Sylt).
De Freske jerre Skap dat tug jü ulleriarst
Den Friesen ihr Schiff das zog die allereste
diep Forrig. An aw ark Stal der bygdens
tiefe Furche. Und ob jeder Stelle da bauten sie
hug for Ting an Riught en Borrig.
hoch für Ting (Gericht) und Recht eine Burg.
Hje wiarn de Mans aw Sie, hje wiarn
Sie waren die Männer ob der See, sie waren
de Mans awd Löndh; dat Riught most
die Männer ob dem Lande; das Recht mußte (= durfte)
Nieman bie her aw a hile Ströndh.
niemand beugen hier ob dem heilen (= ganzen) Strande.
(M. Nissen.)

4. Skandinawisch.

A) Dänisch.
Om Danebrog jeg ved,
(Om Danebroch jei weed,)
Um (= vom) Danebrog ich weiß.
(die dänische Flagge und Ordensband)
han fallt fra Himmelen ned.
(han fallt fra Himmelen need.)
er fiel von dem Himmel nieder.
Han flagger i vor Havn
(Han flagger i worr Hawn — fast Haun)
Er flagget in unserem Hafen
og fra Soldatens Favn,
(og fra Szoldatens Fawn — fast Faun)
und von des Soldaten Brust,
og ingen annen Fanen
(og ingen annen Fanen)
und keine andere Fahne
har som den sit eget Namn.
(har ßom den ßitt eiet Namen.)
hat wie der seinen eigenen Namen.
(Volks-Lied.)

B) Norwegisch.
(Amtssprache in Norwegen ist Dänisch.)
Ei gildere Ferd med Eimbaat en inn
(Ei gildere Ferd med Eimboot en inn)
Eine geltendere (= herrlichere) Fahrt mit Dampf-Boote denn jene
etter denne Fjorden skal du snaudt nog
(etter denne Fjorden ßkall du ßnaudt noch)
nach diesem Fjorde sollst Du schnöde (= kaum) noch
kunna gjöra. helst naar dat ber nokot langt inn
(kunna gjöra, helst naar dat ber nokot langt inn)
können machen, zumal wenn das trägt etwa lang hinein.
(Hendrik Krohn.)

C) Schwedisch.
(Der Buchstabe s wird scharf ausgesprochen.)
Djupare blöder ännu mitt Land. Striden för Fädernes
Tiefer blutet annoch mein Land. Streit für der Väter
Landet slutar med Striden om Kronen . . Förbannelse
Land schließt mit Streit um die Krone . . Verbannung (= Fluch)
öfwer dem som mörda nu varande (spr. wahrande) och kommande (spr. kommande)
über die, die morden um währenden und kommenden (= gegenwärtigen)
Slägtens Frid (Fred).
Geschlechtes Frieden. (August Blanche.)

D) Isländisch.
(Der Buchstabe s wird scharf ausgesprochen.)
Sitr i Stafni hun höggwin Häla;
Sitzet am Steven die (sie) mit behauenem Hiele (Ferse, Holländisch Hiel, Englisch Heel, ebenfals Hiel gesprochen);
Fullr er Skor af Blodhi.
(ein) voller ist (der) Schuh vom Blute.
Heima sitr hun Mjadhweig
Daheim sitzet die Mjadhweig (ein Mädchen-Name)
Mana Dottir,
Mani's Tochter,
Halfu betra Brudha refni.
Zur Hälfte besser (als) Braut berufen.
(aus dem Märchen vom Aschenbrödel in Isländischer Fassung).

5. Englisch (ohne Fremdwörter).
Anglo-Saxons strong and trusty
(Aenglo-Szäxens ßtrong änd trößti)
Angel-Saxen stark und treu
Think from whom your Fathers came!
(Dsink from huhm juhr Fadsers kehm!)
Denkt von wem eure Väter kamen!
Let true Friendship grow not rusty,
(Lett truh Frendschip groh not rößti)
Lasset treue Freundschaft werden nicht rostig
Clean be olden Links from Shame!
(Klihn bih ohlden Links from Schehm!)
Rein sein alte Ketten-Glieder von Scham!
(Rein von Scham)
Teutonic Kindred, Vers 1.
(Tjuhtonik Kindred)
Teutonische Verwandschaft.
(= germanische)
Herrmann von Pfister-Schwaighusen.

6. Alt-Deutsch.
Die vorstehend wiedergegebnen Sprachproben weichen nicht stärker vom Hochdeutschen ab, als die ältesten Ueberlieferungen unsrer Sprache in der einzigen deutschen Dichtung aus vorchristlicher Zeit, den s. g. „Merseburger Zauber-Sprüchen“. Der zweite Spruch lautet in seinen wesentlichen Teilen:

— — — — — — — —	— — — — — — —
Thu uuart demo	Da ward dem
Balder's Uolon	Balder's Fohlen
sin Uuoz birenkiet.	sein Fuß verrenkt.
— — — — — — — —	— — — — — — —
Thu biguolen Uuodan,	Da besprach ihn Wodan,
so he uuola konda,	so (was) er wohl konnte, (verstand),
sose Benrenki,	so Bein-Verrenkung (Knochen)
sose Bluotrenki;	so Blut-Verrenkung;
sose Lidrenki:	so Glied-Verrenkung:
„Ben zi Bena,	„Bein zu Beine,
„Blut zi Bluoda,	„Blut zu Blute,
„Lid zi Geliden,	„Glied zu Gliede,
„sose gelimida sin!“	„als ob (sie zusammen-) geleimt seien.“

Zum Schlusse noch eine alt-gothische Sprachprobe:
In Wôdanis Namin jach Wulthau,
In Wodan's Namen und Ruhme,
Frigjôs Frijathwai, swê Thunaris Aljana —
Durch Frika's Liebe, sowie Donar's Ellen (Kraft) —
izwis (spr. ischwies) Allaim — Hails!
auch Allen — Heil!
Kassel, im August 1902.

Dr. Winterstein.

Die Reklame-Jüdin Sarah Bernhard wird uns in Berlin mit einem Gastspiele im Königlichen Schauspielhause beglücken. Es ist wirklich ein überraschender Triumph des Intendanten Graf Hochberg, daß er zur Zeit, wo der französische Kriegsminister, der brave General André, mit Revanche-Reden in Frankreich umherzieht, er uns die alte Judenvettel in Berlin vorführen kann, die seit dreißig Jahren sich als unversöhnliche französische Patriotin aufspielt und Deutschland auf die schamloseste Weise beschimpft hat.

Die deutsch-mauschelnde stammesgenössische Presse des jüdischen Fräulein Mutter schwelgt natürlich im Vorgefühl der kommenden Seeligkeit und schlägt mit Macht die große Pauke. Hoffentlich überläßt aber das deutsche Publikum in Berlin zur Zeit jener Gastvorstellungen die Räume des Königlichen Theaters den Höflingen und Juden.

Es ist vielleicht nicht unzweckmäßig, daran zu erinnern, daß vor ein paar Jahrzehnten der deutsche Gesandte in Kopenhagen (es war der getaufte Jude Freiherr v. Magnus) der Sarah wegen sein Amt quittieren mußte. Er wollte sich gelegentlich eines Gastspiels der genannten Person in Kopenhagen auf einer Soiree mit ihr anvettern, hielt ihr sein Glas entgegen und sprach: „Aufs Wohl des schönen Frankreich." Die Sarah ist aber nicht aufs Maul gefallen und erwiderte schlagfertig: „aufs Wohl des ganzen und ungeteilten Frankreichs, wohl verstanden." Der jüdische Baron brauchte für den Spott nicht zu sorgen, die Sarah aber wurde hochgefeiert überall wo man Deutschland haßte. — Bismarck verstand in solchen Dingen keinen Spaß und Magnus verschwand in der Versenkung. Wenn sich die Revanche-Jüdin nun einen ähnlichen Trik für ihren Berliner Aufenthalt ausgedacht hat! Wenn sie etwa beim Empfang in der Hofloge — und der ist ihr in der Aera Ballin wohl sicher — auf irgendeine liebenswürdige Bemerkung aus hohem Munde mit einer tönenden Phrase über Elsaß-Lothringen antwortet? Die Lacher werden dann auch nicht fehlen, rundum in Europa. Aber . . . .

Der alte Virchow ist gestorben und mit großem Prunk begraben worden. Eine endgiltige Schätzung seiner Bedeutung für die Wissenschaft wird erst die Zukunft vornehmen können, weil der ungeheuerliche Tamtam, den die jüdisch-freisinnige Presse aus politischen Gründen für den großen Medizinmann seit ein paar Jahrzehnten schlug, das Urteil der Mitwelt völlig verwirrt hat. Wir nehmen gern an, daß selbst nach Abzug der Judenreklame noch immer genug übrig bleiben wird, um dem Verstorbnen einen ehrenvollen Platz in der Geschichte der deutschen Medizin zu sichern.

Ueber die politische Bedeutung Virchows steht aber das Urteil schon fest. Er hatte politisch seit 1848 nichts zugelernt wohl aber seinen arischen Instinkt allmählig verloren, der ihm in seinen jüngern Jahren eine richtige Einschätzung des Judentums ermöglichte. Verschiedne Stellen in seinen Schriften beweisen dies. — Zur Zeit als die antisemitische Bewegung in Berlin begann, wußte man zu erzählen, daß Virchow grundsätzlich keine jüdischen Assistenten nahm. Das änderte sich dann aus leicht begreiflichen Gründen.

Der Kaiser hat an die Wittwe ein ganz außerordentlich liebenswürdiges Beileidstelegramm gerichtet. Das ist um so hochherziger, als es dem hohen Herrn bekannt sein könnte, in wie unschöner Art der Verstorbne sich über unsern lieben alten Kaiser Wilhelm seiner Zeit geäußert hat. Auch das Verhalten Virchows bei Feststellung der Krankheit Kaiser Friedrichs war wohl nicht grade dazu angethan, ihm bei dem Sohne des Kaiserlichen Dulders Sympathien zu erwecken. Auf die freisinnige Presse hat das Telegramm aber einen sehr guten Eindruck gemacht.

Ausland.

Belgien. In Brüssel erscheint seit dem 15. August ein antisemitisches Blatt unter dem Titel „L'Antisemite".

Oesterreich-Ungarn. Der ungarische Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Lurtz, ein siebenbürger Sachse, wurde vom „Fügellen Magyarország" beschuldigt, er habe bei einer Fahnenweihe das Lied „Gott erhalte Franz den Kaiser" fortwährend spielen lassen und eine deutsche Rede gegen die Madjaren gehalten. Abg. Lurtz sandte darauf dem Blatte eine Berichtigung, daß er überhaupt keine Rede gehalten habe, und daß die österreichische Volkshymne nur am Schluß des Festaktes gespielt wurde, wie dies bei den Sachsen aus solchen Anlässen als Ausdruck der Loyalität gegen den König stets geschehe. Das Blatt begleitet diese Erklärung mit den Worten, es müßten Leute von der Art des Abg. Lurtz „niedergeschlagen werden wie tolle Hunde oder an den erstbesten Baum aufgeknüpft werden". —

In der „Kronstädter Zeitung" finden wir nachstehende Bemerkung: „Zufolge Entscheidung einer löbl. Stadthauptmannschaft darf der Abschiedsabend der sächsischen Hochschüler am 2. September nicht abgehalten werden. Wahrscheinlich findet derselbe am 3. d. M. statt". Es handelte sich um einen Abschieds-Kommers der siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler, für den zufällig der Sedanstag gewählt wurde. Wahrscheinlich hat die madjarische Polizei geglaubt, am 2. September könnte die Feier staatsgefährlich werden!

Mosaik.

Von dem Treiben eines Wunderrabbis weiß der amtliche „Warschawski Dnewnik" folgendes zu erzählen: In Groica, wohin von Warschau eine Lokalbahn führt, residiert ein Wunderrabbi, der zugleich Groß-Aktionär der Lokalbahn war. Auf seinen Befehl mußten alle Gläubigen, die zu ihm pilgerten, die Lokalbahn benützen, und die Waggons derselben waren immer gedrängt voll. Nun aber hat sich der Wunderrabbi mit der Verwaltung der Bahn wegen der Verteilung des Gewinns entzweit und seine Aktien verkauft, worauf er einen Bannstrahl gegen die Bahn schleuderte und allen Gläubigen ihre Benutzung streng untersagte. Infolgedessen fährt kein Jude mehr mit dieser Bahn, und ihre Waggons sind leer."

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Auf einem Berliner Bau legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder, weil sie einen höhern Stundenlohn als 40 Pfg. beanspruchten. Zwei Arbeiter hatten sich diesem Vorgehn nicht angeschlossen, und als sie am nächsten Tage auf die Arbeitsstätte gehn wollten, trafen sie auf den „Genossen" Steinträger Breier, der mit dem Zeigefinger eine drohende Bewegung machte und den beiden zurief: „Ihr werdet heute das letzte mal hinausgehn!" Das Gericht sah hierin eine Drohung zu dem Zwecke, die Arbeitswilligen zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen, und erkannte deshalb auf eine Woche Gefängnis. —

Die sozialdemokratische Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Herausgabe von neuen Parteizeitungen in der Provinz Brandenburg darf nur unter Zustimmung der beteiligten Kreise beziehungsweise des Brandenburger Provinzial-Parteitages stattfinden. . . Anerkannt sind außer dem ‚Vorwärts' für die Provinz Brandenburg die ‚Brandenburger Zeitung' und die ‚Fackel'. Das Halten der ‚Fackel' entbindet keineswegs von der Verpflichtung, eins der täglich erscheinenden Parteiorgane zu halten."

Mit andern Worten: Es darf den „Genossen" nichts vorgesetzt werden, was nicht erst die Zensur der „Obergenossen" passiert hat.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 11. September 1902. Nr. 734.

Der jüdische Freisinn und das Ausland.

Die Agenten der nordamerikanischen Lebensversicherungs-Gesellschaft „New-York" treiben im Deutschen Reiche noch immer mit der alten Lüge umher, daß der vormalige Finanzminister von Miquel bei ihr sein Leben mit einer Million Mark versichert gehabt habe, und daß diese Million nach dem Tode Miquels glatt ausgezahlt worden wäre.

Dieses Reklamemärchen, womit man die Dummen für die amerikanische Gesellschaft einzufangen sucht, ist vollständig unwahr. Es wurde aufgebracht von einem Agenten der „New-York" in Hannover, namens Meyer, der die falsche Nachricht dem Berliner „Konfektionär", dem Organ aller Konfektionsjuden, und dem „Berliner Tageblatt", dem Organ der „Alliance Israelite Universelle", übermittelte, von wo aus sie in alle übrigen Zeitungen übernommen wurde.

In den beteiligten Kreisen des Versicherungswesens wußte man sofort, daß die Nachricht eine Lüge war; denn der verstorbne preußische Finanzminister war bei zwei deutschen Gesellschaften versichert. Um der Sache auf den Grund zu gehn, bat damals der Vertreter einer deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft den Sohn des verstorbnen Ministers, Landrat von Miquel (Rathenow), persönlich um Aufklärung. Diese lautete, daß die Nachricht von der „New-York" erfunden sei, der Minister habe allerdings früher eine Lebensversicherung bei der „New-York" zu einem wesentlich niedrigern Betrage genommen, habe jedoch bald erkannt, daß diese Gesellschaft auf recht bedenklicher Grundlage stehe und ihre Versicherungsnehmer nichts weniger als kulant behandle. Deshalb habe der Minister sein Verhältnis zur „New-York", allerdings mit bedeutendem Verlust, wieder aufgelöst.

Da Landrat v. Miquel nichts gegen eine Veröffentlichung seiner Erklärung hatte, übermittelte sie der betreffende Herr der Redaktion des „Berliner Tageblattes" mit der Bitte, nunmehr die völlig unwahre Mitteilung des Hannoverschen Meyer richtig zu stellen. Wie vorauszusehn war, lehnte es das Blatt des Herrn Ruben Mosse ab, die Richtigstellung zu veröffentlichen, obgleich ihm jener Herr in mehren recht gesalznen Briefen klar machte, daß sich eine „große deutsche Zeitung" eigentlich schämen sollte, den unlautern Wettbewerb ausländischer Gesellschaften durch Verbreitung derartiger Reklamelügen zu unterstützen.

So hat diese Ente bis heute ungehindert ihre Rundreisen durch Deutschland gemacht, und jeder Agent der „New-York" führt sich bei den gutgläubigen deutschen Kunden damit ein, daß er erzählt, welch ein glänzendes Geschäft der vormalige gewiegte preußische Finanzminister mit der „vornehmen" nordamerikanischen Gesellschaft gemacht habe. Da ist es doch wohl an der Zeit, daß die anständige deutsche Presse den soliden deutschen Versicherungsgesellschaften zu Hilfe kommt und derartige schwindelhafte Konkurrenzmanöver der amerikanischen Juden und ihrer deutschen Rassegenossen aufdeckt. Auch haben wir allen Grund, die deutschen Versicherungsnehmer vor den amerikanischen Gesellschaften zu warnen, einmal, weil deren Geschäftsgebahren ein solches ist, daß bei ihnen doch einmal der „Krach" über Nacht kommen wird; dann aber, weil alles deutsche Geld, das an Versicherungsprämien nach Nordamerika abgeführt wird, das großkapitalistische Uebergewicht der Amerikaner über die Deutschen verstärkt. Die dortigen Versicherungsgesellschaften müssen ihr Geld nicht, wie bei uns, in sichern Hypotheken anlegen, sondern sie legen es zum größten Teile in „Wertpapieren" an, d. h. sie leihen es den großen Eisenbahn- und Trustgesellschaften, die durch ihre Spekulationen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Industrie-Unternehmungen die nationale Arbeit in Deutschland zu erdrücken suchen. Die beiden nordamerikanischen Lebensversicherungs-Gesellschaften „New-York" und „Germania" z. B. haben in ihren Geldschränken Wertpapiere jener Trustgesellschaften in Höhe von etwa 90 Millionen Mark, und weitere 120 Millionen Mark haben sie denselben als „Hypotheken" auf deren Grundstücke geliehen.

Also dient das Geld dieser Lebensversicherungs-Gesellschaften jenem System der Weltauswucherung, das die Trusts zum leitenden Grundsatze der amerikanischen Ueberpolitik gemacht haben. Daraus erklärt es sich auch, weshalb „deutsche" Zeitungen, wie das „Berliner Tageblatt", nicht einmal den Mut haben, eine plumpe faustdicke Lüge einer derartigen Gesellschaft zu berichtigen. Um so mehr aber mögen sich unsre deutsch fühlenden Volksgenossen von jenen „Amerikanern" fernhalten und sich lieber den bekannten vertrauenswerten deutschen Gesellschaften zuwenden, die satzungsgemäß ausschließlich die Interessen ihrer Versicherungsnehmer zu fördern und jeden erzielten Geschäftsgewinn diesen selbst zuzuführen haben.

Partei-Nachrichten.

Die angebliche Fleischnot beleuchtet der Bund der Landwirte in einer ausführlichen Veröffentlichung, die wir dieser Nummer in vollem Wortlaute beifügen. Soweit der Vorrat reicht, geben wir von dem Flugblatte gegen Erstattung der Postgebühren an unsre Freunde jede Anzahl kostenfrei ab; bis zu 10 Stück kosten 5 Pf. Porto, 11 bis 30 Stück 10 Pf., 31 bis 60 Stück 20 Pf., 61 bis 120 Stück 30 Pf. und über 120 Stück 50 Pf. Porto.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden.

Die für diesen Monat in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist auf Sonntag, den 5. Oktober, verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bis längstens den 30. September bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Für das Herzogtum Braunschweig und die benachbarten preußischen Kreise soll am 28. September in Braunschweig eine allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung stattfinden, die hauptsächlich mit der Umgestaltung und Erweiterung des Werbegebiets des Deutschsozialen Vereins für Braunschweig sich beschäftigen wird.

Diese Verbandserweiterung geschieht, um den in vielen Wahlkreisen vereinzelt wohnenden Deutschsozialen den Anschluß an eine feste Organisation zu ermöglichen und gleichzeitig dadurch einen Boden für die fruchtbringendere Ausbreitung unsrer Ideen in diesen Gebieten zu schaffen. Der dem Parteitage vorzulegende Entwurf umfaßt als Verbandsgebiet: das Herzogtum Braunschweig, die benachbarten fünf hannoverschen Wahlkreise 10 bis 14 (Hildesheim, Northeim, Göttingen, Goslar und Celle) und den ganzen Regierungsbezirk Magdeburg. Als Name für den neuen Verband wird in Vorschlag gebracht „Verband Niedersachsen der Deutschsozialen Partei".

Anträge sind bis spätestens den 15. d. M. an die Geschäftsstelle des Deutschsozialen Vereins zu Braunschweig, Friedrich-Wilhelmstr. 9 zu richten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Verband Elb-Saalegau. Nach langen Jahren haben wir am 4. wieder einmal eine deutschsoziale Versammlung in Zeitz gehabt, die über alles Erwarten günstig verlief. Der große Saal des „Preußischen Hofes" war gefüllt, als Abg. Liebermann v. Sonnenberg das Wort zu seinem Vortrage über „Zolltarif und Brotwucher" ergriff und eine Viertelstunde später waren auch die Gallerien besetzt. Die „Genossen" hatten sich mit ihrem Führer Leopold zahlreich eingefunden, verhielten sich aber im ganzen ziemlich ruhig. Ein paar Versuche, durch höhnisches Gelächter den Redner zu stören, mißlangen vollständig, weil dieser sofort den Spieß umkehrte und die Thorheit der Lacher festnagelte. — Es gelang Herrn v. Liebermann vortrefflich in seinem einundeinhalbstündigen Vortrage die Bedeutung des Kampfes um den Zolltarif und den Schwindel zu kennzeichnen, der mit dem Schlagwort „Brotwucher" getrieben wird. Die überwiegend aus den gebildeten Ständen zusammengesetzte Versammlung spendete am Schlusse des Vortrages sehr lebhaften Beifall. Nach einer kurzen Pause eröffnete der Vorsitzende die freie Aussprache. Der Führer der „Genossen", Herr Leopold, erhob sich, räusperte sich und erklärte, er wolle nicht zur Sache sprechen. Seine Partei würde vielmehr selbst eine Versammlung veranstalten. Wer dann wissen wolle, wie die Sozialdemokraten über diese Fragen dächten, könne dann ja hinkommen. — Mit höflichen Worten lehnte der Redner dies für seine Person ab und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die sonst so redefrohen Herren die gute Gelegenheit, ihr Licht leuchten zu lassen, versäumten. Die „Genossen" mochten wohl selbst fühlen, daß sie sich schwer bloßgestellt hatten und schlichen aus dem Saale, so daß das Hoch auf das Vaterland einstimmig und ohne Mißton erklang. Unter den Klängen des Liedes „Deutschland über alles" schloß die Versammlung. Die Nachsitzung im sächsischen Hof war sehr gut besucht. Zeitz wird für den neuen Elb-Saale-Gau eine stattliche Mitgliederzahl stellen. —

In Altranstädt, in der Nähe von Leipzig, jenem geschichtlich bekannten Orte, in dessen altem Schlosse einst Karl der Zwölfte wohnte, hatten ein paar eifrige Parteifreunde auf Sonnabend, den 6. September, nachmittags eine Versammlung einberufen, die zahlreich aus dem Orte und der Umgegend besucht war. Auch die Stadt Lützen war mit einem Dutzend ihrer Einwohner vertreten. Die Versammlung bestand zumeist aus Landleuten und sozialdemokratischen Arbeitern, die in Altranstädt sehr zahlreich wohnen und von dort täglich zur Arbeit nach Leipzig fahren.

Geleitet wurde die Versammlung von dem Herrn Ortsvorsteher Jahn. Der Redner, Abg. von Liebermann, sprach über das Thema „Brotwucher und Zolltarif". Dem Vortrage folgte eine lebhafte Besprechung, an der sich einige Herren aus der Versammlung, der Führer der Sozialdemokraten Brettschneider und Herr von Liebermann beteiligten.

Der Sprecher der „Genossen" schien ein ganz braver Mensch zu sein, aber was er vorbrachte, war nicht geeignet, die Auffassungen der Sozialdemokraten zu stützen und seine Begleiter waren auch sehr wenig davon erbaut.

Der Gesamt-Eindruck der Versammlung war der, daß es in dem dortigen Wahlkreise, wenn es gelingt, einen geeigneten Kandidaten zu finden, nicht schwierig sein dürfte, den gegenwärtigen freisinnigen Vertreter im Reichstage durch einen mittelstandsfreundlichen Mann zu ersetzen. —

Am 7. September hielt der Verband zu Leipzig im „Eldorado" eine Sitzung zur Beschlußfassung über die Gestaltung der Satzungen und zur endgiltigen Vorstandswahl ab. Der Abg. von Liebermann wohnte den Verhandlungen bei. Der von dem vorläufigen Vorstande vorgelegte Entwurf wurde nach kurzer Beratung mit geringfügigen Abänderungen genehmigt. Als Arbeitsgebiet des neuen Verbandes gilt: Das Königreich Sachsen, der Regierungsbezirk Merseburg, das Herzogtum Sachsen-Altenburg und die beiden Reuß. Als Vorort für das laufende Geschäftsjahr wurde Leipzig bestimmt, wo auch der Vorsitzende, der Kassenwart und der Schriftführer ihren Wohnsitz haben. Nachdem noch die Obleute für die einzelnen Wahlkreise bestimmt waren, wurde die Sitzung geschlossen und die Teilnehmer vereinigten sich zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen.

*) Die „Staatsbürger Ztg." bringt am 10. d. M. einen Bericht über die Sitzung vom 7. September, worin sie den Abg. v. Liebermann Konkurrenz-Absichten gegen die Reformpartei im Königreich Sachsen unterstellt. Wir sind in der Lage, zu erklären, daß diese Behauptung vollständig unwahr ist.

Verband Hessengau. Im Wahlkreise Kassel-Melsungen stellte sich unser Kandidat, Herr Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden), den Wählern vor am 30. v. M. in Dörnhagen (Kr. Kassel), am 1. d. M. in Ellenberg, Neuenbunslar, Böddiger und Deute (Kr. Melsungen) und am 2. in Rengershausen (Kr. Kassel). Zum 3. hatten die „Genossen" in Kassel eine Versammlung anberaumt, die über die „Fleischnot" befinden sollte. Herr Amtsrichter Lattmann unterbrach deshalb seine Reise und suchte die sozialdemokratische Versammlung auf. Die von den „Genossen" vorgeschlagne Entschließung fordert die Regierung „kategorisch" auf, „die Grenzsperre aufzuheben". Außerdem „protestierte" man „gegen alle Zölle, indirekten Steuern, die Liebesgaben-Politik der Agrarier usw." Herr Amtsrichter Lattmann brachte dagegen unter ausführlicher Begründung folgende Entschließung ein:

Durch die seit kurzem eingetretne erhebliche Erhöhung der Preise des Schweinefleisches wird die Lebenshaltung namentlich der minderbegüterten Bevölkerung Kassels zur Zeit in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung geschädigt. Deshalb bitten wir die städtische Verwaltung:

1. sich schleunigst entsprechend dem bekannten Vorgehn des Magistrats in Posen mit der hiesigen Fleischer-Innung, eventuell der Zentrale für Viehverwertung oder andern derartigen Verbänden zum Zwecke der Lieferung billigerer Tiere in Verbindung zu setzen:
2. vorübergehend die städtische Fleischsteuer aufzuheben;
3. vorübergehend die hiesigen Schlachthofgebühren zu ermäßigen;
4. bei der zuständigen Behörde um vorübergehende Ermäßigung der Frachttarife für die nach Kassel gehenden Vieh- und Fleischtransporte einkommen zu wollen.

Trotzdem ein nationalsozialer Stadtverordneter die Entschließung als praktisch durchführbar ebenso empfahl wie mehre Sozialdemokraten, brüllte die große Masse der „Genossen" auf Kommando die Gegner nieder. Außerdem regnete es Schimpfworte auf unsern Kandidaten, so daß natürlich die sozialdemokratische Entschließung durchging. Den „Genossen" ist die Sache aber doch etlich in die Glieder gefahren.

Herr Amtsrichter Lattmann sprach dann noch am 4. in Kirchditmold, am 5. in Mönchehof (Kr. Kassel), am 6. in Melsungen und am 7. in Gurhagen, Felsberg und Gensungen (Kr. Melsungen). Sämtliche Versammlungen verliefen sehr günstig.

Verband Westmark. Auf Veranlassung der Ortsgruppe Dortmund hatte Herr Schriftleiter Kemper (Braunschweig) im vorigen Monate mehre Vorträge im Verbandsgebiete übernommen. So sprach er am 4. in Dortmund und am 5. in Witten. Das Thema lautete: „Nationale und wirtschaftliche Gesundung." Am 7. gings nach Langendreer, wo Herr Amthor (Gelsenkirchen) die Versammlung leitete; die Umgegend war gut vertreten. Ein zum 12. in Lütgendortmund angesetzter Vortrag mußte ausfallen, eines großen Schadenfeuers wegen. Ende dieses Monats soll das Versäumte durch Herrn Amthor nachgeholt werden. Sodann gings in Soest, wo für den 13. vom Gastwirt August Schnabel (Deutsches Haus) mündlich und schriftlich ein Saal zugesagt war. In letzter Stunde verweigerte dieses „Deutsche" Haus indes die Hergabe der Räume. In aller Eile wurde durch Anschlag von Plakaten eine öffentliche Versammlung einberufen, die allerdings beinah auch hätte ausfallen müssen, da die Hoffmannsche Druckerei mit Rücksicht auf ihre jüdische Kundschaft die Plakate nicht herstellen wollte. Es fand sich aber doch noch rechtzeitig ein andrer Drucker; die Versammlung war gut besucht. In allen Orten traten dem Verbande neue Mitglieder bei. —

Am 25. v. M. beging die Ortsgruppe Elberfeld den 50. Geburtstag ihres Vorsitzenden, Herrn Obermeister O. Kunze, durch eine hübsche Feier. Die längere Festrede hielt Herr Kaufmann Ad. Jost; mehre andre Ansprachen und die hübschen

Weisen eines Männer-Quartetts bewiesen, wie beliebt Herr Kunze ist. Wir hoffen, daß er noch lange seine Kraft unsrer Sache widmen kann. —

Herr Stadtverordneter Joh. Schäfer, Vorsitzender des Verbands, beleuchtete vor der außerordentlichen Generalversammlung des Evangelischen Arbeitervereins zu Gerresheim die Mißstände im deutschen Preßwesen, insbesondre die immer mehr zunehmende Verjudung der Zeitungen. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. —

Zu diesem Monate wird Herr Verbandssekretär Amthor (Gelsenkirchen) außer — wie oben erwähnt — in Lütgendortmund noch sprechen in Castrop und Hattingen.

Zur Belebung der Werbe-Arbeit sind wir bereit, gegen Ersatz des Portos an jede uns aufgegebne Adresse je eine Nummer unsers Blattes nebst eingelegtem Flugblatte kostenfrei zu senden.

Die Wahl des Flugblattes steht den Herren Auftraggebern frei. Das Porto beträgt für jede Sendung 3 Pf.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 12. in den „Drei Linden";
am 19. bei Krug (Aktienbrauerei);
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Die Christlichsozialen haben ihren diesjährigen Parteitag zum 30. September und 1. Oktober nach Siegen einberufen und zwar mit nachstehender Arbeits-Ordnung. Am 30. September, von vormittags 9 Uhr ab Partei-Versammlung, in der besprochen werden 1) Die bevorstehenden Wahlen (Abg. Hofprediger D. Stöcker), 2) Unsre Presse (Pfarrer J. Fritsch, Ruppertsburg), 3) Das Recht auf Arbeit (Dr. Scheffer, Leipzig). Nach jedem Vortrage ist eine freie Aussprache vorgesehn. Das Schlußwort hat Abg. D. Stöcker.

Der zweite Tag bringt außer den parteigeschäftlichen Sachen einen Vortrag des Arbeitersekretärs Behrens (Berlin) über „Die Stellung der Landwirte, Handwerker und Arbeiter zur Zollpolitik."

Aus der Reformpartei. Für den Parteitag in Eisenach am 14. und 15. d. M. ist als Tages-Ordnung vorgesehn ein Bericht über die Thätigkeit der Parteileitung (Chefredaktör Zimmermann, Dresden), ein Bericht über die Thätigkeit der Reichstags-Abgeordneten (Abg. Lotze) und ein Vortrag über „Der deutsche Kaufmannsstand, seine Aufgaben, seine Notlage und seine Feinde" (Blobel, Wilmersdorf und Redaktör Herrlein, Dresden).

Fünf Anträge liegen außerdem vor. Der Wahlverein Berlin will ein Verbot der Konsumvereine ins Programm aufgenommen wissen, während der Deutsche Antisemiten-Bund diese Vereine nur bekämpfen möchte. Der Wahlverein Berlin beantragt weiter, den Punkt 14 des Programms durch den Zusatz zu erweitern: „Abschaffung der Gewerbesteuer, dafür Schaffung einer progressiven Umsatzsteuer für Detaillisten und Grossisten." Ein andrer Antrag desselben Vereins beschäftigt sich mit der Grund- und Bodenfrage; er schlägt Festsetzung einer Verschuldungsgrenze für Grundstücke und Schließung der Grundbücher vor. Der letzte Antrag betrifft das Verdingungs-Unwesen, das die Herren Lehleitner und Genossen (Dresden) „durch Aenderung der bisher geltenden Bestimmungen und durch Ausbau der Umsatzsteuer in Formen" bringen wollen, die „dem soliden Fabrikanten- und Gewerbestande die Existenz-Möglichkeit sichern."

Auch die nächsten Reichtagswahlen sollen besprochen werden. Das offizielle Programm ist im letzten Augenblicke entsprechend ergänzt. Parteiamtlich wird bekannt gemacht: „Der Zutritt zu den Verhandlungen und Veranstaltungen des Parteitages ist nur denjenigen Vertretern der Presse gestattet, die von Mitgliedern der Parteileitung oder von dem Festausschuß ausdrücklich dazu eingeladen worden sind." Damit ist die Oeffentlichkeit ungefähr ausgeschlossen.

Bei der Wahl der Stimmführer kam es am 12. d. M. in Berlin infolge zweier Anträge, die sich mit dem Pückler-Rummel und der sozialpolitischen Haltung der „Staatsb.-Ztg." beschäftigten, zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden des „Deutschen Antisemiten-Bundes", Herrn W. Bruhn, und dem Vorsitzenden des Wahlvereins Berlin, Herrn Zahnarzt Strumpf. Da diesem das Wort abgeschnitten wurde, beteiligte sich anscheinend der Wahlverein nicht an der Stimmführer-Wahl, so daß anstelle der sonst üblichen zwölf Stimmführer, die je zur Hälfte die beiden Vereine stellten, nur neun gewählt wurden, die sämtlich dem Antisemiten-Bunde angehören.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Unlauterer Wettbewerb. Die Kaufleute Adolf und Karl Linsky zu Stettin erwarben im Juni v. J. das Konkurswarenlager ihres Bruders Bernhard für 11000 Mark bei einem Fakturenwert von etwa 19000 Mark. Durch Plakate im Schaufenster und Anzeigen priesen sie einen „Konkursmassen-Ausverkauf zu Taxpreisen" an und erklärten auch die sofortige Räumung wegen anderweiter Benutzung der Räumlichkeiten als nötig. Dieser Ausverkauf wurde bis zum Februar 1902 betrieben, zu welchem Zeitpunkte von mehren Seiten Anzeige bei Gericht erstattet wurde wegen unlautern Wettbewerbes. Im Verhandlungstermine wurde festgestellt, daß die Gebr. Linsky aus ihrem unter dieser Firma betriebnen Stettiner Geschäft und aus dem ihnen ebenfalls gehörenden „Kaufhaus Germania" in Kiel für etwa 6000 Mark Konfektionswaren nachbeschafft hatten, und daß der Ausverkauf ihnen einen Erlös von 29 300 Mark einbrachte. Da sie also durch die falschen Ankündigungen beim Publikum den Glauben erregt, es handle sich um einen gerichtlichen Ausverkauf, und sich mithin im unlautern Wettbewerb einen bedeutenden Vermögensvorteil beschafften, verurteilte das Gericht Adolf Linsky zu 300 Mark und Karl Linsky zu 500 Mark Geldstrafe. Das Urteil soll außerdem bekannt gemacht werden. Ist das bei der Höhe der erramschten Summe überhaupt eine Strafe?

Sittliche Juden. Verbreitung und Herstellung unzüchtiger Ansichtspostkarten brachten dem Postkarten-Großhändler S. Conrau zu Breslau hundert Mark Geldstrafe ein.

Briefkasten.

Büdingen, Berlin C 22, Thüngen. Frdl. Dank für Uebersendung der jüdischen Kriegskarten.

B., Kölner Hof. Heil und Dank!

Hohenzollern. Gern besorgt. Deutschen Gruß Ihnen und allen Bekannten.

Tunis. Wir erwidern den Gruß aus dem schwarzen Erdteil!

v. S., Schwerin (Meckl.) Ergebensten Dank für den Husfründ.

Reez. Die Nummern sind abgesandt. Wie Sie sehn, haben wir schon in dieser Nummer Ihren Wunsch erfüllt. Heilo!

Myslowitz. Wird gern verwandt.

Auskünfte.

Die Firma H. E. Bestehorn, Papierwaren-Fabrik in Aschersleben, soll, wie uns mitgeteilt wird, in deutschen Händen sein.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!



Zu Geburtstags- und Gelegenheits-Geschenken!

Erkenne Dich selbst!

Gedenkalbum

zur Charakteristik der Freunde und Freundinnen.

Mit 14 Schrift-Nachbildungen namhafter Frauen und Männer der Gegenwart.

Fein gebunden mit Gold-Pressung und Gold-Schnitt.

Preis 5 Mark.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.



✻ ✻ Juden-Postkarten! ✻ ✻

Neue Folge:

Juden in Deutschland. Juden A-B-C. Im Zukunftsstaat. Auszug der Juden. Der Teufel in Deutschland.

10 Stück gemischt 0,50 Mk., 25 Stück gemischt 1,10 Mk., 50 „ „ 1,90 „, 100 „ „ 3,50 „

Gegen Voreinsendung des Betrages oder unter Nachnahme.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Ansichtskarten
des In- u. Auslandes tauscht
Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof“
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht. Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung“,
„Deutsch-Soziale Blätter.“
Inh. A. Kirstein.

Victoria-Zwieback
ist der feinste Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beklebt 3,50 Mark) franko ohne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.

Harry Trüller,
Celle 83.
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Frankfurt a/M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung“, „Deutsche Wacht“, „Deutsch-Soziale Blätter“ und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Winke für deutsche Kaufleute, die im **Ausland** ● ● Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von Dr. Winterstein in Cassel, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Aufklärungs- ♣ ♣ ♣ Schriften!

40 verschiedne Flugblätter über das Judentum, seine Uebermacht im Handel, in der Presse und im Schrifttum, seinen zersetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, seine Verbindung mit der Sozialdemokratie usw. erhält man gegen vorherige Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken von der **Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,** Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Bad Pyrmont.
Richters Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.



Preis fein geheftet 30 Pfg.
10 Stück 2 Mark, 100 Stück 15 Mark.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Bad Kissingen.
Logierhaus Renner,
Schönborn-Straße 24,
jenseits der Saale,
empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
Großer Garten.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das Tuchhaus Boeckes i. Düren I (Rhld.)

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Völkische ✤ ✤ ✤ ✤ ✤ ✤ Postkarten,

hochfeine Ausführungen, in Licht- und Buntdruck. (Heil-, Kornblumen-, Sonnenwend- und Buren-Karten, Karten mit den Bildnissen von Arndt, Jahn, Friesen, Körner, Bismarck, mit den österreichischen alldeutschen Abgg. Schönerer, Schalk, Iro, mit den deutschsozialen Abgg. Schack, Raab, Wampel usw.) Solange der Vorrat reicht zu ermäßigten Preisen:

10 Stück gemischt —,30 Mark.
50 „ „ 1.30 „
100 „ „ 2.50 „

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 18. September 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 735.

19

Wochen-Spruch.

Die Juden sind nichts als ein unwissendes und barbarisches Volk, das seit langer Zeit die schmutzigste Habsucht mit dem verabscheuungswürdigsten Aberglauben und dem unauslöschlichsten Hasse gegen alle Völker verbindet, bei denen sie geduldet werden und an denen sie sich bereichern.

Voltaire, Dictionnaire philosophique, Bd. 25, S. 462.

„Brotwucher" und Brotversorgung.

Cardinal Manning veröffentlichte einst in der „Fortnightly Review" eine Antwort auf die Angriffe, die die „Times", das liberale City-Blatt, gegen ihn gerichtet hatten. In dieser Antwort sagt er unter anderm: „Die Verpflichtung, die Hungrigen zu speisen, entspringt aus dem natürlichen Rechte jedes Menschen, zu leben . . . Diese Verpflichtung obliegt zweifellos der Gesellschaft, d. h. deren politischen und rechtlichen Einheiten, den Staaten und sonstigen öffentlichen Gemeinschaften. Ebenso zweifellos ist es jedoch, daß die Gesellschaft dieser ihrer Verpflichtung bisher in höchst ungenügender Weise nachgekommen ist. Wußte sie doch nicht einmal Einrichtungen zu treffen, um das tägliche Brot, das aus Getreidemehl bereitete Brot im engern Sinne, das die Hauptnahrung für die breiten, untern Schichten der europäischen Völker bildet, für den einzelnen sicherzustellen."

Auch in dieser Hinsicht lagen die Dinge in vergangnen Zeiten vielfach besser. Es ist erst ein Triumph unsers kulturellen Fortschrittes, daß alljährlich zahlreiche Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft von Palästen des Hungers sterben. Zwar sind uns aus der Geschichte auch nur zwei Fälle bekannt, wo der Staat in größerm Maßstabe für Deckung des Brotbedarfes des Volkes unmittelbar Sorge trug: Im alten Aegypten bestand ein staatlicher Bäckerei-Großbetrieb, der die ganze Bevölkerung mit Brot versorgte. Der Amtmann über die Bäcker, der Vorstand der königlichen Backhäuser, stand hoch im Range (1. Moses 40. 2: „und Pharao ward zornig auf den Amtmann über die Bäcker"), war jedoch allen Gefahren eines morgenländischen Würdenträgers ausgesetzt (1. Moses 40. 22: „aber den obersten Bäcker ließ er henken"). In Rom errichtete der verarmende Staat Ende des dritten Jahrhunderts große Backhäuser, in denen ein grobes Geschenkbrot bereitet wurde. Davon erhielt jeder civis romanus proletarius vier Pfund täglich, das panis gradilis, das auf den Treppenstufen, die die Staatsbäckerei umgaben, verteilt wurde. Ein etwas feineres Brot, das panis fiscalis, wurde zum Selbstkostenpreise verkauft.

Im Mittelalter finden wir in vielen europäischen Staaten, hauptsächlich aber in Deutschland und England öffentliche Backhäuser, Gemeindebackhäuser, und zwar zumeist in den Städten, obwohl es auch auf dem Lande gutsherrliche Backhäuser gab. Diese Einrichtung ist wohl aus den alten Dorfgenossenschaften in einige Städteverfassungen übergegangen. Zur Zeit der Zwangsinnungen bestanden in Deutschland die Bäckergerechtigkeiten, die vom Staate oder einem andern Bäcker erworben werden mußten, oder auch durch Erbschaft übertragen werden konnten. Eine solche Backgerechtigkeit kostete 800 bis 1000 Thaler; sie ruhte gewöhnlich auf dem Hause, war also ein Realgewerbe.

Allenthalben jedoch bestand ehemals eine strenge Backpolizei und es wurden Backordnungen geschaffen, die sich sowohl auf Preis und Gewicht, wie auf die Güte des Brotes bezogen. Die Uebertreter dieser Backordnungen wurden mit schweren Geldbußen, Einziehung des Brotes, Schließung des Ladens, Verlust des Gilderechtes und der Freiheit, körperliche Züchtigung, ja mit dem Tode bestraft! So ernst war damals die Auffassung, die man vom „Brotwucher" hatte.

In Deutschland wurden die Bäcker, die schlechtes oder zu leichtes Brot lieferten, bis ins 18. Jahrhundert „geschupft", d. h. sie wurden ins Wasser getaucht. Noch 1688 hing in Prag an der steinernen Brücke ein „Schupfkorb" für solche Bäcker.

In England wurde 1283 der betrügerische Bäcker William le Bole wegen eines geringfügigen Gewichts-Unterschieds seiner Brote durch die Stadt London geschleift. (Ashley.)

Dieses meist vollständig den örtlichen Behörden überlassene Aufsichtsrecht bildete eigentlich nur einen besondern Zweig der Bethätigung städtischer Machtbefugnisse, wie sie die eigentümliche Gliederung der mittelalterlichen Städte in Innungen mit sich brachte. Diese Ueberwachung war so tief in den Geist des Volkes eingedrungen, daß es weder eines Druckes von oben, noch von außen bedurfte. Es gab für den städtischen Rat kein sichereres Mittel, sich beim Volke beliebt zu machen, als die strenge Durchführung der Taxen (Ashley). Aber nicht genug damit, die Pflicht der städtischen Behörden erstreckte sich auch auf die öffentliche Versorgung mit Korn, um Hungersnot zu verhüten. Im spätern Mittelalter war insbesondre die Unsicherheit des Landfriedens eine Veranlassung dazu; jede Stadt beinahe mußte Magazine halten, zunächst gegen Belagerungen, dann auch gegen Teuerungen. Auch die so weit verbreiteten Zehentrechte, die insbesondre der Kirche zustanden, bildeten eine Art natürlichen Kornspeicher. (Roscher, „Ueber Kornhandel.")

Man hatte es auch von jeher als Pflicht der städtischen Behörden angesehn, darauf zu achten, daß die unter ihrer Obhut stehende Bevölkerung mit ausreichenden Nahrungsmitteln versehn war. Dies war einer der Grundgedanken, die zur Einführung der Brottaxe Veranlassung gegeben hatten. In Böhmen veranlaßte Kaiser Karl der Vierte bereits im Jahre 1362 die Anlage von Kornmagazinen in Städten und Klöstern. (Roscher.)

Alle größern Städte Deutschlands, z. B. Nürnberg, Augsburg, Breslau, Straßburg und Frankfurt waren schon zu Anfang des 15. Jahrhunderts mit solchem Beispiel vorangegangen. Karl der Fünfte soll, als er im Jahre 1540 Nürnberg besuchte, Brot aus Weizen, der schon mehr als 118 Jahre in den Stadtspeichern aufbewahrt worden war, gekostet haben. (Schmoller.) Wieviel mit einer tüchtigen Magazinsverwaltung gemacht werden kann, davon hat übrigens auch Friedrich der Große im Jahre 1771 ein glänzendes Beispiel gegeben. Während das Scheffel Roggen damals in Böhmen fünf Thaler kostete, soll er in Preußen nur zwei Thaler gegolten haben. An 40000 Bauern flüchteten sich, um der Hungersnot zu entgehn, aus den Nachbarländern nach Preußen. Friedrichs Magazine sollten ursprünglich nur den Bedarf des Heeres befriedigen. Späterhin erklärte er sie, und damit die Brot-

versorgung, jedoch für eine Hauptaufgabe jeder guten Staatsverwaltung. Daneben aber bestanden im Mittelalter auch vielfach Gemeindebackhäuser, in denen zur Zeit der Not zum besten der armen Bürger Brotkorn verbacken wurde, oder gemeinsame Backhäuser, die zu benutzen jeder Einwohner verpflichtet war.

In allen Städten und selbst am Lande bestanden auch noch späterhin für das Brot Taxen, die von den Bezirks- und Landratsämtern der Ortsbehörde mitgeteilt wurden, die die Bäcker streng zu überwachen hatte. Die Höhe der Taxen richteten sich nach den Getreidepreisen. Um 6 Uhr früh beschäftigte sich die Polizei mit dem Nachwiegen der Brote. Die Brote, die das vorgeschriebne Gewicht nicht hatten, wurden eingezogen und den Armen geschenkt. In Wien unterlag das Bäckereigewerbe noch im vorigen Jahrhundert, mit einer kurzen Unterbrechung zur Kaiser Josephs Zeiten, dem strengsten Satzungszwange. Das Mehl mußte nach Preisen verkauft werden, die von der Behörde festgesetzt waren, und der Bäcker hatte es nach dem satzungsmäßigen Tarife zu verbacken. Die Bäcker hatten die Verpflichtung, das Publikum jederzeit hinreichend mit Brot zu versorgen. Waren die Brote nicht entsprechend, so wurden die Bäcker mit entehrenden Strafen, gleich Verbrechern und Dirnen bestraft.

Erst als die Städte aufhörten, der eigentliche Sitz des gewerblichen Betriebes zu sein, und sich langsam eine geographische Arbeitsteilung vollzog, begannen mit dem verringerten Einflusse der Städte auch die Versuche, den Handel mit Lebensmitteln zu überwachen, überall zu schwinden. Es war zumteil der Eigennutz des einzelnen, wodurch das alte System zu Falle kam; es war jener im Ausgange des Mittelalters so plötzlich hervorbrechende Geist der Selbstsucht — der Individualismus der Renaissancezeit —, der um jene Zeit soviel mächtiger und schärfer hervortrat als je zuvor, so daß man ihn fast wie die Offenbarung einer neuen wirtschaftlichen Macht anzusehen hat.

Die mittelalterliche christlich-germanische Auffassung, daß die Brotbäckerei, ebenso wie andre Erwerbszweige, ein Amt sei, das im Interesse der Gesamtheit verwaltet werden müsse, ging in Brüche, da die ökonomische Freiheit als die alleinseligmachende Lehre verkündet wurde und in Gesetzgebung und Verwaltung zum Siege gelangte.

Den Gedanken an eine Brotversorgung der Nation oder Teilen derselben ließ man fast allgemein fallen und überließ die Brotversorgung ausschließlich der privaten Unternehmung, dem „freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte". Man glaubte wohl Bedenken hiergegen umsoweniger hegen zu müssen, als die Entwicklung des Verkehrswesens die Sicherheit für eine jederzeit mögliche ausreichende Zufuhr von Brotgetreide, selbst aus den entferntesten Gebieten der Erde, zu gewähren schien.

Die gröbsten Schäden, die auf dem Gebiete des nun üppig in die Halme schießenden Brotwuchers hervortreten, suchte man dann, aber nur soweit die eigentliche Brotbereitung in Frage kam, durch einige, meist der jüngsten Zeit entstammende, nichtssagende Gesetze einzudämmen.

Der Staat beschränkte sich jedoch auf Erlaß der allernotwendigsten und dürftigsten Gesetze, die zwar auf dem Papiere stehn, von den Bäckern jedoch regelmäßig überschritten und umgangen zu werden pflegen.

Die Bakehouse Regulation acts (1863) von England übertragen die Inspektion der Bäckereien den lokalen Behörden und verbieten Personen unter 14 Jahren die Beschäftigung in den Backstuben von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh. Nachdem im Jahre 1878 die Aufsicht über Bäckereien den Fabriks-Inspektoren übertragen worden war, wurde sie 1883 wieder den lokalen Gesundheitsbeamten zurückgegeben. Der Public Health Act von 1891 enthält besondre Bestimmungen für London. Die Wände der Backstuben sollen mit Kalkanstrich versehn sein, der alle sechs Monate zu erneuern ist oder mit dreifachem Oelanstrich, der alle sechs Monate mit heißer Seifenlauge zu waschen ist. Räume in der Höhe der Backstube dürfen nicht als Schlafräume benutzt werden.

Alle diese Gesetze blieben fast vollkommen wirkungslos, wie die Klagen der Inspektoren und Untersuchungs-Kommissionen bewiesen haben. Erst im Jahre 1895 ist durch Parlamentsbeschluß ein entscheidenderer Schritt vorwärts gethan worden. Die bisher nur für Städte mit mehr als 5000 Einwohnern und nur für neueröffnete Bäckereien geltenden Gesetze sind auf alle bestehenden Betriebe ausgedehnt und die Backhäuser unter das neue Fabriksgesetz gestellt worden, so daß z. B. ein Mindestluftraum von 250 Kubikfuß für jede Person, von 400 Kubikfuß bei künstlicher Beleuchtung auch in diesen Betrieben verlangt wird.

In England hat man eingesehn, daß es der Gesellschaft nicht gleichgültig sein kann, wo und wie und von wem ihr tägliches Brot hergestellt wird. Diese Erkenntnis wurde allerdings weniger durch menschenfreundliche Rücksicht auf die Bäckerei-Arbeiter, als durch den Ekel bewirkt, den die Enthüllungen parlamentarischer und amtlicher Untersuchungen und Kommissionen erregt hatten.

In Deutschland beschränken sich die gesundheitlichen Vorschriften, die über den Bereich eines Ortes hinausgehn, fast durchweg auf Mutterkorn-Verunreinigungen. Im übrigen bestehn nur Bestimmungen über den Anschlag eines polizeilich gestempelten Preisverzeichnisses und in wenigen Bundesstaaten hinsichtlich des zulässigen Wassergehalts des Brotes. Am 4. März 1896 ist auf Grund des § 120 e der Gewerbe-Ordnung und mit Giltigkeit vom 1. Juli 1896 eine Bundesrats-Verordnung erlassen worden, die die Regelung der Arbeits- und Ruhezeit, der Bezeichnungen der Ueberstunden und der Verwendung von Lehrlingen im Bäckergewerbe bezweckt. Den Beifall der Bäcker findet diese Verordnung indes noch heute nicht, sie ist auch keineswegs geeignet, die Frage der Brotversorgung auch nur zum allerkleinsten Teile zu regeln oder zu lösen.

In Oesterreich steht noch immer ein Hofkanzleidekret vom Juli 1794 in Kraft, d. h. auf dem Papiere, daß den Verkauf von Brot in niedrigen, feuchten und schlecht gelüfteten Räumen verbietet und bestimmt, daß das Brot gut ausgebacken sei und keine schädlichen Bestandteile enthalte. Im übrigen ist die sanitätspolizeiliche Genehmigung der Bäckereien vorgeschrieben und unterliegen diese dem Gewerbe-Ausschuß. Für fabriksmäßig betriebne Bäckereien gilt der elfstündige Höchst-Arbeitstag, für alle zwölfstündige Sonntagsruhe. Erst im März 1896 erließ die österreichische Regierung eine Verordnung, wonach die Verwendung von Lehrlingen zur Nachtzeit verboten wird.

Die Arbeitskräfte der Gewerbe-Inspektion reichen jedoch nicht entfernt aus, und die Berichte der Inspektoren enthalten unausgesetzt Klagen über die sanitären Zustände und die fortdauernde Mißachtung der Schutzbestimmungen in den Bäckereien.

In Frankreich verbietet die Arbeiterschutzgesetzgebung vom 2. November 1892 die Nachtarbeit jugendlicher Personen unter 18 Jahren — doch gestattet ein Nachtrag Ausnahmen. Die tägliche Arbeitszeit ist für Frauen unter 16 Jahren auf zehn, für Arbeiter zwischen 16 und 18 Jahren auf elf Stunden beschränkt.

In der Schweiz ist Nachtarbeit nur Bäckereien mit erwachsenen Arbeitern gestattet und muß in dem Falle jeder Arbeiter eine Ruhezeit von 13 Stunden am Tage haben.

In Luxemburg, Schweden, Finnland ist die Nachtarbeit jugendlicher Personen gleichfalls beschränkt oder ganz verboten.

In Norwegen verbot 1885 das Gesetz die Nachtarbeit in Bäckereien von 6 Uhr abends bis 3 Uhr morgens. Das Gesetz vom 1. Januar 1895 enthält jedoch das völlige Verbot der Nachtarbeit, einen zwölfstündigen Maximalarbeitstag und eine 30 stündige Sonntagsruhe für alle Bäckereiarbeiter.

In den australischen Kolonien gilt für die Bäckereien durchweg der achtstündige Arbeitstag.

Also lauter Verordnungen und Gesetze, die einerseits jede höhere Auffassung von der Verpflichtung der Gesellschaft in Bezug auf die Brotversorgung vermissen lassen und in dieser Hinsicht nur den kleinen, nörgelnden Geist des „sachverständigen" Pfahlbürgers atmen, andrerseits Verordnungen, die sich fast

ausschließlich auf den Schutz des Arbeiters beziehn und sich vielfach wie verspätete Zugeständnisse an die stürmisch fordernden sozialdemokratischen Bäckergehilfenverbände ansehn. Uebrigens alles Verordnungen, die grade im Bäckereibetriebe in der Mehrzahl der Fälle überschritten zu werden pflegen.

Aber es regt sich. Die Frage der Volksernährung, die Versorgung mit billigem und gutem Brote ist zu wichtig und schneidet zu tief ein in die Wirtschaft jedes Einzelnen, um im Sumpfe ersticken zu können. Man kommt auch zur Erkenntnis, wie irrationell das heutige Bäckergewerbe arbeitet und wie billig bei geeigneter Organisation und im Großbetriebe das Brot beschafft werden könnte. Zwar die Regierungen thun, als ob sie die Sache nichts anginge: umsomehr dürfte sich das spekulative Kapital in nächster Zeit damit beschäftigen. Schon entstehn da und dort große Brotfabriken, die möglichst viel mit Maschinen arbeiten, den Rohstoff im großen einkaufen und nach kurzem Konkurrenzkampfe mit den der Vernichtung geweihten kleinen Bäckern die Brotbereitung als Monopol an sich gerissen haben werden. Dann sind der Bauer und die Konsumenten die Gefoppten.

Zwar regt sichs auch noch anderswo. Bereits an mehren Orten haben sich Bäckereigenossenschaften von Arbeitern, Eisenbahnbediensteten, zumeist in Verbindung mit Konsumvereinen, gebildet, von denen einzelne gradezu glänzende Ergebnisse aufweisen, wenn nicht, was einigemale vorkam, die Vorstände mit der Kasse durchbrannten oder sonst ihre Mitglieder betrogen. In Schlesien und im Rheinland besteht auch bei den Landwirten starke Neigung, die Kornverkaufsgenossenschaften mit Mühlen und Bäckereien zu verbinden; in Schlesien sind bereits solche Bäckereien durch landwirtschaftliche Genossenschaften mit gutem Erfolge errichtet worden. Auch sonst bestehn in vielen Teilen Deutschlands Gemeindebacköfen, in denen entweder jeder einzelne Bewohner sich selbst sein Brot backt oder das Brot auf gemeinsame Rechnung, aber fast ausschließlich für den Gebrauch der Gemeinde-Mitglieder bereitet wird. Das ganze Dorf bildet dann gewissermaßen eine Bäckereigenossenschaft und in manchen Fällen auch eine Müllereigenossenschaft (Pepelen bei Mörs, Peiskern bei Minzig, Guhrau u. a.) In vereinzelten Fällen kennt man übrigens auch Produktivgenossenschaften von Bäckern. Im österreichischen Gesetze über landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften wird die Bäckerei gleichfalls als eine der Aufgaben jener Genossenschaften bezeichnet.

Von solchen Versuchen, die Brotfrage im gesellschaftlichen, zivilisatorischen Sinne, wenn auch auf eigne Faust, mit kleinen Anfängen und in primitiver Form zu lösen, unterscheiden sich natürlich Einrichtungen wie z. B. das Appalto in Südtirol.

Der Appalto-Vertrag ist ein Vertrag, nach dem eine bestimmte Gemeinde dem Appaltanten, also hier z. B. einem Bäcker, das Recht zur ausschließlichen Erzeugung und zum Verkaufe von gewissen Gattungen von Brot einräumt. In diesem Vertrage wird genau bestimmt, zu welchem Höchstpreise der Appaltant eine gewisse, nach Gewicht bestimmte Brotmenge zu verkaufen berechtigt ist. Dieser Höchsttarif, Calmiere genannt, wird bestimmt einerseits durch den Preis des Weizens auf den Welthandelsplätzen — für Tirol war früher Verona maßgebend, jetzt kommen die ungarischen Plätze in Betracht —, andrerseits aber durch die gesamten Kosten, die mit der Erzeugung und dem Vertrieb des Brotes verbunden sind. Die Pachtsumme für das Appaltorecht ist sehr hoch. Es versteht sich von selbst, daß dem Unternehmer, damit er die Pacht hereinbringt, von der Gemeinde entsprechende Begünstigungen eingeräumt werden müssen, aus denen er sich für seine Ausgaben schadlos hält. Ebenso klar ist es, daß dieser Betrag, den die Gemeinde einnimmt, von allen denen, die innerhalb des Gemeindegebietes Brot verbrauchen, aufgebracht werden muß.

Das Ergebnis ist ein sehr minderwertiges Brot zu teuren Preisen und ladet durchaus nicht zur Nachahmung ein. Das Appaltorecht ist übrigens keine Frucht der obenerwähnten Bewegung jüngster Zeit, sondern besteht schon seit langem und verdankt seine Entstehung keineswegs dem Bestreben, die Brotversorgung zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen, als vielmehr, eine Einnahmequelle für die Gemeinden zu schaffen.

Nach dem Gubernial-Zirkular vom 27. Januar 1832 (Provinzialgesetzessammlung für Tirol Nr. 4) sind Appalto-Verträge Bestandverträge, auf grund deren einem Unternehmer das ausschließliche Recht eingeräumt wird, in einer Gemeinde Brot zu backen oder zu vertreiben. In diesem Sinne wurde die Einrichtung des Appalto auch in der kaiserlichen Entschließung vom 17. März 1860 und im § 51 der Gewerbegesetz-Novelle vom 15. März 1893 aufrechterhalten. Da vom Appaltozwange lediglich die Broterzeugung zum Hausgebrauche ausgenommen ist, hat das Präsidium der italienischen Sektion des Landeskulturrates für Tirol im Jahre 1896 das Gutachten abgegeben, daß die Famiglie cooperative (Genossenschaften) nicht berechtigt sind, im Widerspruche mit dem Appaltozwange Brot zu erzeugen oder zu vertreiben.

Der südtirolische Appalto ist daher ein gesetzliches Hindernis der Bildung von Bäckereigenossenschaften.

Uebrigens besteht kein Zweifel, daß schon eine wesentliche Besserung in der Frage der Brotversorgung eintreten würde, wenn die Gemeinden die Brotbäckerei auch nur aus rein finanziellen Gründen übernehmen würden. Voraussetzung bildet dabei allerdings, daß die Bäckerei thatsächlich von den Gemeinden auf eigne Kosten betrieben und nicht in Pacht gegeben werden. Die Güte des Brotes würde kaum leiden, weil die Gemeindeverwaltung unter der Kontrolle aller Verbraucher steht, die auch Wähler sind; der Brotpreis könnte durch zentralisierten Großbetrieb wesentlich herabgesetzt werden, und trotzdem erhielten die Gemeinden eine große Einnahme, die notwendigerweise auf Verminderung der Gemeindesteuern wirken müßte. Es ist merkwürdig, daß die Gemeinden, insbesondre städtische Großgemeinden, noch nicht auf diese außerordentlich ergiebigen Einnahmsquellen verfallen sind.

Jene früher besprochnen vereinzelten Versuche, die Brotfrage praktisch, vom kleinen heraus durch private Vereinigungen zu lösen, werden, wenn sie auch als Einzelfälle glücken, doch niemals einen allgemeinen, dauernden Erfolg haben können. Die Brotfrage kann grundsätzlich und endgiltig nur von der Gesamtheit für die Gesamtheit gelöst werden. Die Auffassung scheint in neurer Zeit immer mehr Raum und Anhänger zu gewinnen. Vincenz Till (aus Bruck in Steiermark), der Besitzer einer Kunstmühle und Brotfabrik ist, tritt für ein Projekt der Verstaatlichung oder eventuell einer Vergenossenschaftlichung der Bäckerei ein. Von andrer Seite ist die Verstaatlichung der Brotbäckerei vorgeschlagen.

In dieser Hinsicht berichtete die „Revue d'Économie politique" (13. Jahrg.) von einem sehr interessanten Versuche. Der Munizipalrat von Paris hatte im Jahre 1889 infolge langer und sehr interessanter Verhandlungen im Prinzipe die Schaffung von Kommunalbäckereien angenommen und eine Kommission eingesetzt, um die Mittel der Durchführung zu studieren. Dieser Beschluß rief, wie man sich denken kann, eine große Bewegung im Lager der Volkswirtschaftler hervor. Die liberale Presse protestierte energisch und drückte die Hoffnung aus, die Regierung werde dem Beschluß des Munizipalrates die Zustimmung versagen. Der Hauptgegner des Planes war der liberale Mr. Donnat, derselbe, der nicht lange vorher in einem Buche dafür eintrat, daß alle wirtschaftspolitischen Vorschläge an einer Stelle des Staates praktisch versucht werden sollten, um ihre Eignung für das Gesamtinteresse zu erproben. Die Gegner sagten u. a., wie man denn, wo 1800 Bäcker in Paris sind, die Reglementierung gegen die Freiheit anrufen könne? Aber grade darin liegt ja die Verdammung des Prinzips des freien Wettbewerbes! Der Bestand von 1800 Bäckern und 2000 Fleischern in Paris, deren zehnter Teil dem Bedürfnisse genügen würde, bedeutet eine wirklich erschreckende Verschwendung von Arbeit und Kapital! — Es kam jedoch in Paris nicht zur Durchführung des gefaßten Beschlusses, weil der neugewählte Munizipalrat die Sache fallen ließ.

Der Versuch kommunaler Bäckereien wäre übrigens weder etwas Revolutionäres noch außergewöhnliches. Der beste Beweis, daß man ihn wagen könnte, ist, daß man ihn schon gemacht hat, und zwar mit einem gewissen Erfolge. Es bestehn sowohl in Spanien wie in Portugal kommunale Bäckereien und sogar Fleischereien. In der Stadt Pampeluna giebt es eine sehr gut gehende Kommunalbäckerei, die auf Rechnung des „ayuntamiento" (Munizipium) gegründet wurde. Derselbe Versuch wurde 1883 bis 1885 in Madrid gemacht, scheiterte jedoch infolge Zusammenschlusses der Greißler und Bäcker und infolge geringer Initiative und Ehrlichkeit jener, die von der Kommune mit der Leitung betraut worden waren. In Lissabon bestehn zwölf Kommunalfleischereien und arbeiten seit 1876 vortrefflich. Nach dem Gesetze vom 15. Juli 1889 durfte in Portugal Weizen nur unter ganz bestimmten Bedingungen eingeführt werden, u. a. wenn die Preise des Inlandweizens 60 Reis für das Kilogramm überstiegen. Aehnliche Bestimmungen gelten für andre Getreidesorten.

Hier liegt also zweifelsohne ein der neuern Zeit angehörender Versuch vor, die Versorgung des Landes mit Getreide und zwar möglichst mit einheimischen Getreide sicherzustellen. Durch Gesetz vom 31. August 1891 erfolgte eine Ergänzung der frühern Bestimmung, wonach eine jährliche Kontingentierung der Einfuhr stattfand; ebenso wurde die Höhe des Zolles festgesetzt, um den Normalbrotpreis mit 80 Reis für das Kilogramm zu erzielen.

Bei den besondern Grundbesitzverhältnissen Portugals (überwiegender Latifundienbesitz mit Zeit- und Erbpächtern) kam jedoch die eintretende Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fast nur den Großgrundbesitzern zugute, während die große Masse der kleinen Zeitpächter infolge Erhöhung der Pachtzinse keinen Vorteil davon hatte. Eine weitere Folge war die außerordentliche Konzentration des Getreidehandels und Mühlengewerbes, sowie ein Kampf zwischen den Müllern, Bäckern, und den Vertretern der Verbraucher einerseits, den Großgrundbesitzern andrerseits, dann allmählich ein immer tieferes Eingreifen der Staatsgewalt in die Einzelheiten des Mehlhandels, der Müllerei und Bäckerei unter Begünstigung der Uebernahme dieser Gewerbe — also der Brotversorgung — durch die Kommunen.

Soweit reichen im wesentlichen unsre Kenntnisse über den Einfluß, den die öffentlichen Gewalten in Vergangenheit und Gegenwart auf Brotversorgung und Brotbereitung genommen haben.

Uebrigens zielte auch der vom sozialistischen Abgeordneten Jaurès im Jahre 1894 in der französischen Kammer gestellte Antrag auf Monopolisierung der Einfuhr von Getreide, ebenso wie der im Prinzipe gleiche Antrag des Grafen Kanitz im Deutschen Reichstage auf die Versorgung des Volkes mit Brotgetreide durch staatliche Maßnahmen. Einen ähnlichen Vorschlag hat schon im Jahre 1886 der Führer der Sozialisten in der Schweiz, Greulich, gemacht, der zugleich verlangte, daß der Staat den einheimischen Landwirten ihr Getreide um 40 Francs für die Tonne teurer, als ihre Selbstkosten sind, abkaufen soll.

Der sozialistische Abgeordnete Clovis Hugues brachte im Jahre 1895 in der französischen Kammer einen Gesetz-Entwurf ein, wonach die Gemeindeverwaltungen ermächtigt werden sollten, die Verteilung von Gratisbrot als öffentlichen Dienst zu organisieren. Die Gemeindekasse sollte das Brot bezahlen, das den Verbrauchern unentgeltlich geliefert und von den Bäckern auf dem Wege des freien Wettbewerbes hergestellt werden sollte.

Die Antragsteller gingen von dem Grundsatze aus: wie auf Luft und Wasser, so habe jeder Mensch auch ein Recht auf ein tägliches Stück Brot, genügend, um seinen Hunger zu stillen. Was darüber ist, mag der Erwerbsfähigkeit des Einzelnen anheimgestellt bleiben, Brot aber müsse er bekommen; der berechtigte Anspruch auf dieses sei ihm sozusagen angeboren, sei eines der natürlichen Menschenrechte. Der Staat habe das Brot zu liefern. Alle Steuerzahler zusammen sollen für die Kosten aufkommen; das verstaatlichte Brot falle dem Reichsten wie dem Aermsten — eine bestimmte Gewichtsmenge für den Tag und Kopf — zu, niemand brauche sich bittweise darum zu bewerben. Die Kosten würden durch eine Steuer aufgebracht werden, die natürlich mit der Höhe des Einkommens oder des Besitztums steigen, für den Proletarier mithin gar nicht bestehn würde, so daß — genau genommen — der Bemittelte das Brot des Unbemittelten bezahlen müßte.

Insbesondre der sozialdemokratische Schriftsetzer Francesco Santone vertrat mit großem Eifer diesen Plan. Allerdings hätten grade die arbeitenden Klassen keinen Grund, sich dafür zu erwärmen — so paradox diese Behauptung vielleicht klingen mag. Denn wenn nichts andres geschieht, als daß das Brot unentgeltlich — nicht als milde Gabe oder Almosen, sondern auf Grund gesetzlicher Bestimmung — verabreicht wird, so wäre die Folge, daß in gleichem Maße, als die Brotauslage heute den Haushalt des Arbeiters belastet, der Lohn erniedrigt werden würde. Wer nur einigermaßen Einblick in das Wesen des herrschenden Konkurrenzsystems besitzt, kann sich hierfür keiner Täuschung hingeben. So lange dieses System besteht, gilt in gewissem Grade das eiserne Lohngesetz, wenn es auch aus dem Programm der Sozialdemokratie ausgeschieden worden ist.

Dem Gedanken „freies Brot für jedermann" kann jedoch auch von dem Standpunkte der Gerechtigkeit und Sitte nicht zugestimmt werden. Die Verpflichtung der Gesellschaft, die Hungernden zu speisen, ist nicht dahin aufzufassen, daß die einen sich auf Kosten der andern ernähren und sättigen, sondern dahin, daß die Gesellschaft Einrichtungen treffe, die es jedem möglich machen, sich durch redliche Arbeit das tägliche Brot sicher und ausreichend für sich und die Seinen zu erwerben.

Trotz ihrer Undurchführbarkeit, trotzdem sie weit über das Ziel schießt und prinzipiell auf falschem Boden steht, ist jedoch der Idee des unentgeltlichen Brotes große symptomatische Bedeutung nicht abzusprechen, denn es handelt sich ja bei solchen Vorschlägen garnicht darum, ob durchführbar oder nicht; dies ist vorerst ganz Nebensache und kommt erst in zweiter oder dritter Linie in Frage. Solche Vorschläge an ihrer augenblicklichen Durchführbarkeit zu messen, zeigt den Standpunkt des Bierbankpolitikers. Auch wenn sie weit übers Ziel schießen: thut nichts! Im Gegenteile, dann werden die Massen leichter dafür gewonnen. Das wesentliche und wichtigste ist, daß solche Vorschläge im allgemeinen in der rechten Richtung liegen, ein richtiges Prinzip vertreten.

Und hier lautet die täglich dringender und heißer werdende Grundfrage, aus deren Schoß auch der Gedanke des unentgeltlichen Brotes entsprang: „Wie schaffen wir dem arbeitenden Volke gesundes, sicheres, ausreichendes, unbewucherbares Brot?" Als Einzelfrage, aus dem Zusammenhange aller übrigen losgerissen, ist die Frage nicht lösbar. In der Backstube allein liegt die Lösung gewiß nicht. Billiges, außerordentlich billiges Brot muß gefordert werden; aber auch nahrhaftes und gesundes Brot, das zur vollen Ernährung des menschlichen Körpers ausreicht, muß beschafft werden. Dieses Brot darf jedoch nicht zum Lohndruck führen; es muß daher die Armee der Arbeitslosen aufgelöst und vermindert, d. h. ein übermäßiges Arbeitsangebot beseitigt werden. Dies kann nur erreicht werden, indem die Frage des Grundbesitzes geordnet, die Landwirtschaft zur dauernden Gesundung, die Landflucht zum Aufhören und das Handwerk zu neuer Blüte gebracht wird. Dies erfordert eine Reform des Agrarrechts, die vernünftige Organisation der Arbeit, die Erhöhung der Getreidepreise, die nationale Organisation der gesamten Wirtschaft; dies hat zur Voraussetzung, daß die nationale Wirtschaft vom Weltmarkte möglichst unabhängig gestellt und damit auch aus der industriellen Erzeugung das spekulative Moment ausgeschieden wird; es ist daher notwendig, vorher die Leitung der gesamten Volkswirtschaft aus den Händen der gegenwärtig größten sozialen und wirtschaftlichen Macht, des Großkapitals, und zwar des nicht wirtschaftlich produktiv arbeitenden internationalen Großkapitals, in berufenere Hände zu legen, in die Hände gesellschaftlicher Selbstverwaltungskörper.

Einer der segensreichsten, wirksamsten und am leichtesten durchführbaren Schritte auf diesem Wege ist die Uebernahme



der Brotversorgung eines Volkes durch die öffentliche Gewalt: „— die Verpflichtung, die Hungrigen zu speisen, entspricht dem natürlichen Rechte jedes Menschen, zu leben —".

Das jüdische Hehlerrecht.

Wir haben schon bei vielen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß es eine Geschichtslüge ist, die schlechten Eigenschaften der Juden aus den Verfolgungen und Unterdrückungen des Mittelalters herleiten zu wollen; wahr ist vielmehr umgekehrt, daß die Juden selbst sich durch ihre schlechten Eigenschaften den Haß und die Verfolgung aller Völker zugezogen haben.

Die Juden waren vom Anbeginn ihrer Geschichte Wucherer und Hehler. Diese Eigentümlichkeiten sind im talmudischen Rechte, dem alten jüdischen Nationalrechte, begründet. Sie sollten dazu dienen, den Juden die wirtschaftliche Ueberlegenheit über alle andern Völker, mit denen sie in Berührung kamen, zu verschaffen: An dem Fremdling sollst du wuchern, an dem Bruder darfst du nicht wuchern. Wie es schon bei Moses heißt: „Du sollst alle Völker fressen und darfst ihrer nicht schonen."

Die Juden hatten sich als Handelsvolk schon lange vor der Zerstörung Jerusalems, und mehr noch nach dieser, über die ganze Welt verbreitet und hatten sich durch engen Zusammenhalt untereinander und unter starrem Festhalten an ihren talmudischen Grundsätzen schnell zu Reichtum und Macht emporgearbeitet. Die ersten Zeiten des Mittelalters waren den Juden sehr günstig. Unter den karolingischen Königen, besonders Karl dem Großen und Ludwig dem Frommen, genossen die Juden nicht nur Schutz in ihrem Handelsbetriebe, sondern sogar mannigfache Vorrechte und Begünstigungen.

Die bedeutsamsten und allgemeinsten Vorrechte der Juden im Mittelalter waren das Wucherrecht und das Hehlerrecht. Das Wucherrecht bestand darin, daß es den Juden erlaubt war, Geld auf Zinsen auszuleihn, während dies den Christen kraft kirchlichen Verbots versagt war. Das Hehlerrecht bestand darin, daß die Juden gestohlne Sachen ohne Schaden kaufen und zu Pfande nehmen durften. Während das Wucherrecht schon seit lange zu den bekanntesten Erscheinungen der mittelalterlichen Rechtsgeschichte gehört, ist das Hehlerrecht erst kürzlich von Herbert Meyer (Breslau) rechtsgeschichtlich genauer erforscht worden (Entwerung und Eigentum im deutschen Fahrnisrecht. Jena, Gustav Fischer, 1902). Derselbe Gelehrte hat auch in dem „Grenzboten" Nr. 29 einen Aufsatz über das jüdische Hehlerrecht veröffentlicht, auf den wir uns im folgenden beziehn.

Das Hehlerrecht galt während des Mittelalters in gleicher Weise in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Polen und vermutlich auch in England. Zahllose Rechtsquellen erwähnen es als ein Vorrecht der gemeinen Judenschaft.

Der Schwabenspiegel sagt z. B. darüber: „Leiht ein Jude auf diebiges oder räubiges Gut, so sollte er das Gut wieder herausgeben wie ein Christ; das wäre recht. Doch haben sie ein besser Recht erkaufet; das haben ihnen die Könige gegeben wider Recht, daß sie leihen auf diebiges oder räubiges Gut." Wir ersehn aus dieser Stelle, daß sich die Juden das Hehlervorrecht, das dem deutschen Rechte und Rechtsbewußtsein durchaus widerstreitet, erkauft haben. Man empfand also christlicherseits dies Recht als unsittlich, ebenso wie das Zinsennehmen, aber man erlaubte es den verachteten Juden, da man gewerbsmäßige Gelddarleiher, Pfandleiher, Althändler und Trödler brauchte. Das Judenregal gehörte zu den wichtigsten Einnahmequellen des Reichs, und die Kaiser bestätigten gegen eine entsprechende Summe willig den Judengemeinden, die als kaiserliche Kammerknechte unter dem besondern Schutz des Kaisers standen, das Hehlerrecht und andre Vorrechte. Ebenso handelten später, als das Judenregal auf die Landesherren übergegangen war, die Fürsten und Städte. Auch für die Christen war das Hehlerrecht insofern von Nutzen, als sie durch die Juden oft gegen Zahlung des geringen Hehlerpreises wieder zu ihrem gestohlnen Eigentum kommen konnten.

Den Juden verschaffte das Recht große Einnahmen und mit der Zeit erhebliche Reichtümer. Andrerseits aber drückte es ihre soziale Stellung tief herab, indem es sie in Gemeinschaft von Dieben und Räubern brachte, und trug ihnen natürlich den Haß der Christen ein, da die bloße Thatsache der Bevorzugung des Juden mit Recht alle Billigdenkenden empören mußte. Sehr interessant ist in dieser Hinsicht der Beschluß einer deutschen Rabbinersynode vom Jahre 1603:

„Wie wir hören und mit eignen Augen gesehn haben, sind die großen und fürchterlichen Leiden — gepriesen sei Gott, der uns nicht ganz zu ihrer Beute hat werden lassen — über uns gekommen durch das Verschulden jener Sünder, die das Silber und Gold, das in der Hand von Dieben ist, erwarben. Darum ist von diesem Augenblick und weiter beschlossen, daß, wenn von einem erwiesen ist, daß er mit einem, der ein Dieb ist, Geschäfte macht, von ihm etwas abkauft oder ihm ein Darlehn auf ein Pfand gibt, oder daß es einer jener Gegenstände ist, die uns von unserm Herrn, dem Kaiser — Gott erhöhe seinen Glanz! — verboten sind, so soll derselbe abgesondert und abgeschieden sein von der gemeinen Judenschaft."

Die angedrohte Strafe ist der jüdische Bann. Es ist bemerkenswert, daß sich die berufnen Vertreter der Judenschaft in Deutschland völlig klar darüber waren, daß ihre Leiden zum großen Teil auf das Hehlergewerbe der Juden zurückzuführen seien. Ferner ersehn wir aus dem Beschluß, daß es damals den Juden verboten war, auf bestimmte Gegenstände, z. B. Kirchengeräte, Handwerkszeuge, Waffen usw. zu leihn und von bekannten Dieben Sachen anzunehmen. In früherer Zeit hatten diese Beschränkungen nicht bestanden.

Im sechzehnten Jahrhundert wurde das Hehlerrecht der Juden durch Reichsgesetz aufgehoben. In einzelnen Gebieten und Städten hielt es sich jedoch noch bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein. Durch die Juden-Emanzipation wurden die letzten Reste des Hehlerrechts beseitigt.

Es ist jedoch klar, daß die Juden nicht imstande waren, von dieser ihnen angestammten Charakter-Eigentümlichkeit und liebgewordnen Beschäftigung abzulassen. Wie sie als Wucherer und Hehler geboren sind, so werden sie auch als solche enden. Denn sie können nun einmal nicht aus ihrer Judenhaut heraus, und das Sprichwort wird auch fernerhin seine Giltigkeit behalten:

„Es gäbe nicht halb soviel Stehler,
Wenn der Jude nicht macht' den Hehler."

An uns Antisemiten wird es sein, den Juden und Judenknechten die Heuchlermaske vom Gesichte zu reißen, wenn sie mit der wohlfeilen Redensart hausieren gehn, „die Fehler der Juden seien auf ihre Leiden und Verfolgungen im Mittelalter zurückzuführen." Grade das Gegenteil ist richtig: „Die Leiden und Verfolgungen der Juden im Mittelalter sind vielmehr auf ihre Fehler, auf ihren Wucher, auf ihre Hehlerei zurückzuführen." Sogar der judenfreundliche Engländer G. S. Street hat das neulich in der National Review (November 1901) den Juden seines Landes vorgehalten, indem er auf die landläufige Behauptung, die Fehler der Juden fänden in den Judenverfolgungen ihren Grund, erwidert: „Das mag eine gute Erklärung sein; doch ist es eine ärmliche Entschuldigung. Man muß die Menschen nehmen, wie sie sind; und die Laster eines jeden ließen sich aus irgendwelchen Lebensschicksalen rechtfertigen, wenn wir diese nur immer wüßten."

Auch die genannte Schrift von Herbert Meyer wird zur Beseitigung dieser rückständigen Geschichtsauffassung an ihrem Teile beitragen.

Das freie Spiel der Kräfte ist in Gefahr. Die große, unbestechliche Presse schreibts, also muß es wahr sein. Man höre den „Konfektionär", so da erscheint zu Berlin und die Interessen vertritt, die die Namen Singer, Cohn, Mannheimer, Berliner usw. andeuten. Das Blatt klagt:

„Die Verurteilungen wegen unlautern Wettbewerbs mehren sich jetzt in auffälliger Weise. Die Motive sind immer dieselben.

Die Prozesse werden nicht von einzelnen, etwa geschädigten Personen eingeleitet, sondern von den Schutzvereinen, denen die Konkurrenten der betreffenden Geschäfte angehören. Dieselbe Erscheinung tritt in fast sämtlichen Prozessen wegen unlautern Wettbewerbs hervor."

Die Veranlassung zu diesem Stoßseufzer gab ein Vorkommnis in Weimar. Dort hatte die Filiale des Warenhauses Hermann Tietz (Berlin) satinierte Kretonneschürzen zum Verkauf angepriesen unter der Bezeichnung „Satin Augusta"-Schürzen. Nun ist unter diesem Namen eine Webart gesetzlich geschützt, die Tietzsche entsprach ihr aber keineswegs. Ferner empfahl Tietz „echte" Kameelhaardecken für 7,20 Mark. In Wirklichkeit waren es nicht echte, d. h. aus reinem unverfälschten Kameelhaar hergestellte Decken, sondern solche aus Kameelhaar und Wolle. Die geforderten Preise entsprachen wohl dem Werte der Waren, doch sind für den Preis von 7,20 Mark „echte" Kameelhaardecken nicht zu haben, ebenso wenig wie echte Satin Augusta-Schürzen für Erwachsene mit 75 Pf. das Stück zu kaufen sind. Auf Veranlassung des Gewerbevereins zu Weimar wurde auf Grund des Gesetzes gegen den unlautern Wettbewerb ein Strafverfahren eingeleitet gegen den Tietzschen Geschäftsführer Freund. Das Gericht sah in den falschen Anpreisungen mit Recht eine beabsichtigte Täuschung des Publikums zum Nachteile der Konkurrenten, und da Freund schon in einem größern Orte Sachsens wegen ähnlicher Uebertretungen bestraft worden ist, wurde auf eine Geldbuße von 300 Mark erkannt.

Der „Konfektionär" und mit ihm die ganze stammverwandte Presse kann sich also nicht darein finden, daß der Staat im Interesse der Allgemeinheit alles das nicht duldet, was dem Schwindel ähnlich sieht. Am unerhörtesten aber kommt den Herren Warenhäuslern die Thatsache vor, daß Kleinkaufleute und Kleingewerbetreibende sich vereinigen, um gemeinsam allem schwindelhaften Gebahren entgegenzutreten. Ohne Wirkung scheint dieser Kampf nicht zu sein, ganz abgesehn von den Erfolgen solcher Klagen. In den Angaben über die Wirksamkeit der Berliner Krankenkassen finden wir folgende Zahlen über das Warenhaus Tietz. Die von der Firma unterhaltne Betriebskrankenkasse umfaßte im Jahre 1901 717 männliche, 1500 weibliche, somit insgesamt 2217 Personen. Am Schlusse des Berichtsjahres hat sich die Zahl der männlichen Mitglieder um 309 vermindert, betrug somit nur 408; die Zahl der weiblichen ist um 908 Personen zurückgegangen und betrug demnach nur noch 692, so daß das Warenhaus Tietz am Schlusse des Jahres 1100 Personen, das sind 1217 Personen weniger, gegen 2217 zu Beginn des Geschäftsjahres beschäftigte. Daher das Gewimmer des „Konfektionär"!

Es ist wirklich an der Zeit, die Aera Lasker-Bamberger in zweiter Auflage als Aera Ballin-Witting-Goldberger erscheinen zu lassen, damit die Wertheim, Tietz und Konsorten genügende Ellenbogen-Freiheit bekommen. Wenn dann die Gesetze gegen den unlautern Wettbewerb, gegen die Wucherfreiheit, gegen den Börsenschwindel usw. gefallen und die Grenzen für das liebe Borstenvieh wieder geöffnet sind, dann herrscht eitel Friede und Freude . . . bei Israel!

Von der Unabhängigkeit der Judenblätter. Herr Jonas Schiller ist Ortsberichterstatter der „Saazer-Zeitung" und sein Rassegenosse Dr. Margolius ist der Leiter vons ganze. Schiller hatte zwei Artikel geschrieben, wovon der eine ein Brauerei-Unternehmen betraf. Nun besteht zwischen der „Saazer-Ztg." und dem Bürgerlichen Brauhause zu Saaz ein „schriftliches Abkommen", wonach alle derartige Artikel dem Brauhause zur „Begutachtung" erst vorgelegt werden müssen; das geschah, die Schillerschen Auslassungen fanden indes keine Gnade vor den Augen des Brauerei-Verwaltungsrats, und so wanderte er in den Papierkorb. Und der andre Artikel betraf eine Person, die dem Herrn „Chefredaktör" nicht genehm war, also verschlang ihn ebenfalls der Papierkorb. Darob erboste Jonas Schiller sehr; er rückte seinem Stammesgenossen auf die Bude, nannte die Sache „e Büberei", meinte, wenn Dr. Margolius „sich eppes wegnehmen wollte", so solle er sich „e Stück" von seiner Nase nehmen! Hei, war das dem Herrn Doktor unangenehm; flugs lief er zum Kadi und verlangte die Bestrafung des bösen Jonas. In der Verhandlung wollte dieser eine „Ehrenerklärung" abgeben, die dem Dr. Margolius aber nicht genügte. Nun wünschte der Beklagte die protokollarische Feststellung, daß der Kläger eine ausnahmsweise lange Nase sein eigen nenne. Als das sehr zum Aerger des Langnasen geschehen war, brummte der Richter dem Jonas fünfzehn Kronen Geldstrafe auf.

Interessanter wie dieser Nasenstreit ist die Thatsache, daß ein Unternehmen eine Zeitung so in den Händen hat, daß es einfach über Aufnahme oder Nichtaufnahme einzelner Artikel entscheidet. Und diese selbe Judenpresse, die sich so um des Geldes willen prostituiert, nennt sich mit Vorliebe die „Vertreterin der öffentlichen Meinung"!

Die Reellität der Warenhäusler. Der „Verband der Buchhändler Pommerns" macht die Kollegen darauf aufmerksam, daß das Warenhaus Naumann Rosenbaum zu Stettin die Ein-Mark-Bände der Ecksteinschen Romanbibliothek — auch die neuesten, im vorigen Jahre erschienenen Bände — statt mit dem Ladenpreis von 1 Mark, mit 65 Pf. im Schaufenster ausbietet. Die vor Jahren erschienenen Bände werden mit 28 Pf. statt mit 1 Mark ausgeboten.

Die Verlagsfirma Rich. Eckstein Nachf. (H. Krüger) zu Berlin erklärt dagegen, dem Warenhaus Rosenbaum niemals etwas geliefert zu haben. Den unreellen Vermittler Rosenbaums hat man noch nicht ermitteln können.

Das Warenhaus Tietz zu Koblenz verkauft die Bände der Berliner Range statt mit 1 Mark mit 75 Pf. Gumperts Töchteralbum, 35. Band, kartonniert mit 3,75 Mark statt 7,50 Mark und Herzblättchens Zeitvertreib, 35. Band, kartonniert mit 45 Pf. statt 6 Mark.

Tietz in Berlin zeigt die Berliner Range sogar für 68 Pf. an.

Wie die Warenhäuser sich die Bücher, die sie direkt niemals bekommen, zu verschaffen wissen, mag folgende Auslassung eines Verlegers im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" zeigen: „Bestellungen, die von Wien aus als für den Vertrieb an Papierhändler in Oesterreich-Ungarn bezeichnet waren, konnte ich als für ein Berliner Warenhaus bestimmt erkennen und die Lieferung verhindern; — der Name einer amerikanischen Weltfirma wurde mißbraucht und die Sendung ‚seemäßig verpackt' an den betreffenden Speditör beordert; — in Warenhäusern vorgefundne Bände stammten aus hochangesehenen Geschäften, von denen sie, nur um Lager zu haben, in kleinen Partien durch zweite und dritte Hand bezogen worden waren; — ein Görlitzer Warenhaus hatte die Bände teils durch den Bahnhofsbuchhändler, teils durch eine Dresdner Verlagshandlung erhalten, welch letztere sich wiederum erst der Hilfe einer andern Handlung bediente. — Ueber unrechtmäßig verwendete Buchhändlerbestellzettel ist ja schon berichtet worden.

Dies wird wohl beweisen, daß es nicht allzu leicht ist, stets mit der wünschenswerten Schnelligkeit die Zwischenmänner zu ermitteln und auszuschalten. Von mir aus werden nicht nur alle Partiebezüge in verschiedner Weise gezeichnet, sondern es erfolgte auch in Fällen, bei denen nur der geringste Verdacht einer unrechtmäßigen Verwendung bestehn könnte, die Lieferung nur gegen Revers, mittels dessen die direkte oder indirekte Weiterlieferung an Warenhäuser oder deren Agenten unter hohe Geldstrafe gestellt wird. Ich kann demnach wohl behaupten, daß meinerseits nichts unversucht geblieben ist und bleiben wird, was zur Verhindrung des Warenhausbuchhandels dienen kann."

Und doch wissen die Tietz und Konsorten mit orientalischer Schlauheit und Zähigkeit stets wieder Hinterthüren zu finden, durch die sie ihren Zweck erreichen. Wie mag es nun erst auf andern Gebieten aussehn!



Jüdischer Viehwucher. Aus Hohenzollern wird uns geschrieben: Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 732 über den Viehwucher der Juden in den Rheinlanden möchte nachstehendes empfohlen werden:

Auch hier im Süden unsers Vaterlandes macht der Jude sein Geschäft grade so wie es der Brief im „Rheinischen Bauer“ schildert, nur daß es hier „Einstellvieh“ statt Haltekühe heißt.

Wir haben aber bereits seit mehren Jahrzehnten ein Institut für Hohenzollern, das unter staatlicher Aufsicht steht und sich Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande nennt. Diese Kasse ist äußerst zuvorkommend, hat für entlegne Ortschaften Einnahmestellen, gibt Gelder gegen Schuldscheine mit jahrelanger Abzahlung und niedrigstem Zinsfuß ohne Spesen oder sonstige Berechnung und hat schon manchen aus der Klemme befreit. Deshalb ist die Kasse auch gewissen Juden ein Dorn im Auge.

Trotzdem nisteten sich in einzelnen Ortschaften solche Viehhändler ein. Da aber griff die Behörde ein, z. B. in dem großen Marktflecken Großelfingen (Oberamt Hechingen). In diesem Orte wurde durch den Polizeidiener ortsüblich mittelst Schellenruf bekannt gemacht: „Wear Judenvieh hot, solls uf em Roth'haus a'zeige.“ 36 Männlein und Weiblein meldeten sich, andre schwiegen.

Die Folge war eine Untersuchung bis zur Staatsanwaltschaft und das Ende des Einstellviehs nahte.

Die Herren: Levi Weil, Hilb, Ullmann und Cohnsorten sind nun im Orte so selten geworden, wie der vierblättrige Klee. Nur solches Radikalmittel wirkt ähnlich wie Zacherlin bei Wanzen und anderm Ungeziefer.

Ein neuer Trick der Abzahlungs-Juden. „Kostenlose Lebensversicherung“ nennt sich eine Anpreisung, die seit mehren Wochen an den öffentlichen Anschlagsäulen Berlins zu lesen ist. Es handelt sich um die Reklame des Abzahlungsgeschäfts M. Glogau, und damit ist eigentlich alles gesagt. Verstirbt nämlich der Familienvorstand der Kundschaft mindestens ein halbes Jahr nach Abschluß des Kaufvertrages, so sollen die entnommnen Möbel oder sonstigen Waren in den Besitz der Hinterbliebnen übergehn und alle weitern Ratenzahlungen erlassen sein. „Jeder Käufer erhält bei mir einen Garantieschein, auf Grund dessen ich auf jede fernere Abzahlung verzichte, wenn das Familienhaupt nach Ablauf von sechs Monaten, vom Tage des Kaufes gerechnet, stirbt. Ich hoffe, das geschätzte Publikum wird dieser für mich mit großen Opfern verbundnen Einrichtung das richtige Verständnis entgegenbringen.“ Das klingt sehr verlockend, aber in Wirklichkeit bringt der Geschäfts-Inhaber kein „Geldopfer“, denn da derartige Leute niemals etwas verschenken, sind die Anzahlungen und die Abzahlungsraten so bemessen, daß noch vor jenem halben Jahre bei pünktlicher Zahlung der wirkliche Wert der Ware bezahlt, vielleicht daran sogar noch verdient wurde. Ist im Einzelfalle wirklich ein Verlust zu verzeichnen, so gleicht es in der Gesamtheit die angelockte neue Kundschaft zehnfach wieder aus. Auch dieser neueste Trick im Abzahlungswesen ist also nichts weiter als ein Lockmittel für gewisse Leute.

Das sagt ganz offen ein andrer Abzahlungsjude, J. Damitt. Er verteilt einen „Offnen Brief an alle Arbeiter und kleinen Beamten“ auf den Straßen Berlins, der mit den „neuesten Volkslieder-Versen“ — und was für welche! — versehn ist und der in echtem Judendeutsch also beginnt: „Lassen Sie sich nicht irre führen durch marktschreierische Annonzen in den Zeitungen und gehn Sie, wenn Sie auf ‚Kredit‘ kaufen wollen, in Kreditgeschäfte welche nichts zugeben und nicht diese großen Geschäftsspesen haben, denn alle Zugaben und Unkosten müssen ja doch nur Sie die Kunden, bezahlen, da es selbstverständlich ist, daß solche Ausgaben auf den Waren geschlagen werden müssen.“

Trotzdem sterben die Leute natürlich nicht aus, auf die diese Juden rechnen!

Der Mord in Konitz wird durch den am 30 d. M. vor dem Landgericht I zu Berlin gegen Redaktion und Verlag der „Staatsbürger Zeitung“ beginnenden Strafprozeß wahrscheinlich in umfassender Weise aufgerollt werden. Es ist ein ziemlich umfangreicher Zeugenapparat aufgeboten worden, und schon der Gang der Voruntersuchung läßt erkennen, daß Ueberraschungen nicht ausgeschlossen sind. Jedenfalls werden durch die Aussagen der Zeugen gewisse Vorgänge in Konitz scharf beleuchtet werden. Zum Verständnis des Ganzen ist es unbedingt nötig, sich alles das ins Gedächtnis zurückzurufen, was vor zwei Jahren die Gemüter in Konitz erregte, und dazu ist nichts besser geeignet, wie die Broschüre „Der Blutmord in Konitz“, die bereits in zwölfter Auflage erschien und für 60 Pf. durch alle Buchhandlungen oder unmittelbar durch die „Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt, Berlin NW 52“, zu beziehn ist. Das Büchlein bringt auf 60 Seiten eine genaue Schilderung aller bewiesenen und wissenswerten Einzelheiten des Mordes und der damit zusammenhängenden Begebenheiten. Gut getroffne Bilder der in Betracht kommenden Personen und Oertlichkeiten tragen wesentlich zur Erläuterung des geschriebnen Werkes bei. Wertvoll wird die ganze Darstellung dadurch, daß die „Vereinigung zur Aufklärung des Konitzer Mordes“, der hervorragende Bürger — Geistliche, Stadträte, Juristen, Abgeordnete usw. — von Konitz und Umgegend angehören, in einer Zuschrift an das Preußische Abgeordnetenhaus für den gesamten Inhalt des Buches eintritt.

Mosaik.

Jüdische Turner. Es wird den Judenblättern immer schwerer gemacht, die Behauptung aufrechtzuerhalten, daß die Juden nicht einfach überall — wie die bösen Judengegner erklären — nur Juden sind, sondern Deutsche, Franzosen, Russen, Amerikaner usw., je nach dem Lande, in dem sie sich zufällig aufhalten. Die Zionisten beginnen die Thatsache der nationalen Zusammengehörigkeit aller Juden in immer weitere Kreise ihrer Rassegenossen zu tragen. Ihrem Zwecke dienen auch die verschiednen jüdischen Turnvereine. Auf dieser national-jüdischen Grundlage stehn bereits folgende Turnvereine: Jüdischer Turnverein „Bar Kochba“ in Berlin; „Bielitz-Bialer Jüdischer Turnverein“; Turn-, Fecht- und Leseverein „Aurora“ in Bukarest; Turnverein „Jung-Juda“ in Frankfurt (Oder); „Jüdischer Turnverein“ in Freiburg (Breisgau); „Turnklub junger jüdischer Kaufleute“ in Halberstadt; „Jüdische Turnerschaft von 1902“ zu Hamburg; „Der jüdische Turnverein zu Köln“; „Israelitischer Turnverein“ in Konstantinopel; „Jüdischer Turnverein für Mährisch-Ostrau und Umgebung“; „Jüdischer Turnverein“ in Mannheim; „Jüdischer Turnklub“ in Olmütz; „Jüdischer Turnverein in Privoz und Umgebung“; „Jüdischer Turnklub“ in Troppau; „Jüdischer Turnverein“ in Ungarisch-Hradisch; „1. Wiener jüdischer Turnverein“ in Wien; „Turnverein Zion“ in Wien. — Die „Jüdische Turnzeitung“ (Berlin) erklärt: „Die jüdischen Turnvereine bezwecken die Pflege des Turnens und der national-jüdischen Gesinnung unter ihren Mitgliedern. Unter national-jüdischer Gesinnung verstehn wir das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Juden auf Grund gemeinsamer Abstammung und Geschichte, sowie den Willen, die jüdische Stammesgemeinschaft auf dieser Grundlage zu erhalten.

Die Pflege dieser Anschauung kann uns Antisemiten nur recht sein.

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Durchgebrannt ist unter Zurücklassung von Weib und Kind der Kassierer des sozialdemokratischen Landesvereins für das Herzogtum Koburg, Sattler Schäfer, der auch zugleich die Kasse des Gewerkschaftskartells zu Koburg verwaltete. Er schrieb an den Vereinsvorsitzenden aus seiner Heimat, der Schweiz, daß er „zurückkehren“ würde, sobald er sich bei seinen Verwandten die bereits verausgabten Kassengelder „zusammengeborgt“ hätte. Die „Genossen“ trauen dem Frieden nicht und haben deshalb die Staatsanwaltschaft zur Hilfe gerufen. —

Gegen den Beschluß des Zentralverbandes deutscher Töpfer, der die lokalorganisierten Berliner Töpfer als Streikbrecher bezeichnet und deren Ausschluß aus der Partei verlangt, schreibt das Organ der Lokalorganisierten, die vom Regierungsbaumeister a. D. Keßler geleitete „Einigkeit": „Der sogenannte Töpferverband, der schon bei seiner Gründung sich von allem, was Ehrlichkeit, Verstand und Vernunft bedeutet, frei machte, hat das Unglück gehabt, in seiner Leitung immer Personen zu haben, die man nicht als geistig normal bezeichnen kann. Ihnen ist es gelungen, ihre Gefolgschaft so zu hypnotisieren, daß sie für den größten Blödsinn reif geworden ist" usw.

Daß Juden von Juden des Antisemitismus beschuldigt werden, dies ergötzliche Schauspiel erlebt man gegenwärtig wieder in Wien. Der dortige Verein jüdischer Handelsangestellter „Achwa" veröffentlicht einen geharnischten Aufruf gegen die jüdischen Hutfabrikanten, in dem es unter anderm heißt: „An die jüdischen Hutfabrikanten und Huterzeuger Wiens. Wir apellieren zu wiederholtenmalen speziell an die jüdischen Hutfabrikanten Wiens, von ihren Prinzipien zu lassen und keinen Unterschied bei der Aufnahme des Arbeitspersonals zwischen jüdischen und christlichen Arbeitern zu machen. Wir verlangen nicht, unsre Stammesgenossen den andern vorzuziehn, aber ihnen die Thür der Arbeitsstube lediglich darum zu verschließen, weil sie Juden sind, ist eines jüdischen Arbeitgebers unwürdig. Solche Fälle aber haben sich in der letzten Zeit gehäuft. Das Verlangen nach einer Aenderung dieses antisemitischen Prinzips ist umso eher berechtigt, als das Absatzgebiet der jüdischen Fabrikanten meist nur jüdische Kaufleute sind, und wir hoffen, daß diese unglaublichen Zustände bald verschwinden werden." — Diese Hoffnung wird sich wohl als trügerisch erweisen. Denn der jüdische Arbeitgeber, der die Arbeitskraft seiner Angestellten möglichst auszunutzen sucht, kommt bei nichtjüdischen Arbeitern eher auf seine Rechnung.

Auch ein Zeichen der Zeit! Die Nummer 431 des „Berliner Lokal-Anzeigers" vom 14 d. M. enthielt unter „Offne Stellen für männliches kaufmännisches Personal" 159 Anzeigen. Hiervon waren nicht weniger wie 85, also über die Hälfte, Lehrlings-Gesuche. In 44 Anzeigen wurden Provisions-Reisende, Vertreter und Agenten gesucht und in weitern 7 Anzeigen Versicherungs-Inspektoren und ähnliche Leute verlangt; außerdem boten in vier Anzeigen Stellenvermittler ihre Dienste an. Unter dem nach Abzug aller dieser verbleibenden 19 offnen „kaufmännischen" Stellen waren noch sechs für Schreiber, je eine für technisch gebildeten Kalkulator, Inspektor der Installations-Branche, Ansichtskarten-Verkäufer und Buffetier. — Eine Erläuterung hierzu ist wohl überflüssig.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Ein „Israelitisch-Aristokratisches (!) Heirats-Institut" giebt es in London, Direktor ist A. H. Hymann. Das „Isr. Familienblatt" warnt aber seine Leser vor diesem Institut, während der „Israelit" im Anzeigenteil anstandslos eine Empfehlung gebracht hat. —

Oberst Schiel, der ehemalige Kommandant des deutschen Freikorps in Transvaal, sprach am 20. v. M. zu Elberfeld in einer vom „Verein Deutscher Kaufleute" einberufnen Versammlung. Die „Deutschen" Kaufleute, die den Herrn Vortragenden am Vorstandstische umgaben, waren seltsamerweise lauter Staatsbürger der andern Konfession. —

„Haussegen", hundert Stück für 3 bis 18 Mark, bietet im „Zentralblatt für Papierverarbeitungs-Industrie" an der Berliner Kunstverlag David Loeser. —

Der „Zentralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin", den die Stadt jährlich mit 8000 Mark unterstützt, läßt seine Drucksachen bei W. u S. Loewenthal anfertigen. —

Der Senat der Universität Heidelberg hat die jüdische Studentenverbindung „Badenia" dauernd aufgehoben, weil ihr Bestand den akademischen Frieden störte.

Das Anreißen der Kunden. Im kaufmännischen Konkurrenzkampf tritt hier und dort eine schlimme Unsitte zu Tage: das sogenannte „Anreißen von Kunden". In Frankfurt (Main) kann man dieses Gebahren häufig in der Fahrgasse beobachten. Harmlose Passanten werden dort von den Besitzern oder Angestellten kleiner jüdischer Herrenkleider-Geschäfte oft belästigt und zur Verbesserung ihrer Garderobenverhältnisse dringend eingeladen. Das spielt sich alles auf der Straße oder dem Bürgersteige ab. Der Verein der Detaillisten hatte jüngst wegen des Anreißens eine Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet. Dieses hat nunmehr darauf erwidert, daß die geäußerten Wünsche bei der in Arbeit befindlichen Neuregelung der Frankfurter Straßen-Polizeiverordnung nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen.

Zur Verdeutschung der fremdländischen Ausdrücke der Studentensprache hat die Schriftleitung der Zeitschrift „Deutscher Burschenschafter" ein Preis-Ausschreiben erlassen. Verlangt wird eine thunlichst erschöpfende Zusammenstellung der Fremdwörter der Studentensprache mit ihrer Verdeutschung. Die drei Preise bestehn in je einem Prachtwerke, dessen Wahl im Rahmen eines festgesetzten Preises dem Gewinner überlassen bleibt. Am Schlusse des Aufrufs heißt es: „Da es nicht genügt, daß in Reden festgestellt wird, daß die deutsche Burschenschaft für deutsches Volkstum eintreten müsse, sondern da aus diesen Reden die Pflicht zur That folgt, hoffen wir einen segensreichen Erfolg des Ausschreibens, ist doch die Sprache mit die wichtigste Strahlung eines jeden Volkstums, von der ein deutscher Dichter sagt: Die Sprache des Volkes Seele ist."

Die Bayern werden immer höflicher, auch dem Auslande gegenüber. Der „Pester Lloyd" berichtet nämlich: „Prinz Ludwig von Bayern, dessen berühmte Sarvarer Milchwirtschaft mit dem vom Ehrenpräsidenten der Preßburger landwirtschaftlichen Landesausstellung Ackerbauminister Ignaz Daranyi gestifteten Preise, einem schönen Silberpokal, prämiiert wurde, hat an den ungarischen Ackerbauminister aus Berlin folgendes Telegramm gerichtet: ‚Sehr erfreut über die gewonnenen Preise rufe ich: ‚Eljenek a magyar mezögazdaság és a feje! Mindig elöre! (Es lebe die ungarische Landwirtschaft und ihr Chef! Immer vorwärts!) Prinz Ludwig von Bayern.' Prinz Ludwig von Bayern ist der Protektor des bayerischen landwirtschaftlichen Vereins und beschäftigt sich eingehend mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten. Der Prinz von Bayern kennt den ungarischen Ackerbauminister auch persönlich und konversiert mit ihm immer in madjarischer Sprache."

Prinz Ludwig ist der voraussichtliche Thronfolger in Bayern, er ist als öffentlicher Redner bekannt und soll sehr beliebt innerhalb der blauweißen Grenzpfähle sein. Da es ja nach dem Abgange Bismarcks Mode geworden ist, das Ausland nicht deutsch anzudrahten, kann es höchstens Wunder nehmen, daß der bayerische Prinz nicht davon unterrichtet war, daß man in Ungarn die Deutschen als vogelfrei betrachtet, und sie im Liede als „Hunde" bezeichnet. Aber Höflichkeit ist die Tugend der Fürsten und deshalb hoffen wir, die Bajuwaren werden sich das madjarische Telegramm ihres zukünftigen Königs dermaßen zu Herzen nehmen, daß sie nunmehr auch uns Norddeutsche höflich behandeln — die Brücke über den Main ist sicher rascher zu erreichen wie die über die Donau nach Ofenpest hin!



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 18. September 1902. Nr. 735.

Der Bezug auf unser Blatt für das laufende Vierteljahr endet mit nächster Nummer.

Den Lesern unsrer Wochenschrift empfehlen wir deshalb schon jetzt, die Bestellung rechtzeitig zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der Zustellung erfolgt.

Die Freunde unsrer Zeitschrift aber bitten wir, thatkräftigst darum bemüht zu bleiben, dass sich unser Leserkreis stetig erweitert.

Berlin NW 52.

Die Geschäftsstelle.

Buren-Ehrung.

Während diese Zeilen gedruckt werden, wird es sich entscheiden, wann die Burenhelden Botha, Dewet und Delarey der Reichshauptstadt ihren Besuch schenken werden. Für den wahrscheinlichen Fall, daß dieses schon am 21. d. M. geschieht, hat der den Empfang vorbereitende Ausschuß folgenden Plan ins Auge gefaßt. — Es erscheint in der Tagespresse der nachstehende, von ungefähr 50 Männern, die dem Buren-Hilfskomitee, dem Alldeutschen Verbande usw. angehören, unterschriebne

Aufruf.

Am 21. d. M. abends 8 Uhr werden in dem großen Saale der Philharmonie die Burengenerale Botha, Delarey und Dewet in einer großen öffentlichen Versammlung zu uns sprechen.

Herbeigeeilt aus dem Lande der Königin Wilhelmine, das ihnen zuerst seine Gastfreundschaft bot, werden sie nicht als Ankläger der Vergangenheit zu uns sprechen, sondern sie werden dem Deutschen Volke danksagen für die Hilfe, die es den Leidenden bot, und sie werden sich an unsre Herzen wenden um neue Hilfe.

Denn noch blutet ihr Land aus tausend Wunden, noch sind ihre Felder verwüstet, in Trümmern liegen ihre Farmen, und niedergedrückt von schweren Sorgen blickt ihr Volk in die Zukunft.

Sie aber, die zu uns sprechen werden, sie haben in der dunkelsten Stunde, als Joubert starb und Krüger in die Verbannung zog, als der Feind eindrang in das Herz ihres Landes, jenen gewaltigen Widerstand organisiert, dessen bewundernde Zeugen wir waren. Botha der Schlachtenerfinner, Delarey der Schlachtengewinner, und der südafrikanische Blücher, Dewet.

In ihnen ist die Kraft und die Zähigkeit, die Ausdauer und die Tapferkeit ihres niederdeutschen Volkstums verkörpert, und blieb ihnen auch nach heldenmütigem Kampfe der letzte Erfolg versagt, mußten sie auch, um die Zukunft ihres Volkstums zu retten, einen unwillkommnen Frieden schließen, so sind ihre Namen dennoch für immer verzeichnet auf den glänzendsten Blättern der Geschichte.

Heute ruht das Schwert in der Scheide, die Arbeit wurde die Erbin des Kampfes, aus den Ruinen soll neues Leben erblühen. Nicht um zur Rache aufzurufen kommen Botha, Dewet und Delarey, sondern um Hilfe zu suchen. Noch einmal werden sie zu uns sprechen. Unsichtbar aber wird hinter ihnen, unerschütterlich und ewig gerecht die Geschichte stehn, und liebend wird sie zu ihren Söhnen sich beugen und ihnen den Lorbeerkranz auf die Stirne drücken.

Und so rufen wir unsre Mitbürger und die deutschen Frauen auf zur Theilnahme an unsrer Versammlung, deren Ertrag allein dem Liebeswerke für das Burenvolk dienen soll.

Die Ankunft der Generale soll Sonntag, den 21. September, mittags 11,30 auf dem Bahnhof Zoologischer-Garten (Schnellzug von Hannover) erfolgen, wo ein aus einem Dutzend Herren bestehender Ausschuß die Gäste empfängt. Nach einer kurzen Begrüßung und einem Willkommens-Heilrufe auf dem Bahnsteige begiebt man sich nach den bereitstehenden Wagen. Im ersten fährt Botha, im zweiten Dewet und im dritten Delarey mit Ehrengeleit und Dollmetschern. Dann folgen die übrigen Herren des Ausschusses.

Der Wagenzug nimmt etwa folgenden Weg: Vorbei an der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, Tauenzienstraße, Nollendorf-Platz, Maaßenstraße, Lützow-Platz, Hofjäger-Allee, Charlottenburger-Chaussee, Brandenburger Thor, Wilhelmstraße zum Gasthaus Prinz Albrecht in der gleichnamigen Straße.

Im Gasthause findet der große Empfang durch den Ausschuß statt mit Ansprache und Vorstellung. Dann ziehn sich die Gäste zurück und für den Nachmittag wird ihnen die Möglichkeit geboten werden, sich Berlin anzusehn.

Abends 8 Uhr hat der Vorstand des Burenhilfsbundes die Generale zu seiner Schlußsitzung ins Künstlerhaus (Bellevuestraße) gebeten. Dort wird ihnen der etwa 200 000 Mark betragende Rest der Burensammlung überwiesen. Dann findet ein Festmahl statt.

Der Montag Vormittag ist der Besichtigung von Berlin, Empfängen und dergleichen vorbehalten. — Montag Mittag beabsichtigt der Alldeutsche Verband die Generale zum Essen einzuladen. Am Montag Abend werden die Burengenerale in den Räumen der „Philharmonie" (Bernburgerstraße) sprechen. Die Versammlung beginnt um 8 Uhr. Eintrittskarten werden zu den bei Künstlerkonzerten ersten Ranges üblichen Preisen (zwischen 1,50 bis 8 Mark) ausgegeben und sind im Vorverkauf an Stellen zu erhalten, die an den Anschlagssäulen bekanntgemacht werden. — Der Ueberschuß kommt den Buren zu gute. Darum werden gar keine Freikarten ausgegeben. Auch der Fest-Ausschuß und die Vertreter der Presse zahlen. Den letztern werden aber geeignete Plätze freigehalten.

Im Verlaufe der Versammlung werden Lieder vom Erkschen Männer-Gesangverein mit Orgelbegleitung vorgetragen, mit den Reden abwechseln. Um der Feier durchaus ihren ernsten, stimmungsvollen Charakter zu wahren, werden die Worte England, englisch usw. von den deutschen Rednern überhaupt nicht erwähnt werden. — Den Schluß bildet ein gemeinsames Lied. Sollte sich der Aufenthalt der Generale in Berlin über Montag hinaus verlängern, so behält sich der Ausschuß noch weitere Veranstaltungen vor. Kommen die Generale nicht nächsten Sonntag, so wird der Plan wahrscheinlich bis zur Mitte des Oktober verschoben. Der Verlauf des Empfangs dürfte aber wohl ein ähnlicher sein.

Möge jeder in Berlin wohnhafte Leser unsers Blattes auch für seine Person dazu beitragen, daß die Sympathiekundgebung einen wahrhaft großartigen Charakter erhält.

Der Parteitag der Reformpartei.

Die Berichterstattung über den Parteitag ist in der Presse nur sehr dürftig, selbst in den Parteiblättern „Deutsche Wacht" und „Staatsb.-Ztg.". Da wir ebensowenig wie im Vorjahre eine Einladung zu den Verhandlungen erhielten und ohne eine solche der Zutritt verboten war, so müssen wir uns auf den

kurzen Bericht beschränken, den wir von andrer Seite aus Eisenach erhielten. Eine Besprechung des Parteitages behalten wir uns vor.

Die Verhandlungen begannen am 14. d. M. vormittags 11¼ durch eine Begrüßungs-Ansprache des Partei-Vorsitzenden Zimmermann (Dresden), die mit einem Heil auf Kaiser und Großherzog endete. Anwesend sind die Abgg. Bindewald, Gäbel, Köhler und Werner und ungefähr 50 Stimmführer. Abg. Lotze fehlt wegen Krankheit in der Familie und Abg. Gräfe ist selbst krank. — Den ersten Gegenstand der Tagesordnung „Bericht über die Thätigkeit der Parteileitung" behandelt Herr O. Zimmermann. Die Provinzialverbände haben nach Ansicht des Redners nicht immer die wünschenswerte Thätigkeit entfaltet, so daß größere Bezirke zu einem Verbande zusammengeschlossen wurden. Für den Wahlkreis Wetzlar-Altenkirchen sei mit den Christlich-sozialen verabredet, dort einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Mit allen nationalen Parteien solle Friede gehalten werden, insbesondre mit der Deutschsozialen Partei. Irgendwelche Abmachungen seien außer über Dresden noch nirgends getroffen. Eine Zersplitterung bei den Wahlen solle dadurch vermieden werden, daß man nur Ernst-Kandidaturen unterstütze und von Zählkandidaturen ganz absehe. Graf Pückler gehöre nicht zur Partei und die Parteileitung lehne jede Verantwortung für sein Auftreten ab. Die Reformpartei wolle keine Radaupartei sein.

Eine Aussprache wurde nicht gewünscht; die zu dem Pückler-Rummel vorliegenden Anträge wurden für den zweiten Tag zurückgestellt.

Punkt 2 der Tagesordnung „Bericht über die Thätigkeit der Reichstags-Abgeordneten" übernahm Abg. Werner anstelle des abwesenden Abg. Lotze. Der Bericht enthielt die üblichen Angaben über die rednerische Thätigkeit der Abgeordneten. In der freien Aussprache gab Abg. Gäbel ein Bild der Arbeit in der Zolltarif-Kommission. Herr Gastwirt Sommer (Berlin) wünschte eine schärfere Betonung der Judenfrage im Reichstage, was Abg. Werner indes damit zurückwies, daß er betonte, das Parlament sei keine Volksversammlung; man mache sich nur lächerlich, wenn man bei jeder Gelegenheit die Judenfrage bei den Haaren heranziehe.

Die nunmehr vorgenommne Wahl des Partei-Vorsitzenden ergab die Wiederwahl des Herrn O. Zimmermann mit 55 von 57 Stimmen. Die engere Parteileitung besteht unverändert aus dem Abg. Lotze (58 Stimmen), Werner (58 Stimmen), Bindewald (46 Stimmen) und Herrn Dr. Giese (55 Stimmen).

In der Nachmittags-Sitzung kam durch Herrn O. Zimmermann (Dresden) der „Aufmarsch der Parteien zur nächsten Reichstagswahl" zur Besprechung. Ein Zusammengehn mit dem Bunde der Landwirte, mit dem sich die Beziehungen gegen früher bedeutend gebessert hätten, hält Redner für möglich und mit der konservativen und nationalliberalen Partei von Fall zu Fall für denkbar.

Herr W. Bruhn (Berlin) meint dagegen, die Massen würden abgestoßen durch den junkerlichen Karakter der Leitung des Bundes der Landwirte, durch jenen Rittmeisterismus, der als durchaus unzuverlässig in letzter Stunde immer und immer wieder jede Abmachung breche, zu gunsten seiner ersten Liebe zu den Konservativen und dem vornehmen Großgrundbesitzertum. Dadurch werde ein Zusammengehn der Reformpartei mit dem Bunde für die erstere mehr Nachteile als Vorteile bringen. Wenn man rücksichtslos selbständig vorgehe, würden bei den nächsten Wahlen wesentliche Erfolge errungen werden. Der Bund und die Konservativen würden nicht geneigt sein, in den Kreisen für die Reformpartei einzutreten, in denen sie einen wesentlichen Einfluß hätten.

Während diese Meinung nur von einem einzigen Stimmführer aus Berlin unterstützt wird, erklären Abg. Bindewald und Herr Zimmermann (Dresden), daß aus taktischen Gründen ein Zusammengehn mit andern Parteien unter Wahrung der Gleichberechtigung geboten erscheine.

Der Bericht des Abg. Werner als Landtagsabgeordneter und die Ausführungen des Kassenwarts und der Kassenprüfer bot keine wesentlichen Momente. Einige Proteste gegen verschiedne Stimmführer-Mandate wurden einfach zurückgezogen.

Am zweiten Tage hielt Herr Viktor Blobel (Wilmersdorf) einen ausführlichen Vortrag über „den deutschen Kaufmannsstand, seine Aufgaben, seine Notlage und seine Feinde." Das Ergebnis war eine längere Entschließung, die allerdings erst nach verschiednen Aenderungen angenommen wurde. Einstimmig angenommen wurde ebenfalls eine von Herrn Redaktör Herrlein (Dresden) beantragte Entschließung, die sich mit derselben Sache befaßte.

Für den diese Woche in Frankfurt (Main) tagenden Bankiertag brachte Herr Dr. Giese (Berlin) eine Entschließung ein, die ebenfalls einstimmige Annahme fand.

Ein Antrag des Wahlvereins Berlin über Bodenreform und Entschuldung wurde von Herrn Ottomar Beta begründet. Ohne Debatte erhob man die entsprechende Entschließung zum Beschluß. Auch ein Dresdner Antrag über das Verdingungs-Wesen, der elf Leitsätze enthält, fand bedingungslose Billigung. Die in voriger Nummer bereits erwähnten Anträge des Wahlvereins Berlin und des Antisemiten-Bundes über die Konsumvereine und die Gewerbesteuer wurden zurückgezogen, weil sie durch die Entschließung Blobel erledigt erschienen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Schluß des Parteitages am 15. abends 7½ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die angebliche Fleischnot beleuchtet der Bund der Landwirte in einer ausführlichen Veröffentlichung, die wir unsern Lesern mit der vorigen Nummer zukommen ließen. Soweit der Vorrat reicht, geben wir von dem Flugblatte gegen Erstattung der Postgebühren an unsre Freunde jede Anzahl kostenfrei ab: bis zu 10 Stück kosten 5 Pf. Porto, 11 bis 30 Stück 10 Pf., 31 bis 60 Stück 20 Pf., 61 bis 120 Stück 30 Pf. und über 120 Stück 50 Pf. Porto. (Auf ein Postpacket gehn 500 Stück).

Gleichzeitig empfehlen wir unser Flugblatt Nr. 44, das in handlicher Form (auf vier Oktavseiten) die Reichstagsreden des Abg. von Liebermann zur Fleisch-Einfuhr-Frage enthält. 25 Stück kosten franko 30 Pf.; 100 Stück 80 Pf.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden.

Die für den Monat August in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist auf Sonntag, den 5. Oktober, verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bis längstens den 30. September bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Für das Herzogtum Braunschweig und die benachbarten preußischen Kreise soll am 28. September in Braunschweig eine allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung stattfinden, die hauptsächlich mit der Umgestaltung und Erweiterung des Werbegebiets des Deutschsozialen Vereins für Braunschweig sich beschäftigen wird.

Diese Verbandserweiterung geschieht, um den in vielen Wahlkreisen vereinzelt wohnenden Deutschsozialen den Anschluß an eine feste Organisation zu ermöglichen und gleichzeitig dadurch einen Boden für die fruchtbringendere Ausbreitung unsrer Ideen in diesen Gebieten zu schaffen. Der dem Parteitage vorzulegende Entwurf umfaßt als Verbandsgebiet: das Herzogtum Braunschweig, die benachbarten fünf hannoverschen Wahlkreise 10 bis 14 (Hildesheim, Northeim, Göttingen, Goslar und Celle) und den ganzen Regierungsbezirk Magdeburg. Als Name für den neuen Verband wird in Vorschlag gebracht „Verband Niedersachsen der Deutschsozialen Partei".

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Deutsch-sozialen Vereins zu Braunschweig, Friedrich-Wilhelmstr. 9.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend ½9 Uhr.

Zur Belebung der Werbe-Arbeit sind wir bereit, gegen Ersatz des Portos an jede uns aufgegebne Adresse je eine Nummer unsers Blattes nebst eingelegtem Flugblatte kostenfrei zu senden.

Die Wahl des Flugblattes steht den Herren Auftraggebern frei. Das Porto beträgt für jede Sendung 3 Pf.

Verband Nordmark. Auf Veranlassung eines Ausschusses, der sich in Kiel gegen das Rabattmarken-Unwesen gebildet hat, sprach am 10 d. M. Herr J. Henningsen (Hamburg) dort im „Kolosseum" vor ungefähr zweitausend Zuhörern über das verwerfliche Geschäftsgebahren der Rabattmarken-Gesellschaften. Trotzdem diese durch Abgesandte vertreten waren, wagte doch niemand von ihnen in der freien Aussprache das Wort zu ergreifen. Die Versammlung bedeutet einen großen Erfolg.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 19. bei Krug (Aktienbrauerei);
am 26. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein talentvoller Privatsekretär ist der 33 Jahre alte Gustav Roth aus Ungarn, der — wie wir bereits in Nr. 733 mitteilten — nach Verübung eines schweren Einbruches aus Hamburg verschwand. Roth hat unter anderm eine aus drei Bänden bestehende Sammlung von Postmarken im Werte von 150 000 Mark gestohlen. Der erste Band umfaßt Europa, der zweite Afrika und Amerika, der dritte Asien und Australien. Die meisten Marken sind in zwei Exemplaren, einem gebrauchten und einem ungebrauchten, vertreten. Es befinden sich darunter zahlreiche Seltenheiten, deren Wert zwischen 100 und 3000 Mark schwankt; z. B. eine blaue Hawaii zu 5 Cents (Katalogwert 2000 Mark), eine blaue Hawaii zu 13 Cents (1500 Mark), eine ungebrauchte Oesterreich (2000 Mark), zwei Reunion (je 1000 Mark), eine gebrauchte Rumänien (3000 Mark), zwei andre Rumänien (950 Mark und 800 Mark), eine Toscana zu 3 Lire (1300 Mark) usw. Für Wiederbeschaffung dieser Sammlung in intaktem Zustande ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt, für jeden einzelnen Band 3000 Mark. Die ganze Sammlung soll Roth im Auslande für 8000 Mark versilbert haben. Nach einer Meldung hat man sie in London beschlagnahmt, nach einer andern in Paris. Dann stahl Roth eine Sammlung seltner römischer Gold- und Silbermünzen, darunter ein Goldstück von Marcus Antonius, Vater und Sohn (3000 Franks), ein Geldstück von Julius Caesar (1000 Franks), ein Silbermedaillon von Arcadius (500 Franks) und einem goldnen Diadomian (3000 Franks), außerdem eine Sammlung wertvoller alter hamburgischer Münzen und Medaillen und eine große Anzahl verschiedner Lose. Gustav Roth ist groß, schlank, hat schwarzes Haar, hohe Stirn, schwarze Augen, gebogne Nase, breiten Mund, fehlende obere Schneidezähne, schmales Gesicht, krankhafte Gesichtsfarbe und spricht deutsch, englisch, französisch, portugiesisch und madjarisch. Bei seiner Flucht trug er dunkelgrauen Jakettanzug, dunkelgrauen Ueberzieher und schwarzen, steifen Filzhut. Auf die Ergreifung des Juden ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Aus Galizien kamen sie nach dem schönen Berlin, der achtzehnjährige Eisig Kretz und der zwei Jahre ältere H. Bucztnka. Da ihnen ihre Beschäftigung in der Hauptstadt des Deutschen Reiches aber nicht behagte, beschlossen sie, Amerika zu beglücken. Leider fehlten ihnen aber die nötigen Silberlinge, weshalb sie weiter beschlossen, ihren Prinzipal zu bestehlen bis sie Geld genug hätten. Das Ende waren sechs und drei Monate Gefängnis.

Sittliche Juden. Der Musiker Georg Rosenthal zu Breslau, der erst im vorigen Jahre eine ihm wegen eines Sittlichkeitsverbrechens an einem Kinde auferlegte einjährige Gefängnisstrafe abgebüßt hatte, wurde am 2. September eines gleichartigen Verbrechens in zwei Fällen schuldig gesprochen und zu drei Jahren Zuchthaus und sechsjährigem Ehrverlust verurteilt.

Der Handel mit Halbpässen, schreibt das „Oberschles. Tagebl." am 14 d. M., scheint sich immer mehr für einige Handelsleute zu einem einträglichen Geschäft zu gestalten. Das Geschäft ist um so lohnender, als im benachbarten Russisch-Polen sich gegenwärtig wieder unter den Israeliten eine starke Strömung geltend macht, auszuwandern, zumeist nach Amerika. Da die Erlangung der Pässe für Israeliten mit hohen Kosten verbunden ist, so wenden sie sich an solche Leute, welche ihnen Halbpässe liefern, die von deutschen Behörden ausgestellt sind und nur 10 Pfennige kosten. Die Pässe werden den Auswandrungslustigen für 9 Rubel überlassen, sodaß der Paßhändler ein gutes Geschäft daraus macht. Der Händler fährt von Sosnowice mit nach Kattowitz und läßt sich hier, nachdem der Paß seine Schuldigkeit gethan hat, diesen zurückgeben, sodaß der Händler mit dem einen Paß mehre Male verschiedne „Hechte" übee die Grenze schmuggeln kann. Der Aufmerksamkeit des Gensdarmen Hannig gelang es gestern, auf dem hiesigen Bahnhof drei Personen festzuhalten, welche auf falsche Pässe die Revision passieren wollten. Die drei Personen werden wieder nach Rußland ausgewiesen. Uebrigens sind auch von Herrn Grenzkommissar Mädler in Beuthen vor einigen Tagen zehn Auswandrer angehalten worden. Vier von ihnen waren auf falsche Pässe über die Grenze gekommen. —

Daß es sich bei dem ganzen Geschäft nur um Juden handelt, denn auch die Pässe verschaffenden „Handelsleute" sind Juden, verschweigt das judenliberale „Oberschles. Tagebl."

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Konkurs anmelden will Sam. Sipos in Klausenburg. Er schreibt nämlich seinen Gläubigern, daß er in letzter Zeit von mehren Seiten verklagt wurde und vor der Notwendigkeit stehe, seine Zahlungen einzustellen und diesem traurigen Wege nur dann ausweichen könne, wenn seine Gläubiger 65 v. H. ihrer Forderung freiwillig streichen würden. Den Rest von 35 v. H. will er innerhalb eines halben Jahres in monatlichen Teilzahlungen entrichten.

Konkurs der Kommanditgesellschaft Lichtenstein u. Co. zu Berlin. Auf die vorrechtlosen Forderungen von 18 000 Mark entfallen vielleicht 5 v. H. „Dividende".

Die Nachsicht seiner Gläubiger ruft der Pfändlerwarenhändler Leopold Stern zu Wien, Grimmgasse 29, an. Das geschieht bereits zum zweiten Male, da er schon im Mai 1898 nach einem in seinem Geschäfte ausgebrochnen Brande einen stillen „Ausgleich" durchführte. Damals handelte es sich um 36 000 Kronen, während es diesmal 37 000 finb!

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Ernannt wurden:

der Kaufmann Isidor Meyer, der Bankier Berthold Arons, der Kaufmann Oscar Berlin, der Rentier Paul Wartenberger, der Kaufmann Hermann Jacoby, der Kaufmann Robert Hirsch und der Bankier Louis Rothschild in Berlin zu Handelsrichtern bei dem Landgericht 1 in Berlin.

Berichtigung. In Nr. 733 ist an dieser Stelle irrtümlich der Kaufmann Gustav Ballauf in Witten verzeichnet worden.

Briefkasten.

Georgenberg (Oberschles.). Besten Dank.

Ein Leipziger Antisemit. Wir werden darauf zurückkommen, aber warum namenlos?

St. Kottbus. Frdl. Dank; findet im Zusammenhang Verwendung. Heil!

Leipzig 13. Gern verwandt!

Hannover. Wir bitten, uns auf dem Laufenden zu erhalten. Heilo!

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyßestr. 5.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 25. September 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 736.

Wochen-Spruch.

Lassen wir die Offenbarungen, deren die Juden sich rühmen, auch als unmittelbare göttliche Mitteilungen gelten, so können wir sie doch nur als National-Offenbarungen ohne Verbindlichkeit für andre Völker betrachten. Ihr Gott war ein National-Gott, dessen Liebe sich schließlich auf seine Juden beschränkte; alle übrigen Völker waren ihm ein Greuel, waren Gegenstände seines Zorns, seines Hasses und seiner Rachgier.

Hartwig Hundt v. Radowsky, „Die Judenschule."
1. Buch, S. 29. London 1882.

Sie fühlen sich!

Der Oberbürgermeister Witting in Posen, ein Abkömmling jener interessanten Judenfamilie, der drei leibliche Brüder (nicht etwa Stiefbrüder) entsprossen sind, von denen jeder einen andern Familiennamen führt (Witting, Wittkowski, Harden), hat trotz angeblicher Bitten des Kaisers und des Reichskanzlers sein Amt niedergelegt und zu dem ihm kürzlich verliehenen Titel „Geheimer Regierungsrat" noch die Mittel gefügt, die die sogenannte „Nationalbank für Deutschland" ihrem Direktor jährlich zu zahlen hat. In Börsenkreisen behauptet man, daß Herr Witting der Bank ein sehr teurer Direktor geworden ist. — Seine Stammesgenossen in ihrer weltbekannten Bescheidenheit sehn in dem neuen Bankdirektor den zukünftigen Finanzminister Preußens oder gar den kommenden Reichsschatz-Sekretär. Und warum sollten sie damit auch nicht Recht behalten? Jüdisch ist nun einmal heute Trumpf und wer noch daran zweifelt, braucht nur die mehr als selbstbewußte Haltung zu beobachten, die gegenwärtig der Monitör der „Alliance Israelite", das „Berliner Tageblatt", fast in jeder Nummer zum Ausdruck bringt.

Wir lesen in der Abendausgabe vom 22. September folgendes:

„In Posen wird erzählt, daß der dortige Stadtverordnetenvorsteher Justizrat **Dr. Lewinski** seine Absicht, sich um den Posten des **Oberbürgermeisters von Posen** zu bewerben, deshalb aufgegeben hat, weil bei der Posener Regierung der private Bescheid aus Berlin eingetroffen sei, daß ein Oberbürgermeister jüdischer Konfession für Posen kaum Aussicht hat, die königliche Bestätigung zu erhalten. Es dürfte sich hierbei lediglich um müßige Kombinationen handeln; grade wenn, was aus verschiednen Gründen höchst unwahrscheinlich ist, eine derartige ‚private Mitteilung' aus Berlin in Posen eingegangen sein sollte, würde Herr Dr. Lewinski die Verpflichtung gehabt haben, seine Bewerbung aufrecht zu erhalten, um festzustellen, ob in Preußen, wo die Konfession nach der Verfassung keinen Unterschied in den Rechten der Staatsbürger begründen soll, dieser Paragraph auch für die Zivilverwaltung nur auf dem Papier Geltung haben soll. Zumteil ist das ja noch immer, wenn auch nicht in dem Maße, wie in der Armee, der Fall. Wäre die Nachricht richtig, so würde der Berliner Bescheid nicht nur einen Verstoß wider die Verfassung, sondern auch nebenbei noch einen Eingriff in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung bedeuten, der insofern doppelt ungerechtfertigt wäre, als er sich nur aus einer der Verfassung widersprechenden Anschauung heraus erklären läßt. Wir glauben, wie gesagt, nicht an die Richtigkeit des Gerüchts, um den verantwortlichen Stellen Gelegenheit zu geben, die hier und da aus diesem Gerücht sich ergebende Beunruhigung durch geeignete Erklärungen aus der Welt zu schaffen."

Der letzte Satz klingt etwas konfus. Es fehlten augenscheinlich hinter dem Worte „Gerüchts" die Worte „geben es aber hier wieder" oder dergleichen.

Abgesehn von der stets wiederholten Begriffsfälschung, die darin liegt, wenn man von jüdischer „Konfession" spricht, können wir dem „Berliner Tageblatt" von seinem Standpunkte aus garnicht unrecht geben. In der „Aera Ballin" wäre die Nichtbestätigung eines Juden in einem hohen Kommunalamte eine große Inkonsequenz. Sr. Majestät der Kaiser hat ja doch, wie das „Berliner Tageblatt" und ähnliche Blätter einst berichteten, ausdrücklich zu Herrn Ballin gesagt: Er stünde noch nicht am rechten Platze, und daß er Jude wäre, mache bei ihm (dem Kaiser) garnichts aus. — Schlimmstenfalls könnte Herr Lewinski sich eine wirkliche „Konfession" zulegen. Die Taufe ist nicht schmerzhaft und hat schon zahllosen Juden als Mittel zum Zweck gedient.

Hoffentlich benutzen „die verantwortlichen Stellen" die ihm von Moses und Cohn großmütig gebotne Gelegenheit, um sich von dem schlimmen Verdachte des verfassungswidrigen Antisemitismus zu reinigen.

Und siehe da — Arthur Levysohn winkte und es geschah. Schon in der Abendausgabe des „Blt. Tgbl." vom 23. September ist zu lesen:

„Von unterrichteter Seite wird uns zu dem gestern von uns erwähnten Posener Gerücht betreffend die Ankündigung einer eventuellen Nichtbestätigung des Justizrats Dr. Lewinski als Posener Erster Bürgermeister folgende authentische Versicherung gegeben:

Das fragliche Gerücht ist eine blanke Erfindung. Es ist unwahr, daß dem Posener Stadtverordnetenvorsteher Dr. Lewinski durch Vermittlung der Posener Regierung der „private Bescheid aus Berlin" geworden wäre, seine etwaige Wahl zum ersten Bürgermeister habe wegen seiner jüdischen Konfession keine Aussicht, die königliche Bestätigung zu erlangen.

Wir haben gleich bei der Wiedergabe des Gerüchts dessen völlige Unglaubwürdigkeit betont. Die Wiedergabe erfolgte, um der verantwortlichen Stelle eine Handhabe zu bieten, derartigem Gewisper, das in weiten Volkskreisen Beunruhigung und Unzufriedenheit hervorzurufen geeignet ist, öffentlich entgegenzutreten. Daß das so prompt geschehn ist, ist im allgemeinen Interesse mit Dank zu begrüßen."

Nun ist es ja möglich, daß die ganze Geschichte auf eine Wichtigthuerei des Mossleblattes hinausläuft. Man erfand das „Gerücht" über Lewinski in der Jerusalemerstraße, um es dementieren zu lassen. Und vielleicht ist die „unterrichtete Seite", die die „blanke Erfindung" festgestellt, wieder die Redaktion selbst.

Den Philistern imponiert es gewiß gewaltig, daß auf Verlangen des Judenblattes sofort eine „verantwortliche Stelle" sich verpflichtet gefühlt hat, „derartigem Gewisper, das in

vielen Volkskreisen Beunruhigung und Unzufriedenheit hervorzurufen geeignet ist, öffentlich entgegenzutreten".

Thatsächlich würden allerdings die weitesten Kreise des Deutschen Volkes weder beunruhigt und noch weniger unzufrieden sein, wenn man regierungsseitig erklärte, daß Juden nicht in obrigkeitliche Stellen gehören. Für ausgeschlossen halten wir die Möglichkeit aber nicht, daß man regierungsseitig wirklich die ewigen Judenschmerzen zu beschwichtigen bereit gewesen ist. Scheint es doch, als ob der Reichskanzler Graf Bülow in freundschaftlichen Beziehungen zu dem Hause des evangelischen Chefredaktörs Arthur Levysohn vom „Berliner Tageblatt" steht, der in die Lage versetzt ist, mit einem Beileidstelegramme des Reichskanzlers anläßlich des Todes der Frau Levysohn zu renommieren. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten. Graf Bülow liebt es bekanntlich, in Norderney zu baden.

Deutsche Handelskammern im Auslande zur Unterstützung der Berufskonsulen in Handelssachen

würden wir für einen richtigen Fortschritt zur Verbesserung unsers sehr im Argen liegenden Konsularwesens halten. In letzter Zeit ist die Frage der Errichtung solcher Handelskammern gelegentlich der zwangsweisen Errichtung der Berliner Handelskammer viel besprochen worden. Das macht auf uns den Eindruck, als ob man aus langem Winterschlaf erwacht und sich die Augen reibt. Ja, wir haben geschlafen, unverantwortlich lange geschlafen, denn seit zwei Jahren sind sich fast alle Fraktionen — die Konservativen und das Zentrum eingeschlossen — über die Notwendigkeit der Gründung derartiger Kammern einig! Der Plan kam aber dennoch nicht zur Ausführung, denn er wurde in der Budgetkommission des Reichstages begraben. Wie es scheint, steht nunmehr seine alsbaldige Auferstehung bevor. Die gewaltigen Verluste, die der deutsche Handel infolge ungenügender Unterrichtung im Auslande hatte, bringen die Vorlage wieder in Erinnerung. Hoffentlich mit besserm Erfolge.

Deutschland ist nach England das größte Ausfuhrland auf der Erde. Wer sich für die Erhaltung seiner Ausfuhr, die augenblicklich einen Wert von viereinhalb Milliarden Mark hat, ernstlich interessiert, muß die mangelhafte Vertretung unsers Handels im Auslande beklagen, denn es fehlt dem heimischen Kaufmann dort jede staatlich anerkannte Einrichtung, die ihm Auskünfte erteilen, neue Absatzquellen nachweisen und uns außerdem in friedlichen Wettbewerb mit andern handeltreibenden Völkern bringt.

Von solchen Anschauungen ausgehend, fühlte sich Oesterreich im Jahre 1870 veranlaßt, seine erste Auslands-Handelskammer — die erste aller Nationen überhaupt — in Konstantinopel zu eröffnen. Sein ausgedehnter Handel im Orient machte deren Gründung zur zwingenden Notwendigkeit und gar bald stellte sich durch die Thätigkeit der Kammer die erhöhte Aufnahmefähigkeit für österreichische Waren im Orient heraus, sodaß man im Wiener Reichsrate mit Freuden die Gelegenheit ergriff, in der Errichtung weiterer Auslands-Handelskammern fortzufahren.

Die englischen Handelsleute verfolgten die Thätigkeit der Konstantinopeler Kammer mit großem Interesse und schon 1872 eröffneten sie eine solche in Paris, dessen Leitung in den Händen der vornehmsten englischen Kaufleute lag und noch liegt und die überhaupt vorbildlich für jede weitere englische Auslands-Handelskammer wurde. Gegenwärtig besitzt Großbrittanien hundert Handelskammern in seinen Kolonien und dreißig im übrigen Auslande.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die doch zu jener Zeit noch nicht ein so großes Absatzfeld für Waren im Auslande besaßen wie heute, eröffneten alsbald in Paris, Brüssel und London sogenannte anglo-amerikanische Handelskammern. Weitere sollen in Sydney und Shanghai folgen.

Frankreich unterhält derzeit 29 Kammern im Auslande und beabsichtigt noch weitere in Südamerika und Ostasien mit Rücksicht auf seinen sich dort mächtig entfaltenden Handel zu gründen.

Von dem übrigen Europa haben Holland sieben, Spanien drei, Italien und Belgien je zwei solcher Kammern in fremden Ländern, ebenso besitzt Rußland eine Kammer in Paris und eine besondre Gesandtschaft für seinen Handel in Marokko.

Wie stark sich der internationale Handel an den hauptsächlichsten Plätzen durch solche Niederlassungen ausprägt, mag London beweisen, wo sich je eine Handelskammer von Amerika, Belgien Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich und Spanien befindet.

Auch das Deutsche Reich ist nicht müßig gewesen. Bereits im Jahre 1886 gab die Handelskammer Mannheim hierzu die Anregung und ihr Antrag wurde von 35 Handelskammern, darunter die von München, Chemnitz, Augsburg, Bremen, Barmen, Magdeburg, Halle, Köln, Hannover und Würzburg, und ebenso von dem Zentralverband deutscher Industrieller unterstützt. Die Reichsregierung ging indes nicht auf die Wünsche der deutschen Handelswelt ein; auch ein späterer Antrag des Abg. Münch-Ferber und Genossen wurde ohne nähere Begründung und unter Hinweis auf unser bestehendes

An unsre Leser

richten wir hiermit die Bitte, rechtzeitig ihre Postbestellung zu erneuern und uns einen neuen Bezieher aus ihrem Bekanntenkreise zuzuführen.

Wir gehn einer politisch sehr bewegten Zeit entgegen. Im Reichstage werden die Kämpfe um den Zolltarif wahrscheinlich einen heftigen Charakter annehmen und vielleicht wird dadurch der Legislaturperiode ein vorzeitiges Ende bereitet. Aber auch ohne eine Auflösung des Reichstages ist die Spanne Zeit, die uns von den allgemeinen Wahlen trennt, nicht mehr lang.

Unsre Deutschsoziale Partei hat diesmal den Nachweis ihrer Existenzberechtigung zu führen. Sie soll ihren Besitzstand nicht nur behaupten, sondern ihre Werbekraft durch Erwerbung neuer Kreise beweisen. Neue thatkräftige Helfer sollen neben den alten Streitern in den Reichstag einziehn und auch bei den nahe bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtage muß der Versuch gemacht werden, einige Mandate zu erringen.

Unsre Erfolgs Aussichten sind nicht ungünstig. Der Uebermut der Judenschaft in deutschen Landen wächst von Tag zu Tag. Verhätschelt von oben und weil man ihre bewährte Fähigkeit Geld zu beschaffen, schätzt und braucht, träumen sie von der Besetzung der höchsten Staatsämter im Reiche durch Juden und ihre Presse spricht diese Hoffnungen offen aus.

Darum rafft euch auf, deutsche Volksgenossen, zum Kampfe gegen die fortschreitende Verjudung und Unterjochung unsers Vaterlandes.

Unser Wochenblatt wird nach wie vor, ohne Menschenfurcht die Wahrheit nach oben und nach unten sagen. Es wird die jüdischen Reptilien bis in ihre Höhlen verfolgen und ihre Schliche und Kniffe aufdecken.

In diesem schweren Kampf rechnen und hoffen wir auf die Hilfe aller ehrlichen Antisemiten im Lande. Möge jeder dafür sorgen helfen, daß unser Blatt seinen Zweck erfüllen kann, eine schneidige Waffe für Deutschen Volkes Recht und Ehre zu sein und zu bleiben.

Konsularwesen, wie auch das Vorhandensein einiger, sogenannter Handels-Attachés kurzweg abgelehnt.

Wir haben leider noch keine Kaufleute kennen gelernt, die sich in Handelssachen befriedigend über das deutsche Konsularwesen äußerten. Unser Erwerbsleben ist so vielseitiger Natur, daß einem Konsul, der von Hause aus Jurist ist, die Fähigkeit mangelt, kaufmännische Verhältnisse klar zu übersehn. Will man von ihm Auskunft über Handelsverhältnisse seines Wirkungskreises haben, so schöpft er sie aus Mitteilungen eines befreundeten Großkaufmanns, und ist es leicht begreiflich, wie trügerisch derartige Berichte sein müssen, wenn der Befragte sich als Konkurrent des deutschen Handels entpuppt. Zudem ist ein Konsul durch seine offizielle Stellung als Vertreter des Deutschen Reichs überhaupt nicht die geeignete Person für kaufmännische Auskunftszwecke. Das fühlen die Konsuln sehr wohl, so daß sie ihre gänzliche Unfähigkeit in Handelssachen dem hilfesuchenden Kaufmann gegenüber in stolzer Unnahbarkeit zu verbergen suchen. Ein Kaufmann Blell beleuchtete diese Thatsache durch die Wiedergabe eines Erlebnisses auf einem deutschen Konsulate wie folgt: „Ich wurde sehr freundlich aufgenommen, doch die Auskunft, welche ich haben wollte, erhielt ich nicht, noch weniger gelang es mir, den Konsul persönlich sprechen zu können. Abends kam ich mit dem Herrn Konsul in einer Gesellschaft zusammen und sagte er mir: ‚Ja, wir sind daran gewöhnt Standesregister zu führen, Pässe zu revidieren und Unterstützungsgesuche nach Hause zu senden, als Sie aber heute früh zu mir kamen, sagte ich mir, der ist ein deutscher Kaufmann, der will in Handelssachen von dir Auskunft haben. Sehen Sie, mein Vater ist Landedelmann, ich habe Jura studiert und verstehe von kaufmännischen Dingen rein garnichts.'"

In ähnlicher Weise ließ sich auch unser Konsul in Havanna einem Interessenten gegenüber aus: „Leider habe ich gar keine Zeit, über die Grenzen der Stadt hinauszukommen! Sehn Sie sich die hohen Aktenbündel an, die vor mir liegen, so z. B. für Entschädigung derer, die infolge der Revolution Ansprüche erheben, und Sie werden sich sagen: es ist unmöglich, die Zeit zu gewinnen, sich noch in kaufmännische Sachen zu vertiefen."

Diese Auslassungen lassen ohne weiters schon erkennen, wie wenig sich unser Konsularwesen mit Handelssachen verquicken läßt. Und würde ein Konsul auch thatsächlich über genügende Zeit verfügen, so ist es immerhin sehr fraglich, ob er dazu neigt, sich besonders eingehend mit merkantilen Angelegenheiten zu befassen, denn ein Konsul ist kein Kaufmann, sondern ein juristischer Beamter, ein Diplomat, der es vom Assessor zum Geheimrat, Unterstaatssekretär oder Gesandten bringen will, der also heute hier und morgen dort ist. Ebenso dürfte es von seinem, eine Menge unerledigter Beschwerden übernehmenden Nachfolger wohl kaum zu erwarten sein, daß er sich besonders aufopfernd für die Sache der Bittsteller ins Zeug legt. Der Fall Schulz-Nikaragua (Vergl. Nr. 700, Seite 28) legt ein sehr beredtes Beispiel für unsre Behauptung ab. Schulz, ein echter deutscher Pionier, fand im Bache Sinna, einem Seitenarm des Yonja-Flusses, zehn Tagereisen von der Küste, reiche Goldadern und hatte die Absicht, seine Entdeckung deutschen Reichsinteressen zu widmen. Man beschied ihn aber abschlägig in Berlin, sodaß er seine Bemühungen auf eigne Rechnung fortsetzte und sich ein Besitztum von über zwei Millionen Dollar Wert gründen konnte, das mit vielen angesehenen deutschen Geschäftshäusern in Verbindung stand. Als nun die Nikaragua-Regierung Geld brauchte, vergriff sie sich einfach an seinem Eigentum und jagte ihn unter zahlreichen Schikanen aus dem Lande heraus. Schulz hat zwar durch das Konsulat in Managua und die Gesandtschaft in Guatemala am 21. August 1891 seine Entschädigungsklage erhoben und nur 200 000 Dollar gänzliche Abfindung gefordert, doch ist diese vollständig im Sande verlaufen. So lange Herr von Bergen, ein außerordentlich tüchtiger und energischer Beamter, noch Gesandter in Guatemala war, machte die Schulzsche Angelegenheit merkliche Fortschritte. Sein Nachfolger hatte aber kein Interesse für sie. Es wäre doch für unsre Reichsregierung sehr leicht gewesen, jene Sache binnen kurzer Zeit auf Kosten Nikaraguas zur Erledigung zu bringen, indem sie eines unsrer Kriegsschiffe beauftragte, seine Besuchskarte in Nikaragua abzugeben. Wir dächten doch, Kriegsschiffe sind mit dazu da, den deutschen Handel und das Eigentum deutscher Reichsangehöriger zu beschützen. Ist das aber nicht der Fall, nun — dann brauchen wir überhaupt keine Auslands-Kreuzer und können uns das Geld, das wir hierfür ausgeben, für andre Zwecke sparen.

Was helfen also alle Klagen, die man hüben und drüben über vergewaltigte deutsche Handels-Interessen erhebt? Bei dem heutigen Stande unsers Konsularwesens ist leider keine Besserung für diese Lage zu erhoffen, denn der gesinnungstüchtige Beamtenstand pfeift auf öffentliche Meinung und kaufmännische Wissenschaft. Er kennt in seiner Praxis nur Paragraphen, die er teilnamslos für eine vorgebrachte „Sache" anwendet, wie der Richter in der Gerichtsstube. Selbst mit sogenannten Handels-Attachés, die wir in Valparaiso, Shanghai, Chicago, Konstantinopel, Buenos-Aires usw. sitzen haben, ist kein guter Griff gethan. Sie entstammen gleichfalls der Juristen- und Diplomaten-Karriere und konnten in dieser Praxis kaufmännische Fähigkeiten und Kenntnisse nicht erwerben.

Ebenso taugen praktische Kaufleute auch für solche Posten nicht. Sie würden den akademisch gebildeten Berufskonsuln gegenüber nur eine subalterne Stellung einnehmen und ein wirklich tüchtiger Kaufmann giebt sich mit einem beschränkten Gehalte nicht zufrieden, sondern wird bei besonders guten Aussichten sofort die Gelegenheit ergreifen, seine Thätigkeit lieber auf eigne Rechnung zu betreiben. Diese Art Handels-Attachés werden denn auch gar bald die Stellung einnehmen, wie sie heutigen Tages unsre Wahlkonsuln besitzen, denn es ist unmöglich, daß ein einzelner deutscher Kaufmann lediglich deutsche Handels-Interessen pflegen kann. Es muß auch mit Verständnis lokalen Interessen folgen und solche nicht an letzter Stelle für sein Adoptiv-Vaterland zeigen, wenn er sich am Platze beliebt machen will.

Schon Fürst Bismarck erkannte rechtzeitig den außerordentlich schwerfälligen konsularischen Mechanismus in Handelssachen und die turmhohe Erhabenheit konsularischer Beamter den Kaufleuten gegenüber. Das kam bei ihm gelegentlich der Samoa-Wirren so recht zum Ausdruck, denn als er von den Klagen der Kaufleute hörte, that er den berühmten Ausspruch „morbus consularis!" Seitdem war seine Taktik in der Bestallung von Berufskonsuln die folgende: Er wählte mit besondrer Vorliebe Kaufleute, Offiziere, Landwirte, Aerzte usw., kurz gesagt: Männer, die mit dem Erwerbsleben in Fühlung standen und je nach der Eigenart der zu besetzenden Konsular-Distrikte. Das ist leider nach Bismarcks Abgange anders geworden und hat man dem Assessorismus wieder das Vorrecht in der Besetzung von Konsularstellen eingeräumt.

Als das Deutsche Reich sein Konsularwesen nach englischem Muster einrichtete, befand sich unser Außenhandel noch in den Kinderschuhen. Man hatte es zu jener Zeit noch nicht nötig, sich über Schutz und Förderung desselben den Kopf zu zerbrechen und schuf die Konsulate nur zur Pflege des Deutschtums im Auslande. Die Zeiten haben sich aber wesentlich geändert und in den letzten zwei Jahrzehnten errang sich unser Handel unter allen Nationen eine Achtung gebietende Stellung. Nur die Reichsregierung ist zurückgeblieben. Statt vorwärts zu dringen und Handel und Industrie in erweiterungsfähige und geschützte Wege zu geleiten, glaubt sie immer noch mit dem veralteten und bürokratischen Konsularwesen auskommen zu können. Wir müssen erst immer einen „Eklat", einen Aufsehen erregenden „Präzedenzfall" erleben, um in dieser Richtung Fortschritte zu machen, denn alle Beschwerden des Handels schwellen durch langjährige und umständliche Verhandlungen zu dicken Bänden an, die dann schließlich ein schlummerndes Dasein in den Aktenbeständen unsers Auswärtigen Amts führen. Findet sich aber im Reichstage einmal ein Mann, der für die Interessen unsers Außenhandels eintritt, so hält man seine

Ausführungen für übertrieben und preist unser Konsularwesen als das beste auf der Welt!

Das Deutsche Reich besitzt nur eine einzige ausländische Handelskammer, die einen halbamtlichen Charakter trägt, und zwar in Brüssel. Sie wurde vor einigen Jahren aus freiwilligen Beträgen der dortigen Kolonie gegründet und hat sie sich das Vertrauen der deutschen Handelswelt in dem Maße erworben, daß nicht weniger als 70 inländische Handelskammern, ebenso eine große Anzahl Gewerbetreibender zu ihren Mitgliedern gehören. Auch von deutschen Gerichten wird sie vielfach um Gutachten ersucht und selbst der offizielle deutsche „Reichsanzeiger" nimmt gern die Gelegenheit wahr, ihre Veröffentlichungen weitesten Schichten des heimischen Handels und der Industrie zur Kenntnis zu bringen. So sind uns aus diesen z. B. alle die meist jüdischen Schwindelfirmen aus Belgien und Holland bekannt geworden, die den deutschen Ausfuhrhandel aussaugen und fortdauernde Verluste beibringen. Wir erhalten ferner Berichte über drohende Zollerhöhungen, über zollamtliche Abstemplung der von Handlungsreisenden mitgeführten Musterkoffer und dergl., kurz gesagt: Angaben, die der Regierung sowie jedem Exportör und Reisenden von höchstem Interesse sind. Durch diese weitumfassende kommerzielle Thätigkeit ist die Brüsseler Kammer ein wertvolles Bindemittel zwischen dort wohnenden Deutschen und dem Reiche geworden, denn jeder deutsche Kaufmann betrachtet es als Ehrensache, Mitglied der Kammer zu sein. Auch in Bukarest hat sich vor kurzem eine private „Deutsche Handelskammer für Rumänien" gebildet. Man steht allerdings ihrem Vorwärtskommen sehr skeptisch gegenüber — genau so, wie es früher bei der Brüsseler Kammer der Fall war —, doch läßt sich über ihre Geschäftspraxis nichts Nachteiliges, wohl aber über ihre Vorsätze nur das beste sagen. Die Kammer zählt 111 Mitglieder, darunter 63 Firmen im Deutschen Reiche und zwanzig ordentliche in Rumänien.

Die Bedürfnisfrage für solche Kammern ist somit nur vom Standpunkte des praktischen Handels zu entscheiden. Von diesem aus muß gesagt werden: wir bedürfen solche Einrichtungen zunächst dringend in Newyork, Paris, London, Konstantinopel, Rom, Shanghai, Sydney, Südamerika, Zentralamerika, Japan und Persien. Wie ungemein wertvoll würde die Thätigkeit der Kammer in kaufmännischen Auskunftssachen sein! Wir würden in die Lage versetzt, künftighin nicht mehr als Nachzügler auf dem Weltmarkte zu erscheinen und es wäre unmöglich, daß uns andre handeltreibende Nationen in noch nicht eroberten Distrikten das Feld abgrasten.

Gradezu unschätzbar gestaltete sich ferner die Vermittlung der Kammern im ausländischen Prozeßwesen für jeden heimischen Kaufmann. Welche Unsummen deutschen Kapitals werden in dieser Beziehung durch Unkenntnis des fremdländischen Zivilprozeßverfahrens einerseits und durch gewissenlose Ausbeute fremder Advokaten andererseits im Laufe des Jahres verschlungen! Da wird so manche wertvolle Verbindung leichtfertig vernichtet, weil der heimische Exportör an dem betreffenden Orte keinen Vertreter hat, der den Streit auf friedlichem Wege schlichtet, und das würde und müßte die vornehmste Aufgabe der Kammern sein!

Was nun die Gründung der Kammern anbelangt, so machte s. Z. der Abg. Münch-Ferber sehr praktische Vorschläge: der Gesandte oder Konsul bemüht sich um den Zusammentritt eines möglichst zahlreichen Komitees aus der Kolonie, das unter den deutschen Kaufleuten die Mitglieder der zu gründenden Kammer anwirbt. Die sich eines makellosen Rufes erfreuenden Vorstandsmitglieder werden in der Hauptversammlung ernannt, Präsident wie Vizepräsident durch das Reich bestätigt. Um den Bestand der Kammern zu sichern, ist ein Reichszuschuß nötig und zwar für einen ständigen Sekretär. Dieser dürfte nicht höher als zwischen 6 000 und 10 000 Mark für die Kammer zu bemessen sein und kommt es hierbei natürlich sehr auf den Sitz und den Wirkungskreis der Kammer an. Dagegen haben die Kammern ihre gesamte Thätigkeit unentgeltlich in die Dienste des deutschen Handels, der Industrie und Gewerbetreibenden zu stellen. Sie hätten außerdem das Interesse ihres Heimatslandes mehr zu pflegen, als das ihrer Mitglieder und des Adoptiv-Vaterlandes. Das ist auch das vornehmste Ziel der Brüsseler Kammer und dieses Prinzip müßte mit außerordentlicher Genauigkeit durchgeführt und staatlich überwacht werden.

Die „Räuber" in Frankfurt am Main.

Das so betitelte Stück von Schiller wurde neulich, just an demselben Tage im Schauspielhause zu Mainjerusalem aufgeführt*), als die Teilnehmer an dem Bankiertage sich dort versammelten. — Für diesen „Bankiertag" hatte bei Gelegenheit des Eisenacher Parteitages der Reformpartei am 14. und 15. September, Herr Dr. Giese folgende Tagesordnung in Vorschlag gebracht:

„Dem am 18. und 19. d. M. zu Frankfurt (Main) tagenden Bankiertage, der sich ja wohl mit der Hebung des Standes der Geldleute beschäftigen soll, wird empfohlen, den folgenden Fragen näher zu treten: a) Wie können Treu und Glauben in Handel und Wandel, besonders soweit Geld-, Kredit- und Fondsmarkt in Betracht kommen, wieder hergestellt werden? b) welche Maßnahmen gedenken die Börsenkreise zu ergreifen, um dem sparenden Privatpublikum die Verluste zu ersetzen, die sie ihm durch ihre der letzten Krisis vorausgegangnen Raubzüge zugeführt haben? c) Beabsichtigen die Börsenkreise in Zukunft das Eindringen zweifelhafter Elemente in ihre Mitte zu verhindern und auf welche Weise? d) Wie wollen die Kreise der Börse und der Großfinanz die berechtigte öffentliche Mißachtung, die jetzt auf ihnen lastet, tilgen und sich bezüglich ihrer Berufsehre auf eine Stufe mit den andern Ständen erheben? e) Insbesondre: wie kann der jüdische Geist in den Kreisen der Börse und der Großfinanz bekämpft werden, ohne die Juden hinauszuwerfen?"

Hoffentlich hat man diesen vorzüglichen Vorschlag den vorbereitenden Ausschusse für den „Bankiertag" sofort übermittelt. Beachtet hat dieser aber denselben leider nicht.

Die dort versammelten Herren beschränkten sich vielmehr auf prahlerische Lobeserhebungen der eignen Thätigkeit, die sie volkswirtschaftlich ungeheuer nützlich nennen — wobei sie die Volkswirtschaft mit ihren eignen Taschen verwechseln — und verlangten im übrigen hauptsächlich eins: daß das neue Börsengesetz schleunigst wieder aufgehoben werde. Das neue Börsengesetz, so behaupten sie mit bewundernswerter Keckheit, sei an dem schlechten Geschäftsgange schuld. Nicht die grenzenlose Habsucht der Banken, die immer neue Papiere auf den Markt warf und sie dem Publikum aufschwätzte, so daß es heute wohl Papiere aber kein Geld besitzt; nicht diese wilde Raffgier der Börse, sondern das Verbot des Terminhandels halte die Leute von Börsengeschäften zurück. Es ist schwer, solchen offensichtlichen und albernen Entstellungen der Wahrheit gegenüber ernst zu bleiben. Die Redner des Bankiertages haben, um ihre Ausführungen zu krönen, erstens die Aufhebung des Terminhandels-Verbots verlangt, dann die Aufhebung des Börsenregisters und schließlich begehren sie, weil aller guten Dinge drei sind, eine Bestimmung, wonach die zivilrechtliche Wirksamkeit abgeschlossener Geschäfte durch das Verbot des Terminhandels überhaupt nicht berührt werden soll.

Damit wird es ja wohl allerdings noch gute Wege haben, denn im Deutschen Reichstage wird auch nach den nächsten Wahlen eine Mehrheit vorhanden sein, die dafür sorgt, daß der Giftbaum nicht noch geiler als bisher in die Höhe schießt.

Trotzdem die Herren Bankiers sich der Teilnahme eines Regierungs-Apparates an ihren Verhandlungen erfreute, wie

---

*) Wie nachträglich berichtet wird, hat die Theaterdirektion in letzter Stunde den Spielplan geändert. Die „Räuber" wurden abgesetzt, weil der Räuberhauptmann erkrankte. Der Bankiertag fand aber dennoch statt, trotzdem Bleichröder krank gemeldet war.

ihn die Vertreter der werteschaffenden Berufsgruppen niemals bei gleichartigen Veranstaltungen in ihrer Mitte gesehn haben, sind die jüdischen Börsenblätter damit noch lange nicht zufrieden. „Dem ersten Bankiertage sind, sehr in Verkennung ihrer Pflichten, die Minister, die ein Interesse an Bank und Börse haben, fern gewesen", so lesen wir in einem dieser Blätter, und allen Ernstes wird darin behauptet, daß „das bestehende Börsengesetz und das Börsensteuergesetz diametral einer Feldtüchtigkeit des Kapitalmarktes im Kriegsfalle entgegen arbeiten."

Und weiter heißt es wörtlich:

„Alle öffentlichen Verhältnisse im Vaterlande sollen so geregelt sein, daß es im Ernstfalle wieder heißen kann wie einst: ‚Der König rief, und alle, alle kamen.' Die moderne Waffentechnik wird aber im Ernstfalle noch viel mehr als 1870 ein Einspringen des deutschen Kapitalmarktes für Kriegskredite erfordern.

Auch der Kapitalmarkt muß im Frieden, soweit die Staatsfürsorge es vermag, feldtüchtig erhalten werden, damit auch er ‚mobil gemacht' werden kann, wenn die ernste Stunde einmal naht."

Ja, wie war es doch als 1870 der König rief! Da kamen alle . . . nur die Börse nicht. Die zeichnete flott auf die . . . französische Kriegsanleihe, bis nach den ersten Siegen sich die Meinung für Patriotismus einstellte. Wehe dem Staate, der sich in Kriegszeiten auf den Patriotismus der internationalen Börse verlassen wollte.

Zur Fleischnot.

Der amtliche Bericht des Berliner Schlachtviehmarktes vom 20. September, also vorigem Sonnabende, lautete: „Das Rindergeschäft wickelte sich ruhig ab. Stallmasttiere gesucht, weidefette Stiere reichlich vertreten, zumteil vernachlässigt. Es bleibt Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich lebhaft. Bei Schafen Geschäftsgang ruhig. Es bleibt Ueberstand. Der Schweinemarkt war ruhig und wurde nicht ganz geräumt." Aehnlich spricht sich der Bericht vom 17. September aus. Wir wollen aus den Berichten einige blindlings herausgreifen und erhalten vom Monate August den 9. Da heißt es: „Rinder und Kälber werden nicht geräumt, Schweine voraussichtlich." Am 5. Juli wurde berichtet: „Rindergeschäft lebhaft, ziemlich ausverkauft. Kälber ruhig. Schafe, nur etwa die Hälfte des Auftriebes schlachtbare Ware, glatt verkäuflich, magere bleibt. Schweinemarkt glatt und geräumt." Am 28. Juni: „Rindergeschäft langsam, bleibt Ueberstand. Kälber langsam. Schweinemarkt langsam, aber voraussichtlich geräumt."

Wenn man so das Geschrei über die Fleischnot bedenkt, das von den Sozialdemokraten im Verein mit den sich sonst meist konservativ geberdenden Fleischer-Innungen angestimmt worden ist, so müßte man glauben, das Schlachtvieh würde den Verkäufern nur so aus den Händen gerissen. Aehnlich wie die Berliner Berichte lauteten auch die von andern Schlachtviehmärkten. So hieß es aus Leipzig am 14. August: „Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber, Schweine, Schafe mittelmäßig." Und wenige Tage darauf, am 24. August, erschienen die großen Bekanntmachungen der Leipziger Fleischer-Innung, die mit einem Seitenhiebe auf die „unzulängliche Landwirtschaft" Deutschlands und auf die „Grenzsperre" höhere Fleischpreise ankündigte.

Wir haben immer dafür gestritten, daß jeder Stand seinen auskömmlichen Verdienst haben solle. Umsonst soll niemand arbeiten und schaffen, und bei der Entwicklung unsrer Kultur kann die wünschenswerte Besserung in der Lebenshaltung auch der untern Bevölkerungsklassen nicht ausbleiben. Allein angesichts der thatsächlichen Verhältnisse kann man den Fleischern den Vorwurf der Voreiligkeit sicher nicht ersparen.

Das Fleischergewerbe gehört wie das der Bäcker immer noch zu den erklecklichen Gewinn bringenden Gewerben, und dies vor allem in den Großstädten. Sagte doch vor etwa $2^1/_2$ Jahren die Leipziger Bäcker-Innung in einer Bekanntmachung gegen die streikenden Gesellen, daß jeder arme Junge, der Bäcker würde, es bei Sparsamkeit noch zum wohlhabenden Manne bringen könnte. Und der Augenschein lehrt, wie selbständige Fleischer und Bäcker in wenig Jahren Besitzer eines großstädtischen „Zinshauses" werden und dann ihr Kapital sich vom nur arbeitenden Volke noch in Form hoher Wohnungsmieten gut verzinsen lassen.

Die Innungen der Fleischer sind aber glücklicherweise nicht alle der gleichen Meinung. So haben die Fleischer von Paderborn und die Innung zu Dresden die Erhöhung der Fleischpreise abgelehnt in der Erkenntnis, daß die noch garnicht schlecht zu nennende Lage binnen kurzem wieder besser werden wird.

In dem unsern Lesern bekannten Flugblatte des Bundes der Landwirte wird nachgewiesen, daß im ersten Halbjahre 1902 rund 400 000 Zentner Fleisch (einschließlich Fleisch von lebendem Vieh) mehr nach Deutschland eingeführt worden sind, als im ersten Halbjahre 1901.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nimmt in einem ganzen Jahre etwa 830 000 Seelen zu. Es dürfte sowohl die Fleischeinfuhr mit der Volksvermehrung Schritt gehalten haben.

Aber weiter. Wegen der Kaisermanöver um Posen erklang das Fleischnotgeschrei dort besonders laut. Da erließ der Amtsrat Pulst Ende August im „Posener Tageblatt" eine Bekanntmachung folgenden Inhalts:

„Infolge der vielen Klagen über die hohen Fleischpreise in Posen habe ich in Ihrer Zeitung bekannt gegeben, daß ich Mastvieh, Schafe und Geflügel zu verkaufen habe. Leider hat sich auf die Anzeige niemand gemeldet! Am heutigen Tage (22. August) habe ich hundert Stück Gänse, Enten und Hühner mit meinem Gespann etwa $3^1/_2$ Meilen nach Posen zum Verkauf gesandt und habe verkauft — ein paar Hühner und eine Gans. Die übrigen hat mir mein Vogt, weil niemand kaufen wollte, zurückgebracht. Zwei Pferde, zwei Leute haben den weiten Weg umsonst gemacht, und zwar jetzt, wo jede Hand so sehr nötig zum Ernten von Getreide gebraucht wird."

Solche Erfahrungen machen die leistungsfähigen Landwirte. Aber auch den Viehhändlern wurde das Fleischnotgeschrei unbehaglich, und sie legten eine Art Schuldbekenntnis in Form folgender Anzeige im „Posener Tageblatt" ab:

Entgegen den Behauptungen, daß die Fleischpreise während der Manöverzeit noch höher steigen und das Fleisch noch knapper werden wird, und somit eine Oeffnung der Grenze notwendig sein müsse, erklären die Unterzeichneten, daß diese Befürchtung nicht eintreten und außerdem eine vorübergehende Oeffnung der Grenze nicht notwendig sein wird.

Wir Unterzeichneten sowie zahlreiche andre Schwarzviehhändler in Posen haben in den letzten Wochen kontraktlich für die Manöverzeit derartige große Abschlüsse in Ost- und Westpreußen behufs Lieferung von Schwarzvieh gemacht, daß auch der gesamte Bedarf vollständig gedeckt werden kann. Allein die Unterzeichneten liefern auf Wunsch täglich 200 Stück Schweine.

Mit vorzüglichster Hochachtung
Leon Zdzkowski. Josef Wojciechowski.

Danach wurde aus der Unterredung der Posener Stadthäupter — beides Juden! — mit dem Landwirtschaftsminister von Podbielski bekannt, daß der Leiter der Viehzentrale, Oberamtmann Ring (Düppel), der bei den Verhandlungen zugegen war, sich bereit erklärt hat, auf Erfordern des Magistrats täglich jede gewünschte Menge Schweine und sonstiges Vieh nach Posen zu schaffen, und zwar zu einem Preise, der erheblich geringer ist, als der damalige und gegenwärtige Posener Marktpreis. Die Schuld an den hohen Fleischpreisen liegt also, wie sich in Posen zeigt, nicht bei der Regierung, auch nicht bei den Agrariern, sondern anderswo.

Städtische und staatliche Behörden haben sich der Fleischfrage angenommen, und wir werden wohl durch die berufnen Behörden genaue Auskunft über die wirkliche Lage erhalten. Einstweilen will z. B. in Mainz die Stadtverwaltung der Fleischverteurung sehr praktisch und verständig begegnen. Der städtische Finanz-Ausschuß hat sich bereit erklärt, die städtische Fleisch-Abgabe für Fleisch- und Wurstwaren unter der Bedingung aufzuheben, daß die Metzger die Versicherung geben, ihre

Fleischpreise um den Betrag der Steuer herabsetzen zu wollen. In Mannheim habe man nämlich die Erfahrung gemacht, daß die Aufhebung der Steuer auf Fleisch- und Backwaren für den Konsumenten von gar keinem Vorteil gewesen sei. (!) Das ist jedenfalls sehr bezeichnend und lehrreich.

Aber auch an heitern Zwischenfällen fehlt es nicht. So wird aus Kamen in Westfalen der „Rh. u. R. Ztg." berichtet: Die Fleischer beschlossen, die Fleischpreise zu erhöhen. Schweinefleisch sollte z. B. 75 bis 90 Pf. das Pfund kosten. Nur ein Fleischer „that nicht mit". Die Folge war, daß alles Volk zu ihm kam, und die andern waren schließlich froh, ihr Fleisch zu 60 Pf. los zu werden.

Ernster ist dagegen das Verhalten der Pächter der Berliner Anschlagsäulen. Schon seit Jahren verweigern sie allen Anschlägen die Annahme, deren Text deutlich auf das Bestehn einer Judenfrage hinweist. — Nun haben sie zwar ein Flugblatt der Fleischer-Innungen angeschlagen, worin mit „unbefangnen" Behauptungen von Fleischnot und dergleichen die Oeffnung der Grenzen für russische Schweine als unumgänglich notwendig hingestellt wurde, aber eine sachliche Entgegnung des Bundes der Landwirte wurde glatt abgelehnt. — Damit wird der ganze Fleischnot-Rummel deutlich als Judenmache gekennzeichnet. —

Bei den Klagen über die Fleischnot fällt neuerdings der Vorwurf auf, die deutschen Bauern hielten ihr Schlachtvieh zurück, weil sie heuer mehr Futter hätten als in frühern Jahren. So könnten sie „es abwarten" und die Preise in die Höhe drücken. Nun, wenn die Bauern einen solchen Futterüberfluß haben, so werden sie sicher auch ihre Viehzucht ein wenig ausdehnen und da oder dort verkäufliches Jungvieh an sich bringen, in der Aussicht auf sichern Gewinn. Sehn wir was aus Bitterfeld in der Prov. Sachsen vom Viehmarkte des 16. September berichtet wird:

„Bei dem heutigen Viehmarkte waren aufgetrieben 152 Ferkel, 432 Läufer und 35 Stück Rindvieh. Während die Ferkel das Paar mit 20 bis 30 Mark bezahlt wurden, erzielten die Läufer einen Preis von 30 bis 100 Mark. Die Kühe kosteten 180 bis 340 Mark, letzterer Preis wurde für Kuh mit Kalb bezahlt. Es waren wenig *Käufer erschienen*, der Geschäftsgang *flau* und der *Umsatz schlecht*."

Also in einer Gegend, wo die Ernte geborgen ist und die Landwirte Zeit haben, nun auch der Viehwirtschaft einige Aufmerksamkeit zu schenken, bleibt das Jungvieh unverkäuflich. Würden die Bauern aber wirklich eine „Schweinenot" künstlich hervorrufen, so würde es ihr eigner Schaden sein, denn dann wären Maßregeln der Reichsregierung unausbleiblich. Daß die Bauern aber für ihre große Arbeit, die die Viehzucht erfordert, auch einen annehmbaren Preis fordern, das kann man ihnen nicht verübeln. In des Wortes wahrem Sinne haben sie einen guten Gewinn eher „verdient" als die Händler, die mit ein paar Worten oder Federzügen hunderte von Mark „erarbeiten".

Verdenken kann man es den Landwirten nicht, wenn sie schließlich nach dem Vorbilde des Milchringes eigne Fleischverkäufe einrichten, wie man es begreiflich findet, wenn die Arbeiter, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, sich in Konsumvereinen zusammenthun, um den sehr oft zu hohen Gewinn heischenden Zwischenhandel aus dem Wege zu gehn. Wer mit offnen Augen die volkswirtschaftlichen Beilagen der Zeitungen liest und das Gelesene nicht zu schnell vergißt, wird manches lernen. Konrad Teutsch.

Die Judenfrage unter internationalem Gesichtspunkte ist seitens der amerikanischen Union aufgerollt worden.

Staatssekretär Hay richtete eine gleichlautende Note an die diplomatischen Vertreter Amerikas bei allen den Mächten, die den Berliner Vertrag vom Jahre 1878 unterzeichnet haben, durch den die unabhängigen Balkanstaaten geschaffen wurden, und nach dem keine Unterscheidung bei den Bewohnern Rumäniens inbezug auf ihr Religionsbekenntnis zu machen ist. Die Note der Vereinigten Staaten sagt, Amerika habe den Vertrag nicht mitunterschrieben, sehe sich aber gezwungen, die Mächte zu bitten, auf eine Beobachtung der in den Artikeln des Vertrages gewährten Religionsfreiheit zu dringen, da Rumänien dem Ersuchen, die Mißstände zu beseitigen, die so manchen Juden zwangen, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern, nicht entsprochen hätte. Präsident Roosevelt halte es für erforderlich, daß die Mächte diesen Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit schenken, und hoffe, falls diese Vorstellungen die Billigung derselben fänden, daß passende Maßregeln ergriffen würden, um die rumänische Regierung zu bewegen, nochmals die in Frage kommenden Uebelstände in Erwägung zu ziehn. Den Vereinigten Staaten sei jetzt wie immer die freiwillige Einwandrung aller der Fremden angenehm, die geeignet wären, sich mit dem politischen Staatskörper zu verschmelzen. Die Gesetze Amerikas sorgen für ihre Einverleibung in die Masse der Bürger, ohne einen Unterschied zu machen, dadurch, daß sie ihnen ganz dieselben Zugeständnisse gewähren, wie sie die Eingebornen genießen. Gleiche bürgerlichen Rechte seien im Inlande und gleicher Schutz sei im Auslande allen verbürgt. Fast niemand sei von der Einwandrung ausgeschlossen, nämlich nur ganz Mittellose, Verbrecher und solche Personen, die an ansteckenden oder unheilbaren Krankheiten leiden. Der freiwillige Charakter der Einwandrung sei das wesentliche, daher würden solche Einwandrungslustige, deren Auswandrung aus andern Staaten unterstützt oder erzwungen werde, ferngehalten. Der Zweck dieser großmütigen Behandlung des fremden Einwandrers sei, in gleicher Weise ihm und den Vereinigten Staaten zu nützen, und einem andern Staate nicht eine Zuflucht für seine unerwünschten Bevölkerungs-Elemente zu bereiten. Die Lage der rumänischen Juden, die 400000 Personen zählen, sei seit vielen Jahren ein Gegenstand ernster Beachtung seitens der Vereinigten Staaten. Die Verfolgung dieser Rasse unter der türkischen Herrschaft habe im Jahre 1872 scharfe Gegenvorstellungen der Vereinigten Staaten veranlaßt. Der Berliner Vertrag sei von Amerika als für das begangne Unrecht Abhilfe bringend begrüßt worden, da er ausdrücklich bestimmte, daß wegen der *Religion* unter der Bevölkerung Rumäniens kein Unterschied gemacht werden solle. Im Laufe der Zeit habe Rumänien einen großen Teil dieser durchaus gerechten Bestimmungen illusorisch gemacht. Die Juden Rumäniens seien ausgeschlossen vom Staatsdienst und den gelehrten Berufen, vom Landerwerb und sogar davon, das Land als gewöhnliche Arbeiter zu bebauen; ferner sei ihnen verwehrt, in ländlichen Bezirken zu wohnen. Viele Zweige des Kleinhandels und des Handwerks seien ihnen verschlossen. In den Städten, wo sie als gewöhnliche Handwerker oder gemietete Arbeiter zu leben gezwungen seien, dürften sie von je einem Arbeitgeber nur in der Weise beschäftigt werden, daß auf einen jüdischen zwei rumänische Arbeitnehmer kommen. Ausgeschlossen von fast jedem Zugang zu den Erwerbsmitteln seien sie unfähig, sich aus der ihnen aufgezwungnen Erniedrigung, die sie erdulden, herauszuhelfen und hätten keine andre Wahl, als sich nach andern Ländern zu flüchten. Die Lehren der Geschichte und die Erfahrung des amerikanischen Volkes hätten gezeigt, daß die Juden in hohem Maße die geistigen und sittlichen Eigenschaften eines guten Bürgers besäßen, und *keine Klasse sei in Nordamerika mehr willkommen*, wenn sie nach Körper und Geist geeignet sei, amerikanische Mitbürger zu werden. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten könne zu einem internationalen Unrecht nicht schweigen. Sie müsse durchaus gegen die Behandlung, der die Juden in Rumänien unterworfen seien, Widerspruch erheben, nicht allein deshalb, weil sie einen unanfechtbaren Grund habe, gegen das daraus entspringende Unrecht gegen die Vereinigten Staaten selbst Einspruch zu erheben, sondern im Namen der Menschlichkeit. Die Vereinigten Staaten könnten nicht in autoritativer Form an die Abmachungen des Berliner Vertrages appellieren, bei dem sie keine unterzeichnende Macht waren und nicht hätten werden können, aber sie berufen sich ernstlich auf die Grundsätze, die im Vertrage aufgestellt seien, weil es die Grundsätze des

internationalen Rechts und der ewigen Gerechtigkeit seien, und weil sie die weitumfassende Duldung, die jener feierliche Pakt enthalte, verfechten und bereit seien, ihre moralische Unterstützung zu dessen Ausführung durch die Unterzeichner zu leihen. Denn das Vorgehen Rumäniens selbst habe die Vereinigten Staaten den unterzeichneten Mächten als eine in dieser Hinsicht interessierte Partei thatsächlich zugesellt. —

Es ist ein Trik von geradezu verblüffender Dreistigkeit, den die braven Yankees da versuchen. — Jedermann weiß, daß ihnen die Juden-Einwandrung längst sehr unbequem ist, und diesen, ihren berechtigten Antisemitismus hüllen sie heuchlerisch in das Gewand der Besorgnis um die religiöse Freiheit der Juden. Es steht zu hoffen, daß man dem guten Bruder Jonathan seitens der Signatarmächte begreiflich macht, ihm ginge diese Angelegenheit garnichts an. Vor unliebsamer Einwandrung könne er sich selber schützen. — Dann wird man ja bald sehn, wie weit die Interessen der „Menschlichkeit" drüben zur Bedeutung kommen werden. — Platz ist noch genug drüben. Mögen uns die Amerikaner doch unsre gesamten Juden einschließlich Ballin, Goldberger, Rothschild usw. abnehmen.

Der Parteitag der Sozialdemokraten

ist in diesem Jahre in München eine ganze Woche lang abgehalten worden. Die unbeschränkte Oeffentlichkeit für den größten Teil der Verhandlungen war im Gegensatz zu vorigem Jahr wieder in Kraft getreten. — Die Prophezeiungen vieler bürgerlicher Blätter, daß diesmal in München die Gegensätze zwischen Vollmar und Bebel, zwischen dem Marxisten und Revisionisten, zwischen den polnischen und deutschen Sozialdemokraten in besondrer Schärfe aufeinanderplatzen würden, hat sich nicht erfüllt. Man hat sich allerdings brav gezankt und mit mächtigen Redekeulen aufeinander losgeschlagen. Aber nach dem Schlagen kam wieder das Vertragen und schließlich sind zu bleibendem Gedächtnis allerlei Gruppen-Bilder aufgenommen, auf denen man die Vertreter der schärfsten Gegensätze in engster Fühlung miteinander erblicken kann.

Grundsätzliche Entscheidungen sind nicht gefallen, sondern in allen wichtigen Fragen, so bei der Auseinandersetzung mit den rebellischen polnischen Genossen, bei dem Streit zwischen dem offiziellen Parteiblatte „Neue Zeit" und den revisionistischen „Sozialistischen Monatsheften" usw., faßte man Entschließungen, die ihre Spitzen bald nach rechts bald nach links richten. Bei aller innern Uneinigkeit wird nach außen der Schein der Einheit gewahrt und auch die wiederhaarigsten Genossen fügen sich in taktischen Fragen noch immer der alten Parteileitung.

Die Kassenverhältnisse sind nicht so glänzend wie in frühern Zeiten. — Es ist ein Defizit von 70 000 Mark vorhanden, das zumteil aus der Erbschaft von 38 000 Mark gedeckt ist, die der verstorbne „Genosse" Schmitz der Partei hinterlassen hat. — Aber Schmitz stirbt nur einmal, meinte der Referent Auer. Das klang fast wie ein Bedauern darüber, daß nicht alljährlich ein reicher „Genosse" sich auf den Altar der Partei opfert. Herr Singer könnte den Anfang machen.

Der latente Antisemitismus in der Partei, der bei dem Vorhandensein so vieler jüdischer „Genossen" und „Genossinnen" in führenden Stellungen sehr erklärlich ist, trat vielfach wieder in recht derben Redewendungen in die Erscheinung.

Herr Auer warf z. B. die rhetorische Frage auf, ob „unsre Rosa auch koscher wäre", und sagte von dem Redaktör Bloch, dieser habe ihm im Nacken gesessen wie der Teufel einer armen Seele und das läge wohl an seinen Stammeseigenschaften. Aber auch die Ebräer untereinander gingen sich in hitzigen Wortgefechten scharf auf den Leib. Stadthagen und Bloch schimpften sich tapfer aus und Singer rügte als Vorsitzender energisch seinen Blutsgenossen Wurm.

Ernsthafte Bedeutung hatte auf dem ganzen Parteitage eigentlich nur das Referat des Abg. Molkenbuhr über die deutsche Versicherungsgesetzgebung, dessen Ausführungen und Schlußfolgerungen man auch von unserm deutschsozialen Standpunkte in vielen Beziehungen zustimmen kann.

Geschlossen wurde der Parteitag durch Herrn Singer mit einer Rede voll orientalischem Schwulst, die mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie schloß. — Es ist nicht ganz uninteressant festzustellen, daß sich im Laufe der Jahre in dieser Hinsicht eine Abflauung bemerkbar gemacht hat. Anfangs galt das Hoch immer der „revolutiären völkerbefreienden Sozialdemokratie". Dann erklang es einige Jahre auf die „internationale Sozialdemokratie". Jetzt ist man dabei angelangt, die „deutsche Sozialdemokratie" hochleben zu lassen.

Shylock präsentiert seinen Schein.

Wir sind nicht müde geworden, bei allen leider oft genug sich bietenden Gelegenheiten darauf hinzuweisen, wie mit der wachsenden Abhängigkeit unsrer leitenden Kreise von dem internationalen Judentum auch die Ansprüche der Judenschaft auf äußere Anerkennung ihrer Machtstellung fortgesetzt wachsen. —

Die „Bier-Rede", wozu Herr v. Loë kommandiert wurde, um den Juden den Schmerz zu versüßen, daß sie bei der Kaiserrede in Aachen nicht erwähnt worden waren, ist noch lebhaft in aller Gedächtnis. Jetzt fühlt sich die Judenschaft schon wieder zurückgesetzt und erhebt, ihrem Rassen-Temperament entsprechend, darüber ein lebhaftes „Waihgeschrei".

Das „Berliner Tageblatt" schreibt in seiner Morgen-Nummer vom 19. September:

Während der Posener Kaisertage haben sich einige Vorgänge abgespielt, die bei der **israelitischen Bevölkerung Posens** das Gefühl wachgerufen haben, sie werde gegenüber den beiden christlichen Konfessionen zurückgesetzt. Ein jüdisches Blatt, der „Jeschurun", bringt eine Korrespondenz aus Posen, in der es heißt:

‚Ihre Majestät beehrte ein evangelisches und ein katholisches Krankenhaus mit ihrem Besuche. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde hatte sich an das Hofmarschallamt mit der Bitte um gleiche Ehre gewandt. Der Besuch unterblieb — ja nicht einmal einer Antwort wurde die Gemeinde gewürdigt. Und doch findet in dem israelitischen Krankenhause, einer Stiftung eines einzigen jüdischen Wohlthäters, jährlich eine große Anzahl von Nichtjuden Aufnahme'

Wir glauben nicht, daß diesem Sachverhalt eine Absicht zu grunde lag. Die Nichtbeantwortung des Gesuches der jüdischen Gemeinde durch das Hofmarschallamt ist allerdings ein grober faux pas, den auch die Ueberhäufung des Amtes mit Geschäften vor und während der Posener Kaisertage keinesfalls ganz entschuldigt. Dem Hofmarschallamt ist zweifellos auch die Verantwortung für den unterbliebnen Besuch der Kaiserin im jüdischen Krankenhause aufzuladen; das Amt hätte wissen müssen, daß man es in jüdischen Kreisen als eine unverdiente Zurücksetzung empfinden würde, wenn die Kaiserin das evangelische und das katholische Krankenhaus ihres Besuches für wert hielt, das jüdische dagegen unbeachtet ließ. Auch sonst sind Mißgriffe vorgekommen: so hat man im Gegensatz zur herkömmlichen Praxis die israelitische Geistlichkeit zu der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals nicht eingeladen. Auch darin erblickt man in Posen nicht mit Unrecht eine Nichtbeachtung, die man um so unangenehmer empfindet, als die Israeliten der Ostmark in dem Nationalitätenkampf im Osten ihrer Pflicht als Deutsche sich fast ausnahmslos bewußt gewesen sind. Und das, obwohl diese ihre Haltung ihnen den Boykott durch die Polen zuzog und sie andernfalls auch von den in gewissen Kreisen des Ostens das große Wort führenden deutschen Antisemiten bei jeder Gelegenheit gröblich beleidigt wurden. Auch von nicht parteiantisemitischer deutscher Seite wurde die jüdische Bevölkerung des Ostens trotz ihrer nationalen Haltung häufig sehr über die Achsel angesehn. Trotzdem hat man sich nicht irre machen lassen. Die Zurücksetzung der Juden bei den höfischen Veranstaltungen in Posen ist nun aber geeignet, jene hochmütige Behandlung, der sie seitens gewisser deutscher Kreise ausgesetzt waren, sozusagen zu sanktionieren. Es steht zu erwarten, daß dem Hofmarschallamte ein Wink erteilt werde, in Zukunft etwas sorgfältiger bei der Feststellung des Programmes für Kaiserbesuche im Osten und anderswo zu Werke zu gehn."

„Es steht zu erwarten", wie stolz das klingt! Daß die Juden wegen ihrer „nationalen" Haltung in der Ostmark besondre Anerkennung verdienten, ist zwar nicht zutreffend; sie haben im Gegenteil „wie sichs trefft", bald so und bald so, Geschäfte auch politisch für die Polen oder für die Deutschen gemacht und dabei für sich Vorteile herauszuschlagen verstanden, aber trotzdem zweifeln wir nicht, daß sie bald „ihre Genugthuung" bekommen werden.

Bei der nächsten dringlichen Gelegenheit wird der internationale Herr Geldborger spröde thun, und dann wird das übrige sich schon finden.

Armes Hofmarschallamt!

Wie der Staat künstlich Unzufriedenheit erzeugt.

Man schreibt uns:

Von einer Ferienreise zurückgekehrt, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken.

Bei der Mecklenburg-Schwerinschen Staatseisenbahn ist die Einrichtung des Dienst-Abteils für die den Zug begleitenden Schaffner unbekannt und zwar auch in allen den Zügen, die durchgehende Bremsen haben. Auch in diesen Zügen müssen die Schaffner die Fahrt in dem Bremserhäuschen zurücklegen, obwohl sie in denselben nichts zu bremsen haben! —

Die Härte dieser Bestimmung für die Schaffner tritt besonders auffällig bei dem von Hamburg nach Stettin über Lübeck und umgekehrt von Stettin über Lübeck nach Hamburg verkehrenden durchlaufenden Zug zutage. Von Hamburg bis Lübeck wird der Zug von den Beamten der Lübeck-Büchener-Eisenbahn-Gesellschaft begleitet, die ein Dienst-Abteil haben. In Lübeck wird der Zug von den Mecklenburger Beamten übernommen, das Dienst-Abteil wird eingezogen und die Schaffner müssen in das Bremserhäuschen kriechen. In Pasewalk verlassen die Mecklenburger den Zug und übergeben ihn den preußischen Beamten, die nun sofort, wenn irgendmöglich, wieder ein Dienst-Abteil in dem Zuge herstellen und benutzen. —

Diese Rückständigkeit der Großherzoglich Mecklenburgischen Friedrich Franz-Eisenbahn in ihrer sozialen Fürsorge für das Fahrpersonal ist für dasselbe außerordentlich lästig, da besonders im Sommer an heißen und trocknen Tagen der Aufenthalt in dem Bremserhäuschen unerträglich sein muß. Diese Maßregel wirkt aber auch, wie ich durch Besprechung mit Schaffnern feststellen konnte, sehr erbitternd, zumal da die Schaffner tagtäglich sehn, wie viel besser in dieser Beziehung es die preußischen und lübecker Schaffner haben. —

Soweit die Zuschrift; die Sache ist bezeichnend für die Anschauungen der Leiter solcher kleinen Verwaltungen — die Großherzogl. General-Eisenbahn-Direktion zu Schwerin verfügt über kaum 1200 Kilometer, wovon noch beinahe zwei Drittel auf Unterbahnen entfallen. Auch auf andre Weise zeichnet sich die Mecklenburgische Bahn aus; peinlich hält sie darauf, daß die Durchgangszüge sofort andre Nummern bekommen, sowie sie ihre Strecken berühren. So kommt es, daß man von Hamburg nach Stettin in einem Schnellzuge fährt, der drei verschiedne Nummern führt, während z. B. auf der über doppelt so langen Strecke Berlin-Hof-München, wo es sich um zwei preußische Eisenbahn-Direktionen, die sächsische und bayerische Staatsbahn handelt, alle durchgehenden Züge mit gleicher Nummer bezeichnet sind.

Juden in Nürnberg. Wir haben im Laufe der letzten beiden Jahrgänge mit Hilfe der Volkszählungs-Ergebnisse vom Jahre 1900 vergleichende Tabellen über die Anzahl der Juden in deutschen Großstädten gebracht. Heute folgt Nürnberg. Dort gab es:

im Jahre	Einwohner	Juden	Juden v. H. der Gesamtbevölkerung
1875	91017	2300	2,52
1880	99519	3032	3,05
1885	114891	3738	3,25
1890	142590	4307	3,02
1895	162386	4737	2,92
1900	261081	5956	2,28

Auch bei Nürnberg offenbart sich, was wir schon bei andern Großstädten beobachtet haben, nämlich, daß die sogenannte „Einverleibung" von Vorstadtdörfern die Größe der Verhältniszahl der Juden herabdrückt. In den Vorstadtdörfern wohnen überall meist wenig Juden. Nürnberg hat im vergangnen Jahrzehnt auch das Wettrennen der Großstädte um den Preis der Einwohnerzahl mitgemacht und über ein Dutzend Dörfer seiner nähern Umgebung eingemeindet. K. T.

Mosaik.

An Majestäts-Beleidigung grenzt die neuerdings von der „auchkonservativen" „Elbinger Zeitung" aufgestellte Behauptung, daß Ihre Majestät die Kaiserin Sr. Majestät den Kaiser mit den Zeitungs-Ausschnitten versorge, die dem Allerhöchsten Herrn Veranlassung geben, sich über die Agrarier zu erregen. — Und nicht viel besser ist die Behauptung des gleichen Blattes, daß Seine Majestät in besondre Erregung über den Artikel des „Sächsischen Vaterlandes" geraten sei, worin, allerdings in sehr drastischer Form, die Zukunftszustände ausgemalt wurden, wenn erst einmal unser Bauernstand von der Scholle verdrängt sein wird. — Wir glauben, man kann heutzutage der Monarchie und dem Monarchen gar keinen schlechtern Dienst erweisen, als wenn man sie durch rosenfarbne Schilderung über den Ernst der Zeiten hinwegzutäuschen bemüht ist.

Kaufmännisches Judendeutsch. Aus Sidney (Australien) schreibt jemand der „Handelswacht": Folgende Anzeigen wurden hier in Englisch, Holländisch und Deutsch auf der Straße verteilt. Die deutsche Anpreisung lautet wörtlich: „Der New York Verrath Gesellschaft. S. Suttenberg, Verwalter, 6 & 8 Market Strasche, Sydney. In Kleiderngs und Ausrüstung für Seelente der billigste Handlungshaus in Sydney! Also in Oelzeug, Seestiepeln, Wullene Bettdecken, und Hemde so wie Unerzeug, weißehemde, Kragen, Schleipen, Mützen Strümpfe Stiepeln Schuhen so wie in Arbeitszeug, Koch Mützen Schürzen und Ueberzüge, Messern so wie in Taschenmessern, Tapelausrüstung, Seife, Schwefelholzchen, Pfeifen in allerlei Sorten, Anzüge welches ist gemacht zur Maß Schuhemager und Uhrenmacher wie möglich am geringste Preis Wir also Kaufen, und Verkaufen alle Gattung im Zeug Uhren und allerlei Schmucksachen Nartional Instrumenten in Bücher und Operngucker Brillen, Meerschaumpfeife, und so on. Wir also Leihen Geld aus in Werthbare gegenstände, Wir Wechsel Fremdener Gelde im laufbahrenden avehrt. Wir sind im Stande zugeben ein gutes Handel als wir kaufen im Großhandel und han kein Miethe zubezahlen. Geben Sie uns ein gerichtlicke Untersuch, und Sie werden zuprieden sein."

Der Lauser geht. Der lammsgeduldige Hofrat Lauser, der bisher seinen Namen für die vielseitigen Veröffentlichungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" kontraktlich herzugeben hatte, scheidet von diesem Posten. Maximilian Harden hatte dies Ereignis schon vor einigen Wochen vorhergesagt und dabei betont, daß es sich darum handle, einen neuen Redaktör zu finden, der schneidiger, als es bisher geschehn ist, die Kaiserreden und Telegramme verteidige. — Wir sind einigermaßen gespannt, ob sich diese Nachricht bewahrheiten wird, fürchten aber, ein so vielseitiger Jurnalist wird sich in Deutschland selbst unter den zahlreichen Schmocks nicht auftreiben lassen.

Vielleicht hilft dann der unübertrefflich findige August Scherl aus der Not und gründet ein Blatt, dessen Mitarbeiter ausschließlich regierende Fürsten sein dürfen. Sitzredaktöre, die mehr auf hohes Gehalt als gute Behandlung sehn, werden sich schon finden, und gegen diese Sitzredaktöre würde sich dann die Polemik der andern Zeitungen zu richten haben — indem man die Annahme unterstellt, er sei der Verfasser aller Artikel in seinem Blatte.

Das würde ein lustiger Federkampf werden.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 25. September 1902. Nr. 736.

Nachklänge zum Parteitage der Reformpartei.

Die „Staatsbürger Zeitung" widmet der Eisenacher Tagung einen Leitartikel, worin sie zum Ausdrucke bringt, daß das Ergebnis der Beratungen „ein in jeder Beziehung befriedigendes sei", daß „der innere Ausbau der Partei rüstig vorwärts schreite, und daß die Reformpartei längst als gleichberechtigter Faktor in die Reihen der politischen Parteien Deutschlands gerückt sei".

Nach dieser Feststellung dürfen wohl alle Antisemiten Deutschlands, gleichviel welcher Sonderrichtung sie angehören, hoffen, daß der die antisemitische Sache schwer schädigende Pückler-Rummel endlich ein Ende haben wird. Bekanntlich ist in Eisenach festgestellt worden, daß Graf Pückler nicht zur Reformpartei gehört und die Parteileitung jede Verantwortung für sein Auftreten ablehnt, desgleichen daß man keine Radaupartei sein wolle. Da dies Ergebnis die „Staatsbürger Zeitung" des Herrn Bruhn in jeder Beziehung befriedigt, so wird der genannte Herr als Mitglied des Parteivorstandes der Reformpartei wohl kaum noch in der Lage sein, weitere Versammlungen mit dem Grafen Pückler zu veranstalten und ihm die „Staatsbürger Zeitung" zur Verbreitung seiner wunderlichen Reden zur Verfügung zu stellen.

Dieses Ergebnis der Eisenacher Tagung erfüllt auch uns mit großer Befriedigung.

Wir erkennen auch gern an, daß man, im Gegensatze zu der vorjährigen Tagung in Leipzig, es unterlassen hat, die Deutschsoziale Partei zu beschimpfen.

Zu den Mitteilungen die über das Kompromis mit der Christlichsozialen Partei im Wahlkreise Wetzlar-Altenkirchen gemacht worden sind, schreibt „Das Volk" in seiner letzten Wochenschau:

Heute wollen wir nur hinzufügen, daß der „Täglichen Rundschau" zufolge der Vorsitzende des Parteitages, Zimmermann, in seinem Jahresberichte erwähnt haben soll, es sei zwischen den Christlichsozialen und der Reformpartei ein Abkommen getroffen worden dahin gehend, daß die Christlichsozialen auf den Wahlkreis Wetzlar-Altenkirchen zu gunsten der Reformpartei verzichten, während letztere sich dafür verpflichtet, die ihr gehörigen Stimmen im Wahlkreise Siegen Herrn Hofprediger Dr. Stöcker zukommen zu lassen. Wir können hierzu nur bemerken, daß uns von einem derartigen Abkommen bisher nichts bekannt geworden ist, und daß wir auch nicht glauben können, daß ein solches von unsrer Parteileitung abgeschlossen worden ist. Wir haben unserm Parteisekretariat sofort Mitteilung von dem Bericht der „Rundschau" gemacht und hoffen, daß von da aus bald eine Richtigstellung erfolgen wird.

Nach unsrer Kenntnis der Dinge liegt die Sache so: Herr O. Hirschel (Offenbach, Main) hatte sich vor Jahr und Tag schriftlich zur Unterstützung eines christlichsozialen Kandidaten in jenem Kreise bereit erklärt (Vergl. Nr. 662 und 663); dieses Abkommen erhielt aber nicht die Billigung des Herrn Giese, der vielmehr eine reformerische Sonderkandidatur im Wahlkreise des Hofpredigers Dr. Stoecker in Aussicht stellte, wenn man an einer christlichsozialen Kandidatur in Wetzlar festhielte. Die endgiltige Antwort der Christlichsozialen wird erst auf dem Parteitage in Siegen erfolgen.

Die Wahltaktik, die Herr Zimmermann diesmal in Eisenach empfohlen hat, findet durchaus unsre Billigung. Der Inhalt seiner Ausführungen entspricht vollkommen dem, was als „Liebermannsche Taktik" vor der Magdeburger Trennung den schärfsten Angriffen von seiten des damaligen linken Parteiflügels ausgesetzt war. Daß Herr Z. jetzt schon ein freundliches Wort für den Bund der Landwirte hat, der noch vor einem Jahre in der „Wacht" (Meseritz-Bomst) aufs schärfste bekämpft wurde, macht seiner Klugheit und Voraussicht alle Ehre.

Im Gegensatze dazu standen die Ausführungen des Herrn W. Bruhn. Im freisinnigen Bürger-Verein „Waldeck" zu Berlin hatte jemand in einem Vortrage gesagt, die Reformer hätten sich in Eisenach dem Bunde der Landwirte für die nächsten Wahlen zur Verfügung gestellt. Die „Staatsb.-Ztg." legt dagegen Verwahrung ein und erklärt, ihr Verleger, Herr W. Bruhn, habe bei der Besprechung der Ausführungen Herrn Zimmermanns über „den Aufmarsch der Parteien" folgendes gesagt:

„Der Bund der Landwirte hat sich bis jetzt sehr schlecht als Bundesgenosse der Reformpartei bewährt. Der Bund ist nichts anders als eine Avantgarde der Konservativen und wird deshalb die Interessen dieser Partei stets in erster Linie zu fördern suchen. Bei den kommenden Wahlen mit dem Bunde der Landwirte ein Kompromis eingehn, müßte für unsre Partei ganz besonders nachteilig werden. Gegenwärtig hat der Bund durch sein starres Festhalten an seinen weitgehenden Forderungen in Bezug auf den Zolltarif die breite Masse des Volkes deartig gegen sich eingenommen, daß ein Zusammengehn mit dem Bund uns in vielen Bezirken mehr Nachteile als Vorteile bringen würde. Die Reformpartei muß sich unter allen Umständen ihre Selbständigkeit wahren. In denjenigen Kreisen, in denen die Konservativen und der Bund irgendwelche Aussicht haben, selbst das Mandat erringen zu können, werden sie wenig nach uns fragen. Wir müssen deshalb bei den nächsten Wahlen sowohl nach rechts wie nach links rücksichtslos vorgehn, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben."

Diese in der „Staatsb. Ztg." durch besondern Druck hervorgehobnen Sätze enthalten insofern eine Abschwächung, als in ihnen die Schlagworte „junkerlicher Charakter" und „Rittmeisterismus" fehlen, die Herr Bruhn mit Bezug auf den Bund ebenfalls gebrauchte.

Die Mitteilung Herrn Zimmermanns, daß außer über Dresden im Königreich Sachsen überhaupt noch keine Wahlabmachungen mit den andern Parteien getroffen seien, bestätigt lediglich das, was wir vor einiger Zeit über das angeblich fertige Wahlbündnis der nationalen Parteien im Königreich Sachsen schrieben. Die „Deutsche Zeitung" stimmte damals bereits einen Jubelhymnus über dies „Deutschkartell" an und wird nun wohl einsehn, daß ihre Freude verfrüht war.

Alles in allem sind wir von den Ergebnissen der Eisenacher Tagung auch befriedigt.

Die Buren-Generale

werden der Reichshauptstadt ihren Besuch nunmehr sicher in den ersten Oktobertagen abstatten. Die für ihren Empfang geplanten Maßnahmen bleiben in allen Hauptsachen unverändert dieselben, wie wir sie in der vorigen Nummer angekündigt hatten.

Das böse Gewissen unsrer regierenden Kreise über die famose „Neutralität" während des afrikanischen Krieges, und die schier ans Unglaubliche grenzende Unfähigkeit und Taktlosigkeit der offiziösen Presse haben inzwischen Preßblüten gezeitigt, ob deren man sich schämen muß, ein Deutscher zu sein. Sowohl in der Wetterfahne am Rhein als in einer öfter als offiziöses Sprachrohr benutzten Münchner Zeitung ertönten Unkenlaute, die davor warnten, die Anwesenheit der Burenführer etwa zu englandfeindlichen Demonstrationen zu benutzen. Die Regierung werde das nicht dulden und wenn nötig, sogar zu sehr energischen Maßnahmen greifen, die die Burenfreunde sich dann selbst zuzuschreiben hätten.

Alberne Drohungen! Will man sich etwa von England ein Stück in Sumpfküste Afrika (etwa gegen Verzicht auf Samoa) eintauschen und die deutschen Burenfreunde dorthin deportieren? Aber die Herren können ganz ruhig sein. Die Generale kommen

nach Deutschland, um dem Deutschen Volke, beileibe nicht der Regierung, zu danken für das, was das Deutsche Volk zur Linderung der Kriegsnot gethan hat, und sie kommen, um zu bitten, daß man bei uns das Liebeswerk noch nicht als beendet ansehn möge. — Sie werden dabei keinen Fehltritt thun.

Daß die Veranstaltungen zum Empfange der Generale nur von den Männern ausgehn konnten, die während des Krieges ihre Burensympathie offen bethätigt haben, versteht sich doch von selbst. Graf Bülow, Herr von Richthofen, die Hofmarschälle, die Goldminen-Aktionäre an der Berliner Börse und wer sonst noch während des Krieges auf Englands Seite gestanden hat, konnten das Empfangskomitee doch nicht stellen. Aber es heißt doch bei uns Burenfreunden den gesunden Menschenverstand bezweifeln, wenn man uns zutraut, daß wir nicht die veränderten Verhältnisse begreifen, die jetzt nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges eingetreten sind. Wir wollen unsern Freunden, die leider englische Unterthanen geworden sind, helfen, aber nicht sie schädigen. Vielleicht interessiert es die offiziösen Unken zu erfahren, daß grade das Mitglied des Burenhilfs-Ausschusses, dessen burenfreundliche Stellung am schärfsten öffentlichen Ausdruck gefunden hat, nämlich der Abgeordnete v. Liebermann, in der Sitzung des Empfangs-Ausschusses zuerst betont hat, es müsse jetzt alles vermieden werden, was die zu erwartenden Gäste in eine schiefe Stellung zur englischen Regierung brächte. Sein Vorschlag, bei allen geplanten Veranstaltungen das Wort England überhaupt zu vermeiden, fand allgemeine Zustimmung.

Aber das wird doch wohl noch in Deutschland gestattet sein, daß man die Burengenerale als Helden feiert und etwa ebenso wie es in Amsterdam, Antwerpen und Brüssel geschehn ist, die Burenhymne singt. So kindisch, darin etwa eine Herausforderung zu finden, wird man in England nicht sein. Unsern Offiziösen ist es freilich zuzutrauen, daß sie etwa den Gesang des Verses: „Und nehmen sie uns den Leib, Gut Ehre, Kind und Weib, laß fahren dahin, sie habens kein Gewinn, das Reich muß uns doch bleiben", als eine englandfreundliche Demonstration aufsprechen.

Partei-Nachrichten.

Die angebliche Fleischnot beleuchtet der Bund der Landwirte in einer ausführlichen Veröffentlichung, die wir unsern Lesern mit der vorigen Nummer zukommen ließen. Soweit der Vorrat reicht, geben wir von dem Flugblatte gegen Erstattung der Postgebühren an unsre Freunde jede Anzahl kostenfrei ab; bis zu 10 Stück kosten 5 Pf. Porto, 11 bis 30 Stück 10 Pf., 31 bis 60 Stück 20 Pf., 61 bis 120 Stück 30 Pf. und über 120 Stück 50 Pf. Porto. (Auf ein Postpacket gehn 500 Stück).

Gleichzeitig empfehlen wir unser Flugblatt Nr. 44, das in handlicher Form (auf vier Oktavseiten) die Reichstagsreden des Abg. von Liebermann zur Fleisch-Einfuhr-Frage enthält. 25 Stück kosten franko 30 Pf.; 100 Stück 80 Pf.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel und Leipzig haben solche bereits stattgefunden.

Die für den Monat August in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist auf Sonntag, den 5. Oktober, verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bis längstens den 30. September bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Für das Herzogtum Braunschweig und die benachbarten preußischen Kreise findet am 28. September, nachmittags 3 Uhr, im Marmorsaale des „Wilhelmsgarten" zu Braunschweig eine allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Ueberblick über den Stand unsrer Bewegung im Herzogtum Braunschweig. (Parteisekretär Fr. Kemper)
3. Welche Aufgaben haben die Landes-Verbände unsrer Partei zu erfüllen und wie soll ihre Organisation beschaffen sein? (Abg. Raab)
4. Beratung über die Umgestaltung unsers Vereins in einen Parteiverband für die Gebiete zwischen Elbe und Weser. Festlegung der Satzungen. Wahl des Vorstandes. Die Werbearbeit im neuen Verbandsgebiet.
5. Die nächsten Reichstagswahlen und unsre Stellung zu den übrigen politischen Parteien. (Abg. Liebermann von Sonnenberg)
6. Antrag betr. Schaffung einer Zentral-Organisation der Gesamtpartei.
7. Verschiednes.

Abends 8 Uhr ist Festkneipe mit Damen.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Deutschsozialen Vereins zu Braunschweig, Friedrich-Wilhelmstr. 9.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Braunschweig. Infolge der Eröffnung eines neuen Warenhauses in der Friedrich-Wilhelmstraße wird der Deutschsoziale Verein am 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Wilhelmsgartens" eine Protest-Versammlung gegen das Warenhaus-Unwesen veranstalten.

Nachruf. Schon wieder müssen wir den Tod eines eifrigen Parteigenossen und langjährigen Mitarbeiters unsrer Wochenschrift melden. Wie uns erst jetzt mitgeteilt wird, verstarb vor zwei Wochen der Regierungsrat Eduard Tobisch, k. k. Ober-Inspektor zu Wien, der unsre Leser seit Jahren in kürzern und längern Artikeln über die für uns Reichsdeutsche wissenswerten politischen Vorkommnisse in Oesterreich auf dem Laufenden hielt. Der Verstorbne that das ohne alle Parteileidenschaft, von der hohen Warte des gereiften Mannes aus, der sich nicht an dem kleinlichen Parteigetriebe beteiligt und deshalb imstande ist, ohne Voreingenommenheit sein Urteil abzugeben. Selten war dies ein irriges, und deshalb werden wir die scharfsinnigen Ausführungen des Toten sehr vermissen. Ehre seinem Andenken!

Zur Belebung der Werbe-Arbeit sind wir bereit, gegen Ersatz des Portos an jede uns aufgegebne Adresse je eine Nummer unsers Blattes nebst eingelegtem Flugblatte kostenfrei zu senden.

Die Wahl des Flugblattes steht den Herren Auftraggebern frei.

Das Porto beträgt für jede Sendung 3 Pf.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8 1/2 Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;
in Nordhausen am 26. in den „Drei Linden“;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Jüdische Einbrecher. In der Umgegend von Stanislau (Galizien) hauste eine jüdische Einbrecherbande, deren Haupt der Hersch Talesmann war. Die Bande verübte einige ungemein freche Einbruchsdiebstähle. Bei dem Kaufmann Krauthammer in Stanislau stiegen sie z. B. nachts durchs Fenster und stahlen eine feuerfeste Kasse, die sie ebenfalls durchs Fenster und so geräuschlos und geschickt hinaustrugen, daß die im Nebenzimmer schlafende Familie nichts hörte. In der Kasse befanden sich 900 000 Kronen. Dem Getreidehändler Goldstein in Czortkow zogen sie nachts unter dem Kopfkissen die Hose heraus, in der sie 1600 Kronen erbeuteten. Talesman erhielt sechs Jahre Zuchthaus, während die übrigen Angeklagten wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden mußten.

Ueber vier Millionen Kronen unterschlagen hat der Bankbeamte Edmund Jellinek bei der Wiener Länderbank. Die Veruntreuungen sind im Laufe einer Reihe von Jahren begangen und wurden nur zufällig bei einer Beratung der Direktoren entdeckt. Man wollte wissen, welches Guthaben die Bank bei dem Giro- und Kassenverein habe, und da der Kassendirektor Jellinek zufällig abwesend war, mußte der Oberbuchhalter Auskunft geben. Dieser machte natürlich die Summe namhaft, die thatsächlich verbucht war, nämlich vier Millionen Kronen. Nun werden aber die beim Kassenverein hinterlegten Gelder nicht verzinst, so daß dieser hohe Betrag unwahrscheinlich erschien; in Wirklichkeit ergab die sofortige Nachfrage nur ein Guthaben von kaum einer Million Kronen. Als man den inzwischen zurückgekehrten Jellinek um Aufklärung angehn wollte, war er verschwunden und ist bis heute noch nicht wieder aufgefunden. Jellinek selbst hatte mit Hilfe seines Rassegenossen Adolf Pollak in Hietzing ein Elektromobilwerk gegründet, das von einem Teil der unterschlagnen Summen unterhalten wurde. Das Werk beschäftigte 30 Beamte und 175 Arbeiter, die durch die amtliche Schließung der Fabrik nunmehr brotlos sind. Pollak wurde verhaftet. Ein andres Unternehmen war die Torfpapierfabrik in Frauenberg bei Admont.

Den Beamten aller größern Banken ist es streng untersagt, Börsengeschäfte zu machen. In Wien verbieten die Börsensatzungen sogar allen Firmen, für Bankbeamte Geschäfte zu besorgen. Und doch konnte Jellinek Häuser finden, die seine Spekulations-Aufträge ausführten. Das beweist, daß alle solche Abmachungen und „Verbote“ nur auf dem Papier stehn und von den Börsenmatadoren lediglich „erlassen“ sind, um dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Merkwürdig muß übrigens auch die Kontrolle bei der Länderbank beschaffen sein, wenn jahrelang solche Riesen-Unterschlagungen unentdeckt bleiben konnten.

Briefkasten.

Cl. **Mannheim.** Frdl. Dank!
Lzg. 2. Wird dankend benutzt. D. Gr.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Victoria-Zwieback

ist der feinste Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beklebt 3,50 Mark) franko ohne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Heinrich Heine, der Schmutzfink im deutschen Dichterwalde.

Von Dr. A. König.
Preis 25 Pfg.
10 Stück 2 Mk. — 100 Stück 15 Mk.
Eine aufklärende Schrift über den wahren Wert Heines als Dichter, Mensch und Patriot.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Winke für deutsche Kaufleute, die im Ausland

Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von Dr. Winterstein in Cassel, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock
Ausschank
Böhmisch, Lichterhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Die Geburt eines **kräftigen Knabens** zeigen hocherfreut an
Herne, am 18. September 1902.

Otto Rochol und Frau

Agathe, geb. Vierhaus.

Der Blutmord in Konitz.
Mit vielen Bildern und einem Vorwort des Abg. Liebermann von Sonnenberg.
12. Auflage. — Preis 60 Pfg.

Das Blutgeheimnis.
Politischer Bilderbogen Nr. 13.
— Preis 30 Pfg. —

Zur Blutopfer-Frage
oder
Was hat Herr Strack bewiesen?
— Preis 1 Mark. —

Deutschnationale Buchhandlung u. Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Möbel-Fabrik und Handlung

des Tischlermstr. **Wilh. Hamann,**
Berlin N., Schönhauser Allee 42
empfiehlt ganze Aussteuern und einzelne Stücke in allen Holzarten zu billigen Preisen.
+ Musterbuch. +++ Aufstellungen. +++ Versand frachtfrei. +





Nähmaschinen

für Familiengebrauch und Gewerbe.
Beites Braunschweiger Fabrikat
liefert zu billigsten Preisen
Chr. Esdorn,
Braunschweig.
Preislisten gratis und frei.

Bad Kissingen. Logierhaus Renner,

Schönborn-Straße 24,
148 jenseits der Saale,
empfiehlt schön frei gelegne Wohnungen zu billigen Preisen.
Großer Garten.

Düren webt seit 600 Jahren die besten Herrenstoffe.
Stoffproben sendet direkt und frei das
Tuchhaus Boeykes i. Düren 1 (Rhld)

Ansichtskarten

des In- u. Auslands tauscht
Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung".
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Bad Pyrmont.

Richters Pension.
Besuchteste christl. Kurpension.
Beste Empfehlungen.

Die Juden und der Deutsche Staat.
12. Aufl. — 142 Seiten.
Von H. Naudh.
Preis 1 Mark.
Deutschnation. Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 2. Oktober 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 73.

Monats-Spruch.

Ihre Religion, von Hause aus mit ihrem Staate verschmolzen und Eins, ist keineswegs die Hauptsache, vielmehr nur das Band, welches sie zusammenhält, der point de ralliement, und das Feldgeschrei, daran sie sich erkennen. Dies zeigt sich auch daran, daß sogar der getaufte Jude keineswegs, wie doch sonst alle Apostaten, den Haß und Abscheu der übrigen auf sich ladet, vielmehr in der Regel nicht aufhört, Freund und Genosse derselben zu sein, und sie als seine wahren Landsleute zu betrachten. Sogar kann bei dem regelmäßigen und feierlichen Gebete der Juden, zu welchem zehn vereint sein müssen, wenn einer mangelt, ein getaufter Jude dafür eintreten, jedoch kein andrer Christ.

Schopenhauer, Parerga 2, § 133

Kaiser Wilhelm empfängt die Buren-Generale,

die um eine Audienz bei ihm nachgesucht haben. Das ist die neuste Ueberraschung, die uns das Wolffsche Telegraphen-Büro vor einigen Tagen gebracht und die offiziöse Presse bestätigt hat. Nach der von höchster Stelle herab befohlnen Haltung der Reichsregierung während des Burenkrieges war die gegenwärtig eingetretne Wendung so ziemlich das Unwahrscheinlichste was erwartet werden konnte.

Aber wenn man bedenkt, daß Kaiser Wilhelm nach seinem warmherzigen und sehr deutlichen Glückwunsch-Telegramme an den Präsidenten Krüger zur raschen Niederwerfung des Jamesonschen Ueberfalles, in der Lage war, den moralisch verantwortlichen Anstifter jenes Rittes, den Herrn Cecil Rhodes mit Auszeichnung zu empfangen, so ist schließlich auch diese neuste Wendung begreiflich. Wir gestehn gern zu, sie nicht vorausgesehn zu haben. Aber unsre Pläne betreffs des Buren-Empfanges in Berlin werden dadurch nicht sonderlich verändert. Wahrhaft spaßhaft aber ist die Wirkung, die der plötzliche kaiserliche Entschluß auf die offiziöse Presse und die hinter ihnen stehenden amtlichen Stellen ausgeübt hat.

Man hatte von dort bekanntlich seit Wochen, und wie es schien auf direkte Einwirkung aus Norderney nach Möglichkeit versucht, den in Aussicht stehenden Burenbesuch zu hintertreiben. Man hatte sogar recht deutlich mit Ausweisung und weniger deutlich auch mit Maßregeln gegen die Burenfreunde gedroht, wenn sie es wagen sollten, hier Veranstaltungen zu unternehmen, die man in England unangenehm empfinden könnte. — Und nun hat sich der Kaiser selbst zu einem Schritte entschlossen, der in England sehr ungnädig aufgenommen wird. Schreiben doch die „Times“, weder der Kaiser, noch die Burenführer könnten die Wirkung übersehn, die eine solche Handlung natürlich und unvermeidlich auf die öffentliche Meinung in Großbrittanien haben, und welchen Eindruck sie in Südafrika machen müsse. Kaiser Wilhelm habe kürzlich durch viele Zeichen erkennen lassen, daß er den „gerechten Unwillen“, der in Großbritannien durch das englandfeindliche Verhalten der deutschen Presse hervorgerufen sei, zu beschwichtigen wünsche. Es sei kaum glaublich, daß er an einen Schritt denke, der im ganzen britischen Reiche tiefen Unwillen erregen und die bittern Gefühle noch verschärfen und forterhalten müsse, die er zu mildern bestrebt sei. Die „Times“ sagen, für den Fall, daß die Burengeneräle eine solche Audienz erhalten würden:

„Wir würden gezwungen sein, unsre Ansichten über die persönliche Freundschaft des Kaisers zu uns, sowie unser Urteil über die Loyalität und Ehrlichkeit der Burenführer einer Revision zu unterziehn.“

Das ist wahrhaft zwerchfellerschütternd komisch.

Der Deutsche Kaiser soll seine Handlungen nur ja so einrichten, wie es den Engländern gut scheint, sonst — wird man dort die Ansichten über die persönliche Freundschaft des Kaisers zu England einer Revision unterziehn!

Wir freuen uns aufrichtig, daß diese englische Unverschämtheit so unverhüllt zu Tage getreten ist. Sie könnte „psychologisch“ den Anstoß dazu geben, daß bei uns in den obern Regionen die Ansichten über England revidiert werden und dadurch wieder eine Uebereinstimmung zwischen Volk und Krone herbeigeführt wird, die wir sehnlichst wünschen.

Ob die Burenführer eine erhebliche Förderung ihrer Ziele und Zwecke durch den Empfang beim Deutschen Kaiser erfahren werden, können wir noch nicht beurteilen. — Was sie wollen, ergiebt folgender Aufruf, den die Generale Louis Botha, J. H. Delarey und C. R. Dewet von Amsterdam aus an alle gebildeten Nationen richten:

„Es wird der ganzen Welt noch frisch im Gedächtnis sein, wie die Buren nach einem über zweiundeinhalb Jahr andauernden Krieg für ihre Unabhängigkeit endlich gezwungen wurden, durch Vermittlung ihrer Abgeordneten die ihnen von der englischen Regierung Seiner Majestät des Königs Eduard des Siebenten vorgelegten Friedensbedingungen zu Vereeniging anzunehmen.

Gleichzeitig wurden wir von den Abgeordneten beauftragt, uns nach England zu begeben, zu dem Zwecke, an erster Stelle unsre neue Regierung um Milderung des ungeheuren Elends zu ersuchen, das weit und breit in allen neuen Kolonien herrscht. Gelänge dies nicht, so sollten wir an die Humanität der gebildeten Welt appellieren und um mildthätige Unterstützung bitten.

Bis jetzt sind aber unsre Versuche bei der englischen Regierung fehlgeschlagen, und da die Not unbeschreiblich groß ist, so bleibt uns nichts übrig, als uns an alle Nationen von Europa und Amerika zu wenden.

In den gefahrvollen Tagen, die wir durchzukämpfen hatten, war es für uns und die Unsrigen ein wonniges Gefühl, als wir fortwährend Beweise der Sympathie aus allen Teilen der Welt empfingen.

Die aus allen Weltteilen zugeströmten pekuniären und sonstigen Unterstützungen für unsre Frauen und Kinder in den Konzentrations-Lagern, sowie für die Gefangnen in allen Erdteilen haben viel dazu beigetragen, das harte Schicksal dieser armen Unglücklichen zu erleichtern, und wir ergreifen diese Gelegenheit, im Namen des Volkes beider frühern Republiken unsern innigen Dank abzustatten allen denen, die uns früher mildthätig unterstützt haben.

Das kleine Burenvolk kann niemals die Hilfe vergessen, die man ihm in den trüben Stunden seiner Versuchung geleistet hat.

Das Volk beider Republiken hatte alles aufgeboten für seine Unabhängigkeit, und jetzt, nach vollendetem Kampfe, steht es vollständig ruiniert da!

Obgleich wir nicht in der Lage waren, genaue Angaben der in beiden Republiken angerichteten Verheerung zusammenzustellen, so sind wir doch infolge unsrer persönlichen Sachkenntnis überzeugt, daß wenigstens dreißigtausend Häuser in den Wohnstätten der Buren und außerdem eine beträchtliche Anzahl Dörfer von den Engländern während des Krieges verbrannt oder vollständig zerstört sind.

Unsre Wohnungen samt dem Mobilar sind eingeäschert oder zerschmettert, unsre Fruchtbäume gefällt und zerstört, alle Landbaugeräte zerstückelt, Mühlen vernichtet, jedwedes Tier entführt oder getötet und uns — blieb leider nichts übrig! Das Land ist eine Wüste! Der Krieg hat auch viele Schlachtopfer gefordert, und das Land wiederhallt von den Wehklagen der Wittwen und Waisen!

Ueberdies brauchen wir nicht daran zu erinnern, was in Zukunft für die Erziehung der Kinder erforderlich sein wird.

In dieser bedrängten Not wenden wir uns an die ganze zivilisierte Welt mit der Bitte, durch mildthätige Beiträge unsern Wittwen und Waisen, unsern Verstümmelten und andern Hilfsbedürftigen zu helfen und unsern Kindern gehörigen Unterricht angedeihn zu lassen.

Wir weisen auf die schrecklichen Folgen des Krieges hin, um die ganze Welt von unsern großen Bedürfnissen in Kenntnis zu setzen und keineswegs, um die Gemüter aufs neue zu erschüttern. Das Schwert ruht jetzt in der Scheide, und alle Differenzen schweigen angesichts solch ungeheuren Elends.

Der durch den Krieg verursachte Schaden ist unbeschreiblich groß, so daß die kleine Summe, die England den Friedensbedingungen gemäß verabreichen wird, selbst wenn sie verzehnfacht wäre, durchaus unzulänglich sein wird, um auch nur die Kriegsverluste zu decken.

Die Wittwen und Waisen, die Verstümmelten, die Hilfsbedürftigen und unsre Kinder, zu deren gunsten wir ausschließlich diesen Aufruf ergehn lassen, werden also davon sehr wenig und in den meisten Fällen nichts genießen.

Alle Beiträge werden in eine Kasse eingezahlt werden, „Het Generale Boeren-Hulp-Fonds" genannt, und dieser Fonds wird ausschließlich zur sofortigen und zukünftigen Bestreitung der Bedürfnisse der Personen angewendet werden, für die die Beiträge eingesammelt werden.

Wir bitten freundlichst um ein inniges gemeinschaftliches Vorgehn der bestehenden Ausschüsse in den verschiednen Ländern von Europa und Amerika und stehn im Begriff, diese Länder der Reihe nach zu besuchen, um eine entsprechende Organisation zu veranstalten und zu fördern." —

Natürlich hat dieser Aufruf die Engländer stark verschnupft. Mit Ausnahme einiger einflußlosen radikalen Blätter ergeht sich die brittische Presse einstimmig in „Entrüstung" über die Burengenerale, die durch ihre That „eine überlegte Beleidigung Englands" begangen haben sollen. Die „Times" erklären sogar, falls die in dem Aufruf angeregte Gründung einer internationalen Organisation zur Sammlung der Gelder ernst gemeint sei, müsse die englische Regierung ihr Verhalten gegen die Leiter dieser Organisation einer erneuten Erwägung unterziehn und sie gegebnenfalls aus dem brittischen Gebiet verbannen! Diese Empfindlichkeit beweist nur, daß John Bull in Bezug auf Südafrika kein gutes Gewissen hat. Wenn die Burengenerale wirklich den Zweck verfolgten, eine feindliche Agitation gegen England zu entfachen, so hätten sie ganz anders reden und auftreten können. So aber ist ihr Aufruf in durchaus maßvoller, nur den Wohlthätigkeitszweck im Auge haltender Weise abgefaßt, und daß sie den Aufruf überhaupt ergehn ließen, haben die Engländer sich selbst zuzuschreiben. Hätte die englische Regierung dem Ansuchen der Buren nach weiterer finanzieller Unterstützung stattgegeben, so hätten die Generale nicht nötig gehabt, anderweitige Hilfe für ihre schwer bedrängten Landsleute in Anspruch zu nehmen. —

Sehr beachtenswert erscheint der Gedanke einer internationalen Buren-Hypotheken-Hilfsbank, der von der „Deutschen Wochenzeitung in den Niederlanden" angeregt wird. Die Bank soll auf Aktien zu je hundert Mark gegründet und die einzelnen Aktien noch in Unterteile zerlegt werden, um dadurch den breiten Volksmassen zugänglich gemacht werden zu können. Sicher ist nach Ansicht aller Kenner Transvaals die Kapitals-Anlage jedenfalls. Und ertragreich wird sie auch sein. Denn wenn auch die Buren bisher, wo sie es nicht nötig hatten, um eine rationelle Landwirtschaft sich wenig kümmerten und bei dem Zufriedenheitswort: „Der liebe Gott gabs uns im Schlaf" schier mitleidig herabsahn auf den holländischen und deutschen Bauer, der im Schweiße seines Angesichts sein Stück Brot durch rastlose Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens verdient, so wird sich das jetzt in der schweren Not der Zeit völlig ändern. Erfahrne Buren wie Snijmann, van der Walt, Steenkamp und Wessels haben erklärt, daß, falls dem Bur die Mittel zur Bewirtschaftung seiner Ländereien zur Verfügung gestellt würden, er im Zeitraume von sechs Jahren schon den durch den Krieg erlittnen Schaden werde wieder ausgleichen können.

Von englischer Seite, so meint die oben erwähnte Amsterdamer Wochenschrift, könne der segensreichen Thätigkeit einer solchen Bank doch wohl nichts in den Weg gelegt werden; das Blatt macht dann folgende Einzelvorschläge:

„Niederland allein kann ein solches riesenhaftes Unternehmen nicht ins Leben rufen. Die hundert Millionen und vielleicht noch mehr, sind trotz aller Burenfreundlichkeit nicht gut aufzubringen. Und dann muß auch noch ins Auge gefaßt werden, daß die untergeordneten englischen Verwaltungs-Organe in Südafrika sich hie und da wohl erlauben würden, einem rein niederländischen Unternehmen einen kleinen Denkzettel als Quittung für die englandfeindliche Haltung der Niederlande während des Krieges anzuhängen.

Gegenüber einer internationalen Bank würden sich solche Plagegeister ähnliche Freiheiten sicherlich nicht herausnehmen, denn die Klagen des ‚kleinen Mannes', der seine sauer ersparten Pfennige der Internationalen Buren-Hypothek- und Hilfsbank anvertraut hat, würden bestimmt zu den Ohren des Zaren, des Deutschen Kaisers, des Präsidenten der französischen Republik und jenes der Vereinigten Staaten von Amerika, der Königin der Niederlande und andrer Herrscher dringen, und gemeinschaftliche Vorstellungen dieser Landesoberhäupter würden nicht ungehört von einem, sonst häufig an Taubheit leidenden englischen Ministerium verhallen. Handelt es sich in diesem Falle doch nicht um Gefühls-, sondern um Geldangelegenheiten.

Niederland, das die innigsten Beziehungen zu den Buren unterhält, deren Sprache spricht und ihr volles Vertrauen genießt, müßte der Sitz dieser Bank werden.

Es wäre zu wünschen, daß die Burengenerale auf ihrer Reise durch Europa ihre zahlreichen Freunde für diesen Plan begeisterten, denn mit den Almosen, die sie für ihre Landsleute erbitten wollen, ist nichts gethan. Die paar Millionen — hoch berechnet —, die ihnen zufließen werden, zerschmelzen in zu vielen Händen zu nichts.

Zum Schluß noch einen wohlgemeinten Rat. Vorige Woche hat eine Konferenz zwischen den Generalen und einigen Landwirten, beziehungsweise Großkaufleuten in 's-Gravenhage stattgefunden, wobei der Ankauf von Vieh und allerhand dringend benötigten Gerätschaften zu schleuniger Austeilung an die Buren drüben zur Sprache kam. Die betreffenden Lieferungen wären am besten über alle Länder zu verteilen, die sich an den Geldsammlungen für die Buren beteiligen, und zwar im Verhältnis zu den von dorther eingegangnen Geldern. Andernfalls würde England in den Waren- und Viehsendungen ausschließlich aus Niederland eine geschäftliche Transaktion erblicken und von den Liebesgaben Einfuhrzoll erheben. Im vorliegenden Falle könnten erfahrne Einkäufer, unterstützt von ratgebenden Buren, die Einkäufe besorgen und die Sendungen nach Prüfung durch die zuständigen englischen Konsuln abgehn lassen. So könnten auch Burenfreunde in England für das dort gesammelte Geld Waren nach den Zentralen in Südafrika schicken. Die englische Regierung wird wohl davon absehn, solche Schenkungen an ein durch ihre Schuld verarmtes Volk zu besteuern." —

Ob die famosen englischen Staatsmänner vom Schlage der Chamberlain und Genossen nicht doch auf irgendeine Weise durch diesen Plan einen dicken Strich ziehn werden, ist uns noch garnicht so zweifellos, insbesondre deshalb nicht, weil bei einer Vergewaltigung der Bank durch die Engländer an ein energisches Eingreifen seitens der deutschen Regierung kaum zu denken ist — es sei denn, die maßgebenden Großbanken wären an der Sache beteiligt!

Naturrecht und Agrarpolitik.

Lange Zeit stand auf dem Gebiete der sozialen Reform die Arbeiterfrage im Vordergrunde; es wurde ihr so große Bedeutung beigemessen, daß man sie mit der sozialen Frage überhaupt fast identisch hielt, jedenfalls als ihren Kern ansah. Gewisse Umstände machten dies erklärlich. Auf dem Gebiete der Großindustrie hat sich die Krankheit des gesellschaftlichen Körpers viel schneller entwickelt. Die Unhaltbarkeit der hier geschaffnen Zustände ist auch für den oberflächlichen Beobachter viel eher zutage getreten; darum hat auch hier der Rückschlag früher begonnen und rascher um sich gegriffen. Dazu kam, daß die Großindustrie durch ihre zentralisierende Natur den Arbeitern die Organisation erleichterte. So wirkte vieles zusammen was dem Widerstande der Arbeiter schon frühzeitig einen bedrohlichen Charakter verlieh und ihr Auftreten unter Umständen selbst für die staatliche Ordnung gefährlich erscheinen ließ. Die soziale Frage wurde in der That als Arbeiterfrage brennend und wir dürfen uns nicht wundern, wenn die beteiligten Kreise vielfach glaubten, durch Regelung der Arbeiterverhältnisse die gesellschaftliche Ordnung zu erhalten.

Heute stehn die Dinge anders. Im Vordergrunde der Diskussion befindet sich die Agrarreform. Zunächst fühlen es die Grundbesitzer selbst, daß ihre Lage immer mehr gefährdet wird. Obwohl die Reformbewegung unter ihnen noch lange nicht jene Ausdehnung angenommen hat und mit solcher Kraft aufgetreten ist, wie wir es unter den Arbeitern finden, die Träger der Staatsgewalt und überhaupt die leitenden Kreise sehn sich doch schon durch die Haltung der Grundbesitzer und Landwirte gedrängt, der Agrarfrage volle Aufmerksamkeit zu schenken. Sie können auch vor der innern Notwendigkeit der Agrarreform die Augen nicht mehr verschließen. Es wird immer klarer, daß hier eingesetzt werden muß, soll die soziale Reformthätigkeit zum Ziele führen.

Der Grundbesitz ist die tiefste Quelle des materiellen Wohlstandes eines Volkes, der Stand der Grundbesitzer das Fundament des Gesellschaftsbaues. Unnatürliche Verhältnisse auf diesem Boden müssen notgedrungen den fortschreitenden Schaden und endlichen Ruin der ganzen Gesellschaft mit sich bringen; es ist darum an eine Heilung der tiefkranken Gesellschaft so lange nicht zu denken, bis nicht dem Uebel auf den Grund gegangen und seine Wurzel ausgerodet wird. Aber nicht bloß, daß erst eine zweckentsprechende Agrarreform den Erfolg von dergleichen Arbeiten auf den übrigen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens sicherstellt. Man würde sich dadurch auch viel Mühen und Kopfzerbrechen ersparen, weil von der gesunden Wurzel aus die heilende Kraft von selbst in die andern Glieder des Gesellschaftsbaues vordringen müßte.

Dies, wie gesagt, sieht man immer mehr ein. Insbesondre dämmert immer mehr die Ueberzeugung auf, daß ein zahlreicher gesunder Bauernstand der sicherste Schutzdamm gegen die zerstörende Flut des politischen und sozialen Umsturzes ist, und daß darum grade in unsrer Zeit alles aufgeboten werden muß, diesen Damm zu erhalten, auszubessern und noch mehr zu befestigen.

So lassen die Gunst äußerer Umstände und die klar erkannte Notwendigkeit an die, sittliche Ziele und wahre gesellschaftliche Wohlfahrt verfolgenden Sozialpolitiker die dringende Einladung ergehn, der Agrarfrage in ihrem ganzen Umfange die erste Aufmerksamkeit zu schenken. Ihnen steht ja die geistige Führung der ganzen Reformbewegung zu: Sie sollen diese Bewegung auch unter den Grundbesitzern selbst immer mehr beleben und in die richtige Bahnen lenken, sie sollen dadurch die Träger der Staatsgewalt zu entscheidender Schritten drängen und auch ihnen den Weg vorzeichnen, den die Reform auf dem Gebiete der Gesetzgebung einschlagen muß.

Zwei Aufgaben fallen der Agrarreform, wie der sozialen Reform überhaupt, zu: gute Gesetze zu schaffen und gute Rechtsgewohnheiten zu begründen.

Das Gesetz allein, ohne daß es durch die Gewohnheit in den Geist des Volkes übergeht, ist eine dürre Formel, unfähig, dem sozialen Organimus Leben einzuhauchen. Die Gewohnheit wieder ohne das Gesetz entbehrt nur zu häufig des Schutzes der öffentlichen Gewalt, und gar nicht selten unternimmt es grade diese durch widersprechende Gesetze, eine gute Rechtsgewohnheit zu untergraben. Bei natürlicher Entwicklung des Staatswesens geht für gewöhnlich die Gewohnheit voraus und findet erst im Gesetze ihren formellen Ausdruck und öffentlichen Schutz. Wo es sich aber um Wiederherstellung gesunder Verhältnisse handelt, zumal bei sehr fortgeschrittnem Staatswesen, wird dem Gesetze der Vortritt gebüren. Aufgabe des Staatsmannes ist es, durch gute Gesetze die Schaffung neuer Rechtsgewohnheiten möglichst zu unterstützen. Das Ziel ist übrigens beiderseits das gleiche.

Die Reform hat vor allem ein neues, gesundes Recht zur Herrschaft zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, den richtigen Weg dorthin zu finden, kommt alles darauf an, daß man den Ausgangspunkt, der zugleich den Wegweiser trägt, nicht verfehle. Man mag diesen Ausgangspunkt den Grundmauern vergleichen, auf die der Bau der sozialen Reform zu begründen ist; man mag den Wegweiser als das Licht betrachten, das uns den Weg zum Ziele beleuchtet: es ist damit immer dasselbe gesagt. Nur hierin liegt die sichere Garantie für das Gelingen der Reformthätigkeit.

Selbstverständlich kehrt die Frage nach diesem Licht und Wegweiser auf allen Gebieten der sozialen Reform wieder; da aber der Agrarreform grundlegende Bedeutung zukommt, so ist diese Frage grade hier von noch größerm Belang. Dieses Fundament, dieser Wegweiser, dieses Licht ist das Naturrecht.

Die Agrarreform hat, sei es nun im Wege der Gesetzgebung, sei es durch die Begründung eines Gewohnheitsrechtes auf einem zweifachen Gebiete neues Recht zu schaffen:

1. Hinsichtlich des Grund und Bodens, und
2. hinsichtlich jener Menschen, die mit dem Grund und Boden als ihrem eigentlichen Wirtschafts-Objekte verbunden sind.

Die erste Frage, die uns hier begegnet, lautet: Was ist das Naturrecht? Wie das Recht überhaupt, so wird auch das Naturrecht im subjektiven und objektiven Sinne genommen. Subjektiv ist das Recht die sittliche Befugnis etwas zu thun oder zu lassen. Ihm entspricht auf andrer Seite die Pflicht, die Rechtsbefugnis nicht zu verletzen, sondern vielmehr sie praktisch anzuerkennen. Im objektiven Sinne ist das Recht jene Norm, durch den die Rechtsbefugnis begründet ist. Das objektive Recht ist darum nichts andres, als der Inhalt des Gesetzes im weitesten Sinn genommen. Das Naturrecht, objektiv genommen (nur in diesem Sinne ist hier davon die Rede), ist demnach nichts andres als der Inhalt des Naturgesetzes oder der Inbegriff jener Normen, die im Naturgesetz enthalten sind. Das Naturgesetz hinwieder ist, wie der Name sagt, jenes Gesetz, das uns schon durch die Natur gegeben ist, zu seiner Giltigkeit also nicht einen besondern Ausspruch des Gesetzgebers oder eine rechtskräftige Gewohnheit braucht.

Daraus folgt zunächst, daß das Naturgesetz göttliches Gesetz, das Naturrecht göttliches Recht ist, weil von Gott, als dem Urheber der Natur begründet. Sein Inhalt ist durch die Natur und die natürliche Bestimmung des Menschen und der ihn umgebenden Welt gegeben. Es ist darum ein notwendiges, unabänderliches, allgemein und unter allen Umständen giltiges Gesetz, im Unterschied von dem positiven Gesetze, das von der Freiheit des Gesetzgebers abhängt. Dem entspricht auch die Promulgation. Diese erfolgt durch den Bestand der menschlichen Natur selber. Die Natur des Menschen ist nämlich so eingerichtet, daß er die allgemeinen Rechtsgrundsätze, sobald die

Denkthätigkeit beginnt, bereits mit voller Ueberzeugung als Norm des sittlichen Handelns erfaßt; besonders den obersten Grundsatz: das Gute ist zu thun, das Böse zu meiden. Ebenso wie der Mensch auf dem Gebiete des Wahren aus den obersten Denkgesetzen mit Leichtigkeit, ja mit einer gewissen Notwendigkeit die zunächst liegenden Schlüsse zieht, so drängen sich ihm auch auf dem Gebiete des sittlich Guten die nächsten praktischen Folgerungen der obersten Rechtsgrundsätze auf, als deren Anwendung auch seine allgemeinsten Verhältnisse zu Gott, zu sich selbst und zum Mitmenschen. Insofern nun die teils in sich selbst einleuchtenden, teils aus solchen sich unmittelbar ergebenden Rechtsgrundsätze, als Ueberzeugung eines jeden Menschen, fast zugleich mit seiner Denkthätigkeit erwachen, kann man sie ein durch die Natur selbst und darum allgemein verkündetes Gesetz nennen. Was dieses Naturgesetz vorschreibt, ist das Naturrecht.

Diese praktischen Grundsätze sind zwar sehr allgemein, besitzen aber grade deshalb einen großen virtuellen Inhalt bis zum besondern und bis zur Anwendung auf die einzelnen Fälle herab. Dieser Inhalt kann von der menschlichen Vernunft durch die natürliche Denkthätigkeit erschlossen werden. Insoweit die Schlußfolgerung mit Gewißheit vorschreitet, ist auch ihr Ergebnis ein notwendiges und in diesem Sinne auch die aus den Grundsätzen sich ergebenden Folgerungen als ebenso viele Normen des sittlichen Handelns durch die Natur verkündet. Sie gehören zum Naturgesetz und ihr Inhalt zum Naturrecht.

Wir haben bisher das „Recht" in dem weitern Sinne genommen, in dem es sich mit dem Begriff des sittlich Guten deckt. Innerhalb dieses Rahmens nun ist das „Recht" im engern Sinne der Inbegriff jener Normen, durch die die Beziehungen der Menschen zu einander und zur Gesellschaft, die sogenannten sozialen Rechtsverhältnisse geregelt werden. In dieser engern Fassung ist das Naturrecht der Inbegriff jener sozialen Rechtsverhältnisse, die durch die natürliche Vernunft aus dem Naturgesetz als dessen notwendige Folgerungen abgeleitet werden.

Durch die Agrarreform soll nun ein positives Recht geschaffen werden, das die zweckentsprechende Behandlung des Grund und Bodens und die Wohlfahrt des ihn bearbeitenden Standes für die Dauer sicherstellt. Von diesem positiven Rechte nun behaupten wir, es habe sich auf der Grundlage des Naturrechtes zu erheben und seinen Forderungen gerecht zu werden. Dies ist ja überhaupt die Beziehung des Naturrechtes zum positiven Rechte, daß es, als notwendige Voraussetzung, auch bestimmende Norm für dasselbe ist, und zwar in dreifacher Weise: 1. Das positive Gesetz darf nichts enthalten, was einer Vorschrift des Naturrechtes oder dem Naturgesetze widerspricht (ein solcher Inhalt des Gesetzes könnte nur mißbräuchlich „Recht" genannt werden, in Wahrheit wäre er „Unrecht"). — 2. Im Gegenteil, es ist Aufgabe des positiven Rechtes, die klaren Bestimmungen des Naturgesetzes in sich aufzunehmen zu dem Zwecke, um sie den Menschen mit Bestimmtheit vorzuhalten und zugleich mit dem Schutz der äußern Strafgewalt zu umgeben. — 3. Je mehr man bei der Darlegung einzelner Vorschriften aus den Grundsätzen des Naturrechtes zum besondern vorwärts schreitet und zur Anwendung auf einzelne Fälle herabsteigt, umso unsicherer wird die rein logische Schlußfolgerung, weil sich die Verhältnisse mit jedem Schritte verwickelter gestalten und dadurch die Rücksicht auf vielerlei wandelbare Umstände notwendig machen. In solchen Fällen läßt also das Naturrecht für sich allein den Menschen im Stiche, und darum hat hier das positive Recht als Ergänzung des Naturrechtes einzutreten, indem es das ausdrücklich bestimmt, was unter den gegebnen Verhältnissen den Forderungen des Naturrechtes am meisten entspricht.

Was ist also die Natur und was die natürliche Bestimmung von Grund und Boden? Denn was diese Bestimmung und die Natur verlangen, das ist Forderung des Naturrechtes hierüber.

Seiner Natur nach ist der Grund und Boden ein unbewegliches und unvermehrbares, materielles Gut, aus dem die beweglichen materiellen Güter als Ertrag genommen werden. Dies entspricht seiner Bestimmung, die allezeit fließende Quelle für die Ernährung und materielle Ausstattung des Menschengeschlechtes zu sein. Diesem allgemeinsten Zwecke dient der Grund und Boden als unzerstörbares, unbewegliches Gut zwar in jedem Falle; er unterliegt jedoch insoweit der Veränderung, als durch entsprechende Behandlung seine Ertragsfähigkeit gesteigert oder vermindert werden kann. Mit andern Worten: Grund und Boden kann seiner natürlichen Bestimmung mehr oder weniger dienstbar gemacht oder entzogen werden. Mit Rücksicht auf die Fortpflanzung und Vermehrung des menschlichen Geschlechtes ist es eine Forderung des Naturrechtes, daß die Ertragsfähigkeit des Bodens erhalten und in vernünftiger Weise immer mehr gesteigert werde.

Diesem natürlichen Zwecke wird der Grund und Boden nur durch Verbindung mit den Menschen, die ihn bearbeiten und ihm dadurch den Ertrag abgewinnen, gerecht. Die menschliche Arbeit trägt nämlich wesentlich dazu bei, daß der Grund und Boden seiner Bestimmung zugeführt werde. Darum ist es gewiß auch der Natur am meisten entsprechend, daß er grade den ihn Bearbeitenden zur Ernährung und Ausstattung an erster Stelle diene. Mit diesem ersten Anrecht ist zugleich die Aufgabe verbunden, die andern Glieder der menschlichen Gesellschaft mit dem Ertrag des Bodens zu versorgen. Demnach ergeben sich zunächst folgende allgemein giltige Grundsätze des Agrarrechtes:

Die Erde als der Inbegriff des gesamten Grund und Bodens gehört der ganzen Menschheit, jedoch nur in dem Sinne, daß sie durch ihren Ertrag der Ernährung und materiellen Ausstattung der ganzen menschlichen Gesellschaft zu dienen hat. Daß diese allgemeine Bestimmung des Grund und Bodens an den einzelnen Menschen verwirklicht werde, dazu soll jeder mit entsprechender Anspannung seine eignen Kräfte mitwirken. Wem dies möglich gemacht ist, der verliert damit nicht den Anteil an der allgemeinen Bestimmung der Erde; mit andern Worten, im äußersten Notfalle darf er, insoweit es dieser Notfall verlangt, vom Ertrag des Bodens sich aneignen.

Die Vermehrung und die damit verbundne Verzweigung und staatliche Teilung des Menschengeschlechtes führen von selbst zur Austeilung des Bodens. Diese Teilung schreitet auf ganz natürlichem Wege bis zur Begründung des Privateigentums der Familien und Personen fort. Dem ersten Grundsatze, der das Anrecht der ganzen Menschheit auf die ganze Erde bestimmt, stellen wir demnach den zweiten zur Seite: Das Privateigentum an Grund und Boden ist im Naturgesetze begründet. Nicht bloß, daß die natürliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, wie durch die Geschichte bestätigt wird, von selbst zum Privateigentum führt: Sowohl der oben angegebne Zweck des Grund und Bodens, als die natürliche Veranlagung und die Aufgaben der einzelnen Menschen verlangen, daß es Privateigentum an Grund und Boden gebe. Nur die Teilung des Bodens in Privatbesitz ermöglicht jene dauerhafte Verbindung der Familien mit einem ihrer Arbeitskraft entsprechenden Grundbesitz, wodurch erst eine den gesellschaftlichen Interessen entsprechende Nutzbarmachung des Bodens gesichert wird.

Zwischen dem allgemeinen Anrechte der Menschheit auf die Erde und dem Privateigentum einzelner Personen und Familien liegen mannigfache Abstufungen des gemeinsamen Eigentums, die die Vermittlung herstellen zwischen dem im Privateigentum gelegnen Verfügungsrechte einzelner Personen und der allgemein sozialen Bestimmung des Bodens. Daß es neben dem Privateigentum auch Gesamt-Eigentum giebt, ist demnach dem Naturrecht nicht zuwiderlaufend, vielmehr ihm entsprechend.

Wie über die rechtliche Stellung von Grund und Boden, so ergeben sich auch hinsichtlich der seiner Bewirtschaftung dienenden Menschen (vor allem der Grundeigentümer) aus dem Naturrechte feststehende Grundsätze.

Zunächst versteht es sich von selbst, daß die Eigentumsträger, mögen sie nun Kollektiv- oder Einzelpersonen sein, das, was in Bezug auf Grund und Boden recht ist, anzuerkennen und praktisch zu bethätigen verpflichtet sind. Sie dürfen darum ihr Eigentumsrecht nur innerhalb der durch das Naturgesetz

aufgestellten Schranken, das heißt in Unterordnung unter die eigenartige Natur und unter die natürliche Bestimmung von Grund und Boden ausüben. Daraus folgt, daß die Grundeigentümer mit dem Recht der Verfügung über Grund und Boden die Pflicht übernehmen, durch denselben für die Erhaltung und Ausstattung der menschlichen Gesellschaft Sorge zu tragen; mit andern Worten, sie haben einen Beruf, ein Amt; es obliegt ihnen eine Berufspflicht.

Aber nicht bloß zu einer bestimmten, vom Interesse der Gesamtheit vorgeschriebnen Behandlung des Bodens sind die Grundeigentümer verpflichtet, auch ihr gegenseitiges Verhältnis zu einander unterliegt einer naturrechtlichen Regelung. Die Menschheit ist nämlich von Natur aus keineswegs bloß eine Summe von gegenseitig beziehungslosen Personen. Diese sind vielmehr durch natürliche Bande in verschiedne Gruppen miteinander vereinigt. Das allgemeinste Band ist das der Blutsverwandtschaft, das die Mitglieder der Familie zu einer sozialen, moralischen Einheit enge verbindet, in seiner Erweiterung aber das ganze Menschengeschlecht umfaßt. Je weiter dieses Band geschlungen wird, umso lockerer ist selbstverständlich die Verbindung. Da es aber auch in seinem weitesten Umfange die Menschen durch die Gleichheit der Natur und der natürlichen Bestimmung, sowie durch die Einheit der Abstammung verbindet, so ist es immerhin stark genug, um eine ganze Reihe sozialer Pflichten zu begründen. Ein andres Band wird dadurch geschlungen, daß mehre Familien auf einem begrenzten Gebiete wohnen. Dadurch wird in mannigfacher Hinsicht Gleichheit von Interessen erzeugt, die einen engern Anschluß der Beteiligten an einander als ganz natürlich erscheinen lassen. Ein drittes Band ist der Beruf, der dem einen diese, dem andern eine andre Aufgabe für das Wohl der ganzen Gesellschaft zuweist. Die Gleichheit des gesellschaftlichen Berufes drängt von Natur aus zu seiner einheitlichen Verfolgung.

So erwachsen durch die Gleichheit mannigfacher Beziehungen neue dauerhafte Gebilde, im Rahmen der allgemein menschlichen Gesellschaft entstehn neue gesellschaftliche Verbindungen, zu denen sich die Menschen von Natur aus umsomehr gedrängt fühlen, als sich dadurch sowohl für die Gesamtheit als für die Einzelnen neue Vorteile ergeben. Werden die Menschen durch die Gemeinsamkeit eines Zweckes dazu geführt, sich in einer Gesellschaft zu vereinigen, so sind sie selbstverständlich als Gesellschaftsglieder diesem Zwecke untergeordnet. Mit andern Worten, sie sind im Gebrauche ihrer individuellen Freiheit durch die Rücksicht auf den Zweck der Gesellschaft beschränkt.

Was hier im allgemeinen behauptet wurde, hat Giltigkeit im besondern auch von den Grundbesitzern. Durch die Gleichheit ihres Berufes sind sie zur einheitlichen Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe aneinander gekettet, und zwar umso fester, als dieser Beruf sie an den festen Grund und Boden bindet, und umso enger, je näher ihr Grundbesitz aneinander gereiht ist.

Bisher sind wir von Verhältnissen ausgegangen, die schon durch die Natur allein begründet sind. Wenn sich aber die Menschen zur öffentlichen oder staatlichen Gesellschaft vereinigen, so entsteht damit ein ganz neues Gebiet der Zweckbestimmung, das der öffentlichen Wohlfahrt. Denn die öffentliche Wohlfahrt ist das Ziel der staatlichen Gesellschaft und bestimmt somit auch ihre Natur. Hierdurch erlangen Grund und Boden, sowie seine Eigentümer und Bearbeiter eine ganz neue Beziehung, nämlich die zur öffentlichen Wohlfahrt. Diese Beziehung vermittelt uns den obersten Grundsatz des Naturrechtes hierüber, der lautet: Ueber Grund und Boden und seine Eigentümer und Bearbeiter ist in der staatlichen Gesellschaft das recht, was die Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt fordert.

Worin dieses Recht im einzelnen bestehe, wäre nach dem Gesagten im Wege rein logischer Schlußfolgerung zu ermitteln, und das Ergebnis dieser Beweisführung als Bestimmung des Naturrechts anzuerkennen. Grade hier tritt nun aber das ein, was wir oben von der logischen Schlußfolgerung auf dem Gebiete des Naturrechts überhaupt erklärt haben. Je mehr man damit ins Einzelne herabsteigt, je verwickelter die zu regelnden Verhältnisse werden, um so unsicherer schreitet die Schlußfolgerung vorwärts, um so schwieriger ist es, die Bestimmungen des Naturrechts zu erkennen und anzuwenden, um so notwendiger also auch, daß das positive Recht teils erklärend, teils ergänzend ins Mittel trete.

Nun schafft aber grade die öffentliche Wohlfahrt als Zweck der staatlichen Gesellschaft eine ganze Reihe von sozialen Aufgaben und Beziehungen, und zwar ganz besonders für den Grundbesitz, der die feste Unterlage des Staatsgebäudes, die Quelle der materiellen Wohlfahrt und die Heimstätte der sittlichen und bürgerlichen Tugend ist. Die Sicherheit des Staates gegen Feinde von außen und revolutionäre Umtriebe im Innern, die Ernährung und sonstige materielle Ausstattung der Unterthanen, die Erzeugung und Verteilung der materiellen Güter durch Gewerbe und Handel, die Entwicklung des Ständewesens, die beständige Erneuerung der mehr oder weniger immer sich aufzehrenden Volkskraft, die Blüte des sittlichen Lebens — für diese und manche andern Momente der öffentlichen Wohlfahrt ist die rechtliche Behandlung des Grundbesitzes und der Grundeigentümer von maßgebender Bedeutung.

Je mehr so in der öffentlichen Gesellschaft die Bedeutung des Grundbesitzes und der Grundeigentümer steigt, um so notwendiger erscheint es, daß das positive Recht ihnen jene Stellung ausdrücklich anweise, durch die sie in die Lage versetzt sind, ihren großen sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Kommt in solcher Weise das positive Recht dem Naturrecht (besser gesagt, den Menschen gegen die Schwäche ihres Verstandes und die Verkehrtheit ihres Willens) zu Hilfe, so muß doch auch hier das Naturrecht für das positive Recht die leitende Regel bleiben. Das positive Gesetz soll bestimmen, was in Rücksicht der öffentlichen Wohlfahrt vom Naturrecht entweder als notwendig streng verlangt oder doch als nützlich dringend gewünscht wird.

Hierzu nur noch eine aufklärende Bemerkung: Soll die positive Gesetzgebung den Forderungen des Naturrechts entsprechen, so muß sie diese Forderung auch kennen. Wie gelangt sie nun zu dieser Erkenntnis? Zunächst, wie wir schon wiederholt erklärt haben, durch die logische Schlußfolgerung aus feststehenden Grundsätzen. Dabei ist jedoch ein verläßlicher Wegweiser gewiß um so mehr erwünscht, als auf dem Gebiete der Praxis die Konklusion nicht mit jener Notwendigkeit vorwärtsschreitet, wie auf dem Gebiete theoretischer Wahrheit. Ein solcher Wegweiser ist in der That aufgestellt; wir meinen die Geschichte, die Lehrmeisterin der Menschheit.

In der Geschichte finden wir vor allem die obersten Grundsätze und nächsten Folgerungen des Naturrechtes gewissermaßen verkörpert. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß diese Rechtsgrundsätze ebenso wie die allgemeinsten Grundsätze der theoretischen Wahrheit wegen ihrer innern Klarheit sogleich nach dem Erwachen der Denkthätigkeit festgehalten werden. Eben darum finden wir sie unter den Völkern überall und immer. Ausnahmen dienen dazu, die Beweiskraft der Regel zu bestätigen. Was die Völker im allgemeinen, überall und zu jeder Zeit als Recht erklärt haben, muß als eine Forderung des Naturrechts anerkannt werden.

Diese Lehre der Geschichte reicht nun freilich dort nicht aus, wo sich die Schlußfolgerung aus den obersten Rechtsgrundsätzen bereits auf etwas unsichern Bahnen bewegt. Hier bietet uns jedoch die Geschichte in einer andern Weise Licht. Sie zeigt uns nicht bloß, welche Rechtsverhältnisse das thatsächliche Gesetz der Völker geschaffen, sondern auch ob und wie dieses Recht für die öffentliche Wohlfahrt sich bewährt habe. Wir brauchen nur dem Zusammenhange zwischen den Gesetzen und herrschenden Rechtsanschauungen eines Volkes einerseits und seinem sozialen Glück oder Unglück andrerseits nachzugehn, um zu erkennen, was für die öffentliche Wohlfahrt notwendig und ersprießlich ist, was diese Wohlfahrt schädigt, vielleicht sogar untergräbt. Das erstere müssen wir als dem Naturrecht entsprechend, das andre als ihm zuwider erklären.

Soll man die Lehren der Geschichte auf keinem Gebiete übersehn, so wird doch der Agrarpolitiker allererst eingeladen,

sie recht aufmerksam anzuhören. Denn eben deshalb, weil der Grund und Boden die greifbare Unterlage des Staatswesens ist, finden wir auch überall dort, wo staatliche Gesellschaften sich gebildet haben, die Rechtsverhältnisse von Grund und Boden zuerst geregelt; und so mannigfaltig die Verhältnisse durch die Entwicklung der Kultur sich gestalten mögen, die Bestimmung von Grund und Boden bleibt sich wie dieser selbst in der Hauptsache immer gleich, und darum bietet die Geschichte eines jeden Volkes Stoff genug für die Untersuchung, ob und wie das über Grund und Boden und dessen Besitzer geltende Recht der öffentlichen Wohlfahrt gedient habe oder nicht.

Am meisten wird es sich empfehlen, sich in der Geschichte des eignen Vaterlandes umzusehn; denn ihre Sprache wird am leichtesten verstanden, ihre Lehre am willigsten aufgenommen, sie weist auch dorthin, wo die Reform einsetzen muß, wenn sie sich für die Dauer Erfolg versprechen will.

Der Burenkrieg, seine Ursachen und Entstehung.

Von R. Vogel.

Kein weltgeschichtliches Ereignis seit dem großen Kriege, der das neue Deutsche Reich schmiedete, hat die Seele des Deutschen Volkes tiefer und gewaltsamer erschüttert, als der Burenkrieg, und nicht bloß die des Deutschen Volkes. Ueberall, wo arische Rasse wohnt, wo noch der heilige Enthusiasmus lodert für Recht und Gerechtigkeit, die Bewundrung für Heldenmut und Treue zum eignen Volkstum bis in den Tod, haben die Herzen höher und heißer geschlagen: die Kulturnationen, zersplittert sonst in Fühlen und Trachten — sie stimmten in Einem Gefühle der Entrüstung zusammen, als eine Klique englisch-jüdischer Staats- und Finanzmänner jenes scelus nefandum, jenen unsäglichen, unerhörten Frevel unternahm, der eine blühende, engverwandte Nation aus der Liste der freien Völker ausstrich. „Mord" nennen wirs, wenn ein Verbrecher aus schnöder Gewinnsucht, vorsätzlich und mit Ueberlegung, einem friedfertigen Wandrer nachstellt, ihn bei wohl abgepaßter Gelegenheit überfällt, um ihn frech und kalt niederzuschlagen und zu berauben — „Mörder" ist das Schand- und Brandmal, das dieser verruchte Krieg für ewige Zeiten auf Englands Stirne gebrannt hat und das, aere perennius, Jahrhunderte nicht auslöschen werden.

Wäre noch die Möglichkeit denkbar, daß die Volksstimme mit diesem vernichtenden Urteil in die Irre gegangen, daß der englische Teufel nicht so schwarz wäre, wie man ihn gemalt — das Limansche Buch*) würde den letzten Zweifel in die Berechtigung dieses Wahrspruches der Menschlichkeit und Gerechtigkeit beseitigen. Liman, der gewandte Journalist und sprachfertige Stilist, hat in diesem seinen jüngsten Werke unter Verzicht auf alles Pathos, das nicht dem Gegenstande selbst entstammt, durchaus die Wege des nüchternen Forschers eingehalten und es den unbezweifelbaren, aktenmäßig belegten Thatsachen selbst überlassen, vor der gesamten gesitteten Welt die Sache des zu Boden getretenen Heldenvolkes gegen seine Vergewaltiger zu führen.

Und er hat gut daran gethan; denn wer da weiß, wie alles geschehn, dessen Urteil bedarf keiner Direktive mehr durch die Darstellungskunst des Historikers. Wer aber angesichts der durch Liman erschöpfend beigebrachten Thatsachen in seinem Urteile über Englands Handlungsweise ernstlich noch im Zweifel bleiben sollte, der beweist damit jetzt nur noch, daß er, sei er, wer er sei, würdig wäre, ein Engländer a la Rhodes und Chamberlain zu sein.

So wird aus einer Anklageschrift gegen die Anstifter und Vollbringer jenes weltgeschichtlichen Verbrechens zugleich eine Rechtfertigungsschrift unsers eignen Volkes, das, unbeirrt durch die systematische Geschichtsfälschung der Engländer und ihrer politischen Schuhputzer, in nie dagewesener Einmütigkeit die Partei der Buren ergriff. Wie gerufen erscheint Limans Buch grade jetzt als flammender Protest gegen die Flaumacher, welche sich von allen Seiten bemühn, wiederum Stimmung für jene Nation zu machen, die — wir sind davon überzeugt — keinen Augenblick zögern würde, uns selbst mit der gleichen, geschäftsmäßig kühlen Grausamkeit zu zermalmen wie unsre afrikanischen Stammesbrüder — wenn sie dazu imstande wären. Wir aber wollen und dürfen uns unsern deutschen Zorn nicht rauben lassen — dürfens nicht, weil er der höchsten deutschen Stammestugend, dem Idealismus, entspringt, weil jener heiße Volkszorn die einzige uns zu Gebote stehende Waffe bildet in dem Kampfe gegen die Engländerei, die gewisse Kreise immer bedrohlicher verseucht, seit sie der gesunde Engländerhaß des großen Kanzlers nicht mehr in Schranken hält.

Limans Buch ist nicht Agitations- und noch viel weniger Sensationsschrift, es wendet sich nicht an das Unterhaltungsbedürfnis der großen Massen oder an die flüchtige Neugier politischer Kinder: Es ist ein ernstes, gewichtiges Rüstzeug in dem uns selbst bevorstehenden größten politischen Kampfe der Zeitgeschichte; denn dieser Kampf wird dem imperialistischen England gelten. Die Zeit wird kommen, und sie ist vielleicht gar nicht mehr so fern, wo ein Nebeneinander Deutschlands und Englands nicht mehr möglich sein wird, wo es gilt, vor England sich zu beugen bis in den Staub oder den Daseinskampf mit den Puniern des zwanzigsten Jahrhunderts aufzunehmen. Wessen wir von England gewärtig sein müssen, wenn wir gezwungen sind, der Rücksichtslosigkeit englischer Geldsack-Interessen entgegenzutreten — das zeigt das Limansche Werk mit erschütternder Eindringlichkeit. In der Art und Weise, wie England das unglückliche Burenvolk umgarnt, belogen und betrogen, hinterlistig in den aussichtslosen Kampf hineingezerrt hat, zeigt sich uns prophetisch unser eignes Schicksal, wenn wir es je vergessen sollten, England gegenüber auf der Hut zu sein. —

Die Gerechtigkeit des Krieges stützt sich auf seine furchtbare Notwendigkeit. Die weltgeschichtliche Entwicklung der Völker zeitigt unhaltbare Zustände, die jeder friedlichen Lösung trotzen und die gebieterisch den Kampf herausfordern. Nicht nur feige und unmännlich — nein, thöricht gradezu wäre es, über solchen Krieg zu jammern oder denen, die das Schwert ziehn, das Brandmal eines weltgeschichtlichen Verbrechens aufzudrücken. Aber über das Eine Kriterium für die Gerechtigkeit blutiger Gewalt kommt auch derjenige nicht hinweg, der den Krieg als den Schöpfer und Erhalter aller männlichen Tugenden feiert: der Krieg soll unhaltbare Zustände beseitigen — haltbare Zustände schaffen oder ihnen doch die Bahn frei machen.

Auf den ersten Teil dieses Kriteriums geht das Limansche Werk mit größter Ausführlichkeit ein; und zu welchen Ergebnissen der Verfasser dabei kommt, das mag er unsern Lesern selbst sagen. Wir sind ermächtigt, ihnen einige Auszüge aus dem Inhalte des Werkes nach eigner Wahl vorzulegen.

Das erste Kapitel „Das Recht des Stärkeren" beginnt folgendermaßen:

Es ist unstreitig die Aufgabe zivilisierter Nationen, nicht nur des Erworbnen sich zu erfreuen, es in Ruhe zu genießen, sondern Gesittung und Kultur weiterzutragen, als Sendbote der höhern Lebensauffassung zu wirken. Jedes Kulturvolk muß propagandistisch handeln, will es seine Sendung erfüllen. Nicht der Reichtum der Natur, sondern die geistige Energie ist der Hebel des Fortschritts; Sklaverei und Aberglauben würden heute noch tausendfach herrschen, wenn die Zivilisation nicht expansiv wirkte, wenn sie selbst, dem höhern geschichtlichen Gesetze folgend, das formelle Recht nicht mißachten wollte zu Gunsten des eignen höhern Rechtes. Man spricht von unterdrückten Völkern und bedauert die roten Söhne der Pampas oder die dem Untergange geweihten Söhne der heißen Zonen. Mit Unrecht. Der Lebenskräftige schreitet in Natur und Geschichte über den Schwachen dahin, das lebenskräftige Individuum und das lebenskräftige Volk: das ist das Herrenrecht, das jedes Blatt des Lebens predigt. Natur und Geschichte sind mitleidslos im Sinne der landläufigen Moral, ihr Gesetz ist die Vernichtung des Lebensunfähigen, die Erhaltung des Kräftigen, und dieses Gesetz ist die höchste Weisheit. Nur dann, wenn der Gärtner die kranken Zweige kappt, kann der

*) **Der Burenkrieg, seine Ursachen und seine Entstehung.** Nach amtlichen Quellen der Burenregierung bearbeitet von Dr. P. Liman und Dr. Haller von Ziegesar. Leipzig 1902. Preis 7 Mark.

Baum Früchte tragen. Das Genie, das im Straßengraben verkommt, ist kein Genie.

Das formale Recht stand schwerlich auf Seite derer, die das Reich der Jagellonen zerteilten, das sittliche zweifellos. Darum war die Auflösung Polens keine revolutionäre That, sondern eine That der Erhaltung, erzwungen durch das starre, unumstößliche Gesetz, daß die Rothäute dahinsiechen läßt „vor dem Basiliskenblick der Bleichgesichter", das die Römer der Vernichtung zuführte, als sie sittlich und physisch verfallen, nicht mehr die Kräfte besaßen, ihre eignen Gedanken festzuhalten und weiterzubilden. Hier wurde die alte Kultur die Düngerstätte einer kräftigen, neuen Kultur, in den jugendfrischen, siegreichen Barbaren ruhte das Prinzip einer höher zu wertenden Gesinnung. Tote Glieder fallen ab von dem Körper der Menschheit. So bricht die Knabenhand mit leichtem Druck den erstorbnen Zweig vom Baum.

Aber der Kampf der Engländer gegen die Buren ist andrer Art. Hier handelt es sich nicht darum, ein Volk zu bezwingen, das, der Kultur unzugänglich, starr und wild sich sträubt gegen die Satzungen der höhern Gesittung, es sind nicht Barbaren, die dort unten im fernen Afrika im Bunde mit den Eingebornen sich wehren gegen den milden Glanz der christlichen Bildung; noch auch ist es ein sterbendes Volk, das seine geschichtliche Aufgabe erfüllte und nun, morsch geworden wie einst die Römer der spätzäsarischen Zeit, wie die Ostgriechen, die dem Ansturm des Moslem erlagen, Platz schaffen muß für die junge Kraft, die Raum braucht, sich auszudehnen, sich zu bethätigen und zu entfalten. Von den Schicksalsmächten in die Ferne gesandt, auf einem Boden, der unbebaut und brach dem Pflanzer nur hart und widerwillig die Ernte bot, hineingetrieben in die weiten Oeden der Wildnis, in der das reißende Tier an wildem Blutdurst übertroffen wurde von den Bewohnern, hat das Burenvolk in heißen, aufreibenden Kämpfen sich behauptet als Sieger, und dort, wo noch niemals zuvor der Fuß des Weißen seine Spur gedrückt hatte in den Sand der Steppe, wo noch nie sein Blick von den Felsenhöhen hinübergedrungen war zu den Schrecken der Kalahari-Wüste, dorthin hat der wetterharte Nachkomme der niederländischen Protestanten und der Hugenotten mit dem Schwerte zugleich die Bibel getragen. Dort erhoben sich mitten in der Wildnis wohnliche Häuser, weithin dehnten sich die Pflanzungen, Gesetz und Sitte hielten ihren Einzug. Es war ein werdendes, kein sterbendes Volk, gegen das England zu Felde zog, es war ein Volk, das in der kurzen Zeit, die ihm vergönnt war, sich staatlich zu gestalten, Größeres und Schweres geleistet hat, als irgendein andres Volk der Geschichte. Denn ungeheuer weit sind die Strecken, die es besiedelt hat, und nur nach Tausenden zählten die waffenfähigen Männer. Wo weist uns die Geschichte ein Volk, das gleich den Buren trotz steten Ringens gegen ungezählte Feinde und gegen eine hart widerstrebende Natur einen Staat errichtet hat, der sich die Kraft gewann in jahrelangem neuen Kampfe gegen ein Weltreich das Errungne, sein Recht und seine Freiheit zu behaupten? Selbst wo das Auge des Uebelwollenden Verderbnis und Fäulnis sah, da mußte das Urteil sich wandeln grade unter dem Eindruck jenes zähen Widerstandes, den das Burenvolk geleistet hat; der Krieg selbst predigt mit der Eindringlichkeit eines Weltgerichts die Lehre, daß es nicht die zur Nacht führenden Abendnebel waren, die über Oranje und Transvaal heraufzogen damals, als die brittischen Truppen im Namen der Zivilisation die Waffen über das Weltmeer trugen, sondern die Morgendämmerung, die erst den Tag heraufführt, auf daß die junge starke Kraft sich völlig entfalte.

Darum wird dieses Volk auch dann nicht untergehn, wenn selbst die ungeheure Uebermacht der Feinde den Triumph des Augenblicks genießt. Das Lebensfähige setzt sich durch, in der Natur und in der Geschichte. Die Thatsachen sprechen für sich. Wenn zehn Britten nicht fähig sind, einen Buren zu bezwingen, so gilt auch der Wert jener Zehn nicht höher, als der Wert des Einen. Und wenn ein sterbender Bur zehn Britten mit sich zieht in den Tod, so spricht über die wohlfeilen Rechtfertigungsversuche des Tages die Geschichte ihr klares Verdikt. Höher steht im Interesse des menschlichen Fortschrittes der verachtete Bauer, der dort unten ins Feld reitet, als der andre, der, ausgerüstet mit allen Machtmitteln einer raffinierten Kultur, ihm das Erbe seiner Väter und seiner eignen Tapferkeit zu entreißen sucht.

Es mag ein gewaltiger Gedanke sein, der das englische Volk anspornt, hinzuziehn über unendliche Strecken des Ozeans, um in dem Kampfe gegen einen hartnäckigen Feind die Grundlagen für ein neues, mächtiges afrikanisches Reich zu schaffen. Bewundernd haben unsre Vorväter gesehn, wie seit Cromwells Zeiten, seit Spaniens und Hollands Flagge auf Halbmast herabsank, das Inselvolk die Führung übernahm in der grenzen- und gleichenlosen Fehde um das Erbe der Welt. Die Britten waren es, die durch Jahrhunderte allein die köstliche Gabe des Germanentums, die Gabe, kolonisatorisch, staatsbildend, zu wirken, mit klarem Bewußtsein anwandten zur Ausbreitung einer nach dem Wesen ihres eignen Volkstums geprägten Kultur. Wir Deutschen hatten die Augen geschlossen, während England die Welt eroberte. Aber so staunend wir auch stehn mögen vor der Bethätigung der englischen Kraft, so grandios auch der Gedanke einer brittischen Herrschaft erscheinen mag, die sich dehnt vom Kap des Vasco de Gama bis zu den Pyramiden der Pharaonen und über das hunderttorige Theben hinaus bis zum Mittelländischen Meere, so findet doch auch der gigantische Plan seine natürlichen Grenzen in dem Recht und in der Kraft der Andern. Alexander und Napoleon erlagen und das Römerreich fand seine Grenzen, als das Bedürfnis der Expansion, das jedes Weltreich bethätigt, in harten Widerstreit geriet mit dem naturgebornen Rechte innerlich kraftvoller Völker auf die Bethätigung der eignen Individualität. Die ungeheure Walze, die über die Erde fährt, mag das Grün, über das sie dahinrollt, zu Boden drücken, aber es richtet sich auf, wenn sie vorüberzog, und nutzlos bleibt das Mühen.

Wer aber will dem Gott, der die Geschichte meistert, in die Arme fallen, wer seine Gedanken erraten und sie eingliedern in die Zwangsjacke eines Systems? Englands kriegerisches Vorgehn findet seine Rechtfertigung nur in jener matten und anmaßenden Weisheit, die alles Geschehn nach geschichtsphilosophischen Gesetzen zu zergliedern versucht und den Schwächern dazu verdammt, willig zu verbluten, wenn es der Zweck des Stärkern fordert. Dieses Gesetz ist richtig, wo die höhere Kultur — und die höhere Kultur kann nur dort sein, wo sie von dem gesündern Volk getragen wird — zur Waffe greift, um sich durchzusetzen; dieses Gesetz ist falsch, wo der Gleiche dem Gleichen gegenübertritt oder gar die äußerlichen Machtmittel nur dazu dienen, den innerlichen Minderwert zu verhüllen. Man mag darauf weisen, daß eine geordnete englische Verwaltung weit schneller und sicherer die südafrikanischen Republiken dem europäischen Kulturleben erschließen, das Land den modernen Staatengebilden angliedern würde — das Gegenteil beweist die Geschichte der englischen Kolonien, die nie und nirgends staatsbildend im letzten und höchsten Sinne gewirkt hat, die ihre Früchte stets nur dann trug, wenn das geschaffne Gebilde sich loslöste vom Mutterstamm. Man mag darauf weisen, daß europäisches Kapital, dieses wichtigste Element modernen Lebens, unter brittischer Flagge rasch und gesichert ein mit natürlichen Schätzen reich gesegnetes Land der Allgemeinheit erschließen würde — auch hier lehrt die Geschichte ein andres. Wo immer die britische Flagge emporstieg, dort hat die friedliche Ruhe gesetzlicher Entwicklung niemals eine Stätte gefunden, und die ungeheuren Ströme Blutes, die unter der Herrschaft der Königin Viktoria geflossen sind, strömten in gewaltigerm Wellenschlage dahin, als all das Blut, mit dem der erste Napoleon die Stufen seines Thrones zu kitten versuchte. Und wäre jene Argumentation richtig, wären Glück und Frieden die Gefolgsleute brittischer Herrschaft, so dürfte dennoch der Maßstab nicht gelten, der an die wilden Bewohner des amerikanischen Urwaldes, der an die Afridis vom Chaibar- und Kohat-Paß gelegt werden darf, der selbst Geltung haben mag, wo der Fanatismus des Mahdi die ungezügelten Scharen des Sudans zum Ansturm trieb. Hier aber, im Burenkriege, sind es Söhne derselben

Rasse, und nirgends enthält ein göttliches oder menschliches Recht die Satzung, daß der Angelsachse den Niederdeutschen verdrängen darf, nur weil er in trotziger Entschlossenheit an der Art und Sitte seiner Väter festhält und nur aus der erborgten Majestät der eignen sittlichen Ueberlegenheit. Im Süden des dunklen Erdteils war der Bur der Pionier der Zivilisation, er war es, der dort in langen opferreichen Kämpfen die Barbarei der Eingebornen niederrang. Einst zogen ihre Väter in die Ferne, sich eine Stätte der Freiheit zu gründen, um ihren Gott zu verehren in der Weise, wie es ihnen ihr Gewissen gelehrt. Was sie besaßen, das hatten sie mühsam errungen, und wenn heute die furchtbare Legende von König Ahob und von Naboths Weingarten völkergeschichtliche Gestaltung gewinnt, so mag auch der Jezabel Geschick den Hochmütigen, die nach dem Erbe des Schwächern die gierigen Hände ausstrecken, eine furchtbare Warnung sein.

Die Juden in Ofen-Pest. Wie wir kürzlich in einer Besprechung von Hübners Geograph.-Statistischen Tabellen (vgl. Nr. 729) gesehn haben, ist die Zahl der Juden in Ungarn seit 1880 von 641 000 auf 851 378 gestiegen.

In der Hauptstadt Ungarns, in Ofen-Pest, gab es:

	Einwohner	Juden	Juden v. H. der Gesamt-Bev.
im Jahre 1869	270 476	44 890	16,6
„ „ 1880	360 000	55 000	15
„ „ 1890	491 933	103 317	21
„ „ 1900	716 476	168 985	23,6

Das Wachstum der Judenzahl in Ofen-Pest ist gradezu ungeheuer, und der Ausdruck Judapest anstatt Budapest wird immer gerechtfertigter. Zu bedenken ist noch, daß auch jährlich eine ganze Anzahl Juden zur christlichen Kirche unter Annahme madjarischer Namen übertreten und die Uebergetretnen in den obigen Zahlen nicht enthalten sind. K. T.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die Landtagswähler im Gemeindebezirk Wien haben sich seit dem Jahre 1896 von 90900 auf ungefähr 240000 also um 162 v. H. vermehrt. Wem dieses riesige Anwachsen bei den kommenden Wahlen zu Gute kommt, läßt sich natürlich noch garnicht voraussehn. —

In Laibach kam dieser Tage eine Klage zur Verhandlung, in der es sich um Anerkennung einer Ehe des verstorbnen Erzherzogs Ernst mit einer Bürgerlichen und die daraus entsprossenen Kinder handelte. Diese haben — im buchstäblichen Sinne des Wortes — nicht einmal das tägliche Brot, obwohl es feststeht, daß die Ehe rechtmäßig geschlossen ist. Allerdings waren amtliche Vermerke nirgends zu finden! Das alles interessiert uns ja weniger, wohl aber das Verhalten des Vorsitzenden des Gerichts, des Oberlandsgerichtsrats Dr. Fohn. Im Laufe der Verhandlung wurden nämlich verschiedne Briefe des Erzherzogs an seine Frau verlesen, die das Bestehn einer Ehe beweisen sollten. In einem dieser Briefe, in dem der Erzherzog auch allerlei wenig schmeichelhafte Anspielungen über Bismarck von sich giebt, heißt es: „Die Alldeutschen bei uns machen sich bemerkbar; das ist eine schöne Sippschaft. Du fragst um den Namen meines Lieblingshundes, der heißt Flock, eine alte Hündin heißt Maus; ein junger unfolgsamer, mitunter widerhaariger Hund heißt Iro, nach dem widerhaarigen boshaften Abgeordneten Iro, der ist auch ein Anhänger, ein Satellit von Schönerer!"

Man muß sich verwundert fragen, was die erzherzoglichen Gedanken über Bismarck und die Alldeutschen mit der gerichtlichen Anerkennnis seiner Ehe zu thun haben, und inwiefern diese Aeußerungen über den Abgeordneten Iro dafür beweiskräftig sind. Ist das nicht der Fall — und uns Laien scheints so — dann übertrat der Oberlandsgerichtsrat Dr. Fohn derart seine Befugnisse durch das Verlesen dieser beleidigenden Sätze, daß man dem Herrn einen gehörigen Denkzettel gönnen kann.

Mosaik.

Frau Lina Morgenstern berief in Berlin eine Fleischnot-Versammlung ein, zu der ihr der hochwohllöbliche Magistrat bereitwilligst den großen Bürgersaal des Rathauses zur Verfügung stellte. Erschienen waren vielleicht 80 bis 100 Männlein und Weiblein, die sich von einem 17jährigen Fräulein die „unrationelle Wirtschaft der Großgrundbesitzer" beleuchten ließen und dann eine Entschließung gegen die „Fleischwucherer" annahmen. Die Gegner — ein Herr und eine Dame —, die die unglaublichen Behauptungen der Frau Lina und ihrer Adjutantin richtig zu stellen versuchten, wurden natürlich niedergebrüllt.

Höhere Steuern überall. Im Königreiche Sachsen mußte schon im Jahre 1902 ein Einkommensteuerzuschlag von 25 v. H. gezahlt werden. Die nette Finanzwirtschaft in den letzten Jahren hat es dahin gebracht, daß dieser Zuschlag auch fernerhin erhoben werden muß. In der Stadt Berlin hat es jetzt auch einen kleinen Fehlbetrag gegeben. Die Stadt Leipzig, die im Jahre 1902 mehr Einkommensteuer als in frühern Jahren erhob, hat einen Fehlbetrag von 1¾ Millionen Mark, und wenn heuer 140 v. H. des Normalsteuersatzes gezahlt worden sind, so wird nächstes Jahr ein noch viel höherer Prozentsatz zu erheben sein. Es wird eben lustig weiter gedefizitert.

Slawen in Deutschland. In Dresden wurden dieser Tage zwei Wenzelsläuse aus Böhmen, die einen schweren Stein auf die Eisenbahn gelegt hatten, zu anderthalb Jahr Zuchthaus verurteilt. Dies Urteil wird man mit Befriedigung aufnehmen. Nun wäre es noch gut, wenn einmal einer der Bösewichter erwischt würde, die im rheinisch-westfälischen Industriebezirke aller Wochen auf vorüberfahrende Personenzüge schießen. Kürzlich sind mehre Leute durch solche Schüsse verletzt worden. Wir gehn ganz sicher nicht fehl, wenn wir in den Urhebern dieser Roheiten eingewanderte slawische Bewohner der westdeutschen Polakai vermuten. Auch im sächsischen Vogtlande hat man jüngst einen polnischen Galizier, der Einbrüche und andre Vergehn auf dem Kerbholze hat, hinter Schloß und Riegel gebracht.

Vom Verdingungs-Unwesen. Kürzlich wurde in Leipzig eine Bildhauerversammlung abgehalten, in der der Vortragende bekannt gab, daß die Anschläge (Forderungen) für die Steinbildhauerarbeiten am Baue des neuen Leipziger Rathauses zwischen 16000 Mark und 33000 Mark geschwankt hätten. —

Bei der Vergebung der Arbeiten zur Regulierung der Roda in Sachsen-Altenburg lautete das niedrigste Gebot auf 16000 Mark und das höchste auf 32000 Mark. Die Arbeiten wurden der Firma Lingsleben in Halle (Saale) übertragen, die 21800 Mark gefordert hatte. —

Für 9000 Kilo Anker und Bolzen zum Bau der Brüderkirche in Altenburg fordert eine Firma 4680 Mark, während eine andre sie für 2052 Mark liefern will. Unterschied also über 50 v. H.



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 2. Oktober 1902. Nr. 737.

Die Wahltaktik der Reformer, die Herr Zimmermann (Dresden) auf dem Eisenacher Parteitage (im Gegensatze zu Herrn W. Bruhn) befürwortet hat, haben wir zustimmend besprochen und bemerkt, sie käme auf das hinaus, was früher vom reformerischen Flügel als „Liebermannsche" Taktik bekämpft worden wäre. Die „Deutsche Wacht" ist damit nicht zufrieden, sondern schreibt:

Demgegenüber möchten wir kurz feststellen, daß Zimmermann früher wie jetzt den Standpunkt vertreten hat, daß „von Fall zu Fall" eine Verständigung mit andern nationalen Gruppen und Parteien auf dem Boden von Leistung und Gegenleistung möglich ist, daß aber ein allgemeines Kompromis der Rechten von vornherein, auf das früher die Liebermannsche Taktik hinauslief, die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Partei zu gefährden drohe. Die gegen die Liebermannsche Taktik" früher gemachten Entwürfe treffen also auf die Zimmermannsche Wahltaktik nicht zu.

Wir fürchten, daß dies Paktieren von Fall zu Fall nicht zu dem von Z. gewünschten Ergebnisse führen wird, weil die Gegnerschaft, die in dem einem Wahlkreis herrscht, nur zu leicht in den andern übergreift, zumal vielfach dieselben Personen die Agitation hier und dort führen müssen. Wie denkt man sich z. B. die Entwicklung der Dinge, wenn, wie das geplant war, Herr Z. in dem jetzt von Herrn v. Frege besetzten Wahlkreise kandidiert? Glaubt man dann an einer andern Stelle in Sachsen konservative Unterstützung erhalten zu können? Daß die „Liebermannsche Taktik" nicht die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Partei gefährdete, geht deutlich aus all den offiziellen Erklärungen hervor, die der Abg. v. Liebermann in dieser Frage abgegeben hat. So erklärte er im Jahre 1899 auf dem Parteitage in Hamburg (vergl. Nr. 578):

„Ich werde stets eintreten für Wahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit unsrer Partei nach jeder Richtung. Darunter verstehe ich, daß unsre Abgeordneten und unsre Parteipresse ihr politisches Verhalten stets nur nach unserm Parteiprogramme regeln und sich durch keinerlei Rücksichtnahme auf die Regierung, auf die Wählerstimmungen oder auf andre Parteien von diesem Wege abdrängen lassen.

Unbeschadet dieser Selbständigkeit ist anzustreben: Erhaltung bezw. allmähliche Wiederherstellung eines freundnachbarlichen Verhältnisses mit denjenigen Parteien und Organisationen, die ähnliche Grundsätze wie wir vertreten und ähnlichen Zielen zustreben. Das sind in erster Linie: die Christlichsozialen, die Konservativen und der Bund der Landwirte.

Als Endziel schwebt mir dabei vor: Ein Wahlbündnis auf Grundlage der Wahrung des gegenseitigen Besitzstandes zu gemeinsamer Eroberung jüdisch liberaler und sozialdemokratischer Wahlkreise.

Auch die außerhalb unsrer Partei-Organisation stehenden antisemitischen Gruppen müßte man zu einem solchen Wahlbündnis heranzuziehn suchen.

Aus örtlichen Gründen unvermeidliche Konflikte müssen in den Wahlkreisen lokalisiert werden. — Nur auf diesem Wege sind nach meiner Ueberzeugung in Zukunft für uns Wahlerfolge zu erreichen."

Wir wollen aber keine langen Erörterungen über diese Frage hier beginnen, sondern stellen nur noch mit besondrer Freude fest, daß auch in der Agrartaktik die Reformpartei ihre Haltung verändert und die Anschauungen der Deutschsozialen zu den ihrigen gemacht hat. Der neuerdings in die Zollkommission eingetretene Abg. Bindewald hat, entgegen der Haltung des Herrn Abg. Gäbel in der ersten Lesung und entgegen der Haltung der „Staatsb.-Ztg." für den vom Abg. Dr. Hahn eingebrachten Antrag auf einen Mindest-Zollsatz von 7,50 Mark für alle vier Getreidearten gesprochen und gestimmt.

Es kracht weiter. Am 9. v. M. machte die „Hannoversche Landesbank" in Hannover bekannt, daß mehr als die Hälfte des Aktienkapitals verloren sei und sie deshalb vorläufig alle Zahlungen unterlasse, bis die zum 3. Oktober einberufne Generalversammlung ihre Entschließung getroffen habe. Schon zehn Tage später wurde auf Antrag des Vorstandes das Konkursverfahren eröffnet, obwohl dieser noch am 9. September meinte, daß bei ruhiger Abwicklung der Geschäfte nicht nur sämtliche Gläubiger voll befriedigt würden, sondern auch noch für die Aktionäre ein Ueberschuß verbleibe. Klar läßt sich der Stand der Bank noch nicht übersehn; anscheinend ist das Aktienkapital (eine Million Mark) vollständig verloren, vielleicht auch noch ein Teil der Spareinlagen, die sich auf über eine Million Mark belaufen sollen. Das ist sehr traurig, zumal es sich in diesem Falle um ein Unternehmen handelt, das aus antisemitischen Kreisen hervorgegangen ist und das bei seiner Gründung im Jahre 1898 versprach, keine „Pumpgenossenschaft" sein, sondern ihre Hauptthätigkeit auf die Anlage und Verwaltung der Wertpapiere legen zu wollen. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, an dessen Spitze Herr Dr. Lindström (Hannover) steht, schien dafür Gewähr zu bieten. Die Leitung der Bank, in der anscheinend der jetzt seines Postens enthobne Direktor Schumann unumschränkt herrschte, hat sich indes auf Spekulationen eingelassen, die zum Zusammenbruch führten. Wir behalten uns vor, die Thätigkeit dieses Herrn, der auch in der Befehdung der Deutschsozialen Partei und ihrer Führer erkleckliches leistete, noch besonders zu beleuchten, sobald einigermaßen die Verbindlichkeiten und sichern Ausstände der Bank festgestellt sind. Hoffentlich gelingt es wenigstens die Spareinlagen zu retten, an denen fast nur kleine Leute beteiligt sind, die der Zinssatz von 3¾ v. H. anlockte. Diese ziemlich hohe Verzinsung ist in Hannover bei derartigen Anstalten gang und gäbe; da giebt es noch eine „Gewerbebank", einen „Hannoverschen Hypotheken-Verein" usw., die sämtlich Spareinlagen annehmen und 3¾ v. H. versprechen. Das Schicksal der „Hannoverschen Landesbank" hat natürlich die Sparer mobil gemacht und so hat am 28. September der „Hannoversche Hypotheken-Verein" mit über drei Millionen Mark Spareinlagen seine Zahlungen eingestellt, da er nicht imstande war, den Anforderungen der Spareinleger gerecht zu werden. Zweifellos wird diesem Beispiele noch manches andre Unternehmen folgen müssen und da diese alle „Gesellschaften mit unbeschränkter Haftpflicht" sind, sieht der fast allein beteiligte Mittelstand in Hannover schweren Zeiten entgegen. —

Infolge Fälschungen und andern betrügerischen Machenschaften ist über die „Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Mannheim-Rheinau am 27. v. M. der Konkurs eröffnet. Die Direktoren Böhm und Henninger wurden verhaftet. Verloren ist das gesamte Aktienkapital mit 2,5 Millionen Mark, die Reserven mit 400 000 Mark und wahrscheinlich noch weitere 500 000 Mark, für die die Gläubiger bluten müssen. Der Aufsichtsrat soll nicht im geringsten seine Schuldigkeit gethan haben. Beteiligt sind vorwiegend Großbanken.

Wie Eugen Richter in Brotwucher macht. Die Freisinnige Volkspartei hielt ihren diesjährigen Parteitag in Hamburg ab und zwar unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit, nicht ein einziger Berichterstatter wurde zugelassen! Das hat die Partei auch nötig, denn die jüngsten Enthüllungen über die Herkunft ihrer Geldmittel lassen diese geheime Zusammenkunft sehr angebracht erscheinen. In der jetzt wieder tagenden Zolltarif-Kommission des Reichstages hatte der Zentrums-Abgeordnete Dr. Heim behauptet, die Freisinnige Volkspartei habe von den

Münchner Großbrauereien Geld erhalten, um gegen die Schutzzölle auf Hopfen, Gerste, Malz zu agitieren. Der freisinnige Abgeordnete Müller (Sagan) bestritt das sehr lebhaft, so daß sich Abg. Dr. Heim veranlaßt sah, in der nächsten Sitzung einen Aufruf zu verlesen, den die Münchner Brauereien Union, Sedlmayr, Pschorr, Salvator, Münchner Kindl, Hackerbräu, Eberlbräu an andre Brauereien erlassen haben. In dem Aufruf heißt es:

> Dem Braugewerbe droht unberechenbarer Schaden, wenn die im Zolltarif-Entwurf vorgeschlagenen Zollsätze auf Gerste, Malz, Hopfen in Kraft treten. Es gilt, weder Mühe noch Kosten zu scheuen, um diese schwere Schädigung vom Braugewerbe abzuwehren. Eine solche Agitation und der damit verbundne Kampf kann nur im engen Anschluß an die für solche Arbeit organisierten politischen Parteien mit Aussicht auf Erfolg geführt werden. Unter diesen Parteien hat die Freisinnige Volkspartei stets in erster Linie gestanden. Um durch Wort und Schrift, durch Versammlungen und sonstige Kundgebungen planmäßig im ganzen Lande diese Bewegung weiter zu führen, hat diese Partei einen besondern zur Abwehr erhöhter Lebensmittelzölle, insbesondre auch der Braustoffe, bestimmten Fonds „Gegen die Brotverteurer" gebildet. Für diesen Fonds sind sehr große Mittel erforderlich, um der gewaltigen, über Hunderttausende verfügenden Agitation des Bundes der Landwirte, der Feinde der Handelsverträge, entsprechend entgegentreten zu können. Die Unterzeichneten wenden sich deshalb an Sie mit der Bitte, der gemeinsamen Sache nicht bloß des Braugewerbes, sondern des gesamten Volkslebens, einen Ihnen angemessen erscheinenden größern Betrag zuwenden und bei Ihren Freunden befürworten zu wollen. Geldbeträge nimmt die Deutsche Genossenschaftsbank Soergel, Parrisius u. Co. an.

So wird also mit Hilfe der Großbrauereien und der famosen freisinnigen Genossenschaftsbank der Herren Langerhans, Crüger usw. das Brotwucher-Geschrei gemacht! Was mag die „Fleischnot" den Liberalen und Sozialdemokraten vom Großkapital eingebracht haben?

Die „Grundsätze" des Freisinns. Vor einiger Zeit hatte im Königsberger Stadtparlamente ein „Genosse" die Beschlußfähigkeit ohne Erlaubnis des Vorstehers mit noch drei Gleichgesinnten angezweifelt, worauf er sich aus der Stadtverordneten-Sitzung entfernte und dadurch die Beschlußunfähigkeit herbeiführte. Auf Grund der betreffenden Bestimmung wurden die vier Zukunftsstaatler durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zu einer Ordnungsstrafe von je 1,50 Mark verurteilt, wogegen sie beim Bezirks-Ausschusse Klage erhoben. Da an der Rechtsgültigkeit der angezognen Bestimmungen indes nicht zu zweifeln ist, wurde die Klage am 27. v. M. abgewiesen. Den „Genossen" ist ganz recht geschehn, aber — haben die Freisinnigen, die in der städtischen Verwaltung zu Königsberg (Ostpreußen) das Heft in der Hand halten, auch recht gehandelt? Recht vielleicht schon, ihren Grundsätzen schlugen sie aber frech ins Gesicht. Im Reichstage kommt es den Mannen Eugen Richters und Don Rickerts nicht darauf an, die Beschlußunfähigkeit auf genau dieselbe Weise künstlich herbeizuführen, wie es die vier Königsberger „Genossen" zu thun beliebten. Bisher hat sich aber noch kein Freisinniger gefunden, der das Verfahren der freisinnigen Reichstagsabgeordneten für verdammungswürdig gehalten hätte; nach der Bestrafung der sozialdemokratischen Obstruktion durch die freisinnigen Stadtverordneten in Königsberg wird das hoffentlich anders werden. Wir sehn Richter, Rickert, Müller (Sagan) u. a. schon die Begründung eines entsprechenden Antrags auf Abänderung der Geschäfts-Ordnung des Reichstags ausarbeiten!

Partei-Nachrichten.

Verband Niedersachsen. Auf Einladung des Deutschsozialen Vereins für das Herzogtum Braunschweig versammelten sich am 28. September zahlreiche Vertrauensmänner unsrer Partei, aus dem Herzogtum Braunschweig, aus Südhannover und aus dem Regierungsbezirke Magdeburg im Saale des „Wilhelmsgarten" zu Braunschweig. Von den Abgeordneten unsrer Partei waren die Herren Müller (Waldeck), Raab und Liebermann von Sonnenberg erschienen. Unter dem Vorsitze des Herrn Walterscheid (Braunschweig) wurde die Begründung eines Deutschsozialen Verbandes „Niedersachsen" beschlossen, zu dem außer den drei Reichstagswahlkreisen des Herzogtums Braunschweig, die acht Wahkreise des Regierungsbezirkes Magdeburg und fünf südhannoversche Wahlkreise gehören werden. Grundsätzlichen Widerspruch erhob nur Herr Sommerburg, der u. a. darauf hinwies, daß man doch nicht in Gebietsteile gehn solle, wo schon andre antisemitische Organisationen gearbeitet hätten, weil dadurch Konflikte entstehn würden. Ihm wurde erwidert, daß eine territoriale Teilung Deutschlands in dem Sinne, daß hier nur Deutschsoziale, dort nur Reformer und an andrer Stelle nur Volksbündler arbeiten dürften, ein Unding sei. Wir bestreiten keiner antisemitschen Richtung ihre Werbearbeit zu entfalten, wo sie will, nehmen für uns aber das gleiche Recht in Anspruch und werden die deutschsozialen Parteigenossen nach Möglichkeit überall im Lande sammeln und organisieren.

Die vorgelegten Satzungen wurden durchberaten und mit einigen Abänderungen genehmigt. Der Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: Oberamtsrichter Dr. Brandis (Braunschweig), erster Vorsitzender, Fabrikdirektor Wrede (Braunschweig), zweiter Vorsitzender, Kaufmann Walterscheid (Braunschweig), Geschäftsführer; dazu kommt dann noch für jeden Reichstagswahlkreis je ein Obmann. Soweit die Kreise vertreten waren, wurden die Obleute gewählt. — Die Werbearbeit hat sofort begonnen, indem der Parteisekretär Herr Kemper zehn Versammlungen im Kreise Wernigerode vorbereitete und mit deren Abhaltung bereits begonnen hat.

Abends vereinigte eine gemütliche Kneipe mit den Vereinsdamen die Teilnehmer an der Sitzung. —

In Bockenem hielt Abg. von Liebermann am 29. v. M. eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, die sich dadurch recht interessant gestaltete, daß der sozialdemokratische Kandidat für diesen Wahlkreis (Hildesheim-Alfeld), Redaktör Rauch aus Hannover, mit einer Anzahl seiner Parteigenossen erschienen war und in längerer Gegenrede die Ausführungen des Abg. von Liebermann zu widerlegen suchte, damit allerdings sehr wenig Glück hatte. Der Erfolg der Versammlung war ein äußerst erfreulicher für unsre Sache. — Die Wahlbewegung ist damit eingeleitet und bei geschickter Benutzung der eigentümlichen Verhältnisse dieses Wahlkreises ist für einen gemeinsamen Kandidaten unsrer Partei und des Bundes des Landwirte ein Sieg durchaus nicht ausgeschlossen. —

Herr F. Kemper (Braunschweig) sprach am 1. d. M. in Ilsenburg, am 2. in Wasserleben und wird in der Zeit vom 3. bis 8. sprechen in Dardesheim, Zilly, Derenburg, Wernigerode, Heudeber, Halberstadt und Oschersleben.

Die angebliche Fleischnot beleuchtet der Bund der Landwirte in einer ausführlichen Veröffentlichung, die wir unsern Lesern mit der vorigen Nummer zukommen ließen. Soweit der Vorrat reicht, geben wir von dem Flugblatte gegen Erstattung der Postgebühren an unsre Freunde jede Anzahl kostenfrei ab; bis zu 10 Stück kosten 5 Pf. Porto, 11 bis 30 Stück 10 Pf., 31 bis 60 Stück 20 Pf., 61 bis 120 Stück 30 Pf. und über 120 Stück 50 Pf. Porto. (Auf ein Postpacket gehn 500 Stück).

Gleichzeitig empfehlen wir unser Flugblatt Nr. 44, das in handlicher Form (auf vier Oktavseiten) die Reichstagsrede des Abg. von Liebermann zur Fleisch-Einfuhr-Frage enthält. 25 Stück kosten franko 30 Pf.; 100 Stück 80 Pf.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel, Leipzig und Braunschweig haben solche bereits stattgefunden.

Die für den Monat August in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist auf einen Oktober-Sonntag verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark“ statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Zur Belebung der Werbe-Arbeit sind wir bereit, gegen Ersatz des Portos an jede uns aufgegebne Adresse je eine Nummer unsers Blattes nebst eingelegtem Flugblatte kostenfrei zu senden.

Die Wahl des Flugblattes steht den Herren Auftraggebern frei. Das Porto beträgt für jede Sendung 3 Pf.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokale „Burghof“;

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;

in Halberstadt jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8 1/2 Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;

in Nordhausen am 3. in der Frauenberger Klosterbrauerei; am 10. bei Petri;

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein abgefeimter Teilhaber. Die Kommissionshändlerin Rosa Wiesenthal zu Wien wurde mit ihrem Gesuche, in der Olmützer Industrie- und Gewerbe-Ausstellung eine Koststelle zu errichten, abgewiesen. Infolgedessen erbot sich der erst zwanzigjährige Kontorist Leo Huppert aus Wien, auf seinen Namen die Bewilligung zu besorgen und thatsächlich wurde dem zweimal vorbestraften Juden die Bewilligung erteilt. Die Frau Wiesenthal gab nun die Ware und das nötige Geld her, während ihr Teilhaber sich sofort ein teures Zimmer mietete, eine junge Verkäuferin einstellte, mit ihr im Konkubinat lebte, im „Hotel Lauer“ gebratne Hühner speiste, Pilsner trank und den ganzen Geschäftserlös vergeudete. Nach vierzehn Tagen verschwand er dann aus Olmütz, nachdem er die Wiesenthal im ganzen um 370 Kronen geschädigt hatte. Da der Jude noch andre Leute geschädigt und erst kurz vor dieser Strafthat fünf Monate Zuchthaus verbüßt hatte, erhielt er diesmal vom Kreisgerichte zu Olmütz acht Monate Zuchthaus.

Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes! Im „Myslowitzer Anzeiger“ vom 25. vorigen Monats lesen wir: „Schon wieder ist ein hier angelangter Transport Geflügel, dem Händler Mendel Müller aus Podwoloczyska gehörig, im städtischen Schlachthause in Quarantäne gegeben worden, da eine Unmenge von Enten und Gänsen auf dem Transport verendet sind. Die Tiere sind, wie bestimmt festgestellt und von Müller selbst bestätigt worden ist, seit Freitag ohne jegliches Futter und Wasser gewesen und infolge Verhungerns verendet. Ein solcher ‚Tierfreund‘, welcher das Geflügel kaufende Publikum in Unruhe versetzt, da dies in dem Glauben lebt, daß das hier ankommende Geflügel an irgendeiner Seuche erkrankt sei, müßte ganz energisch zur Verantwortung gezogen werden.“

Daß alle solche Ungeheuerlichkeiten bei den Tiertransporten aus Galizien von Juden begangen werden, weiß der liberale „Myslow. Anz.“ wohl, aber in seiner Judenfürchtigkeit wagt ers nur nicht auszusprechen!

Sittliche Juden. Die Buchhalterin Anna Hoffmann ist seit vier Jahren bei dem Holzhändler Adolf Schönfeld zu Landeck (Westpr.) in Stellung. Am 4. April d. J. trafen die beiden sich zufällig auf dem Bahnhof in Schneidemühl. Sie kehrte von einer „Besuchsreise“, er von einer „Geschäftstour“ zurück. Trotzdem beide Fahrkarten dritter Klasse besaßen, stiegen sie doch in die zweite Wagenklasse, weshalb sie von dem Zugführer in Jastrow zur Lösung von Zuschlagkarten angehalten wurden. Als dann der Zugführer auf der Fahrt zwischen Jastrow und Ratzebuhr noch einmal den Abteil betrat, bemerkte er die Beiden in einer Stellung, die sie auf Grund des § 183 des Reichs-Strafgesetzbuches vor das Landgericht zu Schneidemühl führte. Die beiden Angeklagten wurden trotz ihres Leugnens für überführt erachtet und da der Gerichtshof annahm, daß die Hoffmann die Verführte gewesen sei, so kam sie mit fünfzehn Mark Geldstrafe davon, während der Jude das Vierfache zu blechen hat. —

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte das Landgericht zu Berlin gegen den noch jugendlichen Apotheker Dr. Georg Cohn wegen thätlicher Beleidigung. Aus den Urteilsgründen ging folgendes hervor: Als das bei den Eltern des Cohn dienende Hausmädchen eines abends den Tisch deckte, machte ihr Cohn unsittliche Anträge, die von der Anklagebehörde als thätliche Beleidigung (§ 185 des Reichs-Strafgesetzbuches) aufgefaßt wurden, da die Anwendung von Gewalt im Sinne des Gesetzes nicht nachweisbar war. Der Staatsanwalt beantragte deshalb nur eine Geldstrafe von 150 Mark. Der Gerichtshof hielt es indes für geboten, über den Antrag hinauszugehn, da er das Vorgehn des Angeklagten für ein außerordentlich dreistes und strafwürdiges hielt. Nur mit Rücksicht auf die Jugend(!) und Unbescholtenheit(!) des Angeklagten, gegen den der Vater des Mädchens den Strafantrag gestellt hatte, nahm der Gerichtshof von einer Freiheitsstrafe Abstand, bemaß aber die Geldstrafe auf 500 Mark. —

Unsre ältern Leser werden sich des Herrn Julius Gattel noch erinnern, der in Leipzig dadurch „berühmt“ wurde, daß er Christenmädchen nur unter der Bedingung anstellte, daß sie sich zunächst ihm in Evas Kostüm vorstellten. Der Vormund eines Mädchens, dem Gattel das Gleiche zumutete, stellte Strafantrag. Gattel wußte es aber fertig zu bringen, daß der Verhandlungstermin mehreremale verschoben wurde, und als die Angelegenheit schließlich zur Verhandlung stand, da war es grade der Tag, an dem das Mädchen mündig wurde und siehe da, es zog den Strafantrag zurück, so daß Gattel straflos davonkam. Da ihm aber der Boden in Leipzig zu heiß geworden war, siedelte er nach Nürnberg über. Von dort wird nun gemeldet: „Der wegen sittlicher Vergehen angeschuldigte jüdische Kaufmann Julius Gattel wurde wegen beginnender Gehirnerweichung aus der Haft entlassen und in Irrenbehandlung gegeben. Gattels Sohn, der wegen der gleichen Vergehen beschuldigt ist, wurde vor das nächste Schwurgericht verwiesen.“ — Wieviel furchtbares Unheil mögen die beiden Juden in den letzten Jahren durch ihre Handlungsweise angerichtet haben!

Briefkasten.

Dresden A 16. Freundlichen Dank!

Druckfehler-Berichtigung. Die letzte Zeile des Aufsatzes „Die Buren-Generale“ in voriger Nummer (Seite 454) muß heißen: „als eine englandfeindliche (statt englandfreundliche) Demonstration ansprechen“.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Zu Geburtstags- und Gelegenheits-Geschenken!

Erkenne Dich Selbst!

Gedenkalbum

zur Charakteristik der Freunde und Freundinnen.

Mit 14 Schrift-Nachbildungen namhafter Frauen und Männer der Gegenwart.

Fein gebunden mit Gold-Pressung und Gold-Schnitt.

Preis 5 Mark.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.







Prof. Dr. Aug. Rohlings

Talmud-Jude.

Mit einem Vorworte von
Eduard Drumont,
in das Deutsche zurückübertragen.

Preis 1 Mark,
gebunden 1,50 Mark.

Eine hochwichtige Schrift, die nicht nur alle Antisemiten, sondern auch jeder Richter, Lehrer, Geistliche usw. kennen sollte.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen oder direkt vom Verlag der
Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Ansichtskarten
des In- u. Auslandes tauscht
Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: **Herrmann Laud.**
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Jeder Leser
braucht einen **Kautschukstempel.** von 2.70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.
Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel.
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate.
C. Kaiser gen. **Stempel-Kaiser**
Berlin N., Invalidenstr. 100.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das
Tuchhaus Boetzkes i. Düren I (Rhld)

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose, Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank
(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm., Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schramsweg 2.
Geöffnet von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Winke für deutsche Kaufleute, die im Ausland
Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von **Dr. Winterstein in Cassel,** Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Victoria-Zwieback
ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierte Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beklebt 3,50 Mark) franko ohne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.
Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung"
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Aufklärungs-Schriften!
40 verschiedne Flugblätter über das Judentum, seine Uebermacht im Handel, in der Presse und im Schrifttum, seinen zersetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, seine Verbindung mit der Sozialdemokratie usw. erhält man gegen vorherige Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken von der
Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 9. Oktober 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 738.

Wochen-Spruch.

Die Aufnahme fremder Juden, die nach unserm Lande gelüstet, ist ein Unheil und eine Pest unsers Volkes.

Ernst Moritz Arndt, „Blick aus der Zeit auf die Zeit“.

Das Berliner Tageblatt als Zeremonien-Meister.

Wie wir schon in voriger Nummer darlegten, hat der kaiserliche Entschluß, die Burengenerale zu empfangen, den Offiziösen arg das Konzept verrückt, die bis dahin den Besuch der Generale in Deutschland zu hintertreiben sich nach Kräften bemüht hatten. Sie haben sich inzwischen von ihrem Schrecken erholt und während die einen, z. B. die Wetterfahne am Rhein, sich nachzuweisen bemühten, daß der Empfang gar keine politische Bedeutung habe, der Kaiser vielmehr sich nur über gewisse rein militärische Dinge von den Generalen unterrichten lassen wolle, versuchen die andern die Sache so zu drehn, als sei die Audienz nur mit spezieller Erlaubnis der englischen Regierung möglich.

Zu den letztern gehört in erster Reihe das Haupt-Organ der „Alliance Israelite“ im Deutschen Reiche, das „Berliner Tageblatt“, dessen Chefredaktör Levisohn in gesellschaftlichem Verkehr mit dem Herrn Reichskanzler steht, und das sehr gern (vergl. Leckert-Lützow) sich zu offiziösen Dienstleistungen hergiebt.

Hier unternimmt Herr Kekule von Stradonitz in einem Leitartikel den Versuch, nachzuweisen, daß der Kaiser die Generale eigentlich nicht empfangen könne, wenn der englische Botschafter sich dagegen erkläre. In der Einleitung des Artikels wird betont, daß „jedes Ding sein Gesetz hat“, auch das Hofzeremoniell. Bei der Preß-Erörterung über den Buren-Empfang werde völlig übersehn, „daß die Frage der Gewährung von Audienzen auch unter das höfische Gesetz fällt“.

Der Mitarbeiter des Mosseblattes für höfische Sitten und Bräuche führt dann wörtlich folgendes aus:

Audienzen sind von Inländern bei dem Oberhof- und Hausmarschall zu beantragen. Ausländer sind auf die Vermittlung des Gesandten oder Botschafters ihres Heimatstaates angewiesen, der das Gesuch naturgemäß befürwortend oder auch nicht befürwortend oder auch gar nicht an die zuständige Stelle gelangen läßt. Ueber die Gewährung oder Nichtgewährung einer Audienz ergeht allemal ein allerhöchster Spezialbefehl, und es steht selbstverständlich dem Landesherrn völlig frei, wen er empfangen will oder nicht. Allein hinsichtlich der Ausländer ist nicht zu übersehn, daß zwar die Möglichkeit vorliegt, einen Botschafter oder Gesandten sich auf das Lebhafteste für die Gewährung einer Audienz an einen bestimmten Angehörigen seines Heimatstaates vergeblich bemühn zu sehn, weil der Landesherr trotzdem keine Zeit noch Lust hat, die betreffende Persönlichkeit zu empfangen, daß aber eine Audienz gegen den Meinungsausdruck des betreffenden Botschafters oder Gesandten so gut wie nie vorkommt. An keinem Hofe. Nicht blos in Berlin. Geht derjenige Ausländer, der die Gewährung der Audienz erstrebt, den falschen Weg, das heißt, umgeht er den Gesandten oder Botschafter seines Heimatstaates aus Absicht oder Unkenntnis, so wird er unfehlbar von der zuständigen Stelle an seinen Botschafter oder Gesandten und dessen Vermittlung verwiesen. Danach stellt sich für die Burengenerale Botha, de Wet und Delarey die „Rechtsfrage“ ganz unzweifelhaft folgendermaßen: Diese Herren sind jetzt ohne jeden Zweifel englische Unterthanen. Nach der sogenannten förmlichen „Annexion“ der Burenstaaten durch England konnte man darüber sehr geteilter Meinung sein. Nach dem Frieden von Vereeniging ist nur eine Antwort möglich. Um eine Audienz bei des Kaisers und Königs Majestät zu erlangen, sind sie auf die Vermittlung des englischen Botschafters angewiesen. Man mag das richtig finden, man mag es beklagen, das ist einerlei. Es ist so. Die „Rechtsfolge“ dieser Verhältnisse ist, daß die Burengenerale, wenn sie sich unter Umgehung des Botschafters etwa unmittelbar an das Oberhofmarschallamt gewandt haben, unzweifelhaft zunächst keine Audienz erhalten, sondern an die Vermittlung des Botschafters werden verwiesen werden. Haben sie sich dagegen, wie es allein richtig ist, an den englischen Botschafter gewandt, so wird es zunächst ganz allein auf dessen Stellungnahme zur Sache ankommen. Unbenommen bleibt es selbstverständlich dem Landesherrn, wenn der Botschafter auch noch so sehr für eine Audienz sich ins Zeug legt, zu gewähren oder zu verweigern. **Gegen das Votum des Botschafters ist der Empfang so ziemlich ausgeschlossen.**

Man merkt der Schreibweise deutlich an, wie erfreut Herr Kekule wäre, wenn die Audienz nicht stattfände. Aber die gelehrten Ausführungen haben doch ein Loch oder eigentlich mehre.

Höfische Zeremoniengesetze und Formen sind nicht ewig und wandelbar wie die Gesetze des Varuna, wonach das Weltall seinen Lauf einrichtet. — Sie sind vielmehr wandelbar mit den Sitten und Zeiten. — Jene Regeln über den Empfang beim Monarchen sind zum Schutze gegen unerwünschte Belästigung geschaffen, aber nicht etwa, um dem Auslande Gelegenheit zu geben, den Kaiser zu hofmeistern.

Wir entnehmen den oben geschilderten Regeln, daß der Botschafter eines Staates die höfische Pflicht hat, diejenigen Personen aus ihrem Staatsgebiete dem Kaiser vorzustellen, die dieser zu empfangen wünscht. Weigert er sich dessen, so begeht er eine so grobe Taktlosigkeit, daß er gut thun würde, gleichzeitig seine Abberufung zu beantragen.

Außerdem vergißt Herr Kekule, daß unser jetzt regierender Kaiser sich durchaus nicht scheut, mit hergebrachten Formen zu brechen, die größere Bedeutung haben als das Empfangs-Zeremoniell. Aber auch dies letztere ist schon öfter durchbrochen worden, so z. B. bei dem Empfange des brittischen Unterthanen Cecil Rhodes.

Nach den Unverschämtheiten, die die englische Presse sich in Bezug auf die Buren-Audienz hat zu Schulden kommen lassen, würde eine Abbestellung des Empfanges im Deutschen Volke Empfindungen erregen, die wir im Interesse der monarchischen Gesinnung des Deutschen Volkes aufs tiefste bedauern müßten.

Der Christlichsoziale Parteitag

in Siegen wurde am 30. September durch eine große öffentliche Versammlung eingeleitet, in der Abg. Hofprediger Dr. Stöcker über die Anfänge der Berliner Bewegung und die Geschichte der Partei sprach.

Am folgenden Tage fand die erste Partei-Versammlung statt; Abg. Dr. Stöcker behandelte die bevorstehenden Reichstagswahlen und erläuterte dabei hauptsächlich das Verhältnis der Christlichsozialen zu den verschiednen Parteien. Redner sagte: Zwischen uns und den Konservativen bestehn auf der sozialen Linie Unterschiede. Wir Christlichsozialen sind mindestens ebenso stark auf die Industrie gerichtet, wie auf die Landwirtschaft. Das giebt uns immerhin eine andre Stellung. Bei

den Wahlen haben wir ja Berührung mit den Konservativen. Nur in Minden-Ravensberg hat man es nicht freundlich aufgenommen, daß wir unsre Freunde dort gesammelt haben. Aber die Sache liegt so: Die arbeitenden Kreise wollen nicht mehr konservativ wählen. Wenn wir nun diese Kreise nicht sammeln, so verfallen sie entweder dem Freisinn oder der Sozialdemokratie und sind dann oft für immer verloren.

Bei den Nationalliberalen haben wir zweifellos ausgezeichnete Männer, wie die Führer v. Heyl, Rimpau usw. Solche Leute werden wir gewiß unterstützen. Aber ein ganz andres Ding ist es mit der nationalliberalen Presse. Man weiß nicht, was diese Presse eigentlich veranlaßt hat, uns mit so unglaublicher Gehässigkeit zu bekämpfen. Woher kommt dieser Haß? Wir haben nur eine Erklärung: der Nationalliberalismus, der so eng mit dem religiösen Liberalismus verbunden ist, kann es uns nicht verzeihn, daß wir in Berlin den religiösen Liberalismus aus dem Sattel gehoben haben. — In manchen Gegenden haben wir ja Berührung mit den Nationalliberalen, so z. B. im westfälischen Kohlenrevier. Dort haben sie es immer als selbstverständlich hingenommen, daß alle evangelischen Arbeiter nationalliberal wählen, auch wenn sie nicht so stehn. Jetzt ist es aber so, daß viele solcher Arbeiter keine Lust mehr dazu haben. Sie sagen sich: in religiöser Beziehung sind Sozialdemokratie und Nationalliberalismus eins; so wählen wir lieber einen sozialdemokratischen Arbeiter, als einen nationalliberalen Arbeitgeber. Das ist eine unheilvolle Entwicklung. Wir werden daher diese Kreise in diesem Gebiete sammeln, damit sie nicht, um den Nationalliberalen auszuweichen, der Sozialdemokratie anheimfallen.

Der Freisinn ist für uns nur als Gegner vorhanden. Wir haben wenig Berührung mit ihm, sodaß man schnell darüber hinweggehn kann.

Mit dem Zentrum stehn wir hier im Siegerlande in freundnachbarlichem Verhältnisse, das in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt. Wir billigen das Zusammenarbeiten der Konfessionen auf sozialem Gebiete. Die Bestrebungen des Klerus, dieses Verhältnis zu hindern durch Bildung von rein katholischen Abteilungen werden an uns stets Gegner finden.

Gegen die Sozialdemokratie stehn wir nur in Kampfesstellung. Ihr gegenüber wird es darauf ankommen: ob die christlichen Lebensmächte sich durchsetzen. Das ist nur möglich, wenn alle, die Gott, Vaterland und soziale Entwicklung lieben, wie Ein Mann zusammenstehn.

Mit dem Antisemitismus haben wir mannigfache Berührungen. Einen Konflikt haben wir freilich im Wahlkreise Wetzlar-Altenkirchen mit ihm gehabt, wo unser christlichsozialer Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der antisemitische. Durch Besprechungen mit dem frühern Abg. Hirschel war auch der Wahlkreis uns überlassen. Nun hat der frühere Abg. Zimmermann das wieder rückgängig gemacht. Wir wollen den Kampf nicht mit den Antisemiten und da außerdem, wenn beide Richtungen nicht zusammengehn, ein Kandidat keine Aussicht hätte, so sind wir einstweilen zurückgetreten von diesem Wahlkreise. Freilich können wir nicht dafür einstehn, daß diejenigen, die den christlichsozialen Kandidaten wählten, nun auch den Antisemiten wählen. Das haben wir gar nicht in der Hand, weil diese Elemente vielfach nicht aus unsern, sondern aus konservativen Kreisen stammen.

Parteisekretär Dr. **Burckhardt** (Godesberg) bemerkte zu diesen Ausführungen, daß die wahrscheinliche Folge des reformerischen Vorgehns in dem überwiegend evangelischen Wahlkreise Wetzlar-Altenkirchen eine Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Ultramontanen sein würde.

In der Besprechung über die Presse teilte Pfarrer **Fritsch** (Ruppertsburg) mit, daß für die Wahlzeit ein neues christlichsoziales Wochenblatt erscheinen wird und zwar für Berlin mit dem Titel „Die Arbeit“ und für das Ravensberger Land mit dem Titel: „Der Ravensberger“.

Am zweiten Tage sprach Dr. Scheffer (Leipzig) über „Das Recht auf Arbeit“. Er schloß seinen längern Vortrag mit folgenden Sätzen: „Wenn wir das Recht auf Arbeit einführen, als die Einrichtung, die den Staat zum Herrn der Arbeit macht, so entziehn wir den jetzigen Arbeitgebern, die an der schlechten Entlohnung der Arbeit ein wirtschaftliches Interesse haben, die Hoheitsrechte über ihre Mitmenschen. Indem wir das thun, erweitern wir die Befugnisse des Staates selbst. Alle fühlen wir uns dann dem Staate fester verbunden, da er unsre letzte Zuflucht ist. Und indem wir ihm gegenübertreten als dem Herrn unsers Wohlergehns und an dessen Wohlergehn wir selbst mitarbeiten können, die wir das allgemeine Wahlrecht haben, — dann erst sind wir zu dem Grade auch von wirtschaftlicher Selbständigkeit und Freiheit gelangt, die uns jetzt unmöglich ist. Denn darauf kommt es an, wie unabhängig jemand in wirtschaftlicher Hinsicht ist. Also um die politische Freiheit zu erkämpfen, müssen wir dem Staate das Recht auf Arbeit zuerkennen. Die Monarchie also, in der wir im politischen Leben leben, erweitert sich auf das wirtschaftliche Leben hinaus. Wenn wir vom Kaiser sprechen als vom Schutzherrn der nationalen Macht dem Auslande gegenüber, so hegen wir den Wunsch, ihn auch anzusprechen als Kaiser der nationalen Arbeit, bei dem sich zuspitzt die Zusammenfassung aller physischen und psychischen Volkskraft. In diesem Sinne möchte ich das Recht auf Arbeit verstanden haben!“

Diese Ausführungen blieben nicht ohne Widerspruch; irgendeinen Beschluß faßte man deshalb auch nicht.

Aus dem Jahresbericht des Parteisekretärs ging hervor, daß im letzten Jahre insbesondre im Rheinlande und in Westfalen die Versammlungs-Thätigkeit der Partei eine sehr rege gewesen ist. Durch zahlreiche Flugschriften und Flugblätter ist diese Werbearbeit ergänzt worden.

Die Bestrebungen zur Einschränkung des Alkohol-Genusses wünschte ein Antragsteller zu unterstützen. Nach längerer Aussprache kam nachstehende Entschließung zur Annahme:

„Der christlich-soziale Delegiertentag in Siegen beklagt im Interesse des Volkswohles auf das schmerzlichste die unwürdige und leichtfertige Art, in der der sozialdemokratische Parteitag in München die Alkoholfrage behandelt hat, stimmt dem im Preußischen Abgeordnetenhause gestellten Antrage des Grafen Douglas zu und empfiehlt zur Unterstützung die Vereinigungen zur Bekämpfung der Trunksucht, seien es Mäßigkeits- oder Enthaltsamkeitsvereine.“

Nachdem man noch infolge einer Anregung des Pfarrers Fritsch (Ruppertsburg) die Parteigenossen aufgefordert hatte, „der dringenden Bitte der Burengenerale um Unterstützung ihr Ohr zu öffnen und auf jede Weise zu helfen, daß reichlich für das tapfre Burenvolk gesammelt wird, dessen Wohnstätten einem unchristlich und vielfach gegen die Bestimmungen des Roten Kreuzes geführten Kriege zum Opfer gefallen sind“, sprach Landwirt Husendiek (Tödtheide) über das Thema „Viehwirtschaft und Fleischteurung“.

Die sich anschließende Besprechung zeigte sehr verschiedne Ansichten, die von Herrn D. von Oertzen (Berlin) durch Einbringung folgender (mit großer Mehrheit angenommner) Entschließung zusammengefaßt wurden:

„Wenn auch über die gegenwärtige sogenannte Fleischnot zahllose Uebertreibungen aus politischen Gründen an der Tagesordnung sind, so hält doch der Delegiertentag der Christlichsozialen Partei gegenüber den immerhin gestiegnen Fleischpreisen eine Kontingentierung der Einfuhr durch gemeinsame Festsetzung des Bundesrates, des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Vorstandes des Deutschen Fleischerverbandes, sowie eine Oeffnung der Grenzen bis zur Höhe der kontingentierten Menge für notwendig. Die Höhe des Kontingents muß so bemessen werden, daß der Fleischpreis über die mittlere Höhe nicht hinausgeht, unter diese Höhe aber auch nicht herabgedrückt wird.“

Als letzter Punkt kam ein Vortrag des Arbeitersekretärs Behrens (Berlin) über „Die Stellung der Landwirte, Handwerker und Arbeiter zur Zollpolitik“. Redner erklärte, daß er auf dem Boden der Regierungsvorlage stehe, abgesehen von einigen Positionen (wie z. B. Zoll auf Quebracho, Gärtnerei-

zölle usw.). Die Vorlage biete etwa den Ausgleich der Interessen. Von diesem Ausgleichsstandpunkte aus, von dem Gesichtspunkte der Berücksichtigung aller Interessen möge man die Frage beurteilen. „Die Christlichsoziale Partei als Partei des Ausgleichs und der kleinen Leute wird sich von dieser Stellung nicht abdrängen lassen. Wir wollen kein frivoles Spiel mit einer so ernsten Frage treiben oder sie gar herabwürdigen zum Gegenstande der Wahlmache, wie es leider von gewissen Parteien geschieht. Wir werden uns der großen Verantwortlichkeit bewußt bleiben, die wir auch in diesen Dingen haben vor unserm Volk und unserm Gott!"

Während Bäckermeister Heistermann (Elberfeld) erklärte, ein 5 Mark-Zoll für Getreide sei überhaupt wirkungslos, sodaß ein Satz von 6 Mark als angemessen erscheinen würde, standen Parteisekretär Dr. Burckhardt (Godesberg) u. a. auf dem Boden der Regierungsvorlage.

Landwirt Lüttringhaus (Oehde) sah dagegen die Zukunft der deutschen Landwirtschaft recht trübe. Auf dem Bankiertagein Frankfurt habe die Regierung verkünden lassen: Die Börse ist ein Machtfaktor ersten Ranges u dergl. Einst aber habe ein Minister gesagt: Die Börse ist ein Giftbaum! Daraus möge die Landwirtschaft schließen, was sie der jetzigen Regierung zutrauen dürfe! — Schließlich einigte man sich einstimmig auf nachstehende, ebenfalls von Herrn D. von Oertzen (Berlin) eingebrachte Entschließung: „Der Parteitag hält an seinen Beschlüssen von 1901 fest und spricht die Hoffnung und Erwartung aus, daß die Mehrheit des Reichstages und der Reichskanzler noch im Laufe dieses Jahres zu einer Verständigung über den Zolltarif gelangen."

Damit hatte der Parteitag seine Arbeiten erledigt. In der Schlußrede sagte Abg. Dr. Stöcker u. a.: „Ich halte dafür, daß nichts nötiger ist für das politische Leben der Zeit, als daß wir den Zolltarif noch in dieser Session verabschieden, um diese ungeheuerliche Last von Verhetzung und Verdächtigung nicht mit in den neuen Reichstag zu nehmen. Es wird wirklich das äußerste versucht, um der Landwirtschaft Schimpf und Schande anzuhängen, während man sich garnicht die Thatsache klar macht, die doch so klar vor aller Augen liegt: wir sind halb industriell, halb landwirtschaftlich, und daß Regierung und Parlament die Pflicht haben, beide gleichmäßig zu berücksichtigen. Es zeugt doch wirklich von der ganzen Blödigkeit der Massen, daß man nur immer den Zollschutz der Landwirtschaft behandelt und den der Industrie kaum erwähnt. Diesen hält man für selbstverständlich, den der Landwirtschaft bezeichnet man als Brotwucher. Wirtschaftliche Gründe versteht man ja; aber hinter diesem ganzen Geschrei liegen ganz politische Gründe. Man will die Landwirtschaft kaputt machen. Man thäte nichts lieber, als den ganzen Osten in bitterste Armut zu stürzen. Was verschlägts diesen Leuten, wenn dort Tausende mit dem Bettelstab hinausgehn müßten? Dort im Osten liegen noch die konservativen Widerlager und das ist es! Die will man zerstören. Es ist ja ein Unglück, daß das Aufkommen der Industrie verbunden ist mit dem Niedergange der Landwirtschaft. Wo die Landwirtschaft mit Industrie verbunden ist, geht es zur Not noch. Aber die reine Landwirtschaft bringt nicht mehr als höchstens 2 bis 3 Prozent, ja, in manchen Gegenden garnichts. Es ist wahrlich nicht leicht, zu arbeiten bei solch geringem Gewinn oder gar keinem und so trüben Aussichten. Denn bis einmal die Konkurrenzländer sich so weit entwickelt haben werden, bis wir die Konkurrenz mit ihnen aushalten können, das kann noch ein halbes Jahrhundert dauern und bis dahin können viele Existenzen tot und begraben sein. — Es ist auch ganz verkehrt, immer von Brotwucher zu reden. Es handelt sich ja zunächst gar nicht um Brot, sondern um Korn, nicht in der Eigenschaft, daß man Brot daraus macht, sondern als Agrarprodukt der konkurrierenden Länder. Man stelle sich doch vor: Amerikanisches Getreide zollfrei eingehn zu lassen und damit jede Möglichkeit aufgeben, Amerika etwas aufzulegen, Amerika, dessen hohe Zölle gegen uns beinahe wie Prohibitivzölle wirken. — Das heißt einfach, daß Amerika unsre Landwirtschaft ruiniert und unsre Industrie um die Ausfuhrmöglichkeit bringt. Der von Adolf Wagner hervorgehobne Gedanke, daß es sich nicht um Mehl und Brot, sondern um Agrarprodukte konkurrierender Länder handelt, muß immer wieder betont werden."

* * *

Wir werden auf die Verhandlungen und Beschlüsse noch zurückkommen.

Der Ruck nach Links in der nationalliberalen Partei

wird mit großem Eifer in einem Teile der Presse vorbereitet. Auf dem Parteitage in Eisenach wollen die Mannesseelen dann vor aller Welt ihren Busen öffnen und zeigen, daß sie unter dem höfischen Frack und der weißen Loyalitätsweste ein beinahe rotes Hemde auf dem Herzen tragen. Sie hoffen dann als bündnisfähig aufgenommen zu werden in ein Kartell der Linken und dabei ein paar Wahlsitze zu ergattern. Denn das letztere ist des Pudels Kern. Sich behaupten und charakterlose politische Geschäfte nach oben oder nach unten, nach rechts oder nach links machend, das ist der A und O nationalliberalen Weisheit von heute.

Ein hübsches Stammbuchblatt widmet der Nationalliberalen Partei die ihr früher sehr nahestehende „Rheinisch-westfälische Zeitung". Wir wollen nicht verfehlen, den Wortlaut hier unsern Lesern zu unterbreiten:

„Gewiß zählt die nationalliberale Wählerschaft zehntausende selbstlos- und opferwillig-nationaler Männer, allein die Führer und Organisatoren sind hierin, einzelne bemerkenswerte Ausnahmen abgerechnet, nicht die entsprechenden Vertreter dieser Kreise. Mangel an Arbeitslust, an Unabhängigkeit und an Selbstlosigkeit tritt hemmend überall hervor.

Als Fürst Bismarck stürzte, schwieg die Partei, ließ ihn bei Versammlungen der Wählerschaft hochleben, aber verleugnete seine Politik. Caprivi machte antibismarckische Handelsverträge, man schwieg; man brach mit Rußland, man schwieg; es fing das persönliche Regiment an, die Bedeutung der Reichskanzlerschaft zu drücken, man schwieg. Der Polenkurs änderte sich, die Partei ließ alljährlich eine ziemlich zahme Rede durch Sattler halten, Entschiednes geschah nicht. Die Flotte zerfiel, freie Vereine rührten sich und riefen das Volk auf; die Partei kümmerte sich nicht darum; die meisten nationalliberalen Blätter schrieben gegen die ‚Flottenchauvinisten'. Als der Regierungs-Entwurf vorlag, trat die obligate Begeisterung ein, welche rasch verflog, und als die weitsichtigern Flottenfreunde die erste Vorlage als ungenügend bezeichneten und eine zweite verlangten, ergoß sich grade aus der nationalliberalen Presse über sie ein neuer Kübel aufdringlicher, mahnender, höhnischer Spottreden; natürlich stieg die barometrische Begeisterung, je sicherer eine zweite Vorlage heranrückte, und kochte patriotisch auf, als sie da war. Wo ist der nationalliberale Führer, welcher vor dem Ruchbarwerden der Flottenvorlagen eine einzige Werberede im Lande gehalten hätte? Man überließ alles andern Leuten.

Was hat die nationalliberale Partei gegen die Regierung für die Kolonien gethan? Wo hat sie ihre Stimme gegen den Zanzibar-Vertrag, den sog. Delagoa-Vertrag, die Konzessionsmißwirtschaft und hundert andre Dinge erhoben? Man könnte hier zwei Spalten lang weiter fragen; die Kolonien werden stückweise ruiniert und verkauft, die Partei schweigt. Kurz, Trägheit, Gleichgiltigkeit, Liebedienerei nach allen Seiten.

Wie kann man das Wort national im Motto führen, wenn man fast in allen nationalen Fragen abdankt, sie andern überläßt und erst auf Initiative der Regierung sich auf seine Pflicht besinnt. Daß eine solche Partei stufenweise in der Achtung des Volkes sinkt und bei den Wahlen immer enger zusammengedrückt wird, nimmt nicht Wunder. Mahnungen werden unbequem empfunden, Reformatoren herausgedrängt. Dafür

sind jetzt sog. ‚nationalliberale Jugendvereine‘ gegründet. Es wäre trefflich, wenn hier nationale Politik gelehrt und getrieben würde, auch liberale Weltanschauung in großen Zügen lassen wir uns für die Jugend gefallen. Hie und da lasen wir auch von solchen dankenswerten Bestrebungen. Aber ‚nationalliberal‘ ist weder gleich mit national noch mit liberal, sondern etwas bestimmt Parteipolitisches; es ist gefährlich, Jünglinge mit konkreter Parteidoktrin zu durchtränken, man züchtet finstere, beschränkte Dogmatiker wie jene jugendlich-tolle, groteske, thatendurstige Janitscharenschar der Windhorstbündlinge. Thatsächlich sieht man deutlich, wie nationalliberale Führer bemüht sind, die jugendlichen Gehirne mit Partei-Scheuklappen eng zu pressen, man feiert vor ihnen, ganz im Stil des heiligen Windhorstbundes, mittelmäßige Parteipolitiker als die Geisteshelden des Jahrhunderts und läßt sie ziemlich veraltete und verdienstlose Parteigrößen antrinken, andrahten und andichten. Ist das die Art, unbeugsame, opferbereite nationale Männer zu erziehn?

Wir fordern die nationale Jugend auf, sich solchen Bestrebungen zu widersetzen und in ihren Vereinigungen allen Wert darauf zu legen, sich über die großen Bedrängnisse, Aufgaben und Erfolge des Deutschen Volkes auf der Erde klar zu werden und sich auf den Kampf für sie vorzubereiten. Das allein thut not und das allein gibt der nationalliberalen Partei Existenzberechtigung und neue Blüte. Nur mit Thaten, nicht mit Reklame gewinnt man das Volk. Und das gilt auch für den kommenden Parteitag. Wer noch nicht müde geworden ist, in der nationalliberalen Partei zu arbeiten und zu streiten, und das sind viele von denen, die einst gerne stritten, der kämpfe in Eisenach, daß die Partei unabhängig und opfermütig und rücksichtslos national wird. Er thut seiner Partei mehr, als zwanzig kluge Redner, die sich mit tausend Wenns und Aber durch die Geschichte windend, die Hauptsorge darauf richten, nirgends anzustoßen und die Partei zusammenzuleimen."

Das ist bittere Wahrheit.

Erfreulicherweise mehren sich die Anzeichen, daß in den Kreisen ehrlicher ideal gesinnter Männer die Ueberzeugung mehr und mehr durchbricht, daß die nationalliberale Partei nicht mehr reformierbar ist, sondern zertrümmert werden muß, damit die brauchbaren nationalen Elemente aus ihr frei werden.

Es schreibt z. B. die „Deutsche Zeitung" Dr. F. Lange's:

So wird man denn denen, die gerne noch mit einer Regeneration der nationalliberalen Partei zu einer temperamentvollen Vorkämpferin der nationalen Bewegung gerechnet haben, zurufen können: „Lasset alle Hoffnung fahren! Es war ein Traum, hier einmal etwas wie eine jungnationale Partei entstehn zu sehn."

Wenn diese Erkenntnis auch spät kommt, sie kommt noch nicht zu spät, sobald die gut deutsch gesinnten Kreise, denen die „Deutsche Zeitung" als Fahne vorangetragen wird, nun auch den Mut haben, die rechten Folgerungen aus jener Erkenntnis zu ziehn.

Die Konservativen sollten nach all den Proben der „nationalen" Gesinnung, die die braven Nationalliberalen ihnen gegenüber bei den Wahlen gegeben haben, sich zu dem Entschlusse durchringen: die Nationalliberalen bei allen Stichwahlen stets als das größere Uebel anzusehn, wie es das Zentrum schon thut. Der „Bund der Landwirte" kann, nach den Erfahrungen, die er mit der Zuverlässigkeit der nationalliberalen, vom Bunde unterstützten Abgeordneten mit verschwindenden Ausnahmen gemacht hat, garnicht anders, als künftig jedem Kandidaten, der um seine Unterstützung wirbt, neben der Verpflichtung auf bestimmte wirtschaftliche Grundsätze auch die Bedingung zu stellen, daß er nicht der nationalliberalen Fraktion im Reichstage beitreten darf. Die Auffassung, die in Bundeskreisen bis zu der letzten allgemeinen Wahl noch herrschte, daß die vom Bunde unterstützten Mitglieder der nationalliberalen Fraktion die Partei von Innen heraus heilsam beeinflussen würden, war — ein Traum.

Wenn der Freisinn geschickt operiert, kann er einen guten Fischzug in nationalliberalen Wahlkreisen machen, und wir würden ihm das durchaus gönnen.

Der „Zug nach Links" kommt uns nicht unerwünscht. Er wird zur Beschleunigung des Entscheidungskampfes führen, von dessen Ausgange die Zukunft unsers Volkes abhängt. — In diesem Sinne wäre es uns das Wünschenswerteste, wenn die nationalliberale Partei von der demokratischen Linken verschluckt würde. Die wirklich nationalen Elemente würden sich schon rechtzeitig nach rechts herüberretten.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Bagdadbahn.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der von deutschen Großkapitalisten angeregte Bau der Bagdadbahn in politischer Hinsicht eine Verschlechterung unsrer Beziehungen zu Rußland, in wirtschaftlicher eine schwere Schädigung der deutschen landwirtschaftlichen Interessen herbeizuführen geeignet sein würde. Von den Interessenvertretern der Börse und des Großhandels werden diese Befürchtungen als völlig hinfällig oder wenigstens stark übertrieben hingestellt, dagegen werden die Vorteile, die unsrer industriellen Ausfuhr aus jenem Bahnbau erwachsen sollen, in glänzendstem Lichte vorgeführt.

Wie weit die Herren Morgan, Schwab und Konsorten in den Vereinigten Staaten diese für unsre Industrie gehegten Hoffnungen in Erfüllung gehn lassen werden, möge dahingestellt bleiben; wir wollten heute nur an einer neuerlichen Kundgebung der russischen Presse feststellen, wie sehr berechtigt unsre Befürchtungen sind.

Der Pariser „Figaro" hatte, wahrscheinlich im Auftrage der französischen, an der Finanzierung jenes Baues mitbeteiligten Börsenkreise nachzuweisen versucht, daß derselbe die russischen Interessen durchaus nicht schädige, daß vielmehr dieses „deutsche" Unternehmen auf die so eng verbundnen russisch-französischen Interessen einen wohlthätigen Einfluß haben würde.

Wegen dieser Beschwichtigungsversuche ist, selbst nach Mitteilungen unsrer großhandelsliberalen Presse, der „Figaro" besonders von der „Nowoje Wremja" auf das heftigste angegriffen worden. Man wirft dem französischen Blatte vor, daß es seine Landsleute mit der Anregung zur Hergabe von Geldern für den Bagdadbahnbau zu einer den politischen, wie wirtschaftlichen Interessen des verbündeten Rußland durchaus feindseligen und schädlichen Handlung verleiten wolle. Wörtlich heißt es in dem russischen Blatte:

„Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus wird die Bahn für den russischen Handel außerordentlich schädlich sein, weil sie Europa die Märkte Mesopotamiens öffnet, die so reich an Getreide und andern Naturprodukten sind."

Die Russen, die jene heute noch türkischen Gebiete als ihr natürliches Erbe betrachten, dürften über die Produktionsfähigkeit derselben ganz gut unterrichtet sein. Wenn sie fürchten, daß das mesopotamische Getreide und die andern Naturprodukte nach Vollendung der Bagdadbahn ihrer eignen Agrar-Ausfuhr gefährlichen und schädlichen Wettbewerb auf den europäischen Märkten machen würden, dann müssen sie doch die Ueberzeugung hegen, daß die Lieferung dieser Agrarprodukte Mesopotamiens zu noch billigern Preisen nach dort würde erfolgen können, als die ihrer eignen Landwirtschafts-Erzeugnisse und daß die in Mesopotamien und den benachbarten Landstrichen zu erzeugenden Mengen bedeutend genug sein werden, um einen sehr fühlbaren Einfluß auf die Preisgestaltung der westeuropäischen Märkte zu gewinnen.

Das sind dieselben Anschauungen, die auch wir stets von der durch die Bagdadbahn zu erschließenden asiatischen Agrarkonkurrenz gehabt haben. Die deutschen Landwirte haben ebenso wie die französischen sicher alle Ursache, jene mesopotamische Gefahr als sehr bedeutend und schwerwiegend im Auge zu behalten.

Auch ein Stück Sozialpolitik.

Es ist eine schöne Sitte, daß man die Toten mit Blumen zu Grabe geleitet und dann auf ihrem Grabe noch einen Blütengarten pflanzt und pflegt. Der Brauch ist wohl auch nicht neu; er stammt — ich weiß wirklich nicht viel davon — aus alten Zeiten und findet sich bei vielen Völkern und in mannigfachen Formen vor.

Zur Entstehung mag er wohl gekommen sein aus der Weltanschauung des allgemeinen Mitgefühls heraus, aus dem Mythos oder der recht eigentlichen ästhetischen Naturanschauung, die alles Wahrnehmbare ganz von Gefühl erfüllt ansieht und die Welt als eine Gesellschaft gefühlloser Geisterseelen auffaßt. Ja, ich möchte sagen, es ist dies gradezu eine Forderung, ohne die eine Kunst garnicht möglich wäre. Der Künstler braucht das Mitgefühl der Natur beim kleinsten Werk und jeder Naturgenuß beruht im Grunde darauf; man könnte der Natur gar kein wahres tiefempfundnes Interesse entgegenbringen, sähe man sie nicht mit fühlenden Geistern erfüllt.

Und wie man hinausgeht in den Wald, ans Meer, in die Oede, und ihnen, die uns voll Mitgefühl umgeben, sein Leid klagt, so legt man auch Zweige und Blüten auf die Bahre eines lieben Toten, daß sie mittrauern, die Trauer mehren helfen, daß sie teilhaben an unserm Schmerze. Auch mag die Vereinigung blühender Blumen und grünender Zweige mit dem Leichnam, mit dem Bahrtuche, als Symbol der unzertrennlichen Einheit des Lebens mit dem Tode gedacht und empfunden worden sein. Und schon darum ist die Sitte schön, weil sie symbolisch ist, und weil sie einen schönen Gegensatz und harmonischen Einklang enthält. Vielleicht wollte man sich endlich von der, viele erschreckenden Vorstellung des Todes, von dem Bilde des grinsenden Schädels befreien, indem man diesen mit Rosen bekränzte. — — —

Von all dem Empfinden ist, mit Ausnahme vielleicht des letztern, aus der Todesscheu entspringenden, heute keine Spur mehr bei den zu einer lästigen häßlichen und widerlichen Unsitte gewordnen Kranzspenden.

Stirbt uns ein Verwandter, Freund oder Bekannter, so erheischt es die Sitte, daß man zum Beweise besondrer Teilnahme den Hinterbliebnen einen Kranz ins Trauerhaus schickt. Man läßt sich natürlich nicht lumpen, und da sich ein gewisses Gegenseitigkeitsverhältnis herausgebildet hat, und man auch beileibe nicht hinter andern Freunden in der Güte und Schönheit des Gebrachten zurückstehn will, so hat sich die Kranz-Industrie zu großer Vollkommenheit entwickelt; sie hat aber auch die bizarrsten und geschmacklosesten Formen angenommen; denn sie ist eben auch der Mode und damit allen Uebertreibungen und Lächerlichkeiten unterworfen.

Und was ist der Effekt? Vom ästhetischen Gesichtspunkte kann man gewiß nicht sagen, daß drei Kränze schöner sind als einer, zehn schöner als zwei; also dem Schönheitsbedürfnisse verweinter Augen und betrübter Seelen wird durch einen Haufen Kränze kein Genüge gethan — und den Toten in der Truhe ficht es nicht an. Ich finde schon die Form des Kranzes unschön.

In den Schmerz der Hinterbliebnen jedoch, mischt sich ein peinliches Empfinden: Jeder neuanlangende Kranz bedeutet eine Verpflichtung zu gleicher Spende bei Todesfällen in der Familie der Spender. Und dabei wird die Sache geschäftsmäßig trocken, häufig ohne alles Mitgefühl abgethan; gewöhnlich ist es Aerger und Unlust, was man fühlt, nicht Trauer. Man erhält die Todesanzeige. — „Oh je! Da müssen wir einen Kranz kaufen!" Wenns auch nicht der erste Ausruf ist, so ists doch eine der ersten Empfindungen. Die Unsitte der Kranzspenden wirkt daher in vieler Hinsicht auch verrohend. Man zahlt fünf Mark, zehn Mark oder noch mehr, weil man muß, weil man einem gesellschaftlichen Zwange unterliegt — man drückt seine Teilnahme in echt moderner Weise in Geld oder Geldeswert aus. Dabei hat man überdies das höchst unbefriedigte Gefühl, daß „ein Dritter sich freut" und das ist der Kunstgärtner und Kränzefabrikant. Der streicht lachend sein Geld ein — und ein schönes Stück Geld! Denn bei Kranzspenden läßt man sich, wie gesagt, nicht lumpen, und man scheut sich auch bei solchem Anlasse zu feilschen!

Manchem aber thut dies Zahlen bitter weh; so unvermutet fünf, zehn oder mehr Mark für nichts hingeben zu müssen, ist nicht jedermanns Sache und Vergnügen, und alle empfinden dabei das Unsittliche einer wirklichen Vergeudung.

So ist diese Unsitte wohl allen zum Ekel geworden, alle empfinden sie gradezu als einen Unfug, — aber mit der Abschaffung will natürlich keiner den Anfang machen. Feiner empfindende Seelen lassen zwar auf die Todesanzeige die radikale Bemerkung drucken: „Kranzspenden werden dankend abgelehnt". Aber das ist auch nicht das rechte. Es schafft keinen Ersatz für das, was man entziehn will; auch steckt vielleicht noch etwas andres dahinter: „Wir geben daher selbst auch keine Kränze". Dann ist es eigentleich eine Ablehnung werkthätiger Teilnahme, die ein kaltes, abweisendes, individualistisches Moment enthält.

Ich möchte etwas andres vorschlagen. Man setze auf die Todesanzeigen ungefähr die folgende Bemerkung: „Die Beträge für die zugedachten Kranzspenden wollen dem wohlthätigen Vereine N.N. zugewendet werden". Wenn man seine Leute kennt, mag man sich vielleicht noch den Zusatz erlauben: „Das Namensverzeichnis der Spender wird im X-Blatte veröffentlicht werden." Oder aber die wohlthätigen Vereine schaffen sich hübsche, vielleicht auch künstlerisch ausgeführte Karten an, die die Mitteilung enthalten: „Frau oder Herr A. hat aus Anlaß des Todes von Frau oder Herrn B. dem unterzeichneten Vereine zu gunsten der Armen den Betrag von x Mark gewidmet." Diese Karten werden dann vom Vereine den trauernden Hinterbliebnen ins Haus geschickt. Wird diese das nicht erheben? Werden es nicht Tropfen lindernden Balsams in die brennende Wunde sein, zu wissen, daß nun manche andre Sorge, mancher Schmerz von armen, auch bedrückten Mitmenschen gestillt, manche Thräne getrocknet werden wird?

Und ich stelle mir vor, es wird dann auch hier ein Wettbewerb wachgerufen werden; es wird aber ein edler, schöner Wettstreit sein — wenigstens nach dem Erfolge. Um die Gründe kümmere ich mich nicht, das soll jeder mit sich selbst ausmachen. Ich bin sogar der Meinung, ein Anrufen der ethischen Gefühle wird nicht so wirksam sein, als wenn man es dahin brächte, daß die Sache — Mode würde.

Mein Vorschlag richtet sich daher zunächst an die Damen der „Gesellschaft", die die vornehmsten und maßgebendsten Sklavinnen der Mode sind.

Eine schöne Sitte würde es werden! Welch tröstlicher Gedanke, mit seinem Tode Schmerzen andrer zu stillen, Not zu lindern! Wie köstlich und beruhigend zu denken, daß nicht mehr das Schmunzeln des Kranzbinders, sondern fromme Gebete und Segenswünsche aus dankerfüllten Herzen uns auf der letzten großen Reise geleiten werden! Das wäre ein rechtes „soziales Sterben"!

Es läßt sich allerdings einwenden, daß mit der Durchführung meines Vorschlages die Handelsgärtner, Fabriken von künstlichen Blumen und die Blumenverkaufsgeschäfte einen empfindlichen Schaden erleiden würden; das ist richtig. Weil aber die neue Sitte, wenn überhaupt, ohnehin nur langsam durchdringen wird, so haben die betreffenden Geschäfte hinreichend Zeit, eine allmähliche Einschränkung dieser Betriebszweige vorzunehmen.

Als ganz und gar verkehrt muß es jedoch bezeichnet werden, wenn man, um eine Beeinträchtigung der Kunstgärtner und Kranz-Industrien zu vermeiden, der Erhaltung der bestehenden Unsitte das Wort reden würde. Das ist grade so, wie wenn man für die Aufrechthaltung der Rennwetten sprechen wollte, um das „edle" Gewerbe der Buchmacher nicht zu schädigen. Im Gegenteil, es muß als volkswirtschaftlich notwendig und staatswirtschaftlich dringend geboten bezeichnet werden, eine Produktion zu beschränken, die das Sozialkapital verschwendet, d. h. Teile desselben nutzlos verschwinden macht. Denn die gesamte Kranz-Industrie erzeugt weder Kapitalgüter, die zur Wiedererzeugung weiter verwendet werden, noch Genuß-

güter, die der Befriedigung irgendeines Bedürfnisses dienen, also gebraucht oder verbraucht werden. Sie erzeugt, keinem zur Freude, allen zur Last, nur eingebildete Werte, die in kürzester Frist den Kehrichthaufen vergrößern, für die aber doch ganz bedeutende Mengen des Sozialkapitals, das derart der wirklichen Produktion entzogen oder vorenthalten wird, hingegeben werden. Endlich ist auch der Nachteil, den die Kranzspenden-Industrie erleidet, jedenfalls gering anzuschlagen gegenüber den Vorteilen, die zahlreiche Bedürftige empfangen.

Uebrigens sage ich gar nichts dagegen, daß die nächsten, unmittelbaren Angehörigen der Toten selbst, Gatten, Kinder und Eltern, auf den Sarg Blumen und Zweige legen. Es ist dies eine Aeußerung des Schmerzes; es sind die letzten Zeichen der Liebe; es ist eine Sprache, die nicht Worte hat, nur stumme Naturlaute. Diese Spenden werden auch nie ein edles, schönes Maß überschreiten.

Ich möchte selbst nicht ohne Blumen und ohne Grünes zu Grabe getragen werden. Aber nur keinen gekauften Kranz! Da drehe ich mich noch im Sarge um!

Freisinnige Schweine- und Hammelpolitik.

In seiner großen Rede auf dem Hamburger Parteitage hat Herr Eugen Richter u. a. das von ihm im Jahre 1891 geprägte Schlagwort von der Schnaps- und Schweinepolitik unsers großen ersten Reichskanzlers wieder neu hervorgeholt, weil eine ähnliche Schweinepolitik auch jetzt wieder in Blüte stehe. „Wenn die russischen Schweine seuchenverdächtig sind, warum läßt man ein Kontingent von 70000 nach Oberschlesien hinein? Beginnt die Seuchengefahr etwa beim 70001sten Schwein?“ Also fragte Herr Richter und erregte mit diesem Witz „Heiterkeit“ bei seinen getreuen Knappen.

Für die durch keine Sachkunde in dieser Frage beeinflußten freisinnigen Wirtschaftspolitiker mag allerdings kein erkennbarer Unterschied inbezug auf Seuchengefahr darin liegen, ob die gegenwärtige „Schweinepolitik“ der Regierung nur 70000 russischer Schweine nach nahe der Grenze belegnen Schlachthäusern zuläßt, oder ob nach freisinniger „Schweinepolitik“ diese russischen Borsten- und Seuchenträger in beliebiger Anzahl überall unsre Grenzen überschreiten und durch das ganze Reich verschickt oder von Hausierhändlern getrieben werden dürfen. Die freisinnigen, und die sozialdemokratischen Freunde des Auslandsschweines sind ja freilich überzeugt, daß diese edlen Tiere niemals Seuchenträger sein können, das kommt nur bei solchen vor, die von den (frei nach Bebel) „bornierten“ deutschen Landwirten gezüchtet werden. Zum Beweise für diese ihre Anschauung wird von jenen Schweinepolitikern darauf hingewiesen, daß seit langer Zeit schon kein verseuchtes Schwein unter den aus Rußland eingeführten gefunden worden sei.

Dies erklärt sich sehr einfach daraus, daß in Rußland selbst jetzt die relativ kleine Menge der zur Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche bestimmten Schweine auf das sorgfältigste ausgewählt und veterinär-polizeilich untersucht wird. Die Ausfuhrtiere stammen sämtlich aus einem eng begrenzten gut beaufsichtigten Bezirk; sie werden auf russischer Seite fünf Tage unter Beobachtung gehalten und vier- bis fünfmal von russischen Tierärzten untersucht, ehe sie nach der deutschen Grenzstation vor den deutschen Tierarzt gebracht werden. Da ist es denn wohl natürlich, daß sie die Prüfung auf „momentane“ Seuchenfreiheit (gleich darauf werden sie geschlachtet) gut bestehn.

Wenn aber wieder in Verfolg der freisinnigen Schweinepolitik das russische Borstenvieh zu Hunderttausenden aus allen Gebieten des weiten russischen Reiches über unsre Grenzen kommen dürfte, dann wäre dieser Staat bei seinem notorischen Mangel an brauchbaren Tierärzten jetzt ebenso vollkommen außerstande, die Ausfuhr verseuchter Tiere zu verhindern, wie er es früher vor Einführung der teilweisen Grenzsperre bei uns gewesen ist. Damals fand man seuchenkranke Tiere zu Hunderten unter den russischen Schweinen, ein einziges solches aber kann Hunderte von Ansteckungsfällen verursachen, wenn es nicht nahe der Grenze geschlachtet, sondern längere Zeit über Hunderte von Kilometern durch das Land von einem Ort zum andern geführt wird. Darin liegt der Unterschied zwischen der gegenwärtigen Regierungs- und der freisinnigen „Schweinepolitik“.

Auch über die Ausfuhr des „nationalen“ Hammels hielt sich Herr Richter auf. Er meinte, wenn Deutschland sich allein durch seine nationale Produktion ernähren sollte, dann dürften folgerichtigerweise auch die 20000 Hammel nicht heraus, dann dürfte man nicht die Ausfuhr dieser „nationalen“ Hammel deshalb gestatten, weil sie in England etwas teurer bezahlt würden.

Es ist sehr bezeichnend, daß das freisinnige Parteihaupt bei dieser Gelegenheit offen zugiebt, daß deutsche Hammel im Freihandelslande England zu teuerern Preisen verkauft werden können, als bei uns im Lande der furchtbaren Fleischnot und Fleischteuerung. Es hätte aber auch daneben nicht mitzuteilen vergessen sollen, daß jene deutschen Hammel nicht lebend, sondern nur ausgeschlachtet nach England hinein dürfen, weil dieser Industrie- und Handelsstaat seine Grenzen für lebendes Vieh vom europäischen Festlande noch strenger gesperrt hält, als das Deutsche Reich.

Für den armen Sternberg wird neuerdings wieder einmal in Wehleidigkeit gemacht. Sein Befinden sei schlecht, zumal er in Gefahr schwebe, das Augenlicht gänzlich zu verlieren. Auf einem Auge sei er fast völlig erblindet, und auch das zweite Auge sei nach dem Ausspruche des ihm behandelnden Professors Silex gefährdet. Sternberg könne und dürfe gar nichts arbeiten, sei daher auch nicht in der Lage, sich einen Ueberverdienst zu erarbeiten. Dieser betrübsamen Meldung fügt das betreffende Berliner Judenblatt aber gleich hinzu: „Soweit es angängig ist, widmet sich Sternberg auch seinen geschäftlichen Unternehmungen. Jeden Sonntag erhält er die eingelaufnen Akten und Fragebogen, mit denen er sich einige Zeit beschäftigen darf, und alle vier Wochen kann er seinen Generaldirektor empfangen und mit ihm in Gegenwart eines Oberbeamten eine höchstens zweistündige Konferenz abhalten. Der Seelenzustand Sternbergs ist begreiflicherweise infolge der bisherigen langen Haft und bei der Aussicht, diese noch bis zum 22. Mai nächsten Jahres ertragen zu müssen, äußerst gedrückt.“

Und trotz dieser gedrückten Seelenstimmung kann Sternberg seine geschäftlichen Dinge erledigen? Es scheint so, als ob hier Vorarbeit zu einer Begnadigung geleistet werde, denn nach einer Mitteilung des sozialdemokratischen „Vorwärts“ ist es mit dem Zuchthaus-Millionär ganz anders bestellt. Er war in der im Flügel D des Zuchthauses zu Berlin (Lehrterstr.) befindlichen Zelle 425 anfänglich Militärschneider und als Adressenschreiber beschäftigt. Seit Februar dieses Jahres braucht er eines Augenleidens wegen nicht mehr zu arbeiten; er liegt „revierkrank“ in seiner Zelle. Diese Krankheit scheint den Gefangnen aber im übrigen nicht besonders mitgenommen zu haben, da er körperlich wohl aussieht. Verschiedne Umstände mögen dazu beitragen, daß die Gesundheit Sternbergs nicht allzu arg geschädigt wird. So erhält er als Kranker seit längerer Zeit regelmäßig dritte Diät, also morgens Kaffee mit Brödchen, tagsüber einen halben Liter Milch und zum Mittag abwechselnd Fleisch mit Gemüse und Beefsteak mit Kartoffeln. Als Lektüre hat er ein Börsenorgan, das ihm in dicken Monatsbänden zugestellt wird. Die Krankheit bringt es mit sich, daß Sternberg auch einiger andern Vergünstigungen teilhaft wird. So braucht er z. B. seine Zelle nicht selber zu reinigen, vielmehr wird diese Arbeit durchweg von Mitgefangnen besorgt. Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß Sternberg Gerichtstermine wahrnehmen mußte; er wurde dann nicht wie andre Zuchthäusler oder wie politische Gefangne im Grünen Wagen transportiert, sondern durfte seine Zuchthauskleidung mit einem Zivilanzug austauschen und sich eines Tarameters bedienen. Ein Kriminalbeamter begleitete ihn in solchen Fällen.

Sollten solche Angaben wirklich auf Wahrheit beruhn? Wir könnens noch nicht glauben, wenn wir uns vergegen-

wärtigen, wie diese angebliche Behandlung eines Sittlichkeits-Verbrechers im Zuchthause seltsam absticht gegenüber der Behandlung mancher Preßsünder im Gefängnisse!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Während die Polen bisher in dem Zionismus eine harmlose Erscheinung sahn und der Bewegung meistens sympatisch gegenüberstanden, ist darin neuerdings eine völlige Aenderung eingetreten. Man hat nämlich eingesehn, daß es den Zionisten zunächst weniger um die Errichtung eines jüdischen Reiches in Palästina zu thun ist als vielmehr darum, die Juden überhaupt erst einmal einheitlich zu organisieren, damit sie ihre Macht gebrauchen lernen. Schon haben die Zionisten hier und da in Galizien mit den Sozialdemokraten Wahlbündnisse geschlossen. Auch die ruthenisch-ukrainische Partei will, wie es heißt, sich mit den Zionisten gegen die Polen verbinden. Die Organe der Schlachta läuten daher energisch Sturm gegen den Zionismus und fordern zu dessen rücksichtsloser Bekämpfung auf. —

Die Klerikalen hatten für letzten Sonntag einen sogenannten Katholikentag nach Bilin einberufen. Um gegen diesen klerikalen Vorstoß in Böhmen Einspruch zu erheben, veranstalteten die Alldeutschen eine Protestversammlung, die unter großer Beteiligung verlief. Es wurde eine Entschließung im Sinne der Los von Rom Bewegung angenommen.

England. Die aus Rußland und Rumänien in London einwandernden Juden werden den Engländern immer lästiger. Die osteuropäischen Schnorrer kommen in hellen Haufen, nisten sich mit ihrem sprichwörtlichen Schmutz im Ostende der Weltstadt ein und verdrängen dort, mit Hilfe der schon heimischen Genossen, die englischen Arbeiter und kleinen Leute, die nicht so billig zu leben verstehn wie die Juden. Es handelt sich dabei nicht nur um billigere Löhne, sondern auch um die Behausung. Wo eine englische Arbeiterfamilie sich knapp einrichten kann, da findet die doppelte und dreifache Anzahl Juden Unterkunft und kann daher mehr Miete zahlen. Die Besitzer dieser Ostende-Slums sind meistens reiche Juden, zumteil sogar Millionäre. Lord Rothschild besitzt beispielsweise ganze Straßen in den verrufendsten Vierteln des Ostendes. Und dieser selbe Rothschild hat es durch seinen Einfluß bei der englischen Regierung fertig gebracht, zum Mitglied der „Königlichen Kommission in Sachen der Einwandrung" ernannt zu werden! Selbstverständlich drängt er darauf, daß alles beim alten bleiben solle. Solche „Slum"-Häuser werfen eben gute Wucherzinsen ab, von 10 bis 50 vom Hundert. Lord Mountmorres äußerte sich kürzlich in der „Daily Mail" folgendermaßen: „Die eingewanderten französischen Hugenotten vermischten sich schnell mit unsrer Nation. Die jüdischen Einwandrer, die jetzt London überfluten, bilden jedoch eine eigne Nation in unsrer Mitte. Sie halten sich fern von uns und brüsten sich mit dieser Isolierung. Ihr Ehrgeiz besteht darin, die ärmere Bevölkerung zu verdrängen, deren Häuser und Geschäfte zu erwerben, und zwar nicht in allmählicher, normaler Weise, sondern durch eine Rassen-Eroberung."

Es ist begreiflich, daß sich hauptsächlich in London und Umgegend der Antisemitismus immer mehr regt und jetzt bereits so in die Oeffentlichkeit tritt, daß selbst die liberalen Blätter Deutschlands (so jüngst der nationalliberale „Hann. Kurier") von dieser Thatsache Kenntnis nehmen. Begreiflich ist es weiter, daß unter diesen Umständen die englischen Zeitungen und Staatsmänner gern der Note Amerikas in Sachen der rumänischen Juden zugestimmt haben. Nicht aus Freundlichkeit oder Mitleid für die Juden Rumäniens, sondern aus Angst vor dem Wettbewerb dieser, der selbst den reichen Juden Londons wegen seiner Wirkung auf die englischen Massen anfängt unangenehm zu werden. —

Die Londoner haben es sich nicht nehmen lassen, sich wieder einen Juden, Markus Samuel mit Namen, zum Bürgermeister in Aussicht zu nehmen.

Mosaik.

Juden-Angst hatten sie alle beide, nämlich der scheidende Oberbürgermeister, Geheimrat und Ritter Witting aus Posen und sein Stammesgenosse, der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Lewinski. Dieser wollte in feierlicher Abschiedssitzung der Stadtverordneten Herr Witting in üblicher Weise „mit Schokolade begießen", wie das Volk sich ausdrückt, um übermäßige Lobpreisungen zu bezeichnen. — Aber die bösen Polen, es sitzen ein paar davon im Rate der Stadtväter zu Posen, drohten, sie würden pfeifen, wenn man nicht ausdrücklich feststelle, daß die Anerkennung nicht in ihrem Namen erfolge. Auch dazu war Herr Lewinski schließlich bereit. Aber nun sprang der zu feiernde Herr Witting ein und setzte durch, daß Herr Lewinski von seiner Abschiedsrede gänzlich absah. — Sehr „würdevoll" können wir diesen Abgang nicht finden.

Ein Beitrag zur Sonntagsruhe. Professor Niemeyer (Leipzig) stellt infolge fortgesetzter Untersuchungen die Behauptung auf, der tägliche Verlust an Lebenskraft wird durch Essen und Schlafen nicht wieder voll ersetzt. Nimmt man an, daß die Lebenskraft am Montag Morgen 500 beträgt, so wird sie durch die Arbeit des Tages bis Montag abend auf 450 vermindert. Durch eine gute Nachtruhe steigern sich dann die Kräfte bis Dienstag früh wieder, aber nur bis 490. Die Arbeit am Dienstag vermindert die Kraft auf 440, am Mittwoch früh ist sie wieder auf 480 gestiegen. Jeder Tag vermindert die Kraft um 50, Speise und Ruhe stellen 40 wieder her. Demnach fehlen am Sonnabend 60, und diese fehlende Kraft muß nun durch die Ruhe des Sonntags, sowie der beiden Nächte, zwischen denen der Sonntag liegt, wieder ersetzt werden. Dann kann der Mensch am Montag wieder mit frischer Kraft an die Arbeit gehn.

So bestätigt die ärztliche Forschung die uralte Schöpfungsordnung, und auch vom gesundheitlichen Standpunkt muß man fordern: fort mit der Ueberstundenarbeit, fort mit der Sonntagsarbeit!

Emil Zola, der begabte Schilderer der Kloaken des menschlichen Lebens ist in Paris in seiner Wohnung erstickt. Die jüdischen Schmutz-Buchhandlungen und verschiedne Warenhäuser in Deutschland haben mit dem Vertriebe seiner Werke in deutscher Uebersetzung ganz gute Geschäfte gemacht und sind ihm dafür, aber mehr noch für seine komisch-patetische Verteidigung des Landesverräters Dreyfus dankbar.

Als neulich in einem großen Berliner Tingel-Tangel ein „Mimiker" in der Maske Emile Zolas auftrat und sich mit den Worten einführte: „Der soeben verstorbne große Dichter, der mutige Kämpfer für Wahrheit und Recht", da sprangen die jüdischen Zuschauer, die etwa drei Viertel des Publikums ausmachten, auf Tische und Bänke und kreischten förmlich Beifall. — Eine Totenfeier für Zola im Tingel-Tangel! Kann man sich stilvolleres denken?

Sollte das eine Vorahnung sein? Der Druckfehlerteufel hat dem nationalliberalen „General-Anzeiger" von Mannheim einen bösen Streich gespielt. Die Nachricht vom Tode des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. W. Oechelhäuser lautete im nationalliberalen „Mannheimer General-Anzeiger":

„Mit aufrichtiger tiefer Trauer werden die Parteigenossen die Kunde von dem Hinscheiden der nationalliberalen Partei Wilh. Oechelhäusers vernehmen. Nach kaum zweitägiger Krankheit raffte den bald 83jährigen, unermüdlich thätigen Greis eine Lungen-Entzündung hin."

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Mödling bei Wien giebt es eine Firma Libussa Löw und eine Thusnelda Kohn. So ist der Jude bald Tscheche, bald Deutscher, wies grade trefft. —

Das bisher wöchentlich erscheinende Wiener Blatt „Die Zeit" ist in eine Tageszeitung umgewandelt. Herausgeber ist ein Professor Isidor Singer. Dem Unternehmen soll ein Kapital von zwei Millionen Kronen zur Verfügung stehn. Es will den Adel und die katholische Kirche bekämpfen! —

Der Senat der Universität Heidelberg hatte sich genötigt gesehn, die jüdische Verbindung „Badenia" dauernd aufzuheben. Das badische Ministerium bestätigte auf eine eingelegte Beschwerde hin diese Entscheidung. —

Im Großherzogtum Baden verfügte im Jahre 1901 nach dem statistischen Jahrbuch der einzelne Jude im Durchschnitt über ein Steuerkapital von 5452 Mark. Für die Evangelischen und Katholiken lauten die entsprechenden Zahlen 1044 Mark und 420 Mark.

Vom Frankfurter Bankiertage schreibt die „Vossische Zeitung": „Die ganze große Not des Bankierstandes, die kein Zaudern mehr gestattet, kam trotz dem vornehmen Tone, der die Verhandlung beherrschte, mit oft elementarer Schärfe zum Ausdruck."

Also auch die Großbanken gehören zu den „Notleidenden"! Da wird nichts andres übrig bleiben, als daß die Aktionäre der Leipziger Bank, der Trebertrocknung usw., und die Inhaber portugiesischer, argentinischer, serbischer, türkischer usw. Staatspapiere den Herren etwas unter die Arme greifen! Am besten wärs natürlich, wenn der Racker von Staat sich der „Notleidenden" annehmen wollte, vorläufig vielleicht durch Vergebung

einer Anleihe von 1000 Millionen Mark, verzinsbar mit 3 v. H., die den „Notleidenden" zu 60 v. H. überlassen wird.

„Zur Abwehr des Antisemitismus" sprach dieser Tage vor geladnen Gästen ein Redner aus Mainz im „Kaffee Frohsinn" zu Hechingen. Ueber die in heller Einmütigkeit gefaßten Beschlüsse der jüdischen Zuhörer teilt man uns seltsame Sachen mit. Wir werden vorläufig abwarten, wie man die Beschlüsse in die That umzusetzen gedenkt.

Als schlagfertige Juden haben sich kürzlich die Zionisten bei ihrer Tagung in Minsk in Rußland gezeigt. Einer ihrer Stammesgenossen, Ohrenstein mit Namen, weiß ein Lied davon zu singen. Besagter Ohrenstein war von der Warschauer Zeitung „Gazeta Polska" als Berichterstatter nach Minsk geschickt. Kaum hatte sich Ohrenstein unter den Zionisten sehn lassen, als sich diese wie wilde Tiere auf ihn warfen, ihn zu Boden schleuderten und ihn mit Füßen traten. Nur mit Mühe konnte die Polizei dem Ohrenstein das Leben retten. Er mußte schleunigst nach Warschau zurückkehren, um sich in ein Krankenhaus aufnehmen zu lassen. Die Lust, über Angelegenheiten der Zionisten Bericht zu erstatten, wird Herrn Ohrenstein wohl gründlich vergangen sein; ob er aber jetzt eine günstigere Meinung von dem Zionismus hat?

Eau de Cologne Royal. De olle Benjamin wir en richtiges Kind Israels, he schugte sich vör nir, wenn dor blot Geld mit to verdenen wir.

Dat wir 1844. De Stammvadder Korl de Vierteinste, Johann, wir denn 8. März storben un sull natürlich, so as dat Gebruk is, inbalsamiert warden, ire he in dat Grawwgewölw in de Ridderholms Kirch insett würr.

Tom Inbalsamiern hürte, dat de Lik vörher irst enige Dag in „Sprit" liggen müßte. Dit kreg de olle Benjamin to weten un de Gedanke wir em fürchterlich, dat all de schöne Spiritus naher weggaten warden un gorkenen reellen Nutzen bringen sull. He sett'te sich dorüm in Verbindung mit en von de Hofbedenten und köfte von denn de ganze Spritparti to enen sihr nidrigen Pris. Dorna got he en bäten Parfün dor twischen un tappte dit in lütte hübsche Flacons, wurup he egens hierto bestellte, fine Etikets klisterte, de baben dat Reichswappen un dorunne, in Golddruck natürlich, „Eau de Cologne Royal" harrn.

Un dat mütt woll jere togeben, dat woll sindag ken Parfün enen gerechten Anspruch up Royal hätt maken kunnt as dit.

De oll Benjamin makte gode Geschäfte hiermit un rew sich vergnögt de Händ' äwer sine brillianten Gedanken. Oewer toletzt wir de Geschicht bekannt in ganz Stockholm un Benjamin harr vel to liden för sine Ide. He makte sich äwer nich vel dorut, harr he doch denn schönen Verdenst in sin Geldschapp.

De truge Husfründ.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW. 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 9. Oktober 1902. Nr. 738.

Zum Besuch der Buren-Generale in Berlin

erläßt der Empfangs-Ausschuß nachstehenden

Aufruf.

Am 17. Oktober, abends 8 Uhr, werden in dem großen Saale der Philharmonie die Burengenerale Botha, Delarey und Dewet in einer großen öffentlichen Versammlung zu uns sprechen.

Herbeigeeilt aus dem Lande der Königin Wilhelmine, das ihnen zuerst seine Gastfreundschaft bot, werden sie nicht als Ankläger der Vergangenheit zu uns sprechen, sondern sie werden dem Deutschen Volke danksagen für die Hilfe, die es den Leidenden bot, und sie werden sich an unsre Herzen wenden um neue Hilfe.

Denn noch blutet ihr Land aus tausend Wunden, noch sind ihre Felder verwüstet, in Trümmern liegen ihre Farmen, und niedergedrückt von schweren Sorgen blickt ihr Volk in die Zukunft.

Sie aber, die zu uns sprechen werden, sie haben in der dunkelsten Stunde, als Joubert starb und Krüger in die Verbannung zog, als der Feind eindrang in das Herz ihres Landes, jenen gewaltigen Widerstand organisiert, dessen bewundernde Zeugen wir waren. Botha der Schlachten-Erfinner, Delarey der Schlachtengewinner, und der südafrikanische Blücher, Dewet.

In ihnen ist die Kraft und die Zähigkeit, die Ausdauer und die Tapferkeit ihres niederdeutschen Volkstums verkörpert, und blieb ihnen auch nach heldenmütigem Kampfe der letzte Erfolg versagt, mußten sie auch, um die Zukunft ihres Volkstums zu retten, einen unwillkommenen Frieden schließen, so sind ihre Namen dennoch für immer verzeichnet auf den glänzendsten Blättern der Geschichte.

Heute ruht das Schwert in der Scheide, die Arbeit wurde die Erbin des Kampfes, aus den Ruinen soll **neues Leben** erblühn. Nicht um zur Rache aufzurufen kommen Botha, Dewet und Delarey, sondern um Hilfe zu suchen. Noch einmal werden sie zu uns sprechen. Unsichtbar aber wird hinter ihnen, unerschütterlich und ewig gerecht die Geschichte stehn, und liebend wird sie zu ihren Söhnen sich beugen und ihnen den Lorbeerkranz auf die Stirne drücken.

Und so rufen wir unsre **Mitbürger** und die deutschen Frauen auf zur Teilnahme an unsrer Versammlung, deren Ertrag allein dem Liebeswerke für das Burenvolk dienen soll.

* * *

Unterzeichnet ist dieser Aufruf außer vom Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abgeordneten Lückhoff, von ungefähr sechzig Herren; darunter befindet sich neben konservativen, nationalliberalen und freisinnigen Abgeordneten auch der preußische Oberst a. D. von Braun, der als Burenkämpfer beinahe zwei Jahre in englischer Gefangenschaft auf St. Helena zubrachte. Auch unser Herausgeber gehört zum Ausschuß, ebenso wie Prof. Dr. Förster vom „Volksbunde“.

Die Generale sollten nach einer Mitteilung des Ausschusses Freitag, den 17. Oktober, morgens mit dem Nord-Expreßzuge in Berlin eintreffen. Wie wir indes während der Drucklegung erfahren, findet die Ankunft bereits Donnerstag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr statt. Wir konnten leider nicht feststellen, ob es sich um D-Zug 31 (6,3 an Potsdamer Bahnhof) oder um D-Zug 7 (6,50 an Bahnhof Zoologischer Garten) handelt. Da indes die Empfangs-Feierlichkeiten nach Beschluß des Ausschusses sich auf Bahnhof Zoologischer Garten abspielen sollen, vermuten wir das letztere. Bedauerlich ist, daß durch die um diese Tageszeit schon herrschende Dunkelheit die Fahrt der Generale durch die Straßen Berlins weniger feierlich ausfallen wird.

Eine Warnung vor ausländische Bankpiraten, die leichtsinnige, zu etwas Börsenspiel geneigte Leute bei uns auszuplündern versuchen, läßt die offiziöse Presse erschallen. Neuerdings gelangten u. a. von einem Londoner Bankhause zahlreiche Anzeigen in deutsche Blätter oder es wurden besondre „Prospekte“ versandt, um Leute zur Spekulation in Wertpapieren zu verleiten. Unter Hinweis auf sichern Gewinn bei dem zu erwartenden Steigen der empfohlnen Papiere wurde ihr Ankauf mit einer Einzahlung von 20 v. H. als Deckung angeboten. Der angeblich sichere Gewinn bleibt natürlich stets aus, da fast nur solche Papiere angepriesen werden, bei denen ein Kursrückgang sicher zu erwarten ist. Sobald ein solcher eintritt, wird die eingezahlte Deckung natürlich von den betreffenden Bankpiraten hohnlächelnd eingestrichen, und das Spekulationsgeschäft ist zu Ende.

Die offiziöse Warnung verbreiteten auch die linksliberalen Judenzeitungen. Gefährlicher noch als diese ausländischen waren indes die inländischen deutschen Bankpiraten, die nach ganz ähnlichen Geschäfts-„Gebräuchen“ das unerfahrne Publikum bei uns zur Börsenspekulation verleiten und dabei ausplündern konnten, bis ihrem Treiben durch die letzten gesetzgeberischen Schritte gegen die Auswüchse der Börsenspekulation ein Ende gemacht wurde.

Gegen dieses Börsengesetz zum Schutz unerfahrner und leichtgläubiger Leute vor Ausplündrung durch inländische Bankpiraten aber wüten alle Demokraten und Linksliberalen bei uns mit bewundernswerter Ausdauer und Energie. Glauben denn **unsre börsenfreundlichen Politiker**, daß eine Ausplündrung auf dem **Wege der Verleitung zur Börsenspekulation** den davon betroffnen deutschen Staatsbürgern weniger **schmerzhaft** und schädlich wäre, wenn ihnen ihr oft sauer verdientes Geld von inländischen, als wenn es ihnen von ausländischen Bankpiraten abgenommen wird? Vor dem Treiben der im Ausland **ansässigen können wir** ja leider die Leute, die nicht alle werden, nur warnen, vor den Angriffen der inländischen Piraten aber mußten sie notwendig durch das Staatsgesetz geschützt werden.

Der Blutmord in Konitz wird thatsächlich, wie wir es vorhersagten, in dem Beleidigungs-Prozesse gegen den Herausgeber und verantwortlichen Schriftleiter der „Staatsbürger Zeitung“ vollständig aufgerollt. Die gestern bereits sieben Tage andauernde Verhandlung vor dem Landgerichte 1 Berlin hat durch die Beweis-Anträge der Angeklagten verschiedne sehr überraschende Momente geboten. Festgestellt erscheint, daß die Untersuchung in der Mordsache anfangs sehr verfahren war, und daß die Unterlassungssünden der ortspolizeilichen Organe von Konitz und verschiedne andre Vorkommnisse es verschuldeten, daß erst spät System in die Untersuchung kam. Auch die Hinlenkung des Verdachts auf den Fleischermeister Hoffmann war ein solcher Mißgriff — an Mißgriffen scheint es in der ganzen Sache überhaupt nicht zu fehlen! Ebenfalls nicht an Vorurteilen der die Untersuchung führenden Personen, die ja so oft wechselten. Andrerseits hat auch die „Staatsbürger Zeitung“ sich manchmal — wie man so zu sagen pflegt — sich verhauen. Zwei entsprechende Erklärungen gab der angeklagte Redaktör bereits mitten in den Verhandlungen ab. Man wird davon viel auf die Erregung in Konitz selbst und auf die Art der Bericht-

erstattung zu rechnen haben. Einiges allerdings auch auf die Leute, die bei solchen Gelegenheiten aus reiner Wichtigthuerei mit allerlei unbeweisbaren Behauptungen die Zeitungen hineinzulegen verstehn. Ein abschließendes Urteil wird sich erst nach Beendigung des ganzen Prozesses fällen lassen, wenn die Aussagen der einzelnen Zeugen vollständig vorliegen.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel, Leipzig und Braunschweig haben solche bereits stattgefunden.

Die für den Monat August in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist wegen Verschiebung des Besuchs der Buren-Generale in Berlin auf einen Oktober-Sonntag verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend $^1/_2$9 Uhr.

Verband Niedersachsen. Aus Anlaß der Eröffnung eines neuen Warenhauses fand am 29 v. M. zu Braunschweig eine Versammlung statt, in der Herr F. Kemper einen Vortrag über „Warenhäuser und Kaufmannsstand" hielt; zum Schluß nahm man gegen drei Stimmen nachstehende, an den Landtag des Herzogtums Braunschweig gerichtete Entschließung an:

„Ueberzeugt von dem Werte eines wirtschaftlich gesunden und kräftigen Mittelstandes für den Bestand und die Erhaltung eines jeden Staatswesens, sieht die am 29. September 1902 im ‚Wilhelmsgarten' tagende, von der Deutschsozialen Partei veranstaltete öffentliche Versammlung mit größter Besorgnis, wie auch hier, durch das Auftauchen der großen Warenhäuser ein Teil dieses Mittelstandes, der reelle deutsche Kaufmannstand in seiner Existenz empfindlich geschädigt zu werden droht. Der mittlere und kleine Gewerbetreibende bedarf des kräftigsten Schutzes der Gesetzgebung bei seinem Existenzkampfe mit den Warenhäusern. Nicht minder überzeugt sind wir von den schädlichen Einflüssen der Waarenhäuser auf den gesamten Volkswohlstand. Wir ersuchen aus diesen Gründen den Hohen Landtag durch die Einführung einer wirksamen Umsatzsteuer für Warenhäuser den notwendigen Schutz gegen diese Betriebe zu schaffen."

Bemerkenswert ist es, daß außer der „Braunschw. Anz." keine einzige Tageszeitung Braunschweigs es wagte, einen Bericht dieser gut besuchten Versammlung zu bringen. Das ist die Macht der Juden-Anzeigen!

Verband Nordmark. Die Reichstagskandidatur des Grafen Reventlow (Wulfshagen) für Schaumburg-Lippe wird der konservative Landesverein unterstützen. —

Unter dem Vorsitze des Herrn Schlüter (Pinneberg) sprach am 28. v. M. Herr J. Henningsen (Hamburg) zu Tangstedt über die Ziele der Deutschsozialen Partei. —

Gelegentlich eines freisinnigen Antrages, im Bundesrate die Aufhebung des Vieheinfuhr-Verbotes zu beantragen, hielt Abg. Raab in der Hamburger Bürgerschaft eine längere Rede über Ursachen der „Fleischnot", die den Herren Antragstellern selbstverständlich sehr wider den Strich ging.

Zur Belebung der Werbe-Arbeit sind wir bereit, gegen Ersatz des Portos an jede uns aufgegebne Adresse je eine Nummer unsers Blattes nebst eingelegtem Flugblatte kostenfrei zu senden.

Die Wahl des Flugblattes steht den Herren Auftraggebern frei. Das Porto beträgt für jede Sendung 3 Pf.

Die angebliche Fleischnot beleuchtet der Bund der Landwirte in einer ausführlichen Veröffentlichung, die wir unsern Lesern mit Nummer 734 zukommen ließen. Soweit der Vorrat reicht, geben wir von dem Flugblatte gegen Erstattung der Postgebühren an unsre Freunde jede Anzahl kostenfrei ab; bis zu 10 Stück kosten 5 Pf. Porto, 11 bis 30 Stück 10 Pf., 31 bis 60 Stück 20 Pf., 61 bis 120 Stück 30 Pf. und über 120 Stück 50 Pf. Porto. (Auf ein Postpacket gehn 500 Stück).

Gleichzeitig empfehlen wir unser Flugblatt Nr. 44, das in handlicher Form (auf vier Oktavseiten) die Reichstagsreden des Abg. von Liebermann zur Fleisch-Einfuhr-Frage enthält. 25 Stück kosten franko 30 Pf.; 100 Stück 80 Pf.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 10. bei Petri;
am 17. bei Glöckner (Königshof);
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

L. H. Böckler, der wegen einer als Schriftleiter der „Staatsb.-Ztg." begangnen Beleidigung des Rechtsanwalts und Notars Cassel zu Berlin zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt war und deshalb seinen Wohnsitz nach Wien verlegte, wurde auf Verlangen des Berliner Landgerichts am 12. September in Wien verhaftet, nachdem das Auslieferungsverfahren eingeleitet war. Die Auslieferung ist bewilligt und Böckler dürfte bereits nach Plötzensee überführt sein. Bei dieser Gelegenheit stellt die „Staatsb.-Ztg." fest, „daß dem ‚antisemitischen' Redaktör gegenüber zum erstenmale von einer feststehenden völkerrechtlichen Uebung abgewichen worden ist. Es gilt als fundamentaler Grundsatz, daß nur wegen gemeiner Verbrechen und Vergehn ausgeliefert werden soll, politische und preßgesetzliche Vergehn, sowie Beleidigungen gehören nicht zu gemeinen Vergehn, und es ist deshalb wegen dieser Delikte bisher nie ausgeliefert worden." Selbst die Ullsteinsche „Berl. Ztg." bezeichnet das Verfahren der österreichischen Behörden als befremdlich, meint aber, nach ihrer Erinnerung habe in den 80er Jahren in mehren Fällen der Versuch, die Auslieferung flüchtiger Bismarck-Beleidiger von Oesterreich zu erlangen, Erfolg gehabt. Die „Berliner Zeitung" befindet sich — nach der „Deutschen Wacht" — damit in einem Irrtum. Ein jetziger jüdischer Leitartikler der „Vossischen Zeitung", der schöne Artikel über die christlichen Synoden zu schreiben versteht, floh in den 80er Jahren wegen Bismarck-Beleidigung nach Oesterreich. Die österreichischen Behörden haben in die Auslieferung wegen Beleidigung Bismarcks nicht eingewilligt.

Ist die Auslieferung thatsächlich entgegen den Bestimmungen der zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche bestehenden Verträge erfolgt, so muß die Angelegenheit natürlich vor die

richtige Schmiede kommen. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß man als Schriftsteller seine Aeußerungen in jeder Hinsicht zu vertreten und auch die entsprechenden Folgen auf sich zu nehmen hat.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Durchgegangen ist am 30. v. M. der 22jährige Infanterist Max Deutsch des Oesterreichischen Infanterie-Regiments Nr. 60 mit Löhnungsgeldern im Betrage von 2000 Kronen. Deutsch hat sich vorher eine vollständig neue Zivilkluft zugelegt.

Ein „seltner Gelegenheitskauf" ist dem Manufakturwarenhändler Günsburger zu Dresden etwas teuer zu stehn gekommen. Er hatte in seinem Schaufenster Damenkleider ausgelegt und ein Plakat beigefügt mit der Aufschrift: „Seltner Gelegenheitskauf 3,75 Mark an und 4,50 Mark an". Das Wort „von" fehlte ganz und das Wort „an" war so verdeckt, daß der Außenstehende es unmöglich sehn konnte. In dem Glauben nun, die ausgestellten Damenröcke für den Spottpreis von 3,75 Mark und 4,50 Mark kaufen zu können, sprachen zahlreiche Käuferinnen vor, die sich aber bedeuten lassen mußten, daß die ausgestellten Röcke erheblich mehr kosteten, indes geringere Qualitäten schon von 3,75 Mark usw. an zu haben seien. Die Enttäuschten wandten sich an den Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe, der Strafantrag wegen unlautern Wettbewerbs stellte mit dem Erfolg, daß Günsburger vom Schöffengericht zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Das Landgericht als Berufungs-Instanz bestätigte jetzt das Urteil.

Steckbrief. Gegen den Handlungsreisenden Jonas Engel aus Breslau, der der Uebertretung der Gewerbe-Ordnung dringend verdächtig ist, Ausländer ist und sich verborgen hält, hat das Königliche Amtsgericht zu Glatz Haftbefehl erlassen. Um Festnahme und Einlieferung in das nächste Gerichtsgefängnis ersucht die Staatsanwaltschaft zu Glatz.

Festgenommen wurden in Nordhausen die beiden Händler Ignatz Spitz und Julius Lucas aus Ofenpest, weil sie „Medizinal-Ungarwein" ausboten, ohne hierzu eine Legitimation zu besitzen.

Im freisinnigen Nordhausen ist das doch eigentlich Juden-Verfolgung!

Israel im Heere. Dem „Israelit" in Mainz schickte der ehemalige Zahlmeister Heinrich Stadermann (ein getaufter Jude) aus Nürnberg einen Betteibrief, in dem er für fünf gar nicht vorhandne „Glaubensgenossen", die den deutsch-französischen Krieg mitgemacht hätten und sich in sehr bedrängter Lage befänden, Unterstützungen erbat. Es gingen wohl Gelder ein, Stadermann erhielt sie aber nicht, da der Schwindel rechtzeitig aufgedeckt wurde. Wegen Betrugsversuchs erhielt der ehemalige Zahlmeister deshalb zwei Wochen Gefängnis.

Wegen Veruntreuung legte das Schwurgericht in Wien dem Advokaten Dr. Richard Mandl, der im vorigen Herbste aus Wien flüchtete und später in Udine (Italien) aufgegriffen wurde, zwei Jahre Zuchthaus auf. Außerdem wurde auf Verlust des Doktortitels erkannt. Die Verhandlung ergab nicht nur seine Betrügereien, sondern bot auch einen Einblick in das sittliche Leben des Angeklagten, der schon nicht mehr schön war.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurden:

dem Rabbinatsprofessor J. D. Wijnkoop zu Amsterdam die Ritterinsignien des Ordens von Oranien und Nassau;

dem italienischen Kriegsminister Ottolenghi der Großkordon des (türkischen) Osmanie-Ordens mit Brillanten;

dem Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt, Ludwig Wollheim zu Wien, taxfrei das Komthurkreuz des Oesterreichischen Franz Josef-Ordens.

* * *

Echt jüdische Art. Der Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz hält es mit seinem Kultusamte für vereinbar, von seinem „Offnen Briefe an den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg" unter gewaltiger Reklame die 4. Auflage (16. bis 20. Taus.) in die Welt zu setzen, trotzdem in der Antwort des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Vgl. Nr. 707 und 712) der Herr Rabbiner so abgeführt ist, wie es nicht schlimmer kommen konnte.

Es muß daher Pflicht jedes Judengegners sein, die Antwort des Abgeordneten von Liebermann, „Die Herabwürdigung des christlichen Eides durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz", die mit einem einleitenden Vorwort auch den Wortlaut des Rabbinerbriefs enthält, zu verbreiten.

Das 16 Seiten starke Büchlein hält sich streng sachlich an die auf einem groben Irrtum beruhenden, hochtrabenden Ausführungen des Gleiwitzer Rabbiners und sollte sich nicht nur jeder Leser dieser Zeilen, sondern jeder Deutsche, der nicht philosemitisch gesonnen ist, eine Anzahl von diesem Büchlein kommen lassen und an Bekannte verteilen, insbesondre an solche Leute, die noch immer an die Auserwähltheit Israels glauben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg., 50 Stück 4 Mark und 100 Stück 7 Mark. Zu beziehn ist die Broschüre von der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52, die auch ohne Preiserhöhung bereit ist, sie an die ihr aufgegebnen Adressen zu versenden.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierte Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beliebt 3,50 Mark) franko ohne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Ansichtskarten

des In- u. Auslandes tauscht

Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Elberfeld.

Deutsches Wirtshaus „Burghof"

Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung"
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.



Nur erste Preise

Lieferung direkt an Private,
daher größte Vorteile. Freie Probesendung durch ganz Deutschland
Pianos von 450 Mark ab.

Man kaufe kein Piano

bevor man unsern Katal. eingef. hat der gr. u. fr. vers. wird.

Roth & Junius
vorm. Aug. Roth, **Hofpianofabrik Hagen i. W. Nr. 282.**

Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf **Auswahl, Qualität** und **Preise**, dann kaufen Sie bestimmt bei

Christian Günther, Leipzig-Plagwitz
Postfach Nr. 80
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.

Neuheiten

Die Saison-Neuheiten sind eingegangen.
Fordern Sie mit 5 Pfg.-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Winke für deutsche Kaufleute, die im **Ausland** Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von **Dr. Winterstein** in **Cassel**, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend. v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Wie Sie sich
mit bestem Erfolg als
Kaufmann
ausbilden u. fortbilden können (durch Selbststudium oder Unterricht), teilt Ihnen franko und ohne Verbindlichkeit mit
Dr. jur. Ludwig Huberti
— Leipzig. —

Düren

webt seit 60 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das **Tuchhaus Boeykes i. Düren 1 (Rhld.)**

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laat.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung",
„Deutsche Wacht",
„Deutsch-Soziale Blätter"
und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose, Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von $\frac{1}{2}$10 vm. bis 6 nm.,
Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schrammsweg 2.
Geöffnet von $8\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Vivisektion!

Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des **Weltbundes gegen Vivisektion**, die unentgeltlich versendet werden vom **Tierschutzverein, Berlin SW**, Königgrätzerstr. 108.

Der Blutmord in Konitz
mit vielen Bildern und einem Vorwort des Abg. Liebermann von Sonnenberg.
13. Auflage. — Preis 60 Pfg.

Die Juden und das Christenblut.
Von Germanicus.
— Preis 40 Pfg. —

Die jüdische Moral und das Blut-Mysterium.
Von Athanasius Fern.
— Preis 60 Pfg. —

Berlin NW 52.

Rätselhafte Blutmorde.
Damaskus — Lutscha — Tisza-Eszlar — Skurz — Xanten.
Brennende Frage Nr. 14.
Preis 5 Pfg. — 10 Stück 30 Pfg.
100 Stück 2 Mark.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt.

Die Herabwürdigung des christlichen Eides
durch den Rabbiner Dr. Münz in Gleiwitz.
— Preis 10 Pfennig. —
10 St. 60 Pfg. 100 St. 4 Mk.

Der Mord in Skurz vor Gericht.
Von Otto Glagau.
— Preis 30 Pfg. —

Paulstraße 15.

Moses und Gittel,
dreimal zum Strange verurteilt und dennoch nicht gehängt.
Von Otto Glagau.
— Preis 30 Pfg. —

Zur Blutopfer-Frage
oder
Was hat Herr Stoeck bewiesen?
— Preis 1 Mark. —

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 16. Oktober 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 739.

Ruhm und Dank den Buren!

(Zum Berliner Burentag.)

Niemand traure voller Schmerz,
Daß der Bur erlegen,
Dem der reinste Menschenruhm
Folgt auf allen Wegen,
Wie hieß je ein Volk so klein
Solche Heldensiege sein!

Sieg war schon des Kampfs Beginn
Ueber Furcht und Zagen,
Ob sich mit dem Riesenfeind
Wohl ein Streit ließ wagen,
Ruhm Dir, daß du ohne Angst
Auf die Heldenschanze sprangst!

Sieg hast du im offnen Feld
Glorreich oft errungen,
Ob der Feind auch deine Reihn
Zwanzigfach umschlungen,
Ruhm dir, daß beim schwersten Stand
Nie gezittert deine Hand!

Sieg hat auch dein edles Herz
Hundertfach erfochten,
Wenn der Feind mit Spott und Hohn
Dornen dir geflochten,
Ruhm dir, daß du gingst voran
Immerdar ein Edelmann!

Sieg umglänzt noch heute hell
Deiner Fahne Falten,
Sank sie auch, es hat sich doch
Fest ihr Stamm erhalten,
Ruht sie auch im Staub zerfetzt,
Deine Ehr blieb unverletzt!

Siegen ist nicht stets Gewinn,
Auch im Unterliegen,
Wie der Heiland starb, kann frei
Doch der **Geist noch siegen,**
Dank dir, daß du wie ein Held
Hoch der Menschheit Brust geschwellt!

Wo ein Herz im Mannesbusen,
Ja, in Fraun und Kindern schlägt,
Steht dein Bild für alle Zeiten
Nun aus reinem Erz geprägt,
Dieser Sieg war Land und Herd,
Ja, er war ganz England wert!

Max Bewer, Dresden.

Wochen-Spruch.

Mischlinge von Tieren haben keine rechte Fortpflanzungskraft, und ebensowenig Blendlingsvölker ein eignes volkstümliches Fortleben. Es läßt sich ein Edelauge in den Wildling setzen, ein Edelreis auf den Wildstamm . . . aber das Immerwiederüberpfropfen taugt nicht in der Baumschule und in der Völkerzucht noch viel weniger . . . Das spanische Sprichwort „Traue keinem Maulesel und keinem Mulatten“ ist sehr treffend, und das deutsche „Nicht Fisch nicht Fleisch“ ist ein warnender Ausdruck. Je reiner ein Volk, je besser; je vermischter, je bandenmäßiger.

Friedrich Ludwig Jahn, Deutsches Volkstum (Einleitung).

Der Kaiser empfängt die Buren-Generale nicht.

Diese Thatsache müssen wir, mit dem Ausdrucke tiefsten Bedauerns, feststellen. Leider können wir kein Wort von den Schlußworten unsers Leitartikels über die Audienzfrage aus voriger Nummer zurücknehmen. Wir schrieben damals:

„Nach den Unverschämtheiten, die die englische Presse sich in Bezug auf die Buren-Audienz hat zu Schulden kommen lassen, würde eine Abbestellung des Empfanges im Deutschen Volke Empfindungen erregen, die wir im Interesse der monarchischen Gesinnung des Deutschen Volkes aufs tiefste bedauern müßten.“

Für möglich hielten wir eine derartige Wendung vor einer Woche nicht und gestehn reumütig, daß wir immer noch die Zustände in unserm Vaterlande zu optimistisch beurteilen. — Wie sich die Wendung in den Absichten des Kaisers vollzogen hat, ist vorläufig schlechterdings nicht zu erkennen. Die „Norddeutsche Allgemeine-Zeitung“ hat durch eine konfuse Notiz nicht Klarheit, sondern Verwirrung in die Sache gebracht.

Festzustehn scheint, daß der Gedanke, die Generale zu empfangen, dem Kaiser selbst plötzlich gekommen ist, und daß er diese Absicht sofort in die That umzusetzen begonnen hat, indem er die Burenführer benachrichtigen ließ. Gleichzeitig wurde ihnen mitgeteilt, daß sie, den üblichen Formen entsprechend, vom englischen Botschafter vorgestellt und eingeführt werden müßten. Dagegen hatten die Generale nichts einzuwenden.

Nun aber haben es englische Intriguen dahin gebracht, daß man, um von der unbequemen Verpflichtung loszukommen, den Buren zugemutet hat, sie sollten um eine Audienz beim Deutschen Kaiser bei der englischen Botschaft einkommen. Das haben die Generale in richtigem Takte abgelehnt, denn nicht **sie**, sondern **der Kaiser** hatte den Gedanken gefaßt, die Helden von Transvaal zu ehren.

Darauf erhebt die offiziöse Presse auf Kommando ein furchtbares Geschrei und behauptet, die Buren hätten sich anders besonnen und ihr Versprechen zurückgenommen, und darum muß der Empfang wegfallen. Am schmutzigsten benimmt sich das „Berliner Tageblatt“ in dieser Sache. Es schreibt:

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die auffällig plötzliche Sinnesänderung, die die drei Burenführer in der Audienzfrage an den Tag gelegt haben, auf Einwirkungen der holländischen Burenkreise zurückzuführen ist. Der nach dem außerordentlichen Entgegenkommen des Kaisers und nach der anfänglichen Annahme dieses Entgegenkommens durch die Burenführer doppelt unhöflich und taktlos erscheinende plötzliche Meinungswechsel der drei Generale ist zweifellos Leyds Geschoß. Wir glauben zu wissen, daß Herr Leyds den Rat an die Burengenerale, die Vermittlung Englands in Sachen der Audienz nicht nachzusuchen, mit der Bemerkung begleitet hat: es stehe den Burengeneralen nicht wohl an, um eine Audienz zu bitten, die dem Präsidenten der Transvaal-Republik seinerzeit in der schroffsten Weise verweigert worden sei. Die Art, wie der Kaiser diese Taktlosigkeit beantwortet, ist die für den gekrönten Vertreter der Nation einzig mögliche: Er würdigt die Herren weiter keines Blickes. Nun ist freilich die Frage, ob auch die deutsche Regierung die Reise der Burengenerale durch Deutschland keines Blickes würdigen wird. Wir glauben das Gegenteil. Mit dem Schlag ins Gesicht der deutschen Nation, den die brüske Zurückweisung des kaiserlichen Entgegenkommens und die hochfahrende „Erwartung einer Einladung durch den Kaiser“ bedeutet, haben die drei Burengenerale nebenbei zu erkennen gegeben, daß sie sich von antienglischen Kundgebungen nicht fernhalten wollen. Angesichts dieses und des weitern Umstandes, daß sie durch die Ablehnung der Vermittlung des brittischen Botschafters der Betonung ihrer Loyalität als englische Bürger nicht besondern Wert beilegen, könnte sich die deutsche Regierung vor die Frage gestellt sehen, ob sie eine Anwesenheit der Burenführer, die zu antienglischen Demonstrationen führt, in Deutschland dulden solle? Die Burengenerale haben sich also durch die Beleidigung des Kaisers die Erfüllung ihrer Aufgabe, in Deutschland Geld für Südafrika zu sammeln, selbst erschwert und unter Umständen unmöglich gemacht. Wir würden es herzlich bedauern, wenn die deutschen Behörden zu Maßregeln gegen die drei Helden des Burenkrieges schreiten sollten. Von dem nationalen Selbstgefühl der deutschen Bevölkerung sollte man erwarten, daß sie den drei Generalen, die sich als Werkzeug einer zornigen Clique in Holland gegen den Kaiser verwenden ließen, nicht mit allzu stürmischer Begeisterung entgegenkommt. Dem Volke, das diese drei Männer in Deutschland vertreten, mögen die Herzen noch so warm — wenn auch ohne große Gewähr der Gegenliebe — entgegenschlagen, die Vertreter dieses Volkes in Deutschland sollte man nicht im Zweifel darüber lassen, daß man ihr und ihrer Freunde in Holland Verfahren dem Vertreter der deutschen Nation gegenüber scharf verurteilt. Den überdeutschen Bismarckgermanen wird das ja schwer werden, geht doch grade den Chauvinisten in Deutschland das Gefühl für nationale Würde vielfach in hohem Maße ab. Aber auch sie sollten aus Zweckmäßigkeitsgründen sich allzu lärmender Huldigungskundgebungen für die Generale, die dem Deutschen Reiche den Stuhl vor die Thür gesetzt haben, und allzu englandfeindlicher Ausschreitungen enthalten. Denn solche könnten leicht dazu führen, die drei Burengenerale als „lästige Ausländer“ erscheinen zu lassen.

Das „Berliner Tageblatt“ der Herren Ruben Mosse und Arthur Levysohn als Vertreter der „deutschen“ Nation und als Hüter der „nationalen Würde“ ist etwas so neues, daß man davon Kenntnis nehmen muß — so schwer es fällt. Aber Herr Levysohn steht in freundschaftlichen Beziehungen zum Herrn Reichskanzler und deshalb muß er ja wissen, was sich für die nationale Würde des Deutschen Reiches schickt!

Aehnlich wie das Mosseblatt, wenn auch weniger plump, äußert sich der übrige offiziöse Klüngel, wie z. B. die Vossische, die National-Zeitung und der Lokal-Anzeiger. Die unabhängige Presse der verschiedensten Parteien dagegen spricht ihre ehrliche Entrüstung über diese Blamage unsrer Regierung aus. —

Es steht jetzt fest, daß die Generale heute Nachmittag 5,23 auf Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin eintreffen werden. Dort empfängt sie ein aus einem Dutzend Herren bestehender Ausschuß. Nach einer kurzen Begrüßung und einem Willkommens-Heilrufe auf dem Bahnsteige begiebt man sich zu Wagen (im ersten fährt Botha, im zweiten Dewet — Ehrenbegleiter: Abg. von Liebermann — und im dritten Delarey), wobei folgende Plätze und Straßenzüge berührt werden: Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, Tauenzienstraße, Kleiststraße, Nollendorf-Platz, Maaßenstraße, Lützow-Platz, Friedrich Wilhelmstraße, Tiergartenstraße, Lennéstraße, Königgrätzerstraße, Voßstraße, Wilhelmstraße zum Gasthaus Prinz Albrecht in der Prinz Albrecht-Straße.

Im Gasthause findet der große Empfang durch den Ausschuß statt mit Ansprache und Vorstellung.

Der in voriger Nummer von uns veröffentlichte Aufruf des Empfangs-Ausschusses war den Bewohnern der Reichshauptstadt schon einmal durch die öffentlichen Anschlagssäulen zur Kenntnis gebracht. Das sollte nochmals geschehn, die famose Firma Nauck und Hartmann, die vom Berliner Magistrat diese Säulen gepachtet hat und deshalb auch nicht duldet, daß das Wort „Jude“ daran erscheint, hat aber mittlerweile anders beschlossen. Sie lehnt es ab unter Berufung auf die aus dem Vertrage ihr erwachsenden Verpflichtungen, den Aufruf an den Säulen zu verbreiten. Vorstellungen beim Polizeipräsidium sind ohne Erfolg geblieben. Diese Weigerung ruft um so größeres Erstaunen hervor, als sich unter den Unterzeichnern des Aufrufs eine Reihe bester Namen aus wissenschaftlichen, künstlerischen und politischen Kreisen befinden.

Nicht leicht verständlich dürfte auch der vom Polizeipräsidium wiederholt und dringend geäußerte Wunsch sein, auf der Fahrt der Buren-Generale nach ihrem Hotel den Weg durch das Brandenburger Thor zu vermeiden.

Am Freitag Abend werden die Generale in der „Philharmonie“ (Bernburgerstraße) sprechen. Neben ihnen kommen zum Wort Abg. Lückhoff, Pastor Niemann und Graf Mirbach-Sorquitten, Mitglied des preußischen Herrenhauses, der das Hoch auf die Generale ausbringt.

Wegen des gewaltigen Andranges zu dieser Versammlung ist nunmehr noch eine zweite Versammlung für Sonnabend Abend in Aussicht genommen, bei der auch Minderbemittelten

Gelegenheit geboten werden soll, die Burenhelden zu begrüßen und zu hören. Karten sind zu haben in der Geschäftsstelle des Deutschen Burenhilfsbundes, Neue Ansbacherstraße 2. Bedauerlich ist es, daß man als Verkaufsstelle für die Eintrittskarten zur ersten Versammlung auch das Warenhaus Wertheim mit auserwählt hatte.

Die blamierten Yankees.

„Werft ihn 'naus, er brecht mers Herz!" Also rief ein reicher jüdischer Bankier seinem Bürodiener mit schluchzender Stimme zu, als die Klagen eines ihn anschnorrenden Stammesgenossen aus Galizien kein Ende nehmen wollten. Natürlich bekam der Schnorrer nichts. Amerika möchte auch nicht gern etwas von den schnorrenden rumänischen Juden wissen und deshalb die Note des Staatssekretärs des Aeußern, der den schönen Namen Hay trägt, an die europäischen Mächte. Dieses Stückchen, das ein Berliner Judenblatt „eines der interessantesten Dokumente der Zeitgeschichte" nannte, ist in Wirklichkeit eine der tollsten Bekundungen amerikanischer Anmaßung und durchtriebener Heuchelei.

Von einer Wirkung auf die europäischen Mächte spürt man — von dem perfiden Albion selbstverständlich abgesehn — nicht das Geringste, trotzdem die Note nun schon vier Wochen alt ist, das heißt von einer Wirkung im Sinne der Yankees! Dagegen schrieb die sehr judenfreundliche „Köln. Ztg." schon vor vierzehn Tagen offiziös:

„Deutschland ist als Einzelstaat an dieser Frage in keiner Weise beteiligt. Aus dem Umstand, daß der Berliner Vertrag in Berlin unterzeichnet wurde, erwachsen uns nicht mehr Verpflichtungen zu dessen Verteidigung, als andern Nationen. Es ergiebt sich hieraus, daß wir keinesfalls in der Behandlung der von England und Amerika angeregten Fragen zu einer führenden Rolle uns berufen fühlen. Dieses um so weniger, als wir uns über die Schwierigkeit der Unternehmung keinen Täuschungen hingeben dürfen. Andrerseits ist nicht zu verkennen, daß ein gleichzeitiges Eingreifen zweier größerer Kulturstaaten Rumänien die Frage aufdrängt, ob es in seinem eignen Interesse nicht besser gethan ist, seine auf die Juden bezügliche Gesetzgebung anders zu gestalten. Jedenfalls hat Rumänien selbst das größte Interesse daran, die Judenfrage von der Tagesordnung verschwinden zu lassen."

Wie die rumänische Regierung die Judenfrage von der Tagesordnung verschwinden lassen soll, ohne die Juden an die Luft zu setzen, ist das Geheimnis der Kölnischen, das diese ganz im stillen bereits dem Ministerpräsidenten König Karols verraten haben soll. Vorläufig brachte einige Tage nach dem obigen Erguß der rheinischen Tante der „Deutsche Reichsanzeiger" (am 26. September) nachstehende Zeilen zur Kenntnis seiner Leser:

> Einen Beitrag zu der weitgehenden Ausbeutung der rumänischen Landbevölkerung durch die Juden liefert auch der deutsche landwirtschaftliche Sachverständige für die Donaustaaten in den „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft", indem er berichtet: Die Schenken befanden sich ehedem fast ausschließlich in den Händen von Juden, die gleichzeitig Wucher trieben, einen kleinen Laden besaßen und allerlei Geschäfte machten. Durch diese Juden wurde die moldauische Landbevölkerung sehr ausgebeutet. Um den Durst der Trinker noch zu steigern, verabreichten diese Schankwirte mit Vitriol vermischten Schnaps. Geld liehen sie vielfach nur denen, die in ihren Schenken fleißig tranken. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, wurde den Juden im Jahre 1885 das Halten von Dorfschenken untersagt; durch Vorschieben von Strohmännern wird dieses Verbot aber vielfach umgangen; dennoch soll es bereits recht segensreiche Folgen gezeitigt haben.

Das war den deutschen Semiten sehr unangenehm; es paßte ihnen absolut nicht in den Kram, daß ihre rumänischen Rassegenossen von einer amtlichen Stelle und einer amtlichen Zeitung der Wirklichkeit gemäß dargestellt wurden und so erhielten die „beinah kommandierenden Generale" vons „Berliner Tageblatt" usw. die Ordre, sofort mit der nötigen Tinte und Druckerschwärze vorzugehn. Von dem „Berliner Börsenkurier" des Herrn Davidsohn bekam nun der „Reichsanzeiger" z. B. folgenden Rüffel: „Wir müssen unserm Befremden darüber Ausdruck geben — und eine Reihe von Zuschriften aus unserm Leserkreis äußern sich in gleichem Sinne —, daß das offizielle Organ des Deutschen Reiches und der preußischen Regierung seine Spalten derartigen, offenbar nur für Antisemitenblätter bestimmten Mitteilungen öffnet. Wir möchten annehmen, daß diese Notiz nur durch ein Versehn der Redaktion in das Blatt hineingekommen ist; bisher wenigstens ist unsers Wissens die Verbreitung solcher tendenziöser Nachrichten nicht Gewohnheit des „Reichsanz.' gewesen."

Ein hübsches Stück jüdischer Anmaßung im Deutschen Reiche! Israel fühlt sich! Und diese Anmaßung ist umso toller, als man in den Redaktionen der jüdischen Blätter ganz genau weiß, daß die Schilderung des „Reichsanzeigers" noch lange nicht die vollständigen Thatsachen enthält. Diese las man bald in rein philosemitischen Blättern, nachdem sie allerdings schon jahrelang vorher in der antisemitischen Presse erörtert waren. Der in judengegnerischer Beziehung gewiß einwandsfreie „Hamb. Korr." versichert in einer Schilderung der Lage der rumänischen Juden, daß, wenn die Regierung den Juden gestatten wollte, ländlichen Grundbesitz zu erwerben, binnen sechs Monaten zwei Drittel aller kleinen und mittlern Güter durch Zwangsverkauf in jüdische Hände geraten würden. Das wäre aber für Rumänien, sagt das liberale Blatt, das Zeichen zum Ausbruch eines verzweifelten Bauernkrieges, und deshalb könne keine rumänische Regierung einen solchen Schritt wagen.

Die „Frankf. Ztg." des Herrn Löb Sonnemann entwirft eine ähnliche Schilderung von der Gemeingefährlichkeit der rumänischen Juden: „Die ganze Erziehung der rumänischen Juden ist eine talmudische: die Uebervorteilung und Ausbeutung aller Nichtjuden gilt dem jüdischen Hochmut und Fanatismus als erlaubt, ja als erwünscht."

Die Münchner „Allgemeine Zeitung", die noch niemals in den Verdacht des Antisemitismus kam, schreibt: „Ein Volkselement ist es, das alle Schichten der Bevölkerung durchdringt und von der Arbeit andrer sein Dasein fristet. Es sind das die in Rumänien zahlreichen Wanderjuden, denen die Bauernschaft ebenso zum Opfer fällt, wie der Bojare. Sie sind ein Krebsschaden am Volksleibe."

Gleichzeitig wird daran erinnert, wie Kaiser Wilhelm der Erste über die rumänischen Juden dachte. In einem Schreiben aus Gastein an die Kaiserin Augusta heißt es: „Was Rumänien betrifft, so habe ich, wie Du weißt, von Haus aus den Kongreßbeschluß in der Judenfrage aufs äußerste gemißbilligt, freilich nur après coup, da ich die Geschäfte nicht führte. Seitdem habe ich mich natürlich nur für die strikte Ausführung der Kongreßbestimmungen aussprechen müssen, jedoch bei jeder Gelegenheit verlangt, daß man in der Judenfrage nicht dränge, denn ich weiß aus Erfahrung, was die Juden in jenen Gegenden sind — angefangen mit Posen, Polen, Litauen und Wolhynien — und die rumänischen Juden sollen noch schlimmer sein! Die ganze Judenfrage dort ist von England so heftig verfochten worden; Lord Odo Russel selbst hat mir auf meine Vorstellungen das eingestanden, und zwar mit einer Geste, die sein Nichteinverständnis andeutete . . . Du wirst Dich erinnern, daß ich immer die Partei des rumänischen Gouvernements nahm, wenn in frühern Zeiten Exzesse zwischen Christen und Juden vorkamen, während England immer die andre Seite hielt, weil es in jedem Juden einen gebildeten Rothschild sieht . . . ."

Nach dem „Reuterschen Büro" soll die rumänische Regierung durch ihren Gesandten in London der brittischen Regierung eine längere Darlegung der Lage der rumänischen Juden, wie sie sich von ihrem Standpunkte aus darstelle, unterbreitet

haben. Der Gesandte teilte angeblich mit, er sei zu der Erklärung ermächtigt, daß seine Regierung nicht in der Lage sei, die Auswandrung von Juden aus Rumänien zu verhindern. Er bat gleichzeitig um Auskunft, ob die Ansichten der brittischen Regierung sich mit denen des amerikanischen Staatssekretärs deckten. Eine Antwort ist noch nicht erfolgt und wird angesichts der Sachlage auch wohl nicht erfolgen.

Aus New York schreibt man uns über dieses Thema:

Zur Protestnote des Sekretärs Hay an die Vertragsmächte in Sachen der rumänischen Judenfrage berichtet der in Washingtoner Regierungskreisen wohlinformierte Spezialkorrespondent des „New York Herald" unterm 21. September:

„Dieser Protest sei erfolgt auf Grund der aus allen Teilen der Vereinigten Staaten geübten Pression der jüdischen Gemeinden auf die Regierungskreise in Washington, welche sich endlich gezwungen sahen, diesem unerhörten Druck nachzugeben."

Man sieht also wieder, daß die aus Europa eingewanderten Juden, nachdem sie sich hier Reichtümer er—ganeft haben, mit ihren Millionen zugleich politischen Einfluß gewinnen und denselben zu Gunsten ihrer Stammesgenossen in andern Ländern verwerten wollen.

Hoffentlich läßt sich die rumänische Regierung nicht verblüffen, denn die breiten Schichten der amerikanischen Bevölkerung denken über die rumänischen und andern Juden ganz anders, als es die viel besprochne Protestnote glauben machen möchte.

Dunkle Punkte zwischen Rußland und uns.

Im allgemeinen neigen die Sympathien unsrer Manchesterliberalen und Welthandelspolitiker naturgemäß viel mehr nach England als nach Rußland hin; die „Vettern aus England" sind ihre Ideale, denen sie in jeder Beziehung nacheifern, denen sie wenigstens alles „nachäffen" möchten. Trotzdem aber verlangen sie, daß bei Neugestaltung unsers Zolltarifs in erster Linie alles vermieden werden müsse, was Rußland, nicht das was England verletzen könnte. Für eine Erhöhung oder Aufrechterhaltung hoher Industriezölle sind unsre Liberalen bis in die freisinnige Vereinigung hinein zu haben, obgleich die Spitze einer solchen sich wenn nicht in erster, so doch in zweiter Linie gegen ihre lieben Engländer richtet. Gegen eine einigermaßen wirksame Erhöhung der so tief herabgedrückten Agrarschutzzölle aber eifern sie alle, um Rußland ja nicht zu kränken. Es dürfe absolut kein dunkler Punkt unser handelspolitisches Verhältnis zu Rußland stören. Den dunklen Punkt in unsern Beziehungen zu Rußland aber bildeten unsre Getreidezölle, das versichert z. B. die Korrespondenz des Kommerzierats-Vereins unter Berufung auf ein gleiches Urteil der angeblich hochoffiziösen „Südd. Reichskorrespondenz".

Nach unsrer volkswirtschaftlichen Anschauung kommt es freilich viel mehr darauf an, die dunkle Wolke zu zerstreuen, die infolge ungenügender Kornzölle auf unserm landwirtschaftlichen Erwerbsleben lastet, als irgendeinen kleinen dunklen Punkt in unsern Handelsbeziehungen zum Auslande. Vertritt man in dieser Frage aber andre Anschauungen, wie es die genannten Korrespondenzen thun, so muß man wenigstens folgerichtig gegen alle solche dunklen Punkte vorgehn. Das aber thun jene nicht; sie thun es nur auf Kosten der deutschen Landwirtschaft, niemals da, wo industrielle Interessen in Frage kommen. In demselben Artikel über unser handelspolitisches Verhältnis zu Rußland schreibt nämlich das Organ der Handelsvertrags-Kommerzienräte:

„Andrerseits ist allerdings die Verstimmung in der russischen Industrie — besonders der Eisen-Industrie — darüber eine sehr große, daß die Ausfuhrprämien der deutschen Kartelle die Wirkung der russischen Zölle zum guten Teil aufheben und die russischen Werke nötigen, mit ihren Preisen so weit herabzugehn, daß viele derselben nicht mehr bestehn können."

Hier scheint uns also noch ein zweiter „dunkler Punkt" störend in unsre wirtschaftlichen Beziehungen mit den russischen Nachbarn zu treten. Die russischen Industriellen sind sehr verstimmt und fühlen sich zumteil in ihrer Existenz bedroht durch die Ausfuhrprämien der deutschen Industriekartelle. Diese für die in der Entwicklung begriffne Industrie Rußlands so sehr schädlichen Prämien können von unsern Großindustriellen nur gezahlt werden, weil sie auf dem für Industrie-Artikel hochgeschützten deutschen Inlandsmarkte den Konsumenten übermäßig hohe Preise vorschreiben und so große Gewinne einstreichen, daß sie einen Teil derselben zur Zahlung von Prämien für die Ausfuhr nach dem Auslande opfern können. Dieser „dunkle Punkt" der deutschen Kartell-Ausfuhrprämien, der die Russen in Rücksicht auf die Zukunft ihrer Industrie beim Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit uns vielleicht noch mehr stören wird als die Höhe der deutschen Kornzölle, wäre leicht zu beseitigen durch eine ausreichende Herabsetzung unsrer deutschen Zölle für die von den kartellierten Industrien — besonders der Eisen-Industrie — produzierten Artikel.

Wie wäre es, wenn die „Südd. Reichskorresp." ihre angeblich „hochoffiziösen", die Korrespondenz der Kommerzienräte ihre liberalen Freunde zu einer dahin gehenden Abänderung der Regierungs-Zolltarifvorlage anstiftete. Wenn in diese anstelle der so sehr wesentlichen Erhöhungen der Schutzzölle für unsre kartellierte Großindustrie eine Verminderung derselben um — sagen wir rund 50 v. H. eingefügt würde, dann könnte man auch den deutschen Agrariern eine Einschränkung ihrer Zollforderungen zumuten. Dann würde der „dunkle Punkt" der deutschen Kartell-Ausfuhrprämien für Neureglung unsers handelspolitischen Verhältnisses mit Rußland ganz beseitigt sein. Daneben könnten auch unsre Kornzölle dem von der Reichsregierung als mit Rücksicht auf das Ausland zulässig erachteten Maßstabe so nahe gebracht werden, daß sie sicher selbst von der „Südd. Reichskorresp." des Herrn Katz nicht mehr als ein schädlicher „dunkler Punkt" angesehn werden dürften.

Talmud-Moral.

Wir erleben es immer und immer wieder, daß jüdische Verbrecher von ihren Rassegenossen in Schutz genommen werden, mag das Verbrechen auch noch so niederträchtig in den Augen des Ariers, des Nichtjuden sein. Das ist nicht nur ein Ausfluß der gemeinsamen jüdischen Interessen, sondern vor allen Dingen stammt diese Anteilnahme her aus den Rasse-Anlagen und den Moralvorschriften des Talmud. Dieses jüdische Gesetzbuch möchte man auf jüdischer Seite gern als „nichtbindend" hinstellen, obwohl schon im Jahre 1865 die „Archives Israélites" erklärte: „Was den Talmud betrifft, so bekennen wir seine unbedingte Superiorität über das Gesetzbuch Moses". Es hilft nichts, wenn Juden und Judengenossen sich krampfhaft bemühn, solche Aussprüche totzuschweigen; über die Thatsache, daß nach wie vor der Talmud, der anerkanntermaßen gradezu ungeheuerliche Moralbegriffe entwickelt, von jüdischen Autoritäten als bindend betrachtet wird, kommt man nicht hinweg.

Als im April des Jahres 1888 vor dem Landgerichte zu Marburg gegen einen antisemitischen Lehrer wegen Beschimpfung der jüdischen Religion verhandelt wurde, hatte man auch den Prof. Dr. phil. Cohen (Marburg) als Talmud-Sachverständigen vorgeladen.

Er erklärte auf die Frage des Gerichts „Ob die in dem Talmud enthaltnen Vorschriften des Glaubens und der Sitte als bindende Gebote für die gläubigen Juden anzusehn sind":

> Diese Frage bejahe ich unbedingt. Für den gläubigen Juden ist alles im Talmud bindend als die überlieferte Lehre, die Mose auf dem Sinai gegeben wurde. Alle Einrichtungen der jüdischen Gemeinde als solche beruhn auf dem Talmud, der als eine Quelle und Grundlage des jüdischen Glaubens zu bezeichnen ist, ebenso wie die Bibel selbst. Für die „ungläubigen" Juden im erweiterten Sinne hat das Alte Testament ebensowenig bindende Kraft, aber doch bleiben sie im Verbande des Judentums, weil sie den Inhalt des Sittengesetzes des Judentums voll und ganz anerkennen. Im diesem aber stehn sie der Hauptsache nach mit dem

Talmud im Zusammenhang, der dieses Sittengesetz enthält.

Prof. Cohen mußte indes auch zugeben, daß es im Talmud „verwerfliche Stellen" giebt. — Und selbst wenn solche Aeußerungen von jüdischer Seite nicht vorlägen, würde das Verhalten der Juden uns immer und immer wieder darauf stoßen, daß sie andre Moral-Anschauungen besitzen wie wir Nichtjuden. Das sehn wir vor allen Dingen an der Haltung der jüdischen Presse solchen Kapitalverbrechern wie Sternberg usw. gegenüber.

Ein klassisches Beispiel dafür zeigte uns dieser Tage das jüdisch-liberale „Prager Tageblatt". Es widmet dem Großgauner Jellinek, der als Kassierer der Oesterreichischen Länderbank über vier Millionen Kronen unterschlug und sich durch Selbstmord der irdischen Gerechtigkeit entzog, in Nummer 272 einen drei Spalten langen Artikel (von Else Jerusalem-Kotanyi), der u. a. folgende Sätze enthält:

„Jellinek heißt ‚Verbrecher' — und er ist es. Unleugbar . . . Und doch . . . Ein versöhnendes Empfinden beschleicht uns bei der Beurteilung seiner That. Der Verbrecher schädigt die große, menschliche Gesellschaft, das Bestimmende an ihm ist, daß er vernichtet, zerstört . . . Doch Jellinek hat aufgebaut, — große kommerzielle, gewinnsichre Ideen zum Werden und Blühen gebracht, lebensfähigen Unternehmungen nachgeholfen, er hat befestigt, gestützt. Sicherlich war er ein Abenteurer der Spekulation, nur kühner, abenteuerlicher, als alle Spekulanten jemals vor ihm gewesen sind. Dieser Millionär hat das Geld wie eine große, erprobte Kriegsmacht klug aufgestellt, geschickt ausgenützt. — Nur eine Kleinigkeit, — die Armee war nicht sein. Was verschlägt das? Bonaparte eroberte sich mit den Soldaten der Revolution sein Kaiserreich. Freilich die übermenschlichen Gewaltthaten fallen nicht unter das Gesetz. — Wie gleichen sich doch die großen und kleinen Dinge der Welt und was für ein geheimnisvoller Zusammenhang besteht zwischen der Tragik, die die Geschichte verklärt und dem lächerlichen Skandal, den der Alltag verschlingt. — — — — — — Vielleicht hat Jellinek in jungen Jahren mit heißer, selbstbewußter Kraft nach kühnen, großen Unternehmungen gelechzt, nach einem großen, freien Wirkungskreis, der seinem innersten Bedürfnisse entsprang. Vielleicht hat er sich nach Amerika hinübergeträumt, dem Lande, wo der Merkurstab noch etwas von seiner zauberkräftigen, ursprünglichen Gewalt besitzt. Aber die Verhältnisse lootsten ihn in eine Stellung, wo es hieß, ganz demütig und willenlos dem Treiben der andern zuzuschauen, wo es galt, mit der Picke dienen, bei der Picke bleiben. Schwer und schwerer rollte das Geld durch seine Finger. Es lockte, lockte und die Kraft, die Sehnsucht seiner Natur wurde stärker, als die Scheu vor dem bürgerlichen Gesetzbuch."

Unverhüllt spricht es das „Prager Tageblat" also aus, daß man es niemals dem einzelnen Juden als Schuld anrechnen kann, wenn er mit den Geldern andrer, mit den Geldern der Nichtjuden natürlich, spekuliert — er soll sich nur nicht dabei fassen lassen! Er hat einfach der zwingenden Kraft seiner Natur nachgegeben. Daß man es auf jüdischer Seite wagt, derartiges öffentlich unumwunden zuzugeben, ist bezeichnend dafür, wie stark Israel sich schon fühlt!

Die Börse als Barometer.

Daß die Börse keineswegs einen zuverlässigen Barometer für richtige Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, ist schon oft erwiesen worden. Sogar ein so ganz großhandels- und börsenfreundliches Blatt wie die „Weser-Ztg." sah sich in diesen Tagen zu der Warnung bewogen, dem jüngsten Steigen des Börsenbarometers kein allzugroßes Vertrauen entgegenzubringen. Es sei in der verflossenen Woche dort zwar eine zuversichtlichere Stimmung über die nächste Gestaltung unsers Wirtschaftslebens zum Ausdruck gekommen, die sich auf die letzten Saatenstandsberichte und die Verminderung der Produktionseinschränkung durch das Kokssyndikat (von 33 auf 27 v. H.) gestützt habe. Aus diesem Umstande habe man auf eine bevorstehende Besserung im Beschäftigungsgrade des Eisengroßgewerbes schließen wollen. Das geschehe aber durchaus zu Unrecht, hier sei vorläufig keine Besserung zu erwarten, die Nachfrage im Inlande bleibe schwach und die Ausfuhr sei nur zu sehr niedrigen (also jedenfalls ganz unbefriedigenden) Preisen möglich. Im Textilgewerbe würden umfangreiche Betriebseinschränkungen notwendig. So wären z. B. 85 v. H. der rheinisch-westfälischen Baumwollspindeln seit dem 1. September nur an fünf Tagen der Woche oder mit allgemein verkürzter Arbeitszeit in Thätigkeit.

Jene Verminderung der Produktionsbeschränkung seitens des Kokssyndikats wäre also durchaus nicht auf zunehmende Absatzgelegenheit bei der etwa zu verstärkter Thätigkeit geneigten Inlands-Industrie, sondern nur auf weitere Verstärkung des Ausland-Exports zurückzuführen, das gehe deutlich aus der gleichzeitig erfolgten Erhöhung der Umlage von $3^1/_2$ auf 4 v. H. (für Ausfuhrprämien) hervor.

Nach dieser, wie wir glauben, ganz richtigen Schilderung der Sachlage durch die „Weser-Ztg." hätte der Börsenbarometer allerdings nicht die geringste Ursache zum Steigen. Das werden die Herren Börsenmatadore natürlich selbst mindestens ebenso gut wissen, wie die wetterkundigen Thebaner in Bremen. Wenn sie trotzdem bei dem großen Publikum, das noch immer in dem Aberglauben an den Börsenbarometer befangen ist, durch ein künstlich veranlaßtes Steigen neue Hoffnungen auf besseres Wetter in unserm Wirtschaftsleben zu erwecken trachten, so geschieht das nur, weil die Börsianer selber einer Bewegung im Barometerstande bedürfen, um Gelegenheit zu einem Fischzuge unter den Leichtgläubigen zu haben. Wir können nur davor warnen, dem so oft als unzuverlässig erwiesenen, weil künstlich beeinflußten Barometer zu trauen. Auf das gegenwärtig auch nach Ansicht der börsenfreundlichen „Weser Ztg." gänzlich unmotivierte Steigen der zuversichtlichern Auffassung über Gestaltung unsers Wirtschaftslebens wird sicher bald ein Rückschlag folgen.

Eine zuverlässige und dauerhafte Wendung zum Bessern kann hier nicht früher eintreten, bis die Aufnahmefähigkeit des gutzahlenden inländischen Marktes, besonders durch Stärkung der Kaufkraft unsrer darniederliegenden Landwirtschaft eine nachhaltige Kräftigung erfahren hat.

Friedrich Ludwig Jahn.

Fünfzig Jahre sind am 15. Oktober verflossen, seit der Turnvater Jahn in Freyburg (Unstrut) die Augen für immer schloß. Johann Friedrich Ludwig Christoph Jahn, [oder wie er sich selbst kurz nannte, Friedrich Ludwig Jahn, wurde am 11. August 1778 in dem kleinen Orte Lanz in der West-Prignitz, an der hannoverschen Grenze, als Sohn eines Predigers geboren. Als Folge seiner Erziehung brachte Jahn schon in frühester Jugend der nationalen Geschichte und einer vernunftgemäßen Leibesübung großes Interesse entgegen.

Jahn besuchte die Universitäten Halle und Greifswald und wurde im Jahre 1810 in Berlin als Lehrer angestellt. Hier eröffnete er (1811) in der Hasenhaide, wo ihm auch ein Denkmal gesetzt ist, zu dem die Steine aus aller Welt zusammengetragen wurden, den ersten deutschen Turnplatz.

Im Jahre 1813 nahm Jahn bei der Erhebung Preußens thätigen Anteil an dem Freiheitskriege. Da er nach Beendigung dieses Krieges über die damalige politische und wirtschaftliche Lage seine Unzufriedenheit in unverhohlner und derber Weise Ausdruck gab, mehrten sich mit dem Einflusse, den Jahn erlangt hatte, auch seine Gegner. Diese gewannen schließlich die Oberhand, und so kam es, daß er Mitte des Jahres 1819 wegen Hochverrats verhaftet wurde. Zunächst brachte man ihn nach der Festung Spandau, dann nach Kolberg. Erst im Jahre 1824 machte man ihm den Prozeß und belegte ihn mit einem zweijährigen Festungs-Arrest. Auf seinen Einspruch wurde Jahn zwar später freigesprochen, doch blieb er bis zur Thronbesteigung Friedrich Wilhelms des Vierten unter polizeilicher Aufsicht.

Von jener Zeit ab lebte Jahn ziemlich zurückgezogen, wenngleich er auch immer noch durch seine verschiednen Schriften für den deutschnationalen Gedanken eintrat. Erst das sturmreiche Jahr 1848 rief den alten Freiheitskämpfer wieder in die Oeffentlichkeit, da man Jahn zum Abgeordneten für die Nationalversammlung in Frankfurt (Main) gewählt hatte.

Jahns Lebensaufgabe, die er sich selbst gestellt hatte, und trotz aller Schwierigkeiten zu lösen suchte, läßt sich zusammenfassen in den Schlußworten eines seiner letzten Werke: „Deutschlands Einheit war der Traum meines erwachenden Lebens, das Morgenrot meiner Jugend, der Sonnenschein der Manneskraft und ist jetzt der Abendstern, der mir zur ewigen Ruhe winkt."

Natürlich war Jahn, wie alle großen deutschen Männer, auch Antisemit. Am 3. April 1817, im letzten seiner 21 Vorträge in Berlin, sagte er z. B.: Er habe als Kind für das Vaterland gebetet, als Knabe geglüht, als Jüngling mit Sehnung und Ahnungen geschwärmt. Noch wuchre überall Ausländerei, und die Zeitgenossen seien wie die Juden in der Wüste, die sich nach Egypten zurücksehnten, da man doch schon von den nahen Bergen das Land der Verheißung schauen könne und die heiligen Gräber der Altvordern. Er aber habe ein heilig Gelübde gethan, zeitlebens zu eifern für kindliche Einfalt, frommen Glauben, ehrwürdige Sitte, löblichen Brauch, anständige Tracht, heilige Muttersprache, alte deutsche Zucht, für freies Wort und Werk, öffentliches Leben, Rede und Redlichkeit, Ehrlichkeit und Wehrlichkeit, für Recht und Wahrheit, Verfassung und Reich.

Und in einem andern Vortrage brauchte Jahn Worte, die auf unser jetziges, von den Juden ausgebeuteies Deutschland trefflich passen würden:

„Ein fressender Krebs nagt an unsern edelsten Teilen, wir siechen und giehnen schon eine schreckliche Zeit. Sollen wir aber stier und starr das Ende abwarten? Sollen wir die Hände in den Schoß legen? Haben wir keine andre Wehr und Waffen als Seufzer, Ach und Weh!? Sind wir gebundne Opfertiere, so sich obendrein mit ihrer Geduld, Gelassenheit und Ergebung brüsten? Noch dürfen wir uns nicht übergeben, noch dürfen wir nicht verzweifeln! Noch sind wir nicht verloren! Noch sind wir zu retten! Aber nur durch uns selbst. Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden!"

Ueber das Königreich Westfalen, in dem den Juden große Rechte eingeräumt waren, sagte Jahn unter anderm: „Es hatte Juden als Ritter und Staatsbürger, ein Großlügen-Blatt, Papiergeld und gehörige Schulden, aber das alles mache doch kein Volk; das Volkstum müsse stets die Umfriedung und die Grundlage des guten Staates sein."

In einem Briefe, in dem Jahn die guten Folgen des Turnens auseinandersetzt, heißt es von den Universitäten: „Der franzosentümliche Komment muß einem Burschenbrauch Platz machen. Nicht mehr wie der Jude vor dem Scherl und der Grieche vor dem Hades erbebt der Bursch vor dem Philisterium. Was von den Turnplätzen kommt, wird einst den Senioren der Landsmannschaften ins Gesicht speien und am gemeinsamen Vaterlande halten. Und darauf verlaß Dich: So wird die preußische Landwehr noch nie geklopft haben, als im Gottesgericht, wider Junker, Juden, Gaukler und Garden. Gott verläßt keinen Deutschen."

Würde Jahn heute auferstehn und die Verwüstungen im Deutschtum, die Folgen der Emanzipation der Juden sehn, wahrlich, er würde, von manchen sonstigen Anschauungen befreit, in den vordersten Reihen derer stehn, die heute ihre Stimme dafür erheben, daß Deutschland nur durch Deutsche erhalten bleiben kann....

Das jüdische Kapital in Baden.

Man schreibt uns aus Baden: Vor einem Monat erschien in den badischen Amtsverkündigern, soweit sie nicht ganz in Judenhänden sind, ein Artikel „Die Kirchensteuer in Baden", der in nackten Worten die mindestens fünffache Ueberlegenheit der Juden in jeder Art von Vermögen und Besitz feststellt. Ich dachte, sowas lassen sich doch unsre antisemitischen Zeitungen nicht entgehn und lauerte förmlich Tag für Tag auf eine möglichst in die Augen springende Nebeneinanderstellung dieser klaren Zahlen*). Umsonst! So muß ich denn, so ungeschickt ich mit den Zahlen bin, es selbst versuchen, die Sache deutlich zu machen, woraus bemerkt sei, daß in Baden im Jahre 1900 zum erstenmal eine katholische Kirchensteuer erhoben wurde, während die entsprechende Steuer bei Evangelischen und Juden schon seit dem Jahre 1895 gezahlt wird.

So erhalten wir folgende Uebersicht, bei der zu beachten ist, daß schon mancher reiche Jude als getauft unter den „Christen" als zahlend „figuriert", die paar getauften armen Juden, wenn es überhaupt solche giebt, fallen dagegen kaum ins Gewicht.

Es entfallen auf die Kirchensteuer in Baden im Jahre 1900:

	Evangelische Bevölkerung:	Katholische Bevölkerung:	Jüdische Bevölkerung:
A) Von den Kapitalrentensteuer-Kapitalien:			
	733,052,330 Mark.	471,346,810 Mark.	142,477,200 Mark.
auf den Kopf:	1044,3 „	419,7 „	5452,2 „
B) Von den Grund-, Häuser-, Gefäll- und Gewerbesteuer-Kapitalien:			
	1,042,134,726 Mark.	1,296,600,630 Mark.	153,065,330 Mark.
auf den Kopf:	1484,6 „	1154,3 „	5857,4 „
C) Von den Einkommensteuer-Anschlägen (etwa zwanzigfach durchschnittlich besteuert wie hier):			
	119,210,565 Mark.	101,504,010 Mark.	24,337,125 Mark
auf den Kopf:	169,8 „	90,5 „	**931,3** „

An örtlicher Kirchensteuer wurde erhoben im Jahre 1899:

	in 65 evangel. Kirchspielen.	in 102 kathol. Kirchspielen.	in 2 altkathol. Kirchspielen.	in 130 jüdischen Religionsgemeinden.
	332,434 Mark.	381,441 Mark.	10,264 Mark.	250,943 Mark.
Allgemeine und örtliche Kirchensteuer betrugen zusammen:				
	800,523 Mark.	776,172 Mark.	10,264 Mark.	285,297 Mark.
auf den Kopf:	1,14 „	0,69 „	1,23 „	**10,92** „

Vermehrung der allgemeinen Kirchensteuer-Kapitalien (nur evangelische und jüdische) 1895 bis 1900:

	Evangelische Bevölkerung:	Jüdische Bevölkerung:
A) 1895:	609,237,180 Mark.	107,149,910 Mark.
1900:	733,052,330 „	142,477,200 „
Steigerung des Kapitals	um 20 v. H.	33 v. H.
Steigerung der Seelenzahl	um 10 v. H.	1,4 v. H.
B) 1895:	938,013,000 Mark.	131,211,640 Mark.
1900:	1,042,134,720 „	153,065,330 „
Steigerung des Kapitals	um 11,1 v. H.	16,6 v. H.
Steigerung der Seelenzahl	um 10 v. H.	1,4 v. H.
C) 1895:	91,658,340 Mark.	17,841,410 Mark.
1900:	119,210,560 „	24,337,125 „
Steigerung des Kapitals	um 32 v. H.	36,4 v. H.
Steigerung der Seelenzahl	um 10 v. H.	1,4 v. H.

Von dem Gesamtsteuerbetrag entfielen auf den Kopf der

	evangelischen Bevölkerung	jüdischen Bevölkerung
1895:	0,61 Pf.	102,5 Pf.
1900:	0,67 „	131 „
Steigerung	10 v. H.	28 v. H.

Es zahlten die Juden im Jahre 1895 demnach 168 mal soviel „Kirchen"steuer und im Jahre 1900 195 mal soviel als die Evangelischen, wieviel mal mehr also wohl im Vergleich zu den Katholiken?

Schreckensszenen bei Straßenpflasterungen sind uns altgewohnt. Es kann bei uns kein Haus gebaut und keine Straße gepflastert werden, ohne daß dabei die schauderhaftesten Mißhandlungen der armen, ihr Aeußerstes leistenden Arbeitstiere vorkämen. Muß dies so sein? Nun für die Straßenpflasterungen giebt es ein sehr einfaches Vorbeugungsmittel, das von allen Zeitungen zur Einführung bekannt gemacht werden sollte. Jede Gemeinde setzt einfach in ihren Vertrag mit dem Unternehmer die Bestimmmung hinein, **daß** derselbe

*) Wir haben diese ausführlichen Zahlen durch diese Zeilen zum erstenmale zu Gesicht bekommen, sonst hätten wir natürlich längst davon Kenntnis genommen. Die Schriftleitung.

streng verpflichtet ist, alle Vorkehrungen zur Hintanhaltung von Tierquälereien zu treffen, und daß er für jeden nachgewiesenen Fall von Tierquälerei eine ausbedungne Geldbuße an die Gemeindekasse zu zahlen hat, gegen welche Forderung er sich von vornherein des Einspruchrechtes begiebt. So ist es beim Berliner Magistrat schon seit Jahren gebräuchlich, nutzt aber allein nichts, weil niemand von der Bestimmung weiß und keiner sich zum Einschreiten für berechtigt hält. Anders wird die Sachlage, wenn auf der Tafel, die die Sperrung der Straße anzeigt, noch zu lesen steht: „Die Zugtiere sind dem öffentlichen Schutze empfohlen." Dann wüßte jeder sofort, daß er hier zum Aufpassen ein Recht hat, und daß Tierquälereien nicht vorkommen dürfen. Man schreibt ja auch an die Tafeln öffentlicher Gärten: „Diese Anlagen sind dem Schutze des Publikums empfohlen." Warum sollte es, wenn es sich um lebende Wesen handelt, weniger statthaft sein? Der Gedanke verdient, verwirklicht zu werden.

Vom Verdingungs-Unwesen erzählte auf der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins (Konstanz, 12. und 13. Juni d. J.) der Vorsitzende des Buchdrucker-Ehren- und Schiedsgerichts seltsame Dinge. Er sagte: Das Gericht macht in seinen wöchentlichen Sitzungen, in denen immer eine größere Zahl von Berechnungsfällen erledigt werden müssen, die sonderbarsten Erfahrungen, und ich könnte Ihnen da mit einer reichen Auswahl von Beispielen dienen. Um meine Ausführungen aber nicht in die Länge zu ziehn, und Sie nicht zu ermüden, will ich nur einiges Charakteristische anführen.

Ich erwähne zunächst die behördlichen Arbeiten, und zwar im besondern die Haushaltpläne. Da haben wir die Erfahrung gemacht, daß um diese Arbeiten sich die Kollegen besonders reißen und infolgedessen zu ganz unglaublichen Preisen gelangen.

So betrug z. B. in den folgenden Fällen:

1. der normale Preis	62,—	Mark,	berechnet wurden	48,—	Mark,
2. „ „ „	117,80	„	„ „	123,—	„
3. „ „ „	1044,—	„	„ „	1000,—	„
4. „ „ „	39,—	„	„ „	31,—	„
5. „ „ „	47,—	„	„ „	35,—	„

1. unterboten wurde mit	23,50	Mark.
2. „ „ „	75,—	„
3. „ „ „	650,—	„
4. „ „ „	22,—	„
5. „ „ „	25,—	„

Es geht hieraus hervor, daß die Buchdruckereibesitzer immer noch viel zu verschenken haben, denn sonst würden sie den Behörden nicht 40 bis 50 und noch mehr vom Hundert unter den gewerbsüblichen Preisen liefern.

Ein ähnlicher Fall, bei dem es sich um die Herstellung eines Musterbuches für eine Papier-Großhandlung handelte, ist uns dieser Tage erst vorgekommen. Die ausführende Buchdruckerei berechnete den vom Ehren- und Schiedsgericht festgestellten Preis von 545 Mark; von fünf Konkurrenzfirmen hingegen, die die Arbeit hinterher kalkulierten, verlangte die erste 158 Mark, die zweite 200 Mark, die dritte 223 Mark, die vierte 285 Mark und die fünfte 340 Mark. Der gewerbsübliche Preis war, wie gesagt, 545 Mark. Bei solchen Unterschieden kann man es schließlich dem Auftraggeber nicht verdenken, wenn er sich von dem Drucker für übervorteilt hält.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Ministerium des Innern hat kürzlich ein Verzeichnis der in der ersten Hälfte dieses Jahres erfolgten Namens-Madjarisierungen an die Stadtverwaltungen versendet. Der „Magyar Orszag" bespricht das in diesem Verzeichnisse niedergelegte Ergebnis der Namens-Madjarisierung in folgender Weise: „Laut dem Verzeichnisse vertauschten 2148 Personen ihre fremdklingenden Namen gegen madjarische, und wir sehn mit Freuden, daß der Geschmack der sich auch namentlich Madjarisierenden statt den sensationellen und historischen Namen immer mehr den reinmadjarischen Worten zuneigt. Am meisten sind die Berufszweige vertreten, und zwar: Acs (Zimmermann), Asztalos (Tischler), Mészáros (Fleischhauer), sogar der Name Czukrász (Zuckerbäcker) kommt vor. Die meisten huldigen dem Namen „Barta", während von den Ofen-Pestern viele mit dem Namen Halmos (Bürgermeister der Hauptstadt, selbst madjarisiert, hieß früher auf gut deutsch „Haberhauer") und Gardonyi (Schriftsteller, der die Figur Göre Gabor geschaffen hat) sympathisieren. Unter den deutschen Namen figurieren meistens Blau, Braun, Weiß, die meisten wollen sich jedoch von dem Namen Kohn befreien, denn 95 Kohne erhielten einen madjarischen Namen."

Aus diesen Erörterungen des madjarischen Blattes geht hervor, daß sich immer noch zumeist Juden madjarisieren, und daß es den Madjaren selbst unbehaglich ist, wenn sich die Herren Kohn, Blau, Weiß und Genossen mit „sensationellen und historischen" Namen schmücken und künftighin als Hunyadis oder Rakoczis durch die Welt laufen. —

Rußland. In der Kiewer Stadtvertretung ist der Antrag eingebracht worden, „bei der Regierung geeignete Schritte einzuleiten, damit sämtliche Juden aus dem Weichbild der Stadt Kiew ausgewiesen werden, da sie ein Element bilden, das in jeder Beziehung außerordentlich schädlich und gefährlich ist".

England. Der Bürgermeister von London, der jedes Jahr neu gewählt wird und dann im Rathause feierlich einzieht, umgiebt sich beim Antritt des altehrwürdigen Amts mit einem förmlichen Hofstaat, in dem auch ein Vertreter der Kirche nicht fehlen darf, der die Seelsorge im Mansion House besorgen soll und ein stattliches Gehalt für diese „Repräsentationspflicht" vom Lordmayor bezieht. Nun ist in diesem Jahr Sir Markus Samuel von den Ratsherren zum Oberhaupt der City für das kommende Gemeindejahr, das am 9. November beginnt, erwählt worden. Sir Markus Samuel ist ein orthodoxer Jude und nun als neugewählter Lordmayor gezwungen, sich einen — christlichen Hofkaplan für das Amtsjahr beizulegen, der bei allen feierlichen Gelegenheiten um seine Person sein muß. So wird denn unter den amtlichen Nachrichten der City amtlich verkündet, daß Se. Lordschaft der neue Oberbürgermeister für 1902/3 den Reverend James Marx, Vikar von Sankt Botholphs Kirche in der City zu seinem „Hauskaplan" ernannt hat!

Mosaik.

Taits Diamanten. Die unter diesem Namen für teures Geld in unechter Fassung in Berlin und Wien zum Verkauf kommenden Glassplitter (vgl. Nr. 732, Seite 401) werden von einer Firma vertrieben, die am 7. Oktober folgendermaßen ins Berliner Handelsregister eingetragen wurde: „Taits American Diamond Palace, Inhaber Frank Joseph Goldsoll. Inhaber ist Frank Joseph Goldsoll hier, E. Morgenstern und J. Simon hier sind Gesamtprokuristen."

Ob die seitenlangen Anzeigen dieser „echten" Amerikaner auch jetzt noch in judengegnerischen Blättern zu finden sein werden?

Ueber die Abwandrung ländlicher Arbeiter nach den Industriebezirken wird dem Graudenzer „Geselligen" aus Barten (Ostpr.) geschrieben: Die Zahl der einheimischen Arbeiter, die ihre ostpreußische Heimat verließen, um in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken Beschäftigung zu suchen, hat in unsrer Gegend seit einigen Jahren erheblich abgenommen. Im vorigen Jahre waren es nur noch wenige Familien, die trotz aller Warnungen in das „gelobte Land" zogen. Viel größer war die Zahl derer, die, getrieben durch die bitterste Not, aus dem Westen heimkehrten, um bei ihren frühern Dienstherren, die ihnen das zur Rückkehr erforderliche Reisegeld zur Verfügung gestellt hatten, Arbeit zu nehmen. In diesem Jahre verläßt, wie eingehende Erkundigungen ergeben haben, auch nicht eine Familie unsre Gegend; dagegen werden wieder viele in den letzten Jahren ausgewanderte Familien nach Ostpreußen zurückkehren. Neben der in den Industriebezirken herrschenden Arbeitslosigkeit sind es die von den Landwirten vorgenommnen, zumteil recht erheblichen Lohnerhöhungen und umfangreichen Wohnungsverbesserungen, die die Arbeiter veranlassen, in ihre Heimat zurückzukehren.

Wie man Warenhäuser bekämpfen kann. Schöne Knabenblusen zu 45 Pfg. bescheerte ihrer Kundschaft das Warenhaus Rud. Karstadt zu Braunschweig. Den Preis hielt die Konkurrenz für etwas zu niedrig, zumal sie sich an einem gekauften Stücke davon überzeugte, daß allerlei Geld an den Blusen zugesetzt werde. Also schnell kaufte der Herr Konkurrent durch zweite Hand Herrn Karstadt die billigen Blusen ab und bald prangten sie im eignen Laden auch für 45 Pfg. So leichten Kaufes wollte nun die Firma Karstadt ihre Blusen nicht aufgeben, und der Rückkauf aus zweiter Hand begann. Doch plötzlich stellte Herr Karstadt diesen Rückkauf ein, nachdem er einen Teil der Blusen wieder erstanden hatte. Warum aber das? — Der böse Konkurrent

hatte mit waschechter Farbe unter dem Matrosenkragen der Blusen seinen Firmenstempel angebracht, und für eine andre, noch dazu christlich-deutsche Firma mit billigen Blusen Reklame zu machen, dazu hatte Herr Karstadt keine Lust.

Undeutsches im Deutschen Reiche. Ein Lehrer in der siebenbürgischen Stadt Mediasch sandte an die Verlagsbuchhandlung von Bleyl und Kämmerer (O. Schambach) in Dresden A. einen Geldbetrag und bestellte dafür gleichzeitig Bücher. Drei Tage darauf erhielt er die Bücher als Drucksache richtig zugestellt, was ihn nicht wenig wunderte, da er als Bestimmungsort auf der Adresse Pénzutalvány (Geldanweisung) las; zur Erleichterung der Zustellung hatte der Absender noch das Bestimmungsland und in kleiner Schrift das Wörtchen „Medgyes" beigefügt, wohl ohne zu ahnen, daß er es nur diesem verdanken würde, wenn die Sendung an den Empfänger gelangte. Die Erklärung dieses belustigenden Irrtums ist traurig genug: der deutsche Buchhändler getraute sich nicht, den deutschen Namen der Stadt, den der Lehrer klar und deutlich auf der Postanweisung angegeben hatte, zu gebrauchen, der madjarische Name war ihm nicht bekannt, und in seiner Verlegenheit glaubte er sich durch den Poststempel auf der Anweisung, der die Worte Pénzutalvány Medgyes (Geldanweisung Mediasch) zeigte, helfen zu können, und richtete die Sendung somit nach der Stadt „Geldanweisung"!

Tierschutz-Ansichts-Postkarten. Der Berliner Tierschutz-Verein bringt wieder eine neue Reihe von ganz allerliebsten Tierbildchen mit originellen Unterschriften, sowie schönen, beherzigenswerten Sprüchen zu außerordentlich billigen Preisen. Unter den neuen Karten befindet sich auch das Bild Hans Beringers, des Begründers des Berliner Tierschutz-Vereins. Der Tierfreund hat durch diese Ansichts-Postkarten eine gute Gelegenheit, für die Tiere auch bei andern Teilnahme zu erwecken. Gegen bar, Briefmarken oder Nachnahme wird die Sammlung (40 Stück) für nur 50 Pf. innerhalb des deutschen und österreichischen Postgebietes franko versandt. Ein Fünf-Kilo-Paket (1000 Stück) 7,80 Mark franko. Zu beziehn vom Berliner Tierschutz-Verein, Berlin SW, Königgrätzerstraße 108.

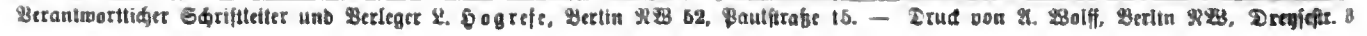
Wie jüdische Reklame gemacht wird. Das „Kleine Journal" erzählt seinen Lesern: „So leben wir", Leon Leipzigers bekanntes Lustspiel, hat auch bei seiner ersten Aufführung im Intimen Theater in Dresden einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Die „Dresdner Nachrichten" schreiben u. a. zur Charakterisierung des Stückes: „Wie es dramatisch zugerichtet ist und aufgetischt wird, ist allerliebst. Schmetterlingsleicht, hier und da nur mit einem flüchtig ernstern Tritt, tändeln die Szenen vorüber, ergötzlich von A bis Z unterhaltend und ergötzlich wie eine nette Feuilletonplauderei."

Nun giebt es aber weder in Dresden ein „Intimes Theater", noch haben die „Dresd. Nachr." eine derartige ähnliche Kritik über das Stück gebracht. Das „Versehn" wird einigermaßen erklärlich, wenn man weiß, daß Herr Leipziger der . . . Herausgeber des „Klein. Journ." ist und die Ansicht des bekannten Sprichwortes über den Duft des Eigenlobs offenbar nicht teilt.

Tschechisch-klerikale Deutschenhetze. In einem Artikel über die deutschen Schulen schreibt der „Hlas" in Brünn:

„Damit aber das Deutsche Volk sich nicht Gedanken darüber mache, daß die deutschen Schulen allzu leer sein könnten, so können wir ihm versichern, daß die tschechischen Eltern von Brünn und Umgegend bereit sind, sämtliche jungen Hunde in Brünn und Umgegend zusammenzutreiben und in die deutschen Schulen einschreiben zu lassen. Vielleicht erzieht sich an diesen (den Hunden nämlich) die allmächtige deutsche Kultur einen entsprechenden Nachwuchs für die deutsche Partei."

Der „Hlas" ist offizielles Organ des Brünner Bischofs Bauer, der auch das geistliche Oberhaupt von hunderttausenden deutscher Katholiken ist. Da kann man sich allerdings nicht wundern, wenn die Los von Rom-Bewegung unter den Deutschen Oesterreichs immer mehr wächst!



Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 16. Oktober 1902. Nr. 739.

Aus Konitz

gehn uns mit Bezug auf den eben beendigten Prozeß gegen die „Staatsbürger-Zeitung" Zuschriften zur Veröffentlichung zu, die die Volkserregung in jener Stadt deutlich wiederspiegeln. Wir sind aber nicht imstande, den Wünschen der Einsender nachzukommen, weil wir fürchten, damit das Maß derjenigen Preßfreiheit weit zu überschreiten, die für nichtjüdische Zeitungen in Deutschland vorhanden ist.

Nur eine jener Zuschriften wollen wir, nachdem wir sie einem Entbitterungs- und Entsäuerungs-Verfahren unterworfen haben, hier zum Abdrucke bringen. Sie lautet: Mit der Verurteilung der mutigen Männer der Staatsbürger-Zeitung wegen Beamten-Beleidigung hat die Konitzer Tragödie, die am 11. März 1900 mit Ermordung des christlichen Jünglings Ernst Winter durch Abzapfung seines Blutes bei lebendigem Leibe (so nehmen es wenigstens die sachverständigen Aerzte an, die die Leichenteile gleich nach der Auffindung untersuchten) begann, ihren endgiltigen Abschluß gefunden. Denn mit der Verurteilung jener Männer, die weiter nichts beabsichtigten, als die Mörderbande aus ihrem Schlupfwinkel ans Tageslicht zu ziehn und ihre Bestrafung herbeizuführen, sind die Mörder und ihre Helfershelfer auf den Höhepunkt ihres Triumpfes angelangt; sie können sich in ungestörter Sicherheit ihrer Mordthat freuen. Bangen Herzens aber muß jede christliche Mutter um das Leben ihrer Kinder zittern, wenn solche Verbrechen wie die von Skurz, Xanten und Konitz unentdeckt und ungesühnt bleiben.

Die Mörderbande hegt nicht die geringste Scheu vor der staatlichen Strafjustiz, die sie ja ein Jahr nach dem Verbrechen durch das Umherstreuen der Kleider des Ermordeten offen verhöhnt hat.

Der Herr Oberstaatsanwalt von Berlin hat die von der Staatsbürger-Zeitung mit dem Morde in Verbindung gebrachten Herren Levy und Genossen aufgefordert, Strafanträge wegen Beleidigung gegen das genannte Blatt zu stellen. Dann ist öffentliche Anklage gegen die verantwortlichen Leiter des genannten Blattes erhoben worden, die Untersuchung mit Aufbietung eines großen Apparates durchgeführt und schließlich die Verurteilung zu einer enorm hohen Strafe erfolgt. Wenn die Staatsbehörden, wie das ja durchaus in der Ordnung ist, Beamtenbeleidigungen nicht dulden und streng bestrafen wollen, warum wurden denn die Strafanträge zweier christlicher Beamten (Lehrer), die von zahlreichen jüdischen Zeitungen des Mordes an Winter beschuldigt worden waren, von der Königlichen Staatsanwaltschaft abgelehnt?

Kein Staatsanwalt hat den hochachtbaren Fleischermeister Hoffmann aufgefordert, Strafantrag gegen diejenigen Zeitungen und Personen zu stellen, die ihn offen des Mordes an Winter bezichtigten und sogar die jungfräuliche Ehre seiner kaum den Kinderschuhen entwachsenen Tochter in niederträchtigster Weise besudelten.

Der Verleger der Staatsbürger-Zeitung ist zu **sechs Monate Gefängnis** verurteilt worden, weil er in zwei Artikeln in seinem Blatte die Ansicht ausgesprochen hat, daß Winter im Levyschen Hause ermordet worden sei. Der Fleischermeister Hoffmann hat gegen die Personen, die er auf dem Wege der Privatklage belangte, weil sie ihn als Mörder bezeichnet und sein Töchterlein schwer beleidigt hatten, nur **Geldstrafen** von 50 bis 200 Mark erzielen können. — Die Beleidigungen waren auf beiden Seiten dieselben. Judenbeleidigung durch Christen wird mit Gefängnisstrafe von sechs Monaten, Christenbeleidigung durch Juden mit Geldstrafe von 50 bis 200 Mark gesühnt. —

Gleich nach Bekanntwerden des Mordes erschienen in Konitz eine Anzahl, nachweislich mit jüdischem Gelde bezahlte „Recherchöre", so der aus dem Zuchthaus entlassene George, so ein Herr Wienecke, den der Herr Staatsanwalt Schweigger selbst in öffentlicher Gerichtsverhandlung als ganz unglaubwürdig bezeichnet hat, ferner ein Herr Schiller, der jetzt im Zuchthause sitzt, und endlich ein Herr Rauch. Diese Leute befanden sich in fortgesetzter Verbindung mit dem jüdischen Rechtsanwalt Sonnenfeld, der im Meineidsprozesse gegen Moritz Levy bemüht war, mit Hilfe des Schiller und Wienecke einen Doppelgänger des ermordeten Winter zu konstruieren. Der genannte Schiller ist überführt worden, daß er Zeugen in dem Levy-Prozesse zum Meineid hat verleiten wollen. Mit solchen Leuten haben auch die königlichen Kriminalkommissare nicht nur in Verbindung gestanden, sondern — wenigstens bei Herrn Kriminal-Inspektor Braun ist es erwiesen — auch gesellschaftlichen Umgang gepflogen. Hoffentlich ist die Feststellung dieser Thatsache keine Beamtenbeleidigung. — Beim Skatspiele mit Herrn Kommissar Braun bekommt einer der Recherchöre eine Depesche, zeigt sie dem Beamten, dieser liest sie und sagt: „Nun kanns los gehn". Und wirklich ging es am andern Tage los — gegen den christlichen Schlächtermeister Hoffmann.

In Bezug auf diese Verbindung der königlichen Beamten mit den von dem jüdischen Komitee angestellten „Recherchören" ist kein tadelndes Wort in dem Staatsbürger Prozeß gefallen.

(Fortsetzung folgt.)

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel, Leipzig und Braunschweig haben solche bereits stattgefunden.

Die für den Monat August in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist wegen Verschiebung des Besuchs der Buren-Generale in Berlin auf einen Oktober-Sonntag verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend 1/2 9 Uhr.

Verband Niedersachsen. Ueber die Werbereise, die der Verbandssekretär F. Kemper (Braunschweig) im Wahlkreise Halberstadt-Wernigerode vom 1. bis zum 8. d. M. abhielt, berichtet er in der „Deutschen Wochenztg.":

Unsre Versammlungen, in denen ich das Thema „Deutschlands wirtschaftliche und nationale Gesundung" behandelte, waren durchweg gut besucht und herrschte in ihnen zumteil eine an Begeisterung grenzende gute Stimmung für die antisemitische Sache. Kleinere Aussprachen gab es bereits in den ersten Tagen, denen am 5. in der Versammlung zu Wernigerode, die sich bis in die späte Mitternacht ausdehnte, der erste kräftige Zusammenstoß mit den „Genossen" folgte, deren Reichstagskandidat Malermeister Bartels das bekannte Lied von dem Allheilmittel Sozialdemokratie sang und sich dann gefallen lassen mußte, daß ich seine Ausführungen in meiner Entgegnung stellenweise etwas erbarmungslos zerpflückte

und festnagelte. Außer einer persönlichen Bemerkung schien Herr Bartels gegen meine Ausführungen nichts mehr einwenden zu können. Betont muß werden, daß Herr Bartels in seinen Ausführungen äußerst sachlich und mäßig blieb, er konnte sichtlich den „behäbigen Bourgeois“ nicht ganz verleugnen. Dafür tobte dann ein jüngerer Genosse in unsinnigster Weise hinterher und mußte sich deshalb auch eine an Spott nicht grade sparende Abfertigung gefallen lassen, die uns ein wirksames Schlußwort an die Hand gab. Nach Aeußerungen aus der Zuhörerschaft zu urteilen, können wir mit dem Verlauf der Versammlung durchaus zufrieden sein, und wird sie uns gewiß reichlich Früchte tragen. Die Wernigeröder Presse scheint keine Unparteilichkeit in der Berichterstattung nicht zu kennen. Das „Intelligenzblatt“ schneidet einen Artikel aus der „Ilsenburger Zeitung“ aus und paßt Einleitung und Schluß der Wernigeröder Versammlung an und das freisinnige „Tageblatt“ färbt den Bericht ungünstig und gerät dann mit der Wahrheit in Konflikt.

Nicht allzugut besucht war die Versammlung in Halberstadt, was jedoch wohl mit auf mangelhafte Agitation zurückzuführen war. Diese Versammlung leitete der alte treue Gesinnungsfreund Hoffmann (Wegeleben). In der Nachsitzung, die sich an die günstig verlaufne Versammlung anschloß, beschlossen unsre Halberstädter Freunde, in kürzester Zeit mit dem Verbande Niedersachsen die Kandidatenfrage zu erledigen.

Die Versammlung in Oschersleben fand nicht statt. Maßgebende Leute, die der Wirt nicht nennen wollte, um sich nicht zu schädigen, hatten ihm bewiesen, daß die Antisemiten mit den Sozialdemokraten auf einer Stufe ständen, und so hatte der Wirt eigenmächtig die ganze Versammlung vereitelt. Ob dahinter Juden oder niederträchtige Treibereien andrer Parteien zu suchen sind, bleibt noch festzustellen. Jedenfalls erließen wir im Sprechsaal der „Bodezeitung“ sofort eine kräftige und bündige Erklärung.

Verband Westmark. Am 12. d. M. fand in Duisburg eine Vorstandssitzung statt, zu der auch die Vertrauensmänner eine Einladung erhalten hatten. Erschienen waren die Vertreter der Wahlkreise Düsseldorf-Gerresheim, Köln-Stadt, Essen-Steele-Werden, Duisburg-Mühlheim-Ruhrort, Bochum-Witten-Gelsenkirchen u. a.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Stadtverordneter Schäfer (Gerresheim), einige Begrüßungsworte gesprochen hatte, erstattete der Verbandssekretär Amthor (Gelsenkirchen) Bericht über die gegenwärtigen Kassenverhältnisse. Er bedauerte lebhaft die säumige Zahlung der Mitgliederbeiträge und teilte mit, daß alle Rückständigen unter Hinweis auf § 5 Absatz 4 der Satzungen (Postnachnahme) gemahnt wurden. —

Herr Amthor wird in diesen Tagen eine Werbereise antreten, um sich mit den Obmännern über die Abhaltung von Vorträgen usw. im Winterhalbjahre persönlich in Verbindung zu setzen. Anfang Dezember soll mit einem regelrechten Versand von Weihnachts-Flugblättern begonnen werden, wozu es nötig ist, daß die Obmänner schon jetzt ihren Bedarf an Flugblättern der Geschäftsstelle in Gelsenkirchen angeben.

Es ist in Aussicht genommen, im nächsten Jahre das „Nachrichtenblatt“ monatlich erscheinen zu lassen, doch soll darüber und über weitere Anträge in der Vorstandssitzung, die zwischen Weihnachten und Neujahr einberufen wird, nochmals verhandelt werden.

Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 835.

Zur Belebung der Werbe-Arbeit sind wir bereit, gegen Ersatz des Portos an jede uns aufgegebne Adresse je eine Nummer unsers Blattes nebst eingelegtem Flugblatte kostenfrei zu senden.

Die Wahl des Flugblattes steht den Herren Auftraggebern frei.

Das Porto beträgt für jede Sendung 3 Pf.

Die angebliche Fleischnot beleuchtet der Bund der Landwirte in einer ausführlichen Veröffentlichung, die wir unsern Lesern mit Nummer 734 zukommen ließen. Der Vorrat beträgt nur noch einige hundert Exemplare, die wir gegen Erstattung der Postgebühren an unsre Freunde kostenfrei abgeben; bis zu 10 Stück kosten 5 Pf. Porto, 11 bis 30 Stück 10 Pf., 31 bis 60 Stück 20 Pf., 61 bis 120 Stück 30 Pf. und über 120 Stück 50 Pf. Porto.

Gleichzeitig empfehlen wir unser Flugblatt Nr. 44, das in handlicher Form (auf vier Oktavseiten) die Reichstagsreden des Abg. von Liebermann zur Fleisch-Einfuhr-Frage enthält. 25 Stück kosten franko 30 Pf.; 100 Stück 80 Pf.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof“;

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller“,

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Josephskeller;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann“;

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner“;

in Nordhausen am 17. bei Glöckner (Königshof);
am 24. bei Krug (Aktienbrauerei);

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof“.

•

Aus der Reformpartei. Nach den Mitteilungen der Berliner Geschäftsstelle waren auf dem Eisenacher Parteitage 63 Stimmführer anwesend, darunter 4 Abgeordnete und 6 Verbandsvorsitzende bezw. -Vertreter, 2 weitere Gesamtvorstands-Mitglieder und 6 Vertreter von Gruppen der „Quittungsmarke“. Es verbleiben mithin 45 Delegierte, die 29 Wahlkreise vertraten. Auf die einzelnen Verbandsgebiete verteilen sich die Stimmen folgendermaßen: Brandenburg 23, Provinz Sachsen 1, Thüringen 5, Kurhessen 4, Königreich Sachsen 22, Großherzogtum Hessen mit Frankfurt a. M. 6, Schlesien 2. Von den Stimmführern waren gewählt in öffentlicher Versammlung 8, von Vereinen beauftragt 12, vom Landesverband 7, von Kreisvertrauensmänner-Versammlungen 6, von Verbandsvorsitzenden ernannt 1, bei den übrigen fehlten die Angaben. —

Im Wahlkreise Dresden Altstadt (links der Elbe), den von 1893 bis 1898 Herr O. Zimmermann vertrat, ist als Kartellkandidat der rechtsstehenden Parteien der Rechtsanwalt Häckel aufgestellt.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Der Handelsmann Moses Klinger ließ in Warschau eine Frau mit mehren Kindern zurück und beglückte in den letzten Jahren Deutschland, Oesterreich und Holland mit seiner Anwesenheit. In den verschiedensten Staaten ließ er sich nach jüdischem Ritus, d. h. durch einen Talmudisten und ohne Hinzuziehung eines Rabbiners trauen, verschleppte dann seine Frauen und ließ sie, nachdem er sich ihrer Barschaft und Wertsachen bemächtigt hatte, in irgendeinem Orte zurück. So heiratete er im März d. J. in Galizien die unverehelichte Johanne Goldstein. Die Ehe, die durch einen Talmudisten im Beisein der Verwandten der G. geschlossen wurde, besteht nicht zu Recht, weil sie nicht standesamtlich erfolgte. Moses verschleppte seine Frau nach

Hannover, entwendete ihr dort am 10. März eine goldne Uhr mit Kette, 15 Mark bares Geld und die Ausweispapiere und flüchtete damit nach Holland, während die Goldstein in Hannover völlig mittellos zurückblieb. Er wurde später in Köln verhaftet und in Frankfurt (Main) sind die beiden jüdisch geschieden worden. Vor Gericht wendete der Angeklagte ein, daß er „rechtmäßig" getraut sei und deshalb straflos bleiben müßte. Damit war das Landgericht zu Hannover indes nicht einverstanden, es verurteilte ihn vielmehr in Anbetracht der an den Tag gelegten gemeinen Gesinnung wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis.

Mayer Marx aus München wurde in Wien ertappt, als er in einem Kaffeehause einen Winterrock mitgehn hieß, der einem andern gehörte. Marx ist das Haupt einer ganzen Bande solcher Diebe, denen die Polizei jetzt scharf auf den Fersen ist.

Wir hätten nur halb so viele Stehler, machte der Jude nicht den Hehler. Anfangs dieses Jahres wurden von dem Landgericht zu Wien vier Lehrlinge wegen Diebstahls zu zwei und drei Monaten Kerker verurteilt, weil sie ihrem Meister Messing-Abfälle gestohlen und diese bei dem jüdischen Trödler Emanuel Streißler verkauft hatten. Die Frau des Trödlers, Friederike Streißler, von den Jungen über die Herkunft der Abfälle aufgeklärt, wog und bezahlte die Diebesbeute und trug den Jungen auf, ja reinen Mund zu halten. Das Geschäft wurde stets bei verschlossener Ladenthür abgewickelt. Bei der ersten Verhandlung erhielt die Jüdin wegen dieser Hehlerei 500 Kronen Geldstrafe und sollte dem Meister 100 Kronen Schadenersatz zahlen. Gegen dieses Urteil erhob sie wegen zu hohen und der Staatsanwalt wegen zu niedrigen Strafmaßes Widerspruch. Infolgedessen wurde das erste Urteil aufgehoben und die Anklage auch gegen Emanuel Streißler erhoben. Seine Frau bekam nun vierzehn Tage strengen Arrest mit einem Fasttag und Emanuel Streißler soll zweihundert Kronen Geldstrafe zahlen und beide dürfen dem bestohlnen Meister hundert Kronen zuwenden.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Betrügerischen Bankrott, der die Gläubiger um 5000 Kronen schädigte, hat die Modewarenhändlerin Julie Kaufmann zu Wien begangen. Sie suchte infolgedessen ihre alte Heimat, Rußland, wieder auf, wurde aber ausgeliefert und muß jetzt vierzehn Tage strengen Arrest verbüßen.

Um zehntausend Kronen brachte der Spirituosenhändler L. Beck zu Wien seine Gläubiger, was ihm einen Monat strengen Arrest einbrachte.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Opfer der Narrheit. Roman von F. v. Klinck-Lütetsburg. Preis geheftet 3 Mk., gebunden 4 Mk. Achter Band des elften Jahrgangs der Veröffentlichungen des „Vereins der Bücherfreunde". (Geschäftsleitung: Verlagsbuchhandlung Alfred Schall, Königl. Preuß. u. Herzogl. Bayer. Hofbuchhändler, Berlin W. 30.) Für Mitglieder des Vereins: Preis geheftet 1 Mk. 90 Pf., gebunden 2 Mk. 25 Pf.

Der vorliegende Roman erhebt sich weit über das Nivo unsrer Tageslitteratur und dürfte in ungewöhnlichem Grade das Interesse der Leser in Anspruch nehmen, die nicht nur flüchtig unterhalten sein wollen, sondern auch auffälligen Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Das Milió des Romans bilden die vornehmen Petersburger Kreise des Jungrussentums, die nach dem bekannten historischen Zusammenstoß des deutschen und russischen Kanzlers durch eine sinnlose Schwärmerei für alles Französische ihr Mißvergnügen über eine erlittne Niederlage zu erkennen zu geben suchten.

Der Roman ist ein vorzügliches Sittenbild der ersten Petersburger Kreise und eine der besten Arbeiten der bekannten Schriftstellerin.

Der Verein der Bücherfreunde schließt mit diesem Petersburger Roman seinen elften Jahrgang. Bei dieser Gelegenheit können wir diesem wirklich vornehmen litterarischen Unternehmen nur unsre Anerkennung aussprechen, daß auch dieser elfte Jahrgang solche trefflichen deutschen Bücher seinen Mitgliedern geliefert hat.

In diesem Monat beginnt bereits der zwölfte Jahrgang; ausführliches über den neuen Jahrgang des „Vereins der Bücherfreunde" liefert jede Buchhandlung und die Geschäftsleitung des „Vereins der Bücherfreunde" in Berlin W. 30.

Zur Besprechung gingen ferner bei uns ein:

Das dritte Geschlecht (Gleichgeschlechtliche Liebe). Beiträge zum homosexuellen Problem von M. Braunschweig. Halle (Saale) 1902. 68 S. Preis 1 Mark.

Alkohol auch in geringen Mengen Gift. Von Oberarzt Dr. Joh. Beesler, Kraschnitz. Halle (Saale) 1902. 56 S. Preis 1 Mark.

Die praktische Vernunft im katholischen Leben und Wirken. Band I von „Kritische Gedanken über die innerkirchliche Lage". Vorgelegt dem katholischen Klerus und den gebildeten Katholiken Bayerns. Von Dr. Otto Sickenberger, kgl. a. o. Lyceal-Professor in Passau. Augsburg 1902. 119 S. Preis 1,50 Mark.

Briefkasten.

Gl. Mannheim. Der Artikel in der „Neuen Badischen Landesztg." ist ein Erzeugnis des Anti-Anti-Vereins.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Ein strammer Junge

wurde uns am 10. Oktober geboren.

Zella-St. Blasii.

E. Gärtner, Ober-Postassistent.
und Frau Ida, geb. Roth.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: Herrmann Laas.

Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Jeder Leser

braucht einen **Kautschukstempel.** von 2,70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.

Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel.
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate.

E. Kaiser gen. **Stempel-Kaiser**
Berlin N., Invalidenstr. 100.

Nähmaschinen

für Familiengebrauch und Gewerbe.

Bestes Braunschweiger Fabrikat liefert zu billigsten Preisen

Chr. Esdorn,
Braunschweig.

Preislisten gratis und frei.

Victoria-Zwieback

ist der feinste Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beliebt 3,50 Mark) franko ohne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal prämi.



empfiehlt ganze Aussteuern und einzelne Stücke in allen Holzarten zu billigen Preisen
✦ Musterbuch. ✦✦✦ Aufstellungen. ✦✦✦ Versand frachtfrei. ✦



Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei

Christian Günther,
LEIPZIG-PLAGWITZ
Postfach Nr. 80
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.

Die Saison-Neuheiten sind eingegangen.
Fordern Sie mit 5 Pfg.-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.





Ansichtskarten

des In- u. Auslandes tauscht

Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10.

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose, Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von ½10 vm. bis 6 nm., Sonnabends bis 8 Uhr abds.

Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schedestweg 2.
Geöffnet von 8½ bis 1½ Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Düren

webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**

Stoffproben sendet direkt und frei das Tuchhaus Boebkes 1 Düren 1 (Rhld)

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Winke für deutsche Kaufleute, die im **Ausland** ● ● Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von Dr. Winterstein in Cassel, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"

Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung"
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogreve, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 23. Oktober 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 740.

Wochen-Spruch.

Die Juden waren erbittert darüber, daß Fremde in ihrer Stadt angesiedelt und fremde Gottheiten in derselben verehrt wurden. So lange jedoch der Kaiser Hadrian in Egypten und darauf in Syrien weilte, verhielten sie sich ruhig, nur daß sie die Waffen, die sie liefern mußten, ganz absichtlich unbrauchbar herstellten, um dieselben, wenn die Römer die Abnahme derselben verweigert hätten, ihrerseits zu benutzen; als der Kaiser aber weiter fort war, erhoben sie sich in offnem Aufstand.

Cassius Dio, Buch 69, Kap. 12

„General Dewet hat sich schon gestern ergeben, die Generale Botha und Delarey sind heut gefangen,"

sagte ich scherzend, als wir kurz vor der Abreise der beiden letztgenannten am 18. Oktober abends auf dem Bahnhofe „Zoologischer Garten" in dem engen Raume des Stationsbüros saßen und thatsächlich gefangen waren von den begeisterten Volksmassen, die den Bahnsteig besetzt hielten, um noch einen Abschiedsblick von den Gefeierten zu erhaschen. „Das haben die Engländer nicht fertig bekommen", antwortete mit liebenswürdigem Lächeln General Botha.

Ja, das Volk von Berlin hat die unbesiegten Burenhelden wirklich gefangen genommen durch die ehrliche, herzliche und ungekünstelte Begeisterung, die es den Gästen entgegenbrachte. Ich habe seit der Rückkehr König Wilhelms nach Berlin aus dem österreichischen Kriege im Jahre 66 mancherlei Volkskundgebungen auf den Straßen der Hauptstadt mitangesehn. Aber mit dem, was ich in den letzten Tagen durchleben durfte, kann ich, was Kraft und Tiefe betrifft, nur die allerdings sonst ganz anders gearteten Eindrücke vergleichen, die ich empfing, als König Wilhelm im Jahre 70 zur Armee abging und sein Wagen durch die schweigenden und schluchzenden Volksmassen fuhr, die die Straße „Unter den Linden" anfüllten. Alle Häuser prangten damals im Fahnenschmuck, alle Fenster waren besetzt, die Häupter der Männer waren entblößt, die Frauen wehten mit den Tüchern, aber nur gedämpfte Rufe erschollen. Ich befand mich am Denkmal Friedrichs des Großen, unmittelbar vor der Schloßrampe, so daß ich einen Blick und Gruß von dem geliebten Kriegsherrn erhaschen konnte. Ein alter Herr mit dem Eisernen Kreuz von 1813 stand neben mir; er umarmte mich, als der Wagen des Königs abgefahren war, und schluchzte: „Ganz wie damals, ganz wie 1813. Bringen Sie sich auch das Eiserne Kreuz mit, junger Kamerad." — Aehnliche Szenen spielten sich wohl zu vielen tausenden ab. Das Gefühl der Volkszusammengehörigkeit war in jenem feierlichen Augenblicke in allen Herzen mit Naturgewalt erwacht. Niemand stand zwischen Fremden und Unbekannten. Jeder sah im Nebenmanne nur den Volksgenossen und Blutsbruder.

Der Volksjubel bei dem Eintreffen der Siegesnachrichten und später beim Einzug der Sieger mag wohl ebenso auf das Zusammengehörigkeitsgefühl gewirkt haben wie jene Abschiedsstunde. Aber ich habe diese Zeit nicht in Berlin durchlebt, weil ich im Felde stand.

Die jüngst verflossenen Burentage brachten ähnliches an elementarer Volksbegeisterung hervor, wie die Ereignisse des Jahres 1870.

Ein besonderes aber unterschied den Empfang der Burenhelden von allen Empfängen und Einzugsfestlichkeiten, die Berlin bisher gesehn hat. — Laut besondrer Bekanntmachung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" „nahmen die amtlichen Kreise keine Notiz von der Anwesenheit der Generale" und — was ebenfalls offiziös beglaubigt wird — Se. Majestät der Kaiser hatte den Wunsch ausgesprochen, daß sich die Offiziere und Mannschaften der Garnison nicht an dem Empfange beteiligen möchten. Solch ein Wunsch ist bekanntlich bei uns Befehl, und so sah man in den Spalier bildenden Volksmassen nicht, wie man es sonst gewöhnt war, in Massen die Söhne des Volkes in Waffen vertreten, ein Bild, was auf jeden Fremden stets immer für Deutschland ehrenvollen Eindruck zu machen pflegt. — Nur hier und da erblickte man eine militärische Uniform in den Massen. Meist waren es Burschen hierher kommandierter Offiziere. Die Gardetruppenteile beschäftigten augenscheinlich ihre Leute in den Kasernen. Offiziers-Röcke sah man nur ganz vereinzelt. Wer aber ein Auge dafür hatte, konnte den Offizier in Zivil überall in den ersten Reihen bemerken, was man den Männern kaum verdenken wird, deren Soldatenherzen naturgemäß den Helden von Transvaal entgegenschlagen müssen. — Nur schade, daß die Burengenerale, die ein sehr lebhaftes Interesse für die militärischen Einrichtungen Deutschlands an den Tag legten, nicht unsre schmucken blauen Jungens von Angesicht zu Angesicht sehn und mit eignen Augen wahrnehmen konnten, daß Heer und Volk auch bei uns eins ist.

Wie wenig Berlin aber die „amtlichen Kreise" braucht, um in wahrhaft herzerhebender Weise liebenswürdig gegen Männer zu sein, die es liebt, das haben die Buren-Tage bewiesen.

Schon der Empfang auf dem Bahnhofe „Zoologischer Garten" am 16. Oktober abends $5^1/_2$ Uhr ließ ahnen, was kommen würde.

Stadt- und Fernbahnsteige waren eine halbe Stunde vor Ankunft des hannoverschen Zuges überfüllt. Der Empfangs-Ausschuß, dem ich angehörte, fand mit liebenswürdiger Hilfe der Bahnbeamten und der beiden anwesenden Polizei-Offiziere grade noch einen Platz dicht an den Schienen. Die Charlottenburger Polizeibehörde hatte nur vier Schutzleute auf dem Fernbahnsteig aufgestellt, die unmöglich den Anprall der Menschenmassen hätten aufhalten können, wenn diese in der Richtung des einfahrenden Zuges vordrängte, so lange er in Bewegung war. Es konnte daher leicht ein großes Unglück geschehn. Aber die einfache, wenige Minuten vor Einfahrt des Zuges weitergegebne Parole, „nicht Vordrängen, bevor der Zug steht, die vorderste Reihe sich nach rückwärts anlehnen", wurde sofort verstanden und befolgt. Nirgends machten sich rohe, skandallüsterne Elemente bemerkbar. Ueberall hörte man höfliche Entschuldigungen, wenn ein Nachbar den andern, selbst geschoben, unsanft berührte und anstieß. Die in der Menge steckenden Damen wurden aufs Rücksichtsvollste behandelt und nach Möglichkeit geschützt. Man hatte im tollsten Menschengedränge immer die Empfindung, sich in sehr guter Gesellschaft zu befinden. — Freilich, als der Zug stand und die Generale halb getragen dem Abteil entstiegen, da schlugen

die Menschenwogen um sie zusammen und der Empfangs-Ausschuß hatte keine kleine Mühe sich in die Nähe der Ehrengäste zu halten. Man haschte von allen Seiten nach den Händen der Gefeierten. Ein, weiß Gott woher gekommner riesiger Lorbeerkranz wurde von vier findigen jungen Leuten ergriffen und baldachinartig über dem Haupte Dewets erhoben, den ich von der rechten und Dr. Limann von der linken Seite nach Möglichkeit vor dem Andrange zu schützen suchte. Nahezu eine halbe Stunde bräuchten wir, um unsre Gäste durch die schmalen Ausgänge hindurch zu bugsieren und noch kurz bevor wir die Treppe betraten, drückte uns eine Menschenwoge noch einmal so fest an die Stationsbude, daß General Dewet nicht übertrieb als er in der „Philharmonie" sagte, er sei fast vor Liebe totgedrückt worden.

Aber auch in diesem Kampfe um den Ausgang vom Bahnsteige kam keine Rohheit vor und jeder Bitte, unsern Gästen und ihren Begleitern den Weg bahnen zu helfen, wurde nach Möglichkeit entsprochen. Endlich saßen wir im Wagen, von hochflutender Begeisterung umbrandet. Der gut gemeinte aber schwer ausführbare Versuch, die Pferde auszuspannen, wurde durch ein paar liebenswürdige Worte vereitelt und fort gings, zuerst im Schritt, dann, als alle Wagen in Bewegung waren, etwas schneller durch das wogende Menschenmeer, aus dem fortgesetzt begeisternde Hurrah-Rufe emporbrausten und Blumen und Kränze nach den Wagen flogen. Erst als wir die Grenze Berlins erreicht hatten, änderte sich das Bild, weil ein ausreichend großes Aufgebot von Schutzleuten zu Fuß und zu Pferde die Zuschauermassen auf den Bürgersteigen zurückhielten. Nun erst konnten die Wagen im flotten Trabe anfahren. Aber Knaben und jüngere Männer durchbrachen doch truppweise die Postenketten und begleiteten im Dauerlauf die Wagen, warfen Kränze und Blumen hinein, die wir um den aufrecht im Wagen stehenden und nach allen Seiten grüßenden Dewet auftürmten, und haschten nach den Händen des Generals. Auch wir Begleiter schüttelten per procura nach Kräften die uns entgegengestreckten Hände. An den Straßenbiegungen streifte dann gewöhnlich ein reitender Schutzmann durch elegante Schrägstellung seines Pferdes die Mitläufer ab und nötigte sie zum zurückbleiben. Aber schon im nächsten Augenblicke war Ablösung in Gestalt einer neuen Schnellläufer-Kolonne da. Die Leistung der Berliner Polizei, die mit Umsicht, Liebenswürdigkeit und Takt ihrer Aufgabe nicht nur gerecht wurde, sondern sie augenscheinlich überall mit Liebe erfüllte, weil jeder einzelne Schutzmann die Begeisterung des Berliner Volkes teilte und verstand, nötigte unsre Gäste die größte Anerkennung ab.

Leider verhinderte die bald nach der Ankunft hereinbrechende Dunkelheit manche interessante Beobachtungen, die ich aber am folgenden Tage bei der Umfahrt durch die Stadt bei hellem Sonnenlichte nachholen konnte. Was habe ich an leuchtenden Augen von Männern und Knaben, von Frauen und Mädchen in jenen Tagen gesehn, die mir die tröstliche Gewißheit ins Herz strahlten, daß unser Volk noch Begeisterungsfähigkeit für wahre Menschengröße besitzt.

Ich will hier nicht von Einzelheiten erzählen und nicht den Gang der Festveranstaltungen beschreiben. Das haben unsre Leser aus den Tageszeitungen entnehmen können. Ich will nur einen Teil der Eindrücke wiedergeben, die ich persönlich empfangen habe, und die für mich eine freudige Erinnerung bis zum Lebensende bilden werden.

Mit musterhaftem Takt ist von allen, die sich an dem Besuche der Burenhelden erfreuten, alles vermieden, was unsre Freunde in Verlegenheit zu bringen geeignet war. Keinen Ruf gegen England habe ich aus den Volksmassen gehört und keinen Ton der tiefen Entrüstung, die in uns gegen Englands Gebahren herrscht, erklang aus den Worten der Redner bei den festlichen Veranstaltungen. Nur ein kleiner Dreikäsehoch von etwa 10 Jahren begleitete bei der Abfahrt zum Bahnhofe in der Nollendorfstraße Dewets Wagen ein Wegestück mit dem Rufe seiner kleinen, hellen Kinderstimme: „Hoch die Buren, nieder mit den Engländern." — Hoffentlich erzählt das aber niemand dem Mister Chamberlain wieder, damit er nicht die Flotte mobil macht. — Auch als in der herrlichen Versammlung in der „Philharmonie" bei den schlichten Schilderungen Bothas und Delareys von dem Elend des Krieges einige Pfuirufe ertönten, genügte ein Wort des Vorsitzenden, diese verständlichen Gefühls-Aeußerungen zu unterdrücken. Wahrlich, wir haben alle Ursache, auf unser gesittetes Volk von Berlin stolz zu sein.

Die Abgesandten des Burenvolkes an die Kulturnationen der Erde konnten für den Zweck, den sie erreichen sollen, gar nicht besser ausgewählt werden als es geschehen ist. Alle drei sind wie geschaffen dazu, die Herzen zu gewinnen. Es ist mir ein gradezu ästhetischer Genuß gewesen, mit den schlichten, klugen und guten Menschen, die in einem dreijährigen Ringen gegen zehnfache Uebermacht sich im Felde behauptet haben und nun den Bittgang für ihr Volk angetreten haben, in mehrtägigem nahen Verkehr zu stehn. Schon die äußere Erscheinung ist von hohem Interesse. Alle drei sind von guter, über mittelgroßer Gestalt und haben das Kriegsgewand mit europäischer Gesellschaftstracht vertauscht. Sie sehen in ihren schwarzen, augenscheinlich bei demselben Schneider gefertigten Anzügen sehr stattlich aus. Nur das etwas derbe Schuhzeug erinnert noch etwas an das Veld und den Busch. — Alle drei halten sich grade wie preußische Soldaten, ohne im mindesten steif zu sein. Louis Botha erinnert am meisten an die holländische Abkunft; seine angenehmen Züge werden oft von einem liebenswürdigen Lächeln verschönt. Die lebhaft braunen Augen verraten hohe geistige Begabung. In Delareys feinem aristokratischen Gesichte und zurückhaltendem Benehmen spiegelt sich noch deutlich die Abkunft von einer vornehmen Hugenotten-Familie wieder. Christian Dewet endlich stellt den reinsten niederdeutschen Typus dar. Seine Mutter war, wie er uns erzählte, eine Deutsche. Er sieht aus wie ein wettergebräunter Seekapitän.

Wie alle drei in den schweren Kampfjahren bewiesen haben, daß sie geborne Soldaten, ja Feldherren sind, so haben sie uns bei ihrer hiesigen Anwesenheit den vollen Beweis erbracht, daß sie gradezu gottbegnadete Redner sind. Bei all den vielen Ansprachen, die jeder von ihnen zu halten hatte, wiederholte sich keiner. Stets war das, was gesagt wurde, dem verfolgten Zwecke entsprechend, taktvoll, packend und in lebendigem Zusammenhange mit der augenblicklichen Situation. Anders klang es, wenn Dewet und die Andern mit mächtiger Stimme vom Balkon des Gasthauses herab zu den unten lauschenden Volksmassen sprachen, anders bei den Begrüßungen und Empfängen der Ausschüsse, anders bei den Festmählern und wieder anders in der großen, unvergeßlichen Versammlung in der „Philharmonie". — Den Generalen standen alle Töne zur Verfügung, womit der Redner wirken kann, nicht zum mindesten auch ein wahrhaft herzerquickender feiner Humor.

Die erstaunliche körperliche und seelische Widerstandsfähigkeit unsrer lieben Gäste wurde hier in Berlin auf eine harte Probe gestellt. Ihr Hauptquartier in der Prinz Albrechtstraße glich einem Bienenhause. Tausende von Leuten verstanden es, bis auf die innern Gänge des Hotels einzudringen, ja sogar in den Zimmern der Generale erschienen oft Damen und Herren, die nichts weiter wollten als einen Blick, einen Händedruck oder eine Postkarten-Unterschrift erhaschen.

Rührend war es, wie die Postboten, Polizeibeamten usw. gelegentlich ihrer amtlichen Thätigkeit nebenbei bemüht waren, auch als Erinnerungszeichen eine Unterschrift von den Generalen für sich und ihre Familie zu erhalten.

Blumenspenden mit und ohne Begleitzeilen kamen in endloser Folge an. Dabei war jeder Unterschied der Meinung und des Standes ausgetilgt. Ich habe z. B. selber eine Anzahl Sträuße und Kränze mit blutroten Schleifen, also wohl von Sozialdemokraten stammend, in Händen gehabt.

An vielen Blumenspenden waren Karten mit freundlichen Wünschen befestigt. Ein solches Kärtchen ist in meinen Händen

geblieben. Es flog am Abschieds-Abend mit dem zugehörigen Rosenstrauß kurz vor dem Bahnhofe Zoologischer Garten in Dewets Wagen. Der Strauß wurde mir als ich ihn mit andern Sträußen und Kränzen in den Eisenbahnwagen hineinreichen wollte im Gedränge zerrissen, nur die Stengel und die Karte blieben übrig. Hier dessen von Damenhand geschriebner Wortlaut:

„Einen bescheidnen duftigen Gruß — die Dornen dieser Rosen sind alle entfernt — sendet den unvergleichlichen, hochherzigen, ritterlichen Generalen eines einzig in der Geschichte dastehenden tapfern, sittlichen Volkes, einen Abschiedsgruß mit dem Wunsche, Ihr fernerer Lebensweg möge ebenso ohne Dornen sein wie diese Rosen — und dann: Ihr Volk soll nicht untergehn. Ihre sittliche Kraft giebt ja schon diese Zuversicht! Dieses ist der Ausdruck aller, die noch Gott im Herzen haben.

Berlin, 18. Oktober 1902. M. B.

Nachschrift: Wir wünschen Ihnen soviele Millionen wie diese Rosen Rosen- und Blattblätter haben und noch darüber — die aufzubringen unsre größte Sorge sein soll."

Es ist kein stilistisches Kunstwerk, aber es giebt die Stimmung vieler tausende wieder.

Die Ausruhezeit für die Generale beschränkte sich auf einige Stunden, denn die Menschenmasse vor dem Gasthause jubelte und sang fast die ganzen Nächte hindurch. Die Strapazen sind schlimmer als im Feldzug. Da hatten wir auf platter Erde gut schlafen gelernt. Hier können wir in den besten Betten nicht schlafen, meinte Delarey. Dennoch merkte man den kräftigen Staturen eigentlich die Ermüdung wenig an. Im Essen und Trinken waren die Generale sehr mäßig. Delarey und Botha tranken wohl ein bis zwei Glas Wein oder Bier, Dewet aber nur Wasser, Thee oder Kaffee.

Vortrefflich schildert in den „Leipziger Neusten Nachrichten" Dr. Liman, mit dem ich zusammen Dewet auf seine Fahrten begleitete, die Persönlichkeiten der drei Generale mit folgenden Worten:

„Sie haben sich innig der Volksteilnahme gefreut, sie haben in ihren Reden immer wieder darauf gewiesen, wie eng verwandt sie sich mit uns fühlen, wie sie sich wohlfinden unter den Deutschen, wie dankbar sie uns sind für Willen und Thal, für Meinung und Hilfe. Immer dankten sie nur für ihr Volk, nie für sich selbst; bescheiden lehnten sie jeden Kultus der Persönlichkeit ab und sprachen kein Wort des Hasses und der Rache. Und wenn sie sprachen, dann fiel es mir ein, wie hier jedes Wort dem Zwecke galt, wie jeder der Drei die Phrase, die tönende Rhetorik vermied, wie sie schlicht und einfach, und doch in jedem Wort klug und klar sich gaben, und wie solche Art sich gewaltig unterscheidet von der blumenreichen Manier der jüngern Generation unsers Volkes. Das waren keine posierenden Hamlets, das waren kraftvolle, lebendige Bauerngestalten. Die altfränkische bedachtsame Art Delareys, die kluge Besonnenheit Bothas, der seltsam ergreifende Humor Dewets — so haben wir uns die drei Männer vorgestellt, als wir von ihren Thaten hörten auf den Schlachtfeldern der Republiken. Aber vielleicht nur wenige haben geglaubt, daß diese Bauern, die zu Helden wurden, auch zu Staatsmännern emporwachsen würden, die mit ruhiger Faust das Spinngewebe unsrer Diplomaten zerreißen. Ihre Reden jetzt sind wie einst ihre Thaten ein Gut der deutschen Nation geworden."

Jedes dieser Worte ist mir aus der Seele geschrieben.

Vom Glück begünstigt war auch die Fahrt nach und der Besuch im Reichstage. Schuljugend umdrängte zu vielen Hunderten das Hauptportal wo unsre Wagen vorfuhren. In der Wandelhalle trafen wir auf den Fürsten Herbert Bismarck. Es war für uns Deutsche erhebend zu sehn, wie die Augen der Burenhelden aufleuchteten, als sie dem Sohn des großen Kanzlers vorgestellt wurden und dieser ihnen die Büste seines Vaters zeigte und sich eingehend mit ihnen unterhielt. Auch der Sohn des großen Todten wird mit wehmütiger Freude die Ehrung empfunden haben, die in dem Verhalten der schlichten Helden für seinen Vater lag.

Von der herrlichen stimmungsvollen Versammlung in der Philharmonie will ich nicht im einzelnen sprechen; sie wird für alle Teilnehmer eine unvergeßliche Lebenserinnerung sein. Ich, der auf tausende von öffentlichen Versammlungen in zwanzigjähriger politischer Arbeit zurückblicken kann, weiß nur eine dieser Burenversammlung an die Seite zu stellen; das war jene Volkskundgebung am Hermannsdenkmal im Mai 1893. — Ich freue mich ohne Selbstüberhebung herzlich, daß der Text, den ich für die altniederländische Melodie des Schlußliedes gedichtet hatte, die Gesamtstimmung treffend zum Ausdruck brachte:

Wir beten in Nöten
Zu Gott, dem Erretter:
Herr, mindre und lindre
Das grause Geschick!
Wir treiben wie Blätter
In Stürmen und Wetter,
O, gieb uns das Land unsrer Väter zurück.

Kein Teufel soll Zweifel
Im Herzen uns säen,
Den Glauben uns rauben
Ans ewige Recht.
Die Welt mag vergehen,
Das Recht bleibt bestehen,
So lehren wirs treulich das junge Geschlecht.

Herr, höre, ich schwöre:
Dem Volk und dem Lande,
Ohn' Wanken und Schwanken
Zu halten die Treu'.
Einst tilgst du die Schande,
Und lösest die Bande,
Dein Wille geschehe, du erhöhst uns aufs neu!

Ich habe den Wortlaut hier so niedergeschrieben, wie ich ihn verfaßt hatte. Die kleinen Abschwächungen im Schlußverse, die für den Gesang des Liedes in der Versammlung vorgenommen waren, hatte ich zwar gestattet, aber sie waren dichterisch keine Verbesserungen, und vielleicht räumt man in zukünftigen Versammlungen an andern Orten den Engländern nicht Einfluß auf unsre Gebete für die Zukunft der Buren ein.

Daß der ganze Burenbesuch von außerordentlichem Glück begünstigt war, erwähnte ich schon. Von keinem ernsten Unfall wissen die Zeitungen zu berichten. Polizei und Bevölkerung sorgte Hand in Hand für Ordnung, und auch die Bahnbeamten verdienen die herzlichste Anerkennung für ihre liebenswürdige, aufmerksame Behandlung der Gäste des Deutschen Volkes mit Ausschluß der amtlichen Kreise.

Nur über eine einzige Unzuträglichkeit kann ich aus eigner Wahrnehmung berichten. Glücklicherweise ist sie nur von wenigen bemerkt worden. Daß sie jüdischen Ursprungs war, ist bezeichnend, aber nicht weiter verwunderlich. — Die Berliner Juden zählen sich — und sie haben ein gewisses Recht dazu — heutzutage zu den amtlichen Kreisen. Sie hielten sich infolgedessen von dem begeisterten Empfange der Generale zurück und dafür spende ich ihnen meinen aufrichtigen Dank. — In der Philharmonie mochten vielleicht überhaupt nur drei Judenjünglinge anwesend sein. Aber diese drei konnten nicht umhin, unangenehm aufzufallen. Sie drängten sich während der Pause, gefolgt von etwa einem Dutzend Trotteln, dicht an die Bühne, fingen an taktmäßig in der Form mit den Händen zu klatschen, wie es beim Karneval in Köln geschieht, wenn der Narren-Redner in die „Bütt" steigt, belästigten die Damen, die gern den Helden die Hand gereicht hätten und verließen die zu Unrecht eingenommnen Plätze während des ganzen zweiten Teiles der Versammlung nicht.

Die Empfindung, diese Trattel-Gesellschaft hinauszuweisen, war sehr stark am Varstandstisch varhanden, aber es wäre zu viel Ehre für sie gewesen. —

Der Burenbesuch in Berlin wird dauernde Früchte tragen. In den öffentlichen Reden wie in vertraulichen Gesprächen haben unsre Gäste immer wieder betant, daß sie gradezu überwältigt von der ihnen entgegengebrach,en Herzlichkeit und Freundschaft seien, die alles, was sie bisher schan erlebt und was sie sich vorgestellt hätten, weit überstiegen habe. Das Bewußtsein unsrer Blutszusammengehörigkeit ist auf beiden Seiten mit elementarer Gewalt zum Durchbruch gekommen. Mit Staunen erklärten die Generale, daß sie die an sie gehaltnen deutschen Ansprachen ganz gut ahne Dolmetscher verstanden, und bewiesen diese Thatsache dadurch, daß sie auch auf unverdeutschte Anreden richtig antwarteten. Und ebensa ging es uns Deutschen. Auch wir verstanden mehr und mehr die Reden unsrer Blutsfreunde aus Afrika.

„Wir sind ein Abstammling des großen deutschen Valkes" rief Botha unter stürmischem Jubel in der Philharmanie aus. „Darum wird unser Valk nicht zu Grunde gehn, und es ist wert, daß es gerettet werde." —

Ja, die Hoffnungen des Buren-Valkes in Südafrika sind mächtig wieder empargeblüht und damit auch die Haffnung auf ein niederdeutsches Südafrika der Zukunft.

Aber auch Gegenwartsgewinn haben wir für unser Volk zu verzeichnen. Wohl uns, daß in dieser Zeit der Mammansherrschaft und Mammansknechtschaft in den Herzen unsers Valkes nach eine so reine heilige Begeisterung aufladern kann für das gute Recht und dessen Varkämpfer. Daß unser Volk sich noch begeistern kann für Heldentum und wahre Menschengräße, das ist ein tröstliches Bewußtsein für alle diejenigen, die die Börsenjobber nicht als die Kulturträger der Zukunft anzusehn vermögen.

Ich will schließen, weil ich merke, daß ich dach nicht vermag, das Beste meiner innerlichen Erlebnisse in den stalzen Burentagen van Berlin jetzt schan in die rechten Warte zu kleiden.

Mir klingt dauernd das Wort in den Ohren: „Heifen Sie uns. Unser Valk ist wahrlich wert, daß ihm geholfen werde."

Ich will fortfahren, mein bescheidnes Teil dazu beizutragen, daß dieser Bitte entsprochen wird.

M. v. Liebermann.

Große und kleine Diebe.

Unterschlagungen in den Graßbanken und großen industriellen Unternehmungen scheinen an der Tagesardnung zu sein. Kaum hat die Börse die Angelegenheit Jellinek von der Oesterreichischen Länderbank verdaut, als schan wieder neue Schwindeleien an die Oeffentlichkeit kammen. Der Direktor der Angla-Oesterreichischen Bank zu Wien, Krämer, wurde am 17. d. M. verhaftet, weil er 36000 Kronen sich widerrechtlich angeeignet hatte. Die Bank wußte von dieser Unterschlagung seit Mitte August, die Palizei griff indes erst ein, als die Thatsache durch die Presse bekannt wurde. Zur selben Zeit führte man den Kassierer Bekarek der Gewerkschaft Witkawitz ins Krankenhaus, weil eine schwere Operatian an ihm vargenammen werden mußte. Bei Uebergabe der Kasse stellte sich heraus, daß 156000 Kronen fehlten. Witkowitz gehört dem Wiener Rothschild zusammen mit dem Kohlenjuden Gutmann; weil Bekarek ein Hauptstütze der Tschechen ist, wallte der Generaldirektor die Sache vertuschen, falls die Angehörigen Bekareks wenigstens einen Teil der veruntreuten Summe ersetzen würden. Da das aber abgelehnt wurde, kam das Verbrechen zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft.

In Prag besteht eine Varschußkasse „St. Wenzel", die hauptsächlich für tschechisch-klerikale Zwecke errichtet ist. Ihr Leiter ist der päpstliche Kämmerer Mansignare Drozd, Domherr von Prag. Die Kasse hat nach ihrem letzten Jahres-Abschlusse bei nur 547000 Kranen Geschäfts-Anteilen über 15 Millionen Kronen Spareinlagen angenommen. Vor sechs Wochen brachte die sazialdemakratische „Prava Lidu" die Nachricht, in der Kasse sei ein Fehlbetrag von 180000 Kronen entdeckt, den der im letzten Winter durch Selbstmord geendete Hauptkassierer Ort verschuldet haben sollte. Eine eingehende Untersuchung ergab indessen, daß über vier Millionen Kranen fehlten, die Monsignore Drazd und die Kassierer in ihre Taschen hatten spazieren lassen. Verhaftet wurden infolgedessen außer Drazd der frühere Direktor Kohout, der Kassierer Herceg, der Schatzmeister Hueber und die Haushälterin des Monsignare Drazd, die „Köchin" Anna Madl. Drozd bezog neben seiner Wohnung ein jährliches Gehalt van 6000 Kranen, hatte mehre Villen, war päpstlicher Hansprälat und fürsterzbischaflicher Natar. Er arganisierte seit zwanzig Jahren die Pilgerzüge der tschechischen Klerikalen nach Rom und erhielt als Auszeichnung für seine Verdienste um das Papstum den Titel eines päpstlichen Kämmerers und apastalischen Notars, später das Ehrenkreuz „Pro ecclesia et pantifice" und die Kommenturwürde des „Ordens vom hl. Gregar für die Verteidigung des Glauben". Var drei Jahren retteten ihn seine Freunde in Rom vor Verhaftung und Verurteilung wegen seines sittlichen Verhaltens, warauf er aus Ram die Weisung erhielt, daß die van ihm veranstalteten Pilgerzüge und gesammelten Peterspfennige im Vatikan stets willkammen seien, seine Persan aber „minder genehm". Vor dem diesjährigen Pilgerzuge wurde dem Drazd bedeutet, daß das van dem 23jährigen Sahne seiner Haushälterin Anna Madl augestiftete „Aergernis" seine Führung der tschechisch-klerikalen Pilgrime unmöglich mache. Die Verhaftung des Msgre. Drazd erfolgte im letztmäglichen Augenblick. Die Flucht war schan bis ins kleinste vorbereitet; alle Koffer und Reisesäcke waren gepackt. Die schan vorher festgenammne Schwägerin Marie Madl wurde im Besitze van 30000 Kronen befunden, die Anna Madl besaß 24000 und der Damherr 70000 Kronen in bar. Bei seiner Festnahme sagte Herr Drozd: „Ich vertraue auf die heilige Vorsehung!"

Ende varigen Jahres entdeckte man in der Apatheke des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder zu Wien im Bestande der Medizinalweine und des Kognaks Abgänge, die buchmäßig auf 26000 Kranen bewertet wurden. Schuldiger war der Magister der Pharmacie Emil Vlcek, der sich zum Ersatz erbot, weshalb das Klaster keine Anzeige erstattete, da Vlcek außerdem ein guter Klerikaler und Tscheche war. Vlcek wurde deshalb nur entlassen; durch irgendwelche Zufälligkeiten kam die Anklagebehörde dach hinter die Strafthat und setzte den Betrüger fest.

Dieses Vertuschungssystem scheint Schule zu machen. Der „Deutsche Oekonomist" teilte varige Woche in einem sehr pessimistisch gehaltnen Artikel mit der Ueberschrift „Betrug und Mißwirtschaft ahne Ende" mit, daß eine Berliner Bank eine Anzahl Beamte wegen jahrelang betriebner Betrügereien habe entlassen müssen, ahne daß davan etwas in die Oeffentlichkeit gelangt sei. Dann erfuhr man aus dem „Berliner Tageblatt", daß der stellvertretende Varsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Glasglühlichtgesellschaft ausgeschieden sei, weil der Aufsichtsrat in diesem ganzen Jahre nur einmal einberufen worden und ihm auch nicht einmal die vom Varsitzenden des Aufsichtsrats ausgegangne Mitteilung über den Jahres-Abschluß vorgelegt warden sei. „Eine Kenntnis van der Entwicklung des Geschäfts während des jüngsten Jahres, die den starken Rückgang der Dividende verursacht, habe vam Aufsichtsrat nur die in ihm vertretne Bankfirma gehabt." Das hinderte aber nicht, daß die Aktien der Gesellschaft innerhalb dreier Tage um 70 v. H. stiegen!

Nach allem, was varausgegangen ist, nach den garnicht mehr übersehbaren Fällen van Betrug und Untreue und liederlicher Geschäftsführung können diese beiden Nachrichten nur als Symptame dafür gelten, daß die Geschäftswelt immer noch nicht allgemein zu dem Entschluß gekammen ist, endlich einmal in alle Winkel hineinzuleuchten, die Kontroll-Einrichtungen zu reorganisieren und damit den Aktianären, mit deren Gelde gewirtschaftet wird, die denkbar größte Sicherheit für eine ehrliche Verwaltung zu verschaffen. Daß eine salche Kontrolle möglich ist, ahne den Geschäftsgang zu verzögern, dafür bieten

die amerikanischen Einrichtungen den Beweis. Man wird hoffentlich nicht behaupten wollen, daß die Ehrlichkeit, die Beamtentreue in Amerika größer sei als bei uns. Warum kommen also dort, fragt die „Kreuzzeitung", so viel weniger Veruntreuungen vor? Einfach weil die Kontrolle der Angestellten, vom Direktor bis zum Kontorgehilfen, aufs strengste und einfachste durchgeführt ist. Bei uns liegt das Kontrollsystem noch in den ersten Stadien seiner Entwicklung, und zwar hauptsächlich deshalb, weil der deutsche Aktionär das vertrauensseligste, uninteressierteste Geschöpf von der Welt war. Jetzt ist er durch Schaden klug geworden. Er hat die angesehensten und größten Aktiengesellschaften infolge von autokratischer Mißwirtschaft und Untreue ihrer Direktoren, verbunden mit der Fahrlässigkeit ihrer Aufsichtsräte zu Grunde gehn sehn, und er scheut davor zurück, noch mehr Geld ungenügend kontrollierten Beamten auf Gnade oder Ungnade zu überliefern.

Man kann sich deshalb nur dem dringenden Wunsche des „Deutschen Oekonomisten" anschließen, daß durch vertrauenswürdige Nachprüfungen bei allen Gesellschaften der solide Zustand festgestellt werde. Das Blatt sagt mit Recht, es sei für alle Aufsichtsräte aller Aktiengesellschaften dringendste Pflicht der Selbsterhaltung, ohne Verzug und ohne jede Rücksicht auf die Personen des Vorstandes die Lage der Gesellschaften klarzustellen. Wir fügen hinzu, daß über diese Nachprüfungen öffentlich berichtet werden müßte. Die Presse scheut begreiflicherweise davor zurück, das allenthalben rege gewordne Mißtrauen durch ausführliche Berichte über die zahllosen Betrugsfälle noch mehr zu nähren, da durch solche Mitteilungen doch auch die soliden Geschäfte in Kreditschwierigkeiten gebracht werden können. Mit um so größerer Bereitwilligkeit würde die Presse ihren Lesern Kenntnis davon geben, wenn ein Aufsichtsrat nach dem andern sich zu schärferer, unausgesetzter Kontrolle verpflichtete. Nur dadurch kann unsre Aera der Millionen-Diebe abgeschlossen werden.

Eine Meinungs-Aeußerung des Dr. Karl Peters

über verschiedne Dinge, die von allgemeinem Interesse für große Kreise des Deutschen Volkes sind, hat der erste Schriftleiter der Braunschweiger „Neueste Nachrichten", Herr Wilhelm Georg, veranstaltet. Wir erteilen ihm hier ausführlich das Wort:

Gestern sprach ich zum ersten Male wieder seit acht Jahren mit Dr. Peters! Wie viel lag zwischen jenem Herbsttage des Jahres 1895, an dem ich mich mit ihm im „Hotel Continental" zu Hannover über die Zukunft Deutsch-Ostafrikas unterhielt, wo er — ein richtiger idealistischer Brausekopf — von allen jenen Ideen erzählte, die er unter dem Sternenhimmel der Tropen für sein Vaterland ersonnen, und heute! Als ich den Afrikaforscher gestern in den Abendstunden draußen in Waldhausen aufsuchte, wo er bei seinem Bruder Hermann für einige Zeit ein behagliches Heim gefunden, herrschte ein Hundewetter wie damals an jenem Abend, an dem sich in Hannover eine tausendköpfige Menge vor dem Etablissement drängte, in dem der „Afrikaner" über die Massais sprach. Viele von jenen, die ihm in dieser Zeit ihr „Hosianna" zuriefen, sind ihm, trotz des mystischen „Tuckerbriefes", treu geblieben; das bewies wieder das rege Interesse der letzten Tage, das man speziell in der Residenz Hannover an dem Begründer der deutschen Kolonie in Ostafrika genommen! — Ich sah auf den ersten Blick, beim ersten Händedruck, daß die Jahre an Karl Peters nicht spurlos vorübergegangen sind. Die kleine aber sehnige Figur ist noch schmäler geworden, silbergraue kleine Fäden zeigen sich verräterisch an dem kurz geschornen Haupthaar. Die Sprache ist ruhiger, viel ruhiger geworden; aus jedem Satze, den er spricht, empfindet man die kühlste Logik. Aber das Auge, der Spiegel der Seele, ist dasselbe geblieben; aus ihm spricht die alte Energie, die alte Entschlossenheit. Peters verstand mich sofort, als ich auf die Veränderung in seinem Aeußern anspielte. „Ja", meinte er lächelnd, „seit wir uns zuletzt sahen, habe ich manch kleinen Spaziergang hinter mir, und wenn man von 1899 bis 1901 2600 englische Meilen zu Fuß zurückgelegt, muß man schon schlanker werden." Gegen diese Behauptung kann man natürlich nichts einwenden.

Die Unterhaltung wandte sich auf meine Veranlassung sofort Peters Ausscheiden aus dem deutschen Kolonialdienste zu. Ich wollte näheres über den geheimnisvollen Schreiber des „Tuckerbriefes", den der sozialistische Abgeordnete Bebel am 13. März 1896 im Reichstage gegen Dr. Peters ausgespielt, wissen. In dem Briefe war bekanntlich die Rede von Grausamkeiten, die Peters im Jahre 1891 auf seiner Kilimandscharo-Expedition an Schwarzen begangen haben sollte. Nun ist neuerdings in der Presse behauptet worden, der Urheber des „Tuckerbriefes", der Bebel als Waffe gegen Peters in die Hand gedrückt worden, sei kein andrer als der Leutnant a. D. Bronsart von Schellendorf, der Neffe des frühern Kriegsministers.

Dr. Peters erklärte mir: Herr von Bronsart schweigt, trotzdem ich ihn öffentlich beschuldigte, den Tuckerbrief gefälscht zu haben; nebenbei bemerkt, hat es auch der „Vorwärts" bis jetzt nicht bestritten, daß v. Bronsart dem Abg. Bebel, der selbstverständlich optima fide gehandelt, das Material gegen mich gegeben hat.

Ueber die Gründe befragt, die den Leutnant v. Bronsart veranlaßt haben könnten, auf diese Weise gegen den Dr. Peters vorzugehen, antwortete mir Peters:

„Ich schrieb im Oktober 1891 vom Kilimandscharo aus an Herrn von Soden, er möge den Leutnant von Bronsart, der mir zur Expedition mitgegeben, abberufen, da mir Herr von Bronsart aus Gründen, die ich hier nicht näher angeben kann, für den Posten, den er bekleiden sollte, nicht geeignet erschien. Herr Bronsart von Schellendorf schied denn auch bald darauf aus der Schutztruppe aus. Er verkehrte trotzdem später mit mir noch in der freundschaftlichsten Weise und schrieb mir u. a. auch einen sehr herzlich gehaltnen Brief, in dem es hieß, die Zeit, die er mit mir zusammen war, sei die ‚schönste Zeit seines Lebens' gewesen. Im Jahre 1895 ging derselbe Herr hin und denunzierte mich, weil ich eine Hinrichtung über seinen Kopf hinweg hätte vornehmen lassen ....*) Auf diese Denunziation hin beantragte ich eine zweite Untersuchung gegen mich, in der ich abermals freigesprochen wurde. Man bot mir sodann den Posten eines Landeshauptmanns am Tanganyikasee an, auf den ich indessen verzichtete. Ich ließ mich nachher zur Disposition stellen. Jetzt übergab Herr von Bronsart dem Abgeordneten Bebel den berühmten ‚Tuckerbrief', den er auch später in dem Prozeß gegen mich beschwor! Ich entsinne mich noch deutlich, daß Helwig in der Verhandlung damals sagte: ‚Ja, meine Herren, der Tuckerbrief ist allerdings nicht vorhanden, aber Herr Leutnant von Bronsart beschwört ihn!' — Der zweite Zeuge, auf dessen Aussage hin ich verurteilt wurde, der Forschungsreisende Dr. Baumann, der seiner Zeit vor Gericht ein Dessertgespräch eidlich deponierte, das er mit mir gelegentlich eines Diners geführt haben wollte, das ich im Jahre 1893 zu seinen Ehren in Berlin gegeben, ist in geistiger Umnachtung gestorben. Seine Glaubwürdigkeit ist im Reichstage in einem analogen Falle angezweifelt, ja sogar ihm direkt abgesprochen worden, als er ähnliche Aussprüche über Wißmann that. Weshalb soll er also mir gegenüber glaubwürdiger sein? —

Solche Zeugen waren mir nicht eher gefährlich, als bis sich mächtige deutsche Kreise gegen mich verbündeten; dann erst änderte sich das Bild."

Dr. Peters spricht über den Prozeß, der ihm seine Stellung und bei einem Teil seiner, von Parteifanatismus verblendeten

*) Man wird diese Handlungsweise erst recht verstehn, wenn man weiß, daß Herr von Bronsart den Dr. Peters ausdrücklich gebeten hat, von der Expedition fern bleiben zu dürfen. Die Schriftl.

Landsleute auch seine Reputation gekostet, kühl und ruhig. Er macht auf den Zuhörer den Eindruck eines Mannes, der im Laufe der Jahre unablässig mit zäher Energie an dem Material gesammelt, das ihn bei seinen Landsleuten wieder rehabilitieren soll. — — — — —

Es lag mir sodann daran, aus dem Munde von Peters, der seit Jahren in London lebt und der mit den maßgebenden englischen Kreisen Fühlung hat, zu hören, wie man in Wirklichkeit in England über das Deutsche Reich denkt. Peters ließ sich nach kurzem Nachdenken darüber wie folgt aus: „Generell wünscht England gute Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten, es ist natürlich nicht zu leugnen, daß die antienglische Bewegung im Deutschen Volke drüben böses Blut gemacht hat. Die konservativ gesinnten Regierungskreise gehn mit Vorliebe mit Deutschland zusammen, während liberale Politiker oder Parlamentarier mit Frankreich liebäugeln. Salisbury, ebenso auch sein Neffe Balfour sind Vertreter des guten Einvernehmens mit Deutschland. Ich habe in den englischen Klubkreisen, in denen ich verkehre, die Tendenz gefunden, daß man, wenn Deutschland mit England nicht zusammengehn will, den Kampf auf handelspolitischem Gebiete auszufechten gewillt ist. Das trifft zusammen mit den Bestrebungen Chamberlains und seines Anhanges, den englischen Zollbund zu machen“.

Ueber seine Expedition nach Ophir befragt, bleibt der „Afrikaner“ bei seiner Ueberzeugung, daß die von ihm durchforschten Länderstriche das alte biblische Goldland Ophir seien, aus dem König Salomon das Geld für seinen Tempelbau habe. Wenn Prof. Sieglin in seinem Vortrage über die Peterssche Ophirtheorie sage, Ophir läge in Indien, so frage er einfach: „Wo denn in Indien?“ Wo seien denn dort die Minen, aus denen das Gold genommen? Indien sei stets ein Gold importierendes Land gewesen. Woher kam das Gold, für das König David nach unserm Gelde 35 Millionen Mark gegeben hat?

Hochinteressant war es für mich, als Dr. Peters bei diesen Worten mir eine Hand voll dunkelgrauen Quarzes zeigte, den er aus dem Macombeland mitgebracht hatte. In die Quarzteilchen ist hellglänzendes Gold eingesprengt. Wie Peters besonders hervorhob, fand er Spuren richtiger Goldminen im Manikalande und Kupferlagerstätten am Sabi; überall waren die ehemaligen Anlagen deutlich zu erkennen. Bislang sind entdeckt 400 alte Städte und Burgen oder Tempel und ungefähr 75000 alte Minenarbeiten, oft nur 12 Fuß, im Durchschnitt 50 Fuß, zuweilen aber auch bis 4000 Fuß tief. Wo wir bei den heutigen modernen Geräten erst anfangen zu arbeiten, haben die Alten bereits aufgehört, so daß die in der Erde schlummernden Reichtümer noch lange nicht erschöpft sind. Meine Frage, ob Peters der erste gewesen sei, der durch das Macombeland marschiert sei, wurde von dem Forscher bestätigt. Peters verstand es, wie er das ja auch in seinem in Bälde in München im Verlage von Lehmann erscheinenden Buch erzählt, meisterlich, mit dem mächtigen Häuptling Macombe umzugehn, so daß Macombe Peters sogar seinen Bruder nach London mitgab. Damit hatte der Forscher gewissermaßen eine Garantie, daß seine mühseligen Arbeiten im Macombelande unversehrt blieben.

Wie sehr die Portugiesen den Wert des von Peters wieder entdeckten Goldlandes zu schätzen wissen, geht aus den Anstrengungen hervor, die sie seit einigen Monaten machten, um Macombe zur Anerkennung der portugiesischen Oberhoheit zu bewegen. Die Herren Portugiesen, die sich früher nie um das ihnen gehörige Land gekümmert, wurden bei dem Veröffentlichen der Resultate der Petersschen Expedition plötzlich munter und besannen sich, daß ihnen doch eigentlich das reiche Land gehöre. Macombe, der von den portugiesischen Ansprüchen nichts wissen wollte, wurde renitent, und so blieb den Portugiesen nichts übrig, als mit der Waffe in der Hand das Macombeland zu unterjochen. (Ein Wolffsches Telegramm hat uns darüber vor ungefähr drei Wochen eine kurze Meldung gebracht.)

Die Ergebnisse der bisherigen Expeditionen, denen im Dezember eine dritte folgen soll, die Dr. Peters ebenfalls wieder führen wird, sind bis jetzt hoch befriedigend. Das eine Syndikat für Manikaland ist in London gesichert, das andre ist in Deutschland in der Bildung begriffen, da Peters zu demselben deutsche Kapitalisten heranziehn möchte. Bei dieser Gelegenheit sei auch die thörichte Annahme gewisser deutscher Blätter widerlegt, die fortwährend betonen, Peters stehe in englischen Diensten. Das ist durchaus falsch. Dr. Peters wohnt in London lediglich aus geschäftlichen Gründen, wo sich der Sitz der von ihm begründeten „Dr. Karl Peters Compagnie“, in der drei deutsche und zwei englische Direktoren sind, befindet. Mit dieser Erklärung wird das Märchen, Peters stehe in „englischem Solde“, wohl aus der Welt geschafft sein.

Der Forscher glaubt, archäologischen und geographischen Gesellschaften eine reiche wissenschaftliche Ausbeute in Aussicht stellen zu können, wenn eine neue Expedition in die Gegend geht, wo er die egyptische Uschebtifigur (südlich vom Zambesi, 17 Grad südl. Breite und 32 Grad östl. Länge) gefunden. Einer der bedeutendsten Egyptologen, W. M. Flinters Petrie, hat, wie jüngst bekannt geworden, die Hieroglyphen übersetzt bezw. die Figur bestimmt.

Ueber die Juden in London

brachte das in den Fünfzigerjahren im Verlage von Veit und Comp. erschienene, von J. Lehmann herausgegebne, und bei Leopold Lassar, Berlin, Brüderstraße 3, vierteljährlich für 25 Silbergroschen verkaufte „Magazin für die Litteratur des Auslandes“ eine bei so glaubwürdigen Quellen, obgleich der „Autor“ namenlos ist, recht lesenswerte Schilderung. Der Artikel des genannten, hiermit der Vergangenheit entrissenen Blattes wendet sich einer Schilderung der „armen Leute“ in den östlichen Vierteln Londons, den „hucksters“, die in den Straßen Londons Lebensmittel aller Art feilbieten, zu den Leuten, die mit mancherlei Hausgerät, alten Kleidern und sonstigen Artikeln für den Bedarf der Armen Handel treiben. Da sind zunächst die umherziehenden Geschirrhändler, entweder ehemalige Kleinhändler in diesem Artikel, oder brotlose Handlungsdiener, oder Leute aus Staffordshire und Juden.

Ein jeder von ihnen giebt sich nur mit gewissen Gegenständen ab. Den Mann aus Staffordshire, der in der Regel schon von Jugend auf dem Geschäft obliegt, erkennt man an der Last der Ware, die er in seiner Kiepe zum Verkauf austrägt, der Jude nimmt meist nur böhmische Ware, die leicht zu transportieren ist, ein prächtiges Aussehn hat und von den Kunden schwer geschätzt werden kann. Das Porzellan und die Glaswaren, die die Händler verkaufen, ist von zweiter Qualität; fast alles ist fehlerhaft und verträgt kein heißes Wasser.

Jeder Händler versieht sich außerdem, bevor er sich auf den Weg macht, mit zwei großen Säcken, um den Gegenstand, den er für seine Ware eintauscht — denn meist gilt sie ihm als Tauschmittel gegen Kleidungsstücke — hineinzustecken. In den Straßen erregen sie die Aufmerksamkeit durch ihr Geschrei: „Alte Kleider zu verkaufen!“

„An einem guten Tage“, so erzählt dem Verfasser sein Gewährsmann, „nehme ich oft nicht mehr als einen Schilling bares Geld ein; dafür habe ich aber ein Packet alter Kleider, zwei oder drei Hemden, mehre Röcke, eine alte Livree, vielleicht ein Frauenkleid, einige Westen und ein Bündel Stiefel erhandelt. Dieses alles trage ich auf der Schulter, den Rest meiner Töpferwaren auf dem Kopfe, einen oder zwei alte Regenschirme unter dem Arme und fünf bis sechs alte Hüte in der Hand. Alles zusammen wiegt vielleicht 70 bis 80 Pfund. Von den alten Kleidern kenne ich den genauern Wert nicht eher, als bis ich sie zur clothes exchange, zur Kleiderbörse, nach Houndsditch gebracht habe. Diese Börse findet im Winter zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags und im Sommer zwischen 5 und 6 Uhr abends statt. Um diese Zeit müssen sich die Händler einfinden, weil dann Käufer da sind und weil sie sonst keine Gelegenheit haben, ihren Kleidervorrat in bares Geld umzusetzen, das ihnen für den folgenden Tag zum Einkauf von Töpferwaren durchaus nötig ist. Diese Börse

bildet ein großes Viereck, ungefähr von 1 Acre Flächenraum und ist mit einer 8 Fuß hohen Mauer umgeben, von der nach der innern Seite ein schmales Schirmdach herabläuft, das grade breit genug ist, eine Person vor dem Regen zu schützen. Auf diesem Terrain befinden sich unter freiem Himmel vier Reihen Lehne an Lehne gestellter Bänke. Dies nun ist der Ort, wohin alle jüdischen Kleiderhändler, die Händler mit Hasenfellen, alten Schuhen, Regenschirmen und Hüten, Käufer und Verkäufer kommen, um ihre Geschäfte zu machen. Die Käufer gehören zu allen Nationen und tragen deren Kostüme; man sieht unter ihnen Griechen, Schweizer, Deutsche usw. Die einen sind gekommen, um den Ausschuß der Armeemagazine für Irland zu kaufen, die andern, um Hasenfelle, altes Pelzfutter, altes Eisen, Zinn, Kupfer und dergleichen mehr zu erhandeln. Jener Jude mit seinem schmierigen Ueberwurf und langem Barte ist mehre tausend Pfund Sterling reich, aber dessen ungeachtet will er, wenn es angeht, noch seinen Sexpence an allen den Fetzen, die vor ihm auf dem Boden liegen, verdienen. An der Thür der Börse steht der alte Barney (!) Aaron und fordert von einem Jeden, der diesen Ort besuchen will, einen halben Penny ($4^1/_2$ Pfennig) Eintrittsgeld. Der Geruch, der sich aus allen hier aufgeführten Lumpen entwickelt, ist ekelhaft und für eine feine Nase unerträglich. Nirgends findet man einen solchen Tumult, nirgends eine schmutzigere und lumpigere Versammlung als hier. Fast alle Händler, die hierher kommen, tragen in einem Sacke die Effekten, die sie verkaufen wollen, auf dem Rücken, und ein jeder sieht nach dem Preise der von ihnen taxierten Waren und bieten dem Händler unter großem Geschrei einen Abzug von fünfundsiebzig Prozent. Es ist die größte Wachsamkeit nötig, um nicht in der Verwirrung betrogen zu werden oder einen Teil der Waren ohne Bezahlung verschwinden zu sehn. Mitten in dem unbeschreiblichen Gewirre hört man die kreischende Stimme eines Juden, der von einer Erhöhung herab warmen Wein, das Glas zu einem halben Penny, ausruft. Hier hält ein Händler mit warmen Aalen, dort, etwas weiter hin, ein Zuckerwerkhändler, der von einem Trupp Judenkinder belagert wird. Zwischen den Reihen der Bänke gehn Frauen umher, die gekochte Hammelfüße feilhalten und zwei für einen halben Penny verkaufen. Einige Schritte hinter ihnen kommt ein Mann, sobald er die Schwelle betreten hat, von einem Schwarm geschäftiger Juden umgeben. Der eine betastet den Sack des Händlers, ein andrer bittet, ihm die Ware vor allen andern zu zeigen, ein dritter schreit: ‚Ihr kennt mich ja, wir haben schon öfters Geschäfte gemacht, Ihr wißt, daß ich kulant bin!‘ Dieser sucht Mützenflecke, jener alte Stiefel, ein andrer alte — Stricke. Und so groß ist die Geschäftigkeit der Juden, daß der Händler kaum seinen Sack auf dem Rücken zu behalten imstande ist. Endlich hat er sich den Weg bis zu einer Bank gebahnt, er wirft den Sack auf die Erde, und alles, was er aus demselben hervorsucht, unterliegt augenblicklich der Kritik der Juden, die ihm auf Schritt und Tritt gefolgt sind. Sie fragen mit einer blechernen Kantine am Arm, und er schreit, daß ihm die Lungen platzen möchten: „Warme Pasteten, oh! warme Pasteten, oh!“ In einer Ecke wird Bier und Kaffee verkauft, und unter dem Wetterdache sitzen zerlumpte Juden und spielen Würfel oder schließen mit großem Geschrei ihre Geschäfte ab. — Der Durchschnittsverdienst der Händler, die Porzellan, Töpferwaren, Glassachen, Nippsachen und so weiter verkaufen oder gegen abgelegte Kleidungsstücke verhandeln, schwankt zwischen acht bis zehn Schillingen (acht bis zehn Mark) wöchentlich. Es gibt Tage, wo sie bis drei Schilling verdienen, andre, wo sie nicht einmal sechs Pence haben. Die beste Zeit für den Handel dieser Art ist natürlich zu Anfang des Sommers und des Winters. Die Kleiderhändler (denen der ganze ‚Profit‘ zufällt) sind fast alle Juden, die wenigen Christen (soll heißen Nichtjuden), die man unter ihnen hat, sind kaum zu rechnen. Ein Jude versicherte, daß die Christen in kommerzieller Beziehung weniger begabt wären, als die Leute seines Glaubens (ist der „Glaube“ daran schuld?), und daß die Kunden nicht gern Geschäfte mit ihnen machten. Der Israelit, dem diese Belobigung seiner ‚Glaubens‘-Genossen zugeschrieben ist, versteht ungefähr ein Dutzend Sprachen, er schreibt sie und spricht sie. Er hat den Kleiderhandel schon seit fünfzig Jahren betrieben und glaubt, daß die Zahl seiner „Kollegen“ sich auf 800 bis 1000 belaufe. Von 20 Kleiderhändlern sind gewiß 19 zu diesem Handel erzogen worden.

Die Judenkinder seien im allgemeinen gut geartet, fährt der Verfasser fort, sie sind ihren Eltern sehr zugethan und bringen gewissenhaft nach Hause, was sie verdienen. Bevor sie sich darauf „legen“, Kleider zu kaufen und zu verkaufen, fangen sie alle erst damit an, Apfelsinen oder Zitronen in den Straßen feilzubieten. Bei diesem Geschäfte erwerben sie sich nach und nach eine „Kundschaft“. Wenn eine Köchin ihnen Zitronen abkauft, so versäumen sie es nicht, zu fragen, ob sie alte Schuhe oder alte Kleider zu verschachern habe. Ist es der Fall, so geht der kleine Jude sogleich mit ihr, um sich den Fund nicht von einem andern wegschnappen zu lassen. Es kommt zuweilen vor, daß der Junge nicht genug Geld bei sich hat, um die erhandelten Gegenstände zu bezahlen; in diesem Falle läßt er seine ganze kleine Münze als Draufgeld zurück und läuft zu irgendeinem ihm bekannten oder unbekannten Kleiderhändler, der ihm eine nötige Summe vorschießt. Dieser Vorschuß wird jedoch immer nur unter der Bedingung gegeben, daß der Darleiher die Hälfte bei dem „Geschäft“ verdiene. Beide, der Knabe und der Kleiderhändler, begeben sich sodann in das Haus, wo das Geschäft abgemacht werden soll, und letzterer handelt von der „stipulierten“ Summe noch herunter, wenn er glaubt, daß sein junger „Kollege“ zu teuer gekauft habe.

In dieser „Schule“ nun lernen die kleinen Juden die Ware und auch die Geschäfte kennen, und so aufmerksam und gelehrig sind sie, daß sie schon in einigen Monaten genug wissen, um auf ihre „eigne Rechnung“ den Handel anfangen zu können.

„Denn“, so schließt der Artikel, „es gibt Jungen von 14 Jahren, die ebenso viel davon verstehn, als Leute von 50 Jahren!“

So sah es vor einem halben Jahrhundert in London aus, aber so ist es auch mit ganz geringen Abweichungen noch bis auf den heutigen Tag geblieben. Schreiber dieser Zeilen hat einen Blick hinein gethan in das Getriebe der Londoner „Judenbörse“; genau so wie damals wird dort der fleißige arbeitsame kleine Händler, der sich sein Brot sauer genug erwirbt, von den aus den Steppen des Zarenreiches als Unkraut ausgejäteten Kindern des „auserwählten Volkes“ ausgesogen. Deutschland, England — man sollte es bei unsern „klugen“ Vettern jenseits des Kanals nicht für möglich halten — nehmen sie mit offnen Armen auf, und die Kleiderbörse in London ist die Pflanzschule für die Potentaten der Welt, für die künftigen Beherrscher der Börse, die mit ihrem Gelde das Weltall beherrscht. So ging es — und geht es noch heute.

Dafür ein weiteres Beispiel. Im April 1893 hieß es in einem Aufsatze der Londoner „Sunday Chronicle“: „Der Sonntag in Ost-London, wenigstens in Whitechapel und Petticoat Lane, findet schockweise offne Kaufläden (bedeutend schlimmer als vor zehn Jahren), tausende von jüdischen Gesichtern, die mit eigentümlichem Sprachjargon das Ganze als ein fremdes Land erscheinen lassen, in das man sich durch einen sonderbaren Zufall verirrt hat. Thatsache ist, daß rings um Whitechapel eine Stadt wächst, nicht von englischen Männern und Frauen, sondern von Juden. An den Ladenfronten breiten sich die halb deutschen, halb jüdischen Namen in schleichendem Wachstum aus, das nur jenen gewaltig in die Augen fällt, die hie und da in das jüdische Viertel kommen. Ein Volk, fremd von Geburt, an Rasse, Religion, sozialen Sitten und politischen Instinkten, steht im Begriffe, unser eignes Volk auszutreiben und dessen Heimstätten, Handel und Bürgertum in Besitz zu nehmen. Nach und nach haben die Söhne Abrahams die Philister ausgetrieben, nach und nach treiben sie jetzt englisches Volk aus einem einst blühenden

englischen Kirchspiel. Sonntag in Whitechapel ist für viele Leute ohne Ruhe, ohne Gottesdienst, ohne ehrliche Arbeit. Kaufläden schockweise offen, Schnapsbuden in vollem Betriebe und die ganze Oertlichkeit so unenglisch als nur möglich."

Wir haben in den letzten Monaten fortlaufend die Ergebnisse der Untersuchungen der amtlichen Kommission mitgeteilt, die in London zur Prüfung der Einwandrungs-Verhältnisse eingesetzt ist. Die „Deutsche Zeitung" vom 10. d. M. berichtet u. a. darüber:

In einer der letzten Sitzungen der Kommission in dem dichtbevölkerten Eastenddistrikt Stepney wurden mehre Zeugen vernommen, deren Aussagen zum Beweise dafür dienen sollen, wie sehr die einheimische Bevölkerung von den Ausländern an die Wand gedrückt wird. Die meisten der Verhörten verhehlten ihre Bitterkeit nicht im geringsten und gestanden offen ein, daß sie nicht gewillt seien, den gegenwärtigen Zustand noch lange zu erdulden. Die „British Brothers League" war durch einen weißbärtigen Veteranen der Arbeit vertreten, der mit erhobner Stimme sagte: „Es ist ein gewisses Gefühl in unsrer Brust, das sich stärker und stärker gegen diesen ‚Eroberungszug' erhebt. Ich sage das nicht als eine Drohung, aber niemand kann von uns erwarten, daß wir uns widerstandslos zur Schlachtbank schleppen lassen. In ihrem geschäftlichen Verkehr bilden diese Fremden eine Nation in der Nation. Sie werden niemals von einem Engländer kaufen, wenn sie nicht absolut dazu gezwunden sind."

Ein andrer Zeuge äußerte sich rückhaltsloser; er schloß mit den Worten: „Mit Stepney wird es immer schlimmer; man müßte es eigentlich ‚Neu-Jerusalem' nennen." Aus den statistischen Berichten, die der Kommission vorgelegt wurden, war zu sehn, daß, während in allen übrigen Bezirken von London die Bevölkerung abgenommen hat, die Einwohnerschaft von Stepney sich in den letzten zehn Jahren um mehr als zehntausend Seelen vermehrte. Und das dürften im wesentlichen russische Juden sein; denn andre Leute, als jüdische Trödler und Handelsleute, lassen sich kaum noch in jenen übervölkerten Stadtteilen nieder. Im Whitechapel-Quartier sind ganze Straßen, wie Houndsditch und Minories, von jüdischen Händlern in Besitz genommen. Allein der amtlich festzustellende Zuzug von russischen Juden nach London während der letzten zehn Jahre beträgt 26 083 Seelen. Man kann sich also wohl einen Begriff davon machen, wie groß in Wirklichkeit die Zahl der während der letzten zwei Jahrzehnte nach England eingewanderten Juden ist.

Schon beginnt sich auch das Judentum in England zu regen, um die ihm drohende Gefahr abzuwenden. In der vorhin erwähnten Kommissionssitzung in Stepney gelangte eine von einem englischen Juden herrührender Brief zur Vorlesung, der folgende Stelle enthielt: „Ohne den Geist und die Intelligenz unsrer Rasse wäre die englische Nation zu nichts gekommen. Unsre Kraft ist bis jetzt noch nicht gegen Euch angewandt worden. Gott helfe Euch, wenn dies jemals geschieht!"

Diese Worte sind nach Form und Inhalt ein echt jüdisches Produkt. Lord Rothschild freilich, der in die Kommission zur Wahrnehmung der Interessen seiner Glaubens- und Stammesgenossen berufen worden ist, behauptet, der Brief müsse von einem Feinde seiner Rasse herrühren. Früher hätte er in London wohl auch gläubige Ohren gefunden Aber heute denkt man bereits anders in England; die durch die Thätigkeit der Untersuchungs-Kommission zu Tage geförderten Enthüllungen reden eine zu deutliche Sprache, um selbst ein harmloses Gemüt noch darüber im Zweifel lassen zu können, was dem englischen Volke bevorsteht, wenn es sich nicht bei Zeiten der modernen „Eroberer" erwehrt.

Und dessen können wir uns überzeugt halten: Haben die Engländer erst einmal das Judentum als eine ihr Volkstum bedrohende Gefahr erkannt, so wird diese so rasch und radikal beseitigt werden, wie fast nirgends auf der Welt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der österreichische Ministerpräsident von Koerber hat einstweilen auch das Justizministerium übernommen und seine Amtsthätigkeit durch zwei Erlasse eingeleitet. Der erste ist an die Oberlandesgerichts-Präsidenten gerichtet; es heißt darin u. a.:

„Es soll einerlei Recht sein für jedermann und das Recht soll vor niemandem gebeugt werden — dieser alte, auch in den Staatsgrundgesetzen proklamierte Fundamentalsatz unsers Staates soll unser gemeinschaftlicher Leitstern sein. Wie umfassend die öffentliche Kritik sein mag, an den Spruch der Gerichte kann sie nicht heran, wenn er allezeit ein Sieg des Rechtes ist. . .

Die aus der Strafrechtspflege sich ergebenden Beziehungen sollen sich niemals zu empfindlichen Reibungsflächen gestalten, und es entspricht insbesondre auch den Interessen der menschlichen Gesellschaft, daß der Beschuldigte insolange nicht als ein Strafwürdiger betrachtet wird, als nicht das verurteilende Verdikt gesprochen. Er soll daher ohne Voreingenommenheit behandelt, nicht verwirrt oder entmutigt werden. Aber auch nach gefälltem Erkenntnisse ist zu trachten, daß der positive Zweck der Strafe die Besserung ist, die selbst bei den Verworfensten nicht unversucht bleiben soll."

Von dem zweiten Erlaß, der an die Oberstaatsanwälte erging, sagt der Minister-Präsident:

„Insbesondre die Erhebung der Anklage ist mit größter Sorgfalt zu prüfen; sie hat nur dann platzzugreifen, wenn der Verdacht sowohl in objektiver als auch subjektiver Beziehung begründet ist, denn in der Häufung unsicherer Anklagen vermag ich keinen Vorteil für die Rechtspflege zu erblicken.

Das freie Wort, wenn es nur aus patriotischem Herzen kommt, scheint mir keine Gefahr; im Gegenteile erachte ich eine freie Presse als die richtige Ableitung der durch mannigfache Verhältnisse hochgesteigerten Leidenschaften. Was der Kritik erliegt, hat kaum Lebensfähigkeit besessen. Einer die rohen Instinkte nährenden Jurnalistik ist allerdings das Gesetz in seiner ganzen Schärfe entgegenzuhalten."

Hoffentlich richten sich die Vertreter der Justiz auch nach diesen Worten!

England. Der bekannte englische Schriftsteller Mr. Stead legt in der „Review of Reviews" ein energisches Wort für die Burenführer ein, indem er behauptet, daß England, wenn auch nicht dem Wortlaute, so doch dem Geiste nach den Friedensvertrag und die Haager Konvention gebrochen habe. Die Buren seien mit dem Geschenk von drei Millionen Pfund Sterling „geholus-pokust" worden und auch bezüglich der Amnestiefrage habe man sie getäuscht. Sie hätte ihre Waffen in dem Glauben niedergelegt, daß anläßlich der Krönung eine allgemeine Amnestie erfolgen werde, die aber dann unterblieben sei Auch das Verhalten Kitcheners unterzieht Stead einer scharfen Kritik und meint, der Lord Kitchener in Downing Street sei sehr verschieden von dem Kitchener auf dem Schlachtfeld, denn bei der Besprechung der Burenführer mit Chamberlain habe er sich hinter allerlei leeren Ausreden zu verstecken versucht. Auch wegen der versprochnen Darlehn würden jetzt allerlei Schwierigkeiten gemacht, und die Buren hätten überhaupt allen Grund, sich über „punische Treue" auf seiten der brittischen Regierung zu beklagen. Unter solchen Verhältnissen sei es kein Wunder, wenn die Buren wiederum den Edelmut ihrer Freunde auf dem Festlande anrufen müßten.

Mosaik.

Demokratie und Reichsfeinde. Im Volkskalender (für 1903) der süddeutschen Volkspartei heißt es u. a.: „Das Ausland hat kein rechtes Vertrauen mehr zu uns. — Wir haben uns die Amerikaner entfremdet, die Dänen und die Polen samt den Tschechen um uns her verfeindet."

Giebt es etwas widerlicheres als dieses demokratische Bauchrutschen vor dem Auslande?

Gezankt hat sich Papierfabrikant Cohn mit der Firma, von der er bisher die nötigen Lumpen bezog. Den Brief, in dem er infolgedessen erklärt, die Geschäftsverbindung abbrechen zu wollen, versieht er mit nachstehender Aufschrift:

> Herren
> Meyer u. Levisohn,
> Lumpen en gros
> Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 23. Oktober 1902. Nr. 740.

Ein mutiger Mann in der Hamburger Bürgerschaft.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" nachstehende Zeilen:

Es ist erfreulich zu beobachten, daß es auch in den großen Städten Männer giebt, die sich trotz der wüsten systematischen Agitation für die Aufhebung der Grenzsperre den klaren Blick für den wahren Sachverhalt und die innern Ursachen der Fleischteuerung bewahrt hat. In der vorigen Nummer unsrer „Korrespondenz" brachten wir die Zuschriften zweier Großindustriellen aus Aachen und Erfurt zum Abdruck. Heute wollen wir auszugsweise die trefflichen Ausführungen des Abgeordneten Raab in der Fleischnot-Debatte der Hamburger Bürgerschaft wiedergeben.

Herr Raab, selbst ein Mann des werkthätigen Mittelstandes, hat auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal bewiesen, daß er ein gesundes Urteil in wirtschaftlichen Fragen besitzt, und daß er seine Meinung mit voller Sachkenntnis und allem Nachdruck zum Ausdruck zu bringen versteht. — Zunächst warnte er den Freisinn davor, durch die Uebertreibungen vor der angeblichen Fleischnot, der Sozialdemokratie in die Hände zu arbeiten, die in letzter Reihe allein einen Vorteil von der ganzen Agitation und wüsten Hetze haben würde. Sodann wies er darauf hin, daß die thatsächlich vorhandne Preissteigerung von etwa $1\frac{1}{2}$ Pfennigen beim Rindfleisch und $4\frac{1}{2}$ Pfennigen beim Schweinefleisch, gar nicht den Lärm rechtfertige, der darum in der freisinnig-demokratischen Presse fortwährend geschlagen würde. In Hamburg selbst wäre sogar von einer Preissteigerung so gut wie gar nichts zu merken gewesen. Wenn aber eine Fleischteuerung wirklich eingetreten sei, dann sollte man, da die Steigerung im Durchschnitt nicht groß sei, doch an andre Dinge denken, die auch in der Richtung der Preissteigerung wirken müssen. Man solle nicht vergessen, „daß von Jahr zu Jahr die Ansprüche des Publikums in Bezug auf die Fleischnahrung steigen, daß man immer bessere Waren verlange daß man immer bessere Ausstattung der Verkaufsstellen fordere, daß man eine immer größere Auswahl im Schlachtergeschäft voraussetze, woraus natürlich mancherlei Kosten und Schäden für die Schlachter entständen, da sie je nach den Witterungsverhältnissen mit der einen oder andern Fleischsorte sitzen blieben und daß endlich bei dem in hohem Maße ausgebildeten gesundheitlichen Schutz natürlich all das Vieh, das konfisziert werde, seine Bezahlung finden müßte in dem, was schließlich dem Genuß zugeführt werde." Von einem Viehmangel könne keine Rede sein, da einer Bevölkerungszunahme in den Jahren 1883 bis 1900 von 22 v. H. eine Zunahme des Rindviehbestandes um 21 v. H. und des Schweinebestandes um . v. H. gegenüberstände. Die von freisinnig-demokratischer Seite geforderte Aufhebung der Grenzsperre würde gar keinen Einfluß auf die Fleischpreise haben; das ginge daraus hervor, daß trotz der Verminderung des Schweine-Einfuhrkontingents von 861 000 im Jahre 1892 auf nur 77 000 im Jahre 1901 der Schweinepreis um etwa 20 Mark gesunken war.

Zum Beweise dafür, daß durchaus nicht das ganze Fleischergewerbe auf dem einseitigen und verkehrten Standpunkt der „Allg. Deutschen Fleischer-Ztg." stände, erwähnte Redner folgende Stellen aus der „Internationalen Fleischer-Zeitung": „Es darf nicht glattweg behauptet werden, die hohen Viehpreise rührten von der Grenzsperre her. Die Grenzsperren bestehn im heutigen Umfange schon eine Reihe von Jahren und in dieser haben hohe und niedrige Preise einander abgewechselt. Die Grenzsperren selbst wirken jetzt nicht mehr auf den Viehmarkt, sondern lediglich die Schwankungen der heimischen Viehzucht und Mast, sowie des Konsums. Wollen wir bessere Verhältnisse, so dürfen wir nicht nach dem Auslande rufen, das, wie gezeigt, uns auf die Dauer doch nicht helfen kann. Mit unserm (der Fleischer) oft erhobnen Ruf nach Auslandszufuhren helfen wir nur dem Zwischenhandel die Taschen füllen: wir und die Konsumenten gewinnen nichts, während die einheimische Produktion geschädigt wird."

Geschädigt aber würde der Produzent, und zwar grade der kleine Bauer und Viehzüchter, durch das fortwährende Einschleppen von Viehseuchen bei nicht genügenden Sperrmaßregeln. Man dürfe sich aber auch als Vertreter einer großen Stadt nicht auf den Standpunkt stellen: „Was schadet uns das, wenn wir nur billiges Fleisch haben", sondern man müßte das ganze deutsche Vaterland in Betracht ziehn und alle deutschen Mitbürger, also auch die deutschen Viehzüchter in ihrer Arbeit schützen. Die Thatsache, daß trotz der hohen Preise die Märkte meistens nicht geräumt würden, deute darauf hin, daß die Händler zu spekulativen Zwecken absichtlich die Preise hochhalten; ein wirklicher Mangel an Schlachtvieh aber sei nicht vorhanden.

Der Redner schloß seine vortrefflichen Ausführungen mit folgenden Worten: „Ich fühle mich in diesem Augenblick als Sohn Hamburgs, kenne auch die Interessen meiner Vaterstadt und weiß, daß unser vornehmstes Interesse auf dem Handel beruht. Aber gesunder Handel ist es und muß es sein! Ein Handel, der unserm Vaterlande und Hinterlande zum Nachteil gereicht, ist erstens unpatriotisch und zweitens unwirtschaftlich. Wenn ich dem rechtmäßigen Handel nützen kann, werde ich es nach wie vor thun. Aber unter dem Vorgeben, daß man dem Volke helfen wolle, ihm ganz nutzlose und aussichtslose Dinge vorzuspiegeln und gleichzeitig das Wohl eines großen Teiles unsers Volkes aufs Spiel zu setzen — solche Dinge machen wir nicht mit."

Konnte der Redner auch nicht die freisinnig und demokratisch infizierten Vertreter der Hamburger Bürgerschaft umstimmen, so werden seine Ausführungen doch nicht ganz ohne Eindruck auf sie geblieben sein.

Slawische Kultur. In die Olmützer Handels- und Gewerbe-Kammer gelangten bei den allgemeinen Neuwahlen, die auf Grund der neuen Wahlordnung vorgenommen wurden, neben 48 Deutschen auch 10 Tschechen. Bisher bestand diese Körperschaft ausschließlich aus Deutschen, und natürlich war auch die deutsche Sprache als ihre Geschäftssprache festgesetzt. Die kleine tschechische Minderheit, die also nicht einmal ein Fünftel der Gesamtheit beträgt, verlangte nun, daß schon bei der ersten Sitzung die tschechische Sprache der deutschen vollkommen gleichgestellt werde. Abgesehn von der Frage, ob die

Tschechen ihrer Zahl nach überhaupt berechtigt wären, eine derartige Zweisprachigkeit zu fordern, steht der Erfüllung dieser Forderung die gesetzlich geltende Geschäfts-Ordnung der Kammer entgegen. So lange diese Geschäfts-Ordnung nicht durch den Beschluß der Kammer, die doch nichts beschließen kann, bevor sie konstituiert ist, abgeändert worden ist, muß jeder Vorsitzende sich an ihre Bestimmungen halten und jedes Mitglied muß sich ihnen fügen. Das ist Recht. Den Tschechen ist aber von jeher das Recht schnuppe gewesen, und deshalb verübten sie durch Pfeifen und sonstigen Unfug ungeheuren Lärm bei der Präsidentenwahl. Und als sie dadurch die Abstimmung nicht aufzuhalten vermochten, warfen sie Salpeter, Chlorkalk und Schwefelsäure in den Saal! Als auch das nichts nützte, gingen die Wenzelsbrüder unter Führung eines tschechischen Reichsratsabgeordneten zu Handgreiflichkeiten über. Beinah eine Stunde hatten auf diese Weise die Deutschen zu kämpfen, ehe sie die Wahl des Präsidium beendigen und damit die Kammer konstituieren konnten.

Das ist slawische Kultur!

In eigener Sache.

In Nummer 723 haben wir am Schlusse eines Artikels über den angeblich geplanten Verkauf einer posenschen Besitzung des Großherzogs von Weimar an Polen und im Anschluß daran auch in Nummer 725 Angaben über den weimarischen Hofmarschall, Herrn Generalleutnant von Palézieux-Falconnet gemacht, die sich nicht aufrecht erhalten lassen.

Insbesondre trifft es nicht zu, daß Herr v. P. seine jetzige militärische Stellung erhalten hätte ohne Frontsoldat gewesen zu sein. Herr v. Palézieux ist vielmehr nach Ausweis der Ranglisten von 1868 und 1869 aktiver Sekonde-Leutnant in der 1. Fuß-Abteilung des Magdeburgischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 4 (Erfurt), kommandiert zur Artillerie- und Ingeniör-Schule, gewesen. Der Umstand, daß der Name v. Palézieux in den folgenden Jahren nicht in der preußischen Rangliste erscheint, vielmehr erst im Jahre 1878 ein Hauptmann v. Palézieux-Falconnet unter den Flügel-Adjudanten der regierenden Fürsten aufgeführt wird, hat uns irre geführt.

Wir veröffentlichen diese Mitteilungen mit dem Ausdrucke außerordentlichen Bedauerns und benutzen diesen Anlaß, um unsre verehrten Mitarbeiter zu bitten, uns für die Folge stets nur Nachricht zu übermitteln, wofür der Einsender den vollen Wahrheitsbeweis jederzeit zu liefern imstande ist.

Die Schriftleitung.

Partei-Nachrichten.

Deutschsoziale Parteitage. In der Parteileitungs-Sitzung am 12. Mai war die Abhaltung einer Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen beschlossen worden. In Nordhausen, Stadthagen, Kassel, Leipzig und Braunschweig haben solche bereits stattgefunden.

Die für den Monat August in Heidelberg (Verband Südmark) geplante ist wegen Verschiebung des Besuchs der Buren-Generale in Berlin auf einen Oktober-Sonntag verlegt worden. Die Abgg. v. Liebermann und Raab nehmen an den Verhandlungen teil. Daran anschließend finden mehre Werbevorträge in der „Südmark" statt, die die genannten Abgeordneten übernehmen werden. Anträge zum Verbandstag sind bei Herrn R. H. Müßig, Mannheim, U 3,13 einzureichen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Freitag Abend ½9 Uhr. —

Die diesjährige außerordentliche Jahreshauptversammlung findet morgen, Freitag, den 24. Oktober, abends ½9 Uhr, im Vereinshause „Eldorado" statt. Sämtliche Mitglieder sind bereits durch direkte Karte hierzu eingeladen worden; doch sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert. Bei der Wichtigkeit dieser Versammlung ist ein recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend geboten.

Verband „Westmark". Die Ortsgruppe Gelsenkirchen [...] Sonnabend, den 25. d. M., abends 8½ Uhr im [...]rant „Bismarckhalle" (W. Althoff), Hochstraße, ihre [...]sversammlung ab mit nachstehender Tagesordnung:
[...]Besprechung über eine regelrechte Verbreitung von [...]sflugblättern.
[...] Festsetzung eines bestimmten Tages im Monat für die [...]
Zusammen[...]s stellvertretenden Obmannes.
3. Wahl [...] Verbands-Sekretärs Herrn Amthor über
4. Vortrag [...] der Zeit."
„Die Juden die Köni[...] Uebergabe des von einigen Mit-
Gleichzeitig findet [...] und der vom 25 d. M. ab
gliedern gestifteten Bücher[...]dem Mitgliede unentgeltlich zur
eröffneten Bücherei statt, [...] des Inhaltes der Bücherei
Verfügung steht. Ein Verz[...]nächsten Nachrichtenblatt zu.
geht jedem Mitgliede mit de[...] deutscher Tischlerarbeit.
Der Bücherschrank, ein Meist[...] Tischler in Gelsenkirchen".
entstammt dem „Magazin vereins[...] hat jüngst den Wahlkreis

Verband Nordmark. Abg. [...] einer ganzen Anzahl von
Flensburg-Apenrade bereist und [...] parlamentarische Thätigkeit
Orten den Wählern Bericht über sei[...]
erstattet. —

In einer Mitglieder-Versamm[...] für den Wahlkreis
Elmshorn-Pinneberg, die am 16. d. [...] unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Scholz in Altona-O[...]sen stattfand, wurde
nach eingehender Aussprache beschlossen, [...] die nächsten Wahlen
wieder einen deutschsozialen Kandidaten aufzustellen.

Versammlungen der Deutsch-Sozial[...] Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Mo[...] 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee [...]73.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten [...]ienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutter[...];
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat in [...] „Alten Ratskeller".
in Frankfurt (Main) jeden ersten Don[...]stag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend [...] Uhr im Josephskeller;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achter[...]mann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr [...] Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Mi[...]ttag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß ([...]auerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch i[...] Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittw[...]ch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Mar[...]platz);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen [...]of, 2. 13. 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 [...]hr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustin[...]r";
in Nordhausen am 24. bei Krug (Aktienbra[...]ei);
am 30. bei Petri;
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat i[...]n „Sächs. Hof".

Israel im Konflikt mit den Landesgese[...]tzen.

Unlauterer Wettbewerb. In Magdeburg be[...]steht eine Firma „Kaufhaus Sudenburg", deren Inhaberin Frau A[...] Natalie Jacoby geb. Hermann ist, während der Ehemann, Siegfrie[d] Jacoby, nur als „Geschäftsführer" amtiert, wohl, weil er bereits e[ine] Pleite hinter sich hat. Die beiden Herrschaften erließen in der Zeit vom [...] Dezember 1901 bis April d. J. öffentliche Bekanntmachungen in den Zeitungen und Plakate, worin sie einen „Total-Ausverkauf" der Waren zu spottbilligen Preisen „wegen Aufgabe des Geschäfts und Wegzugs [...] nach Westfalen"

ankündigten. Trotzdem haben sie große Mengen neuer Waren im Gesamtpreise von mindestens zehntausend Mark angekauft und in den angeblichen Ausverkauf geschoben. Die Eheleute kamen darum vor Gericht, weil die Staatsanwaltschaft annahm, sie hätten über den Preis, Anlaß und Zweck des Ausverkaufs wissentlich unwahre und zur Irreleitung geeignete Angaben thatsächlicher Art gemacht. Die Angeklagten bestreiten dies und behaupten, sie hätten sämtliche Waren in der That zu bedeutend billigern Preisen, wie sonst üblich, verkauft, und nur Waren ergänzt, die nötig gewesen seien, um das Restlager zu verkaufen. Nach Westfalen, wo die Frau zwei Brüder habe, seien sie nicht verzogen, weil sich dort nichts Passendes für sie gefunden habe. Deshalb hätten sie den Laden am 1. April weiter auf ein halbes Jahr gemietet. Am 1. Oktober verzögen sie nach Aschersleben. Das Ergebnis der Verhandlung ließ keinen Zweifel an der Schuld der beiden Angeklagten aufkommen. Sie wurden zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt, die sie leicht verschmerzen können, denn der „Ausverkauf" wird ihnen schon allerlei Profit gebracht haben.

Unterschlagungen in der Höhe von 8000 Kronen verübte der Buchhalter Alfred Grünfeld zu Wien bei der Firma Mautner und Heller und in der Höhe von 32000 Kronen bei der Firma Schneck und Kohnberger. Das Gericht belegte ihn dafür mit anderthalb Jahr Zuchthaus.

Beamten-Bestechung. Der Handelsmann Moses Schramm aus Zempelburg wurde von der Strafkammer in Konitz (Westpreußen) wegen versuchter Beamtenbestechung in zwei Fällen mit zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis bestraft. Nach den Feststellungen des Gerichts hat Moses den Beamten des Güterabfertigungsdienstes Thee und Morcheln als Geschenke in Aussicht gestellt, wenn ihm Lagergeld erlassen würde.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Bundeskalender für das Jahr 1903. Herausgegeben vom Bund der Landwirte. Redigiert von Max Horn. Berlin. Preis 60 Pf.

Schon die äußere Gestalt hat sich gegen früher vorteilhaft verändert, da das bisherige Titelbild durch ein neues, den künstlerischen Anforderungen voll entsprechendes ersetzt worden ist. Es soll damit den Käufern des Kalenders gewissermaßen eine Jubiläumsgabe dargebracht werden, da ja der Bund am 18 Februar 1903 sein zehnjähriges Bestehen feiern kann. Der Kalender enthält zahlreiche und ausführliche landwirtschaftliche Tabellen, die auch für größere Wirtschaften völlig ausreichen dürften. Die Tabellen sind erneut auf ihre Brauchbarkeit geprüft und verschiedentlich Verbesserungen und Zusätze eingefügt worden. Von den Artikeln heben wir insbesondre den wirtschaftspolitischen Aufsatz hervor, sowie einen solchen über Spiritusverwertung, der gerade bei der jetzigen Lage der Spiritusindustrie von besondrer Bedeutung erscheint. Abgesehn von den kalenderischen Nachrichten, sowie einem vollständigen Märkteverzeichnis ist auch der Unterhaltung genügend Raum gegeben. Außer einer längern Erzählung enthält der Kalender eine größere Anzahl von Anekdoten, humoristischen Bildern usw. An Stelle des sonst üblichen Bildes ist in diesem Jahre ein Gedicht getreten, das auf das zehnjährige Bestehn des Bundes Bezug nimmt. Für Nichtmitglieder des Bundes beträgt der Preis dieses broschierten Kalenders 60 Pfennig, während der gebundne Teil (Tagebuch) für den Taschengebrauch bestimmt, einschl. des broschierten Kalenders 1,60 Mark kostet.

Weltall und Menschheit. Naturwunder und Menschenwerke. Geschichte der Erforschung der Natur und der Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker, herausgegeben von Hans Kraemer. 100 Lieferungen zu je 60 Pfg.

Mit wie primitiven Mitteln der Bergbau einst begonnen und mit was für einem gewaltigen Apparat er heute in Tiefen, die man früher für unzugänglich hielt, betrieben wird, davon geben die Ausführungen des Geologen Prof. Sapper im soeben erschienenen Heft 12 ein anschauliches Bild. Es ist hochinteressant, einen Blick in jene mittelalterlichen Bergwerke mit ihren plumpen Fördermaschinen zu werfen, wie dies die zahlreichen vortrefflichen Bilder ermöglichen. Wie ganz anders nimmt sich ein modernes Bergwerk mit seinen gemauerten Schächten, seinen elektrischen Leitungen, Bohrmaschinen, Ventilationsanlagen usw. dagegen aus. Einen Durchschnitt durch ein modernes Steinkohlenbergwerk giebt das Heft in einer großen Tafel, die auch die kleinsten Einzelheiten eines Bergwerksinnern darstellt. Ein Gegenstück dazu ist das Bild, das die bedauernswerten Arbeiter in den Schwefelgruben Siziliens zeigt. — Aus Heft 13 sei besonders die große farbige Wetterkarte erwähnt, die namentlich durch die genau beigedruckte Erklärung über das Ablesen von Wetterkarten, vielen, die sich bisher mit der täglichen Wetterkarte ihrer Zeitung nicht befreunden konnten, hoch willkommen sein wird. — Ins Wunderland der neuen Welt, in den Yellowstone-Park führt uns die 14. Lieferung. Eine farbenprächtige Kunstbeilage zeigt den Yellowstone-See, über den sich ein Regenbogen wölbt; das vorzüglich gelungne Bild giebt den landschaftlichen Charakter dieses, die seltsamsten Naturwunder einschließenden, riesenhaften Nationalparkes bestens wieder.

Briefkasten.

Berichtigung. In dem Leitgedichte in letzter Nummer **„Ruhm und Dank den Buren"** von Max Bewer ist in einem Teil der Auflage ein Druckfehler stehn geblieben. Es muß die vorletzte Zeile in der ersten Strophe heißen:

„Nie hieß je ein Volk so klein" statt „Wie usw."

Berichtigte Stücke der Nr. 739 stehn unsern Lesern gern kostenlos zur Verfügung.

Fresena, Benferstet. Freundlichen Dank! Oberst von Braun erinnert sich mit vieler Freude Ihrer Sendungen nach St. Helena und übermittelt Ihnen durch uns herzlichen Dank. Heil!

Hotel K. Augusta. Können Sie nicht noch genaueres ermitteln?

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyßestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 30. Oktober 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 741.

Wochen-Spruch.

Seit Moses sind die Juden als Wucherer- und Unterdrückervolk vereint; bei den Christen giebt es nichts ähnliches: unter ihnen bilden die Wucherer die Ausnahme und sind übel angeschrieben.

Napoleon im französischen Staatsrat am 7. Mai 1806.

Nachklänge zu den Burentagen in Berlin.

In die herzerhebenden Erinnerungen, die ganz Berlin „mit Ausschluß der amtlichen Kreise“ aber mit Einschluß der wackern Polizei von Berlin, von jenen Tagen hat, wo wieder einmal ein starkes gemeinsames Volksempfinden die Hauptstadt durchflutete, suchen auf der einen Seite die amtlich gespeisten, auf der andern Seite die jüdischen Zeitungen — soweit sie nicht mit in die erste Gruppe zu rechnen sind — Gift zu träufeln. Es widerstrebt uns, hier auf die Thorheit der „Kölnischen Zeitung“, der Wetterfahne vom Rhein einzugehn, die von der jubelnden Volksmenge als vom Pöbelhaufen spricht. Die gesamte Redaktion jenes Blattes hat sich sicherlich noch niemals in einer innerlich so anständigen Gesellschaft befunden, wie es die dichtgescharten Burenfreunde waren, die Berlins Straßen besetzt hielten. — Goldne Händedrucke hatten mit diesem Volksjubel nichts zu thun.

Besondres Vergnügen hat es uns bereitet, zu beobachten, wie erregt Israel und sein Troß darüber war, daß der Hofprediger Stöcker auf dem Festmahle des Burenhilfsbundes das Tischgebet sprach, und daß der Abg. v. Liebermann dem Empfangs-Ausschuße angehörte, und den General Dewet im Wagen begleitete.

Der „Vorwärts“ des Herrn Singer meint, wenn der Burengeneral gewußt hätte, mit wem er führe, würde er damit kaum einverstanden gewesen sein.

Herr Singer mag sich beruhigen. Der General wußte Bescheid. Er wußte, daß Herr v. Liebermann in zahlreichen Versammlung für die Buren gesprochen, und daß aus diesen Versammlungen recht stattliche Summen der Burensache zugeflossen waren. Er wußte auch, daß Herr v. Liebermann einer der wenigen Abgeordneten im Deutschen Reichstage gewesen ist, die mit wünschenswerter Deutlichkeit Englands Verhalten gegen die Buren gekennzeichnet haben. Und wenn der „Vorwärts“ Wert darauf legt, so kann er noch heute von den zahlreichen in Berlin weilenden Burenkämpfern erfahren, wie herzerfreuend v. Liebermanns Wort über Chamberlain in Südafrika gewirkt hat. — Ob General Dewet etwas über die Existenz von Singer, Mosse und Konsorten gewußt hat, vermögen wir nicht anzugeben. Sicher ist es, daß ein Verlangen nach Repräsentanten der Berliner Judenschaft bei keinem unsrer Gäste hervorgetreten ist. Sie kennen diese Sorte, die auf der ganzen Welt die gleiche ist, zur Genüge aus ihrer südafrikanischen Heimat.

Andrerseits wußten Dewet und die übrigen Generale ganz genau, daß keiner ihrer bewährten Freunde in Berlin ihnen Schwierigkeiten bereiten und etwa in ihrer Gegenwart den Herzensempfindungen des Deutschen Volkes gegen England zu deutlich Ausdruck geben würde. —

Auch der „Ulk“ versucht, sich mit einem faden Witzchen an den Herren Fürst Bismarck, Stöcker und v. Liebermann zu reiben, indem er diesen unterstellt, sie hätten nur wieder einmal von sich reden machen wollen. — Im „Kleinen Journal“ schwingt sich der jüdische „Roland von Berlin“ sogar zu Reimereien auf Liebermann und Stöcker auf, die die „Glaubensfreiheit“ bedrohn und darum nicht in die Nähe der Freiheitskämpfer gehörten.

Uns fällt dabei ein sehr derbes Verschen ein, dessen erste Zeile lautet: „Was der Jude glaubt, ist uns einerlei“ usw. Auch Herr Harden in seiner „Zukunft“ kann es sich nicht versagen, ein Paar Witzchen über „Transvaal in Berlin“ zu machen. Er wird daher in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 28. Oktober verdientermaßen in folgender Weise abgefertigt:

Transvaal in Berlin.

Herr Harden kann es nicht unterlaßen, auch über den Besuch der Burengenerale in Berlin in seiner „Zukunft“ in jener Manier zu schreiben, die bei ihm leider zur Gewohnheit geworden ist. Wie sich ihm, dem frühern Schauspieler, alles Geschehene unter dem Gesichtspunkte der Bühne darstellt, so schildert er auch seine Eindrücke der so tief ergreifenden Tage in dem Ton und der Manier eines Kritikers vom Börsenkurier:

„Ort der Handlung: Philharmonie. Trauerflöre säumen die von der Decke herabwallenden Banner. Jeder Platz im weiten Raum ist besetzt, Mittelstandspublikum. Nur drei Uniformen. Die Plutokratie fehlt ganz. Sehr viel Frauen und doch kaum eine einzige Toilette. Die Mütter meist im dunklen Besuchskleid, die Töchter in hellen Blusen.“

Ist das nicht der geistreiche Jargon der Theaterhyänen? Da aber Herr Harden noch das Recht hat, immer andrer Meinung zu sein als die übrige Welt, so schwingt er sich auch zu der Lehre auf:

Freilich war es ein Fehler, eine Sünde gegen die Sache, der man mit Feuereifer zu dienen schien, daß man Männer, die Geld sammeln wollten, mit einer „reisigen Antisemitengarde“ umgab und Israels Mißtrauen weckte. —

Nun, sie mit einer reisigen Antisemitengarde zu umgeben, hätte vielleicht doch mancherlei gegen sich gehabt, worauf wir nicht eingehn wollen. Thatsache aber ist, daß die Antisemitengarde lediglich aus Herrn Liebermann von Sonnenberg bestand, der seit Begründung des Burenhilfsbundes und später im Empfangs-Ausschuß wacker mitgearbeitet hat. Er war einer unter 40 bis 50 Männern, die allen Parteien angehörten. Herr Stöcker war lediglich bei einem den Generalen gebotnen Festmahle Gast, er hat auf Wunsch der drei Burenführer ein Gebet gesprochen, und dieses Gebet war herrlich. Aber wo steckte denn damals Herr Harden, als die Hilfsorganisation geschaffen wurde? Wo steckte er in allen folgenden Wochen und Monaten? Warum hat er nicht mitgeschaffen und mitgearbeitet? Da hätte er ja einmal Positives leisten können, statt hinterher mit der Pritsche herumzulaufen, und die heiligsten Empfindungen wackrer Männer zu verletzen. Wenn er Vorschläge zu machen hatte, warum hat er sie nicht rechtzeitig gemacht? Und was heißt es, wenn er schreibt, man habe Israels Mißtrauen geweckt, indem man die Generale mit Antisemiten umgab?

Israel, Herr Harden, hat überhaupt so gut wie gar nichts gespendet, das beweisen die Listen. Und Liebermann und Stöcker sind erst in letzter Minute, übrigens in durchaus bescheidner Weise hervorgetreten. Nein, Israel gab nichts, weil es sich nicht lohnte, weil nicht wie damals bei den hungernden Indiern, allerlei Belohnungen am Horizont schwebten. Israel hätte gegeben und in Massen, wenn die Audienz beim Kaiser zustande kam. Aber so? Und noch eins: Herr Harden meint, die Generale hätten bei ihrem Zuge durch Europa „als Agitatoren auftreten, Englands Schande in grellen Farben malen und die Leidenschaft schüren müssen, bis sie in sengenden Flammen aufschlug, dann war vielleicht Geld zu haben".

Die Generale sind klüger gewesen, als Herr Harden — meint. Sie wußten, daß die „sengenden Flammen" zuerst sie selbst und ihr Volk verzehren würden, sie wußten auch, daß dann, wenn die Flammen aufschlugen, Herr Harden der letzte gewesen wäre, der sich hineingestürzt hätte. Sie wußten, wenn anders sie überhaupt etwas von Herrn Harden wissen, daß er hinterher sie verhöhnt und verspottet hätte, wie zappelnde Gestalten auf der Theaterbühne."

Mehrfachen Wünschen aus unserm Leserkreise nachkommend, lassen wir zum Schlusse hier noch den Wortlaut der Rede folgen, die der Abgeordnete v. Liebermann auf dem den Generalen am Tage ihrer Ankunft bereiteten Festmahle des Buren-Hilfsbundes gehalten hat:

Von der Zukunft der Buren ist heute hier in warmen, ergreifenden Worten gesprochen worden. Drei der hervorragendsten Vertreter der Gegenwart des Buren-Volkes weilen unter uns und auch ihnen erklangen soeben unsre begeisterten Hochrufe. Laßen Sie mich nun auf wenige Minuten Ihren Blick in die Vergangenheit lenken, denn die Vergangenheit verstehn und richtig würdigen, heißt die Zukunft vorbereiten. (Bravo).

Ich will aber dabei nicht Tagespolitik treiben und will auch nicht die Leistungen und Leiden, die Kämpfe und Siege des Burenvolkes in der Vergangenheit vor Ihnen aufrollen; Sie kennen ja alle die glorreiche Geschichte des südafrikanischen Heldenvolkes; ich will vielmehr einer Episode aus der preußischen Geschichte kurz gedenken, die wie es mir scheint vergleichbar ist mit den letzten Ereignissen in Transvaal.

Bald wird ein Jahrhundert darüber vergangen sein als der Staat Friedrichs des Großen auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstädt zusammenbrach. Fast schien es, als solle der preußische Name ausgelöscht werden aus der Reihe der selbständigen Völker.

Die Hälfte seiner Provinzen waren dem Preußenkönig genommen. Der ihm gebliebne Rest befand sich im Zustande eines eroberten Landes. Die Festungen und großen Städte hatten ständige Garnisonen des siegreichen Gegners. Das Volk brach schier zusammen unter der Last der Kriegskontributionen. Zum Bündnis gegen Rußland gezwungen, fochten die deutschen und preußischen Truppen als Vasallen im Heere des großen Eroberers.

Nur ein an Kopfzahl ganz geringes stehendes Heer durfte in Preußen bei den Fahnen gehalten werden. Ein dichtes Netz der Spionage überzog das Land und wo Patrioten ein Wort des Zornes über die Fremdherrschaft zu äußern wagten, wurden sie vor die Kriegsgerichte geschleppt und verurteilt.

Und doch erlosch in dieser bösen Zeit im preußischen Volke nicht der Glaube an Gott und Recht und die Hoffnung auf die Zukunft des Vaterlandes.

Im Tugendbunde fanden sich, trotz aller Spionage der napoleonischen Polizei-Agenten, die Vaterlandsfreunde aus den gebildeten Ständen zusammen und schürten die Liebe zum Volke und zur Freiheit.

Ein geistvoll ausersonnenes System, wonach die Rekruten nach wenigen Monaten der Ausbildung entlassen und neue eingezogen wurden, ermöglichte es, trotz der geringen Stärke des stehenden Heeres, eine große Zahl von Leuten in den Elementen des Waffengebrauches zu unterrichten, und diese Ausbildung schlief in der Heimat nicht ein. Jede Dorfschmiede wurde zur Waffenschmiede, jeder Dorfanger zum Exerzier- und Schießplatz, wo Knaben und Männer unter Leitung der alten, auf Halbsold beurlaubten Soldaten und Offiziere sich im Waffengebrauch übten. Niemand sprach vom Feinde, aber jeder kannte ihn. (Bravo.) Damals wurden die schönen Worte Landwehr und Landsturm erdacht. An der Berliner Universität hielt Fichte seine begeisterten Reden an die Deutsche Nation. Gottbegnadete Freiheitssänger standen auf, wie Arndt und Schenkendorf, vor allen Dingen aber Theodor Körner, dessen Sturm- und Schlachtenlieder, verzeihn Sie diesen Sprung in die Gegenwart, wie auf die gegenwärtige Lage unsrer Blutsbrüder in Südafrika gedichtet erscheinen.

Ich zitiere Ihnen zum Beweise dafür nicht Verse aus dem wunderschönen Gedicht: „Frisch auf mein Volk, die Flammenzeichen rauchen." Das könnte in „amtlichen Kreisen" als eine direkte Kennzeichnung der Kriegsgebräuche einer Nation angesehn werden, deren Namen ich heute nicht in den Mund nehmen möchte. (Lebhaftes Bravo und Heiterkeit). Ich will lieber die beiden Anfangsverse eines andern Liedes von Theodor Körner heranziehn:

„Was zieht Ihr die Stirne so finster und kraus,
Was starrt Ihr so wild in die Nacht hinaus,
Ihr freien, Ihr männlichen Seelen?
Jetzt heult der Sturm, jetzt braust das Meer,
Jetzt zittert das Erdreich um uns her,
Wir woll'n uns die Not nicht verhehlen.

Die Hölle braust auf in neuer Glut,
Umsonst ist geflossen viel edeles Blut,
Noch triumphieren die Bösen.
Doch nicht an der Rache des Himmels verzagt,
Es hat nicht vergebens blutig getagt,
Rot muß ja der Morgen sich lösen" usw.

Und wie Körner prophetisch gesungen hatte, so geschah es. Das Volk stand auf und der Sturm brach los und fegte unsre Grenzen rein. Ich spreche nicht von der Zukunft des Burenstammes, sondern von der Vergangenheit unsers eignen Volkes. Ich unterlasse es auch, im Einzelnen auf die Aehnlichkeit der Lage Preußens von 1806 mit derjenigen der Burenstaaten heute hinzuweisen. — Aber auch der Gang der Weltgeschichte folgt dem Gesetze, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen erzeugen und man kann nicht nur aus der Geschichte des eignen sondern auch aus der fremder Völker lernen. (Bravo! Sehr richtig).

Nur auf eine Parallele möchte ich noch hinweisen. Preußen ist nach schweren Kämpfen der Kern geworden, um den die übrigen deutschen Staaten sich zum Deutschen Reiche zusammenschlossen. — Aehnliche Hoffnungen hatten die Besten unsers Volkes auf die Buren-Republiken bezüglich der Zukunft von Südafrika gesetzt. Sollen diese Hoffnungen jetzt zu Grabe getragen sein? (Nein! Nein!) Ich sage auch nein und tröste mich mit dem Worte eines ehrlichen Mannes, der zwanzig Jahre unter den Buren gelebt hatte und von ihnen schrieb:

„Wer sich mit der Geschichte der Buren vertraut macht, muß einsehn, daß sie alle zur Schaffung einer großen Nation erforderlichen Eigenschaften in hervorragender Weise besitzen."

Dieses Urteil verliert dadurch sicher nicht an Wert, daß derjenige, der es abgab, ein Angehöriger jener Nation ist, die wir heute nicht bei Namen nennen wollen. (Heiterkeit).

In der Vergangenheit liegen die starken Nährwurzeln jeden Volkstumes. Nur ein Volk, das seiner Vergangenheit untreu wird, verliert seine Zukunft. — Darum haltet fest, ihr Blutsbrüder in Südafrika an den Volkseigenschaften, die Eure Väter und Ihr im Kampfe mit der Wildnis, den wilden Tieren, den wilden Völkern, den Zulus und — andern Kaffern (Stürmisches Bravo) für Euer Volkstum erworben habt. Bleibt

wie Ihr waret und seid: stark, tapfer, treu, gottesfürchtig und bescheiden. Darum will ich nun zum Schlusse den Mann feiern, der trotz aller Schicksalsschläge ungebrochen, recht eigentlich die Verkörperung all jener Eigenschaften des niederdeutschen Burenvolkes ist. Den Präsidenten Krüger, der als Knabe den großen Treck der dreißiger Jahre mitmachte und den Freiheitskampf bei Majuba Hill mitfocht, der heut das bittre Brot der Verbannung ißt, aber doch nicht an Gott und dem ewigen Rechte verzweifelt. Und neben ihm soll mein Heilruf seinem jüngern Freunde, dem Oberhaupt des Orangestaates, dem klugen, weitblickenden und entschlossenen Präsidenten Steijn gelten. In ihm haben sich in glücklichster Weise die guten Eigenschaften burischen Volkstums zu höchster Leistungsfähigkeit für die Gegenwart entwickelt. Wir sind stolz darauf, daß jene beiden Burenhelden deutsche Namen tragen. Den beiden edelen Präsidenten Krüger und Steijn zu Ehren erklinge laut unser germanischer Heilruf.

(Die Versammlung stimmt begeistert ein. Lang anhaltender Beifall.)

Das Schicksal des Zolltarifs

ist nach menschlichem Ermessen bereits dahin entschieden, daß er nicht zustande kommt. Am 21. Oktober kam es nach viertägiger Redeschlacht zur ersten entscheidenden Abstimmung. Vorher hatte der Reichskanzler, von dem man höchstens eine kurze Erklärung erwartete, noch eine lange Rede gehalten, worin er seine Liebe zur Landwirtschaft und Industrie versicherte, dem Glauben Ausdruck gab, daß die Regierung mit ihrer Vorlage das Richtige getroffen habe und sich in der Hoffnung wiegt, es werde noch zu einer Verständigung kommen. — Wie er sich diese Verständigung vorstellte, blieb allerdings für den Reichstag ein ungelöstes Rätsel, denn zwischen den Redewendungen von Liebe, Glaube und Hoffnung erklärte er klipp und klar, die Regierung würde über die Mindestzölle für Getreide in ihrer Vorlage unter keinen Umständen hinausgehn und sich auch auf Bindung der Viehzölle nicht einlassen.

Die nun folgenden Abstimmungen zeigten dem Grafen sofort, wie unbegründet sein Hoffen gewesen war. Es gab drei namentliche Abstimmungen, und zwar zunächst über den Antrag des Bundes der Landwirte (Mindestzoll von 7,50 Mark auf Roggen und Weizen), — ferner über den Kommissions-Antrag (Mindestzoll von 5,50 Mark auf Roggen), — und endlich über den Kommissions-Antrag (Mindestzoll von 6 Mark auf Weizen). Für den Antrag des Bundes fanden sich 44 Stimmen, die sich aus der Mehrzahl der anwesenden Konservativen, den wilden Bündlern und den Antisemiten mit Ausnahme der Abgg. Gäbel und Raab zusammensetzten. Der erstere enthielt sich der Abstimmung, der letztere stimmte im ausdrücklichen Einverständnis mit dem Bunde der Landwirte in seinem Wahlkreise mit Rücksicht auf die dortigen besondern Verhältnisse gegen den 7,50-Zoll. — Unser Abgeordnete Dr. Vogel, der sich in Berlin befand, war am Morgen des Abstimmungs-Tages leider erkrankt und konnte das Bett nicht verlassen. Er hat sich dann krank gemeldet und hat abreisen müssen. Abg. Ahlwardt ist schon seit Jahren im Reichstage nur ein- bis zweimal auf ein paar Stunden gesehn worden und fehlte natürlich auch hier. Abg. Dr. Böckel hielt im Lande Vorträge für die Zollforderungen des Bundes der Landwirte und fehlte deswegen.

Für den von der Kommission vorgeschlagnen Mindestzoll auf Roggen (5,50 Mark) stimmte die gesamte Rechte des Reichstages fast geschlossen. Abgesehn von den Fehlenden haben nur die keiner Partei angehörenden Abgeordneten Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Pauli (Potsdam) und Baron de Schmid dagegen gestimmt. Beinahe ebenso geschlossen stimmte die Linke gegen den Kommissionsvorschlag. Dafür haben nur die Nationalliberalen Dr. Deinhardt, Haas, Hische, von Kaufmann, Lichtenberger und Graf von Oriola gestimmt. Auch das Zentrum stimmte geschlossen, und zwar für den Antrag. Es enthielten sich der Abstimmung die Zentrums-Abgeordneten Cahensly, Fusangel, Müller (Fulda), Graf von Preysing und Dr. Schmitt (Mainz). Die Welfen stimmten, soweit sie anwesend waren, gegen den Kommissions-Antrag, ebenso die Elsässer.

Die Gruppierung der Parteien bei der dritten namentlichen Abstimmung über den Kommissions-Antrag bezüglich des Weizenzolls (6 Mk.) war ungefähr dieselbe wie beim Roggenzoll. Kleine Verschiebungen traten nur im Zentrum und bei den Elsässern ein. Das Zentrum stimmte wieder geschlossen für den Vorschlag der Kommission; diesmal enthielten sich der Abstimmung nur die Abgeordneten Cahensly, Fusangel und Dr. Schmitt (Mainz). Graf von Preysing stimmte dafür, während Abg. Müller (Fulda) bei dieser Abstimmung entschuldigt fehlte. Die Elsässer stimmten diesmal in ihrer Mehrheit für das Kompromiß, nur die Abgeordneten Wetterlé und Winterer enthielten sich der Abstimmung.

Am 23. Oktober fand die Abstimmung über den Gersten- und Haferzoll statt. Dabei war die Gruppierung der Parteien fast dieselbe wie am 21. Auch am 23. gab es drei namentliche Abstimmungen, und zwar zunächst über den Antrag Heim bezüglich des Gerstenzolls (6 Mk.), — dann über den Antrag der Kommission bezüglich des Gerstenzolls (5,50 Mk.) und endlich über den Antrag der Kommission bezüglich des Haferzolls (5,50 Mk.) Für den Antrag Heim stimmte die überwiegende Mehrheit der deutschkonservativen Partei, die Vertreter des Bundes der Landwirte, die Antisemiten, einige Nationalliberale und etwa 30 Mitglieder des Zentrums. Bei den Vorschlägen der Kommission stimmten die Parteien ungefähr so, wie sie bei dem Roggen- und Weizenzolle abgestimmt hatten.

Trotz der Versicherung, daß die Regierung nicht nachgeben werde, hat der Reichstag in seiner Mehrheit also sich auf die Kommissions-Vorlage festgelegt, und der Konflikt ist da.

Mag man nun auch annehmen, daß es zwischen der zweiten und dritten Lesung der Regierung gelingt, einen Teil der gegenwärtigen Mehrheit umzustimmen und dadurch statt des Kommissions-Antrages die Regierungsvorlage durchzubringen, was wir zwar bezweifeln, was aber nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, so ist damit für das Zustandekommen des Zolltarifs in dieser Session doch blutwenig gewonnen. Die 900 und einige siebzig Tarifpositionen können gar nicht ordnungsmäßig erledigt werden, wenn die Linke es nicht will und zu allen Positionen Redner sprechen läßt und Anträge stellt. Im Juni nächsten Jahres läuft das Mandat des gegenwärtigen Reichstages ab. Die ganze Arbeit, die bisher für den Zolltarif geleistet worden ist und noch geleistet werden wird, ist also pro nihilo.

Zur Rassenfrage.

In Amerika hat die Akademie für Politik und Gesellschaftswissenschaft in einer Reihe von Vorträgen die Entwicklungen und gegenseitigen Beziehungen der dort lebenden Rassen beleuchtet. Auch wir europäischen Völker, wir Deutsche, können aus diesen Vorträgen viel lernen, wenn wir sie vergleichsweise auf die verschiednen Rassen unsrer Länder anwenden, z. B. auf die jüdische Rasse im Verhältnis zur deutschen Rasse. Es sei daher mitgeteilt, was aus der von Professor Dr. Julius Wolf herausgegebnen „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" von dem Bericht des Privatdozent Dr. Vierkandt in Berlin die Zeitung „Post" mit folgenden Worten wiedergibt:

Besonders interessant waren die Vorträge über die Verhältnisse der Neger im Süden der Union. Charakteristisch ist es dabei, daß die Redner einen dem liberalen, der die Abschaffung der Sklaverei herbeiführte, ganz entgegengesetzten Standpunkt vertraten und keineswegs unbedingt in das Lob der Emanzipation des farbigen Elements einstimmten. Der erste Redner wies darauf hin, daß vor der Abschaffung der Sklaverei die Beziehungen zwischen Weißen und Negern durchaus freundliche waren, was nachher ganz ins Gegenteil umschlug.

Auch die wirtschaftliche Lage der Schwarzen hat sich seit der Emanzipation bedeutend verschlechtert. Zur Zeit der

Sklaverei wurden die Neger durchweg für ein Gewerbe ausgebildet und leisteten überall ihre Arbeit zur Zufriedenheit. Jetzt sind sie von Trägheit und Arbeitsscheu überwältigt und infolge übermäßigen Ueberschüttung mit dem Segen philantropischer Bestrebungen ist ihr Selbstbewußtsein derartig gesteigert, daß alle bessern Regungen untergingen. Das Verhältnis zwischen Weißen und Negern hat sich derart zugespitzt, daß künftige Generationen nach Ansicht des Vortragenden durch positiven Haß und Feindseligkeiten getrennt sein werden, wenn nicht eine Aenderung eintritt.

Das Rezept, das der Vortragende empfiehlt, ist eine wenigstens teilweise wieder zu erreichende Rückgängigmachung des Danaergeschenkes der Freiheit an eine Rasse, die nicht reif dafür war. Er schlägt vor, den Negern die politischen Rechte zu entziehn und sie dafür wirtschaftlich mehr zu erziehn. Beide Forderungen stehn dadurch im engsten Zusammenhange, daß gegenwärtig grade die besten Köpfe der Schwarzen nutzlos im politischen Leben ihre Kräfte verbrauchen.

Auch in der andern Rede wird die scharfe Trennung zwischen Weißen und Farbigen festgestellt und betont, durch den Umstand, daß die beiden Rassen sich nur durch die beiderseitigen schlechtesten Bestandteile berührten, könne das gegenseitige Verhältnis sich nur noch verschlechtern. Auch dieser Redner schildert die wirtschaftlichen Verhältnisse der Neger in den düstersten Farben und spricht sehr abfällig über ihre politische Befähigung. Er erklärt sich aber aus dem Grunde gegen die Entziehung des Stimmrechtes, weil dann die Neger den herrschenden Klassen einfach ganz ausgeliefert wären. Er spricht von der Zunahme der Verbrechen der Schwarzen, die eine Folge der Emanzipation sei, andrerseits aber auch teilweise auf falschem Scheine beruhe wegen der Ungerechtigkeit, mit der gegen die Schwarzen verfahren werde. Der Redner sieht in der vollständigen Absonderung beider Teile — die Schwarzen haben eigne Kirchen, wohnen in gesonderten Stadteilen, haben ihre eignen Bücher und Zeitungen, kurz, eine abgrundtiefe Kluft trennt sie in jeder Beziehung von den Weißen — einen Umstand von vernichtender Bedeutung für die Neger. Er giebt aber zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß diese Kluft von beiden Seiten allmählich überbrückt werde. Wie er sich diese Annäherung vorstellt, hat er nicht näher auseinandergesetzt. —

Soweit der Bericht über die Negerrasse in Nordamerika. Beim Lesen wird man auf den Vergleich mit der fremden Rasse unsrer jüdischen „Mitbürger" unwillkürlich fast gedrängt. Zwar ist bei diesen durch die Emanzipation die wirtschaftliche Lage nicht verschlechtert. Im Gegenteil ist der Schade bei den Völkern, unter denen sie leben. Ist aber nicht genau ebenso, wie bei den Negern, bei den Juden durch wohlmeinende Menschenfreundlichkeit, die sie erfahren haben, ihr Selbstbewußtsein gesteigert, sodaß ihre bessern Regungen meist oder ganz untergegangen sind?

Jedenfalls ist es höchst beachtenswert, daß die praktischen, dabei freiheitlich-republikanisch gesinnten Amerikaner die Bedeutung und den Unterschied der Rassen nüchtern beobachten.

Wann aber wird der deutsche Michel sich ermannen, in gleicher Weise nüchtern und unbefangen die Rassenfrage zu beurteilen, die ihn selbst sehr viel angeht? Wann wird er aus dem gebotnen Trieb der Selbsterhaltung aus dem Rassenproblem die praktische Schlußfolgerung ziehn?

—z—

Der Schutz der Deutschen im Auslande.

Ueber zweifellos vorhandne Mißstände in unserm Konsulatswesen haben wir schon wiederholt klagen müssen, ohne daß auch nur von maßgebender Stelle ein leiser Versuch — wenigstens war das bisher für den Außenstehenden nicht erkennbar — gemacht worden wäre, energische Abhilfe zu schaffen.

Ein neuer, ganz haarsträubender Fall wird uns jetzt aus Chile gemeldet. Die „Deutsche La Plata-Zeitung" vom 12. August schreibt nämlich:

„Ein recht trauriger Vorfall, der sich, wie seiner Zeit bereits berichtet, auf einer Estancia in der Nähe von Punta Arenas ereignet hat, läßt wieder einmal erkennen, wie schlecht es mit der Rechtspflege in Chile bestellt und welch geringen Schutz die chilenische Regierung den Fremden angedeihn läßt.

Im folgenden geben wir einen ausführlichen Bericht über das Unglück, das nur zu deutlich den Charakter eines gemeinen und hinterlistigen Mordes trägt, wieder.

Am 13. April d. J., abends 7 Uhr, wollte der auf der Estancia Ponsonby ansässige Farmer Friedrich Gathmann, aus Bremen gebürtig, mit drei von ihm geworbnen chilenischen Arbeitern (Mansilla, Montesino und Nuñez mit Namen) auf der andern Seite des Fitz-Roy-Kanals, durch den die Farm vom Festlande getrennt wird, Felle verkaufen. Das Uebersetzen sollte in zwei Booten bewerkstelligt werden und zwar in folgender Weise: im ersten Boote nahmen die drei Arbeiter Platz, im zweiten zu schleppenden Boote saß Herr Gathmann allein; die Felle waren auf beide Boote verteilt. Nach $1^1/_2$ Stunden gelangte das von den drei Arbeitern bemannte Boot wohlbehalten auf der andern Seite des Kanals an. — Auf die Frage eines Angestellten, wo Herr Gathmann geblieben sei, antworteten die drei Chilenen, daß G. ihnen mitten auf dem Kanal befohlen, sein Boot loszuwerfen, da er allein zur Farm zurückkehren wolle. (Dieses war eine ganz freche Lüge, denn da Gathmann nur ein schweres Steuerruder hatte, und außerdem die Strömung, gegen die er hätte anarbeiten müssen, genau kannte, würde G. niemals einen solchen Befehl gegeben haben.) — Es wurde nun, da man ein Unglück ahnte, nach dem Verbleib des fehlenden Bootes geforscht. Am andern Tage fand man das Boot angetrieben auf der eignen Farm des G. und im Boote liegend den Leichnam des Herrn Gathmann, der Wunden auf dem Kopfe und auf der Stirn aufwies; die Uhr, die man bei ihm fand, war vollständig zertrümmert. — Ein Unglück wird allgemein für ausgeschlossen erklärt.

Die Aerzte, unter ihnen ein österreichischer Arzt, stellten fest, daß die Wunden von Schlägen herrührten. Ein Arbeiter der Farm, der sich kurz nach dem Abfahren der Boote am Strande befand, hat von der Mitte des Kanals einen heftigen Wortwechsel mit darauf folgenden Hilferufen des Farmers Gathmann vernommen.

Trotz aller dieser belastenden Thatsachen und Aussagen hat das Gericht in Punta Arenas, wohin die drei Arbeiter zur Aburteilung gebracht worden, die drei Leute nach sechs- (oder acht-) tägiger Haft wieder entlassen, mit der Begründung, daß kein direkter Zeuge vorhanden sei und daß die Aussagen der drei Angeklagten gleich lauteten (letzteres ist nicht zu verwundern, da die drei Individuen bis zu ihrer Vernehmung Zeit genug hatten, sich zu verabreden, außerdem sollen die Angeklagten nicht einmal in Einzelhaft genommen sein, doch letzteres ist nicht verbürgt). Die Verhandlung soll in einer sehr laxen Weise geführt worden sein und soll der Richter das vorhandne Beweismaterial nicht genügend ausgenutzt und nicht versucht haben, durch geschickte Kreuz- und Querfragen die Angeklagten in Widerspruch zu verwickeln. Wo die im Boote des Herrn Gathmann verstauten Felle geblieben, davon ist kaum die Rede gewesen.

Im Interesse aller in Chile lebenden Deutschen ist es, daß solch eine ruchlose That Sühne findet. Nur durch ein energisches Eingreifen kann vermieden werden, daß die Fremden für vogelfrei erklärt werden und daß eine häufige Wiederholung solch gemeiner Mordthaten stattfindet. Wie wir erfahren, hat der ‚Deutsche Verein' in Punta Arenas nach Berlin ein Gesuch um Unterstützung gesandt; wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß das Deutsche Reich seinen im Auslande weilenden Söhnen den gerechten Schutz angedeihn lassen wird und da energisch eingreift, wo es von Seiten der zuständigen chilenischen Regierung nicht für nötig erachtet wird."

Soweit die „La Plata-Zeitung". Ergänzend wird uns dazu folgendes mitgeteilt:

Dieser Fall beweist eben wieder einmal, wie es mit dem daheim so oft gerühmten Schutze, den das „mächtige" Deutsche Reich seinen im Auslande lebenden Söhnen — ich erinnere hierbei auch an den Fall Diemer, Buenos Aires und Montevideo —

durch seine Vertreter, die Konsule, angeblich angedeihn läßt, in **Wirklichkeit** bestellt ist.

Wie Sie aus dem Berichte der betreffenden Zeitung ersehn, erwähnt derselbe auch das Eingreifen des „Deutschen Verein". Dieser Verein nun hatte seiner Zeit, als der Mord in Punta Arenas bekannt geworden war, einerseits um den deutschen Namen zu schützen bezw. zu rächen, andrerseits aber weil Herr Gathmann ein sehr beliebtes Mitglied war, sofort einen Thatbestand aufgenommen, diesen dem Konsul übermittelt und ihn gebeten, behufs energischer Verfolgung und exemplarischer Bestrafung der Thäter, deren Namen übrigens bekannt waren, das Schriftstück zu kommentieren und dem deutschen Gesandten in Santiago einzureichen. Es vergingen jedoch **vier** Wochen, ohne daß der Herr Konsul Stubenrauch es für nötig gehalten hätte, den Eingang des Schreibens zu bestätigen, geschweige denn es weiter zu reichen. Als nun der Verein Aufklärung über den Sachverhalt verlangte, antwortete der Herr Konsul, daß er es nicht für nötig gehalten hätte, das Schriftstück weiter zu geben oder zu ergänzen, bevor nicht die Gerichtsverhandlungen abgeschlossen seien. Auf diesen Bescheid hin hat sich dann der „Deutsche Verein" mit Uebergehung der Vorinstanzen direkt ans Auswärtige Amt in Berlin gewendet und wartet nun der Dinge, die da kommen werden. Bis jetzt, das heißt bis August, also vier Monate nach der That, erfreuen sich die Mörder noch ihrer schönsten Freiheit!

Zur Charakterisierung des Herrn Konsuls Stubenrauch in Punta Arenas will ich Ihnen nur noch mitteilen, daß er mit einer Chilenin verheiratet, Lloyds Agent und Agent der englischen Postdampferlinie nach Chile, nämlich der „Pacific Steam Navigation Company" ist und daß er, obwohl er sogar Ehrenpräsident des „Deutschen Verein" ist, mehr im „Albion Club" als im „Deutschen Verein" zu finden ist.

„Vom Fuße des Hohenzoller"

schreibt man uns:

Den Artikel „Jüdischer Viehwucher in Hohenzollern" Nr. 735 Ihrer Wochenschrift haben verschiedne Zeitungen im ganzen oder auszugsweise wiedergegeben, so auch „Der Zoller", politische Zeitung und Anzeigenblatt für die Hohenzollerschen Lande und Umgebung, ein Organ des Zentrums. Es wird diesem Blatt hierzu aus Großelfingen selbst geschrieben:

> Thatsache ist, daß behördliche Untersuchung wegen des Einstellviehs hier stattgefunden hat, allein eine Klage wegen Wucher konnte gegen die Viehhändler nicht erhoben werden, weil sich das „Einstellen" hier in Form eines gesetzlich gestatteten Kaufs darstellt. Führen wir ein Beispiel an: Ein Bauer braucht ein Stück Zugvieh; er besitzt aber keine Mittel zum Kaufe. Der Händler verkauft ihm nun eine Kuh und stundet ihm aber das Geld zu 5 v. H. Zins. Das Tier ist nun in den Besitz des Bauern oder Käufers übergegangen und eben kein „Einstellvieh" mehr*). Es ist leider gegen derartige Verhältnisse nicht viel zu machen, da der § 302 (Reichsgesetz, betreffend den Wucher, vom 24. Mai 1880) nur die Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit und ganz außerordentlichen Zinsfuß mit Strafe bedroht Ob noch solch „Einstellvieh" sich hier befindet, ist schwer zu ermitteln. Darlehnskassen und Kreditvereine könnten wohl einigen Nutzen stiften. Der Hauptschaden bei solchen Einkäufen liegt wohl in der Thatsache, daß solches Vieh zu teuer bezahlt werden muß.

Es soll nun ein andres, mit Belägen dienendes Beispiel folgen, woraus ersichtlich, wie es sich im Viehhandel weiter entwickelt:

Kaufte da ein bemittelter Bauer von einem Vieh- und sonstigen Händler ein Paar Oechsle am 19. Juni für 668 Mark gegen 6 v. H. Zinsen und einem in vier Wochen zu zahlenden Sola-Wechsel. Nach Ablauf der vier Wochen hatte er kein Geld; Gläubiger wartet, „verkauft" an den Schuldner aber am 21. Juni für 475 Mark Waren (Cölsch und Barchend), in drei Monaten zahlbar, natürlich auch auf einen Wechsel. Wiederholte Mahnung des ersten Wechsels erfolgte indes doch weiter, worauf am 1. September eine neue Frist gewährt wurde, nachdem der Schuldner wieder Waren, die er nicht brauchte und nicht zu beurteilen verstand, genommen und einen weitern Wechsel über 705 Mark, zahlbar nach vier Wochen, ausgestellt hatte. Dazu kam (Schuldner wußte nicht wie) noch ein weiterer Wechsel vom 24. März über 644 Mark. Der Schuldner hatte nun erst recht kein Geld und so wurde er am 21. September nach Wechselrecht verklagt, verurteilt und gepfändet. Doch mit der Versteigerung wartete der Gläubiger, als Schuldner für die oben schon gekennzeichneten „Waren" am 26. Januar wieder einen Wechsel über 486 Mark, zahlbar nach vier Wochen, ausstellte. Das gleiche Geschäft wurde am 12. März gegen einen Wechsel über 401 Mark, am 13. März gegen einen solchen über 394 Mark, am 7. April über 147 Mark, am 21. April über 574 Mark und am 7. Mai über 165 Mark — alles zahlbar acht Tage nach Ausstellung. Inzwischen kam am 29. März eine neue Klage und Verurteilung über 1344 Mark und nun wurde am 22. April Abrechnung gemacht, wobei sich herausstellte, daß der Bauer 4865 Mark schuldig war, wofür er als Sicherheit eine Hypothek bestellte.

Alsbald wurde nun der Geschichte durch amtliches Eingreifen ein Ende gemacht. Schuldner verkaufte Haus und Güter und am 10. Juni hatte der Gläubiger seine Gesamtguthaben erhalten und der Schuldner besaß nichts mehr weiter als einige Reste von Cölsch und Barchend (Kleiderstoffe) und war dann später unpfändbar.

Damit nicht genug. Ein Schwager des Handelsmanns, der Viehhändler ist, hatte auch ein Wechselche über 305 Mark — wie es kam, wußte Schuldner aber nicht: der Viehhändler nahm, weil unpfändbar, die sogenannte Allmend (Gemeindenutzung) durch Gerichtsbeschluß als Pfand zur Verpachtung und zedierte dann mit allen Rechten und Klagen seine Forderung an den Hauptgläubiger, seinen Schwager.

Nach zwanzig Jahren haben die beiden Gläubiger schriftlich erklärt, daß sie keinerlei Forderung mehr zu machen hätten. Daß der Bauer unter solchen Umständen Vergessenheit im Glase suchte, ist wohl begreiflich, deshalb wurde er auch von jedermann im Orte, vom Pfarrer und Vogt herab bis zum geringsten Tagelöhner, wegen seiner Ehrlichkeit und Biederkeit geachtet und in seiner Armut und langen Krankheit unterstützt, weil die Dorfbewohner sich bewußt waren, daß er ein Opfer von Juden geworden.

Es heißt ja sehr oft: Die Leute sind selbst schuld; das trifft indes nur bei denen zu, die mit einem mitunter fast unglaublichen Vertrauen zu den andern Menschen von unserm Herrgott ausgestattet sind; bei den andern packt der Jude nicht so an, bei diesen sucht er sich, aber eben so schlau, durch andre Geschäfte beliebt zu machen.

Wenn der Artikelschreiber des „Zoller" sagt, es ist Thatsache, daß beim Einkauf derartiges Vieh zu teuer ist, so stimmt das ja, aber noch viel schlimmer sind, wie wir gezeigt haben, die Folgen durch das weitere Kreditgewähren. Ein schwäbisches Sprichwort sagt: „Kommt einmal der Jud ins Haus, guckt er bald zum Bühnenladen raus." Darum ist das Verhalten der Behörde in Großelfingen (das Ausschellen) so praktisch wie nützlich, wenn auch ein Eingreifen des Staatsanwalts nicht zu erreichen war, denn Israel merkt doch, daß man ihm auf die Finger sieht und eine solche Aufsicht können die Juden bei ihrem Geschäft als Viehhändler, wobei sie noch alles andre, vom Lumpensammeln bis zum Bankier, besorgen, nicht brauchen, was allerdings oft erst ans Tageslicht kommt, wenn die Augen des Bewucherten auf immer geschlossen sind. Die Ortsvorsteher, wie Bürgermeister und Schultheißen werden, durch das behördlich angeordnete Ausschellen ermuntert, ihre Pflicht für die Ortseingesessenen thun müssen, trotzdem es leider manchen giebt, den der Händler als seinen Haus- und Duzfreund zu haben, sich rühmt.

---

*) Aber der Händler sichert sich durch schriftlichen Vertrag das Stück Vieh als Faustpfand bis zur Abzahlung und nimmt es auf Verlangen zurück.

Vom Segen der Warenhäuser.

Die Firma M. Schneider in Augsburg pries in dortigen Tageszeitungen unter anderm auch an: Herren-Normalhemden zu 54 Pfg. und Herren-Normalhosen zu 48 Pfg.

Am selben Tage, an dem die Anzeige erschien, verlangte ein Käufer nachmittags 3½ Uhr ein solches Herren-Normalhemd und eine Herren-Normalhose, worauf ihm von der Verkäuferin der Bescheid wurde, daß diese Preislage nicht mehr vorrätig sei; im übrigen sei die Güte der verlangten Ware eine derart schlechte, daß sie ihm raten würde, eine bessere zu kaufen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung ließ sich der Käufer überreden, ein Hemd zu 75 Pfg. und eine Hose zu 98 Pfg. zu kaufen.

Kaum eine halbe Stunde später verlangte ein andrer Käufer ebenfalls ein Herren-Normalhemd zu 54 Pfg. und eine Herren-Normalhose zu 48 Pfg. Auch ihm sagte man, er solle doch lieber eine bessere Ware kaufen. Da er jedoch darauf bestand, die verlangten Preislagen zu erhalten, gab man ihm ein Hemd zu 54 Pfg. und eine Hose zu 48 Pfg.

Die gekauften Stücke wurden sofort dem Vereine zum Schutze für Handel und Gewerbe unterbreitet, und dieser stellte fest, daß die Normalhemden zu 54 und 75 Pfg. sowohl als auch die Normalhosen zu 48 und 98 Pfg. ein und dieselbe Güte, Größe und Gewicht darstellten, daß also der erste Käufer ein und dieselbe Ware um 50 und 21 Pfg. teurer bezahlte, als eine halbe Stunde später der andre Käufer.

Diesen Thatbestand giebt nun der Verein in auffallender Anzeige dem Publikum bekannt, was wohl besser wirken dürfte, als ein sich mehre Jahre hinziehender Prozeß wegen unlautern Wettbewerbs, der hinterher auch noch im Sande verlaufen könnte.

Dem „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt jemand:

„Anbei erlaube ich mir, folgendes Erlebnis zur Kenntnis zu bringen: Vergangnen Freitag war ich mit einer befreundeten Dame von auswärts, die sich bei mir zum Besuch aufhält, in einem Kaufhause im Osten, um Einkäufe zu machen. Als wir dieselben erledigt hatten, gingen wir noch durch eine Abteilung, um im Vorübergehn einiges zu besichtigen. Auf diesem Gange wurden wir von einem Angestellten der Firma so auffällig begleitet, daß es uns ganz unheimlich wurde. Nachdem ich noch etwas gekauft und dann an der Kasse bezahlt hatte, wurde die Dame in barscher Weise aufgefordert, ihr Cape aufzumachen. Als sie das dann in meiner Gegenwart that, und der Betreffende nichts fand, waren wir ohne ein Wort der Entschuldigung entlassen. Auf welche Weise wir in den Verdacht des Diebstahls kamen, ist uns unerklärlich. Als ich dann in lauten Worten meiner Empörung Luft machte, wurde uns gesagt, daß ein Dutzend Servietten gestohlen worden wäre. Ich verschaffe mir ja Genugthuung, indem ich diese Angelegenheit meinem Anwalt zur gerichtlichen Verfolgung übergebe; es wäre aber doch wünschenswert, wenn dies im Interesse des kaufenden Publikums veröffentlicht würde, denn es geht doch nicht an, daß ein Mensch auf den bloßen Verdacht hin sich im öffentlichen Verkaufslokal als Dieb untersuchen lassen muß."

Der „Lokal-Anzeiger" hat nicht den Mut, dieses in Berliner Warenhäusern gar nicht seltne Vorkommnis im redaktionellen Teile zu veröffentlichen, sondern steckt es unter die allsonntäglich erscheinende „Oeffentliche Meinung" und bemerkt ganz zahm dazu:

„Wenn sich die Sache wirklich so verhält, scheint man hier allerdings recht leichtfertig vorgegangen zu sein. So ohne weiters die Kunden als dringend verdächtig zu behandeln, geht denn doch nicht an."

Ja, ja, es könnte sonst der verehrliche Warenhäusler seine seitenlangen Anzeigen anderswo hinbringen, deshalb unterläßt man auch hübsch die Namensnennung. Die Frau, die vom Warenhaus-Juden als Diebin behandelt wurde, können wir nicht bemitleiden — warum läuft sie ins Warenhaus?

Beleidigungen durch die Presse werden in letzter Zeit von vielen Gerichten sehr hart geahndet, zumal dann, wenn es sich bei den Antragstellern um gesellschaftlich hochstehende Personen handelt, oder wenn solche Umstände in Betracht kommen, wie die bei dem Prozesse gegen die „Staatsbürger-Zeitung". Ist es schon unfaßbar, daß wir in unserm Strafgesetzbuche für Preßvergehn außer Geldstrafe nur Gefängnisstrafe kennen, so muß es noch mehr auffallen, daß die Behandlung der Verurteilten bei Verbüßung ihrer Strafe sehr oft alles zu wünschen übrig läßt. In derselben Abteilung, wo derartige Preßsünder ihre Zelle haben, findet man nicht selten die schwersten Verbrecher (Totschläger, Meineidige usw.), so daß der Redaktör gezwungen ist, seine tägliche Freistunde mit dieser aus der Gesellschaft ausgestoßnen Bande zu verbringen. Noch schlimmer steht es mit den ärztlichen Untersuchungen in Bezug auf das Vorhandensein von geschlechtlichen Krankheiten, denen sich in den großen Gefängnissen jeder Ankömmling unterziehn muß. Der gemeinschaftliche Transport zum Lazarett, das gemeinsame Warten beim Arzt, das Vorführen usw. ist einfach widerlich. Davon, daß der Redaktör genau dieselbe Kost essen muß, die auch sein Nachbar, der Totschläger mit zehn Jahren Gefängnis, bekommt — mitunter sogar schlechtere, wenn nämlich der Herr Totschläger es verstanden hat, sich Mittelkost zu verschaffen —, wollen wir noch garnicht reden, obwohl es uns nicht einleuchten will, weshalb bei Preßbeleidigungen nicht ebenso Selbstbeköstigung zulässig sein soll, wie bei Duellvergehn, die noch obendrein nur mit Festung geahndet werden. Aber gegen die trotz alledem und alledem immer noch nicht ausgerottete Behandlung beim Transport von einer Strafanstalt in die andre oder von der Zelle als Zeuge zum Gericht, muß denn doch energisch Widerspruch eingelegt werden. Vor einiger Zeit ist solch ein Fall in Westfalen vorgekommen, und jetzt wird wieder etwas derartiges aus Oberschlesien gemeldet. Der polnische Redaktör Hoffmann wurde auf dem Wege vom Beuthener Bahnhofe nach dem Landgerichte mit einem Zuchthäusler zusammen gefesselt transportiert, obwohl der Redaktör den begleitenden Beamten darauf aufmerksam machte, daß er nur wegen Preßvergehens verurteilt sei, daß seine Strafe in einigen Tagen ablaufe und daher ein Fluchtversuch völlig ausgeschlossen sei. Der Beamte meinte indes, es würde dem Redaktör noch öfter passieren, daß er gefesselt werde!

Bei dem oben erwähnten Falle war der zuständige Minister nicht in der Lage, das Vorgehn des Beamten zu rechtfertigen. Dieses neue Vorkommnis beweist, daß es an energischen Vorschriften mangelt, um derartige Dinge zu verhüten. So etwas muß in allen Schichten der Bevölkerung, auch in den ruhigsten und staatstreuesten, sehr böses Blut machen. Mangelt es wirklich an Stoff zur Unzufriedenheit, daß die Herren vom grünen Tisch immer wieder für neuen sorgen müssen?

„Und alle Kinder Israel, die waren froh!" So heißt die Schlußzeile im alten Volksliede vom Riesen Goliath. Daran wird man jetzt unwillkürlich erinnert, wenn man dieser Tage die Berliner Judenpresse zur Hand nimmt. Sarah Bernhardt vorn, Sarah Bernhardt hinten. Wo sie wohnt, wie sie wohnt, was sie morgens, mittags, abends und nachts auf ihrem sechzigjährigen Götterleibe trägt, was sie ißt, trinkt und was ihren Lippen entschlüpft, wen sie „empfängt" und noch vieles andre wird da haarklein beschrieben. Die männlichen und weiblichen Juden Berlins aber greifen begieriger als sonst des morgens nach ihrem Mosse oder Davidsohn und lesen von der göttlichen Sarah und verdrehn verzückt die Augen und sind überselig, sagen zu können: „Gott, wie talentvoll sind unsre Leut'", denn die Sarah verleugnet in keinem Zuge die „echte Rasse, wie sie krochen einst herum in Kanaan". Im ausverkauften Königlichen Schauspielhause aber spielt die Sarah, wie einst der göttliche Talma zur napoleonischen Zeit in Erfurt vor einem Parkett von Königen, da ja, wie ein geistreicher Franzose schon vor einem halben Jahrhundert schrieb, „die Juden die Könige der Zeit sind".

Es sollen ja auch noch andre Leute als Juden bei der ersten Gastvorstellung der Sarah im Schauspielhause gewesen sein. Selbst Uniformen will man gesehn haben, denn es lag ja kein maßgebender Wunsch vor, sich von den Schaustellungen der alten Jüdin fernzuhalten. — Nun, die Gesellschaft, die sich freiwillig zusammenfindet, um das Frauenzimmer anzujubeln, die fortgesetzt durch viele Jahre unser Volk und Vaterland in frechster Weise beschimpft hat, ist einander würdig, und wir wollen sie in ihrem Vergnügen nicht stören. Leid thut es uns nur, daß die nationale Presse der Reichshauptstadt, wenn auch zurückhaltend, so doch überhaupt Notiz von dem Auftreten der Reklamejüdin nimmt und sachliche Kritiken über ihr Spiel bringt. Mag sein, daß sie die Mache versteht. Erstens sind die Juden samt und sonders geborne Schauspieler und zweitens springt die Sarah ja schon beinahe zwei Menschenalter auf den weltbedeutenden Brettern herum und hat Zeit gehabt, sich ihre Mätzchen einzuüben. — Aber wenn sie auch wirklich eine Künstlerin ersten Ranges wäre, so gehört sie, nach unsrer altmodischen Anschauung, doch nicht auf die Bühne, die der Deutsche Kaiser und König von Preußen in seiner Hauptstadt aus seinen Mitteln erhält. Man soll uns nicht vorhalten, daß die Franzosen ja doch auch den Werken eines Richard Wagner jetzt in Paris zujubeln. — Darin liegt ein himmelweiter Unterschied. Erstens käme es einer Beschimpfung unsers großen Meister Richard gleich, wenn einer versuchen wollte, ihn mit demselben Maaßstabe zu messen, der an die Sarah angelegt werden kann. Dann aber — und das ist der springende Punkt — hat Richard Wagner niemals die französische Nation beschimpft. Die Franzosen können, ohne an ihrer Selbstachtung etwas einzubüßen, sich vor dem Genius des großen Deutschen beugen. Das ehrt sie. — Wir Deutsche aber erniedrigen uns, wenn wir die Person feiern, die ihren Schauspieler-Ruhm im wesentlichen ihren Beschimpfungen Deutschlands verdankt.

Aber wir dürfen uns trösten. Schließlich sind es ja nur Juden und Judengenossen, die um die Sarah tanzen. — Was geht das Deutsche Volk die Berliner Judengesellschaft an.

Ohne Not wollen wir uns hier nicht mehr mit der Sarah beschäftigen und wollen nur hoffen, daß sie nicht zu guter letzt hier versucht, eine ähnliche Szene aufzuführen wie seiner Zeit in Kopenhagen. Am liebsten wäre es uns freilich, wenn man ihr keine Gelegenheit dazu gäbe.

Die Herkunft des Tuckerbriefes soll anscheinend nun doch endlich durch eine gerichtliche Verhandlung aufgeklärt werden. Auf die in voriger Nummer abgedruckten Auslassungen Dr. Karl Peters gegen den Leutnant Bronsart von Schellendorff schreibt der Vater des Angegriffenen, Wirklicher Geheimrat Hans von Bronsart, den „Bschwg. Neuest. Nachr.“:

„Ich erfahre, daß in dem von Ihnen veröffentlichen Interview gesagt worden ist, Dr. Peters habe bereits am 2. August in der Londoner ‚Finanzchronik‘ die Beschuldigung ausgesprochen, trotzdem schweige mein Sohn! Zu dieser Insinuation bemerke ich vorläufig nur, daß Dr. Peters die afrikanischen Verhältnisse genügend bekannt sein müßten, um zu wissen, daß eine Postsendung zwischen England und der am Kilimandscharo gelegnen Station Mbuguni meines Sohnes vier bis sechs Wochen, ja länger, unterwegs bleibt, und daß also mein Sohn unmöglich schon bei jener Anfang Oktober stattgefundnen Unterredung Schritte gethan haben konnte, um jene verleumderische Behauptung zurückzuweisen. Ich habe am 15. d. M. einen vom 28. August datierten Brief meines Sohnes erhalten; die Post, die mit dem nächsten Schiffe von Neapel aus weiter befördert wird, geht erst am 21. d. M. von Berlin ab, — es ergiebt sich daraus, daß erst nach Verlauf von 54 Tagen eine Antwort auf den Brief vom 28. August abgehn kann, die möglichen Falles ebenso viel Zeit braucht, um in die Hände meines Sohnes zu gelangen! Damit dürfte die Aeußerung des Dr. Peters (wobei ja noch die Frage ist, ob jene Londoner Zeitung überhaupt meinem Sohne zu Gesichte gekommen sein mag), ‚mein Sohn schweige zu der öffentlichen Beschuldigung‘ charakteristisch beleuchtet werden, und es wird vorläufig die Voraussetzung gestattet sein, daß auch die weitern Aeußerungen dieses Herrn sich als ebenso haltlos erweisen dürften.“

Die Abwehr ist ziemlich schroff und Dr. Peters wird sehr bald mit seinen Beweisen herausrücken.

Thatsächlich soll Leutnant Bronsart von Schellendorf allerdings nicht Urheber der Fälschung sein, so wird nämlich neuerdings in kolonialen Kreisen versichert. Auffallend wäre es aber immerhin, daß der, der den Brief erhielt und von ihm öffentlich Gebrauch machte, bis jetzt sich nicht bewogen fühlte, den Fälscher oder den Ueberbringer zu nennen . . . wenn dieser Mann nicht der Obergenosse Bebel wäre!

Ausland.

Rußland. Nach einem Rundschreiben der Ober-Preßverwaltung dürfen die Zeitungen ohne amtliche Erlaubnis nicht schreiben: 1. über die an die Allerhöchste Stelle gerichteten Adressen sowie über Gerüchte, die sich auf derartige Adressen beziehn, 2. über die Mobilisierung von Armee und Marine und geplante Reformen im Heereswesen, über den Bau strategischer Bahnen, die Dislokation der verschiednen Truppenteile und dergleichen, 3. über Thatsachen aus dem innern Leben der einzelnen Truppenteile, wenn sie geeignet sein können, die Grundlagen der Disziplin im Heere zu erschüttern, 4. über die Maßregeln zum Schutz und zur Bewachung der Ostchinesischen Eisenbahn, 5. über die amtlichen Reisen der Agenten des Finanzministeriums nach Persien und die Ergebnisse dieser Reisen, 6. über Studenten-Unruhen, Disziplinarstrafen, die sie im Gefolge gehabt haben, und andre damit zusammenhängende Ereignisse. 7. über die aus Anlaß politischer Verbrechen stattgefundnen Verhaftungen, Untersuchungen, gefällten und vollstreckten Todesurteile; über das Vorleben politischer Verbrecher sowie von solchen Personen, die einen Mord oder Mordversuch an einem Angehörigen eines fremden regierenden Hauses oder an einem Staatsoberhaupt begangen haben, 8. über Arbeiter-Ausstände in russischen Fabriken, Bauernrevolten und ähnliche Störungen der öffentlichen Ordnung, 9. über den Gang der Pest-Epidemie in Rußland und den Nachbarstaaten, 10. über die Thätigkeit der Geheimpolizei, 11. über die jüngsten Maßregeln der Regierung zur Bekämpfung des Sektenwesens in der orthodoxen Kirche, 12. über die gegen den Grafen Tolstoi gerichteten Schreiben des Heiligen Synods usw. —

Ein Erlaß des Guvernörs von Kurand, den die „Kurländische Guvernementszeitung“ veröffentlicht, beschäftigt sich mit der Umgehung der Wehrpflicht durch die Juden, die zur Besichtigung anstelle ihrer werten Person untergeschobne, dienstuntaugliche Personen vorstellen. Das russische Ministerium des Innern hat daher im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium den Aushebungsbehörden für Juden vorgeschrieben, in den Stellungszeugnissen genau alle charakteristischen Merkmale der angemeldeten Person zu verzeichnen. Um es den wehrpflichtigen Juden nun völlig unmöglich zu machen, sich durch Vorschieben eines dienstuntauglichen Andern dem Militärdienst zu entziehn, ordnet der Guvernör an, daß die Kreis-Wehrpflichtsbehörden Kurlands von allen stellungspflichtigen Juden die Beibringung ihrer Photographie zu verlangen haben. Die Kreischefs und Polizeimeister werden verpflichtet, mit Unterschrift und Siegel die Echtheit der Photographie des stellungspflichtigen Juden zu beglaubigen. — Die Maßregel gilt jedenfalls nicht nur für Kurland, sondern für das ganze russische Reich. Aehnliches wurde uns früher schon aus andrer Gegend Rußlands gemeldet.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Alle Lieferungen für die Kaisermanöver in Ungarn wurden von der Heeresverwaltung der jüdischen Firma Baß in Brünn übertragen, die wieder einen Teil der Aufträge einem Ehrenzweig zuwandte. —

Für den vor einiger Zeit verstorbnen Konkursverwalter Sallentin zu Braunschweig wurde vom Gericht der Rechtsanwalt Otto Lipmann bestellt. Es waren bisher unter den drei Konkursverwaltern Braunschweigs nur ein Jude (Mielziner), durch diese Ersatzwahl sinds nunmehr zwei geworden. —

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht eine allerhöchste Entschließung, mit der „in Würdigung der erfolgreichen Mitwirkung an der auf Grundlage des Gesetzartikels 5 vom Jahre 1902 durchgeführten Konversion“ dem Mitgliede des Magnatenhauses und Generaldirektor der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank Sigmund Kornfeld, dem Chef des Wiener Bankhauses S. M. v. Rothschild, Albert Freiherrn v. Rothschild, und dem Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt, Theodor R. v. Taussig, die allerhöchste Anerkennung ausgesprochen wird. —

In Lautenburg (Westpreußen) hat die Polizei „der jüdischen Feiertage wegen“ die Wochenmärkte vom 2., 16. und 23. Oktober auf den 1., 15. und 22. Oktober verlegt. Lautenburg hat unter 3592 Einwohnern 276 Juden.

Eine jüdische Germania. Der Vaterländische Frauenverein zu Hagen (Westfalen) veranstaltete am 25. und 26. d. M. im „Weidenhof“ zu Hagen Aufführungen des von der westfälischen Dichterin Johanna Baltz verfaßten Festspiels „Im deutschen Märchenwalde“, bestehend aus lebenden Bildern mit begleitendem Text. Als Schlußbild erschien: „Das Märchen unter dem Schutze Germanias“.

Obgleich sich nun Hagen anerkanntermaßen einer erheblichen Zahl schöner stattlicher deutscher Frauengestalten rühmen darf, fiel in Bezug auf die Darstellerin der Germania die Wahl nicht etwa auf eine dieser prächtig geeigneten Germaninnen, sondern auf eine Frau Bacharach. Im deutschen Märchen die „Germania“ dargestellt durch eine Jüdin. Was mag sich dabei der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins gedacht haben?

Ueber Sachlichkeit und Würde bei Preßpolemiken hielt „Genosse“ Reichstagsabgeordneter Peus auf dem ersten deutschen Redaktör-Tag zu Dessau einen Vortrag, in dem er u. a. sagte: „Das Streben nach Sachlichkeit, die nur die Wahrheit als obersten Richter anerkennt, ist der Weg, der einzige Weg, der aus der Beschränktheit alles Parteiwesens herausführt.“

Wie wärs, wenn Herr Peus dieser Wahrheit im Kreise seiner „Genossen“, insbesondre aber bei den Herren vom „Vorwärts“ Eingang verschaffte?

Liberale Anschauungen. Der durch seine Reden im Auslande als handelspolitischer agent provocateur bekannt gewordne freisinnige Abgeordnete Barth hat sich bei den Verhandlungen über den Zolltarif im Reichstage die nachstehende Bemerkung geleistet: „Glauben Sie (zu der Rechten), eine Regierung sei gewissenlos genug, sich an solche Mindestzölle zu kehren, sobald sie sich überzeugt, daß damit keine Handelsverträge abgeschlossen werden können?“

Es ist bezeichnend, daß grade ein liberaler Volksvertreter der Regierung den freundlichen Rat giebt, im Falle des Zustandekommens des Zolltarifs, die darin von der Volksvertretung gesetzmäßig festgelegten Zollsätze einfach nicht zu beachten, um zu Handelsverträgen um jeden Preis zu gelangen. Die Achtung des Auslandes vor dem Beschlusse unsrer parlamentarischen Körperschaften und das Vertrauen zu den Erklärungen unsrer Regierung muß durch solche Aeußerungen stark erschüttert werden. Wir können ein derartiges Verhalten eines Abgeordneten nur als gewissenlos bezeichnen und geben uns der Hoffnung hin, daß es dieser „Zierde“ des Reichstags nach den nächsten Wahlen nicht mehr möglich sein wird, das Ansehn des Deutschen Reiches in dieser frivolen Weise öffentlich herabzusetzen.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 30. Oktober 1902. Nr. 741.

Die Juden in der Diaspora.

Man kann, sagt Strabo von den Juden, nicht leicht einen Ort in der Welt finden, der dieses Volk nicht beherbergt, und der nicht in seiner Gewalt ist. Das gleiche Zeugnis stellt sich das Judentum selbst aus, indem schon im zweiten Jahrhundert vor unsrer Zeitrechnung die jüdische Sibylle von ihrem Volke singt:

Jegliches Land und jegliches Meer ist von Dir erfüllet,
Jeglicher feindlich gesinnt ob Deiner Gesittung.

In der That war in den beiden damaligen Weltreichen, dem Römischen und dem Parthischen, kaum eine größere Stadt ohne Juden. Wie sie in den Euphrat-Ländern das harte Kriegsrecht früherer Jahrhunderte angesiedelt hatte, so waren sie in Kleinasien und Egypten, teils als Kriegsgefangne, teils angelockt durch große Privilegien, in zahlreichen Kolonien ansässig geworden. Nach Griechenland, Makedonien, Italien und Spanien aber hatte sie die Lust am Handel geführt. Solche fortdauernde Auswandrung war auch noch immer eine Sache der Notwendigkeit, denn nirgends stand die Unfruchtbarkeit eines Landes mit der Fruchtbarkeit seiner Bevölkerung in größerm Mißverhältnis als in Judäa. Dennoch wurde die Stärke dieser jüdischen Bevölkerung leicht überschätzt, weil sie in allen großen Städten sich dem Auge aufdrängte, auch da, wo das flache Land ganz frei von ihr war, und noch mehr, weil es dieser lauten Rasse gegeben ist, überall bemerkt zu werden, wo ein andrer Bevölkerungsteil von gleicher Stärke noch lange keine Beachtung fände.

Es wäre vergeblich, die Augen dagegen verschließen zu wollen, daß diese Ansiedlungen überall gleich verhaßt gewesen sind, da wir genau so viel Klagen über sie besitzen, als Zeugnisse. Gewohnt über Bedrückung zu schreien, wo sie selbst bedrücken, und eine Abneigung, die ihrer Individualität galt, auf ihren Glauben zu beziehn, hatten sie auf der weiten Welt keinen Freund, als sich selbst und die Staatsgewalt, der sie sich unbedingt verkauften.

Vom Kriegsdienst waren sie frei, von manchen Abgaben hatte man sie entbunden, auch durften sie an ihren Festtagen nicht vor Gericht geladen werden, ja Agrippa trug in Kleinasien ihren Gefühlen so weit Rechnung, daß er dem Prätor untersagte, sie am Sabbath zur Leistung einer Bürgschaft aufzurufen. Machte ihre Religion sie unfähig, manche Lasten des griechischen Gemeinwesens zu tragen, so doch nicht dazu, die an heidnischen Festen üblichen Bürgerspenden in Empfang zu nehmen. — Die Stadtgemeinden waren sogar gehalten, einer getreuen Judenschaft, statt der ihr unreinen Gaben von Oel, die entsprechende Geldgabe zuzuweisen, die ihnen, falls der übliche Tag der Austeilung auf einen Sabbath fiel, auf einen andern Tag ausgezahlt werden mußte. Ihre Vorteile schienen zahlreichen Proselyten mit der Beschneidung und dem Spott der Einheimischen nicht zu teuer erkauft. Trotzdem waren sie geneigt, sich als die Verfolgten darzustellen, und machten sich auch wohlwollenden Beamten mit ihren ewigen Beschwerden zur Plage. Regelmäßig schlug die gesamte Diaspora Lärm, die rührigen Juden der Hauptstadt voran, wenn ein Beamter sich an dem Eigentum einer Judengemeinde vergriff oder einem der Ihren ein Haar krümmte, und gegenüber dem wohleingerichteten Lärm-Apparat des zu Tumulten, Deputationen, Bittschriften und Apologien stets aufgelegten Volks, entleidete allmählig den Gewalthabern die Lust, mit ihren jüdischen Gemeinden anzubinden. (Cicero, pro Flacco 4,28.)

Begründeter als ihre Beschwerden mochten die der kleinasiatischen und griechischen Städte sein, die sich im eignen Hause der Uebergriffe der Juden nicht mehr zu erwehren vermochten. Das Zusammenhalten dieser Rasse, ihre Welt-Verbindungen, ihre Rührigkeit schufen dem eingebornen Gewerbetreibenden eine Konkurrenz, die schwer auszuhalten war, und die ganz abgesehn von den religiösen Antipathien, schon für sich den Haß der Heiden stark herausforderte. Gar wenig war der kosmopolitische Rat Jeremias (29,7) beachtet worden: „Suchet der Stadt bestes, wohin ich Euch weggeführet und betet für sie zu Jehovah, denn in ihrem Wohl wird Euer Wohl sein." Egoistisch lebten sie ihren Interessen und waren gewöhnt, gegen die Stadtgenossen bei den römischen Gewalthabern Hilfe zu suchen.

Die Handels-Interessen, namentlich der Kleinhandel, waren Israels unbestrittne Domäne. Der hochwichtige Verkehr mit den Euphrat-Ländern lag so vollständig in ihren Händen, daß selbst die Diplomatie sich häufig der großen jüdischen Häuser zu Antiochien, wie des Hauses Saramalla u. a. bediente, während andrerseits in Alexandrien das eigentliche Geschäft, nämlich die Korn-Ausfuhr nach Rom, durch Begünstigung der Julier, vornehmlich in ihre Hände gekommen war. —

Sieht diese Schilderung nicht genau so aus, als ob sie auf die Juden im heutigen Deutschen Reiche paßte?

Partei-Nachrichten.

Gesamtvorstand und Parteileitung der Deutschsozialen Partei halten am 2. November im Reichstagsgebäude zu Berlin eine Sitzung ab.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend ½9 Uhr. —

In der am 24. d. M. abgehaltenen ordentlichen Jahreshauptversammlung wurde der Vorstand fast ganz in der alten Zusammensetzung wiedergewählt. Der vom Vorsitzenden erstattete Geschäfts- und Kassenbericht fand allseitige Zustimmung. Wenn der Verein im verflossnen Geschäftsjahre auch nicht an die Oeffentlichkeit getreten ist, so hat er doch an der Partei-Organisation, bei der Gründung des Saale-Elbgaues der Deutschsozialen Partei (Sitz Leipzig) eifrig mitgearbeitet. Auf Antrag mehrer Mitglieder wurde der Vereinsabend von Freitag auf **Montag** verlegt, und zwar findet von jetzt ab an jedem ersten Montage im Monate eine ordentliche geschäftliche Sitzung statt, an den übrigen Montagen zwangloses Beisammensein. Die Verlegung des Vereinsabends wurde einstimmig angenommen. Der Montag ist insofern günstiger als der Freitag, weil die in unserm Vereinsorgan „Deutsch-Soziale Blätter" (die bekanntlich am Donnerstag erscheinen) erfolgenden Ankündigungen bisher meist zu spät den Mitgliedern zu Gesicht kamen. Vereinslokal ist nach wie vor das „Eldorado" (Pfaffendorferstraße).

Verband Saale-Elbgau. (Sitz Leipzig). Das von unsrer Geschäftsstelle versandte Rundschreiben an die alten Parteigenossen hat den erfreulichen Erfolg gehabt, daß eine hübsche Anzahl von Beitrittserklärungen erfolgt sind, so aus Leipzig, Delitzsch, Eisleben, Weißenfels, Kösen, Altenburg, Jena, Zeitz u. a. O. Recht rührig sind die Gesinnungsgenossen in Zeitz, welche Ortsgruppe nächst Leipzig jetzt die größte Zahl von Gaumitgliedern hat. — Denjenigen, die den Halbjahresbeitrag von drei Mark noch nicht eingeschickt haben, wird die Mitgliedskarte Anfang November auf dem bequemsten und einfachsten Wege, d. h. unter Postnachnahme, zugehn. Der Vorstand.

Verband Hessengau und Waldeck. Unser Kandidat für Kassel-Meisungen, Herr Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden), sprach am 25. d. M. in Heinebach, am 26. in Boeckerode, Pfieffe und Bischofferode unter lebhaftem Beifall der zahlreich erschienenen Wähler. In Heinebach brachte der Bürgermeister ein Hoch auf ihn aus, in das alle Erschienenen begeistert einstimmten. In sämtlichen Orten gewannen wir neue Vertrauensmänner. Ueberall war die Stimmung die denkbar beste für uns.

Verband Niedersachsen. In der Ortsgruppe Braunschweig finden sich die Verbandsmitglieder jeden Dienstag zum gemütlichen Stammtisch im Restaurant Ulrici zusammen. In jedem Monat ist eine geschäftliche Sitzung, und zwar die nächste am 11. November mit einem Vortrage des Herrn Oberamtsrichter Brandis.

Zur Belebung der im Winterhalbjahre unerläßlichen geselligen Veranstaltungen soll zunächst im Laufe des nächsten Monats ein „Familien-Unterhaltungsabend" veranstaltet werden. Da bestimmte Festbeiträge bei derartigen Veranstaltungen nicht erhoben werden sollen, so werden die Parteifreunde recht herzlich gebeten, durch Einsendung von Beiträgen für die Vergnügungskasse diese Veranstaltungen, die dem engern Zusammenschluß der Mitglieder dienen sollen, zu ermöglichen.

Verband Westmark. Die diesmonatliche Versammlung der Ortsgruppe Gelsenkirchen fand am 25. d. M. in der Bismarckhalle statt. Sie war recht gut besucht. Nachdem die Erschienenen durch den Obmann, Herrn Kaufmann Marr, begrüßt waren, wurde die bekanntgegebne Tagesordnung glatt erledigt und u. a. beschlossen, im Monat Dezember mit der Verteilung der Weihnachtsflugblätter planmäßig vorzugehn. Regelmäßige Zusammenkünfte sollen nunmehr in der Bismarckhalle abgehalten werden, und zwar an jedem dritten Sonnabend im Monate. Als zweiten Obmann wählte man Herrn Kaufmann Obertüschen. Der vom Verbandssekretär Amthor gehaltne Vortrag: „Die Juden die Könige unsrer Zeit" nahm anderthalb Stunden in Anspruch. Redner wurde in seinen interessanten Ausführungen wiederholt durch Beifallsbezeugungen unterbrochen. Zum Schluß fand die Einweihung unsrer nunmehr eröffneten Bücherei statt, die mit ihrem interessanten Inhalt jedem Gesinnungsgenossen nur empfohlen werden kann und kostenlos zur Verfügung steht.

Besondre Freude wurde den Versammelten durch einen vom Verbands-Vorsitzenden, Herrn Stadtverordneten Schäfer (Gerresheim), stammenden Drahtgruß zu teil. Die ausgezeichnete Stimmung hielt die Mitglieder noch lange zusammen.

Verband Nordmark. Am 18. d. M. besprach in Appen bei Pinneberg Herr J. Henningsen (Hamburg) in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung das Thema: „Deutschland am Scheidewege". Redner schilderte eingehend die augenblicklich im Vordergrund der politischen Erörterungen stehenden Fragen, Zolltarif, Handelsverträge, wirtschaftliche Krise usw., indem er die Forderungen unsrer Partei über die einzelnen Fragen klarlegte. Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage folgte leider keine freie Aussprache, trotzdem mehrfach dazu aufgefordert wurde.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Leipzig jeden Montag 8½ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 31. bei Petri;
am 7. November in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Aus der Reformpartei. Abg. Gräfe beabsichtigt aus Gesundheitsrücksichten nicht wieder zu kandidieren.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Israel im Heere. Am 17. d. M. fand man in der Bedürfnisanstalt einer Wirtschaft der Eisenbahnstraße zu Saarbrücken Mütze, Rock und Hose eines Soldaten des 7. Dragoner-Regiments. Wie sich später herausstellte, gehörten die Uniformstücke dem Rekruten Kahn der dritten Schwadron, der seitdem vermißt wird. Es ist anzunehmen, daß er an oben genanntem Orte seine Uniform gegen Zivilkleider vertauscht und sich heimlich von seinem Truppenteil entfernt hat. —

Wegen Verletzung der Wehrpflicht wird von der Staatsanwaltschaft zu Breslau gesucht Alfred Friedländer, geb. am 30. August 1879 zu Winzig (Kreis Wohlau).

Hausfriedensbruch und Mißhandlung hat der Bankbeamte Adolf Guckenheimer zu Neunkirchen (Bz. Trier) mit fünfzehn Mark Geld„strafe" zu büßen.

Als echte Makkabäer erwiesen sich Moses Plaut und Levi Wolf zu Frielendorf (Bz. Kassel); sie gerieten am 25. d. M. in arge Meinungsverschiedenheiten über geschäftliche Sachen, die ihrer Ansicht nach auf gütlichem Wege nicht mehr geschlichtet werden konnten. Sie beschlossen, die Angelegenheit sofort auszutragen und wählten dazu die offne Straße, da sich beide grade im Schabbes-Anzuge befanden. Das Ergebnis war eine vollständige Niederlage des Levi, der durch die Kraft seines Rassegenossen Moses zwei Zähne verlor und mit verschiednen Verletzungen im Gesicht und an den Beinen schleunigst den Kampfplatz räumen mußte.

Ausgewiesen wurde aus dem Reichsgebiete der russische Staatsangehörige Ettla Bernstein, der in Berlin sich als Musikschriftsteller und Revolver-Journalist unliebsam bemerkbar machte.

Aus Konkurrenzneid überschüttete der Dienstmann Jakob Buxbaum zu Wien im Gasthause „Zur Deutschen Eiche" seinen Rassegenossen Isidor Eisler mit Schwefelsäure, wodurch dieser schwer verletzt wurde. Buxbaum darf für die „Heldenthat" fünfzehn Monate im Zuchthause verbringen.

Wir hätten nicht halb soviele Stehler . . . Der Hausknecht Johann Müller war seit zwanzig Jahren in einer Lederfabrik zu Offenbach (Main) thätig. Anfänglich treu und fleißig, fiel Müller in den letzten Jahren dem Schnapsteufel zum Opfer und nun ging es schnell bergab mit ihm. Er stahl seinem Chef für etwa 400 Mark Waren, um sich Geld zu verschaffen. Die Gegenstände wurden durch Vermittlung dreier Hehler im Pfandhaus versetzt. Die Strafkammer zu Darmstadt verurteilte den Dieb Johann Müller zu zwei Jahren Gefängnis und die drei Hehler Siegmund Löb, Otto Herisch und Martin Homburg zu je zwei Jahren Zuchthaus nebst fünfjährigem Ehrverlust. Haupthehler war nach der „Darmstädter Zeitung" Siegmund Löb.

Schwindelgeschäfte in der Schweiz. In verschiednen Zeitungen erscheint folgende Anzeige: „100 Arbeiter, ganz gleich welcher Branche, können sich einen Nebenverdienst von 10 Mark pro Tag auf leichte Weise verschaffen. Postlagernd unter X, Lörrach (Baden)". — Da es wohl wenige Arbeiter giebt, die überhaupt den Tag zehn Mar

verdienen, so kann man sich leicht vorstellen, wie viele gern einen Nebenverdienst in dieser Höhe hätten, noch dazu auf „eine leichte Weise". Die Bewerber, die nach Lörrach schrieben, erhielten nun von der Kommanditgesellschaft Etablissement d'Horlogerie, „S. Kommen und Co. in Basel" eine ausführliche Anweisung, wie das Geschäft zu machen sei. Es handelt sich um den Absatz von Uhren. Drei Sorten führen die Juden als besonders leicht verkäuflich an, Nummer 48, 167 und 165; namentlich Nummer 48, weil sie „einer ganz schweren echt goldnen Uhr mit Sprungdeckel ganz täuschend ähnlich sieht, vielfach auch für echt golden gehalten wird". Auf einem beigefügten roten Zettel sagen die Biedermänner ganz offen: „Wir kamen auf den Gedanken, speziell diese Sorten Uhren zu billigern Preisen zu forcieren, weil man in letzter Zeit häufig in Restaurants und auf Bahnhöfen Leute antrifft, welche z. B. so eine Weißmetall oder Goldplated aus der Tasche ziehn. Die Leute geben an, sie wären in momentaner Geldverlegenheit, müßten aber abreisen oder dergl., und wollten daher schnell noch ihre Uhr billig verkaufen oder bis zur Rückkehr als Pfand lassen. Auf diese Weise setzten die Leute oft vier bis fünf Stück pro Tag zu sehr hohen Preisen ab — und zwar meist täglich in andern Orten —, die sie sich einzeln verpackt als Brief postlagernd unter Nachnahme senden lassen. Meist dazu noch eine ins Auge fallende, schwervergoldete Kette à 80 Pfg. Es ist Ihnen dagegen leicht möglich, die gleichen Uhren, für die Sie nur 6,50 Mark, mit Porto 7 Mark bezahlen, schon zu 12—15 Mark zu verkaufen, wobei Sie einen hübschen täglichen Nebenverdienst erzielen." Gegen ein solches Geschäftsgebaren, das sich auf den edlen Machenschaften der „Nepper" aufbaut und mit ihnen moralisch auf der gleichen Stufe steht, hat jetzt der deutsche Uhrmacherbund, der den Uhrenschwindel aller Art verfolgt, die Hilfe der Staatsanwaltschaft angerufen. Kommen und Comp. sind der Berliner Polizei nicht unbekannt, sie verschwanden vor Jahren aus der Reichshauptstadt, als ihnen der Boden zu heiß wurde, treiben jetzt aber aus der Schweiz, wie so viele ihrer Rassegenossen, derartige Schwindeleien. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die „freien Schweizer" einmal energisch aufgefordert würden, derartigen Elementen das Handwerk zu legen.

Steckbrief. Gegen den Provisionsreisenden Schulim Glaser zuletzt in Görlitz, geboren am 24. Januar 1868 zu Solotwina (Kreis Stanislaw) in Galizien, jüdisch, der sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt. Der Königliche Erste Staatsanwalt zu Görlitz ersucht um Verhaftung und Ablieferung in das nächste Gerichtsgefängnis.

In der Beschreibung heißt es zum Schluß: Sprache: deutsch mit jüdischem Akzent.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Wegen betrügerischen Bankrotts, bei dem die Gläubiger um 12000 Kronen geschädigt wurden, hat der Spielwarenhändler Salomon Salzmann zu Wien drei Monate strengen Arrest zu verbüßen.

Bevorzugung einzelner Gläubiger wurde dem in Konkurs geratnen Kaufmann Emil Bonnem zu St. Johann (Saar) nachgewiesen, weshalb er dreihundert Mark Geldstrafe blechen soll.

Rechtzeitig ausgepfändet wurde Julie Grünhut zu Prag, Königl. Weinberge, Palackystraße 76. Gepfändet ist das ganze Lager und trotzdem werden die letzten Pfandgläubiger noch leer ausgehn. Da die beiden ersten Pfandgläubiger mit 1472 und 400 Kronen jedoch Schwäger der Schuldnerin sind, werden die Gläubiger Veranlassung nehmen, strengstens vorzugehn, umsomehr, als der Ehemann der Schuldnerin, Emanuel Grünhut, im Jahre 1899 die Gläubiger bereits einmal geschädigt hat.

Flüchtig ist Salo Berg, Inhaber der Firma Hirsch u. Feldmann Nachf. zu Osterode (Ostpreußen), über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet wurde. Die Gläubiger haben etwa 20 v. H. ihrer Forderungen zu erwarten.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde:
dem Kantor Heinrich Oppenheimer zu Darmstadt die Krone zum silbernen Kreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen;
dem Kaufmann und Stadtverordneten Heinrich Windesheim zu Erfurt der Titel „Kommerzienrat".

Ernannt wurde:
der bisherige Privatdozent Dr. Moritz Liepmann zu Halle (Saale) zum außerordentlichen Professor in der Juristischen Fakultät der Universität zu Kiel.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Reichspolitik oder „Freihandels-Argument"? Von Ober-Regierungsrat G. Evert. München und Berlin 1902. 91 Seiten. Preis 2 Mk. 50 Pf.

Die Anregung zu vorliegender Schrift hat, wie auch deren Titel andeutet, die von dem Münchner Professor Brentano unter dem Titel „Freihandels-Argument" veröffentlichte Schrift gegeben. Die Schrift ist mit ungewöhnlicher Gedankenschärfe geschrieben. Es wird darin überzeugend nachgewiesen, daß auch auf rein wirtschaftlichem Gebiete die Freiheit eine ausgiebige Ergänzung durch staatliche, das Gesamtinteresse berücksichtigende Maßnahmen fordert und daß die Befürwortung uneingeschränkten Freihandels auf Fehlschlüssen beruht. Die Schrift schließt mit der zutreffenden Bemerkung, Deutschland bedürfe auf wirtschaftlichem Gebiete des steten Eingreifens einer pflegenden und schützenden Reichspolitik, die den bei dem Freihandel sich selbst überlassenen Unternehmern derart „Sporn und Zügel" giebt, daß sie sich möglichst in derjenigen Richtung bewegen, die für die Gesamtheit am vorteilhaftesten ist. F. B.

Briefkasten.

Freisinniger Kornspekulant, Horumersiel. Heil und Dank!

Eingegangne Anfragen.

Ist Dr. med. Gustav Bodenstein in Saalfeld (Saale) Deutscher?

Wir bitten um Namhaftmachung leistungsfähiger deutscher Fabriken in Damen- und Herrenwäsche.

Empfangsbescheinigung.

Von Herrn M. S. in Straßburg (Elsaß) habe ich für den Verein „Auswärts" den Jahresbeitrag (1903) mit 5 Mark und 5 Mark für die Wahlen erhalten. F. Raab, Hamburg 5.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose,
Beleihung von Wertpapieren.

Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm.,
Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schrammsweg 2.
Geöffnet von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr,
außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Frankfurt a. m.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung",
„Deutsche Wacht",
„Deutsch-Soziale Blätter"
und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung",
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Jeder Leser
braucht einen **Kautschukstempel**. von 2,70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.
Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel.
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate.
C. Kaiser gen. Stempel-Kaiser
Berlin N., Invalidenstr. 100.

Düren
webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das
Tuchhaus Boetzkes i. Düren 1 (Rhld)

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucher'sches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Neu! **Dr. A. Vogel,** Neu!
ausführliches, grammatisch-orthographisches Nachschlagebuch der deutschen Sprache.
11.—20. Tausend.
Ueber 500 Seiten, Kl. Lexikon-Format.
Preis elegant in Leinwand gebunden
2,80 Mark.
In diesem, im April d. Js. erschienenen Handbuche haben als Ergänzungen bereits in der vorliegenden Auflage des Buches Aufnahme gefunden:
1. Die „Hauptregeln der neuesten Orthographie" nach den amtlichen Regeln für die deutsche Rechtschreibung;
2. Verzeichnis geschichtlicher und geographischer Eigennamen, worin alle diejenigen bekannteren Namen angegeben werden, die in Bezug auf Schreibung oder Aussprache irgendeine Schwierigkeit bieten.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paul-Straße 15.

Lieferung direkt an Private, daher größte Vorteile. Freie Probesendung durch ganz Deutschland
Pianos von 450 Mark ab.
Man kaufe kein Piano
bevor man unsern Katal. eingef. hat der gr. u. fr. vers. wird.
Roth & Junius
vorm. Aug. Roth, **Hofpianofabrik Hagen i. W. Nr. 282.**
Nur erste Preise.

Möbel-Fabrik und Handlung
des Tischlermstr. **Wilh. Hamann,**
Berlin N., Schönhauser Allee 42
empfiehlt ganze Aussteuern und einzelne Stücke in allen Holzarten zu billigen Preisen
+ Musterbuch. +++ Aufstellungen. +++ Versand frachtfrei. +



Alldeutscher Atlas.
Mit Begleitworten:
Statistik der Deutschen und der Reichsbewohner.
Bearbeitet von Paul Langhans.
Preis 1 Mark.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Victoria-Zwieback
ist der feinste **Naturbutter-Zwieback der Welt.**



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beklebt 3,50 Mark) franko ohne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.
Harry Trüller,
Celle 83.
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Winke für deutsche Kaufleute, die im Ausland ●●
Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von **Dr. Winterstein** in Cassel, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend. v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Ansichtskarten
des In- u. Auslandes tauscht
Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10.

Aufklärungs-Schriften!
40 verschiedne Flugblätter über das Judentum, seine Uebermacht im Handel, in der Presse und im Schrifttum, seinen zersetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, seine Verbindung mit der Sozialdemokratie usw. erhält man gegen vorherige Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken von der
Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Vivisektion!
Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des **Weltbundes gegen Vivisektion**, die unentgeltlich versendet werden vom **Tierschutzverein Berlin SW**, Königgrätzerstr. 108.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 6. November 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 742.

Monats-Spruch.

Juden mochten herrschen wie in Spanien und Polen, oder im Drucke leben wie in Deutschland, überall waren sie rohe, schmutzige Schacherer und in der Geschichte des Mittelalters höchstens achtbar als Aerzte; überall waren sie die Blutigel des armen Mannes und nicht selten auch des reichen, überall die sichersten Werkzeuge der Bestechung — Spione, Diebshehler, und eine furchtbare demoralisierende Kraft beim Adel.

K. J. Weber, Demokritos, Band 1, 18.

Mene Tekel.

Was dem ersten Prokuristen des großen Welthauses „Germania", dem Grafen Bülow nicht gelang, das wird, so scheint es fast, sein Stellvertreter, Graf Posadowsky, erreichen. Denn während bisher trotz aller liebevoll gesammelten Zitate die Reden des Kanzlers ohne jeden Widerhall blieben, hat das „Mene Tekel", das der fleißige und stets ernsthafte Staatssekretär des Innern am Dienstag vor acht Tagen an die Wand malte, unter den Parteien im Reichstag eine Verwirrung angestiftet, wie einst unter den Knechten weiland des Königs Belsazar. Zwar hat sich noch kein Daniel gefunden, der die Auslegung fände, der den Entsetzten im Reichstagssaale verkünden konnte, was die Flammenschrift bedeute, auch hat noch niemand zu melden vermocht, daß etwa die Volksvertreter gefrevelt hätten, wie einst der Sohn Nebukadnezars. Sie haben sich nicht, wie es im Buche des Propheten heißt, wider den Herrn des Himmels erhoben, noch die Gefäße seines Hauses zu wüstem Gelage benutzt, sie haben sich nicht silberne und goldne, kupferne und eiserne, hölzerne und steinerne Götter gemacht, und sie haben nicht freventlich mit Weibern und Kebsweibern gebuhlt. Sie haben vielmehr als fromme und getreue Knechte diätenlos gesessen und gesonnen, wie dem Deutschen Volke zu helfen sei in seiner Not, und sie haben gestimmt, wie es ihnen das Gewissen befahl. Und dennoch erklang es aus dem Munde eines ernsten Mannes: „Mene, Mene, Tekel, Upharsin", das der Prophet also verdolmetschet hat: „Gott hat dein Reich vollendet und gezählet, man hat dich gewogen und zu leicht befunden; dein Reich ist geteilet und den Medern und Persern gegeben."

Wer sich müht, die Lösung des Rätsels zu finden, der muß ein Wort des Kanzlers in seine Betrachtungen ziehn. Wenige Tage zuvor hatte Graf Bülow in einer Rede, die gleichfalls auf einen ernsten Ton gestimmt war, dem Reichstag zugerufen, daß man, wenn er von seinem Platze weichen sollte, lange harren müßte, bis man einen bessern Freund der Landwirtschaft erhielte, und daß, wenn der Zolltarif fiele, ein gleicher Tarif in absehbarer Zeit kaum wieder kommen werde. Es ist die Drohung mit der Aera Ballin, die hier wie dort aus den Worten herausklingt, die das Grundthema der Kanzlerrede gebildet hat wie das der Mahnungen des Grafen Posadowsky, es ist die Drohung, daß der Kaiser, des Widerstands müde, die Zollrebellen strafen werde an ihrem Liebsten. Nur so erhalten die Worte Sinn und Bedeutung. Und Sinn und Bedeutung sind nicht allzu schwer zu begreifen. Längst sind wir es gewohnt, daß in Deutschland alle politischen Fragen zu Machtfragen werden, daß das Selbstbewußtsein des Gottesgnadentums in Konflikt gerät mit dem im Parlamentarismus zur Erscheinung gelangten Volksrecht. Das sic volo, sic jubeo findet seine Bethätigung wie einst in den Zeiten Caprivis so auch jetzt in der Aera Bülow. Und es wird einer widerwilligen Reichstagsmehrheit sich nun so entschlossener entgegenstemmen, als ja längst die Zeichen darauf deuten, daß die kaiserlichen Ueberzeugungen nicht harmonieren mit den Ueberzeugungen derer, die für den Schutzzoll energisch eintreten. Die Namen Rhodes, Carnegie, Siemens, Ballin und Goldberger bilden ebenso wie die englischen Reisen und die Fahrt des Prinzen Heinrich nach Amerika die Ueberschrift von Kapiteln, die meist nur wenige gründlich gelesen und gründlich durchdacht haben. Und es kommt zu allem das psychologische Moment des Herrengefühls, das den Vasallentrotz, der sich nicht biegen lassen will, zerbricht, dasselbe Moment, das einst sich geltend machte, als trotz der Rede von Dortmund die Kanalrebellen nicht von ihrem Trotze lassen, wie es damals hervortrat, als vor allem die Ostpreußen Front machten gegen den russischen Handelsvertrag und ihre Namen aus der Liste der Gäste, die zu Hofe geladen waren, gestrichen wurden. Mene, Mene, Tekel, Upharsin!

Aber das Wort des Grafen Posadowsky ist dem Reichstag in die Knochen gefahren. Und wieder ist jenes Treiben sichtbar, das man am Ameisenhaufen bemerkt, wenn ein unvorsichtiger Fußtritt den Bau zerstört hat. Es ist ein Irren und Rennen, ein Hasten und Durcheinanderlaufen, ein ängstliches Reden und Fragen, ein Kopfschütteln und heimliches Raunen geworden, und während drinnen im Saale glatte Worte sich von den Zungen lösen, wird draußen hinter den Kulissen geschachert und gehandelt und Ueberzeugungen stehn billig im Marktpreis. Wer denkt noch daran, das natürliche Mittel anzuwenden, das sich in einer Krisis, wie wir sie jetzt durchleben, allein noch geziemen würde? Wer denkt daran, dem Geiste alles Verfassungslebens zu gehorchen und jetzt, wo Regierung und Reichstag schroff sich gegeneinander erheben, das Volk zu befragen? Nein, Konflikte müssen vermieden werden, und zu entschlossenen Thaten gehören entschlossene Männer. So lange das Zentrum in deutschen Landen herrscht, so lange wird man auch feilschen. Das Zentrum will seinen Kredit an höchster Stelle nicht verlieren, es will regierungsfähig bleiben und darum wird es auch jetzt einen Ausweg suchen und finden. Denn „die Moral", so rief ja wohl einmal ein großer österreichischer Gründer, Ofenheim, Ritter von Ponteuxin, in einer Generalversammlung aus, „die Moral steht nicht auf der Tagesordnung." Ein paar platonische Erklärungen, auf die Herr Spahn, da Lieber tot ist, mit tiefgefühlten Brusttönen antwortet, ein paar Konzessionen für die revoltierenden Bayern, die Anstürmer der „Heim"politik, ein wenig Sand in die Augen und ein Groschen für die Fraktion eingetauscht für den Thaler aus dem Säckel des Wählers — das ist das Bild der Gegenwart, das wird auch das Bild der Zukunft sein. In Tuntenhausen und Tuttlingen, da ist es Zeit, sich in die Brust zu werfen, im Reichstag aber klingt es bange und leise: „Dulde, gedulde dich fein." Und von $7^1/_2$ Mark geht man auf 6, von 6 Mark auf $5^1/_2$, von $5^1/_2$ Mark auf 5 zurück, und wenn inzwischen der Himmel nicht einfällt, dann streicht man beglückt auch $3^1/_2$ ein und singt dazu Dankeslieder.

Aber auch wir, die entschlossenen Vertreter einer Weltanschauung, die in dem Schutz der nationalen Arbeit die Grundlage der deutschen Zukunft erblicken, zeichnen eine Mene Tekel an die Wand. Es lautet anders, als das des Grafen Posadowsky, aber es klingt fest und klar und kann nicht mißverstanden werden: Die Schicksalsstunde ist da, auf lange Zeit hinaus sollen die Lose geworfen werden über unser Volk. In solcher Stunde werden die Charaktere gewogen, und wer zu leicht befunden wird, deß Namen wird ausgelöscht aus der Ehrentafel, wie der Name Belsazars aus der Tafel der Könige.

Spectator.

Haben die deutschen Konsuln deutsche Interessen zu vertreten oder nicht?

In voriger Nummer mußten wir das merkwürdige Verhalten eines deutschen Konsuls in Südamerika besprechen und schon heute haben wir wieder Gelegenheit, von einem andern deutschen Konsul zu berichten, dem es anscheinend auch unangenehm ist, wenn er sich mit deutschen Reichsangehörigen beschäftigen soll.

Von einem deutschen Mitkämpfer im Burenkrieg, der im Lager von Dagshai (Indien) gefangen gehalten wurde, wird dem „Alld. Verband" eine gedruckte englische Bekanntmachung des Lagerkommandos zur Verfügung gestellt, in der im Auftrage des deutschen Konsuls in Bombay die Bedingungen für die Rückbeförderungen der deutschen Gefangnen mitgeteilt wurden. Schon diese Form ist etwas befremdend. Der Krieg war zu dieser Zeit bereits zu Ende; England hatte kein Recht mehr, die deutschen Kriegsgefangnen von der Außenwelt abgeschnitten zu halten, am allerwenigsten einen direkten Verkehr des deutschen Konsuls mit deutschen Reichsangehörigen zu behindern. Der deutsche Konsul hätte also doch recht wohl eine in deutscher Sprache abgefaßte Mitteilung an die deutschen Gefangnen gelangen lassen können. Indes ist dies noch ein bescheidner Verstoß im Vergleich zu dem letzten Satze der englischen Mitteilung. Sie lautet:

Der kaiserlich deutsche Konsul wünscht mitzuteilen, daß er im Hinblick auf die schon schwere Arbeit, die mit der Verfügung über die Gefangnen zusammenhängt, zu seinem Bedauern nicht in der Lage ist, einen darauf bezüglichen privaten Schriftwechsel zu führen neben dem offiziellen Schriftwechsel mit dem Lagerkommandanten.

Also der englische Lagerkommandant schiebt sich zwischen den deutschen Gefangnen und den deutschen Konsul. Und was war denn die Arbeit, unter der der arme Konsul Graf Pfeil zusammenbrach? Es waren ganze 33 Gefangne, für deren Heimbeförderung der Herr Konsul zu sorgen hatte.

Im übrigen erweckt die Mitteilung an die Gefangnen und das Formular, das sie auszufüllen hatten, sehr stark den Verdacht, daß der deutsche Konsul sich den englischen Behörden besonders gefällig erweisen wollte. In der Mitteilung selbst heißt es, die Beförderung der Gefangnen könne nach jedem beliebigen Lande erfolgen, mit Ausnahme von Brittisch-Südafrika. In dem Formular mußten nun, wenn jemand nicht nach Deutschland zurückkehren wollte, die Gründe dafür angegeben werden.

Nun kann ja die englische Regierung, nachdem das Kriegsrecht in der Kapkolonie aufgenommen ist, gar niemand daran hindern, dorthin zu gehn. Viele der Gefangnen haben eben vor dem Kriege schon lange in Südafrika gelebt, haben dort mancherlei materielle Interessen wahrzunehmen usw. Es mag der englischen Regierung unangenehm sein, daß diese Leute wieder nach Südafrika zurückkehren, geht aber doch die deutsche nichts an. Es ist ziemlich einleuchtend, daß dadurch, daß die Ordnung der ganzen Rückbeförderungs-Angelegenheit durch die Hand der englischen Lagerbehörden ging, diesen Anhaltspunkte dafür in die Hand gespielt wurden, ob etwa ein deutscher Mitkämpfer wieder nach Südafrika zurückkehren wollte.

Im Zusammenhang damit steht es wohl auch, daß den deutschen Mitkämpfern auf der Heimreise, als der Dampfer in Dar-es-Salaam anlegte im Auftrage des Guvernörs von Deutsch-Ostafrika verboten wurde, an Land zu gehn.

Das sind Zustände, die es wirklich nötig machen, daß endlich ganz energisch in unserm Konsulatswesen neue Bahnen eingeschlagen werden. Selbstverständlich nahm weder von diesem Falle noch von dem in voriger Nummer mitgeteilten irgendein offiziöses oder offizielles Blatt Kenntnis. Die Herrschaften haben jetzt andre Sorgen als sich um ein paar lumpige Deutsche in der Südsee zu kümmern — ja wenn es um ein Schiff des Herrn Ballin gehandelt hätte!

Die Stellung des Bundes der Landwirte zur nationalliberalen Partei

hat sich im Laufe des letzten Jahres gründlich und zwar in einer Weise geändert, die für unsre Deutschsoziale Partei sehr wünschenswert ist.

Endlich hat auch der Bund eingesehn, daß er stets betrogen sein würde, wenn er auch noch bei künftigen Wahlen Kandidaten unterstützt, die sich der nationalliberalen Partei im Reichstage anschließen. — Die neuste Bundeskorrespondenz spricht sich darüber in folgender Weise aus:

Daß die nationalliberale Partei in den beiden letzten Jahrzehnten immer mehr die Fühlung mit den großen Wählermassen verloren hat, ist eine Thatsache, die von nationalliberaler Seite selbst häufig genug festgestellt worden ist. Während aber die ganz links stehende Parteileitung mit ihrem Anhang den Grund dafür in der Vernachlässigung des liberalen Gedankens erblickt, so ist thatsächlich die Ursache für den Rückgang dieser einst so mächtigen Partei auf ihre Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zurückzuführen.

Die nationalliberale Partei hat sich in ihrer Mehrzahl neuerdings zusehends zur Vertreterin des Großkapitals und der Großindustrie herausgebildet. Diesen ist sie ein fürsorglicher Sachwalter gewesen, während sie den wirtschaftlichen Fragen, die die großen Massen des werkthätigen Mittelstandes bewegen, da dessen Existenzfähigkeit von ihrer Lösung abhängt, mit wenigen Ausnahmen gar kein Verständnis entgegengebracht hat.

Prinzipiell war ja im Heidelberger Programm den Mitgliedern der Partei Freiheit in wirtschaftlichen Fragen zugestanden worden, und so war es denn möglich, daß Männer von so entgegengesetzten wirtschaftspolitischen Grundanschauungen wie v. Eynern und Sattler einerseits und Freiherr v. Heyl, Graf Oriola andrerseits nebeneinander sich in ein und derselben Partei bethätigen konnten.

Die bisherige Freiheit der Bethätigung in wirtschaftlichen Fragen soll nunmehr aber offenbar den nationalliberalen Abgeordneten genommen werden. Schon die Entschließungen des Eisenacher Parteitages zeigten deutlich, daß die Anschauungen der Parteileitung und des linken Flügels völlig die Oberhand gewonnen hatten. In einer Versammlung des Bundes der Landwirte zu Altenkirchen (Rheinland) hat nun neuerdings der Parteisekretär der nationalliberalen Partei für das Rheinland, Herr Dr. Johannes, eine für die Beurteilung der weitern Entwicklung der Partei außerordentlich wichtige Erklärung abgegeben. Der Vertreter des Bundes, Herr Landtags-Abgeordneter Malkewitz, hatte darauf hingewiesen, daß Herr Dr. Johannes mit dem gegen den Bund erhobnen Vorwurf einseitiger Interessenvertretung gleichzeitig seine eignen Parteigenossen Frhr. v. Heyl, Graf Oriola, Münch-Ferber u. a. der einseitigen Interessenvertretung bezichtigte; er erwarte von Herrn Dr. Johannes Auskunft darüber, ob er etwa jene Herren nicht mehr zu Mitgliedern der nationalliberalen Partei rechne. Herr Dr. Johannes führte darauf in längerer Rede aus, daß man ja früher einzelnen Herren der nationalliberalen Partei eine gewisse Freiheit in wirtschaftlichen Dingen zuerkannt habe; jetzt aber, wo es sich um die Entscheidung über die wirtschaftliche Zukunft des Deutschen Volkes handle, könne man ihnen diese Freiheit nicht mehr gewähren. Diese Erklärung des offiziellen Parteisekretärs für das Rheinland ist von der Parteileitung nicht

richtig gestellt oder gemißbilligt worden. Die Parteileitung scheint sich somit also auch auf diesen Standpunkt zu stellen.

Selbstverständlich kann eine jede Partei ihren programmatischen Standpunkt beliebig ändern. Nur darf nicht vergessen werden, daß viele nationalliberale Abgeordnete, so beispielsweise die Herren Hische (Hameln-Springe) und von Kaufmann (Helmstedt-Wolfenbüttel) die Stimmen einer großen Anzahl Wähler nur deshalb bekommen haben, weil sie sich ausdrücklich auf das wirtschaftliche Programm des Bundes verpflichtet hatten. Wenn die Parteileitung jetzt vor Ablauf der Reichstagsperiode den Parteimitgliedern die Freiheit der Abstimmung in wirtschaftlichen Fragen verkürzen will, dann zwingt sie sie, ihren Wählern gegenüber wortbrüchig zu werden.

Der Einfluß, den die Berliner Parteileitung, die Herren Dr. Hammacher, Simon und Genossen auf die Entwicklung der Partei genommen hat, dürfte für diese nur verhängnisvoll werden. Die in Eisenach beschlossene stärkere Betonung des liberalen Gedankens findet in den Kreisen der nationalliberalen Wählerschaft durchaus keine Gegenliebe. So schreibt beispielsweise der „Rheinische Kurier“:

> Das Linksdrängen gewisser nationalliberaler Kreise verdient die schärfste Zurückweisung. Wenn Blätter, wie „National-Ztg.“ und „Hannoversche Kurier“ als Herolde nach dieser Richtung hin auftreten, so weiß man, daß bei diesen Blättern noch andre als rein selbstlose Erwägungen in Frage kommen, die für ihre Stellungnahme verpflichtend sind. In den unabhängigen Wählerkreisen der nationalliberalen Partei will man diese Linksschiebung gewiß nicht mitmachen. Speziell bei uns in Nassau haben die letzten Wahlausfälle genügend dargethan, daß die Reise nicht nach links geht. Ueberhaupt kann in Süd- und Westdeutschland, wo es kein „agrarisches Junkertum“ und keinen „Großgrundbesitz“ giebt, von einer Entwicklung der nationalliberalen Parteien zu gunsten einer manchesterlichen Auffassung der wirtschaftlichen Fragen gar keine Rede sein. Wir haben schon einmal hervorgehoben, daß die nationalliberalen Wähler in Baden, Württemberg, Hessen und Bayern in ihrer erdrückenden Mehrheit agrarisch, d. h. für den Schutz der Landwirtschaft sind, die hier nur im Klein- und Mittelbesitz vorkommt. Ist doch diese „agrarische Strömung“ so stark, daß der Führer der badischen Demokratie sich öffentlich für den Schutzzoll erklärte und die württembergischen Bauern, soweit sie aus Erziehung und Gewohnheit antipreußisch und darum demokratisch sind, sich zum großen Schmerz der „Frankf. Ztg.“ und verwandter Organe zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle bekannt haben. Was also das Linksdrängen gewisser Kreise bedeuten soll, ist wirklich unerfindlich.

Wenn diese „gewissen Kreise“ in Zukunft die auf nationalwirtschaftlichem Boden stehenden Mitglieder der Partei majorisieren und ihre wirtschaftspolitische Glaubensfreiheit einschränken wollen, so wird es zu einer reinlichen Scheidung der Partei kommen müssen. Das Deckmäntelchen der Agrarfreundlichkeit suchen sich freilich auch diese „gewissen Kreise“ mit Vorliebe umzuhängen. So haben die nationalliberalen Abgeordneten Semmler und Depken gelegentlich der zweiten Lesung der Viehzölle die Notwendigkeit eines Schutzes der heimischen Viehzucht betont, an der grade in erster Linie der kleinere Landwirt, der Bauer interessiert ist. Leider vergaßen sie die Folgerungen daraus zu ziehn und für wirksame Mindestzölle einzutreten. Der Abgeordnete Depken bestritt sogar, daß die Notwendigkeit eines Mindestzolles von irgend einer Seite nachgewiesen sei. Bei einer derartigen platonischen Vertretung landwirtschaftlicher und Mittelstands-Interessen kann diese Partei sich nicht wundern, falls die Wähler aus der Landwirtschaft und dem Mittelstande bei den nächsten Wahlen mit ihren Vertretern eine scharfe Abrechnung halten und im Falle einer Wahlunterstützung Garantien dafür verlangen, daß die Parteileitung ihre Mitglieder nicht einfach von der Einlösung der eingegangnen Versprechungen entbinden kann.

Der „Fall“ der Anita Augspurg

beschäftigt gegenwärtig die Presse und wird wohl auch noch den Reichstag beschäftigen. Frl. Anita ist Dr. jur. und eine der Führerinnen der sogenannten Frauenbewegung. Sie gefällt sich in allerlei Absonderlichkeiten auch in Bezug auf Tracht und Benehmen.

> Die Dame weilte, so schreibt die „Welt am Montage“, dieser Tage in Weimar und hatte dort das Glück, in ihrem ganzen Exteriör dem Schutzmann Haldrich aufzufallen. Er hielt sie nach ihrem Polkakopf, nach ihrem Herrenhut, nach ihrer Reformtracht und nicht zuletzt nach ihrem bekannten sonoren Organ für ein männliches Wesen, und der Verdacht stieg in ihm auf, daß die Person irgendeinen nicht geheuern Grund haben könne, in dieser Verkleidung herum zu laufen. So gewann er es als ein pflichtgetreuer Beamter über sich, die Dame nach „Nam' und Art“ zu fragen. Der Aermste ahnte nicht, wem er in die Hände gefallen war, denn alle seine Versuche, sich von der Dame zu befreien, scheiterten an der juristischen Gewandtheit, mit der sie ihre „Verhaftung“ durchsetzte. Auf der glücklich erreichten Polizeiwache suggerierte sie der bedauernswerten Behörde auch sogleich den Paragraphen des Strafgesetzes, unter dessen Beleuchtung sie „ihren Fall“ gerückt zu sehn wünschte. Er trägt die Nummer 361,6 und lautet:
>
> Mit Haft wird bestraft . . .
>
> eine Weibsperson, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie den in dieser Hinsicht zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbsmäßig Unzucht treibt.
>
> Für welche der beiden Bestimmungen Fräulein Dr. jur. Augspurg hinsichtlich der Anwendung auf ihre Person geschwärmt haben mag, bleibe dahingestellt. Jedenfalls war an den Notizen, die sie der Presse vermittelte, auch ohne die Erklärung des Oberbürgermeisters von Weimar auffällig, die Art, in der sie ihre „Verhaftung“ provozierte und in der sie dem Falle das juristische Rubrum gab.

Wir wollen nicht in dem boshaften Ton fortfahren, den das obengenannte Blatt anschlägt, sondern nur den Thatbestand erzählen. Das Fräulein Doktor hat sich in der That etwas eigentümlich benommen und es liegt für uns nicht die mindeste Ursache vor, die Aussagen des Schutzmanns Haldrich und der übrigen Polizeibeamten, die mit dem „Falle“ zu thun gehabt haben, als unrichtig anzunehmen, auf Grund derer amtlich folgende Bekanntmachung ergangen ist:

> **Bekanntmachung.**
>
> Die Berichte in den Zeitungen über das Vorkommnis mit Fräulein Dr. jur. Anita Augspurg veranlassen mich, den Vorgang, wie er aktlich festgestellt worden ist, bekannt zu geben:
>
> Dem Schutzmann Haldrich — und nach dessen Angabe auch den beiden Bahnsteigschaffern — war die betreffende Dame nach Stimme, Gesicht, Haartracht, Hut und Gesten (wie sie den Hut abnahm und mit der Hand durch die Haare strich) aufgefallen. Der Schutzmann schöpfte den Verdacht, daß ein Mann sich verkleidet und die Verkleidung gewählt habe, um sich einer etwaigen Erkennung und Entdeckung aus gewichtigen Gründen zu entziehn. Deshalb sprach er, da die Schutzleute wegen der jetzt so häufigen Schwindeleien, Betrügereien und Diebstähle zur strengen Vigilanz, insbesondre während der Abend- und Nachtzeit, angewiesen sind, die betreffende Person auf der Straße an und fragte, wann sie zugereist sei, welche die Frage beantwortete und, bevor Haldrich imstande war, weitere Fragen zu stellen, hinzufügte: „Sie wollen mich doch mit auf die Wache nehmen, da nehmen Sie mich nur gleich mit, ich will Ihre Behörde sprechen und ein Protokoll aufnehmen lassen, die Frechheit geht noch über Wiesbaden.“ Des Schutzmanns Einwand: Die Befugnis

um Auskunft über ihre Person zu bitten, stehe ihm doch zu, fertigte die Dame mit der Erklärung ab: „Dieses Recht wollen wir Ihnen eben nehmen", und wiederholte auf das bestimmteste das Verlangen, der Polizeibehörde vorgeführt zu werden, ohne daß sie ihren Namen und Stand dem Schutzmann nannte. Diesem Verlangen entsprach der Schutzmann Haldrich, ohne daß die Aufmerksamkeit andrer erregt wurde.

Schutzmann Schulz, der Dienst auf der Polizeiwache hatte, bezeugt, daß Haldrich nach Ankunft mit der Dame im Rathause letztere nochmals frug: „Wollen Sie mir nun Ihren Namen nennen?" worauf dieselbe antwortete: „Nein, Ihnen sage ich meinen Namen nicht, ich verlange einen höhern Beamten."

Dem anwesenden Kriminalschutzmann Quehl, dem die Dame dann ihren Namen nannte und der mit ihr über den Vorfall verhandelte, erklärte Fräulein Dr. Augspurg unter anderm, „eigentlich habe sie den Schutzmann mit hergebracht und nicht der Schutzmann sie, der Vorfall komme ihr grade recht, sie brauche solches Material, damit der Paragraph (sie nannte einen Paragraph des Strafgesetzbuchs)*) falle, sie gehe an den Reichstag, ihr Name sei kein unbekannter, ihr stünden fast alle Zeitungen zur Verfügung; wir hätten einen Fall Berlin, Köln, München, Wiesbaden gehabt und nun hätten wir auch einen Fall Weimar."

Weimar, den 30. Oktober 1902.

Der Gemeindevorstand Großh. Residenzstadt.
Der Oberbürgermeister.
Pabst,
Geheimer Regierungsrat.

Frl. Dr. Anita hat selbstverständlicherweise bei der jüdischliberalen Presse lebhafte Unterstützung gefunden, da ihr Benehmen ganz zu dem der jüdischen „Führerinnen" der sogenannten Frauenbewegung paßt, und findet sie auch jetzt noch, nachdem der Oberbürgermeister von Weimar seine sehr von ihren Schilderungen abweichenden Feststellungen veröffentlicht hat. Wir könnten uns aber denken, daß ein deutsches Gericht vielleicht andrer Meinung sein und das Fräulein Doktor wegen Beamtenbeleidigung auf ein paar Wochen einstecken könnte. Wir würden dann dafür sein, daß man den Neigungen der Dame entgegenkommt, und sie in einem Männergefängnis unterbringt.

Es ist darum wohl etwas unvorsichtig, wenn Frl. Anita durch eine Berliner Korrespondenz erklären läßt:

„Den verschiednen unzutreffenden Darstellungen des Vorgangs in Weimar, die sich angeblich auf amtliche Mitteilungen von seiten der dortigen Behörden und Beamten stützen wollen, werde ich durch direkte Reklamation an die Polizeiverwaltung in Weimar entgegentreten. Ich werde weder mein Schreiben noch die Antwort der Behörde der Oeffentlichkeit vorenthalten, so daß das Publikum ein klares Bild über den wahren Sachverhalt gewinnen kann. Denjenigen Teil der Presse, welcher bisher absichtlich oder leichtfertig in beleidigender Weise über mich geschrieben hat, werde ich mit den zuständigen Maßregeln zur Verantwortung ziehn."

Je mehr sich die Gerichte mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben, um so mehr wächst die Gefahr für die streitbare Dame, für einige Zeit ihrer selbstgewählten Rolle entzogen zu werden. — Der Ausdruck „zuständige Maßregeln" entspricht, wie wir nebenbei bemerken wollen, nicht grade dem deutschen Sprachgefühl.

Jüdische Turner.

In Nr. 735 veröffentlichten wir das Verzeichnis der auf national-jüdischer Grundlage stehenden Turnvereine. Seit dieser Zeit haben sich wieder zwei neue jüdische Turnvereine gebildet. Der „Neue Posener Turnverein" zu Posen zählt, wie die „Jüd. Turnztg." berichtet, ungefähr 200 Mitglieder, darunter 130 aktive Herren; an den Vorturnerstunden nehmen 15 Herren teil; für eine zu errichtende Zöglingsriege sind bereits 40 Lehrjungen vorgemerkt. — In Leipzig wurde ein „Jüdischer Turnverein" ins Leben gerufen, der durch die „Jüdische Turnzeitung" allen jüdischen Turnbrüdern seinen herzlichsten Gruß zuruft. Der Verein zählt bereits 80 Mitglieder. Die Redaktion der „Jüd. Turnztg." ruft dem Bruderverein Leipzig ein kräftiges „Hedad" zu. —

„Auf uns Juden ist Jahn nie gut zu sprechen gewesen, alles, was nicht ganz deutsch war, bis auf einige antike Beispiele, die er gern heranzog, war ihm in der Seele zuwider ....", so schreibt der neue Turnwart des jüdischen Turnvereins „Bar Kochba" in Berlin, Theobald Scholem, im Oktoberhefte der „Jüdischen Turnzeitung". Herr Scholem hat jedenfalls Jahns Werke besser gelesen und verstanden, als seine Rassegenossen in Prag. Denn die Prager Juden fühlten den Drang in sich, auch ihrerseits dem Vater der deutschen Turnerei ihre „Huldigung und Dankbarkeit" darzubringen. Vater Jahn war wohl kaum auf die Prager Juden besser zu sprechen, als auf die Berliner Juden; da indessen der Prager Turnverein im Treppenhause seiner Turnhalle auch eine Jahnbüste stehn hat, die noch aus guten alten Zeiten stammt, so hatte er jüngst — wie die Prager „Bohemia" schreibt — „das Prager Deutschtum zu Gaste geladen, sich zu überzeugen, daß der Geist, in dem Jahn die deutsche Jugend erzogen wissen wollte, in seinen Jüngern fortlebt." Wie die „Bohemia" weiter meldet, waren bei der Feier „alle Kreise des deutschen Prag vertreten, die meisten deutschen Vereine hatten Vertreter entsendet." — Als nun die Vertreter der Prager Judenschaft so versammelt waren und der „Männergesangverein" das Lied „Ein treues deutsches Herz" gesungen hatte, hielt Prof. Dr. O. Weber die Festrede. Seine Ausführungen waren äußerst gediegen, aber für eine andre Zuhörerschaft berechnet; die Juden mögen große Augen gemacht haben, als der Redner mit dem Ausspruche Jahns schloß: „Den Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden." Damit setzte sich der Redner in direkten Gegensatz zum Obmanne des Prager Turnvereins Prof. Gad, der vor einem Jahre beim Wiener Kreisturntage behauptete, daß der semitische Einfluß an der deutschen Kultur einen unleugbaren Anteil habe, und daß das Deutsche Volk durch einen „semitischen Einschlag" nur gewinnen könne; Prof. Gad sagte damals weiter, wie man einen goldnen Becher nicht nur aus reinem Golde schaffe, sondern das Edelmetall mit andern Substanzen mischen müsse, so bedürfen die Deutschen eine Ergänzung durch die Juden. Prof. Gad erfreut sich bei den Prager Turnjuden der größten Achtung und Wertschätzung — und Prof. Weber that nicht gut, grade die Gegensätze zwischen Prof. Gad und Friedrich Ludwig Jahn zu berühren. Doch die Prager Juden machten wieder einmal in „Deutschtum", und so konnte auch der „Männergesangverein" sein zweites Lied, Beckers „Mahnruf", ohne Widerspruch zum Vortrag bringen; und als die Schlußzeilen erklangen: „Reicht die Hände Euch, Germanen", da blickten Kohn, Perlsee, Pick usw. um im weiten Saale und es sollen sich thatsächlich — so wird dem Prager „Deutschen Volksboten" berichtet — außer dem Festredner und dem Turnwarte noch sieben Teilnehmer gefunden haben, die diesem Rufe hätten entsprechen können.

Vom deutsch-amerikanischen Petroleummonopol.

Die Bestrebungen der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft, ein Petroleummonopol sowohl im Groß- wie Kleinhandel über ganz Deutschland hin zu schaffen, werden mit großer Zähigkeit und einem bedeutenden Aufwande von Mühen und Kosten fortgeführt. Die Veröffentlichungen der Handelskammern darüber lassen dies nur zu deutlich erkennen. Der deutsche Handel, soweit er bei dieser Frage direkt beteiligt ist, hat vielleicht die ihm durch die Tendenz jener Gesellschaft drohende wirtschaftliche Schädigung nicht rechtzeitig genug in ihrer vollen Tragweite gewürdigt, oder es wenigstens verabsäumt, mit der geboten gewesenen Energie zur Abwehr zu schreiten. Heute ist der Einfluß und auch die praktische Organisation der Gesellschaft im deutschen Absatzgebiet so weit vorgeschritten, daß Gegenmaßnahmen wohl noch dazu angethan

*) § 361 ist gemeint.

erscheinen, den Prozeß der Monopolgestaltung und damit der Ausschaltung des Zwischenhandels, wie der Beseitigung des Wettbewerbes zu hemmen, aber schwerlich ganz zu verhindern.

Immer weiter breiten sich die Tank-Anlagen der Gesellschaft im Binnenlande aus, und zwar im Anschluß an die Eisenbahnlinien und Stationen. Für die Schaffung dieser Anlagen bemüht sich das hinter der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft stehende Finanzkonsortium, die Dienste der Eisenbahnverwaltungen in Anspruch zu nehmen, indem man von diesen die Ueberlassung geeigneter Lagerplätze fordert. Da nachweislich die Eisenbahnverwaltungen bei Durchführung der Pläne der Monopolgesellschaft in ihren Fracht-Einnahmen geschädigt werden würden, hat man von dieser Seite die Bestrebungen des Petroleumringes nicht gefördert. So haben, wie wir bereits mitteilten, die an die sächsische Eisenbahnverwaltung gerichteten Gesuche um Gewährung von Anlageplätze nach eingeholter, ungünstig lautender Auskunft bei den Handelskammern eine runde Ablehnung erfahren. Auch die preußische Regierung ist darauf bedacht, den Faßlagerungen vor den Tanklagerungen Vorteile zu gewähren. Es geschieht dies grade aus dem Grunde, um zu verhindern, daß die mittlern und kleinern Lagereien in Abhängigkeit von den Monopolgesellschaften geraten.

Man würde die dem Gewinnen- und Verdienen-Wollen nachjagenden Leiter der Petroleumgesellschaft ganz falsch beurteilen, wenn man vermutete, sie würden sich durch gelegentliche Mißerfolge von ihrem Ziele abbringen lassen. Mit nichten! Mißlingt das Vorgehn hier, so winkt ihm andrerseits dort der sichere Erfolg, und inzwischen hofft man Mittel und Wege ausfindig machen zu können, um auch an der ersten Stelle den Widerstand zu beseitigen. Daß die Gesellschaft unablässig am Werke ist, beweisen die Mitteilungen der Presse und der Handelskammerberichte über diesen Gegenstand.

Neuerdings scheint die Monopol-Gesellschaft dem Großherzogtum Hessen ihre besondre Aufmerksamkeit zugewendet zu haben, denn die Gießener Handelskammer hat an die Solinger Handelskammer die Anfrage gerichtet, welche Erfahrungen mit der in Solingen errichteten Tank-Anlage der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft gemacht worden seien, welchen Einfluß die Anlage auf den Petroleum verkaufenden Groß- und Kleinhandel ausgeübt habe und in welcher Weise der Verkauf seitens der Gesellschaft erfolge.

Die angegangne Handelskammer hat nach Umfrage bei den Solinger Petroleumhändlern — nach Mitteilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" — eine umfassende Auskunft erteilt:

„Es ist festgestellt worden, daß die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft auch mit ihrer hiesigen Tank-Anlage den Versuch gemacht hat, das Petroleumgeschäft am Platze zu monopolisieren. Zu einer vollständigen Beherrschung des Marktes ist indessen die Gesellschaft bisher nicht gelangt, hauptsächlich weil ihr seitens eines Teiles der hiesigen Petroleum-Grossisten ein kräftiger Widerstand entgegengesetzt wurde, der allerdings den Großhändlern große Opfer auferlegt hat. Der Verkauf des Petroleums an die Kleinhändler erfolgt durch die Gesellschaft mittels Straßentankwagen; auch hat die Gesellschaft den Kleinhändlern Petroleum-Meßapparate mietfrei aufgestellt und mit Vorhängeschlössern versehn, um dadurch den Kleinhändler zu zwingen, das Petroleum möglichst nur von der Gesellschaft zu kaufen. Ein Verkauf an den Verbraucher findet nicht statt."

Aus diesen Mitteilungen erhellt, daß die Petroleumgesellschaft in Solingen in der für ihr Vorgehn typischen Art operiert. Es ist wesentlich nur dem energischen Widerstande eines rührigen, in seinen Interessen sich bedroht sehenden Handels zu verdanken, wenn dort das Monopol nicht völlig zur Durchführung gebracht werden konnte. Wenn dann betont wird, daß ein direkter Verkauf des Petroleums an die Verbraucher vermieden werde, so findet das seine Erklärung auch wieder lediglich in dem abwehrenden Auftreten des am Platze ansässigen Handels. Es kann sich jedoch nur um eine vorläufige Thatsache handeln. Der Endzweck des Vorgehns der Kapitalsgesellschaft ist auf die Herstellung einer direkten Beziehung zum Verbraucher unter Umgehung jeglicher Zwischen Instanz gerichtet.

Mögen alle die Faktoren bei uns, die auf die eine oder andre Art bei dieser Frage beteiligt sind, und das sind: die Regierungen, denen an der Erhaltung eines kräftigen „nationalen" Handels gelegen sein muß, weiter die Verbraucher, die schließlich die Zeche zu bezahlen haben dürften, und der zunächst bedrohte Handel dahin streben, daß den monopolistischen Gelüsten des Petroleumkonsortiums mit allen erdenklichen Mitteln entgegengewirkt werde. Mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen bei richtiger Anwendung derselben ist auf diesem Gebiete zwar vieles zu erreichen. Immerhin dürfte es angebracht sein, der Heranziehung des im Inlande erzeugten Spiritus zu Beleuchtungszwecken im Sinne eines erfolgversprechenden Wettbewerbes für das vom Auslande kommende Petroleum von Seiten der Staatsregierungen noch weiter näher zu treten. Die Versuche zur Verwendung des Spiritus als Leuchtkraft müßten unsers Erachtens von den staatlichen Behörden auf das lebhafteste gefördert werden. Das Interesse der heimischen Verbraucher und die der Regierung hier leicht gemachte Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung fordern dies mit Dringlichkeit.

Getaufte Juden.

Vor einigen Wochen tauchte in den jüdischen Vereinen zu Prag ein elegant gekleideter Mann auf, der sich als Rabbiner Dr. Tischler aus Amsterdam vorstellte und angab, die Verhältnisse der Prager, und insbesondre der tschechischen Judenschaft studieren zu wollen. Man nahm ihn überall gut auf, und ein Großer in Israel veranstaltete sogar ihm zu Ehren ein Festmahl, wobei Dr. Tischler eine formvollendete Rede in tschechischer Sprache hielt. Dr. Tischler lebte in Prag herrlich und in Freuden, pumpte wo er konnte, und da er das Hebräische ausgezeichnet beherrschte und mit den Gebräuchen des jüdischen Gottesdienstes außerordentlich vertraut war, schöpfte niemand Verdacht. Eines Tages fragte bei dem protestantischen Pfarrer Dr. Greiß zu Prag die Amsterdamer evangelische Mission an, was ein evangelischer Missionar namens Dr. Tischler in Prag mache. Er sei von der evangelischen Mission nach Böhmen und Mähren mit einer Summe von zweitausend Gulden geschickt worden, um dort Juden zum Christentum zu bekehren, habe aber nichts von sich hören lassen. Von dieser Sache erfuhr auch das Prager Oberrabbinat und die Polizei. Die jüdische Kultusgemeinde in Amsterdam stellte darauf fest, daß Dr. Tischler ehemals Rabbiner in Holeschau (Mähren) gewesen sei, später sich taufen ließ und nun als Abgesandter der evangelischen Mission in Amsterdam überall Schwindeleien verübe. Inzwischen war der intelligente Judenchrist verduftet.

Großartiger wie Rabbi Tischler verfuhr sein Rassegenosse Kanonikus Rosenberg in Tours. „Kanonikus" und „Rosenberg", das reimt sich schlecht zusammen. Aber es ist so! Er heißt Rosenberg und ist Kanonikus, wirklicher, echter und wohlbestallter Kanonikus an der Kathedralkirche von Tours. Sein Vater stammte aus Stein (Baden), kam im Jahre 1846 nach Tours und war dort als Musiklehrer und auch, obgleich Jude, als Violoncellist an der Kathredale thätig; er heiratete eine Katholikin und trat dann zum Katholizismus über, und fortan kannte ihn ganz Tours als einen sehr frommen Mann. Darum war seine Freude groß, als einer seiner Söhne den geistlichen Stand erwählte.

In dem jungen Abbé Rosenberg regten sich jedoch bald die geschäftlichen Instinkte seiner Rasse. Eine Pfarrstelle hat er nie inne gehabt, er war Hauslehrer und Hausgeistlicher bei vornehmen Familien, so z. B. bei der Herzogin d'Albufera und der Madame de Bonneval, und benutzte die Vertrauensstellung, die er genoß, um sich Geld, viel Geld für seine Gründungen zu verschaffen. In der Zeit, als seine Geschäfte noch gut gingen, kaufte er sich für 60000 Franken die Präbende in Tours.

Aber die Geschäfte gingen nicht lange gut, und bald wurde aus dem Gründer im Priestergewand ein Schwindler, — ein Schwindler größten Stils und allerersten Ranges. Der angeborne Geschäftssinn verband sich mit jesuitischer Geriebenheit; sein frommes Gebahren blendete, seine Kenntnis der kirchlichen Dinge wie seine Vertrautheit mit den Gepflogenheiten der Geldleute trieb ihm zahlreiche Opfer ins Netz. So hat er, wie der „Deutschen Zeitung“ aus Paris berichtet wird, eine Fabrik von Glasperlen für Totenkränze und eine Agentur zur Ansiedlung in Kanada, eine Art Grundstücksbank und ein Weingeschäft besessen, alles mit frommen Aushängeschildern. Er gründete einen geistlichen Orden vom „Ewigen Licht“, der das von ihm ins Leben gerufne Waisenhaus Rueil bei Paris leitete. In Wahrheit lieferte ihm dies Waisenhaus billige Arbeitskräfte für eine Konservenfabrik und eine Mosaikwerkstätte. Seine Grundstücksbank arbeitete ohne Grundstücke und für seine Ansiedlungs-Agentur fehlten die zu besiedelnden Ländereien, und auch seine sonstigen Gründungen, eine Schweineschlächterei im Großen, eine fotografische Werkstatt, eine Fabrik künstlicher Blumen u. a. dienten lediglich dazu, frommen Geldgebern Sand in die Augen zu streuen. Daß er dabei nicht kleinlich war, beweist der Umstand, daß bei seinem ersten Bankrott sich die Passiva auf über drei Millionen Franken beliefen. Das hinderte nicht, daß er auch fernerhin — vertrauensvolle Seelen fand. Vielleicht hätte er sein „frommes“ Treiben noch fortsetzen können — er zog es allerdings vor, jetzt unter falschem Namen zu operieren —, wenn nicht ein Zwischenfall passiert wäre.

Zu seinen übrigen Geschäften betrieb Rosenberg nämlich noch das einträgliche Geschäft, kirchlich geschlossene Ehen für ungültig zu erklären. Man wird zugeben müssen, daß er in der Wahl seiner Berufe genial war. Seit die Ehescheidung in Frankreich wieder eingeführt ist, empfinden es namentlich viele der geschiednen Frauen als einen Gewissensdruck, daß ihre Ehe zwar vor der weltlichen Obrigkeit, nicht aber in den Augen der Kirche aufgelöst ist. In Rom die Auflösung der Ehe zu erwirken, ist äußerst schwierig. Mehrfach aber ist es vorgekommen, daß man in Rom die Ehe als überhaupt nichtig erklärt. Das machte sich der Kanonikus Rosenberg zu nutze. Er verschaffte den geschiednen Frauen, natürlich gegen klingende — viel klingende Münze — ein päpstliches Breve, das ihre Ehe für ungültig und nichtig erklärte, natürlich ein gefälschtes Breve; seine Wissenschaft in den Gebräuchen der römischen Kurie und seine Würde als Kanonikus ermöglichte ihm den Betrug. Er wendete auch gern den Trick an, daß er sich für den Bevollmächtigten des Bischofs von Cypern ausgab, dem das Recht zustehe, Ehen aufzulösen: nur müsse man seiner Diözese angehören, und zu diesem Zweck galt es, sich Grundbesitz auf Cypern zu erwerben; der Kanonikus vermittelte gern den Ankauf; der Grund und Boden in Cypern war außerordentlich teuer. Hatte man aber ein Stück Land auf Cypern erworben, dann kam auch bald eine Urkunde an; der gute Bischof löste die Ehe auf.

Jene Frau Mourichon war von ihrem Gatten, einem nicht unbekannten Forschungsreisenden geschieden; sie wünschte auch die kirchliche Trennung ihrer Ehe. Rosenberg verschaffte ihr das. Zu spät hat sie erkannt, daß sie genasführt worden war. Einen gewissen Gadobert, der zwischen ihr und Rosenberg vermittelt hatte, hat man jetzt eingesperrt. Stanislaus Jean Marie Rosenberg aber, der Sohn eines „biedren Deutschen israelitischen Glaubens“, wie die Judenblätter seinen Vater nennen; ist flüchtig. Weshalb ist der Deutsche im Auslande verhaßt?

Das Zentrum und die deutschen Gärtner.

Jüngst schrieb das führende Blatt der Zentrumspartei, die „Germania“, die „verwerfliche agrarische Obstruktion“ der Bündler habe sich u. a. darin geäußert, daß sie sogar für allerlei Gärtnereiprodukte und andre Artikel „ganz nebensächlicher (!) Natur“ (dazu rechnet die „Germania“ scheinbar neben dem Wein auch Hopfen, Tabak, Eichenlohe, Gemüse, Kartoffeln, Milch u. a. Erzeugnisse grade der kleinbäuerlichen Wirtschaften) einen gesicherten Zollschutz gefordert hätten.

Dieser hier von einem ihrer Organe geäußerten Anschauung hat sich die ganze Zentrumspartei im Reichstage angeschlossen, indem sie durch den Abgeordneten Herold Uebergang zur Tagesordnung über alle von dem Freiherrn von Wangenheim und seinen Freunden gestellten Anträge auf Annahme von Mindest-Zollsätzen auch für die verschiednen Garten- und die Wirtschafts-Erzeugnisse süd- und westdeutscher Kleinbauern beantragen ließ. Vergebens wies der Abg. Dr. Hahn darauf hin, daß es ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit sei, nachdem man bei Getreide, Vieh und Fleisch an den gesicherten Mindestzöllen festgehalten habe, auch den kleinsten Grundbesitzern und Gärtnern eine gleiche Sicherheit für die Erzeugnisse ihrer mühevollen Arbeit zu gewähren. Vergebens wies er darauf hin, daß diese Arbeiter auf der deutschen Ackerscholle, von denen jeder einzelne als staatserhaltend und als eine Schutzwehr gegen die Bestrebungen der sozialdemokratischen Umsturzgenossen anzusehn sei, durch die fortgesetzt steigende Einfuhr von Gartenfrüchten und Feldgemüsen aus klimatisch und durch billige Arbeitskräfte begünstigten Ländern um den Lohn ihrer Arbeit gebracht würden. Allein an frischem Obst werden jährlich für 30 Millionen und für Dutzende von Millionen andre Früchte eingeführt, die sonst sehr wohl im Inlande gewonnen werden könnten. Den Schaden davon haben, wie gesagt, neben den Gärtnern vorwiegend kleine Bauern, bei denen jeder Groschen Mehreinnahme ins Gewicht fällt. Darum war es unverantwortlich, daß man über die Anträge zum Schutz dieser Mittelstands-Angehörigen in Gartenbau und Landwirtschaft einfach zur Tagesordnung überging, ohne auch nur eine Darlegung der für einen gesicherten Zollschutz sprechenden Gründe zu gestatten.

Man verweise nicht auf die Zölle, die der Generaltarif nach der Gestaltung der Kommissionsbeschlüsse für einen Teil jener Erzeugnisse enthält. Grade von diesen Zöllen wird am wenigsten übrig bleiben, wenn erst die neuen Handelsverträge abgeschlossen werden: was hier nicht in einem Minimaltarif festgelegt ist, das ist ein wesenloser Schein für die deutschen Garten- und Gemüsebauern.

Für den Uebergang zur Tagesordnung über die Interessen dieser fleißigen Arbeiter auf vaterländischer Scholle stimmten: Das ganze Zentrum und die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgeordneten Haas, Graf Oriola, Lichtenberger, die Freikonservativen bis auf den Abg. Nauck und neben einem Teil der Freisinnigen leider auch die bekannten Kompromißkonservativen Graf Schwerin, Nettich u. a.

Mit den Vertretern des Bundes stimmten für eingehende Erörterung dieser Zollfragen im Interesse der kleinen Leute etwa drei Viertel der Konservativen und die sämtlichen Antisemiten. (Die Angabe der „Deutschen Wacht“ — Nr. 255 vom 2. d. M. —, daß außer den Konservativen nur die Reformpartei dafür gestimmt habe, ist ein großer Irrtum.) Dazu kamen die Sozialdemokraten und ein Teil der Freisinnigen, die auch eine Erörterung wünschten, aber nicht um den deutschen Gärtnern und Kleinbauern zu ihrem Recht zu verhelfen, sondern nur um die Zolltarifdebatte verlängern zu können.

Aber die ganze Angelegenheit wird noch in eine für das Zentrum sehr viel ungünstigere Beleuchtung dadurch gerückt, daß der Antrag Herold geschäftsordnungsmäßig in dem Augenblicke, wo er gestellt wurde, garnicht zulässig war. Leider hat das im Augenblicke niemand von den Freunden der deutschen Gärtnerei im Reichstage rechtzeitig bemerkt. Das ist aber erklärlich, da sich die Abgeordneten in dieser Beziehung auf den Präsidenten als den Hüter der Geschäftsordnung verlassen müssen. Aber auch dieser hatte übersehn, daß die Geschäftsordnungsbestimmung, die den Uebergang zur Tagesordnung gestattet, unter der Ueberschrift steht: „Schluß der Debatte“. — Sie kann also nur auf Anträge angewendet werden, worüber bereits die Debatte eröffnet worden ist und bei der mindestens der Antragsteller zur Begründung seines Antrages gesprochen

hat. — Dann hätte Freiherr von Wangenheim wenigstens die Klagen der deutschen Gärtner ausführlich darlegen können.

Die deutsche Gärtnerei wird sich das merken müssen.

Die göttliche Sarah hat in Berlin ausgespielt

und ist weiter gereist. — So überschwänglich, wie sie es sich vielleicht selbst vorgestellt hat, sind die Triumphe nicht gewesen, die sie in der Reichshauptstadt gefeiert hat.

„Unter der Flagge ‚Presseklub‘, so schreibt die ‚Rhein. Westfälische Zeitung‘, ist Sarah Bernhardt von 300 Konfektionären, Seifenhändlern, Speditören und kleinen Bankiers begrüßt worden. Noch niemals haben wir in Berlin einem Fest beigewohnt, das einen so kläglichen Eindruck gemacht, so total verunglückt war. Außer Sudermann und Fulda war von den großen Geistern niemand da; die Presse war durch ein Dutzend Exemplare vertreten, denen man die untersten Plätze der Tafel angewiesen, d. h. sie soweit wie möglich von der Ehrentafel entfernt hatte. Unter diesen Leuten gab es eine förmliche Rebellion und die Sache wird ja wohl noch im Presseklub zur Sprache kommen. Die Herren konnten es absolut nicht begreifen, daß den Konfektionären die hervorragendsten Plätze eingeräumt waren. An der Ehrentafel hatte der Redaktör des ‚Konfektionär‘ Caro Platz genommen; neben ihm wimmelte als Vertreter des Presseklubs ein Direktor Lehmann herum und auf dem großen Bilde stehn diese beiden Herren neben der Sarah in sehr schöner Position. Das genügt, um zu zeigen, was das für ein Fest war. Das Fest sollte um $8\frac{1}{2}$ Uhr seinen Anfang nehmen, begann aber erst um 11 Uhr. Die Gesellschaft hatte sich zu Tische gesetzt und langweilte sich schrecklich. Minute auf Minute verrann, bleierne Oede herrschte ringsum, von Zeit zu Zeit gingen erhobnen Hauptes die Macher des Festes, Caro und Lehmann, zur Thür, sie hatten Nachricht bekommen, Sarah sei ohne Unfall und ohne den Verlust ihrer Perrücke in Berlin angekommen. Da, es war kurz vor 11 Uhr, ging eine Bewegung durch die Reihen, die Flügelthüren öffneten sich und wie ein Triumphator trat mit der Sarah der Redaktör des ‚Konfektionär‘ Caro in den Saal. Die Konfektionäre schrieen ‚Bravo‘. Viel hätte nicht gefehlt und man hätte ‚Die Wacht am Rhein‘ gesungen. Es war eine Farce.“

Selbst ein Blatt von der Qualität der „Welt am Montage“, dem man einen Ueberfluß an Nationalgefühl wirklich nicht vorwerfen darf, schrieb in seiner letzten Nummer:

Nationalgefühl unbändig! Frau — Verzeihung — Fräulein — Verzeihung — Madame Sarah Bernhardt, die uns unzählige Male durch die getreue Schar ihrer Reporter erklären ließ, daß sie die Zumutung, in Deutschland ihre Kunst zu zeigen, als eine Entehrung empfinde, hat das Königliche Schauspielhaus für sich und ihre Truppe zu einer Reihe von Gastvorstellungen pachten und darin auftreten dürfen, ohne derart ausgepfiffen worden zu sein, daß ihr das Wiederkommen für alle Zeiten vergangen wäre. Wir sind eben, Gott seis gedankt, keine Chauvinisten, sondern immer noch dafür empfänglich, Fußtritte mit Handküssen zu quittieren.

Allerdings wird dann unter dem Striche in derselben Nummer des oben erwähnten Blattes die „Phädra“ der göttlichen Sarah in der überschwänglichsten Weise gepriesen, während grade an dieser Rolle die meisten Kritiken fast alles auszusetzen haben.

Uebrigens möchten wir nicht unterlassen zu betonen, daß **wir**, von rein künstlerischem Standpunkte aus die Sarah Bernhardt auch als eine sehr bedeutende S c h a u s p i e l e r i n anerkennen.

Da sie in ihren besten Jahren in Kopenhagen Gastrollen gegeben und bei den damals noch sehr antideutsch gesinnten Dänen glänzende Aufnahme gefunden hat, so war es wohl ein begreiflicher Wunsch des hier grade am Kaiserhofe weilenden Kronprinzen von Dänemark, sich die Ueberreste der Sarah von damals anzusehn und unser Kaiser war durch Höflichkeitspflichten genötigt, seinen hohen Gast ins Theater zu begleiten. **Aber** empfangen wurde die Sarah nicht und dadurch ist sie um **den** großen Theatercoup gekommen, den sie vielleicht noch im Sinne hatte. — Der Kronprinz von Dänemark war ja auch in der Lage, aus eigner Erinnerung von jenem Trik zu berichten, durch den die redegewandte Jüdin dereinst den preußischen Gesandten in Dänemark aus dem Amt brachte.

Vielleicht ist das Hofmarschall-Amt daher vorsichtiger als gewöhnlich gewesen.

Eine alldeutsche Sammlung, wertvoll, einzig in ihrer Art, ist aus der „Alldeutschen und Marine-Ausstellung“ zu Kassel vom Mai 1901 zurückgeblieben. Sie wird planmäßig vervollständigt und soll während des Winters 1903/4 eine Zeit lang im Museum „Folkwang“ des Herrn Kunst-Historikers Karl Ernst Osthaus zu Hagen (Westf.) ausgestellt werden. Danach empfiehlt sich eine dauernde Ausstellung, möglichst in einer Universitäts- oder sonstwie geistig regsamen deutschen Stadt. Es bedarf dazu nur eines hellen Zimmers mit einigen einfachen Vorrichtungen und Aufsicht, am besten in Verbindung mit einer andern öffentlichen Sammlung. Vielleicht kann einer unsrer Leser eine derartige Aufstellung vermitteln.

Außerdem bittet Herr Dr. Winterstein (Kassel, Humboldtstr. 30) um Unterstützung bei Vervollständigung der Sammlung. In welcher Art das zu geschehn hat, ist aus der Aufzählung der Haupt-Abteilungen zu ersehn:

1. Bilder und Gegenstände von den deutschen Sprach-Grenzen und Sprach-Inseln auf der ganzen Erde, also Abbildungen von Städten und Landschaften, Trachten und Typen, deutschen und nicht-deutschen, Gruppen-Bildern usw.
2. Not- und Kampfrufe aus bedrohten Gegenden.
3. Bilder und Gegenstände aus den deutschen und niederdeutschen Siedlungen, auch aus Südafrika (Transvaal, Burenkrieg!).
4. Bilder und Gegenstände von der deutschen Seeschiffahrt (auch Modelle).
5. Deutschvölkische und deutschfeindliche Gegenstände, namentlich Ansichts-Postkarten, Siegel, Stempel, Abzeichen, Bilder u. dgl.
6. Alldeutsche Spottlieder von Freund und Feind.
7. Deutsche Zeitungen, namentlich aus gemischten und fremden Sprach-Gebieten, auch besonders deutsch-feindliche und alldeutsche Zeitungen.
8. Alldeutsche Bücher, Schriften, Landkarten und Atlanten.
9. Bilder deutscher Vorkämpfer (auch niederdeutscher).
10. Alldeutsche Urkunden und Andenken.

Selbst die kleinsten Beiträge und unscheinbarsten Gegenstände der oben bezeichneten Arten sind wertvoll und werden mit Dank angenommen, nötigenfalls auch gegen Bezahlung nach Vereinbarung.

Der Begriff „alldeutsch“ ist im weitern Sinn zu verstehn und soll alle deutsch-völkischen Bestrebungen und Vereine umfassen, auch niederdeutsche (holländische und flämische).

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Jassy ist der Bankier Israel Chaim Daniel gestorben, der über zwanzig Millionen Franken hinterließ. Ein Beweis für die „Bedrückung“ der Juden in Rumänien! —

„Wunderbare Eröffnung des großen Warenhauses ersten Ranges“ zeigt Eduard Blumenrath in Dortmund an. Wahrscheinlich wirds den Käufern „wunderbar“, wenn sie ihren Kauf zu Hause besehn. —

Das Warenhaus Tietz zu Berlin giebt bekannt: „Das auf der Hof-Jagd bei Sr. Königlichen Hoheit dem Regenten von Braunschweig in Blankenburg erlegte Rotwild und ein großer Teil der Schwarzwildstrecke ist von uns übernommen und kommt von heute an zum Verkauf.“ Die Kaiserliche Jagdbeute war sogar im Schaufenster ausgestellt und man konnte sich Stücke davon „reservieren“ lassen. Obs auch „Ursprungs-Zeugnisse“ gab, vermochten wir nicht zu erfahren.

Der Abgeordnete Heinrich Rickert ist Montag, den 3. November, früh in Berlin verstorben. Er ist 69 Jahre alt geworden.

Der Verstorbne war bekanntlich der Führer des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, der gewöhnlich nach einem

geflügelten Worte des Abgeordneten v. Liebermann „Judenschutztruppe“ genannt wird. — Es widerstrebt uns, am offnen Sarge das Fazit seines Lebens so zu ziehn, wie es sich uns darstellt. Das muß einer spätern Zeit vorbehalten werden. Hoffentlich findet sich kein Mann deutscher Abkunft, der die Rolle weiter spielt, die er sich erwählt hatte.

Endlich! Die Organisation eines jüdischen Regiments ist in Newyork zur That geworden. Um „Ausschreitungen“, wie solche gelegentlich der Beerdigung des Oberrabbiners Joseph dort stattfanden, vorzubeugen, und bei ähnlichen Vorkommnissen der Polizei in der Aufrechterhaltung der Ordnung hilfreich zur Seite zu stehn, haben sich 250 junge Juden als Regiment organisiert und zu diesem Zwecke die Inkorporationspapiere von einem Richter unterzeichnen lassen. Reiche Rassegenossen stellten Gewehre und andre Waffen zur Verfügung und geschulte Soldaten leiten die militärischen Uebungen des jungen Regiments. Es will sogar die nötigen Schritte ergreifen, um der Nationalgarde des Staates einverleibt zu werden. Regimenter mit nationaler oder konfessioneller Färbung sollen zwar in den Vereinigten Staaten nicht aufgestellt werden, aber in keinem Lande läßt sich ein Gebot leichter umgehn.

Es ist schade, das dieses famose „Regiment“ nicht schon auf Kuba oder den Philippinen Verwendung finden konnte!

Freisinnige Brotwucherer. In Breslau brachte im zweiten Vierteljahre 1902 die städtische Schlachtsteuer nach Abzug der Verwaltungskosten folgende Beträge: Fleischsteuer 32074,49 Mark, Geflügelsteuer 25350,59 Mark, Wildsteuer 9953,04 Mark, Biersteuer 15532,25 Mark, Braumalzsteuerzuschlag 63340,40 Mark, Schlachtsteuer 352998,89 Mark, zusammen 499249,66 Mark. Dabei stimmt die freisinnige Stadtverwaltung in das Geschrei über „Zollwucher“ mit ein, und verteuert ihrer Bürgerschaft die Lebensmittel in einem Vierteljahre um fast eine halbe Million Mark!

Der kleine Cohn spukt überall herum. Der zum Bremer Jahrmarkstrubel (Freimarkt) vom Berliner Lokalanzeiger entsandte „Spezialberichterstatter“ stellte mit süßsaurer Miene fest, daß man überall in den Buden in allen Formen „den kleinen Cohn“ finde, und wir müssen heute zu unserm Leidwesen davon Kenntnis nehmen, daß auch die Kaiserliche Postverwaltung den kleinen Cohn kennt. Bei einer Sekretär-Prüfung wurde nämlich von der Ober-Postdirektion zu Köln (Rhein) nachstehende Aufgabe gestellt: „Beim Postamt 1 in Köln sind 9000 mit je 5 Pf. frankierte Ortsbriefe aufgeliefert worden, die den Firmen-Aufdruck ‚A. Neumann, Frankfurt (Main)‘ trugen. Bei der angestellten Untersuchung stellt sich folgendes heraus: Die Briefe sind von der Firma A. Neumann in Frankfurt in drei Postpacketen zu je 3000 Stück an den hierselbst wohnhaften Kaufmann Max Cohn postlagernd abgesandt worden. Gleichzeitig hat der Absender Max Cohn ersucht, die Packete abzuholen und die Briefe gelegentlich in Köln bei der Post aufzuliefern. Cohn ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat für seine Mühewaltung eine Entschädigung von drei Mark erhalten. Kandidat hat die Untersuchung zu führen usw.“

Es ist wirklich nicht schön, daß die Ober-Postdirektion Köln keine andern Namen finden konnte als Aron Neumann und Max Cohn, um ihren Prüfungs-Kandidaten einen Porto-Hinterziehungsfall klar zu machen. Hoffentlich sorgt der Denunziantenverein dafür, daß solch eine Herabwürdigung unsrer „Mitbürger“ jüdischen Glaubens nicht wieder vorkommt!

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten tagte in Anwesenheit von Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kultusministeriums, des Reichsgesundheitsamts, des Reichsmarineamts und andrer Behörden Ende Oktober im Berliner Rathause. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Vorsitzender Geh. Rat Prof. Neisser (Breslau), sein Stellvertreter Prof. Dr. Lassar (Berlin) und Generalsekretär Dr. Blaschko (Berlin). Also lauter Juden! Der erste Vorsitzende ist derselbe Herr, der zu Breslau im Jahre 1892 eine Anzahl Kinder und Frauen ohne deren Einwilligung mit syphilitischen Eitersubstanzen impfte, um zu ermitteln, ob derartige direkte Uebertragungen des furchtbaren Krankheitsgiftes durch ein geeignetes Gegengift zur völligen Immunität gebracht werden können. Prof. Neisser wurde für diese Handlungsweise nur im Disziplinarwege mit einem Verweise und einer Geldstrafe von 300 Mark bestraft.

Die beleidigten Ahnen des Herrn Kohn. Aus Olmütz wird dem „Wiener Extrablatt“ gemeldet: Vor dem hiesigen Schwurgericht sollte am 25. Oktober gegen den verantwortlichen Redaktör Ferdinand Seidl des „Deutschen Nordmährerblattes“ die Verhandlung wegen Ehrenbeleidigung stattfinden, und zwar auf Anklage des Fürsterzbischofs Dr. Theodor Kohn. Es kam jedoch zu einem Ausgleiche, bei welchem Seidl folgende Erklärung abgeben mußte: „In der Nummer 43 des ‚Deutschen Nordmährerblattes‘ erschien unter der Marke: ‚Kohns Klage‘ ein Gedicht, durch dessen Inhalt sich der Herr Kläger, Se. Exzellenz Fürsterzbischof Dr. Kohn beziehungsweise dessen Ahnen verletzt fühlten. Indem ich anerkenne, daß der Inhalt den Kläger beziehungsweise dessen Ahnen tief verletzte, spreche ich mein Bedauern aus, und indem ich Herrn Kläger um gütige Vergebung bitte, leiste ich hiermit die gebührende und volle Ehrengenugthuung.“ — Daraufhin wurde die Anklage zurückgezogen. Interessant wäre freilich gewesen, wenn man erfahren hätte, welche Ahnen tief verletzt waren: ob Abraham, Isaak und Jakob, oder jener Veitel Kohn, der zum Christentum übertrat.

Die vorstehenden Zeilen finden wir wörtlich in der Erfurter „Tribüne“, einem ... sozialdemokratischen Blatte! Was wird Paul Singer dazu sagen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 6. November 1902. Nr. 742.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Aus der Sitzung des österreichischen Herrenhauses vom 25. Oktober (Beratung des Gesetzes übee den Terminhandel) bringt die Wiener Morgenzeitung folgende bezeichnende Schilderung: Es ist Abend. Die Abstimmung neigt ihrem Ende zu. Beim Buchstaben K angelangt, ruft der Kanzleidirektor: „Graf Khevenhüller!“ ... Alles bleibt still ... „Graf Khevenhüller!“ ... Neuerliches Schweigen ... Jetzt ruft der Präsident selbst laut und vorwurfsvoll: „Graf Khevenhüller!“ ... Aber niemand antwortet. „Ich bitte, den Heren Geasen Khevenhüller aufmerksam zu machen“, sagt der Präsident. Darauf begeben sich ein paae Herrenhausmitglieder zum Platz des Grafen Dort sitzt ein kleiner Herr, das Haupt auf die Brust gesenkt, ein Bild des Friedens und der Harmonie. Man rüttelt an ihm, ruft ihn laut an. Da hebt er jäh das Haupt, blickt ungläubig um sich und weiß nicht, warum man ihm seinen Frieden stört. Jemand beugt sich nieder flüstert ihm etwas ins Ohr, und jetzt schreit er ein plötzliches „Nein!“ dem Peäsidenten zu, das wie aus der Pistole geschossen klingt. Gleich darauf begiebt sich sein Geist aus dem nüchternen Rayon des Terminhandels wieder in andre, lieblichere und poetischere Sphären ... Der Kanzleidirektor ist beim Buchstaben „Sch“ .... „Prinz Schaumburg-Lippe!“ ruft er. In diesem Moment kommt ein kleiner, altee Herr zufällig in den Saal; er trägt eine Generals-Uniform und sein Antlitz leuchtet gar feeund ich aus dem martialischen Kostüm. Es ist der gerufne Feldmarschall-Leutnant. „Durchlaucht sollen abstimmen!“ ruft man ihm zu. Er aber macht eine abwehrende Handbewegung und zieht aus der Tasche ein seltsames, fremdartiges Instrument hervor, ein Hörrohr! Der Prinz hält es ans Ohr und einer von der Verfassungspartei ruft hinein: „Ja! ....“ Da kommt von der andern Seite der Prinz Lobkowitz, nimmt seinen Standesgenossen das Hörrohr aus der Hand und trompetet ein lautes „Nein“ in das Ohr des Prinzen Wilhelm Karl August von Schaumburg-Lippe. Gott weiß, weshalb .... aber der Peinz gab nicht der Verfassungspartei, sondern dem Manne von der rechten Seite des Hauses recht und sagte „Nein“. Darauf setzte er sich an sein Pult, hielt den Hörapparat wieder ans Ohr und ließ sich von einem gütigen Nachbarn erklären, wogegen er denn jetzt eigentlich gestimmt habe .... Als die Abstimmung fertig war, stellte es sich heraus, daß nur vierunddreißig Mitglieder des hohen Hauses daran teilgenommen hatten. Man war also beschlußunfähig gewesen, ohne es zu wissen. Und jetzt äegerte sich vermutlich der Geaf Khevenhüller eest recht, daß man ihn nutzlos seinen Träumereien entrissen hatte. —

Abg. Hauck und Genossen haben im Reichsrate folgenden Antrag eingebracht: „Das hohe Haus wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, eine staatliche Uebersetzung der Geheimschriften der Juden, insbesondre des Talmuds, beziehungsweise des ‚Schulchan-Aruchs‘ unter Ueberwachung besonders bestellter, von antisemitischer Seite namhaft gemachter Verteauensmännee herstellen zu lassen. Dieser Antrag ist nach den Bestimmungen des § 42 der Geschäfts-Ordnung als dringlich zu behandeln“. —

Im österreichischen und ungarischen Parlamente giebt es Abgeordnete, die seltsame Anschauungen von den Pflichten eines Volksvertreters haben. Ein nettes Beispiel dafür liefert jetzt die tschechische Partei: Der jungtschechische Abgeordnete Dolezal hatte den tschechisch-agrarischen Abgeordneten Hruby beschuldigt, er sei vom Zuckerkartell mit tausend Gulden bestochen, um den Kampf gegen das Zuckerkartell einzustellen. Infolgedessen erhob Hruby die Beleidigungsklage, die am 20. Oktober vor dem Bezirksgericht zu Prag zur Verhandlung kam. Abg. Dolezal trat den Wahrheitsbeweis an durch das Zeugnis des Zentraldirektors Goller vom industriellen Verbande, der erklären mußte, Abg. Hruby habe gewisse Beträge bekommen, um dahin zu wirken, daß die Landwirte keine neuen Zuckerfabriken bauen. Der Richter fällte deshalb ein freisprechendes Urteil und legte dem Abg. Hruby die Gerichtskosten im Betrage von 98 Kronen auf.

Abg. Hruby mußte bereits seine Ehrenstellen in der tschechisch-agrarischen Partei niederlegen, wurde aus dem Klub der Agrarier ausgeschlossen und aufgefordert, sowohl sein Reichsrats- als auch sein Landtagsmandat niederzulegen. Gleichzeitig wurde ihm die Redaktion des Organs der Agrarier, der „Obrana Zemedelen“, entzogen und er seines Amtes als Parteisekretär für verlustig erklärt.

„Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ hat kürzlich eine Versammlung abgehalten, worin man einigen Toten die zweifelhafte Ehre anthat, sie besonders zu feiern. Herr Rechtsanwalt Fuchs (der Vorsitzende) meinte, so verschieden die Herren Zola, Dr. Lieber und Professor Virchow gewesen seien, eines hätten sie gemein gehabt: die Bekämpfung des Antisemitismus. Dr. Lieber, der verdienstvolle Politiker und Verteidiger des Schächtens, habe die antisemitischen Neigungen im Zentrum zurückzuhalten verstanden. Virchow habe für die Gleichberechtigung der Juden gekämpft und aus seiner Verachtung für den Antisemitismus kein Hehl gemacht. Zola endlich, ein Heros des Charakters, habe Leben, Ehre und Freiheit aufs Spiel gesetzt, um sich der Ungerechtigkeit entgegenzuwerfen, wiewohl es sich nur um einen Juden handelte. „Ehre dem Andenken dieser Männer! Was sie für die Juden gethan, wird ihnen unvergessen bleiben!“ So schloß Herr Fuchs pathetisch. — Den Zola gönnen wir den Juden vollauf. Virchow war, wie wir das verschiedentlich aus seinen ältern Schriften nachgewiesen haben, seiner natürlichen arischen Auffassungen nach Antisemit und begab sich erst in Judendienstbarkeit, als er den Wert der Judenreklame für seinen wissenschaftlichen und politischen Ehrgeiz erkannt hatte. — Dr. Lieber endlich verdient doch nicht so ohne weiters als Judenschützer hingestellt zu werden. Wenigstens hat er selbst für seine Haltung in der Schächtfrage andre Motive anzuführen gewußt. Sollte er aber wirklich derjenige gewesen sein, der die antisemitischen Neigungen im Zentrum zurückhielt, so hoffen wir, daß sie jetzt, wo die Bahn frei ist, bald hervorbrechen. — Für Rickert wird im Zentralverein noch eine ganz besondre „Ehrung“ stattfinden.

Ein leider nur zu wahres Wort über Berlin fanden wir in einen der „Berliner Briefe“ der „Allg. Ev.-Luth. Kirchen-Zeitung“: Berlin ist keine bleibende Wohnstätte, sondern der „Deutsche Reichsgasthof“, wo sich „alle deutschen Stämme“ mit allen erdenklichen Ausländern dermaßen mischen, daß an die Stelle einer imponierenden Vertretung des Deutschtums ein innerlich haltloser Internationalismus tritt, den die Juden am geeignetsten vertreten, weil er zu ihrem Temperament und ihren Interessen unvergleichlich paßt. Die Fremden finden das deshalb in Berlin überaus bequem; sie werden über alle Gebühr und alles Maß verwöhnt. Bei alledem gefällt es ihnen nicht, denn das Aufdringliche und zugleich Lakaienhafte in dem Verhalten der Wirte stößt sie innerlich ab, flößt ihnen die Empfindung ein, nicht in guter Gesellschaft zu sein, sondern von Emporkömmlingen gefeiert zu werden. Man braucht ja auch nur die Bilder in unsern illustrirten Wochenblättern anzusehn. Fast immer sind es Juden, die sich in den Vordergrund drängen, um den fremden Gästen die „Honnörs“ der Reichshauptstadt zu machen, oder wenn nicht Juden, so doch Judengenossen, die noch widerlicher sind, noch begeisterter kriechen als jene.

Weiter unten lesen wir ebendaselbst: Die hohen Beamten und Offiziere sind aber bei aller Verehrung, die man der „Exzellenz“ zollt, nicht in der Lage oder auch gewillt, den „Tiergartenmillionären“ das Feld der „Repräsentation“ den Ausländern gegenüber streitig zu machen. Dazu haben sie im Durchschnitt weder das Geld noch die sonstigen Eigenschaften, die das voraussetzt. Es liegt ihnen mehr daran, es mit „Israel“ und seinem Anhange nicht zu verderben; man sieht deshalb die höchsten „Spitzen“ auf dem „Presseball“ erscheinen, der eigentlich nur die Verkörperung des jüdischen Einflusses darstellt. Das Judentum wird damit, obwohl es der Form nach noch nicht „hoffähig“ ist, als der wichtigste Faktor im „modernen Berlin“ anerkannt, und das ist es auch. Die gelegentlichen Konflikte zwischen der Regierung und der von dem Judentum beherrschten Stadtverordnetenversammlung beweisen nichts dagegen, denn sie werden mehr mit Worten als mit Thaten ausgefochten.

Partei-Nachrichten.

Berlin. Sonntag, den 2. November, fand in Berlin eine Parteileitungs-Sitzung der Deutschsozialen Partei statt, die außerordentlich gut besucht war. Es wurden wichtige, die bevorstehenden Wahlen betreffende Beschlüsse in vollster Einmütigkeit gefaßt. Nähere Mitteilungen darüber sind der Natur der Sache entsprechend ausgeschlossen.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend $^{1}/_{2}$9 Uhr. —

Verband Hessengau und Waldeck. Die Nationalliberalen in Kassel haben getagt und sich mit der bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahl beschäftigt. Dabei hat man die sehr selbstverständliche Bereitwilligkeit bekundet, mit den Freisinnigen und Konservativen zusammen einen nationalliberalen Kandidaten aufzustellen, während man es ablehnt, mit den Deutschsozialen zu paktieren. Das glauben wir gern, denn auch bei uns besteht nicht die mindeste Neigung, mit den Nationalliberalen uns einzulassen. Wir haben unsern Kandidaten, Amtsrichter Lattmann, der sehr fleißig an der Arbeit ist und sich bereits großer Beliebtheit im Kreise erfreut. Die Hoffnung der Herren Nationalliberalen, die Konservativen nochmals zu ködern, ist vergeblich. — Sehr angenehm ist es uns, daß in der Versammlung festgestellt wurde, daß der bisherige Abgeordnete Endemann nicht mehr kandidieren werde. — Damit sind unsre Chancen sehr gestiegen.

Verband Niedersachsen. In der Ortsgruppe Braunschweig finden sich die Verbandsmitglieder jeden Dienstag zum gemütlichen Stammtisch im Restaurant Ulrici zusammen. In jedem Monat ist eine geschäftliche Sitzung, und zwar die nächste am 11. November mit einem Vortrage des Herrn Oberamtsrichter Brandis.

Zur Belebung der im Winterhalbjahre unerläßlichen geselligen Veranstaltungen soll zunächst im Laufe des nächsten Monats ein „Familien-Unterhaltungsabend" veranstaltet werden. Da bestimmte Festbeiträge bei derartigen Veranstaltungen nicht erhoben werden sollen, so werden die Parteifreunde recht herzlich gebeten, durch Einsendung von Beiträgen für die Vergnügungskasse diese Veranstaltungen, die dem engern Zusammenschluß der Mitglieder dienen sollen, zu ermöglichen.

Verband Westmark. Die regelmäßigen Zusammenkünfte der Ortsgruppe Köln (Rhein) finden im Monat November am 8. und 22. im Hotel „Kaiser Wilhelm" (Kaiser Wilhelmring 43I, Eingang Hansaring) statt. Die Tagesordnung für die Sitzung am 8. d. M. lautet: 1. Vortrag des Herrn Pohl: „Meister Josephus und das Märchen von Jerusalem." 2. Freie Aussprache. 3. Unsre Presse. 4. Verschiedenes.

Die Einführung deutschbewußter Gäste ist erwünscht.

Im Wahlkreise Schleswig-Eckernförde, der durch die Mandatsniederlegung des bisherigen Abgeordneten frei geworden ist, wurde unser Parteigenosse Graf L. Reventlow (Wulfshagen) als Mittelstandskandidat aufgestellt. — Ein Wahlsieg ist nicht ganz ausgeschlossen, wenn auch wenig wahrscheinlich. Immerhin wird dieser Wahlkampf mancherlei Schlüsse auf die bevorstehenden allgemeinen Wahlen zu ziehn erlauben, die uns von Nutzen sein können.

Die Wahlkosten bringt der Kreis selbst auf.

Berichtigung. „Die Deutsche Wacht" schreibt in ihrem Leitartikel in Nr. 255 vom 2. November mit Bezug auf den bekannten Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge zum Schutze des Gärtnereigewerbes:

„Nur die Deutschsoziale Reformpartei und die größere Hälfte der Konservativen haben für eingehende Erörterung dieser Zollsätze im Interesse der kleinen Leute gestimmt."

Diese Meldung ist geeignet, Mißverständnisse zu erregen. Sämtliche anwesende Antisemiten haben dafür gestimmt. — Möglicherweise geht es der „Deutschen Wacht" ebenso wie vor kurzem der „Kreuzzeitung", die auch nicht zu wissen schien, daß in Magdeburg im Jahre 1900 eine Scheidung zwischen Deutschsozialen und Reformern stattgefunden hat, und daher den Abg. Raab zu den Reformern rechnete. Leider wird diesem Mißverständnisse durch das amtliche Verzeichnis der Reichstagsmitglieder Vorschub geleistet, worin man aus „technischen Gründen" an der Fiktion des Bestehens einer „Deutschsozialen Reformpartei" als Ganzes noch festhält.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, $8^{1}/_{2}$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag $8^{1}/_{2}$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^{1}/_{2}$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag $8^{1}/_{2}$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller".
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch $8^{1}/_{2}$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag $8^{1}/_{2}$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch $8^{1}/_{2}$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Leipzig jeden Montag $8^{1}/_{2}$ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 7. und 14. in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

*

Aus der Reformpartei. Die Parteileitung nahm in ihrer Sitzung vom 28. v. M. — wie die „Staatsb.-Ztg." schreibt — „von der Kandidatur des Verlegers Wilhelm Bruhn für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg Kenntnis" und beschloß, im Wahlkreise Schlochau-Flatow — jetzt vertreten durch den Konservativen Hilgendorff — mit einer eignen Kandidatur vorzugehn. —

Der „Ostdeutsche Verband der Reformpartei", dessen Gebiet die Provinzen Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Posen umfaßt, hat dagegen am 3. d. M. in einer Sitzung zu Berlin beschlossen, außer in Arnswalde-Friedeberg und Neustettin, wo die Kandidaten schon ernannt sind, noch in Schlochau-Flatow, Deutsch-Krone, Landsberg-Soldin und Meseritz-Bomst Kandidaten aufzustellen. Da in Neustettin Abg. Ahlwardt aufgestellt ist, wird dieser also nunmehr zur Reformpartei zu rechnen sein.

Auf dem Parteitage des Landesvereins für das Königreich Sachsen teilte Herr Osw. Zimmermann (Dresden) mit, daß die Abgg. Gäbel und Lotze in ihren Wahlkreisen weiter kandidieren würden, während Abg. Gräfe sich seine Entschließung noch vorbehalten habe.

„Der Burenfreund", das Organ der Vereinigten Buren-Komitees, bringt in der November-Nummer außer dem Wortlaut der Berliner Reden der Burengenerale hübsche Bilder des Burenbesuchs in der Reichshauptstadt: Die Ansprachen der Generale vom Balkon des Hotels, die Uebergabe der Geldspende des Burenhilfsbundes, die Tischkarte des Festmahls mit den Unterschriften der Teilnehmer, Dewets Rede beim Festessen des Alldeutschen Verbandes usw. — Das Heft ist gegen Einsendung von 35 Pf. durch unsre Geschäftsstelle zu beziehn.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Vor dem Lemberger Strafgerichte stand die Besitzerin eines Freudenhauses, die den schönen Namen Feige Stark führt, unter der Anklage des Wuchers, den sie in der unmenschlichsten Weise an den unglücklichen Zöglingen ihres „Instituts" ausübte. Die Art, wie die Jüdin ihre Opfer ausbeutete, grenzt ans Unglaubliche und es kamen Fälle zur Sprache, die der Gerichtshof als haarsträubend bezeichnete. Es wurde festgestellt, daß die Wucherin wiederholt das 30- bis 35fache des Darlehns an Zinsen nahm, also 3000 bis 3500 v. H. berechnete. Die Angeklagte wurde zu zwei Monaten strengen Arrests und 200 Kronen Geldstrafe verurteilt. —

Wissentlich falsche Angaben soll der Kapellmeister Leopold Weintraub aus Frankfurt (Main), jetzt in Ezmar (Ungarn), in seinem zu Breslau abgegebnen Steuer-Erklärungen gemacht haben, weshalb ihn das dortige Amtsgericht gern sprechen möchte.

Beamtenbeleidigung und Hausfriedensbruch beging der Kaufmann Moses Goldbach im Kriminalgerichtsbäude zu Berlin, indem er dem Gerichtsdiener Ohrfeigen anbot und ihn einen „frechen Patron" nannte. Goldbach hielt sich „studienshalber" im Gerichtsgebäude auf, wurde wegen Ueberfüllung aus einem Sitzungssaal und demnächst wegen seines Benehmens auch aus dem Gebäude ausgewiesen. Dabei benahm er sich so, daß er schließlich mit Gewalt an die Luft gesetzt wurde. Während der Staatsanwalt nur einen Monat Gefängnis beantragte, erkannte das Gericht auf sechs Monate.

Haftbefehl ist vom Amtsanwalt zu Tuchel erlassen gegen die Händler Hirsch Brenner und Leib Tobias, die beide aus Rußland stammen und im Kreise Tuchel gesetzwidrig den Handel mit gebrauchten Kleidern und Wäsche betrieben.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Amor und Psyche. Märchen von Apulejus. Ins Deutsche übertragen von Professor Dr. Eduard Norden. Mit Bildern und Buchschmuck von Walter Tiemann. Leipzig 1902. Preis gebunden 6 Mark.

Es giebt wenig Bücher, die so geeignet sind, sich die Gunst und den Jubel des Publikums im Sturm zu erwerben, wie dieses Meisterwerk der modernen Buchkunst. Wie fast bei keiner andern künstlerischen Schöpfung kommen hier alle Vorzüge zusammen, um das Werk auf die Höhe der modernen Kultur zu stellen. Das Märchen des Apulejus, jenes litterarischen Schöngeistes aus dem zweiten Jahrhundert, ist eine Perle in der Weltlitteratur und der köstlichste Edelstein in dem Kranze von Erzählungen, die der feine Dichter in seinem „Goldnen Esel" vereinigt hat. Die Verdeutschung lebt von einem unübertrefflichen Stilgefühl Kunde, die das Märchen auch sprachlich mit stärkster Heraushebung aller poetischen Schönheiten zu seinem Rechte bringt.

Geradezu meisterhaft aber ist die künstlerische Ausstattung und zeichnerische Ausschmückung, die das Werk von dem Maler Walter Tiemann erfahren hat. Ein Blick darauf lehrt, daß bei seiner Entstehung der erlesenste Kunstgeschmack gewaltet hat. Es sind Feier und Schönheit atmende Blätter, die er geschaffen; mit vollendeter Meisterschaft hat er die herrlichen Gestalten des griechischen Götter- und Heroentums in die Bilderwelt der Kunst gebannt, und die symbolischen Einfassungen geben ihnen eine prächtige Umrahmung. Endlich bedeutet die Ausstattung in ihrer künstlerischen Einheit einen Triumph des Buchgewerbes; die ungemein reiche Abwechslung von Textblättern und Bildern vereint sich mit den Lettern zu einem wundervollen Satzbild. In seinem prächtigen Einband, auf dem die Rosenketten aus goldnen rauchenden Opferschalen quellen, stellt das Werk das vornehmste Geschenkbuch dar und wird jeder Haus- und Familienbibliothek zur höchsten Zierde gereichen.

Ein geschmackvoll ausgestatteter **Abreißkalender für das Jahr 1903** ist im Verlage der Berliner Stadtmission erschienen. Die Abreißblätter haben Kreuzesform. Für jeden Tag ist ein Bibelspruch angegeben. Der Kalender wird in jedem Christenhause gern gesehn sein. Er kostet 75 Pf.

Herrschaft und Gesinde. Die Gesinde-Ordnung vom 19. August 1844 für die Rheinprovinz, wie sie vom 1. Januar 1900 ab Geltung hat, mit den einschlagenden gesetzlichen Vorschriften und Bemerkungen, herausgegeben von Landgerichtsrat E. Aron. Zweite Auflage. Düsseldorf. 52 S. Preis 50 Pf.

Das Büchlein enthält die Rheinische Gesinde-Ordnung von 1844 nebst erläuternden, das Verständnis wesentlich fördernden Bemerkungen und gibt außerdem die einschlägigen Vorschriften andrer Gesetze, insbesondre des Bürgerlichen Gesetzbuches, wieder. Das Büchlein ist recht brauchbar; seine äußere Ausstattung ist gut.

Vierter Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats München und Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München für 1901. Im Selbstverlage des Gewerkschaftsvereins München. 72 Seiten.

Wer sich über die Verhältnisse und umfassende Thätigkeit der sog. freien Gewerkschaften Münchens und des von ihnen gegründeten Gewerkschaftsvereins während des letztverflossenen Jahres näher unterrichten will, sei auf diesen sehr ausführlichen Bericht verwiesen. Ueber die einseitigen Auffassungen des Verfassers, daß nur die zu den sog. freien Gewerkschaften gehörigen Arbeiter „organisierte" und „denkende" Arbeiter sind, muß man dabei hinweggehn. F. B.

Deutschland am Scheidewege. Von Prof. Dr. L. Pohle. Betrachtungen über die gegenwärtige volkswirtschaftliche Verfassung und die zukünftige Handelspolitik Deutschlands. Leipzig. 242 Seiten. Preis 4 Mark 80 Pf.

Unter den vielen Büchern über die zukünftige Handelspolitik Deutschlands ist das vorliegende eines der besten. Nach einem ersten einleitenden Kapitel handelt das Buch in fünf weitren Kapiteln von Deutschland als Industriestaat, von Deutschland als Export-Industriestaat, von den treibenden Ursachen des Uebergangs zum Export-Industrialismus und Export-Kapitalismus, von dem allgemeinen Ziele der deutschen Handelspolitik der Gegenwart und von den Agrarzöllen und der Sozialreform als den Mitteln zur Erreichung des handelspolitischen Zieles. Auf den reichen Inhalt des Buches, dessen Erörterungen durchweg leidenschaftslos und vornehm gehalten sind, im einzelnen einzugehn, fehlt hier der Raum. Hingewiesen sei nur auf die treffliche Ausführung im letzten Kapitel, daß die Beibehaltung und angemessene Erhöhung der Getreidezölle notwendig sei, um die heimische Landwirtschaft auf der Entwicklungsstufe, auf der sie angelangt ist, festzuhalten, und daß, da die Last der industriellen Schutzzölle bisher hauptsächlich von der Landwirtschaft getragen sei, nun die Industrie auch einmal ein Opfer für die Landwirtschaft bringen könne. Das Buch kann allen unseren Lesern aufs wärmste empfohlen werden. F. B.

Zur Besprechung gingen ferner bei uns ein:

Das deutsche Gewerberecht nach der Reichsgewerbe-Ordnung und der sonstigen neuen Gesetzgebung gemeinverständlich dargestellt für den Handels- und Gewerbestand. Von Alfred Wengler, Regierungsrat bei der Königlichen Kreishauptmannschaft. Vorsitzender der Schiedsgerichte für die Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu Leipzig. Leipzig. Preis gebunden 2,75 Mark.

Das deutsche Arbeiterrecht mit besondrer Berücksichtigung der Arbeiterversicherung auf Grund der neuen Gesetzgebung gemeinverständlich dargestellt für den Handels- und Gewerbestand. Von Alfred Wengler, Regierungsrat bei der Königlichen Kreishauptmannschaft. Vorsitzender der Schiedsgerichte für die Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu Leipzig. Leipzig. Preis gebunden 2,75 Mark.

Grundzüge der Volkswirtschaftslehre von Prof. Ludwig Fleischner. Leipzig. Preis geb. 2,75 Mark.

Schriften der österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz. Heft 1. Die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen in Oesterreich. Bericht erstattet der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz von Ilse von Arlt. Wien 1902. 37 Seiten. Preis 1 Mark.

Heft 2. Bericht über eine einheitliche interne Unfallstatistik zu Zwecken der Verhütung von Unfällen bei der Arbeit. Von Regierungsrat Karl Kögler und von Kommerzialrat Gustav Pacher von Theinburg. Wien 1902. 22 Seiten. Preis 80 Pfg.

Heft 3. Blei- und Phosphorvergiftungen in den gewerblichen Betrieben Oesterreichs. Bericht erstattet der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz von Dr. med. Ign. Kaup. Wien 1902. 79 Seiten. Preis 1,80 Mark.

Hygienischer Hausfreund. Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Autoritäten von Dr. med. Georg Flatau. Berlin 1902. 192 Seiten. Preis 1 Mark.

Aus der Urzeit germanischen Heldentums. Kriegs- und kulturgeschichtliche Erzählungen aus der altdeutschen Geschichte. Zweiter Band. Alarich oder im Kampfe mit der Weltbeherrscherin. Geschichtliche Erzählung aus den Tagen Alarichs und der Westgoten. Von Karl Lorenz. Heiligenstadt (Eichsfeld) 1902. 290 Seiten. Preis hübsch gebunden 4 Mark.

Briefkasten.

Osterburg. 10 Mark sind eingegangen.

P. Stuttgart. Besten Dank.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung"
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Victoria-Zwieback
ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beklebt 3,5 Mark) franko ohne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.
Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Die Juden
und der
Deutsche Staat.
12. Aufl. — 142 Seiten.
Von H. Naudh.
Preis 1 Mark.
Deutschnation. Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Vivisektion!
Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, die unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein, Berlin SW, Königgrätzerstr. 1. 8.

Ansichtskarten
des In- u. Auslandes tauscht
Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10.

Winke für deutsche Kaufleute, die im Ausland ● ●
Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von Dr. Winterstein in Cassel, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das Tuchhaus Boeykes i. Düren 1 (Rhld)

Frankfurt a. M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andere deutsche Zeitungen liegen aus.

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose, Beleihung von Wertpapieren.
Gewerbebank
(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm., Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schramsweg 2.
Geöffnet von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Siegelmarken



erhaben geprägt und gummiert, in verschiednen Farben,
100 Stück nur 40 Pfg.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Möbel-Fabrik und Handlung
des Tischlermstr. **Wilh. Hamann,**
Berlin N., Schönhauser Allee 42
empfiehlt ganze Aussteuern und einzelne Stücke in allen Holzarten zu billigen Preisen
✦ Musterbuch. ✦✦✦ Aufstellungen. ✦✦✦ Versand frachtfrei. ✦





✻ ✻ Juden-Postkarten! ✻ ✻
Neue Folge:
Juden in Deutschland. Juden A-B-C. Im Zukunftsstaat. Auszug der Juden. Der Teufel in Deutschland.
10 Stück gemischt 0,50 Mk., 25 Stück gemischt 1,10 Mk.
0 „ „ 1,90 „, 100 „ „ 3,50 „
Gegen Voreinsendung des Betrages oder unter Nachnahme.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Das Geschlechtsleben des Weibes.
Eine physiologisch-soziale Studie mit ärztlichen Ratschlägen
von
Frau Dr. med. Anna Fischer-Dückelmann.
Zehnte, vermehrte und verbesserte Auflage
mit vielen in den Text gedruckten Abbildungen und einem zerlegbaren anatomischen weiblichen Modell
— 210 Seiten, Preis 2,50 Mark. —
Gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme zu beziehn durch die
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltene Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 13. November 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 743.

Wochen-Spruch.

Es scheint nun zwar befremdlich, sich eine Nation von Betrügern zu denken; aber ebenso befremdlich ist es doch auch, eine Nation von lauter Kaufleuten zu denken, deren bei weitem größter Teil durch einen alten, von dem Staat, darin sie leben, anerkannten Aberglauben verbunden, keine bürgerliche Ehre sucht, sondern dieser ihren Verlust durch die Vorteile der Ueberlistung des Volks, unter dem sie Schutz finden und selbst ihrer untereinander, ersetzen wollen.

Immanuel Kant. Anthropologie in pragmatischer Hinsicht. Königsberg 1798. S. 129.

Ist ein Staatsstreich in Sicht?

Das Aufwerfen dieser Frage hat im gegenwärtigen Augenblicke volle Berechtigung. Die zwischen den deutschen Fürsten und den Vertretern des Deutschen Volkes vereinbarte Reichsverfassung beruht auf der Grundauffassung, daß die darin festgesetzten drei Faktoren der Gesetzgebung bereit und fähig sind, die ihnen obliegenden Funktionen zu erfüllen. Der Reichstag, als die Zusammensetzung der vom Volke gewählten Abgeordneten, faßt seine Beschlüsse nach Mehrheit der Stimmen. Auf diesem Grundsatze ist die Geschäftsordnung des Reichstages aufgebaut. Sie hat nur dann einen Sinn, wenn jeder Abgeordnete entschlossen ist, das Mehrheitsprinzip anzuerkennen und sich ihm zu beugen. Eine Geschäftsordnung, die ohne diesen guten Willen der Abgeordneten auf die Dauer aufrecht zu erhalten wäre, ist undenkbar.

Nun befindet sich der Reichstag zur Zeit in einer Lage, wo durch eine rein formell berechtigte, unter dem obigen Gesichtspunkte aber mißbräuchliche Benutzung der Geschäftsordnung eine Minderheit unter Führung der Juden Singer, Stadthagen usw. die Arbeit des Reichstages lahm legt. Ein Reichstag aber, der nicht sein Arbeitspensum erledigen kann, ist nicht mehr eine Volksvertretung im Sinne der Reichsverfassung. Kann die Mehrheit nicht mehr aus eigner Kraft Herr im Hause werden, so erwächst schließlich der Regierung die Pflicht Aenderung zu schaffen.

Als wir bei Gelegenheit der Lex Heinze den Kampf gegen die Obstruktion in diesen Blättern führten und die Abgeordneten der damals noch bestehenden Deutschsozialen Reformpartei mit einer einzigen Ausnahme in gleichem Sinne im Reichstage sprachen und stimmten, wurden wir von der Dresdner „Deutschen Wacht" recht unfreundlich darob angegriffen. Jetzt zeigt es sich, daß wir Recht hatten, als wir jene, schließlich erfolgreiche Opposition als die Generalprobe bezeichneten, deren Erfolg die Singer und Genossen ermutigen würde, bei ernstern Anlässen aufs neue einzusetzen, um der Mehrheit den Willen einer Minderheit aufzuzwingen, also das Fundament umzustürzen, auf dem der Reichstag aufgebaut ist. — Die Frage liegt im Augenblicke so, daß zuerst der Reichstag selbst zu versuchen hat, Ordnung, das heißt Arbeitsmöglichkeit für sich zu schaffen.

Wenn unsre Leser die Zeilen zu Gesicht bekommen, ist der erste Versuch dazu wahrscheinlich nach heftigen Redeturnieren gemacht worden, d. h. der folgende Antrag Aichbichler und Genossen wird mit großer Mehrheit angenommen sein.

Der Reichstag wolle beschließen:

1. den § 58 dahin abzuändern:

§ 58.

Die namentliche Abstimmung erfolgt in folgender Weise: Der Präsident fordert die Mitglieder auf, ihre Plätze einzunehmen. Die Schriftführer haben alsdann von den einzelnen Mitgliedern die Abstimmungskarten entgegenzunehmen, und in Urnen zu sammeln. Die Abstimmungskarten tragen den Namen des Abstimmenden und die Bezeichnung Ja, Nein oder Enthalte mich. Nach Beendigung der Sammlung erklärt der Präsident die Abstimmung für geschlossen. Die Zählung der Stimmen geschieht durch die Schriftführer.

Die Namen der Abstimmenden und ihre Abstimmung werden in den stenographischen Bericht der Sitzung aufgenommen.

2. im Falle der Annahme des Antrages zu 1, in § 59 an Stelle der Worte „durch Namensaufruf erfolgten Abstimmungen" zu setzen: „namentlichen Abstimmungen". —

Daß die Antragsteller selber sich einen durchschlagenden Erfolg davon versprochen haben, glauben wir nicht. Möglicherweise wird dadurch bei jeder namentlichen Abstimmung, die jetzt etwa eine halbe Stunde Zeit beansprucht, eine Viertelstunde gespart werden. Aber damit wird die Obstruktion nicht verhindert, nunmehr doppelt soviel namentliche Abstimmungen zu beantragen. — Zudem giebt es zweifellos auch Mittel, die Zettelabstimmungen ungebührlich in die Länge zu ziehn.

Der Antrag ist also wohl nur als ein Warnungssignal für die obstruierende Minderheit aufzufassen, daß es mit der Geduld der Mehrheit zu Ende geht. — Neue, einschneidende Abänderungen der Geschäftsordnung werden stattfinden müssen, wenn man das Zolltarifgesetz wirklich unter Dach bringen will.

Wir Antisemiten bilden augenblicklich im Reichstage eine kleine Minderheit, wir sind auch nahezu ohne Ausnahme der Ansicht, daß ein Scheitern der Tarifvorlage der Annahme des unveränderten Regierungs-Entwurfes weit vorzuziehn sei. — Wir bringen also ein Opfer an unsern eignen Interessen, wenn wir uns entschließen, Verschärfungen der Geschäftsordnung zuzustimmen, die geeignet sind, die Minderheit zu zwingen, den Willen der Mehrheit anzuerkennen. Wir werden es aber aus dem höhern Gesichtspunkte heraus thun müssen, daß sonst eine verhängnisvolle Minderung der Volksrechte die Folge sein könnte.

Ueber die noch vorzuschlagenden Geschäftsordnungs-Aenderungen äußert sich die „Deutsche Zeitung" folgendermaßen:

Zu dem Antrag Aichbichler müßte hinzukommen ein fernerer Antrag, daß nur etwa hundert Stimmen, also ungefähr ein Viertel statt eines Achtels der Gesamtheit (wie bisher), namentliche Abstimmung verlangen, daß solche Abstimmungen bei Geschäftsordnungs-Angelegenheiten überhaupt nicht gefordert werden dürfen, und daß die Namen der Unterzeichner — denn nur schriftlich dürften die Anträge erfolgen — als neutral mitgezählt werden, auch wenn die Herren Antragsteller durch die roten Vorhänge links und rechts hinausschlüpfen.

Außerdem wäre wahrscheinlich immer noch nötig dauernde Anwesenheit der Tariffreunde in beschlußfähiger Anzahl und ein motivierter Antrag auf en bloc-Annahme in der dritten Lesung, dessen „Begründung" lautete auf Uebergang zur Tagesordnung über „alle vorliegenden, noch in Aussicht stehenden und geplanten Abänderungsanträge".

Soweit wir unterrichtet sind, liegen diese Aenderungen den Mehrheitsparteien im Sinn, und wir Antisemiten werden uns, ohne jede Begeisterung, wahrscheinlich dem anschließen müssen. Aber wir glauben trotzdem nicht, daß dadurch der gewünschte

Erfolg erzielt werden wird, oder, wenn dies jetzt wirklich der Fall sein sollte, daß nicht in spätern Fällen auch auf Grund einer solchen Geschäftsordnung erneute und dann unbesiegbare Obstruktion getrieben werden könnte.

Wir glauben, daß der Reichstag allein überhaupt nicht in der Lage ist, dauernd Hilfe zu schaffen, sondern daß er dazu auch der verständnisvollen Mitwirkung der Regierung bedarf. Will diese nur Fortwursteln, so kann sie für diesmal noch leidlich ihren Wagen aus dem Sumpfe ziehn, wenn sie eine Kündigung aller Handelsverträge am 1. Dezember vornimmt. Sobald dies geschieht, hat ein Teil der obstruierenden Linken, nämlich alle Vertreter industrieller Interessen, ein sehr lebhaftes Interesse, das Zolltarifgesetz zustande zu bringen. Denn andernfalls tritt der bisherige Generaltarif in Kraft und das würde der Industrie so unangenehm sein, daß sie, um es von sich abzuwenden, zu Konzessionen der Landwirtschaft gegenüber gern bereit sein würde. Wenn dann noch schleunige Einfügung der Präsenz-Gelder erfolgte, so wäre eine Niederzwingung der Obstruktion diesmal wohl noch denkbar.

Wir aber sind für gründliche und dauernde Regelung. Darum richten wir an die Regierung und die Mehrheitsparteien die dringende Aufforderung, die Programmforderung unsrer Partei: „Einführung der allgemeinen Wahlpflicht" in diesem ernsten Augenblick zur Durchführung zu bringen.

Wenn der Staat auf diese Weise seine alten Reserven, das Drittel der heute noch bei den allgemeinen Wahlen zu Hause bleibenden Wähler, heranzieht, wird er noch einmal Herr im Hause über die Singer und Genossen. Die Form wäre folgende. Die Regierung legt, nach Verständigung mit den Mehrheitsparteien, einen Gesetz-Entwurf auf Einführung der allgemeinen Wahlpflicht mit geheimer Wahl dem Reichstage zusammen mit einem Diätengesetz vor. Nach Durchbringung dieses aus wenigen Paragraphen bestehenden Gesetzes erfolgt Reichstags-Auflösung und Neuwahl auf Grund eines provisorischen Wahlreglements. Der darauf hin neugewählte Reichstag würde nach allem menschlichen Ermessen dann eine Zusammensetzung zeigen, die eine ersprießlichere Gesetzgebungs-Arbeit erhoffen ließe.

Noch ist es Zeit zu einer solchen rettenden That im Rahmen der gültigen Reichsverfassung. Wenn man uns aber fragt, ob wir auf eine solche Lösung der Spannung in diesem Augenblicke hoffen, so müssen wir leider mit „Nein" antworten. — Wir sehen vielmehr recht trübe in die Zukunft. — Der wahrscheinliche Verlauf wird nach unsrer Meinung ein vollkommner Sieg der Singer und Stadthagen sein, die ebenso wie ihre Stammesgenossen Ballin und Goldberger noch nicht am rechten Platze stehn.

Antisemitismus und Judenpresse.

Man schreibt uns aus Schleswig-Holstein:

Soviel auch sonst die Judenpresse von Humanität triefen mag, dem Antisemitismus gegenüber giebt es keine Humanität. Das haben wir wieder einmal erfahren in dem Prozeß gegen die Berliner „Staatsbürger-Zeitung". Ziemlich allgemein hat man sich doch über das harte Urteil über zwei Männer gewundert, die doch nur den Mut hatten, zu sagen, was tausende dachten und denen man doch kaum einen andern Vorwurf machen kann, als daß sie Gerüchten und Darstellungen gegenüber nicht immer kritisch genug waren. Den Judenblättern genügt indes die Strafe noch lange nicht. Die Antisemiten müssen zertreten, ausgerottet werden und was dergleichen Ausdrücke mehr sind, und im Schimpfen gegen den Antisemitismus leisten sie wieder das Menschenmöglichste, wie denn wenigstens in dem Stück die Juden ihren nichtjüdischen Mitbürgern weit überlegen sind.

Wenn aber hin und wieder an den Ausgang des Prozesses die Bemerkung geknüpft wird, daß der Antisemitismus nun wissenschaftlich abgethan und der Verachtung aller besserdenkenden Menschen verfallen sei, so ist das kein Irrtum, sondern eine Lüge. Die Juden wissen so gut wie alle Menschen, die ihre Augen zum Sehen gebrauchen wollen, daß der Antisemitismus im Wachsen ist. Sie fürchten auch das Anwachsen des Antisemitismus, und weil sie es fürchten, möchten sie die ihnen sehr unbequeme Regung gerne totreden. Aber es nutzt ihnen nichts. Der Antisemitismus wächst überall in der Welt. Die Völker, die sich bisher ruhig von den Juden ausbeuten ließen, wollen sich solche Ausbeutung nicht mehr ruhig gefallen lassen und da, wo die Juden noch nicht die erste Rolle spielen, will man sie beizeiten niederhalten. Die Juden haben es eben überraschend schnell verstanden, sich bei ihren Wirtsvölkern, die ihnen volles Bürgerrecht gaben, unbeliebt zu machen.

Man wolle doch jüdischerseits nicht sich selber und andern Leuten vorlügen, daß der Antisemitismus nur ein Produkt der Aufhetzung von Seiten einzelner Judenfeinde sei. Grade das Volk in seinen breitern Schichten, denen das Judentum nie sympathisch gewesen ist, ist zu der Erkenntnis gekommen, daß man mit der Verleihung des vollen Bürgerrechts an die Juden einen Schritt gethan hat, der auf eine oder die andre Weise wieder zurückgethan werden muß.

Lange haben die Juden über Verfolgung und Bedrückung geklagt. Ob mit Recht oder nicht, das wollen wir heute ununtersucht lassen, können es aber doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sie auch damals, als sie noch Vollbürger waren, die Christen nach allen Regeln der Kunst bewucherten, und daß die Judenverfolgungen doch in manchen Fällen nichts andres waren als Akte der Selbsthilfe der in der Schuldknechtschaft der Juden schmachtenden Bevölkerung. Wir wollen damit durchaus nicht die Verfolgungen rechtfertigen, aber zur Selbsthilfe griff man in jenen Tagen oft, wenn die Staatshilfe versagte, und etwas roher und grausamer waren nun einmal die Sitten damals wie heute.

Aber in jenen Tagen, da man den Juden das volle Bürgerrecht gewährte, hätten sie doch mit Jubel sich entschließen müssen, von ihrer Eigenart zu lassen und in ihren Wirtsvölkern aufzugehn. Das fällt aber den Juden garnicht ein. Sie sind immer noch in erster Linie Juden, und dann erst Angehörige der Nation, unter der sie leben und die ihnen volles Bürgerrecht gewährt. Das leugnen sie freilich ab, sobald es in ihren Kram paßt, aber das ist doch von hervorragenden Vertretern des Judentums so oft gesagt worden, daß hier gar keine Ableugnung hilft. Die oft gehörte jüdische Versicherung, der Jude entziehe sich weder der Steuerpflicht noch der Wehrpflicht, ist doch allzu täppisch. Das fehlte auch grade noch, daß er sich auch der Steuerpflicht entzöge. Im Heere entbehren wir ihn gegen eine entsprechende Blutsteuer allerdings gern. Aber der Staat verlangt von seinen Bürgern doch noch einiges mehr.

Es war ein Fehler, daß der Staat den Juden das Vollbürgertum gleichsam anbot. Die Juden hätten darum ansuchen müssen und dann hätte der Staat Bedingungen stellen können und müssen. Nun haben wir die Herrschaften. Nun beherrschen sie durch ihre Börsen nicht nur den Geldmarkt und die Staatsfinanzen, nun beeinflussen sie durch ihre Presse die öffentliche Meinung in einer Weise, die dem Staat auf die Dauer keineswegs angenehm sein kann, und nun drängen sie sich mit der ihnen eignen Unverschämtheit in die gelehrten Berufe und in das Beamtentum hinein, daß man wohl von einer Beherrschung der Wirtsvölker durch die Juden reden kann. Und dabei erlaubt der Talmud, der nun einmal das giltige Religionsbuch der Juden ist, der überall als dem Gesetze Mosis übergeordnet gilt und dessen Geist das Judentum in so starkem Maße durchdrungen hat, daß auch Juden, die man als rechtgläubig nicht mehr bezeichnen kann, sich seinem Einfluß nicht entziehn können, dabei erlaubt der Talmud den Juden Andersgläubigen gegenüber Handlungen, die in christlichen Staaten strafrechtlich geahndet werden müssen. Dabei weiß man noch nicht einmal, was für ein Eid von den Juden als bindend angesehn wird. Dabei kommen Morde vor, bei denen Juden der Thäterschaft dringend verdächtig sind und bei denen kein andres Motiv denkbar ist, als das, zu irgendwelchen abergläubischen Zwecken Blut zu bekommen.

Die Judenpresse würde gut daran thun, ihr Schimpfen und Drohen einzustellen. Die erbitterte Stimmung den Juden



gegenüber wird dadurch gestärkt und nicht gemildert. Den Antisemitismus bringen die Juden nicht aus der Welt, er wird wachsen und endlich doch den Sieg gewinnen. Noch stehn viele aus falscher Humanität der Bewegung feindselig gegenüber und noch mehr Leute sind der Judenfrage gegenüber gleichgiltig. Aber es macht das alles nichts. Israel ist sich seiner Allmacht und seiner Auserwähltheit zu sehr bewußt, als daß es von seiner Macht einen weisen Gebrauch zu machen für nötig hielte. Israel ist hochmütig geworden, und Hochmut kommt vor dem Fall.

Es war kein Hohenzollern Wetter,

was den Deutschen Kaiser bei seiner diesmaligen Landung in England begrüßte. Kalter, unfreundlicher, schmutziger, mit einem Worte englischer Regen strömte hernieder und hielt mit englischer Zähigkeit an. — Auch bei der Parade über die „Royal Dragoons“, die dank „der Huld Sr. Majestät des König Edwards“ von unserm Kaiser besichtigt werden durften, regnete es, und die Reiterschar sah aus, wie begossene Pudel. Erst beim Frühstück im Offizierkasino war es etwas wärmer. Nachdem Kaiser Wilhelm der Zweite seine Rede gehalten hatte, antwortete der Oberst und bedankte sich. Ein Satz aus dieser letzten Rede ist uns unverständlich. Vielleicht korrigiert der amtliche Telegraph auch diese Reden, wie er die kaiserliche Ansprache, die schon in der ersten Fassung „aus zuverlässiger Quelle“ reichlich warm und hingebend geklungen hatte, noch um eine Oktave wärmer erklingen läßt.

Der Oberst spricht nämlich davon, daß die „Royal Dragoons“ das populärste Regiment in der brittischen Armee seien und knüpft unvermittelt daran die Sätze: „Wir haben zweihundert Mann mehr, als jedes andre Kavallerie-Regiment in der Armee. Möge uns die Anwesenheit Eurer Majestät ein Sporn sein zu weiterer Anspannung und uns in den Stand setzen, dem Regiment neuen Lorbeer und Ruhm zu erwerben.“

Hängt in England die Kopfstärke einer Truppe mit deren Popularität zusammen?*)

Von Lorbeeren und Ruhm, die sich die „Royals Dragoons“ in Südafrika erworben haben, ist uns bisher nichts bekannt geworden. Wir erinnern uns aber der Depesche unsers Kaisers an dies Regiment, bevor es sich nach Südafrika einschiffte. Der hohe Chef wünschte dem Regiment damals, daß sie alle gesund heimkehren möchten. — Hoffentlich hat es sich bemüht, den schönen Ruhm der Soldaten, gehorsam zu sein, in weitgehendem Maße zu verdienen.

Dem unfreundlichen Regen und Sturm vergleichbar, der den Kaiser bei seiner Landung empfing, war auch die Gesamthaltung der englischen Presse, von den offiziösen Zeitungen und Hofblättern abgesehn, die ihre honigsüßen Worte aber auch ängstlich so abwogen, daß man sie nur auf die Person des Kaisers, beileibe nicht etwa auf die deutsche Nation beziehn konnte. Hier einige Proben:

Beginnen wir zunächst mit einer Auslassung des Herrn Arnold White, jenes englischen Journalisten, den der Kaiser persönlich empfing, und der auf deutschen Kriegsschiffen die liebenswürdigste Aufnahme gefunden hat. Der dankbare Engländer quittiert darüber im „Daily Expreß“ in folgender Weise:

„Der Kaiser baut eine große Schlachtflotte. Der deutschen Nation und besonders ihren hoch ausgebildeten Denkern und erfahrnen Beamten läuft das Wasser im Munde zusammen, während sie die Untüchtigkeit unsrer Regierung und das Fehlen dirigierender Tüchtigkeit beobachten. Brittische offizielle Unzulänglichkeit ist Deutschlands Vorteil. 1915 wird die deutsche Flotte fertig sein. Es ist daher rätlich, Deutschland zu isolieren, aus dem einfachen Grunde, weil England allein besitzt, was Deutschland begehrt und besitzen muß, wenn es leben will. Deutschlands Wunsch nach mehr Land ist nicht eine Frucht der Erbsünde, der Anglophobie oder bloßer chauvinistischer expansionistischer Ehrgeiz. Er ist das Ergebnis des ersten Naturgesetzes — des Selbsterhaltungstriebes. Das Deutsche Volk wächst rascher, als die Hilfsquellen seines Landes erlauben. Es ist eingezwängt zwischen die zwei größten Militärmächte Europas (die größten nach ihm), während nach Süden seine Ausdehnung unmöglich ist. Die Deutschen müssen deshalb ihre Zukunft auf der See suchen. Sie finden die See von brittischen Kriegsschiffen besetzt. Brittische Interessen existieren auf der ganzen Welt. In der Erwerbung der gemäßigten Zonen der Erde hat England einen Vorsprung von 90 Jahren über Deutschland gehabt. Wenn diese Thatsachen sorgfältig erwogen werden, wird sich kein Engländer durch sanfte Worte selbst wenn sie von dem guten und großen Kaiser kommen, irreleiten lassen. Es thut daher vor allem not, daß wir unsre Flotte verstärken, und daß unsre auswärtige Politik sich direkt als Ziel setzt, Deutschland zu isolieren, nicht weil wir es fürchten oder hassen, sondern weil eine unerbittliche Notwendigkeit es zwingt, die Hand nach dem auszustrecken, was uns gehört.“

„Daily Graphic“ meint, der Kaiser werde mit ehrerbietigem Gruß empfangen werden, aber es würde Heuchelei sein, zu behaupten, daß es mit begeisterter Herzlichkeit geschehe. Das Blatt spricht die Erwartung aus, der Besuch möge die Haltung Deutschlands gegenüber England günstig beeinflussen.

„Standard“ schreibt: Der Besuch ist der natürliche Ausdruck der innigen Wertschätzung zwischen zwei nahen Verwandten und hat keine politische Bedeutung. Doch würden wir mit Bedauern folgern, daß derselbe keine Rückwirkung auf die Beziehungen beider Länder habe. Der Kaiser hat in bemerkenswertem Maße beigetragen zu der Förderung wohlwollender Gesinnung zwischen beiden Ländern. Aber die Stimmung im deutschen Publikum gegenüber England bleibt ein Gegenstand ernster Ueberlegung. Ist es eine grundlose Thorheit, einen gutgestimmten Nachbar sich zu entfremden und herauszufordern durch eine Haltung, die tendenziöse Abneigung erkennen läßt? Wir können stets Verbündete finden, und es würde die Schuld Deutschlands sein, wenn wir nach einem Zusammenwirken mit Mächten ausschauen, die wenig Liebe für Deutschland hegen.

„Daily Chronicle“, das Blatt der liberalen Imperialisten von der Farbe des Rothschildschen Schwiegersohnes Rosebery, äußert: Es sei nicht Englands Vorteil, ein Bündnis mit Deutschland, Englands zweitgrößtem Handelsrivalen, einzugehn, der neuerdings giftige Feindschaft gegen England gezeigt hat. Wir hoffen daher, daß unsre Minister Sorge tragen, nicht dem Zauber des Kaisers zu erliegen. Und in einem folgenden Artikel erinnert es an den Jubel, womit man in Deutschland jede englische Schlappe begrüßt habe, an die „Ungezogenheiten“ deutscher Witzblätter, an die Ausfälle des Reichskanzlers im Reichstage gegen England, und bemerkt, dergleichen habe wenig zu bedeuten. Jeder könne denken, wie er wolle, England aber habe kein Verlangen, solche Freunde an das nationale Herz zu drücken.

Anknüpfend an den Widerstand Englands gegen die deutschen Bedingungen für die Räumung Schanghais macht die „Morning Post“ die Bemerkung, dieser Widerstand sei als Anzeichen dafür zu erkennen, daß die Zeit des sentimentalen Verkehrs mit Deutschland vorüber und von Zugeständnissen, engen Beziehungen oder Bündnissen keine Rede mehr sei. Das deutsche Publikum habe mit seltner Einstimmigkeit als seine Auffassung vom Ziel der nationalen Politik den Sturz Englands erklärt, der angestrebt werden solle, sobald Deutschland bereit sei. Kein brittischer Minister werde so blind sein, auf Annäherungsversuche einzugehn, die nur bestimmt seien, den Zeitraum deutscher Vorbereitungen für einen antibrittischen Kreuzzug zu decken.

„Daily Mail“ sagt, England könne die feindliche Haltung der deutschen öffentlichen Meinung und Presse während des Krieges nicht vergessen. Und mit besondrer Befriedigung verzeichnet es die Kunde, Frankreich beabsichtige eine teilweise Abrüstung seiner Flotte. Das Blatt empfiehlt falls die Sache sich bestätige, eine entsprechende Verminderung der Mittelmeerflotte vorzunehmen, rät, die Nordseeflotte zu verstärken, und erklärt dann weiter: Trotz aller Thorheiten der französischen Presse werde England so leicht nicht die ehrliche freundschaftliche Haltung der französischen Regierung während des südafrikanischen Krieges vergessen. Man wisse heute aus Faures Erinnerungen, daß die französische Regierung in der Faschodafrage sich mit einem billigen und gerechten Vergleich beschieden habe, weil sie fand, daß eine gewisse andre europäische Macht hinterlistig sie zum Kriege zu bestimmen suchte. Man dürfe Delcassé dafür dankbar sein, daß er den Kampf abgewendet habe, worin England und

*) Das ist in der That so. Eine Anzahl englischer Regimenter hat keine feste Kopfstärke, deshalb treten bei „populären“ Regimentern mehr Leute ein. Die Schriftltg.

Frankreich um die Schale gestritten hätten, während die Auster dritten Parteien zugefallen wäre. — Außerdem schreibt dem Blatte ein Landsmann, der im Deutschen Reiche lebt, England solle Aufklärung über den Bau der deutschen Kriegsflotte fordern mit der Drohung, es werde sonst den Krieg erklären, falls nicht gewisse Zusicherungen gegeben werden, oder die Vergrößerung der deutschen Flotte unterbliebe.

Die „Times" schreiben: „Freundliches Interesse wird das Gefühl sein, mit dem das Englische Volk den Besuch Kaiser Wilhelms verfolgen wird. Seine Majestät kann sehr gut Freund zu uns sein, wie wir seine guten Freunde sind; aber keine Gefälligkeit kann die Haltung Deutschlands England gegenüber als freundlich bezeichnen. Der ehrerbietige Gruß, der unserm kaiserlichen Besucher gebührt, die Bewunderung für seine lebendige anziehende Persönlichkeit dürfen aber nicht als ein Anzeichen dafür genommen werden, daß England der von der deutschen Regierung verfolgten Politik uneingedenk ist."

„Globe" erklärt: Kaiser Wilhelm wird mit der Ehrerbietung empfangen werden, die ihm kraft seines hohen Ranges und um seines Charakters willen zukommt, aber es wäre müßig, zu behaupten, daß seine Anwesenheit in unsrer Mitte das Signal sein werde zur Entfaltung von Begeisterung. Das Blatt kommt alsdann ausführlich auf die Feindseligkeit zu sprechen, welche in Deutschland gegen England bewiesen worden sei, und sagt, der Kaiser könne sich den Konsequenzen solcher berechneten Rücksichtslosigkeit nicht entziehn.

Der „Daily Despatch", ein den Interessen der englischen Manchester-Partei dienendes Blatt, brachte, augenscheinlich auch als eine Art Vorbereitung für die „Kaisertage", lange Auseinandersetzungen über den berühmten Geheimvertrag zwischen England und Portugal, an dem bekanntlich auch das Deutsche Reich beteiligt ist, man weiß nur bei uns immer noch nicht, in welcher Weise. — Es wird in dem Artikel behauptet, daß Deutschland für bestimmte Vorteile, die ihm von England in Aussicht gestellt seien, sich verpflichtet habe, eine englandfreundliche Haltung während des südafrikanischen Krieges einzunehmen. Eine Art Belohnung für die geleisteten Dienste habe Deutschland schon im Yangtse-Abkommen erhalten. Dann wird eingehend geschildert, wie England schon heute der eigentliche Herr im portugiesischen Ostafrika sei, und der Schluß des Artikels lautet in offenbarem Hohn:

Mit der Zeit und durch eine Politik finanzieller Zersetzung muß das portugiesische Ostafrika — und es ist es thatsächlich schon geworden — eine brittische, für seinen Handel und allgemeinen Wohlstand von der Kapkolonie, Natal, Transvaal, der Oranjekolonie abhängige brittische Besitzung werden.

Ueber alle diese Dinge und über mehr, was unklug wäre, schon jetzt auszuplaudern, ist Deutschland vollständig unterrichtet. Der Kaiser und seine Regierung sind mit der Situation und den brittischen Zielen vollständig vertraut, denn sie bilden die wesentlichen Bestandteile des geheimen Vertrages zwischen London und Berlin, der Deutschlands Einmischung hinsichtlich der Buren verhinderte, die Yangtse-Konvention zustande brachte, Lord Milners Reise jüngst nach der Delagoabai veranlaßte und den König von Portugal im nächsten Monat nach England und den Kolonialsekretär nach Südafrika führt.

Der einzige Punkt, der noch nicht klar ist, ist der: Wie schneidet Deutschland dabei ab? Was hat es als Kompensation für seine wohlwollende Haltung während der letzten drei Jahre zu erwarten? Die Zukunft allein kann dies erweisen; inzwischen hat es zweifellos Vorteile durch das Yangtse-Abkommen errungen. Die nächsten Monate bergen allerhand Ueberraschungen in ihrem Schoße. Nous verrons!

Mit Recht sagt dazu die „Deutsche Tageszeitung":

„Wie schneidet Deutschland dabei ab? Höchst überflüssige Frage! Es ist schon längst offenbar, daß wir in dieser Sache die blamierten Europäer sind. England ist bereits — wie hier mit Behagen festgestellt wird — ‚durch eine Politik finanzieller Zersetzung' in den Besitz des portugiesischen Ostafrika gelangt; es hat, was noch mehr wert ist, unter deutscher Rückendeckung seinen Krieg gegen die Buren durchgeführt — was sollte es dann da noch Deutschland zugestehn? Die Frage, wie Deutschland dabei wohl abschneide, klingt aus englischem Munde wie Hohn. England braucht uns in Südafrika nicht mehr, was sollte es da noch viel mit uns verhandeln — es sei denn über die Abtretung Deutsch-Südwestafrikas an Großbritannien! Doch das kommt erst später. Zuvor muß die Otavibahn nach einem portugiesischen Hafen gebaut werden, damit unser Schutzgebiet ganz unter englischem Einfluß kommt. Für den Fall aber, daß wir damit nicht zufrieden sein sollten, verweist man die unverschämte deutsche Begehrlichkeit auf die ungeheuern Vorteile, die uns das auch von unsern Offiziösen so gepriesene Yangtse-Abkommen gebracht hat. Schade nur, daß die einzige Bestimmung darin, die einigen Wert für uns hat, daß wir nämlich mit England gleiche Rechte im Yangtsethal haben sollen, von englischer Seite jetzt vollkommen ignoriert wird, indem die brittische Regierung gegen die Zustimmung Chinas zu dieser Bestimmung protestiert!

Was für ein köstliches Ding ist doch die englische Freundschaft! Und wie undankbar sind diese verdammten Deutschen, daß sie auch nur einen Augenblick zögern können, sich gleich den edlen Portugiesen in die brittische Vasallenschaft zu begeben!"

Erinnert man sich nun noch der bodenlosen Dreistigkeit des noch vor zwei Jahren als englischen Botschafter in Wien amtierenden Herrn Horace Rumbold, der unter allerhand Indiskretionen kurz vor der Reise des Kaisers gradezu zum Kriege gegen Deutschland hetzte, so braucht man wohl keine weitern Proben für die „freundschaftliche" Gesinnung Englands gegen uns hier anzuführen.

Ueber die offiziellen Festlichkeiten, die zu Ehren unsers Kaisers in England veranstaltet werden, ist Schweigen das beste Urteil. Eigenartig berührt es, wie selbst in der Festpredigt des Bischofs von Ripon in der Schloßkirche von Sandringham mit auffälliger Geflissentlichkeit der private Charakter des Kaiserbesuches betont worden ist.

„Der Monarch des uns verwandten Volkes ist gekommen, nicht als Suverän, sondern als Verwandter und Freund, um unsre Freude zu teilen, wie er vor kurzem auch das Leid des englischen Volkes teilte",

so sagte der Bischof und malte dann im folgenden den Traum einer Verschmelzung des Deutschen Volkes mit dem englischen als ein Zukunfts-Ideal aus. Wir danken ganz ergebenst. — Wir wollen weder halb noch ganz Engländer werden, sondern wollen deutsch verbleiben.

Mit Schmerz und Wehmut lesen wir eben, als wir diese Betrachtungen abschließen wollen, daß Kaiser Wilhelm dem Chamberlain die Hand gegeben und sich fünfzehn Minuten lang mit ihm unterhalten hat. Wie muß wohl dem Enkel Wilhelms des Großen dabei zu Mute gewesen sein.

Aber wir zweifeln nicht daran, daß dieser Akt nicht zu vermeiden gewesen ist. Es giebt eben harte Königspflichten.

Die Eroberung Kanaans.

Zum Kampfe der Wiener Antisemiten gegen die Judenliberalen und „Genossen".

Dürft' je die Wissenschaft der Not des Tages ganz vergessen,
Müßt' nicht der eigenen Pflicht Bezug zum Heil des Volks ermessen?
Was wär' denn auch ein Wissen, das nicht nützt,
Im Hirn den leeren Weisheitsdünkel blähend steigert,
Dem Schrei gemeiner Not das Ohr verweigert,
Das Leid nicht mindert, altes Gut nicht schützt?
Wie oft jedoch habt ihr die Klage schon vernommen,
Es sei hierin bereits bis zum Extrem gekommen!
Gemeinurteil verweigert dem Subjekt „Gelehrt und Zünftig"
Die Kopulierung mit dem Prädikat „vernünftig",
Und laut beklagts, daß grade heutige Intelligenz
Die Erstvoraussetzung verriet der Existenz:
Die Erdenfeste unterm Fuß der Nationen,
Fruchtfeld und Heim und Herd, an dem sie wohnen.
Aus römische Bodenpfandrecht ward sie preisgegeben
Von jenen, die im Aether „reinen Wissens" schweben,
Schon mehr wie Seelige denn wie als Menschen fühlen,
Weil ihre Kreise allzuhoch gezogen
Und der Gemeinbedrängnis ungestüme Wogen
Nur fern verhallend noch an ihr Gestade spülen.
Müßt' denn das Volk mit dem Verlust des Bodens unter seinen Füßen,
Des Herds, an dem es seine Feuer schürt,

Der Werkstatt', wo's die fleißigen Hände rührt,
Die Thorheit oder Feigheit der Verkehrten büßen?
Und wohin soll der Ausgetriebene sich wenden oder setzen,
Wenn überall, wohin er seine Schritte lenkt,
Blutegel sich an seinem Leib ergetzen und erletzen
Aus jener Sippe, die auf anderes nicht denkt,
Als ihr Vorrecht allorts voranzusetzen?
Ihr selbst erlebt, wie Juda heut' sein Kanaan gewinnt:
Die Gojim-Denker und die Forscher läßts im Aether sich versteigen,
Wo alle Form ins uferlose Sein zerrinnt,
Zumteil sich auf den Grund der Ozeane neigen,
Wo aus dem Urschleim die Molluske sich entspinnt;
Die andern mögen dann in allen Weiten
Des Raumes und der Zeiten forschend sich verbreiten,
Nur in der Gegenwart Revieren nicht,
Wo eben Judas Hand die goldnen Aepfel bricht,
Die Eingebornen von der Scholle treibt,
Ins Grundbuch seinen eigenen Namen schreibt.
Jahrhunderte vor Moses und vor Abraham
Galt Hypothekenpfandbrief schon im Babylonierland;
Wie einst in Kanaan, hats Juda heute gegen euch gewandt;
Die Dichter, Denker und die Forscher duldens stumm und zahm.
Die für das Volkstum sprachen, hießen einst Propheten,
Doch ihrer Keinen brauchte Juda heut' zu töten:
Sie thun den Mund schon zu, noch eh' er hörbar aufgemacht,
Die Ausgetriebenen weinen und der neue Grundherr lacht.
„Daß du zum Haupte werdest, nicht zum Schwanze,
Sollst du den Völkern allen leih'n, dir selber nichts entlehnen",[1])
Sprach Judas Gott aus seines Volkes heißem Herzensehnen,
Und heut' noch seht ihr es ums goldene Kalb im Tanze.
Kanaans Völker hat es aufgezehrt,
Im Namen seines Gotts das Mitleid abgewehrt,[2])
Sich selbst verheißend, daß die ganze Erde
Ihm einst, wie Kanaan, Besitz und Beute werde.
Schließt ihr aus jenem Spruch nicht, daß, samt Zins, das Kapital
Zu selber Zeit gesetzlich schon gesichert war?
Wenn nicht — wer wohl riskierte die Gefahr,
Daß ihm der Schuldner sein Vermögen stahl?
Und heißts nicht auch von dem, der Geld auf Zinsen leiht,
Daß „Acker er an Acker, Haus zum Hause reiht,
Des Landes Söhne aber in die Fremde jagt"?[3])
Dasselbe ists, was heute ihr für euch beklagt!
Weß' sind die Häuser jetzt in Ofenpest und Wien,
Wie in Paris, in Hamburg, Breslau und Berlin?
Ganz unbeachtet blieb der Moses Jobeljahr;[4])
Die Praxis auf Realkredit begründet,
Das Kapital entzogen der Gefahr.
Dem gleichen Brauch hat später Rom auch sich verkündet
An diesem dann das neuste deutsche Recht sein Irrlicht angezündet.
Doch Geldgier nicht allein ists, was aus jenem Schriftwort spricht:
Erkenntnis auch, aus tausendjähriger Erfahrung
Gewonnen, und die feste Zuversicht
Ins staatliche Gesetz der Schuld- und Zinsgebarungen.
Kurz: schon ein Stück exakter Wissenschaft,
Und die ist ja ein Halbteil höchster Menschenkraft.
Heut führts den Namen „Nationalökonomie". —
(Die wird ja fast allein von Juda noch besorgt,
Von dem ihr selber auch noch alle leiht und borgt), —
Dort trägt es das Gewand der Prophetie.
Und nennt ihrs selber auch „ums goldne Kalb den Tanz",
Arkanum ists und Elixir der Hochfinanz.
Die aber ward in Juda schon zur Weltgenossenschaft:
Einheit von Volkstum, Religion und Mammonswissenschaft.
Erfaßt es wohl und merkts, so alt als junge Knaben:
Hier liegt der Has' im Pfeffer, hier der Hund begraben!
Dem Mammon dient sie, weil die national-religiöse Zunft,
Von Christi Heilsgemeinschaft abgewendet,
Wie von dem Geisteslicht, das Hellas uns gespendet,
Des Mitleids bar noch ist und höherer Vernunft, —
Der bessern Menschheit halbgereiften Gaben.
Mitleid bezähmt die Gier, Vernunft bedenkt der Dinge Ende,
Doch Juda nicht — drum litt es schon so oft die Schicksalswende.
Heut' aber stehts, von jeder Hemmung frei,
Vor euren Blicken da, dämonisch waltend,
Aus felsenharter Wesenseinheit, zu erneuter Sklaverei
Der halberlösten Menschheit Schicksal umgestaltend.
Was durch des Heilands Werk und Opfertot gewonnen,
Scheint für die Gegenwart als wie in nichts zerronnen.
Wollt ihrs für eure Kinder wiederum gewinnen,
Müßt ihr euch heute schon aufs Gründlichste besinnen:
Die Banken hat der Staat zu übernehmen;
Des Geldes Umlauf muß er selber lenken;
Dafür bedarfs ein technisch richtig Denken,
Und Not lehrt auch die Trägheit selbst zum Denken sich bequemen.
Durch wessen Künste ist das neue Deutsche Reich
Mit einer Hypothekenschuld von achtzig Milliarden
(Vom ganzen Volksvermögen sinds zwei Drittel)
Belastet, die ins Grundbuch eingetragen und zugleich
Geschützt für Juda sind durch deutsche Hellebarden?
Wer trägt die Waffen? Landessöhne im Soldatenkittel,
Von denen jeder gern dem Vaterland den Rücken kehrt,
Wenns ihm der Heimatsscholle Sicherung verwehrt.
Was sieht er denn voraus in naher Zukunft Spiegel?
Die deutsche Muttererde in des Juden Hand,
Die importiertes Nenvolk vor den Pflug gespannt,
Das Ganze garantiert durch deutschen Rechtes Siegel,
Das aber ist erzeugt durch fremden Impfstoff und Gelehrtenwahn.
Seht, so erobert Juda heut' sein Kanaan!
Muß ihm ein solcher Sieg das heiße Herz nicht schwellen,
Vom Bogen seiner Gier den Pfeil bis in die Wolken schnellen?
Möchts ja schon heut' den ganzen Boden unseres Planeten,
Samt dem Erträgniswert, in Rentpapier verwandeln[5]),
Ums an der Börse dann in Hausse und Baisse zu „handeln".
Das Stück Papier soll auch ein Raumespfand vertreten!
Unwert für Wert den „Völkern" [6]) in die Hand zu spielen,
Ist ihm das Mittel, um die Herrschaft zu erzielen.
Wollt ihr euch dann chinesische Bodenrente kaufen,

[1]) 5. Mos. 15, 6: „Denn Jahve, dein Gott, hat dich gesegnet, wie er dir verheißen, daß du vielen Völkern auf Pfand leihen wirst, dir selbst aber nichts entlehnen und über viele Völker herrschen wirst, sie aber nicht über dich." — 28, 12: „Und du wirst vielen Völkern leihen, dir aber nichts entlehnen, und Jahve wird dich machen zum Haupte und nicht zum Schwanze."

[2]) 5. Mos. 7, 16: „Und du wirst aufzehren alle die Völker, die Jahve, dein Gott, dir giebt. Nicht sehe dein Auge mitleidig auf sie." — 20, 16: „Von den Städten dieser Völker, die Jahve, dein Gott, dir giebt, sollst du keine Seele leben lassen. — 4. Mos. 14, 9: „Ihr habt das Volk des Landes nicht zu fürchten, denn unser Brot sind sie." — Jesaja 60, 12: „Das Volk und das Königreich, die dir nicht dienen gehn unter, und die Nationen werden vernichtet."

[3]) Jesaia 5, 8: „Wehe denen, die Haus an Haus rücken und Acker an Acker reihen, bis kein Platz mehr ist, und ihr allein die Bewohner bleibet im Lande!"

[4]) Nach dem mosaischen Gesetz (3. Mos. Kap. 25) sollte der ganze Boden des Landes als alleiniges Eigentum Jahves und die einzelnen Besitzer nur als Lehensträger betrachtet werden. Um diese Rechtsanschauung zu wahren und die von vornherein vorgenommne Verteilung des Landes an die einzelnen Stämme und Familien aufrecht zu erhalten, sollte alle fünfzig Jahre der inzwischen etwa veräußerte Boden an diese ersten Besitzer zurückkehren, so daß Kauf und Verkauf sich immer nur auf die Anzahl der Ernten beziehn konnten, die bis zum nächsten Restitutionsjahre (Jobel- oder Jubel- oder Erlaßjahre) noch zu erwarten waren.

[5]) Einstweilen nur für Deutschland vorgeschlagen durch den Juden Flürichheim und Genossen. Es liegt aber in der Natur der Sache, wie in der national-religiösen Verpflichtung Judas zur Erstrebung der Weltherrschaft, daß dies System auf der ganzen Erde ausgedehnt werden müßte. Vergleiche hierüber, wie über die hypothekarische Verschuldung des Deutschen Reiches: Ottomar Beta, „Deutschlands Verjüngung" geh. 10 Mk., geb. 12 Mk.; desselben Schrift: „Warum liegen wir Deutsche in den Ketten der Schuldknechtschaft?" Preis 30 Pfg. Theodor Fritsch: „Zwei Grundübel: Bodenwucher und Börse." Preis 2 Mk. (Berlin, Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt.)

[6]) Die Nichtjuden werden von den Juden als „die Völker", und die von ihnen zu erobernde Erde als die „Völkerwüste" bezeichnet.

Müßt ihr nur in die nächste Wechselbude laufen.
Und der Chinese legt sein Kapital
In Buschtiebrad an oder Karolinental.
Und wenn der ganze Schwindelbau zusammenkracht,
Ists Judas Volk allein, das aller Völker lacht:
Der Krach war in die Rechnung einbezogen:
Das ganze Wertpapier schon längst an euch begeben,
Das Wertmetall blieb ganz an seinen Fingern kleben,
Und so sind denn die „Völker“ wiederum betrogen.
Heut' wißt ihr erst, warum die Alten Israels Finanztalent
Vorsicht g klug gebannt in engste Schranken.
Wie kurz die Frist, die von der „Emanzipation“ euch trennt,
Und schon begann das Fundament zu wackeln!
Habt ihr ja, durch des Feindes Schmeichelwort bethört,
Der durch Jahrhunderte gestrebt, in eure Rechtsburg einzudringen,
Um, selber mitgeschützt, euch leichter zu bezwingen,
Die stärksten Wälle schon mit eigener Hand zerstört!
Ja, Stumpfsinn hat sogar des Weihrauchs sich erfreut,
Den doch der Sieger, der in eure Veste dringt,
Als Triumphator nur sich selber streut,
Wenn er das Rauchfaß auch um des Besiegten Nase schwingt.
Doch freilich thaten das die Judenliberalen.
Heut aber, wo die Christlichsozialen
Zum hohen Ruhme Wiens den Bann gebrochen,
Der Jude selber schon bei euch zu Kreuz gekrochen, —
Wollt heut ihr dulden, daß der alte Wankelmut,
Der Zwietracht Bruder, die in deutschen Herzen selten ruht,
In eures Bundes Mitte Haß und Neid entfacht
Und am kurulischen Stuhl des Mannes rüttelt,
Der doch mit Heldenkraft das Joch euch abgeschüttelt,
Ja, selber sich dem Volk zum Opfer hat gebracht?
Dann käm' er wohl, — der Tag, an dem ihr ganz verkracht,
Sie haben ja gedroht, daß sie ihn vorbereiten, —
Der Darleihzünftlerbund aus vorchristlichen Zeiten,
Die rezipierten Gäste ihren milden Wirten.
Nehmt ihr dem neu erstandnen Dämon nicht den Wahn,
Er dürfe gegen Christum und die Christen feindlich weiterstreiten,
Das wohlgesinnte Volk und seinen guten Hirten,
Dann schlägt er gar auch euch zu seinem Kanaan,
Im Nachbarstaat mit dessen Globusnarretei er sich verbündet,
Scheint sein gelobtes Land ja schon solid begründet.
Doch merkts für jeden Fall: heut' wird der Sieg nur dem geschenkt,
Der kräftig fühlt und will und technisch richtig denkt.

Ad. Wd.

Ein neues nationalökonomisches System.

Der völlige Zusammenbruch der freihändlerisch-sozialistischen Weltanschauung hätte sich schon lange vollzogen, wenn nicht ihre Vertreter ihre schwache Position immer noch mit den freilich reichlich rostigen und schartigen Waffen verteidigen könnten, die sie aus der Rüstkammer der sogenannten nationalökonomischen Wissenschaft hervorholen. Die heute herrschende nationalökonomische Richtung erkennt nur die induktiv historische Methode an, sie beschäftigt sich nicht mit dem, was sein soll, sondern mit dem, was ist und gewesen ist. Nach Schmoller, dem Hauptvertreter dieser Richtung, „hat die Wissenschaft nur die Aufgabe, unmittelbar auf die Entscheidung des Tages einzuwirken, das sei Aufgabe des Staatsmannes“.

Die Mittelstandsbewegung hatte bisher für ihre aus den veränderten Verhältnissen der Praxis sich ergebenden Forderungen und Bedürfnissen keine wissenschaftlich begründete Systematisierung erfahren. Nun ist soeben der erste Band eines „Systems der politischen Oekonomie“ von Professor Dr. Gustav Ruhland erschienen, der diesem bisher schwer empfundnen Mangel abhelfen dürfte.

Nach Ruhland muß die Nationalökonomie als „praktische Wissenschaft“ die sich mit objektiven, innerhalb der subjektiven Gefühls- und Empfindungssphäre des Menschen liegenden Vorgängen beschäftigt, sich zuerst und zuletzt dem praktischen Bedürfnis des Tages unterordnen.

Heute aber besteht eine tiefe Kluft zwischen Praxis und Wissenschaft in der politischen Oekonomie, weil die Methode, die heute zur Anwendung kommt, nicht die richtige ist. Wenn eine Wissenschaft als Ganzes auf die Dauer nichts hervorbringt, was befruchtend auf andre Wissenschaften oder auf das Leben der Nation und deren Menschheit wirke, so sei das ein untrügliches Zeichen dafür, daß entweder der Gegenstand, mit dem man sich beschäftigt, die Mühe nicht lohne, oder daß ihr Betrieb ein verkehrter sei.

„Es ist“, sagt Heinrich Herz in seinem Lehrbuch über „Die Prinzipien der Mechanik“, „die nächstliegende und im gewissen Sinne auch wichtigste Aufgabe aller bewußten (wissenschaftlichen) Erkenntnis, daß sie uns befähigt, zukünftige Erfahrungen vorauszusehn, um unser Handeln in der Gegenwart darnach einrichten zu können.“

Deshalb bestreitet Ruhland der Nationalökonomie, die man so häufig mit ganz besondrer Betonung als sogenannte „praktische“ Wissenschaft bezeichnet habe, das Recht, sich „in die Traumkammer der reinen Wissenschaft“ zurückzuziehn, um die immer lauter klagenden Bedürfnisse der Praxis einfach zu überhören. Auch in der Nationalökonomie müsse die Wissenschaft wieder die Magd werden, die mit der Fackel der Praxis vorausleuchtet. Statt auf die politischen Forderungen der Praktiker mit selbstgefälliger Ueberlegenheit herabzuschauen, sollten die Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft die Worte Justus von Liebigs nicht vergessen, daß die Erfahrungen und Aeußerungen der Praktiker „das Erz sind und bleiben müssen, aus dem die Wissenschaft das edle Metall von dem tauben Gestein zu scheiden hat.“

Wenn wie heute, die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren gesetzgeberischen und organisatorischen Bedürfnissen der Wissenschaft mehr oder minder weit vorausgeeilt ist, werde die Abfassung der Anträge auf Seiten der Praktiker gewiß nicht selten mit den noch gewohnten wissenschaftlichen Sätzen in Widerspruch stehn. In diesem Fall sei es Aufgabe der Wissenschaft, sich mit so viel Liebe und Ausdauer in die Empfindungen und Anschauungen der Praxis zu vertiefen, daß sie den Punkt findet, von dem aus eine neue Theorie sich mit den Thatsachen der Praxis wieder vereinigt.

Die Wissenschaft der politischen Oekonomie gehe heute der Praxis nicht allein nicht mehr voraus, sie werden gradezu von den Entschließungen der Praxis überrascht und komme dann zu den seltsamsten wissenschaftlichen Ausreden. Es liege also gradezu im Lebensinteresse der Gesamtheit, daß die in historischen Spezialuntersuchungen heute noch zu sehr befangne nationalökonomische Wissenschaft sich endlich der tiefernsten Pflichten erinnere, die sie den praktisch politischen Aufgaben der Gegenwart gegenüber zu erfüllen habe.

Dieser Pflicht sucht Ruhland gerecht zu werden, indem er neue, mehr zutreffende Grundbegriffe, die sich der tiefgehenden Mittelstandsbewegung anpassen, aufstellt auf dem Wege einer systematischen Durchdenkung des gesamten Gebietes der Volkswirtschaft. Den Ausgangspunkt für sein neues System bildet das Getreide, dessen Bedeutung in der ökonomischen und politischen Entwicklung aller Völker er an der Geschichte der alten Kulturvölker nachweist, um dann auf die Ursachen der heutigen sozialen Krankheitserscheinungen einzugehn und ein Reformprogramm nach den von ihm neu entworfnen Grundbegriffen und Grundlehren abzuleiten. Mit der Lösung der Mittelstandsfrage, der Frage nach der Preisbildung der Produktionswerkzeuge und der Frage nach der Preisbildung für die Arbeitsprodukte, fällt nach Ruhland die Lösung der ganzen sozialen Frage zusammen.

Die niederösterreichischen Christlichsozialen.

Die Ergänzungswahlen zu den österreichischen Provinzial-Landtagen haben in den letzten Wochen stattgefunden und mancherlei Ueberraschungen gezeitigt. Das größte Interesse nahm der niederösterreichische Landtag für sich in Anspruch, in dem bisher die Christlichsozialen unter Führung des Wiener Oberbürgermeisters 27 von 78 Mandaten besaßen. Sie hatten damit allerdings nicht die Mehrheit, beherrschten die Verhand-

lungen aber doch insofern, als sie von Fall zu Fall mit den Großgrundbesitzern oder der deutschen Volkspartei Kompromisse abschlossen. Für die 21 Landgemeinden war die Wahl am 28. v. M. anberaumt. Die Christlichsozialen hatten 15 Mandate zu verteidigen, während zwei den Alldeutschen gehörten, drei der Deutschen Volkspartei und eins in den Händen eines „Wilden" war. Noch am Morgen der Wahl stellten Wiener Blätter den Christlichsozialen mindestens einen Verlust von drei Mandaten in Aussicht, während thatsächlich alle 21 christlichsozialen Bewerber gewählt wurden.

Dieser Sieg kam den Gegnern äußerst überraschend, zumal kurz vorher Abg. Boeltl von der Deutschen Volkspartei, der auch zu den unterlegnen Kandidaten zählt, vom „überlebten Antisemitismus" gesprochen hatte. Sehr bemerkenswert ist es, daß die Volkspartei zur Förderung ihrer Sache einen politischen Lehrertag nach St. Pölten einberufen hatte, den die Lehrer dazu benutzten, weitgehende Beschlüsse für ihre eignen Interessen zu fassen und damit ganz allein der christlichsozialen Sache nutzten.

Mit Spannung sah man jetzt dem 5. d. M. entgegen, an dem die Stadtgemeinden einschl. Wien an die Urne treten sollten. Die Spannung war um so größer, als sich die Wählerzahl nach oben hin ganz bedeutend verschoben hatte. Die Liberalen hatten von den 21 Mandaten der Stadt Wien 6 zu verteidigen und die „Genossen" eins, das in den Händen ihres Führers Dr. Viktor Adler sich befand, der in Oesterreich bei den „Genossen" dieselbe Rolle spielt, die bei uns Paul Singer innehat. Und was geschah? Im ersten Anlauf nahmen die Christlichsozialen 20 Mandate und in der Stichwahl warfen sie auch den „Genossen" Adler hinaus! An der Hauptwahl beteiligten sich insgesamt 170446 Wähler, von denen 110281 christlichsoziale Zettel abgaben.

Trotzdem sie in den Stadtbezirken des Landes nicht so gut abschnitten — von den 13 Mandaten besaßen sie bisher 6 und besitzen nunmehr nur 3 —, verfügen die Christlichsozialen jetzt doch über die absolute Mehrheit (45 von 78) und werden mit Hilfe des Großgrundbesitzes sogar leicht die Zweidrittelmehrheit herstellen können.

Der Verlauf der ganzen Wahl ist so bemerkenswert, weil die Hochburg des Liberalismus, die innere Stadt Wiens, in der Israel bisher stets unbeschränkt herrschte, so glatt in die Hände der Christlichsozialen fiel.

Vorauszusehn war es, daß die Alldeutschen — sie verfügten nur über zwei Mandate — bei dem zwischen Schönerianern und Wolfianern herrschenden Zwiste keine Erfolge erringen konnten. Auch der alte Schönerianer Tötz blieb in der Minderheit.

Juda ist über den Ausgang der Wahl in einer furchtbaren Erregung und dies beweist uns, daß Israel und sein Anhang die Christlichsozialen Wiens ebenso fürchtet und haßt wie die Judengegner andrer Schattierungen. Hoffentlich zeitigt der Ausgang der nächsten Reichstagswahlen im Deutschen Reiche ähnliche Ergebnisse.

Liberale Kampfesweise. In der „Grünberger Volkszeitung" weist der Verleger und Redaktör, Herr Felix Erber, in scharfer Form Angriffe der jüdisch-freisinnigen „Breslauer Morgenzeitung" zurück, die ihm den Vorwurf politischer Gesinnungslosigkeit gemacht hatte. Herr Erber entkräftet den Vorwurf, daß er sich vom Ultramontanen zum Freisinnigen durchgemausert habe, durch Veröffentlichung einer Anzahl von Zeugnissen, die ihm über seine redaktionelle Thätigkeit an verschiedenen Zeitungen ausgestellt sind. Daß er sich den Haß der Judenschaft zugezogen hat, nimmt uns nicht Wunder, denn er bekennt sich offen als Antisemit. Am Schlusse seiner Ausführungen sagt er:

> Politisch bin ich stets auf der rechten Seite gestanden. Auch die „Volkszeitung", welche mein Eigentum ist und keinem Menschen Rechenschaft über ihre politische Gesinnung zu geben hat, als den zahlenden Lesern, war vom ersten Tage ihres Bestehns ab bis heut ein erklärter Feind der Linken, und dazu gehört in erster Linie der „Freisinn"!
>
> Die konservativ-landwirtschaftliche antisemitische Tendenz, welche auch ein Katholik sehr wohl vertreten kann, wird die kleine, nunmehr berühmt gewordne „Grünberger Volkszeitung", aber nicht engagiert von irgendeiner Partei, solange tragen, als ich, der Verleger und Redaktör dieses Blattes, die Feder rühre, und ich werde sie kräftig in der Zeit rühren, unverdrossen, wenn es sein muß, gegen eine Welt voll Feinden.

Wir wünschen ihm dazu alles Glück und würden uns besonders freuen, wenn es ihm gelänge, die „Grünberger Volkszeitung" zum Ausgangspunkt für ein neues kräftiges Aufleben der antisemitischen Bewegung in Schlesien zu machen. Sie hat lange genug geschlafen.

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Im Anzeigenteile der „Frankfurter Zeitung" des Herrn Löb Sonnemann lesen wir: „In welch freisinnige jüdische Familie, sehr vermögend, könnte ein Fürst Zutritt erhalten behufs Ehe? Offerten unter M. N. 6228 befördert Rudolf Mosse, München. —

Und Tante Voß giebt nachstehende Anzeigen bekannt:

„Arzt in Berlin W, 35 J., blond, ev., von vornehmer Gesinnung u. Erscheinung, sucht j. Dame, auch Jüdin (wenn getauft), bis 33 J., von ruhigem, gemütvollem Charakter, etw. vermögend, z. Gattin. Off. bis 15. Nov. unter M. N. 120. in der Exp. dieser Zeitung.

„Herr in hoher staatlicher Stellung, Graf, 29 Jahre, schuldenfrei, möchte sich verheiraten (Konfession gleich), und bittet Eltern oder Vormund, unter Klarlegung der Verhältnisse mit ihm in Verbindung zu treten. Adr. unter W. K. 78 an die Exped. dieser Zeitung."

Für die kommende Weihnachtszeit sei auf den hoch auf dem Thüringer Wald gelegnen Industrieort Steinheid und seinen Geistlichen hingewiesen. Steinheid ist in diesem Jahre durch eine schwere Feuersbrunst heimgesucht worden und verdient es somit doppelt, daß seine industriellen Verhältnisse bekannt und gefördert werden. Seit dem Jahre 1892 ist von dem damaligen Pfarrer Roth der Versand von Christbaumschmuck an einzelne Abnehmer eingeführt worden, um den schwer kämpfenden Glasbläsern aufzuhelfen. Der Geistliche leitet den Versand ohne Entgelt. Wer Christbaumschmuck herstellt, bietet seine Muster an und erhält je nach Bedarf Aufträge; es ist ein Grundsatz, jedem zu helfen und keinen, der arbeiten will, zu übergehn oder zurückzuweisen. In gemieteten Räumen wird die fertige Ware abgenommen und vom Pfarrer und seinem tüchtigen Gehilfen, d. h. seiner Ehefrau, versandt. Weihnachten wird eine besondre Dividende an die Arbeiter zur Erhöhung der Weihnachtsfreude verteilt. Die Jahres-Rechnungen dieses Unternehmens werden vom Landratsamt geprüft. Mit fünf Kisten fing Pfarrer Roth vor zehn Jahren den Versand an; jetzt beläuft er sich auf ungefähr tausend Kisten. Es wird Christbaumschmuck von den geringsten bis zu den feinsten Mustern hergestellt und in Kisten zu fünf oder zehn Mark und darüber verschickt. Wer den Seinen eine Weihnachtsfreude machen und die armen Glasbläser unterstützen will, wende sich rechtzeitig an Pfarrer Langguth, Steinheid in Thüringen.

Auch ein Beitrag zur Bodenreform. In einer Sitzung des Bezirksgerichts zu Warschau im Monat Oktober wurden 25 Warschauer Häuser zwangsweise versteigert. Dreizehn gehörten Christen, zwölf Juden. Bei neun Grundstücken der Nichtjuden deckte die Zuschlagssumme nicht nur die hypothekarischen Forderungen, sondern überstieg sie noch um insgesamt 81,000 Rubel, während in vier Fällen die Zuschlagssumme mit insgesamt 49,400 Rubel hinter den angemeldeten Forderungen zurückblieb. Bei den dreizehn Grundstücken zusammen überstieg somit die Verkaufssumme die Forderungssumme um 32,400 Rubel. Von den zwölf Häusern der jüdischen Besitzer dagegen war eins überhaupt nicht mit Hypotheken belastet, es wurde wegen Erbschaftsteilung verkauft. Bei zweien überstieg die Zuschlagssumme die Forderungen um 14,050 Rubel, bei den übrigen neun Verkäufen blieb die Zuschlagssumme hinter den hypothekarischen Forderungen um 656,815 Rubel zurück,

jodaß also die Hypothekengläubiger der elf jüdischen Hausbesitzer insgesamt 642,765 Rubel verloren. Bei dieser „Reinigung“ von Hypotheken, wie der technische Ausdruck lautet, machte also durchschnittlich jeder der neun jüdischen Hausbesitzer ein „Geschäft“ von mehr als 72,000 Rubel.

Bildungs-Bedürfnisse. Die nun überall, besonders in kleinern und mittlern Städten wieder beginnenden Vortragsabende des Winters gestatten zuweilen einen interessanten Einblick in die Bildungsbedürfnisse der verschiednen sozialen Schichten. Wir führen heute folgendes Beispiel aus einer deutschen Mittelstadt an: Die Kasinogesellschaft, die die „obersten Tausend“ umfaßt, ladet zur Vorstellung einer . . . Zauberkünstlerin ein. Der Kaufmännische Verein bestellte sich den Obersten Schiel zum Vortrag über Südafrika, und der Arbeiter-Bildungsverein ließ von Emil Milan (Hamburg) Rezitationen über Tolstoi, Fontane, Detlev v. Liliencron, Avenarius und Daudet vortragen.

Kulturziele. Das Ziel der Kultur ist nicht die Kunst, nicht die Wissenschaft, nicht die Technik, sondern der Mensch. Den Menschen zu erheben, zu veredeln und zu stärken, das ist das höchste Ziel alles vernünftigen Strebens. Alle Künste und Reichtümer des Lebens haben nur insofern Wert, als sie diesem Ziele dienen. Und selbst die Bedeutung der Religionen ist nur danach zu bemessen, inwieweit sie befähigt sind, den ganzen Menschen — nicht die Seele allein — zu vervollkommnen.

Fritz Thor im „Hammer“.

Ueber die Landflucht im Böhmerwaldgebiet teilt das „Prager Tageblatt“ in Nr. 238 nachstehendes mit: „In den von den Bahnen entfernt gelegnen Gebirgsortschaften im Böhmerwalde macht sich schon seit längerer Zeit ein starker Auswandrungstrieb nach ertragsfähigern Gegenden bemerkbar. Die größern Bauernhäuser kommen eins nach dem andern zum Verkauf; die meisten werden von den Herrschafts-Verwaltungen der adligen Großgrundbesitzer erstanden. So wurden erst jüngst in Sandl die Häuser Nr. 18 und 23 verkauft. Daß es keine geringen Ursachen sind, die die Besitzer, die bekanntlich an ihrem altererbten Grund und Boden hängen, zum Auswandern zwingen, zeigt die Thatsache, daß durch den Verkauf des Hauses Nr. 23 die Gemeinde Sandl einen Mann verliert, der dort dreiundzwanzig Jahre lang gelebt und gearbeitet hat; als Gemeindevorsteher wirkte er elf Jahre, und hörte vordem zwölf Jahre lang dem Gemeinde-Ausschuß an.“

Natürlich wandern solche alterbgesessene Bauern nur aus, weil es ihnen zu gut geht! Freisinn und Liberalismus sagts, daß es den Bauern gut, sehr gut geht, also muß es wahr sein!

Dem Zuge nach dem Westen, der insbesondre Israel eigen ist, folgt schon wieder das Warenhaus Wertheim in Berlin. Der westliche Erweiterungsbau des ursprünglichen Geschäftshauses ist kaum trocken geworden, und bereits ist man dabei, das große Eckhaus am Leipziger Platz abzureißen, für das die Großbanken, die hinter Wertheim stecken, vierzehn Millionen Mark gegeben haben sollen. Die Front des Warenhauses Wertheim wird demnächst größer sein, als die irgendeines Bauwerks in Berlin, einschließlich der 170 Meter des Kgl. Schlosses.

Christus und Israel. Wie sehr der Haß gegen alles Christliche im Juden von Klein auf großgezogen wird, das zeigt folgender Vorfall, den man uns aus einem hessischen Landstädchen mitteilt: Ein christlicher Knabe betrachtete, auf der Straße stehend, ein farbiges Bildchen, Christus am Kreuze darstellend. Zwei Judenbengels von elf bis zwölf Jahren kamen hinzu und ließen sich das Bildchen zeigen. Kaum hatten sie bemerkt, was es darstellte, als sie das Bild dem Knaben entrissen, es in kleine Schnitzel zerrissen und mit ihren Füßen solange auf dem zerrissenen Bilde herumtraten, bis es im Straßenkot verschwunden war.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8



Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 13. November 1902. Nr. 743.

Die Politik im Jugendstil.

Man hat die Fahrt, die der Kaiser nach England antrat, in der deutschen Presse nur vereinzelt mit Kommentaren umgeben. Die offiziösen Blätter, die Honigseim aus jeder Blüte saugen, haben jetzt, wo diese Fahrt doch mit dem heißesten Bemühn nicht als eine volkstümliche That dargestellt werden kann, sich damit begnügt, jedes Hurra, das auf dem Wege des Monarchen ertönte, als einen Beweis dafür hinzustellen, daß in England wie in Deutschland die Bewundrung und Liebe für den reichen Erben der Hohenzollern in gleichem Maße entflammt sei; die deutschnationale Presse hat es vorgezogen zu schweigen, weil sie es nicht wünschte, durch den Ausdruck ihrer Erbitterung die tiefe Verstimmung, die in ganz Deutschland gegen die Engländerei des allerneuesten Kurses, vierte Garnnummer, herrscht, noch zu steigern. Denn wenn auch, wie wir wissen, diese Fahrt zum Oheim nicht in direktem Zusammenhange mit der üblen Geschichte von der Audienz der Burengenerale steht, so ist doch das szenische Arrangement so wunderlich gewesen, daß man der französischen Presse guten Glauben zugestehn kann, wenn sie von einem Buß- und Bittgang im Canossastile spricht und schreibt. Man braucht in Frankreich nicht zu wissen, daß die Reise schon längst vor dem geplanten Buren-Empfang beschlossene Sache war und im wesentlichen als Besuch bei einem hoffnungslos Kranken aufgefaßt werden muß.

Kaiser Wilhelm hat sich von seinem Kanzler nicht begleiten lassen, obwohl ihm, wie gemeldet wurde, nicht weniger als acht englische Minister ihre Aufwartung machen werden. In gewissem Sinne ist das auch ganz recht und billig. Denn da der Kaiser sein eigner Kanzler und Graf Bülow nur der gehorsame Diener ist, so fällt es nicht weiter auf, wenn der Monarch die ministeriellen Kleidungsstücke auch jetzt zu Hause läßt. Hat doch der heilige Bernhard auch sonst Pflichten in hinreichender Zahl zu erfüllen, um ihn zu entschuldigen, wenn er auf die Freuden von Windsor verzichtet und es vorzieht, statt in das Angesicht des zornwütigen Chamberlain, in die ewiglächelnden, devoten Mienen seines Hamann zu blicken. Allerdings sieht man ihn auch im Reichstag nicht, wo die Loose um die wirtschaftliche Zukunft des Deutschen Volkes geworfen werden, wo sich überdies ein Konflikt abspielt, dessen prinzipielle Bedeutung die Herren von der Regierung nicht zu kennen scheinen. Aber er hat Zeitungen zu lesen, und auf jede Kritik mit altjungferlicher Empfindlichkeit die Erwiderung zu schreiben; er muß Interwiews veranstalten und die Oeffentlichkeit darüber aufklären, daß er noch immer auf der Suche nach der Mittellinie ist, und er muß denen, die bekümmert sind, den glorreichen Trost zurufen, daß ein Personenwechsel nicht eintreten werde, daß lieb Vaterland ruhig sein kann: „Den Zolltarifkahn können die Wellen verschlingen, die Schiffer aber werden nicht untergehn."

Sinnend steht das Deutsche Volk vor diesem Bilde: Wie denn, wenn die Wellen, wie den Fischer, den die Loreley bezaubert, so auch den Kahn verderben, auf dem der Reichskanzler fährt — denn nur so kann das Bild gemeint sein —, in welchem Zustande wird er selbst dann an das rettende Ufer treiben? Ach, wie liegt es so nahe, ergänzend das Distichon Schillers wiederzugeben:

„In den Ozean schifft mit tausend Masten der Jüngling;
Still auf gerettetem Boot treibt in den Hafen der Greis."

Wird aber das Boot zerschellt, dann bleibt noch die Planke; fehlt auch die Planke, so rollt vielleicht der barmherzige Strom ein leeres Tönnchen heran.

In den Unterhaltungen bei Chartreuse und Zigarre, aus denen wir beglückt und befriedigt vernehmen, wie sich in dem elegant gescheitelten Haupte des Olympiers Gegenwart und Zukunft darstellen, haben wir auch das frei nach Pascal gebildete Wort vernommen: „Vérité au delà des Alpes, erreur en deça — was jenseits der Alpen wahr sein kann, ist hier ein Irrtum."

Leute, die sich in Bosheit ergehn, möchten für die Wahrheit dieses geflügelten Wortes die Thatsache anführen, daß Herr Zanardelli zwar versichert, aus den Verhandlungen mit Deutschland sei bereits das Ergebnis gewonnen, daß die italienischen Gärtnereiprodukte die bisherige Bevorzugung auch fernerhin behalten werden, daß aber diesseits des Sankt Gotthard mit stiller Energie jeder Gedanke daran, daß wir uns irgendwo und irgendwie festgelegt hätten, mit schönem Nachdruck abgelehnt wird. Drüben ists Wahrheit, hier Irrtum, drüben weiß man, daß die lombardischen Gärtner als Stütze für den Thron durch solche Zugeständnisse erhalten werden sollen, und hier weiß man nichts davon.

Und so ergiebt sich das wonnige Bild: Im Deutschen Reichstag kämpft Singerleben für die Zollfreiheit der gärtnerischen Produkte Italiens, während nach der Meinung der italienischen Staatsmänner grade die Zollbelastung die Reihen der Sozialdemokraten in dem Lande Vittore Emanueles in unberechenbarer Weise verstärken würde; Singerleben ist also eigentlich die beste Stütze des Savoyischen Königshauses, und mit berechtigter Hoffnung darf sich sein Busen dem Annunziaten-Orden entgegenblähn.

Und noch ein andres wunderliches Bild enthüllt sich täglich den Augen. Im Reichstag wird von der Linken mit Händen und Füßen Obstruktion getrieben, der eine will dies und der andre etwas andres. Aber niemand will eigentlich das, was die Regierung will. Darf man sich da wundern, wenn Graf Bülow dem Kampf um die Geschäftsordnung mit jener heitern Ruhe zuschaut, aus der herab die griechischen Götter den Kämpfen der wimmelnden Menschenscharen folgten?

Siegt die Mehrheit, so erhält er einen Tarif, den er selbst für unannehmbar erklärte; siegt die Linke, so erhält er abermals einen Tarif, den er als der Uebel größtes ansehn muß. Es geht ihm, wie dem jungen Goethe, da er bei dem „Diner zu Koblenz" zwischen Lavater und Basedow saß: „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten". Nur daß hier die Mitte sich genau zwischen den Stühlen befindet, ein Platz, auf dem er ja doch wohl auch auf seiner ewigen Suche nach der Mittellinie mit Eifer und Andacht hinstrebt.

So schlingt sich anmutig Blume an Blume zum Kranz. Der Reichstag ist unfähig geworden, sein Geschäft zu förden, die Tarifvorlage schwebt in den Lüften. Die Offiziösen versichern täglich, daß wir in herrlichen Zeiten leben und mit ängstlicher Spannung richten sich die Augen nach England, ob nicht dem helgoländer und dem deutsch-englischen Vertrag ein neuer deutscher Erfolg sich anreihen wird. Aber trösten wir uns: Wenn auch der Kahn versinkt, so wird doch Graf Bülow nicht untergehn. Er selbst hat es ja gesagt. Spectator.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend 1/2 9 Uhr. —

Verband Niedersachsen. In der Ortsgruppe Braunschweig finden sich die Verbandsmitglieder jeden Dienstag zum gemütlichen Stammtisch im Restaurant Ulrici zusammen.

Zur Belebung der im Winterhalbjahre unerläßlichen geselligen Veranstaltungen soll zunächst im Laufe des nächsten Monats ein „Familien-Unterhaltungsabend" veranstaltet werden. Da bestimmte Festbeiträge bei derartigen Veranstaltungen nicht

erhoben werden sollen, so werden die Parteifreunde recht herzlich gebeten, durch Einsendung von Beiträgen für die Vergnügungskasse diese Veranstaltungen, die dem engern Zusammenschluß der Mitglieder dienen sollen, zu ermöglichen.

Braunschweig. Der Deutschnationale Arbeiterbund (Hamburg) hielt am 29. v. M. im Saale des „Neuen Gesellschaftshauses" eine Versammlung für geladne Gäste ab, in der der zweite Bundesvorsitzende, Herr Henningsen (Hamburg), das Thema „Arbeiterloos und Arbeiterhoffnung" behandelte. Der Redner schilderte zunächst die Lage und die Zukunftsaussichten des Arbeiterstandes und vertrat dann eine Reihe Forderungen, die der Arbeiterbund im Interesse der arbeitenden Klasse aufgestellt hat. Während der Redner auf der einen Seite die sozialpolitische Lässigkeit bürgerlicher Kreise scharf tadelte, machte er andrerseits doch auch einen scharfen Unterschied zwischen dem deutschnationalen Bunde und der internationalen Sozialdemokratie. Im Gegensatz zur letztern erstrebe man praktische Sozialpolitik, und betrachte die Uebelstände im Arbeiterstande nicht lediglich als Agitationsstoff zur Förderung des Klassenhasses. Es war selbstredend, daß die erschienenen „Genossen" ihre Leute in der freien Aussprache kräftig vorschickten, allerdings fanden sie in Herrn Henningsen einen nicht zu unterschätzenden Gegner. In seinem Schlußworte gelangte es ihm vorzüglich, die Herren Sozialdemokraten endgültig abzufertigen.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in **Berlin** jeden ersten Freitag im Monat, $8^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in **Braunschweig** jeden Freitag $8^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in **Duisburg** jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, $8^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in **Elberfeld** jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in **Erfurt** jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller";

in **Frankfurt** (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in **Freiburg** (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;

in **Goslar** jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in **Halberstadt** jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in **Halle** (Saale) jeden Dienstag $8^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in **Hannover** (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in **Kassel** jeden Mittwoch $8^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in **Krefeld** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in **Kuxhaven** jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in **Leipzig** jeden Montag $8^1/_2$ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);

in **Mannheim** jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in **Münster** (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";

in **Nordhausen** am 14. und 21. in den „Drei Linden";

in **Weimar** jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

*

Der „Deutsche Volksbund" (Richtung Prof. Dr. Förster, v. Mosch, Dr. Böckel) hielt am 2. und 3. November zu Berlin seinen Bundestag ab. Von den satzungsgemäß nichtöffentlichen Verhandlungen, an denen nur die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner aus dem Reiche teilnahmen, ist mitzuteilen, daß im vergangnen Jahre der Bund 361 Versammlungen in ganz Deutschland abgehalten hat. Ebenso wie in Pommern, will man auch für Schlesien-Posen und Sachsen-Thüringen eigne Geschäftsstellen einrichten. Für die politische Agitation soll die Bundesleitung mit den Führern der deutschnationalen Parteien und Verbände in Unterhandlungen eintreten. — Reichstagskandidaturen beabsichtigt man aufzustellen in Pyritz, Sternberg, Marburg sowie in einigen andern Kreisen, die auf Grund oben erwähnter Unterhandlungen festgelegt werden sollen.

Im übrigen scheints im Bunde etwas zu gähren, denn nachdem der „Gaumeister" für Thüringen, Fabrikant Koch-Erfurt, jüngst sein Amt niedergelegt, folgt jetzt der Redaktör der „Sachsenschau", Faßhauer-Magdeburg.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Zwei jüdische Fachblattverleger standen sich kürzlich vor dem Landgericht in Hannover als Kampfhähne gegenüber. Der erste, der den „Konfektionär" in Berlin verlegt, war von dem aus einem ostfriesischen Fischerdorfe nach Hannover eingewanderten Saly Hain, dem Begründer des „Manufakturisten", verklagt, weil er ihm in Form von Offertbriefen Anzeigen-Einladungen für seine Chiffre-Inserenten gesandt hatte. Darob, weil er glaubte, daß ihm seine Inserenten weggekapert werden könnten, schwoll Saly der Kamm derart, daß er zwar nicht die Hilfe der Polizei forderte, sondern die des hohen Gerichtshofes — aber umsonst; denn sein Konkurrent, ein waschechter Berliner, geschäftlich viel gerissener als er, war ihm über. Er konnte bekunden, daß er seinen Angestellten direkt verboten hatte, solche Anerbietungen abzuschicken und — wurde freigesprochen! Der schöne Leopold hat wohl innerlich recht herzlich gelacht, aber sein Konkurrent wird ihm wohl gewünscht haben: Ra de gall, zu deutsch: die Galle soll ihm herauskommen.

Steckbrief. Gegen die Handelsfrau Jettel Lewin, geb. Baginsky, geboren 10. Mai 1859 zu Landsberg (Oberschlesien), soll eine durch Urteil des Königlichen Schöffengerichts Breslau vom 17. April 1902 wegen Diebstahls u.w. erkannte Gefängnisstrafe von zwei Wochen vollstreckt werden. Es wird ersucht, sie zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht: Albert Zukunft aus Grottkau, Karl Elias aus Karlsmarkt (Kreis Brieg), Alexander Michael Friedländer aus St. Petersburg, Eduard Loewenthal, Karl Moses, Georg Pick, Leo Ury und G. Zimmt, sämtlich aus Breslau.

Die Untersuchungshaft ist wegen Betrugs gegen den Kaufmann Julius Goldstein aus Breslau, angeblich geboren am 6. September [illegible] zu Gleiwitz, verhängt. Der Amtsanwalt zu Gleiwitz ersucht um Verhaftung des Goldstein, der häufig die Strecke Gleiwitz-Kattowitz befahren und dem Bahnpersonal bekannt sein soll.

Die Ohrfeige im Judentempel. Infolge der Einwanderung in den letzten Jahren war in Lugansk (Südrußland, Gouvernement Jekaterinoslaw) der alte, stattliche Judentempel zu eng und eine Erweiterung nötig geworden. Da es dort, wie allerorts, neben einigen Krösussen auch manche arme Juden giebt, so beschloß man, neben der alten eine zweite neue Synagoge für die „Proletarier" zu bauen. Die dazu nötigen 25000 Rubel streckte der Vorsteher der Synagoge, Brauereibesitzer E. J. Olchow vor, und so konnte der Plan schnell ausgeführt werden. Nun wurde in beiden Synagogen zu gleicher Zeit Gottesdienst abgehalten, wofür aber nur ein Kantor angestellt ist. Damit aber niemand zu kurz komme, ordnete der Vorsteher für die letzten hohen Feiertage an, daß der Kantor, nachdem er am Freitag, den 4. Oktober (alten Stils) in der alten Synagoge gedient, am Samstag den 5. Oktober in der neuen singen solle. Dem widersetzte sich ein Mitglied der neuen Synagoge, Rosowske, und erklärte, man wolle den Kantor dort gar nicht haben. Herr Olchow erwiderte, er habe danach garnicht gefragt; vorläufig habe er zu verfügen und verbitte sich jede Einmischung. Damit war die Sache scheinbar erledigt, bis am Sonnabend, während des Gottesdienstes, ein jüngerer Bruder des Rosowske vortrat und den amtierenden Vorsteher fragte, wie er sich am vorhergehenden Tage habe unterstehn können, seinen Bruder zu beleidigen. Olchow erwiderte, es sei da weder Ort noch Zeit, ihm die Frage zu beantworten, worauf er, schwapp, eine schallende Ohrfeige erhielt. Ehe sich der Vorsteher von seinem Schrecken erholt hatte, war sein streitbarer Rassegenosse Rosowske verschwunden. Das nützte ihm aber wenig. Schon am 8. Oktober — also nur drei Tage später — wurde der arme Tropf vom Luganster Stadtrichter (bei dem sonst die Sachen regelmäßig Monate lang liegen, damit sich die Gemüter abkühlen) gemäß Art. 35 und 135 des Friedensrichtergesetzes zu dreimonatlichem Arrest, dem höchsten Strafmaße, verdonnert. Rosowske hatte sich indes zur Verhandlung nicht eingefunden, dafür waren aber 50 Gemeindeglieder außer zahlreichen Zeugen zur Gerichtssitzung erschienen und alle vernahmen die Verurteilung mit Freuden. Da die Rosowske auch vermögende Leute sind, wird die Angelegenheit jedenfalls noch höhere Instanzen beschäftigen.

Chaim Jankel Zittel, der in Rußland geboren wurde, faßte die Polizei in Hagen (Westfalen) ab, als er wegen fehlenden Reisegeldes zwei Diamantringe versetzen wollte. Man fand bei ihm 511 Mark bares Geld, 42 Diamantringe und 133 lose, echte Diamanten. Woher er diesen Reichtum hat, konnte noch nicht ermittelt werden.

Ein großer, aber alter Schwindel. Auf der Weichselbahn sind große Betrügereien entdeckt worden, die darin bestanden, daß statt der angegebnen wertvollen Frachten völlig wertlose Gegenstände versandt wurden, die dann unterwegs verloren gingen, sobald der Nachnahmeschein von irgendeiner Bank beliehen war. Die Schuldigen

bildeten eine Bande von 27 Mann, und zwar 6 Bahnbeamte und 21 Juden, die bis auf ihren Anführer, der spurlos verschwunden ist, sämtlich hinter Schloß und Riegel sitzen und sich demnächst vor dem Bezirksgericht in Radom zu verantworten haben werden.

Gott, wie talentvoll! Dieser Satz ist dem Dr. Friedrich Hirsch zu Wien teuer zu stehn gekommen. Er hatte den Sohn des Bauunternehmers Sucharipa, während der Ferien Nachhilfestunden zu geben, damit dieser nicht durch die Prüfung fiel. Dafür blieb Sucharipa seinem Rassegenossen Hirsch 166 Kronen Honorar schuldig, das dieser einklagte. Ehe es dazu kam, gab es einen Briefwechsel zwischen den beiden Parteien, wobei Hirsch u. a. auf einer offnen Postkarte an Frau Sucharipa schrieb: „Hat Ihr Mann eppes wegen der hohen Feiertage nix Zeit zu bezahlen. Gott, wie talentvoll. Ihrem Bübchen sollte man das Höschen herunterlassen und fünfundzwanzig geben." Das verdroß dem „Bübchen" und es klagte. In der Verhandlung erklärte sein Rechtsbeistand, der Hirsch müsse bestraft werden, und hielt es als strafverschärfend, „daß es dem Angeklagten, der noch vor kurzer Zeit Jude war, beliebte, in der seinem Stande nicht geziemenden Postkarte zu antisemiteln". Hirsch muß nun 50 Kronen blechen.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Kraft und Stoff oder Grundzüge der natürlichen Weltordnung nebst einer darauf gebauten Sittenlehre. Von Prof. Dr. L. Büchner. Wohlfeile Ausgabe. Mit Bildnis und Biographie des Verfassers. Leipzig 1902; brosch. 2.50 Mark, geb. 3 Mark.

Wer Büchners Bild noch nie gesehn hat, wird sich wundern über das nichts weniger als bedeutend aussehende Gesicht des Mannes, dessen Buch einst so viel Aufsehn erregte und seitdem so viele Auflagen erlebt hat. Das Vorwort der hier vorliegenden Ausgabe hat die Gestalt einer kurzen Lebensbeschreibung Büchners, aus der wir entnehmen, daß von dieser wohlfeilen Ausgabe schon zehntausend Exemplare verkauft sind, und daß das uns vorliegende Exemplar einer daraufhin besorgten Neuauflage zugehört. Wenn die Verlagsbuchhandlung meint, hieraus ersehe man, „daß Büchners Weltanschauung auch in weiten Kreisen des Deutschen Volkes tiefere Wurzel geschlagen hat, als es äußerlich unter dem Druck der Verhältnisse scheinen mag", so hat sie ja damit wohl bei vielen Recht, die diese billige Ausgabe kauften und kaufen. Vielen Käufern aber mag es gehn wie mir, der ich mit Interesse in dem Buch beobachte, wie ein reich begabter, fleißig geschulter Geist in Büchners Werk arbeitet, während ich zugleich von Seite zu Seite mit mehr Bedauern sehe, daß dieser reich begabte Geist nichts wollte und daher schließlich auch nichts mehr wußte und nichts erfuhr von dem Geist, der allein uns Menschen erhebt über die Kraft und den Stoff, in welchen Büchner und seine Verehrer ihre Befriedigung zu finden glauben. Wer die materialistische Weltanschauung in einem hervorragenden Vertreter kennen lernen will, der nehme Büchners Buch zur Hand. Wer ihre Wirkungen sehn will, der sehe sich die Moral an, die bei Büchners Verehrern, z. B. bei vielen Sozialdemokraten und jüdischen und andern Freidenkern herrscht und die ganz anders aussieht, als sie uns Büchner in dem Kapitel seines Buches vordoziert, das den Titel „Die Moral" führt. M. K.

Ueber die Erziehung der jungen Männer. Von Prof. Dr. W. Hempel. Dresden 1902. Eine Festrede, gehalten in der Aula der K. techn. Hochschule zu Dresden am letzten Geburtstag des seitdem entschlafnen Königs Albert.

Was der Redner am Schluß seiner Rede dem König wünschte, nämlich ein noch recht langes Leben, ist nicht in Erfüllung gegangen. Mit manchem in der Rede kann man nicht einverstanden sein, so wenn H. auf S. 5 sagt: „Leichten Herzens können wir zusehn, wenn aus Amerika, Rußland, Ungarn usw. Getreide, Baumwolle, Wolle, überhaupt alle möglichen Rohstoffe bei uns eingeführt werden. Anders ist es jedoch, wenn Amerika uns Schuhe, Schreibtische, Maschinen für die Landwirtschaft, Fahrräder, Wagen für die elektrischen Bahnen usw. liefert." Dagegen könnten die höhern deutschen Pädagogen aus seinen Ausführungen über die Erziehung unsrer Jugend zur höchsten Intelligenz und Kraft viel lernen. Was Verfasser da alles gegen die Mängel der gegenwärtigen Erziehung vorbringt, deuten uns am leichtesten ein paar Sätze seiner Rede an: „Einen jungen Mann, der mit der ersten Zensur im Maturitätsexamen besteht, aber im 20. Jahre wegen allgemeiner Körperschwäche nicht zu den Soldaten genommen werden kann, halte ich für schlecht beanlagt oder falsch erzogen, da geistige wie körperliche Fähigkeit für das Leben von gleicher Wichtigkeit sind." Ein andermal sagt er, daß die meisten studierten Leute zur Zeit 30 und noch mehr Jahre alt werden müssen, ehe sie eine Familie gründen können, ist „eine ernste Gefahr für den sittlichen Standpunkt unsrer Jugend, der eine große Zahl nicht zu entgehn vermag." Schon das scheint ihm ein Mangel, daß heutzutage die Abiturienten durchschnittlich 19½ Jahre alt sind; ebenso daß im Gymnasium usw. so vieles ohne die nötige Vertiefung gelernt wird und daß man auf den Hochschulen zu sehr ins Fachsimpeln hineingekommen ist. Solcher Winke giebt er noch manche. M. K.

Luft, Wasser, Wein. Drei große Heilmittel. Zugleich ein Ratgeber zur Wahl der Luftkurorte, der Gesundbrunnen und der besten Weinkarte. Von Prof. Dr. Hegewald. Berlin. 4. Auflage. Preis 75 Pfennig, geb. 1.25 Mark.

Der Titel dieses Büchleins verspricht ziemlich viel. Aber das Büchlein erfüllt das Versprechen reichlich. Gesunde und Kranke können wirklich trefflichen Rat hier holen über den Gebrauch der drei großen Heilmittel, von denen die zwei ersten vielfach viel zu wenig geschätzt und benutzt, das letzte oft und viel so grundverkehrt angewandt und noch mehr mißbraucht wird. Besonders muß gesagt werden, daß Verfasser in seinen Darlegungen fern und frei ist von den Uebertreibungen und Einseitigkeiten, die oft die besten Absichten in den hier berührten drei Punkten vereiteln, weil sie die Sache lächerlich machen. Verfasser scheint nicht nur praktischer Arzt, sondern auch ein sehr praktischer Mensch zu sein. Die stilistische Form seiner Ausführungen ist eine gute. Das Büchlein zu lesen, ist gradezu eine Unterhaltung, da der vielseitig gebildete Autor durchweg uns nicht bloß aus seinem medizinischen Wissensschatz, sondern auch aus sonstigen Wissensgebieten Interessantes mitzuteilen und in Erinnerung zu bringen versteht. M. K.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Jeder Leser

braucht einen Kautschukstempel. von 2,70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.
Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel.
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate.
E. Kaiser gen. **Stempel-Kaiser**
Berlin N., Invalidenstr. 100.I

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Ansichtskarten

des In- u. Auslandes tauscht
Herm. Meinecke,
Osterburg, Altmark,
Wasserstraße 10.

Nähmaschinen

für Familiengebrauch und Gewerbe.
Bestes Braunschweiger Fabrikat
liefert zu billigsten Preisen
Chr. Esdorn,
Braunschweig.
Preislisten gratis und frei.

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beliebt 3,50 Mark) franko ohne alle weiteren Unkosten gegen Nachnahme.
Harry Trüller,
Celle 83.
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Dennerts
Volks-Universal-Lexikon

über 2600 Spalten, mit zahlreichen Abbildungen, Karten, Beilagen.
Lexikon-Oktav
Schön gebunden 12 Mark.
Das einzige auf christlicher Grundlage stehende Universal-Lexikon von großer Reichhaltigkeit.
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Möbel-Fabrik und Handlung

des Tischlermstr. **Wilh. Hamann,**
Berlin N., Schönhauser Allee 42
empfiehlt ganze Aussteuern und einzelne Stücke in allen Holzarten zu billigen Preisen
✦ Musterbuch. ✦✦✦ Aufstellungen. ✦✦✦ Versand frachtfrei. ✦





Deutschnationale Buchhandlung u. Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.



Warnungen vor Einkäufen in jüdischen Geschäften, Bazaren u. Warenhäusern. 10 verschiedne Ausgaben, äußerst wirkungsvoll!

25	Stück	30 Pfg.
100	„	1 Mark
500	„	4 „
1000	„	7 „

bei postfreier Zusendung. Größere Auflagen nach vorheriger Vereinbarung.

Jeder Antisemit und Leser dieses Blattes sollte sich wenigstens einige dieser Flugblätter kommen lassen und durch deren ✦ Verbreitung an der Aufklärung unsers Volkes mithelfen. ✦

Spareinlagen
Staatspapiere, Aktien, Loose,
Beleihung von Wertpapieren.
Gewerbebank

(e. G. m. b. H.)
Hamburg, Gr. Bäckerstr. 22/24.
Geöffnet von 1/2 9 vm. bis 6 nm., Sonnabends bis 8 Uhr abds.
Zweiggeschäft:
Barmbeck, Hamburgerstraße 35.
Geöffnet von 9 bis 1 Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.
Zweiggeschäft:
Eppendorf, Schramsweg 2.
Geöffnet von $8\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ Uhr, außerdem Sonnabends v. 5 bis 8 U.

Düren

webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das
Tuchhaus Boeckes i. Düren 1 (Rhld.)

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"

Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung"
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Aufklärungs-Schriften!

40 verschiedne Flugblätter über das Judentum, seine Uebermacht im Handel, in der Presse und im Schrifttum, seinen zersetzenden Einfluß auf Religion und Sittlichkeit, seine Verbindung mit der Sozialdemokratie usw. erhält man gegen vorherige Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken von der
Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstr. 15

Winke für deutsche Kaufleute, die im **Ausland** Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von **Dr. Winterstein** in **Cassel**, Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsend. v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Beten u. modern Mensch sein Wie f. d. beid. zus. reimt v. Günth. Wahlfarth. f. geb. 2 M. Verlagsb. Paul Waetzel in Leipzig 27. E. Wethn.-B. w. wenige f. denk. Chr.!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltene Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 20. November 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 744.

Wochen-Spruch.

Die Sitten dieses verruchtesten Volkes sind schon so erstarkt, daß sie in allen Ländern sich verbreitet haben: den Siegern haben die Besiegten ihre Gesetze gegeben.

Seneca philosophus. Ed. Bipont. 1782 Bd. 4, 423.

Eine schwere Niederlage

haben die Juden und Judengenossen in dem Kampfe um Vereinfachung der namentlichen Abstimmungen erlitten. Wir teilten in voriger Nummer den Wortlaut des Antrages Aichbichler und Genossen mit. Er bezweckte bekanntlich durch Zettelabstimmung den Namensaufruf und damit Zeit zu sparen.

Diesen an sich doch sehr harmlosen Antrag benutzten Singer und Genossen im Reichstage als Ausgangspunkt für sehr langwierige und heftige Geschäftsordnungs-Debatten.

Der Kampf begann am 12. November bei Feststellung der Tagesordnung für den nächsten Tag. Der Abgeordnete Spahn beantragte, den Antrag Aichbichler auf die Tagesordnung zu setzen.

Nun sprang Singer auf, bezeichnete den Antrag als geschäftsordnungswidrig und versuchte dies in langer, mit groben Schimpfereien durchsetzten Rede zu begründen.

Ihm folgte der Abgeordnete Pachnicke und sprach in gleichem Sinne. Die Abgeordneten Bassermann und Spahn antworteten und widerlegten schlagend die Scheingründe der Opposition. Besonders wirksam aber trat der Abgeordnete Richter dem Singer und Genossen entgegen. Er würde zwar mit seinen Freunden auch gegen den Antrag Aichbichler stimmen, aber die Zulässigkeit desselben zu bezweifeln, sei Unsinn und er würde seiner ganzen dreißigjährigen Vergangenheit ins Gesicht schlagen, wenn er das heute nicht bekunde. Er schloß mit den Worten:

„Als eins der ältesten Mitglieder dieses Hauses halte ich mich für verpflichtet, auf Pflicht und Gewissen zu erklären, daß diese Auslegung der Geschäftsordnung, der Mehrheit zu verbieten, an einem andern Tage Anträge vorzunehmen — eine falsche ist."

Nunmehr ergriff unser Abgeordneter von Liebermann das Wort zu folgenden Ausführungen:

M. H., die Herren Abgeordneten Bassermann und Dr. Spahn, und zuletzt der Herr Abgeordnete Richter haben meiner Ansicht nach überzeugend nachgewiesen, daß es nach der Geschäftsordnung durchaus zulässig ist, den Antrag Aichbichler morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Sie haben auf das schlagendste die Auslegungen des Herrn Abgeordneten Singer widerlegt, der sich auf den Geist der Geschäftsordnung berufen wollte. Ich meine, die Herren Singer und Genossen haben durch ihre Haltung in den letzten Wochen das Recht verwirkt, sich auf den Geist der Geschäftsordnung zu berufen.

(Unruhe links; Beifall rechts.)

Der Geist der Geschäftsordnung ist in erster Linie der, daß er die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichstags sicher stellen soll.

(Sehr richtig! rechts.)

Das aber haben die Herren drüben durch eine Flut von Anträgen und andern Mitteln bisher zu verhindern gewußt.

In einem Punkte kann ich Herrn Singer recht geben, wenn er nämlich sagt, es handelt sich diesmal um viel größeres als um die Abänderung irgendeines Paragraphen in der Geschäftsordnung. Die Folgerungen, die ich aus dieser Thatsache ziehe, sind aber andre als diejenigen, zu denen er kam.

Allerdings — es muß das endlich einmal ausgesprochen werden — liegt ein wichtiges und weitgehendes Interesse dafür vor, dem Zustande ein Ende zu machen, der gegenwärtig im Deutschen Reichstage herrscht. Es handelt sich um sehr ernste Dinge; es handelt sich darum, zu verhindern, daß die Vertreter des Deutschen Volkes dauernd von den Herren Stadthagen und Singer — tyrannisiert werden, darf ich wohl nicht sagen — also: am Gängelband geführt werden. Es handelt sich darum, ob die Vertretung des Deutschen Volkes zum Kinderspott für Inland und Ausland werden soll.

(Unruhe links; sehr wahr! rechts.)

M. H., der Grundsatz, daß die Mehrheit entscheidet, ist das Fundament unsrer ganzen parlamentarischen Einrichtungen. Wenn Sie den Grundsatz, daß die Mehrheit entscheidet, fortwährend durchbrechen und, wie Sie es bei den Geschäftsordnungs-Debatten während der Beratung der lex Heinze schon einmal gethan haben, den Willen der Minderheit der Mehrheit aufzwingen, dann bekennen Sie sich doch zu dem Grundsatz, daß die Minderheit fortan entscheiden soll; dann werden Sie bei der logischen Fortentwicklung dieses Gedankens zuletzt zum Absolutismus kommen. Das ist die schärfste Ausprägung der Minderheitsherrschaft.

(Sehr gut! rechts und in der Mitte.)

Eine Geschäftsordnung, bei der eine Minderheit die Mehrheit dauernd lahm legen kann, ist unbrauchbar; man thut besser, solch eine Geschäftsordnung zu zerreißen und dem Präsidium die weitgehendsten Vollmachten zu geben. Bei jeder strittigen Frage mag dann per majora entschieden werden.

(Sehr wahr! sehr richtig!)

Aber so liegt die Sache im jetzigen Augenblick nicht, wie die letzten Herren Vorredner nachgewiesen haben. Freilich, m. H., hätte man schon damals, als die große Obstruktions-Generalprobe bei der lex Heinze mit dem für die Linke erwünschten Erfolge stattgefunden hatte, sich zu einer Aenderung der Geschäftsordnung entschließen sollen.

(Sehr richtig!)

Aber vielleicht sagte man sich damals, was auch heute noch zutrifft, daß schließlich keine Geschäftsordnung auf die Dauer bestehn kann, wenn ein Teil der Abgeordneten allerlei Mittel und Schleichwege versucht, um eine geordnete Geschäftsführung unmöglich zu machen. — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, „Schleichwege" ist nicht anwendbar auf Abgeordnete. Die Abgeordneten gehn immer grade Wege.

(Große Heiterkeit.)

Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg fortfahrend: Auf diesem graden Wege befinde ich mich in diesem Augen-

blicke, indem ich mit voller Deutlichkeit und Bestimmtheit ausspreche: es steht allerdings diesmal mehr auf dem Spiele als die Umänderung eines Geschäftsordnungs-Paragraphen. Wenn mir nicht das Vaterland höher stände als die Partei

(Zuruf von den Sozialdemokraten),

dann würde ich mich von meinem Parteistandpunkte bei den Herren Abgeordneten Stadthagen und Singer besonders dafür zu bedanken haben, daß sie den Antisemitismus im Lande jetzt so mächtig schüren und groß ziehn.

(Bravo! rechts. — Uh! bei den Sozialdemokraten.)

*

Die Folge dieser Ausführungen war, daß noch drei sozialdemokratische Redner vorgeschickt wurden: Heine, Stadthagen und Bebel. Alle drei versuchten sich an Herrn von Liebermann zu reiben. Besonders heftig wurde der alte Bebel. Er brachte unter anderm auch folgenden Unsinn zu Tage:

Nun hat der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg, der neben dem Herrn Abgeordneten Dr. Spahn heute der Führer der Majorität ist

(große Heiterkeit; sehr richtig! links),

— ich sage: es hat der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg sich auch in den heftigsten Anklagen über die Obstruktion ergangen, die wir hier auf dieser Seite des Hauses angeblich machen. Nun, m. H., was etwa dem Deutschen Reichstage gegebnenfalls bevorstände, wenn die Herren Liebermann und Konsorten eine erhebliche Stimmenzahl in diesem Hause repräsentierten, das können wir sehn, wenn wir die Blicke nach dem Wiener Reichsrat und nach dem Wiener Rathaus richten.

(Sehr richtig! links.)

Ich meine, was dort die Parteigenossen des Herrn Liebermann von Sonnenberg unter der Führung des Oberbürgermeisters Dr. Lueger leisten, dessen würde sich jeder auf dieser Seite des Hauses in der Seele schämen.

(Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir würden jeden unsrer Parteigenossen, der sich ähnliche Gemeinheiten und Gewaltthätigkeiten herausnähme, wie sie sich die Parteifreunde des Herrn Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg Tag für Tag im Wiener Parlament herausnehmen, mit Schimpf und Schande aus der Fraktion stoßen.

(Lebhaftes Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Auffassung, die wir haben, das ist der Unterschied zwischen uns und den Parteigenossen des Herrn Liebermann von Sonnenberg.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

*

Das gab dem Abgeordneten von Liebermann Veranlassung, noch einmal das Wort zu ergreifen und ruhig, aber deutlich die Angriffe der Bebel und Genossen zurückzuweisen. Er sagte:

M. H., der Herr Abgeordnete Heine hat mich mißverstanden. Er hat mir unterstellt, daß ich behauptet hätte, der Zolltarif könne ohne weiters per majora angenommen werden. Ich habe heute den Zolltarif mit keinem Worte erwähnt. Ich habe lediglich von der Geschäftsordnung gesprochen und gesagt: jede Geschäftsordnung, die es ermöglicht, daß eine Minderheit auf die Dauer die Mehrheit terrorisieren kann, verdient, daß man sie zerreißt, und daß man statt dessen dem Präsidenten weitgehende Vollmacht giebt, im Zweifelsfalle aber per majora entscheiden läßt. Die gegen mich gerichtete Ausführung des Herrn Abgeordneten Heine beruht also auf Irrtum.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat versucht, uns klarzumachen, daß in allen Parlamenten gelegentlich solche Obstruktion getrieben werde. Er hat dabei auf das englische Parlament verwiesen und auf kürzlich dort gestellte Anträge des Herrn Campbell-Bannerman, des Führers der Liberalen, exemplifiziert, die seiner Meinung nach die Ankündigung einer Obstruktion darstellen. Er hat augenscheinlich noch nicht die letzte Nachricht darüber gelesen, sonst hätte er es nicht unternommen, uns in Angst zu versetzen. Ich verlese aus der „Täglichen Rundschau" die kurze Nachricht mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

Aus dem Unterhaus. Der Antrag Campbell-Bannerman, welcher sich gegen die Abkürzung der Beratungen über das Unterrichtsgesetz wendet, wurde gestern nach erregter Erörterung mit 284 gegen 162 Stimmen abgelehnt, und nach weiterer Beratung mit 222 gegen 103 Stimmen der Antrag Balfours angenommen, der bezweckt, als Zeitpunkt für den Abschluß der Beratung des Unterrichtsgesetzes für den Ausschuß den 20. und für die Beendigung der Beratung des Berichts über die Abänderungsanträge den 28. d. Mts. festzusetzen.

(Hört! hört! rechts.)

Soweit gehn wir ja zunächst gar nicht. Wenn wir uns aber diesmal ein Beispiel an England nehmen und mit Majorität ähnliches beschließen wollten, so wäre das vielleicht ganz zweckmäßig. Aber bisher liegen nach dieser Richtung noch keine Anträge vor.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Bebel seinen begreiflichen Aerger über die schmähliche Niederlage des jüdischen Sozialistenführers Adler in Wien gegenüber den Christlichsozialen, in Form von persönlichen Angriffen gegen mich, zum Ausdruck gebracht. Selbstverständlicherweise kann ich für die Handlungen der christlichsozialen Antisemiten im österreichischen Parlament nicht verantwortlich gemacht werden; ich habe nicht den geringsten Einfluß auf sie. Wenn ich ihn hätte, würde ich ihn in mäßigendem Sinne ausüben. Aber Herr Bebel darf doch nicht ohne weiters alle die unerhörten Behauptungen der Judenpresse über die Christlichsozialen in Oesterreich als wahr unterstellen

(sehr gut! rechts)

und ihnen die unerhörtesten „Gemeinheiten", wie Herr Bebel sich ausdrückte, zur Last legen. Ich habe hier eine Zeitung — kein antisemitisches Parteiblatt —, sondern die „Germania" von heute früh zur Hand, worin sich ein Bericht über die gestrige Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses befindet. Der Bericht ist übrigens, wie ich eben sehe, der Wiener „Neuen freien Presse" entnommen. Danach hat dort eine Debatte stattgefunden, die allerdings allem spottet, was man sonst gewöhnlich als „parlamentarisch" zu bezeichnen pflegt. Aber wer sind denn die Leute gewesen, die fortgesetzt die gemeinsten Beschimpfungen gegen die Christlichsozialen geschleudert, und sie dadurch zur Notwehr gezwungen haben? Das sind, Herr Bebel, Ihre Parteigenossen in Oesterreich gewesen! Der Abgeordnete Daszynski, der Ihnen, Herr Bebel, wohl nahe steht, ruft z. B. zu Dr. Lueger gewendet: „Einbrecher seid Ihr!" Das muß ich allerdings auch „Gemeinheit" nennen. Dr. Lueger wehrt sich; und wieder ertönen Rufe bei den Sozialdemokraten: „Einbrecher! Einbrecher!" Das berichtet kein antisemitisches Parteiblatt, sondern die „Neue freie Presse".

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Aber jetzt ist es genug der Beispiele.

Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg fortfahrend: Eine ganze Reihe der dort von den Sozialdemokraten gebrauchten Ausdrücke könnte ich zur Not aus dem Kopf zitieren. Es sind haarsträubende Schimpfereien. Aber ich bescheide mich und stelle nur an der Hand des mir vorliegenden Berichtes fest, daß Ihre Parteigenossen im österreichischen Parlament, Herr Bebel, den Ton verrohen. Wenn es aber einmal dahin kommen sollte, daß man vom Deutschen Reichstag als von „Liebermann und Genossen" sprechen sollte, so würde das auf das Deutsche Volk nicht einen so unbequemen Eindruck machen, als wenn man einst von „Singer und Genossen" sprechen müßte, denn dann wäre aus dem Reichstag eine Judenschule geworden.

(Heiterkeit. Bravo!)

*

Jetzt endlich schwiegen die Genossen, und der Präsident ließ nunmehr über die Frage abstimmen, ob der Antrag Aichbichler auf die nächste Tagesordnung kommen solle oder nicht. Die Abstimmung war auf Singers Antrag natürlich eine namentliche. Mit 187 gegen 67 Stimmen wurde die Frage bejaht. Das Haus vertagte sich dann, da es bereits 7½ Uhr geworden war.

Am nächsten Tage, den 13. November, nahm der Kampf seinen Fortgang. Vier namentliche Abstimmungen wurden durch Herrn Singer veranlaßt, endlose Reden wurden von den

linken Seite des Hauses gehalten. Augenscheinlich wollte man den Versuch machen, die Mehrheit so zu ermüden, daß das Haus nicht mehr beschlußfähig war. Aber die Rechte und das Zentrum hielten aus und, wenn nicht um $9^1/_2$ Uhr die Beleuchtung zu versagen gedroht hätte, wäre noch an diesem Abend die Entscheidung gefallen.

Am 14. November kam es dann endlich zu der entscheidenden Abstimmung. Der Antrag Aichbichler wurde angenommen und das neue Abstimmungsverfahren kam dann sofort viermal hintereinander zur Anwendung. Es bewährte sich gut, denn, trotzdem die Sozialdemokraten in Schulbubenmanier dabei Allotria trieben, wurde erheblich Zeit dabei gespart und dieser Zeitgewinn wird für die Folge noch erheblich größer werden.

Der Dank Englands.

Unter dieser Ueberschrift brachten vor der Englandreise Kaiser Wilhelms die „Alldeutschen Blätter" folgende sehr bemerkenswerte Ausführungen:

Es ist wahrhaftig nicht unsre Schuld, wenn wir immer wieder auf das unerquickliche Thema der deutsch-englischen Beziehungen zurückkommen müssen. Nach Beendigung des Burenkrieges hat sich der psychologische Augenblick geboten, wo die Beziehungen zwischen dem deutschen und englischen Volke in das Fahrwasser ruhiger, wenn auch kühler Höflichkeit übergeleitet werden konnten. Das Deutsche Volk hatte ein sicheres Empfinden dafür — sein Verhalten während des Besuchs der Burengenerale in Berlin hat dies ausreichend bestätigt —, daß ein Erneuern der berechtigten Vorwürfe und Anklagen gegen die englische Politik und Kriegführung in Südafrika gegenwärtig den Buren nichts nützen kann und daß wir zwar aufmerksamen Blicks, aber mit der durch die Natur der Dinge gebotnen Zurückhaltung die weitere Entwicklung in Südafrika verfolgen müßten. Erfaßte auch die Regierung diese Lage, und vermied sie es durch auffälliges, und, wie der Erfolg stets bewiesen hat, zweckloses Buhlen um Englands Gunst, wie in der Vergangenheit leider wiederholt, das berechtigte deutsche Nationalgefühl herauszufordern, dann konnte es einer halbwegs geschickten Politik nicht schwer fallen, die amtlichen deutsch-englischen Beziehungen auf dem Tone ruhiger Freundlichkeit zu erhalten, der sich nach jeder Richtung von Uebertreibungen fernhält und unsern Interessen am besten dient.

Es scheint, daß es dazu nicht kommen soll; auf der einen Seite trat beim Besuch der Burengenerale wiederum jenes merkwürdige Ungeschick zu Tage, mit denen unsre leitenden Kreise die Wunden des Deutschen Volkes mit Salz einzureiben verstehn: das Verbot an die Offiziere, die so völlig überflüssige Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg.", daß die amtlichen Kreise sich den Generalen fernhalten würden und dann — wundersame Logik — wenige Tage später, offenbar unter dem Eindruck der Volksstimmung die Erklärung in dem gleichen Blatt, Graf Bülow hätte die Generale doch nicht empfangen können, da diese es im Gegensatz zu ihrem Verhalten in Paris garnicht erstrebt hätten.

Doch lassen wir diese Dinge diesmal bei Seite; von größerm Belange ist heute die Frage, wie weit denn englischerseits der Wunsch nach guten Beziehungen mit Deutschland vorhanden ist und bethätigt wird? Eine Erörterung hierüber rechtfertigt der bekannte Artikel des frühern englischen Botschafters in Wien, Herrn Horace Rumbold, zur Genüge. Man bedenke: ein englischer Staatsmann, der noch vor zwei Jahren die hohe Stellung eines Botschafters in Wien bekleidete, sucht unter Vorbringung von allerlei Indiskretionen die Haltung der amtlichen deutschen Politik während des Burenkrieges zu verdächtigen, stellt Oesterreich als den bewährten und einzig zuverlässigen Freund Englands hin und hetzt direkt zum Kriege gegen Deutschland. Die Frage, wie sich Oesterreich zum Burenkrieg gestellt hat, war zwar auch ohne die „Enthüllungen" Rumbolds ganz durchsichtig, aber auch sehr nebensächlich; denn bei der völligen Impotenz der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns wäre ja auf Thaten von dieser Seite doch nie zu rechnen gewesen; daß es im übrigen das größte Interesse daran hat, Deutschland und Rußland möglichst auseinanderzuhalten und zur Rettung des Anscheins einer Großmacht die Unterstützung Englands am Balkan erbettelt, ist ganz klar. Weit größern Wert hat aber eine andre Aufklärung, die die Besprechung des Rumboldschen Artikels in der englischen Presse geboten hat. Es ergiebt sich daraus, daß Rußland bis zum Februar 1900 thatsächlich die Klemme, in der sich England damals befand, durch einen Vorstoß nach Afghanistan auszunützen beabsichtigte; es soll nach der Behauptung des Wiener „Standard"-Korrespondenten daran verhindert worden sein, weil Frankreich nicht mitthun wollte. Diese Behauptung klingt äußerst unwahrscheinlich; wohl aber steigt eine andre Mitteilung wieder vor uns auf, die um diese Zeit bekannt und dann natürlich in der üblichen Weise „dementiert" wurde: daß das Deutsche Reich auf eine russische Anfrage hin selbst eine Zusage der Neutralität im Falle einer russischen Intervention im südafrikanischen Kriege abgelehnt hat. Zu derselben Zeit etwa war es, daß die offiziöse deutsche Presse mit geheimnisvoller Miene versicherte, das Deutsche Reich sei eben der Gefahr einer französisch-russisch-englischen Koalition allein gegenüberzustehn, glücklich entgangen; die von gleicher Seite ausgestreute Behauptung, der Zar habe sich gleich zu Anfang des Krieges seiner Schwieger-Großmama gegenüber zu strengster Neutralität verpflichtet, erfährt nun auch ihre humorvolle Beleuchtung. Auch die den Rumboldschen Artikel scheinbar bekämpfenden englischen Blätter geben sich redliche Mühe, die Rolle, die Deutschland damals gespielt hat, zu verschleiern. Es gehört aber wirklich kein besondrer Tiefblick dazu, um zu erkennen, daß thatsächlich das Deutsche Reich damals jene Intervention verhindert hat und der Retter Englands im gefährlichsten Zeitpunkt während des Burenkrieges war.

Und nun Englands Dank! Die Begriffe von Beamtendisziplin mögen ja in England lockerer sein, als bei uns. Aber was hier an geschriebnen Formeln fehlt, das ersetzt der Patriotismus jedes einzelnen reichlich. Meint man nun wirklich, daß die Angriffe Rumbolds gegen Deutschland erfolgt wären, wenn er nicht die berechtigte Ueberzeugung gehabt hätte, damit der gegenwärtigen Politik der englischen Regierung zu dienen? Es sind doch kaum zwei Jahre her, daß er den Staatsdienst verlassen hat und dieselben Männer, die ihm ihre Weisungen gaben, lenken auch heute noch Englands Geschicke. Nicht minder ist bekannt, daß die ganze Gruppe von Politikern, die die „National Review" zum Mittelpunkt der deutsch-feindlichen Bestrebungen in England gemacht hat, mit dem englischen Auswärtigen Amt in Verbindung steht und von diesem mit Mitteilungen versorgt wird. Man stelle sich beiläufig vor, welchen Sturm aufrichtiger und gemachter Entrüstung es in England entfacht hätte, wenn etwa ein deutscher Botschafter a. D. in gleicher Form gegen England geschrieben hätte; und wer wollte daran zweifeln, daß dann dienstbeflissen die „Nordd. Allg. Ztg." sofort auf dem Plane erschienen wäre, um den Unglücklichen mit kräftigem Ruck von den Schößen des Auswärtigen Amtes abzuschütteln. Was aber geschah in England? Man begnügt sich mit dem, was der Wiener Korrespondent des „Standard" zur „Rechtfertigung" Deutschlands vorzubringen für gut findet. Unsre Offiziösen aber finden keine Worte; der beredte Mund der „Nordd. Allg. Ztg.", der die groben Worte so gut zu finden weiß, wenn es gegen ein unabhängiges nationales Blatt geht, das seine Gesinnung in der Nachrichten-Krämerei der Wilhelmstraße nicht verhökert, bleibt stumm, wenn es gilt, englische Anmaßung in die gebührenden Schranken zurückzuweisen.

In wenigen Tagen reist Kaiser Wilhelm wieder nach England zum Besuch seines königlichen Oheims; der Artikel Rumbolds, der in der englischen Presse tausendfach sympathisches Echo geweckt hat, dient wohl seiner Begrüßung. Zum dritten Mal sehn wir den Kaiser an den Kreideküsten Englands landen, seit jener mehrjährigen Pause, die die unflätigen Beschimpfungen seiner Person durch die englische Presse nach dem Krüger-Telegramm veranlaßt hatten. Das erste Mal

mars ein „Familienbesuch" in Windsor; aber daß Bülow den Kaiser begleitete, daß Chamberlain zu Besprechungen zugezogen wurde und daß dieser Besuch wenige Wochen nach Ausbruch des Burenkrieges stattfand, gab sehr bald den politischen Ton dazu. Er war das sichtbare Zeichen dafür, daß die amtliche deutsche Politik im Gegensatz zum Willen des Deutschen Volkes die versprochne Neutralität in diesem Kriege nur einseitig zu üben gewillt war. Und man war in England mit der betreffenden Ausschlachtung des Besuches nicht grade zurückhaltend. Auch das zweite Mal war es ein Familienbesuch; die Königin Victoria war gestorben, achtungsvoll schweigend begleitete das Deutsche Volk des Enkels Fahrt zur Bestattung. Und wieder kam ein politischer Mißklang hinein, als grade dieser Anlaß gewählt wurde, den englischen Feldherrn, an dessen Schwert noch das frische Blut unsrer Stammesbrüder in Südafrika klebte, mit dem höchsten preußischen Orden zu ehren; wiederum wurde ohne zwingenden Anlaß das Deutsche Volk in seinem tiefsten Empfinden verletzt. Neuerdings rüstet sich der Kaiser zu einem „Familienbesuch" in England. Man hat sich daran gewöhnt und noch ist keine einzige Stimme laut geworden, die daran Kritik übt oder dem Kaiser — wir heben hervor — ungebührlicherweise verwehren möchte, seine Familienbeziehungen zu pflegen. Es ist ein kühler Wind, der ihm diesmal aus England entgegenweht; die Kapelle der „Hohenzollern" wird sich in die Räume des deutschen Klubs zurückziehn müssen, um begeisterte Verbrüderungs-Kundgebungen zu erzielen. Das läßt uns erhoffen, daß man auch deutscherseits mit Ueberschwänglichkeiten zurückhält, die auf der Gegenseite noch stets die bei dem englischen Nationalcharakter sehr begreifliche Mißdeutung erfahren haben, Deutschland habe Angst vor England und seine Freundschaft ungeheuer nötig. Das Uebelwollen Englands gegen Deutschland, das eben wieder so nachhaltig zum Ausbruch kommt, beruht nicht darauf, daß das Deutsche Volk im Burenkriege mit seinen Sympathien auf Seite der Buren stand — das that die ganze zivilisierte Welt —; seine Wurzel hat diese Mißgunst vielmehr in dem, den Engländern von Tag zu Tag empfindlichern deutschen Wettbewerb auf dem Weltmarkte. Wir brauchen nur aufzuhören Eisen, Textilwaren, Schiffe usw. zu erzeugen, und die Engländer werden unsre besten Freunde werden. Ihnen aber mit schönen Redensarten den harten Konkurrenzkampf versüßen zu wollen, das macht wirklich auf so praktische Leute, wie die Engländer sind, keinen Eindruck.

Europäischer Sklavenhandel.

Heutzutage, da die staatliche und private Wohlthätigkeit so viel zur Linderung und Bekämpfung der Armut und gährenden Unzufriedenheit leistet, da wir im fernen Afrika die Sklaverei bekämpfen, ist es unfaßbar, daß die Regierungen an unsre weißen Sklavinnen, an unser eigen Fleisch und Blut, so wenig denken und für diese uns doch so nahe stehenden Unglücklichen von staatswegen fast nichts gethan wird! Wenn wir im Interesse der Menschlichkeit und der christlichen Zivilisation unsre Wohlthätigkeit und unsre Hilfe so gerne zur Befreiung der Schwarzen nach Afrika tragen, sind wir gewiß auch verpflichtet, der unglücklichen „Weißen", die dem Moloch des Lasters geopfert werden umso werkthätiger zu gedenken.

Das durch den Handel mit weißen Sklaven geschaffne Elend ist doch wahrlich himmelschreiend genug, und die Angaben über die Hauptlinien, auf denen die menschliche „Ware" befördert wird, sind so bekannt, daß eine Abhilfe nicht unmöglich erscheint. Die Hauptabnehmer weißer Ware sind die Hauptstädte Süd- und Nordamerikas, der Orient, Ost-Asien und Australien.

Nach Südamerika (vor allem Buenos-Ayres) werden die Unglücklichen aus Italien (Genua), Frankreich (Marseille, besonders Bordeaux), Belgien (Antwerpen), Deutschland (Hamburg und Bremen), England und Irland und aus den Häfen Spaniens und Portugals abgesendet. Dieser Handel ist schwer zu bekämpfen; fast nur in den europäischen, zivilisierten Häfen könnte eine „gewisse" praktische Kontrolle der weiblichen Auswandrer stattfinden, die Unglücklichen — einmal drüben angekommen, sind fast rettungslos verloren.

Die „weiße Ware" nach Südamerika kommt zum größten Teile aus den südlichen Ländergebieten Europas, aus Italien, Spanien und Portugal, dann aus Deutschland direkt oder indirekt über Belgien und England und aus den früher angeführten Ländern, sei es direkt oder indirekt mit Umschiffungen und endlich auch in neuster Zeit — über Hamburg — aus Oesterreich, hier insbesondre aus Galizien und der Bukowina.

Nach Nordamerika gehn fast ausschließlich englische, irländische (direkt) und deutsche Mädchen und Frauen über Hamburg und Bremen, Antwerpen und den englischen Häfen. Nach Australien deutsche (besonders, seitdem die norddeutschen Lloyddampfer direkt nach dem fünften Kontinente fahren), englische und irländische Mädchen und nur wenige Unglückliche aus dem südlichen Europa. Oesterreich aber ist hauptsächlich an dem die widrigsten Blüten treibenden Handel nach dem nähern Oriente beteiligt. Oesterreichische Unterthanen bilden etwa 75 bis 90 v. H. der gesamten Ware für den im Oriente so schwunghaft betriebnen Menschenhandel, und zwar sind hauptsächlich Galizien und die Bukowina das Werbefeld für die jüdischen Händler, während die Ungarinnen wunderbarerweise fast ausschließlich auf europäischem Boden bleiben. Auch nach Indien gehn größtenteils Oesterreicherinnen, Deutsche und wenige Italienerinnen und Französinnen, da die britisch-indische Regierung englische Mädchen auf ihrem Grund und Boden nicht zuläßt.

Von den Sammelstellen im nordöstlichen und südlichen Oesterreich, in Ungarn und in den Donaufürstentümern abgesehn, ist Konstantinopel als Hauptmarkt anzusehn, und zwar auch gegenwärtig noch, ungeachtet der vor einigen Jahren seitens einiger Regierungen in Konstantinopel eingeleiteten Schritte zur Unterdrückung dieses infamen Handels. Ob damals genug geschah, soll nicht beurteilt werden; genug — jetzt blüht dieses traurige Geschäft in Konstantinopel beinahe wie vorher. Vom Konstantinopeler Markte werden die dortigen „Häuser" und die Provinz versorgt; sehr oft geht die lebende Ware aber auch einfach nur durch Konstantinopel und zwar nach den Hafenstädten der asiatischen Türkei (Smyrna, Beyrut) nach Port-Said, dann nach Indien und Ost-Asien, etwas weniger nach Egypten. Alexandrien und Kairo beziehn nur „einen Teil" ihres „sehr bedeutenden Bedarfes" an weißen Prostituierten über Konstantinopel, alles andre kommt aus Griechenland, Italien und aus Triest. In der asiatischen Türkei, besonders aber in Egypten, in welchen Ländern die Konsulate Gerichtsbarkeit besitzen, können und werden wohl noch manchmal einige dieser Unglücklichen rechtzeitig gerettet! Wehe, dreimal wehe aber denjenigen, die Port-Said und den Suezkanal passiert haben, oder nach kürzerm oder längerm Aufenthalte in Egypten über Suez weiter nach Osten fahren. Diese sind rettungslos verloren. Von Suez werden sie dann nach Bombay und Kalkutta, ja sogar nach Singapore und Batavia transportiert, wo die Unglücklichen auf Nimmerwiedersehn verschwinden.

Es entsteht nun die Frage: Kann diesem schrecklichen Elende abgeholfen werden und inwieweit? Abhilfe ist möglich, aber nur Polizei- und Staatsgewalt sind im engern und weitesten Sinne zu handeln berufen und berechtigt; höchstens kann durch vertrauliche Anzeigen usw. die „Privat"-Thätigkeit eingreifen.

In Frankfurt (Main) hat vor kurzem ein Kongreß stattgefunden, auf dem über Mittel und Wege zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels beraten wurde. Zu dem Kongresse hatten sich zahlreiche Vertreter der gegen den Mädchenhandel gerichteten Bewegung aus den meisten europäischen Ländern eingefunden.

Selbst Blätter, die aus begreiflichen Gründen diesem Pestübel unsrer Zeit bisher wenig Aufmerksamkeit schenkten, rufen plötzlich pathetisch, „daß die gesamte Oeffentlichkeit über die dunklen Wege der gewissenlosen Seelenverkäufer aufgeklärt und gegen die schmählichen Kniffe des modernen Sklavenmarktes zu Hilfe gerufen werden muß."

Das alles ist sehr nett und schön — gesagt, aber es bleibt abzuwarten, was erzielt wird, wenn die Worte in die That

umgesetzt werden. Man weiß heute, wenn man halbwegs die Dinge verfolgt, was bei „Kongressen" im großen und ganzen herauskommt, und wir stehn einer derartigen Veranstaltung, wie sie voriges Jahr Amsterdam sah und jetzt dem Deutschen Reiche bescheert wurde, ziemlich skeptisch gegenüber. Wenn gegen den modernen Sklavenhandel nicht radikale Mittel angewendet werden, so wird er nicht aufhören — halbe Maßnahmen vermögen keineswegs das Uebel an der Wurzel zu fassen. Und leider glaubt man mit diesen sein Auskommen zu finden. So meint z. B. der österreichische Sektionschef Ritter von Schrott, daß man in Oesterreich keine eignen Gesetzesparagraphen gegen den Mädchenhandel nötig habe, da man ja den Kuppeleiparagraphen besitze, der zur Bestrafung der Mädchenhändler „vollkommen" ausreiche.

Wenn also ein Gauner die anständige Tochter ehrbarer Eltern unter den listigsten Vorspieglungen verleitet ihr Elternhaus zu verlassen, um angeblich einen „gutdotierten Posten" im Auslande anzutreten, in Wirklichkeit sie aber in eine Lasterhöhle um schnöden Judaslohn verkauft, so ist dieser Seelenhändler, der die Ehre einer Familie, das Glück eines jungen Mädchens für immer vernichtet, „ausreichend" bestraft, wenn er hierfür höchstens ein Jahr Zuchthaus zuerkannt erhält.

Mit der Frage des Mädchenhandels befaßte sich bezeichnender Weise auch die am 7. Juli ebenfalls in Frankfurt (Main) tagende Generalversammlung des deutschen Rabbiner-Verbandes. Eine eigentümliche Lösung schlug hier der Rabbiner Cohn aus Kattowitz vor; er will „die Mädchenhändler mit ihrem Gewerbe aufkaufen, das heißt, ihnen diejenige Summe zahlen, die sie aus ihrem unsaubern Gewerbe verdienen". Die Rabbiner Deutschlands haben uns da einen Einblick in eine Moral eröffnet, die den Handel mit Mädchen, wenn auch als unsaubers, so doch immerhin als ein Geschäft bezeichnet, das sogar Kaufwert besitzt. Wenn derartige Ansichten bei einem Kultusbeamten, der doch immerhin zur Intelligenz des Judentums gehört, vorherrschen, dann ist die Haltung der verschiednen Regierungen eine allerdings begreifliche, wenn auch nicht verzeihliche.

Gegen einen solchen unerhörten Unfug, wie es der Mädchenhandel, der himmelschreiende Handel mit Menschenfleisch ist, der unsrer Kultur zur tiefsten Schmach und Schande gereicht, sind hochtönende Worte und Phrasen, pedantische Erwägungen und Beratungen nur Tropfen ins Meer. Kongreß-Kundgebungen werden erst dann einen wirklichen praktischen Wert erhalten, wenn ein schneidiger antisemitischer Geist aus ihnen spricht, wenn von den wahrhaft berufenen Faktoren, die hier einzig in nachdrücklichster Weise Wandlung schaffen könnten, offen zugestanden wird, daß die Frage des Mädchenhandels eng und unlösbar mit der Judenfrage verknüpft ist. Fast ohne Ausnahme sind überall, wo nur immer dieser fluchwürdige Handel in Schwung ist, Juden die Hauptattentäter.

In Russisch-Polen ist es z. B. gar nichts außergewöhnliches, daß ein Jude seine eignen Töchter für ein paar minderwertige Papierrubel, lieber freilich noch für ein Goldstück dem „panie hrabia", „Herrn Graf" (so nennt der Jude dort jeden Fremden, der Geld besitzt und einen heilen Rock anhat), zu Unzuchtszwecken „offeriert". Ein ergiebiges Feld für die grenzenlose Unsittlichkeit, die dort herrscht, bieten namentlich in den kleinern russischen Grenzstädten die in jüdischem Besitz befindlichen Gasthäuser, die im Grunde genommen den Begriff des Wortes Bordell in sich schließen. Sobald man als „Herr Graf" das „Hotel", „jene Schnaps- und Theebude" betritt und sich in das einem meist von einer der Töchter des „Hoteljuden" angewiesene pokoj (Fremdenzimmer) begiebt, wird einem sofort die nach dortigen Sittlichkeitsbegriffen ganz selbstverständliche und bereits stereotyp gewordne Frage „Czy panie chce numer?" Und schon sind auch bereits zwei, drei solcher Kaftanjuden, als wären sie aus der Erde gewachsen, bei der Hand, um den Befehl des „gnädigen Herrn Grafen" auszuführen, und einige jugendliche Geschöpfe — meist Judenmädchen und Verwandte, ja oft sogar bei drohendem Wettbewerb die eignen Töchter jener Scheusale — zur Auswahl vorzustellen. Es ist unglaublich, aber es ist nackte Wahrheit!

Ueber einen Fall, in dem ein derartiges Subjekt sich nicht scheute, seine Frau an ein öffentliches Schandhaus zu verkaufen, teilt der in Lemberg erscheinende „Slowo Polskie" folgendes mit:

„Vor kurzer Zeit erschien in Lemberg ein gewisser Harry H. (den Namen nennt leider das Blatt nicht) angeblich zum Besuche seiner bei Lemberg wohnenden Eltern und legitimierte sich als ein Agent einer Goldminen-Gesellschaft. Der elegante junge Mann lernte die Tochter Klara eines Beamten der israelitischen Kultusgemeinde kennen und bewarb sich nach kurzer Bekanntschaft um deren Hand. Die Eltern gaben ihre Einwilligung, und die Trauung hat in aller Form stattgefunden, worauf das junge Paar eine Hochzeitsreise, wie Harry H. angab, nach Wien antrat. In Wirklichkeit verreiste Harry H. mit seiner jungen Frau nach Buenos-Ayres, von wo er kurz darauf an seine Schwiegereltern einen Brief nie, richtet dem er die Aenderung des Reiseplanes durch verschiedne Ausflüchte rechtfertigte. Von seiner Frau enthielt der Brief nur eine kurze Zuschrift. In Wirklichkeit hat er seine Frau sofort nach Ankunft in Buenos-Ayres an ein öffentliches Haus verkauft. Die Unglückliche fand Energie und Kraft genug, allen Drohungen, ja selbst der Gewalt zu trotzen. Durch einen glücklichen Zufall erlangte der dortige Konsul Kenntnis von ihrer Lage, und seiner energischen Intervention ist es gelungen, sie den Klauen der Mädchenhändler zu entreißen. Die junge Frau ist kürzlich bei ihren Eltern angekommen. Charakteristisch für die Frechheit, mit der dieser schmähliche Handel in Buenos-Ayres betrieben wird, ist der Umstand, daß Harry H. nach der Intervention des russischen Konsuls gerichtliche Schritte unternommen hat, um seine ihm angetraute Frau für sich zu reklamieren."

Der „Slowo Polskie" fügt hinzu, daß es in Buenos-Ayres in zwei Straßen — der Calle Fuente und der Calle Lavalle — allein ungefähr 2500 unter den verschiedensten Vorwänden entführte unglückliche Wesen giebt, die im vollsten Sinne des Wortes in der schmählichsten Sklaverei leben. Sie dürfen das Haus nie verlassen, werden für jeden Ungehorsam schrecklich mißhandelt, bekommen von dem erhaltnen Schandlohn auch nicht den geringsten Anteil, ja sie werden stets als Schuldnerinnen der Händler für angebliche für sie verausgabte Summen behandelt. Bezeichnend ist, daß die Calle Lavalle im Volksmunde den Namen „calle sangue y lagrimo", die Straße des Blutes und der Thränen, führt.

Der „Slowo Polskie" fügt seinem Berichte noch nachstehende Liste der Mädchenhändler bei, die in Europa ihre Agenten unterhalten: Kolvam Hubler, Hermann Saphir, Adolf Weismann, Petro Auster, Piotr Schwarz, Daniel Feitl, Johann Font, Hermann Fitzer, Adolf Bernstein, Abraham Rubens, Sigmund Reicher, Moritz Schommer, Simon Neumann, Karl Litzvedow, Josef Kaire, F. Silbermann, Josef Mintrer, Hermann Feitel, M. Ridan, Hermann Klein, Leopold Inzermann, Hersch (Hermann) Kaminer, Isaak Kaminer, M. Pinczuk, David Richtmann, Moses Richtmann, Chaim Weiß, Josef Rosiśker, Fischel Mejerowicz, J. Freidenberg, Monti Feiselewicz, M. Gendelchan, Rowiska Gazetczyk, Lipe Weinstein, Arke Czubarow, A. Blanisty, A. Mechlsack und A. Springfelder.

Nichts als Juden! Möge der Umstand, daß der Mädchenhandel ausschließlich die Domäne verlotterter Juden ist, die Regierungen und Behörden nicht abhalten, mit aller Strenge gegen die Mädchenhändler vorzugehn, auf daß es nicht weiter geschehe, daß Hunderte deutsche, polnische, rumänische Mädchen von den Herzen ihrer Mütter gerissen und dem Laster in die Arme geworfen werden, ohne daß unsre Behörden in die Lage kämen, so ihres Amtes zu walten, wie es dem Rechtsgefühle der Bevölkerung entspricht.

Wie kann nun gegen diese Vampyre erfolgreich vorgegangen werden? Im Inlande hätten die heimatlichen politischen Behörden bei Ausfertigung der Reisepässe usw. höchst streng zu verfahren, während die Polizei die Werbung der Unglücklichen und deren Transport bis zur Grenze strengstens zu überwachen hat. Wenn die Polizei nicht in der Lage war, früher thätig einzugreifen, sind die Grenzbehörden berufen, die weiblichen Auswandrer vor dem Ueberschreiten der heimatlichen Grenze

genau auszufragen und ihr Reiseziel zu prüfen; in zweifelhaften Fällen müssen sie sofort an der Weiterreise gehindert werden. Sehr gute Dienste kann hierbei das Eisenbahnpersonal leisten, das durch jahrelange Uebung seine Pappenheimer genau kennt. Auch müßten ständig die einzelnen Züge auf längere Strecken mehr wie bisher durch gewiegte Kriminalbeamte begleitet werden und zwar in allen Wagenklassen.

Im Auslande kann der Staat auf zweifache Weise wirken: Erstens dadurch, daß er mit den Staaten, wohin die Transporte weißer Sklavinnen am häufigsten vorkommen, Vereinbarungen zum Schutze oder zur Rettung derselben abschließt und auf reelle und scharfe Ausführung derselben fortwährend dringt. Zweitens durch das thätige Eingreifen der betreffenden Konsulate, die ja doch im Auslande das Vaterland vertreten sollen. Damit ist es allerdings manchmal recht wenig erfreulich bestellt, wie wir erst jüngst wiederholt nachweisen konnten. Im Oriente, wo die europäischen Konsulate über die Angehörigen ihres Staates auch die Gerichtsbarkeit ausüben, ist der Wirkungskreis ein sehr umfangreicher; die nötigen Arretierungen werden vom Konsulate selbst vorgenommen, das auch über die Vergehn selbst urteilt, bei Verbrechen die Untersuchung pflegt und die Festgenommnen mit dem Untersuchungsprotokolle an die zuständigen heimatlichen Gerichte sendet. In den Ländern dagegen, in denen die Konsulate keine eigne Gerichtsbarkeit haben, müssen sie sich an die Ortsbehörden wenden und die Einleitung der erforderlichen Schritte veranlassen.

Die Durchsuchung der Schiffe in den Häfen außerhalb Europas und besonders in Nord- und Südamerika, ist leider mit großen Schwierigkeiten verbunden und deshalb wenig Hoffnung, den Handel mit „weißen" Unglücklichen nach diesen Ländern mit Erfolg zu bekämpfen. Wenn etwas praktisches geschehn kann, so kann es fast nur in europäischen Häfen geschehn, und zwar nur seitens der betreffenden Hafenämter selbst und aus eignem Antriebe, da die Konsulate auf fremden Schiffen kein Durchsuchungsrecht haben und ihre Anzeigen in der Regel zu spät kommen.

In Brittisch-Indien, Ostasien und Australien haben die Konsulate in der Ueberwachung der ankommenden oder abreisenden Landsleute ebenfalls mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen, dort besteht kein Paßzwang, die Ankommenden können nicht gezwungen werden, ihre Pässe beim Konsulate vorzuweisen und abzulegen, die Abreisenden, ihre Pässe visieren zu lassen; außerdem wollen die dortigen Behörden — nach Muster der englischen — die Privat- (eignen) Rechte aller, selbst der Prostituierten nicht antasten lassen: daher entstehn für die Konsulate — wenn sie sich mit dieser Frage die doch für uns so wichtig ist, überhaupt abgeben —, große Hindernisse und sie erhalten fast keine Unterstützung in der Ausübung ihrer entsprechenden Pflichten. Diese Zustände dürften sich daher nur sehr allmählig ändern lassen; die verschiednen europäischen Regierungen, die im nahen und fernern Oriente so große Interessen haben — und vor allem England — werden aber doch schließlich einsehn müssen, daß das tolle, widerliche Treiben der dort ansässigen „weißen" Prostituirten und ihre Duldung sehr laut gegen die europäische Zivilisation spricht und das Ansehn der Weißen und besonders der Engländer in Indien untergräbt.

Den Hauptweg nach diesen mächtigen Ländergebieten bilden, wie schon gesagt, Aegypten und vor allem der Suez-Kanal. Wäre also die Durchfuhr der betreffenden Frauen und Mädchen durch den Suez-Kanal (Alexandrien, Kairo, Ismailia und Suez) erschwert, oder noch besser, ganz unmöglich gemacht, müßten diese Transporte nach Brittisch-Indien und dem größten Teile von Ostasien aufhören, denn die Reise um das Kap der guten Hoffnung würde sich kaum verlohnen, und noch weniger jene über Nordamerika. Dann könnten nur nach Australien allein weiße europäische Frauen und Mädchen über Kap der guten Hoffnung mittelst der regelmäßig verkehrenden Dampfer aus England befördert werden. Die Untersuchung der den Suez Kanal durchfahrenden Schiffe wäre eine ziemlich leichte Sache und könnte nicht nur während des kurzen Aufenthaltes in Port-Said, sondern in ganz besondern Fällen während der Kanalfahrt gründlich vorgenommen werden.

Da die Konsulate aber nur eigne Schiffe durchsuchen können, während sie zur Durchsuchung fremder Schiffe der Erlaubnis bedürfen, wäre eine allgemeine Durchsuchung der den Suez-Kanal durchfahrenden Schiffe nur auf Grund eines internationalen Uebereinkommens möglich.

Wenn die europäischen Regierungen sich die Bekämpfung des Menschenhandels energisch zur Pflicht machen, so könnte auf diesem Wege ohne große Kosten unsagbares Elend verhütet werden und einer der schändlichsten Auswüchse am Giftbaume der Zivilisation in seiner schädlichen Wirkung bedeutend eingeschränkt werden.

Wer ist Sachverständiger?

Seit längerer Zeit und neuerdings wieder infolge der Vorkommnisse bei dem Prozesse gegen die „Staatsb.-Ztg.", beschäftigt sich die Oeffentlichkeit mit den Mängeln unsrer Rechtspflege und insbesondre mit den Widersprüchen zwischen dem sogenannten Juristenrecht und dem sogenannten natürlichen Rechtsgefühl oder Rechtsbewußtsein. Die verschiedensten Seiten der Frage wurden angefaßt; hier vielleicht mit viel, dort vielleicht mit wenig Berechtigung. Aber eine Seite blieb von dem Streite so gut wie unberührt; wohl deswegen, weil grade ihr gegenüber jeder Mensch zum größten Teil Laie ist oder zu sein scheint und darum mit einer gewissen ehrfürchtigen Scheu solchen Dingen ausweicht, bei denen es auf „Sachverständnis" ankommt. Allerdings wissen wir und werden es grade in dieser Angelegenheit aufs neue erkennen, wie wenig diese Scheu dort eingehalten wird, wo es ganz besonders nötig wäre.

Wenn wir über eine Sache, die wir selbst nicht, oder nicht genügend verstehn, Auskunft haben wollen, so wenden wir uns an jemanden, der diese Sache versteht, oder besser als wir versteht. Ueber Gärtnerei belehrt uns der Gärtner, über Erdkunde der Geograph, über Rechtsfragen der Jurist. Dagegen lassen wir uns über Forstangelegenheiten nicht von einem Jäger belehren, außer wenn er neben seiner Jägerei auch noch das Forstwesen inne hat, und dann auch nur, insofern er Forstmann, nicht insofern er Jäger ist. Ebenso lassen wir uns von einem Nationalökonomen nicht über Agrikulturchemie belehren, er habe denn auch dieses Gebiet in berechtigter Weise sich zueigen gemacht. Wir suchen eben zu jeder fraglichen Sache den, der diese bestimmte Sache versteht und darum als „Sachverständiger" gelten darf. Wir suchen nicht zu einer bestimmten Sache jemanden, der in irgendeiner Sache, vielleicht in einer verwandten, vielleicht einer sehr entfernten, beschlagen und darum auch ein „Sachverständiger" ist, aber nicht einer, der diesen Namen mit Beziehung auf jene bestimmte Sache verdient. Jeder von uns dürfte ja selber in irgendeiner Sphäre des Lebens Sachverständiger und darum imstande sein, andre, die außerhalb dieser Sphäre stehn und hinwider eine andre Sphäre sachverständig beherrschen, über die eigne Sache zu belehren; nicht aber sind wir dadurch schon Sachverständige in jeder Sache.

Daß wir nun einen Barbier nicht über Schiffbaukunde und einen Matrosen nicht über Ackerbau zu befragen haben, dürfte ohne weiters einleuchten; daß wir aber nach dem vorigen Beispiel einen Jäger nicht über Forstangelegenheiten und einen Nationalökonomen nicht über Agrikulturchemie ausholen sollen, mag manchen stutzig machen. Der Jäger wie der Forstmann, beide haben ja im Walde zu thun, und der Förster muß mit dem Gewehr nicht nur zum Spaß umgehn. Ebenso haben ja doch sowohl der Nationalökonom wie der Agrikulturchemiker mit wirtschaftlichem zu thun und über Dinge zu entscheiden, die einem „Herrn Oekonomen" wichtig sind. Also scheint wenigstens zur Not der eine für den andern mit seinen Auskünften einstehn zu können.

Und in der That können solche Folgerungen in der Praxis unter Umständen brauchbar sein. Im alten Griechenland etwa mag, wer sich viel mit dem Jagen abgab, auch soviel von der

Waldpflege verstanden haben, als damals zu verstehn war; und ebenso mag dort der Kenner der damals sehr beliebten „Oekonomik" auch über das Düngen der Felder auf der Höhe des Wissens jener Zeit und jenes Landes gestanden sein. Noch mehr. In primitiven Schichten unsrer Kultur ist überhaupt die Zahl der Leute, die den verschiednen Bedürfnissen gerecht werden müssen, gering, so daß auf einen leicht mehre Sachverständigkeiten kommen. Wie die bäuerliche Familie ihren Bedarf an dem und jenem in eigner Wirtschaft befriedigt, so reicht wohl in einer Gemeinde sowohl für die Jagd- als für die Forstbedürfnisse eine Persönlichkeit aus, und ebenso für soziologische und agronomische Angelegenheiten eine. Desgleichen sind, je weiter wir in der Reihe der Schulen nach unten steigen, die Lehrfächer umsoweniger geschieden. Obschon selbst die Volksschule Unterschiede zwischen Schönschreiben und Schreiben schlechtweg oder Diktandoschreiben macht, und ebenso mit der Verschiedenheit andrer Fächer, so bietet sie ihren Schülern doch nicht für jedes Fach einen eignen Sachverständigen, sondern für alle zusammen einen oder wenige. Im Gegensatz dazu kann sich die Universität ebensowenig in der weitesten Spezialisierung der Sachverständigkeiten genug thun, wie das praktische Leben der entwickeltsten Kulturschichten in der weitesten Spezialisierung der Arbeit.

Nicht um jene ferne Kultur des Altertums, nicht um jene primitiven Schichten unsrer Kultur, nicht um die Einfachheit des Elementar-Unterrichtes, sondern um die weiteste theoretische und praktische Spezialisierung als das Ergebnis der für jetzt höchsten Kultur handelt es sich dort, wo zu einem Rechtsfall oder zu einer Streitfrage der allgemeinen Bildung Sachverständige zugezogen werden sollen. Noch vor einem Jahrhundert umfaßte mancher Gelehrte oder Praktiker eine Reihe von Fächern, für die wir heute ein halb Dutzend Spezialisten gebrauchen. Wenn die Entdecker der Elektrizität und ihrer Anwendungen, z. B. des Blitzableiters oder des Telegraphen, für jeden solchen Fall Physiker und Techniker in einer Person waren, scheiden sich doch heute der Physiker und der Elektrotechniker so, daß wir meistens bald wissen, welchen von den beiden wir über die Elektrizität und welchen wir über ihre Anwendungen zu fragen haben. Auch ein Gerichtshof soll und wird wohl auch wissen, welchen von ihnen er für einen gegebnen Fall als Sachverständigen zuzuziehn hat. Ebenso lassen wir uns über unsern gesunden Körper von einem Anatomen und Physiologen, über unsern kranken Körper von einem Pathologen und über die Anwendung des Wissens all dieser auf die Erhaltung und Wiederherstellung unsers Körpers von einem Heilkundigen, einem Therapeutiker, belehren; und für die Ausübung dieser Kunst ist uns der Heilkünstler, der Arzt, verantwortlich. Im kleinen Kreis eines Familienlebens kann nun der Arzt auch über jenes Wissen, das er als Grundlage seiner Kunst braucht, hinreichende Auskunft geben. Im weitern Kreis aber, wo es sich um die bestmögliche Ausnützung des vorhandnen Wissens und Könnens handelt, kann man sich mit jener Vereinfachung nicht begnügen.

Zu diesem weitern Kreis gehört nun auch das gerichtliche Gebiet. Und in der That kennt man hier die eben geforderten Rücksichten. Für einen besondern chemischen Fall wird als Sachverständiger ein Chemiker geholt, nicht ein Arzt, obwohl dieser auch die Chemie in die Grundlage seines Könnens aufgenommen hat. Für einen Fall aus dem Schifferleben wird ein Schiffahrtkundiger zugezogen usw. Umso merkwürdiger ist es, daß solche noch gar nicht einmal feine Unterscheidungen in andern Fällen vergessen werden. Beispielsweise handelt es sich um die Echtheit einer Schriftprobe. Man entschließt sich zu einer „Schrift-Expertise" und beruft als Sachverständige Schreiblehrer. Wollte man auf die Hoffnung, hier überhaupt eine Einsicht zu erreichen, ganz verzichten, so würde dieser Standpunkt zwar angreifbar, aber wenigstens klar sein. Rechnet man aber auf die Gewinnung einer Einsicht, so muß man sich auch sagen, daß das hier eines Vertrauens gewürdigte Fach der Handschriftendeutung nicht die Schreiblehre ist, und daß hier der Grapholog, nicht der Schreiblehrer als Sachverständiger aufzutreten hat. Wir erleben manchmal binnen kurzer Zeit mehre Prozesse, in denen grade dieser Punkt Anstoß erregen kann, und in denen ein Schullehrer oder Kalligraph oder Postbeamter den Angeklagten zu Fall bringt, während der Fachmann, der Grapholog, seine Unschuld aufgedeckt hätte. Auch die Berufung eines Urkundenkenners ist zwar immerhin ein Schritt näher an das Richtige, aber auch noch nicht das Richtige und außerdem eine gefährliche Verwirrung, wenn dieser Fachmann sich und seine Fachgenossen als Graphologen hinstellt.

Wir müssen bei dem Fall der Graphologie etwas länger verweilen, weil grade dieses Fach heutzutage noch an maßgebenden Stellen als eine eigne Wissenschaft und Kunst und somit als ein Gegenstand von Sachverständigkeit nicht immer anerkannt wird, vielmehr häufig ebenso als ein „Idol" gilt, wie es manchem heute unbestrittnen Fach in frühern Zeiten erging. Sie ist weder aus der Kalligraphie noch aus der Urkundenlehre heraus, sondern selbständig oder höchstens aus der Physiognomik heraus, entstanden und steht seit Jahrzehnten mit einer eignen Geschichte und einer eignen weiten Litteratur auf ihrem eignen Boden, namentlich seit den Schriften des Franzosen Michon. Wie andre Wissenschaften bemüht sie sich zunächst, ihren Gegenstand reinlich zu beschreiben, indem sie, mit Hilfe von genauen Winkelmessungen u. dgl., die verschiednen Formen der Schriftzeichen unterscheidet und einteilt. Dann macht sie eine Annahme, die eben den hauptsächlichen Zankapfel ergibt: daß nämlich gewisse in der Schrift regelmäßig wiederkehrende Sondereigenschaften nicht zufällig da sind, sondern sich als die Folge gewisser seelischer und zumteil auch leiblicher Sondereigenschaften und demnach unter mannigfachen Vorsichten als Anzeichen von solchen auffassen lassen; wobei mit diesen persönlichen Eigenschaften im Laufe der Lebensentwicklung und der jeweiligen Schwankungen auch die graphologischen Zeichen sich ändern.

Man sieht, wo der Hauptpunkt der Graphologie liegt: in der Beschreibung der Thatsachen, von denen aus sie zu Schlüssen auf anderweitige Thatsachen weiterschreitet. Durch dieses ihr ganz eigentümliche Gebiet beginnt sie als eine morphologische Wissenschaft, und in diesem Sinne ist der Grapholog nicht zu ersetzen durch verwandte Fachmänner, wie den Schreiblehrer oder den Urkundenkenner. Jenem dürfte es zunächst um Abweichungen von der kalligraphischen Norm zu thun sein; diesem hinwider zunächst um die zeitlichen und örtlichen Verschiedenheiten der Schriftarten, also um paläographische Angelegenheiten; und selbst wenn sich ihm eine der Graphologie ähnliche Betrachtung herausbildet, so urteilt er doch, insofern er hierdurch nicht aus einem Urkundenkenner ein Grapholog wird, aus dem Ganzen des Urkundenwesens heraus, das jene Betrachtung höchstens als eines der Hilfsmittel des Urkundenkenners enthalten würde. Wer nun einmal eingesehn hat, daß der Grapholog eine eigne Formenwelt gefunden, zu deren Aufbau weder die Ziele der Kalligraphie noch die der Paläographie genügend Gelegenheit geben, dem wird es auch klar werden, welche Instanz am sichersten über die Zugehörigkeit einer Handschrift zu einer bestimmten Person zu entscheiden hat, selbst wenn man die Annahme, daß die Schrifteigentümlichkeiten durch seelische Eigentümlichkeiten verursacht werden, noch garnicht zugesteht.

Die Frage jener Zugehörigkeit ist aber der gerichtlich bisher wichtigste und häufigste Fall des Bedarfes eines Sachverständigen der Graphologie vor Gericht. An einen weitergehenden Bedarf nach einem solchen, nämlich an den Fall, daß aus der Handschrift eines Angeklagten Schlüsse auf die psychologische Wahrscheinlichkeit seiner Thäterschaft gezogen würden, brauchen wir für den Augenblick ebenfalls noch garnicht zu denken. Man sollte aber vorerst jener beschreibenden Thätigkeit der Graphologie die gleiche Achtung zollen, wie man sie jeder beschreibenden Wissenschaft zu zollen pflegt, statt daß, wie es geschieht, der mit dem Absprechen so schnell bereite Laie an die der Erklärung zugrunde liegende Hauptfrage — seelische Eigentümlichkeiten als Ursache der Schrifteigentümlichkeiten — merkwürdigerweise viel früher herangeht, als es jeweils der Graphologe thut, und danach kurzweg über das „Idol einer wissenschaftlichen Graphologie" loszieht.

Ueber den gesunden Körper weiß der Anatom und Physiolog, über die gesunde Seele der Psycholog, über die Nervenstörungen der Nervenarzt, über die das geistige Leben berührenden Gehirnstörungen der Irrenarzt Bescheid. Daß zu Gutachten über Psychiatrisches nicht der Neurologe, sondern der Psychiater am Platz ist, sieht man allmählich ein; daß über unsre gesunden Seelevorgänge der Psycholog, nicht der Vertreter eines Gebietes von Krankheiten zu urteilen hat, diese Einsicht darf wenigstens von einer Oeffentlichkeit gefordert werden, die im Renommieren mit dem „psychologischen Standpunkt“ gradezu unerschöpflich ist. Und doch sehn wir in unsern Gerichtsverhandlungen und bei öffentlichen Wissensdebatten, daß z. B. über die Beeinflussung des Urteilens und Handelns gesunder Menschen Sachverständige fast nur aus ärztlichen oder gar aus literarischen Kreisen genommen werden.

Ob wir nun die moderne Arbeits- und Wissensteilung willkommen heißen oder nicht: vorhanden ist sie und wird alltäglich praktisch benützt. Bekanntlich giebt es eigne „Versicherungstechniker“, die sich mit Sterblichkeitstabellen, mit Prämienberechnungen usw. abgeben und nicht etwa durch Volkszählungstechniker ersetzt werden können. Nun gründen die Lebensversicherungen ihre Praxis auf die vermutliche Lebensdauer der zu Versichernden. Diese Lebensdauer hängt von verschiednen Faktoren ab; einige von ihnen, aber keineswegs alle, bestehn in dem Gesundheitszustand des Antragstellers, in der Gefährlichkeit seines Berufes, in der Erblichkeit besondrer Leiden. Von der Langlebigkeit eines Menschen handelt die Makrobiotik; von jenem einen Faktor, von dem Gesundheitszustand eines Menschen, die Hygiene und Heilkunde. Daß nun Langlebigkeit und Gesundheit sich nicht decken, wird bei einigem Nachdenken auch der Laie einsehn und aus seiner Erfahrung bestätigen. Nur unsre Lebensversicherungs-Gesellschaften wissen es nicht und gründen ihre Gefahr, wie das nächstbeste Antragsformular zeigt, u. a. auf hygienische, nicht aber auf eigentlich makrobiotische Erwägungen.

Wir hatten gesagt, daſs in dieses ganze Thema der „Sachverständigkeit“ deshalb so schwer einzugreifen ist, weil niemand so vielseitig ist, daſs er über allen Fachgebieten stünde. Allein dies thut nicht not, wo über das Thema der Sachverständigkeit allein und über einzelne Beispiele dafür geurteilt werden soll, und kein Gerichtshof beherrscht zugleich Chemie und Nautik, Psychiatrie und Graphologie. Dessen bedarf es auch nicht. Wohl aber bedarf es einer verläßlichen Uebersicht über die Artunterschiede von Sachverständnis; einer Uebersicht, die kein breites, nur ein genaues Wissen und Ueberlegen voraussetzt und von jemandem gefordert werden kann, an dessen Allgemeinbildung sonst weit höhere Ansprüche gestellt werden. Hier handelt es sich scheinbar um keine Widersprüche zwischen juristischem und natürlichem Rechtsgefühl, sondern um eine Ueberwindung des naiven Meinens durch ein Fachwissen. In der Tat aber bedarf es zunächst nicht eines solchen kunstmäßigen Wissens, sondern vielmehr einer richtigen Bethätigung jenes naiven Meinens, des sogenannten gesunden Menschenverstandes, der da im allgemeinen schon weiß, daſs er über eine bestimmte Sache grade ihren Verständigen zu befragen hat, und der da im besondern leicht einsehn kann, welches eine bestimmte Sache und welches Fach das ihrer Sachverständigen ist. Am Honoratiorentisch eines Gemeindewirtshauses mag allerdings ein Sachverständiger für Armbrüche und Kolonialpolitik, Darwinismus und Versicherungstechnik, Elektrizität und Suggestion genügen.

Mosaik.

Der linksrheinische Viehhändlerverein wird geleitet von David Israel (Kirchberg), Vorsitzender, Salomon Mayer (Lausersweiler), Stellvertreter, Siegmund Gärtner (Sohren), Schriftführer, Isaak Kahn (Lausersweiler), Stellvertreter, Isaak Michel (Seibersbach), Kassierer.

So sehn die Fleischnot-Schreier aus!

Ein sonderbarer Beschluß. Im Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ ist nachstehende Entschließung der Wirte zu lesen: „Die von etwa 150 Wirten aus Stuttgart und Umgebung besuchte Versammlung, welche sich mit der Fleischnot und den Maßnahmen dagegen beschäftigte, schließt sich den Bestrebungen auf Oeffnen der Grenzen für Schlachtvieh und besonders für Schweine, wie sie in Wirtsversammlungen an zahlreichen Orten des Deutschen Reiches zu Tage treten, in allen Punkten an.“

Ob auch die Gastwirte andrer Orte sich diesem seltsamen Fleischnot-Protest anschließen werden?

Auch ein „Geschäft“. Der Schmul begegnet dem Itzig, der eiligst dem Gerichtsgebäude zustrebt. Es entspinnt sich zwischen beiden folgender kurzer Dialog: „Wo rennst Du hin, Itzig?“ — „Zeugenschaft ablegen!“ — „For wem?“ — „Dos waiß iach selber noch nix!“

Der Schar[illegible]

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 20. November 1902. Nr. 744.

28.

Obstruktion.

Ist es ein Zufall, daß die eigentlichen Führer in dem Kampfe, der den Reichstag durchtobte, daß die Rufer im Streite zwei Männer mosaischen Glaubens, Singer und Stadthagen, waren? Daß die jüdischen Abgeordneten, die allerdings durchweg der Sozialdemokratie angehören, sämtlich sich auf den Pfaden der Obstruktion bewegten? Ist es ein Zufall, daß hier wieder einmal das wahrhafte Wort des alten Mommsen seine vollste Bestätigung erhielt, daß die Juden zu allen Zeiten ein Element der Dekomposition, der Zersetzung seien? Es ist ebensowenig ein Zufall, wie die andre Thatsache, daß die treuesten Helfer und Verbündeten der Sozialdemokraten in diesem Kampfe die Männer der freisinnigen Vereinigung waren, dieselben Männer, die den Kapitalismus in seiner nacktesten Gestalt anbeten, die hinter sich die Leute der Tiergartenstraße wissen, die ihre Kassen füllen aus denselben Geldschränken, aus denen der gelbe Segen hinabträufelt in die Kassen des Handelsvertragsvereins. Unsichtbar und doch deutlich zu fühlen wob zu den Männern der Arbeit schwieliger Faust sich ein Band von den Männern her, deren Fäuste vom Kuponschneiden schwielig wurden, und über dem allem schwebt hier der Geist Singers, dort der Geist Ballins.

In freudigem Idealismus hatte einst das Deutsche Volk um seine Konstitution gekämpft. Glänzende Thaten auf dem Schlachtfelde, unvergleichliche Erfolge einer unübertroffenen Staatskunst haben dazu geführt, daß die Träume und Hoffnungen unsrer Väter sich erfüllten. Es war germanischer Geist, der zum ersehnten Ziele trieb. Der semitische Geist ist es, der das Lokwerk der Zerstörung versucht, der auch jetzt wieder, unbekümmert um den Zorn der Andern, niederzureißen versucht, was in tüchtiger Arbeit erbaut ist. Denn wir dürfen uns nicht täuschen: Das, was die Singer und Stadthagen als einen Kampf für die Rechte des Volkes bezeichnet haben, war in Wahrheit ein Kampf gegen unser konstitutionelles Leben, und die Wunden, die sie dem öffentlichen Geiste schlugen, werden noch in langer Zeit nicht vernarben. Es war die Entschlossenheit der nationalen Parteien und des Zentrums, die uns davor bewahrte, daß der gesamte Parlamentarismus dem Fluche der Lächerlichkeit verfiel. Mit dem gesunden realpolitischen Sinn, der ihn schon oft in Gegensatz zu den Barth und Rickert geführt hat, erkannte Eugen Richter die eminente Gefahr, die in der Vernichtung des Mehrheitsprinzips ruhen mußte, jenes Prinzips, das nicht nur die Grundlage, sondern auch die vornehmste Rechtfertigung des ganzen parlamentarischen Systems bildet. Man hat das Gegenteil von dem erreicht, was die Herren Singer und Stadthagen, Wurm, Herzfeld, Hoch und Haase, die Semiten des Reichstages, erhofften. Die Mehrheitsparteien sind zusammengeschweißt worden, und selbst aus dem Munde Bassermanns ertönten Klänge verärgerter Energie.

Gewiß können Zeiten kommen, in denen die Obstruktion nicht nur ein Recht, sondern sogar eine Pflicht wird. Solche Zeiten sind dann erschienen, wenn die nationale Notwehr die Kämpfer auf die Barrikaden des Parlaments ruft. Als der wackre Lecher seine unübertroffne Dauerrede hielt, da galt es die rechtzeitige Annahme eines Gesetzes zu verhindern, das bisher die einzige und die schneidigste Waffe des Deutschtums im Kampfe gegen die Badeni, Kramarcz und Abramowicz gebildet hatte. Damals galt es die nationale Existenz, die nationale Zukunft. Diese Rede war nicht dem Sportbedürfnis eines oberflächlichen Kopfes entsprungen, sie sollte nicht dazu dienen, die Anhänger andrer Parteien zu langweilen und zu verärgern, sondern sie war ein starkes Mittel zu einem großen Zweck, und sie führte in letzter Linie dazu, daß der verhängnisvolle polnische Graf für alle Zeiten von der Szene verschwand, daß das Bewußtsein der Gemeinsamkeit im Deutschen Volke jenseits der schwarz-gelben Pfähle erwachte, daß man auch im Deutschen Reiche die volle Größe der drohenden Gefahr erkannte und zur Unterstützung sich bereit machte.

Die Rede Lechers war eine That, die Rede Heines war das nutzlose Virtuosenstück schauspielerischer Berechnung. Was hat denn Herr Heine erreicht? Was konnte er erreichen? Nichts und dreimal nichts. Denn als die Lampen im Reichstagshause ihm mitleidsvoll zu Hilfe kamen, als sie die Vertagung erzwangen, die doch allein das Ziel der Obstruktionsredner bilden konnte, da kam aber der nächste Tag und in wenigen Stunden war vollendet, was weder Singer noch Heine, noch Stadthagen verhindern konnten. Und was sollte verhindert werden? Die Abkürzung einer Form, deren Lästigkeit man seit Jahr und Tag schon empfunden hatte, die Einführung eines bessern Systems für namentliche Abstimmungen. Ist denn dieses System ein heiliges Volksrecht gewesen? Steht es eingegraben auf der Magna charta der deutschen Freiheiten? Als die Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages geschaffen wurde, da hatte man nur geringe, praktische Erfahrungen; erst die Praxis konnte dazu führen, daß man die Mängel und Lücken erkannte, und grade die rabulistische Auslegungskunst der sozialistischen Advokaten mußte die Mängel vor aller Augen enthüllen. Denn es giebt keinen größern Widersinn, als wenn eine geringfügige Minderheit die Möglichkeit und einen rechtlichen Scheingrund besitzt, um die Mehrheit an jedem Ausdruck ihres Willens, um die Volksvertretung an jeder nützlichen Arbeit zu verhindern. So liegen die Dinge und nicht anders, und wenn erst die Leidenschaften verraucht sind, dann wird auch die große Masse die Nebel der Phrase durchdringen, und sie wird die Obstruktion als das begreifen, was sie in Wirklichkeit war: als einen trostlosen Versuch des Händlertums, die Vertreter der produktiven Arbeit an Schutz- und Abwehrmaßregeln zu hindern, wie sie zu fordern Recht und Pflicht der Nation ist.

Die Episode ist vorüber und nicht der Wille der Mehrheit wurde diskreditiert, sondern das Treiben der Minderheit. In den Boden, den die Pflugschaar der Linken zerrissen hat, werden die nationalen Parteien ihr Korn senken, und aus ihnen wird, so Gott will, eine reiche Ernte erwachsen.

Spectator.

Der Bauernstand unsre Rettung.

Ein seltsamer Doppelschrei gellt heute durch unsre Lande. „Arbeit! Arbeit wollen wir!“ lärmen sie in den Städten; „Arbeiter! Arbeiter brauchen wir!“ ruft der Bauer auf dem Dorfe. In den Städten kann man nicht genug Häuser bauen, um der Wohnungsnot zu steuern, auf dem Lande stehn Huben und Hütten leer. In den Städten droht fortwährend

Hungersnot, die man mit teurem amerikanischen Getreide decken will, auf dem Lande liegen die Heiden wild, die Felder brach; auf abgehauten Bauerngründen wächst junger Wald, und wo früher ungezählte Menschenfamilien gearbeitet, gelebt haben, zufrieden gewesen sind, tummeln sich heute Rehe und Hirsche für den Jagdsport hochvermögender Herrschaften. So wenigstens ist es bei uns in den Alpen — schreibt P. K. Rosegger —; doch, wie man hört, trifft es im Flachlande auch zumteil zu und der Bauernstand geht dort wie hier dem Verfalle entgegen. Wer kann das verstehn?

Der Niedergang des Bauernstandes ist eine Tatsache, die niemand mehr leugnet! Wenn man doch nur auch zugestehn wollte, daß das große Arbeiter-Elend in den Städten und die drohende Gefahr der Sozialdemokratie mit dem Niedergange des Bauernstandes zusammenhängt! Nichts wird sich so furchtbar rächen, als daß man den altgesessenen Bauernstand verkommen ließ, daß man ihn mit Lasten zu sehr bedrückte, daß man Dienste von ihm verlangte, die ihn seinem Berufe entfremdeten. Der Bauer leistet genug für den Staat, wenn er Bauer ist. Aber man verlangt noch sonst alles Mögliche von ihm: man will mit seinen Steuern die Staatseisenbahnen betreiben helfen, dafür daß sie fremdes Getreide ins Land bringen; man will mit seinen Steuern das ganze bürokratische Triebwerk von Aemtern, Behörden und Polizei bestreiten helfen, von dem der Bauer nur selten Vorteile empfindet, aber manche Hemmungen zu leiden hat; man will mit seinen Steuern eine gewaltig gerüstete Armee versorgen helfen, von der im Notfalle natürlich kein Stand so wenig Schutz genießt, als der Bauernstand.

Doch nicht allein Geld fordert der Staat vom Bauer, sondern auch Blut. Die kräftigen und hoffnungsvollen Burschen, die natürliche Zukunft des Bauerntums, werden herausgeholt aus ihrer stillen, behäbigen Wirtschaft und fort zu den Soldaten, sie lernen die Welt kennen und die Welt schmecken. Früher war ein Bursche, der ein Bauernhaus besaß und bewirtschaftete, militärfrei. Der Staat wußte recht gut, was damit gethan war. Heute genießt nur derjenige militärische Vorteile, der studiert und dadurch das Gelehrtenproletariat vermehren hilft.

Noch viele andre äußere, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ursachen giebt es, die dem Landmanne Totengräberdienste leisten. Aber es giebt auch innere Ursachen, daß der Bauernstand darniedergeht. Der Bauer selbst ist nicht ohne Schuld. Entweder er betreibt seine Wirtschaft nach Urväterart oder er will den Fortschrittsmann spielen, führt allerlei unerprobte Neuerungen ein und verrechnet sich. Den gesunden Mittelweg zwischen alter Sitte und neuen Anforderungen finden die Wenigsten. Der Bauernknecht in der freien Natur, in der Poesie althergebrachter Arbeit und lebenerleichternder Gepflogenheiten, als Mitglied eines patriarchalischen Hausstandes lebt herrlich und stolz im Gegensatze zu einem dienenden Menschen in der Stadt. Aber Eins fürchtet der Bauernstand mit Recht — seine alten Tage, wo er, der ein langes Leben hindurch nichts als Brot gebaut hat, als „Einleger" betteln muß, um die letzten kümmerlichen Bissen, oder warten muß wie ein hungriger Hund, was vom Bauerntische für ihn abfällt. Da geht er doch lieber bei Zeiten zu den Fabrikarbeitern, die da demnächst unter der roten Fahne die Welt erobern wollen.

Jetzt steht der Bauer auf seinem Grunde da; die Söhne sind bei den Soldaten, die Knechte sind in die Fabriken gegangen; auch die Mägde haben gehört, daß man in der Stadt als Köchin oder Bedienerin zehnmal feiner lebt, als in der Bäuerei, und daß man dort sogar sein Glück machen kann. Der Bauer steht einsam da und ruft nach Arbeitern für Feld und Wiesen! Er ruft vergebens. Und weil niemand mehr zu ihm kommt, so will er auch davon. Der Bauernmensch hat eben auch einen Blick in die Welt gethan und gesehn, wie viel Reichtum ohne Arbeit es dort giebt, wie viel Genuß ohne Leistung, wie viel unbestrafte Liederlichkeit, wie viel siegende Schlauheit, und daß nicht mehr die innere Tüchtigkeit den Ausschlag giebt, sondern die Keckheit, die Herzlosigkeit, die Verschlagenheit. Ja, wenn es so steht, da will er auch mittun: an Klugheit, meint er, nehme er es mit manchem auf und — er springt in den Wettkampf.

Die Volksschule hätte auf dem Dorfe die Aufgabe gehabt, nicht bloß den Sinn der Jugend ins Weite und Breite zu lenken, sondern ihn auch für den bäuerlichen Beruf zu bilden, zu vertiefen und immer wieder die Liebe für den Gegenstand zu wecken und dessen hohe Ehrenhaftigkeit zu betonen. Die Geistlichkeit, die sich ja doch auch sonst so willig an weltlichen Angelegenheiten beteiligt, hätte dieselbe Aufgabe zu erfüllen. Allein ihr scheint es nicht gegeben zu sein, den Bauernstand für den modernen wirtschaftlichen Wettbewerb zu erziehn.

In den übervölkerten Städten wogen Rotten durch die Straßen, schreien nach Arbeit, greifen mit räuberischer Hand nach Brot. Man ist bestrebt, ihr Begehren zu erfüllen, schafft in der Stadt allerhand Arbeiten, die an und für sich nicht nötig wären, die nur die Gemeinde- und Staatslasten vermehren und trotzdem ganz unzulänglich sind, um die Massen mit Brot zu versorgen. Was ist das für eine Wirtschaft? Sieht es denn um Gotteswillen niemand, wo Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist, und zwar jene natürliche segensvolle Arbeit, die unmittelbar Brot schafft? Mit den Massen arbeitsloser Menschen aufs Land hinaus! Zurück wieder auf die Dörfer, ins Gebirge, roden, ackern und ernten, Feldbau und Viehzucht treiben. Und nicht bloß die rohe Arbeitskraft hinaus; es giebt in den Städten auch so viele überflüssige Intelligenz, die ein besseres Los verdiente, als zwischen Mauern unnütz zu verkommen oder gar gemeinschädlich thätig zu sein. Hinaus mit ihr in die freie Gottesnatur! Auch das Bauerntum braucht gescheite Köpfe; ja ein Bauer, der gemischte Wirtschaft betreiben will, muß in seiner Art mindestens soviel gelernt haben und verstehn, wie irgendein „Studierter" in der Stadt.

Aber wie ist es zu machen? Was soll geschehn, auf daß ein wohltätiger Rückzug beginne von der Stadt aufs Land? Mit den Sommerfrischen, dem Turistenwesen, von dem man sich erneutes Interesse und Vorteil für den Bauernstand versprochen, ist es nichts. Das ist nur so eine Art Spielerei mit dem Bauerntum. Körperlich arbeiten muß aber der Bauer und dagegen hilft keine Gelehrsamkeit und kein Hochmut, es kommt nur darauf an, daß er es merkt und empfindet, welch ein Segen und Genuß auch in der körperlichen Arbeit liegen kann. Vielfach ist sie mehr Genuß als Anstrengung. Wenn zwei Feiertage nebeneinander stehn, so wird sich der richtige Bauer oder Bauernknecht am zweiten Tage schon wieder sachte an eine Handarbeit machen, sie fühlen sich dabei wohl.

Aber was ist zu machen, daß der Rückzug beginne von der Stadt aufs Land? Ihr Staatsleiter und Gesetzgeber, es ist die höchste Zeit darüber nachzudenken! Ich habe schon darüber nachgedacht und bin zu dem Schlusse gekommen, daß mit Zeitungsartikeln und schönen Reden nichts getan ist, daß die Menschen für diese wichtige Sache sich persönlich einsetzen müssen, so tapfer und opferfreudig, wie man sich gegen den Feind einsetzt fürs Vaterland. Das Opfer wäre ja endlich nicht so groß. Wenn ich ein kräftiger Stadtbürgerssohn wäre mit einem kleinen Vermögen, ich würde damit kein Geschäft anfangen, weder im Gewerbe, noch im Handel, ich würde mir draußen in einer schönen Gegend des Landes ein Bauerngut kaufen. In gesunder Luft, bei köstlichem Wasser, bei nahrhafter einfacher Kost würde ich abwechselnd fleißig arbeiten und behaglich ruhen, würde meiner Familie leben, meinen Kindern eine glückliche Jugend auf dem Lande und ein selbständiges Daheim schaffen. Fernab von dem unheimlichen Treiben der modernen Welt würde ich im ländlichen Frieden ein echter und rechter Mensch sein können.

Und wenn mir das auch andre nachmachten, viele nachmachten, brave und gescheite Söhne der Stadt, würde es allmählich anfangen als etwas sehr Wackeres, Patriotisches, Aristokratisches zu gelten, wenn sich junge Leute dem altehrwürdigen Bauerntum widmeten, und dann wäre es ja gewonnen. Das dienende Volk würde schon von selber folgen. Und so wie sonst das städtische Menschenmaterial durch Bauernblut aufgefrischt zu werden pflegt, so müßte das alte, zugrunde

gegangne Bauerntum durch ein aus gebildeten Schichten stammendes junges, zeitgemäßes ersetzt werden. Der historische, in vieler Beziehung so ehrenwerte und heimische Bauernstand wäre freilich dahin, aber in dem jungen Bauerntum würden sich vermöge der veredelnden Einwirkung von Arbeit und Natur allmählich wieder die Tugenden dieses Standes ausbilden. Einfachheit, patriarchalischer Sinn, Liebe und Treue zur angestammten Erde, zu der Väter Sitte, Ahnung und Verehrung Gottes, diese erhaltenden Mächte gehn aus der Scholle hervor und sind des Bauernstandes Hort. Der menschliche Drang nach gesitteter Freiheit, nach einer festen Heimstätte für sich und die Nachkommen, nach dem natürlichen Adel, der sich in der erblichen Ständigkeit, in dem treuen Festhalten an dem Berufe seines Geschlechtes begründet, ist ja doch noch nicht ganz verloren, so daß uns wenigstens die seelische Eignung und Fähigkeit nicht abgeht, das älteste, gottgeheiligte Erbe der Menschheit wieder anzutreten.

Das Uebrige müssen unsre Staatsmänner, Volksvertreter und Volksfreunde besorgen. Und wenn sie in der Großstadt geweckt werden von dem Lärm des Proletariates, das durch die Straßen stürmend mit drohenden Geberden nach Arbeit, nach Brot und nach anderm schreit, mögen sie sich auch daran erinnern, daß der historisch-konservative Staat keinen mächtigern, treuern Freund hat, als einen starken Bauernstand. Einen solchen müssen sie schaffen um jeden Preis, denn von diesem angeblich so vorwiegend ungebildeten Stande hängt der Fortbestand unsrer Gesittung ab.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein. Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend $^1/_2$9 Uhr. —

Verband Niedersachsen. In gut besuchter Versammlung zu Engelstedt sprach am 2. d. M. Redaktör Kemper (Braunschweig) über „Unsre nationalen und sozialen Aufgaben". Etliche neugewonnene Mitglieder waren der Erfolg.

Eine rührige Kleinarbeit im Mitgliederwerben wird in Wernigerode entfaltet, von der wir nur hoffen können, daß sie andre Freunde zum Mitarbeiten ansporut.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8$^1/_2$ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8$^1/_2$ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8$^1/_2$ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8$^1/_2$ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch 8$^1/_2$ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8$^1/_2$ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8$^1/_2$ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Leipzig jeden Montag 8$^1/_2$ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";

in Nordhausen am 21. und 28. in den „Drei Linden";

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Aus der Reformpartei. In einer Vertrauensmänner-Versammlung zu Bischofswerda erklärte Abg. Gräfe am 16. d. M., daß er sich aus gesundheitlichen Rücksichten um das Mandat des Kreises nicht wieder bewerben könne. Als Ersatz empfahl er den frühern Abgeordneten Oswald Zimmermann (Dresden), dessen Kandidatur auch einstimmig angenommen wurde. Herr Zimmermann wohnte der Aussprache bei und erklärte seine Zustimmung zu dem gefaßten Beschlusse. —

Bei den jüngsten Erneuerungswahlen zum hessischen Landtage gelang es dem frühern Reichstagsabgeordneten Hirschel, mit 17 gegen 16 Stimmen den Kreis Grünberg den vereinigten Liberalen und Freisinnigen abzunehmen.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein Ueberlisteter. Ein Herr Martin Schläger aus Oesterreich, amerikanischer Staatsangehöriger und zur Zeit in Oberhausen (Rheinld.) wohnhaft, hatte in Essen (Ruhr) ein Wanderlager, ein „Verkaufshaus für Emaillewaren" errichtet, als dessen Inhaber er einen Strohmann gewann, Herrn Isaak Lauden aus Gevelsberg. Lauden war aber mit keinem Bein nach Essen gekommen, vielmehr hatte Schläger den Verkauf der kostbaren Scherbel selber eingeleitet, Personal angestellt usw., — nur die Steuer, und zwar blos für eine Woche, hatte er auf den Namen Strohmanns bezahlt. Die Polizei bekam Wind von der Sache, verlangte von Schläger die Vorweisung eines Wandergewerbescheins, den er natürlich nicht hatte, schloß das „Verkaufshaus" und leitete das Strafverfahren ein. Schläger wurde denn auch zu dem doppelten Betrage der hinterzogenen Steuer mit 196 Mark verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, indem er behauptete, der Inhaber des Wanderlagers sei Lauden gewesen. Es wurde jedoch vollständig erwiesen, daß Lauden nur eine vorgeschobne Person war, so daß es bei der erkannten Strafe bleibt.

Die Wiener Aerztekammer entzog dem prakt. Arzt Dr. Josef Hersche wegen Ehrenwortbruches das aktive und passive Wahlrecht auf drei Jahre, belegte den Dr. Moriz Oppenauer wegen standesunwürdiger Teilhaberschaft mit 200 Kronen Geldbuße und den Zahnarzt Dr. Nathan Herzvogel wegen marktschreierischer Ankündigungen mit 400 Kronen Geldbuße.

Sittliche Juden. An einem Junitage wurde der praktische Arzt Dr. Georg Borchardt zu Berlin von einer jungen Dame wegen eines geringfügigen Leidens in Anspruch genommen. Sie wurde in einer Weise behandelt, die sie zur Vorsicht mahnte. Dann verschloß der Angeklagte die Thür, hielt die auf dem Stuhle sitzende Dame fest und küßte sie trotz ihres Sträubens auf die Wange. Sie sprang dann auf und war weitern Zudringlichkeiten nicht ausgesetzt. Die Dame stellte Strafantrag wegen Beleidigung. Der Staatsanwalt erachtete das Verhalten des Angeklagten um so verdammenswerter, da man genötigt sei, einem Arzte Vertrauen entgegenzubringen. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof beließ es indes bei einer Geldstrafe von dreihundert Mark.

Verhaftet wurde der achtzehnjährige Kontorist Ludwig Löwenthal zu Wien, weil er es verstanden hatte, seinem Chef im Laufe von zehn Monaten fünftausend Kronen zu entwenden.

Briefkasten.

Tt. Besten Dank. Sie waren ja in netter Gegend!
Stuttgart. Der Cohn ist gut. Heil!

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.



Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltene Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 27. November 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 745.

Wochen-Spruch.

Syrer und Juden — Völker, die zur Knechtschaft geboren sind.

Cicero, De prov. cons. V, 10.

Meuchelmörder

brauchen nicht immer mit Dolch, Gift oder Revolver ihr verruchtes Handwerk zu betreiben. Auch das Gift der Verleumdung und die lügenspritzende Feder können tötlich wirken.

Ein Vorfall von tiefer erschütternder Tragik bewegt im gegenwärtigen Augenblick die Gemüter in allen zivilisierten Ländern. Der am 22. d. M. plötzlich aus dem Leben geschiedne Chef des berühmtesten Industriewerkes der Erde, Herr Alfred Krupp, war durchaus keine hochragende Persönlichkeit. Aber er war der Erbe eines großen Namens, der Enkel jenes klugen, unermüdlichen, zähen Friedrich Krupp, der aus kleinen Anfängen heraus das Fundament zu dem stolzen Bau schuf, der heute den Namen der Welt-Firma trägt und er war der Sohn des genialen Alfred Krupp, der auf dem Gebiete der Waffen-Industrie neue Wege ging und durch seine Erfindungen Großes für die Wehrkraft unsers Vaterlandes geleistet hat. Als er aus dem Leben schied, war er schon der größte Industrielle des Deutschen Reiches, vielleicht der Welt. Sein Werk aber vergrößerte sich immer mehr. Noch zu seinen Lebzeiten, im Jahre 1886, war das Gußstahlwerk in Magdeburg-Buckau mit 3500 Arbeitern seinem Unternehmen einverleibt worden. Zehn Jahre später wurde die Germaniawerft bei Kiel mit fast 3000 Arbeitern übernommen. Die ganze Arbeiterzahl der Kruppschen Werke beträgt jetzt 46000 Mann, sodaß, die Angehörigen einbegriffen, etwa hunderttausend Menschen ihren Unterhalt von Krupp bezogen haben. Die Stadt Essen ist in fünfzig Jahren aus einer Kleinstadt von 10000 eine Großstadt von 100000 Einwohnern geworden. Von der Gußstahlfabrik Essen wurden bis zum 1. April 1901 39006 Geschütze geliefert; es waren in ihrem Gebiet in Thätigkeit 1600 Oefen und Schmiedefeuer, 4500 Werkzeug- und Arbeitsmaschinen, 132 Dampfhämmer, 30 hydraulische Pressen, 316 stehende Dampfkessel, 497 Dampfmaschinen mit 41213 Pferdekräften, 179 Elektromotoren und 558 Kräne. Der Grundbesitz der Firma in Essen und Umgebung, abgesehn von Villa Hügel, betrug 388 Hektar.

Das gewaltige Wachstum des Riesenwerkes ist nicht das persönliche Verdienst des jetzt jäh aus dem Leben geschiednen Mannes. Sein genialer Vater hatte mit richtigem Scharfblicke in seinem Testamente dem Sohne und Erben ein technisch, juristisch und kaufmännisch zusammengesetztes Direktorium mit sehr weitgehenden Vollmachten zur Seite gestellt, durch dessen Thätigkeit nicht nur der alte Ruf und Ruhm des Hauses erhalten, sondern auch neue Gebiete angebaut wurden. Zu den unübertroffnen Kruppschen Feld-, Festungs-, Schiffs- und Küstengeschützen gesellten sich die riesigen Schiffswellen, die Schiffs- und Batterie-Panzer.

Leider wuchs mit der Ausdehnung des Unternehmens nicht im gleichen Maße auch der vaterländische deutsche Sinn, der die beiden ersten Krupps ausgezeichnet hatte, sondern der internationale Handelsgeist trat stellenweise zu scharf in den Vordergrund. Unsre Leser wissen, daß wir in erster Linie scharf gegen das Verhalten der Firma Krupp im Burenkriege protestiert haben.

Der letzte Inhaber der Firma war daran aber ganz unschuldig. Er war eine weiche, nervöse Natur und hatte sich aus dem großen Arbeitsgebiete, dessen Erbe er war, nur das Gebiet sozialer Fürsorge für seine Arbeitsangestellten vorbehalten. Darin hat er Hervorragendes geleistet und seine Thaten auf diesem Gebiete werden dauernde Ruhmestitel für ihn bleiben. Seine sozialen Wohlfahrts-Einrichtungen bewahrten die Arbeiter vor der Verführung der sozialdemokratischen Agitatoren, und das konnte ihm die Sozialdemokratie nicht verzeihn.

Nachdem in den letzten Jahren schon zu verschiednen Malen Wut und Haß in wildester Form von der sozialdemokratischen Presse gegen Krupp gespritzt worden war, holte man jetzt zu einem Hauptschlage aus. Krupp hielt sich viel auf der Insel Capri auf, wo er seiner wissenschaftlichen Liebhaberei, der Tiefseeforschung nachging, nebenbei aber allerlei gemeinnützliche Einrichtungen, Straßenbauten usw. auf eigne Kosten zum Nutzen der Inselbewohner durchführen ließ. — Bei kommunalen Streitigkeiten auf der schönen Insel scheinen Klatschereien entstanden zu sein, in deren Bereich auch der deutsche Gast hineingezogen wurde. Italienische Sozialistenblätter versuchten daraus politisches Kapital zu schlagen und das in deutscher Sprache gedruckte Blatt des Juden Singer in Berlin, der „Vorwärts", druckte mit Behagen vor ungefähr 14 Tagen die italienischen Anwürfe gegen den deutschen Landsmann ab. Danach sollte Krupp homosexuellen Neigungen auf Capri gehuldigt haben. Der Beschimpfte stellte sofort Strafantrag gegen das Singerblatt, die Auflage der beleidigenden Nummer wurde beschlagnahmt und die Voruntersuchung gegen den verantwortlichen Redaktör des „Vorwärts" erhoben.

In der italienischen Presse, ebenso auch im Deutschen Reiche, erstanden dem Angegriffnen eine Reihe von Leumundszeugen, die das Gerücht als lügenhaft und glatt erfunden bezeichneten. Die Beamten und Arbeiter der Firma thaten sich zu Vertrauenskundgebungen zusammen und mitten in diese Gegenbewegung fiel wie ein Blitzstrahl die Nachricht von dem Tode Krupps.

Begreiflicherweise war der erste allgemeine Eindruck der, daß der Verstorbne sich schuldig gefühlt und freiwillig aus dem Leben gegangen sei. Aber die ärztlichen Zeugnisse erweisen das Gegenteil. Der bedauernswerte Mann ist der seelischen Erregung über die unerhörten Preßangriffe zum Opfer gefallen, ein in wenigen Stunden sich mehrmals wiederholender Gehirnschlag hat ihn getötet. — Die Angriffe gegen die Ehre seiner Person und seines Hauses haben nach zuverlässigen Mitteilungen von privater, unbeteiligter Seite Herrn Krupp auf das schwerste angegriffen, wie das bei seinem leicht verletzbaren Gemüt nicht zu verwundern war. Die fortdauernde Gemütsbewegung in diesen Tagen und die sichere Aussicht, daß der Prozeß bei einer juristisch geschickten Gegenseite sich Monate, vielleicht Jahre hinschleppen könnte, haben nach den vorliegenden Meldungen die überaus traurige Katastrophe herbeigeführt. Die öffentliche Meinung in Essen

steht unentwegt zu Krupp und in allen Kreisen ruft man sich rührende Akte des Verstorbnen in Erinnerung.

Sehr zutreffend verurteilt ein nationalgesinntes Blatt in Berlin die Handlungsweise der sozialdemokratischen Presse in folgenden Sätzen:

„Wären diese Gerüchte, die von Essen aus sehr scharf als Verleumdungen gebrandmarkt wurden, selbst wirklich wahr — wozu zerrt sie der deutsch gedruckte ‚Vorwärts‘ an die Oeffentlichkeit? Auf italienischem Boden ist dergleichen überhaupt nicht strafbar und nach den Wünschen und nach der Agitation des ‚Vorwärts‘ soll sogar dessen Strafbarkeit auf deutschem Boden abgeschafft werden. Herr Bebel steht mit an der Spitze derer, die den § 175 aus dem deutschen Strafgesetzbuch entfernen und den mit derartigen Neigungen behafteten Personen ärztliche Behandlung angedeihn lassen wollen.

Also nur aus Skandalsucht, aus Haß gegen die bürgerliche Gesellschaft, aus Zorn wider den Kanonenkönig und den Erzeuger von Nickelstahlpanzer für die Flotte hat die ordinäre sozialdemokratische Presse etwas an die Oeffentlichkeit gezerrt, was diese selbst im ungünstigsten Falle garnichts anging, da der verstorbne Krupp keinerlei religiöse, moralische oder kirchendienstliche Stellung eingenommen oder solche Agitation getrieben hat.

Erreicht hat sie allerdings etwas. Sie hat den Nervösen und mit Herzschwäche Behafteten in einen frühen Tod getrieben; das Geschlecht der Krupps hört auf im direkten Mannesstamm fortzuleben; und auf den Namen des stolzesten industriellen Hauses Deutschlands sind vor der Oeffentlichkeit Schmutzflecke gespritzt.“

Wir fragen uns aber angesichts dieser Schandthat, ob das Deutsche Volk sich nicht endlich aufraffen und bei den Wahlen sein vernichtendes Urteil über die Partei aussprechen wird, deren jüdische Verführer mit der Biedermeier-Maske der Volksfreundschaft verlarvt, mit den giftigen Waffen der Verleumdung politischen Meuchelmord treiben.

Zum Schlusse fügen wir das Urteil der „Berliner Neuesten Nachrichten“ über den Fall Krupp an, weil darin der oben auch von uns schon erwähnte Hauptgrund des infernalischen Hasses klar gelegt wird, womit die Sozialdemokrie den Verstorbnen verfolgte:

So hätte der „Vorwärts“, der unter der heuchlerischen Maske, die Abänderung eines Paragraphen des Strafgesetzbuches herbeiführen zu wollen, nicht bloß die Person Krupps, sondern den bedeutendsten, bestgehaßten Industriellen und Kapitalisten Deutschlands, die ganze bürgerliche Gesellschaft in einer der hervorragendsten Spitzen treffen wollte, etwas erreicht, was er doch wohl nicht direkt beabsichtigte. Es war seit langem ein schmachvolles, aber charakteristisches Bild, wie die Sozialdemokratie grade den Mann mit wütendem Hasse verfolgte, der mit seinem Vater und Großvater ein industrielles Unternehmen geschaffen und geleitet hat, das Hunderttausenden von Arbeitern guten Verdienst bot, um das die ganze Kulturwelt das aufstrebende Deutschland beneidet, und das grade in Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter mustergiltig und unerreicht dasteht und vom In- und Auslande das höchste Lob erfahren hat. Es ist gewiß bezeichnend, daß, während z. B. in dem hochindustriellen Königreich Sachsen bereits über die Hälfte, 12 von den 23 Reichstagsmandaten des Landes in sozialdemokratischen Händen ist, die Sozialdemokratie im Essener Kreise absolut nicht aufkommen konnte. Hätten es die Kruppschen Arbeiter nicht wirklich gut gehabt, erheblich besser als der Durchschnitt der Industriearbeiter, dann wäre sicherlich die Sozialdemokratie von ihnen nicht so fern gehalten worden, wie es thatsächlich der Fall ist. Bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl im Jahre 1898 war im Essener Wahlkreis gar kein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt; von 74735 Wahlberechtigten wurden 57813 giltige Stimmen abgegeben; davon erhielt der Kandidat der Deutschen Reichspartei 27498, der Zentrumskandidat 30103.

Praktischen Antisemitismus im „Berliner Tageblatt“

treibt der bekannte Dramatiker Sudermann. Er veröffentlicht in dem Mosse-Blatte eine längere Artikel-Reihe über die „Verrohung in der Theaterkritik“.

Als Beispiel für seine Behauptungen führt er drei Haupttypen der Theaterkritiker vor, der Anonymus des Blattes „Gegenwart“, der dort Nachfolger des Juden Harden geworden ist, ferner den Siegfried Jakobsohn, einen 21jährigen Juden, der in der „Welt am Montag“ in Theaterkritik macht und endlich den Juden Alfred Kerr, der im „Tag“ das Theater kritisiert.

Was er an Proben dieser drei Kritiker anführt, genügt vollauf, um zu beweisen, welchen Tiefstand die Theaterkritik bei uns erreicht hat. — Wir unterschreiben gerne, wenn Sudermann sagt:

Doch der plumpe Schimpfer (der Anonymus der „Gegenwart“) und der superkluge Fant (Jakobsohn) — ich will zu seiner Ehre annehmen, daß er nichts schlimmers ist, — sind arme Schelme, verglichen mit dem schöngeistig-hämischen Witzjäger, dessen Typus uns in Alfred Kerr, dem Kritiker des „Tag“ und der „Neuen Deutschen Rundschau“, in seltner Vollendung entgegentritt. Sie besudeln, er vergiftet. Sie arbeiten mit Stinkbomben, er mit Curare. Hinter den unangreifbaren Burgwall einer mächtigen Tageszeitung geduckt, läßt er seine Bogensehne schnellen, tückisch, fast unhörbar. Er nährt die schadenfrohe Lachlust der Menge und diese Lachlust nährt ihn.

Und ebenso stimmen wir Herrn Sudermann bei, wenn er schreibt:

„Es ist hohe Zeit, daß alle ehrliebenden Elemente des Publikums, daß vor allem der vornehm gebliebne Teil der Presse sowie der, welcher wieder zu saubern Formen zurückzukehren wünscht, sich zu gemeinsamem Widerstande zusammenthun, um diesen Gesellen, die unter dem Vorwande, der Kunst zu dienen, das künstlerische Schaffen in einem Sumpf von Schmähung zu ersäufen trachten, ein- für allemal ihr mörderisches Handwerk zu legen!“

Bevor er seine litterarische Laufbahn begann, war Herr Sudermann Privatsekretär bei dem verstorbnen Führer der Judenschutztruppe, dem Abg. Rickert. — Gewiß hat er in dessen Auftrage als Schriftleiter des famosen „Reichsblattes“ oft, und wahrscheinlich auch gutgläubig, gegen die „Schmach und Schande des Jahrhunderts“, den Antisemitismus, gewettert. — Sollten ihm jetzt nicht die Augen aufgegangen sein?

Er greift hinein in das Gewimmel der unsaubern Preßbengel, um die drei typischen Erscheinungsformen der Theaterkritik herauszuholen und siehe da, er greift drei Juden heraus. Denn daß auch der „Anonymus der Gegenwart“ zu der Rasse gehört, ist für uns unzweifelhaft.

Wer unsre heillosen Preßzustände reformieren will, muß die Juden herauswerfen. Denn es ist so, wie der berühmte Geograph Peschel schon vor dreißig Jahren in seiner Völkerkunde schrieb, daß, wo die Juden sich der öffentlichen Presse bemächtigt haben, dies Gewerbe gleich nach dem Pferdestehlen rangiert.

„Die Feinde Englands“,

so betitelt sich ein Buch, das vor kurzem in London erschienen ist, und den Herrn Georg Peel, den Sohn des frühern Sprechers (d. i. bei uns Präsident) des Unterhauses zum Verfasser hat.

Das Buch verdient auch in Deutschland gelesen zu werden, weil es eine erschöpfende Geschichte des Engländerhasses auf dem Festlande bietet. Herr Peel meint, der Haß Europas gegen England sei im wesentlichsten durch den Umstand erzeugt, „daß England Jahrhunderte lang das europäische Gleichgewicht gegen die Weltmachtsansprüche des Kontinents verteidigt hat“, um solche Ansprüche selber für sich zu machen, setzen wir hinzu.

Seit dem elften Jahrhundert, sagt Peel, hat die westeuropäische Zivilisation vornehmlich darauf hingestrebt, in Europa einen Einheitsstaat, ähnlich dem römischen Reiche, zu gründen. Innerhalb dieses ganzen Zeitraums sind mehre Großmächte in Europa entstanden, die abwechselnd versucht haben, Europa zu beherrschen. Der Erfolg dieser Bestrebungen wäre der Ruin Englands gewesen. Infolgedessen geriet jede einzelne europäische Macht der Reihe nach mit England in Konflikt. Keine wurde im Kampfe vernichtet; aber da die

Staaten des Festlandes ihre ehrgeizigen Pläne durchkreuzt sahen, so widmeten sie derjenigen Nation, die ihnen in den Weg getreten war, einen unversöhnlichen Haß.

Der doch so naheliegende Gedanke, daß bei den katholischen, romanischen Völkern in früherer Zeit auch Religions- und Rassengegensätze, und bei allen Völkern zu allen Zeiten die brutale Anwendung der Handelsüberlegenheit Englands mitgewirkt habe, darauf kommt Herr Peel nicht. Aber selbst in England findet der Verfasser nicht ungeteilte Zustimmung, sondern sogar ein Blatt von der ausgesprochnen Deutschfeindlichkeit der „Times" schreibt folgendes:

„Wenn Herr Peel versichert, daß die preußisch-deutsche Anglophobie entstand, weil wir das Bündnis mit Friedrich dem Großen gegen den Wunsch Chathams im Stiche ließen, so macht er eine sehr unangemessene Feststellung. England ließ nicht bloß Friedrich im Stiche, sondern verriet ihn. Das Betragen Lord Butes, als er aus dem Bündnis mit Friedrich dem Großen ausschied, ist niemals von den englischen Geschichtschreibern ordentlich behandelt worden. Der wahre Grund, warum man in Deutschland dem englischen Volke niemals sein Betragen gegen Preußen verziehn hat, ist der, daß der englische Premier, Lord Bute, sich kein Gewissen daraus machte, die Pläne Friedrichs, unsers damaligen Verbündeten, — Pläne, die sich auf militärische Operationen gegen Frankreich bezogen —, Choiseul zu verraten. Friedrich selbst hat dies niemals verziehn, und nach seinem Tode war der Haß gegen England für viele Jahre durch dessen Bruder, den Prinzen Heinrich, vertreten. Dieser Haß war in Preußen während aller Kriege mit Napoleon und während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts, lebhaft und mit noch größerer Bitterkeit fand er noch 1870 seinen Ausbruch. Im gegenwärtigen Augenblick ist das englandfeindlichste aller Länder zweifellos das neue Deutsche Reich. Herr Peel sagt richtig, daß die Bitterkeit Deutschlands gegen uns mit Verachtung durchtränkt ist, und daß Deutschlands Unwille die Messerschärfe des Spottes angenommen hat."

Das Zugeständnis der „Times", daß wir zu unserm Mißtrauen gegen England volle ausreichende Veranlassung haben, ist sehr wertvoll, zumal es in Deutschland, besonders unter den Deutschhannoveranern, gute Leute und schlechte Geschichtskenner giebt, die allen Ernstes gelegentlich behaupten, daß wir England für die uneigennützige Unterstützung Friedrich des Großen zu Dank verpflichtet seien.

Der Christ und das öffentliche Leben.

Rede des Reichstags-Abgeordneten Hofprediger D. Stöcker auf dem christlichsozialen Parteitage.

Der Christ und das öffentliche Leben gehören zusammen. Es ist ein Unglück für Volk und Vaterland, wenn sich der Christ von den vaterländischen Dingen zurückzieht. Nie war diese Verbindung nötiger als jetzt und nirgend mehr als in Deutschland. Kümmern sich die Christen nicht um das öffentliche Leben, so wird ihr Blick zu kurz, das Herz zu eng, der Geist zu einseitig; die Eigenschaften der Tapferkeit und der Energie für die großen Angelegenheiten des Reiches Gottes werden nicht geübt. Das öffentliche Leben aber verarmt; ohne die religiösen Lebensmächte des Evangeliums wird es lediglich ein Gebiet für Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft; das höchste fehlt dann.

Leuten, die dem Christentum feind sind, ist es ganz recht, wenn sich die Christen in der Oeffentlichkeit zurückhalten. Der Liberalismus ist deshalb sehr dafür, daß die Pastoren mit Politik nichts zu thun haben sollen. Dann kann er seine Sachen ungehindert treiben. Ueberhaupt sind Leute genug da, die an die Stelle von uns Evangelischen trete und das öffentliche Leben bearbeiten wollen. — Die Katholiken sagen mit vollem Recht: „Wir treiben gern Politik, wir wollen Einfluß haben und das öffentliche Leben mit bestimmen." Wenn sich nun der gläubige Protestantismus um die Politik nicht bekümmert, so gewinnt die katholische Kirche im öffentlichen Leben ein natürliches Uebergewicht; und vergebens schreit dann das Volk: Das Zentrum ist zu stark. — Auch das Judentum freut sich, wenn die gläubigen Christen in Politik und Presse zurückstehn. Es könnte ihrer Frömmigkeit schaden — sagen die Juden —, wir besorgen gern das ganze Geldwesen, die Zeitungen, die Litteratur, Theater und Kunst. Ihr lieben Protestanten braucht euch garnicht um das öffentliche Leben zu kümmern. — Die Sozialdemokraten aber sprechen gleichfalls: Ganz recht, der Pastor gehört nicht in die soziale Politik, die Sache der Arbeiter besorgen wir allein.

Man muß sich nur wundern, daß der gläubige Protestantismus so unbesonnen ist, darauf einzugehn. Denn in der Christenheit gibt es heute eine große Schar, die auf dem Standpunkte steht, daß unsre Zeit, unser Volks- und Völkerleben über die Sittlichkeit des Christentums hinausgewachsen ist. Christus sagt: Ihr sollt nicht Schätze sammeln. Seine Gegner

meinen: Was sollen damit die großen Unternehmungen und Aktiengesellschaften tun? Christus sagt: Du sollst deinen Feind lieben. Da sprechen die Parteien: Wir müssen hassen und kämpfen, ohne bittern Kampf kommen wir nicht vorwärts. — Seid sanftmütig, die Sanftmütigen werden das Erdreich besitzen. Darauf sagen die Welt- und Kolonialpolitiker: Mit Sanftmut erobert man die Welt nicht. — So wirft man die christliche Sittlichkeit einfach zum alten Eisen, nennt das Christentum eine Religion der Knechtsseligkeit und steigert diesen Haß bis zum Wahnwitz, wie im Nietzscheschen System.

Spurgeon schreibt einmal, der Teufel habe nie ein größers Kunststück ausgeführt, als da er den gläubigen Christen weismachte, die Religion gehöre nicht in die Politik. Er wüßte kein Gebiet, wo sie mehr hinein gehörte. — Politik ist ja doch nicht nur die Bearbeitung einzelner technischer Fragen, sondern vor allem Leitung des Volksgeistes, Weckung des vaterländischen Sinnes, Stärkung des öffentlichen Bewußtseins. Alles das ist ohne gesunde, gläubige Religiosität nicht möglich.

Je mehr aber das Christentum aus dem öffentlichen Leben verdrängt ist, destomehr verliert es an Einfluß auf die einzelnen Menschen.

Es gibt nun liebe Christen, die meinen, es sei ein Unrecht, wenn sie sich ins öffentliche Leben einmischen. Viele halten sich völlig zurück und nehmen keinen Anteil am Parteiwesen. Sie sagen so: Christus hat sich nicht um Politik gekümmert, sondern das Reich Gottes gegründet und die Dinge der Welt, Welt sein lassen, so muß es der Christ auch machen. Ich habe nie begriffen, wie man die Persönlichkeit Christi so falsch beurteilen kann. Der Heiland hat sich mitten hinein gestellt in das öffentliche Leben seines Volkes. Was bei uns jetzt die politischen Parteien sind, waren damals die Pharisäer und Sadduzäer, nicht nur Religionsrichtungen, sondern politische Gruppen. Und weil sie dem Himmelreich und der Botschaft von der Gnade Hindernisse bereiteten, hat der Herr im Kampfe mit ihnen gestanden und sie auf das schärfste angegriffen. Er hat selbstverständlich nie in ungerechter Weise gekämpft, wie das bei uns geschieht, aber doch mit großer Heftigkeit. Wenn er sie Schlangen und Otterngezücht nennt, wenn er den Pharisäern ein vielfaches Wehe zuruft und ihnen vorwirft, der Teufel sei ihr Vater, so kann man Parteien schwerlich ernsthafter angreifen. Und grade in diesem Kampf ist es zwischen Christus und den Juden zur Entscheidung gekommen. Hätte der Herr nichts andres gethan, als gepredigt und Seelsorge getrieben, keiner hätte daran gedacht, ihn zu kreuzigen.

Auch Luther führt man als Zeugen gegen die politische Arbeit der Christen an. Und gewiß hat er gefordert, man solle Geistliches und Weltliches nicht vermischen. Aber das heißt bei ihm, man solle Geistliches nicht durch Weltliches bestimmen und beherrschen lassen. Daß das Evangelium in die menschlichen Angelegenheiten gemischt werden müsse, hat er durchaus gutgeheißen. Ja, niemand hat so stark wie er Geist und Wort Gottes in die öffentlichen Dinge hineingetragen. Er hat über den Wucher gepredigt und in der Türkenfrage gewaltig das Wort ergriffen. Er hat im Bauernaufstand wie ein christlich-sozialer Reformer Stellung genommen und Herren wie Knechten, Fürsten wie Unterthanen mächtig zugeredet. Warum sollen wir heutigen Evangelischen nun so ganz andre Wege gehn?

Wer das öffentliche Leben preisgibt, der vergißt jedenfalls die Gleichnisse vom Sauerteig und vom Netz. Christus hat wahrlich nicht blos an die Einzelnen gedacht. Er hat seine Jünger nicht zu den einzelnen Menschen, sondern zu den Völkern gesandt. Er hat mit dem alten Nikodemus gern eine einsame Sprechstunde in der Nacht gehalten und mit dem samaritischen Weibe sich lange unterhalten. Aber er hat sich ebenso an die Massen gewandt und eine große Ernte erwartet. Als er auf dem Oelberg, von dem Volke umjauchzt, Jerusalem erblickte, da hielt er stille und weinte Thränen über das ganze Volk. Man führt dagegen sein Wort an: „Wer hat mich über euch zum Erbschichter gesetzt?" Aber das ist ganz etwas andres. Eine Erbschaftssache ist eine rein juristische Frage. Dagegen wenn es sich handelt um die Not von Volk und Vaterland, so ist der Heiland auf dem Plan.

Man muß ihn sehn, wie er die hungrigen Massen speist und die Kranken aus einer ganzen Gegend heilt. Das ist nicht bloß religiöses, sondern auch soziales Wirken. Wenn Christen an das Vorbild Jesu denken, dann muß alles, was Menschenbrust durchbebt, auch ihre Seele bewegen. Ein guter Christ muß ein guter Bürger, ein rechter Patriot sein. Sonst fehlt etwas an seinem Christentum.

Nun gibt es freilich Christen, die wohl das Christentum mit dem öffentlichen Leben verbinden wollen, aber auf falsche Weise. Graf Tolstoi, der bekannte russische Schriftsteller und Denker, ist der Führer dieser Richtung. Er nimmt alles in der Bergpredigt buchstäblich und verlangt dafür Befolgung auch im nationalen und internationalen Leben. Er nimmt den Satz „Du sollst nicht widerstreben dem Uebel", ganz wörtlich, ebenso das Wort „So dir jemand den Rock nimmt, dem gib auch den Mantel." So verbietet er den Krieg und jeden Prozeß, jede Notwehr, ja jede Abwehr böser Dinge.

Auf den ersten Blick sieht man den Irrtum dieser Auffassung. Wir können doch nicht Frankreich, wenn es von uns ein Stück Vaterland fordert, das linke Rheinufer geben und sagen: hier hast du noch Hessen dazu. Ein Politiker kann nicht zu seinem Gegner sagen: Tue mir alles Uebel an, verleumde mich, reiße meine Genossen von mir, bekämpfe meine Partei, ich widerstrebe dir nicht. Wir können nicht den Degen einstecken, wenn wir von einer auswärtigen Macht beleidigt werden. Aber wie steht es denn? Sind denn jene Gedanken, die in der Bergpredigt so eindrucksvoll ausgesprochen sind, Gesetze, die uns der Heiland gegeben hat, oder sind es nicht vielmehr Grundsätze? Nein, Gesetze sind es nicht, denn Jesus hat sie selbst nicht befolgt. Als der Diener des Hohenpriesters ihm ins Gesicht schlug, fragte er: „bin ich unschuldig, was schlägst du mich?" Wenn jene Grundsätze Gesetze wären, so wären sie Freimarken für alle Diebereien.

Freilich, es kann Fälle geben, wo sie buchstäblich befolgt werden. So hat z. B. jener Pastor das Wort vom Backenstreich zur That gemacht, als er zu einem seiner Feinde für Abgebrannte sammeln ging und von dem unwilligen Manne einen Schlag ins Gesicht bekam. „Das war für mich", sagte der Pastor, „was bekomme ich nun für meine Abgebrannten?" — Zinzendorf wurde einmal überfallen und ausgeplündert. Als ihm die Räuber alles abgenommen hatten, sagte er: „Lieber Freund, Sie werden gewiß einmal an den Galgen kommen, und wenn Sie dann auf der Leiter mit dem Strick stehn werden, so denken sie daran, was ich Ihnen jetzt sagen will: Es gibt noch einen Heiland, der Sie selig machen kann!" Durch dies Wort ist der Räuber ein andrer Mensch geworden. Aber nicht um Gesetze, sondern um Grundsätze handelt es sich hier, die aus pädagogischer Rücksicht, man könnte sagen, paradox zugespitzt sind, daß die Welt sie nie vergißt. Aber diese Grundsätze sollen uns auf eine ethische Höhe heben, daß wir uns auch wirklich danach benehmen. Es entsteht überhaupt das Gute nicht, daß man nach dem Gesetz dies und das thut, sondern daß wir die Grundsätze des Guten in uns verarbeiten und mit einem christlichen Gewissen anwenden. Damit fällt die falsche Anwendung der Bergpredigt auf politische Dinge weg.

Unser Heiland hat das Himmelreich gepredigt nicht als verwandelte Welt, sondern als das Himmelreich in der Welt. Er läßt diese Welt bestehn und das Weltwesen darin. In diese Welt, in das Mehl, wirft Jesus nun das Himmelreich wie einen Sauerteig. Das Mehl wird bleiben und der Sauerteig wird bleiben. Die Pflicht der Christen ist es, sich von dem Prozesse der Vermischung nicht zurückzuziehn und den Sauerteig beständig in das Mehl zu mischen. Christus hat das gethan. Er gab Gotte, was Gottes ist und auch dem Kaiser was des Kaisers ist.

Die Welt wird immer Welt bleiben; aber hinter ihren Dingen steht die Weltregierung Gottes, der die menschlichen Dinge in seiner Weisheit benutzt, die Welt damit vorwärts zu bringen.

Will man das Christentum wieder zum Sauerteig des öffentlichen Lebens machen, dann muß man die großen Wahrheiten wieder zur Geltung bringen, die seinen Kern ausmachen. Der Glaube an den lebendigen Gott, der die Geschicke der Menschen und der Völker leitet, — der Glaube an Jesum Christum, der sich für die Menschheit in den Tod gab, der nicht für sich genießen, sondern für andre leiden wollte, — der Glaube an die Kirche, in welcher nicht die Reichen und Klugen, sondern die Frommen und Guten die Vornehmsten sind: das sind die Grundsätze, mit denen ein Christ in den Kampf des öffentlichen Lebens ziehn soll. Vor allem ist es der Gedanke des ewigen Lebens, der geltend zu machen ist. Wenn ein Volk den Gedanken des jüngsten Tages, der Vergeltung in der Ewigkeit verliert, muß es zusammenbrechen. Das alles gilt nicht bloß für einzelne, sondern für die soziale Welt. Ob sich jemand mit seinem Vermögen als Haushalter Gottes ansieht oder es willkürlich verwendet, ist ein großer Unterschied. Wenn der Mammonsgeist das Volk beherrscht, muß es verderben. Wenn ein Geist aufkommt, der reich werden will um jeden Preis, auch auf den Trümmern fremden Glückes, dann ist ein Sturz unausbleiblich. Dann lösen sich alle Bande der Liebe; die Besitzenden und Nichtbesitzenden treten sich einander gegenüber wie zwei feindliche Armeen. Das ist die Folge davon, wenn man im sozialen Leben die christlichen Grundsätze übersieht. Wir müssen diese, das ist unsre christlichsoziale Aufgabe, wieder hineintragen in die Welt und Menschheit. Zuerst sich selbst bessern und dann an der Reformation der Welt arbeiten, ist Christenpflicht. Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat! Christen können aber nicht überwinden, wenn sie sich zurückziehn. Dann überlassen sie die Welt sich selbst und den Nichtchristen, dem Bösen und seinen Vertretern. Dann werden aber auch die widerchristlichen Kräfte die Herren in der Welt, und es kommt dahin, wo wir jetzt sind. Daß die bösen Mächte das Heft in den Händen haben, daß der Unglaube so weit sich ausbreitet, warum geschieht das? Weil die gläubigen Christen sich nicht um die Seelen ihrer Brüder gekümmert haben.

Es ist vieles in die Hände der Feinde geraten, weil die Christen sich von der Arbeit zurückhielten. Die Majorität bleibt bei dem Kampf um das Wohl und Wehe des Vaterlandes zuhause, darunter liebe Christen, die sich daraus noch ein Verdienst machen. Aber wir können das Christentum nicht auf der Höhe halten, Nächstenliebe in dieser sozial angeregten und aufgeregten Zeit nicht ernsthaft üben, wenn wir das öffentliche Leben übersehn. Thue darum jeder seine Pflicht, daß er hier vor seinem Gewissen, droben vor seinem Gott bestehn kann. Wehe dem, der sich sagen muß: ich bin mit verantwortlich für das Elend meines Volkes. Das Gericht über solche laue Christen wird dereinst groß sein.

Wenn man aber in aller Freudigkeit sich hineinwirft in den Kampf um das Volks- und Völkerleben, dann kann jeder einzelne mithelfen, die Welt umzuwandeln. Wir wollen wenigstens jeder an seiner Stelle wirken, solange es Tag ist.

Das neue braunschweigische Regentschafts-Gesetz,

das das Regentschaftsgesetz vom Jahre 1879 dahin erklären soll, daß eine auf Grund desselben eingetretne Regentschaft beim Wechsel in der Person des erbberechtigten Thronfolgers nicht endigt, sondern bestehn bleibt, veranlaßt die „Deutsche Wochen-Zeitung", das Organ unsrer Parteigenossen in Braunschweig, zu folgender bemerkenswerter Mahnung an die braunschweigischen Volksvertreter:

„Was bedeutet der neue Gesetz-Entwurf? Mehr, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Er bedeutet Aufhebung der braunschweigischen Thronfolge-Ordnung, Verwandlung der braunschweigischen Erbmonarchie in eine Wahlmonarchie und Befreiung Preußens von der unangenehmen Verpflichtung, für den Fall des Ablebens des Herzogs Ernst August seinen auf seine Macht gegründeten und von der Macht gestützten Widerspruch gegen die Besteigung des braunschweigischen Thrones durch einen Welfen erneuern zu müssen, falls es gegen die Zulassung des Erbprinzen Georg Wilhelm vom preußisch-partikularistischen Standpunkte aus Bedenken hat. Er bedeutet, daß die Verantwortung für die Fernhaltung des Welfenhauses vom braunschweigischen Throne von den Schultern Preußens auf die des braunschweigischen Volkes abgewälzt wird. Er ist preußischer als Preußen selber. Denn Preußen hat bisher überhaupt nur der Thronbesteigung durch Herzog Ernst August widersprochen, nicht aber das ganze Welfenhaus für succesionsunfähig erachtet. Er bedeutet schließlich, daß Preußen nachher seine Hände in Unschuld waschen und sagen kann: ‚Seht, Braunschweig will selber vom Welfenhause nichts wissen. Nun steht der Einsetzung einer andern Dynastie nichts mehr im Wege.' Daß wir den Standpunkt des Gesetz-Entwurfs ebenso wie den der Denkschrift in keiner Weise teilen können, haben wir bereits früher bei Gelegenheit der Besprechung der letztern ausgeführt. Heute wollen wir noch darauf hinweisen, daß der neue Entwurf, falls er Gesetz werden sollte, nach unsrer Meinung nur ein nichtiges Gesetz werden könnte. Das Thronfolgerecht ist ein Privilegium. Privilegien kann aber der Gesetzgeber ohne Zustimmung des Privilegierten nicht aufheben oder ändern. Privilegiert ist im vorliegenden Falle das Welfenhaus, soweit seine Mitglieder jemals ein Thronfolgerecht auf Braunschweig bekommen könnten. Der vorliegende Gesetz-Entwurf bedarf also, um giltiges Gesetz zu werden, der Zustimmung aller in Betracht kommenden Agnaten des Welfenhauses, die natürlich nicht erfolgen wird und offenbar auch nicht eingeholt werden soll. Wir haben oft ausgeführt, daß wir mit dem Parteiwelfentum nichts zu thun haben, das häufig dem angestammten Fürstenhause Schaden thut, wo es ihm nützen möchte. Aber das soll uns nicht hindern, unsre warnende Stimme zu erheben, die, weil wir keine welfischen Parteigänger sind, um so mehr Anspruch auf Gehör hat: Man spiele nicht mit dem Feuer, wo so viel Zündstoff in der Luft ist. Man schone die deutsche Erbmonarchie, die zum Leidwesen aller Patrioten schon genug Feinde in der Sozialdemokratie hat. Man bedenke, daß unser Kaisertum selbst eine Erbmonarchie ist. Das Hohnlachen des sozialdemokratischen ‚Volksfreund' über die neu einzurichtende ‚Wahlmonarchie' sei unsrer Regierung und unsern Landboten ein warnendes Menetekel. Also in die Versenkung mit dem Gesetz-Entwurf!" —

Ob in diesem Falle es angethan ist, sich an das starre Buchstabenrecht zu halten, steht auf einem andern Blatte. Die angeblich so legitimistische welfische Rechtspartei ist nichts weniger als legitimistisch — die Gegnerschaft gegen Preußen und insbesondre den Prinzregenten hat bei den meisten ihrer Anhänger ganz andre Gründe! Auch das starre Buchstabenrecht wurzelt stets in der Gewalt, das beweist zur Genüge ebenfalls die Geschichte des Welfenhauses; sind Privilegien staatsfeindlich geworden, so können sie nicht nur, sondern sie müssen sogar im Interesse des Staates auch ohne Befragung der Privilegierten aufgehoben werden. Inwieweit dieser Standpunkt auf die braunschweigischen Verhältnisse zutrifft, vermögen wir nicht zu entscheiden.

Wie jüdische Helden entstehn. Unter der Ueberschrift „Die Batterie der Toten" berichtet die „Köln. Ztg.": „Vor einiger Zeit hielt sich der österreichische Feldmarschall-Leutnant Merkl in Güns zu dienstlichen Besichtigungen auf und erzählte eines Abends im Offizierkasino, daß in der Schlacht von Königgrätz von seiner Batterie nur er und ein Kanonier am Leben geblieben seien, und auch sie hätten ihre Rettung nur der Selbstaufopferung eines jungen Leutnants verdankt. Seitdem suche er den Leutnant, aber ohne Erfolg. Ein anwesender Offizier erwähnte hierauf, daß er aus den Erzählungen eines in Güns lebenden pensionierten Honved-Hauptmanns diesen interessanten Vorfall kenne. Auf Veranlassung des Feldmarschall-Leutnants Merkl wurde der Hauptmann, namens Geza Salomon eingeladen, in der Gesellschaft zu erscheinen, und Feldmarschall-Leutnant Merkl erkannte in ihm den schon so lange gesuchten Leutnant. Das Wiedersehn war außerordentlich freudig.

Feldmarschall-Leutnant Merkl umarmte und küßte den alten Kriegskameraden, welcher auf Wunsch der Gesellschaft das Ereignis, das sich vor 35 Jahren abgespielt hatte, erzählen mußte. Ist diese Darstellung österreichischer Blätter richtig, so bezieht sich die Erzählung auf einen Vorfall in der Schlacht, der berühmt geworden ist. Als die preußische Garde Chlum und Lipa genommen hatte und in den Rücken der österreichischen Mitte gelangt war, bedrohte sie überraschend die große feindliche Artillerielinie. Um dieser die Möglichkeit zu schaffen, abzufahren, entschloß sich Hauptmann v. d. Gröben, sich mit seiner reitenden Batterie zu opfern. Er fuhr auf 200 Schritt an die preußischen Schützenlinien heran, überschüttete sie mit Kartätschen und zog ihr Feuer auf sich. Die Kanoniere fielen auf ihren Posten, bis nur noch ein Leutnant, der jetzige Feldmarschall-Leutnant Merkl, und ein Unteroffizier übrig waren. Sie gaben den letzten Schuß ab und retteten sich. Der Hauptmann, ein Leutnant und 52 Mann lagen tot und verwundet an den Geschützen, ein schauerlicher Anblick, wie Kronprinz Friedrich Wilhelm in sein Tagebuch schrieb. Herr v. d. Gröben erhielt noch als Toter die höchste Auszeichnung, die einem österreichischen Soldaten zu teil werden kann, das Maria-Theresiakreuz, und ein Denkmal ziert jetzt die Stelle des opferfreudigen Heldenmuts."

Trotzdem von der ganzen Batterie nur noch der jetzige Feldmarschall-Leutnant und ein Unteroffizieram Leben blieben, die ihre Rettung der „Selbstaufopferung" eines jungen Leutnants verdanken, erscheint dieser selbstgeopferte Leutnant plötzlich, um sich von dem Feldmarschall abküssen zu lassen! Sollte die ganze Geschichte nicht ähnlich sein wie die mit dem Husaren Bier des preußischen General-Obersten v. Loë?

Zur Abwehr gegen die Berliner Kriminalpolizei schreibt das „Aerztliche Vereinsblatt für Deutschland" (Nr. 484):

In dem vor kurzem in Berlin verhandelten Prozesse gegen die „Staatsbürger Zeitung" hat ein Polizeikommissar, der als Zeuge auftrat, sich erdreistet, das Gutachten eines deutschen Arztes, das der Kollege in Bezug auf den Mord des Gymnasiasten Winter in Konitz abgegeben hat, als „ein erbärmliches Gutachten" zu bezeichnen! Eine dann auf Veranlassung des Vorsitzenden von dem Kommissar abgegebne einschränkende Erklärung sagt in Hinsicht auf den einmal gefallnen und nicht mißzuverstehenden Ausdruck „erbärmlich" absolut garnichts; die „Kritik", an offner Gerichtsstelle abgegeben, seitens eines preußischen Beamten, bleibt bestehn. Muß ein solches Gebaren nicht die volle Entrüstung eines jeden Arztes wachrufen? Die „Staatsbürger Zeitung" Nr. 461 vom 2. Oktober 1902 berichtet über den Vorgang:

Zeuge Braun behandelt dann noch das Thema der bei der Leiche des Winter festgestellten Blutleere und führt aus, daß er gleich von Anfang an sich in Gegensatz zu dem ersten „erbärmlichen" ärztlichen Gutachten gesetzt habe.

Rechtsanwalt Dr. Hahn: Wie kommt der Zeuge dazu, das Gutachten eines erfahrnen Arztes erbärmlich zu nennen?

Vorsitzender: Mit „erbärmlichem Gutachten" wollten Sie doch nur sagen, daß es durch spätere Gutachten überholt ist, und Sie haben es nur in dieser nicht gehörigen Kritik zusammengefaßt?

Zeuge: Ja.

Vorsitzender: Dann bitte ich Sie aber auch, Ihr Temperament zu zügeln.

Daß die vorstehende Beleidigung eine entsprechende Remedur seitens des Vorsitzenden gefunden hätte, wird nicht behauptet werden können. Aber freilich, „nur einem Arzte gegenüber" hat der Zeuge wohl geglaubt, jede Rücksicht außer Acht lassen zu dürfen: ein Zeichen der Zeit und der Geringschätzung, die man überhaupt dem ärztlichen Stande entgegenbringt! Wir erheben aber ganz entschiednen Widerspruch gegen ein derartiges Verhalten eines Beamten und gegen die Anmaßung eines Laien, ein ärztliches Gutachten beurteilen zu wollen!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der Kossuthkultus treibt auch im ungarischen Abgeordnetenhause seine schönsten Blüten. Der Abgeordnete Pichler, einer der alleeglühendsten Patrioten und unbefangensten Juden Ungarns, rief neulich seinem „demokratischen" Mitjuden Vázsonyi (Weißfeld), der die Regierung tadelte, weil sie aus Rücksicht auf den Hof an der Kossuthfeier nicht teilnahm, ermunternd zu: „Der König könnte Kossuth die Hand küssen!" Im Bericht heißt es dazu: „Allgemeine Heiterkeit" — von einem Ordnungsruf ist dagegen nichts zu lesen. Da kann wohl der Demokrat Vázsonyi-Weißfeld zufrieden sein! —

Am 22. d. M. hat der Reichsrats-Abgeordnete K. H. Wolf die Herausgeberschaft der von ihm vor dreizehn Jahren begründeten „Ostdeutschen Rundschau" niedergelegt. Vom 23. ab zeichnet als Herausgeber Herr Josef Faber, dem auch die „Deutsche Wacht" in Dresden gehört. Hätte Abg. Wolf diesen Schritt schon vor Jahresfrist gethan, wäre viel Unerquickliches in dem Streit zwischen ihm und seinen Anhängern mit den Anhängern Schönerers und der Mehrzahl der alldeutschen Fraktion vermieden worden. Was der letzte Grund zu diesem Rücktritte grade einige Tage vor dem Beleidigungs-Prozesse gegen den Abg. Dr. Schall und Genossen war, kann man nur vermuten. Wahrscheinlich hat die nicht sehr günstige Lage des Unternehmens den Ausschlag gegeben. Abg. Wolf bemühte sich seit längerer Zeit, die „Ostdeutsche Rundschau" in eine Gesellschaft umzuwandeln. Das ist anscheinend nicht gelungen. Dazu kam, daß kurz vorher infolge einer Klage früherer Teilhaber aus Schönererschem Lager das Wiener Gericht entschieden hatte, Wolf habe nach Ablauf einer kurzen Frist die Geschäftsbücher und einen Jahresabschluß vorzulegen.

Mosaik.

Ins Stammbuch der Tante Voßin schrieb kürzlich ein englisches Blatt die treffenden Worte: „Einen Hund, der einen beißt, wenn man auf dem Boden liegt, streichelt man nicht, wenn er den Wiederaufgerichteten umwedelt." Das ist die rechte Antwort auf die Lakaiengesinnung, die leider England gegenüber in einem Teile der deutschen Presse zum Ausdruck kommt.

Sie verteilen bereits das Fell des noch nicht erlegten Bären — die Nationalsozialen nämlich. Herr von Gerlach hat in einer Versammlung zu München gesagt:

„Wir hätten gewiß keine neue Gruppe zu bilden brauchen, wenn die Freisinnige Vereinigung stets so gehandelt und sich demgemäß programmatisch festgelegt hätte, wie zur Zeit der Tarifvorlage und unter Führung des Abg. Barth. Wenn die Nationalsozialen in den Reichstag kommen, werden sie eine möglichst intensive Gemeinschaft mit ihr herstellen und hoffen, daß nach dem Abtreten Richters auch aus seiner Partei sich Leute dazu finden."

Daß der ehemalige Christlichsoziale v. Gerlach bei den Barth und Genossen landen würde, konnte niemand voraussehn. Wir glauben auch noch nicht, daß mit dieser Erklärung seine politische Wandlungsfähigkeit zu Ende ist, ebensowenig wie wir glauben, daß er und seine nationalsozialen Freunde jemals eine Gruppe im Reichstag bilden werden.

Judenhetze in Bayern. In der „Internationalen Fleischerzeitung" lesen wir:

„Da die israelitische Kultusgemeinde zu Regensburg keinen ausgebildeten Schächter hat, so hat der Distriktsrabbiner zu entscheiden, ob das Fleisch ritualmäßig sei oder nicht. Er verlangt, daß das hierbei beanstandete Fleisch unter Verschluß zu ihm in die Wohnung gebracht werde und beruft sich dabei auf die einundzwanzigjährige Gepflogenheit. Da jedoch der Leiter des Schlachtviehhofes diesen Transport im Hinblick auf die Verschleppungsgefahr von Krankheiten nicht gestattet, so sieht sich der Herr Rabbiner in der Ausübung seiner gesetzlichen Amtspflicht beeinträchtigt. Der Magistrat hat von verschiednen Städten Gutachten eingeholt, welche sämtlich dahingehn, daß der Wunsch des Distriktsrabbiners nicht erfüllbar sei. Der Magistrat erklärte hierauf im Einverständnis mit dem Sanitätsarzt, daß das Entfernen des Fleisches aus dem Schlachthof nicht zulässig sei."

Es ist eine Schmach des Jahrhunderts, daß sich der Herr Rabbiner nun doch in das Schlachthaus verfügen muß.

Frauen und Mädchen für Südafrika. Aus einem dem Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft zur Verfügung stehenden Fonds haben in den letzten Jahren 103 Personen, meist junge Mädchen, in einzelnen Fällen auch Frauen, freie Ueberfahrt nach Deutsch-Südwestafrika erhalten. Bis jetzt sind für diesen Zweck von dem Präsidenten der Gesellschaft 29243 Mark, sowie 3000 Mark zur Unterstützung junger Ehepaare bewilligt worden. Die jungen Mädchen haben sich

fast alle verheiratet und leben nach Mitteilungen von Ansiedlern drüben in bessern Verhältnissen, als sie sich ihnen im alten Vaterlande bei der Verheiratung geboten haben würden. — Dem deutschen Beispiele folgen neuerdings die Engländer. Wie die „Afrikan Review" mitteilte, hat sich die brittische Regierung entschlossen, um das brittische Element in den Buren-Republiken zu stärken, aus Staatsmitteln die Beförderung von englischen Frauen und Mädchen nach Transvaal und der Oranjekolonie zu unterstützen. Es sind als erster Transport 50 junge Mädchen, meist Dienstmädchen, eingeschifft worden. Sie erhalten auf den Ueberfahrtspreis 100 Mark Zuschuß und müssen den Rest des aus Staatsmitteln gezahlten Ueberfahrtsgeldes in mäßigen Raten zurückzahlen. Dagegen haben sie auch die Fahrt auf sämtlichen Bahnlinien der genannten beiden Länder frei.

Für die gesunde Entwicklung Deutsch-Südwestafrikas ist das Unternehmen der Deutschen Kolonialgesellschaft von hohem Wert gewesen. Es liegt die Vermutung nahe, daß die hier erzielten guten Erfolge die brittische Regierung zu ähnlichem Vorgehn veranlaßt haben.

Eine freisinnige Judenkandidatur ist in Torgau für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt. Herr Dr. Bernstein aus Charlottenburg soll den biedern Abgeordneten Knörke demnächst ersetzen. Wahrscheinlich gönnen die Freisinnigen den Sozialdemokraten nicht den Ruhm, das einzige Judenviertel im Reichstage zu bilden.

Die „Genossen" unter sich. Das sozialdemokratische Zentral-Organ „Vorwärts" ist auf die ebenfalls sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" recht schlecht zu sprechen. Es fuhr neulich die Leipziger Kollegin mit folgenden Worten an: „Die ‚Leipziger Volkszeitung' — es ist uns sehr widerwärtig, wieder zu einer Bemerkung gegen dies seltsame Parteiblatt genötigt zu sein — hat sich nun glücklich die Lebensanschauung der niedrigsten bürgerlichen Presse angeeignet, die die publizistische Thätigkeit lediglich vom Standpunkt der geschäftlichen Konkurrenz, der Reklame und der Sensation betrachtet."

Ein Jud wirft dem andern Reklamesucht vor — ist so was schon dagewesen?

Kleine Ursachen, große Wirkungen. Bei der letzten Landtagswahl in Hessen wurde anstelle des bisherigen Abgeordneten für den Kreis Lauterbach-Schlitz, den Bürgermeister von Schlitz, das Stadtoberhaupt von Lauterbach gewählt. Darob sind die Schlitzer so empört, daß sie beschlossen haben, bei Lauterbacher Geschäftsleuten keine Einkäufe mehr zu machen. Aehnlich machens die Dieburger. Sie tranken bisher Bier aus Großumstadt. Da die Bewohner dieser Stadt indes mit dazu beitrugen, daß der Dieburger Kandidat unterlag, so hat man in Dieburg das Großumstadter Bier in Verruf erklärt.

Wie Israel sich fühlt. Der Oberbürgermeister von London ist zur Zeit wieder ein Jude und dieser hatte die Frechheit, bei dem üblichen Antritts-Essen den rumänischen Gesandten absichtlich nicht einzuladen. Damit begnügte sich der Herr noch nicht, er ließ sich vielmehr „interviewen" und durch die ihm gefällige Presse erklären, daß der rumänische Gesandte nur von ihm ausgeschlossen sei, weil Rumänien seine Verpflichtungen den Juden gegenüber nicht erfülle! Man kann nur dringend wünschen, daß sich die rumänische Regierung derartige jüdische Streiche nicht gefallen läßt.

Dem Juden Witting, ehemals Oberbürgermeister von Posen, jetzt Bankdirektor, soll das Präsidium der Ansiedlungskommission angeboten worden sein. So berichtet wenigstens der leibliche Bruder des Witting, Maximilian Harden in der „Zukunft". Der dritte Bruder heißt Witkowski. In den Händen so interessanter Leute sind die Germanisierungsbestrebungen in der Provinz Posen gut aufgehoben.

Die schwere deutsche Sprache. Während der Berliner Burentage wurden vom „Kunstverlag Kaufmann" Ansichtspostkarten vertrieben, auf denen folgender Text zu lesen war: „Gruß von der Versammlung bei dem tapfern Burengeneral in der Philharmonie" und „Der Gewinn von diesen Karten fließt dem Generalhilfsfond zu."

Vom Verdingungs-Unwesen. Die Forderungen für die Eisenbahnbrücke bei Naumburg am Oneis bewegen sich zwischen 136342 Mark und 58214 Mark.

Als vorzügliche **Weihnachts-Geschenke** empfehlen wir:

Ernst Moritz Arndts Werke.

Herausgegeben von H. Rösch und H. Meisner, Ober-Bibliothekar an der Königlichen Bibliothek in Berlin.

6 Bände, fein gebunden, neue tadellose Exemplare.
✤✤ Statt 24 Mark nur **8 Mark.** ✤✤

Das verlorene Paradies von John Milton. Deutsch von Adolf Böttger. Prachtband in Folio mit 50 Vollbildern nach Originalen von Gustav Doré.
Statt 50 Mk. nur **15 Mk.**

Oberon. Ein romantisches Heldengedicht in zwölf Gesängen von C. M. Wieland. Prachtband mit Rotschnitt und 16 Abbildungen. 317 Seiten
Statt 8 Mk. nur **3 Mk.**

Frau Jutta, die Päpstin. Eine deutsche Volkssage. Epos in drei Teilen von Fritz Löwe. Fein gebunden, 180 Seiten, holzfreies Papier. Statt 4 Mk nur **2 Mk.**

Der König von Sion. Epische Dichtung in zehn Gesängen von Rob. Hamerling. Prachtband in Folio mit reichem Golddruck und 30 Voll- und mehren hundert Textbildern
Statt 75 Mk. nur **25 Mk.**

Grüsse aus Berlin und Umgebung in Wort und Bild. Ein fein gebundnes Album, das auf 472 Seiten 542 Abbildungen, darunter viele ganzseitige, nach Original-Aufnahmen enthält.
Statt 4.50 Mk. nur **2 Mk**

Erkenne Dich Selbst! Gedenkalbum zur Charakteristik der Freunde und Freundinnen. Fein gebunden mit Goldpressung und Goldschnitt und 14 Schrift-Nachbildungen namhafter Frauen und Männer der Gegenwart.
Preis **5 Mk.**

Weihnachtsbuch für deutsche Frauen und Jungfrauen.

Acht Erzählungen und Geschichten deutscher Gesinnung von Dr. Richard Siegemund.

Geheftet 1 Mark, hochfein gebunden mit Golddruck und Rotschnitt **1,60 Mark.**

Gedichte von Max Liebermann von Sonnenberg. Mit dem Bilde des Verfassers und der Nachbildung eines Briefes von Viktor von Scheffel
Geheftet 2 Mk., gebunden **3 Mk.**

Im Kampf ums Dasein. Roman von Guido Buchreck.
Fein gebunden **3 Mk.**

Der Hungerpastor. Roman von W. Raabe.
Fein gebunden **5 Mk.**

Die Familie Monach. Roman von Rob de Bonnières.
Gebunden **75 Pf.**

Soll und Haben. Roman von Gustav Freitag 2 Bände. Geheftet 6 Mk., gebunden **7,50 Mk**

Dichtungen von Prof. Dr. Ad. Wahrmund.
Fein gebunden mit Golddruck **1 Mk.**

Gedichte von Max Bewer. Geheftet **2 Mk**

Der Jude von Sofievka. Roman von B. Rouslane.
Fein gebunden **3 Mk.**

Die Ritter vom Gelde. Sozialer Roman von Karl Türk, österreichischer Abgeordneter
Geheftet 80 Pf., gebunden **1,40 Mk**

Jud Süss. Novelle von Wilh Hauff.
Gebunden **50 Pf.**

Homunculus. Ein Epos in zehn Gesängen von Rob. Hamerling. Geheftet 3 Mk., gebunden **5 Mk.**

Märchen und Schwänke für Jung und Alt.

Von **Rudolf Vogel**, M. d. R.

Frau Märe. Erste Auflage, fein gebunden **2,50 Mark.** Zweite, vermehrte Auflage, mit Bildern, in größerm Format und Prachtband, **4,50 Mark.**

⚜ Der „Frau Märe“ zweiter Band . . . . **Glückskindle.** ⚜
In Prachtband mit Bildern **4,50 Mark.**

Nordisch-Germanische Götter- und Heldensagen. Von G. Schalk.
Fein gebunden **2,80 Mk**

Aus der Urzeit germanischen Heldentums. Von Karl Lorenz. Band I. **Arminius.**
Fein gebunden **4 Mk.**

Aus der Urzeit germanischen Heldentums. Von Karl Lorenz. Band II. **Alarich**
Fein gebunden **4 Mk.**

Der Kampf zwischen Bur und Brite. Von Christian R. De Wet. Für die Jugend bearbeitet.
Fein gebunden **4.50 Mk.**

Alle weitern hier nicht angezeigten Bücher, Geschenkwerke, Postkarten-Albums usw. liefern wir bei postfreier Zusendung ebenso schnell und, wenn nicht billiger, zu denselben Preisen wie jede andre Buchhandlung.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstrasse 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyſeſtr. 3

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 27. November 1902. | Nr. 745.

28.

Eine moderne Völkerwanderung im Reiche.

Von der gesamten Bevölkerung des Deutschen Reichs (rund 56 Millionen) ist nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 ein volles Siebentel, nämlich 8 Millionen, nicht in seiner Heimat haften geblieben, sondern nach andern Orten gewandert. Jeder Landesteil hat einen Zugang Eingewanderter aus andern Bezirken erfahren, der aber in den überwiegend ackerbautreibenden Bezirken nur einen kleinen Bruchteil des gleichzeitigen Verlustes durch Abwandrung ersetzen konnte. So betrug z. B. in

	Zugang	Abgang
Ostpreußen	71 920	523 836
Schlesien	252 198	722 578
Posen	163 783	485 835
Pommern	153 819	372 419
Westpreußen	169 779	355 139

Ganz ähnliche Verluste erlitten aber auch die überwiegend agrarischen Bezirke Bayerns und Württembergs. Letzters Land verlor durch Mehrabwandrung 120 000, die fränkischen Regierungsbezirke Bayerns 93 300 und die bayerische Pfalz 41 000 Bewohner.

Alle diese Heimat-flüchtigen Landbewohner drängten nach den großen Städten und Industriebezirken. So gewannen durch Zuwandrung z. B.:

Berlin 800 000, Hamburg 257 000, München 248 000, Leipzig 172000, Breslau 162500, Dresden 144 000, Charlottenburg 133 000, Frankfurt (Main) 130 000, Köln 120 000, Nürnberg 118 000 Einwohner. Die westfälischen Industriebezirke zogen 260 000, die rheinischen 292 000, die nächste Umgebung Berlins 176 000 und der Industriestaat Sachsen 250 000 Fremdgeborne an sich.

Namentlich die schweren Verluste an Menschen, den die deutschen Ostprovinzen auf diese Weise erlitten, werden selbst von der liberalen Münchner „Allgem. Ztg." sehr ernst gewürdigt. Sie schreibt darüber:

„In diesen Zahlen bekundet sich, wie schwer gewerblich und national die deutsche Ostmark durch die außerordentlich schwierige Lage der Landwirtschaft, auf deren Gedeihen doch das Deutschtum in Stadt und Land gleichmäßig angewiesen ist, sich bedroht sieht. Wenn auch namentlich unter den Abwandrern aus Westpreußen, Posen und Schlesien nach dem Westen sich mehr als hunderttausend Polen befinden, die sich vermöge ihres Zusammenhalts im deutschen Westen bereits als wirtschaftliche und politische Macht geltend gemacht haben, so sind die meisten Abwandrer doch zweifellos Deutsche. Und mit den Deutschen, die vom Osten nach dem Westen gegangen sind, sind, wie jeder Kenner des deutschen Ostens weiß, große Vermögen gegangen und mit jedem Einzelnen noch, auch wenn er besitzlos war, das in seiner Heranbildung investierte Kapital. Was aber vielleicht unter dem Gesichtspunkt der nationalen Sicherung des Ostens noch wertvoller ist als äußerer Besitz und positive Bildung, sind Kenntnis der Verhältnisse im deutschen Osten und der Bedingungen des nationalen und wirtschaftlichen Kampfes und die physischen Voraussetzungen für die Anforderungen des rauhen Klimas und der dadurch härtern landwirtschaftlichen Arbeit: Diese Momente haben mit jedem Abwandrer einen unersetzbaren Träger verloren. Der einzige Ersatz ist in den 50000 zu suchen, die außerhalb der deutschen Reichsgrenzen her zugewandert sind, aber, weil zumeist Slawen, für die nächsten Jahrzehnte nur auf das nationale Verlustkonto gesetzt werden dürfen.

So spricht diese Nachweisung eine gewaltige Sprache für alle Deutschen, die den Hauptaufgaben des Reiches im nächsten Menschenalter Verständnis und die Verpflichtung zur Mitarbeit entgegenbringen; und diese Aufgaben sind der Schutz der Landwirtschaft, mit der wirtschaftlich die deutsche Ostmark steht und fällt, und ferner die deutsche Rekolonisation des Ostens und die Festigung der deutschen Vorposten gegen den Andrang des Slawentums."

Das sind Worte aus liberalem, aber deutschnationalem Munde, die unsre vollste Zustimmung, aber auch ernste Beachtung bei unsrer Reichsregierung und allen nationalgesinnten Deutschen verdienen, die zur „Mitarbeit an den Hauptaufgaben des Reiches" berufen sind. Selbst das liberale Münchner Blatt erblickt diese Aufgaben in einem Schutz der Landwirtschaft, mit der wirtschaftlich die deutsche Ostmark fast bis zur Elbe steht und fällt.

Die in nationalem Interesse so dringend wünschenswerte „Rekolonisation des Ostens" kann nun und nimmer einen nennenswerten Erfolg erzielen, wenn die Erwerbsverhältnisse in der Landwirtschaft dort keine Besserung erfahren, wenn die neuen deutschen Kolonisten, für die in jenen rauhern Gegenden ungleich schwerere Arbeit auf der Ackerscholle keinen Lohn erringen können, der ihnen ein menschenwürdiges Dasein sichert.

Ein grade in nationalem Interesse doch auch hochwichtiges Moment hat die Münchner „A.-Ztg." noch übersehn. Der größte Teil jener Landflüchtigen, Hunderttausende, deren Zahl noch durch die von den Großstädten der Agrarprovinzen selber aufgesogenen Menschenmassen vergrößert wird, vermehrt in den neuen Wohnplätzen die Zahl der internationalen „Genossen", während sie vorher wohl mit wenigen Ausnahmen gut national gesinnte, treue Stützen unsrer Staatsordnung waren.

Dieser Erkenntnis werden sich doch auch weder die Reichsregierung noch die nationalgesinnten Liberalen verschließen können. Was aber wollen sie thun, um die Landwirtschaft, das Fundament der deutschen Ostmark und schließlich das des gesamten nationalen Staatswesens zu schützen? Der von ihnen eingebrachte und befürwortete Zolltarif-Entwurf mit den niedrigen Agrar-, den hohen Industriezöllen konnte doch niemals als Mittel angesehn werden, um die Landwirtschaft in ihrem Bestande zu schützen. Ganz im Gegenteil, die Annahme dieses Zolltarifs könnte nur einen neuen Antrieb zu verstärkter Landflucht nach den Großstädten und Industriebezirken bilden!

Fortschritt und Entwicklung. Wie man die Mäuschen mit Speck fängt, so fängt man die ahnungslosen Gemüter mit hübschen Schlagworten ein. Vor einigen Jahrzehnten betäubte das Schlagwort „Fortschritt" alle schwachen Hirne. Jeder kam sich klug und erhaben vor, wenn er für den Fortschritt schwärmte, und eine politische Partei, die diesen Köder auswarf, hatte den Zulauf aller politischen Kindsköpfe. Wir haben damals gefragt: Ist denn Fortschritt nicht etwas Selbstverständliches? Schreitet nicht alles fort — auch die Krankheit des Schwindsüchtigen, die Trunksucht des Alkoholikers und das Alter von Methusalems Esel? Kommt es nicht lediglich darauf an, wohin fortgeschritten werden soll? —

An die Stelle der Fortschritts-Phrase ist heute das Schlagwort von der „Entwicklung" getreten. Man glaubt etwas weises zu sagen, wenn man von Entwicklung redet, und man meint nichts bessers von der Zukunft verlangen zu können, als daß sie die „Entwicklung" begünstige. Und doch ist dieses Schlagwort so leer wie jedes andre; denn es giebt ebensowohl eine Entwicklung zum Bösen wie zum Guten. Entwicklung bezeichnet ja nichts andres als die Wandlung des Zustandes, den Wechsel der Erscheinungs-Formen nach irgendeiner Richtung hin. So hat die Fäulnis im Käse, die Made im Fleisch, der

Hausschwamm im Gebälk eine fortschreitende Entwicklung. Muß das allemal zum Segen sein? — Was sich heute im politischen und wirtschaftlichen Leben mit der Phrase „Entwicklung“ anpreist, ist fast ausnahmslos eine Entwicklung nach der schlimmen Seite hin. Grade bedenkliche Zustände und gefährliche Krankheiten zeigen eine starke und rasche Entwicklung. Die schnellste Entwicklung besitzen die Verbrennungs-Gase im Dynamit, und sie stiften damit nicht immer Gutes. — Eine zu rasche Veränderung gesellschaftlicher Zustände schafft fast immer Verwirrung. Kluge Staatsmänner können daher manchmal nichts bessers thun, als die Entwicklung aufhalten.

Fritz Thor im „Hammer“.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein. Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend $^1/_2$9 Uhr. —

Montag, den 1. Dezember, $8^1/_2$ Uhr abends, Monatsversammlung im „Eldorado“. Tagesordnung: 1. Besprechung des Dr. Gurlittschen Buches: Der Deutsche und sein Vaterland. 2. Zeitungsschau. 3. Verbreitung von Weihnachts-Flugblättern.

Montag, den 19. Januar, im Eldoradosaale: Erinnerungsfeier an die Errichtung des Deutschen Reiches. Ernster Teil, humoristischer Teil und darauf ein Tänzchen. Die Festordnung wird als Einladung zu Neujahr versandt.

Verband Hessengau und Waldeck. Der Vorstand erläßt nachstehenden „Wahlaufruf“:

„Nächstes Jahr finden die Reichstagswahlen statt. Vor vier Jahren haben wir in dem Wahlkreise Kassel-Melsungen einen guten Achtungserfolg gehabt. Unser Kandidat brachte es auf 3087 Stimmen und der Kandidat der nationalliberalen auf 6268 Stimmen. Schon damals wäre der Sieg unser gewesen, wenn nicht im letzten Augenblicke unsre Gegner mit dem Geldsack gearbeitet hätten. Wollen wir diesmal den aussichtsreichen Wahlkreis gewinnen, dann müssen uns genügende Mittel zur Verfügung stehn. Große Opfer bringen schon jetzt einzelne unsrer Mitglieder; aber die Mühe der einzelnen wird erfolglos bleiben, wenn nicht von allen Seiten rechtzeitig Hilfe kommt. Unsre vor Jahresfrist geschaffne Organisation macht wohl Fortschritte, sie ist aber noch zu jung, um sofort mit dem, was zum Kriegführen am nötigsten ist, ausreichend einspringen zu können.

Deshalb richten wir an alle Parteigenossen und überzeugte Antisemiten im ganzen Reiche die dringende Bitte um ihre Beihilfe, die wir aus verschiednen Gründen schon jetzt gebrauchen. Thut jeder seine Pflicht, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Geldsendungen sind aus postalischen Gründen an den Geschäftsführer des Verbandes, Herrn Weidmann, Kassel W., Kirchweg 67, zu richten, der, wenn nicht anders erwünscht, durch die Parteipresse Quittung erteilt.“ —

Unsre Wahlarbeit im Wahlkreis Kassel-Melsungen wird thatkräftig fortgesetzt. Herr Gutsbesitzer Wiegandt (Corbach), unser Verbandsvorsteher, sprach am 15. d. M. in Wichte und am 16. in Weidelbach und Schnellrode unter großem Beifall der Wähler. Herr Amtsrichter Lattmann, unser Kandidat, sprach am 15. d. M. in Connefeld und Neumorschen und am 16. d. M. in Herlefeld, Nausis, Metzebach und Landefeld. Sämtliche Versammlungen verliefen ausgezeichnet. Gegner waren wohl überall erschienen, wagten aber nicht das Wort zu ergreifen, trotzdem die Liberalen wie Sozialdemokraten scharf angegriffen wurden.

Verband Niedersachsen. In der Mitglieder-Versammlung zu Braunschweig, am 18. d. M., hielt Herr Ober-Amtsrichter Dr. Brandis einen sehr interessanten Vortrag über das Chamberlainsche Werk „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“.

Verband Westmark. Die Mitglieder der Ortsgruppe Essen (Ruhr) treffen sich jeden Freitag im Restaurant Kiwit (Bergstraße). —

Die Ortsgruppe Herne hielt unter dem Vorsitz des Herrn O. Rochol eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Amthor (Gelsenkirchen) über „Die Juden die Könige unsrer Zeit“ sprach. —

In den kommenden Wochen wird die Ortsgruppe Gelsenkirchen eine planmäßige Verteilung von Weihnachts-Flugblättern vornehmen, die vor dem Einkauf in Warenhäusern und jüdischen Geschäften warnen.

Aus Ostfriesland schreibt man uns:

Edler Germane, wie konntest Du so verblendet sein, die Juden, diese Asiaten, also ein Dir gänzlich fremder Menschenstamm, als Dir gleichwertig zu betrachten, indem Du sie in politischer Hinsicht mit Dir gleichwertig hinstelltest! Wie hat sich das bitter bei uns gerächt, und wie wird sich das noch weiter bei uns bitter rächen. Spricht der Jude es selbst in einem unbewachten Augenblick aus: „Wir sind keine Deutsche und wollen auch keine Deutsche sein!“ Ein Vaterland, auch nur ein Adoptiv-Vaterland kennt dies Volk nicht; im Gegenteil, wo es mir gut geht, ist mein Vaterland. Ibi bene ibi patria. Ideale kennen sie nicht und ein Streben nach idealen Gütern geht ihnen daher vollständig ab. Das lehrt die Erfahrung bei uns täglich. Das ganze Sinnen, Denken und Trachten ist nur darauf gerichtet, Schätze zu sammeln, Geld zu raffen. Damit haben sie denn auch bei uns den besten Erfolg gehabt. Leider ist es eine bekannte Thatsache, daß das meiste Geld in Judenhänden ist. Dabei haben sie es verstanden, auch über einen nicht geringen Teil der Presse zu verfügen. Das sind aber die beiden Mächte, wodurch die Welt regiert wird. Daß dem Asiaten, dem Juden, infolgedessen der Kamm wächst, dies Volk von Tag zu Tag anspruchsvoller, frecher und dreister wird, lehrt jetzt ihr Vorgehn im Reichstage in für uns beschämender Weise! Wer ist aber Schuld daran, daß es soweit bei uns gekommen ist? Nun, wer anders als wir selber. Statt den Juden als ein tief unter uns stehendes Wesen weit von uns abzuweisen, laufen viele hinter ihm her, lesen seine Zeitungen, die häufig von Unflat aller Art strotzen, machen bei ihm Einkäufe von allerlei Sachen. Statt also den Verdienst dem Germanen, seinem Rasse-Bruder zuzuwenden, der es oft so bitter nötig hat, trägt er das Geld nach dem Asiaten, nach dem Juden, und glaubt nun gar, daß er sehr klug gehandelt hat. Daß er aber fast immer übers Ohr gehauen wird, das glaubt er nicht; denn selbst durch Schaden wird der Germane nicht klug. Das sind wahrhaft betrübende Erscheinungen; um so mehr als das Gesagte den Thatsachen überall entspricht und Uebertreibungen ausgeschlossen sind. Der Trieb der Selbsterhaltung legt uns aber die unabweisbare Pflicht auf, daß wir allen Ernstes Schritte thun müssen, um das Judentum in seine Schranken zurück zu weisen. Nehmen wir ein Beispiel an Oesterreich. Die dortigen jüngsten Wahlen haben überall das christliche Volk zum Siege verholfen. Wien, die langjährige Hochburg des Judentums, ist auch bei diesen Wahlen wiederum in christliche Hände geblieben. Auch bei den Wahlen zum Reichsrat haben sie gesiegt. Auch bei uns stehn die Reichstagswahlen vor der Thür. Es ist also auch uns Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, noch länger das elende Judenjoch zu tragen. Traurig, über alle Maßen traurig ist es, daß die germanischen Sozialdemokraten sich soweit vergessen haben, daß sie einen Juden, einen Asiaten, als ihren Führer wählten. Kommt uns dabei doch unwillkürlich der Gedanke: „Die dümmsten Kälber wählen sich ihre Schlächter selber!“ D.

Verband Nordmark. Einen sehr anregenden Verlauf nahm eine am 16. d. M. in Ellerbek bei Pinneberg unter dem Vorsitz des Herrn A. Schlüter (Pinneberg) abgehaltne Versammlung, in der Herr Henningsen (Hamburg) über das Thema „Deutschland am Scheidewege“ sprach. Der größte Teil der Zuhörer bestand aus Sozialdemokraten, von denen in der freien Aussprache ein Hamburger „Genosse“ das Wort ergriff, um für die Sozialdemokratie eine Lanze zu brechen.

Sowohl aus der Versammlung heraus als von Herrn Henningsen wurde dem „Genossen“ derartig gedient, daß er es vorzog, sich in Schweigen zu hüllen.



Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Leipzig jeden Montag 8½ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 28. November und 5. Dezember in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Ein neues Märchenbuch vom Reichstags-Abgeordneten Vogel! Wir brauchen zu seiner Empfehlung nichts weiter zu sagen und wünschen nur, daß unsre Leser eifrig den dieser Nummer beiliegenden Bestellzettel benutzen oder ihn an Bekannte zur Benutzung weitergeben. Von der „Frau Märe" ist seiner Zeit auch eine Ausgabe ohne Bildschmuck (zu 2,50 Mark) erschienen, die allerdings nur noch in wenigen Stücken vorrätig ist.

Bei dieser Gelegenheit bitten wir unsere Leser und Freunde dringend, ihren Bedarf an Büchern usw. stets nur bei der Deutschnationalen Buchhandlung u. Verlags-Anstalt zu Berlin NW. 52 zu decken und insbesondere ihre Weihnachtsbedürfnisse dort zu bestellen. Die Buchhandlung führt nicht nur Werke deutschnationalen Inhalts, sondern besorgt alle sonst erschienenen Bücher usw. zu denselben Preisen wie jede andre Buchhandlung.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Als gemeingefährlich bezeichnete das Gericht den Kaufmann Paul Sochaczewer zu Berlin. Der bereits vielfach vorbestrafte Angeklagte stahl in den Eisenbahn-Zügen die Handtaschen und sonstige leicht fortzuschaffende Gepäckstücke der Mitreisenden, stieg stets in guten Hotels ab, schlich si in fremde Zimmer und eignete sich Wertstücke an. In dem Zimmer eines vornehmen Russen erbrach er den Schreibtisch und erbeutete außer 150 Mark bares Geld ein kostbares Opernglas. Dann machte er die Bekanntschaft einer Buchhalterin, der er die Ehe versprach, um durch allerlei falsche Vorspiegelungen in den Besitz ihrer 600 Mark betragenden Ersparnisse zu gelangen. Auch in Dresden und Nürnberg trieb er sich betrügend und stehlend umher. Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Als lästige Ausländer haben die preußischen Lande verlassen müssen die amerikanischen (!) Staatsangehörigen Kaufmann Ernst Heymann, 1869 zu Neidenburg (Ostpreußen) geboren, und der Makler Franz Dunn (alias Davidson).

Sittliche Juden. Verhaftet wurde der Kaufmann Sally Graupe zu Nordhausen. Er soll sich an einem dreizehnjährigen Mädchen vergangen haben. —

Dem in Nr. 747 erwähnten Kaufmann Joseph Gattel zu Nürnberg wurde bewiesen, daß er seine Ladenmädchen gewaltsam mißbraucht, und sie außerdem mißhandelt hatte. Er erhielt dafür drei Jahre Zuchthaus und zehn Jahre „Ehr"verlust, während sein Vater, dem die gleichen Verbrechen zur Last fallen, vorläufig „geistig unzurechnungsfähig" ist. —

Als moderner Joseph spielte sich ein Hamburger Jude auf, von dem das sozialdemokratische „Hamburger Echo" folgendes berichtet: „Ein nicht empfehlenswerter Dienstherr stand in der Person des Kaufmanns Martin Pein, Grindelhof 62, vor Gericht, um sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Beleidigung seines 19jährigen Dienstmädchens zu verantworten. Nach dem öffentlich verkündeten Urteil hat Pein, der 1852 in Hamburg geboren ist und erwachsene Kinder hat, sich in unerhört raffinierter und gemeiner Weise gegen das unbescholtne und anständige Mädchen aufgeführt. Nach seiner, seiner Frau und seiner Tochter Darstellung soll freilich das Mädchen dem Angeklagten gar keine Ruhe gelassen und mit Koketterie und sonstigen Zudringlichkeiten verfolgt haben. Der Amtsanwalt war jedoch andrer Ansicht und beantragte gegen P. 200 Mark Geldstrafe."

Ein paar echte Schnorrer beschäftigten am 28. v. M. das Schöffengericht zu Neunkirchen (Bz. Trier). Sie ließen sich bei dem dortigen jüdischen Verein eine Unterstützung geben und bettelten dann noch durch den ganzen Ort, wobei sie der heiligen Hermandad in die Hände fielen. Auf die Frage des Richters, woher sie kämen und wohin sie wollten, erklärten die Angeklagten: „Wir kommen aus Frankreich und reisen nach unsrer Heimat Russisch-Polen." Der Vertreter der Staatsanwaltschaft charakterisierte diese Art Schnorrer folgendermaßen: „Diese polnischen Juden streifen wochen- und monatelang in der Welt umher, lassen sich die Unterstützung der jüdischen Gemeinden gefallen und betteln noch die übrige Bevölkerung an. Auf diese Weise scharren sie eine große Summe Geldes zusammen, mit der sie dann in ihre Heimat zurückkehren. So geht es jahrein, jahraus. Zu fassen sind diese ausländischen Juden schwer, da sie stets eine Summe Geldes bei sich führen, um den Verdacht des Bettelns und des Landstreichens von sich abzuwehren." Er beantragte wegen Bettelns und Landstreichens je eine Woche Haft und Ueberweisung an die Landespolizei. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Haft wegen Bettelns und Freisprechung wegen der Landstreicherei; das Gericht stimmte den Ausführungen des Staatsanwalts zu und bedauerte, daß kein ausreichender Beweis für das Landstreichen vorhanden sei, um die Angeklagten in ein Arbeitshaus schicken zu können.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Zur Besprechung gingen bei uns ein:

Dämonen der Unzucht! Notschrei einer deutschen Frau! 80 Seiten groß Oktav. Leipzig. Preis 1 Mark.

Clarissa Aus dunklen Häusern Belgiens. Nach dem französischen Original von Alexis Splingard. Mit einer Einleitung von Dr. Otto Henne am Rhyn. 4. Auflage. Leipzig. 100 Seiten. Preis 1,20 Mark.

Singe, wem Gesang gegeben Von Emil Jänicke. Hamburg 1902. 103 Seiten. Preis 1 Mark.

Trowitzschs Volks-Kalender 1903. Berlin. 324 Seiten. Preis gebunden 1 Mark.

Im Kampf um Süd-Afrika. Band 1. Lebenserinnerungen des Präsidenten Paul Krüger. Von ihm selbst erzählt, nach Aufzeichnungen von H. C. Bredell, Privatsekretär des Präsidenten Krüger und Piet Grobler, gew. Unterstaatssekretär der Südafrikanischen Republik, herausgegeben von A. Schowalter. Deutsche Original-Ausgabe. München 1902. 309 Seiten. Preis geheftet 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 4. Dezember 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 746.

Monats-Spruch.

Erinnert ihr euch denn hier nicht des Staates im Staate? Fällt euch denn hier nicht der begreifliche Gedanke ein, daß die Juden, welche ohne euch Bürger eines Staates sind, der fester und gewaltiger ist als die eurigen alle, wenn ihr ihnen auch noch das Bürgerrecht in euren Staaten gebt, eure übrigen Bürger völlig unter die Füße treten werden?

J. G. Fichte, Beiträge zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution. 1793. („Sämtliche Werke", Berlin 1845. 6,149 u. f.)

Am Sarge Krupps

hat Se. Majestät der Kaiser folgende Rede gehalten:

„Es ist Mir ein Bedürfnis, Ihnen auszusprechen, wie tief Ich in Meinem Herzen durch den Tod des Verewigten ergriffen worden bin. Dieselbe Trauer läßt Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Ihnen allen aussprechen und hat Sie das auch bereits schriftlich der Frau Krupp zum Ausdruck gebracht. Ich habe häufig mit Meiner Gemahlin die Gastfreundschaft im Kruppschen Hause genossen und den Zauber der Liebenswürdigkeit des Verstorbnen auf Mich wirken lassen. Im Laufe der letzten Jahre haben sich unsre Beziehungen so gestaltet, daß Ich Mich als einen Freund des Verewigten und seines Hauses bezeichnen darf. Aus diesem Grunde habe Ich es Mir nicht versagen wollen, zu der heutigen Trauerfeier zu erscheinen, indem Ich es für Meine Pflicht gehalten, der Witwe und den Töchtern Meines Freundes zur Seite zu stehn.

Die besondern Umstände, welche das traurige Ereignis begleiteten, sind Mir zugleich Veranlassung gewesen, Mich als Oberhaupt des Deutschen Reichs hier einzufinden, um den Schild des Deutschen Kaisers über dem Hause und dem Andenken des Verstorbnen zu halten.

Wer den Heimgegangnen näher gekannt hat, wußte, mit welcher feinfühligen und empfindsamen Natur er begabt war, und daß diese den einzigen Angriffspunkt bieten konnte, um ihn tötlich zu treffen. Er ist ein Opfer seiner unantastbaren Integrität geworden. Eine That ist in deutschen Landen geschehn, so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröte auf die Wange treiben mußte über die unserm ganzen Volke angethane Schmach. Einem kerndeutschen Manne, der stets nur für andre gelebt, der stets nur das Wohl des Vaterlandes, vor allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt, hat man an seine Ehre gegriffen. Diese That mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord; denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Gifttrank einem andern mischt und kredenzt und demjenigen, der aus dem sichern Versteck seines Redaktionsbüros mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um seinen ehrlichen Namen bringt und ihn durch die hierdurch hervorgerufnen Seelenqualen tötet.

Wer war es, der diese Schandthat an unserm Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus eben der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung, die Krupp so unendlich viel zu verdanken hat, und von der Tausende in den Straßen Essens heute mit thränenfeuchtem Blick dem Sarge ihres Wohlthäters ein letztes Lebewohl zuwinkten.

(Zu den Vertretern der Arbeiter gewendet:)

Ihr Kruppschen Arbeiter habt immer treu zu Eurem Arbeitgeber gehalten und an ihm gehangen, Dankbarkeit ist in Eurem Herzen nicht erloschen; mit Stolz habe Ich im Auslande überall durch Eurer Hände Werk den Namen unsers deutschen Vaterlandes verherrlicht gesehn.

Männer, die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, haben Euch Euren teuren Herrn geraubt. An Euch ist es, die Ehre Eures Herrn zu schirmen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen.

Ich vertraue darauf, daß Ihr die rechten Wege finden werdet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern dieser schändlichen That für brave und ehrliebende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild befleckt worden ist, ausgeschlossen sind.

Wer nicht das Tischtuch zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt. Ich hege das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind und als deutsche Männer die Lösung der schweren Frage finden werden."

Unsre Leser werden sich erinnern, daß wir in der vorigen Nummer in ganz ähnlichem Sinne uns über den schmählichen Meuchelmord der sozialdemokratischen Presse äußerten. Wir könnten uns also freuen, daß es uns auch einmal wieder vergönnt ist, in einer das Volksherz tief berührenden Angelegenheit mit unserm Könige und Kaiser gleicher Meinung zu sein. Aber es ist keine ungetrübte Freude. Nicht alles was die Presse im Kampfe der Meinungen aussprechen darf, darf auch der Monarch aussprechen. Denn er, der über den Parteien stehn soll, gerät dadurch zu leicht zwischen die Parteien und das geht nicht an.

Reichskanzler und Zolltarif.

Die Anhänger der „mittlern Linie" sind des Lobes voll über die Reden des Reichskanzlers zum Zolltarif, in denen er „in echt staatsmännischer Weisheit die rechte Mitte in der Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbsstände eingehalten habe." Ob dies zutrifft, will die folgende kurze Betrachtung untersuchen.

In der Reichstagssitzung vom 16. Oktober sagt der Herr Reichskanzler:

> Wenn hier und da behauptet wird, die Landwirtschaft habe an langfristigen Handelsverträgen kein Interesse, so können die verbündeten Regierungen das nicht zugeben, denn eine blühende Industrie ist für die Landwirtschaft einer der besten Abnehmer, und auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß die Industrie sich entwickelt und kaufkräftig bleibt.

Wir vermögen uns diesem Gedankengange nicht anzuschließen. Die deutsche Landwirtschaft, der ja oft genug gesagt worden ist, daß sie den Bedarf des Deutschen Volkes nicht decken könne, ist doch nicht aus Mangel an Konsumfähigkeit des letztern in Verlegenheit, ihre Erzeugnisse abzusetzen; für

diese ist doch ohne den ausländischen Wettbewerb immer genug Nachfrage da, es sei denn, daß wir wirtschaftlich einmal soweit heruntergekommen sein sollten, daß große Teile des Volkes hungern müßten, dergestalt, daß selbst bei Ausschluß aller Einfuhr der Landwirt seine Ware nicht absetzen könnte, weil im Volke kein Geld vorhanden ist, sie zu kaufen.

Wenn eine blühende Industrie höhere Preise für die inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse schaffen soll, dadurch also, daß von der Industriebevölkerung mehr verbraucht wird, so kann nach den Grundregeln der Volkswirtschaftslehre dies doch erst dann eintreten, wenn durch den gesteigerten Verbrauch die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot steigt. Das ist aber nicht der Fall, solange jede Steigerung der Nachfrage durch Einfuhr leicht, also zu Preisen befriedigt werden kann, die eine Steigerung des Preises für die inländische Ware ausschließen.

Eine erhebliche Zunahme des Verbrauchs hat ja doch in den letzten Jahrzehnten fortgesetzt stattgefunden durch das Wachstum der Bevölkerung; dabei sind aber die Getreidepreise erheblich — und trotz der Einführung von Zöllen — gefallen, und die Preise für die übrigen Lebensmittel im Durchschnitt jedenfalls nicht wesentlich gestiegen. Wären darum die Ausführungen des Grafen Bülow zutreffend, so stände ja die einheimische Landwirtschaft gradezu vor der Möglichkeit einer Ueberproduktion; sie müßte danach fast besorgt sein, eines Tages mehr zu erzeugen, als vom Deutschen Volke verzehrt werden kann. Diese Sorge aber ist es doch bekanntlich nicht, die die Landwirtschaft heute drückt, unbeschadet der Gewißheit, daß bei sachgemäßer Agrarpolitik die heimische Erzeugung noch erheblich gesteigert werden kann.

Wie wenig eine erhöhte Spannung zwischen inländischem Angebot und inländischer Nachfrage auf die Preisbildung günstig wirkt, beweist auch die Erfahrung, daß unsre Getreidepreise oft dann am niedrigsten sind, wenn wir schlechte Ernten haben; das Ausland hält dann eben die Lage für besonders günstig, um uns mit seinem Ueberschuß zu überschwemmen. Es kann also dann ein vermindertes Angebot des Inlandes den Preis nicht steigern; daraus ist unschwer zu schließen, daß auch eine vermehrte Nachfrage des Inlandes es nicht kann.

Wäre es nicht der Fall, daß die Wirkung einer vermehrten Nachfrage durch gesteigertes Angebot aus dem Auslande aufgehoben werden kann, wie hätte dann der ausländische landwirtschaftliche Produzent oder richtiger der ausländische Getreidehandel ein solches Interesse daran, seine Ware bei uns abzusetzen, daß er um deswillen bereit ist, eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit unsrer Industrie in seinem Lande in den Kauf zu nehmen? Weshalb wäre es dann nach der Ansicht der Regierung unbedingt nötig, bei den Getreidezöllen des Entwurfs stehn zu bleiben, um überhaupt noch Handelsverträge zustande zu bringen?

Aber Graf Bülow bestätigt selbst die Unrichtigkeit des von ihm aufgestellten Satzes; denn er fährt fort:

> Wir bestreiten aber nicht, daß das Hauptinteresse der Landwirtschaft sich darauf konzentriert, für ihre Produkte gegenüber der Konkurrenz des Auslandes einen erhöhten Zollschutz zu erlangen.

Das ist unzweifelhaft richtig; eine solche Bedeutung könnte aber der ausländische Wettbewerb niemals haben, wenn er nicht, außer bei Mißernten von ungewöhnlichem Umfange, über einen Ueberschuß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondre Getreide, verfügte, der ihn in den Stand setzt, einer gesteigerten Nachfrage im Inlande, wie sie Graf Bülow von der Förderung der Industrie erhofft, ein gesteigertes Angebot gegenüber zu stellen. Diesem ausländischen Angebot, und damit auch der inländischen Produktion, durch genügenden Zoll einen Preis zu geben, bei dem die heimische Landwirtschaft bestehn kann, ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe unsrer Wirtschaftspolitik; sie wird für das Getreide jedenfalls durch die Zölle des Entwurfs nicht erfüllt.

Das hat Graf Bülow selbst zugegeben. Er sagt zwar im weitern Verlauf seiner Rede, die Mindestzölle des Entwurfs bedeuten sehr erhebliche, sehr wesentliche Erhöhungen. Dagegen hatte er vorher gesagt:

> Vor der Einführung der Getreidezölle standen die Kornpreise in Deutschland höher als später, und sie sind seitdem trotz allmählicher Erhöhung der Getreidezölle, wenn auch mit einigen Schwankungen, gefallen.

Das Sinken der Getreidepreise ist doch aber grade eine der Hauptursachen der „schweren Krisis", die nach den Worten des Reichskanzlers „die Landwirtschaft durchgemacht hat und zumteil noch durchmacht." Unter einer „sehr erheblichen, sehr wesentlichen" Erhöhung von Zöllen kann doch wohl nur eine solche verstanden werden, die ihren Zweck, eine wesentliche Erhöhung oder doch wenigstens Sicherstellung der einheimischen Preise, mit einiger Gewißheit erfüllen würde. Woher weiß nun Graf Bülow, daß dies nach der im Entwurfe vorgeschlagenen Erhöhung der Fall sein wird, nachdem diese Folge bei frühern und im Vergleich zu der ursprünglichen Zollfreiheit viel bedeutendern Erhöhungen nicht eingetreten ist?

Außer diesen Erfahrungen hätte zu einem andern Schluß auch die Beachtung des Umstandes führen müssen, daß seit Geltung des 5 Mark-Zolles die Ueberseefrachten gesunken sind

Weihnachten 1902.

Auch in diesem Jahre können wir — soweit der Vorrat reicht — unseren Lesern und Freunden als Weihnachtsgabe eine Probemappe der Leipziger Illustrierten Zeitung mit 6 ausgewählten, tadellos neuen Nummern anbieten, die wir gegen Einsendung von 1,75 Mark in Marken postfrei liefern. (Der Ladenpreis jedes einzelnen Heftes ist eine Mark!)

Die Leinwandmappe ist ausgestattet mit einem Schreibkalender und Löschkarten, enthält Alpennummern, Kunstnummern, Bismarck-Gedächtnisheft usw. und kann später als Schreibmappe dienen.

Die Mappe kann nur als Paket versandt werden.

Berlin NW 52. Die Geschäftsstelle.

so die von Nordamerika einschließlich der Bahnfracht Chicago-Newyork um ungefähr 10 Mark für die Tonne; mithin bedeutet der 5 Mark-Zoll heute thatsächlich weniger als damals. Wie man angesichts dessen die Hoffnung hegen kann, daß durch den 5 Mark-Zoll der Notlage der Landwirtschaft, die, nach den eignen Worten des Reichskanzlers, „trotz eines großen Aufwandes von Produktionskraft, an ehrlicher und fleißiger Arbeit mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat", wirklich abgeholfen werden kann, bleibt unverständlich.

Näher läge der Schluß: „wenn", wiederum nach den Worten des Reichskanzlers, „unsre Industrie sich glänzend entwickelt hat in einem Zeitraum, in dem auf die nötigsten Lebensmittel Zölle gelegt und erhöht worden sind" — also schließlich auf 5 Mark für Roggen und Weizen —, wenn demgemäß das Ausland früher bei diesem Zoll bereit war, unsrer Industrie Ausfuhrbedingungen zu gewähren, bei denen „ihre Entfaltung nicht gehemmt worden ist", so wird es auch heute bei einem nur der Zahl, nicht der Wirkung nach höhern Zoll dazu erbötig sein, sofern man ihm mit der nötigen Entschiedenheit gegenübertritt; mithin kann die Möglichkeit, Handelsverträge überhaupt noch abzuschließen, nicht an die im Entwurfe vorgeschlagnen Zollsätze gebunden sein.

Trotz der von ihm selbst mitgeteilten Erfahrungen über die bisherige Wirkung der Zölle arbeitet der Herr Reichskanzler mit der der Sozialdemokratie gewiß sehr willkommnen Behauptung, daß „der durch den Getreidezoll gesteigerte Getreidepreis in Widerspruch treten könne mit dem Ernährungs-Interesse der arbeitenden Klasse." In der That, Widersprüche auf Widersprüche! Es scheint, Graf Bülow hat nach dem Worte handeln wollen: wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Aber der Ernst der Lage der Landwirtschaft erfordert heute unbedingte Entschiedenheit.

Daß, wie Graf Bülw ferner noch ausführt, ein hoher Getreidezoll im Falle geringer Ernten in den Hauptproduktionsländern den Inlandspreis zu sehr steigern kann, ist zuzugeben. Dieses einzige, nur in Ausnahmefällen Geltung erlangende Argument kann aber nicht ausschlaggebend sein. Jedenfalls würde dann eine zeitweilige Herabsetzung der Getreidezölle — eine völlige Aufhebung, von der Graf Bülow sprach, braucht es doch nicht gleich zu sein — das kleinere Uebel bedeuten. Uebrigens war das Steigen der Preise in jenem vom Reichskanzler angezognen Fall, im Jahre 1891, doch nicht lediglich eine Folge geringer Ernten, sondern zum sehr erheblichen Teil die Folge von Börsenspekulationen.

„Nur keine innern Krisen!" Es ist, wenn wir recht unterrichtet sind, widerrufen worden, daß dies Wort den Grafen Bülow zum Urheber habe; mit seinen letzten Reden aber hat er sich zu ihm bekannt. Die innere Krisis ist ja aber doch da; wer es noch nicht glauben will, wird es im nächsten Sommer gewahr werden; da wird keine Vogel-Strauß-Politik mehr helfen.

Nur einen Weg giebt es aus ihr heraus: daß eine starke zu nationalwirtschaftlicher Politik entschlossene Regierung mit der vorhandnen nationalwirtschaftlichen Mehrheit des Reichstages gemeinsame Wege geht und mit ihr den Kampf aufnimmt gegen die verbündete rote und goldne Internationale. Wird ein Mann, dessen Sprachrohr die Wiener „Neue freie Presse" ist, dazu geeignet sein? Die Thatsache, daß der deutsche Reichskanzler den Vertreter eines ausländischen und jüdischen Blattes empfängt, um sich mit ihm über innerdeutsche Angelegenheiten zu unterhalten, zeigt auf das deutlichste, daß ihm das rechte Verständnis für eine nationale, die schaffenden Stände und die christlich-deutschen Elemente schützende Wirtschaftspolitik fehlt. Wäre dem anders, wie könnte er dann zu den schärfsten und leider auch mächtigsten Gegnern einer solchen Politik, dem internationalen Judentum und seiner Presse, Beziehungen unterhalten?

Wie sehr die Vertretung jüdischer Interessen und die Bekämpfung der Landwirtschaft zusammengehören, das haben Freisinn und Sozialdemokratie in den Zolltarif-Verhandlungen aufs neue bewiesen. Klingt doch alles von ihnen vorgebrachte, als sollte es nur zur Illustration der Worte Houston Steward Chamberlains dienen: „Denn allen diesen wohlerwognen, ernsten, aus der Fülle der Erfahrung und dem Scharfblick der bedeutendsten Geister hervorgegangnen Urteilen (zu Ungunsten des Judentums) hat man weiter nichts entgegenzustellen, als die hohlen Phrasen des phrasenhaftesten Volkes in der phrasenreichsten Periode seiner mit Phrasen gepflasterten Geschichte — einen parlamentarischen Wisch."

Der Heimatpolitik, die der Reichskanzler bei Einbringung des Zolltarifs befürwortete, ist nicht damit Genüge geschehn, daß nach den vorgeschlagnen Zollerhöhungen günstigsten Falles die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft erhalten bleibt, wie es, nachdem in der Aera Caprivi so viele Reserven aufgezehrt sind, ohnehin kaum zu erhoffen ist. Der Heimatpolitik wahres Ziel muß sein, daß wieder das Glück auf dem Lande einzieht; nicht ein Glück, sich darstellend in einem Ueberfluß an materiellen Gütern — davon wird schwerlich jemals wieder die Rede sein können, und zur Erhaltung der ethischen Kräfte unsers Volkes wird das auch ganz gut sein —, wohl aber ein Glück, sich darstellend darin, daß bei fleißiger und rechtschaffner Arbeit an die Stelle drückender Sorge eine auskömmliche Existenz tritt, die es ermöglicht, an den Errungenschaften der Kultur in, wenn auch bescheidnem, Maße teilzunehmen, die die Hoffnung zuläßt, den Kindern das Erbe der Väter zu erhalten, und die vor allem auch die Möglichkeit bietet, das Loos des Arbeiters so zu gestalten, daß an die Stelle einer unzufriednen, vagabondierenden Arbeiterschaft eine seßhafte, freudig ihr Tagewerk verrichtende und mit der Familie des Arbeitgebers in Freud und Leid verbundne tritt.

Nur mit einer Politik, die zu solchen Zielen führt, würde das Wort eingelöst werden: „Wir sollen und müssen und werden der Landwirtschaft helfen." Und dies Wort kann, was man auch dagegen einwenden möge, eingelöst werden unbeschadet der Interessen der Industrie. Wie der Reichskanzler selbst betont, ist die Produktion der deutschen Landwirtschaft der der Industrie mindestens gleichwertig, und dabei wird noch nicht einmal, oder wenigstens nicht überall, berücksichtigt, daß der Wert der industriellen Erzeugung vielfach doppelt und dreifach zur Anrechnung kommt; nämlich zunächst als Rohprodukt, dann als Halb- und als fertiges Fabrikat. Doch abgesehn davon, wieviel entfällt denn nun auch bei Einsetzung der günstigsten Zahl für die industrielle Erzeugung von der Gesamtproduktion der Nation auf die Ausfuhr, die an und für sich noch nicht ein Viertel der industriellen Produktion ausmacht?

Daneben fällt noch schwer ins Gewicht, daß für die ausgeführte Ware sehr vielfach ein erheblich geringerer Preis erlangt wird, als man ihn vom Inland kraft der Ringe und Kartelle fordert. Damit wird der Wert der Ausfuhr — nicht in Summa der Waren, sondern in barem, dafür gezahlten Gelde ausgedrückt — noch weiter verringert. Wenn der hierdurch für die Ausfuhr verbleibende geringe Prozentsatz der gesamten deutschen, also die Landwirtschaft mit umfassenden Erzeugung wirklich durch eine nationale Zollpolitik noch sinken sollte, so würde die Hebung des Gesamtwohlstandes und namentlich auch die günstige Wirkung auf die sozialen Verhältnisse, hervorgerufen durch eine wirkliche Besserung in der Lage der Landwirtschaft und damit des platten Landes überhaupt, den Schaden überreichlich wett machen. Und wenn dabei trotz der erhöhten Kaufkraft des Inlandes der Absatz der Industrie wirklich etwas zurückgehn sollte, so würden in dem Maße, wie dessen Schwergewicht noch mehr, wie es bisher thatsächlich schon der Fall, auf den inländischen Markt verlegt wird, ihre Verhältnisse sicherer werden, sie würde die Lage ihres Absatzgebietes zuverlässiger berechnen können und vor Ueberproduktion mehr als bisher geschützt sein; was das für die Industrie zu bedeuten hätte, braucht nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht weiter ausgeführt zu werden.

Freilich die Interessen des überseeischen Handels und der Reedereien würden dabei zu kurz kommen. Grade da aber — man mag dagegen einwenden was man will — liegt der Zolltarifhase im Pfeffer! Kurz vor Einbringung des Zolltarifs theilte die „Kölnische Zeitung" aus „guter Quelle" mit, daß

die Getreidezölle im Minimal mit 6 Mark, im Maximal mit 7,50 Mark erscheinen würden. Daß die „Köln. Ztg." diese Nachricht, die ihr persönlich sicher nicht sehr willkommen war, nur gebracht hat, weil sie der guten Quelle durchaus sicher war, kann schwerlich bezweifelt werden. Die Kundgebungen des Reichskanzlers aus derselben Zeit deuten auch auf eine solche Absicht einer wirklich wesentlichen Zollerhöhung hin. Die „Köln. Ztg." empfahl damals sogar der Regierung, dem Reichstag bindende Zusicherungen zu geben, nicht unter diese Mindestsätze herabzugehn. Bei der Fühlung, die das Blatt mit industriellen Kreisen unterhält, ist der Schluß gerechtfertigt, daß diese damals garnicht die scharfen Gegner einer solchen Zollerhöhung waren, als welche sie sich jetzt geberden.

Wer hat nun die damals bestehenden Absichten der Regierung durchkreuzt? Der Reichskanzler sagte in seiner Rede vom 21. Oktober:

Gegenüber diesen Anspielungen*) muß ich feststellen, daß man sich von oben in die Aufstellung, die Ausarbeitung und die parlamentarische Behandlung des Zolltarifs-Entwurfs in keiner Weise eingemischt hat; das föderative Zusammenwirken der Bundesregierungen in der Tariffrage ist von oben in keiner Weise durchkreuzt worden.

In derselben Rede aber sagte er späterhin:

Es wird lange dauern, ehe ein Reichskanzler wiederkommt, der für die Landwirtschaft thut, was ich mich bestrebt habe, mit der Einbringung dieser Tarifvorlage für sie zu thun.

Da nach den zuerst zitierten Worten des Grafen Bülow eine volle Uebereinstimmung zwischen ihm und der für die Ernennung des Reichskanzlers und zugleich für die Instruktion der preußischen Stimmen im Bundesrat zuständigen Stelle über den Schutz der Landwirtschaft vorausgesetzt werden muß, so ist schwerlich anzunehmen, daß ein etwaiger Nachfolger des Grafen Bülow hinsichtlich dieser Frage auf einem andern Standpunkt stehn sollte als dieser selbst. Es kann daher der zuletzt zitierte Satz nur dahin gedeutet werden, daß die Besorgnis besteht, ein andrer Kanzler werde, unbeschadet gleicher wirtschaftspolitischer Ueberzeugungen, nicht die Kraft, Geschicklichkeit und Ausdauer haben, um Machtfaktoren entgegenzutreten, die neben den verfassungsmäßigen noch Berücksichtigung ihrer Willensmeinung erheischen. Wir wissen, daß die Macht des Großkapitals heute sehr groß ist, wir wissen, daß dieses in andern Ländern die Politik ganz offenkundig beherrscht; ist doch der ruchlose Burenkrieg lediglich sein Werk. Hat Graf Bülow auf diese Macht hinweisen wollen? Sollte das zutreffen, so läge darin nur eine neue Mahnung an die nationalen Parteien, daß sie dann erst recht keinen Fuß breit von den Rechten der heimischen Erzeugung preisgeben dürfen.

F. von Bodelschwingh.

Kandidatenrede

des Oberamtsrichters Dr. Brandis (Braunschweig) am 30. November in Kreiensen.

Da es sich für Sie heute darum handelt, sich darüber zu entscheiden, ob Sie mir das Vertrauen glauben schenken zu können, daß ich eintretendenfalls ehrlich und nach bestem Können mich bemühn werde, für die Interessen des Wahlkreises einzutreten und im Sinne der Anschauungen seiner Bewohner bei der Gesetzgebung mitzuwirken, so werden Sie mir nicht verübeln, ja sogar von mir erwarten, daß ich zunächst über meine etwaigen persönlichen Beziehungen zum hiesigen Wahlkreise und über meine bisherige Thätigkeit im öffentlichen Leben einige Worte sage.

Wie sie wissen, wohne ich zur Zeit nicht im hiesigen Wahlkreise, sondern in Braunschweig; und ich bin auch nicht in diesem Kreise geboren, sondern im Kreise Helmstedt. Indessen ich bin in den achtziger und neunziger Jahren, wie manchem von Ihnen ja schon bekannt ist, $9\frac{1}{2}$ Jahre lang im hiesigen Wahlkreise amtlich thätig gewesen, zunächst als Hilfsrichter in Greene, sodann als Amtsrichter in Ottenstein.

Als vor einiger Zeit die vorläufige Anfrage an mich erging, ob ich geneigt wäre, eine Kandidatur für den hiesigen Wahlkreis anzunehmen, habe ich mich hierzu gern bereit erklärt. Ich habe eben der Bevölkerung, in deren Mitte ich ehemals thätig gewesen bin, ein gut Teil Anhänglichkeit bewahrt. Ich bin ja zu dieser Bevölkerung ehedem nicht nur als Richter, sondern auch als Mitbürger, als Volksgenosse in Beziehung getreten. Namentlich während meiner fast siebenjährigen amtlichen Thätigkeit in Ottenstein im Kreise Holzminden habe ich es so gehalten. Ich habe dort, wie auch im Amte Greene, eine arbeitsame, anspruchslose und genügsame ländliche Bevölkerung kennen gelernt. Ich sah, wie dort die Landwirte trotz angestrengten Fleißes nur verhältnismäßig geringe Erträge aus ihrer Wirtschaft erzielen. Zugleich sah ich, daß die notwendigen Betriebsausgaben der Landwirte in mancher Hinsicht höher waren, als sie zu sein brauchten, und daß die unnützen Mehrausgaben der Landwirte für Sämereien, Kunstdünger, Futtermittel usw. obendrein größtenteils in die Taschen ihrer Gegner flossen.

Der Grund hiervon lag klar vor Augen. Den Landwirten fehlte, trotz hohen Standesbewußtseins, ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gleichheit ihrer Interessen, es fehlte ihnen daserforderliche gegenseitige Vertrauen, und sie hatten es noch nicht gelernt, daß sie um der Erreichung gemeinsamer Standesziele willen ihre persönlichen wechselseitigen Eifersüchteleien vergessen müssen.

Da ich ferner einsah, daß besonders wegen des mangelnden gegenseitigen Vertrauens der Landwirte zu einander der Anstoß zum Zusammenschlusse von außen kommen müsse, so habe ich mich entschlossen, selbst diesen Anstoß zu geben. Ich habe durch persönliche Rücksprache mit vielen verständigern Landwirten aus dem ganzen Bezirke die Ueberzeugung von dem großen Nutzen, ja der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zu wecken gesucht und habe den Landwirten, da mir von vornherein klar war, daß ein braunschweigischer Bund von Landwirten im öffentlichen Leben wenig werde ausrichten können, empfohlen, sich dem im nördlichen und östlichen Deutschland mit dem Sitze in Berlin bestehenden, von Herrn v. Plötz geleiteten Deutschen Bauernbunde anzuschließen.

Meine Anregung fiel bei den Landwirten auf sehr guten Boden. Da mir auch die Leitung des Deutschen Bauernbundes in entgegenkommender Weise half, insbesondre mir wiederholt den Generalsekretär des Bundes zum Abhalten von Vorträgen hierher schickte, so gelang es im Jahre 1890, eine große Anzahl von Landwirten des Amtes Ottenstein und des benachbarten Amtes Eschershausen zum Anschlusse an den Deutschen Bauernbund zu veranlassen und damit auch im Herzogtum Braunschweig, wo man bis dahin von Bauernvereinen nichts gewußt hatte, die Bauernvereinsbewegung in Fluß zu bringen.

Während der folgenden drei Jahre, bis zu meiner Versetzung nach Braunschweig, habe ich dann in Ottenstein zunächst an der Spitze des Deutschen Bauernbundes und hinterher, nachdem dieser mit allen seinen Mitgliedern im Winter 1892/93 in den Bund der Landwirte übergetreten war, an der Spitze des Bundes der Landwirte gestanden.

Hierauf habe ich mich nicht beschränkt. Damit die Landwirte auch unmittelbare Vorteile aus ihrem Zusammenschlusse zögen, habe ich für sie gemeinsame Bezüge von Sämereien, insbesondre von Kleesamen, sowie von Kunstdünger, insbesondre von Chilisalpeter und Kainit, vermittelt, und habe ihnen hierdurch gezeigt, daß sie gemeinsam vorteilhafter beziehn können als einzeln. Um ferner die Landwirte davor zu bewahren, durch ihre Geldgeschäfte in Abhängigkeit von den Geldmännern zu geraten, habe ich eine Anzahl Landwirte des Bezirks zu bewegen gewußt, eine Kredit-Genossenschaft zu begründen, von der ich auch annahm, daß sie im Laufe der Zeit die gemeinsamen Bezüge von Sämereien und Kunstdünger in die Hand nehmen solle. Nach meiner Versetzung nach Braunschweig im Jahre 1893 habe ich mich um den Zu-

*) Des Abg. von Wangenheim (Pyritz).

sammenschluß der Landwirte noch insofern bemüht, als ich die in der Stadt Braunschweig lebenden Mitglieder des Bundes zu einer Ortsgruppe vereinigt und dieser Gruppe seitdem vorgestanden habe.

Ich erwähne noch, daß ich dem ländlichen Genossenschaftswesen von jeher die größte Aufmerksamkeit gewidmet und es nach Kräften zu fördern gesucht habe, weil ich die ländl. Genossenschaften als ein nicht zu verachtendes Hilfsmittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirte betrachte und ich überdies der Meinung bin, daß die Landwirte ohne ein weit verzweigtes Netz von Verbrauchsgenossenschaften den ihnen zustehenden Einfluß auf die Bildung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht erlangen, daß sie ohne Kreditgenossenschaften die wünschenswerte Unabhängigkeit von ihren Lieferanten und Kreditgebern nicht erreichen können. Als im Jahre 1890 eine Bewegung zu gunsten der Neubegründung ländlicher Genossenschaften in größerm Maßstabe in Berlin von den Führern mehrer großer Vereine von Landwirten eingeleitet wurde, namentlich von Herrn v. Plötz und Freiherrn v. Manteuffel, schloß ich mich dieser Bewegung freudig an und trat der hieraus hervorgegangnen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Berlin als eines der ersten Mitglieder bei, und ich gehöre dieser Genossenschaft auch jetzt noch, und zwar als Mitglied des Aufsichtsrats, an.

Glücklicherweise hat seitdem die Ueberzeugung von der Nützlichkeit der Gründung von Genossenschaften unter den Landwirten immer mehr an Boden gewonnen. Tausende von landwirtschaftlichen Genossenschaften sind seitdem im Deutschen Reiche entstanden. Aber noch immer bleibt in dieser Richtung viel zu thun übrig, insbesondre auch im Herzogtum Braunschweig. Beispielsweise ist im Herzogtum Braunschweig noch keine einzige Kornhausgenossenschaft gebildet. Vorberatungen hierüber haben vor mehren Jahren unter den Bundesmitgliedern auf meinen Antrag stattgefunden; sie sind aber wegen Mangels an Teilnahme eingeschlafen.

Ein andrer Gedanke, mit dem ich mich schon früh beschäftigte, war der, es müsse eine geachtete, größere Zeitung geschaffen werden, die es sich zur Aufgabe stellte, unabhängig die wirtschaftlichen Interessen der viel angefeindeten Landwirte, sowie der andern werteerzeugenden Berufsstände zu vertreten und hierbei von jeder parteipolitischen Voreingenommenheit sich fernzuhalten. Als dieser Gedanke bald nach der Gründung des Bundes der Landwirte Gestalt gewonnen und von den leitenden Vereinen im Bunde die Gründung einer täglich erscheinenden größern Zeitung beschlossen wurde, habe ich, zur Beteiligung aufgefordert, mich sofort beteiligt. Ein solches Unternehmen war meines Erachtens dringend notwendig, wenn die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft wie überhaupt der heimischen Wirtschaft die gebührende Berücksichtigung im öffentlichen Leben finden sollten. Ein Versuch damit mußte also auf jeden Fall gemacht werden, mochte auch die Gefahr des Mißlingens noch so groß sein. Das Unternehmen ist, wie Sie wissen, glücklicherweise nicht mißlungen, die seit August 1894 erscheinende Deutsche Tageszeitung hat es verstanden, in der kurzen Spanne Zeit sich zu einer der geachtetsten deutschen Zeitungen emporzuschwingen, und sie übt offenbar einen erheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus.

Sie sehn, meine Herren, daß ich in meinem bisherigen Leben mindestens um das Wohl und Wehe der Landwirte mich schon ein wenig gekümmert habe — beiläufig bemerkt, keineswegs immer ohne Hindernisse und Schwierigkeiten —, und daß ich hierdurch ein kleines Anrecht auf das Vertrauen der Landwirte mir glaube erworben zu haben. Daß ich hauptsächlich der Angelegenheiten der Landwirte mich angenommen habe, rührt teils daher, daß ich, wie gesagt, viele Jahre lang in Bezirken mit ausschließlich ländlicher Bevölkerung thätig gewesen bin, und hier deren Verhältnisse und Bedürfnisse näher kennen gelernt habe. Teils kommt es auch daher, weil meines Erachtens während der letzten Jahrzehnte unsre Gesetzgebung vielfach ohne die gebührende Rücksicht auf die Landwirtschaft — die nun einmal die Grundlage unsrer Volkswirtschaft, unsrer Gesittung, unsrer Selbständigkeit als Volk ist — vorgegangen ist, was dann im Verein mit andern Umständen die tief beklagenswerte Landflucht gezeitigt hat, und weil es außerhalb des Standes der Landwirte wenig Personen giebt, die die Partei der Landwirtschaft ergreifen, während für die von der Gesetzgebung besser berücksichtigten Händler und Industriellen viele nicht zu ihnen gehörige Männer sich als Verteidiger aufwerfen, und weil ich meiner ganzen Denkungsweise nach geneigt bin, da einzuspringen, wo Not an den Mann ist.

Indessen, meine Herren, sind es nicht die Landwirte allein, um deren Interessen ich mich bisher schon öffentlich bemüht habe. Auch den wirtschaftlichen Interessen und Bestrebungen der Handwerker habe ich meine Aufmerksamkeit zugewandt. Hier schien es mir besonders wichtig, daß das Genossenschaftswesen, das bei den Handwerkern des Herzogtums noch sehr darniederliegt, eine weite Ausbreitung erführe. Ich habe deshalb im Januar 1893 in einer von mehren hundert Handwerkern besuchten Versammlung des Braunschweiger Innungsausschusses einen Vortrag gehalten, worin ich auf die großen Vorteile der Gründung von Handwerker-Genossenschaften — Einkaufs-Genossenschaften, Kredit-Genossenschaften, Magazin-Genossenschaften — hinwies. Ich habe denn auch weiter noch die Satzungen für die infolge dieses Vortrages von Braunschweiger Handwerksmeistern gegen Ende 1893 gegründete Kredit-Genossenschaft, die Braunschweiger Innungsbank entworfen und habe die ordnungsmäßige Begründung in die Wege geleitet. Im übrigen will ich in Bezug auf meine Stellung zu den Handwerkerforderungen nur noch hinzufügen, daß ich das Verlangen nach sogenannten Zwangsinnungen und nach gesetzlicher Einführung des Befähigungsnachweises für berechtigt halte.

Für die Arbeiter bin ich bisher noch nicht öffentlich eingetreten. Daß ich aber auch der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter seit langer Zeit meine Teilnahme zugewandt habe, können Sie daraus ersehn, daß ich schon seit etwa 15 Jahren einem Verein christlicher Arbeitgeber und Arbeiterfreunde angehöre, der es sich zur Aufgabe stellt, vernünftige sozialpolitische Bestrebungen zu gunsten der Arbeiter zu befürworten und zu fördern. Auch habe ich meine Arbeitskraft schon insoweit in den Dienst der Arbeiter gestellt, als ich im vorigen Jahre ein kleines Rechtsbuch verfaßt habe, worin die für Arbeiter besonders wissenswerten Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Gewerbeordnung, unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse der Arbeiter, gemeinverständlich dargestellt sind. Der Arbeiter kann ja im allgemeinen, wenn er eines Rechtsrats bedarf, um der hohen Kosten willen, nicht zu einem Rechtsanwalt gehn. Für den Arbeiterstand schien mir daher ein auf seinen Verhältnisse zugeschnittnes, seinem Verständnis angepaßtes, billiges Rechtsbuch ein besonders dringendes Bedürfnis zu sein, fast noch mehr als für die Handwerker und Landwirte, für die ja ähnliche Rechtsbücher von mir verfaßt sind. In Bezug auf die Forderungen der Arbeiter will ich nur hervorheben, daß ich für die Freiheit der Vereinigung der Arbeiter zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, für das sogenannte Koalitionsrecht der Arbeiter entschieden eintrete. Da die Arbeitgeber das Recht haben, sich zu vereinigen, so erfordert die Billigkeit das Recht auch den Arbeitern zuzugestehn. Von einem Rechte der Arbeitervereinigungen, einen außerhalb der Vereinigung stehenden Arbeiter zu zwingen, ihre Beschlüsse zu befolgen, kann natürlich keine Rede sein; jeder Versuch solchen Zwanges ist ein Mißbrauch und muß bekämpft werden.

In Bezug auf den Kaufmannsstand will ich nur hervorheben, daß ich für eine schärfere Bekämpfung des unlautern Wettbewerbes und, in den Grenzen der Gerechtigkeit, für eine hohe Besteuerung der Warenhäuser bin.

In Bezug auf den Beamtenstand hebe ich hervor, daß ich dafür eintreten werde, daß die ihm gebührende Unabhängigkeit nicht angetastet wird.

Ich gehe zu einigen allgemeinen Erörterungen über

Daß ich durchaus monarchisch gesinnt bin, brauche ich kaum zu erwähnen. Sie werden aber einige Worte von mir darüber erwarten, wie ich in dem augenblicklich in Braunschweig die Gemüter bewegenden Streit der Monarchisten um die Rechte des angestammten Herrscherhauses Stellung nehme. Meine Rechtsauffassung geht dahin, daß zur Zeit der Herzog von Cumberland allerdings unser Landesherr ist, daß er jedoch an der Regierung behindert ist, und daß daher auf Grund unsers Regentschaftsgesetzes für ihn Seine Königliche Hoheit der Prinz Albrecht die Regentschaft führt. Mit vielen Braunschweigern teile ich den Wunsch, daß der, doch nur als Uebergangszustand anzusehenden Regentschaft, recht bald die Uebernahme der Regierung durch den dazu berechtigten Fürsten folgen möge. Um dies herbeizuführen, hatte ich es jedoch für notwendig, daß der Herzog von Cumberland oder sein Sohn sich mit der Krone Preußen aussöhnt. Jede Gelegenheit, die sich bietet, diese Aussöhnung anzubahnen, möchte ich daher möglichst ausgenutzt wissen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachte ich die vorgestern von unserm Landtage angenommne Abänderung unsers Regentschaftsgesetzes nicht für sehr förderlich, da darnach beim Tode des Herzogs von Cumberlands alles beim Alten bleiben soll. Andrerseits kann ich ein Aenderung des Thronfolgerechts in dem neuen Gesetze nicht erblicken, und ich halte auch die Zustimmung der Agnaten zu dem Gesetze nicht für nötig und halte das Gesetz nicht für ungültig. Im übrigen bemerke ich noch, daß ich die Wünsche, Bestrebungen und Aeußerungen unsrer sogenannten „Welfen“ insoweit durchaus mißbillige, als sie sich auf Hannover beziehn, und als sie Preußen und sein Herrscherhaus verunglimpfen.

Auch noch in Bezug auf einen andern Punkt möchte ich eine kurze allgemeine Bemerkung machen, in Bezug auf die Religion. Die Deutschsoziale Partei steht, wie es in ihren Forderungen heißt, auf christlichem Boden. So auch ich. Im politischen Leben mich auf irgendeinen konfessionellen christlichen Boden zu stellen, liegt mir fern. Daran hindert mich schon meine Ansicht, daß im Leben der Menschen der Unterschied der Konfession eine sehr kleine Rolle spielt, bei vielen Menschen überhaupt keine. Ich bin aber gewohnt, die Menschen nach ihrem Leben, nicht nach ihren religiösen Ueberzeugungen einzuschätzen. Und, sowenig andre zwischen lutherischem und katholischem Roggen (um dieses Scherzwortes mich zu bedienen), einen Unterschied haben finden können, so wenig ist es mir gelungen, zwischen lutherischen und katholischen Deutschen (das Wort „Deutschen“ betone ich) einen irgendwie beachtenswerten Unterschied ausfindig zu machen.

Da ich von der Religion spreche, so werden viele von Ihnen erwarten, daß ich hierbei auch von den Juden spreche. Das ist in der That meine Absicht, obgleich meines Erachtens der Unterschied der Juden von uns christlichen Deutschen in viel höherm Maße als auf ihrer Religion auf ihrer Rasse, auf ihrer Nationalität beruht. Meine Stellung zu der Judenfrage ist kurz folgende. Einen Juden deshalb zu hassen und zu verachten, weil er ein Jude ist und seine jüdische Eigenart zum Ausdruck bringt, liegt mir fern. Ich befürworte auch nicht, daß die Juden nach andern bürgerlichen oder nach andern Strafgesetzen gerichtet werden sollen als die Deutschen. Allein ich gehe davon aus — und hierin weiß ich mich im Einklange mit dem unverdorbnen Volksempfinden —, daß zwischen den Juden und uns Deutschen ein erheblicher, nicht wegzubringender Unterschied besteht, daß dieser Unterschied viel größer ist, viel tiefer liegt als z. B. der Unterschied zwischen Deutschen und Franzosen und zwischen Deutschen und Polen, und daß der Unterschied so groß ist, daß eine völlige staatsrechtliche Gleichstellung der Juden mit den Deutschen — wie sie jetzt besteht — sich nicht rechtfertigen läßt und in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht zum Schaden der Deutschen ausschlagen muß, daß deshalb diese Gleichstellung in einigen Punkten wieder abgeschafft werden muß. Vor allem muß man beachten, daß das Recht eines Volkes mit seinen religiösen und sittlichen Auffassungen aufs engste zusammenhängt, daß jedes Volk sich und seinem ganzen Charakter entsprechende Recht schafft, und daß daher die Rechte der verschiednen Völker verschieden sind und sein müssen. Ferner muß man bedenken, daß ein Recht überall richtig anwenden nur derjenige kann, mit dessen Grundanschauungen das Recht im Einklange steht, nicht etwa jeder, der die Gesetzesparagraphen auswendig weiß. Die Gesetzesparagraphen können die im Leben vorkommenden Fälle nie erschöpfen; sein Rechtsgefühl muß der Richter oft, recht oft zu Hülfe nehmen. Hieraus folgere ich, daß wir den Juden, da ihr Nationalcharakter, ihre religiösen und sittlichen Anschauungen von den unsern gar zu verschieden sind, keinen Einfluß auf die Gestaltung unsers Rechts und auf unsre Rechtsprechung gewähren sollten, daß wir sie also mindestens von den gesetzgebenden Körperschaften und von den Richterämtern ausschließen sollten. Außerdem kann ich nicht finden, daß die Gerechtigkeit verlangt, daß die Juden sich bestimmten Berufen — die besonders einträglich sind oder großen Einfluß verschaffen — in beliebig großer Zahl zuwenden und uns Deutschen es überlassen, die weniger einträglichen und beschwerlichern Berufe zu ergreifen. Ich würde es vielmehr für gerecht halten, wenn den Juden mindestens betreffs derjenigen Berufe, in denen ihre Rasseneigenschaften besonders schädlich zu wirken geeignet sind, einfach verboten würde, in größerer Zahl sich ihnen zuzuwenden, als es dem Verhältnis ihrer Zahl zu der Gesamtzahl der Bevölkerung entspricht, z. B. betreffs des Berufs eines Rechtsanwalts und eines Redaktörs. Auf den Einwand, der ja vielfach gegen jede Beschränkung der Juden gemacht wird — daß nämlich die Einschränkung unbillig sei, weil die Juden mit uns die gleichen öffentlichen Lasten tragen, dieselben Steuern zahlen, denselben Kriegsdienst leisten —, antworte ich: Allerdings tragen die Juden dieselben Staats- und Gemeindelasten wie wir. Aber dieselben volklichen Lasten (wenn ich so sagen darf) tragen sie nicht. Das Leben, die Kultur eines Volkes erfordert mehr als: Handel zu treiben, Wechsel zu diskontieren, Zeitungen zu schreiben, Prozesse zu führen, Kranke zu behandeln . . . und was der Beschäftigungen der Juden mehr sind. Die erste Voraussetzung unsrer Kultur ist schwere körperliche Arbeit, das ist die Bebauung des heimischen Bodens, der uns ohne Arbeit nicht ernährt, es ist die Kunstfertigkeit unsrer Handwerker, die Arbeit in unsern Fabriken. Wer trägt denn diese Last? Helfen die Juden uns sie tragen? Thun sie nicht vielmehr umgekehrt vieles, um uns diese Last noch besonders schwer zu machen? Wenn also die Juden sich dadurch beschwert fühlen wollten, daß sie etwa nicht Richter werden könnten, so können wir ihnen antworten, daß wir uns dadurch beschwert fühlen, daß sie keine ländliche Arbeiter, keine Handwerker, keine Fabrikarbeiter werden. Daß ich die möglichste Verhinderung des Zuzuges auswärtiger Juden befürworte, brauche ich hiernach wohl kaum zu sagen.

Meine Herren, ich bin am Schlusse. Sie werden aus meinen kurzen Darlegungen ungefähr haben ersehn können, was Sie von mir zu erwarten hätten, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenkten. Es würde mir eine innere Befriedigung gewähren, wenn ich meine Kräfte in den Dienst der monarchisch, christlich und deutsch gesinnten fleißigen Bewohner grade dieses Wahlkreises stellen könnte, und wenn es mir gelänge, den Kreis von seinem jetzigen international- und kulturfeindlich gesinnten Vertreter zu befreien. Aeußere Ehren und Begünstigungen hat ja ein Beamter, der politisch seine eignen Wege geht, nicht zu erwarten. Ich verzichte darauf. Und wer dem Einflusse des Judentums entgegentritt, der bekommt zu seinem eignen Schaden zu verspüren, wie übermächtig dieser Einfluß bei uns bereits ist. Ich muß es über mich ergehn lassen. Den einzigen Lohn meiner Thätigkeit werde ich in dem Bewußtsein finden, meinem Vaterlande, meinen Volksgenossen damit einen Dienst zu erweisen.

Das Verhältnis Deutschlands zu England und die Deutsche Flotte. Eine besonders rührige Gruppe des Deutschen Flottenvereins ist die Ortsgruppe Potsdam (Vorsitzender: Oberlehrer Dr. Weber). Am Mittwoch, den 26. November, hielt die Gruppe eine öffentliche Sitzung im Kaffee Sanssouci ab. Da nun der Vorsitzende selbst, der als packender Redner bekannt ist, den Vortrag des Abends hatte, so war der Besuch ein recht erfreulicher. Das Thema war aber auch so vielversprechend und zeitgemäß wie denkbar; es lautete: Das Verhältnis Deutschlands zu England und die Deutsche Flotte.

In überaus klarer Darstellung gab der Redner zuerst einen Abriß über das Wie des zeitweise gradezu rapiden Emporkommens von Englands Macht und Größe; er berührte jene Zeiten, in denen das Deutsche Volk unbestritten das erste der gesamten Christenheit war, wo gegenüber dem Deutschen Kaiser die englischen und die französischen Könige anerkanntermaßen Fürsten bedeutend geringern Ranges waren, dann die Zeiten unsers Niederganges bis zum dreißigjährigen Kriege mit seinen entsetzlichen, die deutsche Kultur wahrhaft vernichtenden Folgen. Inzwischen hatte England, das bis dahin im wesentlichen ein bloß Ackerbau treibendes Volk gewesen war, unter seiner großen Königin Elisabeth die ersten bedeutenden Erfolge auf dem Wasser errungen: Spaniens stolze Armada war dahin und damit war der Anfang vom Ende der spanischen Vorherrschaft gekommen. Auf die Vernichtung der spanischen Weltstellung folgte die Hollands, und da auch der erste Napoleon England nicht zu besiegen vermochte, so war nun Englands die Meere beherrschende Flotte die erste der Welt.

Der Vortragende kam dann auf die Verhältnisse des neunzehnten Jahrhunderts zu sprechen; wie grade wir Deutsche viele Jahrzehnte hindurch von höchster, fast kritikloser Bewundrung für englisches Wesen sowohl als auch für englische Einrichtungen gewesen wären, wie der Engländer als solcher schon die Vermutung für sich gehabt hätte, ein Gentlemann zu sein, wie Friedrich Wilhelm der Vierte dermaßen für England eingenommen gewesen sei, daß ihn nichts so sehr interessierte als die Berichte Bunsens von dort, und wie sogar noch die Kaiserin Augusta sich nie davon habe frei machen können, in den Engländern Menschen höherer Gattung zu erblicken.

Erst Geschichtsforschern, wie Droysen und ganz besonders Treitschke sei es zu verdanken, daß allmählich die Schleier von dem umhüllten, vielbewunderten Bilde gefallen seien. Auf die Zeiten übermäßigen Anstaunens sei nun eine Periode ebenso übermäßiger, aber auch ebenso unberechtigter Geringschätzung Englands gefolgt. Und nun gab Dr. Weber eine meisterhafte, von höchster Sachlichkeit getragne und leidenschaftslos abwägende Uebersicht über die englischen Machtmittel zur See und was ihnen Deutschland bis heute, ja selbst was ihnen nach Fertigstellung unsrer in Bau gegebnen Schiffe entgegenzustellen hat.

Die Versammlung dankte dem Redner lebhaft für seine von Anfang bis zu Ende fesselnden Ausführungen; sie hatten über eine Stunde gedauert, sie waren also recht lang gewesen, sie waren aber auch nicht einen Augenblick langweilig; kam doch in ihnen der Humor zu Worte als man hörte, daß der englischen Jugend gelehrt wird, „bei uns hause noch der Wolf und der Bär, und unser Nationalessen sei das Sauerkraut." Glückliches England, armes Deutschland!

Mosaik.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Zu der Neuwahl für die Aerztekammer Brandenburg-Berlin haben mehre Aerzte-Vereinigungen in Berlin eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt. Unter den darin genannten vierzig Herren befinden sich zwanzig Juden; von den Stellvertretern sind 17 Juden. —

Im jüdischen Turnverein zu Brüx (Böhmen) stellte Dr. Isidor Weiß die Behauptung auf, die Juden seien eigentlich allein berechtigt, Jahn mindestens als Turner „für sich vorweg zu nehmen". —

Bei den Stadtverordnetenergänzungs-Wahlen zu Briesen (Westpr.) wurden, einem vorherigen Abkommen zwischen den Deutschen und Polen entsprechend, an Stelle von fünf ausgeschiednen Juden zwei Deutsche, zwei Polen und ein Parteiloser gewählt. Wie müssen es die Juden getrieben haben, wenn sich Deutsche und Polen gegen sie zusammenthaten!

Das „Deutsche Nordmährerblatt", alldeutsches Wochenblatt in Olmütz, macht im Anzeigenteile Reklame für die von Prof. J. Singer in Wien herausgegebne „Zeit". —

Der amerikanische Staatssekretär Hay, der seinerzeit das Rundschreiben für die rumänischen Juden an die Mächte richtete, hat dem Rabbiner der Ingle Street-Synagoge zu Evansville auf ein überschwängliches Dankschreiben eine Antwort in hebräischer Sprache zugehen lassen! —

Beiträge für das in Hannover geplante Denkmal für Rudolf von Bennigsen sind zu senden an das Bankhaus Ephraim Meyer u. Sohn zu Hannover.

Großstädtischer Segen. Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden zu Berlin, richtete an die Handelskammer das Ersuchen, die Listen der Personen zur Einsicht des Publikums auszulegen, die den Offenbarungseid geleistet haben, die durch richterliches Erkenntnis entmündigt sind, und deren Konkurs-Anmeldungen wegen ungenügender Masse zurückgewiesen werden mußten. Der Bund weist nach, daß die Zahl der Manifestanten in Berlin 1900 13429, 1901 14866 betrug und am Schluß dieses Jahres sich auf ungefähr 16000 stellen wird, daß ferner 413 Entmündigungen stattfanden und 129 Konkurse wegen ungenügender Masse nicht eröffnet wurden. Da bei der Kredit-Erteilung mindestens die fünf letzten Jahre berücksichtigt werden müssen, kommen für Berlin 85- bis 90000 kreditunwürdige Personen in Betracht, die namentlich die kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden stark gefährden. Die Einsichtnahme auf dem Amtsgericht ist mit großem Zeitverlust verbunden, da sie in verschiedenen Amtszimmern und Gebänden zu erfolgen hat. Listen der zurückgewiesenen Konkursanmeldungen sind überhaupt nicht öffentlich.

Fest-Geschenke!

Die Preise sind teils bedeutend ermäßigt.

Bei vorheriger Einsendung des Betrages erfolgt postfreie Zustellung.

Klassiker-Ausgaben.

Schiller's Werke*).
7 Bände, hochfein gebunden, mit dem Bildnis Schillers . . . . **14 Mark.**

Goethe's Werke*).
10 Bände, hochfein gebunden, mit dem Bildnis Goethes . . . . **20 Mark.**

Hauff's Werke*).
4 Bände, hochfein gebunden, mit dem Bildnis Hauffs . . . . **8 Mark.**

Körner's Werke*).
2 Bände, hochfein gebunden, mit dem Bildnis Körners . . . . **5 Mark.**

Uhland's Werke*).
4 Bände, hochfein gebunden, mit dem Bildnis Uhlands . . . . **4 Mark.**

*) Die bezeichneten Werke sind auch in modernem Einband zu haben. Falls dieser gewünscht wird, bitten wir, das besonders anzugeben.

Fritz Reuter's Werke.
4 Doppelbände, hochfein gebunden . . . . **10 Mark.**
8 Einzelbände, hochfein gebunden . . . . **12 Mark.**

Pracht-Werke.



Die Hohenzollern und das Reich.
Von Fedor von Köppen. 4 Bände. 2192 Seiten, mit 197 Abbildungen nach Originalen erster Künstler nebst 22 Karten, Peachtband. Statt 44 Mk. nur **15 Mark.**

Die Helden und Führer des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert.
Von Max Dittrich. Siebenfarbiger Prachtband mit zahlreichen Vollbildern und über hundert Text-Abbildungen Statt 25 Mark nur **10 Mark.**

Unser Heer.
50 Original-Zeichnungen von Carl Röchling in Lichtdruck auf Karton, Pracht-Mappe mit reichster Goldpressung Statt 35 Mark nur **15 Mark.**

Unsere Marine.
50 Original-Zeichnungen von C. W. Allers in Lichtdruck, Pracht-Mappe. Statt 30 Mark nur **10 Mark.**

Meisterwerke.
25 Blatt in Kupferstich und Radierung nach Originalen der berühmtesten Meister. Pracht-Mappe mit reicher Goldpressung. Statt 20 Mark nur **8 Mark.**

Rasender Roland.
Von Ariost. Mit 79 Vollbildern und vielen Text-Abbildungen von Gustav Doré, herausgegeben von Paul Heyse. 646 Seiten, Groß-Folio, Peachtband mit reichster Goldpressung und Goldschnitt. Statt 102 Mark nur **40 Mark.**

Rom.
290 Original-Abbildungen der Stadt von hervorragenden Künstlern mit schwungvollem Text. Vornehmer Prachtband Statt 25 Mark nur **15 Mark.**

Geschichts- und vaterländische Werke.

Geschichte der Griechen im Altertum.
Von Prof. Dr. F. G. Hertzberg. In hochfeinem Einband m. vielen Doppel- u. Vollbildern, Beilagen, Karten und farbiger Deckelpressung. Statt 12 Mark nur **7 Mark.**

Geschichte der orientalischen Völker im Altertum.
Von Prof. Dr. Ferd. Justi. In hochfeinem Einband mit vielen Doppel- und Vollbildern, Beilagen, Karten und farbiger Deckelpressung. Statt 15 Mark nur **8 Mark.**

Aus Finnland.
Novellen, Studien und Schilderungen von Z. Topelius. 2 Bände, fein gebunden. Statt 14 Mark nur **6 Mark.**

Aus schwerer Zeit.
Roman aus der niederländischen Geschichte von A. S. C. Wallis. 2 Bände, fein gebunden. Statt 10 Mark nur **4,50 Mark.**

Die Vogesen.
Ein Wanderbuch durch den Wasgau in Wort und Bild von Aug. Trinius. Hochfein gebunden mit siebenfarbigem Titelaufdruck. Statt 12 Mark nur **7 Mark.**

Unser Vaterland in Waffen.
2 Bände, hochfein gebunden, mit 108 Kunstbeilagen. Statt 18 Mark nur **12 Mark.**

Die Denkmäler Kaiser Wilhelms des Grossen.
225 Abbildungen mit erläuterndem Text von Dr. Kuntzemüller. Vornehme Ausstattung. Gebunden **12 Mark.**

Krieg und Sieg.
1. Band. Kriegsgeschichten von 1870/71. Herausgegeben von Dr. von Pflugk unter Mitwirkung von hervorragenden Fachschriftstellern und Künstlern. Prachtband mit vielen Bildern, Karten und echter Goldpressung **8 Mark.**
2. Band. Die Kulturgeschichte des Krieges. Von einer gleichen Anzahl Schrift-stellern und Künstlern beschrieben und dargestellt. In derselben Ausführung wie vor **8 Mark.**

Die deutsche Reichsmarine im Kampf u. Sieg vor Taku.
Geschildert von J. Herings. Hochfein gebunden mit über 60 Abbildungen **2,50 Mark.**

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 4. Dezember 1902. Nr. 746.

Gegen die Obstruktion.

Rede des Abg. Liebermann von Sonnenberg in der 225. Sitzung des Reichstages vom 28. November.

Meine Herren, der Herr Abg. Südekum hat, wie man mir sagte — den Wortlaut habe ich nicht angehört —, gestern dem Sinne nach gesagt, es fehlte nur noch meine Unterschrift unter dem Antrage v. Kardorff, um ihn erst recht nett zu machen. Da kennt er mein agrarisches Herz sehr schlecht, wenn er annehmen konnte, daß ich einen solchen Antrag hätte unterschreiben können. Er ist mir aber zur Unterschrift nicht vorgelegt worden; ich bin ebenfalls dadurch überrumpelt worden, wenn auch nicht in der Weise wie Herr Gothein, der, wie er uns gestern erzählte, zwar seit mehren Monaten davon gewußt hat, aber trotzdem überrumpelt wurde.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe ausreichende Gründe, diesen Antrag nicht zu unterschreiben und zu unterstützen. Der Tarif-Entwurf berücksichtigt auch in der Form des Antrags v. Kardorff und Genossen nicht ausreichend die berechtigten Lebensinteressen der deutschen Landwirtschaft und insbesondre auch nicht diejenigen der deutschen Gärtnerei. Ich werde und muß also dagegen stimmen, in welcher Form auch immer hier darüber verhandelt werden sollte.

(Sehr richtig! rechts.)

Sodann ist der Antrag zweifellos außerordentlich flüchtig und wenig geschickt abgefaßt. Es ist darüber schon gestern gesprochen worden. In dem fettgedruckten Eingangssatz z. B. fehlt mindestens ein Komma hinter § 1; aber auch dann ist der Antrag noch unverständlich. Man hätte schreiben müssen: „dem Absatz 1 folgende Fassung zu geben." Außerdem möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß auch die letzten Zeilen des Antrags Kardorff, wo gesagt wird, daß die Zölle unter Nr. 906 auf 15, 12, 10 usw. festgesetzt werden, sehr schwer zu verstehn sind. Wenn man darauf den Zolltarif durchsieht, so kann man in Zweifel sein, für welche Positionen die Herabsetzung gemeint ist.

Endlich habe ich, wie gestern der Herr Präsident es auch für sich aussprach, vom ersten Augenblicke an außerordentlich tiefgehende Zweifel über die Zulässigkeit dieses Antrags gehabt. Diese Zweifel sind heute bei mir nicht behoben, sondern eher noch durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter verstärkt worden. Ich habe die Geschäftsordnung und insonderheit den § 19 zwischen heut und gestern wohl 19mal durchgelesen.

(Heiterkeit.)

Ich muß zugestehn, daß, wenn man den § 19 als einen frei schwebenden, elastischen Gummiring auffaßt, es möglich ist, auf Grund seines Inhaltes alle Artikel des Zolltarifs in eine Diskussion zusammenzufassen; aber davon, daß der ganze Zolltarif auch in einer Abstimmung erledigt werden könnte, steht in der Geschäftsordnung nichts; allerdings steht darin auch nicht das Gegenteil. Für mich liegt die Frage keineswegs klar; ich glaube aber, daß die Auslegung, die man dem § 19 jetzt inbezug auf die Zulässigkeit des Antrags Kardorff zu geben beliebt, dem Geist der Geschäftsordnung durchaus widerspricht.

(Sehr richtig! rechts.)

Daran hat niemand von denen, die die Geschäftsordnung schufen, gedacht, daß es einmal möglich sein würde, den Vorschlag zu machen, einen ganzen starken Band hochwichtiger Bestimmungen hier im Reichstag einfach im ganzen mit wenigen kurzen Reden abzuthun und dann im ganzen in einer Abstimmung anzunehmen. Man hat im § 19 nur die Möglichkeit geben wollen, aus praktischen Gründen gelegentlich einige wenige Paragraphen in der Diskussion zusammenzufassen. — Da also die Zulässigkeit dieses Antrags bei mir auf erhebliche Zweifel stößt, werde ich gegen diese Zulässigkeit stimmen.

Für einen großen taktischen Fehler muß ich es halten, daß man gestern nicht ohne weiters seitens der Herren Antragsteller dem Verlangen der Linken zustimmte und eine Verhandlungspause zur Orientierung über diesen Antrag eintreten ließ.

(Sehr gut!)

Unsre ganze Geschäftsordnung stellt fortwährend Fristen fest, so im § 18: die erste Beratung findet erst drei Tage nach Verteilung des Antrags statt. § 19: die zweite Beratung findet frühestens am zweiten Tage nach Abschluß der ersten Beratung statt. § 20: die dritte Beratung wieder frühestens zwei Tage nach der Verteilung der Zusammenstellung. § 21: davon darf nicht abgewichen werden, nämlich von der Frist, wenn 15 Mitglieder widersprechen. § 22: Anträge von Mitgliedern, auch einfachster Art, dürfen erst drei Tage nach Verteilung beraten werden. Da müßte man doch für diesen wichtigen Antrag, von dem fast die Hälfte des Hauses vorher nichts gewußt hatte, ohne weiters Zeit zur Orientierung lassen und zwar sowohl über seine geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit wie auch über seinen materiellen Inhalt. Daß man es nicht gethan hat, erweckte natürlich den Schein, als ob eine Ueberrumplung beabsichtigt würde und als ob man so rasch wie möglich die Erfolge dieser Ueberrumplung einzuheimsen beabsichtigte. Nun hat uns ja der Herr Kollege Dr. Bachem hernach eine Erklärung abgegeben, wonach das keineswegs beabsichtigt worden ist, wonach man lediglich über die Frage der Zulässigkeit sofort debattieren wollte, während man hernach in bereitwilligster Weise sich dazu verstanden hätte, eine Frist für Prüfung des materiellen Inhaltes zu geben. Es war, als Herr Dr. Bachem auftrat, hier schon über die Zulässigkeit recht lange debattiert worden; ich glaube, die logische Folge, die Herr Kollege Dr. Bachem aus seinen eignen Ausführungen hätte ziehn müssen, war die, daß er seine Rede mit einem Antrage auf Vertagung schloß. Er hätte sich überzeugt haben können, daß auch über die Zulässigkeitsfrage noch sehr viele verschiedenartige und ungeklärte Meinungen vorhanden waren. Er hat diese Konsequenz nicht gezogen und nachher ist noch recht viel und recht lange und erregt weiter debattiert worden. Die Herren von der Linken aber haben ihren Zweck, die Entscheidung aufzuhalten, durchaus erreicht und werden, wie ich glaube, auch auf diesem Wege noch viel mehr erreichen, wenn es zur sachlichen Verhandlung dieses Antrages kommen sollte.

Eigentlich ist der Antrag auch inhaltlich nicht zulässig oder wenigstens führt er in keiner Weise zu dem Ziele, das den Antragstellern vorschwebte. Herr Bassermann hat es uns eben ja mitgeteilt. Man wollte dem Hause eine Menge von namentlichen Abstimmungen ersparen. Das wird auch jetzt schwerlich gelingen, denn der Antrag selber zeigt der Opposition ja den Weg, wie man zu jedem einzelnen Paragraphen wieder neue Anträge einbringen kann, über die hier verhandelt und abgestimmt werden muß. Uebrigens haben die Antragsteller übersehn, daß man so ohne weiters über den Antrag v. Kardorff und Genossen garnicht abstimmen könnte, wie die Antragsteller es sich gedacht haben. Das Haus hat beschlossen, die Abstimmung über den § 1 auszusetzen, bis der Tarif hier durchberaten ist. Nun setzt der Antrag Kardorff für den Tarif die Beschlüsse der Zolltarifkommission, der 16. Kommission ein. Die logische Folge davon ist die, daß erst die Beschlüsse der Zolltarifkommission Position für Position hier geprüft werden müssen, ehe wir überhaupt über den § 1 abstimmen können. Damit ist die Absicht der Herren Antragsteller vereitelt.

Also m. H. Sozialdemokraten, wegen dieses Antrages war der ungeheure Lärm, den Sie gestern machten, garnicht von nöten. Sie hätten darüber lachen sollen; Sie konnten lachen, denn Sie hätten auch ohnedies Ihr Ziel erreicht.

Ich bedaure aufs allertiefste, daß eine große Gruppe in diesem Hause, in der soviele thatkräftige und überzeugte Fördrer der deutschen Landwirtschaft vorhanden sind, sich — ich will keinen unparlamentarischen Ausdruck gebrauchen — hat bestimmen lassen, sich dieser unpraktischen Aktion anzuschließen; sie hätten besser gethan, diese denen zu überlassen, die mit der Regierung besser stehn als sie. Was haben die Deutschkonservativen eigentlich für eine Veranlassung, unserm Auswärtigen Amt seine Arbeiten zu erleichtern, denn darauf kommt die ganze Geschichte nur hinaus.

(Sehr richtig!)

Die Interessen der deutschen Landwirtschaft sollen zumteil preisgegeben werden, damit das Auswärtige Amt mit dem Ausland bequemes Arbeiten hat.

(Sehr richtig!)

Weshalb ist denn der frühere Landwirtschaftsminister Herr von Hammerstein gestürzt? Warum hat er seinen Posten aufgeben müssen? Doch lediglich deshalb, weil er im Regierungskollegium fest daran hielt, daß der Landwirtschaft für Getreide ein ausreichender Zollschutz gewährt werden müsse, und ferner unverbrüchlich fest daran hielt, daß die Viehzölle nach unten fest gebunden werden müßten.

(Sehr richtig!)

Darum mußte er gehn und mußte einem — etwas elastischern — Minister, will ich sagen, Platz machen.

(Heiterkeit.)

Warum sollen wir Freunde der Landwirtschaft hier eine Arbeit leisten, deren eigentliche Urheber garnicht hier im Saale sitzen? Warum sollen wir das Erstgeburtsrecht der deutschen Landwirtschaft, wie es seinerzeit dem Esau passierte, um ein Linsengericht an den schlauen Jakob hier verschachern helfen? Die Macher dieses Handels sitzen in den Wandelgängen.

(Zurufe.)

Ja, Hammacher sagen Sie? meinetwegen Hammacher oder Simon oder wie sie sonst heißen.

(Sehr gut!)

Ich möchte dem Hause den Rat des Herrn Ledebour wiederholen und sagen: Lassen wir die Herren Antragsteller allein für ihren Antrag stimmen! Das wäre das Allerzweckmäßigste, um ihn aus der Welt zu schaffen. Er wird seinen Vätern noch viel mehr Unbequemlichkeiten machen, als ihnen selber lieb ist.

(Sehr gut!)

Wenn die Abstimmung hier erfolgte nach der Stimmung jedes Einzelnen im Hause, so würde sie, soweit ich darüber unterrichtet bin, wahrscheinlich sich so stellen, daß nur die Antragsteller selbst für den Antrag stimmen — vielleicht auch die noch nicht einmal!

(Hört! Hört!)

Aber die deutschen Bauern im Lande, von der masurischen Seenplatte bis zu den Vogesen und von der Wasserkante bis nach den bayerischen Alpen werden sich die Namen derer ansehn, die so das Erstgeburtsrecht der deutschen Landwirtschaft für ein Linsengericht weggeben.

(Sehr richtig!)

Etwas Gutes haben die Lärmszenen gestern ja gehabt. Der Herr Präsident hat selber betonen müssen, solchen Formen gegenüber sei er machtlos. Er hat garnicht all die Ausdrücke rügen können, die gestern gegen allen parlamentarischen Brauch verstießen. Da muß Wandel geschaffen werden. Da wird sich hoffentlich jetzt endlich hier der Mut der Verantwortung überall einfinden, um energisch vorzugehn. Man wird nicht weiter nach dem Rezept des Mannes verfahren, der seinem Hund den Schwanz zollweise stutzte, damit es weniger weh thue.

(Sehr gut!)

Ich meine, auf geschäftsordnungsmäßigem Wege soll unsre Geschäftsordnung gründlich geändert werden. Ich würde das — allerdings mit Bedauern als Vertreter einer Minderheit — selbst mit machen; wir würden darunter selbst leiden, die Minderheit nicht nur auf der Linken, sondern auch auf der Rechten. Aber ich glaube, daß schließlich die ordnungsmäßige Fortführung der Geschäfte des Reichstages auch auf diese Gefahr hin sichergestellt werden muß, damit nicht der Parlamentarismus ruiniert wird durch das Parlament. In gegenwärtigen Zeitläuften können wir die Kritik des Parlaments am allerwenigsten entbehren. Es gab Zeiten, wo einmal eine kurze Diktaturperiode erträglich und mit dem Wohle des Vaterlandes vereinbar gewesen wäre; heute möchte ich unter keinen Umständen dafür stimmen; heute möchte ich die Kontrolle der Regierung durch den Reichstag keinesfalls missen. Wenn eine solche Umänderung der Geschäftsordnung Zeit brauchte, viel Zeit brauchte, so müßte die Zeit gefunden werden. Und wenn darüber der Zolltarif nicht zustande käme, dann — darin hat Herr Bassermann ganz recht — trägt die Mehrheit dieses Hauses nicht die Schuld, überhaupt nicht das Haus, sondern die Regierung, die uns den Zolltarif Jahr und Tag später als an dem Termin brachte, den die Kaiserliche Botschaft bei Eröffnung des Reichstages ankündigte. Hätten wir den Tarif Jahr und Tag früher bekommen, so wären wir damit jetzt fertig. Ich glaube allerdings nicht, wie einige der Herren Vorredner, daß es ein so unerträgliches Unglück sein würde, wenn wirklich die Handelsverträge stillschweigend auf ein Jahr verlängert werden und man uns Zeit läßt, gründlich über einen neuen Tarif zu beraten. Die Industrie würde den kurzfristigen Vertragszustand ja etwas unangenehm empfinden, aber das würde mich freuen; die Industrie würde dann einmal auch am eignen Leibe verspüren, wie es der Landwirtschaft zu Mute ist, und würde eher bereit sein, dieser ebenso entgegen zu kommen, wie ihr früher die Landwirtschaft entgegenkam. Ich halte es also sogar für recht nützlich, wenn das Tarifgesetz nicht zustande käme; und es läßt sich thatsächlich so an, als ob es so sein wird.

Aber auch ein andres werden die gestrigen stürmischen Auftritte im Gefolge haben. Wir werden nun in ganz, ganz kurzer Zeit von einer gründlichen Spaltung und Scheidung in der Sozialdemokratie hören. Herr Bebel hat am 12. November in einer Polemik gegen mich gesagt:

> Nun hat der Abg. Liebermann von Sonnenberg, der neben dem Herrn Abg. Dr. Spahn heute der Führer der Majorität ist — ich sage: es hat der Abg. Liebermann von Sonnenberg sich auch in den heftigsten Anklagen über die Obstrukton ergangen, die wir hier auf dieser Seite des Hauses angeblich machen.

Dann sagt er: Wenn einmal die Herren Liebermann und Konsorten eine erhebliche Stimmenzahl in diesem Hause repräsentierten, dann würden wir erleben, was im Wiener Reichsrat sich vollzieht. Er fährt fort:

> Ich meine, was dort die Parteigenossen des Herrn Liebermann von Sonnenberg unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Lueger leisten, dessen würde sich jeder auf dieser Seite des Hauses in der Seele schämen.
> (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Soz.)

(Zuruf bei den Soz.: Sehr wahr!)

— Nun gut, dann machen Sie es nur wahr! Ich komme gleich darauf.

> Wir würden

— sagt Herr Bebel weiter —

> jeden unsrer Parteigenossen, der sich ähnliche Gemeinheiten und Gewaltthätigkeiten herausnähme, wie sie sich die Parteifreunde des Herrn Abg. Liebermann von Sonnenberg Tag für Tag im Wiener Parlament herausnehmen, mit Schimpf und Schande aus der Fraktion stoßen.

(Hört! Hört!) Nun stoßen Sie zu!

(Bravo! Heiterkeit.)

Nach dem Bericht des „Vorwärts“, den ich hier in Händen habe, sind gestern eine Reihe Ausdrücke Ihrerseits gefallen, die diejenigen in Wien kaum heranreichen: „Räuberbande

„Taschendiebe", „Taschendiebe", „Räuberbande", „Zuhälter"
(Zurufe),

— das steht hier im „Vorwärts". Wenn der Herr Abg. Bebel, der ironisch mich einen Führer der Mehrheit nannte, wirklich noch Führer seiner Partei ist, wird er nicht anders können, als dort gründlich aufzuräumen. Er selber ist unschuldig daran; aber er wird zweifellos die Schuldigen kennen, um die es sich dabei handelt.

M. H., die Herren von der Sozialdemokratie werden es dem Hause nicht verdenken können, wenn es nun daran geht, sich seine Geschäftsordnung so zurecht zu machen, daß die Möglichkeit einer geordneten Geschäftsführung hier wieder geschaffen wird. Im Augenblick ist sie nicht vorhanden, darum muß man schleunigst zweckentsprechend handeln. Der verehrte Herr Präsident sagte am 12. November, als ich den Ausdruck „Schleichwege" gebraucht hatte: „Schleichwege geht ein Abgeordneter nicht, ein Abgeordneter geht immer gradeaus." Darum, meine Herren von der Mehrheitspartei, gehn Sie auch gradeaus! Aendern Sie gründlich die Geschäftsordnung! Und dann gemeinsam vorwärts gegen den gemeinsamen Feind! Dort (zu den Sozialdemokraten) sitzt er!

(Lebhafter Beifall. Heiterkeit.)

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend 1/2 9 Uhr. —

Montag, den 19. Januar, im Eldoradosaale: Erinnerungsfeier an die Errichtung des Deutschen Reiches. Ernster Teil, humoristischer Teil und darauf ein Tänzchen. Die Festordnung wird als Einladung zu Neujahr versandt.

Verband Niedersachsen. In einer vom Obmann des Wahlkreises Braunschweig, Rechtsanwalt Fischer, einberufnen Mitgliederversammlung wurde die nach Aenderung des Verbandes notwendige Gründung der Ortsgruppe vorgenommen. Es kam zur Wahl eines engern und weitern Vorstandes, welch letzterm die Bezirksvorsteher der einzelnen Bezirke angehören. Die Versammlungen der Ortsgruppe finden wie früher, Freitag abends im „Roten Saale" des Saalbaues statt. Auf der Tagesordnung der ersten Versammlung der neuen Ortsgruppe (am 15. d. M.) steht die Behandlung des neu aufgestellten Gemeindewahlprogramms. —

Der Familienabend der Ortsgruppe Braunschweig mußte aus Zweckmäßigkeitsgründen bis zum Januar verschoben werden. —

In Kreiensen fand am 30. November eine von Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und der Deutschsozialen Partei überans stark besuchte Versammlung statt, die nach einem orientierenden Vortrage des Abgeordneten v. Liebermann über die innerpolitische Lage und nachdem der Oberamtsrichter Dr. Brandis (Braunschweig) sein politisches Programm entwickelt hatte, einstimmig beschloß, den letztgenannten als deutschsozialen Kandidaten für den jetzt sozialdemokratisch vertretenen 3. Braunschweigischen Wahlkreis Holzminden-Gandersheim aufzustellen.

Die Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte wird statutenmäßig dazu noch Stellung zu nehmen haben.

Wir geben die interessanten Ausführungen unsers Herrn Kandidaten an andrer Stelle wörtlich wieder. —

Eine im „Stadtpark" zu Halberstadt tagende Kreisversammlung des Bundes der Landwirte beschloß nach einem Vortrage des Abgeordneten von Liebermann einstimmig, eine Eingabe an den Vertreter jenes Wahlkreises, den nationalliberalen Abgeordneten Rimpau, worin dieser ersucht wird, keinenfalls für den Zolltarif zu stimmen, wenn darin nicht wenigstens die von der Tarifkommission beschlossenen Zollsätze für die vier Hauptgetreidearten, Bindung der Mindestzölle für Vieh und die Forderungen des Antrages Wangenheim zu Gunsten des Gärtnerei-Gewerbes enthalten sind.

Ob Herr Rimpau wohl dieser Aufforderung folgen wird? Wenn nicht, dann sind seine Tage als Abgeordneter gezählt.

Verband Westmark. Die Mitglieder der Ortsgruppe Essen (Ruhr) treffen sich jeden Freitag im Restaurant Kiwit (Bergstraße). —

Die nächste Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Köln (Rhein) findet Sonnabend, den 6. d. M. abends 8 1/2 Uhr im Hotel Kaiser Wilhelm, Kaiser Wilhelmring 43 I (Saal Nr 2) statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Entschließung für die Vorstandssitzung in Dortmund am 28. d. M.; 2. Beschlußfassung über die geplante Winterfestlichkeit; 3. Anträge Wagner; 4. Unsre Presse; 5. Verschiednes. Die Einführung deutschbewußter Gäste ist erwünscht. —

In den kommenden Wochen werden die Ortsgruppen Gelsenkirchen und Herne eine planmäßige Verteilung von Weihnachts-Flugblättern vornehmen, die vor dem Einkauf in Warenhäusern und jüdischen Geschäften warnen.

Verband Nordmark. Eine Mitgliederversammlung des 3. Hamburger Wahlkreises (Geest- und Marschlande) stellte für die nächste Reichstagswahl Herrn Generalsekretär Henningsen (Hamburg) als Kandidaten auf, während im 1. Wahlkreise Abg. Raab aufgestellt ist.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8 1/2 Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8 1/2 Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8 1/2 Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Leipzig jeden Montag 8 1/2 Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 5. und 12. Dezember in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Ein neues Märchenbuch vom Reichstags-Abgeordneten Vogel: „Glückskindle", der „Frau Märe" zweiter Band; beide Werke enthalten über 200 Seiten Text in Oktavform nebst vielen Bildern, haben einen Pracht-Umschlag in Golddruck und Rotschnitt und kosten nur je 4,50 Mark. Von der „Frau Märe" ist seiner Zeit auch eine hübsch gebundne Ausgabe ohne Bildschmuck (zu 2,50 Mark) erschienen, die allerdings nur noch in wenigen Stücken vorrätig ist.

Bei dieser Gelegenheit bitten wir unsre Leser und Freunde dringend, ihren Bedarf an Büchern usw. stets nur bei der Deutschnationalen Buchhandlung u. Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52 zu decken und insbesondre ihre Weihnachtsbedürfnisse dort zu bestellen. Die Buchhandlung führt nicht nur Werke deutschnationalen Inhalts, sondern besorgt alle sonst erschienenen Bücher, Musikalien usw. zu denselben Preisen wie jede andre Buchhandlung.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Gr. eleg. lackierter Blechkasten mit 260 St. 4 Mark (gebraucht und beliebt 4,50 Mark) ne alle weitern Unkosten gegen Nachnahme.

arry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas.
12 mal präm.

Kauft nicht bei Juden!

Siegelmarken,

erhaben geprägt und gummiert, in verschiednen Farben,
100 Stück nur 40 Pfg.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt.
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.

Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.
94

Beten u. modern. Mensch sein — Wie f. d. beid. zus. reimt v. Günth. Wohlfarth. f. geb. 2 M. Verlagsh. Paul Wartzel in Leipzig 27. E. Weihn.-B. m. wenige f. deut. Chr.!

Elberfeld.

Deutsches Wirtshaus „Burghof"

Hotel und Restaurant
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung"
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.



Lieferung direkt an Private, daher größte Vorteile. Freie Probesendung durch ganz Deutschland. Pianos von 450 Mark ab

Man kaufe kein Piano bevor man unsern Katal. einges. hat der gr. u. fr. vers. wird.

Roth & Junius
vorm. Aug. Roth, Hofpianofabrik Hagen i. W. Nr. 282.

Nur erste Preise.



Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei

Christian Günther, Leipzig-Plagwitz
Postfach Nr. 80
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.

Die Saison-Neuheiten sind eingegangen.
Fordern Sie mit 5 Pfg.-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Geschmackvolle Geldtasche

aus einem Stück mit beliebigem Stempel (antis. Kernspr., Anschrift od. dgl., 4—5 Reihen)

in **Kalbleder** mit Merkbuch oder echt **Seehundleder** . 3,75 Mark,
in echt **Juchtenleder** . . . 4,— Mark.

Zu beziehn gegen Voreinsendung des Betrages oder unter Nachnahme durch die **Geschäftsstelle dieses Blattes**, Berlin NW 52.

Möbel-Fabrik und Handlung

des Tischlermstr. **Wilh. Hamann,**
Berlin N., Schönhauser Allee 42

empfiehlt ganze Aussteuern und einzelne Stücke in allen Holzarten zu billigen Preisen
+ Musterbuch. +++ Aufstellungen. +++ Versand frachtfrei. +

Eins der schönsten Geschenke

ist das Bild eines Familien-Mitgliedes.

Lebenswahre Vergrösserungen

auf photographischem Wege in vornehmer Schwarzmanier werden nach jedem Bilde hergestellt. Das eingesandte Bild erfolgt unbeschädigt zurück.

Bildgröße 24 : 30 cm,	Kartongröße 38 : 46 cm	= **10 Mark.**
„ 30 : 38 „	„ 46 : 56 „	= **12** „
„ 40 : 50 „	„ 50 : 60 „	= **20** „
„ 50 : 60 „	„ 75 : 85 „	= **30** „

Die gängigste Größe ist 30 : 38 cm.

Weihnachts-Aufträge recht bald erbeten durch die

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Seltenes Angebot!

Meyers kleines **Konversations-Lexikon.**
6. umgearbeitete und vermehrte Auflage, mit über 100 Beilagen, Karten und Bildertafeln. 3 Bände in Halbleder gebunden
statt 30 Mark
für
18 Mark.

Meyers Hand-Atlas.
2. neubearbeitete und vermehrte Auflage, mit 113 Kartenblättern, 9 Textbeilagen und Register aller auf den Karten und Plänen vorkommenden Namen, in Halbleder gebunden
statt 13,50 Mark
für
7 Mark.

Bilz. Das neue **Natur-Heilverfahren.**
Lehr- und Nachschlagebuch der naturgemäßen Heilweise und Gesundheitspflege. 100. Auflage, Jubiläums-Ausgabe mit 10 Modellen, 46 Tafeln und vielen hundert Text-Abbildungen, mit Ergänzung 3 Bände hochfein gebunden
statt 25 Mark
für
12,50 Mark.

Alle drei Werke sind tadellos erhalten!

Der Preis versteht sich gegen Voreinsendung des Betrages bei postfreier Zusendung.

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Winke für deutsche Kaufleute, die im Ausland
Stellung suchen. (England, Frankreich, Spanien.) Herausgegeben von **Dr. Winterstein in Cassel,** Humboldtstr. 30. Zu bez. allein vom Herausgeber gegen Voreinsendung v. 1,10 Mark auch in Briefmark.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Stock.
Ausschank:
Böhmisch, Lichterhainer, Tucherschies Dunkel und Pschorrbräu.
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung.
Emil Krug.

Düren webt seit 600 Jahren die besten **Herrenstoffe.**
Stoffproben sendet direkt und frei das **Tuchhaus Boeykes i. Düren 1 (Rhld.)**

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Kreuzb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“ erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 11. Dezember 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau | Nr. 747.

12

Wochen-Spruch.

Was soll ich aber nun von dem Volke sagen, das den Segen des ewigen Wanderns vor allen andern sich zueignet und durch seine bewegliche Thätigkeit die ruhenden zu überlisten und die Mitwandernden zu überschreiten versteht?

Göthe, Wilhelm Meisters Wanderjahre, 3. Buch, 9. Kap.

Herr Vize-Präsident Büsing und die empfindsame Rasse.

Es war am 4. Dezember 1902, jenem denkwürdigen Tage, an dem aus dem Sitzungssaale des Deutschen Reichstages zum ersten Male ein Abgeordneter durch den Präsidenten hinausgewiesen werden mußte.

Ein neckischer „Zufall“ wollte, daß dieser Erste, der Führer der Sozialdemokratie und der Vorsitzende der Geschäftsordnungskommission, der Jude Singer war. Daß er trotz der Aufforderung des Präsidenten nicht ging, war bei ihm natürlich. Daß der Präsident kein geschäftsordnungsmäßiges Mittel hatte, ihn hinausbefördern zu lassen, war bedauerlich, und so mußte die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen werden. Daß nach Wieder-Eröffnung der Sitzung der Jude Singer wieder auf seinem Platze saß, war begreiflich. Daß der Vizepräsident Graf Stolberg den Juden deswegen öffentlich an den Pranger stellte, war erfreulich, daß aber der nationalliberale zweite Vizepräsident Büsing noch an diesem nämlichen Sitzungstage eine Verbeugung vor der Judenschaft machte — — war unbegreiflich. —

Das kam aber so.

Stadthagen und Wurm, die Rassegenossen des für diese Sitzung mundtot gemachten Herrn Singer, hatten in lieblicher Abwechselung, der eine dreimal, der andre sechsmal das Wort ergriffen und durch ihre Dreistigkeiten eine derartig antijüdische Stimmung im Saale erzeugt, wie man sie selbst in antisemitischen Volksversamlungen selten anzutreffen pflegt. Diese Stimmung entlud sich vielfach in mehr oder minder lauten Unwillensrufen gegen die Juden aus den Reihen der Nationalliberalen, des Zentrums und der Konservativen. Die Antisemiten, denen die im Talmud enthaltne jüdische Selbstkritik, daß der Jude das frechste Geschöpf sei, bekannt ist, erregten sich nicht besonders und beteiligten sich am wenigsten an den Zwischenrufen. —

Auch als der Abgeordnete Stadthagen auftrat und unter wüsten Schimpfereien behauptete, man habe ihm aus dem nationalliberalen Lager zugerufen: „Kann man dem Kerl nicht ein paar hinhauen“, und ferner: „Frecher Jude“, lag für die Antisemiten keine besondre Veranlassung vor, sich einzumischen. Aber als Stadthagen in verworrnen Redewendungen den Zwischenrufern vorwarf, sie hätten sich feige verkrochen und sich nicht zu ihren Zwischenrufen gemeldet, da konnte man nicht mehr feststellen, ob dieser Vorwurf nur an die Adresse der Nationalliberalen gerichtet war oder an die ganze rechte Seite, und daher meldete sich der Abgeordnete von Liebermann zum Worte.

Bevor er es erhielt, sprach noch Bebel und behauptete mit der, diesem alten Parlamentarier eigentümlichen Leichtfertigkeit, sein Parteigenosse Wurm hätte von der äußersten Rechten und aus der Mitte der Herren Antisemiten Ausdrücke entgegennehmen müssen, wie sie stärker und niedriger aus keinem deutschen Munde ausgesprochen werden könnten. Abgeordneter von Liebermann rief: „Was waren das für Ausdrücke, Herr Bebel?“ Da fuhr der grade amtierende Vizepräsident Büsing mit der scharfen Zurechtweisung dazwischen: „Herr Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg, unterlassen Sie die Zwischenrufe“, und Bebel war der unbequemen Antwort überhoben.

Nach ihm erhielt dann Herr von Liebermann das Wort. Das amtliche Stenogramm lautet wie folgt:

Liebermann von Sonnenberg, Abgeordneter: M. H., der Herr Abgeordnete Stadthagen hat sich über Handbewegungen von der rechten Seite des Hauses beschwert, durch die er sich getroffen gefühlt haben will. Der Herr Stadthagen darf nicht voraussetzen, daß die unnachahmliche Grazie seiner Rasse, die seit Jahrtausenden „mit den Händen spricht“, nun auch schon auf die arischen Mitglieder auf der rechten Seite des Hauses übergegangen ist.

(Große Heiterkeit rechts. — Große Unruhe links. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing:

Herr Liebermann von Sonnenberg, es ist nicht zulässig, daß Sie von der Rasse sprechen, zu der der Herr Abgeordnete Stadthagen gehört.

(Große Heiterkeit.)

Liebermann von Sonnenberg, Abgeordneter: Herr Präsident, ich habe in diesem Hause oft die Gelegenheit und das Recht gehabt, von der Rasse zu sprechen, und ich glaube, daß es mein Recht als Volksvertreter beeinträchtigt, wenn ich das nicht darf.

Vizepräsident Büsing:

Herr von Liebermann, von der Rasse eines hier anwesenden Abgeordneten haben Sie hier nicht zu sprechen.

(Bravo links.)

Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung!

(Lebhaftes Bravo links.)

Liebermann von Sonnenberg, Abgeordneter: Ich werde das Wort „Rasse“ also nicht mehr in meinen heutigen Ausführungen gebrauchen.

Vizepräsident Büsing:

Das verlange ich auch, und ich würde es auch nicht geduldet haben.

Liebermann von Sonnenberg, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Stadthagen hat eine scharfe Erwiderung hier provoziert. Wenn er unter Hinweis auf die rechte Seite dieses Hauses von einer Erziehung im Pferdestall sprechen durfte, ohne zur Ordnung gerufen zu werden

(sehr richtig! rechts),

dann durfte ich ihn auch darauf aufmerksam machen, daß die Erziehung des Deutschen Volkes eine andre ist, als die Erziehung des Volkes, dem er angehört.

Vizepräsident Büsing:

Herr Abgeordneter Stadthagen hat von Erziehung im Pferdestall gesprochen, aber nicht mit Hinweis auf eine oder mehre Mitglieder des Hauses.

(Zurufe: doch! doch!)

während Sie speziell den Abgeordneten Stadthagen namhaft gemacht haben.

(Zurufe rechts: Er hat direkt hierher gezeigt.)

Herr Stadthagen hat kein Mitglied des Hauses namhaft gemacht.

Liebermann von Sonnenberg, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Stadthagen hat sich dann beschwert daß Zwischenrufe von der rechten Seite des Hauses erfolgt seien, daß jemand „Jude“ gerufen habe; und er hat es als feige bezeichnet, wenn sich der Herr nicht melde. Ja, ist denn vielleicht hier gefragt worden, wer „Jude“ gerufen hat? Dann würde ich es auch für feige halten, wenn der Rufer sich nicht gemeldet hätte. Damit mich aber niemand für feige hält, will ich mich gern zu zwei Zwischenrufen am heutigen Tage bekennen. Einmal habe ich gerufen: sehn Sie nun ein, daß die Juden unser Unglück sind?

(Sehr gut!)

Und das zweite Mal, als hier ein Jude den andern auf der Rednertribüne ablöste: sehn Sie, da kommt immer ein Jude nach dem andern, das ist die reine Judenschule.

(Große Heiterkeit.)

Herr Stadthagen hat dann von „bösen Worten“ gesprochen, die hier gefallen sind. Ja, „Jude“ ist ein böses Wort jetzt in Deutschland.

Ich habe Herrn Bebel in einem Zwischenrufe aufgefordert zu sagen, was denn, wie er behauptete, eigentlich für schlimme Zwischenrufe von Antisemiten gebraucht seien; er hat darauf nicht zu antworten gewußt. Wiederholt konnte ich ihn nicht fragen, weil mir es der Herr Präsident Büsing verbot. Ich frage ihn jetzt nochmals: was haben die Antisemiten hier zwischengerufen, was ihm nicht gefallen hat? Ich weiß es nicht. Was ich selbst gerufen habe, teilte ich eben mit.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Sie rufen: Nun eben „Jude.“ – Ja, ist denn „Jude“ so ein böses Ding? Sehn Sie das auch endlich ein? Ach, das freut mich.

(Große Heiterkeit.)

Herr Bebel hat einmal vor kurzem ein klassisches Wort hier ausgesprochen, womit über alle seine zukünftigen Reden der Stab gebrochen ist; er sagte: „Behaupten Sie, was Sie wollen, ich behaupte das Gegenteil.“ Herr Bebel, damit kann man schließlich immer recht behalten, natürlich aber nur für diejenigen, die blind glauben und nicht prüfen.

Schließlich bemerke ich noch: wenn man die Geschäftsordnung ändern will, dann soll man anfangen bei § 60, der eine lex imperfecta ist. Man hat den § 60 vor Jahren erweitert und dem Herrn Präsidenten das Recht gegeben, einen Abgeordneten, der sich gröblich gegen die Ordnung des Hauses vergeht, aus dem Saale zu weisen. Man hat angenommen, daß in Deutschland es genügen würde, jemanden herauszuweisen

(Lebhafte Zustimmung.)

Man hat angenommen, daß ein deutscher Abgeordneter solch einer Weisung ohne weiters folgen muß und wird.

(Stürmischer Beifall.)

Ich darf ein bestimmtes Wort, laut Weisung des Herrn Präsidenten Büsing heute nicht in den Mund nehmen; aber ich glaube, daß dies Wort die Erklärung zu dem Verhalten des jüdischen Führers der Sozialdemokraten giebt, welche wir heute erlebt haben. Darum meine ich: wenn man die Geschäftsordnung ändern will, dann soll man mit dieser lex imperfecta anfangen, dann soll man dem Herrn Präsidenten zu der Vollmacht, einen Abgeordneten hinauszuweisen, auch die Vollmacht geben, wenn es nicht anders möglich ist, die Befolgung seiner Anordnung zu erzwingen etwa in der Weise, wie man durch einen Hausdiener einen zudringlichen Hausierer hinauswirft.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir begnügen uns mit dieser thatsächlichen Feststellung des Vorganges und überlassen es dem gesunden Menschenverstande unsrer Leser, sich ein Urteil darüber zu bilden.

Der Abgeordnete von Liebermann hatte, wie wir hören, sofort Beschwerde gegen den Ordnungsruf eingereicht, zog dieselbe aber am andern Tage mit der Begründung zurück, daß er es nicht verantworten könne, bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Reichstages gegen das Präsidium zu demonstrieren, aber an seiner Ansicht festhalten müsse, daß ihm Unrecht geschehn sei. —

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt sich über den Vorfall wie folgt aus:

„Wir verstehn diesen Ordnungsruf nicht im mindesten. Was soll an dem Ausdrucke „Rasse“ Beleidigendes sein? Wir würden uns niemals beleidigt fühlen, wenn man im Reichstage uns als Angehörige der arischen Rasse bezeichnete. In dem Ordnungsruf liegt eigentlich eine gewisse Beleidigung der semitischen Rasse. Diese Beleidigung ist vom Vizepräsidenten Büsing durchaus nicht beabsichtigt worden; aber es liegt doch auf der Hand, daß der Ordnungsruf nur dann verständlich wird, wenn man annimmt, daß eine Anspielung auf die semitische Rassenangehörigkeit eines Reichstagsabgeordneten an sich beleidigend sei. — In derselben Sitzung war die Rechte beschuldigt worden, Schimpfrufe ausgestoßen zu haben. Als Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg den Abgeordneten Bebel fragte, welche Schimpfworte das gewesen sein sollten, antwortete er: „Jude.“ Der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg stellte daraufhin mit Befriedigung fest, daß die Bezeichnung „Jude“ auch in den Augen des Abgeordneten Bebel etwas Beleidigendes habe. Durch diese Feststellung hat eigentlich der Abgeordnete Bebel das Judentum schwer beleidigt, freilich, wie wir gern zugeben wollen, ohne jede böse Absicht. Wir würden uns niemals beleidigt fühlen, wenn man uns im Reichstage zuriefe: „Sie Christ!“ Wie kommt der Herr Abgeordnete Bebel dazu, in dem Zurufe „Jude“ eine Beleidigung zu erblicken? Wenn das Judentum wirklich, wie man oft vorgiebt, die Elite der Menschheit in sich darstellt, so kann es nur ehrend sein, wenn im Reichstage konstatiert wird, daß ein Mitglied der semitischen Rasse und der jüdischen Religion angehört. Im übrigen möchten wir nochmals darauf aufmerksam machen, daß wir alle solche Zwischenrufe lebhaft bedauern und vermieden zu sehn wünschen. Man unterlasse den Lärm grundsätzlich und unter allen Umständen der äußersten Linken. Die ist darin Muster und Meisterin und soll es bleiben. Die Mehrheit des Reichstages würde aber gut daran thun, ihre manchmal gewiß begreifliche Entrüstung zu zügeln und vollkommene Ruhe zu bewahren.“

Der Mahnung im letzten Satze stimmen wir durchaus zu, aber sie ist nicht ganz leicht zu befolgen.

„Glückskindl“.

Wir glauben unsern Freunden keine geringe Weihnachtsfreude zu bereiten, wenn wir ihnen heute berichten, daß unter obigem Titel soeben ein neuer Band Vogelscher Märchen die Presse verlassen hat; wer je die „Frau Märe“*) dieses begabten Schriftstellers gelesen hat, der wird mit fröhlicher Erwartung zu diesem zweiten Buche greifen, sicher, sich nicht getäuscht zu finden.

Man merkt dem Werke an, daß die Kinder des Dichters, die auch für diese Märchen den ersten Zuhörerkreis gebildet haben, seit dem Erscheinen der „Frau Märe“ herangewachsen sind. Im „Glückskindl“ ist, selbst bei schlichtern Märchenstoffen die Vogelsche Darstellung erheblich weicher und tiefer geworden und er schlägt Töne an, die erst für das feinere Gemütsleben

*) 1 Frau Märe. 2 Glückskindl. Märchen und Schwänke für Jung und Alt. Seinen Kindern erzählt von Rudolf Vogel. Mit Bildern von Johannes Gehrts. Prächtig gebunden je 4,50 Mk. Jeder Band ist abgeschlossen und einzeln käuflich. „Frau Märe“, 1. Auflage ohne Bilderschmuck, hübsch geb., 2,50 Mk. Deutschnationale Buchhandlung und Verlagsanstalt, Berlin N.W. 52.



des Jünglings und der Jungfrau ihre volle Wirkung entfalten. Aber an einem hat Vogel unverbrüchlich festgehalten: An dem Märchenton. Nirgends überschreitet er die scharfe Grenze, die diese Dichtungsart von der romantischen Erzählung oder der Novelle scheidet; und daß ihm das so vollkommen gelingt, verdankt der Dichter nächst der Auswahl seiner Stoffe der ausgeprägten Eigenart seines Stils, der Vermeidung aller Attraktionen und der Fertigkeit, jedem Gedanken durch ein klares, kräftiges, sinnenfälliges Bild Ausdruck zu verleihn.

Oft drängen sich die Bilder, ohne sich doch zu verwirren. Für jeden Umschlag der Stimmung und der Situation steht ungesucht dem Erzähler ein neues, fesselndes Bild zu Gebote

Wesentlich vertieft hat Vogel vor allem die Auffassung seiner Stoffe. Mehr und mehr geht er den geheimnisvollsten Empfindungen der Volksseele nach und versteht sie plastisch auszugestalten. In dieser Hinsicht steht „das Waldfräulein von der hohen Mör" unsers Ermessens obenan. In noch ganz andrer Weise als in dem Wodansmärchen der „Frau Märe" bemächtigt er sich hier eines Stoffes, der das Herz unsers Volkes von je aufs Innigste bewegt, und in der Tannhäusersage einen nur unvollkommnen, entstellten Ausdruck gefunden hat. In dem Vogelichen Märchen finden wir die rein germanische Auffassung des Sagenstoffes, die von antiken Göttinnen und Teufelinnen nichts weiß.

Aber vertieft hat sich auch die Charakteristik. Das Märchen widerstrebt aller spitzfindigen psychologischen Motivierung. Es erreicht seine einfachen Zwecke mit einfachen Mitteln, es begnügt sich mit den schlichten kindlichen Gegensätzen, von Gut und Böse, Klug und Dumm, Hoch und Niedrig, Heldenhaft und Feige.

Vogel ist ein zu feinfühliger Märchendichter, um psychologische Probleme aufzurollen; aber innerhalb der enggezognen Grenzen seiner Dichtungsart versteht er es dennoch, Charakterbilder zu schaffen, die dem Kindesalter verständlich — selbstverständlich bleiben und doch auch dem erwachsenen Leser Interesse abgewinnen.

Wer sollte es glauben, daß es möglich wäre, einen Märchenbackfisch zu zeichnen? Vogel hat es fertig gebracht. Sein „Prinzeßchen" in „Hinz und Kunz" ist ein gradezu berückender Backfisch und bleibt dabei gleichwohl die echte Märchenprinzessin, wie sie sich lieblicher und schöner auch das idealste Jungenherz nicht vorstellen könnte: schnippisch, schlagfertig, selbstbewußt, ein wenig enfant terrible, und dabei erfüllt von süßen Ahnungen eines Glückes, für das ihr noch jedes Verständnis abgeht. Das führt dann zu Szenen von so schlichter, herzerfrischender Komik, wie man sie in dem Rahmen eines Märchens nicht zu finden erwartet.

Ein Gegenstück dazu ist der glücksdürstige, naive Schneider in der „Bockstallerlene", der alle Stufen eingebildeten Glückes durchläuft, um schließlich, heilfroh, mit allen seinen Hoffnungen und Erwartungen dort zu stranden, von wo er ausgegangen ist. Es ist bezeichnend für die Vogelsche Eigenart, wie die drastische Komik dieses Märchens allmählich in tiefe Tragik umschlägt, um schließlich in einem humoristischen Finale auszuklingen. Wir würden nicht wissen, wo anzufangen und wo aufzuhören, wollten wir unsern Lesern Beweisstellen für alle diese verschiedenartigen Seiten der Vogelschen Darstellungsweise erbringen.

Denn das, was wir in unsern frühern Besprechungen Vogelscher Märchen hervorheben, muß denn doch auch jetzt wieder als die markanteste Eigenschaft dieses Schriftstellers in den Vordergrund gestellt werden. Vogel ist nach Inhalt und Form von einer erstaunlichen Vielseitigkeit Er paßt sich den heterogensten Stoffen mit Leichtigkeit an und weiß für jeden die wirkungsvolle Form zu finden. Er vertieft sich vollkommen in seinen Gegenstand, und dadurch wird seine Darstellungsweise mit jedem Wechsel des Gegenstands eine andre. Wir würden fürchten müssen, unsre Freunde eines Vergnügens zu berauben, wollten wir in dieser Hinsicht ihrem eignen Urteil vorgreifen; aber für die, welche Vogel noch nicht kennen, wollen wir auch diesmal mit einigen Beispielen nicht zurückhalten

Eine Walküre hat sich dem Ritter Albuin zu eigen gegeben auf seinen Schwur hin, sie nie profanen Augen als seine Gattin zu zeigen. Er wird aufs äußerste gedrängt, bricht seinen Eid und ruft sie mit einem Hornstoß

„So vergebe mir denn der Himmel und mein liebes eheliches Gemahl," rief der Jüngling, außer sich, „wenn ich mein heiliges Gelübde und ihr Gebot verletze!" riß das goldne Horn von seiner Seite an die Lippen und stieß mit Macht hinein.

Ein Ton erscholl — laut, entsetzlich, wie der letzte Angstschrei aus todwunder Brust: ein Schauder drang allen, die ihn vernahmen, durch die tiefste Seele, und es ward einige Augenblicke eine bange, fürchterliche Stille.

Auf einmal drang es aus weiter, weiter Ferne herüber wie Antwort und Widerhall, erst wie ein schwacher Notruf, dann näher, lauter schriller, jetzt fällt ein zweites, ein drittes Horn mit schneidendem Mißtone ein, die ganze Luft, von gellenden Hornstößen zerrissen, ist von tiefem dumpfem Gedröhne erfüllt. Ein furchtbarer Wettersturm bricht los, droben im Bannwald krachen die berstenden Fichtenstämme, abgerissne Zweige peitschten wider die Fenster, Hagel prasselt in Stößen aufs Dach hernieder, und die Helle des lichten Tages weicht fahlem Düster. Weh! Da drangts herein in die Halle, wie Geheul einer unsichtbarer höllischen Meute, gräßliche Stimmen oben, unten, im Rücken, dicht am Ohre, Angstrufe, Notschreie, Gestöhn und wahnsinniges Gelächter, Flammen, zuckende Lichter ringsum — draußen aber gehts trapp — trapp — trapp — trapp — näher, immer näher, wie das Verhängnis. Ein Windstoß, und die Thür fliegt zerschmettert aus den Angeln.

Herein schritt die Gerufne; aber nicht mehr die minnigliche Maid, die sich in demütiger Liebe an des Ritters Brust geschmiegt. Hehr und gewaltig stand sie da in übermenschlicher Gestalt, die Brust bedeckt mit leuchtender Brünne und den Stahlhelm auf dem stolz erhobnen Haupte. Helle Funken sprühten von der Spitze ihres Speeres und das Schwert schlug klirrend auf den Stein, wie sie einherschritt. Ihr Auge aber blickte traurig und ihre Stimme bebte vor bitterm Weh, als sie sprach:

„Weh mir, daß ich je mich wandte zu der sterblichen Menschen wankelmütigem Geschlecht und liebeheischend verließ des Waldsaals einsame Laube! Leid kannte ich nie zuvor, und licht war mir die Seele, wie der Spiegel des stillen Sees, ehe Liebe mich lockte!"

Das ist der dröhnende Schritt des germanischen Epos!

Wir blättern wenige Seiten weiter und finden Brüderchen und Schwesterchen verirrt im Walde. Schwesterchen fürchtet sich:

. . . sie fing an, leise zu weinen, klammerte sich an ihn und schluchzte: „Ach, wie sollen wir nun heimkommen! Ich fürchte mich so, wenn der Bär kommt!"

„Ach", tröstete Brüderchen und schlang seinen Arm um ihren Hals, „vor dem Bären, da fürchte dich nur nicht; mit dem werde ich schon fertig. Ich nehme eine Wagenstange und schmiere Honig darauf; dann fängt er an zu lecken und leckt solange, bis er auf der Wagenstange fest draufsitzt, und dann schlage ich hinten einen Pflock vor, daß er nicht wieder herunter kann!"

Schwesterchen sieht das tapfere Brüderchen treuherzig an und ist sehr getröstet.

„Und dann, weißt du", fährt Brüderchen fort „der Bär — pah! — das ist ja gar kein richtiger Bär; das ist ein verwünschter Prinz; und durch ein Loch in seinem Felle, wo das Gold hindurchschimmert, kann man sehn, daß es ein echter Prinz ist. Der heiratet dich dann, und dann bist du eine Prinzessin und ziehst auf sein Schloß: das ist nett, gell?"

Schwesterchens Augen strahlten. Dann zuckt es nachdenklich um ihr Mäulchen.

„Aber die Muller! — Heiratet er die Muller auch?"

„I wo!" lacht Brüderchen, „Müller heiraten doch nicht! Die wird hernach die alte Königim!" —

Auf einmal schreit Schwesterchen voll Entsetzen auf und versteckt ihr Gesicht an Brüderchens Brust und schreit: „Hu! der große Menschenfresser kommt und der Bär!"

Und im Gegensatze hiermit lese man jene Kinderszene in „Hinz und Kunz":

Nämlich dem Röschofbauern war zur selben Zeit sein kleines Söhnlein schwer erkrankt und lag im Sterben; und wie es so liegt in seiner Fieberhitze, beginnen die Sechs-Uhr-Glocken zu läuten:

Komm, Kindlein, komm, komm!

„Hörst, Vater?" flüstert das Kind und sieht den Vater mit halb jenseitigen Augen an, „die Glocken rufen. Gelt, nun muß ich fort? — aber weißt du, du mußt nicht weinen: Gelt, ich komme wieder?" Und das Kind wird ruhig und horcht auf die Glocken.

Mit eins aber schreit es auf: „Vater, Vater! laß mich nicht fort! Ich will bei dir bleiben!" und schlingt seine Aermchen um des Vaters Hals und stirbt, und draußen verhallt der letzte Abendglockenklang:

Komm — komm!

Jeden Abend von nun an aber, wenn die Glocken riefen, riefen sie den Röschofbauern und zogen ihn hinaus mit Gewalt nach dem stillen Pfade zum Gottesacker. Dort kniet er nieder an dem kleinen Grabe mit den verwelkenden Blumen und den verblassenden Schleifen und bittet den lieben Herrgott im Himmel herzzerreißend um sein Kind.

Unser Herrgott ist gut. Einmal, wie der Röschofbauer kniet und weint und bittet, findet sich, daß ein frisches Grab auf der Reihe ist, ohne Kranz und Schleife. Aber ein holdes Knäblein sitzt darauf mit einem ganz schmutzigen Gesichtle; denn es hatte erst mit den Händchen in der frischen Erde gewühlt und sich dann die Thränen aus den Augen gewischt.

„Armes Kind!“ sagt der Bauer, „was sitzest du hier allein bei sinkender Nacht?“

„Die Männer sind gekommen und haben mein Mütterchen genommen und haben sie hier verscharrt. Der Herr Pfarrer ist auch dabei gewesen und hat gesagt, sie schliefe und würde wieder aufstehn, „gewiß und wahrhaftig“ hat er gesagt! — Und nun sitze ich hier und warte schon so lange, lange, und sie steht nicht auf, und ich rufe immer zu!“

So sprach das Kind und schluchzte leise auf, und die Thränen liefen ihm über das kleine, traurige Gesichtchen.

Da quoll es dem Bauern heiß im Herzen auf, und er nahm das Kind, herzte und küßte es. „Dein Mütterchen ist krank gewesen, sehr krank!“ sprach er zu dem Kleinen, „und sie muß nun lange schlafen, bis sie gesund und fröhlich wieder erwacht. Darauf kannst du nicht warten. Deshalb komm' mit mir, ich will dir ein Bettchen geben, dann schlaf' auch du!“

So ist der Vater zu einem Kinde und das Kind zu einem Vater gekommen; und manch bitteres Kirchhofsweh wäre milder, wenn sich öfter die Hände zusammenfänden, die sich über Gräbern verlangend und liebend nach ewig Dahingeschiednen ausstrecken.

Es giebt, kurz gesagt, kaum eine Saite des Deutschen Herzens, die Vogel nicht zum harmonischen Klingen brächte. Und dabei: So schlicht er sich gibt, ein so ehrbares Gesicht er macht: der Schalk schlägt ihm doch überall ins Genick. Während sich Knaben und Mädchen mit vollem Herzen den einfachen und reinen Bildern hingeben, die ihnen seine Einbildungskraft vorzaubert, haben die Erwachsenen ihre Freude an Vogels Humor und Spottlust. Er wendet sich auch an den Verstand der Verständigen, ohne sich aufzudrängen. In der einfachen Dichtungsart, die er sich erwählt, giebt er eine Fülle von Sentenzen, die, recht gewürdigt, auch dem reifen Manne wertvoll sind. Er wendet sich thatsächlich an Herz und Gemüt unsers ganzen Volkes; und wer ihn in diesem heiligen Streben nicht versteht, der versteht ihn überhaupt nicht.

In dieser Hinsicht steht uns die Märe „vom verwünschten Wald“ obenan und wir dankens dem Dichter, daß er es verstanden hat, dies ernste Thema in der Gestalt eines Märchens zu lösen, das uns auf den entsetzlichen Ruf: „Umsonst ist der Tod!“ die einzig richtige Antwort gibt: „Umsonst ist die Liebe!“ Die Schilderung, die er hier von Eltern- und Kindesliebe gegeben, sollte ewig in unsern Herzen brennen:

„Ach, Herr Bär!“ rief die Mutter und fiel auf die Kniee, hielt aber die Schürze mit den Beeren fest, „habt Erbarmen mit einer elenden Mutter! Mein einzig Kind liegt sich daheim und hungert und jammert!“

„Närrin!“ brummte der Bär, „sie wirds dir nie vergelten, daß du dich ihrethalben in Leibesgefahr begiebst!“

„Was ist an mir gelegen?“ rief das Weib flehend. „Meine Blüte ist dahin und mein Mann tot, und kein Herz freit von neuem. So ist mein Kind mein Ein und Alles auf dieser Welt, und fahre ich dahin für sie, dieweil ich unnütz bin, so mag sie's dereinst ihrem eignen Kindlein entgelten, wenn sie eines am Herzen hat.“

Und nun sei es genug. Nur auf eines möchten wir noch aufmerksam machen: Auf die prächtigen, volkstümlichen Rätsel, die Vogel eingestreut hat. Sie haben die sonst nicht gerade häufige Eigentümlichkeit, unmittelbar aus der Situation herausgewachsen zu sein und daher eine ganz eigenartige Frische und Natürlichkeit zu besitzen. Wir wollen hier nur eines geben:

s' sind drei Reiter übern Rhein gekommen,
Nicht zu Schiffe und nicht geschwommen,
Ohne Brücken und ohne zu sinken,
Hatten Durst und kein Wasser zu trinken,
Trocken die Hufe und trocken die Schuh,
Wie gings zu?

Denen unsrer Leser, die die Lösung nicht selber finden, raten wir, sich das „Glückskindle“ anzuschaffen!

Und den Andern auch!

Alldeutsch oder jungösterreichisch?*)

In allerjüngster Zeit hat ein Aufsatz aus der Feder des Herrn Arthur v. Wallpach die Runde durch jene Preßgebiete gemacht, die seit dem Ausschlusse des Abg. Wolf aus der Fraktion der Alldeutschen, aus der man einen Streit „Wolf-Schönerer“ zu machen suchte, ein geschlossenes Ganzes bilden. Aus der „Ostd. Rdsch.“ verpflanzte sich der Aufsatz Wallpachs in die ostdeutsche Provinzpresse und es erschien derselbe auch gleichzeitig in der Berliner „Deutschen Zeitung“. Das läßt darauf schließen daß die aus der österreichischen alldeutschen Bewegung ausgeschalteten Preßleute ihre Verbindungen dazu benützen, die Ziele der alldeutschen Bewegung in Oesterreich und die Wege, die uns diesem Ziele näher bringen sollen, der Oeffentlichkeit, namentlich aber jener im Deutschen Reiche im unrichtigen Lichte darzustellen. Das ist ihnen zumteil auch gelungen.

Die Rücksicht auf diese Thatsache zwingt uns dazu, dem Gedankengange des Herrn v. Wallpach ein wenig nachzuspüren und die politische Neugeburt eines durch die Innsbrucker Schrerleute gezeugten „Jungösterreichertumes“ auf seine Lebensfähigkeit hin zu prüfen. Die Verwirrungen, die schon jetzt in sonst ruhig erwägenden Kreisen durch die jungösterreichischen Ergüsse des Innsbrucker Lyrikers hervorgerufen wurden, äußern sich zum Beispiel in einer Bemerkung des Schriftleiters der Berliner „Akademischen Blätter“, der von einem Teile des Wallpachschen Aufsatzes sagt, sie sei eine „zutreffende Schilderung des nationalpolitischen Pessimismus der österreichischen Radikalen und seiner Verderblichkeit“. Und worin besteht diese zutreffende Schilderung? Wallpach schrieb:

„Die andern, zu denen wir, von allen bösen Mächten römisch-byzantinischer Finsternis und Heuchelei gedrängt, von Jugend an durch den Volksverrat aller, die sich patriotisch heißen, empört, geradezu hingeführt wurden, als den anscheinend einzigen freien Persönlichkeiten und Neuern, haben uns allen Mut und Glauben an die eigne stolze Unabhängigkeit der Heimat genommen, uns gedemütigt zu Hilfeflehenden und Schützlingen des Zollernreiches .....“

Ist es nicht mehr als auffallend, daß allen diesen Leuten grade jetzt nach dem Falle Wolf, „aller Mut und Glauben an die eigne stolze Unabhängigkeit der Heimat“ genommen wurde, während sie Jahrzehnte hindurch die „anscheinend einzigen freien Persönlichkeiten“ als Führer anerkannten? Und ist es nicht auffallend, daß das neue „Jungösterreichertum“ in den Spalten der „Ostd. Rdsch.“ seine Auferstehung feiert, jenes Blattes also, das mehr als dreizehn Jahre hindurch sich als „führendes“ Organ der „alldeutschen“ Bewegung bezeichnete?

Wen aber erfüllt nationalpolitischer Pessimismus, wo zeigten sich Alldeutsche als demütig Hilfeflehende und Schützlinge des Zollernreiches?

Grade die alldeutsche Bewegung hat die Deutschen in der Ostmark jenen emporkeimenden Pessimismus besiegen lassen, den die matte und thatenlose Führung durch die Liberalen hervorrief. Die alldeutsche Bewegung hat deutsches Volksbewußtsein durch Hinweis auf die kulturelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ostmarkdeutschen wachgerufen und erhalten und eine Frucht dieses Vertrauens in die eigne Kraft der österreichischen Deutschen und der Erkenntnis, daß der österreichische Staat grade die Lebens- und Schaffenskraft der Deutschen zur Erfüllung seiner politischen Aufgaben benötige stärkten die innere Kraft der Alldeutschen Partei. Daß wir je den zur schaffenden Arbeit untauglichen Pessimismus großgezogen haben, blieb zu erkennen der nie ruhenden Einbildungskraft des Innsbrucker Lyrikers vorbehalten. Wo sich aber diese Einbildungskraft zur politischen Angeberei verdichtet, indem sie von „Hilfeflehenden und Schützlingen des Zollernreiches“ fabelt, nähert sie sich bereits jenen Erscheinungen mit germanischen Wortspielereien aufgeputzter litterarischer Entartungen, die sich in Innsbruck ein wohlig Heim schufen.

Den Gegnern unsrer Bewegung haben wir oft genug nachgewiesen, daß diese Bewegung sich auf die eigne Kraft des ostmärkischen Deutschtumes stützen müsse, daß sie das Deutsche Volk zum Bewußtsein dieser Kraft, die ihm innewohnt, erwecken wolle und das österreichische Deutschtum nur aus dieser ihm bewußt gewordnen Kraft heraus seine Stellung im Staate erhalten und für die Zukunft sicherstellen könne.

*) Der obige Aufsatz ging uns mit der Bitte um Abdruck zu. Wir haben der Bitte folgegeben, da dieser Aufsatz nach unsrer Ansicht, ein Wenig zur Klärung der außerordentlich verwickelten österreichischen nationalen und politischen Verhältnisse beiträgt. Die Schriftltg.

zu sein, das sich durch Bismarcks Staatskunst, durch seine Kunst, die politischen Kräfte des Deutschtumes seinem Einigungswerke dienstbar zu machen, ein staatliches Bollwerk im Herzen Europas schuf. Nein, wir tragen jetzt augenblicklich kein Verlangen darnach, in dieses unter dem Hause Zollern errichtete Bollwerk zu kommen. Wir kennen unsre Aufgabe auf unserm Heimatsboden, wir kennen auch die uns feindlichen Mächte. Dieser Kenntnis verdanken wir die Freiheit in unsern politischen Handlungen, die aber, das wird der geistige Schöpfer Jungösterreichs zugestehn müssen, immerhin auch von den Handlungen der Gegner abhängen. Darum kräftigen wir das alldeutsche Bewußtsein im Hinblicke auf politische Möglichkeiten der Zukunft, die nicht allein von den Entschließungen der Ostmarkdeutschen abhängig sind. Wir halten daher Oesterreich für uns Deutsche und für das Deutschtum überhaupt, indem wir uns die politische Herrschaft in diesem Staate zu erringen suchen. Es ist ein Beweis für die reichsdeutsche Unkenntnis unsrer österreichischen Parteiverhältnisse und die politischen Triebkräfte, die da wirken, daß man draußen die Aeußerungen eines aus nichts weniger als lautern Gründen die Feder handhabenden Litteraten zur Grundlage abschließender Urteile über politische Parteien und ihre Ziele wählt. Soviel Verständnis sollte man heute schon draußen besitzen, um zu erkennen, daß man in Oesterreich aus gewissen Gründen den Deutschen die Erfüllung ihrer politischen Aufgaben grade in jenen Kreisen mit allen Mitteln zu erschweren sucht, die ein besonders Interesse am Bestande Oesterreichs haben, aus deren Handlungen aber mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß sie keineswegs geneigt sind, Oesterreich als „Schlüsselstellung der Deutschen in Europa“ gegen das Slawentum zu betrachten und von diesem Standpunkte aus die innere und äußere Politik des Donaureiches zu leiten.

Und es ist ein Beweis für die politischen Absichten der merkwürdigen Leute, die sich so emsig beflissen zeigen, die alldeutsche Politik und die politischen Anschauungen Schönerers in einen Gegensatz zu den Ansichten Bismarcks über Oesterreichs Stellung in Europa zu bringen, dabei aber übersehn wollen, daß Bismarck immer und überall von einem starken deutschen Oesterreich sprach und ein solches im Auge hatte, als er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ und vorher bei verschiednen Anlässen über die politische Haltung der Deutschen in Oesterreich sprach. Bismarck dachte dabei nur an ein deutsches Oesterreich, einen Staat also, in welchem die Deutschen nicht nur nach § 19 der österreichischen Staatsgrundgesetze gleichberechtigt sind, sondern in denen sie auf Grund ihrer geschichtlichen Stellung mit ihrer gegenwärtigen kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung bevorrechtet sind. Einem Staate gegenüber, der, wie das Oesterreich von heute, bewußt die Stellung der Deutschen immer mehr und auf allen Gebieten einzuengen sucht, dessen Leiter von der Unmöglichkeit einer deutschen Staatssprache zu sprechen wagt und den Tschechen gleichzeitig die tschechische Amtssprache zuzugestehn bereit ist, würden sich auch die Meinungen Bismarcks und aller jener Männer ändern, denen es als eine Unmöglichkeit erschienen sein mußte, daß in Oesterreich anders als deutsch regiert werden könnte.

Die anspielenden Vergleiche alldeutscher Politik mit der berüchtigten Halbschlächtigkeit der Deutschen in Oesterreich zur Zeit ihrer Führung durch Herbst und seine streberischen Nachfolger richten sich von selbst. Schönerer und die alldeutsche Bewegung, die Deutschen in Oesterreich überhaupt, haben die Richtung in der innern Politik Oesterreichs, die sich in steigendem Maße auf eine einseitige Begünstigung der Slawen zurichtet und die staatsgrundgesetzlich ausgesprochne Gleichberechtigung aller Oesterreich bewohnenden Völker in eine Bevorrechtung des Slawentums umzuwandeln sucht, nicht hervorgerufen.

Die alldeutsche Bewegung ist im Gegenteil nichts anders als der Ausdruck der auf Seite der österreichischen Deutschen steigenden Erkenntnis, daß sich Oesterreich während der letzten Jahrzehnte ohne Zuthun der Deutschen zu einem „anarchischen Völkergemengsel“ zu entwickeln begann und daß dieser Entwicklung mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Die Zunahme der alldeutschen Bewegung ist daher als ein Beweis der zunehmenden Kraft des Deutschtums in Oesterreich zu betrachten. In ihr ruht die Hoffnung auf die Wiedererringung der politischen Macht des Deutschtums. Wenn daher die Alldeutsche Partei vor allem die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache fordert, so ergiebt sich diese grundlegende Forderung aus der Erwägung, daß alle dem Deutschtume innewohnende Kraft grade durch politische Bevorrechtung zum Ausdruck kommen muß. Sind die Deutschen in Oesterreich zu schwach zur Erringung politischer Vorrechte, hat ihre Eigenart gelitten, dann hätten sie auch die Fähigkeit dazu eingebüßt, Oesterreichs Politik auf jenen Wegen zu erhalten, die Bismarck als die politischen Wege eines starken deutschen Oesterreich bezeichnete.

Die kommende große Weltentscheidung zwischen dem seine Grenzen überflutenden Slawentume und dem europäischen Germanentume fände dann ein für das Slawentum bereitetes Oesterreich.

Wenn es den Deutschen in Oesterreich aber gelingt, dieser in ihren Anfängen ohne Zweifel vorhandnen Entwicklung Herr zu werden, und das muß und kann nur gelingen durch politische Vorrechte, in denen sich die Kraft des Deutschtumes bekundet und die die Möglichkeit zu weiterer Entfaltung des deutschen Machtbereiches im Donaustaate bieten, dann würde die Hoffnung auf ein starkes deutsches Oesterreich keine trügerische sein. . .

In Oesterreich drängt aber alles nach einer andern Richtung.

Wenn daher „Jungösterreich“ durch seinen geistigen Schöpfer von „einem trotzigen Heranwarten des Zerfalles Oesterreichs“ spricht, von einem „heimlich freudigen Mitansehn der Zerbröcklung“, so erkennt es offenbar die Thatsache, daß diese Richtung in der Entwicklung nicht das Werk des Deutschtums in Oesterreich ist, sondern das Werk jener Kreise in Oesterreich, die nicht dazu zu bringen sein werden, ein Oesterreich zu wollen, von dem Bismarck sprach: ein starkes deutsches Oesterreich.

Zur Lage im Reichstage.

In Berliner Inseratenblättern, die eine bemerkenswerte Perversität darin bekunden, daß sie sich als offiziös bezeichnen, ohne es schließlich in Wahrheit zu sein, tauchte vor einigen Tagen die Nachricht auf, daß die Regierung den Führern der Mehrheitsparteien mitgeteilt habe, das Zolltarifgesetz nebst Zolltarif müsse unter allen Umständen bis zum 23. Dezember verabschiedet sein. Die genannten Blätter ziehn daraus den Schluß, die Regierung erwarte zu Neujahr eine Kündigung der Handelsverträge seitens Oesterreich-Ungarns und Italiens. Wir sind in der Lage feststellen zu können, daß von diesem Gewäsch nichts weiter wahr ist als die aller Welt bekannte Thatsache, daß die österreichisch-ungarische Regierung den italienischen Handelsvertrag zu kündigen fest entschlossen scheint. Auf diese Thatsache hat jüngst die Wiener „Neue freie Presse“ die Aufmerksamkeit mit dem Hinweise gelenkt, folgerichtigerweise müsse damit das ganze System der seitens der habsburgischen Monarchie abgeschlossenen Verträge zur Kündigung gelangen. Es gehört nicht viel Witz dazu, um auf Grund dieser Mitteilung in den Berliner Annonzenredaktionen Gerüchte, wie das erwähnte, aus den Fingern zu saugen. Die Reichsregierung weiß offenbar auch selbst gut genug, daß auf die Verabschiedung der Zolltarifvorlage bis Weihnachten unter keinen Umständen zu rechnen ist. Auch wenn die stückweise Abänderung der Geschäftsordnung fortschreitet und damit das Geschäftsordnungs-Geschwätz eine heilsame Abkürzung erfährt, so wären damit doch die Mittel der Obstruktion in keiner Weise erschöpft.

Im „Vorwärts“ hat ein Wiener Genosse den deutschen Sozialdemokraten eine Vorlesung über Obstruktion gehalten, die mit einiger Sicherheit darauf schließen läßt, daß die deutschen

Hieße es aber nicht, diese eigne Kraft schwächen, sie einer festen Grundlage zu weiterer Entwicklung berauben, wenn wir dem österreichischen Deutschtum verschweigen wollten, daß seine Kraft mit in dem Bewußtsein wurzelt, ein Stamm jenes Volkes Abgeordneten, die zu Füßen dieses Meisters gesessen haben, seine Lehren beherzigen werden.

Das von ihm gewählte österreichische Beispiel ist so plastisch, daß wir uns wohl damit werden befreunden müssen, auch in die deutsche Parlamentspraxis die drei verschiednen Systeme der Obstruktion eingeführt zu sehen.

Das erste dieser Systeme besteht darin, daß die Obstruktion die Verlesung der täglichen Eingänge verlangt, von denen gewöhnlich der Präsident bei Eröffnung der Sitzung dem Hause nur eine kurze Mitteilung giebt.

Das zweite Stadium, das man in Oesterreich als die mechanische Obstruktion bezeichnet, bekundet seine Wirksamkeit darin, daß diese Eingänge, zu denen ja auch die Petitionen zu rechnen sind, künstlich vermehrt werden. In Oesterreich ist dies thatsächlich so gehalten und der „Vorwärts“ kündigt an, daß auch die Sozialdemokraten langatmige Petitionen einzubringen gedenken, deren Verlesung sie dann beantragen wollen. Da sie eine Menge von staatsfeindlichen Wünschen auf der Pfanne haben, so werden sie diese Böller wohl knallen lassen. Dabei werden sie eine ganze Reihe von namentlichen Abstimmungen herbeiführen können, mit denen sie ihren Zweck erreichen, die Zeit totzuschlagen.

Und als drittes und letztes Mittel steht ihnen dann noch nach dem Vorbilde der österreichischen Pultdeckelkonzerte der Radau zur Verfügung, den sie ja nach dem Muster der Meininger in einer recht wirksamen Weise zu inszenieren verstehn. Nun bedenke man, daß der Reichstag bisher von 24 Referatengruppen erst vier erledigt hat. Allerdings befinden sich unter den Referenten über die noch zu erledigenden zwanzig Gruppen nur noch drei Sozialdemokraten, nämlich Abgeordneter Reißhaus und zweimal der Abgeordnete Molkenbuhr. Aber gleichwohl wird die Linke durch allerhand Ränke und Kniffe die Verhandlung in der zweiten Lesung aufhalten.

Immerhin aber wird es mit der zweiten Lesung noch verhältnismäßig schnell gehen. Die Sozialdemokraten werden bei jedem einzelnen Referate die Rückverweisung an die Kommission beantragen oder die Rechte wird ihnen selbst durch derartige Anträge zuvorkommen, um dann aus einer andern Fraktion heraus den Uebergang zur Tagesordnung über den Rückverweisungsantrag zu stellen und zu beschließen. Auf diese nicht gerade anmutige, aber erfolgreiche Komödie hat man sich ja bei der Mehrheit eingespielt.

Ein ganz anders Gesicht aber werden die Verhandlungen bei der dritten Lesung bekommen, die an Stelle der sozialdemokratischen Narrenposse gegen den Antrag Kardorff die schweren und ernsten Gründe des rechten Flügels der Konservativen ins Feld führen wird. Diejenigen Konservativen, die in Uebereinstimmung mit dem Bunde der Landwirte in dem Antrage Kardorff eine Preisgabe der deutschen Landwirtschaft erblicken, haben bisher mit der Mehrheit Schulter an Schulter gekämpft um dem wüsten Treiben der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Sie sind dabei sogar weiter gegangen als vielleicht vom Standpunkt der Parteitaktik aus klug war. Sie haben zum teil sogar das Odium auf sich genommen, für die Zulässigkeit des Antrages Kardorff zu stimmen. Um so schwerer wird der Eindruck ihrer schweren sachlichen Bedenken werden und da diese Bedenken im Lande täglich schärfer erkannt werden, so wird man mit einer Durchpeitschung der dritten Lesung nach dem vor zwölf Jahren gegebnen Beispiele kaum rechnen dürfen.

Die Mahnung aus der Breslauer Kaiserrede, die Arbeiter möchten anstatt Sozialdemokraten Arbeitervertreter in den Reichstag senden, kam dem „Vorwärts“ sehr ungelegen. Zunächst kommt er mit der alten Behauptung, daß „die ganze staatliche Arbeiterversicherung einzig und allein der Sozialdemokratie geschuldet sei.“ Weshalb aber die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten dann gegen diese staatliche Arbeiterversicherung gestimmt haben, verrät er nicht. Ferner tadelt der „Vorwärts“: „das Recht auf Arbeit gehört nicht zu den Verpflichtungen, die der monarchische Staat auf sich genommen.“ — — Es giebt ein deutschnationales Arbeiterblatt, das an seinem Kopf als Leitwort stehn hat: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit.“ Das Blatt erscheint allerdings in Oesterreich. Der Mann, der diese Worte im Deutschen Reichstag am 9. Mai 1884 gesprochen hat, war . . . Fürst Bismarck. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist man noch niemals auf diese Forderung zurückgekommen. „Das Recht auf Arbeit gehört eben nicht zu den Verpflichtungen, die die sozialdemokratische Partei auf sich genommen hat.“ Seine Einführung würde der sozialdemokratischen Fraktion allerdings äußerst unangenehm sein, und sie würde ebenso dagegen stimmen, wie sie gegen die übrigen auf der November-Botschaft Kaiser Wilhelms des Ersten fußenden Sozialgesetze gestimmt hat. Was aber alles den „Vorwärts“ nicht hindern würde, auch künftighin zu behaupten, die Monarchie thue nichts für die Arbeiter, und der jetzige Parteivorsitzende Singer sei der allergeeignetste Interessenvertreter des Proletariats.

Auf die Verherrlichung des Judentums in Theaterstücken wies ich schon vor einiger Zeit hin als besonders beachtenswert und gefährlich. Seit Lessings Nathan ist es üblich, für das Judentum sogar durch erdichtete Bühnen-Figuren Stimmung zu machen, und diese werden von der Hauptmasse des Publikums stets mit derselben rührenden Einfalt aufgenommen und beklatscht. Bei minderbegabten Bühnen-Dichtern hat sich für diese Juden-Gestalten ein besondrer Typus ausgebildet, eine leicht zu handhabende Schablone nach dem Rezept: Durch Mauscheln und krumme Glieder drollig, sonst aber im Grunde eine Seele von Mensch, von Gutherzigkeit triefend. Genau nach diesem Muster hat nun auch der Hof-Dichter, der frühere Major Josef Lauff in seinem neuesten Drama „Der Heerohme“ einen Juden geschaffen, mit dem er den Gipfel der Geschmacklosigkeit erreicht haben dürfte. Das sonst im ganzen gar nicht so üble Stück wird jedenfalls durch die Figur des Beschneiders (!) und Schächters (!) Moses Meier Spier arg entstellt. Es spielt im Jahre 1870 am Niederrhein, etwa in Xanten. Offenbar soll der dortige Schächter Buschoff bei der Gelegenheit von der Beschuldigung des Knabenmordes endgiltig rein gewaschen werden. Dem Juden Spier wird sogar das Wort „Antisemitismus“ in den Mund gelegt, ein großer Anachronismus, denn diese Bezeichnung entstand doch erst etwa zehn Jahre später. Abgesehn von alberner Mauschelei und Verbrüderung zwischen Christen und Juden ist wohl das Tollste an dem Stück, daß nicht blos liberale, sondern sogar klerikale Katholiken bei dem Juden sich über ihren Dechanten beschweren. Das würde in Wirklichkeit wohl kaum der katholische Herr Lauff selber fertig bringen. Mit Recht weist der Jude zuerst auf den Glaubens-Unterschied und damit seine mangelnde Zuständigkeit in diesem Streite hin, trotzdem aber nimmt er gleich darauf mit Worten Partei für den verfolgten Helden des Stücks — weil dieser auch ihm Duldung habe angedeihn lassen.

Da wird unsre Geduld denn doch auf eine starke Probe gestellt. Unsre Theater aber sollten endlich einmal gezwungen werden, derartige Stücke in der verdienten Versenkung verschwinden zu lassen, vor allem müßten sich unsre Hofbühnen davon fernhalten. Allerdings stehn wir jetzt in der Aera Ballin-Goldberger!

Dr. W.

Mosaik.

Jüdischer Fatanismus. Am Sonnabend den 7. Septembe (alten Stils) wollte sich ein alleinstehender achtzigjähriger Jud in Starokonstantinowka (Wolhynien) eine Viertelstunde vor de Sichtbarwerden der Sterne, d. h. ungefähr fünfzehn Minute vor dem Aufhören des jüdischen Feiertages, eine warme Spei bereiten und heizte zu diesem Behuf seinen Küchenherd a Da bei den strenggläubigen Juden das Anzünden von Feu während des Sabbats streng verboten ist, erregte die Handlu des hinfälligen Greises, der infolge heftigen Hungers das „A



gehn der Sterne" nicht erwarten konnte, unter den Juden die größte Aufregung. Kaum war der aus dem Schornstein aufsteigende Rauch bemerkt worden, so liefen sie, wie die „Warsch. Dn." schreibt, in höchster Erregung zusammen und berieten, wie als Warnung für andre die „Verletzung" der Sabbatruhe zu bestrafen sei. Einer der Aeltesten der jüdischen Gemeinde machte dabei den Vorschlag, den „Sabbatschänder" nach dem Gesetz Moses zu steinigen. Trotzdem am Sabbat nicht nur das Anzünden von Feuer, sondern auch jede andre Arbeit verboten ist, rissen die Juden das Pflaster auf und warfen die Steine in die Fenster der Wohnung des alten Juden, so daß binnen einer Minute sämtliche Scheiben zertrümmert waren. Ein Wurfgeschoß traf auch den alten Mann am Kopf und verletzte ihn erheblich. Es ist schwer zu sagen, welchen Ausgang die Affaire genommen hätte, wenn sich nicht einige „intelligente Juden" ins Mittel gelegt und die erregte Menge beschwichtigt hätten.

Eine Rasse, die unter sich solche Fanatiker hat, sollte nicht auch noch zu andern fanatischen Thaten, z. B. zu Blutmorden, fähig sein?

Für die Warenhäuser scheint man in Reuß jüngere Linie zu sein, denn das fürstliche Ministerium hat am 5. d. M. beschlossen, die beantragte Besteuerung der Warenhäuser im Fürstentum endgiltig abzulehnen, unter Berufung auf die Zwecklosigkeit jeder Warenhausbesteuerung!

Der Zug nach dem Westen. Die jüdische Gemeinde zu Dirschau, die früher über 600 Mitglieder zählte, ist in den letzten Jahren auf 400 Seelen zurückgegangen. Die Steuerkraft der Gemeinde hat infolge Fortzugs wohlhabender Familien so abgenommen, daß von der Wiederanstellung eines Rabbiners seit Jahren Abstand genommen wurde. Trotzdem beträgt die aufzubringende Synagogensteuer noch 150 v. H. Zuschlag zur Einkommensteuer.

Alldeutsche am Grabe Bismarcks. Unter Führung des Abg. Schönerer trafen am 22. v. M. 26 Ostmärker am Grabe Bismarcks in Friedrichsruh ein und legten dort nach einer Gedenkrede Schönerers Kränze nieder. Abends vereinigte in Hamburg eine große Bismarck-Gedenkfeier die alldeutschen Ostmärker mit den Alldeutschen Hamburgs.

Parität? Das „Regierungsblatt für das Herzogtum Sachsen-Meiningen" bringt in Nr. 185 vom 26. v. M. eine Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, Abteilung des Innern, über die Märkte im Jahre 1904. In einer „Bemerkung" sind neben 6 christlichen Feiertagen 17 jüdische aufgeführt, und in dem Erlaß heißt es: „Anträge auf Verlegung einzelner Märkte sind bei dem Herzogl. Landrat zu stellen." Das Verhältnis der Juden zur Bevölkerung ist etwa 1,25 v. H., während das der Katholiken 1,50 v. H. beträgt. Weshalb mag wohl die jüdische Minderheit durch Aufzählung von 17 Extra-Feiertagen berücksichtigt sein und die katholische gar nicht?

Weihnachts-Einkäufe. Eine außerordentliche Erleichterung für die Geschäfts-Inhaber und ihre Angestellten bedeutet es, wenn die Einkäufe nach Möglichkeit nicht in den späten Abendstunden und in den letzten Tagen vor Weihnachten besorgt werden. Wenn man bedenkt, wie sich die Angestellten der meisten Ladengeschäfte die letzten vierzehn Tage vor dem Feste bis in die sinkende Nacht hinein plagen müssen, wie durch die unvermeidliche geistige und körperliche Abspannung nach solcher Ueberarbeitung das Weihnachtsfest für sie nur bedingungsweise das schönste Fest genannt werden darf, wird man die vorstehende herzliche Bitte des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes verständlich finden und sie auch gern erfüllen. Also nicht am späten Abend und nicht im letzten Augenblick die Geschenke einkaufen!

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Illustrierter Deutscher Flotte kalender in Buchform für 1903, redigiert von Kontre Admiral Plüddemann. Mit 6 farbigen Kunstbeilagen auf Kundstdruckkarten, einer Notenbeilage für Klavier und ungefähr 140 zumteil ganzseitigen Abbildungen. Gesamtumfang etwa 300 Seiten in elegantem, dauerhaftem Einband. Minden (Westf.) Preis 1 Mark.

Weltall und Menschheit. Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker. Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern. Mit ungefähr 2000 Bildern, zahlreichen schwarzen und bunten, sowie vielen Faksimile-Beilagen. Berlin 1902. Heft 15, 16, 17. Preis jeder Lieferung 60 Pfg.

Judentum und Deutschtum. Von Walther v. Reichenau. Ueber den Einfluß der jüdischen auf die deutsche, materielle und besonders höhere Kultur. Stuttgart 1902. 23 S. Preis 50 Pfennig.

Lasker, Liebknecht, Beyschlag. Von A. Commoda. Drei Zwiegespräche. Stuttgart 1902. 187 S. Preis 1 Mark.



Weihnachten 1902.

Auch in diesem Jahre können wir — soweit der Vorrat reicht — unsern Lesern und Freunden

als Weihnachtsgabe

gegen Einsendung von je 1,75 Mark in Marken postfrei liefern:

1. eine Probemappe der Leipziger Illustrirten Zeitung

mit 6 ausgewählten, tadellos neuen Nummern. (Der Ladenpreis jedes einzelnen Heftes ist eine Mark!) Die Leinwandmappe ist ausgestattet mit einem Schreibkalender und Löschkarton, enthält Alpennummern, Kunstnummern, Bismarck-Gedächtnisheft usw und kann später als Schreibmappe dienen. — Die Mappe kann nur als Packet versandt werden.

2. Die zweite verbesserte Auflage des 568 Seiten starken Buches

Bismarck-Denkwürdigkeiten

aus seinen Briefen, Reden und letzten Kundgebungen, sowie nach persönlichen Erinnerungen zusammengefaßt und erläutert von Dr. Paul Liman.

Der Ladenpreis des hübsch gebundnen Buches, dessen Widmung Fürst Herbert Bismarck mit anerkennenden Worten angenommen hat, beträgt **3,50 Mark.**

Beide Werke zusammen liefern wir (ebenfalls postfrei) für 3,25 Mark.

Berlin NW 52. Die Geschäftsstelle.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 11. Dezember 1902. Nr. 747.

Das Ende der Obstruktion.

Der Antrag Gröber im Reichstage, der einen Damm gegen die Verschleppungs-Taktik der Obstruktion bilden soll, hatte folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen, den ersten Satz des § 44 der Geschäftsordnung durch folgende Bestimmung zu ersetzen: „Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von fünf Minuten nicht übersteigen." —

Unterstützt war der Antrag von 221 Abgeordneten, darunter auch die Antisemiten. —

Der erste Satz des § 44 hatte bisher folgende Fassung: „Sofortige Zulassung zum Worte können nur diejenigen Mitglieder verlangen, welche über die Verweisung zur Geschäftsordnung reden wollen."

Mit dieser Bestimmung war der bekannte beispiellose Unfug getrieben, der den Reichstag nun schon seit Wochen an jeder praktischen Arbeit verhindert hat.

Im Reichstage ging es bei der Verhandlung des Antrages am 9. Dezember ruhiger zu als man angesichts der Bedeutung des zur Tagesordnung stehenden Antrages Gröber auf Abänderung der Geschäftsordnung erwartet hatte. Die Tribünen waren allerdings bis auf den letzten Platz besetzt; aber das Publikum, das sich zum großen Teil aus den Elementen zusammensetzte, die jetzt den Reichstag mit denselben Erwartungen besuchen, wie etwa einst die Vorstellungen der Fürstin Pignatelli, kam nicht auf seine Kosten. Die Sozialdemokraten versuchten zunächst durch einen Antrag Singer die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung zu erzwingen, fanden damit aber natürlich kein Glück. Auf Antrag Bassermann wurde über den Absetzungsantrag Singer zur Tagesordnung übergegangen und der Reichstag trat dann in die materielle Erörterung des Antrages Gröber ein, der zunächst von dem genannten Zentrumsabgeordneten eingehend begründet wurde. Nachdem die Abgg. Bebel, Richter und Barth dagegen gesprochen hatten, brachte der Abg. Schele (Wunstorf) einen Abänderungsantrag ein. Nachdem ein von konservativer Seite gestellter Schlußantrag angenommen war, eröffnete der Vizepräsident v. Stolberg die Abstimmung. Trotzdem verlangte der Abg. Singer das Wort und Herr Büsing hielt es für nötig, ihm das Wort zu geben. Hiergegen protestierte der Abg. v. Kröcher. Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg, dem durch den konservativen Schlußantrag das Wort abgeschnitten war, gab folgende Erklärung ab:

„Der Antrag Gröber ist von so weittragender und grundsätzlicher Bedeutung, daß wir, meine Parteigenossen und ich, vorausgesetzt haben, man würde loyaler Weise die Vertreter jeder einzelnen Gruppe darüber zum Worte kommen lassen.

Wir haben s. Z. nur mit schwerem Bedenken unsre Unterschriften zu dem Antrage gegeben und haben dafür unsre besondern Gründe gehabt. — Da es uns durch den unvermutet frühzeitigen Schluß der Debatte nicht möglich ist, diese Gründe darzulegen, und da man ohne eine solche Begründung unsre Zustimmung zu dem Antrage leicht mißverstehn kann, so erkläre ich, daß wir nunmehr gegen den Antrag Gröber stimmen müssen." —

Es machte einen sehr schlechten Eindruck, daß die im sichern Besitze der Macht befindlichen Mehrheit die Diskussion dieses wichtigen Antrages durch Schluß der Debatte abschnitt. Grade hierbei hätte man sehr entgegenkommend sein sollen.

Aber noch bedauerlicher war es, daß die bisher in der Abwehr der Obstruktion stets gewahrte gesetzliche Form zum ersten Male durchbrochen wurde. Der Vize-Präsident Graf Stolberg, dessen energischer und doch korrekter Haltung man in den letzten Tagen durchaus Lob spenden mußte, überhörte, augenscheinlich absichtlich, die Meldung des Abgeordneten Singer zur Geschäftsordnung und schnitt ihm rechtswidrig das Wort ab. — Dieser Umstand wird leider den Sozialdemokraten willkommenen Anlaß bieten, sich als vergewaltigte Märtyrer aufzuspielen.

Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht!

Der Antrag Kardorff wird in der Geschichte des deutschen Parteilebens nicht nur unmittelbar wegen seiner Preisgabe der deutschen Landwirtschaft, sondern auch mittelbar eine traurige Berühmtheit dauernd erreichen: nämlich wegen der heillosen Verwirrung, die er in den Köpfen der Nächstbeteiligten angerichtet hat. An den Tischen der Freikonservativen kann man jetzt täglich die Klage hören: „Der Wahlkampf wird ein sehr unerquicklicher werden, denn unsre eignen Leute verlassen uns." Und in einer Versammlung der konservativen Partei für die Provinz Brandenburg, in der man einen unbegreiflichen Jubel über den Sieg des Antrages Kardorff anstimmte, wurde die mehr als naive Hoffnung ausgesprochen, daß nun auch der Bund der Landwirte seinen Widerstand gegen diesen Antrag Kardorff aufgeben werde.

Die freikonservative Klage, wie die deutschkonservative Hoffnung sind beide dem schlechten Gewissen entsprungen und dem dumpfen Gefühle, mit der Unterzeichnung des Antrags Kardorff einen politischen Selbstmord begangen zu haben, und die Klage hat vor der Hoffnung in diesem Falle nur den Vorzug der dämmernden Erkenntnis.

In der That geht auch durch die freikonservative Fraktion ein Zug tiefer Verstimmung. Daß dieser indes auch nur einen einzigen Unterzeichner des Antrages Kardorff dazu bringen könnte, mannhaft vor der Oeffentlichkeit zu bekennen: „Ich habe mich geirrt und stimme gegen den Antrag", ist natürlich nicht anzunehmen, aber:

„Im tiefen Walde ganz allein,
Da fällt mir's ein, da fällt mir's ein!"

Auch den Deutschkonservativen hat das alte Uebel des Fraktionsgeistes schlimm mitgespielt und die Parteileitung wird einen Bruch in der Partei auf die Dauer kaum verhüten können. Es ist ja sehr erfreulich, daß sie die Parteien im Lande neu zu organisieren bemüht ist. Aber „Niemand näht einen neuen Lappen auf ein altes Kleid, oder der Riß wird ärger denn zuvor!" Gelingt es nicht, die konservative Partei zu einer Volkspartei in des Wortes tiefster und edelster Bedeutung auszugestalten und sie auf den Boden grundklarer Ueberzeugung zu stellen, so werden alle Reorganisationsversuche sie nicht zu retten vermögen.

Wie wenig die in der konservativen Parteileitung neuerdings wieder hervortretende gouvernementale Richtung die innere Ursache des Schadens zu erkennen vermag, beweist die Begründung, die man dem Umfall der deutschkonservativen Unterzeichner des Antrags Kardorff giebt. Am schwersten tritt dieser Mangel an politischer Klarheit in dem führenden Blatte dieser Richtung, der „Kreuzzeitung", hervor. Auch in der letzten Wochenschau beschäftigte sie sich wieder mit den von landwirtschaftlicher Seite gegen sie erhobnen Anklagen. Sie giebt zu, daß „an sich den Vertretern der Landwirtschaft, die mit den Verständigungsbedingungen nicht einverstanden sind, weil sie sie für ungenügend halten, nicht unbedingt Unrecht gegeben werden

kann." Aber sie meint, daß trotzdem unter dem „höhern Gesichtspunkte politisch-patriotischer Notwendigkeit" dem Antrage zugestimmt werden müsse, da sonst die Obstruktion siege. Und sie meint, daß zu solcher Selbstüberwindung und Opferwilligkeit, die das „für richtig Erkannte thue, ohne mit der Wimper zu zucken, mehr Mut und Charakter gehöre, als die Wiederholung kräftiger Schlagworte, die sich im Chor zwar vortrefflich ausnehmen, den unerbittlichen Thatsachen gegenüber aber sehr bald ihre Ohnmacht erweisen und deshalb von praktisch erfahrnen Politikern vermieden werden sollten."

Toller können die Dinge doch wirklich nicht auf den Kopf gestellt werden, als es hier geschieht. Die „Kreuzzeitung", die wenigstens bisher in der Landwirtschaft das festeste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie erkannt hat, giebt zu, daß der Antrag Kardorff die Landwirtschaft ruiniert. Sie weiß ganz genau, daß er zu einer neuen Treibhausperiode der Industrie und damit zur Proletarisierung des Deutschen Volkes führen muß. „Gegenüber diesen unerquicklichen Thatsachen" mußte sie doch als „praktisch erfahrne Politikerin" alles daran setzen, um eine Mehrheitsbildung für diesen als so schädlich erkannten Antrag zu verhindern.

Nun erkannte die „Kreuzzeitung" auch ganz klar, daß das Verhalten der Sozialdemokraten, gewollt oder nicht, dazu führen müsse, das Urteil über die nationalwirtschaftliche Schädlichkeit der Vorlage zu trüben. Noch am 28. November, also am Tage nach der Einbringung des Antrages Kardorff, wies sie darauf hin, wie recht der Abg. Eugen Richter damit gehabt habe, als er sagte, die obstruierende Linke betreibe nur das Zustandekommen des neuen Zollgesetzes. „Der erfahrne Politiker" — schrieb sie — „hat trotz seiner prinzipiellen Opposition gegen den neuen Zolltarif sich doch als ein klügerer Taktiker erwiesen, als die Abgeordneten Singer und Dr. Barth. Wir wiederholen: Das Vorgehn derer um Singer, Bebel und Barth hat schließlich die Vereinbarung der zolltariffreundlichen Elemente des Hauses herbeigeführt, ja hat die noch abseits Stehenden gradezu genötigt, sich einem gemeinsamen Vorgehn anzuschließen."

Gleichwohl ist die „Kreuzzeitung" in die Falle gegangen und verhilft einem Gesetze zur Annahme, das sie als neuen Nährboden der Sozialdemokratie und als den Todesstreich für den deutschen Bauernstand erkannt hat. Aber nicht genug damit; Herr Professor Kropatschek entblödet sich nicht, denjenigen Konservativen, die in ehrlicher Ueberzeugungstreue bis zum letzten Atemzuge für die deutsche Landwirtschaft kämpfen, vorzuwerfen, daß sie ihre „patriotische Pflicht verletzten und das Vaterland in entscheidungsschwerer Stunde schmählich im Stich lassen." So zu lesen in der „Kreuzzeitung" vom 1. Dezember 1902!!!

Es würde den Inbegriff aller politischen Gleichgiltigkeit bedeuten, wenn man an diesem nicht mehr wegzuleugnenden schweren Gegensatze in der konservativen Partei mit geschlossenen Augen vorübergehn wollte.

Der Kaiser für die Reichstags-Diäten! Se. Majestät der Kaiser hat in Breslau eine Rede an eine Arbeiter-Abordnung gehalten, worin er an die Gesamtheit der deutschen Arbeiter die dringende Mahnung richtet, sich von der Verführung der Sozialdemokratie loszusagen und staatstreue Arbeiter-Kandidaten beiden Reichstagswahlen aufzustellen.

Welchen Wert der Kaiser darauf legt, daß diese seine Rede auch überall den Arbeitern bekannt wird, geht aus den Anordnungen hervor, die für Veröffentlichung derselben durch Aushang in den Arbeitswerkstätten usw. getroffen sind.

Es ist vollständig ausgeschlossen, daß ein Mann von dem Scharfsinn Sr. Majestät übersehn kann, daß Arbeiterkandidaturen zum Reichstage ohne Diäten eine Unmöglichkeit sind. — Der Kaiser ist wieder einmal viel klüger als seine Räte gewesen, die nunmehr schon schleunigst einen Gesetz-Entwurf auf Gewährung von Diäten für die Reichstagsmitglieder einbringen werden.

Der Kaiser weiß, daß diese Maßnahme einen schweren Schlag gegen die Sozialdemokratie bedeutet, die durch Parteidiäten ihren Anhängern die Annahme von Reichstagsmandaten ermöglichen, und sie dadurch abhängig vom Geldsack der Singer und Genossen macht.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I. Vereinshaus: „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend ½9 Uhr. —

Die geschäftliche Sitzung am 1. Dezember war recht gut besucht; auch Gäste von nahestehenden deutsch-völkischen Vereinigungen waren zugegen. Der Vortrag des Herrn Zell über das neu erschienene Buch „Der Deutsche und sein Vaterland" von Dr. Gurlitt fand eine sehr beifällige Aufnahme, und die lebhafte Aussprache, die dem Vortrage folgte, zeigte, in welch' hohem Maße das Thema die Zuhörer gefesselt hatte. — Hierauf beschloß man einstimmig die Verteilung eines Weihnachtsflugblattes zur Aufklärung des kaufenden Publikums über die jüdischen Ramschgeschäfte und Bazare und zum Schutze der christlich-deutschen Kaufleute. Ein von der Versammlung gewählter dreigliedriger Ausschuß wurde mit der Besorgung und Verteilung des Flugblattes betraut.

Wie man hört, sollen in Leipzig zwischen den Vertretern der sogen. Ordnungsparteien bereits Besprechungen zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehns bei der nächsten Reichstagswahl und der Unterstützung eines gemeinsamen nationalen Kandidaten (Prof. Dr. Hasse) stattgefunden haben. An den „Deutschsozialen Verein Leipzig" ist man aber nicht herangetreten, was um so mehr zu verwundern ist, als die Deutschsoziale Partei doch hier noch über eine ganz respektable Zahl von Anhängern verfügt und ihr Führer, Herr Liebermann von Sonnenberg, grade in Leipzig zahlreiche Freunde hat. Wie die Sachen hier in Leipzig liegen, wird es der Mitarbeit und Anstrengung aller nationalen Parteien und Vereine bedürfen, um einem nationalen Kandidaten gegenüber der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Jedenfalls sieht sich der Deutschsoziale Verein infolge des ebengeschilderten Vorganges gezwungen, in der nächsten geschäftlichen Sitzung zu der Frage Stellung zu nehmen.

Montag, den 19. Januar, im Eldoradosaale: Erinnerungsfeier an die Errichtung des Deutschen Reiches. Ernster Teil, humoristischer Teil und darauf ein Tänzchen. Die Festordnung wird als Einladung zu Neujahr versandt.

Verband Westmark. Im Auftrage der Ortsgruppe Gelsenkirchen-Schalke-Bismarck des Alldeutschen Verbandes sprach in Schalke am 2. d. M. im Saale des Herrn Thiemeier unter dem Vorsitze des Herrn Professor Kannengießer Herr Superintendent Klingemann (Essen) über: „Wo wohnen Deutsche und was sind wir ihnen schuldig?

In klarem, allgemein verständlichen, anderthalbstündigem Vortrag schilderte der begabte Redner die Kämpfe und Leiden der Deutschen im Ausland und schloß mit dem Aufruf, sich aller Deutschen anzunehmen, wo sie auch auf der Erde wohnen mögen, zum Wohle aller Deutschen und unsers teuern, deutschen Vaterlandes. Stürmischer Beifall belohnte den Redner. Bei der darauf folgenden allgemeinen Aussprache meldete sich der Obmann der Ortsgruppe Gelsenkirchen des Verbandes Westmark der Deutschsozialen Partei, Herr Kaufmann Marr, zum Wort. Herr Marr dankte dem Vortragenden für seine echt deutschen Worte und fragte an, wie es komme, daß ein so guter Verband wie der „Alldeutsche" Juden aufnehme. (Hört, hört!) Ihm sei es vor einigen Jahren unmöglich gewesen, dem Alldeutschen Verbande beizutreten, weil die Ortsgruppe Mülheim (Ruhr) Juden aufgenommen habe, die nach seiner Meinung international seien, einen Staat im Staate bildeten, und überall an der Seite derer zu finden seien,

von denen sie die meisten Vorteile zu erwarten hätten. Mit solchen Leuten ließe sich doch nicht für echtes, reines Deutschtum kämpfen? (Heil! Wacker!) — Der Herr Superintendent erklärte darauf, es sei ihm fremd, daß Juden im Alldeutschen Verbande Aufnahme fänden, denn Semiten seien keine Deutsche. Wenn aber wirklich eine Ortsgruppe jüdische Mitglieder habe, so könne der ganze Verband nicht dafür verantwortlich gemacht werden. — Redner erwähnte dann noch den Besuch des Kaisers in Essen anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeit Krupps, er bedauerte, daß es eine deutsche Presse gäbe (Zuruf: Judenpresse!), die es wagte, solch furchtbare Beschuldigungen auf einen der besten deutschen Männer zu schleudern. (Lebhafter, langanhaltender Beifall!)

Mit Dankesworten an den Redner schloß Herr Professor Kannengießer die Versammlung und stehend sangen die Anwesenden das alte deutsche Kampfeslied: „Deutschland, Deutschland über alles."

Verband Niedersachsen. Die Ortsgruppe Braunschweig hält am Freitag, den 12. Dezember, abends pünktlich 9 Uhr in Brünings Saalbau (roter Saal) eine Sitzung ab mit nachstehender Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Vortrag nebst verschiedenen Besprechungen; 3. Verschiednes.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:
in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",
in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;
in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;
in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Dubbenhauer, Baringstr.;
in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monate 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
in Leipzig jeden Montag 8½ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);
in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
in Nordhausen am 12. und 19. Dezember in den „Drei Linden";
in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Unsre Leser und Freunde bitten wir dringend, ihren Bedarf an Büchern usw. stets nur bei der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52 zu decken und insbesondre ihre Weihnachtsbedürfnisse dort zu bestellen. Die Buchhandlung führt nicht nur Werke deutschnationalen Inhalts, sondern besorgt alle sonst erschienenen Bücher, Musikalien usw. zu denselben Preisen wie jede andre Buchhandlung.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Israel im Heere. Um den Juden, die sich auf verschiedne Weise dem Militärdienste zu entziehn suchen, das Entweichen zu erschweren, wurde im Jahre 1886 in Rußland gesetzlich bestimmt, daß für jeden Juden, der sich dem Militärdienste entzieht, die Familie des Betreffenden mit einer bedeutenden Geldstrafe belegt wird. Trotz dieser Maßregel wurden, wie der „Wilenski Westn." mitteilt, im Verlaufe von fünfzehn Jahren allein im Wilnaer Guvernement nicht weniger als 2500 jüdische Familien wegen Dienstentziehung eines ihrer Glieder bestraft; diese Strafgelder betragen insgesamt 800 000 Rubel. Wieviel von dieser Summe eingezogen wurde, wird von der genannten Zeitung allerdings nicht angegeben.

Strafbarer Eigennutz. Der Kaufmann Aron Lucks aus Chrzanow ist Inhaber des „Straßburger Hut-Bazars" zu Dresden. Am 29. August d. J. erließ er nachstehende Ankündigung: „Straßburger Hutbazar. Die bisher innegehabten Lokalitäten, Amalienstraße 1, geben wir auf und findet Sonnabend, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, die Eröffnung unsrer neuen Geschäftsräume, Amalienstraße, Ecke Serrestraße, statt, verbunden mit einer ‚Gratis-Zugabe'. Es gelangen an den ersten und jeden zehnten zahlenden Käufer im ganzen 10 Preise zur Verteilung." — Das Gericht sah diese Zugeberei als eine öffentliche Ausspielung beweglicher Sachen an, und da Lucks die nötige polizeiliche Erlaubnis nicht eingeholt hatte, darf er fünfzig Mark Geldstrafe entrichten.

Wegen Weinfälschung standen der Weinhändler Max Abraham und der Kaufmann Sigismund Weiß zu Landau (Pfalz) vor dem Landgerichte. Abraham soll nach der Anklage gewerbsmäßig Wein hergestellt haben unter Verwendung eines Aufgusses von Zuckerwasser, Hefe und künstlichen Moststoffen, während Weiß sich der Beihilfe schuldig gemacht haben soll, indem er gewerbsmäßig aus Rosinen und Tamarinden eine zur Weinbereitung dienende Flüssigkeit herstellte und in vorliegendem Fall an Abraham verkaufte, obwohl er wußte, daß sie zur Weinbereitung verwendet werden sollte. Abraham kauft kleine Pfälzer und Elsäßer Weine ein und stellt dann aus diesen einen sogen. rationell gezuckerten Wein her, indem er auf ein Fuder rund 700 Liter Naturwein, 300 Liter wässrige Zuckerlösung und 30 bis 40 Liter Hefe nimmt. Auf eine an die Polizei gelangte Anzeige, daß Abraham von Weiß fünf Fässer Flüssigkeit bezog, machte die Polizei in dem Abrahamschen Keller einen Besuch und fand auch wirklich die dem Weiß gehörenden Fässer geleert vor. In demselben Keller lagerten vier Zehnfuderfässer, deren Inhalt sich in voller Gährung befand. Aus diesen Fässern wurden Proben entnommen und die Fässer dann unter Siegel gelegt. Die entnommenen Proben erhielten drei Chemiker zur Untersuchung und außerdem unterzogen sie eine Reihe von Weinkennern einer Geruchs- und Geschmackprobe. Die Chemiker stellten übereinstimmend bei zwei von den vier Proben übermäßig viel Säure, und zwar Milchsäure, fest, die wahrscheinlich durch stichige Hefe erzeugt worden ist, aber auch auf andre Weise hineingelangt sein kann. Die Geschmackprobe fiel im allgemeinen nicht ungünstig aus; bei einzelnen Proben gingen die Gutachten indes auseinander. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der beiden Angeklagten einen Monat Gefängnis, 2000 Mark Geldstrafe und Einziehung des bei Abraham beschlagnahmten Weines. Das Gericht beließ es dagegen bei einer Geldstrafe von 500 Mark.

Sittliche Juden. Weil er zwei junge Mädchen auf der Straße belästigte, muß der Kaufmann Richard Litten zu Schneidemühl 300 Mark Geldstrafe zahlen. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt. —

Verhaftet wurden in Philadelphia drei Männer, die im Verdacht stehn, Verteilungs-Agenten eines internationalen Mädchenhandel-Syndikats zu sein. Sie führen die Namen Louis Schön, Nathan Schwartz und Abe Fink.

Briefkasten.

N. Barmen. Frdl. Dank für den General-Anzeiger.
B. Frankenthal. Heil und Dank.
Cl. Mannheim. Findet in nächster Nummer Verwendung.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Eins der schönsten Geschenke

ist das Bild eines Familien-Mitgliedes.

Lebenswahre Vergrösserungen

auf photographischem Wege in vornehmer Schwarzmanier werden nach jedem Bilde hergestellt. Das eingesandte Bild erfolgt unbeschädigt zurück.

Bildgröße 24 : 30 cm,	Kartongröße 38 : 46 cm	=	10 Mark.
„ 30 : 38 „	„ 46 : 56 „	=	12 „
„ 40 : 50 „	„ 50 : 60 „	=	20 „
„ 50 : 60 „	„ 75 : 85 „	=	30 „

Die gängigste Größe ist 30 : 38 cm.

Weihnachts-Aufträge recht bald erbeten durch die

Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.





Möbel-Fabrik und Handlung

des Tischlermstr. **Wilh. Hamann,**
Berlin N., Schönhauser Allee 42

empfiehlt ganze Aussteuern und einzelne Stücke in allen Holzarten zu billigen Preisen
+ Musterbuch. +++ Aufstellungen. +++ Versand frachtfrei. +

Jeder Leser

braucht einen **Kautschukstempel.** von 2.70 Mark an liefere einen vollst. Druckapparat zum Drucken von Adressen, Karten, Zirkularen usw.
Musterbuch Nr. 1: Kautschukstempel.
Musterbuch Nr. 2: Druckapparate.
E. Kaiser gen. **Stempel-Kaiser**
Berlin N., Invalidenstr. 100.

Elberfeld.
Deutsches Wirtshaus „Burghof"
Hotel und Restaurant.
Zwei Minuten vom Hauptbahnhof.
Elektrisches Licht, Zentralheizung.
„Staatsbürger-Zeitung"
„Deutsch-Soziale Blätter."
Inh. A. Kirstein.

Seltenes Angebot!

Meyers Kleines Konversations-Lexikon.

6. umgearbeitete und vermehrte Auflage,
mit über 100 Beilagen, Karten und Bildertafeln,
3 Bände in Halbleder gebunden
statt 30 Mark
für
18 Mark.

Meyers Hand-Atlas.

2. neubearbeitete und vermehrte Auflage,
mit 113 Kartenblättern, 9 Textbeilagen und Register aller auf den Karten und Plänen vorkommenden Namen,
in Halbleder gebunden
statt 13,50 Mark
für
7 Mark.

Bilz, Das neue Natur-Heilverfahren.

Lehr- und Nachschlagebuch der naturgemäßen Heilweise und Gesundheitspflege.
100. Auflage, Jubiläums-Ausgabe mit 10 Modellen, 46 Tafeln und vielen hundert Text-Abbildungen, mit Ergänzung 3 Bände, hochfein gebunden
statt 25 Mark
für
12,50 Mark.

Alle drei Werke sind + tadellos erhalten! +

Der Preis versteht sich gegen Voreinsendung des Betrages bei postfreier Zustellung
Deutschnationale Buchhandlung und Verlags-Anstalt,
Berlin NW 52, Paulstraße 15.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber dem rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Zeitung", „Deutsche Wacht", „Deutsch-Soziale Blätter" und andre deutsche Zeitungen liegen aus.

Victoria-Zwieback

ist der feinste
Naturbutter-Zwieback der Welt.



Fürsten und Könige führen ihn auf ihrer Kaffeetafel. Eleg. lackierte Blechkasten m. 260 St. 4 Mark (gebrauchtsnur beliebt 3,50 Mark) franko ohne alle weiteren Unkosten gegen Nachnahme.

Harry Trüller,
Celle 83
Größte Zwiebackfabrik Europas
12 mal präm.

Düren

webt seit 600 Jahr die besten **Herrenstoffe**
Stoffproben sendet direkt und franko:
Tuchhaus Boeykes i. Düren I (R. [illegible])

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz
Lohstraße 3, Erdgeschoß u. 1. Et.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucher'sch Dunkel und Pschorrbräu
Vorzügl. Speisen. Flotte Bedienung
Emil Krug.

Vergesset der armen Epileptischen und ihrer Leidensgefährten nicht!

In dankbarer Erinnerung . viele erfahrene treue Liebe, bli... wiederum unsre Pfleglinge ... Bethel, Sarepta, Nazareth, Wilhelmsdorf und Freistatt auf das ... Weihnachtsfest und bitten alte und neue Freunde, auch diesmal ... nicht zu vergessen.

Die Zahl unsrer epileptischen Pfleglinge, die sich an diesem Weihnachtsfest wieder unter den Weihnachtsbäumen der Zionsgemeinde einfinden werden, ist nun schon über 1800 gestiegen und noch immer dringen neue Scharen hinzu und flehen um Aufnahme. —

Noch größer ist in diesem Winter die Not der nächsten Leidensgefährten unsrer Epileptischen, der Arbeitslosen und Heimatlosen von der Landstraße. Wir haben nahezu 500 Plätze für sie bereit gestellt und doch heißt es auch hier schon wieder es ist kein Raum mehr da. Dazu kommt die große Schar von kleinen, kranken und verwaisten Kindern die hoffnungsvoll nach der Krippe von Bethlehem ausschauen.

Wir werden von Herzen dankbar sein für jede Gabe jeglicher Art mit welcher die Liebe unsre Hände füllen will, damit wir die Weihnachtstische für weit über 4000 Personen decken können.

Es hofft nicht vergeblich zu bitten

Bethel bei Bielefeld, Weihnachten 19[illegible].

F. v. Bodelschwingh,
Pastor.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 18. Dezember 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 748.

Wochen-Spruch.

Die Juden sind eine politisch-religiöse Sekte unter strengem theokratischem Despotismus der Rabbiner. Sie stehn in engem Verein, nicht bloß für einen bestimmten kirchlichen Lehrbegriff, sondern sie bilden auch eine völlig abgeschlossene, erblich verschworne Gesellschaft, für gewisse politische Grundsätze und Gebote, für das gemeine Leben und den Handelsverkehr, für eigne Volksbildung, die ein stufenweises Fortschreiten zu höherer Kultur ausschließt, und für kastenartigen Familiengeist, dem insbesondre vollkommne physische Absondrung von allen Nichtjuden gebotweise eigen ist.

Joh. Ludw. Klüber, Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses usw. 3. Abt., S. 390

Die Beschimpfung Krupps bleibt ungesühnt.

Der Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel zu Berlin hat am 13. d. M. an den „Vorwärts" nachstehendes Schreiben gerichtet:

In Nr. 268 des „Vorwärts" vom 15. November 1902 ist ein Artikel „Krupp auf Capri" erschienen, der Verdächtigungen des Wirklichen Geheimen Rats Friedrich Alfred Krupp enthält.

Herr Krupp hat sofort telegraphisch und am nächsten Tage schriftlich mit Beziehung auf diesen Artikel bei der Staatsanwaltschaft des hiesigen Landgerichts I Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Grund dessen ist durch Beschluß des Königlichen Amtsgerichts I vom 17. November 1902 die Beschlagnahme der Nr. 268 des „Vorwärts" angeordnet und ausgeführt worden.

Am 22. November 1902 ist Herr Krupp gestorben.

Hierdurch ist dem Angegriffnen die Möglichkeit genommen, durch sein eidliches Zeugnis die gegen ihn erhobnen Verdächtigungen zu widerlegen.

Seinen festen Willen, die Haltlosigkeit der ihm gemachten Vorwürfe vor Gericht nachzuweisen, hat er wiederholt, auch durch Stellung des Strafantrages, bekundet.

Von dieser Erwägung geleitet, hat die Witwe des Verstorbnen, Frau Krupp, erklärt, daß sie, durchdrungen von der Gewißheit der Schuldlosigkeit ihres Gatten, Wert darauf lege, daß der Streit um den Verstorbnen in der Oeffentlichkeit möglichst zur Ruhe komme. Es sei ihr deshalb an der gerichtlichen Bestrafung der Urheber und Verbreiter der Gerüchte nichts mehr gelegen.

Bei dieser Sachlage erachte ich eine weitere Strafverfolgung nicht mehr als im öffentlichen Interesse liegend und werde ich deshalb dem gestellten Strafantrage keine weitere Folge geben.

Wegen Aufhebung der Beschlagnahme der Druckschrift ist das Erforderliche veranlaßt.

In einer Erklärung der Direktion der Kruppschen Werke zu Essen, die allen Werks-Angehörigen durch Anschlag bekannt gegeben wurde, heißt es dagegen:

„Frau Krupp hat unter diesen Umständen der königlichen Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß sie einen Wunsch auf Fortsetzung des Verfahrens nicht aussprechen wolle und die Entscheidung der Staatsanwaltschaft anheimgebe."

Beide Angaben decken sich nicht miteinander, ganz abgesehn davon, daß die Witwe nicht berechtigt ist, den Strafantrag ihres Mannes zurückzuziehn, und ganz abgesehn davon, daß es ein ganz ungewöhnliches Verfahren ist, wenn die Staatsanwaltschaft in solch breiter Form dem Angeklagten die Gründe für die Einstellung eines Strafverfahrens darlegt. Und seit wann hat ein Beleidigter seine Unschuld zu beweisen? Ist nicht vielmehr der Beleidiger gehalten, die Richtigkeit seiner Behauptungen nachzuweisen?

Darüber, daß hier ein ganz bedeutendes öffentliches Interesse vorliegt, giebt es nur eine Stimme — nur der Herr Oberstaatsanwalt ist andrer Ansicht. Das legt die Vermutung nahe, daß nicht Frau Krupp an die Behörde, sondern daß die Behörde an Frau Krupp herangetreten ist.

Der Seltsamkeiten enthält der Fall Krupp also viele.

Wir können nur unser tiefstes Bedauern über diesen Abschluß der Angelegenheit aussprechen.

Das Deutsche Volk hatte hierbei den Anspruch auf Wahrheit, auf volle Wahrheit, nachdem der Kaiser mit seiner Person für die Unschuld des Verstorbnen in so Aufsehn erregender Weise eingetreten war.

War der Monarch durch seine Informatoren getäuscht, so mußte diesen die volle Schwere der Verantwortung auch öffentlich aufgebürdet werden.

Die Einstellung des Strafverfahrens gegen den „Vorwärts" ist ein schwerwiegender Erfolg der Sozialdemokratie. „So häuft Gewicht sich auf Gewicht und ihre Masse zieht uns schwer hinunter."

Der Kampf um den Zolltarif ist beendet.

Graf Bülow triumphiert. Die Regierungsvorlage ist mit wenigen unwesentlichen Abänderungen Gesetz geworden. Dies Ergebnis dankt der Graf hauptsächlich den Sozialdemokraten, die wieder, wie zu Zeiten des Grafen Caprivi, die Stützen der Regierungspolitik gewesen sind. Diesmal allerdings wider den eignen Willen. Aber die Formen, die sie ihrem Widerstand gegen das Zolltarifgesetz im Reichstage gaben, zwang Gegner und Freunde des Gesetzes zum Kampfe gegen die Obstruktion, die den Fortbestand des Reichstages in Frage zu stellen geeignet war. Diesen erbitterten Kampf der Ordnungsparteien gegen die Revolutionspartei benutzte in geschickter Weise Graf Bülow, um in der Konservativen Partei die Mehrheit der Abgeordneten für den Gedanken zugänglich zu machen, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie die Hauptsache sei, und daß man, um diesen siegreich durchzuführen, sich rasch über den Zolltarif einigen müsse, dessen Ablehnung ein gewaltiger Triumph für die Sozialdemokraten sein würde.

Das Zentrum machte diese Politik mit Vergnügen mit. Es erhielt sich dadurch als Regierungspartei und konnte sich vor seinen agrarischen Wählern durch den Umfall der Konservativen decken. Nebenbei erreichte es noch den weitern Vorteil, daß die Nationalliberale Partei sich erheblich Blößen gab, indem sie nach dem Eisenacher Ruck nach links nun wieder nach rechts pendeln mußte, und damit die Möglichkeit eines großliberalen Bundes abermals in die Brüche gegangen ist. Stark und einig steht wieder nur das Zentrum da.

In der Konservativen Partei gähnt ein klaffender Riß. Der Vorstand des Bundes der Landwirte hat in einem Rundschreiben an seine Vertrauensmänner, das wir an andrer Stelle wörtlich abdrucken, in sehr ernster und nachdrücklicher Weise den Umfall der Konservativen gemißbilligt und den entschlossenen Willen ausgedrückt, bei den nächsten Wahlen nur rückgratfeste Männer zu unterstützen. Es ist heute noch gar nicht abzusehn, wohin das führen kann.

Die antisemitischen Abgeordneten beider Richtungen haben sich durch die diplomatischen Kunststücke der Bülow-Presse nicht verblenden lassen. Sie haben den nach reiflicher Ueberlegung eingenommenen Standpunkt festgehalten und geschlossen gegen das Tarifgesetz gestimmt. Die Gründe für dieses Verhalten faßt der Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg in der Sitzung vom 11. Dezember noch einmal kurz zusammen. Er lieferte den Nachweis, daß man sehr wohl die Obstruktion aufs schärfste bekämpfen und nebenbei Gegner des Zolltarifs bleiben konnte. — Seine Ausführungen hatten folgenden Wortlaut:

M. H. Da ich ganz genau weiß, daß der Ausdruck „Heuchelei" parlamentarisch unzulässig ist, wenn man ihn auf Abgeordnete anwendet, so werde ich mich wohl hüten, das zu thun.

(Heiterkeit.)

Ich werde nur sagen: die Herren, die hier mit übergroßer Emphase und aller ihnen zu Gebote stehenden Beredsamkeit der Mehrheit dieses Hauses den Vorwurf machen, als ob von dieser Seite die ordnungsmäßige und sachliche Behandlung des Zolltarifs verhindert worden sei — sich sehr im Irrtum befinden.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat vorhin herzbewegliche Klagen darüber angestimmt, daß man seine Partei mit ihren Verbündeten so sehr schlecht behandelt habe, daß man sie nicht habe zum Wort kommen lassen, ja, daß man sie gradezu mundtot gemacht habe. Nun, die erste Lesung hat 9 Sitzungen in Anspruch genommen, die zweite Lesung 38, in der Kommission hat man 112 Sitzungen abgehalten; zusammen sind es also 159 Tage, während derer man sich über den Zolltarif unterhalten hat; und daß die Herren auf der Linken den Löwenanteil der dabei gehaltenen Reden ihrem Konto zumessen müssen, das können Sie der Statistik gegenüber nicht in Abrede stellen. Ueber Mundtotmachen kann sich die Sozialdemokratie also nicht gut beklagen. M. H. Wenn ich den Zolltarif in seiner gegenwärtigen Fassung überhaupt für etwas gutes hielte, dann würde ich von der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung, die unter Hintansetzung ihres Parteivorteils sich an die Sozialdemokratie dicht heran gedrängt hat

(sehr richtig! rechts und in der Mitte),

sagen können: sie sind ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Denn ihnen allein hat die Regierung es zu verdanken, daß sie diesen Zolltarif erhält.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie Ihrerseits nicht durch Obstruktion die sachliche Verhandlung unmöglich gemacht hätten, würden zweifellos von Seiten der Rechten so viele sachliche Bedenken gegen diesen Zolltarif zum Ausdrucke gekommen sein, daß er in dieser Form unter keinen Umständen Gesetz geworden wäre.

(Sehr richtig! rechts.)

Bei Ihnen hat sich die Regierung für ihren Erfolg zu bedanken.

Nun, m. H., die beweglichen Klagen der Sozialdemokratie über „Vergewaltigung" und „Mundtotmachen", denen sich auch soeben der letzte Herr Redner der Freisinnigen Vereinigung angeschlossen hat, wären sehr leicht zu widerlegen, wenn ich jetzt einen historischen Rückblick über den ganzen Verlauf unsrer Verhandlungen geben wollte, die im Zeichen der Obstruktion standen, — wenn ich die Fülle von beweiskräftigen Beispielen für die von den Herren angewandte Methode hier anführen wollte. Das will ich nicht thun; ich will nur eine Thatsache herausgreifen, um zu kennzeichnen, wie außerordentlich „ernst" die Herren drüben es mit ihren Anträgen genommen haben. Ich habe hier den stenographischen Bericht der 216. Sitzung vom 14. November, der Sitzung, worin die lex Aichbichler beschlossen und zum ersten Mal mit Zetteln abgestimmt wurde. Da erhob Herr Singer auf der Linken einen feierlichen Protest dagegen, daß ein Schriftführer auf der Rechten nicht die Zettel persönlich in die Urne gelegt, sondern geduldet hätte, daß dies die Abgeordneten thaten. Da erhob sich Herr Bebel mit ernstem Gesicht und sagte, er wüßte wohl, welche schwere Anklagen er erhöbe; er sagte wörtlich: „Das ist ein Verfahren, was notwendigerweise Mißtrauen auf dieser Seite gegen die Loyalität der Handhabung der Abstimmungen hervorrufen muß". Dabei hatten die sittlich entrüsteten Herren schon vergessen, daß sich unter den am selbigen Tage von ihnen vorgeschlagnen Abänderungen zum Antrag Aichbichler auch eine befand, die hinter dem Worte: „zu sammeln" einfügen wollte: „die Mitglieder haben eigenhändig die Abstimmungskarten in die Urne zu legen." Also was die Herren selbst nicht nur für zulässig gehalten, sondern als praktisch empfohlen hatten, hielten sie einen Augenblick später für eine „Verletzung der Loyalität". Und da verlangen Sie wirklich, daß man im Lande draußen glauben soll, Sie seien bei Ihrer Obstruktion durchaus nur sachlich verfahren, Sie hätten nur eintreten wollen für „den bedrohten Parlamentarismus!" Nun, man wird auf diese Dinge noch öfters zu sprechen kommen hier und im Lande. Die Herren von der Sozialdemokratie, die sich hier ihrerseits so oft beschwert haben, daß die Geschäftsordnung gebrochen sei, müßten doch bedenken, was sie selber bei jeder Gelegenheit gethan haben, wo sie das Heft in den Händen hatten.

Ich habe mir die Mühe gemacht, die Berichte von Ihren Parteitagen durchzusehn; von andrer Stelle ist Ihnen einiges daraus auch schon vorgehalten worden. Ich will eine Thatsache herausgreifen, die besonders bezeichnend ist.

Das „Programm" der Sozialdemokratie ist für die Herren doch eigentlich das, was für andre Leute die Verfassung ist oder noch vielmehr als das. Es ist für Sie der Gesamtinhalt Ihres geistigen Lebens, es ist für Sie in den einzelnen Punkten gradezu Dogma — und wie sind Sie mit diesem Ihrem Programm umgesprungen? Wie haben Sie sich bei Aenderungen Ihres Programms verhalten? Als auf Ihrem Parteitage zu Halle im Jahre 1890 zahlreiche Anträge auf Aenderung des alten Gothaer Programms gestellt wurden, haben Sie zwar die Aenderung beschlossen, aber 40 Rednern zu diesem Gegenstand wurde das Wort abgeschnitten. Alle wurden, um mit Ihrer Formel zu reden: „mundtot" gemacht und abgesägt. Als dann in Erfurt im Jahre 1891 das veränderte Programm beschlossen werden sollte, sprach nur Herr Liebknecht dazu. Dann wurde der Entwurf der Führer en bloc angenommen.

Nun, meine Herren, wenn Sie in solchen für Ihre Gesamtpartei so wichtigen Angelegenheiten derartig diktatorisch verfahren, dann sollten Sie doch etwas vorsichtiger mit Vorwürfen gegen andre Leute sein, die — daß betone ich, obwohl ich als Gegner des Antrags von Kardorff hier stehe — weiter nichts wollten, als die Möglichkeit einer geordneten Führung der Geschäfte im Reichstage aufrechterhalten. Wenn von den Herren, die für den Antrag v. Kardorff hier stimmen wollen, sich niemand zum Worte meldet, so ist das deren Sache; ich bin dankbar dafür, daß heute nicht nur Gegnern des Antrags von links, sondern auch Gegnern von rechts das Wort verstattet wird. Wir sind Gegner des Antrags von Kardorff, weil wir ihn für geschäftsordnungsmäßig unzulässig hielten. Das Haus hat mit Mehrheit entgegengesetzt entschieden, und wir haben uns zu fügen. Ich sagte auch damals schon: ich hielte ihn nicht grade formell unvereinbar mit der Geschäftsordnung, wohl aber mit dem Geiste derselben. Man müßte die Geschäftsordnung als einen sehr elastischen Gummiring betrachten, um den Antrag Kardorff in ihren Rahmen hineinzubringen. Aber vielmehr noch als aus formellen, sind wir Gegner des Antrags aus sachlichen Gründen. Wir wissen ja, was in der dritten Lesung zu den Bestimmungen jenes Antrags hinzugefügt werden wird. Es sollen aus dem Kommissionsvorschlage noch alle diejenigen Bestimmungen beseitigt werden, die vielleicht den einen oder andern trösten könnten über die Annahme des Zolltarifs. Man wird die von der Kommission beantragte Erhöhung der Zölle für Weizen, Roggen und Hafer herausstreichen, man wird die Bindung der Viehzölle nach unten fallen lassen. Der Viehzüchter und Kornbauer wird preisgegeben. Wir werden nicht den Schutz für die Arbeit unsrer deutschen Bauern in der Höhe erhalten, wie er von den vornehmsten Organen der Landwirtschaft, den Landwirtschaftskammern, noch vor kurzem als unumgänglich nötig bezeichnet wurde. Wir haben ja heute eine entgegenkommende Erklärung des Herrn Reichskanzlers gehört. Ja, meine Herren, man kann

nicht sagen, daß es viele Worte waren, aber man kann leider auch nicht behaupten, daß in den wenigen Worten viel Inhalt war, daß daraus eine erhebliche Beruhigung für diejenigen Leute im Lande erhofft werden durfte, die heute mit Furcht und Zagen den neuen Handelsverträgen entgegensehn. Wir wollen ja glauben, daß die Regierung gute Absichten für die Landwirtschaft hat. Sie hat es ihrerseits wenigstens oft genug versichert; aber die Thaten sind bisher ausgeblieben. Wir wollen auch glauben, daß unsre Regierung sich die Ausübung der Veterinärpolizei nicht durch Verträge mit dem Ausland wird beschränken lassen, aber wir haben alle Veranlassung der gegenwärtigen Regierung, ebensowenig starke Nerven zuzutrauen wie all den Regierungen seit Rücktritt des Fürsten Bismarck. Wir fürchten die Reichsregierung wird Preßstürmen gegenüber nicht festbleiben.

Wenn zum Beispiel wieder einmal ein solches famoses Fleischnotgeschrei erhoben und im Lande für Echo gesorgt werden wird, so trauen wir dieser Regierung zu, daß sie sich geneigt fühlen könnte, der sogenannten Volksmeinung entgegenzukommen. Und wie steht es dann mit dem Schutze der Pferdezucht? Die Pferdezucht ist doch anerkanntermaßen ein außerordentlich wichtiger Zweig der Landwirtschaft. Sie ist von höchster Wichtigkeit für die Wehrkraft des Vaterlandes. Wie, um alles in der Welt will der Herr Reichskanzler die Pferdezucht durch strenge Handhabung der Veterinärpolizei gegen Rindvieh-Einfuhr schützen. Schlimm genug, daß in dem Regierungs-Entwurfe, der jetzt bald Gesetz werden wird, die großen wichtigen Interessen der deutschen Landwirtschaft preisgegeben werden, schlimm genug, daß man auch das deutsche Gärtnereigewerbe thatsächlich aufopfern will. Selbst die mäßigen Erhöhungen der Schutzzölle für unsre Gärtnerei, die in der Kommission angenommen worden sind, werden den Gärtnern gar nichts helfen, sondern werden bekanntermaßen als Kompensations-Objekte bei den Handelsverträgen dem Auslande gegenüber zum Opfer fallen. Heute erheben die deutschen Gärtnereibesitzer zum letzten Male Einspruch und bitten ihre Freunde, dafür zu sorgen, daß ausreichende Zölle in den Antrag Kardorff eingesetzt werden. Das ist ja leider in diesem Augenblick und bei der Lage der Sache ganz unmöglich, aber verlesen will ich wenigstens einen Satz aus dem Notschrei, der mir heute brieflich zugegangen ist. Man schreibt mir:

> Es giebt im Deutschen Reiche zirka 120 000 Gewächshäuser und zirka 5 Millionen Frühbeetfenster, welche der gewerbsmäßigen Anzucht von frischen Blumen, Grün, Zierpflanzen und feinern Frühgemüsen dienen und vorwiegend im Besitze von kleinern und mittlern Existenzen sich befinden, welche daraus ihren Lebensunterhalt gewinnen müssen. Durch die schrankenlose und zollfreie Einfuhr aus Italien, Frankreich, Holland, Belgien usw., die noch stetig zunimmt, werden diese Anlagen, welche mit ihren Heizungseinrichtungen, Deckmaterial usw. einen Wert von über 500 Millionen darstellen, fast vollständig entwertet und ihre Besitzer der Verarmung preisgegeben. Der Ertrag der Gärtnereien in den Sommermonaten ist nicht imstande, die heimischen Gärtner wirtschaftlich über Wasser zu halten; dieselben können den Ertrag ihrer Anlagen in den Wintermonaten zu ihrer Existenz nicht entbehren, ohne zu Grunde zu gehn.

Meine Herren, eine Aenderung ist ausgeschlossen; die Mehrheit für den Antrag Kardorff steht fest, aber wohl kann man wenigstens noch an die Regierung in letzter Stunde die Bitte richten, sich, ehe sie neue Handelsverträge abschließt, noch einmal ernstlich zu besinnen, was sie der deutschen Landwirtschaft und ihrem Nebengewerbe der Gärtnerei schuldig ist. Es ist ja sehr schön, wenn, wie ich in den Zeitungen gelesen habe, die Rücksicht auf die lombardischen Gärtner, die die festesten Stützen des Königshauses Savoyen sein sollen, für unsre Regierung maßgebend gewesen sein soll, Zollfreiheit für die Produkte der italienischen Gärtner der Regierung Italiens in Aussicht zu stellen. — Aber, meine Herren, ich meine, die deutschen Regierungen mit den Hohenzollern an der Spitze, sollten doch zuerst an diejenigen denken, die durch Jahrhunderte Gut und Blut für das Haus Hohenzollern eingesetzt haben, die als Soldaten in unsern Volksheeren, die überwiegend Bauernheere waren, die gegenwärtige Machtstellung unsers Vaterlandes erkämpft haben. Sie sollte, früher als an die lombardischen Gärtner, auch an die Erhaltung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen derjenigen Familien denken, die von Alters her die Offiziere für unsre Heere stellten und die stromweise ihr Blut für König und Vaterland vergossen haben.

(Bravo!)

Die Mehrheit, die den Antrag v. Kardorff unterstützt, will — Herr Bassermann hat es ja heute angekündigt — mit einer Abstimmung die ganze Reihe von Anträgen, die zum Zolltarif gestellt sind, beseitigen. Die verschiedenartige Stellung, die der eine oder der andre zu diesen Anträgen je nach ihrem Inhalt nehmen könnte, kann also gar nicht hier zum Ausdruck gebracht werden. Die kleine Gruppe, der ich angehöre, hat versucht, in jedem Falle sich nach der Gerechtigkeit und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Sie hat sich nicht gescheut, gelegentlich auch für Anträge, die von sozialdemokratischer Seite kamen, zu stimmen. Wenn nun über sämtliche vorliegende Anträge, von welcher Seite sie auch immer kommen, zur Tagesordnung übergegangen wird, so müssen wir konsequenterweise gegen dieses radikale Verfahren stimmen, und ich will außerdem, da ich grade das Wort habe, ganz kurz erwähnen, wie wir uns zu den hauptsächlichsten der vorliegenden Anträge gestellt haben würden.

Für die Anträge von Bonin-Bahrenbusch wären wir eingetreten. Es sollten dadurch 140 Positionen von Industriezöllen herabgesetzt werden, um die Parität mit den zu niedrigen landwirtschaftlichen Zöllen auf diese Weise herzustellen. Meine Herren (nach links), da können Sie den hypnotischen Einfluß, den Sie (links) auf die Rechte ausgeübt haben, deutlich erkennen. Ein Teil der selbigen Herren, die diesen Antrag gestellt hatten, wollen sich nunmehr begnügen mit der Herabsetzung von sieben Industriezöllen, also einem Zwanzigstel desjenigen, was von ihnen selbst beantragt war. Dieselben Herren, die kurz vorher noch ihren Fraktionsbeschluß unter allen Umständen aufrecht erhalten wollten, die Bindung der Viehzölle niemals preiszugeben, stimmen für den Antrag Kardorff, dessen zweiter Teil in der dritten Lesung die Bindung der Viehzölle beseitigen wird. — Durch die Formen der Obstruktion, die Sie (nach links) wählten, haben Sie einem Teil der rechten suggeriert, es handle sich gar nicht mehr um den Kampf um den Zolltarif, sondern lediglich um einen Kampf gegen die Machtgelüste der Sozialdemokratie. Darum, ich wiederhole es, ist die Regierung Ihnen, den Sozialdemokraten, den größten Dank schuldig. Sie haben ihr den Tarif in einer ihr genehmen Fassung durchgebracht.

Von den Anträgen, die Herr Bargmann gestellt hatte, hätten wir den zu Position 785 unterstützen können, aber wir hätten dabei eine getrennte Abstimmung beantragen müssen.

Gegen die Anträge Gothein auf Herabsetzung des Zolls für Hirse und andre, im Tarif nicht aufgeführte Getreidearten, die Herr Gothein zollfrei haben wollte, hätten wir uns erklären müssen, desgleichen gegen den Antrag Haußmann, der die Frist der Zollfreiheit für frisches Obst um 30 Tage im ganzen verlängern will. Wir glauben, daß die Frist, die die Kommissionsfassung festsetzt, genügend ist. Desgleichen würden wir uns gegen den Antrag Roesicke auf Herabsetzung des Hopfen- und Hopfenmehlzolls erklärt haben.

Zu dem heute am Eingange der Sitzung verlesenen Antrag Albrecht und Genossen, der 72 Seiten in Schreibmaschinenschrift ausgefüllt haben soll, sachlich Stellung zu nehmen, bin ich außer Stande. Ich habe kein Wort bei der Verlesung verstanden. Ich kenne ihn also nicht, aber ich stimme dagegen.

(Heiterkeit rechts.)

Den Antrag Heyl zu Herrnsheim haben wir mit unterzeichnet. Er will das Meistbegünstigungsverhältnis andrer Staaten zu uns überall gelöst sehn. Leider wissen wir ja aus der Erfahrung mit den Caprivischen Handelsverträgen, daß die Hauptschädigung unsrer eignen Interessen dadurch erfolgt ist,

daß ohne Gegenleistung andre Staaten in den Mitbesitz von Konzessionen gelangt sind, die wir einzelnen unsrer Kontrahenten bei den Handelsverträgen für Gegenleistungen ihrerseits eingeräumt hatten.

Meine Herren, ich komme zum Schluß nun zu der Resolution Albrecht und Genossen, die gestern Abend zur Verteilung kam. Unserm Programme entsprechend muß ich mich für diese Resolution erklären, die die Beseitigung der Zuchthausarbeit für Private befürwortet. Diese Forderung ist in unserm Programm konsequent, weil wir mit der Befürwortung der Einrichtung von Strafkolonien auch die Möglichkeit geben, ohne Schädigung von Einzelinteressen eine solche Beseitigung der Zuchthausarbeit für Private herbeizuführen. Jetzt liegt die Sache doch so, daß eine ganze Reihe von Privaten für Reichs- und Staatsbehörden allerlei Arbeiten auszuführen haben, die man auch in Zuchthäusern herstellen könnte. Wenn nun das Reich und die Einzelstaaten gezwungen wären, solche Arbeiten in den Zuchthäusern anfertigen zu lassen, so verlieren die bisher damit Beauftragten die daraus fließenden Einnahmen und würden sich sehr darüber beklagen. Dieser Uebelstand hat die an sich sonst erstrebenswerte Beseitigung der Zuchthausarbeit für Private unstreitig im Gefolge.

Wir Antisemiten handeln also folgerichtig, wenn wir den Antrag Albrecht und Genossen unterstützen. Unlogisch und inkonsequent aber ist es, wenn die Herren von der Sozialdemokratie ihn stellen. Sie hatten in ihrem alten Gothaer Programm einen Teil ihrer Forderungen als solche gekennzeichnet, die „innerhalb der heutigen Gesellschaft" zu erstreben seien. Dort war unter Ziffer 7 auch die Regelung der Gefängnisarbeit enthalten. Bald aber wollte man die Mittelstandsretterei nicht weiter treiben, und im Erfurter Programm, dem heute giltigen, verschwand ohne Sang und Klang dieser Passus.

(Hört! hört! rechts.)

Dieser Antrag Albrecht bedeutet also den Anfang zu einer neuen Mauserung der Sozialdemokratie, oder man darf ihn nicht als ernsthaft gemeint ansehn. Für die letztere Auffassung spricht der Umstand, daß von jener Seite in den letzten Wochen recht viele Anträge uns zugingen, die nur gestellt wurden, um unsre Beratungen zu verzögern und weil die Antragsteller wußten, daß sie niemals angenommen werden würden. Also wählen Sie, meine Herren Sozialdemokraten. Was ist richtig? Entweder Sie haben hier wieder mal Mittelstandsretterei treiben und sich mausern, oder Sie haben Obstruktion treiben wollen!

Meine Herren, die Sozialdemokratie — ich stelle es nochmals fest — und die mit ihr verbündete Freisinnige Vereinigung dürfen sich als Regierungspartei wider Willen fühlen. Sie haben der Regierung einen genehmen Zolltarif durchgebracht. Ich weiß nicht, in welcher Form der Dank der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommen kann; zum Kammerherrn kann man den Herrn Kollegen Singer kaum machen.

(Heiterkeit.)

Ich schlage der Regierung daher vor, sie möge durch schleunige Ausführung dieser letzten Resolution Albrecht auf Regelung der Gefängnisarbeit den Sozialdemokraten ein wenig entgegenkommen, zumal da sie damit dem Mittelstande nützen könnte.

(Bravo! rechts.)

Das Recht der Deutschen auf Ungarn.

Bei der am 13. August in Csatad im ungarischen Torentaler Komitate aus Anlaß des hundertsten Geburtstages von Nicolaus Lenau veranstalteten Feier, verstand es das prahlsüchtige Madjarentum ebenso wie bei der Feier des tausendjährigen Bestehens des ungarischen Reiches, sich in einer Weise aufzuspielen, als ob alle nicht madjarischen Völker des ungarischen Landes sich schlechthin vor den Madjaren ducken und diesen gegenüber auf ihre Daseinsrechte verzichten müßten. Die Madjaren, ein Volk, das Anspruch auf Beachtung weniger durch seine geschichtlichen Großthaten, als lediglich dadurch erwarb, daß es eine völkerkundliche Merkwürdigkeit fast mitten im Herzen Europas ist, schwang sich durch die Gunst der Verhältnisse zum herrschenden Volke auf, mißbrauchte aber gar bald diese seine Vorzugsstellung zur schmachvollsten Unterdrückung der gleichberechtigten Mitbewohner des ungarischen Staates.

Unter solchen Umständen ist es ein verdienstliches Werk, an der Hand der Thatsachen festzustellen, wie es um das geschichtliche Recht der Madjaren bestellt ist, und ob sie daraus die Befugnis herleiten können, alle nicht madjarischen Stämme Ungarns, insbesondre die dortigen Deutschen, möglichst kurzer Hand hinweg zu maßregeln. Zu dieser Frage liegen uns zwei beachtenswerte Aufsätze des deutsch-völkischen Vorkämpfers H. von Pfister-Schwaighusen vor. „Aus ungarischer Geschichte" und „Deutsches Königreich Ungarn", die wir im Auszug, möglichst mit des Verfassers eignen Worten, unsern Lesern zugänglich machen wollen.

„Ums Jahr 895", so beginnt der erste der genannten Aufsätze, „erschienen in Ungarn Horden eines Reiter- und Steppenvolkes: der Madjaren. Jene Jahresziffer ist nur ungefähre Annahme. Ungewiß bleibt das Madjaren-Verhältnis zu den ein halbes Jahrtausend früher einbrechenden Hunnen ... Die Szekler in Siebenbürgen sollen angeblich den Zusammenhang darthun. Die Madjaren selbst gehören zur ural-altaischen Gruppe und vermitteln sprachlich zwischen Tschudischem und Türkisch-Tatarischem."

Der Verfasser zeigt dann, daß die nach dem Westen gelangenden Madjaren es sehr wohl verstanden, blühendes Leben ganzer Länder zu zertreten, daß es ihnen aber zum Aufbau an Geschick und Beruf fehlte, und sie auch heute noch Nullen im Fortschritts-Trachten der Menschheit geblieben sind. Nach Mongolenweise verheerten sie, mordend und brennend, griechische, deutsche, italienische, gallische Landschaften, erst an deutscher Kraft brach sich die Gewalt der wilden Horden, nachdem zwei ihrer zahlreichsten Mordbrenner-Heere 933 bei Merseburg und 955 im Lechfelde bei Augsburg bis zur Vernichtung geschlagen wurden.

Seit dem Jahre 1045 gehörte Ungarn als Lehens-Staat zum Deutschen Reiche; nicht nur der König, sondern auch der gesamte Adel des Landes leistete dem deutschen Kaiser den Eid der Treue. „Dieser Adel ist heute im Blute nur zum geringsten Teile noch madjarisch, vielmehr durch beständige Zwischenheiraten — namentlich während beider jüngsten Jahrhunderte — mehr arisch-deutsch und slawisch geworden, dann turanisch geblieben. Er zählt auch tüchtige Männer.

In der Zeit von 1045, wo Ungarns Verbindung mit Deutschland begann, bis zum Jahre 1526 findet mehrfache Einwandrung deutscher Ansiedler nach Ungarn statt. Diese wandten sich zum Teile dahin, wo es ältere Kerne aus suevisch-gothischer Zeit zu kräftigen galt; so nach Ober-Ungarn ins alte Baimen-Land an Waag, Neutra, Gran; in die bastarnische Zips; nach gepidischen Strichen im Süden; nach Siebenbürgen, der Heimat westgothischer Therwinge. Indessen die Madjaren nach wie vor ein steppenmäßiges Leben führten, zumal als Rossehüter (Tschikosche) und als Schweinehirten (Kanasche?), hatte deutscher und slawischer Fleiß des Landes ackerschaftliche Entwicklung gefördert, sowie ein Aufblühen städtischer Betriebsamkeit nach langem gewerblichen Stillstand wiederum angebahnt.

In den folgenden Abschnitten bespricht H. von Pfister-Schwaighusen die Ereignisse, die der Schlacht von Mohatsch (28. August 1526) folgen, diesem wichtigen Wendepunkte in der ungarischen Geschichte. Durch jene Schlacht brachte nämlich Sultan Soliman dem König Ludwig den Zweiten eine solche entscheidende Niederlage bei, daß fast zwei Jahrhunderte die Türken überwiegenden Einfluß in Ungarn erlangten, ja sogar eine Zeitlang sich mit vollem Recht als die Oberherren Ungarns bezeichnen durften. Ueberraschend sind nun die Ergebnisse aus den von H. von Pfister-Schwaighusen gegebnen Mitteilungen und keineswegs so besonders ehrenvoll für die Madjaren, die sich heute mit so viel prahlerischem Wortschwall als das Kernvolk Ungarns aufspielen, ja, vielleicht nicht einmal verschmähen,

zu behaupten, daß madjarische Tapferkeit für Europa der Schutzwall gegen die drohende Türkengefahr gewesen sei.

Zunächst ergiebt sich aus den angeführten geschichtlichen Thatsachen, daß die Erlösung Ungarns vom Türkenjoch nur möglich war, weil das Deutsche Reich sich des bedrängten Lehnslandes annahm und kaiserliche Heere den sieggewohnten osmanischen Scharen entgegentraten. Dies geschah vornehmlich, nachdem Deutschland die Wirren des dreißigjährigen Krieges überstanden und das Reich nach den Kämpfen gegen Schweden und Franzosen wieder soweit Ruhe gefunden hatte, um seine Blicke südostwärts zu wenden. So beginnen denn seit 1663 die Reichskriege gegen die Türken, die mit mehrfachen Unterbrechungen bis 1716 fortgeführt wurden und in den ruhmreichen Tagen des Prinzen Eugen ganz Ungarn unter die Botmäßigkeit des deutschen **Kaisers** brachte. Beachtenswert ist nämlich, daß in einer Reihe von Friedensschlüssen türkische Sultane das Land deutschen Kaisern, nicht etwa Trägern der Stefanskrone abgetreten haben. H. von Pfister-Schwaighusen folgert aus dieser, aber auch aus andern von ihm angeführten Thatsachen, daß seit der Türkenherrschaft von einer staatsrechtlichen Fortdauer der sogen. Stefanskrone nicht mehr gut die Rede sein könne. Er sagt darum auch:

„Von Gottes und Rechts wegen gehört gesamter Deutschheit dieses Königreich (Ungarn). Sorgen wir, daß unser Eigen ein deutschtümliches Land werde! Graf Szechényi hat einmal gesagt: 'Madjaren giebt es nur noch, weil die Schwaben so dumm sind'. Alle Zugeständnisse, die man jener Rasse von Seiten der Hofburg gemacht hat, sind Ausfluß eitler Huld und Gnade; für unser Volk aber, das mit theuerstem Herzensblute Land Ungarn verbündeten Osmanen und Madjaren abgerungen hat, ist selbstredend derlei unverbindlich."

Was die verbündeten Osmanen und Madjaren betrifft, so ist dies ein weiters merkwürdiges Ergebnis aus den geschichtlichen Mitteilungen des uns vorliegenden Aufsatzes. In den Türkenkämpfen erscheinen die Madjaren keineswegs immer als die Streiter für das Kreuz gegen den Halbmond. Sei es, daß osmanische Uebermacht dazu zwang, sei es, daß sie Sonderzwecke erreichen wollten, sei es auch, daß die Rassenverwandtschaft Madjaren und Osmanen zu einander hinzog, kurz, wir sehn die Madjaren gar nicht so selten mit den Türken gemeinsame Sache machen. Namentlich in den Tagen des Grafen Emmerich Tököli war dies der Fall, der im Jahre 1674 die Not des mit Franzosen und Schweden kämpfenden Reiches benutzend, Ungarn gewaltsam aus dem kaiserlichen Lehensverband losriß und sich später sogar unter den Schutz der Hohen Pforte stellte.

Ergänzend gestattet sich Schreiber dieses hier noch anzuführen, daß der von unserm Theodor Körner verherrlichte Zriny, der heldenmütige Verteidiger von Szigct, kein Madjare, sondern ein Kroate war, was das Madjarentum aber schwerlich verhindern wird, Zrinys Ruhm für madjarische Zwecke genau so auszubeuten, wie den Lenaus.

Der zweite Aufsatz: „Deutsches Königreich Ungarn" ist eine Ergänzung des ersten und giebt in Umrissen das Bild eines in deutschem Sinne eingerichteten und gegliederten Ungarns. Das Recht der Deutschen auf Ungarn wird mit besonderm Nachdruck betont und auch darauf hingewiesen, daß einsichtige Leute unter den Madjaren schon lange mußten und wissen, daß ohne Anschluß an Deutschland, ohne Vorwalten des Deutschtums an ein Gedeihen Ungarns nicht zu denken sei. Einige besonders beachtenswerte Abschnitte mögen hier noch ihre Stelle finden.

„Zuvorderst müssen wir unentwegt daran festhalten, daß Madjaren doch jüngster Bevölkerungsbestand im Lande sind. Außerdem bilden dieselben nicht nur die unbedingte (absolute) Minderheit unter ungarischen Volkheiten, sondern sogar eine bedingte (relative). Denn ungarischer Slawen, Slowaken, Ruthenen, Serben sind — auch von Deutschen und Rumänen noch abgesehn — ihrer alleine schon mehr denn Madjaren, im Königreiche aus vormadjarischer Zeit ansässig. Manche deutsche Bevölkerungs-Gruppen, z. B. Heanzen bei Preßburg, ein Teil Zipsischer Leute usw. stellen jedoch eine allerälteste Einwohnerschaft dar."

Mit Ausnahme der südwestlichen Gebietschaft um Stuhl-Weißenburg, des alten Pannoniens, hatte alles übrige Ungarn, beim ersten Heben des Schleiers der Geschichte, deutsche Bevölkerung. Die Pannonen waren entweder Rhäten oder aber Illyren (Albanesen). Diese wurden beim Einzuge der Slawen auch aus Bosnien, der Herzegowina, sowie Dalmatien, immer mehr nach Süden geschoben.

„Der Name 'Ungarn' scheint mit Rücksicht auf slawische Formen für Wengern oder Wangern zu stehn, wozu man vergleiche 'Ulfila', das ist unser Wölfele. In solchem etwaigen Falle wäre die Bedeutung: Wiesenland, von unser Wanga, Wiese, wonach auch die Wangione im Wormser Gaue hießen."

In der Hoffnung, daß H. von Pfister-Schwaighusens Ausführungen die verdiente Beherzigung finden und dahin wirken werden, die Gleichgiltigkeit gegen Vergewaltigung solcher deutscher Volksgenossen, die außerhalb des Deutschen Reiches wohnen, zu bekämpfen, gestattet sich Schreiber dieses noch folgende Schlußbemerkung.

Wenn irgendetwas, so beweisen die Vorgänge im Südosten und die schweren Daseinskämpfe unsrer deutschen Brüder, wie bitter sich an einem Volke die Fehler und Versehen rächen, die von ihm oder seinen Führern in vergangnen Jahrhunderten gemacht worden sind. Nur zu deutlich zeigte unserm Volke die Richtung des Laufes der Donau die natürliche Straße, auf der der Ueberschuß der Bevölkerung den Weg in eine neue Heimat hätte finden können. Trotzdem ward dieser Wink, den die Natur selbst gegeben hatte, zu wenig beachtet und zu wenig befolgt. Hätten jene Tausende, die hohenstaufische Romantik nach Italien und in die sonnenverbrannten Einöden Palästinas führte, sich als ein Strom deutscher Ansiedler in das Ungarnland ergossen, wäre ihnen später nur ein Teil von den dreizehn Millionen nachgefolgt, die das Deutsche Volk im Laufe der Zeit an die Vereinigten Staaten Amerikas abgab, so hätten wir nicht heute im ungarländischen Donaugebiete gefährdete, weit vorgeschobne Posten, sondern eine Masse in ihrem Bestande gesicherter und unbedrohter deutscher Bevölkerung. Deren Vorposten ständen aber an den Ufern der Meerenge von Konstantinopel und erschlössen dem Deutschen Volke die einst so blühenden, heute vielfach verödeten und menschenleeren Gebiete Vorderasiens, in denen deutscher Bevölkerungs-Ueberschuß eine neue Heimat und deutscher Unternehmungsgeist ein weites Bethätigungsfeld finden konnten, ohne, wie in Nordamerika, Verlust deutschen Volkstums fürchten zu müssen.

Vielleicht kann kluges Benutzen günstiger Umstände, vor allem aber thatkräftiger gewordnes völkisches Bewußtsein die Fehler wieder bis zu einem gewissen Grade gut machen, die Mangel an Weitblick in frühern Zeiten begangen hat. Das sei unsre Zukunftshoffnung!

Arnim Wilhelm.

Wissenschaft und Politik.

Es ist eine täglich zu beobachtende Erscheinung, daß die Schärfe und natürliche Unverdorbenheit des politischen Urteils nicht grade in erster Linie bei den Männern der wissenschaftlichen Obstruktion zu suchen ist. Herrn Virchows wissenschaftliche Bedeutung hat ihn nicht davor geschützt, die unglaublichsten politischen Karnevalsstreiche zu begehn.

Befremdend ist dagegen, daß selbst ein Künstler der Geschichtsschreibung wie Theodor Mommsen für die Geschichte seiner eignen Tage ein so bemerkenswert geringes Verständnis bewiesen hat. Er, der so treffend nachzuweisen gewußt hat, daß Rom an dem Dahinscheiden seines Bauernstandes infolge der aus den Mittelmeerländern kommenden Getreidekonkurrenz zu Grunde gegangen ist, hat niemals für die Lebensnot der deutschen Bauern das geringste Verständnis besessen, im Gegenteil ist er Zeit seines Lebens immer dabei gewesen, wenn über die Landwirtschaft gespottet und auf die Junker geschimpft wurde.

Dieser Gepflogenheit ist er bis in sein 86. Lebensjahr, das er vor vierzehn Tagen vollendet hat, treu geblieben. Ein Aufsatz, den er in Nr. 11 der sogenannten „Nation“ veröffentlichte, dürfte dem Blindesten über die politische Verständnislosigkeit des Herrn Mommsen wohl die Augen öffnen. Er schildert darin die Gefahren, die nach seiner Auffassung der parlamentarische Staatsstreich für das Deutsche Volk heraufführt, indem er es „dem Absolutismus eines Interessenbundes des Junkertums und der Kaplanokratie unterwerfen werde“, demgegenüber das „einstmalige absolute Regiment des Monarchen eine milde und humane Regierungsform“ gewesen sei.

Denn „jetzt sollen die verbündeten Interessen niedrigster Art darüber entscheiden, ob Kanäle und Flotten gebaut und wie zum Besten der regierenden Kliquen der Staatsbürger auszubeuten ist und die Wissenschaft zu knebeln.

Giebt es gegen diesen in der Vollziehung begriffnen Staatsstreich noch eine Abhilfe, so kann sie nur erreicht werden durch den Zusammenschluß aller nicht in diese Verschwörung verwickelten Parteien, selbstverständlich unter Ausschluß derjenigen, die den Namen wie des Liberalismus so auch den der Nation geschändet hat, und selbstverständlich mit Einschluß der sozialdemokratischen. Dem ebenso falschen wie perfiden Köhlerglauben muß ein Ende gemacht werden, daß die Nation sich teile in Ordnungsparteien und in eine Umsturzpartei, und daß es die erste politische Pflicht der zu jenen sich zählenden Staatsbürger sei, die Millionen der Arbeiterpartei als pestverdächtig zu meiden und als staatsfeindlich zu bekämpfen.“

Mommsen vertritt alsdann die paradore Ansicht, daß es im politischen Leben weder Ordnungs- noch Umsturzparteien gebe, und daß sämtliche bestehende Parteien schließlich Umsturzparteien seien, in erster Linie die Junkerpartei, die nach dem formell gesicherten Alleinbesitz der höhern Beamten- und Militärbestellungen strebe und den Deutschen Kaiser zum Ersten unter seinesgleichen herabdrücken wolle.

Wenn das Herr Arthur Levysohn in seiner Wochenschau schriebe, so würde man angesichts der überwiegend bürgerlichen Elemente in der Beamten- und Militärlaufbahn zu solcher Musterleistung ironisch Beifall klatschen, für Mommsen aber giebt es kaum noch eine andre Entschuldigung als sein hohes Greisenalter, das ihn der mitleidslosen Kritik enthebt. Wenn wir von seinen Auslassungen hier Kenntnis nehmen, so geschieht das auch nur aus folgenden drei Gründen:

Einmal, weil auch Mommsens Brief, in dem er das Zusammengehn des Liberalismus mit der Sozialdemokratie empfiehlt, einen erneuten Beweis dafür liefert, daß der Freisinn nichts anders als die Vorfrucht der Sozialdemokratie ist. In dieser Beziehung wolle man nicht übersehn, daß der Herausgeber der „Nation“, Herr Barth, im Reichstage sich längst den Ehrennamen des „jungen Mannes“ von Herrn Paul Singer erworben hat.

Zweitens, weil es heute notwendiger wird als je, darauf hinzuweisen, daß die im Vordergrunde unsers nationalen Lebens stehende Frage der Erhaltung des Bauernstandes keine Junkerfrage ist. Allerdings ist unser Agraradel an der Erhaltung der Landwirtschaft objektiv ebenso interessiert wie der Bauernstand, aber in die Vertretung dieser objektiven Interessen hinein spielen bei dem Landadel allerhand Rücksichten auf Standesgemeinschaft, persönliches Vorwärtskommen und die Karriere von Verwandten, die für den Bauernstand nicht vorhanden sind.

Drittens, weil zu befürchten steht, daß dieser Sammelruf des Herrn Mommsen nach einer Vereinigung des Liberalismus dazu benutzt werden wird, um den Unterzeichnern des Antrages Kardorff einen Rechtfertigungsgrund zu geben. —

Es muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die uns drohende innere Gefahr der Proletarisierung unsers Volkes nicht damit abgewendet wird, daß man lediglich um eine vereinzelte Obstruktion zu bekämpfen, die ganze nationalwirtschaftliche Zukunft des deutschen Bauern und Mittelstandes preisgiebt, die auf die Dauer doch allein das feste Bollwerk bilden, um den endgültigen Kampf gegen die Demokratie aller Spielarten durchzufechten.

Für die einfache Logik dieser auf der Hand liegenden Politik ist allerdings, wie die Abstimmungen im Reichstage beweisen, das Verständnis in der Nation noch immer ein sehr geringes und wir fürchten, daß es in den gebildeten Kreisen erst erwachen wird, wenn es zu spät ist. Denn darüber gebe man sich einer Täuschung nicht hin, daß, wenn jetzt abermals auf ein Jahrzehnt die Rentabilität der Landwirtschaft preisgegeben wird, es auch endgültig um sie geschehen sein wird. Eine abermalige zehnjährige Hungerperiode kann der deutsche Bauernstand nicht mehr ertragen.

Die Warenhaussteuer sollte vom preußischen Oberverwaltungsgericht in bedingter Form, als mit der reichsrechtlichen Gewerbefreiheit unvereinbar, für rechtsungültig erklärt worden sein, so verkündeten freudetrunken die Berliner Blätter und aus diesen ging die Israel nichts weniger als unangenehme Nachricht in die Provinzpresse über, die sie glatt nachdruckte. Nun verhält sich die Sache aber ganz anders. Der § 5 Absatz 1 des Warenhaussteuer-Gesetzes vom 18. Juli 1900 bestimmt: „Würde die nach § 2 — d. i. nach dem Umsatze — berechnete Warenhaussteuer eines Steuerpflichtigen nachweislich 20 v. H. des nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 für das betreffende Steuerjahr gewerbesteuerpflichtigen Ertrages seines der Warenhaussteuer unterliegenden Unternehmens übersteigen, so ist sie auf seinen Antrag auf diesen Betrag, keinesfalls aber weiter als bis auf die Hälfte des nach § 2 sich ergebenden Steuersatzes, herabzusetzen.“ Eine Veranlagungsbehörde hatte die Anwendbarkeit dieser Bestimmung in einem Falle um deswillen verneint, weil zur Zeit der Veranlagung das Ertragsergebnis des maßgebenden Jahres noch nicht rechnungsmäßig nachgewiesen werden konnte.

Auf erhobne Beschwerde hat das Oberverwaltungsgericht diese Auffassung der Vorinstanzen, wonach ein Nachweis der in Rede stehenden Art und hiermit die Rechtswohlthat des § 5 bei den noch nicht ein volles Jahr bestehenden Betrieben völlig ausgeschlossen sein würde, als weder im Wortlaut noch in der Absicht des Gesetzes begründet zurückgewiesen und dabei folgendes ausgeführt: „Gegenüber den mannigfachen, auf Unterdrückung der Warenhausbetriebe gerichteten Bestrebungen hat die Staatsregierung mit großem Nachdruck ihre Absicht bekundet, den Warenhausbetrieb nicht in unzulässiger Weise durch die Besteuerung zu erdrücken oder unmöglich zu machen. Hierauf gerichtete Bestimmungen der Landesgesetze würden mit dem reichsrechtlich geschützten Grundsatze der Gewerbefreiheit nicht vereinbar und deshalb nicht rechtsgültig sein. Der § 5 soll aber grade ein Ventil bilden, um einer, dem Reichsrechte widersprechenden, erdrückenden Besteuerung vorzubeugen. Die hier gegebne Rechtswohlthat darf also nicht in einschränkender Weise, sondern sie muß so ausgelegt werden, daß der Erdrückung des Warenhausbetriebes durch die Höhe der Besteuerung in wirksamer Weise vorgebeugt wird.“

Natürlich haben von dieser Richtigstellung nur die wenigsten der Blätter Kenntnis genommen, die die ursprüngliche, falsche Nachricht abdruckten. — Daß wir auf ganz anderm Standpunkt stehn wie das Erkenntnis des preußischen Oberverwaltungsgerichtes, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen. Wenn die Herren Richter sich indes am letzten Sonntage den polizeilich geregelten Verkehr in und vor den Berliner Warenhäusern angesehn hätten, wären sie sicher zu der Ueberzeugung gekommen, daß in gewissen Grenzen eine erdrückende Besteuerung der Warenhäuser im Staats-Interesse liegt. Die Wertheim, Tietz und Konsorten konnten sich der Besucher kaum erwehren, so daß zur Aufrechterhaltung des Verkehrs ein großes Aufgebot von Polizeimannschaften nötig war, während in den übrigen Geschäften höchst selten mal eine Kunde zu sehn war. Ein Rückschlag muß eintreten. Dieser wird sich auch in den Erträgnissen der allgemeinen Steuer geltend machen und dann werden die Herren am grünen Tisch schon anders Sinnes werden. Obs dann allerdings nicht zu spät sein wird, ist eine andre Frage!

Mosaik.

Gegen das Schächten lehnen sich die Hausfrauen in Neubrandenburg (Mecklenburg) auf. Sie verweigern nämlich bei den wenigen Schlächtern, die noch diese Schlachtmethode üben, beim Einkauf die Annahme geschächteten Fleisches. Da ihre Zahl im Wachsen begriffen ist, so werden diese Schlächter sich bald vor die Wahl gestellt sehn, ob sie es mit dem Gros der Einwohnerschaft oder mit einem geringen Bruchteil derselben halten wollen.

Die „Mecklenb Nachr." drücken die Hoffnung aus, daß diese „interessante" Bewegung „erfolgreich" verlaufen möge.

Hannoversche Landesbank. Am 6. d. M. fand in Hannover eine zahlreich besuchte Versammlung von Aktionären statt. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig beschlossen, gegen die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats auf Schadloshaltung der Aktionäre zu klagen.

An Sparkassen-Gläubigern meldeten bis jetzt 2118 Personen 1440000 Mark Forderungen an, auf die im Februar als Abschlagsdividende $33^{1}/_{3}$ v. H. verteilt werden.

Sie konnten nicht kommen zusammen. Gräfin Luise Taaffe, eine Tochter des ehemaligen österreichischen Ministerpräsidenten, hatte vor ungefähr zwei Jahren gegen ihren Ehemann, den Baron Richard Mattencloit zu Ofenpest die Ehescheidungsklage angestrengt, und die ersten zwei richterlichen Instanzen hatten auch die Ehe wegen Verschulden des Mannes als gelöst erklärt. Allgemein hieß es, die Gräfin werde einen jungen jüdischen Arzt, Dr. Jakob Feldmann, heiraten, der sie während einer Krankheit behandelte. Dieser „Liebestraum" ist nunmehr zerstört worden, indem, wie die „Vossische Zeitung" meldet, die Kurie als oberste Instanz die Gräfin mit ihrer Ehescheidungsklage endgiltig abwies.

Schwabenstreiche. In Württemberg werden jetzt die Stadtverordneten-Wahlen abgehalten, wobei in Murrhardt von 663 Wahlberechtigten kein einziger erschien und in Schramberg die Nationalliberalen mit den Demokraten und Sozialdemokraten sich auf eine Liste einigten gegen das Zentrum.

Jüdische Namens-Aenderungen. Im „Staats-Anzeiger für das Großherzogtum Baden" (Nr. 37 vom 8. d. M.) ist nachstehende Bekanntmachung des Großherzogl. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts zu lesen:

„Der am 30. November 1880 zu Mannheim geborne Studierende der Medizin Eugen Hugo Levy in Breslau hat um die Erlaubnis nachgesucht, seinen Familiennamen in ‚Hans' zu ändern. Etwaige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen drei Wochen dahier geltend zu machen.

Karlsruhe, den 26. November 1902." —

Das Großherzgl. Amtsgericht 1 zu Mannheim macht unterm 29. Nov. bekannt:

„Firma ‚Isak Friedberger, Mannheimer Sargbeschläge u. Möbelornamente-Geschäft' in Mannheim:

Die Firma ist geändert in ‚Heinrich Friedberger.'

Der Firmeninhaber Isak Friedberger hat seinen Vornamen in ‚Heinrich' umgeändert.

Geschäftszweig: Großhandlung in Schreinerartikeln und Holzwaren."

Etwas derb heimgegeigt wurden die „Genossen" in dem badischen Orte Langenbrücken, wo sie eine Fleischverteurungs-Agitation in Szene setzen wollten. Der Ort gehört zum Kreise Bruchsal, den „Genosse" Geck im Reichstage vertritt. Er war auch als Redner für die öffentliche Versammlung angezeigt, nachdem man Haus bei Haus ein sozialdemokratisches Flugblatt „Die Fleischverteurung und die Bedrohung des Volkes durch die geplante Erhöhung der Lebensmittelzölle" mit seinen unkontrollierbaren vielseitigen Zahlen verbreitet hatte.

Anstelle des Abg. Geck erschien indes unterm Beistande einiger auswärtiger „Genossen" ein Herr Eugen Geck.

Aber schon seine ersten Sätze riefen heftige Erwiderungen hervor. Ein weiterer Versuch des Redners, zum Worte zu kommen, wurde durch den Gesang der „Wacht am Rhein" vereitelt, der darauf durch „Deutschland, Deutschland über Alles" abgelöst wurde. In diesen Schlachtgesang stimmten sogar ... die schmucken Kellnerinnen mit ihren zarten Mädchenkehlen ein. So wurden die modernen Apostel unter heftigen Reden und Gegenreden bis zum Abgang ihres Zuges belagert und zum Schluß brachte Bürgermeister Ziegelmeyer noch ein Hoch auf den Kaiser aus, in das selbst die paar Orts-„Genossen" fröhlich einstimmten.

So müßte es den „Genossen" überall ergehn.

Vom Verdingungs-Unwesen. Um die Tischlerarbeiten für den Gymnasialneubau zu Rawitsch bewarben sich außer vier Breslauer auch fünf Rawitscher Firmen. Alle aber wurden durch die Rawitscher Strafanstalt übertrumpft, die mit 5422,50 Mark das Mindestgebot noch um mehr als 1000 Mark unterbot. Eine königliche Strafanstalt ist gewiß recht fürsorglich, wenn sie sich um Arbeit für die Zuchthäusler bemüht, wie stehts aber mit den Handwerkern, von deren Steuern die Zuchthäuser bezahlt werden?

Ein erfreuliches Zeichen dafür, daß deutscher Einfluß heute in China mancherlei durchzusetzen vermag, was früher unmöglich schien, liegt in folgendem Vorfall.

Die chinesische Regierung hat auf Vorstellung des Staatssekretärs v. Richthofen einem Deutschen, der als Offizier während des Taiping-Aufstandes in chinesischen Diensten focht und dem beide Augen ausgeschossen waren, zu der Summe, mit der er s. Z. abgefunden war, eine neue Zahlung von zehntausend Mark bewilligt. Der alte unglückliche Offizier lebt in sehr dürftigen Verhältnissen in einem Dorfe in der Nähe von Fritzlar. Schon seit Jahren hatte sich der Reichtags-Abgeordnete des Kreises, Herr v. Liebermann, bemüht, dem armen Mann eine Erleichterung seines Looses zu erwirken. Er hatte aber immer wieder die Antwort vom Auswärtigen Amte erhalten, daß es nicht in der Lage sei, die chinesische Regierung zu einer Unterstützung zu bewegen. Auch Schritte, die Herr v. Liebermann bei Anwesenheit des Vizekönig Li-Hung-Tschang in Berlin direkt unternahm, waren erfolglos. — Der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg hatte im vorigen Jahre bei seinen Etatsreden die Sache wieder angeregt und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Beziehung des Deutschen Reiches zu China doch wohl ein Erfolg erhofft werden könne. Dieser Anregung ist der Staatssekretär v. Richthofen in dankenswerter Weise gefolgt und das Ergebnis ist das oben gemeldete. Dem alten blinden Mann ist dadurch ein freundlicher Lebensabend als schönes Weihnachtsgeschenk beschert worden.

Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15 — Druck A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 8.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 18. Dezember 1902. Nr. 748.

Der engere Vorstand des Bundes der Landwirte

(Frhr. von Wangenheim, Dr. Rösicke, Dr. Hahn) erläßt an die Wahlkreis- und Bezirksvorsitzenden nachstehendes Rundschreiben:

In den letzten Tagen hat sich — ähnlich wie im Jahre 1891 bei der Entscheidung über die ersten Handelsverträge — im Deutschen Reichstage eine nicht vorher gesehene Entwicklung vollzogen, wodurch die Aufmerksamkeit unsrer parlamentarischen Vertreter wiederum vom Kernpunkt der zur Entscheidung stehenden Fragen abgelenkt und ihr Urteil in eine falsche Richtung gedrängt worden ist. Wie ein Irrlicht die Blicke des seines Weges nicht ganz kundigen Wandrers abzieht, ihn täuscht und ihn auf gefährlichen Abwegen ins Verderben hineinzieht, so stehn in diesen Tagen viele Volksvertreter, die einst durch die Hilfe des Bundes der Landwirte gewählt worden sind und dessen Programm durchführen zu wollen versprochen hatten, heute in der Gefahr, sich durch ein ihnen vorgezaubertes Phantom vom rechten Wege ablocken zu lassen und einer gesetzgeberischen Maßregel zuzustimmen, die dem deutschen Bauernstande, dem Mittelstande in Stadt und Land, zum Verderben ausschlagen müßte.

Unsre Vertrauensmänner sind bei der Ernennung der Kandidaten für die Wahlen im Rahmen der Ansichten und Aufträge der Bundesmitglieder souverän, sofern nicht gegen maßgebende Grundsätze des Bundes verstoßen wird.

Um aber unsern Vertrauensmännern, die ja weit entfernt von dem politischen Kampfplatz der Parlamente im Lande wohnen und aus eigner Anschauung allein die Verhältnisse nicht völlig übersehn können, ein in jedem Punkt zutreffendes Urteil zu ermöglichen, ist es unsre Pflicht, ihnen die Situation klar und deutlich zu schildern, damit nicht auch ihr Blick durch von der Sache abliegende Nebenfragen abgelenkt und so ihr Urteil getrübt werde.

Der wichtigste Punkt im Programm des Bundes der Landwirte ist: Wirtschaftliche Kräftigung des Bauernstandes.

Der deutsche Bauernstand hat stets gezeigt, daß er das festeste und mit dem städtischen Mittelstande zusammen einzige Bollwerk gegen die Sozialdemokratie ist. Er war Mannes genug, um bei den letzten Wahlen auf dem Lande die Sozialdemokratie ganz allein aus dem Felde zu schlagen!

Deshalb sind alle wirtschaftlichen Maßregeln, die zu seinem Schutz getroffen werden, zugleich auch die wirksamsten Maßregeln gegen die Sozialdemokratie.

Der Bund der Landwirte ist stets der energievollste, rücksichtsloseste Feind der Sozialdemokratie gewesen, und er muß und wird dies stets sein. Aber dieser Kampf muß geführt werden mit Mitteln, die auch erfolgreich und dauernd wirken! Man darf sich nicht täuschen lassen durch Scheinkämpfe mit den untauglichen Waffen, die man jetzt im Reichstage hervorgesucht hat! Man darf auch nicht unter dem täuschenden Schein einer Attacke, eines anscheinend siegreichen Vorgehens in wirtschaftspolitischen Fragen thatsächlich den Rückzug antreten, die von so hoher und grundlegender Bedeutung sind, daß ihnen gegenüber die aktuelle Tagesparole als bedeutungslos erscheinen muß.

Das aber ist jetzt der Fall. Man ist im Begriff, die wichtigsten und dauernden Ziele zu opfern, die der Bund der Landwirte seit seiner Gründung sich gesteckt hat, ja, die überhaupt zu der Gründung des Bundes einst allein den Anlaß gaben und für die er seit zehn Jahren Arbeit, Mühe und Opfer seiner Mitglieder aufgewendet hat!

Da kann es, nach unsrer festen Ueberzeugung, nur eine Konsequenz geben:

Der Bund der Landwirte muß auf ein weiters Zusammengehn mit denjenigen politischen Parteien und Abgeordneten verzichten, die seine wichtigsten Ziele durch Annahme des Antrages preisgeben. Es wäre richtiger, den Bund der Landwirte aufzulösen, als immer wieder sich in nutzloser Arbeit aufzureiben, nur um im entscheidenden Moment alles preiszugeben, was man erstrebt hat, weil eine geschickte Agitation es versteht, plötzlich das Ziel des Kampfes zu verrücken!

Nicht wir, die wir gegen diesen Antrag Kardorff stimmen, „lassen das Deutsche Vaterland in schwerer Stunde schmählich im Stich“, wie vor einigen Tagen die „Kreuzzeitung“ behauptet hat, sondern diejenigen thun es, die gegen ihre seit zehn Jahren selbst vertretne wirtschaftspolitische Ueberzeugung nun einer Regierungsvorlage zustimmen wollen, die eine dauernde Schwächung des Bauernstandes und des Mittelstandes in Stadt und Land bedingen würde, und die, wenn sie auch in formeller Beziehung voraussichtlich wieder nur auf zehn Jahre hinaus Geltung haben soll, dennoch bei der heute schon so geschwächten wirtschaftlichen Lage des Bauernstandes auch in diesem einen Jahrzehnt das Schicksal des Bauernstandes für immer besiegeln würde.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ als Erzieherin.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ hält es für angebracht, ihre Anschauung über die Gegner des Zolltarifes im Reichstage in folgenden Sätzen zu verkünden:

Verstehn wir sonach das Verhalten der Sozialdemokraten und Freisinnigen vollkommen, so ist das Verhalten der Gegner des Zolltarifs von rechts her gradezu unverständlich. Die Herren Agrarier und diejenigen, die ihnen in dieser Frage Heeresfolge leisteten, haben durch die Ablehnung des Zolltarifs nicht nur die Lebensinteressen der Landwirtschaft im gegenwärtigen Augenblick verkannt, sondern sie haben diese Interessen leichtfertig aufs Spiel gesetzt, sie haben die Interessen der Landwirtschaft zurückgedrängt hinter Nebenrücksichten, unter denen hie und da vielleicht die Mandatsrücksichten die erste Stelle einnehmen. Das aber verdient den schärfsten Tadel

Der „Staatsbürger-Zeitung“ ist, wie aus einem Passus des Leitartikels hervorgeht, dem wir obige Sätze entnehmen, bekannt, daß sämtliche antisemitische Abgeordnete mit Ausnahme der Herren Ahlwardt und Böckel, die nicht anwesend waren, einmütig zunächst gegen den Antrag Kardorff und dann gegen das ganze Gesetz gestimmt haben. Von Dr. Böckel haben wir Ursache anzunehmen, daß er so gestimmt haben würde, wie die übrigen zehn Abgeordneten. Bleibt also nur Herr Ahlwardt als Mann nach dem Herzen der „Staatsbürger-Zeitung“ übrig, der, wie wir uns erinnern in Zeitungen gelesen zu haben, sich als Anhänger der Regierungsvorlage bekannt hat. — Es hieße aber, dem unbewußten Humor sein Recht verkürzen, wenn wir hier nicht noch besonders darauf hinweisen wollten, daß einer von denen, die „den schärfsten Tadel der ‚Staatsbürger-Zeitung‘ verdienen“, der Abgeordnete Ludwig Werner ist, der als verantwortlicher Redaktör für den politischen Teil des Blattes zeichnet.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus: „Eldorado“, Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend $^1/_2$9 Uhr. —

Montag, den 19. Januar, im Eldoradosaale: Erinnerungsfeier an die Errichtung des Deutschen Reiches, Ernster Teil, humoristischer Teil und darauf ein Tänzchen. Die Festordnung wird als Einladung zu Neujahr versandt.

Berlin. Dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg ist eine von zahlreichen Landwirten des Kreises Fritzlar-Homberg-

Ziegenhain abgesandte Depesche zugegangen, worin ihm der Dank und die Zustimmung seines Wahlkreises wegen seiner Haltung bei Beratung des Zolltarifgesetzes ausgedrückt wird.

Verband Niedersachsen. Die Ortsgruppe Braunschweig hält Freitag, den 19. d. M. abends 9 Uhr in Brünings Saalbau (roter Saal) eine Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Endgiltige Beschlußfassung über unser Kommunalprogramm. 3. Besprechung der Stadtverordnetenwahlen. 4. Verschiednes. —

Im Wahlkreise Helmstedt-Wolfenbüttel hat Herr F. Kemper (Braunschweig) eine längere Werbereise gemacht, in der er in ungefähr zwei Dutzend günstig besuchten Versammlungen das Thema „Freunde und Feinde des deutschen Volkswohlstandes" behandelte. Als Grundlage zu diesem Vortrage diente die Lage im Reichstage und ihre Vorgeschichte, während der letzte Teil eingehend die Judenfrage und die schädlichen Einflüsse des Judentums auf den Volkswohlstand behandelte. Die Berichte bekunden, daß nichts unsrer Arbeit besser dienlich sein konnte, als der Verlauf der großen volkswirtschaftlichen Aktion des Zollkampfes. Der Landwirt konnte nie so gut wie heute seine Freunde und Feinde erkennen und der anständige Arbeiter fühlt sich von dem Treiben der „Genossen" angewidert. Infolge dieser Erscheinungen fand Herr Kemper mit seinen Ausführungen über die Sünden der Gegner und falschen Freunde des Bauern und Arbeiters allenthalben reichlichen Beifall. Eine hübsche Anzahl einflußreicher Persönlichkeiten im Wahlkreise schloß sich unsrer Bewegung als Mitglieder an.

Der jetzige Vertreter des Kreises, Abg. von Kaufmann, hat erklärt, er betrachte sich durch die (an andrer Stelle abgedruckte) Erklärung des Bundes der Landwirte als ausgeschlossen aus dem Bunde. Von seiner Kandidatur kann infolgedessen bei den nächsten Wahlen keine Rede mehr sein. Die Generalversammlung des Bundes, die am 20. d. M., mittags 12 Uhr, im „Wilhelmsgarten" zu Braunschweig stattfindet, und zu der die Abgg. Dr. Hahn und Liebermann von Sonnenberg erscheinen werden, dürfte dazu schon Stellung zu nehmen haben.

Verband Hessengau und Waldeck. Herr Wiegand (Corbach) sprach am 13. d. M. in Beuern und sollte am 14. in in Mörshausen und Bergheim sprechen. Die letzte Versammlung mußte ausfallen, da fast durchgängig sozialdemokratische wahlunreife Bürschchen erschienen waren. Die beiden ersten Versammlungen waren sehr stark besucht und nahmen einen äußerst günstigen Verlauf. Unser Kandidat Herr Amtsrichter Lattmann (Schmalkalden) hielt am 13. eine vorzüglich verlaufne Versammlung in Dagobertshausen ab und am folgenden Tage drei weitere Versammlungen in Ostheim, Hesserode und Hilgershausen. In diesen drei Orten kam es zur freien Aussprache, die für uns ein sehr günstiges Ergebnis hatte. Ein Gesinnungsgenosse stellte uns liebenswürdigerweise unter eigner Führung seinen Schlitten zur Verfügung und so sausten wir durch die schneebedeckten Fluren von einer Schlacht zur andern.

Damit ist der Versammlungskampf dieses Jahres zu Ende. Von den bisherigen 34 Wahlversammlungen hielt unser Kandidat 28 ab. Mit dem neuen Jahre geht es mit frischem Mut an neue Arbeit.

Eine Schachtel voll Zwiebeln für den Herrn Abgeordneten Singer ging am letzten Mittwoch dem Abgeordneten von Liebermann per Post aus Essen an der Ruhr zu. In einem Begleitschreiben war die Bitte ausgesprochen, Herr v. L. möge seinem Kollegen Singer diese Herzstärkung von der Tribüne des Reichstages überreichen. Wir sind beauftragt, hier zu erklären, daß Abgeordneter von Liebermann die Ehre, den Mittelsmann in dieser Angelegenheit zu machen, dankend ablehnt und derartigen billigen Judenwitzen überhaupt keinen Geschmack abgewinnen kann.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt:

in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.

in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);

in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;

in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";

in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller",

in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat, 9 Uhr, Kölner Hof;

in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;

in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";

in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;

in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;

in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;

in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);

in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz

in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);

in Leipzig jeden Montag 8½ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);

in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;

in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";

in Nordhausen am 19. Dezember in den „Drei Linden";

in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof"

*

Unsre Leser und Freunde bitten wir dringend, ihren Bedarf an Büchern usw. stets nur bei der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52 zu decken und insbesondre ihre Weihnachtsbedürfnisse dort zu bestellen. Die Buchhandlung führt nicht nur Werke deutschnationalen Inhalts, sondern besorgt alle sonst erschienenen Bücher, Musikalien usw. zu denselben Preisen wie jede andre Buchhandlung.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wie Israel seine Steuerpflichten erfüllt. Vor dem Schöffengericht zu Neunkirchen (Bez. Trier) stand am 9. d. M. der Kaufmann Karl Levy aus Saarwellingen, der im September v. J. die Konkursmasse seines Rassegenossen Siegmund Trebitsch erstand, und mit ih einen Ausverkauf veranstaltete, ohne im Besitz eines Wandergewerbescheines zu sein und ohne Meldung zur Wanderlager-Steuer. Das Gericht belegt infolgedessen den Levy für den fehlenden Wandergewerbeschein mit eine Geldstrafe von 141 Mark und wegen Hinterziehung der wöchentlic dreißig Mark betragenden Wanderlager-Steuer angesichts seines e wöchentlichen Ausverkaufs zu 660 Mark; Levy hat also 804 Mark z blechen oder für je 15 Mark ein Tag Haft zu verbüßen.

Beamten-Bestechung. Der Viehhändler Aron H. zu Hol hausen hatte im Juni d. J. zwei Kühe ohne die notwendigen Bescheir gungen des Bürgermeisters seines Ortes dem Schlachthof zu Ka zugeführt. Um eine Anzeige zu verhindern, versuchte er den aufsic führenden Polizeibeamten durch Versprechungen zu bestechen. Er m dieses nunmehr mit einer Geldstrafe von einhundert Mark büßen.

Nur üble Nachrede? Im Mai 1899 reiste der Kaufma Siegfried Baden in der Gegend von Ueckermünde herum und su Kleiderstoffe zu verkaufen. In seiner Begleitung befand sich, wie es einem Urteile des Landgerichts Stettin heißt, ein ebenfalls sehr jüd aussehender Mann. Beide waren gut gekleidet und traten wie w habende Leute auf, welcher Eindruck dadurch noch erhöht wurde, sie in eleganter Equipage vorfuhren. Als sie bei einem Dorfschulle anhielten, glaubte dieser erst, es solle eine Schulvisitation stattfin Die beiden Juden thaten sehr geheimnisvoll, stellten sich unter falschen Namen Paul L. aus Stettin vor, und behaupteten, ihre F stehe vor dem Bankrott, es liege ihnen daran, noch etwas zu re und sei jetzt eine gute Gelegenheit, billig zu kaufen. Einen Ballen boten sie für 120 Mark an. Der Lehrer hatte keinen Bedarf. un wurde deshalb dasselbe Manöver bei einem Förster versucht, zu Siegfried Baden sagte: „Sie werden ja das Preisverzeichnis u Firma erhalten haben". Da die Juden außerordentlich zudri wurden, wollte der Förster sie gern los werden, und sagte, 120 Ma ihm viel zu teuer, wenn er den Ballen für 30 Mark bekomme, we ihn nehmen. Er hatte gehofft, die Leute mit einem solchen Unter



sofort zu verscheuchen, und war ganz verblüfft, als der Angeklagte sich bereit erklärte, die Ware ihm für diesen Preis abzulassen. Wohl oder übel mußte der unglückliche Förster dreißig Mark herausrücken, um dann nachher die Gewißheit zu haben, daß er einen ganz außergewöhnlichen Schund gekauft hatte. Die Firma Paul L. in Stettin ist in der Ueckermünder Gegend bekannt und erfreut sich eines guten Rufes. Indem Baden sich als Inhaber dieser Firma ausgab, und davon sprach, daß sie vor dem Konkurse stehe, machte er unrichtige Angaben thatsächlicher Art über das Erwerbsgeschäft eines Andern, die geeignet waren, den Betrieb des Geschäfts oder den Kredit des Inhabers zu schädigen. Deshalb erfolgte seine Verurteilung auf Grund des Gesetzes über den unlautern Wettbewerb und wegen Verleumdung nach § 187 des Str.-G.-B. zu dreihundert Mark Geldstrafe. Das Reichsgericht hat die dagegen eingelegte Revision jetzt zurückgewiesen.

Auch ein Warenhäusler. Im Markte Arnstorf (Niederbayern) eröffnete im Januar 1901 der „Schuhmacher" Ignaz Weigert aus Tschechien ein Warenhaus mit einem Lagervorrate im Werte von 40000 Mark. Schon bei der Eröffnung, wie auch nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres unterließ er es, die gesetzlich vorgeschriebne Bilanz anzustellen, überhaupt eine geregelte übersichtliche Aufstellung über das Geschäft zu machen, weshalb es beständig rückwärts ging und Weigert schon im Juni 1902 zur Eröffnung des Konkurses gezwungen war, da ein von ihm den Gläubigern gemachter Ausgleich nicht angenommen wurde. Im Konkursverfahren ergab sich sogleich die mangelnde Buchführung. Weigert erklärte vor Gericht, er habe einen seiner Angestellten mit der Buchführung beauftragt, er selbst habe ihn aber nicht kontrollieren können, da er eine kaufmännische Bildung nicht genossen und somit also nichts vom Geschäfte verstanden habe. Infolgedessen erhielt er vom Landgericht Deggendorf nur wegen einfachen Bankrotts einen Monat Gefängnis. Wieviel kleine Existenzen mag indes dieser „intelligente" Jude vernichtet haben?

Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Der Kaufmann Jak. Mayer zu Heilbronn, bis vor kurzem Inhaber des Herrenkonfektionsgeschäfts Gebrüder Mayer, zeigte im Oktober v. J. einen Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe an und versprach einen Nachlaß von 20, später 30 v. H. auf die bisherigen Preise. Das gegen ihn wegen unlautern Wettbewerbs eingeleitete Verfahren ergab, daß er sein Geschäft gar nicht aufzugeben beabsichtigte, daß er ferner sein Lager ständig ergänzte und so seinen Umsatz von 30000 Mark im Vorjahr auf 60000 Mark im Ausverkaufsjahr steigerte, und daß er nach Ankündigung des Nachlasses auf alle Waren 30 bis 40 v. H. aufschlug. In Anbetracht der großen Schädigung eines solch unreellen Geschäftsbetriebes für das Publikum und die Konkurrenz erkannte das Schöffengericht zu Heilbronn am 10. d. M. auf 800 Mark Geldstrafe oder 80 Tage Haft, Tragung der Kosten und zweimalige Veröffentlichung des Urteils im Amtsblatt.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Till Eulenspiegel. Ein kurzweilig Lesen von seinem Leben und Treiben. Ein Volksbuch mit Bilderschmuck von Walter Tiemann. Leipzig 1902. Preis 2,50 Mark.

„Till Eulenspiegel!" — das ist die prächtigste Volksfigur, die sich jedem von uns von Jugend auf wie keine andre eingeprägt hat. Wer kennt die Schwänke dieser unvergleichlichen Schalksfigur nicht, wer hätte nicht bald den, bald jenen immer wieder gelesen? Freilich mußte sich der alte Volksheld schon manche Verwässerung in den zahllosen Neuausgaben und Neudrucken gefallen lassen; in der Art, wie er aber in dem vorliegenden Werke gezeigt wird, ist er der mit unverwüstlichem Humor ausgestattete vagabundierende Schalksnarr in seiner ursprünglichen kernigen Gestalt, dessen tolle Streiche man in ganz Deutschland kennt. Die Frische und Urwüchsigkeit des Originaltextes wurde in feiner Weise beibehalten, das Buch hält sich von allzugroßen Derbheiten ebenso gut fern, wie von der süßlichen Art, in der man Till Eulenspiegels Schwänke bisher den Kindern geboten hat. Mit der bildlichen Ausschmückung des Buches hat sich der durch seine reizvollen Bilder zu Hauffs „Zwerg Nase" bestens bekannte Leipziger Maler Walter Tiemann ein glänzendes Verdienst erworben. Es wird jedem ein Vergnügen sein, seine vorzüglich gelungnen Bilder und Zeichnungen anzuschauen und sich in das Lokalkolorit zu vertiefen, mit dem sie gesättigt sind. Es ist in der That mit dieser Veröffentlichung alles getroffen, was bis jetzt über die Anforderungen und das Wesen eines modernen Kinderbuches geredet und geschrieben worden ist. Man kann diesem neuen „Till Eulenspiegel" prophezeien, daß er bei Jung und Alt ungezählte Freunde finden wird, wozu nicht zum geringsten der bei vornehmer Ausstattung mit nur 2,50 Mark angesetzte Preis beitragen wird.

„Trulala". Ein neues humoristisches Bilderbuch für Klein und Groß. Von Lothar Meggendorfer. 32 Seiten in vierfachem feinen Farbendruck. Folio. München 1902. Preis 3 Mark.

Die von goldnem Humor eingegebnen, dabei durchaus harmlosen künstlerischen Darstellungen haben uns selbst eine heitere Stunde bereitet, und wir zweifeln nicht, daß auch Kinder von fünf und mehr Jahren an „Schnaberls Umzug", dem „Herrn Fidibuß", und allen andern Geschichten ihre helle Freude haben werden. Wohl hat der Verfasser der launigen Verse sich hie und da in Worte verstiegen, wie z. B. in Logik und Theorie, bleibt aber sonst sachlich dem kindlichen Verständnis angemessen.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hagrese, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 3

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich 2 Mark bei den Postanstalten und Buchhandlungen. Unter Streifb. 2,50 Mark.

Herausgegeben von Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheinen wöchentlich (Donnerstags) und sind in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 1754 eingetragen.

Anzeigen: die viergespaltne Klein-Zeile 25 Pfennige. Geschäftsstelle: Berlin NW 52.

17. Jahrgang. | Berlin-Leipzig, 25. Dezember 1902. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 749/50.

Wochen-Spruch.

Ich frage garnichts danach, ob eine Sache populär ist, ich frage nur danach, ob sie vernünftig und zweckmäßig ist.

Bismarck, 12 Juni 1882.

Es kreisen die Berge —

Auf die wilden Kämpfe im Reichstage ist eine Zeit der Ruhe gefolgt, die Stürme schweigen und eine Zeit des Gottesfriedens ist gekommen. Dort, wo Graf Ballestrem mit milder und oft allzu nachgiebiger Hand das Szepter schwang, wo Graf Udo Stolberg, auch wenn er zuweilen in Einzelheiten ausglitt, doch die Energie repräsentierte, wo Herr Büsing, der einzige Nationalliberale, der sich zuletzt sachlich auf den Boden der Barth und Pachnicke stellte, durch seine mecklenburgische Herbheit die Nachbarn zur Linken doppelt enttäuschte, lagert heute einsame Stille und nur zuweilen erscheint der neugierige Fremde, um gegen ein Trinkgeld zu schauen, wo Singer in Shylock-Stellung der Rute des Präsidenten Trotz bot und Ulrich die derben Proletarierfäuste des reichen Buchdruckereibesitzers ballte. Dort oben hielt Antrick die achtstündige Dauerrede, deren Zweck und Sinn noch niemand, und auch er selbst nicht, erkundet hat, dort zählte Heine trübsinnig die Thüren des Beratungssaales, dort brachte Stadthagen dem Patroklus schrecklich Opfer, hier wieder stimmte Brömel bewegte Klage an über die kalten Füße der Obstruktion. Aus allen Winkeln aber kichern die Spukgeister eines merkwürdigen Humors, jenes Humors, der überall erwacht, wo Wollen und Vollbringen in wunderlichem Gegensatz stehn, jener Humor, der lächelt, wenn ein thörichtes Menschlein sich aufbläst in gewaltiger Pose, wenn es ein Held zu sein vermeint, während es doch nur ein armer Narr ist.

Unter allen Wipfeln ist Ruh. Nur hier und da spürt man noch die Nachwehen der Aera Singer-Stadthagen, vor allem in den Auseinandersetzungen, die jetzt zwischen den einzelnen Parteien und innerhalb der einzelnen Parteien zwischen den Individuen erfolgen. Die Antisemiten allerdings sind grade und unbeirrt ihre Straße gezogen. Sie haben mit Energie an dem Kampf gegen die Obstruktion teilgenommen, weil sie erkannten, daß dieser Kampf über den Augenblick hinaus eine tiefgreifende, grundsätzliche Bedeutung hatte, daß es sich nicht mehr um Zollsätze und Paragraphen der Geschäftsordnung, sondern um die Fundamente des Verfassungsleben handelte. Was ich an andrer Stelle als den Kern der Frage hinstellte, kann ich hier nur wiederholen: Auf der einen Seite wurde der Respekt vor dem Willen einer parlamentarischen Mehrheit, die nach moderner Auffassung zugleich die überwältigende Mehrheit der Nation darstellt, als die grundlegende Bedingung für jeden geregelten Fortschritt bezeichnet, auf der andern Seite erhob sich in voller Nacktheit die Forderung, der Minderheit das Recht zu gewähren, jeder That, die ihr widerstrebt, hindernd in den Weg zu treten und den eignen Willen durchzusetzen, selbst mit dem revolutionären Mittel. Hier gab es für niemanden, der es ernst meint mit seinem Volke, der nicht bewußt oder unbewußt herabsinken will zum Schrittmacher des dynastischen Absolutismus oder der Herrschaft der Lunge, einen andern Weg als den, den mit der bürgerlichen Mehrheit die Antisemiten gewandert sind. Und wieder konnte für Männer, die in dem harten Drange der Wahlzeit den Wählern ernsthafte Versprechungen gemacht hatten, keine andre Möglichkeit bestehn, als diese Versprechungen nach Kräften zu erfüllen. Zu dem Antrage Kardorff aber war solche Möglichkeit nicht gegeben. Mag er allerdings zum einen Teil eine gewisse Rechtfertigung im Zustande der Notwehr, in der Thatsache finden, daß ein Sieg der Obstruktion zugleich eine schwere politische Niederlage des Bürgertums bedeutet hätte, so durfte doch nicht abermals, wie in den Tagen des Caprivismus, die Landwirtschaft und sie allein es sein, die mit ihrem Blute den Erfolg und den Frieden zu bezahlen hatte. Fürst Bismarck hatte vor fünfzehn Jahren schon in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat einen Zoll von sechs Mark als notwendig erachtet, inzwischen haben sich die Transportkosten für überseeisches Getreide in ungeahnter Weise verbilligt, die eignen Produktionskosten und Steuerlasten gesteigert — schon die Zustimmung zu den Vorschlägen der Kommission konnte darum bei ernsten Politikern und wahrhaften Freunden der Landwirtschaft nur unter schweren Gewissenskämpfen erfolgen. Hier aber war auch die Grenze gegeben, die niemals überschritten werden durfte. Denn nicht einen Tarif zu schaffen war die Aufgabe, sondern einen Tarif, der seinen Zweck erfüllt, der Landwirtschaft, der Industrie, der Arbeit einen sichern Schutz für lange Jahre zu sichern.

Hier aber, wo die Antisemiten mit Stolz den Anspruch erheben dürfen, konsequent und zielsicher gehandelt zu haben, ruht die Wurzel der heftigen und oft sichtlichen Zwistigkeiten, die in den andern Parteien sich erheben. In Eisenach hatten die Nationalliberalen mit hallender Stimme sich zu einem Programm bekannt, das in blauer Ferne bereits das Götterbild einer großen liberalen Partei erstehn ließ, im Reichstage haben sie im Drange der Umstände sich gezwungen gesehn, das Tischtuch, an dem mit ihnen zusammen Herr Barth und Herr Pachnicke tafeln sollte, zu zerschneiden und bittere Feindschaft ist seitdem gesetzt zwischen Bassermann und Brömel. Im Lande aber erhebt sich hier und da ein finsteres Grollen: da sind die Einen entrüstet, daß ihre Vertreter über die Regierungsvorlage hinaus sich dem Kompromiß anschlossen, da jammern die andern, daß die Interessen des Großhandels und der Börse nur die Liebe einer Stiefmutter gefunden, oder erheben die ländlichen Wähler die Anklage, daß die Erkornen des Wahlrechts die Versprechungen, die sie meist gemacht, nicht gehalten und die verheißene Zustimmung zu den Vorschlägen der Bündler in letzter Stunde versagt hätten. Es ist ein wenig das Bild von dem Manne, der zwischen zwei Stühlen sitzt, das sich hier dem Auge bietet, und nicht allzufern liegt die Vermutung, daß grade diese Partei die Kosten des künftigen Feldzuges werde tragen müssen. Qui vivra verra, wir fassen uns in Geduld.

Wir sehn auch in Ruhe dem Froschmäusekrieg zu, der zwischen den Freisinnigen beiderlei Geschlechts ausgebrochen ist. Denn so ernste Achtung Eugen Richter durch sein Verhalten, während der jüngsten Kämpfe sich auch bei dem Gegner erwarb

Die nächste Nummer erscheint am 8. Januar 1903.

so wenig haben doch diese Kämpfe ihn den Vertretern des Schutzzolls sachlich genähert. Aber eines darf dennoch ausgesprochen werden: Wenn es dereinst zu schweren entscheidenden Kämpfen mit den Sozialdemokraten kommen wird, dann darf man auf einen Mann wie Richter rechnen; die um Barth aber, die Männer der Fraktion Geldsack, haben schon jetzt bewiesen, daß unter allen den anregenden Problemen der Gegenwart nur eine Sorge für sie besteht: daß wieder in der Stunde der Zerstörung die Kommune scheuen und ehrfurchtsvollen Blickes an den Pforten des Palais Rothschild Halt macht. Es war nicht mehr ein schüchternes Kokettieren: es war ein freches, brünstiges an den Hals werfen, das die Herren Barth, Gothein und Pachnicke exekutierten, berauscht durch die wundervollen Reize der Singer, Gumpel, Hoch, Stadthagen und Wurm.

Unmittelbare Folgen aber dürften die Auseinandersetzungen hervorrufen, die innerhalb der Konservativen Partei gepflogen werden. Hier haben Versprechungen und Thaten in einem allzu schroffen Gegensatz gestanden, als daß nicht ein unerfreulicher Widerhall auch innerhalb der Wählerschaft laut werden sollte. Die Erklärungen während der Wahlzeit, während all der letzten Jahre, bei der ersten Lesung im Plenum, bei den Verhandlungen in der Kommission haben auch den berufsmäßigen Skeptiker nicht zu dem Glauben geleitet, daß man alle Arbeit nur um ein Totenhemd leisten wolle, daß man sich auf den Antrag Kardorff zurückziehn werde, der doch nur ein schlechtverhülltes Eingehn auf die Regierungsvorlage bedeutet. Denn das Wenige, was darüber hinaus erreicht worden ist, haben nicht einmal die Konservativen, das haben die von den Bauernbündlern gepeitschten bayrischen Klerikalen unter Führung Heims erreicht, wie denn überhaupt wieder einmal das Zentrum durch eine kluge Strategie es erreicht hat, am besten abzuschneiden. Die Konservativen dagegen haben nichts anders erreicht, als daß ihre werkthätigsten und eifrigsten Mitglieder, die Anhänger des Bundes der Landwirte, sich kopfschen zurückziehn und, soweit sie den Kampf nicht überhaupt aufgeben, diesen Kampf im bewußten Gegensatz gegen die Fraktion aufnehmen. Wir gehn an dieser Stelle auf die Auseinandersetzungen der feindlichen Brüder nicht ein, zumal sie noch kaum zu ihrem letzten Ziele führten. Aber Eines mag hier ausgesprochen werden: Wir sind gespannt darauf, ob der Bund der Landwirte auch in Zukunft sich zu einer Politik bekennen wird, die in dem einzelnen Wahlkreise dem umfallfrohen Konservativen den Vorzug giebt vor dem Deutschsozialen, ob der Bund es über sich gewinnen wird, Kandidaten aufzustellen oder zu empfehlen im Gegensatz zu uns, die wir allein, kaum von einem Dutzend Konservativer unterstützt, für die Forderungen der Landwirtschaft eintraten. Das freilich würde eine Abdankung der Ueberzeugung vor der Opportunität, der Konsequenz vor dem Strebertum bedeuten.

Es kreisen die Berge — was wird geboren werden?

Spectator.

Zünfte und Gilden.

Ein altdeutsches Sprichwort heißt: „Niemandes Herr und Niemandes Knecht, das ist des Bürgerstandes Recht." Die Städte waren daher Schutzanstalten der freien Arbeit. Um auf sittlicher Grundlage die Arbeit zu schützen und erwerbsfähig zu machen, vereinigten sich die Mitglieder von gleichen oder verwandten Gewerben zu geschlossenen Genossenschaften, die unter verschiednen Namen auftraten. Die gebräuchlichste Bezeichnung wurde „Zunft."

In welchem Verhältnis diese Zünfte zu den frühern Vereinigungen oder Aemtern der hörigen hofrechtlichen Handwerker standen, ist noch vielfach unklar. Fragt man nach einem gemeinsamen Ausgangspunkt des Zunftwesens überhaupt, so dürfte dieser darin zu suchen sein, daß das bisher durch gutsherrliche Abhängigkeit gebundne und eben erst in den Städten freigewordne Handwerk das Bedürfnis einer Sicherstellung für die errungne Freiheit empfand. Der einzelne Arbeiter lief Gefahr, im Strudel des Städtelebens unterzugehn; nur die Einigkeit macht stark. Was indes die Entstehung der einzelnen Zünfte betrifft, so sind es die mannigfachsten örtlichen Bedingungen gewesen, die sie ins Leben gerufen und über alle Gebiete sowohl des deutschen Mutterlandes als des kolonialen Ostens verbreitet haben. Häufig wurde, beispielsweise in Schlesien, das Innungsrecht zugleich mit dem Stadtrecht gegeben.

Es ist gewiß, das die Zünfte keine bloßen kirchlichen Vereine waren. Aber ebenso gewiß ist es, daß kirchliche Vereine im Laufe der Zeit Zünfte im engern Sinn, gewerbliche Einigungen, geworden sind; so in Basel, wo auf Grund der Stiftsbriefe der einzelnen Handwerke, bereits vor ihrer Anerkennung als geschlossene Gewerbsgenossenschaften, Bruderschaften zu Ehren der seligsten Jungfrau bildeten und schon damals Zünfte hießen. Gewiß ist ferner, daß die eigentlichen Zünfte wohl immer zugleich kirchliche Bruderschaften gewesen sind, oder doch daß die Zunftmitglieder einem kirchlichen Vereine angehört haben.

Der erste Zweck indes, den die Handwerker bei Begründung ihrer Innungen verfolgten, war ein gewerblicher; sie traten zusammen, weil sie die Ueberzeugung hegten, daß sie ihre Erwerbs-Interessen auf diese Weise am besten wahren konnten. Daher steht dieser rein wirtschaftliche Hauptzweck im Vordergrunde sämtlicher Zunftrollen. Ihr vorwiegend wirtschaftliches Gepräge beweist sodann vor allem der Zunftzwang. Er war im Jugendalter der Zünfte, also bis zum Ende des dreizehnten Jahrhunderts, keine lähmende Fessel, die Konkurrenzfurcht und Eigennutz erst später geschaffen haben. Denn jedermann war berechtigt, ein beliebiges Handwerk auszuüben. Der Zunftzwang bestand in der ältern Zeit lediglich darin, daß alle, die ein bestimmtes Gewerbe trieben, dem entsprechenden Verbande des Ortes beitreten mußten. Es handelte sich noch keineswegs darum, irgend jemanden aus engherzigen Rücksichten von den Vorteilen des Handwerks auszuschließen. Der bei dem Zunftzwang leitende Gedanke war der nämliche, der in letzter Linie das Zunftwesen selbst erzeugt hatte: Möglichste Kräftigung und Hütung des freien Handwerks, das damals noch zarter Schonung und Pflege bedurfte. Die Ehre des Handwerks wurde aber nur dadurch gesichert, daß ohne Ausnahme alle, die es pflegten, einer sittlichen und gewerblichen Ueberwachung unterstellt, also gezwungen wurden, sich der Zunft anzuschließen. Das neue Mitglied, des „Handwerks rechter Genosse", erhielt das durch die Zunft geschützte Recht auf Arbeit; der Kundschaft war seitens der einzelnen Handwerker jene Bürgschaft geboten, deren die Waren für genügenden Absatz bedurften.

Durch den Zunftzwang war offenbar bedingt das Bannrecht oder die Bannmeile. Diese Einrichtung findet sich schon früh. Bereits der Sachsenspiegel (um 1230) sagt: „Man sol keinen Markt dem andern eine Meile nah bauen". Das Bannrecht forderte, daß sich innerhalb eines gewissen Umkreises kein Gewerbetreibender niederlassen durfte mit der Absicht, seine Ware unabhängig von der Zunft abzusetzen.

Der Zunftzwang in seiner ursprünglichen Form hing eng mit dem Wesen der Zünfte zusammen und ist genau so alt wie diese. Durch ihn wurden sie erst Schutzverbindungen der ehrlichen Arbeit gegen unkontrollierbare Arbeit. Uebrigens ging der Zunftzwang von den Stadtherren selbst aus, die anfänglich den Zünften gegenüber bedeutende Rechte in Anspruch nahmen. Nur allmählich hob sich das Handwerk, machte sich von fremder Beeinflussung immer mehr frei und brachte es meist noch im dreizehnten Jahrhundert dahin, daß der herrschaftliche Vorsteher durch einen von den Genossen gewählten Zunftmeister ersetzt wurde.

Am frühesten vereinigten sich zu Zünften jene Handwerke, die den Bedürfnissen des täglichen Lebens zunächst entsprachen, die Bäcker, Fleischer, Schuhmacher und Weber. Gleichartige oder verwandte Gewerbe bildeten nicht selten eine einzige Zunft, so lange das Handwerk noch wenig entwickelt war. Mit seiner Entfaltung machte sich auch die Notwendigkeit der geteilten Arbeit geltend. Aus den verschiednen Urkunden, die während des dreizehnten und vierzehnten Jahrhunderts in Bremen denjenigen ausgestellt wurden, die sich mit der Herstellung von

Schuhwerk besaßten, geht hervor, daß diese Beschäftigung unter mehre Zweiggesellschaften verteilt war. Man unterschied die Lohgerber, solche die nur schwarze Schuhe verfertigten und deshalb schwarze Schuhmacher genannt wurden und schließlich die Corduaner, die auch Schuhe machten, nur keine schwarzen. In München gehörten während des dreizehnten Jahrhunderts zu den Webern alle Arten von Wollen- und Leinenwebern. Später schieden sie sich in zwei Zünfte; und wiederum spalteten sich die Wollen- oder Lodenweber in Tuchmacher oder Geschlachtgewander zur Bearbeitung der feinen flämischen und italienischen Wolle, und in Loderer zur Bearbeitung der gröbern inländischen Wolle. Für die Herstellung wollner Handschuhe und Beinkleider kamen hinzu die Handschuher und Hosenstricker, aus denen die Strumpfwirker und Strumpfstricker hervorgegangen sind. Endlich haben sich von den Geschlachtgewandern auch noch die Zeugmacher und Tuchscherer abgelöst.

Das Zunftrecht war erblich; auch Frauen hatten Zutritt.

Dasselbe Bedürfnis, das die Handwerker in Genossenschaften zusammenschloß, vereinigte sie auch örtlich. So geschah es, daß in den Städten des Mittelalters die Straßen vielfach nach den Gewerbsleuten benannt wurden, die in ihnen wohnten. Zu Frankfurt (Main) gab es eine Weißgerbergasse, Schuhmachergasse, Schwertfegergasse, Leinewebergasse, Seilergasse, Fischergasse, eine Bäckergasse und eine Glasergasse, zu Hannover eine Schuhstraße, Kramerstraße, Seilwinderstraße, Schmiedestraße, Knochenhauerstraße usw. Aehnlich in andern Städten.

Gegen den gewerblichen Beruf der Zünfte standen während des dreizehnten Jahrhunderts politische, militärische und gesellige Rücksichten im Hintergrund.

Ihre politische Bedeutung haben die Zünfte im vierzehnten Jahrhundert erst dadurch gewonnen, daß sie sich als gewerbliche Genossenschaften bereits Geltung verschafft hatten. Es war dies eine durchaus naturgemäße Entwicklung. Ursprünglich einfache Bauersleute, brachten es die Handwerker durch das vereinte Streben nach demselben Ziel gewerblichen Aufschwungs zu Wohlhabenheit und Reichtum. Im Besitze so wirksamer Machtmittel waren sie befähigt, den Kampf mit denen aufzunehmen, die bisher allein das Stadtregiment geführt hatten. So gelangten sie mit den Geschlechtern oder gegen die Geschlechter zu den ersten städtischen Verwaltungsämtern.

Auch die militärischen Verpflichtungen der Zünfte als solcher waren im dreizehnten Jahrhundert noch unbedeutend. Die Zunft-Urkunden vor dem Jahr 1300 sprechen von kriegerischen Verbindlichkeiten der Handwerker äußerst selten. Es mußten damals noch alle Bewohner der Stadt bereit sein, für das Wohl derselben und für ihr eignes zu Felde zu ziehn. Waffenpflichtigkeit und Zunftpflichtigkeit wurden nur sehr allmählich Wechselbegriffe.

Ebenso war die gesellige Unterhaltung für die Zünfte der alten Zeit nichts weiter als eine untergeordnete Nebensache.

Weit stärker trat der religiöse Charakter der Zünfte hervor. Der Grund hierfür lag in dem Umstande, daß das Mittelalter alles mit der Kirche in Beziehung zu setzen bestrebt war. Für die Zünfte galt dies umsomehr, da sie wohl immer zugleich fromme Bruderschaften bildeten oder solchen eingegliedert waren. Sie hatten Heilige zu Schutzpatronen, sehr oft die Mutter Gottes. Am Jahrestage des Schutzheiligen fanden sich die Zunftmitglieder zu gemeinsamem Gottesdienste ein. Die Pflicht der Heiligung des Sonntags ward streng eingeschärft, ihre Verletzung durch Geldbuße geahndet. Bei der Aufnahme in den Verband erlegte man ein Eintrittsgeld oder man gab Wachskerzen, damit, wie es in der Urkunde der Baseler Kürschnerzunft vom Jahre 1226 heißt, „an allen Festtagen der Kronleuchter in reicherm Lichtschmuck prange, zur Ehre und zum Lob des allmächtigen Gottes, der seligsten Jungfrau Maria und aller Heiligen." Aehnliche Vorschriften enthält eine Urkunde der Metzger in Basel. In Berlin forderten die Kürschner, die Schuhmacher und die Schneider gleichfalls beim Eintritt eine Beisteuer von ein bis zwei Pfund Wachs. Die Hälfte davon war an das Spital vom heiligen Geist und an das Haus der Aussätzigen abzuliefern. Die brüderliche Treue, die man sich im Leben erwiesen hatte, sollte sich auch nach dem Tode bewähren. Sämtliche Zunftmitglieder waren gehalten, den verstorbnen Bruder, auch den ärmsten, zu Grabe zu geleiten, und die Innung sorgte durch Gebete und Opfer für das Seelenheil des Heimgegangnen.

Welche Opferkraft manche Zunft schon in früher Zeit besaß, als das gewerbliche Einigungswesen noch nicht jene wirtschaftliche Stärke gewonnen hatte wie in spätern Jahrhunderten, beweist eine Urkunde Hartmanns, des Komthurs des Deutschen Ordens in Deutschland. Sie wurde ausgefertigt im Jahre 1240 und richtet sich an die Bremer Schuhmacher, die den besondern Namen Corduaner führten. Jeder durch Armut oder durch Krankheit oder durch Alter oder wie immer sonst durch Not an der Erwerbung seines Unterhalts verhinderte Zunftgenosse solle, wenn er früher eine eigne Werkstätte gehabt, im Krankenhause des Deutschen Ordens zu Bremen Aufnahme und Unterhalt finden. Der Komthur begründet dieses Anerbieten mit der für die Handwerker-Innung überaus ehrenvollen Thatsache, daß die Corduaner die Gründer jenes Hauses gewesen sind.

Wo Religion herrscht, dort sorgt man auch für die Wahrung der Sittlichkeit. Bei der Aufnahme in die Zunft wurde streng auf die Unbescholtenheit des neuen Ankömmlings gesehn. Unmäßigkeit und Ausgelassenheit aller Art waren verpönt. Unerbittlich sind die Vorschriften, die die gewissenhafteste Ehrlichkeit des Handwerks einschärften. Mit allen ihr zugebote stehenden Mitteln eiferte die Zunft dafür, daß der Käufer die Ware möglichst billig erhalte. Bier oder Brot, das nicht den Bestimmungen gemäß zubereitet war, sollte unter die Armen verteilt werden. Beim Verkauf indes wurde untersagt, einen Unterschied zu machen zwischen Armen und Reichen; minder gute Ware durfte weder dem einen noch dem andern verabreicht werden. Trat der Fall trotzdem ein, so mußten dem Armen „seine Pfennige" zurückgestellt werden. Die Bäcker in Augsburg schwuren, für die Stadt wie für den Markt gleich gut backen zu wollen. Dieselbe Verbindlichkeit bestand in Lübeck. In Goslar verpflichteten sich sogar die Goldschmiede durch einen Schwur zur Benutzung nur guten Goldes. Die Bäcker in Schleswig hatten für schlechtes Brot eine Geldstrafe zu erlegen. Ein Iglauer Schmied, der einem Manne oder einer Frau Nachschlüssel oder Haken machte, sollte, wenn er von drei Zeugen überwiesen würde, die Hand verlieren oder zehn Mark zahlen. Der Schmied, der in Lübeck ein Pferd vernagelt hatte, mußte es auf eigne Kosten heilen, und wenn das Tier verdorben blieb, den Schaden ersetzen. Ranziges und unreines Fleisch durfte nicht feilgeboten werden, es sei denn, daß man den Käufer auf die Schadhaftigkeit der Ware aufmerksam gemacht hätte. Es bestand das Verbot, das Fleisch aufzublasen oder Stroh in den Bauch des geschlachteten Tieres zu stecken. Das Vieh sollte im Schlachthause getötet werden. Vieh, das durch Krankheit gefallen, war vom Markt ausgeschlossen. Für Freiburg im Uechtlande galt diese Verordnung auch bei Tieren, die von einem Wolfe oder einem Hunde getötet waren. Wein und Bier sollten gut und unverfälscht sein. Mit dem Weinfälschen nahm man es fast so ernst wie mit einem Attentat auf die jungfräuliche Ehre oder mit einer Majestätsbeleidigung. Aus diesen strengen Vorschriften ergiebt sich auch, weshalb Israel damals sich noch nicht dem Handwerke „gewidmet" hatte.

Eingehende Satzungen regelten das Schuhmacherhandwerk und das Tuchgewerbe. Kraft einer polizeilichen Bestimmung über die Bereitung der Tuche in Straßburg vom Jahre 1217 mußten solche Stücke, die die gesetzliche Größe nicht hatten oder mit Haaren untermischt waren, verbrannt werden. Die Hutmacher in Augsburg durften entweder nur wollne Hüte anfertigen oder sie mußten es angeben, wenn die Hüte halb aus Wolle und halb aus Filz bestanden. Mit einem Wort: „Falsches Werk", schlechte, vorschriftswidrige Arbeit war ausgeschlossen.

Diese Satzungen gingen anfangs wohl von der Stadtobrigkeit aus, ebenso die Bestimmung des Preises für die einzelnen Waren der Handwerker. Allein schon im dreizehnten Jahrhundert wurde die Preisregulierung von den Gewerbe

treibenden selbst versucht. Es gab entweder feste Taxen, bei deren Bestimmung gewisse Zufälligkeiten, beispielsweise im Bäckergewerbe der Ausfall der Ernte, in Rechnung gezogen wurden, oder es wurde festgesetzt, wieviel bei jedem Stück gewonnen werden durfte. In München kosteten zwei Pfund des „schönsten rindernen Fleisches" einen Pfennig. In Murten durften die Metzger bei einem Rinde zwölf Denare, bei einem Schweine sechs, bei einem Schöps, einer Ziege oder einem Ziegenbock vier Denare gewinnen. Hegte man Verdacht, daß diese Taxen überschritten worden seien, so mußte sich der Metzger durch einen Eid reinigen oder drei Schillinge erlegen. Wo der Handlohn genau geregelt war, wie bei den Webern zu Freiburg im Uechtlande, mußte allmählich eine Vervollkommnung der Technik eintreten, insofern der Arbeiter mit Rücksicht auf seinen eignen Nutzen danach trachtete, in derselben Zeit eine Leistung von gleicher Güte, aber von höherer Stückzahl fertigzustellen.

Diese gewerbepolizeilichen Maßnahmen hatten den Zweck, die Ehrlichkeit des Handwerks im Interesse des Käufers zu sichern. Man unterließ auch nicht, die Höflichkeit im Verkehrsleben zu empfehlen. Durch das Augsburger Stadtrecht vom Jahre 1276 wurde den Knechten und Mägden des Bäckerhandwerks eingeschärft, daß sie innerhalb ihres Tisches stehn und das Brot „artig und ohne Scheltwort" verkaufen sollten. Ein Knecht, den man vor dem Tisch fand, kam auf die Schupfe oder Wippe, das heißt auf ein Schaukelbrett, von dem er ins Wasser oder in eine Pfütze geschleudert wurde. Das Bäckermädchen hatte für einen ähnlichen Fehltritt eine Geldbuße an den Burggrafen zu entrichten. Verging sich ein Bäckerknecht durch Scheltworte gegen ehrbare Personen, so durfte er auf offnem Markte von dem Beleidigten gezüchtigt werden, nur war es diesem nicht gestattet, seine Hand zu bewaffnen. „Entwieche er aber davon, swa man in darnach erwisschet, da sol man in schuphen (schupfen), unde sol dem clager damit gebezzert sein." Stehn sollten in Rothenburg an der Tauber auch die Fischhändler. Hier wie in Augsburg war den Frauen dieser Handel bei Verlust ihrer Ware untersagt.

Körperstrafen, wie das erwähnte Schupfen, scheinen bei pflichtvergessnen Handwerkern nur selten in Anwendung gekommen zu sein. Die bereits im dreizehnten Jahrhundert üblichste Strafe bestand in einer Geldbuße. Die Summe wurde gewöhnlich an die Richter, an die Stadt, auch an die Handwerker, mitunter an die Kläger verteilt. Nach einem Zunftbriefe vom Jahre 1295 hatten sich die Schuster von Cleve eidlich verpflichtet, weder vor Anfgang noch nach Untergang der Sonne bei Kerzenlicht Schuhe zu nähen unter Strafe von drei Pfund kleiner Pfennige. Auch jeder Lehrling mußte dies beschwören und im Uebertretungsfall gleich den übrigen drei Pfund kleiner Pfennige zahlen, und zwar ein Drittel zum Bau der Stadtmauern, ein Drittel für den Richter samt den Schöffen und ein Drittel, wie die Urkunde sagt, „für unsre Schustergilde." Außerdem hatte derjenige, welcher sich gegen die Satzung verging, zu gewärtigen, daß man ihm mittelst eines dazu bestimmten Eisens drei Löcher durch die Schuhe schlug, wenn er sie auf den Markt brächte. Häufig wurde schlechte Ware eingezogen und vernichtet. Hie und da ward zeitweilige Verbannung aus der Stadt verhängt. Die härteste Strafe ist wohl der Ausschluß aus der Zunft gewesen und zwar für immer bei solchen, deren „Bosheit sich bewährt" hatte. Meist indes erfolgte diese Strafe nur bedingungsweise. Man wollte den Säumigen nicht unglücklich machen, sondern bessern. Wie andre bedeutsame Befugnisse, die ursprünglich von den städtischen Behörden ausgeübt wurden, hatten die Zünfte sich gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts auch das Recht der Ausschließung aus ihrem Verbande angeeignet. Es lag ihnen alles an der Würdigkeit ihrer Genossen. Die Zünfte sollten rein sein, als wären sie, wie das Sprichwort sagt, von den Tauben zusammengelesen worden.

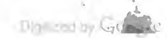
Die Ueberwachung des Gewerbes, womit eine große Uebersichtlichkeit des Marktes gegeben war, und die Ermittlung von Zuwiderhandelnden war Aufgabe derer, die von der Stadtobrigkeit, später von den Zünften selbst, dazu erwählt wurden. Diese Vertrauensmänner hießen Meister. Im dreizehnten Jahrhundert war diese Bezeichnung vielfach noch nicht der Ausdruck einer Standeswürde, zu der jeder Arbeiter emporstieg, wenn er die nötigen Vorstufen zurückgelegt hatte, sondern ein Amt, mit dem die Aufsichtspflicht gegenüber den Genossen verbunden war. Die Ernennung von Meistern schloß übrigens die Beteiligung des Rates an der Ausübung der Gewerbepolizei nicht grundsätzlich aus. In Berlin wenigstens hielten die Ratmannen jeden Mittwoch und Sonntag eine Brotschau.

Es beruhte also im Mittelalter wie der landwirtschaftliche Betrieb so auch der gewerbliche auf der Vereinigung von Kapital und Arbeit. Der Händler konnte Waren kaufen, aber die Arbeit selbst bot sich ihm noch nicht als Ware an; die Arbeitskraft war noch nicht gezwungen, sich an das Kapital zu verkaufen und von demselben gegen die Abschlagszahlung eines Lohnes zu beliebiger Verfügung in Anspruch nehmen zu lassen. Der mittelalterliche Arbeiter war noch eng verbunden mit seinen Produktionsmitteln und fand in dieser Verbindung seine Selbständigkeit und seinen Schutz. Eine Trennung war durch die Zunftverfassung ausgeschlossen. Das heutige mobile Kapital konnte beim mittelalterlichen Handwerk nur in der Form wucherischer Ausbeutung, des Verkaufs der gewerblichen Waren und in der künstlichen Preissteigerung zur Erscheinung kommen. Aber die sich auf diesem Wege zu bereichern suchten, waren gefährliche Schmarotzer, die nicht bloß die Kirche, sondern auch die christliche Gesellschaft aus ihrer Mitte ausschloß.

Zu der Zunft wurden außer den Familien-Angehörigen der Meister auch die Gesellen und Lehrlinge gerechnet. Bestand zwischen diesen und den Meistern eine scharf abgegrenzte Scheidung, so lassen sich doch in den Urkunden vor 1300 die Gesellen oder Knechte von den Lehrlingen, Lehrknechten, Lehrkindern oder Knappen nicht immer genügend auseinanderhalten. Die Lehrlinge und Gesellen waren gewöhnlich junge Leute, die in Abhängigkeit zu den Meistern standen und sich befähigen sollten, ihr Gewerbe einstens selbständig auszuüben. Es gab indes auch verheiratete Leute, die es nicht verschmähten, bei einem geschickten Handwerker die Lehrzeit zu bestehn und sich auf diese Weise die Vorteile der gewerblichen Selbständigkeit zu sichern.

Das Verhältnis zwischen diesen Personen, die sich in der Vorbereitung auf das Handwerksamt befanden, und den Meistern, war ein patriarchalisches. Man betrachtete die Erziehung der Gesellen und Lehrlinge als eine Hauptaufgabe der Zunft. Der Meister hatte die Pflicht, nicht nur für tüchtige Schulung seiner Pfleglinge zu sorgen, sondern vor allem ihre sittliche Führung zu überwachen. Er hatte daher das Recht einer maßvollen Züchtigung. Bei den Vorteilen, die der Gesell unter der Obhut des Meisters genoß, war es berechtigt, daß dieser die Arbeit seines Knechtes nicht vollauf entlohnte. In Rothenburg an der Tauber war durch das „Willkürenbuch" den Pfistern oder Bäckermeistern vorgeschrieben, daß sie ihren Gesellen jährlich keinesfalls mehr als dritthalb Pfund Heller und zwei Linnenkleider zu verabreichen hätten. Die Länge der Dienstzeit hing bei den Gesellen von der Vereinbarung ab, die sie mit ihren Meistern getroffen hatten. Die eigenmächtige Lösung dieses Vertrages, das Abdingen oder Abspannen der Knechte, d. h. der Uebergang der Gesellen von einem Meister zu einem andern, bevor die festgesetzte Frist abgelaufen war, ist in den Zunfturkunden wiederholt nachdrücklichst verboten worden. Von einem Meisterstück der Gesellen, ist in den Urkunden des dreizehnten Jahrhunderts fast nichts zu finden. Einen Anklang daran verrät die Urkunde der Berliner Bäcker vom Jahre 1272; hier heißt es, daß jeder, der der Zunft beitreten wolle, zuvor in des Meisters Ofen Brot backen müsse, damit man sich überzeuge, ob er seine Arbeit verstehe.

Es ist die große That der deutschen Zünfte des dreizehnten Jahrhunderts, daß sie zur Heranbildung eines kräftigen Bürgertums im Mittelalter wesentlich beigetragen haben. Im engen Anschluß an die Kirche stärkten sie den Geist der Zusammengehörigkeit und das Gefühl einer berechtigten Standesehre.



Der Handwerker wußte sehr gut, daß es Vornehmere, Reichere, Mächtigere gab als er. Aber er war der Ansicht, daß er nicht schlechter sei als diese. Gott der Herr hat ja verschiedne Stände eingesetzt, von ihm stammte auch das Handwerk her. Für das Ganze war es ebenso notwendig wie Kaiser, Könige und Herren. Wenn sich der Gewerbetreibende sagen mußte, daß es übel stände um die Welt, gäbe es keine Schuhmacher oder Schneider, so erfüllte ihn diese Wahrnehmung mit einem Selbstbewußtsein, wie den Edelmann der Hinweis auf seine Ahnen. Die einzelnen Gewerke liebten es, ihren Anfang womöglich auf das Paradies, auf irgendeine Stelle der Heiligen Schrift oder auf einen Schutzpatron zurückzuführen, der es zuerst betrieben habe.

Der Korpsgeist des deutschen Innungswesens wurde sodann nicht nur dadurch erhöht, daß die gleichartigen Zünfte verschiedner Städte des Inlandes stets eine gewisse Verbindung miteinander unterhielten, sondern auch durch die Gründung von Genossenschaften deutscher Handwerker im Ausland. Derartige Schöpfungen gab es wohl überall, wo deutsche Kaufleute sich niedergelassen hatten; so besonders im Norden Europas, in Frankreich und in Italien. Merkwürdig ist in dieser Beziehung eine in herzlich-naivem Ton abgefaßte deutsche Urkunde, die sich im Archiv von Pisa befindet. Es ist ein Bittgesuch, mit dem sich die deutsche Schuhmacherzunft in Lucca an die deutsche Schuhmacherzunft in Florenz wendet, um von dieser eine milde Beisteuer zur würdigen Abhaltung des Gottesdienstes ihrer gemeinsamen Brüder in Pisa zu erwirken. Aus dem Schriftstück geht hervor, daß die ausländische deutsche Schusterzunft nach den in der Heimat geltenden Grundsätzen eingerichtet war. Es war als ein bedeutender Erfolg anzusehn, daß sich durch das ganze Reich und weiter noch, soweit nur Deutsche verirrten lebten, eine einheitliche Auffassung des Handwerks herausbildete.

Wenn der Gewerbetreibende das Werk seines Fleißes auf den Markt brachte und feilbot, so wurde er Händler. Andre gab es, die nur den Austausch fertiger Waren besorgten. Es waren die Krämer und die Kaufleute, denen sich als Tuchhändler die Gewandschneider beigesellten. Diese drei Gruppen sind die Träger des eigentlichen Handels gewesen.

Krämer und Kaufmann unterschieden sich in mehrfacher Beziehung. Der Krämer war auf eine bestimmte Stadt beschränkt; in andern Städten durfte er nur zur Jahrmarktszeit und an einigen andern Tagen des Jahres verkaufen. Er hatte einen offnen Laden, eine Bude oder ein Zelt. Das Zelt wohlhabender Krämer wurde mit einem Kreuz bezeichnet. Der Krämer durfte seine Ware nicht an einen andern Krämer derselben Stadt, sondern nur an einen fremden absetzen und stand unter dem Stadtrat. Der Kaufmann indes stand nicht unter dem Stadtrat, er genoß den Schutz des Kaisers oder Königs, durfte zu jeder Zeit und in jeder Stadt seinen Handel für alle eröffnen, hatte keine Bude, sondern betrieb sein Geschäft im Kaufhause. Der Kaufmann betrachtete seine Freiheiten als vom Kaiser selbst ausgegangen und gestattete keiner Behörde, die außerhalb der vom Kaiser oder dessen Stellvertreter bestätigten Gilde lag, eine Beschränkung seines Wirkungskreises. Er war unter den freien Bürgern der damals so unabhängigen Städte der freieste.

Kaufmannsgilden, in denen sich die Handelsleute der einzelnen Städte vereinigten, sind aus dem zwölften Jahrhundert in Deutschland nur wenige bekannt. In dem dreizehnten gab es deren bedeutend mehr, aber ihre Zahl steht gegenüber der großen Menge von Zünften doch zurück.

In weit höherm Grade als bei den Handwerkerzünften ist in den Satzungen der Gilden, namentlich der eigentlichen Kaufmannsgilden, die gesellige Unterhaltung betont. Fröhliche Gelage durften sich die reichen Kaufleute öfter und mit größerm Aufwand gestatten, als die meist in beschränktern Verhältnissen lebenden Handwerker. Besonders hoch war die Aufnahmegebühr bei dem Bruderbund der Eisenhändler in Trier 1285. Der Eintretende hatte 20 Schillinge zu erlegen, mußte eine Mahlzeit mit sieben reichlichen Gängen besorgen und während dieses Mahles dem anwesenden Schultheiß, den beiden Schöffen, die mit dem Schultheiß zu erscheinen hatten, und sämtlichen Mitgliedern der Gilde, gleichviel ob Mann oder Frau, eine genau vorgeschriebne Summe Geldes verabreichen.

Wie die Zunft, so stellte auch die Gilde an alle ihre Angehörigen die Forderung der sittlichen Unbescholtenheit und wahrte den Charakter der religiösen Bruderschaft. Sie hatte ihre Vorschriften über gemeinsamen Gottesdienst, sie hatte ihren Schutzpatron. In Dortmund war es der Schutzheilige der Stadt, der heilige Reinold. Die Kaufmannseinigung in Dortmund hieß daher die Reinoldsgilde. Wie es deutsche Gewerbsgenossenschaften im Auslande gab, so lassen sich auch kaufmännische Bruderschaften und Vereine fern von der Heimat nachweisen, z. B. die Bartholomäus-Bruderschaft in Lissabon.

Nächster Zweck der Kaufmannsgilden war der Schutz kaufmännischer Interessen, genossenschaftliche Regelung und Förderung des Handels. Dadurch unterschieden sie sich von den Handelsgesellschaften, die genossenschaftlich-kapitalistischen Betrieb und prozentualen Anteil der Mitglieder am gemeinsamen Gewinn anstrebten. Ein Netz persönlicher Vertrauensbeziehungen umschlang die einzelenen Teilnehmer, die ursprünglich dem engern Kreise der Verwandten und Freunde angehörten.

Handelsgesellschaften traten während des dreizehnten Jahrhunderts in bedeutender Anzahl auf. Im Jahre 1205 bestand ein Gesellschaftshandel von Kölner Weinkaufleuten nach England. Am Ende des Jahrhunderts handelten Gesellschaften von Deventer nach Bergen in Norwegen. 1311 eine Lübecker Gesellschaft nach Köln und nach Flandern. In Niedersachsen gab es 1291 Gesellschaften zu gemeinsamem Mühlenbetriebe. Händler aus Riga kamen 1286 nach Wisby auf Gotland, um ihre zur Tuchfärbung dienende Asche abzusetzen. Schiffsgesellschaften sind für 1270 in Hamburg verbürgt, Handelsverbindungen andrer Art in Saalfeld, Prag, Iglau, Enns, Wien, Wiener-Neustadt, Hainburg. Von einer Handelsfirma ist bereits in den Goslaer Statuten um das Jahr 1300 die Rede.

Gewinn und Verlust wurden für thätige Mitglieder im Verhältnis ihrer Kapitaleinlage berechnet, „na marktale“, nach Markzahl, wie die Goslaer Statuten vorschrieben. Ebenso verfügte das Lübecker Urkundenbuch. Es war die bei derartigen Verträgen gewöhnliche Abmachung.

In demselben Sinne verordnete der Sachsenspiegel: „Wo Brüder oder andre Leute ihr Gut zusammen haben und vermehren dasselbe mit ihren Kosten und ihren Diensten, da gereicht der Gewinn allen gleichmäßig zum Vorteil wie der Schaden zum Nachteil.“ An einer andern Stelle heißt es: „Wenn mehre gemeinsam ein Wehrgeld oder ein andres Geld versprechen, so sind sie alle dafür haftbar, solange es noch nicht bezahlt ist. Es braucht aber nicht jeder das Ganze zu zahlen, sondern nur soviel wie auf ihn fällt, und wie weit man ihn gerichtlich belangen kann“. Dasselbe Gesetzbuch nahm auch ehrliche Mitglieder einer Handelsgesellschaft gegen ungerechte Schädigung durch ihre Kollegen in Schutz. Es bestimmt: „Verspielt ein Mann sein Gut oder bringt er es in Unzucht oder in Saus und Braus durch, so nehmen seine Brüder oder andre Gemeinhaber, die nicht zugestimmt, an den Schaden nicht Teil, auch nicht die Werkgenossen, die mit ihm ihr Gut gemeinsam hatten.“

Eine Aenderung in der Zumessung des Gewinnes trat ein, wenn einer der Gesellschafter als Geschäftsführer mit dem gemeinsamen Gut zu wirtschaften hatte. In diesem Falle wurde die Hauptmasse des Gesamtvermögens gewöhnlich von den nichthandelnden Teilnehmern beigesteuert. Es war eine Gesellschaft „mit Kapitaleinlage des einen, Arbeits- und Kapitaleinlage des andern Sozius.“ Der Verlust verteilte sich nach der Höhe eben dieser Einlagen, der Gewinn ähnlich wie bei der Commenda, wo man halbierte. Die Commenda, die die deutschen Quellen unter dem Name „sendeve“ kennen, war ein Vertrag, kraft dessen ein Geschäftsherr seine Güter einem andern als „Diener zu Gewinn und Verlust“ übertrug. Eigentümer des anvertrauten Gutes blieb der Auftraggeber. Zweck des Vertrags war der Kauf oder Verkauf von Waren.

Daß die Commenda für auswärtigen Handel, z. B. nach Rußland, schon im zwölften Jahrhundert nichts ungewöhnliches

war, beweist das im Jahre 1165 für Medebach in Westfalen erteilte Privileg Rainalds, Raugrafens von Dassel.

Seine herrlichste Blüte aber erreichte das deutsche Genossenschaftswesen in der Hansa, deren Entstehung in die zweite Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts fällt.

Das Deutschtum in den Ostmarken.

Herr Witting, der bisherige Oberbürgermeister von Posen, hat in seiner Abschiedsrede ausgeführt:

„Unzweifelhaft und offenkundig gehe das Deutschtum zurück, die Behauptung, ‚es ginge vorwärts', sei Selbsttäuschung. Es gehe zurück, sichtlich zurück . . . Soll die Provinz, soll der Osten nicht für das Deutschtum in zehn bis zwanzig Jahren rettungslos verloren sein, so müßten ganz neue Organisationen geschaffen, müßten die hundert Widerstände des modernen Verwaltungs-Apparates beseitigt oder doch vermindert werden. (Lebhafter Beifall.) Andernfalls würde jede noch so starke Kraft allmählich sich aufreiben. Nur ungeheure Mittel könnten noch helfen; nicht um Haß oder Liebe handele es sich, sondern um eine großartige historische Auseinandersetzung, um die Frage, wer Amboß, wer Hammer sein soll."

Herr Witting würde wohlgethan haben, wenn er seine stark an die jüdisch-madjarische Gewaltpolitik erinnernden Ausführungen etwas weniger in geheimnisvollen Andeutungen gehalten hätte. Was soll unter den „neuen Organisationen" verstanden werden? Offenbar ist darunter doch gemeint, daß mit Hilfe von so und soviel hundert neuen Millionen ein neuer Bauernstand in den Provinzen Posen und Westpreußen künstlich geschaffen und grosgepäppelt werden soll.

Wir möchten vor Ueberschätzung dieser Maßnahmen, so lange sie einseitig bleibt, warnen. Gewiß sind alle guten Deutschen mit der preußischen Regierung einig in dem Wunsche, daß der jetzt in polnischen Händen befindliche Grund und Boden in deutsche Hand übergeführt werden muß, aber dies Ziel kann nur erreicht werden auf dem seiner Zeit vom Fürsten Bismarck eröffneten Wege.

Das Auskaufen polnischer Besitzer hat logischer Weise nur dann einen Zweck, wenn die neuen Besitzer in Stand gesetzt werden, auf ihrem Grundstücke in gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen sich halten zu können. Deswegen ging die Politik des Fürsten Bismarck im Gegensatze zu der des Grafen Bülow nicht einseitig darauf hinaus, das Polentum mechanisch durch Aufwendung vieler Millionen auskaufen zu wollen, sondern sie suchte ihre Aufgabe in erster Linie darin, das Deutschtum an der Wurzel zu stärken.

Die oberste Fürsorge des Fürsten Bismarck war daher darauf gerichtet, das landwirtschaftliche Gewerbe als solches gegen den Wettbewerb des Auslandes zu schützen, denn nur ein starker, aus sich selbst heraus lebensfähiger deutscher Bauernstand erscheint geeignet, das Polentum zu überwinden und die Existenz eines solchen Bauernstandes und einer blühenden Landwirtschaft bildete die unerläßliche Voraussetzung für die vom Fürsten Bismarck eröffnete Ansiedlungspolitik.

Dagegen leidet die von Herrn Witting und den ihm nahestehenden politischen Quacksalbern verfolgte Politik an dem doppelten Fehler, daß die neuen Bauern, die man auf Staatskosten dort ansetzen will, sich nicht würden halten können, weil bei der jetzigen Lage der Landwirtschaft der Erlös aus ihren Erzeugnissen nicht die Produktionskosten deckt. Sie werden also fortgesetzt dem Staate auf der Tasche liegen und man wird sie unterstützen müssen, um nicht die Blamage eines vollständigen Zusammenbruches dieser ganzen Ansiedlungspolitik zu erleben.

Das schließt aber dann den zweiten Fehler in der Rechnung der politischen Dilettanten in sich, daß nämlich ein von staatlichen Gnadenzuwendungen lebender Bauernstand das genaue Gegenteil von dem Bauernstande ist, aus dessen zäher ausdauernder Kraft Preußen seine geschichtliche Stärke gewonnen hat.

Ein Bauer, der einem fremdsprachigen Volke Widerstand leisten soll, muß verhärtet und gestählt sein in dem durch eine lange Geschlechterfolge vererbten trotzigen Widerstande gegen die ihm verhaßte fremde Art; er muß erfüllt sein von der Liebe zu der Scholle seiner Väter, die ihm seinen Beruf nicht als ein Gewerbe erscheinen läßt, wie das des Kaufmanns oder Fabrikanten, sondern als ein von Gott verliehenes Amt, das ihm die Pflicht auflegt, seinen Hof mindestens in so gutem Zustande seinen Kindern zu hinterlassen, wie er selbst vom Vater und Großvater ihn geerbt hat.

Ein solcher Bauer muß auch gelernt haben, in den Zeiten der Not auf das Naturnotwendigste sich zu beschränken und der Scholle auch in Mißjahren noch soviel abzugewinnen, wie zur kümmerlichen Fristung des Lebens eben notwendig ist, ohne darüber das Vertrauen auf Gott und eine bessere Zukunft zu verlieren. Er muß gelernt haben, nächst seinem Gotte nur auf sich selbst und die eigne Kraft sich zu verlassen und mit äußerstem Mißtrauen aller Welt sich zu verschließen, um dafür freilich in der eignen Brust um so reiner und voller die seelischen Steigerungsmöglichkeiten zu bewahren, aus denen heraus künftige Geschlechter das Leben der Nation auch in geistiger Beziehung erneuern können.

Alle diese Eigenschaften, in denen die physische und sittliche Bedeutung des Bauernstandes für Staat und Gesellschaft beruht, werden aber in Grund und Boden verdorben, sobald durch eine Stipendienpolitik der Bauer zur Heuchelei und zum Kriechen vor dem allergnädigsten Herrn Assessor erzogen wird, und daß man mit solchen Bedientenseelen nicht durch Geschlechter hindurch die Liebe zur Pflicht und nicht die zum Vaterlande aufrecht erhalten kann, wird doppelt begreiflich erscheinen, wenn man berücksichtigt, wie grade die Freunde des Herrn Witting auf allen möglichen andern Gebieten in der Wirtschaftspolitik, im Erwerbsleben, in der Religion, in Kunst, Litteratur und aller Bethätigung des öffentlichen Geistes durch Ausländerei und Weltbürgerei die deutsche Art untergraben.

Das sollten doch in erster Linie diejenigen deutschen Zeitungen und deutschnationalen Vereine sich gesagt sein lassen, die sich grade die preußischen Ostseeprovinzen mit Vorliebe zum Tummelfelde ihres Steckenpferdes ausgesucht haben, aber leider in ihrer nationalen Begeisterung allemal dann versagen, wenn es sich um entscheidende Thaten handelt wie kürzlich beim Zolltarif.

Will man der Heimatpolitik zu einem entscheidenden Siege verhelfen, so muß dies auf wirtschaftspolitischem Gebiete in erster Linie geschehn. An dem Bekenntnisse zu dieser Ueberzeugung und an der freudigen Entschlossenheit, sie im Ernste des Augenblicks in entschiednes Handeln umzusetzen, sollten auch die Gebildeten in unserm Volke den echten deutschen Sinn messen, wie unsre Väter diesen einst gemessen haben an dem freudigen Einsetzen von Gut und Blut für die deutsche Einheit!

Der Antisemitismus in England

ist in stetigem Wachstum begriffen. Das kann nicht Wunder nehmen, wenn man erfährt, daß im laufenden Jahre (und zwar in den elf Monaten bis Ende November) von 75 000 nach London zugezognen Personen die überwiegende Mehrzahl Juden waren, die meist im Osten Londons Unterkunft fanden.

Man hat angesichts dieser Gefahr eine königliche Untersuchungs-Kommission in Sachen der Fremden-Einwandrung eingesetzt, deren Ermittlungen bezeichnend genug sind. (Vergl. auch Nr. 721 und 723.) Z. B. zählt der Bezirk Spitalfield 25 000 Einwohner, von denen über 15 000 Juden sind. In andern Teilen des östlichen Stadtviertels überwiegt die jüdische Bevölkerung im Verhältnis von 5 gegen 1. Nach offiziellen Ermittlungen gelingt es den Juden, die einheimische Bevölkerung zu verdrängen, weil sie vermöge ihrer Lebensweise höhere Mieten bezahlen können. Sie nehmen nämlich mit weniger Platz vorlieb. In 10 Häusern wohnten beispielsweise in 51 Zimmern nicht weniger als 254 Juden, was an sich schon gemeingefährliche Zustände erzeugen muß, namentlich da die Juden eine unbeschreiblich schmutzige Lebensweise führen.

In den Angaben den Steuerbehörden heißt es u. a.: „Die Juden im Ostende leben zum großen Teile von unlauterm Gewerbe; sie betreiben nämlich heimlich Branntweinbrennereien, Betrug, Diebstahl, Falschmünzerei, Fälschung von Wechseln, Papiergeld und Briefmarken. In den letzten fünf Jahren wurden 34 heimliche Brennereien entdeckt und 51 Personen dafür bestraft. 49 dieser Verbrecher waren russische oder polnische Juden."

In der „Kreuz-Zeitung" finden wir zu diesem Thema noch folgende interessante Mitteilungen:

Proben dieses Branntweins wurden von den Mitgliedern der Kommission gekostet. Auch Lord Rothschild that einen Zug und bemerkte lächelnd: „Schmeckt aber ganz gut." Wie schon früher berichtet, ist es dem jüdischen Lord seltsamerweise gelungen, zum Mitglied der Kommission ernannt zu werden, trotzdem es wohl auf der Hand liegt, daß er nicht fähig ist, ein unbefangnes Urteil über seine Landsleute abzugeben. In der That hat er mehrfach versucht, die schlagendsten Beweise zu entkräften. Als zum Beispiel ausgesagt wurde, die Versicherungsgesellschaften beständen darauf, jüdischen Besitz nur zu Ausnahmebedingungen zu versichern, weil Juden erfahrungsgemäß als Brandstifter verrufen seien, unterbrach Rothschild mit: „Das ist nicht wahr!" Es wurde aber doch bewiesen und zwar, daß selbst die „Alliance" Versicherungs-Gesellschaft, deren Vorsitz Rothschild führt, solche Ausnahme-Bedingungen gegen Juden verhängt. Seitdem ist der jüdische Lord etwas kleinlaut geworden. Der obige fade Witz deutet wohl an, daß er sich erholt hat und nun wieder bereit ist, seine parteiische Teilnahme geltend zu machen.

Hoffentlich führt die Untersuchung dazu, den Engländern klar zu machen, wie es wirklich mit den Juden beschaffen ist und wie nötig es thut, sie mit Ausnahmegesetzen in Schranken zu halten, bez. unschädlich zu machen. Wie in so manchen andern Beziehungen ist der Engländer geneigt, den Juden gegenüber eine fast unbewußte Heuchelei zu bewahren. Folgendes Beispiel wird dem Leser diesen Charakterzug vergegenwärtigen. In einem Klub war ich mit einem vornehmen Engländer auf das Juden-Thema gekommen und hatte unsre Erfahrung in Deutschland mitgeteilt. „Ach was", sagte mein Freund, „das ist Vorurteil. Wir betrachten die Juden als unsers gleichen, folglich giebt es für uns keine Judenfrage". „Dann würden Sie also nicht anstehn", wandte ich ein, „Ihre Tochter einem Juden zur Frau zu geben?" Das traf ihn hart; seine Tochter, ein reizendes Kind, war sein Augapfel. Ich war daher durchaus nicht erstaunt, als er aufsprudelte: „Eine solche Zumutung würde ich als eine grobe Beleidigung betrachten. In einem Argument darf man nicht persönlich werden."

Das ist sehr bezeichnend. Von der olympischen Höhe des englischen Hochmuts werden die Dinge im Ausland der schärfsten Kritik unterworfen. Wird die Sache aber den Herren Engländern unter die Nase gerieben, dann beansprucht er ein Maß für das Ausland und ein ganz andres für die eigne Gewohnheit.

Ich hatte aber kurz darauf die Genugthuung Zeuge zu sein, wie derselbe Engländer einem jüdischen Mitglied des Klubs eine recht scharfe Zurechtweisung erteilte, weil dieses sich herausnahm, zu sagen: „Wir Engländer." — „Englischer Unterthan, meinetwegen", ereiferte sich mein etwas cholerischer Freund, ich verbitte mir aber, daß Sie sich in meiner Gegenwart als Engländer aufspielen. Sie sind Jude, nicht Engländer." Selbstverständlich ließ der Jude sich das auch ruhig gefallen, entschuldigte sich noch obendrein, er habe nur Unterthan gemeint.

Die Strafvollstreckung gegen Redaktöre.

Schriftsteller, die ein freies Wort in einer Zeitung schreiben, haben das in Preußen mit Gefängnisstrafen zu büßen. Man behandelt sie gleich Raubmördern, fesselt sie, anständige Männer, denen tausende von Bürgern freudig Ehren- und Vertrauensämter übertragen würden, mit Zuchthäuslern zusammen, führt sie am lichten Tage durch die Straßen und macht so den alten Pranger, die alte Staupsäule in moderner, freilich nicht milderer Form wieder zum Werkzeug der Rechtsvergeltung. Je lauter und lebhafter in den Organen der öffentlichen Meinung und in den Volksvertretungen die Klagen ertönen über eine erschreckende Barbarei der Aeußerungen schneidiger Staatsgewalt — je krasser sich gewisse Ausschreitungen amtlich berufner, außergewöhnlich geschützter Amtsleute der Rechts- und Polizeipflege von dem Rechtsgefühl des Volkes, von dem Feinempfinden menschlich fühlender Männer und Frauen abheben —, um so größer scheint die Neigung zu werden, sich über alle diese Empfindungen und Widersprüche mit der souveränen Schlag- und Stoßkraft derer, die sich in ihrer Amtspracht Halbgöttern gleich dünken, hinwegzusetzen. Die Einspruchskundgebungen des Schlesischen Journalisten- und Schriftstellervereins aus Anlaß der schimpflichen Behandlung des Redaktörs Hoffmann aus Kattowitz findet überall lauten Wiederhall, wo noch ein Gefühl dafür besteht, daß wir uns mit der Anwendung russischer Art in der Behandlung politischer „Verbrecher" weit ab stellen von der Bahn moderner Kultur — ein Gefühl für die Würdigkeit solcher Zustände in einem Staate, der an der Spitze der Litteratur marschiert, als ein Kant, ein Schiller, ein Goethe ihrem Volke den Ruf begründeten, es sei ein Volk der Dichter und Denker.

Wem noch ein Herz im Busen lebt für das Ansehn des deutschen Namens, den muß ein heißer Schmerz ergreifen bei alledem, was wir unter der Ueberschrift Bredenbeck, Hoffmann und sonstige Zeitungsschriftsteller im Gefängnisse der Skandalchronik des Vaterlandes einzutragen haben. „Sie sind Jurnalist? O, da müssen Sie sich daran gewöhnen! Das wird Ihnen noch öfter passieren! Ich kenne meine Vorschriften ganz genau" — so spricht der Gefangenaufseher zu dem Redaktör, den er mit einem Zuchthäusler zusammen in Eisen legt, obwohl der erstere nur noch elf Tage zu verbüßen hat und jede Widersetzlichkeit, jeder Fluchtverdacht ausgeschlossen ist. Sie sind Jurnalist? Also dürfen Sie so behandelt werden; Sie müssen sich daran gewöhnen. Und derweile hört man, daß Duellanten, die ein Menschenleben auf dem Gewissen haben, auf der Festung in kurzer Haft — also in den paar Wochen oder Monaten, bis die regelmäßige Begnadigung eintrifft — ein wahres Herrenleben führen. Sie sind Jurnalist? Also werden sie als Bestie, als Auswürfling behandelt.

Ja, ist denn der jurnalistische Beruf im Lande der smarten Yankees etwas besseres, höheres als bei uns? Der Presse der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von dem Bruder des deutschen Kaisers große Ehre erwiesen. Wenn die Redaktöre jenseits der großen Wasserwüste es mit kommandierenden Generalen aufnehmen können, warum stehn sie hier zu Lande, wenn sie sich in ihrem verantwortungsreichen Berufe eine Strafe zuziehn — bekanntlich ist die Verfolgung der Presse bei uns zu ganz besondrer Höhe entwickelt, obwohl einmal der große Preußenkönig sagte, die Gazetten sollen nicht genieret werden —, warum sollen diese „kommandierenden Generale" hier in den Augen der Gefängnisbeamten den elendsten Strolchen, den schwersten Verbrechern gleich gelten?

„Preisend mit viel schönen Reden" gedenkt man der Presse, wenn man sie just zu einem bestimmten Beginnen, einem bestimmten Gelingen nötig hat oder hatte — mit verletzender Kälte und beleidigendem Mißtrauen begegnet man dem „Zeitungsschreiber", wenn man ihn nicht braucht oder wenn seine pflichtgemäße Berufserfüllung nicht in der Richtung bestimmter Wünsche liegt. Ist es der sozialen Bedeutung des charaktervollen Schriftstellers würdig, würdig der Presse als vornehmes Werkzeug der Oeffentlichkeit und der öffentlichen Meinung, daß man ihre Vertreter, wenn sie einmal über den Zwirnsfaden einer Beleidigungsklage gestolpert sind, ohne an ihrer Ehre auch nur im geringsten Schaden genommen zu haben, daß man sie alsbald gleich Straßenräubern behandelt? Es liegt offenbar Plan in der Sache, meint die „Elbinger Zeitung." Oft ist ein Strafvollstreckungsgesetz gefordert worden. Vergeblich. Heute ist der Gefangne ausschließlich auf den guten oder minder guten Willen der Verwaltung angewiesen; der eine verurteilte Schriftsteller darf lesen und schreiben, der

andre muß Fußmatten flechten, daß ihm die Hände anschwellen. Sollte nicht das, was dem „ritterlichen“ Totschläger gewährt wird, dem ehrenhaften, in der Verfechtung seiner Ueberzeugung entgleisten temperamentvollen Schriftsteller billig sein?

Die Strafe soll der Rechtsverletzung entsprechen. Darum darf es ohne Verletzung der Kulturpflichten eines modernen Staatswesens nicht länger geschehn, daß ein ehrenhafter Preß-sünder mit derselben Strafart heimgesucht wird, wie ein gemeiner Verbrecher. Es müßte den gebildeten Männern im Bundesrat und im Reichstage gradezu als eine Ehrenpflicht erscheinen, auf eine Regelung des Strafvollzuges hinzuwirken, der sich nicht gegen die Menschenwürde und die Menschlichkeit vergeht und der von uns die Schande nimmt, daß unsre politischen Verurteilten eine Behandlung zu erdulden haben, deren Härte und Schimpflichkeit zum Himmel schreien. Der Reichskanzler und Ministerpräsident, der ja wohl als Mann von Bildung und weltmännischer Denkweise gelten will und der als Botschafter in Rom sich einen freien Blick erworben haben könnte, — wo ist denn er, wie denkt denn er über die beschämenden Zustände?

Mommsen contra Mommsen.

Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition
Mommsen, Röm. Gesch. 3, 550.

Die linksliberale Presse scheint sich nicht beruhigen zu können über die nach ihrer Ansicht politisch außerordentlich bedeutende Kundgebung Theodor Mommsens, und die Blätter dieser Richtung jubeln ihm als Verkünder einer neuen Aera des Liberalismus zu. Wir unsrerseits glauben an eine solche Aera schon deswegen nicht, weil auch der Liberalismus ebenso wie andre Parteirichtungen viel zu viel von der herrschenden politischen Unfruchtbarkeit ergriffen ist, um auf dem von Mommsen angedeuteten Wege zu einer Wiedergeburt zu gelangen.

Zu den drei großen Strömungen, die in unserm politischen Leben sich immer deutlicher herausarbeiten, Großkapitalismus, Sozialdemokratie und Mittelstandspolitik, vermag der Liberalismus grade am wenigsten feste Stellung zu nehmen.

Der Liberalismus hat für das Großkapital und dessen wirtschaftliche Anschauung alles geopfert, um schließlich erkennen zu müssen, daß das Großkapital weit entfernt von allen liberalen Idealen ist.

Dem Mittelstande steht der Liberalismus von Hause aus politisch nahe, er hat aber für seine wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnisse aus weltbürgerlicher Zerrissenheit heraus nicht das geringste Verständnis gezeigt und ist daher unversöhnlich mit ihm zerfallen. Der Sozialdemokratie steht er grundsätzlich feindselig gegenüber, ist aber eben wegen jener wirtschaftlichen Weltbürgerei die Vorfrucht der Sozialdemokratie geworden.

Mommsens Sammelruf würde daher schon aus diesem Grunde als ein praktisch gänzlich verfehltes Unternehmen und zugleich als eine arge geschichtliche Verkennung erscheinen. Als letztere tritt sie aber, wie wir neulich bereits ausführten, um so schärfer hervor, als Mommsen selbst in seiner Römischen Geschichte das System des wirtschaftlichen Liberalismus so scharf verurteilt hat. Im ersten Bande 3, 12 steht dortselbst zu lesen:

„Kurzsichtigkeit, unverzeihliche Begünstigung des hauptstädtischen Proletariats auf Kosten der italischen Bauernschaft, furchtbare Fehlgriffe der Regierung — die Landwirtschaft wurde auf diese Weise systematisch ruiniert und den Interessen der hauptstädtischen Bevölkerung, der freilich das Brot nicht billig genug werden konnte, das Wohl des Ganzen auf die schmählichste Weise geopfert —, jede Regierung, die diesen Namen verdiente, würde von selber eingeschritten sein; aber die Masse des römischen Senats mag in gutem Köhlerglauben in den niedrigen Kornpreisen das wahre Glück gesehn haben — so trieb das Schiff ungehindert in die Brandung.“

Man sollte meinen, daß der Herrn Mommsen so oft nachgewiesene Widerspruch zwischen diesen Ausführungen und seiner parteipolitischen Stellungnahme ihn nachgrade zu einiger Vorsicht in seinen öffentlichen Kundgebungen veranlassen müßte. Das ist indessen nicht der Fall. Auch in seinem neulich von uns mitgeteilten Aufsatz in Herrn Barths sogenannter „Nation“ kehren die alten thörichten Schimpfereien „Junker“, „Ausbeuter“ usw. wieder. Aber auch die Anklage, daß wir dem Absolutismus zustreben, kehrt wieder, bezüglich deren Herr Mommsen vor zwanzig Jahren vom Fürsten Bismarck so scharf abgeführt ist, daß ihm doch eigentlich die Lust nach einer Wiederholung solcher Abfuhr vergangen sein sollte. Fürst Bismarck sprach damals von einer „für einen so angesehenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit“ und sagte weiter: „Ich bin auf so viele verleumderische Hetzereien meiner Person gegenüber nicht gefaßt gewesen, wie sie ausgesprochen worden sind, und zwar nicht von Leuten niedern Bildungsgrades, sondern von solchen, die hoch in der Bildung und auf andern Gebieten hoch in Ansehn stehn, und die mich verleumden, als ob ich dem Absolutismus zustrebte, und die mir Verfassungsbruch — also Lügen, Heuchelei — öffentlich vorwerfen, recht gebildete Leute, die über eine zweitausendjährige Vergangenheit ein historisches Urteil sich beilegen, was doch einigermaßen an Glaubwürdigkeit verliert, wenn man sieht, wie sie blind für die Erscheinungen der Gegenwart sind.“

Die reinliche Scheidung

zwischen dem Bunde der Landwirte und den Umfalls-Politikern hat begonnen und zwar, wie es nicht anders zu erwarten war, zu gunsten des erstern.

In Königsberg, Danzig, Köln und Braunschweig haben sich die stark besuchten Generalversammlungen des Bundes auf den Standpunkt der Kundgebung gestellt, die der Bundesvorstand am Vorabende der Entscheidung im Reichstage an die Vertrauensmänner erlassen hatte. —

Wir lassen hier eine Schilderung des interessanten Verlaufes der Generalversammlung in Braunschweig folgen und zwar in dem Wortlaute, den die nationalliberale „Landeszeitung“ bringt, von der man nicht annehmen kann, daß sie Schönfärberei zu gunsten des Bundes treibt.

Der Bund der Landwirte für das Herzogtum Braunschweig hatte zum 19. seine diesjährige Generalversammlung nach dem „Wilhelmsgarten“ einberufen; die Versammlung war von gut 500 Personen besucht; auch die Schüler der landwirtschaftlichen Schule waren anwesend.

Der Vorsitzende, Oberamtmann Tiekmann (Heimburg), eröffnete die Versammlung und schlug vor, ein Danktelegramm an den Freiherrn v. Wangenheim abzusenden, weil er sich bereit erklärt habe, die Leitung des Bundes noch weiter zu behalten. Dann gab der Redner einen kurzen Ueberblick über die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage. Die Industrie glaube sich in einer Krisis zu befinden, doch sei das nur der Rückschlag gegen die übertriebne Ausdehnung der einzelnen Etablissements vor sechs Jahren. An sich seien die Verhältnisse nicht schlecht; alle auf gesunder Basis stehenden Geschäfte würfen eine normale oder gute, teilweise sogar sehr gute Rente ab. Er führte dann weiter aus, daß die Industrie nicht das Hauptgewicht auf den Export, sondern auf den Inlandsmarkt legen müsse. Die Landwirtschaft sei dagegen nicht mehr imstande, bei einem Zollschutze wie dem gegenwärtigen konkurrenzfähig zu bleiben, und deshalb habe man den Bund gegründet, damit dieser die Interessen der Landwirtschaft vertrete. Als ein Beispiel, wie schlecht die Landwirtschaft sich gegenwärtig rentiere, führt Redner die Thatsache an, daß ein Landwirt aus hiesiger Gegend, der ein mittelgroßes Gut in bester Lage besitze, dabei Intelligenz und Lust zur Arbeit habe, in den letzten Jahren nicht mehr als 2 Prozent vom Werte des Gutes verdient habe. Ferner habe ein Pächter in Hannover, der ein Gut von 1400 Morgen gepachtet habe, in den letzten Jahren einen Schaden von 17500 Mark gemacht. Eine Besserung könne nur erzielt werden, wenn man den Körnerbau wieder rentabler gestalte. Das liege auch im Interesse der Industrie,

denn eine kaufkräftige Landwirtschaft sei die beste Abnehmerin für die Industrie. Statt dessen komme man mit dem lächerlichen Schlagworte von „Brot- und Fleischwucher". „Wir müssen jedenfalls auf dem Standpunkte stehn bleiben, daß beide Erwerbsgruppen als gleichberechtigt angesehn werden. Jeder muß Opfer bringen, aber es muß auch dafür gesorgt werden, daß diese nicht bestimmte Grenzen überschreiten." Der Redner schloß mit einem Hoch auf Kaiser und Regenten.

Dann nahm das Wort Reichstagsabgeordneter Liebermann von Sonnenberg. Er erklärte, daß er die Ausführungen des Vorsitzenden in jeder Beziehung unterschreiben könne. Der Bund der Landwirte wolle nicht nur die Interessen der Landwirtschaft vertreten, sondern die berechtigten Interessen aller Stände. Wie der menschliche Körper als Ganzes nicht auf die Dauer gesund bleiben könne, wenn ein wichtiges Organ krank sei, so müsse man auch verlangen, daß ein Volkskörper alle wichtigen Organe gesund erhalten blieben. Daß diese Gesundheit nicht mehr vorhanden ist, spüren wir alle; ein furchtbares Krankhenssymptom ist das Anwachsen der Sozialdemokratie.

Wenn man aber die Sozialdemokraten bekämpfen will, so muß man sie verstehn lernen. Die Landwirtschaft ist die Ahne unsers Volkes. Als unsre Vorfahren vom Nomadenleben zum Ackerbau übergingen, da war der Bauernstand geschaffen und aus dem haben sich dann alle andern Stände entwickelt. Aber wehe dem Volke, daß seine Vergangenheit vergesse, es werde auch keine Zukunft haben. Deshalb sei es wichtig, daß das Verständnis für die Wichtigkeit der Landwirtschaft geweckt werde, daß alle Bevölkerungsklassen begreifen, daß ihr Wohl zusammenhängt mit dem Gedeihn der Landwirtschaft, und diese Aufgabe hat der Bund bis jetzt treu erfüllt.

Die Versuche, die jetzt gemacht würden, um gegen den Bund Stimmung zu machen, würden gewiß keinen Erfolg haben, und er glaube, daß auch die braunschweigische Landwirtschaft dem Bunde treu bleiben und sich auf den Standpunkt der letzten Kundgebung des Bundesvorstandes stellen werde zum Nutzen der Landwirtschaft.

In den letzten Jahren seit dem Scheiden Bismarcks aus dem Amte hat die Landwirtschaft erfahren müssen, das trotz aller schönen Versprechungen der drei Reichskanzler die Thaten mit den Versprechungen nicht schritt gehalten haben. Da hat man gesagt, „wir würden ja gern der Landwirtschaft einen noch höhern Schutz gewähren, wenn sie noch an Zahl den stärksten Stand darstelle, aber die Landwirthschaft ist überflügelt von andern Ständen". Demgegenüber muß ich die Thatsache feststellen, daß man die Export-Industrie künstlich aufgepäppelt hat und jetzt sagt, da sie so groß ist, müssen wir sie schützen. Es ist unmöglich, daß Deutschland in dem Sinne ein Industriestaat wird, daß die Industrie die Nähramme des ganzen Volkes wird. Sie nährt ihre Kinder sehr schlecht, daß sieht man an den vielen Arbeitslosen, an dem Ueberhandnehmen der Vagabondage. In England habe man es weit eher wagen können, die Landwirtschaft für ein Menschenalter verfallen zu lassen und selbst da habe es sich bald gezeigt, daß die Weltmacht verblutet sei im Kampfe mit einem kleinen Bauernvolke. Unser Land braucht aber einen ganz andern Schutz als England und daß sind von jeher unsre Bauernheere gewesen. Wehe wenn die die zerbröckelten, und die Gefahr dazu liegt vor.

Wenn schon in Ihrem gesegneten Lande solche Zustände herrschen, wie der Herr Vorsitzende geschildert hat, dann können Sie sich denken, wie es in weniger glücklichen Gegenden aussieht. Darum müssen wir uns fest zusammenschließen zur Wahrung der Interessen der Landwirtschaft in der Ueberzeugung, daß wir damit zugleich dem deutschen Vaterlande einen Dienst leisten. Bismarck hat einmal gesagt: Artige Kindern fordern nichts, artige Kinder bekommen nichts. So ist es auch mit der Landwirtschaft gewesen, aber jetzt ist es anders geworden. Der Bund hat schon viel geschafft, aber es muß noch viel mehr gethan werden, und wir müssen dem Bunde Dank wissen, daß er den Kampf fortsetzen will. Grade in diesen schweren Zeiten brauchen wir Hilfe. Die erste Schlacht ist geschlagen und — das wollen wir uns nicht verhehlen — ist verloren worden, weil die Freunde des Bundes nicht alle ihre Schuldigkeit gethan haben und weil der Reichskanzler Graf Bülow das hat, was mehr ist als Befähigung, nämlich Glück.

Der Reichskanzler hat bei dem Zolltarife mehr Glück als — vergangnes Jahr bei Einbringung der Kanalvorlage gehabt. Seine erbittertsten Gegner haben ihm dazu verholfen, daß er erreichte, was er wollte. Gegen den Zolltarif, wie ihn die Regierungsvorlage vorschlug, wurden die schwersten Bedenken erhoben, von allen, die es gut mit der Landwirtschaft meinten. Die Zölle für die vier Getreidearten waren viel zu gering. Wenn schon Bismarck einen Zoll von 6 Mark für notwendig hielt, so kann man jetzt, wo die Auslandsproduktion bedeutend gesteigert und die Produktionskosten im Inlande noch gewachsen sind, nicht mit 5 Mark auskommen. In der Kommission war wenigstens eine Erhöhung erreicht worden, die einigermaßen annehmbar gewesen wäre und man durfte doch wohl hoffen, daß wenigstens dafür die Mehrheit zu haben gewesen wäre. Aber da kam der Handelsvertragsverein, der viele Anhänger unter den Nationalliberalen hat und der immer für die Industrie eintritt. Auch die Sozialdemokraten hatten sofort erkannt, daß der Handelsvertragsverein ihre Geschäfte besorge und so unterstützten sie ihn eifrigst. Und da meine ich, daß jeder sich darüber klar sein muß, daß er auch nicht die Hilfstruppen der Sozialdemokratie unterstützen darf.

Wie kam es nun weiter? Die gesamte Presse war der Meinung, daß der Tarif keineswegs vor Weihnachten, wahrscheinlich aber überhaupt nicht zum Gesetz werden würde. Dazu standen zu starke Gegner gegen ihn da; auf der einen Seite die Sozialdemokraten, die Freisinnige Vereinigung und die Nationalliberalen, auf der andern die Konservativen, die Antisemiten u. a. Zwischen diesen harten Mühlsteinen, so meinte man, würde die Vorlage zermalmt werden. Der Reichskanzler Graf Bülow erklärte die Kompromißvorschläge der Kommission für unannehmbar und verließ sich auf sein Glück. Und das Glück kam in Gestalt Singers.

Die deutsche Sozialdemokratie steht ja ebenso unter jüdischer Führung, wie die aller andern Länder und nichts hat dem Antisemitismus so vorgearbeitet, wie die letzten Reichstagsverhandlungen. Singer kam, um unbewußt dem Reichskanzler zu helfen. Es wurden unendliche Geschäftsordnungsdebatten verursacht und eine so heftige Obstruktion in Szene gesetzt, daß man schon an Revolution dachte. Es gab Leute, die meinten, man müsse für Schutz des Reichstages sorgen, da zu befürchten sei, daß die Teilnehmer an der Massenversammlung den Reichstag bedrohn könnten. Ich habe diese Befürchtungen nicht geteilt; es war in jenen Tagen sehr kalt und die sozialdemokratischen Führer wissen sehr wohl, daß Feuerspritzen bei solcher Kälte sehr unangenehm auf eine Vol̃ksmenge wirken. Aber man wollte zeigen, daß der Parlamentarismus nicht mehr leistungsfähig sei, man wollte das Mehrheitsprinzip durchbrechen und der Minderheit zum Siege verhelfen. Unter diesem Zwange näherten sich die Parteien, um dem Mehrheitsprinzip zum Siege zu verhelfen und so den Staatsstreich zu vermeiden. Denn schließlich hätte doch die Regierung für eine ordnungsmäßige Weiterführung sorgen müssen.

Nun setzte das Geschick und das Glück Bülows ein. Als die Obstruktion aufs höchste gestiegen, als der Reichstag in Gefahr kam, lächerlich zu werden, da setzte die unter Bülows Einfluß stehende offiziöse Presse ein.

Jetzt war es mit einem Male die höchste Pflicht, die Sozialdemokratie niederzuringen und man vergaß dabei ganz, daß man nebenbei auch noch den Zolltarif zu beraten habe. Es kamen dann allerhand kleine Konferenzen und darin einigte man sich und sagte: die Regierung kann nicht nachgeben, dann muß der Reichstag nachgeben. Aber man konnte sehr wohl die Sozialdemokraten niederkämpfen und dabei doch eine ordentliche Beratung des Zolltarifs vornehmen und diesen nötigenfalls ablehnen, wenn die Regierung nicht anders wollte. Wenn der Reichstag immer nachgeben soll, wenn die Regierung erklärt,

sie könne nicht so, wie der Reichstag will, dann ist der Reichstag überhaupt überflüssig.

Der jetzige Zolltarif genügt in keiner Weise, um die Landwirtschaft mit der Industrie gleichberechtigt hinzustellen. Wenn jetzt der Zolltarif nicht Gesetz wurde, so konnte die Regierung keine neuen Handelsverträge abschließen. Dann war die Landwirtschaft nicht gebessert, aber die Industrie stand viel schlechter da, da sie langfristige Handelsverträge braucht. Und dann wäre es der Industrie schwer geworden, daß sie die Landwirtschaft nicht vernachlässigen darf, dann hätte sie kommen müssen, um gemeinschaftlich mit uns vorzugehn, und dann hätte die Regierung einen andern Zolltarif gebracht. Diese Chance hatten wir und ich kann daher nur sagen, daß Männer, die in so wichtiger Stunde nicht fest bleiben, sich nicht geeignet erwiesen haben zu Volksvertretern.

In dem bevorstehenden Kampfe um die Handelsverträge brauchen wir feste Männer. Man darf nicht dulden, daß der Landwirtschaft ihr Erstgeburtsrecht abgeschachert wird um ein Linsengericht. Das Schachergeschäft war der Antrag Kardorff. Und es ist geschachert in den Foyers des Reichstages und besonders wurden dort die Nationalliberalen bearbeitet. Man hat ja einige kleine Konzessionen gemacht, aber das diene nur dazu, daß etwas geschehn zu sein scheine. In Wahrheit sei nichts erreicht und deshalb müsse die Landwirtschaft ihre Stimme erheben, um ihren Vertretern den Rücken zu stärken. Sie weiß jetzt, wem sie vertrauen darf. Sie können ja die Namensliste über die Abstimmung in letzter Aktion einsehn. Wer fest geblieben ist — gut, aber wer nicht festgeblieben ist, den können wir nicht wieder wählen.

Wir müssen sorgen, daß wir für den schweren Kampf feste Männer, nicht schwankende Rohre im Reichstage haben. Das bezweckt die letzte Kundgebung des Bundesvorstandes und wer sich dazu bekennt, dem ist der Weg vorgeschrieben für die Wahl. Jetzt hat es aufgehört mit der Lauheit und Flauheit, jetzt heißt es: biegen oder brechen! Wenn auch die Sozialdemokraten einige Sitze mehr gewinnen, deshalb ist noch nichts verloren, deshalb brauchen wir uns nicht zu fürchten. Aber die Opportunitätswirtschaft muß aufhören, jetzt heißt es grade durch! Männer Ihres Berufes und Standes sollen Sie in den Reichstag wählen, ganze Männer, die brauchen wir!

(Lebhafter Beifall.)

Dann nahm das Wort Direktor des Bundes der Landwirte Dr. Diederich Hahn: Wir alle sind Niedersachsen und als besonnene Niedersachsen wollen wir uns gegenüber solchen Schlagworten wie „Weltpolitik“, „Herrschaft zu Wasser und zu Lande“ u. dergl. ruhige Besonnenheit bewahren, wie das auch Fürst Bismarck stets gethan hat. Das gilt auch besonders in der Wirtschaftspolitik. Wir müssen die schwere Lage ernst ins Auge fassen, und wenn es auch nicht leicht wird, alte Beziehungen fallen zu lassen, so müssen wir es doch thun, wenn es gilt, die Landwirtschaft zu verteidigen. Der Redner wirft dann einen Rückblick auf die Zollpolitik unter Bismarck und Caprivi. Ebenso, wie bald nach Annahme der Caprivischen Handelsverträge viele bald eingesehn hatten, daß diese Politik die falsche gewesen sei, so werden auch jetzt zweifellos manche, die für den Tarif gestimmt, schon nach wenigen Jahren einsehn, daß sie einen Fehler gemacht. Der Tarif sei ein Beweis dafür, daß die Regierung in erster Linie für die Industrie und den Export sorge, der Vorstand des Bundes halte ihn für ein schweres Unheil. Der Redner giebt dann eine Vorgeschichte des Antrages Kardorff und schildert die Verhandlungen im Reichstage, auf die schon Herr Liebermann von Sonnenberg eingegangen war. Er bezeichnet die Art und Weise, wie man die Mehrheit gewonnen habe, als eine politische Hypnose, wie sie noch nicht dagewesen sei. Wenn man die Sozialdemokratie bekämpfen wolle, dann müsse man die mittlern Existenzen schützen, das wäre eine gesunde Politik gewesen. Gehe die ungesunde Entwicklung der Industrie so weiter, so werde es bald dahin kommen, daß noch mehr Arbeiter auf die Straße flögen und dann die Reihen der Sozialdemokratie verstärkten. Und so arbeite der Zolltarif an der Weiterführung der Proletarisierung der deutschen Nation. Weiter sucht Redner den Nachweis zu führen, daß bei den jetzigen Zollsätzen die Landwirtschaft nicht bestehn könne, aber die Regierung nehme mehr Rücksicht auf das Ausland, als auf die heimische Landwirtschaft. Auch die neuen Zollsätze verbesserten wohl die Lage der Industrie aber nicht die der Landwirtschaft.

Wie sei nun der Umfall der Mehrheitsparteien zu erklären? Man habe darauf hingewiesen, wenn man den jetzigen Tarif nicht annehme, dann werde die Regierung keinen andern vorlegen. Man habe auch auf die Wahlen hingewiesen und gemeint, die Sozialdemokratie werde gestärkt werden. Ich will Ihnen sagen, es ist ganz egal, ob wir 3,50 Mark oder 7 Mark Zoll fordern, das Brot- und Fleischwuchergeschrei bleibt ganz dasselbe, darüber brauchen wir uns nicht zu täuschen. Aufklären muß man die Leute, daß sie selbst gut verdienen sollen und daß sie dann auch ruhig ein paar Pfennige mehr für die Waren bezahlen können, dann wird das Geschrei vom Brotwucher verschwinden. — Auch dieser Redner führt aus, daß die Aussichten für die Landwirtschaft bei Ablehnung des Tarifs vorzüglich gewesen wären, das hätten sich aber die Führer nicht klar gemacht. Wir hätten einen schweren Wahlkampf, aber eine schutzzöllnerische Mehrheit bekommen

Wie werden wir uns nun in Zukunft zu verhalten haben? Wir müssen in erster Linie Klarheit schaffen. Der Bund würde es nicht überleben können, wenn Männer, die gewissermaßen unsre Uniform tragen, die mit unsrer Unterstützung gewählt worden sind, gegen uns auftreten. Mit solchen Männern können wir keine Siege erfechten, sondern nur Niederlagen davontragen für die Landwirtschaft; lieber eine kleine Armee, aber eine zuverlässige. Ich muß diese offnen Worte sprechen, um Klärung zu schaffen. Mit unsrer Unterstützung ist mancher Abgeordnete gewählt und dann in den Parteien verschwunden, und wir haben ihn nie wieder gesehn. Die Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg hat gehalten, was sie versprochen, auch manche Konservative, wenn wir auch bei diesen mit der gouvernementalen Richtung zu kämpfen haben. Aber diese Partei können wir doch wieder zu gewinnen hoffen. Anders aber steht es mit den Freikonservativen und Nationalliberalen. Die Nationalliberalen hat sogar ihr Fraktionsvorstand für den Zolltarif gebunden und da müssen wir sagen, einer solchen Partei, die gegen den Bund mobil macht, können wir unmöglich neue Kräfte zuführen. Schicken Sie uns neue Männer in den Reichstag, die aushalten, und können Sie das nicht, so treten Sie lieber gar nicht in den Wahlkampf ein, sondern überlassen Sie ihn den politischen Parteien. Wir haben ja von den Männern, die wir wählen wollten, Erklärungen erhalten, so z. B. hat der Abg. Ilsche-Hannover versprochen, in allen Fällen mit dem Bunde zu stimmen, nachher aber hat er anders gestimmt. Mit solchen Männern können wir nicht arbeiten. Ich hätte mich auch sehr gefreut, wenn der braunschweigische Abg. v. Kaufmann an unsrer Seite gestanden hätte. (Beifall.) Klarheit müssen wir haben, mit den Mischmaschparteien kann man unmöglich Politik treiben, und wenn die nächste Generalversammlung des Bundes diesen Standpunkt des Vorstandes nicht teilen sollte, dann werden wir auf die weitere Leitung des Bundes verzichten. Dann packen Sie aber auch gleich mit der ganzen agrarischen Bewegung ein, und überlassen ihr Wohl und Wehe den politischen Parteien. Wollen Sie aber weiter kämpfen, dann rufe ich Sie auf zum Kampfe, dann stehn Sie uns bei im Kampfe!

Redner schlägt dann folgende Entschließung vor:

„Die heute hier tagende Landesversammlung des Bundes der Landwirte im Herzogtume Braunschweig stellt sich in der Zolltariffrage rückhaltlos auf den Standpunkt des Vorstandes des Bundes der Landwirte. Sie ist mit ihm der Meinung, daß der neue Zolltarif, wie ihn der Reichstag beschlossen hat, keine Rückkehr zur nationalen Bismarckschen Wirtschaftspolitik bedeutet, sondern vielmehr die Weiterführung der Caprivi-Politik mit einseitiger Bevorzugung der Großindustrie und vollständiger Preisgabe wichtigster landwirtschaftlicher Lebensinteressen, wie besonders derjenigen der Viehzucht und Gärtnerei. Wir sehn mit schwerster Sorge den kommenden Handelsverträgen entgegen und erwarten von unsern Abgeordneten, daß sie der Preisgabe der nunmehr beschlossenen, nicht gebundnen landwirtschaftlichen Generaltarifzollsätze an das Ausland den äußersten Widerstand entgegensetzen und gegebnenfalls die neuen Handelsverträge unbedingt ablehnen.

Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus daß der in unserm Herzogtume gewählte Reichstagsabgeordnete v. Kaufmann dem neuen Zolltarif in der Gestalt, die derselbe durch den Antrag v. Kardorff erhalten hat, seine Zustimmung gegeben und dadurch mit dazu beigetragen hat, die Position der deutschen Landwirtschaft für die bevorstehenden neuen Handelsverträge auf das allerschwerste zu schädigen."

Zur Begründung der Entschließung führt Redner noch aus, man dürfe nicht dulden, daß eine Partei, der der Bund Wahlhilfe geleistet habe, geschlossen gegen ihn stimme und deshalb müsse man die Entschließung annehmen, auch wenn man einen sonst hochverehrten Mann dadurch politisch kränken würde. Man wolle ihm selbstverständlich persönlich in keiner Weise zu nahe treten, aber politisch müsse man ihm ein Mißtrauensvotum aussprechen.

Vorsitzender: Ich habe die Entschließung nicht vorher gelesen; gegen ihren ersten Teil habe ich gar kein Bedenken; was aber den zweiten Teil anlangt, so bitte ich von einer Abstimmung darüber heute Abstand zu nehmen. (Lärm, Rufe: Nein! Bravo!) In diesem Punkte können wir noch nicht klar sehn. Ich würde ja auch nicht für die Regierungsvorlage gestimmt haben, aber ich glaube doch, daß die Abgeordneten, die dafür gestimmt haben, einen schweren Kampf in sich durchgemacht haben, sie haben es sicher gut mit uns gemeint und ich hoffe, sie werden aus der heutigen Lage zu lernen wissen. Wir müssen hier in Braunschweig bei der Aufstellung von Kandidaten auch auf andre Parteien Rücksicht nehmen und uns dann bemühen, einen Abgeordneten zu bekommen, der nach Möglichkeit unser Interesse wahrnimmt. Ich bitte, über die beiden Absätze der Entschließung getrennt abzustimmen.

Abg. Dr. Hahn spricht sich gegen diese Teilung aus.

Herr Lambrecht führt aus, man stehe vor einer etwas schweren Entschließung. Nehme man die Entschließung so an, wie sie sei, so spreche die Versammlung ein Mißtrauensvotum gegen Herrn v. Kaufmann aus, andrerseits liege aber in der Ablehnung ein Votum gegen den Vorstand des Bundes der Landwirte, der sich bisher die größte Mühe für die Sache der Landwirtschaft gegeben hat. Es ist ja kein allgemeines Mißtrauensvotum gegen Herrn v. K., sondern nur ein solches von den hier anwesenden Landwirten, die übrige Bevölkerung kann ja andrer Meinung sein und ich meine, Herr v. K. kann sich dadurch nicht zu sehr beschwert fühlen. Der Eindruck ist allgemein, daß Herr v. K. anders hätte stimmen sollen. Ich glaube, er wird wohl mit sich zu Rate gegangen sein und seine Beweggründe werden sicher wohl überlegt und lauter gewesen sein. Es ist ja auch möglich, daß er sich jetzt überzeugt, daß er einen Fehler gemacht hat. Ueber die künftige Reichstagswahl wollen wir heute noch nicht beschließen, das hat später zu geschehn. Aber die Resolution heute nicht anzunehmen, ist unmöglich.

Die Versammlung beschließt darauf fast einstimmig, über die Resolution nicht geteilt abzustimmen.

Abg. Dr. Hahn tritt darauf nochmals für die Resolution ein. Wir können uns doch nicht zugleich für die eine und für die andre Seite aussprechen, das bringen bloß die Nationalliberalen fertig. Das Mißtrauensvotum bezieht sich doch nur auf eine einzelne Abstimmung und Ihr Votum soll zeigen, ob Sie diese Abstimmung für richtig halten. Wir im Bundesvorstande sind es uns schuldig, daß wir überall jetzt diese Probe machen. Beschließen Sie kein Mißtrauensvotum gegen Herrn v. Kaufmann, so beschließen Sie eins gegen den engern Vorstand.

Vorsitzender: Ein Mißtrauensvotum gegen Herrn v. K. kann ich in der Entschließung überhaupt nicht erblicken; wir sagen nur, daß wir mit ihm nicht einer Meinung sind. Ich habe auch nur die Absicht gehabt, der Sache eine gewisse Schärfe zu nehmen.

Rühland (Königslutter): Ich bedaure, daß der Vorstand des Bundes im Herzogtum vom Vorstande in Berlin überrumpelt worden ist. (Lauter anhaltender Lärm und Zurufe. Man hört u. a. den Ruf: Er ist ein Verräter!) Der Vorsitzende hat erklärt, daß er von der Resolution keine Kenntnis gehabt habe, das ist Ueberrumplung. Ich werde gegen die Resolution stimmen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Der Vorsitzende hat richtig betont, daß der Bund auch auf andre Parteien im Lande Rücksicht zu nehmen hat und deshalb erkläre ich, namens der Deutschsozialen Partei, daß wir den Bund stets unterstützen werden. Aber für eine Kandidatur, deren Träger irgendwelche Beziehungen zur nationalliberalen Partei hat, können wir nie stimmen.

Abg. Dr. Hahn: Ich bin oft für Nationalliberale eingetreten, aber jetzt haben wir gesehn, daß deren Führer einseitig für die Großindustriellen eintreten. Da muß ich fragen, ob der Bund eine solche Partei mit solchen Führern und solcher Presse noch unterstützen kann. Das geht nicht, wenn nicht der Bund die allgemeine Achtung in der Politik verlieren will. Von einer Ueberrumplung kann nicht die Rede sein, aber ich bin verpflichtet, Sie zu fragen: Wollen Sie mit uns gehn, oder mit denen, die anders gestimmt haben? Ich erkenne selbstverständlich an, daß Herr v. K. aus den lautersten Motiven gestimmt hat, aber der Bund kann nicht arbeiten, wenn die Vertreter seiner besten Wahlkreise gegen ihn stimmen. Die persönliche Ehre Herrn v. Kaufmanns wird dadurch garnicht angegriffen.

Herr Hosang spricht für die Resolution.

Vorsitzender: Es könnte vielleicht scheinen, als ob ich auf dem Standpunkt des Herrn v. Kaufmann stände; das ist selbstverständlich nicht der Fall, sonst thäte ich besser, so schnell als möglich dieses Lokal zu verlassen. Ich wollte der Sache nur eine Spitze nehmen.

Herr Floto meint, ob man nicht wenigstens den letzten Passus des zweiten Absatzes von den Worten ab: „und dadurch mit dazu beigetragen hat . . . ." streichen könne.

Abg. Dr. Hahn erklärt sich auch dagegen.

Herr Rühland erklärte, seine Aeußerung von der Ueberrumplung habe sich natürlich nur darauf bezogen, daß die Resolution dem Vorsitzenden nicht vorher vorgelegt worden sei. Es liege ihm fern, etwa zu behaupten, daß die Versammlung überrumpelt worden sei.

Darauf wird die Entschließung fast einstimmig angenommen; nur etwa 12 bis 15 Personen stimmten dagegen.

Dann erfolgte 3¾ Uhr Schluß der Versammlung.

Soweit der Versammlungsbericht. — Die Bestrebungen einzelner persönlicher Freunde des Herrn v. Kaufmann, ihm die bittre Pille etwas zu überzuckern, wirkte in Wirklichkeit weit komischer, als es aus dem Bericht hervorgeht.

Daß einzelne Stimmen nach der Versammlung laut wurden, die meinten, Herr v. K. werde trotzdem den Versuch machen, aufs neue zu kandidieren, wollen wir nur erwähnen, um zu kennzeichnen, welches Maß von politischer Feinfühligkeit man der nationalliberalen Partei sich gewöhnt hat zuzutrauen. Wir würden es für eine persönliche Beleidigung des Herrn v. K. halten, wenn wir uns auch zu dieser Annahme bekennen wollten.

Mosaik.

Einen Konsumverein der Eisenbahnbeamten hat man in Soest gegründet; die Eröffnung des geschäftlichen Verkehrs war auf den 15. d. M. festgesetzt. Da es dem Verein zunächst nicht gelungen ist, passende Verkaufsräume zu finden, so soll der Geschäftsbetrieb in dem vor einigen Jahren vergrößerten Eilgutschuppen der Staatsbahn untergebracht werden. Hoffentlich lassen sich das die Soester Geschäftsleute nicht gefallen.

Lockartikel. Der Verein zum Schutze für Handel und Gewerbe in Heiligenstadt (Eichsfeld) macht bekannt, „daß auf Anregung des Vorstandes die außergewöhnliche Reklame der Firma M. G. Oppenheimer auf Richtigkeit und Wert geprüft wurde. Die hierzu gewählte Kommission von Sachverständigen hat nun festgestellt, daß ein Ausverkauf zu ‚Staunen' erregend billigen Preisen in Wahrheit nicht stattfindet, sondern daß nur gewisse Artikel im Schaufenster unter dem Einkaufswert ausgezeichnet sind. Hingegen sind im Laden der Firma M. G. Oppenheimer gekaufte Waren teurer als in jedem reellen Geschäfte

hier am Platze. — Eine Täuschung des Publikums ist durch eine derartige Reklame nicht ausgeschlossen. Also Vorsicht beim Einkauf."

Unterschlagungen bei Berliner Banken sind in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, von denen aber zumteil die Oeffentlichkeit gar keine Kenntnis erhielt, da Direktion und Aufsichtsrat rechtzeitig mit eignen Mitteln einsprangen, in einem Falle soll sogar der Uebelthäter noch eine Summe Geldes erhalten haben, falls er über seine Strafthat . . . schweigt! Sehr groß können allerdings diese Veruntreuungen nicht gewesen sein, denn sonst hätte man sicher die Hilfe der Staatsanwaltschaft ebenso in Anspruch genommen wie in dem neuesten Falle, wo es sich um beinah 800000 Mark handelt, die ein Depotverwalter bei der Darmstädter Bank verschwinden ließ. Man hat den guten Mann jetzt in der Schweiz ermittelt und in Sicherheit gebracht.

Unsre Warenhäusler. „Die Warenhäuser sind hoffähig", jubelt der Berliner „Konfektionär", das Organ der Warenhäusler. Die Firma Tietz in München ist nämlich durch den Besuch der Prinzessin Ludwig Ferdinand erfreut worden, und Tietz hält dieses Vorkommnis für so ungeheuerlich, daß er den „Konfektionär" ersucht, die ganze Sippschaft davon zu benachrichtigen.

Das vom Buchhandel in Verruf erklärte Warenhaus H. Tietz zu Berlin verkauft „Otto von Bismarck" von Kreutzer Kreutzer für 1.55 Mark, während der Buchhändler es nicht unter 8 Mark liefern kann.

Ein hübsches Beispiel für den intelligenten ABC-Schüler einer englischen Volksschule erzählt die englische Zeitschrift „Truth". Die Lehrerin, die einmal den „Besten" aus ihrer Klasse erwählen und zu diesem Zwecke mit einem Geldgeschenk beglücken wollte, zeigte ihren Zöglingen einen Schilling und sagte: „Derjenige, der mir die beiden Fragen am besten beantwortet, wird das Geld erhalten: 1. Wen liebt Ihr von allen am meisten? 2. Warum liebt Ihr ihn?"

Die Antwort eines Buben war: „Meine Mutter, weil sie mich liebt".

Ein andrer Bursche sagte: „Meine Lehrerin, weil sie so gut ist". Er war augenscheinlich ein kleiner Schlaukopf und hätte thatsächlich beinahe sich den Schilling verdient, als zuguterletzt ein kleiner Knirps aufstand. Seine Antwort war. „Den Heiland, weil er für mich starb".

Mit einem freundlichen Blicke händigte ihm die Lehrerin das Geldstück aus.

„Wie heißt Du denn, mein Junge", fragte sie endlich.

Und prompt schallte es von der Bank, wo der Kleine an seiner Tasche nestelte, um den Schilling unterzubringen, zurück: „Isaak Veilchenduft".

Israel in Nöten. Aus dem schauerlichen Drama von Konitz und dem damit zusammenhängenden jüdischen Preßtreiben haben wir gelernt, daß Juden unmöglich einen Mord begehn können, denn — so haben es uns die Rabbiner-Blätter bis zum Ueberdruß vorerzählt — den Juden ist es durch ihr Gesetz verboten, Blut zu vergießen. Die bescheidenen Einwendungen, daß Verbote auch manchmal übertreten werden, wurden als schmachvolle Hetzereien gekennzeichnet. Wenn ein Jude einmal ermordet wird, so pflegt man den Mörder meist sehr schnell zu ergreifen. Wenn, wie bei den Knabenmorden in Skurz, Xanten und Konitz, der schmachvolle Verdacht des Mordes auf Juden gelenkt wird, so wird kein Thäter gefunden. Aber was geschieht, wenn ein Jude einen Andern umbringt?

Ein solcher heikler Fall hat sich jüngst in Berlin ereignet. Eine alte Jüdin ist ermordet und beraubt worden und der Mörder ist ihr Neffe, ein polnischer Jude, der, wie das so üblich ist, eine Anzahl verschiedner Namen führt. Der Mörder ist flüchtig. Jüdisches Blut schreit nach Sühne, aber soll die Obrigkeit der Gojim das jüdische Blut des Verbrechers vergießen dürfen, wenn man ihn einfängt? — Wie wir hören, soll in der Synagoge zu Konitz ein Rabbinatskongreß zur Entscheidung dieses Falles zusammenberufen werden.

Vom Verdingungs-Unwesen. Für die ausgeschriebnen Notstandsarbeiten in Spandau, zu denen siebzehn Firmen ein Gebot abgaben, schwanken die Forderungen zwischen 63000 und 12500 Mark! —

Die Tischlerarbeiten für die Artillerie-Kaserne in Neustadt (Oberschlesien) sind den Strafanstalten zu Rawitsch und Rendsburg übertragen, die die Mindestbietenden blieben. —

Weihnachten 1902.

Auch in diesem Jahre können wir — soweit der Vorrat reicht — unsern Lesern und Freunden

als Weihnachtsgabe

gegen Einsendung von 1,75 **Mark** in Marken postfrei liefern:

Die zweite verbesserte Auflage des 508 Seiten starken Buches

Bismarck-Denkwürdigkeiten

aus seinen Briefen, Reden und letzten Kundgebungen, sowie nach persönlichen Erinnerungen zusammengefaßt und erläutert von Dr. Paul Liman.

Der Ladenpreis des hübsch gebundnen Buches, dessen Widmung Fürst Herbert Bismarck mit anerkennenden Worten angenommen hat, beträgt 3,50 Mark.

Berlin NW 52. Die Geschäftsstelle.

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstraße 15. — Druck von A. Wolff, Berlin NW, Dreyfestr. 3.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Berlin-Leipzig, den 25. Dezember 1902. Nr. 749.

An unsre Leser und Freunde.

Mit dieser Doppelnummer schließt der Jahrgang 1902. Ein schweres Jahr liegt hinter uns, ein schweres beginnt. Es bringt uns die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage und zum preußischen Abgeordnetenhause.

Jetzt gilt es zu beweisen, daß der Antisemitismus nicht tot ist, sondern lebt und arbeitet.

Der jüdische Feind erhebt übermütiger als je sein Haupt. Die Ballin und Goldberger und Witting (recte Wittkowski) und viele andre haben Ursache zu glauben, daß sie noch nicht am rechten Platze sind und warten auf Ministerposten.

Der jüdische Führer der Sozialdemokraten im Deutschen Reiche, Herr Singer und sein jüdischer Generalstab im Reichstage, die Bernstein, Stadthagen, Wurm, Gradnauer, Haase, Hoch usw., hielten sogar den Augenblick schon für gekommen, um zu beweisen, daß die Gesetzgebung Halt machen muß, wenn Israel es will.

Das ist allerdings nicht nur mißlungen, sondern hat das Gegenteil der schlimmen Absicht herbeigeführt. Die Gesetzgebungsmaschinerie hat mit Hochdruck und leider gar zu schnell gearbeitet.

Die erfreuliche Nebenwirkung aber ist gewesen, daß im Parlament und im Lande, bei den Parteien, die bisher den Antisemitismus abwiesen, die Erkenntnis von der Judengefahr mächtig gewachsen ist.

Darin liegt für uns die Aussicht auf erfolgreiche Arbeit. Wir können solche aber nur leisten, wenn jeder, der an die Gerechtigkeit unsrer Sache glaubt, auch seine volle Schuldigkeit thut. Dazu gehört die Unterstützung unsrer Presse, die uns Waffen für den Kampf liefert.

Wir können es hier nicht im Einzelnen darlegen, wie furchtbar schwere persönliche Opfer die Aufrechterhaltung unsers Blattes von dem Herausgeber und der Schriftleitung erfordert. Aber wir dürfen, gestützt auf diese Thatsache, die dringende Bitte aussprechen, daß jeder unsrer Freunde und Leser im Lande jetzt auch das Seine thue, um unser Blatt zu verbreiten.

Jetzt heißt es, **neue Bezieher** zu werben, für die man am besten selbst zum ersten Male die Postbestellung aufgiebt.

Jetzt kann man schon Wahlerfolge vorbereiten helfen, wenn man auf eigne Kosten für einen oder mehre Bekannte unsre Wochenschrift bezieht und sie ihnen als Weihnachtsgeschenk überweist.

Auch unser **Schriften-Verlag**, der nicht nur die Streitschriften der Partei, sondern jedes Buch genau wie jede andre Buchhandlung und zu gleichem Preise versendet, sei unsern Freunden hiermit zu fleißiger Benutzung empfohlen. Wer die **Deutschnationale Buchhandlung** fördert, hilft dadurch ein Unternehmen aufbauen, was später einmal, ähnlich wie es heute schon bei der Sozialdemokratie der Fall ist, ein Hauptanteil der Betriebsmittel für die Partei aus seinen Ueberschüssen zu liefern imstande sein wird.

In der Hoffnung, daß dieser unser Weihnachtswunsch sich erfüllen möge, wünschen wir auch unsern Freunden **fröhliche deutsche Weihnacht und ein glückliches neues Jahr.** Möge es uns dem hohen Ziele der Befreiung Deutschlands vom **Judenjoch** ein Stück näher bringen.

Berlin, Weihnacht 1902.

Verlag und Schriftleitung.

Burschen heraus!

Im Frühling des Jahres 1901 war es, als ein kleiner, kränklicher, häßlicher Mann an den paradiesischen Gestaden des Lago maggiore Wohnung nahm. Von weit her war er gekommen, und doch nicht von so weit her, daß sein Name nicht bekannt gewesen wäre. Nur wenige Tage vergingen, da zischelte und raunte die heißblütige Bevölkerung, ballte die Fäuste und knirschte mit den Zähnen . . . und wer genau zuhörte, konnte mit Grimm und Verachtung den Namen Cecil Rhodes nennen hören. Die Bevölkerung duldete den unsaubern Geist nicht lange unter sich; kaum eine Woche war es dem Henker Südafrikas möglich, der Feindseligkeit des für die Buren begeisterten Volkes zu trotzen. Er mußte gehn . . . und er ging nach Deutschland, wo er vom Deutschen Kaiser mit höchsten Ehren empfangen worden war. . . .

Und wenige Monate später kam ein andrer und klopfte an die Pforten des Deutschen Reiches. Es war der Präsident der sterbenden Südafrikanischen Republik, Ohm Paul. Die Herzen des Deutschen Volkes jubelten ihm zu, aber in den Jubel hinein tönte das Zuwerfen der Thür, an die der müde, heimatlose Mann mit scheuem Finger geklopft hatte. Deutschland blieb dem Präsidenten Krüger verschlossen. . .

Und wiederum vergingen die Monate; Rhodes starb; der Krieg war zu Ende; da kamen Burengenerale in das gastliche Deutsche Reich. Helden Transvaals als Bettler für ihr Volk. Und es erhob sich ein Jubel und eine Begeisterung, wie die deutsche Reichshauptstadt sie seit dem Einzug unsrer Sieger von 1870/71 nie wieder gesehn hatte. . .

Begeisterung und Jubel sind dahin, verweht, zur Erde gesunken wie die Blätter an den Bäumen des Tiergartens, die welkend noch an den Bäumen hingen, als der Jubel Berlins über seine Gäste aus dem Burenland gen Himmel schallte. Feier und hohe Zeiten sind vorüber, der Alltag nahm Festgewand und Feststimmung: — Ueber die Buren ist man beinahe zur Tagesordnung gegangen. Nur hier und da zuckt noch ein Flämmchen erlöschender Begeisterung im kranken Kreise.

Doch das alles ist kein Grund zur Bitterkeit. Es ist Folge und Frucht des Menschenseins und muß als solches hingenommen werden. Aber etwas andres, was auf die Vergangenheit paßt, wie die Faust aufs Auge, was den ganzen Jubel des Deutschen Volkes schändet, verdient ernstliche Beachtung.

Cecil Rhodes, dessen ganzes Leben ein Kampf war für England gegen Deutschland im fernen Afrika, hat auch noch im Tode der deutschen Seele Gewalt anzuthun versucht, indem er sie durch blödes Geld erkaufen wollte. Stipendien für deutsche Studenten hinterließ testamentarisch der größte Deutschenhasser. Der Michel lächelt und empfand nicht einmal diesen Schlag ins Gesicht. Deutschland, dessen Kultur durch Jahrhunderte führend war, sollte Zöglinge seiner Universitäten nach England schicken, damit sie hier die höchste Politur erhielten für 3000 Mark jährlich! Mit Hohn hat die nationale Presse unsers Vaterlandes das Ansinnen des Herrschers von Rhodesia zurückgewiesen; wer noch Ehre hatte im Leibe unter den Studenten, erklärte ernst und feierlich, niemals Gebrauch machen zu wollen von dem Geschenk des Mannes, dessen Hände besudelt waren von Burenblut.

Und heute?

Heute erhalten wir die Nachricht, daß 398 **deutsche Studenten um das Stipendium von Rhodes gebettelt** haben. Merken denn diese Leute nicht, daß sie sich und ihr Volk, daß sie die ganze ehrliche Entrüstung über die Engländer in Südafrika schänden durch diese traurige Bettelei? Von jeher hat England es geliebt, dem deutschen Michel abwechselnd Backpfeifen und Fußtritte zu versetzen, und, Gott sei es geklagt, hat sich der deutsche Michel in seiner thörichten Gutmütigkeit

viel zu viel gefallen lassen. Daß sich aber unter den zukünftigen Führern der Nation, daß sich unter den deutschen Studenten fast vierhundert Menschen finden sollten, die von der Ehre ihres Volkes so wenig verstehn, daß sie um einen Brocken vom Tische des reichen Herrn Rhodes betteln, das übersteigt denn doch selbst die hoffnungslosesten Erwartungen dessen, der schweigend gelernt hat, auf das Wachsen nationalen Fein- und Ehrgefühls zu lauschen. Die deutschen Studenten waren durch Jahrhunderte die berufensten Träger nationaler Hochziele, urdeutscher Ideale. Von ihrem größerm Wissen konnte man tieferes Verständnis für nationale Fragen erwarten. Und man hat es nicht vergeblich erwartet. Ohne Zögern sind sie zu den Fahnen geeilt, als es hieß, für deutsche Ehre zu siegen oder zu sterben. Mit blitzendem Schläger sind sie jeden Tag bereit gewesen, für eigne Ehre einzustehn. . . Und dabei finden sich angeblich heute fast vierhundert deutsche Studenten, die auf Kosten eines Rhodes sich verengländern lassen wollen! Sind denn die Zeiten so verändert, sind die alten Ideale verschwunden und hat der Sinn für Nützliches, hat das Banausentum selbst die früher so begeisterten Seelen unsrer akademischen Jugend verblödet?

England trägt für alle Zeiten das Schandmal beispielloser Völkervergewaltigung, das Schandmal unerhörten Frevels in Südafrika. Der geistige Urheber aber von alledem war Cecil Rhodes, — und von diesem Mann sollten deutsche Studenten Gelder annehmen?

Das darf sich die deutsche Studentenschaft nicht bieten lassen. Auf, Korps, Burschenschaft und Verein deutscher Studenten! Wenn Ihr nicht wollt, daß Euer Ansehn in Fetzen davongeht, sorgt dafür, daß keiner der Euren den Bettelbrocken eines Rhodes annimmt. Und wer es dennoch thut, über den sitzet zu Gericht, auf daß nicht das Volk über Euch zu Gericht sitze!

Zum Fall Krupp.

Die zerrüttende Einwirkung der Einstellung des Strafverfahrens gegen den „Vorwärts" in der Krupp-Angelegenheit auf unser Volksgewissen kennzeichnen die „Leipziger Neuesten Nachrichten" treffend in folgender Weise:

Wenn heute die Großen der Krone in den Blättern den Niederschlag der öffentlichen Meinung verfolgen, dann werden sie, ob ihr Blick auf ein konservatives Organ fällt oder ob er spähend die Spalten einer demokratischen Zeitung durchforscht, überall der gleichen Auffassung begegnen, die nur variiert wird nach dem Temperament des einzelnen. Mag der Eine der Schadenfreude weiten Spielraum gewähren und der andre der Bitterkeit, mag der Eine Genugthuung verraten und der andre Enttäuschung, so bleibt der Ausdruck des gemeinsamen Empfindens ein ungeheures Staunen über das Unbegreifliche, das geschehn ist, und das keine Phrase und keine Beschönigung erklärt. Wir glauben nicht an die Schuld des Toten, wir glauben nicht daran, daß der nervöse empfindsame Mann, der dem Streiche erlag, den hinterrücks der „Vorwärts" führte, sich zu Handlungen hinreißen ließ, die das Strafgesetzbuch ahndet — aber grade deshalb mußte volle Klarheit geschaffen werden über den Wunsch der Witwe hinaus, grade deshalb mußte der rasche Entschluß, der zur Erhebung der Anklage führte, sich zu einer vollgiltigen That entfalten, darum mußte vor allem vorgebeugt werden, daß nicht das politische Leben vergiftet wurde durch den Gedanken: Für Unerwiesenes und Unbeweisbares wurde die höchste Autorität des Staates als Zeugin aufgerufen. Wollte man auch dem menschlich verständlichen Bedürfnis der Hinterbliebnen nachgeben, so war dies heute nicht mehr erlaubt, so verbot es heute die Staatsraison, vielleicht sogar der einfachste politische Instinkt. In welchen Regionen schweben denn die Männer, die heute die Berater der Krone sind? Wandeln sie mit den Häuptern im Reiche der Sterne? Gehören sie zu jenen wunderlichen Phantasten, die sich eine Welt aus ihren Träumen bauen und nicht ahnen, wie es in der wirklichen Welt, in der Welt der Leidenschaften aussieht? Ahnen sie wirklich nichts von der Stimmung, die jetzt das ganze Volk durchzieht? Von dem finstern Kopfschütteln, mit dem man die Herstellung von Adressen begleitet, in denen Leute, die über die Thatsachen kaum unterrichtet sind, Ueberzeugungen bekunden, für die sie keine Grundlage haben? Das Schauspiel, das bisher gleichgiltig war, wird häßlich, jetzt, wo die Behörde in dem Augenblick versagt, da sie die Vermutung zur Thatsache umstempeln, den lockern Boden des Glaubens zu der festen Grundlage des Wissens umgestalten sollte. Offen gesagt, selbst der Gedanke, daß der Prozeß ein Verfehlen Krupps erwiesen, und daß der Kaiser sich gezwungen gesehn hätte, einzugestehn, daß der Irrtum auch dem Throne nahen kann, hätte für unser Gefühl nicht so Trostloses gehabt, als die Wendung, die jetzt die Dinge nahmen. Klaren Auges, nicht scheuen Blickes soll man in die Welt der Ereignisse sehn.

Partei-Nachrichten.

Leipzig. Deutsch-Sozialer Verein, Geschäftsstelle: Königstraße 27, I, Vereinshaus „Eldorado", Pfaffendorferstraße 4, I. Sitzung: Jeden Montag Abend ½9 Uhr. —

Montag, den 19. Januar, im Eldoradosaale: Erinnerungsfeier an die Errichtung des Deutschen Reiches. Ernster Teil, humoristischer Teil und darauf ein Kränzchen. Die Festordnung wird als Einladung zu Neujahr versandt.

Verband Westmark. Am Sonntag, den 28. d. M., Nachm. 4 Uhr, findet in Dortmund, Hotel Germania (Kufelke) eine Vorstandssitzung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Kassenbericht; 2. Feststellung des Haushaltungsplanes für das Jahr 1903; 3. Wahlfonds; 4. Reichstagswahlen; 5. Verbands-Angelegenheiten.

Der Deutschnationale Arbeiterbund hält Sonntag, den 28. Dezember, 4 Uhr nachmittags, im Bünsow-Tunnel zu Hamburg, Fuhlentwiete, einen außerordentlichen Bundestag ab. Auf der Tagesordnung steht als erster und wichtigster Gegenstand: Antrag des Vorstandes betr. Bundesorgan. Ferner: Vortrag des Schriftleiters Haase über „Das Kaiserwort an die Arbeiterschaft"; freie Aussprache; Verschiednes.

Versammlungen der Deutsch-Sozialen Vereine finden statt
- in Berlin jeden ersten Freitag im Monat, 8½ Uhr, in der Wirtschaft Schönhauser Allee 173.
- in Braunschweig jeden Freitag 8½ Uhr in Brünings Saalbau (Roter Saal);
- in Duisburg jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 8½ Uhr im Restaurant Lutterbeck;
- in Elberfeld jeden Montag 8½ Uhr im Vereinslokale „Burghof";
- in Erfurt jeden ersten Mittwoch im Monat im „Alten Ratskeller".
- in Frankfurt (Main) jeden ersten Donnerstag im Monat. 9 Uhr, Kölner Hof;
- in Freiburg (Breisgau) jeden Sonnabend 9 Uhr im Storchen, am Schwabenthor;
- in Goslar jeden Freitag 8 Uhr im „Achtermann";
- in Halberstadt jeden Mittwoch 8½ Uhr im Kunstmannschen Gasthofe;
- in Halle (Saale) jeden Dienstag 8½ Uhr in Petzolds Gastwirtschaft, Charlottenstr. 19;
- in Hannover (Reformverein) jeden ersten Montag im Monat bei Tubbenhauer, Baringstr.;
- in Kassel jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Heß (Mauerstr.);
- in Krefeld jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 8 Uhr bei Faßbender, Karlsplatz
- in Kuxhaven jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat 8 Uhr bei A. von Freuden (Marktplatz);
- in Leipzig jeden Montag 8½ Uhr im „Eldorado" (Pfaffendorferstraße);
- in Mannheim jeden Sonntag im Hessischen Hof, L. 13, 21;
- in Münster (Westfalen) jeden Donnerstag 9 Uhr in der Altdeutschen Bierhalle „Zum Augustiner";
- in Nordhausen am 2. Januar in den „Drei Linden";
- in Weimar jeden ersten Dienstag im Monat im „Sächs. Hof".

Friedliche Weihnachten und ein glückliches neues Jahr wünsche ich von Herzen allen Freunden und Gesinnungsgenossen im Lande. Ich verbinde damit meinen Dank für die liebenswürdige Gastfreundschaft, die ich bei meiner Reise an vielen Orten genossen habe, und bitte es zu entschuldigen, wenn ich diesmal nicht, wie ich es sonst meist ermöglichen konnte, persönlich schreibe.

Das neue Jahr wird ein Kampfjahr sein, möge es auch Siege bringen.

Groß-Lichterfelde Ost, Jägerstr. 10. — Max Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.

Unsre Leser und Freunde bitten wir dringend, ihren Bedarf an Büchern usw. stets nur bei der Deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt zu Berlin NW 52 zu decken und insbesondre ihre Weihnachtsbedürfnisse dort zu bestellen. Die Buchhandlung führt nicht nur Werke deutschnationalen Inhalts, sondern besorgt alle sonst erschienenen Bücher, Musikalien usw. zu denselben Preisen wie jede andre Buchhandlung.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Unlauterer Wettbewerb. Der Kaufmann Baruch Aberbach aus Würzburg hatte in der Rückertstraße zu Nürnberg einen von dem Kaufmann Gößler mit Haushaltungsgegenständen eingerichteten Laden übernommen, sofort die Vorderfront mit großen Plakaten, die einen „Ausverkauf" anzeigten, beklebt, und um die in seinem Laden entstandnen Lücken ausfüllen zu können, sich immer Ware nachkommen lassen. Würzburger Geschäftsleute brachten den Fall zur Anzeige, doch wurde das Verfahren gegen Aberbach wieder eingestellt. Damit war aber der Gewerbeverein Schweinfurt nicht zufrieden; er erhob Beschwerde mit dem Erfolg, daß das Gericht in Schweinfurt den Baruch Aberbach zu 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilte.

Anreißerei auf der Straße. Frau J. Kaufmann, Inhaberin eines Kleidergeschäftes zu München, Sendlingerstraße 35, belästigte am 15. Juni einen Vorübergehenden mit der Aufforderung zum Einkauf. Von einem in der Nähe stehenden Kriminalschutzmann zur Anzeige gebracht, wurde sie auf Grund der ortspolizeilichen Vorschriften über Kunden-Anlockung zu zwölf Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Erpressung, Depot-Unterschlagung, betrügerischen Bankrott usw. — das waren die Strafthaten, die der Bankier Leo Feinberg zu Halberstadt auf dem Kerbholze hat. Fünf Jahre Zuchthaus gabs dafür, 3000 Mark Geldstrafe und zehn Jahre Ehrverlust, während sein Bruder und Helfershelfer Salomon Feinberg mit vier Monaten davonkam.

Einen großen Wucherprozeß gab es dieser Tage in München. Angeklagt waren fünf Kaufleute (!), 1. Gustav Seelig aus Berlin, 2. Louis Lindenheim aus Preuß. Holland, 3. Peter Horn aus Seeligenstadt (Hessen), 4. Nathan Salomon aus Bandsburg (Westpr.), 5. Heiman Rosenthal aus Lautenburg (Westpr.). Sie hatten in der üblichen Weise Künstler, Offiziere, Studenten usw. bewuchert, indem sie bei Darlehnen neben einer geringen Barsumme den Geldsuchenden große Posten fast wertloser oder unverkäuflicher Waren aufhängten. Vier jener Ehrenmänner sind durch ihre Namen als Angehörige der bekannten talentvollen Rasse gekennzeichnet. Wir wollen hoffen, daß auch Peter Horn ein Jude ist. — Die Strafe lautete für Seelig auf sechs Monate Gefängnis und 900 Mark Geldstrafe, für Rosenthal auf zehn Monate und 1500 Mark, bei beiden auch noch je fünf Jahre Ehrverlust, die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen. Rosenthal wurde wegen Fluchtverdacht im Gerichtssaal verhaftet. In der Urteilsbegründung wurden die Angeklagten als gewandte, raffinierte und schlaue Kaufleute charakterisiert, die sich die Vorteile ihres Geschäfts ohne Rücksicht auf Treu und Glauben wohl zu Nutze zu machen verstanden hätten. Die Gewerbsmäßigkeit sei ihnen jedoch nicht nachzuweisen gewesen.

Sittliche Juden. Der Kleiderhändler und Leihhausbesitzer Sally Graupe zu Nordhausen ist am 17. d. M. wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Personen unter vierzehn Jahren zu achtzehn Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Die Ehrenrechte wurden ihm auf drei Jahre aberkannt.

Bücher und Schriften.

(Alle hier angezeigten Schriften können durch unsre Geschäftsstelle, Berlin NW 52, bezogen werden.)

Jahrbuch für deutschnationale Handlungsgehilfen 1903. 295 Seiten. Hamburg 1903. Preis 1 Mark.

Das Werkchen, das bereits im vierten Jahrgange erscheint, übertrifft seine Vorgänger an Inhalt und Umfang. Neben einem Zeitweiser und vielen im praktischen Leben oft recht nützlichen Mitteilungen über das Post-, Telegraphen-, Eisenbahn- und Bankwesen enthält es auch einige bemerkenswerte Aufsätze. In dem ersten Aufsatze behandelt Dr. Winterstein (Kassel) den Vorwurf „Die Verkehrssprachen der Erde". Da Dr. Winterstein den Lesern dieses Blattes als guter Kenner des Sprachwesens bekannt ist, erübrigen sich weitere Bemerkungen hierzu. „Fremde Volkskörper im Deutschen Reiche" lautet der zweite Aufsatz, in dem Dr. H. Wendland (Berlin) besonders auf die jüdische und slawische Gefahr, die unserm Vaterlande droht, hinweist. Wenn dieser Artikel auch etwas kurz gefaßt ist, so bleibt doch sein Inhalt so klar, daß selbst der, der sich noch nicht mit dieser Frage beschäftigte, ihn verstehn und die Gefahr erkennen muß. — Weiter behandelt der Vorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, W. Schack (Hamburg), in einem Artikel „Die Geschichte der Verbands-Verfassung" und in einem andern, „Aus der sozialpolitischen Werkstätte des D. H. V." überschrieben, beleuchtet Alfred Roth (Hamburg) die Art und Weise, wie die sozialpolitische Thätigkeit von diesem Verbande geleistet wird. Zum Schluß enthält das Buch noch ein von Walther Graef (Hamburg) zusammengestelltes Verzeichnis kaufmännischer Schriften und Zeitungen.

In seiner handlichen Form mit einem dauerhaften, biegsamen Leinen-Einband eignet sich das Jahrbuch auch als Taschenbuch, das allen deutsch-gesinnten Kaufleuten zur Anschaffung empfohlen werden kann.

Zur Besprechung gingen ferner bei uns ein:

Falsche Reform? Offner Brief an seine Gnaden Herrn Dr. Paul Wilhelm von Keppler, Bischof von Rottenburg. Als Antwort auf seine am 1. Dezember 1902 in der Klerus-konferenz zu Rottenburg gehaltne Rede: „Wahre und falsche Reform." Von Dr. Otto Sickenberger, kgl. bayer. a. o. Lycealprofessor. Augsburg 1903. 27 S. Preis 80 Pfg.

Rabbiner Dr. H. Vogelsteins Vortrag. **Die Anfänge des Talmuds und die Entstehung des Christentums,** beleuchtet von Karl Kunert, Missionsprediger in Königsberg (Pr.). Königsberg (Pr.) 1902. 20 S. Preis 40 Pfg.

Was lernen Juden und Chr st n von Dr. Perles? Ein bescheidner Beitrag zur Harnack-Litteratur. Von Karl Kunert, Missionsprediger in Königsberg (Pr.). Königsberg (Pr.) 1902. 16 S. Preis 30 Pfg.

Briefkasten.

Leipzig (mit Reichsanzeiger). Besten Dank!

Mannheim. Heil und Dank.

Die Probemappen der „Illustr. Ztg." sind vollständig vergriffen und auch nicht mehr zu beschaffen.



Unsre Leser bitten wir dringend, bei Bedarf den Anzeigenteil zu berücksichtigen und sich bei allen Anfragen und Bestellungen ausdrücklich auf unser Blatt zu beziehen!

Verantwortlicher Schriftleiter und Verleger: L. Hogrefe, Berlin NW 52, Paulstr. 15. — Druck: A. Wolff, Berlin NW, Dreysestr. 4.

